Ex Libris

LIBRARY
Franciscan Friary
26th and K Sts.
Sacramento, Calif.

No. 2789

Class R 1

Date 22. XI. 1921

Weltgeschichte

von

Prof. Dr. Joh. Bapt. v. Weiß,

k. k. Hofrat, Mitglied des österr. Herrenhauses, Ritter des Ordens der Eisernen Krone, Besitzer des k. k. Ehrenzeichens für Kunst und Wissenschaft

fortgesetzt von

Dr. Richard v. Kralik.

XXVI. Band.

Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit. 1876 bis 1899.

Graz und Wien 1921.

Verlagsbuchhandlung „Styria".

Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit

von 1815 bis zur Gegenwart.

Von

Dr. Richard v. Kralik.

Vierter Band.

1876—1899, Übergang von Nationalpolitik zu Weltpolitik. Orientalische Fragen. Dreibund. Kolonien. Wilhelm II. und Bismarck. Neuer Kurs.

Graz und Wien 1921.

Verlagsbuchhandlung „Styria".

Zweigniederlassung: Wien I, Dominikanerbastei 4.

Das Recht eines Auszuges oder einer Übersetzung des ganzen Werkes oder einzelner Teile wird vorbehalten.

Universitäts-Buchdruckerei „Styria", Graz.

Vorwort.

Dieser vierte Band schildert Schritt für Schritt den Übergang der nationalen Politik in die Weltpolitik. Im Jahr 1870/71 scheint durch die Einigung des Deutschen Reichs und Italiens die Entwicklung der nationalen Idee zu einem Höhepunkt gelangt zu sein. Aber bald leiten die kolonialen Bestrebungen die Drei- und Zweibünde zu einer viel weiteren Fassung der nationalen Idee hin. Darin liegt ein Hauptunterschied des neuen Kurses von 1890 vom alten Kurs. Die neue Weltpolitik führt gegen Ende des Jahrhunderts zur höchsten Anspannung in der Entscheidung, ob Weltfrieden oder Weltkrieg. Die internationalen Verwicklungen werden immer weitergreifend. Sie werden endlich seit 1900 die ganze Erde ergreifen. Indem Amerika, Japan, China, auch England aus ihrer bisherigen Isolierung heraustreten, ergibt sich, daß jede neue politische Frage die ganze Erde ergreifen muß. Diesen Zustand der Reife wird der fünfte Band schildern. Dieser vierte gibt die notwendigen Vorbedingungen dazu.

Ich wäre der Kritik der früheren Bände sehr dankbar gewesen, wenn sie mich mehr unterstützt hätte im Aufzeigen von Lücken oder Irrtümern meiner Darstellung, daraus ich für etwaige künftige Auflagen lernen könnte. Meines Wissens ist mir nur ein einziges Versehen angedeutet worden, daß nämlich das im ersten Band, S. 726, dem Justizminister v. Mühler zugeschriebene Studentenlied richtig dessen Sohne, dem Kultusminister, zuzuschreiben ist, in dessen Gedichtsammlung von 1842 es steht, was ich hiemit korrigiere.

Die Bedenken, die zuerst gegen meine synchronistische und annalistische Methode geäußert wurden, scheinen sich allmählich gelegt zu haben. Mir wurde diese Methode jedenfalls immer vertrauter. Bevor ich ein so großes fünfbändiges Werk, ein starkes Stück Lebensarbeit, begann, habe ich alle Methoden wohl erwogen, zum Beispiel auch die, den ganzen Stoff in zusammenhängende Essays aufzulösen, in Porträts, in Kulturstudien, in Zeitbilder, in Charakteristiken, in Rhapsodien, wie sie etwa Carlyle aphoristisch bei Bearbeitung der französischen Revolution anwandte. Das wäre mir ja nach allen meinen Anlagen sehr nahe gelegen, aber ich habe mich doch nach gründlicher Prüfung aller Möglichkeiten mit vollem Bewußtsein

entschlossen, nach der höheren, nach der klassischen Palme der Historiographie zu greifen, dem Thukydides und Tacitus nachzueifern, nicht dem Plutarch, auch nicht dem Ranke oder Sybel. Die Form der Annalistik ist ebensowenig ein kindlicher Anfangsversuch wie der griechische Tempel, sondern sie ist die das ganze klassische Altertum wie das Mittelalter und selbst die Renässanz[1]) und die Barocke beherrschende Form der großen historischen Kunst, während die fälschlich sogenannte „pragmatische" Geschichtschreibung der galanten Kunst des Rokoko entspricht, dem Geiste Voltaires, dem Geiste, von dem uns endlich zu befreien vielleicht jetzt unsere dringendste Pflicht ist. Ich habe jene klassische Kunst der Synchronistik bereits zuvor in zwei großen Monographien geübt, in „Sokrates" und in „Jesu Leben und Werk". Ich habe zuerst den Sokrates mitten in die politische Geschichte hineingestellt, nicht ihn, wie zum Beispiel Grote, als Anhängsel behandelt; ich habe dadurch sowohl der Politik wie der Philosophie jener Zeit neue Klärung gebracht. Das gleiche dürfte von der Zeitgeschichte Jesu gelten, zu der nicht nur die jüdische, sondern noch viel mehr die römisch-griechische gehört. Ebenso versteht nur der die Zusammenhänge der verschiedenen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, der sie in ihren Gleichzeitigkeiten verfolgt, der da sieht, wie die Entwicklung von Wissenschaft, Kunst, Bildung mit Politik, mit Krieg, mit Staatlichem und Nationalem gleichen Schritt hält. Nur so versteht man Darwinismus, politischen Naturalismus, Sozialismus, Imperialismus. Alle Lebenserscheinungen drängen sich ja in Wirklichkeit gleichzeitig durch dieselbe Pforte des Kalenderjahres.

Kein Historiker hat dies so klar erfaßt wie Diodoros der Sizilier in seiner synchronistischen Weltgeschichte. Er bespricht im 43. Kapitel des 20. Buches das schwierige Problem der Geschichte also: „Sie ist, da doch im Leben viele und verschiedene Ereignisse zur selben Zeit vor sich gehen, genötigt, die Erzählung zu trennen, und das, was zugleich geschah, auf eine widernatürliche Weise in Zeitabschnitte zu zerspalten, so daß, da doch der wirkliche Hergang der Tatsachen Eindruck auf die Gemüter macht, die Beschreibung dagegen einer ähnlichen Wirkung entbehrt, und zwar ein Nachbild des Geschehenen aufstellt, aber in Absicht auf die Anregung der Gemüter weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt." Dem Synchronismus der Wirklichkeit kann also selbst der strengste Synchronismus des Historikers nicht ganz nachkommen, aber er kann ihm doch möglichst nahe-

[1]) Ich schreibe, wenn die Druckerei es erlaubt, Renässanz statt des französischen Renaissance, nach der doch auch sonst in unserer deutschen Rechtschreibung geltenden Analogie von Toleranz, Allianz, Arroganz, Distanz, Finanz, Resonanz und von Affäre, Aktionär, Militär, populär, Domäne, Porträt, Souverän (wofür ich auch lieber gleich Suverän schreibe, da Souverän nur eine Halbheit ist).

kommen, wie jene Klassiker der Historie wollten und wie ich ihnen nacheifere.

Noch ein Wort über die Auffassung des „Pragmatismus" der Geschichte, die sich irrigerweise bei uns eingeschlichen hat. Man versteht nämlich heute darunter fälschlich eine räsonierende Darstellung, die die Ereignisse nach Ursache und Wirkung zu verknüpfen sucht, die angeblich den Geist der Geschichte geben will, aber gewöhnlich in subjektive Leitartikelei ausartet. Rotteck ist der klassische oder vielmehr unklassische Bannerträger dieses Pragmatismus. Ganz mit Unrecht nennt man gewöhnlich den Polybios den Vater der pragmatischen Geschichtschreibung im Gegensatz zur annalistischen. Mit doppeltem Unrecht. Denn erstens will gerade Polybios mit besonderer Absichtlichkeit den annalistischen Synchronismus hervorheben, er will, wie er sich rühmt, als der erste zeigen, was gleichzeitig in Griechenland, Rom, Asien, Afrika, Spanien, Illyrien, Makedonien geschehen ist. Zweitens versteht er unter „pragmatisch" ebenso wie die heutigen Engländer und Amerikaner nichts anderes als „praktisch"; das heißt, er will den Staatsmännern und Heerführern, die ihn lesen und für die er schreibt, ein praktisch brauchbares Material liefern. Das wollen wir aber alle, das versteht auch Thukydides mit seinem stolzen „ktema es aei" (der dauerhaften Brauchbarkeit). Das haben eben alle klassischen Historiographen am praktischesten durch die annalistische, synchronistische Behandlung zu erreichen geglaubt. Das will ich auch und nichts anderes. Ich will die größte und ausgesuchteste Menge praktischer Tatsachen in praktischer Form zu praktischestem Gebrauch darbieten und schreibe in diesem allein richtigen Sinn ganz „pragmatisch".

Was meine Quellen betrifft, so stehen neben den Parlamentsberichten, den Buntbüchern, den Noten, den Memoiren, die Zeitungen an erster Stelle. Die Archive sind auch nach 1918 nur mit Vorbehalt geöffnet und geben nur das her, was den betreffenden Verwaltungen paßt. Aber angesichts der Redseligkeit der Diplomaten gibt es heute nur solche Geheimnisse, die immer ungelöst bleiben werden, wie die Schuld Wallensteins, die Schuld am Ausbruch des siebenjährigen Krieges, des Weltkrieges. Unsere Ahnen nannten derlei Fragen „Narrenfragen". Den besten Auszug aus den Zeitungs- und Parlamentsberichten bietet der „Europäische Geschichtskalender" von Schultheß. Ich habe dazu unter sehr vielem anderen Material regelmäßig die „Münchener Allgemeine Zeitung", die „Leipziger Illustrierte Zeitung" und andere literarische und Kulturzeitschriften herangezogen, besonders die reichhaltigen und richtunggebenden „Historisch-politischen Blätter".

Dieser vierte Band ist im Manuskript von Anfang 1917 bis Anfang März 1918 niedergeschrieben worden. Daraus ergeben sich manche

Beziehungen auf Zeitereignisse. Einige wenige Bemerkungen sind während der Drucklegung eingefügt worden, die zum größeren Teil nach der Katastrophe vom November 1918 vor sich ging. Das Erscheinen des fünften, des Schlußbandes, der bis zum Friedensschluß 1919 reicht und bereits im Manuskript fertig ist, wird sich hoffentlich nicht so lange hinausziehen. Jedenfalls ist, wie man sieht, sein Erscheinen von Seite des Autors sichergestellt, wenn auch das Leben des Autors nicht sichergestellt ist.

Gleichzeitig mit diesem umfangreichen vierten Band der „Geschichte der Neuesten Zeit" erscheint, gewissermaßen als Ergänzung aller Bände, mein knapper „Grundriß und Kern der Weltgeschichte" (448 S.) in gleichem Verlag. Auch dies Werk ist synchronistisch angeordnet, aber nicht nach Jahren, sondern nach Menschenaltern, Generationen, von denen je drei auf ein Jahrhundert kommen. Die Kulturgeschichte und Religionsgeschichte ist dabei besonders hervorgehoben. Die fortlaufende, alle Zusammenhänge berücksichtigende Darstellung geht in rüstigem Lauf von der Schöpfung bis zu den Friedensschlüssen von 1919, enthält also bereits auch einen Auszug aus dem kommenden fünften Band dieser „Geschichte der Neuesten Zeit", allerdings auf etwa ein Hundertstel zusammengepreßt.

Ende Mai 1920.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Die orientalische Frage 1876—1878 . . . . . 1—150

Das Jahr 1876 . . . . . 1—48

Das Problem 1
Verhandlungen mit der Pforte 4
Viktoria, Kaiserin von Indien, und der englische Imperialismus . . . 5
Berliner Konferenz 5
Die Sultane Abdul Aziz und Murad 6
Panslawismus und Panrussismus 7
Milans Kriegsaufruf 7
Montenegro schließt sich an 8
Sultan Abdul Hamid 11
Türkische Verfassung 17
Bismarcks Reden 18
Prozeß Arnim 22
Agrarier 22
Reuleaux 23
Fortdauernde Kulturkämpfe 25
Görresgesellschaft 27
Joh. Janssen 28
Lagarde 30
Der Nibelungenring in Baireuth 31
Zusammenkunft in Reichstadt 35
Magyaren und Türken 35
Palacky † 37
Die Ruthenen oder Ukrainer 38
„Beaconsfield" 41
Ultramontane und Antiklerikale in Frankreich 41
Der Papst 43
Zweiter Weltpostkongreß 46
Hundertjahrfeier der amerikanischen Republik und Weltausstellung zu Philadelphia 48

Das Jahr 1877 . . . . . 49—88

Konferenz zu Konstantinopel 49
Türkisches Parlament 50
Londoner Protokoll 50
Der Zar erklärt den Krieg 51
Rumäniens Unabhängigkeitserklärung 51
Kämpfe am Balkan: Schipkapaß, Plewna 52
Serbien im Krieg 53
Scheftschenko 54
Transvaal 55
Ansprachen des Papstes gegen Attila-Bismarck 58
Banditen, Mafia und Camorra in Italien 59
Sieg der republikanischen Partei (Gambetta) in Frankreich 60
Thiers † 61
Loyson 63
Zusammenkünfte in Ischl und Salzburg 65
Klapka 65

Seite

Koſſuth 66
Katholikentag in Wien 67
Deutſches Reichsgericht in Leipzig 68
Prozeß Arnim 68
Rückſteigende Reichsflut 69
Bismarcks Entlaſſungsgeſuch und Beurlaubung 69
Italien und das Deutſche Reich 72
Kulturkampf und katholiſche Bewegung 73
Der Streit um das Apoſtolikum bei den Proteſtanten 77
Ketteler † 78
Gerlach † 80
Steigen der Sozialdemokratie 81
Nationaldenkmal 82
Canoſſaſäule 82
R. Wagner 82
Dühring 84
J. Jacoby 84
Perty 84
Jörg 85

Das Jahr 1878 . . . . . 89—150
Friedenspräliminarien in Adrianopel 90
Friede von San Stefano 90
Berliner Kongreß 93
Zypern 93
Bosnien-Herzegowina 94
Das neue Bulgarien 94
Unabhängigkeit Montenegros, Serbiens, Rumäniens 96
Öſterreich in Bosnien 98
Attentate in Rußland; Wera Saſſulitſch 102
Neuer Ausgleich in Öſterreich 104
Rücktritt des Miniſteriums Auersperg 105
Attentate in Berlin; Hödel und Nobiling 108
Sozialiſtengeſetz 113
Tod König Georgs von Hannover 123
Schutzzollſyſtem 123
Tod des Papſtes Pius IX. 123
Papſt Leo XIII. 123
Friedensverſuche ohne Zentrum 128
Stöckers chriſtlichſoziale Bewegung 130
Buſch 132
Wuchergeſetze 134
„Baireuther Blätter" 134
Das Judentum 136
Literatur 139
Tod des Königs Viktor Emanuel 141
König Humbert 142
Enzyklika 144
Engliſcher Imperialismus 145
Afghaniſtan 146
Sokotera 146
Die Pariſer Weltausſtellung 147
Ediſons Phonograph und Telephon 150

Der Zweibund 1879—1881 . . . . . 151—286

Das Jahr 1879 . . . . . 151—197
Bismarcks Entſcheidungswahl zwiſchen Rußland und Öſterreich 151
Die nordſchleswigſche Frage und der Prager Frieden 154
Beſuche in Gaſtein und in Alexandrowo 156
Bismarck in Wien 156
Erinnerungen an das Römiſch-deutſche Reich und den Deutſchen Bund . 160
Zuſammenhang des Zweibunds mit der konfeſſionellen und wirtſchaftlichen Frage 161

Seite

Umkehr der ganzen Bismarckschen Politik 162
Falks Entlassung 163
Antisemitismus 168
Schutzzoll 169
Wucherfrage 170
Manteuffel in Elsaß-Lothringen 171
Wagner und Liszt 177, 178
Minister Taaffe 180
Haymerle an Andrassys Stelle 180
Die Tschechen im Reichsrat 181
Rechtsverwahrung und Memorandum 182
Österreich in Novibazar 182
Makarts Festzug 182
Parnell 186
Mac Mahons Abdankung; Grévy 186
Tod des kaiserlichen Prinzen 187
Renan über Deutschland 188
Harmel 190
Enzyklika über die Philosophie des hl. Thomas 191
Nihilismus in Rußland 192
Alexander von Bulgarien 196
Bischof Gobat von Jerusalem 197
Die Westmächte in Ägypten 197

Das Jahr 1880 . . . . . 198—245
Der große Stimmungsumschwung infolge des Zweibunds 198
Die Deutschen Österreichs 200
Sprachenverordnung 201
Deutscher Schulverein 201
Taaffes Politik 201
Kaiser-Josef-Feier 203
Das „Vaterland“ 204
Florencourt und Vogelsang 204
Der Zentrumsturm 209
Der Gang nach Canossa 212
Das Kölner Domfest 214
Sozialdemokraten und Kommunisten 217
Wuchergesetz 218
Samoa 218
Antisemitismus 219
Richard Wagners „Religion und Kunst“ 226
Seine Regenerationsidee 228
Deutsche Kultur 230
Kulturkampf in Frankreich 233
Unterdrückung der Kongregationen 235
Papst Leo und die Republik 235
Der Streit um Tunis 236
Belgischer Kulturkampf 237
Beaconsfields Sturz; Kabinett Gladstone 240
Parnells Landliga 241
Boycott 241
Burenaufstand 242
Melikoff und die Nihilisten 243
Dulcigno an Montenegro 244
Präsident Garfield 245

Das Jahr 1881 . . . . . 246—286
Die Franzosen in Tunis 246
Gambetta 247
Telephon 249
Das italienische Königspaar in Wien 250
Hungarica 253
Kalnoky 254

Seite

Bauernbewegung 255
Schriftstellertag in Wien 256
Bismarcks Staatssozialismus 257
Volkswirtschaftsrat 258
Praktisches Christentum 260
Der kleine Mann 261
Hamburg im Zollverein 263
Milderung des Kulturkampfs 264
„In Canossa“ 265
Wiederherstellung der Bischofsitze 266
Antisemiten 267
Vermählung des Prinzen Wilhelm mit der Prinzessin von Schleswig-Holstein 268
Helgoland 269
Sozialistenprozeß 270
Kolonialpolitik 271
Richard Wagners Kulturprogramm 272
Kant- und Lessingfeier 274
Ermordung Alexanders II. 276
Alexander III. 277
Die Nihilisten 278
Die irische Bewegung 279
Landliga und Homerule 279
Parnell 279
Most 281
Freiheitskrieg der Buren 282
Darwin und die Würmer 282
Panislamismus 283
Ermordung Garfields 285
Schurz 285

Der Dreibund 1882—1883 . . . . . 287—378

Das Jahr 1882 . . . . . 287—330
England in Ägypten 287
Parnell, Redmond und Irland 289
Die Heilsarmee 290
Frankreich am Kongo und in Tonking 291
Bontoux 292
Gambettas Fall und Tod 292
Krapotkin in Frankreich 293
Skobeleffs Kriegsreden und Tod 295
Aufstand der Südslawen in Österreich 298
Kallay 299
Die Irredenta und Oberdank 301
„Haus Habsburg“ 301
Istoczy 303
Tisza-Eszlar 303
Reorganisation des Heeres 304
Bismarcks Staatssozialismus 307
Sein Canossa 308
Poschinger 311
Schlözer beim Papst 312
Das evangelische Kaisertum 313
Internationaler Antisemitenkongreß 313
Kolonialfragen 317
R. Wagners „Parsifal“ 318
Die sieben Welträtsel 321
Janssen und seine Kritiker 321
Zum Dreibund 324
Amerikanische Zustände 328
Falb. Wißmann 329, 330
Verbreitung der Juden 330

Seite

Das Jahr 1883 . . . . . 331—378
Der Dreibund: das neue Römische Reich Deutscher Nation 331
Ankündigung in Rom und Pest 333
Der „wahre österreichische Gedanke" Taaffes 337
Trialismus 337
Feier des Türkenjahrs 1683 338
Prozeß von Tisza-Eszlar 340
Anarchisten 340
Kolonialfragen im Deutschen Reich 341
Lüderitz 343
Steuerfragen 343
Staatssozialismus 343
Haider Programm und Zentrumsprogramm: korporative Organisation . 347
Lutherfeste 349
Das Niederwalddenkmal 353
Mommsen und Bismarck 356
Adolf Wagner 356
Treitschke und Baumgarten 357
Richard Wagner † 358
Nietzsches „Zarathustra" 358
Lepsius 360
Sieg der Renässanz 361
König Alfons und das Deutsche Reich 362
England in Ägypten 363
Der Mahdi 363
Englische Kolonien 364
Irische Revolutionen 365
Parnell, die Fenier 365
Wolseleys Militarismus 366
Der Kanaltunnel 366
Frankreichs Kolonien 367
Prinz Napoleons Manifest 369
Heinrich V. † 369
Krapotkin 370
Kate Booth 372
Spitteler 372
Kopenhagener Zusammenkunft 373
Zarenkrönung in Moskau 373
Rumänien zum Dreibund 375
Pacificbahn 377
Korea 378

Kolonialpolitik 1884—1886 . . . . . 379—521

Das Jahr 1884 . . . . . 379—423
Koloniale Erwerbungen des Deutschen Reichs 379
Präsident Krüger in Berlin 381
Der Kolonialverein 381
Woermann und Lüderitz 383
Kongokonferenz in Berlin 383
Deutsche Marine 385
Laskers Tod 386
Staatsrat 389
Die konfessionelle und polnische Frage 390
Die Welfenpartei 393
Der Tod des Herzogs von Braunschweig; die Ansprüche des Herzogs von Cumberland 393
Annäherung an Rußland: Skiernievice 396
Schweninger 397
Hertling 398
Keiter 399
Bachem 400
Ibsen 101

Seite

Österreichische Fragen 403
Anarchisten 407
Italien und die Propaganda 411
Leo XIII. 412
Gordon und der Mahdi 413
Weltmächte und Kontinentalmächte 416
Frankreich in Tonking und Anam 416
Freppel 418
Didon 418
Die „Klerikalen" in Belgien 420
Wilhelmine von Holland 420
Strindberg 421
Die Demokraten in Amerika: Cleveland 422
Die Freiheitsstatue 423

Das Jahr 1885 . . . . . 423—472
Fortsetzung der deutschen Kolonialpolitik 423
Zanzibar 425
Fidschi 425
Neuguinea 425
Apia 425
Kongoabkommen 426
„Völkerfrühling" und Parteihader 430
Kaiser-Wilhelms-Land 431
Bismarckarchipel 431
Karolineninseln; Schiedsgericht 432, 433
Daressalam 434
Erzbischof Krementz in Köln 436
Bismarck über Jesuiten 437
Regentschaft in Braunschweig 441
Bismarcks 70. Geburtstag 442
Fürst Chl. Hohenlohe in Straßburg 444
Goethearchiv 447
„Moderne Dichtercharaktere" 449
Einwirkung der Ethnographie auf die Kultur 450
Volapük 450
Methodiusfeier in Österreich und anderwärts 452
Der Zar in Kremsier 454
Abg. Knotz 455
Die Siebenbürger Sachsen 455
Das Kronprinzenwerk 456
Der serbisch-bulgarische Krieg und die beiden Bulgarien 457
Der Weg nach Konstantinopel über Wien 460
Fall von Khartum 461
Gordons Tod 461
Gefahr eines englisch-russischen Krieges wegen Afghanistan 461
Gladstones Sturz 462
Ministerkrisis in Frankreich wegen des chinesischen Krieges 464
Madagaskar in französischer Abhängigkeit 465
V. Hugos Tod und Apotheose 465
Italien in Massaua als Verbündeter Englands 467
Alfons XII. von Spanien † 469
Maria Christina Regentin 469
Der König von Belgien Suverän des Kongostaates 470

Das Jahr 1886 . . . . . 472—521
Die beiden vereinigten Bulgarien 473
Revolution gegen den Fürsten, dessen Entfernung, Rückkehr und endliche Abdankung 474
Wie steht das Deutsch-Österreichische Bündnis? 478
Die Janskyaffäre in Ungarn 486
Feier der Befreiung Ofens 488
Heeresvorlage im Deutschen Reich 489

Seite
Ausgleich im Kulturkampf 490
Die polnische Frage 490
„Kein Pfifferling" 491
Papst und Zentrum 495
Anzeigepflicht 496
Ausbreitung in Afrika 499
„Schnapspolitik" 500
König Ludwigs II. von Bayern Tod 502
Der Prinzregent Luitpold 502
Die „Revolution der Literatur" 505
Homerule 508
Gladstones Sturz 509
Salisbury 509
Boulanger in Frankreich 511
Die ägyptische Frage 512
Italien am Roten Meer 515
Rußlands Aspirationen 516
Alfons XIII. von Spanien 520
Anarchisten in Amerika 520

Die große Kriegsgefahr 1887—1888 . . . . . 522—528
Das Jahr 1887 . . . . . 522—575
Moltkes und Bismarcks Reden zur Militärvorlage 523
Bulgarien und Hekuba 524
Das Septennat, der Papst und das Zentrum 527, 528
„Auf des Messers Schneide" 529
Erneuerung des Dreibunds 531
Schnäbele 535
Der kirchliche Ausgleich 536
Enthüllungen über das Abkommen von Reichstadt 536
Boulangers Sturz 539
Ristitsch in Serbien 540
Die bulgarische Fürstenwahl: Ferdinand von Koburg 541
Der Zar in Berlin 547
Die gefälschten Briefe 548
Andrassy für Bulgarien 549
Das evangelisch-anglikanische Bistum Jerusalem 552
England in Ägypten 553
Italien in Massaua 554
Niederlage von Dongali 554
Stellung der Protestanten und Katholiken zum kirchlichen Ausgleich . . 557
Krankheit des Deutschen Kronprinzen 559
Fr. Th. Vischer † 560
Volksbühnenspiele und Lutherspiele 561
Leo Thun über das „Kaisertum Österreich" 567
Unruhen in Irland 569
Belgische Neutralität 572
Ibsen 573
Tolstoj 574
Milan: Serbentum gegen Panslawismus 574

Das Jahr 1888 . . . . . 576—628
Ferdinand von Bulgarien 576
Veröffentlichung des Zweibundvertrags 577
Bismarcks große Rede 580
Tod Kaiser Wilhelms I. 586
Der kranke Kaiser Friedrich; sein Programm 586
Absetzung des Generals Boulanger 589
Konflikt mit Bismarck wegen des Eheplans des Battenbergers 592
Tod Kaiser Friedrichs 594
Kaiser Wilhelm II. 595
Seine Besuche in Rußland und Dänemark 597

Seite

Das Jubiläum in Kiew und die Ukraine 598
Stroßmayer 599
Crispi 600
Kronprinz Georg von Griechenland und Prinzessin Sophie 600
Das Tagebuch des Kaisers Friedrich; Geffcken 601
Mackenzie 603
Kaiser Wilhelms Besuche in München, Wien, Rom 603
Krach der Panama-Gesellschaft 606
Lutherspiel 606
Freimaurerei und Judentum 607
Das protestantische Kaisertum 610
Bismarck Ehrendoktor der Theologie 611
Sozialistengesetz 613
Deutsche Verkehrs- und Armeesprache in Österreich 614
Das böhmische Staatsrecht 615
Schulantrag Liechtenstein 616
Prozeß Schönerer 616
Kultur der Zeit 617
„Krisis in der Literatur“ 617
Triumph des Papsttums 622
Die irische Frage und der Papst 623
Englands militärische Schwäche 625
Eisenbahn nach Saloniki und Konstantinopel 626
Scheidung der Ehe des serbischen Königspaars 627

Die Kanzlerkrisis 1889—1890 . . . . . 629—739

Das Jahr 1889 . . . . . 629—689
Bismarck über Kolonialpolitik 630
Tod des Kronprinzen Rudolf 632
Stöcker 634
Altersversicherungsgesetz 635
„Es gelingt nichts mehr“ 639
Humbert in Berlin 639
Die Montenegriner in Petersburg 640
Neue Kriegsgefahr 641
Walderſee 645
Das „kleine Handwerk“ 649
Nietzsche 652
Wormser Volkstheater 654
Freie Bühne, Gerhart Hauptmann 655
G. Freytag über Österreich 656
Die „Vereinigten Christen“: Lueger und Liechtenstein 660
Hußbewegung 663
Deutsche Armeesprache in Ungarn 664
Milans Abdankung 666
Die Kossowofeier 670
Prozeß Boulanger 672
Pariser Weltausstellung und Revolutionsjubiläum 675
Giordano Bruno 679
Die römische Frage 684
Affäre Wohlgemuth in der Schweiz 684
Prozeß Parnell 687
Brasilien Republik 689
Verfassung in Japan 689

Das Jahr 1890 . . . . . 690—739
Die Erlasse Kaiser Wilhelms 691
Der Staatsrat 692
Die internationale Berliner Konferenz zum Schutz der Arbeiter 693
Die Entlassung Bismarcks und deren Gründe 695
Reichskanzler v. Caprivi 696
Die Maifeier der Sozialdemokraten 704

Seite
Kolonialpolitik 707
Militärgesetz 708
Der Vertrag mit England über Helgoland und Afrika 711
Kaiser Wilhelms Reisen 714
Ablauf des Sozialistengesetzes 716
Sozialistenkongreß zu Halle 717
Sozialistische Hochflut der Zeit 718
Die Sperrgelder 720
Kaiser Wilhelms Schulreformen 722
Volksbühnen 725
„Rembrandt als Erzieher" 725
Groß-Wien 729
Hugo Wolf 730
Bonghis Idee des internationalen Schiedsgerichts 730
Lavigerie und Freppel 733
„Dekadenz" 734
Parnells Fall 735
Dilkes „Greater Britain" 735
Königin Wilhelmine von Holland 737
Der panamerikanische Kongreß 739

Neue Kurse 1891—1894 . . . . . 740—927

Das Jahr 1891 . . . . . 740—787
Die französisch-russische Sympathiekundgebung von Kronstadt 740
Die Kirche und die französische Republik 743
Die deutsche Kaiserin Friedrich in Paris 744
Boulangers Tod 745
Erneuerung des Dreibunds 747
Die „vereinigten Staaten von Europa" 747
Interparlamentarische Friedenskonferenz in Rom 748
Die päpstliche Großmacht 750
Die Enzyklika über die soziale Frage 750
Windthorst † 751
Die Sperrgelder 753
Der Dreibund und das Papsttum 753
Äußerungen des Kaisers und Bismarcks 756
Moltke † 759
Kaiser Wilhelm in England 761
Das Erfurter Programm der Sozialdemokratie 764
Caprivi über den Pessimismus 766
Handelsverträge 767
Caprivi gegraft 769
Der Fall Heinze 769
Überwindung des Naturalismus 773
Kunsttheorien 773
Lueger gegen die Judäomagyaren 778
Wandlungen der Weltpolitik 779

Das Jahr 1892 . . . . . 788—836
Das abgelehnte Volksschulgesetz 788
Erzbischof Stablewski 790
Zurückgabe des Welfenfonds 792
Bismarcks Reise nach Wien; seine Reden 794
Der abgerissene Draht 797
Die Wittenberger Schloßkirche 806
Ahlwardt 810
Der Kampf um das Apostolikum 810
Egidys Einiges Christentum 815
Der „Rembrandtdeutsche" 818
Leogesellschaft 823
Die Christlichsozialen 825
Der Panamaskandal 830

Seite

Das Jahr 1893 . . . . . 836—880
Kaiser Wilhelm in Rom 838
Das neue Militärgesetz 839
Bismarcks Stegreifreden in Friedrichsruh und Kissingen 843
Seine Krankheit 847
Der Kronprinz von Italien bei den Manövern in den Reichslanden . . 847
Kaiser Wilhelm in Güns 847
Depeschenwechsel mit Bismarck 847
Sezession 859
Sturz Taaffes in Österreich; Ministerium Windischgrätz 860
Italiens „Panamino“: der Bankskandal 866
Die Politik Leos XIII. in Frankreich 867
Das russische Geschwader in Toulon und das englische in Tarent . . . 869
Der Anarchist Vaillant 871
Kein Homerule 873
Sozialistenkongreß in Zürich 874
Staatsstreich 876
König Alexander von Serbien 877
Orientbahn 877
Cleveland über die Republik 878
Weltausstellung in Chicago 879

Das Jahr 1894 . . . . . 881—927
Lueger und die Christlichsozialen in Österreich 881
Die kirchenpolitischen Gesetze in Ungarn 885
Polnische Demonstrationen in Lemberg 889
Aussöhnung des Deutschen Kaisers mit Bismarck 893
Bismarckreden 894
Polenreden des Kaisers Wilhelm und Bismarcks 897
Der neue Reichstagsbau 901
Gegen den Umsturz 902
Fürst Chlodwig Hohenlohe wird Reichskanzler 902
Gustav-Adolf-Feste 904
Die neue Agende 904
Aufgeben des konfessionellen Charakters 905
Päpstliche Kundgebungen 913
Der Anarchismus in Italien und Frankreich 914
Ermordung Carnots 917
Präsident Casimir-Perier 917
Dreyfus 917
Der „neue Geist“ in Frankreich 918
Timbuktu erobert 918
Zolas „Lourdes“ 919
Premierminister Rosebery 920
Englisch-russische „Entente“ 921
Reclus 922
Tod des Zaren Alexander III. 923
Zar Nikolaus II. 924
Japanisch-Chinesischer Krieg um Korea 927

„Die heiligsten Güter Europas“ 1895—1896 . . . . . 928—1030

Das Jahr 1895 . . . . . 928—982
Kaiser Wilhelms Aufruf gegen den Orient 928
Das Ende des Japanisch-Chinesischen Krieges 930
Der Friede von Simonoseki 930
Der Nordostseekanal 932
Die Umsturzvorlage 933
Bismarcks achtzigster Geburtstag 934
Die Feste zur Vierteljahrhundertfeier der deutschen Siege von 1870 . . 947
Die Richtung Naumann 952
Agrarier und Sozialisten 952
Der unlautere Wettbewerb 953

Seite
Die Siegesallee 956
Nietzsches Antichrist 961
Goluchowski an Kalnokys Stelle in Österreich 964
Graf Badeni 965
Lueger als Bürgermeister nicht bestätigt 966
Kossuthpartei 967
Nuntius Agliardi 970
Die Italiener in Abessynien 971
Felix Faure in Frankreich 973
Die frankorussische Allianz 974
Salisbury in England 976
Der Einfall Jamesons 977
Der Kongostaat belgisch 978
Die Donaubrücke von Cernavoda 981

Das Jahr 1896 . . . . . 983—1030
Transvaal: Präsident Krüger und Kaiser Wilhelm 983
Die Vierteljahrhundertfeier der deutschen Reichsgründung und des Frankfurter Friedens 987
Der „Deutsche Michael" als Friedenshüter 991
Enthüllungen über Bismarcks Rücktritt wegen des Rückversicherungsvertrags mit Rußland 994
Das Bürgerliche Gesetzbuch 999
„Christlichsozial" und der Kaiser 999
Das „Bildungsdefizit" der Katholiken 1005
Die Tausendjahrfeier in Ungarn 1011
Die Luegerkrisis 1013
Antifreimaurerkongreß 1016
Italiens Mißgeschick gegen Abessynien 1019
Frankreich in Madagaskar 1022
Fortschreitende Annäherung an Rußland 1022
Zarenkrönung in Moskau 1023
Ferdinand als Fürst von Bulgarien anerkannt 1027
Aufstand in Kreta 1027
Ermordung des persischen Schah Nassr Eddin 1030

Um Kreta und Kiau-Tschou 1897—1899 . . . . . 1031—1180
Das Jahr 1897 . . . . . 1031—1077
Der Aufstand auf Kreta 1031
Griechisch-Türkischer Krieg 1033
Kaiser Wilhelm und der Zar 1035
Felix Faure und der Zar; Proklamierung der russisch-französischen Allianz 1036, 1037
Bülow Staatssekretär 1038
Das Deutsche Reich und Haiti 1038
Erwerbung von Kiau-Tschou 1039
Wilhelms des Großen Feier 1041
Spectator 1048
Die katholische Inferioritätsfrage 1049
Hertling und Hermann Schell 1049, 1050
Lueger Bürgermeister 1059
Sprachenverordnungen Badenis 1060
Lex Falkenhayn 1063
Badenis Sturz 1063
Gautsch Ministerpräsident 1063
Die Canisius-Enzyklika 1068
Marconis Telegraphie ohne Draht 1069
Dreyfus 1070
Leo Taxil 1070
Jubiläum der Königin Viktoria 1071
Englischer Imperialismus 1072
Die amerikanische Union annektiert Hawaii 1075

Seite

Das Jahr 1898 . . . . . 1078—1131
Die kretische Frage; Prinz Georg von Griechenland 1078
Orientreise des deutschen Kaiserpaars; evangelische Kirche in Jerusalem, Geschenk der Dormitio an die deutschen Katholiken . . . . . 1079—1081
Kaiserrede in Damaskus 1082
Das Protektorat 1082
Die Russen in China 1084
Chinesische Reform und Reaktion 1085
Bischof Anzer 1085
Der spanisch-amerikanische Krieg um Kuba und die Philippinen 1086
Die Faschodafrage 1091
Die Dreyfusfrage 1092
England in Weihaiwei 1096
Das „Größere Britannien“ 1097
Das Deutsche Reich in Kiau-Tschou 1098
Die Flottenvermehrung 1099
Tod Bismarcks; Nachrufe 1101
„Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ 1105
Lippe-Detmold 1105
Hakatisten 1108
Spectator, Schell, Jos. Müller, Neokatholizismus, Amerikanismus, Reformkatholizismus . . . . . 1110—1112
Zeppelin 1118
Österreichische Krisis 1119
„Los von Rom“ 1122
Sezession 1125
Königin Wilhelmine 1127
Rußlands internationaler Abrüstungsvorschlag 1128

Das Jahr 1899 . . . . . 1131—1180
Die Haager Konferenz 1132
Der Samoa-Konflikt 1133
Maskat, Madagaskar, Sudan 1134
Beginn des Burenkriegs 1136
R. Kipling 1138
Der deutsche Mittellandkanal 1140
Hermann Schell 1140
Spectator und Gerontius; der integrale Katholizismus und der Amerikanismus 1147, 1148
Die Historisch-politischen Blätter 1148
Hertling 1150
J. B. Weiß † 1151
Katastrophe des Zukunftsstaats 1152
Der ausgebliebene Kladderadatsch und Bernstein 1152
Helmolt 1153
Lamprecht 1154
Denkmäler 1159
Los von Rom 1161
Die österreichische Krisis 1161
Clary 1163
Prozeß Notarbartolo 1167
Prozeß Dreyfus 1169
Präsident Loubet 1169
Die Sekte vom großen Messer in China 1174
Ende des Jahrhunderts 1175

Alphabetisches Register 1181

Die orientalische Frage 1876—1878.

Das Jahr 1876.

Das Problem. Verhandlungen mit der Pforte. Viktoria, Kaiserin von Indien, und der englische Imperialismus. Berliner Konferenz. Die Sultane Abdul Aziz und Murad. Panslawismus und Panrussismus. Milans Kriegsaufruf. Montenegro schließt sich an. Sultan Abdul Hamid. Türkische Verfassung. Bismarcks Reden. Prozeß Arnim. Agrarier. Reuleaux. Fortdauernde Kulturkämpfe. Görresgesellschaft. Joh. Janssen. Lagarde. Der Nibelungenring in Baireuth. Zusammenkunft in Reichstadt. Magyaren und Türken. Palacky †. Die Ruthenen oder Ukrainer. „Beaconsfield." Ultramontane und Antiklerikale in Frankreich. Der Papst. Zweiter Weltpostkongreß. Hundertjahrfeier der amerikanischen Republik und Weltausstellung zu Philadelphia.

Das Hauptinteresse der geschichtlichen Entwicklung wendet sich nun dem Orient zu. Der Dreikaiserbund gab Rußland die Möglichkeit, das politische Schwergewicht zu sich herüberzuziehen. Wir haben schon angedeutet, daß deutsche Historiker Bismarcks Politik bedauern und meinen, er hätte, statt die russische Gefahr großzuziehen, schon 1875 mit Frankreich und Rußland endgültig abrechnen sollen. Der unselige Kulturkampf und die Furcht vor einem klerikalen Österreich hinderten ihn aber daran. Er habe, meint man, dadurch sein Lebenswerk abgebrochen, ohne es zum Abschluß zu bringen. Daher die Depression, die nun in Mitteleuropa eintrat, das jahrzehntelange enervierende Warten und Bangen vor dem unausweichlichen Weltkrieg, der schließlich doch eintreten mußte. Man meint, er wäre 1875 rascher zu erledigen gewesen. Wer mag das entscheiden? Sicher ist nur, daß er wirklich kam, und daß die ganze Zeit, fast ein halbes Jahrhundert lang, unter seiner Vorahnung, unter seiner Zurüstung unsäglich litt. Davon können wir Älteren zeugen. Darum erschien uns auch dann der Ausbruch des Weltkriegs wie eine Entspannung, fast wie eine Erlösung, indem man sich sagte: schlimmer könne es doch nicht werden; der verfahrene Triumphwagen müsse endlich herausgezogen werden aus der Versumpfung aller politischen Zustände. Orient.

Die orientalische Frage besteht seit Jahrhunderten darin, ob und wie es gelingen mag, das türkische Reich, das früher von den Grenzen Österreichs bis über halb Asien und halb Afrika sich erstreckte, in den

politischen und Kulturkreis der europäischen Staaten aufzunehmen, oder ob und wie man dessen Auflösung bewerkstelligen müsse. Die Seßhaftmachung und Europäisierung war dem Deutschtum bereits an den asiatischen Horden der Magyaren seit dem 10. Jahrhundert gelungen; die Tataren und Mongolen, die im 13. Jahrhundert Osteuropa überschwemmten und besetzten, waren vom slawischen Volk der Moskowiter aufgesaugt worden, und es hatte sich so der doppelseitige, asiatisch-europäische Misch- und Zwischenstaat Rußland gebildet. Nun galt das Experiment einer etwaigen Eingliederung dem türkischen Staatswesen. In den Verträgen von 1815 war es noch abseits gelassen worden. Erst der Pariser Vertrag von 1856 hatte die Türkei in das Konzert der europäischen Mächte aufgenommen. Das war ein erster Schritt. Man mußte ja die Macht, die in Konstantinopel residierte und ungefähr das ganze Gebiet des ehemaligen byzantinischen Reiches in Europa, Asien und Afrika beherrschte, als die tatsächliche Nachfolgerin jenes oströmischen Reiches ansehen.

Orient und Okzident.

Die ganze Weltgeschichte seit und vor dem Trojanischen Krieg ist ein Ringen zwischen Orient und Okzident. Nachdem die abendländische Kultur durch Alexander den Großen und seine Nachfolger den gewaltigsten Vorstoß nach dem Morgenland gemacht hatte, nachdem die Römer in das Erbe Alexanders und der hellenistischen Kultur eingetreten waren, aber auch in das Erbe der Karthager und anderer unserm Kulturkreis fremderen Völker, war zuerst durch die Parther, dann durch die Muhammedaner diesem blühenden Kulturkreis der ärgste Abbruch getan worden. Die Kämpfe gegen die Mauren, gegen die Barbaresken, die Kreuzzüge hatten diese Sachlage nicht aus dem Grund zu unserm Vorteil ändern können. So mußte

Türken.

es geschehen, daß die Türken dreimal, 1529, 1532 und 1683, vor Wien stehen und das römisch-deutsche Reich in seinem stärksten Bollwerk bedrohen konnten. Lange Zeit lag ihre Grenzmark den Grenzen der deutschen Ostmark bedenklich nahe; war doch halb Ungarn mit der Hauptstadt anderthalb Jahrhunderte in türkischer Gewalt und schien für immer verloren. Da waren es die Feldzüge des Prinzen Eugen und seiner deutschen Verbündeten, die den Türken wieder aus dem vertürkten Ungarn jagten, Belgrad zweimal eroberten, dazu auch noch Bosnien und Serbien, und bereits den Vormarsch gegen Konstantinopel drohten. Dann war es wieder Kaiser Josef der Zweite, der neuerlich vorstieß und Belgrad durch seinen General Laudon zum drittenmal eroberte. Aber Preußen, damals im Bündnis mit der Türkei, verwehrte dem österreichischen Nebenbuhler den Besitz des also Errungenen. Bonapartes Überfall in Ägypten und Syrien war ein toller Streich ohne praktische Aussicht mit einem schmachvollen Ende, das nur die Macht und den Übermut Englands entscheidend

Krimkrieg.

stärkte. Das Problem ruhte bis zum Krimkrieg. Die politische Idee der

Westmächte war damals zweifellos die richtige, sie wurde aber schwächlich und mit unzureichenden Mitteln durchgeführt. Die Idee war, der Türkei gegen die noch gefährlichere moskowitische Halbbarbarei zuhilfe zu kommen und sie dadurch ohne Schädigung ihrer staatlichen Selbständigkeit gewissermaßen zu einer europäischen Kulturkolonie zu machen. Österreich war damals bereit, mit voller Waffengewalt diese große Kulturidee zu unterstützen; aber Preußens Haltung verhinderte das; denn Preußen war in jenen Jahren allzusehr mit Rußland befreundet und glaubte, dem verwandten Zarenhaus keine Schädigung seiner Bestrebungen antun zu dürfen. So ging der Krimkrieg aus wie jenes Hornberger Schießen der Volkssage, bei welchem man das Pulver vergessen hatte. Der einzige Erfolg, und allerdings ein moralisch nicht geringer, war die Aufnahme der Türkei in den europäischen Großmächteverband und die Garantie ihrer gesamten Existenz. Wieder war es Preußen, das im Jahre 1870 seinem alten Freunde Rußland, um ihn während des Krieges geneigt zu stimmen, erlaubte, einen wesentlichen Punkt des Pariser Garantievertrags zu streichen, nämlich das Verbot, russische Kriegsschiffe im Schwarzen Meer zu bauen und zu benützen. Dadurch war Konstantinopel jeden Tag einem Handstreich ausgesetzt.

In anderer Weise gingen die europäischen Staaten dem Muhammedanismus in Nordafrika, in Ägypten, in Indien und Persien, überhaupt in Zentralasien zuleibe, und zwar ziemlich planlos und mit gegenseitiger Gefährdung, so daß aus all dieser „orientalischen Frage" immer mehr auch ein europäisches Problem wurde. Von ihr, von ihrer Lösung hing die Existenz aller Großmächte ab: Englands und Frankreichs und Rußlands, vor allem Österreichs. Ging aber dabei Österreich zugrunde, wie manche oberflächliche Politiker rechneten, dann war auch die Lage des Deutschen Reiches bedroht, ja unhaltbar gegenüber dem aufwachsenden Deutschenhaß.

Während Bismarck dem „Bißchen Herzegowina" gegenüber sehr gleichgültig blieb, zeigte Dr. Jörg im Neujahrsartikel der „Historisch-politischen Blätter", wie sehr die orientalische Frage die deutsche Frage sei: sie stelle wieder den Eintritt der deutschösterreichischen Provinzen ins Reich als bestes Sicherungsmittel vor Augen. Durch einen solchen Eintritt von zehn bis zwölf Millionen österreichischer Katholiken würde aber auch der reichsdeutsche Katholizismus dem protestantischen Teil parlamentarisch die Wage halten. „So verbindet sich der preußische Kulturkampf mit den Geschicken der Türkei . . . Von unserm (katholischen) Standpunkt aus könnten wir auch einer solchen Entwicklung mit aller Seelenruhe zuschauen, und es bestände kein Grund für uns, eine entsprechende Politik des Reiches anzufeinden. Vielleicht wäre dies gerade der Weg, um das reiche, aber totliegende Kapital im deutschösterreichischen Volkstum wieder fruchtbar zu machen. Die Kardinalfrage, was aus der durch Franzosen und Preußen verstümmelten Monarchie der Habsburger endlich werden soll, ist unter allen Umständen in der türkischen Frage mit Jörg.

enthalten." Die „Augsburger Postzeitung" widersprach der Ansicht, daß die Zentrumspartei des deutschen Reichstags aus Österreich eine bedeutende Verstärkung erlangen würde; denn die meisten Katholiken Österreichs seien liberal. Österreich habe seine Mission, ein Hort des Katholizismus zu sein, seit 1867 beiseite geschoben. Wenn Österreich keinen Kulturkampf habe, so beruhe das auf der Geschicklichkeit seiner Minister und auf der Mäßigung seiner Katholiken. — Diese Erörterung war aber ganz belanglos, da Bismarck, der noch vor dem Kulturkampf (1868) Österreich mit Italien teilen wollte (Bd. 3, S. 543), seit dem Kulturkampf sich mit Kanonen vor dem Eintritt neuer Katholiken gewehrt hätte, mochten sie noch so harmlos und liberal scheinen. Jörg dachte übrigens nicht an eine Annexion von Deutschösterreich, sondern an den Eintritt der Deutschösterreicher in den deutschen Reichstag, wobei im übrigen die Verfassung der Monarchie sich nicht geändert hätte.

Jedenfalls überließen die beiden andern verbündeten Kaisermächte der österreichischen Regierung[1]) die Aufgabe, in der orientalischen Frage voranzugehen. Das geschah durch die Note des gemeinsamen Ministers des Äußern, Grafen Andrassy, vom 30. Dezember 1875. Die Türkei versuchte, die Annahme dieser Note zu verweigern, mußte sie aber endlich doch am 31. Januar 1876 annehmen, da ihre eigenen Reformversuche gänzlich gescheitert waren und den Aufstand unmöglich dämpfen konnten. Die Mächte stellten also durch Österreich folgende Forderungen: die volle und unverkürzte Religionsfreiheit, die Abschaffung der Verpachtung der Steuern, die Verwendung der Steuern von Bosnien und der Herzegowina zum Besten der Provinz selbst; die Einsetzung eines Ausschusses von Muselmännern und Christen zur Überwachung der auszuführenden Verwaltungsreformen, Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landbevölkerung; der Provinzialrat und die Gerichtshöfe sollten durch die Einwohner frei gewählt werden; Unabsetzbarkeit der Richter, Laienjustiz, Gewährleistung der persönlichen Freiheit, Bürgschaft gegen Mißhandlungen, Umgestaltung der Polizei, Abstellung der Mißbräuche bei öffentlichen Arbeitsleistungen, Herabsetzung der Militärbefreiungsgebühren, Sicherung der Eigentumsrechte. — Am 6. Februar antwortete die Pforte, sie habe beschlossen, den insurgierten Distrikten die in der Note Andrassys erwähnten Reformen zu gewähren. Darauf folgte am 23. Februar eine allgemeine Amnestie für jene Insurgenten, die innerhalb vier Wochen in ihre Heimat abgingen. Man versprach auch, die zerstörten Häuser und Kirchen wieder aufzubauen, dazu eine zweijährige Befreiung von allen Steuern. Aber die Führer der

Note Andrassys.

[1]) Ich wiederhole hier, daß ich es in der nichtamtlichen Literatur für völlig berechtigt halte, die offiziell „Österreich-Ungarn" genannte Monarchie auch zur Abwechslung bloß „Österreich" zu nennen, wie man das offizielle „Großbritannien und Irland" auch bloß England nennt. Nach der neuen Wappenordnung vom 10. Oktober 1915 ist übrigens das Doppelreich deutlich als die Monarchie des „Hauses Österreich" gekennzeichnet. Damit soll der verfassungsmäßige Dualismus durchaus nicht angefochten werden.

bosnischen Insurrektion lehnten all das ab, da sie überzeugt waren, unter der türkischen Herrschaft ließen sich die Reformen doch nicht durchführen. Dazu verlangten sie auch noch Preßfreiheit, Redefreiheit, freie Wahl der Volksabgeordneten, Gesetzgebungs- und Versammlungsrecht. Sie wollten nur solche Reformen annehmen, die mit ihnen selber vereinbart würden. So nahmen denn die erbitterten Kämpfe ihren Fortgang.

„Kaiserin" Viktoria.

Ein beredtes Zeichen, wie entschieden England die orientalische Krise zu einer imperialistischen Befestigung seiner Weltherrschaft benutzen wollte, ist der Umstand, daß auf Antrag des Ministeriums das Parlament am 23. März beschloß, die Königin solle unter ihren Titeln in Zukunft auch den einer Kaiserin von Indien führen. Man erwartete sich davon eine Befestigung des Untertanenverhältnisses der indischen Vasallenstaaten und dadurch eine Stärkung der englischen Stellung gegen das an die indischen Grenzen vorrückende Rußland. Der Titel wurde seit 28. April offiziell. Die Liberalen waren damit sehr unzufrieden, weil die Kaiserproklamation es dem zukünftigen Belieben der Krone anheimstellte, den Kaisertitel auf das ganze englische Reich auszudehnen. Der so wichtige Ankauf der Suezkanalaktien wurde vom Parlament mit vollem Verständnis der Bedeutsamkeit dieses Handstreichs genehmigt.

Berlin.

Durch eine Konferenz der drei Kaisermächte in Berlin 11. bis 14. Mai versuchte man, die türkische Krisis neuerlich zu beschwören. Außer dem Zaren Alexander und dem Kaiser Wilhelm waren Bismarck, Andrassy und Fürst Gortschakoff anwesend. Offiziös berichtete darüber die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": „Die europäischen Mächte einigten sich, der Pforte eine Reihe von Reformen anzuraten ... Aber vier Monate sind seitdem verflossen und noch ist nirgends eine Hand angelegt. Die aufständischen Völkerschaften haben die Reformen angenommen, jedoch Bürgschaften für deren Ausführung verlangt, Bürgschaften, welche zu gewähren die Pforte anscheinend außerstand ist. Die Aufgabe, diese Bürgschaften zu beschaffen, trat nunmehr an die Mächte heran, welche schon um ihrer eigenen Achtung willen ihre Vermittlung nicht nutzlos im Sande verrinnen sehen dürfen und welche den schwersten Erschütterungen des Osmanenreiches durch Umgrenzung des Aufstandes, wenigstens versuchsweise, vorzubeugen für nötig erachten."

Auch die andern Großmächte schlossen sich den Beschlüssen der Berliner Konferenz an, mit Ausnahme von England, und zwar, wie Lord Derby am 22. Mai im Oberhaus erklärte, weil die Konferenz erklärt habe, sie werde nach fruchtlosem Waffenstillstand wirksamere Mittel ergreifen; das bedeute aber das Prinzip einer bewaffneten Intervention sowie die Bedrohung der Unabhängigkeit der Türkei, wozu England nicht zustimmen könne. England rüstete auch sofort eine große Flotte aus, zumeist um fremden Kriegsschiffen die Einfahrt in den Bosporus und in die Dardanellen zu ver-

wehren. Auch das Deutsche Reich, Frankreich, Österreich und Italien sandten Kriegsschiffe in die türkischen Gewässer, um Unruhen in Saloniki zu unterdrücken. Dort waren bei einem Tumult, wegen eines christlichen Mädchens, das zum Islam übertreten sollte, der Konsul von Frankreich und der des Deutschen Reichs auf der Straße erschlagen worden, und die Pforte mußte notgedrungen ausgiebige Genugtuung leisten.

Abdul Aziz.

Nun trat aber am 30. Mai eine neue Wendung der Dinge ein, eine Palastrevolution in Konstantinopel. Sultan Abdul Aziz, der 1861 seinem Bruder Abdul Medschid in der Regierung gefolgt war, wurde „im Namen des Volkes" abgesetzt, weil er ein Verschwender sei und nicht imstand, die notwendigen Reformen durchzuführen. Sein Haushalt hatte jährlich 50 Millionen Franken gekostet, ein Zehntel aller Einkünfte des Reiches. Sein Harem zählte 12.000 Frauen (er war offenbar ein Sammler wie Salomo), diese Frauen verzehrten jährlich für 40.000 Franken Zuckersachen; seine Menagerie kostete jährlich über eine Million Franken; die Ausgaben für Pferde und Wagen betrugen jährlich $2^1/_2$ Millionen. Der unmittelbare Anlaß seines Sturzes war die Furcht, daß er die Thronfolgeordnung zugunsten seines Sohnes ändern wolle. Als sein

Murad.

Nachfolger wurde nun sein Neffe Murad V. ausgerufen, der Sohn des früheren Sultans Abdul Medschid. Abdul Aziz verfiel nach seiner Absetzung in Wahnsinn und öffnete sich mit einer Schere die Adern am Arme. Er starb am 4. Juni. Dieser offiziellen Version stand freilich der Verdacht eines unfreiwilligen Todes entgegen. Ein türkischer Major, der Tscherkesse Hassan, schoß als Rächer seines früheren Herrn am 15. Juni zwei Minister nieder, die die Umwälzung geleitet hatten; er wurde dafür am 17. gehängt. Der neue Sultan erklärte sich sofort zu Reformen bereit: er verzichtete auf einen Teil seiner Einnahmen und gab dem Präsidenten des Staatsrats den Auftrag, eine Verfassung auszuarbeiten. Auch bot er den Insurgenten Amnestie an, wenn sie sich unterwürfen; aber das wiesen sie zurück.

Infolge dieser Umwälzung überreichten die Mächte ihr neues Memorandum nicht förmlich, doch wurde es veröffentlicht und galt als Norm für die weiteren Schritte. Man forderte eine Verständigung mit den Aufständischen und einen zweimonatigen Waffenstillstand zu diesem Zweck. Man hielt die fünf Punkte der Note Andrassys aufrecht: Kultusfreiheit, Abschaffung der Steuerverpachtung, inländische Verwendung der direkten Steuern, Reform der agrarischen Verhältnisse, Notabelnversammlung; außerdem stellte man fünf weitere Punkte auf, entsprechend einer Denkschrift der Aufständischen: 1. Herstellung der zerstörten Häuser und Kirchen und Steuernachlaß für die Rückkehrenden; 2. Verteilung der Unterstützungen durch gemischte Ausschüsse; 3. Zurückziehung der türkischen Truppen nach einigen festen Plätzen. 4. Eh nicht die moslemischen Einwohner der Herzegowina ihre Waffen niedergelegt hätten, sollten es auch die Christen nicht müssen. 5. Überwachung aller Vereinbarungen von seiten der Großmächte.

Aber all das hatte gar keinen Erfolg. Der Aufstand verstärkte sich im Gegenteil immer mehr durch starke Zuzüge von Freischaren, besonders aus Montenegro. Zu Anfang Mai dehnte sich die Bewegung auch auf die Bulgarei aus. Man verlangte dort bereits vollständige Unabhängigkeit von der Türkei. Hinter all dem stand Rußland und erregte die Gemüter durch panslawistische Gedanken. In Wirklichkeit waren es nur panrussische Zwecke, die man in Petersburg anstrebte; man kümmerte sich wenig um die slawischen Völker, wenn sie nicht moskowitisch wurden. Und während das offizielle Rußland mit den beiden andern Kaisermächten die Rolle des Beschwichtigers spielte, unterstützte man unter der Hand den Aufstand durch Geld und andere Kriegsmittel. Besonders entschieden machte sich die russische Agitation in Serbien geltend. So kam dort am 7. Mai Ristitsch, das Haupt der Aktionspartei, an die Spitze des Ministeriums, und am 25. Mai wurde gar der russische General Tschernajeff, der Eroberer von Turkestan, zum Kommandanten der serbischen Armee ernannt. Schon rüstete Serbien und schickte Truppen an die Grenze. Ebenso kriegsbereit und kriegslustig zeigte sich Montenegro. Das widersprach den Absichten der Großmächte. Österreich und England erhoben in Belgrad und Cettinje mahnende Vorstellungen und bewogen Rußland, ein gleiches zu tun; das geschah wenigstens äußerlich. So war denn Serbien bemüßigt, auf eine Anfrage der Pforte wegen seiner Rüstung, friedliche Absichten vorzugeben; es handle sich nur um Heeresergänzungen und Übungen. Serbien schickte auch einen eigenen Agenten nach Konstantinopel mit der Forderung, Bosnien und die Herzegowina möchten mit Serbien unter Suzeränität der Pforte vereinigt werden. Das wurde jedoch abgelehnt. Aber der junge Fürst Milan wollte diesen Gedanken nicht ganz aufgeben. Freilich gelang es ihm nur, von den bosnischen Insurgenten zu ihrem Fürsten ausgerufen zu werden (28. Juni), während die Herzegowiner den Fürsten von Montenegro erkürten. Auf jene Proklamation sich stützend, richtete Milan eine Art Ultimatum an die Pforte, worin er wenigstens die Vereinigung Bosniens mit Serbien forderte, und ging am 29. Juni zur Armee ab.

Aufstand. Serbien. Milan.

Sehr bezeichnend ist Milans Kriegsaufruf an sein teures Volk vom 30. Juni: „Wenn wir uns noch länger zurückhielten, würde unsere Mäßigung als Schwäche, unser Schweigen als Furcht gelten, welche nicht würdig ist der Nachkommen der Duschan und der Milosch. Ich habe in Konstantinopel die Entfernung der türkischen Armee samt aller wilden Horden von unserer Grenze verlangt, da die serbische Armee im Namen der gerechten Selbstverteidigung, der Humanität und der brüderlichen Gefühle für unsere leidenden Brüder in die aufständischen Provinzen einmarschieren wird, um den Frieden herzustellen und um eine Ordnung auf den Grundlagen des Rechts und der Gleichheit, ohne Rücksicht auf die Religion der Einwohner, herzustellen.

Soldaten, Serben! Indem ihr die Grenze überschreitet, dürft ihr nicht vergessen, daß wir dem Prinzip der Integrität des ottomanischen Kaiserreiches insolang treu bleiben, als uns der Widerstand der türkischen Armee nicht zwingen würde, dem Waffenglück den Ausgang unserer heiligen Sache anzuvertrauen. Vergeßt nicht, daß in den Ländern, wohin wir kommen, eure Brüder wohnen, die euch mit offenen Armen als ihre Retter empfangen werden. Es gibt dort allerdings auch solche, die uns durch die Religion schon lange entfremdet wurden, aber auch diese sind der Sprache und dem Blute nach unsere leiblichen Brüder. Unsere Bewegung schließt allen sozialen Umsturz und religiösen Fanatismus aus. (Die reichen Grundbesitzer hatten den Glauben ihrer türkischen Herren seit dem 15. Jahrhundert angenommen.) Schont die Ausländer, erweist ihnen Gastfreundschaft, achtet die Grenzen der benachbarten (österr.-ung.) Monarchie und gebt keinen Grund zur Unzufriedenheit der k. k. Regierung, welche sich ein Recht auf unsere Dankbarkeit erworben hat, indem sie Tausende hilfloser Bosnier und Herzegowiner in ihren Schutz nahm und sie vor Hunger und Kälte schützte. Mit uns sind die tapferen Brüder Montenegriner und ihr ritterlicher Führer, mein Bruder, der Fürst Nikola[1]). Mit uns sind unsere wundervollen Helden, die Herzegowiner, und die vielgeprüften Dulder, die Bosnier. Unsere tüchtigen Brüder, die Bulgaren, warten auf uns; und von den glorreichen Hellenen können wir erwarten, daß die Enkel des Themistokles und Bozzaris sich nicht lange vom Kampfplatz fernhalten werden. Vorwärts also, meine edlen Helden, vorwärts im Namen des allmächtigen Gottes, des für alle Völker gerechten Vaters, im Namen des Rechtes, der Freiheit und der Bildung!"

Die Pforte beantwortete diese Herausforderung dadurch, daß sie den Fürsten Milan seines Vasallenrechtes für verlustig erklärte. Aber nun

Montenegro. schloß sich auch Fürst Nikola von Montenegro der Bewegung an; er rief am 27. Juni seine Helden zu den Waffen, erklärte am 2. Juli der Türkei den Krieg und fiel tags darauf in die Herzegowina ein, wo man ihn bereits am 26. Juni zum Fürsten ausgerufen hatte. Man schätzte die Streitmacht Montenegros auf 15.000 Mann, die Serbiens auf 80.000 Mann. — Man muß sich erinnern, daß Bosnien und Herzegowina durch Serbien und Montenegro fast ganz von den übrigen türkischen Gebieten abgeschlossen waren und nur durch den Korridor des Sandschaks Nowibazar mit ihnen zusammenhingen.

England. Seit der Thronbesteigung Murads leitete England die Politik der Pforte. Der frühere russische Einfluß war ganz geschwunden, da man mit Recht in Rußland den Feind der Türkei erkannt hatte. Aber auch Englands Protektorat war von zweifelhaftem Wert. Die liberale Opposition in England war ganz dagegen, daß man zugunsten der Türkei interveniere; in diesem Sinn sprach sich eine von John Bright geführte Deputation aus, die Lord Derby, der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, am 14. Juli also beantwortete: „Wir haben das Mögliche getan, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern, und wir werden unser Bestes tun, um ihn einzuschränken. Wir haben dem kranken Mann unsern Schutz zugesagt gegen jeden, der ihm

[1]) Dies und nicht die Koseform Nikita oder Nikizza ist der offizielle Name.

nach dem Leben trachtet, aber wir können ihn nicht schützen gegen Selbstmord oder natürlichen Tod. Eine Einmischung wird kaum nötig sein; wenn sich aber die Gelegenheit zu einer Vermittlung bietet, so werden wir sie ergreifen und, unter Vorbehalt der Freiheit und Unabhängigkeit des Handelns, mit ebensolchem Nachdruck wie die andern Mächte zur Befestigung des allgemeinen Friedens beitragen."

Der ehemalige Führer der englischen Liberalen, Gladstone, sprach sich entschieden dagegen aus, die Herrschaft der Türken noch länger zu stützen, so in der Schrift „Bulgarian horrors". Dieser Titel „Bulgarische Greuel" wurde sprichwörtlich; Gladstone meinte damit die Grausamkeiten der Türken gegen die aufständischen Bulgaren. Die Türken hinwider erklärten, den Aufrührern wäre nur volles Recht geschehen. Ja sie klagten geradezu die englische Revolutionspartei an, durch ihre internationalen Wühlereien den Brand auf dem Balkan insgeheim gelegt zu haben. Sie hätte auch selber die „Greuel" inszeniert. Immerhin übte Gladstones Schlagwort eine große Wirkung auf die öffentliche Meinung aus. Es war ja im Vorteil des intrigenreichen England gelegen, durch Revolutionen alles zu zermürben, unter dem Vorwand, für Freiheit, Menschlichkeit, für das Recht der kleinen Nationen zu kämpfen und so die Lösung der orientalischen Frage im Chaos zu sehen, wärend die richtige Politik für Mitteleuropa seit Metternich dahinging, die Türkei sich zum Freunde zu machen, sie zu kultivieren und zu kolonisieren, wie sich das durch Kaiser Wilhelms II. Vorgehen im Weltkrieg 1914 so trefflich bewährt hat. Die Klarheit in diesen großen weltgeschichtlichen Zielen fehlte damals ebenso Bismarck wie Andrassy und, wie ich gern gestehe, auch uns andern Zusehern der Weltgeschichte, und es ist nur zu wundern, wie sich trotzdem die Vernunft der Dinge immer mehr zur Geltung brachte.

„Bulgarische Greuel"

Die Botschaft der Königin Viktoria beim Schluß des englischen Parlaments, 15. August, mußte zugeben, daß alle Anstrengungen, den Krieg einzudämmen, ihn nur noch mehr ausgedehnt hätten. Und auch jetzt müsse man sich zurückhalten.

Zur Zurückhaltung hatte man allen Grund, da die Türken sich trotz allem ihrer Feinde wohl zu erwehren wußten. Als Serbien und Montenegro in den Kampf eingetreten waren, war der Aufstand fast im Erlöschen gewesen. Durch das Eingreifen der beiden Staaten gestaltete sich die Lage der Türkei auch nicht viel schlimmer. Der jetzt serbische, früher russische General Tschernajeff rief allerdings am 2. Juli sehr bombastisch: „Zu den Waffen, freiheitliebende Söhne des Balkans! Wir kämpfen um die heilige Idee des Slawentums, die nicht, wie unsere Feinde behaupten, die Herrschsucht und Präpotenz Rußlands in allen Weltteilen bedeutet, sondern die Idee der Gleichberechtigung des Menschengeschlechts. Wir kämpfen für die goldene Freiheit, deren sich alle Völker Europas, uns ausgeschlossen, bis jetzt erfreuen. Wir kämpfen für das orthodoxe Kreuz, wir kämpfen für die Zivilisation. Der Finger Gottes zeigt euch den Weg des Ruhmes. Wir werden nicht unterliegen; und sollte uns das wandelbare Glück verlassen, so wird dieser heilige Boden mit dem teuern Blute des russischen Brudervolkes getränkt, und diese Berge und Schluchten

Tschernajeff.

werden zum letztenmal vom Waffengeklirr und Kanonendonner erdröhnen. Wenn wir siegen, so werden wir im europäischen Völkerkonzerte jene Stelle einnehmen, die uns der jetzige günstige Zeitpunkt bietet. Es lebe die Eintracht der Völker des Balkans!" Man merkt hier den Stil des Petersburger Kabinetts.

Krieg. Aber den großen Worten entsprachen keineswegs die Taten. Die Pforte rief ihrerseits alle Muselmanen auf, sich zu bewaffnen und der Regierung beizustehen gegen die Feinde des Reichs, der Religion und der Nation. Vergebens versuchte ein serbisches Armeekorps unter General Zach, Novibazar zu nehmen, um die Verbindung mit Montenegro herzustellen und die Türken von Bosnien abzuschneiden. Aber diese ließen sich die entscheidende Stellung nicht nehmen und ergriffen bald auch die Offensive gegen Tschernajeff. Dieser mußte sich unverrichteter Dinge wieder auf serbischen Boden zurückziehen, zu gleicher Zeit schlugen auch die Türken den serbischen Oberst Leschjanin am Timok. Nur im schwer zugänglichen Montenegro hatten die Türken Mißerfolge; dort wurde Mukhtar Pascha nach einem allzu unvorsichtigen Einfall bei Vrbitza geschlagen, Osman Pascha gar gefangengenommen. Aber in Serbien drangen die Türken mit voller Macht ein, erstürmten Knjaschewatz, besetzten Saitschar und die Höhen von Javar, während Fürst Milan mit gescheiterten Hoffnungen von der Armee nach Belgrad zu seiner jungen Frau zurückkehrte und um Friedensvermittlung bei den Konsuln der Großmächte ansuchte. Ihn tröstete der Zar, indem er bei dem eben geborenen Söhnlein Patenstelle annahm. Die von England angebotenen Vermittlungsdienste wurden von beiden Kriegführenden abgelehnt, da sie sowohl den Serben wie den Türken mit Recht verdächtig erschienen. Verdächtig blieb auch das unausgesetzte Herumschnüffeln nach bulgarischen Greueln im Sinn Gladstones, da die Türkei von vorgefallenen Greueln nichts wissen wollte. Fürst Milan erklärte auf weiteres Andringen Englands, daß er sich nur den Wünschen der gesamten Garantiemächte fügen wolle und zugleich die guten Dienste dieser Mächte zur Einstellung der Feindseligkeiten zwischen der Pforte und Montenegro nachsuche (24. August).

Die Türkei wurde von einem anderen Unheil betroffen, da sich
Murad. immer mehr herausstellte, daß Sultan Murad ganz unfähig war zu regieren. Das hinderte alle Reformaktionen. Der Großvezier eröffnete wohl die Beratung des großen Pfortenrats über den Entwurf einer Verfassung mit dem Geständnis, daß die Türkei im Gegensatz zur Lage bei Ausbruch des Krimkrieges alle Sympathien der Mächte verscherzt habe, da sie keine ihrer Zusagen hielt. „Wir können angesichts der jetzigen kritischen Verhältnisse jetzt nur auf uns selber und auf den göttlichen Beistand zählen." Die Softâs protestierten in einem Schreiben an Midhat Pascha gegen die in seinem Verfassungsprojekt beabsichtigte Gleichstellung der Muhammedaner und Christen. Sie zitierten dafür die Koranverse: „Seid Brüder in derselben Rasse!" Und: „Wer nur einen Teil des Korans ansieht und nicht den andern Teil, verdient in diesem Leben Elend, in jenem Strafe." Weiter sagten sie: „Wir sehen keinen Grund, weshalb wir eine Konstitution oder

eine Nationalversammlung bedürfen. Wir haben die Christen unterworfen und das Land mit dem Schwert erobert, wir brauchen mit ihnen die Verwaltung des Reiches nicht zu teilen, noch sie an der Leitung der Regierungsgeschäfte teilnehmen zu lassen. Über die vom Sultan dekretierte bürgerliche Gleichheit der Christen mit den Muselmanen wollen wir uns keine Bemerkung erlauben. Aber wir müssen laut erklären, daß die Teilnahme der Christen an der Regierung eine Unmöglichkeit ist. Andere Länder, Rußland, England, Frankreich, lassen ihre muhammedanischen Untertanen, Tataren, Hindus, Araber, auch nicht an der Regierung teilnehmen. Wenn unsere Angelegenheiten schlecht stehen, so wird Gott, der uns bisher geleitet hat, uns auch aus diesen Verlegenheiten herausziehen; und wenn die Sperrung des Hafens von Klek uns hindert, unsern Truppen in der Herzegowina und in Bosnien Hilfe zu schicken, so werden wir schon einen andern Weg finden, um sie ihnen zu schicken. Wir sind in diesem Augenblick wie ein von Winden und Wellen umhergeworfenes Schiff; es muß nach seinem wahren Hafen segeln und kann in keinem andern Hafen als dem seiner Bestimmung Zuflucht finden." Klek.

Einstweilen beschloß die Regierung wenigstens eine Reorganisierung des Staatsrates. Es sollte da eine Rechtssektion errichtet werden, in der die gegen Staatswürdenträger anhängig gemachten Prozesse verhandelt werden konnten. Die Christen sollten fortan im Staatsrat im rechten Verhältnis der Einwohnerzahl vertreten sein. Schon jetzt waren zwei katholische Armenier, ein Hassunist und ein Antihassunist, im Staatsrat. Nachdem Midhats Reformpläne am Widerstand der reaktionären Partei gescheitert waren, ließ er sich vorläufig die Reform des Staatsrats angelegen sein. Vergebens versuchte der englische Botschafter Henry Elliot, eine Annäherung des Großveziers und des Präsidenten Midhat herbeizuführen. Eine Kommission von fünf Muhammedanern und drei Christen sollte die Reform der Landesverwaltung beraten.

Da sich der Wahnsinn des Sultans Murad immer deutlicher herausstellte, so daß man nicht einmal die Zeremonie der Schwertumgürtung, die einer Krönung entsprach, vornehmen konnte, wurde Murad durch einen Fetwa des Scheich ul Islam des Thrones entsetzt und dessen Bruder Abdul Hamid als Sultan anerkannt. Dieser Fetwa wurde der religiösen Sitte gemäß in der Form eines Gutachtens abgefaßt, folgenderweise: „Frage: Wenn der Herrscher der Gläubigen sich im Zustande der Geistesabwesenheit befindet, der ihn verhindert, die Leitung der Angelegenheiten des Staates und der Religion zu führen, und wenn die vom Gesetz festgesetzte Frist von zwei und einem halben Monat verstrichen ist, ohne daß eine Heilung eingetreten wäre, darf man den Kranken durch seinen gesetzlichen Nachfolger ersetzen, ja oder nein? Antwort: Ja." Abdul Hamid.

Dies geschah am 31. August. Der neue Sultan Abdul Hamid nahm die Huldigung in der Ejub-Moschee am 1. September entgegen. Am selben

Tag einigte sich eine Konferenz der Botschafter bei Elliot darüber, eine Einstellung der Feindseligkeiten von der Pforte nachdrücklich zu begehren. Diese fand aber darin eine Falle, da ihr damit für die folgenden Friedensverhandlungen jeder Vorteil entgangen wäre. Zudem nahm der geheime Zuzug von Russen über Rumänien nach Serbien immer größere Verhältnisse an, so daß Rußland, äußerlich der Freund der Pforte, in Wahrheit bereits ihr Kampfgegner geworden war. Das Namensfest des Zaren wurde von der serbischen Regierung und dem Volk am 11. September offen dazu benützt, um die Dankbarkeit für die starke russische Hilfe zum Ausdruck zu bringen.

Reform. Sultan Abdul Hamid setzte sein Reformprogramm am 10. September auseinander. Es sollte sich auf die Bestimmungen des heiligen Gesetzes gründen und durch einen „Generalrat" verbürgt werden. Ferner hieß es darin: „Es ist bekannt, daß der materielle und intellektuelle Fortschritt der europäischen Völker durch Wissenschaft und Kunst erreicht wurde. Gott sei gelobt und gedankt, allen Klassen unserer Untertanen fehlt es nicht an Fähigkeit und Geschick dazu." Die Friedensbedingungen, die die Pforte am 14. September Serbien auferlegte, waren freilich so hart, daß sie unannehmbar schienen und abgelehnt wurden. Die Folge davon war, daß die serbische Armee den Fürsten Milan auf Anregung ihres russischen Oberkommandanten Tschernajeff zum König von Serbien proklamierte. Österreich erklärte sofort, diesen Titel nicht anzuerkennen. Montenegro, dem gegenüber die Pforte nur auf dem Status quo ante bestehen wollte, verlangte eine Grenzverbesserung und einen Seehafen. Nikola war höchst ungehalten über die Königsgelüste Milans. Auch Rußland widerriet die Standeserhöhung.

Während die Pforte unter dem Druck der Mächte eine zehntägige Waffenruhe vom 16. bis 25. September bewilligte und eine neuerliche Untersuchung der „bulgarischen Greuel" versprach, wurden die Durchzüge russischer Freiwilliger nach Serbien auf den rumänischen Eisenbahnen immer bedeutender.

Armenier. Nun kamen auch die Armenier mit ihren Klagen und Wünschen und formulierten (20. Sept.) ihre Forderungen in folgenden sieben Punkten: 1. Regelung des Besitzrechtes der ausgedehnten Länderbesitze im Lande, die, obschon Privateigentum, von den Regierungsbehörden bestritten werden. 2. Befreiung der Bauernbevölkerung von den Herrenrechten. 3. Untersuchung der Klagen durch eine vom armenischen Patriarchate zu ernennende Kommission. 4. Regelung des Kirchen- und Klostereigentums. 5. Verbot des Übertritts zum Islam für minderjährige Armenier. 6. Ernennung einer Kommission durch das Patriarchat mit dem Sitz im Kultusministerium. 7. Zulassung christlicher Zeugen bei den Gerichten des Landes.

Bei der Verschiedenheit der Ansichten und Interessen der Großmächte einigte man sich dahin, den Status quo ante als Bedingung der Wiederherstellung des Friedens festzuhalten. Wenn aber auch die Pforte trotz ihres Sieges das allenfalls annehmen konnte, so widerstrebte dem

die Stimmung Serbiens, getragen von russischen Einflüssen. Der Generalstabschef Tschernajeffs erklärte, der Status quo ante mit einzelnen Lokalreformen würde der Todesstoß für Serbien sein. Das serbische Volk sei in Verzweiflung. Die europäische Diplomatie widerspreche der öffentlichen Meinung Europas. Der Entscheidungskampf zwischen Christen und Türken werde dadurch nur hinausgeschoben, zum Schaden des Orients. Der serbische Skupschtina-Ausschuß warf sogar der Türkei vor, sie habe durch ihre Friedensforderungen den Pariser Vertrag gebrochen, und nicht das angreifende Serbien.

Außer dem Status quo für Serbien und Montenegro verlangten die sechs Großmächte für Bosnien, die Herzegowina und Bulgarien lokale Autonomie und sofortigen Waffenstillstand. Letzteres lehnte Serbien ab. Die Pforte stellte den Friedensbedingungen der Mächte ihren Verfassungsplan gegenüber. Sie beschloß die Errichtung eines Reformrats, bestehend aus 30 Muselmanen und 30 Christen, und zwar für das ganze Reich. Die Großmächte sahen darin Ausflüchte und verloren noch mehr an Sympathie für die Türkei. Dazu schienen die Untersuchungen Barings, des englischen Botschaftssekretärs, die bulgarischen Greuel zu bestätigen.

Ein neues bewegendes Moment trat mit Ende September auf die Bühne des orientalischen Dramas. Die Griechen in Thessalien und in Griechen.
Epirus waren sehr aufgeregt darüber, daß sowohl auf dem Balkan wie in der europäischen Diplomatie nur von den Slawen des türkischen Reiches die Rede war; ja, es machte sich bereits der große Gegensatz zwischen den untereinander gemischten Griechen, Bulgaren, Serben u. s. w. geltend. Die Verhältnisse wurden durch diese Klärung noch verwickelter und schier unlöslich, außer wenn die Slawen und die Griechen sich gegenseitig ausrotteten; das war in der Tat der Anfang zu neuen wirklichen „Greueln".

Das Intrigenspiel aller politischen Parteien und Mächte zog sich ohne Ende hin. Der Zar versammelte in Livadia am 2. Oktober eine Livadia.
Konferenz russischer und ausländischer Diplomaten um sich, auch England, Österreich und das Deutsche Reich waren vertreten. Aber es kam nicht mehr zustande, als daß man der Pforte einen zweimonatigen Waffenstillstand zumutete, um den Mächten indessen Zeit zu lassen, sich über weitere Schritte zu verständigen. Die Türkei war bereit, auch einen noch längeren Waffenstillstand zu gewähren; im übrigen verwies sie auf die für das ganze Reich zu erlassende Verfassung, wodurch auch spezielle Reformen für Bosnien, Herzegowina und Bulgarien überflüssig würden. Da aber Rußland wieder in seiner zweideutigen Politik den Waffenstillstand ablehnte, begann auch die Türkei wieder die Offensive gegen Serbien, und zwar mit so entscheidendem Erfolg, daß Milan den Zaren um Hilfe rief (30. Okt.).

Disraeli kennzeichnete in einer Note und einer Tischrede die damalige Lage und erzählte, daß Graf Schuwaloff am 26. September den Vorschlag gemacht habe, die insurgierten Gebiete durch österreichische und russische Truppen zu okkupieren mit gleichzeitiger Flottendemonstration der Mächte im Bosporus. Darauf habe man sich auf eine Konferenz der Botschafter in Konstantinopel geeinigt. Aber es blieb zweifelhaft, ob man die Pforte dabei zulassen sollte. Großen Unwillen erregte in England der ganz offene Durchzug von russischen „Freiwilligen" durch Rumänien. Dem russischen Botschafter wurde von englischer Seite bedeutet, bei aller nationalen Entrüstung über die türkischen Greuel würde die Stimmung in England sofort umschlagen, falls man Konstantinopel bedroht sehe. Endlich appellierte England durch den deutschen Botschafter an die Berliner Regierung und ließ anfragen, ob sie die Möglichkeit sehe, den drohenden Bruch zwischen Rußland und der Pforte abzuwenden. Fürst Bismarcks Antwort vom 19. Oktober lautete dahin, die deutsche Regierung fühle sich nicht berechtigt, in ihrer gegenwärtigen Position einen Druck auf andere Mächte auszuüben.

Waffenstillstand.

Serbien, von der türkischen Armee aufs äußerste bedrängt, nahm endlich einen zweimonatigen Waffenstillstand am 1. November an. Ebenso Fürst Nikola von Montenegro am 2. November. Gleichzeitig sprach sich Fürst Karl von Rumänien in einer Thronrede vom selben Tag entschieden für Aufrechthaltung der Neutralität aus.

Der Zar.

Höchst bezeichnend für Rußlands hinterlistige Politik ist auch die Unterredung, die der Zar gleichzeitig in Livadia mit dem englischen Botschafter Lord Loftus hatte. Der Zar erklärte, er habe den Waffenstillstand durch ein Ultimatum verlangt, damit nicht das türkische Heer im völlig niedergeworfenen Serbien Greuel wie in Bulgarien begehe. Nun könne die Konferenz in Konstantinopel beginnen. Die Pforte habe durch eine Reihe von Manövern alle Versuche des gesamten Europas zur Beendigung des Krieges und zur Sicherung eines allgemeinen Friedens vereitelt. Der Zar sagte, wenn Europa gesonnen wäre, sich diese wiederholten Zurückweisungen seitens der Pforte gefallen zu lassen, so könne doch er es nicht länger mit der Ehre, der Würde oder den Interessen Rußlands vereinbaren. Er wünsche sehnlichst, sich nicht vom europäischen Konzerte zu trennen, aber der jetzige Stand der Dinge sei unerträglich, und wäre Europa nicht bereit, mit Festigkeit zu handeln, so müsse er es allein tun. Er bedauerte Englands Argwohn gegen die angebliche russische Eroberungspolitik. Alles, was man über ein „Testament Peters des Großen" oder über die Ziele Katharinas sage, sei Hirngespinst. Er betrachte die Eroberung Konstantinopels als ein Unglück für Rußland. Das habe auch sein Vater bewiesen, als er im Jahr 1828 mit seinem siegreichen Heer vier Tagemärsche von der türkischen Hauptstadt stand. Der Zar verpfändete sein heiliges Ehrenwort in der ernstesten und feierlichsten Weise, daß er nicht die Absicht habe, Konstantinopel zu erwerben, und daß, wenn die Notwendigkeit ihn zur Besetzung eines Teiles der Bulgarei nötigen sollte, dies nur vorläufig sein würde, bis Friede und Sicherheit der christlichen Bevölkerung gefestigt sei. Der Zar erwähnte des zum Beweis seinen Vorschlag, daß Bosnien durch Österreich, die Bulgarei durch Rußland besetzt werde und England eine Flottenkundgebung vor Konstantinopel leiten solle. Der Zar nannte es ferner abgeschmackt, wenn

England ihm Absichten auf Indien zumute. — Loftus erinnerte den Zaren, Loftus.
daß in Bosnien und der Bulgarei auch eine große muhammedanische und katholische Bevölkerung sei, auf die man Rücksicht nehmen müsse. Er erwähnte dann die angebliche Forderung Serbiens und Rumäniens, in unabhängige Königreiche verwandelt zu werden. Das wäre der erste Schritt zur Auflösung des türkischen Reiches in Europa. Die Geschichte lehre, daß es in früheren Zeiten ein Königreich Böhmen, ein Königreich Serbien und ein Königreich Polen gegeben habe; sie alle seien verschwunden und ihre Auflösung sei hauptsächlich durch innere Zwistigkeiten herbeigeführt worden. Wenn die Ansprüche Serbiens und Rumäniens nun zugelassen werden sollten, so würde das die Herstellung so vieler kleiner „Polen" bedeuten, die wahrscheinlich der republikanischen Staatsform zutrieben und weder dem Frieden noch der Sicherheit der benachbarten Staaten dienlich wären. Der Zar stimmte bei, das wäre eine „Sottise". Seine Erlaubnis für russische Freiwillige, nach Quittierung des russischen Dienstes ins serbische Heer einzutreten, sei nur als ein kalter Wasserstrahl auf die fieberhafte Aufregung vermeint gewesen. In der Tat habe sich die Begeisterung für die Serben sehr abgekühlt, nachdem so viele Russen zwecklos gefallen seien. — Loftus legte seinen Bericht über diese Unterredung dem Fürsten Gortschakoff vor; dieser fand ihn durchaus korrekt und den Anschauungen des Zaren entsprechend. Er bat sich eine Abschrift für diesen aus und machte nur die eine Bemerkung, der russische Vorschlag habe nur die Besetzung Bosniens durch Österreich, nicht die der Herzegowina gemeint.

Der Russe Tschernajeff legte den Oberbefehl über das geschlagene serbische Heer am 8. November nieder und überließ ihn dem Serben Hovatovic. Die Spannung ging nun aber immer mehr auf die Großmächte über. Disraeli führte beim Lordmayorsbankett in London eine geradezu Disraeli.
herausfordernde Sprache gegen Rußland. Er tadelte das russische Ultimatum, „ein häßliches Wort, wenn wir uns um eine friedliche Lösung bemühen, ... eine Klage wegen einer bereits bezahlten Schuld ... Ein Kongreß möge jene Regelung herbeiführen, die alle Menschen von besonnener Denkungsart in allen Ländern zu erzielen so besorgt sind. Es scheint uns, daß diese Konferenz auf einer breiteren Basis stattfinden sollte als durch eine bloße Versammlung von Diplomaten, die oft eine zu beschränkte Anschauung von Dingen gewährt. Ein dauernder Friede wird am besten durch Festhalten an den bestehenden Verträgen gesichert werden ... Es gibt kein Land, das an der Erhaltung des Friedens so interessiert ist wie England. Friede ist speziell eine englische Politik. England ist nicht angriffslustig, weil es nichts gibt, was es wünschen könnte. Es begehrt keine Städte, keine Provinzen. Aber es gibt auch kein Land, das für einen Krieg so gut vorbereitet ist wie das unsrige. Es wünscht nur sein beispielloses Reich aufrechtzuerhalten, das ebensosehr durch Sympathie wie durch Macht existiert. (Irland und die indischen Aufstände!) Unsre Hilfsquellen für einen Krieg sind unerschöpflich. Es ist kein Land,

das, wenn es sich auf einen Krieg einläßt, sich zu fragen hat, ob es einen zweiten oder einen dritten Feldzug ertragen kann. Läßt sich England auf einen Feldzug ein, so wird es nicht eher endigen, als bis Gerechtigkeit geübt ist!" — Das ist der Anfang jener britischen Großmäuligkeit, die wir aus dem Weltkrieg kennen.

Gegen Disraeli veranstalteten die Liberalen große Demonstrationen. Shaftesbury verlangte Zusammengehen mit Rußland, Aufhören der türkischen Herrschaft in christlichen Provinzen. Gladstone sagte, das Land mißbillige Disraelis türkenfreundliche Politik. Die Türkei habe den Pariser Vertrag von 1856 vernichtet, von England hiezu ermuntert. Fremde Intervention sei notwendig. Man müsse die anerkennenswerten Bestrebungen Rußlands unterstützen.

Auch der Zar fühlte am 10. November das Bedürfnis, sich in Moskau vor einer Deputation der Stadt und des Adels frei auszusprechen. Er sagte unter anderm: „Die Montenegriner haben sich in diesem ungleichen Kampf als wahre Helden gezeigt. Von den Serben kann man leider nicht dasselbe sagen, trotz der Anwesenheit unserer Freiwilligen, von denen viele ihr Blut für die slawische Sache vergossen haben. Ich weiß, daß mit mir ganz Rußland teilnimmt an den Leiden unserer Glaubens- und Namensbrüder. Für mich sind die Interessen Rußlands am teuersten; ich möchte russisches Blut schonen. Falls aber die Verhandlungen in Konstantinopel zu keinem Erfolg führen, habe ich die feste Absicht, selbständig zu handeln, und dann wird ganz Rußland meinem Rufe Folge leisten."

Unmittelbar darauf befahl der Zar die Mobilisierung von sechs Korps der Südarmee: über 220.000 Mann und über 600 Geschütze. Nebenmaßregeln waren ein Ausfuhrverbot für Pferde und eine große Anleihe. — Der Reichskanzler Gortschakoff begleitete diese kriegerischen Maßregeln mit einer Note vom 13. November: „Während die Diplomatie seit einem Jahre verhandelt, um die Übereinstimmung des Willens Europas in die Tat zu übersetzen, hat die Pforte Muße gehabt, aus den Tiefen Asiens und Afrikas den Heerbann der mindestdisziplinierten Kräfte des Islam aufzurufen, den muselmanischen Fanatismus zu erwecken und unter dem Gewicht der Masse die um ihre Existenz kämpfende christliche Bevölkerung zu erdrücken. Die Urheber der schrecklichen Metzeleien, welche Europa empört haben, fahren fort, sich der Straflosigkeit zu erfreuen. Unter diesen Umständen hat der Zar, fest entschlossen, für seinen Teil mit allen Mitteln das durch die Großmächte vorgezeichnete Ziel zu verfolgen, es für nötig erachtet, einen Teil seiner Armee zu mobilisieren. Er will den Krieg nicht und wird alles tun, ihn zu vermeiden; aber er ist entschlossen, nicht innezuhalten, ehe die notwendigen Prinzipien vollständig ausgeführt sind."

Gortschakoff.

Obwohl sich alle andern Mächte mit dem Konferenzprojekt Englands einverstanden erklärten, verlangte Rußland noch zuvor Garantien. Da Rußland die Türkei nur dann angreifen konnte, wenn es durch das neutrale Rumänien seine Truppen marschieren ließ, fragte sich die rumänische

Rumänien.

Regierung am 16. November telegraphisch bei allen andern Mächten an, wie sie sich in einem solchen Fall verhalten sollte. Unglaublicherweise ließen die Mächte diese Anfrage ganz unbeantwortet, obwohl sie es bei dieser Gelegenheit in der Hand hatten, durch einstimmigen Protest den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

Rußland konnte sich also infolge der Unentschlossenheit der andern Mächte als Herrn der Lage ansehen. Von diesem Bewußtsein war eine neue Note des Fürsten Gortschakoff vom 19. November geschwellt. Es hieß darin: „Die Erfahrung hat bewiesen, daß die europäische Aktion in der Türkei sich durch die Stipulationen vom Jahre 1856 zur Ohnmacht verurteilt hat, und daß die Pforte sich dies zunutze macht. Das Eingreifen der Großmächte in Syrien, in den vereinigten Fürstentümern, in Serbien und auf Kreta hat immer nur momentane Resultate erzielt. Niemals waren die Gewalttätigkeiten der Türken unerträglicher. Es ist notwendig, aus dem fehlerhaften Zirkel herauszukommen und zu erkennen, daß die Unabhängigkeit und Integrität der Türkei den durch die Humanität, die Gefühle des christlichen Europa und die allgemeine Ruhe geforderten Garantien untergeordnet werden müssen. Die Pforte hat zuerst die Verpflichtungen eingeschränkt, welche sie durch den Vertrag von 1856 gegenüber ihren christlichen Untertanen übernommen hat. Europa hat das Recht und die Pflicht, ihr die Bedingungen zu diktieren, unter denen allein es der Erhaltung der Türkei zustimmen kann; und weil die Pforte unfähig ist, diese Bedingungen zu erfüllen, so hat Europa das Recht und die Pflicht, sich an ihre Stelle zu setzen, insoweit es notwendig ist, die Ausführung jener Bedingungen sicherzustellen. Rußland ist dabei am lebhaftesten interessiert, aber es betrachtet diese Frage durchaus nicht exklusiv. Wir hoffen, in Übereinstimmung mit der britischen Regierung zu handeln, so daß die Prinzipien, welche beide Länder gemeinsam als die Grundlagen der Pazifikation des Orients angenommen haben, nicht, wie früher, ein toter Buchstabe, ein unfruchtbares Programm bleiben und den Frieden Europas gefährden."

Die Lage der Türkei war eine hoffnungslose. Man wollte eine Verfassung für das ganze Reich geben; die Mächte aber verlangten besondere Zugeständnisse und Bevorzugungen für einzelne Provinzen.

Mitte Dezember fanden Vorkonferenzen der Botschafter der Mächte unter dem Vorsitz Ignatieffs in Konstantinopel statt; sie führten nicht zu einer Vereinbarung, aber doch zu einer Verständigung, wobei freilich die verschiedenen Parteien unbefriedigt blieben. Am 23. Dezember wurde denn auch die neue türkische Verfassung feierlich verkündigt. Türkische Verfassung. Es galt, das osmanische Staatsrecht mit dem „deliberativ-konstitutionellen System" in Verbindung zu bringen. Eine schwierige Sache. Die Generalversammlung aller „Ottomanen" sollte aus dem Senat und der Deputiertenkammer bestehen. Der Unterricht sollte obligatorisch sein. Freiheit der Presse, Versammlungsrecht, Petitionsrecht, unabsetzbarer Richterstand u. dgl. war den westlichen Verfassungen entlehnt. Die Konferenzen in Konstantinopel nahmen ihren schleppenden Fortgang. Man betrachtete zu Ende des Jahres

die Lage nicht als allzu gefährlich, da man einerseits die Türkei für schwer krank, andererseits aber auch das russische Heerwesen für unheilbar zerrüttet hielt. Beide Voraussetzungen trafen nicht ganz zu.

Die Griechen waren von allen nichttürkischen Staaten am meisten bei der Lösung der orientalischen Frage beteiligt. Sie hatten an sich viel mehr Recht, sich als die Erben des byzantinischen Reiches zu betrachten, als etwa das tatarische Moskowien. Die griechische Regierung protestierte daher wiederholt gegen die von den Türken beabsichtigte und ausgeführte Ansiedlung von Tscherkessen in Thessalien. Der König der Hellenen kam eilig von seiner europäischen Reise zurück und wurde von seinem Volk aufgefordert, sich schleunig der von Türken und Slawen unterdrückten Hellenen außerhalb des Staates anzunehmen. Überall in der Türkei lebten die griechischen Hetairien wieder auf und es wurde reichlich zu nationalen Zwecken beigesteuert.

Die Lage im Persischen Golf, da, wo sich die türkischen und die indobritischen Interessengebiete begegneten, wurde angesichts der ganzen orientalischen Krisis immer wichtiger. Diese Wichtigkeit stieg bis zum Weltkrieg, bis zum Ausbau der Bagdadbahn. Ebenso trat die Frage des Mohammedanismus im mittelasiatischen Problem in den Vordergrund.

Nach dieser zusammenhängenden Übersicht über die orientalische Bewegung sollen die Verhältnisse in den verschiedenen Staaten betrachtet werden.

* * *

Deutsches Reich.

Das Deutsche Reich hatte indes alle Sorgfalt der Sicherung seiner Küsten und Grenzen zugewandt. Bismarck sprach im Reichstag (Februar) gegen die „permanente Kriegslüge", gegen die Verdächtigungen, als ob man Holland annektieren wolle. So habe es auch 1871 geheißen, man wolle die Ostseeprovinzen von Rußland erobern. Er leugnete auch nebenbei, daß es offiziöse Blätter gebe. „Blätter, die einmal zu Mitteilungen der Regierung gebraucht worden sind, werden gewöhnlich als

Reptile.

subventioniert bezeichnet und man wendet auf sie das Wort Reptil an. Wie entstand dies Wort? Ich nannte Reptile die Leute, die im verborgenen gegen unsere Politik intrigieren. Und nun hat man das Wort umgewendet und nennt Reptile gerade diejenigen, die das aussprechen, was die Regierung will. Ich erkläre, daß es auswärtige Reptile in diesem Sinn absolut nicht gibt." (Also nur innere?) Bismarck tadelte nicht den Krieg-in-Sicht-Artikel. „Der Krieg wird stets nur durch Minderheiten oder die Kabinette entzündet. Aber der ist doch ganz gewiß der Brandlegung nicht verdächtig, der zuerst Feuer schreit." (?) Für manchen Ärger wurde Bismarck am Geburtstag des Kaisers durch seine Beförderung zum General der Kavallerie entschädigt.

Mit Österreich stellte man sich schon dadurch besser, daß nach einem Armeebefehl des Kaisers vom 18. März die Militärgebäude am Tage der

Schlacht von Königgrätz nicht mehr beflaggen sollten. Dagegen wurde in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 7. April bei Gelegenheit des falschen Gerüchts von einer Thronentsagung des Zaren Alexander zugunsten seines für weniger deutschfreundlich geltenden Thronfolgers die deutsche Presse gewarnt, die Freundschaft Rußlands nicht zu überschätzen. Es bestünden wohl die engsten objektiven Interessen zwischen beiden Reichen, „aber gerade deshalb, meinen wir, sollte es sorgfältig vermieden werden, im Auslande den Schein zu erwecken, als ob von dieser Freundschaft für Deutschland alles abhinge". In diesem Sinn war denn auch die Berliner Konferenz vom 11. Mai zu beurteilen und anderseits die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit Kaiser Franz Josef in Salzburg, 19.—21. Juli; endlich auch die Sendung des Feldmarschalls v. Manteuffel nach Warschau zum Zaren, 2.—9. September. Die Thronrede vom 30. Oktober betonte die „guten Beziehungen mit allen Mächten und insbesondere mit den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näherstehenden". Freilich laste ein Druck auf Handel und Verkehr nicht bloß in Deutschland.

Großes Aufsehen erregte Dr. Jörgs Rede im Reichstag 6. November über die orientalische Frage: „Wir stehen jetzt vor der Lösung der Frage, welche als die wichtigste des Jahrhunderts und in ihren Konsequenzen als die letzte politische Frage betrachtet werden darf, bei der es sich um Grenzstreitigkeiten handelt. Die weiteren Fragen werden sozialpolitischer Natur sein . . . In meinen Augen wäre die beste Lösung der orientalischen Frage die, daß alle europäischen Mächte in neidloser Gemeinsamkeit zusammenwirkten, von der Türkei das leistungsunfähige Herrschaftselement abzunehmen und einen europäischen Vertragsfürsten einzusetzen, aber unter strengster Innehaltung des gesamten türkischen Ländergebiets. Eine Zertrümmerung der Türkei gemäß der russischen Politik darf nicht stattfinden. Sonst wird die türkische Frage die österreichische Frage. Es ist allerdings gesagt worden, daß Preußen und Deutschland weitab von den Grenzen der Türkei liege und kein direktes Interesse an der orientalischen Frage habe. Rußland ist das Zünglein an der europäischen Wage geworden, infolge der Ereignisse von 1866 und 1870. Man hätte nicht geschehen lassen sollen, was geschehen ist: Österreich ist aus Deutschland ausgeschlossen und als Großmacht in seinen Grundfesten erschüttert. In Süddeutschland besteht jedenfalls über die Haltung der Reichsregierung eine nicht geringe Aufregung; denn es handelt sich um die Donau, und ein guter Teil unserer Geschichte hat sich längs der Donau entwickelt. Wundern Sie sich also nicht, wenn jetzt manche Reminiszenzen erwachen, wo zu befürchten steht, daß die Donaumündungen in den russischen Machtbereich kommen. Es will etwas bedeuten, wenn der Zar selbst erklärt: daß er sich dem Willen der Nation werde beugen müssen. Wenn jetzt das Deutsche Reich und das deutsche Volk, bewaffnet bis an die Zähne, bei der großen Frage seine teuersten Interessen geopfert sehen muß, wird es an der Zeit sein, diese schwere Rüstung abzulegen, damit das Volk wieder aufatme, um nicht ausgeatmet zu haben im Augenblick des Entscheidungskampfes." Jörg.

Diese sehr ernste Rede hatte wohl Bismarck im Sinn, als er den Vorstand des Reichstages (auch drei Zentrumsmitglieder) am 1. Dezember zu Tische lud und nach aufgehobener Tafel sich sehr sympathisch über Öster- Bismarck.

reich aussprach. Wenn auch Österreich mit in den Krieg gezogen werden sollte, wenn Gefahren für dessen Bestand sich zeigten, so sei es Deutschlands Beruf, für den Bestand Österreichs und überhaupt im großen und ganzen für den der jetzigen Landkarte einzustehen. Deutschland werde dabei seine volle Uneigennützigkeit zeigen. Österreich habe übrigens eine große Lebenskraft, eine größere, als manche meinten. Das habe er auch dem Lord Salisbury bemerkt, und dies werde sich zeigen, wenn Kaiser Franz Josef unter Umständen selbst sich an seine Völker wenden sollte. Deutschland werde vorerst unbedingt neutral bleiben und dann im Interesse des Weltfriedens wirken. Deutschland wolle jedenfalls keine Gebietserweiterung auf Kosten der österreichischen Monarchie. Deutschösterreich sei unbedingt notwendig zur Erhaltung des Gesamtstaats, der auch ein Bedürfnis für das Deutsche Reich sei, da Ungarn und die slawischen Teile ohne Deutschösterreich sich nicht selbständig erhalten könnten. Bismarck behauptete, daß man die latente Widerstandskraft Österreichs unterschätze, auch den konstitutionellen Zerwürfnissen in Ungarn eine zu große Bedeutung beilege. Ein feierliches Eintreten des Kaisers mit dem Vollgewicht seines Ansehens würde die konstitutionellen Schwierigkeiten leicht beseitigen. Die Spitze dieser Ausführungen war zweifellos gegen Rußland gerichtet und gegen die Meinung, als habe das Deutsche Reich Verträge mit Rußland abgeschlossen. Bismarck schien gegen den Panslawismus die beiden großen germanischen Reiche Österreich und England ausspielen zu wollen.

Franz Josef.

In seiner Rede vom 5. Dezember im Reichstag schien Bismarck den großen Eindruck seiner Tischrede etwas dämpfen zu wollen, indem er auf eine Interpellation des fortschrittlichen und wenig türkenfreundlichen Abgeordneten E. Richter antwortete: „Wenn der Vorredner anführte, daß es ihm scheine, im ganzen Orient stecke kein Interesse, das so viel wert wäre wie ein pommersches Rittergut, so ist das irrtümlich, eine Legende, in der ein Stückchen Wahrheit steckt, aber ein bisserl Falschheit ist allweil dabei! Wir werden Deutschland die Beteiligung an dieser Bewegung nicht raten, solange wir nicht irgendein Interesse gefährdet sehen, welches auch nur die gesunden Knochen eines pommerschen Musketiers wert wäre, und ich glaube auch nicht, daß unsere Landsleute etwas für eine Politik einsetzen wollen, für die sie keine Interessen einsehen . . . Es wäre uns gar nichts verloren gewesen, wenn wir nicht bei der Pariser Konferenz dabei gewesen wären . . . Wir allein haben die Möglichkeit, unbeteiligt zu vermitteln, den Krieg zu verhindern oder zu lokalisieren, zu hindern, daß aus dem orientalischen Krieg ein europäischer werde, ein Krieg zwischen zwei europäischen Mächten."

Orient.

Im Innern Preußens und des Deutschen Reiches machte sich ein Zug zum Konservativismus geltend, der von den radikal Gebliebenen als

drohende Reaktion bezeichnet wurde. Auch die stärkere Beteiligung der Sozialdemokraten an der Politik muß als eine steigende Verstaatlichung der antistaatlichen Tendenzen gewertet werden. Der Gedanke Bismarcks, sämtliche Eisenbahnen in das Eigentum des Reichs übergehen zu lassen, erregte den Widerspruch der einzelnen Mittelstaaten und wurde als eine Art Mediatisierung empfunden.

Sprachenfrage.

In Preußen wurde die deutsche Sprache nun auch gesetzlich als ausschließliche Geschäftssprache festgestellt. Die nichtdeutsche Bevölkerung Preußens betrug immerhin zwölf Prozent; sie bestand aus 146.000 Litauern, 2,432.000 Polen, 50.000 Tschechen, 83.000 Wenden, 11.400 Wallonen, 145.000 Dänen und 30.000 andern nicht deutsch redenden Bewohnern: in Summa 2,897.000 Seelen. Von den Franzosen des Reichslands nicht zu reden.

Sozialismus.

Der Sozialistenparagraph wurde am 27. Januar im Reichstag abgelehnt, da man (außer für die Katholiken) nicht für Ausnahmsgesetze war. Vergebens setzte der Bundesbevollmächtigte Graf Eulenburg die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie auseinander; zu diesem Zweck las er einige Stellen aus der sozialistischen Presse vor: „Die sozialdemokratische Partei ist eine revolutionäre; sie auf den Boden des Parlamentarismus stellen, heißt sie vernichten. Die Wahlen haben für sie nur agitatorischen Zweck." — „Tut, was ihr Lust habt, aber Eines laßt euch gesagt sein, um die Revolution kommt ihr nicht herum! Die Sozialisten sind jeder Religion feind, die an eine Gottheit glaubt. Christentum und Sozialismus sind wie Wasser und Feuer." — Lasker entgegnete: „Glaubt denn die Regierung, die freie Bewegung einzudämmen, die Freiheit der Presse, das Versammlungsrecht, das allgemeine Wahlrecht? Alles Vorgelesene hat wenig Bedeutung. Man kann nicht die freie Diskussion jedes wirtschaftlichen Fortschrittes abschaffen. Wenn mit so leichten Waffen die Sozialdemokratie niederzuhalten wäre, dann braucht kein Mensch Furcht vor ihr zu haben. Wir können eine solche Strafbestimmung nicht annehmen, weil sie ohne Wirkung bleiben würde." Aus einem gleichen Bedenken heraus wurde auch der sogenannte verstärkte Kanzelparagraph abgelehnt, in dritter Lesung aber endlich doch angenommen. Auch ein anderes Ausnahmegesetz, der sogenannte Arnim-Paragraph, wurde am 29. Januar angenommen gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und des Zentrums.

Bismarck warf in den Februardebatten die Schuld an dem geschäftlichen Druck auf die sozialdemokratischen Umtriebe. Diese „haben sicherlich die deutsche Arbeit verteuert und vermindert. Der deutsche Arbeitstag bei gleichem Lohn leistet weniger als der französische und englische. Der ausländische Arbeiter arbeitet mehr und geschickter als der deutsche, und dadurch sind wir konkurrenzunfähig geworden. Die sozialistischen Umtriebe haben die Leute auf unrealisierbare Hoffnungen verwiesen, die sie von regelmäßiger fleißiger Arbeit abhalten, und deshalb klage ich die Führer an, daß sie an der Not des Arbeiterstandes wesentlich mit Schuld sind. Wenn diese Zustände fortdauern, so gehen wir der Verarmung entgegen. Ich möchte doch dazu auffordern, daß etwas dagegen geschieht. Wenn hier einer der sozialdemokratischen Abgeordneten spricht, so ist es

hergebracht, darauf nicht zu antworten, ihn zu behandeln, als ob er aus einer andern Welt spräche, mit der wir uns hier nicht zu befassen haben. Ich halte diese Methode für verkehrt. Ich würde, wenn ich Abgeordneter oder ein vollständig gesunder und arbeitsfähiger Minister wäre, vielmehr den Theorien, die dort aufgestellt werden, fest zu Leibe gehen. Es ist im Sozialismus doch viel Neues hervorgetreten. Wir beobachten die ganze Bewegung viel zu wenig. Ich glaube auch, daß wir durch offene Diskussion den Gegengründen gegen die Utopien der sozialistischen Lehre ein größeres Gewicht und Publizität verschaffen können. Aber so haben die Mörder und Mordbrenner der Pariser Kommune hier eine öffentliche Lobeserhebung erhalten, ohne daß eine entgegengesetzte Ansicht ausgesprochen wurde." — Der Reichstag genehmigte unmittelbar darauf (8. Februar) das Arbeiterhilfskassengesetz.

Arnim. Die gerichtliche Verfolgung des Grafen Arnim wurde mit Erbitterung fortgesetzt. Bismarck nahm es dem Grafen sehr übel, daß er sich einmal geäußert hatte, Bismarck sei nach Richard Wagner der berühmteste Deutsche dieser Zeit. Sonst hatte Bismarck die Zerfahrenheit und den Partikularismus auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens zu beklagen. Es gab 63 Eisenbahn-
Delbrück. territorien, wovon über 40 auf Preußen fielen. Der Rücktritt Delbrücks, des Präsidenten des Reichskanzleramts, wurde mit dieser Frage in Verbindung gebracht, Bismarck behauptete freilich, mit Unrecht. Bismarck beruhigte auch die Schwarzseher, die da fürchteten, „daß Einheit und Freiheit auf der ersten Reichslokomotive davonlaufen würden". Auch mit dem Vorschlag, das Berliner Zeughaus in eine preußische Ruhmeshalle zu verwandeln, hatte die Regierung keinen Erfolg. Es entspann sich allgemach ein „preußisch-sächsischer Eisenbahnkrieg".

Vergeblich suchte der Freiherr v. Thüngen auf der landwirtschaftlichen Versammlung zu Schweinfurt das Programm der „vereinigten Agrarier und Orthodoxen" zu entfalten. Auch die Erwartung, daß sich der Reichskanzler von den Liberalen abwenden und den neuen Agrariern anschließen werde, erfüllte sich nicht. Die Liberalen empfanden es aber doch auch als bedenklich, daß der Kaiser und König am 7. Juni den Präsidenten des Reichskanzleramtes v. Hofmann, einen Hessen, und den Staatssekretär des Aus-
Bülow. wärtigen v. Bülow,[1]) einen Mecklenburger, zu preußischen Ministern ernannte. Man fand das einen Rückschritt des konstitutionellen Lebens, während die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" all das als durch den „Hegemonieberuf Preußens" gefordert ansah.

Windthorst sprach darüber am 23. Juni: „Wir haben seit der Entstehung des Norddeutschen Bundes u. s. w. die allerkurioseften staatlichen Bildungen erlebt. Fürst Bismarck wurde zugleich Reichskanzler und Präsident des preußischen Staatsministeriums. Er bedurfte bei seinem häufigen Urlaubsbedürfnis eines Vertreters (Delbrück) ... Es ist klar, daß durch diese Schwankungen und Manipulationen ohne Zutun des Hauses Unsicherheiten in die Verhältnisse der höchsten Landesbehörde kommen ... Dieser Zustand ist

[1]) Vater des späteren Reichskanzlers.

unverträglich mit dem konstitutionellen Prinzip." Auch Virchow sagte: „Wir würden uns freuen, wenn das Ministerium Fühlung mit der parlamentarischen Majorität behielte, das scheint aber derjenige Minister nicht zu tun, welcher durch Sturm und Drang der Konfliktszeit bis jetzt regiert ... Wir haben kein Ministerium, sondern nur eine Sammlung von Ministern. Wir bekommen untergeordnete Beamte des Reichskanzleramtes zu preußischen Ministern. Es wäre vielleicht wünschenswert im Interesse der Nationalentwicklung, wenn der König von Bayern die beiden Herren in sein Ministerium beriefe ... Es ist ein Zeichen der unglaublichen konstitutionellen Schwäche, in der wir uns befinden ... Wenn der Reichskanzler ganz nach seinem Belieben unsere höchsten Institutionen ändern kann, dann danken wir doch lieber gleich ab; wozu denn überhaupt noch dieses parlamentarische Wesen?"

Großes Aufsehen erregte der Bericht des deutschen Jurymitglieds für die Weltausstellung in Philadelphia, Professor Reuleaux von Berlin, der sich sehr scharf über die Leistungen der deutschen Industrie aussprach: „Es darf nicht verhehlt werden, daß Deutschland eine schwere Niederlage auf der Philadelphier Ausstellung erlitten hat. Unsere Leistungen stehen in der weitaus größten Zahl hinter denen anderer Nationen zurück. Leider ist auch die Presse, vor allem die deutschamerikanische, schonungslos über unsere Ausstellung hergefallen. Wir haben Wahrheiten der bittersten Art hören müssen." Deutschlands Industrie habe das Grundprinzip: billig und schlecht. Deutschland kenne in den gewerblichen und bildenden Künsten keine anderen Motive mehr als tendenziös patriotische und lasse dadurch den andern Nationen seine Industrie als Repräsentation des Chauvinismus nnd Byzantinismus erscheinen. Endlich zeige sich Mangel an Geschmack im Kunstgewerblichen und Mangel an Fortschritt im rein Technischen. — Um so rühmenswerter war der Erfolg der allgemeinen deutschen Kunst- und Kunstgewerbeausstellung in München (Juni). Reuleaux.

Eine neue „deutschkonservative Partei" der früheren Feudalen suchte im Juli das Zentrum zu sich herüberzuziehen, aber ohne Erfolg; die „Germania" erklärte: „Ob die einzige und alleinige Souveränität des Staates aktiv vom Standpunkt der Staatsomnipotenz oder passiv vom Standpunkte des evangelischen Kirchenbegriffs ausgesprochen wird, ist für uns gleichgültig."

Bei den Wahlen im Juli machte sich die Agitation der Sozialdemokraten durch ihre 38 Blätter sehr bemerkbar. Der Kongreß in Gotha (24. August) wandte sich an die Proletarier aller Länder. Er stellte sich dem Kampf zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüber. In der Eisenbahnfrage sprach er sich gegen die Privatbahnen aus, aber auch gegen die Vereinigung aller Eisenbahnen des Reiches, da dies nur die Interessen des Klassen- und Militärstaats fördere und den Börsenjobbern Gewinn brächte. Albr. Dulk aus Stuttgart, der Dichter und Religionsphilosoph, bekannt durch sein Christusdrama und durch seine Bigamie mit einem poetischen Schwesternpaar, beantragte die Gründung einer sozialistischen Universität, einer „Genossenschaftsschule" in Leipzig, was aber Sozialismus.

abgelehnt wurde. — Die Gesellschaft für internationales Recht tagte am 25. September in Bremen, und am Tage darauf der volkswirtschaftliche Kongreß als Kampfplatz der Schutzzöllner und Freihändler.

Es fiel auf, daß Bayern in der Abschaffung der unpraktischen Kürasse dem Vorgang Österreichs folgte, ohne eine Regelung dieser Frage durch die preußische Kriegsverwaltung abzuwarten.

Der Streit um die neuen Reichsjustizgesetze sprengte die Fortschrittspartei von den Nationalliberalen hinweg, da jene darin einen Rückschritt in der freiheitlichen Entwicklung sah; derselben Ansicht war das Zentrum.

Miquel. Miquel, dereinst ein Hauptführer des Nationalvereins, sagte in einer am 10. April zu Leipzig gehaltenen Rede: „Wir leben jetzt in einer Zeit der Revolution, aber wir merken es nicht, weil alles so gemütlich dabei abgeht. Als ein Glück müssen wir es betrachten, daß sich diese Revolution ohne Gewalt und unter Führung der Monarchie vollzieht, und das dürfen wir dem Fürsten Bismarck als das größte Verdienst anrechnen." Darüber schrieben aber die „Historisch-politischen Blätter" (77, 809): An die Stelle der alten preußischen Monarchie sei allerdings der regierende Fürstkanzler getreten, der mehr zerstört als aufgebaut, mehr innerlich veruneinigt als äußerlich geeinigt habe. „Der äußere Friede von einem Tag zum andern auf die Spitze des Schwertes gestellt; der innere Friede im religiösen Gefühle des Volkes zerstört; der konfessionelle Haß und der Kampf gegen die katholische Kirche sogar in die internationalen Beziehungen eingeführt; die eigene (evangelische) Landeskirche der Zerrüttung preisgegeben; Land und Reich mit einem konfundierenden Strom neuer Gesetze überschwemmt; die sozialen Zustände bebend unter dem Krach der Schwindlerära und der Unterbilanz in Handel und Industrie — und über das alles nun eine Zentralisation, für die es noch kein Beispiel in Europa gibt. Für den Verlust der idealen Güter soll der bare Materialismus entschädigen und der soll das Reich zusammenkitten mit den Mitteln brutaler Gewalt!"

C. Wilmanns in Berlin schrieb über „Die goldne Internationale und die Notwendigkeit einer sozialen Reformpartei". Bei der Besprechung dieser Schrift stellen die „Historisch-politischen Blätter" (77, 612) sehr treffend dem Prinzip des Liberalismus, der Majorität, das konservative Prinzip: die im objektiven Rechte wurzelnde Autorität gegenüber. Jenes ist Absolutismus der Parlamentsmajorität, dies Ausübung der zustehenden Rechte.

Religion. Die religiösen Fragen schienen nur deshalb zurückzutreten, weil sich die Kräfte von allen Seiten bereits gemessen hatten. Es handelte sich nicht mehr um große entscheidende Schlachten, sondern um Stellungskämpfe. Der Zentrumsführer Freiherr v. Loë erklärte aber am 6. Januar in einer Versammlnng zu Bochum nachdrücklich, daß an einen Frieden zwischen Staat und Kirche nicht eher gedacht werden könne, als bis die Maigesetze gänzlich beseitigt seien: wer das Gegenteil behaupte, suche geflissentlich andere zu täuschen oder täusche sich selbst. Gegen den (Mainzer) Verein deutscher Katholiken trat das preußische Obertribunal auf mit dem

Beschluß der Auflösung. Hauskollekten wurden den (katholischen) Vereinen untersagt oder erschwert. Gegen den Erzbischof von Köln wurde der Absetzungsprozeß eingeleitet. Auch Windthorst sprach sich am 17. Januar bei Gelegenheit der Feier seines 64. Geburtstags entschieden gegen alle und jede Kompromißgedanken im Kulturkampf aus; die ganze Zentrumsfraktion müsse an den Lehren der Kirche und an den Grundsätzen des Rechtes festhalten. Den Gegnern war es sehr unbequem, daß sich die päpstliche Nuntiatur in München als „eine wertvolle Position für die Kurie im Kampfe gegen das Deutsche Reich" zu erweisen schien. „Es zeigt sich (hieß es), wie sehr die Münchener Nuntiatur dem Vatikanismus zustatten kommt". Windthorst.

Peter Reichensperger schrieb über „Kulturkampf oder Friede in Staat und Kirche" und sah nur drei Wege zum Frieden: Wiederaufnahme der abgeschafften drei Verfassungsartikel, oder Abschluß eines Konkordats mit Rom, oder Trennung von Staat und Kirche. Bischof Räß von Straßburg sprach sich in einem von der Regierung unterdrückten Fastenhirtenbrief besonders gegen die gemischten Schulen aus. Kulturkampf.

Die preußische Regierung wollte die Aufsichtsrechte über die katholische Vermögensverwaltung wieder einführen und so den Zustand vor 1848 wiederherstellen, wo man so viele Rechte „kopflos" an die Kirche preisgegeben hatte.

Wie energisch Bismarcks Hand auch über die Grenzen des Reiches hinausgriff, zeigte die Tatsache, daß der holländische Justizminister den abgesetzten Bischof Martin von Paderborn am 18. März anweisen mußte, seinen Aufenthalt nahe der preußischen Grenze aufzugeben und sich noch weiter nach England zurückzuziehen. Die Türen zum Kirchenvermögen in Münster ließ die Regierung gewaltsam aufbrechen. Dort aber, wo die Regierung den Altkatholiken katholische Kirchen zur Mitbenützung übergab, verzichteten die Katholiken ihrerseits auf die Benützung. Die Regierung verbot auch die öffentliche Feier des Papstjubiläums, hob in Münster das Priester- und Knabenseminar auf und belegte den reichen Fundus für auswärtige Missionen mit Beschlag. Durch den Tod des Bischofs Eberhard von Trier blieb die sechste Diözese in Preußen verwaist (nach Fulda, Posen, Breslau, Paderborn und Münster). Nun erklärte am 28. Juni der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten auch den Erzbischof von Köln seines Amtes entsetzt. Erzbischof Ledochowski ließ sich trotz seiner Absetzung nicht hindern, von Rom aus den Pfarrer Brenk unter Androhung der Exkommunikation zum Widerruf seiner Anerkennung der preußischen Staatsgesetze aufzufordern. Mit gleichen Drohungen trat er dem Skandal der „staatskatholischen" Geistlichen entgegen.

Großes Aufsehen erregten im Juli Muttergotteserscheinungen, die zu Marpingen (Trier) drei Kindern zuteil geworden sein sollen. Die Regierung schritt mit Polizei und Militär ein und ließ die gläubige Menge, die den Schauplatz des Wunders besuchte, mit Gewalt auseinandertreiben. Marpingen.

Der Gemeinde Marpingen wurden auch die Kosten für die Überwachungsmaßregeln durch einen Zuschlag von 115 Prozent zur direkten Steuer zur Last gelegt. Der Pfarrer wurde unter der Anklage des Betrugs gefänglich nach Saarbrücken geschleppt, der „Gnadenbrunnen" wurde verschüttet. Die drei hellseherischen Kinder wurden in eine (paritätische) Waisenanstalt geschafft, nachdem sie ihre Erzählungen über die Erscheinungen der Mutter Gottes und des Teufels „in der Hauptsache" widerrufen hatten. In einem Riesenprozeß wegen Betrugs wurden aber alle 20 Angeklagten freigesprochen. Die kirchliche Untersuchung hat die Angaben der drei achtjährigen Mädchen nicht bestätigt, aber wenn auch die Erscheinungen echt gewesen sein sollten, so wäre es nicht zu verwundern, daß sich alles Überirdische vor einem so energischen Aufgebot der weltlichen Gewalten zurückzog.

In Bayern ergab sich eine Differenz zwischen der Richtung des Zentrumsführers Dr. Jörg und des allzu radikalen Katholiken Dr. Sigl.

Katholikentag.

Die Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands (in München, 10. September) protestierte neuerlich gegen das Staatsschulmonopol auf allen Gebieten und Stufen, forderte die konfessionelle Schule, „weil die religiös-sittliche Erziehung den gesamten Schulunterricht durchdringen soll und nicht im bloßen Religionsunterricht aufgehen kann. Die Kirche hat auch die natürliche Rechts- und Lebensordnung des Menschen und der Menschheit mit der Macht und Weihe ihrer Lehre zu schützen, zu durchdringen, zu beleben. Die Volksschule hat der Kirche und der christlichen Familie als Hilfsanstalt zu dienen. Sie ist nicht eine bloße ‚nationalpatriotische Kulturanstalt'; sie lediglich als eine solche erklären und behandeln, heißt sie ihrer wahrhaft nationalen und echt patriotischen Aufgabe entfremden und der Korruption preisgeben. Das christliche Volk wird sich aber nie berufen fühlen, seine Kinder als Versuchsmaterial für derartige Experimente auszuliefern."

Der gesamte katholische Episkopat Preußens legte im September beim Ministerium gegen das mit dem 1. Oktober in Kraft tretende Gesetz über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung katholischer Diözesen zu gunsten der schwer beeinträchtigten Rechte der Kirche rechtliche Verwahrung ein, jedoch mit dem Beifügen, daß die durch das Gesetz Betroffenen in ähnlicher Weise, wie solches gegenüber dem Gesetze vom 20. Juni 1875 betreffend die Vermögensverwaltung in den katholischen Pfarrgemeinden geschah, sich genötigt sehen würden, zur Ausführung des Gesetzes insofern mitzuwirken, als dies zur Abwendung der durch das Gesetz für den Fall der Renitenz angedrohten schweren Nachteile notwendig erschiene. Man konnte das kaum einen moralischen Sieg der Regierung nennen. Ebensowenig die Verurteilungen des Bischofs Brinkmann von Münster und seiner Mithelfer beim Verschwinden der von der Regierung gesuchten Akten und Wertsachen zu einem Jahr Gefängnis und mehr (7.—14. Dez.). Mir ist noch von Augenzeugen, Protestanten, die furchtbare, empörende Wirkung dieses ganzen Vorgehens auf alle, auch antiklerikale Gemüter in eindringlicher, unvergeßlicher Weise geschildert worden, wie sie kein Zeitdokument wiedergeben kann.

In Bayern drang die Regierung mit ihren Bischofskandidaten allzu gemäßigter Richtung gegenüber dem Volk und der kirchlichen Autorität nicht durch.

In Kevelaer, dem allbekannten Wallfahrtsort, wurde am 26. Mai die Exmission der sämtlichen Geistlichen aus dem Kloster vollzogen.

Ketteler. Bischof Ketteler korrespondierte mit seiner Großnichte, der jungen Gräfin Auguste Droste zu Vischering, die nach der staatlichen Aufhebung des Pensionats der Salesianerinnen zu St. Mauritz bei Münster mit den Schwestern in das Kloster von der Heimsuchung zu Paris übergesiedelt war. Auch ein merkwürdiges Zeichen der Zeit. In einem Brief vom 19. Januar an Freiherrn v. Hertling in Bonn nahm Ketteler freudig Kenntnis von dem Plan, bei Gelegenheit der bevorstehenden Görresfeier eine (Görres-) Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland zu gründen: „Das Bedürfnis, Vereine und Anstalten für diesen Zweck ins Leben zu rufen, ist in keinem Lande größer als in Deutschland, wo die Gegner der christlichen Weltanschauung an Zahl, Tätigkeit und Mitteln aller Art übermächtig sind, die katholische Kirche aber selbst gefesselt und gedrückt, aller Bildungsanstalten beraubt ist. Da kann ein freier Verein, in welchem sich katholische Gelehrte und Freunde der katholischen Wissenschaft sammeln, um über unsere traurige Lage in dieser Hinsicht und über die Mittel der Abhilfe sich nachhaltig zu beraten . . ., eine große Bedeutung erlangen. Ich begrüße daher diesen Verein mit warmer Teilnahme und glaube, daß unter den vielfachen Bemühungen für Befriedigung unserer dringendsten katholischen Bedürfnisse keine wichtigere ist als diese. Möge Gott diesen Plan segnen und ihn wie das Senfkörnlein zu einem großen Baum heranwachsen lassen, der seine Früchte über das ganze deutsche Vaterland verbreitet." Das Komitee der Görresgesellschaft bestand aus den Namen: Jul. Bachem, Binder, Haffner, Heinrich, Hergenröther, Freiherr v. Hertling, Hopmann, Janssen, Kaufmann, Simar, Stöhr. — Über seine Teilnahme an der Konsekration des Erzbischofs von Salzburg schrieb Ketteler am 10. November: „So viel auch die österreichischen Verhältnisse zu wünschen lassen, so war es mir doch eine wahre Herzensfreude, in einem Lande zu weilen, in dem nicht die heilige Kirche so offen mit allen Waffen bekämpft wird wie bei uns." — Wegen angeblicher Beleidigung des Oberpräsidenten v. Kühlwetter mußte sich Ketteler vor Gericht verantworten.

Görres-Gesellschaft.

Hist.-pol. Blätter. Die „Historisch-politischen Blätter" schilderten, „was in Preußen die Polizei kann". Von Österreich sagten sie (77, 644): „Während wir alle Macht des Reichs und des Staats samt allen Inhabern derselben feindlich gegen uns haben, hat der Kaiser von Österreich seit Jahren der starken Stütze entgegengeharrt, welche von der großen Mehrheit der konservativen Katholiken hätte aufgebracht werden können und sollen." Das Wort des roten Prinzen Napoleon vom Juli 1866 wird zitiert: „Das erste Hindernis der Revolution ist Österreich, Österreich ist die mächtigste Stütze des Katholizismus." — Sehr beherzigenswert sind auch folgende Worte (77, 646): „Das preußische Interesse an der orientalischen Frage bezieht sich wesentlich auf Österreich, wie auch das Schicksal dieses Reichs mit dem Schlußakt der türkischen Existenz so unauflöslich zusammenhängt, daß die beiderseitige Entscheidung unfehlbar in Eins zusammenfallen wird. Alle Verrätereien an der habsburgischen Monarchie haben ihren natur-

notwendigen Bezug auf den Orient." — Dr. Jörg trat hier für eine Kombination des kleindeutschen und des großdeutschen Gedankens ein, wobei weder Österreich noch das Deutsche Reich zu kurz käme. Denn: „Welchen Vorteil hat überhaupt der Kaiserstaat (Österreich) aus der bisherigen Art des Verbands mit Deutschland gezogen? Ich habe vor Jahren einen österreichischen Staatsmann gesprochen, der die vielen Millionen, die Österreich seit 1813 für Deutschland ausgegeben, an den Fingern hergezählt hat: um den Ersatz für alle diese Opfer zu berechnen, dazu hat er keinen einzigen Finger gebraucht; denn es war nichts. Österreich ward im Stiche gelassen 1854, 1859, 1863, 1864 — und soeben wird es wieder im Stiche gelassen von denen, über die es 50 Jahre lang seinen schützenden Schild gehalten" (77, 656). Jörg schlug als Vermittlungsbasis vor: „Österreich erhebe keinen Einspruch gegen die Einsetzung des deutschen Parlaments und einer Zentralgewalt; aber es werde sich selbst weder hier noch dort beteiligen und sich nur das Veto in bezug auf seine erübrigenden Rechte im Bund vorbehalten . . . Österreich verlange aber die Einsetzung eines Bundesgerichts. Es werde die Organisation desselben mit dem Parlament und den Kabinetten vereinbaren und behalte sich seinen Einfluß bei Besetzung dieses höchsten Gerichts vor. Daß eine solche Einrichtung ganz besonders geeignet wäre, das Prinzip von der Teilung der Gewalten und von der Unabhängigkeit der Justiz im neuen Bunde zur Wahrheit zu machen, leuchtet ein." Die Idee eines Bundesgerichts geht auf Graf Rechberg zurück. Jörg will einen Fußfall machen, um den Kaiser von Österreich für diesen neuen Bund zu gewinnen. Dieser hätte ihn aber wohl an Bismarck verwiesen. — Die Politik der Großmächte wird als eine allzu negative bezeichnet.

Bei Gelegenheit des „bißchen Herzegowina" wird an den ersten Plan zur Teilung der Türkei erinnert, wo der Zar 1828 Preußen als Kompensation Belgien und die Niederlande anbot.

Janssen. Johannes Janssen veröffentlichte den ersten Band seines großen und lange erwarteten Werks über die deutsche Geschichte der neuern Zeit: „Geschichte des deutschen Volks seit dem Ausgange des Mittelalters." Er schöpfte die Anregung dazu im Umgang mit seinem Meister Böhmer. Mit einer immensen Kenntnis der Quellen und einem rastlosen Bienenfleiß verband er Feinheit der geistigen Auffassung und empfängliche Herzenswärme. Janssen schilderte das 15. Jahrhundert als das der eigentlichen deutschen Reformation, dem dann das Jahrhundert der Revolution folgte. Das deutsche Volk stand vor Luthers Auftreten auf dem Weg zur geistigen Vorherrschaft in Europa. Die Sprache war noch urtümlich und rein, ungebrochen durch das rohe Übersetzerdeutsch. Am auffallendsten zeigt sich die Verrohung und der Verfall an Künstlern wie Lukas Kranach, die den Charakter beider Perioden in ihren Werken ausprägen.

Protestanten. Über die Bewegung auf protestantischem und altkatholischem Gebiet ist wenig zu sagen. Die Generalsynodalordnung für die evangelische Kirche Preußens wurde vom König als dem Haupt des evangelischen Kirchenregiments durch allerhöchste Verordnung als „Kirchengesetz" verkündet. Dem Altkatholikenverein zu Wiesbaden wurde, da er die „erhebliche" Zahl von 267 Mitgliedern gegenüber 1399 Katholiken aufwies, die Mitbenützung der katholischen Kirche eingeräumt (15. Januar). Es wäre juristisch einfacher

gewesen, wenn man, wie im 16. Jahrhundert, den Katholizismus überhaupt von Staats wegen im evangelischen Staat verboten hätte.

Die Altkatholiken hatten ihre Verlegenheit mit der Zölibatsfrage. Die Richtung Döllingers („Deutscher Merkur") sprach sich entschieden gegen Aufhebung des Zölibats aus: „Der Altkatholizismus würde dadurch einen schweren Schlag erleiden, wohl gar seiner Auflösung entgegengehen." Die evangelische Geistlichkeit in Heilbronn demonstrierte gegen die Zivilehe. Dagegen griff die liberale Partei in Sachsen die orthodox lutherische Richtung der Universität Leipzig an. Der „Bischof" Reinkens setzte seine altkatholischen Anschauungen auseinander in der polemischen Schrift „Revolution und Kirche". In der Frage der evangelischen Kirchensteuern lautete in weiten Kreisen die Parole: „Ich zahle nichts, und wenn ich zahlen muß, so trete ich aus der Kirche aus." Auf dem Protestantentag zu Heidelberg (29. Aug.) wurde festgestellt, „daß das große Ziel des Protestantenvereins, eine deutsche Nationalkirche, noch nicht erreicht ist". Ein nicht unbedeutender Teil der hessischen Protestanten trat aus der Landeskirche aus und bildete eine „Religionsgemeinschaft freier Protestanten".

Schulte schrieb über den „Zölibatszwang und dessen Aufhebung" (für Altkatholiken).

Konst. Rößlers Buch „Das Deutsche Reich und die kirchliche Frage" befaßte sich nicht so sehr mit dem Kulturkampf, sondern mit der vergeblich angestrebten neuen Organisation der evangelischen Kirche in Deutschland. Er sah in der Aufnahme des Werks der Reformation die einzige Abwehr gegen Rom: also eine geläuterte Nationalkirche, eine Vereinigung der Konfessionen in einer Staatskirche, die der weitergehende Kulturkampf erzwingen müsse, eine Fortführung der preußischen Union. Das Reich müsse den Reichsangehörigen nicht nur eine politische, sondern auch eine religiöse, kirchliche Verfassung geben.

W. Wattenbachs „Geschichte des römischen Papsttums" suchte den „Irrtum des ersten der neueren Geschichtsforscher", Rankes, in dessen Buch „Die römischen Päpste" zu berichtigen, d. h. zu zeigen, daß das Papsttum auch heute durchaus nicht so einflußlos sei, daß es vielmehr dieselben Ziele verfolge wie im Mittelalter, daß es durch seine „Attentate" auch heute die Staatsgewalten bedrohe, daß es eine außerordentliche Macht besitze, daß man seiner weder mit Gewalt noch durch Ignorieren Herr werde, man müßte denn alle seine Anhänger verbannen; nur durch Ideen könne man so mächtige Ideen bekämpfen. Freilich irrte Wattenbach als heftiger Gegner des Papsttums auch darin, daß er die alles andere überragenden Ideen des Katholizismus unterschätzte und für besiegbar hielt. Dabei war er doch so unbefangen, zuzugestehen, daß der Protestantismus durch sein Auftreten die geistige Macht des Papsttums auch bei den Deutschen nur noch gestärkt habe.

Der protestantische Pfarrer August Werner suchte in dem Buch „Bonifacius der Apostel der Deutschen und die Romanisierung von Mitteleuropa" seine Anschauung durchzuführen, daß Bonifacius mehr ein Übeltäter als ein Wohltäter an der deutschen Nation war, da er das schon vor ihm christliche Volk erst päpstlich gemacht habe.

Professor O. Zöckler behandelte „das Kreuz Christi" in seiner symbolischen mystischen Bedeutung nach Goethes schönem Wort in den „Wanderjahren": „daß die christliche Religion, oft genug zergliedert und zerstreut, sich doch endlich immer wieder am Kreuze zusammenfindet".

Lagarde. Professor Paul de Lagardes Bericht „Über die gegenwärtige Lage des Deutschen Reichs" war eine bittere Anklageschrift gegen Neudeutschland. Er fand, daß es so, wie es ist, nicht leben könne. Seine Grenzen seien offen nach fast allen Seiten, der böhmische und der polnische Keil schöben sich gefahrdrohend vor. Wirtschaftlich könne sich das Reich nicht selber ernähren und könne mittels einer Weltsperre leicht ausgehungert werden. Die Auswanderung führe Kapital und Arbeitskraft aus. Die Steuern seien ungerecht verteilt. Die Wahrhaftigkeit schwinde aus dem Leben. Unwahr sei das Wahlsystem; denn ein Volk bestehe nicht aus Wählern. Schädlich sei die Unverantwortlichkeit parlamentarischer Versammlungen, nutzlos die von oben bezahlte Presse. Die Deutschen seien keine Nationalität, es fehle ihnen ein gemeinsames Ideal. Kultur sei ein zu allgemeines Ideal, ebenso wie Humanität, Menschenliebe, sittliche Weltordnung. An die Stelle der Religion könne nie der seelenlose Staat treten. Wirkliche Religion nimmt sich stets die Freiheit, das ganze Leben zu durchdringen. Darum war der Kulturkampf verfehlt, ebenso der Altkatholizismus. Das sind lauter Minus, wir brauchen aber ein Plus. Die vom Staat geforderte Bildung der Theologen an Universitäten kann nie die wirkliche Religion ersetzen. Lagarde ergänzte seine Kritik nur vorsichtig durch positive Vorschläge. Aber mit Recht verlangte er Ableitung der Auswanderung auf die polnisch-russische und dänische Grenze und das auszutrocknende Watt, namentlich in die nichtdeutschen Provinzen Österreichs; sonst forderte er Besteuerung des Geldumlaufs statt des Einkommens, den Mill-Hareschen Proportionalismus im Wahlsystem, um auch den Minderheiten eine Vertretung zu ermöglichen, oder gar Ersetzung des gewählten Parlaments durch einen aus sachverständigen Fachmännern berufenen Staatsrat; endlich Fachschulen, wo die Knaben schon mit dem vierzehnten Jahr ihren zukünftigen Beruf zu wählen hätten.

Meysenbug. Malwida v. Meysenbug schilderte (anonym) in den „Memoiren einer Idealistin" ihr eigenes Leben, zumeist unter der Emigration in London, im Verkehr mit Mazzini, Kossuth, Kinkel, Herzen, Richard Wagner u. s. w. Sie trat für die geistige und ökonomische Emanzipation der Frau ein und suchte aus Schopenhauerschem Pessimismus sich zu trostvollerer Religiosität emporzuringen. Ich habe selbst noch einige Jahre später Beweise ihrer Güte empfangen.

In Dresden tagte am 6. Juni ein Kongreß der Freunde der Feuerbestattung; auch England und Frankreich waren vertreten. Gottfried Kinkel hielt die Hauptrede. Man beschloß die Errichtung einer Feuerbestattungshalle in Gotha.

H. v. Heppe schrieb die Geschichte der quietistischen Mystik in der katholischen Kirche.

M. Baumgarten schilderte die „Krisis innerhalb des deutschen Protestantenvereins".

Die Mode schuf zeitgemäß einen Ziviltrauungshut für deutsche Bräute. L. Noiré schrieb in der „Allgemeinen Zeitung" vom Wiedererwachen der Philosophie und der Überwindung des Materialismus (349). — F. Frohschammer erklärte „die Phantasie als Grundprinzip des Weltprozesses". — Volkelt behandelte die „Traumphantasie". — O. Liebmanns „Analysis der Wirklichkeit" ging von der alten Frage aus: Warum ist überhaupt Etwas und nicht Nichts? — Max Müller gab „Die heiligen Schriften des Orients" in Übersetzungen verschiedener Mitarbeiter heraus.

Richard Wagner.

Den Enthusiasmus gegenüber Richard Wagners großem Festspielunternehmen in Baireuth verglich man mit Recht mit der gleichen Ergriffenheit der Nation dem jungen Klopstock gegenüber. Die Subskription auf den „Messias" entsprach der Erwerbung eines Patronatscheins von 300 Talern für den „Ring des Nibelungen". Alles beschäftigte sich damit, begeistert oder polemisch, mitschaffend oder kritisch zersetzend. Professor Koch wies in einer Preisschrift die der Dichtung zugrunde liegenden Sagenstoffe nach. Das Wagnertheater stellte sich die denkbar höchste Aufgabe: es wollte der deutschen musikalisch-dramatischen Kunst ein würdiges Heim bereiten, eine Verherrlichungsstätte des echten deutschen Geistes werden. Hinter dem Nibelungenring trat alles frühere zurück. Er allein schien deutsch im eigentlichsten Sinn. Das Kennzeichen des Festlichen war diesem „Bühnenfestspiel" am deutlichsten eingeprägt. Allerdings war vorläufig die „Nation" noch ausgeschlossen, nur die Reichsten konnten sich diesen Luxus leisten.

Baireuth.

Auch insofern konnte Baireuth nicht ganz als Nationalsache gelten, als es ohne Mithilfe des Deutschen Reiches erwuchs. Der Bau an der von der Stadt geschenkten „Bürgerreut" war von imponierendem Eindruck und überbot alles Bestehende. Neben dem unsichtbaren Orchester fiel die amphitheatralische Anordnung der Sitzreihen auf. Außer diesem 1500 Plätze umfassenden Parkett waren noch Fürstenlogen vorhanden und eine Galerie von 300 Plätzen für Künstler, Referenten und Verwandte der Mitwirkenden. Der Schnürboden hatte die doppelte Höhe der Bühne und auch die Versenkung konnte die ganzen Prospekte unaufgerollt aufnehmen. Von den schwerwiegendsten künstlerischen Fragen an bis zu den scheinbar unbedeutendsten praktischen Angelegenheiten herunter bemerkte man durchweg die peinlichste Sorgfalt, die verständnisvollste Vorsicht. Wagner hatte das Theater nicht nur für seine Werke gedacht, sondern als „einen periodischen Vereinigungspunkt der ersten theatralischen Kräfte Deutschlands zu Übungen und Aufführungen in einem höhern deutschen Originalstil ihrer Kunst".

Wagner hatte noch 1863 voll Resignation gedacht: „Ich hoffe nicht mehr, die Aufführung meines Bühnenfestspiels zu erleben; darf ich ja kaum hoffen, noch Muße und Lust zur Vollendung der musikalischen Komposition zu finden." Nun war ihm aber doch seine Lebensaufgabe vollständig gelungen und er konnte noch die Früchte seines mühereichen, rastlosen Schaffens ernten.

Die vorurteilslosen Besucher der Baireuther Festaufführungen sahen hier etwas möglich und wirklich geworden, was sie bis dahin für unmöglich

und unwirklich angesehen. Über allen Vorbereitungen seit Jahren schwebte der Zweifel, ob das, was der kühnste Idealismus geplant, den Mächten der realen Tageskunst abgezwungen werden könne. Nun regte sich wieder bei den meisten der Zweifel, ob das Ganze nicht ein phantastisches einziges Erlebnis, wie ohne Vorangang, so ohne Folge gewesen und mit dem Nibelungenmonat August verschwinden werde. Die meisten kamen wohl vorbereitet in die Sagen- und Musikwelt des Werkes, es war ihnen auch aus verschiedenen, zum Teil in gegnerischer Absicht verbreiteten Zitaten die philosophische Seite der Dichtung nicht fremd. Neu war allen die überraschende Theatralik dieser halb epischen, halb gedanklichen Szenen, das Anschauliche, das prunkvoll Glänzende, wie die Regenbogenbrücke, der Feuerzauber u. dgl., ferner auch die fortgesetzte Steigerung vom einfachen Märchenstil des Rheingolds zum Balladenton der Walküre, zum Heroischen des Siegfried und zum Massenaufgebot aller Wirkungen in der Götterdämmerung. In all dem wurden die gespanntesten Erwartungen übertroffen. Man fühlte wenigstens die Notwendigkeit, daß unser Bühnenwesen zu Zeiten durch das Ungemeine erfrischt und neu angeregt werden müsse. Der sichere Gewinn der Baireuther Tage bestand in der Verwirklichung eines künstlerischen Ideals nach einem Vierteljahrhundert, im Erweis, daß konsequente Energie und idealistischer Schwung nicht immer den realen Mächten der Mittelmäßigkeit und der bequemen Konvenienz erliegen.

Alles hat freilich auch seine Kehrseite; diese bestand hier darin, daß der überschwenglichen Begeisterung der Hochgesinnten eine erbitterte Opposition der Verneiner gegenüberstand. Durch eine Majorität nörgelnder Kritiker wurden allerdings die Besucher abgehalten, und so ergab sich zum Schluß ein riesiges Defizit. Diese Kritik konnte die Anerkennung der überragenden persönlichen Genialität des Meisters nicht schmälern, aber sie hemmte fast ganz das, was ihm die Hauptsache gewesen wäre, nämlich die fruchtbare Auswirkung dieses einzigartigen Beispiels und Vorbilds für die gesamte nationale Kultur, für den ganzen Geist des deutschen Volkes. Durch die Schuld dieser antideutschen, zumeist jüdischen Kritik blieb der nationale Festgedanke unausgeführt und unentwickelt. Wagners Bühnenfestspiele wurden im Gegenteil zu Repertoireopern, ja zu den zugkräftigsten, kassefüllendsten. Sie sanken auf die Ebene zurück, über die Wagner alle Kunst erheben wollte. Trotz alldem bleibt sein Baireuther Unternehmen die Kulturtat, die dem Deutschen Reich die Weihe gab und die sonst allzu eiserne Gestalt des Reichskanzlers in humanstem Sinn ergänzte.

Schletterer widmete „Richard Wagners Bühnenfestspielen" ein begeistertes Buch.

Nietzsche. Friedrich Nietzsche gab die Schrift „Richard Wagner in Baireuth" heraus, gewissermaßen einen rührenden Abschiedsbrief vor seinem grellen Bruch mit Wagner. Ihn enttäuschten die nicht ganz vollkommenen Aufführungen, denen übrigens auch Kaiser Wilhelm beiwohnte, ihn befremdete der „Barockstil" des Festspiels, der für Kenner der großen Kultur der Barocke nur eine Offenbarung mehr war. Ihn ermüdete der ideale Flug der Wagnerschen Kunst, er ertrug sie nicht; so entstand schon damals die Philisterschrift „Menschliches, Allzumenschliches", die er Voltaire, dem Erzphilister, widmen sollte.

Simrock. Als Karl Simrock am 18. Juli in Bonn starb, war ich noch kurz vorher sein Hörer gewesen; lebensmatt hatte er noch über seine geliebten

Nibelungen gelesen. Er hat von allen Germanisten am breitesten gewirkt und die sonst der Nation so rücksichtslos abgewendete germanistische Forschung dem ganzen Volk fruchtbar gemacht. Er war eben ein voller Romantiker, erfüllt von der Einheit von Wissenschaft, Kunst und Leben. Die pedantischen Zunftgenossen haben diese Überlegenheit nie verstanden. Er hat wesentlich dazu beigetragen, den nationalen Geist wachzurufen, zu stärken, zu vertiefen. Als Kern unserer nationalen Kultur erkannte er das „deutsche Heldenbuch". „Das Heldenbuch (sagt er) soll unsere gesamte nationale Heldendichtung umfassen. Es gilt, unser Epos, die tausendjährige Schöpfung des deutschen Volks, ihm in seiner Ganzheit und Herrlichkeit wieder vorzuführen, die Heldengestalten unserer heimischen Lieder heraufzubeschwören und so einen versunkenen Nationalschatz zu heben, den wir für ein um so köstlicheres Besitztum achten sollen, als er das altgemünzte Gold unsers eigenen Sinnes und Gemütes ist." Ich verdanke es zum großen Teil dieser Anregung, daß ich mir die noch nähere Erreichung dieses Ziels zu einer Lebensaufgabe machte und so 1900—1903 meine vollständigere und einheitlichere Fassung des „Deutschen Götter- und Heldenbuchs" herausgab.

Felix Dahns historischer Roman „Ein Kampf um Rom" gehörte zu den künstlerischen Erscheinungen, die für den Geist des neuen Deutschen Reichs bezeichnend sind. Die Zeit des 6. Jahrhunderts im gotischen Italien ist historisch im Äußerlichen getreu, aber mit einer gewissen Grobheit der Mache geschildert.

B. Auerbach wehrte sich in den „Tausend Gedanken des Collaborators" sehr leidenschaftlich gegen den steigenden Antisemitismus, so gegen Professor Billroth; er sprach von „Degeneration der Gesinnung", von der „Schmach des Vaterlandes" u. dgl.

Freytag. Im „Marcus König", dem neuen Band seiner „Ahnen", schilderte G. Freytag die Zeit Martin Luthers, „des Mannes, in welchem sich die Kraft, die Größe und die Einfalt des deutschen Wesens vereinten wie nie vorher in einem einzelnen Menschen", womit allerdings der ganzen deutschen Geschichte seit Karl dem Großen ins Gesicht geschlagen wurde und ebenso allen deutschen Katholiken.

Scheffel. Victor Scheffels 50. Geburtstag wurde die Mahnung für den Dichter, seinen beabsichtigten großen Roman aus der Zeit Heinrichs von Ofterdingen, des Nibelungendichters, zu vollenden. Wir können uns heute diesen ungeschriebenen Roman leider nur aus den Gedichten der „Frau Aventiure" wiederherzustellen versuchen.

Ernst Scherenberg dichtete zum 2. September: „Nicht trunken im Rausche des Sieges verloren, bejubelst, mein Volk, du den Lorbeer der Schlacht: du feierst den Tag, der das Reich uns geboren, du feierst den Tag, der dich mündig gemacht."

Eine der anmutigsten Blüten der Zeit waren die Märchen von Rich. Leander: „Träumereien an französischen Kaminen".

Mit dem Grafen Pocci starb die Romantik humoristischer Richtung aus.

Georg Ebers, der gelehrte Ägyptologe, suchte seine Romanstoffe (Ägyptische Königstochter, Uarda) im alten Ägypten.

Wagners Gegner feierten schon aus Gegnerschaft seinen Gegner Johannes Brahms, „den Klassiker unter den Romantikern".

Der Bildhauer Jos. Ernst v. Bandel überlebte die Vollendung seines großen Werkes nur um ein Jahr.

W. Fr. Ghillanys Tod sei erwähnt, weil ich dessen „Europäische Chronik" 1877 hie und da benützt habe; sie hat sich allerdings nicht immer als zuverlässig erwiesen; so läßt sie Beethoven in Mödling sterben, Goethe ein Jahr länger leben u. s. w.

Die Kritik fand einen Vorzug des im 16. Jahrgang erscheinenden Europäischen Geschichtskalenders von Schultheß in seinem entschieden liberalen Standpunkt (Allg. Ztg., 5. Okt.). Auch mir, der ich dies Hilfsmittel sehr stark benütze, erscheint das als ein Vorzug, weil ich daraus die liberalisierenden Anschauungen der Zeit, die ich nicht teile, um so schärfer kennen lerne.

Joh. Scherr schilderte die Geschichte der Pariser Kommune unter dem Titel „Größenwahn. Kapitel aus der Geschichte der menschlichen Narrheit".

Schliemanns Ausgrabungen zu Mykenä förderten die überraschendsten Entdeckungen zutage. Auch die Ausgrabungen der deutschen Expedition in
Olympia. Olympia brachten Entdeckungen, die die bisherigen Anschauungen über griechische Kunst völlig auf neue Grundlagen stellten. Es sollten nun auch Ausgrabungen bei Pergamum in Kleinasien folgen. Die für die Berliner königlichen Museen um 20.000 Taler angekauften moabitischen Altertümer erwiesen sich durch eingehende Untersuchungen der Professoren Kautzsch und Socin in Basel als freche, zum Teil ulkige Fälschungen.

Auf dem Belle-Alliance-Platz in Berlin wurden die schönen Marmorgruppen aufgestellt (von Franz, A. Fischer und H. Walger). Zu Wien wurde Schiller, dem Dichter des österreichischen Wallenstein und dem Besinger der Phäaken, ein Denkmal nach dem Entwurf Schillings enthüllt.

Nach dem Ausbau des Eisenbahnnetzes fing man wieder an, das Augenmerk den nicht minder wichtigen Wasserstraßen Deutschlands zuzuwenden, die bisher arg vernachlässigt geblieben waren. Es war ein Schade, der im Weltkrieg offenbar wurde, daß der Rhein noch nicht mit der deutschen Nordsee, die Donau mit dem Adriatischen Meer verbunden war u. s. w.

Als der erste lebende Gorilla nach Europa (Berlin) kam, war man sehr enttäuscht über die geringe Menschenähnlichkeit des berühmten Menschenaffen. — Rudolf Schmid betrachtete „Die Darwinschen Theorien und ihre Stellung zur Philosophie, Religion und Moral". Der von Huxley und Haeckel 1870 als Urschleim alles Lebens gefeierte Bathybius erwies sich als gallertiges Zersetzungsprodukt. Lotze hatte recht, wenn er von diesen allerneuesten Entdeckungen nicht allzu schnell Kenntnis nehmen wollte, da sie der Regel nach die Lebenszeit von fünf Jahren nicht zu überdauern pflegten.

Als der „deutsche" Journalist Levysohn aus Österreich wegen „destruktiver Tendenzen" ausgewiesen wurde, nahm sich die liberale Welt lebhaft seiner an.

Bei Deaks Tod (29. Jan.) war sein Werk, der Dualismus, bereits sehr brüchig geworden. Das ungarische Defizit wuchs an. Die ungarischen Eisenbahnverwaltungen trieben die Deutschenhetze immer weiter. Die sächsische Nation in Siebenbürgen wurde fast der Vernichtung geweiht. In bezug auf den neuen Ausgleich und die Bankfrage stellte Ungarn unmögliche Forderungen und steuerte auf eine wirtschaftliche Trennung von Österreich hin. Die äußere Politik Andrassys blieb eine negative; er wollte kein Programm vor den Delegationen (20.—24. Mai) entwickeln, er leugnete, Traditionen der Monarchie zu kennen. Er betonte wohl die (negative) Einstimmigkeit der Mächte bei den Berliner Konferenzen, sein positives Ziel war aber nur ein „ameliorierter Statusquo". Bei den in Pest stattfindenden Delegationen wußten es die Ungarn zu verhindern, daß eine gemeinsame Abstimmung stattfand. Österreich-Ungarn.

Eine Zusammenkunft des Kaisers Franz Josef mit dem Zaren (und Gortschakoff) zu Reichstadt in Böhmen (8. Juli) hatte nur hinhaltende Wirkung.[1]) Die Feudalen und Slawen waren für Rußland, die Deutschliberalen mehr für die Türkei. Tschechische Versammlungen zugunsten Serbiens wurden verboten. Die ungarischen Serben wollten unter Miletic und Cazapinovic dem Fürsten Milan mit Freiwilligen zu Hilfe kommen. Ein russischer angeblicher Sanitätszug nach Serbien wurde am 27. August in Pest angehalten, aber wieder freigegeben, um den russischen „Freund und Verbündeten" nicht zu verletzen. Reichstadt.

Italien meldete sich bereits mit Aspirationen auf Welschtirol (9. Okt.), wurde aber sowohl von der österreichischen wie reichsdeutschen Presse zurückgewiesen. Dagegen erklärte Giskra in einer Wahlrede zu Brünn, am 12. Oktober, bei einem etwaigen Zerfall des osmanischen Reiches könne sich Österreich nicht mit Bosnien und der Herzegowina abfinden lassen, sondern es müsse auch Makedonien bis zum Ägeischen Meer und bis zur griechischen Grenze an sich nehmen.

In Pest wollten die Studenten am 22. Oktober für die Verbrüderung der magyarischen und türkischen Nationalität gegen Rußland demonstrieren. Dem wurde wohl gewehrt, und die deutsche Studentenschaft Wiens beantwortete eine derartige Einladung ihrer Pester Kommilitonen ablehnend, in dieser Weise: „Wir haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß ihr nunmehr, da ihr euer Volk in Gefahr glaubt, mit einem Male die Kulturbedeutung des deutschen Volkes anerkennt. Euer Vorgehen gegen unsere Stammesgenossen in Siebenbürgen und die konsequente Verfolgung der deutschen Sprache in eurem Lande kann uns aber nie vergessen lassen, Studenten.

[1]) Es wurde erst später bekannt, daß die beiden Kaiser am 8. Juli zu Reichstadt einen Verständigungsvertrag abgeschlossen hatten, worin Rußland seine Zustimmung zur Annexion Bosniens und der Herzegowina an Österreich-Ungarn gab und außerdem eine förmliche Interessensphäre auf dem westlichen Balkan bewilligte. Dafür versprach Österreich wohlwollende Neutralität im Angesicht des bevorstehenden russisch-türkischen Krieges. Dieser Vertrag wurde durch Zusätze (Budapest, 15. Januar 1877, und 18. März 1877) ergänzt.

wie sehr eure heutigen Worte im schroffen Widerspruche stehen mit euren Taten. Ebensowenig aufrichtig erscheint uns der gerade aus eurem Munde so sonderbar klingende Appell an unsere Gefühle für das ‚ungeteilte Gesamtreich'. Wollten wir euch selbst zugeben, daß die slawischen Bestrebungen in ferner Zeit auch unsere Sicherheit bedrohen könnten, so glauben wir denn doch nicht, daß die Gefahr, die euch Magyaren von dieser Seite droht, in gleicher Weise über der großen deutschen Nation schwebt. Die Vorführung jenes abgebrauchten Schreckbildes vermag uns demnach nicht in dem Maße zu verwirren, daß wir in dem ‚tapferen Türkenvolke' die Träger der Zivilisation und ein ‚Brudervolk' erblicken könnten. Mit teilnehmendem Ernste sehen wir dem blutigen Schauspiele zu, das sich uns darbietet; aber wir bedürfen nicht des Umherblickens nach Hilfe, um uns das beruhigende Bewußtsein der Sicherheit zu verschaffen. Wir vertrauen vielmehr auf die glorreiche Vergangenheit und Gegenwart der deutschen Nation."

Die Deutschen Österreichs sahen aber doch mit Befremden auf das schweigende Deutsche Reich, auf dessen Intimität mit Rußland, auf das daraus folgende Steigen des russischen Einflusses an der unteren Donau und am Balkan. Diese wesentlich deutschen Kulturziele schienen bereits ganz dem Panrussismus ausgeliefert zu sein. Die panslawistischen Pioniere durften so unter dem Schutze des Dreikaiserbündnisses auf österreichisches Gebiet hinüberreichen. Rumänien und Bulgarien sollten russische Vizekönigreiche gleich Serbien werden. Aus dieser „fatalen Geschäftsverbindung" im „unerschütterlichen" Dreikaiserbund erwuchs denn Österreich an Italien ein immer frecher werdender „Freund". Es kostete viel Geschick, sich dieser „langsam würgenden Freundschaften" zu erwehren, wie damals eine deutsche Stimme aus Österreich sagte. — In den Debatten des Abgeordnetenhauses im November trat Greuter bereits entschieden dafür ein, daß Österreich mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina eine ihm gebührende Erbschaft antrete, während Herbst davon abriet, obwohl Österreich bereits große Summen für die bosnischen Flüchtlinge ausgegeben hatte. — In Böhmen bildeten sich bereits Komitees zur Unterstützung russischer Verwundeter. — Während all dieser Vorbereitungen stockten die Ausgleichsverhandlungen; so wurde denn am 5. Dezember wenigstens der von Ungarn gekündigte Handelsvertrag vorerst noch auf ein Jahr verlängert.

Auf konfessionellem Gebiet herrschte in Österreich keine große Aufregung. Nur in Tirol wurde für und gegen die Glaubenseinheit demonstriert. Die Aufhebung des loyalen Jesuitenkonvikts Fagnani in Brixen von seiten der Regierung war zum Vorteil des italienischen Staates. Die Regierung schloß auch die fünf klösterlichen Lehrerinnenanstalten in Tirol.

Rob. Hamerlings „Aspasia" („Ein Künstler- und Liebesroman aus Althellas") blickte in romantisch-elegischer Weise auf ein humanistisches Kulturideal zurück, das mit der Zeit in stärkstem Gegensatz zu stehen schien. — Rosegger begann seinen „Heimgarten" unter Mitwirkung von Anastasius Grün, Wilbrandt, Hamerling, Anzengruber. — K. E. Franzos gab Kulturbilder „Aus Halb-Asien", nämlich aus Galizien, Bukowina, Südrußland und

Rumänien, besonders aus der ihm vertrauten Judenwelt. — Das hundertjährige Jubiläum des Wiener Burgtheaters wurde durch Weilens Festspiel „Aus dem Stegreif" eingeleitet.

In einem poetischen Festgruß zur Enthüllung des Schillerdenkmals in Wien gab der Schwabe J. G. Fischer dem Gedanken Ausdruck, daß die Schranken des neuen Deutschen Reiches nicht für uns vorhanden sind, „die wir zu Einem Geiste durchgedrungen . . ." „Wo aber ist die Stadt, die mehr als Eure zur Opferflamme Gluten hat getragen, und Jünger ausgesendet, wo das teure Geschenk der Kunst geweihte Priester pflagen, und bess're Waffen, galt's das Ungeheure, das Aberwitzige vom Platz zu jagen, wer stärkre Wallfahrt nach der Bahn geleitet, wo auf den Brettern die Geschichte schreitet?" (Allg. Ztg., 11. Nov.). Schillerdenkmal.

Neue Bahnen in der Musikgeschichte eröffnete L. v. Köchels Biographie des Hofkomponitors J. J. Fux.

Gottfried Sempers originelles Projekt seines Wagnertheaters für München mit den beiden seitlichen Stiegenhäusern wurde nun zur Ausführung durch Hasenauer für Wien bestimmt.

Aschbach behandelte eingehend „Die Wiener Universität und ihre Humanisten im Zeitalter Kaiser Maximilians I." und widerlegte dadurch das Vorurteil, als ob der Kaiser nichts für Wien getan habe.

Für die Wiener Volksküchen wurde eine große Lotterie veranstaltet.

Julius Jung behandelte in einer kritisch-ethnographischen Studie „Die Anfänge der Romänen".

Der Tod entriß den Tschechen mit Palacky eine Säule des Tschechentums, das er seit 1818 mit Schafarik, Jungmann, Dobrowsky und einigen wenigen andern, getragen von der deutschen Romantik, mit überraschendem Erfolg begründete. Es wird heute bereits auch von Tschechenfreunden bezweifelt, ob es ein Glück für diese Nation war, daß sie durch unwirkliches Zurückschrauben auf hussitische Standpunkte sich wieder vom Strom deutscher Kultur stärker abschloß als selbst unter den alten nationalen, aber germanisierenden Königen. Palacky und seine patriotischen Freunde führten ihr Volk in eine Sackgasse ohne Hoffnung auf einen Ausweg. Sie mißkannten das eigentliche Wesen Böhmens, wie es die Premysliden festgehalten und den Nachfolgern vererbt hatten. Ganz das gleiche kann man heute von den edlen, romantischen, patriotischen, wirkungsvollen, aber unglücklichen Bestrebungen jener paar bedeutenden Ungarn sagen, die wie Stephan Szechenyi u. s. w. ihr Volk und ihr Land krampfhaft auf eine retrograde Bahn gedrängt haben, die in Wahrheit hinter die Staatsweisheit Stephans des Heiligen zurück ins Asiatentum führen müßte, wenn sich nicht doch immer wieder die Logik der Tatsachen gegen eine solche unwirkliche Romantik geltend machte. Palacky.

Rußland, das dritte Mitglied des Dreikaiserbundes, benützte die günstige Gelegenheit, sich nach außen zu erweitern und im Innern die sprachliche wie konfessionelle Russifizierung möglichst zu vollenden, solange es von seinen beiden kaiserlichen Freunden völlig gedeckt war. In Warschau wurde die griechisch-unierte Gemeinde zum Schisma hinübergezogen, was am 6. Februar mit großer Feierlichkeit ausgeführt wurde. Rußland.

In ganz Polen wurde die russische statt der polnischen als allgemeine Gerichtssprache eingeführt, und mit einem Schlag wurden über 1000 bisherige polnische Gerichtsbeamte entlassen. Die polnische Sprache sollte so auf die Rolle eines bloßen Dialekts herabgedrückt werden (13. Juli).

Ein anderer Ukas vom 17. September schaffte den polnischen Adel ab. 14.000 polnische Schlachzizen wurden überhaupt gestrichen, weil sie, zum Uradel sich zählend, keine Diplome hatten. Die Adeligen, die sich mit Diplomen von polnischen Königen ausweisen konnten, wurden, wenn sie sich um den russischen Staat verdient gemacht, in den russischen Adel übernommen. Es blieb somit im ganzen Reich außer dem russischen Adel nur der finnländische anerkannt, welch letzterer aber nur Protestanten zukam. Auch die bisher noch bestehende kaiserliche Kanzlei für das Zartum Polen wurde aufgehoben.

Ukraine. Noch wichtiger war das Verbot des Gebrauchs der kleinrussischen oder ruthenischen Sprache (30. Mai). Es wurde damit auch die Einfuhr aller im Ausland (Galizien) gedruckten Schriften in kleinrussischer Sprache, der Druck und die Herausgabe solcher Schriften im Inland verboten. Gestattet blieb nur der Druck historischer Dokumente und Poesien, wenn er in der herrschenden russischen Orthographie erfolgte. Verboten waren theatralische Vorstellungen und Vorlesungen in kleinrussischer Sprache sowie der Druck kleinrussischer Texte zu Musiknoten. Diese Maßregel ist höchst bemerkenswert. Sie beweist, daß die von Österreich (Galizien) aus sich entfaltende ukrainische Bewegung bereits sehr gefährlich für das moskowitische Reich wurde. Die ukrainische Frage wurde in der Folge immer brennender, und man kann sagen, daß sie im Weltkrieg 1914 eine Hauptrolle spielte und sich vielleicht noch zum Fatum des Russischen Reichs herausbilden wird. Darum ist schon hier darauf einzugehen.[1])

Der ukrainische (ruthenische, kleinrussische) Volksstamm bildet die zweitgrößte slawische Nation. Er bewohnt in einer (heutigen) Stärke von 32 Millionen fast ganz Südrußland vom Schwarzen Meer und Bessarabien bis Kiew, Wolhynien und Podolien. Er reicht im Osten bis jenseits des Don, bis zu den tschernomorischen (Schwarzenmeer-)Kosaken, im Westen bis Ostgalizien. In Österreich leben etwa 4½ Millionen. Sie sind die eigentlichen Russen-Russinen-Ruthenen, ihr Name wurde ihnen aber von den „Großrussen", eigentlich „Moskowitern", gestohlen, um sie zu „Kleinrussen" herabzudrücken; daher nennen sie sich heute lieber Ukrainer. Als die nordgermanischen Waräger im 9. Jahrhundert Staaten in Nowgorod und Kiew bildeten, da wurde der ukrainische Staat von Kiew der bei weitem edlere; von ihm allein singen die alten „russischen" Heldenlieder von Wladimir dem Großen und seiner Tafelrunde. Er schloß sich der

[1]) Dies ist im Jänner 1917 geschrieben und entspricht dem, was ich bereits 1915 im 1. Band meiner „Geschichte des Weltkriegs" über die damals noch wenig bekannte Ukraina und die Ukrainische Frage schrieb und veröffentlichte.

westlichen Kultur an, während der moskowitische Staat, schon von jeher mehr finnisch, später ganz mongolisiert wurde. Nach der Zerstörung Kiews durch die Tataren 1241 und dem Aussterben der Fürsten von Halicz und Wladimir 1340 fiel das ruthenische Land an Litauen und Polen; 1648 riß sich die „Ukraine" im engeren Sinn von Polen los und schloß sich gegen das Versprechen der Autonomie 1654 dem moskowitischen Zaren an. Ihr Hetman Mazeppa suchte sich im Bunde mit Karl XII. von Schweden frei zu machen, unterlag aber bei Poltawa 1709. Erst dadurch konnte sich der moskowitische Staat bis an das Schwarze Meer ausbreiten. Einsichtsvolle Staatsmänner erkannten von jeher, daß die Macht des Moskowitertums auf der Ukraine beruhe und daß man diese befreien müsse, um Rußland ins Herz zu treffen. So riet Poniatowski dem ersten Napoleon, sich nach Kiew, nicht nach Moskau zu wenden. So rieten Bunsen und seine Freunde dem König von Preußen während des Krimkriegs, sich mit Österreich den Westmächten anzuschließen und das allzeit drohende Übergewicht Rußlands brechen zu helfen, indem man ihm die Ukraine und damit das Schwarze Meer nehme. Diese Gebiete sollten unter Österreichs Protektorat fallen; aber damals war Bismarck dagegen. Wir werden noch im folgenden vom Anwachsen der ukrainischen Bewegung hören. — Was die Sprache betrifft, so verstehen sich Großrussen und Kleinrussen etwa ebensowenig, wie ein Schwabe einen englischen Bauer versteht. Trotzdem galt in Rußland offiziell die von Schafarik beliebte, an das botanische System von Linné erinnernde Klassifizierung der slawischen Idiome, und danach ist das „Großrussische" die Schriftsprache „aller Reußen" (auch der „Weißrussen"); das Kleinrussische wäre aber nur eine Volksmundart. Auch das Englische ist wissenschaftlich nur eine deutsche Mundart. Allerdings gehören botanisch auch Kartoffel, Paradeisapfel und Nachtschatten in eine und dieselbe Familie der Solaneen, aber es ist nicht rätlich, sie beim Kochen als identisch zu betrachten. Der Unterschied jener Sprachen beruht außer sehr bedeutenden grammatikalischen und lexikalen Verschiedenheiten (andere Bedeutung derselben Wurzelwörter) auch auf der Aussprache, der Klangfarbe. Da das veraltete russische Alphabet beinahe für jeden Buchstaben eine doppelte oder dreifache Lesart zuläßt, ersannen die Ukrainer nach dem Vorgang von Kulisz eine phonetische Orthographie, um ihr Idiom vor der Russifizierung zu schützen. Diese „Kuliszowka" ist es, gegen die sich der Ukas richtete. Die russische Unterrichtsverwaltung war vor 1863 dem Ukrainischen nicht ungünstig; aber der furchtbare polnische Aufstand jenes Jahres hatte schon die Furcht vor ukrainischen Separationsgelüsten erregt. Die damals bereits erlassenen Verbote des Kleinrussischen waren in den letzten Jahren wieder etwas in Vergessenheit geraten. Nun erfolgte also die Erneuerung jener drakonischen Maßregeln als Vorbereitung zum Krieg, wohl auch aus Furcht vor der sozialistischen Literatur. Aber auch die „großrussische" Literatur war sehr sozialistisch und hätte also auch ganz verboten werden müssen.

Der wichtigste Gewinn für Rußland war die Einverleibung des ganzen Khanats Chokand unter dem Namen „Ferghanah-Gebiet" infolge der Siege des Generals Skobeleff.

Ein Nihilistenputsch in Petersburg am 18. Dezember wurde rasch niedergeschlagen.

England. Abgesehen von den drei Kaisermächten, war England zumeist an der orientalischen Frage beteiligt wegen seiner orientalischen Besitzungen und als eifersüchtiger Nebenbuhler Rußlands in Asien. Nun, die Hauptsache, die Suezkanalaktien, waren ihm gesichert, das Geld dafür wurde vom Parlament bereitwillig gezahlt, obwohl Gladstone mit der Opposition den Schritt bekämpfte. Nun hatte aber, wie schon erwähnt, die Königin die Eitelkeit, im Titel den drei Kaisern gleichgestellt zu sein und sich als Kaisertum. „Kaiserin von Indien" bezeichnet zu sehen (Empress of India, Indiae Imperatrix). Disraeli überredete das in dieser Frage unwillige Parlament, es sei das ein Siegel auf die Empfindung, daß England entschlossen sei, Indien zu behaupten, trotz der Nationalökonomen und Diplomaten, die da behaupteten, Indien sei eine Last und eine Gefahr. Der Titel solle nur lokaler Natur sein und in England nicht gelten. Die Sache war auch in ganz England sehr unpopulär, man sah darin ein unkonstitutionelles Vorgehen; aber trotz zahlreicher Protestversammlungen erfolgte doch die Proklamation am 28. April. Diese Titelverbesserung stimmt in der Tat zu der neuen imperialistischen Politik, die Disraeli und Derby schon 1875 durch die Erklärung inauguriert hatten, die Politik der Nichtintervention aufzugeben.

England sah es ungern, daß durch das Berliner Memorandum vom Mai die Führung der orientalischen Politik von Österreich auf Rußland überzugehen schien; darum trat es nicht bei und redete wegwerfend von der „slawischen Empörung" gegen die Türkei. Es sandte zum Schutz von Konstantinopel seine Flotte in die Besikabai (Beschikbai bei Tenedos, gegenüber dem alten Troja am Eingang des Hellesponts). Erst im Juli ließ sich die Regierung durch die (zum Teil von ihr selbst inszenierten) Entrüstungsmeetings über die türkischen Greuel in Bulgarien beeinflussen. Andererseits regte die Absicht Rußlands, Bulgarien zu okkupieren, die öffentliche Meinung auf. Die „Times" verlangten ein englisch-deutsches Bündnis wider Rußland (19. Okt.). Die deutsche Presse lehnte aber ein Bündnis mit dem sehr unzuverlässigen England entschieden ab.

Ritualisten. Im Innern gab die Ritualistenbewegung den protestantischen Kreisen Anlaß zum Einschreiten. Freilich lehnten 180 ritualistische Geistliche die Einladung des Kardinals Manning zur Wiedervereinigung mit Rom (nach seinem Beispiel) ab, solange nicht die vatikanischen Dekrete widerrufen würden. Sonst ließ man die Katholiken ungestört gewähren und neue Klöster gründen.

Neue Festungswerke wurden zum Schutz der Hauptstadt gegen Invasionen ausgebaut. Die Regierung versprach dem Parlament, in Spanien zugunsten der Toleranz zu intervenieren. Die sogenannte Commonsbill überwies das noch übrige Gemeindeland der Verschacherung zum volkswirtschaftlichen Schaden des Landes. Ein Antrag Trevelyans auf Ausdehnung der Wahlreform von 1868 auch auf die ländlichen Bezirke wurde abgelehnt.

Disraeli erhielt endlich den Titel eines Grafen von Beaconsfield (12. Aug.). Die Gesellschaft zum Bau eines Kanaltunnels hatte das Geld für die Vorarbeiten noch nicht aufgebracht. Der Zudrang der jungen Damen zum Studium in Cambridge war außerordentlich groß. England mußte diesmal die Zinsen der garantierten türkischen Anleihe von 1855 selber zahlen. Beaconsfield.

G. Rawlinson schrieb die Geschichte des Sassanidenreiches, als der siebenten großen orientalischen Monarchie.

Die Hauptfrage für Frankreich blieb: Wird der Klerikalismus oder der Antiklerikalismus, wird die Monarchie oder die Republik die Revanche bringen? Diese Fragen beantworteten verschleiert die Programme der verschiedenen Parteien, der legitimistischen, der orleanistischen, der bonapartistischen, der Partei des linken Zentrums, der republikanischen Linken, der äußersten Linken. Alle Parteien mit dem Präsidenten Marschall Mac Mahon lavierten herum, um sich nach keiner Seite hin unmöglich zu machen. Allmählich neigte sich freilich die Entscheidung immer mehr der Republik und dem Antiklerikalismus zu. Den Kampf gegen den Klerikalismus leitete Gambetta, immerhin mit vorsichtiger Reserve. Frankreich.

In antiklerikalem Sinn leitete auch der Protestant Waddington das Unterrichtsministerium; so wollte er die Unterrichtsfreiheit und die Graduierungsrechte der katholischen Universitäten einschränken. Aber die 30 Bischöfe suchten ihre Gründungen aufrechtzuerhalten. Das „Werk von Jesus dem König" setzte man neben das „Werk von Jesus dem Arbeiter". Auf beiden Seiten vermied man aber den Ausbruch eines Kulturkampfs, schon um es den verhaßten „Preußen" nicht nachzumachen. Ein Kongreß der katholischen Gesellenvereine trat in Paris zusammen. Den Botschafterposten im Vatikan wollte man nicht aufgeben, erhob aber die „Gesandtschaft" beim Quirinal auch zum Rang einer „Botschaft". Die Vertretung der freisinnigen Protestanten Frankreichs offenbarte bei ihrem Zusammentritt die schlimme Lage der Gemeinden. Waddington.

Bei der großen Wallfahrt nach der provisorischen Kapelle des Montmartre hielt der Jesuitenpater Ré die Predigt und suchte darzutun, daß das Herz Jesu Frankreich vor allen Nationen ausgezeichnet habe; Frankreich werde durch die Kirche seine frühere Größe zurückerhalten und Rom und Paris werden in Zukunft eine Einheit bilden. Bei der großen Feier zu Ehren der Jungfrau von Orleans sprach Bischof Dupanloup dem anwesenden Marschall-Präsidenten nachdrücklich zugunsten der Kirche zu. Zur großen Pilgerfahrt nach Lourdes am 2. Juli erließ der Papst ein eigenes Breve, der päpstliche Nuntius und 35 Bischöfe mit 3000 Geistlichen nahmen daran teil; ebenso der hohe Adel: die Herzoge von Nemours, Alençon, Parma. Der Nuntius krönte die Statue der Muttergottes als Anerkennung der Echtheit der Erscheinungen, die dem Hirtenmädchen Bernadette Soubire 1858 zuteil geworden. Bischof Mermillod von Genf hielt die Festpredigt, um zu erweisen, daß die Krönung Marias das Bekenntnis des Christentums in seiner unverfälschten Lehre sei (Magnifikat bei Lukas, 1, 46 ff.). Veuillot schrieb im „Univers", ergriffen von dem großartigen Fest: „Wer könnte nach alledem noch zweifeln, daß Frankreich bald wieder völlig das Königreich Lourdes.

Marias sein wird!" Ein liberales Blatt nannte in Mißkennung all dieser Poesie die Krönung „die tiefste Erniedrigung dessen, was man Religion nennt".

Der Pariser Gemeinderat verbot allerdings, daß die Schüler zu Prozessionen und dergleichen herangezogen würden. Die Kammer strich den Sold der Armeegeistlichen, aber der Bischof von Orleans ließ erklären, daß man ihr Recht auf Gehalt bei den Gerichten erstreiten werde. Zu Bordeaux fand im August unter dem Vorsitz des Kardinals Donnet der Kongreß der Direktoren der katholischen Stiftungen für den Arbeiterstand statt. Der Papst ernannte den Erzbischof von Paris zum Großmeister aller katholischen Universitäten. Minister Waddington nannte dagegen bei der staatlichen Preisverteilung an der Sorbonne (8. August) die Feste der staatlichen Universität die Feste Frankreichs und erinnerte die jungen Zöglinge daran, daß ihnen die Zukunft gehöre. „Dem Geschlecht, dessen Vortrab ihr seid, steht es zu, auf den Trümmern unserer ehemaligen Zwistigkeiten die Grundlagen des neuen Frankreich zu erheben." Der Jubel der Zuhörer deutete das als Prophezeiung der Revanche.

Am 8. Oktober zogen auch 5000 „klerikale" Elsässer nach der Montmartre-Kapelle. Ein deutscher Geistlicher unter ihnen schloß seine Predigt mit dem Ruf: „Herz Jesu, rette Paris, rette Frankreich!" Ein französischer: „Wenn Gott den Krieg von 1870 zuließ, so geschah es, um Tausende von Elsaß-Lothringern hieher zu führen, damit sie die Pariser bekehren, die sich ohne sie vielleicht nie bekehrt hätten. Wir waren die Märtyrer des Krieges, wir werden die Besieger des Teufels sein!" Im November sollte durch eine Wallfahrt nach Tours der Kult des heil. Martin wieder erneuert werden.

Der Minister des Innern proklamierte aber gewissermaßen den unkirchlichen Staat, indem er bei der neuen Volkszählung die Rubrik für konfessionelle Angaben einfach unterdrückte.

Prinz Napoleon.

In der Kammer der Deputierten griff Prinz Jerome Napoleon die Ultramontanen heftig an (24. Nov.). Er sagte: „Im Jahre 1828 sind die Jesuiten aus Frankreich ausgewiesen worden, heute sind sie in unserm Land allmächtig. Sie waren es, die 1849 die unselige römische Expedition herbeigeführt haben. Die Verteidigung der weltlichen Herrschaft der Päpste hat uns dann den Verlust von Elsaß-Lothringen zugezogen. Wenn wir beim Ausbruch des Kriegs die weltliche Herrschaft ihrem Schicksal überlassen hätten, so hätten wir eine Allianz (Italien) sofort gehabt (?) und eine andere (Österreich) hätte nicht lange auf sich warten lassen (?). Diese traurige Erfahrung möge wenigstens für die Folge beherzigt werden. Den Klerikalen verdanken wir das Gesetz über den Mittelunterricht und später das Universitätsgesetz. Ihnen allein steht es frei, sich nach Gutdünken zu versammeln. Nie wagt es die Regierung, ihnen gegenüber das Gesetz zur Geltung zu bringen . . . Wohl ist der Sieg der klerikalen Partei in Frankreich unmöglich, aber sie sät im Lande beständig Unruhe und Aufruhr, und darum ist sie staatsgefährlich. Dem Auslande gegenüber isoliert sie uns vollständig . . . Nein, das Frankreich, das die Revolution von 1789 gemacht hat, kann nicht die letzte klerikale Macht in Europa

sein! Ich für meinen Teil werde den großen Prinzipien der Revolution treu bleiben." — Die Katholiken widersprachen ihm energisch.

Gambetta. Gambetta sagte darauf: „Wir wissen jetzt aus dem Munde des ehrenwerten Abgeordneten für Korsika, daß wir beim Beginn des so blöde unternommenen, so blöde vorbereiteten Kriegs Allianzen haben konnten. Nun denn, wenn nur der klerikale Fanatismus, welcher die Spanierin beseelte, aus der man eine Kaiserin von Frankreich gemacht hat . . ." — hier wurde Gambetta durch den Zuruf unterbrochen: „O, Sie sind kein Franzose! Ein Franzose insultiert keine Frau und am wenigsten eine verbannte Souveränin!" Nach Beruhigung des Tumults fuhr Gambetta fort: „Also mit andern Worten: wenn die Ratschläge der Anhänger des Kirchenstaats uns um Allianzen gebracht haben, so ist dies ein neuer Beweis dafür, daß Klerikalismus und Cäsarismus vereint an all unserm Unglück schuld sind und mit gleichem Nachdruck bekämpft werden müssen. Hat doch ein kaiserlicher Prinz selbst gesagt: ‚Du, verruchte Rasse, hast Frankreich zugrunde gerichtet!'" Daraufhin wurde in der Tat das Kultusbudget in durchaus antiklerikalem Sinn erledigt.

Jules Simon. Der neue Ministerpräsident Jules Simon bekannte sich am 14. Dezember als Republikaner, aber als konservativ von Grund aus, dem Grundsatz der Gewissensfreiheit ergeben, für die Religion von Hochachtung beseelt.

Eine böse Sache war das Hinschleppen der Prozesse gegen die Kommunards von 1871 und das Fortdauern des Belagerungszustands. Vergebens waren die Amnestieanträge in beiden Kammern. Ein halber Ausweg waren die Begnadigungen durch den Präsidenten. Die Prozeßführung der Kriegsgerichte erwies sich als höchst skandalös und korrupt. Man fühlte sich wie unter einer Willkürherrschaft.

Der Präsident verfügte als Gegengewicht gegen dergleichen die Abhaltung einer Weltausstellung in Paris für 1878. Die Blätter sprachen dabei von friedlichem Wettstreit, friedlicher Revanche u. s. w. Das Deutsche Reich nahm die Einladung nicht an mit der Begründung, daß diese Ausstellungen einander gar zu nahe folgten und daß ihre Wirkungen nicht dem Aufwand und den Mühen entsprächen.

Der Ingenieur und Stabshauptmann Roudaire faßte den Plan, die Wüste Sahara durch einen Durchbruch vom Mittelländischen Meer aus wieder in ein Binnenmeer hinter Tunis und Konstantine umzuwandeln; aber außer technischen Schwierigkeiten ergaben sich auch politische.

Der neue größere Festungsgürtel um Paris galt als nahezu vollendet.

Eine „Revue Historique" gaben Monod und Fagniez heraus.

Papst. Die päpstliche Kurie ließ die Gerüchte, als ob eine Aussöhnung mit der preußischen Regierung unterhandelt werde, dementieren durch folgende Mitteilung vom Februar: „Zugleich mit großem Schmerz und Staunen haben die Kirche, der Papst und die Gläubigen, namentlich in Preußen, eine Verfolgung auftauchen sehen, welche sich auf keinen Beweg-

grund oder auch nur Vorwand berufen konnte und welche militärischen Siegen folgte, bei denen die deutschen Katholiken ihr Gut und Blut und ihre Tränen geopfert hatten. Diese Verfolgung war gewiß mehr als eine Undankbarkeit; sie war ein politischer Fehler, ein unüberlegter Verzicht auf achtungswerte, für die Monarchie fruchtbare und nützliche Staatstraditionen. Übrigens dauert die Verfolgung fort und nimmt einen Charakter an, der die Verzweiflung der Autorität, welche sie unternommen hat, enthüllt. Es herrscht sogar unter den Wohlgesinnten der von der Kirche getrennten Parteien Einstimmigkeit, einen solchen Wahnsinn zu verdammen und das schließliche Ende desselben, das für eine Autorität verhängnisvoll sein wird, vorauszusagen. Aber im gegenwärtigen Augenblick kann das Wort oder vielmehr die Initiative der Versöhnung nicht von den Katholiken kommen; um eine Versöhnung mit der Kirche zu erlangen, braucht der verfolgende Staat nicht die Katholiken, er braucht nicht die Geistlichkeit, die Bischöfe, noch den Papst: es genügt, wenn er die Gesetze, die er gemacht hat, verbessert. Im Deutschen Reich wie in Italien und in den Ländern, wo die Verfolgung wütet, müssen sich die Katholiken hüten, den geringsten Schritt den Verfolgern entgegenzutun. Diese könnten glauben, der christliche Mut ermatte und werde schwach: sie würden noch stolzer werden, sie würden unannehmbare Bedingungen auferlegen, und alles müßte von neuem angefangen werden. Vollständiger Gehorsam gegenüber den gerechten Gesetzen, stillschweigender Widerstand gegenüber den ungerechten: dies ist die Pflicht der Katholiken. Im Deutschen Reich besonders sollen die Katholiken festen Fußes den Verfolger in Canossa erwarten; er wird in dieser oder jener Form dorthin kommen, wenn er sich ganz von der Ohnmacht seiner Maßregeln gegen den christlichen Geist überzeugt haben wird. Jedes Opfer bezeichnet eine Niederlage der Verfolgung und daher einen Sieg der Kirche."

Etwas schärfer formulierte die gleichen Gedanken die „Voce della Verità": „1. Legt die Maigesetze in den Kasten und denkt an ein ehrliches und brüderliches Einverständnis zwischen den zwei Gewalten! 2. Setzt die Gesetze wieder in Geltung, wie sie unter dem trefflichen Friedrich Wilhelm IV. waren, dessen Name ganz Deutschland so teuer ist. 3. Setzt die Bischöfe, Pfarrer, Priester, Mönche und Nonnen in ihre Sitze und Klöster wieder ein, wo sie sich für alle erduldeten Leiden einzig dadurch rächen werden, daß sie Tag und Nacht für das Wohl des Landes und der Dynastie beten und arbeiten ... 5. Gebt dem Professor Schulte und seinem Bischof Reinkens einen Zwangspaß nach Australien mit tausend Franks Pension, damit sie nicht Hungers sterben! ... Tut dies und alles ist zu Ende. Und über diese fünf schrecklichen Jahre und die zehn, die ihnen vorausgegangen, wird der Papst seine zur Verzeihung geneigte Hand erheben."

Die von Bischof Dupanloup betriebene Heiligsprechung der Jungfrau von Orleans stieß im Vatikan noch auf Bedenken; ihre Sache wurde aufs neue geprüft.

Dem im November verstorbenen Kardinal-Staatssekretär Antonelli warf man vor, daß seine nicht ganz erfolgreiche Politik eine Folge seines allzu nationalistischen Standpunkts war. Es war sehr menschlich, daß ein großer Teil des italienischen Klerus allzu italienisch im Sinn des antipäpstlichen Königreichs dachte und dadurch eine Lösung der römischen Frage im päpstlichen Sinne lähmte. Antonelli.

Ein Breve des Papstes vom Dezember an den Bischof von Rottenburg zeigte, mit welcher Opportunität die göttliche Vorsehung die Definition der päpstlichen Unfehlbarkeit gerade zu einer Zeit verkündigen ließ, da die Hölle täglich neue Irrtümer ausspie, da dem Statthalter Christi und den Bischöfen die Freiheit, sich zu versammeln und zu lehren, genommen wurde. „Aber abgesehen davon, wenn die Definitionen der ökumenischen Konzilien unfehlbar sind, weil sie aus dem Rate des Heiligen Geistes hervorgehen, so gibt es nichts Ungereimteres als zu glauben, der Heilige Geist lehre wahre Dinge, aber er könne sie inopportun lehren." Unfehlbarkeit.

Die katholische Jugend Italiens fühlte sich beschimpft durch die Errichtung eines Hermanndenkmals in Deutschland und demonstrierte mit der 700jährigen Jubelfeier des Sieges des Papstes Alexander III. und der lombardischen Städte über Kaiser Friedrich Barbarossa bei Legnano. Dies Fest wurde am 29. Mai in Mailand und im Vatikan gefeiert. Der Papst erwiderte eine Ansprache mit der Erinnerung, daß bei Pius' VII. glorreicher Rückkehr in die Hauptstadt der Welt ein König von Sardinien zugegen gewesen sei; dann aber habe die Untergrabung aller kirchlichen und moralischen Sitte durch die Presse begonnen. Der gottlose Führer der Kirchenverfolgung habe gesagt: wir werden nicht nach Canossa gehen. Das sei ungewiß, gewiß aber sei der schließliche Triumph der Kirche.

In Bologna organisierte sich eine O'Connell-Liga für die Freiheit des katholischen Unterrichts.

Der Unterrichtsminister verordnete die Schließung der noch bestehenden vatikanischen oder päpstlichen Universität und erklärte deren Diplome für ungültig.

Der Gemeinderat von Rom erteilte dem sehr liberalen Geschichtsschreiber Roms, dem Deutschen Gregorovius, das Ehrenbürgerrecht. Dafür erhielt dessen deutscher Gegenpol, der Katholik v. Reumont, das Ehrenbürgerrecht vom Florentiner Gemeinderat. — Garibaldi nahm nun erst nach Minghettis Sturz aus der Hand des „republikanischen" Ministers Depretis die Staatsdotation an „zum Nutzen Roms und der Tiberarbeiten". — An Stelle der religiösen Schwurformeln trat die einfache, nichtssagende Formel: Ich schwöre. — Der Basler, Wiener und Pariser Vertrag über den Ankauf der oberitalienischen Eisenbahnen wurde nun erst ausgeführt. — Die Liquidation der römischen Klöster war nun auch so ziemlich vollendet. Prozessionen außerhalb der Kirchen wurden neuerlich verboten. Ebenso trat der neue Minister des Innern Nicotera gegen das wiederauflebende Klosterwesen auf. Der dritte italienische Katholikenkongreß in Bologna wurde von den Studenten und vom Pöbel gestört. — In Sizilien regierte mehr als je die Mafia und das Banditentum.

Depretis wurde am 19. März als neuer Minister mit dem Ruf „Es lebe die Republik!“ begrüßt. Die Unselbständigkeit des italienischen Mißstaates äußerte sich in einem Wort der „Libertà“: „Zuerst waren wir Franzosen, jetzt sind wir Deutsche.“ Als aber Frankreich durch Gambetta wieder republikanischer zu werden schien, erwartete man neuerlich von dort das Heil.

In Italien, in Mailand, fand die erste Feuerbestattung statt. Der Krematonstempel war eine Widmung des Schweizers Keller v. Kellerer von 1873, eines in Mailand ansässigen Seidenindustriellen.

Dr. Strousberg, der Eisenbahnkönig, schilderte sein Leben und Wirken, indem er sich als einen Märtyrer seiner Ideale darstellte. Das Urteil des Moskauer Gerichts gegen ihn lautete übrigens nur auf Landesverweisung.

Bakunin. Der ehemals so gefürchtete russische Kommunist und Anarchist Michael Bakunin starb zu Bern fast ganz vergessen und vereinsamt, seit er vom Haager Kongreß der Internationale und von deren Papst, Karl Marx, 1873 abgeschüttelt wurde. Er vertrat jenen altrussischen sektiererischen Anarchismus, den später Tolstoi von ihm übernahm. Seine „Blüte“ hatte Bakunin 1848 und 1849, bevor der Kommunismus seine entscheidenden Niederlagen durch die Kleinbürgerschaft erlitt.

Schweiz. Beim zweiten internationalen Weltpostkongreß in Bern traten Britisch-Indien, die Kolonien von Frankreich, ferner auch Brasilien der Postunion bei. Die Schweiz begann für den Schutz der Hochgebirgswaldungen besorgt zu werden. Die Natur ließ sich denn doch nicht nach liberalen Prinzipien behandeln. Bei der schwierigen Lage der Gotthardbahn suchte die Schweiz Hilfe beim Deutschen Reich und Italien, fand aber wenig Entgegenkommen bei seinen Erwartungen nach neuen Subventionen. Es wurde ein Normalarbeitstag von elf, beziehungsweise zehn Stunden eingeführt. In Murten feierte man die Erinnerung an die Schlacht gegen Karl den Kühnen von Burgund.

Die „christkatholische“ (altkatholische) Nationalsynode der Schweiz zu Olten wählte den Pfarrer und Professor Herzog in Bern zum Bischof und beseitigte den Zölibat. Herzog ließ sich von Reinkens konsekrieren, wurde aber vom Papst exkommuniziert und von den sieben katholischen Bischöfen der Schweiz nicht anerkannt.

Conrad Ferdinand Meyer fuhr im „Georg Jenatsch“ fort, den schweizerischen Protestantismus durch novellistische Behandlung hervorzuheben. Dabei konnte er doch nicht die in der Sache liegende höhere Poesie des Katholizismus unterdrücken, ebenso wie im „Amulett“ und in „Huttens letzten Tagen“. Daß man die Ausführung skizzenhaft fand, sollte kein Tadel sein.

Belgien. In Belgien feierten die Katholiken demonstrativ ihre politischen Wahlsiege. Der König beantwortete die Einladung zum belgisch-holländischen Flamenkongreß in Brüssel gegen das bisherige Herkommen in flämischer

Sprache. Auf Anregung des Königs trat ein internationaler Kongreß für die Erforschung Afrikas in Brüssel zusammen, der Anfang bedeutender Entwicklungen. Auch ein internationaler Kongreß für Gesundheitspflege und Rettungswesen tagte in Brüssel.

Des Belgiers Gevaert Geschichte und Theorie der antiken Musik beschäftigte sich hauptsächlich mit der schwer zu lösenden Frage, ob die alte Musik die Mehrstimmigkeit kannte. Gevaert fußte auf der bejahenden Ansicht Rudolf Westphals.

Holland. Die holländische Regierung stellte fest, daß seit der Klosterhetze in Preußen 28 Klöster von dort sich an der niederländischen Grenze in sicherem Schutz niedergelassen hatten, so daß die Provinz Limburg nun 67 Klöster zählte. Dafür arbeitete die Freimaurerversammlung im Haag im entgegengesetzten Sinne. Prinz Friedrich der Niederlande wurde als nationaler Großmeister gefeiert. Der Deutsche Kronprinz sagte: „Die Nationalitäten haben die Grenzen ins Leben gerufen; die Freimaurerei will Liebe, Duldsamkeit und Freiheit ohne Unterschied der Grenzen. Es ist mir lieb, an diesem unvergeßlichen Tag auf niederländischem Boden das Wort führen zu können, um meine volle Übereinstimmung mit den Prinzipien des Ordens aussprechen zu können und die Hoffnung und den Wunsch auszudrücken, daß im Kampf für Volksentwicklung die Geistesfreiheit siegen möge." Diese Ansprache erregte einen unerhörten Jubel. — Aber auch die Konservativen scheuten sich nicht, die libertine Haltung des Prinzen von Oranien (Kronprinzen) öffentlich zu tadeln. — Die Folgen des Krieges mit Atschin machten sich immer fühlbarer.

Dänemark. In Dänemark machte sich ein Umschwung in der Haltung gegenüber dem Deutschen Reich geltend, seit die dänischen Nationalliberalen, die Hauptgegner der Deutschen, ihre führende Stellung verloren.

Spanien. Die große Wunde Spaniens war weniger der Karlistenkrieg als der Aufstand auf Kuba, der endlich 1898 mit dem Verluste der wichtigen Kolonie enden sollte. König Alfons konnte, nachdem er Don Carlos über die Pyrenäen nach Frankreich zurückgedrängt hatte, als Triumphator in Madrid einziehen (20. März). Auch die Frage der Sonderrechte (Fueros) der baskischen Provinzen und Navarras wurde in gute Wege geleitet. Ein Manifest der republikanischen Partei von Paris aus blieb ohne große Wirkung.

Amerika. Noch immer litt die nordamerikanische Union an den Folgen des Bürgerkriegs; noch immer lastete die rächende Hand der Nordstaaten auf den Südstaaten. Noch immer stand es schlimm um die Finanzen. Auch die Zollerhöhung im vorigen Jahr hatte einen Fiskalverlust zur Folge. Die Zulassung eines Negers als Senators wurde vom Senat abgelehnt. Der Kriegssekretär wurde wegen Bestechlichkeit in Anklagezustand versetzt. Der bisherige Gesandte in London wurde wegen Schwindeleien entlassen. Die übergroßen Gehälter wurden herabgesetzt. Ironisch nannte ein Abgeordneter diesen Beschluß die Bill zur Bestrafung der Armee für ihre tapferen Dienste. Der Präsident Grant selber legte gegen den Beschluß beider Häuser, ihm sein Gehalt von 50.000 auf 25.000 Dollars herabzusetzen, sein Veto ein.

Die „republikanische" Partei wollte, daß gesetzlich ausgesprochen werde, die Vereinigten Staaten seien eine Nation und nicht eine Konföderation. Das Haus nahm aber die „demokratische" Auffassung an, wonach die Vereinigten Staaten eine Föderativ-Union bilden und die lokale Regierung der verschiedenen Staaten für die Erhaltung der Freiheiten nötig sei; die dem ewigen Bunde feindliche sezessionistische Tendenz sei seit dem Krieg als nicht mehr bestehend zu betrachten.

Das hundertjährige Jubiläum der Gründung der Republik wurde durch eine Weltausstellung gefeiert, deren äußerer Erfolg alles Bisherige übertraf. Das wurde nur durch Negermetzeleien, durch Unruhen zwischen Weißen und Schwarzen in Louisiana und Südkarolina u. dgl. gestört.

Der Freihandel wurde von der demokratischen, der Schutzzoll von der republikanischen Partei vertreten. Zugunsten der Polygamie richteten 22.626 mormonische Frauen und Mädchen eine Petition an das Repräsentantenhaus (18. Jan.).

Großdeutschland.

Zur Zentennalfeier der Union wurde die nordamerikanische Republik sowohl von den amerikanischen wie den europäischen Deutschen gewissermaßen als ein „Großdeutschland" gefeiert, wie einst Süditalien als Großgriechenland galt. Der deutsch-amerikanische Festgesang von Müller von der Werra besagte: „Europa grüßt, das treue, alte, wo unsrer Väter Wiege stand . . . Uns knüpft vergangner Zeiten Band . . . Germania schwebt überm Meere, streckt segnend ihre Hände aus: den Schwesterländern Ruhm und Ehre, dem Volk aus Einem Vaterhaus! . . ."

Bei der Jubiläumsfeier veranstalteten auch die „Tempelritter" zu Philadelphia eine Prozession zur neuen Freimaurerloge. Es beteiligten sich dabei 111 Komtureien aus Amerika, Schottland, Irland, Ostindien mit etwa 8000 Ordensmitgliedern. Diese trugen auf den schwarzen Röcken das rote Kreuz mit goldener Krone und weiße Straußenfedern auf dem Hut. Der Tempel war eine Musterkarte sämtlicher Stile.

Cl. Jannet schilderte die gegenwärtigen Vereinigten Staaten (Paris 1876) in ihrem Verfall, untergraben von den modernen Ideen der Freimaurerei und Revolution (Hist.-pol. Blätter, Bd. 78).

Alex. Stewart galt, als er starb, mit seinen 80 Millionen Dollars als reichster Mann der Union. Ulster-Ire und klassischer Philolog von Haus aus, machte er sein Glück durch Ehrlichkeit als kleiner, dann immer größerer Kaufmann.

Nach den Versuchen von Caselli in Paris 1867 und von Meyer in Wien 1873 konstruierte auch der Amerikaner Sawyer einen Faksimiletelegraphen (Ill. Ztg., 8. April).

In Tasmanien starb das letzte Individuum der Urbevölkerung aus.

Es war vor allem deutsche Wissenschaft, die Japan in diesen Jahren zivilisierte.

Das Jahr 1877.

Konferenz zu Konstantinopel. Türkisches Parlament. Londoner Protokoll. Der Zar erklärt den Krieg. Rumäniens Unabhängigkeitserklärung. Kämpfe am Balkan: Schipkapaß, Plewna. Serbien im Krieg. Schefkschenko. Transvaal. Ansprachen des Papstes gegen Attila-Bismarck. Banditen, Mafia und Camorra in Italien. Sieg der republikanischen Partei (Gambetta) in Frankreich. Thiers †. Loyson. Zusammenkünfte in Ischl und Salzburg. Klapka. Kossuth. Katholikentag in Wien. Deutsches Reichsgericht in Leipzig. Prozeß Arnim. Rücksteigende Reichsflut. Bismarcks Entlassungsgesuch und Beurlaubung. Italien und das Deutsche Reich. Kulturkampf und katholische Bewegung. Der Streit um das Apostolikum bei den Protestanten. Ketteler †. Gerlach †. Steigen der Sozialdemokratie. Nationaldenkmal. Canossasäule. R. Wagner. Dühring. J. Jacoby. Perty. Jörg.

Konstantinopel.

Die Konferenz der Delegierten der sechs Mächte, die zu Konstantinopel tagte, war nicht mehr imstande, den Frieden herzustellen. Die Pforte lehnte am 3. Januar die Hauptforderungen der Konferenz ab: Vergrößerung von Montenegro, Regulierung der serbischen Grenze, Errichtung zweier privilegierter bulgarischer Provinzen: Ostbulgarien und Westbulgarien, mit Anerkennung der Volkssprache u. s. w. Das türkische Gericht sprach zudem Schefket Pascha, der der Bulgarengreuel angeklagt war, völlig frei. Wohl aber gab die Pforte zu, daß als Vertreter Konstantinopels fünf muselmanische und fünf christliche Abgeordnete gewählt würden. Die Mächte milderten nun ihre Forderungen; aber auch in dieser milderen Form wies der große Pfortenrat, aus etwa 200 Würdenträgern bestehend, die Überwachungskommission zurück. „Lieber Tod als Entehrung!" riefen sie, obwohl ihnen der Großvezier Midhat Pascha nicht verhehlte, daß die Türkei in einem allfälligen Krieg auf keine Verbündeten zu zählen habe. Damit endigte am 21. Januar die Konferenz und damit auch der Waffenstillstand mit Serbien und Montenegro.

Das Hinziehen der Entscheidung erklärt sich daraus, daß auch Rußland einen Krieg gegen die Türkei für schwierig hielt. Eine offiziöse Stimme äußerte sich darüber also: „Da Rußland den christlichen Bevölkerungen in der Türkei zu Hilfe kommen will, so müßte man das Volk schonen, dürfte nicht den Krieg durch den Krieg ernähren, müßte alles Notwendige mit sich führen, alles bar bezahlen. Im Fall des Erfolges seien keine wichtigen Provinzen vorhanden, die den Türken als Erwerbungen von volkswirtschaftlichem, finanziellem oder strategischem Werte abgenommen werden könnten, nicht einmal eine Kriegskontribution, welche die Pforte zu zahlen vermöge. Der Krieg werde mithin ein gänzlich interesseloser sein müssen. Daher habe die russische Regierung stets einen friedlichen Ausgang erstrebt und erstrebe ihn noch in Übereinstimmung mit den Kabinetten, welche die Orientfrage als ein dem ganzen Europa gemeinsames Interesse betrachten." Auch die Mobilisierung ging sehr langsam und schleppend vor sich. Als daher die Pforte die Forderungen der Konferenz ablehnte, war Rußland ratlos. Aber auch die Mächte, an die es sich um Rat wandte, konnten ihm keinen bieten. Das wichtigste

war, daß Rußland mit Rumänien über die Etappenstraßen unterhandelte, die es für den voraussichtlichen Krieg zum Durchmarsch durch Rumänien brauchte. Rumänien war zudem durch die neue türkische Einheitsverfassung unangenehm berührt, wollte aber sonst neutral bleiben.

Türkische Verfassung.

Der Urheber dieser Verfassung, der Großvezier Midhat Pascha, fiel (5. Febr.) in Ungnade und ging ins Ausland. Edhem Pascha trat an seine Stelle, ohne noch vorläufig die Verfassung aufzuheben. Indessen gelang der Abschluß eines Friedens zwischen Serbien und der Türkei auf Grundlage der Wiederherstellung des Status quo ante (28. Febr.). Man schien sich in Serbien überzeugt zu haben, daß man von Rußland mißbraucht worden sei. Daß die Mächte die russische Zirkulardepesche vom 31. Januar unbeantwortet ließen, war auch ein Beweis des Mißtrauens. Darum wurde General Ignatieff an die Höfe ausgeschickt, und auch sonst bemühte sich Rußland, seine Anschauungen durch neue Weisungen an seine Vertreter anfangs März festzustellen, ungefähr auf folgende Weise: „Entweder erachten die Pariser Traktatmächte, und zwar speziell England, den Pariser Vertrag von 1856 trotz der Zurückweisung der Konferenzbeschlüsse seitens der Pforte noch für gültig, oder Rußland sieht auch die aus dem Vertrag für die Türkei sich ergebenden Rechte als erloschen an und behält sich selbständige Schritte vor", um eine „friedliche Lösung zu erleichtern."

Die Verfassung ließ sich im Türkischen Reich nur schwer durchführen. Kreta und der Libanon wollten keine Abgeordneten ins türkische Parlament schicken. Und doch erklärte die Pforte am 8. März ihre Bereitwilligkeit gegenüber England, die Reformen ohne Aufschub durchzuführen. England suchte Rußland zu bewegen, der Pforte für die Ausführung der Reformen eine Frist von einem Jahr zu gewähren, und drang darauf, daß Rußland inzwischen abrüste. Trotz aller Reibungen wurde am 19. März das türkische Parlament eröffnet. In den neuen Senat berief der Sultan auch eine Anzahl Christen. Aber auf Rußlands Betreiben wurde von den Vertretern der Großmächte am 31. März zu London ein Protokoll unterzeichnet, das die Stellung der Türkei wieder sehr erschwerte. Die Pforte wurde darin aufgefordert, abzurüsten, die Reformen mit Tatkraft durchzuführen, die Lage der christlichen Bevölkerungen zu verbessern, die Wiederkehr von Verwicklungen zu verhüten, die periodisch die Ruhe des Orients zu stören pflegten. Wenn das alles geschehe, werde auch Rußland abrüsten.

Londoner Protokoll.

Die Pforte lehnte aber auch die Annahme dieses Londoner Protokolls ab, kündigte den Waffenstillstand mit Montenegro und schickte den Oberbefehlshaber Abdul Kerim an die Donau ab (14. April). Unmittelbar darauf schloß Rumänien mit Rußland eine Durchzugskonvention ab folgenden Inhalts: „Die rumänische Regierung sichert der russischen Armee, die bestimmt ist, in die Türkei einzudringen, freien Durchzug zu. Der Zar aller Reußen verpflichtet sich, die politischen Rechte und die dermalige Integrität Rumäniens aufrechtzuerhalten." Rumänien war

zu diesem Schritt gezwungen, da die Mächte trotz Rumäniens Anfrage sich nicht verpflichtet hatten, die Neutralität des Fürstentums zu schützen, wie sie eigentlich sollten.

So erklärte denn Zar Alexander am 24. April der Pforte den Krieg und erließ folgendes Kriegsmanifest: „Unsere treuen Untertanen kennen unser Interesse für die unterdrückten Christen der Türkei. Die ablehnende Haltung der Pforte hat uns in die Notwendigkeit versetzt, zu den Waffen zu greifen ..." — Eine gleichzeitige Zirkulardepesche Gortschakoffs besagte: „Die Ablehnung der Pforte läßt keine Hoffnung, daß sie den Wünschen Europas entgegenkommen und die Reformen zugunsten der Christen ausführen wird ... So bleibt nichts übrig, als zu versuchen, das Verlangte durch Zwangsmittel zu erreichen. Mein Herr hat seinen Armeen Befehl gegeben, die türkischen Grenzen zu überschreiten; er ist überzeugt, damit auch den Anschauungen Europas zu entsprechen." — Und Großfürst Nikolaus erließ den Tagesbefehl: „Nicht auf Eroberung gehen wir aus; wir gehen unsern geschändeten und gedrückten Brüdern zu Hilfe und zur Verteidigung der Religion Christi. Unsere Sache ist heilig, Gott ist mit uns!" Krieg.

Rumäniens Standpunkt erhellte aus der Thronrede des Fürsten am 26. April: „Die Versuche, unsere Neutralität, die uns als Pflicht auferlegt ist, auch als Recht anerkannt zu wissen, sind gescheitert. Verlassen von allen Mächten, muß Rumänien das tun, was seine Interessen vorschreiben, und im Notfall wird es auch zu den Waffen greifen. Wir müssen vermeiden, daß Rumänien der Schauplatz des Krieges werde. Keine der garantierenden Mächte hat gegen den Einmarsch der Russen protestiert. Zar Alexander hat unsere politische Individualität wenigstens in der Weise anerkannt, daß Bukarest von russischen Truppen unberührt bleiben wird." Daraufhin genehmigten beide Kammern die Konvention mit Rußland, und der Zar entschuldigte sich brieflich, daß er so vorschnell den Einmarsch befohlen habe. Eine Adresse des Senats an den Fürsten war voll vom Gedanken der Befreiung, und die Zweite Kammer beschloß sogar am 11. Mai eine vorerst noch etwas verhüllte Unabhängigkeitserklärung, in Erwägung, daß die Türkei durch ihr aggressives Verhalten das vertragsmäßige Verhältnis zerrissen habe. Rumänien.

Indessen hatten die Russen bereits am 25. April Galatz, Braila und die Brücke über den Sereth besetzt. Im Kaukasus erhoben sich allerdings die Tschetschenzen gegen Rußland. In Asien besetzten die Russen am 29. April Bajazid, zernierten am 2. Mai die Festung Kars und blockierten die Häfen des Schwarzen Meers. Der Khedive von Ägypten war zur Hilfe für den Sultan bereit. In Bulgarien regte sich am 7. Mai eine „provisorische Nationalregierung", die aber gegen die Russen-Befreier nicht aufkam. Schon am 8. Mai bombardierten einander die Türken von Widdin, die Rumänen von Kalafat aus; der Fürst von

Rumänien übernahm am 10. den Oberbefehl über sein Heer und zeigte den Mächten am 13. Mai an, daß auch er der Pforte den Krieg erklärt habe. Er konferierte in Plojesti mit dem Großfürsten Nikolaus.

Die türkische Flotte unterstützte den Aufstand der kaukasischen Tscherkessen. Man sah in Konstantinopel ein, daß man durch hohe Beamte in russischem Bestechungssold war geschädigt worden. Am 21. Mai sagte sich Rumänien ganz unbedingt los von der Oberherrschaft der Pforte und appellierte an die Gerechtigkeit der garantierenden Mächte. Aber auch Kreta wollte Autonomie und lehnte die türkische Verfassung ab. Die christlichen Bewohner der Türkei weigerten sich, vertreten durch ihre Patriarchen, die Militärpflicht anzuerkennen.

Serbien wagte es noch nicht, seine Sympathien für Rußland zu betätigen. Österreich erklärte, serbisches Gebiet weder durch russische noch durch türkische Truppen betreten zu lassen. Während Fürst Milan ins russische Hauptquartier Plojesti in Rumänien ging, waren die russischen Waffen in Asien glücklich; Erzerum war bedroht, ganz Armenien schien gewonnen. Da trat ein Umschlag seit 17. Juni ein. Die passive Türkennatur raffte sich zusammen angesichts der drohenden Gefahr und jagte die siegessicheren Russen zurück. Auch in Europa scheiterte die Mitwirkung der Rumänen an den überspannten Forderungen der Russen. In Montenegro wurde mit wechselndem Glücke gefochten.

Unter den Augen des Zaren gingen die Russen an der mittleren Donau bei Simnitza auf bulgarisch-türkisches Gebiet über (27. Juni), nachdem sie kurz vorher auch die untere Donau bei Galatz überschritten hatten. Der Zar erließ eine Proklamation an die Bulgaren, sich zu erheben und sich überall um die einrückenden russischen Truppen zu scharen. Freilich schlossen die Russen von der Verwaltung alle Nichtrussen aus.

Während die Russen in Asien alle ihre Vorteile aufgeben mußten, rückten sie in Bulgarien am 6. Juli nach Tirnowo, der alten Haupt-
Schipkapaß. stadt, vor. General Gurko überschritt am 13. den Schipkapaß am Balkan. Nikopolis (an der Donau) wurde am 16. erstürmt. Aber bei Plewna erlitten die Russen eine empfindliche Schlappe und bemühten sich demgemäß sehr um eine stärkere Mitwirkung der früher mißachteten rumänischen Armee. Noch ärger waren die Niederlagen der Russen in den nächsten Tagen; sie mußten Ende Juli wieder über den Balkan zurückgehen und ihr Hauptquartier in aller Eile von Tirnowo nach Sistowa zurückverlegen. Rußland machte infolgedessen anfangs August neuerliche Anstrengungen; alles wurde mobilisiert. Aber auch der russische Oberanführer der bosnischen Insurgenten, Despotovic, mußte am 6. August, von den Türken geschlagen, nach Dalmatien übertreten und sich der Entwaffnung und Internierung fügen.

Nachdem sich auch die Türken neuerlich verstärkt hatten, entspann sich ein Ringen um den noch von den Russen gehaltenen Schipkapaß
Plewna. und um die Stellung von Plewna. Uneinigkeit und Eigensinn der

türkischen Feldherrn vereitelte aber deren Offensivmaßregeln. So wandte sich denn wieder das Kriegsglück seit Mitte Oktober den Russen zu, und zwar auf beiden Kriegsschauplätzen. Auch die Montenegriner machten Fortschritte; sie belagerten Podgoritza und Antivari, eroberten Spizza am 16. November. Die Russen erstürmten Kars am 18. und nahmen die nach Erzerum flüchtenden Türken gefangen. Um so hartnäckiger widerstand die Pforte; sie rief alle Bekenner des Islams in Asien und Afrika zu Hilfe. Aber durch den Fall Plewnas am 10. Dezember und die Gefangennahme von 40.000 Türken war der Feldzug unrettbar verloren. Immerhin bleibt die Verteidigung von Plewna durch Osman Pascha eine Meisterleistung. Die Türken hatten sich dort eingegraben und nach der alten Schützengrabentechnik, die wir heute wieder so gut erfahren haben, auf freiem Feld eine Festung wie aus dem Nichts geschaffen. Nur der Hunger hatte sie bezwungen, nachdem sie 143 Tage standgehalten und noch einen heldenhaften Durchbruch versucht hatten. Osman hatte jedenfalls durch seinen Widerstand die Stoßkraft des russisch-rumänischen Heeres wesentlich erschöpft. Die Rumänen blieben zurück, um Widdin weiter zu belagern.

Die Türkei richtete am 12. Dezember ein Rundschreiben an die Mächte, darin sie sich bereit erklärte, eine Vermittlung Europas anzunehmen, obwohl das Land mit seinen Hilfsmitteln noch nicht zu Ende sei; man wolle alles für seine Unabhängigkeit und Integrität opfern, doch wünsche man das Blutvergießen zu beenden und appelliere an die Gerechtigkeit der Großmächte. Aber Rußland weigerte sich, auf Grund der Integrität der Türkei Frieden zu schließen. Der Sultan berief am 13. Dezember wieder das Parlament und forderte zur allseitigen Ausführung der so heiß begehrten Verfassung auf.

Nun erklärte aber auch Serbien wieder am 14. Dezember den Krieg, nachdem es lange aus Furcht vor Österreich, aus Eifersucht gegen Montenegro und wegen der Unsicherheit der russischen Erfolge geschwankt hatte. Da die Russen noch das Glück hatten, die Führer des kaukasischen Aufstandes in ihre Hand zu bekommen, so war auch die dortige Gefahr beseitigt. Hier wie schon früher fehlte es immer an einem Zusammenarbeiten der Tscherkessen mit ihren Helfern. Das Jahr schloß damit, daß die Montenegriner Dulcigno und die Serben Pirot eroberten und daß die Russen in mühseligen Märschen den verschneiten Balkan gegen Sofia zu auf verschiedenen Wegen überquerten. Serbien.

Ein Eingreifen Griechenlands unterblieb, da das Land fast bankerott war. Doch versuchte die Regierung, so viel wie möglich zu rüsten. Die Komitees der Griechen in der Türkei arbeiteten auf eigene Faust und bereiteten Aufstände vor, um bei einem erwarteten Einmarsch der griechischen Truppen bei der Hand zu sein.

Rußland. Im Innern Rußlands dauerte die alte Russifizierungspolitik fort. Der polnischen Geistlichkeit wurde bei Strafe der Deportation nach Sibirien die Verbreitung der Herz-Jesu-Gebete und die Bezeichnung der Mutter Gottes als „Königin von Polen" verboten. Ein Ukas beseitigte am 26. März die jahrhundertealte Rechtsordnung der Städte Livlands, Esthlands und Kurlands und schaffte so der Russifizierung freies Feld. Der „Golos", der sich herausgenommen hatte, auch für Rußland eine Verfassung „wie in der Türkei" zu verlangen, wurde suspendiert. In den polnischen Gymnasien wurde der Gebrauch der russischen Sprache auch für die Erteilung des Religionsunterrichts anbefohlen; das nannte man „Panslawismus" oder „Slawenfreundlichkeit". Der Panslawist Aksakoff hielt am 8. Oktober zu Moskau eine Rede, darin er ganz Europa und die abendländische Zivilisation herausforderte. In Petersburg begann am 30. Oktober ein großer Prozeß gegen die revolutionäre Propaganda. 193 Angeklagte wurden in geheimer Verhandlung vernommen.

Viel wurde wieder über das angebliche „Testament Peters des Großen" geschrieben. Es ist unglaublich, daß man vergessen hat, daß Rußlands Ansprüche an Konstantinopel schon auf die Heirat Iwans III. mit der Nichte des letzten byzantinischen Kaisers 1471 zurückgehen.

K. E. Franzos machte in der „Allgemeinen Zeitung" (13. Juni) auf „die Kleinrussen (Ruthenen, Ukrainer) und ihre Sänger", besonders auf deren größten, Schefstschenko, aufmerksam. In ihm ist durch die Moskowiten „ein Dichter von höchstem, absolutem Werte langsam zu Tode gemartert worden ... Was er schaffen durfte, sichert ihm Unsterblichkeit".

England. Wie verhielten sich nun die andern Mächte dem orientalischen Konflikt gegenüber? Er betraf zunächst England, den Nebenbuhler Rußlands, den Protektor der Türkei. England war es, das, nach feierlicher Proklamation seines indischen „Kaisertums" am 1. Januar, es sich angelegen sein ließ, die Konferenzen von Konstantinopel in London fortzusetzen, um so der Schiedsrichter der Welt zu werden. Das zeigte sich in der Thronrede vom 8. Februar und in den folgenden Adreßdebatten. Der Außenminister Derby erklärte, alles hänge von einem einzigen Manne, dem Zaren, ab. „Wir wollen der Pforte die Vorschläge der Mächte nicht durch Gewalt aufdrängen; wenn aber von einer andern Macht Gewalt angewendet wird, so halten wir uns nicht für verpflichtet, die Pforte gegen die Konsequenzen ihrer eigenen Handlungen zu schützen. Wenn eine Macht, die wir vertragsmäßig zu schützen verpflichtet sind, unsere Ratschläge hindannsetzt, so sehe ich nicht ein, wie wir durch unsere Vertragsverbindlichkeiten noch immer verpflichtet sein sollen, sie zu schützen." Gegenüber der Forderung der liberalen Opposition bemerkte der Ministerpräsident Beaconsfield (früher Disraeli) als Gesinnungsjude, es handle sich in der großen orientalischen Frage durchaus

nicht nur um die Lage der christlichen Untertanen der Pforte, sondern für den Staatsmann sei die Hauptsache die Verteilung der Macht in der Welt, die Veränderungen in der Verteilung von Territorien. — Lord Derby entschuldigte die Pforte wegen Verzögerung der Reformen: zuerst muß Friede sein, dann Reform; im Krieg um seine Existenz kann die Türkei nicht die Reform beginnen; das soll Rußland bedenken. Die Wertlosigkeit der täglichen „Plaudereien" über den Orient erwies sich dadurch, daß der Redner im Parlament manchmal nur vier Zuhörer und Abstimmer vor sich hatte.

Ein Vertrag der ostindischen Regierung mit dem Khan von Khelat (4. März) war ein Schachzug gegen Rußland und Persien.

Ohne jegliche Bedeutung blieb hingegen die Unterzeichnung des Londoner Protokolls von 31. März über die russischen Reformforderungen an die Türkei. Die Mächte rieten der Pforte die Annahme; die türkische Regierung aber lehnte ab: sie wolle lieber eine oder zwei Provinzen verlieren, als ihre Würde und Unabhängigkeit verletzen lassen; worauf Lord Derby antwortete: „Mir scheint die Frage eines Verlustes einer oder zweier Provinzen gar nicht in Betracht zu kommen; ich befürchte vielmehr, daß am Schlusse des Kampfes das Osmanische Reich vielleicht gar nicht mehr vorhanden sei."

Transvaal.

Das war dem gefühlvollen Engländer gleichgültig; wohl aber annektierte man am 12. April ohne viel Umstände die Republik Transvaal in Südafrika. Der englische Bevollmächtigte Shepstone nahm zum Anlaß die „Greuel" der Buren gegen die Kaffern, ließ einfach die britische Flagge in Pretoria hissen, besetzte die Staatsgebäude und berief britische Truppen. Der Volksrat suchte vergebens das Geschick durch Dekretierung verschiedener Reformen abzuwenden. Der Präsident Burgers protestierte wohl nur der Form wegen, riet aber zu friedlicher Unterwerfung.

Im Parlament wurde die Konföderation der südafrikanischen Kolonien mit Transvaal nicht als Annexion, sondern als Wunsch des Transvaalstaates dargestellt, der sich in einem Zustande völliger Gesetzlosigkeit und Verwirrung befinde; die 40.000 Weißen seien durch Parteiungen gespalten und die Schwarzen, eine Million, in höchster Erregung.

Ein Verdienst erwarb sich die englische Regierung, als sie infolge eines im Unterhaus gestellten Antrags ein Blaubuch herausgab über die in den letzten sieben Jahren von der russischen Regierung gegen die unierten griechischen Katholiken verübten Grausamkeiten. Da war zu lesen, wie diese als Ketzer behandelten Christen durch die Kosaken massenhaft aufgefangen, durch einen halb zugefrorenen Fluß getrieben wurden, in dem sie bis an die Hälfte im Wasser standen; wie nicht Raum genug in den Kerkern war, wie die Unglücklichen im eisigen Januarwetter in Hinterhöfen untergebracht wurden; wie die Kosaken den Männern, Frauen, Knaben und Mädchen Peitschenhiebe aufzuzählen hatten. So berichteten englische Konsuln in Rußland: ein Greuelgemälde der schaurigsten Art, empörender als alle Grausamkeiten der finstersten Zeiten. Der Zweck der Veröffentlichung dieser Berichte war, die

liberalen englischen Russenfreunde etwas abzukühlen. Es war eine große Niederlage für Gladstone und seine „Bulgarengreuel".

Ein Antrag auf Wiederherstellung des irischen Parlaments wurde im Unterhaus abgelehnt.

Im Krieg zwischen Rußland und der Türkei erklärte England strikte Neutralität, außer wenn Englands Interessen in Gefahr kämen, nämlich der Suezkanal, der Besitz Konstantinopels, einer Stadt von so großer militärischer, politischer und kommerzieller Bedeutung, die Freiheit der Schiffahrt auf der Donau und in den Dardanellen. „Der Lauf der Dinge könnte erweisen, daß es noch andere Interessen gibt, wie z. B. am Persischen Meerbusen, die zu beschützen unsere Pflicht wäre . . ." Die Opposition, an ihrer Spitze Gladstone, suchte vergebens die Regierung in das russische Fahrwasser zu drängen. Rußland gab am 30. Mai Zusicherungen, daß es jene formulierten Interessen Englands nicht zu verletzen gedenke. England verstärkte für alle Fälle die Garnisonen von Malta und Gibraltar und stapelte an beiden Orten große Kriegsvorräte auf.

Bei Gelegenheit der Thronrede am Schluß der Session, 14. August, hieß es: Die unerwartete Schwäche der russischen Streitkräfte und die schlechte Leitung haben die Möglichkeit einer Verletzung englischer Interessen und so den Anlaß einer kriegerischen Intervention in die Ferne gerückt. — Die Erfolge der Russen gegen Ende des Jahres erregten wieder die englischen Gemüter. Die Königin ließ den dritten Band der Memoiren des Prinzen Albert erscheinen, darin seine entschieden antirussische Gesinnung scharf zutage trat. — Der Zar lehnte eine Vermittlung Englands höflich ab.

Gereizt durch illiberale Urteile der Gerichte, schlossen sich die verschiedenen Parteien der Ritualisten gegen die englische Staatskirche um so entschiedener zusammen. Die Londoner Universität ließ Frauen zu. Das Unterhaus lehnte die Freilassung der gefangenen irischen Fenier ab.

Fraser in England konstruierte eine Setz- und Ablegemaschine.

Die Schiffer der Barke „Pauline" wollten eine Riesenseeschlange an der Nordostküste Brasiliens gesehen haben, was sie auch (Kapitän, Offiziere und Matrosen) vor dem Magistrat zu Liverpool am 10. Januar eidlich bezeugten (Fl. Ztg., 3. Febr.).

Die Lässigkeit der Westmächte in den Wirren des Ostens hatte zum Teil ihren Grund in inneren Spannungen. Vor allem spielte sich nun in Frankreich der spannendste Entscheidungskampf ab zwischen der glaubenslosen Republik und der katholischen Monarchie, ein Schauspiel, dem die deutschen Kulturkämpfer mit noch größerem Interesse zusahen als dem Orientkrieg. Das hing wieder mit der kirchlichen Frage in Italien zusammen.

Italien. Hier in Italien wurden immerfort die eingezogenen Kirchengüter verkauft, ohne dem Staate Segen zu bringen. Die papsttreuen Katholiken setzten ihre Enthaltung von den politischen Wahlen fort. Eine Ansprache

des Papstes vom 12. März wiederholte die Anklagen gegen den Räuberstaat: „Die unloyale Regierung hat die schwierige Lage einer Nation benutzt und sich nicht entblödet, auch das letzte Stück, das der Unabhängigkeit und Freiheit des Heiligen Stuhles verblieb, anzugreifen. Nachdem einmal diese abscheuliche Tat vollbracht war, wurden alle möglichen Gesetze ausgedacht, um die Autorität und Freiheit der Kirche und des Papsttums zu schmälern. Diese gottlosen Gesetze begannen mit jenem über die religiösen Genossenschaften und schlossen mit dem abscheulichen und sinnlosen Gesetz über die Mißbräuche der Geistlichkeit. Dennoch schreit man nach allen vier Windrichtungen der Welt, wir genössen die vollste Freiheit. O die Scheinheiligen! Was für Freiheit kann man meinen, nachdem man mir alle Mittel zur Kirchenverwaltung benommen hat? Sie nennen es Freiheit, wenn im Parlament die gemeinsten Infamien gegen den Statthalter Christi geschleudert werden! Das Papsttum ist nicht frei und kann es nicht sein, solange es anderer Herrschaft unterworfen ist. Eine Versöhnung ist in demselben Maß unmöglich, wie eine Versöhnung des Guten mit dem Bösen."

Der Kardinal-Staatssekretär Simeoni überreichte diese Allokution den Vertretern der katholischen Mächte mit der Bemerkung: „Die Akte der Regierung des Königs Viktor Emanuel seit dem 20. September 1870 enthalten das gerade Gegenteil dessen, was man nach der Annexion des letzten Teiles des Kirchenstaats feierlich proklamiert hatte. Wie kann der Papst die Kirche unabhängig regieren, wenn er das Plazet einer Regierung bedarf, die sich von den revolutionären Ideen des Jahrhunderts fortreißen läßt? Wird die Regierung im Fall eines Konklave sich nicht mit Hilfe von Ungläubigen bemühen, einen Gegenpapst zu schaffen, eine Kreatur des Ministeriums?" — Mit Recht sah der Papst die Spitze des neu vorgeschlagenen Gesetzes über „Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt" gegen sich selbst gerichtet; denn es bedrohte „alle Aufreizungen und Verwirrungen des öffentlichen Gewissens oder des Friedens in den Familien, von welcher Seite sie auch immer ausgehen mögen". — Man wollte wissen, Papst Pius sei in seiner Zuversicht durch Briefe des Kaisers von Österreich und des Marschalls Mac Mahon bestärkt worden, da er sicher war, daß man eine Verletzung des italienischen Garantiegesetzes nicht dulden werde. Ein Vertreter des französischen Generals de Charette überreichte dem Papst ein Album mit 30.000 Unterschriften solcher Getreuen, die bereit waren, in jedem Augenblick für die heilige Sache zu den Fahnen zu eilen.

Allerdings hielt es der Papst mit Recht für geraten, dem Grafen Papst.
von Chambord (Heinrich V.) und der Exkaiserin Eugenie gegenüber keine demonstrativen Schritte zu unternehmen. Schwach und krank vor Alter, hörte er nicht auf, die Pilger zu empfangen und auch im Sinn der Allokution diplomatisch zu wirken. Dem König der Belgier antwortete er auf ein sympathisches Schreiben: „Ich bin hoch erfreut zu erfahren, daß Sie bereit sind, Ihre Tätigkeit mit der gemeinschaftlichen

Aktion anderer Souveräne zu vereinen, damit die Ruhe meinem Herzen und der gesamten Christenheit wiedergegeben werde, welche wegen der moralischen Gefangenschaft, in der ich mich befinde, beunruhigt ist... Anerbieten dieser Art kommen mir gleichzeitig von andern Souveränen zu, und so befestigt sich meine Hoffnung, daß dieses Zusammenwirken gute Früchte tragen wird. England und Spanien haben mir ihren Beistand versprochen..."

In bezug auf die Orientkrisis sagte der Papst am 2. Mai bei einem Empfang savoyischer Pilger: „Eine irrgläubige Macht (Rußland) hat nun Armeen in Bewegung gesetzt, um eine ungläubige Macht (Türkei) zu züchtigen. Jene irrgläubige Macht beschuldigt die letztere, ungerecht regiert und viele ihrer, derselben heterodoxen Religion angehörigen Untertanen unterdrückt zu haben. Aber schwer lastet die Hand der Gerechtigkeit Gottes auch auf jener Macht, die sich orthodox nennt, aber schismatisch ist, denn sie hat sich unmenschliche Verfolgungen seit vielen Jahren gegen die Katholiken zuschulden kommen lassen..." Es war begreiflich, daß der Papst noch weniger als mit den Türken mit den Russen sympathisieren konnte; denn die russischen Verfolgungen übertrafen weitaus alles andere. Aber die Russenfreunde, besonders die hussitisch gesinnten Tschechen, nahmen daher Anlaß zu antipäpstlichen Demonstrationen.

Die weltliche Regierung Italiens stand hinwieder mehr auf Seite Rußlands und deutete an, daß es unter Umständen vorteilhaft sein könnte, mit Rußland vereint, allenfalls etwas von der türkischen Beute zu erhaschen. Italiens begehrliche Augen waren besonders auf Albanien gerichtet.

Der italienische Senat lehnte schließlich doch den Gesetzentwurf über Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt ab. Man sagte, daß selbst der niedere Klerus, zumeist mehr national als päpstlich gesinnt, dies Gesetz als Schutz gegen die Bischöfe gewünscht hätte. Überhaupt hat der Kirche zu allen Zeiten keine Verfolgung von außen, sondern nur die pflichtwidrige Haltung ihrer eigenen Mitglieder geschadet.

Der staatlich abgesetzte Erzbischof von Köln und Freiherr v. Loë führten am 17. Mai dem Papst eine deutsche Pilgerschar vor. Pius antwortete: „Wenn Völker und einzelne Menschen von sittlichen Gebrechen heimgesucht werden, streckt sich Gottes Hand zur Heilung aus. Das deutsche Volk ist jetzt so schwer erkrankt, daß Gott sich bewogen fühlt, ein Wort darein zu sprechen. Er schickte vor Jahrhunderten einen Attila, um die Völker zu erwecken; jetzt hat er mit einem neuen Attila (Bismarck) das edelmütige deutsche Volk aufgeweckt. Dieser neue Attila, der zu zerstören glaubte, hat inzwischen aufgebaut. Dieser neue Attila, der auf jegliche Weise die Religion Jesu Christi von der Erdoberfläche verschwunden sehen wollte, hat in euch den Glauben neu gestärkt, und eure obersten Hirten haben furchtlos das wiederholt, was der heil. Bonifazius

„Attila."

vor Jahrhunderten inmitten eines Bischofskongresses bekannte: ‚Wir sind keine stummen Hunde, wir kämpfen für den Herrn. Sterben wir, wenn es notwendig ist, für die heiligen Gesetze unserer Väter! Wir wollen die Rechte Gottes und des Heiligen Stuhles aufrechterhalten!‘ ...“

Und als am 30. Mai österreichische Pilger erklärten: „Wir wollen keinen gefangenen Papst, wir wollen ihn als unabhängigen Fürsten!“ — da erwiderte Pius: „Aus Österreich kam der Kirche oftmals Stärke und Unterstützung; so spreche ich heute diesem Kaiserreich öffentlich meinen Dank aus für die Hilfe und den Schutz, den dieses Reich dem Heiligen Stuhle gewährte gegen die Freimaurersekte; denn heutzutage regiert die Revolution in der Welt gegen den Willen der Völker. Ich vertraue auf das, was mir einst ein österreichischer Botschafter sagte: ‚Der Heilige Stuhl wird stets auf die Unterstützung Österreichs zählen können.‘ Das trifft auch heute zu.“ Österreich.

Um so demonstrativer wurde von der weltlichen italienischen Gewalt am 28. Mai der liberale Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Bennigsen, ausgezeichnet. 200 italienische Deputierte gaben bei ihm ihre Karten ab. Der Minister des Auswärtigen, Melegari, gab ihm zu Ehren ein Bankett.

Die weltliche Macht hatte mit dem sizilischen Brigantenwesen zu schaffen und mit der gefährlicheren sizilischen Mafia und der neapolitanischen Camorra, diesen heimlichen Gesellschaften von Übeltätern, die alle Erpressungen, Betrügereien und Räubereien in den großen Städten ungestraft ausüben konnten, da sie ihre Verbindungen mit den obersten und niedersten Klassen der Bevölkerung, auch mit den Amtern und der Polizei hatten. Noch höhere Ziele verfolgten die politischen Kameradschaften, die „Consorteria“. Dagegen spielte die offizielle Regierung eine hilflose Rolle. Nebenbei wühlte die republikanische Partei, getragen vom antiklerikalen Freimaurertum, ganz offen. Es trug nicht zur Hebung des Königtums bei, daß ein Gesetz notwendig wurde, um einen Teil der riesigen Privatschulden des Königs zu decken und den Skandal seiner herumwandernden Wechsel einzuschränken. Auch die arge Verschuldung der Stadt Florenz mußte durch Staatsmittel geheilt werden. So wenig geachtet das Königtum war, so hielt man doch daran fest, da man wußte, es sei die einzige internationale Stütze dieses künstlichen Experiments eines unmöglichen Nationalstaats, der nur durch fremde Hilfe entstanden war und nur durch fremde Hilfe fortbestehen konnte. Camorra.

Darum war es ein großer Irrtum, wenn im Juli, angesichts des nahen Ablebens des Papstes, eine kirchliche Partei für die Anerkennung der vollzogenen Tatsachen und die Aussöhnung mit dem Königreich eintrat. Der Jesuit Curci wurde ihr Wortführer. Er dachte sich in einem Memorandum (und in einem Buch) die Sache so, daß Viktor Emanuel ein katholisches Ministerium berufe, sich der Kirche vollständig unterwerfe, gewissermaßen als deren Feldhauptmann in ihren Dienst trete und dem Papste nur die Last der weltlichen Regierung abnehme. Curci bedachte Curci.

nicht, daß dadurch das Papsttum ganz nationalisiert würde und sein Ansehen außerhalb Italiens schwände. Da Curci bei seiner Ansicht blieb, wurde er aus dem Orden entlassen, und auch die Kurie dementierte jeden Gedanken an Nachgiebigkeit.

Die französischen Wahlkämpfe erregten in Italien beide Teile. Ein Sieg der Monarchisten hätte die Sache des Papstes sehr gestärkt und das revolutionäre Königtum bedroht. Daher rüstete man und setzte bereits Rom in Verteidigungszustand gegen eine Invasion vom Meer aus. Man verstand in Italien, daß hinter den französischen Republikanern Bismarck stehe. Übrigens verhinderte Viktor Emanuel noch immer einen Kulturkampf nach preußischem Muster, wie man ihm zumutete.

Carpi feierte im „Popolo Romano", dem liberalen Organ, am 11. Oktober die neue Freundschaft des Deutschen Reichs mit Italien. „Beide Völker waren einig im Bestreben, die alten Ketten zu zerbrechen, um sich zur Würde einer Nation zu erheben, und im Kampf gegen die politischen und rückläufigen Prätensionen des Vatikans. Daraus ist notwendig die Freundschaft hervorgegangen, die keiner besonderen Traktate und schriftlichen Erklärungen bedarf, um wirksam und nachhaltig zu werden. Die platonische Freundschaft der Schweiz steht in der Mitte als sympathischer Ring zwischen Italien und Deutschland. Die deutschen Ansprüche auf die Italien umgebenden Gewässer (Triest?) sind antiquiert. Europa befindet sich in einem Zustand der Umgestaltung." Das heißt, Österreich soll aufgeteilt werden, und es soll sich ein Dreibund Deutschland-Schweiz-Italien bilden.

Dreibund Deutschland-Schweiz-Italien.

Die internationale Arbeiterassoziation wühlte in Italien und veranstaltete einige Putsche, wurde aber von der Regierung streng unterdrückt.

Bei den Gemeindewahlen in Rom unterlagen die Päpstlichen, während sie in Florenz, Padua, Ravenna u. s. w. siegten. Ein katholischer Kongreß versammelte sich am 9. Oktober in Bergamo. Großes Aufsehen erregte die Gräfin Lambertini, die als angebliche natürliche Tochter Antonellis Ansprüche auf dessen Erbschaft machte. Antonelli war Kardinal, hatte aber nicht die höheren Weihen.

Kardinal Pecci trat mit dem 21. September als neuernannter Pontifikatsverweser hervor.

Der Italiener Capretti glaubte eine Flugmaschine erfunden zu haben, die allein auf der menschlichen Muskelkraft beruhte — freilich nur eine neue Selbsttäuschung.

Frankreich.

Wichtiger vielleicht in seinen Folgen als der deutsche Kulturkampf, mit größerer Spannung begleitet als der Orientkrieg war der politisch-religiöse Umschwung in Frankreich. Antiklerikaler Republikanismus und katholischer Monarchismus bekämpften sich aufs erbittertste, bis, zur großen Befriedigung der deutschen Kulturkämpfer, die antiklerikale Republik den Sieg davontrug und das Schicksal der Nation bis heute bestimmte. Ihr Führer war Gambetta, während man allgemein vom Marschall-Präsidenten Mac Mahon die Wiederherstellung der katholischen Monarchie erwartete. Am meisten Aussichten unter den Monarchisten hatten die energi-

schen Bonapartisten. Der Graf von Chambord verwahrte sich freilich auch gegen die Behauptung, daß er, um in seiner Ruhe nicht gestört zu werden, Frankreich in Gefahr lasse und die Hoffnung, es zu retten, aufgebe: „Mit der Hilfe Gottes und gutgesinnter Menschen wird es der Monarchie, so Gott will, gelingen, sowohl den Abenteuern des Kaiserreichs wie den Gewalttätigkeiten des Radikalismus, welcher bereits durch Angriffe auf den Klerus, die Behörden und die Armee seinem Triumphe vorgreift, den Weg zu verlegen." Dennoch vereinigten sich im März die Orleanisten und Legitimisten mit den Bonapartisten im Senat, und man sprach von der Möglichkeit eines Staatsstreichs. Das erklärte der „Figaro" für verfrüht: Frankreich müsse noch mehr auf den Hund kommen, um in der Verzweiflung sein Heil außerhalb der Republik zu suchen. Die Katholiken wollten durch eine Intervention Frankreichs in Italien zugunsten der Unabhängigkeit des Papstes ihre Sache auch zu Hause stärken. Ein Kongreß der katholischen Vereine Frankreichs tagte anfangs April in Paris, aber auf Grund des illiberalen Vereinsgesetzes nur als private Vereinigung.

Großes Aufsehen erregte der Bischof von Nevers, der, gestützt auf Nevers.
die Allokution des Papstes, in einem Schreiben vom 7. April den Marschall Mac Mahon aufforderte, mit der italienischen Revolutionsregierung zu brechen, alles, was die katholische Welt noch an zerstreuten Gläubigen zählte, um sich zu scharen, an die alten Überlieferungen Frankreichs, Karls des Großen und Ludwigs des Heiligen wieder anzuknüpfen und seinen Platz als ältester Sohn der Kirche wieder einzunehmen. Es folgten gedruckte katholische Petitionen gegen die italienische Regierung. In Kirchen wurden kirchenpolitische Vorträge auch von Laien gehalten. Neuerlich verkündigte der Bischof von Nevers in einem Hirtenschreiben vom 27. April: „Pius IX. ist noch König, selbst in den Augen seiner Feinde und seiner Berauber; man ist gezwungen, sich zu sagen, daß die italienische Einheit nicht fertig ist, und nach einer großen Erschütterung, bei der vielleicht viele Armeen und viele Kronen untergehen werden, wird es in der Politik der Nationen eine einmütige Stimme geben, die von einem Ende Europas bis zum andern ausrufen wird: ‚Gebt Rom seinem früheren Herrn zurück! Rom gehört dem Papst, Rom gehört Gott!'" — Ist das nicht eine Prophezeiung des Weltkrieges?

Gambetta warf dagegen den Katholiken vor, sie seien keine religiöse, sondern vielmehr eine entschieden politische Partei, eine Koalition dynastischer und klerikaler Einflüsse, abgesehen von der naiven Masse, die man ausbeute.

Die Bildung eines neuen Ministeriums im Mai sah man schon fast als einen Staatsstreich des Präsidenten an, obwohl er beteuerte, er werde heute wie gestern die bestehenden Einrichtungen achten, er habe nur von seinem konstitutionellen Rechte Gebrauch gemacht, sich seine Ratgeber selbst zu wählen. Allerdings ließ er auch viele neue monarchistische Präfekten einsetzen und gegen die „schlechten Blätter" vorgehen, ebenso gegen die Freimaurerlogen in den Provinzen. Gegen Mac Mahons Absichten sprach sich aber auch der greise Thiers aus: „Wir konnten ehedem über die Thiers.

Regierungsform, welche für Frankreich die passendste wäre, verschiedener Meinung sein; heute halte ich die Republik allein für möglich" (5. Aug.). Und Gambetta sprach am 15. August von den allgemeinen Wahlen: „Sie werden eine wahre Fusion zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Volk und Bürgertum anbahnen. Sie werden den Bund zwischen Bourgeoisie und Proletariat besiegeln. Und wie die Wahlen von 1876 uns von den Anhängern der Bourbonen beider Linien nahezu befreiten, so werden die Wahlen von 1877 uns vom Klerikalismus und Bonapartismus befreien. Die Republik wird siegreich aus dieser letzten Probe hervorgehen. Man (Mac Mahon) wird sich dann unterwerfen oder abtreten müssen." Die Regierung war über diese Rede sehr ungehalten.

Der Tod Thiers (am 3. Sept.) nahm den Republikanern allerdings den einzig möglichen Gegenkandidaten für die Würde eines Präsidenten, wenn etwa Mac Mahon verschwinden sollte. Thiers' Testament sprach die Überzeugung aus, daß nur mehr ein liberales und konservativ-republikanisches Regiment für Frankreich möglich sei. Sein Leichenbegängnis wurde zur republikanischen Demonstration. Vergeblich feierte in Poitiers der Bischof den Marschall als den Nachfolger Karls des Großen. Vergeblich bezeichnete Bischof Dupanloup von Orleans Mac Mahon als den Auserwählten Gottes und den von der Vorsehung gesandten Retter: „Frankreich wird, wenn es ihn verschmäht und ihm einen Kalvarienberg bereitet, wie Jerusalem gezüchtigt werden; Frankreich wird wieder katholisch werden oder zu bestehen aufhören." Die Gegenbewegung war doch zu groß.

Die Regierung stellte am 27. September ihre offiziellen Kandidaten auf (wie zur Zeit des Kaiserreichs). Es waren 240 bonapartistische, 98 legitimistische, 27 orleanistische Kandidaten und 125 monarchische ohne ausgesprochene Schattierung, wohl auch zumeist Bonapartisten. So stellte sich das bonapartistische Kaisertum mit den Farben des Papstes immer mehr als Ziel der Regierung heraus. Der Erzbischof von Bourges, ein Fürst Latour d'Auvergne, ordnete eine Andacht vor dem Wahltag an, da es sich um eine Lebensfrage für Frankreich und die Kirche handle. Die katholischen Blätter unterstützten den Gedanken einer lebenslänglichen Präsidentschaft des Marschalls.

Gambetta. Dagegen faßte Gambetta sein Programm in einer Wahlrede am 9. Oktober also zusammen: „Meine teuren Mitbürger! Wenn ich Europa ins Auge fasse und zu entdecken suche, was es am meisten wünscht und am meisten fürchtet, so kommt mir der Gedanke, daß es ein Frankreich wäre, das in die Hände der politischen Agenten des Ultramontanismus, der Theokratie und des Syllabus fiele ... Wir sagten: der Klerikalismus ist der Feind. Nun ist es am allgemeinen Stimmrecht, der Welt zu beweisen: der Klerikalismus, das ist der Besiegte." Gambetta ist hier ganz von den Ideen Bismarcks beeinflußt; er wußte, daß er sich dadurch mit Bismarck verband.

Bei den Neuwahlen am 14. Oktober kamen 201 Konservative, 314 Republikaner aus der Urne. Rein „Klerikale" waren nur wenige gewählt worden, weshalb Veuillot im „Univers" die Regierung wegen dieser Halbheit angriff. Mac Mahons Erwartungen waren also nicht ganz realisiert; er mußte ein anderes Ministerium bilden, war aber entschlossen, auf seinem Posten zu verharren. Er war nicht abgetreten, hatte sich aber unterworfen. Im neuen Kabinett saßen nicht weniger als fünf Protestanten. Mac Mahon war auf den Standpunkt eines englischen Königs herabgedrückt, dem selbst sein privater Kabinettsekretär von der parlamentarischen Mehrheit zugewiesen wird. Ein bedeutsames Zeichen des Umschwungs war es auch, daß nun an Stelle des katholisch-legitimistischen Gontaut-Biron eine Bismarck erwünschtere Persönlichkeit als Botschafter nach Berlin geschickt wurde. Von den Generalräten der Departements waren 47 republikanisch, 40 antirepublikanisch. Veuillot.

Nun erst fing Frankreich wieder an, sich auch mit der orientalischen Frage zu beschäftigen; es schickte endlich wieder einen Botschafter nach Konstantinopel, was die andern neutralen Mächte bereits längst getan hatten.

Victor Hugo schrieb die „Geschichte eines Verbrechens", nämlich des Staatsstreichs vom 2. Dezember 1851, in jenem abgehackten Stil, den dann die ganze „Moderne" als ästhetisches Vorbild nahm. Zur Feier des außerordentlichen Erfolgs seines „Hernani" gab Victor Hugo am 9. Dezember ein großes Diner. Ihm zur Seite saß die Schauspielerin Sarah Bernhardt. In seiner Dankrede gestand der Dichter, er habe eine fixe Idee: den Frieden, Frieden den Geistern, Gemütern, den Herzen zu bereiten. „Mein Traum wäre gewesen: kein Krieg, kein Haß mehr, die Völker nur mit Arbeit, Gewerbe, Fortschritt und ruhigem Gedeihen beschäftigt. Diesem Traum will ich trotz aller Prüfungen treu bleiben. Wir alle haben ein doppeltes Vaterland: Frankreich und die Kunst . . ." V. Hugo.

Der abgefallene Pater Hyacinth Loyson hielt nach achtjähriger Verbannung im Pariser Winterzirkus Vorträge (15. April u. s. w.). Er schalt auf „Deutschland, das, im Stolz auf militärische Siege, für Niederlagen auf andern Gebieten unempfindlich sei und den Verfall seiner Philosophie, die von Hegel und Schelling auf Schopenhauer und Hartmann herabgesunken sei, nicht gewahr werde, weil es ganz im Materialismus aufgehe". Seine katholischen Gegner sagten, er predige gegen die Eitelkeit und spreche fast nur von sich selbst. Er habe die Zirkustribüne einträglicher gefunden als die Kanzel von Notre-Dame, er beute sein Talent geschickt zum Besten seiner Familie aus. Zu seinem Glück sei das Martyrium, das er erdulde, nicht so gefährlich wie das der Christen im Zirkus des Nero, man werde hier nur mit Fünffrankenstücken gesteinigt u. s. w. Loyson.

Am meisten von allen neutralen Staaten Europas war die österreichische Monarchie durch die Orientkrisis berührt. Dabei zeigte sich eine entschiedene Spaltung der Sympathien: während die Ungarn für die Türken schwärmten, waren die Slawen den Russen zugewandt. Eine Pester Österreich.

Studentenabordnung ging schon im Januar nach Konstantinopel ab, nachdem die alten Honveds ihnen noch vorher ein Bankett gegeben hatten. Man begab sich unter Voranzug einer Zigeunerbande, mit den Klängen des türkischen Marsches und Eljenrufen auf die türkische Verfassung, auf Abdul Kerim, Midhat, Kossuth und Klapka zum Ofener Bahnhof. Im Februar wurde ebenso die Rückkunft der Studenten in Pest gefeiert. Der Sultan versprach den Ungarn die Rückgabe einiger kostbaren Überbleibsel aus der (italienischen) Bibliothek des Königs Matthias Corvinus: eine Deputation von Softas sollte den Besuch der ungarischen Studenten erwidern.

Kossuth. Die Stadt Czegled wählte den alten Exdiktator Kossuth in den Landtag; eine Deputation lud ihn ein, aus Italien nach Ungarn zurückzukehren; aber der unversöhnliche Emigrant bewahrte seine feindselige Gesinnung gegen das Haus Österreich und seine Opposition gegen die neue staatliche Ordnung.

Um so entschiedener traten ihrerseits die Slawen auf. General Tschernajeff, der russische Anführer der Serben im vorjährigen Krieg, war der Prag. Mittelpunkt panslawistischer Demonstrationen in Prag. Er mußte mit Gewalt von Polizei und Militär fortgeschafft werden. Sehr naiv war es, daß Erzherzog Albrecht auf einer militärischen Inspektionsreise in Agram von den ungarfeindlichen Kroaten mit der russischen Volkshymne und einem russenfreundlichen Manifest empfangen wurde.

Die Regierung erklärte, ihrem Grundsatz, den Staatshaushalt nicht durch unmotivierte Mobilisierungen zu belasten, treu bleiben zu wollen: „Keine Macht im europäischen Orient hat näherliegende hochwichtige Interessen wahrzunehmen ... Sie schöpft aber ihre Zuversicht aus den freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten und der Hingebung aller Völker der Monarchie." Der Einmarsch der Russen in Rumänien sei kein Anlaß einzugreifen, denn Rumänien sei durch den Pariser Frieden 1856 nicht neutralisiert worden.

Während die katholischen Tschechen dem Papst Adressen sandten, errichteten die tschechischen Nationalisten am Ziskaberge bei Prag einen Scheiterhaufen und verbrannten darauf ein Bild des Papstes und dessen anti-
Rieger. russische Allokution. Der Tschechenführer Rieger richtete eine (konfiszierte) Adresse an Aksakoff und das Moskauer Slawenkomitee; darin hieß es: „Den Slawen kommt der Primat in der arischen Völkerfamilie zu. Bisher war es ihnen nicht vergönnt, in der Weltgeschichte die ihrer Größe gebührende Rolle zu spielen. Am meisten waren die Böhmen vorgeschritten in
Hussiten. der Hussitenzeit; ihnen gebührt die Ehre, die Ersten in Europa einen großen Kampf für eine Idee aufgenommen zu haben. Der Slawe weiß seine Aufgabe zu erfassen im Kampf um Aufklärung und Freiheit der religiösen Überzeugung und um das Selbstbestimmungsrecht. Obwohl in den Tod verwundet, steht heute noch Böhmen aufrecht und ungebrochen da, entschlossen, sein Recht nicht aufzugeben, und bereit, ein gutes Stück Arbeit am Zivilisationswerk des Slawentums auf sich zu nehmen, als Vorposten des Slawentums. Die

große Aufgabe der slawischen Mission muß freilich einer größeren Macht überlassen werden. Rußland ist dazu berufen; es tritt nun in sein Jünglingsalter und stellt sich vor ganz Europa hin. Es hat den Kampf aufgenommen für Christentum, Humanität, Befreiung der slawischen Brüder. Europa altert, ist entchristlicht, hat sogar den Feldzug nach der Krim unternommen, um dem Halbmond beizustehen. Jedes Herz jubelt aber nun, da der Zar sein gesamtes Volk unter die Fahnen ruft, die er in Moskau entfaltet. Dadurch ist für die Slawen der Tag des Ruhms erstanden. Das tschechische Volk wünscht besten Erfolg der Waffen; der Ruhm der Russen ist sein Ruhm. Es muß das Volk freuen, wenn der mächtige Slawe den schwachen Slawen schützt. Wie Großes würde das Slawentum leisten, wenn es einig wäre! . . ." — Aksakoff antwortete im Juni: „Das Schicksal Aksakoff. der slawischen Stämme war, wie die Geschichte lehrt, ein besonders hartes. Alle slawischen Völker haben mehr oder weniger die Bitterkeit der fremden Herrschaft erfahren; um so süßer wird ihnen die Freiheit sein. Auch Rußland war einst geknechtet, aber die Freiheitsliebe brach seine Ketten. Die göttliche Vorsehung gewährte ihm zudem die hohe Freude, auch die Ketten anderer unterdrückter Slawen mit seinem Schwerte zu sprengen. Dies ist die historische Mission Rußlands. Es ist dieser Aufgabe gewachsen, es fühlt alle Schmerzensqualen seiner Bruderstämme mit. Es weiß, welche Wunden der abendländische Latinismus dem tschechischen Volk geschlagen hat. Es sieht weinend auf den Scheiterhaufen des Johann Huß. Auch auf andern Stämmen (Polen) lastet der Latinismus wie ein Alpdruck. An euch ist es, den Scheiterhaufen des Huß zu löschen. Rächet den Martyrer mit mannhaften Taten! Tschechien ist dazu auserkoren, die Vorhut zwischen dem lebensfähigen, gesunden Slawentum und dem lebensunfähigen Latinismus zu bilden, um nicht auch in Unglauben, Unzucht und Demoralisation zu verfallen."

Auch der Jungtscheche Gregr erließ ein Zirkular an die Gemeinden Gregr. zu Kundgebungen für Rußland und gegen den Papst. Nur der tschechische Adel hielt sich davon fern, und die Regierung verbot die beabsichtigte Hußfeier „wegen Verletzung des katholischen Gefühls". Damit trat wieder eine Ebbe in allen Agitationen ein.

Das Einverständnis in der äußeren Politik bekundete die Zusammenkunft zwischen Kaiser Franz Josef und Kaiser Wilhelm zu Ischl, Ischl und Salzburg. 9. August, und zwischen Andrassy und Bismarck zu Salzburg, 18. September.

In Siebenbürgen wurde am 28. September ein beabsichtigter Putsch der Szekler vereitelt, die in Rumänien einbrechen wollten, um durch Zerstörung der Bahnen die Nachschübe der Russen zu hindern. Das Hinziehen der Entscheidung wirkte abkühlend auf die Sympathieäußerungen der Ungarn und der österreichischen Slawen, aber auch beruhigend auf die auswärtige Politik Österreichs, da es eine Intervention nicht nötig machte.

„General" Klapka hielt am 13. August zu Preßburg eine deutsche Klapka. Rede, darin er sagte: „In Ungarn ist man der Überzeugung, daß, wenn Rußland im Orient siegte, dann an Ungarn die Reihe käme. Rußland gibt vor, befreien zu wollen. Wir sehen die Folgen: die zu befreienden

Länder sind verwüstet, die Bevölkerung verwildert oder ist auf der Flucht, die Finanzen ruiniert, die öffentliche Moral untergraben. Die vielberufenen Schlächtereien sind an den Türken unter russischem Schutz, an den Christen ohne Schuld der türkischen Regierung geschehen. Die Türkei, in der ich 25 Jahre lang gelebt habe, hat seither ungeheure Fortschritte gemacht. Heute sprechen die meisten Würdenträger eine oder mehrere europäische Sprachen. Mit der türkischen Sprache kommt man von der adriatischen Küste bis zur Grenze Chinas. Der Sultan ist der Khalif aller Mohammedaner. Das türkische Element ist allein berufen, europäische Kultur in die ungeheure mohammedanische Welt einzuführen. Siegt Rußland, so würden die Rumänen ihren Traum eines Dakorumäniens, die Serben ein Großserbien anstreben mit Zertrümmerung Ungarns. Siegt die Türkei, so bleibt sie uns ein treuer Verbündeter. Diesem Verbündeten dürfen wir also nicht den Todesstoß versetzen helfen. Die ungarische Nation ist jetzt mit dem gekrönten konstitutionellen König versöhnt und eins mit der österreichisch-ungarischen Armee . . ."

Kossuth.

Man sprach im August von einem „Wettlauf Rußlands und der Türkei um die günstige Meinung Europas". Ludwig Kossuth schrieb aus Italien: „Lassen wir den Russen siegen, so wird der Zar als Führer des Panslawismus Posto fassen. Der Zarismus wird zum Panslawozarismus. Schicken wir aber den Zaren sieglos nach Hause, so werden seinem Dschingischanischen Fluge die Flügel gestutzt sein; die panslawistischen Aspirationen verlieren ihren Zauber. Die Slawen werden sehen, daß es nicht gut sei, sich einen Götzen zu schnitzen, um ihn statt des Gottes der Freiheit anzubeten. Der Zarismus führt nur zur Russifikation, zur Sklaverei und Brutalität, er hindert die slawischen Individualitäten, die wir nach Möglichkeit unterstützen werden . . . Der Türke hat die Zeichen der Zeit verstanden. Er hat allen Völkern seines Reichs, ohne Unterschied der Rasse, Sprache, Religion auf dem Grund der Rechtsgleichheit eine Verfassung gegeben. Der Mohammedanismus steht der Zivilisation durchaus nicht im Wege. Der Zar hat sich dem widersetzt; denn er fürchtet, daß der Glanz der Freiheit von da auch in sein Sklavenreich eindringe. Die österreichisch-ungarische Regierung muß sich auf Seite der Türkei stellen; sie braucht nur eine Heeresmacht an der Donau und in Siebenbürgen aufzustellen, um das Gewicht, das Ansehen, den Glanz und die Herrlichkeit der also gesicherten Monarchie zu heben."

Ausgleich.

Die Verschleppung des neuen Ausgleichs, der nach zehn Jahren erneuert werden mußte, erbitterte die Verfassungstreuen des Reichsrats, so daß ein Antrag auf Abschaffung der Delegationen und Einführung der bloßen Personalunion eingebracht werden konnte. Er wurde freilich abgelehnt und Rechbauer sagte ganz treffend: „Die sogenannte ungarische Hegemonie wurzelt nicht in den Delegationen, sondern darin, daß die Ungarn gegenüber äußeren Fragen wie ein Mann einig sind. Das politisch geschulte Volk hat unbedingtes Vertrauen zu seinen Vertretern; im Ober-

haus sitzt ein nationaler Großadel, dem eine Hierarchie, die trotz ihrer römischen Anschauung national denkt, die Hand reicht. Bei uns aber perhorreszieren ganze Gruppen des Abgeordnetenhauses die verfassungsmäßigen Grundlagen, und im Oberhaus führen abgelebte Beamte und Militärs das Wort. Da kann es mit der Einigkeit nicht weit her sein, und wir müssen gegenüber Ungarn den Kürzeren ziehen ... Man soll daher nicht am Delegationsinstitut rütteln, weil damit an der Grundidee des Dualismus gerüttelt würde, die darin beruht, daß in der einen Reichshälfte die ungarische Nation, in der andern die deutsche die Führung hat ... Der Dualismus hat sich als das Bestmögliche erwiesen." Große Schwierigkeiten bereitete die Bankfrage, die Quotenfrage. In Ungarn wurden die Siebenbürger Sachsen vergewaltigt, in Dalmatien standen sich Italiener und Slawen gegenüber. Südtirol verlangte Lostrennung vom deutschen Norden.

Einige Zeichen der Zeit wiesen auf Erlahmung der liberalen Tendenzen hin. Das Herrenhaus lehnte die Novelle zum Ehegesetz ab. Die Tiroler Neuwahlen ergaben wieder eine „klerikale" Mehrheit, die wieder eine Erklärung der rechtlichen Glaubenseinheit abgab (17. April): „Wir erklären, daß wir unerschütterlich festhalten an allen Rechten und Traditionen Tyrols; wir geloben, einzustehen für die Erhaltung des Landes in der Einheit des heiligen katholischen Glaubens und für das Recht, die Jugend in demselben zu erziehen, und wir verpfänden unser Wort, daß wir jedes gesetzliche Mittel entschlossen in Anwendung bringen wollen, um die höchsten Güter des Landes wieder zu gewinnen. Wir sind in den Landtag getreten, um in diesem Sinne mit Gottes Hilfe für das geistliche und zeitliche Wohl des Landes zu wirken und es stark und unzersetzt zu erhalten, damit es, wenn dereinst dem Throne, dem Reiche und dem Lande Gefahr drohen sollte, imstande sei, nach dem Beispiele der Vorfahren seine providenzielle Aufgabe ‚für Gott, Kaiser und Vaterland' würdig zu erfüllen." Tirol.

Der erste allgemeine österreichische Katholikentag zu Wien am 1. Mai gipfelte in einer Adresse an den Kaiser zu gunsten des Papsts. Es hieß darin: „Durch die tendenziöse Geschichtschreibung hat Preußen seine Erfolge erzielt: 1849 im deutschen Parlament, 1866 auf den böhmischen, bayerischen und hannoverschen Schlachtfeldern, und wie im Wege der Beeinflussung des Unterrichts in den Mittelstaaten Preußen diese unterjochte, so sucht es jetzt nationale und liberale Ideen nach Österreich zu importieren. Die Tendenz der preußisch-deutschen Geschichtsschreibung ist dahin gerichtet, unsere Monarchie, unsere Dynastie selbst bei uns daheim, im eigenen Hause unwert zu machen. Sie ist gerichtet wider den Bestand unserer Monarchie ... Eben darum aber, weil die Erneuerung des Kampfes unabwendbar, nicht nach dem Willen Österreichs, sondern nach dem jener Offensivmacht ... und weil diese Macht der Todfeind der Kirche ist, so kann die Monarchie Österreich diesen Kampf bestehen nur in demselben Wiener Katholikentag.

moralischen Bunde mit der Kirche, durch welchen sie entstanden, geworden, gewachsen ist, in dem Bunde, welchem der Stifter Rudolf Ausdruck gegeben durch seinen Schlachtruf auf dem Marchfelde: Hie Rom und römisch Reich alleweg! Denn in Wahrheit ist ja auch bis heute nur die Kirche und die Religion der Kitt der Monarchie. Nicht eine Verfassung, welche es sei, hält dieses Konglomerat von verschiedenartigen Völkern zusammen ... Nicht für das neue, sondern für das alte Österreich schlagen Millionen Herzen, zunächst und vor allem in Deutschland, aber auch im übrigen Europa und hinaus über dasselbe, jenseits des Ozeans in allen Ländern der Erde. Sie würden mit Jubel die Kunde vernehmen, daß das alte Österreich abermals wieder die Traditionen Rudolfs von Habsburg, Karls V., der Ferdinande und Leopolde erneuert, um dadurch, daß es der Kirche die Freiheit zurückgibt, das letzte Gebot des göttlichen Stifters an seine Apostel zu vollziehen, und eben dadurch auch Teil nimmt an seiner Verheißung, mit ihnen zu sein alle Tage bis an der Welt Ende."

„Hie Rom."

Rudigier.

Die Regierung kam dem Bischof Rudigier entgegen in der Kirchhoffrage und in der geistlichen Inspektion des Religionsunterrichts in der Volksschule. Allerdings ging der von Rauscher gegründete katholische, aber verfassungstreue „Volksfreund" ein.

Die Unterhandlungen mit dem Deutschen Reich über die Erneuerung des Handelsvertrags von 1867 scheiterten an den Schutzzolltendenzen der österreichischen Regierung. Diese Tendenzen lagen übrigens in der Richtung der Zeit, auch im Deutschen Reich.

Deutsches Reich.

Im Deutschen Reich machte sich die „Rückflut" der Reichsbegeisterung in manchen Anzeichen bemerkbar. So gaben bei der Stichwahl in Dresden zahlreiche hochgestellte Konservative ihre Stimme dem Sozialdemokraten Bebel nur aus Haß gegen die Nationalliberalen. Zwischen Sachsen und Preußen brach ein Eisenbahnkrieg aus, der nur notdürftig durch eine Entscheidung eines neutralen Gerichtes zum Stillstand gebracht wurde. Die Thronrede bei Eröffnung des Reichstags am 22. Februar zeichnete sich durch einen gedämpften und resignierten Ton aus; sie blieb kühl und ohne Illusionen. Sie sah die Sicherheit der bestehenden Rechtszustände im gesunden Sinn des deutschen Volkes gegen etwaige anarchische Bestrebungen. Der immer wiederholte Antrag der Dänen Nordschleswigs, den Artikel 5 des Prager Friedens von 1866 endlich einmal auszuführen, wurde sowohl im Reichstag wie im preußischen Abgeordnetenhaus mit großer Majorität abgelehnt.

Reichsgericht.

Sehr verstimmt war Bismarck dadurch, daß der Bundesrat mit 30 gegen 28 Stimmen Leipzig zum Sitz des Reichsgerichts bestimmte, nicht Berlin. Die Affäre mit dem Grafen Arnim wurde wohl endlich gerichtlich erledigt (3. März), ließ aber auch einen Stachel zurück. Ich war damals (von Oktober 1876 bis Juli 1877) in Berlin und verkehrte in einer

liberalen Gesellschaft, die wohl sehr reichstreu war, aber den Sohn des Grafen Arnim demonstrativ bei sich aufnahm.

Rud. Meyer, Herausgeber der sozialdemokratischen „Korrespondenz“ und Mitarbeiter der „Deutschen Reichsglocke“, wurde vom Gericht verurteilt; es handelte sich um Andeutungen, daß Fürst Bismarck sich durch seinen Bankier Gerson v. Bleichröder in Differenzgeschäfte eingelassen habe (Allg. Ztg., 16. Febr.). Diese Vorwürfe schwiegen nie.

Bismarck.

Das Reichsbudget ergab ein ziemliches Defizit. Bismarck klagte dabei (10.—12. März): „Es ist für mich ein niederdrückendes Gefühl, keinem der Ansprüche, die ich und mit Recht auch die Welt an mich stellt, in dieser Hilflosigkeit gewachsen zu sein ... Die Macht der Stammeseinheit, der Strom des Partikularismus ist bei uns immer sehr stark geblieben; er hat seit Eintritt der ruhigen Zeiten an Stärke gewonnen. Ich kann sagen, die Reichsflut ist rücksteigend; wir gehen einer Art Ebbe entgegen. Ich weiß nicht, ob ich es tadeln soll oder ob es ein gesunder, naturgemäßer Vorgang ist. Es wird auch die Reichsflut wieder steigen ... überlassen wir unsern Kindern auch noch eine Aufgabe; sie könnten sich sonst langweilen in der Welt, wenn gar nichts mehr für sie zu tun ist.“ Nebenbei machte Bismarck einen ziemlich unmotivierten Ausfall gegen seinen Kollegen, den Marineminister v. Stosch. Dieser war darüber sehr ungehalten und wollte zurücktreten; aber der Kaiser lehnte seine Entlassung ab, offenbar sehr gegen den Wunsch Bismarcks.

Der fortschrittliche Abgeordnete Hänel riet dem Reichskanzler am 13. März, er möge doch für die Möglichkeit seines Nachfolgers sorgen; das Reich dürfe nicht auf seiner Person allein beruhen. Bismarck erwiderte, man solle doch der Verfassung Zeit lassen, einmal zu Atem zu kommen und sich zu beruhigen, wenn auch auf einer unvollkommenen Etappe. Man sei doch also sehr weit gekommen. „Vor zwölf Jahren wenigstens hätte niemand das gedacht. Das Deutsche Reich in seiner jetzigen Gestalt ist erst fünf Jahre alt. Das ist für den Menschen das Kindesalter, und Staaten wachsen langsamer als Menschen.“ — Lasker meinte: „Wir arbeiten seit langer Zeit mit der Regierung in einer Weise, wie sie in keinem andern parlamentarischen Staate besteht, indem wir wohl die Verantwortung mit ihr tragen müssen, aber mit der traurigen Gewißheit, daß wir keinen Einfluß haben, die Regierung dahin zu lenken, wohin wir sie haben wollen.“ — Bismarck klagte wieder: „Die Reibung hinter den Kulissen, ehe ich noch ein Wort mit Ihnen sprechen kann, ist drei Viertel meiner Arbeit.“

Entlassungsgesuch.

All das bewog den Reichskanzler, an seinem 62. Geburtstag (1. April) den Kaiser um Entlassung von allen seinen Ämtern und Würden zu bitten, da seine Kräfte der ungeheuren Last nicht mehr gewachsen seien. Darüber war man im ganzen Reich sehr überrascht; man suchte alle möglichen Ursachen dafür hervor. So hieß es, Bismarck müsse einer konservativen Reaktion weichen, da durch die letzten Wahlen eine

Verschiebung des Schwerpunktes mehr nach rechts stattgefunden habe. Auch die Affäre Stosch mochte den Kanzler verstimmt haben, ebenso die Affäre Berlin-Leipzig, wodurch eine Art Dualismus in die Verfassung kam, eine Majorisierung Preußens durch das Reich. Auch sprach man von Intrigen in Hofkreisen, die dem Fürsten das Leben sauer machten. Bismarck selbst ließ durchblicken, daß ihn die Gleichgültigkeit und der passive Widerstand gegen seine volkswirtschaftlichen Pläne in Steuer- und Zollfragen, im Eisenbahnwesen u. s. w. verstimme; seine eigene Partei unterstütze ihn darin zu wenig. Indessen bezweifelte man, daß er bereits ein vollständiges Programm für großartige wirtschaftliche und anderweitige Reformen habe. Aus Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" (2, 199) geht hervor, daß er sich damals geradezu im Gegensatz gegen den Hof, gegen den Kaiser fühlte, gegen die Kreise, wo man die Angriffe auf ihn in der „Reichsglocke" protegierte und speiste. Das bewies auch die Berufung seines erbittertsten Feindes Gruner in das Hausministerium im Juni, worüber wieder Bismarcks ganzer Zorn entbrannte. Er beklagte sich in einem Brief an Bülow: „Die Hofintrigen vermag ich nicht mehr in der Weise zu tragen wie früher, vielleicht auch deshalb, weil sie an Umfang und Wirkung in erschreckender Weise zugenommen haben. Diese eigentlichen Gründe meiner fortbestehenden Absicht, zurückzutreten, habe ich vor drei Monaten verschwiegen, obschon es wesentlich dieselben waren; und ich werde auch demnächst aus Rücksicht für den Kaiser keine andern Motive für mein Ausscheiden anführen können, als den Zustand meiner Gesundheit." Das schrieb er im Juni.

Der Kaiser nahm Bismarcks Entlassungsgesuch nicht an, sondern gewährte ihm eine Beurlaubung auf unbestimmte Zeit und behielt sich vor, seinen Rat auch während des Urlaubs in wichtigen Fällen einzuholen (10. April). Es erfolgte eine dreifache Stellvertretung: für die aus-
Bülow. wärtigen Angelegenheiten durch den Staatssekretär v. Bülow,[1]) für die innern durch Camphausen und Hofmann, letzteres gegen Bismarcks Willen. Dieser höchst unregelmäßige Zustand der Regierung wurde im Reichstag lebhaft kritisiert (13. April). Hänel gab dem „tiefen Gefühl der bescheidenen Stellung, welche die Volksvertretung einnimmt", bitteren Ausdruck: „Es ist die Überzeugung, daß wir in der Tat in unserer parlamentarischen Entwicklung uns noch in einem embryonalen Stadium befinden ... Es ist gewiß, daß in diesem Augenblicke Krieg und Frieden in der orientalischen Frage auf einer Nadelspitze stehen ... Der Wechsel in der obersten Leitung der Politik ist doppelt schädlich für uns, weil wir immerhin noch eine junge Macht im europäischen Konzert sind ...

[1]) Vater des späteren Reichskanzlers.

Deshalb konnte das Abschiedsgesuch des Reichskanzlers keine unglücklichere Stunde finden als die gewählte."

Windthorst. Nach langen, unerquicklichen Reden sprach Windthorst: „Die Diskussion hat einen Umfang genommen, zu dem der Gegenstand an und für sich gar keinen Anlaß geboten hätte. Ich habe gemeint, es könnte sich nur darum handeln, ob die Art, wie der Reichskanzler seinen Urlaub erhalten und wie er vertreten werden soll, der Verfassung entspricht. Man hat aber die Gelegenheit benutzt, um den Reichskanzler als vollkommen unentbehrlich hinzustellen, und die Behauptung ausgesprochen, als ob es mit seinem Ausscheiden im Deutschen Reiche bedenklich aussehen könnte. Es ist nicht meine Absicht, gegen einen abwesenden kranken Mann eine Polemik zu eröffnen, aber das muß ich sagen: wenn das Deutsche Reich auf so schwachen Füßen steht, daß es von der Existenz eines einzelnen Mannes abhängt, dann ist es mit demselben sehr schlecht bestellt. Ich vertraue, daß die Kraft der deutschen Fürsten, welche den Bund geschlossen haben, unter unserer Mitwirkung genügen wird, das Deutsche Reich gegen alle inneren und äußeren Gefahren zu schützen ... Was die Interessen betrifft, die zunächst mir vor Augen schweben, nämlich die Verhältnisse des Kulturkampfs, so würden diese durch den Rücktritt des Reichskanzlers an sich gar nicht geändert sein; ich bin vielmehr der Meinung, daß dieser Mann ... mehr als andere geeignet ist, dann, wenn er einen Frieden nötig hat, ihn in großen Zügen zu schaffen, und ich habe kein Bedenken, zu sagen, daß, wenn ich jemals eine Verhandlung über Beendigung des Kulturkampfes zu führen hätte, ich sie lieber mit dem Fürsten Bismarck führte als mit der preußischen Bürokratie. Dies auszusprechen nehme ich um so mehr Veranlassung, als der Versuch gemacht worden ist, zu behaupten, daß in dem ultramontanen Lager, zu dem ich gehöre, eine große Freude gewesen sei über den Rücktritt des Reichskanzlers. Ich frage bei solchen Gelegenheiten nicht, wer geht, denn den kenne ich; sondern, wer kommt, denn den kenne ich noch nicht ..."

Bei der Reichstagsdebatte über die Gewerbeordnung (16.—18. April) wußten weder die Redner noch die Regierungsvertreter dem vom Zentrum proklamierten Heilmittel einer christlich-sozialen Ethik eine praktische Seite abzugewinnen. Freilich, da der ethisch-religiöse Standpunkt dem des Interesses allzusehr widersprach. Aber es ist zweifellos, daß dies das einzige radikale Heilmittel ist. So lange die Wissenschaft und die Erziehung lehren, daß das Geld alles ist, wird immer der Mammonismus herrschen und verknechten. Man muß daher anfangen zu lehren, daß das Geld nicht das höchste Gut ist, daß es zum Teil gleichgültig, zum Teil schädlich, und nur zum dritten Teil bei richtiger Anwendung vom Guten ist.

Moltke. Moltke sagte am 24. April im Reichstag: „Ich teile die Hoffnung und den Wunsch nach dauerndem Frieden; aber die Zuversicht teile ich nicht. Glücklich werden die Zeiten sein, wo die Völker und die Parteien sich überzeugt haben werden, daß selbst ein glücklicher Feldzug mehr kostet, als er einbringt. Aber was dem entgegensteht, ist das gegenseitige Mißtrauen ... Sollten wir nun so töricht sein, durch Gebietserweiterungen uns zu schwächen? Ich meine, die Friedenstendenz Deutschlands liegt so in der Notwendigkeit

begründet, daß nachgerade die ganze Welt davon überzeugt sein müßte . . .“ Um die Gefahr von Frankreich her zu bannen, wurden Köln, Koblenz, Mainz, Rastatt, Ulm und Ingolstadt stark befestigt. Immer wieder wurde in der Presse erörtert, ob die katholische Monarchie in Frankreich (wie Graf Arnim früher meinte) oder die antiklerikale Republik (wie Bismarck wollte) vorteilhafter für das Deutsche Reich und den Frieden sei.

Nebenbei wurden in Elsaß-Lothringen neunzig französierte Ortschaftsnamen wieder in deutsche umgewandelt.

Crispi. Der sympathische Empfang Crispis in Berlin (26. Sept.) galt vor allem der Gemeinsamkeit kulturkämpferischer Tendenzen in beiden Reichen. Auch Björnson hatte in diesem Sinn im August ein offenes Schreiben erlassen, folgenden Inhalts: „In Europa sind zwei Lager; das eine hat im Vatikan sein Hauptquartier, das andere in Berlin. Gerade vor den Wahlen in Frankreich sollte Fürst Bismarck bestimmt und offen vor ganz Europa sagen: Der Sieg der sogenannten konservativen Parteien in Frankreich gehört den Ultramontanen, und dies heißt früher oder später Kampf mit Deutschland, das hier eine europäische Mission hat . . . Ideen kennen keine Landesgrenzen . . .“ — Die französischen Blätter wollten wissen, daß durch Crispi in Berlin ein Allianzvertrag zwischen Italien und dem Deutschen Reich gegen Frankreich abgeschlossen worden sei. Das wurde offiziös verneint, aber mit dem Zusatz: „Gewiß ist, daß Verhandlungen, welche etwa zwischen Italien und Deutschland schweben, in keiner Weise eine friedenstörende Tendenz, wohl aber die Tendenz haben würden, ein gegenseitiges Zusammenhalten zu sichern, wenn beide Staaten nach den bevorstehenden französischen Wahlen sich einem klerikalen, also aggressiven Frankreich gegenüberfinden sollten — aggressiv schon deshalb, weil ein klerikales Frankreich eine permanente Drohung gegen Italien ist.“

Landtag. Die Thronrede bei Eröffnung des preußischen Landtages (21. Okt.) ließ „von einem grau in grau gemalten Hintergrunde sich zwei dunkle Punkte abheben“: die finanzielle Notlage und die Lage der Verwaltungsreform. Die Fortschrittspartei tadelte das unkonstitutionelle Verhältnis, daß Ministerpräsident wie Minister des Innern dauernd beurlaubt waren. Die Reichskanzlerkrisis blieb noch immer in der Schwebe. Bismarcks Beurlaubung und langes Fernbleiben machte damals vielfach den Eindruck, als solle damit in unauffälliger Form die politische Tätigkeit des Reichskanzlers als abgeschlossen zu gelten haben.

Bamberger. Im Reichstag ging Bamberger am 22. November von der Feststellung des Unbehagens aus, das sich, trotz des geeinigten Reichs, überall fühlbar mache. Bei aller Verehrung für die starke Persönlichkeit, der man die Schaffung der gegenwärtigen staatlichen Zustände verdanke, übersah der Redner nicht „den Schatten dieser Zustände, und auch nicht, daß dieser Schatten von der Gestalt des großen Mannes in die Ebene unseres Reiches fällt“. Der nachteilige Zustand, daß sowohl in Preußen als noch mehr im Deutschen Reich ein Kopf an der Spitze steht, der alles beherrschen soll, und der doch nicht immer da sein kann, könne nicht fortdauern, man müsse einen Stellvertreter haben, der für den Abwesenden handle. „Bei dem Zaudern und der Unklarheit in den regierenden Regionen spielt die Furcht vor dem

hinter dem liberalen Bürgertum stehenden Sozialismus eine große Rolle. In Deutschland ist diese Furcht auch wohlbegründet, da hier die sozialistische Bewegung in den Massen wie in der Wissenschaft die gefährlichste Ausdehnung genommen hat. Selbst unsere gelehrte Volkswirtschaft sucht durch die Sozialpolitiker, wenn auch ohne Verbindung mit den Führern des Klassenkampfs, eine Vermittlung mit Gegensätzen, mit denen keine Vermittlung möglich ist. Die sozialistischen Lehren von der staatlichen Gleichmachung natürlicher Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, von dem angeblich zur Unerträglichkeit gesteigerten Gegensatz zwischen arm und reich, von der wirtschaftlichen Schwäche der arbeitenden Klassen, von der besseren Reglementierung unserer Erwerbsverhältnisse durch den Staat, von der alleinseligmachenden Kraft der Kollektivorganisation u. s. w. sind Irrtümer, entstanden durch Mitschuld des deutschen Doktrinarismus und Formalismus in Schule und Praxis. Das liberale Bürgertum muß die Gefahr des Sozialismus energisch bekämpfen, dann wird auch die unser öffentliches Leben drückende Unklarheit schwinden." Dem liberalen Redner wurde für seine „goldenen Lehren" ein Festbankett veranstaltet.

In Württemberg konstatierte man bei der Novemberversammlung der „deutschen Partei" einen bedeutenden Rückgang der nationalen und liberalen Wahlerfolge.

Bei der Aussichtslosigkeit einer baldigen Wiederkehr einer friedlichen Weltlage und der dadurch gesteigerten Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse boten die wachsenden Bedürfnisse der Verwaltung des Reiches wie der Einzelstaaten in finanzieller Beziehung so große Schwierigkeiten, daß eine durchgreifende Steuerreform immer notwendiger wurde. Ebenso eine Zollreform auf Grund von Schutzzöllen.

Flotte.

In England begann die Entwicklung der deutschen Kriegsflotte Besorgnis zu erregen. Die „Times" gestanden, daß England namentlich in der Küstenverteidigung noch viel von Deutschland lernen könne. Völlig auf der Höhe stehe der Bau und die Befestigung der Kriegshäfen, das Ersatzwesen der Flotte, die Bemühung, sich vom Ausland unabhängig zu machen. Das Deutsche Reich verwende auf das Seekriegswesen dieselbe Planmäßigkeit, dasselbe Maß von Wissenschaft und Ausdauer, welche das Wesen des Landkrieges so völlig umgestaltet haben. „Es liegt keineswegs außer dem Bereiche des Möglichen, daß ein ähnliches Ergebnis in bezug auf das Seekriegswesen erzielt werde."

Kulturkampf.

Wir wollen nun die Fortwirkungen des Kulturkampfs im einzelnen betrachten. Die Verurteilungen von Bischöfen wegen Zuwiderhandelns gegen die Maigesetze dauerten fort. In der Diözese Köln waren 94 Pfarreien verwaist, 61 Rektor- und Vikarstellen unbesetzt, 600 Ordensleute, darunter 120 Ordenspriester, ausgewandert. Abgesetzt waren folgende preußische Bischöfe (nach dem Datum der Amtsentsetzung): Ledochowski von Posen, Martin von Paderborn, Förster von Breslau, Brinkmann von Münster, Melchers von Köln, Blum von Limburg. Durch Tod vakant waren Fulda und Trier. Gegen Eberhard von Trier war

das Absetzungsverfahren eingeleitet. Im Amt waren noch Sammenwerck von Hildesheim, Beckmann von Osnabrück, Marwitz von Kulm, Krementz von Ermeland.

Schorlemer. Freiherr v. Schorlemer-Alst sagte am 27. Februar im Abgeordnetenhaus über die Wirkungen des Kulturkampfs: „Auf dem Gebiete der Schule sind alle Lokalinspektoren katholischer Konfession abgesetzt worden, was zur Folge hatte, daß die Kosten der Inspektion von 60.000 auf 1,160.000 Mark gestiegen sind. Trotzdem ist die Schulaufsicht keineswegs besser geworden: denn da man die natürlichen Inspektoren, die Geistlichen, entfernte, wurde man gezwungen, die überlasteten Gutsbesitzer, ja selbst das ehrsame Handwerk, mit dieser Funktion zu betrauen. Trotz der erhöhten Lehrergehalte nimmt der Lehrermangel zu. Man hat die katholischen Schulschwestern allen ihren segensreichen Tätigkeiten entrissen, ihre Waisenanstalten aufgelöst. Die Folge ist, daß jetzt von den Gemeinden die Waisen an den Mindestfordernden zur Verpflegung ausgeboten werden. Damit sind wir auf die Kulturstufe der Sklavenstaaten Amerikas herabgesunken. Die Jugend verwildert. Den Bischöfen hat man den Vorwurf der Unterschlagung von Kirchengeldern gemacht, und die Reptilienpresse hat sie wie Diebe und gemeine Verbrecher behandelt. Obwohl ihnen jede eigennützige Absicht ferne lag, wurden sie verurteilt. Das Volk aber weiß viel besser, wo es die zu suchen hat, die fremdes Eigentum begehren. Die Regierung hat mit dem Altkatholizismus die kläglichste Erfahrung gemacht. Der Kulturkampf ist die Parole geworden für alle Streber in Preußen und ist auch tief eingedrungen in den preußischen Richterstand. Aber das katholische Volk steht heut fester zu seinen Geistlichen, Bischöfen und dem Papst als je. Der gefangene Papst im Vatikan ist durch den Kulturkampf mächtiger geworden als je. Dagegen wirft der Kulturkampf seine dunklen Schatten auf das Verhältnis des Volks zur Dynastie. Dem Kultusminister rufe ich zu: Es wird die Zeit kommen, wo wir allesamt vor Gottes Richterstuhl kommen werden, und Gott wird richten!"

Cremer. In der Debatte vom 28. Februar im preußischen Abgeordnetenhaus schien der Kulturkampf eine unvermutete Wendung zu nehmen. Cremer, früher Redakteur der „Germania", stellte die unerträgliche Lage der preußischen Katholiken fest, mahnte aber gleichzeitig zur Versöhnung aus patriotischen Motiven: „Kehren Sie um (rief er der Mehrheit und der Regierung zu), es ist noch Zeit! Glauben Sie mir, es können Krisen für den preußischen Staat eintreten, in denen er auf die Sympathie von acht Millionen Katholiken nicht verzichten kann ... Ich verlange nicht von Ihnen, daß Sie gerade nach Canossa gehen sollen; vielleicht gelingt es uns, einen Punkt anzugeben, der Ihnen geographisch bequemer liegt; aber zur Umkehr muß geschritten werden. Ich möchte, daß der Staat, dem wir alle angehören, nicht durch inneren Kampf zerstört werde ... Machen Sie nicht, daß man sagen muß, im 19. Jahrhundert ist es den Katholiken unmöglich geworden, im

preußischen Staate zu existieren." — Der bisher im Kulturkampf schweigsam gebliebene Lasker sprach nun auch in gefühlvollen Worten den Wunsch nach einem Ausgleich aus und befürwortete Revision der Maigesetze. Aber Minister Falk hielt „gegenüber dem Übermaß von Arbeiten, Angriffen und Bitterkeiten" sein „Pflichtgefühl" fest, und auch Virchow trat, gegenüber den „sentimentalen" Anwandlungen Laskers, für die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Herrschaftsansprüche der katholischen Kirche ein.

Die Starrheit erbitterte wieder manche Katholiken. So bildete sich in München 6. März die neue „katholische Volkspartei" unter Führung Sigls im Gegensatz gegen die sogenannte „patriotische" Kammerpartei Jörgs, die keine konfessionelle Partei sein wollte. Das Programm der neuen Partei lautete: „Die katholische Volkspartei in Bayern erachtet es als ihre oberste Aufgabe, das ganze öffentliche Leben den katholischen Grundsätzen wieder zu erobern und diese zur Grundlage für den Staat und die Gesellschaft zu machen; insbesondere erstrebt sie volle Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche gegenüber der modernen Staatsomnipotenz. Sie macht sich zur Aufgabe die Forderung aller Rechte, welche der Kirche und den Katholiken nach göttlichem und menschlichem Rechte gebühren ... Sie setzt sich zur Aufgabe, den christlichen Kulturstaat auf katholischer Grundlage unter prinzipieller Bekämpfung der der wahren Freiheit und jedem Volkswohl feindlichen Grundsätze, Bestrebungen und Ziele des modernen Liberalismus wieder herbeiführen zu helfen. Sie verpflichtet ihre Mitglieder, den katholischen Grundsätzen, wie sie vom obersten Lehrer der Wahrheit, dem Papste, gelehrt werden, im öffentlichen Leben bei jeder Gelegenheit offen und entschieden Ausdruck zu geben und nach Kräften Geltung zu verschaffen. Weiters nimmt die katholische Volkspartei in ihr Programm auf: Wahrung, Förderung und Kräftigung des föderativen Prinzips in Deutschland ..." Sigl.

Ähnlich äußerte sich der katholische Priester Dr. Rittler in seiner „Katholischen Fahne": „Die Entscheidung der Alternative, ob wir unter der Fahne des siegreichen Gothaertums untergehen und als eroberte Beute an den Triumphwagen des preußischen Aars gespannt werden oder, das katholische Feldzeichen in der Hand, wieder aufstehen und auf dem Boden eines christlich regenerierten Staatslebens unseren Nachkommen eine glorreiche Zukunft vererben werden, wird wesentlich von den Führern des katholischen Volks abhängen. Nur die katholische Fahne kann uns retten!" Rittler.

Im rheinischen Provinziallandtag widersetzten sich die katholischen Adeligen dem Beschluß, dem Kaiser einen kostspieligen Empfang zu bereiten, „in Erwägung, daß durch den Kulturkampf der größte Teil der rheinischen Bevölkerung mit dem tiefsten Schmerz erfüllt ist" (20. April).

Bei der Generalversammlung der katholischen Volkspartei zu Regensburg, 17. Juni, sagte Pfarrer Schäfler: „Wir wollen Christus zurückführen in jene Stellung, welche ihm die Revolution entwunden; denn Schäfler.

wir können es nicht leugnen: das ganze jetzige öffentliche Leben ist heidnisch. Suchen Sie nach in Thronreden, Staatsverträgen, Gesetzen, in Wissenschaft und Politik: man spricht nicht mehr von Christus, der doch der König der Könige ist; man schämt sich, wenn man das Wort Christ in einer politischen Angelegenheit auf die Lippen nimmt. Wir müssen aufräumen in uns selber mit jeder liberalen Faser. Für uns Bayern ist es noch der Kampf gegen die Verpreußung. Die bayrisch-patriotische Partei Jörgs ist eine Vereinigung von Männern, die sich zusammengetan haben, um bayerische Rechte gegen Preußen zu verteidigen. Das ist, was sie mit uns gemein hat . . ." Die katholische Majorität (Jörgs) nahm auch einige „Extreme" auf, um eine offene Spaltung zu verhüten.

Im August blühten die Wallfahrten zu den Wunderorten Marpingen bei Trier und Dietrichswalde in Westpreußen, wo auch von Erscheinungen und Wunderheilungen die Rede war. Eine Abbildung der Mutter Gottes, wie sie zu Marpingen erschien, gibt nach einer Zeichnung des Malers Zodel in Stuttgart die „Illustrierte Zeitung", 6. Oktober.

Von der Feier des Sedantages hielten sich die („ultramontanen") Katholiken ebenso fern wie die Sozialdemokraten.

Katholikentag. Bei der Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands in Würzburg 10. September wurde der Grund zum „Augustinusverein" für Hebung und Ausbreitung der katholischen Presse gelegt; auch wurde den katholischen Journalisten empfohlen, keine Juden- oder Protestantenhetze in auffallend gehässiger Weise zu betreiben.

Bischof Martin von Paderborn forderte in einer Broschüre: „Nicht Revision, sondern Aufhebung der Maigesetze."

Reichensperger erörterte im preußischen Abgeordnetenhaus 22. November die Revision der Maigesetze. Aber Minister Falk erwiderte: „Die Frage der Aufhebung der Maigesetze ist für die Regierung absolut indiskutabel; sie befindet sich nicht in der Lage, auch nicht einmal einer Änderung der Maigesetze näherzutreten."

Mommsen. Mommsen drückte bei der Erörterung des Universitätsbudgets am 28. November seine Freude darüber aus, daß das Haus endlich zu einem Abschnitt gekommen sei, bei dem der endlose Kulturkampf schweige. Die liberale Partei sei dieses Kampfes herzlich müde; aber mit um so größerer Energie werde sie sich schlagen, bis der Krieg, und wenn er ein dreißigjähriger werden sollte, siegreich beendigt sei. Windthorst schloß aus dem kriegerischen Geist der Rede Mommsens, wie notwendig eine katholische Universität sei. Er sah in der Zurückweisung der Forderung nach einer katholischen Universität nur die Besorgnis, daß die staatlichen Universitäten mit der katholischen Wissenschaft nicht konkurrieren können. Minister Falk bemerkte, niemals werde ein preußischer Minister die Forderung einer katholischen Universität erfüllen. — Windthorst führte gleichzeitig aus, daß ein Kampf gegen Rom ein Kampf gegen die katholische Kirche sei, denn niemals habe die katholische Kirche ohne den Papst bestanden. Falsch sei die Behauptung, daß es sich in Frankreich um die Stellung der ultramontanen

Partei handle. Der Marschall-Präsident habe den Kampf aufgenommen, um den Staat nicht in die Hände der radikalsten Demokratie fallen zu lassen, an deren Spitze Gambetta steht. Dieser sei freilich das Schoßkind der deutschen offiziösen Presse geworden, weil er den „Ultramontanismus" bekämpfe.

Immerhin erkannten nun beide Teile den Kulturkampf als die größte Frage der Gegenwart. Beide Parteien hatten das Verlangen, dem Kampf ein Ende zu machen. Die Regierung wollte eine Revision nur dann zugeben, wenn die Katholiken prinzipiell das Gesetzgebungsrecht in Kirchensachen anerkannt hätten. An der Seite der Regierung stand zunächst die Fortschrittspartei. Die Nationalliberalen waren einer Verständigung mehr geneigt. Die Altkonservativen hatten den Kampf am meisten satt. Windthorst erklärte, man solle es aufgeben, den seit 2000 Jahren bestehenden Kampf prinzipiell zu lösen; es sei nur ein Kompromiß möglich. Der Kampf war freilich auch auf fatale Weise verwickelt mit der Frage des Welfenfonds, der zur Bestechung der Presse in Bismarckschem Sinne diente, zur Korrumpierung der öffentlichen Meinung. Ungeheuer war der Schaden, den das katholische Leben bisher durch den Kulturkampf erlitten hatte. Es war eine fast vollständige Beraubung. Die Geistlichkeit war voraussichtlich dem gänzlichen Aussterben ausgesetzt. Es war keine Übertreibung, wenn man den Kampf mit der Diokletianischen Christenverfolgung verglich, mag er auch ohne Blutvergießen geführt worden sein.

Protestanten.

Dabei waren die Verhältnisse im Protestantismus noch trauriger, vom Altkatholizismus zu schweigen, der ruhmlos dahinsiechte. Die Austritte der „freireligiösen" Protestanten in ein bekenntnisloses Chaos mehrten sich. Unter den Altkatholiken richtete die Zölibatsfrage große Verwirrung an. Es gab in Preußen 35 altkatholische Gemeinden mit 6510 selbständigen Männern, in Baden 44 Gemeinden mit 5760 Männern, in Hessen 5 mit 373, in Bayern 34 mit 3716, in Oldenburg 2 mit 104, in Württemberg 1 Gemeinde mit 94 Männern. 56 Geistliche wirkten in der Seelsorge. Also eine sehr bescheidene Zahl.

Liberale und orthodoxe Protestanten stießen in der Berliner Kreissynode 5. Juni hart aneinander wegen der „Leugnung der Gottheit Christi". Die in Barmen versammelte Kreissynode Elberfeld richtete infolgedessen am 14. Juni an den Kaiser ein Telegramm, darin sie sich als fest zum Apostolischen Glaubensbekenntnis stehend bezeichnete. Der Kaiser antwortete zustimmend und nahm das Entlassungsgesuch des orthodoxen Konsistorialpräsidenten Hegel, der ein Gegner der Bismarckschen Kirchenpolitik war, nicht an. Den Ministern sprach er in bewegter Weise seine Besorgnisse wegen der auflösenden Bestrebungen auf kirchlichem und sozialem Gebiete aus. Die Gegensätze zwischen den Anhängern und Gegnern des Apostolikums spitzten sich immer mehr zu. Man sah ein, daß die auch auf den protestantischen Boden übertragenen Grundsätze des Kulturkampfs unwillkürlich der „modernen" Weltanschauung zum Siege verholfen hatten

Apostolikumstreit.

und dem Protestantismus noch mehr Schaden brachten als der katholischen Kirche.

Vor einer Vertretung der evangelischen Geistlichkeit der Rheinlande legte der Kaiser nochmals am 5. September sein Bekenntnis entschiedenen Festhaltens am Apostolikum ab, welches „der Heiland allerdings nicht selbst verfaßt habe, welches aber doch die Summe der Heilstatsachen seines Lebens sowie dessen, was er selbst die Jünger gelehrt, in getreuer Fassung enthalte". Das leugnete aber der Protestantentag vom 9. Oktober geradezu.

In manchen Gegenden meldeten sich gar keine Kandidaten mehr zum evangelischen Pfarramt.

Altkatholiken. Professor Friedrich legte auf dem 6. Kongreß der Altkatholiken zu Mainz 26. September mit großer Offenheit den schwierigen Stand der Bewegung dar. Die Zölibatsfrage drohte für den Altkatholizismus verhängnisvoll zu werden. Manche, wie Professor Michelis, zogen sich vollständig zurück und steigerten die Entmutigung.

Katholische Presse. Der Verlag Leo Wörl lieferte (1877) eine „Weltrundschau über die katholische Presse" Europas. Protestantische Stimmen mußten zugestehen, „ein wie geringer Apparat hinsichtlich der Presse der evangelischen Kirche zu Gebote steht gegenüber der katholischen". Auch anerkannte man den „einheitlichen Gedanken, wie ihn die Presse sonst keines Landes und keiner Partei aufweist . . . Man hat viel von dem Bestand einer ultramontanen Liga gesprochen; sie braucht äußerlich nicht vorhanden zu sein, die katholische Presse im Bunde mit der Hierarchie ist Liga genug." Die Million Schweizer Katholiken besaß 50 „klerikale" Zeitschriften, während Österreich nur 91 zählte, offenbar wegen der friedlichen konfessionellen Verhältnisse. Belgien wies 154, das überwiegend protestantische Holland 60 auf, England 14, Irland 28. Spanien, das „eminent" oder „essentiell" katholische, kannte überhaupt keine antikatholische Presse. Dagegen schmachtete Portugal in den Fesseln des Freimaurertums, dem nur drei katholische Blättchen standhielten. Ebenso stand es in Brasilien. Nordamerika hatte mit dem erwachenden kirchlichen Leben 113. Man riet für Deutschland die organisierte Heranbildung von katholischen Publizisten. Von andrer Seite wurden 850 Preßorgane aufgezählt: für das Deutsche Reich 258 (darunter 53 Tagesblätter), Österreich 258 (9), Schweiz 53 (3), Belgien 140 (20), Holland 20 (4), Frankreich 150 u. s. w. Die vorwiegend politischen Organe hatten nur eine mäßige Verbreitung (Augsburger Zeitung 11.300, Germania 7000, Kölnische Volkszeitung 8600, Augsburger Postzeitung 8300, Mainzer Journal 3300). Dagegen fanden die wohlfeilen Wochen- und Monatsblätter um so stärkeren Absatz (Donauwörther „Schutzengel" 55.000, Monika 45.000, Hausschatz 45.000 u. s. w.). Das ganze Reich zählte 819.000 katholische Abonnenten.

Ketteler †. Der edle Bischof Ketteler von Mainz wurde durch den Tod den härtesten Verfolgungen entzogen. Ihm folgte die Verehrung der Katholiken, aber auch die allgemeine Teilnahme für seine geistig so hochstehende Persönlichkeit. Er konnte sich noch über Schorlemers Reden freuen; darüber schrieb er (2. März) an seine Nichte: „Wenn Du Frau v. Schorlemer siehst, so sage ihr, ich gratulierte ihr zu dem Glück, einen Mann zu haben, der so, in solchen Zeiten und unter solchen Umständen für Gottes Sache

zu kämpfen versteht. Aus den Antworten, selbst von Falk, leuchtet doch das erste Auftauchen der Erkenntnis hervor, daß man auf dem jetzigen Wege nicht zum Ziele gelange. Auch da wird Gott helfen, aber auf seinem Wege und zu seiner Zeit." — In einer Zuschrift an die „Germania" (23. März) erwiderte er auf die Kritik der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gegen seine jüngste Schrift: „Die tatsächliche Einführung des bekenntnislosen Protestantismus in die katholische Kirche." Er sagt: „Die Schlußfolgerung, zu der ich gelange, ist diese: Wenn die sogenannten Altkatholiken vor dem Konzil Katholiken waren, so waren sie es nur dadurch, daß sie sich der Lehrautorität der Kirche unterwarfen. Wenn sie daher jetzt dieselbe verwerfen und an deren Stelle die subjektive Meinung setzen, so glauben sie jetzt nicht mehr, was sie vor dem Konzil glaubten, und gehören nicht mehr der Kirche an, der sie früher angehört haben ... Wenn dann die ‚Norddeutsche Allgemeine Zeitung' sich bemüht, meine Schrift als ‚Kundgebung einer Rückkehr des Ultramontanismus zu seiner Aggressionspolitik' zu bezeichnen und ihr eine ‚sehr ernste agitatorische Bedeutung' beilegt, deren Ziel darauf ausgehe, ‚in dem katholischen Volke den Wahn zu erwecken, daß der kirchenpolitische Kampf ein konfessioneller sei, daß die kirchenpolitische Gesetzgebung das Glaubensgebiet antaste,' so sind dies lauter schiefe Auffassungen... Denn diese Überzeugung, die hier Wahn genannt wird, ist vom Bischof bis zum Schulkind eine so allgemeine, daß es keiner Schrift bedarf, diesen Wahn zu erwecken. Alle Mitglieder der katholischen Kirche in und außer Deutschland behaupten das einstimmig, und mit ihnen viele der namhaftesten und gelehrtesten Männer unter den Protestanten. Wenn es daher der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' beliebt, diese Auffassung für einen Wahn auszugeben, so stellt sie sich auf den Standpunkt, daß die Protestanten das Recht haben festzustellen, was zur katholischen Lehre gehört oder nicht ... Wir leugnen nicht die Souveränität des Staats. Was wir bekämpfen, ist eine Souveränität des Staats, die über sein Gebiet hinausgeht. Wir behaupten, daß der Glaube an eine göttliche Offenbarung die Anerkennung einer unbedingten Souveränität des Staats ausschließt, und daß neben einer unbedingten Staatssouveränität eine göttliche Offenbarung unmöglich ist, ohne die Offenbarung selbst der Willkür wechselnder Regierungen zu unterwerfen ..." — Auf eine dankbare Zuschrift des christlichen Arbeitervereins zu Augsburg antwortete noch Ketteler am 1. Mai: „Insbesondere hat es mich gefreut, in dieser Zuschrift den Beweis zu finden, daß die Mitglieder des Vereins nur in der innigsten Verbindung mit der Religion und mit Christus das Ziel des Arbeiterstandes erstreben. Das ist der einzig rechte Weg ..." — Welcher Mann! Welche Zeit! Im Nachruf eines Gegners hieß es von Ketteler: „Die Sache, für die er focht,

hat er nicht zum Siege führen können. Seine Nachtreter werden es noch weniger vermögen." Freilich nicht, wenn ihnen aus dem Schoße der Gemeinde selber Gegner erwachsen, wie Kettelern die Altkatholiken erwuchsen. Wenn aber alle Katholiken, wie sie doch eigentlich sollten, ihre volle Pflicht einfach erfüllen, dann ist im selben Augenblick auch ihr voller Sieg da. Sonst freilich nur Niederlage auf Niederlage.

Gerlach †. Die „Historisch-politischen Blätter" brachten dem verstorbenen Ludwig v. Gerlach, dieser „Eroberung des Zentrums", einen Nachruf. Sie betonten seine Gegnerschaft zur Politik seines früheren Freundes Bismarck, zur Zerreißung Deutschlands von 1866. Noch in der Rede vom 20. Januar hatte er gesagt: „Man sagt, das Deutsche Reich sei einig; aber wodurch ist es einig geworden? Durch das Abreißen eines großen Viertels von Deutschland, desjenigen Viertels, welches die älteste und größte deutsche Monarchie und die größte und glänzendste Hauptstadt in Deutschland enthält. Und auf welche Weise ist diese Einigung zustande gekommen? Durch die Absetzung von deutschen Fürsten, von unserm deutschen Kaiserhause ebenbürtigen, großenteils blutsverwandten deutschen Fürsten . . . Wir stehen mitten in einer Religionsverfolgung, die einen schlimmen Riß durch das ganze Vaterland gemacht hat, wie er so tief und schmerzlich seit drei Jahrhunderten nicht vorgekommen ist." Weiter bezeichnete der gläubige Protestant als Basis seiner Verbindung mit dem Zentrum „die Einigkeit zwischen römisch-katholischen und evangelischen Christen, so weit sie vorhanden ist. Wie groß, wie majestätisch ist diese Einigkeit! Der lebendige Gott, Schöpfer und König Himmels und der Erde, der Mensch geworden, der uns erlöst hat, der Geist, der die Gemeinde aller Getauften heiligt und regiert: sollten diese geheimnisvollen Gotteswahrheiten uns nicht verbinden zu einer Einheit, zum gemeinsamen Bekennen und Handeln?" Mallinckrodt hatte ihm einst ehrlich gestanden, er wolle ihn samt allen Genossen in geistigem Kampfe ganz zurückerobern zur katholischen Sache. Bei der Leichenfeier sprach der Prediger über das Schriftwort: „Ich glaube, darum rede ich." Gerlach betrachtete die Kirche als Ein großes Gottesreich, darin die Konfessionen nebeneinander ihre Berechtigung hätten. Das war allerdings nicht die Auffassung Luthers, Zwinglis und Kalvins, und darum mußte sein edler Idealismus scheitern. Er war ein Widerspruch zu den Grundlagen seiner Konfession.

Der Altkatholik Sepp schrieb die Tendenzschrift „Jos. v. Görres und seine Bedeutung für den Altkatholizismus". Demgegenüber wiesen die „Historisch-politischen Blätter" nach, wie durchaus echt katholisch Görres gedacht, geschrieben und gehandelt hatte (79, 679). — Die Blätter gaben auch einen kritischen Rückblick auf den zweiten Prozeß Arnim, mit dem Motto aus „Fidelio": „Er muß wohl ein großer Verbrecher sein? Oder er muß große Feinde haben, das kommt oft auf dasselbe heraus." — Der „erste Kulturkampfversuch in Frankreich" wurde seiner großen Bedeutung nach gewürdigt. — Seb. Brunners „Paulus in Athen" wurde besprochen.

Staatslexikon. Die zweite Generalversammlung der Görresgesellschaft 28. August verhandelte die Herausgabe eines Staatslexikons nach katholischen Grundsätzen. Man erinnerte dabei an den Ausspruch de Maistres: „Im

Jahr 1789 wurden die Menschenrechte proklamiert; man wird nun die Rechte Gottes proklamieren müssen."

Reichensperger. Reichensperger sagte am 12. März im Reichstag: „Die Zentrumsfraktion hat der wirtschaftlichen Frage von jeher ihr lebhaftestes Interesse zugewandt, so daß sie sich das Schlagwort des Bündnisses der schwarzen mit der roten Internationale zugezogen hat. Ich teile nicht den Optimismus über unsere wirtschaftliche Lage. Das plötzliche Hinwegstreichen der Zünfte u. s. w. hat ein Vakuum geschaffen, das sehr schwer auszufüllen ist. Eine Hauptsache ist das religiös-sittliche Element. Auf keine andere Weise wird die soziale Frage gelöst werden als durch Pflege und Förderung des religiösen Bewußtseins im Volk, und wie gegenwärtig von der Regierung dieses Moment berücksichtigt wird, lehrt der Kulturkampf . . ." In der Tat war die notwendige Folge des törichten Kulturkampfs das riesenhafte Anwachsen der Sozialdemokratie. Freilich datiert das Anwachsen des religiösen Indifferentismus schon von der Gleichgültigkeit gegen die Konfession, von der „Fassen, nach der jeder selig werden könne", vom Staatskirchentum, von einer alle religiösen Überzeugungen beleidigenden angeblichen „Toleranz", die in Wirklichkeit keine religiöse Überzeugung tolerierte.

Sozialismus. Die religiösen Kämpfe kamen der Sozialdemokratie zugute. Beim dritten Jahreskongreß der deutschen Sozialisten zu Gotha 27. Mai ergaben sich allerdings auch Spaltungen. Liebknecht, der lange in London gelebt hatte, gehörte zur Schule von Marx und Engels und wollte im „Vorwärts" die wissenschaftliche Darlegung des doktrinären Sozialismus gepflegt sehen. Hasselmann wollte trotz seiner akademischen Bildung mehr die massive demagogische Agitation. Hasselmann und Hasenclever waren wie Lassalle mehr national gesinnt gewesen im kleindeutschen Sinn. Liebknecht war von jeher und auch damals noch großdeutsch und ein Gegner des mit Lassalle getriebenen Personenkults.

Auf dem Verbandstag deutscher Genossenschaften zu Mainz 3. September stellte wieder Schulze-Delitzsch eine ansehnliche Vermehrung der Genossenschaften fest.

Die Generalversammlung des kathedersozialistischen Vereins für Sozialpolitik in Berlin zählte viele Schutzzöllner als Teilnehmer.

Auf dem ersten deutschen (nichtsozialistischen) Arbeiterkongreß in Gera 21. Oktober entwickelte Dr. Max Hirsch das liberale Programm.

Ich war damals in Berlin mit Universitätsstudien beschäftigt unter Mommsen, Schrader, Lepsius, Treitschke u. s. w. mit rechtshistorischer Absicht, konnte noch im Hause Lepsius' und in andern Häusern den Abglanz der alten Berliner Romantik genießen, wurde aber vor allem vom Geist der Zeit den verschiedenen sozialen und sozialistischen Problemen nahegebracht. Es war auffallend, wie, offenbar mit Zulassung der Regierung, sozialistische Presse, Literatur und Versammlungstätigkeit blühte. Die Sozialdemokratie begann sich von ihren früheren Niederlagen in den verschiedenen Revolutionen

zu erholen und neuerlich als Siegerin zu betrachten; sie zog damals fast alle jungen Leute in ihren Bann durch die anscheinende Sicherheit ihres Doktrinarismus.

Niederwald. Der Grundstein zum Nationaldenkmal auf dem Niederwald wurde am 16. September im Beisein des Kaisers gelegt. „Hier, wo am Ausgang des Rheingaus, weite Rebengelände überragend, der Niederwald aufsteigt und seine Hügel in sanfter Neigung zum deutschen Strom sich herabsenken, sichtbar vom vorüberrauschenden Dampfer aus und dem Schritt des Wanderers leicht erreichbar: wo des Auges weite Schau über den anmutigsten Wechsel von Wald und Flur, von gewerbreichen Städten und blühenden Dörfern hinweg zum fernen Saum der Vogesen hinüberreicht, wo die bedrohte Nahe Schutz fand beim sichern Rhein, auf dem Felsen, wo Deutschlands Fuß feststand von der Römer Zeiten her bis auf den heutigen Tag: da ist die Stätte für den Malstein deutscher Kämpfe, deutscher Siege, deutscher Einigkeit." „Hier zog in jenen Julitagen das deutsche Heer zum Strand der Saar; hier hat das Dampfroß hingetragen der Kranken, der Zerschoss'nen Schar. Hier in dem Eden deutscher Erde, vom Gott der Trauben hochgeweiht, wohlan, auf diesem Flecken werde ein Denkmal jener großen Zeit errichtet von dem ganzen Volke, dem zum Gedächtnis, was geschah, als aus des Pulverdampfes Wolke sich strahlend hob Germania!"

Canossasäule. Die „Canossasäule" wurde am 26. August auf dem Burgberg bei Harzburg enthüllt, zur Erinnerung an Bismarcks zweischneidiges Wort vom 14. Mai 1872: „Nach Canossa gehen wir nicht!" Bismarck hatte im Mai 1874 das Vorhaben des Komitees gelobt als „eine neue Bekundung des Einverständnisses und der Unterstützung in der Abwehr der Übergriffe, mit welchen auch heute deutsches Leben von römischer Herrschsucht bedroht wird." Nun war aber Heinrich IV. denn doch von diesem Burgberg aus im Jahr 1077 direkt nach Canossa gezogen, was anscheinend unterschätzt wurde. Professor Floto sagte in der Festrede: „Bismarck erfüllte in der Hauptsache die Bestrebungen der Revolution von 1848. Man kann ihn die Inkarnation des Jahres 1848 nennen. Bismarck brachte zu den Staatsgeschäften einen außerordentlichen scharfen Verstand mit, welchem kein Gefühl den Weg zur Tat verlegt. Keine Spur von Hamlet ist in Bismarck. Eine solche Kraft wird geadelt und selbst in ihren Ausschreitungen entschuldigt durch die Leidenschaft, die sie beherrscht, die Leidenschaft für den Staat! In seiner Begabung für das Praktische, in der Verbindung von starkem Selbstbewußtsein mit der Unterordnung unter das Ganze, in dem militärischen Kern seines Wesens kann Bismarck so recht als Vertreter des preußischen Stammes gelten ... Der große Baum, zu dem Preußen erwachsen ist, sproßt aus liberalen Wurzeln ..."

Richard Wagner. Um das Defizit von Bayreuth zu decken, mußte Richard Wagner unter anderm den unmusikalischen Engländern in London Konzerte geben. Sie wurden allerdings zu „Wagnerfesten". Einer Aufforderung an sämt-

liche Patrone, zur Deckung jenes Defizits beizutragen, wurde nur von einer einzigen Dame entsprochen. Richard Wagner richtete an die Vereine, die sich zur Förderung der Festspiele in Bayreuth konstituiert hatten, die Aufforderung, zur Bildung eines weiter gehenden Patronatsvereines mitzuwirken. Dadurch sollte die alljährliche Wiederholung, Fortsetzung und Erweiterung des ganzen Unternehmens gewährleistet werden. Dieser allgemeine Patronatsverein sollte sich auch mit einem Gesuch um reichliche Unterstützung an den deutschen Reichstag wenden. Ein so weitschauendes Interesse war allerdings in politischen Kreisen nicht vorhanden. Vor der Versammlung der Delegierten der Wagnervereine zu Bayreuth 16. September hielt Richard Wagner einen Vortrag über die Zukunft seines Gedankens. Er plante eine Musikschule für echt deutschen Stil. Wagner konnte im Juni seinem Biographen C. Fr. Glasenapp für die fertige Biographie danken. Dabei schrieb er: „Ich schäme mich mein Zeitgenosse zu sein. — Was ich von dem ganzen Bühnenfestspielgedanken rette, wird vermutlich sehr wenig sein. — Vorläufig habe ich es in diesen ersten Frühlingsmonaten — um mich gewaltsam vor den scheußlichsten Lebenseindrücken zu flüchten — nur erst so weit gebracht, die Dichtung meines Parsifal, welche bisher nur im Entwurf existierte, wirklich auszuführen. Parsifal.

Dem Veroneser Standbild Dantes wollte man in Bozen, der ersten noch wirklich ganz deutschen Stadt, als Gegenstück ein Denkmal für Walther von der Vogelweide errichten. Es sollte ein bedeutsamer Denkstein der Geschichte, ein Mark- und Grenzstein deutschen Wesens werden. Darüber „Allgemeine Zeitung", 3. Februar.

Philipp Veit, der Nazarener, Stiefsohn Friedrich Schlegels, Enkel des Moses Mendelssohn, Konvertit, der Vertreter romantischer Kunstauffassung auf dem Gebiete der Malerei, starb als Direktor der Mainzer Gemäldegalerie im 84. Lebensjahr und hinterließ der Welt den unsagbaren Zauber seines Idealismus. Veit †.

In der Berliner Nationalgalerie wurden endlich auch die Kartons zu den Wandgemälden von Peter Cornelius aufgestellt, obwohl die moderne Kunst sich in dem Dezennium seit dem Tode des großen Meisters ganz andern Richtungen von zweifelhaftem Wert zugewandt hatte.

Berlin sollte durch Schapers Goethedenkmal einen hervorragenden Schmuck erhalten.

Die Juden bemühten sich vergebens, für die zahlreichen neuen Synagogen einen nationalen Stil anzuwenden; der Stil ihrer Synagogen war früher immer der des betreffenden Landes; man denke an die gotische Altneusynagoge zu Prag.

Das Stift Kremsmünster in Oberösterreich feierte das 1100jährige Jubiläum seiner Stiftung durch Herzog Tassilo von Bayern 777; es konnte auf eine reiche kolonisatorische und zivilisatorische Arbeit zurücksehen, gastlich allen geöffnet, getreu dem Spruch über dem mächtigen Kremsmünster.

Hauptportal: „Dies Tor mag jedem offen stehn, der ehrbar will durch selbes gehn." Die konservative Kraft und Bedeutung einer solchen Stiftung für den ruhigen Fortschritt menschheitlicher Kultur kann nicht hoch genug angeschlagen werden.

Schliemanns Ausgrabungen in Mykenä erregten Verwunderung, Begeisterung, aber auch vorübergehenden Widerspruch.

Kekulé gab Abbildungen der damals reichlich gefundenen und sehr beliebt gewordenen Tonfiguren aus Tanagra heraus.

Joh. Huber hob die philosophischen und religiösen Ansichten von
Baer. K. E. v. Baer hervor (Allg. Ztg., 20. Okt.). Gegenüber der Zufallstheorie Darwins betonte Baer die „Zielstrebigkeit" (Entelechie) in der Natur. „Die ganze Natur ist der Ausfluß einer Vernunft, sie wirkt vernünftig. Der Lebensprozeß ist nicht das Resultat physikalisch-mechanischer Vorgänge, sondern deren Beherrschen."

Dühring. Eugen Dühring wurde als Privatdozent wegen seiner Angriffe auf Professor Helmholtz gemaßregelt. Die öffentliche Meinung war für ihn. Ich sah den blinden Mann, von einem Knaben geleitet, noch zum letztenmal den Lehrstuhl besteigen, bevor er auf Betreiben der Fakultät vom Unterrichtsminister removiert wurde.

Ich verkehrte damals in Berlin auch in den Kreisen, denen der am
Jacoby. 6. März verschiedene Joh. Jacoby als Prophet galt. Jacoby hat den Krieg von 1866 verdammt, und als er seine Gesinnungsgenossen Twesten, Forckenbeck, Lasker als neue nationalliberale Partei zu Bismarck übergehen sah, da verlor er die Lust am weitern parlamentarischen Wirken. Gerichtliche Verfolgungen und Verurteilungen bewiesen ihm, daß das Reich, von dem er träumte, noch nicht da und auch noch nicht zu erwarten sei. Er begründete als Kampforgan gegen Bismarck die „Zukunft" mit Guido Weiß. Er bekämpfte auch die Beweggründe zum Krieg von 1870 und zur Annexion von Elsaß-Lothringen, wurde deshalb gemaßregelt und schloß sich den Sozialdemokraten an, wie Gerlach sich den Ultramontanen anschloß.

Perty. Maximilian Perty gab als Supplement zu seinen „Mystischen Erscheinungen der menschlichen Natur" (1861) ein neues Buch heraus: „Der jetzige Spiritualismus (= Spiritismus) und verwandte Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart." Er führte aus, daß das Wunderbare zu allen Zeiten da war; die ganze Weltgeschichte zeuge davon. Nicht der Mechanismus, sondern der Geist und die Geister sind die Träger der Ideen und Beweger der Dinge. Die Welt ist nicht so einfach und durchsichtig, wie die Naturforscher sich vorstellen. Auch die englischen Naturforscher Hare, Edmonds, Varley, Butlerow, Crookes, Wallace waren von der Tatsächlichkeit der spiritistischen Erscheinungen überzeugt (Crookes: „Der Spiritualismus und die Wissenschaft", 1872; Wallace: „Die wissenschaftliche Ansicht des Übernatürlichen", 1874; dessen: „Verteidigung des modernen Spiritualismus, seiner Tatsachen und Lehren", 1875). Frohschammer suchte Perty in der „Allgemeinen Zeitung" zu widerlegen. Wir

erinnern an das Hauptwerk von Jos. Görres: „Die christliche Mystik", der man sich allerdings heute zu schämen scheint und die man unterdrücken will.

Die „Historisch-politischen Blätter" (80, 777) berichteten über Düntzers Aufsätze, Simrock betreffend. Simrock war Katholik von Haus aus und verkehrte in Bonn „mit den Hauptvertretern der katholischen Lehre, wie er sie von Eltern und Lehrern überliefert erhalten zu haben sich bewußt war". Freilich schloß er sich seit 1870 an die Altkatholiken an und dichtete auch in diesem Sinn von der „Nacht am Rhein". Simrock.

Ein am 1. Jänner 1877 von Jörg geschriebener Neujahrsartikel entwickelte so antiösterreichische Tendenzen und Gesinnungen, daß Belcredi, bisher Mitarbeiter der Blätter, jede weitere Verbindung abbrach. Eine Antwort und Widerlegung des Artikels von Jörg: „Was ist in Sicht?" erschien dann in einer Broschüre Belcredis: „Die katholisch-konservative Partei in Deutschland und die orientalische Frage. Von einem österreichischen Katholiken." Die katholische Zentrumspartei stand damals nach Belcredis Meinung der Bismarckschen Politik auf Kosten Österreichs allzu nahe. Im Sommer 1877 kam Windthorst mit Belcredi in Gmunden zusammen und sprach, um diesen Eindruck abzuschwächen, viel von seinem warmen Herzen für Österreich, und wie er alles von Österreich erwarte (Aus Belcredis handschriftlichem Nachlaß). Belcredi.

Sehr verdienstvoll war die Biographie Clemens Brentanos von Diel und Kreiten, den beiden Jesuiten.

Man klagte über die damalige Vernachlässigung der deutschen Klassiker und suchte sie dadurch zu erklären, daß sie niemals populär gewesen. So Friedrich Kirchner in der „Illustrierten Zeitung", 3. November.

Friedrich v. Schiller, der Enkel und letzte Nachkomme des Dichters im Mannsstamm, starb am 8. Mai als österreichischer Major. Schiller.

Zur vierten Säkularfeier der Geburt Aventins (Joh. Turmair) hielt Döllinger einen Festvortrag. Eine Jakob-Balde-Feier fand in München statt.

Marie Niethammer, geb. Kerner, gab Erinnerungen an ihren Vater Justinus Kerner heraus. Dabei erinnerte man sich an G. Pfizers schönes Gedicht an Kerner: „Den Einklang zweier Welten belauschtest du, vom Schelten des Marktes nicht empört . . ., von ungewohnten Zungen, aus ernsten Dämmerungen, hast du manch seltsam Wort gehört . . ."

Creizenach bekräftigte in dem von ihm herausgegebenen Briefwechsel zwischen Goethe und Marianne v. Willemer, daß von dieser geborenen Linzerin die schönsten Sulcikagedichte des westöstlichen Diwans gedichtet sind; nämlich: „Was bedeutet die Bewegung?" „Ach, um deine feuchten Schwingen" u. s. w. Willemer.

Rochholz wies nach („Tell und Geßler in Sage und Geschichte"), daß die Sage von Tell nicht den geringsten historischen Untergrund habe.

Georg Brandes' Charakterbild „Ferdinand Lassalle" kam dem aufsteigenden Interesse für den Sozialismus entgegen.

Fallmerayers „Fragmente aus dem Orient" erschienen in neuer Ausgabe und bewährten ihre Aktualität.

Das Interesse für die Türkei gab Anlaß, an eine Schrift des Schwärmers Wilh. Postellus von 1543 zu erinnern: „Vom Einklang (concordia) des Korans mit den Evangelisten."

„Die Geschichte der Bulgaren" von Jos. Jirecek kam dem aktuellen Interesse entgegen. Der Verfasser war der Sohn des bekannten Slawisten, Enkel des Historikers Schafarik. F. Kanitz lobte als Fachmann die Behandlung, besonders der Zeit der Asenidendynastie (1186—1257).

Litera-tur. Aus der Literatur heben wir noch Franz M. Böhmes treffliches „Altdeutsches Liederbuch" hervor; ferner Ernst Försters „Die deutsche Kunst"; W. Hertz: „Tristan und Isolde"; auch Hermann Kurz gab gleichzeitig eine Bearbeitung dieses symbolischen Liebesromans; Schacks „Heldensagen des Firdusi" in 3. Auflage. — Geschichtlich kommen in Betracht: Brugsch' „Geschichte Ägyptens unter den Pharaonen"; Krones' „Geschichte Österreichs"; Rich. Mayr: „Die philosophische Geschichtsauffassung der Neuzeit"; Georg Mayr: „Die Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben"; G. Mehring: „Die Grundsätze der Selbstvollendung oder die Geschichtsphilosophie"; H. Reuter: „Geschichte der religiösen Aufklärung im Mittelalter"; Rhode: „Der griechische Roman"; Wallace: „Über Alter und Ursprung des Menschen."

Das Regensburger Madrigalquartett erneuerte auf seinen Konzertreisen die Musik des 16. Jahrhunderts, ebenso wie von Regensburg aus die Kirchenmusik der Palestrinazeit eine Wiedergeburt erfuhr.

Nach dem Vorgang Laubes in Wien gab man auch in Leipzig und sonst historische Lustspielabende aus vier Jahrhunderten.

In Wien bildete sich eine afrikanische Gesellschaft als Zweigverein der Brüsseler internationalen Assoziation zur Erforschung Zentralafrikas.

Die Wissenschaft suchte gegen die Reblaus und den Koloradokäfer vergeblich Mittel. Es kam vor, daß ganze Gegenden gerade erst dadurch verseucht wurden, daß man zu experimentieren begann.

Die Rohrpost funktionierte in Berlin seit 1. Dezember 1876. Die Stadtbahn war im Bau. — Die ersten Kartenbriefe (Patentkuvertbriefe) wurden von Engel in Brünn in den Handel gebracht.

Weltpost. Dem Weltpostverein traten neuerlich so viele Länder und Kolonien bei, daß sein Gesamtgebiet nunmehr nahezu 710 Millionen Einwohner umfaßte.

Schweiz. Die Schweizer Sozialdemokraten stellten im „Grütlianer" folgendes Programm auf: Gesetzgebung durch das Volk (Referendum, Initiative, Proporz). Rechtsprechung durch das Volk, unentgeltliche Rechtspflege. Armenpflege. Allgemeine gleiche Volkserziehung; obligatorische Fortbildungsschulen; unentgeltlicher Unterricht in allen Anstalten; Normalarbeitstag: Verbot der Kinderarbeit und der Sonntagsarbeit; Haftpflicht der Fabriken; unentgeltliche Krankenpflege; Unterstützung der Produktivgenossenschaften; progressive Steuer und Inventarisation; progressive Erbschaftssteuer bis auf 50 Prozent; Abschaffung der indirekten Steuern. Staatseisenbahnen... Gleichstellung der weiblichen Arbeiter u. s. w.

In Zürich trat unter dem Vorsitz von Bluntschli das Institut für internationales Recht zusammen und beriet zunächst Fragen des Seekriegsrechts.

Die evangelisch-reformierte Kirchensynode veranlaßte eine neue Liturgie mit verschiedenen Formularen je nach freierem oder strengerem Geschmack. — Im Fricktal (Aargau) begannen katholische Pfarrer die Ohrenbeichte fakultativ zu lassen. — Auch die Feuerbestattung wurde von der Züricher Regierung fakultativ gestattet.

Belgien.

Der sozialistische Weltkongreß in Gent (10.—18. Sept.) vereinigte deutsche, Schweizer, italienische, spanische und englische Delegierte, auch bakunistische Anarchisten. Vergebens versuchte man um das, was man gewöhnlich Staat nennt, herumzukommen. Barry aus London stellte die Resolution, der Kongreß erkläre sich für die Besitznahme der Arbeitsmittel durch die Allgemeinheit. Der Italiener Costa erklärte, der Staat sei für den Sozialismus das, was der Gott in der Natur. Man habe Gott abgeschafft und es gehe doch alles seinen Gang in der Natur; so werde es auch gehen, wenn man den Staat abschaffe. Die Bakunisten wollten den gesellschaftlichen Reichtum in ein Kollektiveigentum föderierter Arbeitergruppen verwandeln. Das nannte aber Hales eine kleinbürgerliche Utopie, die Anarchisten hätten keinen Begriff von der modernen Großindustrie, sie seien Individualisten wie die Bourgeois. Guillaume griff die deutschen Sozialisten an. Liebknecht widersprach ihm; die deutschen Sozialdemokraten hätten Erfolge aufzuweisen, die Anarchisten nur ein groteskes Fiasko. Man beschloß eine internationale Föderation der Gewerkschaften, aber ohne straffe Zentralisation.

Am 30. August tagte in Antwerpen der „Verein für Reform und Kodifikation des internationalen Rechts" unter dem Vorsitz des Lords O'Hagan, gewesenen Lordkanzlers von Irland.

Die ehemaligen päpstlichen Zuaven aus Belgien forderten Lösung der römischen Frage: „Das Recht ist in seiner höchsten Personifikation (im Papst) durch die Gewalt unterdrückt worden, und dies hat Europa zu der barbarischen Lage geführt, in der es sich jetzt befindet. Aber es naht der Triumph des Papsttums. Das Grab der Apostel muß erlöst werden."

Dänemark.

Dänemark beklagte die Nichtausführung des fünften Artikels des Prager Friedens 1866 und überhaupt den Verlust der Herzogtümer. Das Verhältnis zu Schleswig und Holstein war höchst inhaltsreich und förderlich gewesen, die Brücke zwischen Deutschland und Dänemark, und der Deutsche Bund war die Pforte zu ganz Europa. Jetzt saß das ehemals der deutschen Kultur so offene Dänemark hinter geschlossenen Fenstern ohne jede Aussicht in die Weite. Am meisten erhoffte man noch von einem Staatsstreich Mac Mahons in Frankreich.

Schweden verkaufte die Insel St. Barthelemy (in Westindien) an Frankreich: ein kleiner Anfang der folgenden großen Erweiterung des französischen Kolonialreiches.

Die spanische Geschichte geht fast ganz in den Verhandlungen mit den baskischen Provinzen auf. Man nahm ihnen schließlich zu ihrer großen Erbitterung die althergebrachte Selbständigkeit. Dem katholischen Volk und Klerus Spaniens war die Toleranz des Protestantismus etwas durchaus Widersinniges. Der Aufstand auf Kuba dauerte fort.

Amerika. In den Vereinigten Staaten Amerikas erreichte nach vielen Wahlumtrieben der „Republikaner" Hayes die Majorität von einer Stimme gegenüber den „Demokraten", denen er versprochen hatte, er werde den Süden nicht als Provinzen behandeln; er wollte auch den Unterschied der Farbe aufheben. Da sich so beide Parteien die Wage hielten, war eine straffe Regierung unmöglich. Zudem sprengten Neuwahlen von der republikanischen Partei neue Fraktionen ab: eine Arbeiterpartei, Temperenzpartei, Farmerpartei, Papiergeld- und Silbergeldpartei, radikale Partei für Abschaffung des Präsidenten. All das kam der Hebung der demokratischen Partei zugute, die ihren Schwerpunkt in den Iren und Katholiken hatte. Die Presse war teils vom Papiergeld-, teils vom Silbergeldschwindel befallen. Ein riesiger Eisenbahnerstreik gipfelte in einem Aufstand, der Pittsburg in die Hände der Aufrührer brachte. Die Truppen warfen schließlich die Arbeiter blutig nieder im Interesse der Eisenbahngesellschaften. So war die ganze Union in Erregung, und auch die Südstaaten waren bei weitem noch nicht beruhigt.

Der schon lange projektierte Kanal durch den amerikanischen Isthmus wurde neuerlich von der Regierung der Vereinigten Staaten als gemeinsames Werk allen ausländischen Regierungen zur Prüfung und Förderung empfohlen.

Man schätzte das Vermögen des verstorbenen Eisenbahnkönigs Vanderbilt auf 60 bis 100 Millionen Dollars. In seinem Testament fehlten Legate für wohltätige Zwecke. Er gehörte zu den alten, holländischen Einwandererfamilien, wie denn Neuyork auch früher Neuamsterdam hieß.

Der Mormonenführer John D. Lee, zum Tode verurteilt, durfte sich nach den Gesetzen von Utah die Todesart des Enthauptens, Hängens oder Erschießens wählen. Er entschied sich für das letztere. Brigham Young, der Oberpriester der Mormonen, starb im Gefühl einer verlorenen Sache; vergebens hatte er noch vor einigen Jahren eine teilweise Übersiedlung der Mormonen nach den Sandwichsinseln einleiten wollen.

In Boston wurden durch Graham Bell Versuche mit dem „sprechenden Telegraphen", dem Telephon, gemacht.

Das Jahr 1878.

Friedenspräliminarien in Adrianopel. Friede von San Stefano. Berliner Kongreß. Zypern. Bosnien-Herzegowina. Das neue Bulgarien. Unabhängigkeit Montenegros, Serbiens, Rumäniens. Österreich in Bosnien. Attentate in Rußland; Wera Sassulitsch. Neuer Ausgleich in Österreich. Rücktritt des Ministeriums Auersperg. Attentate in Berlin: Hödel und Nobiling. Sozialistengesetz. Tod König Georgs von Hannover. Schutzzollsystem. Tod des Papstes Pius IX. Papst Leo XIII. Friedensversuche ohne Zentrum. Stöckers christlichsoziale Bewegung. Busch. Wuchergesetze. „Baireuther Blätter." Das Judentum. Literatur. Tod des Königs Viktor Emanuel. König Humbert. Enzyklika. Englischer Imperialismus. Afghanistan. Sokotera. Die Pariser Weltausstellung. Edisons Phonograph und Telephon.

Der Krieg.

Mit Beginn des Jahres erlangten die russischen Truppen unter General Gurko endlich die so mühevoll erstrebte Überlegenheit. Sie überschritten in Schnee und Eis das Balkangebirge und rückten in der Ebene gegen Sofia vor. Der Weg nach Philippopel, Adrianopel und Konstantinopel schien damit frei zu sein. Eine Woche darauf wurde auch die ganze türkische Armee am Shipkapaß vom russischen General Radetzky umgangen und gefangengenommen. Dadurch war die Pforte genötigt, Friedensunterhandlungen anzuknüpfen; aber sie rechnete noch immer auf eine Hilfe von England her und man unterließ es nicht, aus Adrianopel eine Feldfestung in Schützengrabenweise zu improvisieren, ebenso und noch viel großartiger als früher bei Plewna. Als aber, einen erbarmungswürdigen Zug von Flüchtigen vor sich hertreibend, die Russen bereits am 15. Januar in Philippopel einzogen, und der Großfürst Nikola erklärte, nur in Adrianopel über den Frieden verhandeln zu wollen, räumten die Türken auch diese Stadt und zogen sich nach Tschadaldscha, dem Mittelpunkt der letzten Verteidigungslinie vor Konstantinopel, zurück.

Inzwischen eroberten die Montenegriner auch Antivari, die Serben Nisch, die Russen blockierten Erzerum in Armenien. Der Großvezier Edham Pascha, in seinen Hoffnungen auf England getäuscht, übergab sein Amt an Hamdi Pascha. England tat nichts anderes, als daß es die Flotte zum Schutze der Christen in Konstantinopel bereit hielt, da sich dort Unruhen befürchten ließen, und daß es durch einen kleinen Kredit zu Rüstungszwecken gegen Rußland demonstrierte. Die Flotte blieb in der Besikabay an den Dardanellen. Eine österreichische Note vom 30. Januar erklärte in Petersburg sehr bestimmt, daß ohne Einverständnis der Signatarmächte nicht über österreichische Interessen Abmachungen getroffen werden dürften. Und am 3. Februar ergriff auch Österreich wieder die Initiative, indem es die Großmächte in aller Form zu einer europäischen Konferenz nach Wien einlud, wo über die infolge des Kriegs vorzunehmenden Veränderungen der Verträge beraten werden sollte. Man ließ auch durch die Presse mit einer Mobilisierung drohen.

Inzwischen mußte aber die Pforte schon am 31. Januar zu Adrianopel auf folgende Friedenspräliminarien eingehen: 1. Bulgarien wird ein autonomes, tributpflichtiges Fürstentum mit einem national-christlichen Fürsten und nationaler Miliz. 2. Montenegros Unabhängigkeit wird anerkannt; sein Gebiet wird vergrößert durch das, was es erobert hat. 3. Das gleiche gilt von Rumänien und Serbien. 4. Bosnien und Herzegowina erhalten autonome Verwaltung. 5. Rußland wird in einer später zu bestimmenden Art entschädigt.

Friedenspräliminarien.

Nun erst kam man in England zur Erkenntnis, daß man zu lange gezögert habe. Es wirkte hier besonders der „Verein für den Schutz britischer Interessen gegen russische Übergriffe im Orient" und drängte auf sofortige Aktion. Man fürchtete mit Recht, die Pforte, von England so schmählich im Stich gelassen, werde sich nun Rußland ganz in die Arme werfen. Das neue Bulgarien schien die Festsetzung Rußlands inmitten des türkischen Reiches zu bedeuten. Die Dardanellen liefen Gefahr, unter russische Kontrolle zu kommen, wenn die russischen Truppen gegen Gallipoli vorrückten. Gladstones Russenfreundschaft half da nichts. Die Bedingungen von Adrianopel wurden als ein frecher Schlag ins Gesicht der englischen Regierung betrachtet. Das Blut des Landes geriet in Wallung; das zeigte sich auf vielen Volksversammlungen. Am meisten war man darüber empört, daß die immer weiter vorrückenden Russen keine telegraphischen Nachrichten nach dem Westen gelangen ließen, angeblich, weil die Drähte zerstört seien, in Wirklichkeit, um sich so Konstantinopel ungehindert nähern zu können. Wie rücksichtslos Rußland gegen seine Freunde vorging, zeigte sich in der Forderung an Rumänien, das wertvolle Bessarabien gegen die minderwertige Dobrudscha auszutauschen.

Die Türkei kam durch den Aufstand der Griechen auf Kreta und durch die Kriegserklärung Griechenlands immer mehr in die Enge. Man glaubte durch Abschaffung des Großvezierats die inneren Verhältnisse reformieren zu können, und glaubte das Heil nur mehr in der Gnade Rußlands zu finden. Der Sultan lud den Großfürsten Nikolaus nach Konstantinopel ein und Rußland notifizierte den Mächten bereits seinen Entschluß, einen Teil seiner Truppen in Konstantinopel einrücken zu lassen. Da fuhr die englische Flotte in die Dardanellen ein, bis vor Konstantinopel, so daß es Mitte Februar schien, als ob sich die beiden eifersüchtigen Mächte dort wirklich bekämpfen wollten. Rußland zog es aber vor, dem Konflikt auszuweichen und auf die Besetzung Konstantinopels zu verzichten. Man verständigte sich gütlich, aber England rüstete und verstärkte seine Flotte, stellte auch Landungstruppen in ausgiebiger Stärke bereit.

Österreich.

Ebenso energisch waren die Vorkehrungen Österreichs. Ein Kronrat in Wien beschloß am 24. Februar, den Grafen Andrassy zur Vorlage einer Kreditforderung von 60 Millionen an die Delegationen zu ermächtigen: damit sollte wohl noch nicht zum Krieg gerüstet werden, es sollte aber eine moralische Rückendeckung für die folgenden diplomatischen Schritte bedeuten.

San Stefano.

Trotzdem mußte einstweilen die Pforte am 3. März auf die Bedingungen eingehen, die ihr zu San Stefano, dem Sitz des russischen Hauptquartiers vor den Toren Konstantinopels, diktiert wurden. Dieser

provisorische Friedensvertrag besagte: 1. Eine Grenzerweiterung Montenegros. 2. Die Unabhängigkeit Montenegros. 3. Die Unabhängigkeit Serbiens mit Grenzberichtigung. 4. Sicherheit der dortigen Muselmanen. 5. Unabhängigkeit Rumäniens und Entschädigung. 6. Die Bulgarei wird ein selbständiges tributpflichtiges Fürstentum mit christlicher Regierung und Volksmiliz. 7. Der vom Volk frei gewählte Fürst darf kein Mitglied der regierenden Dynastien der europäischen Großmächte sein. Während zweier Jahre hat dort ein russischer Kommissär die Verwaltung zu überwachen. 8. Russische Truppen werden das Land besetzt halten bis zur Bildung einer bulgarischen Miliz. 9. Bestimmung des Tributs. 10. Türkische Etappenstraßen durch Bulgarien. 11. Recht der Muselmanen in Bulgarien. 12. Schleifung aller Donaufestungen; keine Kriegsschiffe auf der Donau. 13. Schiffbarmachung der Sulinamündung auf türkische Kosten. 14. Reformen in Bosnien und der Herzegowina. 15. Und ebenso auf Kreta, in Epirus, Thessalien u. s. w. 16. Und in Armenien. 17. Amnestie. 18. Regulierung an der türkisch-persischen Grenze. 19. Kriegsentschädigungen und Gebietsabtretungen an der unteren Donau ... 24. Öffnung des Bosporus und der Dardanellen für Handelsschiffe ...

Man war sich in Europa, namentlich in Österreich und England, sofort darüber einig, daß dieser von Ignatieff diktierte Vertrag unannehmbar sei. Aus dem vorgegebenen Kriegsziel Rußlands, der Beschützung der Christen in der Türkei, war eine gefährliche Hegemonie geworden. Man forderte eine Prüfung des Vertrags, der der Entscheidung der europäischen Mächte vorgelegt werden müsse. Die Stellung der Sieger verschlechterte sich auch durch gegenseitige Unstimmigkeiten. Vor allem war Rumänien empört über den Zwang zur Herausgabe Bessarabiens und es appellierte förmlich in einer Denkschrift vom 9. März an die europäischen Signatarmächte.

Österreich hielt die Initiative fest und bestand auf einem europäischen Kongreß, für den es nunmehr statt Wien Berlin vorschlug. Andrassy legte den Delegationen am 9. und 11. März die Sachlage vor: Die Interessen Österreichs seien heute zugleich allgemein europäische. Das Recht und das Interesse Europas besteht darin, daß keine Machtverschiebung eintrete. Eine Okkupation Bosniens und der Herzegowina gehöre nicht zu den Zielen der österreichischen Politik, könne aber durch die Verhältnisse aufgedrängt werden, wenn eine Pazifikation jener Grenzgebiete sich sonst als unmöglich erwiese. Es war ein großer Fehler der liberalen Deutschen Österreichs, daß sie, als oppositionelle Minderheit, der Bewilligung des 60-Millionen-Kredits nicht beistimmten, während die Ungarn einstimmig mit der Regierung gingen. Kongreß.

Rußland lehnte einen Kongreß entschieden ab, so dringlich gerade England darauf bestand. Die Sache schien erledigt zu sein, das Verhältnis zur Türkei wurde ein freundliches. Großfürst Nikolaus besuchte den Sultan.

Ignatieff reiste nach Wien, um dort zu verhandeln, aber ohne Erfolg. Es wäre vielleicht doch alles im Sand verlaufen, wenn nicht Rumänien darauf bestand, die bessarabische Frage dem einseitigen Machtspruch Rußlands zu entziehen und sie vor den Areopag der europäischen Mächte zu bringen. In England befestigte sich durch all das die antirussische Stimmung. Der Prinz von Wales war schon am 19. Februar zum Besuch seiner Schwester nach Berlin gegangen, hatte sich aber auch mit Kaiser Wilhelm über die Lage verständigt. Die englische Regierung suchte dem Slawismus Rußlands gegenüber den Hellenismus der Griechen und den Romanismus der Rumänen auszuspielen. Sie hielt übrigens die allgemeine Regel fest, daß auf den Kongressen keine Abstimmung vorgenommen werde, daher könne auch nicht von einer Majorität oder Minorität die Rede sein. Sämtliche Artikel des Friedensvertrages sollten dem Kongresse nur zur Diskussion zugehen, denn nur so sei es möglich, zu entscheiden, welche Artikel das europäische Interesse beträfen, welche nicht. Man rüstete und rechnete dabei auch auf die freiwillige Miliz.

Ein Rundschreiben Lord Salisburys vom 1. April stellte den dermaligen Zustand also dar: „Durch die neue Bulgarei wird ein starker slawischer Staat geschaffen, der unter russischem Einfluß stehen wird. Dadurch und durch andere Artikel würde zumeist Griechenland leiden; der ganze Orient würde mit der Türkei in völlige Abhängigkeit von Rußland geraten. Das kann England unmöglich zugeben." Eine Depesche Gortschakoffs vom 7. April suchte allerdings diese Einwendungen zu widerlegen. Aber vergebens. Lord Beaconsfield legte in einer großen Rede im Parlamente dar, er habe immer darauf bestanden, daß solch ein Vertrag ein europäischer sein müsse. Rußland habe das durch sein Geheimtun umgangen; aber der Friede von San Stefano könne nicht als definitiver angesehen werden. Jeder Artikel des Vertrags sei eine Abweichung von den Verträgen von 1856 und 1871, er schaffe ein Bulgarien, das nicht von Bulgaren bewohnt sei; das Schwarze Meer würde ein russischer See, wie der kaspische; die bessarabische Frage hänge mit der freien Donauschiffahrt zusammen. Der britische Handel mit Persien werde berührt. Der größte Teil der Türkei sei von russischen Truppen besetzt oder in Anarchie. Eine russische Armee könne Syrien passieren, Ägypten und den Suezkanal besetzen. Eine ungeheure Umwälzung berühre die Freiheit Europas. England könne nicht ungerüstet bleiben. Kein Cäsar oder Karl der Große haben je über ein so großes Reich wie England geherrscht. Dies Reich muß aufrechterhalten werden durch dieselben Eigenschaften, die es begründet haben, durch Mut, Disziplin, Geduld, Entschlossenheit, Achtung des öffentlichen Rechts und der nationalen Pflichten. — Zu Englands Rüstungen wurden auch die Muhammedaner Ostindiens herbeigezogen, die lebhaft Partei nahmen für die Türkei. Gerade dagegen protestierte aber die liberale Opposition am lebhaftesten.

Dies alles hatte wenigstens den Erfolg, die Pforte von der ihr angesonnenen Allianz mit Rußland abzuhalten. Sie vervollständigte nach Möglichkeit die Befestigungen rings um Konstantinopel. Auch Rumänien bestärkte sich im Widerstand gegen die russischen Vergewaltigungen. Im Rhodopegebirg und in Thrakien erhoben sich die bedrohten Muhammedaner gegen die Bulgaren und Russen und riefen das Gerechtigkeitsgefühl des britischen Botschafters in Konstantinopel an. Sie, ihre Weiber und Töchter würden aufs grausamste mißhandelt und beraubt.

Anfang Mai begann es in Albanien zu gären; es lagen dem offenbar italienische Anzettelungen zugrunde; sie blieben aber ohne tiefere Wirkung, da sich England den weiteren Angriffen auf die Türkei entschieden entgegenstellte und so auch Rußland zwang, einzulenken, wenn es nicht einen Krieg mit England wagen wollte. So wurde denn von Graf Schuwaloff im Einvernehmen mit Bismarck eine Formel für die Einberufung des fraglichen Kongresses gefunden. Rußland anerkannte die Autorität Europas in dieser Frage wenigstens grundsätzlich. England aber machte dem Sultan Ende Mai den vorerst geheimen Vorschlag, ihm Kleinasien, Syrien und Mesopotamien zu garantieren und als Schutzmacht der Türkei gegen Rußland zu walten, wenn die Türkei gewisse Reformen einführe und die Verwaltung der Insel Zypern an England übertrage. Dies letztere wurde sehr schlau damit begründet, daß England als Schutzmacht eine Stellung nahe der Küste von Kleinasien und Syrien einnehmen müsse. Als Gegenstück dazu war bereits die Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Österreich vorgesehen.

Nachdem man sich des Einverständnisses aller Großmächte versichert hatte, konnte die deutsche Regierung am 2. Juni die Unterzeichner der Verträge von 1856 und 1871 einladen, auf einem Kongreß in Berlin zusammenzutreten, um „die Stipulationen des Vertrages von San Stefano zu diskutieren". Noch vor Zusammentritt des Kongresses ging die Pforte am 4. Juni auf den von England vorgeschlagenen Schutzvertrag ein. Zypern sollte aber wieder zurückgegeben werden, wenn Rußland Kars und die übrigen in diesem Krieg von ihm in Armenien gemachten Eroberungen an die Türkei zurückgebe. Dieser Vertrag wurde am 8. Juli dem Parlament vorgelegt, worauf England am 11. Juli von der Insel Zypern Besitz ergriff. Kongreß in Berlin.

Der Berliner Kongreß hielt am 13. Juni seine erste Sitzung. Vertreten waren: das Deutsche Reich (Bismarck, Bülow, Hohenlohe), Österreich (Andrassy, Karolyi, Haymerle), Frankreich (Waddington, St. Vallier), Großbritannien (Beaconsfield, Salisbury, Odo Russell), Italien (Corti, de Launay), Rußland (Gortschakoff, Peter Schuwaloff, Oubril), Türkei (Karatheodory, Mehemed Ali, Sadullah Bey). Die Reihenfolge war, wie immer seit dem Wiener Kongreß, nach den Anfangs-

buchstaben der französischen Namen. So war es gekommen, daß Österreich (Autriche) auch nach der Auflösung des Römischen Reichs das Ehrenpräsidium des römisch-deutschen Kaisers beibehielt, und daß die neue deutsche Kaisermacht (Allemagne) jetzt wieder an der Spitze des Areopages stand. — Vorerst fanden Sonderverhandlungen statt zwischen den einzelnen Staaten; sie hatten zur Folge, daß sich England und Österreich entschieden näherten; Deutschland blieb reserviert. Zuerst wurde vom Kongreß die bulgarische Frage erledigt. Rußland mußte auf seine mehr im eigenen Interesse als in dem des bulgarischen Volkes geplante Schöpfung einer Großbulgarei verzichten. Es blieb nur ein Bulgarien nördlich des Balkans, der südliche Teil sollte als Ostrumelien dem russischen Einfluß entzogen bleiben. Eine solche Entscheidung mißfiel der öffentlichen Meinung immerhin. Das „Journal des Debats" schrieb darüber: „Rußland hat im Prinzip nachgegeben, was nach dem Ausspruch des Herrn von Bismarck so viel bedeutet, als ob es gar nicht nachgegeben hätte. Bulgarien wird doch unter russischer Vormundschaft eine gefährliche Vormacht Rußlands bilden, eine russische Zitadelle, mit russischen Beamten, russischem Heer. Von Varna und Sophia aus kann das Balkangebirge leicht umgangen werden. Die europäische Diplomatie schließt alle Fenster, läßt aber das Tor offen. Der Balkan als Grenze läßt sich nicht verteidigen. Ostrumelien wird bald nur mehr eine Dependenz von Bulgarien, d. h. von Rußland sein." — Anderseits klagte der kranke Gortschakoff über die allzu große Nachgiebigkeit seiner russischen Kollegen (am 26. Juni). Aber es war offenbar, daß er und die panslawische Partei dem Willen des Zaren und Schuwaloffs nachgeben mußten.

Sehr wichtig wurde der Beschluß des Kongresses vom 28. Juni, wonach auf Anregung Österreichs und auf den formellen Antrag Englands (als Gegenleistung für Zypern) der österreichischen Monarchie die
Bosnien. Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina zugesprochen wurde. Andrassy verlas ein Memorandum, worin ausgeführt wurde, daß Österreich ein ganzes Jahr lang durch die Insurrektion und die Agitation in den Nachbarländern an seinen Grenzen zu leiden hatte; man mußte 150.000 bosnische Flüchtlinge aufnehmen, welche die Rückkehr verweigerten, solange ihre Heimat unter türkischer Herrschaft verblieb, immer der Verwüstung ausgesetzt. Die Türkei sei nicht in der Lage, die Ordnung in dieser Provinz aufrechtzuerhalten, die revolutionäre Agitation ergreife die angrenzende slawische Bevölkerung. — Salisbury erklärte sich darauf, nach dem Beispiele Bismarcks, als „ehrlicher Makler" und als solcher im Namen Englands einverstanden mit Österreichs gerechter Forderung. Da Andrassy die offene Aneignung zurückweise und sich mit der „Annexion zur linken Hand" begnüge, schlage er dem Kon-

greſſe vor, zu entſcheiden: daß Öſterreich-Ungarn beauftragt werde, Bosnien und die Herzegowina zu okkupieren und ſo zu verwalten, daß es im öffentlichen Intereſſe Europas gelegen ſei, dieſe Provinzen unter den direkten Schutz eines mächtigen Staates zu ſtellen; daß dieſer Staat nur Öſterreich-Ungarn ſein könne, das der unmittelbare Nachbar Bosniens und der Herzegowina ſei, und daß dieſem Reich die Aufgabe zufalle, die Inſurrektion dort zu Ende zu bringen. — Waddington meinte im Namen Frankreichs, dieſe Vorſchläge lägen ſchon im Intereſſe der Türkei ſelbſt; der fortdauernde Beſitz des entlegenen, abgeſchnürten Bosniens und der Herzegowina würde ſie nur ſchwächen, da die Opfer außer Verhältnis zu den Vorteilen ſtänden. Nur der türkiſche Vertreter proteſtierte. Das gehe ja noch über den Vertrag von San Stefano hinaus. Hierauf erklärte aber Beaconsfield, England beharre auf dieſer Forderung im allgemeinen Intereſſe. Auch Bismarck erklärte ſein Erſtaunen, warum die türkiſchen Bevollmächtigten zögerten, der einmütigen Meinung des Kongreſſes nachzugeben. Auch Italien hatte zugeſtimmt, wenn auch mit wenig Begeiſterung. So hatte Öſterreich einen lange gehegten Plan erreicht. Man hätte es freilich in Petersburg und vielleicht auch in Berlin lieber geſehen, daß die Beſchlagnahme Bosniens und der Herzegowina ſofort nach Ausbruch des Krieges erfolgt wäre; aber das glaubte Andraſſy mit Rückſicht auf die oppoſitionelle Haltung in Öſterreich (wie in Ungarn) nicht wagen zu dürfen. Auch im Deutſchen Reich und anderwärts ſah man in der Okkupationspolitik Öſterreichs eher eine Schwächung ſeiner europäiſchen Stellung. Anderſeits blickte man auch mit Neid auf dieſe Erwerbung. „Öſterreich (hieß es in einem ſüddeutſchen Blatt) macht trotz einer gewiſſen weſteuropäiſchen Schwächung volkswirtſchaftlich und ſozialpolitiſch einen beneidenswerten Erwerb. Was wäre für unſere Volkswirtſchaft und unſere ſoziale Frage ein Land wie Bosnien oder überhaupt ein größerer Kolonialbeſitz wert!“ Eine Schwierigkeit blieb es, daß in Bosnien 60.000 Muſelmanen auf 40.000 Chriſten kamen, von welchen die Hälfte ſchismatiſch waren. Auch war die Gegnerſchaft Serbiens, der Bulgarei und Montenegros zu befürchten. Nicht minder war zu bedenken, daß ſich die Türkei ſeit dem Frieden von San Stefano erheblich erholt hatte; ſie hatte, hieß es, wieder eine Armee von 200.000 Mann bereit. Aber wie es auch immer ſei, Öſterreich war geradezu gezwungen, in jenen Provinzen ſeine Herrſchaft an die Stelle der Pforte zu ſetzen, wenn es die Beute nicht Serbien überlaſſen wollte. Überdies war das ein Zugeſtändnis Rußlands für Öſterreichs Neutralität im Kriege. (Vgl. S. 35.)

Des weiteren beſchloß der Kongreß am 29. Juni auf Frankreichs Anregung eine Grenzregulierung zugunſten Griechenlands. Da Rumänien aber von allen Mächten im Stich gelaſſen wurde, mußte es auf Beſſarabien

verzichten und es an Rußland wieder abtreten; dagegen erhielt es als ungenügenden Ersatz die Dobrudscha, einen Landstrich von Silistria bis Mangalia am Schwarzen Meer und die Schlangeninsel. Serbien erhielt Nisch, Montenegro Nicsich und Podgoritza bis Antivari, doch ohne einen Hafen an der Adria. Alle drei wurden für unabhängig von der Pforte erklärt; doch wurde ihnen die Gleichstellung aller Konfessionen auferlegt. Am 10. Juli wurde die letzte Frage wegen Batum erledigt. Es ist erklärlich, daß England sehr gerne Rußland dort im Besitz ließ, um nicht nach seinem Vertrag mit der Türkei gezwungen zu sein, Zypern zu räumen. So konnte denn am 13. Juli die Textierung der Beschlüsse des Kongresses erfolgen.

Friedensvertrag.

Der Friedensvertrag von Berlin wurde mit folgenden Worten eingeleitet: „Zum Besten der europäischen Ordnung und in Gemäßheit der Bestimmungen des Pariser Vertrags vom 30. März 1856 ist es die Absicht der vertragschließenden Mächte, die im Orient durch die Ereignisse der letzten Jahre und durch den Krieg, der zum Vertrage von San Stefano geführt hat, entstandenen Fragen zu lösen." Nun folgen die Bestimmungen 1. über Bulgarien als autonomes und tributäres Fürstentum unter der Oberlehnsherrschaft des Sultans; christliche Regierung, nationale Miliz. 2. Der Balkan als Südgrenze. 3. Wahl des Fürsten durch die Bevölkerung, Bestätigung durch die Pforte, Zustimmung der Mächte. Kein Mitglied der regierenden Häuser der europäischen Großmächte soll gewählt werden. 4. Notabelnversammlung in Tirnowa. 5. Glaubensfreiheit. 6. Vorläufige Organisation durch einen russischen Kommissär mit Beiziehung eines türkischen Kommissärs. 7. Provisorische Regierung. 8. Handelsverträge. 9. Tribut. 10. Eisenbahnen. 11. Festungen. 12. Muhammedanischer Grundbesitz. 13—22. Ostrumelien. — 23. Reformen auf Kreta und in den andern Provinzen. 24. Rektifikation der griechischen Grenze. — 25. „Die Provinzen Bosnien und Herzegowina sollen von Österreich besetzt und verwaltet werden. Da die österreichisch-ungarische Regierung nicht wünscht, sich mit der Verwaltung des Sandschaks von Nowibazar zu befassen, welches sich zwischen Serbien und Montenegro in südöstlicher Richtung bis jenseits Mitrowitza erstreckt, wird die ottomanische Regierung fortfahren, dort zu funktionieren. Nichtsdestoweniger behält sich Österreich-Ungarn, um die Aufrechterhaltung des neuen politischen Zustandes ebenso wie die Freiheit und Sicherheit der Kommunikationswege zu sichern, das Recht vor, im ganzen Umfange dieses Teiles des ehemaligen Wilajets Bosnien Garnison zu halten und militärische und Handelsstraßen zu haben. Zu diesem Zwecke behalten sich die Regierungen von Österreich-Ungarn und der Türkei vor, über die Details sich ins Einverständnis zu setzen." — 26—33. Montenegro. Davon ist der 29. Artikel wichtig: Antivari und sein Küstenstrich werden von Montenegro annektiert ... Die Gemeinde Spiza wird Dalmatien ein-

verleibt. Montenegro darf weder Kriegsschiffe haben noch eine Kriegsflagge führen. Der Hafen von Antivari und alle zu Montenegro gehörigen Gewässer bleiben den Kriegsschiffen aller Nationen geschlossen. Die Hafenpolizei wird durch Österreich-Ungarn ausgeübt. Montenegro nimmt die in Dalmatien in Kraft bestehenden Seegesetze an. Seinerseits verpflichtet sich Österreich-Ungarn, der montenegrinischen Handelsflagge seine Konsularprotektion zuteil werden zu lassen. Verständigung über Landstraße und Eisenbahn. — 34. Unabhängigkeit Serbiens. 35. Glaubensfreiheit. 36. Neue Grenzen. 37. Handel. 38. Eisenbahnen. 39. Grundeigentum der Muselmänner. 40. Verkehr. 41. Besatzungen. 42. Staatsschuld. — 43. Unabhängigkeit Rumäniens. 44. Glaubensfreiheit. 45. Abtretung von Bessarabien an Rußland. 46. Neue Erwerbungen: Dobrudscha u. s. w. 47. Fischerei. 48. Kein Transitzoll. 49 und 50. Konsuln. 51. Öffentliche Arbeiten. — 52. Schiffahrt auf der Donau. 53—57. Europäische Donaukommission. — 58. Abtretung der asiatischen Gebiete von Ardahan, Kars und Batum an Rußland. 59. Batum Freihafen. 60. Persische Grenze. 61. Reformen für die Armenier der Türkei. — 62. Religionsfreiheit in der Türkei. Schutz der religiösen, Wohltätigkeitsanstalten u. s. w. „Die von Frankreich erworbenen Rechte an den heiligen Orten" werden ausdrücklich reserviert. Privilegien der Mönche vom Berg Athos. — 63. Der Pariser Vertrag vom 30. März 1856 ebenso wie der Londoner Vertrag vom 13. März 1871 werden aufrechterhalten in allen Bestimmungen, die durch vorstehende Stipulationen nicht aufgehoben oder modifiziert worden sind. 64. Ratifikation.'

Nur mit Widerstreben fügte sich Rumänien dem Austausch von Bessarabien gegen die Dobrudscha. Ebenso widerwillig nahm es die Bedingung der konfessionellen Gleichberechtigung an, da es die Juden nicht als Vollbürger dulden wollte. Der Fürst erklärte, der Kongreß habe leider die Fragen der sekundären Staaten als Fragen sekundären Ranges betrachtet; Rumänien im besondern sei es beschieden gewesen, dem Weltfrieden die größten und grausamsten Opfer zu bringen.

Wir werden noch später beim Jahr 1881 ausführlich berichten, daß in Berlin durch ein geheimes Abkommen Frankreich bereits Tunis zugesichert erhielt, als Ausgleichung für Zypern und für Bosnien.

Unzufrieden war auch das Großserbentum. Der Belgrader „Istok" schrieb: „Das Werk der slawischen Befreiung ist nicht vollendet. Wir vergossen unser Blut in Strömen, um die russische Aufgabe lösen zu helfen. Uns kann die zukünftige Größe Bulgariens nur beunruhigen. Aber wir werden früher oder später unsere Grenzen erweitern. Bosnien und die Herzegowina werden uns nicht entgehen."

Den Anhängern und Gläubigen eines ewigen Friedens schien der Berliner Kongreß eine günstige Vorstufe zum Ziel.

Österreich in Bosnien.

Der Hauptstrom der geschichtlichen Ereignisse wendet sich nun Österreich zu. Die Mobilisierung war mit großer Präzision vor sich gegangen, obwohl man sich keines großen Widerstandes der bosnischen Bevölkerung versah. Andrassy soll gesagt haben, daß eine Musikkapelle genüge, die Okkupation zu vollenden. Da die Pforte Schwierigkeiten machte, schloß Österreich den Hafen von Klek, wodurch es unmöglich wurde, türkische Truppen nach Bosnien zu werfen. Am 29. Juli überschritten die Österreicher die Grenze unter Führung von Philippovic und Ivanovic. Eine Proklamation an die Bewohner lautete: „Die Truppen des Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn kommen nicht als Feinde, um sich dieses Landes gewaltsam zu bemächtigen; sie kommen als Freunde, um den Übeln ein Ende zu bereiten, welche seit Jahren diese Länder beunruhigen. Der Bürgerkrieg hat dies schöne Land verwüstet, seine eigenen Bewohner bekriegen sich, Handel und Wandel sind unterbrochen, eure Herden dem Raube preisgegeben, eure Felder unbebaut, das Elend ist heimisch geworden in Stadt und Land. Große und schwere Ereignisse haben es eurer Regierung unmöglich gemacht, die Ruhe und Eintracht, auf denen die Wohlfahrt des Volkes beruht, dauernd herzustellen. Der Kaiser und König konnte nicht länger ansehen, wie Gewalttätigkeit und Unfriede in der Nähe seiner Provinzen herrschten, wie Not und Elend an die Grenzen seiner Staaten pochten. Er hat das Auge der europäischen Staaten auf eure Lage gelenkt, und im Rate der Völker wurde einstimmig beschlossen, daß Österreich-Ungarn euch die Ruhe und Wohlfahrt wiedergebe, die ihr so lange entbehrt. Der Sultan, vom Wunsche für euer Wohl beseelt, hat sich bewogen gefunden, euch dem Schutze seines mächtigen Freundes, des Kaisers und Königs, anzuvertrauen. Seine Truppen bringen euch nicht den Krieg, sondern den Frieden. Unsere Waffen sollen jeden schützen und keinen unterdrücken. Alle Söhne dieses Landes sollen gleiches Recht nach dem Gesetze genießen ... Die alten Gesetze sollen gelten, bis neue erlassen werden ... Die Einkünfte sollen ausschließlich für die Bedürfnisse des Landes verwendet werden ... Unter dem mächtigen Szepter des Kaisers wohnen viele Völker beisammen, und jedes spricht seine Sprache; er herrscht über die Anhänger vieler Religionen, und jeder bekennt frei seinen Glauben ..."

Gleichzeitig erging ein Tagesbefehl an die Truppen, der unter andern folgende Sätze enthielt: „Der Bürgerkrieg in seiner abschreckendsten Form, ein an unsern Grenzen fanatisch geführter Religions- und Rassenkampf zwang Hunderttausende von Flüchtlingen, vor grausamer Verfolgung Schutz auf unserm Boden zu suchen. Der Kaiser, nicht gewillt, das eigene Gebiet fremden, anarchischen Bestrebungen als Tummelplatz preiszugeben, hat beschlossen, diesem Zustand ein Ende zu machen. Treu den Grundsätzen der Loyalität, die von jeher das Gepräge unserer Politik gebildet, ist es auch diesmal nicht Eroberungslust, sondern die unabweisliche Sorge für die eigene Wohlfahrt,

welche uns die Grenzen des Reiches zu überschreiten gebietet . . . Soldaten, eure Aufgabe, edel und erhaben in ihren Zielen, ist eine schwere. Bedingt durch die Verhältnisse der Länder, die ihr betretet, stehen euch mühevolle Märsche, mangelhafte Unterkünfte, Entbehrungen und Strapazen aller Art bevor . . . Nicht zu einem Siegeszuge, zu harter Arbeit führe ich euch, verrichtet im Dienste der Humanität und Zivilisation . . ."

Hadschi Loja.

Von der Anarchie zeugte der Aufstand der Muhammedaner in Sarajewo unter Hadschi Loja gegen die türkischen Militärbehörden. Da der türkische Militärkommandant zum Rücktritt sich gezwungen sah, verfiel die Stadt der vollsten Verwirrung. Auch in Mostar, der Hauptstadt der Herzegowina, erhoben sich die Muhammedaner gegen die türkischen Behörden; ein Teil der türkischen Besatzung schloß sich den Aufständischen an. Während die österreichischen Truppen von Dalmatien aus unter Jvanovic in die Herzegowina einrückten (1. August), mußte die vom Norden in Bosnien eindringende Division sich bald vor der Insurrektion zurückziehen. Aber dennoch gelang es schon am 19. August den Österreichern unter Philippovic, Sarajewo, die Hauptstadt des Landes, nach heftigem Kampf zu besetzen. Damit war der Widerstand im Lande noch nicht gebrochen. Die Aufständischen nannten sich: „Seiner Majestät des Sultans getreue Insurgenten", obwohl die Pforte sich bei all dem passiv verhielt. Bei den Verkehrsschwierigkeiten zeigte sich leider die partikularistische Eigenheit der Ungarn, die sich dem Bau einer Bahn Sissek—Novi entgegenstemmten, damit nicht der Warenzug aus Bosnien von Ungarn ab und nach Österreich gelenkt würde. Sie setzten so öfters ihren Eigensinn durch zum Schaden des Gesamtreiches.

General Zach besetzte am 7. September Trebinje; am 19. kapitulierte die Festung Bihac und Mostar ergab sich gleichzeitig. Viele Insurgenten flüchteten auf serbisches und montenegrinisches Gebiet, wo sie entwaffnet wurden. Hadschi Loja, der Urheber des Aufstandes, fiel am 2. Oktober in die Hände der Österreicher. Da die öffentliche Meinung in Österreich und Ungarn törichterweise der Okkupation entgegen war, schob man die Besetzung von Novibazar noch auf. Der Aufstand in Bosnien konnte seit 14. Oktober als überwunden angesehen werden. Bald darauf war auch die Ruhe in der Herzegowina hergestellt. Auch die Pforte erklärte am 7. Oktober ihren Wunsch, mit Österreich in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben, unterwarf aber das Vorgehen der österreichischen Truppen einer scharfen Kritik. Die österreichische Regierung wies diese „Greuelnote" sehr energisch zurück. Die übrigen Mächte lehnten die von der Pforte angesonnene Intervention ab oder antworteten gar nicht.

Bedenklich an der ganzen Aktion war lediglich die Unklarheit, ob man die okkupierten Länder nur vorübergehend oder für immer behalten wolle. Bedenklich war auch die Unklarheit der Stellung dieser Länder zum Dualismus. Der Widerstand der (deutsch-liberalen) Verfassungspartei gegen die Okkupation verhinderte das energische Auftreten der Monarchie als Großmacht und machte diese Partei dadurch selber regierungsunfähig für lange

Zeit. Eine in Pest tagende Kommission arbeitete die Organisation der neuen Provinzen aus, sie wies aber das von Philippovic ausgearbeitete Statut zurück, das im Sinn der kroatischen Nationalpartei gehalten war. Den Aufständischen wurde eine umfassende Amnestie zuteil. Eine Deputation der einflußreichsten mohammedanischen Begs überreichte dem Oberkommandanten in Sarajewo am 8. November eine Adresse an den Kaiser, worin sie auch um eine volle Klärung ihrer Lage baten. Es hieß darin: „Da nach unserer Meinung die militärische Okkupation unserer Länder die Form der Eroberung annimmt, so sagen wir uns öffentlich und feierlich von unserer ehemaligen ottomanischen Regierung auf ewig los und erkennen aus freiem Willen als unsere gesetzliche Regierung die der glanzvollen Krone des Hauses Habsburg an . . . Wir sind bereit, im regulären Heere zu dienen und mit den andern Völkern gegen jeden Feind des Kaiserreiches, und wenn es selbst die ottomanische Regierung wäre, zu kämpfen . . . Wir sind allerdings nach den Satzungen des Scheriat verpflichtet, den islamischen Kalifen als unser allgemeines, höchstes Glaubensoberhaupt anzuerkennen und halten an diesem religiösen Recht auch weiterhin fest; finden es indessen angemessen und notwendig, zu erklären, daß wir auch bereit sind, uns von jedem Einfluß des Scheik-ül-Islam in Konstantinopel loszusagen, wenn Eure Majestät erwirken, daß die Bosnier und Herzegowiner islamischen Glaubens aus unserer Mitte ein würdiges Haupt haben könnten, unabhängig vom Scheik-ül-Islam in Stambul."

Delegationen.

Bei der Tagung der beiden Delegationen in Pest, 10. November, sagte der Kaiser: „Die Ereignisse im Orient waren in die entscheidende Phase getreten . . . Dem Kongreß ist es gelungen, die Gefahr eines europäischen Krieges zu beschwören. Der Berliner Friede hat einen neuen Zustand der Balkanländer geschaffen . . . Die aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgegangene Armee hat bei dieser Gelegenheit die Probe ihrer Tüchtigkeit glänzend bestanden . . . Große historische Ereignisse sind mit nicht gewöhnlichen Anforderungen an die Monarchie herangetreten. Der Patriotismus der Völker und die Einsicht ihrer Vertreter wird nicht hinter der Größe des geschichtlichen Moments zurückbleiben dürfen . . ." — Die Einsicht der Vertreter war freilich zweifelhaft. In der Adresse des ungarischen Reichstages (November) hieß es: „Die Okkupation, von der die Legislative nicht im voraus Kenntnis erlangen konnte, hat eine Reihe vollendeter Tatsachen geschaffen, welche die Quelle von Beunruhigungen bilden . . . Die Frage, in welcher Weise die okkupierten Provinzen zu organisieren seien, wird beiden Legislativen nicht geringe Sorge verursachen . . . Ungarn hat keinerlei Aspirationen, die auf eine Vergrößerung seines Gebietes gerichtet sind." Man sagte übertreibend manchen Parteien später nach, ihr Nationallied sei: „O nein, o nein, das Vaterland muß kleiner sein." Die gesamte „Deakpartei" war gegen die Okkupation. Dennoch nahm die Organisation von „Neuösterreich", wie man anderwärts die neuen Provinzen hieß, günstigen Fortgang. Am 21. November nahm man auch die Besetzung der türkischen Donauinsel Adakaleh provisorisch vor, damit sie nicht in die Hände Serbiens fiel.

„Neuösterreich."

Am entschiedensten sprach sich Herbst in der österreichischen Delegation gegen das bosnische Unternehmen aus (21. November), indem er mit dem Staatsbankerott drohte. Durch seine Haltung grub er seiner Partei das Grab. Durch die beiderseitige Opposition war Andrassy gehindert, so stark aufzutreten, wie es wünschenswert gewesen wäre. Er führte aus, die Okkupation sei eine unabweisliche Notwendigkeit gewesen; sie werde so lange dauern, bis deren von Europa anerkannte Zwecke erreicht seien. Sollte es zur Frage der Annexion kommen, so würden die gesetzgebenden Körper mit der Krone darüber entscheiden; diese Frage sei indes nicht an der Tagesordnung. (Sie erfolgte erst 1908 ohne Befragung der Parlamente, die sich in Fragen der großen Politik als unfähig erwiesen hatten.) Andrassy zeigte, wie sehr die Monarchie an Ansehen gewonnen habe. Ihr Bestand und ihre Kräftigung ist als europäische Notwendigkeit erkannt; die Ausführung ihrer natürlichen Mission flößt den Mächten Vertrauen ein. Hätte man die Okkupation unterlassen, so wäre der Verlust Dalmatiens nur eine Frage der Zeit gewesen. Nun dominiere Österreich von Bosnien und der Herzegowina aus, während früher Montenegro dominierte. Durch das Okkupationsmandat anerkannten die Mächte die Legitimität der österreichischen Interessen im Orient und sprachen es aus, daß ein großes, starkes Österreich eine europäische Notwendigkeit ist. — Tisza erklärte im Reichstag, eine Abstimmung über Giltigkeit oder Nichtannahme internationaler Verträge sei unstatthaft.

Trotz aller Opposition konnte somit die bosnische Aktion als abgeschlossen gelten, als der Kaiser am 12. Dezember mit großem Pomp eine bosnische Deputation empfing und ihre Huldigungsadresse entgegennahm. Es war der mohammedanische Grundadel vertreten, die ackerbautreibenden Rajas, der Klerus beider christlichen Konfessionen, die Vertrauensmänner autonomer Gemeinden, das Beamtentum und endlich der Handel, der sich fast ganz in den Händen der spanischen Juden befand. Man konnte annehmen, daß die dortige Bevölkerung wirklich es ernst meinte mit ihrem Wunsche, „Neuösterreicher" zu werden.

In der Tat datiert von da an, wenn wir die Geschichte im großen Zusammenhang überblicken, die Wiedergeburt Österreichs, nach der großen Einbuße, die das Reich seit 1740 durch den Verlust Schlesiens, dann durch den Verlust von Belgien, Vorderösterreichs im Westen, der italienischen Provinzen im Süden und durch den erzwungenen Austritt aus dem Deutschen Bund erlitten hatte. Das Reich hatte nun erst wieder einen gewissen Ersatz für Verlorenes, vor allem aber eine bestimmte politische Aufgabe bekommen: ein europäisches Mandat. Freilich eröffnete sich dadurch auch ein gefährlicher Weg, der Weg, der endlich zum Weltkrieg führen mußte; aber das alles mußte eben so sein; es konnte weder durch die Völker noch durch die Diplomaten verhindert werden. Wiedergeburt.

* * *

Nachdem wir in den Hauptzügen die weltgeschichtliche Entwicklung verfolgt haben, wollen wir noch auf die Lage der einzelnen Staaten ein-
Orient. gehen und dabei mit dem Orient beginnen. Während die Türkei von der Stellung einer Großmacht herunterzusinken schien, geriet auch Ägyptens Verwaltung infolge finanzieller Mißwirtschaft fast ganz unter die Leitung Englands und Frankreichs. Der Engländer Wilson wurde Finanzminister und nahm gleich beim Haus Rothschild eine Anleihe auf.

Das Buch von James Baker „Die Türken in Europa" (deutsch von K. E. Franzos, mit Einleitung von Vambery) bewies, daß ein friedliches Zusammenleben von Christen und Türken ganz gut möglich wäre, wenn nur nicht die Russen mit ihrer „Kulturmission" kämen.

Rumänien hatte nach der peinlichen Abtretung von Bessarabien noch mit der Zumutung Rußlands zu kämpfen, daß ihm eine bleibende befestigte Heerstraße durch die Dobrudscha eingeräumt werde behufs einer direkten Verbindung Rußlands mit Bulgarien. Die Rumänen lehnten eine solche ungerechte Zumutung entschieden ab. Anderseits machte auch Rumänien in der Judenfrage Schwierigkeiten; es wollte die Forderung des Berliner Kongresses nach Gleichstellung aller Kulte nur ungern erfüllen und versuchte sie zu umgehen. Ebenso verhielt sich Serbien.

Rußland konnte seine Absichten auf Ostrumelien kaum verschweigen: um Serbien zu russifizieren, gewährte es dem Lande eine jährliche Subvention für Einführung des Unterrichts in russischer Sprache und Literatur an den höheren Lehranstalten.

Rußland. Es versteht sich, daß man in Rußland über das Ergebnis des Berliner Kongresses sehr aufgebracht war. Aksakoff sagte in einer Sitzung des Moskauer Slawenkomitees, der Kongreß sei eine freche Beschimpfung dessen, was Rußland gewollt habe; man habe Rußland eine Narrenkappe mit Schellen aufgesetzt. Der Kongreß sei eine kolossale Absurdität, ein verblüffendes Unding, eine offenbare Schmähung Rußlands, ein krankhaftes Belügen und Irreführen des eigenen Gewissens, eine Verschwörung gegen das Russenvolk unter Beteiligung von dessen eigenen Vertretern, eine Ohrfeige an Rußland. Rußlands Diplomatie sei gefährlicher als der Nihilismus, die Borniertheit der russischen Diplomaten sei verblüffend. Die russische Ehre sei erniedrigt und geschwächt. — Rußland machte noch im November einen Versuch, die Mächte, besonders Österreich, zu überzeugen, daß die Türkei außerstande sei, den Berliner Frieden auszuführen, daher solle man Konstantinopel unter die Vormundschaft der Mächte stellen, wie es bereits mit Ägypten geschehen sei. Aber man durchschaute die List und verhielt sich völlig ablehnend.

Das russische Reich war im Innern ganz durchwühlt. Beim großen Sozialistenprozeß in Petersburg im Januar waren 196 Personen angeklagt, die sich schon seit vier Jahren in Untersuchungshaft befanden und unmensch-
Attentate. lich behandelt wurden. Wera Sassulitsch verschaffte sich als Bittstellerin Zugang zum verhaßten Stadthauptmann von Petersburg, General Trepoff, und feuerte zwei Revolverschüsse auf ihn ab, jedoch ohne ihn zu töten. Sie

wurde von den Geschworenen freigesprochen. Wera Sassulitsch gestand offen, sie habe den General töten wollen, um einen von ihm gepeinigten Nihilisten zu rächen. Es kam bei ihrer Freisprechung zu gewaltsamen Tumulten, wobei ein Student getötet wurde. Wera begab sich nach ihrer Wohnung und war am nächsten Morgen verschwunden. Sie war schon früher zwei Jahre gefangen gewesen. Es bildete sich aus der Fusion der verschiedenen revolutionären Parteien eine geheime „russische Nationalregierung", die das Volk in einer Proklamation zum Ergreifen der Waffen gegen die Regierung des Zaren aufforderte. Studentenunruhen brachen am 20. April in Kiew aus; sie endeten mit Verhaftungen und Verschickungen nach Sibirien. Infolge des Prozesses der Wera Sassulitsch wurden die Bestimmungen über gerichtliche Zuständigkeit bei Staatsverbrechen geändert. Der Spruch der Geschworenen wurde aufgehoben, der Prozeß zur neuen Verhandlung an das Bezirksgericht zu Nowgorod verwiesen. Aber die Angeklagte war bereits in Sicherheit. Die Nihilistenprozesse häuften sich an allen Ecken und Enden, aber die Bewegung wurde dadurch nicht schwächer. Zu Odessa brachen am 5. August Unruhen aus.

Die Regierung suchte allmählich doch wieder friedlichere Bahnen zu verfolgen; sie löste am 10. August das Moskauer slawische Komitee auf und verwies den Führer der Panslawistenpartei, Aksakoff, aus dieser Stadt. Dieser stand aber mit dem Großfürsten-Thronfolger in nahen Beziehungen. Man gab diesen beiden und ihren Freunden Schuld am Ausbruch des Krieges. Aksakoff schreckte in seinem Drängen zum offenen Krieg selbst vor Drohungen gegen das Zarenhaus nicht zurück. Die Partei hatte ihre Macht besonders Bulgarien und Rumelien gegenüber gezeigt.

Ein neues Attentat erfolgte am 16. August auf General Mesenzoff, Haupt der geheimen Kanzlei des Zaren. Die Urheber entkamen. Das Opfer fiel. Der „Regierungsbote" rief die Hilfe aller Stände an, um das Übel auszurotten, das in den falschen Lehren wurzle. Die studierende junge Generation möge doch die schweren Folgen reiflich überlegen. Zahlreiche Verhaftungen führten zu keinem Erfolg, obwohl der Nihilistenverschwörung bis in ihre Verzweigungen nach Archangel und Cholmogory nachgespürt wurde. Die Gefängnisse waren mit Nihilisten überfüllt. Manche Nihilisten entsprangen auf so geheimnisvolle Weise, daß man eine Mitschuld ihrer Aufseher annehmen mußte. Arbeitgeber wurden angewiesen, ihre Arbeiter strenge zu überwachen.

In Litauen und Wolhynien brachen im September drei förmliche Bauernrevolten aus, wobei es sich um gewaltsame Besitznahme und kommunistische Teilung von adeligem Boden handelte. Am 11. Dezember wollten Studenten dem Großfürsten-Thronfolger eine Adresse überreichen, aber sie erschienen, mehr als 200 an der Zahl, bewaffnet vor seinem Palast, umgeben von einer großen Volksmenge. Ein Student fing an zu schreien: „Als Entsandte des russischen Volkes wünschen wir eine Verfassung!" Darauf brüllte die Menge: „Es lebe die Verfassung! Es lebe die Freiheit! Nieder mit dem Despotismus! Es lebe der Thronfolger!" Es kam zu einem Handgemenge mit den Polizisten, wobei es Tötungen

Revolten.

und Verwundungen gab. Die „Moskauer Zeitung" schrieb: „Alltägliche Erscheinungen bezeugen einen erstaunlichen Zustand der Erschütterung unserer höheren Lehranstalten. Gestern wird dem Rektor ein Stein an den Kopf geschleudert, heute wird ein Kurator fast am Kragen zum Haus hinausgeworfen; dort wird ein anspruchsvoller Examinator die Treppe hinabbefördert, hier ein Professor mit Lärm und Pfeifen aus dem Auditorium vertrieben. Tadelsadressen an unbeliebte Professoren finden Hunderte von Unterschriften u. s. w." Die Bewegung in Petersburg erstreckte sich auf einen Teil der oberen Klassen.

Österreich. Für Österreichs innere Verhältnisse war die orientalische Frage von höchster Bedeutung. Vor allem suchten die Ungarn die Entwicklung zu hemmen, da mit einer Umwälzung im Orient die Erhaltung des magyarischen Volkstums gegenüber dem Slawentum immer fraglicher wurde. Dagegen waren zu Beginn des Jahres die großkroatischen Südslawen von den russischen Siegen ganz berauscht und verlangten in einer Adresse an den Kaiser die Einverleibung von Dalmatien und Fiume mit dem ungarischen Küstenland und der Militärgrenze in das Königreich Kroatien-Slawonien. Die ungarischen Gerichte verurteilten hinwieder den Serbenführer Miletic, weil er für eine Losreißung der serbischen Woiwodina agitiert habe. Die Alt- und Jungtschechen schlossen sich wieder näher aneinander im Bewußtsein, wie sie sagten, „daß wir keineswegs mit Besorgnis in die Zukunft zu blicken brauchen, als Söhne der großen slawischen Familie, die keines ihrer Glieder preisgeben wird". Das war so töricht, wie wenn die Deutschen von der großen germanischen Familie (Engländer u. s. w.) sprechen wollten. Das böhmische Herzogtum und Königtum war nicht als Teil der slawischen Familie, sondern als Teil des Deutschen Reiches gegründet worden, und die Tschechen hätten, wenn sie die Anlehnung an Österreich aufgegeben hätten, nur die russische Knute anerkennen müssen.

Mit großer Mühe wurde im Juni der neue, zweite Ausgleich endlich in Ordnung gebracht, aber sehr verspätet, dank der unerträglichen Renitenz oppositioneller ungarischer Faktionen. Am meisten Schaden trug die deutschliberale Verfassungspartei davon, allerdings durch eigene Schuld, wegen der oppositionellen Haltung gegen die Okkupation. Sie verlor viel Boden bei Rieger. den Neuwahlen. Der Alttscheche Rieger schlug in maßvoller Rede im böhmischen Landtag, 2. Oktober, eine Adresse an den Kaiser vor. Er riet zur Eintracht der Tschechen mit den Deutschen, denn nur ihre Zwietracht verschaffe den Magyaren das Übergewicht. „Der magyarische Stamm dürfe sich mit Böhmen nicht messen. Was gehen uns die türkischen Gelüste der Magyaren und ihr blinder Slawenhaß an! Ein einiges Böhmen würde sofort die magyarische Hegemonie beseitigen, und die Politik Österreichs wäre mit einem Schlag eine andere. Der geeignetste Vermittler sei der Monarch,

der über den Parteien steht und, wenn nötig, auch der Richter ist zwischen den Parteien. Wie Brüder sollen wir des Vaters Vermittlung anrufen." — In Galizien veranlaßte die polnische Majorität die ruthenische Minderheit wieder zur Enthaltung, so daß Beschlußunfähigkeit eintrat. Der Landtag zu Görz war österreichisch, der zu Triest italienisch gesinnt. Der kroatische Landtag ließ den fast dreijährigen Ausgleichshäkeleien zwischen Ungarn und Österreich einen ungarisch-kroatischen Epilog nachfolgen. Die Kroaten bestanden auf ihrer Autonomie gegenüber Ungarn und wollten das okkupierte bosnisch-herzegowinische Gebiet als das ihnen zustehende wiedererworbene Eigengut betrachtet wissen. Zuerst aber müsse Dalmatien und die Militärgrenze einverleibt werden.

Auersperg.

Die Fehler der Deutschliberalen zwangen das Ministerium Auersperg zum Rücktritt. Auch dem Finanzminister De Pretis gelang nicht die Bildung eines neuen Kabinetts. Herbst mit seiner Fraktion polterte noch am 22. Oktober im Reichsrat und später in der Delegation gegen die Okkupationspolitik. Graf Hohenwart als Haupt der Föderalisten verlangte die dauernde Okkupation, beschuldigte die Verfassungspartei, daß sie Österreich hindere, als Großmacht aufzutreten. Den Irredentisten in Triest traten die österreichfreundlichen Slawen entgegen. Der alldeutsche Irredentist Schönerer sprach am 18. Dezember im Abgeordnetenhaus von „dem steigenden Wunsche der deutschen Bevölkerung, mit dem Deutschen Reiche vereinigt zu werden"; die Bevölkerung möge die Steuern nur noch durch Exekution hergeben, um zu zeigen, daß sie Österreich nicht verbosniakt wissen wolle. Sein Auftreten war nicht geeignet, die deutsche Sache zu heben.

Bezeichnend für die Umkehr des liberalen Geistes war es, daß der niederösterreichische Landtag mit der Weltstadt Wien die Ausdehnung des für Galizien beschlossenen Wuchergesetzes auf Niederösterreich beschloß, da es sich herausstellte, daß die liberale Freigebung des Wuchers unerträgliche Verhältnisse geschaffen hatte.

Deutsches Reich.

Was das Deutsche Reich betrifft, so reichte die chronische Reichskanzlerkrisis noch in unser Jahr 1878 herüber. Es handelte sich, wie die Presse betonte, darum, „dem föderativen Prinzip des Bundes gegen eine Verpreußung verstärkte Bürgschaften zu geben und das Reich finanziell auf eigene Füße zu stellen." Da Bismarck noch ferne blieb, empfing der Bundesrat eine Vorlage, die dem Kanzler das Recht zusprach, sich auch für die verfassungsmäßige Gegenzeichnung vertreten zu lassen, solange seine Behinderung fortdauere. Der Reichstag wurde am 6. Februar nur durch eine geschäftsmäßige Ansprache des Staatsministers Camphausen eröffnet. Bismarck traf erst am 14. Februar von Varzin in Berlin ein. Es war vor allem die orientalische Frage, die ihn zum endlichen Eingreifen veranlaßte. Am 19. Februar beantwortete er eine von Bennigsen begründete

Interpellation also: „. . . Alle diese Sachen berühren meiner Überzeugung nach die deutschen Interessen nicht in dem Maße, daß wir darüber die Beziehungen zu den Grenznachbarn, zu unsern Freunden aufs Spiel setzen könnten . . . Mehr Besorgnis erregt die Dardanellenfrage. Sie hat eine gewisse Wichtigkeit, wenn es sich darum handelt, die Schlüssel des Bosporus und der Dardanellenstraße in andere Hände zu verlegen, wenn es sich darum handelt, zu entscheiden, ob Rußland selbst die Dardanellen besetzen soll . . . Das ist aber eine Frage, die meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation nicht vorliegt und über die ich mich deshalb nicht aussprechen will. Mir kommt's im Augenblick nur darauf an, das Gewicht der Interessen zu bezeichnen, über welche ein neuer Krieg entstehen könnte . . . Darin liegt zunächst das hervorragende deutsche Interesse im Orient, daß uns die dortigen Wasserstraßen wie bisher verbleiben, und das ist noch gar nicht in Frage gestellt. Das Interesse an einer Besserung der Lage der christlichen Nationen . . . ist das zweite humanitär im Interesse Deutschlands liegende Moment . . . Die Vermittlung (auf dem Kongreß) denke ich mir nicht so, daß wir den Schiedsrichter spielen, sondern mehr
„Makler" die eines *ehrlichen Maklers*, der das *Geschäft* wirklich zustande bringt . . . Das ist die Rolle, die den freundschaftlichen Verhältnissen entspricht, in denen wir mit unsern Grenznachbarn leben, und dann vermöge der seit einem Lustrum bestehenden *Einigkeit* der *drei Kaiserhöfe*; aber auch demselben vertrauten Verhältnis mit einem andern Hauptinteressenten, mit *England*. Wir sind mit England in der glücklichen Lage, keinen Streit der Interessen zwischen uns zu haben, es seien denn Handelsrivalitäten und vorübergehende Verstimmungen, die ja vorkommen, aber doch nichts, was ernsthaft zwei arbeitsame, friedliebende Nationen in Krieg bringen könnte . . . Das *Dreikaiserverhältnis*, wenn man es so nennen will, während man es gewöhnlich *Bündnis* nennt, beruht nicht auf geschriebenen Verpflichtungen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen, auf dem persönlichen Vertrauen und auf dem Verhältnisse der leitenden Minister . . . Das Band kann nicht so stark sein, daß es eine dieser Großmächte veranlassen könnte, aus Gefälligkeit für die eine oder für die andere die eigenen unbestreitbaren staatlichen und nationalen Interessen darüber hintanzustellen . . . Ich weiß, daß ich viele Erwartungen täuschen werde, aber ich bin nicht der Meinung, daß wir den napoleonischen Weg zu gehen hätten, wenn auch nicht der *Schiedsrichter*, gewissermaßen auch nur der *Schulmeister* in Europa sein zu wollen . . . Ich zweifle nicht, daß Rußland das, was nach seinem Nationalgefühl, nach seinem eigenen Interesse, nach dem Interesse von 80 Millionen möglich ist, dem europäischen Frieden zum Opfer bringt . . . Wir sind seit hundert Jahren Freunde gewesen . . . Es gibt in Rußland

erhebliche Parteien, die Deutschland nicht lieben ... Deutschland ist durch seine Erstarkung auch zu neuen Verpflichtungen herangewachsen. Aber wenn wir eine große Anzahl Bewaffneter in die Wagschale der europäischen Politik werfen können, so halte ich doch niemanden dazu berechtigt, der Nation den Rat zum Krieg zu erteilen für einen andern Zweck als für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns ..."

In der Debatte über die neuen Steuervorlagen (21.—23. Febr.) erklärte Reichensperger: Wenn das Land keine höhern Steuern tragen wolle, müsse es dem zunehmenden Militarismus Einhalt gebieten. Doch empfahl er das Tabakmonopol. Aber auch die Kombination der Gründung einer festen Majorität im Reichstag durch den Eintritt nationalliberaler Führer in die Regierung scheiterte, da die Nationalliberalen ihre Prinzipien nicht aufgeben wollten.

Bei der Doppelvermählung am Berliner Hof (18. Febr.) erfolgten auch die traditionellen Zeremonien des Fackeltanzes der Minister und der Strumpfbandverteilung.

Der Besuch des österreichischen Kronprinzen Rudolf in Berlin (3.—7. März) wurde von der offiziösen Presse als ein politisches Ereignis ersten Ranges gewürdigt.

Bei der ersten Lesung der Vorlage betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers (5. März) sagte Bismarck, man möge doch nicht bei einer solchen Gelegenheit die Fundamente der Reichsverfassung erschüttern. „Soll diese Verfassung, die jetzt dem Deutschen Reich ein Maß von Einheit gibt, das es seit Jahrhunderten nicht gehabt hat, jeden Augenblick wieder in Frage gestellt werden? ... Ich habe, bevor ich nach Berlin kam, in den Zeitungen einen gewissen Stimmungsausdruck gefunden, der mich zum Nachdenken brachte. Was ist eigentlich in Deutschland geschehen, daß wir uns in einer so düstern oder niedergedrückten Stimmung bezüglich der Gegenwart wie der Zukunft befinden, wie die meisten Blätter dieselbe in ihren Leitartikeln schildern? Es hieß überall: so wie es ist, kann es nicht bleiben, es muß etwas geschehen, dieser Zustand ist zu fürchterlich! Nun, ist denn die Verfassung, unter welcher wir leben, wirklich so schlecht und unerträglich?" Bismarck drohte schließlich mit seinem Rücktritt. So wurde denn am 11. März das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers angenommen. Es bedeutete das für Bismarck eine Machtvermehrung. — Unter den Reichstagsmitgliedern bildete sich am 12. März eine „volkswirtschaftliche freie Vereinigung" von entschiedenen Schutzzöllnern. Bismarck bemühte sich sehr, aber vergebens, das Tabakmonopol durchzusetzen. Die Berliner Stadtbahn wurde gesetzlich beschlossen, ein Gesetz gegen die immer frecher werdende Nahrungsmittelverfälschung vorbereitet. Auch in der Debatte über die Eisenbahnfrage (23. März) drohte Bismarck wieder mit seinem Rücktritt. Infolge seiner herben Kritik der bisherigen Eisenbahnverwaltung nahm der dadurch beleidigte Handelsminister Achenbach seine Entlassung. Die neuen Ernennungen (Graf Stolberg Vizekanzler, Hobrecht Finanzminister, Maybach Handelsminister) wurden als Übergang zum „dritten Ministerium Bismarcks" aufgefaßt; als erstes galt das Konfliktsministerium (1862—1866), als zweites das von 1866 an; nun sollte eine dritte Phase dazu bestimmt sein, die Ideen des leitenden Staatsmanns zum erstenmal vollständig zu verwirklichen.

Bismarck.

Im April verlobte sich Prinz Heinrich der Niederlande mit Prinzessin Marie von Preußen; der Verbindung wurde eine gewisse politische Bedeutung zugemessen. Der militärischen Sicherung der Reichslande wurde alle Beachtung geschenkt; die neue Befestigung von Straßburg war vollendet. Da der Bau des längst projektierten Nordostseekanals noch nicht einmal begonnen hatte, hielt es das Reich für nötig, Maßregeln zum Schutz des Handels für den Fall des Einlaufens einer englischen Flotte in die Ostsee zu treffen.

Hödel. Das Attentat des sozialistisch gesinnten Flaschnergesellen Hödel auf den Kaiser am 11. Mai lief ohne Schaden ab. Der Täter wurde sofort ergriffen; er hatte, wie es schien, keine Mitschuldigen. Die sozialdemokratische Partei protestierte auch entschieden gegen ihre Solidarität mit Hödel. Dennoch eilte Minister Graf Eulenburg sofort nach Varzin zu Bismarck, um sich mit ihm über die gegen die Sozialdemokratie zu ergreifenden Schritte zu besprechen. Ein Gesetzentwurf zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen wurde dem Bundesrat am 17. Mai vorgelegt. Er wandte sich gegen Druckschriften, Vereine und Versammlungen sozialdemokratischer Tendenz. Der gerettete Kaiser hatte sofort nach dem Attentat an das Staatsministerium die Worte gerichtet: „Insbesondere kommt es darauf an, daß dem Volke die Religion nicht verlorengehe." Das Zentrum wies aber darauf hin, daß die preußische Regierung seit Jahren alles getan habe, das religiöse Gefühl in der Nation zu erschüttern. Der Kultminister Falk gab darauf seine Entlassung ein, ohne erst seine Kollegen und namentlich den Reichskanzler davon in Kenntnis zu setzen. Im Reichstag sprachen freilich die Liberalen gegen die „Illusion, als ob durch die Vergesellschaftung religiöser Interessen mit sozialistischen der Sozialdemokratie ein Damm gesetzt werden könne. In dieser Verbindung werde das sozialdemokratische Element sich als das stärkere erweisen. Indem man z. B. in der Gewerbegesetznovelle die religiöse Frage der Sonntagsheiligung mit der sozialistischen Forderung des Verbots der Sonntagsarbeit vermische, stärke man nur die sozialdemokratische Strömung." So L. Bamberger; er trat der Windthorstschen Theorie entgegen, daß man den zum Teil berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie so schnell als möglich entgegenkommen müsse. Windthorst ging von den Kaiserworten aus und betonte wiederholt, daß gegen die Sozialdemokraten keine Maßregeln hülfen, also auch nicht das sogenannte Attentatsgesetz, wenn man nicht die kirchlichen Grundlagen wiederherstelle. Die Liberalen trügen durch ihre Kirchenfeindschaft die Mitschuld an den Zuständen. Als man ihm vorwarf, er habe durch die Bezugnahme auf die Worte des Kaisers inkonstitutionell gehandelt, erwiderte Windthorst, für ihn sei die Person des Kaisers keine bloße Fiktion, sondern eine lebende hohe Autorität, und diese zu zitieren werde er sich immer für berechtigt halten.

Obwohl in der Begründung des Gesetzentwurfes hervorgehoben wurde, es liege die Absicht ferne, das Vereins- und Versammlungsrecht und das Recht freier Meinungsäußerung allgemeinen dauernden Beschränkungen zu unterwerfen, man wolle nur dem Mißbrauch mit diesen Freiheiten Schranken setzen, so lehnte doch die nationalliberale Fraktion einstimmig ein solches Gesetz ab. In der Debatte (23.—24. Mai) sagte der Reichskanzleramtspräsident v. Hofmann: Jeder denkende Staatsmann arbeite seit Jahren der von inneren Feinden drohenden Gefahr entgegen; bisher sei aber jeder legislatorische Versuch, ihr zu begegnen, mißlungen. Die neue Freveltat lege den Regierungen die Pflicht auf, neuerdings der Gefahr entgegenzutreten. „Wenn Sie das Gesetz ablehnen, so hat der Bundesrat seine Schuldigkeit getan, und den Reichstag trifft die Verantwortlichkeit. Den Gedanken der Sozialdemokratie wird ein Gesetz nicht beseitigen können. Das ist zunächst Aufgabe der Kirche; im weiteren muß die Schule helfen, andere geistige Mittel müssen eingreifen. Aber gegenüber der Ausnutzung des Vereins- und Versammlungsrechts muß der Staat auftreten. Der Zeitpunkt des Einschreitens ist ein ungünstiger, weil er an den Schluß einer Session fällt und weil der leitende Staatsmann durch Krankheit verhindert ist, anwesend zu sein." — Liebknecht erklärte im Namen aller sozialdemokratischen Abgeordneten, sie hielten es mit ihrer Würde für unvereinbar, an der Diskussion teilzunehmen. Jörg sprach im Namen des Zentrums gegen das Gesetz. Der Nationalliberale Bennigsen warf der Regierung vor, daß sie bisher nichts gegen die Sozialdemokratie getan habe; sie habe die bestehenden Gesetze durchaus nicht genügend angewandt, die Sozialdemokratie im Gegenteil frei gewähren lassen. Bei den jetzigen verworrenen ministeriellen Zuständen könne man der Verwaltung solche Befugnisse nicht geben. In Preußen sei die Ministerkrisis in Permanenz. Der Regierung dürfe man diktatorische Gewalt nur einräumen, wenn man wisse, wer sie ausübe. Er berührte auch die Frage des Kulturkampfs und äußerte den Wunsch nach dessen Ende, weil die Kirche wohl geeignet sei zum Kampf gegen den Sozialismus; freilich müsse sie sich der staatlichen Ordnung fügen. Alle Parteien müßten ihre Zwistigkeiten aufgeben und gegen den Sozialismus zusammenstehen. Aber auch den berechtigten Wünschen der Arbeiter müsse Genüge geschehen. Namentlich müsse die bisherige Lässigkeit der bürgerlichen Klassen bei den Wahlen aufhören. — Gneist tadelte es, daß die Liberalen für die arbeitenden Klassen unzugänglich seien; infolgedessen hätten sich die Arbeiter schroff von allen anderen Ständen abgeschlossen. — Moltke als Konservativer meinte: gegen Not, Elend und Armut könne keine Regierungsform und kein Gesetzgeber schützen. Revolutionen hätten noch nie geholfen und hätten ihre Anstifter und Führer stets zuerst verzehrt. Die Geschichte der Pariser Kommune zeige, welche Folgen entstehen, wenn die Regierung sich die Zügel der Gewalt entschlüpfen lasse. Der leidende Teil der Bevölkerung gewinne nicht durch gewaltsamen Umsturz, sondern auf dem langsamen Wege der Gesetzgebung den erforderlichen Schutz. — Lasker warf den Regierungen vor, sie hätten die Sozialisten gegenüber den Liberalen begünstigt. Ich kann bestätigen, daß ich bei meinem Aufenthalt in Berlin 1876/77 auch den Eindruck hatte, die Sozialdemokratie werde von der Regierung geradezu großgezogen. — Die ganze Reichstagssession hinterließ bei allen Parteien das Gefühl tiefer Mißstimmung. Am erfreulichsten war die Novelle zur

Attentatsgesetz.

Gewerbeordnung, weil sie die Verhältnisse der Lehrlinge und Arbeiter einer besseren Regelung unterwarf.

Es war nicht zu leugnen, daß „Deutschland die Pflanzschule für die Ausbreitung des Sozialismus in der übrigen Welt geworden war; aus ihm ergossen sich dessen Apostel in alle Lande, Deutsche standen an der Spitze aller sozialistischen Kongresse und Aufstände". Nach den von Bamberger im März veröffentlichten Ermittelungen zählte die sozialistische Parteipresse in Deutschland 75 Parteiblätter, während in Frankreich erst vor kurzem ein spezifisch sozialistisches Blatt gegründet ward. Diese 75 Blätter hatten weit über 135.000 Abonnenten; ihre Zahl hatte in neun Monaten gegen das Vorjahr um 18 Blätter zugenommen.

Es waren nur wenige Wochen seit Hödels Attentat verflossen, als am 2. Juni ein anderer sozialdemokratisch gesinnter Mann, diesmal der
Nobiling. gebildeten Klasse angehörig, ein Doktor Nobiling von einem Haus unter den Linden einen Schrotschuß auf den Kaiser richtete und ihn nicht unbedenklich verletzte. Der Täter verwundete sich selbst vor der Gefangennahme in tödlicher Weise. Der Kronprinz wurde auf unbestimmte Zeit mit der Stellvertretung des Kaisers betraut. Noch mehr als bisher schob man dem Liberalismus, besonders der Haltung der nationalliberalen Partei die Hauptschuld zu. Der widerspenstige Reichstag wurde aufgelöst. Unter solchen Umständen versammelte sich der europäische Kongreß in Berlin.

Bismarck beklagt sich in seinen „Erinnerungen" sehr über die fortgesetzten Versuche, ihn zu beseitigen, aber offenbar war es die außerordentliche Schwierigkeit der Lage Rußland gegenüber, was ihn ganz unentbehrlich machte; denn er hatte alle Fäden der Beziehungen mit dem Zaren Alexander in der Hand. Schon im Herbst 1876 war eine Anfrage des Zaren an ihn gelangt, ob Preußen neutral bleiben würde, wenn Rußland mit Österreich in Krieg geriete (2, 211). Sein Bestreben war es, wie er sagt, „die Freundschaft zwischen den (drei) großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampfe untereinander zu gewinnen hätten. Wenn dies zu unserm Schmerze zwischen Rußland und Östreich nicht möglich sei, so könnten wir zwar ertragen, daß unsre Freunde gegeneinander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet und geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde. Diese Erklärung . . . hatte zur Folge, daß das russische Gewitter von Ostgalizien sich nach dem Balkan hin verzog — und daß Rußland anstatt der mit uns abgebrochenen Verhandlungen dergleichen mit Östreich . . . im Sinne der Abmachungen von
Reichstadt. Reichstadt, wo die Kaiser Alexander und Franz Josef am 8. Juli 1876 zusammengetroffen waren, einleitete, unter dem Verlangen, sie vor uns geheim zu halten. Diese Konvention (abgeschlossen am 15. Januar 1877), nicht der Berliner Kongreß, ist die Grundlage des östreichi-

schen Besitzes an Bosnien und der Herzegowina und hat den Russen während ihres Krieges mit den Türken die Neutralität Östreichs gesichert. — Daß das russische Kabinett in den Abmachungen von Reichstadt den Östreichern für ihre Neutralität die Erwerbung Bosniens zugestanden hat, läßt annehmen, ... es werde sich in dem Balkankriege nicht nur um eine Promenade, um Beschäftigung des Heeres handeln; dafür wäre Bosnien ein zu hoher Preis gewesen. Wahrscheinlich hatte man in Petersburg darauf gerechnet, daß Bulgarien, wenn von der Türkei losgelöst, dauernd in Abhängigkeit von Rußland bleiben werde ... Der Wunsch der russischen Regierung, vermittelst eines Kongresses zu dem Frieden mit der Türkei zu gelangen, bewies, daß sie sich militärisch nicht stark genug fühlte, es auf Krieg mit England und Östreich ankommen zu lassen, nachdem die rechtzeitige Besetzung von Konstantinopel einmal versäumt war." — „Noch vor dem Kongreß berührte Graf Schuwalow die Frage eines russisch-deutschen Schutz- und Trutzbündnisses und stellte sie direkt. Ich besprach mit ihm offen die Schwierigkeiten und Aussichten, die die Bündnisfrage und zunächst, wenn der Drei(kaiser)bund der Ostmächte nicht haltbar wäre, die Wahl zwischen Östreich und Rußland für uns habe ... Als das sicherste ... bezeichnete er ein festes Bündnis mit Rußland, weil bei Ausschluß der letztern Macht aus dem Kreise unsrer Koalitionsgegner keine für uns lebensgefährliche Kombination möglich sei. — Ich gab dies zu, sprach aber meine Befürchtung aus, daß die deutsche Politik, wenn sie ihre Möglichkeiten auf das russische Bündnis einschränkte und allen übrigen Staaten den russischen Wünschen entsprechend absagte, Rußland gegenüber in eine ungleiche Stellung geraten könne, weil die geographische Lage und die autokratische Verfassung Rußlands diesem für das Aufgeben des Bündnisses stets mehr Leichtigkeit gewähre, als wir haben würden, und weil das Festhalten an der alten Tradition des preußisch-russischen Bundes doch immer nur auf zwei Augen stehe, d. h. von dem Gemütsleben des jedesmaligen Kaisers von Rußland abhänge." — „Ich lehnte die Option zwischen Östreich und Rußland auch damals ab und empfahl den Bund der drei Kaiser oder doch die Pflege des Friedens zwischen ihnen." — Der größte Teil von Bismarcks Korrespondenz in dieser Zeit ist dem Übergang vom System des Freihandels zu dem des Schutzzolls gewidmet.

Nach den zwei Attentaten auf Kaiser Wilhelm schreiben die „Historisch-politischen Blätter": „Nun hat sich das Wesen des vulgären Liberalismus neuerdings geoffenbart ... Der Nationalliberalismus ist reumütig geworden ... Das Volk hat kein Recht zu sagen: Ich bin ganz unschuldig an dem Vergießen dieses Bluts." Es wird an Windhorsts Worte erinnert: „Glauben denn die Herren, daß mit der Ausführung dieser Kulturgesetze die Auktorität beider Kirchen gewonnen habe, wenn man Bischöfe und Priester in den Kerker

Hist.-pol. Blätter.

wirft wie gemeine Verbrecher? ... Das ist eine Vernichtung der Auktorität, wie sie ärger nicht gedacht werden kann, und man muß sich nicht wundern, wenn nach Vernichtung der dem Volke zunächst stehenden Auktorität das Volk sich auch gegen andere Auktoritäten zu wenden beginnt." Und weiter heißt es: „Die Hauptursache ist die Rechtsverachtung, der Grundsatz (Bismarcks): „Gewalt geht vor Recht" und dessen Betätigung. „Die Geschichte wird als die Signatur unserer Zeit die Rechtsverachtung bezeichnen"; die Rechtsverachtung, „welche kein anderes Motiv des Handelns kennt als den augenblicklichen Vorteil, die Parteiwut oder ein Machtgebot". „Ist es nun zu verwundern, daß Sozialdemokraten so erhabenen Beispielen folgen und sich sagen: Haben wir nur einmal, gleichviel durch welche Mittel, die Herrschaft, so haben wir auch das Recht, und es verlohnt sich, auf unser Risiko den Versuch zu machen!" „Die zweite Ursache finden wir in den Gesetzen, welche den gegenwärtigen Notstand mitverschuldet haben. Sie haben den Krieg aller gegen alle herbeigeführt und eine erschreckende Zunahme des Proletariats zur Folge gehabt ... Die dritte Ursache ist die Bekämpfung des Christentums. Die Versuche, die christliche Religion zu unterdrücken, sind nicht nur das größte Verbrechen an der Menschheit, sondern auch eine unermeßliche Dummheit." Dahin gehört die Aufhebung von Orden, die sich der Armenpflege, dem Unterricht widmen, die Entchristlichung der Schulen, die Absperrung der Kirche von jedem Einfluß auf das Leben. Am unglückseligsten ist es, „wenn auf Hochschulen Professoren, auch ohne Veranlassung, sich abmühen, ihren Zuhörern, die bis dahin ihren Glauben bewahrt hatten, diesen als irrig nachzuweisen ...". Die Kirche mit allen ihren Lehren, mit ihrer alles umfassenden Organisation ist ganz allein die volle Lösung der sozialen Frage, soweit sie überhaupt in diesem Erdenleben gelöst werden kann und soll, welches nur eine Vorbereitung zu einem künftigen, ewigen, alles ausgleichenden Leben ist.

Kornblume. Durch das zweite Attentat wurde die Kornblume völlig zur preußischen Parteiblume erhoben. Alles trug dies Zeichen der Loyalität. Die Industrie kam dem allseitig entgegen. Man schrieb auf „Kaiserblumenpapier", trug die Blume als Schmuck in Email u. s. w. Die Vorliebe für diese Blume stammte aus der Zeit nach dem Zusammenbruch von 1807, wo die königliche Familie sich an diesen schlichten Naturgaben tröstete. Man sah in der Komposite mit Recht auch ein politisches Symbol des föderativen deutschen Gedankens.

Dem Attentat Nobilings folgten zahlreiche Ausbrüche von brutalen Majestätsbeleidigungen, freche Bedrohungen gegen Personen in hohen öffentlichen Stellungen; die Fäden des Verbrechens schienen, wie man zuerst meinte, bis London, Paris und Wien zu gehen.

Ein offiziöser Artikel vom 27. Juni besprach „die Absichten und Wünsche der Regierung angesichts der Wahlen", also das Programm des Reichskanzlers: „Die Regierungen (hieß es) erwarten von dem neuen Reichstage zunächst die jüngst verweigerten gesetzlichen Vollmachten, um die Gefahren, welche für Staat und Gesellschaft von dem Treiben der Sozialdemokratie drohen, erfolgreich abwenden zu können ... Nachdem inzwischen durch die neuesten traurigen Erfahrungen die Überzeugung von der Verderblichkeit des sozialdemokratischen Treibens eine neue Bestätigung gefunden hat, halten die Regierungen es um so dringender geboten, ... spezielle Vollmachten in Anspruch zu nehmen. Für die praktische Ausführung werden

in der neuen Vorlage entschiedenere Bürgschaften zu sichern sein. Die Regierungen erwarten aber auch bereitwillige Unterstützung für die seit Jahren vorbereiteten Reformen auf gewerblichem und finanziellem Gebiet, ... von welchen sie einen neuen Aufschwung der Volkswohlfahrt erwarten. Also Selbständigkeit der Reichsfinanzen, Ausnutzung der indirekten Steuern, Tabakmonopol oder Tabaksteuer, Erleichterung der unteren Stufen der Einkommensteuer, Erleichterung der Gewerbesteuer für die kleineren Gewerbetreibenden, Entwicklung des Eisenbahn- und Kanalwesens ..." Die regierungsfreundliche Presse griff rücksichtslos die Führer der Nationalliberalen an, wie Bennigsen, Staufenberg u. s. w.

Welfen.

Die welfische Partei entwickelte bei Gelegenheit der Neuwahlen eine rege Agitation; die Wahlen sollten sich zu einem Plebiszit für den hannoverischen Kronprinzen Ernst August gestalten. König Georg V. von Hannover war nämlich am 12. Juni gestorben. Er hatte in Hietzing bei Wien förmlichen Hof gehalten. Als sein Minister des Äußern fungierte Graf Platen, mit dem Legationsrat Meding (als Gregor Samarow durch seine historischen Romane bekannt). Der Kronprinz Ernst August zeigte dem König von Preußen den Tod seines Vaters an und hielt alle seine Ansprüche auf den Thron von Hannover aufrecht, fügte aber bei, daß er für die Zeit seiner Behinderung den Titel „Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg" führen werde.

Der Ausgang der Reichstagswahlen brachte keine Überraschungen, wenn auch der Schwerpunkt einigermaßen nach rechts gerückt erschien; aber er fiel noch immerhin innerhalb der nationalliberalen Partei. Sie zählte mit den befreundeten „Wilden" etwa 113, das Zentrum mit Welfen und Elsässer Katholiken 108, die Konservativen 60, die Freikonservativen 50, die Fortschrittspartei 25, die Polen 13, die Sozialdemokraten 9, die Protestfranzosen 6, die elsässischen Autonomisten 3, die süddeutschen Demokraten 3, die Dänen 1 Mandat. Die Konservativen hatten zugenommen, die Nationalliberalen verloren, ebenso die Fortschrittlichen. Die sozialistischen und partikularistischen Stimmen waren gestiegen. Die Welfen hatten statt vier nun neun Mandate. Auch das Zentrum hatte gewonnen. Die Opposition war von 137 auf 142 Mitglieder gestiegen. Diese Zahlen korrigierten sich in der Folge ein wenig.

Sozialistengesetz.

Der neue Entwurf eines Sozialistengesetzes (13. August) plante ein neues „Reichsamt für Vereinswesen und Presse", eine Art Ausnahmegerichtshof. Hödel wurde am 16. August enthauptet. Nobiling starb an seiner Wunde. Der Kronprinz des deutschen Reiches inspizierte wie alljährlich im September das bayerische Armeekorps.

Als der neugewählte Reichstag am 9. September zusammentrat, verlas Graf Stolberg-Wernigerode als Stellvertreter des Reichskanzlers die Thronrede. Sie drückte die Überzeugung aus, daß jene Attentate unter dem Einfluß der Gesinnungen entstanden seien, welche durch eine auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Agitation in weiten Kreisen erzeugt und genährt werden ... Die verbün-

deten Regierungen sind der Ansicht, daß es außerordentlicher Maßregeln bedarf, um der weitern Ausbreitung des Übels Einhalt zu tun, und den Boden für eine allmähliche Heilung zu bereiten." Es handle sich um „die Grundlagen unsers staatlichen und Kulturlebens". Es seien Mittel notwendig, „um die friedliche Entwicklung des Reiches gegen innere Angriffe ebenso sicherzustellen wie gegen äußere".

Während alle bisherigen Reichstage unter der Signatur der Einträchtigkeit zwischen Kanzler und Nationalliberalismus stattfanden, zeigte sich zum erstenmal ein ausgesprochener Gegensatz und die Absicht Bismarcks, die Nationalliberalen „an die Wand zu drücken". Diese Absicht war zum Teil erreicht. Die maßgebende Fraktion war nicht mehr die nationalliberale, sondern — freilich sehr gegen den Willen Bismarcks — hatte das Zentrum jetzt relativ die meisten Stimmen; allerdings erhielt es noch keine Stellung im Präsidium.

Debatten. Der Kaiser und Bismarck kehrten nach ihrem Kuraufenthalt in Gastein wieder zurück (14. September). So konnte der Kanzler an den Debatten des Reichstags teilnehmen (16. bis 17. September). Zuerst erklärte sein Stellvertreter Graf Stolberg, die Regierungen befänden sich nicht in der Illusion, daß die vorgeschlagenen Maßregeln allein ausreichen könnten, der Bewegung mit Erfolg entgegenzutreten und die Gefahr zu beseitigen; es müsse allseitig darauf hingewirkt werden, daß Gottesfurcht, Treue, Fleiß, Sparsamkeit, Zuverlässigkeit in Handel und Wandel gekräftigt werde, und daß die Truggebilde der sozialistischen Theorien beseitigt werden, vor allem im Interesse der arbeitenden Bevölkerung selbst, die zumeist den Intrigen der Sozialisten ausgesetzt ist. — Reichensperger meinte, es sei zweifelhaft, ob die Attentäter der sozialistischen Partei angehörten. Aber jedenfalls sei der Sozialismus zu verabscheuen, welcher alle bösesten Leidenschaften errege und die gräßlichsten Ausschreitungen provoziere. Dieser Sozialismus sei direkt dem Katholizismus entgegengesetzt. Die juristische Seite der Vorlage sei aber unwirksam und unzureichend, sie treffe beispielsweise nicht den Nihilismus, anderseits sei sie zu allgemein gehalten, da nicht alle sozialistischen Bestrebungen verdammlich sind. Die Vorlage gebe vielmehr für die Sozialisten das wirksamste Agitationsmittel ab. Fürst Bismarck habe selbst dem Sozialismus einen berechtigten Kern zugestanden; er hat durch das allgemeine Wahlrecht den Sozialisten den Reichstag erschlossen. Folgerichtig müßte man nun auch die Wahl von sozialistischen Abgeordneten verbieten. Die sozialistische Bewegung datiert aus den ältesten Zeiten, hat aber ihren großen Aufschwung erst seit der Entfesselung der Leidenschaften auf wirtschaftlichem Gebiet und seit dem unseligen Kulturkampf genommen. Das Gesetz treffe auch die Katheder- und Staatssozialisten und die Christlichsozialen, auch die Fortschrittler, deren Konsequenz nach offiziöser Auffassung der Sozialismus sei. Das Gesetz sei weder annehmbar noch

Bebel. verbesserungsfähig. — Bebel widerlegte den Zusammenhang der Attentate mit der Sozialdemokratie. Nobiling hat sich mit Vorliebe in liberalen Kreisen bewegt. Kein Sozialdemokrat hat ihn gekannt. Die sozialdemokratische Partei ist grundsätzlich für die friedlichste, ruhigste Entwicklung. Die angesehensten Personen haben ihre Bestrebungen unterstützt. „Dieselben Staatsmänner, die uns heute hier als Umstürzler denunzieren, haben in

intimsten Beziehungen zu den anerkannten Führern der Sozialdemokratie gestanden und, um deren Unterstützung für ihre äußere und innere Politik gegenüber der nationalliberalen oder der Fortschrittspartei, wie sie sich damals nannte, zu gewinnen, die äußersten Zusagen an die Forderungen des sozialistischen Programms gemacht. Ich stehe in der Arbeiterbewegung seit 1861. 1862 trat in Folge der allgemeinen politischen Bewegung, welche der Nationalverein hervorrief, in den Arbeiterkreisen das Bedürfnis hervor, sich mit den materiellen Verhältnissen zu beschäftigen, und es wurde dieses selbständige Vorgehen in Leipzig angeregt, weil man glaubte, daß der Nationalverein nicht genügend für die Arbeiterinteressen wirke, insbesondere die Erwerbung der Mitgliedschaft den Arbeitern nicht genügend erleichtere. Im allgemeinen war man noch unklar über das, was man wollte. Bei den Jüngeren, zu denen ich mich zählte, war von sozialistischen Ideen und Zielen auch nicht der geringste Begriff vorhanden. In Leipzig bildete sich ein Komitee behufs Berufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses, der die Interessen der Arbeiter beraten sollte, und diesem Vorgehen schlossen sich andere Städte an. Im September 1862 erschien ein Herr Eichler aus Berlin und erklärte, daß er im Auftrag und Namen der preußischen Regierung komme, speziell Bismarcks, und falls die Arbeiter Front gegen die Fortschrittspartei machen wollten, so offeriere er materielle Unterstützung in jeder Weise, eine Besserung unserer Lage durch Staatsmittel. Damals kannten wir Lassalle noch nicht einmal dem Namen nach; er war nicht öffentlich aufgetreten und hatte sein berühmtes Antwortschreiben noch nicht erlassen. Es wurden sogar bestimmte Summen in Aussicht gestellt, man sprach von 60.000 bis 80.000 Taler, die für Produktivgenossenschaften hergegeben werden sollten. Wir wiesen den Herrn ab; er verschwand und wurde Berliner Polizeimann. Dann trat Lassalle auf und schlug vor, Produktivgenossenschaften zu gründen. Die Bewegung nahm eine weitere Ausdehnung, es wurde der allgemeine deutsche Arbeiterverein gegründet, und von neuem machte die Regierung die äußersten Anstrengungen, um mit Lassalle, der es nicht suchte, in Verbindung zu treten. Es wurden durch einen Prinzen des königlichen Hauses und die Gräfin Hatzfeld die Unterhandlungen mit Lassalle angefangen. Er sollte mit Bismarck zusammenkommen. Lassalle lehnte jeden Schritt ab, wenn er nicht von Bismarck selbst ausginge. Dieser ließ sich dazu herbei. Auf Bismarcks briefliche Einladung hatten im Winter 1863/64 wöchentlich mehrere Konferenzen stattgefunden, während welcher niemand vorgelassen, einmal sogar der bayerische Gesandte abgewiesen wurde. Bismarck, mit Lassalles Plänen einverstanden, wollte 100 Millionen für Produktivgenossenschaften bewilligen. Der dänische Krieg, der Widerstand der andern Minister und Bismarcks Weigerung, sofort das allgemeine Wahlrecht zu oktroieren, veranlaßten Lassalle zum Abbruch der Verhandlungen. Nach 1865 hat Bismarck den sozialistischen Agitator Paul zur Berichterstattung über die Arbeiterbewegung aufgefordert, weil seine Geheimräte nichts davon verständen. Die Verhandlungen dauerten bis 1871, wo die Arbeiter sich entschlossen, ihre eigenen Wege zu gehen." — Minister Graf Eulenburg erklärte, Nobiling habe sozialdemokratischen Versammlungen eingestandenermaßen beigewohnt und die Grundsätze der Partei bekannt. Es sei falsch, daß die Sozialdemokratie friedlich ihre Ziele verfolge. Marx sagt, ihre Zwecke können nur durch gewaltsamen Umsturz erreicht werden. Ähnliche Aussprüche finden sich in Bebels Schriften.

Lassalle.

Bismarck. Bismarck ging auf alle Einzelheiten der Rede Bebels ein. Er behandelte das Thema in witzreichem Vortrag, aus dem man aber den Eindruck erhielt, als ob doch nicht alles so harmlos gewesen sei, wie er es nun darstellte. Diese Rede vom 17. September gehört zu den für Bismarcks Wesen bezeichnendsten. Bismarck tadelte zuerst, daß der Fortschrittsmann Eugen Richter nicht unterschied „zwischen den ehrlichen Bestrebungen nach Verbesserung des Loses der Arbeiter, die uns allen am Herzen liegen", und zwischen dem, was sich heute „Sozialdemokratie" nennt. „Richter wird doch schwerlich Leute, die sich damit vor 15 Jahren befaßten, das Los der Arbeiter zu verbessern, also Rodbertus, der mir nähergestanden hat, mit den Nihilisten und Nobiling in eine Kategorie werfen wollen! ... Ich wende mich dann zu dem, was Herr Bebel gestern gesagt hat." Bismarck leugnete fast alles ab und sagte: „Im übrigen kann ich versichern, daß ich nie in meinem Leben mit irgendeinem Sozialdemokraten geschäftlich verhandelt habe, und kein Sozialdemokrat mit mir, Lassalle. denn Lassalle rechne ich nicht dazu, das war eine viel vornehmere Natur als seine Epigonen, das war ein bedeutender Mann, mit dem konnte man wohl sprechen ... Lassalle hatte ein dringendes Bedürfnis, mit mir in Beziehung zu treten ... Ich habe ihn gesehen, und habe es nicht bereut ... Ich habe ihn im ganzen dreimal, meinethalben viermal gesehen, ich weiß es nicht. Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten können? Er hatte nichts hinter sich ... Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, ehrgeizig im großen Stil, durchaus nicht Republikaner. Er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung. Seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt ... Ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft. Aber diese kümmerlichen Epigonen hätte er mit Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen. Lassalle war ein energischer und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert, und ich habe es immer bedauert, wenn sie beendet waren ... Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unsern Unterredungen wenig zu Worte kam; er trug die Kosten der Unterhaltung allein ... Ich bedaure, daß seine politische Stellung und die meinige mir nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren, aber ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung als Gutsnachbarn zu haben ... Ich würde auch, wenn Herr Bebel den Wunsch hätte, sich abends mit mir zu unterhalten, ihm

nicht ausweichen; ich würde daran vielmehr die Hoffnung knüpfen, daß ich endlich auch erführe, wie Herr Bebel und Genossen sich den Zukunftsstaat, auf den sie uns durch Niederreißen alles dessen, was besteht, vorbereiten wollen, eigentlich denken ... Die Zuhörer in sozialdemokratischen Versammlungen erfahren auch nichts davon; es wird versprochen, es werde besser werden, es gebe bei wenig Arbeit mehr Geld — woher es kommt, sagt kein Mensch, namentlich woher es auf die Dauer kommt, wenn die Beraubung der Besitzenden einmal geschehen sein wird ... Wenn jedem das Seinige von oben her gleichmäßig zugewiesen werden soll, gerät man in eine zuchthausmäßige Existenz, wo ein jeder unter dem Zwang der Aufseher steht ... Das werden die erbarmungslosesten Tyrannen und die andern die Knechte der Tyrannen sein. Niemand wird in solchen Verhältnissen leben mögen, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, was wir so durch die Ritzen zu sehen kriegen, — denn offen hat noch keiner der Herren ein positives Programm geben wollen. Sowie sie mit einem solchen auftreten würden, lacht sie jeder einsichtige Arbeiter aus, und dem wollen sie sich nicht aussetzen. Deshalb hören wir nur von der Negation des Bestehenden. Alles das hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, die damals noch den Hauptkern in der Sozialdemokratie bildeten, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen stets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben ... Unsere Unterhaltungen drehten sich auch um das allgemeine Wahlrecht, unter keinen Umständen aber jemals um eine Oktroierung desselben ..." Vom „Hundertmillionen-Projekt, das ich Lassalle zugesagt haben soll ..., es sind Taler gemeint", sagte Bismarck: „So ganz töricht scheint eine solche Sache nicht. Wir stellen im landwirtschaftlichen Ministerium Versuche an, auch in unserer Fabrikation: wäre es nicht nützlich, auch in der Beschäftigung der Menschen und im Bestreben, die sogenannte sozialdemokratische, ich will lieber sagen, soziale Frage, durch Verbesserung des Loses der Arbeiter zu lösen, dergleichen Versuche zu erneuern? Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, so ist es höchstens der, daß ich das nicht fortgesetzt habe bis zu einem befriedigenden Ergebnis. Aber es kamen kriegerische Verhältnisse ... Ich komme zur Frage zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um soziale Verhältnisse aufgegeben habe ... Es stammt dies von dem Augenblick her, wo im Reichstag Bebel oder Liebknecht in pathetische Appell die französische Kommüne als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen zum Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich die Wucht der Überzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden ... Ja meine Herren, wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existieren sollen, dann verliert jede Existenz

Kommüne.

ihren Wert, und ich hoffe, daß der Reichstag den Regierungen, dem Kaiser zur Seite stehen werde. Daß bei der Gelegenheit vielleicht einige Opfer des Meuchelmords unter uns noch fallen werden, das ist sehr wohl möglich, aber jeder, dem das geschehen könnte, mag eingedenk sein, daß er zum Nutzen seines Vaterlandes auf dem Schlachtfeld der Ehre bleibt."

Die „Berliner Freie Presse" suchte (am 7. Okt.) den Beweis dafür anzutreten, daß Lassalle von 1848 bis 1863 mit Prinz Friedrich von Preußen in Verbindung gestanden. Diese Verbindung war schon 1848 beim Prozeß über den Kassettendiebstahl öffentlich bekanntgeworden.

In Nürnberg hielten die Sozialdemokraten am 26. September eine Versammlung ab mit der Ankündigung, daß es vielleicht auf lange, lange Zeit die letzte sein werde. Grillenberger verglich das Sozialistengesetz mit der Belastung eines Dampfkesselventils durch Zentnersteine; wenn der Dampf nicht ausströmen könne, werde er den Kessel zersprengen; ähnlich gehe es in einem Kulturstaat, in welchem das Volk sich nicht mehr frei äußern dürfe. Es werde revoltieren und die blaublütige Rasse auf dem Dampfventil werde in Atome zerstieben.

Bismarck war sehr ungehalten darüber, daß die Nationalliberalen bei der Beratung des Sozialistengesetzes einen selbständigen Standpunkt einzunehmen suchten. Er ließ deshalb am 28. September in der „Nord-
Lasker. deutschen Allgemeinen Zeitung" einen so scharfen Artikel gegen Lasker erscheinen, daß dieser in seiner Führerstellung erschüttert wurde und seine Partei zurückwich. In der Debatte zur zweiten Lesung des Gesetzes (9. Okt.)
Bismarck. sagte Bismarck: „Zur Sache bemerke ich, daß ich einer jeden Förderung der Lage der Arbeiter zugetan bin, also auch ihren Vereinen, wenn sie in der Tat ihren Zwecken dienen, aber nicht, wenn diese Vereine den Staat, die Gesellschaft und das Eigentum untergraben. Sobald uns die Sozialdemokratie einen positiven Vorschlag zur Besserung der Lage der Arbeiter machen wollte, würde ich den Vorschlag prüfen. Daran fehlt es aber. Wir stehen der reinen Negation, prinzipiell der Untergrabung der Staats- und Gesellschaftszustände gegenüber. Man gebe mir nur den Schatten eines positiven Vorschlags; aber sie haben keinen, sie wissen keinen. Das ist ihr Geheimnis. Sie haben leichtes Spiel mit den halbgebildeten, unwissenden Massen. Da können sie leicht alle Ideale verwischen, jeden Glauben an Gott, jede Anhänglichkeit an das Vaterland, an die Familie vernichten. Wenn wir uns fragen, wie das Evangelium der Negation in Deutschland gerade so schnell Wurzel fassen konnte, so gelangen wir zum Jahr 1870; damit stehen wir vor dem Vandalismus
Kommune. der Pariser Kommüne. Nachdem diese durch die Regierung überwunden war, sah die Sozialdemokratie, daß es auf anderem Wege zu versuchen sei, daß sie es in Frankreich nicht fortführen könne, sondern sich nach Deutschland wenden müsse, wo sie einen geeigneteren Boden suchte und fand, im Lande der gutmütigen Richter und unzufriedenen Leute.

Man kommt leicht durch geschickte Mittel dazu, auf die gefährlichen Instinkte des gemeinen Mannes zu wirken. Preßgesetze und milde Strafgesetze tun dabei das Ihrige. Niemand glaubt mehr, daß die Todesstrafe bei uns vollstreckt werden könnte ... Ich sehe in dem Treiben der sozialdemokratischen Vereine das Motiv für die schlimme Lage unserer wirtschaftlichen Zustände. Diese Vereine fördern die Arbeitslosigkeit. Nun denke man doch an den Zirkel der Verbrechen, die sich daraus entwickeln, und in Mordversuchen an einem Monarchen gipfeln, der sein ganzes Leben an das Wohl seines Volkes gesetzt hat! ... Da will man keine Gefahr sehen und die Bedürfnisfrage leugnen? ... Im übrigen ist die Fortschrittspartei und das Zentrum absolut abgeneigt, die Regierung jetzt zu unterstützen. An die andern Fraktionen kann ich nur die Bitte richten, sich zu verständigen, wenn sie dem Land einen Dienst erweisen wollen ... Das parlamentarische System fungiert leicht und elegant, wenn nur zwei Parteien bestehen, wie es in England der Fall ist ... Wenn es bei uns solche Fraktionen gäbe, so wäre es für den regierenden Minister ein Vergnügen, sich einer derselben, gleichviel welcher, anzuschließen. Von diesem Ideal sind wir aber weit entfernt; wir haben jetzt acht Fraktionen ... Der Deutsche bleibt gesondert. Wir haben uns geschlossenen Firmen: Fortschritt, Zentrum, Polen, Welfen gegenüber befunden; aber wenn diese nun wirklich einmal die Majorität hätten und sollten ihrerseits eine Regierung bilden: würde die Fortschrittspartei wohl mit dem Zentrum u. s. w. zusammentreten? ... Unsere Operationsbasis beschränkt sich auf vier Siebentel des Reichstags, welche durch die drei Fraktionen: die Nationalliberalen und die beiden konservativen Parteien gebildet werden ... Von diesen drei Fraktionen erwarte ich die Annahme des Gesetzes ... Wenn nicht, so ist mir das ein Beweis, daß Sie nicht das vollständige Vertrauen zu uns haben, um uns das Maß von — nennen wir es Diktatur zu geben, welches wir zur erfolgreichen Bekämpfung des Übels brauchen ... Ich bin fest entschlossen, über die loyale Ausführung des Gesetzes zu wachen. Haben Sie dieses Vertrauen nicht zu uns, speziell zu mir, der ich im Reiche die Hauptverantwortlichkeit trage, haben Sie die Befürchtung, daß wir es mißbrauchen werden, um uneingestandene Zwecke damit zu erreichen, kurz und gut, fürchten Sie sich mehr vor mir als vor den Sozialdemokraten, dann weiß ich, was ich zu tun habe: dann muß ich Personen Platz machen, zu denen Sie mehr Vertrauen haben ..."

Der Sozialdemokrat Hasselmann erklärte, daß die Sozialdemokraten den aufgenötigten Kampf durchführen werden. Er machte die Regierungen und die Reichstagsmajorität für etwaige künftige Gewalttätigkeiten mit Blutvergießen verantwortlich, rechtfertigte die Pariser Kommune, sprach von der offenen Erhebung der unterdrückten Arbeiterbevölkerung und schloß: Bismarck möge an den 18. März 1848 denken. — Löwe meinte, die

Kommune.

Arbeiter selbst ständen unter einem Terrorismus, der gebrochen werden müsse. Nur solle das Genossenschaftswesen geschont werden. — Auch Bennigsen sagte: Gerade auf die Arbeiter werde durch die Agitatoren am schädlichsten gewirkt, indem man ihnen nur Hoffnungslosigkeit predigt, die Lust zum Arbeiten und Weiterstreben aber nimmt.

„Vorwärts."

Am 14. Oktober veröffentlichte der „Vorwärts" folgende sozialdemokratische Kundmachung an die Parteigenossen: „Die Auflösung der organisierten Partei wird nach den voraussichtlich zur Annahme gelangenden Bestimmungen des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie unausbleiblich sein, und zur Vermeidung von Weitläufigkeiten nicht erst die Schließung durch die Behörde abgewartet werden. Es wird also in wenigen Tagen keine organisierte Gesamtpartei mit einer einheitlichen Leitung mehr bestehen. Damit tritt die Bewegung in ein neues Stadium. Wenn die Presse geknebelt sein wird, und die Versammlungen ins Bereich der Sage gehören werden, dann ist nur die persönliche Propaganda der Anhänger des Sozialismus übrig, um demselben bei der Masse des Volkes in Bluse und buntem Rock weitere Verbreitung zu geben ... Die zentralistische Agitation ist allerdings jetzt gelähmt. Die Macht der freien Rede liegt in Banden. Aber noch ist die Familie, die gemeinsame Werkstelle, der Freundeskreis den Arbeitern gelassen, und diese drei sind die unzerstörbare Brücke, welche zur Aufklärung und Verständigung bezüglich gemeinsamer Ideen und Interessen führt. Viele Schriften sind bis jetzt über die soziale Frage geschrieben worden: studieren wir sie! Studium ist Aufklärung, ist Fortschritt, ist ein Bollwerk gegen geistige Unterdrückung. Freilich wird eins in der Zeit des Ausnahmegesetzes völlig fehlen: die einheitliche Leitung der Partei. Aber auch hierin muß sich die Partei zu schicken wissen: in den fünfzehn Jahren ihrer Tätigkeit ward sie geschult genug, um alle Klippen schließlich überwinden zu können. Parteigenossen! Schulter an Schulter könnt ihr in nächster Zeit nicht mehr stehen. Eine neue Zeit, eine neue Kampfart: das sagt alles. Und nun guten Mutes wie immer! Hamburg, 14. Oktober 1878. Im Namen des Zentralkomitees. Mit sozialdemokratischem Gruß. C. Derossi."

Bei der dritten Lesung des Sozialistengesetzes, 18. Oktober, sprach Schorlemer im Namen des Zentrums noch gegen diese Maßregel, polemisierte gegen Bismarck und erklärte die Sozialdemokratie als die Vollendung der modernen Entwicklung in Staat, Gesellschaft, Wirtschaftsleben und Schule. Der Sozialdemokrat Liebknecht suchte seine Partei von der ihr zugeschobenen Verantwortlichkeit für die Attentate zu entlasten, verwahrte sie gegen den Vorwurf der Verherrlichung des politischen Mordes, kam noch auf die Beziehungen Bismarcks zur Sozialdemokratie zu sprechen, insbesondere auf die Versuche, ihn, Liebknecht, persönlich zu gewinnen. Auch der Fortschrittliche Schulze-Delitzsch wandte sich gegen das Gesetz; die Bekämpfung der Sozialdemokratie müsse man der Privattätigkeit überlassen. Er fürchtete, durch das Gesetz möchten auch manche gesunde soziale Bestrebungen getroffen werden, und erläuterte seine eigenen wirtschaftlichen Theorien. Lasker suchte zu rechtfertigen, warum seine, die nationalliberale, Partei die anfängliche Gegnerschaft gegen das Gesetz aufgegeben habe. Bismarck gab eine Schlußerklärung ab: Die Dauer des Gesetzes, dritthalb Jahre, werde voraussichtlich nicht genügen, man werde es wohl seinerzeit verlängern müssen. Das Gefühl der Majorität drückte die „Nationalliberale Korrespondenz" aus: „Wahrlich, nicht

gehobenen Herzens kehren die Erwählten des Volkes in die Heimat zurück. Wohl keiner der Männer, welche im entscheidenden Augenblick ihr Ja in die Wagschale warfen, ist frei gewesen von einem Gefühle des Schmerzes über die bittere Tatsache, daß die Gesetzgebung des jungen aufstrebenden Deutschen Reiches zu einem so außerordentlichen Schritt überhaupt gezwungen war. Alle wahrhaft Freisinnigen zumal können das neue Gesetz nicht anders als mit tiefer Trauer betrachten. Mit dem 19. Oktober 1878 ist für die Liberalen Deutschlands ein schöner Traum zu Ende gegangen, der Traum, daß das deutsche Volk, das Volk der allgemeinen Schulbildung und der allgemeinen Wehrpflicht, in allen seinen Schichten einsichtig und patriotisch genug sei, um die Freiheit mit Selbstzucht zu genießen. Niemand täuscht sich darüber, daß die Zurückdämmung der revolutionären Bestrebungen nicht ohne Rückwirkung bleiben kann auf den Zustand der bürgerlichen Freiheit überhaupt. Solange wir im Kampfe gegen den sozialistischen Todfeind stehen, wird zum mindesten nicht auf einen weiteren Ausbau des Rechtsstaates zu rechnen sein." — Jedenfalls gehört auch das Sozialistengesetz mit in die längere Reihe der großen politischen Fehler Bismarcks; ja es war noch fehlerhafter und unwirksamer als seine Kulturkampfpolitik; denn die Kirche konnte ihm großmütig entgegenkommen, die Sozialdemokratie nicht.

Sozialistengesetz.

Nachdem der Bundesrat am 21. Oktober das Sozialistengesetz genehmigt hatte (gegen die vereinzelte Stimme von Reuß ä. L.) und der Kronprinz als Stellvertreter des Kaisers es unterzeichnet hatte, begannen sehr viele sozialdemokratische Blätter und Vereine ihre Tätigkeit freiwillig einzustellen, sich aufzulösen und ihre Kassen zu verteilen. Die Berliner Polizei erließ am 23. Oktober das Verbot von 34 Druckschriften. Das Gesetz wurde im Laufe des Novembers energisch ausgeführt. Von Widerstand war nirgends die Rede. Der Mittel- und Kleingewerbestand freute sich über die Hilfe gegenüber agitatorischer Verhetzung. Die Regierung verhängte am 28. November den kleinen Belagerungszustand über Berlin; daraufhin wurden 40 sozialdemokratische Agitatoren aus der Stadt ausgewiesen. Sie ließen folgenden Abschiedsgruß: „Genossen und Freunde! Ihr wißt, solange wir unter euch waren und durch Wort und Schrift zu euch sprechen konnten, war unser erstes und letztes Wort: Keine Gewalttätigkeiten! Achtet die Gesetze! Verteidigt aber innerhalb des Rahmens derselben eure Rechte! Diese Worte möchten wir euch heute zum Abschied noch einmal zurufen und euch auffordern, sie jetzt mehr als je zu befolgen, mag auch die nächste Zukunft bringen, was sie will. Laßt euch nicht provozieren! Jeder Fehltritt eines Einzigen von uns würde für alle die schlimmsten Folgen haben und gäbe der Reaktion eine Rechtfertigung." Ein arger Mißgriff war es, daß die Regierung auch ein Buch des konservativen Nationalökonomen Schäffle verbot; der Irrtum wurde zurückgenommen. Sonst aber waren 40 periodische, 135 nichtperiodische Druckschriften und 153 Vereine verboten. Am 13. Dezember wurden neuerlich 39 sozialdemokratische Agitatoren aus Berlin und Umgebung ausgewiesen.

Kaiser Wilhelm.

Kaiser Wilhelm kehrte, völlig hergestellt, am 5. Dezember nach Berlin zurück. Beim feierlichen Empfang sagte er: „Mit gemischten Gefühlen kehre ich in die Hauptstadt zurück. In die Freude über den Empfang, über die Zeichen der Hingebung an mich und mein Haus mischt sich der Schmerz um das, was ich erdulden mußte. Mein Herz hat mehr geblutet als meine Wunden. Möge das Blut zum Heil für die irregeleiteten Teile meines Volkes gereichen." Zum Magistrat sprach er: „Die Vorsehung ließ zu, daß mich so Schweres betraf. In meiner Errettung fand ich die Mahnung, mich zu prüfen, ob ich meinen Lebenslauf so eingerichtet, meine Pflichten so erfüllt, daß ich wert war, gerettet zu werden ... Menschliche Vorsicht ist gegen solche Dinge unmächtig. Eine Änderung der Gesetze ist notwendig geworden ... Auch für die andern Staaten ist dadurch eine Anregung gegeben. Ist ja doch bewiesen, daß weitverzweigte Verbindungen existieren mit dem ausgesprochenen Prinzip, die Häupter der Staaten zu beseitigen. Die Hauptsache ist die Erziehung der Jugend. Das ist Ihre Aufgabe. Und dabei ist das wichtigste die Religion. Die religiöse Erziehung muß noch viel tiefer und ernster gefaßt werden. In dieser Beziehung ist auch in unserer Stadt nicht alles gut bestellt."

Auch beim Empfang der Berliner Geistlichkeit erwiderte der Kaiser auf die Begrüßungsanrede des Generalsuperintendenten, daß allerdings in der Geistlichkeit manches vorgekommen sei, was ihm mißfallen habe. „Die großen Städte gleichen einem Schwamm, der alles aufsaugt. Viele strömen aus den kleineren Städten und vom Lande, wo infolgedessen die Arbeitskräfte fehlen, nach Berlin, um hier Glück und Reichtum zu finden. Die meisten werden enttäuscht und dadurch unzufrieden und mißmutig. Daraus erklärt sich das rapide Anwachsen der Sozialdemokratie. Es ist jetzt eine Ära, in der man die Fürsten zu beseitigen strebt, in der irrigen Hoffnung, dadurch bessere Zustände zu erzielen. Aber die verbrecherische Richtung der Zeit wird mich nie hindern, wie bisher so auch ferner meine Pflicht zu tun." Zu den Kommunallehrern sagte der Kaiser: „Ich darf von der Lehrerschaft der Berliner Gemeindeschulen erwarten, daß sie auch der Jugend die Augen öffnen wird über unsere Zeit, in der Widersetzlichkeit gegen die Vorgesetzten so weit um sich gegriffen hat. Die Anhänger jener Partei erreichten hier seit den letzten Jahren die Zahl von 58.000. Diese nehme ich von der Million hiesiger Einwohner aus, die mir einen so herzlichen Empfang bereitete. Die neue Gesetzgebung wird vieles zur Besserung der jetzigen Zustände beitragen, die ich schon vor zehn Jahren vorausgesehen. Vieles muß durch die Erziehung geschehen. Auf die Quantität des Wissens kommt es dabei weniger an. Von Wichtigkeit ist vor allen Dingen die Religion. Ihre Aufgabe ist es, die Jugend in der Gottesfurcht zu unterweisen und mit Achtung vor den heiligen Gütern zu erfüllen."

Bei der Eröffnung des preußischen Landtags am 19. November wurde besonders die schwierige finanzielle Lage des Staatshaushaltes betont. Man sah die wahren Ursachen des Defizits in der Eisenbahnpolitik des Handelsministers Maybach.

Bismarck legte in einem Schreiben an den Bundesrat vom 15. Dezember sein zoll- und steuerpolitisches Reformprogramm dar, nach welchem außer den eigentlichen Finanzzöllen auf Tabak, Petroleum, Zucker, Kaffee, ein Schutzzoll auf alle Einfuhr gelegt werden sollte. Im Zusammenhang damit kündigte die Reichsregierung die fälligen Handelsverträge. Auch auf dem deutschen Handelstag zeigte sich der entschiedene Umschwung vom Freihandel zum Schutzzoll.

Cumberland.

Der Kronprinz von Hannover, nun Herzog von Cumberland, verlobte sich am 19. November mit der Prinzessin Thyra von Dänemark und wurde so der Schwager des künftigen Königs von England und des künftigen Zaren. Das erfüllte die welfische Partei in Hannover mit großen Hoffnungen. Die Ritterschaft sagte in einer Glückwunschadresse: „In die Trauer, welche die Trennung von unserm erhabenen Herrscherhause uns gebracht, in den tiefen Schmerz, welchen der Hintritt unseres geliebten Königs uns verursacht hat, ist wie ein Sonnenblick die Nachricht gefallen, daß E. kön. Hoheit, dem unsere Herzen auch in der weitesten Ferne unverbrüchliche Treue und Hingebung bewahren werden, das Glück der Liebe gefunden haben, woraus dem erlauchten Welfenhause eine neue Hoffnung für eine glücklichere Zukunft erspriessen wird.“ Kühler verhielt sich Braunschweig. Die Vermählung fand am 21. Dezember zu Kopenhagen statt. Die Adresse der hannoverschen Ritter bei dieser Gelegenheit schloß mit der Versicherung, daß die Städte und Dörfer des Landes dem Paar mit überwallender Freude entgegenjauchzen, und daß alle Herzen des treuen Volkes weit geöffnet seien zum festlichen Empfang. Um so entschiedener war die gegnerische Haltung in Berlin.

Kulturkampf.

Auf dem Gebiet des Kulturkampfs schien die unversöhnliche Haltung vorerst noch zuzunehmen. Der Kultminister Falk wies im Januar die vom Grafen Balleſtrem dem Kaiser im vorigen November überreichte Massenpetition schlesischer Katholiken entschieden ab. Das preußische Abgeordnetenhaus lehnte einen Antrag des Zentrums, die Gemeinde Marpingen für die Polizeimaßregeln schadlos zu halten, mit großer Majorität ab. Die Beschwerden wegen des Religionsunterrichtes fanden in Preußen kein Gehör. Die bayrischen Katholiken wurden immer mehr nach rechts gedrängt. Auf einer Versammlung der katholischen Volkspartei Sigls in München, 12. März, sagte Pfarrer Schäffle, die Partei wolle den Syllabus; Gott sei nicht nur der Schöpfer des Individuums, sondern auch des Staats. Die Kirche habe aber eine noch höhere Bestimmung als der Staat. Die Apostel brauchten keine staatliche Genehmigung, als sie von Christus in die ganze Welt geschickt wurden. Die Partei strebt den katholischen Staat an, der die Revolution bekämpft. Dazu ist sie durch den Syllabus berechtigt. Man solle sich nicht vor Berlin und vor Bismarck fürchten. Dr. Sigl tadelte es, daß in München „Semmelschmarren Trumpf“ gewesen sei und die allerweiseste Mäßigung geherrscht habe; daher habe die gutkatholische Stadt seit 1869 einen liberalen Magistrat und sei dem Judentum überantwortet. Man soll nicht den katholischen Preußen zu viel trauen, nicht nur die Faust im Sack machen. Der Rheinpreuße Redaktor Jusangel vom „Fränkischen Volksblatt“ stimmte ihm zu.

Sigl.

Papst Leo XIII.

Infolge des Todes des Papstes Pius IX. und der Gesinnung des neuen Papstes Leo XIII. wurde die Haltung der deutschen Katholiken stark

beeinflußt. Eine Beendigung des Kulturkampfes schien nun leichter möglich. Papst Leo richtete gelegentlich seiner Thronbesteigung noch am selben Tag, am 20. März, einen sehr freundlichen Brief an den Deutschen Kaiser; er ließ keinen Zweifel über die Absicht, eine andere Stellung zu suchen als seine Vorgänger. Das päpstliche Schreiben lautete: „Papst Leo XIII. entbietet dem allerdurchlauchtigsten und mächtigsten Kaiser und Könige seinen Gruß. Durch die unerforschlichen Wege des Herrn und ohne irgendein Verdienst von unserer Seite sind wir auf den Stuhl des Apostelfürsten erhoben worden, und wir legen uns die angenehme Pflicht auf, E. kais. u. kön. Majestät, unter deren mächtigem und ruhmreichem Zepter eine so große Anzahl von Anhängern unserer heiligsten Religion lebt, von dieser Tatsache unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Da wir zu unserm Bedauern die Beziehungen, welche in früherer Zeit so glücklich zwischen dem Heiligen Stuhl und E. Maj. bestanden, nicht mehr vorfinden, so wenden wir uns an Ihre Hochherzigkeit, um zu erlangen, daß der Friede und die Ruhe des Gewissens diesem beträchtlichen Teil Ihrer Untertanen wiedergegeben werde. Auch die katholischen Untertanen E. Maj. werden nicht verfehlen, wie es ihnen auch der Glaube vorschreibt, zu dem sie sich bekennen, sich mit der gewissenhaftesten Ergebenheit achtungsvoll und treu gegen E. Maj. zu zeigen. In vollster Überzeugung von der Gerechtigkeit E. Maj. rufen wir Gott den Herrn an, daß er Ihnen die Fülle seiner himmlischen Gaben verleihe, und flehen ihn an: er wolle E. Maj. mit uns durch die Bande der vollkommensten christlichen Liebe vereinigen." Der Brief fand in Berlin ebenso freundliche Aufnahme. Eine Lösung des argen Konflikts war aber sehr schwer. Acht Bistümer waren ohne Bischöfe, Hunderte von Pfarreien ohne Pfarrer, die ständige Abnahme von Studierenden der Theologie, die Zunahme von solchen Geistlichen, die gesetzlich von der Anstellung ausgeschlossen waren, all das war länger unhaltbar. Dennoch trieb der Staat seine Politik bis ins Lächerliche weiter. Eine Pfändung für 17.500 Mark Strafe beim greisen Bischof von Culm, v. Marwitz, ergab nach Abzug der Kosten 10 Pfennig (25. April).

Der Reichsanzeiger veröffentlichte am 1. Juli das Antwortschreiben des Kaisers vom 24. März an den Papst, darin es hieß: „Ich beglückwünsche Sie aufrichtig . . . und wünsche ihnen von Herzen eine gesegnete Regierung der Ihrer Obhut anvertrauten Kirche. E. Heiligkeit heben mit Recht hervor, daß meine katholischen Untertanen gleich den andern der Obrigkeit und ihren Gesetzen die Folgsamkeit beweisen, welche den Lehren des gemeinsamen christlichen Glaubens entspricht. Ich darf in Anknüpfung an den Rückblick, den E. Heiligkeit auf die Vergangenheit werfen, hinzufügen, daß Jahrhunderte hindurch der christliche Sinn des deutschen Volkes den Frieden im Land und den Gehorsam gegen dessen Obrigkeit treu bewahrt

hat und für die Sicherstellung dieser wertvollen Güter auch für die Zukunft Bürgschaft leistet. Gern entnehme ich den freundlichen Worten E. Heiligkeit die Hoffnung, daß Sie geneigt sein werden, mit dem mächtigen Einfluß, welchen die Verfassung Ihrer Kirche E. Heiligkeit auf alle Diener derselben gewährt, dahin zu wirken, daß auch diejenigen unter den letzteren, welche es bisher unterließen, nunmehr, dem Beispiel der ihrer geistlichen Pflege befohlenen Bevölkerung folgend, den Gesetzen des Landes, in dem sie wohnen, sich fügen werden ... Wilhelm, Kaiser und König. v. Bismarck." — Der „Reichsanzeiger" fährt fort: Nachdem der Papst in einer Erwiderung vom 17. April der Hoffnung auf Erneuerung des früher bestandenen guten Einvernehmens wiederholt Ausdruck gegeben und als Mittel zur Erreichung desselben die Abänderung verschiedener in Preußen bestehender gesetzlichen und verfassungsmäßigen Bestimmungen bezeichnet hatte, hat Se. k. u. k. Hoheit der Kronprinz nachstehendes Schreiben an Se. Heiligkeit gerichtet: „Berlin, 10. Juni 1878. Eurer Heiligkeit für die aus Anlaß des Attentats vom 2. d. bewiesene Teilnahme selbst zu danken, ist der Kaiser, mein Herr Vater, leider noch nicht imstande; gerne lasse ich es daher eine meiner Obliegenheiten sein, an seiner Statt Ihnen für den Ausdruck Ihrer freundlichen Gesinnung aufrichtig zu danken. Der Kaiser hatte mit Beantwortung des Schreibens E. Heiligkeit vom 17. April gezögert, in der Hoffnung, daß vertrauliche Erläuterungen inzwischen die Möglichkeit gewähren würden, auf den schriftlichen Ausdruck prinzipieller Gegensätze zu verzichten, welcher sich bei Fortsetzung des Schriftwechsels im Sinne des Schreibens E. Heiligkeit vom 17. April nicht vermeiden läßt. Nach Inhalt des letzteren muß ich leider annehmen, daß E. Heiligkeit die in dem Schreiben meines Vaters vom 24. März ausgedrückte Hoffnung nicht glauben erfüllen zu können, daß E. Heiligkeit den Dienern Ihrer Kirche den Gehorsam gegen die Gesetze und gegen die Obrigkeit ihres Landes empfehlen würden. Dem dagegen in Ihrem Schreiben vom 17. April ausgesprochenen Verlangen, die Verfassung und die Gesetze Preußens nach den Satzungen der römisch-katholischen Kirche abzuändern, wird kein preußischer Monarch entsprechen können, weil die Unabhängigkeit der Monarchie, deren Wahrung mir gegenwärtig als ein Erbe meiner Väter und als eine Pflicht gegen mein Land obliegt, eine Minderung erleiden würde, wenn die freie Bewegung ihrer Gesetzgebung einer außerhalb derselben stehenden Macht untergeordnet werden sollte. Wenn es daher nicht in meiner und vielleicht auch nicht in E. Heiligkeit Macht steht, jetzt einen Prinzipienstreit zu schlichten, der *seit einem Jahrtausend* in der Geschichte Deutschlands sich mehr als in der anderer Länder fühlbar gemacht hat, so bin ich doch gern bereit, die Schwierigkeiten, welche sich aus diesem von den Vorfahren überkommenen Konflikte für beide Teile ergeben, in dem Geiste der Liebe zum Frieden und der

Versöhnlichkeit zu behandeln, welcher das Ergebnis meiner christlichen Überzeugungen ist. Unter der Voraussetzung, mich mit Eurer Heiligkeit in solcher Geneigtheit zu begegnen, werde ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß da, wo eine grundsätzliche Verständigung nicht erreichbar ist, doch versöhnliche Gesinnung beider Teile auch für Preußen den Weg zum Frieden eröffnen werde, der anderen Staaten niemals verschlossen war. Friedrich Wilhelm, Kronprinz. v. Bismarck." — Man bemerkt den starken Unterschied zwischen der milden Sprache des Kaisers, der unter dem wohltuenden Einfluß seiner edlen Gemahlin stand, und dem durch den Kronprinzen ungehemmten Bismarckschen Ton des zweiten Schreibens. Der Kanzler hat die Behinderung seines Kaisers gut zu benützen verstanden.

Kein befriedigendes Ergebnis hatten auch die Verhandlungen des päpstlichen Nuntius in München, Monsignore Masella, in Kissingen mit dem Reichskanzler, vom 29. Juli an. Die Verhandlungen dauerten bis zum 18. August, wo Bismarck nach Gastein, Masella nach München abreiste. Seit dem Tode des Bischofs von Osnabrück, 30. Juli, standen in Preußen nur mehr drei Bischöfe aufrecht. — Im Anschluß an diese Besprechungen Bismarcks mit dem Nuntius Kardinal Masella in Kissingen schrieb die offizielle Provinzialkorrespondenz bereits am 14. August: Wenn Fürst Bismarck nun an seinem Teile ernst und gewissenhaft die Hand zum Frieden bietet, so erfüllt er damit nur das, was er inmitten des lebhaftesten Kampfes jederzeit klar und bestimmt verkündet hat. Sein Wort „nach Canossa gehen wir nicht" ist in diesem Sinn aufzufassen, wie sich aus dem Zusammenhang jener Rede ergibt. — Papst Leo schrieb seinerseits an den früheren Erzbischof von Köln, Melchers: „Seit Beginn unseres Pontifikats haben wir gesucht, die guten Beziehungen . . . wiederherzustellen . . . Die soziale, politische und religiöse Ordnung ist überall so bedroht, daß wir die Pflichten unseres Amtes verabsäumten, wenn wir es unterließen, der zum Tode schwachen Gesellschaft die wirksamen Mittel zu reichen, welche die Kirche besitzt, um die Gesellschaft zu heilen . . . Unsere Seele wird niemals Ruhe finden, solange der kirchliche Friede in Deutschland nicht wieder hergestellt ist. Damit unser Streben einen schnellen Erfolg erziele, wenden wir uns an den deutschen Episkopat, damit er sich bemühe, die Gläubigen den Lehren der Kirche immer zugänglicher zu machen. So werden die Gläubigen, Dank ihrer vollen Unterwerfung unter die Gesetze, welche nicht in Widerspruch mit dem Glauben und den Pflichten gegen die katholische Kirche stehen, sich würdig zeigen, die Wohltaten des Friedens wieder zu erlangen. Wir flehen zu Gott, daß er . . . dem edlen und mächtigen deutschen Kaiser und seinen Ratgebern wohlwollende Gesinnungen einflöße."

Papst Leo XIII.

Nicht sehr verbessert wurden diese Verhältnisse durch die Aufnahme, die das Schreiben des Papstes Leo vom 27. August an den neuen Kardinal-Staatssekretär Nina in Berlin fand. Der Papst beteuerte da: „. . . Von guten Absichten geleitet, wollten wir unsere Stimme auch jene vernehmen lassen, welche die Geschicke der Nationen leiten, indem wir sie dringend einluden, in diesen Zeiten, wo es so sehr nottut, die überaus kräftige Stütze, welche ihnen die Kirche darbietet, nicht zurückzuweisen. Angetrieben von der

apostolischen Liebe wandten wir uns an jene, die nicht durch die Bande der katholischen Religion mit uns vereinigt sind, von dem Wunsche beseelt, daß auch ihre Untertanen die wohltätigen Einflüsse dieser göttlichen Institutionen erproben mögen. Es ist ihnen wohl bekannt, Herr Kardinal, daß wir, um diesem Antrieb unseres Herzens Folge zu leisten, uns auch an den mächtigen Kaiser der edlen deutschen Nation gewandt haben, welche wegen der den Katholiken geschaffenen schwierigen Lage ganz besonders unsere Fürsorge erheischte. Dieses Wort, einzig und allein von dem Wunsche eingegeben, Deutschland den religiösen Frieden wiedergegeben zu sehen, fand eine günstige Aufnahme von seiten des erhabenen Kaisers und hatte das erfreuliche Ergebnis, daß es zu freundschaftlichen Unterhandlungen führte, bei denen es nicht unsere Absicht war, zu einem einfachen Waffenstillstande zu gelangen, welcher den Weg zu neuen Konflikten offen ließe, sondern nach Entfernung der Hindernisse einen wahren, soliden und dauerhaften Frieden zu schließen. Die Wichtigkeit dieses Zieles, das von der hohen Weisheit jener, welche die Geschicke des Reiches in ihren Händen haben, richtig erwogen wurde, wird sie, wie wir vertrauen, dahin führen, uns die Freundeshand zu reichen, um es zu erlangen. Die Kirche würde ohne Zweifel glücklich sein, bei jener edlen Nation den Frieden wiederhergestellt zu sehen; aber auch das Reich würde darüber nicht weniger glücklich sein und würde, nachdem die Gewissen beruhigt sind, in den Söhnen der katholischen Kirche wie ehedem seine treuesten und hochherzigsten Untertanen finden . . ."

Als Antwort darauf vernehmen wir wieder echt Bismarckischen Ton in der offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 27. September: „Das Schreiben Leos XIII. erscheint uns noch nicht als ausreichende Bürgschaft für die Wiedergewinnung des konfessionellen Friedens, welchen er sich seiner Versicherung nach zum Ziel gesetzt hat. Mit der Erklärung des guten Willens kommt man hier nicht von der Stelle, so wenig wie mit der klaren Erkenntnis der Schäden, welche aus der Fortsetzung des Kampfes dem einen wie dem andern Teil erwachsen. Wir zweifeln unsererseits, daß man im Vatikan sich jemals zu Zugeständnissen im Prinzip verstehen werde; aber wenn man das Verhältnis von Staat und Kirche, welches die preußische Gesetzgebung zum Ausdruck gebracht hat, auch nicht anerkennen will, so liegt doch kein Grund vor, denjenigen Forderungen derselben, welche bereits in anderen Ländern ohne Widerstand der Kurie zur Ausführung gekommen sind, tatsächlich nicht entgegenkommen zu wollen. Erst in einem solchen Entgegenkommen könnte nach unserer Ansicht der Staat ein Unterpfand wahrhaft friedfertiger Gesinnung erkennen, und erst im Besitz eines solchen Unterpfandes würde die preußische Regierung sich auf ‚Verhandlungen' einlassen können, für welche bis jetzt doch wohl nur die Möglichkeit festgestellt worden ist. So bedeutungsvoll also das Schreiben des Papstes auch ist, so wird es jenen wahren Wert doch erst durch die praktischen Folgen erhalten, welche — wie wir hoffen möchten — ihm gegeben werden müssen."

Aber trotz der Unterhandlungen mit Rom ging in Preußen die Ausführung der Maigesetze ihren Weg weiter. Die Aufhebung der klösterlichen Niederlassungen mit Ausnahme der ausschließlich der Krankenpflege geweihten, rückte ihrem Ende entgegen. Die Ursulinerinnen mußten am 1. Oktober von Breslau abziehen. Es gab bald nichts mehr zu zerstören.

Zentrum. Das Zentrum sah den Verhandlungen zwischen Papst und Kanzler mit einer gewissen Sorge entgegen. Die „Germania" schrieb in diesem Sinne am 2. Oktober: „Nicht das Zentrum verhandelt mit der Regierung, sondern Rom; das Zentrum ist also nicht in der Lage, etwas bieten oder verweigern zu können; als politische Vertretung des katholischen Volkes hat es die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten desselben — und vor allem die religiöse Freiheit zu verteidigen, zu schützen und wieder zu erobern, wo sie verloren sind; es ist nicht berechtigt, einem Makler gleich, zu schachern und um problematische Konzessionen wertvolle Rechte preiszugeben. Seine Stellung und Haltung sind durch sein Programm und seine bewährten Grundsätze gegeben. Rom hat niemals irgendeine politische Aktion des Zentrums zu beeinflussen gesucht; es wird auch niemals solche Einflüsse suchen. Wenn eine Vereinbarung zwischen Rom und Berlin zustande kommt, so werden das Zentrum und die Katholiken dieselbe mit der Ehrfurcht und dem Gehorsam respektieren, die sie dem Apostolischen Stuhle zu erweisen gewohnt sind. Nichtsdestoweniger wird das Zentrum auch nachher seine Pflicht stets erfüllen, die Interessen, Rechte und Freiheiten des Volkes nach seinem Programm zu fördern und zu verteidigen. Die Aufgaben des Zentrums gehen eben über die Zeit des ‚Kulturkampfs' hinaus. Wenn die Regierung den Kampf beendet, der sie zu den verhängnisvollsten Maßregeln gedrängt hat, wird sie allerdings das Zentrum in vielen Punkten der Opposition überheben; zunächst in kirchlichen Angelegenheiten, wenngleich auch dann dem Zentrum noch große Aufgaben obliegen werden; vielleicht auch auf anderen Gebieten, wenn die Hoffnung uns nicht täuscht, daß die Regierung sich nach Beendigung des verbitternden, die gesamte Staatsverwaltung beeinflussenden Streites besseren Anschauungen zuwendet."

Wie wenig die preußische Regierung entgegenkam, zeigte sich, als am 19. Oktober die Kriminalabteilung des Kreisgerichts Birnbaum den Kardinal Ledo- chowski. und gewesenen Erzbischof von Posen, Ledochowski, wegen wiederholter Vergehen gegen die Kirchengesetze zu 15.000 Mark Geldbuße oder zwei Jahren Gefängnis verurteilte. Bald darauf am 7. November wurde der Kardinal von einem andern Gericht zu Inowrazlaw wegen der Exkommunikation des vom Staat angestellten Propstes Kolany zu 18.000 Mark oder entsprechendem Gefängnis verurteilt.

Die preußische Regierung beschuldigte wiederholt das Zentrum, daß es sich dem von beiden Seiten aufrichtig gewünschten Ausgleich zwischen dem Papst und dem Staat in den Weg stelle, um nicht seine Wirksamkeit ein-

zubüßen. Die offiziöse „Prov.-Korr." griff daher das Zentrum scharf an und suchte zu beweisen, daß es weniger eine religiöse oder kirchliche als eine politische Partei sei. Die „Germania" ging darauf ein und erklärte neuerlich rund heraus, daß sie wirklich eine politische Partei sei und als solche unabhängig von Rom, und unabhängig davon, ob ein Ausgleich zwischen Staat und Kirche schließlich zustande komme oder nicht. „Das Zentrum hat mit Energie nicht bloß die religiösen, sondern auch die politischen Interessen seiner Wähler vertreten ... Als politische Partei wird es nach wie vor seinen Grundsätzen gemäß der Verteidigung der religiösen und bürgerlichen Rechte dienen und für Wahrheit, Recht und Freiheit ungebrochenen Mutes kämpfen" (6. Nov.).

Im Widerspruch zu allen Vermittlungsversuchen stand die Schroffheit des noch immer standhaltenden Ministers Falk. Sein Reskript vom 9. November über den katholischen Religionsunterricht konnte vom Klerus der Diözesen Münster und Paderborn nicht hingenommen werden; eine Versammlung des Klerus am 18. November erklärte diese Erteilung des Religionsunterrichts im Namen und Auftrag des Staates als eine „schwere Verletzung des der Kirche schuldigen Gehorsams". Falk.

Zur selben Zeit erließ der von Rom zurückgekehrte Erzbischof von Bamberg, v. Schreiber, einen Hirtenbrief über Leo XIII.: „Aus dem Heiligen Vater spricht ein erhabener, starker und vom Himmel erleuchteter Geist, ausgerüstet mit gründlicher und umfassender Gelehrsamkeit, Religiosität, Frömmigkeit, Sittenreinheit, geziert mit allen apostolischen Tugenden, die eine Frucht der Gnade und der Tatkraft sind. Er betrachtet alle Ereignisse vom höchsten Gesichtspunkt, um für Christus zu retten, was zu retten ist, ohne ein Prinzip zu opfern, welches sich aus dem Wesen der Kirche ergibt. Sein Blick reicht weiter als der Verstand mancher, die das große Wort des Tages führen und sich anmaßen, ohne Berufung von oben die Hierarchie innerhalb ihres eigenen Gebietes zu belehren ..." Zum Schluß wurde zu reichlicheren Gaben für den Peterspfennig aufgefordert, denn die Nachricht, Pius habe seinem Nachfolger Millionen hinterlassen, sei ganz falsch.

Im Dezember suchte Windthorst vergebens, den Kulturkampf dadurch legal zu beenden, daß er die Wiederherstellung der Verfassungsartikel über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat beantragte, so wie es vor den Kampfgesetzen bestanden hatte. Ebenso beantragte er Abänderung des Gesetzes über die Aufhebung geistlicher Orden. Falk setzte diesen Versuchen sein starres Nein entgegen: „Der Besitz der betreffenden Gesetze war, ist und bleibt eine Notwendigkeit für die Regierung." Das Zentrum mute der Regierung einen Frieden zu auf der Basis der unbedingten Unterwerfung. „Die Weltgeschichte lehrt es uns, nach gemessenem Zeitraum kommen dieselben Fragen wieder in Betracht, und wie sollte die Regierung das, was sie mühsam errungen hat in diesen schweren Kämpfen, ohne weiteres dahingeben?" Das Zentrum verlange auch ein Abrogieren der Gesetze durch Nichtanwendung; das wäre nur möglich, wenn der Friede dadurch gesichert wäre. „Es wird überall geschildert, in welch trauriger Verfassung der Staat sich befinde, daß es aller- Windthorst.

höchste Zeit sei, wenn wir nicht zugrunde gehen wollen, nun in Unterhandlungen zu treten, nachzugeben. Ja, wer möchte leugnen, welche Schwierigkeiten, welche Last der Staatsregierung daraus erwächst, daß Unfriede vorhanden ist; aber so ist es denn doch nicht, wie Sie predigen, sondern es ist so, daß das getragen werden muß gegenüber der großen Aufgabe des Staates ... Man macht den Kulturkampf für Dinge auf anderen Gebieten verantwortlich ... Die Regierung ist sich bewußt, daß sie sich in Beziehung auf die Beilegung, die ihr sehr dringlich erwünscht ist, in einer schweren Situation befindet." Falk deutet hier wohl die Schwierigkeiten mit den andern Parteien an, aber auch die Schwierigkeiten, die von seiten des Hofes kamen. Seine wortreiche Rede war von einer wirren Unruhe der Gedanken, sie zeigte, daß Falk die Lage nicht mehr beherrschte.

Stöcker. Auf dem Gebiet der nichtkatholischen Christentümer war von größter Bedeutung der Versuch des Hofpredigers Stöcker, eine christlich-soziale Partei der sozialdemokratischen entgegenzusetzen. Stöcker entwickelte am 25. Januar in einer Berliner Versammlung sein Programm: Die christlichsoziale Arbeiterpartei steht auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland, sie verwirft die Sozialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch. Sie verlangt Arbeiterorganisation durch Staatshilfe, obligatorische Fachgenossenschaften, Regelung des Lehrlingswesens, obligatorische Schiedsgerichte, Witwen-, Waisen-, Invaliden-, Altersversorgung-Rentenkassen; Verhinderung oder Einschränkung der Sonntagsarbeit, der Kinderarbeit und Frauenarbeit, Normalarbeitstag, Internationalität der Arbeiterschutzgesetze, progressive Einkommensteuer, Luxus- und Erbschaftssteuern; Teilnahme der Geistlichkeit an allen volksfreundlichen Bestrebungen, Entgegenkommen der besitzenden Klassen; fachgenossenschaftliche Organisation als Ersatz der Zünfte. — Stöcker bekannte, daß sein Programm zusammengesetzt sei aus dem der sozialdemokratischen und der katholischen Arbeiterpartei. Es stelle nur erreichbare Forderungen auf, nicht phantastische Träume wie die Sozialdemokratie. — Ihm entgegnete der Sozialdemokrat Most: „Wenn die Herren es ehrlich meinen, so haben sie keine neue Parteibildung not, sondern nur die Unterstützung der sozialdemokratischen Forderungen. Das Volk begnügt sich nicht mit solchen Abschlagzahlungen, die vermöge des sich mit Notwendigkeit vollziehenden ökonomischen Prozesses wenig nützen. Nur eine radikale Umwälzung des heutigen Staatssystems ist imstande, Not und Elend aus der Welt zu schaffen. Ich schließe mit Ulrich von Hutten: Herunter, ihr Heuchler, die Kutten!" — Die christlichsoziale Bewegung schien wohl in den folgenden Monaten an Boden zu gewinnen, erregte aber auch vielfache Bedenken, weil sie von der „orthodoxesten" Seite ausging, die bisher das Bekenntnis über das Sittliche gestellt hatte. Bedenklich schien die Hinneigung zu grundstürzenden Sätzen des Sozialismus. So überbot die Programmschrift des Pfarrers Todt noch weit alle

Zugeständnisse der Kathedersozialisten. Endlich verband sich damit „jenes konservative Poltern gegen alle Gesetze der neueren Zeit, welche die Absicht haben, die wirtschaftliche Kraft des Volkes von Fesseln zu befreien. Sozialdemokrat und christlicher Sozialist schimpfen zusammen über den Liberalismus." So die „Allgemeine Zeitung". Von anderer Seite hieß es: „Die Aufgabe der Kirche ist es, der Roheit und Genußsucht und der Ausbeutung auf sittlich-religiösem Weg entgegenzuarbeiten; nimmermehr aber sollen Geistliche an Vereinen sich beteiligen, welche die schwierigen Fragen über Lohn und Arbeit in dilettantischer Weise behandeln."

Der Berliner Oberkirchenrat ging gegen die freisinnigen evangelischen Prediger Hoßbach und Kalthoff vor, weil sie Christus nicht als göttlich anerkannten, die Wunder leugneten, die Autorität der Heiligen Schrift in Abrede stellten. Als der Kaiser die orthodoxesten Geister als Mitglieder der brandenburgischen Synode berief, sah dies der Kultminister Falk als eine so starke Schwenkung an, daß er (vorübergehend) seine Entlassung eingab, ohne erst seine Kollegen und namentlich den Reichskanzler davon in Kenntnis zu setzen (Mai).

Protestantentag.

Auf dem deutschen Protestantentag in Hildesheim (9. Oktober) wurden die Ziele des Protestantenvereins im Kampf gegen den Bekenntniszwang geschildert. Der freie Lauf des Evangeliums sollte nicht gehemmt werden. Unfriede herrsche in der preußischen Landeskirche. Die Gemeindefreiheit müsse gewahrt werden, der Grund der Reformation sei festzuhalten. Das „Unser Vater" sei das rechte einzige Bekenntnis. Man dürfe nicht Evangelium mit Bibel verwechseln. Auch Luther hat an der Bibel Kritik geübt. Melanchthon hat wiederholt an der Augsburgischen Konfession und der Auffassung des Gottesbegriffs gebessert. Nur der Geist Gottes hat das Kirchenregiment, er waltet im Leben der Kirche. In der Landeskirche gibt es noch gar keine Lehrordnung. Durch die Union ist festgestellt, daß die Geistlichen nur auf den Konsens der Lehrmeinungen verpflichtet seien. Die Bekenntnisse haben keine juristische, nur moralische Kraft. Keine Synode hat da zu entscheiden. Die Absolutheit der Landesfürsten und Obrigkeiten in Lehrfragen ist heutzutage nicht mehr zulässig. Auf das Einverständnis zwischen Geistlichen und Gemeinden ist der größte Wert zu legen. Der Landesfürst soll nicht als konstitutioneller Papst über der Kirche stehen. Pfleiderer erklärte: „Es bedarf keiner äußerlichen Zusammenfassung, wenn der Geist Gottes da ist. Eine staatskirchliche Verbindung ist immer willkürlich. Mit den Synoden aber sind wir vom Regen in die Traufe gekommen. Es ist bei uns so schlimm, daß man fast meinen könnte, unter dem Papst wäre es noch erträglicher. Die Synoden werden zumeist durch heillosen Terrorismus zusammengehalten. Das Majoritätsprinzip bei ihnen ist unprotestantisch." — Einmütig wurde die These gebilligt: „Die Bekenntnisse sind Denkmäler der geschichtlichen Entwicklung, aber nicht verpflichtende Normen für den Glauben der Gegenwart." Schließlich wurde erklärt: „Der Protestantenverein bittet jeden deutschen evangelischen Christen, wes Standes er sei, vor Gott zu erwägen, daß wir nur durch ein einiges Zusammenfassen der religiösen Kraft des deutschen Protestantismus stark genug werden, um unser Volk von den Abwegen eines gottentfremdeten Materialismus zurückzuhalten und die Angriffe der römischen Kirche zurückzuweisen."

Der evangelische Oberkirchenrat in Preußen stellte einen Strafantrag wegen der beleidigenden Agitation der Sozialdemokraten (Most, Dentler) zum Massenaustritt aus der Landeskirche.

Minister Falk konnte vom Kaiser nur mit Mühe bewogen werden, die Ernennung der strengorthodoxen Hofprediger Kögel und Baur zu Mitgliedern des Oberkirchenrats gegenzuzeichnen (30. Dez.).

Die 5. „altkatholische" Synode in Bonn hob den Zölibat auf, indem sie die Verheiratung der Geistlichen für zulässig erklärte. Infolge dieses Beschlusses erklärten einige bisher altkatholische Professoren ihren Austritt (13. Juni). Der altkatholische „Bischof" Reinkens suchte den ärgernis-erregenden Beschluß in einem Rundschreiben vom 11. September möglichst zu verteidigen.

Das Deutsche Reich lehnte die Beteiligung an der Weltausstellung in Paris ab, genehmigte aber die Beschickung durch reichsdeutsche Künstler.

Infolge des Unterganges des Panzerschiffes „Der große Kurfürst" in der Nähe von Folkestone wurde die Marineleitung heftig angegriffen. Vizeadmiral Werner wurde entlassen.

Die fortgesetze Weigerung zweier der drei preußischen Großlogen, Juden aufzunehmen, zwang auch die dritte Loge, die höheren Grade an das christliche (protestantische) Bekenntnis zu knüpfen.

Arnim. Eine neue Broschüre des Grafen Harry v. Arnim „Quid faciemus nos" schlug zur Beendigung des Kulturkampfs folgendes Gesetz vor: „Die ehemalige römisch-katholische Kirche hat infolge der vom Papst dekretierten und von den preußischen Bischöfen akzeptierten vatikanischen Konstitution Pater aeternus aufgehört zu existieren ... Der Staat erkennt die von dem römischen Bischof regierte Kirche als eine neue zu Recht bestehende Religionsgesellschaft an; er sichert ihr Nießbrauch und Verwaltung des Vermögens und der Staatsleistungen zu, welche der alten Kirche gebührten ..." Aber —! Das war eben so toll, wie wenn ein Staat dem andern alle Verträge kündigen wollte, weil dieser durch Annahme eines neuen Gesetzparagraphen ein anderer geworden sei.

Moritz Busch. Berlin sprach im Herbst von fast nichts als vom Buch „Graf Bismarck und seine Leute" von Moritz Busch. Man erstaunte über die an die Photographie erinnernde Genauigkeit in den kleinsten Zügen des Originals. Ein Blatt rühmte die rücksichtslos ehrliche Natur des Kanzlers, wie ihn Busch zeige, es finde sich keine Spur von Mache, von theatralischer Pose, von hohler Phrase. Eher manches Triviale und Frivole, Drastische, im Stil von Otto Ludwig und Turgenieff.

Adolf Wagner. Professor Adolf Wagner, der Berliner Kathedersozialist, lehrte, daß unsere Volkswirtschaft einen immer mehr kommunistischen, gemeinwirtschaftlichen Charakter annehme, wie dies durch die Entwicklung der Kultur bedingt sei. Man denke an die gemeinnützigen Anstalten, die Verkehrsanlagen, das Versicherungswesen. Er empfahl, daß der Staat auch das Tabaksmonopol einführe, Bier, Wein, Brot, Milch, Fleisch liefere u. s. w. Die Apotheker wünschten selbst, daß ihnen der Staat ihre Apotheken abkaufe und sie nur als Beamte anstelle. Man sprach von einem Zucker-

monopol, Branntweinmonopol. Professor v. Scheel sagte in gleichem Sinn: „Wir werden nicht erst Kommunisten, wir sind es schon!“ Der Kommunismus sei eine Entwicklungsform und könne mit dem Privateigentum ganz wohl zusammen bestehen.

Es wurde viel verhandelt über die zunehmenden Gegensätze von Reichtum und Armut im wachsenden Berlin, über dessen viele Kellerwohnungen, dessen Fabriken.

Zur Versammlung des internationalen Vereins für Reform und Kodifikation des Völkerrechts in Frankfurt kamen auch Gesandte von China und Japan (20. Aug.).

Ein Kongreß deutscher Kaufleute in Berlin, 15. September, stellte sich die Aufgabe, dem gegenwärtigen Notstand der Geschäfte aller Art abzuhelfen. Sein Unwille war besonders gegen die Konsumvereine gerichtet, die Beamtenkonsumvereine, Hausfrauenvereine u. s. w. Man warf diesen Vereinen vor, sie verfolgten sozialistische Bestrebungen, brächten dem Staats- und Gemeinwohl Schaden und Gefahren, führten schließlich zur Kommune.

Der antisozialdemokratische Arbeiterkongreß (Gewerksvereine) hielt seine zweite Hauptversammlung am 13. Oktober zu Dresden ab unter dem Vorsitze seines Gründers Dr. Max Hirsch. Er stand auf liberalem Standpunkt. Die Unbildung und Unklarheit, in der die sozialdemokratischen Verirrungen wurzeln, müsse (so hieß es) durch Bildung und Aufklärung, nicht durch Ausnahmegesetze beseitigt werden. Hirsch riet Beteiligung der Arbeiter am Reingewinn, Organisation in Gewerkvereinen, umfassende Statistik der Arbeiterverhältnisse. Die unter staatlichem Schutze bestandenen Zünfte hätten dem Arbeiterstand ausreichende Selbsthilfe gewährt; mit dem Wegfall der Zünfte sei auch der staatliche Schutz entfallen, ohne daß zugleich der Selbsthilfe die beengenden Fesseln genommen wurden. Daher der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Gewerkvereine zählten mehr als 20.000 Mitglieder, die Invalidenkasse besaß 350.000 Mark. Max Hirsch.

Das Programm der volkswirtschaftlichen Vereinigung des Reichstags vom 17. Oktober über die Handelspolitik war schon dadurch bedeutsam, weil sich hier das Zentrum den beiden konservativen Parteien anschloß. Man verlangte Schutzzölle für die Industrie, Getreidezölle für die Landwirtschaft. Bei der Versammlung des 8. deutschen Handelstages in Berlin, 30. Oktober, standen sich Schutzzöllner und Freihändler gegenüber. Infolgedessen regte Bismarck am 12. November beim Bundesrat eine Revision des Zolltarifs im schutzzöllnerischen Sinne an.

Ein deutsches Geschwader segelte nach Nicaragua, um den Beschwerden der deutschen Regierung Nachdruck zu geben. Der Freistaat fügte sich. Deutsche Kriegsschiffe besetzten zwei Hafenorte der Insel Oputa (4. Juli), einer der Samoa- oder Schifferinseln, nicht um zu annektieren, sondern wegen der dem Deutschen Reiche gemachten Handelsbegünstigungen.

Die von Adolf Wagner herausgegebenen Briefe Lassalles an Rodbertus bewiesen, welch bedeutender Bahnbrecher Rodbertus war. So schrieb er 1863: „Ich hoffe noch die Zeit zu erleben, wo die türkische Erbschaft an Deutschland gefallen sein wird und deutsche Soldaten oder Arbeiter- Rodbertus.

regimenter am Bosporus stehen." Lassalle erklärte zustimmend, die orientalische Frage müsse so lange hinausgeschoben werden, „bis der naturgemäße Anwärter, die deutsche Revolution, sie löst". Rodbertus hatte allerdings der heutigen „Knechtschaft der Arbeit" noch eine Gnadenfrist von 500 Jahren vorausgesehen.

Überall verlangte man Maßregeln gegen das Wuchertum. Nach dem letzten orientalischen Krieg, 1856, war eine große Geschäftskrisis auch über Deutschland hereingebrochen, und da waren es die Landwirte und Gewerbetreibenden gewesen, welche die Aufhebung der Zinsbeschränkungen verlangten und zum Teil auch durchsetzten; jetzt aber kamen gerade aus diesen Kreisen infolge einer noch weit schwereren Geschäftskrisis die lautesten Bitten und Forderungen nach Wiedereinführung von Wuchergesetzen. Damit zusammen ging die Bewegung gegen das Judentum als dem Hauptvertreter der Wucherei, und daraus entstand das, was man den „Antisemitismus" nannte und als einen neuen notwendigeren Kulturkampf betrachtete.

Richard Wagner.

Richard Wagner führte die „Baireuther Blätter" mit folgenden Gedanken ein: „Die Wunder unserer Zeit produzieren sich auf einem anderen Gebiete als auf dem der Kunst und deren Förderung durch die Macht ... Wer die Mühen kennt, mit welchen ich das bisher von mir Erreichte zustande brachte, weiß, daß ich gewöhnt bin, ohne deutschstaatliche Kulturwunder mir zu helfen, wogegen ich an der Teilnahme verständiger, wenn auch machtloser Freunde mich zu genügen gelernt habe, und nun einem Reichskulturministerium gern es überlasse, in den Provinzialhauptstädten der norddeutschen Hauptmonarchie Filialanstalten der wunderlichen Berliner Musikhochschule einzurichten ... Wenn die Großblättler unser kleines Blatt ein Winkelblatt nennen ..., so dürften wir die Bezeichnung gerne annehmen ... In Deutschland ist wahrhaftig nur der Winkel, nicht aber die große Hauptstadt produktiv gewesen ... Und nun diese ausgebreitete Nichtswürdigkeit einer ‚allgewaltigen' Tagespresse, vor welcher die Minister bis in die Reichskanzelei hinein sich fürchten ..., um nachzuspüren, ob der ‚Deutsche' wirklich, wie es Moltke gelehrt hat, einen Schuß Pulver wert sei! ... So werde mir denn die friedliche Muse für die völlige musikalische Ausführung meines Parsifal gegönnt, welchen ich ... 1880 bereitzustellen verspreche ..." — Wagner veröffentlichte nun auch einen 1865 begonnenen Aufsatz: „Was ist deutsch?", dem er nach 13jähriger neuer Erfahrung eine besondere Färbung und einen letzten Abschluß gab. Er sagt darin unter anderm: „Kein großes Kulturvolk ist in die Lage gekommen, sich einen phantastischen Ruhm aufzubauen, wie die Deutschen ... Religionsspaltung: ein großes Unglück! Nur eine allgemeine Religion ist in Wahrheit Religion: verschiedene, politisch festgesetzte und staatskontraktlich neben- oder untereinandergestellte Bekenntnisse bekennen nur, daß die Religion in Auflösung begriffen ist ... Der Jude scheint den Völkern Europas zeigen zu sollen, wo es einen

Vorteil gab, welchen jene unausgenutzt ließen ... Am verhinderten Nationalwohlstande nährt der jüdische Bankier seinen enormen Vermögensstand. Liebenswürdig und schön ist der Fehler des Deutschen, welcher die Innigkeit und Reinheit seiner Anschauungen und Empfindungen zu keinem eigentlichen Vorteil auszubeuten wußte ... Es ist, als ob sich der Jude verwunderte, warum hier so viel Geist und Genie zu nichts anderem diente, als Erfolglosigkeit und Armut einzubringen ... Der Jude korrigierte dieses Ungeschick des Deutschen, indem er die deutsche Geistesarbeit in seine Hand nahm; und so sehen wir heute ein widerwärtiges Zerrbild des deutschen Geistes dem deutschen Volke als sein vermeintliches Spiegelbild vorgehalten ... Der Deutsche ist konservativ: sein Reichtum gestaltet sich aus dem Eigenen aller Zeiten; er weiß alles Alte zu verwenden. Ihm liegt am Erhalten mehr als am Gewinnen: das gewonnene Neue hat ihm nur dann Wert, wenn es zum Schmucke des Alten dient ... Unter Religionsfreiheit versteht er das Recht, mit dem Heiligsten es ernst und redlich meinen zu dürfen ... Die Taten vollbrachte der deutsche Geist aus sich, aus seinem innersten Verlangen, sich seiner bewußt zu werden. Und dieses Bewußtsein sagte ihm, daß das Schöne und Edle nicht um des Vorteils, ja selbst nicht um des Ruhmes und der Anerkennung willen in die Welt tritt: und alles, was im Sinne dieser Lehre gewirkt hat, ist deutsch, und deshalb ist der Deutsche groß; und nur, was in diesem Sinne gewirkt wird, kann zur Größe Deutschlands führen ... Wehe uns und der Welt, wenn diesmal das Volk gerettet wäre, aber der deutsche Geist aus der Welt schwände ... Ich stehe nicht an, die Revolutionen in Deutschland als ganz undeutsch zu bezeichnen. Die ‚Demokratie' ist in Deutschland ein durchaus übersetztes Wesen: Sie existiert nur in der Presse." Wagner beklagt sich über das Unverständnis, mit dem sein großer Gedanke des Kaisermarsches höheren Orts aufgenommen wurde. „Hierbei hatte ich mir zu sagen, daß der auf den Schlachtfeldern neuerstandene ‚deutsche Geist' nicht nach den Einfällen eines wahrscheinlich für eitel geltenden Opernkomponisten zu fragen habe. Jedoch auch verschiedene andere Erfahrungen bewirkten, daß es mir allmählich im neuen Reiche sonderbar zumute wurde ... Es herrscht viel Not im Lande; der Arbeiter hungert und die Industrie siecht; aber das Geschäft geht. Für das Geschäft im allergrößesten Sinne hat sich ganz neuerdings ja auch der Reichsmakler (Bismarck) eingefunden, und gilt es der Anmut und Würde allerhöchster Vermählungsfeierlichkeiten, so führt der jüngste Minister mit orientalischem Anstande den Fackeltanz an ..."

In einem Aufsatz „Modern" zitiert R. Wagner eine jüdische Stimme, die sich also vernehmen ließ: „Die moderne Welt muß den Sieg

Judentum.

erringen ... Die Federmacht ist die Weltmacht ... In der Tat arbeitet jetzt das deutsche Judentum so kräftig, so riesig, so unermüdet an der neuen Kultur und Wissenschaft, daß der größte Teil des Christentums bewußt oder unbewußt von dem Geiste des modernen Judentums geleitet wird. Gibt es doch heutzutage fast keine Zeitschrift oder Lektüre, die nicht von Juden direkt oder indirekt geleitet wäre." Soweit der Jude; nun folgt Wagner: „Wie wahr! Ich hatte so etwas noch nicht gelesen, sondern vermeint, unsere jüdischen Mitbürger hörten nicht gern von solchen Dingen sprechen. Nun aber dürfen wir, da man uns mit solch offener Sprache entgegenkommt, wohl auch ein ebenso offenes Wort mitreden, ohne sogleich befürchten zu müssen, als Judenverfolger geschädigt zu werden ... Da ist nun die ‚moderne Welt' ... In der Tat muß gegenwärtig den Juden, welche als nationale Masse vor einem halben Jahrhundert unseren Kulturbestrebungen noch ganz fernab standen, diese Welt, in welche sie so plötzlich eingetreten sind und die sie sich mit so wachsender Gewalt angeeignet haben, auch als eine ganz neue, noch nie dagewesene Welt vorkommen. Allerdings sollten eigentlich nur sie in dieser alten Welt sich neu vorkommen ... Genau betrachtet, war unsere Welt für die Juden neu ..." Wagner deutet hier an, wie sehr der deutsch-jüdische Jargon den Juden das richtige Verständnis des Deutschen erschwerte und Anlaß zu einer Sprachverfälschung gab. „Der originellen Schöpfungen unserer neuen jüdischen Mitbürger gewärtig, müssen wir bestätigen, daß auch das Moderne nicht ihrer Erfindung angehört.

Moderne.

Sie fanden es als Mißwachs auf dem Felde der deutschen Literatur vor. Ich habe dem jugendlichen Erblühen der Pflanze zugesehen. Es hieß damals das Junge Deutschland. Ihre Pfleger begannen mit dem Krieg gegen literarische ‚Orthodoxie', womit der Glaube an unsere großen Dichter und Weisen des vorausgegangenen Jahrhunderts gemeint war, bekämpften die Romantik, gingen nach Paris, studierten Scribe und Sue, übersetzten sie in ein genial-nachlässiges Deutsch und endeten zum Teil als Theaterdirektoren (Laube), zum Teil als Journalisten für den populären häuslichen Herd (Gutzkow) ... Der Franzose kann sich ‚modern' nennen, denn er macht die Mode und beherrscht durch sie den Außenschein der Welt. Bringen es jetzt die Juden in Gemeinschaft mit dem liberalen Christentum dahin, uns ebenfalls eine Mode zu machen, nun so lohne es ihnen der Gott ihrer Väter." Ihre „Federmacht" besteht darin, sich mit fremden Federn zu schmücken, so daß auch bald unsere Musiker die Kunst sich angeeignet haben werden, zu komponieren, ohne daß ihnen etwas einfällt. Dabei anerkennt Wagner die wenigen „ernst begabten Männer jüdischer Abstammung", die „sich von den modernen Welteroberungskämpfen ihrer ehemaligen Glaubensgenossen durchaus abgewendet" und sich mit ihm befreundet haben.

In dem Aufsatz über „Publikum und Popularität" sagt R. Wagner mit Schopenhauer, „daß das Talent ein Ziel treffe, welches wir zwar alle sehen, aber nicht leicht erreichen; wogegen das Genie, der Genius des Guten, in ein Ziel treffe, daß wir andern gar nicht einmal sehen." Das „Schlechte, weil Nichtige, ist das Element unserer modernen belletristischen Literatur geworden ..." Kein Wunder, daß diesen Männern der gedruckten deutschen Intelligenz das eigentlich Gute, das Werk des Genies, ungemein verhaßt ist; ... und wie leicht fällt es ihnen, für diesen Haß sich Teilnehmer zu verschaffen: die ganze, durch das Zeitungslesen

heruntergebrachte Nation steht ihnen zur Seite ... Alle sind liberal und hassen das Ungemeine, das seinen eigenen Weg Gehende. Je seltener diese Beute anzutreffen ist, desto einmütiger stürzt sich alles darauf, wenn es sich einmal darbietet ... Das kommt den Gewalthabern der Journalmacht nie bei, einen verkannten großen Mann an das Licht zu ziehen und seine Sache zur allgemeinen Anerkennung zu bringen ... Außer dem Mute fehlt ihnen Geist und Verstand." Sie ließen den Nationalökonomen Friedrich List mit seinen großen, für die Wohlfahrt des deutschen Volkes so höchst ersprießlichen Plänen ruhig unbeachtet zugrunde gehen, um es der Nachwelt zu überlassen, diesem Manne, der allerdings nicht der Preßfreiheit, sondern der Preßtüchtigkeit bedurfte, ein Monument, d. h. sich selbst eine Schmachsäule zu setzen. Wo blieb Schopenhauer, wenn ihn nicht ein englischer Reviewer uns entdeckt hätte? ... Da werden zehn Auflagen einer Schandschrift über denjenigen verschlungen, dessen eigene Schrift man gar nicht erst zur Hand nimmt." Aber es herrscht eben die Maxime: „Mundus vult decipi" vor, „welche mein großer Freund Franz Liszt einst gut gelaunt als ‚Mundus vult Schundus' wiedergab." Für den, der diese Maxime verwirft, „entsteht das, was man das Gute in der Kunst nennen kann. Es ist ganz gleich dem moralisch Guten, da auch dies keiner Absicht entspringen kann. Hiegegen möchte das Schlechte darin bestehen, daß die Absicht, durchaus nur zu gefallen, das Gebilde hervorruft." Wagner bedauert, daß sich in Bayreuth 1876 doch wieder das Allerfremdartigste zusammendrängte: „und wir erlebten im großen und ganzen doch nur eben wieder eine ‚Opernaufführung' ... Was durch unsere Theater gegenwärtig zu einem Eigentum ihrer Abonnenten und Extrabesucher geworden ist, kann mir nicht als volkstümlich, will sagen: dem Volke eigentümlich gelten ... Was sagen mir die 60 Auflagen des Trompeters von Säckingen? Was die 400.000 Abonnenten der ‚Gartenlaube'?" Bittere Worte fallen über das Professorentum und Studententum; die Mensur, die Korpsfarbe verschönern die rhetorischen Bilder des Reichskanzlers. Verderblich war die unverstandene Ausbildung der Theorie Darwins auf die historische Schule, der der Begriff des Spontanen, der Spontaneität dadurch verlorenging. „Die zweitausendjährige Periode, in welcher wir bisher große geschichtliche Kulturen von der Barbarei bis wiederum zur Barbarei sich entwickeln sahen, dürfte für uns etwa um die Mitte des nächsten Jahrtausendes gleicherweise sich abgeschlossen haben." Die Kunst ist berufen, für das Volk ebenso die Wissenschaft zu ergänzen, ihr vorzuarbeiten wie Schiller mit seiner Konzeption der „Jungfrau von Orleans". — Um „das Publikum in Zeit und Raum" zu charakterisieren, weist Wagner auf Jesus Christus als auf das allererhabenste Beispiel hin, „gegen dessen Erscheinung sich die Gattungs-Mitwelt doch gewiß nicht so benahm, als hätte sie ihn in ihrem Schoße genährt und nun als ihr recht passendes Produkt anerkennen zu dürfen sich gefreut." Die „Kunsttendenzen des neuesten Deutschen Reiches" schlägt er nicht sehr hoch an.

Periode.

Sehr traurig ist R. Wagners „Rückblick auf die Bühnenfestspiele des Jahres 1876", die mit einem großen ungedeckten Defizit endeten. Allerdings schien es, „daß so noch nie ein Künstler geehrt worden sei; denn hatte man erlebt, daß ein solcher zu Kaiser und Fürsten berufen

Richard Wagner.

worden war, so konnte niemand sich erinnern, daß je Kaiser und Fürsten zu ihm gekommen seien ... Es mußte mir (aber) deutlich werden, daß mehr die Verwunderung über dieses wirkliche Zustandekommen die Teilnahme der höchsten Regionen mir zugewendet hatte als die eigentliche Beachtung des Gedankens, der das Unternehmen mir eingab." Es „war vordem mein Lieblingsgedanke gewesen, meine Bühnenfestspiele von einem deutschen Fürsten der Nation als ein königliches Geschenk vorgeführt zu sehen ... Jetzt glaubte ich meinen Stolz darein setzen zu müssen, daß ich den etwa wiedererwachten deutschen Geist in den Sphären, denen die Pflege dieses Geistes als Ehrenpunkt obliegen zu müssen schien, für die Durchführung meines Werkes anriefe. Ich versäumte nicht, mich um die Teilnahme des deutschen Reichskanzlers zu bemühen. Großherzige Illusionen zu nähren, ist dem deutschen Wesen nicht unanständig. Hätte Herr Dr. Busch die Versailler Tischreden unseres Reichsreformators bereits damals zu veröffentlichen für gut gehalten, so würde ich jedoch wohl der Illusion keinen Augenblick mich hingegeben haben ... Das Ausbleiben jeder Erwiderung hatte mich davon in Kenntnis zu setzen, daß mein Anspruch auf Beachtung in der obersten Staatsregion für anmaßend gelten zu müssen schien ... Ich ward veranlaßt, den Kaiser selbst um eine Hilfe anzugehen; hierzu entschloß ich mich, als mir berichtet war, es sei dem Oberhaupte des Reiches ein gewisser Fonds zur Förderung nationaler Interessen zugestellt ... Auf ein entgegengesetztes Gutachten sei aber die Sache fallen gelassen worden ... Man gab mir den Rat, ich möge mich an den Reichstag wenden: dieser Zumutung erwiderte ich aber, daß ich mich an die Gnade des Kaisers sowie an die Einsicht des Reichskanzlers, nicht aber an die Ansichten der Herren Reichstagsabgeordneten zu wenden vermeint hätte ... Ich hatte bald von Reich und Kanzlei genug ... Als ich schließlich für die Deckung des Defizits meine Patrone angehen zu dürfen glaubte, fand ich, daß meine Unternehmung wirklich gar keine Patrone gehabt hatte, sondern nur Zuschauer auf sehr teuer bezahlten Plätzen. Außer einem im österreichischen Schlesien begüterten Gönner (Graf Magnis v. Ullersdorf) waren es nur die sehr wenigen persönlich mir ergebenen, für jetzt aber erschöpften Freunde, welche meine Aufforderung beachteten." Die ergiebigsten Unterstützungen wurden durch Werbung einer unermüdlichen Gönnerin (Gräfin Schleinitz) beim Sultan und dem Khedive von Ägypten herbeigeschafft! Kaiser Wilhelm hatte in Baireuth zu Wagner die bezeichnenden Worte gesagt: „Ich habe nicht geglaubt, daß Sie es zustande bringen würden." Wagner bemerkt dazu: „Glaubte das ganze Deutsche Reich mit seinen höchsten Spitzen bis zu allerletzt nicht an das Zustandekommen der Sache, so war es nicht zu verwundern, daß dieser Unglaube auch manchen Beteiligten einnahm ..." —

Ich habe dieser Baireuther Sache deshalb so ausführliche Beachtung eingeräumt, weil die Kulturgeschichte der neuen Zeit kein interessanteres und bedeutungsvolleres Problem aufweist; ja dieses Interesse kommt dem für kriegerische und politische Ereignisse mindestens völlig gleich. Wir würden von der politischen, der religiösen und kulturellen Geschichte der Zeit keine zutreffende und erschöpfende Vorstellung erhalten, wenn wir dies beispiellose Ringen auf künstlerischem Gebiet nach den höchsten nationalen und geistigen Idealen geringer schätzten. Richard Wagner steht geradeso bedeutend in der Geschichte dieser Zeit wie Bismarck. Nebenbei ersehen wir die tief innerliche Entwicklung der Judenfrage. — R. Wagner vollendete damals den ersten Akt seiner Parsifalkomposition.

Während Richard Wagner seine fertige Dichtung des „Parsifal" an Fr. Nietzsche sandte, schickte ihm dieser die Abfallschrift „Menschliches, allzu Menschliches", skandalöserweise dem Genius der Plattheit, Voltaire gewidmet, naiverweise mit folgender Widmung: „Dem Meister und der Meisterin entbietet Gruß mit frohem Sinn, beglückt ob einem neuen Kind, von Basel Friedrich Freigesinnt" u. s. w. Er sagte sich damit vom Idealismus los und vom frommgewordenen „Oberkirchenrat Wagner". Damit leitete er die ärgste Judastat gegen seinen Meister und Freund und gegen die deutsche Kultur ein. Nietzsche. Nietzsche schrieb in seiner Feindschaft gegen alles Christliche im Juli 1878: „Ich will es nur gestehen, ich hatte gehofft, durch die Kunst könne den Deutschen das abgestandene Christentum völlig verleidet werden — deutsche Mythologie als abschwächend, gewöhnend an Polytheismus. Welcher Schrecken über die Restaurations-Strömungen!!" Cosima schrieb darüber: „Dürftig sein und unwahr, frevelhaft und armselig, das ist traurig."

E. Schuré behandelte in seinem Buch „Das musikalische Drama" (1877) die ganze musikalische und theatralische Vergangenheit nur als Vorstufe des Wagnerschen Kunstideals. Das französische Werk wurde von Wolzogen ins Deutsche übersetzt.

Die Theatralik des Meininger Hoftheaters stand in ihrer Blüte und kam dem realistischen Geist dieser Zeit nachgeahmter historischer „Stilechtheit" entgegen.

Ibsens Drama „Die Stützen der Gesellschaft" setzte sich auf drei Berliner Bühnen und auf dem Wiener Stadttheater durch, freilich nicht ohne Widerspruch.

Das neuerbaute Dresdener Hoftheater von Semper war ein klassisches Beispiel römischer Renaissance.

Grützners tendenziöse Klosterbilder profitierten noch von der Kulturkampfstimmung.

Berechtigtes Aufsehen erregten Schliemanns Gräberfunde in Mykenä und Tiryns, wie sie sein Bericht, mit einer Vorrede von Gladstone, schilderte.

Professor Ernst Haeckel belehrte ein gemischtes Publikum in Wien als Haeckel. Wanderlehrer über die Entwicklung der Tierseele und der Tierstaaten, mit suffisanter Abfertigung aller Naturforscher, die nicht unbedingt mit Darwin gingen, so Virchows. Beim Bankett nahm der Vizepräsident der Concordia in energischen Ausdrücken die Lehre Darwins, daß das Tüchtigere das Untüchtige verdränge, für die Politik der Deutschen in Österreich in Anspruch.

Julius Fröbel. Julius Fröbel legte in dem Buch „Die Gesichtspunkte und Aufgaben der Politik" die Resultate seines Lebens nieder. Als Kosmopolit und Föderalist interessierte er sich besonders für Österreich. Er hatte einst als Großdeutscher Anteil am Projekt des Frankfurter Fürstentags 1863. Der Staat galt ihm als Zweck an sich, nicht nur als Mittel. Die Anwendung des Darwinismus auf den Staat zeigte ihm nicht ein sozialistisches, sondern ein ständisches Ideal. Er betonte die Notwendigkeit einer nationalen und religiösen Kunst für den Staat. Die Religion muß das ganze Gebiet der Kunst beherrschen, so wie die Philosophie das ganze Gebiet der Wissenschaft; und wie alle Religion künstlerisch, so ist alle Kunst ihrer Natur nach religiös, sie mag wollen oder nicht.

Schäffle. R. Rocholl lieferte die eingehendste und umfassendste „Philosophie der Geschichte". Alb. Schäffle setzte sein Hauptwerk fort: „Bau und Leben des sozialen Körpers. Enzyklopädischer Entwurf einer realen Anatomie, Physiologie und Psychologie der menschlichen Gesellschaft, mit besonderer Rücksicht auf die Volkswirtschaft als sozialen Stoffwechsel. 2. Teil, das Gesetz der sozialen Entwicklung." Dieser lange Titel besagt bereits alles. In der kleinen Schrift „Quintessenz des Sozialismus" versuchte Schäffle aus den verstreuten Andeutungen das systematische Programm der Sozialdemokratie zusammenzustellen, nicht um es zu empfehlen, sondern im Gegenteil, um einerseits die Haltlosigkeit, die Zerfahrenheit zu zeigen, anderseits auch übertriebene Vorstellungen über den Radikalismus der Partei auf das richtige Maß zurückzuführen. Aus Mißverständnis wurde die Schrift auf Grund des Sozialistengesetzes verboten, aber bald wieder freigegeben. Die Schrift erschien zuerst 1874 anonym in den konservativen „Deutschen Blättern" (Gotha) und seitdem in vier Auflagen. Schäffle würdigt den Sozialismus als theoretisches ökonomisches System, zeigt aber seine Schwächen, die theoretische Unhaltbarkeit, die praktische Unausführbarkeit des Marxismus. Er bewies die Falschheit seiner allein auf der Arbeitszeit aufgebauten Wertlehre, wodurch alle Folgerungen zur Utopie werden. Es komme auch auf den Gebrauchswert, auf die Dringlichkeit des Bedarfs an. — Übersichten über die Philosophie der Sozialdemokratie gab Johannes Huber in der „Allgemeinen Zeitung" (29. März ff.).

G. Keller. Gottfried Keller fand sein eigentlichstes Schaffensgebiet in den „Züricher Novellen", die vom 13. Jahrhundert bis in die Gegenwart die Originalitäten einer abseits vom großen Weltleben liegenden Stadt schildern. — Arn. Luschin v. Ebengreuth beschrieb die seit dem Mittelalter bis auf Kaiser Josefs Zeit (1772) übliche „Windische (und ungarische) Wallfahrt an den Niederrhein" zu den Aachener, Kölner und Trierer Heiligtümern (Allg. Ztg., 26. Nov.). — Die Novelle „Homo sum" des Ägyptologen G. Ebers kam dem Zeitgeist durch Schilderung der Mönche in der ägyptischen Wüste entgegen. — Creizenach gab die „Geschichte des Volksschauspiels vom Dr. Faust". — Rud. Eucken wollte durch die „Geschichte und Kritik der Grundbegriffe der Gegenwart" die Philosophie vom Joch des Materialismus, Sensualismus, Pessimismus befreien. — Fr. Th. Vischer gab ein Vorwort zur Studie aus dem Nachlaß des Ministers L. v. Golther „Der moderne Pessimismus". — Seine bedeutendste Leistung gab Fr. Th. Vischer mit dem Roman „Auch Einer". — A. Hausrath behandelte „D. Fr. Strauß und die Theologie seiner Zeit". — Konst. Schlottmann schilderte „David Strauß als Romantiker des

Heidentums". — W. Hertz schrieb über „Die Nibelungensage". — K. Hilty gab „Berner Staatsgedanken" heraus und Vorlesungen über die „Helvetik". — W. Lauser schilderte seine Erlebnisse „Unter der Pariser Kommune", Graf Prokesch-Osten seine „Begegnung mit dem Herzog von Reichstadt". — J. A. Reinkens, der (alt-)katholische Bischof, gab ein Lebenszeichen seiner absterbenden Richtung in der Biographie von Amalie v. Lasaulx, einer „Bekennerin", die, Schwester des 1861 verstorbenen Professors der Philosophie, Oberin eines Hospitals, als Altkatholikin starb. — Eberhard Schrader, mein verehrter Lehrer, polemisierte in „Keilinschriften und Geschichtsforschung" gegen jene Historiker, die sich noch dieser Quelle verschlossen.

Viel Schönes brachte der zweite Band der Brentano-Biographie von Diel und Kreiten; so das Lied, das Brentano zum Corneliusfest 1835 widmete: „Peter Cornelius der edle Ritter wollt dem König wiedrum kriegen Stadt und Festung am Parnaß; er ließ schlagen die Perücken, riß die Zöpfe aus den Rücken, steckt den Krahnen in das Faß . . . König Ludwig, du kannst erheben alte Kunst zu neuem Leben, bleigetroffen liegt der Schein. Hoch Cornelius, der dich liebet, hoch der König, der ihn übet, Ludwig hoch, der Peter ward dein!" Der Band sollte zu des Dichters hundertjähriger Gedächtnisfeier seiner Geburt zurechtkommen; aber die Nation rührte sich wenig.

Sehr lehrreich sind die Artikel der „Historisch-politischen Blätter" über das politische Verhalten der Katholiken in Italien, über die Kulturkampfsmüdigkeit vom protestantischen Gesichtspunkt, Kaiser Wilhelms Entsetzen vor den Folgen der Glaubenslosigkeit und Kirchenfeindschaft; ferner von der Gegenwart und Zukunft der anglikanischen Kirche, dem Ritualismus. Von Johannes Janssens nachmittelalterlicher Geschichte des deutschen Volkes wird mit Recht gesagt: „daß es angesichts der die Nation und die Welt bewegenden neuen Fragen keine zeitgemäßere Lektüre gibt als das des Janssenschen Werkes", besonders in Beziehung auf das soziale Problem.

Wilhelm Jordans „Andachten" wollten eine Versöhnung der monistischen Weltanschauung mit dem Idealismus sein.

Die Damenmode folgte dem „Futteralgeschmack".

Wilhelm Jordan.

Der Ingenieur J. Popper in Wien wollte in seiner Schrift „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben" die soziale Frage durch folgenden Vorschlag lösen: „Wenn jedermann eine kleine Zeit seines Lebens dazu verhalten würde, eine bestimmte Arbeit öffentlich zu leisten, so wie man seiner Wehrpflicht genügt, so würde dies dazu führen, daß jedermann alle zum Leben notwendigen Dinge von Staats wegen unentgeltlich erhalten könnte: Nahrung, Wohnung, Kleidung, Heizung, ärztliche Hilfe, Unterricht."

Die erste Feuerbestattung in Gotha fand am 10. Dezember statt.

Italien. Viktor Emanuel †.

König Viktor Emanuel von Italien starb am 9. Januar sehr unerwartet. Er gab vor seinem Tode die Erklärung ab: „Ich sterbe als Katholik; ich hatte vor der Person Seiner Heiligkeit stets Hochachtung und Ehrfurcht, und ich bedaure aufrichtig, wenn irgendeine meiner Handlungen dem Heiligen Vater persönlich Schmerz bereitet haben sollte. Aber in allen meinen Handlungen habe ich stets das Bewußtsein gehabt, meine Pflichten als Bürger und Fürst zu erfüllen, und nichts gegen die Religion meiner Väter zu unternehmen." Nach Abgabe dieser Erklärung erschien

der Beichtvater des Papstes Marinelli im Quirinal als Überbringer des päpstlichen Segens und der Hostie, die der Almosenier des Königs Anzino dem Sterbenden reichen sollte. Durch den dem sterbenden König Viktor Emanuel gespendeten päpstlichen Segen war die über ihn wegen des Kirchenraubes ausgesprochene Exkommunikation nicht aufgehoben. Aber der Papst ließ Milderungen zu.

Der deutsche Kronprinz wurde vom Kaiser nach Rom zu den Leichenfeierlichkeiten geschickt, um zugleich der Freundschaft zum König und seinem Nachfolger Humbert demonstrativen Ausdruck zu geben. Er wurde infolgedessen mit Enthusiasmus von den Italienern empfangen. Auf diese Weise wurde die wegen der Exkommunikation mangelnde kirchliche Feier in etwa ersetzt. Bei dem pomphaften Leichenzug nach dem Pantheon am 17. Januar war der Klerus nur durch 13 Priester niederen Ranges vertreten. Die Kirchenglocken blieben stumm. Am 19. Januar leistete Humbert dem Parlament in Anwesenheit des ganzen Hofes, des deutschen und portugiesischen Kronprinzen, des Erzherzogs Rainer und des französischen Marschalls Canrobert den Eid auf die Verfassung. Nach seiner Rückkehr in den Quirinal sammelte sich vor demselben das Volk und akklamierte das Königspaar. Auch der deutsche Kronprinz trat, den jungen Erbprinzen auf dem Arm, auf den Balkon heraus zum großen Jubel der Volksmenge. Ich war in diesem Winter in Rom und Zeuge dieser Ereignisse, die als von weltgeschichtlicher Bedeutung angesehen wurden. Sie sollten die treueste Solidarität des deutschen Reiches mit dem italienischen Staat bekunden, besonders dem Vatikan gegenüber. Jener damals neunjährige Prinz Viktor Emanuel (III.), den der deutsche Kronprinz auf seinem Arme dem Volke zeigte, kam 1900 nach der Ermordung seines Vaters Humbert zum Throne, und machte sich durch die Perfidie gegen Österreich und das Deutsche Reich im Weltkrieg 1915 berüchtigt und reif für Dantes Hölle. Sein edler deutscher Schützer wurde 1888 durch sein kurzes tragisches Kaisertum ein Beispiel der Eitelkeit aller irdischen Erwartungen.

Humbert.

Der Kardinal-Staatssekretär Simeoni erneuerte am 17. Januar den Protest der Kirche gegen die „ruchlosen Unternehmungen, die von der piemontesischen Regierung gegen die zeitliche Herrschaft des Heiligen Stuhles gerichtet waren, ... weil nach dem Tode des Königs sein Sohn durch Annahme des Titels eines Königs von Italien den vollzogenen Raub gleichsam zu sanktionieren glaubte". Ein Rundschreiben an die auswärtigen Höfe reklamierte gegen den ungerechten Raub der „alten Domänen, die der Kirche von der Vorsehung zuerkannt waren, um die Unabhängigkeit der römischen Päpste, die volle Freiheit ihres apostolischen Amtes, den Frieden und die Ruhe der in der ganzen Welt verbreiteten Katholiken zu sichern".

Pius †.

Papst Pius IX. starb am 7. Februar ebenso unerwartet wie der König. Es erhob sich ein Zweifel, ob man das Konklave in Rom oder

anderswo, z. B. in Miramare oder Malta abhalten solle. Man entschied sich denn doch für Rom, ohne der Zukunft vorgreifen zu wollen. Von den 64 Kardinälen waren 36 Italiener, 10 Franzosen, 4 Spanier, 4 Österreicher, je 2 Reichsdeutsche und Engländer, je 1 Belgier, Portugiese, Irländer, Ungar, Kroate. Bereits am 20. Februar ging Kardinal Pecci aus der Wahl im Konklave mit der notwendigen Zweidrittelmajorität hervor und nahm den Namen Leo XIII. an. Er galt als der gemäßigten Leo XIII.
Richtung angehörig, war 68 Jahre alt, stammte aus einer ländlich-patrizischen Familie, war Nuntius in Brüssel, dann Erzbischof in Perugia gewesen. Wir haben schon von seinen ersten Regierungshandlungen gehört, besonders dem Deutschen Reich gegenüber.

Die „Historisch-politischen Blätter" schrieben über den Tod Pius des Neunten: „Mehr als dritthalbhundert Vorgänger hat er gehabt auf dem Stuhle des Apostelfürsten, und sie alle haben das Angesicht der Erde sich verändern sehen. Kaum hat aber einer unter ihnen auf einmal tiefere und rapidere Veränderungen in allen Beziehungen des Menschen- und Völkerlebens gesehen und erfahren als er. Unter ihm hat sich die altprophezeite Scheidung der Geister an die Sichtbarkeit gedrängt und in der fortschreitenden Verleugnung der christlichen Weltordnung ist er verlassen worden von der Hülfe und Mitwirkung aller irdischen Mächte. Papst und Kirche waren wieder auf sich allein gestellt, wie in den ersten Jahrhunderten des Christentums. Schon die persönliche Sympathie wurde Kaisern, Königen und Fürsten verargt; auf die politische Betätigung wären Krieg und Empörung als Strafe gesetzt worden . . . Die Trennung des Königs vom Papst ist der Idee der Monarchie nirgends wohl bekommen, und als der Papst seinen Fuß nicht mehr aus dem Vatikan setzte, da war der Untergang des europäischen Staatensystems bis zur äußersten Ostgrenze des Weltteils entschieden, und binnen wenigen Jahren wuchs die Bewegung zum sozialen Umsturz riesenhaft heran." — Allerdings bewährt das Schicksal des großen Papstes auch eine der wichtigsten Erfahrungen der Geschichte, daß nämlich Revolutionen niemals von unten, sondern nur von oben ausgehen. Man erinnerte sich der liberalen und nationalistischen Anfänge dieser päpstlichen Regierung. Darin liegt eine erschütternde Tragik. Nur so versteht man die Zusammenhänge, den hemmungslosen Gang der Revolution, aber auch den vom ganzen Pathos des eigenen Leides getragenen Syllabus. All das wird auch menschlich bedeutsam. Aus der Zeit vor 1848 stammte auch noch die unselige Zerklüftung der katholischen Parteien in Italien; diese suchten nach Kompromissen, wie z. B. beim Pater Curci. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Kirchenstaat nie zugrunde gegangen wäre, wenn nicht dessen gute Katholiken durch die geistigen Einflüsse des Liberalismus und Nationalismus die einzig richtige Orientierung verloren hätten.

Die italienische Heeresleitung erließ am 4. März eine Instruktion an das Militär in betreff der Ehrenbezeigungen für den Fall, daß der neue Papst sich öffentlich zeigen sollte. Aber im Vatikan wurde beschlossen, daß Leo sich als Gefangener betrachten und seinen Palast nicht verlassen werde. Die Thronbesteigung wurde allen Regierungen, mit Ausnahme der italienischen, förmlich angezeigt. König Humbert beglückwünschte dennoch den Papst aus freien Stücken und erhielt eine höfliche Antwort.

Außer dem Verhältnis zum Deutschen Reich (worüber wir schon berichtet haben) war das zu Rußland für die Kirche am wichtigsten. Papst Leo wandte sich daher am 4. März mit folgenden Worten an den Zaren: „Indem wir das Nichtmehrvorhandensein der gegenseitigen Beziehungen bedauern, wenden wir uns an E. Maj. großmütiges Herz, um Frieden und Ruhe für die Gewissen der katholischen russischen Untertanen zu erlangen. Diese werden dafür nicht verfehlen, ihrer Glaubenslehre folgend, sich mit der gewissenhaftesten Unterwerfung treu und ergeben gegen E. Maj. zu zeigen." Der Zar antwortete am 18. März: „Wir teilen den Wunsch nach guten Beziehungen. Religiöse Toleranz ist ein in Rußland durch politische Tradition und nationale Sitten geheiligtes Prinzip (?). Nicht von uns hing es ab, die Schwierigkeiten zu beseitigen, damit die römisch-katholische Kirche wie alle andern in unsern Reichen unter dem Schutze des Gesetzes existierenden Kirchen, ihren, den politischen Einflüssen gänzlich fremden Beruf für die Erbauung und Veredlung der Völker erfüllen könne. Euere Heiligkeit kann überzeugt sein, daß in diesen Grenzen jeder mit den Grundgesetzen des Staates, zu deren Aufrechterhaltung wir berufen sind, zu vereinbarende Schutz der Kirche gewährt werden wird, deren geistliches Haupt Sie sind, und daß wir mit voller Bereitwilligkeit alle Ihre Bestrebungen für das religiöse Wohl unserer römisch-katholischen Untertanen unterstützen werden." Aber die Unterhandlungen führten zu keinem Ergebnis und konnten mit Ende des Jahres als gescheitert betrachtet werden.

Die italienische Thronrede bei Eröffnung des Parlaments am 7. März beharrte auf Italiens staatlicher Einheit und kündete umfassende Reformen an. Sie rühmte die Freiheit, die man bei der Wahl des neuen Papstes walten ließ, sie sei ohne Störungen für die Ruhe des Staates, den Gewissensfrieden und die Unabhängigkeit des geistlichen Amtes vollzogen worden. Die Begeisterung über die Thronrede war aber gering. Die Insolvenzerklärung der Stadt Florenz (17. März) drückte sehr auf die Stimmung des ganzen Landes. Der Stadt war die Verlegung der Hauptstadt, zuerst von Turin nach Florenz, dann von Florenz nach Rom zum Unheil geworden. Aber auch Neapels Finanzen standen kaum besser. Das Ministerium wurde erneuert. Infolge des orientalischen Krieges war die Stimmung Rußland entschieden abgeneigt und daher wohlwollend gegen Österreich. Die Regierung duldete einen republikanischen Kongreß (30. April) zu Rom mit freier Debatte. 300 Vereine hatten Vertreter abgesendet. Die Regierung meinte, die Monarchie habe nichts zu fürchten, der Kongreß habe nur die Bedeutungslosigkeit der republikanischen Partei gezeigt, nur ein Publikum von höchstens 20 Personen habe sich zu den Verhandlungen eingefunden; die Freiheit sei die Stärke der Monarchie, das Versammlungsrecht müsse als absolutes Dogma aufrechterhalten werden.

Papst Leo erlaubte den italienischen Bischöfen, mit Erfüllung der staatlichen Forderungen sich den Besitz der weltlichen Einkünfte ihrer Bistümer zu verschaffen. Er erließ am 25. April seine erste Enzyklika, in der er, in die Fußstapfen seiner Vorgänger tretend, die Verurteilungen der mit der apostolischen Zensur belegten Irrtümer bestätigte und wiederholte. Damit war der Syllabus gemeint. Ferner drückte Leo die Hoffnung aus, die Menschheit, durch so viel Übel und Unheil ermahnt, werde

endlich in Gehorsam gegen das unfehlbare Lehramt des Apostolischen Stuhles ihr Heil suchen. Der Kirchenstaat müsse wiederhergestellt werden; zu dieser Forderung sei er nicht durch Ehrgeiz oder Herrschsucht angetrieben, sondern durch die Rücksicht auf Pflicht und eidliche Gewissensbande. So erneuerte er denn alle Proteste seines Vorgängers. Er beklagte das traurige Schauspiel des sittlichen Verfalls der Menschheit, eine Folge der gegen die Autorität der Kirche gerichteten Angriffe; in den meisten Ländern sei die göttliche Verfassung der Kirche durch feindselige Gesetze zerstört, die bischöfliche Macht werde verachtet, die religiösen Orden werden zerstreut, die Kirchengüter eingezogen, die Kirche wird aus der Leitung von Wohltätigkeits- und Unterrichtsanstalten verdrängt, es herrscht ungezügelte Freiheit in Wort und Schrift. Unfromme Gesetze achten das religiöse Band der Ehe für nichts und setzen es auf gleiche Stufe mit rein bürgerlichen Verträgen: das ist das „gesetzliche Konkubinat". — Im Mai wurde eine Schrift des ehemaligen Ministers Minghetti über das Verhältnis von Staat und Kirche auf den Index gesetzt. Proteste.

Bei den Wahlen zum römischen Provinziallandtag und zum Gemeinderat von Rom im Juni beteiligten sich zum erstenmal in größerer Anzahl die papsttreuen Katholiken. Man sah darin das unverkennbare Anwachsen einer klerikalen Strömung.

Das freundliche Verhältnis Italiens zu Österreich wurde durch irredentistische Regungen an der Nordgrenze vorübergehend gestört. An der Befestigung Roms wurde eifrig gearbeitet.

Bei einem Besuch von Neapel, 17. November, erfolgte ein Attentat auf den König; er und der Ministerpräsident kamen aber mit leichten Hautwunden davon. Bei der nun folgenden Loyalitätsdemonstration in Rom beteiligten sich auch die Päpstlichgesinnten, illuminierten und schmückten ihre Häuser, offenbar auf einen Wink vom Vatikan her.

England hatte außer der russischen Sorge noch andere im Inland und Ausland. Noch waren viele in die fenische Verschwörung verwickelte Soldaten eingekerkert; die Regierung hielt es aber wieder einmal für geboten, Milde walten zu lassen; vor allem wirkte die Hoffnung mit, daß die freigelassenen Fenier sich zur Armee anwerben lassen würden. Man wollte einen Überschuß von einer Million Pfund Sterling aus dem irischen Kirchenfonds der Verbesserung des mittleren Unterrichts in Irland zuwenden. England.

Als Meisterzug Beaconsfields wurde die Ernennung des Marquis von Lorne, des Schwiegersohnes der Königin, zum Generalgouverneur der vereinigten Kanadischen Provinzen angesehen. Es war dies der zweithöchste Kolonialposten nach dem Vizekönig von Indien. Die Kanadier sehnten sich gleich den Irländern seit vielen Jahren darnach, einen Prinzen des königlichen Hauses bei sich zu sehen. Nun erhielten sie die Königs- Kanada.

tochter als Spitze und Mittelpunkt ihrer Gesellschaft; es war eine Belohnung für ihre treue Anhänglichkeit an das Mutterland, für die freiwilligen Kriegsdienste, aber auch ein neuer Ausdruck der imperialistischen Reichspolitik, im Gegensatz zum früheren Ministerium, das das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Kolonien beinahe absichtlich geschwächt hatte. Es war der zweite Schritt nach dem „Kaisertum" Indien.

Afghanistan.

Sehr bedrohlich waren die Verhältnisse des britischen Indiens zu Afghanistan und dessen Emir Schir Ali. Dessen Land bildete bisher einen Grenzwall Indiens gegen die Ausbreitung der russischen Macht in Mittelasien. Nun wurden aber seine Beziehungen zu Indien zweideutig und das wirkte auch auf die innere Ruhe dieser großen Kolonie zurück. Sie bestand aus etwa 460 abhängigen Herrschaften mit vielen Millionen Einwohnern; Hindus, Buddhisten und Mohammedanern: Mahratten, Radschputen, Seiks, Gurkas, Malayen, Afghanen, Indochinesen. Sie waren stark bewaffnet, und ihre Loyalität stand nicht über jeden Zweifel erhaben. Russische Agenten hetzten Schir Ali gegen England auf und warben um ein Bündnis. Diesen Plänen trat eine englische Mission entgegen. Sie wurde aber in Kabul nicht angenommen; damit kam es zum Bruch am 21. September. Indessen kam Lord Loftus mit dem Fürsten Gortschakoff am 22. September in Baden-Baden zusammen. Gortschakoff erklärte, Rußland habe nichts Feindliches geplant, sei übrigens unabhängig und herrsche über 80 Millionen Untertanen, worauf Loftus erwiderte, die Königin von England habe mehr als 200 Millionen Untertanen. Gortschakoff entgegnete, diese seien zerstreut, Rußland bilde aber ein einheitliches Gebiet. Da sich Schir Ali aber doch als Anhänger Rußlands zeigte, rüstete England und stellte ein Ultimatum. Dies wurde abgelehnt. Rußland freilich zog sich zurück, als es Englands Ernst sah. Die englischen Truppen drangen vor, besetzten Dschellallabad und marschierten gegen Kandahar. — In aller Stille annektierte nebenbei England die Insel Sokotera, diese wichtige Station auf dem Wege nach Indien.

Eine Anzahl hochkirchlicher Geistlicher der Universität Oxford hielt am 14. Mai eine Versammlung ab, zur Anbahnung einer Wiedervereinigung der christlichen Kirchen.

Der Obelisk „Die Nadel der Kleopatra" kam von Alexandria nach London; ein Zeichen der politischen Lage.

Die Aufführung von Goldmarks Oper „Die Königin von Saba" wurde in London untersagt, da die Behörden Anstoß daran nahmen, daß biblische Gestalten auf der Bühne erschienen.

Frankreich.

In Frankreich befestigte Gambettas Agitation die Republik trotz der Gegenagitation reaktionärer Generale mit ihren Staatsstreichgelüsten. Dabei wurde mächtig gerüstet. Gambetta sagte am 27. Januar in einem demokratischen Verein: „Wir müssen dem Kinde die Schule, dem Manne die Arbeit, Frankreich den Frieden und dem Bürger die Freiheit verschaffen. Dies Ziel genügt einstweilen. Spätere Generationen sollen das Werk fortsetzen. Auch der Senat wird vor dem Willen Frankreichs kapitulieren müssen. Frankreich hat seinen Ruf herzustellen, es muß die gebildetste

und freieste Nation werden, infolgedessen auch die reichste." Etwa gleichzeitig sagte Engelmann, der Präsident des Generalrates der Seine: „Wir treten in eine neue Aera ein. Die Republik hat ihr Dasein sichergestellt; sie ist fortan unausrottbar; aber jetzt muß sie sich demokratische Grundlagen geben, den ererbten Klassen zu Hilfe kommen, in der Gesellschaft die Gerechtigkeit walten lassen. Die Ideen, die seit hundert Jahren ausgestreut worden sind, werden endlich siegen."

Neben der Politik trat der Sozialismus in den Hintergrund. Die Arbeiter schlossen sich zumeist dem Bürgertum an. Das bewies auch der Arbeiterkongreß in Lyon, 28. Januar.

Die Gesinnung des Marschall-Präsidenten Mac Mahon zeigte sich allerdings darin, daß er dem Trauergottesdienst für Viktor Emanuel fernblieb, aber bei dem für Pius IX. anwesend war. Cassagnac schalt, daß man den geplanten Staatsstreich vom 16. Mai 1877 nicht energischer durchgeführt habe (S. 61); man habe durch Unentschlossenheit die konservative Partei geopfert.

Die Regierung gestattete am 10. März einen Vortrag über die altkatholische Bewegung im Deutschen Reich, in der Schweiz und Österreich. Ganz nach preußischem Muster war der neue Entwurf zur Organisation des Generalstabs. Die Napoleonisten in Chislehurst versuchten mit der Demokratie in Wettbewerb zu treten; manche Bonapartisten bekehrten sich freilich auch zur Republik, und wurden dafür von Cassagnac beschimpft. Sehr eifrig waren die Bestrebungen auf dem Gebiete des Unterrichts.

Zur feierlichen Eröffnung der Weltausstellung am 1. Mai fanden sich auch der Prinz von Wales und Prinz Amadeo von Italien ein. Es war eine Huldigung und ein Triumph der Republik. Es folgte am 2. Mai die Eröffnung des internationalen Postkongresses. Die Initiative der deutschen Regierung (Stephan) wurde anerkannt; aber Frankreich, hieß es, wolle nicht länger zurückbleiben. Am 1. Juni wurde ein erweiterter Postvertrag zwischen fast allen größeren Staaten der Welt (29) geschlossen, eine Fortführung des Berner Vertrags von 1874; ein großer Fortschritt auf dem Gebiet des Weltverkehrs. Allerdings drangen nun auch in Frankreich die schutzzöllnerischen Strömungen durch. Neben der Weltausstellung wurden noch viele andere internationale Kongresse in Paris, im Trocaderopalast abgehalten. Die Regierung veranstaltete am 30. Juni ein großes Nationalfest, das in der Einweihung einer Statue der Republik gipfelte. „Die republikanische Partei ist die Nation selbst geworden", hieß es in der Festrede. Eine Voltairefeier am 30. Mai wurde durch eine Rede Viktor Hugos eingeweiht. Am 11. Juli feierte man die Einnahme der Bastille. Aber die Abhaltung eines internationalen Arbeiterkongresses wurde verboten. Weltausstellung.

An der internationalen Münzkonferenz am 10. August nahmen nicht alle Staaten teil. Der katholische Kongreß in Chartres, 9. September, beschäftigte

sich zumeist mit der sozialen Frage, die nur durch die Kirche gelöst werden könne, namentlich durch die Gesellenvereine.

Gambetta. Auf seiner politischen Rundreise (18. September) gestand Gambetta: „Die klerikale Frage, die Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, beherrscht alle andern Fragen und hält sie in der Schwebe. Dahin flüchtet, dort verschanzt sich der Geist der Vergangenheit. Ich muß auf die immer wachsende Gefahr hinweisen, mit welcher der ultramontane Geist die moderne Gesellschaft bedroht: der Geist des Vatikans, der Geist des Syllabus ... Wenn ich sehe, wie der Ultramontanismus allein dem Staate trotzt, in sein Gebiet übergreift, darf ich mit Recht sagen: die soziale Gefahr liegt da! Der klerikale Geist sucht sich überall einzuschleichen, in die Armee, in die Justiz; sooft das Glück des Vaterlandes sinkt, steigen die Aktien des Jesuitismus ... Ich spreche nicht von der weltlichen Geistlichkeit, die eher selbst bedrückt ist, als daß sie bedrückt, sondern von jenen Priestern, die kein Vaterland haben als auf dem letzten Hügel von Rom ...“ Diese Reden hatten eine lebhafte Polemik zur Folge, bei der freilich auch gutmeinende Staatskatholiken dem tapferen Bischof Freppel von Angers in den Arm fielen. In Bourges vereinigten sich am 10. Oktober katholische Rechtsverständige aus allen Teilen Frankreichs, Spaniens und Italiens, um sich über die Gefahren zu besprechen, die der Kirche drohten; auch Bischof Mermillod von Genf war anwesend.

Sonderbarerweise waren noch immer zahlreiche Prozesse gegen Teilnehmer der Kommune von 1871 in Schwebe. Noch im Oktober fanden deshalb neuerliche Verhaftungen statt. Man forderte aber endlich die Einstellung dieser zwecklos gewordenen Beunruhigungen.

Mac Mahon. Bei der Verteilung der Preise an die Aussteller der Weltausstellung (21. Oktober) sagte Mac Mahon: „Ich danke Gott, der dem Lande zu seinem Troste friedlichen Ruhm gegeben. So konnte Frankreich zeigen, wieviel sieben Jahre der Sammlung und Arbeit vermochten, um schreckliche Unfälle wieder gutzumachen ... Wir sind vorsichtiger und arbeitsamer geworden. Die Erinnerung an unser Unglück wird unter uns auch den Geist der Eintracht, die Liebe zum Vaterlande entwickeln.“

Die Neuwahlen stärkten die Sache der Republik. Auch Frankreich schien nun vor einem Kulturkampf zu stehen; doch waren es hier die Gemeinden, nicht der Staat, der den Kampf auf sich nahm. Vorsichtigerweise mahnte Gambetta immer wieder zur Mäßigung und Geduld. So konnte Waddington, der Minister des Auswärtigen, am 14. Dezember im Senat sagen: „Europa hat Vertrauen in uns.“ Allerdings hatte sich Frankreich der sprachverwandten Rumänen gegen Rußland nicht genügend annehmen können. Nur in einer Frage hatte es auf dem Berliner Kongreß etwas durchsetzen können, nämlich indem es für Griechenland

eine Gebietserweiterung erreichte. Aber auch sich selber vergaß es nicht: Tunis! (S. 97.)

Großes Aufsehen erregten die Enthüllungen des Prinzen Napoleon über die Absicht Beusts im Jahre 1870, sich mit Napoleon gegen Preußen zu verbinden; auch Italien sollte im Bunde der Dritte sein, damit Österreich gedeckt sei. Italien aber verlangte Rom, was Napoleon III. nicht zugestehen wollte. — Weitere Enthüllungen des Herzogs von Gramont, die zum Teil denen des Prinzen Napoleon widersprachen, beschuldigten den ungarischen „General" Türr, durch seine dilettantische Handlungsweise den Abschluß einer französisch-italienischen Allianz vereitelt zu haben. Türr entgegnete und stellte dar, Frankreich hätte trotz der Niederlagen der ersten Tage siegen können, wenn man die Truppen zurückzog und schnell mit Italien und Österreich die geplanten Bündnisse zu schließen suchte.

Courbet. Courbet, der realistische Maler, Anhänger der Kommune, Umstürzer der Vendomesäule, politisch und kritisch viel verfolgt, starb am 31. Dezember 1877 im Schweizer Exil; sein Grundsatz war, wie er schrieb: „Wissen, um zu können, war mein Gedanke. Imstande sein, Sitten, Ideen, den Anblick meiner Epoche nach meiner Beurteilung wiederzugeben, nicht bloß ein Maler, sondern ein Mensch sein; mit einem Wort: lebendige Kunst schaffen, das war mein Zweck." Er vermißte in Raffael einen „Grundgedanken", nannte die Kunst Tizians und Leonardos Betrügerei, bewunderte die Spanier, die Holländer und Holbein. Engel wollte er nicht malen, weil er nie einen gesehen; aber auch das Weib war ihm nur „Dirne oder Haushälterin"; in diesem Sinne hatte er Proudhon im Kreis der Seinen gemalt. Er nahm keine Auszeichnung von Napoleon an, wohl aber von König Max II. von Bayern.

Am 12. August erfolgte die 18. allgemeine Jahresversammlung der Alliance Israelite zu Paris. Die Gesellschaft zählte 20.000 Mitglieder und besaß einen Reservefonds von 116.000 Franken. Senator Cremieux, der Präsident der Alliance, pries die von den Juden im Orient endlich errungene Freiheit; gleiches wünsche er den russischen Juden. Die Alliance hatte eine Orientalische Schule gegründet, deren Zöglinge auch anwesend waren.

Spanien. Spanien mußte versuchen, den Aufstand auf Kuba durch Zugeständnisse zu beendigen. Castelar erklärte in den Cortes am 28. Februar, Gibraltar, in englischem Besitz, sei eine Wunde, an der Spanien fortwährend blute; es sei spanisch und müsse wieder spanisch werden. Eine Verschwörung in Sevilla zugunsten einer Föderal-Republik, und ein Attentat auf den König, das allerdings ohne Erfolg war, hatten die Ausweisung aller fremden Internationalisten zur Folge. Vergebens bemühte sich die Regierung, alle Mächte zu gemeinsamen Schritten gegen die Schweiz zu veranlassen als den Hauptherd aller revolutionären Komplotte.

Schweiz. Dem Schweizer Bundesrat zeigte Papst Leo XIII. seine Wahl und Thronbesteigung an und bedauerte bei dieser Gelegenheit, daß die freundlichen Beziehungen in den letzten Jahren unterbrochen worden seien; der Zustand der katholischen Religion in der Schweiz sei beklagenswert;

eine Abstellung dieser Übelstände sei von der Gerechtigkeit des Schweizer Volkes zu hoffen. — Der Bundesrat antwortete am 5. April mit der Bemerkung: „daß die katholische Religion wie alle anderen Glaubensbekenntnisse einer Freiheit genießt, welche durch die Bundesverfassung gewährleistet und nur durch den Vorbehalt beschränkt ist, daß die kirchlichen Behörden weder in die Rechte und Befugnisse des Staates noch in die Rechte und Freiheiten der Bürger übergreifen dürfen". Indessen versprach der Bundesrat, sich um das gute Einvernehmen zu bemühen.

Zu Aarau trat am 25. Juni eine christkatholische (altkatholische) Synode zusammen. Die Oktoberwahlen brachten den Konservativen und „Ultramontanen" eine Verstärkung im Nationalrat, aber doch nur eine Drittelminorität. Darum konnte der Bundesrat im Dezember die Beschwerden der katholischen Kantonsregierungen abweisen, ebenso das Verlangen der Wiederherstellung der päpstlichen Nunziatur. Allerdings sah man sich genötigt, aus Rücksicht gegen das Ausland, die Anarchisten, Kommunisten, Internationalen und andere politische Flüchtlinge nicht gar zu frei schalten zu lassen.

Belgien. In der belgischen Kammer wurde die Sprachenfrage wieder aufgenommen. Die Landeseinwohner, denen die offizielle französische Sprache der Regierung eine fremde war, waren ja bedeutend in der Mehrheit. Die Reorganisation der Armee war eine Hauptsorge der Regierung; der Kriegsminister sagte: „Ich weiß nicht, was die Zukunft unserer Armee bestimmt; der Heldenmut unserer Väter lehrt uns aber, unsere Grenzen zu verteidigen. Trachten wir in unseren Zeiten des Verfalls, uns als ein mannhaftes Volk zu zeigen; denn für eine entehrte Nation gibt es kein Erwachen mehr." Zu Brüssel starb der Dichter Frans de Cort, Vorkämpfer der flämischen Bewegung. — In die Reihe der historisch „echten" Nachahmungen gehörten auch die Bilder des Belgiers Alma Tadema mit ihren antiken Stoffen.

Dänemark. In Dänemark war man nicht ohne Furcht, Deutschland wolle sich zum Herrscher über das Land machen. Anderseits befürwortete man eine Allianz mit dem Deutschen Reich. In Berlin betrachtete man freilich sehr mißtrauisch die Vermählung der dänischen Prinzessin Thyra mit dem Prätendenten von Hannover, dem Herzog von Cumberland. Beim Hochzeitsfest erschien auch eine Deputation der Welfenpartei aus Hannover am dänischen Hof.

Amerika. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten noch nicht die Barzahlungen aufgenommen. Die Einführung der Silberwährung sollte dem Mißstand zum Teil abhelfen. Die öffentliche Meinung war durch sozialistische Umtriebe, durch die starke Chineseneinwanderung und die großartigen Wahlfälschungen beunruhigt.

Der Amerikaner Thomas A. Edison machte sich durch seine Entdeckungen und Erfindungen berühmt: Phonograph, Telephon, Mikrotasimeter, Megaphon, Aerophon. Der 31jährige hatte bereits 160 Patente angemeldet.

Auf der Pariser Weltausstellung erregte der Kopf der kolossalen Freiheitsstatue für den Hafen von Neuyork großes Aufsehen.

Der Zweibund 1879—1881.

Das Jahr 1879.

Bismarcks Entscheidungswahl zwischen Rußland und Österreich. Die nordschleswigsche Frage und der Prager Frieden. Besuche in Gastein und in Alexandrowo. Bismarck in Wien. Erinnerungen an das Römisch-deutsche Reich und den Deutschen Bund. Zusammenhang des Zweibunds mit der konfessionellen und wirtschaftlichen Frage. Umkehr der ganzen Bismarckschen Politik. Falks Entlassung. Antisemitismus. Schutzzoll. Wucherfrage. Manteuffel in Elsaß-Lothringen. Wagner und Liszt. Minister Taaffe. Haymerle an Andrassys Stelle. Die Tschechen im Reichsrat. Rechtsverwahrung und Memorandum. Österreich in Nowibazar. Makarts Festzug. Parnell. Mac Mahons Abdankung; Grevy. Tod des kaiserlichen Prinzen. Renan über Deutschland. Harmel. Enzyklika über die Philosophie des hl. Thomas. Nihilismus in Rußland. Alexander von Bulgarien. Bischof Gobat von Jerusalem. Die Westmächte in Ägypten.

Über die Geschichte des im Jahre 1879 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich abgeschlossenen Zweibunds, der 1882 durch den Beitritt Italiens zum Dreibund wurde, äußert sich Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" also: „Der Dreibund, den ich ursprünglich nach dem Frankfurter Frieden zu erreichen suchte und über den ich schon im September 1870 von Meaux aus in Wien und Petersburg sondiert hatte, war ein Bund der drei Kaiser mit dem Hintergedanken des Beitritts des monarchischen Italiens und gerichtet auf den, wie ich befürchtete, in irgendeiner Form bevorstehenden Kampf zwischen den beiden europäischen Richtungen, die Napoleon (I.) die republikanische und die kosakische genannt hat und die ich nach heutigen Begriffen bezeichnen möchte einerseits als das System der Ordnung auf monarchischer Grundlage, andrerseits als die soziale Republik, auf deren Niveau die antimonarchische Entwicklung langsam oder sprungweise hinabzusinken pflegt, bis die Unerträglichkeit der dadurch geschaffenen Zustände die enttäuschte Bevölkerung für gewaltsame Rückkehr zu monarchischen Institutionen in Cäsarischer Form empfänglich macht. Diesem circulus vitiosus zu entgehn, oder das Eintreten in ihn der gegenwärtigen Generation oder ihren Kindern womöglich zu ersparen, halte ich für eine Aufgabe, die den noch

Zweibund.

Bismarck.

lebenskräftigen Monarchien näher liegen sollte als die Rivalität um den Einfluß auf die nationalen Fragmente, welche die Balkanhalbinsel bevölkern. Wenn die monarchischen Regierungen für das Bedürfnis des Zusammenhaltens im Interesse staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung kein Verständnis haben, sondern sich chauvinistischen Regungen ihrer Untertanen dienstbar machen, so befürchte ich, daß die internationalen revolutionären und sozialen Kämpfe, die auszufechten sein werden, um so gefährlicher und für den Sieg der monarchischen Ordnung schwieriger sich gestalten werden. Ich habe die nächstliegende Assekuranz gegen diese Kämpfe seit 1871 in dem Dreikaiserbunde und in dem Bestreben gesucht, dem monarchischen Prinzipe in Italien eine feste Anlehnung an diesen Bund zu gewähren. Ich war nicht ohne Hoffnung auf einen dauernden Erfolg, als im September 1872 die Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin, demnächst die Besuche meines Kaisers in Petersburg im Mai, des Königs von Italien in Berlin im September, des deutschen Kaisers in Wien im Oktober des folgenden Jahres stattfanden. Die erste Trübung dieser Hoffnung wurde 1875 verursacht durch die Hetzereien des Fürsten Gortschakow, der die Lüge verbreitete, daß wir Frankreich, bevor es sich von seinen Wunden erholt hätte, zu überfallen beabsichtigten."

Darüber ergeht sich Bismarck noch in folgenden Darlegungen: „Ich bin zur Zeit der Luxemburger Frage (1867) ein grundsätzlicher Gegner von Präventivkriegen gewesen, d. h. von Angriffskriegen, die wir nur deshalb führen würden, weil wir vermuteten, daß wir sie später mit dem besser gerüsteten Feinde zu bestehen haben würden. Daß wir 1875 Frankreich besiegt haben würden, war nach der Ansicht unserer Militärs wahrscheinlich; aber nicht so wahrscheinlich war es, daß die übrigen Mächte neutral geblieben sein würden. Wenn schon in den letzten Monaten vor den Versailler Verhandlungen die Gefahr europäischer Einmischung mich täglich beängstigte, so würde die scheinbare Gehässigkeit eines Angriffs, den wir unternommen hätten, nur um Frankreich nicht wieder zu Atem kommen zu lassen, einen willkommnen Vorwand zunächst für englische Humanitätsphrasen geboten haben, dann aber auch für Rußland, um aus der Politik der persönlichen Freundschaft der beiden Kaiser einen Übergang zu der des kühlen russischen Staatsinteresses zu finden, das 1814 und 1815 bei Absteckung des französischen Gebiets maßgebend gewesen war. Daß es für die russische Politik eine Grenze gibt, über die hinaus das Gewicht Frankreichs in Europa nicht vermindert werden darf, ist erklärlich. Dieselbe war, wie ich glaube, mit dem Frankfurter Frieden erreicht, und diese Tatsache war vielleicht 1870 und 1871 in Petersburg noch nicht in dem Maße zum Bewußtsein gekommen, wie fünf Jahre später. Ich glaube kaum, daß das russische Kabinett während unsres Krieges deutlich vorausgesehen hat, daß es nach demselben ein so starkes und konsolidiertes Deutschland zum Nachbar haben würde. Im Jahre 1875 nahm ich an, daß an der Newa schon einige Zweifel darüber herrschten, ob es richtig gewesen sei, die Dinge so weit kommen zu lassen, ohne in die Entwicklung einzugreifen. Die aufrichtige Freundschaft und Verehrung Alex-

anders II. für seinen Oheim (Wilhelm) deckten das Unbehagen, das die amtlichen Kreise bereits empfanden. Hätten wir damals den Krieg erneuern wollen, nur um das kranke Frankreich nicht genesen zu lassen, so würde unzweifelhaft nach einigen mißlungenen Konferenzen zur Verhütung des Krieges unsre Kriegführung sich in Frankreich in der Lage befunden haben, die ich in Versailles bei der Verschleppung der Belagerung befürchtet hatte. Die Beendigung des Krieges würde nicht durch einen Friedensschluß unter vier Augen, sondern in einem Kongresse zustande gekommen sein, wie 1814 unter Zuziehung des besiegten Frankreich und vielleicht bei der Mißgunst, der wir ausgesetzt waren, ebenso wie damals unter Leitung eines neuen Talleyrand. — Ich hatte schon in Versailles befürchtet, daß die Beteiligung Frankreichs an den Londoner Konferenzen über die das Schwarze Meer betreffenden Klauseln des Pariser Friedens (1856) dazu benutzt werden könnte, um mit der Dreistigkeit, die Talleyrand in Wien (1815) bewiesen hatte, die deutsch-französische Frage als Pfropfreis auf die programmatischen Erörterungen zu setzen. Aus dem Grunde habe ich, trotz vielseitiger Befürwortung, die Beteiligung Favres an jener Konferenz verhindert. Ob Frankreich 1875 unserm Anfalle gegenüber so schwach gewesen sein würde, wie unsre Militärs annahmen, erscheint fraglich . . . und wir hätten die russische Macht vielleicht feindlich hinter uns gehabt . . . Auf diese Episode folgten die Bestrebungen des russischen Reichskanzlers, unsre Beziehungen zum Kaiser Alexander zu trüben, unter anderm dadurch, daß er . . . die Ablehnung des Versprechens der Neutralität für den Fall eines russisch-östreichischen Krieges von mir erpreßte. Daß das russische Kabinett sich alsdann direkt und im geheimen an das Wiener wandte, bezeichnet wiederum eine Phase der Gortschakowschen Politik, die meinem Streben nach einem monarchisch-konservativen Dreibunde nicht günstig war." Und weiter: „Wenn ein geheimer Vertrag von Reichstadt (1876) ohne unser Wissen möglich war, so war auch die alte Kaunitzsche Koalition von Frankreich, Östreich, Rußland nicht unmöglich . . . in Anlehnung sei es an Frankreich . . . sei es an Rußland", um die „deutsche Hegemonie" wieder zu erstreben. Eine Unterstützung durch England schien sehr zweifelhaft. „In dieser Situation lag die Aufforderung zu dem Versuch, die Möglichkeit der antideutschen Koalition durch vertragsmäßige Sicherstellung der Beziehungen zu wenigstens einer der Großmächte einzuschränken. Die Wahl konnte nur zwischen Östreich und Rußland stehn, da die englische Verfassung Bündnisse von gesicherter Dauer nicht zuläßt und die Verbindung mit Italien allein ein hinreichendes Gegengewicht gegen eine Koalition der drei übrigen Großmächte nicht gewährte." — „Für materiell stärker hielt ich die Verbindung mit Rußland. Sie hatte mir früher auch als sichrer gegolten, weil ich die traditionelle dynastische Freundschaft, die Gemeinsamkeit des monarchischen Erhaltungstriebes und die Abwesenheit aller eingebornen Gegensätze in der Politik für sichrer hielt als die wandelbaren Eindrücke der öffentlichen Meinung in der ungarischen, slawischen und katholischen Bevölkerung der habsburgischen Monarchie." Leider ist „in kritischen Zeiten das Selbstvertrauen des ungarischen Husaren und Advokaten stärker als die politische Berechnung und Selbstbeherrschung". „Zu den Bedenken über die zukünftigen östreichisch-deutschen Beziehungen kam der Mangel an Augenmaß für politische Möglichkeiten, infolgedessen das deutsche Element in Östreich die Fühlung mit der Dynastie und die Leitung verloren hat, die

ihm in der geschichtlichen Entwicklung zugefallen war.[1]) Zu Sorgen für die Zukunft eines östreichisch-deutschen Bundes gab ferner die konfessionelle Frage Anlaß, die Erinnerung an den Einfluß der Beichtväter der kaiserlichen Familie, die Möglichkeit der Herstellung französischer Beziehungen auf katholisierender Grundlage, sobald in Frankreich eine entsprechende Wandlung der Form und der Prinzipien der Staatsleitung eingetreten wäre."[2]) — „Dazu kam endlich die polnische Seite der östreichischen Politik . . . Galizien ist der östreichischen Monarchie lockrer angefügt als Posen und Westpreußen der preußischen. Die östreichische, gegen Osten offne Provinz ist außerhalb der Grenzmauer der Karpathen künstlich angeklebt, und Östreich könnte ohne sie ebenso gut bestehen, wenn es für die fünf oder sechs Millionen Polen und Ruthenen einen Ersatz innerhalb des Donaubeckens fände. Pläne der Art in Gestalt eines Eintausches rumänischer und südslawischer Bevölkerungen gegen Galizien, unter Herstellung Polens mit einem Erzherzog an der Spitze, sind während des Krimkrieges und 1863 erwogen worden. Die alten preußischen Provinzen aber sind von Posen und Westpreußen durch keine natürliche Grenze getrennt, und der Verzicht auf sie wäre unausführbar. Die Frage der Zukunft Polens ist deshalb unter den Vorbedingungen eines deutsch-östreichischen Kriegsbündnisses eine besonders schwierige."

Man ersieht aus all dem, daß sich Bismarck nur sehr widerstrebend zum Bunde mit dem von ihm so schwer beleidigten und geschädigten Österreich entschloß, denn er gestand ja damit die Fehlerhaftigkeit seiner ganzen früheren Politik ein; er mußte sich dazu herbeilassen, all das notdürftig wieder zu restaurieren, was er selber so rücksichtslos zerstört hatte.

Die Notwendigkeit, seine Zuflucht zu Österreich zu nehmen und an die Verhältnisse vor 1866 anzuknüpfen, zeigte sich schon in der sonst unlösbaren nordschleswigschen Frage. Preußen hatte durch den Prager Frieden 1866 ganz Schleswig-Holstein erworben, das seit 1864 in gemeinsamem Besitz beider deutscher Vormächte war. Es hatte aber Schleswig nur mit der Bedingung erworben, daß die nördlichen, dänischredenden Distrikte Schleswigs unter bestimmten Modalitäten an Dänemark zurückgegeben werden sollten. Dieser Artikel 5 des Prager Friedens hatte seitdem immer die Gemüter nicht nur in Schleswig, sondern in ganz Europa beunruhigt. Den Dänen gegenüber hatte Bismarck immer wieder darauf hingewiesen, daß nicht sie, sondern daß lediglich Österreich das Recht habe, die Ausführung dieses Artikels zu verlangen. Damit lag allerdings in Österreichs Hand eine unter Umständen für das Deutsche Reich und für den europäischen Frieden sehr gefährliche Waffe. „Bei jeder in Europa aufsteigenden Verwicklung wiesen die Gegner des Deutschen Reichs auf die nordschleswigsche Frage als auf einen schwachen Punkt der deutschen Politik hin."

Nordschleswig

---

[1]) Allerdings hatte Bismarck diese Wirkungen 1866 im Bunde mit dem welschen Ausland erreicht.

[2]) Aus der gleichen unglaublichen Verkennung des wirklichen Sachverhalts war der die ganze deutsche Politik lähmende Fehler des Kulturkampfs zu erklären.

Preußen war nicht gewillt, den Artikel auszuführen; Österreich drängte nicht darauf hin und benützte nicht die Gelegenheit, dem Nachbarreiche Schwierigkeiten zu bereiten. So kam es denn endlich zu einer zwischen beiden Reichen förmlich vereinbarten Aufhebung jenes Artikels. Der Vertrag darüber war vom 11. Oktober 1878 zu Wien datiert; er wurde am 4. Februar 1879 publiziert.

Die offiziöse „Provinzialkorrespondenz" schrieb darüber: „Abgesehen von der großen Wichtigkeit der Sache selbst, in ihren Beziehungen nach manchen anderen Seiten, ist der Abschluß des Vertrages in der Tat ein vollgültiger und bedeutsamer Beweis des Wunsches S. Maj. des Kaisers von Österreich, die zwischen den beiden Mächten bestehenden freundschaftlichen Bande noch enger zu schließen (wie es im Text des Vertrages heißt), und wird in solchem Sinne auch vom deutschen Volk dankbar gewürdigt werden." — Jener Artikel 5 war nur auf Wunsch Napoleons in den Friedensvertrag eingeschaltet worden und konnte während seiner Herrschaft nicht beseitigt werden. Österreich sah die Erledigung der Sache als Gegengefälligkeit für die Haltung Bismarcks beim Berliner Kongreß an. Es war die Erkenntlichkeit Andrassys für Bosnien. In Berlin erfolgte die Veröffentlichung erst nach vertraulichen Verhandlungen mit Dänemark und Rußland. In Berlin sagte man freilich auch, nun erst sei Österreich ganz und gar aus den deutschen Verhältnissen herausgeschieden: „beide Köpfe seines Doppeladlers blicken dem wiederholt gegebenen Rate Bismarcks gemäß stetiger als je gegen Osten". Mit Befriedigung nahm auch die Thronrede bei Eröffnung des deutschen Reichstags Kenntnis von dieser erfreulichen Vereinbarung, die „den gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche entsprechend" sei.

Bismarck wurde nicht nur durch das freundliche, loyale, rückhaltlose Entgegenkommen Österreichs, sondern auch durch die verdächtige Haltung Rußlands immer entschiedener auf die rechte Seite gedrängt. Die Gortschakoffsche Politik mußte sich doch endlich auch dem loyalsten Auge als bedenklich darstellen. Ein Artikel in dem „Grenzboten" zeigte Anfang März, wie Gortschakoffs Ziel das Zusammengehen mit Frankreich gegen das Deutsche Reich sei. Auffallend waren die haßvollen Artikel russischer Zeitungen, die offenbar von der Regierung inspiriert waren. Über die Aufhebung des Artikels 5 des Prager Friedens war man in Rußland sehr verstimmt. Man fühlte sich dort durch alles gedemütigt, man behauptete, der Orientkrieg sei das Ergebnis schändlicher Verschwörung fremder Mächte gewesen, um das Zarenreich durch seine eigenen Erfolge zu schwächen und es finanziell und militärisch zu ruinieren. Sehr auffallend war es, daß der Zar im Juni seinen bereits angekündigten Besuch in Berlin zur goldenen Hochzeit des Kaiserpaars wieder absagte. Die Spannung wurde im Juli noch stärker. Die russische Regierung ließ der Presse volle Freiheit in ihrer Gehässigkeit gegen das Deutsche Reich, wogegen die Annäherung Rußlands an Frankreich immer deutlicher wurde.

Rußland.

Es folgte nun am 9. August der Besuch des österreichischen Kaisers bei dem zur Kur in Gastein weilenden Deutschen Kaiser. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wies am 12. August die russischen Preßangriffe sehr bestimmt zurück und zeigte, daß Rußland das, was es durch den Berliner Frieden erlangt habe, wesentlich nur Deutschland verdanke. Aber dieser Versuch, Vernunft zu predigen, blieb völlig erfolglos. Als Graf Andrassy
Gastein. am 28. August Bismarck auch in Gastein aufsuchte, sandte Kaiser Wilhelm den Feldmarschall Manteuffel mit großem militärischen Gefolge nach
Warschau. Warschau, um den Zaren dort zu begrüßen und womöglich die bestehende Spannung durch einen entgegenkommenden Akt zu lösen: wieder vergeblich. Da tat Kaiser Wilhelm noch einen weiteren Schritt; er besuchte selbst
Alexandrowo. am 3. September den Zaren in Alexandrowo. Dies allzu hingebende Entgegenkommen des greisen Kaisers gegen den viel jüngeren Zaren erregte im Deutschen Reich peinliches Aufsehen. Die Monarchenzusammenkunft schien aber bloß deshalb erfolgt zu sein, weil deren Unterbleiben unter den bestehenden Verhältnissen noch peinlicher erschienen wäre. Gleich darauf (16. Sept.) bot sich Fürst Gortschakoff in Baden-Baden in einem Gespräch mit einem Pariser Redaktor geradezu den Franzosen zu einem Bündnis an. Freilich war die öffentliche Meinung in Frankreich für den Augenblick nicht geneigt, auf diese Idee einzugehen. Darüber konnte auch der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, Bismarck bei einem Besuch in Gastein berichten.

Die Zusammenkunft in Alexandrowo änderte auch auf die Dauer nichts an der gehässigen Haltung der russischen Presse. Als die Annäherung des Deutschen Reiches an Österreich immer deutlicher wurde, wandte sich der russische Haß zumeist gegen „die konvulsivische Politik Bismarcks, der Europa immerfort in einem fieberhaften Zustand erhalte . . . Die gegenwärtige politische Lage in Europa (schrieb die ‚Molwa' am 18. Sept.) kann nicht lange andauern. Ein Deutschland, das sich infolge seiner eingebildeten Macht von Tag zu Tag mehr ruiniert, und ein Frankreich, das von Tag zu Tag wieder kräftiger wird und trotzdem gezwungen ist, täglich Augenzeuge zu sein, wie die von ihm abgerissenen Provinzen zusehends germanisiert werden: eine solche Lage der Dinge ist unnatürlich. Der Revanchekrieg wird unausbleiblich stattfinden. Rußland kann den ruhigen Zuschauer machen und denjenigen von beiden Teilen durch seinen Einfluß unterstützen und kräftigen, dessen Unterstützung seinen Interessen entspricht." Von Österreich, das sich dem Deutschen Reich anschloß, hieß es in der „Nowoje Wremja", es sei nichts anderes als eine zweite europäische Türkei, dazu herangereift, das Schicksal der Türkei zu teilen.

Zu intimeren Besprechungen mit Kaiser Franz Josef begab sich
Wien. Bismarck von Gastein am 20. September nach Wien. Der Wortlaut der Abmachungen blieb noch geheim, doch war über die Sache kein Zweifel; sie wurde überall als feste Tatsache besprochen. Das Schutzbündnis der beiden Mittelreiche wurde beiderseits mit großer Befriedigung aufgenommen.

Es war nun wieder wie vor 1866 eine gewaltige Zentralmacht gebildet zur Wahrung des europäischen Friedens, wie von 1815 bis 1866. Ein Krieg gegen Rußland war vorläufig nicht zu erwarten, da Rußland ganz isoliert dastand. Frankreich hatte ihm noch nicht die Hand zu bieten gewagt. England war ihm feindlicher als je und äußerte sehr schadenfroh seine Befriedigung über den neuen Bund, der Rußland auch in Zentralasien völlig lahmlegen mußte.

Es war freilich nicht sehr schmeichelhaft für Österreich, daß es hieß, der Deutsche Kaiser habe das Bündnis vom 7. Oktober nur mit schwerem Herzen unterzeichnet. Aber wir wissen, wie sehr er und Bismarck an der traditionellen Russenfreundschaft hingen. Aus dem militärischen Bunde schien sich schon auch ein ökonomischer Bund zu knüpfen, wenigstens ein neuer Zoll- und Handelsvertrag; freilich noch immer nicht ein völliger Zollbund, zu dem auch der Beitritt der unteren Donaustaaten, Serbien, Bulgarien, Rumänien, geplant war. Das war die Idee Andrassys. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" besprach sogar den Plan des französischen Nationalökonomen Molinari, der einen Zollbund zwischen Österreich, Deutschland und Frankreich empfahl. Die Hauptschwierigkeit für einen Österreichisch-deutschen Zollverein war das Tabakmonopol in Österreich und die Eisenindustrie. Immerhin waren beide Bundesreiche von einer schweren Gefahr befreit. Der Alp, der seit 1866 auf Mitteleuropa gelegen, war geschwunden. Der Vorsicht wegen wurde die deutsche Ostseeküste in ihrer Verteidigung verstärkt, man wandte dem Bau strategisch wichtiger Küstenbahnen, der Befestigung der Häfen größte Aufmerksamkeit zu.

Die Einigkeit der beiden Mittelmächte wirkte dämpfend auf die panslawistischen Hetzereien Rußlands. Der Großfürst Thronfolger besuchte Wien und Berlin, um den Ruf seiner antideutschen Gesinnung abzuschwächen. Auch der russische Staatskanzler sprach in Berlin vor (30. Nov.); Bismarck blieb aber ruhig in Varzin. Dort suchte ihn [illegible] 13. Dezember Graf Schuwaloff auf, der bisherige russische Gesandte in London.

Bismarck erzählt in seinen Erinnerungen, daß ihn hauptsächlich ein drohendes Handschreiben des Zaren zur Änderung seiner Politik bewogen habe, das wie ein Ultimatum klang (2, 219). Das war vor der Zusammenkunft in Alexandrowo; es war offenbar Gortschakoffs Einfluß darin zu finden. Anderseits beugte sich Bismarck eingestandenermaßen der Einsicht, daß ein Bündnis mit Österreich bei allen reichsdeutschen Parteien populär war (2, 236). „Der konservative Nimbus des östreichischen Namens überwog bei den meisten Mitgliedern der konservativen Fraktion ... Noch näher lagen die Erwägungen, welche den Katholiken den Bund mit der vorwiegend katholischen Großmacht als nützlich erscheinen ließen. Der nationalliberalen Partei war ein vertragsmäßig verbrieftes Bündnis des neuen Deutschen Reiches mit Östreich ein Weg, auf dem man der Lösung der 1848er Zirkelquadratur näherkam, ohne an den Schwierigkeiten zu scheitern, die einer unitarischen Verbindung ... entgegenstanden ... Auch die Traditionen des Völkerrechts waren von den Zeiten des Römischen Reiches

Tradition.

Deutscher Nation und des Deutschen Bundes her theoretisch darauf zugeschnitten, daß zwischen dem gesamten Deutschland und der habsburgischen Monarchie eine staatsrechtliche Verbindung bestand, durch welche diese mitteleuropäischen Ländermassen theoretisch zum gegenseitigen Beistande verpflichtet erschienen ... Man konnte Europa und namentlich Rußland gegenüber mit Recht geltend machen, daß ein dauernder Bund zwischen Östreich und dem heutigen Deutschen Reiche völkerrechtlich nichts neues sei. Diese Fragen standen jedoch für mich in zweiter Linie ... Mir erschienen die Gründe, die in der politischen Situation uns auf ein östreichisches Bündnis hinwiesen, so zwingender Natur, daß ich nach einem solchen auch gegen den Widerstand unsrer öffentlichen Meinung gestrebt haben würde." — „Als Kaiser Wilhelm sich nach Alexandrowo begab (3. Sept.), hatte ich schon in Gastein eine Begegnung mit dem Grafen Andrassy eingeleitet (27. und 28. Aug.). Nachdem ich ihm die Lage dargelegt hatte, zog er daraus die Folgerung: Gegen ein russisch-französisches Bündnis ist der natürliche Gegenzug ein östreichisch-deutsches ... Wir kamen leicht zu einer Verständigung über ein defensives Bündnis gegen einen russischen Angriff auf einen von beiden Teilen, dagegen fand mein Vorschlag, das Bündnis auch auf andere als russische Angriffe auszudehnen, bei dem Grafen keinen Anklang."

Bayern. Bismarck hielt es nötig, auch den König von Bayern am 10. September noch von Gastein aus über den so wichtigen Wandel seiner Politik zu informieren. Er schilderte ihm die russische Gefahr als um so größer, da die Bewegungspartei Rußland nur deshalb in schwere Kriege zu verwickeln suchte, um einen Umsturz im Innern Rußlands zu ermöglichen. „In dieser Lage hat nun Rußland in den letzten Wochen an uns Forderungen gestellt, welche darauf hinausgehn, daß wir definitiv zwischen Rußland und Östreich optieren sollen, indem wir die deutschen Mitglieder der orientalischen Kommissionen anwiesen, in den zweifelhaften Fragen mit Rußland zu stimmen, während die richtige Auslegung der Kongreßbeschlüsse auf Seiten der durch Östreich, England, und Frankreich gebildeten Majorität ist, und Deutschland deshalb mit dieser gestimmt hat, so daß Rußland teils mit, teils ohne Italien allein die Minorität bildet. Obschon diese Fragen ... unbedeutende sind, so war das russische Verlangen wiederholt von unzweideutigen Drohungen begleitet ... Ich würde es für eine wesentliche Garantie des europäischen Friedens und der Sicherheit Deutschlands halten, wenn das Deutsche Reich auf eine solche Abmachung mit Östreich einginge, welche zum Zweck hätte ... einander beizustehn ... Das Deutsche Reich im Bunde mit Östreich würde der Anlehnung Englands nicht entbehren und den Frieden Europas mit zwei Millionen Streitern verbürgen. Der rein defensive Charakter dieser Anlehnung könnte für niemand etwas Herausforderndes haben, da dieselbe gegenseitige Assekuranz beider in dem deutschen Bundesverhältnis von 1815 schon 50 Jahre völkerrechtlich bestanden hat" (bis 1866). — „Unterbleibt jedes Abkommen derart, so wird man es Östreich nicht verargen können, wenn es bei Frankreich oder Rußland Fühlung sucht. Träte der letztere

Fall ein, so wäre Deutschland der gänzlichen Isolierung ausgesetzt . . . Zwingt uns Rußland zu optieren, so glaube ich, daß Östreich die konservative und friedliebende Richtung für uns anzeigen würde, Rußland aber eine unsichere . . ." König Ludwig antwortete: „Unter allen Umständen dürfen Ihre Bestrebungen für einen engen Anschluß des Deutschen Reichs an Österreich-Ungarn meines vollen Beistandes versichert sein" (16. Sept.).

Bismarck in Wien.

Weiters erzählt Bismarck: „Auf der langen Fahrt von Gastein über Salzburg und Linz wurde mein Bewußtsein, daß ich mich auf rein deutschem Gebiete und unter deutscher Bevölkerung befand, durch die entgegenkommende Haltung des Publikums auf den Stationen vertieft. In Linz war die Masse so groß und ihre Stimmung so erregt, daß ich aus Besorgnis, in Wiener Kreisen Mißverständnisse zu erregen, die Vorhänge der Fenster meines Wagens vorzog, auf keine der wohlwollenden Kundgebungen reagierte und abfuhr, ohne mich gezeigt zu haben. In Wien fand ich eine ähnliche Stimmung in den Straßen, die Begrüßungen der dicht gedrängten Menge waren so zusammenhängend, daß ich, da ich in Zivil war, in die unbequeme Notwendigkeit geriet, die Fahrt zum Gasthofe so gut wie mit bloßem Kopfe zurückzulegen. Auch während der Tage, die ich in dem Gasthofe (Hotel Imperial) zubrachte, konnte ich mich nicht am Fenster zeigen, ohne freundliche Demonstrationen der dort Wartenden oder Vorübergehenden hervorzurufen. Diese Kundgebungen vermehrten sich, nachdem der Kaiser Franz Josef mir die Ehre erzeigt hatte, mich zu besuchen. Alle diese Erscheinungen waren der unzweideutige Ausdruck des Wunsches der Bevölkerung der Hauptstadt und der durchreisten deutschen Provinzen, eine enge Freundschaft mit dem neuen Deutschen Reiche als Signatur der Zukunft beider Großmächte sich bilden zu sehen. Daß dieselben Sympathien im Deutschen Reiche, im Süden noch mehr als im Norden, bei den Konservativen mehr als bei der Opposition, im katholischen Westen mehr als im evangelischen Osten, der Blutsverwandtschaft entgegenkamen, war mir nicht zweifelhaft. Die angeblich konfessionellen Kämpfe des Dreißigjährigen Krieges, die einfach politischen des Siebenjährigen und die diplomatischen Rivalitäten vom Tode Friedrichs d. Gr. bis 1866 hatten das Gefühl dieser Verwandtschaft nicht erstickt, so sehr sonst der Deutsche auch geneigt ist, den Landsmann, wenn ihm Gelegenheit dazu geboten wird, mit mehr Eifer zu bekämpfen als den Ausländer. Es ist möglich, daß der slawische Keil, durch den in Gestalt der Czechen die urdeutsche Bevölkerung der östreichischen Stammlande von den nordwestlichen Landsleuten getrennt ist, die Wirkungen, die nachbarliche Reibungen auf Deutsche gleichen Stammes, aber verschiedener dynastischer Angehörigkeit, auszuüben pflegen, abgeschwächt und das germanische Gefühl der Deutschösterreicher gekräftigt hat, das durch den Schutt, den historische Kämpfe hinterlassen, wohl verdeckt, aber nicht erstickt worden

ist. — Ich fand bei dem Kaiser Franz Josef eine sehr huldreiche Aufnahme und die Bereitwilligkeit, mit uns abzuschließen."

Kaiser Wilhelm. Schwerer war es, den Kaiser Wilhelm zu bestimmen. Darüber sagt Bismarck: „Der Abschluß eines Vertrages, dessen ... Ziel ein Ausdruck des Mißtrauens gegen den Freund und Neffen war, mit dem er eben in Alexandrowo von neuem unter Tränen Versicherungen der althergebrachten Freundschaft ausgetauscht hatte, lief zu sehr gegen die ritterlichen Gefühle, mit denen der Kaiser sein Verhältnis zu einem ebenbürtigen Freunde auffaßte ... Um die Zustimmung des Kaisers zu dem von mir mit Andrassy vereinbarten und von Kaiser Franz Josef genehmigten Vertragsentwurfe herbeizuführen, war ich genötigt, zu dem peinlichen Mittel der Kabinettsfrage zu greifen ... Der Kaiser war von den politischen Argumenten nicht überzeugt worden, sondern erteilte das Versprechen, den Vertrag zu ratifizieren, nur aus Abneigung gegen einen Personenwechsel in dem Ministerium. Der Kronprinz war für das östreichische Bündnis lebhaft eingenommen, aber ohne Einfluß auf seinen Vater. — Der Kaiser hielt es in seinem ritterlichen Sinne für erforderlich, den Kaiser von Rußland vertraulich darüber zu verständigen, daß er, wenn er eine der beiden Nachbarmächte angriffe, beide gegen sich haben werde ... Mir schien diese Besorgnis unbegründet ..."

Bismarck. Am bedeutsamsten sind folgende Erwägungen Bismarcks (2, 248): „Wenn die geeinte östreichisch-deutsche Macht in der Festigkeit ihres Zusammenhangs und in der Einheitlichkeit ihrer Führung ebenso gesichert wäre wie die russische und die französische, jede für sich betrachtet, es sind, so würde ich, auch ohne daß Italien der Dritte im Bunde wäre, den gleichzeitigen Angriff unsrer beiden großen Nachbarreiche nicht für lebensgefährlich halten. Wenn aber in Östreich antideutsche Richtungen nationaler oder konfessioneller Natur sich stärker als bisher zeigen, wenn russische Versuchungen und Anerbietungen auf dem Gebiet der orientalischen Politik hinzutreten, wenn italienische Begehrlichkeiten Östreichs Besitz am Adriatischen Meere bedrohn und seine Streitkräfte in Anspruch nehmen sollten: dann würde der Kampf ungleicher sein. Es braucht nicht gesagt zu werden, wieviel gefährdeter Deutschlands Lage erscheint, wenn man sich auch Östreich, nach Herstellung der Monarchie in Frankreich, im Einverständnis beider mit der Römischen Kurie, im Lager der Gegner denkt mit dem Bestreben, die Ergebnisse von 1866 aus der Welt zu schaffen. — Diese ... Vorstellung hatte mich veranlaßt, die Frage anzuregen, ob sich ein organischer Verband zwischen dem Deutschen Reiche und Östreich-Ungarn empföhle, der nicht wie gewöhnliche Verträge kündbar, sondern der Gesetzgebung beider Reiche einverleibt und nur durch einen neuen Akt der Gesetzgebung eines derselben lösbar wäre. — Eine solche Assekuranz hat für den Gedanken etwas Beruhigendes; ob auch im Drange der Ereignisse etwas Sicherstellendes, daran kann man zweifeln, wenn man sich erinnert, daß die theoretisch sehr viel stärker verpflichtende Verfassung des heiligen Römischen Reiches den Zusammen-

halt der deutschen Nation niemals hat sichern können, und daß wir nicht imstande sein würden, für unser Verhältnis zu Österreich einen Vertragsmodus zu finden, der in sich eine stärkere Bindekraft trüge als die frühern Bundesverträge, nach denen die Schlacht von Königgrätz theoretisch unmöglich war. Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großstaaten ist eine bedingte, sobald sie ‚in dem Kampf ums Dasein' auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehn auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen. — Ein Bündnis unter gesetzlicher Bürgschaft wäre eine Verwirklichung der Verfassungsgedanken gewesen, die in der Paulskirche (1848) den gemäßigtsten Mitgliedern, den Vertretern des engern reichsdeutschen und des größern österreichisch-deutschen Bundes vorschwebten ... Die Gefahren, die für unsre Einigkeit mit Österreich in den Versuchungen russisch-österreichischer Verständigungen ... liegen, lassen sich paralysieren, wenn wir zwar fest auf Treue gegen Österreich, aber auch darauf halten, daß der Weg von Berlin nach Petersburg frei bleibt. Unsre Aufgabe ist, unsre beiden kaiserlichen Nachbarn in Frieden zu erhalten. Die Zukunft der vierten großen Dynastie in Italien werden wir in demselben Maße sicherzustellen imstande sein, in dem es uns gelingt, die drei Kaiserreiche einig zu erhalten und den Ehrgeiz unsrer beiden östlichen Nachbarn ... in beiderseitiger Verständigung zu befriedigen. Jeder von beiden ist für uns nicht nur in der europäischen Gleichgewichtsfrage unentbehrlich — wir könnten keinen von beiden missen, ohne selbst gefährdet zu werden —, sondern die Erhaltung eines Elements monarchischer Ordnung in Wien und Petersburg, und auf der Basis beider in Rom, ist für uns in Deutschland eine Aufgabe, die mit der Erhaltung der staatlichen Ordnung bei uns selbst zusammenfällt." — „Es ist natürlich, daß die Bewohner des Donaubeckens Bedürfnisse und Pläne haben, die sich über die heutigen Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie hinaus erstrecken; und die deutsche Reichsverfassung zeigt den Weg an, auf dem Österreich eine Versöhnung der politischen und materiellen Interessen erreichen kann, die zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro vorhanden sind. Aber es ist nicht die Aufgabe des Deutschen Reichs, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzuleihen. Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann. Man sollte sich jedoch in Wien enthalten, über diese Assekuranz hinaus Ansprüche aus dem Bündnisse ableiten zu wollen, für die es nicht geschlossen ist."

Das größere Österreich.

Wie man sieht, sind Bismarcks Gedanken dem Zweibund gegenüber etwas skeptisch, was nicht verwundern kann, da dieser Bund ja, wenn er ihn wirklich ernster und fester genommen hätte, einen allzu radikalen Bruch mit Bismarcks früherer Politik bedeutet hätte. In diesem Sinne sind auch die folgenden Gedanken (253) zu fassen: „Niemand kann die Zukunft Östreichs mit der Sicherheit berechnen, die für dauernde und organische Verträge erforderlich ist ... Zu der ätzenden Wirkung (der Völkermischung) kommt der unberechenbare Einfluß, den je nach dem Steigen oder Fallen der römischen Flut das konfessionelle Element auf die leitenden Persönlichkeiten auszuüben vermag. Nicht bloß der Panslawismus und Bulgarien oder Bosnien, sondern auch die serbische, die rumänische, die polnische, die tschechische Frage, ja selbst die italienische im Trentino, in Triest und an der dalmatinischen Küste, können zu Kristallisationspunkten für nicht bloß östreichische, sondern auch europäische Krisen werden ... Für ein monarchisches und katholisch gesinntes Frankreich ... wäre die Hoffnung nicht erstorben, Beziehungen zu Östreich zu gewinnen." Besonders geht dem Kanzler die geheime Abmachung in Reichstadt (1876) zwischen Rußland und Österreich „unter dem uns sehr wohlgesinnten Grafen Andrassy" nahe. Daher dürfe man sich Rußland nicht entfremden. „Es ist unvernünftig und ruchlos, die Brücke, die uns eine Annäherung an Rußland gestattet, aus persönlicher Verstimmung abzubrechen." Und immer wieder kommt er auf die „klerikalen Einflüsse" und dergleichen zurück.

Der Vertrag zwischen den beiden Mittelreichen wurde erst später veröffentlicht. Wir werden ihn bei dieser Gelegenheit kennenlernen. Bismarcks Worte (251 f.) lassen erraten, daß ein Teil des Bundesvertrags auch dann noch geheim blieb, ja daß außer von Rußland auch von Frankreich dabei ausführlicher die Rede war.

Kulturkampf.

Man muß den Zweibund, diese starke Umwendung in Bismarcks äußerer Politik, im Zusammenhang mit dem Rückzug im Kulturkampf auffassen; es sind das zwei Seiten derselben inneren Entwicklung. Zwar schienen die Gegensätze noch zu Anfang des Jahres so gespannt zu sein wie nur je. Windthorst mußte mit Recht im Januar Falks Rede vom 11. Dezember 1878 als ein Hindernis des Friedens bezeichnen. Aber auch protestantische Stimmen äußerten sich gegen Falks Unterrichtspolitik, und Falk versuchte, in einer langen Rede den Vorwurf zurückzuweisen, daß seine Verwaltung die Erziehung in der Volksschule, namentlich die Grundlage der Erziehung, die Religion, vernachlässige.

Vergebens verlangte das Zentrum im Abgeordnetenhaus (29. Jan.) die Wiederherstellung der durch die Kampfgesetze aufgehobenen Verfassungsartikel. Reichensperger wies zur Begründung dieses Verlangens darauf hin, alle Parteien des Reichstages hätten bei Beratung des Sozialistengesetzes zugegeben, daß der Kulturkampf ein Ende haben müsse. Die Zumutung des Kultusministers, zuerst müsse der Episkopat die Staatsautorität unbedingt anerkennen, könne man nur Sklaven stellen. Das Schreiben des Kronprinzen stehe mit der Politik des Ministers in Widerspruch. Gneist entgegnete, die Wiederherstellung der Verfassungsartikel würde vollständige Unterwerfung des Staates bedeuten.

Die Thronrede bei Eröffnung des Reichstages (12. Febr.) berührte die konfessionellen Fragen gar nicht, sondern nur das Sozialistengesetz und die „Übelstände, unter denen wir auf wirtschaftlichem Gebiete leiden".

Ein Hirtenbrief des Bischofs von Regensburg äußerte sich ablehnend gegen die angeblichen Muttergotteserscheinungen zu Mettenbach bei Deggendorf. Die Wundererscheinungen in Marpingen kamen im März vor Gericht; dieses sprach aber sämtliche wegen Betruges angeklagte Personen frei.

Sehr treffend wies die „Germania" am 4. April nach, daß auch die wirtschaftliche Frontveränderung die Regierung zwinge, sich dem Zentrum zuzuwenden. Sie schrieb mit berechtigtem Selbstbewußtsein: „Eine so seltsame, unberechenbare, überraschende Verschiebung der Partei- und Machtverhältnisse, wie wir sie in den letzten neun Jahren erlebt haben, findet ihr Analogon nur im alten Märchen vom Aschenbrödel. Wer vor zehn Jahren von einer Vertretung der 8, respektive 15 Millionen preußischer oder deutscher Katholiken sprach, der mußte sich auf ein mitleidiges Kopfschütteln gefaßt machen. Und als zur Überraschung der Gegner die Zentrumsfraktion aus der Wahlurne sprang, da begann der erbitterte Kampf zur Vernichtung dieser Fraktion sowie des Geistes, dem sie entsprossen. Man sträubte sich dagegen, man suchte sich einzureden, daß es eine ephemere Vertretung kirchlicher Interessen sei, ohne ein politisches Programm, ohne einen natürlichen Boden im Volke, ohne politische und soziale Lebensfähigkeit. Jetzt, nach achtjähriger Bekämpfung, Verfolgung und Unterdrückung muß die ganze Schar der Gegner sich vor der Tatsache beugen, daß die Zentrumspartei sich nicht nur das volle Bürgerrecht errungen, daß sie nicht nur auf politischem und sozialem Gebiete sich als eine regelrechte, lebens- und schaffensfähige Partei erwiesen hat, sondern daß sie sogar die ausschlaggebende Partei in den wichtigsten und brennendsten Fragen der Gegenwart geworden ist. Die deutschen Katholiken, die man als Heloten betrachtete, bilden jetzt den Kern und Mittelpunkt der politischen Gestaltung der Gegenwart." Zentrum.

Es versteht sich, daß das Zentrum den neuen nichtliberalen Finanzplänen Bismarcks zustimmte. So ereignete es sich, daß am 3. Mai zum erstenmal Windthorst beim parlamentarischen Samstagabend des Reichskanzlers erschien und sich mit ihm eingehend unterhielt. Durch all das drückte sich die Verständigung zwischen den Katholiken und Konservativen aus. Der Reichskanzler mußte sich ihnen zuwenden und die Nationalliberalen in die Opposition gehen lassen. Das hatte zur Folge, daß der Finanzminister Hobrecht am 27. Juni seine Entlassung verlangte, da er bei diesem Kompromiß zwischen Konservativen, Zentrum und Reichskanzler gar nicht beraten wurde. Endlich geschah auch der entscheidende Schritt, daß am 30. Juni der Kulturkampfminister Falk endgültig seine Entlassung eingab. Mit ihm der Landwirtschaftsminister Friedenthal. Die liberale Presse suchte den Rücktritt Falks in seiner Bedeutung möglichst abzuschwächen und ihn nicht als prinzipielles Ereignis zu werten. Aber auch die „Germania" äußerte sich vorsichtig: „Deuten auch alle Symptome darauf hin, daß wir ein konservatives Regiment haben werden, so bleibt Falk.

doch Bismarck ... der ausgesprochenste Realpolitiker, der seine Staatskunst auf den Bedürfnissen des Augenblicks und der Benutzung der gerade zur Hand liegenden Machtmittel basiert ... Das Haupt bleibt ..."

Die neue Kombination zeigte sich wirksam, als am 9. Juli das Zentrum mit den Konservativen gegen Nationalliberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten für Bismarcks Steuerreform stimmte. Bismarck hielt diesen Moment für geeignet, einen Rückblick auf seine Politik zu werfen. Er sagte im Reichstag: „Als ich zuerst im Jahr 1862 das preußische Ministerpräsidium übernahm, da ist in aller Angedenken, bis zu welchem vaterlandsfeindlichen Zorn sich der Haß mir gegenüber verkörperte. Ich habe mich dadurch nicht beirren lassen ... Als wir aus dem Kriege 1866 zurückkamen, wäre es für mich in der Stellung, die ich damals, einflußreicher als heute, einnahm, sehr leicht gewesen, die kühnste Reaktionspolitik zu treiben. Sie wissen, daß ich das Gegenteil getan ... Das Entgegenkommen, das ich damals für die mir versöhnten Gegner gehabt habe, hat mir den Bruch mit der konservativen Partei zugezogen. Es entstand dann der Konflikt über die kirchlichen Angelegenheiten. Dieser Kampf beraubte mich der Unterstützung der konservativen Partei. Die Wege zum Ausbau der Reichsverfassung wären wahrscheinlich andere geworden, wenn mich die konservative Partei nicht im Stich gelassen hätte. Es kam dazu der Kampf, den ein augenblickliches Hochblühen einer tausendjährigen Streitfrage zwischen Staat und Kirche, zwischen Kaiser und Papst in unserer Geschichte hervorrief. Aber ich halte Konflikte durchzukämpfen für keine auf die Dauer zu erstrebende Institution. Und wenn sich Mittel und Wege bieten, die Schärfe der Gegensätze zu mildern, so daß man durch gemeinsames Arbeiten an einem gemeinsamen und hohen Zwecke sich gegenseitig achten lernt, so liegt es wahrlich nicht in meiner Berechtigung, diesen Weg [nach Canossa?] zu verschmähen und von der Hand zu weisen ... Unter diesen Umständen bin ich ... zu [wirtschaftlichen] Überzeugungen gekommen, an deren Durchführung ich die ganze Kraft meines Einflusses gesetzt habe." Bismarck erinnerte sodann an die verfassungsmäßige Definition des Reiches, das auf dem ewigen Bundesvertrag beruht, den die verbündeten Regierungen untereinander abgeschlossen haben; „dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen". — Man kann diese Rede vom 9. Juli als die Proklamierung des Kulturkampf-Endes betrachten: freilich erfolgte sie nicht mit Posaunenstößen, sondern möglichst abgedämpft, wie es sich bei einem so wenig entscheidenden, verflachenden Ausgang des peinlichen Kampfes geziemte.

Bismarck.

In seinen „Erinnerungen" (2, 130) äußert sich Bismarck deutlich genug über die psychologischen Mißgriffe des Kulturkampfs, die er auf den

Juristen Falk schiebt; er vergleicht ihn mit einem „ungeschickten preußischen Gendarmen“ und entschuldigt sich, daß er ihn nicht gleich weggeschickt habe, sondern so lange wie möglich festhielt. „Erst nachdem er gegen meinen Wunsch durch weibliche Hofeinflüsse (Kaiserin Augusta) und ungnädige königliche Handschreiben derartig verstimmt worden war, daß er sich nicht halten ließ, bin ich an eine Revision seiner Hinterlassenschaft gegangen, der ich nicht nähertreten wollte, solange das nur durch einen Bruch mit ihm möglich war. Falk unterlag derselben Taktik, die am Hofe gegen mich nicht mit demselben Erfolge, aber mit gleichen Mitteln in Anwendung gebracht worden war; er unterlag ihr, teils weil er für Hofeindrücke empfindlicher war als ich, teils weil ihm die Sympathie des Kaisers nicht in gleichem Maße zur Seite stand wie mir. Die antiministerielle Tätigkeit der Kaiserin fand ihre ursprüngliche Quelle in der Unabhängigkeit des Charakters, welche ... ihr den Weg der Opposition anziehend machte ... Zur Zeit des Kulturkampfes wurde diese Neigung gefördert durch die katholische Umgebung Ihrer Majestät, welche aus dem ultramontanen Lager Information und Anweisung erhielt ... Alle Erzählungen, nach denen ich ihn (Falk) aus dem Ministerium verdrängt haben soll, beruh'n auf Erfindung, und ich habe mich gewundert, daß er selbst ihnen niemals in der Öffentlichkeit widersprochen hat, obschon er mit mir stets in befreundeten Beziehungen geblieben ist ... Nach seinem Abgange war ich vor die Frage gestellt, ob und wieweit ich bei der Wahl eines neuen Kultuskollegen die mehr juristische als politische Linie Falks im Auge behalten oder meinen mehr gegen den Polonismus als gegen den Katholizismus gerichteten Auffassungen ausschließlich folgen sollte ... Der nationale Schaden konnte auf diesem Wege (des Kulturkampfs) größer werden als auf dem eines Verzichtes auf den meiner Ansicht nach entbehrlichen Teil der Falkschen Gesetzgebung. Für nichtentbehrlich hielt ich die Beseitigung der Verfassungsartikel, die Kampfmittel gegen den Polonismus und vor allen die Herrschaft des Staates über die Schule. Wahrten wir die, so behielten wir aus dem Kulturkampfe beim Frieden immer einen wertvollen Siegespreis im Vergleich mit den Zuständen vor Ausbruch des Kampfes. Über die Grenze, bis zu der wir der Kurie entgegenkommen konnten, hatte ich mich also zu verständigen. Der Widerstand der im Kampfe beteiligt gewesenen Ministerialräte war nachhaltiger als der des Nachfolgers Falks, als welchen ich Puttkamer vorschlug. Aber auch nach diesem Personenwechsel konnte es mir nicht so bald gelingen, die Kirchenpolitik zu ändern, wenn ich nicht neue Kabinettskrisen herbeiführen wollte ... Die Erklärung der Falkschen Kirchenpolitik ist nicht ausschließlich auf dem Gebiete des katholischen Kirchenstreits zu suchen; sie wurde gelegentlich auch durch die evangelische Kirchenfrage gekreuzt und beeinflußt. In dieser stand Herr v. Puttkamer den am Hofe wirksamen Auffassungen näher als Falk, und mein Wunsch, den Kampf mit Rom auf ein engeres Gebiet einzuschränken, hätte bei meinem neuen Kollegen keinen Widerstand gefunden. Die Hemmnisse lagen teils in dem Schwergewicht der vom Zorne des Kulturkampfs erregten Räte, teils in dem Widerstreben meiner übrigen Kollegen gegen jeden Anschein von Nachgiebigkeit dem Papste gegenüber. Meine ersten Versuche zur Anbahnung des kirchlichen Friedens fanden auch bei S. Maj. keinen Anklang. Der Einfluß der höchsten evangelischen Geistlichkeit war damals stärker als der

Kaiserin.

Polonismus.

katholisierende der Kaiserin ... Es bedurfte noch jahrelanger Arbeit, um an die Revision der Maigesetze gehn zu können ... Ich war zufrieden, wenn es gelang, dem Polonismus gegenüber die im Kulturkampf gewonnenen Beziehungen der Schule zum Staate und die Änderung der Verfassungsartikel als definitive Errungenschaften festzuhalten. Beide sind wertvoller als die maigesetzlichen Verbote geistlicher Tätigkeit und der juristische Fangapparat für widerstrebende Priester ... Nachdem die Freisinnigen den von ihnen mehr wie von mir betriebenen ‚Kulturkampf', dessen Vorkämpfer Virchow und Genossen gewesen waren, nicht nur aufgegeben hatten, sondern im Parlament wie in den Wahlen das Zentrum unterstützten, war letzterem gegenüber die Regierung in der Minorität. Der aus Zentrum, Fortschritt, Sozialdemokraten, Polen, Elsässern, Welfen bestehenden kompakten Mehrheit gegenüber war die Politik Falks ohne Aussicht."

Windthorst. Bei der Agitation für die im Oktober stattzufindenden Landtagswahlen mahnte Windthorst: „Jetzt uneinig sein, das heißt das Heer verraten in einem Augenblick, wo es mit der Fahne in der Hand ins feindliche Lager eindringt." Im Lager der Nationalliberalen herrschte infolge ihrer Niederlage eine ziemliche Verwirrung. Der neue Kultminister erklärte unumwunden, daß er den Standpunkt seines Vorgängers Falk nicht ganz teile. Der Zentrumsmann Cremer sagte: „Jetzt, nachdem der liberale Zauber die Menschen schon allzu dumm gemacht, sieht auch Bismarck ein, daß das Zentrum recht hatte; denn es betont die legitime Autorität. Die revolutionären Strömungen der heutigen Welt münden alle ins Meer der Sozialdemokratie. Auch ich würde, wenn ich nicht konservativ und Legitimist wäre, Sozialdemokrat sein. Statt erst noch dem Liberalismus anheimzufallen, hauen Sie dem Hund den Schwanz lieber gleich ganz ab! Auf unserm Programm steht die Lösung der sozialen Frage, die Erfüllung berechtigter Forderungen der Arbeit auf christlichen Grundsätzen."

Allerdings enttäuschte Minister Puttkamer im September durch Abweisung katholischer Forderungen und hielt am absoluten Schulaufsichtsrecht des Staates fest, wenn auch in milderer Form. Noch weigerte sich das Aachen. Komitee des Katholikentages in Aachen, das Bild des Kaisers neben dem des Papstes aufzustellen. Diese Versammlung vom 7. September verlangte vor allem den konfessionellen Charakter der Schulen mit allen dessen Konsequenzen.

Mitte September fanden die Unterhandlungen des päpstlichen Nuntius in Wien, Jacobini, mit Bismarck in Gastein statt; sie wurden Falk. auch noch weiter ohne Unterbrechung fortgesetzt. Exminister Falk war so taktlos, den Ärger über den neuen friedlicheren Kurs in einem offenen Brief auszusprechen (22. Sept.). Er meinte: „Fürst Bismarck geht sicher nicht, um den vulgären Ausdruck zu gebrauchen, nach Canossa, wenn er es vermeiden kann, und er vermag ja viel zu vermeiden ... Wirkliche Sorge trage ich aber wegen des Unterrichtswesens ... Es wird sicher nicht ausbleiben, daß die gegenwärtige Verwaltung den an sie gerichteten Anforderungen in ganz anderer Weise entgegenkommt, als ich das für statthaft hielt. Wird sie nicht dem Ansturme Einräumungen machen

müssen? ... Die pessimistischen Auffassungen müssen Wahrheit werden, wenn von denen, welche zum Handeln berufen sind, die Hände in den Schoß gelegt werden. Möge das nicht so sein!"

Das Resultat der Oktoberwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus war eine „ganz exorbitante" Niederlage der Liberalen und Fortschrittler. Puttkamer trug dem Umschwung Rechnung, indem auch er sich nun als entschiedenen Anhänger der konfessionellen Schule und Gegner der Simultanschule betätigte. 653 katholische Geistliche der Diözese Trier verlangten vom Kultusminister einfache Rücklieferung der Volksschule an die Kirche und erinnerten ihn zum Schluß ihrer Eingabe an seine eigenen Worte: „Jetzt sei die Zeit gekommen, wo blöde zu sein, der größte Fehler wäre." Puttkamer erklärte sich allerdings am 5. November bereit, den katholischen Geistlichen die entzogene Leitung des Religionsunterrichts wieder zu gestatten unter gewissen mehr formellen Bedingungen.

Die preußische Regierung suchte die Lösung des Kulturkonflikts dadurch zu erreichen, daß sie die Katholiken darauf hinwies, sie sollten doch, in Übereinstimmung mit dem Papst, ihren Katholizismus nur innerhalb ihrer Kirchenmauern betätigen, nicht in das politische, soziale, geistige und materielle Leben hinaustragen. So wies die Provinzialkorrespondenz lobend auf eine Äußerung in der „Augsburger Postzeitung" vom 14. Dezember 1878 hin, darin es hieß: „Wir wissen uns daher in vollem Einklang mit Papst und Bischöfen, wenn auch wir mit allen Kräften in unserem Wirkungskreise dahinzuarbeiten suchen, daß das Wohl der Kirche mehr in der Förderung ihrer ewigen Interessen, als in der Verschärfung und Verbitterung des kirchenpolitischen Kampfes in unserem Vaterlande angestrebt werde, da ihr sonst gerade von denen die schmerzlichsten Wunden beigebracht würden, die sich angeblich zu ihrem Schutze erheben." Aber von anderer Seite und auch in demselben Zentrumsorgan wurde sonst wiederholt betont, daß das Wesen der Kirche auch die ganze diesseitige, zeitliche Welt ergreifen müsse, sonst möchte auch das Ewige verfehlt werden. Hier liegt eigentlich der Kern der ganzen Streitfrage, die bis heute nicht gelöst ist, und zwar weder unter den Katholiken selbst noch zwischen ihnen und den Andersgläubigen. Es fragt sich, ist die katholische Kirche nur eine Konfession unter und neben andern Konfessionen, oder ist sie der Weg, die Wahrheit und das Leben für alle Menschen, die freilich nach Zeit, Ort und Umständen der einen und einzigen Wahrheit näher- oder fernerstehen können? Ich halte es für eine Gewissenspflicht, meinen Lesern keinen Zweifel zu lassen, daß ich die letztere Ansicht bekenne. Kirche.

Wir haben schon gehört, daß bei der Beilegung des Kulturkampfs auch die evangelischen Parteien zu berücksichtigen waren. Hier machten sich besonders die neuen „christlich-sozialen" Bestrebungen geltend, die dem evangelischen Oberkirchenrat sehr unbequem waren. Anderseits äußerte

Döllinger. sich der Altkatholizismus kaum mehr in positiver Weise. Döllinger begnügte sich damit, die irrige Behauptung, er habe sich den vatikanischen Dekreten unterworfen, zu dementieren: niemand, dessen Geist wissenschaftliche Bildung empfangen, könne diese Dekrete annehmen. Von Leo XIII. sei nichts zu erwarten. Sein früheres Eintreten für das Papsttum entschuldigte der schwache Mann durch die lahme Erklärung, er habe erst durch seine eingehenderen Studien seit 1860 erfahren, wie schädlich Roms Einfluß allzeit gewesen sei. Der Ärmste war jedenfalls für alle Parteien völlig abgetan.

Die lutherische Augustkonferenz zu Berlin sprach sich aufs schärfste gegen die moderne Behandlung der Schule aus und gegen die Irrlehre von Stöcker. der Omnipotenz des Staates. Des Berliner Hofpredigers Stöcker christlich-soziale Reden gegen das Judentum erschienen im Druck und machten unter Liberalen wie Konservativen das peinlichste Aufsehen. Sie begründeten den Antisemitismus als Partei. Auch in Dresden bildete sich ein „Deutscher Reformverein" gegen das jüdische Unwesen der Zeit. Egon Waldegg entwickelte dessen Programm in der Broschüre: „Die Judenfrage gegenüber dem deutschen Handel und Gewerbe." Er verlangte: „Verdrängung der Angehörigen der semitischen Rasse aus den gesetzgebenden Körperschaften des deutschen Reiches und der Einzelstaaten sowie aus den Stellungen im Reichs- und Staatsdienst." Ferner soll den Juden kein Bürgerrecht gegeben werden; man soll ihnen vielmehr ihr Gelobtes Land wieder geben und sie dahin zurückschicken.

Auch die preußische Generalsynode sprach sich am 25. Oktober gegen die Simultanschule aus, namentlich gegen Simultan-Lehrerbildungsanstalten. Der Kultusminister Puttkamer erklärte dabei: „Die Überzeugung, daß die Volksschule nicht bloß Bildungs-, sondern in erster Linie Erziehungsanstalt sein müsse, hat sich gerade in der letzten Zeit in immer weiteren Kreisen Geltung verschafft, selbst bei den politischen Parteien.

Antisemiten. Eine „Antisemitenliga" in Berlin vereinigte nichtjüdische Deutsche aller Konfessionen, aller Parteien, aller Lebensstellungen zu „dem einen Ziele, unser deutsches Vaterland von der vollständigen Verjudung zu retten und den Nachkommen der Urbewohner den Aufenthalt in demselben erträglich zu machen. Der Verein erstrebt dieses Ziel dadurch, daß er sich der weiteren Verdrängung des Germanentums durch das Judentum mit allen erlaubten Mitteln widersetzt, daß er sich die Zurückdrängung der Semiten in die ihrer numerischen Stärke entsprechende Stellung zur Aufgabe macht, daß er das Germanentum von dem auf ihm lastenden Druck des jüdischen Einflusses in sozialer, politischer und kirchlicher Richtung befreit und den Kindern der Germanen ihr volles Recht zu Ämtern und Würden im deutschen Vaterlande sichert." So besagten die im Oktober herausgegebenen Statuten. Sie verlangten weiters: „Beseitigung des jüdischen Übergewichts in der kommunalen und Staatsverwaltung, in der Gesetzgebung und in der Gesellschaft ... Bekämpfung der jüdischen Presse ... Bildung exklusiver Zirkel, Klubhäuser u. dgl., zu welchen Juden der Zu-

tritt nicht gestattet ist. Das Symbol des Vereins, den Glauben mit dem Vaterlande vereinend, ist das auf einem Eichenblatt ruhende Kreuz. Politik ist ausgeschlossen." Die „Allgemeine Zeitung", früher selbst antisemitisch, wagte es nicht mehr, dergleichen anders als ironisch zu referieren. Ein starkes Zeichen der Zeit.

Um zu zeigen, daß der Antisemitismus und die ihm zugrunde liegenden Verhältnisse durchaus nichts Neues waren, gebe ich hier ein paar Strophen aus Dingelstedts 1842 erschienenen „Liedern eines kosmopolitischen Nachtwächters": „. . . Das Judenviertel! O Barbarenzeiten, da man ein Volk hier sklavisch eingezwängt und da des Nachts am Tor zu beiden Seiten ein unerbittlich ehern Schloß gehängt. Sie sind dahin, die vielgeschmähten Tage, das Blättlein hat schon leise sich gewandt, und Juda ringt uns unter ew'ger Klage listig das Heft aus ungeschickter Hand. Emanzipiert, wie ihr es einst verrammelt, dies zähe Volk, die Mode wechselt ja; es hat schon längst zu Haufen sich gesammelt und steht als Macht, euch gegenüber, da. Den Landmann drängt es hart aus seinem Sitze, den Krämer scheucht es von dem Markte fort, und halb um Geld, und halb mit Sklavenwitze kauft es dem Zeitgeist ab sein Losungswort. Wißt ihr, wie tief sein Zauber schon gedrungen? Schaut um, die ihr von Menschenrechten träumt; sie reden drein mit den metallnen Zungen, wo schon der Christ verstummt und zagt und säumt. Was kann dem Stamm Emanzipieren frommen, der nie vom Schacher sich emanzipiert? Was ihr ihm schenken wollt, hat er genommen, dieweil ihr um Prinzipien disputiert! Wohin ihr faßt, ihr werdet Juden fassen, allüberall das Lieblingsvolk des Herrn! Geht, sperrt sie wieder in die alten Gassen, eh' sie euch in ein Christenviertel sperr'n!"

Als dritte Wendung kommt neben der äußern Politik und der Kulturkampfpolitik auch die in den ökonomischen Fragen in Betracht. Alle drei Gebiete hingen zusammen und veranlaßten Bismarck in ihrer Wechselwirkung zur völligen Änderung seines Weges. Wirtschaft.

Durch das Ausnahmegesetz war die offene Agitation der Sozialdemokratie anscheinend verschwunden; aber im geheimen stärkte sich die sozialistische Bewegung nur um so entschiedener. Der Unwille des Parlaments über das Ausnahmegesetz äußerte sich schon darin, daß es ein neues Gesetz gegen Ausschreitungen im Parlament nicht annahm. Erst durch die nun eintretende geheime Propaganda wurde die Sozialdemokratie gefährlich. Ihre internationalen Verbindungen wurden dadurch geradezu großgezogen, besonders die mit den russischen Nihilisten, die einen ganz undeutschen Geist in die Sache brachten.

Die Not der Zeit zwang die Industrie und schließlich auch die Regierung, immer mehr die Theorie des Schutzzolls zu verwirklichen. Auch die Wiederbelebung des Innungswesens erschien immer not-

wendiger. Darüber waren die Liberalen entsetzt. Der Abgeordnete Richter griff im Februar den Reichskanzler an: es sei unerhört, daß eine Regierung über ihre eigene Zollpolitik ein solches vernichtendes Urteil fällt, wie es Bismarck in der Thronrede seiner früheren Wirtschaftspolitik gegenüber tat. Bismarck verteidigte sich in einer langen, eingehenden Rede. Auch in bezug auf die Wucherfrage nahm die Politik immer reaktionärere Gedanken an. Der Reichstag forderte im April den Reichskanzler auf, einen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von obligatorischen Invaliden- und Altersversorgungskassen für Fabrikarbeiter vorzulegen. Ein Osterartikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" entwarf ein ideales Bild der vom Reichskanzler geplanten Wirtschaftsreform. „Das neue deutsche Staatswesen sollte fortan, so wenig wie politisch, auch wirtschaftlich nicht länger der Fremdherrschaft preisgegeben bleiben, unter deren Einfluß das Deutsche Reich in Handel, Landwirtschaft und Industrie von Jahr zu Jahr mehr verarmt und Gefahr läuft, die teuer erkaufte politische Unabhängigkeit auf anderem Wege zu verlieren ... Das Zolltarifgesetz soll den deutschen Markt in erster Linie für die deutsche Arbeit sichern und dem Auslande klarmachen, daß auch Deutschlands wirtschaftliche Rüstung fortan fremden Interessen keine Öffnung mehr bietet ... Es muß zugleich energisch die Hand angelegt werden an die Wiederbelebung der geistigen und sittlichen Kräfte in den arbeitenden Schichten des Volkes; der Handwerkerstand, ehedem die starke Wurzel der Blüte deutscher Städte, muß wieder zu Ehren gelangen. Alle Schwächen unserer heutigen Erzeugnisse sind lediglich die Folgen teils systematischer Vernachlässigung, teils einer bedauerlichen Richtung der Gesetzgebung, welche aus dem ehemals auf seine Selbständigkeit stolzen Handwerker einen Fabrikarbeiter, aus der eigenartigen Individualität der alten Innungen und Zünfte die ‚Arbeiterbataillone' unserer Tage gemacht hat. Damit wird dem Handwerk sein goldener Boden entzogen. Der nüchterne Realismus unserer Tage hat die Arbeit ihrer sittlichen Bedeutung, hat sie jedes Idealismus entkleidet. Kunstfleiß und Kunstsinn sind gleichzeitig geschwunden, weil der Arbeiter an wirklichen Lohn seines Fleißes nicht mehr glaubt. Bestrebungen zugewendet, die ihrem eigentlichen Berufe fremd und zuwider, sind unsere Arbeiter heute kaum noch ein Stand, sondern sie sind zu einer, dem gesamten gesellschaftlichen Leben feindlich gegenüberstehenden sozialen Partei geworden. Vor diesem Punkte steht die große reformatorische Aufgabe unserer Zeit. Die gesamte Nation zur Mitarbeit aufzurufen, geht heute die Osterbotschaft in das Land hinaus." Freilich stellte sich heraus, daß die neue Wirtschaftspolitik den Seestädten zum Nachteil gereichen werde. Überhaupt waren die Städte dagegen, wie sich das auf dem Städtetag zu Berlin 17. Mai zeigte.

Aus der großen Programmrede Bismarcks im Mai ging hervor, daß das steuerpolitische Endziel seines Wirtschaftsreformplans die möglichst vollständige Ersetzung direkter Steuern durch indirekte war. Die „Nationalliberale Korrespondenz" nannte dies einen Gedanken von riesenhafter Tragweite: „seine Durchführung wäre gleichbedeutend mit der finanziellen Mediatisierung der Einzelstaaten, die dann nur von der Gnade des Reiches leben würden". Das sei vom nationalen Gesichtspunkte aus sehr bestechend, aber ein gewagtes Experiment für Zeiten der Not. Bismarck ließ aber durchscheinen, daß seine Zollpolitik nur der kleinere Teil seiner gegen den modernen Güterumlauf gerichteten, nationalen Wirtschaftspolitik sei.

Eine Delegiertenkonferenz deutscher Gewerbekammern in München (4. Juni) beriet die Interessen des Kleingewerbes gegenüber jenen der Fabrikindustrie und des Handels. Dagegen schlossen bereits alle Lokomotivfabriken Deutschlands am 8. Juni ein Kartell, um den Preis nach Belieben zu bestimmen.

Als Nebenerscheinung der Sozialdemokratie oder als Ersatz für diese bildete sich ein posthumer Rodbertus-Kultus heraus.

Man sprach von einer „handelspolitischen Anarchie" in Europa, indem man von der seit 1860 herrschenden liberalen Freihandelspolitik zum Schutzzoll und zu Zollkriegen überging. Schon drei Jahre währte die Krisis eines Provisoriums, des Experimentierens der Regierungen, der Interessenagitationen in den Bevölkerungen. Vor dreißig Jahren wurden zur Verteidigung des Freihandels dieselben wissenschaftlichen Beweggründe verwendet wie jetzt für das Gegenteil.

Einige Schwierigkeit machte die Regelung der Thronfolge in Braunschweig; sie wurde provisorisch geordnet, um den rechtmäßigen Thronfolger, den Herzog von Cumberland, auszuschließen, solange er die deutsche Bundesverfassung und die Annexion Hannovers an Preußen nicht anerkenne. Braunschweig.

Ebenso schwierig war die definitive Regelung der Verhältnisse in den Reichslanden Elsaß-Lothringen. Die Autonomisten forderten durch Schneegans eine selbständige, im Lande befindliche Regierung. Darauf ging Bismarck in einer Märzrede ein, wenn auch mit etwas Wehmut. Er meinte: „Wenn ich nicht mehr ganz auf dem Punkte meiner ersten Jugendliebe zu den Reichslanden stehe, nicht mehr auf dem einer begeisterten Hoffnung, die ich daran knüpfte, in der glücklichen Empfindung, diese alten Reichslande wiedergewonnen zu sehen, so ist das wohl erklärlich nach den Zeiten, die wir inzwischen erlebt haben. Ich kann auf alle Elemente, die zu meiner Entmutigung mitgewirkt haben, nicht eingehen. Der erste Mehltau, der auf meine Hoffnungen fiel, das waren die ersten Wahlen, der Protest, den wir hier angeblich im Namen der ganzen Bevölkerung aus dem Munde des Abgeordneten Teutsch und unter Zustimmung seiner sämtlichen damaligen Kollegen hören mußten." Bismarck legte dann im Mai dem Bundesrat einen Gesetzentwurf über die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens vor, der dem Wunsche des Landes entsprechen sollte. Gleichzeitig wurden Vorbereitungen für demonstrative Truppenmanöver im Westen gemacht. Feldmarschall v. Manteuffel ging als kaiserlicher Statthalter in die Reichslande und erklärte dort in einer Ansprache: „Ich respektiere die Anhänglichkeit, welche die Elsässer gegen den großen Staat hegen, mit dem das Land 200 Jahre verbunden war; eine solche Zeit läßt sich nicht wegwischen. Aber Elsaß-Lothringen.

erinnern Sie sich, daß das Land schon früher einmal 700 Jahre gemeinsamer Geschichte mit Deutschland durchlebt hat, und bedenken Sie, daß Deutschland mehr wie jedes andere Land die Eigentümlichkeit seiner einzelnen Landschaften anerkennt und pflegt. Deutschland wird auch hier das Gute pflegen und fortbilden." — Bei einem Festmahl in Metz sagte Manteuffel: „Als ich meine Gäste bat, bei mir zu speisen, war meine Absicht, die Mitglieder der gewählten Körperschaft der Stadt Metz um mich versammelt zu sehen. Mit Ausnahme des Stadtrates Mayer hat keiner meiner Einladung entsprochen. Diese Verletzung der Höflichkeit wird meine Sympathien nicht beeinträchtigen." Der Bischof hatte sich durch seinen Generalvikar vertreten lassen. — Der Lehrerschaft sagte Manteuffel: „Man hat die Religion aus dem Unterrichte bannen wollen. Rom, Athen und Sparta zeigen das Fehlerhafte solchen Wollens. Von dem Augenblicke an, wo ihre Jugend im Zweifel an ihre Götter erzogen wurde, sind diese Staaten gesunken und untergegangen. Schillers Worte ‚Alles wanket, wo der Glaube fehlt' haben tiefe Bedeutung." — In Mühlhausen sprach bei einem Bankett der Präsident der Handelskammer, Schlumberger, also zum Statthalter: „Seit einiger Zeit ist viel von einem Zollverein gesprochen worden, welcher zunächst Österreich uns verbrüdern würde. Ein solcher Bund würde für beide Reiche die segensreichsten Wirkungen hervorbringen und vielleicht allmählich auch andere Länder des europäischen Kontinents bewegen, sich diesem friedlichen Bündnis anzuschließen. Es wäre dies ein schöner Tag für die Menschheit, wohl einer der schönsten, die es je gegeben hat. Ich trinke auf die Verwirklichung dieser Idee." — Jean Schlumberger wurde im Dezember zum Präsidenten des Landesausschusses gewählt. Der Statthalter nahm den Mitgliedern den Eid auf die Verfassung und den der Treue für den Kaiser ab und versprach, die volle Selbständigkeit der Reichslande in Gesetzgebung und Verfassung zu erstreben. Elsaß-Lothringen sei nicht annektiert, sondern revindiziert worden. Es sei nicht freiwillig zu Frankreich getreten, nur die damalige Schwäche des Reiches habe das herbeigeführt.

Zollverein.

Der zum Ministerialrat in Straßburg ernannte bisherige Reichstagsabgeordnete für Zabern, August Schneegans, wurde mit der beratenden Stimme für Elsaß-Lothringen im Bundesrat betraut und schied damit aus dem Reichstag.

An der internationalen Kunstausstellung in München beteiligten sich auch die Franzosen sehr lebhaft.

Der edle Bischof Konrad Martin von Paderborn starb am 21. Juli im Exil in einem belgischen Dorf, wurde aber mit Erlaubnis der preußischen Regierung zu Paderborn mit großer Feierlichkeit begraben.

Ein neuer Vertrag mit den Samoa-Inseln befestigte die bereits 1876 errungene Stellung in der Südsee; das Reich besaß nun dort zwei Marinestationen.

Der deutsche Kronprinz suchte die Intimität mit der italienischen Königsfamilie aufrechtzuerhalten. Er kam aber auch nach Berlin, um dort am 28. November beim Empfang des dänischen Königspaares nicht zu fehlen.

Die Furcht vor einem allgemeinen Krieg hielt noch immer an.

Die mit 1. Oktober eintretende neue deutsche Gerichtsverfassung setzte die deutsche Sprache als alleinige Gerichtssprache fest. Auch wurde die Robe eingeführt.

Friedrich Fabri behandelte die Frage „Bedarf Deutschland der Kolonien?“ Die wirtschaftliche Lage des jungen Reiches hatte sich immer mehr verschlechtert; alles schien krisenhaft. Fabri sah die Rettung in Kolonien: Ackerbaukolonien, Handelskolonien, Strafkolonien. Er wies auf Südamerika, Zentralafrika, die Inseln des Stillen Ozeans, besonders Samoa, Tongo, Neuguinea, hin. Kolonien.

Holtzendorff schrieb über „ein deutsches Kaiserwort“, nämlich jenes Wort Wilhelms: „Vor allem muß dem Volke die Religion erhalten werden.“ Er kam aber zum Ergebnis: soll dies Kaiserwort in Erfüllung gehen, so muß die Kirchenpolitik Preußens gegenüber der protestantischen Kirche andere Wege einschlagen, „sie muß allen Richtungen liturgische und dogmatische Freiheit gewähren, um ihre religiös-sittliche Kraft im Volke zu erproben“. Die religiösen Kreise waren freilich nicht ganz dieser Meinung.

Moltke beantwortete den Brief eines Arbeiters mit folgendem Schreiben vom 28. Februar 1879: „Wer teilte nicht den innigen Wunsch, die schweren Militärlasten erleichtert zu sehn, welche vermöge seiner Weltstellung in Mitte der mächtigsten Nachbarn zu tragen Deutschland genötigt ist! Nicht die Fürsten und die Regierungen verschließen sich ihm, aber glücklichere Verhältnisse können erst eintreten, wenn alle Völker zu der Erkenntnis gelangen, daß jeder Krieg, auch der siegreiche, ein nationales Unglück ist. Diese Überzeugung herbeizuführen, vermag auch die Macht unseres Kaisers nicht, sie kann nur aus einer bessern religiösen und sittlichen Erziehung der Völker hervorgehn, eine Frucht von Jahrhunderten weltgeschichtlicher Entwicklung, die wir beide nicht erleben werden.“ Moltke.

Das im Jahre 1877 in dänischer Sprache erschienene literarische Charakterbild „Ferdinand Lassalle“ von Brandes erschien nun in deutscher Übersetzung. Zugleich gab eine Russin mehrere Liebes- und Werbebriefe Lassalles heraus, die er nach einem Badeaufenthalt in Aachen 1860 an sie gerichtet hatte. Darin gibt Lassalle ein eingehendes Charakterbild von sich selbst. Sie wies seine Werbung ab. Auch die Veranlassung seines tragischen Todes, Helene v. Racowitza, geborne v. Dönniges, gab nun ein Buch heraus: „Meine Beziehungen zu Ferd. Lassalle.“ In einem der von ihr mitgeteilten Briefe von 1864 schrieb Lassalle: „Bist du ehrgeizig? Was würde mein Goldkind sagen, wenn ich es einmal im Triumph in Berlin einführen könnte, von sechs Schimmeln gezogen, die erste Frau Deutschlands, hoch erhaben über alle?“ Und weiter sagt er zu ihr: „Sehe ich aus, als wollte ich mich mit einer zweiten Rolle im Staate begnügen? Glaubst du, ich gebe den Schlaf meiner Nächte, die Kraft meiner Lungen dazu her, um schließlich für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen? Sieht ein politischer Märtyrer so aus? Nein, handeln und kämpfen will ich, aber den Kampfpreis auch genießen, und dir das — nun, nennen wir's fürs erste das Siegesdiadem auf die Stirne drücken ... Es lebe die Republik und ihre goldlockige Präsidentin!“ — „Ferdinand der Volkserwählte“ wollte er heißen, wenn er mit ihr seinen Einzug hielte und alle das Knie vor ihnen beugten. „Zuerst meine goldenen Waffen des Geistes, die Kunst der Rede ... Blut und Schwert nur als letzte Notwendigkeit, wenn sie selbst es nicht anders wollen.“ So verbanden sich in beispielloser Weise großes Talent und Frivolität, kecke Berechnung und kleinliche Schwäche seltsam genug, um in dem scheinbar nichtigen Getändel eines Theaterhelden „eine Bewegung zu erzeugen, die über alles Wahr- Lassalle.

scheinliche hinaus sich entfaltet, und sogar von dem törichten Ende ihres Helden ein Stück ihrer Kraft empfängt" (Allg. Ztg., 22. Mai).

Wir kennen Wilhelm v. Dönniges, den Vater der Helene, schon aus einem 1845 geschriebenen Artikel über Sozialismus und Kommunismus (Band 2, Seite 297, 729). Der Pommer hatte als Dozent in München eine reformatorische Tätigkeit entfalten wollen. Seine Tochter war das Produkt einer mangelhaften Erziehung.

In dem Chaos der sozialistischen Probleme kam Karl Büchers deutsche Bearbeitung von Emil de Laveleyes (des Belgiers) Buch über „Das Ureigentum" gerade recht; es zeigte die Urgeschichte des Eigentums in seinen ursprünglich kollektiven Formen; eine Annahme, die freilich nach 20 Jahren widerlegt wurde.

Treitschke. Der Publizist und Essayist Heinrich v. Treitschke trat mit seiner „Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert" zuerst in größerem Stil vor sein Publikum, mit all der bekannten und persönlich interessanten Einseitigkeit seines kleindeutschen Standpunkts.

Janssen. Johannes Janssen zeigte im zweiten Band seiner Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters (er reichte bis 1525), wie die große Kirchenspaltung möglich war, wie sie aus dem politischen, sittlichen und sozialen Niedergange der Zeit herauswuchs. Janssen vereinigte in seiner Darstellung den kirchenhistorischen, den historischpolitischen, den kulturhistorischen und sozialpolitischen Standpunkt in einer bis dahin (auch bei Ranke) ungewohnten Weise. Ich verehre vor allem Janssen als mein Vorbild; dennoch tut es mir leid, daß es mir nicht mehr gegönnt sein wird, die Geschichte des 16. Jahrhunderts etwa in derselben synchronistischen, annalistischen Weise zu bearbeiten wie hier unsere neueste Zeit, da ich von dieser konsequenteren Ausnützung der Janssenschen Methode mir noch einen übersichtlicheren, klareren Einblick in die fortschreitende Entwicklung der Reformationsideen verspreche. Ich habe wenigstens in meiner Wiener Geschichte, meiner Österreichischen Geschichte und in Studien zum damaligen Humanismus die Ahnung bekommen, wieviel neue Einsichten dadurch eröffnet werden könnten, und ich lade eine jüngere Generation ein, in voller Pietät für Janssen (und für Pastor) den Versuch damit zu machen.

Pastor. Ludwig Pastor schilderte aus den Quellen „Die kirchlichen Reunionsbestrebungen während der Regierung Karls V.". Man ersah daraus, wie durch Luther das deutsche Volk in gesunder Entwicklung unterbrochen wurde, wie er in Gegensatz trat zur durchgreifenden Erneuerung des religiösen, wissenschaftlichen und sozialen Lebens der deutschen Nation, nicht weiterbauend, sondern einreißend und zerstörend. Allerdings war nicht die Lehre Luthers das Wesentliche, sondern die Beraubung der Kirche durch die Landesherrn, durch das Staatskirchentum. Das Buch bildet eine wichtige Ergänzung zu Janssens Geschichte. Pastor versprach in der Vorrede, auch die weiteren ireniischen Versuche (von Spinola, Molanus, Leibniz, Bossuet) darzustellen auf Grund von reichen ungedruckten Materialien, die König Georg von Hannover ihm durch Onno Klopp zur Verfügung stellte.

Die „Historisch-politischen Blätter" würdigten Steinles herrliche Wandmalereien im Münsterchor zu Straßburg. Sie vergaßen nicht das Centenarium O'Connells. Bei Gelegenheit von Arnims letzter Broschüre wird wenigstens dessen Zeugnis für die Schuldlosigkeit der Katholiken am Kulturkampf zur

Kenntnis genommen und auf Th. Wakers bei Herder erschienene Schrift hingewiesen: „Friede zwischen Berlin und Rom? Geschichtliche Erinnerungen aus der Blüte des Kulturkampfs, dem katholischen und nichtkatholischen Volke ins Gedächtnis zurückgerufen." Sie trug das Motto: „Verzeihen, aber nicht vergessen!" und bewahrheitete den Spruch: „Wir haben mehr durchlebt, als wir selber wissen." — Am „Recht der katholischen Opposition" wird unerschütterlich festgehalten. — Die Pläne der belgischen Freimaurerei in der Unterrichtsfrage erhalten „Etwas mehr Licht". — Der „Katholizismus in der anglikanischen Staatskirche", die starke Anzeichen des nahenden Verfalls an sich trägt, erfährt eine kritische Würdigung. — Der „Einfluß der religiösen Richtung auf die moderne Volkswirtschaftslehre" ist, wie gezeigt wird, allein imstande jene Probleme zu lösen, denen der Materialismus in der Wissenschaft erfolglos gegenübersteht. — Einige „Schwarze Punkte am Himmel des Berliner Vertrags" werden nicht verschwiegen. — Die kirchenmusikalische Reformbewegung, wie sie vor allem seit einem Jahrzehnt im Cäcilienverein wirksam war, erfährt eine geschichtliche und prinzipielle Würdigung. „Musik ist integrierender Bestandteil des feierlichen Opfers. Der Gesang ist die Sprache der himmlischen Opferliebe der Kirche." — Als neuer Dichter wird F. W. Weber mit seiner epischen Dichtung „Dreizehnlinden" anerkannt. F. W. Weber. Das war die Hand eines Meisters. Das zeigte eine ausdrucksvolle Dichterphysiognomie. Welche Ökonomie des Stiles! Alles war mit unendlichem Bedacht geformt und ziseliert. Es war die schönste poetische Blüte, die längst vorbereitet aus der Märtyrerstimmung der Katholiken im Kulturkampf erwuchs. — Im weitern wird (von Lukas v. Führich) das wichtige „Verhältnis der kirchlichen Baukunst zu den bildenden Künsten der Gegenwart" erörtert mit Anknüpfung an das geistvolle Bischofswort, der Wiener Stephansturm sei ein steinernes Sursum corda (84, 17).

Im gleichen Geiste wie die Thomas-Enzyklika des Papstes betrachtete Albert Stöckl „Das Christentum und die großen Fragen der Gegenwart auf dem Gebiete des geistigen, sittlichen und sozialen Lebens". Er behandelte: den allgemeinen menschlichen Charakter des Christentums, den Mißbrauch, den der Liberalismus mit den Schlagwörtern von Fortschritt, Freiheit, Kultur und Arbeiterglück treibt; er zeigte die tiefe Bedeutung des Martyriums ebenso wie des Wunders für die Kirche; er stellte die christliche Heiligenverehrung dem modernen Kultus des Genius gegenüber, er schilderte den Kampf gegen die Philosophie in den letzten drei Jahrhunderten und gab schließlich eine Apologie des Schmerzes, der als ethisches Mittel heilt, beseligt und heiligt, während der philosophische Pessimismus keinen Trost als das Nichts und die Vernichtung kennt.

Hertzberg schrieb die „Geschichte Griechenlands seit dem Absterben des antiken Lebens bis zur Gegenwart"; Erwin Rohde die Geschichte des „griechischen Romans". — F. X. Kraus gab die „Realenzyklopädie der christlichen Altertümer" heraus. — Graf Schack behandelte die Kunst und Poesie der Araber in Spanien und Sizilien, die Strophen des Omar Chijam und die persische Heldensage des Firdusi. — Levin Schücking gab die gesammelten Schriften von Annette Freiin v. Droste-Hülshoff heraus. — Von Gindelys Geschichte des Dreißigjährigen Krieges erschien der dritte Band. — Freiherr v. Dumreicher schrieb „über den französischen Volkswohlstand als Werk der Erziehung". — Der Altkatholik J. Friedrich suchte in der Schrift

„Zur ältesten Geschichte des Primats in der Kirche" darzulegen, daß erst mit dem Konzil von Nicäa 325 von einem römischen Primat die Rede sein könne, während früher der Primat Jerusalem zukam, als der von Jakobus dem Gerechten, dem Verwandten Jesu, gegründeten Kirche. Einen solchen Faustschlag ins Angesicht des evangelischen Wortlauts über den Primat Petri nannte die liberale Kritik der Zeit „wissenschaftlich". — Der Altkatholik Sepp suchte das evangelische Wort an Petrus: „Du bist der Fels, auf den ich meine Kirche baue" als das Wort Gottes an Jesus zu erklären, indem er einen Ausfall einiger Worte annahm — eine halsbrecherische Philologie!

Schelling.

Constantin Frantz stellte „für gebildete Leser" „Schellings positive Philosophie" dar, als Gegenstück zu Comtes positiver Philosophie. Schelling hatte erkannt, daß die bestimmende Macht und der Mittelpunkt alles Denkens die religiösen Überzeugungen seien, und daß es darauf ankomme, diesen wiederum einen festen wissenschaftlichen Halt zu geben. Schelling wollte den Rationalismus und Supranaturalismus vereinigen, das wirkliche Geschehen des Übernatürlichen als möglich und denkbar erweisen, somit als begreiflich, erklärlich, als Gegenstand der freien wissenschaftlichen Forschung. Die Zeit des bloß politischen Treibens sehnte sich nach der vergessenen Erbschaft Schellings zurück, wie sie in seinen letzten Werken vorlag, zunächst in seiner Auffassung der Mythologie als bildlicher Wahrheit.

Der Spiritismus beschäftigte wieder die Wissenschaft. W. Wundt wandte sich in einem offenen Brief an Professor Hermann Ulrici in Halle und erklärte die Manifestationen des Mediums Slade für Taschenspielerei.

Perty.

Maximilian Perty veröffentlichte seine „Erinnerungen aus dem Leben eines Natur- und Seelenforschers". Als Professor in Bern bewahrte er seine Treue zur katholischen Religion, in der er geboren war, auch gegenüber den Altkatholiken. Er hat sich auch dem Spiritismus zugewandt, denn er „war der Evidenz unzähliger Tatsachen schon vor Owen, Crookes, Wallace, Zöllner u. a. sicher". Er meinte, „daß der Spiritismus als solcher, nämlich die Annahme einer persönlichen Fortdauer, und der Versuch, mit den Abgeschiedenen eine Verbindung anzuknüpfen, die christliche Religion nicht gefährdet, obwohl es auch unter den Spiritisten religionslose Menschen geben wird. Es bleibt auch die Naturwissenschaft in ihrem Rechte, da die materielle und die geistige Welt verschiedene Sphären mit eigenen Gesetzen sind. Die vorgeschrittenste Physiologie wird immer nur den Mechanismus des Seelenlebens, aber nie dessen Prinzip, den Geist, zu erklären vermögen, und gerade die bedeutendsten Physiologen (Dubois-Reymond) geben dies auch bereitwillig zu."

Der von J. B. Weiß herausgegebene zweite Band der Byzantinischen Geschichten von Gfrörer behandelte einen Stoff, der für die Beurteilung der neueren Ereignisse in Bosnien, Serbien und Bulgarien von Bedeutung war.

H. Kleine („Der Verfall der Adelsgeschlechter") erließ einen „Mahnruf an den deutschen, österreichisch-ungarischen und baltischen Adel im Interesse seiner Selbsterhaltung".

Ed. v. Hartmanns „Phänomenologie des sittlichen Bewußtseins" beruhte auf der völligen Unsicherheit aller moralischen Grundlagen dieser Zeit, die eine große Gefahr für unsere Kultur bedeutete.

Der Rabbiner Grünebaum suchte in der zweiten Auflage seines Buches „Die Sittenlehre des Judentums" eine Apologie des pharisäischen Standpunkts zu geben, nicht ohne Gegensatz zum Christentum und Beziehung zur Gegenwart.

Richard Wagner. Richard Wagner teilte den Mitgliedern des Patronatsvereins mit, daß die Aufführung seines „Parsifal“ noch nicht 1880 stattfinden könne. In einem Aufsatz für die „Baireuther Blätter“ („Wollen wir hoffen?“) deutete er an, daß seiner großen Sache geholfen wäre, wenn ihr nur die Subsidien der preußischen Hoftheater für schlechte Opern und die Summe des Defizits der Wiener Hofoper für Ballett und italienische Sänger zugute kämen. „Nicht ich bin der erste, welcher unsern Staat für unfähig erklärte, die Kunst zu fördern; vielmehr scheint mir unser großer Schiller der erste gewesen zu sein, welcher unsere Staatsverfassungen als barbarisch und durchaus kunstfeindlich erkannte und bezeichnete ... Dafür hatte die antike Welt aber auch Religion ... Hiergegen ist unsere Welt aber religionslos. Wie sollte ein Höchstes in uns leben, wenn wir daß Große nicht mehr zu ehren, ja nur zu erkennen fähig sind? Vielmehr sind wir durch unsere barbarische Zivilisation angeleitet, es zu hassen und zu verfolgen. Was soll diese Welt mit dem Großen zu schaffen haben? Wie kann ihr Anbetung der Leiden des Erlösers zugemutet werden?... Von Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, als ich im Jahre 1847 diesem geistreichen Monarchen meine Ideen mitteilen wollte, nahm man an, er würde, nachdem er mich verstanden, mir den Rat geben, mich mit dem Opernregisseur Stawinsky zu besprechen — was immerhin von Friedrich dem Großen noch nicht einmal zu erwarten gewesen wäre. Es kam aber weder zum Anhören noch zum Ratgeben ... Was mir stets einzig noch am Herzen liegen könnte, wäre: ein unzweifelhaft deutliches Beispiel zu geben, an welchem die Anlagen des deutschen Geistes zu einer Manifestation, wie sie keinem anderen Volke möglich ist, untrüglich nachgewiesen und einer herrschenden gesellschaftlichen Macht zu dauernder Pflege empfohlen werden könnten ... Ich glaubte nahe daran gewesen zu sein ... (aber) es fehlt uns an dem inneren Müssen ... Daß ich selbst die Hoffnung noch nicht aufgegeben habe, bezeuge ich dadurch, daß ich die Musik zu meinem Parsifal in diesen Tagen vollenden konnte ...

In dem Aufsatz „Über das Dichten und Komponieren“ erzählt Wagner, die Firma Cotta habe ihm einst die Herausgabe seiner gesammelten Schriften mit dem Hinweis darauf abgeschlagen, daß sie mit Goethe und Schiller noch so schwierig daran wäre. In dem nächsten Aufsatz „Über das Operndichten“ spricht er vom „dreißigjährigen Zukunftsmusikkrieg“. Er wandte sich in einem offenen Schreiben an Ernst v. Weber, Verfasser der Schrift: „Die Folterkammern der Wissenschaft“, gegen die Vivisektion, die „Religion des Mitleidens“ anrufend. Er schließt mit den Worten: „Sollten wir hierüber verspottet, von unserer Nationalintelligenz zurückgewiesen werden, so hätten wir den Verteidigern der Vivisektion wenigstens das eine Gute zu verdanken, daß wir aus einer Welt, in welcher kein Hund mehr länger leben möchte, auch als Menschen gern und willig scheiden, selbst wenn uns kein ‚deutsches

Requiem' [von Brahms] nachgespielt werden dürfte!" Der kranke Nietzsche legte seine Basler Professur nieder.

Professor Heinrich Dorn in Berlin veröffentlichte die Flugschrift „für Männer": „Gesetzgebung und Operntext" gegen Richard Wagner.

Liszt. Franz Liszt wohnte der erstmaligen Aufführung seines gewaltigen Oratoriums „Christus" in Frankfurt a. M. bei. Ein Kunstereignis, das die Baireuther Spiele noch an Bedeutung übertraf, wenn es auch weniger Aufsehen machte.

Über das deutsche Kriegslied und den „Füsilier Kutschke" brachte die „Illustrierte Zeitung" 30. August manchen Beitrag. Als unterscheidendes Merkmal des Liedes von 1870 gegenüber dem ernsteren der Freiheitskriege wurde der neue humoristische Ton hervorgehoben.

Kaiser Wilhelm wohnte der 100. Aufführung des „Doktor Klaus" von L'Arronge (Aaron) bei und verlieh dem „Dichter" einen kostbaren Brillantring.

Wilbrandts preisgekröntes Trauerspiel „Kriemhild" stach geradezu erbärmlich von Wagners Nibelungendichtung ab, so gut es in der konzentrierten Extraktform äußerlicher Theatralik gemeint sein mochte.

Die seit 1821 von Baini, Bunsen und Proske betriebene Gesamtausgabe der musikalischen Werke Palestrinas, in den sechziger Jahren begonnen, wurde nun durch den von Fr. X. Haberl gegründeten Palestrinaverein im Verlag von Breitkopf & Härtel rüstig fortgesetzt.

Alb. Tottmann schrieb im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Musikvereins über den „Schulgesang und seine Bedeutung für die Verstandes- und Gemütsbildung der Jugend". Diese Bestrebungen waren gegen den Materialismus der Zeit, die Verflachung, Ernüchterung, Frivolität und Superklugheit des heranwachsenden Geschlechts gerichtet.

Dem Dichter des „Simplicissimus", Grimmelshausen, wurde in Renchen, dem badischen Städtchen, wo er 1676 als Katholik gestorben war, ein Denkmal errichtet. Professor Erich Schmidt von der Straßburger Universität hielt die Festrede auf den „größten deutschen Dichter des 17. Jahrhunderts". Friedrich Geßler dichtete auf ihn die Verse: „Deutsch Volk, belogen und betrogen im Streit um hohes Ideal, durch Not und Elend durchgezogen, aus Wunden blutend ohne Zahl, einfältigen Herzens, tief verwildert, berührt doch von der Muse Kuß, deutsch Volk, du warst, den Er geschildert, der arme Simplicissimus! . . . Ob uns der Kampf zu Tod getroffen, deutsch war sein Herz und stark sein Hoffen. Er hat aus dreißigjähr'ger Not verkündet uns ein Morgenrot. An deiner Sprache hohem Gut, an alten Sitten, biedern, frommen, halt fest, mein Volk, mit treuem Blut, dann müssen bessre Tage kommen!"

Schilling in Dresden arbeitete am großen Niederwalddenkmal. Die Germania, 10½ Meter hoch, war im Modell fertig. Die nötige Summe war erst teilweise aufgebracht. „Wohlbegründete Zweifel gegen das Hinauswachsen der Skulpturaufgaben über ein gewisses Maß, Bedenken auch gegen den Ort der Aufstellung, gegen den Wettkampf des Kunstwerkes mit dem Wald waren Schuld daran . . ." (Allg. Ztg., 8. Juni).

Zu Köln wurde dem Reichskanzler ein Standbild enthüllt.

Am ersten Gottesdienst in der neuerbauten (zweiten) katholischen Kirche in Stuttgart, 12. November, nahm auch der König, sämtliche Minister, die

Generalität, die evangelische Geistlichkeit, die bürgerlichen Kollegien der Stadt u. s. w. teil.

Am 19. April, dem 350. Jahrestag der von sechs deutschen Fürsten und vierzehn freien Städten (mehr nicht) unterzeichneten Protestation auf dem Reichstag zu Speier, woher der „Protestantismus“ seinen Namen hat, wurde für den Bau einer protestantischen Gedenkkirche zu Speier lebhaft agitiert; doch war bisher kaum ein Fünftel der erforderlichen Summe durch den „Retscherverein“ aufgebracht worden. Speier.

Gottfried Semper starb zu Rom, der berühmte Architekt, der durch seine ästhetischen und kunstkritischen Schriften ebenso große Wirksamkeit entfaltete wie durch seine Bauten, für die er den Stil der Renaissance festhielt, schon aus geschichtsphilosophischen Gründen. Allerdings rief damals auch die unverstandene Renaissanceexerei den Spott der „Fliegenden Blätter“ heraus.

Zu Tegernsee wurde am 28. September das 900jährige Jubiläum der Erfindung der Glasmalerei im dortigen Benediktinerkloster gefeiert. Professor Sepp hielt im Gasthaus die Festrede; er ließ auch eine Festschrift darüber erscheinen.

Ästhetiker wie Nationalökonomen bemühten sich um die Reform der deutschen Frauentrachten, so Fr. Th. Vischer und Ferd. Worthmann. Es erschien unbegreiflich, warum die deutschen Frauen noch immer französische Dirnenmoden nachahmten. Bald nach dem Kriege 1871 hatte man sich an die Kronprinzessin mit der Bitte gerichtet, sie möge alljährlich die neue Mode dekretieren; das war allerdings ein Mißverständnis. Man wies auch auf das nationalstolze England hin, wo sich wenigstens die Männer von französischen Trachten freimachten und selbst für Frankreich tonangebend wurden. So erregte es „patriotische Beklemmungen“ in Paris, als der junge Mac Mahon im Ulsterrock nach Rom zum Leichenbegängnis Viktor Emanuels kam. In London kam der blaue Frack mit weißer Weste und hellgrauen Hosen auf. Man versuchte dort auch gräzisierende Frauentrachten (Illustr. Ztg., 15. Febr.).

Die plastischen Darstellungen des großen Altars von Pergamon mit den Gigantenkämpfen wurden für das Berliner Museum erworben. Dies Werk von großer kunsthistorischer Bedeutung hat auch auf die Kunst der Zeit in der Folge merklich eingewirkt, besonders durch seine starke Pathetik. — Die Hauptergebnisse der Ausgrabungen in Olympia wurden in Abbildungen der Welt bekannt und gaben der Kunstgeschichte ganz neue Anregungen: so der Hermes des Praxiteles und die dem Phidias zugeschriebenen Giebelgruppen. Pergamon.

Dem eigentlichen Erfinder des Telephons, Philipp Reis, wurde ein Ehrendenkmal errichtet durch den physikalischen Verein zu Frankfurt a. M. Es stand an seinem Grab auf dem Friedhof von Friedrichsdorf bei Homburg. Reis war 1834 geboren, 1874 gestorben; schon 1861 hatte er zu Frankfurt seinen schon damals Telephon genannten Apparat demonstriert. Erst 1876 trat Graham Bell mit seiner ähnlichen Erfindung hervor.

Für Österreichs äußere und innere Entwicklung blieb die Okkupation Bosniens auf Grund des europäischen Mandats auf dem Berliner Kongreß von größten Folgen. Die Deutschliberalen unter Führung von Herbst, „die Herbstzeitlosen“, wie Bismarck scherzte, traten immer mehr in Opposition und schadeten so durch ihre Kurzsichtigkeit ihrer eigenen Österreich.

Sache mehr als alle gegnerischen Parteien. Selbstmörderisch war es von ihnen, daß sie ihr eigenes Ministerium Auersperg heftig angriffen und es damit zwangen, die Regierung anderen Parteien zu überlassen. Nach dem Rücktritt des Fürsten Adolf Auersperg übernahm Stremayr mit Taaffe und anderen ein Übergangsministerium (18. Februar). Da die von Herbst geführte Gruppe von 112 Abgeordneten der Opposition auf ihrem negativen Standpunkt gegenüber der Großmachtspolitik der Monarchie beharrte und sich infolgedessen auch die Wahlen immer mehr zu ihren Ungunsten entschieden, trat Stremayr vom Präsidium zurück, das nun Taaffe zufiel. Dieser bildete ein Koalitionsministerium (12. August), verstärkt durch je einen Polen und Tschechen.

Taaffe. Graf Taaffe war kein Neuling in den Staatsgeschäften. Er entstammte einer der vielen jakobitischen irländischen Adelsfamilien, die sich nach dem Sturze der Stuarts an die katholischen Höfe des Festlands wandten. Er fungierte schon im Ausgleichsministerium Beust und gehörte dann dem Bürgerministerium an, trat aber infolge seines (und seiner Genossen Potocki und Berger) föderalistischen Minoritätsvotums zurück, indem er den Platz der zentralistischen Majorität im Ministerium (Plener, Hasner, Giskra, Herbst Brestel) überließ. Aber zwei Monate darauf (Jänner 1870) kam er doch wieder mit Potocki als Präsidenten zur Regierung. Während des Ministeriums Hohenwart war er Statthalter in Tirol. Er war auch im Ministerium Stremayr die leitende Kapazität.

Die Befestigung der Freundschaft mit dem Deutschen Reich wurde von den deutschösterreichischen Blättern freudig, von den ungarischen nicht ganz vorbehaltlos begrüßt, von den tschechischen mißtrauisch aufgenommen. Die ministerielle „Presse" betonte gegen letztere, daß Österreich mit dem Deutschen Reich durch eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame diplomatische Sprache verbunden sei. Eine noch engere Verbindung entspreche dem internationalen Bedürfnis nicht allein beider Reiche, sondern auch Gesamteuropas. Nach innen bleibe für das Reich der Grundsatz nationaler Gleichberechtigung geltend, nach außen gelte das Wort: „Keine Politik nach Stämmen!"

Andrassy. Auch Graf Andrassy nahm am 14. August seine Entlassung als Reichskanzler[1]), das heißt als gemeinsamer Minister des Auswärtigen. An

Haymerle. seine Stelle trat Freiherr v. Haymerle, bisher Botschafter am Hof des Königs von Italien (22. September). Dieser Wechsel wurde am 8. Oktober formell veröffentlicht.

Die neue Wendung der Dinge brachte die Tschechen dazu, ihre bisherige Abstinenzpolitik aufzugeben. Den Anstoß dazu gaben die Jungtschechen, während die feudalen Alttschechen sich nur schwerer dazu entschlossen. Graf Egbert Belcredi erklärte im Namen der mährischen Feudalen, dahin wirken

[1]) Den Titel „Reichskanzler" vermieden die dualistischen Ungarn. Beust hatte ihn noch geführt, nach ihm keiner mehr.

zu wollen, „daß die österreichische Monarchie nur auf ihrer historischen Basis ihre providentielle Mission erfülle ... Das historische Österreich, welches Gott in der Geschichte berufen hat, eine Schutzmacht unserer heiligen Kirche, ein Hort des Rechtes und der Freiheit seiner Länder und Völker zu sein, soll ein durch feierliche Verträge in fortgesetzter Rechtsentwicklung unter dem Zepter der erlauchten Dynastie zu einem Reiche sich ausgestaltender Staatsverband werden." Durch einen Pairsschub wurden zum erstenmal seit Jahren wieder katholisch-konservative Persönlichkeiten ins Herrenhaus berufen (25. September).

Die Thronrede bei der feierlichen Eröffnung des Reichsrats am 8. Oktober begrüßte die neuen Aussichten auf nationale Verständigung: „Indem nun auch die Abgeordneten meines geliebten Königreichs Böhmen meinem Rufe folgen und unbeschadet ihrer Rechtsüberzeugung und ungeachtet der Verschiedenheit ihrer Anschauung vollzählig den Boden gemeinsamer Verhandlung betreten, ist ein wichtiger Schritt geschehen, um zu jener allgemeinen Verständigung zu gelangen, die stets das Ziel meiner Wünsche war." Dann hieß es weiter: „In der letzten Zeit gepflogene Besprechungen eröffneten die erfreuliche Aussicht auf eine günstige Regelung der Verkehrs- und Handelsverhältnisse mit dem Deutschen Reiche." Und zum Schluß: „Österreich wird, treu seinem geschichtlichen Berufe, ein Hort sein für die Rechte seiner Länder und Völker in ihrem untrennbaren einheitlichen Verbande, eine bleibende Stätte des Rechtes und der wahren Freiheit." Böhmen.

Die Tschechen übergaben freilich in beiden Häusern eine Rechtsverwahrung folgenden Inhalts: „In dem Augenblicke, wo wir in den Reichsrat treten, halten wir uns für verpflichtet, zu erklären, daß wir mit diesem Schritte von unsern wiederholten öffentlichen Kundgebungen nicht ablassen und dieselben auch nicht einzuschränken gedenken; daß wir mit diesem Schritt auch nicht präjudizieren der staatsrechtlichen Stellung des Königreiches Böhmen und der böhmischen Krone, die durch viele Staatsakte verbürgt ist. Vom Standpunkte dieser Rechtsüberzeugung halten wir dafür, daß die natürliche Grundlage und unerläßliche Bedingung der verfassungsmäßigen Ordnung der Monarchie darin beruhe, daß alle Rechtsansprüche aller Königreiche und Länder gleich geschützt werden, und daß auch ihre organische ungeteilte und unlösliche Verbindung Ausdruck und Garantie erhalte, und daß nur auf diese Art dem Reiche dauernde Bürgschaften der Macht und Einheit gegeben werden können ... Wir waren immer bereit, auf diesem Wege und zu diesem Ziele mitzuwirken. Diese Bereitwilligkeit wollen wir auch heute kundtun, und in dem Momente, wo die Stimme der Nation nach Versöhnung und Ausgleich verlangt, und wo die Lage des Reiches sie erheischt, gehen wir über Aufforderung unseres Kaisers und Königs auf dem faktischen Boden unserer parlamentarischen Institutionen, welchen wir mit dieser Erklärung betreten, um die Hand zum heilsamen Werke der Verständigung zu bieten. Prag, 23. September 1879." — Schmerling beantwortete die Verlesung dieser Verwahrung im Herrenhaus mit der Bemerkung, sie sei weder praktisch noch rechtlich wirksam, da der Kaiser die

Herren auf Grund des Staatsgrundgesetzes einberufen habe, und zwar nicht als Vertreter Böhmens, sondern des gesamten Reiches.

Es zeigte sich bald, daß im Abgeordnetenhaus die Föderalisten gegenüber den Zentralisten, den Deutschliberalen, in der Majorität waren. Im Herrenhaus aber die „Verfassungstreuen", die sich nun förmlich als Partei konstituierten. Drei Erzherzoge nahmen hier bei der Adreßdebatte ihre Plätze auf der äußersten Rechten in der untersten Sitzreihe ein. Die Regierung wollte ihre Wehrgesetzvorlage, die für zehn Jahre gelten sollte, durchbringen, das war aber nur mit Zweidrittelmajorität möglich. Die Verfassungspartei war wieder so unpolitisch, sich den Staatsnotwendigkeiten der Großmacht verschließen zu wollen. Aber schließlich fielen doch so viele Elemente dieser Partei der Regierung zu, daß die Zweidrittelmajorität erreicht wurde. Damit war die bisherige liberale Partei vollständig zerspalten und zerrissen. Es ist unglaublich, wie diese deutsche Partei aus liberalem Doktrinarismus es über sich brachte, geradezu die Bündnisfähigkeit der Monarchie mit dem Deutschen Reich in Frage zu stellen, also gerade die Grundlage, auf der die Bedeutung der Deutschen in Österreich beruhte.

Memorandum. Die Tschechenführer überreichten dem Kaiser am 16. November ein Memorandum mit ihren Wünschen für ihre Sprache in Gericht und Schulen. Die Deutschen wollten darauf nicht eingehen, da auch für die rein deutschen Bezirke Böhmens von den Beamten die Kenntnis beider Landessprachen verlangt wurde. Wenn sie also die Mühe der Erlernung des Tschechischen scheuten, so mußten sie den Tschechen weichen, die alle zweisprachig waren.

Dem Vorgehen der Tschechen folgend, verlangten auch die Ruthenen Galiziens die Anerkennung ihrer von den Polen unterdrückten Nationalität. Dadurch wurde die Allianz zwischen Tschechen und Polen in Frage gestellt. Die Universität Lemberg war ganz polonisiert.

Der ungarische Reichstag beeilte sich, den Berliner Vertrag nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern ihn gesetzlich zu inartikulieren, wodurch er ein angebliches Recht, internationale Verträge anzuerkennen, markierte.

Vor dem Abschluß des Zweibundes schien es eine Zeitlang infolge einer Rede des österreichischen Botschafters Grafen Karolyi in London und des Generals von Schweinitz in Petersburg, als sollte sich ein Bündnis „Österreich-England" einem andern „Deutschland-Rußland" gegenüber stellen. Es erwies sich aber beides nur als äußere Demonstration.

Novibazar. Österreich schloß im April mit der Pforte eine Konvention ab betreffs der Besetzung des Sandschaks Novibazar; das war der schmale Landstreifen der von Bosnien zur Türkei ging und Serbien von Montenegro trennte. Er bedeutete für Österreich den Anfang des „Korridors" nach Salonik ans Ägäische Meer. Die Besetzung war im Berliner Vertrag vorgesehen, berührte aber nicht die Rechte des Sultans, galt vielmehr nur als Polizeimaßregel.

Festzug. Die Feier der silbernen Hochzeit des österreichischen Kaiserpaares Ende April gipfelte in dem prächtigen Festzug, den Makart mit seiner Künstlerschar anordnete. Die ganze Freude der damaligen Zeit an der

farbenreichen Renaissance kam hier zur Geltung. Man erwartete sich eine großartige Erneuerung der Kultur und jubelte Makart zu wie einem Bringer einer beglückenden künstlerischen Botschaft, dem Wiederbringer des Schönen in das moderne Leben. Die Erwartungen haben sich allerdings nicht ganz erfüllt. Der Festzug bleibt aber kulturgeschichtlich von höchster Bedeutung für den Charakter dieser Zeit. Das Kaiserpaar besuchte damals auch in streng dualistischem Sinne die ungarische Hauptstadt (3. Mai), und wurde dort zwar nicht kaiserlich, aber königlich gefeiert.

Ein ungarisches Sprachengesetz vom 6. Mai hatte die vollständige Magyarisierung der öffentlichen Schulen zum Ziel.

Der wiederholt genannte Florencourt, in Kiel zuständig, einer der Vorbereiter der christlichsozialen Richtung in Österreich, Redaktor des „Vorarlberger Volksblattes", wurde aus Österreich ausgewiesen wegen seiner allzu extremen Ansichten.

Gegen die Heuschreckenplage in Ungarn wurde militärische Macht aufgeboten.

Die Delegierten der altkatholischen Gemeinden und Vereine Österreichs konstituierten sich in Wien am 5. Juni als Synodalversammlung und beschlossen: die Teilnahme der Laien am Kirchenregiment, Aufhebung des Ohrenbeichtzwangs und des Zölibatszwanges, Einführung der Muttersprache bei allen kirchlichen Funktionen, Beseitigung des Fastenzwanges, Reduzierung der Feiertage, Abschaffung der Mißbräuche betreffs der Ablässe, des Reliquien- und Bilderkults, Beschränkung des Gottesdienstes auf die Kirchenräume u. s. w.

In Innsbruck wurde der Grundstein zur ersten protestantischen Kirche Tirols gelegt.

Die neuen Reichslande Bosnien und Herzegowina wurden in das österreichisch-ungarische Zollgebiet einbezogen.

Fürst Nikola von Montenegro wurde in Wien mit allen Ehren eines nunmehr unabhängigen Herrschers empfangen (2. Sept.).

Der finanzielle Ausgleich Kroatiens mit Ungarn konnte einstweilen nur auf ein Jahr verlängert werden.

Ein J. Albertus erblickte in seiner Schrift „Österreich, Deutschland und die orientalische Frage" (Innsbruck, Rauch) eine bessere Zukunft für das schwer geprüfte Österreich. Noch deutlicher sprach er sich in einer zweiten Schrift über die „innere Politik Österreichs" aus. Er verlangte, daß das Machtgebiet Österreichs sich ausdehnen müsse bis an das Ägäische Meer, bis Salonik. Dafür soll das Deutsche Reich sich nach Westen ausdehnen; er wiederholte die Worte Friedrich Lists: „Deutschland wird sich nie zu einem Machtkörper ersten Ranges entwickeln können, solange Holland und Belgien zwei englische Brückenköpfe bilden." Im Gegensatz dazu verlangte Constantin Frantz eine Ausdehnung Preußens nach dem Osten. Albertus wünschte ein föderalistisches Österreich auf ständischer Grundlage. In jedem Kronland hätte sich eine Adelsgenossenschaft zu bilden, die wieder Bauernvereine zu gründen hätte; in den Städten sollten die Handwerker und Kaufleute ihre gesonderten Innungen organisieren, auch die Fabrikanten könnten sich vereinigen zur Wahrung ihrer Sonderinteressen.

Albin v. Teuffenbachs „Vaterländisches Ehrenbuch" (Wien 1877) führte als Motto das Wort Radetzkys: „Fragen Sie die gelehrten Herren in Frankfurt, ob sie in Deutschland eine Quadratmeile finden werden, auf der nicht Österreichs Heere ihr Blut für Deutschlands Ehre und Rettung verspritzten!"

Bezeichnend für die neue Aufgabe Österreichs gegen Osten war die Gründung eines „Orientalischen Museums" in Wien.

Das Buch von L. Gumplowicz „Das Recht der Nationalitäten und Sprachen in Österreich-Ungarn" gipfelt in dem Satz: „Der moderne Kulturstaat kann die weiteste Nachsicht gegen die staatslosen Nationalitäten mit desto größerer Geduld und Ausdauer üben, als er doch überzeugt sein kann, daß der schließliche Sieg auf seiner Seite bleiben muß."

Der galizische Pole Otto Hausner schrieb eine „Geschichte der Auffassung und Entwurf einer Statistik des Elends" in alles umfassender Weise.

F. Kanitz schilderte neuerdings „Donaubulgarien und den Balkan" in historisch-geographischen Reisestudien von 1860 bis 1878.

Metternich. Eine sehr wichtige Veröffentlichung „Aus Metternichs nachgelassenen Papieren" besorgte sein Sohn Fürst Richard Metternich durch Klinkowström. Sie hat mir bei der Bearbeitung dieser Geschichten unschätzbare Dienste geleistet. Nicht minder wichtig war W. Onckens Werk „Österreich und Preußen im Befreiungskriege", dessen neuer zweiter Band wieder aus dem Wiener Staatsarchiv ganz neue Anschauungen über die wichtige, entscheidende Rolle Metternichs bei der umsichtigen Leitung des Ganzen eröffnete. — Ranke kehrte mit seinem Buch „Serbien und die Türkei im 19. Jahrhundert" wieder zum Thema seiner Jugendarbeit über die „Serbische Revolution" zurück. Teutschländer gab in der Schrift „Michael der Tapfere" ein „Zeit- und Charakterbild aus der Geschichte Rumäniens" (1593—1601).

Eitelberger. Bei Gelegenheit der Herausgabe von Eitelbergers „Gesammelten kunsthistorischen Schriften" wird in der „Allgemeinen Zeitung" die Bedeutung des berühmten Gründers des österreichischen Museums (1862) hervorgehoben. Unermüdlich, selbstlos, vorurteilslos benützte er seinen beispiellosen Einfluß auf die Leitung aller Kunstangelegenheiten in Österreich, die jungen Kräfte zu fördern, alles Bedeutende heranzuziehen. Freilich ist gerade das Beste, was er geplant hat, eine nationale, die Staatsideen darstellende Galerie, noch nicht verwirklicht worden. Aus dem anfänglichen Eklektizismus des Museums ist allmählich der Wiener, der neue deutsche Renaissancestil hervorgewachsen durch das Ineinandergreifen hervorragender Künstler. Ich habe schon bekannt, daß ich diesem meinem Lehrer die stärksten Anregungen verdanke. — Eitelberger schlug (bereits 1878) vor, eine gewerbliche Arbeitsschule mit der Volksschule in Verbindung zu bringen, und er führte diesen Gedanken nunmehr in einer neuen Schrift noch weiter aus.

Kürnberger. Als Ferdinand Kürnberger in Mödling begraben wurde, sagte ein Trauerredner: „Wien hat oftmals vergessen, was es an ihm besessen; jetzt weiß es, was es an ihm verloren."

Votivkirche. Die von Ferstel im elegantesten gotischen Stil erbaute Votivkirche wurde zu Wien am Tage der silbernen Hochzeitsfeier des österreichischen Kaiserpaars (24. April) eingeweiht. Sie war veranlaßt durch die Errettung des Kaisers aus Mörderhand (1853). Die Absicht, aus ihr eine Denkmalkirche für alle großen Männer der Monarchie zu machen, ist bisher nicht

ausgeführt worden, obwohl besonders die Außenwände passenden Platz böten. Thausing schrieb eine Festschrift zur Vollendung des Werkes.

Makarts Monstergemälde „Einzug Kaiser Karls V. in Antwerpen" machte ebenso großes Aufsehen auf seinen Konzertreisen wie Munkacsys Bild „Milton, seinen Töchtern das verlorene Paradies diktierend".

C. v. Wurzbach schilderte in einer biographischen Studie einen „Madonnenmaler unserer Zeit", nämlich Ed. Steinle. Es war eine Nebenarbeit seines „Biographischen Lexikons des Kaisertums Österreich".

Joh. Heinr. Löwe gab eine Biographie des merkwürdigen Joh. Emanuel Veith heraus, des zu Unrecht vergessenen werktätigen Priesters und Naturkundigen.

Die Aufführung des genialen Dramas „Catilina" von Hans Pöhnl in Brünn erwähne ich vor allem deshalb, weil der Dichter, dem ich bald darauf enge befreundet wurde, im Anschluß an Hans Sachs und die deutschen Volksbücher einen neuen zukunftsvollen dramatischen Stil fand. Nach manchen Versuchen, halben Erfolgen und Mißerfolgen ging er in Wahnsinn unter. Zwei Bände seiner deutschen Volksbühnenspiele wurden gedruckt; seine ebenso bedeutende Lyrik ist, wie es scheint, verloren gegangen. Pöhnl.

In seinen Veröffentlichungen über Wallenstein trat Hermann Hallwich stark für dessen relative Unschuld ein, ohne aber alle zu überzeugen.

Nichts ist so bezeichnend für die Bedeutung des Zweibunds, wie die Rede, die Lord Salisbury, der englische Minister des Auswärtigen, am 18. Oktober in Manchester zum Jubel seiner Zuhörer hielt; er sagte: „Bei Beurteilung der Haltung der Regierung in bezug auf die große orientalische Frage müssen Sie sich fragen, welches die Gefahr war: Rußland bedrohte Konstantinopel und die Küsten des Schwarzen Meeres, ein slawischer Staat sollte sich vom Schwarzen Meer bis zum Adriatischen erstrecken. Die Türken haben wie Helden gekämpft. An ihre militärische Kraft reicht die keiner andern Rasse am Balkan heran. Aber wenn auch die Türkei fällt, so steht Österreich jetzt in Novibazar, und kein Vorrücken Rußlands über den Balkan oder über die Donau kann erfolgen, bevor Österreich bezwungen ist. Österreich selbst ist mächtig. Auf seiner Stärke beruht die Stabilität Europas. Und was in den letzten Wochen geschehen ist, rechtfertigt uns zu hoffen, daß Österreich, wenn angegriffen, nicht allein dastehen wird. Die Nachricht von der Defensivallianz zwischen Deutschland und Österreich ist eine gute Botschaft von großer Freude! Vergleichen Sie den jetzigen Stand der Dinge mit dem zur Zeit des Vertrages von San Stefano und Sie werden anerkennen, daß eine vollständige Schutzwache für unsere Interessen geschaffen wurde." — Lord Beaconsfield betonte ebenso freudig beim Lordmayorsbankett am 11. November, daß der Friede absolut gesichert sei, „wenn England von seinem Posten im Rat Europas nicht desertiert." Sein Programm sei: Imperium et libertas! England.

Allerdings kämpfte England gegen Afghanistan mit sehr wechselndem Glück. Ebenso gegen den Zulukönig Cetewayo. Dieser südafrikanische Krieg
L. Bonaparte. ist nur durch den tragischen Tod des Prinzen Louis Bonaparte berühmt geworden. Der tapfere Jüngling fiel in die Hand der Zulukaffern, von seinen englischen Begleitern im Stich gelassen.

Die englische Regierung glaubte noch die Theorie des Freihandels
Parnell. aufrechthalten zu können. Für die irische Sache trat Parnell, der Führer des linken Flügels der Homerule-Partei kräftig ein. Er plante ein irisches Scheinparlament, gewählt ohne gesetzliche Grundlage. Erfolgreicher war seine Agitation gegen Pachtzahlung. Ein Drohplakat in diesem Sinne verfügte: „Jeder nehme gefälligst Notiz davon: Jedermann, der in dieses Land kommt, um mehr als 1 Pfd. St. per Acker Landes zu geben, mag sein Leichentuch und seinen Sarg mitbringen, denn wir wollen keine erpresserischen Landlords ermuntern. Sein Haus wird an demselben Abend, wo er ankommt, ein Aschenhaufe sein."

Man feierte am 6. Oktober den 50. Jahrestag der ersten Dampflokomotive, die Stephenson für den Schienenstrang zwischen Liverpool und Manchester lieferte. Welche Umwälzung des Verkehrs in so kurzer Zeit! Und doch sagte Carlyle, für die Kultur sei dadurch nicht mehr erreicht, als daß tausend Ochsen, die sich sonst nur alle Jahre einmal sahen, nun jeden Tag sehen konnten.

„Häßliche Aufklärungen" erfolgten über die Art, wie England die Transvaalrepublik einverleibt hatte, angeblich um das englische Element dort zu schützen. Aber die englische Regierung hatte zuerst selbst die abenteuerlichsten englischen Elemente, Verbrecher, Flüchtlinge und Gauner hingeschickt, um den Boden für die Annexion vorzubereiten. So berichteten die Londoner „Daily News".

Bei der Eröffnung des Shakespeare-Memorialtheaters in Stratford sagte der Kanonikus Baines, daß die Schaubühne als Schwester der Kirche zur Volkserziehung mithelfen müsse.

Frankreich. Für Frankreich nahmen die Wahlen einen immer republikanischeren Gang. Das bewog den biederen Präsidenten der Republik, den Marschall Mac Mahon, der bis dahin noch immer mit der Wiederherstellung einer anständigen Monarchie gerechnet hatte, vor Ablauf seines Septennats abzudanken und seine Stelle dem bisherigen Präsidenten der Kammer, Jules Grévy, zu überlassen. Gambetta trat an Grévys Stelle. Das neue Ministerium zählte fünf Protestanten, auffallend viel für das katholische Frankreich, wohl eine Wirkung der Loge. Grévy proklamierte die „liberale und wahrhaft konservative" Politik. Er schickte seinen Bruder Albert als Zivilgeneralgouverneur nach Algier. Eine Folge all dieser Wendungen war die Rückverlegung der Regierung und des Parlaments von Versailles nach Paris, vom konservativen Land in die bewegliche Hauptstadt.

Die Monarchie empfing durch den Tod des bonapartischen Prätendenten in Südafrika (1. Juni) den entscheidendsten Schlag. Der Leichnam des kaiserlichen Prinzen wurde an dem Amulett erkannt, das schon sein Vater trug, und das, angeblich aus der Gruft und vom Leichnam Karls des Großen stammend, die Stadt Aachen dem ersten Napoleon schenkte (Ill. Ztg., 13. Sept.). Sein Ersatzmann wäre Prinz Jerome Bonaparte, der Sohn des einstigen Königs von Westfalen gewesen, der sich freilich nur geringer Achtung erfreute. Darum hatte der getötete Prinz in seinem Testament dessen Sohn, den 17jährigen Prinzen Viktor, seinen Anhängern empfohlen. Die Aussichten der Legitimisten schienen damit etwas zu steigen; sie veranstalteten am 20. Juli zu Marseille ein Bankett und begrüßten den Grafen Chambord als König Heinrich V. Dieser antwortete mit Rührung und entschiedenem Festhalten an seinen Ansprüchen. Er verteidigte sich gegen den Vorwurf, als ob er etwa 1873 die Gelegenheit, den Thron seiner Väter zu besteigen, mutwillig oder mutlos von sich gewiesen habe. Er hoffte, daß nunmehr auch viele Imperialisten sich dem Royalismus zuwenden würden. Die Legitimisten erwiderten am 29. September: „Sie werden in unserer Mitte sein, wenn die Stunde Gottes schlagen wird! Sie haben gesagt: Ich will es! und dieses Wort hat Frankreich erbeben gemacht." Chambord.

Die neu konsolidierte Republik war entschieden bürgerlich. Nur zögernd amnestierte sie die noch immer massenhaft gefangenen Teilnehmer der Kommune von 1871. In Neukaledonien waren noch über 1000 Verurteilte. Am entschiedensten und längsten weigerte man sich, den alten Verschwörer Blanqui zu begnadigen. Es geschah endlich am 10. Juni. Er trat sofort in den Wahlkampf ein. Der Kommunard Humbert wurde in Paris zum Mitglied des Gemeinderats gewählt. Blanqui.

Beim sozialistischen Arbeiterkongreß zu Marseille (20. bis 31. Oktober) saß der Vorstand an rotgedeckten Tischen, über der Estrade prangte die Büste der Marianne (roten Republik) mit phrygischer Mütze und roter Schärpe. Die Inschriften an den Wänden besagten: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. — Der Boden dem Bauer, das Handwerkzeug dem Arbeiter. — Arbeit für alle; Emanzipation der Arbeitenden durch die Arbeiter selbst. — Wissenschaft, Friede, Gerechtigkeit, Einigkeit." Die Konklusionen verlangten: politische Rechte für die Frauen, Abschaffung der Klöster und der Gefängnisse, alleiniges Verfügungsrecht der Mutter über ihre Kinder, Handwerker-Syndikatskammern über Verträge mit Lehrlingen, Schiedsrichter in Streitigkeiten, Unterstützungskassen; religionslosen, unentgeltlichen, obligatorischen Unterricht, Gewerbeschulen; Ausschüsse aus Meistern und Gesellen zur Regelung der Arbeitslöhne; Vertretung des Proletariats, unabhängig von der Bourgeoisie, als eigene Arbeitspartei; Gemeineigentum aller an der Erde, den Rohstoffen und dem Arbeitswerkzeug; Abschaffung der Rente. Der Marseiller Arbeiterkongreß sprach sich auch gegen die höheren Unterrichts- Marianne.

anstalten aus, die eine Pflanzschule von Aristokraten seien. „Das Programm der Universität (hieß es) ist eine Albernheit."

Im Zusammenhang mit der Befestigung einer reinnegativen Republick stand ein fortschreitender „Kulturkampf". Die Mädchenschulen wurden den Händen weiblicher Orden und Kongregationen entzogen, den katholischen Universitäten wurden die Rechte der Universitätsgrade entzogen und ihnen so der Todesstoß versetzt. Die den Kongregationen traditionell überlassenen Staatsgebäude und Staatsgüter wurden zurückgenommen.

Die neue Landwehr (Territorialarmee) wurde einberufen; der Generalstab organisierte sich immer mehr nach deutschem Muster.

Im Kampf um Freihandel und Schutzzoll zeigte sich der Norden protektionistisch, der Süden freihändlerisch gesinnt.

Minister Freycinet plante eine Eisenbahnverbindung Algeriens und Senegals mit dem Innern des Sudans. Lesseps, der Erbauer des Suezkanals, agitierte für die Durchstechung des Isthmus von Panama gemäß dem Plane von Wyse, Reclus und General Türr. Die Kosten wurden auf mehr als eine Milliarde Franken veranschlagt, waren aber derzeit noch nicht aufzubringen.

Sehr bemerkenswert sind die Betrachtungen der Historisch-politischen Blätter über den Zusammenhang von Kulturkampf und Wirtschaftspolitik (84, 598). Es wurde hier schon 1870 an der Hand von Beispielen aus allen Ländern nachgewiesen, daß derlei konfessionelle Kämpfe regelmäßig als Deckmantel für verderbliche Unternehmungen auf wirtschaftlichem Gebiet dienen. In „Preußen-Deutschland" endete dies Wagnis mit dem großen Krach von 1873, „an dem das gesamte deutsche Volk heute noch zu leiden hat ... Der Krieg hatte Frankreich vor ähnlichem Unglück bewahrt ... Es ging deshalb alles vortrefflich, solange eine halbwegs konservative Regierung bestand, welche den Kulturkampf nicht nötig hatte. Aber unter Grévy wurde es anders"; nun begann auch in Frankreich der Gründungsschwindel zugleich mit dem Kulturkampf.

Renan. Renan, der von der modernen deutschen Wissenschaft wegen seines „Lebens Jesu" so übermäßig gefeierte Franzose, äußerte sich in seiner Rede bei der Aufnahme in die Akademie sehr abschätzig über die neue deutsche Kultur, indem er zu seinen Hörern sagte: „Wir mißtrauen einer pomphaft angekündigten neuen Kultur, die den Menschen weder liebenswürdiger noch besser macht. Eine in ihrer Einseitigkeit pedantische Wissenschaft, eine Literatur ohne Anmut, eine widerwärtige Politik, eine hohe Gesellschaft ohne Glanz, ein Adel ohne Geist, vornehme Leute ohne Feinheit, große Feldherren ohne sympathische Erscheinung werden nicht das Andenken an die alte französische Gesellschaft entthronen. Noch sind wir nicht besiegt. Wir haben die Welt als Zuhörerschaft noch nicht verloren." — Näher bezeichnete dann Renan seine Auffassung im „Journal des Débats" vom 17. April in einem „Brief an einen deutschen Freund" also: „Unglücklicherweise hat die deutsche Nation die große Wahrheit aus den Augen verloren, daß Deutschland Frankreichs

ebenso bedarf wie umgekehrt. Sie hat ihre Geschicke einer Generation von Eisen anvertraut, die alles verachtet außer der Gewalt und damit zufrieden ist, ganz isoliert in Europa zu verbleiben. Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland wirklich groß und Frankreich saß zu seinen Füßen. Was ist aus all den Illusionen geworden, die sich an die Idee der deutschen Einheit knüpften? Wie kommt es, daß dieser Geistesstrom fast ganz vertrocknet ist? Das naive französische Volk glaubte aufrichtig, das zu einer Nation gewordene Deutschland werde ein neues Element in der Harmonie der Welt sein, ein philosophisches und rationelles Volk werde die europäische Konföderation bereichern. Statt dessen sahen wir die deutsche Einheit unauflöslich verbunden mit dem Unglück unseres eigenen Landes, ohne selbst einen Gewinn davon zu haben. Man hört im neuen Deutschen Reich nicht das Jubelhorn des Gedankens froh erschallen. Ist Deutschland gedeihend, reich, zufrieden geworden? Erfreut es sich der Freiheit der Rede, der Presse, der Volksvertretung? Hat es der Welt den Frieden gegeben? Hat es die Lösung eines dringenden sozialen Problems übernommen? Leider nein. Im Gegenteil, nie hat ein Sieg so traurige Folgen gehabt. Selbst Bismarck kann mit dem Erfolg seines Kulturkampfes nicht zufrieden sein. Die Staatsmänner von Berlin haben aus Deutschland eine Nation von Soldaten gemacht. Wenn Goethe seine Zeit unter einem drillenden Unteroffizier ausgedient hätte, so würde er jene geistige Blüte verloren haben, die nur die Befreiung vom Zwange geben kann. Das Rekrutenleben ist eine schlechte Schule für den Genius. Deutschlands Staatsmänner besitzen jede Gabe, nur nicht die, Sympathie zu erwecken. Das Pantheon der Menschheit öffnet nicht seine Tore prahlender Selbstsucht und kalter Berechnung . . ." — Die englische „Saturday Review" äußerte sich darüber also: „Die Übel, die Herr Renan hervorhebt, sind offenbar. Wenige Nationen haben es so vollständig dahingebracht, die Mittel für Zwecke zu halten, wie Deutschland. Es hat seine Einheit hergestellt; aber als es daraus Nutzen ziehen sollte, zeigte es sich ohne jede Imagination. Es brachte nichts Neues fertig. Es hatte sein ganzes Denken auf das Drillen der Soldaten gerichtet und dabei die Fähigkeit verloren, die Menschen zu etwas anderem abzurichten. Es hat freilich die Idee einer Militärmonarchie erneuert. Aber Kampf und Aussicht auf neue Kämpfe sind nur Lebensfreuden für Wilde. Der Irrtum der Gründer des neuen Deutschland ist der, daß sie ihre Untergebenen behandeln, als ob sie Wilde wären. Wie die Sachen jetzt stehen, gibt es im deutschen Leben kein Element, das mit Ausnahme von Rußland für irgendeine andere Nation Gegenstand des Neides sein könnte. Die Wahrheit von Renans Kritik wird von den Deutschen der Zukunft anerkannt werden. Es wäre zu wünschen gewesen, einer ihrer eigenen Landsleute hätte es ihnen gesagt." — Die „Historisch-politischen Blätter" fügen dem bei: „Nun, der wahre Kern daraus, ohne das Beiwerk von Phrasen, ist den Deutschen schon sehr oft von Landsleuten vorgehalten worden; aber da es vorzugsweise Katholiken waren, welche ihnen die Wahrheit sagten, so hat die freisinnige Nation es verlacht. Jetzt freilich fängt die Wahrheit an, Eingang in den deutschen Köpfen zu finden, denn die Not lehrt beten; leider ist es bereits sehr spät, der Ruin der Nation ist beinahe vollendet" (83, 964).

Loyson.

Der ehemalige Pater Hyacinth Loyson eröffnete einen freikatholischen Gottesdienst in der von ihm gestifteten Kirche in Paris. Der Zeremonie

wohnten mehr Neugierige bei als Anhänger dieser neuen „gallikanischen" Kirche, wie Loyson sie nannte.

Die Erfolge des Gastspiels der Comédie française in London waren hauptsächlich den fabelhaften Toiletten der Sarah Bernhardt und Sophie Croizette zuzuschreiben.

In Angers tagte ein „Verein der Werke", der nach der Ansprache des eifrigen Bischofs Freppel die Lösung der sozialen Frage durch die Kirche anstrebte. Ein Fabrikant Harmel entwickelte die „Verchristlichung der Fabrik". Die Fabrikherren, Arbeiter und die beiderseitigen Familien sollen einen Verband bilden, die Kinder sind auf gemeinschaftliche Kosten zu unterhalten und zu unterrichten. Die Unverheirateten bilden einen Kooperativverband und haben gemeinschaftliche Wohnung und Kost. Die Fabrik bildet einen gemeinschaftlichen Konsumverein und eine gegenseitige Unterstützungsanstalt. Der Fabrikherr verpflichtet sich der Kirche gegenüber, die Arbeiter, ohne Zwang, zur Erfüllung der kirchlichen Pflichten zu bringen. Den Schlußstein des Baus bildet ein Kooperativausschuß, an dessen Spitze ein vom Bischof bezeichneter Geistlicher steht, der über alles, was sich auf Politik, kirchliche Lehre und Zucht bezieht, zu wachen hat. Die Liberalen sahen darin eine „Verpflanzung des Jesuitenstaates Paraguay nach Frankreich".

Harmel. Leon Harmels Buch über „die christliche Arbeiterkorporation zu Val-des-Bois" (bei Reims) wurde mit einer Vorrede von Mousang ins Deutsche übersetzt. Die Großindustriellen Gebrüder Harmel hatten nämlich wirklich bereits ihre zahlreichen Arbeiter und Arbeiterinnen auf durchaus katholischer Grundlage organisiert, um ihr geistiges und leibliches Wohl zu fördern. Sie gründeten nach vielen vergeblichen Bemühungen für ein religiös-sittliches Familienleben 1863 den Verein der Marienkinder, dann die Genossenschaft der heiligen Engel für Mädchen und die der hl. Philomena für kleine Mädchen vor der ersten Kommunion, den Verein der christlichen Mütter für die Frauen, die Genossenschaft des hl. Josef für Arbeiter, die vom hl. Aloysius für Knaben, eine andere für Bursche von 12—16 Jahren. Alle zusammen bildeten die christliche Arbeiterkorporation, gefestigt durch ökonomische Institutionen, Generalversammlungen, Schulfeste, Abendunterhaltungen. Nachdem alle menschlichen Mittel versagten, gelangte man, sozusagen, ohne es zu wollen, durch religiöse Vereinigung zum gesuchten Ziel. — Wir wissen heute noch besser als damals, daß die Entstehung des Kapitalismus und des damit zusammenhängenden Proletariats auf religiösen, konfessionellen Ursachen beruht, auf der merkantilistischen Weltanschauung, die vom Judentum und vom Kalvinismus ausging und neben starrer Kirchlichkeit das Erwerbsleben der schrankenlosen Ausbeutung überließ. Eine radikale Heilung der so entstandenen Frage ist also auch nur vom religiösen Gebiet aus möglich, indem man der Welt wieder den Grundsatz beibringt, daß nicht das Geld alles sei, sondern daß das rechte Maß alles ist.

Italien. Das Königreich Italien suchte seine Freundschaft für den werdenden Zweibund dadurch zu bezeugen, daß es die feierliche Einweihung des

Beinhauses von Custozza im Beisein einer österreichischen Abordnung vornahm (24. Juni). Der Deputierte Villa sagte namens der Kammer: „Custozza schloß hundertjährige Kämpfe ab; den ehemaligen Feinden fällt nunmehr die Aufgabe zu, sich zu vereinigen zum Kampfe für Zivilisation, Wissen und Freiheit. Die Erinnerung an dies gemeinsame Grab wird genügen, um etwa aufsteigende Wolken zu zerstreuen." Daneben aber entfaltete der Irredentismus seine rücksichtslose Tätigkeit gegen Österreich. Darüber schrieb in maßvoll mahnender Weise der österreichische Oberst Haymerle: „Italicae res". Garibaldi kam aus Caprera, um für allgemeines Stimmrecht und Abschaffung des Deputierteneides zu agitieren, kehrte aber ohne Erfolg zurück.

In einer Ansprache an etwa tausend katholische Journalisten, die 1362 Zeitschriften und 15.000 Schriftsteller vertraten, machte Papst Leo Leo XIII. die Rechte der Kirche auf die weltliche Herrschaft ganz im Sinne seines Vorgängers Pius geltend. Er forderte die Publizisten auf, die Notwendigkeit der Zurückforderung des Kirchenstaates nachzuweisen, der niemals ein Hindernis für die Wohlfahrt der Völker, für das Gedeihen Italiens und den Glanz Roms war (22. Febr.). Um so lebhafter beklagte er die Errichtung protestantischer Schulen in Rom. Die Teilnahme der papsttreuen Katholiken an den politischen Wahlen galt noch immer als inopportun. Es war ein wichtiger Erfolg, daß sich das Haupt der armenischen Schismatiker, Kupelian, dem Papst unterwarf und so die „Hassunisten" siegten (20. April).

Ungemein wichtig für die Entwicklung der Philosophie wurde die Enzyklika vom 4. August „Aeterni Patris", in welcher die Wiederbelebung der Scholastik zum feierlichen Ausdruck kam. Diese Philosophie ist die christliche Fortsetzung der antiken, klassischen Philosophie der Schule des Sokrates, Platon und Aristoteles. Sie fußt, mit einem Wort gesagt, auf der großen Entdeckung dieser Schule, daß das Wesen aller Wissenschaft in den Begriffen, den Ideen liegt. Das Christentum sah hier mit Recht die Logoslehre, die Lehre vom Wort Gottes als der Einheit der schöpferischen Ideen vorgebildet, grundgelegt, wissenschaftlich deduziert. Diese Übernahme der antiken Philosophie ist ein Teil der allgemeinen Fortsetzung der klassischen Kultur der Antike durch die Kirche und bildet so die bedeutungsvollste Tatsache der ganzen menschheitlichen Kulturgeschichte. Die Kulturentwicklung blieb so eine einheitliche, bis zur Reformationszeit, wo Luther mit der philosophischen Tradition brach, wo die nichtklassischen Sekten der Philosophie (Stoa, Epikur) wieder in Aufnahme kamen und das Chaos auf dem Gebiet der Philosophie entstand, die endlich vom Materialismus völlig verschlungen wurde. Hier klärend einzugreifen, war die Aufgabe der Enzyklika. Die weitere Entwicklung der Philosophie war damit nicht aufgehalten, sondern in sichere Wege geleitet.

Gegen Ende des Jahres ließ Papst Leo die noch immer für die Fortsetzung des Konzils bereitgehaltenen Bänke und anderen Vorrichtungen aus der Peterskirche entfernen. Die Idee, das unterbrochene Konzil wieder zusammenzurufen, wurde damit nicht aufgegeben, aber auf unbestimmte Zeit verschoben. Das ganze Material wurde im Vatikan aufbewahrt, „bis zu dem Tage, an dem es der göttlichen Vorsehung gefallen wird, die katholische Welt unter weniger schwierigen und unangenehmen Verhältnissen wieder zusammenzurufen".

Schweiz. Die Schweiz sah sich veranlaßt, einige internationale Verschwörer auszuweisen, um sich nicht in allzu schlechten Kredit bei den Mächten zu setzen. Der konfessionelle Kampf wogte in den Kantonen hin und her.

Das Denkmal, das die Genfer als Erkenntlichkeit für ein reiches Erbe dem Herzog Karl von Braunschweig errichteten, war fertig: ein schönes Werk zu Ehren des ganzen Welfenhauses in der (freilich unerreichten) Art der Skaligerdenkmäler in Verona; immerhin ein wenig ehrenvolles Denkmal einer Demokratie, die für Geld alles tut, wie das ja eben im Wesen der schrankenlosen Demokratie liegt.

Belgien. Die belgischen Bischöfe traten im August zu Mecheln zusammen, um gegen das neue Schulgesetz Stellung zu nehmen: man beschloß, den Staatsschulen katholische Schulen entgegenzusetzen.

Als die Universität Kopenhagen ihr 400jähriges Stiftungsfest feierte, beschränkte sie die Ehrenpromotionen auf die nordischen Länder, um nicht etwa auch Deutsche berücksichtigen zu müssen.

In Schweden konnte bisher eine gültige Ehe nur von jenen geschlossen werden, die auf das Bekenntnis der Landeskirche getauft und konfirmiert waren und das Abendmahl nach diesem Bekenntnis empfangen hatten. Nun wollte man den Dissidenten doch wenigstens eine Notzivilehe gestatten.

Spanien. Der König von Spanien vermählte sich mit der österreichischen Erzherzogin Maria Christina. Er entging einem Attentat. Die Verhältnisse auf Kuba blieben noch ungeordnet.

Portugals „Zusammengehen" mit England, besonders in betreff der südafrikanischen Kolonien, nahm immer mehr den Charakter britischer Oberhoheit an.

Nihilismus in Rußland. Außer dem Zweibund ist das wichtigste Ereignis der Zeit, das Umsichgreifen des Nihilismus in Rußland, offenbar eine Folgeerscheinung des Krieges. Diese Bewegung zeigte sich schon in den unruhigen Auftritten an der medizinischen Hochschule in Petersburg. Als sich die Regierung an die ganze Nation wandte mit der Aufforderung, sie im Kampf gegen die nihilistische Verschwörung zu unterstützen, erwiderten die Landstände von Charkow, dazu hätten sie nicht die Mittel und das Recht, so lange man ihnen keine Verfassung gewähre. Attentate folgten auf Attentate. Massenhafte Verhaftungen fanden statt. Die Nihilisten verbreiteten Schrecken durch drohende Erlässe, die in geheimen Druckereien hergestellt wurden.

Auf einen mißglückten Angriff auf den Zaren (14. April) folgten außerordentliche Gegenmaßregeln. Aber die Revolutionäre ließen sich nicht entmutigen. Ihre Proklamationen mit den Abzeichen des Revolutionskomitees (Dolch und Revolver) verlangten: Anerkennung der Nationalitäten, der Konfessionen, Freiheit der Presse, der Lehre, der Versammlungen und Vereine, Autonomie der Gemeinden, Landschaften und Bezirke, Verantwortlichkeit der Beamten gegenüber den Kreisversammlungen, Untersuchung der sozialökonomischen Lage des Volkes, volle Amnestie allen politischen Verbrechern. Das geheime revolutionäre Komitee wandte sich in einem Aufruf vom 20. April an das Heer. Unerhörte Sicherheitsmaßregeln wurden von der Regierung ergriffen; das ganze gesellschaftliche Leben wurde geknebelt. Ungeheuer war der Aufwand, um den Zaren sicher nach Livadia zu bringen. Nach den Attentaten folgten Brandstiftungen. Die Regierung mußte die ländliche Bevölkerung vor den falschen Gerüchten von einer bevorstehenden Verteilung des Grundbesitzes warnen. Am 1. Dezember wollte man den Zaren mit seinem Eisenbahnzug in die Luft sprengen. Der Versuch mißglückte, aber auch die Täter blieben unentdeckt. Das „Exekutivkomitee" erließ darauf folgenden Aufruf: „Das Attentat ist mißlungen. Wir sind dadurch nicht entmutigt. Alexander II. ist die Personifikation des verächtlichen Despotismus, feig und blutdürstig. Seine Regierung ist eine Lüge mit der vielgerühmten Befreiung der Leibeigenen. Sie ist all dem gewidmet, was dem Volk feindlich ist und es zerstört. Viele Zehntausende aus den gebildeten Klassen sind in nie endender Folge nach Sibirien in die Bergwerke geschleppt worden, nur weil sie der Sache des Volkes dienten. Alle Hinrichtungen lasten auf dem Gewissen des Zaren. Hunderte von Duldern schreien nach Rache. Er verdient zu sterben für all das Blut, das er vergossen, für alle Leiden, die er zugefügt hat." Am 10. Dezember wurde gar ein Plan entdeckt, den Zaren mit dem Winterpalast in die Luft zu sprengen.

Gegenüber diesen Wirren traten die anderen Ereignisse und Schwierigkeiten fast zurück. Der Friedensvertrag auf Grund des Berliner Kongresses wurde am 8. Februar unterzeichnet (in Konstantinopel) und die russische Armee begann langsam ihren Abzug aus der Balkanhalbinsel.

Von der Entfremdung mit dem Deutschen Reich war schon die Rede. Niederschmetternd wirkte in Petersburg besonders der Jubel in London über diese Isolierung Rußlands. Eine russische Expedition gegen die Turkmenen scheiterte vorläufig.

Panslawismus.

Das Kriegsgeschrei der panslawistischen Presse in Rußland steigerte sich im August. Es erscholl nicht nur gegen den alten Feind Österreich, weil er Nowibazar besetzen wolle, sondern auch gegen Bismarcks deutsche Politik, die allen Ballast der Überlieferungen wegwerfe, gegen Englands Ränke, gegen das unzuverlässige republikanische Frankreich. Bismarck wurde

der Verräter Rußlands genannt und für die künftige Lösung der orientalischen Frage wurden als Schauplatz der Tat „die weit näher als Bosporus und Donau, Themse und Seine liegenden Ufer der Spree" bezeichnet. Englands Presse hetzte dabei und suchte das Mißtrauen zu vergrößern. In Österreich erinnerte man die Russen daran, daß Andrassy 1877, als es mit ihnen schlecht genug stand, doch sein Ohr den Kriegsrufen der Magyaren und der Liberalen verschloß.

Nihilismus.

Über den russischen Nihilismus gab ein russischer Nihilist im „New-York-Herald" sehr lehrreiche Mitteilungen. Er war mit Tschernischewski und andern Gründern dieser Theorie in Sibirien bekannt geworden, in Gefängnissen und Bergwerken. Durch Bestechung wurde er frei. „Der Nihilismus ist die natürliche Frucht der russischen Geschichte, des Charakters und der Leiden des russischen Volkes. Er ist älter als die erfolglosen Bestrebungen Bestuschews und Pestels im Dezember 1825. Der ursprüngliche Charakter der russischen Gemeinden war patriachalisch, kommunistisch und republikanisch, wie die Republiken von Nowgorod und Pskow es zeigten. Unter einem solchen Volke führte Wladimir I. mit Gewalt die verdorbenste Form des Christentums ein, die der formalistischen orthodoxen Kirche; das blieb seither der Fluch Rußlands. Die meisten Nihilisten sind Materialisten. Die Tatarenherrschaft legte den Grund zur allgemeinen Korruption und Ausplünderung, die heute alles durchdringt. Dann kam Peter der Große, der alle nationalen Traditionen zu vernichten strebte. Er machte die Religion verächtlich, indem er sich selbst als ihr Haupt erklärte. Die Opposition offenbarte sich in der Sekte der ‚Altgläubigen' mit ihren 12 Millionen Anhängern. In ihnen erhielt sich das kommunistische Leben, indem sie in Verwandtschaftsgruppen von 60 — 100 Mitglieder zusammenleben und den Frömmsten zum Priester erwählen. Sie führten dem Nihilismus viele Anhänger zu. Turgenjew hat ihre Reinheit und Gastlichkeit würdig dargestellt. Die nationale Opposition zeigte sich unter Katharina II. in den Revolutionen der Stenka, Pugatschew und anderer Prototypen des heutigen Nihilismus. Daher kommt es, daß man die Nihilisten heute auch ‚Pugatschewzi' nennt. Katharina II. unterdrückte diese Regungen auf grausamste Weise. Es bleibt einem späteren Geschichtschreiber vorbehalten, wenn die Romanow ein wüster Traum der Vergangenheit geworden und ihre geheimsten Papiere in unsern Händen sind, all diese Tragödien zu schildern. Die Revolution des Dezember 1825 (‚Dekabristen') war doch nur ein künstlicher Militäraufstand, der von den höchsten Personen ausging. Ich kenne diese vornehmen und reichen Verbannten von Sibirien her. Sie ließen dort Ideen der Selbstverwaltung zurück, die sich schon einmal in einer Verschwörung offenbarten und vielleicht mit einem sibirischen Unabhängigkeitskrieg enden werden. Das Kredo der Dekabristen von 1825 war: Religionsfreiheit; Achtung der Nationalitäten, ihrer Religion und Sprache; Gleichheit aller vor dem Gesetz; Abschaffung der Leibeigenschaft; kommunale und provinzielle Selbstverwaltung, ein gewähltes Reichsparlament, aber nicht allgemeines Wahlrecht. Einige waren Republikaner, andere Konstitutionalisten, alle geistige Aristokraten." — „Der jetzige Nihilismus datiert aus der Zeit Nikolaus I. (seit 1825). Dieser Zar führte zuerst das System ein, große Transporte polnischer Verbannter gefesselt nach

Sibirien zu schicken. Diese Scharen säten Mißvergnügen und Haß überall da, wo sie durchzogen. Das fiskalische System förderte den Genuß von Alkohol. Bei aller Mißwirtschaft war nur die Diskussion des Panslawismus freigegeben. Fürst Dolgorukow und Herzen, die beiden Leiter der Emigration seit 1848, gründeten die revolutionäre russische Literatur. Herzens ‚Glocke' erschien in London. Der Krimkrieg sah den Plan der neuen Partei ‚Jungrußland' mit seiner Zeitung ‚Zemla i Wola' (Land und Freiheit). — Von den Reformen Alexanders II. (seit 1855) habe ich eine sehr geringe Meinung. Die Bauern kamen aus der Gewalt des Adels in die der rohesten und käuflichsten Polizei, aus dem Joche despotischer Kavaliere unter das Joch von despotischen Räubern. Die proletarisierten Bauern wurden so zu Nihilisten. Die Bewegung wurde eine zumeist agrarische. — Während des amerikanischen Sezessionskrieges täuschten wir die russische Regierung, indem wir die russischen Probleme unter der Maske der amerikanischen Sklavenfrage in der Presse besprachen. ‚Ruskoje Slovo' (Russisches Wort) und ‚Sovriminik' (Zeitgenosse) besprachen ebenso die Theorien von Saint-Simon und Fourier. Turgeniew taufte in seiner 1866 publizierten Novelle ‚Väter und Söhne' die Bewegung Nihilismus, und erst nachdem Karakassow 1866 auf den Zaren geschossen hatte, entdeckte die Polizei den wahren Zweck der literarischen Produkte unserer gewandtesten Schriftsteller. Aber sie kam zu spät. Der Nihilismus war bereits eine Macht im Lande geworden und hatte sein Evangelium in Tschernischewskis berühmter Novelle ‚Was sollen wir tun?' (1863). Mihailow proklamierte die freiste Ehe, Dubrojulow und Pisarew erörterten alle sozialen Fragen. Netschajew, der starke Agitator, wurde von der Schweiz ausgeliefert und von den Russen in einem Eisenbahnwaggon erdrosselt. Tausende polnischer Rebellen und russischer Nihilisten kamen in den sibirischen Gefängnissen zusammen. Dort hielt ihnen Tschernischewski Vorlesungen über Nihilismus. Er predigte den nackten Kommunismus und die freie Liebe, obwohl er ein musterhafter Ehemann war. Bakunin und Wirobow bekannten das gleiche auf dem sozialistischen Kongreß zu Bern (1868). Karl Vogt brachte dies Evangelium in Verse: ‚Wir wollen uns in Schnaps berauschen, wir wollen unsere Weiber tauschen, und aufgelöst sei Mein und Dein. Wir wollen uns mit Fett beschmieren und so im Sonnenschein spazieren, wir wollen freie Russen sein'." Der Mißerfolg der Pariser Kommune (1871) wirkte lähmend und mäßigend. Die Kommunisten schlossen Kompromisse mit den Reformern. „Wir wollen überhaupt kein Chaos. Wir wollen nicht mehr als eine auf das allgemeine Stimmrecht gegründete Republik, vollkommene Gleichheit, Toleranz aller Religionen, Rückgabe des Landes an die Bauern, welches durch wiederholte Konfiskationen in den Besitz der Romanow und ihrer Helfershelfer gekommen ist. Wir erstreben die Abschaffung des ländlichen Pauperismus, indem wir zur altslawischen Form des Landbesitzes wieder zurückkehren und die großen Landstrecken, die jetzt im Privatbesitz sich befinden, den Gemeinden zurückgeben. Diese Revolutionen wünschen wir ohne Blutvergießen zu vollziehen. Wir glauben, daß der russische Adel zu dem erhabenen Opfer, welches der Zeitgeist von ihm fordert, bereit sein wird. Wir werden die Romanow vernichten und ihre lieben Deutschen ihres Einflusses berauben: diese Leibgarde des europäischen Militarismus und Despotismus ... Ferner wollen wir die vollständige Assimilation der annektierten Völkerschaften mit der großen russischen Nation. Die klein-

liche separatistische Bewegung der Finnen, Polen, Ruthenen u. a. muß aufhören." — Hier aber zeigte sich der unausrottbare moskowitische Imperialismus. Man warf dem ungenannten Nihilisten ein, wie stark bereits die ukrainische (ruthenische) Bewegung sei, geleitet von Dragomanow, trotz des despotischen Drucks der moskowitischen Regierung, die selbst ruthenische Fibeln verbiete. Der Nihilist entgegnete, daß sich die Ukrainer, die Polen und die Donschen Kosaken niemals vereinigen werden, in ihrer unpolitischen Getrenntheit seien sie aber den Russen nicht gefährlich. Diese Politik war allerdings nicht minder teuflisch als die der Romanow. Weiters berichtete er, wie verbreitet der Nihilismus in allen Gesellschaftsklassen sei, beim Heer, bei den Frauen, wie man sich an Verrätern räche; die Organisation in Logen (Kruschki) ähnle der Freimaurerei. Gegen den Zarismus halte man jedes Mittel für erlaubt (Hist.-pol. Blätter, 84, 70 ff.).

Türkei. Trostlos schienen die Zustände in der Türkei. Vor dem Einzug der türkischen Truppen in Rumelien zogen angeblich 20.000 bulgarische Familien mit den Russen ab. Ostrumelien erhielt ein neues Statut mit Provinzialversammlung. Schwierigkeiten machten die Grenzberichtigungen gegen Griechenland.

In Rumänien umging die Kammer den Judenartikel des Berliner Vertrags durch Erschwerung der Naturalisierung.

Der Fürst von Serbien berief die Skupschtina ausnahmsweise in das neugewonnene Nisch statt nach Belgrad. Die serbische Synode proklamierte die Unabhängigkeit der serbischen Kirche mit einem eigenen Primas.

Montenegro hatte seine neuen Erwerbungen gegen die unzufriedenen Albanesen zu verteidigen.

Bulgarien. Die bulgarische Notabelnversammlung wurde vom russischen Generalgouverneur in der alten Hauptstadt Tirnowa eröffnet. Sie wählte nach dem Wunsche Rußlands am 29. April einstimmig den Prinzen von Battenberg als Alexander I. zum Fürsten von Bulgarien. Er war ein Sohn des Prinzen Alexander von Hessen und bei Rhein aus dessen nichtebenbürtiger Ehe mit einer Russin (Gräfin Julie von Hauke, später Prinzessin von Battenberg). Alexander von Hessen hatte sich 1859 als österreichischer Heerführer ausgezeichnet, 1866 hatte er das achte deutsche Bundesarmeekorps gegen Preußen befehligt. Der neue Fürst von Bulgarien stellte sich zuerst in Livadia dem Zaren vor, gelangte dann über Wien nach Konstantinopel, empfing dort den Investitur-Berat des Sultans, leistete in Tirnowa am 9. Juli den Eid auf die Verfassung und zog sodann in die neue Hauptstadt Sofia ein. Fürst Dondukoff, der bisherige russische Generalgouverneur, sagte beim Abschied von Sofia (22. Juni): „Ich habe die Mission Rußlands auf der Balkanhalbinsel stets im Sinne des großen Zaren Alexander II. gefaßt. Die Bulgaren mußten befreit werden, um Rußlands Gewissen zu beruhigen, ein Brudervolk aus der Sklaverei zu befreien, für die slawische Zukunft eine neue Garantie zu gewinnen. Wenn die Bulgaren weise vorgehen, dann wird ihre große natio-

nale Aspiration nach Einheit unfehlbar verwirklicht werden." Eine bulgarische Deputation, geführt vom Metropoliten Klement von Tirnowa, brachte am 15. August dem Zaren in Petersburg den Dank des Volkes. Das neue bulgarische Heer wurde zumeist von russischen Offizieren befehligt.

Gänzlich verzweifelt waren die Zustände in Ägypten. Angesichts der Zahlungsunfähigkeit der Regierung ging England im Verein mit Frankreich energisch vor und veranlaßte den Sultan, den Khedive Ismael-Pascha abzusetzen und dessen Sohn Tewfik an die Stelle zu setzen. Während der Exkhedive mit seinem Harem und seinen Schätzen nach Neapel abreiste, nahmen England und Frankreich die Ordnung der ägyptischen Finanzen in die Hand.

In Jerusalem starb der Bischof Gobat. Wir erinnern uns, daß 1841 von Preußen und England, den beiden protestantischen Vormächten, gewissermaßen als ein Trutz-Rom das protestantische Bistum Jerusalem gegründet wurde, wodurch dem Nachfolger Petri der Nachfolger des „Bruders" des Herrn, Jakobus, entgegengestellt werden sollte. Als erster Bischof wurde damals von England aus der getaufte Jude Alexander mit Weib und Kindern hingeschickt. Nach dessen Tode 1846 bestellte Preußen alternierend den Schweizer Samuel Gobat, bekannt als Missionär. Der so weltgeschichtlich vermeinte Gedanke ging in verdienter Kleinlichkeit unter. Thiersch gab 1884 zu Basel Gobats Lebensbeschreibung heraus.

Das wichtigste Ereignis für Amerika war die Wiedereinführung der Metallzahlung in der Union. Zum Erstaunen der Finanzleute hatte diese Maßregel keine nachteilige Wirkung. Die soziale Frage löste sich bis zu einem gewissen Grad durch die Auswanderung von Arbeitern aus dem Osten nach dem Westen und von Negern nach Neumexiko.

Jefferson Davis, der ehemalige Präsident der Südstaaten, nun in Boston lebend, äußerte sich befriedigt über die Emanzipation der Sklaven; nachdem einmal das Schwert entschieden, sei aller Streit erledigt. Freilich hielt er die Negerrasse für unfähig einer höheren Kultur, die Erteilung des Stimmrechts an die Schwarzen für einen Fehler. Wohl aber habe sich gezeigt, daß sich der bezahlte Arbeiter besser bewährt als der Sklave; diesen ökonomischen Irrtum wolle er gern eingestehen.

Ganz Nordamerika war damals vom Sportfieber der Dauerläufer ergriffen.

An dem Krieg, der sich an der Westküste Südamerikas zwischen Chile und Peru entspann, waren auch deutsche Handelsinteressen beteiligt. Man betrachtete den Konflikt, der zunächst ein Ringen um materielle Interessen war, von Deutschland aus auch als einen Kulturkampf des liberalen Chile gegen das „militärisch-klerikale" Regiment in Peru und Bolivia.

Deutschlands Stellung und Aufgaben in der Südsee wurden lebhaft erörtert im Anschluß an den Handels- und Freundschaftsvertrag, den das Reich mit dem Staate Samoa im Januar abgeschlossen hatte.

Eine amerikanische Negergesellschaft gastierte in Deutschland mit dem dramatisierten Roman „Onkel Toms Hütte".

Das Jahr 1880.

Der große Stimmungsumschwung infolge des Zweibunds. Die Deutschen Österreichs. Sprachenverordnung. Deutscher Schulverein. Taaffes Politik. Kaiser-Josef-Feier. Das „Vaterland". Florencourt und Vogelsang. Der Zentrumssturm. Der Gang nach Canossa. Das Kölner Domfest. Sozialdemokraten und Kommunisten. Wuchergesetz. Samoa. Antisemitismus. Richard Wagners „Religion und Kunst". Seine Regenerationsidee. Deutsche Kultur. Kulturkampf in Frankreich. Unterdrückung der Kongregationen. Papst Leo und die Republik. Der Streit um Tunis. Belgischer Kulturkampf. Beaconsfields Sturz; Kabinett Gladstone. Parnells Landliga. Boycott. Burenaufstand. Melikoff und die Nihilisten. Dulcigno an Montenegro. Präsident Garfield.

Zweibund.

Wenn wir, die wir die erste Zeit des Zweibunds in unserer Erinnerung tragen und nun wieder alle Zeugnisse der Zeit aus der Ferne übersehen, alles zusammenfassen, so müssen wir gestehen, daß damals über die Heimat ein Geist der Erlösung gegangen ist, der Befreiung von längerem Mißmut, das Gefühl der Wiederherstellung der Dinge, wie sie vor 1866 waren, eine Wiederorientierung an der gesamten Geschichte der Vergangenheit und an allen Mächten des Beharrens — trotz der doch nur unzureichenden Erneuerung zerstörter Bande, trotz des fortgeschleppten Kulturkampfes und trotz der ungelösten sozialen Probleme. Aber die Hauptsache schien doch geschehen zu sein: der 1866 so entschieden verlassene Weg der nationalen und kulturellen Entwicklung war wieder gefunden. Nicht alles war gutzumachen. So manches war seit 1866 für immer vertan. Aber man sah nun doch wenigstens wieder das Ziel vor sich, nicht hinter sich. Eine tausendjährige Geschichte war nicht völlig durch die Willkür der Gegenwart beiseitegeschoben. Der Sinn des Geschehens und des Bestrebens von Generationen unserer Ahnen war wieder anerkannt. Ich glaube dies Aufatmen der Zeit in der ganzen damaligen Literatur, in den Zeitschriften, in den Äußerungen des Lebens zu erkennen, wenn es auch nicht immer offen und bewußt ausgesprochen wird, ja noch mit manch Mißstimmigem vermischt erscheint. Und wenn ich an meine eigene Entwicklung zurückdenke, die ja auch ein historisches Zeugnis ist, das ich nicht mißverstehen oder übersehen darf — denn die Seele des Individuums bildet die innere Seite des ganzen äußeren Weltgeschehens, sie bildet dessen Spiegel, welcher alles Zeitliche notwendig abspiegeln muß —: dann muß ich gestehen, daß der Geist des Jahres 1879 auch in mir die allerentscheidendste Umkehrung, Klärung, Sicherung, Festigung bewirkt hat. Alles das, was ich später Jahrzehnte hindurch auszuwirken gesucht habe, das hat sich mir damals wie in einer zusammenfassenden Anschauung aufgedrängt: Verständnis für die Wirklichkeit der Dinge, der Geschichte, der Tradition, der Religion, der Heimat, des Vaterlandes, des Staates, der Kirche, des Volkes. Ich kann das selbstverständlich ganz aus inneren

dialektischen Bewegungen oder aus äußeren, „zufälligen" Anregungen ableiten und erklären: muß aber heute doch die unbewußte Wechselwirkung mit dem ganzen gleichzeitigen Strom des Geschehens erkennen, denn alles hängt mit allem zusammen.

Das Jahr 1866 bedeutete die Abtrennung Österreichs aus der tausendjährigen Einheit mit dem übrigen Deutschland: also die Zweiteilung des früher untrennbaren Begriffs von Mitteleuropa. Das Jahr 1879 war der Versuch, diese gewaltsame und willkürliche Trennung wieder zur alten organischen Einheit heilend zurückzuführen, soweit das eben wieder möglich war, mit neuen Grundlagen, neuen Mitteln, neuen Zielen.

Österreich.

Es ist vor allem wichtig, zu beobachten, wie die neue Annäherung im Zweibund von 1879 auf das seit 13 Jahren abgetrennte, sich selbst überlassene Österreich gewirkt hat.

Freiherr v. Haymerle, der gemeinsame Minister des Äußern, sprach am 15. Januar im Ausschuß der österreichischen Delegation also über die neue Lage: „Die innigen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sind kein so neues Faktum. Sie datieren von langer Zeit, mein Vorgänger Graf Andrassy hat mit der ganzen Energie seines Wollens sich deren Pflege zur Aufgabe gemacht und darin von deutscher Seite volles Entgegenkommen gefunden ... Der Berliner Vertrag berechtigte zur Hoffnung auf eine Beruhigung der Geister. Diese ist aber nicht in vollem Maß eingetreten ... Der Ideenaustausch in Gastein konstatierte nicht nur die Gemeinsamkeit der Interessen in allen großen Fragen, sondern auch eine solche Gleichmäßigkeit der Auffassung dieser Fragen in allen ihren möglichen Konsequenzen, daß die Besprechungen zu einem innigen Einvernehmen führten. Dieses Einvernehmen ist ein Werk des Friedens; es bedroht niemanden, im Gegenteil, es soll in Mitteleuropa durch enges Aneinanderschließen zweier bedeutender Mächte einen Kern bilden, an welchen jede Macht, welche die gleiche Tendenz des Friedens verfolgt, sich anschließen kann. Dasselbe hat auch an sich solche Festigkeit und Dauer, als irgendeine Form geschriebener Worte ihm verleihen könnte. Es wurzelt in der Gemeinsamkeit der Interessen, in einer gleichen politischen Auffassung, in der Freundschaft der Souveräne und den Sympathien der Bevölkerung." — Der ungarische Sektionschef im Ministerium des Auswärtigen, v. Kallay, ergänzte in der ungarischen Delegation am 17. Januar jene Worte durch folgende Darlegung: „Gerade in dem Umstand, daß beide Staaten den Frieden wünschen, daß in keinem der beiden Staaten Aspirationen bestehen, welche nur auf Kosten des andern Staates durchführbar wären, in dem Umstande ferner, daß diese Staaten auf einer langen Linie aneinander grenzen, liegt die natürliche

Notwendigkeit dessen, daß diese beiden Staaten auf eine gegenseitige politische Freundschaft angewiesen sind. Dieses politische Verhältnis bietet uns Hoffnung, daß, wenn noch auf volkswirtschaftlichem Gebiete Schwierigkeiten vorhanden sind, diese wahrscheinlich beseitigt werden dürften."

Der Zweibund bedingte allerdings einen stärkeren Grenzschutz gegen das irredentische Italien und gegen Rußland. Für die Befestigung von Pola, Krakau, Przemysl sowie für Straßensperren an der Predilstraße wurden von den Delegationen Mittel bewilligt.

Der Zweibund wurde durch die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Ischl. Ischl (10. Aug.), durch den Besuch Haymerles bei Bismarck in Friedrichsruhe (4. Sept.) und durch den Besuch des österreichischen Kronprinzen in Berlin (10. Sept.) demonstriert. Bei den Verhandlungen der internationalen Donaukommission in Galatz standen die beiden Verbündeten der Mißgunst der andern Mächte gegenüber. Nicht leicht gelang es Österreich, in Eisenbahnfragen und Handelsfragen zu einer Verständigung mit Serbien und Bulgarien zu kommen. Hier spielte ebenso ungünstig die Interessenverschiedenheit der beiden Reichshälften mit, wie russische Einflüsse. Ein Besuch des Fürsten Milan in Wien 28. Juni und ein Regierungswechsel in Belgrad erleichterte die Vereinbarungen.

Schwieriger war es für die Deutschen Österreichs, der magyarischen und slawischen Hochflut zu widerstehen. Vor dem Jahr 1866 hatten sie den Rückhalt am ganzen Deutschen Bund, sie fühlten sich mit den Deutschen des Bundes zusammen als Majorität. Das Jahr 1866 hatte sie in die Minorität herabgedrückt. Zu dieser Ungunst des statistischen Verhältnisses kam die moralische Depression in der Seele eines großen deutschen Volksstammes, der für die Einheit mit seinem ganzen deutschen Vaterland in blutigem Krieg gekämpft hatte, unterlegen war und mit Hilfe des Welschen aus Deutschland hinausgedrängt wurde. Die politischen Fehler, die von den Deutschen Österreichs etwa begangen wurden, so in der Frage der Okkupation von Bosnien und Herzegowina, lassen sich dadurch erklären und entschuldigen. Sie blickten halt immer noch gegen Westen und Norden und waren blind für den Osten, solange ihnen der Ausblick dorthin verwehrt war. Sie dachten ebenso loyal wie ihr Kaiser, der ja auch 1866 für das Verbleiben im Deutschen Bund gekämpft hatte.

Nachdem aber seit 1859 und 1866 die Politik Europas überwiegend nationalistisch gerichtet war, konnte man unmöglich von der deutschen Minorität in Österreich erwarten, daß sie die frühere moralische Hegemonie gegenüber Slawen und Magyaren festhalte. Konnte doch das Deutsche Reich selber der Polen, Franzosen und Dänen innerhalb der Reichsgrenzen nicht Herr werden. Und überdies lag es gar nicht im Plane Bismarcks, eine zweite deutsche Großmacht als Konkurrentin des spezifisch „Deutschen" Reiches allzu deutsch werden zu lassen. Daher sein Rat, den Schwerpunkt von Wien nach Ofenpest zu verlegen; das heißt, sich auf die nichtdeutschen Völker der Monarchie zu stützen, den Zentralismus gegen den Dualismus (oder Föderalismus) zu vertauschen. Ganz richtig stellten die Deutschen Böhmens am 9. Februar in einem Gegenmemorandum an den Kaiser dem „nationalen Interesse" den „staatlichen Gedanken" gegenüber und das Bedürfnis des Staates. Sie wollten die kraftvolle Entwicklung des

Staates. „Nach wie vor treten wir ein für den durch die Geschichte herausgebildeten, durch die Verfassung sanktionierten gesammtstaatlichen Organismus des österreichischen Staatswesens und finden in dem zielbewußten Schutze dieser geschichtlichen und grundgesetzlichen Gestaltung unseres Vaterlandes Österreich den patriotischen Beruf zur Abwehr aller Bestrebungen, nationale Anliegen auf Gefahr und Kosten der staatlichen Einheit zu verwirklichen."

Sprachenverordnung.

Die Sprachenverordnung der Minister Taaffe und Stremayr vom 27. April für Böhmen und Mähren wollte eine einfache Kodifikation des bereits zu Recht bestehenden Verhältnisses sein, befriedigte aber deshalb keine Partei. Ihr Verfasser, Sektionschef v. Sacken, interpretierte sie im Parlament so, daß es einer teilweisen Rücknahme fast gleich kam. Schmerling sprach sich energisch gegen solche Experimente aus: „Der Freiheitsstaat und der Föderativstaat, die Aufklärung und der Ultramontanismus lassen sich nicht vereinigen." Bei der Kaiserreise in Böhmen und Mähren im Juni demonstrierten beide Parteien: schwarzgelb und weißrot! Eine Regierungsvorlage vom 6. Juni schlug einen Mittelweg ein, indem sie durch eine neue Landtagswahlordnung für Böhmen die Entscheidung weder den Deutschen noch den Tschechen, sondern dem Feudaladel in die Hand legen wollte. Das „Vaterland" schrieb: „In Wien werden wir uns nie vertragen und vergleichen. Wir müssen verglichen werden durch einen höheren Willen, und zwar dadurch, daß man uns trennt und uns nur für gemeinsame Sachen zusammenruft. In allen Ländern soll an die Stelle des Kaisers der Landesfürst, an die Stelle der Statthalterei die Landesregierung treten. Der Begriff Staat ist überhaupt nur ein künstliches Gebilde, das sich zwischen Land und Reich eingeschoben hat." Das Kabinett war genötigt, sich immer mehr nach der föderativen Seite hin zu erneuern. Besonders die Ernennung des Polen Dunajewski (27. Juni) war dafür bezeichnend.

Im Juli bildeten die bedrängten Deutschen einen deutschen Schulverein, der sich sofort mächtig ausbreitete, besonders erfolgreich unterstützt durch die Generaldirektionen der österreichischen Eisenbahnen. Freilich rief diese höchst wichtige Aktion auch die Reaktion der Nichtdeutschen hervor, die nun ihrerseits Gegenschulvereine gründeten. Das große Bundesschießen des österreichischen Schützenbundes in Wien, 18. Juli, wurde eine überwiegend deutsche Demonstration, obwohl Politik und Polemik vermieden waren.

Bei der Kaiserreise im September nach Galizien und der Bukowina zu den Manövern bemühten sich die Polen in Krakau, die Ruthenen (Ukrainer) in Lemberg, ihre nationale Sache wetteifernd zur Geltung zu bringen. Die russische Regierung sah das sehr ungern; man sandte daher zur Begrüßung des Kaisers nicht, wie sonst, einen Großfürsten, sondern nur den Generalgouverneur von Russisch-Polen Albedinsky.

Der deutsch-böhmische Parteitag in Karlsbad sprach sich sehr scharf gegen die Regierung Taaffe aus und faßte sein Programm in drei Worte zusammen: „Staatseinheit, Freisinnigkeit, Deutschtum."

Taaffe.

Graf Taaffe ließ seine Politik im „Pester Lloyd" vom 7. Oktober also verteidigen: „Das Ministerium legt Wert darauf, parlamentarisch zu regieren, ohne selbst im gewöhnlichen Sinne parlamentarisch zu sein . . .

Die Regierung braucht die Majorität ... Würde eine Mittelpartei existieren, so würde sich die Regierung an dieselbe anlehnen; da jene Partei nicht vorhanden ist, muß die Regierung, um konstitutionell sein zu können, sich auf die rechte Seite des Abgeordnetenhauses stützen ... Rechts und links werden sich früher oder später Männer finden, welche über die politischen Tagesfragen hinweg die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung ins Auge fassen werden ... Die Regierung ist auch überzeugt, daß in demselben Maße, als die Sprache und Literatur, das ganze eigentümliche und berechtigte Wesen der einzelnen Nationalitäten geschont wird, sie selbst zur Einsicht gelangen dürften, daß Eine Sprache als politisches und administratives Bindemittel erforderlich ist, und diese Sprache keine andere sein könne als die deutsche. Die offizielle Erklärung der deutschen Sprache als Reichssprache würde aber im jetzigen Augenblicke wenigstens in den Nationalitäten das Gefühl einer Zurücksetzung und Erbitterung erzeugen und sich überhaupt wahrscheinlich gewaltsam nie erreichen lassen, was als Produkt der natürlichen Notwendigkeit sich später von selbst ergeben wird. Gegen die Zumutung, als ob es die Deutschen im Reiche verkürzen wolle, verwahrt sich das Kabinett, dessen Mitglieder der Mehrzahl nach selbst der deutschen Nationalität angehören, auf das entschiedenste, und fordert insbesondere der Ministerpräsident die Wortführer der deutschliberalen Partei auf, ihm auch nur einen Fall namhaft zu machen, in dem er die nationalen Interessen des deutschen Volkes geschädigt, das Prinzip der Gleichberechtigung zuungunsten der Deutschen verletzt hätte. So weit die Regierung nun davon entfernt ist, die Berechtigung einer nationalen Hegemonie in Österreich anzuerkennen, so entschieden muß sie sich gegen die Annahme verwahren, als beabsichtige sie an einzelne Länder und Völker Konzessionen zu machen, welche eine Lockerung der Reichseinheit involvieren würden ... Die Regierung glaubt sich zur Erklärung berechtigt, der äußeren Politik des Reiches ... in allem und jedem Rechnung zu tragen, und sie glaubt eben, durch ihre Haltung auch die dieser Politik widerstrebenden Nationalitäten für sich zu gewinnen und im Falle der Notwendigkeit Österreich zu jeder auswärtigen Aktion fähig zu machen ..."

Parteitag.

Ein allgemeiner deutscher Parteitag zu Wien am 14. November gab der stetig wachsenden, tiefen Beunruhigung des deutschen Volkes in allen Gauen Österreichs starken Ausdruck. „Die staatsnotwendige, das kulturelle Gepräge des österreichischen Staatswesens bestimmende, berufsvolle Stellung des deutschen Stammes, seine nationalen Rechte und Interessen wirksam zu schirmen und zu wahren", erklärte man „gleichmäßig als Pflicht der nationalen Selbsterhaltung wie als Pflicht der vorbehaltlosen Treue gegen das österreichische Vaterland". „Festhalten an dem österreichischen Staatsgedanken und dem die Macht und den Bestand des Staatsganzen ver-

bürgenden Reichsverbande", „Abwehr aller föderalistischen Bestrebungen, welche in ihrem Endziel die Zerreißung des Staates selbst bedeuten", „Bekennung und Entwicklung des freiheitlichen Geistes der Verfassung und Verwaltung", das waren die Ziele des Parteitags. — Gleichzeitig fand aber eine große Arbeiterversammlung statt, die sich im Gegensatz gegen die „fruchtlosen konstitutionellen und nationalen Debatten im Reichsrat" für Wahrung der „eigentlichen Volkswohlfahrt, Hebung des Wohlstands, Regelung der Arbeiterfrage, direktes Wahlrecht und Vertretung des Arbeiterstandes im Reichsrat" aussprach. — Auch das war bemerkenswert, daß den „Deutschliberalen" die „Deutschkonservativen" gegenüberstanden, die auf dem Parteitag zu Linz 22. November sich der Regierung wesentlich näher stellten.

Kaiser Josef.

Da die Kaiser-Josef-Feier am 29. November (zur Erinnerung an dessen Regierungsantritt vor hundert Jahren) von den Liberalen in ganz verkehrter Anschauung in ihrem Sinn abgehalten wurde, verboten die Bischöfe Rudigier von Linz und Zwerger von Graz die Beteiligung daran. Ich habe (vielleicht zum erstenmal) in meiner „Österreichischen Geschichte" gezeigt, daß Kaiser Josef II. durchaus kein Liberaler, kein Freisinniger oder Freigeist, vielmehr ein tief gläubiger Katholik war, Gegner der Freimaurer, der Juden, der Freigeister, bestrebt, alle der alleinseligmachenden Kirche zu gewinnen, durchaus nicht der Urheber des „Josefinismus", der vielmehr seinen Hauptsitz in der von der Aufklärung angesteckten Geistlichkeit hatte. Seine Gestalt ist allerdings von der liberalen Geschichtsfälschung verzerrt worden, mit allzu großer Wirkung auch auf manche konservative Historiker.

Bei der Kaiser-Josef-Feier fuhren die Studentendeputationen, auch solche aus den Kronländern, in 200 Wagen zum Josefsdenkmal, wo sie Kränze niederlegten. In der Aula sprach Professor Lustkandl die Festrede. Beim Festkommers sprachen Hasner und Herbst, sie mahnten zum Festhalten an den josefinischen Traditionen im freiheitlichen und deutschnationalen Sinn. Festesgrüße schickten Auerbach, Scheffel, Scherr, Lazarus, Bernays, Jordan, Dubois-Reymond, Rittershaus, Lasker und Max Müller (England). Der Bürgermeister Newald ging mit dem Gemeinderat in die Kapuzinergruft und legte vor Josefs Sarg einen Kranz nieder, dessen Schleifen die gestickte Inschrift trugen: „Ich habe auf dieser Welt nichts mehr geliebt als meine Mutter und den Staat", und einen andern Kranz an den Stufen des Denkmals mit den Worten Josefs: „Ich will das Diadem mit der Liebe meines Volkes schmücken." Die Stadt war abends illuminiert. — Am meisten zitiert wurden die Dichterworte: „Ruhig auf granitnem Sockel schwebt das Kaiserbild voll Glanz, um die Schläfen keine Krone, nur den selbsterrungnen Kranz. Hoch zu Roß, das Antlitz lächelnd und empor die rechte Hand sanft erhoben, wie zum Segen über sein geliebtes Land."

In dem Kaiser-Josef-Album, der „poetischen Festgabe" des deutschösterreichischen Lesevereins der Wiener Hochschulen waren vertreten Lebendige und Tote: Anzengruber, Bauernfeld, Franzos, Gregorovius, M. Greif, Klaus Groth, K. Grün, H. Lingg, Ad. Pichler, O. Prechtler, Rob. Waldmüller, Klopstock, Herder, Denis, Anast. Grün, Grillparzer, Bowitsch, R. Byr, C. Cerri, v. Ebert, Ad. Fischhof, Foglar, L. A. Frankel, Alfred Friedmann, Wilhelmine v. Hillern, L. Kompert, G. v. Leitner, Heinrich Littrow, H. Lorm, Märzrot, Ed. Mautner, Stephan Milow, J. Nordmann, Friederike Gräfin Prokesch-

Osten, Jul. Rodenberg, H. Rollett, A. Silberstein, J. Weilen, Wilhelmine Gräfin Wickenburg-Almasy. Ein Festchor Prechtlers begann: „Durch den Acker, ernst und friedlich, lenkt ein Mann den schweren Pflug, und er sät dann unermüdlich edlen Samens wohl genug. Seid ihm, Sonne, Luft und Regen, ruft er liebend, gut und hold; nur von oben kommt der Segen, Gott nur weiß, was ich gewollt."

Vaterland. Seit Neujahr 1880 erschien das „Vaterland, Zeitung für die österreichische Monarchie" vergrößert und auch „geistig erfrischt", wie die „Historisch-politischen Blätter" (86, 156) anerkannten. „Als das wahre Österreich sich endlich aufraffte, nicht ohne Beistand des neuen Ministeriums, und zum Sturz der deutschliberalen Parteityrannei, der ‚Verfassungstreuen', in den Reichsrat einrückte, vereinigte sich die ganze Rechtspartei, das ‚Vaterland' dem Publikum zu empfehlen ... Haltung und Sprache des Organs läßt an Entschiedenheit und Schneidigkeit nichts zu wünschen übrig. Auch an geistigem Reichtum steht es über der ‚Berliner Kreuzzeitung' ... Es hat das Thema der neuen Sozialfrage schon kultiviert, als man bei uns nur noch Aug' und Ohr hatte für die Gefahren der Sozialdemokratie."

Florencourt. „Der aus Preußen nach Wien übergesiedelte Florencourt (junior), ein schlagfertiger und weitausschauender Journalist, gab die Richtung an, in welcher die Partei arbeiten mußte. Er legte die Betonung auf die materiellen Fragen. Zugleich erkannte er, daß die Zukunft der katholischen Kirche — er ist Geistlicher — in erster Linie von der aktiven Teilnahme des Klerus an der Lösung der sozialen Fragen mit bedingt sei ... Da seine Anhänger sagen, daß diese Taktik Zug hatte, folgten sie dem überlegenen Kämpen, der freilich in persönlicher Verbissenheit hie und da die Feder etwas tief eintauchte und seine Artikel mit großen Klexen ornamentierte, was ihm von offizieller Seite mehrmals sehr übel ausgelegt wurde und zuletzt sogar die Landesverweisung zur Folge hatte. Er wurde ersetzt durch den vor Jahren aus Mecklenburg nach Österreich übergesiedelten Freiherrn v. Vogelsang, Herausgeber der ‚Monatschrift für Gesellschaftswissenschaft', und Dr. Rudolf Meyer, früher Redaktor in Berlin. Seit der Zeit nun, da Florencourt operierte, begegnen wir bei allen Kongressen, in Zeitungen und Programmen der Konservativen den wirtschaftlichen und sozialen Fragen ... Sie setzten dem Prinzip des egoistischen Individualismus im Wirtschaftsleben die Moral und die Solidarität, das Volkswohl und das höhere Interesse der Gesamtheit entgegen und stellten den Grundsatz auf, daß das Volk vor den Auswüchsen und Übergriffen der bisherigen Wirtschaftsgebarung geschützt werden müsse. Vor allem forderte man Gerechtigkeit für die Landwirtschaft. Nun wandten sich die Bauern, welche von den herrschenden Parteien nichts mehr erwarteten, zum großen Teil jenen zu, welche ihnen den rechten Rat und wirksame Hilfe zu bieten schienen. Das richtige Mittel war die Interessenvertretung des Standes und Berufes. So erhielt die agrarische Bewegung einen klerikalen Anstrich. Die von der konservativen Partei geforderte Interessenvertretung galt aber auch für die arbeitende Industriebevölkerung und ganz besonders für das Handwerk. In geschickter Weise führte dies das Reichsratsmitglied Alois Prinz Liechtenstein in der 1875 veröffentlichten Broschüre ‚Über Interessenvertretung im Staate' aus." Er forderte neben den Handelskammern solche für das Handwerk und den größeren wie kleineren Grundbesitz, für

die landwirtschaftlichen und industriellen Hilfsarbeiter. — Die österreichischen Agrarier wünschten ein Zollbündnis mit dem Deutschen Reich. Der Abgeordnete Professor Greuter faßte sein landwirtschaftliches und soziales Programm zusammen in der Forderung: Ablösung der Hypothekenschulden, Erhaltung des Grundbesitzes.

Auch nach dem Urteil der „Times" erschien es als das traurigste aller Paradoxa, daß, während alle Welt und Österreich selbst wesentliche Hindernisse des gegenseitigen Verkehrs beseitigten, die Tschechen und ihre Bundesgenossen damit beschäftigt waren, Wälle geistiger Isolierung zu errichten, die weit undurchdringlicher sein mochten als die mächtigsten natürlichen Schranken von Meeren und Gebirgen.

Den liberalen Einseitigkeiten der Zeit stellten sich die Bischöfe mit der Forderung konfessioneller Schulen gegenüber; desgleichen Prinz Alois Liechtenstein im Abgeordnetenhaus mit gleichen Forderungen für „die religiösen, sittlichen und nationalen Bedürfnisse der Bevölkerung", und der Abgeordnete Lienbacher. Im April wurde der erste tschechische Professor an der Prager Universität ernannt. Die Bildung protestantischer Gemeinden in Innsbruck und Meran kam mehr den Fremden als dem Lande zugut.

Ungarn hatte seine eigenen Schwierigkeiten mit Kroatien. Der Ungarn. magyarische Nationalismus steigerte den kroatischen immer mehr. Man suchte Kroatien durch das Versprechen der Einverleibung der Militärgrenze zu beruhigen. Freilich mußten die Kroaten auf eine dementsprechende Vermehrung ihrer Vertreter im ungarischen Reichstage verzichten. Über Fiume konnte man sich nicht einigen: im Prinzip gehörte es Kroatien, in der Praxis Ungarn an.

Da in der gemeinsamen Regierung ein Ungar sein mußte, trat an Stelle des gemeinsamen Finanzministers v. Hofmann der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses Szlavy (12. März). Eine Deutschenhetze Szlavy. brach in Pest gegen das dortige deutsche Theater aus, wurde aber bald als eine politische Torheit erkannt und zurückgenommen. Da Haymerle nicht magyarisch sprach, stellte sich bei der ungarischen Delegation im Oktober von selbst die Notwendigkeit heraus, statt zu dolmetschen, deutsch zu reden, was ja doch alle gebildeten Ungarn verstanden. Das siebenbürgische Sachsenland suchten die Ungarn nach und nach zu magyarisieren. Aber auch das war nicht so leicht. Nationen, die eine Kultur haben, sind unzerstörbar, wenn sie auch irgendwo in der Minorität sind.

Die Enthüllung des Szechenyidenkmals in Pest bedeutete zugleich eine glänzende Feier der konservativen Ideen in Ungarn gegenüber der extremen Unabhängigkeitspropaganda, die in neuester Zeit wieder unter Kossuths Namen stark betrieben wurde.

Bezeichnenderweise war der bedeutendste Gegenstand des Wiener orientalischen Museums der große Reliefplan des Bosporus und der Dardanellen, ein Geschenk des Sultans an den Kronprinzen, ein Zeichen für die Aufgaben Mitteleuropas im Orient.

Ein Zeichen des neuen Zweibunds war auch die Schleifung der Festungswerke von Königgrätz. Beiderseits konnten die Grenzen unbeschützt bleiben.

Deutsches Reich.

Die stark eingreifenden Folgen des Zweibunds zeigten sich im deutschen Bundesrat (22. Jan.) bei der Vorlage des neuen Reichsmilitärgesetzes. Die Möglichkeit eines Krieges nach zwei Seiten war vorgesehen durch Festungen und Kavallerie. „Die Bundesgenossenschaft mit Österreich war in den Motiven greifbar deutlich markiert durch das Fehlen der Vergleichung unserer (der reichsdeutschen) Heereskraft mit der österreichischen; beide zusammen sollten ja jetzt das europäische Friedenskarree bilden. Das Dreikaiserbündnis aber fand hier sein offizielles Begräbnis." Die Thronrede bei Eröffnung des Reichstags (12. Febr.) berührte allerdings das Bündnis mit Österreich mit keinem Worte. Ebensowenig die handelspolitische Wendung. Um Rußland zu versöhnen, beglückwünschte Kaiser Wilhelm den Zaren am 22. Februar zu seinem 25jährigen Regierungsjubiläum in einem vom Reichskanzler kontrasignierten Schreiben. Es war ein Ausdruck der Freude darüber, „daß die Freundschaft, welche unsere in Gott ruhenden Väter verband, sich auch in unseren gegenseitigen Beziehungen bewährt hat". Auch im Bericht über die Pestepidemie in Astrachan unterdrückte man die für die russische Regierung allzu abfälligen Urteile. Aber warnend bemerkte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 27. Februar: „Die panslawistischen Bestrebungen wären gleichbedeutend mit Auflösung der österreichischen Monarchie. Daß Deutschland dagegen aufzutreten hat, entspricht der von ganz Deutschland gebilligten Politik des Reichskanzlers. Die tiefe Verehrung für den edlen und friedliebenden Kaiser Alexander, den nahen Verwandten und nächsten Freund des Kaisers, bedingt noch nicht, daß man alle leitenden russischen Staatsmänner für Freunde Deutschlands halte." — Zar Alexander blieb an Höflichkeit nicht zurück; er und alle Großfürsten drahteten am 1. April dem Reichskanzler ihre verbindlichen Glückwünsche zum Geburtstag. Diese Höflichkeit wurde zum Geburtstag des Zaren am 27. April erwidert.

Der Reichstag lehnte im April nahezu einstimmig den Antrag v. Bühlers auf allgemeine Abrüstung und Einberufung eines Staatenkongresses ab.

Sehr zähe verliefen die Verhandlungen über die Handelsverträge mit Österreich. Bamberger bezeichnete die Übereinkunft mit Österreich als eine schön eingerahmte Null (3. Mai).

Auguste Viktoria.

Eine gefährliche politische Wunde wurde geheilt durch die Verlobung des ältesten Sohnes des Kronprinzen (des heutigen Kaisers Wilhelm II.) mit Prinzessin Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der Tochter des verstorbenen Herzogs Friedrich, des ehemaligen Prätendenten auf den Thron von Schleswig-Holstein. Wohl war damit auch von Preußen anerkannt, daß die rechtlichen Ansprüche dieses Hauses nicht leicht wogen, und so wurde denn die Annexion von Schleswig-Holstein gewissermaßen legitimiert.

Als eine Fortsetzung des Berliner Kongresses von 1878 war die Konferenz der Botschafter zu Berlin (16. Juni) zu betrachten, die sich auf

Anregung Englands mit der griechisch-türkischen Grenzfrage abgab und ihren Schiedsspruch am 1. Juli den beiden streitenden Mächten übergab.

Schon war man bereit, die Feier des Sedantages (2. Sept.) fallen zu lassen, als Gambettas Hetzrede diese Neigung wieder störte.

Zoll. Die Frage einer Zolleinigung zwischen dem Deutschen Reich und Österreich, wodurch allein der mitteleuropäische Bund stärkste Gewähr erhalten konnte, wurde im November aufgegeben. Guido v. Baußnern, Mitglied der ungarischen Delegation, teilte damals im „Pester Lloyd" mit, daß er bereits im Februar des Jahres die Idee einer Zoll- und Handelseinigung in einer Denkschrift dem Fürsten Bismarck übersandt habe, der ihm am 5. März folgende Antwort gab: „Ich teile die niedergelegten Anschauungen insofern, als ich eine die beiden Reiche umfassende Zolleinigung als das ideale Ziel betrachte, welches unsern handelspolitischen Transaktionen ihre Richtung anweist. Ich weiß nicht, ob wir dasselbe erreichen, aber je näher wir ihm kommen, um so mehr werden unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum dauernden Ausdruck der Übereinstimmung unserer politischen Beziehungen werden. Zur Zeit bestehen jedoch in der wirtschaftlichen Lage eines jeden der beiden Reiche noch Gegensätze, deren Ausgleichung sich nur allmählich herbeiführen läßt. Auch haben beide ihre Zolltarifgesetzgebung erst in jüngster Zeit revidiert. Die hiedurch neu angebahnte Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Interessen wird einstweilen vor solchen Schwankungen zu bewahren sein, welche das Vertrauen zur Stetigkeit derselben im eigenen Land erschüttern könnten. Unsere Zollverhandlungen mit Österreich-Ungarn haben sich deshalb für jetzt auf die Wahrung der zwischen uns bestehenden Beziehungen beschränken müssen."

Eine großzügigere auswärtige Politik war schon durch die inneren Verhältnisse ausgeschlossen. Die Reibungen auf wirtschaftlichem, sozialem und konfessionellem Gebiet ließen die volle Wirksamkeit des erneuten mitteleuropäischen Bundes noch nicht zur vollen Geltung kommen.

Konfessionelles. Beginnen wir mit der Darlegung der konfessionellen Entwicklung. Wenn sich auch in Baden und Preußen ein größeres Entgegenkommen von beiden Seiten zeigte, so führten doch die Verhandlungen mit Rom zu keinem grundsätzlichen Ergebnis. Der Kultusminister Puttkamer erklärte am 20. Januar: „Was geschehen könne auf dem reinen Verwaltungsgebiete, eine milde, versöhnliche und humane Handhabung der Gesetze zu ermöglichen, das sei geschehen und werde auch ferner geschehen." Aber doch mußte Windthorst im preußischen Abgeordnetenhaus am 5. Februar die Klage erheben: „Das katholische Volk leidet schwer; seine Klagen gelangen täglich an die (Zentrums-) Partei. Mit Befriedigung ist

der Wandel im Ministerium anzuerkennen; aber der übrige Stab ist geblieben. Ein Nachlaß bezüglich der strikten Handhabung der Maigesetze ist nicht ersichtlich." Puttkamer erwiderte: „Die katholische Kirche ist eine Institution, die der Verehrung ihrer Angehörigen und der Hochachtung Andersgläubiger durchaus würdig ist. Wenn sie nun in eine Reihe von Bedrängnissen gestürzt ist, die in Preußen zu ihrer Zerrüttung führen mußten, so ist das zu bedauern. Die Regierung hat niemals die Hoffnung aufgegeben, ihrer Kampfmittel nicht mehr zu bedürfen ... Die Zentrumspartei ist eine starke Partei, aber wenn sie fortwährend auf dem Standpunkte der vollen Durchführung ihrer Prinzipien beharrt, setzt sie sich in Gegensatz zur ganzen übrigen Nation und zu allen übrigen Parteien." Schorlemer-Alst griff die Aera Falk an; ihre Wirkung sei der Unglaube und die Sozialdemokratie. Falk suchte die Anschuldigung zu widerlegen, daß seine Verwaltung eine rein negative, zerstörende gewesen.

Die Wahl des Präsidiums im Reichstag ergab neuerdings eine Koalition zwischen dem Zentrum und den Konservativen und wurde als entschiedener Sieg der Zentrumspartei angesehen. Vielfache Wahlenthaltungen deuteten auf eine starke innere Zerklüftung und Entfremdung hin.

Leo XIII. Papst Leo richtete am 24. Februar ein Schreiben an den (abgesetzten) Erzbischof Melchers von Köln, darin er erklärte, es könne geduldet werden (tolerari posse), daß der Regierung vor der kanonischen Institution die Namen der von den Bischöfen gewählten Priester angezeigt würden. Manche sahen darin ein Ende des Kulturkampfs oder wenigstens einen Weg dazu. Aber die Hauptschwierigkeit blieb die Wiedereinsetzung der abgesetzten Bischöfe. Der Bischof von Straßburg konnte im März die Wiedereröffnung des Seminars von Zillisheim ankündigen. In der Zentrumspresse ließ sich allerdings auch eine Stimme vernehmen, der „milde" Kulturkampf sei noch gefährlicher als der harte. Die „Kölnische Volkszeitung" bemerkte, der Papst habe mit jenem Schreiben noch kein Zugeständnis gemacht, sondern es nur vorgesehen.

Bismarck. Bei einem parlamentarischen Abend am 4. Mai betonte Bismarck in aufgeknöpfter Stimmung seinen guten Willen, zum Frieden zu kommen, aber zuerst müßten von der andern Seite Tatsachen vorliegen. Der Kampf mit der Kirche und den Welfen sei schon 800 Jahre alt. Auch Windthorst sei im Kern Welfe, nur der Überzug sei ultramontan. Puttkamer sei den Katholiken sehr weit entgegengekommen. „Wir wollen die Waffen niederlegen, aber weggeben wollen wir sie nicht, denn wir könnten sie noch einmal brauchen." Er wolle dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen, der ihn zu milderer Ausführung der Maigesetze ermächtige. Auch gegen Zurückberufung der Bischöfe habe er nichts einzuwenden. Peinliches Aufsehen machte es, als Bismarck seinem Gast, dem bayrischen Gesandten v. Rudhart laut und derb zurief, er konspiriere mit Juden, Römlingen und Fortschrittlern entgegen den Intentionen seines Königs. Rudhart verließ sofort mit seiner

Gemahlin das Haus und kam um seine Versetzung ein. — Den Standpunkt Bismarcks in den Verhandlungen mit Rom kennzeichnen ausführlich seine Noten an den Prinzen Reuß in Wien (Politische Briefe, 1, 327; 2, 286 ff.).

Bismarcks krankhafte Erregtheit äußerte sich in einer vorübergehenden Entlassungsdrohung und in seiner Rede vom 8. Mai beim Schluß des Reichstags. Er bedauerte, aus Gesundheitsgründen den Verhandlungen so oft ferngeblieben zu sein. Er beklagte sich äußerst bitter über „die ganze Wandlung des Rechtsgefühls, des Rechtsbewußtseins und der Rechtsvertretung, die in allen Behörden erkennbar ist, seit die Begeisternng für die deutsche Einheit und für die Herstellung des neuen Reichs etwas matter geworden ist. Ich stehe auf der Stelle, wo man das am deutlichsten fühlt. Der Geist des Partikularismus ist gewachsen ... Es ist mir ein Bedürfnis gewesen, doch noch einmal in meinem Leben von dieser Stelle aus Zeugnis abzulegen für die nationalen Bestrebungen ... Wenn ich sehe, daß mein bedeutendster Mitarbeiter (Delbrück) heut Arm in Arm mit dem Zentrum mir gegenübertritt, so habe ich das Gefühl, daß die rückläufige Bewegung schon einen ganz außerordentlich weiten Weg zurückgelegt hat ... Unser Hauptgegner ist die Partei des Zentrums gewesen ... Mein Gravamen wendet sich mehr gegen die Appendices des Zentrums, die diesen Belagerungsturm benutzen, um hinaufzuspringen, um von diesem Turm den Mauerbrecher gegen die Regierung einzusetzen ... Zentrum, Polen und Fortschritt war die Firma, gegen die wir zu kämpfen hatten, neuerdings ist noch die Firma des Freihandels hinzugetreten ... Im vorigen Jahre verließ ich den Reichstag mit der Überzeugung, daß die Herren vom Zentrum beabsichtigen, sich der Regierung zu nähern. Dieses Vertrauen ist erschüttert worden. Für mich liegt im Auftreten des Zentrums eine Interpretation für die Intentionen des Römischen Stuhls, ein Barometer, für das, was wir von Rom schließlich zu erwarten haben. Meine Herren, unter Ihnen (dem Zentrum) sind viele Priester, die meisten von Ihnen sind unter priesterlichem Einfluß gewählt worden. Sie sind alle in der Lage, auf die Meinung des Papstes Rücksicht zu nehmen ... Dann komme ich auf die Appendices des Zentrums. Es ist bei der großen Macht des Zentrums eine kleine Anzahl von Gegnern der Regierung hinreichend, um die Majorität gegen die Regierung zu sichern ... Ich richte besonders an die liberale Partei die Frage: ist es nützlich, den Partikularismus zu unterstützen? ... Ich habe nunmehr den Kampf für die deutsche Einheit seit 30 Jahren geführt; es sind nahezu 30 Jahre, daß ich am Bundestag zuerst dafür eingetreten bin; es sind 18 Jahre, daß ich in dieser Stellung bin, in der ich (nach dem Wort eines französischen Historikers) den Gehässigkeiten erliegen muß, die sich auf das Haupt jedes Ministers häufen, der zu lange

die Macht behält. Das einzige, was mich hält, ist der Wille des Kaisers, den ich nicht habe verlassen können, — versucht habe ich es mehrmals. Aber ich kann Ihnen sagen, ich bin müde, todmüde, wenn ich erwäge, gegen was für Hindernisse ich kämpfen muß, wenn ich für das deutsche Reich, für die deutsche Nation, für ihre Einheit eintreten will ... Nun, wenn ich sehe, daß die Macht des Zentrums unüberwindlich ist, daß die Zerrissenheit aller übrigen Deutschen die gleiche bleibt, so muß ich, wenn ich zurücktrete, Sr. Majestät vorschlagen, das Kabinett, welches mir nachfolgen wird, in einer Sphäre zu suchen, der es möglich sein wird, die Wünsche des Zentrums und die der konservativen Parteien miteinander zu vereinigen ... Mir ist es ja ziemlich einerlei, ob nach mir ‚Fortschritt und Freihandel' meinen Nachfolger auf den Weg nach Canossa drängen ... Ich weiß nicht, warum mir das deutsche Reich und seine Zukunft näherstehen sollte, als irgend jemand unter Ihnen ... Ruhig zusehen, daß das deutsche Reich, welches ich mit Aufwand meiner Lebenskraft habe begründen helfen, zurückgeht, das vermag ich nicht."

Windthorst. Windthorst erwiderte, nachdem Bismarck sich rasch zurückgezogen hatte: „Zunächst muß ich bedauern, daß dem Herrn Reichskanzler seine Gesundheit nicht erlaubt, hier zu bleiben, um die Antwort zu hören, die man ihm auf seine überraschenden Angriffe zu geben hat. Ich habe immer gemeint, daß es in einem solchen Fall Sitte sei, die Antwort selbst entgegenzunehmen ... Das Zentrum wird als der Turm bezeichnet, der dasteht, um dem Reiche Trotz zu bieten; das klingt zurück an die Zeit, wo man uns der Reichsfeindlichkeit beschuldigte. Wir nehmen das Reich, wie es konstruiert ist, auf dem Boden der Verfassung als föderalen Staat ... Der Reichskanzler meint, unser Votum sei beeinflußt von unseren Beziehungen zu Rom. Ich weise eine solche Insinuation zurück. Wir bedauern sehr, daß man einen Kampf mit der katholischen Kirche begann, der schließlich die Interessen des Reiches schwer geschädigt hat. Wenn dieser Streit nicht beendigt wird, wird allerdings das Reich in seinen Fundamenten erschüttert. 15 Millionen Einwohner können nicht in ihren Rechten so gekränkt werden, ohne daß sie sich tief verstimmt von ihren Verfolgern abwenden ... Wir können unsere Abstimmungen schon darum nicht nach den Aussichten richten, welche die Verhandlungen mit Rom haben, weil uns der Inhalt und der Fortgang derselben verheimlicht wird ... Wir haben die Samoavorlage abgelehnt, weil wir uns überzeugten, daß das darin vertretene Interesse nicht die verlangte Summe wert war. Wir entdeckten darin den Anfang einer Kolonialpolitik, deren Zweckmäßigkeit noch gar nicht erörtert ist. Wir fürchteten, daß sehr bald die Ehre Deutschlands engagiert sein könnte und wir Flotten bauen müßten, die weit über die Kräfte eines Landes gehen, das wesentlich in der Landarmee seine Stärke hat ... Daß unsere kirchlichen Bestrebungen nicht zu weit gehen, beweist der Umstand, daß wir in Preußen nach der alten Verfassung, welche alle unsere Wünsche befriedigte, in vollem kirchlichen Frieden gelebt haben ... Der Friede ist übrigens nicht mit uns, sondern mit der römischen Kurie zu schließen. Wir wünschen ihn sehnlichst, vor allem, weil die geistige Verwilderung der Gemeinden die Sozialdemokratie

riesenmäßig wachsen läßt ... Ich glaube nicht, daß es gelingen wird, eine große Partei zu bilden, mit der man ohne das Zentrum regieren kann, namentlich solange der Kulturkampf nicht beendet ist. Wenn der Reichskanzler eine Partei verlangt, die immer ja sagt, so weiß ich nicht, warum er nicht lieber die ganze Volksvertretung abschafft ..."

Auch die Nationalliberalen waren betroffen über Bismarcks Vorwurf partikularistischer Tendenzen. Auf allen Seiten des Reichstags hinterließ der pessimistische und elegische Ton des Kanzlers einen peinlichen Eindruck. Man urteilte fast überall, der Fürst habe die Parteizerrissenheit, über die er klagte, am meisten selbst hervorgerufen.

Virchow. Virchow wahrte seiner Partei (am 10. Mai) das Recht, auch dem Zentrum beizustehen, wenn es dasselbe Interesse habe, sein Recht zu wahren. Er sagte über Bismarcks Rede: „Man erschrickt über die Gemütsstimmung, welche sich in diesen Worten ausdrückt, wenn man sich erinnert, nach wie vielen Seiten hin der Reichskanzler gelegentlich Konflikte gehabt hat. Man möchte glauben, daß ein allgemeiner Haß gegen diesen so hochverdienten Mann entbrannt wäre ... Wir wissen, das deutsche Volk hat sich gegenwärtig nützlicheren, einträglicheren Richtungen zugewendet. Wir können die Ideale, die wir einstmals getragen haben, nicht recht los werden; Sie, meine Herren, die Sie diese Ideale nicht geteilt haben, Sie können sich mit Getreide, Eisen und Spiritus trösten. Das ist ja ein sehr angenehmes Verhältnis. Verfolgen Sie Ihre materiellen Interessen, lassen Sie uns aber das Recht, an die Ideale der Nation zu erinnern, die wir zu einer Zeit großgezogen haben, wo leider Fürst Bismarck von dem Gedanken nicht nur nichts wußte, sondern ihn bekämpfte ... Wenn auch Fürst Bismarck es war, der schließlich das Schwert in die Hand nahm, um die Sache durch dasselbe zu vertreten, so sollte er doch nie vergessen, daß ihm ein Pfand überliefert worden ist, größer, als er es im Augenblicke der Nation zurückgegeben hat... Der Reichskanzler hat die sonderbare unglückliche Disposition, zu gewissen Zeiten Liebhabereien zu bekommen, die sich nachher als höchst gefährlich erweisen. Ich erinnere an die sozialdemokratischen Beziehungen, die er eine Zeitlang mit Lassalle und Genossen hegte, bis dann die Sache zur großen Reichsgefahr geworden ist. Die partikularistischen Bestrebungen sind nicht ohne die Mitwirkung des Reichskanzlers zum Ausdruck gekommen. Die Augenblickspolitik ist eben das Verderbliche, was wir beim Reichskanzler zu beklagen haben. Ihm fehlt die Ständigkeit der Politik ... Das ist eine unorganische Methode, innere Politik zu treiben. Das ist gegen die Logik, und die Logik rächt sich eben auch bei so großen Staatsmännern, wie Fürst Bismarck ist ... Glauben Sie, daß wir uns entsetzen, einmal in Preußen ein ultramontanes Ministerium zu sehen? Wäre ein solches der Ausdruck der Majorität, so würde ich dessen Bildung für ganz korrekt halten. Wir könnten dann vielleicht etwas schneller vorwärtskommen. Nichts aber ist für uns entsetzlicher als die Stagnation. Der Reichskanzler spricht davon, daß der Einheitsgedanke matter werde. Das liegt daran, daß das Herz, welches diesen Gedanken wie das Blut verbreiten sollte, so matt wird, mit allen Dingen sich beschäftigt, nur nicht mit denen, die auf das Herz wirken." — Schorlemer-Alst sagte unter anderm: „Der Reichskanzler fragt nur: wer steht zu mir und meiner Person?... Einmal sagt man uns: Ihr seid zu abhängig von Rom,

dann sollen wir wieder Rücksicht nehmen auf Rom, dann versucht man eine Beeinflussung von uns durch Rom, dann sucht man wieder das Kompromiß mit Rom über unsere Köpfe weg ... Der Reichskanzler hat nur darum keine sichere Majorität, weil er die Parteien fort und fort zersetzt, indem er unbedingte Heeresfolge von ihnen verlangt, und daher die Abneigung gegen das Zentrum, das ihm nicht Heeresfolge leisten will. Wir haben ihm schon früher prophezeit, daß das Schiff seiner Politik am Zentrum scheitern wird. Wenn man jede Partei nach und nach als Reichsfeinde bezeichnet, so muß das die Herzen verbittern, und einen Reichsgedanken kann ich darin auch nicht finden." — Ein inspirierter Artikel schrieb über die Rede Bismarcks: „Angesichts der widersprechenden Kommentare darüber scheint uns die Hauptnote folgende: Friede mit dem Papst, Krieg mit dem Zentrum!"

Auch der Papst sprach sich (14. Mai) unbefriedigt aus über die beabsichtigte diskretionäre Anwendung der Maigesetze; dieser ungenügenden Konzession gegenüber müßte er die seine vom 24. Februar zurücknehmen.

Ein Lehrertag in Hamburg, 18. Mai, an dem auch Österreicher teilnahmen, sprach sich in liberalem Sinn für die Simultanschule aus. Ebenso liberale Resolutionen erfolgten auf der Tagung des Protestantenvereins 19. Mai.

Dem preußischen Landtag lag am 20. Mai der angekündigte kirchenpolitische Gesetzentwurf über die diskretionären Vollmachten für die Regierung vor. Nach den ausführlichen Motiven war der Zweck der Vorlage: „das hervorgetretene Bedürfnis, soweit es ohne Gefährdung der staatlichen Interessen möglich erscheint, durch einen Akt der Landesgesetzgebung zu befriedigen". Man befriedigte aber nach keiner Seite. Die liberale „Kölnische Zeitung" schrieb, die Möglichkeit der Rückkehr der staatlich abgesetzten Bischöfe habe überraschen und erschrecken müssen. Dieser Artikel
Canossa. „enthält nichts Geringeres als jenen Gang nach Canossa, den Fürst Bismarck in seiner Rede vom 8. Mai noch energisch von sich wies". Das sei „die Zuerkennung eines öffentlichen Triumphes an die früher verurteilten Rebellen, der hellste Sieg des Zentrums über Bismarck nicht nur, sondern über den Staat und den König!" Offiziös sagten aber die „Grenzboten", die Vorlage sei „beides, je nachdem die Gegner handeln, ein Werkzeug des Friedens oder eine wirksame Vorbereitung der intensiveren Kriegsführung". Ganz ablehnend verhielt sich das Zentrum dem „neuen Maigesetz" gegenüber. Bismarck ließ am 26. April eine Anzahl von Aktenstücken in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichen über die Verhandlungen mit der Kurie. Unglaublich war Bismarcks Selbsttäuschung, die daraus hervorging. Bei seinem mangelhaften Einblick in katholische Verhältnisse hielt er die politische Partei des Zentrums für identisch mit der päpstlichen Kurie und war sehr enttäuscht, wenn das nicht stimmte. Er ließ sich gegen einen Vertreter der „Kölnischen Zeitung" darüber aus (6. Juni), in vollem Unmut über seine Mißerfolge bei den Parteien.

Nicht ganz unrecht meinte die „Kölnische Zeitung" bald darauf vom Standpunkt der Nationalliberalen: „Der deutsche Staat kann und wird gern seiner Zeit aus seinem autonomen Gewissen heraus den deutschen Katholiken eine eingreifende Revision seiner Maigesetzgebung von 1873—1875 gewähren, nicht um der Kurie willen, sondern um seiner eigenen germanischen Verehrung echter Religions- und Gewissensfreiheit willen. Dazu bedarf es der Unterhandlungen mit der Kurie viel weniger als der Kenntnis der wahren Anschauungen braver und vaterlandstreuer katholischer Laien und Priester in Deutschland selbst."

Ganz absprechend war das Urteil des Führers der Fortschrittspartei, Eugen Richter, in einem offenen Schreiben vom 11. Juni: „Die Anzeichen eines in weiten Kreisen des Volkes sich vollziehenden Umschwungs der Ansichten mehren sich; die Regierung beschleunigt denselben, indem sie Fehler auf Fehler häuft, bald diese bald jene Kreise des Volkes gegen sich aufregt. Die neuesten Vorgänge lassen selbst manche der taktischen Eigenschaften vermissen, welche früher dem Kanzler zu seinen großen Erfolgen verhalfen. So zieht er sich denn eine Niederlage nach der andern in der öffentlichen Meinung zu; schon verzweifelt er selbst nach seiner neuesten Kundgebung für seine innere Politik an dem Verständnis der Massen des Volkes, derselben Massen, an deren Unterstützung gerade er noch im vorigen Jahr in jeder Weise zu appellieren suchte."

Bei der zweiten und dritten Lesung der kirchenpolitischen Vorlage meinte Minister Puttkamer: „Wir haben es gar nicht mit dem Zentrum, sondern mit der katholischen Bevölkerung zu tun, der wir gern helfen möchten. Es ist nicht richtig, daß wir das Zentrum vernichten wollen; wir hoffen allerdings, daß es allmählich verduften werde." Schorlemer-Alst tadelte, daß die Vorlage nun die Regelung der Angelegenheit ohne Rom wolle, sie konstituiere Ministerialwillkür und Absolutismus. Windthorst erklärte, das Zentrum werde seine Position behaupten, obwohl es im bisherigen Kampfe schwere Verluste erlitten. Es beharre auf dem Boden des parlamentarischen Kampfes, bis man begreife, daß es nur dann verduften werde, wenn seine Forderungen befriedigt und die ihm gebührende Parität gewährt sei. Das ungenügende Gesetz erhielt am 14. Juli die Sanktion. Eine große Versammlung rheinischer Katholiken zu Köln am 18. Juli billigte die Haltung des Zentrums in dieser Sache und forderte die vollständige Aufhebung der Maigesetze. Zentrum.

Der Liberale Rickert bezeichnete in einer Rede zu Danzig, 19. August, den Zustand, da der Reichskanzler fortdauernd die Stützen wechsle, auf die Dauer als unhaltbar, demoralisierend und desorganisierend und kündigte den Austritt des linken Flügels aus der nationalliberalen Partei an. Das geschah auch am 28. August.

Der Katholikentag in Konstanz, 13. September, anerkannte auch dankbar die umsichtige und entschlossene Haltung der Zentrumsfraktion und brachte die volle Sympathie den Katholiken Frankreichs entgegen in den schweren Kämpfen, die ihnen eine kirchenfeindliche Regierung bereitete.

Kölner Dom. Die Feier der Vollendung des Kölner Doms litt ein wenig unter der ungeklärten kirchenpolitischen Lage. Die Katholiken hatten sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegt, aber beschlossen, sich an dem Dankgottesdienst eifrig zu beteiligen. Der Weihbischof Baudry begrüßte am 15. Oktober das Kaiserpaar mit den Worten: „Mögen die Hoffnungen und Wünsche, welche vor fast vier Jahrzehnten bei der Grundsteinlegung an die Vollendung unseres Doms geknüpft wurden, in Erfüllung gehen! Möge bald der heißersehnte Tag erscheinen, welcher der Kirche den Frieden, dem vollendeten Dome den Hirten wiedergibt!" Der Kaiser erwiderte, er betrete dieses erhabene Gotteshaus, „um mit Ihnen Gott dem Herrn für seine glückliche Vollendung Dank zu opfern. Mit Recht erinnern Sie daran, daß der heutige Tag vor allem dem teuren Andenken meines Bruders gehört, dessen vor 38 Jahren an dieser hehren Stätte christlicher Gottesverehrung begonnenes Werk einem weihevolle Ende zuzuführen mir vergönnt ist. Empfangen Sie meinen Dank für die meinem Hause dargebrachten Segenswünsche und seien Sie versichert, daß wie stets, so auch an diesem von der gesamten Nation freudig begangenen Tage das Walten ungetrübten Gottesfriedens allüberall im Reiche das Ziel meiner unausgesetzten Sorge und meiner täglichen Gebete sein wird." Der Grundstein zu diesem katholischen Gotteshaus war im Jahr 1248, also vor 632 Jahren, gelegt worden, als ganz Deutschland katholisch war. Die Publizistik wußte nicht recht, ob sie die Feier als eine ultramontane oder eine antiultramontane auffassen solle. Bismarck war mit dem gesamten Ministerium gegen die Feier gewesen; aber der Kaiser bestand darauf sehr bestimmt, weil er sich davon viel erwartete für die von ihm herbeigesehnte Beendigung des Kulturkampfs. Aber Bismarck verhinderte in seinem Mißmut, daß der Kaiser der Immediateingabe von 40.000 unterschriebenen rheinischen Katholiken stattgab.

Kölner Domfest. Das Kaiserpaar mit allen protestantischen Mitgliedern des Hofes und Gefolges wohnte während des Hochamts im katholischen Dom einem evangelischen Gottesdienst in der Trinitatiskirche bei und kam erst zum Tedeum in den Dom. Die Einfügung des Schlußsteins in die Kreuzblume fand statt unter dem Donner der Kanonen, dem Geläute aller Glocken und dem allgemeinen Choral „Nun danket alle Gott". — Die evangelische Festpredigt in der Trinitatiskirche, gehalten vom Superintendenten Bartelheim, pries die Herrscher, die den göttlichen Reichsgedanken im Herzen getragen und ihm Ausdruck gegeben. Im Glauben an das unvergängliche Reich habe der verstorbene König den Grundstein zum Werk gelegt, das jetzt vollendet steht. Ihm jauchzten die Fürsten und Völker Deutschlands zu und nahmen das heilige Gelübde auf sich, im Glauben zu beten: Dein Reich komme! Denn der Segen liege nur im lebendigen Glauben an ein Gottesreich, das sich bis zu seiner Vollendung in der Weltgeschichte im Ganzen und im einzelnen Menschenherzen siegreich entwickle im Kampfe gegen Sünde und Ungerechtigkeit.

Zum 15. Oktober dichtete Ernst Scherenberg: „Nun, Kaiserglocke, rühre dein Erz und jauchze dem Tag entgegen! Du, Riesendomes Riesenherz, heut schlage in lauteren Schlägen! Nun öffnet euch, herrlichste Tore der Welt, denn es naht sich durch jubelnde Reihen der Kaiser der Deutschen, ihr Hirt und ihr Held, um den Bau, den gewalt'gen, zu weihen. Du Wunderblume der deutschen Kunst, entsprossen aus sprödem Steine, nun hat dich lächelnde Himmelsgunst gereift in goldenem Scheine ... Der Lenztag winkte, der Geister Druck wich freiheitkündenden Strahlen und fröhlich rankte dein Blätterschmuck an Pfeilern hinauf und Fialen ... Wir aber, wir Werkleut, heben die Hand zum Schwur, und die Augen, sie blitzen: den deutschen Strom und das deutsche Land und den deutschen Kaiser zu schützen!" Bussо v. Hagen mahnte: „Achtet hoch das reiche Köln, alter Zeiten Sitte, stehen ja die Werkgesell'n in der Ehren Mitte: jeder Stein am heil'gen Haus, jede Schlingung zart und kraus, spricht für alle Zeiten aus: Preis der Dombauhütte!"

Ein „Dom-Album" vereinigte Gedichte von Rückert, Schenkendorf, Reinick, Heine, Freiligrath, Müller v. Königswinter, Herwegh, Simrock, Schücking, und schloß mit der Strophe von H. Grieben: „So sei und bleibe denn der Dom Wahrzeichen uns und Mahnung, daß nimmer trügt im Geisterstrom der tiefe Zug der Ahnung: wenn alle treulich Herz und Hand ans Werk des Friedens legen, wird auch das deutsche Vaterland ein Dom zu Glück und Segen." Die erste Auflage des poetischen Dom-Albums war schon 1848 erschienen. Es sprach sehr schön den Zweck aus: „Daß das Licht des Himmels und der Erde am schönsten durch die Kunst verherrlicht werde." Schenkendorf hatte bereits gedichtet: „Es ist ein Wald voll hoher Bäume, die Zweige seh' ich fröhlich blühn, und aus den Wipfeln fromme Träume zum fernen Reich der Geister fliehn." Ein anderer Dichter schrieb damals: „Kennt ihr den Bau, der einem Walde gleich, an Stämmen, Laub und Wunderblüten reich, aus deutscher Brust, auf deutscher Au entsproß, sein Blütenmeer zur Hälfte kaum erschloß?" Nun hieß es: „Wir haben alle nun erschaut, was unsre Seher glaubten; woran das ganze Volk geglaubt, das wird es auch behaupten."

Der Festzug fand am folgenden Tag, 16. Oktober, statt, er bestand aus drei Abteilungen, welche die Grundsteinlegung 1248, die Einweihung des Chors 1322 und die Grundsteinlegung zum Ausbau 1842 veranschaulichten. Die Gegenwart mit der Germania, den Fahnen der Bundesstaaten, den Vertretern aller Truppengattungen des Deutschen Reichs, kam auch zur vollen Geltung. Es war der Wille des Kaisers gewesen, daß sich alle deutschen Fürsten um ihn scharen sollten, damit dem Fest die volle nationale Bedeutung gegeben werde.

In das ganze Fest kam wohl ein schillernder Zug dadurch, daß Protestanten ein katholisches Gotteshaus feiern mußten, daß die Katholiken gerade damals aufs neue wieder vom Kulturkampf zu leiden hatten. Fast alle Reden zeigten diesen schillernden Charakter. Was religiös klang, wurde von der Festversammlung oft mehr im symbolischen Sinn der politischen Einheit aufgefaßt, im Sinn des Dichterworts: „Ganz Deutschland baut dies Gotteshaus, ein ew'ges bauet Deutschland aus, es baut der Einheit Edelstein, den Riesendom zu Köln am Rhein." In diesem Sinn sprach der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Bardeleben: „Der Dom, begonnen unter der Herrschaft

eines Deutschen Kaisers aus dem gewaltigen Geschlecht der Hohenstaufen, versank und verfiel mit dem Verfall des Deutschen Reiches. Jetzt aber, nachdem das Deutsche Reich in seiner Kraft und Herrlichkeit unter dem mächtigen Zepter Eurer Majestät glorreich wiederaufgerichtet ist, jetzt gelangt auch der deutsche Dom zu seiner Vollendung." — Unparteiische Berichterstatter mußten gestehen, daß denn doch der unvergeßliche Höhepunkt des Festes das katholische Tedeum im katholischen Dom in Gegenwart der kaiserlichen Festgesellschaft war. Hier allein fühlte man so ganz die Herrlichkeit des Herrn sich überwältigend niederlassen über die von so verschiedenen menschlichen Interessen zerrissenen armen Menschenseelen. Und wenn Emil Rittershaus treffend sang: „Du stolzer Wächter am deutschen Rhein, nun steh in Stürmen und Sonnenschein, nun steh und prange zu Gottes Ehr' und noch die spät'sten Geschlechter lehr'! Lehr demutsvoll vor Gott sie knien, und lehre sie Haß und Zwietracht fliehn, lehre sie schaffen Hand in Hand zum Heile für Kaiser und Vaterland!" — dann mußte jeder Vorurteilsfreie, der Zweideutigkeiten überdrüssige sagen, daß diese Lehre des Domes denn doch nur die Lehre der Kirche sein konnte, die zur Zeit seiner ersten Grundsteinlegung 1248 herrschte, die allein imstande war, dem deutschen Volk eine solche unvergleichliche, niemals seitdem wieder erreichte Hochkultur zu bieten. Aber gerade diese eindeutigste aller Lehren wollte man nicht hören, nein, man widersprach ihr und unterdrückte, bekämpfte sie geradezu.

Die Konservativen beider christlichen Konfessionen kamen am 10. November zu Frankfurt a. M. zusammen, um über die Beilegung des Kulturkampfes Beschlüsse zu fassen. Dabei wurde auch für die größere Selbständigkeit der evangelischen Kirche dem Staat gegenüber eingetreten.

Windthorst. Windthorst mußte aber noch im Dezember im preußischen Abgeordnetenhaus klagen: „Die Maigesetzgebung dauert in allen Punkten fort und wird nach wie vor angewandt, wenn auch der Minister hie und da mildernd einzuwirken sucht. Die ganze Maigesetzgebung ist in der Absicht gemacht, die katholische Kirche vollständig vom Staate abhängig zu machen und sie entweder zu vernichten oder, was noch schlimmer ist, sie zu verfälschen. Die Bistümer sind verwaist, junge Priester, die sich dem geistlichen Stande widmen wollen, müssen ins Ausland gehen, genügender Nachwuchs besteht nicht, an die tausend Pfarreien sind erledigt, und es sind meilenweite Strecken, auf denen ein Priester nicht mehr anzutreffen ist. Wenn sie dem Sterbenden die Sakramente bringen, wird auf diese Geistlichen Jagd gemacht wie auf Wild. Ganze Kompanien werden aufgeboten, einen solchen Priester als Verbrecher festzunehmen. Das ist 1880 in Posen geschehen. Auf den Schulen macht sich die ungläubige, materialistische Richtung breit und ist beinahe alleinherrschend ... Der Versuch einer Abhilfe, der gemacht wurde, war in allen wesentlichen Punkten nicht die Gewährung irgendwelcher Rechte, nein, es war ein Versuch, die Kirche Gottes als eine von Ministers Gnaden erscheinen zu lassen. Dazu werden wir niemals mitwirken ... Die Regierung zählt vielleicht die Sekunden, wo endlich diese verhaßte Kirche enden kann. Wie

erklärt sich sonst, daß, nachdem man im Mai und Juni anerkannt hat, daß die Maigesetze zu weit gingen, heute nicht eine einzige Vorlage kommt, welche dieses selbst anerkannte Zuweitgehen beseitigt?"

Nur in Baden zeigte sich eine Besserung, da seit der Abänderung des früheren Examengesetzes wieder mehr als 400 Geistliche und Kandidaten des geistlichen Amtes zugelassen wurden.

Sozialismus.

Die sozialen Verhältnisse waren durch das Sozialistengesetz nicht gebessert worden. Die sozialdemokratische Bewegung dauerte unter der Oberfläche fort, ihre Organisation war, wenn auch in veränderten Formen, eine feste und umfassende geblieben. Darum verlangte die Regierung eine Verlängerung des Kampfgesetzes. Ja durch die Verlegung der Agitation ins Ausland war die sozialdemokratische Gefahr nur noch größer, noch staatsfeindlicher geworden. Johann Most vertrat eine extrem kommunistische Richtung, den revolutionären Umsturz alles Bestehenden, den Tyrannenmord. Seine in London redigierte „Freiheit" kam ebenso nach Deutschland wie das offizielle Zentralorgan der Sozialdemokratie deutscher Zunge, der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat". Dieser bestrebte sich allerdings einer maßvolleren Sprache, um die Furcht vor dem roten Gespenst zu zerstreuen. Doch erklärte auch er, die soziale Revolution anzustreben, diese werde wohl bis zur hundertjährigen Jubelfeier der großen französischen Revolution kommen; schon das nächste Jahrzehnt werde allen Anzeichen nach dem deutschen Proletariat die Erlösungsstunde bringen. Beide Blätter betonten die Solidarität mit den Umsturzparteien des Auslands, mit den „Proletariern aller Länder". Die große Wirkung des im Oktober 1879 in Marseille abgehaltenen internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses war deutlich erkennbar. — Der Reichstag genehmigte die Verlängerung des Sozialistengesetzes nur bis 1884, nicht bis 1886, wie die Regierung wollte. Windthorst machte dabei für das Anwachsen der Sozialdemokratie den Kulturkampf und die dem Christentum feindselige Schulpolitik der letzten zehn Jahre verantwortlich (17. April). Man habe die Geistlichen, diese wirksamsten Bekämpfer der Sozialdemokratie, vertrieben.

Most.

Trotz allem gelangen den Sozialisten erstaunenswerte Wahlsiege. Dem verstorbenen Genossen Bracke hielten die Sozialdemokraten in Braunschweig, 2. Mai, eine großartige Leichenfeier; fünfzig schwarzgekleidete Arbeiterfrauen trugen in tiefster Stille die für den Sarg bestimmten Kränze. Die in Zürich weilenden Häupter der deutschen Sozialdemokratie richteten im Juni eine Zuschrift an die belgischen Sozialisten für eine internationale Organisation: „Fort mit allen nationalen Vorurteilen!" — Auf dem Schloß Wyden bei Winterthur hielten die deutschen Sozialdemokraten am 20.—23. August einen geheimen Kongreß. Die Kassenberichte bewiesen, daß reichlich Beiträge eingingen. Man mißbilligte die Revolutionsmacherei Mosts als einen Unsinn, der geeignet sei, die Partei zu kompromittieren. Man strebe vielmehr die

friedliche Umgestaltung auf gesetzlichem Weg an. Allerdings beschloß man, dies Wort „gesetzlich" deshalb aus dem Gothaer Programm von 1875 zu streichen, weil die deutsche Regierung durch Annahme des infamen Gesetzes vom 21. Oktober 1878 jede gesetzliche Agitation unmöglich gemacht habe. — Die „sozialrevolutionäre" Richtung Mosts hatte noch immer eine große Anhängerschaft; ihr kam auch die Sympathie der russischen Nihilisten entgegen. Auch in Amerika zeigten sich anarchistische Tendenzen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet forderte vor allem der Zusammenbruch der deutschen Handelsinteressen auf Samoa und den Südseeinseln durch den Sturz eines Hamburger Hauses die Hilfe des Reichs. Eine neue „Deutsche Seehandelsgesellschaft" sollte gegründet werden.

Die Wiederbelebung der Innungen wurde im Reichstag angestrebt und vom Handelsminister Hofmann unterstützt. In den preußischen Provinziallandtagen erregte die Frage des bäuerlichen Erbrechts besondere Aufmerksamkeit.

Bismarck. Bismarck war über den Widerspruch, den er wegen einer Reichsstempelvorlage im Bundesrat fand, wieder so gereizt, daß er seine Entlassung verlangte (3. April). Der Kaiser blieb aber bei seinem: Niemals! Der Bundesrat gab nach und ließ sich sogar von Bismarck seine Geschäftsordnung revidieren. Auch bei dem Vorgehen gegen Hamburg, um es für den Eintritt in das deutsche Zollgebiet geneigter zu machen, schreckte Bismarck nicht vor dem Vorwurf der „Vergewaltigung" zurück. Das neue Wuchergesetz mit der Beschränkung der erlaubten Zinsen kennzeichnete die Abkehr vom Liberalismus. Ebenso die Anträge auf Einschränkung des Hausierbetriebs. Eine empfindliche Niederlage erlitt Bismarck durch Ablehnung seiner Samoa-Vorlage. Auch gegen das Tabakmonopol wandten sich die Fortschrittler aufs entschiedenste. Sonst war aber der Reichstag so schwach besucht, daß man entweder die Herabsetzung der Zahl zur Beschlußfähigkeit oder Einführung von Diäten für notwendig hielt. Letzteres beantragte Virchow, der auch sonst den Kanzler aufs heftigste angriff, wie wir bereits gehört haben. Es fiel ungemein auf, daß Bismarck, obwohl er so sehr über seine Gesundheit klagte, am 15. September auch noch das preußische Handelsministerium übernahm. Offiziell wurde angedeutet, Bismarck wolle nun alle jene Vorschläge selbst vorbereiten, die geeignet wären, die Lage der Arbeiter zu verbessern und die Wohlfahrt des Gewerbes auf eine sichere moralische Grundlage zu stellen. Es sei die Konsequenz eines zielbewußten, wohlberechneten Planes, dessen Durchführung im Interesse der Gesamtheit unaufschiebbar sei und zu dessen Verwirklichung er auf die Mitwirkung aller positiv denkenden und staatserhaltenden Parteien rechnete.

Wirtschaft.

Der 9. deutsche Handwerkertag (8. Okt.) in Berlin forderte unter anderen solche Einrichtungen, welche geeignet seien, das Kleingewerbe ebenso wie den Handel und die Großindustrie mit der erforderlichen Sorgfalt zu pflegen. — Die Versammlung der deutschen Gewerkvereine in Berlin,

12. Oktober, resolvierte über die Haftpflicht der Unternehmer und die Gründung von Arbeiterinvaliden- und Arbeiterpensionskassen.

Der Zentralverein für Sozialreform unter Leitung des Hofpredigers Stöcker tagte etwa zu gleicher Zeit. Der Vorsitzende, Pastor Todt, sagte: „Als wir vor drei Jahren diesen Verein gründeten, da wurden wir von allen Seiten angefeindet. Heute, wo der größte Staatsmann unseres Jahrhunderts, den wir mit Stolz den unsrigen nennen, Staatssozialist geworden, ist dieser Name hoffähig. Wir müssen die Kirche zu einer sozialen Volkskirche machen, dann wird sich auch das arbeitende Volk wieder unserer Kirche zuwenden." Stöcker sagte: „Unsere Forderung geht noch weiter als das, was der Reichskanzler will (Arbeiterversicherung, Arbeitsamt): wir wollen den Arbeiter überhaupt ökonomisch sicherstellen; wir wollen Normalarbeitszeit und progressive Einkommensteuer." — Die Thronrede bei Eröffnung des preußischen Landtags, 28. Oktober, kündigte umfassende Durchführung der wirtschaftlichen Reform an. — Durch die neue preußische Eisenbahnpolitik fühlte sich aber nicht bloß Hessen, sondern auch Bayern (Pfalz) und Baden beeinträchtigt. Staatssozialismus.

Aus der wirtschaftlichen Lage heraus entwickelte sich immer heftiger der Antisemitismus, obwohl zum Beispiel die Staatsanwaltschaft in Bremen öffentlich vor der Teilnahme an der „Antisemitenliga" als vor einem strafbaren ungesetzlichen Tun warnte (25. Jan.). Antisemitismus.

In der Zweiten bayrischen Kammer besprach am 27. Januar der katholische Pfarrer Dr. Frank die Not im Spessart und meinte, das einzige Mittel, ihr dauernd abzuhelfen, wäre, jeden Handelsjuden, der den Spessart betritt, zu vernichten.

Der Major a. D. Freiherr v. Fechenbach-Laudenbach agitierte in Süddeutschland für eine Vereinigung aller gläubigen Katholiken und Protestanten zu einer großen konservativen Partei gegen den gemeinsamen Feind, das Judentum und moderne Heidentum.

Die Redaktion der „Allgemeinen evangelischen Kirchenzeitung" zu Leipzig versandte Mitte August eine gegen das gesamte Judentum gerichtete Petition an den Reichskanzler durch ganz Deutschland, auch an alle katholischen Blätter. Sie lautete: „Seit längerer Zeit sind die Gemüter ernster vaterlandsliebender Männer aller Stände und Parteien durch das Überwuchern des jüdischen Volkselements in tiefste Besorgnis versetzt. Die früher von vielen gehegte Erwartung einer Verschmelzung des semitischen Elements mit dem germanischen hat sich trotz der völligen Gleichstellung beider als eine trügerische erwiesen. Es handelt sich jetzt nicht mehr um eine Gleichstellung der Juden mit uns, vielmehr um eine Verkümmerung unserer nationalen Vorzüge durch das Überhandnehmen des Judentums, dessen steigender Einfluß aus Rasseeigentümlichkeiten entspringt, welche die deutsche Nation weder annehmen will noch darf, ohne sich selbst zu verlieren. Diese Gefahr ist erkennbar und von vielen erkannt. Schon beginnt das germanische Ideal der Ritterlichkeit, Geradheit, echter Religiosität sich zu verrücken, um einem untergeschobenen jüdischen Pseudoideal Platz zu machen. Wenngleich wir nun vertrauen, daß diese Schäden E. Durchlaucht staatsmännischem Blicke nicht entgangen sind und daß auch der Notstand der durch jüdische Praktiken heimgesuchten und in ihrem Gewerbe schwer benachteiligten Bevölkerung zu Ihren

Ohren gelangt sein wird, so glauben wir doch, auch unserseits noch ausdrücklich Zeugnis ablegen zu sollen, daß die deutsche Nation das Wachsen dieses verderblichen Einflusses mit steigender Erbitterung sieht und von ihrer Regierung Schutz und Abhilfe in dieser Notlage erwartet. Fußend auf den bestehenden, die kapitalistischen Interessen bevorzugenden und unter jüdischer Einwirkung entstandenen Gesetzen; gestützt auf die Reichtümer, welche man mit geschickter und rücksichtsloser Ausnützung derselben durch Wucher, Börsenspiel, Bank- und Aktienwesen erworben hat bei fast ausschließlichem Fernbleiben von der allein einen dauernden Wohlstand begründenden Tätigkeit der Landwirtschaft und des Gewerbes; Bildner der öffentlichen Meinung mittelst einer zum großen Teil durch sie beeinflußten feilen, gewissenlosen und korrumpierten Presse, hat es die jüdische Rasse verstanden, ihren unheilvollen Einfluß beständig zu steigern, so daß er heute schon nicht allein die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Wohlstand des deutschen Volkes, sondern auch seine Kultur und Religion und infolgedessen seine teuersten politischen und religiösen Güter mit den ernstesten Gefahren bedroht. Diese Gefahren müssen sich naturgemäß steigern, als es den Juden gelingt, scharenweise in Berufszweige und namentlich in amtliche Stellungen einzudringen, welche ihnen früher verschlossen waren, und die ihnen ferner verschlossen bleiben müssen, wenn anders nicht die Autorität der Gesetze in ihren Fundamenten untergraben werden soll ... Wir wollen weniger das den Fremdlingen gewährte Gastrecht verkümmern, als vielmehr allmählich die deutsche Nation von einer Art Fremdherrschaft emanzipieren, welche sie nicht mehr lange zu ertragen vermag." Der Reichskanzler möge daher „den gesetzgebenden Körpern des Deutschen Reiches und Preußens baldmöglichst Vorlagen machen, durch welche 1. die Masseneinwanderung der Juden, besonders von Osten her, erschwert wird; 2. diejenigen Geschäftszweige, welche, wie Börsen, Banken und Zeitungswesen, von den Juden und den zu jüdischen Anschauungen verführten Individuen zur Ausbeutung des deutschen Volkes benutzt werden können, kontrolliert und möglichst hoch besteuert werden; 3. die amtlichen Berufskreise, deren Autorität durch das Eindringen jüdischer Anschauungen gefährdet wird, etwa mit dem Rechte der Wahl, ähnlich wie bei Offizierskorps, ausgerüstet, und gesetzliche Garantien für die völlige Ausschließung aller Juden von obrigkeitlichen Amtern und Befugnissen geboten werden".

Ein Stöckerscher Antisemit kam gelegentlich der Ergänzungswahlen für die Stadtverordnetenversammlung in Berlin am 2. November in die Stichwahl. Infolge der Wahlaufregung nahm die Agitation alsbald so große Dimensionen an, daß sie augenblicklich fast alle andern Interessen in den Hintergrund drängte.

Eine neue Petition an den Reichskanzler besagte: „Allerwärts, wo Christ und Jude in soziale Beziehungen treten, sehen wir den Juden als Herrn, die eingestammte christliche Bevölkerung aber in dienstbarer Stellung. An der schweren Arbeit der großen Masse unseres Volkes nimmt der Jude nur einen verschwindend kleinen Anteil; allerwärts regt sich nur die schwielige Hand des Christen. Die Früchte seiner Arbeit aber erntet vor allem der Jude. Weitaus der größte Teil des Kapitals, welches die nationale Arbeit erzeugt, konzentriert sich in jüdischer Hand; gleichzeitig

mit dem beweglichen Kapital aber mehrt sich der jüdische Immobiliarbesitz. Nicht nur die stolzesten Paläste unserer Großstädte gehören jüdischen Herren, deren Väter oder Großväter schachernd und hausierend die Grenzen unseres Vaterlandes überschritten haben, sondern auch der ländliche Grundbesitz, diese hochbedeutsame konservative Basis unseres staatlichen Gefüges, gelangt mehr und mehr in die Hände der Juden ... Soll unser Volk nicht der wirtschaftlichen Knechtschaft unter dem Druck jüdischer Geldmächte, soll es nicht dem nationalen Verfall unter dem Einfluß einer vorzugsweise vom Judentum vertretenen materialistischen Weltanschauung überantwortet werden, dann sind Maßregeln, welche dem Überwuchern des Judentums Halt gebieten, unabweisbar geboten." Es folgen ähnliche Gesetzesvorschläge; so soll die Verwendung der Juden im Justizdienste, namentlich als Einzelrichter, eine angemessene Beschränkung erfahren. Der christliche Charakter der Volksschule, auch wenn sie von jüdischen Schülern besucht wird, soll streng gewahrt bleiben und nur christliche Lehrer zugelassen werden. Es soll die Wiederaufnahme der amtlichen Statistik über die jüdische Bevölkerung angeordnet werden.

Der großen Agitation trat nun am 12. November auf Anregung des Oberbürgermeisters v. Forkenbeck eine „Erklärung von 60 Notabilitäten" entgegen; darin hieß es: „Heiße Kämpfe haben unser Vaterland geeint zu einem mächtig aufstrebenden Reiche. Diese Einheit ist errungen worden dadurch, daß im Volksbewußtsein der Deutschen das Gefühl der notwendigen Zusammengehörigkeit den Sieg über die Stammes- und Glaubensgegensätze davontrug, die unsere Nation wie keine andere zerklüftet hatten. Solche Unterschiede den einzelnen Mitbürgern entgelten zu lassen, ist ungerecht und unedel. Es wird als ein Treubruch von denen empfunden, die nach gleichen Zwecken zu streben sich bewußt sind. In unerwarteter und tief beschämender Weise wird jetzt an verschiedenen Orten, zumal den größten Städten des Reichs, der Rassenhaß und der Fanatismus des Mittelalters wieder ins Leben gerufen und gegen unsere jüdischen Mitbürger gerichtet. Wie eine ansteckende Seuche droht die Wiederbelebung eines alten Wahnes die Verhältnisse zu vergiften, die in Staat und Gemeinde, in Gesellschaft und Familie Christen und Juden auf dem Boden der Toleranz verbunden haben. An dem Vermächtnis Lessings rütteln Männer, die auf der Kanzel und dem Katheder verkünden sollten, daß unsere Kultur die Isolierung desjenigen Stammes überwunden hat, welcher einst der Welt die Verehrung des einigen Gottes gab ..." — Die Bewegung griff aber immer weiter, erfaßte nach und nach auch einen Teil der deutschen Studierenden; besonders an den Universitäten Berlin und Leipzig erklärte sich ein erheblicher Teil öffentlich für die Ziele der Antisemitenliga.

Am 20. November interpellierte durch Hänel die Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhaus die Regierung bezüglich der von Berlin ausgehenden Agitation gegen die Juden. Der Zweck der Interpellation, nämlich die gewünschte Verurteilung der antisemitischen Bewegung durch das Abgeordnetenhaus, wurde durchaus nicht erreicht; im Gegenteil, durch

die Debatte kam die Stärke der Bewegung erst recht zutage, und sie schöpfte aus dem durch diese Verhandlungen erlangten Bewußtsein dieser Stärke neuen, höheren Mut. Viel zitiert wurde freilich auch das Wort des sehr liberalen Kronprinzen: die Judenhetze sei eine Schmach für unsere Zeit und für unser Volk.

Reichensperger.

Gegen die Interpellation Hänels im preußischen Abgeordnetenhaus sprach noch am 20. November Reichensperger: „Ich stehe nicht an, offen zu erklären, daß mich der hohe moralische Mut mit Bewunderung erfüllt, mit welchem man es gewagt hat, in ein Wespennest zu greifen. Es steht fest, daß das Judentum eine internationale Macht ist, und Hänel hätte besser getan, nicht auf den Kongreß 1878 hinzuweisen, weil das Eintreten Bismarcks für die Juden eben diese Ansicht erweist. Im übrigen ist der Interpellant im Irrtum, wenn er meint, daß die Judenfrage durch religiösen oder Rassenhaß hervorgerufen sei; der Ausgangspunkt findet sich vielmehr im Gegensatz unserer nationalen und sozialen Interessen mit den von den Juden vertretenen. Es ist die Überzeugung im Volke verbreitet, daß die Juden sich mehr darum zu bekümmern haben, was sie dem deutschen und christlichen Volke schuldig sind. Ich war mit unter denen, welche 1848 für die Emanzipation der Juden eingetreten sind, aber wir sind der Überzeugung, daß diese Emanzipation durchaus erst von den Juden verdient werden muß ... Ja, die Verfassung soll respektiert werden, aber wir, die wir den Juden alle Verfassungsrechte durchgesetzt haben, wir erfahren schlechten Dank von ihnen. Die Juden und ihre Presse waren es ganz besonders, welche uns im Kulturkampf so heftig bekämpft haben. Die Nationalliberalen unter Führung des (jüdischen) Abgeordneten Lasker waren es, welche die Abschaffung der Verfassungsartikel durchsetzten, welche die Unabhängigkeit unserer Kirche garantierten. Ich möchte nun den Juden doch den Rat geben, nicht allzu empfindlich zu sein, wenn ihnen einmal auf die Hühneraugen getreten wird ... Wo waren denn die Interpellanten, als die Katholiken den Klosterskandal in Moabit erlebten? Die ganze Interpellation kann nur den Zweck haben, das Petitionsrecht zu unterdrücken ... Ich will an eine Intoleranz erinnern, die kaum ihresgleichen hat: die Staatsangehörigkeit deutscher Jesuiten ist einfach verneint worden, man hat Staatseingeborne geradezu geächtet. Zum Ende hat kein Ausländer Anspruch auf Einwanderungsrecht, also auch nicht die Juden." Der Abgeordnete v. Heydebrand und der Lasa sagte: „Die Presse, welche von bedauerlichen Ausschreitungen spricht, möge auch die Frage erörtern: ob nicht ein Teil des preußischen Judentums selbst Schuld trägt an der Heftigkeit der Bewegung ... Wunderbar will es mir erscheinen, daß gerade diejenigen Herren die Interpellation unterzeichnet haben, die der Regierung stets die größten Schwierigkeiten bereiten ... Der ‚Nationalzeitung' ist gelegentlich der Satz entschlüpft: Es scheint wirklich, als ob es in Deutschland nötig sein solle, im Gegensatz zu früheren Bestrebungen für eine Emanzipation der Christen zu agitieren ... Wir sind ein christliches Volk und wollen es bleiben."

Bachem.

Der Zentrumsabgeordnete Bachem sagte in der Fortsetzung der Debatte am 22. November: „Überall herrscht eher eine Terrorisierung von seiten der Juden als von der der Christen." Und er wies auf einige empörende Beispiele dieser Art hin. Auch „ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß seit

einigen Dezennien, besonders seit dem letzten, sich eine ungeheure Verschiebung des Besitzes nach der Seite der Juden hin vollzieht. Man sagt, dies liege an der größeren Betriebsamkeit der Juden. Es erklärt sich aber vielmehr meist daraus, daß ein verhältnismäßig großer Teil der jüdischen Bevölkerung sich verwerflicher Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke bedient. Juden sind die Hauptträger der Börse, deren Auswüchse der Minister mit dem Namen Giftbaum bezeichnet hat. Als charakteristisch kann ich anführen, daß bei Ausbruch des letzten Krieges die deutsche Anleihe hier nur drei Millionen Mark Zeichnungen erhielt, während die französische überzeichnet wurde. Nach der Schlacht bei Wörth änderte sich natürlich die Sache. Den Spekulationen der Juden mit dem Getreide ist jetzt auch ganz wesentlich die Verteuerung des Brotes des armen Mannes zu verdanken. Sehr schlimme Zustände führen auch die vielen Konkurse, die Zahlungseinstellungen der Juden herbei. Also ist es nicht bloß Neid, sondern ein berechtigter, sehr erklärlicher Unmut, wenn die christliche Bevölkerung sieht, wie mit solchen verwerflichen Mitteln die Juden eine höhere soziale Stellung erklimmen. Es liegt dies mit an unserer Gesetzgebung, welche das Kapital zu sehr begünstigt und vergessen hat, daß sie das Wohl aller herbeizuführen die Aufgabe hat. Ich finde in der christlichsozialen Bewegung einen ganz berechtigten Kern, soweit sie darauf hinausgeht, dem christlichen Volke die Augen zu öffnen über den Übermut der Juden. Gibt's etwas Hochmütigeres und Zynischeres als die verjüdelte Presse? Sie hat es erst dahin gebracht, die Konfessionen gegeneinander zu reizen. Mit welchem nichtswürdigen Hohne sind unsere aus den Klöstern ausgetriebenen Ordensbrüder im ‚Kladderadatsch' verfolgt worden! Was würden Sie sagen, wenn man in manchen Gedichten dieses Blattes an Stelle der Jesuiten die Juden setzen wollte? Wie sind von der Judenpresse die Katholiken beschimpft worden, und ich habe niemals einen Protest aus Ihrer Mitte gehört ... Soweit sich also die christlichsoziale Bewegung die Aufgabe gestellt hat, auf die vergiftende Wirkung dieser Strömung aufmerksam zu machen, erkenne ich sie vollständig an, und ich kann nur wünschen, daß es ihr gelingen möge, alles Schädliche aus ihrer Mitte fernzuhalten, damit es ihr möglich werde, den vorgesetzten Zweck zu erreichen ... Ich möchte zum Schlusse die Regierung nur noch beschwören, daß sie das gleiche Recht, das sie den Juden sichern will, auch den Katholiken gewährleiste."

Hofprediger Stöcker sagte in derselben Sitzung: „Der sittlichen Ent- Stöcker.
rüstung von jener Seite stehe ich in voller sittlicher Rüstung gegenüber. Hinter mir stehen Millionen ... Das Christliche beherrscht die Geister, der ‚Fortschritt' entfesselt sie ... Zwischen Sozialen und Sozialisten ist ein tiefer Unterschied. Sozialistisch ist die Forderung, daß alles Privateigentum kollektiv werde. Sozial ist nichts anderes als die gesellschaftliche Auffassung der Dinge. Die Judenfrage ist für mich eine sozial-ethische. Sie besteht darin, daß eine halbe Million jüdischer Mitbürger, einem andern Stamm angehörend, in der Religion, in ihrem Denken, Fühlen und Wollen von uns verschieden, mit der deutschen Art nicht immer eins, in unserm Volk eine Position einnehmen, welche dem Zahlenverhältnis der jüdischen Bevölkerung absolut nicht entspricht. Begabt mit einer starken Kapitalskraft und vielem Talent, drücken diese Männer auf unser öffentliches Leben, in Handel und Gewerbe, in kommunalen Angelegenheiten, in den sittlich-sozialen

Verhältnissen, ja, in den kirchlichen Angelegenheiten wirken sie mit dem Einfluß, den sie haben, und das ist unerträglich ... Das Judentum ist keine Konfession, es hat kein Bekenntnis ... Niemand soll leugnen, daß wir in einem christlichen Staate leben, in dem 79 : 80 der Einwohner Christen sind ... Wir wissen, daß unser Volk den übergetretenen Israeliten, wie Stahl, Neander, Mendelssohn, vollen Beifall zollt; ebenso den ungetauften Juden, die in Kunst und Wissenschaft sich an der Entwicklung unseres Volkes beteiligt haben. Um diese handelt es sich nicht. Als ich nach Berlin kam (1874), fand ich einen Bankerott des äußeren Kirchentums vor, der durch nichts mehr hervorgerufen war als durch die Infamie der jüdischen Presse ... Unsere Devise Christlich-Sozial umfaßt das, was auf religiösem und wirtschaftlichem Gebiete nötig ist. Man braucht auch für die sozialen Dinge ein religiöses Element. Der Unglaube mag eine dünne Eisdecke sein, über welche der einzelne gehen kann, aber das Volk bricht ein. Wenn ich im Alten (und Neuen) Testament die Anschauung gefunden habe, daß alle Menschen Haushalter seien, daß das Trachten nach unermeßlichem Reichtum dem Menschen nichts Gutes bringe und Barmherzigkeit gegen den Armen das höchste Gesetz sei, habe ich dann unrecht getan, wenn ich dies in die Arbeiterkreise hineinrief? ... Wenn ich unsern jüdischen Mitbürgern die Mahnung zurief, ein klein wenig bescheidener zu sein, etwas mehr soziale Gleichheit walten zu lassen, ist denn das eine Versündigung an der Majestät des Judentums? Nie in meinem Leben haben sich so viele Israeliten an mich gewandt, um Unterricht im Christentum zu erhalten, wie in diesem Monat ... Es kommt vor, daß Christen vor einem jüdischen Richter nicht schwören wollen. Wie stark der Einfluß des jüdischen Elements in der Justiz ist, sehen Sie daran, daß unter den 150 Referendarien beim Amtsgericht I in Berlin sich 43 Juden befinden ... Die jüdische Literatur weist nicht eine Anerkennung des Christentums, sondern nur schroffe Abweisungen desselben auf. Es ist gesagt worden, daß man den Juden mit Unrecht eine besondere Nationalität zuschreibe. Aber ein Dr. Kaufmann schreibt ja selbst: Das Judentum von heut ist im Erwachen und Erstarken seines nationalen Bewußtseins begriffen. Und wenn Crémieux sagt, die Alliance israélite solle ein neues Reich gründen, so paßt das doch nicht recht für einen Wohltätigkeitsverein. Brandes in Dänemark kann nichts tun, als die christliche Kultur in den Staub zu ziehen. Führen Sie doch nicht immer das Vermächtnis Lessings an! Der Nathan ist kein Jude, der Christ kein Christ, der Mohammedaner kein Mohammedaner. Mommsen hat (Römische Geschichte) die Juden ein Element der nationalen Dekomposition genannt; man kann doch nicht sagen, daß sie jetzt treu zusammengehen werden mit dem deutschen Stamme! ... Als in Berlin eine Leiche gefunden wurde, da erschien ein jüdischer Kreisphysikus, ein jüdischer Amtsrichter und ein jüdischer Referendar, nur die Leiche war deutsch. Wir wünschen nicht, daß dies das Schicksal der Stadt Berlin werden möchte. Wir wollen unser Volk lebendig erhalten im kirchlichen Leben!" — Abgeordneter Stroßer berief sich für den Standpunkt der Antisemiten auf Kaiser Friedrich II., auf Kant, Fichte und Goethe. „Warum ist man so erregt über die Plakate: Wählt keinen Juden! Hat man nicht tausendmal geschrieben und gesagt: Wählt keinen Konservativen! ... Das Kapital ist in den Händen der jüdischen Bankiers; in der Reichsbank sitzen 95 Juden und nur 5 Christen. Bei der

Einführung der Goldwährung hat der Staat 90 Millionen verloren, von denen sich 89 in den Kassen der Juden verkrümelt haben ..." Und so weiter.

Das Wochenblatt der (jüdischen) „Frankfurter Zeitung" vom 28. November 1880 schilderte den Boden, auf dem der Antisemitismus aufwachsen konnte: „Ein Blick auf die Geschichte des letzten Jahrzehnts läßt uns jenen Boden erkennen. Die leitende Politik hat, geleitet von den parlamentarischen Mehrheiten, in schlimmer Verblendung die nationalen Wünsche nicht zu befriedigen verstanden, sondern von dem rechten Wege abgelenkt und auf Bahnen geleitet, die dem momentanen Bedürfnis des Herrschens zugute kommen mochten, die allgemeine Wohlfahrt aber gänzlich außer acht ließen. Dem auswärtigen Kriege hätte der friedliche innere Ausbau folgen sollen; an seine Stelle aber trat der innere Kampf der Gegensätze auf dem Gebiet der Konfessionen, der sozialen Interessen. Der Egoismus schoß in Kraut und Blüte, das Interesse erhielt den Vorrang vor den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit ... Auf demselben Boden, auf dem der Kulturkampf und die Sozialistenhetze erwachsen ist, wuchert jetzt die Agitation gegen die deutschen Bürger jüdischer Konfession ..." Das ist ein bedeutsames Geständnis, um so mehr, wenn man bedenkt, daß gerade die Judenpresse in der Christenhetze das äußerste gegen die Katholiken leistete. Man witterte übrigens auch den heimlichen Einfluß Bismarcks oder seiner „Leute" bei der antisemitischen Bewegung. Man erinnerte an die gegen die „Ara Bleichröder" gerichteten Artikel der „Kreuzzeitung" 1875, an die Behauptung des „jüdischen" Romantikers Gutzkow in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung" 1873: die eigentlichen Gründer des neuen Deutschen Reichs seien die Juden; die tonangebende Stellung in Wissenschaft und Presse, in der Vertretung und Politik sei im Besitz der Juden. Man erinnerte an des Juden Disraeli freches Wort: die Juden seien eine höhere Rasse den europäischen Völkern gegenüber und die Rasse sei alles. Stöcker hatte in der preußischen Kammer aufgeschrien: „Wir haben bisher gelebt, gehetzt von den Juden wie ein wildes Tier." Man hätte den Juden noch weiter gestattet, die christliche Religion zu mißhandeln, wenn nicht die wirtschaftliche Kalamität wäre. Man erinnerte an die Schrift des Stadtgerichtsrats Wilmanns in Berlin von 1875: „Die goldene Internationale"; es war der erste Stich ins Wespennest. Man erinnerte an des Freiherrn v. Stein Widerwillen gegen die Judenemanzipation (1818). Disraeli hatte vor vier Jahren erklärt: „Die Agenten der geheimen Gesellschaften seien mächtiger als die Kabinette Europas." Allerdings war es der deutsche Idealismus, der der Wucherung des jüdischen Geldgeistes den fruchtbarsten Boden abgab, mit seinen konfessionellen und anderen Spaltungen.

Die „Judenfrage" trat nun erst in ein akutes Stadium. Die Demonstrationen und Gegendemonstrationen nahmen kein Ende. Die Professoren Mommsen und Treitschke wechselten gereizte Erklärungen miteinander. In jüdischen Kreisen griff eine tiefe Erbitterung Platz, die antisemitischen Blätter traten immer schärfer und rücksichtsloser auf. Dr. Henrici, einer der heftigsten Führer der Antisemiten, schloß in einer Versammlung von „Männern deutscher Abstammung und christlicher Religion" seine Rede wider die Juden mit der Mahnung, „die Juden- Judenfrage.

blätter abzuschaffen, bei keinem Juden zu kaufen, keinen Juden oder Judengenossen zu wählen und für Ausnahmegesetze zu stimmen, die die Juden vom Staats- und Militärdienst und vom Parlament ausscheiden und die jüdischen Geschäfte unter Staatskontrolle stellen."

Im übrigen waren die Gemüter beschäftigt und erregt über Fragen der Orthographie, über den noch nicht vollständig geklärten Fall des Untergangs des „Großen Kurfürsten", über die Fortschritte der Welfen und die Frage der Autonomie der Reichslande Elsaß-Lothringen.

Abrüstung. Der Reichstagsabgeordnete v. Bühler bemühte sich vergebens für eine Abrüstung zu wirken. Er schrieb am 29. Februar, in Verbindung mit einem diesbezüglichen Antrag, an den Reichskanzler: „Auf dem Schlachtfeld von Gravelotte, wo ich in der Nähe E. Durchlaucht mitten unter Leichen stand, schwur ich, was an mir ist, beizutragen, um das Elend des Krieges zu verhindern. Möchten E. Durchl. damals ähnliche Eindrücke empfangen und hochherzige Entschlüsse zum Wohle der Menschheit gefaßt haben!" Bismarck antwortete am 2. März, er könne sich, von dringlichen Geschäften der Gegenwart in Anspruch genommen, nicht mit der Möglichkeit einer Zukunft befassen, „die, wie ich fürchte, wir beide nicht erleben werden. Erst nachdem es E. Hochw. gelungen sein wird, unsere Nachbarn für Ihre Pläne zu gewinnen, könnte ich oder ein anderer deutscher Kanzler für unser stets defensives Vaterland die Verantwortlichkeit für analoge Anregungen übernehmen. Aber auch dann fürchte ich, daß die gegenseitige Kontrolle der Völker über den Rüstungszustand der Nachbarn schwierig und unsicher bleiben, und daß ein Forum, welches sie wirksam handhaben könnte, schwer zu beschaffen sein wird." Bühler erwiderte am 5. März sehr optimistisch, das Schreiben des Kanzlers sei für die von ihm verfochtene Sache von unschätzbarem Werte. „Indem E. Durchl. dem Gedanken der Möglichkeit einer allgemeinen Entwaffnung in der Zukunft Raum geben, ist schon für die Gegenwart ein fester Boden gewonnen ... Der Weisung E. Durchl., mich mit meinen Plänen zunächst an andere Mächte zu wenden, möchte ich um so eher nachzukommen mich getrauen, weil sie nicht nur eine Art Vollmacht für mich, sondern selbst eine gewisse Garantie in sich schließt, daß E. Durchl. für den Fall des Einverständnisses anderer Mächte analoge Anregungen auch für Deutschland zu übernehmen gewillt sind; ferner, weil die Königin von England auf die im Jahre 1873 gestellte Bitte des Hauses der Gemeinen, ihren ersten Staatssekretär des Auswärtigen zu beauftragen, mit auswärtigen Mächten zur Verhinderung von Kriegen wegen Begründung eines permanenten internationalen Schiedsgerichtssystems in Verbindung zu treten, eine zustimmende Antwort erteilte; endlich weil die k. k. österreichisch-ungarische Regierung in der Begründung zur jüngsten Wehrgesetzvorlage offiziell erklärte: daß sie es für eine patriotische Pflicht ansehen würde, eine Herabsetzung der Kriegsstärke des Heeres und der Kriegsmarine, sowie auch die Einschränkung des Wehrsystems überhaupt vorzunehmen, wenn unter den Mächten eine von der Regierung gewiß ebenso wie vom Reichstage ersehnte Verständigung über eine Verminderung der Wehrkräfte erzielt werden sollte ..."

Richard Wagner. Richard Wagner fuhr fort, seine innersten Gedanken über „Religion und Kunst" in den „Baireuther Blättern" zu geben. Er begann mit Schillers Wort: „Ich finde in der christlichen Religion die

Anlage zu dem Höchsten und Edelsten", und meinte, „daß da, wo die Religion künstlich wird, der Kunst es vorbehalten sei, den Kern der Religion zu retten, indem sie die Symbole ... ihrem sinnbildlichen Werte nach erfaßt, um durch ideale Darstellung derselben die in ihnen verborgene tiefe Wahrheit erkennen zu lassen ... Der Gründer der christlichen Religion war nicht (nur) weise, sondern göttlich ... Erlösung hoffen, hieß: mit ihm Vereinigung suchen ... Was wir unter künstlerischer Wirksamkeit verstehen, dürften wir mit Ausbilden des Bildlichen bezeichnen ... Die Kunst erfaßt das Bildliche des Begriffes und erhebt durch Ausbildung des zuvor nur allegorisch angewendeten Gleichnisses zum vollendeten, den Begriff gänzlich in sich fassenden Bilde diesen über sich selbst hinaus zu einer Offenbarung ... Die Gestalt des Göttlichen am Kreuze ein — Symbol? — nein: Bild, wirkliches Abbild ... Wie von einem künstlerischen Bedürfnisse gedrängt, verfiel der Glaube auf das notwendige Wunder der Geburt des Heilands durch eine Mutter, welche, da sie selbst nicht Göttin war, dadurch göttlich ward, daß sie gegen alle Natur den Sohn als reine Jungfrau, ohne menschliche Empfängnis, gebar. Ein als Wunderannahme sich aussprechender, unendlich tiefer Gedanke ... Das Wunder der Mutterschaft ohne natürliche Empfängnis bleibt aber nur durch das höchste Wunder, die Geburt des Gottes selbst ergründlich ... Da der Heiland selbst als durchaus sündenlos erkannt ist, mußte in ihm schon vor seiner Geburt der Wille vollständig gebrochen sein, so daß er nur noch mitleiden konnte; und die Wurzel hiervon war notwendig in seiner Geburt zu erkennen, welche nicht vom Willen zum Leben, sondern vom Willen zur Erlösung eingegeben sein mußte." Die Bedeutung von Raffaels Sixtinischer Madonna liegt darin, „daß der Bildner das durch Begriffe unfaßbare und unbezeichenbare Geheimnis des religiösen Dogmas in unverschleierter Offenbarung, nicht mehr der grübelnden Vernunft, sondern der entzückten Anschauung zuführte." ... „Strenggenommen ist die Musik die einzige dem christlichen Glauben ganz entsprechende Kunst, wie die Musik, welche wir kennen, lediglich ein Produkt des Christentums ist ... Die Musik offenbart das eigenste Wesen der christlichen Religion mit unvergleichlicher Bestimmtheit." Sie sagt nicht nur: „das bedeutet," sondern: „das ist, — weil sie jeden Zwiespalt zwischen Begriff und Empfindung aufhebt ..." Den Griechen, „denen das Gute so schwer fiel, ward das Schöne so leicht ... So sehen wir in dem Wirken des griechischen Geistes gleichsam einem Spiele zu, einem Wechsel zwischen Gestalten und Erkennen, wobei die Freude am Gestalten den Schrecken des Erkennens zu bemeistern sucht ... Wir nannten dies in einem erhabenen Sinne ein Spiel, nämlich ein Spiel des Intellektes in seiner Freilassung vom Willen, dem er jetzt nur zur

eigenen Selbstbeschauung dient — somit das Spiel des Überreichen an Geist." „Die Gewalt kann zivilisieren, die Kultur muß dagegen aus dem Boden des Friedens sprossen." — Aus der Annahme einer Entartung des menschlichen Geschlechtes geht nun Wagner weiter zum Gedanken der Regeneration; er sieht diesen Weg in einer Verbindung des beachtenswerten Sozialismus mit Vegetarianismus, Tierschutz und Temperenz. Er verweist auf das Buch des Franzosen A. Gleizès „Thalysia oder das Heil der Menschheit", übersetzt von Rob. Springer (Berlin 1873). Er bestärkt sich aber darin, „daß aller echte Antrieb und alle Kraft zur Ausführung der großen Regeneration nur aus dem tiefen Boden einer wahrhaften Religion erwachsen könne." Möge die Regeneration sich noch so friedsam gestalten, „stets wird uns in der Natur die ungeheure Tragik dieses Weltendaseins zur Empfindung kommen, und täglich werden wir den Blick auf den Erlöser am Kreuze als letzte erhabene Zuflucht zu richten haben." Durchaus liegt ihm fern, etwa eine neue Religion stiften zu wollen.

Regeneration.

In einem Nachtrag, „Was nützt diese Erkenntnis?", nämlich die Erkenntnis des Verfalles der geschichtlichen Menschheit, kommt Richard Wagner auch auf die Politik zu sprechen. „Die deutsche Einheit wurde erkämpft und kontraktlich festgesetzt: was sie aber sagen sollte, war schwer zu beantworten. Wohl wird es uns für dereinst in Aussicht gestellt, hierüber Aufschluß zu erhalten, sobald nur erst noch viel mehr Macht angeschafft worden ist: die deutsche Einheit muß überallhin die Zähne weisen können, selbst wenn sie nichts damit zu kauen mehr haben sollte. Man glaubt Robespierre vor sich zu sehen, wenn man das Bild des in abgeschiedener Einsamkeit sich abmühenden Gewaltigen [Bismarck] sich vergegenwärtigt, wie er rastlos der Vermehrung seiner Machtmittel nachspürt. Was mit den bereits bewährten Machtmitteln auszurichten und demnach der Welt zu sagen gewesen wäre, hätte dagegen zur rechten Zeit jenem Gewaltigen etwa beikommen dürfen, wenn die von uns gemeinte Erkenntnis ihn erleuchtet hätte . . . So hätte dem gewaltigen Niederkämpfer des letzten Friedensstörers [Napoleon] es doch aufgehen dürfen, daß dem freventlich heraufbeschworenen furchtbaren Kriege ein anderer Friede zu entsprechen habe, als diese zu steter neuer Kriegsbereitschaft geradezu anleitende Abmachung zu Frankfurt. Hier würde dagegen die Erkenntnis der Notwendigkeit und Möglichkeit einer Regeneration des der Kriegszivilisation verfallenen Menschengeschlechtes einen Friedensschluß haben eingeben können, durch welchen der Weltfriede selbst sehr wohl anzubahnen war: es waren demnach nicht Festungen zu erobern, sondern zu schleifen, Pfänder der Friedenssicherung zu geben . . ." „Die Erlösung vom Übel erwartet man jetzt gläubig durch Physik und Chemie." Wagner empfiehlt die Schopenhauerische Philosophie als Grundlage einer ferneren Kultur; geht aber geradeso über diese hinaus, wie Schiller weit über die Kantische Philosophie hinausging. Auch Schiller betrachtete das Christentum als „Darstellung schöner Sittlichkeit oder der Menschwerdung des Heiligen, und in diesem Sinne als die einzige ästhetische Religion". So schließt auch Wagner: „Nicht aber kann der höchsten Kunst

die Kraft zu solcher Offenbarung erwachsen, wenn sie der Grundlage des religiösen Symboles einer vollkommensten sittlichen Weltordnung entbehrt, durch welches sie dem Volke erst wahrhaft verständlich zu werden vermag: der Lebensübung selbst das Gleichnis des Göttlichen entnehmend, vermag erst das Kunstwerk dieses dem Leben, wiederum zu reinster Befriedigung und Erlösung über das Leben hinaus, zuzuführen." Wagner faßt sein Kredo in die Worte: „Wir erkennen den Grund des Verfalles der historischen Menschheit sowie die Notwendigkeit einer Regeneration derselben; wir glauben an die Möglichkeit dieser Regeneration und widmen uns ihrer Durchführung in jedem Sinne."

An König Ludwig II., seinen Gönner, schrieb Wagner am 28. September: „Ich habe nun alle meine, noch so ideal konzipierten Werke an unsere, von mir als tief unsittlich erkannte Theaterpraxis ausliefern müssen, daß ich mich nun wohl ernstlich fragen mußte, ob ich nicht wenigstens dieses letzte und heiligste meiner Werke vor dem gleichen Schicksale einer gemeinen Opernkarriere bewahren sollte. Eine entschiedene Nötigung hiefür habe ich endlich in dem reinen Gegenstande meines Parsifal nicht mehr verkennen dürfen. In der Tat, wie kann und darf eine Handlung, in welcher die erhabensten Mysterien des christlichen Glaubens offen in Szene gesetzt sind, auf Theatern, wie den unsrigen vorgeführt werden? Ich würde es unseren Kirchenvorständen nicht verdenken, wenn sie gegen Schaustellungen der geweihtesten Mysterien auf denselben Brettern, auf welchen gestern und morgen die Frivolität sich behaglich ausbreitet, einen berechtigten Einspruch erheben. Im Gefühle hievon betitelte ich den Parsifal ein Bühnenweihfestspiel. So muß ich ihm denn nun eine Bühne zu weihen suchen, und dies kann nur mein einsam dastehendes Bühnenfestspielhaus in Baireuth sein. Dort darf der Parsifal in aller Zukunft einzig und allein aufgeführt werden." Parsifal.

Bayern feierte das 700jährige Jubiläum des Wittelsbachschen Herrscherhauses.

Neben der Vollendung des Kölner Doms darf auch nicht die Wiederherstellung des Kaiserdoms zu Frankfurt a. M. übersehen werden, die seit dem Brand von 1867 betrieben wurde.

In der vom 19. bis 23. September 1880 zu Wiesbaden gehaltenen Generalversammlung des „Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine" wurde der Beschluß gefaßt, daß in gleicher Weise wie der Kölner und Ulmer Dom auch das Straßburger Münster ausgebaut werde. Vollendungspläne gibt die „Illustrierte Zeitung" 1881, 8. Januar.

Anselm Feuerbachs Tod warf ein grelles Licht auf das unglückliche Schicksal des mit seiner Zeit in Zwiespalt stehenden Künstlers.

Franz Bonn, der bekannte Humorist der „Fliegenden Blätter", gab auch einen Roman aus der Gegenwart heraus: „Gott Mammon" (Köln 1880, Bachem), alle sozialen Fragen streifend, mit dem Kernspruch: „Entweder Gott oder Mammon!" W. Maurenbrecher schilderte die „Geschichte der katholischen Reformation" vom 15. Jahrhundert an, im protestantischen Sinne, mit Ausfällen gegen den „ultramontanen" Janssen und gegen Pastor.

Die Konversionsschrift des ehemaligen Oxforder Puseyiten T. W. Allies „Eine Entscheidung für das Leben" erschien in deutscher Übersetzung von Bellesheim. Allies hatte sein Buch der Gattin gewidmet, die vor ihm konvertierte: „Meiner einzigen Gefährtin in diesen Prüfungen, der Hilfloseren

und dennoch Mutigeren, die rascher die Wahrheit erkannte, die bereitwilliger war, sie zu umfangen, die zuerst sich von der Heimat losriß in der Blüte ihrer Jugend, die ohne Beben sich in die Not fügte, welche ich für sie herbeiführte, und durch ihre freie Wahl meinen Gewinn verdoppelte." Die Konversion fand 1850 statt; er verzichtete damit auf ein Einkommen von 1000 Pfund Sterling.

Schliemann. Das Achselzucken, das noch vor sechs Jahren, als Schliemann seine „Trojanischen Altertümer" veröffentlichte, die Kritik der Altertumswissenschaft begleitete, hörte nach Publikation seines neuen Werkes auf („Ilios").

Karl Biedermann vollendete (1880) den 4. Band seines Werkes: „Deutschland im 18. Jahrhundert", bedeutend durch das Eingehen auf die literarischen, religiösen und materiellen Zustände.

Tilman Pesch eröffnete die monumental angelegte „Philosophia Lacensis" der jetzt im Exil lebenden Jesuiten von Maria-Laach mit den Institutionen der Naturphilosophie gemäß den Prinzipien des hl. Thomas von Aquin (1880). Das Konvertitenlexikon von Bischof Räß wurde rüstig fortgesetzt. P. Maurus Kinter in Raigern (Mähren) begann 1880 die „Wissenschaftlichen Studien und Mitteilungen aus dem Benediktinerorden", zur bleibenden Erinnerung an das Ordensjubiläum.

J. Ph. Schmelzeis schilderte „Das Leben und Wirken der heiligen Hildegardis nach den Quellen", Freiburg 1879.

Der Philosoph des Unbewußten E. v. Hartmann ergänzte durch seine Schrift „Die Krisis des Christentums in der modernen Theologie" 1880 die früheren Darlegungen in der „Selbstzersetzung des Christentums und Religion der Zukunft" 1874. Er predigte die Erlösung Gottes durch den Menschen im christusfreien Panmonotheismus.

Wilh. Jordan. Wilh. Jordan suchte in seinem Buch „Die Erfüllung des Christentums" das Thema seiner „Andachten" von der einheitlichen Entwicklung weiterzuführen; er wandte sich ebensosehr gegen die Straußianer wie gegen die Konfessionellen. Er sah das Wesen des Christentums im Antimaterialistischen, im Glauben an die Erlösung, in der Vereinigung von wissenschaftlichem, sittlichem und ästhetischem Gefühl. Auch das war ein wichtiges Zeichen der Zeitstimmung.

Der Schlußband von Freytags „Ahnen" vollendete die Enttäuschung der Nation. Der Dichter wollte seine eigenen Ahnen schildern. All der historische Aufwand gipfelte in der Gründung eines Literaturblatts, oder versandete, besser gesagt, in journalistischer Philisterhaftigkeit.

Leopold v. Ranke begann in seinem hohen Alter noch eine Weltgeschichte, ohne für die älteste Zeit das nötige Spezialwissen zu haben; er ersetzte es durch doktrinäre Konstruktion.

In Berlin wurde das schöne Luisendenkmal und das Goethedenkmal von Schaper enthüllt. In Wien das Beethovendenkmal von Zumbusch.

Julius Naue, der Schüler Schwinds, vollendete den Aquarellzyklus: Das Schicksal der Götter nach der Edda. Allerdings erwies sich auch ihm der Stoff als allzu spröde.

Deutsche Kultur. Bei der Betrachtung der damaligen Lage der deutschen Sache in beiden Mittelreichen mußte es auffallen, daß bei aller Bemühung um die politische Stellung der Nation verhältnismäßig weniger für

deutsche Kultur getan wurde als bei andern Nationalitäten. Diese begeisterten sich viel mehr an der Geschichte, der Sage, an dem Romantischen ihres Volkstums, was sie ja schließlich auch nur von der deutschen Romantik gelernt hatten. Alles Romantische war aber längst bei den Deutschen verpönt. So mochte es kommen, daß so viele ideenhungrige Deutsche sich damals am Polentum, Russentum, Welschtum u. s. w. begeisterten, während es den Deutschen weniger gelang, andere für ihre Ideen zu begeistern und zu sich herüberzuziehen. Ich sehe hauptsächlich darin den Grund der üblen Erfahrungen, die das Deutschtum damals und seither im Wettbewerb mit andern Nationen machen mußte, den Grund, warum auch die Elsässer, die Polen, die Dänen des Deutschen Reiches sich nicht angezogen fühlten.

Erfüllt von diesem Gedanken, habe ich damals beschlossen, mit Hintansetzung aller andern zunächst praktischeren Ziele mein ganzes Leben und meine ganze Arbeitskraft jener nationalen Aufgabe zu widmen, die, wie ich sah, durchaus vernachlässigt wurde. Ich tat es in einer langen Reihe von Arbeiten, mit dem vollen Bewußtsein der Undankbarkeit solcher Bestrebungen für die nächste Zeit, die nur auf realistische Ziele losging. — Ich war auf meiner griechischen Reise mit meinem Freund Wilhelm Klein eben in Olympia anwesend, als dort der lange vermißte Kopf des Dionysosknaben, der zur Hermesgruppe des Praxiteles gehörte, unter festlichem Jubel gefunden wurde. Diese ganze griechische Reise hat mich in der Überzeugung bestärkt, daß wir, um den Griechen zu gleichen, auch bei uns eine durchaus heimische, nationale, religiös-gläubige, mit dem Volk, dem Staat und der Kirche unbedingt einige Kultur erstreben müßten, was ich mir denn auch zur Lebensaufgabe machte. — Diese Überzeugung und dieser Lebensplan befestigte sich in mir, als ich von Griechenland über Italien direkt nach Oberammergau fuhr, den dortigen zehnjährigen Passionsspielen beizuwohnen. In Griechenland hatte ich einen Plan der Heimat mit, um mich zu überzeugen, daß alles das, was Athen, Eleusis, Marathon, Kolonos, Delphi, Korinth u. s. w. boten, in gleichem Maß, ja noch reicher und voller, die heimische Landschaft, Geschichte, Sage und Legende dem Volksbewußtsein und der großen, echten, wahren Kunst zu bieten hatte. Aus den Eindrücken von Oberammergau entstanden später meine Weihnachts- und Osterfestspiele mit der Absicht, das, was sich da nur noch im entlegensten Gebirgsdorf erhalten hatte, der ganzen großen Welt der Hauptstadt und der Bildung wiederzugeben.

Siegfried Lipiner, der Autor des „Entfesselten Prometheus“ (1876) und des „Renatus“ (1878), gab sein reifstes Werk „Buch der Freude“. Ich bin dem geistsprühenden Dichter eine Zeitlang sehr nahe gestanden, als ich noch an die Echtheit seiner Poesie glaubte. Auch Nietzsche und Malvida v. Meysenbug bewunderten ihn damals. Richard Wagner lud ihn nach Baireuth, um seine Prosaschriften durch ihn popularisieren zu lassen, was aber nicht gelang. Lipiner nahm sich sehr warm meiner kurz vorher entstandenen Paraphrase der „Evangelien und Episteln“ an (ungedruckt), war aber als Schopenhauerianer dem Optimismus meiner 1880 geschriebenen „Offenbarung“ abhold, weshalb er das Schriftchen an den von uns beiden verehrten Lagarde schickte, damit dieser mich zurechtweise. Um so wärmer Lipiner.

nahm sich meiner Malvida v. Meysenbug an und las die Dichtung in der Familie Wagner vor. Ich erwähne das nur als Anzeichen, daß sich damals (gleichzeitig mit Nietzsches „Zarathustra") eine weltbejahende, optimistische, nicht auf Willensverneinung bestehende Weltstimmung bei uns allen geltend machte. Ich legte als Erlösung vom Pessimismus meiner Eigenphilosophie den Begriff des Spieles als absoluter Tätigkeit zugrunde, Schillers Vorgange folgend und der unter den Erdenkindern spielenden Weisheit des Alten Testaments (Prov. 8, 31), mit stärkster Hervorhebung der Bedeutung der Persönlichkeit gegenüber allem Monismus und Pantheismus.

Benediktinerorden.

Die Jubelfeier des Benediktinerordens (der hl. Benedikt war 480 geboren) erinnerte daran, daß diese schwarzen Mönche es waren, die fast allein alles, was von alter klassischer Kultur und Zivilisation nicht in Scherben gegangen, mit Verständnis und Liebe geborgen und mit eifrigster Arbeit der Nachwelt überliefert hatten. Sie traten überall für den humanistischen Fortschritt ein und gesellten der wissenschaftlichen Forschung die materielle Kulturarbeit. Keine Vereinigung von Menschen hat auch nur annähernd so viel für die Erhaltung der klassischen Literatur getan wie sie, die 17.500 Schriftsteller in allen Zweigen des Wissens aufzuweisen haben. Und das waren dieselben Mönche, die erst den Boden urbar machen mußten, auf dem sich nachmals ihre stattlichen Klöster erhoben. Arbeit und Lehre verschafften ihnen so überall das Heimatrecht.

In Berlin wurde Goethes „Faust" nach Otto Devrients Bearbeitung auf dreiteiliger Mysterienbühne gegeben. Der Versuch damit wurde schon 1875 in Weimar gemacht und seitdem mehrfach wiederholt.

Professor Alois V. Sembera wies neuerdings die Unechtheit der Königinhofer Handschrift nach. Immerhin ist die romantische Energie der beiden Fälscher (W. A. Swoboda und W. Hanka 1817) anzuerkennen, die zweifellos sehr viel beitrugen, ihre Zeitgenossen für das böhmische Altertum zu begeistern.

Mit Heinrich v. Gagern starb einer der ältesten Anhänger des deutschen Einheitsgedankens. Einst Präsident des Frankfurter Parlaments, machte er dann eine bedeutsame Wandlung von kleindeutscher zur großdeutschen Anschauung durch, die sich nicht mit dem Ausschluß des deutschen Österreichs aus Mitteleuropa befreunden konnte.

Franz Lenbach verkaufte sein Bismarck-Bildnis an den Kommerzienrat v. Bleichröder für 30.000 Mark und malte für die gleiche Summe auch den finanziellen Ratgeber Bismarcks.

Als Prinzessin Pauline von Württemberg mit dem bürgerlichen Arzt Dr. Willim, der noch dazu Katholik war, getraut wurde, fügte sie ihrem Ja die Erklärung hinzu: „daß sie nichts aufgegeben habe, woran ihr Herz hing und daß sie beneidenswert glücklich sei". Ein Dichtergruß lautete: „Als du auf Rang und Hoheitsrechte dem Mann zu Lieb' getan Verzicht, da hast die Hoheit du, die echte, gezeigt im majestät'schem Licht . . . Darum von allem Volk beschieden sei dir ein Wunsch, schlicht bürgerlich: Leb' glücklich, heiter und in Frieden, Frau Doktorin, wir grüßen dich!"

Conze (mein ehemaliger Lehrer) gab mit seinen Arbeitsgenossen einen „vorläufigen Bericht" über „die Ergebnisse der Ausgrabungen zu Pergamon" heraus.

Es wurde bereits als eine bedenkliche Wendung der Wirtschaftspolitik erkannt, daß die Hauptkulturstaaten Europas ihren Brotbedarf, also die Hauptgrundlage ihrer Existenz, immer mehr von der Zufuhr aus dem Ausland abhängig machten und einseitig industrielle Bahnen einschlugen.

Im elsässischen Sesenheim fand die Einweihung der Laube statt zur Erinnerung an Goethe und Friederike. Professor Erich Schmidt hielt die Weiherede zwischen Gesang und Bankett.

Adam Müller-Guttenbrunn, der Banater Schriftsteller, mir später besonders durch die Mitarbeit an der „Ruhmeshalle deutscher Arbeit in Österreich-Ungarn" nahe befreundet, begann unter Laubes Ägide im Wiener Stadttheater mit dem Drama „Des Hauses Fourchambault Ende".

Der dänische Magnetiseur Hansen produzierte auf seinen Reisen Experimente, die nicht durchaus überzeugten. Darüber kam es in Wien zu einem Injurienprozeß.

Es wurde für die deutsche Auswanderung nach Brasilien agitiert.

In Berlin machte man Versuche mit einer Dampfkalesche.

Die „Historisch-politischen Blätter" besprechen die von Alfons v. Klinkowström herausgegebenen „Denkwürdigkeiten" des arg verkannten Fürsten Metternich. Sie halten dem gegenwärtigen Treiben protestantischer Generalsynoden das edle Wirken Vilmars entgegen. Sie vergleichen die Kölner Wirren vor vierzig Jahren mit dem Kulturkampf. Sie melden „Erfreuliches aus Baden". Sie heben die Verdienste A. E. F. Schäffles um die Sozialwissenschaft hervor. Sie kommen noch einmal auf „Dreizehnlinden" zurück. Sie schildern die Verwüstungen des Kulturkampforkans in Preußen. Sie gehen zurück auf den „preußischen Kulturkampf im Münsterlande in den Jahren 1802—1806". Sie schildern amerikanisches Parteiwesen bei der Präsidentenwahl, die konfessionelle Hetze im neuen Deutschen Reich, die liberale Lehrerwelt (G. Osthoff, „Die liberalen Lehrer der modernen Schule nach ihrem eigenen Bekenntnis und Geständnis". Frankfurt, Fösser). Die Aussichten aus Anlaß der Kölner Dombaufeier werden im allgemeinen als „in hohem Grade trübe" geschildert.

Die „Essays zur allgemeinen Religionswissenschaft" von Viktor v. Strauß und Torney 1879 sahen die wahre Geschichte der Menschheit in der Religionsgeschichte (Hist.-pol. Blätter, 87, 231).

Nun erst, infolge der immer radikaleren Republikanisierung der französischen Verwaltung sprang der Kulturkampf auch nach Frankreich über. Man begann mit der Reinigung der Ämter und des Heeres von allen monarchistischen Elementen. Man schaffte die im Jahre 1874 eingeführte Feldgeistlichkeit wieder ab. Man gründete staatliche Töchterschulen ohne jede religiöse Erziehung. Freilich zögerte die Bourgeois-Republik noch mit der von den Radikalen verlangten völligen Amnestie der Kommunards. Frankreich.

Den russischen Nihilisten Hartmann verhaftete man in Paris, lieferte ihn aber nicht an die russische Regierung aus, wie diese verlangte, sondern entließ ihn nach London. Darum große Verstimmung in Petersburg.

Jesuiten. Gegenüber den Jesuiten und den andern Kongregationen versuchte man zuerst indirekte Mittel, Entziehung von fiskalischen Vorteilen, die sie bisher durch Duldung besessen hatten. Endlich aber verfügten am 29. März zwei Dekrete des Präsidenten der Republik die Auflösung aller Jesuitenanstalten binnen drei Monaten; allen andern bisher vom Staate nicht anerkannten Kongregationen wurde eine Frist von drei Monaten gegeben, binnen welcher sie die Anerkennung nachzusuchen hätten. Die legitimistischen und klerikalen Blätter nannten das einen Staatsstreich. Allerdings schien die Regierung formell im Recht zu sein; denn im Konkordat und den dazugehörenden organischen Dekreten, auf denen die Rechte der Kirche in Frankreich beruhten, war die Existenz geistlicher Genossenschaften gar nicht vorgesehen. Damals, 1801, als die Kirche aus dem Chaos, aus der Vernichtung wiederhergestellt wurde, galten diese Kongregationen als nicht zum Wesen der Kirche gehörend, als außerhalb der kirchlichen Hierarchie stehend, daher sie nur auf Grund einer besonderen Ermächtigung der öffentlichen Gewalten existieren könnten. Die Regierung hielt sich also auch jetzt streng auf dem Boden des Konkordats. Die Mitglieder der aufgelösten Kongregationen würden sich, sagte sie, lediglich in die Lage der andern Bürger zurückversetzt finden; es könne unmöglich eine Verfolgung genannt werden, wenn man ihnen nicht gestatte, was allen andern verboten sei. Auch der bonapartistische Prätendent, Prinz Napoleon, stellte sich offen auf diesen Standpunkt, im Gegensatz zu den Legitimisten.

Vergebens begannen die Bischöfe gegen die Märzdekrete zu protestieren. Man gründete ein „Komitee des katholischen Widerstandes“. Man glaubte sich dadurch gesichert, daß die Jesuiten ihre Kollegien, Anstalten, Grundstücke notariell an weltliche Vertrauensmänner abtraten, unter deren Namen sie ihre Tätigkeit fortzusetzen hofften.

Ein Glied in der Reihe der Kampfgesetze war die Aufhebung des Gesetzes vom 18. November 1814, das die Arbeiten an Sonn- und Feiertagen verbot. Den jungen Leuten, die ihre Studien auf katholischen Hochschulen gemacht hatten, wurde der Zutritt zu gewissen Stellen im Staatsdienst versagt. Diese Hochschulen durften sich nicht Universitäten, sondern nur „katholische Institute“ nennen.

Kommunards. Eine neue Welle radikalen Geistes brachte im Juni die vollständige Amnestierung der Kommunards von 1871, wozu sich endlich der Ministerpräsident nach früherem Schwanken entschloß. 4000 Amnestierte waren bereits zurückgekehrt; es handelte sich noch um 800 Individuen, von denen 129 wegen Mordes oder Brandstiftung verurteilt waren.

Zur Ausführung der Märzdekrete wollten aus religiösen wie rechtlichen Bedenken viele Staatsanwälte und andere richterliche Beamtete nicht die Hand leihen. Sie gaben ihre Entlassung ein. Die Regierung war so illoyal, bei der Neubesetzung der Stellen den Anschein zu erregen, als wären die Demissionierten wegen Unwürdigkeit abgesetzt worden. Die Aufhebung der Jesuitenhäuser geschah unter leidenschaftlichen Demonstrationen des Publikums, aber ohne gewaltsamen Widerstand.

Die zurückgekehrten Kommunards gebärdeten sich als Sieger. Sie hielten ihr Programm von 1871 aufrecht und fanden Widerhall in Paris. Rochefort gab gegen Gambetta die parodierte Parole aus: „Der Feind ist der Opportunismus." Zur Gedenkfeier des Bastillensturmes wurde der 14. Juli als Nationalfest begangen. Zur Vervollständigung dieser nationalen Erhebung sollte eine Flottenrevue bei Cherburg dienen (9.—11. Aug.). Gambetta hielt dabei eine Rede mit phrasenhaften Andeutungen einer kommenden Revanche. Um den üblen Eindruck dieser Rhetorik abzuschwächen, sprach sich der Ministerpräsident Freycinet ein nächstes Mal sehr entschieden für eine besonnene Politik und gegen alle Abenteuer aus.

In Ausführung des Dekrets über die Kongregationen vereinbarte der gemäßigte Freycinet mit den Bischöfen eine Erklärung, die von allen Kongregationen zu unterzeichnen war und an Stelle des von ihnen verweigerten Nachsuchens der staatlichen Anerkennung treten sollte. Die Antiklerikalen kamen aber dahinter, schlugen Lärm und zwangen Freycinet zum Rücktritt vom Ministerium. Die Erklärung, die nur jede feindselige Absicht, jeden Gedanken an eine Opposition gegen die bestehenden Staatseinrichtungen abwies und vom Papst gebilligt wurde, galt der neuen Regierung nicht als genügend und so schritt man denn auch zur Auflösung der überaus zahlreichen Kongregationen. Bei der schwächlichen Haltung der Bevölkerung war die Kurie zur größten Vorsicht gezwungen. Papst Leo richtete einen Brief an den Erzbischof von Paris mit Klagen und Protesten, mit Anerkennung der Tugenden und Verdienste der religiösen Orden; er erblickte in ihnen Milizen, die für die Übung der katholischen Religion unersetzlich und besonders in dieser Zeit notwendig seien. Er bezeichnete die Dekrete als unheilvoll und beklagte ihre Vollziehung mit Protesten. Um aber jedem Kampf mit der Republik auszuweichen, bezeugte er ausdrücklich, daß die Kirche grundsätzlich keiner Regierungsform feindlich und daß daher auch das republikanische Regiment keineswegs mit den von der Kirche zum allgemeinen Besten gegründeten Institutionen unverträglich sei. Das Breve machte auf die Regierung keinen Eindruck; sie nahm davon als von einem Privatbrief keine Kenntnis und setzte die Verfolgung gegen die Kongregationen fort. Ganz niederschmetternd wirkte aber das Breve auf die Katholiken Frankreichs, die fast durchaus antirepublikanisch waren. Über diese Wirkung sind mir von Augenzeugen erschütternde Einzelheiten mitgeteilt worden. Bei aller Verehrung des Papstes hielt man sein Vorgehen in diesen Kreisen für

Kongregationen.

ebenso schicksalsvoll wie den liberalen Anfang der Regierung Pius' IX. Bis zum November hatte man 300 Klöster mit 5000 Mitgliedern aufgehoben. Unbehelligt ließ man die Trappisten, die Kartäuser und die Frauenklöster. Es bestanden aber noch die vom Staate früher autorisierten Kongregationen. Einige katholische Gesellenvereine, die es allein gewagt hatten, bei dem Klostersturm Widerstand zu leisten, wurden aufgelöst.

Im Äußeren hatte Frankreich Differenzen mit Italien wegen Tunis, nach welchem beide Staaten begehrten. König Pomare von Tahiti stellte sich unter die Botmäßigkeit Frankreichs und unterzeichnete einen Annexionsvertrag, nachdem die Insel schon seit 40 Jahren unter dem Protektorat Frankreichs gestanden.

Bei Offenbachs Tode mußte festgestellt werden, daß dieser Kölner Jude der stärkste Ausdruck des gallischen Volksgeistes zur Zeit Napoleons III. geworden war.

Die Neubefestigung von Paris war in der Hauptsache vollendet, sie umfaßte die Hauptstadt in einer 120 Kilometer langen Kreislinie.

Der Turnunterricht wurde in allen französischen Unterrichtsanstalten für Knaben eingeführt.

Als der Romandichter Gust. Flaubert starb, schrieb man: „In der glänzenden Epoche zwischen 1820 und 1848 hätte Flaubert nur als ein Autor zweiten Ranges gegolten; heute darf man sagen, daß Frankreich bei der gegenwärtigen Lage seiner Literatur eins seiner ersten Talente eingebüßt hat."

Aug. Blanquis Blatt „Ni Dieu ni Maître" erschien im November 1880 unter Mitarbeit anderer Kommunemitglieder.

Die Musik Richard Wagners wurde von Colonne in Paris neuerdings mit dem Siegfried-Idyll heimisch gemacht.

Italien. In dem Streit um die Herrschaft in Tunis kam Italien zu spät. Der französische Einfluß breitete sich immer mehr aus; man sprach aber schon damals davon, daß Frankreich zum Ausgleich der italienischen Nation die Besetzung von Tripolis anbieten würde. In der Tat war Italien dadurch sehr gefährdet, daß sich die französische Macht bis gegenüber von Sizilien ausdehnte. Tunis war damals ein entschieden italienisches Interessengebiet; die italienische Sprache war neben der arabischen die verbreitetste. Aber während Italien glaubte, auf dem besten Weg zur Annexion zu sein, hatte Frankreich insgeheim viel wirksamere Maßregeln ergriffen, unterstützt von den Großmächten, besonders von Bismarck. Es war kein Geheimnis, daß man Frankreich auf dem Berliner Kongreß Tunis mündlich zugesagt hatte, gewissermaßen als Entschädigung für Elsaß-Lothringen, um einen Revanchekrieg zu verhindern. Wir wissen heute (1917) allerdings, daß diese Berechnung Bismarcks fehlerhaft war. Frankreich wurde dadurch, daß Bismarck ihm die Errichtung eines kolonialen Reiches erleichterte, nicht von den Revanchegedanken abgelenkt, seine Macht wurde im Gegenteil so erheblich gesteigert, daß es nun erst

recht in einen Revanchekrieg mit größeren Aussichten auf Erfolg eintreten konnte.

Die italienische Regierung bemühte sich, die Umtriebe der „Irredenta" gegen Österreich zu dämpfen, da ihr daran lag, alles zu vermeiden, was das gute Einvernehmen mit dem Nachbarstaat stören könnte, um so mehr, da Österreichs Stellung durch den Bund mit dem Deutschen Reich wesentlich gestärkt war. Auch war es bereits klar, daß Italien gegen Frankreichs Pläne auf Afrika sich an den Zweibund anschließen mußte. Die aus Triest, Görz, Trient u. s. w. zureisenden Agitatoren wurden überwacht. Minister Depretis erklärte in der Kammer: „Wir haben ohnedies im Innern eine Italia irredenta, nämlich bezüglich des Fortschrittes der Landwirtschaft und der Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse und zur Lösung der sozialen Frage. Die Regierung wird jeden die internationalen Beziehungen kompromittierenden Akt und jede republikanische Agitation energisch verhindern." Irredenta.

Die Papsttreuen traten nach und nach in die Kommunal- und Provinzialwahlen ein und hatten Erfolge, die Aufsehen erregten. Der Gemeinderat von Rom trat der englischen Kolonie ein Klostergebäude ab zur Erbauung einer anglikanischen Kirche; vergebens protestierte die päpstliche Kurie dagegen. Die Liquidation der Kirchengüter wurde fortgesetzt.

Bei der Mentanafeier zu Mailand, 4. November, verbrüderten sich die italienischen Republikaner mit den französischen Kommunards. Garibaldi und die Seinen stellten sich immer mehr mit der Regierung in Gegensatz.

Bezüglich der Ernennung der italienischen Bischöfe kam ein Vergleich zwischen Regierung und Kurie zustande. Während die belgische Regierung die diplomatischen Beziehungen mit der Kurie abbrach, schloß diese mit Rußland in Wien durch den Nuntius Jacobini und den Botschafter Oubril einen Präliminarvertrag über die Ernennung der Bischöfe und die Leitung der Priesterseminare ab. Kurie.

In Turin erschien 1880 „Politica segreta italiana 1863—1870". Auf Grund der hier beigebrachten Dokumente schilderte Professor P. Balan, Unterarchivar des Heiligen Stuhles, den Kirchenraub in der Schrift „La Politica Italiana 1863—1870" (1880). Übrigens hielt der nordamerikanische Gelehrte Hamilton in seinen „Discussions of philosophy" (Neuyork 1878) die Verhältnisse des Königreichs Italien für so wenig abgeklärt, daß er es durchaus nicht als sicher ansah, die weltliche Herrschaft der Päpste werde nun und nimmer wieder erstehen.

Die belgische Regierung geriet auch in einen Kulturkampf mit den Bischöfen und dem Papste. Es schien zuerst, als ob der Papst die allzu heftige Sprache der Bischöfe nicht billige und sich mit der Regierung auszugleichen hoffe. Diese Annahme, mochte sie nun richtig sein oder nicht, wurde aber durch ein Schreiben Leos an den Kardinal-Erzbischof Dechamps von Mecheln in der Weise korrigiert, daß sich der Papst nun ganz mit Belgien.

dem entschiedenen Vorgehen der Bischöfe einverstanden erklärte. Der vom Papst abgesetzte Bischof Dumont von Tournay veröffentlichte nun aus Rache eine Reihe von Aktenstücken, durch welche die theokratischen Tendenzen von Papst und Bischöfen bewiesen werden sollten. Er selbst sei und bleibe eifriger Katholik, aber er sei zur Überzeugung gekommen, daß die Religion nichts mit der Politik zu tun habe. In Zuschriften an liberale Blätter griff er die politisch-ultramontanen Tendenzen ebenso heftig an wie früher die liberalen. Belgien sei das Zentrum für diese strafbare Aktion, die von einigen Ehrgeizigen geleitet werde. Darauf rief die Regierung am 5. Juni ihren Gesandten beim Vatikan ab und hob die Gesandtschaft ganz auf. Diesen Bruch suchte die Regierung durch Veröffentlichung der Aktenstücke zu rechtfertigen. Dem setzte aber auch die Kurie eine „Urkundliche Darlegung" aus dem Staatssekretariat des Kardinals Nina entgegen. Der abgesetzte Bischof Dumont fuhr fort mit Enthüllungen, wobei er „mit Rom in einer Weise zu Gericht ging, wie es seit Luther kein Geistlicher gewagt hat". Es habe sich im Schoß der Kirche eine weitverzweigte politische Koalition unter Leos Leitung gebildet, um überall die weltliche Herrschaft an sich zu reißen. „Es ist der Traum eines Ehrgeizigen im Gegensatz zum Evangelium." Im weiteren Wortkampf ließ sich der gereizte liberale Minister Frère-Orban dazu hinreißen, das Vorgehen des Vatikans eine „Fourberie" zu nennen. Die Liberalen behaupteten: „Selbst in katholischen Kreisen regt sich etwas wie patriotischer Stolz, daß ein belgischer Staatsmann tatkräftige Energie dort betätige, wo Männer von Eisen wie der Fürst Bismarck sich bis jetzt durch römische List und römische Schleichwege hinhalten ließen."

Dem Nationalfest am 16. August zur Feier der fünfzigjährigen Selbständigkeit Belgiens blieben die papsttreuen Kreise, besonders die Geistlichkeit, fern. Der König bemerkte in seiner Rede unter anderm: „In dem Augenblick, wo wir einen so hervorragenden geschichtlichen Gedenktag feiern, dürfen wir auch nicht unterlassen, den Tribut der Dankbarkeit den fünf Großmächten darzubringen, die uns in die europäische Staatenfamilie eingeführt und die, als Garanten für die Neutralität, uns einen fünfzigjährigen Frieden erhalten haben."

Der Papst nahm sich in seiner Allokution vom 20. August der belgischen Bischöfe an, verdammte das der Kirche schädliche und feindliche Staatsschulgesetz, erklärte, sich die bürgerliche Oberhoheit nicht entreißen lassen zu wollen, „welche unter freiwilliger Zustimmung der Jahrhunderte ein offenbarer Plan der göttlichen Vorsehung begründet hat, um dem Heiligen Stuhl immerdar Sicherheit und Freiheit zu wahren, diese zwei für die Regierung der christlichen Republik notwendigsten Bedingungen ... Die jetzigen Prüfungen der Kirche beschränken sich nicht auf die Grenzen

Belgiens. Der Krieg geht weit darüber hinaus und noch weiter reichen die Schäden der katholischen Welt."

Die Ausführung des liberalen Schulgesetzes stieß auf den Widerstand der Bevölkerung. In Huyle bei Brügge feuerten die Gendarmen auf die Leute; das „Avenir Belge" forderte darauf die Entlassung des niederträchtigsten der Ministerien, welches zwei fromme Menschen habe erschießen lassen, weil sie Gott, ihr Vaterland und ihren König liebten. In der Kammer klagten die Katholiken, daß die nationale Würde Belgiens in den Augen des Auslandes durch die gewalttätige Zerreißung des Verhältnisses zwischen Staat und Vatikan schwer geschädigt worden sei. Janson entgegnete: „Zwischen Staat und Kirche gibt es nicht mehr Beziehungen als zwischen Staat und Geometrie." Die Regierung ergriff Vorkehrungen gegen die Einwanderung der französischen und deutschen Jesuiten. Immerhin gab es in Belgien 1702 Klöster, und zwar 207 mit 3649 Mönchen und 1495 mit 18.907 Nonnen. Es kam ein Klosterbewohner auf 250 Einwohner und ein Kloster auf $1^2/_3$ Gemeinden.

Zur Begrüßung und Huldigung der Braut des Kronprinzen unternahm der Wiener Männergesangverein eine Sängerfahrt nach Brüssel.

Die Schweiz triumphierte über den glücklich gelungenen Durchstich des Gotthardtunnels. Bezüglich der Arlbergbahn schloß sie eine Übereinkunft mit Österreich. Eine Offiziersversammlung in Thun besprach sehr lebhaft die Frage einer Landesbefestigung gegen eine Überrumpelung von seiten Frankreichs oder Deutschlands. Die konfessionellen Fragen waren in manchen Kantonen sehr verwickelte. Man hatte ein wachsames Auge auf die allfällige Einwanderung von Jesuiten aus Frankreich. Von der Hemmungslosigkeit der Schweizer Presse zeugt der traurige Fall, daß sich der neugewählte Bundespräsident Anderwert infolge zügelloser Angriffe am 25. Dezember, noch vor Antritt seines Amtes, das Leben nahm. Schweiz.

Den Durchschlag des Richtstollens im Gotthardtunnel begrüßte Müller von der Werra mit den Versen: „Ein neues Wunder ist der Welt beschieden, ein Friedenswerk im Schweizer Alpenlande; es tönt der Wagen mit dem Feuerbrande im Gotthard, einend, was bisher geschieden!"

Unerwartet und überraschend kam der Sturz des Kabinetts Beaconsfield in England. Weder die Schwierigkeiten gegen Afghanistan noch die Unruhen in Irland schienen diese Wendung genügend zu begründen. Allerdings kam dazu auch der Aufstand der Buren in Transvaal gegen die seit 1877 ihnen aufgezwungene englische Herrschaft. Schon im Jänner breitete sich hier eine Erregung aus, da die Regierung den ehemaligen Präsidenten von Transvaal, Pretorius, wegen „Hochverrats" verhaften ließ. Eine Versammlung der Buren beschloß: „Da es sich gezeigt hat, daß Ihrer Majestät oberste Kommissäre für Recht und Gerechtigkeit taub sind und daraus klar hervorgeht, daß wir die uns so schlau geraubte Unabhängigkeit durch Petitionen nie wieder erlangen werden, England.

so ist es unser entschiedenes Verlangen, daß der Vizepräsident (Paul Krüger) als Präsident den Volksrat einberufe. Wir erklären, daß wir uns der britischen Regierung niemals unterwerfen werden. Wir verlangen unsere Unabhängigkeit und sind entschlossen, dafür Leben und Blut zu opfern. Wir verlangen, daß unsere Regierung baldigst eingesetzt werde gemäß der Grondwet der südafrikanischen Republik." Das war der Beginn einer mächtigen Erhebung.

Die irische Bewegung wurde durch Parnell von Amerika aus gefördert, indes die Iren im englischen Parlament durch „Obstruktion", durch Verschleppung der Debatten, die Verhandlungen aufhielten. Dagegen wurde allerdings dem Sprecher (Präsidenten) stärkere disziplinarische Gewalt eingeräumt.

Ohne eigentliche Notwendigkeit löste das Kabinett im März das Unterhaus auf und ordnete Neuwahlen an, da man die Zeit dazu für günstig hielt; aber man sollte sich gründlich täuschen. In dem nun folgenden Wahlkampf warfen die Wighs dem Toryministerium vor, es habe den Orientkrieg nicht abgewendet und dadurch Englands Stellung schwer geschädigt; die Finanzen stünden schlechter als je. Man habe das Reich durch nutzlose Kriege, unnütze Ausdehnungen und unweise Verpflichtungen geschwächt, es in den Augen Europas durch die Erwerbung Zyperns herabgesetzt. Auch die irischen Homeruler wandten sich leidenschaftlich gegen Beaconsfield.

Gladstone. Am heftigsten äußerte sich Gladstone als Führer der Whigs gegen seinen Gegner. Zu diesem Zweck häufte er auch maßlose, törichte Anschuldigungen auf Österreich, weil es die Torypolitik unterstützt habe. In einer Rede vom 17. März sagte er: „Österreich war stets der beharrliche Feind der Freiheit in jedem Land Europas. Österreich trat Italien unter die Füße, es widersetzte sich der Einheit Deutschlands, es tat alles, um die Schöpfung Belgiens zu verhindern, es rührte keinen Finger für die Wiedergeburt Griechenlands. Auf der ganzen Weltkarte gibt es nicht einen Fleck, auf den ihr euren Finger legen und sagen könnt: Hier hat Österreich Gutes getan. Im Berliner Kongreß widersetzte sich Österreich der Ausdehnung der Freiheit, und darum sage ich euch: wenn ihr wollt, daß der Geist Österreichs im Rate dieses Landes vorherrsche, so befolgt in Gottes Namen den Rat des Kaisers." Noch ärger eiferte Gladstone gegen die Türken, diese „unmenschliche Abart des menschlichen Geschlechts", dagegen zeigte er auffallende Schonung für Rußland und dessen orientalische Politik im Interesse der Zivilisation und des Christentums. Österreich rief er bezüglich der Balkanhalbinsel das geflügelte Wort zu: Hände weg! (Hands off!) Sein Parteigenosse Lord Hartington protestierte gegen eine geplante Tripelallianz England-Deutschland-Österreich. Die unerwartete Niederlage Beaconsfields schrieb man weniger den Verdiensten seiner Gegner, als seiner eigenen Unbeliebtheit zu. Sein jüdisches Wesen mochte gerade dieser Epoche des vordringenden Antisemitismus unsympathisch erscheinen. Rußland jubelte am meisten über seinen Sturz.

Indem Gladstone, der Sieger in der Wahlschlacht, das Ministerium übernahm, mußte er sich dazu bequemen, seine undiplomatischen

Schmähungen gegen Österreich in einem Schreiben an den österreichischen Botschafter Grafen Karolyi förmlich zu widerrufen und denselben zu bevollmächtigen, diesen Widerruf auch zu veröffentlichen. Es hieß in diesem Entschuldigungsschreiben vom 4. Mai: „In meinem Gemüt waren ernste Besorgnisse rege geworden, Österreich dürfte auf der Balkanhalbinsel eine für die Freiheit der emanzipierten Bevölkerung sowie für die vernünftigen und gerechtfertigten Hoffnungen der Untertanen des Sultans feindliche Rolle spielen. Diese Besorgnisse begründeten sich zwar auf untergeordnete Beweise, aber es waren nicht die Beweise feindlicher Zeugen, und es waren die besten, die mir zu Gebote standen. Eure Exzellenz ist nun so gütig, mir zu versichern, daß Ihre Regierung durchaus keinen Wunsch hege, die Rechte, die sie in Gemäßheit des Berliner Vertrages erworben, auszudehnen oder zu vermehren, und daß jedwede solche Ausdehnung tatsächlich nachteilig für Österreich-Ungarn sein würde. Gestatten Sie mir, sofort Eurer Exzellenz die Erklärung abzugeben, daß, wenn ich im Besitz einer solchen Versicherung gewesen wäre, wie die, welche ich jetzt entgegenzunehmen imstande war, ich niemals irgendeines der Worte geäußert haben würde, die Eure Exzellenz mit Recht als peinlicher und verletzender Natur bezeichnen." Über die alberne Form dieser Entschuldigung braucht man sich nicht zu wundern.

Das neue Ministerium sah eine seiner Hauptaufgaben darin, bei den Großmächten darauf zu dringen, daß „der Verzögerung, welche in der Ausführung gewisser Bestimmungen des Berliner Vertrags eingetreten ist, ein Ende gemacht werde"; das heißt, die Türkei sollte zugunsten Rußlands abgetan werden. Zu diesem Zwecke wurde Goschen nach Konstantinopel geschickt. Es gab sofort im Unterhaus einen Skandal, da der neugewählte Atheist Bradlaugh keinen Eid leisten wollte. Nach langem Streit begnügte man sich mit einer einfachen Erklärung. Die Zustände in Afghanistan und Irland verschlimmerten sich fortwährend. Dort in Asien hatte General Roberts seine Mühe. Hier in Irland wuchs Parnells Landliga der Pächter der Regierung über den Kopf. Sie hatte die Macht in Händen und scheute keinen Beamten. Parnell hielt, umgeben von einer berittenen Leibgarde von 200 Mann, die ihn vor der Gutsherrnpartei schützen sollte, eine Triumphreise von Ort zu Ort und forderte alle Grafschaften auf, zusammen aufzustehen.

Es war im November, als die irische Bevölkerung den Gutsverwalter Kapitän Boycott in Acht und Bann tat. Seine Landarbeiter und Dienst- Boycott.
boten verließen ihn sämtlich; er war in seinem Haus mit seiner Familie allein und wie belagert. Seine Ernte konnte nicht eingeheimst werden. Als sich seine Gesinnungsgenossen im protestantischen Norden entschlossen, ihm zu helfen und gegen 70 Mann stark aufbrachen, ihm seine Kartoffeln auszutun, war die Regierung genötigt, sie während der Arbeit mit Truppen zu schützen und auch aus der Gegend wieder wegzuführen. Das kostete dem Staat 10.000 Pfund Sterling. Boycott verließ das Land mit seinen Helfern und ging nach England; seitdem kam die Bezeichnung „Boycottieren" auf.

Gladstone sah bald, daß es leichter sei, zu kritisieren als es besser zu machen. Angesichts seiner geringen Erfolge äußerte er sich auf dem Lordmayorsbankett 9. November auffallend gemäßigt, erwähnte seinen alten Gegner Beaconsfield in anerkennender Weise, erklärte, die jetzige Regierung habe dessen Orientpolitik adoptiert. Er streute sogar dem Sultan Lob und hatte anerkennende Worte für die nichtchristlichen Rassen der Türkei. Er erklärte, er sei kein Feind der Türkei, bedrohe nicht ihre Existenz und dringe nur in ihrem eigenen Interesse auf die Erfüllung des Berliner Vertrags und auf Reformen; auch wolle er in all dem nur im Verein mit Europa vorgehen.

Gegen Ende des Jahres war Irlands Lage derart, daß man alle nur irgend verfügbaren Truppen dahin schicken mußte. Der Prozeß gegen die Mitglieder der Landliga hatte in Dublin begonnen, doch wagten
Buren. es nicht alle Geschworenen sich einzustellen. Die Buren in Transvaal standen unter dem Präsidenten Paul Krüger und dem Kommandanten Joubert in vollem Aufruhr und schlugen die Engländer auf dem Marsch gegen Pretoria. Nur in Afghanistan stellte General Roberts vorläufig die arg beschädigte Ehre der englischen Waffen wieder her.

Disraeli. Lord Beaconsfields (Disraeli) neuester Roman „Endymion", eine Frucht seiner politischen Muße, stellte den Autor wieder mit der ganzen jüdischen Selbstgefälligkeit in dämmerhaft phantastische Beleuchtung. Er ritt sein altes Steckenpferd von der Überlegenheit der semitischen Rasse. Diese Übertreibung mußte gerade derzeit den Antisemiten sehr willkommen sein. Disraeli behauptete sogar, es habe diese jüdische Rasse sich längst in die europäische Diplomatie eingeschlichen und sie sich fast angeeignet. Nun, der Mann war gewiß ein beachtenswerter Zeuge dafür. Er knüpfte daran die Prophezeiung, die Juden würden in 25 Jahren die Regierung offen beanspruchen. Und das ließen sich die englischen Tories von dem frechen Streber ins Gesicht sagen!

Portugal. Immer enger verband sich England das portugiesische Staatswesen, das man schon fast als englisches Zubehör betrachten mußte. Mac Mahons Schiedsspruch hatte 1875 die Delagoabai Portugal zugesprochen. England sicherte sich nun aber alle wünschenswerten Vorteile durch einen Vertrag vom 5. Juni; darnach sollte eine Eisenbahn die Bai mit dem Transvaal verbinden.

Die Camoensfeier in Portugal erinnerte an den höchsten Ruhm des Landes. Dem großen Dichter war es einst übel genug gegangen; nun lag das ganze Volk in englischen Banden.

Spanien. Spanien war noch immer durch die Unruhen auf Kuba in Sorgen. Mit zehn anderen Mächten wurde in Madrid eine Konvention unterzeichnet, Marokko betreffend und die dortige Unterdrückung der nicht islamischen Bewohner. Im Innern machten sich republikanische Tendenzen geltend.

Die Regierung war bereit, einer bestimmten Anzahl der aus Frankreich vertriebenen Jesuiten den Aufenthalt zu gestatten, nur nicht in den baskischen Provinzen.

In Holland erregte die Erhebung der stammverwandten Buren von Transvaal die lebhafteste Teilnahme. Holland.

Stockholm empfing und feierte den Professor Nordenskjöld, der die nordöstliche Durchfahrt durch das Polarmeer gefunden und als der erste die alte Welt umschifft hatte, durch ein glänzendes Volksfest (24. April). Schweden.

Die russische Polizei war vollauf mit den Verschwörern beschäftigt. Sie entdeckte im Jänner eine der geheimen Druckereien der nihilistischen Verschwörung. Das dort gefundene Programm verlangte: Volksvertretung, Selbstverwaltung, Wahl aller Ämter, Selbständigkeit der Gemeinde, den Boden dem Volke, Übergabe sämtlicher Fabriken und industriellen Anstalten, volle Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse, der Vereine, der Versammlungen und Wahlagitationen, allgemeines Wahlrecht, Territorialarmee (Landwehr) statt des stehenden Heeres. Der revolutionäre Geist und der Glaube an Erfolg müsse durch die terroristische Tätigkeit gehoben werden. Im Februar wurde wieder eine geheime Druckerei entdeckt. Am 17. Februar fand das lange zuvor angedrohte Attentat auf den Zaren im Winterpalaste statt. Die Zerstörung war ungeheuer, der Zar wurde aber nicht verletzt. Eine nihilistische Proklamation erklärte, man werde von diesem Kampfe nicht abstehen, bis der Zar seine Macht in die Hände des Volkes niedergelegt, und bis eine konstituierende Nationalversammlung die Grundlagen der sozialen Reform festgestellt haben wird. Der Zar übergab dem Grafen Loris Melikoff eine Art Diktatur zur Bekämpfung der Revolution; dieser entging gerade noch einem neuen Attentat. Man war sehr ungehalten über Frankreich, daß es den Urheber des vorjährigen Moskauer Attentats, Hartmann, nicht auslieferte. Es folgten nun Prozesse an mehreren Orten, bei denen aber Melikoff große Milde walten ließ. Er reformierte die Verwaltung und stellte barbarische Behandlungsweisen der Angeschuldigten oder Mißliebigen durch die Willkür der Organe möglichst ab. Dessenungeachtet setzte die geheime Verschwörung ihre Arbeit fort. Es stellte sich in manchen Prozessen die Mitschuld hochstehender Persönlichkeiten heraus. Die Verhaftungen hörten nicht auf. Die Verschwörer wühlten im Sommer die Landbevölkerung auf, der Winter war den Attentaten und politischen Morden gewidmet. Die Diktatur des Grafen Melikoff nahm im August ihr Ende, doch blieb er Minister des Innern. Nach der Verurteilung der wegen der Sprengung des Winterpalastes Angeklagten forderten neue nihilistische Proklamationen zur Rache auf; es gab also noch immer geheime Druckereien. Rußland.

Mit dem Großfürstentum Finnland, das durch Personalunion dem Zarenreich verbunden war und seine eigene Verfassung hatte, wurde von der russischen Regierung wegen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verhandelt.

In Warschau gab der Selbstmord eines polnischen Gymnasiasten und dessen Totenfeier Anlaß zu einer großen Kundgebung, wie man sie seit dem Aufstande 1863/64 nicht gewagt hatte. Der junge Mann hatte mit den polnischen Farben am Kranz für eine Schauspielerin demonstriert.

Der Zar ließ sich nach dem Tode seiner Gemahlin in aller Stille mit der Fürstin Dolgoruki trauen, mit der er seit Jahren ein Verhältnis hatte, dem mehrere Kinder entsprossen waren. Die Verstorbene wußte davon. Die Großfürsten blieben dem Trauakte fern. Es fand aber bald darauf eine Art öffentlicher Versöhnungsszene zwischen dem Zaren und dem Thronfolger statt.

Die Nationalrussen verlangten die Austreibung der deutschen Gelehrten aus der Akademie, wo sie ungefähr die Hälfte der Mitglieder bildeten.

Rußland fuhr in aller Stille fort, die Herrschaft in Zentralasien zu befestigen und auszudehnen. General Skobeleff operierte gegen die Achal-Teke-Turkmenen. Die Beziehungen zu China nahmen eine bedenkliche Gestalt an. Die Chinesen schienen Rußland zum Krieg herausfordern zu wollen.

Bulgarien. Zwischen den Vertretern der panbulgarischen Partei in Sofia und den Wortführern der serbischen Skupschtina wurde der Plan eines Bündnisses verhandelt. Überhaupt machte sich in Bulgarien der panbulgarische Radikalismus stark geltend. Die Brüder in Ostrumelien wurden heimlich unterstützt. Eine bulgarische Deputation aus Makedonien erhielt vom Fürsten Versprechungen.

Rumänien. Rumänien stand besonders in Eisenbahnsachen unter reichsdeutschem Einfluß. Trotz der ungenügenden Zugeständnisse in der Judenfrage wurde das neue Staatswesen von den Mächten anerkannt. Mit Rußland ergaben sich Schwierigkeiten in der Grenzfrage der Dobrudscha. Den Annäherungsversuchen gegenüber, die von Serbien, Bulgarien und Montenegro ausgingen, verhielt sich Rumänien sehr zurückhaltend. Hier kam weniger der gemeinsame religiöse Kultus als die nicht gemeinsame Nationalität zur Geltung.

Aus den Schwierigkeiten der Grenzregulierungen der Türkei mit Griechenland und mit Montenegro schien eine neue orientalische Frage zu entstehen. Hier war es besonders das Kabinett Gladstone, das im Anfang seiner Regierungstätigkeit auf die Türkei zu drücken suchte. Die Albaner erschwerten dabei lange die Abmachungen zwischen der Türkei

Dulcigno. und Montenegro, da sie Dulcigno nicht aufgeben wollten, wie die Mächte von der Pforte verlangten. Nach einer mit großem Aufwand ins Werk gesetzten europäischen Flottendemonstration und nachdem England drohte, Smyrna als Pfand zu besetzen, gab der Sultan endlich nach. Das Haupt der albanesischen Liga, der vielgenannte Miriditenfürst Prenk

Bib Doda, wurde halb als Gefangener nach Konstantinopel gebracht. Montenegro erfreute sich nun des Seehafens Dulcigno.

Die Bulgaren Makedoniens (Salonik und Monastir) versuchten auf dem Wege mehrerer kleiner, wenn auch nur halbfreier bulgarischer Staaten zu einem großen, ganz freien Bulgarien zu gelangen.

Das Hauptgewicht der ägyptischen Verwaltung lag nun bei Frankreich und England.

In den Vereinigten Staaten von Amerika versuchte der ehemalige Präsident Grant vergebens zum drittenmal gewählt zu werden. Man fürchtete, daß er dann das Weiße Haus überhaupt nicht mehr verlassen möchte. So wurde vielmehr Garfield von den „Republikanern" ausgerufen. In San Francisco wurde gegen die Chinesen einwanderung gehetzt. Ein neuer Vertrag mit China bestimmte eine gewisse Beschränkung der Einführung chinesischer Arbeiter. Gegenüber dem von Lesseps betriebenen Plan eines interozeanischen Kanals durch die Landenge von Panama begünstigte der Präsident von Nicaragua den anderseits geplanten Kanalbau durch das Gebiet dieser Republik, aber ohne nachhaltige Wirkung. Parnell agitierte unter den amerikanischen Iren gegen die englische Gewaltherrschaft über Irland. Der Kongreß hielt ihm zu Ehren eine Sondersitzung ab, zugleich als Demonstration gegen Englands unfreundliches Benehmen während des Aufstandes der Südstaaten. Amerika.

Der südamerikanische Krieg zwischen Chile einerseits und Peru und Bolivia anderseits wurde noch immer mit Erbitterung fortgesetzt.

In Amerika erregten die Hungerkünstler Aufsehen; ein Dr. Tanner produzierte sich in Neuyork, der angeblich vierzig Tage lang nur Wasser zu sich nahm.

Die zweite „Nadel der Kleopatra" (ein Obelisk) kam aus Ägypten nach Neuyork.

Das Jahr 1881.

Die Franzosen in Tunis. Gambetta. Telephon. Das italienische Königspaar in Wien. Hungarica. Kalnoky. Bauernbewegung. Schriftstellertag in Wien. Bismarcks Staatssozialismus. Volkswirtschaftsrat. Praktisches Christentum. Der kleine Mann. Hamburg im Zollverein. Milderung des Kulturkampfs. „In Canossa". Wiederherstellung der Bischofsitze. Antisemiten. Vermählung des Prinzen Wilhelm mit der Prinzessin von Schleswig-Holstein. Helgolaud. Sozialistenprozeß. Kolonialpolitik. Richard Wagners Kulturprogramm. Kant- und Lessingfeier. Ermordung Alexanders II. Alexander III. Die Nihilisten. Die irische Bewegung. Landliga und Homerule. Parnell. Most. Freiheitskrieg der Buren. Darwin und die Würmer. Panislamismus. Ermordung Garfields. Schurz.

Eine für die politischen Machtverhältnisse der Zukunft wirkungsreiche Wendung ist an erster Stelle hervorzuheben: die Ergänzung der
Tunis. afrikanischen Besitzungen Frankreichs durch Tunis. Die Unterstützung dieser Bestrebungen lag in der Politik Bismarcks, der dadurch die französischen Revindikationsansprüche auf Elsaß-Lothringen beschwichtigen wollte — eine offenbar verfehlte Rechnung. Bismarck hatte schon im Mai 1874, als er den Fürsten Chlodwig Hohenlohe als Botschafter nach Paris sandte, ihm empfohlen, die Tendenzen Frankreichs, sich in Tunis festzusetzen, zu unterstützen. „Das sei gut für uns, denn Frankreich werde sich da engagieren und dort festgehalten werden. Allerdings leide der Handel der Deutschen in Tunis. Bismarck schien aber das politische Interesse höher anzuschlagen als diese Handelsinteressen" (Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe, 2, 119). Wir wissen freilich heute, daß Bismarck dadurch nicht nur das Handelsinteresse, sondern auch das politische Interesse des Reichs verfehlt hat.

Tunis lag zumeist in der italienischen Interessensphäre; der Bey selbst war Italien geneigt. Es ist wahrscheinlich, daß eine Unterstützung Italiens in dieser Streitfrage den kommenden Dreibund für Mitteleuropa gedeihlicher entwickelt hätte und Italien im Jahre 1914 fester beim Bund gehalten hätte. Der Historiker wie der Politiker kann der Erwägung solcher Folgen nicht ganz ausweichen. Genug, Bismarck ließ sich damals mehr von der französischen Forderung bestimmen: „Wer an Tunis rührt, rührt an Frankreich!" Zudem bestand eine Abmachung seit dem Berliner Kongreß 1878.

Die gespannte Lage in Tunis äußerte sich fast täglich durch Konflikte. Die großen Aspirationen Frankreichs gaben sich kund im Plan einer Senegalbahn und einer Saharabahn. Wiederholte Einfälle tunisischer, aber unabhängiger und dem Bey nicht unterworfener Stämme, namentlich der Krumirs, nach Algerien gaben den Vorwand zu militärischen Maßregeln im April. Den Mächten gegenüber wurde formell erklärt, Frankreich werde in Tunis nur seine legitimen Rechte verteidigen, jede Okkupation, jede Bedrohung der

Unabhängigkeit der Regentschaft sei ausgeschlossen. Der Bey protestierte vergeblich bei den Mächten.

Die französischen Truppen überschritten am 24. April die Grenze. Vergebens machte der Sultan seine Souveränitätsrechte über Tunis geltend; Frankreich wollte sie nicht anerkennen. Die Franzosen besetzten die Insel Tabarka, dann die Stadt Kef, am 2. Mai Bizerta, ferner Bescha. Am 12. Mai ging der französische Konsul Roustan nach Bardo, der Residenz des Bey, und zwang dem Hilflosen die Unterschrift eines Vertrages ab, der ihn ganz seiner Selbständigkeit beraubte, obwohl Frankreich noch immer offiziell erklärte, es wolle nur dauernde Unterpfänder seiner Sicherheit, keine Eroberung und Einverleibung. Der Bey mußte sich fügen und das französische Protektorat über sich ergehen lassen. Protektorat.

Allerdings gerieten durch die Vorgänge in Tunis auch die nur halb unterworfenen Araberstämme im Süden von Algier in fanatische Aufregung. Zudem beging die Regierung den Fehler, aus Sparsamkeit die Truppen allzufrüh zurückzuberufen. So stand Mitte Juni die Provinz Oran und der ganze Süden Algiers in vollem Aufstand. Die Türkei schien von Tripolis aus auch den tunisischen Süden in Bewegung zu setzen. Dort mußte die Hafenstadt Sfax von den Schiffen her durch Beschießung in Schach gehalten werden; sie wurde erst nach hartnäckigem Widerstand, nach Straßenkämpfen und Plünderungen am 16. Juli niedergerungen. Allerdings dienten die dadurch erforderten neuen Kräfteanstrengungen schließlich dazu, die französische Macht immer unbedingter auszubreiten und zu befestigen. Gabes wurde noch im Juli besetzt. Neue Truppen wurden im September nach Afrika geworfen, allerdings mit völliger Desorganisation der heimischen Armee. In den radikalen Zeitungen stellte man die ganze Expedition gegen Tunis nur als im Interesse von Privatspekulationen unternommen dar.

Im Oktober besetzten die Franzosen auch alle Forts von Tunis und die Stadt selbst mit Einwilligung des Beys, der sonst der Anarchie gegenüberstand; man zeigte die vollendete Tatsache den Konsulen der Mächte an. Italien und die Türkei protestierten neuerlich. Die andern Mächte schwiegen. Gambetta reiste nach Deutschland, wie es hieß, um sich mit Bismarck zu besprechen; unter anderm Namen soll er nahe bei Varzin vorbeigekommen sein. Während Kahiruan, die heilige Stadt der Tunisier, der Mittelpunkt des Aufstands, besetzt wurde, ging man auch von Algerien aus gegen die Sahara und Figuig an der marokkanischen Grenze vor. Gegen Ende des Jahres konnte man wohl die Sache als erledigt betrachten; freilich trat nun auch klar zutage und wurde von allen Seiten zugegeben, daß die ganze französische Armeereform, für welche die Kammern Millionen über Millionen bewilligt hatten, sich bei diesem ersten Versuch als noch sehr mangelhaft bewiesen hatte und daß Frankreich nicht imstande gewesen wäre, sich mit dem Deutschen Reiche zu messen. Es schuldete Bismarck für sein wohlwollendes Zusehen die höchste Dankbarkeit. Denn nur dadurch wurde eine internationale Verwicklung verhindert.

Auch daß sich im Innern die französische Republik befestigte, war eine Folge der Politik Bismarcks, wie wir aus dem Prozeß Arnim wissen. Die Republik wurde nun immer radikaler. Die zurückgekehrten Kommunards gaben in Paris den Ton an. Die feierliche Beerdigung des alten Verschwörers Blanqui wurde zu einer großen Demonstration.

Gambetta. Gambetta verlas am 20. Januar als wiedergewählter Präsident der Kammer seine „Thronrede", wie seine Gegner höhnisch sagten. Er mußte sich gegen den Vorwurf einer geheimen Nebenregierung (neben dem Präsidenten der Republik Grévy) verteidigen. Bei der Feier des Jahrestags der Kommune, 18. März, entwickelten die Redner eine wilde Begeisterung. Gambetta sprach freilich vor der Versammlung der „Union des Handels" seinen Abscheu aus gegen Utopien, Chimären und nivellierende Ideen, die dem Arbeiter nur schaden. Dagegen empfahl er Staatsversicherungsanstalten. Der Staat sei die wahrhaft kollektive Idee; er habe die Aufgabe des Beistandes und der Vorsorge für die Unsicherheit der Existenzen. Arbeit und Kapital müssen wetteifern zur Größe Frankreichs. Bei seinem Auftreten in Cahors gebärdete sich Gambetta fast wie ein Suverän und wurde als solcher behandelt, nur nicht vom Klerus. Er verteidigte sich sehr klug gegen den Vorwurf der Kriegs- und Revanchelust, denn davon wollten auch die Franzosen jetzt nichts hören. Allerdings mißriet seine Wahlrede in Charonne vor Kleinbürgern und Arbeitern; man ließ ihn kaum zu Worte kommen, und er mußte abziehen, indem er seinen Gegnern zurief: „Ihr Schreier seid betrunkene Sklaven, die ich bis in ihre Höhlen verfolgen werde." Im November trat er dennoch an die Spitze eines neuen Kabinetts.

Man plante den Durchstich des Simplon oder des Kleinen Sankt Bernhard oder des Montblanc, um dem Gotthard gegenüber für Frankreich den Transit nach Belgien und England zu erhalten. Eine Münzkonferenz behufs Einführung der Doppelwährung fand außer bei Amerika keinen Beifall. Ein neues Preßgesetz gab größere Freiheiten als sonstwo. Bei der elektrischen Ausstellung im August zu Paris war besonders das Deutsche Reich zahlreich und sehr bedeutsam vertreten. Auffallend war es, daß nach der neuen Volkszählung die Gesamtzahl seit 1875 nur um kaum 400.000 Seelen zugenommen hatte, während die Zunahme im Deutschen Reich in derselben Zeit zwei Millionen Seelen betrug.

Zwischen legitimistischen und republikanischen „Klerikalen" trat ein offener Bruch ein; es war das die Folge der päpstlichen Politik. Erfreulich war es, daß 70 Ärzte der Pariser Krankenhäuser an den Direktor der öffentlichen Krankenpflege einen Protest richteten gegen den Beschluß, wonach die Barmherzigen Schwestern durch weltliche Pflegerinnen ersetzt werden sollten. Im neuen Gesetz über die allgemeine Schulpflicht setzten die Konservativen wenigstens das durch, daß auf Verlangen der Eltern die „Diener des Kultus" in den Schullokalen außerhalb der Klassenstunden ihren Unterricht erteilen konnten. Vergeblich bemühten sie sich aber, daß der „Unterricht in der Moral und den Bürgerpflichten" ersetzt werde durch „Unterricht in den Pflichten

gegen Gott und Vaterland". Bischof Lavigerie von Algier wurde auch zum Apostolischen Administrator von Tunis ernannt.

Die überseeische Politik Frankreichs begann allzu spät die Aufmerksamkeit seiner deutschen Nachbarn zu beunruhigen. Fast in allen Weltteilen hatte die Republik durch diplomatische oder militärische Aktion die Grenzen ihres Machtbereichs erweitert. Am deutlichsten bezeichnete diese Expansionspolitik die Einverleibung der Gesellschaftsinseln Ende Juni 1880. Diese Annexion bildete den Abschluß des fast vierzigjährigen Protektoratsverhältnisses dieser Inselgruppe zu Frankreich (1842). Damit faßte Frankreich Fuß in der Südsee und im Stillen Ozean. Das zweite Expansionsgebiet war Cochinchina in Hinterindien, die Provinz Tonkin des Königreichs Anam, mit immer weiter ausgreifender Interessen- und Machtsphäre. Das dritte Hauptfeld der Aktion lag in Afrika. Mit Algier und Tunis verband sich der Plan einer Eisenbahn durch die Sahara, das Vordringen vom Senegal gegen den obern Niger, die Verbindung mit dem Sudan.

Nicht erst das Unternehmen gegen Tunis, sondern die ganze Entwicklung in Frankreich seit der Stärkung der Republik bewies, daß nur mehr das Geld regierte, die Staatsform war nur mehr der Aushängeschild für die großen Geldmacher und Ausbeuter. Die maßgebenden Politiker spekulierten nicht, sondern sie leiteten ganz einfach die Politik nach den Erfordernissen ihrer Börsenstreiche. Das einzige Hemmnis war noch das Recht des Senats zur Budgetberatung; darum wollte man es abschaffen (Hist.-pol. Bl., 88, 764).

Taine beendete den 3. Band seines Werkes über die französische Revolution und über die Quellen des modernen Frankreichs. Er stellte die Eroberung des modernen Frankreich durch die Jakobiner der des alten Galliens durch die Franken gleich.

Auf der internationalen Ausstellung für Elektrizität übten die Hauptanziehung die telephonischen Hörproben aus; ein Raum des Industriepalasts war mit dem mehrere Kilometer entfernten Opernhaus telephonisch verbunden. Es bedeutete einen großen Fortschritt seit Graham Bells 1876 erfundenem Apparat. Telephon.

Die Pariser feierten ihren Dichter Viktor Hugo am 27. Februar; 104 Musikvereine sangen seine Hymne „Patria" mit unterlegter Musik von Beethoven. Drei Stunden lang zog der Zug der Feiernden vor seinem Fenster vorbei.

Der französische Graf Gobineau zeigte in seinem „Amadis" durchaus germanische Gesinnung und eine Abkehr vom französischen Geist. Sein poetisches und geschichtsphilosophisches Hauptwerk gab er in den „Historischen Szenen" seiner „Renaissance". Dies und sein großes Werk über die Menschenrassen stammt schon aus früherer Zeit, wurde aber jetzt erst mehr verbreitet.

Die italienische Regierung erlitt in der tunisischen Sache eine große Niederlage. Sie hatte in ihrer Vertrauensseligkeit eine solche Entscheidung nicht vorausgesehen. Um so erbitterter fühlte man nun im ganzen Italien.

Lande die Demütigung. Selbst Garibaldi wollte von Frankreich nichts mehr wissen. Man fühlte sich von den Mächten verlassen, völlig isoliert; auch der deutsche Reichskanzler hatte die Anregung einer europäischen Konferenz sofort und entschieden abgelehnt. Durch eine Reise nach Wien warf sich nun das Königspaar in Österreichs Arme. Freilich machten die mitreisenden italienischen Minister dort einen weniger guten Eindruck; auch Bismarck äußerte sich etwas kühl über Italien, da er auf Frankreichs Seite stand. In der Kammer sprach sich besonders Minghetti beifällig über die Wiener Reise aus: sie sei notwendig gewesen, um Italien aus einer gefährlichen Isolierung herauszuziehen. Sobald Italien einmal unabhängig war, habe der jahrhundertelange Groll aufgehört; Österreich half nach der Okkupation Roms durch seine wohlwollende Haltung über viele Schwierigkeiten hinweg. Der Zweck der Wiener Reise dehne sich auch auf Deutschland aus. Mancini, der Minister des Auswärtigen, teilte in Auszügen Botschaftsberichte mit, die bewiesen, daß Bismarck jeden Freundschaftsakt gegen Österreich als an Deutschland gerichtet betrachte. Am letzten Tage der Debatte (9. Dez.) erklärte Mancini: er sei glücklich, der Kammer mitteilen zu können, daß er vor einigen Stunden ein Telegramm erhielt, worin Fürst Bismarck mit großer Höflichkeit ihm danken lasse für seine freundlichen Äußerungen in der letzten Rede.

Die Gemeindewahlen in Rom fielen wieder zugunsten der „Klerikalen" aus. Einen üblen Eindruck machte es, daß die nächtliche Überführung der Leiche Pius IX. im Juli von der Peterskirche nach San Lorenzo vor den Mauern durch antiklerikale Demonstrationen gestört wurde, so daß das Militär einschreiten mußte. Man sah darin mit Recht eine Unzulänglichkeit des Garantiegesetzes. Die Regierung erklärte wohl, sie sei fest entschlossen, die Sicherheit des Kirchenoberhaupts und die Unabhängigkeit seiner geistlichen Souveränität immer und mit allen Mitteln zu schützen, gleichzeitig aber auch die Angriffe auf die nationale Einheit und Souveränität zurückzuweisen. Die Kurie ließ den Mächten durch die Nuntien vorstellen, daß der Papst nach solchen Vorfällen in Rom nicht mehr sicher sei. Papst Leo sprach sich in einer Allokution vom 4. August aufs bitterste über die unerträgliche Lage des Heiligen Stuhles aus. Die „Unità cattolica" verlangte für den Papst Rom mit einem Umkreis von 50 Miglien als weltliche Herrschaft. Man sprach davon, er werde seine Residenz nach Salzburg oder nach Fulda verlegen. Auch die deutsche Presse diskutierte die Frage einer Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes sehr ernstlich und man erblickte darin einen Fühler des Reichskanzlers.

Papst Leo.

Fast bei allen Empfängen sprach sich Leo sehr scharf gegen den italienischen Staat aus. So sagte er schon am 1. Januar: Weit entfernt, uns bei dem zu beruhigen, was zu unserem Schaden geschehen ist, werden wir nie aufhören, dagegen zu protestieren und die Freiheit und Unabhängigkeit zu fordern, deren der Heilige Stuhl durch die gewaltsame Usurpation der weltlichen Herrschaft beraubt ist." Er bekämpfte am 6. Januar

einer Deputation italienischer Katholiken gegenüber den kirchenfeindlichen Liberalismus und bezeichnete die Papstgetreuen auch als die besseren italienischen Patrioten. Er empfahl ihnen am 24. April, sich in den Munizipal- und Provinzialräten vorzubereiten für den eventuellen Eintritt ins Parlament. Den Slawenpilgern „von der Küste des Adriatischen Meeres bis zu den fernen Steppen Nowgorods", die unter Anführung des kroatischen Bischofs Stroßmayer gekommen waren, sprach er am 5. Juli die Hoffnung aus, daß auch die Schismatiker wieder zurückkehren werden. Er sprach von der großen Mission der Slawen, die „abtrünnig gewordene slawische Nation" mit der Kirche wieder zu vereinigen. Man sah darin den Rat, die katholischen und unierten Slawen mögen sich um das katholische Österreich gruppieren und so dem schismatischen Rußland entgegenarbeiten. In seiner Enzyklika „Diuturnum illud" vom 10. Juli empfahl der Papst den Fürsten und Völkern das Bündnis mit der Kirche als wirksamste Hilfe gegen Revolution und Sozialismus. Auf eine Adresse italienischer Pilger antwortete Papst Leo am 16. Oktober, daß die „fürchterlichste Gefahr" für Italien in den Versuchen der Sekten liege, den Katholizismus aus Italien zu verdrängen. So sei für das nächste Jahr ein großer Freimaurerkongreß nach Rom berufen als Herausforderung, als Sturm auf den Eckstein der Kirche. Man drohe, selbst den Vatikan zu okkupieren, um den Papst zu härterer Gefangenschaft oder zum Exil zu zwingen. Aber die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes sei notwendig für das ganze Universum.

Der alte Exjesuit Curci gab zu Florenz ein neues Buch heraus: „Das neue Italien und die alte Eiferei."

Der realistische Lyriker Carducci übte seit seinem frechen „Hymnus auf Satan" eine gewisse Wirkung auch auf die Deutschen aus, zumal Paul Heyse und andere sich allzeit beeilten, dergleichen durch Übersetzungen zu verbreiten. Nun erschien eine „definitive Ausgabe" seiner stark posierenden Lyrik.

Die städtischen Behörden von Rom nannten dem deutschen Gelehrten zu Ehren eine Straße Strada di Mommsen.

Österreich.

Über den Zweibund der beiden Mittelmächte äußerten sich kritische Stimmen: „Österreich ist an den Interessen des Ostens beteiligt, Deutschland an denen des Westens. Die ersteren können nur durch eine Aktionspolitik gewahrt werden, die letzteren drängen eine Politik der Enthaltung, des Zögerns, der Vorsicht auf, und bis der Moment gekommen sein wird, diese in einem gewaltigen Ringen zu entscheiden, kann Rußland längst alle Positionen besetzt haben. Dann wird die orientalische Frage nur als Appendix an die Machtfrage des Westens gelöst werden, während die österreichische Politik die Entscheidung im Osten vor einer Konflagration im Westen suchen muß." Diese Neujahrsbetrachtung

der Wiener „Presse" traf den Kern der politischen Lage. Die schöne, große, notwendige Idee des Zweibunds konnte sich noch nicht völlig auswirken bei den Rücksichten, die Bismarck noch immer auf Rußland nehmen wollte. Damit hing aber auch die zweifelhafte Lage der Deutschen in Österreich-Ungarn zusammen. Sie hatten nicht mehr den Rückhalt an ihrem deutschen Stammland wie vor 1866. Sie wurden immer mehr in die Minorität gedrängt. So konnten sie sich nicht auf die Dauer der nationalen Zweiteilung der Prager Universität widersetzen. Nachdem die österreichische Regierung sich also dem steigenden Einfluß der nichtdeutschen Nationalitäten gegenübersah, konnte sie sich auch auf die Dauer nicht mehr allein auf die Deutschen stützen. Allerdings mußte die nationale Versöhnungspolitik des Grafen Taaffe mit der Zeit auch auf Ungarn hinüberwirken. Dort regten sich die Rumänen Siebenbürgens und die Kroaten.

In Prag und Kuchelbad kam es zu Kämpfen zwischen tschechischen und deutschen Studenten (28. Juni). Über Fiume stritten sich Ungarn und Kroatien. Die Kroaten behaupteten, Fiume gehöre zu Kroatien, die Ungarn das Gegenteil. Beide brachten historische und staatsrechtliche Beweise. Obwohl die Fiumaner wegen ihrer Munizipalrechte von Kroatien nichts hören wollten, blieben sie doch Kroaten. Die Umgebung der Stadt war ganz kroatisch. Es schien absurd, Fiume zu Ungarn zu schlagen, da zwischen Ungarn und Fiume das kroatische Gebiet lag. In der Macht der Kroaten lag es stets, Fiume für sich in Besitz zu nehmen, wie sie es tatsächlich 1848 auch getan. Ungarn protegierte begreiflicherweise Fiume in jeder Beziehung als die einzige „ungarische Seestadt". Beim ungarisch-kroatischen Ausgleich 1868 hatte man die unlösbare Fiumaner Frage beiseitegelassen, um sie einer weiteren Vereinbarung vorzubehalten. Diese Vereinbarung kam aber seitdem nicht zustande. Inzwischen installierten die Ungarn „provisorisch" ihren Gouverneur in Fiume und verwalteten von Pest aus ihre Seestadt. Die Inkorporation der Militärgrenze in Kroatien wurde am 17. Juli durch ein kaiserliches Manifest verfügt.

Fiume.

Dem großen nationalen Hauptwerk der Tschechen, dem Nationaltheater in Prag widerfuhr das Unglück, daß es kurz vor der Eröffnung abbrannte (12. Aug.). Die Tschechen beschlossen sofort, es neu aufzubauen, und selbst die Deutschen wollten ihnen freundnachbarlich dabei helfen. Das Theater trug die stolze Inschrift: „Die Nation sich selber."

Eine Programmrede Herbsts in Tetschen (16. Aug.) gipfelte in der Versicherung, er gestehe niemandem das Recht zu, ein besserer Österreicher und ein besserer Deutscher zu sein. Der ungarische Kultminister Trefort sprach sich zu gleicher Zeit über die Notwendigkeit aus, das Gesetz über den obligatorischen Unterricht in der ungarischen Sprache strenge durchzuführen. Damit wolle er aber nicht etwa die Siebenbürger Sachsen ihrer deutschen Kultur berauben, allein Ungarn müsse ein ungarischer Staat sein und Aspirationen nach dem polyglotten Staate seien absurd. In Wien bildete sich ein deutscher Rechtsschutzverein.

Es erhob sich die Frage, ob Österreich-Ungarn berechtigt sei, das Wehrgesetz vom 4. November für Bosnien und die Herzegowina zu erlassen; aber es geschah doch, ohne sich um die Zustimmung der Pforte zu kümmern, deren fiktive Suveränität über die beiden Provinzen kaum mehr in Betracht kam.

Die Minister beider Reichshälften verständigten sich auf einer Konferenz zu Wien, 14. November, unter dem Vorsitz des Kaisers über eine Revision des Zolltarifs im schutzzöllnerischen und staatsfinanziellen Interesse.

Die bisher getrennten beiden Klubs der Verfassungspartei (Fortschrittsklub und Liberale) waren bereit, sich zum gemeinsamen Schutz des Deutschtums und des österreichischen Staatsgedankens zu einigen, in Opposition zur gegenwärtigen Regierung; sie hießen sich „vereinigte Linke“ (19. Nov.). Anderseits spaltete sich vom Klub der Rechtspartei ein „Zentrumsklub“ los, der die Konservativen der deutschen Alpenländer umfaßte unter der Leitung des Prinzen Alfred Liechtenstein und Lienbachers.

Trefort sprach als sein Programm aus: „Förderung der ungarischen Kultur in geistiger und materieller Beziehung auf dem Pfade der westlichen Zivilisation.“ Aber die Regierung verfuhr gerade gegen die Deutschen am rücksichtslosesten, obwohl diese mehr als zwei Millionen in Ungarn zählten. Man fühlte wohl, daß eine kulturelle „Germanisierung“ unausweichlich sei; in dem Maße, als die Ungarn sich zu einem Kulturvolk heranbildeten, mußten sie immer mehr „magyarisch sprechende Deutsche“ werden. In Pest-Ofen bekannten sich von 360.000 Einwohnern 119.900 als Deutsche; jedenfalls war das Deutsche für mehr als die Hälfte Umgangssprache.

In der Crivoscie, den Bocche di Cattaro ergaben sich Reibungen und Aufstände der Dalmatiner, die sich der Militärpflicht entziehen wollten.

Kaiser Franz Josef bezeichnete einer Triester Deputation in Angelegenheit des dortigen Freihafens die Haltung der Triester Abgeordneten als „faktiöse Opposition“.

Die Anklageschrift „Hungarica“ des Heidelberger Professors Rud. Heinze gegen die magyarische Regierung konnte wenig Eindruck machen, da die ungarische Regierungspolitik bisher die stärkste Stütze an der Bismarckschen Politik gefunden hatte. Darüber sagt Heinze: „Was uns Deutsche betrifft, so ist nichts gewisser, als daß bis vor kurzem das deutsche Volk geneigt war, nicht allein dem Staat Ungarn, sondern auch dem Volk der Magyaren achtungsvolle und freundschaftliche Gesinnungen entgegenzubringen, so gut wir wissen, daß wenigstens die letzteren nur sehr abgeschwächt erwidert werden. Ebenso gewiß ist aber, daß das Weiterschreiten der in und über Ungarn herrschenden Rasse auf dem jetzt eingeschlagenen Weg zu einem Umschlag führen muß. Daß man in Ungarn der Kultur, dem Verkehr, dem Handel des Westens die naturgemäßen Wege nach den Donauniederungen, der illyrischen Halbinsel, dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer verlegen will, geht uns zu nahe an. Die Zeit

Hungarica.

wird kommen, in der das Königreich Ungarn den guten Willen des Deutschen Reichs nötig haben wird. Durch die tiefe Empörung des deutschen Volks könnte das Deutsche Reich genötigt sein, Bürgschaften zu verlangen für die Rechtssicherheit unserer ungarischen Stammesgenossen ..." Das war sehr deutsch gesprochen, leider aber nicht ganz im Sinne von Bismarcks Politik.

Bei der letzten Volkszählung hatte die ungarische Statistik 7 Millionen Magyaren herausgerechnet, obwohl 1869 nur etwa 5½ figurierten und die Bevölkerungszunahme sehr gering war.

Der am 23. Mai mit dem Deutschen Reich abgeschlossene Handelsvertrag war lediglich ein Meistbegünstigungsvertrag.

Gastein. Kaiser Franz Josef demonstrierte die Festigkeit des Zweibunds durch einen Besuch bei Kaiser Wilhelm im Gasteiner Bad. Das Verhältnis mit Rußland hatte seine Gefahren; so wurden in Galizien russische Generalstabsoffiziere beim Ausspionieren der Festungen Przemysl und Krakau betreten. Graf Ignatieff als Minister des Auswärtigen in Rußland konnte nicht als zuverlässiger Freund des Zweibunds angesehen werden. Über die Danziger Begegnung des russischen und deutschen Kaisers wurden offizielle Aktenstücke veröffentlicht, die voll kühler Freundschaft waren: „Es habe sich dort das Gespräch hauptsächlich der Bekämpfung der sozialistischen Gefahr zugewendet, und auch da habe Fürst Bismarck große Vorsicht und Mäßigung bei Anregung internationaler Maßregeln empfohlen." Die österreichischen Liberalen fürchteten allerdings, Bismarck habe sich deshalb wieder mehr an Rußland angeschlossen, weil ihm das Bündnis mit Österreich nicht genügte, und zwar sei die österreichische Allianz in ihrem Werte für Deutschland wegen der Politik Taaffes gesunken. Jedenfalls aber war es sonderbar, daß Bismarcks Hinneigung zu Rußland der der panslawistischen Tschechen entsprach, während Kaiser Franz Josef einem Besuche des neuen Zaren eher auswich.

Der Besuch des italienischen Königspaars in Wien (27.—31. Okt.) bezeichnete, wie schon gesagt, eine neue politische Kombination, wenngleich man sich, besonders in der ungarischen Delegation, darüber noch wenig freundschaftlich äußerte. Graf Julius Andrassy meinte, wenn die Irredenta Italien zu einem Krieg gegen Österreich brächte, würde ein siegendes oder unterliegendes Italien für die savoyische Dynastie gleich verhängnisvoll werden.

In Persien wurde der Lehrstab österreichischer Offiziere durch russische ersetzt (8. Nov.).

An Stelle des am 10. Oktober plötzlich verstorbenen Freiherrn v. Haymerle übernahm Graf Kalnoky, der bisherige Botschafter in Petersburg, das Ministerium des Auswärtigen (19. Nov.).

Die europäische Donaukommission in Galatz kam zu keinen Ergebnissen, da der österreichische Standpunkt zu wenig Beachtung fand und besonders von Rumänien mit Hilfe der andern Mächte (außer Deutschland) bekämpft wurde.

Bauern-

Bezeichnend für die Richtung der Zeit war eine allgemeine Bauernbewegung in Österreich, die ihr Heil nicht in nationalistischen Gesichtspunkten sah und das Ministerium Taaffe unterstützte. Es fanden viele Bauernversammlungen und Bauerntage statt. Auch die Wucherfrage trat in den Vordergrund. Die Antisemitenbewegung ging sowohl von Preußen wie von der russischen Grenze nach Österreich herüber. Im Interesse des Bauernstandes wurde die achtjährige Schulpflicht ein wenig eingeschränkt. Man forderte dagegen Fortbildungsschulen, Bauernbanken, eine Bauernpartei, unabhängig von den andern politischen Parteien. Gegen die „Neuschule" wurden immer mehr Stimmen laut. Ein Gewerbetag in Wien (15. Nov.) forderte Beibehaltung der obligatorischen Genossenschaften, den Befähigungsnachweis, Abschaffung des Hausierhandels und der industriellen Strafhausarbeit, progressive Einkommensteuer, Trennung der Handels- von den Gewerbekammern und Errichtung von Arbeiterkammern, Versorgungskassen, Schutzzölle, allgemeines Wahlrecht.

Graf Richard Belcredi, lange Zeit seit 1867 in Vergessenheit, wurde Präsident des Verwaltungsgerichtshofes. Er entkräftete durch seine Antrittsrede durchaus das gegen ihn wachgerufene Mißtrauen, als ob er seine neue hohe Stellung zu parteilicher Rechtsprechung mißbrauchen werde.

Man feierte am 11. Oktober das vor einem Jahrhundert erlassene Toleranzpatent Kaiser Josefs II. und am 1. November ebenso die Aufhebung der Leibeigenschaft. Dem Reichsrat wurde das Gesetz über Postsparkassen vorgelegt.

Bei dem Brand des Ringtheaters in Wien kamen 450 Menschen um. Diese Katastrophe hatte eine Revision aller Theaterbauten der Welt zur Folge. Bei stilvolleren Bauten, wie sie die Antike, das Mittelalter und Oberammergau kannten, wäre ein solches Unglück unmöglich gewesen.

Ferdinand Raimunds Werke wurden von Glossy und Sauer herausgegeben. Die als Nachtragsband von Glossy versprochene Biographie ist bis heute nicht erschienen. Die Wertschätzung des originellsten Dramatikers seit Shakespeare und Calderon ist aber bis heute stetig gestiegen.

Eine geborene Gräfin Firmian in Salzburg vermachte ihr Vermögen zu Stipendien für evangelische Waisen, in Erinnerung daran, daß Erzbischof Firmian 1731 die Salzburger Protestanten zur Auswanderung nötigte.

Liechtenstein.

Das souveräne Fürstentum Liechtenstein, das man beim Friedensschluß 1866 übersehen hatte, schloß stillschweigend dadurch Frieden, daß Österreich die diplomatische Vertretung des Fürstentums beim Deutschen Reich übernahm.

In den Jahren 1881—1883 erschien in zwölf Bänden das für den österreichischen Staatsgedanken wichtige Werk „Die Völker Österreich-Ungarns": die Deutschen, Magyaren, Rumänen, Juden, Tschechen, Polen,

Slowenen, Serben, Zigeuner. Der geistige Leiter des Unternehmens war, ohne sich zu nennen, Freiherr v. Helfert. Paul Hunfalvy behandelte „Die Ungern oder Magyaren". Er zeigte, wie groß der Einfluß der Deutschen zur Zeit des hl. Stephan war, der den Grundsatz aussprach, ein Reich, das nur eine Sprache und gleiche Sitten habe, sei schwach und gebrechlich. Hunfalvy behauptete auch, daß der größte Teil des heutigen ungarischen Adels fremden Ursprungs sei; seine Sprache war das Lateinische; die Magyarisierung ging vom Bauernstand aus. Der Hussitismus drohte Ungarn zu slawisieren und ließ slawische Wirkungen dauernd zurück. Die Stadt Huß in der Moldau wurde von magyarischen Hussiten gegründet. Groß war dann der Einfluß des Luthertums. Ein Deutscher, Kaspar Hettas, ein geborner Sachse, wurde der größte Förderer der magyarischen Literatur; er errichtete 1550 in Klausenburg eine Druckerei für magyarische Werke. Nach längerem Hinsiechen erhob sich die ungarische Sprache erst wieder durch die ungarische adelige Leibgarde, die Maria Theresia 1766 errichtete. Hier arbeiteten Bessenyei, Al. Baroczy u. a. Die ersten ungarischen Zeitungen erschienen um 1780, die ersten Versuche des ungarischen Theaters datieren von 1790; die erste magyarisch geschriebene Geschichte Ungarns von Budai erschien 1805—1812. Die Zahl der Magyaren festzustellen, ist sehr schwer. Wohin soll man die Intelligenz stellen, die beide Sprachen spricht und schreibt? Wohin die Israeliten, die manchmal besser ungarisch reden als manche altariſtokratische Familie? Im Jahr 1830 gab es 10 ungarische Zeitungen, 1848 bereits 80, 1850 nur mehr 9, 1867 wieder 80, 1877 bereits 268, 128 in der Hauptstadt, 139 in der Provinz.

Trefort. Als Treforts Denkreden und Studien erschienen, rühmte die ungarische Kritik, der Autor sei bereits „in seiner Abhandlung über Nationalökonomik 1841 auf einem Standpunkt angelangt, welchen die gleichzeitigen Lehrer der politischen Ökonomie in Deutschland viel später oder gar nicht erreicht haben. Sein Urteil über die Bedeutung der Listschen Lehren gegenüber der Smithschen Richtung ist von der kritischen Geschichtschreibung teilweise bekräftigt worden."

Schriftstellertag. Die Beratungen des dritten deutschen Schriftstellertags in Wien begannen am 19. September. Man plante schon damals eine große deutsche Nationalbibliothek, wie sie nun erst (1916) in Leipzig verwirklicht ist. Bodenstedt brachte das Rechtsverhältnis zwischen Autoren und Verlegern zur Sprache. Lazarus empfahl die Schillerstiftung. Zugleich tagte in Wien die „internationale literarische Assoziation", deren Debatten in französischer Sprache geführt wurden. Den Vorsitz hatte der Franzose Ulbach; sonst kamen aus Frankreich Belot, Lermina, Pages, Ratisbonne, aus England Jenkins und einige keltische Barden von Wales, aus Rußland Krylow und Michelet, aus Polen Mickiewicz, der Sohn des großen Vaters, und der ehrwürdige Kraszewski, der Stolz der Nation, Torres Caicedo aus San Salvador. Den Verhandlungen lag Victor Hugos Wort zugrunde: Das geistige

Eigentum ist ein Eigentum. Ratisbonne regte ein Bittgesuch an den Zaren an zur Begnadigung des seit achtzehn Jahren in Sibirien schmachtenden Tschernischewsky, des „russischen Proudhon". Man wünschte, die Deutschen möchten ihre Werke in lateinischer Schrift drucken. Rittershaus besang die Wiener Feste: „Das nenn' ich Tage voll Entzücken!" Neben dem „Gott erhalte" und dem „Heil dir im Siegeskranz" ließ die Militärkapelle immer auch die Marseillaise ertönen. — Die Mode des „Selbstschriftenfächers", die zuerst auf dem Berliner Kongreß auftauchte, wurde auch auf dem Wiener Schriftstellerkongreß zum Autographenfang benützt. So schrieb Bodenstedt auf ein Fächerblatt: „Das Glück, sagt man, sei nur Schein, und so ist es! Bilde dir ein, glücklich zu sein, und du bist es!"

Kronprinz Rudolf gab ein Werk über seine Orientreise heraus. Zu seiner Vermählungsfeier wurde im Burgtheater Gustav Freytags Lustspiel „Die Brautfahrt" aufgeführt, nicht wegen seines (sehr geringen) poetischen Gehalts, sondern wegen der Erinnerung an Maximilians Brautwerbung um Maria von Burgund.

Laubes Memoiren waren auffallend durch die Vergeßlichkeit für manches Gute, das er in Österreich genossen, und manche Verfolgung, die er anderwärts erlitten. Seine Kritik war dort und da sehr ungleichmäßig.

Was von dem zu Wien verstorbenen Dichter und Dramaturgen Dingelstedt übrigblieb, waren zumeist seine selbstbiographischen Schriften.

Graf Beust stellte den „Erinnerungen" seines ehemaligen Kollegen Freiherrn v. Friesen eine Broschüre „Erinnerungen zu Erinnerungen" entgegen, mit wichtigen Enthüllungen zur Zeitgeschichte.

Der 70. Geburtstag Liszts wurde von seinen Verehrern gefeiert. Selten war ein Diener der Musen der allgemeinen Verehrung würdiger. Seine geistvollen Schriften erschienen nun auch in einer Gesamtausgabe.

Feldmarschalleutnant Uchatius, der verdienstvolle Erfinder der Stahlbronze für das Geschützwesen, tötete sich in einem Anfall nervöser Erregtheit. Vor wenigen Tagen hatte desgleichen der Bruder des Siegers von Lissa, General Tegetthoff, getan. Bei Uchatius war es entscheidend, daß man angesichts der neuen riesigen Kriegsfahrzeuge der Italiener Pola rasch befestigen mußte, und daher Bestellungen bei Krupp machte, weil die Versuche mit der Stahlbronze noch keine so schnelle Erledigung versprachen. Das Leichenbegängnis fand unter außerordentlichen Ehren statt. Man wird wohl einen Teil der Schuld dem Kleinmut zuschreiben müssen, der durch eine ungerechte Literatur über 1866 im Heere genährt wurde.

Die Anzahl der vollstreckten Todesurteile im Verhältnis zu den gefällten war von 1870—1879 in Österreich 16 zu 608, in Frankreich 93 von 198, in Spanien 126 von 291, in Dänemark 1 von 94, in Bayern 7 von 249, in Norddeutschland 1 von 484, in den Vereinigten Staaten 200 von 2500; in England wurden während der dreißig Jahre 1850—1879 372 Personen hingerichtet. In Holland war die Todesstrafe seit 1870 abgeschafft ohne schlechte Wirkung.

Deutsches Reich.

Das Deutsche Reich stand nun ganz unter dem Bann des Bismarckschen „Staatssozialismus". Dahin gehörte der preußische Volkswirtschaftsrat, ein ernanntes Nebenparlament, berufen nach Körperschaften des Handels, Gewerbes, der Land- und Forstwirtschaft,

des Handwerker- und Arbeiterstandes (14. Jan.). Dem Bundesrat legte Bismarck am 15. Januar ein Unfallversicherungsgesetz vor für Arbeiter in Bergwerken, Fabriken und anderen Betrieben. Die Motive besagten: „Daß der Staat sich in höherem Maße seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht bloß Pflicht der Humanität und des Christentums, sondern auch Aufgabe staatserhaltender Politik, um die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine wohltätige Einrichtung sei ... nicht lediglich zum Schutz der bessersituierten Klassen." Es soll dadurch allerdings in die Gesetzgebung ein sozialistisches Element eingeführt werden. Es handelt sich um eine „gesetzgeberische Arbeit, deren Abschluß ein volles Menschenalter erfordern wird". Es soll eine ausschließliche Reichs-Versicherungsanstalt errichtet werden. Ein beigegebenes Gutachten des Statistikers Heym gab zu, daß eine vollständige Lösung der Aufgabe für alle Berufsklassen noch nicht gegeben werden könne.

Bismarck eröffnete am 27. Januar den Volkswirtschaftsrat mit der Feststellung „über den bedauerlichen Rückgang, in dem sich unser volkswirtschaftliches Leben einige Jahre hindurch bewegte" und über die „Meinungsverschiedenheiten, welchen Ursachen dieser Rückgang auf landwirtschaftlichem wie auf gewerblichem Gebiete zuzuschreiben sei ... Es fehlte bisher an einer Stelle, wo die Gesetze einer Kritik durch Sachverständige aus den zunächst beteiligten Kreisen unterzogen werden konnten ... Es ist nicht Zufall, sondern Folge Ihrer an den heimatlichen Herd gebundenen Tätigkeit, daß die Vertreter der Landwirtschaft und von Handel und Gewerbe nicht in gleichem Maß als die gelehrten Berufsstände an der parlamentarischen Tätigkeit teilnehmen können." Es fiel auf, daß Bismarck seine neue Schöpfung selbst eröffnete, obgleich er sich sonst von aller Repräsentation zurückgezogen hatte. Er wollte damit der ungünstigen Meinung weiter Kreise über dieses ernannte Nebenparlament entgegentreten. Sofort am 29. Januar hatte der Volkswirtschaftsrat (und der Bundesrat) ein Innungsgesetz (ohne Zwangsinnungen) zu beraten. Bei einem parlamentarischen Empfang am 1. Februar sprach Bismarck die Ansicht aus, es sei die Armenlast, die Schullast und die Polizeilast den Gemeinden abzunehmen und dem Staat zu übertragen. Die Gemeinden seien zu überbürdet. Auch trat er bereits für eine umfassende Altersversicherung ein.

Bismarck.

Als sich das preußische Abgeordnetenhaus anfangs Februar gegen Bismarcks gesamte Steuer- und Wirtschaftspläne aussprach, entgegnete er sehr erregt: „Parlamentarische Kämpfe können mich von meinen Prinzipien nicht abbringen. Ich werde nicht zurücktreten, bis der Kaiser mich zurücktreten heißt. Ich bin zu diesem Entschluß gekommen, nachdem ich gesehen, wer sich über meinen Rücktritt freuen würde ... Ich verlange eine erhöhte Heranziehung des Kapitals." Im Herrenhaus klagte Bismarck: „Ich verliere den Mut, die Reform fortzusetzen ..., wenn mir die Unterstützung versagt wird. Ja, dann reicht mein Mut nicht, dann

muß ich den Herren, die mir die Durchführung versagen, auch die Aufgabe lassen, selbst die Reform weiter durchzuführen." Im Reichstag klagte der fortschrittliche Eugen Richter (24. Febr.), Bismarck wolle die beiden andern Faktoren des Reiches, Bundesrat und Reichstag, in ihrer Bedeutung immer mehr abschwächen; sein Bestreben sei darauf gerichtet, seinen Willen zum alleinherrschenden zu machen. Alles spitzt sich mehr und mehr auf die eine Person des Fürsten Bismarck zu, auf seine zwei Augen. Auch der größte Mann ist zuletzt begrenzt. Je weiter der Reichskanzler sich immer neue Aufgaben stellt, desto mehr muß zuletzt das Mißverhältnis seiner Leistungsfähigkeit zu den von ihm gesteckten Zielen hervortreten. Daraus folgt eine stoßweise Verwaltung: eine Richtung wird ins Gegenteil verkehrt oder überhaupt aufgegeben. Das erzeugt eine zunehmende Desorganisation. Das Vertrauen wird verhindert durch das persönliche Regiment, das mit einem sicheren, stetigen Gange der öffentlichen Angelegenheiten immer weniger zu vereinbaren ist. Gehn wir so immer weiter, so ruiniert sich der Herr Reichskanzler selbst, und er ruiniert das Land." Bismarck wandte sich gegen Richters Übertreibungen von „heilloser Verwirrung" und „Unsicherheit der Zukunft". „Daß ich an allen Übeln schuld sei, davon wird man die Mehrheit nicht überzeugen. Es geht mir wie dem Kaiser Napoleon, der in Europa vor zwölf Jahren als die Ursache alles Übels angeklagt wurde und der doch bei weitem keine so böse Natur war."

Aber auch die bisherigen Freunde Bismarcks fanden die Entlassung des Grafen Eulenburg als Ministers des Innern (26. Febr.) verhängnisvoll für die Selbstverwaltungsreform in Preußen. Bismarcks neuer Vorschlag, das Budget für zwei Jahre zu beraten, stieß auf fast allseitigen Widerstand im Reichstag. Man sah darin eine Art Belagerungskrieg gegen den Parlamentarismus. Bismarck war des gefügigen Bundesrats sicher und er wollte den Reichstag entbehrlicher machen. Auf Hamburg wurde ein immer stärkeret Druck ausgeübt, um es zum Zollanschluß zu zwingen.

Wenig Glück hatte Bismarck mit den Stempel-, Brau- und Wehrsteuervorlagen vom 18. März. Man warf ihm im Reichstag vor, er erstrebe die Omnipotenz des Staates. Er erwiderte: „Ich widerstrebe meinerseits einer Dekomposition des Staatsverbandes in kommunale Republiken, ich erstrebe eine Staatsautorität, die über denselben schwebt, und nicht nach Majoritäten beschließende Organe, die keine Verantwortlichkeit tragen und von denen niemand mehr weiß, wer im einzelnen die Schuld trägt ... Ich frage, soll das, was wir brauchen, durch direkte oder indirekte Steuern aufgebracht werden, und bin da in keiner Weise zweifelhaft, das es nur durch indirekte möglich ist." Bismarck bezeichnete es als einen Irrtum, als ob die Nahrungsmittel u. dgl. durch Aufhebung der indirekten Steuern billiger oder besser würden. Auch die Bäcker werden

nicht reicher, sondern es werden mehr Bäcker, Metzger u. s. w. Die Wissenschaft läßt hiebei vollständig im Stich. „Ohne leidenschaftlicher Schutzzöllner zu sein, bin ich doch ein leidenschaftlicher Finanzzöllner, wegen der Überzeugung, daß die Grenzzölle fast ausschließlich vom Auslande getragen werden." — Bamberger sagte: „Es hat etwas Verblüffendes, daß ein Mann, der die Geschicke Europas in seiner Hand hält, seit drei bis vier Jahren auf die schiefe Ebene gelangt ist, die zum sozialistischen Bekenntnis führt." Freiherr v. Hertling (Zentrum) begrüßte die Vorlage als einen Beitrag zur Lösung sozialer Fragen. E. Richter schloß seine Rede mit der Bemerkung, daß Bismarcks Prestige im Schwinden sei. Bismarck entgegnete: „Das Prestige ist etwas furchtbar Lästiges, das man leicht satt wird. Ich habe mich, als ich sehr viel jünger war, als mehr Ehrgeiz in mir steckte, jahrelang ohne jedes Prestige, im Gegenteil als Gegenstand des Hasses meiner Mitbürger, wohler, zufriedener und gesunder befunden, als da ich am populärsten gewesen bin. Das alles hat für mich keine Bedeutung; ich tue meine Pflicht und warte ab, was daraus erfolgt ... Was die Masse der Arbeiter denkt, das weiß der Vorredner gar nicht: er weiß, was die eloquenten Streber, die an der Spitze der Arbeiterbewegungen stehen, was die gewerbsmäßigen Publizisten, die die unzufriedenen Arbeiter als ihr Gefolge brauchen, denken ... Seit fünfzig Jahren sprechen wir von einer sozialen Frage und ich glaube nicht, daß unsere Söhne und Enkel mit ihr vollständig ins Reine kommen werden. Politische Fragen stehen auf, haben ihre Zeiten und verschwinden schließlich unter anderen Fragen der Geschichte. Das ist der Weg einer organischen Entwicklung ... Ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das ‚laissez faire, laissez aller', das reine Manchestertum in der Politik, im monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne ... Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es ist mir gleichgültig. Man sollte glauben, daß von dieser Vorlage bis zur Mörderbande von Hasselmann und den Brandschriften von Most uns ein kleiner Raum trennt ... Unsere Bestrebungen sind: Praktisches Christentum ... Ich möchte bitten, daß man da doch nicht alles aus dem Gefühle ‚fort mit Bismarck!' betreiben möge. Ich würde ja gern sagen: Sohn, hier hast du meinen Speer! wenn er auch nicht mein eigener Sohn wäre ... Das Almosen ist das erste Stadium christlicher Mildtätigkeit, wie zum Beispiel in Frankreich, wo man kein Armenpflichtgesetz hat; die gesetzliche Hilfe des Armenverbands ist das zweite Stadium. Aber ich möchte gern, daß ein christlicher Staat die Grundsätze der Religion sich einigermaßen durchdringen läßt ... Richter hat gesagt, die Vorlage wäre eine Subvention für die Großindustrie ... Wenn wir die Großindustrie fallen

ließen, was machen Sie dann mit den Arbeitern? Dann ständen wir wirklich vor der Frage, daß wir an die Organisation der Arbeit gehen müßten."

Die Liberalen fühlten sich immer mehr von Bismarck abgestoßen, so besonders durch seinen nackten Ausspruch: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich und wird von mir bis aufs äußerste bekämpft." Als Bismarck am 8. April dem Reichstag eine Denkschrift übermittelte über die französischen Unterstützungen der Handelsmarine und ähnliches empfahl, erklärten sich die großen Rheder Hamburgs entschieden dagegen (23. April): „Staatliche Maßnahmen dieser Art bergen die Gefahr in sich, durch Lähmung des Unternehmungsgeistes den Verfall der Schiffahrt zu befördern."

In der Debatte vom 29. April wandte sich Bismarck wieder gegen die Angriffe E. Richters, gegen den Berliner Fortschrittsring und gegen die Vielrederei mit der Drohung, die Reichsregierung und den Reichstag von Berlin weg zu verlegen. „Wir haben zuviel Berliner im Reichstag ... Die Beredsamkeit ist eine Gabe, die über ihren Wert Einfluß übt ... Ein guter Redner ist selten ein tüchtiger Staatsmann."

Es ist bezeichnend, daß sich bei der Agitation für die im Herbst bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag Bismarck bereits im April als den „Anwalt des kleinen Mannes" bezeichnen ließ, den er gegen die verderblichen wirtschaftlichen Grundsätze der Fortschrittspartei zu schützen unternommen; das habe er sich als seine letzte große Lebensaufgabe gestellt; dadurch denke er die Grundlagen des Staates vor der Erschütterung durch Stürme zu bewahren. Dieser Begriff des „kleinen Mannes" trat damals an die Stelle des „armen Mannes" oder des „gemeinen Mannes". Noch schärfer hat später Lueger in Wien im „kleinen Mann" den konservativen Grundbau des Staates aufgefaßt. Wir haben bereits bei der Darstellung der Entscheidungskämpfe der Jahre 1848 und 1849 darauf hingewiesen, daß damals der „kleine Mann" den revolutionären Proletarier besiegt hat, und zwar für die ganze folgende Zeit: nämlich das Prinzip des kleinen und kleinsten Besitzers erhob sich gegen das Prinzip des Kollektivismus. Es ist das vielleicht die allerwichtigste Offenbarung des sozialen Lebens unserer Zeit, die noch viel mehr praktische Beachtung verdiente. Der kleine Mann.

In betreff Hamburgs äußerte Bismarck bei einem parlamentarischen Empfang am 23. Mai, daß für ihn die Sache feststehe und er die vorgeschlagenen Maßnahmen durchsetzen werde, möge der Reichstag reden und beschließen, was er wolle. In der Tat sah sich Hamburg genötigt, dem übergewaltigen Druck nachzugeben und den Zollanschluß (mit einigen Erleichterungen) zuzugestehen. Mit dem Grafen Stolberg-Wernigerode (dem bisherigen Vertreter des Reichskanzlers) schied am 18. Juni der letzte von Bismarck halbwegs unabhängige Mann aus der Reichsregierung und dem preußischen Staatsministerium. Das Unfallversicherungsgesetz ging aus dem Reichstag so wesentlich umgeändert hervor, daß Bismarck darauf ganz verzichtete. Für Bismarcks Plan eines Tabakmonopols trat in einer Wahlrede der Staatssozialist Professor Adolf Wagner entschieden ein, hielt sich auch zur

Erklärung ermächtigt, daß der Ertrag für die Arbeiter-Invaliden- und Alters-Versicherungsanstalt verwendet werden solle, hatte aber damit keinen Erfolg.

Welfen. Die Welfen Hannovers erklärten in ihrem Wahlprogramm vom 31. August: „Wir Mitglieder der deutschhannoverschen Partei stehen, was die Einverleibung des Königreichs Hannover in das Königreich Preußen, die Enthronung des angestammten Fürstenhauses und die Beseitigung der selbständigen Verfassung des hannoverschen Landes betrifft, unverändert auf dem Boden der Überzeugung, von welcher unsere Partei bisher getragen und geleitet ist, und wir halten fest an dem Wunsche und an der Hoffnung einer Wiederherstellung des Königreichs Hannover, tief davon durchdrungen, daß auch dem gesamten Deutschland ein selbständiges Königreich Hannover viel besser dienen würde, als ihm eine annektierte Provinz Hannover je dienen kann." Anderseits beschuldigten die offiziösen Blätter alle Gegner der Plane des Reichskanzlers geradezu des „Republikanismus". So schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 2. September: „Der gesunde Kern der Nation bleibe vor allem eingedenk der Tatsache, daß unser geliebter Kaiser Wilhelm dem Fürsten Bismarck sein Vertrauen und seine Huld ungeschmälert bewahrt, daß des Kaisers Wille und Wünsche durch die Haltung seiner Regierung allein unzweideutig erkannt werden können, und daß es Spiegelfechterei ist, dem Volke vorreden zu wollen, es könne unbeschadet seiner Treue für den Monarchen dessen Regierung bekämpfen. Wer für den Kaiser ist, der ist auch für seine Regierung. Wer die Regierung angreift, der greift auch den Kaiser an.". Dagegen protestierten freilich alle Parteien. Die offiziöse „Provinzialkorrespondenz" machte die Wahlen zu einem Plebiszit über die Pläne des Reichskanzlers.

Das Zentrum betonte das Festhalten am bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches; der Wahlaufruf war auch vom Protestanten Graf Bernstorff (Welfe) unterzeichnet. Die Nationalliberalen verlangten, daß die volkswirtschaftlichen Fragen „nicht zum Gegenstand unübersehbarer, finanziell unausführbarer Experimente" gemacht werden. Die Stöckersche Wochenschrift „Der Staatssozialist" empfahl bereits die Verstaatlichung des Getreidehandels. Der „Zentralverband deutscher Industrieller" (Schutzzöllner) erklärte sich gegen Bismarcks Versicherungspläne. Dieser selbst bezeichnete in einzelnen Zuschriften die Fortschrittspartei als speziellen Gegner seiner Person und seiner Pläne für den Ausbau des Reiches. Aber auch Bennigsen lehnte nun die Politik Bismarcks, dem er früher zugejubelt hatte, ab. Die Wahlagitation wurde von allen Seiten aufs höchste betrieben.

Wahlen. Die Wahlen vom 27. Oktober und die darauffolgenden Stichwahlen bedeuteten eine entschiedene Niederlage des Reichskanzlers. Am festesten, noch vermehrt, stand das Zentrum da. Man sprach schon wieder vom Rücktritt des Kanzlers. Die „Post" schrieb am 8. November: „Nach den Grundsätzen des Parlamentarismus würde die Mehrheit die Nachfolge des Kanzlers übernehmen müssen, indessen können Fortschritt und

Zentrum wohl gemeinsam opponieren, aber nicht gemeinsam regieren. Bei der Unmöglichkeit, Preußen nach den Grundsätzen der Fortschrittspartei zu regieren, könne ein Nachfolger des Kanzlers nur zugunsten des Zentrums optieren, mit dem Bestreben, unter Mitwirkung der katholischen Partei eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden. Der langjährige Kampf Bismarcks mit dem Zentrum lasse hiezu andere an diesen Kämpfen unbeteiligte Personen geeigneter erscheinen als ihn, den früheren Bundesgenossen der Nationalliberalen. — Aber Bismarck traf am 12. November wieder in Berlin ein und führte die Geschäfte weiter. Bei einem Diner, das er am 16. November den Mitgliedern des Bundesrates gab, warf er allerdings den Gedanken auf, daß ein Vizekanzler an seiner Statt in die Leitung der Geschäfte eintrete; er selbst werde sich dann auf den Altenteil zurückziehen. Und dem bayrischen Gesandten v. Lerchenfeld rief er beim Abschied zu: „Bereiten Sie also Ihren Landsmann Franckenstein darauf vor, daß ich demnächst in Unterhandlungen mit ihm treten werde." Dazu kam es wohl nicht; aber Freiherr v. Franckenstein wurde als Führer des Zentrums wieder zum ersten Vizepräsidenten des Reichstages gewählt.

Der Reichskanzler verlas am 17. November unter tiefem Schweigen des Reichstags die auffallend selbstherrlich gehaltene „Botschaft" des Kaisers. Es hieß darin: „Schon im Februar dieses Jahres haben wir unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgaben von neuem ans Herz zu legen (Unfallversicherung, gewerbliche Krankenkassen, Alters- und Invaliditätsfürsorge, Steuerreform, Tabakmonopol, Getränkebesteuerung, Berufsstatistik)." Die stärkste Betonung der Solidarität des Kaisers mit dem Kanzler war dabei die Hauptsache. Die liberalen Kreise betrachteten diese Botschaft geradezu als einen Fehdebrief. Sie wurde in 60.000 Exemplaren gedruckt und in allen Gemeinden der preußischen Monarchie angeschlagen.

In seiner ersten Rede im neuen Reichstag (28. Nov.) rechtfertigte Bismarck den starken Druck, den er auf Hamburg ausgeübt hatte, um es zum Zollanschluß zu zwingen. „Ein solcher Druck (meinte er) war bei allen deutschen Staaten zur Herbeiführung der Einigung notwendig ... Wenn Sie irgend jemand für die deutsche Einheit Dank schuldig sind, so ist es der Kaiser und sein Heer. Nehmen Sie an, daß der böhmische Krieg für Preußen verloren ging, so war es ja ganz klar, daß ich, wenn ich überhaupt nach diesem Vorfall lebendig meine Heimat wiedergesehen hätte, der allgemeine Sündenbock war, der Verbrecher, der das Vaterland leichtfertig ins Verderben geführt hatte ... Die alten Weiber hätten mich zu Hause mit Besenstielen totgeschlagen." Ebenso war es im Französischen

Hamburg.

Krieg. Daß beides gelungen, „das ist das Verdienst des Heeres, mir ist niemand Dank schuldig ...“ — Am 29. November meinte Bismarck, daß die Fortschrittspartei ihren Namen mit Unrecht trage: „Die Reichspolitik schreitet fort, geht mit ihrer Zeit; die Fortschrittspartei würde eher den Namen Hemmschuhpartei verdienen ... Mit dem Gewicht meiner Erfahrung und Stellung spreche ich als Zeuge mich dahin aus, daß die Politik der Fortschrittspartei uns der Republik nähert.“ Hier ließ sich Bismarck über die allgemeine Neigung der Zeit zur Republik aus; er vergaß aber, daß er selber durch seine Politik Frankreich gegenüber, im Gegensatz zur Politik des Grafen Arnim, sehr wesentlich dazu beigetragen hatte, daß das republikanische System in Europa überhandnahm; unseres Erachtens war das einer seiner gefährlichsten Fehler, wie wir leider im Weltkrieg erfahren mußten, der ein Kampf der Revolution und der Demagogie gegen die Idee des Monarchismus, des Volkskönigtums ist (1917 geschrieben).

Sehr unbequem waren dem Kanzler die ungünstigen Berichte der meisten Handelskammern über die Wirkung der neuen Schutzzollpolitik von 1879; er richtete dagegen tadelnde Erlasse (23. Nov., 30. Nov., 5. Dez.) in seiner Eigenschaft als preußischer Handelsminister. Man warf ihm vor, daß er den Konflikt zu einer Nationalinstitution mache. Man fürchtete in seiner Sozialreform die Unterwerfung der Gesellschaft durch den Staat.

Der von den Parteien im Stich gelassene oder bekämpfte Kanzler wurde immer mehr ans Zentrum gewiesen; daraus ergab sich auch eine weitere wesentliche Milderung des Kulturkampfs. Zu Anfang des Jahres waren auf Veranlassung des Kultministers Puttkamer von 2148 katholischen Geistlichen, die Falk von der Erteilung des Religionsunterrichts ausgeschlossen hatte, bereits 1369 wieder zugelassen. Die Protestanten meinten, durch die bisherigen Maßregeln habe der geistliche Notstand in den katholischen Landesteilen bereits aufgehört. „Als vor Jahren infolge des Kulturkampfes die sichtbare lokale Hierarchie der katholischen Kirche allmählich schwand, da entstand sofort an ihrer Stelle die unsichtbare Hierarchie. Für den Fernstehenden und den Staat nicht erkennbar, fungieren fortwährend alle kirchlichen Instanzen.“

Kulturkampf.

Windthorst schilderte allerdings am 26. Januar im Abgeordnetenhaus den kirchlichen Notstand als noch immer fortdauernd; ein Viertel der katholischen Pfarreien sei verwaist. Das System, das die Kirche verstaatlichen wolle, sei allein Ursache des Kampfes. Bennigsen entgegnete, daß die Erbitterung der Kurie über die Errichtung eines evangelischen deutschen Kaisertums die Wurzel des Streites sei. Nein, sagte Windthorst, der Kulturkampf datiert schon vom Schlachtfeld von Königgrätz.

Die Landesversammlung der (badischen) „katholischen Volkspartei“ in Freiburg anerkannte am 25. Januar die Grundsätze der Zentrumspartei als die ihrigen. Dagegen sprach sich allerdings der Abgeordnete Baumstark aus.

Es erfolgten in Paderborn, Osnabrück, Trier u. s. w. Besetzungen der verwaisten Bischofstühle mit Erlassung des staatlichen Eides. Damit waren aber die Katholiken nicht zufrieden; sie wollten nicht Konzessionen von Fall zu Fall, sondern völlige Aufhebung der Maigesetze und Wiederherstellung der preußischen Verfassung. Ein Glückwunschtelegramm des Papstes zum 85. Geburtstag Kaiser Wilhelms gab neue Anknüpfungspunkte (22. März). Puttkamer gestattete die bisher verbotenen Prozessionen unter dem Namen von Aufzügen mit einigen Einschränkungen; so sollten die Geistlichen nicht im Ornat daran teilnehmen. Die (Augsburger) „Allgemeine Zeitung" veröffentlichte am 3. August einen Artikel unter dem Titel „In Canossa", darin es hieß: „Die allgemeine Befürchtung, daß die preußische Regierung nach dem zehnjährigen Kulturkampf einen schwächlichen und schimpflichen Rückzug nehmen werde, beginnt sich zu verwirklichen; wir sind nicht mehr auf dem Wege nach Canossa, sondern bereits tief drinnen im Vorhof dieser interessanten Burg, in welche das stolze Wort des Reichskanzlers die Nation niemals hinaufzuführen versprochen hatte." Canossa.

Der neue Bischof von Trier, Dr. Korum, wurde im August vom Kaiser offiziell empfangen; der staatliche Eid wurde nicht verlangt, das Sperrgesetz für Trier außer Wirksamkeit gesetzt. Der Leiter des offiziösen Preßwesens in Berlin, Geheimer Oberregierungsrat L. Hahn, ließ etwa gleichzeitig eine „Geschichte des Kulturkampfs in Preußen" erscheinen, die sich deutlich als Annäherungsversuch der Regierung an das Zentrum darstellte. Der Autor sagte in der Vorrede zu seiner Aktensammlung: „daß der tatsächliche Verlauf des Konflikts den Beweis liefere, wie man von beiden Seiten von vornherein den Kampf nicht gewollt, daß man durch die Macht der sich entgegenstehenden Grundsätze, durch die beiderseitige erklärliche und entschuldbare Schärfe und die steigende Bitterkeit in der Geltendmachung derselben weitergetrieben worden ist, als man zu gehen gedachte, daß aber der Augenblick gekommen ist, wo man sich beiderseits auf den zurückgelegten Weg und zugleich auf den Ausgangspunkt besinnt." Zu dieser Zeit ging auch der deutsche Gesandte in Washington v. Schlözer im Auftrag des Kanzlers nach Rom, um direkt mit dem Papst zu verhandeln. Korum.

Allerdings erklärte Windthorst in der Generalversammlung der deutschen Katholiken zu Bonn 5.—8. September, daß die Katholiken auf dem Posten seien und nicht eher abrüsten wollten, bis ihnen ihr volles Recht werde. Bonn zeige durch den der Versammlung bereiteten glänzenden Empfang, daß es pechschwarz sei trotz des Kulturkampfs und trotz seiner Philosophieprofessoren. In der Resolution wurde die Unterwerfung unter die geistliche Autorität Roms ausgedrückt. Die preußische Regierung schien entschlossen, die Gesandtschaft beim Papst in der Person Schlözers wiederherzustellen. Die vom vorjährigen Juligesetz erteilte Vollmacht, neue Aufnahmen in die der Krankenpflege gewidmeten katholischen Orden, Windthorst.

namentlich in den der Barmherzigen Schwestern, zu gestatten, wurde reichlich benützt.

Obwohl die Majorität in der bayrischen Zweiten Kammer wieder bei den „Ultramontanen" war, erklärte Ministerpräsident v. Lutz entschieden, „er werde bleiben, bis ihn der abberufe, der ihn hieher gestellt habe" (Nov.).

Die preußische Regierung erließ nun auch dem für Breslau ernannten Kapitularvikar den Eid, hob das Sperrgesetz für die Diözese auf und gab dem Domkapitel die Vermögensverwaltung zurück.

Zentrum. In seiner Rede vom 28. November sagte der von den andern Parteien verlassene Bismarck entschuldigend: „Mit der Zentrumsfraktion bin ich durch die historische Entwicklung, weniger durch meine Schuld, wesentlich durch die Polonisierungsversuche in unsern polnischen und schlesischen Landesteilen, in einen Kampf geraten." Und auf eine Anfrage Virchows über die Stellung zur Kurie (30. Nov.) erwiderte der Kanzler, daß er den Kulturkampf zu beseitigen wünsche und daß der König von Preußen die Interessen seiner katholischen Untertanen beim Päpstlichen Stuhle wieder durch eine direkte Vertretung wahrnehmen wolle, ja er erklärte unumwunden, daß er im Notfall eine Allianz mit dem ultramontanen Zentrum einer solchen mit der Fortschrittspartei vorziehen würde. „Das Zentrum kann für den Staat sehr unbequem werden und ist es geworden, aber nicht so gefährlich, wie meines Erachtens der Fortschritt werden kann." Großes Aufsehen erregte es auch, daß sich Bismarck persönlich als Gegner der Zivilehe bekannte; seine Zustimmung dazu sei ihm nur durch seine damaligen Kollegen abgerungen worden. „Da ich in Varzin krank lag und nicht imstande war, von dort aus ein anderes Ministerium zu bilden, so mußte ich sagen: in diesem Augenblick halte ich das Übel eines Ministerwechsels für größer, und habe so nachgegeben."

Kopp. Im Dezember anerkannte die Regierung den vom Papst ernannten Bischof Kopp von Fulda. Auch ihm wurde der staatliche Eid erlassen und die staatliche Vermögensverwaltung der Diözese aufgehoben. Die bischöflichen Verhältnisse lagen zu Ende des Jahres also: Culm, Ermeland und Hildesheim waren noch im Besitz ihrer alten Bischöfe. Fulda und Trier waren, nach dem Tod ihrer früheren Bischöfe, durch Dr. Kopp und Dr. Korum besetzt. In Breslau, Osnabrück und Paderborn fungierten drei Bistumsverweser. Infolge gerichtlicher Absetzung blieben noch Köln (Melchers), Posen-Gnesen (Ledochowski), Limburg (Blum) und Münster (Brinkmann) unbesetzt.

Die katholischen Blätter veröffentlichten anfangs Dezember einen von Moufang, Lingens, A. Reichensperger, Alban Stolz unterzeichneten Aufruf zum Bau einer Kirche zu Ehren der hl. Elisabeth in Eisenach.

Aachen. Die Heiltumsfahrt in Aachen fand, wie alle sieben Jahre, diesmal besonders festlich statt. Der von Karl d. Gr. 774 erbaute, von Papst Leo 805 eingeweihte Dom trägt unter anderm auch noch Reste des Grabmals Theoderichs d. Gr. in Ravenna, wie neuestens nachgewiesen wurde. Die dort

gezeigten Reliquien der heiligen Familie wurden Hunderttausenden von Pilgern gezeigt. Allerdings waren die korporativen Zuzüge aus Ungarn u. s. w. seit einem Jahrhundert unterbrochen worden. Man plant, wie ich kürzlich erfahren, deren Erneuerung.

Die Agitation der Antisemiten (Stöcker, Henrici, Förster) konnte nicht ganz durchdringen; noch immer wählte die Stadtverordnetenversammlung von Berlin den Juden Straßmann zu ihrem Präsidenten. Eine Versammlung von über 2000 Juden, ehemaligen Soldaten, beschloß am 1. April einen Protest gegen den Antisemitismus. Bald darauf wurde aber die lange vorbereitete Petition der Antisemiten mit etwa 255.000 Unterschriften dem Reichskanzler übergeben; sie verlangte vor allem Einschränkung der Einwanderung ausländischer Juden, Ausschließung der Juden von obrigkeitlichen Stellungen und von der Lehre in allgemeinen Schulen, Wiederaufnahme der amtlichen Statistik über die jüdische Bevölkerung, die seit 1870 eingestellt worden war. — Die Probenummer eines antisemitischen Wochenblatts „Der Antisemit" in Würzburg wurde sofort nach Erscheinen am 21. April konfisziert. In Argenau bei Thorn in Westpreußen fanden am 27. April Exzesse gegen die dortigen Juden statt. Die sozialkonservative Vereinigung (Fürst Ysenburg, Graf Solms, Freiherr v. Fechenbach, Wagener u. s. w.) verlangte in der Versammlung vom 19. Mai unter anderm Regelung der Verhältnisse des christlichen Staats zu seinen nichtchristlichen Angehörigen (Juden). Ein kleiner Judenkrawall fand wieder am 7. Juni in Forchheim (Bayern) statt. Die Berliner Pastoralkonferenz vom 16. Juni nahm am Schluß eines Vortrags des Hofpredigers Stöcker eine Resolution an, in welcher sie seine christlichsoziale Reformtätigkeit als eine heilsame Ergänzung der Tätigkeit des geistlichen Amtes und der innern Mission anerkannte und billigte. Bei den Reichstagswahlen bekämpften sich bereits ganz offen Antisemiten und Konservative. Professor Adolf Wagner erklärte, ihm sei nur die Idee sympathisch, den christlichen Charakter der Volksschulen zu wahren. Aber Dr. Henrici sagte in seiner antisemitischen Wahlrede vom 3. August: „Der einzig hervorragende Antisemit (Bismarck) sitzt bei den Juden so tief in der Kreide, daß er nichts zu sagen wagt ... Wir wollen Leute, die Bismarck ins Gesicht sagen, daß die Wirtschaft mit Bleichröder aufhören muß!"

Antisemiten.

Wieder kam es am 4. August in Hinterpommern in mehreren Städten zu Judenkrawallen, am 15. und 16. August in Stettin. — Die evangelisch-lutherische Konferenz zu Berlin, 25. August, erachtete „die sich in weitem Umfange geltend machende antijüdische Bewegung für den Ausdruck der in unserem Volke zum Durchbruche kommenden Erkenntnis des auf ihm von seiten der jüdischen Bevölkerung vielfach lastenden Druckes und der Zersetzung, mit welcher unser Staats- und Volksleben durch den gegenwärtigen Einfluß der Juden auf dasselbe bedroht ist. Sie beklagt die Gewaltsamkeiten, zu welchen dies hier und da geführt hat, sie ist aber noch

Juden.

schmerzlicher bewegt durch die schwere Verschuldung des eigenen christlich-deutschen Volkes, welche solche Stellung der Juden in ihm ermöglicht hat. Sie ruft dasselbe auf, an ihrer Bekehrung zu arbeiten, aber ebenso eingedenk zu sein der großen Verantwortung, die Gaben und Gnaden, welche Gott ihm von Natur und durch das Christentum hat zuteil werden lassen, zu bewahren und zu pflegen, ein Staats- und Volksleben darzustellen, durch welches die Juden für das Christentum gewonnen werden . . . die unschätzbaren Güter der christlichen Ehe, der christlichen Schule, der christlichen Obrigkeit zu erhalten, beziehungsweise wieder zu erwerben." Der Minister des Innern richtete am 31. August an die Regierungspräsidenten eine neue verschärfte Weisung über die fortdauernden Exzesse gegen die Juden; besonders soll den agitatorischen Vorträgen entgegengetreten werden. Trotzdem fand wieder eine Judenverfolgung am 4. September in Stolp (Pommern) statt; jüdische Häuser wurden demoliert. Das Berliner „Deutsche Tageblatt" schob die Schuld den Provokationen der Juden zu. In Berlin wurden Zettel verstreut mit den Worten: „Juden 'raus!"

Schwer wurde es in Baden verspürt, daß die Verwaltung der verstaatlichten preußischen Eisenbahnen ihr partikulares Interesse verfolgte und den Verkehr, wo es nur möglich war, von nichtpreußischen Bahnen abzulenken bemüht war.

In Württemberg wurde die Frage des Vagantentums als einer allgemeinen Landplage beraten.

Der „Reichsanzeiger" vom 21. Januar konnte über die neuesten Fortschritte des 1874 auf Anregung des Ministers Stephan zu Bern gegründeten Weltpostvereins berichten. Nichts schien so sehr zu einem Zustand allgemeinen Friedens und der Freundschaft beizutragen, zur Verbreitung der Zivilisation, zur Herstellung gegenseitigen Vertrauens; es schien einer der entschiedensten Schritte auf dem Wege nach vorwärts zu sein.

Weltpostverein.

Am 26. Februar erfolgte der feierliche Einzug der Prinzessin von Schleswig-Holstein in Berlin und am 27. deren Vermählung mit dem Prinzen Wilhelm, dem gegenwärtigen Deutschen Kaiser. „Das ganze deutsche Volk blickte mit Befriedigung auf diese Verbindung, durch die ein unleugbares Unrecht gesühnt und der schleswig-holsteinischen Frage ein Abschluß gegeben wurde, wie er schöner nicht gedacht werden konnte."

Die deutsche Seehandelsgesellschaft (Samoa) wandelte sich am 20. März in eine Handels- und Plantagengesellschaft um ohne Garantie.

Als der neue Zar Alexander III. dem Kaiser Wilhelm zu seinem 85. Geburtstag 22. März ein Glückwunschtelegramm schickte, soll dieser vor Freude ausgerufen haben: „Vom neuen Kaiser die alte herzliche Treue und Freundschaft — das tut wohl!" Der deutsche Kronprinz reiste zum Leichenbegängnis nach Petersburg; dort versicherte er einer Deputation der Deutschen in Moskau, daß die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten fortbestehen werden, da sie nicht nur für diese, sondern für den Frieden von ganz Europa nötig seien.

Die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit Zar Alexander III. zu Danzig, 9. September, war ohne Bedeutung; es fehlte dabei der wichtige Minister des Innern, Graf Ignatieff.

Moltke als Leiter des großen Generalstabs stellte im September seinen Bericht über eine Befestigung Kiels nach der Landseite und die Erbauung des Nordostseekanals fest. Die Blätter erörterten anfangs Dezember einen Erwerb der Insel Helgoland; ihr Besitz wäre für das Reich von großer Wichtigkeit zur Sicherung seiner Küsten im Kriegsfall, während sie für England ziemlich wertlos sei. Die Sache wurde erst nach Bismarcks Rücktritt im Jahr 1890 aktuell.

In den letzten Jahren war viel polnischer Großgrundbesitz in Posen in deutsche Hände übergegangen; doch merkte man bei den Wahlen zum Reichstag nichts von einer Germanisierung dieser Provinz.

Sozialpolitik.

Drei christliche Sozialpolitiker sahen die Lösung der sozialen Frage in der Umkehr des Strebens nach Gewinn und Ausbeutung zur kirchlichen Lehre von der Entsagung und dem Opfer: J. Albertus, Die Sozialpolitik der Kirche; Franz Hitze, Die soziale Frage (1877), Die Quintessenz der sozialeu Frage (1879), Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft (1881); Georg Ratzinger, Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen, ethisch-soziale Studien über Kultur und Zivilisation. Alle drei sahen im Kampf des Kapitalismus, des Mammons gegen den Geist der Kirche das Wesen der Frage. Einerseits christliche Kaiseridee, anderseits heidnischer Imperialismus als Spitze der auf dem Materialismus gegründeten, selbstsüchtigen und rücksichtslosen Herrschaft der physischen Macht. Keine Sozialreform sei ohne Reform des Staates, der Verfassung möglich. Reorganisation der Stände sei das Ziel. Der Liberalismus eliminiert die Mittelglieder zwischen Individuum und Staat: Familie, Gemeinde, Korporation, Stand. Der Sozialismus ist darin noch radikaler. Der Staat ist nicht nur Rechtsstaat, sondern die Liebe ist das positive und eigentlich konstitutive Element der Gesellschaft. Der christliche Staat ist Solidarität, Gegenseitigkeit. Daher obligatorische Innungen. Die Arbeiterfrage ist keineswegs die soziale Frage, wozu man sie aufbauschen will; sie bildet nur einen Bruchteil des Ganzen. Politische Parteien wollen herrschen und unterdrücken; dagegen üben Stände, Korporationen nur ihre ihnen zukommende Macht mit dem entsprechenden Maß aus. Ratzinger fand den größten Reichtum an sozialen Gedanken bei den Kirchenvätern, so bei Ambrosius, wogegen die Scholastiker schon ärmer geworden seien. Die wirkliche Geschichte der Zivilisation seit 1800 Jahren ist die Geschichte des Einflusses des christlichen Geistes, der christlichen Liebe auf den Eigennutz der Völker. Darwin hat selber eingestanden, daß seine grausame materialistische Lehre vom Kampf ums Dasein nichts anders sei als die malthusianische Sozialtheorie, „mit vervielfachter Kraft auf das ganze Tier- und Pflanzenreich angewandt". Darwin hat in doktrinärer Weise ein sozialpolitisches Modevorurteil seiner Zeit auf die Naturwissenschaft übertragen, dilettantisch und frivol. Gegen Egoismus und Naturgesetz muß aber auch die Geltung von Mächten wie Liebe und Freiheit anerkannt werden. Freilich hatte schon vor Jahren der Sozialreformer A. V. Huber von den materiell sehr wohl gedeihenden

Pionieren von Rochdale den Seufzer vernommen: „Wo finden wir eine neue Liebeskraft?"

„Die Innung", Organ der sozialkonservativen Vereinigung für das deutsche Handwerk, erschien unter Dr. Polakowskis Leitung in Berlin als Mittelpunkt der auf die Schöpfung obligatorischer Innungen gerichteten Bestrebungen.

L. Gumplowicz behandelte grundsätzlich das Problem „Rechtsstaat und Sozialismus", Lor. v. Stein das Wesen und die Geschichte des Grundbesitzes in den „Drei Fragen des Grundbesitzes und seiner Zukunft" (die irische, die kontinentale und die transatlantische Frage); Alex. Peez trat bedeutsam gegen „Alt- und Neu-Phönizier" (England) auf (Allgem. Ztg., 13. Jan. ff.). In gleichem Sinn schrieb Lorenz v. Stein über „Hannibal in England" (Allgem. Ztg., 28. Febr.), das heißt über Englands Methode, sein Weltreich durch Söldner aufrechtzuerhalten.

Sozialisten.

Im Reichstag suchte Ende März der Sozialdemokrat Auer die deutsche Sozialdemokratie nach Kräften von der Richtung Most und Hasselmann und vom russischen Nihilismus zu scheiden. Minister Puttkamer aber meinte, die Tendenz beider Richtungen sei die nämliche, nur die Wege seien verschieden. Nach alter Erfahrung absorbiere die Energie stets die Schwäche; so werde auch die mildere Bebelsche Richtung in die Mostsche aufgehen. Bebel erwiderte: „Der Minister hat unserer Partei vorgeworfen, sie sei revolutionär, international und atheistisch. Ich bestreite dies keineswegs und habe selbst bereits früher im Reichstage offen erklärt, wir erstrebten auf politischem Gebiet die Republik, auf dem wirtschaftlichen den Sozialismus, auf kirchlichem den Atheismus. Revolutionär ist unsere Partei in dem Sinne, daß wir unserer Gesellschaftsordnung eine ganz neue Grundlage zu geben versuchen. Aber es ist durchaus nicht notwendig, daß die Herbeiführung dieses Zieles nur gewaltsam sei. Im Gegenteil, wir wünschen den Weg der Reform, der Gesetzgebung, und Sie selbst sind es, welche die Schuld tragen, wenn dieser Weg verlassen wird."

Ein großer Sozialisten-Hochverratsprozeß wurde im Oktober vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelt. Es handelte sich um den Versuch eines Aufstands bei Gelegenheit der Einweihung des neuen Opernhauses in Frankfurt a. M., 20. Oktober 1880, zu der man den Kaiser Wilhelm erwartete. Flugschriften unter dem Titel „Die revolutionäre Sozialdemokratie", in London hergestellt, erwiesen sich als Manifest des kommunistischen, von Joh. Most geleiteten Londoner Arbeiterbildungsvereins, dessen Organ die Mostsche „Freiheit" war. Die Kommunisten waren in Gruppen organisiert. In Berlin schmuggelte man Flugblätter in die Kasernen; man wollte dort das Reichstagsgebäude, wenn Bismarck anwesend war, mit Dynamit in die Luft sprengen. Die Mostsche Broschüre „Taktik gegen Freiheit" verteidigte seinen „roten" Standpunkt gegen den zahmeren der „blauen" Partei Bebels und Liebknechts. Andre, wie der Angeklagte Davé, bekannten sich als kommunistische Anarchisten nach Proudhon und Bakunin, noch revo-

lutionärer als Most, der nur Blanqui folge. Die Hauptschuldigen wurden zu ein paar Jahren Zuchthaus verurteilt.

In Erinnerung an seine Vermählung vor 34 Jahren (1847) schreibt Bismarck am 28. Juli aus Kissingen an seine Gemahlin: „Ich danke mit dir Gott für alle Gnade, die uns in diesen 34 Jahren widerfahreu ist ... Wie wunderbar hat Seine schützende Hand über jedem von uns fünf wiederholt gewaltet! Ich habe viel Sorgen, Arbeit und Ärger gehabt; aber im Rückblick auf 1/3 Jahrhundert fließt mein Herz in demütiger Dankbarkeit über, in dem Bekenntnis, daß es mir über alles Verdienst und Hoffen gut ergangen ist. Möge Gottes Gnade ferner mit uns sein ...“ — Bismarck sah, nach einem Schreiben vom 24. April (Polit. Briefe, 4, 193) in den „Übertreibungen des Korpslebens einen der Gründe für die Wahrnehmung, das diejenigen Studenten, welche Mangel an Mitteln oder an Neigung vom Korpsleben zurückhielt, in der Regel für das praktische Leben auf dem Gebiete des Wissens gründlicher vorbereitet sind. Es ist dies ein Ergebnis, welches unserer staatlichen Zukunft nicht zum Vorteil gereicht.“ — An die Witwe des Feldzeugmeisters Benedek richtete er folgendes schöne Beileidschreiben: „Möge es Ihnen in Ihrem Schmerze Trost gewähren, daß nicht Österreich allein den Hingang des Waffengenossen Radetzkys betrauert; der Verlust eines tapferen und seinem Kaiser treuen Soldaten wird auch bei uns als ein gemeinsamer empfunden. Gott wird Ihnen Kraft geben, die Prüfung, die er über Sie verhängt, zu tragen.“ Bismarck.

Das Kyffhäuserfest der Studentenvereine betonte das christlich-germanische Ideal und die Reorganisation Deutschlands in diesem echt deutschen Sinne, im Sinne des Antisemitismus, der Lösung der sozialen Frage durch praktisches Christentum. Das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ wurde seitdem in diesem antisemitischen Geiste aufgefaßt.

Moltke wurde gelegentlich eines kurzen Besuches in Kopenhagen von der Bevölkerung mit unverhohlener Abneigung, in Stockholm mit laut geäußerter Sympathie empfangen.

Zu Köln fand am 16. August die Versammlung der internationalen Gesellschaft für Reform und Kodifikation des internationalen Rechtes statt.

Anfangs September richteten 13 Mitglieder des preußischen Volkswirtschaftsrates eine Eingabe an den Reichskanzler für Erwerbung von Kolonien. Es wurde darin gesagt, daß Bismarcks soziale Pläne, wie auch seine Steuerpolitik eine prosperierende Volkswirtschaft und eine wachsende Volkssittlichkeit zur Voraussetzung haben. Diese seien aber zur Zeit nicht vorhanden. Die Milliarde, welche Deutschland jährlich für Kolonialwaren, Roh- und Brotstoffe an das Ausland zahlt, wird erspart, wenn es im Besitz von Kolonien ist, die alles Nötige liefern. Außerdem soll Deutschland vom ausländischen Heringsfang befreit werden. — Auch Hübbe-Schleiden kritisierte in einer kulturwissenschaftlichen Studie Kolonien.

die „überseeische Politik". Er forderte ein deutsches überseeisches Amt; es solle sich entscheiden: Ist der Germanismus deutsch oder englisch? Er zeigte, wie alle großen europäischen Mächte überseeische Politik trieben, während Rußland und Österreich im Zusammenhang mit ihrem Hauptgebiet kolonisierten. Es sei für Deutschland höchste Zeit, wenn es nicht das Nachsehen haben wolle. England betrachte bereits Afrika als ein größeres reicheres Indien. Daher der Kampf um Transvaal.

Richard Wagner. Richard Wagner kam in seinem Aufsatz „Erkenne dich selbst" (Baireuther Blätter) auch auf den Antisemitismus zu sprechen. „Blicken wir auf den heutigen Stand unserer gesamten Wissenschaft und Staatskunst, so finden wir, daß diese, bar jedes wahrhaft religiösen Kernes, sich in einem barbarischen Faseln ergehen ... Wer vor etwa 30 Jahren die Unbefähigung der Juden zur produktiven Teilnehmung an unserer Kunst in Erwägung brachte[1]) und dies Unterfangen nach 18 Jahren zu erneuern sich angeregt fühlte, hatte die höchste Entrüstung von Juden und Deutschen zu erfahren; es wurde verderblich, das Wort Jude mit zweifelhafter Betonung auszusprechen. Was auf dem Gebiete einer sittlichen Ästhetik den heftigsten Unwillen erregte, vernehmen wir jetzt plötzlich in populär-rauher Fassung vom Gebiete des bürgerlichen Verkehres und der staatlichen Politik her laut werden. Was zwischen diesen beiden Äußerungen als Tatsache liegt, ist die an die Juden erteilte Vollberechtigung, sich in jeder Beziehung als Deutsche anzusehen, ungefähr wie die Schwarzen in Mexiko durch ein Blankett autorisiert wurden, sich für Weiße zu halten ... Dem Bekenner einer ‚mosaischen Konfession' wird das Recht zugestanden, ... über die Beglaubigung einer Offenbarung durch Jesus Christus zu diskutieren; diesen betrachten sie (nach der Meinung Disraelis) als einen ihrer überschüssigen kleinen Propheten, von dem wir ein viel zu großes Wesen machten ... Die erstaunlichen Erfolge der unter uns angesiedelten Juden im Gewinn und in der Anhäufung großer Geldvermögen haben unsere Militärstaatsautoritäten mit Verwunderung erfüllt. Wie es uns bedünken darf, scheint die jetzige Bewegung gegen die Juden aber anzudeuten, daß man jene Autoritäten auf die Frage aufmerksam machen möchte, woher die Juden denn das Geld nehmen. Es handelt sich um den Besitz, dessen wir uns plötzlich nicht mehr sicher dünken, während doch aller Aufwand des Staates die Sicherstellung des Besitzes zu bezwecken hat ... Es scheint wohl, daß mit dem Begriffe des Eigentums dem Leibe der Menschheit ein Pfahl eingetrieben worden ist, an welchem sie in schmerzlicher Leidenskrankheit dahinsiechen muß ... So viel Kluges über die Erfindung des Goldes als Kulturmacht gesagt worden ist, so dürfte doch auch der Fluch beachtet werden, dem es von je in Sage und Dichtung ausgesetzt war ... Der geschwundene Glaube ist durch den Kredit ersetzt ... Unsere ganze Zivilisation ist ein barbarisch-judaistisches Gemisch ... Der Jude ist das erstaunlichste Beispiel von Rassenkonsistenz ... selbst die Vermischung schadet ihm nicht ... immer kommt ein Jude wieder zutage ... In Wahrheit hat er gar keine Religion, sondern nur den Glauben an gewisse Verheißungen seines Gottes; die sich auf dieses Leben erstrecken. So braucht der Jude weder zu denken noch zu faseln, selbst nicht zu rechnen; denn die

[1]) Wie Richard Wagner selbst. Vgl. Band 2, S. 661 f., und Band 3, S. 585.

schwierigste Rechnung liegt in seinem jeder Idealität verschlossenen Instinkte fehlerlos sicher im voraus fertig da. Eine wunderbare, unvergleichliche Erscheinung: der plastische Dämon des Verfalles der Menschheit in triumphierender Sicherheit, und dazu deutscher Staatsbürger mosaischer Konfession, der Liebling liberaler Prinzen und Garant unserer Reichseinheit!" Wagner erklärt den Antisemitismus weniger aus dem Rasseninstinkt der „deutschen Rasse, wenn wir eine solche noch annehmen sollten", als aus dem Geist reiner Menschlichkeit. „Vaterland, Muttersprache: wehe dem um sie Verwaisten! Unermeßliches Glück aber, in seiner Muttersprache die Sprache seiner Urväter selbst erkennen zu dürfen! Durch solche Sprachen reicht unser Fühlen und Erschauen bis in das Urmenschentum selbst hinab; weit über das zuletzt uns zugefallene Vaterland, empfinden wir uns der schöpferischen Urschönheit des Menschen verwandt. Und dies ist unsere deutsche Sprache, das einzige echt erhaltene Erbteil unserer Väter ... Wir dürfen nur im väterlichen Boden unserer Sprache nach deren Wurzeln graben, um beruhigenden Aufschluß über uns, ja über das wahrhaft Menschliche selbst zu gewinnen. Und diese Möglichkeit, stets noch aus dem Urbronnen unserer eigenen Natur zu schöpfen, welche uns nicht mehr als eine Rasse, als eine Abart der Menschheit, sondern als einen Urstammm der Menschheit selbst fühlen läßt, sie erzog uns von je die großen Männer und geistigen Helden ... So fragt und forscht denn der echte deutsche Instinkt nur nach diesem Reinmenschlichen ..."

In einem zweiten Aufsatz der „Baireuther Blätter", „Heldentum und Christentum", geht R. Wagner auf des Grafen Gobineau Werk ein: „Versuch über die Ungleichheit der menschlichen Rassen". Mit Beziehung auf den Darwinismus sagt Wagner: „Während gelbe Stämme sich selbst als von Affen entstammt ansahen, hielten die Weißen sich für von Göttern entsprossen und zur Herrschaft berufen." Die Weltgeschichte ist eine Schöpfung der weißen Rasse, das Ergebnis ihrer Vermischung mit der gelben und schwarzen. Der Typus arischen Heldentums ist der arbeitende und duldende Herakles. So ergibt sich für den Arier „aus Stolz und Ehre die Sitte, unter deren Gesetzen nicht der Besitz den Mann, sondern der Mann den Besitz adelt", so daß „ein übermäßiger Besitz für schmachvoll galt und deßhalb von dem schnell verteilt wurde,, dem er etwa zugefallen war". „Wir sehen (von Christus an) den Heiligen in der Extragung von Leiden und Selbstaufopferung für andere den Helden noch überbieten ... Das Blut des Erlösers dürfte so der äußersten Anstrengung des Erlösung wollenden Willens zur Rettung des erliegenden menschlichen Geschlechtes, als Sublimat der Gattung selbst entflossen sein." „Daher der heilbringende Genuß des Blutes Jesu im Sakramente der christlichen Religion zur göttlichsten Reinigung. Daher aber auch die degenerierende Vermischung des heldenhaften Blutes edelster Rassen mit dem zu handelskundigen Geschäftsführern unserer Gesellschaft erzogener, ehemaliger Menschenfresser." „Daß nun aber auf der Grundlage einer wahrhaften, nicht ‚vernünftigen' Moralität eine wahrhaftige ästhetische Kunstblüte einzig gedeihen kann, darüber gibt uns das Leben und Leiden aller großen Dichter und Künstler belehrenden Aufschluß."

R. Wagner schrieb im August an seinen Freund L. v. Bürkel in München: „Die Vorbereitungen der nächstjährigen Aufführung des Parsifal nehmen

ihren Verlauf. Da mir der Besuch meines erhabenen Wohltäters (König Ludwig II.) von der entscheidendsten Wichtigkeit ist, ließ ich es mir vor allem daran gelegen sein, durch einen zweckmäßigen Anbau die Räumlichkeit unseres Bühnenfestspielhauses hierfür würdig in den Stand zu setzen. Da wir für den finanziellen Punkt unseres Unternehmens auf günstige Einnahmen verwiesen sind, war es mir nicht unwillkommen, daß der unternehmende Direktor A. Neumann uns um die käufliche Überlassung des szenischen Inventars zu den Aufführungen des Nibelungenringes, wie es sich noch im Besitz unseres Patronatgutes befindet, anging." In der Tat führte nun Angelo Neumann den Nibelungenring, der ursprünglich nur für Baireuth bestimmt war, in aller Welt auf, indem er mit Berlin (Viktoriatheater) begann.

Joh. Brahms leistete sein vollendetstes Werk in der Vertonung von Schillers „Nänie".

Nietzsche. Es erschien Nietzsches Buch „Morgenröthe". Er sagt darüber: „Mit diesem Buch beginnt mein Feldzug gegen die Moral. Die Moral wird nicht angegriffen, sie kommt nur nicht mehr in Betracht. Es ist das einzige Buch, das mit einem ‚Oder?' schließt." Er bat seine Schwester und seine Mutter, das Buch nicht zu lesen, womit sich die Mutter auch ganz einverstanden erklärte.

Die von Aug. Hartmann und H. Abele in Bayern und Österreich-Ungarn gesammelten „Volksschauspiele" lenkten die Aufmerksamkeit auf einen vergessenen und verkannten Grundstamm unserer Nationalliteratur, geeignet, einer neuen volkstümlichen Kultur zur Anregung zu dienen.

Die deutsche Welt feierte die Erinnerung an die vor einem Jahrhundert erschienene „Kritik der reinen Vernunft" von Kant; es war auch das Jahr von Schillers „Räubern". Man hob damals den skeptischen Charakter von Kants Erscheinung hervor; heute legt man den Hauptwert auf Kants praktische Vernunft, den kategorischen Imperativ, den Wiederaufbau der Ideen von Gott, Freiheit (des Willens) und Unsterblichkeit (der Seele) und sieht in Kant einen Wiederhersteller, einen Beendiger 300jähriger Negation, einen Vorbereiter der Romantik, der Neuscholastik. Nicht im Rationalismus, sondern in der Überwindung des Rationalismus sehen wir heute Kants kulturgeschichtliche Bedeutung. Er steckte der Vernunft Grenzen, um sie dem Glauben zu öffnen.

Herm. Lotze, vorzüglich durch seinen „Mikrokosmos" weiteren Kreisen bekannt, starb als Professor in Göttingen mit der philosophischen Bescheidung: „Nach einer so langen Entwicklungsgeschichte der Philosophie, die alle möglichen Standpunkte mehr als einmal entdeckt und wieder verlassen hat, gibt es kein Verdienst der Originalität mehr, sondern nur noch das der Genauigkeit."

Der hundertste Todestag Lessings wurde am 15. Februar in allen deutschen Gebieten gefeiert; dabei spielte der Antisemitismus wie dessen Widerspiel eine große Rolle. Man irrte beiderseits, den großen Mann lediglich als Aufklärer zu beurteilen, man vergaß, daß Friedrich Schlegel in ihm bereits den Herold der Romantik verehrt hatte. Für Hamburg schuf Schaper eine lebensvolle Statue des Dichter-Theologen. — Kuno Fischer beschäftigte sich in seiner Festschrift zu Lessings Säkularfeier auch viel mit der Ringparabel des „Nathan". Ich habe gezeigt, daß unwillkürlich die romantische Dichtung beweist, daß nur der Ring des Christen echt sein kann, da er tat-

sächlich die angenommene Wunderkraft besitzt. — In seiner Schrift zur Lessingfeier, „Genesis des Nathan", ging Berthold Auerbach auch auf die Judenfrage ein und warnte seine jüdischen Stammesgenossen vor „Verbitterung, Lässigkeit im Vaterländischen, Verdrossenheit in humanen Betätigungen". — Für Döllingers judenfreundlichen Vortrag, „Die Juden in Europa", dankte in überschwenglicher Weise Berthold Auerbach (Allgem. Ztg., 11. Aug.).

Curtius, Adler und Treu berichteten über die Ausgrabungen in Olympia. Friedrich Delitzsch, der Assyriolog, behandelte die Frage: „Wo lag das Paradies?" B. Kugler gab für Onckens „Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen" die Schilderung der Kreuzzüge mit besonderer Betonung ihrer kulturellen Folgen. — „Das Buch vom Schwanenorden, ein Beitrag zu den Hohenzollernschen Forschungen von Graf Stillfried und S. Häule," gab die Urschrift der Ordensstatuten von 1443. Zu diesem Werk, das dem deutschen Kronprinzen gewidmet war, bemerken die „Historisch-politischen Blätter": „Wer weiß, ob nicht die Erinnerung an die Zeit seiner katholischen Ahnen eine ähnliche Denkweise in ihm hervorruft, wie wir sie bei seinem edelmütigen Oheim Friedrich Wilhelm IV. zu unserer Freude bewährt gefunden haben!" Diese Ahnung traf allerdings nicht völlig ein. Der Schwanenorden war nämlich 1440 vom brandenburgischen Kurfürsten Friedrich II. „zu Ehren und Lob Unserer Lieben Frau" gestiftet worden. — Die „Historisch-politischen Blätter" bringen (88, 514) sehr wichtige Auszüge aus der ungedruckten Korrespondenz des Vicomte de Bonald zur Geschichte von 1820—1839. Ich würde sie sehr gern bei einer neuen Ausgabe dieser Annalen benützen. Olympia.

Mit Recht rühmte die Kritik den auch von mir hier fleißig benützten „Europäischen Geschichtskalender" von H. Schultheß als einen „zuverlässigen Führer in der politischen Geschichte der Gegenwart, unentbehrlich für den wissenschaftlichen wie für den politischen Gebrauch, ein Quellenbuch für den Historiker und Publizisten". Nur schade, daß der Autor, statt seine Auszüge aus Zeitungen und Parlamentsreden objektiv kritisch zusammenzustellen, immer wieder sein völlig unmaßgebliches, überflüssiges persönliches Urteil mit leidenschaftlicher Vordringlichkeit dem Leser aufdrängt. — F. A. v. Lehner behandelte die „Marienverehrung in den ersten Jahrhunderten". — Der altkatholische Bischof Reinkens gab in gefärbter Weise eine Biographie von Melchior v. Diepenbrock. — In der „Allgemeinen Zeitung" behandelte H. Schuchardt eingehend die neueste Calderonliteratur, J. Sepp Alberts des Großen Denkmal in Lauingen, Robert Vischer den Maler Bernhard Strigel; Karl Witte fragte, ob Dante adeliger Herkunft war.

Virchow zeigte in einem Vortrag über „die Deutschen und die Germanen", wie schwer es sei, den Typus des Urgermanen nach den vorhandenen Merkmalen festzustellen (Allgem. Ztg., 25. Febr.).

Spyridion Lambros gab die griechischen Romane aus dem byzantinischen Mittelalter heraus. Juliette Lamber (Madame Adam, Herausgeberin der „Nouvelle Revue" in Paris) schrieb über die zeitgenössischen griechischen Dichter. Julius Langbehn, später berühmt geworden durch seinen „Rembrand als Erzieher", begann mit einer archäologischen Schrift über die Flügelgestalten der ältesten griechischen Kunst.

Mit Julius Wolffs „Tannhäuser" erreichte die damals herrschende Butzenscheibenpoesie ihren Höhepunkt, dem bereits der Niedergang folgte.

Sowohl der Wiener Festzug von 1878 wie der Kölner von 1880 erschienen in Prachtwerken.

Sowohl im Deutschen Reich (Kiel) wie in Österreich (Pola) wurden Versuche mit Torpedos angestellt.

Das Eberharddenkmal in Stuttgart von Paul Müller erhob sich aus der Langeweile gewöhnlicher Monumente durch die poetische Darstellung jenes von Justinus Kerner besungenen Gedankens des „reichsten Fürsten": „daß in Wäldern, noch so groß, ich mein Haupt kann kühnlich legen jedem Untertan in' Schoß". Ebenso poetisch war das neue Hölderlindenkmal in Tübingen von Emmerich Andresen aus Dresden. Was es darstellt, drückte die von Robert Hamerling in Graz verfaßte Inschrift treffend aus: „Dem hohen Sänger, der durch Wolkennacht emporgestrebt zum Lichtreich ew'ger Schöne, verschwisternd mit dem Reiz der Griechentöne des deutschen Sanges urgewalt'ge Macht, ihm sei aus Geniushänden dargebracht der ewig grüne Stirnschmuck der Kamöne." Der Künstler stellte nämlich lediglich den Genius mit Stern und Kranz dar in herrlicher, erhebender Gestaltung (Ill. Ztg., 10. Sept.).

Rothenburg an der Tauber wurde wegen seines Festspiels „Der Meistertrunk" und seiner baulichen Unberührtheit berühmt. Das Festspiel trat an Stelle des alten Kirchweihmontags mit dem fröhlichen Lagerleben der vormaligen, nun aufgehobenen Landwehr.

Die Albrechtsburg in Meißen wurde wiederhergestellt; überflüssig und stilwidrig aber war es, daß man die alten Räume mit modernen historischen Wandmalereien ausschmückte.

In manchen modernen Bauten, so in denen des deutschen Bundesschießens in München, zeigte sich das Bestreben nach heimischer urwüchsiger Stilweise. Es machte sich auch das Bestreben geltend, den Typus des altdeutschen Dreifensterwohnhauses mit der „Diele" (englisch: Hall) wieder zu beleben (Ill. Ztg., 21. Mai).

Außer Bismarck erhielt nun auch Moltke bei Lebzeiten ein Standbild in Köln.

Das Gustav-Adolf-Denkmal bei Breitenfeld wurde erneuert; es trug die aus dem Jahre 1831 stammende Inschrift: „Glaubensfreiheit für die Welt — rettete bei Breitenfeld — Gustav Adolf, Christ und Held. Den 7. September 1631."

Am 12. Mai wurde in Berlin die von Siemens und Halske gebaute, 2½ Kilometer lange elektrische Bahn, die erste dieser Art für den Betrieb gebaute Eisenbahn in Europa, eröffnet. Auch die elektrische Beleuchtung erfuhr durch Siemens und Halske in Berlin die entscheidende Verbesserung. Man verglich die Bedeutung des Dr. Werner Siemens mit Recht mit dem bahnbrechenden Geiste Georg Stephensons. Seine „gesammelten Abhandlungen und Vorträge" erschienen zu Berlin.

Neben Frankreichs Kolonialpolitik war für die Mittelmächte die Entwicklung des russischen Nihilismus von großer Bedeutung. Nach mehreren mißglückten Versuchen und entdeckten Verschwörungen erlag Zar Alexander II. am 13. März dem wiederholten Mordanschlag. Die erste

Zar Alexander II. †

Bombe platzte unter dem Wagen des Zaren. Er war unverletzt, stieg aus dem arg zugerichteten Gefährt und wandte sich teilnehmend einigen Verletzten zu. Da warf ein zweiter noch eine Bombe, die zu den Füßen des Monarchen fiel und ihn furchtbar verstümmelte. Der Zar wurde in den Palast gebracht und starb bald in Anwesenheit der Fürstin Dolgoruki, seiner morganatischen Gemahlin. An der Stelle des Attentats wurde ein Altar, später eine Kapelle errichtet. Die zylinderförmigen Bomben waren mit vollendeter Kunst verfertigt.

Nihilismus.

Der Zusammenhang des Nihilismus mit der roten Internationale erhellte aus den Ausbrüchen teuflischer Freude über den endlich gelungenen Kaisermord in den Pariser Blättern dieser Richtung. Rochefort erzählte im „Intransigeant" mit kannibalischem Behaben, daß er bei seinen Gesinnungsgenossen in Genf nähere Erkundigungen eingezogen habe. Der Ausschuß zur Vollstreckung des schon 1879 über Alexander II. gefällten Todesurteils habe fünf Personen gewählt, die Bomben werfen sollten; etwa dreißig hätten sich dazu freiwillig erboten. Wäre auch die zweite Bombe fehl gegangen, so waren noch drei andere bereit. Seit dem Versuch in Moskau hätten die Nihilisten die Anwendung des Dynamits und Knallsilbers studiert. Man habe eine vollständige Fabrik dazu eingerichtet. Die nihilistischen Flüchtlinge in Genf hatten sehnlichst auf Kunde gewartet und bei der ersten Nachricht sich auf öffentlicher Straße umarmt und miteinander getanzt. In Genf und London wurden Sammlungen veranstaltet, um den bedrohten Freunden die Flucht aus Petersburg zu ermöglichen.

Einen Beweis von der Verwegenheit und Schlauheit der Verschwörer und von der Ohnmacht der Petersburger Polizei lieferte die Entdeckung eines Minenganges unter einer Straße, die man gegebenenfalls mit dem dort gefundenen Dynamit in die Luft sprengen wollte. Auf die Kunde eines gemeinsamen Vorgehens der Mächte gegen die Revolutionspartei erhob sich in den radikalen Blättern der Schweiz, Frankreichs und Englands ein Sturm von Gegenverwahrungen über das Asylrecht, das heißt das Recht, diese Staaten für allgemeine Mord- und Verschwörungspläne zu benutzen. Fürstin Katharina Dolgoruka (Juriewska) schnitt sich ihr schönes Haar ab und legte es dem toten Gemahl in den Sarg, wie dieser einmal es gewünscht hatte.

Wie wenig die Polizei der Verschwörung Herr werden konnte, zeigte die Tatsache, daß das nihilistische Exekutionskomitee am Tage nach dem Mord aus der Geheimdruckerei der „Narodnaja Wolja" eine Proklamation erlassen konnte, in der es die Vollstreckung des „Todesurteils" an dem Zaren anzeigte. Sein Sohn wurde vor dem Beispiele seines Vaters gewarnt.

Zar Alexander III.

Die Lage des neuen Zaren Alexanders III. war eine schwierige, nicht nur der Revolution gegenüber, sondern auch in seiner Familie und bei seinen Räten. Man nahm an, der ermordete Zar habe einen Entwurf zu einer europäisch geformten Verfassung hinterlassen. Aber die anfänglichen Vorsätze, auf diesem Weg weiterzugehen, gerieten bald ins Stocken. Graf Loris Melikoff trat zurück. Pobedonoszeff, der frühere Erzieher des neuen Zaren, gewann über ihn den stärksten Einfluß und bewog ihn, die ererbte altgewohnte selbstherrliche Gewalt ungeschmälert

aufrechtzuhalten. Das geschah in einem Manifest vom 11. Mai; darin hieß es: „In unserer Betrübnis befiehlt uns Gottes Stimme, fest die Zügel der Regierung zu halten in der Zuversicht auf die göttliche Vorsehung und in dem Glauben an die Kraft und Wahrheit der selbstherrlichen Gewalt, welche wir berufen sind, zu befestigen und zu bewahren vor jeder Anfechtung zum Wohle des Volkes." Das nihilistische Exekutivkomitee erließ alsobald am 14. Mai ein Gegenmanifest: „Die Befreiung des russischen Volkes wird kommen, weil sie kommen muß!"

Die Regierung schob die Hauptschuld an den revolutionären Ereignissen auf die Tätigkeit der nihilistischen Flüchtlinge im Ausland und regte bei den Mächten eine Beschränkung des Asylrechts an; aber damit fand sie weder in Frankreich noch in England einen Anklang.

Großfürsten.

Viel gefährlicher war die Haltung mancher Großfürsten der Herrscherfamilie; Nikolaus Konstantinowitsch, der älteste Sohn des ältesten Bruders des ermordeten Zaren, wurde wegen staatsgefährlicher Umtriebe festgenommen und interniert. Großfürst Konstantin wurde eines Teiles seiner Ämter und Würden enthoben. Großfürst Nikolaus, der Oheim des Kaisers, ging ins Ausland. Nach einem Versuch, die Regierung von Petersburg nach Moskau zu verlegen, zog sich der verschüchterte Zar nach Gatschina zurück; aber selbst dort, wo man wie in einer Festung lebte, hörte man von nihilistischen Umtrieben. Man war ganz ratlos. Die Krönungsfeierlichkeiten mußten verschoben werden. Man besprach schon öffentlich die Folgen des nächsten zu erwartenden Mordes am neuen Zaren und wer dann die Regierung für die unmündigen Kinder übernehmen werde. Man sprach von Palastintrigen, vom Zusammenhang der höchsten Kreise mit dem Nihilismus, von der Tatsache, daß alle Revolutionen nicht von unten, sondern von oben ausgehen. Es erfolgten immer neue Prozesse und Verurteilungen, aber es blieb kein Zweifel, daß man dem eigentlichen Herde des Nihilismus und der revolutionären Aktion nicht auf der Spur war.

Judenhetzen.

Eine Nebenerscheinung waren die Judenhetzen, die sich über den größeren Teil von Rußland ausbreiteten. Damit standen sonstige Brandstiftungen im Zusammenhang, die man zumeist den Nihilisten zuschrieb. An deren Stelle traten allerdings bald auch die Panslawisten mit ihrem Deutschenhaß. Das Militär zeigte sich unzuverlässig, die Trunksucht nahm überhand. Die ganze Gesellschaft war von tiefer Niedergeschlagenheit ergriffen. Zwei Drittel des Reichs lagen überhaupt außerhalb des wirksamen Einflusses kaiserlicher Dekrete. Wie sollten da Reformen möglich sein! Die Polizei war todmüde des aussichtslosen Kampfes gegen den unangreifbaren inneren Feind. Dieser streute in unglaublichen Massen seine Brand- und Aufruhrschriften aus, wußte deren in eine einzige Kaserne über 3000 Stück hineinzubringen, und der Zar raste darüber, daß die Polizei gar nichts erwischte. Allabendlich lautete der Rapport, es sei nichts bemerkt worden,

während die Verschwörer sich das Vergnügen machten, dem Stadthauptmann eine Probe ihres neuerfundenen Gelatine-Dynamits zuzusenden. Seit November wurden die Hinrichtungen nicht mehr öffentlich, sondern in geschlossenem Raum vor wenigen Zeugen vorgenommen.

Indessen ging die Vergrößerung des Riesenreiches wie automatisch weiter. Das russische Heer ging gegen die Turkmenen vor, Skobeleff erstürmte Geok Tepe und Denfil Tepe. England wurde darüber unruhig, es fürchtete, Skobeleff könnte auch Merw angreifen; der allzu glückliche Feldherr wurde daher zurückberufen und durch General Rorberg ersetzt. — Mit China wurde ein Vertrag wegen des Kuldschagebietes unterzeichnet. Am 7. November feierte man das dreihundertjährige Jubiläum der Annexion Sibiriens. Turkmenen.

Franz v. Löher schilderte „Rußlands Werden und Wollen", den dunklen Hang und Zug der russischen Volksseele, das drohende, unheimliche Wesen der russischen Entwicklung, diese Mischung von Aufruhr und Despotismus, den Gemeindebesitz mit seinen Nachteilen, die frühere Leibeigenschaft als notwendige Maßregel, den nomadischen Geist zu beschränken, die Mißschöpfung der politischen und sozialen Romanliteratur, die Presse als Ersatz des Parlamentarismus, ebenso despotisch wie dieser, die Tendenz der Nihilisten, die alten Teilfürstentümer wiederherzustellen u. s. w.

Die Zustände in Großbritannien waren angesichts der irischen Bewegung nicht viel besser als in Rußland. Den Feniern wurden wiederholte Versuche zugeschrieben, die Docks in Liverpool und das Hauptzollamt in London in Brand zu stecken. Gegen Irland legte Gladstone eine Zwangsbill vor. Die Obstruktion der Parnelliten suchte dies in zweiundzwanzigstündiger ununterbrochener Verhandlung vergebens aufzuhalten. Der große Prozeß gegen Parnell in Dublin blieb erfolglos und endete mit Parnells Triumph. Es bildete sich in Irland neben der Landliga auch eine Frauenliga, an deren Spitze die Schwester Parnells stand. Eine neue Resolution des Parlaments gab dem Sprecher die Gewalt, jede Obstruktion zu brechen. Auf Grund der Zwangsbill füllten sich die irischen Gefängnisse. Gladstone suchte durch eine neue irische Landakte zu vermitteln, befriedigte aber keine der beiden Parteien. Über Dublin, Cork, Kilkenny und andere irische Städte mußte der Belagerungszustand verhängt werden. Trotz all dem nahmen die Agrarverbrechen zu. Dazu gesellte sich die religiöse Schwärmerei; man sah das marmorne Wunderbild zu Knock die Augen bewegen, die Pilger segnen. Die Landliga blieb mächtiger als die Regierung. Eine Reihe neuer Brandlegungen in London, Liverpool, Birmingham, Glasgow, Chester, Hereford ging nach den offenen Erklärungen des Feniers Rossa von einer irischen „Scharmützler-Gesellschaft" aus, die er in den Vereinigten Staaten gestiftet hatte, um das verhaßte Irland. Parnell.

England systematisch zu vertilgen. Im Juli hatte man bereits 200 Verdächtige in Irland eingekerkert, ohne daß sich etwas im Lande änderte.

Mitte September trat ein von der Landliga einberufener irischer Nationalkonvent in Dublin zusammen; es fanden sich etwa 1200 Delegierte ein, Pächter, Geistliche, Arbeiter; Parnell führte den Vorsitz. Aus all den leidenschaftlichen Reden tönte der Ruf: Trennung von England, eigenes Parlament, gänzliche Abschaffung des Gutsherrentums, gar keine Pachtzinse mehr! Die äußere Ruhe und der Anstand wurden dabei nicht ein einzigesmal gestört. Die erste Resolution besagte, „daß der Nationalkonvent die Ursache der politischen und sozialen Übel lediglich in dem verruchten System der Fremdherrschaft finde; Irland wird nicht eher glücklich und zufrieden sein, bis es in den Genuß der Selbstregierung tritt, ein Recht, das es nie eingebüßt und aufgegeben hat, und für dessen Wiedererlangung es nicht aufhören wird, mit aller Kraft zu ringen." Damit nahm die Landliga das volle politische Programm der Homeruler an. Das Zwangsgesetz wurde verdammt, das Gutsherrentum abgelehnt, die neue Landakte als unzulänglich erklärt. Es wurde dazu aufgefordert, sich nur irischer Manufakturerzeugnisse zu bedienen.

In einer Rede zu Cork am 2. Oktober erklärte Parnell, der Pachtzins in Irland betrage nun 17 Millionen Pfund, früher waren es nur drei Millionen, und mehr dürfe keineswegs gezahlt werden. In ganz Irland wurde der Abfall von England offen gepredigt: Irland für die Iren! Der neue Verein „Jung-Irland-Gesellschaft" hatte zum Ziel: Nieder mit der englischen Herrschaft in Irland! Nach einem Kabinettsrat in London über diese Zustände ging Forster, der Minister für Irland, nach Dublin und ließ Parnell am 13. Oktober verhaften, wegen des Verbrechens der Aufreizung und Einschüchterung der Pächter, das Pachtgeld nicht zu zahlen und von den durch die Landbill gebotenen Vorteilen keinen Gebrauch zu machen. Aber der Sitz der Landliga wurde nun einfach nach Liverpool verlegt, O'Connor übernahm deren Leitung und in Irland arbeitete die Frauenliga, ja sogar eine Kinderliga, weiter. Ein noch von Parnell selbst unterzeichnetes Manifest vom 18. Oktober erließ den Ruf: „Keine Pachtzahlung mehr, bis die Regierung den Terrorismus aufgibt und dem Volk seine konstitutionellen Rechte wiedergibt! Laßt euch nicht einschüchtern! Gegen den passiven Widerstand einer ganzen Bevölkerung hat die Militärgewalt keine Waffen! Man kann eine ganze Nation nicht ausweisen oder ins Gefängnis setzen! Unsere verbannten Brüder in Amerika werden uns helfen. Der Gutsherr aber, der euch ausweist, ist ein ruinierter Bettler . . ." Man suchte nun die Pächter durch günstige Behandlung von seiten des Landgerichtshofs zu gewinnen; darüber waren aber wieder die Grundbesitzer sehr betroffen. Durch Listen und passive Widerstände wehrten sich die Iren und behielten immer wieder die Oberhand in diesem Ringen, so daß man im Dezember in London einen Fonds sammeln mußte, um die leidenden Grundeigentümer Irlands zu unterstützen. Das unterdrückte Organ der Landliga „United Ireland" erschien im geheimen weiter, wahrscheinlich in England gedruckt. Gegen die Frauenliga wagte man doch nicht mit Gewalt vorzugehen. All das wurde auch sehr gegen die Parteiregierung der Whigs ausgenützt.

Nun machte sich aber auch schon in Schottland eine Agitation unter

den Pächtern bemerkbar. Sie verlangten auf einem Meeting zu Aberdeen 1. Dezember Herabsetzung der Pachtzinse und andere einschneidende Reformen. Es wurde ein schottischer Pächterbund gebildet, der die Regierung zur Lösung der schottischen Bodenreformfrage aufforderte.

London, seit Jahrhunderten der Herd der Revolution, sah auch die Tagung der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ vom 14.—19. Juli. Die Sitzungen waren geheim; es wurde folgende prinzipielle Erklärung veröffentlicht: „In Erwägung, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation für notwendig befunden hat, an die Propaganda des Wortes und der Schrift die Propaganda der insurrektionellen Tätigkeit zu knüpfen, und in weiterer Erwägung, daß der Zeitpunkt einer allgemeinen Empörung nicht mehr weit entfernt ist und daß die revolutionären Elemente aller Länder berufen sind, ihre ganze Tatkraft für die Sache des Proletariats zu entfalten, spricht der Kongreß den Wunsch aus, daß sämtliche an die Internationale Arbeiter-Assoziation angeschlossenen Gruppen folgende Vorschläge besonders berücksichtigen mögen: Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, alle Kräfte anzuwenden, um durch Taten die revolutionäre Idee und den rebellischen Geist in dem Teil des Volkes zu verbreiten, der sich noch der Bewegung fernhält und sich noch Illusionen über die Wirksamkeit der gesetzlichen und moralischen Mittel hingibt. Von dem gesetzlichen Wege, auf dem man im allgemeinen bis heute zuviel verweilt, zu dem ungesetzlichen, der nur allein zur Revolntion führt, übergehend, ist es notwendig, solche Mittel zu wählen, welche mit dem Ziel im Einklang stehen. Namentlich bei der großen Masse der Landarbeiter, welche noch außerhalb der Bewegung stehen, ist es unbedingt notwendig, dahin zu wirken, daß sie in diese Bahnen einlenken. Taten wirken mehr auf das Volk als Tausende von Schriften und schönen Reden. Die Notwendigkeit der Einrichtung der geheimen Presse hat sich durch die Verfolgungen der öffentlichen revolutionären Presse in allen Ländern vollständig bewährt. Der Kongreß empfiehlt allen Organisationen und Personen, welche sich der Internationalen Arbeiter-Assoziation anschließen, das eifrige Studium der technischen und chemischen Wissenschaften, welche der revolutionären Sache schon große Dienste geleistet und berufen sind, noch größere in der Zukunft zu leisten.“ Das war offen geredet, aber von einem knabenhaften Gepolter; ein im Kern harmloses Geschwätz, dem nur sehr wenig Tatsächliches entsprach. Die Regierung ließ daher diese Leute ungestört reden. Nur den deutschen Sozialdemokraten Most nahm sie aufs Korn, der in seiner „Freiheit“ die Ermordung des Zaren allzu rücksichtslos gefeiert hatte. Seine Druckerei wurde geschlossen, er wurde verhaftet, angeklagt und am 20. Juni zu 16 Monaten Zwangsarbeit verurteilt wegen Beleidigung eines mit England befreundeten Herrschers und wegen Aufforderung zum Mord.

Internationale Arbeiter-Assoziation.

Eine große Niederlage erlitt das englische Ansehen durch den erfolg-
Buren. reichen Abfall der Buren in Transvaal. Entscheidend war deren sieg-
reiche Erstürmung des Majubahügels am 27. Februar. Es fanden sofort Unterhandlungen statt. Den Buren wurde am 4. August volle Unabhängigkeit in der Regulierung ihrer inneren Angelegenheiten zugestanden, nur die auswärtigen Beziehungen sollten durch den englischen Protektorstaat kontrolliert werden. Die Republik wurde förmlich am 8. August wiederhergestellt, die amtliche Sprache sollte nur die holländische sein. Allerdings war der Volksrat, der am 23. September in Pretoria zusammentrat, wenig befriedigt über die Abmachungen mit England. Überhaupt trat in ganz Südafrika, auch in der Kapkolonie, eine Reaktion der holländischen Elemente gegen die englischen zutage.

Die Verhältnisse in Afghanistan waren ungeklärt. Die russische Politik hatte sich dort eine Weile als erfolgreicher erwiesen. Immer besorgter wurde man um den Suezkanal. Schon um den Franzosen in Tunis die Wage zu halten, mußte England suchen, Herr von Ägypten zu werden.

Die Bedeutung der französischen Aktion gegen Tunis wurde in England erst spät entdeckt, aber dann mit doppelter Energie für englische Pläne ausgenützt.

Disraelis Tod änderte wenig am Zustand der Parteien. Die Agitation für Schutzzölle machte sich bereits auch in England verschämt als „fair trade“ geltend.

Disraeli. Disraelis Aufstieg und Niedergang war mit der von ihm vertretenen Idee des Imperialismus verbunden, gegen die sich denn doch als gegen ein assyrisch-babylonisches Ideal der semitischen Politik der germanische Sinn des englischen Volkes lange Zeit sträubte.

Bei der Vermählung des Barons Leopold v. Rothschild in London mit Marie Perugia aus Triest war auch sein Logenbruder, der Prinz von Wales, Großmeister der englischen Freimaurer, anwesend. Überhaupt scheint um diese Zeit das Freimaurerwesen sehr im Schwang gewesen zu sein.

Man bemerkte übrigens doch, daß es in Deutschland unter den hohen Militärs wohl Freimaurer gebe, aber keine, die den leitenden Regierungskreisen angehörten; dagegen war in England der neuernannte Staatssekretär des Innern, Lord Roseberry, Mitglied der Loge.

Darwin. Darwins neuestes Buch beschäftigte sich mit der „Formation der vegetabilischen Erdkruste durch die Tätigkeit der Regenwürmer“. Er zeigte auf Grund von Versuchen und Beobachtungen, daß die Regenwürmer die Hauptarbeit der Verwandlung von Gestein und Sand in eine nützliche Humusschicht leisten, indem sie den Boden rastlos durchwühlen, zerkleinern, umpflügen, verdauen, der Verwitterung aussetzen. Das Verdienst dieser Entdeckung erscheint wichtiger, exakter, beweisbarer als seine widersinnige Annahme einer Entstehung der Arten durch mechanischen Zufall ohne jede Zielstrebigkeit. Die Würmer schaffen innerhalb eines Jahrzehnts eine Vermehrung der Humusschicht um 1 bis $1^1/_2$ Zoll. Nach Darwin sind durch die Würmer auch die antiken Steinwerke allmählich unter den Humus hinabgesunken.

Wir Deutsche haben allen Grund, einen Kranz auf das Grab des
Carlyle. englischen Deutschenfreundes Carlyle niederzulegen. Er hat das tiefe Wesen

des deutschen Geistes kongenial erkannt, indem er sagte: „Die deutsche Poesie wurde dadurch groß, daß sie die Kunst zur Trägerin der höchsten Ideen erhob; über dem Boden des allgemeinen Zweifels, des Mechanismus, der glaubenslosen Resignation richtete sie sich auf am Glauben, daß Religion und Poesie nicht sterben können." Er war besonders von der deutschen Romantik ergriffen, die er mit Recht bereits durch die Klassiker vertreten fand. Er hat sich auch dadurch das größte Verdienst erworben, daß er 1870 dem englischen Deutschenhaß kühn, entschieden und erfolgreich entgegenwirkte.

Das Vorgehen Frankreichs in Tunis war außer für Italien auch für Spanien sehr bedenklich. Hier herrschte schon eine gewisse Abneigung Spanien. gegen das republikanische Frankreich, und der Ministerpräsident Canovas mußte zu Anfang des Jahres die Gerüchte von einem Bündnis mit dem Deutschen Reich und Österreich, das auf eine Wiederherstellung der spanischen Großmachtstellung abzielen sollte, als unbegründet erklären. Das neue Ministerium Sagasta war noch wesentlich liberaler und Frankreich geneigter, als die tunesische Frage die Gemüter wieder gegen den rücksichtslosen Nachbar erbitterte. Die Blätter erörterten die Frage eines spanischen Protektorats über Marokko als Gegengewicht. Dazu kam die Empörung über die gefährdete Lage der spanischen Kolonisten in Algier; deren 20.000 mußten aus Oran zurückkehren, und Frankreich entschloß sich endlich, sie zu entschädigen, um nicht Europas Unwillen noch mehr zu erregen.

Spanien fand mit Recht seinen größten Ruhm in der Calderonfeier († 25. Mai 1681). Der deutschen Kultur war Calderon durch die Romantiker angeeignet. Richard Wagner, der größte Romantiker, stellte ihn seines Tiefsinns wegen noch über Shakespeare und die Griechen. Goethe hatte in ihm die verkörperte Poesie gesehen. „Blüte jede Silbe, jedes Wort Musik!" rühmten von ihm die Spanier.

In Portugal war wieder die Volksstimmung gegen den mit britischer Gewalt durchgesetzten Delagoavertrag erbittert. Es entstanden Unruhen in Lissabon. Der König kam mit dem von Spanien an der Grenze zusammen, was Gerüchte über große politische Pläne zur Folge hatte.

Die durch das tunesische Attentat zunächst betroffene Macht war die ottomanische Pforte. Dagegen traten alle anderen Fragen zurück, so der Türkei. Prozeß wegen der angeblichen Ermordung des abgesetzten Sultans Abdul Aziz und die griechische Grenzregulierung. Durch das Vorgehen der Franzosen in Tunis geriet die ganze islamische Welt in Aufregung; man sprach von einem Panislamitismus. Die Pforte verstärkte ihre Truppen in Tripolis; die Stellung dieser Provinz zwischen Tunis und Ägypten wurde nun sehr wichtig. Es schien, als wollte sich der Sultan an die beiden mitteleuropäischen Reiche anschließen zum Schutz gegen seine russischen und westmächtlichen Bedränger.

Ägypten war ganz unter das englisch-französische Protektorat geraten; es mußte sich alsbald entscheiden, welchem von den beiden wetteifernden Protektoren die Beute zufallen sollte. Die einheimische Bewegung mit dem Ziel „Ägypten für die Ägypter" blieb machtlos.

Durch die Abtretung Volos an Griechenland waren die Grenzfragen mit der Türkei im wesentlichen erledigt. Lesseps übernahm die Durchstechung der Landenge von Korinth.

Rumänien. Der Fürst Karol von Rumänien nahm den Königstitel an. Dadurch stiegen die Äußerungen des Größenwahns gegen Österreich, besonders in der peinlichen Donaufrage. Die Spannung blieb, obwohl sich die rumänische Regierung wegen mancher Zwischenfälle, besonders wegen herausfordernder Stellen in der Thronrede, förmlich entschuldigen mußte.

Der Fürst von Serbien suchte durch Reisen nach Wien, Berlin und Petersburg für sich Vorteile zu erringen.

Die bulgarische Armee wurde durch den russischen Kriegsminister Ehrenroth und zahlreiche Offiziere immer mehr russifiziert. Durch einen kleinen Staatsstreich erzwang sich der Fürst eine Art Diktatur auf sieben Jahre, selbstverständlich im russischen Einverständnis.

Schweiz. Das Schweizer Asylrecht war manchen europäischen Mächten sehr bedenklich; darum sahen die Zürcher nicht gern den sozialistischen Weltkongreß in ihrer Stadt, die damit zum Sammelplatz internationaler Verschwörer und Attentäter würde. Der Bundesrat wies auch den Nihilisten Fürst Krapotkin aus Genf und der Eidgenossenschaft aus. Unerwarteterweise fand der sozialistische Weltkongreß endlich doch am 2. Oktober in Chur statt, erregte aber wegen geringer Beteiligung auch wenig Beachtung.

Belgien. Belgien glaubte noch mehr für die Landesverteidigung tun zu müssen. Der König sagte darüber in Gent 6. September: „Ich habe die Überzeugung, daß die Nationen, welche die Zeit der Ruhe und der Blüte nicht benutzen, um sich gegen die Stürme zu sichern und ihre erworbenen Schätze vor den Launen des Geschicks zur Verteidigung des Vaterlandes zu wahren, ihrem Verderben entgegengehen."

Das belgische Nationalgefühl setzte seinen Stolz in den neuen Justizpalast in Brüssel. Der Architekt Poelaert erlebte dessen Vollendung nicht mehr. Garnier, der Erbauer der neuen Pariser Oper, sagte, als er das Brüsseler Gebäude zum erstenmal erblickte: „Das ist kein Palast, das ist ein Steinbruch!" Der ursprünglich auf drei Millionen veranschlagte Bau hatte bereits fünfzig gekostet und brauchte mindestens noch zehn dazu; so pompös war das Ganze geworden.

Der Architekt Cuypers versuchte in dem seit 1877 in Bau begriffenen großen Nationalmuseum zu Amsterdam einen organisch erwachsenen Stil aus dem altherkömmlichen Nationalcharakter der Niederlande zu gewinnen. Dieser Gedanke, die Architektur aus der Landschaft, dem Volkstum, der Tradition, der Geschichte, ohne Zwang, ohne Aufdrängung fremder Bauweisen, erwachsen zu lassen, bildete damals allgemein die Grundlage einer neuen, gesunden Entwicklung.

Für Amsterdam wurde eine Kolonialausstellung (1883) vorbereitet.

Der norwegische Dichter und Parteimann Björnson erklärte sich in dem Blatt „Verdens Gang" offen als Republikaner.

Das Attentat Guiteaus auf den Präsidenten Garfield war eine Phase in dem inneren Zerwürfnis der nordamerikanischen Republik. Guiteau gehörte der „Brutejägerfraktion" innerhalb der republikanischen Partei an, die alle öffentlichen Ämter als Belohnung für die der Partei geleisteten Dienste in Anspruch nahm; er hatte deshalb vorher allerlei Stellen, sogar die eines Gesandten an einem der europäischen Höfe verlangt, war aber abgewiesen worden. Die Ermordung Garfields war also eine Folge der mißbräuchlichen Ämterverleihung durch den Präsidenten. „Mit dem Recht, mehr als 60.000 Stellen für den Bundesdienst willkürlich zu besetzen, verfügt der Präsident über das Wohl und Wehe der bisherigen Amtsinhaber und zahlloser Stellenjäger, die den öffentlichen Dienst als Belohnungsgegenstand für ihre Bemühungen bei den letzten Wahlen ansehen, ohne die nötige moralische und geschäftliche Befähigung in der kurzen Besitzzeit möglichst viel herauszuschlagen suchen und damit das Verderben in die Verwaltung hineintragen." Garfield erlag der Wunde, an seine Stelle trat der Vizepräsident Arthur, der zur Partei Grant und der Brutejäger gehörte. Der Prozeß zog sich in widerlicher Weise in die Länge. Unter solchen Anzeichen inneren Verfalls feierte man am 19. Oktober die hundertjährige Unabhängigkeit der Union. Amerika.

Die Deutschamerikaner gaben dem abtretenden Minister des Inneren Karl Schurz ein Bankett. Der Vorsitzende richtete an ihn Worte voll Dank für seine treffliche Verwaltung des Ministeriums während der letztverflossenen vier Jahre. „Seit nahezu 25 Jahre ist Ihr Name mit der Geschichte dieses Landes eng verknüpft . . . Man hat Sie bei Beginn Ihrer jetzigen Laufbahn zwar häufig einen Phantasten, einen unpraktischen Theoretiker und Doktrinär genannt, wenn Sie hier eingebürgerte Übelstände in energischer Weise zu bekämpfen suchten, allein der Erfolg hat Ihnen auch die Anerkennung Ihrer Gegner erzwungen." Schurz antwortete mit einem Rückblick auf die Geschichte des Deutschtums in Amerika, wies auf die kritische Tendenz hin, die den Deutschen veranlasse, den Dingen stets auf den Grund zu gehen. Man sei wohl manchmal zu weit gegangen, habe alles hier für Schwindel, jeden Politiker für gekauft erklärt. Er lobte besonders die Wohltätigkeitsanstalten, die Erziehungs- und Lehranstalten, die fast alle aus Privatmitteln entstanden seien. Schurz.

Friedrich Hecker, bekannt aus dem Jahre 1848, starb in St. Louis in Amerika. Er hatte dort noch (12. Febr. 1871) bei einer patriotischen Feier seine rhetorische Begabung gezeigt. Ein Besuch im alten Vaterland im Sommer 1873 konnte ihn mit den obwaltenden Verhältnissen nicht befreunden.

Man plante die Konföderation sämtlicher Staaten des amerikanischen Weltteils gegen den Einfluß Europas. Im noch immer fortdauernden Kriege

zwischen Chili und Peru suchte die Union vergebens zu vermitteln. Die Einwanderung aus Europa, besonders aus Deutschland, stieg ganz außerordentlich. Man suchte denn auch in Europa selbst nach Mitteln gegen die zunehmende deutsche Auswanderung. Zwischen den deutschen Ansiedlungen in Amerika bestand der große Unterschied, daß die Deutschen in Westindien, Mexiko, Zentral- und Südamerika fast durchwegs gebildeten Klassen angehörten, was im Norden nicht der Fall war. Erstere zeigten daher mehr das Gepräge fester innerer Gemeinschaft, das eine Entnationalisierung, ein Aufgehen in die einheimische Bevölkerung verhinderte.

Auch in den Laplataſtaaten entwickelte sich die Freimaurerei, obwohl das Volk einen Maurertempel in Dolores verwüstete und verbrannte.

Ein Schiedsspruch des Kaisers von Österreich zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Großbritannien und dem südamerikanischen Freistaat Nikaragua fiel zugunsten Englands aus.

Der König der Hawaii-Inseln, Kalakaua, machte eine Rundreise an die europäischen Höfe. Man erfuhr, daß er auch Freimaurer sei, worauf er besonders stolz war.

Der Dreibund 1882—1883.

Das Jahr 1882.

England in Ägypten. Parnell, Redmond und Irland. Die Heilsarmee. Frankreich am Kongo und in Tonking. Bontoux. Gambettas Fall und Tod. Krapotkin in Frankreich. Skobeleffs Kriegsreden und Tod. Aufstand der Südslawen in Österreich. Kallay. Die Irredenta und Oberdank. „Haus Habsburg." Istoczy. Tisza-Eszlar. Reorganisation des Heeres. Bismarcks Staatssozialismus. Sein Canossa. Poschinger. Schlözer beim Papst. Das evangelische Kaisertum. Internationaler Antisemitenkrongreß. Kolonialfragen. R. Wagners „Parsifal". Die sieben Welträtsel. Jansen und seine Kritiker. Zum Dreibund. Amerikanische Zustände. Falb. Wißmann. Verbreitung der Juden.

Nachdem uns das Jahr 1881 den Vorkampf Frankreichs in Tunis geboten hat, schließt sich nunmehr das entscheidende Hervortreten Englands, seine „Aristie" in Ägypten an, um homerisch zu reden. Und wieder ist Ägypten. es Bismarck, der hier wie dort diese ungemeine Machterweiterung der Feinde Deutschlands großmütig — oder allzu geringschätzig — unterstützt. Frankreich mußte sich nach seinem großen Beutezuge von 1881 darauf gefaßt machen, daß ihm England eine Gegenrechnung stellen werde. Das begann, als Lord Granville seine Zustimmung zu einer von Gambetta vorgeschlagenen Kollektivnote beider Mächte an Ägypten am 6. Januar nur mit einem wohlformulierten Vorbehalt gab. Durch Gambettas alsbaldigen Rücktritt (26. Januar) erlitt die Widerstandskraft Frankreichs noch eine weitere Schwächung gegenüber den zu erwartenden Bestrebungen Englands. Als daher am 12. Mai sich die beiden Mächte über eine Flottendemonstration in Ägypten einigten, da war England bereits früher zur Hand und sandte seine ganze Kanalflotte nach dem Mittelmeer. Dort vereinigte sie sich mit der französischen Flotte und langte am 20. Mai vor Alexandrien an, zur größeren Verwirrung der bereits arg verwirrten Verhältnisse in Ägypten. Der Khedive Tewfik Pascha war mit der Notabelnkammer und seinem Kriegsminister Arabi Pascha in Zwist. Alle Teile, Khedive, Arabi, Westmächte, erbaten und verlangten Hilfe und Vermittlung des Sultans als des legitimen Oberherrn. Den Ägyptern war es um ihre Unabhängigkeit, den Westmächten um Kontrolle der ihnen verschuldeten Finanzen zu tun. Indes man von allen Seiten abwartete und

intrigierte, brach am 11. Juni in Alexandrien ein Massaker der dort ansässigen Europäer durch den arabischen Pöbel aus. Die Zahl der Getöteten, der Anlaß, die Anstifter blieben unbekannt. Die englisch-französische Flotte (sieben englische, fünf französische Panzer) blieb völlig untätig am Hafen. Der Khedive wandte sich an die Mittelmächte Deutschland und Österreich um Rat; man hielt eine Botschafter-Konferenz in Konstantinopel für rätlich; diese konstituierte sich denn auch am 23. Juni, aber mit geringer Aussicht auf Erfolg. Die Europäer flüchteten aus Ägypten. Frankreich und England riefen ihre Generalkonsuln ab. England beschloß endlich mit auffallend lauter Öffentlichkeit, ein Expeditionskorps, zum Teil von Indien her, zum Schutze des Suezkanals abzusenden. Der Form wegen wurde Frankreich eingeladen, daran teilzunehmen; es sekundierte aber nur und verhielt sich bescheiden zurückhaltend. Mit um so lauterem Freudengeheul wurde am 10. Juli vom englischen Oberhaus die Ankündigung von der bevorstehenden Beschießung Alexandriens begrüßt. Diese barbarische und unnötige Einleitungsmaßregel erfolgte denn auch schon am 11. Juli ohne Rücksicht auf die Botschafterkonferenz in Konstantinopel und ihre Beschlüsse. Alsbald landeten auch englische Truppen in Alexandrien (15. Juli) und gingen dort schonungslos vor. Man verwendete im weiteren Vordringen gepanzerte Eisenbahnzüge.

Gladstone bezeichnete im Unterhaus als Zweck der Unternehmung heuchlerisch die Stärkung des Thrones des Khedive zugunsten der Ordnung und Erhaltung der internationalen Rechte mit Vermeidung jedes selbstsüchtigen Zweckes. Die englische Regierung müsse hier von ihrem sonst eingehaltenen Grundsatze der Nichtintervention abgehen; das verlangen Englands Verpflichtungen, Interessen und seine Ehre. Es handle sich nicht um einen Kreuzzug gegen das Osmanenreich. Dem Vorwurf, das man ohne Kriegserklärung eine Stadt bombadiert und ein Land bekriegt habe, begegnete Gladstone mit dem Einwand, dergleichen sei schon oft in der Geschichte vorgekommen; ein wirklicher Kriegszustand existiere tatsächlich nicht, man interveniere nur zugunsten des Regenten des Landes gegen einen aufrührerischen Teil seiner Untertanen.

Der Khedive mußte denn auch seinen Minister Arabi absetzen und ihn als Rebellen erklären; die Engländer setzten einen Preis von 5000 Pfund auf den Kopf dieses ihnen so gefährlichen Muselmannes. Sie besetzten am
Suez. 2. August Suez, wogegen Lesseps vergeblich protestierte. Gladstone konnte bereits ankündigen, daß England Ägypten besetzt halten werde, wenn auch nicht dauernd. Der nationale Ehrgeiz Englands war aufs höchste gespannt; seit der Schlacht von Waterloo galt es keinen höheren Preis. Der englische Oberbefehlshaber Wolseley zwang durch die Besetzung des den Engländern vor allem wichtigen Suezkanals den Arabi zum Rückzug; dessen befestigtes Lager bei Tel el Kebir wurde am 13. September erstürmt und Ägypten war damit ganz in der Hand der Eng-

länder. Groß war der Jubel in London; die englischen und die indischen Truppen, auch die eingebornen aus Indien, wurden dort enthusiastisch empfangen.

Frankreichs Diplomatie hatte sich schließlich ganz hinausmanövrieren lassen; es hatte allerdings anderwärts seine Beute bereits vorweggenommen. Der gefangene Arabi wurde vom Kriegsgericht zur Verbannung nach Ceylon verurteilt, wo er ein wertvoller Geisel in der Gewalt Englands blieb.

Ohne den von Bismarck nicht verhinderten Hauptstreich der Engländer hätte die Botschafterkonferenz in Konstantinopel den Suezkanal internationalisiert und die bis zum Weltkrieg fortschreitende Hegemonie Englands hätte hier einen für alle Zeiten vorgeschobenen Riegel gefunden.

Die Leistung Englands in Ägypten war um so staunenswerter, als die heimischen Verhältnisse, zumal in Irland, sehr trostlos waren. Dort herrschte volle Anarchie, viel ärger als in Rußland. Wenig half es, daß man außer Parnell 587 „Verdächtige" eingezogen hatte. Ein Attentat auf die Königin, das sechste seit 1840, am 2. März ging allerdings von anderer Seite aus. Gladstone erklärte am 4. April im Unterhaus, es handle sich in Irland um eine soziale, nicht um eine politische Revolution, und dagegen seien nach Wellingtons Wort die Hilfsquellen eines freien Landes unvermögend. Seit dieser Zeit schien sich aber doch eine Wendung in der Politik beider Parteien vorzubereiten. Parnell wurde aus dem Gefängnisse von Kilmainham entlassen, zuerst bedingt, dann unbedingt. Die Konservativen stellten den Antrag, die soziale Frage für Irland dadurch zu lösen, daß man mit Staatsmitteln die dortigen Grundbesitzer enteigne und das Land den Pächtern gebe. Eine noch gemäßigtere Bill schlug der Homeruler Redmond vor. Beide Häuser des kanadischen Kolonialparlamentes beschlossen, die Regierung in London zu ersuchen, Irland die gleiche Selbständigkeit einzuräumen, die Kanada genoß. All das machte auf beiden Seiten großes Aufsehen. Beide Parteien beschuldigten einerseits Parnell, anderseits Gladstone geheimer Abmachungen; man sprach von einem „Vertrag von Kilmainham". Allerdings wurden diese ausgleichenden Bestrebungen durch die Ermordung des Staatssekretärs für Irland, Lord Cavendish, und des Unterstaatssekretärs Bourke im Phönixpark zu Dublin am 6. Mai wieder gewaltsam durchkreuzt. Die Mörder verschwanden spurlos, obwohl man einen Preis von 10.000 Pfund auf ihre Entdeckung aussetzte. Parnell, Dillon und Davitt beklagten und verdammten diese Tat in einem Manifest der Landliga. Aber auch Gladstone erklärte, die Regierung müsse daraufhin ihr irisches Programm neu umarbeiten. Es hieß: „Von der Unsicherheit, in der unsere Minister selbst in London leben, macht man sich schwerlich eine Idee. Jeder hat eine spezielle Polizeibewachung. Es ist beinahe so schlimm wie in Rußland mit dem Zaren in Gatschina." Indessen legte Gladstone doch eine Bill vor

Irland.

über den teilweisen Nachlaß der Pachtrückstände in Irland; sie stimmte mit Redmonds Antrag zusammen. Die Konservativen schleuderten allerdings dem Minister für seinen Versuch, die Iren mit den Liberalen zu verbinden, das Wort „Infamie" ins Gesicht. In Irland blieben die Zustände im wesentlichen dieselben. Die Morde seitens der geheimen Feme hörten nicht auf. Die Polizei entdeckte in London irische Waffen- und Munitionsvorräte. Zu allen andern Schwierigkeiten kam noch die an Meuterei grenzende Haltung der unzufriedenen Konstabler in Dublin. Allerdings entfremdete sich auch Parnell durch seinen Pakt mit den Liberalen die entschiedeneren Anhänger der Landliga und auch die amerikanischen Iren mit ihren reichen Zuschüssen an Geld. Zudem arbeiteten die demokratischen Parnelliten den „ultramontanen" Anhängern Sullivans nicht immer in die Hände. Parnell schlug der irischen Nationalkonferenz in Dublin, 17. Oktober, die Organisation einer neuen Liga vor mit den Zielen: nationale Selbstregierung, Ablösung der Pachtgüter, irisches Parlament.

Panama. Bereits meldete auch die englische Regierung ihr Interesse am Panamakanal an und verlangte eine internationale Konferenz darüber, allerdings ohne Erfolg. Die Annexion des größeren Teils von Borneo wurde geschickt vorbereitet, indem man so den Deutschen zuvorkam. In Indien stellte man die Preßfreiheit für die 18 verschiedenen Landessprachen wieder her. Gegen die Judenverfolgungen in Rußland richteten die Juden Englands unter Führung von N. M. v. Rothschild eine Petition. Der von beiden Seiten bereits in Angriff genommene Bau eines Tunnels unter dem Kanal zwischen England und Frankreich wurde eingestellt, da man eine Invasion vom Festland aus befürchtete. Wolseley zitierte den angeblichen Ausspruch Moltkes, er könne sich wohl ein Dutzend Wege denken, auf denen eine Armee nach England gelangen könnte, aber nicht einen einzigen, auf dem sie wieder herauskäme. Die Anlage des Tunnels würde aber unter Umständen diesen einzigen Weg bieten. Die Franzosen spotteten darüber und ärgerten sich.

General Wolseley sprach sich auch entschieden gegen die allgemeine Wehrpflicht aus; sie widerstreite den Gefühlen des englischen Volkes und es sei keine Notwendigkeit dafür vorhanden, solange das Meer Britannien umgibt und nicht durch irgendeinen Spekulanten eine Brücke darüber oder ein Tunnel darunter hergestellt wird.

Der Atheist Bradlaugh ärgerte noch immer das Parlament, da er den Eid nicht leisten wollte, sich aber immer wieder wählen ließ.

In der Kapkolonie und sonst in Südafrika taten sich die holländischen „Afrikander" immer mehr gegen die Engländer zusammen und bemühten sich, eine eigene südafrikanische Nationalität zu bilden. Die Regierung ließ den in England gefangen gehaltenen Zulukönig Ketschwayo unter gewissen Bedingungen in seine Herrschaft zurückkehren.

Bei der Investitur des Königs Albert von Sachsen mit dem englischen Hosenbandorden wunderten sich manche, daß England noch immer nicht erröte, diese alberne Strumpfbandkomödie dem Kontinent zu bieten.

Heilsarmee. Die Heilsarmee (Salvation Army) machte viel von sich reden. Ihr Gründer, Leiter und General W. Booth gab nun darüber ein Buch heraus.

Die Sache war eine Ausgeburt des Methodismus. Booth begann mit seinen Bekehrungen schon 1854; ihm stand seine Frau helfend zur Seite. Die militärische Organisation der Heilsarmee erfolgte 1878; das Kriegsgeschrei war „Feuer und Blut". Die Armee bestand aus Offizieren, Kadetten, Soldaten, der Kampf war die Predigt. Booth wandte sich vor allem zum Auswurf der Gesellschaft, der ganz ohne Religion lebte. Er klagte die englische Nation an: Sie ist gesättigt mit Ruhm, Macht, Glücksgütern, aber ihren Gott hat sie darüber vergessen. Aber Gott hat sich nun seine besondere Truppe auserwählt. Das Wichtigste war der Gottesdienst unter freiem Himmel und der Marsch durch die Straßen. Der Kampf galt vor allem den Wirtshäusern, denn die Mitglieder der Armee sind Abstinenten (Teatotalers). Die Mittel sind Gesang, Gebet auf den Knien, kurze Ansprachen von fünf Minuten, Erzählung der eigenen Bekehrungen. Die Melodien der Lieder sind die der bekanntesten Gassenhauer. Man zieht mit Fahnen auf, übt sich im Marschieren. Das Wetter übt gar keinen Einfluß auf die Übungen. Die Frauenzimmer nahmen als Offiziere, als Prophetinnen eine bevorzugte Stellung ein, besonders die zwei Töchter des Generals neben seinen zwei Söhnen. Die Bekehrungen erfolgten plötzlich und überraschend wie durch Massensuggestion. Die Bekehrten wurden sofort angehalten, weiter zu bekehren und zu predigen, es mochte gehen, wie es eben ging. Alle hatten eine Art simpler Uniform, sie trugen zur Armenkasse bei und die Höhe der Einnahmen war erstaunlich.

Darwins Tod (19. April) gab Veranlassung zum Erscheinen mancher populärer Darstellung seiner so simpel und einleuchtend scheinenden Theorien. Bereits machte sich aber gegen diesen Monismus die stärkere Weltanschauung des Individualismus, des Personalismus siegreich geltend. Man wollte nicht im Weltbrei der Entwicklung untergehen. So erklärt sich als übertreibender Rückschlag die Philosophie Nietzsches. Darwin.

Fast unbekannt außerhalb Englands, starb der Dichter und Maler Dante Gabriel Rossetti, geboren 1828, Sohn eines ausgewanderten italienischen Patrioten und Danteschwärmers, Mitbegründer der romantischen Schule der Präraphaeliten um 1848; als Maler Darsteller des höchsten Typus weiblicher Schönheit, als Dichter Schüler Dantes, ohne jemals für Italien zu schwärmen. Um jene Zeit kam die Wirkung der einsam schaffenden Präraphaeliten auch bei uns mehr zur Geltung: Ruskin, Burne Jones, Walter Crane usw., ein wesentlicher Übergangsweg zur Neuromantik der Folgezeit. Rossetti.

In Frankreich hatte man sich die Abdrängung aus Ägypten durch England doch nicht so radikal vorgestellt. Man tröstete sich jedenfalls durch die Tatsache, daß man den Panislamismus nun auch für Tunis und Algier weniger zu fürchten habe. Auch entschädigte man sich anderwärts. Das Protektorat über Tunis nahm nach dem Tode des Bey Mohammed es Sadok und dem formellen Regierungsantritt seines Bruders Ali bereits den Charakter einer annähernden Annexion an. Der französische Forschungsreisende Savorgnan de Brazza trat dem Kongoreisenden Stanley entgegen und brachte die Nachricht nach Paris, er habe bereits 1880 mit dem König Makoko einen Vertrag abgeschlossen, wodurch ein Teil des Kongogebiets teils direkt, teils indirekt unter französische Herrschaft kam. Der Marine- Frankreich.

minister schickte also ein Kriegsschiff nach dem unteren Kongo, um diese neue Erwerbung zu sichern. Eine madagassische Gesandtschaft, die aber auch London, Washington und Berlin besuchen wollte, wurde mit größter Zuvorkommenheit in Paris empfangen. Bereits wurde die Organisation eines eigenen Ministeriums der Kolonien erwogen. Die Regierungsblätter erklärten die Eröffnung des Sudanlandes für den französischen Handel durch eine Eisenbahn, die den oberen Niger mit dem Senegal verbinde, für eine der größten Unternehmungen unserer Zeit, und man ging demgemäß energisch vor. Der Major Roudaire schlug sogar die Herstellung eines inneren Meeres in der algierischen Sahara vor. Auch Lesseps interessierte sich dafür. Es handelte sich darum, die Landschwelle von Gabes zu durchbrechen und das Wasser des Mittelmeeres in den Süden der Provinz Konstantine zu leiten, den es schon in früheren Zeiten bedeckt hat, wie dies die salzhaltigen Sümpfe (Schotts) bekunden. Dies innere Meer würde klimatisch heilsame Wirkungen hervorbringen und eine Handelsstraße nach der Sahara schaffen, zugleich eine strategisch wichtige Schutzlinie gegen die Einbrüche der Nomadenstämme der Wüste. Man berechnete die Kosten auf 60 bis 75 oder 100 Millionen. Den Kosten standen allerdings keine Einnahmen gegenüber wie beim Suezkanal. Wichtiger war die Tonking-Frage. Tonking, bis 1802 ein unabhängiger Staat, dann Vasall von Anam, litt unter den Piraten, bis die Franzosen 1872 und 1873 Hilfe brachten. Seitdem bereitete man alles vor, um das Land in französischen Besitz zu bringen. Der zwischen Anam und den reichen chinesischen Südprovinzen gelegene Landstrich zählte acht Millionen Einwohner und eröffnete dem französischen Handel ein Gebiet von 100 Millionen Menschen. Ein älterer Plan wurde durch den Entwurf zur Anlegung eines Kanals zwischen Mittelmeer und Atlantischem Ozean wieder aufgenommen; er sollte 407 Kilometer zwischen Bordeaux und Narbonne messen, die größten Fahrzeuge tragen, 1500 Millionen kosten und den Umweg über Gibraltar ersparen.

Präsident Grévy erwartete von Lavigerie, dem vom Papst zum Kardinal und Generalapostel für Tunis ernannten Erzbischof von Algier, eine wesentliche Förderung der französischen Interessen. Darum wurden die Klöster und Kongregationen, die man in Frankreich verfolgte, im Orient unterstützt; man nannte das: praktische Politik.

Gambetta. Höchst auffallend war der plötzliche Zusammenbruch von Gambettas bedeutender Persönlichkeit. Dieser Vorkämpfer des französischen Kulturkampfes und der Revanchepolitik plante eine umfassende Organisation einer mehr autoritativen, zentralistischen Republik. Zu diesem Zwecke hatte er alles gegen die Privatspekulation mobilisiert. Als nun aber am 19. Januar die großartig angelegte „katholische" Bank Union Générale von Bontoux den Gegenmanövern der Rothschild u. s. w. erlag, da mußte

auch Gambetta (26. Jan.) sein Ministerium an Freycinet abgeben. Gambetta war auch der Verfechter der französischen Interessen in Ägypten, für welche seine Nachfolger keinen Sinn hatten; deren Ministerien ließen dem Hause Rothschild u. s. w. freiere Hand, ebenso den sechs großen Bahngesellschaften, verzichteten auf das Staatsbahnsystem, unterwarfen sich den Bahnpotentaten und der hohen Finanz, die ihre demoralisierenden Einflüsse auf die Kammer ungestört ausüben konnte. Noch schwächlicher regierte seit August das Kabinett Duclerc. Die Zerklüftung der Parteien nahm überhand. Die Kommunards mit Luise Michel hielten ihre Brandreden, man kämpfte um das neue Volksschulgesetz, um die Wahl in den Mairien, um die Ehescheidung, um die Verwendung des Erlöses aus dem Verkaufe der Kronjuwelen, um den gerichtlichen Eid und dessen religiöse Fassung, gegen das erschreckende Zunehmen obszöner Schriften. Anarchische Exzesse der Arbeiter in verschiedenen Revieren wechselten ab mit den Deutschenhetzen der Patriotenliga Derouledes gegen deutsche Turner.

Seit Mitte August traten in Frankreich beunruhigende Symptome einer anarchistischen Bewegung hervor, die gegen Ende des Oktober zum Ausbruche reif zu sein schien. Grubenarbeiter sprengten eine Kapelle mit Dynamit in die Luft, raubten oder zerstörten Kirchengefäße, vernichteten die Kreuze an den Wegen und in den Kirchen, warfen Bomben, drohten Brandstiftungen. In Paris stellten 40.000 Tischler und Tapezierer die Arbeit ein und forderten höhere Löhne bei verminderter Arbeitszeit. Die anarchistische und sozialistische Presse schürte die Erregung, die berüchtigte Luise Michel versprach den Arbeitern ihre Hilfe. Man entdeckte, daß alles von einem revolutionären Komitee in Genf ausging, dessen Haupt der Nihilistenführer Fürst Krapotkin war. Dem ganzen modernen Staat, gleichviel ob monarchisch oder demokratisch organisiert, wurde von hier aus der Krieg erklärt, vor allem aber der Kirche. Die Gefahr scheiterte aber an der Aufmerksamkeit der Polizei, der Torheit des Unternehmens und der Energie der liberalen Radikalen, wie Clemenceau, die sich mit ihrer ganzen Energie und Autorität beim Volk gegen diese antinationalen und eigentumsfeindlichen Bestrebungen einsetzten. Es war wieder eine der entscheidenden Niederlagen des Kommunismus, wie sie sich seit 1848 immer wiederholt haben. Krapotkin.

Fürst Krapotkin wurde im Dezember von der französischen Polizei verhaftet; man beschuldigte ihn all der geschehenen Umsturzversuche und des Planes einer neuen Verschwörung, die im nächsten Monat zu einer anarchistischen Schilderhebung führen sollte. Der Fürst hat erst nach der russischen Revolution 1917 wieder sein Vaterland sehen dürfen.

Auf dem Sozialistenkongreß zu St. Etienne standen den Marxisten die Föderalisten gegenüber. In Lyon und anderwärts konnte man bereits von einer Dynamit-Epidemie sprechen. Die Prozesse dagegen mußten angesichts der einschüchternden Drohbriefe an die Geschwornen suspendiert werden. Die Schwierigkeit, den obligatorischen Schulunterricht auch wirklich durchzuführen, stellte sich nachgerade heraus, da Schulhäuser und Lehrer fehlten.

Nebenbei regten sich die Gambettisten über ein förmliches royalistisches Komplott auf. Über 7000 Royalisten versammelten sich in Challans

(Vendée) und richteten eine Adresse an den „König" Heinrich V. (Graf Chambord), darin es hieß: „Sohn von Frankreich, Ihre Geschicke sind vorgezeichnet! Sie werden regieren, und durch Sie werden endlich das Recht, die Gerechtigkeit und die wahren Freiheiten triumphieren. Gewappnet gegen ein undankbares Volk wird die göttliche Gerechtigkeit endlich der verbrecherischen Taten und des Hochmuts der Republikaner müde werden. Der Augenblick wird nicht lange auf sich warten lassen, wo Ihre königliche Stimme uns zu den äußersten Entschlüssen auffordern wird. Und wie Sie, schwören wir es auf das von Ihnen in der Schlacht getragene Heilige Herz, wir sind bereit, zu kämpfen und, wenn es sein muß, bis zum letzten Mann zu sterben." Die royalistischen Bankette wurden auch weiterhin zahlreich abgehalten. Freilich hieß es von anderer Seite: „Es kann gar nicht die Frage sein, ob die Republik fortbestehen wird oder nicht. Sie wird fortbestehen, wie unzusammenhängend sie auch sein mag, weil ihre Gegner noch unzusammenhängender sind als sie."

Gambetta.

Da hieß es auf einmal am 27. November, Gambetta habe sich beim Untersuchen eines Revolvers verwundet. Die Verletzung schien nicht gefährlich zu sein. Aber ganz unerwartet erlag der merkwürdige Mann doch am 31. Dezember den Folgen der Schußwunde. Er schien als der einzige bedeutende Staatsmann Frankreichs niemand zu hinterlassen, der die Nation mit gleicher Macht der Persönlichkeit repräsentieren könnte. Sein Tod wurde als Glück für Deutschland angesehen. Man erfuhr, daß ihm eine verlassene Geliebte den Schuß beigebracht habe. Echt französisch!

Solesmes.

Die Benediktiner von Solesmes, hochverdient wegen ihrer reformatorischen Tätigkeit, versuchten es, wieder zurückzukehren, wurden aber zum zweitenmal gewaltsam vertrieben (21. März). Vergebens interpellierte Bischof Freppel darüber die Regierung. Derselbe gesinnungstüchtige Bischof verweigerte beim Nationalfest, 14. Juli, die Ausschmückung des bischöflichen Palastes und der Kathedrale von Angers. Der Einladung des Pariser Gemeinderates an die Bürgermeister aller Hauptstädte Europas zu diesem Fest waren nur die von Spanien, Belgien, Holland, Griechenland, Serbien gefolgt; die von London, Berlin, Wien, Rom, Moskau und Stockholm hatten abgelehnt.

Die Bevölkerung war von 36,905.788 Seelen im Jahre 1876 auf 37,672.048 im Jahre 1881 angewachsen, also nur um 766.260.

Man sprach sich für den Bau der Simplonbahn aus, damit nicht durch die Gotthardbahn in Italien die deutsche Industrie an die Stelle der französischen trete.

Emil Deschanel führte in seinem Buch „Der Romantismus der Klassiker" den Nachweis, daß diese seit Corneille den Keim zur romantischen Schule gelegt hatten. Es ist richtig, daß auch die deutschen Romantiker an die Barockkultur des 17. Jahrhunderts angeknüpft haben. — Maxime Du Camp erzählte seine „Literarischen Erinnerungen". — Der später immer berühmter werdende Naturforscher L. Pasteur wurde in die Akademie gewählt. — Friedrich Diez' schönes Buch „Leben und Werke der Troubadours" bildet einen Gegensatz zur „Histoire de la Terreur" von Mortimer-Ternaux.

Daß die Mittelmächte die Ausbreitung der beiden westlichen Seemächte in Afrika ruhig geschehen ließen, mag auch dadurch erklärlich erscheinen, daß die moskowitische Gefahr wie ein Alp auf Mitteleuropa lag. Das ging aus der Kampfrede hervor, die General Skobeleff, der Erstürmer von Geok Tepe in Turkestan, am 24. Januar, dem Jahrestag jenes Sieges, gegen Österreich und Deutschland hielt. Skobeleff war ein noch junger Mann von 38 Jahren, eine Soldatennatur, voll Tapferkeit und kriegerischem Geist, reich begabt, von bestechendem Äußern, gewinnendem Benehmen, aber intrigant, herzlos, brutal, zynisch, bar jedes edleren Gefühls, ohne Rücksichten und ohne Prinzipien, hart und grausam, der populärste Mann im russischen Reich, der nationale Held, der Abgott der Massen, denen er zu schmeicheln verstand, von Ehrgeiz besessen, bei allem Fanatismus kalt berechnend. Man mußte ihn für berufen halten, eine ganz einzig hervorragende Rolle in der Geschichte Rußlands zu spielen. Es ist bezeichnend, daß er schon wegen seiner Anrüchigkeit ohne Kommando in den Balkanfeldzug ging; nach wenigen Monaten hatte er sich aber durch seine militärische Tüchtigkeit Geltung verschafft und kehrte als einer der berühmtesten Generale heim. Man konnte in ihm einen künftigen Welteroberer sehen. Aber wie ein Meteor ging er nach kurzem schreckendrohenden Glanz in Nacht und Sumpf unter — zum Glück für Deutschland. Rußland. Skobeleff.

Dieser General stellte also mit ausgesuchter rednerischer Pose, nachdem er sich genug in Spirituosen begeistert hatte, ein Glas Wasser vor sich hin und begann: „Die Erfahrung der letzten Jahre hat uns belehrt, daß man meint, ein Russe sei betrunken, wenn er auf den Gedanken kommt, er gehöre dank seiner Geschichte einem großen und mächtigen Volk an, oder was noch schrecklicher ist, wenn er daran denkt, daß er eine große Familie mit den slawischen Stämmen bildet, die gegenwärtig unterdrückt und bedrängt werden. Darum habe ich den Pokal mit Wein gegen ein Glas Wasser vertauscht. Der Hauptgrund unserer Schüchternheit ist in dem traurigen Zwiespalt zu suchen, der zwischen unserer sogenannten Intelligenz und dem russischen Volke besteht. Das Volk hat sich jedesmal auf der Höhe seiner politischen Aufgabe gezeigt; nicht aber die Intelligenz, denn der kosmopolitische Europäismus gibt keine Quelle der Kraft ab, er kann nur als Zeichen der Schwäche betrachtet werden ... Eben kämpft am Adriatischen Meer eine Völkerschaft um Glauben und Unabhängigkeit — aber ich spreche nicht zu Ende — mein Herz zuckt krampfhaft zusammen. Ein großer Trost ist und bleibt der Glaube an die Macht des historischen Berufes Rußlands." Erst später wurde der vollständigere Text der Rede bekannt, mit den viel stärkeren Ausfällen gegen das Deutsche Reich. So in den Worten: „Unserm Zeitalter war es vorbehalten, durch den Augenschein zu erfahren, daß der Stärkere dem Schwächeren gegenüber seine Ansprüche nur auf Blut und Eisen stützt, und daß die Gewalt über das Recht entscheidet, offen unter Anerkennung der Tatsache ... Aber es ist nicht denkbar, daß die gegenwärtig proklamierte Theorie vom Sieg des stärkeren Unrechts über das schwächere Recht das Eigentum bloß eines Stammes sein sollte ... Solange es in den

Reihen der russischen Armee Offiziere gibt wie die Helden vor Geok Tepe, können wir jedweder noch so hochwissenschaftlichen feindlichen Organisation kühn ins Antlitz blicken." Diese Rede also machte in ganz Europa solches Aufsehen, daß Skobeleff einen unfreiwilligen Urlaub antreten mußte.

Aber auch in Paris, wohin er sich dann wandte, nahm er eine Adresse der slawischen Brüder, nämlich der serbischen Studenten am 16. Februar entgegen, darin es hieß, daß sich die Brüder in den Bergen Bosniens, Dalmatiens und der Herzegowina um das Banner der Freiheit und nationalen Unabhängigkeit scharen. Über die Antwort, die er darauf gab, bemerkte Skobeleff einem Journalisten gegenüber: „Ich habe allerdings eine Rede gehalten, die Sensation gemacht hat; der Zar hat ein neues Schiff Skobeleff nennen lassen; das zeigt, daß ich nicht in Ungnade stehe. Ich bin hier in Paris aus eigenem Antriebe; aber selbst wenn meine Offenheit für mich schlechte Folgen hätte, werde ich immer die Wahrheit sagen. Ich bin unabhängig; sobald man mich nur ruft, wenn es Krieg gibt, ist mir alles übrige gleichgültig. Ja, ich habe gesagt: Deutschland ist der Feind! und ich wiederhole es. Ja, ich glaube, das Heil liegt in der Einigung aller Slawen, aller Slawen mit Frankreich. Darauf muß hingearbeitet werden. Man muß das europäische Gleichgewicht herstellen, sonst absorbiert Deutschland alles, und es wird nur eine Macht geben: Deutschland . . . "

Auf seiner Rückreise über Wien besuchte Skobeleff in Warschau die Delikatessenhandlung Stempkowski und sagte dort zu den anwesenden Polen: „Ich gönne den Polen das Beste und wünsche, daß sie mit uns einen Körper bilden mögen, wie dies Serbien und Bulgarien sollen. Wir sind doch alle Brüder! Und bedenkt, wenn hier keine russische Garnison wäre, so hättet ihr eine deutsche, und dann —!" Hier unterbrach sich Skobeleff und leerte sein Glas.

Aber auch offiziöse Blätter äußerten sich so unbedingt für die südslawischen Stammesgenossen, daß man darin geradezu einen Aufruf zum Krieg gegen Österreich sehen mußte.

Skobeleff sagte noch in Warschau (am 2. März) zu russischen Offizieren: „Wenn ich auf Befehl unseres Kaisers, der der beste Russe ist, mich entfernen mußte, so erblicken Sie darin eine neue Demütigung von Seite jenes Mannes, der durch Blut und Eisen ein Reich gegründet, das nur durch russisches Blut und Eisen zertrümmert werden kann und muß." Skobeleff wurde am 7. März vom Zaren empfangen, aber ohne Zeugen; dann kehrte er nach Minsk, seinem Standquartier, zurück.

Der Zar benützte wohl jede Gelegenheit, die üble Wirkung der Reden Skobeleffs bei den Mittelmächten abzuschwächen, aber dergleichen wurde von ihnen nur als formelle Höflichkeit betrachtet. Ein entschiedeneres Zeichen, daß man nicht zu weit gehen wollte, sah man darin, daß der Reichskanzler Fürst Gortschakoff im April entlassen wurde und der gemäßigtere Giers an seine Stelle trat. Im Juni fiel auch Ignatieff als Minister des Innern; sein Nachfolger wurde Graf Tolstoi, der kein Panrusse, wohl aber ein Altrusse war. In all dem sah man einen Rückschlag auf die Abenteurerpolitik im Sinne Skobeleffs. In diese Phase

fiel der plötzliche Tod des Generals, in dem die panslawische Partei ihren kriegerischen Führer gesehen hatte.

Skobeleff starb plötzlich am 7. Juli zu Moskau in einem Hotel an einem Herzschlag infolge nervöser Überreizung nach einem exzessiven Abend, den er in Gesellschaft von drei gefälligen Frauenzimmern in reichlichem Genuß von Bier und Champagner zugebracht hatte. Aus seinen Memoiren wurde die Stelle zitiert: „Nur im Besitz des Bosporus wird Rußland endgültig den bisher verfrühten Ausruf: ‚Finis Poloniae!' anstimmen können." Den Krieg gegen die Deutschen hielt er schon deshalb für günstig, weil die Russen mehr bei den Deutschen, als diese bei jenen vernichten können. Die Deutschen haben viel, die Russen wenig zu verlieren. Dem Vorwurf der Undankbarkeit gegen den ihm wohlgewogenen Kaiser Wilhelm widersprach er mit den Worten: „Ich bin nicht undankbar, sondern nur Russe!" Die falschen Gerüchte, Skobeleff sei ermordet worden, oder er habe sich vergiftet, haben wohl die symbolische Wahrheit, daß ein unerreichbares, unberechtigtes, falsches und schädliches Ziel diesen Repräsentanten einer russischen Wahnidee zerstört und vernichtet hat.

Skobeleff sprach nur die Gedanken des Historikers Michael Pogodin von 1840 und 1842 aus. Freilich war es den Russen nicht um Verbrüderung, sondern um Aufsaugung der andern Slawen zu tun, denn sie anerkannten nur eine slawische Sprache und Religion: die russische.

Die Tendenzen der Gesellschaft waren seitdem mehr auf das Konservative gerichtet. Es bildeten sich in Petersburg zwei geheime reaktionäre Gesellschaften zum Zweck der Verteidigung und Beschirmung der Person des Zaren: die „Heilige Liga" und die „Freiwillige Schutzwehr" (Ochrana), jene Ochrana.
geleitet von Pobjedonoszew, diese vom Grafen Woronzoff-Daschkoff; es war nur wieder bedenklich, daß sich beide eifersüchtig befehdeten im Kampf um die Obmacht. Die nationale Tracht wurde bei Hofe und im Militär bei den neuen Uniformen bevorzugt. Man legte den Hauptwert auf die Kavallerie; sie stand allzeit auf dem Kriegsfuß, damit ein entschlossener Einfall von 200.000 bis 300.000 Reitern an verschiedenen Punkten die Mobilisierung des Feindes aufhalte. So steigerte sich wieder gegen Ende des Jahres die Kriegslust. Die russische Presse fand, daß ein Zusammenstoß mit Deutschland durchaus nicht so furchtbar wäre, wie man gewöhnlich annehme; aus der überlegenen Organisation Deutschlands gehe dessen Unbesiegbarkeit nicht notwendig hervor. Die russische Finanzlage sei freilich schlecht, aber heutzutage führe man Krieg nicht mit eigenem Gelde, sondern mit Anlehen.

Die russischen Zustände wurden freilich von aufmerksamen Beobachtern als ganz verworren geschildert: „In der Provinz reißt ein Band der Ordnung nach dem andern, Gesetz und Recht werden zum Spott, das Beamtenheer waltet zügellos, der Rechtsgang stockt, ein Gouverneur stiehlt, der andere revolutioniert, der fängt Nihilisten ein, der schafft welche, der Zar, die Quelle alles Rechts, darf nicht einen Schritt aus der Umzäunung seiner Festung hinauswagen. Ist das ein selbstherrlicher Staat? Die Wahl bleibt immer nur zwischen innerer Auflösung oder Krieg und dann wahrscheinlich wieder Auflösung. Es ist wohl wenig bei all dem zu verlieren, aber auch nicht viel

zu gewinnen. Es herrscht vollkommene Apathie. Der Zar spaltet Holz in Gatschina, er hat gute Freunde, aber keine Staatsmänner. Den Petersburger ‚Deutschen' stehen die Moskauer Altrussen gegenüber u. s. w." Die Attentate hörten nicht auf. Die Enthüllungen über die Korruption der Beamten waren haarsträubend. Überall Studentenunruhen. Überall Judenhetzen. Die Juden begannen massenhaft auszuwandern und nahmen ihren Weg zunächst nach Brody in Galizien. In ganz Europa bildeten sich Hilfsausschüsse zu ihrer Unterstützung. Die Haltung der russischen Regierung gegenüber den Juden erbitterte besonders die ausländischen Börsen und wirkte verheerend auf den russischen Kredit. Das veranlaßte ein schärferes Eingreifen in dieser Frage. Die Behandlung der Ostseeprovinzen und Finnlands war empörend. Es herrschte die Furcht vor, daß Deutschland bei einem Krieg in diesen Provinzen Fuß fassen werde.

Merw. Ein großer Erfolg war freilich die Erschließung von Merw in Zentralasien für den russischen Handel. Der großartige Plan einer sibirischen Eisenbahn, die, von der Orenburger Bahn ausgehend, über Samara, Ekaterinenburg, Fjumen und Omsk geführt werden sollte, stand bereits fest. Eine russische Industrieausstellung wurde in Moskau eröffnet. Die Grenze gegen Persien östlich vom Kaspischen Meere wurde zugunsten Rußlands reguliert. Das ganze transkaspische Gebiet, das durch die turkmanischen Länder einen so bedeutenden Zuwachs gewonnen hatte, erhielt eine feste Organisation mit dem Hauptort Aschabad.

Mit der römischen Kurie erfolgte eine Verständigung über die Besetzung der verwaisten polnischen Bischofsitze.

Wereschagin malte die Greuel der russischen Kriege, aber auch die lockenden Ziele russischer Politik in Zentralasien.

Österreich. Zweifellos lag der Wetterwinkel der europäischen Gewitterdrohung über den südslawischen Gebieten Österreichs. Der Aufstand in Dalmatien, der Herzegowina und Bosnien hing nicht nur mit der kleinen, fast unzugänglichen Bergfestung Montenegro, sondern auch mit dem ganzen Panrussismus zusammen. Er empfing von dorther seine europäische Bedeutung und wurde eine Fortsetzung der in der ganzen orientalischen Frage liegenden europäischen Gefahr. Zum Glück gelang es durch starkes militärisches Aufgebot, das Problem ohne internationalen Konflikt zu lösen. Es wäre das zweckentsprechendste gewesen, gegen Montenegro rücksichtslos vorzugehen, da von dort aus nicht nur der Aufstand erfolgreich unterstützt, ja ermöglicht wurde, sondern auch Dalmatien mit Cattaro in unerträglicher Weise stetig bedroht war. Die geographische Lage brachte es mit sich, daß dort Montenegro dominierte, nicht Österreich. Aber hinter Montenegro stand auch der russische Koloß, stets bereit, eine Berührung des „slawischen Bruders" als Angriff auf das slawische Zentralreich zu betrachten. Betrachtete doch Rußland auch die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina als einen Keil im Panslawismus, den man einst allzu leichtsinnig geduldet, den man einmal noch herausschlagen

mußte. Nur so erklärt es sich, daß Österreich damals von dem montenegrinischen Zaunkönig so manches hinnehmen mußte, ohne mit der Wimper zu zucken. Dank der trefflichen Operationen der österreichischen Truppen konnte aber bereits vom März an die Gefahr als gebannt angesehen werden. Es galt nur noch, in dem gefährdeten Gebiet wachsam auszuharren und den Erfolg zu befestigen. Trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit der regulären Truppen waren doch auch ihre guten taktischen Leistungen zu würdigen. „Der echte, scharfe, schneidige Soldatensinn, die persönliche Tapferkeit und Unternehmungslust fanden hier ein weitaus ergiebigeres Feld als im großen Krieg, wo die Individualitäten in der Masse verschwinden." Der bisherige Verwalter der okkupierten Provinzen, der gemeinsame Finanzminister v. Szlavy, trat sein wichtiges Amt dem befähigteren v. Kallay ab; dieser war ein Ungar, der auch außer den zunächst notwendigen Sprachen das Russische, Serbische, Rumänische, Türkische beherrschte. Er hatte bereits vor der Okkupation sich die Kenntnis der ganzen Sachlage verschafft und war mit ganzer Seele und vollem Verständnis der weltgeschichtlichen Bedeutung des Problems ergeben. Er wußte auch kleinlicheren Anschauungen der ungarischen Parteien gegenüber die Selbständigkeit der ihm anvertrauten großen Aufgabe zu wahren. Kallay.

Sehr mannigfaltig entwickelten sich die für das Wesen des österreichischen Staatsgedankens so wichtigen nationalen Verhältnisse. Der ungarische Ministerpräsident Tisza suchte die Beschwerden der Siebenbürger Sachsen und die Anklagen des Heidelberger Professors Heinze als unbegründet oder übertrieben darzustellen; in Ungarn könne jeder nach Belieben seine Nationalität pflegen, doch sei er auch verpflichtet, den ungarischen Staat anzuerkennen. Dieser Staat sei so wenig chauvinistisch, daß er den obligatorischen Unterricht in der deutschen Sprache an den Mittelschulen angeordnet habe. Aber Ungarn gehöre den Ungarn und könne nur ein ungarischer Staat sein. — Das war die beliebte Zweideutigkeit. Der Staat Stephans des Heiligen umfaßte grundsätzlich mehrere Nationalitäten unter lateinischer Staatssprache. Die politische ungarische Nation umfaßte alle Nationalitäten; das magyarische Idiom hatte nicht mehr Recht als ein anderes. — Man polemisierte gegen den Deutschen Schulverein, dessen Agitationsmittelpunkt Berlin sei, der offen in Flugblättern gegen die ungarische Nation aufreize und mit den Sachsen Siebenbürgens durch Emissäre Verbindungen unterhalte. Auch das deutsch geschriebene bedeutendste ungarische Blatt, der „Pester Lloyd", stimmte in die Klagen der Magyaronen ein; und doch verdankte es seine Existenz nur dem Umstande, daß die ungarische Intelligenz ein Organ in einer europäischen Kultursprache brauchte, schon um sich selbst zu verstehen. Die Magyaren zählten damals kaum 40 Prozent, die Deutschen über 20 Prozent. In Zisleithanien zählten die Deutschen über 36 Prozent, die Tschechen über 23, die Polen über 14, die Ruthenen über 12, die Slowenen über 5, die Serbokroaten über 2, die Italiener 3. Die gegenseitigen Verhältnisse blieben im allgemeinen merkwürdig konstant, trotz aller Bemühungen von allen Seiten. Ungarn.

Im Gegensatz zu den Sachsen Siebenbürgens zeigten sich die Deutschen

in Südungarn, im Banat, anscheinend magyarenfreundlich und sogar gegen den Deutschen Schulverein gesinnt. Trotz des Zweibundes hatten die Deutschen der österreichisch-ungarischen Monarchie keinen politischen Rückhalt, selbst der moralische Rückhalt war zweifelhaft, da sich ja die Deutschen Österreichs fast gegen das Staatsrecht des Deutschen Reiches vergingen, wenn sie sich auch „Deutsche" nannten. Man übersieht gewöhnlich, daß diese Benennung nicht nur nach der österreichischen, sondern auch nach der reichsdeutschen Seite hin zweideutig war. Es war nicht nur die österreichische Regierung, die von den Deutschen Österreichs verlangte, sie sollten nur Österreicher und sonst nichts sein, es war auch das bismarckische Deutsche Reich, dem es gegen sein Wesen ging, „Deutsche" außerhalb des Deutschen Reiches anzuerkennen; denn diese außerdeutschen Deutschen machten ja das Deutsche Reich, wie es tatsächlich infolge von 1866 bestand, problematisch.

Deutsche.

Wie in Böhmen und Mähren kam nun auch in Krain, in Laibach das deutsche Element politisch in die Minorität. Die Tschechen griffen nach Ungarn hinüber und reklamierten die Slowaken als ihre Konnationalen, mit deren eineinhalb Millionen sie nun ein Volk von acht Millionen bildeten. Aber die Slowaken hatten ihre eigene Literatursprache ausgebildet und waren stolz auf diese ihre eigene von der tschechischen verschiedene Kultur. In Galizien hielten sich Polen und Ruthenen die Stange. Ein von den Polen gegen die Ruthenen angestrengter Hochverratsprozeß blieb ohne greifbaren Erfolg. In diesen Verhältnissen kam zum nationalen auch der konfessionelle Gegensatz der Römischkatholischen und der Griechen. Das galt z. B. bei der Haltung des griechisch-unierten Basilianerordens, dem man ein Schwanken vorwarf. Aber auch die Wiederherstellung der altslawischen Liturgie bei den Südslawen, wie sie Bischof Stroßmayer im Anschluß an die vorjährige päpstliche Enzyklika zu Ehren der Slawenapostel Cyrill und Method in Agram und Diakovar vornehmen wollte, erregte sowohl bei der Regierung wie beim Vatikan Bedenken.

Tschechen und Slowaken.

Die magyarischen Chauvinisten erließen im Juli einen Aufruf zur Magyarisierung der Hauptstadt Pest; denn es stellte sich heraus, daß von 360.000 Einwohnern der Hauptstadt 100.000 gar nicht magyarisch verstanden. Der italienische Irredentismus machte sich bereits im August bei der Feier der 500jährigen Vereinigung mit Österreich und der Eröffnung einer allgemeinen österreichischen Industrie- und Gewerbeausstellung sehr bemerkbar. Deutsche Zeitungsstimmen warnten freilich Italien, es werde beim ernsthaften Versuch eines feindseligen Vorgehens gegen Triest nicht nur auf die Spitze des österreichischen, sondern auch des deutschen Schwertes treffen.

Kroatien.

Man bildete sich in Agram wie in Zara ein, Österreich werde Bosnien und die Herzegowina mit Dalmatien, Kroatien, Slawonien und der Militärgrenze zu einem großkroatischen Königreich vereinigen. Diese Vereinigung sollte zugleich mit der Propaganda des Katholizismus ein Gegengewicht gegen die griechischen Serben bilden und damit den Einfluß Rußlands auf die slawische Welt lähmen. Die Serben müßten sich auf Serbien jenseits der Drina beschränken; was diesseits liege, sei kroatisch; so bildete sich ein immer größerer Gegensatz zwischen Kroaten und Serben heraus. Neuerlich trat die Bedenklichkeit der russischen Umtriebe unter den griechisch-unierten Ruthenen im September hervor; eine Folge davon war der Rück-

tritt des ruthenischen Erzbischofs Sembratovicz. Die Kroaten fuhren fort, in Ungarn den „Erbfeind“ zu sehen, der sie mit Gewalt und List vernichten wolle.

Die Feier in Triest sollte durch den Besuch des Kaiserpaars den Höhepunkt erreichen. Mit der Ausstellung war der Zweck verbunden, den Handel mit dem Orient zu beleben; speziell in Ägypten verfolgte die österreichische Politik sehr bedeutende, nicht bloß volkswirtschaftliche, sondern auch politische Zukunftsinteressen. Hier wirkte aber das Zugreifen der Engländer in Ägypten ebenso störend wie die Umtriebe der Irredenta in Triest. Nach wiederholten Bombenattentaten wurde während des Aufenthalts des Kaisers einer der Mitschuldigen, der junge Triester Wilhelm Oberdank, am 16. September verhaftet, zum Tode verurteilt und am 20. Dezember gehenkt. In Italien darüber große Empörung; der Hingerichtete wurde als Märtyrer der nationalen Idee verherrlicht, nicht nur vorübergehend, sondern auch während des ganzen Bestands des Dreibundes und bis zum Weltkrieg, wie das dem unreifen politischen Wesen des italienischen Volks durchaus entspricht. Eine sonderbare Einleitung zum Dreibund! Triest. Oberdank.

Bedrückt von den Magyaren, wanderten die Slowaken so massenhaft aus, daß dies zu einer landwirtschaftlichen Kalamität wurde. Das Deutschtum in Prag litt unter den Judenhetzen, da die deutschen Juden sehr zahlreich waren.

Wenigstens Niederösterreich und Wien widersetzten sich energisch dem Versuch tschechischer Schulgründungen durch den Komensky-Verein. Hier feierten die deutschen Österreicher am 27. Dezember das 600jährige Jubiläum des Hauses Habsburg. Im Jahr 1282 hatte Rudolf von Habsburg seinen Sohn Albrecht mit den österreichischen und steirischen Gebieten belehnt, die er zuvor dem Böhmenkönig Ottokar in blutiger Schlacht abgenommen hatte. Seitdem hieß das Haus Habsburg in der ganzen folgenden Geschichte: Haus Österreich. Die Bezeichnung „Haus Habsburg“, oder „Haus Lothringen“, oder Haus „Habsburg-Lothringen“ hat keine staatsrechtliche oder geschichtliche Grundlage, sondern ist nur genealogisch. Auch in den ungarischen Gesetzen kommt nie eine „Domus Habsburgica“, sondern stets nur eine „Domus Austriaca“ vor, auch in Spanien nannten sich die Habsburger „Haus Österreich“, „Casa d'Austria“, „Maison d'Autriche“ („Anne d'Autriche“ war eine spanische Habsburgerin). Der Familienname ist daher durch den Übergang der männlichen Linie der Habsburger auf die Lothringische Linie nicht verändert worden; es blieb dasselbe „Haus Österreich“. Es ist wichtig, das zu betonen, weil die mißbräuchliche und unwissenschaftliche Benennung einer habsburgischen, oder habsburg-lothringischen Monarchie tendenziöse Zwecke im Sinne der ungarischen Unabhängigkeitsbestrebungen und im Sinne der Verneinung Haus Österreich.

eines geschichtlichen und geographischen österreichischen Staatsgedankens verfolgt oder unterstützt. Die Monarchie der Pragmatischen Sanktion ist eine österreichische Monarchie, eine Monarchie des Hauses Österreich. Alle Länder, auch Ungarn, haben damals ausdrücklich das „Haus Österreich" als ihr Herrscherhaus anerkannt in untrennbarer Gemeinsamkeit. — Die Tschechen (so in der deutschgeschriebenen „Politik") priesen damals den König Ottokar als den Schöpfer der „Idee eines von der unnatürlichen Verbindung mit Deutschland losgelösten Österreichs". Das war nur insofern richtig, als es dem entschiedenen Germanisator Ottokar doch nicht gelang, von Böhmen her ein Großösterreich zu gründen, wie er wollte, ebensowenig später dem Matthias Korvinus von Ungarn her; sondern es gelang eben doch nur vom „Haus Österreich" aus, wie heute nicht nur die Geschichte, sondern auch die Geographie es als notwendig erkennt.

Prag. Eine der wichtigsten nationalen Maßregeln war die Zweiteilung der Universität Prag in eine deutsche und eine tschechische.

Den nationalistischen Problemen hielten bereits die sozialen und wirtschaftlichen die Wage. Die Erhöhung des österreichisch-ungarischen Zolltarifs war eine notwendige Folge der neuen reichsdeutschen Wirschaftspolitik. Die Ausdehnung des Wahlrechts zum Reichsrat auf die „Fünfguldenmänner", die Klasse des minderbesteuerten kleinen Mannes, wurde sowohl von nationalen wie sozialen Gesichtspunkten gefordert und erreicht. Der Abgeordnete Arbeiter. Kronawetter wollte in einer Versammlung den Arbeitern (25. März) das allgemeine Wahlrecht nahelegen (ebenso vom antisemitischen Standpunkt aus Schönerer); die Arbeiter aber erklärten, sie würden sich weder zur Nationalitätenhetze noch zum Bismarckkult verleiten lassen; auch die Konfession kümmere sie nicht; das allgemeine Wahlrecht habe keinen Wert für sie, sie strebten vorerst eine Verbesserung ihrer materiellen Lage an, sie seien bekanntlich „internationale Atheisten", der europäische Parlamentarismus habe sich ohnehin überlebt, sei veraltet, bringe nichts Vernünftiges hervor. Unter den sozialistischen Arbeitern schied sich eine radikale, anarchistische Partei („Die Zukunft") von einer gemäßigteren („Die Wahrheit"); ein Mitglied der ersteren wurde wegen eines Raubanfalls verhaftet. Ein „Arbeitermanifest" wurde am 9. September in vielen Fabriken und Werkstätten ausgestreut. Eine Schuhmachergewerkschaft wurde am 30. Oktober von der Polizei aufgelöst wegen sozialistischer Propaganda; darauf kam es alltäglich zu Tumulten, die sich am 8. November zu einem Straßenkampf steigerten; man meinte, auswärtige Anarchisten hätten mit Hilfe des Vorstadtpöbels einen ersten Versuch gemacht, was unter Umständen ins Werk gesetzt werden könnte. Der Gewerbetag zu Wien 13. November sprach sich einmütig für Zwangsinnungen und für den Befähigungsnachweis aus, also für tatsächliche Abschaffung der liberalen Gewerbefreiheit. Im Dezember begann ein Monsterprozeß zu Prag gegen 50 Sozialisten wegen geheimer Verbindungen; es zeigte sich, daß die deutsche wie die tschechische Arbeiterpartei in Böhmen nach Bezirken und Familien oder Sektionen aus 10—20 Personen organisiert war; es herrschte bei ihnen die Most'sche Richtung vor. Der Reichsrat suchte den Wünschen des Kleingewerbes und Handwerks entgegenzukommen; dabei sträubte sich

aber die Linke vergebens gegen den Geist der Zeit und suchte die liberale Doktrin der Gewerbefreiheit festzuhalten; doch unterlag sie. Auch in Ungarn suchten die Liberalen den „aristokratischen Sozialismus“ oder „sozialistischen Aristokratismus“ wegzuspotten. Die Bauern gründeten ihrerseits überall agrarische Vereine.

Bontoux. Der Zusammenbruch der sogenannten katholischen Bontoux-Banken in Frankreich übte keine nachteilige Wirkung auf die von der gleichen Gruppe gegründete Länderbank in Wien aus; im Gegenteil, diese der Rothschildgruppe gegenüberstehende Organisation brach deren bisherige Alleinherrschaft. Dieselbe Wirkung sollte die Einführung des Instituts der Postsparkassen haben, wie sich später immer deutlicher herausstellte.

Antisemiten. Die Antisemitenbewegung wurde in Zisleithanien von Schönerer, in Ungarn von Istoczy aufgenommen; dieser brachte am 18. Februar im Unterhaus den Antrag ein, die Emanzipation der Juden wieder aufzuheben; er sagte in seiner Rede: „Man nennt unser Jahrhundert das der Humanität, da doch nur die Juden davon Gewinn haben, während unser von den Juden zum Vieh erniedrigtes Volk von dieser Humanität ausgeschlossen ist. Man darf einem Juden nicht auf die Zehen treten, ohne daß in ganz Europa ein Wehklagen entsteht. Hunderttausende unserer Mitbürger werden aber durch die Praktiken der Juden an den Bettelstab gebracht und zur Auswanderung genötigt! Diese parasitenhafte, schachernde Horde darf unsere religiösen Überzeugungen, unsere nationalen Bestrebungen verhöhnen. Bald wird es nötig sein, daß wir selbst um unsere Emanzipation bitten; denn die Juden haben während der letzten zehn Jahre um mehr als 13 Prozent zugenommen, während die allgemeine Bevölkerung kaum um ein Prozent angewachsen ist. Daraus folgt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Juden ebenso gut wie für die Christen schlecht sind. Sie treiben Handel mit weißen Sklaven, leisten auf Grund des Talmud falsche Eide, bestechen die Beamten, schütten Sand ins Mehl, verfälschen die Bilanzen, verhetzen die Nationalitäten, treiben Börsenspiel und bilden die Plutokratie, fabrizieren die öffentliche Meinung durch die jüdischen Journalisten. Kein Jude kann angegriffen werden; denn alle stehen solidarisch zusammen. Weh dem, der sich gegen sie auflehnt. Wir sind wehr- und rechtlos gegen eine solche Organisation.“

Die jüdischen Flüchtlinge aus Rußland häuften sich, wie bereits gesagt, in Brody an; die internationalen Hilfsaktionen erwiesen sich als unzulänglich; man konnte nur einen Teil nach Amerika schaffen, einen Teil wollte man wieder nach Rußland zurückschicken. Im ungarischen Abgeordnetenhaus verwahrte man sich gegen eine Überschwemmung des Landes mit russischen Juden.

Tisza-Eszlar. Die Stimmung des Volkes gegen die Juden wurde sehr erregt, als sich im Mai die Kunde verbreitete, in Tisza-Eszlar sei ein christliches Mädchen, Esther Solomossy, auf rätselhafte Weise verschwunden, vielleicht von den dortigen Juden zu rituellen Zwecken ermordet worden. Auch der Untersuchungsrichter schien von dieser Ansicht auszugehen. Es fanden Exzesse gegen die Juden statt. Wiederholt kam es darüber im Abgeordnetenhaus zu antisemitischen Debatten und außerhalb desselben zu Duellen. Die Affäre kam nicht zur Klärung. Selbstverständlich besteht kein offizielles Blutritual, sondern es kann sich nur um abergläubische Volksanschauungen handeln.

Über die Angelegenheit von Tisza-Eszlar erschien zu Berlin eine Broschüre von G. v. Marciany, der sagte: „An der Tatsache des rituellen Mordes zweifelt heute niemand mehr.“ Und Hofprediger Stöcker trat ihm darin bei — allerdings nicht ohne Widerspruch.

Angesichts der russischen und panslawistischen Gefahr war eine Reorganisation des Heeres nötig. Dabei hatte man sich gegen die Unabhängigkeitsgelüste der Magyaren zu wehren. Der Honvedminister Szende hatte Einsicht und Mut genug, gegenüber der äußersten Linken zu erklären, Ungarn müsse bestrebt sein, den Verband mit Österreich nicht nur nicht zu lockern, sondern ihn auf alle Weise zu stärken. Er betrachtete die von ihm organisierte Honvedarmee (ungarische Landwehr) als organischen Teil der Gesamtarmee des Reiches. — Er starb im August. — Die Assentierung konnte in Süddalmatien seit Mai wieder ohne Anstand beginnen. Der Reichskriegsminister legte am 30. Oktober der ungarischen Delegation die Gründe der von der Regierung vorgeschlagenen Armeereorganisation dar. Die Territorialeinteilung hatte den Beifall der Magyaren wie der Polen und Tschechen. Die Deutschen hatten das Bedenken, es könnte dadurch die Reichseinheit geschädigt werden; der Nationalitätenstreit werde in die Armee hineingetragen, der drohende Föderalismus führe zur Schaffung nationaler Armeen. Die Regierung bestritt aber das Bestehen dieser Gefahr. Die Ausführungen des Grafen Kalnoky in der österreichischen Delegation (10. Nov.) über die guten Verhältnisse der Monarchie zum Ausland verschwiegen freilich die nationalistischen Regungen in Rußland und Montenegro. Kalnokys Rede vom 31. Oktober gilt als die erste Andeutung vom Bestehen des Dreibunds mit Italien, machte aber damals gar kein Aufsehen.

Die provisorische Zollinie zwischen den okkupierten Provinzen und der Monarchie wurde am 16. Juli aufgehoben.

Kaiser Wilhelm besuchte wie alljährlich auf der Rückreise von Gastein die kaiserliche Familie in Ischl (9. August). Dagegen erwies sich eine Erwiderung des vorjährigen Besuchs des italienischen Königspaars als schwierig, da man auf den auch in Rom residierenden Papst Rücksicht zu nehmen hatte.

Gegen Heinzes Anklageschrift „Hungarica“ erschien die offiziöse Broschüre: „Dr. Heinzes Hungarica im Lichte der Wahrheit.“ Darauf antwortete wieder die Replik „Deutsche Wahrheiten und magyarische Entstellungen“, nicht von Heinze selber, wie er in der „Allgemeinen Zeitung“ (25. Dez.) erklärte, aber von ihm gebilligt. Er schreibt hier: „Vielleicht erinnert man sich im Deutschen Reiche noch in letzter Stunde daran, daß die Schätzung unserer Macht wesentlich abhängig ist von der Entschiedenheit, mit der wir für unsere Kolonien und deren Volkstum eintreten.“ Und er zitiert sehr deutschfeindliche Äußerungen des „Pesti Naplo“, wo die feierliche Begehung des Sedantages „eine blutige Beleidigung unserer französischen Gefühle“

genannt wird. „Überall glühen die Gemüter von unauslöschlichem Haß gegen die Deutschen. Dieser in seiner Macht rohe, unfruchtbare Teutone hat nie die Sympathie der Welt besessen, ist ihrer auch nicht würdig. Wir seufzen unter deutschem Joch, aber wir wollen ihre ungeschlachte Hand abschütteln."

Karl Egon v. Ebert starb, nachdem er noch im Vorjahr in voller Ebert.
Frische seinen 80. Geburtstag feiern konnte. Damals sandte ihm Robert Hamerling den Gruß: „Als ich ein Knabe noch war, ein freier, sah ich die Forste des Böhmerlands, strahlten mir die silbernen Weiher tief in die Seele geruhigen Glanz. Und wenn ins Herz mir Eberts Leier strahlt ihrer Töne geruhigen Glanz, muß ich gedenken der blitzenden Weiher, der rauschenden Forste des Böhmerlands." Viktor v. Scheffel pries ihn also: „Rühmlich gelebt und rühmlich gesungen, Höchstes erstrebt und Hohes errungen, mit achtzig Jahren noch frisch gleich den Jungen: Heil dem Poeten, dem solches gelungen." Ebert dankte den Dichtern: „Ihr habt mit holder Gabe mich Lebenden erfreut, ihr habt den Weg zum Grabe mit Blumen mir bestreut." Ebert hatte seine ersten Inspirationen aus der romantischen Begeisterung deutschen Gemüts für altböhmische Sage und das Volkstum der gemeinsamen böhmischen Heimat geschöpft.

Des zu Wien verstorbenen Volkssängers Joh. Fürst ästhetisches Grundgesetz war: „Alles auf der Welt hat neun Silben." Darum dichtete er nur in dieser Versart.

Die Wiener „Deutsche Zeitung" schrieb gegen Ende des Jahres 1881 einen Preis von 100 Dukaten für die beste Nationalhymne der Deutschösterreicher aus. Unter einem halben Tausend von Bewerbern war mein Freund, der stud. med. Josef Winter, der Sieger. Sein „Lied der Deutschen Winter.
in Österreich" wurde sofort viel gesungen und gedruckt, auch später in seine Gedichtsammlung aufgenommen. Die erste der sechs Strophen lautet: „Anheben laßt uns allzusamm ein Lied von starkem Klange, in Österreich den deutschen Stamm laßt preisen uns mit Sange. Die auf die Ostmark einst gestellt, dem Feind den Weg zu weisen, sie stehen heute noch im Feld und halten blank ihr Eisen . . ." (Allg. Ztg., 1882, 3. Jan.). Auch ich habe damals mit nicht weniger als sieben Gedichten mitkonkuriert, allerdings in viel romantischerem Stil, mit Anrufung der Frühlingsgöttin Ostara u. s. w. Einige sind in meinen „Sprüchen und Gesängen", eines, von den zwei deutschen Kaisern, den zwei Adlern und Schwertern, ist noch zu Beginn des Weltkriegs wieder aufgewacht. Winter starb als Stabsarzt im Weltkrieg 1916.

Metastasios 100. Todestag wurde in Rom und in Wien, wo er lebte, wirkte und starb, gefeiert. Man schlug vor, seine zahlreichen auf der Wiener Hofbibliothek verwahrten Briefe zu veröffentlichen. Zu seiner Zeit war Wien nicht nur die Hauptstadt von Deutschland, sondern auch die von Italien.

Aus dem Nachlaß Führichs erschienen die Bilderzyklen „Das Leben Mariens" und „Die Legende vom hl. Wendelin" von wunderbarer Schönheit.

Wilbrandt bearbeitete Goethes Faust als Trilogie für das Wiener Burgtheater. Es kam dabei der alles beherrschende mystische Schluß zur vollen Geltung.

Bei der Konkurrenz für das Zwingli-Denkmal in Zürich wurde der erste Preis dem Tiroler Bildhauer Heinrich Natter zugesprochen. Natter.

Das elektrische Licht wurde, zuerst probeweise, im Zentrum von Wien eingeführt.

Ästhetisch interessant ist es, daß die bei der Schönheitskonkurrenz anläßlich des St.-Stephans-Volksfest in Ofenpest auserwählten zehn Schönheiten wohl sympathisch, anmutig, interessant, charakteristisch u. s. w., aber kaum eigentlich „schön" genannt werden konnten.

Munkaczy stellte Christus vor Pilatus als einen düster fanatischen Anarchisten dar.

Dem größten magyarischen Dichter Petöfi wurde in Pest ein Denkmal enthüllt. Außer ungarischen Volksliedern sind es nur Übersetzungen von Gedichten Petöfis, die uns einen erwünschten Einblick in die magyarische Psyche geben.

Deutsches Reich. Die Stellung des Deutschen Reichs in den Welthändeln charakterisiert sich durch die zunehmende Vorsicht gegenüber dem Panslawismus Rußlands und durch das weitgehende Entgegenkommen gegenüber den kolonialen Absichten und Unternehmungen Englands und Frankreichs. Bismarck hatte es geschehen lassen, daß England 1878 Zypern nahm, er hatte von jeher die Franzosen zu ihren überseeischen Unternehmungen ermutigt, nur damit sie etwa dadurch die Rheingrenze vergäßen. Nun hinderte er auch England nicht, das für seine Weltstellung entscheidungsvolle Ägypten mit dem Suezkanal zu besetzen, was er gar wohl durch eine stärkere Ausnützung der Botschafterkonferenz in Konstantinopel hätte verhindern können. Man nahm an, daß Bismarck bereits an einen Vierbund zwischen dem Deutschen Reich, Österreich, Italien und England dachte. Es fiel auf, daß er die Freundschaft des Sultans so gering wog, obwohl dieser gerade damals preußische Offiziere zur Reorganisation seines Heeres erbeten hatte. Man wunderte sich, daß er die der Okkupation Ägyptens sicherlich folgenden Kompensationsforderungen Rußlands und anderer Mächte nicht für gefährlicher hielt, und daß er auf die Dankbarkeit Englands rechnete, dem er so viele Schwierigkeiten augenscheinlich ersparte. Ein greifbarer Erfolg der auswärtigen Politik zeigte sich aber Bund. nur in der Befestigung des Bundes mit Österreich. Darüber äußerten sich im November die offenbar inspirierten „Grenzboten" in Leipzig mit deutlicher Spitze gegen Rußland: das Bündnis sei als ein „regelrecht und in aller Form abgeschlossenes, in Dokumenten niedergelegtes" zu bezeichnen. Dasselbe bestätigte mit gleicher Verbürgung die „Kölnische Zeitung": „Wir erfahren, daß das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn auf eine bestimmte Frist, nämlich auf fünf Jahre, abgeschlossen ist. Es dauert also bis zum 15. Oktober 1884; aber es hat sich bisher so bewährt und verspricht auch künftig eine so große Friedensbürgschaft für beide Reiche zu bleiben, daß man wohl auf dessen Verlängerung rechnen kann . . . Kaiser Wilhelm kam es sehr schwer an, einen Vertrag zu unterzeichnen, der zwar nur ein Verteidigungsbündnis sein soll, aber doch möglicherweise gegen Rußland zur Ausführung kommen

könnte, während er stets ein inniges Verhältnis zu Rußland und seinem teuren Freunde Alexander II. als Grundlage seiner Politik betrachtete. Er machte bei der Erteilung seiner Unterschrift die Bedingung, daß nach Petersburg Mitteilung über den Vertrag zugleich mit Betonung des ausschließlich friedlichen Zweckes desselben gemacht würde. Der Vertrag selbst scheint nicht nach Petersburg mitgeteilt worden zu sein." — Viel bemerkt wurde es auch, daß Graf Herbert Bismarck, der Sohn des Kanzlers, ungefähr zur gleichen Zeit in England von Lord Granville empfangen wurde und unmittelbar darauf, am 16. Dezember, in Wien mit dem Grafen Kalnoky verhandelte. Auffallend war es auch, daß die diesjährigen großen Herbstmanöver nicht an der Westgrenze, sondern an der Ostgrenze in Schlesien, Sachsen, Ostpreußen (auch an der Nordsee) stattfanden und sich als Aufgabe die Abwehr von Einfällen aus dieser Richtung stellten. Der Kronprinz Rudolf war beim Manöver in Schlesien anwesend. Die wachsende Stärke und Bedeutung der deutschen Kriegsflotte wurde bereits vom Ausland anerkannt.

Das Hauptinteresse Bismarcks war aber in dieser Zeit in einer alle Parteien befremdenden und keine befriedigenden Weise auf seine staatssozialistischen Pläne konzentriert. Sehr schön sagte er zu Anfang des Jahres im Reichstag: „Es gehört zu den Traditionen der Dynastie, der ich diene, sich des Schwachen im wirtschaftlichen Kampf anzunehmen. Friedrich der Große sagte schon: Ich werde der König der Bettler sein . . . " — Aber er fand lauter Widerstände. So erklärte der Zentralverband deutscher Industrieller (Schutzzöllner), durch die neuen, in ihrer Tragweite gar nicht absehbaren Lasten, welche der Entwurf des Unfallgesetzes wegen der Haftpflicht der deutschen Industrie aufbürdet, wird sie nicht nur in ihrer Konkurrenzfähigkeit gegen das Ausland empfindlich beeinträchtigt, sondern es wird vor allem der Unternehmungsgeist völlig gelähmt und gerade dadurch der Arbeiter am meisten geschädigt werden. Auch gegen Bismarcks Tabakmonopol wurde protestiert; dessen angeblicher Ertrag sei ein reines Phantasiegebilde. Gegen das Monopol stimmten schon im Bundesrat Bayern, Sachsen, Baden, Hessen, Oldenburg und die Hansestädte. Der Kanzler suchte es aber doch noch immer durchzubringen, denn gerade Preußen bedurfte der Steuerreform finanziell am meisten.

Staatssozialismus.

Auf dem Parteitag der „Liberalen Vereinigung" 6. Mai sprach sich Freiherr Schenk v. Stauffenberg also gegen Bismarcks Pläne aus: „Unsere inneren Zustände haben sich folgerichtig, aber in trauriger Weise, so weiter entwickelt, wie wir es leider vorausgesehen haben. Zwei Gefahren sind es, die uns drohen, die kirchliche Reaktion, die sich mit der politischen verbindet, und der sozialistische Geist, welchen wir in den letzten Jahren nicht mehr nach unten, sondern nach oben hin zu bekämpfen haben. Der Liberalismus steht und fällt aber mit der selbständigen Entwicklung des Individuums. Wenn in den Motiven zum Monopolgesetz angedeutet wird: es sei eigentlich ein Unrecht, daß ganze Klassen der Bevölkerung die Früchte ihrer redlichen Arbeit selbst genießen, daß dieselben eigentlich rechtmäßig dem Staate gebühren, so ist das eine große Gefahr für unsere ge-

samte Entwicklung . . . " Auf dem allgemeinen Handwerkertag in Magdeburg 30. Mai kam dagegen die Forderung der Zwangsinnung, der obligatorischen Meisterprüfung, des Arbeitsbuchs, der Gesellenprüfung, der Handwerkerkammern zur Geltung.

Bismarck traf zur Monopoldebatte im Juni von seinen Gütern wieder in Berlin ein. Noch zuvor äußerte sich Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, auf einem Parteitag zu Hannover 11. Juni also über die Lage: „Früher war bis 1878/79 eine große gemäßigt liberale Partei ausschlaggebend. Das ist leider anders geworden, als der Reichskanzler das Herandrängen von Tendenzen- und Interessentenvertretungen duldete und die Wirtschafts-, Steuer- und politischen Fragen in deren Sinn angriff. Die Mehrheit rekrutiert sich zunächst aus dem Zentrum mit den Anhängseln . . . Aber der mächtige Mann ist mit all dem, was er seit drei Jahren unternommen hat, nicht vorwärtsgekommen, sondern hat vielfach entscheidende Niederlagen erlitten."

In seiner großen Rede vom 12. Juni zum Tabakmonopol sagte
Bismarck. Bismarck im Reichstag unter anderm über den Vorwurf des Sozialismus: „Sozialistisch sind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, und etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat überhaupt angewöhnen müssen. Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiete des Sozialismus reformierend entgegenkommen müssen, wenn wir dieselbe Weisheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenbergsche Gesetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat. Auch das war Sozialismus, dem einen das Gut zu nehmen, dem andern zu geben, ein viel stärkerer Sozialismus als ein Monopol. Ich hoffe, wir werden mit der Zeit ähnliches für die Arbeiter erreichen. Ob ich es erlebe, kann ich bei dem allgemeinen prinzipiellen Widerstande, der mir auf allen Seiten entgegentritt und mich ermüdet, nicht wissen. Aber Sie werden genötigt sein, dem Staate ein paar Tropfen sozialen Öls im Rezepte beizusetzen . . . Sozialistisch war die Herstellung der Freiheit des Bauernstandes; sozialistisch ist jede Expropriation zugunsten der Eisenbahnen; sozialistisch ist die Kommassation, die Zusammenlegung der Grundstücke; sozialistisch ist die Wassergesetzgebung wegen der Berieselung; sozialistisch ist die Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau." Dann ging
Canossa. Bismarck über auf die Notwendigkeit seines Ganges nach Canossa. „Wir würden die Unterstützung mancher Fraktion vielleicht haben, wenn wir uns in ihren Dienst begeben, wenn wir dem Kaiser zureden wollten, irgendein Canossa zu machen, ich meine nicht ein klerikales, ich meine ein liberales Canossa. Kaiser Heinrich IV. hatte auch die Wahl zwischen vielen Gegnern . . ., so daß er, den man dafür zu hart beurteilt, in der Notwendigkeit war, mit einem seiner Gegner Frieden zu machen, um gegen den andern freie Hand zu bekommen. Er unterwarf sich dem Papste, als dem bedeutendsten, nicht etwa aus Kirchlichkeit, in ihm steckte

das germanische Arianerblut (?), ... aber er war politisch in der Notwendigkeit, eine der Parteien, die ihm gegenüberstanden, zu versöhnen. Hätte er sich gebeugt vor den damaligen Welfen oder vor den partikularistischen Sachsen, dann würde das Canossa vielleicht den Namen Harzburg oder Mainz tragen ... Die Fraktionskrankheit ist ja eine, an der das konstitutionelle Prinzip überhaupt schwer leidet ... Ich habe den Eindruck, daß unsere politisch begabten Staatsmänner durch das Fraktionsleben dem Staatsleben entfremdet werden, daß der Satz gilt: Fraktion geht vor Reich! Das hat eine große Bequemlichkeit, man braucht sich keine eigene Meinung zu bilden ... Man hat mir einmal eine Äußerung Schuld gegeben (Skobeleff!): Gewalt geht vor Recht. Das habe ich nie gesagt ... Das Deutsche Reich kann von einer Partei nicht regiert werden. Die Fraktionen bilden einen Ring, den ich nicht durchbrechen kann. Ich habe genug in meinem Leben getan und bin gegen Enttäuschungen abgehärtet. Wenn ich meine Schuldigkeit getan zu haben glaube, so überlasse ich Gott das übrige. Die Geschäfte haben das Interesse für mich verloren. Wenn ich so wenig Hoffnung habe und dennoch in meiner Stellung ausharre, und mir so viel Mühe und Arbeit mache, so können Sie mich ja fragen: was veranlaßt denn diesen matten Greis, seine Sisyphusarbeit fortzusetzen, wenn er selbst die Überzeugung hat, er kommt zu nichts? ... Das ist das Dienst- und Pflichtgefühl. Ich lebte viel lieber auf dem Lande als unter Ihnen. Ich wäre berechtigt gewesen zu gehen, im Jahre 1877. Nachdem ich dann meinen König 1878 nach dem Nobilingschen Attentat in seinem Blute habe liegen sehen, da habe ich den Eindruck gehabt, daß ich dem Herrn gegen seinen Willen nicht aus dem Dienst gehen kann. Das habe ich mir gelobt, und das ist der Grund, warum Sie mich hier noch sehen ... Außerdem ist es das Gefühl, daß ich mit einer gewissen Sorge der Zukunft, den Einrichtungen entgegensehe, deren Herstellung ich dreißig Jahre meines Lebens gewidmet habe. Daß es mich mit Besorgnis erfüllt, wenn sie rückgängig werden, sich abnützen, sich nicht bewähren sollten, das ist ein natürliches Interesse, über das ich mich aber auch bescheiden muß. Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsere Söhne nochmals wieder um den mir wohlbekannten runden Tisch des Frankfurter Bundesrats sitzen könnten. Die Art, wie die Geschäfte gehen, schließt die Möglichkeit nicht aus ... Deshalb hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, der unser deutsches Parteileben bei der unglücklichen Zanksucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Dienerei der Popularität, wie sie bei uns eingerissen, ausgesetzt ist. Ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können. Ich bin matt, ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse; aber ich möchte nicht von

der Bühne abtreten, ohne Ihnen dies ans Herz zu legen: seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten! Er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen."

Bennigsen. Diesem grauenhaften Pessimismus des Reichskanzlers glaubte Bennigsen am 15. Juni in einer langen Rede widersprechen zu sollen; er sagte: „Es hat eine Zeit gegeben, in der solche Vorwürfe nicht ertönten. Der Reichskanzler hat zehn bis zwölf Jahre lang mit einer Mehrheit auf allen Gebieten der Gesetzgebung die größten Erfolge zu verzeichnen gehabt. Jetzt zum erstenmal, wo die Mehrheit zwei Jahre hintereinander dem Reichskanzler den Dienst versagt für Projekte, die in ihren Wirkungen schwer übersehbar sind, ist es da wohl gerechtfertigt, daß daran so schwere Anklagen geknüpft werden, gegen die parlamentarische Vertretung, gegen den ganzen Geist des deutschen Volkes, wie wir sie hier gehört haben? . . . Ein Teil der Schuld liegt darin, daß das Maß der legislatorischen Arbeit, welche dem Parlament zugemutet wird, allmählich über alles Zulässige hinausgegangen ist . . . Es wäre doch eine Ruhe für einige Jahre ein wahrer Segen auch für die Bevölkerung, auf welche die neuen Gesetze wohltätig einwirken sollen . . . Weshalb soll man denn die Dinge so gallig und schwarz ansehen? Es liegt einmal im menschlichen Dasein, daß niemand vollständig glücklich sein kann. An der tragischen Schuld des Daseins nehmen alle, Große und Kleine, ihren Anteil, den größten gerade diejenigen, welche die Führer der Völker sind. Das Feuer, welches erforderlich war, um so Großes zu schaffen, zehrt auch am Innern solcher Männer selbst . . ., besonders wenn sie einmal auf Hindernisse nach jahrelangen Erfolgen stoßen . . . Der Reichskanzler, der gewohnt ist, Hindernisse zu überwinden, schätzt vielleicht auch einmal unrichtig den innern Gehalt seiner Projekte und die Natur der Hindernisse . . . Der Reichskanzler mag sich in einzelnen Stunden die politische Zukunft unseres Vaterlandes noch so unsicher und schwarz ausmalen, auf diesem Weg werden die Vertreter Deutschlands ihm nicht folgen . . . Ich halte es für ein gefährliches Beginnen, wenn man auch nur an die Möglichkeit denkt, daß die parlamentarischen und konstitutionellen Formen ihren Dienst versagen, daß die Parlamente in Marasmus und überwucherndes Parteiwesen versinken, daß die deutschen Staatsmänner gezwungen werden, auf alte, abgestorbene absolutistische Formen zurückzukommen . . . Wenn man an die erfolgreiche Tätigkeit im Reiche seit 1867 denkt, so brauchen wir nicht beschämt vor andern Völkern zu stehen; im Gegenteil, die großen Umwälzungen, die unter Führung des Reichskanzlers das deutsche Volk vorgenommen hat, sind ohne Beispiel in der ganzen Geschichte . . . Aber niemals wäre der Reichskanzler imstande gewesen, dieses Verfassungswerk zum Abschluß zu bringen, wenn das nicht das historische Ergebnis einer langen Zeit gewesen wäre, an der die besten Kräfte in Deutschland jede in ihrer Art gearbeitet haben . . . Ein Mann wie der Reichskanzler verdankt gerade dem seine große Popularität, daß er aus dem Geiste des deutschen Volkes heraus, als Erbe all dieser Bestrebungen die alten Hoffnungen und Wünsche zum Abschluß gebracht hat."

Bismarck hatte zur Unterstützung seines Feldzugs gegen die direkten Steuern auf die erschreckende Zahl der exekutiven Pfändungen bei der Einhebung der Klassensteuer in Preußen hingewiesen und das noch im „Reichsanzeiger" ausführen lassen. Sehr entschieden ermunterte er die sich an vielen Orten regenden Bauernvereine.

Um den Schrecken vor einem Rückfall in den alten Deutschen Bund zu vermehren, ließ Bismarck durch seinen Rat Dr. v. Poschinger ein dreibändiges Werk veröffentlichen: „Preußen im Bundestag 1851—59, Dokumente der kgl. Preußischen Bundestagsgesandtschaft." Die Schilderung beruhte also durchaus auf Bismarcks eigenen Berichten als Gesandter am Bunde; sie erregte durch ihre rücksichtslose Offenheit, freilich auch durch ihre Einseitigkeit großes Aufsehen und auch Mißbehagen bei den andern deutschen Regierungen, Österreich mit eingeschlossen. Um die Mißstimmung nicht zu vermehren, verzichteten aber diese Regierungen auf Polemik und auf apologetische Veröffentlichungen. Po-schinger.

Die Versammlung des Zentralverbands deutscher Industrieller in Nürnberg 17. September äußerte sich „peinlich überrascht" über den „in den Gesetzentwürfen wahrnehmbaren Zug des Mißtrauens gegen die Arbeitgeber". Das sei schädlich für den sozialen Frieden und schließlich für Nutz und Frommen beider Teile, auch der Arbeiter.

Die Kathedersozialisten (Verein für Sozialpolitik), die sich am 9. Oktober in Frankfurt versammelten, hatten die Gunst der tonangebenden Kreise verscherzt, da sie nicht unbedingt mit der herrschenden Schutzzollströmung gingen.

Auf neue Schwierigkeiten stieß das Unfallsversicherungsgesetz. Die Vereine zum Schutze des Handwerks wandten sich mit einer großen Petition an den Reichskanzler (10. Nov.). Dem preußischen Landtag wurde im November die Entlastung der ärmeren Klassen vorgeschlagen durch Abschaffung der vier unteren Grade der Klassensteuer; dafür sollte der Vertrieb einer Reihe von Massenartikeln des Konsums mit einer Art Gewerbesteuer belegt werden. Aber auch hier fanden die Gesetzvorlagen mannigfachen Widerstand. Die überhandnehmende Vagabundenplage wurde vom Zentrum der absoluten Freizügigkeit und der liberalen Gewerbeordnung schuld gegeben; vor allem der Verwilderung und Lockerung der Sitten infolge des langen Kulturkampfs; die Autorität der Kirche und der Schule sei dadurch völlig gebrochen worden.

Damit kommen wir auf die allzu schleppende und unaufrichtige Art der Beseitigung des Kulturkampfs. Was der Reichstag genehmigte, verweigerte der Bundesrat; Gesetze wurden endlich sanktioniert, aber nicht ausgeführt. Bei der Eröffnung des preußischen Landtages am 14. Januar kündigte die von Minister Puttkamer verlesene Thronrede eine kirchenpolitische Vorlage an mit Betonung der „freundlichen Beziehungen zum gegenwärtigen Oberhaupte der katholischen Kirche" und der „Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs mit der römischen Kurie". Der Kern der Vorlage war die mögliche Wiedereinsetzung der durch Richterspruch entfernten Bischöfe. Herr v. Schlözer reiste am 1. Februar als designierter preußischer Gesandter beim Vatikan von Berlin nach Rom ab. Volle Klarheit über seine Instruktionen gab die Regierung nicht. Auch in Bayern blieb die Lage der Katholiken dem Ministerium Lutz gegenüber ungeklärt. Lutz bestritt die Existenz eines Kulturkampfes in Bayern sowie Kulturkampf.

das Bestehen gerechter Beschwerden der katholischen Kirche. In Baden bekämpfte der katholische, aber „nicht ultramontane" Abgeordnete Baumstark den politischen Ultramontanismus als „unhistorisch, unwissenschaftlich, unchristlich, unpatriotisch, mittelalterlich". Der „Ultramontanismus" sei die „Pestbeule am heiligen Organismus der Kirche", die abgeschnitten werden müsse (5. März).

Schlözer. Schlözer hatte am 12. März seine erste Audienz bei Papst Leo. Dieser versicherte, „wenn es nur von ihm abhinge, wäre ein Einvernehmen bereits in allen Punkten hergestellt". Der Papst ernannte am 22. Februar den Generalvikar Höting zum Bischof von Osnabrück und am 18. März den Bistumsverweser Drobe zum Bischof von Paderborn. Die offiziöse „Polit. Korr." erklärte, die Sache könne nicht so rasch zum Abschluß gebracht werden, denn: „Seit den großen Papstkämpfen des Mittelalters waren die Augen der Welt niemals auf einen Streit zwischen Staat und Kirche mit solcher Spannung gerichtet wie auf den Kulturkampf. Dies gilt selbst vom Kampf Napoleons I. mit Pius VII., so dramatisch derselbe war. Denn allen napoleonischen Aktionen gegenüber hatte die Welt das Gefühl, daß ein Schauspieler über die Bühne schreite, der keine dauernden Spuren zurücklassen werde. Dagegen hat die Welt heute das Gefühl, daß der deutsche Kulturkampf zu einem großen Beispiel, vielleicht zum Typus des Verhältnisses zwischen Rom und den heutigen Staaten werden kann ... Den Kanzler nehmen jetzt Sorgen in Anspruch, die größer als selbst der Streit mit Rom sind. Doch ist er nicht der Mann, um gehäufter Sorgen willen ein Schlachtfeld als Besiegter zu verlassen. Er weiß, daß er die Kraft hat, den Kulturkampf nötigenfalls wieder aufzunehmen ... So bleibt die Wahrscheinlichkeit überwiegend, daß die Verhandlungen mit einem Ausgleich enden."

Zentrum. Die Aussichten des Zentrums stiegen durch ein Kompromiß mit den Konservativen und Polen. Die Gegner schalten: „das Kompromiß sei in der Wahrheit eine Unterwerfung des Staats unter die Kirche: das stolze Staatsschiff Preußen streicht seine Fahnen vor dem Vatikan." Das schließlich vereinbarte Gesetz befreite die geistlichen Kandidaten vom Kulturexamen und ermöglichte die Rehabilitierung der verurteilten Bischöfe. Es fiel freilich auf, daß es nur sehr zögernd sanktioniert (31. Mai) und ausgeführt wurde. Vor allem waren die Katholiken darüber enttäuscht, daß die Zurückberufung der Bischöfe von der Regierung nicht sofort betrieben wurde. Anderseits wunderte sich die Regierung, daß die Katholiken, Bischöfe wie Priester, ebenso „ultramontan" blieben wie zuvor und keine Laxheit duldeten, so besonders in der Frage der gemischten Ehen. Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Frankfurt a. M. beschloß auf den Antrag Windthorsts eine Resolution über die weltliche Herrschaft des Papstes; sie forderte, „daß die christlichen Mächte nicht länger die Vergewaltigung ihrer katholischen Untertanen und ihres geistlichen Hauptes und einen Zustand der Dinge im Mittel-

punkt der Christenheit dulden, dessen Fortdauer nicht nur die Kirche, sondern auch die Staaten durch die eingedrungene Zucht- und Rechtlosigkeit je länger je mehr aufs ernsteste bedroht". — Auf dem Parteitag der rheinischen Zentrumspartei in Köln erklärte Windthorst, die soziale Frage könne nicht gelöst werden, es sei denn, daß vorher der Kirche die Freiheit wiedergegeben worden sei.

Bei der Eröffnung des preußischen Landtags am 14. November hieß es in der Thronrede: „Die Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs mit der römischen Kurie ist zu meiner Freude der Befestigung freundlicher Beziehungen zu dem Oberhaupte der katholischen Kirche förderlich gewesen, und hege ich die Hoffnung, daß die versöhnliche Gesinnung, welche meine Regierung zu betätigen nicht aufhören wird, auch ferner günstigen Einfluß auf die Gestaltung unserer kirchenpolitischen Verhältnisse üben werde. Inzwischen fährt meine Regierung fort, auf Grund der bestehenden Gesetze und der ihr erteilten Vollmachten den Bedürfnissen meiner katholischen Untertanen auf kirchlichem Gebiete jede Rücksicht angedeihen zu lassen, welche mit den Gesamtinteressen des Staates und der Nation verträglich ist."

Gläubige Protestanten schwankten, ob sie sich mit den Katholiken zu einem „Kreuzzug gegen die liberalen Türken" verbünden oder ihrer Scheu gegen das wiedererstarkende Papsttum nachgeben sollten. Im preußischen Abgeordnetenhaus unterzog Majunke, 19. Dezember, das Poschingersche Majunke.
Werk über Bismarcks Tätigkeit am Bundestag einer Kritik vom großdeutschen Standpunkt aus, den er persönlich noch immer einnahm und zu dem Bismarck durch den Zweibund 1879 teilweise zurückgekehrt sei. Er suchte nachzuweisen, daß die Kriege von 1866 und 1870 sowie der Kulturkampf vermieden worden wären, wenn man von der großdeutschen Idee nicht abgegangen wäre. Vor allem stoße sich seine Partei an der „Prätension des evangelischen Kaisertums". Windthorst korrigierte die Bemerkung Majunkes durch willige Anerkennung des paritätischen Kaisertums. Das Poschingersche Werk sei der beste Beweis für die Festigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses, nur sollten auch die andern Staaten des Bundes dem Beispiel Preußens in aktenmäßiger Darstellung jener Zeit folgen. Auch von protestantischer Seite wurde zugegeben, daß ein „Deutsches Kaisertum" dem Wesen nach unmöglich „evangelisch" sein könne. Der moderne Staat sei vielmehr paritätisch oder in loserem Zusammenhang mit der Religion. Daß in der ganzen deutschen Geschichte seit Karl dem Großen ein mehr als zufälliges Verhältnis zwischen Kaisertum und römischem Papsttum stattfinde, konnte kaum geleugnet werden, wenn man nicht die ganze deutsche Geschichte als einen Irrtum bezeichnen oder als eine Fälschung darstellen wollte. Ein deutsches Kaisertum wird unter jeder Bedingung, auch wenn es von einem evangelischen Haus getragen wird, notwendigerweise die stärkste Beziehung zum römischen Papsttum haben.

Der Antisemitismus trat am stärksten auf dem internationalen Antisemiten.
Antisemitenkrongreß zu Dresden 11. September hervor. Es waren auch Österreicher und Ungarn und sonstige Ausländer anwesend. Major v. Bredow aus Berlin wurde zum ersten Vorsitzenden, v. Simonyi aus Pest

zum zweiten gewählt. Die Einladungen waren von Henrici, Istoczy, Stöcker, v. Thüngen-Roßbach, v. Zerboni (Wien) unterzeichnet. Dr. Förster erklärte, die Juden könnten unter den arisch-christlichen Völkern nicht einmal geduldet, höchstens ignoriert werden. Henrici hielt es für unbedingt erforderlich, die Juden aus Deutschland herauszubringen. Stöcker gestand, daß dazu die antisemitische Partei noch zu schwach sei; er schlug aber folgende, einstimmig angenommene Thesen vor: „1. Die gegenwärtige Stellung der Juden ist für sie selbst und für alle Kulturvölker eine Gefahr, für manche Nation schon jetzt der Grund materiellen und geistigen Verderbens. Eine internationale Vereinigung zu dem Zweck, die Übermacht des Judentums zu brechen, ist eine unabweisbare Kulturaufgabe der christlichen Welt. 2. Die Judenfrage, obwohl in der Verschiedenheit des Stammes und Glaubens begründet, ist in ihrer Erscheinung keine bloße Rassen- und Religionsfrage, sondern eine universale Frage kulturhistorischen, politischen, sozialpolitischen und sittlichreligiösen Charakters. 3. Der Einfluß der Juden, nicht im Verhältnis zu ihrer Zahl und keineswegs durch höhere Begabung bewirkt, beruht auf der rücksichtslosen Erwerbung und Verwendung der Geldmacht und auf der Feindschaft gegen das christliche Staats- und Gesellschaftsleben, in der dadurch bedingten Macht über die schwachen und schlechten Elemente der Nationalitäten, endlich auf der Mangelhaftigkeit unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Zustände. 4. Vom politischen Gesichtspunkt und nach ihrer Verheißung bestimmt, eine eigene Nation zu bleiben, durch Abstammung, Sprache und Kultur international verbunden, durch die Ehe untereinander sowie durch Reinigungs- und Speisegesetze als eine Kaste charakterisiert, sind die Juden als solche unfähig, organische Bestandteile irgendeines christlichen Volkes zu bilden. Die Reformjuden, obwohl im einzelnen abweichend, bilden doch in ihrer allgemeinen Stellung keine Ausnahme, sondern durch das Bestreben, die christlichen Völker zu beherrschen und zu zersetzen, eine um so größere Gefahr. 5. Die Emanzipation der Juden, in dem Sinne nicht bloß gleicher Rechtsfähigkeit, sondern völliger staatsbürgerlicher Gleichstellung aufgefaßt, ist ein Widerspruch mit dem Wesen des Judentums sowie mit dem Wesen des christlichen Staatenbundes und ein prinzipieller verhängnisvoller Fehler. Obrigkeitliche Stellungen sind daher den Juden nicht einzuräumen, ebensowenig Lehrämter an christlichen Schulen. 6. Unter dem sozialen Gesichtspunkt oft Vertreter der nackten Geldmacht, wenig Anteil an der produktiven Arbeit nehmend und daher an der damit verbundenen sozialen Verpflichtung wenig beteiligt, sondern die Geldmacht fremdem Fleiße verdankend, ist das moderne Judentum in einer Epoche, in welcher der Streit zwischen Arbeit und Kapital bis zum Hervortreten von Umsturzparteien herausgebildet ist, eine soziale Gefahr ersten Ranges. Die Finanzmacht

der Juden ist ein Hindernis selbständigen Staatslebens, ihr Börsentreiben die Wurzel verderblicher Richtung des Geschäftslebens, ihr Einfluß auf Industrie und Gewerbe durch die Usurpation des die Arbeit bedrückenden Zwischenhandels der Grund mannigfacher Volksnot. 7. Die Übelstände, welche der jüdische Geist in Handel und Wandel, in Industrie und Landwirtschaft hervorruft, sind durch die Kapitalsmacht einschränkende Gesetze zu bekämpfen. Christen knüpfen möglichst mit Christen Geschäftsverbindung. 8. Nur durch die Verleugnung der christlichen Staatsidee und des nationalen Gedankens im öffentlichen Leben und in der Gesetzgebung sind christliche Völker in Abhängigkeit vom Judentum geraten. Nur durch die Hochhaltung der christlichen Weltanschauung und durch Geltendmachung der nationalen Bedürfnisse im wirtschaftlichen Leben, in Gesetzgebung und Verwaltung werden die christlichen Völker ihre naturgemäße Selbständigkeit wieder gewinnen. Die Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften sind daher um ihre staatsrechtliche Initiative zu ersuchen: die Völker aufzurufen, daß sie durch Pflege des christlichen und durch Bekämpfung des jüdischen Geistes in Literatur und Tagespresse, im staatlichen wie im kommunalen Leben die jeder Nation notwendigen Eigentümlichkeiten und Freiheiten verteidigen." — Ferner wurde noch gefordert: „Gegen die Einwanderung der Juden aus dem Osten ist eine Grenzsperre zu errichten, und die Juden sind vom Militärdienst auszuschließen, dagegen mit einer Kopf- und Wehrsteuer zu belasten." Außerdem beschloß der Kongreß die Bildung eines permanenten antijüdischen Komitees nach dem Vorbild der „Alliance israélite universelle" sowie die Gründung einer internationalen antisemitischen Revue.

In Kassel erregten die antisemitischen Blätter „Geldmonopol" und „Reichsgeldmonopol" den Protest der Juden und ihrer Freunde (19. Sept.).

Die am 7. November in Berlin versammelten Delegierten der Protestantenvereine wandten sich gegen die Herrschsucht Roms, aber noch mehr gegen die Laxheit des Protestantismus, die Geringschätzung der Religion und den Wahn, daß Wissen und Bildung die Religion überflüssig machen. Wer sich von Gott lossagt, kann keinen erfolgreichen Kampf für Geistesfreiheit führen.

In Bayern wurden noch hie und da partikularistische Stimmen laut; so meinte Schels: „Die Finanzmisere Bayerns datiert von dem Tag, seit dem wir dem Reich angehören und somit von der erhöhten Militärlast." Man betrachtete das Freimaurertum als gewichtiges Mittel der „Verpreußung".

Der deutsche Schulverein in Berlin richtete eine offene Zuschrift an den ungarischen Ministerpräsidenten Tisza vom 25. Februar, darin es hieß: „Nichts liegt uns ferner, als die Absicht einer feindseligen Stimmung gegen das ungarische Staatswesen. Ganz einverstanden mit dem Wahlspruch ‚Ungarn den Ungarn', verstehen wir freilich unter den Ungarn nicht bloß den magyarischen Stamm, und dünkt uns das ungarische Staatsgefühl wohl vereinbar mit treuem Festhalten an deutscher Sprache und deutschem Volkstum. Je mehr aber diese Wahrheit auf magyarischer Seite verkannt wird, je schutz-

loser der Deutsche in Ungarn und Siebenbürgen den Bedrängern seiner Sprache und Kultur preisgegeben ist, um so gerechteren Anspruch hat er auf die werktätige Sympathie des ganzen deutschen Volkes . . ."

Die württembergische Landesausstellung bestärkte die Überzeugung, daß derlei viel förderlicher sei als die übergroßen Weltausstellungen.

Die Befestigung der Ostseeküste erfuhr in diesen Jahren eine größere Berücksichtigung. Dabei wurde allerdings ein von Rußland erkaufter Verrat entdeckt.

Auch die französische Regierung suchte Verräter zur Auslieferung militärischer Akten und Pläne zu erkaufen.

An der Eröffnung der Gotthardbahn nahmen auch Vertreter des dabei stark interessierten Deutschen Reiches teil.

Es war vor allem der Kronprinz, der durch seine Besuche bei König Humbert — so zu Monza am 11. August — die Stimmung zum Dreibund herstellte.

Die Frage der geistigen Überbürdung der lernenden Jugend beschäftigte die Gemüter; man fürchtete für die „Wehrbarkeit und geistige Frische der Nation" und empfahl energischer als bisher die leiblichen Übungen.

Die Verwelschung von Elsaß-Lothringen machte der Regierung große Sorgen.

Nachdem Hamburg in die Zolleinheit des Reichs einbezogen war, trat diese Frage auch an Bremen heran.

Der Zudrang zu den wissenschaftlichen Berufsarten, besonders zum Justizfach, nahm bedenkliche Ausdehnungen an, ebenso die Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiet.

Sozialisten. Die Sozialisten regten sich immer wieder. Sie beantragten am 3. Mai im Reichstag, unterstützt von drei Fortschrittlern, die Aufhebung aller Ausnahmsgesetze konfessionellen und sozialen Charakters. Einige Lassalleaner versuchten in Hamburg 22. November die Bildung einer „nationalen deutschen Arbeiterpartei", aber ohne Anklang zu finden. Im Dezember suchte der Sozialdemokrat v. Vollmar im Reichstag ausführlich nachzuweisen, daß das Sozialistengesetz der Partei keinen Schaden gebracht, daß die Sozialdemokratie vielmehr an Zähigkeit und Ausdehnung nur gewonnen habe. Man dürfe die jakobinische Richtung Most's nicht mit der eigentlichen Sozialdemokratie verwechseln. Freilich nehme das Sozialistengesetz der Partei alle gesetzlichen Mittel und dränge sie daher zum versteckten Bürgerkrieg. Das habe sich als der größte politische Fehler erwiesen, der habe begangen werden können. — Grillenberger fügte hinzu, die Arbeiter hätten gar kein Vertrauen zu den sogenannten Reformmaßnahmen der Regierung, sie sähen darin nur neue Ketten. Er gab zu, daß jeder zielbewußte Sozialdemokrat Republikaner sei; daraus folge aber noch nicht das Streben nach gewaltsamer Revolution. Auch der Fortschrittler Wendt, ein Hamburger, erklärte sich als Republikaner im weitesten Sinn.

Die von Bismarck allzulang vernachlässigte Kolonialfrage wurde immer dringender. Anfang September wurden in Frankfurt a. M. die Einleitungen zur Gründung einer deutschen Kolonialgesellschaft getroffen. Es handelte sich vorerst nicht um kapitalistische Zwecke, oder um ein bestimmtes Kolonisationsprojekt, sondern um einen gemeinsamen moralischen Rückhalt für die verschiedenen deutschen Niederlassungen in Südamerika, Südafrika u. s. w. Die ungewöhnlich steigende Auswanderung der letzten Jahre mußte wohl endlich auch die Regierung nachdenklich machen. Bei der Versammlung deutscher Naturforscher in Eisenach 19. September sprach der berühmte Reisende Gerhard Rohlfs sehr eingehend über die Kolonialfrage. Seit der Gründung des Deutschen Reichs sei die Auswanderung gestiegen. Die Auswanderer, die zumeist nach Nordamerika strömen, gehen wirtschaftlich und national für das Mutterland verloren; sie anglisieren sich schon in der zweiten Generation. Desgleichen in Australien. Zur Gründung von Ackerbaukolonien ist es leider schon zu spät; die Welt ist bereits verteilt, ohne daß die Deutschen dazugesehen hätten. Es kann sich nur noch darum handeln, Handelsfaktoreien zu gründen, „Kultivation" zu treiben, wie Hübbe-Schleiden es nennt, also Gebiete zu erwerben, in denen deutsches Kapital nutzbar gemacht werden kann, indem mit einheimischen Kräften Ackerbau getrieben wird, wie es die Engländer in Indien, die Holländer in Java tun. Solche Punkte sind noch zu haben, so Neuguinea, wo die Holländer nur theoretische Ansprüche haben, so Korea, so Marokko, besonders aber die Nigermündung und die Kamerungegend, die beide das reiche Zentralafrika als Hinterland haben. Ebenso ist die Somaliküste in Ostafrika noch frei, das Land, in dem der Reisende von der Decken mit vielen Deutschen ermordet wurde, ohne daß sein Tod bis heute gesühnt wurde. — All das mag den Reichskanzler veranlaßt haben, am 20. Oktober wenigstens die deutschen Konsuln überall darauf aufmerksam zu machen, daß sie ihre eigentliche Aufgabe in der Förderung des deutschen Handels und im Schutz der Reichsangehörigen zu suchen haben, nicht aber in der politischen Tätigkeit, wie solche von den Konsuln anderer Mächte häufig gepflegt werde. Zugleich suchte er nach Mitteln, die Nötigung zur Auswanderung einzuschränken. — Am 6. Dezember konstituierte sich wirklich der deutsche Kolonialverein in Frankfurt unter dem Vorsitz des Fürsten von Hohenlohe-Langenburg. Bennigsen, Brugsch, Friedenthal, Maltzahn, Miquel, Ratzel, Rohlfs, Varnbüler nahmen daran teil. Man wollte sich zunächst mit der Errichtung von Handelsfaktoreien als Ausgangspunkt für größere Unternehmungen begnügen. Der Kaufmann müsse der Pionier für den Ackerbauer sein. — Anneke klagte über die Indolenz der Reichsregierung; er hätte vor drei Jahren den nordöstlichen Teil der Insel Borneo, 1000 Quadrat-

Kolonien.

meilen, erwerben können, wenn die Reichsregierung nur erklärte, es sei ihr genehm. Fürst Bismarck gab aber eine solche Erklärung nicht ab, das Projekt zerschlug sich und nun haben die Engländer die Landstrecke in Besitz genommen.

C. F. Gläser hatte schon am 31. Januar 1872 dem Fürsten Bismarck eine Denkschrift überreicht, in der der Plan einer Erwerbung von Kolonialbesitz in Tunis und Tripolis ausführlich entwickelt wurde. Die Schrift blieb unbeantwortet. Gläser hielt es aber noch nicht für zu spät, neuerlich in einer Druckschrift „Deutschlands Interesse an der Erwerbung von Tunis und Tripolis" vom handelspolitischen und gewerblichen Gesichtspunkt aus zu beleuchten.

Ein Zeichen gestiegenen Nationalbewußtseins war die Gründung deutscher Schulen in Mailand, Venedig, Genua, Rom, Neapel und Florenz.

Bei der Taufe des kaiserlichen Urenkels in Potsdam 11. Juni waren vier Generationen des Hohenzollerngeschlechts vertreten. Der Taufakt an dem heutigen Kronprinzen geschah mit „geweihtem Jordanwasser". Anwesend waren der Kronprinz von Österreich, Großfürst Sergius und der Herzog von Aosta.

Auf dem Eisenacher Naturforschertag feierte die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte ihr 60jähriges Jubiläum. Lorenz Oken hatte sie 1822 gegründet. Nun hatte Haeckel das große Wort; er sah den Urgrund alles Seins im Naturgesetz, welches die Theologen Gott oder Schöpfer nennen. Sonst wurde die Antiseptik behandelt.

Zugleich mit der 250jährigen Gedenkfeier der Schlacht bei Lützen feierte man das 50jährige Bestehen der Gustav-Adolf-Stiftung. Man wies mit Stolz auf die zahlreichen protestantischen Kirchen in Österreich hin, die zum Teil mit dem Geld dieser Stiftung erbaut waren. Man erinnerte aber auch daran, daß Gustav Adolfs Tochter auf den schwedischen Thron verzichtete, um sich der katholischen Wahrheit anzuschließen.

Richard Wagner.

Die erste Aufführung von Richard Wagners Bühnenweihefestspiel „Parsifal" fand zu Baireuth am 26. Juli statt. Der streng kirchliche Stil der Hauptszenen mit den wunderbar mystischen Chören wirkte in höherem als theatralischem Sinn ergreifend. Es war zweifellos ein religiöses Kunstwerk; das Religiöse dabei war vom Ästhetischen unmöglich zu scheiden, es bildete mit ihm eine notwendige Einheit. Auch das war nicht zu leugnen, daß hier die Religion in ihrer christlichsten, christushaftesten Gestalt, als Bekenntnis der Eucharistie in seiner katholischesten Auffassung erschien, wie auch immer der Dichter sich praktisch dazu verhalten wollte. Es war ein geistiger Triumph des Katholizismus, als Inbegriff der Ideen einer göttlichen Offenbarung, göttlichen Erlösung, eines über allem weltlichen Rittertum und Königtum stehenden geistlichen Priestertums, Kirchentums, Kloster- und Ordenswesens. Es war auch eine Lösung des Kulturkampfs auf einem überragenden Gebiet, wo sich die Ideen miteinander messen, wie die Götter über Troja. Die Lösung ist um so unwidersprechlicher, als der Dichter dabei gar keine Tendenz ver-

folgte, sondern lediglich seiner Nation, seiner Zeit das Allerhöchste, das Geistigste, das Stärkste, das Endgültigste bieten wollte, was mit menschlichen Mitteln zu bieten war; und gerade dazu brauchte er, ob er nun wollte oder nicht, den klerikalsten Katholizismus mit seinem dogmatischesten Zentraldogma.

Nietzsche widmete dem Parsifaldichter das Schmähgedicht: „Der du an jeder Fessel krankst, friedloser, unbefreiter Geist, siegreicher stets und doch gebundener, verekelt mehr und mehr, zerschundener, bis du aus jedem Balsam Gift dir trankst. — Weh, daß auch du am Kreuze niedersankst, auch du, auch du ein Überwundener! Vor diesem Schauspiel steh ich lang, Gefängnis atmend, Gram und Groll und Gruft, dazwischen Weihrauchwolken, Kirchenduft, mir fremd, mir schauerlich und bang. Die Narrenkappe werf ich tanzend in die Luft, denn ich entsprang!"

R. Wagner glaubte selbst, mit dem „Parsifal" seine Mission erfüllt zu haben. Man verglich das Werk mit Mozarts „Zauberflöte", den Gralkönig mit Sarastro, den Parsifal mit Tamino, die Königin der Nacht nebst ihren drei Damen der Kundry und den Blumenmädchen in ihrer auffallenden Doppelnatur, den Monostatos mit Klingsor.

R. Wagner schrieb in einem offenen Brief (16. Juni): „Oft habe ich erklärt, daß ich die Musik für den rettenden guten Genius des deutschen Volkes hielte, und es war mir möglich, dies an der Neubelebung des deutschen Geistes seit Bach bis Beethoven nachzuweisen: sicherer wie hier gab auf keinem anderen Gebiete die Bestimmung des deutschen Wesens, die Wirkung seines Gemütes nach außen sich kund; die deutsche Musik war eine heilige Emanation des Menschengeistes, und dämonisch leidende göttliche Naturen waren ihre Priester . . . Ich bin kein Musiker . . . Vielleicht hätte man mich noch als Konservator verbrauchen können . . . Nur würden diese konservatorischen Bemühungen bei dem großen asiatischen Sturme, der über uns hereinbrechen möchte, nichts genützt haben . . . Liszt ist mir in die Siebenziger vorangegangen, und ich bin ihm bereits in das Siebenzigste gefolgt; mit uns beiden hat man nichts anzufangen gewußt . . ." — Aus Venedig schrieb Wagner am 1. November: „Verdankte ja auch der ‚Parsifal' selbst nur der Flucht vor der gewohnten Welt seine Entstehung! Wer kann ein Lebenlang mit offenen Sinnen und freiem Herzen in diese Welt des durch Lug, Trug und Heuchelei organisierten und legalisierten Mordes und Raubes blicken, ohne zuzeiten mit schaudervollem Ekel sich von ihr abwenden zu müssen? Wohin trifft dann sein Blick? Gar wohl in die Tiefe des Todes. Dem anders Berufenen und hierfür durch das Schicksal Abgesonderten erscheint dann aber wohl das wahrhaftigste Abbild der Welt selbst als Erlösung weissagende Mahnung ihrer innersten Seele. Über diesem wahrtraumhaften Abbilde die wirkliche Welt des Truges selbst vergessen zu dürfen, dünkt dann der Lohn für die leidenvolle Wahrhaftigkeit, mit welcher sie eben als jammervoll von ihm erkannt worden war." So gab er auch seinen Freunden im „Parsifal" „die Weihe der Weltentrückung".

Um die große religiöse Bedeutung Richard Wagners und seines Werkes abzuschwächen und unschädlich für das Publikum zu machen, hielt es H. A. Köstlin für dringend geboten, über die „religiösen Anschauungen R. Wagners" in drei Aufsätzen der „Allgemeinen Zeitung" (15. Nov. ff.) den kalten Wasser-

strahl der „Ernüchterung" zu spritzen und damit den unerschütterlichen Standpunkt des Philisters zu retten. Köstlin hielt sich in seiner Darlegung an Einzelheiten, ohne Sinn für geistigen Zusammenhang und für das Wesentliche.

R. Wagner schrieb am 17. Mai an den Pariser Kapellmeister Lamoureux: „Nicht nur liegt mir nichts daran, daß ‚Lohengrin' in Paris aufgeführt wird, sondern ich wünsche sogar lebhaft, daß es nicht geschehe. Erstlich hat ‚Lohengrin', nachdem er die Runde um die Welt gemacht, das nicht nötig . . . Ich habe Herrn Neumann die Ermächtigung erteilt, meine Werke in Paris aufzuführen, offen gestanden, ohne mir die Sache recht zu überlegen. Nach reiflicher Überlegung habe ich Herrn Angelo Neumann gebeten, auf Paris zu verzichten . . . Meine Werke sind wesentlich deutsch, und ich habe das Vertrauen, daß diejenigen Ihrer Landsleute, denen sie achtenswert erscheinen, sich nicht die Mühe verdrießen lassen, sie im Original kennenzulernen . . ."

Friedrich Nietzsche gab seine „Fröhliche Wissenschaft" heraus, einen Vorläufer seines „Zarathustra". Sein Ideal war an Stelle R. Wagners die französische Oper „Carmen" von Bizet geworden.

Die „Historisch-politischen Blätter" geben eine Ehrenrettung des Erzbischofs Grafen Spiegel von Köln, Betrachtungen zur „Resurrektion der Römischen Frage", und über „Sozialpolitische Kultivatoren" (v. Vogelsang, H. George, L. v. Stein, Rohling, Masaryk, Neurath, Erle), einen eingehenden Bericht über den Fall Bontoux, eine Würdigung von Norrenbergs Allgemeiner Literaturgeschichte und eine des neuen Kirchenlexikons von Wetzer
Darwin. und Welte. Über Darwin (90, 118) wird sehr maßvoll geurteilt. Sein Gottesglaube, sein Christentum wird nicht angezweifelt. Seine Anschauung der Schöpfung als Entwicklung wird schon beim hl. Augustinus gefunden; sein Bekenntnis zur Teleologie erscheint entscheidend: „Es ist eine großartige Ansicht, daß der Schöpfer den Keim alles Lebens nur wenigen oder nur einer einzigen Form eingehaucht hat, und daß . . . aus so einfachem Anfange sich eine endlose Reihe der wundervollsten Formen entwickelt hat und noch immer entwickelt." Der englische Konvertit W. G. Ward erhält den verdienten Nekrolog; sein Kampf gegen die Maklertheologen, die „Minimizer" unter den Katholiken, die den Puseyiten so weit als möglich mit Beschränkung auf ein katholisches „Minimum" entgegenkommen wollten, wird geschildert. Der Zusammenhang der gallikanischen Kirche mit der französischen Revolution wird nach dem englischen Werk von W. H. Jervis hervorgehoben. Auch Pusey, der nicht bis zum vollen katholischen Bekenntnis vordrang, aber so viele seiner Schüler zu Katholiken machte, erhält seinen Nekrolog. Onno Klopps neuestes Geschichtswerk „Das Jahr 1683 und der große Türkenkrieg" erscheint in seiner ganzen Bedeutung. Es erfolgt die „Rechtfertigung der Philosophie der Geschichte als einer besondern Wissenschaft". Die „neueste protestantische Reveille gegen Rom" wird zurückgewiesen. Die Gedichte von F. W. Weber erfahren verdiente Würdigung. Der „Schematismus der deutschen und der deutschsprechenden Priester sowie der deutschen Katholikengemeinden in den Vereinigten Staaten Nordamerikas" von Bonenkamp, Jessing und J. B. Müller (Freiburg, Herder) zeigt die hoffnungsreiche Organisation der Katholiken jenseits des Meeres und erweckt die Forderung, daß vom deutschen Mutterland eine gleiche Übersicht ausgearbeitet werde.

Adolf Bastian schrieb „Die Vorgeschichte der Ethnologie; der Völkergedanke im Aufbau einer Wissenschaft vom Menschen". Ed. v. Hartmann glaubte, „Die Religion des Geistes" verkündigen zu können. Jos. Haußner behandelte die „deutsche Kaisersage", Alex. v. Helfert „die konfessionelle Frage in Österreich". Jul. Köstlin schilderte „Luthers Leben", Jul. Lippert „Christentum, Volksglaube und Volksbrauch". Die zweite Auflage von W. Lübkes „Geschichte der Renaissance in Deutschland" gab Gelegenheit, die starke Anregung dieses Buches auf die Praxis festzustellen und zu kritisieren. „Wiens Buchdruckergeschichte 1482—1882" von Anton Mayer ergänzte die alten Arbeiten des trefflichen Denis. F. X. v. Neumann-Spallart gab „Übersichten der Weltwirtschaft" und behandelte „Österreichs maritime Entwicklung und die Hebung von Triest". H. Oldenburg schilderte „Buddhas Leben, Lehre und Gemeinde" und stellte fest, daß das „Nirwana" nicht als totes Nichts zu betrachten sei, sondern als das wahre Sein und Heil, Erlösung, Überwindung. Peter Reichensperger schilderte „Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahre 1848"; H. Reschauer „die Geschichte des Kampfes der Handwerkerzünfte und Kaufmannsgremien mit der österreichischen Bürokratie". L. Steub erzählte den „Sängerkrieg in Tirol 1842—44", Erinnerungen an Beda Weber u. a. mit liberaler Polemik. Gegen den zweiten Teil von H. v. Treitschkes „Deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert" polemisierte H. Baumgarten mit Recht in der „Allgemeinen Zeitung". Für die Notwendigkeit und Natürlichkeit des Zweibunds trat die anonyme Schrift „Austriaca" (Leipzig, Duncker u. H.) ein.

Julius Fröbel schrieb über die „realistische Weltansicht und die utilitarische Zivilisation" im Sinne des Staats-Sozialismus. Die Kritik urteilte darüber: „Wer wollte leugnen, daß der Staat, den wir doch in der Jugend so viel zu beschränken suchten als möglich, trotzdem sich gerade in der umgekehrten Richtung entwickelt hat, uns heute durch Schule, Wehrpflicht, Selbstregierung, Eisenbahnen, Telegraphen und Steuern dreimal mehr in Anspruch nimmt als dazumal, wo wir ihn doch seiner Beschwerlichkeit halber am liebsten gleich ganz abgeschafft hätten! Daß diese Inanspruchnahme sich aber vorläufig noch fortwährend steigern wird und muß, das zu sehen braucht man nicht einmal Prophet zu sein" (Allg. Ztg., 9. April). — W. Götz schilderte „Das Donaugebiet mit Rücksicht auf seine Wasserstraßen" und die politischen Konsequenzen einer Donaukonföderation. Fröbel.

Über Joh. Janssens Methode, die Quellen selbst reden zu lassen, sagt die „Allgemeine Zeitung", 8. Februar: „Obwohl uns Luther, Melanchthon, Karl V. u. s. w. nur in ihren eigenen Schriften und Briefen oder in den Zeugnissen der mit ihnen Lebenden entgegentreten, ist uns doch, als hätten wir von diesen Männern bisher eigentlich gar nichts gewußt, sondern lernten sie durch Janssen zum ersten Male kennen." Dagegen erscheint Rankes Darstellung der Reformationszeit willkürlich. Allerdings sucht der protestantische Kritiker (H. Baumgarten in Straßburg) den Konsequenzen dieses Zugeständnisses auszuweichen; das sei nur mit gelehrtem Detail zu widerlegen. Darauf und auf andere Kritiken antwortete Janssen mit der Schrift: „An meine Kritiker." Baumgartens Entgegnung erfolgte sodann am 24. September in der „Allgemeinen Zeitung". Janssen.

Der Überhebung der Naturwissenschaften stellte Du Bois-Reymond „Die sieben Welträtsel" gegenüber, die unlösbar bleiben würden: 1. Was Welträtsel.

ist Materie und Kraft? 2. Was ist der Ursprung der Bewegung? 3. Was der Ursprung des Lebens? 4. Woher die Zweckmäßigkeit in der Natur? 5. Wie entstehen die Sinneswahrnehmungen? 6. Wie das vernünftige Denken und Sprechen? 7. Was ist die Willensfreiheit? — Hier muß die Naturwissenschaft sagen: Ignoramus, ignorabimus! — und die Lösung der Philosophie und Theologie überlassen. — Die Heilige Schrift sagt allerdings sehr treffend: Wie sollte der nicht sehen, der das Auge schuf?

Spiritismus.

Prof. Schultze hielt am Polytechnicum in Dresden (6. Nov.) einen Vortrag über den Spiritismus. Er bezeichnete es als einen Irrtum, wenn man die spiritistische Bewegung in Deutschland nach Zöllners Tod als abgeschlossen betrachte, sie greife vielmehr im stillen immer weiter um sich. Man könne die Zahl der Spiritisten auf 20 Millionen schätzen; ihre Literatur wachse ins Ungeheure. Der Spiritismus wolle eine neue allgemeine Weltreligion sein, eine priesterlose Kirche, in die alle andern aufgehen, verquickt mit Kommunismus. Nach den ersten Kundgebungen der Geister 1848 in Amerika gab es schon 1850 etwa 30.000 Medien. Die Sache verbreitete sich über England nach Frankreich. Napoleon III. nahm sich Humes und des neuen Glaubens an, um den Unzufriedenen eine Ableitung zu geben. Nach Deutschland kam die Bewegung 1867 durch den russischen Staatsrat Aksakoff; er gründete in Leipzig eine spiritistische Gesellschaft und Bibliothek. Die Schriften von Davis und Allan Kardec galten als Evangelien. Alles Unbequeme im religiösen Glauben wurde gestrichen, nicht nur die Hölle, sondern auch die Vorstellung Gottes. „Der Spiritismus ist der primitivste Aberglaube an eine materielle Geisterwelt, wie wir ihn sonst nur bei rohen Naturvölkern finden; er kommt zu uns aus Amerika wie die Reblaus und der Kartoffelkäfer."

J. M. Raich gab den Briefwechsel der Dorothea Schlegel heraus, ein wertvolles Denkmal der Romantik. — Professor Schlottmann kritisierte in seinem „Erasmus redivivus" die Angriffe des Zentrums gegen die Universitäten. — Die Angriffe auf den Freimaurerbund mehrten sich bei Katholiken wie Protestanten, in Bayern wie in der Schweiz. Der Verteidigung diente die Zweideutigkeit der äußeren Aufmachung und der inneren Tendenz. — Alexander Baumgartner S. J. schilderte „Joost van den Vondel, sein Leben und seine Werke. Ein Bild aus der niederländischen Literaturgeschichte"; mit besonderer Hervorhebung seiner Konversion zur katholischen Kirche, deren begeisterter Dichter er wurde. — Adalb. v. Keller gab einen „Bericht über Entstehung und Fortgang des literarischen Vereines in Stuttgart". Am unmittelbarsten in die Stimmung der Zeit führt uns Ditfurth ein mit den „Historisch-politischen Volksliedern des Dreißigjährigen Kriegs". — W. H. Riehl gab als dritten Band seiner „Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Sozialpolitik": „Die Familie." Nebenbei behandelte er „die statistische Krankheit". — C. Beyer wandte fast ein ganzes Leben an seine umfassende deutsche „Poetik", ohne freilich durch die Oberfläche der Technik tiefer in die Magie der Kunst einzudringen.

Zur Feier von Luthers 400. Geburtstag (1883) beschloß man eine stilgerechte Wiederherstellung der Wittenberger Schloßkirche. — Zur zweiten Konkurrenz um das Reichtagsgebäude liefen 189 Entwürfe ein. Keiner er-

reichte künstlerisch den großartigen im Jahre 1872 preisgekrönten Entwurf Bohnstedts, keiner sprach etwas aus, keiner griff ans Herz. Man schob einen Teil der Schuld auf die ungünstigen Platzverhältnisse. — Die Kunstwelt wurde durch W. Leibls realistisches aber tief innerliches Bild der drei betenden Bäuerinnen in der Kirche, Tochter, Mutter und Großmutter, in eine ungewöhnliche Aufregung versetzt. Es war wie die Ankündigung einer neuen Kultur; auch ich habe mich damals in einer Besprechung des Bildes den Enthusiasten unbedingt angeschlossen. Auf der internationalen Kunstausstellung in Wien exzellierte außer Leibl auch Kaulbach mit der modischeren äußerlich gefälligeren Lautenspielerin. — Es war nicht vergessen, daß August Reichensperger einst vor allen für die Vollendung des Kölner Doms eintrat und den ersten Dombauverein (zu Koblenz) gründete. Leibl.

Die Stadt Bernau bei Berlin feierte die Erinnerung an die Hussitenschlacht von 1432 durch ein glänzendes Hussitenfest in Anwesenheit des Kronprinzenpaars. Die protestantische Gegenwart fühlte sich dem Hussitentum gegenüber weniger feindlich als dem sonstigen katholischen Mittelalter. — Die Berliner Stadtbahn wurde am 6. Februar eröffnet. — Auf der internationalen Elektrizitätsausstellung in München zeigten sich vor allem die neuesten Fortschritte des Telephons.

Über die damaligen Auflagen einiger mitteleuropäischer Zeitungen gab es folgende Angaben: Berliner Tageblatt 70.000, Kölnische Zeitung 34.750, Neue Freie Presse 33.000, Nationalzeitung 13.600, Post 15.400, Augsburger Allgemeine Zeitung 10.000, Norddeutsche Allgemeine Zeitung 9700, Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung 10.000, Germania 6500, Presse (Wien) 14.400, Fremdenblatt (Wien) 15.000 u. s. w. — Der Kapitän des Stettiner Lloyddampfers „Kätie" wollte am 31. Mai bei den Hebriden eine 150 Fuß lange Seeschlange gesehen haben. — Professor Gustav Jäger, der in seinem Werk „Die Entdeckung der Seele" (1880) hauptsächlich seiner Nase und dem Geruchsinn nachgegangen war, machte nun eine sehr wirksame Propaganda für die rein schafwollene Normalbekleidung, da dadurch die Seele ihre Angst- und Unluftstoffe, die Haupterreger der Krankheiten, so vollständig als möglich abdunsten lassen könne.

Die ägyptische Frage erregte auch Spanien und Portugal; man erwartete dort allgemein, daß Bismarck im letzten Augenblick ein Machtwort sprechen werde, und war um so tiefer enttäuscht, als das nicht geschah. Es gab das dem Ansehen Deutschlands einen gewaltigen Stoß. Man hatte gehofft, auf diese Weise in den Rat der Großmächte einzutreten, um mit ihnen die nordafrikanische Frage zu erledigen, wie das 1878 mit der orientalischen Frage in Berlin geschehen war. Alle diese Hoffnungen gingen nun verloren. Spanien.

Auch Italien würde sich nach allem dem Bund der Mittelmächte entfremdet haben, wenn nicht der Haß gegen Frankreich wegen Tunis alles andere überboten hätte. Man feierte in Palermo mit großem Glanz und mit der Spitze gegen Frankreich den 600jährigen Gedenktag der Sizilianischen Vesper (1282). Man rüstete und befestigte vor allem Rom. Wichtig Italien.

wurde der gesetzlich festgelegte Plan der Gründung einer Kolonie an der Assab-Bai am Roten Meer.

Man plante einen unterseeischen Tunnel zur Verbindung Siziliens mit Kalabrien; Die Kosten wurden auf 71 Millionen Lire veranschlagt. Die Gotthardbahn verband Italien mit Deutschland. Garibaldi starb auf der Insel Caprera, „an Geist ein Kind, aber an Charakter ein Mann von antiker Größe", wie seine Bewunderer sagten. Er hatte bestimmt, daß sein Leib auf Caprera verbrannt werde; die Nation beanspruchte aber seinen Leib, um ihn im Kapitol beizusetzen. Gegen die Irredenta und die Oberdankskandale schritt die Regierung energisch ein und bereitete auch auf andere Weise den Dreibund vor, von dem wir bald zu sagen haben werden.

Papst Leo. Immer wieder bestand Papst Leo, ebenso wie sein Vorgänger, auf der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft und Unabhängigkeit. Den spanischen Bischöfen erklärte er durch eine Enzyklika (19. Dez.), es sei ein Fehler, die Kirche in Zusammenhang mit irgendeiner politischen Partei zu bringen, wie es jene Katholiken tun, die das Heil der Kirche im Sieg der karlistischen Partei erblicken und sie daher gegen den König Alfons unterstützen.

Papst Leo hob in einer Ansprache anläßlich seines Geburtstages von neuem die Unvereinbarkeit seiner Souveränität mit der Anwesenheit des Königtums in Rom hervor. Französische Blätter versicherten (März), im Vatikan sei alles zur Abreise des Papstes vorbereitet.

Über die allmähliche Anbahnung des Dreibundes orientiert ein Wiener Brief in der italienischen „Rassegna" vom 13. Dezember 1882 (Allg. Ztg., 20. Dez.): „Wenn nun darüber kein Zweifel bestehen kann, daß Italien der deutschösterreichischen Allianz beigetreten ist und schon 1881 bestimmte Reziprozitätserklärungen abgegeben hat, welche den Fürsten Bismarck in Stand setzen zu erklären, daß die drei Zentralmächte gegen jeden Angriff von Ost oder West solidarisch verbunden seien, so hat doch in der Folge das italienische Kabinett sich verschiedentlich dem Vorgehen der beiden anderen Mächte nicht angeschlossen, ja auf der Konferenz von Konstantinopel sich als im völligen Einverständnis mit Rußland und Frankreich erwiesen ... Italien hat ferner jede ausgesprochene Verwerfung der irredentistischen Tendenzen unterlassen ..., es schien sich den Weg offen zu halten, sich mit Frankreich und den Anschauungen der Irredenta zu verbünden." Im weiteren wird mit Recht ausgeführt, der tote Buchstabe einer platonischen, negativen, zu nichts verpflichtenden Allianz bekomme erst Bedeutung durch wirksame Handlungen, durch offenes Eintreten für die zugesicherte Solidarität.

Dreibund. Die Vorgeschichte und Veranlassung zum Dreibund mit Italien erzählt Crispi in seinen „Memoiren" (deutsch, Berlin 1912). Das Heer war seit 1866 desorganisiert, die Marine zerstört, die Schwierigkeiten wuchsen durch die römische Frage seit 1870. Man fühlte 1877 wieder das Bedürfnis, durch einen äußeren Krieg das fragwürdige Staatswesen zu stärken (S. 10). Crispi erhielt eine geheime Mission, im Sinn der liberalen Prinzipien die europäischen Höfe zu bereisen, zu sondieren, mit

dem Deutschen Reich einen Bundesvertrag vorzubereiten (12), vor allem auf antipäpstlicher Grundlage. Er fand Frankreich zu klerikal (17), verhandelte im September 1877 in Gastein mit Bismarck über ein Bündnis für den Fall, wenn Italien gegen Frankreich und Österreich kämpfen müßte. Crispi sagte, Italien könne nicht erlauben, daß Österreich Bosnien und die Herzegowina besetze, wenn Rußland diese Länder, um sich der Freundschaft Österreichs zu versichern, diesem anbiete. Italien sei 1866 ohne Grenzen nach den Ostalpen zu geblieben; wenn Österreich neue Provinzen erhielte, die es im Adriatischen Meere verstärkten, bliebe Italien wie in einer Zwangsjacke einer Invasion ausgesetzt. Österreich könne auch Deutschland gegenüber die Vergangenheit nicht vergessen. Bismarck berief sich auf seine Freundschaft mit Andrassy, gab aber zu, daß eine verschiedene Auffassung der polnischen Politik das Band zwischen Österreich und Deutschland zerreißen könnte. Er könne nicht die Wiederherstellung eines katholischen Polenreiches erlauben; das wäre ein zweites Frankreich im Norden. Wenn Österreich sich zum Schützer des Katholizismus aufwerfen sollte, würde sich auch Deutschland ändern müssen und mit Italien gehen. „Die Donau geht uns nichts an." — Crispi bemerkte, daß die deutsche Einheit noch nicht beendet sei. „Österreichisches Land mißfällt Ihnen nicht; Sie kommen jedes Jahr hieher, und Gastein, das die wahre Grenze Deutschlands in den Alpen bezeichnet, hat für mich eine Bedeutung" (33).[1] Bismarck widersprach: „Böte man uns eine katholische Provinz Österreichs an, wir würden sie zurückweisen. Wir haben bei uns katholische Fürsten, eine katholische Königin (Augusta), einen unruhigen Klerus. Nach allem wünsche ich, Sie würden Österreichs Freunde." Crispi wollte sich mit einem Bündnis begnügen für den Fall, daß Frankreich Italien angriffe. Er erfuhr, daß Österreich Bosnien und die Herzegowina besetzen werde, wenn Rußland vorwärts schreite, und diese Länder annektieren werde im Fall einer Aufteilung des türkischen Gebiets. Bismarck sagte ihm: „Nehmen Sie sich Albanien!" Aber Crispi wollte lieber eine Grenzregulierung nach den Alpen hin. — Am 24. September sah er wieder Bismarck in Berlin. Ganz einig waren sie nur in ihrer Gegnerschaft gegen Papst und Klerus (61). Mit Bedauern mußte Crispi seinem König melden, daß Bismarck diesmal gegen Österreich nicht zu haben sei (62). In Wien, 15. Oktober, erfuhr Crispi, daß man hier Italien die alleinige Schuld an 1866 und dessen Folgen gebe. In Pest sprach Crispi am 20. Oktober mit Andrassy. Dieser beruhigte ihn über den angeblichen österreichischen Ultramontanismus, sagte aber: „Das

[1] Vgl. Bismarcks Vorschlag von 1868, Österreich an der Draugrenze zwischen Deutschland und Italien zu teilen; Bd. 3, S. 543.

Prinzip der Nationalität ist nicht immer anzuwenden, auch ist die Sprache nicht die Norm für Feststellung einer Nationalität. Mit der Grammatik macht man keine Politik. Es wirken verschiedene Elemente zusammen: die Bodenbeschaffenheit, die wirtschaftlichen Zustände. Wenn wir Ihnen zum Beispiel Triest auch geben wollten, würden Sie nicht einen Tag dort bleiben können. Sie würden verwünscht werden" (85). — Im Jahre 1878 war Italien entrüstet, daß in Berlin die Besetzung Bosniens durch Österreich nicht bekämpft, sondern begünstigt wurde (93). Die Unbeständigkeit der italienischen Politik gab auch England Grund, sich eine schlechte Meinung über die „Enkel Machiavellis" zu bilden (96). Da England die Insel Cypern erhielt (nach einem Vertrag vom 4. Juni), Österreich Bosnien und Herzegowina, so erhielt Frankreich die geheime Zusicherung, Tunis nach Belieben zu besetzen. Italien ging in seiner Isolierung leer aus, obwohl England ihm Tunis lieber gegönnt hätte. Italien sah sich von französischen Gebieten ganz eingeschlossen und bedroht. Die aussichtslose irredentistische Bewegung brachte ihm nur moralischen Schaden. Österreich konzentrierte zur Abwehr 1880 seine Truppen in Tirol. Frankreichs Festsetzung in Tunis 1881 besiegelte den Bankerott der italienischen Politik. Der Eindruck war niederschmetternd. „Italien stand vereinsamt da, war schwach, seine Finanzen waren in Unordnung, es befand sich in einem Konflikt mit Österreich." Man konnte nicht ohne weiters mit der Besetzung von Tripolis antworten, obwohl dergleichen auch schon während des Berliner Kongresses erörtert wurde (119). „Die Gewaltsamkeit, welche Frankreich anwandte, um Italien aus Tunis auszuschalten, verursachte einen Umschlag der öffentlichen Meinung. Italien sah den einzigen Ausweg, um sich vor weiteren Schädigungen der lateinischen Schwester zu schützen, nur in der Rückkehr zu einem Bündnis mit Deutschland." Bismarck hatte schon 1880 gesagt: der Weg nach Berlin führe über Wien. Am 17. Februar 1881 war Baron Haymerle bereit, einen „Vertrag, der die gegenseitige Neutralität gewährleiste", abzuschließen (123). Abgesehen von Bosnien und der Herzegowina und gewissen staatsrechtlichen Veränderungen der dortigen Souveränitätsverhältnisse (Annexion) wolle Österreich den Status quo im Orient achten, und nicht in der Richtung nach Saloniki und Albanien vorgehen. Österreich wird der Ausdehnung Italiens im Mittelmeer keine Schwierigkeiten bereiten, wenn nur die Adria im gegenwärtigen Zustand bleibt und nicht zu einem italienischen Binnengewässer wird. So wird also Österreich auch der Erwerbung von Tripolitanien zustimmen; dagegen weist es den russischen Vorschlag, Griechenland mit Kreta zu entschädigen, zurück, hat aber nichts dagegen, daß Kreta an Italien gegeben werde. — Italien zögerte noch, auf diese Bedingungen einzugehen. „Als Mancini, am 29. Mai zum Minister des Auswärtigen

ernannt, sich zu einer Politik der Annäherung an Österreich und Deutschland entschloß und Ende Oktober den Besuch des Königs von Italien in Wien veranlaßte, wurden diese ersten Schritte unter ungünstigen, durch unsere schlechte Lage (in Tunis) hervorgerufenen Bedingungen unternommen. Hievon erhielt man einen Beweis in der Novembertagung der Abgeordneten, wo Andrassy wie Kallay sich in unpassender Weise über die Beweggründe der Reise König Humberts nach Wien ausließen. Die Verhandlungen zu dem Bündnis, die in Wien begonnen hatten, wurden aber von den drei Kabinetten fortgesetzt. Österreich und Deutschland waren schon seit dem 7. Oktober 1879 durch den ewigen Bund, der 1888 veröffentlicht wurde, miteinander vereint. Der Beitritt Italiens unter besonderen Bedingungen, welche Staatsgeheimnis sind, wurde am 20. Mai 1882 unterzeichnet. Es ist nur bekannt, daß er, anstatt ein gegenseitiger Neutralitätsvertrag zu sein, wie ihn Österreich zuerst wünschte, eine Garantie betreffs der Unantastbarkeit des Territorialbesitzes der drei Mächte enthält. Das war ein erster Schritt (für Italien), um aus der Vereinsamung herauszukommen, um die Kriegsgefahr abzulenken. Die öffentliche Meinung war zwar befriedigt, aber in den ersten Jahren trug das Bündnis keine Früchte ... Unsere Aufrichtigkeit in der Erfüllung unserer Verpflichtungen erschien noch diskutabel ... Italien ließ aus Mangel an Wagemut eine ausgezeichnete Gelegenheit unbenützt, um sich wenigstens teilweise für Tunis schadlos zu halten" (124 ff.). Italien lehnte nämlich die Aufforderung ab, gemeinsam mit England in Ägypten vorzugehen (127 ff.). Italiens Verhältnis zu Österreich blieb auch deshalb kühl, weil Kaiser Franz Josef aus Rücksicht für den Papst keinen Gegenbesuch in Rom machen wollte. So weit Crispi.

Seitdem durch das Verdienst des Kardinals Hergenröther das vatikanische Archiv der historischen Forschung zugänglich wurde (1881), benützten viele Historiker aus aller Welt diese unerschöpfliche Geschichtsquelle. — Am Schluß seiner „Geschichte des Kirchenstaats" erinnerte Moriz Brosch sehr schön an Napoleons I. falsche Prophezeiung: „Der Papst wird niemals wieder nach Rom zurückkehren!" Das gilt auch von den neueren Propheten, die behaupten: Der Kirchenstaat wird niemals wiederhergestellt werden! — Der Feier des Arnold von Brescia stellten die Katholiken die des hl. Franz von Assisi entgegen (geboren 1182). — Von Carducci erschienen „Nuove Carducci. Odi barbare", bezeichnend für die neuitalienische Barbarei. Der Dichter war allerdings mehr ein klassizistischer Epigone, der den altrömischen Republikanismus wieder einführen wollte. Die Bestrebungen der Irredenta, das Trentin, Triest, Istrien, Dalmatien für Italien zu annektieren, machte er ganz zu seinen eigenen und sandte zu diesem Zweck seine Verse „wie junge Adler" aus. Alberne deutsche Italienschwärmer ließen sich auch davon begeistern. — Die Oper „Mephistopheles" von Boito wurde nun auch in Wien gegeben. Boito. Ich hatte darüber nach den Eindrücken geschrieben, die ich bei ihrer wiederholten Anhörung in Rom 1878 empfangen hatte. Ich halte auch heute noch

das Werk für das einzig moderne der italienischen Kultur, das sich über die sonstige Barbarei des modernen Italien erhebt.

Man wies auf die tragische Veränderung hin, die der Suezkanal in der Fischwelt hervorgebracht hatte. Vorher gab es im ganzen Mittelmeer keine Haifische; daher bot dies Meer den Fischern eine unerschöpfliche Beute. Nun kamen aber die Haie massenhaft aus dem Roten und Indischen Meer und vermehrten sich in erschreckender Weise. Die Fischer an der provenzalischen Küste konnten nur mehr halb so viel Fische für den Markt liefern; dieser Verlust an Nahrungsmitteln war für Europa eine ernste Sache.

Die dänische Presse erörterte im Dezember die Frage einer garantierten Neutralität Dänemarks oder eines engeren Anschlusses an das Deutsche Reich. Nur eines von beiden könne die Unabhängigkeit des Landes sichern.

In Norwegen herrschte das Streben vor, sich von Schweden zu trennen und eine Republik zu bilden.

Der Sultan schien sich ganz in die Arme des Deutschen Reiches werfen zu wollen, da er von daher Schutz erwartete in seinen bedrohten Interessen in Nordafrika. Man tauschte Höflichkeiten aus, wünschte eine Reorganisation der türkischen Armee nach preußischem Muster. Man täuschte sich aber, wartete zu lange auf das erhoffte Eingreifen Bismarcks und verpaßte damit den letzten günstigen Zeitpunkt zu einer wirksamen diplomatischen Aktion. Nicht ohne Grund schrieb man einen Teil der Schuld am Verlust von Tunis und Ägypten Bismarck zu, der sich mit seinen ärgsten Feinden verständigt habe, um seinen sichersten Freund zu schwächen.

Die rumänischen Juden erörterten den Plan einer Rückwanderung nach Palästina.

Serbien. Fürst Milan von Serbien nahm den ihm von der Skupschtina verliehenen Königstitel an. Der erste Gratulant war der österreichische Gesandte. Milan besuchte Wien und schloß sich entschieden an Österreich an. Montenegro und Bulgarien standen völlig unter dem Einfluß Rußlands. Rumänien suchte sich unabhängig zu erhalten.

Amerika. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die vor kurzem einen blutigen Bürgerkrieg für die Einbürgerung der Neger geführt hatten, verboten die Einwanderung der Chinesen auf zehn Jahre; beidemale war das nackte Interesse im Spiel. Ein Handelsvertrag mit Korea (5. Mai) gab Veranlassung, daß dort eine Revolution ausbrach und das abgeschlossene Land sich dem gesamten Welthandel öffnete. Die Union erklärte nun auch ihren Beitritt zur Genfer Konvention vom Roten Kreuz. Die Überschüsse der Einnahmen wurden eine Kalamität, da sie der ärgsten Korruption reiche Mittel boten. Präsident Arthur als „Republikaner" stand gegen Ende des Jahres infolge der Neuwahlen einem

„demokratischen“ Kongreß gegenüber. Man kann diese Parteien schwer voneinander unterscheiden; sie sind Machtringe, die gegeneinander um die Macht ringen. Ursprünglich waren die Republikaner mehr die Zentralisten, die Demokraten die Föderalisten, wie die Namen andeuten, jene für die Sache des Staates, diese für die Sache des Volkes eintretend. Es scheint, daß die Republikaner die Korruption etwas zu weit getrieben hatten, so daß sich nun die Reaktion gegen sie geltend machte.

Präsident Arthur setzte dem Mormonentum arg zu; denn noch immer herrschte bei ihnen, halb im geheimen, halb offen, die Vielweiberei, und es war zu verwundern, daß diese Eigentümlichkeit der Sekte gerade beim andern Geschlecht ihre leidenschaftlichsten Verteidigerinnen fand. Besonders stark war der weibliche Zuzug aus Skandinavien. Seit Youngs Tode stand der neue Seher, Offenbarer und Prophet John Taylor an der Spitze der Mormonen. Viele Mormonen reisten nach England, um hier die letzte Ernte zu halten, „ehe England versiegelt wird zur Verdammnis“.

Die Union verlor kurz nacheinander die zwei hervorragendsten Geister: den Dichter Longfellow und seinen Freund, den philosophischen Denker Ralph Waldo Emerson. Emerson begann als Anhänger der deutschen Naturphilosophie und Mystik, er war darin dem Engländer Carlyle verwandt; aber während dieser den äußeren historischen Heldenruhm übermäßig verherrlichte, sah der demokratischere Emerson den Keim des Helden und Genies in jedem Menschen. Ihm waren die berühmten Männer nur „repräsentative“ Geister ihrer Zeit und ihres Volkes. Emerson.

Die Parteien suchten die Hinrichtung des Präsidentenmörders Guiteau hinauszuschieben oder ganz zu hintertreiben. Mit echt amerikanischer Frivolität wurden riesige Wetten gemacht, daß er doch schließlich nicht hängen werde. Guiteau betrachtete sich als Märtyrer, der einer Eingebung Gottes gefolgt sei. Er verfluchte den Präsidenten und alle Richter, der Herr werde sicher das ganze amerikanische Volk deswegen in Zeit und Ewigkeit strafen. Unmittelbar vor der Exekution zeigte er mehr religiöse Exaltation als Todesfurcht; er verfaßte noch seine Grabschrift: „Hier ruhen die Reste des Patrioten und Christen Charles Guiteau. Seine Seele weilt in Glorie bei Gott.“ Auf der Plattform im Gefängnishof verlas er laut einen Teil vom 10. Kapitel des Evangeliums Matthäi und ein Sterbegebet, darin er seinen Fall mit Christus verglich. Noch sang er einige selbstgedichtete Verse mit wiederholtem: Gloria, Gloria, Halleluja! Dann ward ihm der Strick um den Hals gelegt und die seidene Kappe über das Gesicht gezogen, die Stelle der Plattform, auf der er stand, wich unter seinen Füßen. Der Tod erfolgte augenblicklich. Gegen 250 Personen waren Zeugen der Hinrichtung (30. Juni).

Rudolf Falb suchte in seinem Werk „Das Land der Inka in seiner Bedeutung für die Urgeschichte der Sprache und Schrift“ alle Kultur vom See Titikaka abzuleiten. Er hat mir damals auf dem Marmortisch des Kaffeehauses Griensteidl in Wien alle beliebigen Worte aller Sprachen der Welt aus den beiden Wurzeln Titi und Kaka abgeleitet, aber wenig Glauben gefunden. Falb.

Auf dem Gebiet des Velozipedwesens geschahen die entscheidenden Fortschritte.

Das Ausstellungsgebäude in Porto Alegre, Brasilien, wurde durch den Pöbel niedergebrannt.

Emil Holub, bekannt durch seine „Sieben Jahre in Afrika“ (1881), bereitete eine neue Expedition dahin vor. — Es wurde als ein Triumph
Afrika. der deutschen Afrikaforschung begrüßt, als gegen Ende des Jahres die telegraphische Kunde kam, Leutnant Wißmann habe nach Durchquerung des dunkeln Kontinents von der Westküste nach der Ostküste glücklich Zanzibar erreicht. Es handelte sich diesmal nicht um ein unbeachtetes Durchschlüpfen eines unbekannten Reisenden, sondern um die Eröffnung eines neuen wissenschaftlichen und Handelswegs.

Juden. Über die Verbreitung der Juden auf der Erde stellte Brunialti im „Archivio di Statistica“ fest: Die Gesamtzahl beträgt 7 Millionen. In Europa zählt man $5^1/_2$ Millionen. Rußland hat 2,700.000, Österreich-Ungarn 1,500.000, das Deutsche Reich 650.000, Rumänien 400.000, also den zehnten Teil seiner ganzen Bevölkerung. In der Türkei gibt es 100.000, in Holland 70.000, in England 70.000, in Frankreich 50.000, in Italien 40.000, in der Schweiz 7000, in Spanien 6000, in Griechenland 5000, in Serbien 4500, in Belgien 3000, in Schweden 2000, in Portugal 1000, in Afrika 500.000, wovon 200.000 in Marokko, 34.000 in Algier, 60.000 in Tunis, 100.000 in Tripolis und 8000 in Ägypten. In Asien sind ungefähr 240.000 Juden, wovon 150.000 in der asiatischen Türkei und Arabien, 30.000 im Kaukasus, 20.000 in Persien, 150.000 in Indien, 12.000 in Turkestan, 1000 in China. In Amerika sind 300.000 Juden in den Vereinigten Staaten und 3000 in Südamerika. In Polynesien und Australien zählt man höchstens 20.000.

Am 22. April wurde in Emden, der friesischen Seestadt, die direkte Telegraphenverbindung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eröffnet. Die ersten Grüße tauschten Kaiser Wilhelm und der Präsident Arthur aus.

Das Jahr 1883.

Der Dreibund: das neue Römische Reich Deutscher Nation. Ankündigung in Rom und Pest. Der „wahre österreichische Gedanke" Taaffes. Trialismus. Feier des Türkenjahrs 1683. Prozeß von Tisza-Eszlar. Anarchisten. Kolonialfragen im Deutschen Reich. Lüderitz. Steuerfragen. Staatssozialismus. Haider Programm und Zentrumsprogramm: korporative Organisation. Lutherfeste. Das Niederwalddenkmal. Mommsen und Bismarck. Adolf Wagner. Treitschke und Baumgarten. Richard Wagner †. Nietzsches „Zarathustra". Lepsius. Sieg der Renaissance. König Alfons und das Deutsche Reich. England in Ägypten. Der Mahdi. Englische Kolonien. Irische Revolutionen. Parnell, die Fenier. Wolseleys Militarismus. Der Kanaltunnel. Frankreichs Kolonien. Prinz Napoleons Manifest. Heinrich V. †. Krapotkin. Kate Booth. Spitteler. Kopenhagener Zusammenkunft. Zarenkrönung in Moskau. Rumänien zum Dreibund. Pacificbahn. Korea.

Dreibund.

Indem ich mich anschicke, die weltgeschichtliche Idee des Dreibunds darzustellen, ist es mir, als müßte ich die Muse der Historie in besonders feierlicher Weise anrufen, mich dabei zu leiten und zu begeistern; denn es gilt einen Gedanken, der der Kern und Keim aller Weltpolitik ist; es ist nicht mehr und nicht weniger als der Versuch eines Wiederaufbaus des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation", — freilich auf nicht ganz zuverlässigen Grundlagen, wie das denn auch im Weltkrieg notwendig aufscheinen mußte. Nicht ich als Romantiker definiere also den Dreibund, sondern Bismarck, der Realpolitiker, hat es wiederholt getan, um seine Schöpfung ins rechte Licht zu stellen, und auch andere Fürstlichkeiten des Deutschen Reiches haben den gleichen ideellen Zusammenhang des Dreibunds mit dem alten Römisch-deutschen Reich erkannt und ausgesprochen. Und nicht ich als ein vielleicht der Romantik Verdächtiger, sondern der bedeutendste deutsche Historiker unserer Zeit, Karl Lamprecht, hat es kurz vor seinem Tode 1916, kurz vor dem Eintritt Italiens in die Reihe unserer Feinde, ausgesprochen, daß das Ziel unserer Politik ein „neues Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation" sein müsse, eine der neuen Zeit gemäße Erneuerung des größten politischen Gedankens unserer nationalen Vergangenheit. (Liebesgaben aus dem Deutschen Reiche, herausgeg. von der Österr. Rundschau, S. 82 ff. Ausgegeben am 15. Febr. 1915.)

Es muß allweg festgehalten werden, daß unsere ganze geschichtliche Entwicklung darauf beruht, daß die germanischen Völkerstämme nach dem Zusammenbruch der römischen Weltherrschaft in der Völkerwanderung die neueren Staaten gegründet haben als eine Gruppe, deren Mittelpunkt das Deutsche Reich mit der vom Papsttum ihm übertragenen Römischen Kaiserwürde ist. Diese Tatsache kann auch durch die Beschränktheit der Sybelschen Auffassung, es sei das ein Fehler gewesen, aus der Wirklichkeit nicht ausgeschaltet werden. Die Geschichte hat es zu tun mit dem, was wirklich geschieht und was geschehen ist, nicht mit dem, was nicht geschehen ist. Der

Geschichtschreiber kann nicht ein Jahrtausend nationaler Geschichte als verfehlt ausstreichen und als nicht geschehen betrachten. Das Wesen des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation von 800 bis 1806 hat darauf beruht, daß drei wirkliche historische Kräfte in notwendige Harmonie miteinander getreten sind: 1. die ideale Kraft einer Weltvogtei, wie sie das römische Reich den Germanen vererbt hat; 2. diese so gut wie ausschließliche Befähigung der Germanen zu politischer Organisation und Weiterführung des römischen Reichsgedankens, und 3. die Heiligung dieses Gedankens durch das Christentum, wie es authentisch nur im römischen Papsttum sich darstellte und erhielt. Die ganze Geschichte des deutschen Volks ist die Geschichte seiner Mission als Träger des Römischen Reichs und der Advokatur der Kirche — oder sie wäre etwas, das unseres höheren Interesses gar nicht wert wäre. Daß sich dieser Missionsgedanke im Verlauf der Jahrhunderte in inneren und äußeren Kämpfen abgemüht hat, daß er immer wieder an den Widerständen oder Unzulänglichkeiten der Zeit sich erproben mußte, darf uns nicht wundern. Auch nicht, daß in einem Augenblick höchster Verwirrung das Römisch-deutsche Reich, von allen Seiten verlassen, seine tausendjährige Form und seinen Namen aufgab. Es erstand doch alsobald wieder im „Deutschen Bund" (1815) ebenso fest, ja vielleicht fester als vorher, in einem durch Metternichs echt deutschen Sinn gesicherten Verband, der, solange er währte, den europäischen Frieden mit dem geringsten Aufwand an Rüstungen zu sichern imstande war — wenn wir vom Krieg in der fernen Krim absehen. In dieser halbjahrhundertjährigen Zeit übte die Präsidialmacht des Deutschen Bundes, Österreich, im Verband mit der zweiten deutschen Großmacht Preußen, die Hegemonie über Europa aus und vor allem über Italien, das es durch die Zitadelle des Festungsvierecks im lombardovenezianischen Gebiet, durch seine Sekundogenituren in Toskana und Modena, durch gemeinsame dynastische und religiöse Interessen beherrschte. Diese Rechtsordnung war wohl durch den Krieg von 1866 äußerlich zerstört worden; aber ebenso wie nach 1806 machte sich auch nun wieder die Natur der Sache, die Gewalt der bleibenden historischen Kräfte geltend. Weder die papierenen Urkunden von 1806 noch die von 1866 konnten eine tausendjährige Geschichte ungeschehen machen. Die Ideen blieben Sieger über die Bajonette und erzwangen eine möglichste Wiederherstellung des Seienden, trotz aller Widerstände, trotz des Ruins, der Zerstörung, der Vernichtung so vieler historischer, politischer, ideeller Werte. Fast gegen seinen Willen, jedenfalls gegen den Verlauf aller andern Kombinationen seiner Politik, sah sich Bismarck immer mehr zu einer Wiederherstellung des Zustandes vor 1866 getrieben. Dazu gehörte der Zweibund von 1879 und nunmehr der Dreibund, der auch Italien wieder mit Mitteleuropa verbinden sollte.

Freilich ganz stimmte die Sache nicht. Das Italien vor 1866 war bundesfähig im vollsten Sinne; das nach 1866 war es nicht. Das vor 1866 und 1859 beruhte auf legitimen Grundlagen, das neue Italien nicht. Das neue Italien war ein Scheinwesen, doktrinär aufgebaut auf der Napoleonischen Wahnidee des einseitigen Nationalismus. Es bestand nicht durch eigene Kraft, sondern durch die Hilfe Napoleons und Bismarcks; es bestand auf Grund eines Verbrechens am Papsttum als dem höchsten Inbegriff christlicher Kultur. Es litt an einem unheilvollen Geburtsfehler. Das

Verbrechen seiner Entstehung konnte niemals gutgemacht werden, auch durch kein Einvernehmen mit dem Papsttum, dieweil ein solches Einvernehmen das Papsttum nur nationalisiert und abhängig vom Königtum gemacht hätte. Nur internationale Garantien konnten das Papsttum wirklich international und unabhängig wiederherstellen. Dieser Fehler ging also auch in den Dreibund über und hat den Vertragsbruch von 1915 fast selbstverständlich gemacht. Es war ein Irrtum, einem seiner Natur nach unmoralischen Wesen moralische Verantwortlichkeit zu imputieren. Das italienische Volk und dessen Ehrenhaftigkeit soll ohne jeden Vorwurf bleiben. Nicht die Nation ist durchaus für diesen zumeist von außen ihr aufgeredeten Staat verantwortlich. Die Nation ist gut; der Staat ist weder gut noch schlecht, er ist ein Unstaat. (Vgl. darüber meine Schrift: „Ist Italien ein Staat?" 1917.)

Man beginnt die Geschichte des Dreibunds mit dem Jahr 1883, weil sich erst in diesem Jahr die politische Wirkung der Verabredungen zeigte. Diese bestanden schon 1882, ja wohl schon 1881, wie wir gehört haben (S. 324 f.), eigentlich schon viel früher. Wer, wie ich, Zeuge war der Demonstrationen zu Rom 1878, als der deutsche Kronprinz vor dem Volk in der Sprache der sprechendsten Gebärden seine Solidarität mit dem Sohn und Enkel Viktor Emanuels bezeugte, dem konnte es kaum denkbar scheinen, daß diesen Freundschaftsbezeugungen nicht bereits feste Abmachungen zugrunde lagen. Dies trat in den folgenden Jahren immer deutlicher hervor. Ein schriftlicher Vertrag ist seinem Buchstaben nach niemals publiziert worden, und wäre er publiziert, so wären wir nicht sicher, ob man uns alles gesagt hätte. Hier wie in der Sache des Zweibunds — und des Dreikaiserbunds — kommt es nicht auf Worte und Papiere an, sondern auf Taten, auf Kräfte, auf die Natur der Sache.

In die praktische Politik der Zeit griff die Tatsache des neuen Dreibunds dadurch ein, daß die italienische Regierung seit Anfang Januar endlich ganz energisch gegen die irredentistischen Demonstrationen in der Sache des gehenkten Oberdank einschritt und zahlreiche Verhaftungen vornahm. Der in Neapel erscheinende „Piccolo" brachte am 12. Januar die bestimmte Versicherung von der Existenz eines zwischen Österreich und Italien abgeschlossenen Bündnisses, und Mancini, der Minister des Auswärtigen, konstatierte am 16. März in einer großen Debatte der Kammer über die Politik Italiens, daß man allerdings in einer Art Bündnisverhältnis zum Deutschen Reich und Österreich stehe mit bestimmtem politischen Programm. Er verteidigte diese Politik und sein unumwundenes Vorgehen gegen die Irredenta sehr unerschrocken gegen die Angriffe der äußersten Linken. Die öffentliche Meinung fragte nur, welche positiven, greifbaren Vorteile Italien denn eigentlich davon habe. Mancini suchte in einer Rede vom 11. April die tatsächlich vorhandene Spitze des Bündnisses gegen Frankreich dadurch zu verdecken, daß er sie

Italien.

diplomatisch ableugnete. Er wiederhole nur die Erklärungen der österreichisch-ungarischen Minister des Äußern vom 31. Okt. 1882 vor den Delegationen, da Kalnoky sagte, die vollständige Einigkeit der drei Reiche habe allein einen friedlichen Zweck. Italien werde aber allerdings nicht gleichgültig bleiben, wenn irgendeine Nation eine auf Erwerbungen ausgehende Kolonialpolitik ausübe, indem sie Besitzungen am Mittelmeer zu gewinnen suche; sähe es dabei ruhig zu, so wäre das einem Selbstmord gleich. Die Gereiztheit gegen Frankreich zeigte sich aber auch darin, daß ein italienisches Militärkommando in Cagliari auf Sardinien errichtet wurde, nachdem Frankreich eines auf Korsika angeordnet hatte. Dahin gehörte auch der Bau von Riesenschiffen.

Die Freundschaft mit dem Deutschen Reich wurde bestärkt durch einen günstigen Handelsvertrag und durch die Heirat des Herzogs Thomas von Savoyen, des Bruders der Königin Margerita, mit der Prinzessin Isabella von Bayern. Allerdings erhielt nur die Braut, nicht der Bräutigam, den Päpstlichen Segen. Der deutsche Kronprinz stellte sich an die Spitze der Subskription zur Linderung der Not infolge des großen Erdbebens auf der Insel Ischia und besuchte neuerlich die königliche Familie sowohl zu Monza im Oktober wie zu Rom im Dezember. Hier besuchte er auch den Papst. Es hieß, daß er zwischen dem Königtum und Papsttum vermitteln wolle, was allerdings die Italiener als eine fremde Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten betrachtet hätten.

Der Dreibund hatte zweifellos eine günstige Wirkung auf die inneren Verhältnisse des italienischen Königtums, auf seine Stellung gegen Republikaner, Freimaurer und „Klerikale". Er stärkte das Selbstbewußtsein des problematischen Staates, befreite ihn aus seiner Isolierung, gab ihm Mut zu größeren Unternehmungen auf finanziellem und kulturellem Gebiet, so zum Beispiel was die Sanierung der Campagna betraf. Freilich trug der Dreibund in all dem auch nur bei, die unwahre Stellung des Papst. Königtums zu verdecken und weiterzufristen. Daß der Papst darüber keine Befriedigung empfinden konnte, war selbstverständlich. Die Lösung der römischen Frage war dadurch ins Unabsehbare hinausgezogen. Das hielt aber den Papst nicht ab, am 3. März neuerlich zu erklären: „Getreu unseren feierlichen Eiden bemühen wir uns, wie unsere Vorgänger stets getan, die heiligen Rechte der Kirche aufrechtzuerhalten und auch die unwürdigerweise verletzten zeitlichen Rechte des Apostolischen Stuhles wiederzugewinnen, wenn auch unsere Worte als leere Klagen verspottet werden und wir uns zur Zielscheibe der niedrigsten Beleidigungen und verleumderischesten Anklagen gemacht sehen." Leo empfing am 26. September eine Pilgerschaft von 5000 italienischen Priestern unter Führung des Erzbischofs von Turin, um damit die Tatsache zu bezeugen, daß der niedere italienische Klerus nicht national im Sinne des Königtums ge-

sinnt sei. Am 7. Oktober empfing er 8000 Laien aus allen Teilen Italiens, denen sich über 10.000 Römer anschlossen. Sie riefen dem Papst in der Peterskirche zu: „Es lebe unser König, unser wahrer Herrscher, der echte Imperator Roms!" In der Weihnachtsansprache an die Kardinäle beklagte der Papst neuerlich seine „traurige Lage hier in Rom" und bemerkte: „Die vierte Säkularfeier der Geburt des Häresiarchen Luther bietet der schlechten Presse Italiens reichlichen Stoff zu schamlosen Anklagen und Schmähungen gegen den Apostolischen Stuhl. Man nimmt nicht Anstand, jenen ruchlosen Apostaten bis zum Himmel zu erheben, und der Hauptgrund der ihm gespendeten Lobsprüche ist sein offener Aufruhr gegen die Autorität der katholischen Kirche und sein grimmiger Kampf gegen das Papsttum . . ."

In einem Schreiben an die irischen Bischöfe sprach sich Leo gegen die dortigen Mordkomplotte und gegen die Beteiligung der katholischen Geistlichkeit an den Agitationen der Landliga und Parnells aus. Die Öffnung und Benützung der vatikanischen Archive erfuhr ihre Organisation. Der Papst weigerte sich, die Königin Pia von Portugal als Schwester des exkommunizierten Königs von Italien zu empfangen.

Ein politisches Duell zwischen Nicotera und Sovito (7. Dez.) artete in ein Handgemenge aller Beteiligten aus.

Der Kronprinz begann beim Besuch des Papstes die dreiviertelstündige Unterredung mit diesen Worten: „Als Gast des Königs von Italien nach Rom gekommen, habe ich geglaubt, nicht verfehlen zu sollen, auch Euerer Heiligkeit durch meinen Besuch meine Ehrerbietung auszudrücken." Man sprach über die kirchlichen Fragen, aber etwas Näheres wurde nicht bekannt. Das Gespräch fand ohne Zeugen statt, in französischer Sprache. Als der Kronprinz vom Papst kam, war er ungewöhnlich heiter.

Österreich-Ungarn.

Im ungarischen Reichstag wurde der Ministerpräsident Tisza über die sogenannte Tripelallianz am 14. April interpelliert; er bestätigte den Anschluß Italiens an den Zweibund, ohne aber etwas Näheres über die Natur und die Bedingungen des Vertrags zu enthüllen. Er erklärte, Mancini habe im Grunde nicht mehr gesagt, als was Graf Kalnoky schon am 31. Oktober 1882 in den Delegationen in Pest kurz „in vier Zeilen" angedeutet habe. Damals hatte man allerdings Kalnokys Worte nicht im Sinne eines wirklich bestehenden Vertrags, sondern nur in dem einer freundschaftlichen Haltung aufgefaßt; Kalnoky hatte nur gesagt, daß der unterbliebene Gegenbesuch keinen störenden Einfluß auf die freundschaftlichen Gefühle der Höfe von Wien und Rom ausgeübt habe. Da der Interpellant Helfy nun die Besorgnis aussprach, die Allianz sei gegen Frankreich gerichtet, versicherte Tisza, das Einvernehmen kehre gegen niemanden seine Spitze, es könne nur eine solche Macht beunruhigen, die gewillt wäre, den Frieden zu stören. „Eine solche Macht existiert jedoch meines Wissens in Europa nicht." Ohne große Bedeutung war es, daß

im Juli eine Gesellschaft von 150 radikalen Ungarn, zumeist Journalisten, mit Umgehung Deutschlands durch Oberitalien eine Art Pilgerzug nach Paris machte, um mit den Franzosen gegen die Deutschen zu fraternisieren.

Die Einigkeit der beiden deutschen Zentralhöfe zeigte sich in wiederholten gegenseitigen Besuchen und Zusammenkünften. So war Kalnoky im Juli beim Deutschen Kaiser in Gastein. Dieser besuchte das Kaiserpaar in Ischl im August. Der Fürst von Montenegro stieg auf dem Wege nach Moskau in der Wiener Hofburg ab. Der Anschluß Serbiens schien völlig gesichert zu sein. Und auch mit Rumänien gelang ein Einverständnis, nachdem die dortige Regierung Genugtuung geleistet hatte für eine Rede des Senators Gradisteano, der von den Perlen sprach, die der Krone des Königs Karol noch fehlten. Damit hatte er die drei Millionen Rumänen der österreichisch-ungarischen Monarchie gemeint. Die Rumänen verbreiteten auch Landkarten, auf denen halb Ungarn als rumänisch bezeichnet war und Debreczin als Provinzstadt Dakorumäniens erschien. Österreich anerkannte wohl ein Königreich Rumänien, nicht aber ein Königtum aller Rumänen. Nach gegebener Genugtuung kam König Karol am 24. August selbst nach Wien; am 4. September kam auch der rumänische Ministerpräsident Bratianu, der hier mit Kalnoky, in Gastein mit Bismarck konferierte. Das führte zu einem näheren Anschluß an den Zentralbund, den man nun fast außer durch Italien auch durch Serbien und Rumänien vergrößert betrachten konnte. Es blieb nur noch die Lösung der Donaufrage zu regeln. Im Oktober kam auch das griechische Königspaar an den Wiener Hof und schien sich der Haltung Serbiens anschließen zu wollen. Endlich gelang auch der Abschluß der Viermächtekonferenz (Österreich, Serbien, Bulgarien, Türkei), wodurch die ununterbrochene Schienenverbindung von Wien nach Konstantinopel und nach Salonik gesichert wurde und sich der österreichischen Industrie ein Gebiet erschloß, das bisher dem englischen Seehandel preisgegeben war (23. Okt.). Die Zustände in Bosnien besserten sich entschieden infolge der Anordnungen Kallays. Allerdings legte die durch die Weltpolitik notwendig gewordene Heeresorganisation den Ländern Österreichs große Lasten auf.

Die Nationalitätenfragen hielten die Monarchie in immerwährender Bewegung. Die Polen in Galizien hatten mit den Ruthenen zu tun und unter sich mit der peinlichen Bestechungssache des Abgeordneten Kaminski. Immerhin galten die Polen als die ausschlaggebende Nation in Zisleithanien. Zwei Polen saßen im Ministerium: Dunajewski und Zemialkowski; Smolka war Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Wodzicki Gouverneur der Länderbank. Der Entwurf des ungarischen Mittelschulgesetzes erregte nicht nur in Österreich, sondern in ganz Deutschland lebhafte Erbitterung gegen den magyarischen Chauvinismus. Noch ärger war freilich der Chauvinismus des Tschechen Gabler, der im Reichsrat am 3. März sagte, es werde vielleicht noch dazu kommen, „daß die 80 Millionen Slawen mit den verbün-

deten Franzosen die 40 Millionen Deutschen niederwerfen". Allerdings exzedierte auch die Wiener deutsche Studentenschaft anläßlich des Trauerkommerses für Richard Wagner 6. März. Damals hielt Hermann Bahr, heute mein verehrter Freund, eine so starke Rede, daß er relegiert wurde. Auch gegen den anwesenden Schönerer schritt die Polizei ein. Der alte Antrag des Grafen Wurmbrand, die deutsche Sprache verfassungsmäßig als Staatssprache anzuerkennen, wurde immer wieder verschleppt. Wohl aber hielt man die deutsche Armeesprache fest, um dem übertriebenen Fortschreiten der Föderalisierung Österreichs entgegenzutreten. In Kärnten hielten sogar die windischen Bürgermeister und Gemeinden am deutschen Schulwesen fest, da ihnen das künstliche Neuslowenisch ziemlich unverständlich war. Die Ausbildung der ungarischen Honvedarmee hatte den Zweck, die ungarische Intelligenz zu bewegen, ihre Söhne mehr als bisher der militärischen Laufbahn zu widmen.

Taaffe.

Treffend entgegnete Ministerpräsident Taaffe am 28. April auf Pleners Angriffe: „Die Regierung sieht es als ihre Pflicht an, daß sie sich den wahren österreichischen Gedanken zum Zielpunkt stellt und zum Ausdruck bringt, wenn eben alle in Österreich vertretenen Völker und Nationen teilnehmen an den verfassungsmäßigen Rechten. Auf eine Majorität sich zu stützen, wenn sie auch eine zusammengewürfelte genannt wird, ist echt österreichisch. Und wenn mir zugerufen wird, so könne es nicht weitergehen, so erwidere ich darauf, daß ich hoffe, daß mit Gottes Hilfe, mit Energie und Ausdauer die Regierung das von ihr gesteckte Ziel der Verständigung der Völker erreichen wird." — Für Dalmatien und Istrien wurde neben der italienischen nun auch die kroatische Sprache als Gerichtssprache anerkannt.

Die Generalversammlung des Deutschen Schulvereins in Linz, 14. Mai, konnte von 636 Ortsgruppen berichten und von 63.000 Mitgliedern. In Tirol war dem Jahrhunderte alten Entnationalisierungsvorgang Halt geboten, in den slowenischen Gegenden schwankte der Sprachenkampf. Herbst erklärte, der Verein sei weder politisch noch aggressiv, sondern nur erhaltend. Sturm feierte das Bündnis mit dem Deutschen Reich und hoffte, daß es sich mit der Zeit vertragsmäßig auf alle kulturellen, wirtschaftlichen nnd nationalen Gebiete erstrecken werde.

An der neuen tschechischen Universität in Prag machte sich der Mangel geeigneter Lehrkräfte bemerkbar. In Dalmatien siegte das kroatische Element bei den Wahlen über das italienische und serbische. Als der Kaiser im Juli gelegentlich der Feier der 600jährigen Zugehörigkeit der Steiermark zum Hause Österreich die Länder Steiermark, Kärnten und Krain bereiste, trat bei aller dynastischen Anhänglichkeit doch auch das nicht neue großillyrische Bestreben im Sinne des Trialismus zur Erscheinung. In Böhmen verhandelte der „Tscheche" Rieger und der „Deutsche" Schmeykal über die sprachlichen Verhältnisse und eine eventuelle administrative Trennung. In Kroatien kam es zu Unruhen wegen der magyarischen Aufschriften auf den Wappenschildern, da doch staatsrechtlich nur die kroatische Sprache zu gelten hatte. In Triest erregten italienisch gesinnte Turner am 18. August den Unwillen der Deutschgesinnten, was nicht ohne Exzesse abging.

Trialismus.

Türkenfeier.

Angesichts der nationalen Unzufriedenheiten lehnte der Wiener Gemeinderat den Antrag ab, das 200jährige Jubiläum der Befreiung Wiens von der Türkenbelagerung 1683 durch ein großes Volksfest zu feiern. Ja man griff das Jubiläumswerk des Historikers Onno Klopp heftig an, als ob er die Kaisertreue der damaligen Gemeinde bezweifelt habe. Immerhin wurde die Feier durch die Schlußsteinlegung des großartigen neuen Rathauses der Stadt Wien gefeiert. In Galizien wurde die Feier (12. Sept.) zu einer polnischen Demonstration für den Nationalhelden Sobieski. Ich habe dem Gedenkjahr mein Festspiel „Die Türken vor Wien" gewidmet, ohne mir darüber Illusionen zu machen, daß eine Kunst, wie ich sie mir dachte, der Zeit willkommen sein könne, die ganz andere Vorstellungen von Kultur hatte. Darum war es auch nicht ich, sondern meine Freunde, besonders Wilhelm Klein, heute Professor in Prag, der meine Manuskripte damals zuerst dem Verleger brachte, im Bewußtsein, daß man sich doch im engeren Bunde wohl verstand.

Das Programm der Türkenfeier wurde auf das wertvollste ergänzt durch eine historische Ausstellung zum Gedächtnis der Türkenbelagerung; es fehlten ihr nur die polnischen Trophäen, die von den Polen in einer eigenen nationalen Ausstellung in Lemberg vereinigt wurden. Ohne die Verdienste der Polen schmälern zu wollen, sei doch festgestellt, daß ihnen die höchsten nationalen Ruhmestitel immer nur aus der Mitarbeit an westlicher, an mitteleuropäischer Kultur erwuchsen. Ein Denkmal an das Türkenjahr nach dem fertigen Entwurf von Hellmer war für den Stephansdom bestimmt, wo es sich auch heute befindet. Eine Erinnerungsmedaille von Tautenhayn trug die schöne Inschrift: „Urbs pro Orbe".

Über das Verhältnis von „Rom und Wien im Jahre 1683" gab Augustin Sauer, Kaplan des Kollegiums vom Campo Santo zu Rom, Aktenstücke aus römischen Archiven als Festgabe (Wien 1883). Man erfuhr daraus, daß vor allem die päpstlichen Subsidien und die päpstliche Diplomatie Wien damals gerettet hatte.

Spinges.

Am 1. Mai 1882 wurde das Denkmal von Spinges in Tirol eingeweiht; da hieß es: „Bei Jung und Alt erwacht die Schneid, wie's in Tirol der Brauch; dö Buebn und a dö Weiberleut sein tapfer und gar schlauch. Fünftausend und no ötle Leut vom ganzen Land sein do, vom alten Schlog, es ist a Freud', man trifft's nit anderswo . . . Und 's Riesenkreuz am Schlachtfeld steat, geziert wie an Altor, der Festzug jetzt zum Kreuz hingeat, in Ordnung Por und Por. Der Spingeser, der alte Fuhn, spielt lustig mit dem Wind, er zoagt, was da Tiroler kun, wenn's grobe Wöter kimmt. Der Bischof löst mit Andacht schien die Möß auf freier Weit', und Veteraner ihn bedien' mit Hilf der Geistlichkeit. Die Kircha bilden Berg und Tol vom Himmel überwölbt, Kononen und der Wiederhol, die habn einander b'stöllt . . . Tirol erhöbt zum Schwur dö Hand, dö Trui, dö stirbt nit aus, für Gott! fürs liebe Vaterland! fürs ganze Kaiserhaus!"

Tschechen.

Eine tschechische Deputation ließ zu Konstanz am Kerker des „böhmischen Reformators" Magister Hieronymus von Prag 1415—1416 eine Gedenktafel anbringen. Zuerst feierte Advokat Podlipny aus Prag in

tschechischer Rede den Leidensgenossen des Huß als einen Leonidas. Dann pries der tschechische Pfarrer Kossuth aus Rheinpreußen in deutscher Rede die heiligende Macht der Wahrheit, deren Opfer jene böhmischen Männer wurden, weil sie es gewagt hatten, sie zu früh auszusprechen. In neuer Rede (tschechisch) vor dem Hußstein schilderte Kossuth, wie das Streben nach evangelischer Wahrheit der Ausgangspunkt der gesamten geistigen und nationalen Entwicklung des tschechischen Volkes gewesen (6. Juli).

Der tschechische Chauvinismus sah es ungern, daß so viele Tschechen ihre Jugend lieber in deutsche Gymnasien schickten und sie so zur „Schlachtbank der Germanisation" führten. Auch die nach vielem Streit in Wien eröffnete tschechische Schule konnte kaum prosperieren, da die Tschechen hier doch deutsch lernen mußten, wenn sie hier ihr Fortkommen finden wollten. In Bosnien und der Herzegowina fing die Bevölkerung an, sich an das österreichische Regiment, das Kallay sehr verständig handhabte, zu gewöhnen. Die Magyaren gaben auch endlich in der Wappenfrage den Kroaten nach und entfernten die magyarischen Umschriften. Die Deutschen Böhmens sprachen sich in der Delegiertenversammlung vom 21. Oktober für eine Zweiteilung des Landes nach den beiden Sprachen aus. Ein deutscher Parteitag in Marburg, 5. November, wünschte, daß im Reichsrat nur die ehemals deutschen Bundesprovinzen vertreten seien (also ohne Galizien). Dagegen legte Frh. Alex. v. Helfert in einer Reihe von Artikeln wieder die Theorie des Trialismus dar; neben Österreich und Ungarn ein südslawisches Gebiet, gebildet aus dem „Reichsland" Bosnien, Herzegowina und serbokroatischen Teilen beider Reichshälften. Was die Tschechen unter ungünstigen Verhältnissen zu leisten imstande waren, zeigte sich in erstaunlicher Weise bei der Eröffnung des tschechischen Nationaltheaters am 18. November. Freilich lag auch in dem künstlichen Bestreben nach einer kleinen separatistischen Nationalkultur viel Gemachtes; es schien ein falsches Ziel, beruhend auf unzutreffender Nachahmung. Es ist ungefähr so, wie wenn der stoansteirische Dialekt oder das köstliche Plattdeutsch den Aufbau von nationalen Hochkulturen anstreben wollten. Dem tschechischen gebührt sicherlich dieselbe Pflege wie dem bayrischen oder plattdeutschen Idiom, eine Heimatkunst, eine intime Lokalkultur. Wenn aber derlei Idiome höher hinausstreben, müssen sie sich auf Stelzen stellen und dadurch werden sie unecht. Den „Nibelungenring" in Prag tschechisch, in Pest magyarisch aufzuführen, das ist geradeso, wie wenn man ihn in Hamburg plattdeutsch, in München urbayrisch aufführen wollte. Das gilt selbstverständlich auch von den Versuchen all dieser lokalen Idiome um Schaffung eigener höherer nationaler als bloß volkstümlicher Kunst. Trialismus.

Der Reichsrat trat am 4. Dezember in dem von Hansen erbauten monumentalen Parlamentsgebäude zusammen. Das war mit Friedrich Schmidts Rathaus die höchste architektonische Leistung des neuen Wien. Ich

konnte gerade diesen kulturellen Aufschwung im persönlichen Umgang mit den Meistern miterleben. Beide wohnten im selben Jahre meiner Hochzeit bei.

Die Wiener Universität ernannte den siebzigjährigen Hansen zum Ehrendoktor; auch seine Heimatstadt Kopenhagen beglückwünschte ihn. Während der Feierlichkeiten starb der dritte der großen Wiener Architekten, Heinrich v. Ferstel.

In Wien wurde das Tegetthoff-Denkmal von Kundmann enthüllt; ich bewahre das Originalmodell als Geschenk des Meisters wie manches andere aus seiner Hand.

Bevor Holub zu mehrjähriger neuer Forschungsreise nach Afrika ging, heiratete er das Mädchen, das bereit war, die gefährliche Fahrt mit dem Manne zu unternehmen.

Großes Aufsehen erregte des Grafen Stephan Batthyany Tod im Duell. Er hatte eine reiche Judentochter geheiratet und war dann von deren jüdischem Verlobten gefordert worden. „Schrecklich!" sagte der Sieger an der Leiche; „warum hat die Kugel nicht lieber mich getroffen!"

Man fürchtete in Österreich, die orientalische Frage zu erzwingen und sagte: Österreich verliere in einem Kriege mit Rußland jedenfalls Galizien, entweder, wenn es geschlagen wird, an Rußland, oder, wenn es siegt, an das neue Königreich Polen.

Juden. Durch den Prozeß von Tisza-Eszlar waren die Augen aller Semiten und Antisemiten der Welt auf Ungarn gerichtet. Istoczy forderte im Pester Reichstag Revision der Emanzipation der Juden. Die Freisprechung der wegen Ritualmordes angeklagten Juden rief eine große Erregung in Ungarn hervor. Es gab Judentumulte in Preßburg, Pest und an verschiedenen andern Orten. Dazu kam die Verschuldung des Landes und dessen Aussaugung durch die Juden. „Der Jude (hieß es) ist an allem schuld; er besticht alle Beamten, alle Richter; er ist der Herr in Ungarn." Besonders die Agrarier bekämpften die judenfreundliche Politik Tiszas. Auf Grund seines antisemitischen Programms wurde F. Roth zu Preßburg gegen den Regierungskandidaten ins Abgeordnetenhaus gewählt.

Sozialismus. Nebenbei entwickelte sich der Sozialismus. Zwar im Prozeß zu Wien gegen 29 Sozialisten (8.—21. März) erwiesen sich die meisten Angeklagten als geradezu harmlose Figuren, denen das Lesen sozialistischer Schriften den Kopf verrückt hatte. Drei davon hatten sich durch einen Raubanfall auf den Schuhmachermeister Merstallinger die Mittel zur Organisierung revolutionärer Klubs verschaffen wollen; sie erhielten schwere Kerkerstrafen; die übrigen wurden freigesprochen. Es waren ängstliche, unklare und unsichere Werkzeuge in der Hand von Agitatoren. Der Geist des fanatischen Revolutionärs Most hatte vorübergehend einen Triumph im gemütlichen Wien gefeiert; seine bluttriefenden Schriften hatten aber diese Menschen nicht völlig umgestalten können. Die Wiener Geschwornen hatten nach dem Grundsatze gehandelt: Theorie soviel ihr wollt, aber keine Gewalttat! Im ganzen sollen in Wien 40 Klubs des anarchistischen Bundes bestanden haben. Am 10. August demonstrierten die radikalsozialistischen Arbeiter vor dem Wiener Polizeigebäude; sie beklagten sich über die Strenge der Behörden, die grundlosen Ver-

haftungen, die Verletzungen des Briefgeheimnisses, die Konfiskationen ihres Organs „Die Zukunft", das spurlose Verschwinden eines Agitators. Als im Dezember ein Polizist ermordet wurde, schrieb man diese Tat den Anarchisten zu. In einer Wiener Kirche erregten sozialistische Arbeiter am 30. Dezember einen argen Skandal, pfiffen, zischten und warfen mit Steinen nach dem Priester auf der Kanzel.

Auch die Liberalen sahen ungern in dem neuen Volksschulgesetz die Rückkehr zur konfessionellen Schule angebahnt und die allgemeine Schulpflicht von acht Jahren unter gewissen Bedingungen auf sechs Jahre herabgesetzt.

In der Gewerbegesetzgebung machte sich ebenso wie im Deutschen Reich die antiliberale Richtung geltend. Die Konservativen, namentlich die beiden Prinzen Liechtenstein, die Grafen Belcredi und Clam-Martinitz, Zallinger u. a., luden Arbeitgeber und Arbeiter am 30. April ins Abgeordnetenhaus zu mehrtägigen Beratungen über den „christlichsozialen Staat" mit Normalarbeitstag, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken, Sonntagsheiligung. Aber die geladenen sozialistischen Arbeiter Höger, Peukert, Pauler äußerten sich sehr ablehnend: „Wir haben uns das Messegehen abgewöhnt, glauben an kein Jenseits mehr, wo nur ewige Freuden unser warten, wir sind Materialisten und wollen, daß es uns schon auf Erden gut gehe. Wir wollen Sonntagsruhe, aber nicht Sonntagsheiligung" u. s. w.

Das Bündnis mit dem Deutschen Reich kam auch durch den Besuch des Prinzen Wilhelm, des heutigen Kaisers, in Wien 29. April zum deutlichen Ausdruck. „Österreich", erklärte der Minister in der ungarischen Delegation, „würde einem Angriffe Rußlands gegenüber nicht allein stehen." Der Bund sei also die Garantie des europäischen Friedens.

Kronprinz Rudolf eröffnete und schloß die elektrotechnische Ausstellung in Wien (16. August bis 4. November). „Ein Meer von Licht" wurde zum geflügelten Wort.

Über das Passionsspiel zu Brixlegg berichtet die Illustrierte Zeitung 29. September.

Den Deutschen Österreichs waren in Rosegger und Anzengruber zwei bedeutende Volksdichter erwachsen. Interessant ist, wie beide, von der liberalen Woge der Siebzigerjahre emporgehoben, doch immer im konservativen Volkstum ihre Stärke und die Quelle ihrer Kraft suchten. Als P. K. Roseggers „Ausgewählte Schriften" in 16 Bänden erschienen, feierte ihn J. J. Honegger als „Originalgenie", als ein steiermärkisches Naturkind reinsten Schlages, „ein Phänomen, das einzig dasteht". Es erschienen nun auch Anzengrubers und Komperts gesammelte Schriften.

Uns interessiert vor allem die Stellung des Deutschen Reichs zur Kolonialfrage, weil auf diesem Gebiet sich der Hauptentscheidungskampf um die Welthegemonie vorbereitete. Damit hängt auch die Frage der Kanalverbindungen der deutschen Wasserstraßen zusammen. Alle Vorschläge in dieser Beziehung litten unter einer noch andauernden Interesse- Kolonien.

losigkeit der Reichsbehörden. Dagegen erließ der Ende des Vorjahrs gebildete „Deutsche Kolonialverein" am 15. Jänner einen Aufruf von Frankfurt aus: „Neben der praktischen Förderung von Handelsstationen über See erblickt der Verein seine Hauptaufgabe in der Klärung der öffentlichen Meinung, damit die Nation für eine Lösung in weiterem Umfange bereit sei für den Tag, wo dies die Gunst der Verhältnisse gestatten wird. Schon oft sind große nationale Fortschritte aus kleinen Anfängen, aus der Anregung kleiner Kreise hervorgegangen. Wir sind der Überzeugung, daß die Kolonialfrage, aus den gesamten Verhältnissen und Zuständen des deutschen Volkes entsprungen, eine endliche, nur zu sehr verzögerte Lösung unbedingt erheischt." — Wohl wegen dieser Weltfragen wurde dem Besuch des Prinzen von Wales in Berlin diesmal besondere Bedeutung beigelegt (7. März). — Auch der Rücktritt des Chefs der Admiralität, Generals v. Stosch, und dessen Ersetzung durch General v. Caprivi bedeutete ein vorläufiges Festhalten an einer Marine, die nur der Verteidigung der heimischen Küsten gewidmet sein sollte. Darum wurde wieder ein General der Landarmee an deren Spitze gestellt. Deutschlands Zukunft lag noch nicht auf dem Wasser. Dagegen war es bemerkenswert, daß sich die Beziehungen zur Türkei durch Entsendung von deutschen Beamten und Militärs (v. d. Golz u. a.) bedeutsamer gestalteten.

Die offiziöse Presse gab im Juli die Gründe an, warum die Reichsregierung die Agitation für Erwerbung von Kolonien nicht unterstütze. „Der Ankauf und die Erhaltung von Kolonien würde bedeutende Geldopfer in Anspruch nehmen. Es würden Verpflichtungen von unabsehbarer Tragweite entspringen. Das Reich würde sich eine große Verantwortlichkeit auf den Hals laden. Zudem sind alle gesünderen Plätze bereits besetzt. Diese sind aber auch jetzt schon unsern Auswanderern zugänglich. In Asien, Afrika und Südamerika ist keine einzige größere Hafenstadt, die nicht deutsche Kontore hätte. Die Kolonien steigern nicht die Macht eines Staates, geben vielmehr dessen Kräften eine einseitige Richtung nach außen hin." Bismarck versicherte dem englischen Botschafter, „daß die kaiserliche Regierung keinem Projekte ihre Förderung angedeihen lasse, welches eine gesteigerte Auswanderung aus Deutschland zum Zwecke habe". Man muß zudem bedenken, daß Bismarck damals alle Kräfte zusammenhalten mußte, um gegen Rußland auf der Hut zu sein; darum die Ausgestaltung der Festung Küstrin zu einem Waffenplatz ersten Ranges, darum die Truppenverlegungen an die Ostgrenze, die Übungen bei Graudenz, die Verstärkung der Ostseeflotte, der Ausbau der Festung Posen (seit 1876).

Auch türkische Offiziere und Kadetten kamen nach Berlin, um hier in der deutschen Armee ausgebildet zu werden.

All das duldete der englische Nationalstolz; er gab sogar nach den glänzenden Kaisermanövern bei Homburg im September zu, daß Deutschland die Hegemonie auf dem Kontinent besitze. Man gönnte das dem Deutschen Reich, wenn es nur nicht die überseeischen Kreise Englands störte. Die deutsche Regierung schickte im Oktober den Regierungsrat Techow auf Wunsch

der Japaner nach Japan, um das Unterrichtswesen dort nach deutschem Muster einzurichten.

Als am 9. Oktober Mukhtar Pascha im Auftrage des Sultans nach Berlin kam und auch mit dem Reichskanzler in Friedrichsruhe konferierte, hieß es neuerdings, daß die Türkei den förmlichen Beitritt zum mitteleuropäischen Dreibund anstrebe, um damit eine Garantie ihres Gebietes zu erhalten. Dazu war allerdings die Zeit noch nicht reif.

Infolge der Ausbildung der Torpedos befestigte sich die Meinung, diese Waffe mache die größte Flotte illusorisch, ihr werde im nächsten Seekrieg die Entscheidung zufallen.

Im Dezember wurde durch das Bremer Handelshaus Lüderitz an der Westküste von Afrika der erste deutsche Kolonialversuch auf unabhängigem Boden gemacht; Lüderitz erwarb von Angra Pequenna nach Süden bis zum Oranjefluß, und nach Norden bis zum 26. Grad südlicher Breite die ganze Küstenstrecke in einer Breite von 20 geographischen Meilen landeinwärts; im ganzen also 900 deutsche Quadratmeilen. Zugleich fanden die Kolonialbestrebungen auch sonst mehr Anklang und Umfang. Dem deutschen Kolonialverein traten angesehene Männer aller Parteien bei; er kündigte eine „Deutsche Kolonialzeitung" mit folgendem Programm an: „Unsere neuen Aufgaben waren nicht aus den Köpfen von Idealisten hervorgegangen, von nationalen Schwärmern aufgeworfen; nein, sie entsprossen dem erstarkten Bewußtsein des deutschen Volkes, daß es unter den seefahrenden Nationen dank unserem entwickelten Welthandel und angesichts unserer Kriegs- wie Handelsflotte wohl ein Recht habe, einen weit größeren Anteil am Weltmarkte unter offener deutscher Flagge in Anspruch zu nehmen, als es bisher geschehen; daß es hohe Zeit sei, der Überbevölkerung und Überproduktion auf geistigem und industriellem Gebiete, welche dem Auswanderungsstrome seit Jahren so unaufhaltsam Zufluß boten, neue Bahnen ausfindig zu machen, die dem Vaterlande anstatt der bisherigen Schädigung und Schwächung rückwirkend frischen Impuls, verjüngendes Gedeihen schaffe . . ., denn noch ist die Welt nicht vergeben."

Lüderitz.

Eine Ursache der Zögerung in dieser Frage war auch die Notstandslage zu Beginn des Jahres infolge furchtbarer Überschwemmungen, ferner der Meinungskampf zwischen den verschiedenen volkswirtschaftlichen Anschauungen. Im Februar kamen die sogenannten „Steuer- und Wirtschaftsreformer" (Agrarier) in Berlin zusammen; dann die „deutschen Landwirte"; diese resolvierten gegen die Vagabundage, gegen die liberale Manchesterschule, gegen die bestehende Gewerbefreiheit. Am 19. Februar empfahl Prof. Adolf Wagner im preußischen Abgeordnetenhaus die Verstaatlichung der Eisenbahnen und andere staatssozialistische Maßregeln. Ihm widersprach Windthorst aufs entschiedendste: „Das sei vollständig der soziale

Staatssozialismus.

Staat; danach müsse folgerichtig auch der ganze Grundbesitz verstaatlicht werden. Wagner wolle nichts anderes als die Sozialdemokraten. In einem solchen Staat bleibe für niemanden eine Privattätigkeit und private Freiheit. Gegenüber einer solchen Staatsomnipotenz werden wir alle mit unsern übrigen Dingen untergehen." Wagner protestierte dagegen; er wolle die Privatwirtschaft erhalten, aber sie muß wieder unter Zucht und Ordnung gestellt werden, das Prinzip der freien Konkurrenz muß entsprechend gemildert werden. „Vor dem Gespenst der Sozialdemokratie scheue ich nicht zurück, wohl aber vor der gegenwärtigen Produktionsart, einer bankerotten Wirtschaft, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann. Staat und Gemeinden sollen das Verkehrs-, Versicherungs- und Kreditwesen in die Hand nehmen. Die Deutsche Reichsbank gibt ein redendes Beispiel von der Durchführbarkeit dieser Idee." Windthorst versetzte darauf: „Die Sozialdemokraten wollen den sozialistischen Staat von unten aufbauen, Sie von oben herunter; Sie wollen den königlich-preußischen sozialen Staat mit schwarzweißem Banner, jene denselben mit blutroter Farbe: das ist der ganze Unterschied." Und weiter sagte Windthorst: „Die soziale Frage kann man nur durch die Kirche lösen. Wagners ganze Ausführung ist ein Appell an die Macht; darum deckt er sich mit dem Namen des Königs und des Kanzlers." Auch Rickert (liberal) erklärte, Wagners Ausführungen seien reiner Kommunismus. Wagner wolle nichts anderes als Bebel, nur daß dieser es besser mache.

Steuern. Bei den Debatten über die preußische Steuerreform im März stellte sich heraus, „daß der Glaube an den seit 1878 von der Staatsregierung viel zu unbedingt hingestellten Grundsatz von den uneingeschränkten Vorzügen der indirekten Steuern vor den direkten seitens der parlamentarischen Parteien durchaus nicht mehr so unbedingt verteidigt wird . . . kaum noch von der Regierung selber . . . Es scheint endlich auch wieder mehr anerkannt zu werden, daß die direkten Steuern das Rückgrat einer gesunden Finanzgebarung abgeben müssen . . ." Man forderte, auf die höhere Besteuerung des Einkommens aus Kapitalsvermögen Bedacht zu nehmen.

Ein Zentralbauernverein wurde auf einer Versammlung in Kassel 13. März gegründet; ein bayrischer Handwerkerbund am 26. März zu München; dieser trat für obligatorische Innungen, Arbeitsbücher, Abgrenzung des Handwerks gegen den zu beschränkenden Großbetrieb u. s. w. ein.

Sozialisten. Die deutschen Sozialdemokraten hielten einen Kongreß zu Kopenhagen, 30. März, ab. Außer dem deutschen Reich waren auch die deutschen Vereine in der Schweiz, in Paris und London vertreten. Die sozialpolitischen Vorschläge Bismarcks wurden entschieden abgelehnt. Man wies aber auch jede Gemeinsamkeit mit den sogenannten Sozialrevolutionären (Most) ab, sondern wollte den Kampf auf parlamentarischem Boden führen. Keine Nachgiebigkeit

gegenüber den herrschenden Klassen! Warnung vor der sogenannten Sozialreform, die Bismarck nur benütze, um die Arbeiter von ihren wirklichen Interessen abzulenken. Es zeigte sich, daß die Partei gut organisiert geblieben war und über reiche Einnahmen verfügte.

Durch die im April vollendete Berufsstatistik wurde eine wichtige, solide Grundlage für die weitere Gesetzgebung gebildet. Entschieden sprach sich im Reichstag (5. Mai) Bamberger gegen Bismarcks Sozialpolitik aus. Er widersprach dessen Behauptung, mit den Traditionen der preußischen Monarchie im Einklang zu stehen; die jetzige staatssozialistische Politik werde täglich nebelhafter und unklarer. Da der äußere Friede hoffentlich auf lange hinaus gesichert sei, so möge man ihn nicht damit stören, daß man im Innern Unfrieden stifte und einen Keil zwischen die verschiedenen Klassen der Bevölkerung schiebe. Payer erklärte: „Seien wir doch offen gegen uns und sagen wir uns das, was jeder weiß, auch ins Gesicht, nämlich daß es sich hier weniger um die Zweckmäßigkeit handelt als um eine Frage der parlamentarischen Macht.“ Richter sagte, man möge ihn doch nicht des Republikanismus verdächtigen, wenn er ebenso opponiere, wie die Konservativen es oft getan. „Freilich aus dem Reptilienfonds werden Millionen zur Verleumdung großer parlamentarischer Parteien als republikanisch verwendet. Wenn man so Hunderttausende von Staatsbürgern als Republikaner brandmarkt, soll das dem Ausland gegenüber die Macht und das Ansehen des Reichs befestigen? Mehr als irgendein Parlament, beschränkt die exzeptionelle Stellung Bismarcks das Recht der Krone.“ Minister Scholz bestritt all das: er sei auch jetzt, als Mitarbeiter des Kanzlers, so von der historischen Größe des Mannes und so von Ehrfurcht vor seiner Bedeutung erfüllt, daß er die Leute bedaure, die den Kanzler aus politischen Rücksichten bekämpfen zu müssen glauben, obwohl sie vielleicht im Herzen dieselbe hohe Auffassung von ihm haben.“ — Aber trotz wiederholter und langwieriger Beratungen kam man zu keinen definitiven Resultaten. Die zweite Vorlage des Reichskanzlers über das Unfallsgesetz wurde von der Kommission als unausführbar erkannt und so ziemlich aufgegeben; aber darüber, was an die Stelle zu setzen sei, gingen die Ansichten aller Parteien vollständig durcheinander.

Eine Arbeiterversammlung in Berlin, 27. Mai, sprach sich sehr abschätzig über die reaktionären Bestrebungen des Handwerkertags in Hannover aus. Bennigsen, der Führer der nationalliberalen Partei, verzweifelte nachgerade an seiner Sache, legte am 11. Juni seine Mandate nieder und zog sich aus dem parlamentarischen Leben zurück, in dem er zwischen nicht zu vereinbarenden Gegensätzen stand.

Der Staatssozialismus machte sich zunächst in weiteren Versuchen der Verstaatlichung von Privatbahnen geltend; diese vermochten der Übergewalt der Regierung kaum mehr zu widerstehen. Hamburg war seit Juni im Reichstag durch zwei Sozialdemokraten und einen Fortschrittler vertreten. In einer Versammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller (Schutzzöllner) zu Stuttgart 15. September sprach sich große Unzufriedenheit und Gereiztheit aus über die geringe Rücksicht, die vom Reichstag aus den Wünschen der Industriellen zuteil werde; man stelle dort die für den sozialen Frieden und das nationale Erwerbsleben so wichtigen sachlichen Erwägungen zurück gegen politische Parteitendenzen.

Anerbenrecht.

Der landwirtschaftliche Verein in Bayern beschloß in seiner Generalversammlung vom 8. Oktober, die Forderung des alten deutschen Anerbenrechts an Stelle des bisherigen römischen Erbrechts für den Bauernstand zu erheben im Interesse seiner Erhaltung. Gegen die Idee von Zwangsinnungen ließ im Oktober die preußische Regierung in ihrer Presse schreiben. Die Idee des Tabakmonopols erlitt eine Niederlage durch die Zustände der elsässischen Tabakmanufaktur. Bei Eröffnung des preußischen Landtags am 20. November kündete die Thronrede eine weitere Reform der direkten persönlichen Staatssteuern an, vor allem eine Kapitalsrentensteuer, und die Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes. Den konservativen Bauernvereinen stellten sich im Eisenacher Bauerntag, 26. November, auch Fortschrittliche gegenüber.

Das Exekutivkomitee der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei (Bebel, Liebknecht und Vollmar) sprach in einer Erklärung an die in Paris wohnenden deutschen Sozialisten (17. Dez.) das Bedauern aus, daß die deutsche sozialistische Partei nicht zu der von der französischen Arbeiterpartei organisierten internationalen Arbeiterkonferenz eingeladen worden sei, und protestierte gegen gewisse Beschuldigungen der Mäßigung. „Unsere französischen Brüder (hieß es zum Schluß) können überzeugt sein, daß weder die Polizei des Herrn von Bismarck noch die des Herrn Ferry uns einen Augenblick unsere Pflichten einer internationalen Partei werden vergessen machen." — Wozu diese würdelose Aufdringlichkeit? Ganz wie im Weltkrieg.

Religion.

Mit den volkswirtschaftlichen Fragen gingen die religiösen oft zusammen. Zwischen dem Kaiser und dem Papst hatte sich ein entgegenkommender Briefwechsel ergeben, der sich zunächst auf die Anzeige der Geistlichenernennungen, die Ausübung der geistlichen Macht und des geistlichen Amtes, den Unterricht und die Ausbildung des Klerus u. s. w. bezog. Daran knüpften sich offiziöse Preßstimmen. Allerdings bildete zu gleicher Zeit in freimaurerischen Kreisen eine sehr freie Rede des Kronprinzen bei der Eröffnung der Loge „Royal York" den Gegenstand höchster Hoffnungen auf dem Gebiet gänzlich „vorurteilsloser" maurerischer „Arbeit". Soviel ging aus den veröffentlichten Korrespondenzen hervor, daß die Unterhandlungen der Regierung mit der Kurie fortgesetzt wurden, daß man sich auf eine Revision der gesamten Maigesetzgebung einließ, daß man sogar der Kurie anheimgab, ihre Wünsche in dieser Beziehung kundzugeben. Allerdings klang die Erklärung des Kultministers Goßler im preußischen Abgeordnetenhaus 25. April nach Windthorsts Worten etwas „delphisch, rätselhaft; dilatorisch, gewunden, ausweichend, orakelhaft, verklausuliert". E. Richter war bereit, die Maigesetze vollständig preiszugeben; ebenso die Altkonservativen. Trotz des schleppenden Ganges ergab es sich doch als sicher, daß die Regierung mit ihren Vorlagen in Konzessionen an Rom immer weiter ging. Der Kultminister erklärte im

Juni, die Revision der Maigesetze werde fortgesetzt, die preußische Gesandtschaft beim Vatikan werde unter allen Umständen aufrechterhalten.

P. Reichensperger griff bei der Beratung der kirchenpolitischen Vorlage die jetzigen Nationalliberalen an, sie hätten kein Herz für die Klagen des katholischen Volkes. Ganz anders handelten die berühmten Begründer der liberalen Partei (1848), weil sie damals die Freiheit von der Kirche ebensowenig trennten wie von anderen Institutionen. Das Gesetz wurde am 25. Juni angenommen, obwohl der Nationalliberale v. Eynern noch die „unnatürliche Koalition zwischen Ultramontanismus, Konservatismus und Radikalismus" bekämpfte. Er erinnerte daran, daß der ganze Kampf ebenso wie das geflügelte Wort Reichsfeind vom Reichskanzler herrühre, der mit durchschlagenden Gründen die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Kurie nachwies. Angesichts der Allianz zwischen Deutschland, Österreich und Italien sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß den übermütigen Anforderungen der Kurie ein gewaltsames Ende durch diese drei Reiche gemacht werde. — Es fiel auf, daß das Gesetz erst spät, am 11. Juli, vom Kaiser sanktioniert wurde. Der Kultminister setzte sich am 14. durch ein sehr entgegenkommendes Rundschreiben mit den katholischen Bischöfen in Verbindung, um mit ihnen die Art der geschehenen Erleichterungen in der Anzeigepflicht u. s. w. zu besprechen.

Nun erhob sich allerdings noch ein „Kampf um die Schule". Windthorst erklärte sich gegen Schulzwang und Staatsschulmonopol.

Haider Programm.

Fürst Löwenstein lud eine Konferenz von 14 katholischen Sozialpolitikern auf sein Schloß Haid in Böhmen; hier stellte man im Juni ein Programm fest, das Freiherr v. Vogelsang redigierte; es bezog sich 1. auf Zins und Wucher, 2. auf die Handwerker-, 3. die Arbeiterfrage. Das Wichtigste war, daß der Arbeitsvertrag in mehr sozialem als juristischem Sinn gefaßt wurde. Die katholische Zentrumspresse fand aber das ganze Programm nicht ganz befriedigend, da es nur staatliche Wege und staatliche Mittel bespreche, nicht aber kirchliche Wege und Mittel. So erklärte der „Westfälische Merkur", das Organ des Herrn v. Schorlemer-Alst: „Soziale Organisationen, die wir schaffen helfen, könnten leicht zu Waffen gegen uns werden; die Staatsregierung wird auf obligatorische Handwerksinnungen immer einen gewissen Einfluß besitzen. Bevor nicht ein geordneter Rechtszustand in kirchenpolitischer Beziehung hergestellt ist, werden unsere Sympathien für das Programm von Haid überwogen werden durch die Bedenken, welche ein Machtzuwachs eines uns unfreundlich gesinnten Staatsregimes uns einflößen muß." — Dagegen nahm eine Handwerkerversammlung in Münster (Westfalen) das Haider Programm an und empfahl es der Katholikenversammlung in Düsseldorf. Auch eine Versammlung des westdeutschen Arbeiterbunds zu Köln, 2. September, sprach sich in ähnlichem Sinn aus: obligatorische Innungen, Abgrenzung des Handwerks gegen die Großindustrie, Prüfungen u. s. w.

Katholikentag.

Dennoch hielt es der Düsseldorfer Katholikentag (9. bis 13. Sept.) für angezeigt, mehr die religiösen Probleme zu behandeln. Er forderte daher vor allem, „daß dem Papste die ihm entrissene weltliche Herrschaft, der ihm geraubte Kirchenstaat, das Eigentum des katholischen Erdkreises, zurückgegeben werde. Menschliche Gewalt vermag niemals zu beugen göttliches Recht." Dann forderte man, „daß die im Exil weilenden Oberhirten den verlassenen Diözesen zurückgegeben werden, daß endlich die Aufhebung aller, die Rechte der katholischen Kirche beeinträchtigenden Maßregeln erfolge. Die Katholiken Deutschlands setzen ihre Hoffnungen . . . auf die Weisheit des apostolischen Stuhles, dessen Anordnungen sie den bereitwilligsten Gehorsam entgegenbringen. Sie werden unablässig in allen Kreisen den Nachweis liefern, welch verderblicher volkswirtschaftlicher, pädagogischer, sittlicher und religiöser Schaden den katholischen Landesteilen und Gemeinden in Preußen und anderen Bundesländern zugefügt worden ist durch die Ausweisung und Einschränkung der klösterlichen Genossenschaften. Die Versammlung spricht die Überzeugung aus, daß die soziale Frage nicht bloß eine wirtschaftliche, sondern auch, und zwar an erster Stelle, eine religiös-sittliche und somit deren Lösung ohne das einträchtige Zusammenwirken von Kirche und Staat unmöglich ist. Sie sieht es daher als die unerläßliche Forderung zur Heilung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Schäden an, daß der Kirche und ihren Instituten die volle Freiheit für ihre soziale Wirksamkeit zurückerstattet werde. Zugleich erachtet sie es zur Lösung der sozialen Frage für notwendig, daß auf dem Wege der Gesetzgebung eine den heutigen Verhältnissen angepaßte korporative Organisation der produktiven Arbeit mit Ausschluß aller bureaukratischen Bevormundung ins Leben gerufen werde." — Windthorst sprach sich wohl als prinzipieller Anhänger der Zwangsinnungen aus, welche das Handwerk nie hätte aufgeben dürfen, hielt aber deren Herstellung zur Zeit für unmöglich. Über diese Sache wurde also kein Beschluß gefaßt. Darüber waren die westdeutschen Handwerker nicht befriedigt, wie ihr Generalsekretär Faßbender öffentlich in der „Kölnischen Zeitung" erklärte. Auch zwischen der „Germania" und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wurde der Begriff „korporative Organisation" im katholischen und im Bismarckschen Sinne lebhaft debattiert.

Auf dem Düsseldorfer Katholikentag faßte Windthorst das Programm im Gegensatz zu den Lutherfesten dahin zusammen, daß das Zentrum zwar zur Versöhnung, aber auch zum Kampf für das Recht bereit sei. Er forderte für die Bekenntnisse volle Gleichberechtigung, lehnte aber die Verschmelzung ab, die im Geiste der Schwärmer als Irrlicht aufgetaucht sei; dagegen empfahl er die Gründung eines großen Betvereins, damit die Glaubensspaltung in Deutschland aufhöre. Er schloß mit einem Hoch auf den Papst.

Indessen geschah die Ausführung des kirchenpolitischen Gesetzes vom 11. Juni in völlig befriedigender Weise. Der Geburtstag des abgesetzten Erzbischofs Ledochowski von Posen gab Veranlassung zu allerdings überschwenglichen Kundgebungen (29. Okt.), so im „Goniec Wielkopolski“: „Heute bringen wir Polen, als unsterbliche Nation, die da mit ungebrochenem Willen lebt und leben soll bis zum Tage der Befreiung, Eurer Eminenz, Kardinal-Primas, die Ausdrücke der Ehrerbietung und Anhänglichkeit dar und erklären, daß Eure Würde nicht nur eine kirchliche, sondern auch eine politische ist, daß wir die Teilung Polens vom Jahre 1772 nicht anerkennen, daß wir keine Begrenzung Eures Primatenamtes in der Nation anerkennen, daß wir in dem Augenblicke, wo Euch Gott zur Rückkehr in die Grenzen des sich befreienden Polens ruft, uns demütig vor dem Interrex des Königreichs Polen beugen, darauf harrend, daß Ihr die einträchtigen Stimmen auf einen neuen Piast lenkt und auf dem Wawel (in Krakau) einen neuen Boleslaus Chrobry salbt.“ Die preußische Regierung zog allerdings das Blatt zur Verantwortung, der Redakteur wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Um so erfreulicher war es, daß der seinerzeit abgesetzte Bischof Blum von Limburg zurückkehren konnte (3. Dez.). Er hatte die sieben Jahre des Exils im Schloß Haid bei Mies in Böhmen, der Besitzung des Fürsten Karl zu Löwenstein, verbracht. Auch in Baden freute man sich allerseits über das Aufhören des Kulturkampfes. Am 31. Dezember erfolgte die Wiederaufnahme der eingestellten Staatsleistungen an die Diözesen Kulm, Ermland und Hildesheim.

Ledochowski.

Der Protestantismus benützte die Gelegenheit des 400. Geburtstages Luthers zu außergewöhnlichen Kundgebungen. Kaiser Wilhelm richtete schon im Mai einen Erlaß an den Kultusminister und den evangelischen Oberkirchenrat, wodurch er in allen evangelischen Kirchen und Schulen für den 10. und 11. November kirchliche Feste anordnete. Eine Vorfeier fand zu Erfurt vom 7. bis 9. August statt. Gegen 1000 Studenten fast aller deutschen Hochschulen waren eingerückt. Der Festzug stellte die im April 1521 erfolgte Einholung des zum Reichstage nach Worms reisenden „Reformators“ dar. Die Reden schonten möglichst die 8000 Katholiken, die auch in Erfurt zu Hause waren. Die Studenten zogen von da nach Eisenach und zur Wartburg, wo Professor Lipsius die Festrede hielt. Am 13. September folgte die Lutherfeier in Wittenberg. Beim Festzug beteiligten sich über 1000 Geistliche im Ornat. In Vertretung des Kaisers erschien der Kronprinz und hielt bei Eröffnung der Lutherhalle eine Rede. „Unser Volk“, sagte er, „kann nicht oft und nicht lebhaft genug an die Segnungen erinnert werden, welche es dem Manne verdankt, dessen Namen diese Halle trägt. Wer gedächte nicht dessen, was Martin Luthers Geist und Wirken auf mehr als auf einem Gebiete deutschnationalen Lebens für uns erworben hat! Möge diese seinem Gedächtnis gewidmete Feier uns stärken, um sie mit demselben Geiste zu behaupten, mit dem sie einst errungen worden sind! Möge sie insbesondere uns in dem Entschlusse festigen, alle Zeit einzutreten für

Lutherfeste.

unser evangelisches Bekenntnis und mit ihm für Gewissensfreiheit und Duldung. Und mögen wir stets dessen eingedenk bleiben, daß die Kraft und das Wesen des Protestantismus nicht im Buchstaben beruht und nicht in starrer Form, sondern in dem zugleich lebendigen und demütigen Streben nach der Erkenntnis christlicher Wahrheit! In diesem Sinne begrüße ich den heutigen und die noch folgenden Luthertage mit dem innigen Wunsche, daß sie beitragen mögen, unser protestantisches Bewußtsein zu stärken, unsere deutsche evangelische Kirche vor Zwietracht zu bewahren und ihren Frieden fest und dauernd zu begründen." Man sah in dieser Rede ein Programm des künftigen Kaisers.

Dem Lutherfestspiel zu Jena, 20. Oktober, wohnte auch das erbgroßherzogliche Paar bei. An dem Lutherfestspiel in Worms, 30. Oktober, beteiligte sich fast die ganze Stadt, auch der Großherzog mit seiner Familie. Zu Leipzig wurde am 31. Oktober eine allgemeine deutsche Lutherstiftung beschlossen. Berlin votierte sofort dafür 100.000 Mark und weiter 50.000 für ein Lutherdenkmal in Berlin. Am 11. November fand endlich das allgemeine Kirchen- und Schulfest statt. Bei den zahlreichen Festreden trat allerdings öfters die „einseitig und beschränkt kirchliche Auffassung" einer freieren gegenüber und erregte dadurch manchen Widerspruch. Die Katholiken verhielten sich fast durchaus sehr zurückhaltend. Mit Vorliebe zitierte man das Urteil des „Katholiken" Döllinger: „Wenn wir ganz von dem religiösen Reformator absehen, Luthers Leistungen für Sprache, Literatur, Gesang, Schulwesen und anderes sind groß und bleibend genug, um alle Deutschen zu unsterblichem Danke zu verpflichten." Auch ich vermeide hier durchaus jede theologische Erörterung, ich mache lediglich als Historiker von dem Katholiken wie Protestanten gleichmäßig zustehenden Rechte freier Forschung und gewissenhaften Urteils Gebrauch, indem ich einfach folgende Thesen an die Tempeltore der geschichtlichen Wahrheit annagele: Luther hat, ohne es zu wollen, in bester Absicht, aber in zügellosem Eifer die Deutsche Nation von der politischen und kulturellen Höhe, die sie von Karl dem Großen bis Maximilian einnahm, heruntergestürzt, er hat sie in sich zerrissen und damit dem Ausland als Beute preisgegeben. Er hat wesentlich dadurch zur Türkennot beigetragen. Er hat die Nation, die, mit dem Papsttum vereint, die erste Stelle in der Welt einnahm, zum zweiten Rang mit Verlust ihres Vorrangs verwiesen. Er hat sie dem Fremdtum geöffnet, der Verwelschung, der Nachahmung fremder Moden. Er hat mit einem Schlag die nationale Kunst der gotischen Dome und Rathäuser und Burgen zum Stillstehen, zum Eingehen verdammt. Während früher die Deutschen und Niederländer in Kunst und Musik die Lehrer der Welschen waren, wurde es nun umgekehrt; in all dem trat nun erst Italien und Rom und Frankreich und Spanien an die erste Stelle. Die süße, liebliche, blühende edle deutsche Muttersprache, wie sie noch im 15. Jahrhundert so innig in Liedern, in Predigten, in der deutschen Mystik ans Herz sprach, hat er in zänkisches, rauhes Gepolter verkehrt. Er hat mit der Sprache den deutschen Geist verroht. Er war nicht ein Begründer, sondern ein Zerstörer der deutschen Kultur und Literatur. Erst nachdem die deutsche Nation (nach Goethes Wort) das „Luthertum" zu überwinden anfing, erhob sich unsere klassische Literatur und Bildung als

Überwindung des Luthertums. Erst Klopstock, Lessing, Herder, Goethe und Schiller haben die durch das Luthertum eingerissene Roheit der Kultur überwunden und die Nation zur Blüte zurückgebracht, deren sie sich im Mittelalter in gleich klassischer Weise erfreuen und rühmen konnte. Luther hat einen Bruderhaß in die deutsche Nation geworfen, den leider in den folgenden Generationen das liebevolle deutsche Bruderherz beider Parteien mit aller Mühe nicht überwinden konnte. Er hat die Religion zu einer staatlichen Amtssache gemacht, wie die Polizei. Soll dieser Zustand in alle Zeit dauern? Soll er nur durch gegenseitige Erschöpfung alles religiösen Gefühles endigen? Ist sein endlicher Zweck die Auflösung aller Religion? Gibt es einen Ausgleich auf einer mittleren Linie? Nein, all das ist schon einmal und zehnmal versucht und vorgeschlagen und verfehlt worden. Der Historiker, der die ganze deutsche Geschichte überblickt, würde die Rolle eines stummen Hundes spielen, wenn er nicht als Ergebnis der ganzen deutschen Kulturgeschichte von 1517 bis auf dieses Jahr 1917 bestätigen müßte, daß der ganze Geist, das ganze Herz, die ganze Genialität der deutschen Nation nur ein Ziel hat, nach dem es kämpfend und sich wehrend, bebend und sehnend strebt: die Wiedervereinigung in sich selbst und in der einen wahren Kirche, die immer der Stolz und Adel deutscher Nation war.

Löblich war es, daß immer wieder das „Lutherlied" angestimmt wurde „Ein' feste Burg ist unser Gott"; denn diese Paraphrase des 17. Psalms hat gar nichts spezifisch Protestantisches, wie denn überhaupt im Positiven die beiden Konfessionen sich leichter einigen könnten, wenn nicht das Negative, die Negation, der Protest, das schroff Ablehnende in den Vordergrund träte. Aber ebensowenig katholisch wie eigentlich evangelisch war es, wenn manche Festreden in den Spruch mündeten: „Gottes Wort und Luthers Lehr' vergehen nun und nimmermehr." Ja es war nicht einmal protestantisch im Sinn der freien Erforschung des Bibelworts.

Franz Hattler bezeichnete in seiner Schrift „Die Lutherfeier und die Katholiken" jene Festtage als Tage des Schmerzes und der Trauer für die durch die Glaubensspaltung zerrissene deutsche Nation.

In Leipzig wurde das Reformationsdenkmal (von Joh. Schilling) enthüllt: Luther sitzend; neben ihm stehend Melanchthon wie in gemeinsamer Beratung. — Auf dem Lutherdenkmal in Eisleben von Professor Siemering war der Sieg der Reformation durch einen Engel dargestellt, der einen grauenhaft geschwänzten Teufel niederwirft.

Bei der Verschiedenheit der Standpunkte jener Protestanten, die den Aufruf zur Errichtung eines Lutherdenkmals in Berlin unterzeichneten, spottete selbst die protestantische „Kreuzzeitung", es wäre nicht zu wundern, „wenn jede Partei ihrem Spezial-Luther ein Denkmal setzen wollte". Und Professor Beyschlag, der lauteste Herold des Katholikenhasses, erklärte: „Unsere evangelische Kirche mit ihren Spaltungen, Schlagbäumen, Lehrstreitigkeiten, Rissen und Lücken, ist kein Bau, der draußen Stehenden anheimelnd vorkommen könnte."

Es fiel im Lutherjahr auf, daß es nur von katholischer Seite aus eine irenische Monatschrift gab: „Ut omnes unum" (seit 1879), herausgegeben von dem ausgezeichneten C. Seltmann. Von protestantischer Seite ertönte jetzt außer dem Schlachtruf gegen den „römischen Erbfeind der deutschen Nation" auch noch der gegen den „römischen Antichrist".

Magyarisierung.

Eine Berliner Versammlung von Reichstagsabgeordneten, für den 16. Februar einberufen, sprach sich sehr erregt über die Magyarisierungsbestrebungen in den deutschen Gebieten Ungarns aus. Man beklagte, daß die von Deak, Szechenyi, Eötvös vertretene deutschfreundliche Gesinnung von der entgegengesetzten, ursprünglich von Kossuth ausgegangenen Richtung verdrängt worden sei. Eine Resolution wurde gefaßt, folgenden Inhalts: „Der Entwurf eines Mittelschulgesetzes bedroht die siebenhundertjährige deutsche Kultur des Siebenbürger Sachsenstammes mit dem Untergange. Im Widerspruch mit den feierlichsten und zweifellosesten Bestimmungen derjenigen Grundgesetze, auf welchen allein die neuerliche staatsrechtliche Einverleibung Siebenbürgens in den Gesamtverband der ungarischen Monarchie beruht, im flagranten Widerspruch mit dem Nationalitätengesetz, welches die Gleichberechtigung der Sprachen, vornehmlich auch im Unterricht, garantiert, verfolgt dieser Gesetzentwurf das Ziel, den deutschen Unterricht durch Magyarisierung des gesamten Lehrerstandes zugrunde zu richten . . . Er ist die unverhüllteste Kriegserklärung wider Hunderttausende von treuen Untertanen deutscher Nationalität. Seine Verwirklichung reißt zugleich eine unausfüllbare Kluft zwischen der deutschen und der magyarischen Nation. Das deutsche Mutterland, welches mit der österreichisch-ungarischen Monarchie in Freundschaft leben will, muß daher immer lauter den Warnungsruf erheben, welchen auch mächtigere Völker nicht ohne Gefahr überhören." Sehr schön und sehr richtig! nur würden die Magyaren niemals den Übermut zu solchem Vorgehen gefaßt haben, ohne wiederholt in ihren antideutschen Bestrebungen von Berlin her bestärkt worden zu sein.

Auch in Bayern wich der liberale Ministerpräsident Lutz vor der katholischen Mehrheit der Zweiten Kammer und der Gemeindekollegien Münchens etwas zurück.

Die Deutsche Regierung schickte nach dem Vorgange Frankreichs eine Kommission unter Leitung des Geheimrats Koch nach Ägypten und Indien, um die Natur der Cholera zu erforschen.

Auch der deutsche Beamte v. d. Marwitz wurde nach Japan berufen, als Beirat des kaiserlich japanischen Kabinetts.

Der zweite deutsche Kunstgewerbekongreß in München, 3. September, beschloß die Bildung eines deutschen Kunstgewerbe-Vereinsverbands. Deutschland hatte nachgerade wieder den Vorrang im Kunstgewerbe in Europa errungen, besonders von München und Bayern aus.

Der internationale Kongreß des Instituts für internationales Recht, diesmal in München 4. September unter Holtzendorffs Vorsitz tagend, erklärte sich für Errichtung internationaler Prisengerichte, für Freigebung der Schiffahrt auf dem Kongo, für Vermeidung von Streitigkeiten der zivilisierten Nationen im äquatorialen Afrika.

Auch in Posen und Westpreußen feierten die Polen die Errettung Wiens durch ihren König Sobieski vor 200 Jahren.

Auf Anregung des Kronprinzen begann man mit der Ausführung des von Friedrich Wilhelm IV. gehegten Plans, die Museuminsel in Berlin zu einer großartigen Stätte der Kunst auszugestalten, namentlich als Schatz-

haus für Funde von Pergamon und Olympia; alle deutschen Architekten wurden zum Wettbewerb eingeladen.

Das österreichische Kronprinzenpaar wurde bei seinem Besuch in Berlin 4. bis 9. November vom Hof und von der Bevölkerung sehr bundesfreundlich aufgenommen.

Germaniadenkmal.

Bei der Enthüllung des Germaniadenkmals auf dem Niederwald bei Rüdesheim sprach der Kaiser 28. September: „Wenn die Vorsehung ihren Willen zu mächtigen Ereignissen auf Erden kundgeben will, so wählt sie dazu Zeit, Länder und Werkzeuge, um diesen Willen zu vollbringen. Die Jahre 1870—1871 waren eine Zeit, in welcher ein solcher Wille geahnt wurde. Das bedrohte Deutschland erhob sich in Vaterlandsliebe wie ein Mann, und das Werkzeug, seine Fürsten an der Spitze, war das deutsche Volk in Waffen. Der Allmächtige führte diese Waffen nach blutigen Kämpfen von Sieg zu Sieg, und Deutschland steht in Einheit in der Weltgeschichte da. Millionen Herzen haben ihre Gebete zu Gott erhoben, ihm für diese Gnade ihren demütigen Dank dargebracht und ihn gepriesen, daß er uns für würdig befand, seinen Willen zu vollziehen. Aber für die spätesten Zeiten will Deutschland diesem Danke bleibenden Ausdruck geben: in diesem Sinne ist das vor uns stehende Denkmal geschaffen: ... den Gefallenen zum Gedächtnis, den Lebenden zur Anerkennung, den kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung!"

Der Kaiser wurde mit folgender poetischen Ansprache, die Emil Rittershaus einer Ehrenjungfrau in den Mund legte, begrüßt: „Segen, Heil dem Zollernsohne! Sei gegrüßt im Land der Reben, du, der Deutschlands Kaiserkrone hat dem Reich zurückgegeben! ... Lausch, o Herr, den Freudenchören, was sie tausendstimmig sagen! In des Rheines Rauschen hören wir das Herz von Deutschland schlagen ..."

Man bewunderte ebenso die Bewegung der ganzen Gestalt mit dem die Kaiserkrone erhebenden Arm, wie besonders den Kopf der Germania, der in kaum zu überbietender Weise Stolz und Anmut, weibliche Milde und Majestät zu vollendetem einheitlichen Ausdruck brachte. Ernst Scherenberg schilderte also den Eindruck: „Droben erstrahlt sie, die göttliche Maid, als stieg' sie aus himmlischen Räumen, Germania, wie sie unendliche Zeit nur in Liedern gelebt und in Träumen. Nun wurde sie unser, nun nahm sie Gestalt, aufsprang sie von erzenem Throne; die Linke umklammert des Schwertes Gewalt, hoch ragt in der Rechten die Krone. Mag flattern im Winde ihr lockiges Haar, sie trotzet den Stürmen und Wettern. — Nun läutet, ihr Glocken! Nun jauchze, du Schar! Laßt donnern den Jubel und schmettern! Sie aber, sie steht in erhabener Schau, als wolle sie Künftiges lesen — zu Füßen des Rheines leuchtender Gau, fern dämmern die ernsten Vogesen. So hält sie im Frieden die heilige Wacht; doch ruft man sie frevelnd zum Kriege, dann steigt sie gerüstet hernieder zur Schlacht und führt uns von neuem zum Siege." — Man kann leider nicht sagen, daß der Eindruck der wahrhaft klassischen Gestalt durch die umständliche Versockelung, den Aufbau, die Nebenfiguren, die Reliefs gehoben wird. Phidias hat die

Athene Promachos viel einfacher und sicherer wirken lassen. — Die Hauptinschrift am Sockel lautete: „Zum Andenken an die einmütige siegreiche Erhebung des deutschen Volkes und an die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches 1870—1871." Die Reliefs stellen den Auszug und die Rückkehr der Krieger dar, von Einzelstatuen des Kriegs und Friedens flankiert, darunter die Gruppe der sitzenden Gestalten des Rheins und der Mosel. — Man erinnerte sich an Theodor Körners Prophezeiung: „Mit Gott! Einst geht, hoch über Feindes Leichen, der Stern des Friedens auf: dann pflanzen wir ein helles Siegeszeichen am freien Rheinstrom auf!" Johannes Schilling, der glückliche Schöpfer des Denkmals, war Sachse, Nachfolger Rietschels in Dresden. Die Ausschreibung für das Germaniadenkmal geschah schon 1872. Der Meister stand nun im 55. Lebensjahr.

In den Berichten über das 600jährige Weihefest der Elisabethkirche zu Marburg (1. Mai) fällt es auf, daß im Gegensatz zu den Lutherfesten dieses Jahres der katholische Charakter dieser Kirche und der populären katholischen Heiligen kaum berührt wird, einerseits aus zarter Rücksicht, anderseits aus dem Bewußtsein einer völlig verlorenen Tradition.

Antisemiten. Die Antisemiten versammelten einen Kongreß zu Chemnitz 29. April. Sie wehrten sich gegen den Vorwurf atheistischer Bestrebungen; aber der religiöse Standpunkt dürfe bei Behandlung der Judenfrage nicht in den Vordergrund gestellt werden, um dem Vorwurf religiöser Intoleranz zu entgehen. Ein sensationeller Judenprozeß vor dem Schwurgericht in Cöslin wegen des Synagogenbrandes in Neu-Stettin gab den Judengegnern neuen Stoff. Die angeklagten Juden wurden nämlich schuldig befunden, die Synagoge in Brand gesteckt zu haben, um die Tat den Antisemiten in die Schuhe schieben zu können. Allerdings verdächtigte man auch die Geschworenen des Judenhasses (19. Okt.).

Stöckers Versuch, bei Gelegenheit des Lutherfestes im November seine christlichsoziale und antisemitische Agitation auch nach England zu verpflanzen, blieb ohne Erfolg. Hofprediger Stöcker berichtete in einer Berliner Versammlung 24. November über die schlechte Aufnahme in London. Der Vorsitzende, Professor Ad. Wagner, schob die Schuld auf jüdische und sozialdemokratische Machinationen. Man sang „Deutschland über alles".

Den Versuch, das Frankfurter Polizeipräsidium durch Dynamit in die Luft zu sprengen (29. Okt.), schrieb man den Anarchisten zu.

Tarifkonflikte zwischen den österreichischen und reichsdeutschen Eisenbahnen wurden durch eine Verbandskonferenz beigelegt. Ein Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Italien wurde am 4. Mai in Berlin unterzeichnet. Der Kronprinz eröffnete die internationale Hygiene-Ausstellung in Berlin am 12. Mai.

Revanche. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sah sich am 22. August veranlaßt, den Franzosen wieder einmal einen sogenannten kalten Wasserstrahl zu applizieren, wegen der Schmähungen und Hetzereien der revancheluftigen Presse; Frankreich sei der einzige Staat, der den Frieden Europas dauernd bedrohe. Ein solcher Zustand könne nicht anhalten. Man dürfe den Teufel nicht zu oft an die Wand malen. Ein neuer Artikel vom 4. September betonte den Wunsch, in Frieden mit Frankreich zu leben, und wies darauf

hin, daß Frankreich bei seinen überseeischen Unternehmungen nirgends auf eine deutsche Rivalität stoße. Nur an dem Frankfurter Frieden dürfe man nicht rütteln und dessen Ergebnisse in Frage stellen; denn „Deutschland würde sie festhalten bis auf den letzten Mann; damit ist alles gesagt". Am gleichen Tag verkündete auch die „Moskauer Zeitung" den Franzosen, daß sie nie und nimmer auf eine Allianz mit Rußland rechnen sollen.

Im September spann sich wieder eine Zeitungsfehde mit England an, infolge der Reise Gladstones an den dänischen Hof. Ein näherer Anschluß an Rußland ergab sich wieder durch den Besuch des russischen Ministers Giers in Berlin und Friedrichsruhe im November. Kaiser Wilhelm konnte sich am 28. November beim Empfang der Präsidenten des Abgeordnetenhauses sehr befriedigt über das Verhältnis zu Rußland aussprechen und über die Sicherung des Friedens. Immerhin hielten es die Spitzen der Armee und Marine für dringlich, Kiel gegen Norden und Westen neu zu befestigen. Daran änderte auch der Besuch des dänischen Kronprinzenpaars in Berlin 9. Dezember nichts.

Man wies von deutscher Seite auf die höchst gefährliche Konfiguration der Ostgrenze hin, allerdings nur eine der schlimmen Folgen der Teilung Polens, dieses für Europa einst so wichtigen Pufferstaates.

Die Auswanderung aus Deutschland betrug 1881 etwa 250.000 Seelen, eine bedenklich hohe Ziffer, die großen Verlust von Kapital und Arbeitskraft bedeutete. Zudem wurde in Nordamerika, dem Hauptziel der Auswanderer, fast jeder Deutsche zum Konkurrenten und Schädiger seines Mutterlandes, mit oder wider Willen. Es war eine ungeheure Vergeudung der nationalen Kraft. Warum hatte man sich nicht nach dem Rate Friedrich Lists dem näheren Osten, der unteren Donau u. s. w. zugewandt, zum Vorteil des Mutterlands?

Paul Dehn verwies die „mitteleuropäische Wirtschaftspolitik" auf Südosteuropa und den Orient. Hier sollen das Deutsche Reich und Österreich ihren natürlichen Markt finden und nicht länger die ihnen gebotenen direkten Wege vernachlässigen: die Donau, die Orientbahnen. Der rasche Prozeß der Wiedereuropäisierung des Türkischen Reichs eröffnet in Deutschland große Perspektiven, die noch vor kurzem phantastische Träume schienen. Raoul Frary äußerte sich in dem Buch „Le Péril national" (Paris 1881): „Der Berliner Kongreß hat eine Pforte eröffnet, durch welche die germanische Rasse ihren Überfluß ergießen kann auf drei oder vier Jahrhunderte." Ende Januar 1883 sprach das amtliche deutsche „Militärwochenblatt" über die Etappenstraße von England nach Indien und die daraus erfließenden neuen Orientfragen, die nicht durch das internationale Recht, sondern durch das Schwert entschieden werden (P. Dehn: „Deutschland und die Orientbahnen"; Ill. Ztg., 3. März). P. Dehn.

Ohne Namen des Verfassers (man nannte den Geheimrat Wagener) erschien die Schrift „Bismarck nach dem Kriege" mit der Absicht, die Politik Bismarcks gegen die vielseitigen Anklagen zu verteidigen. Im ersten

Abschnitt, „Bismarck und Rom", wurde sowohl das Entstehen wie das Aufhören des Kulturkampfes erklärt, dieses aus dem Friedensbedürfnis des Kanzlers und aus der veränderten Zeitlage, die wichtigere Aufgaben bot. Im zweiten Abschnitt wurde die Beschuldigung, Bismarck habe die Sozialdemokratie großgezogen, widerlegt und gezeigt, daß Bismarck die Sozialdemokratie weniger durch Repressivmaßregeln als durch Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen und Befriedigung ihrer gerechten Forderungen bekämpfe. Drittens wurde die Anklage entkräftet, Bismarck habe dem Gründertum Vorschub geleistet durch Duldung unlauterer Handlungen seiner Günstlinge, insbesondere als habe er durch seinen Einfluß dem Geheimrat Wagener die Konzession der Eisenbahn Wangerin—Konitz verschafft. Hier ging die Schrift auf die Anklagen der „Germania", der „Kreuzzeitung" und der „Reichsglocke" ein. Im Kapitel „Bismarck und die Fraktionen" wurden die Schwierigkeiten geschildert, die der Kanzler überwinden mußte, um seine Wirtschaftsreformen durchzuführen, besonders den neuen Zolltarif. Das letzte Kapitel, „Bismarck und die Fraktionen", war eine Anklage der nationalliberalen Partei, die durch ihre Annäherung an die Fortschrittspartei den Kanzler genötigt habe, das Zentrum als Bundesgenossen im Kampf für den Schutz der deutschen Arbeit heranzuziehen. — Hermann Wagener war allerdings nach den Schwindelskandalen von 1873 zum Ersatz eines unrechtmäßigen Gewinns von 40.000 Taler verurteilt worden.

Mommsen. Am 10. Januar wurde gerichtlich eine Ehrensache erledigt, die schon weiter zurückreichte. Der berühmte Professor Theodor Mommsen hatte in einer Wahlrede 1881 von Propheten einer Wirtschaftspolitik der gemeinsten Interessen gesprochen, die eine Schwindelpolitik sei, gleichviel ob sie von einem hoch- oder niedriggestellten Manne in die Hand genommen werde. Deshalb der Beleidigung des Reichskanzlers angeklagt, war Mommsen freigesprochen worden. Das Urteil wurde aber vom Reichsgericht aufgehoben, und die Sache kam nun zu erneuter Verhandlung. Mommsen wurde wieder freigesprochen, da seine Kritik Sachen, nicht Personen traf. Eine von der Staatsanwaltschaft neuerlich eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht am 2. Juni verworfen. Diese Entscheidung wurde immerhin als eine Niederlage Bismarcks betrachtet.

Adolf Wagner. In einem Vortrag, den Professor Adolf Wagner im März in Wien hielt, legte er den Satz des Rodbertus zugrunde: „Die Volkswirtschaft muß immer mehr und mehr Staatswirtschaft werden." Gemeinwirtschaft, Kommunalismus. Nur die konsolidierte Monarchie ist geeignet, die soziale Reform ernstlich in die Hand zu nehmen und durchzuführen, die christliche Lehre der allgemeinen und werktätigen Menschenliebe auch in den Staat zu übertragen. In England, Frankreich, Amerika und Rußland ist dies nicht zu hoffen. Aber die Häuser Hohenzollern und Habsburg werden es in schönem Vereine zustande bringen. Sie haben die alte Rivalität aufgegeben und wenden sich gegenwärtig den höchsten Problemen unserer Zeit, der sozialen Reform zu. — Zum Schluß des Vortrags und der Debatte kam es beim Bankett zu Streit und Tätlichkeit zwischen Antisemiten und Juden (Dr. Scheimpflug und Dr. Schulhof).

Sehr treffend sagte Graf de Mun am 12. Juni in der Abgeordnetenkammer: „Die Omnipotenz des Staates an Stelle der Privatinitiative zu setzen und die öffentliche Verwaltung beauftragen, die sozialen Bedürfnisse zu besorgen, das ist keine Lösung, das ist die Organisation des Despotismus." Diese Rede erschien in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Die Gewerkvereine" bei Huttler in Augsburg. Das war auch die Anschauung des reichsdeutschen Zentrums; sein Programm war: die selbstverwaltende Korporation der Berufsgenossen; nicht der Staatssozialismus des Barons Vogelsang und zum Teil der des Haider Programms. Darüber: „Historisch-politische Blätter", 92, 439.

Treitschke.

Professor H. Baumgarten setzte seine absprechende Kritik von Treitschkes „Deutscher Geschichte" in einer eigenen Schrift fort. Er klagte Treitschke an, daß er durchaus als Parteimann geschrieben, daß seiner günstigen Beurteilung der preußischen Verhältnisse das ungünstigste Urteil über alles Österreichische und Süddeutsche gegenüberstehe, daß er von der ganzen Lage der deutschen Dinge ein vollständig falsches Bild zeichne, daß er Metternich maßlos unterschätze. „Diese ultrapreußische Manier könnte für unsere gesunde nationale Entwicklung ebenso gefährlich werden wie die ultramontane Tendenz . . . Nicht als Gegner, sondern als Freund Preußens habe ich gegen maßlose Verherrlichung das Wort ergriffen . . . Ich habe von Preußen und den Hohenzollern eine viel zu gute Meinung, als daß ich glauben könnte, sie vertrügen nicht die volle Wahrheit . . . So verderblich Thiers auf die jüngste französische Entwicklung eingewirkt hat, so verderblich könnte auch Treitschke werden, wenn wir dieser undeutschen Art, Geschichte zu schreiben, nicht aufs ernsteste entgegenträten . . ." (Allg. Ztg., 6. Jan.). Baumgarten wendet sich auch gegen das Vorgehen der Sybelschen Zeitschrift, aus Treitschke einen infallibeln Autor im Interesse der orthodoxen neuen Geschichtschreibung zu machen.

Schulze-Delitzsch.

Als Schulze-Delitzsch zu Potsdam starb, konnten seine Anhänger von ihm rühmen, daß er in seiner praktischen Weise dem deutschen Handwerker und dem arbeitenden Deutschen Besseres gegeben habe, als es der jüdisch-revolutionäre Geist eines Marx und Lassalle vermochte. — Karl Marx starb in Argenteuil bei Paris am 15. März. Er hat die von ihm so oft als unmittelbar bevorstehend prophezeite soziale Umwälzung nicht erlebt: auch eine Kritik seiner Lehre.

Die Nekrologe für Ludwig Erk wiederholten die schönen Verse, die Hoffmann von Fallersleben 1874 seinem Arbeitsgenossen gewidmet hatte: „Du lehrtest, was von Freud' und Leid das Volk zu singen weiß, drum dir gebührt zu aller Zeit des Volkes Dank und Preis."

Alle Deutschen, Protestanten wie Katholiken, mußte die Feier von Max v. Schenkendorfs 100. Geburstag erheben. Das war einer der Romantiker, die der Nation in der Bedrängnis und Begeisterung der Freiheitskriege die richtige Bahn geistiger Einheit vorgezeichnet hatten! Man vergleiche über ihn den 1. Band dieser Geschichte der neuesten Zeit, S. 39 ff.

Richard Wagner

Richard Wagner schrieb von Venedig 31. Januar aus an Heinrich v. Stein über dessen Buch „Helden und Welt; dramatische Bilder", das Drama sei „keine Dichtungsart, sondern das aus unserem schweigenden Innern zurückgeworfene Spiegelbild der Welt". Man soll sich „des

Vorteils bemächtigen, *nicht mehr über Menschen und Dinge zu reden, sondern diese selbst sprechen zu lassen*". Das habe ich mir auch immer gesagt sein lassen. R. Wagner geht auf den Kolonisationsgedanken der Zeit sehr tiefsinnig ein; er erinnert, wie auch Goethen in den Wanderjahren der Gedanke der Möglichkeit einer gesellschaftlichen Neubegründung auf einem neuen Erdboden lebhaft einnahm; nur müßte im Mutterschoße der alten Heimat selbst eine geistig sittliche Neugeburt vorangegangen sein. Vielleicht werden die deutschen Stämme, nachdem sie durch schwere Leiden ihrer Geschichte zur Erkenntnis ihrer Entartung angeleitet wurden, zur Rettung ihres Kerns durch Verpflanzung auf einen neuen, jungfräulichen Boden hingetrieben. „Diesen Kern zu erkennen, möchte jetzt unsere wichtigste Aufgabe sein: gelänge es uns . . ., so dürften wir uns wohl berechtigt dünken, dem *Zwecke dieses so rätselvollen Daseins der Welt* vertrauensvoller nachzufragen . . ." Vierzehn Tage darauf (13. Februar) starb plötzlich der Meister und hinterließ uns so schöne und große Aufgaben, die noch weit über das hinausreichen, was er selber erfüllen konnte. — Bei der Leichenfeier in Baireuth wurde Webers Grablied gesungen. König Ludwig sandte einen Kranz mit der Aufschrift: „Dem großen Wort- und Tondichter."

Nietzsche. Es ist bezeichnend für den Umschlag der Zeitstimmung, daß Friedrich *Nietzsche* im Todesjahr R. Wagners mit dem ersten Teil seines Hauptwerks „Also sprach Zarathustra" hervortrat und damit nach längerer Verschollenheit großes Aufsehen erregte. Nietzsche, von 1872 bis 1878 in seiner „Geburt der Tragödie", den „Unzeitgemäßen Betrachtungen" ganz unter dem Einfluß R. Wagners, wandte sich dann, besonders seit dem Bekanntwerden mit dem Parsifaltext (1877), ganz von ihm ab und setzte dessen Moral des Mitleids, des Opfers, der Hingabe, der Entselbstung die gegenteilige aristokratische Moral des Willens zur Macht, des Übermenschen entgegen. Im *Zarathustra* nimmt er die Maske des iranischen Propheten an und spielt eine Rolle, der schließlich doch die innere Bedeutung seiner Persönlichkeit nicht ganz entsprach. Das ist sein Hauptfehler: ein Zusatz von Unechtheit. Jene notwendige Ergänzung der Einseitigkeit Wagners wurde übrigens damals von mehreren Seiten, auch von seinen bleibenden Verehrern gefühlt. Ich habe versucht, diesen Schritt in meiner 1880 geschriebenen, zuerst 1883 gedruckten „Offenbarung" anzudeuten, mit Zugrundelegung des sowohl von der Heiligen Schrift, wie von Platon, von Angelus Silesius, von Schiller, in verschiedener Art aufgestellten Spielbegriffs, oder anders gesagt, mit Erhebung des einseitig Moralischen in das gesamtmetaphysische Gebiet, darin auch das Asthetische mit dem Ethischen eine Einheit bildet: ein Begriff und eine Anschauung, die mir allerdings der Lösung des Welträtsels so nahe zu kommen scheint, wie das eben mit menschlichen Sinnen möglich ist.

Nach Wagners Tode sah man zumeist Felix Dahn nach dem Kranz nationaler Meisterschaft greifen, allerdings auf Grund eines nicht ganz vollwertigen Strebens. Auch E. v. Wildenbruch und Richard Voß vertraten nun die theatralische Literatur der Deutschen, leider ohne tiefere Wirkung und höheren Wert.

Richard Wagners Tod gab ferner Veranlassung, ihm nun seinen langjährigen Konkurrenten Johannes Brahms zum Erben der musikalischen Meisterschaft zu geben; aber man mußte gestehen, daß diesem die schöpferisch gesunde Urkraft fehle. Seine Werke erinnerten zumeist „an die Trauerweide, die nichts anderes kann, als sich grüblerisch mit sich selbst zu beschäftigen. Unter Brahmsscher Führerschaft allein kann der Musik ein neuer großer Gesichtspunkt nicht eröffnet werden.“ So Bernhard Vogel in der „Illustrierten Zeitung“, 12. Mai. Brahms.

Glasenapp gab mit Heinrich v. Stein ein „Wagnerlexikon“ heraus über die Hauptbegriffe der Kunst- und Weltanschauung Richard Wagners. — August Hartmann sammelte „Volkslieder in Bayern, Tirol und Salzburg“. — Holtzendorff behandelte „Die Idee des ewigen Völkerfriedens“. Rud. v. Jhering gab seine Rechtsphilosophie mit dem Buch „Der Zweck im Recht“. — Lienbacher richtete ein „Offenes Wort an die Bauernschaft“. Friedr. Lists „Nationales System der politischen Ökonomie“ erschien in neuer, siebenter Auflage. Das Werk war noch so aktuell wie 1841 bei seinem ersten Erscheinen. Ratzinger schrieb über „Die Erhaltung des Bauernstands“. — Die „Geschichte der slawischen Literaturen“ von Pypin und Spasovic erschien in deutscher Übersetzung von Traugott Pech. — Der in Dresden erschienene „Moniteur des Dates“ von Ed. M. Oettinger und H. Schramm-Macdonald wurde ein unentbehrliches Nachschlagewerk. — Ferd. Justi versuchte sich in der Metrik des Alten Testaments (Allg. Ztg. 90). Löher schrieb „Vom Ursprung des deutschen Mangels an Staatssinn“; V. v. Strauß und Thorney über Martin Luther als deutscher Klassiker; Sattler über das wahre Geburtsjahr Jesu; Riehl über den Sieg der Renaissance in der Gegenwart. Wagners Meistersinger wurden in das Ungarische übersetzt. Die Frage des jüdischen Ritualmords wurde vielfach erörtert. Nebenbei bemerkt, dürfte die Beschuldigung aus jenen magischen Schriften stammen, wie zum Beispiel „Magia divina oder gründ- und deutlicher Unterricht von denen fürnehmsten cabbalistischen Kunststücken derer alten Jsraeliten ꝛc.“ 1745, abgedruckt in „Scheibles Kloster“, Band 3, Seite 524 ff., besonders Seite 542: „Von denen Homunculis, wozu Blut von einer reinen und keuschen Mannsperson und einem ebensolchen Weibsbild erfordert wird.“ Wie denn all diese abergläubische Magie, wie es scheint, durch jüdische Vermittlung aus dem babylonischen Altertum sich erhalten hat. Jhering.

Die „Historisch-politischen Blätter“ rügten die populäre Unwissenschaftlichkeit von Stackes illustrierter „Deutscher Geschichte“; sie schilderten den „Wirrwarr bei den Geschöpfen des Berliner Kongresses“.

Professor Hermann Zschokke gab ein Werk über „Die biblischen Frauen im Alten Testamente“ 1882.

Jhrer Schwester Luise stellte sich Wilhelmine Hensel als Dichterin wie werktätige Katholikin würdig an die Seite (Gedichte 1882).

J. A. Feßlers „Geschichte der Ungarn und ihrer Landsassen“ erschien in neuer Bearbeitung von Ernst Klein. — Ad. Ausfeld schrieb über die Reform unserer Aussprache des Lateinischen. — Lujo Brentano schilderte die „christlich-soziale Bewegung in England“.

Jm selben Jahr mit dem geistesverwandten Jeremias Gotthelf (Bitzius) in der protestantischen Schweiz starb der Katholik Alban Stolz, ebenso wie jener, oder wie Abraham a Sancta Clara, allen Parteien bekannt. Gotthelf. Stolz.

Im Jahr seines Todes erschienen noch die „Predigten" von Albert Bitzius. In jeder Beziehung überragt er seinen Schweizer Landsmann Gottfried Keller. Er ist überhaupt das Ideal eines Heimatkünstlers.

G. G. Evers, früher Pastor zu Urbach im Hannoverschen, schilderte die Gründe seiner Konversion: „Katholisch oder Protestantisch?" (1881, 3. Aufl.) L. v. Hammerstein, nun Jesuit, schilderte seine vor 28 Jahren erfolgte Konversion: „Erinnerungen eines alten Lutheraners". Ihn hatte das Studium von Möhlers Symbolik überzeugt.

Von Professor Wilh. Müllers „Politischer Geschichte der Gegenwart" erschien auch bereits der 16. Band, das Jahr 1882 chronikalisch behandelnd. — Reinhold Baumstark wollte in dem Buch „Plus ultra! Schicksale eines deutschen Katholiken 1869—1882" als Gegner des politischen Ultramontanismus den Beweis liefern, „daß man ein warmer, begeisterter Patriot und gleichzeitig ein treuer, gläubiger Bekenner der katholischen Kirche sein kann".

Lepsius. Professor Lepsius, der Ägyptolog, empfing von England aus eine Glückwunschadresse zu seinem 50jährigen Doktorjubiläum. Er antwortete am 4. Mai, indem er der englischen Sympathie für deutsche Wissenschaft gedachte. Er empfinde dadurch, wie innig die zwei Nationen einander angehören. „Von gemeinsamem Ursprunge, ergänzen sie sich gegenseitig, sowohl in bezug auf ihre gemeinsamen politischen Probleme als ihre gemeinschaftlichen wissenschaftlichen Arbeiten. Die eine sammelt Material aus allen Teilen der Welt, die andere prüft und erläutert es und sendet es dann wieder zurück, behufs umfassenderer und praktischerer Behandlung."

Nordau. Max Nordau schüttete mit seinen „Konventionellen Lügen der Kulturmenschheit" das Kind mit dem Bade aus. Sehr pessimistisch charakterisierte er die Gegenwart: „Die Zeitkrankheit ist die tiefe Verstimmung und Zerrissenheit . . ., wie die unbefangene Daseinsfreudigkeit die Art des klassischen Altertums und die Frömmigkeit die des frühen Mittelalters."

Bismarck sprach sich in einem Brief vom Februar an Ernst v. Weber in Dresden mit Entrüstung gegen die Vivisektion von Tieren aus.

Die leidige Frage des Zweikampfs trat wieder infolge unglücklicher Duelle in den Vordergrund. Man erinnerte an die große moralische Wirkung, als Virchow die Herausforderung Bismarcks abzulehnen gewagt hatte.

Die Ferienkolonien hatten sich seit 1876 durch die Anregung des Schweizer Pfarrers Walter Bion immer mehr verbreitet. 1881 fand zu Berlin ein Kongreß unter dem Vorsitz des Ministers Falk statt, wobei außer vielen reichsdeutschen Städten auch Wien und Zürich vertreten waren.

In Leipzig wurde das Leibnizdenkmal von Hähnel enthüllt. Dem großen Deutschen, der die verderbliche Glaubensspaltung des 16. Jahrhunderts wieder heilen wollte, gebührte wohl in diesen Tagen der Lutherbegeisterung ein ehrendes Andenken aller Deutschen ohne Ausnahme.

Bernhard Neher führte die historischen Freskogemälde am Isartor zu München aus: eine Mahnung an unsere Kultur, in dieser Weise noch viel mehr und eindringlicher zu unserm Volk und unserer Zeit zu sprechen. Wir sind in dieser Wertschätzung der Kunst als politisch-soziale Darstellung den alten und mittleren Zeiten noch lange nicht nachgekommen. Unsere Künstler verstehen auch leider nicht, diese symbolische Sprache der Darstellung so zu gebrauchen, wie es der höchste Zweck der Kunst ist.

Den Brüdern Humboldt wurden schöne Denkmäler in Berlin errichtet. Der Kaiser hatte angeordnet, daß die im Vorgarten der Universität anzubringenden sitzenden Bildnisse nicht höher sein dürften als die in der Nähe befindlichen Standbilder der Feldherren Scharnhorst und Bülow.

Schloß Neuschwanstein, die phantastische Schöpfung König Ludwigs II., war nun vollendet; sie erhob sich im Stil der italienischen Frührenaissance gegenüber dem gotischen Hohenschwangau.

Aus allem ging hervor, daß der „Sieg der Renaissance", besonders der „deutschen Renaissance" im Kunstgewerbe auf der Höhe war, nicht immer zum Vorteil künstlerischer Innerlichkeit, oft mehr als ein Spielen mit sehr äußerlichen Formen, als Nachahmung von Nachahmungen, Veräußerlichung von überkommenen Äußerlichkeiten, zum Beispiel in den „Allegorien und Emblemen" (von M. Gerlach) oder in den Medaillen (Ill. Ztg. 80, S. 128 und 144), überhaupt in der Heraldik.

Man plante eine Villa Windthorst auf dem Moritzberg bei Hildesheim (Ill. Ztg., 17. Febr.), vorausgesetzt, daß eine solche Ehrengabe angenommen würde.

Bei der ungesunden Übervölkerung der Großstädte wurden oft Bismarcks Worte zitiert, daß alle großen Städte vom Erdboden verschwinden sollten.

Die Bildhauer machten Kolossalgruppen, die gar keinen andern Zweck hatten, als in einem Museum aufgestellt zu werden: so Joh. Pfuhls Perseus und Andromeda.

Die weibliche Mode exzellierte in hinteren Auswüchsen, die von ernsten Ästhetikern scharf getadelt wurden.

München. Beim siebenten deutschen Bundesschießen in München waren den allegorischen Figuren der vier deutschen Stämme folgende kernigen Verse beigefügt: „Mein Bart ist rot, der Berg mein Schloß, mir blüht des Liedes Gabe; die Sturmfahn' schwing' ich; Schwert und Roß, sie gehn mit mir zu Grabe: ich bin der Schwabe. — Mein Mark ist stark, ist Löwenmark, kein andrer Stamm ist freier. Komm her, kein Teufel ist so stark, und schlägt ein Herz getreuer? Ich bin der Baier. — Ein blanker Stahl ist meine Brust, doch fröhlich mein Gedanke; am Reigen hab' ich meine Lust und einem feinen Tranke. Ich bin der Franke. — Ernst ist mein Sinn und schlicht und recht, mein Bart ist gleich dem Flachse, in Dün' und Wald blüht mein Geschlecht, daß übers Meer es wachse. Ich bin der Sachse."

Würzburg. In Würzburg wurde bei Gelegenheit eines Umbaus jener uralte romanische Kreuzgang wieder aufgefunden, in dessen Schatten sich einst Walther von der Vogelweide erging, wo er wohl seine letzten Lieder dichtete, wo er begraben wurde. „Bei der vandalischen Rücksichtslosigkeit, mit welcher seinerzeit an diesen Denkmalen deutscher Kunst, an den Grabstätten der gefeiertsten Männer gerüttelt worden ist, mahnt mehr als je die Wiederauffindung an die Ehrenpflicht, diese Stätte mittelalterlicher Kunst nicht mehr verfallen und in Vergessenheit geraten zu lassen. Jetzt ist der Moment gegeben, das Lusemgärtchen wieder in seine frühere sinnige Gestalt zurückzuversetzen . . . Ist es nicht, wie eine höhere Erweckung, daß die klösterliche Heimstätte des großen Kaisersängers gerade in unsern Tagen wieder aufgedeckt wird? Liegt nicht darin die Mahnung an das deutsche Volk, beizutragen, daß dieser Platz zu einer Weihestätte ernster Erinnerung werde? . . ." So schrieb C. H. in der

„Illustrierten Zeitung", 23. Juni. Alles umsonst. Ich habe die Reste des Kreuzgangs noch bestimmungslos in einem Würzburger Garten gesehen; in letzter Zeit sind sie an das Berliner Museum verkauft worden, und Würzburg ist so, ohne es recht zu wissen, um einen Schatz der nationalen Erinnerung ärmer geworden, für den kein Kaufpreis hoch genug ist. Denn in solchen Erinnerungen liegt der Zauber einer Stätte. Nach neuerem Bericht ist der Rest des Kreuzgangs doch in Würzburg geblieben, als Geschenk des Deutschen Kaisers.

Spanien. Durch die Reise des Königs Alfons kam Spanien in sehr enge Beziehungen zum Deutschen Reich. Der König nahm nach einem längeren Aufenthalt an dem verwandten österreichischen Hof und in Wien, wo er seine Jugend zugebracht hatte, mit dem Prinzen von Wales und dem König von Serbien an den großen Kaisermanövern bei Homburg im September teil. Kaiser Wilhelm verlieh ihm dabei dem Herkommen gemäß ein preußisches Ulanenregiment, dessen Uniform er sofort anlegte. Das Regiment war zufällig in Straßburg garnisoniert. Die französische Presse, ohnedies ärgerlich über die ganze Reise, begann mit Schmähungen gegen den „königlichen Ulan". Obwohl König Alfons aus Rücksicht auf die Gefühle der Franzosen Straßburg vermied und über Brüssel nach Paris reiste, wurde er dort von den Parisern auf das schmählichste ausgepfiffen und beschimpft. Präsident Grevy entschuldigte das wohl in aller Form und bewog den König, die Einladung zum Diner im Elysee anzunehmen; aber sofort am andern Morgen 1. Oktober verließ der König Paris, indem er 10.000 Franken für die Armen der Stadt zurückließ. Die in ihrem Nationalstolz tief beleidigten Spanier bereiteten ihrem König einen um so glänzenderen Empfang. Der deutsche Kaiser schickte ihm ein Telegramm folgenden Inhalts: „Ich beklage die Ihnen in Paris zugefügte Beleidigung; ich weiß übrigens, daß dieselbe sich weit eher an mich als an Sie wendet." In ähnlicher Weise telegraphierten der Kaiser von Österreich und der König von Italien. Ein Generaladjutant des Kaisers Wilhelm ging mit einem eigenen Handschreiben des greisen Herrschers nach Madrid ab, um dem König den Gegenbesuch des deutschen Kronprinzen anzusagen, mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß der Kronprinz als Vertreter seines Vaters komme, dessen hohes Alter ihm die weite Reise unmöglich mache. Darüber noch größerer Ärger in Paris. Um das ungastliche Frankreich und das pöbelhafte Paris zu vermeiden, reiste der Kronprinz durch Oberitalien, wo er mit Jubel begrüßt wurde, nach Genua; dort schiffte er sich auf einem deutschen Geschwader ein und kam am 22. November in Valenzia an. Seine imposante Erscheinung und sein liebenswürdiges Benehmen eroberten ihm im Sturm die Herzen der Spanier. Er hielt sich länger in Madrid auf, besuchte noch einen Teil des Südens, namentlich Granada

und schiffte sich wieder in Barcelona nach Italien ein. Die Reise verlief als würdige Demonstration ohne jeden Zwischenfall; weder die spanischen Republikaner, wie der „Possibilist" Castelar, noch die Anarchisten, die sogenannte Schwarze Hand, regten sich dabei. Die Sache der Karlisten schien erledigt, da der Papst sich weigerte, ihnen seine Unterstützung gegen den König und die von ihm ernannten Bischöfe angedeihen zu lassen. Gegen das Projekt einer mittleren Pyrenäenbahn sprach sich der Kriegsminister aus, aus Besorgnis vor einer Schwächung der Grenze gegen Frankreich.

Das portugiesische Königspaar erwiderte im Mai den vorjährigen Besuch der königlichen Familie von Spanien. Man sprach dabei den Gedanken einer iberischen Union oder doch eines Zollvereins der beiden Staaten der pyrenäischen Halbinsel aus — aber ohne Erfolg. Die Portugiesen gerieten in mehrfache Differenzen mit Franzosen und Engländern durch die Unternehmungen dieser Nationen am Kongo. Portugal.

Englands Vorgehen in Ägypten traf zunächst noch auf bedeutende Schwierigkeiten, und es wäre leicht möglich gewesen, durch eine zielbewußte mitteleuropäische Politik das darauf folgende Emporwachsen der englischen Weltgefahr zu hindern. Daß England damals eine der bedenklichsten Krisen überwinden konnte, ohne gänzlich zusammenzubrechen, das verdankte es zumeist dem allzu wohlwollenden oder gleichgültigen Geschehenlassen Bismarcks. Frankreich würde sich damals einem energischen Vorgehen der Bismarckschen Regierung freudig und dankbar angeschlossen haben; aber dazu kam es nicht, man ließ vielmehr England unbegreiflicherweise völlig freie Hand. England.

In nicht ganz aufrichtiger Weise erklärte Gladstone neuerlich am 5. März im Unterhaus, England habe in Ägypten nur eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, nach deren Erfüllung es gern das Land wieder räumen werde; einen bestimmten Zeitpunkt dafür anzugeben, sei freilich unmöglich. Den gleichen hinhaltenden Zweck verfolgte eine Note des Lord Granville, Ministers des Auswärtigen, vom 3. Januar. In Kairo wurde am 29. April eine neue Verfassung verkündigt von der Mache des Lord Dufferin. Um Lesseps gefügig zu machen, drohte man mit der Erbauung eines zweiten Suezkanals unter ausschließlich englischer Verwaltung. Infolge dessen mußte sich Lesseps zu starken Zugeständnissen an die englischen Interessen bequemen.

Ende Oktober schien England entschlossen, seine Truppen teilweise aus Ägypten herauszuziehen, natürlich mit Ausnahme des Suezkanals und Alexandrias; aber die Franzosen hatten guten Grund, nicht an die Aufrichtigkeit dieser Absicht zu glauben. Die Räumung verzögerte sich auch, und im November kam die Nachricht von einem großen Sieg des Mahdi bei El Obeid im Sudan. Das ägyptische Expeditionsheer unter dem Engländer Hicks Pascha war vernichtet, der ganze Sudan für Ägypten (und Mahdi.

also auch für England) verloren. Man beeilte sich, das britische Geschwader im Roten Meer unter Admirel Hewett zum Schutz der britisch-ägyptischen Interessen zu verstärken. Der Khedive beschwor nun selber die Engländer, ihn nicht zu verlassen, Ägypten zu retten, den Sudan womöglich wiederzuerobern.

Gladstone besann sich wohl nur deshalb, in dies gefährliche Unternehmen sich einzulassen, weil England in seinem Kolonienhunger und im Wettbewerb mit Frankreich gerade zu dieser Zeit an verschiedenen Punkten der Erde stark in Anspruch genommen war und sozusagen um alles oder nichts spielte — abgesehen von den grundstürzenden irischen Unruhen. So stand England vor der Entscheidung, am Kongo einzugreifen. Die Regierung der Kolonie Queensland annektierte im April ohne weiteres aus eigener Machtvollkommenheit den größeren Teil von Neuguinea für England, indem einfach ein Beamter der Kolonie in Gegenwart von 13 Europäern und etwa 200 Eingebornen eine Erklärung verlas, daß er Besitz ergreife im Namen der Königin Viktoria, und die britische Flagge hißte. Man wollte damit zunächst den Gelüsten der Deutschen, Holländer, Italiener und Franzosen nach der Insel zuvorkommen. Mit der Gesandtschaft der Königin von Madagaskar schloß man in London einen Vertrag ab, ohne auf die Ansprüche der Franzosen auf die ganze Insel Rücksicht zu nehmen. Die kommerziellen Kreise Manchesters und anderer Handelsstädte drängten immer wieder die Regierung, Kriegsschiffe an die Barre des Kongo zu schicken, um dort die Entwicklung der Ereignisse zu überwachen. Im Mai veröffentlichte die Regierung ein Blaubuch über Neuguinea, worin sie zeigte, wie ungern und zögernd sie diese Annexion aufnehme, aber nun kaum umhin könne, etwas für die Gegend zu tun. Da sich aber die förmliche Annexion jetzt doch noch nicht durchführen ließ, verlangten die australischen Kolonien von der Regierung wenigstens die Annexion der Neuen Hebriden, der Salomonsinseln und anderer Inselgruppen, um die sich bisher andere zivilisierte Nationen nicht gekümmert hätten. Bald war man im vollen Konflikt mit Frankreich wegen Madagaskar, da die Franzosen am 22. Juni den Haupthafen der Insel Tamatave besetzten und rücksichtslos gegen die dortigen Engländer vorgingen. Schwierigkeiten hatte man auch mit dem Zulukönig Ketschwayo, der sich unter englischer Oberherrschaft gegen seine Volksverwandten nicht halten konnte. Den Emir von Afghanistan bestach man durch eine jährliche Gabe von 120.000 Pfund. Im August genehmigte eine Proklamation der Königin die Annexion des westafrikanischen Küstenstrichs von der englischen Kolonie Sierra Leone bis zu den Grenzen des Freistaats Liberia.

All das ließ es der englischen Regierung rätlich erscheinen, sich zur Befestigung ihrer Stellung gegenüber dem kolonienhungrigen Frankreich etwas mehr an das Deutsche Reich anzuschließen, da man wußte, wie wenig Interesse Bismarck bisher für die Kolonialpolitik gezeigt hatte. Er hatte eine Zeitlang Frankreich geholfen, sich zur großen Kolonialmacht auszubilden; eine gleiche Hilfe konnte man nun auch in London erwarten, wenn man sich dem Deutschen Reich wohlwollend zur Seite stellte. Das trat besonders hervor, als im Dezember in Folge des französischen Unter-

nehmens im Tonking ein Krieg zwischen Frankreich und China drohte. Die englische Regierung einigte sich da mit der reichsdeutschen zu gemeinsamem Schutz der europäischen Untertanen in den chinesischen Seestädten.

Eine Konferenz der Vertreter der britischen Kolonien Australiens in Sidney (2. Dezember) drängte wieder zu Annexionen, um fremde Völker von den Nachbarinseln fernzuhalten; das Mutterland müsse für die Erhaltung des Nationalcharakters Sorge tragen, besonders der französischen Gefahr gegenüber. Eine Weltausstellung in Kalkutta zeigte wohl die Macht Englands, aber auch ihre problematische Fundierung. 100.000 Europäer (Männer, Frauen und Kinder zusammengerechnet) standen da 250 Millionen Eingeborner gegenüber.

Noch unglaublicher aber war es, daß England die unaufhörliche irische Revolution in der Nähe fortwuchern lassen konnte, ohne ganz niederzubrechen. Dagegen waren die Reibungen der Nationalitäten in Österreich-Ungarn Harmlosigkeiten, und selbst der russische Anarchismus und Nihilismus war nichts dagegen. Sehr wenig wirkte es, daß auf Wunsch der englischen Regierung der Papst am 20. Januar ein Schreiben an den Erzbischof von Dublin, Kardinal Mac Cabe, richtete über die Ausschreitungen in Irland, über die geheimen Verbindungen, die Verbrechen zu politischen Zwecken. Irland.

Beim Staatsprozeß in Dublin gegen die Mörder der Staatssekretäre Carvendish und Bourke im Phönixpark nahm das irische Volk offen Partei für die Angeklagten und verwünschte die verräterischen Kronzeugen. Eine offenbar von den irischen Feniern ausgehende Dynamitexplosion im Lokalgouvernement-Ministerium zu Westminster (15. März) erregte eine allgemeine Panik in ganz London. Die amerikanischen Fenier bekannten sich offen dazu. Im April wurde in London ein Lager von Nitroglyzerin und in Birmingham eine förmliche Dynamitfabrik entdeckt. Sofort und mit größter Beschleunigung wurde nun eine Bill über Fabrikation und Verkauf von Sprengstoffen in beiden Häusern des Parlaments angenommen und noch am gleichen Tag (10. April) sanktioniert. Eine irisch-amerikanische Nationalkonvention versammelte sich am 25. April in Philadelphia; sie sprach sich für vollständige Trennung Irlands von England aus. Noch schärfer als zuvor wandte sich ein Rundschreiben des Papstes vom 11. Mai gegen jede Beteiligung der Geistlichen an den politischen Streitigkeiten in Irland. Dieser Schritt fand wohl in England großen Beifall, aber nicht bei den katholischen Irländern. Der Papst zitierte den Erzbischof Cooke von Cashel, einen eifrigen Agitator für die Landliga, nach Rom, um ihm zuzureden. Die Iren wollten dem Papst nicht gern ungehorsam sein, auch in nichtkirchlichen, politischen Fragen, aber sie mochten gerade in solchen Fragen den Papst im Zwange diplomatischer Rücksichten vermuten. Bei der Hinrichtung der Mörder vom Phönixpark, der „Invincibles“, im Gefängnis von Kilmainham (14. Mai) versäumte die Regierung keine Sicherungsmaßregeln. Der Tag wurde in Dublin als Trauertag begangen. Die Leute fielen vor dem Gefängnis auf die Knie. In allen katholischen Kirchen fanden Trauermessen statt, viele Läden blieben geschlossen, schwarze Fahnen wurden ausgesteckt. Die Sammlungen zum Fenier.

Parnellfonds kamen nun erst recht in Fluß, obwohl sich der Papst gegen ihn ausgesprochen hatte. Der von allen Iren verwünschte Angeber im Mordprozeß wurde im Augenblick, da er in Port Elisabeth in Südafrika landen wollte, von einem Iren durch einen Revolverschuß niedergestreckt. Der Mörder ließ sich ruhig gefangennehmen. In Dublin herrschte ob der Tat grenzenloser Jubel. Ein neuer Prozeß gegen irische Dynamitverschwörer und Fabrikanten von Höllenmaschinen wurde am 9. August zu Liverpool abgeurteilt. Die Verschwörung strebte eine planmäßige, womöglich gleichzeitige Zerstörung der öffentlichen Gebäude in den großen Städten Englands an. Unter der Einwirkung der dadurch hervorgerufenen Panik erhoffte man eine Kapitulation des Parlaments vor der irischen Partei. Der Obmann der Dubliner Jury im Phönixparkprozeß mußte im August Irland verlassen, da er völlig boykottiert war. Er fand nicht einmal einen Käufer bei der öffentlichen Versteigerung seiner Sachen, als er abzog. Parnell präzisierte neuerdings die Forderungen Irlands beim Meeting der Landliga in Dublin, 29. August; sie gipfelten in der vollen Autonomie. In Neuyork war der Fenier O'Donovan Rossa fortwährend für neue Dynamitattentate gegen England tätig. In einer Versammlung am 4. September meinte er, das amerikanische Volk würde keine einzige Träne vergießen, wenn ganz England vom Meer verschlungen würde. Der einzige Weg, England zu Zugeständnissen zu bewegen, sei der des Schreckens. Dazu sollen alle Mittel der Technik dienen. In der Tat verbreiteten Dynamitexplosionen an zwei Stellen der Untergrundbahn in London am 30. Oktober wieder neuen Schrecken. Sehr gering war die Wirkung eines Hirtenbriefes des Kardinal-Erzbischofs M'Cabe in Dublin gegen die geheimen Gesellschaften. Besonders der niedere Klerus ging zumeist durchaus mit der Landliga. Der Lordmajor von Dublin überreichte am 11. Dezember bei einem großen Bankett den Nationaldank Irlands an Parnell, es waren nahezu 38.000 Pfund. Statt der Königin ließ man die Nation von Irland leben.

Wolseley. General Wolseley hielt am 12. Dezember eine unglaublich imperialistische und militaristische Rede vor einem Freiwilligenbataillon, folgenden Inhalts: „Ich glaube nicht an einen allgemeinen Frieden, und wer nicht träumt, muß einsehen, daß in Europa ein großer Krieg im Anzug ist, auf den sich alle Völker mit ihren beständigen Rüstungen vorbereiten. Von England sagt man, es sei keine militärische Nation; in der Tat aber sind die Engländer das kriegerischeste Volk der Welt, das keinen Vergleich mit allen andern Völkern zu scheuen braucht. Keine andere Nation führt so viele Kriege wie England. Keine andere hat so viele glänzende Waffenerfolge aufzuweisen. England muß sich auf den kommenden Krieg vorbereiten, da es mit seiner gegenwärtigen Macht nicht entscheidend auftreten könnte. Ein entscheidendes Wort wird es aber, wie immer, zu sprechen haben, und darum gilt das: Para bellum! Von größter Bedeutung ist in dieser Richtung die große Armee der Freiwilligen, deren innerer Zusammenhang mit der aktiven Armee möglichst gefördert werden muß."

Tunnel. Eine große Frage bildete der bereits in Angriff genommene Bau eines Tunnels und einer Eisenbahn unter dem Kanal zwischen England und

Frankreich. Die Arbeiten waren im März bereits soweit gediehen, daß man binnen 18 Monaten fertig sein konnte. England begann sich nun aber doch vor einer französischen Invasion zu fürchten, so vorteilhaft der Plan für beide Länder, besonders aber für England sein mochte. Watkin, der Urheber des Projekts, berechnete die Kosten auf höchstens 3 Millionen Pfund. Gegen Invasion könne man den Tunnel leicht verteidigen. Man lachte übrigens in Frankreich geradezu über diese Furcht der Engländer. Aber das Parlament konnte einmal diese Furcht nicht überwinden und sprach sich gegen Fortführung der Arbeit aus.

Die Versuche, durch ein neues Gesetz das puritanische Verbot der Ehe mit der Schwester einer verstorbenen Gattin aufzuheben, scheiterten an der Starrheit der falsch belehrten Orthodoxie. Der Großherzog von Hessen wollte sich nach dem Tode seiner ersten Gemahlin mit einer jüngeren Tochter der Königin vermählen; daher das Interesse des Hofes an dieser Frage.

Die sogenannte „Konvocation Oxford" lehnte in „hochkirchlicher Beschränktheit" und in „ritualischem Eifer" eine Äußerung für die deutsche Lutherfeier ab. Eigentlich hielten sich doch die Hochkirchler für Katholiken. Dafür richteten aber Professoren und Lektoren der Universität eine Sympathieadresse an den deutschen Kaiser.

Gladstone.

Höchst auffallend war es, daß Gladstone ganz unerwartet auf seiner Jacht Kopenhagen zur selben Zeit besuchte (17. Sept.), da das dänische Königspaar seine ganze Familie, auch den Zaren, den König von Griechenland und den Prinzen von Wales um sich versammelte. Eine politische Folge davon war aber kaum zu verspüren. Immerhin wurde bei Gelegenheit dieser Zusammenkunft sowohl in der ungarischen Delegation wie in der „Moskauer Zeitung" die Möglichkeit besprochen, dem mitteleuropäischen Friedensbund ein Bündnis mit russischer Spitze gegenüberzustellen.

Der in allen Teilen der Welt sehr einflußreiche englische Jude Moses Montefiore, ein Patron aller seiner zerstreuten Glaubensgenossen, trat in sein hundertstes Jahr.

Dem verstorbenen Garibaldi wurde auch in London ein Denkmal zugedacht.

Frankreich.

Frankreichs Ärger über das Vordringen Englands, besonders in Ägypten, sprach sich in dem am 15. Jänner veröffentlichten Gelbbuch aus; es gestand zu, daß es aus Ägypten ausgeschaltet worden sei, doch nahm man das noch nicht als endgültig an. Um so energischer warf man sich nun auf die Organisierung des „Protektorats" über Tunis. Ferry erklärte am 22. Februar, eine friedliche Politik brauche noch keineswegs eine Politik der Untätigkeit zu sein. Das zeigte sich auch alsbald in Tongking, in Madagaskar, am Kongo und am Senegal. Vor Madagaskar kamen Kriegsschiffe an. Brazza wurde an den Kongo geschickt, am Senegal wurden die Gebiete von Bafing und Cayor unter die Suzeränität Frankreichs gestellt, wodurch man freie Verbindung vom Senegal zum Niger erhielt. Nach Tongking wurden Verstärkungen geschickt.

Die Nachricht vom Abschluß des Dreibundes war auch dazu angetan, daß Frankreich im Gefühl seiner europäischen Isolierung um so

Kolonien. entschiedener einen Ersatz in außereuropäischen Unternehmungen großen Stils suchte. Der Kolonisationsgedanke überwog alle andern Interessen. Man rühmte sich der alten Kolonisationen in Indien, Guayana, Madagaskar, San Domingo, Nordamerika, Kanada, Mauritius, Louisiana u. s. w. und beklagte, daß man das meiste davon an die Engländer verloren hatte. Ganz fieberhaft trat man nun für Tongking ein, subventionierte den überseeischen Postdienst, ließ im Mai eine Reihe von Hafenstädten an der Küste von Madagaskar bombardieren. Niederlagen in Tongking entflammten nur um so hitziger den Eifer und reiften den Entschluß, nicht nur sich zu rächen, sondern ein großes hinterindisches Reich in Anam und Tongking für Frankreich zu gründen. Im Juni besetzte man Tamatave, den Hauptausfuhrhafen der Insel Madagaskar, den Engländern zum Trotz, und verlangte die ganze Westküste. All diese Bestrebungen steigerten sich, als die zunehmende Passivität der französischen Handelsbilanz die Regierung erschreckte. Man verlangte einen neuen Kredit zum Ausbau der Eisenbahn zwischen Senegal und Niger.

Anam. Der Tod des Kaisers Tuduk von Anam und die Thronbesteigung seines Sohnes Phuduk besserte nicht die dortige Lage seit Juli. Gleichzeitig klagten sich in Tripolis Italiener und Franzosen gegenseitig geheimer Umtriebe an, diese Provinz in ihre Gewalt zu bringen. Im August gelang es endlich, den neuen Kaiser von Anam zu einem Vertrag zu vermögen, der das französische Protektorat nach dem Vorgange von 1870 mit stärkeren Bürgschaften bestätigte. Noch blieb aber die drohende Haltung Chinas bedenklich. Nach langen Debatten billigte die Kammer am 31. Oktober „die von der Regierung zur Wahrung der Ehre und der Interessen Frankreichs ergriffenen Maßregeln und vertraute ihrer Festigkeit und Klugheit bei Ausführung der bestehenden Verträge". China richtete im November eine Note an die Mächte, darin es seine eigenen Ansprüche auf die Suzeränität über Anam-Tongking entschieden aufrechthielt. Auch Madagaskar lehnte ein französisches Protektorat ab. Neue Umwälzungen in Anam und Tongking gegen Ende des Jahres erforderten außerordentliche Kraftanstrengungen der Franzosen, die das Land freilich nur ungern bewilligte.

Wie wenig die Franzosen zur Kolonisierung taugten, zeigte Algier; hier standen den 235.000 Franzosen 190.000 andere Europäer gegenüber, darunter 115.000 Spanier. Diese drohten bereits in der Provinz Oran das Übergewicht zu bekommen.

Gambetta. Gambettas Leiche sollte nach Nizza, seiner Vaterstadt, gebracht werden. Einstweilen wurde sie auf dem Père Lachaise bestattet. Die innerpolitische Lage war nach Gambettas Tode sehr ungeklärt. — Gambetta soll noch zu Skobeleff gesagt haben: „Danken Sie Gott, daß Sie kein Parlament haben! Sie würden doch nur hundert Jahre schwätzen, ohne etwas Ordentliches auszurichten."

Niemals zuvor gelangte der Gedanke eines Rachekrieges gegen Deutschland mit gleicher Kraft und Einmütigkeit zum Ausdruck als bei den Trauerreden für Gambetta. Freilich hatten die regierenden Männer auch nichts Eiligeres zu tun, als die Verantwortung für diese Ergüsse des Hasses ab-

zulehnen. — Der Expater Hyazinth Loyson sagte in einer Trauerrede über Gambetta: „Ihm ist es zu danken, daß die Grenzen von Elsaß-Lothringen niemals zu leben aufgehört; sie bewegen sich, sie protestieren! Nicht durch einen neuen Krieg sollen diese Provinzen an Frankreich zurückkehren, sondern durch die Brüderlichkeit und christliche Liebe. Schon regt sich das Gewissen in den deutschen Brüdern. Möge ihre Regierung einen Akt der Gerechtigkeit vollziehen, Polen wiederherstellen und Elsaß-Lothringen an Frankreich wieder zurückgeben! So verfährt die wahre christliche Politik ... Zur würdigen Krönung seines Lebens fehlte Gambetta nur die religiöse Idee. Wäre er sich seines nahen Endes voller bewußt gewesen, dann hätte vielleicht auch er gesprochen wie der sterbende Mirabeau, dessen Bildnis über seinem Bette hing: Gott ist ebenso notwendig wie die Freiheit!"

Jérôme. Prinz Jérôme Napoleon erließ am 16. Jänner ein kühnes Manifest an das französische Volk, wonach er ihm das Recht zusprach, sich durch Plebiszit sein Oberhaupt selbst zu wählen. Dafür wurde der Prinz verhaftet und des Hochverrates angeklagt.

Das Manifest war mit „Napoleon" unterzeichnet; es hieß darin: „Frankreich leidet; die Majorität der Nation ist von den herrschenden Zuständen angeekelt. Immerfort sind Krisen vorhanden. Es gibt fünf Regierungen. Die Religion ist angegriffen. Alle demokratischen Lebensfragen, eine gerechtere Verteilung der Lasten werden verleugnet. Der Handel ist schwer geschädigt. Die äußere Politik steht im Dienste der Spekulation, ist feig und ungeschickt. Frankreich, einst so groß, hat keine Autorität mehr, keine Freunde, kein Prestige. Als Erbe der Napoleone bin ich der einzige, der 7,300.000 Stimmen vereinigt hat. Die Vertreter der Vergangenheit, das Prinzip der Souveränität, die Partisanen der weißen Fahne des Hauses Bourbon sind definitiv zurückgewiesen. Die Napoleone vertreten den Volkswillen, die Souveränität des Volkes. Ich repräsentiere keine Partei, sondern ein Prinzip, das Prinzip, daß das Volk das Recht habe, sich sein Staatsoberhaupt selbst zu wählen. Franzosen, erinnert euch der Worte Napoleons: Was ohne das Volk gemacht wird, ist ungesetzlich!" — Das Manifest wurde in vielen Exemplaren plakatiert und verteilt.

Man verlangte die Ausweisung aller Mitglieder der einst regierenden Familien, ging dann allerdings gelinder vor, gab den Prinzen Napoleon frei und ließ ihn nach England zur Kaiserin Eugenie reisen. Sehr peinlich für die französische Ehrenhaftigkeit war die Ernennung des Generals Thibaudin zum Kriegsminister, eines Offiziers, der 1870 als Kriegsgefangener und Internierter sein Ehrenwort gebrochen hatte und entflohen war.

Chambord. Ohne politische Wirkung war der Tod des legitimistischen Prätendenten, des Grafen von Chambord (Heinrich V.) in Frohsdorf bei Wien am 24. August. Als Erbe seiner Ansprüche galt nun der Graf von Paris, der Sohn des Königs Louis Philipp von Orleans.

Ein Vorfall in Metz erweckte den Haß gegen die Deutschen. Ein Pariser Blatt schrieb: „Gegen das Recht gibt es keine Verjährung. Ein Tag wird kommen, da wir unser Blut mit dem der Elsässer zu ihrer Befreiung vermischen und da die Knochen Bismarcks darob in seinem ver-

faulten Leichentuch erheben werden." Die französischen Arbeitgeber wurden aufgefordert, ihre deutschen Angestellten und Arbeiter zu entlassen. Überhaupt entstand ein wahrer Schreck über die „Überflutung Frankreichs durch die Fremden". Diese Zunahme der Fremden war allerdings eine Erscheinung, wie sie kein anderes Land Europas aufwies. Die Franzosen waren nicht Freunde einer großen Nachkommenschaft. Daher eine zunehmende Verweichlichung, ein Steigen der Löhne, das fremde Arbeiter anzog. An die Stelle der Streikenden trat immer eine fremde Arbeiterarmee. Was die Franzosen am meisten ärgerte, war, daß diese Fremden (Belgier, Italiener, Deutsche, Spanier, Schweizer, Engländer) gar keine Lust zeigten, sich in Frankreich naturalisieren zu lassen, selbst wenn sie in Frankreich geboren waren.

Die pöbelhaften Vorgänge in Paris beim Besuch des Königs von Spanien bedeuteten für Ferry und die Regierung eine beschämende Bloßstellung vor Europa. Man brach mit den Radikalen, Minister Thibaudin mußte weichen.

Ein militärisches Fachblatt (L'Armée française) stellte sich im Oktober den „nächsten Krieg" also vor: die Deutschen haben es mit Frankreich und Rußland zu gleicher Zeit zu tun; die Franzosen gewinnen den Sieg durch Verrat der Süddeutschen, denen Frankreich die Wiederherstellung des Deutschen Bundes verspricht.

Die französischen Zustände wurden so dargestellt, daß man auf die Frage, wer Frankreich beherrsche, antworten mußte: das Geld. Schon während des Kaiserreiches hat das Großkapital durch Börsenspekulationen jährlich bis 1000 Millionen aus den Taschen des arbeitenden und erwerbenden Volks genommen. Unter der Republik ist diese Summe erheblich größer geworden, so daß man jetzt sagen konnte: Die Republik, das ist die Börse! Die Börse wurde von etwa hundert Männern beherrscht; dieser Ring bestimmte den Kurs der Papiere, verfügte über alle flüssigen Barmittel des Landes und das Finanzministerium. Die Presse war völlig zur Helfershelferin der Börse und der großen Banken herabgesunken. Dieser Geldring machte Teuerung und Wohlfeilheit, wie es ihm paßte, schuf künstlich Angebot und Nachfrage. (Darüber H. Kuhn: „Französische Zustände der Gegenwart", Freiburg, Herder, 1882.)

Börse.

Der anarchistische Fürst Krapotkin sagte vor seinem Richter in Lyon: „Ich kenne genau die Lage Europas. Ich prophezeie Ihnen, noch ehe ein Jahrzehnt um ist, eine große Revolution und bitte die Bourgeoisie, nicht die Augen zu schließen, sondern die Rechte der Arbeiter zu verteidigen und der Revolution zuvorzukommen. Die Anarchisten sind keine wilden Tiere, sie verlangen nur freie Erörterung." Ein Mitangeklagter Gautier sagte wegen der Beschuldigung internationaler Bünde: „Sind die religiösen Genossenschaften, Jesuiten, Freimaurer, die Finanzgesellschaften nicht auch international? Man wirft uns vor, daß wir kein Vaterland wollen; fragt doch die Finanzbarone, wo ihr Vaterland ist! Die Internationale existiert nicht; was vorhanden ist, das sind Bürger verschiedener Nationalitäten, die dieselben Anschauungen haben und sich über die Grenzen die Hand reichen. Ich gehöre zu den großen Verbrechern, die behaupten, daß es die Re-

Krapotkin.

gierung gar nichts angeht, wem ich meine Freundschaft zuwende. Die Freidenker halten auch internationale Kongresse ab. Sind die Republikaner in Verbindung mit Castelar, Bradlaugh, Parnell nicht auch international? Man wirft uns vor, daß wir den Aufruhr verherrlichen; aber macht sich die Regierung nicht desselben Verbrechens schuldig? Sieht man nicht in Paris eine Säule zum Himmel ragen als Andenken an einen geglückten Aufstand? Sie selbst, meine Herren Richter, sind Rebellen, weil Sie uns im Namen der Republik richten, die das Kaiserreich durch einen Aufstand umgestürzt hat. Wäre Bazaine am 4. September in Paris gewesen, so würden Sie uns heute im Namen des Kaisers aburteilen!"

Louise Michel.

An der Spitze von sozialistischen Unordnungen im März stand wieder die bekannte Louise Michel. 100.000 Möbel- und Bauarbeiter waren ohne Arbeit; Bäckerläden wurden geplündert. Ein Streik der Hafenarbeiter von Marseille im April kam lediglich Genua zu gute und den Italienern, die als Arbeiter nach Marseille strömten. Louise Michel wurde im Juni zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt ohne genügende Beweise, aber man wollte die „bittere Louise" hinter Schloß und Riegel wissen. Ein neues Gemeindegesetz wurde nicht auf Paris ausgedehnt, weil man fürchtete, daß sich sonst hier sofort die Kommune wieder erheben würde. Auffallend war es, daß an der internationalen Arbeiterdelegiertenkonferenz zu Paris am 1. November neben französischen, englischen, italienischen und spanischen Delegierten keine deutschen teilnehmen durften, weil die Engländer deren Ausschließung verlangt und durchgesetzt hatten. Die Debatten verliefen dafür unter dem Einfluß der Engländer ziemlich ruhig und die Beschlüsse lauteten gemäßigt.

Klerus.

Beim pädagogischen Kongreß der französischen Seminarlehrer und -lehrerinnen zu Paris forderte der Ministerpräsident und Unterrichtsminister Ferry zum fortdauernden Kampf gegen den Klerikalismus auf, der weit mehr ein politischer als ein religiöser sei und die Republik zu untergraben und unmöglich zu machen trachte. Die Regierung ging auch gegen die Pfarrer und Kapläne, die dem neuen Schulgesetz Widerstand entgegenstellten und die auf den Index gesetzten Schulbücher nicht dulden wollten, mit Gehaltsperre vor. In der gleichen Sache erließ sie auch eine Drohung gegen die widerspenstigen Bischöfe. Der Kriegsminister untersagte dem Militär die bisherige Teilnahme an der Fronleichnamsprozession. Der Seinepräfekt unterdrückte die ständigen Seelsorger in den Hospitälern und Armenhäusern. Von der Mitte des Jahres an schien aber Ferry eine kleine Schwenkung vorzubereiten, offenbar mit Rücksicht auf den großen Einfluß der Kirche bei den Kolonisationen. Der Präsident der Republik, Grévy, gab eine entgegenkommende Antwort auf die Vorstellungen des Papstes und ließ eine Milderung der Praxis eintreten. Die Gehalte wurden wieder voll ausbezahlt, mit allen Rückständen.

Um die Landwirtschaft zu heben, gründete die Regierung neben der Ehrenlegion einen besonderen landwirtschaftlichen Verdienstorden in „weitestem demokratischen Geist". Die Zahl der Ritter sollte 1000 nicht überschreiten.

Die schauderhafte Lage des Bauernstandes in Frankreich war eine Folge der seit fast einem Jahrhundert gesetzlich ermöglichten übermäßigen Landteilung. Die Revolution, die das Land dem „feudalen Unterdrücker" genommen und freigemacht hatte, hatte es damit für das Volkstum ent-

wertet, zermürbt, in unproduktive Atome aufgelöst. Auch Laveleye, der freimaurerische belgische Nationalökonom, gestand in der „Contemporary Review" zu, daß das „freie und gleiche" Volk seit der Revolution von 1789 unglücklicher und unzufriedener geworden sei.

Bei Gelegenheit des hundertjährigen Jubiläums der Erfindung des Luftballons durch die Gebrüder Montgolfier und der ersten Luftfahrt mußte man gestehen, daß das hundert Jahre alte Kind noch immer in den Kinderschuhen stecke. Es sollte erst in den folgenden Jahrzehnten zu ungeahntem Wachstum gelangen.

Schweiz. Die Sache des vertriebenen Bischofs Mermillod kam dadurch zur Ruhe, daß ihn der Papst zum Bischof von Freiburg-Genf ernannte. Er nahm seinen Sitz im katholischen Freiburg und versöhnte auch das unwillige Genf.

Die Savoyerfrage tauchte wieder auf, als französische Militärmanöver in der Nähe von Genf stattfanden und es hieß, die französische Regierung wolle auf dem neutralen Gebiet von Savoyen den Mont Vuache befestigen. Frankreich verzichtete aber schließlich darauf.

Die Schweizer Konservativen beider Konfessionen versuchten eine Agitation für Vornahme einer Revision der Bundesverfassung im Sinne des Föderalismus, um den Verschwendungen der Bundesversammlung Einhalt zu tun.

Ein schweizerischer Arbeitertag in Zürich beschloß, beim Bundesrat anzuregen, daß er den übrigen Staaten Vorschläge über ein internationales Fabrikgesetz unterbreite.

Booth. Miß Kate Booth, die ältere Tochter des Gründers und Generals der Heilsarmee, wegen ihrer unwiderstehlichen Beredsamkeit und außerordentlichen Keckheit mit dem Titel einer Feldmarschallin ausgezeichnet, leitete im Frühling und Sommer 1883 die Operationen der Heilsarmee in der Schweiz, erregte aber soviel Unruhe und Störung, daß sie ausgewiesen wurde. Die Heilsarmee zählte 600 Korps mit 1439 Offizieren und 3 Millionen Soldaten und Unteroffizieren. Sie war außer in England auch in Australien, Neuseeland, Indien, Frankreich, Schweiz, Schweden, in den Vereinigten Staaten, in Kanada und Südafrika tätig. Miß Booth ging wieder nach Genf und wurde daselbst wegen öffentlichen Ärgernisses durch Veranstaltung von Umzügen und öffentlichen Gebetsübungen verhaftet.

Der Schweizer Karl Spitteler begann unter dem Pseudonym Felix Tandem mit „Extramundana" (1882) und „Prometheus" (1883). Es fiel die aristokratische, individualistische Art auf. Die „arme Welt" wird als „verstoßener Satansspielball" bezeichnet, den Gottes Hand berührt hat; davon ist ein fremder Hauch der Sehnsucht hineingekommen. Seine Hauptstärke lag aber weniger in der nicht einheitlichen Weltanschauung, als in der kühnen Personifikation und Allegorie.

Conscience. Mit Henrik Consciences Tod war wohl eine Säule des flämischen Schrifttums gebrochen, aber die flämische Frage war damit nicht geschwächt, wie deren Gegner meinten.

Holland erklärte die durch den Londoner Vertrag 1867 geforderte Entfestigung von Luxemburg für vollendet. In Amsterdam versammelte sich am 30. August ein internationaler Freidenkertag.

Der König von Dänemark erklärte einer großen Volksversammlung, daß er nur die Kammer als gesetzliche Vertretung des Volkes anerkenne. Er versammelte am 30. August seine ganze Familie, die russische, griechische und die des Prinzen von Wales um sich und zeigte so die große dynastische Bedeutung seines Hauses. — Das Folkething beriet die Bildung einer Anstalt für billige Altersversorgung der Arbeiter, lehnte aber alle Vorlagen für die Befestigung von Kopenhagen ab. Dänemark.

Die schwedische Zweite Kammer lehnte die vom schwedischen Friedensbund angeregte Neutralisierung Schwedens ab.

In Rußland waren die Nihilisten noch keineswegs vernichtet. Rußland. Ein „Exekutivkomitee" richtete ein in einer geheimen Druckerei hergestelltes Memorandum an den Zaren mit Forderungen einer freigewählten Volksvertretung, umfassender provinzialer Autonomie, Wahl aller Beamten, Selbständigkeit der Bauerngemeinde, des „Mir", Zugehörigkeit des Bodens dem Volke, Übertragung aller Fabriken und Werkstätten an die Arbeiter, vollständige Gewissensfreiheit, Freiheit des Wortes, der Presse, der Zusammenkünfte, der Assoziation und der Wahlagitation, Umgestaltung der Armee in eine Landwehr. Die zum Schutz des Zaren gebildete heilige Liga oder heilige Druschina wurde selbst verdächtig und vom Zaren aufgelöst, da ihre Verbindungen mit Emigranten in Genf mindestens zweideutig schienen. Unter den höheren Beamten und Generälen kamen Selbstmorde vor, die verschiedene Erklärungen zuließen. Infolge von argen Studentenunruhen zu Warschau wurden 239 Hörer relegiert. Unter den im großen politischen Verschwörerprozeß im April Verurteilten sah man die verschiedensten Stände vor Gericht. Es war die Partei des „Volkswillens" (Narodnaja Wolja), darunter vielleicht manche Mitglieder des Exekutivkomitees. Den Dissidenten, besonders den „Altgläubigen", wurde eine größere Toleranz zugestanden. Pobjedonoszew, der Oberprokurator des Heiligen Synod, regte an, daß den Regimentern statt der bisherigen Feldzeichen Fahnen mit den Bildern der betreffenden Schutzheiligen gegeben wurden; er und Katkow waren zweifellos die einflußreichsten Männer, jener im Sinne der Kirche, dieser in dem des Altrussentums.

Im Mai wurde die Eisenbahn Tiflis—Baku eröffnet, wodurch das Kaspische Meer mit dem Schwarzen Meer eine direkte Verbindung erhielt. Dadurch kam man Indien und Afghanistan näher.

Die Krönungsfeierlichkeiten zu Moskau, 20. Mai bis 9. Juni, Krönung. fanden mit erdrückendem asiatischen Pomp statt. Auch die von Rußland mehr oder weniger abhängigen Balkanfürsten fanden sich dazu ein. Die Vorteile, die bei dieser Gelegenheit den Bauern geboten wurden, befriedigten aber allzuwenig. Daß es in Rußland auch Männer und nicht

nur Sklaven gab, bewies Tschitscherin, der Oberbürgermeister von Moskau, in seiner Ansprache, die auf freiheitliche Wünsche der öffentlichen Meinung anzuspielen wagte, und der Umstand, daß ihn die Gemeinde (Duma), als er deshalb sein Amt niederlegen mußte, zum Ehrenbürger ernannte. Petersburg fühlte sich dabei sehr zurückgesetzt und es kam dort zu Unruhen. Wohl zumeist, um den Unordnungen im eigenen Lande zu entgehen, nahm die kaiserliche Familie einen längeren Aufenthalt bei den Verwandten im sicheren Kopenhagen.

Krone. Die russische Kaiserkrone war im Auftrag von Katharina II. bald nach ihrer Thronbesteigung durch den Schweizer Juwelier Jeremias Panzié aus den Diamanten des Schatzes hergestellt worden. Der erste Zar, der sich diese Krone aufs Haupt setzte, war Katharinas unglücklicher Sohn Paul I. (1796). Die Krone hat im Wesen die Gestalt der römisch-deutschen Kaiserkrone, die seit 1804 zur österreichischen Kaiserkrone bestimmt wurde; das heißt, sie ist eine Infelkrone: eine bischöfliche Infel ist in eine Königskrone mit Bügel und Kreuz hineingesteckt zur Bezeichnung der geistlich-weltlichen Gewalt. (Vgl. meine Schrift über die österreichische Krone 1917.) Die kaiserlichen Aspirationen der moskowitischen Fürsten gingen schon auf Iwan III. (1462—1505) zurück, der sich mit einer Nichte des letzten Paläologen vermählte, um so die Rechte des oströmischen Kaisertums auf sein Haus zu übertragen. Er hat bereits seinen jungen Enkel Demetrius nach byzantinischer Weise in Moskau krönen lassen. Das byzantinische Zeremoniell ging wieder auf jüdische Vorstellungen zurück, daher vielleicht die Infel, die ganz der Mitra des Hohenpriesters entspricht. Als Peter der Große sich selber zum geistlichen Oberhaupt der russischen Kirche machte, legte er auch selber, ohne Beihilfe der Priesterschaft, die kaiserlichen Insignien, Purpurmantel und Krone an, zum Zeichen, daß er seine Macht unmittelbar von Gott habe. Auch das russische Staatswappen, der schwarze Doppeladler in Gold, stammt von Byzanz. Man sieht, daß die Ansprüche Rußlands auf Konstantinopel nicht, wie man gewöhnlich glaubt, auf dem falschen Testament Peters des Großen beruhen, sondern viel älter sind. Unter den fremden Gästen bei der Krönung fielen besonders die Abgesandten der asiatischen Völkerschaften auf. Der Führer der Deputation von Chiwa war der Chan selbst mit seinem Neffen. Aus Bochara erschienen zwei Söhne und ein Neffe des Emirs. Die Mission aus Turkestan bestand aus Mitgliedern der Munizipalitäten von Taschkend, Kokand, Samarkand. Andere Deputationen kamen aus Semirjetsche, Transkaukasien, von den Tekinzen, von Merw, Kirgisen und Atreken. Der Kaukasus war durch Abgesandte aus Daghestan, Suchum, Batum, Kars vertreten. Für die Volksbelustigungen war eine unendliche Menge von Fleischpasteten, Süßigkeiten, Bier und Met vorbereitet; der ganze Vorrat war aber in zwei Stunden erschöpft. Der Festzug zeigte symbolisch das Erwachen der Natur und die populärsten Gestalten der russischen Volkssage: die Bienenkönigin, den von Ameisen umzingelten schwarzen Ritter, den hl. Georg auf dem besiegten Drachen. Militärische Pantomimen führten Episoden aus den Kämpfen im Kaukasus vor.

Bald darauf machte sich ein Umschwung in der äußeren Politik bemerklich. Noch im August, gelegentlich des Todes des Grafen Cham-

bord, erklärte sich die offizielle „Petersburger Zeitung" sehr herbe über das Deutsche Reich: „Die von dort unterstützte französische Republik hat Frankreichs Ansehen untergraben, ihm die Bedeutung einer Macht zweiten Ranges gegeben und entspricht in ausgezeichneter Weise den Absichten des Fürsten Bismarck. Es wäre an der Zeit, daß auch wir die Maske fallen lassen. Die Restitution der Monarchie in Frankreich liegt vollkommen und unbedingt im Interesse Rußlands. Ein starkes Frankreich wird uns ein Freund und ein monarchisches Frankreich auch ein natürlicher Bundesgenosse sein. In Frankreich selbst ist in den patriotischen Schichten der Bevölkerung der Haß gegen die Republik so groß, daß bei richtiger Unterstützung ein Umschwung in diesem Land unzweifelhaft eintreten muß." Neuerlich entspann sich im November eine Polemik in der Presse über den Berliner Kongreß, dessen für Rußland ungünstige Ergebnisse und über die Haltung des deutschen Reichskanzlers. Die deutsche offiziöse Presse suchte den Fürsten Bismarck zu verteidigen, und so war der freundliche Besuch des russischen Ministers v. Giers bei Bismarck günstig vorbereitet. Die russische Regierung war auch so höflich, zwei Kriegsschiffe nach Genua zu schicken, um dort den deutschen Kronprinzen bei seiner Einschiffung nach Spanien würdig zu begrüßen. Eine starke Demonstration!

Ungeheuren Erfolg hatte Dostojewskis „Raskolnikoff" auch in der deutschen Übersetzung.

Die mit der römischen Kurie 1879 begonnenen Unterhandlungen erreichten ein günstiges Ende. „Der Grundgedanke unserer Politik (hieß es in einer offiziellen Mitteilung vom 27. Juni) in der katholischen Frage ist, der Hierarchie völlige Freiheit in Religions- und Glaubenssachen zu überlassen, ihr aber keine Einmischung in Fragen zu gestatten, die ausschließlich die weltliche Gewalt angehen." Judenhetzen fanden noch in verschiedenen ländlichen Gegenden des Reiches statt. Wie die Universität Warschau, so erhielt nun auch die Universität Dorpat statt des deutschen Barons Stackelberg einen Nationalrussen Kapustin zum Kurator. Anzeichen sozialistischer Verschwörungen mehrten sich wieder gegen Ende des Jahres. Den allgemeinen inneren Zustand des Reiches und der Gesellschaft konnte man als fortschreitenden Stagnationsprozeß bezeichnen, der mit der Hinneigung für „Moskau" offensichtlich wurde. Das ganze Reich war im Innern durchwühlt und erhielt sich lediglich durch die gewaltige Gebärde seines äußeren Auftretens.

Auch durch die Beziehungen zu den Balkanstaaten wurde Rußlands Ansehen erhalten. Zwar Rumänien machte sich anscheinend von Rußland los und schloß sich nach einer kleinen rednerischen Entgleisung sehr stark den Mittelmächten, dem Dreibund an. Der König war im August in Berlin und Wien, der Ministerpräsident Bratianu im September bei Bismarck und Kalnoky. Er konnte am 10. November in der Zweiten Kammer die

Rumänien.

Tatsache seines Anschlusses an das mitteleuropäische Friedensbündnis unumwunden bestätigen. Er erklärte: „Kleine Staaten können keine große Politik machen; sie sind gezwungen, sich den Umständen zu fügen. Wir haben in Berlin und Wien viele Mißverständnisse zerstreut. Mir lag daran, zu beweisen, daß wir niemandes Werkzeug sind. Fürst Bismarck hat mir 1883 dasselbe gesagt wie 1880; nämlich: ‚Ich will die Erhaltung des Friedens; die dasselbe Ziel anstreben, sind mit uns. Wenn Sie aber Krieg wollen, dann suchen Sie Ihre Alliierten anderwärts!' Nun, wir gehören zu denen, die den Frieden wollen, und die den Krieg provozieren sollten, werden uns auf ihrem Wege finden. Rumänien hat aufgehört, eine russische Station zu sein; nur als Feinde würden von jetzt an die Russen ins rumänische Gebiet einbrechen können, nicht mehr als Verbündete." — Man begann die Befestigung des Landes nach den Plänen des belgischen Generals Brialmont. Jener bedenkliche Trinkspruch des Senators Gradisteanu geschah auf dem Bankett in Jassy gelegentlich der Enthüllung des Denkmals Stephans des Großen. Auch der König nahm daran teil.

Serbien. Während König Milan in Serbien sich des allzu russisch gesinnten Metropoliten Michael entledigte und den Aufstand der Radikalen mit ihrem Projekt eines Balkanbundes niederschlug, trat Prinz Peter Karageorgjevic in Montenegro als förmlicher serbischer Kronprätendent auf. Dieser wäre an sich völlig harmlos gewesen, wenn ihm nicht der Fürst von Montenegro die Prinzessin Zorka zur Gemahlin und Rußland dem Paar eine Million Rubel zur Mitgift gegeben hätte; sie residierten einstweilen in Paris und warteten mit meuchelmörderischer Ruhe den Zeitpunkt des Eingreifens ab. Wir werden noch von diesem Peter hören.

Bulgarien. Ganz unter russischem Einfluß stand noch Bulgarien. Die Offiziersstellen im bulgarischen Heer wurden einfach von Petersburg aus besetzt. Bald vereinte freilich der gleiche Widerwille gegen die präpotenten Russen die bulgarischen Parteien, Konservative und Liberale. Ihre Häupter Natscherics und Zankow schlossen ein förmliches Bündnis gegen die russischen Minister ab. Diese (Soboleff und Kaulbars) gaben daraufhin ihre Entlassung, doch wurde alsbald durch eine stramme Militärkonvention Bulgarien noch fester an Rußland gebunden. Der russische General Fürst Kantakuzen wurde bulgarischer Kriegsminister und damit Herr der ganzen Regierung. Der Fürst von Bulgarien suchte Anschluß an den Sultan und an den König von Griechenland; er besuchte Konstantinopel und Athen, wurde freundlich empfangen, fand aber keine Berührungspunkte. Wie vorausschauend hätte da die deutsche Politik nachhelfen können!

Türkei. Der Sultan hatte sehr wenig davon, daß England seine Suzeränität über Ägypten formell anerkannte. Er suchte Anschluß an Berlin und sandte eine Anzahl türkischer Offiziere dahin zur Ausbildung nach preußischem Muster. In Ostrumelien gaben sich Bestrebungen zur Vereinigung mit Bulgarien kund. Da die durch den Berliner Vertrag versprochene Schleifung der vier Donaufestungen Widdin, Rustschuk, Silistria

und Schumla nicht erfolgte, so tröstete man die Pforte damit, daß der nagende Zahn der Zeit jene Zerstörungsarbeit viel billiger bewerkstelligen werde. In die finanzielle Lage der Türkei suchte der Deutsche Wettendorf Pascha vergebens Ordnung zu bringen. Die Griechen in der Türkei bildeten unter ihrem Patriarchen und Laienrat einen förmlichen Staat im Staate und machten schon allein dadurch jede Reform und Reorganisation der Türkei im modern europäischen Sinn unmöglich. Mit Frankreich stand die Pforte in Zwiespalt, da sie fortfuhr, die Tunisier, die sich auf ihrem Gebiete aufhielten, als ihre Untertanen zu behandeln.

Der albanische Miriditenfürst Prenk Bib Doda wurde zum türkischen Gouverneur des Libanon ernannt. Der damals Siebenundzwanzigjährige hat noch im Weltkrieg von sich reden gemacht.

Die ganz verlotterten Zustände in der Beamtenschaft der Vereinigten Staaten sollten durch eine neue Reform behoben werden. Wenigstens auf dem Papier wurde das Protektionswesen bekämpft. Eine unglaubliche Korruption brachte der sogenannte Sternroutenprozeß an den Tag. Es hatte sich da unter den Beamten und Kontrahenten ein förmlicher Bund, ein Ring gebildet zur Ausbeutung des Staates; der ganze Schwindel war zudem ein offenes Geheimnis und man konnte dagegen nichts Erhebliches vorkehren, da zu viele einflußreiche Leute zusammenhielten. Amerika.

Zur Eröffnung der nördlichen Pacificbahn trafen viele Deutsche ein, eingeladen vom Präsidenten der Gesellschaft Villard, einem Rheinpfälzer. Die deutsche Kolonie in Philadelphia feierte das 200jährige Jubiläum der ersten Ankunft deutscher Kolonisten in dieser Stadt.

Die Botschaft des Präsidenten Arthur an den Kongreß, 4. Dezember, befaßte sich mit der Versündigung der deutschen Reichsregierung gegen das amerikanische Schwein und dessen gesundheitsgefährliche Einfuhr. Man drohte mit Repressivmaßregeln.

Endlich kam der Friede zwischen Chile und Peru zustande, sehr zum Vorteil des siegreichen Chile, dessen Gebiet mächtig ausgedehnt wurde.

Der amerikanische Krösus Jay Gould erzählte seine Jugendgeschichte und den Ursprung seines riesigen Vermögens, zu dem er aus völliger Armut gelangt war.

Eine madagassische Gesandtschaft der Hovaskönigin Ranovolona II. machte eine Rundreise durch Europa, um mit England und dem Deutschen Reich Handelsverträge abzuschließen und wohl auch Hilfe gegen französische Vergewaltigung zu suchen. An ihrer Spitze standen der Chefminister Ravoninahitriniarivo und der Handelsminister Ramaniraka.

Die Erscheinung des Mahdi zeigte, welche starke „Messias-Erwartungen" noch im Islamismus, besonders im afrikanischen, schlummerten. Dieser Mahdi, eigentlich Mohammed Achmed, geboren 1847 in Dongola, hielt sich als Derwisch berufen, die Religion des Propheten wiederherzustellen, besonders gegen die mit den alten Traditionen brechende ägyptische Regierung. Nach seinen ersten Erfolgen 1881 forderte er in Flugschriften

alle Gläubigen zum heiligen Krieg auf. Er vereinigte die vier Sekten der Mohammedaner zu einer Lehre, führte Gebetsneuerungen ein, verbot die Pilgerfahrt nach Mekka, predigte Enthaltsamkeit, von der er aber selber keinen Gebrauch gemacht haben soll.

Ein neuerschlossenes Land wurde Korea durch die Gesandtschaft, die es nach den Vereinigten Staaten schickte. Noch 1880 nannte E. Oppert sein Buch über Korea: „Ein verschlossenes Land". Minister des Königs von Korea war Paul v. Möllendorff, oder wie ihn die Koreaner aussprachen und schrieben „Mu-Lien-To".

Kolonialpolitik 1884—1886.

Das Jahr 1884.

Koloniale Erwerbungen des Deutschen Reichs. Präsident Krüger in Berlin. Der Kolonialverein. Woermann und Lüderitz. Kongokonferenz in Berlin. Deutsche Marine. Laskers Tod. Staatsrat. Die konfessionelle und polnische Frage. Die Welfenpartei. Der Tod des Herzogs von Braunschweig; die Ansprüche des Herzogs von Cumberland. Annäherung an Rußland: Skiernievice. Schweninger. Hertling. Keiter. Bachem. Ibsen. Österreichische Fragen. Anarchisten. Italien und die Propaganda. Leo XIII. Gordon und der Mahdi. Weltmächte und Kontinentalmächte. Frankreich in Tonking und Anam. Freppel. Didon. Die „Klerikalen" in Belgien. Wilhelmine von Holland. Strindberg. Die Demokraten in Amerika: Cleveland. Die Freiheitsstatue.

Kolonialfragen.

Ebenso überraschend wie alle früheren Phasen der Bismarckschen Politik kam nun mit einem Male, freilich spät genug, sein Interesse für die schon lange aufgeworfenen kolonialen Fragen. Man wunderte sich, daß Bismarck jede seiner großen Unternehmungen nach geraumer Zeit unvollendet fahren ließ: den Ausbau des Reichs, den Kulturkampf, die Sozialreformen und die Steuerpolitik, schließlich auch die Ausgestaltung des mitteleuropäischen Bundes. Nachdem sich um den Kern der beiden Mittelreiche Deutschland und Österreich seit kurzem Italien, Rumänien, Serbien, auch Spanien, vor allem die Türkei, ja das ferne Japan herandrängten, schien die Grundlage eines föderativen Weltbundes von ganz einzigartiger Größe und Bedeutung gegeben zu sein. Aber nein, Bismarck ließ diesen Gedanken fahren, er gab die Fäden aus den Händen und begann eine ganz andere, viel bescheidenere und weniger aussichtsreiche Entwicklung anzubahnen: die Herstellung eines Kolonialreiches aus den Überbleibseln der Beutezüge der andern Seemächte, die er bisher selbst so uneigennützig gewähren ließ und sogar noch dabei unterstützte.

Nachdem Bismarck einmal den Kolonisationsgedanken aufgegriffen hatte, stürzte er sich mit all der ihm eigenen Wucht darauf. Er hatte schon im Jahr 1883 vorbereitende Schritte getan, die Wünsche des Kolonialvereins und der Handelsleute gehört. Im Januar 1884 überraschte die Londoner Presse die Welt mit der Nachricht, das deutsche Kanonenboot „Nautilus" habe sich von Kapstadt nach Angra Pequenna an der

Westküste Afrikas begeben, um sich mit den dortigen Verhältnissen vertraut zu machen. Die englischen Behörden fürchteten fürs erste einen ihnen unangenehmen Handel mit Waffen und Munition. Im April ging der bekannte Reisende und derzeitige deutsche Generalkonsul in Tunis, Dr. Nachtigal, im Auftrage des Reichskanzlers an die Afrikanische Westküste ab. Dort waren bereits 14 hamburgische Firmen vertreten, die wohl mehr als 60 Faktoreien besaßen, und zwar in Sierra Leone, Liberia, Akkra an der Goldküste, Whydah, Groß- und Klein-Popo, Lagos, Kamerun, Corresco-Bai, Gabun, Ambritz. Bremische Firmen gab es außerdem in Keta, Angra Pequenna und Adda am Volta. Von Hamburg aus gingen bereits zwei Dampfschifflinien, eine englische und eine deutsche, mit monatlichen Fahrten dahin, während weder Holland noch Belgien und selbst Frankreich nicht, das doch Kolonien daselbst besaß, eine regelmäßige Verbindung aufzuweisen hatten. Dr. Nachtigals Aufgabe war es, die bestehenden Verhältnisse als Grundlage weiterer Ausgestaltung und konsularischer Vertretung zu studieren. Ihm war auch der Afrikareisende Dr. Buchner beigegeben. Das Kanonenboot „Möwe" begab sich am 15. April von Kiel nach Lissabon, um dort diese Expedition an Bord zu nehmen. Indessen ließ Bismarck am 23. April dem Bundesrat einen Gesetzentwurf zugehen, über die Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiffahrtsverbindungen zwischen Hamburg und Bremerhafen einerseits und Ostasien und Australien anderseits, durch staatliche Unterstützungen bis zum Betrag von jährlich vier Millionen. Die beigegebene Denkschrift führte außer den Vorteilen für Handel und Gewerbe auch noch den an, daß damit die deutsche seemännische Bevölkerung dem vaterländischen Seedienste vollständiger erhalten werde; die deutschen Postdampfer würden eine Pflanzstätte und Schule der Kriegsmarine bilden und im Kriegsfall die Kriegsmarine als Kreuzer, Avisos und dergleichen wirksam unterstützen; auch den deutschen Schiffswerften würde so vermehrte Gelegenheit zum Schiffsbau geboten werden. Auf Anregung von Hamburg aus wurde auch die Gründung einer eigenen überseeischen Bank in Aussicht genommen, um sich von den englischen Kreditinstituten unabhängig zu machen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" lenkte am 10. Mai, offenbar auf höhere Anregung, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Kongofrage hin, auf das Verhältnis der (belgischen) afrikanischen Gesellschaft zu Frankreich und auf die Möglichkeit für andere Mächte, auch in Beziehungen zu dieser Gesellschaft zu treten. Gleich darauf (12. Mai) nahm sich Bismarck der deutschen Handelskammern an, die ihm über die Nachteile des englisch-portugiesischen Kongovertrags geklagt hatten, und versprach, sich für eine internationale Regelung der Verkehrsverhältnisse im Kongogebiet einzusetzen. Sehr erfreulich war es, daß am 13. Mai ein Hamburger Konsortium die bisher in englischen Händen befindlichen Aktien der zusammengebrochenen

Anlagen auf den Samoainseln ankaufte und so diese Gründungen des Hauses Godeffroy wieder in deutschen Besitz brachte.

Ein Handelsvertrag mit Korea (19. Mai) bot für den deutschen Verkehr mit Ostasien um so bessere Aussichten, als der leitende Staatsmann in Korea der Deutsche Paul v. Möllendorf war. Bremen veranstaltete am 25. Mai eine argentinische Ausstellung und zeigte die Wichtigkeit jenes Landes für den gegenseitigen Handel. Am 7. Juni kam eine Deputation aus Transvaal nach Berlin, an deren Spitze Präsident Krüger selber stand. Er sprach mit Bismarck und dem Kaiser über einen Handelsvertrag. In England betrachtete man diesen Besuch mit mißtrauischen Augen. „Die eiserne Kette, mit der Britannia den Erdball umschlossen hielt, schien sich zu lockern. Die Anwesenheit der Burendeputation in Berlin bedeutete das Sinken der englischen Macht.“ Krüger.

Im Reichstag verteidigte Bismarck am 14. Juni seine neuen überseeischen Pläne gegen Bambergers Einwürfe: „Wollen wir den Weg, den Frankreich, England, Belgien, Holland, Italien u. s. w. eingeschlagen haben, nicht betreten, weil wir die klugen Deutschen sind, die alles besser wissen, weil wir so viele Gelehrte und so gute Redner haben? Wollen wir uns nicht an der Weiterentwicklung des Verkehrs beteiligen? Wollen wir nichts tun für die Seefahrt, die Arbeit, die Erhaltung unseres Exports, zur Vorbeugung von Nahrungslosigkeit im Lande wegen Mangels an Export und Mangels an Arbeit?“ Im weiteren beklagte Bismarck, daß es ihm bei der Samoavorlage nicht gelungen sei, die Mitwirkung des Reichstages für die angebahnte Verwirklichung seiner Anschauungen zu gewinnen, die von ihm und seiner auswärtigen Politik unzertrennlich sei und für die er einstehen werde, so lange er amtiere. Er versuche es jetzt zum zweitenmal. Seine Kolonialpolitik bestehe nicht darin, überall nach Territorialerwerb in französischer Weise herumzustöbern. Mit deutschen Geheimräten, preußischen Subalternbeamten ließen sich nicht Kolonien anlegen. Wenn überhaupt wünschenswerte Gebiete frei seien, brauche man eine andere Flotte und mehr Geld. Aber er halte das Reich für verpflichtet, da, wo deutsche Privatunternehmungen auf herrenlosem Gebiet in Förderung des nationalen Handels und Verkehrs festen Fuß gefaßt, solchen „wildgewachsenen“ Kolonien den nationalen Schutz zu gewähren. Bezüglich Angra Pequennas warte er nur eine Antwort der englischen Regierung ab, ob sie Eigentumsrechte daran zu haben glaube. Über das Kongogebiet schwebten auch noch die Verhandlungen. — Bamberger warf ein: Für solche Unternehmungen reiche zum Schutz die deutsche Flotte nicht aus, und man sei stets der Gefahr ausgesetzt, von andern Mächten Nasenstüber zu erhalten, die man nicht erwidern könne. — Darüber wallte Bismarcks Zorn auf; er beschuldigte Bamberger, die politischen Beziehungen des Reichs von sehr beschränktem und kleinlichem Standpunkt anzusehen. Deutschland könne solche Nasenstüber von Europa aus kräftig Bismarck.

genug erwidern. Frankreich liege vor den Ausfallstoren von Metz, England müsse mit Deutschlands europäischem Einfluß in der ägyptischen Frage rechnen, und lege auch tatsächlich auf die Unterstützung Deutschlands hierin das größte Gewicht. Bambergers Besorgnisse seien daher sehr kurzsichtig. — Eugen Richter richtete scharfe Angriffe dagegen, daß man Millionen unnötig und nutzlos wegwerfen wolle, während man für die dringendsten Bedürfnisse im Innern kein Geld habe. — Bismarck entgegnete, bei so beschränkten Anschauungen sei eine Großstaatpolitik freilich unmöglich. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" setzte diese Polemik fort, indem sie schrieb: „Bambergers Rede trug die Signatur der Demut, wenn nicht der Feigheit gegen das Ausland, und das Wort des Kanzlers aus dem Jahre 1868, daß die Furcht im deutschen Herzen kein Echo findet, trifft auf diese Fraktionsbestrebungen nicht mehr zu. Es sind freilich auch 16 Jahre her."

Neuerlich sprach sich Bismarck am 26. Juni im Reichstag über seine Kolonialpolitik aus: „Ich wiederhole, daß ich gegen Kolonien ... meine frühere Abneigung heute auch noch nicht aufgegeben habe. Ich glaube, daß man Kolonialprojekte nicht künstlich schaffen kann ... Etwas anderes ist es, denjenigen Unternehmungen, die aus den überschüssigen Säften des gesamten deutschen Körpers naturgemäß herausgewachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich allerdings, weniger vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit als vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. Ich bin mit Zögern an die Sache herangetreten und habe mich gefragt, womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich diesen überseeischen Unternehmern, über deren Mut und deren Schneidigkeit, über deren Begeisterung für ihre Aufgabe ich mich herzlich gefreut habe, sagen wollte: das ist alles sehr schön, aber das Deutsche Reich ist dazu nicht stark genug! Ich habe als der erste Kanzler des neugeschaffenen Deutschen Reichs nicht den Mut gehabt, diese Bankerotterklärung der deutschen Nation auszusprechen. Wohl aber habe ich mich bemüht, ausfindig zu machen, ob wir nicht in ältere Rechte anderer Nationen eingriffen, und diese Bemühungen haben mehr als ein halbes Jahr Zeit erfordert. Ein günstiges Resultat ist im Laufe der vorigen Woche durch eine unumwundene Erklärung der englischen Regierung herbeigeführt worden ... Meine Absicht ist, die Verantwortlichkeit für die materielle Entwicklung der Kolonie ebenso wie ihr Entstehen der Tätigkeit und dem Unternehmungsgeist unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger zu überlassen ... Unsere Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen, aber in der höchsten Entwicklung, auch solche, die sich eine Suveränität, eine schließlich dem Deutschen Reich lehnbar bleibende, unter seiner Protektion stehende kaufmännische Suveränität erwerben, zu schützen in ihrer freien Entwicklung."

Indessen wurde eine japanesische Ausstellung in Berlin vorbereitet; der japanische Kriegsminister Oyama kam im Juli mit mehreren hohen Offizieren nach Berlin, um die Heereseinrichtungen kennenzulernen. Auch japanische Polizeibeamte waren angesagt.

Im Sommer kam die Nachricht, Angra Pequenna und das ganze westafrikanische Küstengebiet zwischen dem 26. Grad Südbreite und Kap Frio, mit Ausschluß der in englischem Besitz befindlichen Walfischbay, sei am 13. und 14. August durch Hissen der deutschen Flagge unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt worden. Unmittelbar darauf wurde mit den Eingebornen ein Vertrag abgeschlossen, wonach der Firma F. A. E. Lüderitz in Bremen das Gebiet 20 geographische Meilen landeinwärts zufiel. Diese Bremer Gesellschaft schloß ferner einen Vertrag mit der in jenen Landstrichen schon seit 40 bis 50 Jahren tätigen rheinischen (prot.) Missionsgesellschaft, um sich deren Beistand für die zivilisatorischen Bestrebungen zu sichern. Am 21. August hißte ein deutsches Kriegsschiff auch in Kamerun die deutsche Flagge und stellte damit ein ziemlich umfangreiches Gebiet unter den Schutz des Reiches. Das gleiche geschah am 5. September in Porto Seguro und Klein-Popo; dabei wurde allerdings ein Flaggenstock von den Engländern ausgerissen, aber ohne nachhaltige Folgen. In Hamburg bildete sich am 4. September eine deutsch-afrikanische Handelsgesellschaft zum Ausbau der dortigen Beziehungen. Lüderitz.

Durch die Errichtung einer stehenden Gesandtschaft in Persien (10. Sept.) griff die deutsche Regierung auch in diesem Lande zu, wo bisher der russische und englische Einfluß um den Vorrang stritten.

Bismarck konferierte sehr eingehend mit dem französischen Botschafter Courcel über ein Zusammengehen der beiden Mächte in Kolonialfragen, um dadurch eine Kongokonferenz vorzubereiten und ein gemeinsames Vorgehen in Afrika. Man sah das allzu hoffnungsvoll als ein Zeichen grundsätzlicher Annäherung an, aber es stellte sich bald heraus, daß Frankreich wohl die Hand Bismarcks ergriff, um dessen Förderung in Kolonialfragen zu gewinnen, daß es aber die Rachegedanken nicht aufgeben wollte.

Für all das, was Bismarck in dieser Beziehung tat, sprach sich auf der Versammlung des Kolonialvereines in Eisenach (21. Sept.) eine enthusiastische Dankbarkeit aus. Man begrüßte das Eintreten Deutschlands in die Reihe der kolonisierenden Völker und empfahl die Herstellung regelmäßiger Dampferverbindungen nach den überseeischen Ländern als Hauptmittel für diese Zwecke. Allerdings wurden die Aussichten auf deutsche Ackerbaukolonien durch die Mitteilungen der Fachleute nicht gehoben. Die beiden westafrikanischen „Suveräne", Woermann und Lüderitz, trugen Bedenken, diese und andere wichtige Fragen schon jetzt „anzuschneiden", wie man sich seither schneidig ausdrückte. Auch gediehen vorläufig die Bestrebungen der Regierung nach einer überseeischen deutschen Bank zu keinem Ziel. Dafür ging ein starkes Geschwader an die westafrikanische Küste ab unter Konteradmiral Knorr. Der Afrikareisende Gerhard Rohlfs trat im Oktober in den Dienst der Reichsregierung und schiffte sich nach Afrika ein.

Als Bismarck am 6. Oktober die Mächte zur Kongokonferenz nach Berlin lud, betonte er mit besonderer Befriedigung, daß dies Kongokonferenz.

infolge eines Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich geschehe. Man hielt damals nicht viel von Afrika; aber die Tatsache, daß Deutschland und Frankreich in freundschaftlichem Vereine darangingen, eine internationale Frage zu ordnen, daß sie sich zuerst über alle Einzelheiten verständigten und dann erst die übrigen Mächte zu einer Beratung luden, galt als wichtiges Ereignis. Auch die im französischen Gelbbuch veröffentlichten Noten zeigten den freundschaftlichsten Ton und gaben anscheinend den Beweis, daß die beiden Mächte sich bereits versöhnt hatten.

Die Besitzergreifung der betreffenden westafrikanischen Plätze wurde den Mächten durch ein Zirkular vom 30. Oktober angezeigt; dazu gehörte auch die Nikol-Insel. Mit der internationalen Kongogesellschaft in Brüssel schloß das Reich am 8. November ein Übereinkommen ab über Freiheit des Handels. Noch vor der Eröffnung der Kongokonferenz am 15. November erwarb der Afrikareisende Einwald die St.-Lucia-Bai vom Zulukönig Dinizulu für das Haus Lüderitz und Angra Pequenna. An der Konferenz nahmen die Vertreter von 14 Mächten teil: Deutschland, Österreich, Rußland, Türkei, Italien, Spanien, Portugal, Frankreich, England, Schweden, Dänemark, Vereinigte Staaten, Holland, Belgien. Der Hauptzweck war Feststellung der Zollfreiheit für alle für das Innere Afrikas bestimmten Waren, Unterdrückung der Sklaverei, Freiheit der Flußschiffahrt. Ein englisches Blaubuch, ausgegeben am 19. November, gab authentische Nachrichten über die Vorgeschichte der Konferenz. Die Kongogesellschaft wurde als zukünftiger Kongostaat von allen Mächten anerkannt.

Während die Konferenz noch tagte, wurde die Welt von der Tatsache überrascht, daß die deutsche Flagge im Lauf des Novembers auch noch in der Südsee und in Australien, auf Teilen von Neuirland, Neubritannien, den Admiralitätsinseln und Teilen der Nordküste von Neuguinea gehißt worden sei. Darüber große Aufregung in England, besonders aber im englischen Australien. Aber man fand keinen Grund zur Beschwerde, so unangenehm die Sache empfunden wurde. Die „Daily News" schrieben: „Ausdehnungsbestreben liegt in der Luft. Das ist ein Merkmal der Politik der letzten Jahre dieses Jahrhunderts. Geradeso wie die Geburt des Deutschen Reiches die bedeutungsvollste Tatsache in der modernen Geschichte des europäischen Kontinents ist, so dürfte sich die Geburt eines deutschen Kolonialreichs als das größte Ereignis in dem jetzigen Haschen nach der Welt erweisen. Es haben sich auffallende Dinge in der Welt ereignet; Europa könnte eines Morgens aufwachen und Deutschland als eine der mächtigsten Kolonialmächte in der Welt erblicken, wie es schon die erste Kontinentalmacht ist. Auch die Triumphe von 1866 und 1870 waren nur der sichtbare Ausdruck und

Kolonialreich.

die Frucht langer, schweigender und mühsamer Vorbereitungen. Sollte Holland einmal Teil des Deutschen Reiches werden, was durchaus keine phantastische Voraussetzung ist, dann würde Deutschland sofort die Erbschaft der holländischen Kolonien antreten. Das smaragdene Halsband würde die Brust Germanias schmücken, wie das indische Juwel die Krone Englands ziert." Die „Pall Mall Gazette" tröstete sich mit der Betrachtung: „Deutschland hat England oft zum Vorbild dienen können, allein kein politischer Vorteil, den wir von seinem Beispiel jemals gezogen haben, ist so wertvoll wie der Antrieb, den es jetzt der Föderation unseres Reiches gibt. Es gibt den Engländern im Inland und überm Meer die Lektion von der Notwendigkeit, Schulter an Schulter zu stehen gegen die ganze Welt. Diese äußere Gefahr muß die stärkste innere Einigkeit hervorrufen." — Im weiteren veröffentlichte der Kanzler mehrere Weißbücher mit diplomatischen Aktenstücken über die neue Kolonialpolitik. — Ein allem Anscheine nach von Engländern angestifteter Negeraufstand gegen die deutsche Schutzherrschaft über Kamerun wurde von der Mannschaft der dort stationierten deutschen Schiffe rasch unterdrückt und nicht unbestraft gelassen.

Auch darin zeigte sich England enttäuscht, daß es von Deutschland keine weitere Unterstützung in der ägyptischen Frage erhielt. Darüber ließ sich Bismarck durch das Organ der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (29. Dez.) also vernehmen: Die kontinentalen Mächte hätten an ihren Beziehungen zueinander ein wichtigeres Interesse als an Ägypten. So sei denn auch das Interesse des Deutschen Reichs an einem guten Einvernehmen mit Frankreich größer als die Bereitwilligkeit, England gefällig zu sein gegen Frankreich.

Man erinnerte daran, daß bereits 1682 der Große Kurfürst von Brandenburg zwei Fregatten ausgerüstet hatte, um an der Westküste Afrikas eine Kolonie zu gründen. Der Führer Fr. O. v. Gröben setzte sich an der Goldküste fest und baute Friedrichsburg. Die Besitzungen wurden aber 1720 um geringen Preis an Holland verkauft.

Mit der Kolonialpolitik hing das größere Interesse an der Marine zusammen. Eine neue Denkschrift des Admiralitätsrates unter Caprivis Vorsitz erörterte die Frage, ob und inwiefern für den Seekrieg der Zukunft der Torpedo wichtiger sein werde als das Großkampfschiff. Das Resultat war ein vermittelndes. Bezeichnend war die Bemerkung, der Weg des Flottengründungsplans habe zuerst auf die hohe See geführt, um von da zur Küste, zum Küstenschutz zurückzukehren. Im Juni fanden große Hafenverteidigungsmanöver in Kiel statt, denen Caprivi beiwohnte. Es folgten Torpedomanöver. Bei Gelegenheit dieser Übungen erschien auch ein deutsches Geschwader vor Kopenhagen. Es herrschte darüber große Aufregung; doch handelte es sich lediglich darum, die deutschen Schiffe nicht nur mit dem Großen Belt, sondern auch mit dem Sund vertraut zu machen. Allerdings demonstrierte diese Fahrt auch die Möglichkeit, durch ein Geschwader

von Panzerschiffen alle dortigen Befestigungen sofort zu vernichten. Das Projekt des Nordostseekanals war vollkommen ausgearbeitet und eine Bauzeit von fünf Jahren vorausgesehen. Im September erfolgten die Festungskriegsübungen der Flotte in Kiel und in Danzig, woselbst ein mehrtägiger Hafenangriff mit Landtruppen geübt wurde. Dann machte man Landungsversuche bei Zoppot im Meerbusen von Danzig.

Wirtschaft.

Die innere Politik kennzeichnete sich durch den ermüdenden Kampf der Parteien um die wirtschaftlichen Gesetzesvorlagen. Sie wurden zumeist im Reichstag so lange umgemodelt, bis niemand mehr eine rechte Befriedigung darüber hatte. Beim Unfallversicherungsgesetz handelte es sich um den Reichszuschuß, um das Reichsversicherungsamt, die Arbeiterausschüsse u. s. w. Ebenso zermürbt wurden die Steuervorlagen. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen blieb ein viel umstrittenes Problem. Über aller Kritik stand der Fortschritt im Ausbau des Telegraphennetzes und der Fernsprechung.

Lasker.

In das parlamentarische Parteigetriebe griff ganz gewaltig die Demonstration der Freunde des in Amerika plötzlich verstorbenen liberalen Abgeordneten Lasker ein. Namentlich benutzte Bamberger seine Trauerrede zu einer heftigen Anklage gegen Bismarcks ganze Politik. Zudem hatte das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten den Einfall, eine von ihm beschlossene Resolution zu Ehren Laskers dem amerikanischen Gesandten in Berlin zu offizieller Mitteilung an den deutschen Reichstag durch den Reichskanzler zu übermitteln. Bismarck nahm das ihm übergebene Schriftstück nicht an, sondern stellte es mit Erlaß vom 9. Februar durch den deutschen Gesandten in Washington der dortigen Regierung zurück.

Die Resolution des amerikanischen Repräsentantenhauses lautete: „Das Haus erklärt, daß es mit tiefem Bedauern von dem Tode des hervorragenden deutschen Staatsmannes Eduard Lasker gehört hat und daß dieser Verlust nicht allein von dem Volke seines Vaterlandes, wo seine feste und beharrliche Darlegung liberaler Ideen die soziale, politische und wirtschaftliche Lage des Volkes wesentlich gefördert hat, sondern auch von den Freunden der Freiheit in der ganzen Welt zu betrauern ist . . .“ Bismarck erklärte seine Ablehnung also, daß die Resolution ein Urteil über die politische Tätigkeit des Abgeordneten Lasker enthalte, die mit seiner Überzeugung im Widerspruch steht. „Nach meiner Kenntnis kann ich dieses Urteil nicht als ein solches ansehen, welches den von mir erlebten Tatsachen entspricht. Ich würde nicht wagen, mein Urteil dem des Repräsentantenhauses gegenüberzustellen, wenn ich nicht bezüglich der innern Politik Deutschlands durch eine mehr als dreißigjährige aktive Beteiligung an derselben eine Erfahrung gewonnen hätte, die mich ermutigt, auch meinem Urteil eine gewisse Kompetenz beizulegen.“ Der Schritt des Kanzlers stieß selbstverständlich auf den Widerspruch der Gesinnungsgenossen Laskers. Sie mußten sich aber mit einem Dankschreiben ihrer Fraktion an das Repräsentantenhaus begnügen.

Die Partei Laskers, die sogenannten Sezessionisten der Nationalliberalen, fusionierten sich vor Eröffnung des Reichstages am 5. März zu einer neuen, der „Deutschfreisinnigen“ Fraktion, in der Hoffnung, alle Liberalen mit der Zeit heranzuziehen. Die Thronrede vom 6. März sprach von der Kranken-

versicherung, der Unfallversicherung, der Alters- und Invaliditätsfürsorge, dem Hilfskassengesetz, einer neuen Aktiengesetzgebung, von der Fürsorge für die Witwen und Waisen der Reichsbeamten und von den guten Beziehungen zum Ausland, insbesondere von der „Befestigung der ererbten Freundschaft" mit den benachbarten Kaiserhöfen, und der Aufnahme, die der Kronprinz in Vertretung des Kaisers in Italien und Spanien gefunden. All das bewies, „daß dem Ansehen der deutschen Nation im Auslande das Vertrauen der Fürsten und der Völker auf unsere Politik zur Seite steht." Die Freunde Laskers, zumal Rickert und Richter, nahmen alsbald Gelegenheit, Laskers zu gedenken und von „unbefugter Einmischung" des Reichskanzlers zu sprechen. Daraufhin ergriff Bismarck am 13. März das Wort, um seinen Standpunkt in dieser Sache klarzulegen. Er sagte: „Es könnte danach scheinen, als hätte ich eine mir nicht zustehende Amtshandlung vorgenommen und als läge mir die Pflege unserer guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika wenig am Herzen. Unsere Beziehungen zu den Unionsstaaten sind von jeher gute gewesen. Friedrich der Große war der erste größere Monarch, der sie staatsrechtlich anerkannte. So lange ich Minister bin, sind diese Beziehungen stets die besten gewesen und nach den Kriegen von 1866 und 1870 hat es nicht an Sympathiebeweisen aus Amerika gefehlt . . . Indessen war eine Klausel der Resolution gerichtet gegen die Politik, welche ich bisher im Namen des Kaisers geführt und welche Lasker seit Jahren bekämpfte . . . Hiezu kam, daß die Parteigenossen Laskers sein Verdienst in maßloser Weise ausnutzten." Auf Pfuirufe von links erwiderte Bismarck: „Das Pfui ist beleidigend für mich. Pfui hätten Sie denen zurufen sollen, welche am Grabe Laskers Politik trieben . . . Lasker führte sich in Amerika selbst ein als Vorkämpfer der deutschen Freiheit gegen die freiheitsfeindlichen Tendenzen der Regierung, die im Reichskanzler verkörpert seien. Soll ich mich zum Briefträger meines Feindes machen? . . . Die Entfremdung (der nationalliberalen Partei) von 1878 ab betrachte ich vorwiegend als das Werk Laskers . . . Meine Wünsche für gute Beziehungen mit Amerika, wie sie seit 100 Jahren bestehen, bleiben dieselben . . . Ein Verkehr von Parlament zu Parlament ist absolut unstatthaft . . ."

Nach neuerlichen Angriffen sagte Bismarck: „Den Vergleich Bambergers zwischen der Regierung und einem Schuhmacher akzeptiere ich; wir wollen nicht das Volk beherrschen, sondern dem Volke dienen, aber dann muß jeder Abgeordnete Mitschuster sein, helfen, wo das Volk der Schuh drückt, helfen, daß niemand im Volk barfuß geht. Das Parlament darf den wohlwollenden Absichten der Regierung die Mitwirkung nicht versagen, nicht stets die Regierung abweisen wollen. Selbst regieren kann das Parlament nicht. Die Zerrissenheit der Parteibestrebungen führt uns dahin, die wohlwollenden Intentionen der kaiserlichen Politik zu gefährden. Die fortdauernde Negation des Reichstags verschleppt alles. Wir wollen vom Standpunkt des praktischen Christentums aus den Armen helfen und uns nicht, wie etwa Frankreich, so fern vom Sozialismus halten, daß wir nicht einmal eine Armengesetzgebung haben und jedem das Grundrecht lassen zu verhungern. Bringen Sie etwas Besseres, wir wollen uns gern überzeugen lassen. Es gibt ein soziales Vakuum, welches ein gesunder Staatssozialismus ausfüllen muß, andernfalls bemächtigt sich dessen die sozialdemokratische Agitation, erregt Unzufriedenheit und Klassenhaß. Man hüte sich vor einem Mißbrauch

Freiheit. des Wortes Freiheit, wie man unter Freiheit der Presse deren Herrschaft, unter Freiheit der Kirche die Herrschaft der Priester versteht."

Beim Empfang des Bundesrates, des Reichstags- und Landtagspräsidiums am 22. März, seinem 87. Geburtstag, sprach sich Kaiser Wilhelm sehr unbefriedigt über den Reichstag aus, besonders über die Zögerung, das Sozialistengesetz zu verlängern. Er habe erst sein Blut vergießen müssen, bis es klar geworden, welchen Gefahren wir entgegengingen, deshalb sei diese Opposition gegen ihn persönlich gerichtet. Es gelte den Weg zu vermeiden, der zum Sturze der Monarchie führe. Um so befriedigter äußerte er sich dem Bundesrat gegenüber.

Die neue „Deutschfreisinnige" Partei strebte eine Reform der Reichsverfassung an durch Errichtung eines verantwortlichen Reichsministeriums. Dagegen sprach sich im Bundesrat Preußen entschieden aus: die Verträge, wie sie bestehen, müssen aufrechterhalten werden. Es wäre ein Mißgriff, diese Verträge in unitarischer Richtung abändern zu wollen. „Die Einrichtung verantwortlicher Ministerien im Deutschen Reich ist nicht anders möglich als auf Kosten der Summe von vertragsmäßigen Rechten, welche die verbündeten Regierungen gegenwärtig im Bundesrat üben . . . Man wird nicht fehlgehen, wenn man in der von der neuen fortschrittlichen Partei erstrebten Einrichtung eines solchen Ministeriums ein Mittel zur Unterwerfung der Regierungsgewalt im Reich unter die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags erblickt." Das wäre aber sehr gefährlich angesichts der wechselnden Majoritäten.

In anderer Weise bestanden die Nationalliberalen auf ihrer Selbständigkeit, wie Miquel auf dem Parteitag 14. April sagte: „Wir freuen uns und sind stolz auf die herrliche Stellung und Macht, die unser Volk jetzt in der Welt hat, stolz auch, daß der Mann, der die höchste Autorität hat in Europa und sie am wenigsten mißbraucht, allen großen und gewaltigen Männern ein leuchtendes Beispiel gibt, daß er nicht ein Korse, sondern daß er ein Deutscher ist. Aber selbständig prüfen müssen und wollen unsere Vertreter im Parlament."

Bei den Verhandlungen über das Sozialistengesetz am 24. April wirkte sehr erschütternd die überraschende Nachricht, es sei im vorigen Jahr bei Gelegenheit der Weihe des Niederwalddenkmals ein Attentat versucht worden, den Kaiser, den Kronprinzen und alle anwesenden Fürsten und Staatsmänner durch Dynamit in die Luft zu sprengen, und es sei nur dadurch gescheitert, daß die Zündschnur naß geworden. Daraufhin wurde sofort ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen eingebracht.

Bismarck anerkannte im Reichstag 9. Mai bei Beratung der Verlängerung des Sozialistengesetzes das Recht des Arbeiters auf Arbeit. Die Sozialdemokraten legten diesen Ausspruch in ihrer Weise als das Recht auf Organisation der Arbeit, also auf Umgestaltung des Staates im sozialistischen Sinne aus und brachten alsbald den Antrag ein: „Der Reichstag wolle beschließen, den Bundesrat zu ersuchen, er möge dem Reichstage un-

verzüglich einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen das vom Reichskanzler proklamierte Recht auf Arbeit zur Verwirklichung gelangt."

Es erfolgte auf Bismarcks Anregung im Juni die Wiederherstellung des Staatsrats von 1852 oder eigentlich 1817. Welchen großen Wert Bismarck auf diese der Prüfung und Vorbereitung neuer Gesetze gewidmete Institution legte, geht daraus hervor, daß er ihr ein eigenes Kapitel in seinen „Gedanken und Erinnerungen" widmet (2, 271 ff.). Der Kronprinz wurde zum Präsidenten, Bismarck zu seinem Stellvertreter ernannt. 71 Mitglieder vertraten die Parlamentskreise, Staatsbeamte, Offiziere, Gutsbesitzer, Kaufleute, Industrielle, Geistliche, zumeist konservativer Gesinnung. Bismarck bemühte sich, sein Institut ins rechte Licht zu stellen, indem er schrieb: „Die ersten Staatsratssitzungen, denen ich 1884 beiwohnte, machten einen geschäftlich günstigen Eindruck . . . Bemerkenswert war, daß die Vorträge zweier ehemaligen Offiziere einen solchen Eindruck machten, daß der Kronprinz im Sinne der Versammlung verfuhr, indem er die beiden Herren später zu Referenten bestellte . . ." Staatsrat.

Eine Nebenabsicht des erneuerten Staatsrats, der am 25. Oktober seine Sitzungen begann, war auch die Möglichkeit, dem Kronprinzen als künftigen Herrscher eine Wirksamkeit zu verschaffen und so die Kontinuität der Regierungsgrundsätze in der Monarchie und im Reich zu wahren. Der Staatsrat war in sieben Abteilungen organisiert, die ungefähr den verschiedenen Ministerien entsprachen.

Bei einem Frühschoppen für die Reichstagsmitglieder, 20. Juni, schien Bismarck mit Gneist und den Nationalliberalen wieder anknüpfen zu wollen; er lehnte wenigstens die Autorschaft vom „An die Wand drücken der Nationalliberalen" ab. Die andern Parteien waren davon weniger erbaut.

Das Reichsversicherungsamt begann am 15. Juli seine Tätigkeit. Ein allgemeiner Handwerkertag zu Frankfurt 12. Juli verlangte die Beschränkung der ungezügelten Gewerbefreiheit und die Einführung obligatorischer Innungen. Anders der Bäckerkongreß in Berlin 17. August. Anarchisten versuchten ein Attentat auf einen Hamburger Bankier 29. August.

Bei den Neuwahlen zum Reichstag im Oktober behauptete das Zentrum seine dominierende Stellung. Die Sozialdemokratie schwoll stärker an als bisher. Eine hübsche Äußerung Bismarcks wurde erzählt: „Ich möchte nur wissen, wer die Selbständigkeit Hamburgs als unabhängigen Teil des Reiches antasten soll? Dem Reich ist an der selbständigen Stellung der Seehandelsstädte am meisten gelegen. Schade, daß wir nicht noch mehr davon haben! Sechs solche freie Städte im Bunde würden ein Segen sein. Die kleineren Staaten im Bunde sind der Mörtel für die übrigen." Warum hat er dann Frankfurt im Jahr 1866 annektiert?

Der Reichstag beriet die Maßregeln gegen die revolutionäre Sozialdemokratie. Man hielt sie für um so nützlicher, als sie doch bereits den Anarchismus von der Sozialdemokratie abgetrennt hätte. In der Debatte über Diäten der Abgeordneten äußerte sich Bismarck wieder sehr gereizt Sozialismus.

(26. Nov.): „Ich lasse mir von der Majorität des Reichstages nicht imponieren! Nein, meine Herren, in keiner Weise; dazu sind sie gar nicht die Männer! Ich habe mir von ganz Europa nicht imponieren lassen. Die Majorität setzt sich nach Parteitendenzen zusammen, je nachdem man entschlossen ist, taktisch gegen die Regierung zu stimmen oder für die Regierung. Die Parteien befinden sich in einem Kampf um die Herrschaft im Staat und im Reich. Ein nationales Interesse, ein kaiserliches, wird von drei Fraktionen vertreten, sie sind zusammen 157 Köpfe. 100 Herren kämpfen für die Herrschaft der Geistlichen. Unter Freiheit der Kirche verstehen sie das Herrschen der Kirche; sobald diese Herrschaft irgendwie beeinträcht wird, dann reden sie von diokletianischer Verfolgung, sklavischer Unterdrückung; das Herrschen ist ihnen so angeboren aus alter Tradition. Sie wollen uns mürbe machen, indem sie Opposition machen; sie kriegen uns nicht mürbe; es wird etwas anderes mürbe, das ist der gemeinsame Boden. Wir haben nachher etwa 98 demokratische Abgeordnete, ich nenne sie Republikaner; denn ob jemand fortschrittlicher Royalist oder royalistischer Fortschrittler ist, ob er eine Republik mit einem erblichen oder einem ernannten Präsidenten will, das ist mir absolut gleichgültig. Ich rechne dazu: Fortschrittspartei, Sozialdemokraten, Volkspartei . . . Wir kämpfen um die Herrschaft, die einen für die des Kaisers, die andern für die der Geistlichkeit, die dritten für die eigene Herrschaft. Bald die einen, bald die andern finden Unterstützung von den einigen 40 Elementen, die ich fremdländische nennen möchte: Polen, Franzosen, Welfen. Wir haben also gegen uns eine geborene Majorität von fünf Achtel . . . Ja, wenn Sie alle einig wären in einer objektiven Meinung, so wäre es eine Überhebung von mir, wenn ich klüger sein wollte als 199 mir Gleichgestellte. Aber die Majorität entsteht aus ganz anderen Gründen, die mit der Sache gar nichts zu tun haben."

In der Generaldebatte für den Etat (27. Nov.) verurteilte der deutschfreisinnige Eugen Richter die Wirtschaftspolitik Bismarcks aufs schärfste in allen und jeden Beziehungen. Ganz ebenso der Sozialdemokrat Bebel. Bismarck protestierte (1. Dez.) gegen den ungebührlichen Ausdruck Defizit: „Unser Reichshaushaltetat kennt kein Defizit. Die Mindereinnahmen sind die Folge der Opposition gegenüber unserer Finanzpolitik. Zweifellos ist doch, daß das Wachsen des Privatvermögens, des Handels, sehr bedeutend ist. Überall sehen Sie steigenden Export, Verbrauch und Luxus. Die Obstruktionspolitik, die der Regierung entgegensteht, veranlaßt Steuerausfälle, nicht die Finanzpolitik." Einige Tage darauf trat Bismarck lebhaft für die Gehaltsaufbesserung der Subalternbeamten der Reichskanzlei ein, damit den Beamten die Versuchung erspart bleibe, die sie unter anderem beim Dechiffrieren von diplomatischen Aktenstücken erfahren, unredliche Nebenvorteile zu ziehen; ein Fall, der allerdings bisher nicht vorgekommen sei.

Reinsdorff und zwei Genossen, die Unternehmer des Dynamitattentats am Niederwalddenkmal, wurden im Dezember unter großer Sensation prozessiert und zum Tod verurteilt. Bei Gelegenheit einer Polendebatte meinte Bebel (17. Dez.), es sei ein Gebot der Gerechtigkeit und der historischen Notwendigkeit, daß Polen wieder hergestellt werde.

Konfession. In das ganze Parteigetriebe griffen die konfessionellen Fragen noch sehr bedeutend ein. Ein Antrag Reichenspergers auf Wieder-

herstellung der drei kirchenpolitischen Artikel der preußischen Verfassung (im Januar) wurde nach einer Rede des Kultusministers Goßler abgelehnt, worauf die „Germania“ mit verschärfter Opposition drohte. Windthorst sprach der Regierung am 29. Januar den Dank für die Rückberufung der Bischöfe von Münster und Limburg aus, bedauerte aber, daß für Köln und Posen das gleiche noch nicht geschehen sei. Man solle sich nicht wundern, wenn das Zentrum nicht mit der Gewährung von Teilchen seiner Forderung befriedigt sei. Man verlange ja nichts anders als den früheren verfassungsmäßigen Zustand. Das weitere Hinhalten könne den Katholiken nicht mehr genügen. Freiherr v. Schorlemer bemerkte, das Zentrum sei in seinen Abstimmungen völlig unabhängig von Rom; man möge nur einfach die Unfreiheit der Kirche beseitigen und das Unrecht durch Recht ersetzen, das sei die einzig richtige Revision der kirchenpolitischen Gesetze. — In Bayern wurde gleichzeitig die Haltung der Regierung gegenüber den Altkatholiken von Seite der Kirchlichen angegriffen. — In Preußen bekämpfte das Zentrum die Zentralisationsbestrebungen auf dem Gebiete der Kunst durch übergroße Dotierung der Berliner Museen. — Vom glanzvollen Einzug des restituierten Bischofs Brinkmann in Münster am 11. Februar habe ich Augenzeugen, sogar Protestanten, mit Rührung und Begeisterung erzählen hören. Es war freilich nicht nur eine Demonstration für die Kirche, sondern auch eine gegen die Mißgriffe des Staates.

Fürstbischof Herzog von Breslau reklamierte in seinem Fastenhirtenbrief vom 25. Februar die weltliche Souveränität des Papstes und protestierte dagegen, daß durch unrechtmäßige Gewalt der älteste Thron der Christenheit gestürzt und der oberste Hirt der gesamten Kirche der Willkür einer feindseligen Macht überantwortet werde. Der Heilige Vater sei verlassen von denen, welche die Gewalt haben, dem Rechte die Wege zu ebnen. Die Gesellschaft sei verwildert.

Am schroffsten war das Verhalten der Regierung gegen die polnischen Katholiken, da hier das nationale Moment hinzukam. Der polnische Dichter v. Kraszewski und ein Hauptmann a. D. wurden gar wegen Landesverrats angeklagt und im Mai verurteilt. Die Person des Kardinals Ledochowski bildete ein starkes Hindernis in den Verhandlungeu zwischen Preußen und dem Vatikan. Bei all dem blieb die ausschlaggebende politische Stellung des Zentrums unerschüttert.

Die preußischen Bischöfe versammelten sich am 6. August in Fulda. Fulda.
Sie berieten über die vollständige Wiederbesetzung aller erledigten Seelsorgestellen, die Gründung katholisch-theologischer Fakultäten auf protestantischen Universitäten u. s. w. Daß weder die Bischöfe für sich noch die Zentrumsfraktion für sich das Mandat hätten, die kirchenpolitischen Fragen ohne den Heiligen Stuhl zu lösen, betonte gleichzeitig der „Moniteur de Rome“ als selbstverständlich.

Auf einen unbedeutenden Altkatholikenkongreß in Krefeld (29. Aug.) folgte am 1. September die Generalversammlung der deutschen Katholiken

Amberg. in Amberg. Ursprünglich war Wien als Versammlungsort ausersehen. Der anwesende Erzbischof von Salzburg ermahnte zur Bekämpfung der Freimaurerei, Windthorst zu der der Nationalliberalen. Hergenröther schilderte und beklagte die Gefangenschaft des Papstes durch das moderne Italien; Freiherr v. Gruben sprach gegen den Staatssozialismus. Es wurde ein energischer Protest gegen die Maßregeln der italienischen Regierung bezüglich der Güter der Propaganda gefaßt. Windthorst sagte noch: „Bayern ist groß geworden durch seine Stellung, die es in Deutschland eingenommen hat als katholische Macht, und diese Stellung muß es auch ferner einnehmen. Darum hat die Zentrumsfraktion im Reichstag die besonderen Rechte Bayerns kräftigst in Schutz genommen. Wir sind keine Reichsfeinde. Wir wollen die Reichsverfassung in dem Sinne, wie sie gefaßt ist, föderativ, wir werden niemals den Einheitsbestrebungen der sogenannten Nationalliberalen nachgeben."

Gelegentlich einer Wallfahrt klagte der Bischof von Münster (10. Sept.), daß trotz einiger Erleichterungen der Kern der kirchenfeindlichen Gesetzgebung geblieben sei. Man dürfe sich daher bei dem gegenwärtigen Zustande keineswegs beruhigen.

Kaiser Wilhelm übernahm das Protektorat über die Lutherstiftung zur Erziehung von Kindern evangelischer Pfarrer und Lehrer.

Professor Bender in Bonn wurde wegen seiner allzu freigeistigen Lutherrede von der Pastoralkonferenz heftig angegriffen: auch ein protestantischer Theologe müsse in Übereinstimmung mit der Theologie seiner Konfession bleiben.

Nach der amtlichen Statistik war die Zahl der katholischen Schüler höherer preußischer Lehranstalten seit 1859 von 23 auf 16 Prozent herabgesunken, offenbar ein Erfolg des Kulturkampfes, da den Katholiken die höheren Berufe prinzipiell versperrt wurden. Die Verschiebung erfolgte hauptsächlich zugunsten der Juden, die von 6 auf 10 Prozent stiegen.

Ein thüringischer Kirchentag in Gotha erklärte am 24. Dezember in sehr liberaler Weise: „Die Gleichberechtigung verschiedener Richtungen innerhalb der protestantischen Kirche ergibt sich aus den Prinzipien des Protestantismus selbst", grundsätzlich wie historisch.

Polen. In einer starken Reichstagsrede vom 3. Dezember sah Bismarck wieder die größte innerstaatliche Gefahr in der polnischen Bewegung: „Ich bin weit entfernt von der Neigung, weiter, als Sie glauben, dem Zentrum entgegenzutreten. Man kann mit ihm rechnen; es hat für mich nur die Gefahr: man kann sich mit ihm nicht einlassen, ohne sich dem Geist, der in ihm lebt, mit Leib und Seele zu verschreiben ... Es würde mir außerordentlich lieb sein, im Interesse des Landes, wenn ich einen Modus vivendi mit dem Zentrum wüßte, ohne mich und den Staat ihm mit Haut und Haar zu eigen zu geben. Die Befürchtung, daß der Kampf immer wieder erneuert werden wird, auch nach jeder Konzession, daß die Konzession nur ein Ausgangspunkt für neue Forderungen sein würde, hat niemand bedrohlicher genährt, als der absolute Leiter des Zentrums, Windthorst ... Ich fürchte, es würde mit diesem Streben ein Frieden nicht möglich sein, solange nicht alles in Deutschland vernichtet ist, was

an das ehemalige Corpus Evangelicorum erinnert ... Wir haben an Konzessionen eine recht anständige Summe von Vorschüssen geleistet; es fehlt aber noch jede Gegenleistung bis zu diesem Augenblick ... Wir wollen und können in Posen keinen Erzbischof zulassen, der das, was wir Revolution nennen, der das, was die Polen Herstellung der Republik Polen nennen, mit wohlwollendem Auge ansieht. Wenn uns diese Bedingung nicht erfüllt werden kann, wird Polen vakant bleiben."

Neue Judenkrawalle brachen aus, als das Schwurgericht in Konitz neuerlich (7. März) die wegen Brandstiftung in ihrer Synagoge angeklagten Juden wieder freisprach.

Die Grundsteinlegung des neuen Reichstagsgebäudes erfolgte am 9. Juni unter großer Feierlichkeit und mit besonderem Glanze durch Kaiser und Kanzler.

Die offiziöse „Provinzialkorrespondenz" hörte zu erscheinen auf.

Welfen. Die Welfenpartei in Hannover beharrte nach einer Erklärung vom 11. September auf ihrem Rechtsstandpunkt: „Immer stärker und in immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die Aufrechterhaltung eines ungetrübten Rechtsbewußtseins und insbesondere die Wiedergewinnung der Rechte, wie sie unseren Fürsten und unserem Volk bis zum Jahre 1866 zugestanden, eine sichere Bürgschaft gibt für eine heilsame Entwicklung deutschen Lebens in Volk und Staat. Auf den wichtigsten Posten zur Verteidigung des deutschen Rechts gestellt, erstreben wir Hannoveraner demgemäß mit allen gesetzlichen Mitteln die Wiederherstellung der Selbständigkeit unseres Landes unter seinem angestammten Fürstenhause. Wir bereiten damit den Boden für eine deutsche Partei, die sich auf Geschichte und Recht gründet und eine Freiheit erstrebt, welche, neben den idealen Gütern, auch die Interessen aller Stände zu sichern geeignet ist. Das Recht ist nie verloren, solange dasselbe noch Glauben und Mut, es zu verteidigen, findet."

Bei den Kaisermanövern am Rhein im September lehnte der Kaiser zu Düsseldorf es ab, die Adressen des katholischen Adels und der katholischen Kirchenvorstände von Westfalen anzunehmen. — Die dänische Agitation in Nordschleswig nahm eher zu als ab.

Der Berliner „Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen von Handel und Gewerbe", der sich am 1. Oktober unter dem Präsidium von Delbrück konstituierte, beklagte „die Unkenntnis und Mißachtung der hauptsächlichsten Bedingungen des wirtschaftlichen Verkehrs". Jene Strömung, welche ihren Ausdruck im Schlagwort findet: „Die Börse muß bluten!" erinnert an das „Schutzgeld, welches gewissen Handeltreibenden im Mittelalter auferlegt wurde, es entspringt dem Neide und der sozialistischen Abneigung gegen das mobile Kapital überhaupt".

Braunschweig. Durch den Tod des Herzogs Wilhelm von Braunschweig aus der älteren Welfenlinie (18. Okt.) ging das Nachfolgerecht auf den Herzog Ernst August von Cumberland, den Sohn des depossedierten Königs

von Hannover über. Da er aber sein Recht auf den Thron von Hannover nicht aufgeben wollte, und den Prager Frieden sowie die gegenwärtige Form des Deutschen Reiches nicht anerkannte, so galt er vorerst als „behindert", und es trat der nach dem Gesetz vom 16. Februar 1879 bereits vorgesehene „Regentschaftsrat" zur Geltung. Das mit Braunschweig verbundene Fürstentum Oels in Schlesien wurde als erledigtes preußisches Lehen von der Krone Preußen vorläufig eingezogen; denen, die etwa Ansprüche darauf hatten, wurde es überlassen, sie geltend zu machen. Der Herzog von Cumberland erließ von seinem dermaligen Sitz in Gmunden (Oberösterreich) aus noch am Todestag ein Besitzergreifungs-Patent, wodurch er dem Lande Braunschweig ebenso wie allen Fürsten und Regierungen der deutschen Bundesstaaten seinen Regierungsantritt anzeigte. Darauf schrieb die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": „Die von reichsfeindlichen Gesinnungen getragene Politik eines Herzogs von Braunschweig würde an sich noch keine Gefahren für den Bestand des Reiches involvieren; anders stelle sich aber die Sache, wenn in Hannover elf Wahlkreise 19 welfische Abgeordnete wählen, deren Programm lautet: Da Preußen dem Herzog von Cumberland nicht freiwillig den hannoverischen Thron anbieten wird, müssen Verwicklungen nach außen benützt werden, um es zur Wiederherstellung Hannovers zu zwingen." Das Reich darf diesen Bestrebungen nicht etwa einen „archimedischen Punkt gewähren, wie ihn die Residenz eines souveränen Parteimitgliedes in Braunschweig geben würde". — Der Herzog hatte einem preußischen Vermittler gesagt: „Sagen Sie jedem, daß ich der Sohn meines Vaters bin, und daß ich König von Hannover und Herzog von Braunschweig werden oder Herzog von Cumberland bleiben will." — Der Herzog von Braunschweig war der einzige deutsche Fürst, der mit Preußen keine Militärkonvention abgeschlossen hatte.

Auffallend war es, daß im Bundesrat Reuß ä. L. sich nicht dem preußischen Standpunkt fügte und folgende Erklärung am 27. Oktober zu Protokoll gab: „Die fürstliche Regierung steht auf dem Standpunkte des monarchisch legitimistischen Prinzips, gemäß dessen dem nach den betreffenden Ordnungen berufenen legitimen Thronfolger des Souveräns einer erblichen Monarchie die Regierungsrechte mit dem Ableben desselben von selbst zufallen. So erwünscht der fürstlichen Regierung die Beteiligung der herzoglich braunschweigischen Bevollmächtigten an den Verhandlungen des Bundesrats erscheint, vermag sie doch an einer Abstimmung nicht teilzunehmen, die ihres Erachtens ein Abweichen von dem eingenommenen Standpunkt involvieren würde."

Ein neuerliches Zirkularschreiben richtete der Herzog von Cumberland am 4. November an alle deutschen Fürsten mit Ausnahme des Königs von Preußen: „Die Ausübung meiner Regierung im Herzogtum Braunschweig ist zur Zeit auf Hindernisse gestoßen. Das Recht aber meiner Thronfolge steht fest und ist von keiner Seite angefochten. Die Versagung

meiner Anerkennung und die Hinderung meiner Regierung als Herzogs von Braunschweig würde daher von Reichs wegen nicht ohne einen Eingriff in die Rechtsordnung, auf welcher das Deutsche Reich selbst beruht, möglich sein, einen Eingriff, welcher um so gefährlicher sein würde, als er zugleich das suveräne Recht aller Mitglieder des Deutschen Reiches gefährden würde ... Ich schließe mit dem Ausdrucke meines Bedauerns, daß ich nach der Ablehnung meines Notifikationsschreibens vom 18. d. M. seitens Seiner Majestät des Deutschen Kaisers leider Bedenken habe tragen müssen, zur Zeit ein diesem entsprechendes Schreiben auch an denselben zu richten." — Ein Anerbieten des Herzogs von Cambridge, die Regentschaft von Braunschweig für den ältesten Sohn des Herzogs von Cumberland zu führen, dabei aber seinen Wohnsitz in England zu behalten, wurde in Berlin abgelehnt (10. Nov.). Als Bevollmächtigter des Herzogs von Cumberland übernahm Windthorst das ihm nach dem Testament zufallende Privatvermögen des verstorbenen Herzogs von Braunschweig.

Dreibund.

Es fällt höchlich auf, daß vom Dreibund mit Italien in all der Zeit so wenig zu hören war. Am wichtigsten blieben die Enthüllungen der „Kölnischen Zeitung" vom 20. Januar, die sie aus sicherer Quelle von Berlin her zu wissen erklärte. Sie bestritt nämlich, daß Italien, wie die französische Presse behauptete, sich nur dazu verpflichtet habe, Österreich nicht anzugreifen, verkündete vielmehr, daß Italien dem Friedensbündnisse zwischen dem Deutschen Reich und Österreich unter denselben Bedingungen wie die beiden andern Mächte beigetreten sei: Man habe bisher angenommen, daß die vertragsmäßige Bundeshilfe durch den deutsch-österreichischen Vertrag von 1879 erst für den Fall festgesetzt sei, daß Deutschland oder Österreich von zwei Seiten angegriffen werde; es sei ihr indes die verbürgte Mitteilung geworden, daß das Bündnis doch etwas enger geschlossen sei, und daß der Casus foederis schon dann eintrete, wenn eine der Mächte angegriffen werde und die Gefahr nahe und drohend sei, daß eine zweite Macht sich mit der angreifenden verbinde. Setze man also den Fall, daß die Franzosen Deutschland angriffen, um Elsaß-Lothringen zurückzuerobern. Wenn Rußland sich dabei ganz ruhig verhielte, keine Rüstungen mache und seine Neutralität erkläre, so würde Österreich nicht verpflichtet sein, Deutschland in einem solchen Kriege zu unterstützen, und dasselbe würde für Italien gelten. Ganz anders liege die Sache, wenn Rußland rüsten und sich anschicken sollte, mit Frankreich verbündet an dem Kriege teilzunehmen: dann würde Österreich zur Bundeshilfe verpflichtet sein und ebenso Italien. Noch auffallender war es, daß bereits von einem Siegespreis Italiens die Rede war, von der Wiedererwerbung von Savoyen, Nizza und Korsika — vielleicht auch von Tunis. Diese Kundgebung ist jedenfalls sehr beachtenswert; wir wissen heute (1917) noch nicht viel mehr über die Verträge mit Italien, als daß sie am 20. Mai 1882 abgeschlossen

wurden. Ob bei der Publikation des Textes des Zweibundes von 1879 im Jahre 1888 alle Artikel mitgeteilt wurden, ist auch nicht sicher.

Rußland. Diese Publizität hatte anscheinend die gute Wirkung, daß sich Rußland wieder vorsichtig den Mittelmächten näherte. So legte man wenigstens die Ernennung des Fürsten Orloff, bisher in Paris, zum russischen Botschafter in Berlin aus (20. Febr.). Rußland überbot sich in der Folge in Freundschaftsbezeugungen bei jeder Gelegenheit. So priesen die russischen Blätter die deutsch-russische Waffenbrüderschaft während der Freiheitskriege. Freilich hörten dadurch die Befestigungsarbeiten an den Grenzen nicht auf. Eine Erwiderung der russischen Freundlichkeiten war der Besuch des Prinzen Wilhelm in Petersburg (16. Mai) bei der Volljährigkeitsfeier des russischen Thronfolgers. Man erzählte auch von Akten der Verbrüderung zwischen dem russischen und deutschen Heere an der Grenze. Dagegen hatte die Berliner Polizei die Gefälligkeit, zahlreiche verdächtige Russen auszuweisen. Durch eine Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit Franz Josef in Ischl, 6. August, und eine Konferenz Kalnokys mit Bismarck in Varzin, 15. bis 19. August, wurde die Skierniewice. wichtige Zusammenkunft der beiden Kaiser mit dem Zaren in Skierniewice vorbereitet, 15. bis 17. September. Auch die drei Minister des Auswärtigen, Bismarck, Kalnoky und Giers, waren gegenwärtig und konferierten miteinander. Es war nicht Bismarcks Absicht, daß diese von ihm so rege geförderte Drei-Kaiser-Zusammenkunft doch nur eine Episode ohne entscheidende Folgen blieb. Auch in der Thronrede vom 20. November bei Eröffnung des Reichstags wurden noch an diese Politik große Hoffnungen geknüpft; man glaubte darin eine Wiederaufnahme der heiligen Allianz zu sehen, beruhend auf der „Freundschaft mit den durch Tradition der Väter, Verwandtschaft der regierenden Häuser und Nachbarschaft der Länder besonders nahestehenden Monarchen".

Im Dezember glaubte Bismarck, diesen Friedensbund auch auf Frankreich ausdehnen zu können, indem er einen eventuellen Besuch in Paris anzeigen ließ bei Gelegenheit der projektierten Badereise seiner Frau; das erregte aber in der Pariser Presse einen solchen Sturm der Entrüstung, daß er danach jedenfalls auf alles verzichtete. In sonderbarem Gegensatz zum Bund mit Italien stand es, daß am 30. September ein Korrespondent mehrerer, sogar offiziöser, italienischer Blätter wegen deutschfeindlicher Tätigkeit aus Berlin ausgewiesen wurde. — Über Bismarcks russische Politik werden wir ihn später noch ausführlich vernehmen.

Bismarck nahm nach Skierniewice seine beiden Söhne mit, Herbert und Wilhelm.

Es war sehr peinlich, daß gegen den Regierungspräsidenten Steinmann in Gumbinnen die strafrechtliche Untersuchung wegen Mißbrauches seines Amtes zur Wahlbeeinflussung veranlaßt werden mußte. Die Moralität der öffentlichen Abstimmung erschien dadurch in bedenklichem Licht.

Das Deutsche Reich anerkannte zuerst von allen Großmächten die neue Regierung von Peru; die Vereinigten Staaten waren davon weniger angenehm berührt.

Die Cholerakommission unter dem Geheimrat Koch traf am 3. Mai aus Indien wieder in Berlin ein. Koch hatte den spezifischen Cholerabazillus gefunden und damit die Grundlage gelegt zur Erforschung und Bekämpfung der Seuche. Ihm und der Kommission wurde dafür eine Reichsdotation von 135.000 Mark zugesprochen. In anderem Sinn schrieb Max v. Pettenkofer über die Cholera. Koch.

Durch das Ableben des holländischen Prinzen von Oranien erschien der depossedierte Herzog von Nassau für die Erbfolge in Luxemburg als zunächst erbberechtigt.

Der dritte Band von Medings „Memoiren zur Zeitgeschichte" brachte auch Nachrichten über die Welfenlegion.

In dem neuen Buch von Moritz Busch „Unser Reichskanzler" hieß es (1, 451): „Fürst Bismarck wollte zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ein öffentliches verfassungsmäßiges Bündnis gegen eine Koalition herstellen, das, durch Mitwirkung aller konstitutionellen Faktoren zustande gekommen, auch nur durch solches Zusammenwirken, also nur mit Zustimmung in Deutschland des Kaisers, des Bundesrates und des Reichstages, in Österreich des Monarchen und der Vertretung von Cis- und Transleithanien, auflösbar sein sollte ... Andrassy nahm den Gedanken Bismarcks im großen und ganzen wohl auf. Nur wollte er von der Öffentlichkeit und Verfassungsmäßigkeit des Bündnisses abgesehen wissen. Gegen die Verfassungsmäßigkeit scheinen den Österreichern vielleicht die Art ihres Parlaments, die Parteiverhältnisse in Wien und Cisleithanien und die Besorgnis vor der Neigung vieler Abgeordneten, ohne genügende Kenntnis der Umstände zu tadeln und zu mäkeln, gesprochen zu haben. Nichtöffentlichkeit mochte ihnen aus ähnlichen Gründen erwünscht sein." Busch.

Eine große Berühmtheit erlangte Bismarcks neuer Leibarzt Dr. Ernst Schweninger. Er hatte zuerst Bismarcks Sohn, den Grafen Wilhelm, geheilt durch rationelles karges Leben, das dem Krankheitsstoff wenig Nahrung bot. Schmale Kost, viel Bewegung, körperliche Anstrengung hatten in zehn Monaten die ganze Natur des Grafen verwandelt, so daß aus einem für seine Jahre unverhältnismäßig korpulenten und schwerfälligen Mann ein elastischer, muskulöser Mensch wurde; er verlor 58 Pfund von seinem Körpergewicht und seine gichtische Krankheit. Nun war auch der Reichskanzler kränker und kränker geworden, seine Körperfülle nahm in beunruhigender Weise zu, er litt an peinigender Schlaflosigkeit; dazu kamen heftige neuralgische Gesichtsschmerzen, infolge deren er einige Zeit wieder im grauen Vollbart erschien (Ill. Ztg. 1883, 17. Febr.). Er fühlte sich müde und abgespannt, machte keine körperliche Bewegung. Es bemächtigte sich seiner eine tiefe Verstimmung, eine offene Mißachtung der ohnmächtigen medizinischen Wissenschaft. Nun probierte er es auch mit dem jungen Dr. Schweninger (geboren 1851 in der Oberpfalz). Er lud ihn zu sich aufs Land. In der psychischen Gewalt, die dieser auf seine Patienten ausübte, in der Weise, wie er ihnen seinen Willen aufnötigte, lag die Hauptstärke seines Talents. So zwang er eine reiche Bankiersfrau, täglich dreimal aus dem Keller drei Körbe voll Holz in das zweite Stockwerk zu tragen und Schweninger.

das Holz da zu zerhacken; sie belustigte sich an der Seltsamkeit dieser Kur. Als er mit dem Fürsten bekannt wurde, war dessen Nervensystem völlig zerrüttet, seine Ernährung lag danieder. Diese Übel waren begründet in einem komplizierten Magen-, Darm- und Leberleiden; das trat auch in einer Gelbsucht hervor. Jetzt wurde der Fürst ein völlig anderer; seine Gestalt gewann wieder die männliche Geschmeidigkeit, er schlief gut, ritt täglich aus, machte große Spaziergänge, und man brauchte nur seine letzten Reden zu hören oder zu lesen, um zu bemerken, daß seine Kräfte sich verjüngt hatten. Schweninger war jetzt der tägliche Ratgeber in der Familie Bismarck und gehörte zum vertrautesten Umgang des Kanzlers; er wohnte in dessen Palais und stellte es sich zur Hauptaufgabe seines Lebens, die Gesundheit des großen Staatsmannes zu kräftigen und zu erhalten. Sein Name ging bereits mit dem Bismarcks durch die ganze Welt; jeder wollte ihn konsultieren. Es bildete sich der Mythus einer bestimmten „Schweningerkur".

Duell. Lobenswert war der Brief, den Haeckel als Prorektor der Universität Jena an den allgemeinen deutschen Burschenbund richtete: „Mit Recht stellen Sie die Beseitigung des feudalen Kastengeistes und der hochmütigen Sondersucht voran ... Diesem falschen Ehrbegriff entspringt jener wüste, leider noch weitverbreitete Duellsport, die Quelle tiefgreifender Schäden des deutschen Studentenlebens. Seitdem die allgemeine Wehrpflicht das deutsche Volk in Waffen erzieht und die Reform des Turnwesens viel bessere und vielseitigere Gelegenheit zur Leibesübung gibt als die einseitige Fechtkunst, sollte das Hauptgewicht auf die Gymnastik gelegt werden. Als wirkliche Ehrenrettung läßt sich das Duell ohnehin nur dann noch rechtfertigen, wenn man es im Sinne des Mittelalters als „Gottesurteil" auffaßt. Übrigens ist es ja den meisten Studenten, die Zeit und Kraft im Mensurensport vergeuden, weder um ihre wirkliche Ehre noch um die Leibesübung zu tun, sondern um den wüsten Unfug und die leere Prahlerei, die mit jenen Kampfspielen verbunden sind."

Hertling. Professor Freiherr v. Hertling gab mit seinen „Aufsätzen und Reden sozialpolitischen Inhalts" Zeugnis vom Schwinden der liberalen Meinungen; er zitierte Bambergers geflügeltes Wort vom 3. Mai 1879: Nicht die Zentrumsfraktion sei zum Reichskanzler übergegangen, sondern der Reichskanzler zur Zentrumsfraktion. „Aber der Umschwung der Meinungen hat bereits weit über das Zentrumsprogramm hinausgeführt. Aus der Periode des Gehenlassens sind wir in eine Periode der Verstaatlichung hineingeraten. So völlig ist die Situation verschoben, daß dieselbe Partei, welche zuerst ein Eingreifen der staatlichen Gesetzgebung in sozialpolitischer Absicht verlangte, nunmehr bereits wiederholt bedacht sein mußte, die berechtigte Freiheit gegen drohende Übergriffe der Staatsgewalt zu schützen ... Wie die Zentrumsfraktion zuvor gegen den schrankenlosen Individualismus Front gemacht hat, muß sie sich nunmehr staatssozialistischen Bestrebungen entgegenstellen, und dies um so allseitiger und nachhaltiger, als das neue falsche Extrem mit der propagandistischen Kraft einer aufsteigenden Bewegung unter uns auftritt."

Die „Historisch-politischen Blätter" berichten über die neuen sozialpolitischen Arbeiten von P. Alb. Weiß, Endemann und den Herausgebern des Rodbertusschen Nachlasses. Sie sehen den „drohenden Weltbrand in Afrika", berichten über Garibaldi nach den Mitteilungen seiner Freundin Elpis Melaena, ferner über die katholische Literatur zum Lutherjubiläum 1883, über die „Quadrupelallianz mit Rußland" und ihre Geheimnisse. Sie sehen einen geistigen Zusammenhang zwischen „Anarchismus und Spiritismus" in Österreich. Sie sehen die Weltmacht England in Ägypten an der Arbeit. Bei der Betrachtung der so hoffnungsreich aussehenden Friedensliga wird doch auf Bismarcks vor zwei Jahren gesprochenes Wort hingewiesen, daß die Italiener „unsichere Kantonisten" bleiben. Das staatsrechtliche Verhältnis des Dualismus in Österreich wird als unleidlich kritisiert. Dr. A. v. Steinle widerspricht der Meinung, Baron Vogelsang habe die Haider Thesen inspiriert oder redigiert, er hat sie aber in seiner „Monatschrift für Gesellschaftswissenschaft" publiziert und kommentiert (93, 983). Es erhub sich darüber eine Polemik aus Anlaß der Schrift „Die Gesetze für Berechnung von Kapitalzins und Arbeitslohn" von P. Albert M. Weiß. — Mit Recht sind die Blätter stolz darauf, seit Jahren die grandiose Entwicklung der abendländischen Politik in der Richtung nach dem weiten Orient hin in den Vordergrund der Betrachtung gestellt zu haben. Die Frage tauchte nun in ihrer ganzen Größe wie durch einen Zauberschlag auf. Es handelte sich dabei auch um einen Teil der sozialen Frage. — „Die neuesten Streiter gegen den Staatssozialismus" (Wilhelm Maier, Alb. M. Weiß und Fr. v. Hertling) werden gewürdigt. Die Zusammenkunft der drei Kaiser in Skierniewice erscheint hauptsächlich gegen die Umsturzbewegungen der Anarchisten gerichtet (94, 658). „Die Großfinanz und der kleine Mann" werden einander entgegengestellt. Vogelsang.

Volkslieder und Volksschauspiele wurden neuerlich von Schlossar, Pailler und Hartmann herausgegeben. Wilhelm Bäumker setzte K. S. Meisters Arbeiten über das katholische deutsche Kirchenlied fort. Dabei erinnerte man sich an Tilikes schöne Worte (Magnificat 1862): „Die alten Kirchenlieder, o singe sie aufs neu' und sing sie immer wieder, du Volk der deutschen Treu'! An ihrem Feuer labe dich gern beim Saitenspiel; mit diesem Pilgerstabe kommst du gewiß zum Ziel. So singe, daß es dringe zum höchsten Weltenthron, einmütig, daß es klinge der Jungfrau samt dem Sohn, wie deine Väter taten bis an der Nordsee Strand, so bist du wohl beraten, mein deutsches Vaterland!" — Sehr dankenswert waren Heinrich Keiters Studien: „Zeitgenössische katholische Dichter Deutschlands", ein Gegenstück zu seinen „katholischen Erzählern". Des edlen Mannes Bestreben war, die Kräfte zu sammeln, Heerschau zu halten, die schöne katholische Literatur vor dem Totschweigen und Tottreten zu bewahren. Sein positives Verdienst ist unendlich groß, denn ohne positive Kritik, ohne Anerkennung, ohne Würdigung, ohne Liebe und kongeniales Verstehen arbeitet der Künstler umsonst. — Eine eigene Studie widmet Dr. F. A. Muth in den „Historisch-politischen Blättern" dem dramatischen Dichter K. F. Weikum und rettet ihn vor der Vergessenheit; ebenso bespricht er Norbert Stock (Religion und Vaterland) und anderes. — Brugiers Geschichte der deutschen Nationalliteratur erschien in siebenter Auflage, P. Jungmanns S. J. Ästhetik in neuer Bearbeitung. — „Geschichtslügen", eine Widerlegung landläufiger Entstellungen auf dem Gebiete der Keiter.

Geschichte von drei Freunden der Wahrheit, war hauptsächlich gegen die Unwissenheit mancher Protestanten in bezug auf katholische Dinge gerichtet und gegen deren Unbelehrtheit. — Über Alban Stolz erschien eine Monographie von F. M. Hägele in zweiter Auflage. — Auch Ratzingers Geschichte der kirchlichen Armenpflege erfuhr eine Neubearbeitung. — Die große Enzyklika des Heiligen Vaters „Humanum genus" über die Freimaurersekte rief eine reiche polemische Literatur wach. Gleichzeitig erschien Otto Beurens „innere Unwahrheit der Freimaurerei". Man erinnerte daran, daß schon vor acht Jahren Beaconsfield öffentlich gestanden hatte, die Macht der geheimen Gesellschaften wachse mehr und mehr allen Regierungen über den Kopf.

Bachem. Julius Bachem deckte die historischen Wurzeln des Kulturkampfs auf in der Schrift „Preußen und die katholische Kirche". Er kam zum Resultat, die furchtbare Krisis, welche die katholische Kirche in Preußen seit zwölf Jahren durchzumachen habe, finde ihre Erklärung darin, daß es sich eben um das klassische Land des den Staatsbegriff zur Staatsallmacht überspannenden Hegelianismus handle; damit hänge auch die Verstaatlichung des Erwerbslebens zusammen. „Sämtliche Regenten (in Preußen seit der Reformation) bis auf Friedrich den Großen erhoben den Anspruch des Summepiskopats gegenüber der katholischen Kirche nicht minder wie gegenüber der evangelischen." Diese Entwicklung der Staatsnatur in Preußen zur Omnipotenz hat nur durch Friedrich Wilhelm IV. eine Unterbrechung erlitten. Darum hat man diesen Romantiker auch kaum mehr für einen echten Preußen angesehen. Hochgemutet und weitherzig, hat er sich weder von der Engherzigkeit der preußischen Staatstradition noch vom militärischen Kastengeist unterjochen lassen. Er vermochte sich mit dem Gedanken einer eigenberechtigten katholischen Kirche in Preußen zu vertragen. Er war auch nicht der Meinung, daß der Summepiskopat über die protestantische Landeskirche ein wesentliches Attribut der Souveränität sei. Er betrachtete diese Kirchenherrlichkeit vielmehr als eine Last, die notgedrungen getragen werden müsse, bis sie in die rechten Hände zurückgegeben werden könnte. Nach diesen rechten Händen hat er sich gesehnt. Bachem sagt: „Wenn die brandenburgisch-preußischen Regenten nach den in ihren politischen Testamenten und in sonstigen Staatsakten niedergelegten Anschauungen verfahren hätten, so würde die letzte Konsequenz die gewaltsame Ausrottung des Katholizismus gewesen sein." Aber an der Folgerichtigkeit fehlte es, weil Rücksichten der Politik dazwischentraten. Als zu den Erwerbungen in Schlesien und Polen noch die Gebiete in Westfalen und am Rhein hinzukamen, da war man in Berlin mit feierlichen Versprechungen zur Beruhigung der Katholiken sehr freigebig. Wie sie gehalten werden wollten, beweist eben der Kulturkampf. Seitdem das Reich unter Dach gebracht war, ergoß sich jene Flut von Unterdrückungsgesetzen, deren Reihenfolge Bachem beschreibt, besonders nach den „Aktenstücken betreffend den preußischen Kulturkampf" von Nik. Siegfried (Freiburg 1882). „Auch wo diese Kirchenpolitik (schreibt Bachem) einen Schritt zurück tut, wo sie sich herbeiläßt, schweres Unrecht gutzumachen, geschieht es langsam, zögernd, formalistisch. Nirgendwo eine versöhnliche Tat im großen Stil, welche die Herzen gewinnen, das Gefühl bitterster Kränkung mildern könnte. Es scheint fast Grundsatz zu sein, daß auch bei Zugeständnissen die starke Hand des Staates immer wieder fühlbar gemacht werden müsse. Daher ... die kränkende Zutat auch im Guten, welche ein ungetrübtes Dankgefühl nicht aufkommen

läßt." Bachem mahnt zum Schluß, wenn auch eine Lösung der Krisis eintreten sollte, doch ja nie zu vergessen, daß Rückfälle in die staatskirchlichen preußischen Traditionen keineswegs ausgeschlossen sind, daß daher die Katholiken zur Wahrung und Sicherung der wertvollsten ihrer Freiheiten in Preußen niemals zuviel tun können." (Vgl. auch Hist.-Pol. Bl., 94, 292.)

Es gab damals noch gesunde Geister in Deutschland, die sich und die Nation gegen die Invasion von Ibsens „Gespenstern" wehren wollten, so Ibsen. Walter Bormann in der „Allgemeinen Zeitung", 9. Juni. W. Jordan dichtete gegen diese ärgste Verirrung der Poesie: „Uns von Schiller abzukehren, unternimmt Titänchen Ibsen, winkelstädtische Miseren Nordlands treulich abzugipsen." „Wir schließen (sagt Bormann) mit einem Anruf an die helfenden Geister, welche in Poesie und Kunst das ewig Menschliche, das ewig Göttliche durch den Lauf der Zeiten gehegt und gehütet haben. Der Zusammenhang der Poeten mit ihrer Zeit ergibt sich von selbst, wie die Blüte nicht ohne Wurzel ist. Nichts ist falscher, als fort und fort gewaltsam die Dichtung auf das Moderne zu verweisen. Viel wichtiger ist es, mitten im heftigen Umschwung und der Neuerungssucht der Zeit an das Ewige zu mahnen, in dem von jeher die Größe aller Kunst bestand; denn, wie die Natur, so besitzt die Kunst das, was zu allen Zeiten sich gleich bleibt, was sich den Launen eines Tages nicht beugen will." Wir werden aber sehen, wie trotzdem der Naturalismus die nächsten Jahre beherrschte.

Von Geibels Gedichten erschien die 100. Ausgabe. Als er starb, Geibel. widmete ihm P. Heyse den Abschiedsgruß: „Nie schwingt sich mehr ein Lied aus deiner Brust, der Alten Trost, den Jungen eine Lust! Nun hebt alsbald um den vielteuren Mann die Totenklage tausendstimmig an. Und zu den Kränzen, welche taubeträuft das Volk auf seines Dichters Hügel häuft, innigster Trauer, echten Ruhms Symbol, geselle sich des Freundes Lebewohl!" Der Dichter von Dreizehnlinden, F. W. Weber, fand auch bei Nichtkatholiken immer mehr Anerkennung, besonders auch deshalb, weil er jede Polemik vermied.

In den nunmehr gesammelten Dichtungen Gottfried Kellers sind die Keller. vaterländisch schweizerischen Töne die erfreulichsten. In einem Liederzyklus die Gefühle eines lebendig Begrabenen schildern zu wollen, ist aber doch wohl der Gipfel aller Geschmacklosigkeit. — Die Kritik sah in Gottfried Keller einen Verwandten der Romantiker und Jean Pauls, und fand, daß überhaupt die starke Wirkung Jean Pauls neben der der Klassiker durchaus nicht unterschätzt werden dürfe.

Das kirchliche Festspiel, das Hans Herrig für die Wormser Lutherfeier gedichtet hatte, kam nun auch (1. März) in Berlin zur Aufführung im Stadtmissionshaus.

Des Germanisten Müllenhoff sei bei seinem Tod gedacht, besonders Müllenhoff. wegen seiner großen Bemühungen um die deutsche Heldensage; von 1866 bis 1870 wurde unter seiner Leitung von etlichen seiner Schüler das „Deutsche Heldenbuch" herausgegeben, eine kritische (manchmal überkritische), aber doch auch nicht ganz vollständige Ausgabe der neben den großen Heldengedichten einhergehenden Sagen zweiter Ordnung. Ich verdanke dem Werk eine starke Anregung zu meinem „Deutschen Götter- und Heldenbuch".

Felix Bamberg gab Friedrich Hebbels Tagebücher heraus. — Dem Dichter Georg Herwegh wurde ein Denkmal in Liestal gesetzt.

Ranke. Zum 89. Geburtstag Leopolds v. Ranke schrieb die Kaiserin: „Der Empfang einer neuen Bereicherung auf dem welthistorischen Gebiete ist für mich die frohe Veranlassung, Ihnen für das Vorbild geistiger Tätigkeit und Forschung zu danken, das Sie unserer Nation gewähren." In dieser Rastlosigkeit ist allerdings Rankes Arbeit und Persönlichkeit sehr zu bewundern.

Man bemühte sich sehr um den literarischen Nachlaß von Rodbertus. Dem bahnbrechenden Nationalökonomen war es nicht vergönnt, seine „Sozialen Briefe an v. Kirchmann" abzuschließen. (Allg. Ztg., 27. Nov.)

Georg Beseler schilderte „Erlebtes und Erstrebtes 1809—1859", J. C. Bluntschli gab „Denkwürdigkeiten aus meinem Leben". Das neue Buch von Moriz Busch „Unser Reichskanzler" gab eine Apologie Bismarcks nach allen Seiten. Hans Hopfen behandelte in den „Tiroler Geschichten" Streitfragen und Erinnerungen. Alfred Meißnes „Geschichte meines Lebens" ging an manchem Gefährlichen vorbei. Kuno Fischer schrieb gegen das „Streber- und Gründertum in der Literatur".

H. J. Bestmann behandelte „Die Anfänge des katholischen Christentums und des Islams". Felix Dahn gab die „Geschichte der deutschen Urzeit" heraus und mit seiner Frau Therese: „Walhall, germanische Götter- und Heldensagen". Joh. Loserth behandelte „Hus und Wiclif (Zur Genesis der hussitischen Lehre)". Des Bonner Professors Fr. H. Reusch „Index der verbotenen Bücher" war ein „Beitrag zur Kirchen- und Literaturgeschichte" vom altkatholischen Standpunkt aus.

Lorenz v. Stein schilderte „Das Bildungswesen des Mittelalters, Scholastik, Universitäten, Humanismus." — A. Peez behandelte das ethnologische Problem, daß die Tuaregs in Afrika so sehr den blonden Germanen glichen, was er auf Auswanderung in frühen Zeiten zurückführte (Allg. Ztg., 302). — Wichtig wurde Ed. Meyers „Geschichte des Altertums". — Neumann-Spallart gab „Übersichten der Weltwirtschaft".

Ich kann die Todesnachricht des berühmten Ägyptologen R. Lepsius nicht aufzeichnen, ohne mit Rührung meines verehrten Lehrers zu gedenken, der mich in seinem schönen gotischen Haus zu Berlin wie einen Freund aufnahm und mir das Bild eines Romantikers aus der Zeit Friedrich Wilhelms IV. in einer Weise darstellte, die zu den reinsten Erinnerungen meines Lebens gehört.

Leopold Zunz, nun 90 Jahre alt, ein echter Jude ohne Falsch, hatte sich besonders um „Die synagogale Poesie des Mittelalters" (1855) bemüht, ferner um den „Ritus des synagogalen Gottesdienstes" (1859). Er war 1823 einer der Mitgründer des „Vereins für Kultur und Wissenschaft der Juden", dem Eduard Gans und Heinrich Heine angehörten; in der unter seiner Leitung entstandenen Übersetzung (1838) lernten die deutschen Juden die Bibel kennen.

Dürer. Albrecht Dürers Bildnis des Hieronymus Holzschuher wurde zum großen Bedauern des Nürnberger Patrizierstandes nach Berlin um 300.000 Mark verkauft. Ein 1861 verstorbener Dr. Frh. Sigm. v. Holzschuher, war so bescheiden, einmal zu sagen: „Die Holzschuher sind wohl stets nur mittelmäßige Köpfe gewesen, aber sie sind berühmt geworden, weil Albrecht Dürer einen der Ahnen gemalt, und weil Gatterer die Geschichte des Geschlechts geschrieben hat." Durch den Verkauf wurden sie neuerlich berühmt. Das

Klischee in der „Illustrierten Zeitung", 27. Dezember, scheint einer der ersten noch nicht recht gelungenen Versuche der neuen mechanischen Reproduktionskunst zu sein. Sonst zog man noch immer den Holzschnitt vor.

In der Photographie entwickelten sich die Momentbilder und im Zusammenhang damit die unmittelbare Wiedergabe der Photographie durch Klischees nach dem Meisenbachschen Verfahren (Ill. Ztg., 15. März). Damit wurde zuerst dem Holzschnitt eine Konkurrenz gemacht. Klischee.

H. H. Johnstons Werk „Der Congo" erschien in deutscher Übersetzung (Brockhaus).

Der Sohn des verstorbenen Grafen Arnim richtete zur Abwehr neuerer Beschuldigungen ein Schreiben an die „Deutsche Revue" (Allg. Ztg., 19. Dez.). Er meinte, die weitere Entwicklung habe seinem Vater in manchem Recht gegeben gegen Bismarck.

Gerechte Bewunderung erregten die „motivlosen" Skulpturen Adolf Hildebrands, wie zum Beispiel die „männliche Figur" (Allg. Ztg., 29. Nov.). — Arnold Böcklins neues Bild „Die Toteninsel" erregte gerechtes Aufsehen und Bewunderung; es mutete an wie ein zauberhafter Traum, wie ein Ideal von Grabesruhe und reiner, friedlicher, tiefergreifender Naturschönheit. Es war mehr als gemalt, es war gedichtet. — Edw. Steinle schmückte nach Vollendung seiner Arbeiten im Straßburger Dom auch den Frankfurter Dom mit bedeutenden Wandgemälden. — Der Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für Schopenhauer war unterzeichnet von R. v. Bennigsen, Joh. Brahms, R. v. Ihering, E. de Laveleye, Elpis Melena, Dr. Miquel, Max Müller, E. Renan, Graf Schack, J. Unger, einem indischen Rajah u. a. — Über das Gewöhnliche ragt das in der Eilenriede zu Hannover enthüllte Kriegerdenkmal von Hermann Volz hervor, mit der triumphierenden Germania und der trauernden Hannovera. — Nikolaus Oesterlein gab den „Entwurf zu einem Richard-Wagner-Museum" heraus; seine eigenen Sammlungen sind später nach Eisenach übergegangen.

In Bezug auf Popularität und Anzahl der Aufführungen wetteiferte Neßlers „Trompeter von Säkkingen" mit Millöckers „Bettelstudenten". Unglaublich war es, daß nach R. Wagners Wirken ein so mattes Werk wie der „Trompeter" einen so breiten Erfolg haben konnte, nur weil er dem deutschen Philister in seiner falschen Butzenscheibenromantik so nahe kam.

In Straßburg wurden die Neubauten der Universität eingeweiht, in Berlin das neue Gebäude der Technischen Hochschule, in Wien die neue Universität. — Billroth nannte sie ein „feudales Lokal". — Asmus Jak. Carstens' geniale Bilder vom Argonautenzug kamen nun erst durch die Ausgabe von H. Riegel nach den Radierungen von J. Koch der Öffentlichkeit ganz zum Genuß.

Beim achten deutschen Bundesschießen in Leipzig hieß es: „Dem Frieden gilt der Gruß, den Leipzig beut, ihm lacht sein Antlitz heut aus Blütenschleiern, ihm gilt sein Jauchzen und sein Festgeläut; die Stadt der großen Völkerschlacht will heut ein großes Fest des Friedens mit euch feiern."

Die internationalen Bundesverhältnisse ließen sich in Österreich durch den Schleier des Geheimnisses hie und da deutlicher erkennen. Zwar der Besuch des russischen Ministers Giers auf seiner Rückreise aus Italien (20. Jan.) ließ noch wenig durchscheinen. Der Bau der strategischen Bahn Österreich.

Munkacs—Galizien ließ auch nicht auf größere Sicherheit gegenüber Rußland schließen. Die Eisenbahnkonvention mit der Türkei, Serbien und Bulgarien wurde erst am 6. April als ratifiziert veröffentlicht, da die Türkei noch immerfort Schwierigkeiten machte und in fast drohender Weise gedrängt werden mußte. Die Orientreise des Kronprinzenpaars im April mit den Besuchen in Konstantinopel, Bukarest, Belgrad und Rustschuk (Bulgarien) war selbstverständlich nicht ohne politische Bedeutung. Die Konferenzen in Wien behufs Regelung des Arlbergverkehrs auf der neuen großartigen Gebirgsbahn führten zur Einigung mit den süddeutschen und Schweizer Bahnen. Die großen Flottenmanöver in der Adria zeigten, wie sehr man vor dem verbündeten Italien auf der Hut war. Zu den Manövern auf dem Marchfeld lud der Kaiser den befreundeten König Milan von Serbien ein und empfing ihn dann auch noch besonders warm in Wien. In der Thronrede bei Eröffnung des ungarischen Reichstags, 29. September, fiel es am meisten auf, daß sie die Dreikaiserbegegnung in Skierniewice gar nicht einmal erwähnte. Es erregte dagegen geradezu Sensation, daß die Intimität mit dem Deutschen Reich besonders und allein hervorgehoben wurde. Man sah darin den Beweis, daß die Zusammenkunft in Skierniewice keine tieferwirkende Verschiebung in den europäischen Verhältnissen hervorgerufen habe. Auch das Regierungsblatt „Nemzet" sagte darüber: „Heute äußerte sich zum erstenmal einer der mächtigen Souveräne, die jüngst einander begegneten. Die Thronrede hat der Welt kundgetan, daß die eigentliche Garantie des Friedens auch jetzt noch das intime Verhältnis zwischen unserer Monarchie und dem Deutschen Reiche bildet." Die Antwortadresse des Reichstags verstärkte noch diesen Eindruck ganz erheblich, indem sie sagte: „Die Beruhigung darüber, daß unsere friedliche Tätigkeit durch auswärtige Verwicklungen nicht gestört werden wird, muß noch dadurch gesteigert werden, daß hauptsächlich unser Verhältnis zum Deutschen Reich ein möglichst inniges ist, daß also dieses den Charakter eines Bündnisses zu Zweien besitzende Verhältnis, welches, so wie es ist, sechs Jahre hindurch sich als eine so starke Garantie des europäischen Friedens bewährt hat, weder in bezug auf seinen äußeren Umfang noch in bezug auf seine innere Natur irgendeine Veränderung erfahren hat . . ." — Der Minister Tisza schliff diese allzu einseitige Auffassung in einer Rede vom 16. Oktober diplomatisch also ab: „Ich habe das Bündnis und intime Verhältnis zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Deutschland vom ersten Augenblick angefangen mit Freuden begrüßt, und insoweit ich dazu beitragen konnte, daß es sich möglichst innig gestalte, es stets gern getan, darum, weil dieses Bündnis die Aufgabe hat, Europa den Frieden zu

Skierniewice.

sichern, in jeder möglichen Weise. Diese Wirkung des Bündnisses hat sich denn auch dadurch geäußert, daß es eine Anziehungskraft ausgeübt hat auf benachbarte Mächte und Nationen. Je mehr solcher Mächte, um so erfreulicher ist es. Und wenn jetzt Rußland seinerseits ebenfalls erklärt: auch ich will mit euch gehen, so wird jeder Freund des Friedens sich dessen freuen. Nur so verstehe ich jenen Passus der Adresse." — Wieder in anderer Weise äußerte sich darüber die Ansprache des Kaisers beim Zusammentritt der Delegationen in Pest, 27. Oktober: „Unsere Beziehungen zu allen europäischen Mächten, insbesondere zu unsern Nachbarstaaten, sind die freundschaftlichsten. Die Begegnung, welche ich jüngst mit dem Kaiser von Rußland und dem Deutschen Kaiser hatte, bot mir nicht nur die erwünschte Gelegenheit, meine herzlichen Beziehungen auch zu dem russischen Kaiserhause zu erneuern, sondern überzeugte mich zugleich von der erfreulichen Übereinstimmung der drei Monarchen, die zum Wohle ihrer Völker so notwendigen Grundlagen des Friedens und der Ruhe zu erhalten und zu sichern. Auf der Wahrung der Verträge und gegenseitigem Vertrauen basiert, soll diese Einmütigkeit eine Achtung gebietende Friedensbürgschaft bilden, deren heilsame Wirkungen nicht nur uns, sondern allen Völkern zugute kommen werden." Dann war aber von der „wirksameren Sicherstellung unserer Küstengebiete" durch „Schaffung moderner Verteidigungsmittel" die Rede.

Auffallend war in der Debatte in der österreichischen Delegation die Wärme, mit der der Tscheche Rieger erklärte, das Bündnis mit dem Deutschen Reich sei ungemein ersprießlich für Österreich, und er war sehr befriedigt davon, daß Graf Kalnoky ihm darauf erwidern konnte, das Bündnis sei in der Tat der Ausgangspunkt für alle politischen Fragen in Österreich. Über den neuen Bund mit Rußland äußerte Rieger die Hoffnung, daß dadurch endlich das Provisorium in Bosnien in ein Definitivum umgewandelt werden könne. Hierüber befragt, verweigerte aber Kalnoky eine Auskunft; die Sache sei nicht zeitgemäß, sie sei allzu heikel, er wünsche, daß davon nicht einmal im offiziellen Protokoll des Ausschusses eine Erwähnung geschehe. Sehr eingehend waren sodann die Darlegungen des Vizeadmirals Freiherrn v. Sterneck über Verteidigungsmaßregeln an der vaterländischen Küste, besonders über Torpedos und Torpedoboote. Rieger.

In der ungarischen Delegation befragte Szilagyi am 8. November den Minister über jene Stelle im Bismarckbuch von Busch, darin es hieß, Bismarck habe den Zweibund 1879 auch durch Mitwirkung aller parlamentarischen Faktoren beider Reiche sicherstellen wollen. Hierüber äußerte sich Graf Andrassy als damaliger Minister des Äußern: Über die Frage, ob seitens Deutschlands ein Antrag in der Richtung gemacht wurde, daß der Vertrag als organisches Ganzes den Gesetzen beider Staaten einverleibt und sohin publik gemacht werde, könne er mit Zustimmung des gegenwärtigen Ministers des Äußern also antworten: Ein formulierter, offiziell ausgesprochener Wunsch ist in dieser Richtung nicht erfolgt. Diese Frage kam allerdings während der Unterhandlungen als Ideen-

austausch zur Sprache, es war aber damals wie jetzt seine Meinung, daß die Inartikulierung nicht zweckmäßig gewesen wäre, und die Sache wurde mit beiderseitiger Einwilligung fallen gelassen. Busch habe also wohl etwas läuten hören, war aber nicht vollständig orientiert. Über die Gründe, warum Andrassy gegen die parlamentarische Sanktion des Bündnisses war, machte er keine Andeutung.

Beide Reichshälften der Monarchie hatten genug mit nationalen, sprachlichen und sozialen Fragen zu schaffen. Die Mehrheit der Kroaten schwärmte für einen großen südslawischen Staat neben Ungarn und Cisleithanien im Sinne eines Trialismus; dadurch kam es zu erregten Debatten im kroatischen Landtag. Graf Wurmbrand beantragte wieder Festhaltung der deutschen Sprache als Staatssprache für Zisleithanien mit Regelung der landesüblichen Sprachen in Amt, Schule und öffentlichem Leben. Er betonte, die Deutschen hätten niemals die andern Nationalitäten unterdrückt, die Volksgrenzen beständen heute noch überall so wie vor 600 Jahren. Ruß schlug für Böhmen die Einteilung in rein deutsche, rein tschechische und gemischte Bezirke vor. Die Ansicht der Tschechen darüber war schwankend. Gegen die sächsische Nationsuniversität erging ein Erlaß Tiszas. Die Deutschen des Böhmerwaldes gründeten im April zu Budweis den Böhmerwaldbund gegen die bedrohliche tschechische Überflutung. Die Ruthenen erklärten sich gegen die von der Regierung im Einverständnis mit den Polen bewirkte Übergabe des Basilianerordens an die Jesuiten. Bei der Hauptversammlung des Deutschen Schulvereins in Graz, 2. Juni, fanden sich 1360 Delegierte ein. Der Verein zählte 85.000 Mitglieder mit einer Jahreseinnahme von 255.000 Gulden. Schönerer und die Antisemiten bezeugten ihre Sympathie mit dem deutschen Reich durch Kornblumen im Knopfloch. Man trank auf die gesamte deutsche Nation ohne Zwischenschranken. In Dalmatien ging die kroatische Mehrheit rücksichtslos gegen die Italiener vor. Ebenso in Istrien. Die Wahlkämpfe in Ungarn im Juni mit den Stimmenkäufen (die Stimme zu 40 bis 100 Gulden) erinnerten an Amerika, teils durch blutige Exzesse an Asien. Für Zisleithanien blieb das Eisenbahnwesen ein Interessengebiet der deutschen Verkehrssprache. Eine kroatische Deputation besuchte im August Prag und fraternisierte mit den Tschechen, zum großen Ärger der Magyaren. Bald darauf kamen Tschechen nach Krakau, um sich mit den Polen zu verbrüdern. In Böhmen wurde lebhaft für die Lex Kwiczala agitiert, wonach kein tschechisches Kind in eine deutsche Schule aufgenommen werden sollte. Die tschechische Majorität des Landtags beschloß trotz des Einspruchs der deutschen Opposition einen prunkvollen Museumsbau, einen Nationalpalast, der allerdings beide Nationen umfassen sollte. Vergebens forderten die Ruthenen in Galizien eine gewisse Gleichberechtigung mit den Polen. Der ungarische Unterrichtsminister Trefort sah sich doch veranlaßt, in einem Erlaß vom 10. November an sämtliche Unterrichtsbehörden dringend zu größerer Pflege der deutschen Sprache zu mahnen. Am selben Tag gab die Eröffnung des Agramer Akademiepalastes unter Mitwirkung des Bischofs Stroßmayer Anlaß zu einer großen südslawischen Demonstration. Im Dezember suchte der Alttscheche Rieger die Magyaren zu gewinnen, indem er ihnen bis auf einen gewissen Grad die Slowaken Nordungarns preisgeben wollte; dagegen protestierten aber die Jungtschechen entschieden. Zur Eröffnung eines tschechischen Theaters in Brünn

Trialismus.

Schulverein.

fand sich auch Rieger ein. Die Slowenen in Krain beschlossen die Gründung eines Cyrill- und Methud-Schulvereines; die Tausendjahrfeier dieses Slawenapostels Methodius wurde besonders in Mähren vorbereitet.

Anarchisten.

Eine höchst aufregende, aber doch ganz unbedeutende Episode spielten die Anarchisten in Österreich. Infolge der Ermordung des Detektivs Blöch ergriff die Regierung am 30. Jänner außerordentliche Verfügungen. Die revolutionären Umtriebe hatten schon 1879 begonnen. Durch Brandschriften in Tausenden von Exemplaren wurde der Boden unterwühlt und durch Emissäre eine geheime Kluborganisation unter den Arbeitern vorgenommen. 1881 begann die „Freiheit" die Arbeiter an das Studium der Chemie zu mahnen und ihnen Dynamit, Mord, Brand und Plünderung im Kampf gegen die Gesellschaft zu empfehlen. Im Dezember 1881 wurde der Polizeikommissär Kadlec schwer verwundet, 1882 erfolgte das Raubattentat an dem Schuhmacher Merstallinger. Most frohlockte in der „Freiheit" über die Haltung der „Genossen" in Wien und schrieb: „Wenn man die heutige Welt nicht aus den Angeln heben kann, so wird man sie mit Dynamit sprengen." Mit den deutschen Genossen verbanden sich böhmische Arbeiterführer. Man errichtete geheime Pressen. Ein Straßenexzeß vor der Polizeidirektion, August 1883, war der Vorläufer des Schlachtrufes: „Nieder mit allen Tyrannen und ihren Schergen! Nieder mit allen Ausbeutern und Volksbetrügern!" Man verschickte Drohbriefe und Todesurteile; es erfolgte die Ermordung des Polizisten Hlubek im Dezember 1883 und nach der Verurteilung des Parteiführers Johann Rouget, der eine geheime Presse verborgen hatte, am folgenden Tag die Ermordung des Polizeiagenten Blöch (24. Jan.). Der Bevölkerung bemächtigte sich eine gewaltige Furcht. Zwei der mutmaßlichen Mörder, Stellmacher und Kammerer, wurden am 28. Februar verhaftet. Auch in Pest und Agram entdeckte man Anarchisten, die mit den Wienern in Verbindung standen. In Preßburg wurde der Anarchist Prager am 15. Mai verurteilt, in Agram zwei Anarchisten am 17. Mai, in Wien Stellmacher als Mörder Blöchs am 10. Juni, in Graz 23 Angeklagte am 11. Juni. Der steirische Arbeiterverein unter Leitung des Michael Kappauf zählte 1200 Mitglieder. Die Strafen waren in diesem Fall auffallend gelinde. Stellmacher und Kammerer waren auch bei mehreren Raubmorden und Attentaten in Straßburg und Stuttgart beteiligt. Sie hatten dort unter andern den Bankier Eisert und seine beiden Söhne durch ein Beil getötet und beraubt. Stellmacher wurde am 8. August in Wien hingerichtet. Kammerer am 20. September. Wegen einer neuerlich in Wien entdeckten geheimen Druckerpresse wurden im November noch 18 angeklagte Anarchisten zu Kerkerstrafen verurteilt. Ein Anarchistenprozeß in Klagenfurt wurde am 12. Dezember verhandelt. Zahlreiche Anarchisten wurden am 14. Dezember in Linz verhaftet. Der Reichsrat genehmigte am 15. Dezember die Verlängerung der Ausnahmemaßregeln, die Regierung kündigte ähnliche Gesetze wie die Sozialistengesetze im Deutschen Reich an.

Wirtschaft.

In beiden Reichshälften hielt man es für angezeigt, etwas zum Schutz der Gewerbetreibenden zu tun. In Ungarn konnte man sich nicht vom Grundsatz der Gewerbefreiheit lossagen, widersetzte sich aber nicht dem Befähigungsnachweis, um nicht die Stimmen des Kleingewerbes zu verlieren. Die Frage der Erbteilung für mittlere Bauerngüter wurde vom Reichsrat an die Landtage verwiesen. Tisza sprach sich wiederholt gegen die Errich-

tung von Zollschranken zwischen beiden Reichsteilen aus. Der Reichsrat beschloß den Elfstundentag und strengere Sonntagsruhe. Zwischen beiden Regierungen brach ein Streit über die Verproviantierung Wiens mit ungarischen Ochsen aus, der sogenannte Ochsenkrieg, in dem Zisleithanien nachgeben mußte. Nach dem Muster des oberösterreichischen bildete sich auch ein niederösterreichischer Bauernverein, liberal, aber unter Festhaltung der christlichen Grundlage des Staates und Hochhalten der Fahne des Deutschtums. Der Befähigungsnachweis im österreichischen Gewerbegesetz hatte auch eine scharfe Abgrenzung der verschiedenen Gewerbszweige zur Folge. Ein Kaufmannstag in Wien, 15. August, trat gegen Konsumvereine, gegen den Hausierhandel, die Ausverkäufe u. s. w. auf. Der dritte österreichische Gewerbetag in Wien, 5. September, wandte sich gegen Konfektionäre u. dgl., verlangte im Interesse der Konkurrenzfähigkeit des Kleingewerbes für den Fabrikbetrieb den Zehnstundentag und ähnliche Beschränkungen. Der Reichsrat genehmigte mit kleiner Majorität ein Lobkowitzsches Fideikommiß.

Gegen wieder begonnene antisemitische Agitationen erließ Tisza einen scharfen Erlaß am 24. Februar.

Der Religionsunterricht an Volks- und Mittelschulen wurde wieder besser berücksichtigt. Bischof Rudigier in Linz versuchte vergebens den Lehrer Rohrweck vor sein geistliches Gericht zu ziehen. Ähnlich ging der Bischof von Leitmeritz vor. Der Unterrichtsminister v. Conrad richtete infolgedessen an die Landesschulbehörden einen Erlaß (17. Nov.), in dem er als Grundsatz aufstellte, es sei bei geschichtlichen Gegenständen alles zu vermeiden, was geeignet wäre, „die religiösen Gefühle der Schuljugend zu verletzen und die Grundlagen ihrer Anhänglichkeit und Liebe zum gemeinsamen Vaterlande zu erschüttern". Im Salzburger Landtag verlangte ein vom Fürsterzbischof, vom Landeshauptmann und von sämtlichen konservativen Abgeordneten unterzeichneter Antrag (5. Okt.) die Wiederherstellung der 1620 gestifteten und 1810 unter bayrischer Herrschaft aufgehobenen Universität als freie katholische Hochschule. Gegen Ende des Jahres trat auch der Gedanke auf, die Universität Graz oder Innsbruck zu rekatholisieren.

Salzburg.

Ludwig Kossuth erklärte im Antwortschreiben auf die Begrüßungsadresse zu seinem 80. Geburtstag, er habe nunmehr den Eindruck gewonnen, „daß die bestehenden Zustände den wahren Gesinnungen Ungarns entsprechen".

Georg v. Schönerers, des Antisemiten, großes Ansehen zeigte sich bei einem für ihn günstigen Ehrenbeleidigungsprozeß. Wohl warf ihm der Prozeßgegner das Wort entgegen: er habe die Moral im Munde, und das Bordell im Hause.

Die Siebenbürger Sachsen feierten den 700. Jahrestag der deutschen Einwanderung durch eine Festwoche mit historischem Festzug und Aufführung des Festschauspiels „Die Flandrer am Alt" im Hermannstädter Theater (von Prof. M. Albert in Schäßburg). Das Spiel gipfelte in der Mahnung zur Einheit der Deutschen und Magyaren gegen die andern.

Die jungdeutschen „Kornblumenritter" in Österreich stellten nach Dr. Friedjungs Vorgang folgendes Programm auf: „Aufräumung mit dem alten Gerümpel von der gesamtstaatlichen Idee, der parlamentarische Zusammenschluß Österreichs mit dem Deutschen Reich, die Sonderstellung Galiziens und die Selbständigkeit Österreichs gegenüber Ungarn" (Hist.-pol. Bl., 94, 205). Ähnlich Fr. v. Schulte in der „Deutschen Revue". Das Rezept von der Loslösung

aller unbequemen Länder und Völkerschaften war schon eine Lieblingsidee des Bürgerministers Giskra. Die polakischen, rumänischen und kroatischen Gebiete mit rund sieben Millionen Seelen sollten teils unabhängig gemacht, teils an Ungarn abgetreten werden; im übrigen Österreich mit 14 Millionen blieben die Deutschen mit einer halben Million in der Majorität.

Einige Wochen vor Laubes Tod war ich noch bei dem Schwerkranken und sehe noch sein hilfloses Lächeln vor mir, mit dem er mein eben erschienenes Drama „Maximilian" entgegennahm. Mich hatte dort mein Freund Hans Pöhnl eingeführt. Als ständigen Hausfreund hatte er Müller-Guttenbrunn bei sich. Man sprach über den Niedergang der Dramaturgie. Sein Stiefsohn Hänel war auch anwesend.

Mit Hans Makart starb der malerischeste der Maler der Gegenwart, die verkörperte Farbenphantasie. Ich habe kurz vor seinem Tode mit ihm und seiner Frau bei Meister Hansen gespeist, der sich Mühe gab, den wegen seiner zweiten Heirat mit der Tänzerin vereinsamten Maler der Gesellschaft zu erhalten.

Von dem im Bau begriffenen ungarischen Parlamentspalast für Pest hieß es: „Wenn wir den Donaustrom entlang blicken, von dort, wo er in Deutschland entspringt, bis dorthin, wo er sich ins Schwarze Meer ergießt, wird das ungarische Parlamentshaus das mächtigste Gebäude an seinen Ufern sein, als Wahrzeichen für Ost und West, daß dieser Staat seine Existenzberechtigung fühlt und daß er seinen Beruf auch in Hinkunft erfüllen wird im Interesse Europas." Der gotische Bau war von Emmerich Steindl. Sehr richtig wies Tisza darauf hin, daß nicht nur vom Standpunkt des Gefühls, sondern auch von dem des berechnenden Verstandes die übermäßig hohen Kosten durchaus gerechtfertigt seien, da es sich um ein sichtbares Zeichen des verfassungsmäßigen und autonomen Bestandes Ungarns handle.

Der am 4. November 1883 zuerst der Benützung übergebene Wiener Parlamentsbau von Hansen war in den Formen des reinsten griechischen Stils gehalten, war aber der Anordnung nach doch im Grunde ein Renaissancebau, nur daß er seine klassischen Formen nicht erst auf dem Umweg über Italien holte; denn der eigentlich fensterlose griechische Stil bot für moderne Zwecke keine unmittelbar brauchbaren Vorbilder. „Möge das Haus der Schönheit (hieß es) allezeit eine Stätte der Weisheit sein!" Hansen war sich, wie ich das von ihm wiederholt persönlich erfuhr, dieses Verhältnisses vollkommen bewußt. Ursprünglich war der Bau auf einem Hügel, dem damals noch bestandenen Stadtwall gedacht. Die Polychromierung der Außenseite wurde ihm aus Eifersucht nicht gestattet, damit es nicht zu schön werde.

Nun gab auch das österreichische Kaiserhaus ein prächtiges Jahrbuch seiner kunsthistorischen Sammlungen heraus.

Erzherzog Johann und Kronprinz Rudolf versuchten den englischen Spiritisten Bastian zu entlarven. Erzherzog Johann schrieb darüber: „Einblicke in den Spiritismus". Aber überzeugte Spiritisten blieben bei ihrem Glauben; so Baron Hellenbach in der Gegenschrift „Die Logik der Tatsachen". Auch Professor Oskar Simony befaßte sich mit spiritistischen Problemen (Ill. Ztg., 29. März).

Es erschien das Prachtwerk „Eine Orientreise", beschrieben vom Kronprinzen Rudolf von Österreich, illustriert nach Zeichnungen von Franz v. Pausinger.

Rudigier. Ich gedenke vor allem des zu Linz im Ruf der Heiligkeit verstorbenen Bischofs Rudigier, dem ich mit der Firmung etwas vom Heiligen Geist verdanke.

Josef Hirn schilderte eine wichtige Periode in seinem „Erzherzog Ferdinand II. von Tirol". — Alexander Dorn gab die Zusammenstellung von „Kriegsmarine und Volkswirtschaft in Österreich". — Poestions, meines Freundes, Buch „Aus Hellas, Rom und Thule" erschien in 2. Auflage. Er wandte sich seitdem ausschließlich dem Nordgermanischen zu, allzeit von meinem regsten Interesse begleitet. — Es erschienen die gesammelten Schriften und Denkwürdigkeiten von August von Jochmus.

Sehr originell war Johann Benks Austriastatue in Bronze und Marmor für die Länderbank in Wien (Ill. Ztg., 23. Aug.).

Sulzer. Über Salomon Sulzer, den Reformator des jüdischen Tempelgesanges (durch sein „Schir Zion") sagte Liszt: „Ich habe eine Ahnung von dem empfunden, was eine jüdische Kunst werden könnte, wenn die Israeliten alle Intensität des in ihnen lebenden Gefühls in Formen ihres eigenen Geistes kundgäben. Selten habe ich eine so überwältigende Erschütterung aller Saiten der Gottesverehrung erlebt, als an dem Abend, wo beim Schein der den Plafond gleich Sternen übersäenden Kerzen ein seltsamer Chor anhob von dumpfen, gutturalen Stimmen, als wäre jede Brust eine Kerkerzelle, aus deren Tiefen sie sich emporrangen, um dem Gott der Bundeslade in Elend und Gefangenschaft zu lobsingen, voll Gewißheit einstiger Wiederkehr in ihr Königreich. Beim Aussprechen dieser hebräischen Worte glaubte man dunkle Blumen sich von ihren Stengeln erheben und ihre klingenden Kelchblätter in die Lüfte verstreuen zu sehen; diese rauhen Töne, schimmernden Diphthonge und knitternden Endungen durchschwebten den Raum und streiften wie mit leckenden Feuerzungen den Raum. Man glaubte, die Psalmen wie die Geister des Feuers über sich schweben zu sehen, die dem Fuße des Höchsten als dienende Stufe sich neigen. Dann entrollten majestätische, siegfrohlockende Klänge das Schauspiel der ganzen Kraft des Gottes Abels und Noahs, Isaaks und Jakobs, und es war unmöglich, nicht mit allen Sympathien der Seele in den gewaltigen Aufruf dieses Chores einzustimmen, der wie auf riesigen Schultern die Last so vieltausendjähriger Überlieferungen und göttlicher Wohltaten, so vieler Empörungen und Züchtigungen und so unerschütterlicher Hoffnungen trug." Das war ein Judentum, gegen das sich kein Antisemitismus erhob. Übrigens beruhten die Gesänge Sulzers, der von 1826 bis 1881 als Kantor der Wiener israelitischen Kultusgemeinde wirkte, und nun sein 80. Geburtsfest feierte, durchaus nicht auf alten Traditionen, deren es in der jüdischen Musik nicht gibt, sondern waren von seiner Komposition. Wenn wir einen Nachhall des althebräischen Tempelgesangs besitzen, so liegt er ganz allein in den Psalmenintonationen der Kirche.

Rußland. Es waren wohl vor allem die heillosen inneren Zustände Rußlands, die den Zaren zum Anschluß an die Mittelmächte bewogen. Sein nächster Schützer Sudejkin wurde ermordet. Revolutionäre Schriften gingen von Hand zu Hand. Der Prozeß gegen die Armeeintendantur enthüllte ein greuliches Bild der Armeeverwaltung. Man hatte am Hof Anlaß, sich vor den radikalen Panslawisten zu fürchten, wie vor General Tscher-

najew, der sich die politische Nachfolgerschaft Skobelews aneignen und selbständig vorgehen wollte. Man rief ihn deshalb aus Turkestan zurück. Unheimlich war das Eindringen des Nihilismus in die Armee und Flotte. Das „Exekutivkomitee" bezeichnete die Ermordung des Gendarmeriekapitäns Gidscheu in Odessa, 24. Juni, durch Plakate als seine Tat. Eine nihilistische Kaufmannstochter versuchte den Chef der Gendarmerie in Odessa zu ermorden (20. August). Unruhen der Studenten machten den Betrieb der Universitätsstudien unsicher. Vor dem Militärgericht in Petersburg wurden im Oktober Offiziere, Edelleute, Priestersöhne, Kaufmannssöhne, Frauen verurteilt. Frauen dienten als Agentinnen des „Exekutivkomitees" und waren an zahlreichen Attentaten beteiligt; es handelte sich da hauptsächlich um Bildung einer militärischen Revolutionsorganisation, um die Armee für die Umsturzpartei zu gewinnen, aus ihr eine Revolutionsarmee zu bilden. Geheime Druckereien wurden entdeckt. Ein Flugblatt vom Oktober quittierte reiche Spenden für die Revolutionspartei zum Zweck aggressiven Vorgehens. Es gab wohl auch Verräter unter den Nihilisten oder solche, die eine unklare Doppelrolle spielten. So denunzierte sich Degajew, als es ihm zu schwer wurde, diese Doppelrolle weiter durchzuführen, selber vor dem Exekutivkomitee; dieses verurteilte ihn, Sudejkin aus dem Weg zu räumen, sodann in die Verbannung zu gehen, nach einiger Zeit aber zurückzukommen, um an der Bewegung weiter teilzunehmen; im entgegengesetzten Fall werde ihn die Todesstrafe treffen. So berichtete die „Narodnaja Wola" im Dezember. — Daneben gingen die Judenhetzen fort.

Auch das Geldbedürfnis trieb den Zaren Berlin in die Arme; eine neue große Anleihe wurde im April bei der Berliner Seehandlungs-Sozietät untergebracht, selbstverständlich unter staatlicher Befürwortung. Nebenbei war die „freiwillige" Unterwerfung von Merw ein großer Erfolg.

Es interessiert uns doch vor allem, zu sehen, wie Italien sich in der neuen Friedensliga benahm. Die Umtriebe der Irredenta hörten nicht ganz auf. So subskribierte man auf 100 Karabiner, um eine Oberdank-Kompagnie auszurüsten, welche Triest erobern sollte. Dafür benützte der Minister des Äußern Mancini am 2. Februar eine Interpellation, um vor der Kammer neuerdings in warmen Worten die Freundschaft Italiens zu den beiden Mittelmächten zu betonen, und zwar fügte er sehr energisch hinzu, der Bund sei auf gemeinschaftliche kriegerische Verteidigung abgezielt. Er wiederholte diese Erklärung am 5. April und bestritt, daß die Stellung Italiens in der Tripelallianz sich von jener Österreichs und Deutschlands unterscheide, auch Italien sei vielmehr mit vollkommener Parität und Gegenseitigkeit der Bedingungen dem Bunde beigetreten. Die Annäherung Rußlands an das Deutsche Reich müsse auch als ein Ereignis begrüßt werden, das den Frieden, den Hauptzweck

Italien.

des Bundes, nur noch besser zu verbürgen geeignet sei. Die Stellung Italiens in Europa habe sich in diesem Jahr in allen Beziehungen gebessert; man werde auf diesem Weg weiterschreiten.

Eine kleine Unstimmigkeit trat ein, als der Präsident des Senats, Tecchio, eine taktlose Gedächtnisrede auf den Dichter Prati, einen Südtiroler, hielt; es habe sein Leben verbittert, daß seine Heimat noch immer das Joch der Fremdherrschaft trage, aber er habe sicher die Hoffnung mit ins Grab genommen, daß dereinst alles Italienische zu Italien gehören werde. Die österreichische Regierung machte gegen diese offizielle Kundgebung gerechte Einwendungen und Tecchio wurde von seiner Regierung veranlaßt, seine Stelle zurückzulegen.

Italien sah sich veranlaßt, immer entschiedener in den kolonialen Wettbewerb einzutreten. Es trat in Ägypten ganz auf Englands Seite, schon aus Mißgunst gegen Frankreich; es machte sich am Roten Meer heimisch, „weil eine andere Nation (Frankreich) in wenig entfernter Gegend vom italienischen Besitztum in gleicher Weise vorgehe" (wie die Regierung motivierte). Ein paar Schiffe wurden an den Kongo nach Westafrika geschickt. Sardinien wurde stark befestigt.

Man versuchte eine Reform der minderwertigen Universitäten, eine Verbesserung der Agrarverhältnisse, besonders in der Campagna, man förderte die Leichenverbrennung, verurteilte Anarchisten, bekämpfte die Cholera und versuchte die Sanierung des ungesunden Neapels.

Neuerlich ging man strenger gegen die Klöster vor, in denen bisher noch greise Mönche und Nonnen geduldet worden waren. Bei Gelegenheit der feierlichen Überführung der Leiche des Königs Viktor Emanuel protestierte man gegen die auch in Deutschland vorkommende Anschauung, als ob eine Vermittlung zwischen Königtum und Papsttum möglich oder nützlich wäre. Das Urteil des Kassationshofes gegen die Güter der großartigen, die ganze Welt umspannenden „Propaganda" erregte die Katholiken und gab dem Papst Anlaß, an alle Regierungen zu appellieren (13. Febr.). Die italienische Regierung aber erklärte ihre Maßregel als sehr uneigennützig (20. Febr.), die Freiheit der Propaganda hinsichtlich des Erwerbs und der Veräußerung von Eigentum werde nicht bestritten, das unbewegliche Vermögen unterliege nur der Rentenkonversion, man lasse den Missionären alle Unterstützung angedeihen und anerkenne die zivilisatorische Bedeutung der Institution. Ein Zirkularschreiben der Propaganda vom 20. März an die Bischöfe und Vorstände der Missionen besagte jedoch: Die Konvertierung des unbeweglichen Vermögens nötige die Propaganda, administrative Sitze zur Empfangnahme von Legaten und Schenkungen im Ausland zu errichten: in Wien, München, Paris, Madrid, Lissabon, im Haag, in Malta, London, Dublin, Mecheln, Algier, Sidney, Neuyork, San Franzisko, Quebeck, Toronto, Konstantinopel, Rio de Janeiro, Buenos Aires und Quito.

Die papsttreuen Katholiken errangen bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen in Rom im Juni einen vollständigen Sieg über die zerfahrenen Liberalen.

Papst. Papst Leo erließ am 11. Februar eine maßvolle Enzyklika gegen die „neutrale" Schule in Frankreich, ging übrigens auf das Entgegenkommen der Regierung ein. Das Urteil gegen die Propaganda war ihm, wie er

am 2. März zum Kardinalskollegium sprach, ein neuer Beweis, wie notwendig es sei, daß der Papst von jeder weltlichen Gewalt völlig unabhängig sein müsse. In einer Allokution vom 24. März verwarf er abermals alles, was zum Schaden des Apostolischen Stuhls geschehen sei, und wahrte alle seine Rechte vollkommen und für alle Zukunft. Das Papsttum darf nicht den wechselnden und unsicheren Eingebungen fremder Willkür unterworfen sein. Es folgte die flammende Enzyklika vom 20. April gegen die Freimaurerei. Die Weihnachtsallokution des Papstes war wieder eine heftige Anklage gegen das Königreich Italien. Der Exjesuit Curci wandte sich in einer neuen Schrift gegen das „Vatikanische Königreich", unterwarf sich aber löblich der Zensurierung.

Cavours Briefe wurden gesammelt, herausgegeben und auch ins Deutsche übersetzt.

In Pompeji feierte man altrömische Feste mit Wagenrennen im Zirkus, Aufzügen u. s. w.

Nachdem vor drei Jahren das Ausschreiben einer Konkurrenz für ein dem König Viktor Emanuel II. in Rom zu errichtendes Nationaldenkmal erlassen worden war, errang G. Sacconi den ersten Preis für seinen Kolossalentwurf (Ill. Ztg., 6. Sept.) im Stil der pergamenischen Kunst. — Den Gipfel der Geschmacklosigkeit erreichte die moderne italienische Skulptur in den naturalistischen koketten Grabdenkmälern.

Burzellotti schilderte das Leben des religiösen Schwärmers Davide Luzzeretti v. Arciwosso, der 1878 bei einem Zusammenstoß zwischen seinen Anhängern und den Carabinieri das Leben einbüßte.

England war ganz von den ägyptischen Angelegenheiten ein- England.
genommen; und diese waren durch den Aufstand des Mahdi im Sudan wieder in einer höchst peinlichen Weise kompliziert. Gladstone war sich nicht ganz klar, wie er hier vorgehen solle; General Gordon wurde nach Chartum geschickt, aber ohne ausreichende Streitmacht. Das war seine eigene Schuld, denn er hatte der Regierung in einem Memorandum den Sudan als ein wertloses Gebiet geschildert, das nicht wert sei, festgehalten zu werden, dessen Sicherung überhaupt auch mit dem größten Aufwand undurchführbar sei. Als Gordon im Februar nach Chartum kam, erließ er eine Proklamation, welche den Mahdi als Sultan Kordofans anerkannte. Viel mehr interessierte sich Gladstone für die Regelung der finanziellen Verhältnisse Ägyptens und für die Sicherung des Suezkanals und des Weges nach Indien. England lud die sämtlichen Großmächte zu einer Konferenz nach London und verständigte sich zuvor auf Bismarcks Betreiben mit Frankreich über die Hauptpunkte. Indessen erzählte Gladstone im Unterhaus, Gordon befinde sich in einer sicheren Lage. Gordons Vorschlag, türkische Hilfstruppen in Anspruch zu nehmen, wurde aus politischen Gründen zurückgewiesen. So kam es, daß Gordon seit Juni in Chartum völlig umzingelt war und jede Nachricht über ihn

fehlte. Am 28. Juni trat die Londoner Konferenz über die Finanzlage Ägyptens zusammen. England blieb aber nicht müßig und besetzte von Aden aus den Hafen von Berbera am gegenüberliegenden Ufer, schickte die dortige ägyptische Garnison auf einem englischen Dampfer nach Hause, und setzte sich an allen Hafenorten von Port Said bis Ras Asser (Kap Gardafui) fest. Die Londoner Konferenz hatte nicht den Zweck, etwas zu beschließen, sondern zu scheitern, damit England nach Erfüllung einiger Formalitäten völlige Aktionsfreiheit erlange. Um sein schlechtes Gewissen zu beruhigen, beantragte Gladstone im Parlament, 5. August, einen Kredit für die Eventualität einer Hilfsaktion für Gordon in Gemäßheit der gemachten Zusagen.

Kolonien. Der neuerwachte Eifer der Deutschen für Kolonien verursachte den Engländern doch Bedenken. Man mußte freilich erklären, der Anspruch des Deutschen Reichs auf Angra Pequenna könne nicht bestritten werden, aber die Walfischbai und die angrenzenden Inseln seien unstreitig britisches Gebiet. Gladstone sagte am 1. September in Edinburgh vor seinen Wählern: „Sie werden aus den Zeitungen ersehen haben, daß gegenwärtig in Deutschland ein sehr lebhafter Wunsch herrscht, im Auslande Kolonien zu gründen; es ist nicht richtig, daß England dies Bestreben mit scheelen Augen ansehe. Wenn Deutschland die Mittel hat, sich auszudehnen und seine Kinder nach unokkupierten Gegenden der Erde zu senden, mit gehöriger Berücksichtigung der Rechte der ureingebornen Bevölkerung und der Rechte anderer Nationen, warum sollten wir nicht mit Befriedigung, Sympathie und Vergnügen auf diese Ausdehnung der Zivilisation sehen? Es wäre eine sehr niedrige Gesinnung unserseits, auf Deutschland eifersüchtig zu sein. Deutschland kann uns nicht berauben, selbst wenn es wollte. Gott hat der Bevölkerung dieser Insel die große Obliegenheit und Pflicht der Kolonisierung auferlegt, und diese Pflicht ist durch eine ziemlich liberale Aneignung von nicht okkupierten Ländern erfüllt worden. Es ist Sache anderer Länder, zu erwägen, ob durch Erwerb von Kolonien ihre politische Stärke vermehrt werde. Meine eigene Meinung darüber will ich nicht äußern." Das heißt, er meinte wohl, daß das Deutsche Reich seine politische Stärke durch diese Kolonien eher schwäche als stärke. Immerhin hielt man eine starke Vermehrung der englischen Flotte für dringend notwendig. Das verkündete der Marineminister Lord Northbrook im Oberhaus am 2. Dezember, indem er nur auf einen Vergleich mit der französischen Flotte einging.

Mit anderen Worten sprach deutlicher als Gladstone Lord Derby Englands Meinung aus gegenüber einer Deputation südafrikanischer Kaufleute (16. Mai): „Ich teile nicht die Befürchtungen, mit denen einige die angeblichen Absichten der deutschen Regierung, Kolonien zu errichten, betrachten. Die Kolonisation gehörte nie in das Programm der deutschen Regierung. Die Deutschen glauben, daß in der Konzentration das Geheimnis ihrer Kraft gelegen ist, und sie werden sich nicht durch die Besitzergreifung von Ländergebieten in entfernten Weltteilen schwächen." Im übrigen ergab sich aus den Verhandlungen, daß England damals

nur deshalb so saumselig war, weil die Besetzung von Angra Pequenna sehr viel gekostet und wenig getragen hätte. Aber den Engländern vom Kap war es unheimlich, daß sich fremde Völker längs des wichtigen Seeweges nach Indien und Australien einnisteten.

Buren. England anerkannte die Unabhängigkeit der Burenrepublik, ärgerte sich aber sehr darüber, daß die Buren in Holland und Deutschland Anknüpfungen suchten. Die „Times“ schrieben: „Die Deutschen und die Holländer freut der Gedanke, daß es in der südlichen Hemisphäre Gemeinden von rein teutonischem Blute gibt, die nicht nach London, sondern nach Amsterdam und Berlin als ihren Metropolen blicken. Die Delegierten des Transvaals nahmen jüngst anläßlich ihres Besuches in Europa die Gelegenheit wahr, sich in der deutschen Reichshauptstadt einzufinden, um vom Kaiser und vom Fürsten Bismarck empfangen zu werden, bei Banketten panteutonische Sprüche auszubringen und in verschwommenen Andeutungen merken zu lassen, daß die Zukunft Südafrikas nicht den Engländern, sondern den Deutschen gehöre. Der berühmte Kanzler ließ sich herab, mit dem Präsidenten Krüger an der kaiserlichen Tafel plattdeutsch zu reden, und der Sache wurde mit dem Abschluß eines Handelsvertrages eine praktische Wendung gegeben . . .“ Ein anderes Ärgernis für England war die Proklamation einer neuen Burenrepublik „Zululand“ 16. August, die einen Keil im portugiesisch-englischen Küstenbesitz bildete.

Die „Pall Mall Gazette“ zählte die vielen, vom Deutschen Reich okkupierten Gebiete auf und bemerkte dazu: „Im ganzen keine schlechte Tagesarbeit! Lieber deutsch als französisch, lautet das allgemeine englische Verdikt, und lieber britisch als eines von beiden. Aber da wir unsere Gelegenheit verloren, als wir vor etwa zwölf Jahren den großartigen Plan Sir Julius Vogels verwarfen, so wäre es abgeschmackt, jetzt unsere Hände zu ringen über etwas, was nicht zu ändern ist.“ Die ganze englische Presse war der Ansicht, Lord Granville habe als Diplomat in dieser Frage gegen Bismarck den Kürzeren gezogen und mache nun seine Sache nur schlimmer, indem er sich zu rechtfertigen suche.

Es machte sich nun aber auch eine nervöse Hast in der Okkupation aller möglichen Gebiete geltend. Das Kap-Parlament beschloß die formelle Annexion der Walfischbai, des Betschuanalands; die sieben australischen Kolonien gingen ebenso in Neuguinea und auf den Neuen Hebriden vor. Zwischen der Burenrepublik und dem englischen Oberkommissär in Kapstadt trat ein Wetteifer der Annexionen in Erscheinung. England gab vor, die armen Eingebornen gegen die Buren schützen zu müssen, ging aber selber ebenso rücksichtslos gegen sie vor wie jene. Mit Portugal wollte England einen Vertrag schließen, der ihm oder beiden den Besitz des ganzen Gebiets der Kongomündung gesichert hätte; man ging aber davon ab, um nicht alle andern Mächte gegen sich zu haben.

Eine liberalere Wahlreform stieß auf den Widerstand des Oberhauses; die Zahl der Wählenden sollte dadurch verdoppelt werden. Die Liberalen gaben nun das Schlagwort aus: „Reform oder Abschaffung des Oberhauses!“

Iren. Mehrfache Dynamitattentate erzeugten in London eine allgemeine Panik. Die Urheber wurden unter den Iren Nordamerikas gesucht; das

leitende Komitee war, wie es hieß, in Paris. Ein irischer Konvent in Boston trat für die Sache Irlands ein (14. August). Die katholischen Bischöfe Irlands traten im Oktober in Dublin zur Beratung der Unterrichtsfrage zusammen und vertrauten diese dem protestantischen Führer Parnell an.

Das Unterhaus lehnte definitiv den Plan des Kanaltunnels ab (14. Mai).

Ein Artikel der Gladstone nahestehenden „Fortnightly Review" vom Juni über Weltmächte und Kontinentalmächte besagte: „England, Frankreich und Rußland sind Weltmächte, sie sollen sich ihrer Natur nach unter sich vertragen. Deutschland, Österreich und Italien sind Kontinentalmächte, sie mögen sich gleichfalls unter sich verständigen und, solange es ihnen beliebt, unter das deutsche Schiedsrichteramt stellen. England hat am Kontinent nur ein Interesse, nämlich die Erhaltung des Friedens, und dazu soll es den Kontinentalmächten getreulich beihelfen; darauf soll sich das europäische Konzert beschränken, die außereuropäischen Fragen aber der Verständigung zwischen den Weltmächten überlassen. England kann der Festsetzung Rußlands in Konstantinopel mit größtem Gleichmut zusehen." Offenbar bot England diese Entschädigung für Ägypten an und wollte Rußland mißtrauisch gegen die Mittelmächte machen. Der Artikel wurde viel besprochen.

Die Großmeisterloge in London setzte den Lordmayor der Stadt als Meister vom Stuhl ein, was als sehr bemerkenswerte Tatsache in Freimaurerkreisen hervorgehoben wurde.

Der Erforschung des sagenreichen Berges Takhti-Suleiman an der indischen Grenze durch die Engländer setzten die Afghanen, in deren Gebiet sich der Gipfel befand, vergebens Gewalt entgegen. Er galt als der Thron des Königs Salomon.

Der 100. Geburtstag des Sir Moses Montefiore wurde in allen Synagogen Englands feierlich begangen, dem noch lebenden Schützer seiner jüdischen Glaubensgenossen zu Ehren.

Frankreich.

Auch Frankreichs Kolonialfieber wurde immer heißer. In Anam schien sich alles gut zu gestalten, als nach Beseitigung des Königs Hiep-Hoa der junge Tai-Phu sich ganz in die Arme der Franzosen warf. In Tonking gelang die Eroberung der chinesischen Festung Bac-Ninh, doch wurde das noch als kein entscheidender Erfolg angesehen, solange man nicht die „wissenschaftlichen Grenzen" gegen China erreicht habe. Gegenüber dem Vorgehen der Engländer in Ägypten und im Roten Meer hielt es die französische Regierung nun für nötig, von den Suveränitätsrechten über Obok und Umgebung Gebrauch zu machen, welche auf einem älteren Vertrag von 1862 beruhten. Das Vorgehen gegen Madagaskar stützte man durch die Berufung auf Verträge von 1840 und 1868; übrigens wollte Ministerpräsident Ferry dort nur zivilisatorische Zwecke verfolgen. Er sagte am 15. April gelegentlich der feierlichen Enthüllung des Denkmals für Gambetta in Cahors: „Die Expansionspolitik, welche die wahre Form und die einzige fruchtbringende Form der Politik der Sammlung ist,

wurde definitiv durch die Nation adoptiert und ratifiziert. Ohne von der Befriedigung des nationalen Stolzes zu reden, hat die öffentliche Meinung, abgesehen von einigen roten Beleidigern und weißen Verleumdern sich ganz allgemein für die Kolonialpolitik, für Tunis und Tonking entschieden, und zwar sowohl wegen der einleuchtenden Vorteile dieser Unternehmungen wie wegen ihrer relativ leichten Durchführbarkeit." Brazza wollte indessen mit dem mächtigsten Herrscher am Kongo einen Vertrag abgeschlossen haben, wonach dessen ganzes Gebiet von Brazzaville bis zum Äquator mit seinen Vasallen unter französisches Protektorat gestellt wurde. Stanley bestritt das. Freilich fehlte es auf dieser weiten Strecke noch sehr an französischen Faktoreien aus Mangel an Personal und Hilfsmittel. Indessen schloß man mit der Kongogesellschaft des Königs von Belgien eine vorteilhafte Konvention ab. Eine Differenz mit Marokko im Mai hatte fast den Anschein, als ob Frankreich auch darauf spekuliere; zunächst wünschte es nur, seine algerische Grenze weiter auszudehnen.

Allzufrüh jubelte man über den Vertrag mit China, der am 11. Mai in Tientsin abgeschlossen wurde; dadurch hätte China das französische Protektorat über Tonking und Anam anerkannt und die drei an Tonking grenzenden Provinzen dem allgemeinen Handel eröffnet. Aber der nur vom Vizekönig von Petschili unterzeichnete Vertrag wurde von der chinesischen Regierung nicht ratifiziert und man mußte neue gewaltige Anstrengungen machen. Damit war auch ein energischeres Vorgehen in Madagaskar gehemmt und aufgeschoben. Ein neuer Vertrag mit Anam vom 6. Juni schmeichelte ungemein den Eingebornen, anerkannte den „Kaiser" von Anam, war aber für den Augenblick noch lange keine Machtquelle für Frankreich, wie es auch Algerien seit einem halben Jahrhundert noch nicht geworden war. Auch mit dem Königreich Kambodscha wurde am 17. Juni ein neuer Protektoratsvertrag abgeschlossen. Der Krieg gegen Madagaskar wurde von den französischen Katholiken zugleich als einer gegen die englischen Methodisten angesehen. Solange die katholischen Missionen den Hof von Tananariva beherrschten, stand dort alles günstig, als aber die Methodisten durch unlautere Konkurrenz die Oberhand gewannen, litt auch der französische Einfluß, so daß es schließlich zum Bruche kam. China.

Es war für Frankreich verhängnisvoll, daß England die kolonialen Schwierigkeiten der Franzosen dazu benützen konnte, die Hauptsache zu erreichen, nämlich festen Fuß in Ägypten zu fassen. Ferry mußte vor der Kammer am 26. Juni offen eingestehen, daß das französische Kondominium über Ägypten aufgegeben sei, die einzige Lösung sei die Internationalisierung Ägyptens, dessen Neutralisierung unter europäischer Kontrolle; dabei setzte er freilich irrtümlicherweise voraus, daß Englands Erklärungen, sich aus Ägypten zurückzuziehen, ehrlich gemeint waren.

Ein neuer König von Anam wurde im August in Gegenwart der französischen Autoritäten gekrönt. Der Krieg mit China nahm bedenkliche Formen an. In diesen Schwierigkeiten nahm Frankreich das Anerbieten Bismarcks an, sich mit Deutschland wegen der Verhältnisse am Kongo zu verständigen und so eine internationale Konferenz zu ermöglichen. Ferry

betonte im Ministerrat die gute Stimmung des deutschen Reichskanzlers für Frankreich. Er werde Frankreich in seinem Widerstande gegen England, namentlich in Ägypten unterstützen, ihm seine guten Dienste in Peking leihen und sich über die gegenseitige Begünstigung in den Kolonien verständigen. Bismarck habe ihm all das in einem Brief angeboten mit dem Bedeuten, falls man dies Anerbieten nicht annehme, werde er sich nach einer andern Seite wenden. Diese Nachricht fand in Frankreich geteilten Beifall; die Elsässer in Paris, die Patriotenliga, die Revancheschreier waren darüber sehr unzufrieden oder sie bezweifelten Bismarcks Aufrichtigkeit. — Gegen Ende des Jahres versuchte sich König Norodom von Kambodscha gegen die allzu starke Ausdehnung des französischen Protektorats über sein Reich zu wehren. Sein Protest bestritt das Prinzip, daß „die Gewalt vor das Recht gesetzt werde".

In Paris und Lyon brachen schwere wirtschaftliche Krisen aus. Die Luxusindustrie und das Baugewerbe stockten, die Arbeiter fanden keine Arbeit. Die öffentliche Meinung schalt über die gutbezahlten Staatsbeamten, die kaum sechs Stunden im Tag tätig waren. Die parlamentarische Enquete kam auch nicht vorwärts. Und was verlangten die Arbeiter? Ihr Ideal war, um 100 Jahre zurückzugehen, die französische Revolution und ihre Folgen aufzuheben, die alten Zünfte und Korporationen wieder herzustellen. Gegen die Streikenden im Kohlenrevier von Anzin mußten Truppen geschickt werden. Der Ausschuß der Kammer für die Erforschung der Ursachen der Handelskrisis traf auf so wenig Interesse, daß auf seine fast 100.000 Fragebogen keine Antwort eintraf. Am internationalen sozialistischen Kongreß in Paris, 19. Mai, nahmen auch einige deutsche Sozialdemokraten teil. Man plante eine Revision der Verfassung, um eine Wiederkehr Mac Mahonscher Staatsstreichversuche unmöglich zu machen. Der Gemeinderat von Paris nahm bereits die autonomistischen Maßregeln im Sinne der Kommune vor. Die Kammer lehnte große Notstands-Arbeiten ab; dagegen wurde in Lyon ein Versuch mit einer Art großartiger Nationalwerkstätten gemacht. Eine neue Subskription auf das Unternehmen des Panamakanals fiel befriedigend aus; Lesseps hielt es demnach für gesichert.

So wichtig die katholische Kirche dem Staat bei seinen Kolonisationsbestrebungen war, so übel blieb deren Stellung im Lande, obwohl der Ministerpräsident mit dem Papste gut zu stehen wünschte und ihm schmeichelte.

Freppel. Aber gegen den streitbaren Bischof Freppel von Angers ging der Staatsrat sehr scharf vor. Die letzten 150 Barmherzigen Schwestern ließ der Pariser Gemeinderat in den Spitälern durch weltliche Pflegerinnen ersetzen. Die Kammer nahm neue Abstriche zum Nachteil der Kirche vor. Vergebens sprach Bischof Freppel gegen das Ehescheidungsgesetz, das nur die Wünsche leichtsinniger Frauen, unsittlicher Romanschriftsteller und der „Semiten" erfüllen könne. Er beklagte die bevorstehende Entvölkeruug Frankreichs, mußte sich aber von Girault die Roheit ins Gesicht werfen lassen: „Warum haben Sie nicht selbst Kinder!"

Man sah die Haupturſache der gegenwärtigen Finanzschwierigkeiten in der Erhöhung der Staatsschuld durch den Krieg um zwölf Milliarden.

Didon. Der französische Dominikaner P. Didon schilderte in dem Buch „Die Deutschen" seine Eindrücke von einer Reise durch Deutschland. Das Buch erlebte im Verlaufe von wenigen Wochen zahlreiche Auflagen und fand

manche Nachfolger. Didon lobte die Deutschen wegen ihrer militärischen und wegen ihrer wissenschaftlichen Größe. Die Universitäten sind die Seele, das Militär ist die eiserne Hand, welche nur die Ideen in Taten umsetzt. Die Universitäten sind die Feuerherde, von denen glühender Patriotismus dem ganzen Volke zuströmt. Sie hauchen dem militärischen Körper Leben ein. Ohne die Universitäten wäre es Deutschland nie eingefallen, eine Großmacht werden zu wollen. Sie sind Schuld an den Siegen über Frankreich, an der unübertrefflichen technischen Ausbildung des Heeres, sie sind die Grundsteine des Reiches. Darum, fährt er fort, muß das verstümmelte und innerlich schwerkranke Frankreich von Deutschland lernen, um wieder die ihm gebührende Herrschaft der Welt einzunehmen. Frankreich ist zur Weltmacht bestimmt durch seine Geographie, seinen Reichtum, seine Sprache, seine genialen Geistesgaben, seinen angebornen Trieb, nicht egoistisch, sondern international tätig zu sein, nicht nur für sich zu sorgen, sondern auch für andere etwas zu tun. Deutschland, durch Gewalt geschaffen, kann nicht bestehen. Die Gerechtigkeit fordert früher oder später Sühne. Wie Elsaß so muß auch Polen wiederhergestellt werden. Deutschland wird sich, in Gefahr von Rußland erdrückt zu werden, Frankreichs Hilfe erkaufen müssen.

Der internationale Charakter des Anarchismus trat auch bei der am 20. April zu Paris abgehaltenen Versammlung hervor. Berufen von den österreichischen Anarchisten Waldo, Schultze und Riefelder, vereinigte sie 600 Anarchisten fast aller Nationen. Der erste Redner Digeon war ehemaliges Mitglied der Pariser Kommune; er empfahl als Vorbedingung für den Umsturz der gegenwärtigen Gesellschaft die allgemeine, mit allen Waffen der Zerstörung durchzuführende Arbeitseinstellung. Druelli sagte: „Wenn man in andern Ländern hängt und erschießt, so haben wir ein anderes Mittel, das Bürgerpack zu vernichten: es lebe das Dynamit!“

Der 100. Todestag des Enzyklopädisten Diderot wurde besonders glänzend von den Pariser Freimaurern gefeiert. Seine Statue wurde festlich enthüllt.

Die Marschallin der Heilsarmee, Miß Kate Booth, führte nun den Oberbefehl über das in Paris tätige Korps. Ein neues Mittel der Agitation wurden die öffentlichen Heiraten der „Offiziere“ beiderlei Geschlechts. Sie fanden mit großen Freudenbezeigungen, Gesang, Trommelwirbel, Fahnenschwenken und Tamburinschlagen statt. Bei dem Ritus der Trauung wurde nur vom Gebot des Gehorsams an die Braut abgesehen.

Spanien.

Der König von Spanien konnte in der Thronrede vom 20. Mai feststellen, daß die Schwierigkeiten hier nicht größer seien als in vielen andern europäischen Staaten. Er hob besonders die Freundschaft mit dem Deutschen Reich hervor, die Anerkennung der spanischen Suveränität im Sulu-Archipel u. s. w. Die Nachricht, Spanien wolle Cuba an Amerika verkaufen, wurde dementiert. Man werde alle Opfer bewilligen, um die Insel zu erhalten. Spanien annektierte ein Gebiet gegenüber seiner Insel Fernando Po an der Westküste von Afrika, ergriffen von der allgemeinen Kolonialsucht. Auffallend waren die zahlreichen Demonstrationen gegen die italienische Regierung und für die weltliche Gewalt des Papstes. Auch

der Minister Pidal erklärte offen in den Cortes, daß er die Wiederherstellung des Kirchenstaates für eine Notwendigkeit ansehe.

Portugal suchte sich, an Englands Seite, oder von ihm geleitet, die Herrschaft über den unteren Kongo zu sichern. Auf Bismarcks Protest hin, ließ man diese Aspirationen fallen. Die freimaurerische Regierung tadelte mehrere Bischöfe, daß sie die päpstliche Enzyklika gegen die Freimaurer ohne Erlaubnis verkündigt hätten. — Die Großloge von Portugal erließ auf die päpstliche Enzyklika eine sehr umfangreiche Antwort.

Schweiz. Am 1. Januar feierten die Schweizer Protestanten den 400. Geburtstag Zwinglis. Beim Wettbewerb um das Zwinglidenkmal für Zürich erhielt der Tiroler Heinrich Natter den ersten Preis.

In der Schweiz wurden mehrere Anarchisten verhaftet und ausgewiesen. Sie standen mit den österreichischen und reichsdeutschen in Verbindung. — Die Folgen des Referendums erwiesen sich nicht immer als günstig; die gesetzgeberische Arbeit wurde im Gegenteil öfters durch dieses direkte Votum des souveränen Volkes gestört. Es war begreiflich, daß bei der Enthüllung des Denkmals für General Dufour die ehemaligen Sonderbundskantone in der Erinnerung an 1847 fehlten. Gegen Ausschreitungen der Heilsarmee mußten wiederholt Maßregeln ergriffen werden.

Belgien. In Belgien kamen die „Klerikalen" durch die Neuwahlen an die Regierung. Bei den Provinzialwahlen trat zum erstenmal die neue Wählerkategorie der „Kapazitarier" in Wirksamkeit. Die Liberalen wurden fast überall geschlagen und mußten das Ministerium den Klerikalen überlassen. Der König mußte auch, gegen seinen Willen, das „klerikale" Schulgesetz sanktionieren. Der Gebrauch der flämischen Sprache in Verwaltung, Unterricht und Heer wurde gesetzlich außerordentlich begünstigt.

Die Stadt Brügge beging große Festlichkeiten zu Ehren der Heiligsprechung des Grafen Karls des Guten von Flandern. Er war Sohn des Königs Kanut von Dänemark und galt durch seine Ermordung 1127 als Märtyrer.

Holland. In Holland kam durch den Tod des Thronfolgers, des Prinzen Alexander von Oranien, beim Mangel aller andern Erben die nur vierjährige Tochter des alten Königs aus zweiter Ehe, Wilhelmine, zum Thronfolgerecht; ihre Mutter war die Prinzessin Emma von Waldeck. Blieb Prinzessin Wilhelmine am Leben, so mußte sie einen den Generalstaaten genehmen Mann heiraten, um Königin zu werden. Wenn sie starb, wäre das Erbe dem Hause Sachsen-Weimar zugestanden, da eine Schwester des Königs Wilhelm dorthin verheiratet war. Das Haus Nassau war in der Verfassung nicht erwähnt. Es erfolgte einstweilen ein Vormundschaftsgesetz für die Thronfolgerin im Fall des Ablebens des Königs, wonach die Königin eventuell als Regentin für die Dauer der Minderjährigkeit ihrer Tochter zu fungieren hatte. — Mit England hatte Holland eine peinliche Differenz, weil ein Lehensmann des holländischen Kolonialbesitzes, der Rajah von Tenom, einige gescheiterte Engländer vom Schiff

„Nisero" bei sich gefangenhielt. Holland mußte dabei Englands Obmacht zu fühlen bekommen.

Die Massage bildete sich als neue oder vielmehr erneuerte Kurart aus durch den holländischen Arzt Dr. Joh. Mezger in Amsterdam.

Schweden.

Dr. Sophie Kowalewski geborne Corvin-Krukowskoi wurde 1883 als Dozentin für Mathematik an der Universität Stockholm angestellt. Sie hat später ihr Leben beschrieben.

Der geniale schwedische Dichter August Strindberg wurde in Stockholm der Religionsverspottung angeklagt. Er kam von Paris, um sich zu verteidigen, wurde mit Ovationen empfangen und zum populärsten Mann in ganz Schweden gemacht.

Die Demokraten der drei nordischen Reiche feierten ein Verbrüderungsfest zu Kopenhagen, 6. August. Dänische Offiziere a. D. veröffentlichten einen Aufruf zur Landesverteidigung gegen einen drohenden Feind (Deutschland). Das norwegische Storthing machte ausgiebigen Gebrauch von seinem Recht, die Minister vor Gericht zu ziehen. Die vom Reichsgericht den verurteilten Ministern auferlegten Geldbußen wurden von einem dazu gebildeten Komitee bezahlt. Man feierte die abgesetzten Minister durch ein Festmahl in Christiania; daran nahmen auch die neuen Minister teil. Juristisch war das Gerichtsverfahren anfechtbar.

Rumänien.

Trotz der Freundschaft Rumäniens mit dem Bund der Mittelmächte kam es dort zu antiösterreichischen Demonstrationen bei der Erinnerungsfeier an die seinerzeitige Erhebung der siebenbürgischen Rumänen. Das Gesetz gegen den Hausierhandel zwang viele Juden zur Auswanderung nach Bulgarien. Die Befestigung von Bukarest mit neunzehn Forts und drehbaren Panzertürmen wurde energisch in Angriff genommen, scheint sich aber im Weltkrieg 1916 nicht bewährt zu haben. Der König dankte in der Thronrede vom 20. Juni für die Errichtung von Krondomänen als Beweis der Ergebenheit: „Die erbliche konstitutionelle Monarchie ist der Eckstein unseres nationalen Gebäudes. In meinem Palast, welcher der Palast der Nation ist, werden alle Ideen, Gefühle und Bedürfnisse des Landes immer ein mächtiges Echo und warme Unterstützung finden. Rumänien nimmt heute in Europa eine Stellung ein, die es mit Freude erfüllen kann."

Serbien.

Wegen Einbruchs von bulgarischen Banden in das serbische Timokgebiet brach ein scharfer Konflikt zwischen diesen beiden Balkanstaaten aus. Man ersah daraus, wie weit der erwartete Balkanbund war. Der König von Serbien begab sich zu den österreichischen Manövern als Gast des Kaisers. Er empfing den serbischen Patriarchen von Ungarn, Angyelic, und begrüßte ihn als „einen Großwürdenträger der freundschaftlichen und nachbarlichen Monarchie, der gegenüber ich Gefühle der Freundschaft ebenso hege, wie in der Tiefe meiner Seele Gefühle der Dankbarkeit für die erhabene Person Ihres Kaisers und Königs lebendig sind". Im August empfing König Milan auch den Besuch des rumänischen Königspaars. Die russische Partei war zur Zeit in Serbien völlig einflußlos.

Bulgarien.

Auch in Bulgarien nahm die Tendenz für größere Selbständigkeit gegenüber Rußland zu. Der Fürst erwähnte in der Thronrede vom 6. Januar zum erstenmal nicht des gewöhnlichen Dankes für den wohlwollenden Schutz Rußlands. Das Wort Rußland war überhaupt ganz verschwiegen. Die

Spannung erhöhte sich, als die russische Regierung zehn dem Fürsten wirklich ergebene russische Offiziere abberief und durch andere in ihrem Sinn ersetzte. Freilich suchte der russische Agent Jonin die herrschsüchtigen Absichten seiner Regierung nachdrücklich zu vertreten. Zahlreiche Versammlungen sprachen sich für eine Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien aus. — Endlich hielt es auch Fürst Nikita von Montenegro für geboten, sein Verhältnis zu Österreich freundlicher zu gestalten. Die türkisch-montenegrinische Grenzregulierung drohte wiederholt einen gewalttätigen Charakter anzunehmen.

Türkei. Den größten Vorteil vom Anschluß Rußlands an den mitteleuropäischen Bund hatte die Türkei. Ihr wurde dadurch ihr Territorialbesitz so gut wie sichergestellt. Rußland verzichtete damit, wenigstens vorläufig, auf Konstantinopel und auf eine umwälzende Unterstützung der Balkanstaaten. Nur durch die ägyptischen Pläne Englands drohte der Pforte unmittelbar Gefahr.

Chinesische Schlachtenbilder über die Kämpfe in Tonking kamen auch nach Europa. Ein hübsches Beispiel gibt die „Illustrierte Zeitung", 17. Mai.

Amerika. Überraschenderweise siegten bei den Neuwahlen in der Union die „Demokraten", nachdem die „Republikaner" vierundzwanzig Jahre ununterbrochen geherrscht hatten. Damit schien „ein neuer Abschnitt" in der amerikanischen Geschichte inauguriert, eine allgemein durchbrechende Reaktion des Gewissens, des Rechts- und Pflichtgefühls gegen eine alles beherrschende rücksichtslose Schlauheit (smartness). Der kommende Präsident Cleveland übte eine eiserne Festigkeit aus gegenüber den Scharen der Ämterjäger. „Der in den letzten zwanzig Jahren um sich gegriffenen und hauptsächlich vom Präsidenten Grant großgezogenen Unsitte von allerlei Schenkungen an den Präsidenten, wie Häusern, Pferden u. s. w., steuerte Cleveland entschieden; er ersuchte in einem offenen Brief seine Freunde, davon abzustehen, um ihm die Unannehmlichkeit der Zurückweisung zu ersparen. Auch das Anerbieten demokratischer Klubs, ihm auf seiner Reise nach Washington als Eskorte zu dienen und so einen Triumphzug zu veranstalten, lehnte er ab." Seine Gegner bezeichneten freilich all das nur als Pose ohne moralischen Kern.

Sonst war Amerika noch sehr in Erregung wegen der verhinderten Ausfuhr seines Schweinefleisches. Gegen die Einwanderung der Chinesen nahm der Senat eine Bill an. Die Abstinenzbewegung unter den Republikanern entfremdete ihnen viele Deutsche. Mit Nikaragua wurde ein Vertrag geschlossen in betreff eines Kanals zwischen beiden Weltmeeren neben dem Panamakanal. Das war gegen den Einfluß Europas, zur Wahrung der Monroedoktrin vermeint. Eine Weltausstellung wurde im Dezember in Neuorleans eröffnet.

Präsident Arthur wandte sich wieder energischer gegen die Mormonen und schlug die Abschaffung der Territorialverfassung von Utah

u. dgl. vor. Solange die Mormonenfrauen selbst sich nicht gegen die Vielweiberei auflehnten und als Kläger oder Zeugen gegen ihre Männer auftraten, ließ sich in der Sache wenig ausrichten.

Einen großen Erfolg hatten vorübergehend die „Briefe aus der Hölle" von der Amerikanerin Elisabeth Stuart Phelps.

Das für den Neuyorker Hafen seit 1876 bestimmte Denkmal der „Freiheit", ein Werk des Bildhauers Bartholdi, 150 Fuß hoch, aus 350 Teilen gegossen, teils aus Eisen, teils aus Kupfer, war vollendet. Lesseps, der Präsident des französisch-amerikanischen Komitees in Paris, übergab das Werk dem amerikanischen Gesandten. Bei der Grundsteinlegung auf der kleinen Insel vor dem Neuyorker Hafen spielten die Freimaurer die Hauptrolle. Man sang die Marseillaise und „Hail Columbia". Der Großmeister vollzog mit silberner Kelle die Grundsteinlegung, der Vizegroßmeister hielt die erste Festrede. Der Neuyorker „Herald" stellte damit in ungünstigen Gegensatz die Germania auf dem Niederwald. Ist nicht in all dem schon die Parteigruppierung im Weltkrieg präformiert? Auch heute steht einem allegorischen Prinzip das historisch Gegebene gegenüber, der Phrase einer heuchlerischen Demokratie die organisatorische Macht des deutschen Volksgeistes.

Das Jahr 1885.

Fortsetzung der deutschen Kolonialpolitik. Zanzibar. Fidschi. Neuguinea. Apia. Kongoabkommen. „Völkerfrühling" und Parteihader. Kaiser-Wilhelms-Land. Bismarckarchipel. Karolineninseln; Schiedsgericht. Daressalam. Erzbischof Krementz in Köln. Bismarck über Jesuiten. Regentschaft in Braunschweig. Bismarcks 70. Geburtstag. Fürst Chl. Hohenlohe in Straßburg. Goethearchiv. „Moderne Dichtercharaktere." Einwirkung der Ethnographie auf die Kultur. Volapük. Methodiusfeier in Österreich und anderwärts. Der Zar in Kremsier. Abg. Knotz. Die Siebenbürger Sachsen. Das Kronprinzenwerk. Der serbisch-bulgarische Krieg und die beiden Bulgarien. Der Weg nach Konstantinopel über Wien. Fall von Khartum. Gordons Tod. Gefahr eines englisch-russischen Krieges wegen Afghanistan. Gladstones Sturz. Ministerkrisis in Frankreich wegen des chinesischen Krieges. Madagaskar in französischer Abhängigkeit. V. Hugos Tod und Apotheose. Italien in Massaua als Verbündeter Englands. Alfons XII. von Spanien †. Maria Christina Regentin. Der König von Belgien Suverän des Kongostaates.

Kolonien.

Kaum in einem Jahre seit 1815 verschlingt sich das Leben der verschiedenen Staaten so sehr wie in den Kolonialkonflikten des Jahres 1885. Mehr als je sind wir daher bemüßigt, diesen auf die Teilung der ganzen Erde fieberhaft gerichteten Wetteifer im Zusammenhang zu verfolgen, obwohl es der zu lösenden Knoten mehr als einen gab. Der eine war die ägyptische Frage. Bismarck verlangte am 6. Januar die Zulassung eines Vertreters in der ägyptischen Schuldenkommission für Deutschland und Rußland; denn „die Verträge, welche die Staats- und Rechtsverhältnisse im Orient ordnen, bilden ein solidarisches Ganzes".

In dieser Zeit veröffentlichte die „Kolonialpolitische Korrespondenz" des deutschen Kolonialvereines eine Unterredung zweier Herren mit Bismarck aus dem Jahr 1876 über ihren Plan einer deutschen Kolonie in Südafrika. Sie verlangten eine jährliche Zinsengarantie von fünf Millionen Mark. Bismarck meinte, wenn sich damit die Auswanderung nach Amerika verhindern ließe, so sei das nicht zuviel, aber die politische Lage sei zu ungünstig: nach außen Frankreichs Eifersucht und Englands Empfindlichkeit, im Innern der Kulturkampf; die Frage könne erst in acht bis neun Jahren reif werden. Indes tagte die Berliner Kongokonferenz noch immer weiter. Bismarck verlangte am 9. Januar vom Reichstag eine „Beihilfe zur Beförderung der auf Erschließung Zentralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen" mit Rücksicht auf die deutsche Kolonialpolitik.

Inzwischen trafen auch die ersten Nachrichten über Zusammenstöße mit den Eingebornen bei Kamerun ein; es gab Tote auf beiden Seiten, Ansiedlungen wurden bombardiert oder zerstört. Etwas verdrossen über die Zähigkeit des Reichstags bei Bewilligung von Krediten, sagte Bismarck am 10. Januar, wenn die Sache nicht eine freie, von nationaler Begeisterung getragene Unterstützung erfährt, dann sei es besser, sie sofort aufzugeben. Er verlas Berichte aus Kamerun, aus denen hervorging, daß der englische Vizekonsul, englische Kaufleute und Beamte durch Aufhetzen der Eingebornen den Deutschen Schwierigkeiten bereiten wollten. Die englische Zentralregierung sei wohl ohne Schuld. Bismarck beklagte sich auch über den polnischen Afrikareisenden Rogozinski, der den englischen Konsul gegen die Deutschen aufhetzte.

Bismarck. Gegenüber Besorgnissen, die Windthorst aussprach, erklärte Bismarck: „Wo sind denn die Feinde, von denen wir umgeben sind? Ich sehe rundum nur befreundete Regierungen, mit denen wir in den engsten vertrauensvollen Beziehungen stehen ... Daß wir mit den beiden östlichen Kaiserreichen in intimen und sicheren Verhältnissen leben, dürfte nicht in Zweifel gezogen werden ... Wir leben mit Italien in intimer und guter Freundschaft, in sicheren Verhältnissen. Das gleiche ist mit Spanien der Fall. Wir haben mit Frankreich seit vielen Jahren, ich kann wohl sagen seit der Zeit vor 1866, nicht in so guten Beziehungen gestanden wie heute ... Beide Regierungen wissen, daß es kaum eine größere Kalamität gibt als einen deutsch-französischen Krieg ... Selbst ein siegreicher Krieg ist ein Unglück für das Land, das genötigt wird, ihn zu führen ... Mit England leben wir in gutem Einvernehmen. Daß England etwas verwunderlich aussieht, wenn die Landratte von Vetter plötzlich auch zur See fährt, ist nicht zu verwundern ... Aber wir stehen mit England in althergebrachten befreundeten Beziehungen ..." (Die weiteren Bemerkungen waren freilich nicht ohne Ironie und Sarkasmus.) „... Sollte es wirklich für uns unmöglich sein, uns auf die Höhe von Portugal, von Holland, von Spanien, von Nordamerika, ja selbst von Rußland aufzuschwingen?... Wir sehen andere überall beim tätigen Handeln; währenddessen berufen wir Kommissionen ... Ich habe für meine Kräfte

heute genug geredet ... ich fürchte, ich möchte schließlich in Übermut übergehen." Wieder wandte er sich gegen Windthorst, der „darauf hindeutete, daß die Möglichkeit vorhanden sei, daß wir England einmal in Waffen gegenüberstehen könnten. Diese Möglichkeit bestreite ich absolut, die liegt nicht vor ... Wir sind nur einmal mit England im Kriege gewesen, das war 1805 bis 1806; das wär eine unnatürliche Situation. Ich kann keinen Grund absehen, warum ein Friedensbruch zwischen uns möglich sein sollte, es müßte denn ein unberechenbares Ministerium in England in der ruchlosesten Weise uns angreifen und beschießen: ja mein Gott, dann werden wir uns wehren."

Natürlich war das eine feinberechnete Drohung. Denn die Gefahr war groß genug. Eine englische Note vom 16. Januar machte der deutschen Regierung Vorstellungen, weil diese ein Kriegsschiff nach Zanzibar mit dem Generalkonsul Rohlfs abgeschickt hatte. Die Note behauptete, die Sultane von Muskat und Zanzibar hätten längst unter britischem Einfluß gestanden. Aber Bismarck ging weiter; er legte dem Reichstag am 19. Januar ein Weißbuch über „Deutsche Landreklamationen auf Fidschi" vor, aus dem man ersah, wie schlecht deutsche Interessen unter britischer Herrschaft gewahrt wurden. Am Tag darauf beauftragte er telegraphisch den deutschen Botschafter in London, zu erklären, „daß eine Besitznahme der Nordostküste von Neuguinea durch England mit deutschen Ansprüchen kollidieren und in Widerspruch mit den früheren Versicherungen stehen würde, daß England sein Protektorat auf die Südküste beschränke. Wieder einen Tag später forderte Bismarck vom Reichstag die Mittel zur Errichtung von Regierungsgebäuden und Anstellung von Beamten in den Kolonien. Am 23. belegte eine deutsche Schiffsmannschaft das sogenannte „Munizipalgebiet von Apia" (Samoainseln) mit Beschlag durch Hissen der deutschen Flagge, um den König Malietoa zur Erfüllung des Vertrags von 1884 anzuhalten.

Aus alldem entstand eine sehr gereizte Stimmung zwischen England und dem Deutschen Reich. Darüber kam es am 24. Januar zu einer Aussprache zwischen Bismarck und dem englischen Botschafter in Berlin. Bismarck hob hervor, daß England beim Beginn deutscher Kolonialunternehmungen dem Deutschen Reiche große Dienste leisten könne; dafür werde sich die Reichsregierung zugunsten Englands in anderen Fragen (Ägypten) bemühen. Wolle England nicht, so werde sich Deutschland an Frankreich wenden und ihm nähertreten.

Während die Deutschen in Kamerun energisch vorgingen und Kamerun
den Aufstand bekämpften, überreichte Gerhard Rohlfs als deutscher Generalkonsul in Zanzibar dem Sultan in feierlicher Audienz sein Beglaubigungsschreiben. Die englischen Zeitungen schalten über die britische Diplomatenkunst: zuerst Zeitvergeudung, dann Trotz, endlich Unterwerfung: „als der Kanzler die Zähne zeigte, gaben wir demütig nach." Anfang Februar wurde in London der Fall Khartums, der Sieg des Mahdi, der Tod Gordons bekannt. Das erregte dort ungeheure

Bestürzung; man hielt nun die Niederwerfung des Mahdi für eine englische Ehrensache. Dadurch wurde die Stellung der deutschen Regierung wesentlich gestärkt; sie konnte die Einmischung Englands in die deutschen Beziehungen zu Zanzibar energisch zurückweisen; die Kongokonferenz hatte ja die völlige Unabhängigkeit des Sultanats anerkannt. Darauf zog die englische Regierung zartere Saiten auf. Lord Granville schrieb am 7. Februar, er würde es tief bedauern, wenn Fürst Bismarck glauben sollte, daß zwischen den beiden Ländern eine Entfremdung bestehe. „Die Gesinnungen Englands bleiben, wie sie es stets waren, die dem Deutschen Reiche freundlichsten und sind weit entfernt von einem Wunsche, der Kolonialpolitik Deutschlands Hindernisse zu bereiten." Man sei nur überrascht gewesen von der Plötzlichkeit, mit der Deutschland von seiner traditionellen Politik abwich. Man bedaure es nicht, wenn Deutschland in nähere Beziehungen zu Frankreich trat, deshalb brauche aber die Freundschaft mit England keine Verminderung zu erleiden. — Bismarck setzte aber seine Beschwerden gegen das Verhalten englischer Beamten nach Verkündung des deutschen Protektorats über Kamerun fort und verlangte die Abberufung des englischen Vizekonsuls.

Am 19. Februar begannen in London die kommissarischen Verhandlungen über die Ausgleichung der deutsch-englischen Differenzen im Südsee-Archipel, in Neuguinea und Fidschi. Aber Granville bestritt die gegen englische Beamte in Kamerun erhobenen Beschuldigungen, im Gegenteil verlangte er Ersatz des Schadens, den englische Untertanen durch die deutsche Annexion erlitten. Man warf der deutschen Regierung die Heimlichkeit vor, mit der sie bei der Entsendung des Dr. Nachtigal vorgegangen.

Kongo. Endlich hielt auch die Berliner Kongokonferenz am 26. Februar ihre letzte Sitzung ab. Bismarck richtete dabei folgende Ansprache an die Teilnehmer: „... Die besonderen Bedingungen, unter denen sich die weiten Gebiete (des Kongo und Niger) befinden, haben besondere Bürgschaften für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung erheischt. Die Plagen des Krieges würden einen verhängnisvollen Charakter annehmen, wenn die Eingebornen veranlaßt würden, bei Zerwürfnissen unter den Kulturmächten Partei zu ergreifen ... In demselben Sinn haben Sie den Mißverständnissen, zu denen neue Besitzergreifungen Veranlassung geben könnten, vorbeugen wollen ... Ich muß den edlen Bestrebungen Seiner Majestät des Königs der Belgier unsere Huldigung darbringen, des Begründers eines Werkes, das heute von fast allen Mächten anerkannt ist ..." Die unterzeichnete Generalakte des Kongresses umfaßte 1. die Erklärung bezüglich der Freiheit des Handels im Becken, in den Mündungen des Kongo und den umliegenden Ländern; 2. eine Erklärung bezüglich des Sklavenhandels; 3. Erklärung bezüglich der

Neutralität der zum Vertragsgebiete des Kongobeckens gehörigen Gebietsteile; 4. Schiffahrtsakte für den Kongo und 5. für den Niger; 6. Erklärung bezüglich der wesentlichen Bestimmungen, welche zu erfüllen sind, damit neue Besitzergreifungen an den Küsten des afrikanischen Kontinents als effektiv vollzogen betrachtet werden ...

Bismarck.

Dem Reichstag gegenüber beklagte sich Bismarck am 2. März über die mangelhafte Unterstützung seiner Kolonialpolitik; dadurch ermutige man das Ausland, den deutschen Kolonialbestrebungen fester entgegenzutreten. Jedenfalls sei der Ton der englischen Korrespondenzen seitdem schärfer und unfreundlicher geworden. Daran schloß Bismarck sehr starke Ausfälle gegen das englische Ministerium. Er beklagte sich über dessen Verstimmungen, die sich gegen seine Person spitzten. Im englischen Parlament waren nämlich „Blaubücher" vorgelegt worden über die Dinge in Kamerun und man hatte dort die ägyptische Politik Bismarcks mit großer Erregung besprochen. Lord Granville sagte darüber am 27. Februar: „Fürst Bismarck ist einer der bemerkenswertesten Männer unserer Zeit, ein Mann von großer Geschicklichkeit, starkem Willen und allseitigem Intellekt. Er ist ein Mann, dessen Freundschaft gewünscht und dessen Feindschaft gemieden zu werden verdient. Er hat jenem großen Lande, Deutschland, außergewöhnliche Dienste erzeigt, er hat es geeint, und die Dankbarkeit für ihn dieses Werkes halber ist so groß, daß er unumschränkte Macht mit Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten besitzt; auch übt er großen Einfluß auf den Rest des Kontinents aus. Da nun die Sache so liegt, behauptet Herzog von Richmond, auch wir müßten von aller Freiheit des Handelns in der Politik abdanken. Aber ich muß zugeben, daß ich kein Recht habe zur Beschwerde über Fürst Bismarcks unfreundliche Beurteilung unserer ägyptischen Politik, aus dem einfachen Grunde, daß die Politik der Regierung niemals in Übereinstimmung war mit dem Rate, den er in bezug auf Ägypten der früheren Regierung und uns selbst gab, nämlich es zu nehmen. Es war freundlicher Rat, aber wenn der edle Lord (Richmond) uns tadelt, diesem Rate nicht gefolgt zu sein, so frage ich ihn wiederum, warum er nicht von Lord Beaconsfield befolgt wurde, der, als der gleiche Rat ihm gegeben wurde, antwortete, daß er Ägypten nicht als Geschenk annehmen wolle."

Der Marquis von Salisbury bestritt allerdings diese ganze Geschichte von Bismarcks Rat und Beaconsfields Zurückweisung. Und auch Bismarck widersprach ihr; er habe nie eine ungünstige Ansicht über die ägyptische Politik Englands gehabt und geäußert. Er habe auch niemals den Rat gegeben, Ägypten „zu nehmen". „Ich habe niemals einen Rat über die Behandlung Ägyptens an die englische Regierung erteilt. Wohl aber bin ich um solchen wiederholt befragt worden; man fragte, ob ich bereit wäre, der englischen Regierung einen Rat oder Wink zu geben über das,

Ägypten.

was sie augenblicklich in Ägypten tun möchte und was bei uns Billigung finden würde. Darauf habe ich jedesmal die Antwort in dem Sinne gegeben, daß ich mich in meiner Eigenschaft als auswärtiger Minister des Deutschen Reiches enthalten müsse, der englischen Politik einen Rat zu geben, weil ein solcher Rat, in der amtlichen Eigenschaft erteilt, doch eine gewisse Verantwortlichkeit anderen Kabinetten gegenüber und auch für die Folgen, die er haben kann, mit sich brächte. Ich müßte es also ablehnen, ihn zu erteilen. Ich bin dann weiter gefragt worden, ob ich denn nicht eine Meinung äußern wollte über das, was geschehen könne. Ich habe darauf gesagt: ich könne mich in den Fall hineindenken, daß ich englischer Minister wäre; und als Dilettant in der englischen Politik und als ein Liebhaber, vielleicht auch Kenner der Sache würde ich nicht dazu raten, Ägypten zu annektieren, wohl aber sähe ich ein, daß es für England ein Bedürfnis wäre, eine gewisse sichere Stellung in diesem Bindeglied ihres europäischen und ihres asiatischen Etablissements zu haben. Es könnte aber diese Stellung meines Erachtens, ohne mit den Verträgen in Kollision zu kommen, nur durch den Sultan gewinnen. Ich würde daher, wenn ich englischer Minister wäre, die Vermittelung des Sultans suchen, um durch ihn in Ägypten eine Stellung zu erlangen, vermöge deren die englischen Interessen sichergestellt würden. Ich wäre auch der Meinung, daß diese Form bei anderen Nationen kaum Anstoß erregen würde, einmal wegen ihrer Verträglichkeit mit den Verträgen, dann aber auch, weil sie den Hauptinteressen an den ägyptischen Finanzen, den französischen sowohl wie den englischen Bondholders und auch denen der übrigen Nationen, mit Wahrscheinlichkeit eine sichere, geschickte und geordnete Verwaltung Ägyptens durch die englischen Organe voraussehen ließe. Damit würden, bei der Bedeutung, die die finanziellen Interessen in Frankreich hätten, wahrscheinlich keine französischen Rivalitäten und Unzufriedenheiten provoziert werden. Wenn dagegen England eine direkte Annexion Ägyptens vornehmen wollte, so könne sich ein Verhältnis von ziemlicher Spannung mit mehreren europäischen Mächten bilden, die auch Interessen dort hätten, namentlich aber mit dem Sultan und zum ganzen Muhammedanismus. Diese Spannung würde fortfallen, wenn sie dort unter der Firma des Sultans erschienen, als Pächter des Sultans in Ägypten. Damit würden Sie vermeiden, Frankreich und andere zu verstimmen, und uns sei der gute Vertrag zwischen England und Frankreich dringend wünschenswert, denn ein Bruch zwischen diesen beiden großen Mächten in der Mitte Europas sei eine Kalamität für ganz Europa, in erster Linie aber für uns Deutsche als die nächsten Nachbarn. Dies wäre der Weg, auf dem ich, wenn ich englischer Minister wäre, versuchen würde, Einfluß in Ägypten zu gewinnen. Ich habe dem hinzugefügt: wenn England vorziehen sollte, Ägypten zu annektieren, so würden wir es nicht als unsere Aufgabe betrachten, dies zu verhindern. Die Freundschaft mit England wäre für uns wichtiger als das zukünftige Schicksal von Ägypten. Ich sähe aber voraus, daß durch eine Annexion Ägyptens England sich Schwierigkeiten bereiten würde, welche es vermeiden könne, ohne auf den Zweck gesicherter Verbindung zu verzichten, wenn England sich damit begnügen wolle, unter türkischer Suveränität seinen Einfluß in Ägypten auszuüben ... Ich habe also nicht geraten, „es zu nehmen". Ich bin gegen meinen Willen genötigt, diese Aufklärung zu geben, um den Insinuationen endlich einmal bestimmt

zu widersprechen, die oft dahin gemacht worden sind, als hätte ich mir seit Jahren angelegen sein lassen, die englische Regierung durch lockende Versprechungen von fremdem Besitztum vom Pfad der Tugend abzulocken und dadurch in Europa Verwirrung anzurichten ... Wären meine Ratschläge der Mäßigung befolgt worden, so wäre manche Verwicklung seitdem vielleicht nicht eingetreten ... Ich kann es nur für einen Irrtum in der Schätzung halten, wenn England uns unsere bescheidenen Kolonialversuche mißgönnt ... Bei den fremden Nationen machen die Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen wie 1870, wie 1813 die geharnischten Männer aus der Erde wachsen wie aus der Saat der Drachenzähne in Kolchis, aber, daß sich dann auch stets irgendein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie übereinander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabeistehen kann und zusehen, wie die deutschen Recken sich untereinander bekämpfen."

Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 2. und 3. März tadelte das Verfahren der englischen Regierung, bei Veröffentlichung von Blaubüchern nicht vorher anzufragen, ob die deutsche Regierung mit der Wiedergabe der Noten und vertraulichen Unterredungen einverstanden sei. Das widerspreche allen diplomatischen Traditionen. England fordere Entschädigungen in Kamerun, wälze sie aber wegen seines ganz unnötigen Bombardements von Alexandrien ab. Die „Kölnische Zeitung" meinte, England wolle durch seine Indiskretionen Mißtrauen zwischen Frankreich und Deutschland säen.

Granville.

Lord Granville ging im Oberhaus am 6. März auf Bismarcks Rede ein. Er erklärte sehr schwächlich, seine Worte seien mehr gegen den Herzog von Richmond gerichtet gewesen als gegen Bismarck. Übrigens schloß er mit Befriedigung über die letzten Worte Bismarcks von den zukünftigen Beziehungen der beiden Nationen, die um so eindrucksvoller seien, als sie in einem Augenblicke des Verdrusses gesprochen wurden. „Es scheint in Deutschland der Argwohn zu herrschen, daß wir nicht eine volle Erkenntnis der jetzigen Stellung jener großen Nation haben. Ich glaube im Gegenteil, daß es kein Land gibt, wo nicht nur die Politiker, sondern alle Klassen mehr und freudiger die überaus wichtige Stellung würdigen, welche Deutschland seit seiner Einigung in Europa einnimmt, und ich glaube auch, daß es im Interesse Europas ist, daß die Beziehungen Deutschlands zu England gute sein sollten, sowie daß sie es nicht minder zu Frankreich und den andern Nachbarn sein sollen. Mehr als je sollen unsere Beziehungen gute sein zu einer Zeit, da wir im Begriffe stehn, uns fast in jedem Weltteil zu begegnen. Während jeder von uns seine Rechte wahren wird, sollen wir auch beim großen und gemeinsamen Werk des Handels und der Zivilisation im Geiste herzlicher Kooperation vorwärtsgehen." Sowohl in England wie in Frankreich machte diese schwache Rede üblen Eindruck. In Berlin war man davon sehr befriedigt.

Während der kaiserliche Schutzbrief für die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation" publiziert wurde, ging Bismarcks Sohn, Graf Herbert, nach

London (4. bis 9. März), um persönliche Vermittlungen anzubahnen. Eine deutsch-englische Kommission regelte (12. März) die privatrechtlichen Verhältnisse der beiderseitigen Untertanen in Lüderitzland zwischen Oranjefluß und Kap Frio.

Völkerfrühling. Bismarck kam in der Debatte über die überseeischen Dampferlinien (12. bis 17. März) auf ein früher berührtes Bild vom Völkerfrühling Baldurs zurück, der durch Loki und den blöden, dämlichen Hödur erschlagen, respektive „niedergestimmt" werde. Er sagte, ihm habe in den letzten zwanzig Jahren ununterbrochen diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Göttersage gequält und beunruhigt. „Ich habe unter dem Begriff Völkerfrühling mehr verstanden als die Kolonialpolitik. Ich habe die ganze Zeit verstanden, in der sich Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bürgerkriege, der zur Lösung eines verschürzten gordischen Knotens unabweisbar und unentbehrlich war, der überstanden wurde, und zwar ohne die Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden so groß, als die Überzeugung, daß diese chirurgische Operation zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheiten notwendig war. Sobald sie sich Bahn brach, war auch aller Groll vergessen, und wir konnten schon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieses Bürgerkrieges nicht gestört war. Das alles schwebte mir als Völkerfrühling vor, nicht die heutige Kolonialpolitik, die bloß eine Episode bildet in dem Rückgange, den wir seitdem gemacht haben. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenig Jahre nach dem großen Siege vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardensegen schon erstickend auf ihn gewirkt hat. Aber dann kam, was ich unter Loki verstand: der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und in konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fraktionskämpfen seine Nahrung findet; der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im deutschen Reichstag aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist . . ." Die Parteien, denen Bismarck die Schwächung des Ansehens des Reiches nach außen vorwarf, waren überrascht, wie pessimistischer als alle andern der Kanzler selbst den Zustand des Reichs vor dem Auslande darstellte.

Neuguinea. Gladstone teilte dem Unterhaus am 12. März mit, daß die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich über die Abgrenzung der beiderseitigen Protektoratsgrenzen in Neuguinea in befriedigender Weise begonnen hätten, und er erklärte bei dieser Gelegenheit, er wünsche in seiner Zuneigung für

Deutschland hinter niemandem zurückzustehen, wenn er auch nicht gerade der Ansicht Onslows sei, daß Deutschlands Freundschaft für England notwendig sei, um seine Stellung in der Welt zu behaupten. Man dürfe die Erwerbungen Deutschlands nicht in krämerhaftem Geist besprechen, um mit scheelem Auge das zu betrachten, was nicht England zufiele. Werde Deutschland eine kolonisierende Macht, so rufe er ihr Gottes Segen zu für ihre Bestrebungen; Deutschland werde Englands Bundesfreund und Genosse sein zum Segen der Menschheit. „Ich begrüße seinen Eintritt in diese Tätigkeit und werde es erfreulich finden, daß es unser Genosse in der Verbreitung des Lichtes und der Zivilisation ist." Darauf bezog sich wieder Bismarck in einer Rede vom 14. März, von der wir noch hören werden. Übrigens wurde die Anwesenheit des Prinzen von Wales und seines Sohnes (des jetzt, 1917, regierenden Königs) zur Feier des 88. Geburtstages des Kaisers von der deutschen wie von der englischen Presse als Zeichen der wiedererstarkten Freundschaft betrachtet (22. März).

Ein großer Verlust für die deutsche Kolonialsache war der unerwartete Tod des Generalkonsuls Dr. Nachtigal, 20. April; er starb an Tropenfieber. Ihm wurde ein Denkmal in Kamerun gesetzt. Seine Reisebeobachtungen hatte er im Werk „Sahara und Sudan" niedergelegt. Seine Briefe wurden in den „Erinnerungen an Gustav Nachtigal" 1887 von Dorothea Berlin gesammelt. Nachtigal.

Einen neuen Widerstand fand die deutsche Regierung durch den Protest des Sultans von Zanzibar (27. April) gegen die Proklamierung des deutschen Protektorats über die Landschaften Usugara, Usugua, Nguru und Ukami. Man schrieb das englischen Intrigen zu. Dagegen gelang doch um diese Zeit die Vereinbarung mit England über die Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete in Neuguinea (29. April). Eine Suezkommission war schon am 30. März in Paris zusammengetreten. Bald darauf wurde dem Reichstag ein Weißbuch, Aktenstücke über Ägypten, vorgelegt, mit dem Bemerken, daß die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen Übernahme der Mitgarantie einer ägyptischen Anleihe seitens des Reichs vorbehalten bleibe. Der Kaiser erteilte der Neuguinea-Kompanie einen Schutzbrief (17. Mai); der Teil des Festlandes von Neuguinea, der nicht unter englischer oder niederländischer Oberhoheit stand, erhielt den Namen „Kaiser-Wilhelms-Land", die vor der Küste dieses Teils von Neuguinea liegenden Inseln sowie die Inseln des Archipels, welcher bisher als der von Neubritannien bezeichnet wurde, bekamen den Namen „Bismarck-Archipel". Die Kompanie, rechtlich vertreten durch den Geheimen Kommerzienrat Adolf v. Hansemann, erhielt die Rechte der Landeshoheit mit dem Recht, herrenloses Land in Besitz zu nehmen und Verträge mit den Eingebornen zu schließen. Die Rechtspflege und die Leitung der auswärtigen Beziehungen blieben der kaiserlichen Regierung vorbehalten. — Eine Konvention mit dem Königreich Madagaskar wurde am 27. Mai abgeschlossen. Zanzibar.

Gegen den Sultan von Zanzibar wurde Ende Mai ein deutsches Geschwader zusammengezogen, weil er den Sultan von Witu, der mit Deutschland seit 1867 in freundschaftlichen Beziehungen stand, angriff. Den Schutz- und Freundschaftsvertrag mit Witu hatte der deutsche Reisende Richard Brenner vorbereitet. Bismarck legte in einer Depesche vom 2. Juni an den deutschen Botschafter in London die Ziele dieser Expedition dar. Er hoffte, daß es gemeinschaftlich gelingen werde, den Sultan zum Frieden zu vermögen; Deutschland wolle nicht die Unabhängigkeit des Sultans beschränken; es fordere nur die Respektierung des deutschen Protektorats und wünsche den Abschluß eines Handelsvertrags, ohne dazu zu zwingen. England gab darauf beruhigende Versicherungen. Deutschland erklärte sich bereit, dem englisch-französischen Abkommen von 1862, betreffend die Unabhängigkeit Zanzibars, beizutreten, und brachte die Abgrenzung des Gebiets des Sultans durch eine unparteiische Kommission in Anregung. Um diplomatisch besser vertreten zu sein, ersetzte die deutsche Regierung den Generalkonsul in Zanzibar Dr. Rohlfs durch Konsul Travers, der besser mit englischen Diplomaten umzugehen verstand, während Rohlfs mehr auf den Verkehr mit den Eingebornen geachtet hatte.

Das Übereinkommen mit England wegen Abgrenzung der westafrikanischen Schutzgebiete am Golf von Neuguinea und wegen Gewährung gegenseitiger Handels- und Verkehrsfreiheit wurde am 21. Juni veröffentlicht. Die Sache der überseeischen Postdampferlinien machte Fortschritte, auch die der ägyptischen Anleihe, an der sich Deutschland beteiligte.

Unter dem Druck des deutschen Geschwaders anerkannte der Sultan von Zanzibar am 13. August die deutschen Ansprüche: die Schutzherrschaft des Kaisers über Witu u. s. w. Die Schiffe des Geschwaders hatten eine drohende Stellung vor dem Palaste des Sultans eingenommen und so diese große moralische Wirkung hervorgerufen. Der Sultan galt als das geistliche Oberhaupt der Mohammedaner Ostafrikas. „Zum erstenmal in der Geschichte konnten sich die Eingebornen durch den Augenschein davon überzeugen, daß das mächtige zentraleuropäische Reich imstande ist, mit starker Faust über die Weltmeere hinüberzugreifen.“ So schrieb die „Kolonialpolitische Korrespondenz“.

Karolinen. Eine neue Kolonialfrage tauchte auf, als es bekannt wurde, das Deutsche Reich wolle nun auch die Pelew- und Karolineninseln besetzen. Der deutsche Gesandte in Madrid, Graf Solms, teilte das dem spanischen Minister des Auswärtigen zuerst vertraulich, dann in einer Note mit, worauf aber Spanien am 19. August förmlich protestierte, ohne freilich die Rechtstitel für seine behauptete Suveränität darzulegen. Die Besitztitel waren nach Zeitungsberichten der Umstand, daß ein spanischer Schiffer im Jahre 1686 eine Insel entdeckte und Karolina benannte, daß ferner 1710—1733 die Jesuiten von Manila verschiedene mißlungene Versuche machten, die Karolineninseln zu missionieren, daß Papst Alexander VI. in seiner berühmten Bulle, in der er über die Teilung der Neuen Welt

zwischen Spanien und Portugal entschied, die Karolineninseln, freilich ohne sie zu nennen, den Spaniern zusprach. Dagegen wandte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ein, all das beweise nur, daß eine wirkliche, etwa beabsichtigte Besitzergreifung nicht stattgefunden habe. Papst Alexander VI. starb vor Entdeckung der Karolinen. Wenn seine Bulle allgemeine Gesetzeskraft hätte, so gäbe es keine englischen, holländischen, französischen Kolonien, so könnte Spanien und Portugal jede andere Nation vom Meere wegfegen. Übrigens liege auch ein englischer Protest gegen Spaniens Ansprüche vor, dem von Spanien nicht widersprochen wurde. So hißte denn ein deutsches Kanonenboot „Iltis" am 25. August auf der Insel Yap die deutsche Flagge; zwei spanische Schiffe lagen bereits seit dem 21. August vor der Insel, waren aber noch nicht dazugekommen, sie ihrem Auftrag gemäß zu besetzen.

Um aber Zwistigkeiten zu verhüten, erklärte sich Bismarck sofort bereit, die Sache einem Schiedsgericht zu übergeben. Es hieß in seiner Note vom 31. August aus Varzin: „Auf den genannten Inselgruppen bestehen seit langer Zeit in der Voraussetzung, daß dieselben herrenlos sind, deutsche Handelsniederlassungen in großer Anzahl . . . Es ist amtlich ermittelt worden, daß in den fraglichen Gebieten außer den vorwiegenden deutschen nur noch englische Interessen, aber keine spanischen vertreten sind . . . Es bestand auf den Inseln kein Anzeichen, welches die Ausübung der Herrschaft einer fremden Macht angedeutet hätte . . . Die spanische Regierung hat (seit einem protestierten Versuch 1875) jeden Schritt unterlassen, welcher die Absicht bekundet hätte, dort Hoheitsrechte auszuüben oder zu erwerben, oder durch Errichtung von Handelsniederlassungen und sonstigen Anlagen festen Fuß auf den Inseln zu fassen; noch weniger ist der kaiserlichen Regierung eine tatsächliche Besitzergreifung der Inseln notifiziert worden, wie dies eventuell den Traditionen und den Verabredungen der Mächte auf den jüngsten Berliner Konferenzen entsprochen haben würde. Die kaiserliche Regierung war daher berechtigt, diese Inseln als unabhängig und im europäischen Sinne herrenlos anzusehen, und sie handelte im besten Glauben, als sie den Befehl erteilte, die dortigen deutschen Handelsinteressen unter den Schutz des Reiches zu stellen. Soweit wohlerworbene Rechte anderer entgegenstehen, ist die kaiserliche Regierung bereit, dieselben zu achten. Sie ist auch bereit, in eine Prüfung der spanischen Ansprüche im Wege freundschaftlicher Verhandlung einzutreten. Sollte eine Verständigung nicht zu erzielen sein, so wird dann die kaiserliche Regierung die Entscheidung dem Schiedsgericht einer beiden befreundeten Macht zu überlassen bereit sein. Die Frage ist nicht von der Bedeutung, daß die kaiserliche Regierung versucht sein könnte, von den freundschaftlichen Traditionen ihrer Politik abzuweichen." Die Nachricht vom Vorgehen der Deutschen rief allerdings in Madrid deutschfeindliche Unruhen hervor, so daß sich die deutsche Marine vorsehen mußte; aber alsbald entschuldigte die spanische Regierung die Exzesse gegen das deutsche Gesandtschaftshotel durch mangelnde Energie der Polizeibeamten, die ihres Amtes entsetzt würden. Nun sprach sich auch die englische Regierung gegen die Ansprüche Spaniens aus und bald kam die überraschende Meldung, das Deutsche Reich wolle den Papst zum

Schiedsgericht.

Schiedsrichter annehmen, um nicht als Gegner des katholischen Spanien zu erscheinen. Eine offiziöse Korrespondenz bemerkte: „Wir haben eine zu große Hochachtung vor der Person Seiner Heiligkeit und ein zu großes Vertrauen in seine Unparteilichkeit, als daß wir ihn als Schiedsrichter ablehnen sollten."

Kuba. Der „Newyork Herald" argwöhnte gar, die gegenwärtige Aktion des Deutschen Reichs diene nur dazu, Absichten auf den Erwerb von Kuba zu verdecken, sie richte also ihre Spitze auch gegen die Vereinigten Staaten. Dazu sagte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": „Wenn Spanien einen Krieg gegen Deutschland unternehmen sollte, was wir nicht glauben, so würde Kuba allerdings ein wichtiges Angriffsobjekt für uns bilden; aber die amerikanischen Staatsmänner sind zu gut über die Tendenz unserer Kolonialpolitik unterrichtet, um zu glauben, daß die deutsche Regierung auf den Gedanken kommen könnte, sich dauernd eines Landes zu bemächtigen, welches in deutschem Besitz doch noch weit stärkere Garnisonen erfordern würde, als die spanische Regierung dort zu halten genötigt ist." Spanien nahm also die vom Deutschen Reich vorgeschlagene Vermittlung des Papstes an (25. Sept.). Man hatte zuvor im spanischen Staatsrat erklärt, Spanien könne nur zu einem Schiedsgericht des obersten Pontifex seine Zustimmung geben, man hatte aber gezweifelt, daß der protestantische Kaiser Wilhelm sich einem solchen Schiedsgericht jemals unterwerfen werde.

Indessen schloß die ostafrikanische Gesellschaft mit dem Großsultan der Somali einen Vertrag, durch welchen der Gesellschaft für die ganze Küste von der Zanzibargrenze an um das Kap Guardafui herum bis Ras Ulula bedeutende Nutzrechte zugesichert wurden. Durch neue Verträge erwarb die Gesellschaft die Gebiete nördlich des Kilimandscharo bis zum Tana. Die Marschallinseln wurden im Oktober unter deutsches Protektorat gestellt. Der Sultan von Zanzibar räumte der ostafrikanischen

Dar-es-Salam. Gesellschaft den Hafen von Dar-es-Salam zur freien Benützung ein unter Vorbehalt seiner Oberhoheit. Durch diese Erwerbung erlangte der ostafrikanische Kolonialbesitz eine gute Verbindung mit der See, eine Hauptbedingung seiner Entwicklung. Im weiteren erwarb die ostafrikanische Gesellschaft noch die Landschaft Usaramo und Uhehe. Im Dezember wurde ein Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit dem Sultan von Zanzibar abgeschlossen. In bezug auf die Westküste wurde ein Protokoll mit Frankreich, betreffend die beiderseitigen Besitzungen an der Küste und in der Südsee, unterzeichnet, einerseits vom Grafen Herbert Bismarck, anderseits vom Botschafter Baron de Courcel. Es handelte sich um die Biafra-Bai, die Sklavenküste mit (dem deutschen) Togo, um Senegambien, die „Inseln unter dem Wind", die Neuhebriden. Man gab und nahm.

Karolinen. Indessen kam auch die Karolinenfrage zur Erledigung. Papst Leo machte folgenden Vermittlungsvorschlag: „Die Entdeckung eines Teiles der Karolinen- und Palaos-Inseln durch Spanien im 16. Jahrhundert und eine Reihe von Handlungen, welche die spanische Regierung zu verschiedenen Zeiten auf diesen Inseln zum Wohl der Eingebornen vollzogen hat, haben

nach der Überzeugung der spanischen Regierung und Nation ein Souveränitätsrecht geschaffen, das sich auf die Grundsätze des internationalen Rechtes stützt, die während dieser Zeit bei ähnlichen Verwicklungen angerufen worden sind. Wenn man die Gesamtheit der erwähnten Handlungen ins Auge faßt, deren Richtigkeit durch Schriftstücke in den Archiven der Propaganda bestätigt wird, so kann man den wohltätigen Einfluß Spaniens auf die Bewohner dieser Inseln nicht verkennen. Außerdem muß man beachten, daß keine andere Regierung einen ähnlichen Einfluß ausgeübt hat. Und das erklärt die ständige Überlieferung, der man Rechnung tragen muß ... Anderseits meint die kaiserliche Regierung, daß nur die tatsächliche Besitzergreifung die Souveränität verleihe, daß aber eine derartige Besitzergreifung durch Spanien niemals stattgefunden hat. Diesem Grundsatz gemäß hat sie auf der Insel Yap verfahren nach bestem Wissen und Gewissen. Infolgedessen und damit die abweichenden Anschauungen der beiden Regierungen kein Hindernis für eine ehrenvolle Regelung bilden, schlägt der Vermittler vor, daß das neue Abkommen an die Form des Protokolls sich halte, welches hinsichtlich des Sulu-Archipels am verflossenen 7. März zu Madrid zwischen den Vertretern Großbritanniens, Deutschlands und Spaniens abgeschlossen wurde, und daß man folgende Punkte annehme: 1. Anerkennung der Souveränität Spaniens über die Karolinen- und Palaos-Inseln. 2. Um dies wirksam zu machen, verpflichtet sich die spanische Regierung, eine geordnete Verwaltung einzurichten mit genügender Macht, um die Ordnung zu erhalten. 3. Spanien gewährt Deutschland volle Freiheit des Handels, der Schiffahrt und Fischerei, das Recht, eine Schiffs- und Kohlenstation zu errichten. 4. Ebenso das Recht, Plantagen anzulegen ..." Dieser Vermittlungsnote vom 22. Oktober traten die beiden Mächte am 17. Dezember bei. Dort, wo Spanien keine wirkliche Okkupation unter Einrichtungen von Behörden vornimmt, sollen die Deutschen überhaupt unbeschränkt sein. — Diese interessante Episode schloß damit, daß Papst Leo dem Reichskanzler den Christusorden verlieh, während der Kardinal-Staatssekretär Jakobini den Schwarzen Adlerorden erhielt. Der Papst dankte dem „großen Kanzler" in einem Begleitschreiben, daß er den Apostolischen Stuhl zu einem Amt einlud, das ihm zwar keineswegs neu sei, jedoch seit langer Zeit nicht mehr angerufen wurde, „obgleich es fast keine Aufgabe gibt, die mit der natürlichen Beschaffenheit des Papsttums so vortrefflich im Einklange steht ... So ist es Deiner Weisheit auch nicht entgangen, welcher Nutzen für die Sicherheit des öffentlichen Lebens und der bürgerlichen Gesellschaft in der Macht zu finden ist, die von uns geleitet wird, namentlich wenn sie nach Hinwegräumung jedes Hindernisses die Freiheit des Handelns besitzt. Es möge daher gestattet sein, in Gedanken der Zukunft vorzugreifen und aus dem, was geschehen ist, eine gute Vorbedeutung für das übrige zu entnehmen ..."

Konfession.

Sehen wir also gleich zu, wie es sich mit den konfessionellen Angelegenheiten im Deutschen Reich verhielt. Kein Mitglied des Zentrums befand sich unter den Unterzeichnern des Aufrufs für eine Bismarckspende. Immer wieder wies die Regierung auf die polnische Propaganda der katholischen Geistlichen hin und legte die Gefahr dar, die daraus entspringe, daß der Erzbischof von Posen für sich die Stellung eines Primas

von Polen in Anspruch nehme. In der polnischen Bevölkerung wurzle der Gedanke, daß mit dem Primat von Posen, der sich auch über Preußens Grenze hinaus erstrecke, die höchste weltliche Macht verbunden sei, solang ein König von Polen fehle. Damit hing die Furcht vor dem fortdauernden Zuzug russisch-polnischer Elemente in die östlichen Provinzen zusammen. — Die Frage einer katholischen Universität wurde nun in dem Sinn erörtert, daß man die für Fulda gesammelten Gelder der geplanten Salzburger Hochschule zuweisen wollte. — Der 800. Todestag des Papstes Gregor VII. wurde an vielen Orten Deutschlands kirchlich gefeiert. Ein Aufruf des Freiherrn v. Loë in Mainz bezeichnete Gregor „als jenen großen Papst des 11. Jahrhunderts, der, mit erleuchtetem Auge die der Kirche drohenden Gefahren und ihre Feinde erkennend, dieselben trotz Verfolgung und Leiden aller Art mit hohem Opfersinn und unerschütterlichem Mute bekämpfte ... Auch unsere Zeit ist groß an Gefahren; mächtig stürmt die Revolution an gegen die göttliche Wahrheit und die Kirche Gottes. Aber auch in unserer Zeit legte Gott das Steuerruder der Kirche in die Hände großer Männer, groß an Dulderſinn und Mut und unerschütterlichem Gottvertrauen. Das katholische Volk hat sich um sie geschart. Wir folgen dem Worte des Heiligen Vaters, wir harren mit ihm aus im Dulden und im Kämpfen. Auch in unseren Tagen wird der Sieg unserer heiligen Sache nicht fehlen, wie wir sie siegreich hervorgehen sahen aus den Kämpfen Gregors VII."

Im Gegensatz dazu beschäftigte sich der 15. deutsche Protestantentag in Hamburg (28. Mai) mit der Frage: „Durch welche Mittel können die Freisinnigen für das kirchliche Leben gewonnen werden?" Er klagte über „die gegenwärtig in den meisten protestantischen Landeskirchen durch die oberste Staatsgewalt installierte theologische Parteiherrschaft, die nach römischem Vorbild offenkundig und selbstbewußt die ganze seit dem Dreißigjährigen Kriege durch die edelsten Geister der Nation errungene, über den konfessionellen Differenzen stehende, aber trotzdem religiös-sittliche Geistesbildung unserer Nation bekämpft ... Jeder Deutsche muß aber dankbar gegen die seitdem erblühte religiöse Aufklärung und sittliche Bildung sein im Hinblick auf den jeder idealeren Lebensauffassung feindlichen Materialismus unserer Tage."

Die Kölner Bischofsfrage wurde so gelöst, daß der Papst den staatlich abgesetzten Erzbischof Dr. Paul Melchers von seinem Amt entband, und im Einverständnis mit der Regierung den Bischof von Ermland, Dr. Philipp Krementz, zu seinem Nachfolger bestimmte. Melchers wandte sich in einem rührenden „Abschiedswort" an seine frühere Diözese; er wurde zum Kardinal ernannt. Ein auf der Fuldaer Bischofskonferenz festgestellter gemeinsamer Hirtenbrief lobte die Katholiken Preußens wegen ihrer Einheit, Festigkeit und Treue zur katholischen Kirche im

innigsten Anschluß an den Episkopat und den Heiligen Stuhl und beklagte die durch die Zeitverhältnisse verschuldete mangelhafte Seelsorge.

Katholikentag.

Die 32. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands (1. bis 4. Sept.) nahm folgende Resolutionen an: 1. Über die soziale Frage: Sonntagsruhe, Sonntagsheiligung als fördernd auch für Familie, Körper und Geist. Fürsorge für den kranken und invaliden Arbeiter; aber auch für den gesunden gegen übermäßige Arbeitszeit. Verbot oder Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeit. 2. Über die Handwerkerfrage: Befähigungsnachweis, korporative Handwerkerverbände (Innungen), um den für den Staatsorganismus unentbehrlichen gewerblichen Mittelstand vor Verfall zu bewahren. 3. Über die Lage des Papstes u. s. w.: Protest gegen die Unterdrückung des Heiligen Stuhls und der Propaganda, Freiheit der geistlichen Erziehung und Jurisdiktion. Freiheit des Ordenswesens. Freiheit der Eltern in der Erziehung der Kinder. Protest gegen das staatliche Schulmonopol, den staatlichen Schulzwang, die konfessionslosen und religiös gemischten Schulen, die rein staatliche Ausbildung und Anstellung der Lehrer.

Bischof Brinkmann sagte auf dem Katholikentag: „Vor einem Menschenalter hatte die katholische Kirche volle Freiheit. Aber welche Wandlung ist heute vor sich gegangen! Nachdem Preußens siegreicher König sich die Kaiserkrone aufgesetzt hat, sind die alten Wunden wieder aufgerissen, an denen unser Volk seit Jahrhunderten blutet. Ein neuer Ansturm auf die katholischen Interessen ist in Szene gesetzt. Aber wie die Feinde auch drängen, wir stehen unerschütterlich und werden uns das Band nicht zerreißen lassen, das uns mit dem Heiligen Stuhle verbindet." — Windthorst sagte über die Verhandlungen: „Es herrscht volle Einmütigkeit zwischen den Gläubigen und den Bischöfen, und über uns allen steht der Papst in Rom, der die Welt regiert. Ja, was man auch sagen möge, er regiert doch die Welt! Dieser Greis erhebt die Hände segnend über die Welt und ist Zeuge dafür, daß wir den Sieg erringen werden. Wir gehen nicht in den Sumpf. Wir sind wach, wir sind noch so kampfesmutig wie vor zehn Jahren. Und wenn wir nicht mehr sind, dann treten andere jüngere Kräfte, wie Lieber, Porsch und andere an unsere Stelle. Das Zentrum stirbt nicht und ergibt sich auch nicht. Wir werden mit den Bischöfen immer einig sein, und mit dem Augenblick wird es mit uns aus sein, wenn wir auch nur um eine Linie von den Vorschriften der Bischöfe abweichen."

Missionen.

Sehr unzufrieden war man mit der Zurücksetzung der katholischen Missionen in den deutschen Kolonien. Das Zentrum wünschte, daß die Jesuiten wenigstens in den Kolonien zugelassen werden, da diese doch eigentlich Ausland seien. Dagegen sprach sehr entschieden Bismarck (28. Nov.): „Die Gefahr, die gerade die Tätigkeit der Jesuiten für Deutschland, seine Einigkeit und seine nationale Entwicklung hatte, liegt nicht im Katholizismus der Jesuiten, sondern in ihrer internationalen Organisation, in ihrem Lossagen und Loslösen von allen nationalen Banden,

in ihrer Zerstörung und Zersetzung der nationalen Bande und der nationalen Regungen überall, wo sie denselben beikommen. Nun haben wir gerade in Deutschland an nationalem Empfinden und nationaler Lebendigkeit keinen erheblichen Überschuß; wir sind in der Richtung einigermaßen blutarm; es ist eine bedauerliche Leichtigkeit, mit der der Deutsche überall, im Osten und im Westen, sich von seiner Nationalität lossagt, und die Wirkung der nationalen Empfindungen auf unsere Handlungen, auf unser Auftreten, auf unsere Versöhnlichkeit im inneren Parteiwesen ist leider eine außerordentlich geringe." Er verwies auf die deutschen Renegaten in Frankreich, die polonisierten Deutschen, die Deutschen in Amerika. „Es ist dieser Kosmopolitismus, diese Neigung zur Vaterlandslosigkeit, die gerade der Jesuitenorden mehr als irgendein anderer durch seine Jugenderziehung fördert, indem er die Jugend von den nationalen Banden, vom Nationalgefühl losreißt. Das ist eben die Hauptsache, die ich gegen den Orden habe; sonst ist er geschickter, duldsamer und klüger als mancher andere. Die Jesuiten sind eine Gefahr für das geringe Maß, den geringen Rest von Nationalgefühl, der einer großen Mehrzahl von uns Deutschen geblieben ist." Das galt dem Kanzler noch mehr von den elsässischen Jesuiten. „Als Jesuiten und als Franzosen werden sie den Befehlen ihres von Paris aus geleiteten Ordens gehorchen und ihre deutschfreundlichen Protestationen ermangeln der Glaubwürdigkeit. Wir werden vielmehr darauf gefaßt sein müssen, daß sie, wenn sie Einfluß daselbst gewinnen, diesen im antideutschen Interesse benutzen werden . . . Wir sind dort von französischen Besitzungen begrenzt und der Vorredner (Windthorst) kann doch nicht verlangen, ich solle eine französische Mission dort etablieren . . ." Die Worte Windthorsts „Wir wollen erst abwarten, was die Geschichte sagen wird, ob diese Mißregierung unter Friedrich Wilhelm IV. besser war oder die des Fürsten Bismarck" betrachtete Bismarck etwas übertrieben als eine schwere Beleidigung seines treuen Royalismus: „Ich bin der Diener meines Herrn. Aber von einer Regierung des vorigen Königs und des Fürsten Bismarck zu sprechen — welche Beleidigung für meine Ehrlichkeit als Vasall, als Beamter!" Bei Gelegenheit einer Interpellation wegen der ausgewiesenen Polen (1. Dez.) gebrauchte Bismarck auch sehr starke Worte: „Der Vorredner wünschte, daß die Polonisierung fortschreite . . . Aber wenn Sie einem Reichskanzler, der bei der Polonisierung der Deutschen in unseren Grenzprovinzen nicht mithelfen will, das Gehalt versagen wollen, dann, meine Herren, können wir, um mit einem gemeinen Berliner Ausdrucke zu sprechen, die Reichsbude überhaupt nur zumachen; dann zerstören Sie das Gebäude, das mühsam und sorgfältig aufgerichtet ist durch die Arbeit der Regierung, durch die Versöhnlichkeit der Stämme, durch die Tapferkeit unserer Heere. Und ich finde es wenig pietätvoll, wenn Sie das um einer so leichten Frage willen tun, um der Ausweisung einiger russischer und galizischer Polen willen, die der König von Preußen nach den ihm zustehenden Rechten für notwendig hält."

Gegen Windthorsts Anklage: „In Preußen sind die Schulen jetzt vollkommen entchristlicht und die Religion ist aus ihnen verbannt" (3. Dez. 1884) protestierte der Preußische Lehrerverein.

Professor Christlieb in Bonn regte eine „Evangelisation Deutschlands" an mit Evangelistenschule für Evangelisten oder Laienprediger.

Im Bergischen tauchte eine neue protestantische Sekte auf: „die Adventisten des siebenten Tages", amerikanischen Ursprunges.

Gegenüber der neuen „Probebibel“ verteidigte man den lutherschen Text mit der Begründung: 1. daß Luther nicht sowohl eine Übersetzung als eine Verdeutschung wollte; 2. daß sein Text in Lied, Gebet und Liturgie Gemeingut geworden.

Eine rheinische Freimaurerversammlung fand auf dem Rochusberg bei Bingen statt. Den hohen Protektoren, dem Kaiser, dem Kronprinzen und dem Großherzog von Hessen, wurden Ergebenheitstelegramme entsendet.

Auch dieses Jahr wurden noch Lutherfestspiele in Jena aufgeführt; die nächsten Wiederholungen wurden auf 1888 angesetzt.

Bismarck.

Der höheren Politik wandte sich Bismarck in einer Reichstagsrede vom 14. März zu. Windthorst hatte „politisch-pragmatische Verträge mit Österreich-Ungarn“ empfohlen. „Ich bin auch nicht dagegen (sagte Bismarck), und ich habe schon vor Jahren in Österreich den Vorschlag gemacht oder wenigstens die Frage angeregt, ob es möglich sein würde, solche pragmatische Einrichtungen, sei es auf dem Zollgebiet, sei es auf anderem Gebiet, zu treffen und dadurch die Lücke zu decken, die der Abgeordnete Windthorst zu seinem Bedauern durch die Ereignisse von 1866 in die deutschen Beziehungen gerissen fand. Wir haben aber bei näherer Prüfung gefunden, daß, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die bei uns eintreten könnten, in den österreichisch-ungarischen Verhältnissen noch sehr viel größere liegen und daß es für eine dortige Regierung, die ganz bereit wäre, darauf einzugehen, doch zweifelhaft sein müßte, ob sie die nötigen Bewilligungen der Körperschaften, deren sie dazu bedarf, finden würde.“ Im weiteren schalt Bismarck: „Wir haben bei uns im Reiche Fraktionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg, und zwar einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können. Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnischredenden Provinzen von Preußen ist so nur möglich. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfang, die Wiederabtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich: das alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind ... Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn Mitglieder solcher Fraktionen eine gewisse Ungeduld empfinden, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint ... Ich nehme an, daß Herr Windthorst sich über die Tragweite seiner Worte und Friedenszweifel getäuscht hat; aber ich möchte ihn bitten, dergleichen Hoffnungen nicht zu nähren, indem dann unsere friedlichen Beziehungen sich als zweifelhaft darstellen. Er tadelt mich, daß ich auf das Jahr 1866 überhaupt Bezug genommen habe und fügt hinzu: ‚Wir sind hier der Einigkeit wegen.‘ Es ist mir lieb, daß er mich dessen versichert hat; ich hatte es bisher nicht gemerkt; ich hatte geglaubt, wir wären hier, um die Verschiedenheit unserer Meinungen zur

Geltung zu bringen ... Wenn noch der 1866er Krieg der einzige Bürgerkrieg wäre, der in Deutschland geführt wurde — oder Bruderkrieg, wenn Sie wollen! Aber es ist doch fast in jedem Jahrhundert einmal ein großer deutscher Krieg gewesen, der die deutsche Normaluhr richtiggestellt hat für hundert Jahre. So die Kriege in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, der Dreißigjährige Krieg, der Schmalkaldische und die Reformationskriege, dahinter die Welfen- und Gibellinenkämpfe. Wir sind eben ein streitbares Volk. Daß das eine so sehr üble Erinnerung hinterließ, kann ich nicht finden; es war die Morgenröte einer besseren Zeit, die 1866, allerdings blutig, anbrach ... Die Epoche, die das Buch von Poschinger beschreibt, liegt jetzt ungefähr ein Vierteljahrhundert hinter uns. Wenn wir von den Streitigkeiten lesen, so macht uns das alles einen kleinlichen Eindruck und wir blicken mit Behagen aus der Verbesserung der deutschen Zustände zurück in diese Zeit des kleinlichen Partikularismus ... Sollte es denn gar nicht möglich sein, daß, wenn nach einem weiteren Vierteljahrhundert ein Reichstags-Poschinger einmal auf unsere jetzigen Fraktionsstreitigkeiten zurückblickte, man dann auch den Eindruck hätte, daß der Fraktionspartikularismus ein glücklich überwundener Standpunkt wäre? Ich gebe darauf die Hoffnung nicht auf. Ich nehme an, daß der Fraktionszopf und Parteizopf dann etwas aus der Mode gekommen sein wird. Was mich dazu ermutigt, das sind die Zeichen an unserer heranwachsenden Generation. In unserer Jugend ist ein ganz anderer nationaler Schwung und eine großartigere Auffassung des politischen Lebens als in allen meinen Altersgenossen. Lassen Sie uns mal erst alle sterben, dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommen wird! Wir sind alle noch viel zu sehr erfüllt vom Parteikampfzorn ... Ich habe diese Hoffnung, wenn in trüben Momenten mir der Popanz vorschwebt, daß wir zum alten Bundestag zurückkehren könnten ... Ich sehe nicht immer rosig in die Zukunft ... Wir haben bisher nur glückliche Kriege geführt, aber lassen Sie uns einmal einen schweren unglücklichen Krieg führen: ob wir dann an der Volksvertretung die sichere Stütze finden werden, die wir 1870 fanden? Nun, ich hoffe es ... aber es könnte sein, daß das Ausland den Eindruck nicht hat, als ob wir so einig wären, und solche Ermutigungen sollte man dem Auslande nicht geben." — Am 16. März sprach Bismarck gegen Verwertung der dynastischen Verwandtschaften in Fragen der auswärtigen Politik, gegen Eugen Richter; er trat dem mit der Versicherung entgegen, „daß das Gewicht der deutschen Dynastien und insbesondere unserer kaiserlichen Dynastie unter allen Umständen jederzeit auf Seiten der nationalen Interessen und niemals auf der Seite der fürstlichen Verwandtschaften in die Wage fallen wird". Das war auch mit Bezug auf den russischen Auslieferungsvertrag gemeint,

den Bismarck aus Rücksichten für das Zarenhaus dem Reichstag vorlegen mußte, ohne dessen Annahme zu erwarten.

Infolge der Heirat des Prinzen Wilhelm mit der Tochter des Herzogs von Schleswig-Holstein wurde die Schadloshaltung des Schleswig-Holsteinischen Hauses am 23. März gesetzlich vom preußischen Abgeordnetenhaus u. s. w. geregelt. Die Schadloshaltung bestand aus dem Schlosse Augustenburg auf Alsen und einer Jahresrente von 300.000 Mark. Sie wurde motiviert durch den allseitigen Wunsch nach Klärung der Verhältnisse, durch die nationale Haltung des Hauses, die Verzichtleistung des Hauses auf seine Herrscherrechte und durch die großen vermögensrechtlichen Verluste des von Dänemark bedrängten Hauses.

Braunschweig.

In anderer Weise wurden einstweilen die Verhältnisse in Braunschweig geregelt. Preußen stellte beim Bundesrat den Antrag, „die Überzeugung der verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reiches nicht verträglich sei". Des zum Beweis wurden Schriftstücke vorgelegt, aus denen hervorging, daß König Georg (und der Herzog von Cumberland, sein Sohn) ihre Rechtsansprüche an Hannover aufrechthielten und die Wiederherstellung ihrer Rechte bei günstiger Gelegenheit herbeizuführen entschlossen waren. Daran schlossen sich erregte Erörterungen. Der Bundesrat nahm den preußischen Antrag an und sprach die Überzeugung aus, „daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig, da derselbe sich in einem dem reichsverfassungsgemäß gewährleisteten Frieden unter Bundesgliedern widerstreitenden Verhältnisse zu dem Bundesstaate Preußen befindet und im Hinblicke auf die von ihm geltend gemachten Ansprüche auf Gebietsteile dieses Bundesstaates, mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei". Dagegen stimmten Mecklenburg-Strelitz und Reuß ä. L. Oldenburg enthielt sich der Abstimmung.

Der Herzog von Cumberland legte in einem Briefe an seine Tante, die Königin von England, seinen Standpunkt dar, und meinte, das Festhalten seiner Rechtsansprüche an Hannover stehe nicht im Widerspruch mit seiner Pflicht, „als regierender Fürst von Braunschweig alle Gesetze und Verträge zu halten und zu erfüllen, die der regierende Herzog erlassen und abgeschlossen hat, somit auch diejenigen vom Herzog abgeschlossenen Verträge, durch welche das Herzogtum Teil des deutschen Reiches geworden ist", und er war überzeugt: „daß die Erfüllung der mir als Herzog von Braunschweig obliegenden Pflichten nicht beeinträchtigt werden würde durch den Vorbehalt der Rechte, welche mir von unsern Vorfahren in Beziehung auf Hannover überkommen sind". Dieser Standpunkt schien vielen selbstverständlich; die ganze ältere Geschichte ist voll von Beispielen der gleichen Art. Dasselbe erklärte der Herzog von Cumberland in einem förmlichen Protest vom 22. September. Man ging aber darüber hinweg und ließ von der braunschweigischen Landesversammlung am 21. Oktober den Prinzen Albrecht von Preußen zum „Regenten" wählen, allerdings ohne damit die

Sukzessionsrechte des Hauses Braunschweig-Lüneburg beeinträchtigen und der Zukunft des Landes vorgreifen zu wollen. Prinz Albrecht zog am 2. November in Braunschweig ein und erließ ein Patent.

Bismarck. Bismarcks 70. Geburtstag, 1. April, wurde zu großen Kundgebungen benützt. Der Kaiser übersandte ihm als Geschenk eine Kopie des Wernerschen Bildes von der Kaiserproklamation in Versailles (Bd. 3, S. 668) und sprach in einem Handschreiben seine Freude darüber aus, „daß ein solcher Zug des Dankes und der Verehrung für Sie durch die Nation geht ... Es erwärmt mir das Herz, daß solche Gesinnungen sich in so großer Verbreitung kundtun, denn es ziert die Nation in der Gegenwart und es erstärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft, wenn sie Erkenntnis für das Wahre und Große zeigt und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt. An einer solchen Feier teilzunehmen, ist mir und meinem Hause eine besondere Freude ...“ Das Zentralkomitee für die Bismarcksammlungen beschloß den Hauptteil der eingegangenen Gelder zum Ankauf des Bismarckschen Stammgutes Schönhausen zu verwenden (1,500.000 Mark). Aus dem andern Teil wurde eine Schönhausen-Stiftung gemacht für Mitglieder des höheren Lehrfachs.

Es wurde in Masse der Oldruck des Bildes von A. v. Werner verkauft, damit, wie es in der Ankündigung hieß, die Eltern es den Kindern zeigen und ihnen sagen können: „Schaut her, das ist der eiserne Kanzler, der das Deutsche Reich aus Schutt und Trümmern zu neuem Glanz und zu neuer Herrlichkeit emporgehoben hat!“ Ernst Scherenberg sang ihm zu: „Heil dir, weiser Berater des Reiches, gewaltiger Bildner, der du mit eisernem Griff furchtlos den Hammer geführt, bis Germania neu, ein herrlich strahlendes Bildwerk, markig gemeißelt aus Stein, vor uns, ein Wunder, erstand!“ Das Fest wurde am begeistertsten von den Studenten in solennen Festkommersen mit donnernden Salamandern gefeiert. Huldigungstelegramme priesen „das leuchtende Vorbild der deutschen studentischen Jugend“. Der Kaiser schenkte ihm das Bild der Kaiserproklamation in Versailles in Kopie und ließ überdies auch den Moment der Übergabe dieses Bildes wieder in einem Bild verewigen. Es telegraphierten die Monarchen von Österreich, Rußland, Sachsen, Schweden, Belgien, Rumänien, Württemberg. Ludwig von Bayern sandte ein Handschreiben. Auch der König von Siam und der Sultan von Zanzibar gratulierten. Am zurückhaltendsten äußerte sich die Parteipresse. Eine Bismarckausstellung faßte alles Gedruckte, Gezeichnete und Gemalte über Bismarck zusammen.

Für die Bismarckfeier in München dichtete P. Heyse das zu vertonende Gedicht: „Wem soll das Lied erklingen? Dem Mann, dem keiner gleich, der in gewalt'gem Ringen uns neu erschuf das Reich. Zuschanden ward der Feinde List, versöhnt der alte Bruderzwist: der das getan, wir bringen den Dank ihm freudenreich ...“ u. s. w. „Dem Mann auf hoher Wacht, der Elsaß und Lothringen ans Reich zurückgebracht ... Dem weisen Friedenshort, der Diplomatenschlingen zerhaut mit blankem Wort; das Deutsche Reich, das Herz der Welt, hat er zur Hut des Rechts bestellt ... Dem Helfer in der Not, der sprach: ich will erringen der Arbeit Schutz

und Brot ... Dem besten Mann der Zeit, den zu so hohen Dingen sein Genius geweiht ...“ Die Jubelhymne Martin Greifs in freien Rhythmen ist ziemlich unverdaulich (Allg. Ztg., 29. März). Langatmig war auch der Festgruß von Oskar v. Redwitz (Allg. Ztg., 1. April). Julius Grosse begeisterte sich an dem Gedanken: „Seit Luthers Tagen, als der Gottesmann titanisch brach Germaniens Geistesbann, ward uns kein größrer Held geboren, dem Deutschlands Herz so heiß entgegenschlug, der ein Koloß hinschritt im Siegesflug, den Himmelsgunst zu unserm Heil erkoren.“ Freiherr v. Löher feierte Bismark als den „politischen Erzieher der Deutschen“.

Eine bemerkenswerte Episode erzählt Hermann Bahr („Schwarzgelb“, S. 36f.); er hatte damals als relegierter Student eine Adresse der Wiener deutschen Studentenschaft dem Jubilar zu übergeben. Der Fürst ließ ihm dafür durch seinen Rat von Rottenburg danken und ihm sagen: „er freue sich, uns so gut deutsch gesinnt zu wissen, was wir aber nun nicht besser beweisen könnten, als wenn wir unsere ganze Kraft einsetzten, Österreich stark zu machen. Deutschland rechne auf uns, es brauche uns, aber in Österreich. Ein mächtiges Österreich sei Deutschland unentbehrlich“. Der Rat setzte hinzu, „wir seien in Deutschland wohl gelitten, und fuhr fort, uns an Begabung und Gesinnung zu rühmen. Wir seien Deutsche von einer prächtigen Eigenart, die wir aber doch, um uns in das Deutsche Reich, wie es nun einmal geworden, ohne Störung einzufügen, erheblich abändern müßten. Ob nicht doch schade darum wäre? Welchen Vorteil das deutsche Wesen denn hätte, wenn unsere Spielart daraus verschwände? Wie denn der Verlust unserer österreichischen Eigenheit, die sich an uns im Leben mit den andern Völkern entwickelt hätte und nur durch das Leben mit diesen erhalten werden könnte, dem Deutschtum ersetzt werden sollte?“ Bahr.

Eine Aufmerksamkeit für den Vater war es wohl auch, daß dessen Sohn Graf Herbert Bismarck zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt am 11. Mai ernannt wurde.

Neuer Unmut erfaßte den Kanzler über eine Rede des welfischen Abgeordneten von der Decken (11. Mai); er habe wie ein Sozialdemokrat gesprochen. „Es sind jetzt 19 Jahre vergangen, daß die jetzigen Verhältnisse (in Hannover) bestehen. Ich bedaure, daß Sie noch immer an Ihren Bestrebungen festhalten und sie offen bekennen. Wenn ich zurückdenke an meine Jugendzeit, so waren 1834 ungefähr 19 Jahre vergangen nach der Teilung Sachsens, die auch ein Ergebnis von kriegerischen Ereignissen war. Gegen das Verhalten des damaligen Königs von Sachsen kann man nichts einwenden. Die Einwohner des preußischen Sachsen hatten sich vollständig mit ihrem Geschicke befreundet, und es dachte keiner daran, für die Wiederherstellung der alten Verbindung zu konspirieren; noch weniger fiel es einem ein, sich offen dazu zu bekennen und auf die Gefahr hin, im gesamten Vaterland Umsturz, Unglück und Verwirrung anzurichten, einseitig das zu erstreben, was sich ein Teil des hannöverschen Adels heute noch zum Ziele gesetzt hat. Ich bedaure, daß Sie an diesem utopistischen Gedanken festhalten. Ich fürchte, der hannöversche Adel wird dabei zugrunde gehen. Sie werden sich den Kopf an der Mauer einrennen. Welfen.

Es ist Landesverrat und Reichsverrat, was Sie treiben!" Immerhin fragte man sich, warum das neue Deutsche Reich in dieser Beziehung so ungünstig vom alten Deutschen Bund abstach. Damit mochte es auch zusammenhängen, daß die württembergische Volkspartei jede Verschmelzung mit der neuen demokratischen Parteibildung in Norddeutschland ablehnte in der Erwägung, daß die süddeutsche Demokratie föderativ denke (7. Juni). Aus dem gleichen Grunde lehnte eine am 14. Juni in Mannheim tagende Generalversammlung der Deutschen Volkspartei eine Fusion mit den norddeutschen Demokraten ab. — Dagegen wurde das mitteleuropäische Bündnis durch Besuche der Kaiser und der Kanzler im August gefestigt. Auch der rumänische Ministerpräsident Bratianu kam zu Bismarck nach Friedrichsruhe.

Nach dem Tode des Freiherrn v. Manteuffel wurde das Amt eines kaiserlichen Statthalters dem bisherigen Botschafter in Paris, Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, verliehen; er galt viel mehr als Manteuffel als unbedingter Anhänger der Bismarckschen Politik. Seine „Denkwürdigkeiten" gewähren uns manchen intimen Einblick in das politische Getriebe. Die Verhältnisse im Reichsland waren durchaus ungeklärt. Das Land wurde immer französischer.

Neuer Reichstag.

Im neuen Reichstag, der am 19. November eröffnet wurde, zählte das Zentrum 108, die Deutschkonservativen 75, die Deutschfreisinnigen 65, die Nationalliberalen 50, die deutsche Reichspartei 28, die Sozialdemokraten 24, Fraktionslose mit Einschluß der 15 Elsaßlothringer 23, die Polen 16, die Volkspartei 7. — Dem Reichstag wurde der Plan des Nordostseekanals vorgelegt; der Bau sollte 156 Millionen Mark kosten, wovon 50 Millionen zum voraus auf Preußen fielen. Durch die Abgaben war eine Einnahme zu erzielen, die die jährlichen Unterhaltungskosten überstieg.

Der Zollanschluß von Bremen wurde vorbereitet. Bismarck verteidigte den Satz (8. Jan.), daß die steigende Auswanderung nicht ein Zeichen einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage sei; denn Voraussetzung der Auswanderung sei, daß die Auswanderer in der Heimat Ersparnisse machen konnten zur Bestreitung der Überfahrt. Übrigens müsse man die Majorität der Bevölkerung, die von der Landwirtschaft lebt, in die Lage setzen, die Kaufkraft gegenüber der städtischen Minorität nicht zu verlieren, denn dann geht auch diese zugrunde. Die von Hertling beantragte Einführung eines Normalarbeitstages hielt Bismarck für unmöglich ohne Festsetzung eines Normallohnsatzes. Die Industrie würde in ihrer Exportfähigkeit geschwächt. Man müßte einen Weltarbeitstagsverein mit einem Weltlohnsatzverein stiften, der ebenso wie der Weltpostverein alle Staaten umfaßte. Aber das sei nicht möglich; auch könne man das Befolgen der Gesetze nicht so genau überwachen. Selbst in der Schweiz wird der Arbeitstag umgangen. Auch der Zentralverband deutscher Industrieller warnte vor unbesonnener Ausdehnung

der Arbeiterschutzgesetzgebung im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Bismarck setzte sich lebhaft dafür ein (10. Febr.), die Arbeit am Walde durch Holzzölle zu schützen. Der Wald beschäftige beinahe so viele Hände wie der Ackerbau. Auch die Kornzölle verteidigte er; die im Jahr 1879 gemachten Prophezeiungen, die Zölle würden das Getreide verteuern, seien nicht eingetroffen. Es bewahrheite sich das Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt." Bismarck widersprach der Behauptung Bebels, daß er die an seine Güter grenzenden Bauernhöfe aufkaufe. „Solange Gott überhaupt noch im Sinne hat, das Deutsche Reich und Preußen zu erhalten, wird Ihnen dieser Kampf gegen den Grundbesitz nicht gelingen. Ich verstehe unter Grundbesitz den Ersatz der Ritterschaft im alten Sinne, der mit dem bäuerlichen Grundbesitz verschmilzt. Die Bauern und die früheren Rittergüter bilden eine Minorität; aber Gott wird uns diese beiden Klassen erhalten, so lang er uns ein geordnetes Regiment im Land erhalten will; wenn sie wirklich zugrunde gehen sollten, so fürchte ich, wird das letztere mit zugrunde gehen." — In der Rede vom 16. Februar wandte sich Bismarck gegen den Vorwurf, daß er den Bauer aufhetze; das sei etwas ganz anderes, als wenn die Opposition die besitzlosen Arbeiter gegen den Grundbesitz aufhetze; denn der Bauer gehört zu den Besitzenden, er kann dem Staate nie gefährlich werden. Ein Gegensatz zwischen bäuerlichem und Großgrundbesitz existiert nicht; beide haben die gleichen Interessen. Sehr energisch bekämpfte Bismarck den Antrag, die Sonntagsarbeit bei Strafe zu verbieten; die Arbeiter würden ein Siebentel ihres Lohnes einbüßen und eine Steigerung des Tagelohns als Gegengewicht sei sehr fraglich. — In „reaktionärem" Sinn sprach sich der deutsche Innungstag in Berlin (15. Juni) aus.

Sozialisten wie Anarchisten machten sich bemerkbar. Der Polizeirat Rumpff in Frankfurt, der sich Verdienste um die Ermittlung des Dynamitattentats auf dem Niederwald erworben hatte, wurde ermordet; der Täter wurde in einem Schuhmachergesellen Lieske ermittelt und zum Tode verurteilt, allerdings nur auf Grund eines Indizienbeweises. Aber das Urteil wurde vollstreckt und die in Neuyork erscheinende Mostsche „Freiheit" bestätigte später (16. Jan. 1886) die Richtigkeit des Urteils. — Das dänische Blatt „Sozialdemokraten" veröffentlichte den Dank der reichsdeutschen Parteivertretung für die internationale Hilfe im Wahlkampf: „Es gibt nur Eine Sozialdemokratie. Unser Wahlsieg ist zum Sieg für die Sozialdemokraten aller Länder geworden. Deutschland war die Walstatt der gesamten Partei." — Allerdings entspann sich im April ein Konflikt zwischen der Parteileitung und dem Parteiorgan, das in Zürich erschien. Erstere sagte: „Nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen hat, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrollieren hat. Die Fraktion erwartet demgemäß, daß Angriffe unterbleiben." Gegen diesen „Ukas" lehnten sich aber manche sozialdemokratischen Vereine in Zürich, Paris, Brüssel und London auf, auch in Darmstadt und Großenhain: das Benehmen der Herren Liebknecht

Sozialisten.

und Genossen rieche nach Diktatur. Am stärksten äußerten sich die Frankfurter Brüder: „Während die Genossen in allen Ländern, müde des unwürdigen Drucks, mit eiserner Energie daran arbeiten, eine Armee zu schaffen, die Proletarier zu organisieren, um in kommenden Augenblicken die Menschheit mit Gewalt von der Gewalt zu befreien, scheinen sich unsere Abgeordneten mit den Vertretern der heutigen Gesellschaft in diplomatische Unterhandlungen einzulassen und sich mit diesen auszusöhnen. Sie finden Geschmack an dieser, jeden freien Mannes unwürdigen Komödie. Unsere Abgeordneten sind schon (infolge des Sozialistengesetzes) zahm geworden." Das sei eine „diktatorische Maßregelung, eine Art Ausnahmegesetz". Man sehe aus dem Tone des Liebknechtschen Ukases, daß bei der Mehrheit der Fraktion „das edle demokratische Selbstbewußtsein einem verwerflichen Dünkel gewichen ist". Im Gegensatz zu den parlamentarischen Reden gebe „nur der freie rücksichtslose Ton des Parteiorgans die stets junge Kraft zu neuen Gesetzübertretungen, durch welche sie den Pflichten als Parteigenossen genügen". Im September wurden die sozialdemokratischen Abgeordneten Auer, Bebel, Dietz, Frohme und v. Vollmar wegen Teilnahme an einer verbotenen Verbindung prozessiert, aber sämtlich freigesprochen.

Revanche.

Als französische Zeitungen über den kommenden Revanchekrieg Andeutungen machten, beklagte es die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 3. August, „daß unsere Bestrebungen, die guten Beziehungen zu Frankreich zu pflegen und eine Politik der Versöhnung anzubahnen, bisher kein Glück gehabt und keine Gegenseitigkeit gefunden haben. Wir müssen uns die Sorge aufdrängen lassen, daß Frankreich nur auf eine günstige Gelegenheit warte, um allein oder im Bündnis mit anderen über uns herzufallen."

Auch der russische Minister Giers war im Oktober bei Bismarck in Friedrichsruhe.

Die internationale Telegraphenkonferenz in Berlin, unter Stephans Vorsitz, nahm das Prinzip des einheitlichen Tarifsystems für Europa an.

Gegen Dr. Schweningers Berufung zur Professur für Dermatologie an der Berliner Universität erhob sich Widerspruch, da er als Privatdozent in München wegen Sittlichkeitsvergehen bestraft worden war.

Ranke.

Bei Rankes 90. Geburtstagsfeier rühmte man auch seine „Schule", zu der man Waitz, Hirsch, Köpke, Giesebrecht, Willmanns zählte, während sich unter seinen Gegnern ehemals Dahlmann, Gervinus und Schlosser befanden. Die Opposition gegen Ranke erklärte seine Geschichtsauffassung für veraltet, indem sie nur Staatslenker und Staatsbegebenheiten, nicht aber Kultur und Geist als führende Mächte erkenne. Sein Pragmatismus sah in der Weltgeschichte die Abwandlung der menschlichen Gesamtzwecke bei zunehmender innerer Lebendigkeit in immer weiteren Kreisen der Völkergemeinschaft. Man zitierte da Rückerts Gedicht über die Aufgabe der Geschichte: „Wie die Welt läuft immer weiter, wird stets die Geschichte breiter, und uns wird je mehr je länger nötig ein Zusammendränger. Nicht, der aus dem Schutt der Zeiten wühle mehr Erbärmlichkeiten, sondern der den Plunder

sichte und zum Bau die Steine schichte. Nicht das Einzle unterdrückend, noch damit willkürlich schmückend, sondern in des Einzlen Hülle legend allgemeine Fülle. Der gelesen alles habe und besitze Dichtergabe, klar zu schildern mir das Wesen, der ich nicht ein Wort gelesen. Sagt mir nichts von Resultaten, denn die will ich selber ziehn. Laßt Begebenheiten, Taten, Helden rasch vorüberfliehn. Und vor allem spart die Noten, zeiget euch nur wahr und treu! Und wird mir der Kern geboten, frag' ich nicht, aus welcher Spreu."

Goethe. Mit Walther v. Goethe († 15. April) erlosch das Geschlecht des Dichters, seines Großvaters. Walthers Testament sprach das Goethehaus mit den Sammlungen dem Staate Sachsen-Weimar zu, das Goethearchiv der Großherzogin Sophie. Sein Bruder Wolfgang war vor zwei Jahren gestorben. Der Großherzogin wurde die Benützung und Verwertung des Archivs ausdrücklich als persönliche Vertrauenssache ans Herz gelegt. (Siehe das Testament: Allg. Ztg., 20. Juni.) In der Folge erschien im Juli ein Aufruf zur Beteiligung an der Goethegesellschaft in Weimar. Diese Goethegesellschaft zählte im Oktober bereits 950 Mitglieder, darunter war die Königin von Italien. Professor Erich Schmidt verließ Wien und nahm das Amt eines Direktors des Goethe-Archivs in Weimar an.

Der riesige Erfolg von Schillers „Don Carlos" im Deutschen Theater in Berlin überraschte die den Klassikern fast entfremdete Zeit.

Der 250. Todestag des deutschen Dichters und Jesuiten Friedrich v. Spee wurde allseits beachtet. Nachkommen dieser Familie haben sich bekanntlich im Weltkrieg tragisch ausgezeichnet.

Zu des Dichters August v. Platen 50. Todestage gedachte man seiner schönen, stolzbescheidenen Verse: „Mir, der ich bloß ein wandernder Rhapsode, genügt ein Freund, ein Becher Wein im Schatten und ein berühmter Name nach dem Tode."

Ad. Wagner und Th. Kozak gaben den Nachlaß von Karl Rodbertus-Jagetzow heraus („Zur sozialen Frage"). Albert Schäffle schrieb über die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie; Hermann Bahr kritisierte darauf die „Einsichtslosigkeit des Herrn Schäffle".

Alfred v. Reumont erzählte mit liebender Hingebung Denkwürdiges „Aus Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen". Der katholische Gelehrte war dem romantischen König eng befreundet gewesen.

Mit dem zweiten Band kam R. Hayms ausgezeichnete Biographie Herders zum Abschluß und gab der deutschen Nation eine notwendige Ergänzung des Kulturprogramms ihrer andern großen Klassiker.

Raich. Alois Brandl besprach in der „Allgemeinen Zeitung" (16. Jan.) Raichs (nicht Reich) Buch über Shakespeare als Katholiken; er polemisiert dagegen, gibt aber zu, daß alle äußeren Zeugnisse dafür sprechen, daß der große Dichter der katholischen Kirche angehörte. Merkwürdig ist dabei die Gereiztheit des katholischen Tirolers Brandl gegen den „Herrn Reich". Das treffliche Buch von Dr. J. Mich. Raich über „Shakespeares Stellung zur katholischen Kirche" (1884) war freilich mit wissenschaftlichen Gründen nicht zu widerlegen.

Karl Biedermann beschrieb „Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte". E. Freih. v. Brüggen behandelte die Frage: „Wie Rußland europäisch wurde". Alfr. Dove schilderte „Das Zeitalter Friedrichs des Großen und

Josephs II.". Karl du Prel, der Spiritist und Theosoph, gab „Die Philosophie der Mystik". Ad. Fischhof untersuchte „die Sprachenrechte in den Staaten gemischter Nationalität". Alfons Huber schloß den ersten Band seiner noch heute nach seinem Tode nicht vollendeten „Geschichte Österreichs" mit 1278. Rücksicht auf Kulturgeschichte nahm er dabei nicht. J. Jirecek untersuchte „die kulturellen Beziehungen der Ungarn und Böhmen im 14. und 15. Jahrhundert". Oskar Lenz beschrieb („Timbuktu") seine „Reise durch Marokko, die Sahara und den Sudan". J. C. Poestion gab sein ausgezeichnetes Buch über „Island, das Land und seine Bewohner".

Der Geolog Ed. Sueß beschrieb „das Antlitz der Erde". Dr. Drasche schränkte die Anschauungen Dr. Kochs über die Kommabazillen der Cholera etwas ein.

Stern. Adolf Stern schilderte in den beiden letzten Bänden seiner „Geschichte der neueren Literatur", im 6. und 7. Band, den „Liberalismus, Demokratismus, Realismus und Pessimismus".

Ernst Wechsler wollte mit seiner „materialistischen Dichtung" „Der unsterbliche Mensch" die letzten Konsequenzen des Naturalismus ziehen. Der mir bekannte strebsame junge Mann starb sehr früh.

Wichtig sind H. v. Zeißbergs „Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Österreichs während der Franzosenkriege". Max Wirth berichtete über „Ungarn und seine Bodenschätze".

Hamerling schrieb in der „Allgemeinen Zeitung" (316) über den „Geisterglauben in seinem Verhältnis zur Kunst- und Kulturgeschichte", Julius Fröbel über die naturalistische Weltansicht. Über den Spiritismus schrieb vom katholischen Standpunkt W. Schneider: „Tatsachen, Täuschungen und Theorien".

In K. v. Noordens „Historischen Vorträgen" ging Vergötterung des modernen Staatsgedankens und Karikierung der Kirche und ihrer großen
Hist.-pol. Blätter. Päpste Hand in Hand. So schreiben die „Hist.-pol. Blätter". Sie betrachten ferner den alten Parlamentarier B. Waldeck als Dichter, besprechen des derben österreichischen Priesters S. Brunner „Hau- und Bausteine zu einer Literaturgeschichte der Deutschen", das Buch von P. Dehn „Deutschland und der Orient" mit besonderer Beziehung auf Österreich, die neue Folge des Riesenwerkes der Bollandisten, den Historiker August Bebel in seinem Buch „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft", den ausgezeichneten Konvertiten Abbé Albert Hetsch. Sie geben Erinnerungen an K. E. Jarcke, begleiten das neue Kirchenlexikon von Wetzer und Welte in seinen Fortschritten, besprechen die sozialpolitischen Novitäten von Schäffle, Ruhland und Helldorf-Baumersrode, das schöne Buch von J. Hirn über Erzherzog Ferdinand von Tirol und die Gegenreformation, das Problem des Fernwirkens (Telepathie) im Gegensatz zur Atomistik, nach Kant, Faraday, Zöllner, Palmieri. Der 96. Band der „Hist.-pol. Blätter" schildert die Pariser Pfingstwoche und den Viktor-Hugo-Skandal, bespricht Joh. Janssens vierten Band der Geschichte des deutschen Volkes, F. H. Geffkens Schrift über „die völkerrechtliche Stellung des Papstes". Die Annahme, die beiden Slawenapostel Cyrill und Method seien die alleinigen Bekehrer Böhmens gewesen, wird kritisch berichtigt. Die Indiskretionen des dritten Bandes der Memoiren von Bluntschli werden beleuchtet. Auf Kaweraus Polemik gegen Janssen wird eingegangen. Die Jubelausgabe

von Dreizehnlinden wird begrüßt, F. W. Weber, der „Dichter des Zentrums", wird dazu beglückwünscht. Denifles Werk über die Universitäten des Mittelalters erweist sich als Berichtigung der Arbeiten von Savigny, L. v. Stein und Döllinger. Edmund Behringers Epos „Die Apostel des Herrn" wird in der zweiten Auflage mit Helles „Jesus Messias", mit dem Heliand, mit Klopstock verglichen. Es folgen Aphorismen über das katholische England und über die katholische Universität Nordamerikas, zu deren Gründung der dortige Episkopat auf dem letzten Plenarkonzil in Baltimore aufrief. Die Enzyklika vom 1. November 1885 über die christliche Staatsordnung („Immortale Dei") wird als die Konsequenz der Enzyklika vom 8. Dezember 1864 mit dem Syllabus betrachtet. Die Erinnerungen des Dr. Joh. N. v. Ringseis erschienen nun gesammelt, ergänzt und herausgegeben von seiner Tochter, der Dichterin Emilie Ringseis.

Das erste geschlossene Auftreten einer modernen, dem Epigonentum gegensätzlichen Dichterschule bezeichnet die von W. Arent in Berlin herausgegebene Sammlung von Gedichten „Moderne Dichtercharaktere" (Ill. Ztg., 11. April), zu der ich auch eingeladen wurde und einiges beitrug. Auch mir lag es daran, das philisterhafte Epigonentum jener Zeit zu bekämpfen, nur sah ich schon damals das Heil nicht im Naturalismus, im Modernismus, sondern im Streben nach der höchsten, alle Zweige umfassenden nationalen und religiösen Hochkultur, in der Fortsetzung, nicht Nachahmung der Griechen, des Mittelalters, Calderons, der deutschen Klassiker und Romantiker. Die Vorrede dieses epochemachenden Buches ist vom Jahr 1884 datiert. Moderne Dichtercharaktere.

Ernst Scherenberg widmete seine Dichtung „Germania" dem Fürsten Bismarck. Er schilderte nach den Widmungsdistichen: „Wie sich aus tiefstem Verfall Germania hoffend erhoben, als ihr im Zollerngeschlecht endlich der Retter erwuchs; wie ihr der Geist der Geschichte das Schicksal wechselnder Völker warnend im Bilde gezeigt, bis sie die Wahrheit erkannt: daß nur aus ruhigem Maß, dem Ausgleich streitender Kräfte, nicht aus der Einzelnen Sieg dauernde Größe erblüht."

Der jüngst verstorbene österreichische Dichter Alfred Meißner hatte einst an George Sand den Spruch gerichtet: „Viel Kronen gibt es, dunkle, dornenvolle, die Gott den Kindern dieser Erde lieh; die schwerste doch, mit der der Herr im Grolle ein Weibeshaupt bekränzt, ist das Genie!" — Richard v. Meerheimb versuchte sich in der neuen Form der „Monodramen". Hettner lobte sie als Gegensatz zum niedrigen Realismus. — Einen sonderbaren Epenstoff wählte sich Adolf Brieger mit „König Humbert in Neapel"; er schilderte in Terzinen die Begegnung des Königs mit dem Papst in einem Choleraspital.

Die herrlichste Erscheinung auf dem Gebiete der Kunst waren die Parzifalbilder nach Wolfram v. Eschenbach des alten Nazareners Steinle. — Moriz Schwinds Wandgemälde im Schloß Hohenschwangau erschienen im Kupferstich nach den Originalaquarellen; diese stammten aus den dreißiger Jahren. Sie umfaßten die germanische Heldensage, die Karlssage und Kreuzzugssage. — Der Münchener Lenbach malte den Papst, der Österreicher Angeli die Königin Viktoria von England mit der Krone.

Ethnographie. Deutschland wurde ebenso mit Bildern aus Afrika wie mit ethnographischen Merkwürdigkeiten aus den neuen Erwerbungen überschwemmt. Man sammelte derlei im Bewußtsein, daß all das vor der Kultur doch bald verschwinden werde. Das neue große Museum für Völkerkunde kam diesem Sammeleifer eben recht. Es dürfte auch nicht zu leugnen sein, daß die Bekanntschaft mit der prähistorischen Kunst der wilden Völker sehr stark auf die Entwicklung der modernen Kunst eingewirkt hat, die gerade damals beginnt.

Der Entwurf zum Börsengebäude der deutschen Buchhändler in Leipzig, von Kayser und Großheim, zeigte statt der gewöhnlichen Renaissanceformen bereits die kräftigere deutsche Barocke.

Beim Einzug des neuvermählten erbgroßherzoglichen Paares in Karlsruhe brachte die Landbevölkerung in ihren malerischen Trachten ländliche Geschenke dar, mit alemannischen Reimen; so zur Ausrüstung für eine Kinderstube: „Für dine schöne Chinderstube, für d' Meidli und für d' Bube, zu Chinderhübli, Mäntel, Schüh, zu jedem g'hört ä Bändli züh, 's isch alles güti Sidi dra: griffs numme a!"

Man feierte mit Recht den 300. Geburtstag des protestantischen Tonmeisters Heinrich Schütz, dessen Hauptverdienst allerdings darin bestand, daß er die Errungenschaften der katholischen Meister Italiens herübernahm. Die deutsche Musikwelt feierte das 200. Geburtsfest G. Fr. Händels und Joh. Seb. Bachs.

Professor Rudolf Seitz machte Vorschläge zu einer künstlerischeren Herrenmode mit Kniehosen, Strümpfen und Schnallenschuhen (Ill. Ztg., 4. April).

Dem Erfinder des Telephons Philipp Reis († 1874) wurde in Gelnhausen ein Denkmal enthüllt. Dort hatte man auch das schöne romanische Haus wiederhergestellt.

Volapük. Schleyers Weltsprache Volapük interessierte alle Welt für einige Jahre, erwies sich aber schließlich doch nur als eine wurzellose Kunstpflanze.

Die akademische Welt beschäftigte sich mit der Preisfrage, woher der studentische „Salamander" stamme. Am natürlichsten scheint es, diesen feierlichen und lärmenden Begrüßungsakt auf das hebräische Grußwort Salem oder Salam zurückzuführen, da die meisten heutigen Studentenbräuche unter den protestantischen Hörern der Theologie entstanden sind. Andere sahen im schwarzgelben Salamander die Farben des alten römisch-deutschen Reiches (Ill. Ztg., 18. April f.).

Beim Tod des Oberbürgermeisters von Köln Dr. Hermann Becker erinnerte man sich seiner kommunistischen Vergangenheit (vgl. Band 2, Register). Nach mehrjähriger Festungshaft erwarb er das Vertrauen seiner Mitbürger und das des Kaisers, der ihn auch in den erneuten Staatsrat berief.

Die französische Kolonie in Berlin feierte das zweihundertjährige Jubiläum ihrer Entstehung durch das Edikt von Nantes und gab eine Festschrift heraus.

Beim 6. deutschen Turnfest zu Dresden waren die österreichischen Gäste die Helden des Tages. Auch Ungarn waren gekommen und wollten ihre Fahne zu den deutschen stellen.

Bei den Manövern wurde bereits das Aufwerfen von mannstiefen „Schützengräben" geübt. Es gab also bereits damals die Sache und den Namen (Ill. Ztg., 12. Sept.). — Man übte die Hafenverteidigung durch elektrische Torpedos. — Der Aeronaut Wolff stellte im Berliner Konzerthaus sein lenkbares Luftschiff aus (Ill. Ztg., 30. Mai); es hat genau die Zeppelinform und war eine Weiterentwicklung des Modells von Renard und Krebs. Der Ballon kostete 10.000 Mark, flog aber nicht.

Auf Professor M. J. Oertels Anregung bildete sich das System der Terrainkurorte aus.

Nach ungefährer Berechnung wurden 1870/71 deutscherseits dreißig Millionen Gewehrkugeln und 362.000 Artilleriegeschosse gefeuert; davon wurden 35.000 Franzosen getötet.

Springer. Bei der Herausgabe der „Protokolle des Verfassungsausschusses im österreichischen Reichstage 1848—1849" benützte Anton Springer die Einleitung zu einer kritischen Überschau der Verfassungskämpfe von 1848 bis 1884. Er schloß: „Der (nicht abgeschlossene) Verfassungsstreit bedeutet allerdings keine unmittelbare Gefahr mehr für Österreichs Staatsmacht, seitdem er sich nur auf die eine Hälfte des Reiches einschränkt. Ungarn kann auf der gesicherten Grundlage seiner Konstitution frei seine Kraft entwickeln und hat durch sein vom Volkswillen getragenes Ministerium eine entscheidende Stimme in allen großen Reichsangelegenheiten sich erobert. Ungarn, darüber herrscht kein Zweifel mehr, ist das Hauptland Österreichs geworden und muß es in noch höherem Grade werden, wenn Österreich seine orientalischen Interessen mit ernstem Nachdruck verfolgt. Durch den Pfandbesitz Bosniens hat sich Österreich die Entscheidung bei der politischen Organisation der Balkanvölker gesichert. Ungarn wird darüber wachen, daß diese Organisation seinen Bedürfnissen entsprechend vollzogen werde. Stehen aber auch die andern Erbländer an Bedeutung für die Machtstellung Österreichs hinter Ungarn zurück, so sind sie doch nicht etwa so tief gesunken, daß nicht eine endliche Ordnung der Verfassungsverhältnisse auch hier dringend zu wünschen wäre. Diese ununterbrochenen Verfassungskämpfe machen den sozialen Fortschritt unmöglich und hemmen die Machtentfaltung des Staates. Sie um jeden Preis abzuschließen, muß das Ziel einer erleuchteten Regierung und der großdenkenden Volksführer sein. Möchte die neue Ordnung aus der eigenen Einsicht und dem freien Willen der österreichischen Stämme hervorgehen und nicht ihnen erst wieder durch äußere Bedrängnisse aufgezwungen werden!"

Österreich. Sehr richtig führte der österreichische Finanzminister Dunajewski im Reichsrat am 2. März aus, daß Österreich wohl ein konstitutionell, nicht aber ein parlamentarisch regierter Staat sei; die Regierung habe ihre Wurzel nicht im Parlament, sondern in der Berufung durch die Krone. Wohl aber stütze sich die Regierung auch auf die vorhandene Majorität des Parlaments und könne so mit Beruhigung der Zukunft entgegensehen. Leider müsse die derzeitige Regierung ohne die Linke regieren, aber sie habe den Beweis geliefert, daß sie das könne. Darauf erwiderte Herbst, das Kabinett Taaffe, das einst über den Parteien stehen wollte, regiere jetzt nicht nur ohne, sondern gegen die Linke. Der Ministerpräsident Graf Taaffe erläuterte die Worte des Finanz-

ministers dahin, daß er nicht meinte und auch nicht gesagt habe, die gegenwärtige Regierung wolle gegen die Deutschen regieren. Der Grund, warum Österreich nicht streng parlamentarisch „nach dem Buche" regiert werden kann, wie das anderwärts zum Frommen des Landes geschieht, liegt in den politischen Parteien, den Nationalitäten, der eigentümlichen Zusammensetzung Österreichs (6. März).

Die Deutschen fühlten sich durch den Warnsdorfer Hochverratsprozeß verletzt, obwohl der Kaiser die Verurteilten begnadigte, indem er den Prozeß niederschlug. Diese, der Redaktor Strache, der altkatholische Pfarrer Nittel und der Vorsitzende der Lesehalle der deutschen Studenten in Prag, Herrenreiser, waren wegen der von ihnen bei Gelegenheit eines studentischen Ausflugs nach Warnsdorf gehaltenen Ansprachen in deutschnationalem Sinn angeklagt worden. Der Abgeordnete Knotz sagte: „Wir werden uns jetzt mehr auf die Pflege unserer Nationalität verlegen. Mag die Hochflut der Ereignisse noch so stürmisch über Europa hereinbrechen, mag ein noch so starker Orkan über Mitteleuropa sich entladen, wir Deutsche können nie zu Grunde gehen. Die Weltgeschichte kann wohl über kleine vereinzelte Glieder der Völkerfamilie, nimmermehr über einen Stamm zur Tagesordnung übergehen, der einen grünen üppigen Zweig der großen deutschen Nation bildet, die sich im Zenith ihrer Macht und ihrer Herrlichkeit befindet. Dieses nationale Gefühl wird uns und unsere Streiter im Kampfe für unsere heilige Sache stählen." Wieder sagte Knotz am 18. März im Abgeordnetenhaus: „Die Deutschen in Böhmen werden aus der Justiz verdrängt, die Gerichte sind politischer Beeinflussung zugänglich. Man will uns der eigenen Heimat entfremden, man will uns Deutsche in Böhmen zu Staatsbürgern zweiter Klasse, zu Heloten des Slawentums machen, wie die Ruthenen in Galizien, die Italiener in Dalmatien. In unsern Reihen findet sich kein Hochverräter, aber wenn man unsere nationale Bedrängung noch so weiter forttreibt, so wird uns füglich das ganze deutsche Volk auch ohne unser Zutun als den bedrängten Bruderstamm betrachten." Der Justizminister Prazak bestritt die gegen die Rechtspflege in Böhmen erhobenen Beschuldigungen. — In Graz wurde die projektierte öffentliche Bismarckfeier verboten. Als trotzdem bei einem Festkommers des deutschen Schulvereins ein Student den Fürsten Bismarck überschwenglich feierte, wurde er zur Verantwortung gezogen.

Method. Die Tausendjahrfeier des Slawenapostels Methodius in Welehrad († 6. April 885) ging weit über den Rahmen einer kirchlichen Feier hinaus; sie wurde zur Propaganda für die slawischkatholische Idee, für einen austrokatholischen Panslawismus.

Ein neuer Wahlaufruf des Klubs der vereinigten Linken vom 21. April gipfelte in der Forderung, die Slawisierung der Staatsverwaltung zu bekämpfen, ebenso den Föderalismus eines sogenannten böhmischen Staatsrechts; nationale Abgrenzung der Verwaltungs- und Gerichtsbezirke Böhmens; Wunsch der Fortdauer und Befestigung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich, als der besten Gewähr des Friedens; Hebung des Kleingewerbs, des landwirtschaftlichen Kreditwesens, Verhinderung der Auffaugung des bäuerlichen Besitzes durch die Latifundien. Der Aufruf wurde in jenen Blättern,

die ihn demonstrativ vor der Thronrede abdruckten, konfisziert, aber dann wieder freigegeben. — Sehr gemäßigt war der Wahlhirtenbrief des Wiener Erzbischofs Dr. Ganglbauer (1. Mai); er ermahnte die Wähler, von ihrem Wahlrecht guten Gebrauch zu machen. Der Nichtgebrauch eines solchen Rechtes sei eine Verletzung der Gewissenspflicht. „Die Männer eures Vertrauens müssen patriotisch sein, geleitet von Liebe zum großen Gesamtstaat und zu allen Völkern und Stämmen desselben, voll Ergebenheit gegen unsern Kaiser, der die Krone trägt von Gottes Gnaden. Ohne Vaterlandsliebe und Kaisertreue kann Österreichs Völkerstaat nicht bestehen ... Die Männer eures Vertrauens sollen Herz und Verständnis für die höchsten Güter der Menschen haben, für Religion und Glauben, diese festesten Stützen des Staates."

Wegen zwiespältiger Haltung in der Frage der verbotenen Bismarckfeier sprach sich der „Deutsche Verein" gegen die „Vereinigte Linke" aus. Deren Parteihandlungen entsprächen weder den nationalen noch den freiheitlichen Interessen des deutschen Volks, daher sei ein solches Parteigebilde unfähig, diese Interessen zu vertreten.

Tschechen.

Der Wahlaufruf der Tschechen (24. Mai) besagte: „Die Erhaltung der österreichischen Monarchie in ihrer vollen Souveränität bildet für uns die unentbehrliche Vorbedingung unserer nationalen Existenz ... Die in der historischen Tradition unseres Königreiches, im Oktoberdiplom und in der Verfassung selbst begründete Autonomie, welche mit der Einheit und Machtstellung des Reiches wohl vereinbar ist, zu verteidigen, wird auch fernerhin für uns eine ernste Pflicht sein; denn es ist dies unsere Überzeugung, daß nur durch naturgemäße Entwicklung des Rechtes der Selbstbestimmung, welches allen natürlich gegebenen Faktoren des Staatslebens zuerkannt werden muß, die wahre Freiheit erblühen kann, keineswegs aber aus der schrankenlosen Stärkung eines allmächtigen, alle Selbsttätigkeit des Staatsbürgers erstickenden, alles verzehrenden Bürokratismus. Die Verständigung mit unsern deutschen Landsleuten auf der Basis einer beiden Volksstämmen loyal zuerkannten und verfassungsmäßig gesicherten Gleichberechtigung werden wir nie aufhören, aufrichtig anzustreben ... Wir werden nicht aufhören, darauf zu hoffen, sobald auf allen Seiten die klare Erkenntnis erstehen wird, daß wir als Söhne eines Vaterlandes, die wir durch die Natur selbst verbunden sind, auch nur in der Einheit und in gegenseitiger Rechtsachtung zu allseitiger Wohlfahrt gelangen können. Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Lebens haben wir stets der deutschen Sprache wichtige Konzessionen gemacht; aber das können wir nimmermehr zulassen, daß durch Privilegierung Einer Sprache das Prinzip des gleichen Rechtes aller Volksstämme selbst negiert werde." Von der Regierung wurde der Aufruf als frei von allem Chauvinismus belobt, von der Opposition als Heuchelei bezeichnet.

Bei den Neuwahlen verloren die Deutschen einige Mandate. Dr. Pattai wurde als antisemitischer Anhänger Schönerers gewählt. — Eine Konferenz der Deutschliberalen und Deutschnationalen (21. Juni) forderte Befreiung Österreichs von der slawischen Koalition, besonders vom polnischen Einfluß, intensive Arbeit auf sozialpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet, Erhaltung des städtischen Mittelstandes und Bauernstandes, Bekämpfung der Korruption, Abwehr der Verkürzung der staatsbürgerlichen Rechte und der rückschrittlichen Bewegungen auf dem Gebiete des Schulwesens.

Hirtenbrief. Über die Nationalitätenfrage handelte auch ein gemeinsamer Hirtenbrief der Bischöfe (25. Juni); er bezeichnete die Nationalitätenhetze als trauriges Zeugnis für die Abschwächung des Glaubensbewußtseins. „Nach christlicher Anschauung sind die verschiedenen Nationen des Erdkreises gleichberechtigte Glieder, Geschwister der einen Völkerfamilie Gottes. Wer andere Nationen haßt, wer in seinem Mitmenschen nicht in erster Reihe den Erlösten Christi sieht, sondern den nationalen Gegner, der handelt nicht im Geist eines katholischen Christen, weil er die Nationalität über den katholischen Glauben stellt . . . Liebe Gläubige, mäßiget euren nationalen Eifer, verletzet die christliche Liebe nicht! Ihr seid ja alle Kinder desselben Vaters im Himmel und unserer gemeinsamen Mutter, der Kirche. Ihr betet alle, wenn auch in verschiedenen Sprachen, zu einem Gott. Ein Herr, ein Glaube, eine Taufe, ein Gott und Vater aller, ein Himmelreich für alle! In dieser höheren Einheit haben die nationalen Unterschiede keine hervorragende Geltung mehr. Seid also sorgfältig bestrebt, die Einheit des Geistes zu wahren durch das Band des Friedens" (Eph. 4, 3).

Der gemeinsame Hirtenbrief der 33 österreichischen Bischöfe schloß sich einem Memorandum an die Regierung an; darnach forderte der Episkopat die Unterstützung der Regierung bei der Bekämpfung der Glaubenslosigkeit, des Indifferentismus, des Materialismus, des Freimaurertums, ferner die christliche Sonntagsruhe selbst mit Einschränkung des Eisenbahnverkehres, eine christliche Schule, christlich gehaltene Schulbücher, die Zügelung der von Ungläubigen geschriebenen Presse u. s. w.

In Wien bildete sich ein tschechischer Verein mit dem Programm der Errichtung tschechischer Volksbibliotheken und Schulen in allen Stadtbezirken und Erhebung der tschechischen Sprache zur zweiten Landessprache Niederösterreichs; er wollte sogar versuchen, mit den Wiener Behörden in tschechischer Sprache zu verhandeln. Bei der Inthronisation des neuen Erzbischofs von Prag, Grafen Schönborn, wurden nur tschechische Ansprachen gehalten. Der Bürgermeister wies auf den Primas des Königreiches hin, als Zeugen von dessen rechtlicher Unteilbarkeit, als Hüter der Wenzelskrone, als Vollzieher des Krönungsaktes. Er mußte infolgedessen sein Amt niederlegen. — Dazu kamen Exzesse in Königinhof gegen deutsche Turner aus Trautenau.

Kremsier. Von der Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren in Kremsier (25. August) erwarteten die Slawen auch eine Stärkung ihrer Sache. Dem widersprachen magyarische Stimmen. Auch die russische panslawische Presse bekämpfte die Politik des Zusammengehens mit den deutschen Kaisermächten. Übrigens sandten die beiden Herrscher ein gemeinschaftliches Begrüßungstelegramm an den Deutschen Kaiser ab.

Bezeichnend war die neue Spaltung der deutschliberalen „Vereinigten Linken" in einen „deutschösterreichischen" und einen „deutschen" Klub. —

Die galizischen Polen interpellierten wegen der Ausweisung von Polen aus Preußen. — Abgeordneter Knotz (vom deutschen Klub) beklagte in einer heftigen Rede vom 19. Oktober die Haltung des Klerus in Böhmen: „Unser deutscher Klerus ist beinahe auf dem Aussterbestand. In deutschen Gegenden finden wir tschechische Prediger, welche den Haß gegen das deutsche Volk predigen. Uns steht der nationale Gedanke höher als der konfessionelle. Und wenn der deutsche Klerus uns gegenüber in seiner Herzlosigkeit verharrt und wir in Deutschböhmen keine Geistlichen haben werden, die Herz und Gefühl für unser Volkstum haben, dann wird den Deutschen in Böhmen nichts anderes übrigbleiben, als jener Konfession Valet zu sagen und sich einer Konfession zuzuwenden, die deutsche Seelsorger stellt. Dann wird das deutsche Volk zum Altkatholizismus oder vielleicht zum Protestantismus, dieser reinen Schöpfung des deutschen Geistes schreiten. Der ungarische Staatsmann und Dichter Eötvös sprach, als er auf dem Totenbette die Nachricht von der siegreichen Schlacht der Deutschen bei Wörth erfuhr: Nun kann ich sterben; wenn es meinem Vaterlande nicht gegönnt sein sollte, seine Selbständigkeit zu erhalten, so habe ich jetzt wenigstens das Bewußtsein, daß meine Enkel Deutsche und nicht Tschechen werden. Auch wir sind dieser Überzeugung. Mag dieses alte deutsche Österreich, das uns lieb und teuer war, zergliedert und in Trümmer geschlagen werden, eine Überzeugung haben wir: auch wir werden Deutsche bleiben und nie Tschechen werden; denn lieber deutsch sterben als tschechisch verderben!“ Der Ministerpräsident Taaffe trat diesen Übertreibungen entgegen und warf der Linken vor, daß sie den nationalen Zwist in die Armee trage. Kriegsminister Graf Bylandt beruhigte die Delegierten (4. Nov.), daß für die einheitliche deutsche Armeesprache wohl gesorgt sei, besonders in Ungarn, wo die deutsche Sprache zu den obligaten Gegenständen in den Mittelschulen gehöre. Die Benutzung der deutschen Sprache auf den galizischen Bahnen mußte statutarisch und im Interesse der Armee festgehalten werden.

Der Klerus der Leitmeritzer Diözese protestierte im Dezember gegen die Vorwürfe des Abgeordneten Knotz. Die katholische Kirche, als universelle, müsse den einseitigen Nationalismus nach jeder Richtung mißbilligen.

In Ungarn wurde die höchst notwendige Reform des veralteten Oberhauses betrieben. Tisza äußerte sich sehr entgegenkommend über nähere volkswirtschaftliche Beziehungen zum Deutschen Reich. Die Stimmung schlug aber bald um und man klagte sehr über den deutschen Egoismus. Einen guten Eindruck machte der korporative Besuch der ungarischen Landesausstellung in Pest durch den Wiener Magistrat und Gemeinderat. Die in Zombor am 28. Juni tagende Serbenkonferenz formulierte die Klagen der ungarländischen Serben gegen die magyarische Regierung. Ungarn.

Den Wünschen der Deutschen in Siebenbürgen wich Minister Trefort in einem an den Superintendenten Dr. Teutsch gerichteten Schreiben vom 9. Juli möglichst aus. Trefort meinte: niemand bestreite die Notwendigkeit einer zweisprachigen Bildung, dies beweise ja die Aufnahme der deutschen Sprache unter die obligatorischen Lehrgegenstände der Mittelschulen. Anderseits erfordere das allgemeine Interesse die Verbreitung der (magyarischen) Sprache der Gesetzgebung und Staatsverwaltung in allen

Schichten der vielsprachigen Bevölkerung; von einer Achtung der deutschen Sprache könne keine Rede sein. Das Eintreten eines innigeren Verkehrs mit dem ungarischen Volke werde das beiderseitige Interesse fördern. Die Ursache des dermaligen unerfreulichen Zustandes liege in dem Erziehungssystem der sächsischen Jugend. Dieselbe würde, nachdem sie das humanistische Studium beendet, nach dem Auslande geschickt, von wo die Jünglinge als Theologen und Lehramtskandidaten heimkehrten mit Ansichten und Tendenzen, die zum Staatsinteresse im Gegensatz stünden. Dieses System müsse abgeändert werden. Die Ausbildung auf ausländischen Universitäten solle nicht den Anfang, sondern den Abschluß des akademischen Studiums bilden; die fachwissenschaftliche Bildung solle auf heimatlichem Boden erworben werden. Es sollte eine theologisch-philosophische Akademie gegründet werden.

Kroaten. Sehr starke Forderungen wurden von den Kroaten (27. August) ausgesprochen. Man reklamierte auf Grund des Ausgleiches von 1868 ein separates kroatisches Staatsbürgerrecht, kroatische Landwehr, Berücksichtigung des kroatischen Staatsgedankens. Kroatien sei ein Bundesland Ungarns und müsse auch nach außen bei Staatsverträgen selbständig zur Geltung kommen. Das Aktionskomitee der „rumänischen Irredenta" verbreitete im September Tausende von Proklamationen. — Die Reise des Kaisers nach Kroatien geschah freilich nur im ungarischen Interesse, die Kroaten, besonders Bischof Stroßmayr, wurden fast ganz ignoriert, um den Magyaren zu Willen zu sein. Bei Besichtigung der Broder Brücke betrat der Kaiser am 16. September zum erstenmal bosnisches Gebiet und empfing die Huldigung einer bosnischen Deputation, die ihn der Untertanentreue versicherte. Der Kaiser antwortete in der deutschen Armeesprache. — Die Sonderbestrebungen der Kroaten nahmen nur immer mehr zu; sie beriefen sich auf die pragmatische Sanktion und den Ausgleich von 1868, der immerfort verletzt werde.

Zwei Anarchistengesetze blieben unerledigt, wohl deshalb, weil diese Agitation völlig erloschen schien. Der Abgeordnete Greuter forderte Berücksichtigung der Religion bei Anstellung der Universitätslehrer und klagte, daß an der Wiener Universität die jüdischen Elemente bevorzugt würden. Der Unterrichtsminister Freiherr von Konrad widersprach dem. Als die Verstaatlichung der Nordbahn abgelehnt wurde, riefen die Galerien: „Nieder mit den Nordbahnjuden! Hoch Schönerer!" Infolge der neuen Gewerbeordnung herrschte Sonntagsruhe für alle gewerbliche Arbeit und der Normalarbeitstag für den Fabriksbetrieb.

Im Anschluß an die Cyrill- und Methodfeier in Welehrad plante der Tschechenführer Rieger ein panslawisches Journal in allen slawischen Sprachen, um die bestehenden Differenzpunkte zwischen den Slawen zu beseitigen.

Gegen Ende des Jahres erschien die erste Lieferung des Kronprinzenwerkes: „Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild". Das Hauptinteresse wandte sich der vom Kronprinzen geschriebenen Einleitung zu, welche die Aufgabe des Werkes erläuterte und die Besonderheiten der einzelnen Kronländer hervorhob.

In Wien bildete sich der Verein „Carnuntum" zur Weiterführung der Ausgrabungen dieser nahegelegenen römischen Stadt.

Josef Hoffmann in Wien projektierte ein neues Bestattungssystem (Ill. Ztg., 23. Mai). Die Leichen werden (unverbrannt) in Zellen, luftdicht verschlossen, in erhabenen Mausoleen aufgeschichtet: also Katakomben über

der Erde. Das Künstlerische daran ist sehr schön gelöst. Die Bedeutung dieses abseitsstehenden Künstlers, dem ich nahestand, darf nicht unterschätzt werden.

Marriot. Über Emil Marriots (Emilie Mataja) naturalistischen Roman „Die Familie Hartenberg" (1882) schrieb P. Heyse: „Ein so entschiedener Wahrheitsdrang den Problemen des wunderlichen Menschenlebens gegenüber, eine so schlichte und doch nicht zynische Rücksichtslosigkeit des Ausdruckes, soviel gereifte und sichere Kraft der Darstellung — mir ist nie ein dichtendes Fräulein begegnet, daß diese männlichen Gaben in so hohem Grade besessen hätte, ohne aus den Schranken ihres Geschlechtes herauszutreten." Ihre Höhe erreichte sie nun mit der Novelle „Der geistliche Tod" (1884). Die Helden mancher ihrer Erzählungen waren Priester, und die Handlung drehte sich um den Zölibat, aber ohne diesen, die Kirche und ihre Vertreter anzugreifen (Ill. Ztg., 7. Nov.).

Eitelberger. Als Schüler Eitelbergers wurden bei dessen Tode genannt: Thausing, Ilg, Sitte, Wickhoff, Frimmel, Janitschek, Robert Vischer, Tschudi, Brinkmann (Hamburg). Es wäre undankbar von mir, wenn ich mich von dem Bekenntnis ausschlösse, dem edlen Lehrer viel zu verdanken.

Ernst Herters sterbenden Achill ließ die Kaiserin Elisabeth von Österreich in Marmor ausführen, um in Lainz aufgestellt zu werden. — Sehr bedeutend hob sich Johann Benks Giebelgruppe am Wiener Reichsratgebäude hervor (Ill. Ztg., 11. April). — Erfreulich waren auch die Quadrigen mit den Viktorien auf dem Wiener Parlamentsgebäude, modelliert von V. Pilz (Ill. Ztg., 19. Sept.). — Ein ausgezeichnetes Standbild des Kaisers Josef II. für Tetschen schuf der Hannoveraner Oskar Rassau (Ill. Ztg., 25. Juli).

Dr. Emil Zsigmondy verunglückte bald nach Erscheinen seiner Schrift „Die Gefahren der Alpen".

Bulgarien. Die gefährliche Episode des serbisch-bulgarischen Krieges betraf am nächsten Österreich, drohte die ganze orientalische Frage wieder in Gärung zu bringen, störte die kolonialen Phantasien der Seemächte und schien ein Vorstoß des Panslawismus zu sein. Schon am 19. April bei der Millenniums-Feier der Slawenapostel Methodius und Cyrillus hielt der Fürst von Bulgarien im Gebäude der Nationalversammlung eine Ansprache, in der er die Wichtigkeit der Apostel für die Erhaltung der bulgarischen Nationalität unter der Türkenherrschaft betonte. „Unser ist dieses glänzende Zweigestirn; in den beiden Brüdern hat der Genius unseres Volkes den andern slawischen Brüdern eine große Gabe dargebracht und sich dadurch den Anspruch auf ihren Dank erworben. Von hier geschah die Überlieferung ihres Vermächtnisses, der slawischen Bibelübersetzung an unsere russischen Brüder. Es liegt darin die Gewähr, daß in unserm Volk ein tiefer, weitschauender Geist verborgen liegt, der sich wieder frei regen wird, um neben den Brudervölkern würdig in die Schranken treten zu können. Dazu soll der heutige Erinnerungstag ein Sporn sein." Daran schloß sich ein Telegrammwechsel mit dem Zaren.

Rumelien. Nun brach am 18. September, geleitet von Dr. Stransky, in Ostrumelien eine Empörung gegen den türkischen Generalgouverneur aus; sie hatte zum Ziel die Vereinigung mit dem stammverwandten Bulgarien. Die provisorische Regierung wandte sich auch sofort telegraphisch um Schutz an den Fürsten Alexander. Dieser erklärte umgehend, daß er dem Wunsche des Volkes, beide Bulgarenländer zu vereinigen, nachkomme und den Titel eines Fürsten beider Bulgarien annehme, des nördlichen und südlichen. Bald darauf, 21. September, erließ der Fürst ein telegraphisches Rundschreiben an die Großmächte, darin er erklärte, er habe in Philippopel die Regierung in die Hand genommen, aber ohne feindliche Absicht gegen die ottomanische Pforte, deren Suzeränität er anerkenne. Er bitte um Anerkennung des neuen Standes der Dinge, um Vermittlung beim Sultan, damit unnützes Blutvergießen vermieden werde. Die Mächte verhielten sich aber zuwartend, die Pforte protestierte, alle russischen Offiziere in Bulgarien, vor allem der General Kantakuzene, bulgarischer Kriegsminister, nahmen auf Befehl des Zaren ihre Entlassung. Allerdings empfing der Zar eine bulgarische Deputation in Kopenhagen am 3. Oktober; er gab ihnen die Antwort, daß er wohl mit den Bulgaren sympathisiere, aber die Revolution durchaus mißbillige; übrigens werde er sie, wenn sie in Gefahr kämen, schützen. Auf Antrag Rußlands versammelten sich auch die Botschafter in Konstantinopel und suchten zu vermitteln, um eine größere Konflagration zu vermeiden (13. Okt.). Auf die Vorstellungen der Großmächte antwortete die bulgarische Regierung hoffnungsvoll.

Serbien. Aber der bulgarischen Sache erstand auf einmal ein gefährlicher naher Feind im König Milan von Serbien, der mit seinem Volk die ganze Sache gegen ihn gerichtet hielt; er lehnte es ab, den bulgarischen Abgesandten Grekoff zu empfangen. Den Großmächten erklärte die serbische Regierung am 26. Oktober, Serbien sei nicht in der Lage, teilnahmslos zu bleiben gegenüber den revolutionären und vertragswidrigen Bewegungen im Nachbarstaat. Serbien wolle sich immer würdig erweisen seiner Stellung, als der den alten Kulturstaaten zunächstliegende Staat. Seine Sicherheit beruhe auf dem Berliner Vertrag; dessen Bestimmungen müßten auf dem Balkan wieder hergestellt werden, sonst sei hier das Gleichgewicht gestört. Die Autorität des Fürsten Alexander von Bulgarien erhielt auch einen empfindlichen Schlag durch den Armeebefehl des Zaren, der ihn aus der russischen Armee ausschloß (2. Nov.).

Krieg. Bald erfolgte auch die förmliche Kriegserklärung Serbiens an Bulgarien (13. Nov.), motiviert durch einen angeblichen Einfall bulgarischer Truppen auf serbisches Gebiet. Gleichzeitig gab Serbien in Konstantinopel die Erklärung ab, es handle sich nur um die Wiederherstellung und Befestigung der Autorität des Sultans in den Balkanländern. Eine

Proklamation Milans zählte eine ganze Reihe von Beschwerden gegen Bulgarien auf. Am 14. überschritten die Serben die Grenze. Gleichzeitig brach Fürst Alexander von Philippopel auf. Er beklagte in einem Manifest den brudermörderischen Krieg, für den er die ganze Verantwortung auf Serbien warf. Da er aber nicht gegen zwei Fronten kämpfen konnte, zog er seine Truppen aus Ostrumelien zurück, unterwarf sich der Pforte und sprach die Hoffnung aus, der Sultan werde gemeinschaftlich mit ihm für die Verteidigung Bulgariens eintreten. Den Vertretern der Großmächte in Sofia teilte die bulgarische Regierung mit, nicht sie, sondern Serbien habe angegriffen und ganz unmotiviert ohne vorhergegangene Ankündigung die Feindseligkeiten begonnen.

Es erklang wieder das seit dem letzten russisch-türkischen Kriege populär gewordene bulgarische Kriegslied „Schumi Maritza“: „Schäume, Maritza, vom Blute getränkt! Es weint die Witwe, bitter gekränkt. Marsch, marsch, unser General, eins, zwei, drei, marsch, Soldaten all! Brave Soldaten, munter voran zu mutigen Taten über den Balkan. — Der Held vom Done führt uns jetzt an, die Löwenfahne trägt er voran. — Sehet Despoten (Führer) unsern General! Horchet und singet den Nikolaimarsch. — Brave Soldaten marschieren ihm nach; es sausen die Lüfte, die Stimmen werden wach. Marsch, marsch! . . .“

Die Lage der Bulgaren war anfangs sehr bedenklich, allein es gelang dem Fürsten Alexander in den Kämpfen bei Slivnitza (17. bis 20. Nov.) Slivnitza. die Serben zu schlagen, in die Flucht zu werfen, den Dragomanpaß zu erstürmen, Zaribrod zu erobern und die Feinde über die Grenze zurückzujagen. Es folgten nun Vermittlungsversuche von allen Seiten. Die Vertreter der Großmächte in Belgrad richteten auf Rußlands Vorschlag am 25. November eine Kollektivvorstellung an beide Teile, um dem Blutvergießen Einhalt zu tun. Milan wies daraufhin seine Truppen an, die Kämpfe einzustellen; aber man konnte nicht in rechtzeitige Fühlung mit der bulgarischen Heeresleitung gelangen; so setzten die Bulgaren noch den Vormarsch fort, und Fürst Alexander zog am 28. November in Pirot ein. Da intervenierte der österreichische Gesandte in Belgrad, Graf Khevenhüller, auf Vorschlag der Großmächte, passierte die beiderseitigen Vorpostenlinien, stellte dem Fürsten die Kollektivvorstellung zu und drohte für den Fall weiteren Vorrückens mit dem Eingreifen österreichischer Truppen. Alexander widersetzte sich nicht dem einmütigen Vorgehen der Großmächte. Die Pforte erließ am 30. November eine allgemeine Amnestie für Ostrumelien.

Einen sehr hinterhältigen Armeebefehl erließ der Zar am gleichen Tag: „Der Kaiser hat mit Vergnügen die glänzenden Resultate der Tätigkeit der russischen Offiziere bemerkt, denen die Ausbildung der bulgarischen und ostrumelischen Truppen anvertraut war. Tief betrübt durch den brudermörderischen Krieg, findet der Kaiser jedoch die Haltung der bulgarischen

und ostrumelischen Truppen hohen Lobes wert. Er spricht seinen Dank dem früheren bulgarischen Kriegsminister Kantakuzene aus und sein Wohlwollen allen Offizieren, die in der bulgarischen und rumelischen Armee gedient haben."

Der Waffenstillstand wurde auf Grund der von der internationalen Militärkommission entworfenen Bedingungen abgeschlossen (22. Dez.). Bei seinem Einzug in Sofia erließ Fürst Alexander am 25. Dezember den Tagesbefehl: „Das Land ist vom Feind geräumt, der es in verräterischer Weise überfallen hatte. Die Tapferkeit und Selbstverleugnung, die ihr an den Tag gelegt, hatten zum Lohn, daß ihr die serbische Armee besiegt und alle Welt zur Bewunderung und zur Anerkennung gezwungen habt, daß das Blut eurer Vorfahren, der Besieger von Byzanz, auch in euren Adern fließt."

In Österreich argwöhnte man, die Vorgänge in Bulgarien seien eine Folge der Monarchenbegegnung in Kremsier. Tisza bestritt das in Beantwortung einer Interpellation (3. Oktober): „Von einer Einverleibung Bosniens, von einer Vereinigung Rumeliens mit Bulgarien war keine Rede."

Rußland. Rußland fuhr fort, alle andern Nationalitäten und Konfessionen seines Reichs immer mehr zu unterdrücken und zu russifizieren. Polen und die Ostseeprovinzen wurden immer mehr entrechtet; allerdings wurde auch die panslawische Agitation gehindert. Aksakows „Ruß" erhielt wegen eines kriegerischen Artikels gegen Österreich eine Verwarnung; er hatte gesagt: „Der Weg nach Konstantinopel geht über Wien." Rußland hatte keine panslawischen, sondern nur panrussische Ziele; es wollte alle Slawen zu Russen machen. — Am 3. Mai wurde der 100. Jahrestag des Adelsbriefs der Zarin Katharina II. gefeiert, wodurch der Grund zum russischen Adelsstand gelegt worden war. Die Methodiusfeier am 19. April trug den Charakter einer orthodox-russischen Demonstration; es beteiligten sich daran: der Bischof von Montenegro, der bulgarische Bischof Klement, Vertreter der Ruthenen und eine Tschechendeputation.

Das Gesetz, daß bei Mischehen alle Kinder orthodox getauft und erzogen werden sollten, wenn nur der eine Elternteil orthodox sei, wurde neuerlich auf das strengste eingeschärft.

Die russischen Literatureinflüsse strömten nach dem Westen, so Tolstojs „Anna Karenina" und Dostojewskys „Brüder Karamasow".

Als die Türkei über die Öffnung der Dardanellen mit England verhandelte, soll Österreich und das Deutsche Reich erklärt haben, sie würden den Berliner Vertrag als null und nichtig ansehen, wenn die Pforte die englische oder russische Flotte die Dardanellen passieren ließe. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bezeichnete die vertragsmäßig gültigen Bestimmungen über die Neutralität der türkischen Meerengen als wesentlich zur Erhaltung des Friedens von Europa (8. Mai). Das war gegen England vermeint.

England war ebenso beherrscht vom fast allgemeinen Wetteifer nach Kolonialerwerb, wie von der Furcht vor einem Zusammenstoß mit Rußland in Zentralasien. Dazu kamen die Sorgen wegen Ordnung der ägyptischen Finanzen und die Unschlüssigkeit wegen der Okkupation von Ägypten und über das Vorgehen im Sudan. England.

Der Kolonialminister Lord Derby lehnte allerdings das Verlangen der Kolonie von Neuseeland ab, die Tonga- und Samoainseln zu annektieren, und suchte die in Australien herrschende Aufregung über die deutschen Annexionen zu beruhigen; aber in Port Dunford im Zululand wurde die englische Flagge gehißt; das Protektorat über einen Teil von Neuguinea wurde proklamiert. Die Ansprüche auf die Santa-Lucia-Bai wurden vollzogen trotz des Protestes der „Neuen (Buren-) Republik". Am 2. April wurde die englische Flagge auf Port Hamilton, einer Insel an der Koreastraße, aufgezogen als Maßregel gegen Rußland. Im September wurden das Betschuanaland und Kalahiri in Südafrika unter englische Oberhoheit gestellt. Im November rückten die englischen Truppen von Indien aus in das Königreich Birma ein und zwangen den König, sich zu unterwerfen, worauf einfach die Annexion durch den Vizekönig von Indien ausgesprochen wurde; der Exkönig Thibau von Birma wurde nach Madras geschafft.

Die Mißerfolge im Sudan, die Kriegsgefahr wegen Rußlands Vorgehen in Zentralasien erschütterten das britische Reich bis in seine Wurzeln und hatten den Sturz des liberalen Parteiministeriums Gladstone zur Folge. Khartum wurde vom Mahdi erobert, General Gordon kam dabei um. Die Bestürzung in London war ungeheuer, sie wuchs, als man auch vom überstürzten Rückzug General Bullers hörte. Im Parlament brachte Northcote ein Tadelsvotum ein wegen der sudanesischen Politik. Während man rüstete und die Miliz einberief, kam die neue Unheilsbotschaft, die Russen hätten in Afghanistan den Zulfikarpaß besetzt. Nun wurde auch in Indien mobilisiert. Der Krieg schien infolge des immerwährenden Vorrückens der Russen unvermeidlich. Es entstand eine allgemeine Börsenpanik, englische und russische Werte fielen, die Suezaktien sanken um 100 Franken. Besonders Berlin wurde in Mitleidenschaft gezogen, weil es schon seit Wochen die bei sinkenden Kursen in London zum Verkauf kommenden russischen Werte aufgenommen hatte. Unter solchen Umständen stellte man alle Operationen im Sudan ein und beschränkte sich auf die Verteidigung der ägyptischen Grenze. Vergebens forderte man von Rußland die Zurückziehung des Generals Komarow. Der „Standard" schrieb aber am 4. Mai: „Nicht Komarow, sondern unser General Lumsden ist abberufen worden. Dies ist das erstaunlichste Paradoxon, mit dem uns die von der Regierung Herrn Gladstones geschaffenen Ereignisse überraschen. Es muß zugestanden werden, daß ohne ein solches Ende das Gemälde unserer Erniedrigung nicht vollständig Mahdi.

gewesen wäre. Die Enthüllung der Natur des Schiedsgerichtsplans steckt den letzten Nagel an den Sarg unserer Ehre, und die Ankündigung von der Abberufung unseres Kommissärs treibt ihn hinein." Salisbury schalt die Russen „Gauner und Bankerottierer". Bereits war man um die Verteidigung Indiens besorgt. Man erfuhr, der Zar habe den General Komarow demonstrativ mit einem goldenen mit Brillanten geschmückten Ehrensäbel belohnt. Lord Rosebery ging nach Berlin und besprach sich mit Bismarck (20. bis 26. Mai). Dabei wurden die Dinge in Ägypten immer schlimmer. Als die englischen Truppen sich anschickten, auf der Flucht vor dem Mahdi Dongola zu räumen, floh auch die ganze Bevölkerung nach Ägypten.

Auf dem Höhepunkt dieser Schwierigkeiten erfolgte der Sturz Gladstones bei Gelegenheit der Frage, auf welche Weise man das Geld für die Mobilisierung hereinbringen solle, ob durch Besteuerung von Alkohol, Tee und Zucker. Salisbury übernahm die Bildung einer neuen torystischen Regierung 23. Juni. Er hatte Glück; denn bald traf in London die Nachricht ein, der furchtbare Mahdi sei an einer Krankheit gestorben. Und bald darauf stellte auch Rußland annehmbarere Vorschläge in Aussicht, die Grenze gegen Afghanistan nordöstlich vom Zulfikarpaß verlaufen zu lassen. Das von einer Zentnerlast befreite Parlament votierte den Dank an die Truppen der verunglückten Sudanexpedition. Salisbury nahm den russischen Vorschlag an und am 10. September konnte bereits das Protokoll über die Feststellung der russisch-afghanischen Grenze unterzeichnet werden; dadurch verblieb der wichtige Zulfikarpaß den mit England verbündeten Afghanen.

Salisbury.

Gladstone wünschte in einem Wahlmanifest vom 18. September ein völliges Zurückziehen Englands aus Ägypten, sobald solches mit Ehren möglich sei und die Finanzen des Landes geordnet seien. Er bekannte sich als Gegner einer Einverleibung Ägyptens, einer englischen Schutzherrschaft oder verlängerten Besetzung. Die englische Politik in Ägypten beruhe auf einem Irrtum (Disraelis), es sei das beste, dem schnell ein Ende zu setzen. England sei, bis es Ägypten verlasse, Erniedrungen von hunderterlei Art ausgesetzt und durch die Ansprüche anderer Nationen gehindert, welche es als internationale Rechte achten müsse. Sobald England der undankbaren Aufgabe in Ägypten enthoben sei, werde es seine beneidenswerte Stellung völliger Unabhängigkeit und heilsamen Einflusses wieder einnehmen, das geschehe „zur Stütze der kleineren Staaten und aufblühenden Freiheiten des Orients". — Lord Salisbury erklärte hinwieder am 9. November auf dem Lord-Mayors-Bankett, die Hauptschwierigkeit auf dem Balkan liege in der Doktrin der Serben und Griechen, daß ihre Gebiete vergrößert werden müssen, wenn Bulgarien durch Ostrumelien vergrößert wird. Aber einmal werden sich wohl die Bulgaren mit Serben und Griechen gegen die Türkei verbünden; die Integrität des türkischen Reiches sei aber als ein wesentlicher Teil der Verfassung Europas anzuerkennen.

Ägypten.

Auch in Kanada hatte England Schwierigkeiten wegen des Aufstandes der Mischlinge unter Führung Riels, der schon 1869 sich empört hatte. Er wollte diesmal die Aussicht auf den Krieg mit Rußland als günstige Gelegenheit benutzen. Die Fenier längs der amerikanischen Grenze ließen es nicht an moralischem Beistand fehlen. Nach einem militärischen Erfolg bildete Riel eine provisorische Regierung für das nordwestliche Territorium mit sich selber als Präsidenten und Gabriel Dumas als Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Riel wurde aber im Mai geschlagen, gefangengenommen, als Hochverräter verurteilt und im November hingerichtet. Im September brachen auch Unruhen unter der französischen Bevölkerung von Kanada aus. Kanada.

Die Irländer versuchten am 24. Januar das Parlament und den Tower mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Die Explosionen richteten auch arge Verheerungen an und verletzten 24 Menschen. Zwei ergriffene Täter wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Bei der Reise des Prinzen und der Prinzessin von Wales nach Irland im April ging es nicht ohne Demonstrationen der Homeruler ab. Das Paar wurde von einigen tausend Nationalisten unter Führung von vier Parlamentsmitgliedern ausgezischt. Der Papst ernannte im Juni den von den Parnelliten vorgeschlagenen Dr. Walsh zum Bischof von Dublin, den bisherigen Vorsteher des Priesterseminars in Maynooth. Der Regierungskandidat wurde fallen gelassen, da Rom schon den Fall Gladstones voraussah und wußte, daß ein Torykabinett die freundlichen Beziehungen doch nicht so warm fortsetzen dürfte. Gladstone erklärte noch in seinem Wahlmanifest vom September, er sei bereit, Irland wie allen andern Teilen des Königreichs jede mit der Oberhoheit der Krone, der Einheit des Reiches und der Autorität des Parlaments verträgliche Selbständigkeit zu gewähren. Dagegen wandten sich die Konservativen. Aber auch Gladstones irisches Programm blieb undeutlich und widerspruchvoll. Irland.

Eine Handelsstockung im August gab Anlaß zur Befürchtung, es werde das zur Beeinträchtigung des Freihandels führen.

Die von der Presse und von der Heilsarmee festgestellte Verführung und gewaltsame Verkuppelung junger Mädchen unter 16 Jahren, dieser „Opfer des modernen Babylon", hatte einen so unglaublichen Umfang erreicht, daß die Erörterung dieses Themas für einige Zeit selbst die politischen Fragen in den Hintergrund drängte. Dagegen sollte eine „Bill zum Schutze junger Mädchen gegen die Verleitung zur Unsittlichkeit" helfend einsetzen (8. Aug.).

Für Herrenmoden galt seit lange London als mustergültiges Vorbild, wie Paris für Frauenmoden.

Frankreich machte mit seinen Unternehmungen in Tonking und gegen China ähnliche Krisen wie England durch, und diese Krisen gipfelten auch in einem Ministerwechsel. Der chinesische Krieg nahm zu Wasser und Land seinen Fortgang mit wechselndem Glück. Die Franzosen wurden im März bei Dongdang und Langson geschlagen. Diese Nachricht rief in Paris große Bestürzung hervor; die Börsenkurse fielen. Ministerpräsident Ferry forderte einen Kredit von 200 Millionen zur Fortführung der Tonking-Expedition, fand aber eine gegnerische Stimmung. Entschlossen zu demissionieren, entfernte er sich aus der Kammer. Delafosse rief Frankreich.

aber: „Der Rücktritt des Kabinetts genügt nicht; das wäre zu bequem, auf diese Weise seiner Verantwortlichkeit zu entwischen. Ich entspreche einem allgemeinen Gefühl der Entrüstung, indem ich beantrage, das Kabinett in Anklagezustand zu versetzen. Der Unerfahrenheit, Hartnäckigkeit und Doppelzüngigkeit des Ministeriums haben wir einen Krieg zu danken, der ohne die Zustimmung der Kammer begonnen und zum Schaden des Landes und der Armee verfolgt worden ist. Es liegen nicht bloß Irrtümer und Fehler, es liegt Hochverrat vor." Laisant sagte, es sei Zeit, daß die Republik aufhöre, den hochgestellten Verbrechern Straflosigkeit zuzusichern. Präsident Brisson erklärte, trotzdem sei der Beistand der Kammer der Armee gesichert. So wie sie den siegreichen Soldaten ihren Gruß gesandt, ebenso wolle sie ihnen heute auch den Ausdruck der Bewunderung in der Prüfung, die sie durchmachen, zusenden. Wenn die Fahne der Nation im Unglücke sei, sei sie Frankreich am teuersten.

Nun war aber die ganze Aufregung umsonst; denn bald darauf, am 4. April, kam es zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien, woran die Vertreter Frankreichs und Chinas seit Beginn des Jahres gearbeitet hatten. Und diese Friedensbedingungen wurden auch vom Tsung-Li-Yamen in Peking bestätigt. So fand also das neue Ministerium Brisson am 6. April eine durchaus geklärte Lage. Die amtliche Pekinger Zeitung veröffentlichte am 13. April den Befehl, die chinesischen Truppen aus Tonking zurückzuziehen, und am 9. Juni wurde der definitive Friede in Tientsin unterzeichnet.

Courbet. Als Admiral Courbet, der Oberbefehlshaber der französischen Flotte in Ostasien, am 11. Juni an Bord des Panzerschiffes Bayard starb, vor Matsu, dem Vorhafen von Futscheu, war die Stimmung in Paris wieder so erhoben, daß man seine Beerdigung auf Staatskosten und die Beisetzung im Pantheon anregte. Aber diese Stimmung schlug wieder um, als seine Briefe vom Kriegsschauplatz veröffentlicht wurden, darin er die Unentschlossenheit und Unfähigkeit des Ministeriums beklagte und bedauerte, an der Februarrevolution sich beteiligt zu haben. „Welch ein trauriges Land ist das unsere, wo man eine in die Ferien gegangene Kammer befragen muß, um unter schwierigen Umständen einen Entschluß zu fassen. Das Zögern und Schwanken der Regierung ruiniert unser Ansehen und verdoppelt die Frechheit unserer Feinde. Welche Elenden sind unsere Minister! Welche Bande von Mitschuldigen bietet ihnen die Kammermehrheit! Wir befinden uns offenbar in vollem Verfall." — Gegen Ende des Jahres kam es zu einem großen Skandal, als Jules Grevy gegen den Protest der Monarchisten auf weitere sieben Jahre zum Präsidenten der Republik gewählt wurde.

Um auch in Westafrika nicht ohne Beute zu sein, annektierte Frankreich Groß-Popo (12. Mai). In Anam hatten die Franzosen einen
Tunis. Aufstand niederzuschlagen. Über Tunis gab Ferry (Juli) aufsehenerregende Aufschlüsse; er sagte: „Der Berliner Kongreß ging seinem Schlusse ent-

gegen; man war im Begriffe, die Schlußprotokolle zu unterzeichnen, als man von dem Vertrag vernahm, der Zypern an England abtrat. Zur Ehre und zum Vorteil Frankreichs hatten wir das Glück, in Berlin einen Diplomaten zu besitzen, der, ohne eine Minute zu verlieren, sich zum englischen Vertreter begab und ihm sagte: Sie haben sich Zypern abtreten lassen; das kann nicht geduldet werden, wenn uns nicht das Recht eingeräumt wird, den Zustand von Tunis gelegentlich zu ändern. Es wurden darüber Depeschen gewechselt, Verpflichtungen eingegangen und gehalten." Zum großen Mißmut Deutschlands erklärte Ferry in derselben Rede, daß keine französische Regierung die Erwerbung irgend einer Kolonie als eine Kompensation für den Verlust von Elsaß-Lothringen betrachten werde oder könne; damit war also die ganze Politik Bismarcks als zwecklos erklärt.

Im August wurde die Kolonie Obok organisiert und die Schutzherrschaft über Tadschura errichtet. Und im Dezember wurde ein Friede mit Madagaskar geschlossen, der die Insel in Abhängigkeit von Frankreich brachte.

Noch immer hielt man die Pariser Ringmauern aufrecht. Sozialisten und Patriotenliga kamen in Konflikt. Die geheime Abstimmung in der Kammer wurde ganz ausgeschlossen; das lange streitige neue Wahlgesetz mit dem Listenskrutinium, wobei jedes Departement einen einzigen Wahlkreis mit verschiedener Zahl der zu Wählenden bildete, wurde endlich angenommen, übte aber keine merkbare Wirkung aus. Die Kommunarden demonstrierten für die Erschossenen von 1871. Die Vermählung der Prinzessin von Orleans mit Prinz Waldemar von Dänemark gab Anlaß zu royalistischen Kundgebungen. Graf de Mun wollte eine katholische Partei gründen, wogegen aber der Bischof von Soisson protestierte, denn: „Es ist nicht erlaubt, den Katholizismus mit einem politischen System zu verschmelzen; das hieße ihn erniedrigen und Uneinigkeit in ihn hineintragen. Der Katholizismus ist gegen keine Partei, die sich zur Achtung vor der Gerechtigkeit, vor der Kirche bekennt." Das ist theoretisch ebenso so sicher wie die Tatsache, daß sich die Republik in Frankreich kirchenfeindlicher erwies als die Monarchie.

Victor Hugo wurde bei seinem 83. Geburtstag gefeiert als „die höchste Verkörperung des modernen Frankreichs, das vorangeht und die Welt der Zukunft verkündet". Es fehlte nicht an Revanche-Anspielungen. Als am 16. Februar die deutschen Sozialisten in Paris beim Begräbnis des Kommunarden J. Vallès einen deutschen Kranz im Zuge trugen, wurden sie von den Studenten überfallen, von ihren französischen Gesinnungsgenossen aber verteidigt. Die Begeisterung der französischen Nation flammte bei Victor Hugos Hinscheiden am 22. Mai hoch empor; sie verlor mit dem greisen Patriarchen den einflußreichsten Förderer und Schirmer ihres literarischen und nationalen Geistes. Uns verletzt freilich seine Vorliebe für das Ungeheuerliche, Monströse, Entsetzliche und Gräßliche, sein an das Lächerliche streifende Pathos, der Mangel des edlen Maßes. Er hatte alle Parteistandpunkte vom Bonapartismus und Royalismus bis zum Republikanismus und

V. Hugo.

Sozialismus, vom Pazifismus bis zum Revanchegedanken durchgemacht. Neben dem Poetischen und Hoheitsvollen scheute er auch nicht das Triviale und Geschmacklose. Es ist ihm aber hoch anzurechnen, daß er sich niemals zum Lasziven verirrte. Der Dichter erhielt bei seinem Tode die Ehren eines Abgotts der Nation. Die Redner, die an dem Katafalk unter dem Triumphbogen seinen Ruhm verkündeten, überboten sich in Verherrlichungen. Ihnen war der Dichter der Inbegriff aller menschlichen Vollkommenheit, er vertrat die Gerechtigkeit, Humanität und Sittlichkeit, er führte die Menschen zur Freiheit, das Jahrhundert fand in ihm seine beste Verkörperung, seine Zweifel und Widersprüche, seine Gedanken und Bestrebungen, sein Wohl und Wehe, seine ganze Geschichte war eine Ausstrahlung seines Wesens. Viktor Hugo hatte die Überführung des Sarges auf dem Leichenwagen der Armen angeordnet. Das geschah, aber mit unerhörtem Prunk. Man verwandelte den Triumphbogen in eine Art Totenkapelle. Der Katafalk in Form eines schwarzen, silbergezierten Sarkophags reichte fast bis an die Decke des hohen Gewölbes. Von der Höhe des Bogens hingen Trauerflore herab, und „Oriflammen" sandten düstere Rauchwolken in die Lüfte. Vor dem Bogen standen Urnen, aus denen Flammen emporzüngelten. Unter Kanonendonner, Trommelwirbel und den Klängen der Marseillaise ordneten sich die Deputationen. Dem Leichenwagen folgten zwölf Blumenwagen, einer aus Algier, von Arabern begleitet. Der Kranz der Republik Haiti wurde von zwölf farbigen Gymnasiasten getragen. Das Publikum war so erregt, daß es unaufhörlich Beifall klatschte. Der Zug endete am Pantheon, wo 1160 Kränze niedergelegt und unendliche Reden gehalten wurden.

Bereits wurde für die Pariser Weltausstellung 1889 der geschmacklose Eiffelturm projektiert, trotz des Protestes der Künstler, die um das Stadtbild von Paris besorgt waren.

Ein französischer General X. schrieb über „den nächsten Krieg, die Revanche". Ein pseudonymer Kapitän Nemo über „die Armee und die Plutokratie". Der ganz in der Romantik des französischen Mittelalters lebende Gaston Paris gab Vorlesungen heraus über „die Poesie des Mittelalters". — General Boulanger begann seine Agitation in größerem Stil; davon werden wir noch hören. H. Blaye de Bury gab Erinnerungen an Alexander Dumas.

Italien. Mit vollem Dampf stürzte sich nun auch Italien, um ja nicht zurückzubleiben, in große koloniale Unternehmungen. Schon im Jahr 1869 hatte die italienische Dampfschiffahrtsgesellschaft Rubattino die Bay von Assab am Roten Meer erworben, nebst einem Küstenstrich von vierzig geographischen Meilen. Ein Gesetz vom Juni 1883 hatte dies Gebiet zur italienischen Kolonie erklärt. Man rüstete nun eine Expedition dahin aus, um das Land gegen die Eingebornen zu schützen und die Ermordung eines italienischen Afrikareisenden zu rächen. Damit hingen aber große Kolonialpläne zusammen, wie der Minister Mancini am 27. Januar erklärte: „Italien ist heute eine der großen Seemächte und muß die Entfaltung seiner Kräfte auf der See suchen, weil ein reger Seeverkehr die Grundlage wirtschaftlichen Aufschwunges bilden wird. Staaten, die auf die See

gewiesen sind, müssen Kolonien gründen; die Auswanderung mehrt sich, zahlreiche Söhne Italiens verkommen in fernen Ländern. Wir müssen die Auswanderer nach neuen eigenen Kolonien leiten. Die materiellen Vorteile werden zuerst wohl gering sein, allein mit der Zeit wird Italien dort reichlichen Absatz für seine Erzeugnisse finden. Übrigens wie können wir in Untätigkeit verharren, wenn alle Staaten sich in diesem fieberhaften Kreuzzug nach überseeischen Ländern überbieten! Der Ruhm alter Tage soll uns eine Anweisung auf die Zukunft sein ... Ich scheine durch die gegenwärtigen Entschlüsse meine Völkerrechtstheorien zu verleugnen; das ist ein Irrtum. Vor dreißig Jahren schon lehrte ich von der Kanzel (der Turiner Universität) herab, daß das Mittelländische Meer vollständig ein italienischer See werden müsse. Ich sagte schon einmal, daß Italien im Mittelländischen Meere keine weiteren Besitzveränderungen dulden wird, ich wiederhole es heute. Aber der Anstoß zu Veränderungen in Nordafrika (Tripolis?) wird nie von Italien ausgehen ... Wir können von einem innigen Anschluß Italiens an England sprechen, ohne das Bündnis mit den Zentralmächten zu trüben ... Die bescheidenen Anfänge, die wir heute machen, können für Italien eine Quelle des Ruhmes und Reichtums sein. Italien kann ohne Störung 10.000 bis 15.000 Mann nach den Gestaden des Roten Meeres werfen."

Anfang Februar erfolgte die Besetzung von Massaua und Beilul durch die Italiener; man zwang die dortige ägyptische Garnison abzuziehen. Ägypten und die Türkei protestierten vergebens. Mancini antwortete, daß Italien die souveränen Rechte des Sultans nicht bestreite. England warf der Pforte ihre Untätigkeit vor, weil sie nicht diese Häfen besetzt habe; nun könne man nichts machen, da England mit Italien auf sehr freundschaftlichem Fuße stehe. Massaua.

Auf verschiedene Interpellationen in der Kammer erklärte Mancini am 17. März, nachdem er die Freundschaft Englands betont hatte: „Auf die Frage, wer unsere Stellung in Afrika garantiere, muß geantwortet werden, daß eine Nation von 30 Millionen weder nötig hat, geleitet und gedrängt zu werden, noch irgendwo um Erlaubnis und Garantien für ihre Schritte nachzusuchen. Die Regierung war auf eine Kooperation mit England vorbereitet, als unerwartet die Nachricht vom Falle Khartums eintraf. Italien war bereit, wenn aufgefordert, den Engländern im Sudan die Hand zu reichen; als Gegenbedingung wurde nur aufgestellt, daß England uns im Mittelmeer unterstütze. Die britische Regierung erwiderte, sie dürfe vor ihren muselmanischen Untertanen nicht als militärisch hilfsbedürftig erscheinen ... Wir halten an der Allianz mit den Zentralmächten fest, da dieser kompakte Zusammenschluß der mitteleuropäischen Kräfte es zuwege gebracht hat, die den Frieden bedrohen-

den Wolken zu zerstreuen und alle andern Staaten zu überzeugen, daß an Revanche- und Eroberungsideen nicht zu denken sei . . ." Später, 23. März, wies Mancini auf die gleichzeitige Anwesenheit eines italienischen und eines englischen Prinzen in Berlin bei der Geburtstagsfeier des Kaisers hin, als Bekundung des europäischen Friedens.

Beim Beginn der warmen Jahreszeit erwies sich nun doch das Klima an der Küste des Roten Meeres als mörderisch für die italienischen Truppen. Da aber die abessinischen Truppen Anstalten trafen, sich dem weiteren Vordringen der Italiener zu widersetzen, schickte man eine Gesandtschaft an den König Johann und unterhandelte mit ihm. Man erreichte nur die Anerkennung von Massaua als italienisches Gebiet, mußte aber versprechen, sich nicht weiter auszubreiten und vor allem nicht mit dem König Menelik von Schoa in Verbindung zu treten. Die Kammer war über diesen Ausgang sehr bestürzt, und Mancini wurde gestürzt. Depretis bildete ein neues Ministerium, übernahm einstweilen selbst das Auswärtige, und erklärte, daß er denn doch die Politik Mancinis fortsetzen müsse. Im Oktober übernahm dies Ministerium Graf Robilant, bisher Botschafter in Wien. Damit war die deutsche und österreichische Presse sehr einverstanden, denn der Graf hatte eine deutsche Mutter und eine österreichische Gemahlin; aber das waren gerade wieder Umstände, die der italienischen Opposition nicht recht waren. Auch Robilant erklärte in der Kammer, die Kolonialpolitik Mancinis fortsetzen zu wollen: Italien müsse Deutschland nachahmen, dessen Schutzaktion den kommerziellen Unternehmungen seiner Reichsangehörigen folge. Italien dürfe Massaua nicht mehr aufgeben, denn wenn man irgendwo die nationale Flagge aufgepflanzt, die nationale Ehre verpfändet habe, nehme man sie nicht mehr fort.

Robilant.

Ein Schlag gegen den herrschenden Parlamentarismus war es, daß Sbarbaro, den man wegen Verleumdung der leitenden Persönlichkeiten zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt hatte, in Pavia mit großer Majorität zum Abgeordneten gewählt wurde, worauf er sofort aus der Haft entlassen werden mußte.

Papst Leo gelang es, freundliche Beziehungen wie mit China so auch mit Japan herzustellen. Das verstimmte in Frankreich, weil der Schutz der Katholiken im Orient bisher Sache der französischen Diplomatie war; man fürchtete, dadurch im Osten an Einfluß zu verlieren. Übles Aufsehen erregte im Vatikan ein Schreiben des Kardinals Pitra, der die Haltung der unversöhnlichen ultramontanen Presse (Amstelbode u. a.) in Schutz nahm und die herrliche Zeit Pius' IX. in Gegensatz zu den gegenwärtigen Zeitläuften zu erheben schien. Der Brief wurde vom „Journal de Rome" demonstrativ veröffentlicht, dann aber von Pitra widerrufen; er unterwarf sich ganz dem Papst. Ein Schreiben des Kardinals Guibert, Erzbischofs von Paris, an den Papst, 4. Juni, klagte auch über „mehr oder minder versteckte Polemiken, bedauernswerte Keime der Zwietracht und Opposition" und forderte den

Papst.

ganzen Klerus auf, sich um den Statthalter Jesu Christi zu scharen und nach seiner Inspiration und Leitung den guten Kampf mit unerschütterlicher Treue zu führen. Papst Leo antwortete am 17. Juni und vereinte sich mit ihm in den Klagen über die Unbotmäßigkeit der katholischen Presse.

Das Gerücht, der Papst wolle sich der italienischen Regierung nähern, wurde widerlegt durch die Ansprache Leos an das Kardinalskollegium am 24. Dezember: „Wenn selbst jene, die zu Rom die Macht in Händen haben, für die Kirche und deren Oberhaupt die größte Ergebenheit zeigten, so bliebe doch die gegenwärtige Lage des Papstes zu Rom eine unwürdige und unerträgliche. Solange die offenkundige Tatsache nicht aus der Welt geschafft ist, daß wir zu Rom nicht Herren unserer Macht, sondern der Willkür anderer preisgegeben sind, solange unsere Freiheit und Sicherheit von denen abhängt, welche je nach den politischen Verhältnissen und nach den wechselnden Anschauungen der Majoritäten sich ändern, solange wird auch die Lage des Papstes stets unerträglich bleiben, und welche Kunstgriffe man immer ins Werk setzen möge, um sie zu schildern, sie wird doch immer unverträglich bleiben mit der Freiheit und Unabhängigkeit, welche dem Oberhaupte der Kirche gebührt."

Die Tausendjahrfeier des Slawenapostels Methodius († 885 als Bischof von Mähren) sollte nach dem ausdrücklichen Willen des Papstes sowohl in Österreich wie in Rußland keinen politischen, sondern nur einen kirchlichen Charakter haben. — 200 deutsche Pilger unter Führung des Fürsten Löwenstein erklärten in ihrer Adresse, die Katholiken des Deutschen Reichs arbeiteten an der Verwirklichung der Ideen des Papstes über die soziale Frage.

Fr. Carrano schrieb „geschichtliche Erinnerungen des italienischen Risorgimento". Leone Carpi behandelte „die italienische Wiedergeburt".

Antonio Fogazzaros, des später so viel umstrittenen Dichters, frühere Erzählungen schlagen schon die späteren Reformideen an; so „Daniele Cortis", darin es heißt: „Heiliger Gott, sollte dieses Italien der Welt nichts mehr zu sagen haben? Die Vorsehung sollte es von den Toten wieder auferweckt haben, um schlechte Demokratie und schlechte Literatur zu machen, die sich aneinander reiben!"

Spanien hielt seine Annexionen an der Westküste Afrikas um so Spanien.
fester, je mehr sich dort die anderen Mächte ausbreiteten. Über die Rechtsverhältnisse im Sulu-Archipel wurde am 7. März zu Madrid ein Protokoll mit den Vertretern Englands und des Deutschen Reichs unterzeichnet. Der seit langem schwindsüchtige König Alfons XII. begab sich in die von der Cholera heimgesuchten Gegenden, entging wohl dieser Krankheit, starb aber an seinem alten Übel am 25. November. Die Königin Maria Christina, eine österreichische Erzherzogin, übernahm die Regentschaft im Namen ihrer Kinder.

Portugal. Auch Portugal dehnte sein Protektorat „auf Ansuchen des Königs" über Dahomey aus. Im Vertrag mit der Kongogesellschaft setzte Portugal seine Ansprüche so vollständig durch, daß der Gesellschaft nur ein schmaler Küstenstreifen am rechten Kongoufer blieb. Der Weltpostkongreß in Lissabon erweiterte wesentlich die Befugnisse des Weltpostvereins und zollte dessen Gründer, dem deutschen Staatssekretär v. Stephan, alle Ehren.

Schweiz. Zu Freiburg in der Schweiz wurde vom 9. bis 13. September der Eucharistische Kongreß abgehalten. Frankreich war mit zweien, Belgien mit einem vorangegangen. Wie Bischof Mermillod in der Eröffnungsrede sagte, war die Anbetung der heiligen Hostie als neues wirksames katholisches Werk in Frankreich entstanden. Es waren über 300 Prälaten anwesend, viele Vertreter der katholischen Politik, Wissenschaft und der Publizistik. Auch Jesuiten waren vertreten, ohne von der Regierung gestört zu werden.

Die Schweiz kämpfte ebenso erfolglos gegen den zunehmenden Alkoholismus wie gegen die Anarchisten. Bedeutungsvoll ist der Entwurf eines Heimstättengesetzes für Luzern; darnach sollte jedem Besitzer eines landwirtschaftlichen Grundstückes, das mindestens zum ordentlichen Unterhalt einer Familie ausreicht, gestattet sein, es als Familienheimstätte in die öffentlichen Bücher eintragen zu lassen; infolgedessen dürfe aber keine Hypothek mehr auf die Liegenschaft gelegt werden, sie kann nicht in Konkurs verfallen, steht aber unter Aufsicht des Gemeinderats; der Eigentümer hat die Rechte eines Nutznießers; der älteste Sohn erbt. Im Fall eines Konkurses wird der Besitz vormundschaftlich verwaltet. — Man beriet eine Verfassungsrevision. — Eine Literarkonferenz zu Bern im September stellte den Entwurf zu einer internationalen Übereinkunft zum Schutz des literarischen und künstlerischen Eigentums fest. Österreich war nicht vertreten, weil zwischen den beiden Reichshälften keine Einigung über die Frage zustande kam.

Kongostaat. Belgien stellte die vom liberalen Ministerium 1880 aufgehobene Gesandtschaft beim Vatikan wieder her. Der König übernahm die Würde eines Souveräns des Kongostaates mit Zustimmung der Kammer. Es war nur eine Personalunion. Zudem stand der Kongostaat unter der Kontrolle eines internationalen Ausschusses.

Auf der internationalen Ausstellung in Antwerpen waren besonders reich die französischen Kolonien vertreten.

In Dänemark wurde die Frage der Neutralisierung erörtert, besonders mit Hinblick auf den drohenden russisch-englischen Krieg; man beschloß wenigstens die Seebefestigung Kopenhagens. Der Zar besuchte wieder für längere Zeit den dänischen Hof.

Auch Schweden hielt es für notwendig, an Verteidigungsmaßregeln auf der Insel Gotland zu denken.

Rumänien erhielt von Seite des Konstantinopeler Patriarchats die Anerkennung der vollständigen Unabhängigkeit der griechisch-orthodoxen Kirche Rumäniens.

Die Griechen auf Kreta verlangten vergebens in einer Denkschrift an die Großmächte die Vereinigung der Insel mit Griechenland.

Suezkanal. Als der Suezkanal einige Tage lang durch ein versunkenes Schiff gesperrt war, erörterte die Presse die Möglichkeit, wie Rußland durch Versenkung von Schiffen den Kanal für die Engländer im Kriegsfall sperren

könnte. Man beriet über Erweiterung des Suezkanals, sei es durch Verbreiterung des einen Weges, oder durch Herstellung eines zweiten Kanals.

Fünfzehn junge Türken ließen sich in Berlin an der Universität immatrikulieren, nachdem sie einen sechsmonatlichen Kurs zur Erlernung der deutschen Sprache durchgemacht hatten.

Der Apostolische Vikar von Südjapan überreichte dem Mikado am 12. Oktober ein Schreiben des Papstes, darin um den Schutz der Christen nachgesucht wurde. Der Mikado sagte zu, den Christen dieselben Freiheiten zu gewähren wie den Japanern, und entsandte einen außerordentlichen Botschafter an den Papst.

Die japanische Ausstellung in Berlin machte Mitteleuropa zuerst in umfassenderer Weise mit dieser ostasiatischen Kultur bekannt.

In Persien erschien als erste periodische Zeitschrift das halbmonatliche „Echo de Perse".

Im westlichen Afrika hatten derzeit die protestantischen Missionen das Übergewicht über die katholischen. Nun erst suchten diese das Versäumte hereinzubringen. Auch amerikanische Methodistenmissionäre ließen sich am Kongo nieder.

Amerika.

Cleveland, der neue Präsident der Vereinigten Staaten, proklamierte bei seiner Einführung und Vereidigung die Politik Monroes, Washingtons und Jeffersons: Frieden, Handel und Freundschaft mit allen Nationen, verwickelnde Bündnisse mit keiner. Er verlangte rechtschaffenere Behandlung der Indianer, Bekämpfung der mormonischen Vielweiberei, Verhinderung der Einwanderung einer knechtischen Klasse (Chinesen), die mit amerikanischer Arbeit konkurriert, Reform der Staatsverwaltung, Abschaffung des Mißbrauchs öffentlicher Anstellungen gemäß unehrlicher Parteiservilität.

Den Arbeiten am Panamakanal legte das mörderische Klima und die Demoralisation der Verwaltung Hindernisse in den Weg, noch mehr die politischen Unruhen und Revolutionen in Columbien. Die Union übernahm wohl in einem mit Columbien abgeschlossenen Vertrage die Aufrechthaltung des ungehinderten Isthmusverkehrs. Es war aber bereits klar, daß die Arbeiten sobald nicht ans Ziel kommen könnten und daß die Geldschwierigkeiten kaum zu überwinden seien.

Eine junge Engländerin machte am 2. Februar in Neuyork einen Mordversuch auf O'Donovan Rossa, den Herausgeber des dort erscheinenden Blattes „Irish World", weil er, wie sie annahm, im Hintergrund der Dynamitexplosionen in England stehe. O'Donovan betrachtete das Attentat als auf Anstiften der englischen Regierung geschehen und behauptete, daß auch der englische Gesandte in Washington darum gewußt habe. Seine Wunde war ungefährlich, die Täterin, Lucilla Dudley, wurde mit drei Monaten Haft bestraft.

Nach dem Tode des Siegers im Bürgerkrieg, Ulysses Sydney Grant, erschienen seine Denkwürdigkeiten.

Noch geschmackloser als der geplante Eiffelturm war der am 21. Februar als Nationaldenkmal für G. Washington eingeweihte Riesenrauchfang in Washington. Ebenso geschmacklos war der kolossale Elefant auf Coney-Island bei Neuyork.

Unter den amerikanischen Israeliten war eine Bewegung im Gang, den Sabbat aus Zweckmäßigkeitsgründen auf den Sonntag zu verlegen.

Der verstorbene Eisenbahnkönig Vanderbilt galt als der reichste Amerikaner: 200 Millionen Dollars.

Charles William Frommann in Neuyork setzte einen Preis von 5000 Dollars für die beste Widerlegung des Janssenschen Geschichtswerks aus. Vor allem verlangte er die Beantwortung folgender Fragen: „1. Ist das protestantische Bekenntnis nach den fortwährend wechselnden Ansichten der Theologen und der Fürsten so wandelbar gewesen und ist namentlich die Entstehung und der Abschluß der Konkordienformel so fatal, wie Janssen es darstellt? 2. Sind die gegenseitigen Schmähungen und Verdammungen der protestantischen Gottesgelehrten und Volksprediger wirklich geschichtlich begründet? 3. Entspricht die Schilderung der protestantischen Fürsten, ihrer Glaubensbedrückung und Glaubenstyrannei, ihrer Bestechlichkeit durch das Ausland und ihrer Verrätereien gegen Kaiser und Reich der geschichtlichen Wahrheit? 4. Haben die Fürsten und ihre geistlichen wie weltlichen Berater inbetreff der Anhänger des römischen Glaubens wider den feierlich beschworenen Augsburger Religionsfrieden wirklich derartig gefrevelt, wie man es aus Janssens Darstellung annehmen muß? 5. Läßt sich nachweisen, daß Janssens Schilderung der Verkommenheit des Volks, die aus den religiösen Streitigkeiten entstanden und durch diese fortwährend gesteigert wurde, den geschichtlichen Tatsachen widerspricht? 6. Was sagt die protestantische Wissenschaft zu der Darstellung, welche Janssen von der Wirksamkeit des Jesuitenordens entwirft und von der Art und den Mitteln, womit die protestantischen Fürsten und Gottesgelehrten demselben entgegengetreten?“ Hierin sind allerdings die Hauptresultate von Janssens Forschungen trefflich zusammengestellt.

Das Jahr 1886.

Die beiden vereinigten Bulgarien. Revolution gegen den Fürsten, dessen Entfernung, Rückkehr und endliche Abdankung. Wie steht das Deutsch-Österreichische Bündnis? Die Jauskyaffäre in Ungarn. Feier der Befreiung Ofens. Heeresvorlage im Deutschen Reich. Ausgleich im Kulturkampf. Die polnische Frage. „Kein Pfifferling.“ Papst und Zentrum. Anzeigepflicht. Ausbreitung in Afrika. „Schnapspolitik.“ König Ludwigs II. von Bayern Tod. Der Prinzregent Luitpold. Die „Revolution der Literatur“. Homerule. Gladstones Sturz. Salisbury. Boulanger in Frankreich. Die ägyptische Frage. Italien am Roten Meer. Rußlands Aspirationen. Alfons XIII. von Spanien. Anarchisten in Amerika.

Bulgarien.

Vor allem drängt es uns, den merkwürdigen Aufstieg des bulgarischen Volkes zu verfolgen, das sich auf einmal viel echter zeigte, als alles andere, was sonst auf der Balkanhalbinsel seit dem Niedergang der alten Welt sich herumgetummelt hatte. In der Tat sind wir bei allem Philhellenismus erstaunt, wie schwer sich das neugriechische Volk behaup-

tete und wie langsam es emporstieg, wie unbedeutend die serbische und die rumänische Entwicklung sich anließ, von Albanien und Montenegro zu schweigen. Die Lösung des Rätsels liegt in der Geschichte. Nur das bulgarische Volk hat längere Zeit Byzanz gegenüber große Politik getrieben. Nur die Bulgaren traten dem alten Deutschen Reich näher, sie erscheinen sogar in der deutschen Heldensage. Es gibt dagegen keine rumänische Geschichte und, wenn man von einigen Herrschern absieht, keine serbische Geschichte. Die Bulgaren sind keine Slawen, sondern ein türkischer Stamm, der die slawische Sprache und das Christentum angenommen hat. Sie bilden also ethnisch eine Brücke zwischen Magyaren und Türken. Es war ein Irrtum der Russen, in ihnen slawische Brüder zu sehen, wie denn die verschiedenen slawisch sprechenden Völker so wenig eine einzige Interessengemeinschaft bilden, wie etwa die Germanen, zu denen Engländer, Amerikaner und Skandinavier gehören. Die Bulgaren haben ebenso wie die Serben und andere Balkanvölker die russischen Anbiederungen in nationaler oder konfessioneller Beziehung benutzt, um mit dieser mächtigen Hilfe selbständig zu werden, sie wollten aber nicht, wie die Russen verlangten, Russen werden.

Das zeigte sich auch jetzt. Den Bulgaren lag vor allem an der Einigung der beiden Bulgarien: Nord- und Südbulgarien oder Ostrumelien. Sofort wurden die bulgarischen Justizgesetze in Ostrumelien eingeführt. Der Fürst schloß am 2. Februar ein Abkommen mit der Pforte, wodurch er die Würde des Generalgouverneurs von Ostrumelien in Übereinstimmung mit dem Berliner Vertrag auf je fünf Jahre erhielt. Durch eine Proklamation vom 3. März machte Fürst Alexander den Friedensschluß mit Serbien bekannt. Er beugte sich auch dem Willen der Großmächte, die sein Quinquennat von der jedesmaligen Zustimmung der Signatarstaaten abhängig machten.

Eine russenfreundliche Partei suchte vergebens das dem Fürsten Alexander ergebene Volk gegen ihn aufzureizen. Der Anhang Zankows verbreitete eine Kundgebung des Zaren, wonach dieser die Bulgaren mahnte, ungeachtet der Umtriebe ihrer inneren wie äußeren Feinde stets den brüderlichen Empfindungen gegen Rußland treu zu bleiben. Das war ein deutlicher Wink. Aber auf seiner Rundreise durch Ostrumelien wurde der volkstümliche Fürst allenthalben mit großer Herzlichkeit empfangen. Diese Volkstümlichkeit wuchs noch, als unter Führung eines russischen Kapitäns Nabokow eine Verschwörung gegen den Fürsten und seinen Minister Karawelow mißlang. Diese Leute wollten die Revolution ausrufen, um Rußland zum bewaffneten Einschreiten zu veranlassen.

Triumphierend konnte der Fürst am 14. Juni die Nationalversammlung in Sofia mit den Worten eröffnen: „Nach den großen historischen Ereignissen, die wir durchlebten, bin ich so glücklich, die erste National-

versammlung, an welcher Vertreter der bulgarischen Nation diesseits wie jenseits des Balkans teilnehmen, in der Hauptstadt zu begrüßen. Ich finde keine Worte, um meine grenzenlose Dankbarkeit der wackeren Nation auszudrücken, die sich wie ein Mann erhob, um das Vaterland gegen den Feind zu verteidigen, und alles opferte, um die Ehre, Freiheit und Unverletztheit unseres Gebietes zu retten. Die Heldentaten des bulgarischen Heeres errangen die Sympathien der zivilisierten Welt, machten Hindernisse und Schwierigkeiten verschwinden und bewirken mit ihrem ganzen Einfluß, daß die legitimen Wünsche und Forderungen befriedigt werden. Wir stellen heute mit hoher Freude fest, daß die so lange erwartete und so aufrichtig ersehnte Union vollzogen ist. Der siegreiche Krieg eröffnet eine neue Aera für Bulgarien und weist dem Land einen ehrenvollen Platz an inmitten der benachbarten Balkanstaaten. Dieser Krieg flößt der Nation Vertrauen in ihre eigene Kraft ein und die Hoffnung auf eine glänzende Zukunft . . ." Ein Teil der Sobranje wollte noch weiter gehen und die Proklamation Bulgariens zu einem unabhängigen Königreiche verlangen. Die Adresse drückte das „Vertrauen in die Humanität und Großmut der Großmächte aus, besonders des großen Rußland, welches unsere Nation mit so vielen Wohltaten überhäufte".

Der Zar blieb freilich unversöhnt und unversöhnlich. Eine bulgarische Deputation bat in Rustschuk den Fürsten Alexander, er möge sich mit Rußland aussöhnen (20. Juni). Dieser fragte, welches Mittel man ihm dazu vorschlage? „Denn was mich betrifft, so weiß ich wirklich nicht, was Rußland will. Ich habe auf alle seit dem 18. September in Petersburg getanen Schritte nie eine Antwort empfangen. Als ich wegen meines damaligen Abgangs nach Philippopel in Petersburg anfragte, blieb man dort stumm; als ich über die Abberufung der russischen Offiziere eine Aufklärung erbat, desgleichen. Nicht anders erging es mir mit der Anzeige von der Konzentrierung der serbischen Truppen an unserer Grenze, mit dem Ersuchen um die Willensmeinung Rußlands betreffs des Friedensschlusses und der Konferenz. Die einzige Antwort war meine Streichung aus der russischen Armeeliste."

Umsturz. Wie leicht eine unbedeutende Minorität im Gegensatz gegen die ganze Nation eine Revolution, einen Umsturz hervorrufen kann, zeigte der Handstreich eines Kavallerieregiments, das von Rußland gewonnen war. Die Offiziere drangen am frühen Morgen des 21. August in den Konak des Fürsten und zwangen ihn unter Bedrohung mit ihren Pistolen, einen unleserlichen Zettel zu unterschreiben, der seine Abdankung enthielt. Der Fürst schrieb noch dazu: „Gott schütze Bulgarien! Alexander." Er wurde mit seinem Bruder Josef unter strenger Bewachung nach Rahowa an der Donau gebracht, dort in seiner Yacht eingeschifft und nach Reni in Rußland geführt. Er reiste von dort über Galizien nach seiner Heimat. In Sofia bildete die russische Partei eine provisorische Regierung, an deren Spitze der Metropolit Klement von Tirnowa, Zankow und Major Gruew

traten. Sie erließen eine Proklamation folgenden Inhalts: „Der Fürst von Battenberg, dem wir für die Tapferkeit, mit der er uns in den Krieg führte, Dank schulden, hat eine unserer slawischen Rasse nicht entsprechende europäische Politik verfolgt. Wir können nur eine russische Politik treiben, und das aus Dankbarkeit, die wir Rußland für die Opfer an Gut und Blut schulden ... Der Fürst entsagt für immer dem Throne Bulgariens, nachdem das Volk sich überzeugt hat, daß seine Herrschaft verhängnisvoll für das Land ist ... Die bulgarische Nation hat die Sicherheit, daß der große Zar von Rußland Bulgarien beschützen werde." Die Mitglieder dieser provisorischen Regierung begaben sich denn auch sofort zum russischen diplomatischen Agenten, versicherten ihn ihrer Ergebenheit gegen den Zaren und erbaten Rußlands Schutz.

Die Russenfreunde hatten aber doch ihren Einfluß und ihre Macht überschätzt. Die rumelischen Truppen erklärten schon am 24. August, dem Fürsten Alexander treu zu bleiben, ebenso die Garnisonen von Schumla, Plewna, Widdin, Tirnowa, Silistria und Nikopolis. Desgleichen eine Notabelnversammlung in Philippopel. In Sofia wurde die provisorische Regentschaft einfach bei Seite gedrängt und verhaftet und das Ministerium Karawelow wieder eingesetzt. Von Tirnowa aus erließen am 25. August Stambulow, der Kammerpräsident, und Mutkurow, der Kommandant der ostrumelischen Milizen, eine Proklamation und bildeten zusammen mit Karawelow und Nikiforow eine Regentschaft im Namen des Fürsten Alexander. Als die rumelischen Truppen gegen Sofia vorrückten, legte ein Teil der Meuterer gegen Zusicherung von Amnestie die Waffen nieder. Die Nachricht von diesem Umschwung bewog den Fürsten von Battenberg, wieder zurückzukehren. Auch England erklärte sich in Konstantinopel für dessen Wiedereinsetzung, schon aus Gegnerschaft gegen Rußland.

Wiedereinsetzung.

So zog denn Alexander am 29. August feierlich in Rustschuk ein, von unbeschreiblichem Jubel eingeholt, begrüßt und geleitet; man trug ihn auf Schultern, beflaggte und beleuchtete die Stadt. Er richtete aus Rustschuk durch Vermittlung des russischen Konsuls in Giurgewo an den Zaren ein Telegramm folgenden Inhalts: „Sire, nachdem ich die Regierung meines Landes wieder übernommen habe, sage ich meinen Dank dafür, daß der Vertreter Eurer Majestät in Rustschuk durch seine offizielle Anwesenheit bei meinem Empfang dem bulgarischen Volk gezeigt hat, daß die kaiserliche Regierung den gegen meine Person gerichteten revolutionären Akt nicht billigt. Gleichzeitig danke ich für die Entsendung des Generals Fürsten Dolgorukow als außerordentlichen Gesandten Eurer Majestät. Indem ich die gesetzliche Gewalt wieder übernehme, ist es mein erster Akt, Eurer Majestät meine feste Absicht bekanntzugeben, jedes Opfer zu bringen, um der hochherzigen Intention Eurer Majestät, Bulgarien aus der ernsten Krisis, die es durchmacht, herauszuführen, gerecht werden zu können. Das monarchische Prinzip hat mich genötigt, die Legalität in Bulgarien und

Rumelien wiederherzustellen. Da Rußland mir meine Krone gegeben hat, so ist es sein Herrscher, in dessen Hände ich bereit bin, sie zurückzulegen." Das war viel zu fein für die Moskowiten. Der Zar antwortete telegraphisch: „Ich kann Ihre Rückkehr nach Bulgarien nicht billigen, da ich unselige Folgen für das ohnehin schon geprüfte Land voraussehe. Die Mission des Fürsten Dolgorukow wird inopportun. Ich werde mich jeder Einmischung in den traurigen Zustand, in welchen Bulgarien versetzt wurde, so lange enthalten, als Sie dort verbleiben. Eure Hoheit wird wissen, was Sie zu tun haben. Ich behalte mir vor, das zu beurteilen, was mir das verehrte Andenken meines Vaters, die Interessen Rußlands und der Friede des Orients gebieten."

Das heißt, der Zar drohte, die bisher angewandten Mittel der Verschwörung, der Intrige, der Revolution auch weiter gegen den nicht genug fügsamen Vasallen anwenden zu wollen. Einem solchen unehrlichen Kampf weiterhin zu stehen, fühlte sich der Battenberger denn doch zu gut, zu europäisch, zu wenig russisch, und er beschloß also, sich diesen Verhältnissen zu entziehen. Noch setzte er seinen Triumphzug nach Philippopel und nach Sofia fort. Hier fehlte beim Empfang (3. Sept.) der russische und der reichsdeutsche Geschäftsträger. Der Fürst las dem übrigen diplomatischen Korps das Telegramm des Zaren vor und sagte: „Während sieben Jahren habe ich an der Unabhängigkeit Bulgariens gearbeitet. Ich kann endlich doch nicht in Bulgarien bleiben, wenn der Zar es verwehrt. Denn wenn ich unter solchen Verhältnissen das Land nicht verließe, würde eine russische Okkupation erfolgen und die Unabhängigkeit Bulgariens aufheben."

Die bulgarische Regierung forderte nun Rußland auf (5. Sept.), sich über folgende Punkte zu erklären, denn man müsse Bürgschaften für die Unabhängigkeit und Freiheit Bulgariens haben: Wer ist also der russische Kandidat für den bulgarischen Thron? Wird Rußland eine Okkupation vermeiden? Wird es die gegenwärtige Konstitution und Freiheit Bulgariens aufrechterhalten? Wird es die bulgarische Armee nicht russifizieren? Die Zusicherungen der russischen Regierung klangen beschwichtigend, wenn auch orakelhaft, und so ließ man denn den Fürsten Alexander, wenn auch ungern, ziehen.

Alexander.

Er verließ Sofia mit einer Abschiedsproklamation, darin er erklärte, er sei zu jedem Opfer für die Unabhängigkeit Bulgariens bereit. Als Regenten hinterließ er Stambulow, Karawelow und Mutkurow. Das ganze Land trauerte ihm nach. Seine Reise durch Österreich glich einem Triumphzug.

Die Regierung sandte dem Zaren eine Ergebenheitsadresse. Man richtete aber auch an den fernen Fürsten Begrüßungstelegramme. Die Eröffnung der kleinen Sobranje in Sofia am 13. September gestaltete sich zu einer großen Kundgebung für ihn. Wenn sie auch am 16. eine Adresse an den Zaren beschloß, so erklärte sie doch auch gleichzeitig in einer Antwort auf die Eröffnungsrede Stambulows den Staatsstreich vom 21. August als schändlich, infam und als das Werk einer Bande übelwollender Leute. Auf Verlangen des russischen Geschäftsträgers wurde

wohl das Gerichtsverfahren gegen die Verschwörer vertagt und fiel dann sehr milde aus, aber die Fahnen des aufständischen Regiments wurden verbrannt.

Polternd traf der russische General Kaulbars am 25. September in Sofia ein, erklärte die Einberufung der großen Sobranje für ungesetzlich, forderte Freilassung der Verhafteten, forderte das vollständigste Vertrauen im Sinn unbedingter Hingebung. Sein brutales und gebieterisches Auftreten stieß alle ab. Er ließ eine Volksversammlung am 3. Oktober veranstalten; dabei wurden aber unwillige Stimmen laut über die Einmengung Rußlands in die rein internen Angelegenheiten Bulgariens. Es erhob sich ein Tumult; dabei wurde ein Russe geschlagen. Kaulbars erschien in Uniform und herrschte die Bulgaren an, wurde aber von Zurufen unterbrochen: „Wir haben unsere Gesetze! Wir wollen frei und unabhängig sein! Rußland für die Russen, Bulgarien für die Bulgaren! Herunter mit ihm!" Man ließ ihn nicht weiter sprechen und er mußte sich endlich entfernen. Unter Anstimmung des Maritzamarsches begab man sich zum Ministerpräsidenten Radoslawow und übergab ihm eine Resolution. Kaulbars.

Auch auf seiner Rundreise durch Bulgarien und Rumelien fand Kaulbars fast überall nur kühle Aufnahme und eine für die Unabhängigkeit begeisterte Stimmung. Sein brutales Auftreten reizte nur zu russenfeindlichen Kundgebungen. Die regierungsfreundlichen Parteien ließen durch einen Aufruf vor ihm warnen: „Kaulbars sucht einen Aufstand zu provozieren, um die russische Okkupation zu ermöglichen. Er belügt euch, wenn er im Namen des Zaren spricht. Vergeßt nicht, daß die Augen der ganzen zivilisierten Welt auf uns gerichtet sind! Bulgarische Offiziere, ihr werdet euch russischen Rubeln unzugänglich zeigen. Laßt euch nicht ködern, belügen, bestechen!"

Das Wahlergebnis war für die bulgarische Regierung überaus günstig. Die große Sobranje wurde am 31. Oktober zu Tirnowa eröffnet. Sie war bereit, den Prinzen Waldemar von Dänemark zum Fürsten zu wählen, der mit dem Zaren, der Königin von England und dem König von Griechenland verwandt war. Rußland schlug dagegen den Fürsten Nikolaus Dadian von Mingrelien vor; aber die Bulgaren wollten keinen Fürsten, der sein Land für Geld verkauft habe. Nach einer Rundreise einer Abordnung der Regentschaft in Wien, Berlin und London trat schließlich die Kandidatur des Prinzen Ferdinand von Koburg in den Vordergrund. Koburg.

Kaulbars reiste sehr unbefriedigt mit allen russischen Konsuln ab und erklärte, daß die gegenwärtigen Regenten vollständig das Vertrauen Rußlands verloren hätten. Zwei russische Kriegsschiffe waren drohend im Hafen von Varna eingelaufen.

Österreich. Zweifellos wurde zumeist und zunächst Österreich von der bulgarischen Frage betroffen. Dem gab im ungarischen Parlament Andrassy am 25. Januar den stärksten und offensten Ausdruck. Er interpellierte die Regierung über ihre Stellung zur Union Bulgariens mit Ostrumelien, einer Lösung, die er vom Gesichtspunkt des Friedens der Monarchie und Europas als schädlich ansah. Als Mitarbeiter am Berliner Vertrag hielt er allerdings die Bestimmungen über Ostrumelien nicht für einen Hauptteil, ja für eine vergängliche Verfügung. Rumelien war seit 1879 nur auf dem Papier eine türkische Provinz. „Zudem hat die Türkei in ihrer Passivität dort nichts vorgesehen; so kam es, daß ihre Stellung dort innerhalb einiger Stunden durch eine Verschwörung umgestürzt werden konnte. Es ist nun aber ein Widerspruch, den unter türkischer Suzeränität stehenden Fürsten von Bulgarien zugleich als Gouverneur von Rumelien zu bestellen. Wenn aus der vielbewegten Vergangenheit der Balkanhalbinsel sich eine historische Erfahrung ergibt, so ist es die, daß christliche Fürsten und Völker, welche unter der Suzeränität der Türkei gestanden, nur so lange darunter blieben, als es ihnen nicht gelang, sie abzuschütteln. Der betreffende Fürst oder Volksteil verbündete sich jedesmal mit allen malkontenten Elementen. Die neue Stellung des Fürsten zwingt ihn geradezu zu einer neuen Revolution und gibt ihm als Gouverneur von Ostrumelien die hiezu nötigen Machtmittel an die Hand. Das bedeutet nicht die Lösung, sondern die Permanenzerklärung der orientalischen Frage."

Noch schärfer äußerte sich der Führer der Opposition, Graf Albert Apponyi, in zwei Artikeln des „Pesti Naplo". Er meinte, unsere auswärtige Politik sei auf eine falsche Grundlage gestellt, die der Fiktion des russischen Bündnisses. Unser Bündnis mit dem Deutschen Reich wird durch die Verbindung mit Rußland geschädigt, denn Deutschlands Aufgabe ist nun nicht mehr wie früher, unsere Orientinteressen zu unterstützen. Unsere Entschlüsse sind das Werk eines Kompromisses mit Rußland. Die Folge dieser falschen Politik ist nun, daß wir Bulgarien in die Arme Rußlands treiben und unsern Einfluß in Serbien bloßstellen. Wir können mit Rußland friedlich nebeneinander gehen, aber wir können keine gemeinschaftlichen Ziele mit Rußland besitzen. Die Grundlage unserer Orientpolitik kann keine andere sein, als auf der ganzen Balkanhalbinsel die Entwicklung der einzelnen Volkspersönlichkeiten zu befördern, und dadurch zu verhindern, daß Rußland die Südslawen zu seinen Machtzwecken ausbeute. England hat sofort erkannt, daß ein starkes Bulgarien der natürlichste und kräftigste Wall gegen die russischen Ausbreitungsgelüste sei. Lord Salisbury ließ daher seine eigene Schöpfung Ostrumelien sofort fallen, und auch wir hätten den Gedanken der bulgarischen Vereinigung mit ganzer Kraft angreifen sollen."

Im Februar wollte sich eine ungarische Legion für Serbien bilden; die Regierung verbot selbstverständlich eine solche Tollheit. Ministerpräsident Tisza protestierte (22. Febr.) gegen die Anschauung, als wolle die Monarchie

die Völker der Balkanhalbinsel im westlichen Teil zu ihren Untertanen machen, wobei ausbedungen sei, daß die Völker auf der andern Seite der Balkanhalbinsel russische Untertanen würden. Man wolle nur den Frieden; ihn zu verbürgen in einer Zeit, da die Bewegungen einzelner Völkerstämme ihn kompromittieren können, ist natürlich unmöglich. Aber der europäische Friede wird erhalten bleiben, nicht weil das Dreikaiserbündnis der westlichen Gruppe gegenübersteht, sondern weil alle Großmächte den Frieden erhalten wollen.

Die Reise des Erzherzogs Karl Ludwig mit seiner Gemahlin Maria Theresia nach Peterhof auf Einladung des Zarenpaares ließ in Zusammenhang mit den Ministerbegegnungen in Kissingen allerdings eine friedliche Lösung der Frage hoffen (29. Juli). Es folgte am 8. August die Zusammenkunft des Kaisers Franz Josef mit Kaiser Wilhelm in Gastein, wo Kaiserin Elisabeth bereits seit acht Tagen in freundschaftlichstem Verkehr mit dem deutschen Kaiser weilte. Gastein.

Während die Polen in Lemberg dem Fürsten von Bulgarien aus Russenfeindschaft einen Fackelzug brachten, machten sich bei den Tschechen russische Sympathien geltend. Groß war auch in Wien die Begeisterung für den Fürsten bei seiner Durchreise (10. Sept.).

Am stärksten wurde die Erregung über die Beseitigung des Fürsten in Ungarn. Graf Albert Apponyi kritisierte im September die Lage in einer großen Programmrede vor seinen Wählern zu Jaszbereny: „Eine schwere Wolke, welche Gefahr verkündend über Europa schwebt, bedroht zunächst unsere Monarchie. Gegen diese Gefahr liegt unser einziger Schutz in unserer Heereskraft. Wir haben keine andere Gewähr; denn leider muß gesagt werden, daß die letzten Ereignisse in uns großes Mißtrauen erweckt haben mit Bezug auf einen Faktor, den wir stets als eine sichere Stütze der Machtstellung unserer Monarchie anzusehen gewohnt waren: mit Bezug auf unsern deutschen Verbündeten. Ich halte das Bündnis mit Deutschland als für uns wünschenswert; ich vermag aber leider aus den letzten Ereignissen keine andere Folgerung zu ziehen, als daß es Selbsttäuschung wäre, auf dieses Bündnis zu rechnen. Denn wir sehen, daß bei solchen Ereignissen, bei welchen unsere wichtigsten Lebensinteressen durch eine mit uns konkurrierende Großmacht (Rußland) bedroht werden, die deutsche Diplomatie nicht für unsere bedrohten Interessen Stellung nimmt, ja sogar im Gegenteil die Bestrebungen der uns gefährdenden Nordmacht protegiert. Ich bin nicht dazu berufen, zu beurteilen, ob dies vom Standpunkte Deutschlands die richtige Politik ist; aber die Entwicklung der Ereignisse hat genügt, uns zu überzeugen, daß wir im Hinblick auf die uns drohenden Gefahren auf nichts anderes als auf unsere eigene Kraft rechnen können. Und nun tritt jene Situation ein, welche einer unserer verbannten Patrioten, der sich mit dem Verbande mit Österreich niemals befreunden konnte, zum Ausspruch bewog: ‚Die ungarische Ungarn.

Nation hat im Hinblick auf die vom Osten her drohenden Gefahren ganz dieselben Interessen wie Österreich und die Dynastie . . .' Unsere äußere Politik hat keine wesentlichere Aufgabe, als zu verhindern, daß die nordische Großmacht auf der Balkanhalbinsel Fuß fassen könne, daß sie irgendeinen Teil des Landes unter ihre Herrschaft bringe. Unsere äußere Politik ist daher nicht anders denkbar, als daß sie sich zur Aufgabe stellt, die an Stelle der zurückgedrängten Türkei in den Vordergrund tretenden Völker nicht in die Abhängigkeit irgendeiner Großmacht, insbesondere Rußlands, geraten zu lassen, sondern vielmehr dahin zu wirken, daß diese ihre Freiheit und Selbständigkeit aufrechterhalten. Diese Richtung, welche sich mit den seit Jahrhunderten bekundeten Freiheitsbestrebungen der ungarischen Nation im Einklang befindet, ist auch in vollkommener Konkordanz mit unseren Lebensinteressen, mit der Sicherung unserer Machtstellung. Das aber, was in Bulgarien in der letzten Zeit geschehen ist, steht in vollem Gegensatze zu dieser Richtung. Ich will jene Ereignisse nicht vom moralischen Standpunkte erörtern . . . Ich will nur die Frage aufwerfen, ob dies von Nutzen war. Und da muß ich sagen, daß das, was sich in Bulgarien abspielte, in geradem Gegensatz zu dem steht, wovon die Sicherheit unserer Monarchie abhängt, nämlich zur Politik der Freiheit und der selbständigen Entwicklung der Balkanvölker. Hiedurch wurde einer der wichtigsten Stämme unter den Völkerfamilien des Balkans gleich einer Satrapie an Rußland ausgeliefert. Die äußere Politik, welche von Skierniewice (1884) ihren Ausgangspunkt genommen, erweist sich in ihren Endresultaten als eine solche, durch welche eine mit unsern Interessen nicht vereinbarliche Machterweiterung Rußlands auf der Balkanhalbinsel herbeigeführt wird. Will aber die ungarische Nation von ihrer Zukunft nicht abdanken, die Monarchie nicht ihrer Großmachtstellung entsagen, wollen wir nicht einem Krieg entgegengehen, den wir unter den ungünstigsten Bedingungen führen müßten, dann müssen wir uns aufraffen und eine radikale Änderung dieser Politik fordern. Wenn man sagt, daß dies die Politik des Friedens sei, so muß ich dem widerstreiten. Eine Politik des Friedens dürfte der mit uns konkurrierenden Macht auch keinen einzigen Schritt auf jenem Wege gestatten, auf dem wir früher oder später mit ihr zusammenstoßen müssen. Jene Politik, welche dieser Macht das Vordringen gestattet, führt im Gegenteil ganz sicher dem Kriege zu, und zwar unter Bedingungen, die für uns die ungünstigsten sind."

Dieselben Gedanken führte Apponyi gleich darauf in einer Interpellation aus, indem er zum Schluß die Frage stellte: „Welche Änderungen und aus welchen Gründen sind eingetreten in jenem innigen Freundschaftsverhältnis mit dem Deutschen Reich, das seit Jahren als die Grundlage

unserer auswärtigen Politik bezeichnet wird und das von der öffentlichen Meinung sowohl Ungarns wie Österreichs in der Voraussetzung gebilligt wurde, daß es die Garantien zur Sicherung der Großmachtstellung unserer Monarchie vermehrt und die notwendigen Ziele unserer Politik unterstützt?"

Tisza. Ministerpräsident Tisza beantwortete diese und ähnliche andere Interpellationen am 30. September: „Ich weise die Annahme zurück, daß das Ministerium unserer auswärtigen Angelegenheiten die Absetzung des Fürsten von Bulgarien vorher gewußt oder gutgeheißen hätte. Es wußte auch nicht, daß der Fürst Alexander, nach seinem Telegramm, seine Krone als direkt vom Zaren empfangen ansah und sein Bleiben von dessen Zustimmung abhängig machen werde. Es besteht keinerlei Übereinkommen zwischen uns und Rußland in betreff eines im westlichen oder östlichen Teil der Balkanhalbinsel auszuübenden dominierenden Einflusses. Von unserm gemeinsamen Ministerium wurde wohl vor übereilten Entschlüssen gegen die Verschwörer gewarnt, dieselben aber nicht in Schutz genommen. Auch ich bin der Meinung, daß die Monarchie, alle Vergrößerungs- oder Eroberungsgelüste von sich weisend, ihr ganzes Bestreben darauf richten müsse, die selbständige Entwicklung jener Balkanstaaten zu fördern, und zu verhindern, daß eine in den Verträgen nicht bestehende Festsetzung eines Protektorats oder bleibenden Einflusses einer einzigen fremden Macht Platz greife. In unsern Bündnisbeziehungen ist keine Änderung eingetreten, mit dem Deutschen Reich stehen wir auf der alten Grundlage, und deshalb dürfen wir nicht zweifeln, daß mit Rücksicht auf die gegenseitigen Existenzbedingungen wir diese vereint werden wahren können ohne Gefährdung des allgemeinen Friedens. Wir betrachten den Berliner Friedensakt, trotz der Störung in Ostrumelien, als geltend. Niemand ist zu einem Einschreiten auf der Balkanhalbinsel berechtigt, keine Änderung der dortigen Verhältnisse darf geschehen als nur im Einvernehmen der Signatarmächte des Berliner Vertrags."

Sämtliche Interpellanten führten der Reihe nach aus, daß Tiszas Erklärungen nicht in Übereinstimmung mit den Ereignissen stünden. Tisza wiederholte, die Lage verbiete ihm ein näheres Eingehen. Über die Person des bulgarischen Thronkandidaten habe man sich nicht gebunden. Am 8. Oktober beantwortete auch Graf Taaffe im Wiener Reichsrat eine Interpellation: „Die Annahme, als ob das Verhältnis unserer Monarchie zum Deutschen Reich erschüttert sei, ist eine vollkommen grundlose. Es liegt kein Anlaß vor, eine Lockerung oder Trübung der gegenseitigen engen und vertrauensvollen Beziehungen besorgen zu lassen."

Beim Beginn der Delegationsverhandlungen, 6. November, in Ofenpest erschien die auswärtige Lage in düsterm Licht. Beruhigend wirkte Graf Kalnokys Auseinandersetzung am 13. November. Er sagte über Kalnoky. die irritierende Mission des Generals Kaulbars: „Tatsächlich ist durch sein Auftreten nichts erreicht worden, was für die definitive künftige

Gestaltung in Bulgarien von entscheidendem Einfluß sein könnte. Es gelang ihm nur, den Bulgaren die Einwirkung Rußlands in der denkbar unangenehmsten Weise fühlbar zu machen, und so stimmte er die öffentliche Meinung Europas günstig für das bulgarische Volk. Seine Mission trägt nicht den Stempel des Bleibenden; sie wird keine tieferen Spuren zurücklassen ... Solang der Berliner Vertrag besteht, finden wir darin unsere Interessen vollkommen gewahrt, und es ist uns die Mitwirkung aller Mächte gesichert, welche die europäischen Verträge zu schützen gewillt sind ... In einer Zeit, da wenige Tage genügen, um in Europa fünf Millionen Soldaten ins Feld zu stellen, ist die Verantwortlichkeit, welche auf einem Minister und einem Staate lastet, ungeheuer, wenn seine Aktion der Anstoß dazu sein kann, solche ungeheure Kriegsmassen in Bewegung zu bringen. Die ganze Beschaffenheit dieses Großstaates ist eine solche, die uns eine konservative Politik nach außen auferlegt. Dem entspricht es, wenn wir anstreben, daß die Staaten am Balkan sich auf den ihnen gegebenen Grundlagen immer mehr zu selbständigen, aufblühenden Individualitäten herausbilden. So können sie an unsern Grenzen jahrhundertelang bestehen, ohne von uns etwas zu befürchten zu haben. Nicht wir wollen diese friedliche Entwicklung unterbrechen ... Die passive Haltung der Pforte dürfte wohl den Mächten noch manche Sorge bereiten." Über das Verhältnis zum Deutschen Reich sagte Kalnoky: „Es liegt in der Natur der Sache, daß einem Großstaat das selbständige Eintreten für seine eigenen Interessen in erster Linie allein zusteht und daß ein Verhältnis, wie es zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich besteht, nur dann praktisch in volle Kraft zu treten berufen ist, wenn es sich um vollkommen solidarische gemeinsame Interessen beider handelt. Von diesem Standpunkte aus ist es ziemlich gleichgültig, in welche Fassung ein solches Verhältnis zwischen zwei Großstaaten gekleidet ist. Nicht Worte und Buchstaben, sondern die gegenseitigen Interessen bilden das festeste Fundament. Der Fortbestand des anderen als eine starke und unabhängige Großmacht bildet für jedes der beiden Reiche ein wichtiges eigenes Interesse. In der jetzigen Konstellation Europas läßt sich Deutschlands Stellung kaum denken, wenn ein mächtiges Österreich-Ungarn an seiner Seite fehlen würde, ebenso wie wir das größte Interesse daran haben, daß Deutschland als starke Großmacht neben uns fortbestehe. In diesem Sinn ist denn auch die Gemeinsamkeit der Stellung Deutschlands und Österreich-Ungarns stärker und unerschütterlicher, als wenn man sich dieselbe als lediglich auf Paragraphen gegründet vorstellen wollte. Die deutsche Regierung hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie Bulgarien nur so weit interessiere, als damit der Friede im Orient und in Europa in Verbindung steht. Der deutsche Reichskanzler hat auch bei dieser

Gelegenheit den Satz aufgestellt, daß man in Bulgarien keine deutschen Interessen zu verteidigen habe. Demgemäß hat er nicht für die Wünsche einer oder der andern Macht, sondern für den Frieden seine Ratschläge und seine vermittelnde Tätigkeit geltend gemacht. Es ist dies in der loyalsten und für den Weltfrieden, sowie für unsere eigenen Interessen ersprießlichsten Weise geschehen. — Auch unsere Beziehungen zu den übrigen Mächten sind sehr befriedigend. Das Einvernehmen und der freundschaftliche Verkehr mit dem russischen Kabinett besteht fort, so daß die beiden Regierungen in der Lage sind, auch über Dinge, in betreff deren sie nicht derselben Meinung sind, sich mit freundschaftlicher Offenheit auszusprechen. Mit Vertrauen zählen wir auf die Vertragstreue und Friedensliebe des Zaren Alexander, welche für die friedliche Lösung entscheidend sein wird. — Unsere Beziehungen zu England sind in diesem Augenblick von besonderem Interesse. Die Übereinstimmung der Auffassung und die Identität mancher großer Interessen, ebenso der Friedenswunsch, lassen uns hoffen, daß wir auch England an unserer Seite sehen werden, wenn es sich darum handeln sollte, für die Erhaltung des Berliner Vertrags einzutreten. — Betreffs Italiens ist dort jüngst die Auffassung zutage getreten, daß dieser Staat als Mittelmeermacht gewichtige Interessen zu wahren habe und daß ihm eine Verschiebung der dortigen Machtverhältnisse nicht gleichgültig sein könne. — Rußland versichert, daß es an den Verträgen festhält und weder an eine Einschränkung der Autonomie Bulgariens, noch an eine Änderung seines internationalen Verhältnisses denke, endlich daß überhaupt nichts ohne Mitwirkung der Mächte unternommen werden soll. Freilich ist zur definitiven Ordnung der bulgarischen Zustände unzweifelhaft die Mitwirkung Rußlands nötig; aber auch eine indirekte Okkupation (durch einen Vasallenfürsten, einen russischen Kriegsminister, Einschub russischer Offiziere u. dgl.) ist ausgeschlossen" — wie Kalnoky schließlich auf eine Anfrage des Grafen Eugen Zichy erklärte.

Andrassy.

Graf Julius Andrassy beklagte am 16. November in der ungarischen Delegation die Entwertung des von ihm und Bismarck geschaffenen deutsch-österreichischen Bündnisses durch Beiziehung von Rußland. Er sagte: „Wie zur Zeit, als das Bündnis zustande kam, bin ich auch heute der Meinung, daß es eine Garantie des europäischen Friedens bietet, wie sie durch keine andere Gruppierung ersetzt werden könnte. Es hat den Vorteil, ein so natürliches zu sein, daß, wenn es nicht wäre, man sowohl bei uns als in Deutschland fragen müßte, warum es nicht existiere. Es ist ein natürliches und sicheres Bündnis, weil die Interessen der beiden Reiche nirgends kollidieren. Es ist aber auch gut für Europa, weil es rein defensiver Natur ist, daher niemanden bedrohen kann; weil es das Bündnis zweier mächtiger Reiche ist, die kein Interesse an Eroberungen haben, die groß genug sind, um nichts anderes zu wünschen, als daß ihre innere Entwicklung nicht durch äußere Gefahren gestört werde. Wenn es nun heute die Überzeugung sehr

vieler Leute geworden ist, daß dieses natürliche Bündnis nicht die Früchte getragen hat, die von allen Seiten erwartet wurden, so ist es die Pflicht eines jeden Delegierten, zu untersuchen, ob der Fehler im ursprünglichen Bündnis selbst oder in den veränderten Verhältnissen zu suchen ist. Solange dies ein Bündnis zwischen bloß zwei Mächten war, funktionierte es sehr einfach. Die beiden Mächte hatten nur ihre beiderseitigen Interessen zu wahren, die nirgends kollidierten; den andern Staaten gegenüber hatten sie nur das freundnachbarliche Verhältnis zu wahren. Aber von dem Tag an, als es ostentativ angekündigt wurde, daß in den Orientfragen jedesmal vor allem mit Rußland ein Einverständnis zu erzielen sei, konnte unser Bündnis mit Deutschland nicht mehr das sein, was es ursprünglich war. Die Ursache, daß daraus sehr viel Beunruhigung hervorgegangen ist, liegt in der unnatürlichen Gruppierung. Von diesem Augenblick an konnte Deutschland selbstverständlich nicht mehr ausschließlich unsere, sondern es mußte nicht nur die wirklichen Interessen Rußlands, sondern auch dessen momentane Auffassungen und Wünsche im Auge behalten. Das neue Verhältnis konnte keinem der drei Beteiligten nützen. Es war für uns und auch für Rußland nicht nützlich, denn das gezwungene enge Zusammengehenmüssen mit Rußland brachte die gegenseitigen Interessen in einen schärferen Gegensatz, als sie sonst gewesen waren. Es war nicht nützlich für Deutschland, dem es eine unnötig schwere Aufgabe auferlegte. Es war nicht nützlich für Europa, weil es bei andern Mächten Mißtrauen erregte. Es hat die Kraft für die Erhaltung des europäischen Friedens verloren, weil ein Bündnis dreier Mächte, wovon zwei gerade dort, wo sie zusammenwirken sollten, wenn auch nicht entgegengesetzte, so doch verschiedene Interessen hatten, keinem Staate mehr in Europa imponieren konnte. Die Folge war, daß das peinliche Geschäft der fortwährenden Arbitration zwischen den beiden Bundesgenossen auf Deutschland von Tag zu Tag mehr drücken mußte. So kam es, daß Deutschland, welches sich in Balkanfragen seit 1878 für neutral erklärte, Rußland gegenüber dennoch in eine schwierigere Lage kam, als wir es waren, weil es viel weniger übel genommen wird, wenn ein Staat einem andern nach dem Gebote der Selbsterhaltung widersteht, als wenn er dies im Interesse eines andern tun soll. Kurz, infolge der Schwierigkeiten dieses Verhältnisses zu Dreien kam Deutschland in eine ganz unmögliche Stellung, in welcher auch die Ausnahmsstellung des Fürsten Bismarck und seine nach beiden Seiten hin gleich ehrliche Vermittlung nicht mehr genügen konnte. Deutschland ist vor ein Dilemma gestellt, das in jedem Fall zu bedenklichen Folgen führt."

Kalnoky. Kalnoky widersprach aufs entschiedenste dieser Anschauung, „daß durch die Annäherung Rußlands unser Verhältnis zum Deutschen Reich geschädigt worden sei . . . Als ich die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, befanden sich unsere Beziehungen zu Rußland gerade in einem wenig behaglichen Zustande. Da uns aber Rußland entgegenkam, begrüßten wir die neue Friedensbürgschaft mit Genugtuung. Daß dadurch unser Verhältnis zum Deutschen Reich irgendwie alteriert worden wäre, muß ich entschieden bestreiten. Diese Beziehungen tragen übrigens ohnehin einen ganz andern Charakter." Man habe Rußland durchaus keine Sonderstellung in Bulgarien eingeräumt.

Betrachten wir nun die inneren Verhältnisse Österreichs. Bismarcks Polenreden erregten die Gemüter in Galizien. Während die Polen Dankadressen an Windthorst, Rickert, Richter und Stablewski schickten oder schicken wollten, sandten die polenfeindlichen Ruthenen als Gegendemonstration eine Adresse an den Fürsten Bismarck. Überhaupt agitierten die Ruthenen neuerlich für die Zweiteilung Galiziens. Eine galizische Bauernbewegung richtete sich gegen den Adel.

Ein Sprachenerlaß des Kriegsministers, 26. Februar, wies auf die notwendige Einhaltung der deutschen Armeesprache hin, besonders wegen der einheitlichen taktischen und technischen Bezeichnungen.

Ein Bauernparteitag, Wien 25. März, beschloß: „Der gesamte Bauernstand Deutschösterreichs soll ohne Rücksicht auf Nationalität eine einheitliche, jeden Nationalitätenhader entschieden tadelnde Partei bilden und dahin streben, daß in die Legislative nur dem Bauernstand angehörige Männer entsendet werden, allwo dann zur Wahrung ihrer Interessen eine einheitliche Partei gebildet werde." Ein anderer Bauerntag vom 20. März stand unter dem Einfluß des Antisemiten Schönerer.

In Mähren warf man sich gegenseitig Germanisierung und Tschechisierung vor.

Ausserer, Pernerstorfer, Kronawetter und andere beriefen am 10. Mai eine Arbeiterversammlung, die sich gegen das Sozialistengesetz aussprach.

Bei Gelegenheit der Feier der Enthüllung des Denkmals für Anastasius Grün (Auersperg) in Laibach demonstrierten die Slowenen gegen die Ehrung des deutschen Dichters, ganz ungerechterweise, denn dieser hatte selber Übersetzungen aus dem Slowenischen gegeben in unparteiischer Heimatliebe.

Eine Rede des Statthalters Grafen Thun bei der Hauptversammlung des Deutschen Schulvereins in Salzburg (13. Juni) befriedigte alle Deutschen als Zeugnis dafür, daß die Regierung ihr früheres Mißtrauen gegen die Tendenzen des Vereines abgelegt hatte. Thun.

Es gelang der Polizei am 3. Oktober, dem Vorabend zum Namenstag des Kaisers, eine größere Anarchistenbande festzunehmen, die gleichzeitig alle Holzlagerplätze Wiens in Brand setzen und das kaiserliche Schloß Schönbrunn zerstören wollte.

Ein Sprachenerlaß des Justizministers Prazak (23. Sept.) befriedigte die Tschechen, erregte aber die Deutschen in Böhmen und Mähren. Die deutschen Abgeordneten traten unter Dr. Schmeykals Führung aus dem böhmischen Landtage zurück, bis ihnen sachliche Würdigung ihrer Beschwerden geboten werde. Prazak.

Über den Nationalitätenstreit in Ungarn sagte Ministerpräsident Tisza am 5. Februar: „Es gibt in Europa keinen Staat, der bei seiner Konstituierung aus Einer Nationalität bestanden hätte. Aber deshalb ist es auch überall notwendig, wo ein Staat besteht, daß der Stamm, der die absolute oder relative Majorität besitzt, diesem seinen Charakter aufprägt." Graf Apponyi fügte hinzu: „In Ungarn kann unter gar keinen Umständen eine föderalistische Auffassung zugelassen werden, wonach die in diesem Lande lebenden verschiedenen Nationalitäten als staatsrechtliche Individualitäten betrachtet werden könnten, aus deren Föderation Ungarn Tisza.

entstanden sei." Und Desider Szilagyi betonte: „Der ungarische Staat besteht darin, daß die Staatssprache die ungarische ist. Es gibt keinen Einheitsstaat ohne Staatssprache. Diese ist bei uns die ungarische, die nicht bloß das Mittel des Verkehrs, sondern die Trägerin der nationalen Kultur ist." Das konnten die Kroaten für ihr Territorium mit Recht bestreiten; auch sie konnten ihre Sprache als Staatssprache behaupten. Und auch die „Romania irredenta" anerkannte nicht die magyarische Auffassung.

Ein peinlicher Militärkonflikt brach aus, als der gut kaiserlich gesinnte
Jansky. General Jansky am 21. Mai, dem Jahrestag der Erstürmung Ofens durch die aufständischen Ungarn 1849, mit Offizieren der Pester Garnison die Gräber der dabei gefallenen Verteidiger, des Generals Hentzi und seiner Mitkämpfer, bekränzte. Dagegen empörte sich der Chauvinismus der extremen Magyaren. Es gab Studentendemonstrationen, Interpellationen u. s. w. Im österreichischen Herrenhaus nahm sich Graf Richard Belcredi, der Minister des Jahres 1866, bei Gelegenheit der Beratung des Landsturmgesetzes mit glücklicher Entschiedenheit des Heeres an und bat das Haus, den Gesetzentwurf als Huldigung für den edlen Geist der Armee anzunehmen. Auch der Feldmarschall Erzherzog Albrecht berührte in einem Trinkspruch zu Sarajewo diese Sache, und pries die Armee, die in Bosnien wahre Römerwerke schuf. „Derselbe Geist durchweht die ganze Armee und macht sie zu einem unerschütterlichen Körper. Die Söhne aller Volksstämme fühlen sich im Wetteifer an Treue, Hingebung und Dienstfreudigkeit als Brüder vereint unter dem kaiserlichen schwarzgelben Banner." Darüber ergrimmte Graf Albert Apponyi. Er behauptete im Reichstag, der Reichsgedanke sei dem ungarischen Staatsrechte fremd, und es stehe den Überlieferungen der ungarischen Verfassung schroff entgegen, wenn man für die Armee ein erdichtetes Vaterland zu konstruieren versuche; niemals werde man in Ungarn einen andern als einen ungarischen Patriotismus finden.

Die Nachricht, das General Jansky ein militärisches Kommando in Fünfkirchen erhalten habe, erregte aufs neue die Gemüter der magyarischen Studenten; es kam zu blutigen Zusammenstößen vom 5. bis 11. Juni; 710 Personen wurden verhaftet, von denen 478 zur Bestrafung einbehalten wurden. Der Kaiser richtete ein lobendes Handschreiben an Erzherzog Albrecht und das 15. Korps. Dieses, „in seiner Zusammensetzung das ganze Heer repräsentierend, wirkt in würdigster Weise im Geiste der altbewährten Traditionen der Armee, welche unter allen Verhältnissen mit seltener Pflichttreue und Selbstverleugnung das Ansehen des Thrones und der Monarchie hochhielt und auch in Zukunft ihrer hohen Bestimmung nachkommen wird".

Polonyi. Etwas ruhiger klang die Resolution einer von Geza Polonyi Anfang August präsidierten Versammlung: „Die ungarische Nation beschützt ihren gekrönten König stets in traditioneller Treue und mit Jahrhunderte hindurch bewährter Opferwilligkeit. Allein damit die ungarische Nation in der mit großen Opfern erhaltenen Armee die sicheren Garantien ihrer Würde, ihrer Verfassung und ihrer Zukunft erblicken könne, damit zwischen der Bürgerschaft und dem Militär eine heilsame Eintracht zustande komme, und endlich, damit die ungarische Nation ihre gesamte sittliche und materielle Kraft auch zum Schutze der übrigen Länder Sr. Majestät verwerten könne, halten wir es

für wünschenswert und notwendig, daß die staatsrechtliche Selbständigkeit unseres Vaterlandes und die historische hohe Würde des ungarischen Königs auch in der Armee aufrichtig und offen anerkannt und kraft dauernder Institutionen zur Geltung gebracht werde." Dazu kam ein beruhigendes Handschreiben des Kaisers an Tisza, 7. August. Aber noch im Oktober war die Affäre nicht ganz zur Ruhe gekommen. Der Landwehrminister Baron Feyervary wandte sich da gegen die Beschuldigungen der Opposition, daß zu wenig ungarische Offiziere Verwendung in den ungarischen Regimentern fänden und diesen daher der nationale Charakter verloren ginge. Feyervary sagte: „Man würde sich nur freuen, wenn man ungarische Offiziere bekäme. Aber wenn man die Armee immer angreift, schreckt man die Jugend von der Wahl dieses Dienstes ab. Dies ist nicht der Weg dazu. Wir müssen die ungarische Jugend aneifern, in die Armee einzutreten; dann wird auch der Geist ein ungarischer sein. Aber die Armee zerspalten, heißt sie schwächen; einer solchen herostratischen Tat ist kein Ungar fähig. Das Pflichtgefühl ist die einzige richtige und mächtigste Grundlage, auf der bei uns, wo neben der ungarischen in der Monarchie auch so viele andere Nationalitäten sich befinden, eine Armee organisiert werden kann. Auf nationaler Basis sie zu organisieren, wäre ein verhängnisvoller Fehler. Im Handschreiben ist in goldenen Lettern ausgesprochen, daß der Geist der Armee kein anderer als der des obersten Kriegsherrn sein kann. Da dieser gleichzeitig der gekrönte König Ungarns ist, das glänzendste Vorbild gewissenhaftester Pflichterfüllung, kann Ungarn, wenn die Armee diesem Geist folgt, nichts Besseres wünschen."

Kroaten.

Die magyarenfeindliche Stimmung der Kroaten zeigte sich in dem Aufrufe des Bischofs Stroßmayer von Djakowar zu Beiträgen für das Radetzkydenkmal; es hieß darin (9. Aug.): „Es ist zu hoffen, daß unser Volk in der Pietät für die treuen Anhänger des Kaisers hinter den andern Völkern der Monarchie nicht zurückbleiben wird, um so weniger, als unser Volk in den stürmischen Jahren 1848 und 1849 aus ganzem Herzen jenen Bestrebungen anhing, welchen das Leben des glorreichen Marschalls Radetzky geweiht war. Radetzky hat unsern unsterblichen Helden Jellacic geliebt und geachtet, dessen Andenken in uns nichts zu verwischen vermag. Unser Volk wird in Radetzky auch seinen Liebling, den Banus Jellacic, achten und ehren." Kroatien beklagte sich wegen Verletzungen des Ausgleichs von 1868 und stellte die Theorie von einem besonderen kroatischen Staat auf, was aber die ungarische Regierung ablehnte: Die Parität zwischen Kroatien und Ungarn sei keine solche, wie die zwischen Ungarn und Zisleithanien. Aber Kroatien hielt daran fest, daß auf jeden Fall eine Art Parität bestehe und daß auf kroatischem Gebiet nur die kroatische Sprache Berechtigung im Amtsverkehr habe.

Altkatholiken.

In Zisleithanien machten die Altkatholiken der Regierung zu schaffen. Der Bischof von Leitmeritz, Dr. Schöbel, protestierte gegen die Beschuldigungen des Abgeordneten Hallwich, als ob die katholische Geistlichkeit dem katholischen deutschen Volk in Böhmen feindlich gegenüber-

stehe. Hallwich meinte: „Nur aus Bequemlichkeit und Sorge vor Geldausgaben sei manche katholische Gemeinde in Böhmen noch nicht zum Altkatholizismus oder Protestantismus übergegangen.“ An der Synode der altkatholischen Kirche in Österreich (Wien, 8. Sept.) nahmen der „Bischof“ Herzog der Schweizer Altkatholiken und anglikanische Delegierte teil. Der Wiener Pfarrer Čech schlug einen internationalen Altkatholikenkongreß für 1887 nach Wien vor.

Aus Anlaß des 200. Jahrestags der Befreiung Ofens von der Türkenherrschaft fanden große Festlichkeiten (1. bis 3. Sept.) und eine historische Ausstellung statt. Kaiser Wilhelm sandte eine Deputation des preußischen Heeres, das damals ruhmvoll mitgekämpft hatte mit den Kaiserlichen. Die Stadt Wien war freundnachbarlich vertreten; die Magistrate von Berlin und München hatten aber die Einladung demonstrativ abgelehnt wegen der Unterdrückung der Deutschen in Ungarn. Papst Leo erließ bei diesem Anlaß eine Enzyklika an die ungarischen Bischöfe. Er gedachte der Beziehungen zwischen den Päpsten und den apostolischen Königen von Ungarn seit Stephan dem Heiligen, der die Königskrone im Jahre 1000 vom Papste empfing und deshalb wollte, daß sein Reich dem Apostolischen Stuhle lehenspflichtig sei. „Diese Bande sind durch Gottes Gnade erhalten geblieben und gerne erteilen wir euch, ehrwürdige Brüder, und dem ungarischen Volk das wohlverdiente Lob. Allein wir können auch nicht verschweigen, was in den gegenwärtigen Zeiten der Tugend widerstrebt . . . Uns liegt am Herzen, daß aus den Gesetzen das entfernt werde, was den Rechten der Kirche widerstreitet.“ Der Papst erwähnte die Behinderung des freien Übertritts zur Kirche, die Zivilehe, den Unterricht der Jugend, die gemischten, neutralen, weltlichen Schulen. Die wissenschaftlichen Anstalten sollen als katholische Institute bestehen, heilsame Schriften sollen verbreitet werden. Das galt der seit 1848 bestehenden katholischen Stephansgesellschaft.

Der neue Ausgleich, der dritte seit 1867, wurde, nicht ohne Reibungen, abgeschlossen. — Erzherzog Otto, der Sohn des Erzherzogs Karl Ludwig, vermählte sich mit der Prinzessin Josefa von Sachsen; er wurde der Vater des gegenwärtig regierenden Kaisers Karl.

Deutsches Reich.

Das Deutsche Reich schien sich die orientalische Frage ganz fernzuhalten. Nur für die ägyptische Anleihe übernahm der Reichstag die Bürgschaft, um sich im Konzert der Großmächte nicht zu isolieren. Nun konnte auch die infolge der Bombardierung von Alexandrien festgesetzte Entschädigung deutscher Staatsangehöriger, die zwei Millionen Franken erreichte, bezahlt werden. Die Zusammenkunft des Deutschen Kaisers und des Kaisers von Österreich in Gastein, 8. bis 9. August, erhielt diesmal eine besondere Solennität, ein Zeichen des „Wachstums der freundschaftlichen Beziehungen“, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb. Dieselbe offiziöse Zeitung schrieb nach dem bulgarischen Umsturz: „Deutsche Interessen werden durch diese und andere bulgarische Bewegungen nicht berührt.“ Die freisinnige und die Zentrumspresse klagte allerdings die auswärtige Politik Bismarcks bei diesem Anlaße heftig an, er habe aus

Furcht vor Rußland deutsche Interessen aufgeopfert, einen deutschen Prinzen preisgegeben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fragte aber, was man hätte tun sollen. „Die Frage des Bruches mit Rußland hat vor etwa sieben Jahren nahe genug gelegen, und wenn ein solcher einträte, so wird darüber kein Zweifel sein, daß dann, wie man in Frankreich sagt, die Chassepots von selbst losgehen würden. Wir sind nicht kleinmütig genug, um vor einer solchen Situation zurückzuschrecken, wenn sie unausweichlich werden sollte oder unsre eigenen Interessen sie uns aufnötigten. Aber wir sind nicht gewissenlos genug, um zu empfehlen, daß die deutsche Nation ohne jede in der Sache liegende Nötigung, lediglich aus Prestigebedürfnis, einem Kriege von dieser Ausdehnung durch ihre eigene Regierung mutwillig entgegengeführt werden sollte.“ Bismarck besuchte auf der Rückreise von Gastein den russischen Minister des Auswärtigen v. Giers in Franzensbad; es fanden sich dort auch noch andere russische Diplomaten ein (26. August). Bald darauf machte Giers auch seinen Besuch in Berlin (2. bis 4. Sept.). Im Reichstag brachten die Sozialdemokraten Ende September eine Interpellation ein, veranlaßt durch „die große Beunruhigung, welche im deutschen Volke durch die Vorgänge auf der Balkanhalbinsel hervorgerufen wurde“. Sie schloß mit der Anfrage: „Was gedenken die verbündeten Regierungen zu tun, um bei dem unaufhörlich wachsenden Einfluß Rußlands und der Ausdehnung seiner Machtsphären auf der Balkanhalbinsel die schwer bedrohten deutschen Interessen zu wahren?“ Aber die Interpellation blieb ohne die erforderliche Unterstützung. Giers.

Immerhin wies die Heeresvorlage an den Reichstag (3. Dez.) darauf hin, daß man auf seiner Hut war. Der preußische Kriegsminister Bronsart von Schellendorf sagte darüber unter anderm: „Es genügt, wenn ich die Behauptung aufstelle, daß das Deutsche Reich trotz seiner friedlichen Politik sehr wohl in absehbarer Zeit in die Lage kommen kann, ganz gegen seinen Willen in einen Krieg verwickelt zu werden ... Es handelt sich nicht um eine augenblicklich drohende Kriegsgefahr. Eine Gesetzesvorlage, welche die Friedenspräsenzstärke des Heeres vom 1. April nächsten Jahres zu erhöhen beabsichtigt, wäre nicht das geeignete Mittel dagegen. Läge eine solche vor, so wäre die einzige Antwort die Mobilmachung ... Die Kriegsmacht Frankreichs, welches an Bevölkerungszahl gegen uns erheblich zurücksteht, schreitet schon seit längerer Zeit uns gegenüber voran in erhöhter Friedenspräsenzstärke. Die Bevölkerung Frankreichs verhält sich zu der Deutschlands etwa wie fünf zu sechs. Die Friedenspräsenzstärke ist aber höher und eine weitere Erhöhung ist in Aussicht genommen ...“ Noch ernster sprach darüber Graf Moltke: „Ganz Europa starrt in Waffen. Wir mögen uns nach links oder nach rechts wenden, so finden wir unsere Nachbarn in voller Rüstung, in einer Rüstung, die selbst ein reiches Land auf die Dauer nur schwer ertragen kann. Das drängt in Naturnotwendigkeit auf baldige Entscheidungen hin. Aus den Motiven ersehen Sie, Heer.

wie sehr wir hinter den Rüstungen der übrigen Großmächte zurückgeblieben sind. Frankreich wendet beispielweise nahezu das Doppelte an seine Armee wie wir. Man hat uns den Rat gegeben, uns mit Frankreich zu verständigen ... Aber solange die öffentliche Meinung in Frankreich ungestüm die Zurückgabe zweier wesentlich deutscher Provinzen fordert, während wir fest entschlossen sind, sie niemals herauszugeben, wird eine Verständigung mit Frankreich kaum möglich sein. Man hat dann hingewiesen auf unser Verhältnis mit Österreich. Dieses Bündnis ist ein sehr wertvolles; aber es ist nicht gut, sich auf fremde Hilfe zu verlassen; ein großer Staat existiert nur durch seine eigene Kraft ... Diese Forderung wird gestellt, um den bisher mühsam aufrechterhaltenen Frieden in Europa, wenn es möglich ist, auch ferner noch zu sichern. Wenn wir diese Vorlage ablehnen, involviert das vielleicht die Verantwortlichkeit für das Elend einer feindlichen Invasion. Durch große Opfer haben wir erreicht, was alle Deutschen ersehnt haben: Wir haben das Reich, wir haben die Einheit Deutschlands. Die Welt weiß, daß wir keine Eroberungen beabsichtigen. Mag sie auch wissen, daß wir das, was wir haben, erhalten wollen, daß wir dazu entschlossen und gewappnet sind." Besonderes Aufsehen erregte noch die Äußerung des Kriegsministers, daß Deutschland sein Heer verstärken müsse, da die österreichische Armee der russischen durchaus nicht gewachsen sei. Nähere Darlegungen über die auswärtige Lage wurden als untunlich verweigert.

Bismarck. Wie bei seinem 70. Geburtstag so erlebte Bismarck auch beim 25jährigen Regierungsjubiläum des Kaisers und Königs einen Höhepunkt öffentlicher Anerkennung. Der Kaiser umarmte und küßte ihn auf beide Wangen in einem ihm sonst fremden Überschwang berechtigten Hochgefühles über die glänzenden gemeinsamen Erfolge in dieser ereignisreichen Zeit.

In einer solchen Stimmung fiel auch die Beilegung der letzten Reste des Kulturkampfs leichter, allerdings erst dadurch, daß von der katholischen Frage die polnische abgelöst und um so strenger behandelt wurde.

Papst. Sehr bezeichnend war Bismarcks Schreiben an Papst Leo vom 13. Januar in Beantwortung des Papstbriefes vom 31. Dezember: „Sire! Das freundliche Schreiben, womit E. Heiligkeit mich beehrt haben, sowie die hohe Ordensdekoration haben mir große Freude bereitet, und ich bitte E. H., den Ausdruck meiner tiefen Dankbarkeit entgegennehmen zu wollen... E. Heil. sagen, daß nichts besser dem Geist und der Natur des Papsttums entspreche, als die Ausübung von Werken des Friedens. Durch dieselbe Meinung wurde ich geleitet, als ich E. Heil. bat, das edle Amt des Schiedsrichters im Streite zwischen Deutschland und Spanien zu übernehmen ... Die Erwägung der Tatsache, daß die beiden Nationen sich hinsichtlich der Kirche, welche in E. Heil. ihr oberstes Haupt verehrt, nicht in der nämlichen Lage befinden, hat mein festes Vertrauen in die erhabenen Auffassungen E. Heil. niemals abgeschwächt ... Es ist aller Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß die friedliche Aktion E. Heil. dauernde Wirkungen haben wird, und zu diesen rechne ich das

dankbare Andenken, welches die beiden Parteien dem erhabenen Vermittler bewahren werden . . ." Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gab zu, daß schon einige Tage vor der Hissung der deutschen Flagge auf den Karolinen die dort liegenden spanischen Schiffe tatsächliche Akte der Besitzergreifung ausgeführt hatten, die wichtiger waren als das formelle Flaggenhissen.

Die folgenden Maßregeln Bismarcks waren hauptsächlich vom Bestreben eingegeben, den Kulturkampf als einen Kampf gegen das überhandnehmende Polentum auszudeuten und nur auf diesem Gebiete noch fortzuführen. Schon in der Thronrede bei Eröffnung des preußischen Landtags (14. Januar) sagte der Kaiser: „Das Zurückdrängen des deutschen Elements durch das polnische in einigen östlichen Provinzen legt der Regierung die Pflicht auf, Maßregeln zu treffen, welche den Bestand und die Entwicklung der deutschen Bevölkerung sicherzustellen geeignet sind." Dazu gehörten bereits die zahlreichen Ausweisungen nichtpreußischer Polen, worüber die Regierung viel interpelliert wurde. Bismarck verteidigte seine Maßregeln und Vorschläge in einer großen Rede vom 28. Januar: „Der Passus der Thronrede enthält den Ausdruck der Überzeugung, daß in den Grundsätzen, nach welchem seit 1840 regiert worden ist, eine Änderung notwendig sei. Wir haben die Erbschaft überkommen, uns mit zwei Millionen polnisch sprechender Untertanen einzuleben. Das Jahr 1815 hat dem Staat eine Grenze geschaffen, hinter die er unter keinen Umständen zurückgehen kann. Die Proklamationen, mit denen 1815 König Friedrich Wilhelm III. Besitz von den ihm wieder zugefallenen Teilen Südpreußens ergriffen hat, enthalten die Kundgebung der Grundsätze, nach welchen er zu regieren gedachte. Eine Verpflichtung, diese Grundsätze niemals zu ändern, ist der König in keiner Weise eingegangen, und die Versprechungen, die ehrlich vom Könige gegeben, sind seitdem durch das Verhalten der Bewohner dieser Provinz vollständig hinfällig und null und nichtig geworden. Ich gebe meinesteils keinen Pfifferling auf irgend eine Berufung auf die damaligen Proklamationen." (Der König hatte den Polen die Erhaltung ihres Vaterlands, ihrer Nationalität und ihrer Religion versprochen. Ihre Sprache sollte neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden.) Bismarck fuhr fort: „Der Glaube, sich mit den Polen einleben zu können, gewann einen Anhalt in der Tatsache, daß man in Schlesien mit einer Million polnisch redender Untertanen ohne Schwierigkeit lebte . . . Diese Vertrauensseligkeit wurde gestört durch den Aufstand in Warschau 1830 und durch das Auftauchen einer polnischen Frage im europäischen Sinne." Schon damals (1832) riet General v. Grolmann die Germanisierung durch Auskaufen der polnischen Gutsbesitzer. Aber dies System wurde wieder seit 1840 außer Kraft gesetzt. König Friedrich Wilhelm IV. handelte nach dem Grundsatz: „Zutrauen bewirkt Edelmut." Aber sein Zutrauen wurde durch die Aufstände von 1846 bis 1848 getäuscht. „Die Freiheit der Bewegung aber, die die Polen gewannen auf dem Gebiete des Vereinsrechts, der Presse und des Verfassungslebens, hat in keiner Weise dazu beigetragen, ihr Wohlwollen und Entgegenkommen zu vermehren; im Gegenteil, wir sehen als Frucht davon nur eine Verschärfung auf der polnischen Seite. Der Entwicklung kam die Eigentümlichkeit des deutschen Charakters entgegen, die Bewunderung alles Ausländischen, die deutsche Tradition, die

Bismarck.

Pfifferling.

eigene Regierung zu bekämpfen, wofür man in den Polen immer bereite Bundesgenossen zu finden sicher war, endlich die Befähigung des Deutschen, aus der eigenen Haut in die eines Ausländers hineinzufahren und vollständig Pole, Franzose oder Amerikaner zu werden." Bismarck kam nun auf seine Politik seit 1862 zu sprechen. „Ich kann nicht dafür, daß ich damals nicht verstanden worden bin. Ich habe mich durch die Worte Blut und Eisen recht deutlich darüber ausgesprochen. Es handelte sich um militärische Fragen und ich hatte gesagt: legt eine starke militärische Kraft, mit andern Worten, möglichst viel Blut und Eisen in die Hand des Königs, dann wird er die Politik machen können, die ihr wünscht; mit Reden und Schützenfesten und Liedern macht sie sich nicht, sie macht sich nur durch Blut und Eisen ... In dieser Lage also befand ich mich mit einer bewußten Absicht, die ich noch nicht aussprechen durfte, weil, wenn ich es getan hätte, mir eine Unterstützung weder bei Rußland noch Frankreich, weder bei Österreich noch England zuteil geworden wäre. Die Saat wäre im Keim erstickt worden durch einen kombinierten Druck des gesamten Europas, das unsern Ehrgeiz zur Ruhe verwiesen hätte ... Im russischen Kabinett waren zwei Prinzipien tätig: ein antideutsches, welches das Wohlwollen der Polen und Franzosen zu erwerben wünschte, das andere antipolnische, das auf dem Bedürfnis beruhte, die Beziehungen mit Preußen festzuhalten ... Ich hatte deshalb das Interesse, die Beziehungen zu Petersburg besonders zu pflegen ... Seit 1866 haben wir vom Auslande her eine Unterstützung der polnischen Bestrebungen bei uns nicht weiter zu erleben gehabt, vielleicht deshalb, weil Frankreich, das das Hauptinteresse an der Wiederherstellung Polens hatte — weil eine polnische Armee immer ein französisches Korps an der Weichsel sein würde —, weil Frankreich einstweilen andere Gedanken hat. Es denkt direkt an uns. Trotzdem ist der Kampf ums Dasein zwischen den beiden Nationen, die auf dieselbe Scholle angewiesen sind, unvermindert, mit verstärkten Kräften fortgeführt. Das Eigentümliche ist, daß nicht der Germanismus fortschreitet, sondern umgekehrt: die polnische Bevölkerung macht zweifellose Fortschritte, und man fragt sich, wie das möglich ist. Vielleicht lehrt das, daß die Unterstützung, die die Polen von seiten der Opposition haben, stärker ist, als was die Regierung nach der heutigen Verfassung leisten kann. — Wenn man über die Gründe dafür nachdenkt, so fällt mir vorzugsweise die damalige katholische Abteilung ein, die rein den Charakter eines polonisierenden Organes hatte. Deshalb trat mir die Notwendigkeit nahe, der Aufhebung dieser Abteilung zuzustimmen, und das ist eigentlich der Grund, aus dem ich überhaupt in den Kulturkampf geraten bin. Für meine persönliche Auffassung hätte es wohl gar keinen Kulturkampf gegeben ... Die Anlehnung an andere Parteien bedingt gerade die Gefährlichkeit, die ich der polnischen Opposition zuschreibe. Wenn die zwei Millionen Polen allein ständen, würde ich sie nicht fürchten; aber die Anlehnung an andere Staaten, andere Parteien, die auch den Staat negieren und bekämpfen, da bilden sie eine Majorität, von der ich wenig Heil erblicken kann ... Deshalb bleibt uns nur das Bestreben übrig, uns zu bemühen, daß wir die Verhältniszahl zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung möglichst bessern ... einerseits durch Vermehrung der Deutschen, anderseits durch Verminderung der Polen. Daher die Ausweisung der Polen, welche dem Land nicht angehören ... Das Widerstreben gegen die Assimi-

Blut und Eisen.

lierung beruht fast ausschließlich auf dem Adel. Nun besitzt der polnische Adel etwa 650.000 Hektare in Posen. Es fragt sich, ob Preußen nicht in der Lage ist, 100 Millionen Taler auszugeben, um den Adel zu exproprieren. Es soll nach dem vollen Wert bezahlt werden ... Aber die Regierung beabsichtigt nicht, im jetzigen Augenblick so weit zu gehen ... Unser Verlangen geht nur so weit, die Güter, die freiwillig zum Verkauf kommen, zu benutzen ... Außerdem haben wir andere Maßregeln im Sinne, daß wir den Polen als Beamten und Soldaten Gelegenheit geben, sich in deutschen Provinzen umzusehen ... Das sind die Hauptzüge der Vorlage, durch Kauf, Schule, Militärdienst eine Wandlung herbeizuführen in dem peinlichen Zustand, in dem beide Nationen sich gespannt gegenüberstehen." Zum Schluß warf Bismarck einen trüben Blick in die Zukunft: „Es ist möglich, daß die Vorsehung findet, daß es nützlich sei, den deutschen Patriotismus noch einem läuternden Feuer europäischer Koalitionen antideutscher Nationen auszusetzen, daß wir nochmals in die Lage gebracht werden, wie Friedrich d. Gr. nach dem ersten und zweiten schlesischen Krieg, uns noch gegen Staatenkoalitionen zu verteidigen, die in unserer innern Zwietracht eine gewisse Aufmunterung finden. Es wird auch auf uns die Redewendung von den tönernen Füßen angewendet, und darunter wird man die Reichstagsmajorität verstehen ... Aber ich halte den Minister für einen elenden Feigling, der nicht unter Umständen seinen Kopf und seine Ehre daransetzt, sein Vaterland auch gegen den Willen von Majoritäten zu retten."

Die Rede wurde mit Beifall, aber auch mit Zischen aufgenommen. Bismarck mußte sich noch einmal wegen des unbedachten Ausspruchs vom Pfifferling verteidigen. Windthorst griff nämlich das Wort auf und sagte: „Heute haben wir gehört, daß die Proklamation eines preußischen Königs keinen Pfifferling wert sei." Bismarck deutete das so um, er habe nur gemeint, daß die Berufung der Polen und die Proklamation keinen Pfifferling wert sei. Windthorst tadelte auch die wenig ehrerbietige und wenig dankbare Kritik, die Bismarck an der Politik Friedrich Wilhelms IV. geübt hatte. Endlich stellte Bismarck noch fest, sein besorglicher Blick in die Zukunft sollte nicht die Drohung eines kommenden Staatsstreichs bedeuten. Er meine nur, durch die Ablehnung seiner Steuerpläne, seiner „Schnaps- politik", wie Richter sagte, werde der Reichstag an Einfluß gegenüber den Landtagen verlieren. „Ich muß ja der Politik, die ich bisher verfolgt habe, einigermaßen Halt gebieten. Die Hoffnungen, die wir an die Belebung gerade dieses Organs des Reiches geknüpft hatten, haben sich eben nicht verwirklicht. Wenn auf diese Weise die Lebendigkeit der Beziehungen der Bundesstaaten zum Reichstag sich mindert, dann kann es in der Tat bedenkliche Folgen haben." Und er verglich die Opposition hier mit der der irischen Parnelliten. „Ich befinde mich nun seit bald einem Vierteljahrhundert ausschließlich einer unfruchtbaren negierenden Kritik gegenüber ... Ich kann versichern, die Politik ist keine Wissenschaft, die man lernen kann, sie ist eine Kunst, und wer sie nicht kann, der bleibt besser davon ... Ich könnte doch nur den Herrn Abg. Windthorst als den hervorragendsten der Opposition bitten, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Ich fürchte aber, er nimmt es nicht an, und Se. Majestät der Kaiser hat vielleicht nicht dieselbe Überzeugung von seiner Zuverlässigkeit und seiner Begabung wie ich."

Schnaps- politik.

Windthorst sagte noch, der polnische Adel bleibe der Armee fern, weil er keine Förderung finde, wie die Katholiken überhaupt immer an der Majorsecke scheiterten und auch in der Zivilverwaltuug an den höheren Stellen überall zurückgewiesen würden. Der Freisinnige Rickert meinte: „Was wollen 30.000 Ausgewiesene sagen, wenn ein paar Millionen im Lande bleiben? Die Ausweisung war nicht klug und nicht notwendig, sie war hart, grausam und unbegreiflich. Die Entvölkerung des Ostens ist die Wirkung der Wirtschaftspolitik von 1879."

Kirchenpolitik. Der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze, wurde im Februar mit folgender Begründung begleitet: „Die auf eine friedlichere Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche gerichteten Bemühungen der Regierung haben bisher ihren Ausdruck in den Novellen vom Juli 1880, Mai 1882 und Juli 1883 gefunden. Bezweckten diese Gesetze eine geordnete Diözesanverwaltung und eine genügende Seelsorge, so haben die fortgeführten Erwägungen der Regierung sich zum Ziel gesetzt, durch eine Revision der Vorschriften über die Vorbildung des Klerus und über die kirchliche Jurisdiktion die Anstände zu beseitigen, welche noch im Wege standen. Es war seit zwei Jahren die Absicht der Regierung, den Wünschen der katholischen Untertanen in dieser Weise entgegenzukommen; sie ist daran verhindert worden durch den Umstand, daß das Zusammentreten der parlamentarischen Körperschaften jedesmal von Vorgängen begleitet war, welche dem Eindruck Vorschub geleistet haben würden, als ob sich durch Angriffe, Drohungen und harte Worte ein Druck auf die Regierung S. Maj. üben lasse . . ."

Kopp. Bei den folgenden Verhandlungeu im Herrenhaus sagte Bischof Kopp von Fulda, vor kurzem dahin berufen: „Auf dem ganzen Staatsleben liegt ein giftiger Meltau. Mißtrauen entzweit die Glieder des Vaterlandes. Selbst die Verhandlungen über öffentliche Angelegenheiten leiden darunter. Die Lage dauert jetzt schon anderthalb Jahrzehnte, seit man es versucht hat, die Verhältnisse der Kirche einseitig zu regeln ohne Rücksicht auf deren unveräußerliche Rechte. Die Schuldfrage will ich nicht erörtern, vielmehr friedlich und versöhnlich die Wege suchen, die aus dem Labyrinth herausführen. Noch ist man weit vom Ausgang entfernt trotz des guten Willens der Regierung; die Ursache liegt darin, daß sie die unberechtigte Furcht hat, zu rasch zum Ziele zu kommen; diese Furcht hält sie zurück, mit großen Schritten dem Ziele zuzueilen. Eine andere Ursache lag darin, daß man die Verhältnisse der Kirche einseitig regeln wollte. Nun erkenne ich dankbar an, daß der Staat endlich diesen Weg aufgegeben hat und sich mit der Kirche in Verbindung setzt, um deren Ansichten zu erfahren. Freilich wird das Staatsexamen beseitigt, aber alle andern Anstellungsbedingungen bleiben bestehen. Die Gefahr zu neuen Konflikten liegt nahe.

Das ganze ist kein vollständiges Revisionswerk, aber ein Weg zum Frieden. Es handelt sich nicht um Konzessionen, sondern Restitutionen; aus Dankbarkeit will die Kirche dem Staat in manchem Punkte nachgeben. Wenn man sagt, daß es sich hier um die Ehre des Staates handle, so liegt dessen Ehre im Grundsatz: Jedem das Seine!"

Bismarck suchte in einer langen Rede die Schuld der Kulturkampfgesetze von sich auf seine Kollegen abzuwälzen, besonders die Schuld für die juristischen Einzelheiten. „Die Maigesetze waren Kampfgesetze, womit gesagt ist, daß durch sie nicht eine dauernde Institution habe geschaffen werden sollen. Sie waren Kampfmittel, um zum Frieden zu gelangen ... Ich bin nicht aus konfessionellen Rücksichten, sondern aus politischen in diesen Kampf eingetreten (Welfen, Polen) ... Zunächst möchte ich bemerken, daß ich mit dem Herrn Vorredner darin einverstanden bin, daß der tausendjährige Kampf des Priestertums mit dem Königtum sich durch einzelne Resolutionen nicht zu einem definitiven Frieden wird umgestalten lassen, daß der definitive Frieden, nicht nur zwischen einem Deutschen Kaiser und der katholischen Kirche, sondern zwischen König und Priester immer die Zirkelquadratur bleiben wird, der man nahekommt, die man aber nicht vollständig erreichen kann ... Und doch — Canossa ist das dritte Wort, das mir vorgehalten Canossa.
wird ... Ich berufe mich auf eine der ersten Kundgebungen des Papstes Leo XIII. aus dem Jahre 1878 bald nach seinem Regierungsantritt; sie lautet: ‚So werden wir für die deutsche Nation fortfahren zu wirken inmitten der Hindernisse aller Art; denn unsere Seele wird niemals Ruhe finden, solange der kirchliche Friede nicht wiederhergestellt ist ...' Das Bedürfnis solcher Gesetzgebung und solchen Einflusses auf die Priester ist bei uns vielleicht stärker gewesen als bei andern Nationen, weil in dem Deutschen das Nationalgefühl weniger entwickelt ist. Die spanischen, französischen, italienischen, irländischen Priester bleiben immer Spanier u. s. w. und sind erst in zweiter Linie Priester. Der deutsche Priester ist, was seiner Religiosität alle Ehre macht, in erster Linie Priester und dann erst Deutscher ... Meine ganze Stellung zu der Frage darf keine konfessionelle sein; sie ist eine rein politische ... Ich muß mich von den Konfessionen und dem Kampfeszorn der Parteien ganz unabhängig stellen ... Die Rücksicht auf die Tatsache, daß die polnische Geistlichkeit ihre kirchliche Freiheit leider in hohem Maße ausgebeutet hat, um polnische Nationalzwecke, in unserm Sinne revolutionäre Zwecke zu befördern und zu begünstigen, hat es uns unmöglich erscheinen lassen, in den polnisch redenden Landesteilen manches zu bewilligen, was in den deutschredenden keinen Anstoß gefunden hätte ... Es waren zwei Wege: der der Gesetzgebung, dann der der Verhandlung mit der Kurie. Ich habe letzteren vorgezogen, weil ich den Eindruck habe, daß ich bei dem Papste Leo XIII. mehr Wohlwollen und Papst.
mehr Interesse für die Befestigung des deutschen Reiches und für das Wohlergehen des preußischen Staates finden werde, als ich zuzeiten in der Majorität des Deutschen Reichstages gefunden habe. Ich halte den Papst für deutschfreundlicher als das Zentrum. Der Papst ist eben ein weiser, gemäßigter und friedliebender Herr ... Der Papst ist außerdem nicht Welfe, er ist nicht Pole und ist auch nicht deutschfreisinnig. Er hat auch keine Anlehnung mit der Sozialdemokratie.

Kurz, alle die Einflüsse, die im Parlament die Situation fälschen, finden in Rom nicht statt. Der Papst ist rein Katholik und nichts als Katholik... Der Papst ist frei und repräsentiert die freie katholische Kirche; das Zentrum repräsentiert die katholische Kirche im Dienste des Parlamentarismus und der Wahlumtriebe; deshalb habe ich es vorgezogen, mich an den von allen Bundesgenossen, die mit dem Zentrum die Majorität im Reichstag bilden, vollständig freien Papst, an die Kurie zu wenden ... und weil ich der Zentrumspartei nicht gegenübertreten will, ohne den katholischen Preußen die Gewißheit vorher zu geben, daß ich im Einverständnis bin mit dem Papst, der höchsten Autorität ihres Bekenntnisses."

Auf eine Rede des Herrn von Kleist-Retzow erwiderte Bismarck folgendermaßen: „Der Herr Vorredner hat gesagt, daß durch den Kampf, sowie er verlaufen ist, der (preußische) Staat mehr geschädigt sei als die Kirche ... Wenn irgend etwas durch den Kulturkampf Schaden gelitten hat, so ist es das Deutsche Reich und das Ansehen und die Wirkung des Reichstags. Das liegt an den Bundesgenossen, die das Zentrum im Reich gefunden hat ... Die Siege, die das Zentrum glaubt erfochten zu haben, sind mit Siege der Fortschrittspartei. Ohne diesen Bundesgenossen befände sich das Zentrum im Reichstag in derselben Minorität wie im preußischen Abgeordnetenhaus, ungeachtet der Sozialdemokraten, Franzosenfreunde und Polen ... Die Fortschrittspartei hat im Anfang den Kirchenstreit geschürt und ihn jetzt verleugnet. Sie ging, nachdem sie das Feuer in Brand gebracht und Staat und Kirche verhetzt hatte, mit fliegenden Fahnen in das Lager des Zentrums über und beschoß von da aus den Staat. Sie benutzte die Anlehnung, um unter dem Deckmantel der Kirchenpolitik staats- und reichsfeindliche Politik mit zu treiben." Sehr bitter äußerte sich noch Bismarck über die Zentrumspresse: „Wenn die ‚Germania' ein richtiger Interpret der Absichten der Kurie wäre, dann würde es mir nicht einfallen, auch nur den Versuch zu machen, den Frieden mit der Kurie zu erstreben. Die ‚Germania' ist ein Organ von Leuten, die der Unzufriedenheit und des Unfriedens im Lande bedürfen und deshalb den Unfrieden nach Möglichkeit schüren. Die ‚Germania' will den Unfrieden, der Papst will den Frieden, sie sind himmelweit verschieden voneinander."

Bei der Beratung im preußischen Abgeordnetenhaus (4. bis 5. Mai) sagte Windthorst, er freue sich über das Erreichte, zumal es dem leitenden Staatsmann nun wirklich Ernst sei mit dem Frieden. Bismarck meinte: „Der Friede, den wir erstreben, läßt sich in bestimmte Paragraphen nicht fassen. Es gehört dazu guter Wille in der Ausführung der Bestimmungen. Jeder Friedensschluß bleibt ein Modus vivendi, ein Versuch, miteinander in Frieden zu leben. Die Aufgabe ist, nach Möglichkeit die Stimmung der Gemüter loszulösen von dem Kampfe der Vergangenheit und das Vertrauen allerseits wieder zu erwecken, von dem der Papst durch die jüngste Zusage der Leistung der Anzeigepflicht eine eklatante Probe gegeben hat ... Ich mache diesen Versuch auch im Vertrauen zu unsern katholischen Landsleuten, daß sie ehrlich die Hand dazu bieten, auf dem Raum, den wir freimachen vom Schutz der Maigesetze,

den Friedenstempel mit uns errichten, die Friedenseiche mit uns pflanzen und pflegen wollen. Ich meinerseits werde aufrichtig die Hand dazu bieten ... Die Grenzen zwischen Staat und Kirche lassen sich nicht festlegen, weil beide Teile von Haus aus von verschiedenen Überzeugungen dabei ausgehen. Die Grenze ist immer, nicht nur im Christentum, sondern im heidnischen und jüdischen Staat, wo immer Priester und König miteinander gekämpft haben, streitig gewesen. Es handelt sich nur darum, ob es uns nicht gelingen wird, das Gefühl, daß wir alle Deutsche und Landsleute sind, höher und stärker in uns lebendig zu machen als das Gefühl, daß wir verschiedenen Konfessionen angehören." Friede.

Durch diese Art des konfessionellen Friedensschlusses fühlten sich aber die Polen verraten, aufgeopfert, und das Zentrum hatte Mühe, im folgenden durch sein volles Eintreten für ihre Sache das alte Vertrauen zu gewinnen. Die Polen waren auch nicht ganz befriedigt davon, daß ihnen ein deutscher Erzbischof (Dinder) bestellt wurde, wenn er auch polnisch sprach und es als seine Pflicht erklärte, zu seinen Diözesanen in deren Muttersprache zu reden. Aber auch die konservativen Protestanten verlangten auf Antrag v. Hammersteins, daß „bei Wiedergewährung größerer Freiheit und Selbstständigkeit an die römisch-katholische Kirche auch der evangelischen ein entsprechend größeres Maß von Freiheit und Selbständigkeit und reichlichere Mittel gewährt werden". Während offiziöse Blätter vor der Einbringung dieses Antrages warnten, stellte die Zentrumspresse ihre Unterstützung in Aussicht. Polen.

Der Protestantentag in Wiesbaden (12. bis 14. Oktober) sprach sich gegen den Antrag Hammerstein aus, indem er resolvierte: „Im modernen Staat, welcher ein aus dem reformatorisch-christlichen Gedanken erwachsener ist, hat die evangelische Kirche eben darum nicht einen Gegner, sondern einen Freund zu erkennen, gegen welchen sie keinen Grund hat, Eifersucht zu hegen. Die Kirche hat sich die Ausübung der staatlichen Hoheitsrechte ihr gegenüber in den verfassungsmäßigen Formen gefallen zu lassen." Protestanten.

Die Klugheit des Papstes zeigte sich wieder, als er am 31. Oktober bei der Konsekration des Bischofs von Limburg (Dr. Klein) in Rom folgende Ansprache an ihn hielt: „Sie sind ein deutscher Bischof; in Deutschland leben Sie unter Protestanten und sind auf näheren Verkehr mit ihnen angewiesen. Sie werden es sich darum doppelt zur Pflicht machen, Ihr heiliges Amt so recht im Geiste der Liebe, der Herzlichkeit, der Bescheidenheit, der Milde, des Wohlwollens gegen jedermann zu verwalten. Denn wenn man wahrnimmt, daß Sie von diesen Gefühlen geleitet werden und darauf achten, daß Ihre Geistlichkeit sich von Zank und Streit fernehält, wenn Sie in Mitleid mit den Armen, in Sanftmut, in Ertragung von Widerspruch und in Hingebung an den Dienst der Kirche und des göttlichen Heilandes sich immer gleich bleiben und beharrlich danach streben, den Geist des Evangeliums zu betätigen: dann werden gar manche Vorurteile fallen, dann wird man sich veranlaßt finden, den Geist, der Sie und unsere heilige Kirche beseelt, als den Geist Gottes anzuerkennen, dann Papst.

wird man sich uns nähern und Vertrauen fassen. Es ist ja der sicherste Weg zu den Herzen, wenn man Liebe zeigt; und unser Herr und Heiland selbst hat gesagt: ‚Daran wird man erkennen, daß ihr meine Jünger seid, wenn ihr euch einander liebet!' Und diese Liebe wird auch den Protestanten als das Kennzeichen der wahren Kirche gelten. So werden wir uns einander näherkommen. Pflegen Sie auch gute Beziehungen zu den königlichen Behörden: gute persönliche Beziehungen sind ja nicht alles, aber sie sind immerhin etwas und können von großem Wert sein. Ich hoffe, bald Mitteilungen zu bekommen, welche geeignet sind, uns auf dem bereits eingeschlagenen guten Wege zu einem völligen Einverständnis zu führen, und es ist die gemeinsame Aufgabe für den Papst und die Bischöfe, in dem Maße als die Regierung guten Willen zeigt, diesen guten Willen anzuerkennen und in geeigneter Weise zu bestärken." (So nach der Übersetzung in der Nordd. Allg. Ztg.)

Nur in Posen ergaben sich noch Reibungen; der Oberpräsident erhob Einspruch gegen die Anstellung von fünf Geistlichen; der Bischof Julius Dinder wollte nicht nachgeben, sondern die Sache der Entscheidung des Papstes unterbreiten.

Die Verwaltung des Reichslandes Elsaß-Lothringen schien unter dem Statthalter Fürst Chlodwig v. Hohenlohe-Schillingsfürst in etwas ruhigere Bahnen zu lenken. Der Kaiser nahm an den dortigen Manövern mit Befriedigung teil. Aber man blieb dort doch ebenso franzosenfreundlich wie in Nordschleswig dänisch.

Katholiken. Der Katholikentag in Breslau (28. August) sprach sich für die Rückberufung der Orden aus, einschließlich der Jesuiten. Ferner wurden Anträge angenommen wegen des Befähigungsnachweises für selbständige Gewerbetreibende, wegen der Sonntagsheiligung, der Frauen- und Kinderarbeit, der Gründung von Arbeiter- und Gesellenvereinen. Windthorst verlangte Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes durch Intervention des Deutschen Reichs und der katholischen Mächte. Der Abgeordnete Hitze sagte: „Eine einzige Barmherzige Schwester kann durch ihr Erscheinen mehr Trost in ein trotziges Menschenherz einpflanzen als zehn Professoren der Nationalökonomie." Gleichzeitig tagte die erste Generalversammlung des Palästinavereins. Das protestantische „Schlesische Morgenblatt" konstatierte „ein mächtig gehobenes Siegesgefühl als Frucht der unter Windthorsts Führung errungenen Erfolge". Trotz des Fehlens aller Polemik waren es „Posaunenstöße zur Sammlung und Rüstung auf einen Kampf". Der Kulturkampf wurde keineswegs als beendigt angesehen. Es sollte fortgekämpft werden, bis man alles Verlorene wieder errungen, namentlich alle Ordensgesellschaften mit den Jesuiten.

Loge. Der Deutsche Kronprinz hielt im September 1886 in Straßburg in der Loge „Zum treuen Herzen" eine Rede, darin er den brüderlichen Gruß des Kaisers stellvertretend aussprach. Er empfahl den Brüdern, „die reine, unverhüllte und einfache Lehre der Freimaurerei zur Geltung zu bringen, aber auch den Kampf der Meinungen nicht zu scheuen, mögen sie noch so weit auseinandergehen, weil eben dann die echte Läuterung erreicht wird, welche

zu den edlen Grundsätzen unserer königlichen Kunst führt: Gewissensfreiheit und Duldung ... Dazu helfe der allmächtige Baumeister aller Welten!"

Ein eigenes deutsch-evangelisches Bistum in Jerusalem wurde geplant. Für die Kirche stand der 1869 dem Kaiser Wilhelm vom Sultan geschenkte Grund des Johanniterordens zur Verfügung. Genaueres werden wir zum folgenden Jahr hören.

Sozialisten.

In den Reichstagsverhandlungen über Verlängerung des Sozialistengesetzes wies die Regierung auf die gute Wirkung ihres Vorgehens hin. „Freilich sind die Führer der Sozialdemokratie aus dem Reichstag nicht verschwunden; sie sind sogar in doppelter Anzahl erschienen. Aber was die Bewegung an Breite gewonnen, hat sie an revolutionärer Energie eingebüßt. Die Massen der Wähler verlangen Beteiligung ihrer Vertreter an den legislativen Aufgaben. Sie scheinen zur Einsicht zu gelangen, daß auf dem Wege gewaltsamer Änderung der bestehenden Ordnungen kein Heil für sie zu erwarten ist. Dieser Zeitpunkt ist aber noch nicht gekommen; daher der Vorschlag einer Verlängerung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie." Ein Beschluß des preußischen Ministeriums vom 11. Mai unterdrückte oder beschränkte auch die Arbeiterversammlungen. In einem Prozeß zu Freiberg (26. Juli bis 4. August) wurden die sozialistischen Reichstagsabgeordneten v. Vollmar, Bebel, Auer, Ulrich, Frohme, Viereck wegen geheimer Verbindung verurteilt. Infolgedessen beschloß die sozialdemokratische Fraktion, den Charakter des „Sozialdemokrat" als offizielles Organ der Partei aufzuheben. „Im übrigen überlassen wir jedem einzelnen, wie er sich zum ‚Sozialdemokrat', der dank dem Vorgehen unserer Gegner sicher seinen großen Leserkreis nicht nur behalten, sondern noch erweitern wird, stellen will. Deutschland, Mitte Oktober 1886."

Marine.

An der Vervollkommnung der Marine wurde eifrig gearbeitet. „Als der Flottengründungsplan geschaffen wurde, war die Absicht, daß wir eine Marine zweiter Klasse hätten; aber seither sind zehn, zwölf Jahre vergangen, und was inzwischen geschehen ist seitens der Russen und Italiener, überflügelt uns so, daß wir auf den Standpunkt einer Marine dritter Klasse angekommen sind. Es ist ein gewisser Enthusiasmus für die Flotte da, man schwärmt gern dafür; eine richtige Vorstellung von den realen Machtverhältnissen aber ist wenig verbreitet. Bringen Sie uns wenigstens nicht unter die Marine dritter Klasse herunter!" So bat der Chef der Admiralität. Der wichtigen Frage der inneren Wasserverbindungen wurde durch eine Kanalvorlage nahegetreten.

Sansibar.

Der Reichstag nahm den von Admiral Knorr unterzeichneten Handelsvertrag mit Sansibar an. Mit England wurden die gegenseitigen Beziehungen im westlichen Ozean geregelt und die Machtsphären abgegrenzt. Drei Schutz- und Freundschaftsverträge wurden mit dem roten Volk zu Hoachanas, mit den Bastards zu Rehoboth und den Hereros abgeschlossen und genehmigt. Dadurch gelangte das wichtige und ausgedehnte Hinterland des südwestafrikanischen Schutzgebietes bis etwa 800 Kilometer von der Küste ins Innere unter deutsche Schutzhoheit. Der Kolonialverein kaufte den Gebrüdern Denhardt das Witu-Gebiet ab. Es fiel auf, daß der chinesische Botschafter in London Tseng im August Deutschland bereiste und den Reichskanzler besuchte, aber eine Einladung nach Frankreich ablehnte. Es erfolgte im August ein Übereinkommen mit England wegen weiterer Ab-

grenzung der westafrikanischen Schutzgebiete am Golf von Guinea und wegen gegenseitiger Handels- und Verkehrsfreiheit, und im November ein Übereinkommen mit England über die Abgrenzung der Gebiete des Sultans von Zanzibar und der beiderseitigen Interessensphären in Ostafrika. Dem Deutschen Reich wurde der Besitz zwischen Kap Delgado und dem Hafen Wanga bis zu den Seen gesichert, der nördliche Teil des Nyassasees, der ganze Tanganyika-See und der südliche Teil des Viktoria-Nyanzasees, ferner die Berglandschaft von Uzambara und der größere Teil des Kilimandscharogebietes, ein Besitz von ungeheurer Ausdehnung, daß dessen Utilisierung den deutschen Unternehmungsgeist wohl für ein Jahrhundert beschäftigen konnte. Besonders wertvoll war der Umstand, daß die großen Karawanenstraßen vom Binnenland und den Seen nach der Küste durch deutsches Gebiet führten.

Schnapspolitik.

Ein großer Schmerz für Bismarck war es, daß der Reichstag das Branntweinmonopol, seine „Schnapspolitik" ablehnte. Bismarck tadelte (26. März) die Übereilung, die Gleichgültigkeit des Reichstags: „Ich bin alt und leidend, und weiß nicht, ob ich noch lange dabei tätig sein kann. Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich nichts täte, um das Reich so zu befestigen, daß, wenn ich einen Nachfolger haben muß, es auch unabhängig von dessen Persönlichkeit auf eigenen Füßen stehen könnte. Der Vorwurf ist sehr ungerecht; ich arbeite Tag und Nacht daran, und es ist die einzige Sorge, die ich auf dieser Welt noch habe. Aber auf dem Wege, auf dem die Herren, die mir das vorwerfen, es zu erreichen suchen, nämlich mit verantwortlichen Reichsministerien, mit Schwächung der Regierung durch Spaltung, mit Beseitigung der Verantwortlichkeit durch Einführung der Kollegialität, mit stärkerer Herrschaft der Parlamentsmajorität, damit würden wir das Reich nicht festigen ... Man hat als Vorwurf der Monopolvorlage hervorgehoben, daß sie den Staat stärke ... Aber ich fürchte, es werden noch die jüngeren von Ihnen Zeiten erleben, wo sie sich nach einem starken Staat vergebens umsehen. Ich arbeite allerdings an der Stärkung des Staates, weil er die Kraft nicht hat, und weil ich im Reich die Festigkeit nicht finde, die ich vor fünfzehn Jahren in ihm zu finden hoffte. Meiner Berechnung nach sollte die Hauptstütze der Festigkeit und der Einheit des Reiches der Reichstag sein; ich hatte damals zu den Dynastien nicht das Vertrauen wie heute ... Ich halte es für das Reich nicht nützlich, wenn es schlechte Finanzen hat, wenn es auf die Unterstützung der Einzelstaaten angewiesen ist ... Am bequemsten ist, die Abgabe in den indirekten Ausgaben zu tragen ... Ich bin überzeugt, daß diejenigen, die unter der Fortdauer der gegenwärtigen Zustände leiden, die ausgepfändet werden, die ungerechte Steuern zahlen müssen, die Gemeinden, die unerträgliche Lasten tragen, die Beamten, die verkommen, der Meinung sein werden, daß das Verhalten des Reichstages dem Vertrauen, in welchem ihm die Schlüssel der Haupt-

Dynastien.

revenüen anvertraut sind, nicht entsprochen hat ... Das Deutsche Reich kann Gefahren ausgesetzt sein, die nicht unmittelbar aus unsern inneren Verhältnissen herrühren. Der frühere Deutsche Bund, der Frankfurter Bundestag, beruhte auch auf sehr bündigen Verträgen, gegen die sich gar nichts einwenden ließ, und schließlich widerstand er dem Winde von 1848 nicht vierundzwanzig Stunden ... Der Bund wäre 1854 in die Brüche gegangen, wenn der Krimkrieg sich soweit entwickelt hätte, daß Österreich für die Westmächte Partei genommen hätte. Im Jahre 1866 wurde er von Preußen unter dem Beifall der großen Mehrzahl der deutschen Nation (?) aufgelöst und beseitigt, weil er den Erwartungen, die die Nation von ihm gehegt hatte, nicht entsprach, weil er die Realitäten nicht berücksichtigte, nämlich das Gewicht der Einzelstaaten, das Gewicht der Dynastien. Es waren ja damals vorwiegend dynastische Spaltungen. Dazu sind andere gekommen. Wir hatten damals die sozialistische Bewegung nicht in dem Maße entwickelt; wir hatten auch die nationale Zersetzung, den Haß zwischen Deutschen und Slawen nicht entwickelt. Es können also jetzt größere europäische Bewegungen kompliziert werden ... Wer steht dafür, daß, falls wir wieder einen Krieg mit Frankreich haben sollten, wir nicht an den Fahnen der feindlichen Armee, an ihren roten Fahnen die sozialistischen Ideen angebracht sehen würden?... Wenn wieder große europäische Erschütterungen kommen sollten, sie werden viel komplizierter sein als die, die wir hinter uns haben, und sie werden zum Teil internationaler Natur sein ... Wir haben fünfzehn Jahre Frieden gehabt, wir haben sie nicht so benutzt zur Festigkeit des Reiches, wie wir sie hätten benutzen können. Namentlich die Herstellung der Zufriedenheit durch Verminderung des Druckes der öffentlichen Lasten, die Durchführung der sozialen Reformen, die wir angefangen haben, dazu hätten wir reichliche Zeit gehabt. Ich sehe keine Gefahr, die uns unmittelbar bevorstände, obschon ich sagen muß, vielleicht zum Schaden meiner diplomatischen Reputation, daß ich im Frühjahr 1870 auch nichts vorhergesehen habe. Mir liegt — und deshalb eile ich mit den Reformen, die ich betreibe — vor allem am Herzen, wenn solche Krisen eintreten, daß man nichts versäumt, sondern das Seinige getan hat, um alle Welt zufriedenzustellen ... Ich würde Sie, wenn es nicht fast wie Ironie klingt, noch heute bitten: nehmen Sie das Monopol an; dadurch befestigen Sie das Reich, durch die Ablehnung schädigen Sie das Reich ... Wenn Sie uns das auch wieder ablehnen, dann glaube ich, daß der König von Preußen sich seinen Untertanen, der Not, in der sie sich befinden, und der Tatsache, daß in seinen Staaten eineinhalb Millionen Auspfändungen jährlich wegen Gemeindelasten noch stattfinden, nicht länger wird verschließen können ..."

Sozialismus.

Braunschweig schloß nun auch eine Militärkonvention mit Preußen.

Ludwig von Bayern.

König Ludwig II. von Bayern wurde am 10. Juni für regierungsunfähig erklärt. Sein Oheim Prinz Luitpold übernahm die Regentschaft und kündigte dem Volk die Erkrankung des Königs an einem schweren Leiden an. Auch Ludwigs Bruder, Prinz Otto, war geisteskrank. Das ärztliche Gutachten stellte fest, daß der König „in sehr weit vorgeschrittenem Grade seelengestört sei; er leide an Paranoia, Verrücktheit". „Bei dieser Krankheitsform, ihrer allmählichen und fortschreitenden Entwicklung und schon sehr langer, über eine größere Reihe von Jahren sich erstreckenden Dauer" sei der König unheilbar und nur noch ein weiterer Verfall der Geisteskräfte sicher in Aussicht. Durch die Krankheit sei die freie Willensbestimmung des Königs vollständig ausgeschlossen und er als verhindert an der Ausübung der Regierung zu betrachten, welche Verhinderung die ganze Lebenszeit andauern werde. Eine Staatskommission hatte Schwierigkeit, sich des Königs im Schloß Neuschwanstein zu bemächtigen; sie wurde nicht vorgelassen, sondern auf Befehl des Königs von seinen Gendarmen und der Feuerwehr der benachbarten Ortschaften festgenommen, bis auf telegraphischen Befehl von München aus der Bezirksamtmann von Füßen

Gudden.

die Kommission befreite. Auf Vorstellung des Irrenarztes v. Gudden willigte endlich der König auch darein, sich in ärzliche Behandlung nehmen zu lassen und nach Schloß Berg zu übersiedeln. Am Abend des 13. Juni machte König Ludwig mit Dr. Gudden ohne weitere Begleitung in dem an den Starnberger See grenzenden Park einen Spaziergang, von dem beide nicht zurückkehrten. Man fand nach langem Nachforschen die Leichen beider im See. Möglicherweise hatte der König sich zu befreien gesucht und war in den See gesprungen, wo der Doktor mit ihm ringen wollte, aber vom König mit in den Tod gerissen wurde. Prinz Otto wurde nun

Luitpold.

König, aber da er regierungsunfähig war, blieb Prinz Luitpold Regent als nächstberufener Agnat. Dieser richtete am 21. Juni an den Deutschen Kaiser ein Schreiben, worin er betonte, daß er nichts sehnlicher erstrebe, „als die Aufrechterhaltung und Befestigung der so glücklich bestehenden innigen und vertrauensvollen Beziehungen, welche zum Heile Deutschlands die Kronen Preußens und Bayerns verbinden". Das Ministerium Lutz mußte allerdings Vorwürfe des Zentrumsmitglieds Graf Ortenburg über sich ergehen lassen, daß es so lange Zeit hindurch vom geisteskranken Monarchen Staatsakte habe vollziehen lassen. Andere Redner in der Abgeordnetenkammer sprachen von Gerüchten, welche die Erbitterung im Volke zu steigern geeignet seien. Es fiel auf, daß der als nicht liberal geltende Prinzregent das Ministerium Lutz beibehielt und belobte, indem er schrieb: „Von dem hiebei Erzielten steht mir der Schutz der Religion und die Wahrung des Friedens unter den Konfessionen obenan und ich emp-

finde es mit ganz besonderer Freude, daß zu öfteren Malen von der höchsten katholischen kirchlichen Autorität die vollkommene Befriedigung über die Lage der katholischen Kirche in Bayern ausgesprochen worden ist." Die „Germania" warf dem Prinzregenten und dem Ministerium vor, daß die ganze Aktion bezüglich der Entmündigung des Königs Ludwig und der Nichtannahme des Entlassungsgesuches des Ministeriums schon lange im voraus vereinbart gewesen sei. Es wurde davon gesprochen, daß an Stelle von Lutz schon vor der Katastrophe der Freiherr v. Frankenstein in Betracht gekommen sei; dieser erklärte, am 11. Juni vom Flügeladjutanten des Königs den Auftrag bekommen zu haben, sofort zum König zu kommen, er habe aber alsbald erfahren, daß er nicht zum König gelassen werde. Kaiser Wilhelm besuchte den Prinzregenten am 18. Juli in München und demonstrierte so das gute Einvernehmen. Die bayrischen Nationalliberalen empfanden die „Genugtuung, daß auch für Bayern die kaiserlose Zeit vorüber ist und Hohenzollern und Wittelsbach von nun an auch den äußern Beweis des besten Einvernehmens geben werden." Im Dezember war der Prinzregent in Berlin und es befestigte sich das gute Einvernehmen noch mehr. — In Bayern war man lange, zum Teil bis zur Gegenwart, sehr erbittert gegen das Vorgehen des Ministeriums Lutz, glaubte nicht an die Krankheit des Königs oder schrieb sie ebenso wie die Krankheit seines Bruders peinlichen Einflüssen zu, denen die Wittelsbacher als die bodenständigste, stammeseigenste Dynastie ausgesetzt gewesen wäre.

Ranke. Die Ansprachen und Zuschriften an Leopold v. Ranke bei Gelegenheit seines 90. Geburtstags wurden in einer Festschrift gesammelt. Er starb einige Monate darauf. Der Sohn des Verstorbenen, Prediger O. v. Ranke, sprach das Gebet bei der Trauerfeier und die Trauerrede auf Wunsch des Toten. Er gedachte der Familie, aber auch des Wortes: „Ich habe noch eine ältere Familie, die Wissenschaft", und vor allem seiner wahren und echten Religiosität. Ranke hatte noch 1881 die Verse aufgeschrieben: „Allgewaltiger, du Einiger, du Dreifaltiger, du hast mich aus dem Nichts gerufen — hier liege ich zu deines Thrones Stufen." Während des Zuges wurde Beethovens Trauermarsch und das „Integer vitae" gespielt. Ein Nachspiel bildete ein Trauersalamander der Studierenden in der Tonhalle. Dabei hielt Professor Delbrück die Trauerrede. — In seinen nun veröffentlichten Briefen an den Verleger gab Ranke seinen Wahlspruch „Labor ipse voluptas": Die Arbeit selbst ist Lust.

Hist.-pol. Blätter. Die „Hist.-pol. Blätter" brachten Erinnerungen an K. E. Jarcke, Betrachtungen über das Verhältnis von Reformation zur Kunstgeschichte mit Beziehung auf neuere Publikationen, etwas über den alten Kulturkampf und den neuen Kulturkampf. Sie besprachen des Teplitzer P. Vinz. Hasak „Herbstblumen" (aus der vorreformatorischen Zeit). Sie konstatierten: „Die protestantische Historik beginnt vor Joh. Janssen zu kapitulieren". Freilich Janssen. sagte der protestantische Pastor M. Rade: „Wer uns unsere Geschichte nimmt, der trifft uns ins Herz." Und Pastor Kraußold: „Wenn Janssens Schilderung

auch nur in ihren Hauptpunkten geschichtlich treu ist, dann ist die Reformation Deformation und trägt den Charakter einer von Gott zugelassenen, aber in ihrem tiefsten Grunde widergöttlichen, politischen, sozialen und religiösen Revolution." Und das anglikanische „Christian Register" bekannte: „Nimmer kann der Heiligenschein, welcher die Namen der großen Reformer umgeben hat, fürder ihnen beigelegt werden. Was bis jetzt bei Gelehrten eine bekannte Tatsache war, das ist nun Gemeingut des Volkes geworden." — Freiherr v. Vogelsang polemisierte im Wiener „Vaterland" gegen die „Hist.-pol. Blätter". Ihm antwortete J. E. Jörg mit Berufung auf Görres, Jarcke und Phillips, deren Glaubensbekenntnis war: „Das Reich der Habsburger müsse katholisch sein oder es werde nicht sein. Dies Axiom verträgt keine Leisetreterei . . ." — F. A. Muth zeigte mit Begeisterung „Die geschichtlichen deutschen Sagen" von K. Simrock, zweite Auflage, an. — Als „Ausgleich des Quirinals mit dem Vatikan" wird unmaßgeblich die Zweiteilung Roms mit dem Tiber als Grenze erörtert. — Zum 800jährigen Jubiläum des Kartäuserordens wird die „Kulturarbeit der Mönche" betrachtet. — Es wird gezeigt, wie das „Ende des Kulturkampfs" zu verstehen sei. Dr. Majunkes Kulturkampfchronik wird angezeigt. — Eine Besprechung F. A. Muths über den katholischen Epiker Ludwig Brill schließt mit den Worten: „Professor Nippold aus Jena hat das kühne Wort gewagt: ‚Gegenwärtig sind wir in unserem Volksleben dahin gelangt, daß obskure Dichter und Schriftsteller der Ultramontanen von diesen mit bestem Erfolge weit über die deutschen Klassiker gestellt werden.' Wenn man nur Weber und Brill kennt, so wird man Nippold noch mehr bewundern als ‚Dreizehnlinden' und ‚Bertram Gomez'" (98, 176). J. Nirschls Lehrbuch der Patrologie und Patristik erfährt als Grundlage einer christlichen Literargeschichte volle Würdigung. Als einer der „katholischen Siege auf dem Gebiete der historischen Forschung" wird Ludwig Pastors „Geschichte der Päpste im Zeitalter der Renaissance" gewertet. Ebenso der fünfte Band von Janssens „Geschichte des deutschen Volkes", der die Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges behandelte. Nicht vergessen bleiben Sebastian Brunners „Denkpfennige zur Erinnerung an Personen, Zustände und Erlebnisse vor, in und nach dem Explosionsjahre 1848". Von Al. Baumgartners Goethewerk wird der dritte Band „Deutschlands Notjahre; der alte Goethe" (von 1808—1832) angezeigt. „Weimar ist nicht die Welt, und Goethe nicht ihr alleiniger Gott und König." So wollte Baumgartner die katholische Jugend vor einer Überschätzung Goethes bewahren und sie hinweisen an die großen katholischen Dichter des Mittelalters und der neueren Zeit. — G. Hüffers Darstellung des Lebens und Wirkens des hl. Bernard von Clairvaux wird als bedeutende Vorstudie bezeichnet. — Das große apologetische Verdienst von W. Schneiders Buch über „Die Naturvölker" wird hervorgehoben. Hier werden „Mißverständnisse, Mißdeutungen und Mißhandlungen" von seiten der antichristlichen Wissenschaft richtiggestellt. „Der religionslose Naturmensch gehört ebenso ins Reich der Fabel wie der sprachlose Urmensch." Die Festgabe zum 100jährigen Geburtstag des großen Sprachforschers J. A. Schmeller von J. Nicklas wird freudig begrüßt. — Sehr scharf wird die russische Politik Bismarcks kritisiert; er habe durch Zerstörung des alten deutschen Bundes Europa zerstört und den Zaren zum Gebieter der europäischen Politik gemacht. Man sage zwar in Berlin, man habe dort „zwei Eisen im Feuer", aber in Wahrheit hat

Rußland die zwei Eisen in der Hand. Man muß von der russischen Politik jede Verruchtheit hinnehmen, man muß Österreich, den geschwornen Bundesgenossen, in seiner Lebensfrage preisgeben, man darf von den russischen Unterdrückungen in den Ostseeprovinzen keine Notiz nehmen. Zar Alexander III. kann sich durch seine antideutsche Politik bei den Russen und Panslawisten beliebt machen, ebenso durch seine Verfolgung der Lutheraner in den Ostseeprovinzen.

Literatur.

Dem Faust von Fr. Th. Vischer (Der Tragödie dritter Teil von Deutobold Symbolizetti Allegoriowitsch Mystificinsky, 2. Aufl. 1886) stellte sich von katholischem Standpunkt Adam Müllers „Ethischer Charakter von Goethes Faust, mit einem Faustmärchen als Anhang" zur Seite (1885).

G. G. Evers, der Verfasser der ausführlichen Lutherbiographie, gab eine Art Konversionsschrift mit den „Erlebnissen eines lutherischen Pastors".

Franz Schuselka, der alte Freiheitsmann, starb im Bann der Liberalen, da er sich eben als konsequenter Denker dem Föderalismus, dem Konservatismus, ja sogar dem Klerikalismus zugewandt hatte.

Anton Bettelheims „Beaumarchais" schilderte rückhaltlos den alten Gauner. A. Fournier begann seine Biographie Napoleons I. Jos. Alex. v. Helfert schrieb die Geschichte Österreichs vom ungarischen Winterfeldzug 1848 bis zur oktroyierten Verfassung 1849. Ferdinand Lotheißens „Margarethe von Navarra" war ein Kulturbild aus der Zeit der französischen Reformation. Rangabé und Daniel Sanders schrieben die Geschichte der neugriechischen Literatur. Paul Johannes Rée gab die Geschichte des Künstlers Peter Candid aus dem 16. Jahrhundert. Johs. Schrott erneuerte die Gedichte Oswalds v. Wolkenstein, des letzten Minnesängers. — Zötl, Matosch und Commenda gaben eine Sammlung oberösterreichischer Dialektdichtungen („Aus da Hoamat"). — Robert Vischer gab „Studien zur Kunstgeschichte". — Herrmann Vambery schrieb über das dem Magyaren verwandte „Türkenvolk" vom ethnographischen Standpunkt. Fritz Lemmermayer schrieb über „Österreichs Anteil an der deutschen Literatur im Mittelalter" (Allg. Ztg., 152 und 155). G. Karpeles schrieb eine Geschichte der jüdischen Literatur. — Köttschau behandelte den „nächsten französisch-deutschen Krieg".

Arnold Dodel-Port gab die Tagebücher und Briefe des österreichischen Bauernphilosophen Konrad Deubler heraus. Der „Freidenker", gestorben 1884, wollte sich die Grabschrift setzen lassen: „Der Geist ist eine Eigenschaft des Stoffes; er entsteht und vergeht mit ihm. Nun lebe wohl, du schöne Welt, du liebe Sonne und ihr ewigen Sterne! Meine Augen sehen euch nicht wieder." Aber die protestantische Geistlichkeit von Goisern verweigerte die Aufnahme des Steines auf dem Friedhofe.

Anton Menger, Professor an der Universität in Wien, gab das Buch „Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung" heraus, eine juristische Bearbeitung der sozialistischen Ideen, mit deren Grundrechten: Recht auf den vollen Arbeitsertrag, Recht auf Existenz, Recht auf Arbeit. Aus seiner Darstellung ergab sich, daß Marx und Rodbertus ihre sozialistischen Grundideen älteren englischen und französischen Sozialisten entlehnten. Aber auch älteren deutschen!

Nietzsche.

Das neue Buch von Friedrich Nietzsche „Jenseits von Gut und Böse" bedeutete für alle Welt den Eintritt des krankhaften Denkers in seine umstürzende Lehrphase. Die Moral galt ihm als Vorurteil, das

Christentum als plebejisch, die Demokratie als Zeichen des Verfalls, des Mangels an großer Gesinnung und richtunggebenden Menschen. Er trat für die „Vornehmheit" ein gegen den Sozialismus, für die Rangordnung, und darin hatte er ja gewiß auch recht.

Metternich. Fürst Richard Metternich gab nach den Veröffentlichungen der Papiere seines Vaters ein neues Werk heraus: „Österreichs Teilnahme an den Befreiungskriegen" nach Aufzeichnungen von Friedr. v. Gentz.

Die Universität Heidelberg feierte ihr 400jähriges, die Universität Graz ihr 300jähriges Jubiläum.

Der Freimaurer Dr. Ritter gab seinen Vortrag heraus: „Ultramontanismus und Freimaurertum" als Antwort auf die päpstliche Kundgebung gegen die Loge.

K. Borinski schrieb über „Die Poetik der Renaissance und die Anfänge der literarischen Kritik in Deutschland".

Antonius von der Linde gab ein zweibändiges Werk über Kaspar Hauser, eine „neugeschichtliche" Legende, heraus, darin er alles als Betrug nachzuweisen suchte.

Erich Schmidt, der Direktor des Goethe-Archivs in Weimar, folgte einem Ruf an die Universität Berlin. — Der österreichische Germanist Wilhelm Scherer starb als Professor in Berlin, hauptsächlich bekannt durch seine geistreiche „Geschichte der deutschen Literatur". Ich konnte ihm noch kurz vor seinem Tode meine Sammlung von Puppenspielen übergeben und mit ihm darüber sprechen.

Die damaligen literarischen Verhältnisse charakterisiert Felix Dahn in Scheffel. einer Geburtstagsepistel aus Thule an Scheffel: „Welch bunte Wechsel sah'n die dreißig Jahre (seit ihrer Bekanntschaft)! Modern ward mancher rasch, vergessen rascher, und in der deutschen Dichtung hat der Wind des Tagsgeschmacks unzählbar oft gewechselt: du bliebst dir gleich . . . Mag den modernsten Schmutz man von Paris, mag den Berlins man als das Schöne preisen und als der Dichtung Zweck, das Ekelhafte, wenn es nur wirklich ist, zu konterfei'n, zu lösen die Probleme der Gesellschaft der Gegenwart mit Reimen und Romanen! Mag Volk und Staat man aus der Dichtung bannen, langweilig unsre Heldenvorzeit schelten, nur Liebesgirren als der Dichtung Stoff zulassen . . ., uns kümmert's nicht . . . Wir sind der Jugend treugeblieben: so blieb uns die Jugend treu . . ."

Im Januar erschien Karl Bleibtreus „Revolution der Literatur" als Programm des neuen Naturalismus.

Das Hoftheater in München führte am 8. Mai das Volksbühnenspiel Pöhnl. „Der arme Heinrich" von Hans Pöhnl auf, einen „Versuch, die deutsche Sage in ihrer naiv-humoristischen Gestalt im Sinne unserer Altvordern der Bühne wiederzugewinnen". Der Versuch meines Freundes schien gelungen, hatte aber keine bleibende Wirkung (Ill. Ztg., 22. Mai). — Eugen Zabel widmete dem Grafen Schack zu seinem 70. Geburtstag eine Festschrift, die ebenso den Dichter wie den Kunstfreund würdigte. — Man versuchte, die originellen Dramen Grabbes zu beleben, so „Kaiser Heinrich VI." in Mannheim. — Julius Stindes „Familie Buchholz" erschien auch in französischer Übersetzung zu Paris.

In Wien bildete sich 1886 ein jüdischer Studentenverein „Kadimah" auf nationalistischer Grundlage.

Zu Franz Liszts Tode konnte gesagt werden: „Die Kunstgeschichte weist wenige Namen auf, denen ein solcher Glanz von früher Jugend bis zum späten Greisenalter zur Seite ging. Selten hat sich einem Künstler das Leben mit all seinen Reizen, Wonnen und Schmerzen so willfährig erschlossen; noch seltener aber sind Erscheinungen, wie die Franz Liszts, die niemals der erhabenen Würde, des echten Künstlertums vergaßen, die gleich ihm aufs kräftigste widerstanden dem Strudel des herrschenden Materialismus. Feind wie Freund muß bekennen: gerade dadurch ist Liszt eine so gewaltige, achtunggebietende, verehrungswürdige Persönlichkeit geworden, daß er sich nicht begnügte, als Virtuos angestaunt, als Komponist bewundert, als Lehrer geliebt zu werden, sondern vielmehr danach trachtete, alle seine leuchtenden Geistesgaben zu schmücken mit der Krone edelsten Menschentums." Liszt †.

Hans v. Bülow wurde lebhaft angegriffen, weil er seine Konzerttätigkeit einem tschechischen Unternehmen zur Verfügung gestellt hatte; er wehrte sich ebenso energisch und versicherte „die so aristokratische tschechische Nation aufs neue seiner unwandelbaren Sympathien".

Josef Kürschner gab ein Richard-Wagner-Jahrbuch heraus. Sein Literaturkalender erschien seit 1878.

K. Goldmark komponierte nach S. Lipiners Text die Oper „Merlin".

Der letzte Nazarener, Edward Steinle, geboren 1810 zu Wien, starb nach reicher Tätigkeit in Frankfurt a. M., ein Schüler Overbecks, Cornelius', Philipp Veits, ein Genosse Führichs und Schwinds, der letzte Vertreter eines absoluten Idealismus, der ihn ebenso in der Schönheit der Linie und Form wie in der tiefen Bedeutsamkeit des Darzustellenden schwelgen ließ, den Reiz der Anmut und der Farbe nicht verschmähend, reich an genrehafter Charakteristik wie an hohem Pathos, in allem ebenso Dichter und Denker wie bildender Künstler, katholisch durch und durch. Von seinen Schülern waren die bedeutendsten der Engländer Frederik Leighton und Leopold Bode. Steinle †.

Großes Aufsehen erregte Fritz v. Uhdes Bild „Komm, Herr Jesus, sei unser Gast" auf der Berliner Ausstellung; in Wien das Gutenbergbild von A. Romako im Stil des 15. Jahrhunderts. — Des Böhmen Broziks Gemälde „Kolumbus am Hofe Ferdinands des Katholischen" wurde in Amerika für das Metropolitan-Museum in Neuyork erworben. Uhde.

Neben der bisher herrschenden Renaissance kam immer mehr die Barocke und das Rokoko zur Geltung. Rob. Dohme gab das Werk „Barock- und Rokoko-Architektur" heraus, Cornelius Gurlitt das Werk „Das Barock- und Rokokoornament Deutschlands".

Die Berliner Kunstakademiker feierten Adolf Menzels 70. Geburtstag durch ein Kostümfest und Festspiel (Dezember 1885). — Der Kaiser ließ zum 70. Geburtstag Gustav Freytags dessen Bildnis von Karl Stauffer aus Bern für die Berliner Nationalgalerie malen. — Eine Jubiläums-Kunstausstellung in Berlin feierte die vor hundert Jahren vollzogene Stiftung der Berliner Ausstellungen durch Friedrich den Großen.

Nachdem Prag, Innsbruck und Laibach vorangegangen, sollte nun auch Wien ein Denkmal Radetzkys erhalten, und zwar von der Hand Zumbusch'. Heinrich Natters Haydn-Denkmal wurde in Wien enthüllt. — Ein großartiges Denkmal zu Ehren Tegetthoffs, des Seehelden, wurde auf dem Praterstern errichtet. Das schöne Werk ist von Kundmann im Verein mit dem

Architekten Hasenauer. Kundmann führte auch das Grillparzerdenkmal aus (Ill. Ztg., 28. Aug. und 25. Sept.).

Die Restaurationsarbeiten am Hochschlosse der Marienburg in Westpreußen nahmen ihren Fortgang.

In Heidelberg bildete sich ein Verein zur Wiederherstellung des Heidelberger Schlosses. Die Frage wurde in den folgenden Jahren noch lebhaft hin und her erörtert.

Die neuen Hafenbauten zu Wilhelmshafen wurden eingeweiht; sie hingen mit dem Plan des Ems-Jade-Kanals zusammen.

Die Momentphotographie frappierte durch Aufnahmen von springenden Pferden, gehenden Menschen und zuckenden Blitzen (Ill. Ztg., 2. Jan. und 28. Aug.).

Der Deutsche Verein zur Beförderung der Luftschiffahrt (in Berlin) erstrebte vor allem das lenkbare Luftschiff. — Der deutsche Ingenieur-Aeronaut Georg Rodeck stellte seit 1882 Versuche mit Torpedos an, die von Luftballons aus abgelassen werden sollten (Ill. Ztg., 18. Sept.). Es gab auch schon unterseeische Torpedokanonen.

Die österreichische Post stellte Versuche mit dem Dreirad an.

Auch eine österreichische Expedition unter Führung von Professor Lenz bereiste das Kongogebiet.

England. Nächst Österreich hatte England das größte Interesse an den Dingen im Orient, denn es handelte sich da um seine Stellung in Ägypten. Zu Beginn des Jahres stürzte das Ministerium Salisbury über eine nebensächliche Angelegenheit agrarischen Charakters und die Liberalen kamen wieder mit Gladstone ans Ruder. Ihm war es nun besonders darum zu tun, daß nicht durch Griechenlands Eingreifen die Krise zu einer europäischen werde. Das gelang aber nur durch einen großen Druck Ägypten. auf Griechenland. Bezüglich Ägyptens erklärte der Kriegsminister Bannerman: „Die allmähliche Zurückziehung der in Ägypten befindlichen englischen Truppen nach Assuan sei beschlossen und werde erfolgen, je nachdem es die Umstände gestatten." Gladstone blieb aber nur bis in den Juli im Amt. Während dieser Zeit hatte er mit manchen innern Schwierigkeiten zu tun. Eine Arbeiterrevolte brach in London am 8. Februar aus. Man verlangte Gesetze zum Schutz der Arbeiter, zum Bau von Arbeiterwohnungen, den Achtstundentag. Nach Schluß der Kundgebung auf Trafalgar Square zog die Menge durch die Hauptstraßen der City, warf Fensterscheiben ein, plünderte die Läden und richtete großen Schaden Irland. an. Die Polizei war völlig machtlos. In Irland mehrten sich die Agrarverbrechen. Gladstone legte allerdings am 8. April dem Unterhaus eine Home-Rule-Bill für Irland vor und erläuterte sie in dreieinhalbstündiger Rede. Am 16. April brachte er eine irische Landankaufsbill ein zur Enteignung der Grundbesitzer und verteidigte sie in zweieinviertelstündiger Rede. Dagegen bildeten aber die Orangisten von Ulster einen

Bund zum bewaffneten Widerstand. General Wolseley, Gladstones Gegner, erklärte rund heraus, er werde sich nötigenfalls an die Spitze dieser Armee von Ulster stellen; sie zählte bereits über 70.000 Mann. In neuerlicher Rede bestritt Gladstone (10. Mai), Home-Rule für Irland sei unvereinbar mit der Reichseinheit. Hierin widersprachen ihm aber die Tories. Gladstones Verwaltungsbill wurde am 7. Juni mit 341 Stimmen gegen 311 abgelehnt unter Szenen unbeschreiblicher Aufregung, an denen sich auch die Galerie beteiligte. Das ganze Haus lärmte und schrie innerhalb wie außerhalb des Sitzungssaales, die Volkshymne wurde angestimmt, die Polizei entfernte die tobende Menge. Die Orangisten veranstalteten darüber Freudenkundgebungen in Irland; dabei kam es in Belfast zu furchtbaren Straßenkämpfen. Weder die Polizei noch das Militär konnte die Ruhe herstellen. Jeder Zusammenstoß hatte zahlreiche Tötungen und Hunderte von Verwundungen zur Folge, viele Gebäude wurden demoliert. Ähnliche Unruhen brachen auch in Sligo, Limerick und Galway aus. Dazu kam der Streit über Freihandel und Schutzzoll. Gladstone löste das widerstrebende Parlament auf und appellierte an die Wähler, um „die Meinung des Landes über die wichtigste und gleichzeitig einfachste Frage zu erfahren, welche dem Lande seit einem halben Jahrhundert unterbreitet ist". Er führte in seinem Wahlmanifest vom 14. Juni die Vorteile an, die seine Politik mit sich bringe: „Konsolidierung der Einheit des Reiches, Vermehrung seiner Stärke, Beseitigung der Streitigkeiten mit Irland, Entfaltung der Hilfsquellen des Landes, Reinigung der Ehre Großbritanniens von dem Schandfleck, der ihm nach der Meinung der gesamten zivilisierten Welt anhafte, Wiederherstellung der Würde des Reichsparlaments, wirklicher Fortschritt des Landes." Er sagte schließlich, es sei unmöglich, die irische Frage mit halben Maßregeln zu behandeln. Gladstone.

Das Wahlergebnis war aber für Gladstone ungünstig, er mußte seine Entlassung nehmen und das Ministerium wieder dem Marquis von Salisbury überlassen (20. Juli). Die neue Regierung erklärte sich nicht für befugt, einen Plan zur Lösung des schwierigen irischen Problems vorzuschlagen, solange man es nicht gründlicher studiert habe. Vor allem müsse die Ordnung wiederhergestellt werden. Die Frage der liberalen Selbstregierung sei keine irische, sondern gehe das ganze Vereinigte Königreich an und müsse nach gleichen Grundlinien für jedes der drei Länder in Angriff genommen werden. In bezug auf Ägypten erklärte die Regierung am 17. September, es sei nicht zweckmäßig und nicht patriotisch, die baldige Beendigung der ägyptischen Expedition zu versprechen. Niemand erwarte, daß England Ägypten verlasse, bevor die Reformen, die bereits gute Früchte tragen, vollständig durchgeführt, besonders bevor die Finanzen des Landes gehoben seien. Man ließ Ende September verlauten: die Salisbury.

wahrscheinliche Basis für eine neue Vereinbarung mit Ägypten werde die Fortsetzung des englischen Protektorats sein durch faktische Beibehaltung der Okkupationsarmee. Die Verpflichtungen Englands gegenüber der Türkei, wie sie durch die Konvention bezüglich Zyperns festgestellt wurden, blieben aufrecht.

Eine nicht geringe Verlegenheit war der Aufstand in Birma, der fast das ganze Land ergriff und die Engländer zum Rückzug zwang. Ebenso verdrießlich war die eigenmächtige Erklärung Rußlands, daß es die Freihafenstellung Batums trotz des Berliner Vertrags nicht mehr anerkenne.

Der Schatzkanzler Lord Churchill legte den Standpunkt der Regierung in einer Rede vom 2. Oktober zu Dartford fest: „Einer brutalen und feigen Verschwörung gelang es, ehe der junge bulgarische Staat konsolidiert war, Bulgarien seines geehrten, das Vertrauen genießenden Führers zu berauben. Die Freiheit Bulgariens wie die Serbiens und Rumäniens scheint gegenwärtig stark kompromittiert. Die Behauptung, England habe an der Frage kein Interesse, scheint mir zu locker, die Sympathie Englands mit der Freiheit der Nationen ist eine althergebrachte und bildet die traditionelle auswärtige Politik Englands (Irland?). Europa dankt viel von seiner nationalen Freiheit den englischen Bemühungen, durch welche auch Deutschland und die Niederlande zuerst vom Despotismus Philipps von Spanien und Ludwigs XIV. gerettet wurden. Lord Beaconsfield rettete 1878 die jungen Freiheiten der Balkanstaaten, welche nahe daran waren, aus dem Regen der türkischen Mißverwaltung in die Traufe der russischen Autokratie zu fallen. Die Rede des Ministers Tisza im ungarischen Parlament zeigt, daß die Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit der Donaufürstentümer und der Balkanstaaten zu den Haupt- und Lebensfragen der österreichisch-ungarischen Politik gehört. England kann es daher mit großer Genugtuung ansehen, daß diese Macht, die am direktesten und tiefsten dabei interessiert ist, den Anfang in dieser großen internationalen Arbeit macht. Lord Salisbury sagte im Jahre 1878 in Manchester, der österreichische Wachposten stehe auf den Zinnen und die freiheitgewährende Politik des Berliner Vertrags werde zweifelsohne sorgsam gehütet ...“ Churchill reiste Anfang Oktober inkognito über Berlin nach Wien, gewiß nur, um sich über diese Dinge zu besprechen.

Andere Punkte der englischen Politik berührte Lord Salisbury am 9. November beim Lord-Mayors-Bankett. Er sagte: „Unsere Okkupation Ägyptens ist bekanntlich der Dauer nach beschränkt, aber die Grenze ist nicht zeitlich gesteckt, sondern hat sich nach der uns gestellten Aufgabe zu richten. Wir haben uns verpflichtet, Ägypten nicht eher zu räumen, bis es sicher ist vor feindlichen Einfällen, bis die Gefahr anarchischer Zustände geschwunden ist. Die Lage hat sich gebessert. Dennoch haben wir noch nicht den Punkt erreicht, wo unsere Aufgabe zu Ende ist. Die Unabhängigkeit Ägyptens von irgendeiner Kontrolle einer auswärtigen Macht bildet eine Lebensfrage für das Land. Aber die Hauptaufmerksamkeit erheischt nicht Ägypten, sondern die Balkanhalbinsel, besonders Bulgarien ... Es erfolgte ein Eingriff in die Rechte eines freien Volkes nach dem andern ... Das bulgarische Volk hat keine lange Lehre in der Freiheit bestanden und dennoch hat es einen Mut gezeigt, seine nationale Freiheit zu wahren, welchen kaum

Völker, die Jahrhunderte lang frei sind, in der Geschichte bewiesen haben. Das ist ein günstiges Omen, der Anfang einer glänzenden geschichtlichen Entfaltung. England hat ein Interesse an der Beobachtung des Berliner Vertrags, aber kein isoliertes, vielmehr ein gemeinsames mit den Großmächten ... Die Entschließungen Österreichs müssen besonderes Gewicht im Rate der britischen Regierung haben. Die Politik Österreichs wird in hohem Grade die englische beeinflussen." Gladstone veröffentlichte eine ganz ähnliche Darlegung in den „Daily News" als Antwort auf die Aufforderung einiger bulgarischer Abgeordneten. Ein offenbar von der Regierung inspirierter Artikel der „Morning Post" warnte am 20. Dezember die Türkei vor den Gefahren ihrer gegenwärtigen russenfreundlichen Politik.

Gegen die Parnelliten wurde wieder schärfer vorgegangen. Hyndman, der Führer der sozialdemokratischen Föderation, entwickelte am 20. Oktober in einem offenen Brief die Ziele seiner Partei: Achtstundentag. Überlassung der unkultivierten Ländereien an beschäftigungslose Landarbeiter mit den besten Maschinen gegen Lohn und Anteil am Nutzen. Sofortiger Beginn aller geplanten öffentlichen Arbeiten. Leichte Unterstützungsarbeiten für Frauen und Schwache. Freies Mittagsmahl für die Kinder in allen Staatsschulen.

Am 30. Oktober nahm England ganz ruhig die wichtige Insel Sokotra im Arabischen Meerbusen in Besitz.

Lehrreiche Streiflichter auf die Absichten der Engländer in Afrika warf das Werk Johnstons „Der Kilimandjaro". — Der englische Moralist Samuel Smiles gab in seinen Büchern das hohe Lied des „Geschäfts", des „business", ein Laienbrevier für Erwerber ohne höheren Sinn und Schwung.

In London wurden 1886 Versuche mit einem unterseeischen Boot von A. Campbell angestellt.

Frankreich. Frankreichs Hauptinteresse wäre es gewesen, Englands Festsetzung in Ägypten mit allen Mitteln zu verhindern. Es versäumte aber dies wichtige Ziel, zum Teil durch selbstgeschaffene Hindernisse.

Präsident Grévy trat seine erneute Präsidentschaft mit republikanischen Proklamationen an: „Frankreich weiß, geschult durch eine lange und harte Erfahrung, daß die Republik seine notwendige Regierung ist, die einzige, die fähig ist, seine Ruhe, Macht und Größe zu sichern. Zweimal ist die Monarchie, zweimal ist das Kaiserreich in Revolutionen untergegangen. Deshalb hat sich Frankreich der Republik zugewandt und verlangt Beständigkeit dieser seiner Regierungsform ... Seit den Verträgen, die mit China, Anam und Madagaskar abgeschlossen wurden, ist die französische Republik im Frieden mit allen Nationen ..." Das Protektorat über Tonking und Anam wurde organisiert. Die monarchistischen Elemente im Heer wurden gemaßregelt durch den Kriegsminister General Boulanger. Boulanger. Die Absichten eines Revanchekriegs wurden nicht verheimlicht. Die „France" schrieb am 12. März: „Ganz gewiß, diesen heiligen Krieg wollen wir, aber wir werden dieses feierliche Spiel nicht wie 1870 unvorsichtig herbei-

rufen, wir werden es mit allen Treffern, die wir ausspielen können, führen. In diesem Punkte braucht Frankreich seine Gefühle nicht zu verbergen; versuchte es dies etwa, so würde doch kein Mensch ihm glauben." Es erschien Anfang April ein Buch „Avant la bataille", darin gezeigt wurde, daß Frankreich nunmehr Deutschland völlig gewachsen sei und den Revanchekrieg nicht länger mehr hinauszuschieben brauche. Der Siegespreis werde nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern die Rheingrenze sein. Die Vorrede war von Paul Déroulède.

Einstweilen nahm Frankreich die ganze Gruppe der Komoreninseln, nordwestlich von Madagaskar, in Besitz (21. April). Ein neues Militärgesetz wurde am 25. Mai eingebracht. Die Prinzen der ehemals regierenden Häuser wurden ausgewiesen, die Orleans wie die Bonapartes, trotz aller Gegendemonstrationen. Déroulède unternahm im Sommer eine Agitationsreise gegen Deutschland in Italien, Rußland und Skandinavien; dabei huldigte er den Manen Skobelews und Aksakows. In Petersburg führte er in einer Rede aus, daß Europa nur noch ein großes geknechtetes Land mit der Residenz Varzin sei, wurde aber von der Regierung an weiterer öffentlicher Agitation verhindert. Bei der Enthüllung des Standbildes des Generals Chanzy in Nouart feierte man den anwesenden russischen General Fredericks und ließ Rußland hochleben (19. Juli).

Erst im September flammte die nationale Eifersucht gegen Englands Stellung in Ägypten wieder lebhafter empor und man forderte die Regierung dringend auf, den Schritten Englands zur Befestigung seiner Stellung im Nilland nicht länger untätig zuzusehen. Das veranlaßte den Ministerpräsidenten Freycinet zu einer starken Rede in der Kammer, 27. November. Er sagte: „Die Republik hat schwere soziale Reformen durchzuführen. Ein Krieg in Europa würde dies Werk stören. Wesentlich für uns ist die Erhaltung des ottomanischen Reiches und des Gleich-
Ägypten. gewichts im Mittelmeer. Darum bietet die ägyptische Frage für Frankreich ein direktes Interesse erster Ordnung. Ägypten bildet die Verbindung zwischen Europa, Asien und Afrika. Wer Herr ist von Ägypten, ist Herr des Mittelmeeres. Man kann also nicht zugeben, daß Ägypten in der Hand einer einzigen europäischen Macht bleibe. Diese Gefahr ist aber nicht zu besorgen. Die Engländer haben uns wiederholt versichert, daß sie nur nach Ägypten gegangen sind, um die materielle Ordnung herzustellen; sie haben wiederholt anerkannt, daß Ägypten sein eigener Herr bleiben könne. Frankreich hat keinen Zwang ausgeübt, aber es hat England daran erinnert, daß es notwendig sei, zu einer endgültigen Lösung zu gelangen, und wir sind überzeugt, daß wir ein Resultat erzielen werden. Bezüglich des Suezkanals sind auch die Unterhandlungen zur Herbeiführung einer europäischen Entente im Zuge. Wir werden zu einer Verständigung mit England kommen, oder es wird Europa eine Gesamtheit von Fragen vorgelegt werden, und unsere Inter-

essen werden sich dann mit der Rücksicht, die wir einer befreundeten Großmacht schulden, vereinen lassen ... Die Ära der neuen Eroberungen von Kolonien ist geschlossen, es wäre aber unklug, den Besitz nicht dem Lande zu sichern." Die Kammer mußte aus diesen lahmen Ausführungen ersehen, daß Ägypten durch die Unfähigkeit der Diplomatie an England verloren sei, und sie stürzte das Ministerium Freycinet am 3. Dezember.

Arbeiter. Sehr gefährlich ließen sich die Arbeiterunruhen in Decazeville an, die nicht ohne Blutvergießen abliefen. Die Bewegung erhielt neuen Antrieb von den belgischen Unruhen her. Auch die katholischen Arbeiter gerieten aus religiösen Gründen in Bewegung. Ein internationaler Arbeiterkongreß in Paris, 29. August, verlangte Verbot der Kinderarbeit (unter 14 Jahren), den Achtstundentag mit Bestimmung eines Minimalverdienstes, Freiheit, sich international zu vereinigen, Wiederherstellung der Internationale der Arbeiter aller Länder, Bildung von nationalen und internationalen Korporativgruppen.

Bischöfe. Die Bischöfe richteten der Vorschrift Leos XIII. gemäß Vorstellungen an den Präsidenten der Republik, daß man den Klerus nicht beschuldigen solle, der herrschenden Regierungsform abhold zu sein; man dürfe ihre Liebe zum Vaterland und ihre Hingebung nicht verdächtigen. Aber das half wenig gegen den kirchenfeindlichen Geist. Nochmals mußte sich am 3. April der Erzbischof von Paris, Kardinal Guibert, in einem Schreiben an Grevy beklagen: „Die katholische Geistlichkeit hat der Regierung, die Frankreich leitet, keine Opposition gemacht; aber die Regierung hat sechs Jahre unaufhörlich die Geistlichkeit verfolgt, die christlichen Einrichtungen abgeschwächt und die Abschaffung der Religion selbst vorbereitet. Gestatten Sie daher einem alten Bischof, der in seinem Leben siebenmal die politische Regierungsform seines Landes wechseln sah, Ihnen folgendes zu sagen: Die Republik kann auf diesem Weg der Religion viel Unheil bereiten; es wird ihr aber nicht gelingen, sie zu vernichten. Die Kirche hat andere Stürme durchgemacht, und doch lebt sie noch im Herzen Frankreichs. Sie wird dem Leichenbegängnis jener anwohnen, die sich einbilden, sie vernichten zu können. Die Republik hat weder von Gott noch von der Geschichte ein Versprechen der Unsterblichkeit erhalten. Wenn Sie glauben, einen gedeihlicheren Weg nicht versuchen zu können, so wird man nicht die Kirche anklagen können, daß sie an der Untergrabung des politischen Gebäudes arbeite, das Ihrer Obhut anvertraut ist. Sie wissen, es ist nicht unsere Art, uns der Empörung als Waffe zu bedienen." — 68 Erzbischöfe und Bischöfe erklärten in der Folge ihre Zustimmung zu diesem Schreiben — Frankreich und die Kolonien hatten im ganzen 88 Bischöfe. Der Papst richtete an den Erzbischof ein Dank- und Glückwunschschreiben.

Juden. Manche Rätsel löste das um diese Zeit erschienene zweibändige Werk von Eduard Drumont „La France juive", worin gezeigt wurde, daß Frankreich nicht mehr seinem Volke gehöre, sondern von einer ausländischen, durch Klugheit, Beharrlichkeit und Tatkraft starken Rasse, den Juden, unterjocht sei.

Die Leichenverbrennung wurde gesetzlich gestattet.

Der republikanischen Regierung war es freilich unangenehm, daß der Papst einen ständigen Vertreter bei der chinesischen Regierung angestellt

hatte. Sie protestierte dagegen am 4. Mai als gegen einen Eingriff in die hundertjährigen Schutzrechte Frankreichs über die dortigen Katholiken. Die Spannung wuchs, als die römische Inquisition mit Einwilligung des Papstes die in Frankreich gesetzlich gestatteten Ehescheidungen verbot und alle dabei beteiligten Personen mit kirchlichen Strafen belegte. Als in Anam blutige Christenverfolgungen ausbrachen, blieb das französische Protektorat wirkungslos.

Der algerische Erzbischof Kardinal Lavigerie arbeitete mit dem Jesuiten Delattre an einem archäologischen Werk über die älteste christliche Kirche in Nordafrika. Er hatte auch dem Papst und der französischen Regierung den Plan zum Wiederaufbau Karthagos als christlicher Stadt und Mittelpunkt der Missionstätigkeit in Afrika vorgelegt.

Dem Chemiker M. E. Chevreul wurden gelegentlich seines 100. Geburtstages, den er bei voller Frische erlebte, Festlichkeiten in Paris veranstaltet.

Das Problem der submarinen Torpedoboote wurde durch den französischen Ingenieur C. Goubet gefördert (Ill. Ztg., 27. März).

Der in Paris lebende ungarische Maler Munkacsi lud seine Freunde ein, sein neuestes Gemälde, „den sterbenden Mozart", zu besichtigen, indem er ihnen zugleich das Mozartsche Requiem aufführen ließ, dessen Entstehung das Bild schildert. — Photographien von Mond und Sternen, seit 1884 in Paris versucht, eröffneten der Astronomie neue Aussichten.

Papst. Papst Leo XIII. fühlte die Weltstellung des Papsttums mächtig gehoben durch die Annäherung Bismarcks, vor allem in der Karolinenfrage. Er äußerte sich darüber in einer Allokution vom 15. Januar: „Es hat sich durch Fügung der göttlichen Vorsehung ein Ereignis vollzogen, das bei der gegenwärtigen Zeitrichtung kaum erwartet werden durfte; zwei berühmte Nationen haben von der Autorität der Kirche Zeugnis abgelegt. Das ist jener heilsamen Kraft zuzuschreiben, die Gott den Päpsten verliehen hat und die nicht verschwinden kann. Daraus erhellt aber auch wieder, welche große Sünde durch die Bekämpfung des Apostolischen Stuhles begangen wird und durch die Schmälerung seiner Rechte. Nicht nur die Gerechtigkeit und die Religion werden dadurch verletzt, sondern auch das öffentliche Wohl; denn gerade in der jetzigen mißlichen Lage der öffentlichen Angelegenheiten könnte der römische Pontifikat weit größeren Nutzen stiften, wenn er in voller Unabhängigkeit seine ganze Kraft für das Wohl der Menschheit aufwenden könnte."

Dementsprechend wurden durch den Großpönitenziar die Geistlichen in Italien angewiesen, niemandem die Absolution in der Beichte zu erteilen, der an der nationalen Bewegung im ehemaligen Kirchenstaat beteiligt war, wenn er nicht öffentlich Abbitte leiste und dem päpstlichen Stuhle Gehorsam verspreche. Dasselbe galt von Beamten, von Besitzern von Kirchengütern u. a.

Bei dem Plan der Errichtung einer Nuntiatur in China hatte der Papst England auf seiner Seite, das den französischen Einfluß in China zu mindern wünschte. Es war ein englischer Katholik, Dun, der hier vermittelte. Der Papst antwortete auf den Protest der französischen Regierung,

er halte die Anbahnung unmittelbarer Beziehungen mit China im Interesse des Glaubens für notwendig.

In besonders feierlicher Weise bestätigte Leo die Privilegien des Jesuitenordens durch ein Breve vom 13. Juli und derogierte nochmals alle entgegenstehenden Verfügungen, so das Aufhebungsbreve Clemens' XIV. von 1773 „Dominus ac Redemptor". Er schloß: „Mögen sie (die Jesuiten) fortfahren in ihrer Mission, die Ungläubigen und Ketzer zum Lichte der Wahrheit zurückzuführen, die Jugend in den Tugenden und schönen Wissenschaften zu erziehen, die Philosophie und Theologie nach dem Geiste des Doktor Angelikus (Thomas v. Aquin) zu lehren . . ." Jesuiten.

Wiederholt mußte sich der Papst in Noten an die Nuntiaturen über die italienische Regierung beklagen und die unerträgliche Lage, in die sie den Vatikan versetze, der allen antiklerikalen Kundgebungen preisgegeben sei.

Kaiser Wilhelm schenkte als Abschluß aller Probleme dem Papst Leo ein kostbares Brustkreuz.

Mit England wurden Unterhandlungen eingeleitet über die Regelung der Verhältnisse der katholischen Kirche. Kardinal Manning, beim Papst wie bei der Königin in hohem Ansehen, war der Vermittler. Mit Montenegro wurde ein Konkordat geschlossen.

Italiens Stellung gegenüber Abessynien blieb eine sehr unsichere. Ebenso zerfahren war Italiens ganze orientalische Politik. Santonofrio warf der Regierung vor, ihre Politik sei die der Emporkömmlinge. Der Minister des Äußern Graf Robilant wehrte sich dagegen: „Dem Abgeordneten Giovagnoli, der, wie er sagt, zu alt ist, um für Österreich Sympathie zu empfinden, bemerke ich: Ich bin älter als er!" Und mit diesen Worten erhob er seinen linken, bei Novara zerschossenen Arm, zum großen Beifall der Kammer. Robilant erklärte weiter: „Wenn im ungarischen Parlamente Rufe ‚Nach Saloniki!' laut geworden sind, so hört man anderswo auch Rufe, für die keine Regierung verantwortlich gemacht werden kann." Italien.

Ein Unglück war es, daß der Emir von Harrar in Ostafrika, südlich von Aden, eine vom Grafen Porro geführte wissenschaftliche Expedition niedermachen ließ und daß die englische Regierung eine deshalb vorgeschlagene gemeinsame Strafexpedition ablehnte.

Ministerpräsident Depretis erinnerte in einer Programmrede, 19. Mai, an die Worte d'Azeglios: „Italien ist geeint, nun muß man alle Bürger zu Italienern erziehen. Wir sind noch nicht geheilt, haben aber die größten Schwierigkeiten überwunden. Wenn wir sehen, daß Frankreich zur Begründung seiner Einheit 1000 Jahre und 90 Könige gebraucht hat, können wir sagen: Wir haben es besser und rascher getan. Freilich, wir hatten es leichter, wir hatten eine glorreiche Dynastie, eine gute Diplomatie. Im Sinne des liberalen Programms wurden im letzten Jahrzehnt 850 Gesetze gegeben . . . Möge die Presse, dieses Licht des öffentlichen Gewissens, ihrer Pflichten gewahr werden und sich vom Schaden des Libellismus befreien! . . . Italien muß die alte Machtherrlichkeit erringen. Wenn das gegenwärtige Geschlecht sein Versprechen erfüllt, so werden uns wenige Jahre auf die Stufe der kulturell bedeutendsten Nationen erhoben haben . . ."

Bei der Enthüllung eines Garibaldidenkmals in Padua veranstalteten die Studenten eine irredentistische Demonstration mit Hochrufen auf Trient, Triest und Oberdank und Schlägereien mit der Polizei. Aber auch gegen revolutionäre, sozialistische Arbeitervereine mußte vorgegangen werden. Der Galeerensträfling Cipriani wurde in zwei Wahlbezirken gewählt. Das Volk rief: Es lebe die Galeere!, durchzog mit den Abzeichen der Galeerensträflinge die Straßen, demolierte Häuser und balgte sich mit dem Militär. Antiklerikale Demonstrationen und Unruhen gab es in Mantua, Mailand, Vicenza, Ravenna. Ganze Haufen geistlicher Bücher wurden verbrannt. Während man gegen die Kapuzinerinnen tobte, „Nieder mit den Klerikalen!“ schrie, hieß es anderseits: „Hoch der Papstkönig im Vatikan!“ Bei der Gedenkfeier des Gefechts von Mentana sagte einer der Mitkämpfer, Professor Giovagnoli: „Würden sich jemals die Hoffnungen des Papstes auf Wiederherstellung weltlicher Herrschaft neu beleben, so werden wir eher vom Vatikan keinen Stein für künftige Archäologen übriglassen!“ Neue Tumulte ergaben sich bei der erzwungenen Schließung des Klosters Santa Lucia in Rieti.

Zum Schluß des Jahres rüstete man fieberhaft Heer und Flotte aus, um einer orientalischen Krise gewachsen zu sein. Eine Programmrede des Ministers Robilant wurde von der Presse also begrüßt: „England, Österreich und Italien sind also entschlossen, jeden Versuch im Orient, die russische Hegemonie zu begründen, mit Gewalt zurückzuweisen. Diese Erklärungen des Ministers entsprechen vollständig den Gefühlen des italienischen Volkes.“

Männer wie Gregorovius und Herman Grimm klagten über den „Vandalismus“, die „Verwüstung der Ewigen Stadt“, die „Vernichtung des geistigen Roms“ durch die spekulativen Nutzbauten der pietätlosen Generation. — Das in Genua enthüllte Reiterdenkmal Viktor Emanuels mit grüßendem Hut war von unleugbarer Frische der Auffassung (Ill. Ztg.).

Rußland. Und Rußland? Es war zum Glück für Europa allzusehr mit der Ausgestaltung der inneren Despotie beschäftigt, um dem Frieden der Welt augenblicklich gefährlich zu werden. Der Dorpater Universität wurde ein neues Russifizierungsmandat zugestellt. Eine Adresse der kurländischen Ritterschaft, die auf ihre versprochenen Freiheiten sich berief, wurde vom Zaren nicht angenommen; er ließ sagen, daß die historischen Rechte Kurlands den russischen Staatsbedürfnissen nachstehen müßten. Die polnische Bank in Warschau wurde geschlossen und durch ein Kontor der russischen Reichsbank ersetzt. Allerdings wünschte auch die Moskauer Kaufmannschaft eine Zwischenzollinie, um die russische Industrie gegen das Übergewicht Polens und der Ostseeländer zu schützen. Einige Dominikanermönche wurden aus Lublin abgeschoben, wegen unerlaubter Propaganda unter den Unierten; das gab zu Ruhestörungen Anlaß, bei denen Militär einschreiten mußte. In Esthland wurden den Gemeinden alle deutschen

Korrespondenzen verboten. Um so energischer wurde die orthodoxe Propaganda betrieben. Ein Ukas genehmigte die Expropriation zur Errichtung orthodoxer Kirchen u. dgl. Den Juden wurde der Aufenthalt erschwert; im vergangenen Jahr waren über 20.000 Juden aus Russisch-Polen nach Amerika ausgewandert. In Odessa wurden sämtliche Werkstätten ausländischer Juden geschlossen und gegen 9000 jüdischen Handwerkern wurde die Arbeit verboten. Im November wurde der Stadt Reval geboten, das Vermögen aller evangelischen Kirchen der Stadt binnen 14 Tagen an die Staatskasse abzugeben, und untersagt, aus Gemeindemitteln etwas für die Erhaltung des evangelischen Kultus zu tun.

Eine Rede des Zaren beim Stapellauf eines Panzerschiffes in Sebastopol (Mai) lautete kriegerisch. In Moskau wurde sodann der Zar von der Stadtvertretung in gleichem Sinn begrüßt: „Du kommst zu uns vom gesegneten Süden und hast das Schwarze Meer wieder belebt. Unsere Hoffnung und unser Glaube befestigt sich, daß das christliche Kreuz auf Sankt Sophia erglänzen werde." Und der Metropolit sagte: „Moskau hat das Glück, die Erfüllung eines Deiner und des ganzen russischen Volkes testamentarischen Wünsche zu sehen."

Freilich, die eigenmächtige Schließung des Freihafens von Batum trug der Regierung von Seite Englands den Vorwurf des Vertragsbruches ein. Dafür warf Giers die Hauptschuld an den Ereignissen in Bulgarien weniger dem Fürsten Alexander, als England vor, das ihn für seine Pläne benützte.

Die Besuche des Erzherzogs Karl Ludwig und des Prinzen Wilhelm von Preußen konnten nicht die Wirkung von Churchills und Tiszas Reden abschwächen. Katkow nannte in der „Moskauer Zeitung" die Rede Churchills eine schamlose, dumme Lüge, und tadelte Tisza wegen seiner Berufung auf den Berliner Vertrag; Österreich habe diesen in Bosnien selbst verletzt. Er drohte mit einem Bündnis mit einem sicheren Bundesgenossen: Frankreich. Immerhin tadelte der „Regierungsbote" die allzu deutschfeindlichen Artikel und empfahl der Presse größere Zurückhaltung.

Während all dieser Vorgänge ging Rußland in Zentralasien weiter und besetzte Pendschdeh.

Pobjedonoszew, der Generalprokurator des russischen heiligen Synod und eigentlicher Kultusleiter, veröffentlichte im Regierungsboten eingehende Berichte über das Sektiererwesen, das sich trotz aller Maßregeln der Regierung erfolgreich ausbreitete. Die „Raskolniki" beharrten auf ihrem Widerstand gegen die herrschende Staatskirche.

Gegen die allzu naturalistischen biblischen Bilder des russischen Malers Wereschagin, die in Wien ausgestellt waren, besonders gegen die „Auferstehung", stieg die Empörung bis zu einem Vitriolattentat, das aber ohne erheblichen Schaden verlief.

Gerne hätte sich Rußland einer europäischen Aktion angeschlossen, um
Ägypten. England aus Ägypten zu drängen; aber weder ihm noch Frankreich gelang es, die Unterstützung der anderen Mächte in dieser Sache zu gewinnen. Englands Politik erreichte einen Haupterfolg, indem es die anderen Mächte fernehielt und direkt mit der Türkei über Ägypten verhandelte.

Der Schutz des äquatorialen Sudans wurde dem Emin Pascha (Dr. Schnitzler) und Stanley anvertraut.

Bei dem Wettbewerb zur Befestigung von Bukarest übertrafen die deutschen Panzertürme bei weitem die französischen. Im Weltkrieg erwies sich die ganze kostspielige Befestigung als nicht ausschlaggebend.

Ru-
mänien. Der kinderlose König von Rumänien berief an seine Seite seinen Bruder, Prinz Leopold von Hohenzollern, und dessen Sohn, Prinz Ferdinand, den heutigen unglückseligen Bundesbrecher.

Der Fürst von Montenegro machte eine Rundreise nach Paris, Petersburg, Berlin und Wien. Der serbische Prätendent Peter Karageorgiewitsch genoß montenegrinische Gastfreundschaft, ließ aber von Genf aus eine Proklamation für seine angeblichen Rechte an Serbien ergehen. Mit der Türkei verliefen notwendige Grenzberichtigungen nicht immer ganz friedlich.

Schweiz. In der Schweiz wandte man der sozialen Frage größere Aufmerksamkeit zu. Der Präsident des Großen Rates des Kantons Bern, Fürsprech Ritschard, sagte: „Die politische Arbeit unserer Tage trägt fast in allen Ländern ein wirtschaftliches, soziales Gepräge. Auf dem Gebiete der politischen Rechte sind wir weit vorgeschritten, nicht desgleichen auf dem der sozialen Rechte. Die erstern sind aber ohne die letzteren tönende Fässer, in denen der Wein fehlt, goldene Schalen ohne Inhalt. Jeder ehrliche Mensch hat das Anrecht auf menschenwürdiges Dasein. Das wird die Hauptaufgabe unserer Söhne und Enkel sein . . .“ Zu Bern tagte die internationale Konferenz zum Schutze des literarischen und künstlerischen Eigentums; dem zu diesem Zwecke vorgeschlagenen Verbande traten die meisten Staaten der Erde bei. Ein Kirchenstreit in Luzern wegen Benützung der Simultankirchen durch Katholiken und Altkatholiken kam nicht zu gerechter Erledigung. Bischof Mermillod von Freiburg legte dem Papste den Plan zur Errichtung einer katholischen Universität in Freiburg vor.

In der Stadt Sempach wurde der 500jährige Gedenktag an die Schlacht gefeiert durch Festzug und Festspiel.

Belgien. Belgien interessierte sich sehr für den durch Personalunion angegliederten Kongostaat. Die innere Ruhe wurde durch Arbeiteraufstände anarchistischen Charakters gestört, so zu Lüttich und Charleroi. Plakate forderten in Brüssel zur Plünderung der Läden und Verbrennung der Kammer auf. Fabriken und Landsitze wurden zerstört, das Kloster Soleilmont wurde geplündert und in Brand gesteckt. Das Kohlenbergwerk Mariamont wurde von 3000 Streikenden angegriffen. In den Zusammen-

stößen mit dem Militär gab es viele Tote und Verwundete. Die Regierung gab der Geschäftskrise die Schuld an der herrschenden Not. Von 1876 bis 1884 sei die Hälfte der Kohlenwerke mit Verlust (73 Millionen) betrieben worden. Man setzte eine Kommission zur Prüfung der Arbeiterfrage und eine für Arbeiterwohnungen ein. Ein Arbeiterkongreß zu Gent im April forderte: allgemeines Stimmrecht, unmittelbare Gesetzgebung des Volkes, Beseitigung des Senats und des Königtums, weltlichen, obligatorischen, unentgeltlichen Volksschulunterricht, Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung des Kultusbudgets, Einziehung der geistlichen Güter, Abschaffung der stehenden Heere, internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse, Ruhetag in der Woche, keine Kinderarbeit, Beschränkung der Frauen- und Nachtarbeit, Normalarbeitstag, Gewerbeinspektoren, Haftpflicht der Fabriksbesitzer, Arbeiterkammern, Abschaffung der indirekten Steuern, Einführung des Kollektiveigentums. — Ein Arbeiterkongreß in Brüssel, 13. Juni, unter Vorsitz des Genters Anseele, beschloß eine friedliche, nicht revolutionäre Propaganda für das allgemeine Stimmrecht, eine allgemeine Arbeitseinstellung, um gegebenenfalls in diesem Sinn auf die Regierung zu drücken. — Nun folgten aber neue Arbeiterunruhen im Kohlendistrikte Borinage. Bäckerläden wurden geplündert, die Streikenden scharten sich um rote und schwarze Fahnen mit dem Ruf: Es lebe die Republik, es lebe Frankreich! Mit großer Feierlichkeit weihte die Brüsseler Arbeiterliga ihre rote Fahne ein (8. August). Während der Verlesung der Thronrede am 9. November fand ein Aufzug von 1100 schwarzgekleideten Frauen mit roten Schärpen statt, die dem Bürgermeister ein Bittgesuch wegen der verurteilten Arbeiter von Charleroi überreichten. Von 757 Gnadengesuchen wurden 468 genehmigt, die übrigen noch geprüft.

Eine flämische Akademie wurde in Brüssel gegründet. Ein katholischer Kongreß in Lüttich, 26. September, stellte sich im Gegensatz zu dem liberalkatholischen von 1864 ganz auf den Standpunkt des Syllabus, trat für soziale Reformen ein und empfahl, unter katholischer Leitung die Auswanderung der belgischen Arbeiter nach Paraguay zu lenken.

Holland war durch Unruhen und Verschwörungen in den Kolonien in Not. England benützte das, um mit Annexionen zu drohen. Bei einer Sozialistenversammlung forderte Domela Nieuwenhuys: Abschaffung der ersten Kammer, allgemeines Wahlrecht, Ersatz aller andern Steuern durch fortschreitende Einkommensteuer. Ein Aufruhr in Amsterdam hatte keinen andern Anlaß, als das Polizeiverbot der tierquälerischen Volksbelustigung des Aalziehens. Mit der Zeit griffen aber auch die Sozialisten ein, bauten Barrikaden, steckten die rote Fahne auf und nahmen den Straßenkampf mit dem Militär auf. Holland.

Ein schwedischer Arbeiterkongreß im Juli verlangte außer den bekannten Forderungen auch humanere Strafgesetze, kostenfreie Rechtshilfe für Unbemittelte, Schiedsgerichte; Zehnstundentag; Arbeiterunfall- und Pensionsversicherung; internationale Friedensbestrebungen.

Portugal schloß mit dem Deutschen Reich einen Vertrag zur Abgrenzung ihrer beiderseitigen Gebiete in West- und Ostafrika. — Der verstorbene König von Portugal hatte während 30 Jahren die in allen Ländern Europas konfiszierten Bücher, 6000 an der Zahl, gesammelt.

Spanien. Die Monarchie in Spanien konsolidierte sich durch die Geburt eines postumen Thronerben: Alfons XIII. Sogar der Republikaner Castelar erklärte ritterlich, er werde die Regentschaft einer Frau, der man als Witwe alle Achtung und Ehrfurcht zollen müsse, nicht bekämpfen. Freilich die Karlisten blieben unversöhnlich und der Vetter des verstorbenen Königs, Don Enrique de Borbon, Herzog von Sevilla, konspirierte zugunsten der Königin Isabella, wurde verurteilt, verbannt und entwich nach Frankreich.

Amerika. Die Arbeiterbewegung machte sich auch in der nordamerikanischen Union geltend, nicht nur durch Arbeitseinstellungen, sondern auch durch ernstliche Ruhestörungen. Das Repräsentantenhaus nahm daher am 5. April ein Gesetz über die Einsetzung von Schiedsgerichten bei den Ausständen der Eisenbahnarbeiter an. Präsident Cleveland erklärte in einer Botschaft an den Kongreß, 22. April: „Die gegenwärtig bestehenden Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital sind nichts weniger als befriedigend. Die Unzufriedenheit der Arbeiter ist in hohem Grad ihrer habgierigen, rücksichtslosen Ausbeutung seitens der Arbeitgeber und der angeblichen Bevorzugung des Kapitals durch die Regierung zuzuschreiben. Dagegen muß auch zugestanden werden, daß die Arbeiter nicht immer Sorge tragen, grundlose und ungerechtfertigte Störungen zu vermeiden ... Die Wirksamkeit der Regierung in dieser Richtung ist durch die Verfassung beträchtlich beschränkt. Es gibt Beschwerden und Zustände, denen der Kongreß durch Gesetze nicht abhelfen kann ... Freiwillige Schiedsgerichte scheinen die richtigen Mittel zur Beilegung solcher Streitigkeiten. Ich empfehle den Bundesbehörden die Einsetzung einer ständigen Kommission für Arbeiterangelegenheiten ...“ — In Chicago rief der Anarchist Spieß die Arbeiter zur Ermordung der Kapitalisten auf. Dynamitbomben wurden gegen einschreitende Polizei geworfen. Erst nach langem Straßenkampf wurden die Anarchisten mit Waffengewalt niedergeworfen und die Führer verhaftet. Ähnliche Zusammenstöße mit Anarchisten hatte die Polizei in Milwaukee und anderwärts zu bestehen. Die revolutionären Arbeiter waren meist Deutsche, Polen und Tschechen. Auch der Anarchist Johann Most wurde in Neuyork wegen Aufreizung zu Mord, Brand und Raub verhaftet. Er und seine Genossen Braunschweig und Schenk wurden zu Zuchthaus verurteilt. Bei den Wahlen im November zeigte sich die Stärke der Arbeiterpartei in Chicago, Milwaukee und Neuyork. Das Todesurteil gegen sieben der Hauptbelasteten im Anarchistenprozeß von Chicago wurde aufgeschoben.

Gegen chinesische Arbeiter fanden in verschiedenen Staaten Ausschreitungen statt; der chinesische Gesandte verlangte Geldentschädigungen; der Präsident lehnte aber das Vorhandensein einer solchen Verantwortlichkeit ab. — Die Territorien Dacota und Washington wurden zu „Staaten" erklärt. Es gab einen Fischereistreit mit Kanada und einen Kompetenzstreit mit Mexiko ohne Folgen.

Das Riesenstandbild der Freiheit am Eingang des Hafens von Neuyork wurde in Anwesenheit der französischen Delegierten, auch Lesseps, am 28. Oktober enthüllt. Ein vergleichendes Bild in der Illustrierten Zeitung, 27. November, zeigt, wie weit dies Bildwerk alles ähnliche, auch die Bavaria, überragt. Cleveland drückte bei Eröffnung des Kongresses, 6. Dezember, darüber seine Befriedigung aus. Er stellte die Höhe des Staatseinkommens fest, die alle öffentlichen Bedürfnisse weit überrage. Das bezog sich aber selbstverständlich nur auf die Finanzen der Union, nicht auf die der Einzelstaaten.

Die amerikanischen Iren drückten in der am 20. August zu Chicago abgehaltenen Konvention der irischen Nationalliga ihre Zustimmung zur Einführung einer nationalen Selbstregierung in Irland aus. Sie dankten Parnell und Gladstone für ihre Bemühungen, ebenso der englischen, schottischen und walisischen Demokratie. Sie protestierten gegen das unehrliche, von den Gutsherren ausgeübte Erpressungs- und wucherische Pachtsystem, sowie gegen die angesichts der organisierten Gesetzlosigkeit im Norden Irlands von parteiischen Beamten skandalöserweise geübte Straflosigkeit. Parnell dankte in einer Depesche für diese wesentliche Stärkung seiner Politik. Iren.

Die amerikanischen Juden ließen durch den Bildhauer Ezekiel eine kolossale Statue der Religionsfreiheit herstellen, die sie zum Dank für den Schutz ihres Glaubens der Nationalregierung widmen wollten: „Amerika" schützt einen Jüngling vor der Schlange „Intoleranz".

Der amerikanische Dichter Ralph Waldo Emerson (1803—1882) wurde durch seine Gesamtausgabe in elf schönen Bänden nun auch in Deutschland mehr bekannt (Allg. Ztg., 2. Febr. ff.). Sein Wesen lag bereits in dem Bändchen „Nature", 1836. Obwohl in zwölf Jahren erst 500 Exemplare abgesetzt wurden, bedeutete das Büchlein doch den Eintritt einer Epoche für das amerikanische Geistesleben. Seine Grundidee ist die Lehre von der Souveränität der Persönlichkeit. „Das einzige Gesetz, das mir heilig ist, ist das Gesetz meiner Natur." Das ist amerikanisch, daß der Endzweck des Staates die Wohlfahrt des Einzelnen ist. Der Mensch ist das Maß aller Dinge. Der einzige Nichtengländer, den Emerson im Original las, war Goethe. Von ihm hat er auch lange vor Darwin den Entwicklungsgedanken herübergenommen.

Man erinnerte an das 900jährige Jubiläum der ersten Entdeckung Amerikas (986) durch die Normannen (Ill. Ztg., 13. Nov.).

Das Telephon hatte sich seit 1881 in Europa stark ausgebreitet, hatte aber noch weit bis zur heutigen allgemeinen Verbreitung.

Die katholische Kirche zählte in China 35 Bischöfe, 33 apostolische Vikariate, 565 ausländische und 542 chinesische Priester, und etwa eine halbe Million Konvertiten.

Die große Kriegsgefahr 1887—1888.

Das Jahr 1887.

Moltkes und Bismarcks Reden zur Militärvorlage. Bulgarien und Hekuba. Das Septennat, der Papst und das Zentrum. „Auf des Messers Schneide." Erneuerung des Dreibunds. Schnäbele. Der kirchliche Ausgleich. Enthüllungen über das Abkommen von Reichstadt. Boulangers Sturz. Ristitsch in Serbien. Die bulgarische Fürstenwahl: Ferdinand von Koburg. Der Zar in Berlin. Die gefälschten Briefe. Andrassy für Bulgarien. Das evangelisch-anglikanische Bistum Jerusalem. England in Ägypten. Italien in Massaua. Niederlage von Dongali. Stellung der Protestanten und Katholiken zum kirchlichen Ausgleich. Krankheit des Deutschen Kronprinzen. Fr. Th. Vischer †. Volksbühnenspiele und Lutherspiele. Leo Thun über das „Kaisertum Österreich". Unruhen in Irland. Belgische Neutralität. Ibsen. Tolstoj. Milan: Serbentum gegen Panslawismus.

Bulgarien.

Die bulgarische Frage war der äußere Anlaß, alle internationalen Spannungen aufs höchste zu steigern, so daß ein Krieg fast unvermeidlich erschien. Ebenso wie vor Jahren, wie seit 1875, waren es nur günstige Zufälle, die den von allen Staatsmännern als notwendig erkannten Krieg noch aufhielten. Zweifellos wirkte dabei der starke Friedenswille des Deutschen Reiches entscheidend mit ein, und das nachhaltige kriegerische Ansehen dieser Militärmacht. Als Kaiser Wilhelm zu Beginn des Jahres sein 80jähriges Militärdienstjubiläum feierte, konnte der Kronprinz dem Kriegsherrn wiederholt dafür danken, „daß er uns in gewaltigen Kämpfen zu herrlichen Siegen geführt hatte". Nun aber blicke man auf sechzehn, von Frieden reichgesegnete Jahre zurück, welche der Kräftigung des Reiches gewidmet waren. „Solche friedliche Arbeit konnte indes nur gedeihen, weil sachkundige und rastlose Leitung die Schlagfertigkeit des Heeres zu der Vollkommenheit förderte, deren jeder deutsche Soldat sich mit Stolz bewußt ist. Der preußische Grundsatz, daß es keinen Unterschied gibt zwischen Volk und Heer, ist Gemeingut der ganzen Nation geworden." — Und der Kaiser konnte antworten: „Welchen Wechsel hat die Armee in diesen achtzig Jahren mit mir erlebt! Sie stand nach dem schwersten Schlage zurückgedrängt, aber der Soldatensinn blieb ungebrochen. Das betätigten die Befreiungskriege. Den Sinn für Ehre und Pflicht über

alles hochzuhalten, das ist das Band, welches Enkel und Urenkel vereinigt und meine Regierung mit Siegen geschmückt hat."

Das war die Einleitung zu den großen Reden, welche die Militärvorlage an den Reichstag begleiteten. Sie waren durchaus von der großen Kriegserregung getragen, die um so bedenklicher wurde, da die Türkei ganz in den Banden Rußlands zu liegen schien. Graf Moltke begann also am 11. Januar: „Niemand von uns täuscht sich wohl über den Ernst der Zeit. Alle größeren europäischen Regierungen treffen eifrigst Vorkehrungen ... Starke Regierungen sind eine Bürgschaft des Friedens. Aber die Volksleidenschaften, der Ehrgeiz der Parteiführer, die mißleitete öffentliche Meinung, das sind Elemente, welche stärker werden können als der Wille der Regierenden. Haben wir doch erlebt, daß Börseninteressen Kriege entzündeten. Wenn nun in dieser politischen Spannung ein Staat in der Lage ist, für die Fortdauer des Friedens zu wirken, so ist es Deutschland, welches nicht direkt in den Fragen beteiligt ist, welche die übrigen Mächte aufregen. Aber um diese Vermittlerrolle durchzuführen, muß Deutschland stark und kriegsgerüstet sein. Würde die Forderung der Regierung abgelehnt, dann haben wir den Krieg ganz sicher ... Nur über die Zeitdauer der Bewilligung sind die Ansichten abweichend. Da möchte ich daran erinnern, daß die Armee niemals ein Provisorium sein kann. Die Armee ist die vornehmste aller Institutionen; sie allein ermöglicht das Bestehen aller übrigen Einrichtungen, alle politische und bürgerliche Freiheit, alle Schöpfungen der Kultur, die Finanzen, der Staat stehen und fallen mit dem Heere. Bewilligungen auf drei Jahre helfen uns nicht ... Ich darf sagen, daß die Augen Europas auf diese Versammlung gerichtet sind, auf die Beschlüsse, welche Sie fassen werden. Zeigen Sie der Welt, daß Sie bereit sind, jedes Opfer, auch das einer abweichenden Ansicht, zu bringen, wenn es sich um die Sicherung des Vaterlandes handelt!" Die Regierung verlangte nämlich die Bewilligung auf sieben Jahre, das Septennat. Moltke.

In diesem Sinne sprach Bismarck: „Die verbündeten Regierungen haben durch die Vorlage der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Wehrkraft des Deutschen Reiches so, wie sie beschaffen ist, nicht die Bürgschaft gewährt, auf welche die Nation ein Recht hat." Der Widerstand gegen die Vorlage könne unmöglich vom Wunsch eingegeben sein, daß Deutschland im nächsten Krieg nicht glücklich sein möge. Es läßt sich allerdings „nicht leugnen, daß es viele Einwohner Deutschlands gibt, die das Deutsche Reich und seine Forterixistenz negieren". Bismarck betonte, daß Deutschland keinen Krieg wolle. Das beweist die friedliebende Politik seit sechzehn Jahren. „Es ist ja wahr, der Kaiser hat sich genötigt gesehen, zwei große Kriege zu führen, aber diese waren ein uns überkommenes zwingendes historisches Ergebnis früherer Jahrhunderte ..., durch welche die deutsche Einheit, das nationale Leben der Deutschen geschaffen und sichergestellt werden mußte. Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den saturierten Staaten, wie das der alte Fürst Metternich nannte. Man sprach damals (1871) von vier, fünf, vielleicht drei Jahren, die es dauern würde bis zum nächsten Kriege. Es ist gelungen, den Frieden seit sechzehn Jahren zu erhalten. Unsere Aufgabe haben wir darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Ver- Bismarck.

hältnisse, wie es weder im Deutschen Bunde noch im heiligen römischen Reiche der Fall gewesen ist. Das war nicht allein das Ziel unserer Friedenspolitik. Wir haben uns erinnert, daß die Freundschaft der drei großen östlichen Mächte (die heilige Allianz) dreißig Jahre lang den Frieden bewahrt hat. Ich weiß nicht, ob es uns gelingen wird, wieder eine Friedensepoche von derselben Länge herzustellen. Unsere Freundschaft mit Rußland hat keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über jeden Zweifel erhaben ... Wir werden Händel mit Rußland nicht haben, wenn wir nicht nach Bulgarien gehen, um sie dort aufzusuchen ... Ich habe die Zumutung der Preßhetzerei, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, lächerlich gefunden. Hamlet sagt: „Hekuba." Was ist ihm Hekuba? Das fiel mir sofort ein. Was ist uns denn Bulgarien? Es ist uns vollständig gleichgültig! Ich wiederhole, was ich früher von den Knochen des pommerschen Grenadiers gesagt habe: die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage ... Die Hoffnung, die ich an das Gelingen des Bestrebens knüpfte, die drei Kaisermächte wieder zu einigen, als es erreicht war, sie hier in Berlin 1872 zusammenzubringen, die hat sich insoweit verwirklicht, daß wir weit entfernt sind von der Wahrscheinlichkeit, mit Österreich oder mit Rußland in Händel zu kommen. Die Schwierigkeit liegt darin, den Frieden zwischen Österreich und Rußland zu erhalten. Es gibt dort wirklich rivalisierende Interessen ... Wir laufen dabei Gefahr, daß wir in Österreich und noch mehr in Ungarn als russisch bezeichnet und in Rußland für österreichisch gehalten werden ... Die Frage, wie wir mit Frankreich in der Zukunft stehen werden, ist für mich eine minder sichere ... Ich spreche von Italien und England gar nicht, weil kein Grund vorliegt, daß wir gegenseitig nicht das größte Wohlwollen haben sollten ... Zwischen uns und Frankreich ist das Friedenswerk deshalb schwer, weil da eben ein langwieriger historischer Prozeß in der Mitte zwischen beiden Ländern liegt: das ist die Ziehung der Grenze, die ja zweifelhaft und streitig geworden ist ... Das Infragestellen der deutschen Grenze hat angefangen mit der Wegnahme der drei Bistümer Metz, Toul und Verdun (1552 durch den Verrat des protestantischen Herzogs Moriz von Sachsen). Wir beabsichtigen weder Toul noch Verdun wieder zu erobern und Metz besitzen wir ja. Ist diese Epoche des Grenzkampfes abgeschlossen oder nicht? Ich kann nur meine Vermutung aussprechen, daß sie nicht abgeschlossen ist. Wir haben alles getan, die Franzosen zum Vergessen des Geschehenen zu bewegen; Frankreich hat unsere Förderung in jedem seiner Wünsche gehabt, nur nicht in dem, der sich auf die Rheingrenze richten konnte ... Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht später unvermeidlich ist und unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat mir immer ferngelegen ... Wenn die Franzosen so lange mit uns Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen, dann wäre der Friede für immer gesichert ... Die Entschließungen Frankreichs in schweren Momenten sind immer durch energische Minoritäten bewirkt worden. Ihre Aufgabe ist einstweilen, das heilige Feuer der Revanche zu unterhalten. Die Aufgabe, die Gambetta dahin definierte: Sprecht niemals vom Krieg, aber denkt immer daran! ... Nach meiner Überzeugung haben wir einen französischen Krieg zu fürchten durch den Angriff Frankreichs; ob in zehn Tagen oder in zehn Jahren, das ist eine Frage, die ich nicht entscheiden kann ... Es ist an jedem Tage möglich, daß eine französische Regierung ans Ruder kommt,

deren ganze Politik darauf berechnet ist, von dem heiligen Feuer zu leben, das jetzt unter der Asche erhalten wird ... Wenn wir den Feind im Lande haben und wir lesen ihm diese Reden vor, dann lacht er uns aus. Ich bin der Meinung, daß wir vorbereitet sein müssen ... Hat es schon irgend ein französisches Ministerium gegeben, welches hat wagen dürfen, öffentlich zu sagen: Wir verzichten auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen? Warum gibt es das nicht? Weil die öffentliche Meinung dagegen ist ... Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg ... Denn sobald sie glauben zu siegen, fangen sie den Krieg an; das ist meine feste Überzeugung ... Sie unterschätzen die Macht von Frankreich: Frankreich ist ein mächtiges Land, ebenso mächtig wie wir. Frankreich hat ein kriegerisches Volk und hat jederzeit geschickte Heerführer gehabt. Es ist ein Zufall, wenn sie uns unterlegen sind. Es wäre eine Überhebung, zu sagen, daß Frankreich als geschlagen zu betrachten wäre, wenn es uns gegenübersteht. Die Möglichkeit werden Sie mir nicht bestreiten, daß ebensogut, wie wir Frankreich geschlagen haben 1870, Frankreich siegreich sein kann, nachdem es seine Armee verdoppelt, seine Reserven verdreifacht hat. Frankreich ist unendlich viel stärker, als es gewesen ist. Wenn wir geschlagen würden, wenn der Feind in Berlin stände, was würden dann seine Bedingungen sein? Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüberfinden, unter deren Herrschaft wir 1807 bis 1813 gelitten haben, die uns ausgepreßt haben bis zur Blutleere. Das Geld ist das wenigste! Man würde, von der Rheingrenze ausgehend, uns vom Rhein so viel abnehmen, wie man könnte; ich glaube nicht, daß man sich mit Elsaß-Lothringen begnügen würde, man würde ein gleiches dazu verlangen den Rhein abwärts. Man würde die Herstellung des Königreichs Hannover verlangen ... Wir würden Schleswig an Dänemark verlieren. Uns in Polen lästige Bedingungen aufzuerlegen, ist so lange schwierig, als man nicht mit Rußland einverstanden ist ... Aber man könnte uns doch immerhin die Bedingung auferlegen, daß Frankreich Garant der Rechte ist, welche der König von Preußen seinen polnischen Untertanen zu gewähren hat ... Wir würden ähnlich verfahren, wenn wir wieder als Sieger in Paris sind. Wir würden uns bemühen, Frankreich auf dreißig Jahre außer Stand zu setzen, uns anzugreifen. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderspiel sein gegen den von 1890 ... Der Versuch, den Stand des Heeres von den wechselnden Majoritäten und Beschlüssen des Parlaments abhängig zu machen, also aus dem kaiserlichen Heer ein Parlamentsheer zu machen, für dessen Bestand die Herren Windthorst und Richter zu sorgen haben, wird nicht gelingen ... Wir wollen die Krisen nicht häufen, wir wollen den Gedanken nicht aufkommen lassen, als wären Sie berechtigt, einseitig, ohne Mitwirkung des Bundesrats und des Kaisers, über den Bestand des deutschen Heeres zu verfügen. Gegen diesen Gedanken würden wir an die Wähler appellieren ...“ In neuerlicher Rede betonte Bismarck eine andere Kriegsgefahr; es ist möglich, „daß ähnlich wie unter dem dritten Napoleon, die Unternehmungen nach außen hin als Sicherheitsventil für die innern Angelegenheiten dienen sollten, daß man im Innern (Frankreichs) nicht mehr weiß, wo aus noch ein, daß man in Verlegenheit ist, aus der man sich dadurch zu ziehen sucht, daß man auf einen friedliebenden Nachbar einhaut ... Warum sollte nicht zum Beispiel der General Boulanger, wenn er ans Ruder käme, dasselbe versuchen? ... Sie können

mir erwidern, man hätte die Bevölkerung schon früher darauf vorbereiten müssen, vor zwei Jahren bei den Wahlen. Wir hatten aber immer noch die Hoffnung, daß es uns gelingen würde, die Stimmung in Frankreich zu besänftigen ... Wir haben uns schwer dazu entschlossen, und diese ganze Äußerung, die ich heute ausspreche, hätte ich lieber zurückgehalten, wenn sie nicht notwendig gewesen wäre."

Windthorst. Windthorst leugnete, daß ein Hannoveraner existiere, der mit Hilfe des Auslands eine Wiederherstellung der Selbständigkeit seines Landes begehrte. Bismarck nannte den toten König Georg V. Windthorst aber erklärte weiter: „Wir sind der Hoffnung, daß es einen Moment geben wird, wo im Gerechtigkeitssinn die deutschen Fürsten und Völker selbst die Herstellung verlangen ... Die ganze Differenz zwischen uns und der Regierung würde lediglich darin liegen, daß die Regierung sieben Jahre verlangt, wir nur drei. Das heißt, daß über drei Jahre der Reichstag in der Lage sein soll, zu prüfen, ob nicht irgend welche Reduktionen möglich sind ... Das deutsche Volk soll wissen: wir haben alles bewilligt, alles, jeden Mann, jeden Groschen, unter der Bedingung, daß wir in drei Jahren wieder prüfen ... In Österreich, England, Frankreich wird alle Jahre bewilligt, in allen konstitutionellen Ländern. Diese einjährige Bewilligung würde am sichersten die Armee parlamentarischer Diskussion entziehen."

Bismarck. Bismarck erwiderte auf diese und andere Reden: „Der Herr Abgeordnete hätte gewünscht, daß die deutsche Politik ganz und voll mit Österreich ginge ..., daß wir uns um die orientalische Frage mehr interessieren sollten. Unsere Beziehungen zu Österreich beruhen auf dem Bewußtsein, daß die volle großmächtliche Existenz des andern eine Notwendigkeit für den einen ist; aber sie beruhen nicht auf der Grundlage, wie man es im ungarischen Parlament ausgelegt hat, daß eine von beiden Nationen sich vollständig in den Dienst der andern stellen kann. Das ist ganz unmöglich. Es gibt spezifisch österreichische Interessen, für die wir uns nicht einsetzen können; es gibt spezifisch deutsche Interessen, für die Österreich sich nicht einsetzen kann. Wir haben von Österreich nie verlangt, daß es sich in unsere Händel mit Frankreich mische, ... oder wenn wir mit Spanien über Lumpereien wie die Karolinen in Händel kommen ... Was Österreich in Konstantinopel für Interessen hat, das wird es allein zu beurteilen haben. Wir haben dort keine. Wenn Windthorst einmal mein Nachfolger sein wird, dann wird er ja entscheiden können, daß wir in Konstantinopel Interessen haben, die uns einen Krieg mit unserm zweihundertmeiligen Grenznachbar Rußland ertragen lassen können ... Die Politik zweier Großstaaten nebeneinander kann man vergleichen mit der Lage zweier Reisenden, die einander nicht trauen, in einem wüsten Wald: wenn der eine die Hand in die Tasche steckt, dann spannt der andere schon seinen Revolver, und wenn er den Hahn des ersten knacken hört, feuert er schon. Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, was wir denn zu befürchten hätten, wenn Rußland unser Verbündeter sei. Ich weiß nicht, woher er weiß, daß Rußland unser Verbündeter ist ... Wir haben auf kein Bündnis zu rechnen, wenn wir mit Frankreich kämpfen ... Der Abgeordnete hat ferner gesagt, das Verhältnis zu Frankreich sei 1881 schon dasselbe gewesen ... Aber militärisch ist die Sache doch ganz anders. Die französische Armee war 1881 nicht so stark wie heute." Bismarck erinnerte auch an die welfische Legion und an Briefe

König Georgs, darin er die Hoffnung aussprach, durch Napoleon in sein Reich wieder eingesetzt zu werden.

Am folgenden Sitzungstag warf Bismarck Windthorst vor, daß er den „Zivil-Moltke“ spiele. Er verteidigte sich gegen den Vorwurf, daß er einmal die Karolinenfrage für sehr wichtig gehalten und sie nun eine Lumperei nenne; man müsse unterscheiden zwischen Spanien und den Karolinen. — Richter griff den Kanzler heftig an: „Die Art, wie er diesen Kampf auf- Richter.
sucht, die künstliche Art, wie die Auflösung des Reichstags herbeigeführt wird, ist uns ein Beweis dafür, daß er selbst den Boden seines politischen Systems nicht mehr für sicher hält.“ — Bismarck las Stellen aus der „Volkszeitung“ vor: „Die brutalsten Ausbrüche des zarischen Despotismus ruhig hinnehmen, das konnten die Diplomaten des Deutschen Bundes auch... Wenn Deutschland in der Weltpolitik auf diese bescheidene Rolle sich beschränken wollte, dann hätte das deutsche Volk sich die Ströme von Blut sparen können, welche dazu gehörten, das Deutsche Reich zu gründen.“ Und die „Germania“ schrieb: „Ein großer Moment ist jetzt für den deutsch-österreichischen Bund gekommen: Die Versperrung der Straße nach Konstantinopel gegen Rußland ist möglich.“ Darauf erwiderte Bismarck: „Also dazu sollen wir deutsche Truppen hergeben, um den Russen die Straße nach Konstantinopel zu versperren? ... Ich habe (1867) im Rate des Königs gesagt: Es handelt sich hier nicht um einen einmaligen Krieg, sondern um eine ganze Reihe von Kriegen, die vielleicht ein halbes Jahrhundert hindurch dauern. Ein ähnliches Verhältnis der Spannung durch einen Krieg mit Rußland einzurichten, neben der französischen, das zu verhindern, ist Aufgabe einer vaterlandsliebenden Diplomatie. Und wegen Bulgarien, wegen Hekuba, werden wir unser Verhältnis mit Rußland nicht brouillieren... Wenn ein Blatt wie die „Germania“ so bemüht ist, den Russen Feinde zu schaffen, so drängt sich die Frage auf, würde sie ebenso eifrig dahinarbeiten, wenn Rußland ein katholisches Land wäre?“ Da Windthorst Windthorst.
einen Bund zwischen Hannover und Frankreich mit Recht auf eine Linie stellte mit dem italienisch-preußischen Bündnis von 1866, entgegnete Bismarck, in jenem Fall wäre das linke Rheinufer für Deutschland verlorengegangen, im andern Fall nicht, sondern höchstens italienisches Land. „Ob es für Österreich ein Segen war, in Italien zu herrschen, das ist in Österreich selbst eine sehr zweifelhafte Frage; aber von deutschem Lande war in dem Bündnis keineswegs die Rede.“ (Wir wissen aber, daß allerdings auch die Rheingrenze bedroht war.) — Windthorst entgegnete, die vitalsten Interessen Österreichs, des Bundesgenossen, seien im Orient betroffen. Wie nun, wenn Österreich um dieser Interessen willen zu tun bekäme? Wenn Galizien abgerissen würde? Das Verhältnis des Reichstags in bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten sei ein ungesundes, der Reichstag habe den Zeitpunkt versäumt, auf diesem Gebiete sich geltend zu machen, er sei von diesen Angelegenheiten ganz ausgeschlossen. Bismarcks Mißtrauen gegen den Reichstag lasse ein gedeihliches Zusammenwirken nicht zu. Er möge doch endlich die entlegenen Dinge über Hannover und die Welfen nicht außer jedem Zusammenhang aufs Tapet bringen. Nach der Schlußsitzung, da der Reichstag mit 183 gegen 154 Stimmen nicht auf das Septennat einging, kündigte ihm Bismarck im Namen des Kaisers die Auflösung an (14. Januar).

Es begann nun sogleich die Wahlbewegung bei den verschiedenen Par-
Zentrum. teien. Im Wahlaufruf des Zentrums hieß es: „Die Auflösung erfolgte, weil die Majorität und mit ihr die Zentrumsfraktion in vollster Einmütigkeit ihrer Mitglieder zwar die verlangte Verstärkung des Heeres nach ihrem ganzen Umfange bewilligte, aber die Gültigkeit der neu vereinbarten Friedenspräsenzstärke auf drei Jahre, nicht, wie der Vorschlag der verbündeten Regierungen lautete, auf sieben Jahre festsetzte. Die Bewilligung geschah in voller Würdigung der politischen Lage des Augenblicks ... Im Programm (der Zentrumsfraktion) nimmt die Erkämpfung voller Freiheit und Selbständigkeit der Kirche die erste Stelle ein. Gern erkennen wir an, daß die Wendung zum Bessern, welche auf diesem Gebiete vor einigen Jahren eingetreten ist, noch weiter angehalten hat ... Aber noch ist der sogenannte Kulturkampf nicht beendet, noch bestehen die Reichsgesetze in Kraft, welche die Kirche mit Mißtrauen einengen und der Allgewalt des Staates ausliefern, die segensreiche Tätigkeit ihrer Diener und Ordensgenossenschaften lähmen und die verfassungsmäßigen Rechte von Millionen Reichsbürgern, sogar das ursprüngliche Recht ans Vaterland, das Heimatsrecht, verletzen. Nur verhängnisvolle Selbsttäuschung könnte zu der Meinung verführen, als dürften die im Interesse der Kirche erhobenen Forderungen von nun an aus dem politischen Streite ausscheiden. Die Zentrumsfraktion wird sie solang erheben, bis sie voll und ganz erfüllt sind. Mit der Forderung der kirchlichen ist die Wahrung der bürgerlichen Freiheit unzertrennlich verbunden. Das deutsche Volk hat schwer genug unter der Herrschaft des falschen Liberalismus gelitten; absolutistischen Regungen aber wird es immer unzugänglich bleiben. Die Zentrumsfraktion wird jedem Versuche, die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes zu schmälern, einen unbeugsamen Widerstand entgegenstellen. Nicht minder wird die Aufrechterhaltung des geschichtlichen und verfassungsmäßigen Grundcharakters des Deutschen Reiches, als eines Bundesstaates, auch künftighin unsere ernsteste Sorge sein ... Die Zentrumsfraktion hat sich bei der wechselnden Verschiebung der Parteien als der unerschütterte ‚feste Turm' erwiesen... Vorwärts mit Gott für Wahrheit, Freiheit, Recht!"

Wie man sieht, spielte die religiöse Frage sehr stark in die politische hinein. Bismarck glaubte seine „Kulturfriedenspolitik" fortsetzen zu können, indem er den Papst gegen das Zentrum mobilisierte. Das hatte in religiösen, kirchlichen Dingen seine Berechtigung, artete aber in diesen politischen Fragen fast bis zur Erpressung aus; Bismarck veranlaßte durch
Papst. diplomatischen Druck den Papst, durch den Kardinalstaatssekretär dem Nuntius in München anzudeuten, daß er ein Eintreten des Zentrums für das Septennat wünsche. Das Schreiben des Kardinals vom 21. Januar war sehr vorsichtig abgefaßt und ließ die erzwungene Lage des Papstes nicht im Zweifel. Es hieß darin: „Dem Zentrum in seiner Eigenschaft als politischer Partei ist stets Aktionsfreiheit eingeräumt worden ... Wenn der Heilige Vater geglaubt hat, dem Zentrum seine Wünsche hinsichtlich des Septennats aussprechen zu müssen, so ist das dem Umstande zuzuschreiben, daß diese Frage mit Fragen von religiöser und

moralischer Bedeutung zusammenhängt. Zunächst lagen triftige Gründe vor, anzunehmen, daß der endgültigen Revision der Maigesetze ein mächtiger Impuls und eine große Berücksichtigung seitens der Regierung zuteil geworden wäre, wenn diese durch das Benehmen des Zentrums bei der Abstimmung über das Septennat befriedigt worden wäre. Der Heilige Stuhl hätte dann durch Vermittlung des Zentrums auf Erhaltung des Friedens hingearbeitet und sich auf diese Weise die Berliner Regierung verpflichtet und freundlich für die Katholiken gestimmt. Der Heilige Stuhl wollte sich auch dadurch dem Deutschen Kaiser und dem Fürsten Bismarck angenehm machen, um das mächtige Deutsche Reich für die Verbesserung seiner eigenen Lage günstig zu stimmen . . ."

Windthorst.

Im preußischen Abgeordnetenhaus sprach Bismarck am 24. Januar so feindselig gegen den Reichstag, daß Windthorst schloß, „es scheine darauf abgesehen, das allgemeine Wahlrecht zu beseitigen und aus den Einzellandtagen Delegationen zusammentreten zu lassen an Stelle des Reichstags. Es gab eine Zeit, wo auch andere diesen Weg für richtig hielten; dies war zur Zeit des Deutschen Bundes, als Österreich derartige Bildungen vorschlug (1863). Damals hat Preußen durch den Mund Bismarcks sich diesem Streben entgegengesetzt; es galt damals, die Sympathie des Volkes zu gewinnen und hiezu paßte das allgemeine Stimmrecht. Jetzt ist dieses Übertrumpfungsmittel unangenehm geworden; man wird immer an dem gestraft, womit man gesündigt hat . . . Eine solche Schilderung der Reichstagsmajorität aus dem Mund eines Ministers zu hören, war sehr wunderbar . . . Ich kann Ihnen aber nicht verhehlen, daß alle Parteien, die Nationalliberalen nicht ausgenommen, vom Reichskanzler bereits als Reichsfeinde hingestellt sind." — Richter führte aus, Bismarck sei ein Vater, der seine eigenen Kinder verzehre; das erhelle auch aus der Kirchengesetzgebung. Er spreche von Verfassungstreue, habe aber eine Ansicht von der Verfassung, die niemand teile. Er verwechsle die Begriffe reichstreu und bismarcktreu. — Bismarck erwiderte ebenso heftig: „Ich muß die Vaterschaft der Kirchengesetze ganz entschieden in Abrede stellen, wenn ich auch die Verantwortlichkeit nicht ablehnen will. Nachdem ich das Bedürfnis einer Revision der Kirchengesetze anerkannt habe, bin ich zurückgegangen, und ich würde noch weiter zurückgegangen sein, wenn ich den Beistand meiner Kollegen gefunden hätte. Jeder Fortschritt der preußischen Monarchie, alles, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der Fortschrittspartei bekämpft worden. Trotzdem aber ist es zustande gekommen."

„Auf des Messers Schneide."

Ein neues Kriegsgefahrzeichen war das Pferdeausfuhrverbot vom 25. Januar. Die Spannung wurde erhöht durch einen inspirierten Artikel in der „Post" unter dem Titel „Auf des Messers Schneide" (31. Jan.). Es hieß darin: Die Stellung Boulangers sei nicht nur befestigt, sondern zur Zeit vielleicht unangreifbar. Der General, gestützt auf die radikalen Chauvinisten, beherrsche auch die friedliebenden Massen, die durch jahrelanges Schüren in ihrem Urteil verwirrt seien. Boulanger könne kaum mehr zurück, er treibe sicher dem Kriege zu.

Allerdings suchte in Frankreich der Ministerpräsident Goblet noch den Frieden zu erhalten. Aber große Pferdeankäufe im Ausland zeugten

von den französischen Kriegsrüstungen. Boulanger befestigte die Ostgrenze, namentlich Toul und Verdun. Barackenbauten wurden beschleunigt, Melinitbomben angefertigt und Schießversuche damit ausgeführt. Prinz Viktor Bonaparte benützte die Erregung, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Im Senat suchte wohl der Alterspräsident Carnot am 11. Januar, an den französischen gesunden Menschenverstand zu appellieren, der sich nicht durch Furcht vor dem Fremden verwirren läßt. Man kenne in Frankreich allein keine Militärpartei. Die französische Armee sei wesentlich ein Zivilkorps und sie wünscht, nicht nötig zu werden. Übrigens würde sie auch zeigen können, was sie seit fünfzehn Jahren gelernt hat. Einen starken Dämpfer gaben die Kolonialsorgen ab. Der Artikel der „Post" wirkte panikartig und als kalter Wasserstrahl.

In Österreich-Ungarn zog man aus Bismarcks Äußerungen den Schluß, daß die Monarchie die größten Anstrengungen machen müsse; denn je gerüsteter man sei, um so leichter werde dem Fürsten Bismarck die Vermittlung mit Rußland fallen. Kol. Tisza erklärte im ungarischen Abgeordnetenhaus die Behauptung des Dimitrijevics, daß jeder im Hause den Krieg mit Rußland wünsche, für unwahr (Ende Januar).

Die russische Regierung hemmte die Kriegshetze der Presse, indem sie das Moskauer Blatt „Rußkoje Djelo" auf drei Monate unterdrückte. Aber unbeanstandet konnten Moskauer Notabeln dem französischen General Saussier einen kunstvollen Speisetopf, das russische Symbol der Brüderlichkeit, schicken, als Anerkennung für eine Rußland verherrlichende Rede. An der Westgrenze waren verstärkte Truppenbewegungen bemerkbar. Außergewöhnliche Rüstungen wurden gemacht, Baracken in Polen gebaut u. dgl.

Im englischen Oberhaus widerlegte Lord Salisbury die Gerüchte, daß man die Wiedereinsetzung des Fürsten Alexander in Bulgarien beabsichtige; die Wiederwahl des Prinzen sei unpraktisch und werde auch von keiner anderen europäischen Regierung angestrebt (27. Jan.).

Das politische Hauptgewicht lag auch während des Februars im Deutschen Reich und hier blieb die Stellung zum Wunsche des Papstes in der Septennatfrage von größter Wichtigkeit. Windthorst sprach denn auch geradezu triumphierend über diese für die katholische Sache so wichtige Wendung auf einem Parteitag in Köln, 6. Februar: „Der Papst billigt die Fortdauer des Zentrums, spricht ihm Freiheit zu in Fragen weltlicher Natur. Er basiert seinen Wunsch lediglich auf Zweckmäßigkeitsgründen politischer Erwägungen und Beziehungen. Diesen Wunsch auszuführen sei aber eben aus politischen Gründen leider unmöglich. Das wird der Papst gewiß nicht übelnehmen, wenn er diese Gründe kennt. Ehemals hat man dem Papst seine Kompetenzen in Deutschland entziehen wollen; heute ist seine Autorität mehr als je anerkannt. In äußern wie innern Angelegenheiten ruft man ihn zu Hilfe. Wir sind stolz auf diesen Sieg des Papstes. Nach Bismarcks Erklärungen ist ein Krieg kaum wahrscheinlich, aber wir alle sind dafür, gerüstet zu sein." Die Versammlung sprach dann die Hoffnung aus, daß die glücklich begonnene Wiederherstellung des kirchlichen Friedens wirklich unter Führung des Papstes gelingen möge und daß der Einfluß des Deutschen Reiches auch wirklich imstande sein werde, die unhaltbare Lage des Papstes zu verbessern; das Zentrum dürfe keine Gelegenheit im Reichstage versäumen, um darauf hinzuwirken.

Septennat.

Auf Bismarcks neuerliches Drängen ließ der Papst durch den Kardinalstaatssekretär Jacobini ein neues Schreiben an den Nuntius in München richten, das am 9. Februar bekannt wurde; datiert war es vom 3. Januar. Darin hieß es: „Im Hinblick auf die nahe bevorstehende Revision der Kirchengesetze wünscht der Heilige Vater, daß das Zentrum die Vorlage des militärischen Septennats in jeder demselben möglichen Weise begünstige. Es ist bekannt, daß die Regierung auf die Annahme dieses Gesetzes den größten Wert legt. Wenn es nun infolgedessen gelingen sollte, die Gefahr eines nahen Krieges zu beseitigen, so würde das Zentrum sich sehr verdient gemacht haben um das Vaterland, um die Humanität und um Europa. Im entgegengesetzten Falle würde man nicht verfehlen, ein feindliches Verhalten des Zentrums als unpatriotisch zu betrachten. Durch die Zustimmung des Zentrums würde die Regierung den Katholiken wie auch dem Heiligen Stuhle geneigter werden. Die Katholiken würden entschädigt werden durch den vollständigen religiösen Frieden, der doch das höchste aller Güter ist." Die Veröffentlichung geschah offenbar, um den guten Willen des Papstes zu zeigen. Darauf schrieb aber der Freiherr v. Franckenstein als Führer des Zentrums an den Nuntius: „. . . daß das Zentrum immer glücklich war, den Weisungen des Heiligen Stuhles nachzukommen. Ich habe mir aber schon 1880 erlaubt, aufmerksam zu machen, daß es für das Zentrum unmöglich ist, bei nicht kirchlichen Gesetzen gegebenen Direktiven Folge zu leisten. Nach meiner Ansicht würde es ein Unglück für das Zentrum und eine Quelle von Unannehmlichkeiten für den Heiligen Stuhl sein, wenn das Zentrum in Fragen, welche die Rechte der Kirche nicht berühren, sich Instruktionen vom Heiligen Stuhl erbitten würde." Nur eine Anzahl von 36 adeligen „Staatskatholiken" des Rheinlandes veröffentlichte am 15. Februar in der protestantischen „Kreuzzeitung" eine gegenteilige Erklärung; ebenso ein Teil des schlesischen Adels; sie wollten eine neue „katholisch-konservative Partei" gründen.

Indessen rüstete auch das deutsche Heer. Im Elsaß war man vor der französischen Patriotenliga auf der Hut. Aus den Wahlen zum Reichstag, 21. Februar, ging das Zentrum ungeschwächt hervor; allerdings siegten sonst die Septennatsparteien; der Freisinn unterlag völlig. Sehr übel fielen die Wahlen in Elsaß-Lothringen aus.

Die wichtigste Friedensbürgschaft schien in der Erneuerung des Dreibunds vom 20. Mai 1882 zu liegen, die mit Italien am 20. Februar nach fünfjähriger etwas stiller Wirksamkeit abgeschlossen wurde. Darüber erhielt die „Kölnische Zeitung" am 27. Februar aus Rom folgende Mitteilung: „Während des deutschen Wahlkampfes und des schleppenden Ganges der italienischen Krise war die Diplomatie tätig, zu den bestehenden Friedensbürgschaften neue hinzuzufügen; die Verhandlungen zwischen den Teilnehmern an dem Verteidigungsbunde zwischen Deutschland, Österreich und Italien wurden eifrigst betrieben und führten zu einem günstigen Schlußergebnis. Obschon strengstes Geheimnis bewahrt wurde, gelangte der wesentliche Inhalt dieser Abmachungen zur Kenntnis der nicht beteiligten, aber meistinteressierten Großmächte, was

Dreibund.

gewisse der jüngsten, anscheinend inspirierten heftigen Ausfälle gegen Deutschland erklärt. Für Deutschland ist in diesen Enthüllungen von höchst beruhigender Wichtigkeit, daß bei einem französischen Angriff gegen Deutschland Italien tätig eingreift, bei einem russischen Angriff gegen Österreich aber neutral bleibt."

Die Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibunds waren in Italien mit einer Ministerkrise verbunden. Die Niederlage der Italiener in Ostafrika zwang den Grafen Robilant abzutreten (8. Febr.), ihn, der der Haupturheber des ersten Dreibunds vom 20. Mai 1882 war. Etwas genauere Mitteilungen über den Dreibund verdanken wir den Memoiren Crispis. Er sagt darüber (S. 161 ff.), die ersten Jahre nach 1882 seien so unfruchtbar gewesen, daß in der Öffentlichkeit kaum vom Vertrag die Rede war. Kaiser Franz Josefs Weigerung, den König in Rom zu besuchen, erschwerte auch des Königs Plan, den Kaiser Wilhelm in Berlin zu sprechen. Trotzdem kam der Deutsche Kronprinz offiziell 1883 nach Rom. Aber Österreich zeigte Mißtrauen, Bismarck Gleichgültigkeit. Erst als Robilant im Oktober 1885 Ministerpräsident wurde, widmete er allen Eifer der Erneuerung und Festigung des Bündnisses, das er 1882 unter ungünstigen Bedingungen abgeschlossen hatte. Er wollte es praktischer und herzlicher gestalten. Bismarck war dazu bereit, denn seiner „Liebedienerei" gegen Frankreich (167) war eine Enttäuschung gefolgt; Frankreich hatte sich durch die Begünstigung seiner Kolonialpläne nicht von der Revanche abbringen lassen. Italien stellte nun aber schärfere Bedingungen: Garantie des Status quo im Mittelmeer und auf der Balkanhalbinsel. Diese Bedingungen wurden angenommen und der neue Dreibund wurde am 20. Februar 1887 zu Berlin unterzeichnet. Um den neuen Verpflichtungen gerecht zu werden, vermittelte Bismarck die engere Freundschaft Englands mit Italien, die auf eine Art Teilung der Hegemonie im Mittelmeer hinauslaufen sollte. Bismarck tat das, indem er dem englischen Botschafter in Berlin Sir E. Malet andeutete, im Fall von Englands Weigerung sei es für Deutschland ein Leichtes, Frankreich für sich zu gewinnen, indem er es in Ägypten kräftiger unterstütze; ebenso könne er Rußland gewinnen, wenn er ihm die Besetzung des Bosporus und der Dardanellen nicht verwehre. Sir Malet erschrak und sagte, das würde den Krieg Englands gegen Rußland bedeuten (172). — Über seinen Besuch in Friedrichsruhe erzählt Crispi (223), Bismarck habe gemeint, es mache wenig aus, ob die Russen nach Konstantinopel gingen; sie würden sich mit dieser Eroberung schwächen. Crispi war mit Recht anderer Meinung. Italien müsse an seiner Politik im Krimkrieg festhalten. Crispi wünschte die Ergänzung des Dreibunds durch eine genaue Militärkonvention. Bismarck versprach es. — Crispi erwähnt noch (S. 279) die Tat-

Crispi.

sache, daß ihm als Ministerpräsidenten bereits im November 1887 auch der Inhalt des Geheimvertrags von 1879 zwischen Österreich und Deutschland mitgeteilt wurde. Der Vertrag war also bis dahin auch für Italien ein Geheimnis, seinem Wortlaute nach.

Auch Österreich rüstete im Februar, und in beiden Parlamenten wurde die Notwendigkeit der Kriegsbereitschaft erörtert. Es wurde darauf hingewiesen, daß alle Staaten Europas, die Schweiz und Belgien nicht ausgenommen, das gleiche täten. Die Pferdeausfuhr wurde verboten, Nachtragskredite wurden für das Heer gefordert und gewährt.

In Frankreich entstand ein Streit zwischen Kriegs- und Friedensfreunden, zwischen den Ministern Boulanger und Flourens. Der „Intransigeant" schrieb: „Ihr wollt Boulanger los sein; wir rufen laut: er muß bleiben! Wer nicht für Boulanger ist, ist für die Invasion. Wir wollen, daß Flourens fortgejagt werde; Frau Flourens ging zum deutschen Botschafter, um ihm eine Mitteilung zu machen." Man sagte, Boulanger habe an den Zaren einen Brief absenden wollen, die andern Minister hätten das verhindert. Boulanger.

In England erörterte die ministerielle „Morningpost" die Frage: „Können die Zentralmächte auf Großbritannien rechnen, um (im Orient) die Bestimmungen des Berliner Vertrags durchzuführen und dadurch den Frieden zu erhalten? Die Antwort Englands muß kategorisch bejahend ausfallen. Es würde geradezu Selbstmord bedeuten, sich für eine Politik strikter Nichtintervention zu erklären. Das letztere fürchtet man in Berlin, indem man annimmt, daß Englands Parlamentarismus verhindern werde, daß es seine vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen erfüllt." Sonst drohe die Wiederbelebung der Heiligen Allianz, die zur Isolierung und Demütigung Englands führe. Damit stimmte es, daß der englische Botschafter in Konstantinopel, White, am 6. Februar den Auftrag erhielt, sich an den österreichischen und reichsdeutschen Botschafter anzuschließen.

Katkow erörterte am 4. Februar in einer Moskauer Zeitung im Anschluß an Bismarcks Reden die Möglichkeit eines deutsch-russischen Zusammenstoßes und bezweifelte Bismarcks Ehrlichkeit als Makler zwischen Rußland und Österreich. Bismarck müsse sich von der Prätension einer Allerweltsdiktatur lossagen, dieser napoleonischen Idee, welche auch den beiden Napoleons mißlang. Man erörterte auch in Rußland die Haltung der Tschechen im Fall eines Krieges: die Tschechen seien nach Riegers Worten eine mächtige Festung im Herzen Europas, welche das deutsche gegen Osten flutende Meer in seine natürlichen Grenzen zwinge und den Rücken des slawischen Ostens decke. Allerdings fürchte die russische Regierung die Errichtung eines tschechischen Staates, da dies die Wiederherstellung des Königreichs Polen nach sich ziehe. Rieger riet daher, wie man sagte, zu einem österreichisch-russischen Bündnis.

Kaiser Wilhelm legte beim Empfang des neuen Reichstagspräsidiums am 6. März die stärkste Betonung auf die völlige Lösung der kirchlichen Verwicklungen, weil er sich davon auch den größten Erfolg für die Heeresvorlagen versprach. Freiherr v. Franckenstein erklärte allerdings im Reichstag im Namen des Zentrums, dieses werde sich aus verständlichen Rücksichten an der formellen Abstimmung nicht beteiligen. Kaiser Wilhelm.

Bei der Vollendung seines 90. Lebensjahres, 22. März, richtete Kaiser Wilhelm an den Reichskanzler einen Erlaß, darin es hieß: „Die göttliche Vorsehung hat meine Wege, wenn auch nicht ohne schwere Prüfungen, sicher geleitet und zu glücklichen Zielen geführt. Gottes reichster Segen hat auf meiner Arbeit geruht."

Julius Grosse begrüßte den Kaiser mit diesen Versen: „Welch ein ruhmvoll Heldenwallen, reich an unerhörten Siegen, längst verschwunden sind die Raben, die um den Kyffhäuser fliegen. Auferstanden mit dem Kaiser ist das Glück der alten Zeiten, schirmend sich die Friedenszweige ob Europas Völkern breiten." Letzteres paßte allerdings nicht zur Kriegsgefahr dieser Tage.

Am gleichen Tag verlieh der Kaiser den Schwarzen Adlerorden an den italienischen Minister des Äußern, Grafen Robilant, als Siegel auf die Erneuerung des Dreibunds. Nach maßgebenden Stimmen des In- und Auslands sollte das Bündnis der drei Staaten eine vollständige Deckung auf dem Boden der Defensive gewähren.

Kirchenpolitik.

Im preußischen Herrenhaus führte Bismarck in einer großen Rede vom 23. März nochmals all seine Kirchenpolitik zugunsten des Septennats ins Treffen. Er sagte: „Meine Stellung zur Sache ist keine konfessionelle, keine juristische; sie ist eine rein politische; ich stehe auf dem Opportunitätsstandpunkte ... Jetzt kommt es darauf an, den Frieden herzustellen. Ich kann mir nicht denken, daß die Mehrzahl meiner Glaubensgenossen so empfindlich sein sollte, daß bei ihnen der bloße Anblick einer schwarzen Kutte Widerwillen errege. Es kommt jetzt darauf an, ob unsere katholischen Landsleute glauben, ohne Zulassung von Geistlichen leben zu können oder nicht ... Ich bin nicht berechtigt, eine Kritik darüber zu üben ... Für mich ist es entscheidend, daß man auf katholischer Seite daran hängt." In bezug auf die Strafgewalt der Geistlichen sagte Bismarck: „Wer die Disziplinen der Kirche nicht anerkennt, soll nicht Geistlicher werden ... Ich frage nach der ganzen Anzeigepflicht nichts ... Meiner Überzeugung nach ist die Abhängigkeit unserer eigenen Reichsgenossen von inländischen Oberen viel größer (als die Abhängigkeit der Orden von ausländischen Oberen). Der Kadavergehorsam unserer politischen Fraktionen gegen ihre Führer ist viel unwürdiger als der der Klosterorden gegen Rom. Auch die propagandistische Tendenz wird von den parlamentarischen Fraktionsorden mit weit größeren Mitteln betrieben als von den geistlichen Orden ... Der ganze bisherige Kampf hat nur durch die parlamentarischen Interessen, durch Bündnisse und durch den Kampfeszorn, in welchen sich der Deutsche mit Vorliebe versetzt, wo es sich um theoretische Fragen handelt, einen so lebhaften Charakter angenommen ... Dies trat zuerst ein, als das Zentrum aufhörte, eine rein konfessionelle Vereinigung zu sein, und anfing, den Staat zu bekämpfen, mit Hilfe der Welfen, dann der polnisch-französischen Partei; sodann trat die Unterstützung durch die sozialdemokratische Partei ein und zuletzt auch die der Fortschrittspartei. Auf diese Weise entstand eine regierungsfeindliche Majorität ... Wo es sich um eine Aussöhnung zweier Bruchteile des deutschen Volkes handelt, müssen wir preisgeben, was nicht unentbehrlich ist ... Die Frage, ob wir mit den Katholiken einig sind oder nicht, ist von großer Wichtigkeit und beschränkt sich nicht nur auf unsere inneren Verhältnisse, sondern erstreckt sich auch auf die äußeren; daß zum Beispiel unser Ver-

hältnis zu Österreich besser sein wird, wenn wir keine katholischen konfessionellen Streitigkeiten haben, liegt auf der Hand ... Wenn Papst Leo XIII. für den Frieden eintritt und das Zentrum sich dem Willen des Papstes entgegensetzt, so ist mir der Sieg des Papstes nicht zweifelhaft ... In diesem Kampf müssen wir den Papst unterstützen ... Wenn wir erst den Frieden mit dem Papste haben, brauchen wir das Zentrum nicht mehr zu fürchten. Wenn Kaiser und Papst einig sind, so können wir diesem Kampfe mit Ruhe entgegensehen." Auch Bischof Kopp erklärte sich, wenn auch „mit schwerem Herzen", für die Vorlage der Regierung, des Friedens wegen. — Der zur Beglückwünschung des Kaisers eingetroffene päpstliche Abgesandte Galimberti äußerte sich am 27. März etwa folgendermaßen: „Nach der Ansicht der Kurie vollzieht sich mit der Annahme der jetzigen kirchenpolitischen Novelle die Beendigung des Kulturkampfes und der endgültige Abschluß des Friedens. Durch die neuen Gesetze sind der katholischen Kirche in Preußen alle wesentlichen Bedingungen zugestanden, die notwendige Voraussetzungen für die Freiheit der Kirche sind. Alle Wünsche ohne Ausnahme sind auch in katholischen Ländern, wie Belgien, Frankreich u. s. w., nicht erfüllt. Es ist zu hoffen, daß das loyale und freundschaftliche Verhältnis von Dauer sein werde."

In den österreichischen Delegationen empfahl Graf Kalnoky anfangs März die Annahme der militärischen Kredite, nicht damit der Krieg vorbereitet, sondern damit der Friede gesichert werde. Die erzielte Einstimmigkeit werde als imposante Kundgebung die Friedenshoffnungen wesentlich stärken. Im Zusammenhang damit wurden alle Angriffe auf die einheitliche deutsche Armeesprache abgelehnt.

Lesseps.

Ein Aufenthalt Lesseps in Berlin, 8. bis 13. März, und seine Unterredungen mit Kanzler, Kaiser und Kaiserin schienen friedlichen Zwecken zu dienen. Boulanger fand immer weniger die Unterstützung besonnener Kreise. Auch die Vorsorge für die Pariser Weltausstellung 1889 schien die Kriegslust zu dämpfen; freilich lehnten alle Monarchien Europas die Teilnahme an dieser revolutionären Gedenkfeier ab. Die Regungen der Kommunefreunde machten auch die Regierung vorsichtiger. England hatte mit den Iren, Italien mit Massauah genug zu schaffen. Aus Petersburg wurde dem General Boulanger ein kostbarer Kosakensäbel gewidmet mit der Inschrift: „Dem Wagenden hilft Gott!"

Schnäbele.

Bedenklich waren deutschfeindliche Kundgebungen in den Reichslanden im April. Peinlich waren die Anschuldigungen der französischen Presse gegen Deutschland wegen militärischer Spionage. Alarmierend war die Gefangennahme des französischen Grenzkommissärs Schnäbele, des Leiters der französischen Spionage in den Reichslanden auf deutschem Gebiet, 20. April. Der Ausbruch des Kriegs schien bereits unvermeidlich, als Bismarck am 28. April dem französischen Botschafter einfach die Freilassung Schnäbeles anzeigte, da es sich herausgestellt habe, daß Schnäbele nur auf Grund dienstlicher Verabredung die Grenze überschritten habe, weshalb ihm trotz der gegen ihn vorliegenden Schuldbeweise das Recht freien Geleits gebühre. Am 18. April war Deroulede von der Präsidentschaft der Patriotenliga zurückgetreten, entweder infolge einer Pression des vorsichtigeren Ministeriums oder, wie er selber sagte, aus Erbitterung über die schwächliche Haltung der französischen Regierung. „Die Zeit sei endlich dagewesen, wo Frankreich

der Gefahr kühn entgegenblickte; Frankreich hatte eine ernste Stütze an Rußland; Italien zauderte. Nie sei die Gelegenheit so günstig gewesen, nie der Reichskanzler so unverschämt; die französische Regierung aber nahm alles hin und bereitete nichts vor. Wenn man ihr von verlornen Provinzen sprach, antwortete man: Wir verzichten auf nichts, aber wir sind nicht bereit, wir müssen warten; Deutschland bedurfte 60 Jahre, um Jena zu rächen. Deroulede fürchtete, daß, wenn man mit der Revanche noch drei bis vier Jahre warte, alles verloren sei; denn dann kommt eine neue Generation unter die Fahnen, welche die Niederlage von 1871 nicht gekannt hat und Elsaß nicht kennt; diese Generation werde die Rückeroberung nicht mehr verlangen."

Papst. Noch immer blieb die deutsche Kirchenpolitik im engen Zusammenhang mit den Kriegsfragen. Der Papst empfahl in einem neuen Schreiben vom 7. April an Erzbischof Krementz in Köln das preußische Kirchengesetz dem Zentrum zur Annahme. Eine Denkschrift Windthorsts erklärte dies Gesetz nicht als eine abschließende Revision der Kulturkampfgesetze, da noch der Kanzelparagraph, das Jesuitengesetz, das Ausweisungsgesetz, die Beschränkungen im Messelesen und Sakramentespenden, das Gesetz über die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchen, das Altkatholikengesetz fortbestünden und keine Vorsorge getroffen sei, die gesperrten Millionen der Kirche zurückzuerstatten. Dagegen schrieb Fürst Karl zu Isenburg-Birstein eine Broschüre: „Ist der Kulturkampf als beendet zu betrachten?" und bejahte die Frage.

Reichstadt. Sehr wichtig waren die Enthüllungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über das 1877 in Reichstadt zwischen Rußland und Österreich abgeschlossene Abkommen über Bosnien (20. April). Dadurch wurden Rußlands Vorwürfe widerlegt. Die Enthüllungen verstimmten allerdings sowohl in Rußland wie in Österreich. Sie wurden vom Pester Lloyd (30. April) als „der historischen Wahrheit durchaus nicht entsprechend" erklärt. Daran schloß sich eine längere Polemik.

Windthorst. Zu Beginn der Beratung im preußischen Abgeordnetenhaus über die Kirchengesetze (21. April) erklärte Windthorst: Der Heilige Stuhl habe zu erkennen gegeben, daß die Vorlage den Zugang zum ersehnten und mühsam erstrebten Frieden bilde, daß weitere Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Preußen schwebten. Daher habe der Heilige Vater in Hoffnung einer weiteren Verständigung das Zentrum aufgefordert, für die Annahme des Gesetzes einzutreten. Diesem Wunsche folgend, werde sich das Zentrum bei der Abstimmung verhalten. Richter sprach entschieden gegen
Bismarck. die Vorlage. Bismarck höhnte: Richter sei katholischer als der Papst. Bismarck bestritt Richters Bezeichnung des Papstes als eines Ausländers. Selbst wenn er es wäre, so sei es doch gerade die Aufgabe der Diplomatie, daß man sich Freunde im Ausland verschaffe. „Wenn Richter den Papst als Ausländer bezeichnet, so mag er das als Protestant tun; aber wenn ich Katholik wäre, glaube ich nicht, daß ich die Institution des Papsttums als eine ausländische betrachten würde, und von meinem pari-

tätischen Standpunkt, den ich als Vertreter der Regierung innehalten muß, gebe ich das zu, daß das Papsttum eine nicht bloß ausländische, eine nicht bloß weltallgemeine, sondern, weil sie eine weltallgemeine ist, auch eine deutsche Institution für die deutschen Katholiken ist ... Ich würde glauben, die Interessen meines Landes zu schädigen, wenn ich die Unterstützung eines ehrlichen und mächtigen Herrn, wie es der Papst ist, deshalb ablehnte, weil er eben in Rom wohnt ... Der Herr Abgeordnete hat als Grund, warum ich nach einer Majorität strebte, meinen Wunsch, im Amte zu bleiben, angeführt. Nachdem ich 25 Jahre dieses Vergnügen genossen habe, glaube ich doch in meinem 73. Jahr des Verdachts überhoben zu sein, daß diese Frage auf mich einwirkt ... Wenn Sie diese Vorlage zu Fall bringen, so zerstören Sie der Regierung die Frucht einer langjährigen und mühsamen Arbeit, die in diesem jetzt mit der Kurie gewonnenen Kompromiß ihre Krönung gefunden hat. Sie können nicht voraussehen, welche Wendung der Streit nachher nimmt, wenn der jetzige Moment nicht benützt wird ... Es ist ein landläufiges Mißverständnis, daß unser ganzer Kirchenstreit sich an das vatikanische Konzil und den Beschluß der Unfehlbarkeit geknüpft habe ... Man hat, um meinem Auftreten in diesem Streit einen konfessionellen Charakter beizulegen, darauf Bezug genommen, daß ich schon in Frankfurt (am Bundestag) antikatholisch gewesen wäre ... Ich bin nicht der Meinung, daß solche Kampfperioden in der Geschichte eines Landes durch die Willkür einzelner Menschen erzeugt werden; das sind Stücke eines breiten historischen Stromes, der sich durch unser ganzes Volksleben durch Jahrtausende hindurchzieht ... Ich glaube, daß das deutsche Reich dem Zentrum manchen Dank schuldig ist, indem es durch seinen Partikularismus einem übereilten Streben in unitarischer Richtung einen Hemmschuh anlegte. Außerdem ist das Zentrum ein Mittel gewesen, die Ansprüche der ländlichen Bevölkerung gegenüber der großstädtischen in wirtschaftlichen Fragen erfolgreich zu vertreten ... Eine Gleichheit der beiden Kirchen im preußischen Staat ist nach ihrer Beschaffenheit nicht möglich; sie sind inkommensurable Größen. Wollen Sie die volle Gleichheit haben, dann müssen Sie dem höchsten Oberhaupte der katholischen Kirche im preußischen Staate dieselben Rechte zuteilen, wie dem höchsten Oberhaupte der evangelischen Kirche: unserm König. Das ist eine Unmöglichkeit. Solange das Oberhaupt der protestantischen Kirche das volle Drittel im Anteil an unserer Gesetzgebung hat und im absoluten und alleinigen Besitz der vollziehenden Gewalt ist, mit andern Worten: solange der König von Preußen Oberhaupt der evangelischen Kirche ist, ist von einer formalen Gleichheit zwischen beiden Kirchen gar nicht zu sprechen. Außerdem steht noch im Wege, daß beide Kirchen auf ganz andern Fundamenten stehen: Die katholische Kirche ist durch den Klerus vollständig hergestellt; in der protestantischen Kirche ist die Gemeinde die Grundlage ... Der protestantischen Kirche kann damit nicht geholfen werden, daß man das Gewicht der Gemeinde in ihr vermindert und das der Geistlichkeit verstärkt ... Die katholische Kirche ist im preußischen Staat ursprünglich im Gastrecht gewesen, und daraus ist allmählich ein Mitbesitzer des Hauses geworden ... Ich möchte die Herren bitten, sich nicht dem Gedanken hinzugeben, daß das Resultat, welches (durch das Gesetz) erreicht wird, dem Bemühen eines vierzehnjährigen Kampfes nicht entspreche. Erinnern Sie sich, daß Friedrich d. Gr. den Siebenjährigen Krieg

auf dem Status quo ante geschlossen hat. Nichtsdestoweniger war der Friede ein ehrenvoller ... Niemand von uns kann die Zukunft voraussehen, beherrschen und leiten. Die ganze Weltgeschichte läßt sich überhaupt nicht machen; auf ihrem Strom kann man ein Staatsschiff steuern ... Ich habe die Vorlage mit dem Papst verabredet ... Meine politische Ehre ist dafür engagiert. Ich kann an einem Staatswesen nicht länger teilnehmen, welches mich kompromittiert, schon deshalb, weil auf dem Vertrauen meiner politischen Rechtlichkeit und Zuverlässigkeit ein wesentlicher Teil des Einflusses beruht, den ich in Europa übe. Wir können schweren Prüfungen entgegengehen in auswärtigen und innern Kämpfen. Mein Bedürfnis ist gewesen, zuvor alle inneren Streitigkeiten abzutun, die in der Tat entbehrlich für uns sind. Und für entbehrlich halte ich den Kirchenstreit." — Virchow sprach gegen die Vorlage und meinte, die Regierung sinke von Stufe zu Stufe durch ihre Nachgiebigkeit und zerstöre damit selbst ihren Nimbus. Bismarck entgegnete, er habe nie den Konflikt als dauernde Institution gewollt. Der Absolutismus des Konvents und der Guillotine läßt sich nicht auf die Dauer halten. „Ich wenigstens muß dem Versuch, unsere katholischen Landsleute gegen ihren Willen dauernd zu vergewaltigen, meine Mitwirkung versagen." Zum Artikel über die Zulassung der Orden gab Bismarck nachfolgende Erklärung: „Die Regierung ist keineswegs blind gegen die Bedenken, die dagegen sprechen, den polnischen Bestrebungen in der Provinz Posen den Beistand zuzuführen, der ihnen ohne Zweifel aus der Wiederherstellung und Wiederzulassung verschiedener Orden erwachsen kann. Sie hat sich aber nichtsdestoweniger entschließen müssen, Ihnen die Annahme der gesamten Vorlage zu empfehlen, weil durch das Abbröckeln eines Teiles das Zustandekommen der Friedensverhandlungen, welche wir mit der römischen Kurie geführt haben, wiederum in Frage gestellt werden würde..." Das Gesetz wurde denn auch mit großer Majorität angenommen. Dafür stimmten Konservative und Zentrum, dagegen Nationale und Freisinnige.

Weltgeschichte.

Staatskatholiken.

Eine von den sogenannten „Staatskatholiken" (Herzog von Ratibor, Fürst zu Isenburg-Birstein u. s. w.) unterschriebene Adresse an den Papst war zugleich im Gegensatz zum Zentrum vermeint; das erregte aber so allgemeinen Widerspruch unter den Katholiken, daß der Herzog von Ratibor und Graf Brühl am 14. Mai erklärten, die Adresse nicht abgehen zu lassen.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus benützten die Slawen die internationale Spannung zu Kundgebungen. So sagte am 3. Mai der Slowene Gregorec, indem er der Regierung das Vertrauen aussprach: „Gegen die Zollunion mit Deutschland muß ich mich verwahren, denn sie wäre der Ruin unserer Agrikultur, der Anfang vom Ende Österreichs, die Annexion... Der Dualismus ist ein Verbrechen an der Reichseinheit, eine Negation der Gleichberechtigung. Er schafft zwei große Kerker, in welchen die Deutschen und die Magyaren zu Kerkermeistern bestellt sind. Wir Südslawen glauben, daß die Tage des Dualismus gezählt sind, und hoffen, daß der magyarische Chauvinismus aus den Angeln gehoben werden wird. Es ist dazu nur notwendig, daß Österreich nicht mehr ein zweitesmal Frankreich niederwerfen läßt, und daß es seine Machtsphäre nach Saloniki hinunter ausdehne und ein südslawisches Verwaltungsgebiet schaffe, welches mächtig genug ist, den Magyaren Halt zu gebieten. Die zweite Ursache des nationalen Streites ist die Länderautonomie. Man trenne die Streitenden,

Südslawen.

man verhüte, daß die Deutschen in Angelegenheiten der Slawen und umgekehrt beschließend dreinreden. Jeder Volksstamm soll selbst Richter sein in seinen nationalen Fragen. Daher: nationale Völkerautonomie!"

Im Pester Unterhaus beantwortete der Ministerpräsident Koloman Tisza am 21. Mai eine Interpellation über die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gemachten Enthüllungen, die Vorgeschichte der Besetzung Bosniens betreffend. Er bestätigte, daß am 15. Januar 1877 zu Reichstadt im Böhmen zwischen Rußland und Österreich ein Abkommen getroffen worden sei. Dieses habe keinen Plan zur Teilung der Türkei enthalten, es seien nur von Österreich die Grenzen bezeichnet worden, innerhalb welcher sich die Machtentwicklung einer fremden Großmacht (Rußlands) auf der Balkanhalbinsel bewegen müsse, wenn sie nicht die bewaffnete Intervention Österreichs heraufbeschwören wolle. So sei für den Fall, daß die Erhaltung geordneter Zustände in Bosnien und der Herzegowina ein Einschreiten erforderlich machen würde, von Rußland Österreich das Recht zur Besetzung dieser Provinzen eingeräumt worden. Diese Abmachung habe aber nicht den Charakter einer gemeinsam einzuleitenden Aktion gehabt. Der Friede von San Stefano habe sodann den Abmachungen von Reichstadt nicht entsprochen und sei daher die Veranlassung des auf Österreichs Betreiben zustande gekommenen Berliner Kongresses geworden, auf dem aus dem von Rußland zugestandenen Rechte ein auch von Rußland befürwortetes europäisches Mandat zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina geworden sei. Tisza

Beim Schluß des ungarischen Reichstags sagte am 26. Mai die Thronrede: „Das Gesetz über den Landsturm hat die Wehrkraft der Monarchie wesentlich erhöht. Jene herzerhebende Einhelligkeit, womit Sie die Summen zur Verfügung stellten, welche inmitten der gefahrdrohend scheinenden auswärtigen politischen Lage zur Sicherung unserer Monarchie erforderlich waren, hat den Beweis geliefert, daß ... jeder Sohn unseres geliebten Ungarns bereitstehen wird, mit Gut und Blut die Interessen unserer Monarchie und hierin auch des teuren ungarischen Vaterlandes zu verteidigen." Dies und der gelungene Ausgleich seien die besten Friedensgarantien.

In Paris gab am 3. Mai die Aufführung von Richard Wagners „Lohengrin" den Deutschenhetzern neuen Anlaß zu Ruhestörungen, obwohl die Oper selber, durch Lamoureux dirigiert, lebhaften Beifall fand. Boulanger forderte am 10. Mai einen Kredit für eine im Herbst auszuführende Probemobilmachung eines Armeekorps. Enthüllungen über den angeblich 1875 geplanten Angriff Deutschlands auf Frankreich und dessen Verhütung durch den Zaren reizten aufs neue die Rachewut der Franzosen; aber bei der allgemeinen Unklarheit der Lage endigte die unerträgliche Spannung mit einer Ministerkrise. Boulanger.

Boulanger mußte das Kriegsministerium verlassen. Sein Organ, die „France militaire", schrieb: „Das Volk will Boulanger behalten, der die Gesetzlichkeit nach innen, die Sicherheit nach außen vertritt; es will Gehorsam haben und wird eine Revolution nicht durch Flintenkugeln, sondern

durch Stimmzettel herbeiführen." — Der Sturz Boulangers wurde von der Hetzpresse mit Schmähungen gegen das neue Kabinet Rouvier, „das deutsche Ministerium", beantwortet. Es fanden große Demonstrationen für Boulanger statt. Immer wieder wurde das Boulangerlied gesungen mit Drohrufen gegen Grevy und Rouvier.

Auch in Italien glaubte es das seit April neuorganisierte Ministerium den andern Nationen im Friedensmittel der Heeresverstärkung gleichtun zu müssen.

Die Spionage im Reichsland hörte nicht auf. Im Juni wurden wegen Hochverrats die elsässischen Mitglieder der französischen Patriotenliga Köchlin, Blech, Schiffmann und Trapp verurteilt: lauter deutsche Namen. Aus Metz wurde der Agent Flosse ausgewiesen.

Beim Schluß des Reichstags am 18. Juni dankte die kaiserliche Botschaft für die Beschlüsse zur Stärkung der vaterländischen Wehrkraft als Vorbedingungen des Friedens. Die schärfste Gegenmaßregel gegen die fortgesetzten russischen Hetzereien und Verdächtigungen bestand in dem seit Ende Juni eröffneten Pressefeldzug der offiziösen und regierungsfreundlichen deutschen Blätter gegen die russischen Papiere. Die nächste Veranlassung dazu war der Ukas vom 26. März über den Grundbesitz der Ausländer in Rußland. Man warnte das Publikum vor Anlegung von Kapital in russischen Werten und riet ihm eine allmähliche Entlastung von der Überschwemmung mit russischen Papieren. Das führte zu einem erheblichen Kursrückgang und zu Massenverkäufen russischer Papiere in Berlin, obwohl Graf Schuwalow den Berliner Banken beschwichtigende Versicherungen gab.

Alarmierend, besonders für Österreich, wirkte der im Juni erfolgte Serbien. Ministerwechsel in Serbien, der eine Annäherung an Rußland zu bedeuten schien. Die Agitation für Rußland hatte bereits im März infolge von Bismarcks Reden begonnen. Serbien, hieß es, müsse nun unwiderruflich mit Rußland, dem Befreier der slawischen Balkanstaaten, gehen, da dieses allein berechtigt sei, jeden fremden Einfluß auf das Schicksal der slawischen Balkanvölker abzuwehren. Um gegen König Milan aufzureizen, war die Erfindung einer Militärkonvention mit Österreich verbreitet worden. Vor allem war Königin Natalie als geborne Russin dem engen Anschluß des Königs Milan an Österreich sehr abgeneigt und suchte Verbindungen mit Rußland. Sie reiste dahin und wollte nicht früher zurückkehren, ehe nicht der russische Einfluß in Serbien wiederhergestellt sei. Das Ministerium Garaschanin wich am 13. Juni dem russenfreundlichen Ristitsch. Dem Garaschanin wurden die Fenster eingeworfen. Die russischen Zeitungen feierten den Umschwung als entscheidenden Sieg. Die österreichischen Slowenen jubelten darüber als über das Ende des deutschen und magyarischen Einflusses. Man sah in Jovan Ristitsch den serbischen Cavour.

Auch die Tschechen jubelten. Sie empfingen zu Prag Abgeordnete tschechischer Turnvereine aus Amerika zur Feier des Prager Turnvereins Sokol. Bürgermeister Walisch sagte in einer bombastischen Ansprache, daß seit jener Zeit, da die Schiffe des Kolumbus mit der Nachricht von der Entdeckung eines neuen Weltteils nach Europa zurückkehrten, kein Schiff die Wogen des Atlantischen Ozeans durchkreuzte, das von einem so erhebenden Gefühl getragen worden wäre wie jenes, das nun zum zweitenmal die amerikanischen Tschechen in die Umarmung ihrer Landsleute führe. „Seid uns willkommen, ihr Herolde des edlen nationalen Gedankens, ihr strammen Sokole, die ihr über den weiten Ozean herübergeflogen seid, um die Unsterblichkeit des tschechischen Geistes und die Stärke des tschechischen Armes zu bekunden! Das königliche Prag heißt euch, die ihr aus dem Lande Washingtons, Lincolns, Franklins kommt, willkommen!“ — Eine Reise des Kronprinzenpaars in Galizien hatte den Zweck, angesichts der russischen Gefahr die nationalen Gegensätze im Lande zu versöhnen und die polnische Begeisterung wachzurufen. — Ende Juni kam auch König Milan nach Wien, um beruhigende Versicherungen über seine Politik zu geben. Das Blatt der Laibacher Slowenen rief ihm zu: „Milan steht vor der Wahl, ob er Serbe und Slawe sein, oder ob er mit dem Magyarismus und Schwabismus gehen will. Im ersten Fall wirst du, Milan, fest auf dem Throne sitzen, denn hinter dir steht Rußland. Sonst nicht.“ Tschechen.

Daß Frankreich vorübergehend etwas ruhiger wurde, hatte seinen Grund darin, daß Boulanger als Kommandant in Clermont-Ferrand sozusagen deportiert war, wie Rochefort in der „Lanterne“ schrieb: „Man hätte ihn freilich noch lieber nach Timbuktu als in die Berge der Auvergne verbannt.“ Sodann war aber Frankreich mit Recht noch mehr bekümmert wegen der Verhandlungen mit England über die Neutralisierung des Suezkanals, wobei es mit Recht voraussah, daß es von England werde übers Ohr gehauen werden. Boulanger.

Während vor dem Reichsgericht in Leipzig ein neuer Prozeß wegen Landesverrats gegen die Elsässer Klein, Grebert und Erhart verhandelt wurde, und während die neue Reichsanleihe von hundert Millionen mehr als siebenfach überzeichnet wurde, trat in die europäische Politik ein neues, erregendes Moment ein durch die bulgarische Fürstenwahl vom 7. Juli. Die Zustände waren bis dahin dank der Hinterhältigkeit Rußlands völlig ungeklärt geblieben. Die Pforte hatte zu Beginn des Jahres den Dragon Zankow, den Führer der russischen Partei in Bulgarien, nach Konstantinopel berufen, um Rußland gefällig zu sein. Aber das bulgarische Volk wollte sich diesen „russischen Spion und Vaterlandsverräter“ nicht als Minister aufdrängen lassen, sondern bewarf ihn, als er nach Philippopel kam, mit Kot und Steinen. Der bulgarische Regent Kaltschew suchte durch eine Reise nach Konstantinopel der Pforte richtigere Anschauungen über die Erwartungen des bulgarischen Volkes beizubringen. Jedenfalls gelang es der bulgarischen Regierung leicht, einen Militäraufstand der Russenfreunde Anfang März niederzuwerfen. Der Anstifter, Kapitän Krestow, wurde auf der Flucht erschossen; ein Kriegs- Bulgarien.

gericht verurteilte sechzehn Rädelsführer zum Tode, andere zu Zuchthaus, Degradation und Festungsstrafen. Die russischen Mitschuldigen wurden vom deutschen Vertreter reklamiert, davon erwies sich nur Kapitän Bollmann wirklich als Russe. In Rustschuk und Silistria vorgefundene Papiere ergaben die Mitschuld der russischen Behörden in Rumänien an dem Aufstand. Der Sultan und die Pforte beglückwünschten die bulgarische Regierung zur schnellen Herstellung der Ordnung. Eine große Volksversammlung in Sofia bekannte die feste Entschlossenheit, die Unabhängigkeit des geeinigten Bulgarien unter allen Umständen gegen alle Feinde im Innern und auswärts zu verteidigen. Es bildete sich ein „Patriotischer Bund", und dieser verwendete sich für schleunige Rückberufung des Fürsten Alexander. Der Wahlspruch des Bundes war: „Bulgarien für sich mit dem Fürsten Alexander!" Der Fürst erhielt Telegramme von allen Städten und Offizieren; man wollte an seinem Geburtstag, 5. April, Gesamtbulgarien zum Königreich mit Alexander an der Spitze ausrufen. Die Regenten hielten aber noch zurück, Justizminister Stoilow reiste Ende März nach Wien, um sich zu orientieren und zugleich auch die Mächte zu orientieren, daß ein längeres Zuwarten unmöglich sei. Man müsse zur Beruhigung des Landes mit oder ohne Zustimmung der Mächte zur definitiven Wahl eines Fürsten schreiten. Stoilow mußte aus Wien am 5. April nach Bulgarien melden, daß Prinz Alexander von Battenberg eine Wiederwahl entschieden ablehne. Allen russischen Intrigen und revolutionären Schürungen zum Trotz wurde die große Sobranje auf den 3. Juli in Tirnowa einberufen. Kaltschew verlas am 5. Juli den Rechenschaftsbericht der Abordnung an die Großmächte, und am 7. Juli wurde Prinz Ferdinand von Koburg-Kohary durch Akklamation zum Fürsten gewählt. Präsident Tontschew richtete ein Telegramm an den Prinzen und lud ihn ein, sich möglichst bald nach Bulgarien zu begeben. Der Prinz nahm am 8. Juli telegraphisch an, und am 9. überreichte der diplomatische Agent Bulkowitsch der Pforte eine Note, in der er die Wahl und Annahme des Prinzen Ferdinand anzeigte und um die Zustimmung der Pforte bat. Der Prinz empfing am 15. Juli auf Schloß Ebental bei Wien die Abordnung der Sobranje, die ihm das Protokoll des Wahlaktes und die Einladung, sich nach Bulgarien zu begeben, überbrachte. Er dankte dem Präsidenten Tontschew und sagte: „Wäre es mir erlaubt, der Regung meines Herzens zu folgen, so würde ich sogleich in ihre Mitte eilen. Aber der erwählte Fürst von Bulgarien muß die Verträge achten; dies wird die Stärke seiner Regierung ausmachen und das Gedeihen der bulgarischen Nation sichern. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, das Vertrauen der Hohen Pforte zu rechtfertigen, uns mit der Zeit die Sympathien Rußlands wiederzugewinnen, welchem Bulgarien

Ferdinand von Koburg.

seine politische Befreiung verdankt, und die Zustimmung aller Mächte zu erlangen."

Die Pforte fragte am 13. Juli bei den Signatarmächten des Berliner Vertrags an, wie sie sich zu der Wahl stellen wollten. Rußland erklärte, daß es keine von der gegenwärtigen Sobranje ausgehende Wahl als gültig anerkenne. Dagegen war England bereit, jede Wahl anzunehmen, welche sonst die Bedingungen des Berliner Vertrags erfülle. Frankreich antwortete, es werde der Wahl zustimmen, wenn dies alle Mächte tun. Das Gleiche antworteten Deutschland und Italien. Österreich betonte die Notwendigkeit, der Lage durch Besetzung des bulgarischen Fürstenthrones ein Ende zu machen, und erklärte, es werde jede Wahl billigen, die den Bestimmungen des Berliner Vertrages entspricht. Kalnoky machte infolge der großen Erregung, die besonders in Ungarn herrschte, bekannt, er habe in seiner Antwort auf das Rundschreiben der Pforte jeden Zusammenstoß mit Rußland dadurch unmöglich gemacht, daß er sich nicht über die Gesetzlichkeit der Fürstenwahl aussprach; denn diese Frage könne nur auf Grundlage der bulgarischen Verfassung entschieden werden, die russischen Ursprungs ist, und der Regierung Österreich-Ungarns amtlich nicht zur Kenntnis gebracht wurde. In erster Reihe sei zur Prüfung der Gesetzlichkeit der Tirnowaer Fürstenwahl die Pforte berufen.

In Frankreich hatte man wenig Interesse für die bulgarische Politik. Alles war für oder gegen General Boulanger. Als er am 8. Juli Paris verließ, sang das Volk immer wieder das Bänkelsängerlied: „C'est Boulanger, qui nous fait!" und ließ ihn kaum abreisen. Ferry nannte deshalb Boulanger in einer Rede zu Epinal den „General des Café chantant". Das hätte bald zu einem furchtbaren Duell geführt. Boulanger.

Indes gelang es der bulgarischen Regierung, besonders dem Minister des Auswärtigen, Natschewitsch, den Prinzen Ferdinand von Koburg zu bewegen, ohne erst auf die Zustimmung der Mächte zu warten, nach Bulgarien abzureisen, da sonst die Lage dort immer mißlicher werde. Der Prinz nahm seinen Abschied aus der ungarischen Honvedarmee und traf am 11. August in Widdin ein. Dort wurde er feierlich empfangen und erließ, ehe er nach Rustschuk weiterfuhr, eine Proklamation an sein neues Vaterland. Durch seine Mutter, die Herzogin Klementine, ließ er gleichzeitig eine Note an die Großmächte versenden; darin hieß es: „Ich leistete der Aufforderung der bulgarischen Nation nicht sofort Folge, weil ich hoffte, daß die auf mich gefallene Wahl der Sobranje den Beifall der Höfe erringen werde, und weil ich abwarten wollte, bis die Antworten der Großmächte einlangten. Diese Antworten lauten zwar nicht in günstigem Sinne; da sie jedoch nicht gegen meine Person, sondern gegen die Formen Einwendungen erheben, trete ich meine Reise in der sicheren Hoffnung Bulgarien.

an, daß die Mächte angesichts der vollendeten Tatsachen von der Form absehen werden. Ich begebe mich demnach mit dem festen Entschlusse nach Bulgarien, die bis zum heutigen Tage bestehenden desolaten Zustände der bulgarischen Nation zu ordnen, und ich hoffe zu dem Allmächtigen, daß ich dieselben auf friedlichem Wege den Segnungen der Zivilisation und der Kultur entgegenführen und auf jene Höhe erheben werde, welche ihr in der Reihe der europäischen zivilisierten Staaten gebührt." — Der Pforte schickte er folgende Erklärung: „Mit vollster Ergebenheit teile ich der Hohen Pforte mit, daß ich die auf mich gefallene Wahl annehme und heute den Boden Bulgariens betreten habe. Ich hoffe, daß dieser Schritt den Wünschen Eurer Majestät begegnen werde..." Von Rustschuk reiste der Fürst unter dem Jubel der Bevölkerung nach Tirnowa. Kein Vertreter einer Großmacht nahm aber an den Begrüßungsfestlichkeiten teil. Der Erzbischof Klement sagte bei einem Tedeum in der Kathedrale von Sofia: es sei zu hoffen, daß der Fürst sich mit dem russischen Befreier aussöhnen werde. In Tirnowa leistete Fürst Ferdinand am 14. August den Eid auf die Verfassung, am 22. hielt er seinen feierlichen Einzug in Sofia. Sofia. Erzbischof Klement mahnte ihn bei der Begrüßung wieder, der schuldigen Dankbarkeit gegen Rußland nicht zu vergessen. Er nahm aber nicht an dem folgenden Mahl bei Hofe teil. Der deutsche und der französische Vertreter brachen die Beziehungen zu Bulgarien ab. Am 31. August bildete Stambulow nach großen Schwierigkeiten ein neues Kabinett.

Klementine. Einen großen Einfluß bei der Fürstenwahl hatte die Mutter des Fürsten, die greise Prinzessin Klementine von Sachsen-Koburg, ausgeübt. Sie förderte die Sache durch ihre Familienverbindungen, ihren energischen Geist und reiche materielle Unterstützung. Die in Paris 1817 geborene Mutter des Bulgarenfürsten war eine Tochter des Königs Louis Philipp und der Königin Maria Amalie, einer Tochter des Königs Ferdinand I. von Sizilien, sie war eine Schwester der Herzoge von Orleans, Nemours, Joinville, Aumale und Montpensier, der verstorbenen Königin Louise von Belgien, Gemahlin Leopolds I., und der durch künstlerische Begabung ausgezeichneten Herzogin Marie von Württemberg. Mit dem Prinzen August von Koburg-Kohary 1843 vermählt, wohnte sie seitdem zu Wien. Von den fünf Sprößlingen der Ehe lebten die Prinzen August, vermählt mit einer Tochter des Kaisers von Brasilien, Philipp, Gatte der Prinzessin Louise von Belgien, also Schwager des Kronprinzen Rudolf von Österreich, und Ferdinand, der Fürst von Bulgarien.

Rußland hatte schon am 10. August einen Protest an die Großmächte gerichtet; es bestritt die Gültigkeit der Wahl. Der Prinz habe nach Petersburg kommen wollen, um die Ratschläge des Zaren einzuholen, bevor er sich nach Bulgarien begab. Der Zar habe sich aber ganz ablehnend verhalten. Rußland hoffte, daß auch die andern Mächte seine Anschauungen teilten und die flagrante Verletzung des Berliner Vertrags nicht dulden würden. Das Petersburger Journal erklärte die Reise des Prinzen von

Koburg als ein Abenteuer; sie stehe im Widerspruch zu seiner eigenen Erklärung beim Empfang der bulgarischen Abordnung. Andere Zeitungen spotteten über den Operettenprinzen. Rußland verständigte die Pforte, es werde der Konferenz gemäß als Generalgouverneur von Ostrumelien den General Ernroth entsenden, der werde als einziger Regent in Bulgarien ein Ministerium ernennen und zur Wahl einer neuen Sobranje schreiten, die einen Fürsten erwählen soll. Rumeliotische Deputierte sollten bei der Fürstenwahl durch die Sobranje nicht zugelassen werden. Diesen russischen Vorschlag lehnten Österreich, England und Italien ab. Deutschland und Frankreich aber, die beiden Rivalen, waren gezwungen, ihm zuzustimmen, um es sich nicht mit Rußland zu verderben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" verurteilte am 16. August offiziös das Vorgehen des Prinzen. Die Nichterwähnung der Mächte und des Sultans in der Proklamation erwecke den Anschein, als ob eine Unabhängigkeitserklärung Bulgariens damit gemeint sei. Der Prinz hätte vor der Bestätigung seiner Wahl durch die Mächte nicht abreisen dürfen. „Die Tatsache, daß dies der dritte Sommer ist, in dem rechtswidrige Vorgänge in Bulgarien die Ruhe und die Friedensaussichten in Frage stellen, kann dem bulgarischen Volk und seinen Führern die Sympathien der Mächte unmöglich erwerben." Viel milder äußerten sich die offiziösen Blätter in Österreich; denn „schließlich entscheide der Erfolg in der Politik; es sei also möglich, daß er dem Prinzen eine dauernde Herrschaft in Bulgarien ermögliche". Die nichtoffiziösen Blätter äußerten sich im ganzen sehr sympathisch.

Panslawismus.

Die Frage des Panslawismus spielte bei all dem eine große Rolle. Die tschechisch-konservative Presse äußerte sich also über die Lage: „Dritthalb Jahrhunderte bemüht sich Österreich, uns zu germanisieren, und ist damit doch nicht fertig geworden und wird es auch in Zukunft nicht werden. Unser allergefährlichster Feind, der uns das Messer an die Kehle setzt, ist das geeinigte Deutschland. Und dies Deutschland steht vor einem großen Kriege mit Frankreich und Rußland. Was ist natürlicher, als daß wir alle Sympathien denen zuwenden, die gegen Deutschland kämpfen werden, und daß unser heißester Wunsch der ist, daß Deutschland eine Niederlage bereitet werde." Eine Broschüre „In die Opposition" von Iskra-Funke knüpfte an die Äußerung Hlawitscheks von 1848 an, daß die Tschechen auf die Entwicklung ganz Mitteleuropas und des Orients einen ungeheuren Einfluß gewinnen könnten und noch größer an Ruhm und Macht werden als unter König Ottokar. Dagegen machten sie nur Rückschritte im Vergleich mit Ungarn. Es wurde gegenüber den Streitigkeiten von Alt- und Jungtschechen eine neue nationale, demokratisch-slawische Partei verlangt.

Katkow.

Der plötzliche Tod Katkows (1. August) war für die russischen wie französischen Kriegshetzer ein großer Schmerz. Die französischen Sozialisten spotteten freilich über dies Getue, bezeichneten die hündische Haltung der Pariser als eine Schande, beschimpften den Zaren und sagten, es sei skandalös, daß Republikaner das Andenken eines der ärgsten Feinde der Freiheit und

Gerechtigkeit feiern. Auch die Polen protestierten gegen die Verherrlichung Katkows. Aber Deroulede, Goupil und andere Vertreter der Patriotenliga reisten zu Katkows Beerdigung nach Moskau.

Boulanger. Im September begann Rußland mit großen Barackenbauten innerhalb des Festungsgürtels von Warschau, und Frankreich führte die Probemobilmachung des 17. Armeekorps aus. Boulanger wies zum Schluß in einer Ansprache an die Offiziere auf die dringende Notwendigkeit hin, bei den französischen Truppen mehr den ihnen eigenen Geist der Offensive zu entwickeln. „Wir bedürfen heute mehr als je dieser soldatischen Eigenschaften. Die Stunde der Abrüstung hat für die Völker Europas noch nicht geschlagen. Eine Torheit ist es, dies zu glauben, und ein Verbrechen, es zu sagen . . ." — Nebenbei suchte ein Manifest des Grafen von Paris vom 14. September die Überlegenheit der monarchischen Regierungsform über die republikanische zu erweisen, und zwar im Interesse des Friedens und der Herabminderung der militärischen Lasten, indem die Monarchie wieder die politischen Beziehungen Frankreichs in Europa heben könne.

Die bulgarische Regierung konnte nicht einen Konflikt mit der russisch gesinnten Geistlichkeit vermeiden. Dazu kam auch ein peinlicher Zwischenfall mit dem deutschen Vizekonsul v. Löper in Rustschuk. Deutschland suchte bei der Pforte um die Erlaubnis an, drei Panzerschiffe durch die Dardanellen zur Blockierung des Hafens von Varna zu führen. Die bulgarische Regierung gab Genugtuung und der Fall war erledigt. Auch die liberale Opposition zeigte sich enttäuscht über das diktatorische Regiment. Doch hatte der Fürst einen starken Anhang an England; darum waren auch die russischen Agitationen ohne Wirkung. Ein geheimes Komitee verbreitete Proklamationen, in denen es hieß: „Das Blut, das für die Befreiung Bulgariens vergossen wurde, war russisches Blut; du weißt es, bulgarischer Soldat! Der Heldenmut, den du bewiesen hast, ist dir von den Russen gelehrt worden. Aber heute bist du das unglückliche Opfer der Intrigen der Engländer, Schwaben und Magyaren. Jetzt will dich der magyarische Leutnant Ferdinand von Koburg gegen den Zar führen. Aber du wirst deinen Befreier mit offenen Armen empfangen!"

Wettkriechen. Als die „Kölnische Zeitung" die deutsche Staatskunst davor warnte, sich mit Frankreich in ein „Wettkriechen" um die Gunst Rußlands einzulassen, und erzählte, Giers habe geäußert, Bismarck stelle sich dermaßen auf den russischen Standpunkt, daß man zweifeln könne, ob er deutscher oder russischer Minister sei, erwiderte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 5. September, Deutschland halte einfach an den Verträgen fest, die sowohl der Battenberger wie der Koburger gebrochen haben. „Für die Frivolität, mit welcher der Friede Europas dabei aufs Spiel gesetzt worden ist, läßt sich auch nicht der Schein einer Entschuldigung anführen. Nur wenn man den Prinzen Ferdinand als Träger einer ausschließlich orleanistischen Politik auffaßt, vermag man sein Unternehmen unter einen logischen Gesichtspunkt zu bringen. Die Interessen des Hauses Orleans sind von der Art, daß dauernder Friede in Europa sie nicht fördern wird. Ein europäischer

Krieg, wie und wo immer er entstehen mag, würde zunächst das Bestehende in Frage stellen und nach dessen Sturz Wege und Raum für einen Wechsel der Zustände in Frankreich schaffen können." — Die Spannung mit Frankreich schien wieder durch einen Grenzkonflikt gefährlicher zu werden, als am 24. September zwei deutsche Jäger auf eine französische Jagdgesellschaft auf deutschem Gebiete schossen. Die deutsche Regierung erstickte die aufflammende Glut dadurch, daß sie noch vor Abschluß der Untersuchung der Witwe des getöteten französischen Wildhüters eine Entschädigung von 50.000 Mark gewährte, nachdem die Franzosen 40.000 Franken gefordert hatten. Auch der Sohn des bekannten Schnäbele geriet wegen Anheftens eines aufrührerischen Plakats in einem deutschen Grenzort in Haft, wurde verurteilt, aber vom Kaiser auf sein Gesuch sofort begnadigt.

Graf Kalnoky besuchte den Fürsten Bismarck am 16. September in Friedrichsruh und bald darauf (1. Okt.) tat der neue italienische Ministerpräsident Crispi desgleichen. Beides zusammengenommen wurde überall in voller Bedeutung gewürdigt. Crispi äußerte sich darüber, er sei von Bismarck speziell eingeladen worden. Die römische Frage wurde dabei nicht berührt. Italien habe wie alle Staaten Europas allen Grund, Rußlands Vordringen bis Konstantinopel zu fürchten. Das Mittelmeer dürfe kein russischer See werden. Die Bulgaren und ihre Unabhängigkeit hätten Italiens volle Sympathie. Friedrichsruh.

Bei der Eröffnung des ersten fünfjährigen ungarischen Reichstags in Pest, 29. September, sagte die Thronrede: „Wenn auch die Weltlage nicht derart ist, daß es zulässig erschiene, die größtmögliche Vervollkommnung unserer Wehrmacht außer acht zu lassen, hegen wir doch die Hoffnung, daß die Aufrechthaltung des Friedens gesichert bleiben wird, indem unsere Regierung auch fernerhin eifrig zusammenwirkt mit jenen Faktoren, mit welchen vereint ihr die Erhaltung des Friedens bisher gelungen ist."

All die Zeit wurde die Frage erörtert, ob ein Besuch des Zaren in Berlin stattfinden werde. Eine anscheinend offiziöse Notiz der „Post" sprach sich am 22. Oktober sehr gleichgültig aus und bezweifelte, ob das von Nutzen für die gegenseitigen Beziehungen wäre. Es liege vielmehr die Vermutung nahe, „daß die russische Politik, um ihre Deutschfreundlichkeit in den Augen der Panslawisten auszugleichen und Nachsicht dafür zu erhalten, in ernsteren Dingen, als Besuchsfragen sind, nur um so antideutscher aufzutreten sich veranlaßt sehen würde". Der Finanzkrieg gegen die russischen Papiere stieg bis zu dem Grad, daß die Reichsbank am 10. November bekanntmachte, daß sie russische Werte nicht mehr beleihe. Diesem Vorgange schloß sich auch die Seehandlung an.

Endlich fand aber der problematische Zarenbesuch doch statt. Der Zar konnte kaum den Weg durch Deutschland vermeiden, da er sich infolge der Erkrankung seiner Kinder an den Masern zu lange in Kopenhagen aufgehalten hatte, als daß der Weg zur See in der winterlichen Jahreszeit ratsam gewesen wäre. In dieser Weise wurde der Besuch in Kopenhagener Blättern angekündigt, was die „Post" mit Recht als eine beleidigende Zarenbesuch.

Art, einen Besuch anzuzeigen, bezeichnete. Sie sprach die Vermutung aus, daß man durch den Zarenbesuch nur den Börsenkurs der russischen Papiere heben wolle, ohne doch die panslawistische Partei zu verletzen. Zar Alexander III. traf also am 18. November für einige Mittagsstunden in Berlin ein. Der Zar hatte vor dem Mittagessen eine mehr als einstündige Unterredung mit Bismarck ohne Zeugen. Die „Kölnische Zeitung" berichtete darüber offenbar nach authentischer Information durch Bismarck selbst, der Zar habe dem Fürsten die Doppelzüngigkeit seiner Politik auf Grund einer Reihe von Briefen und Depeschen vorgeworfen, der Fürst habe diese Dokumente als Fälschungen erklärt, und zwar orleanistischen Ursprungs, der Zar sei „ein Opfer der schlimmsten jesuitischen Kniffe" geworden, einer Intrige zur Anzettelung eines europäischen Krieges. Auch ein einflußreicher Teil der Berliner Hofkreise habe dazu mitgewirkt, beim Zaren den Glauben zu erwecken, als wenn der Kanzler eine andere Politik als der Kaiser treibe. Es sei freilich zweifelhaft, ob die Wirkung dieser Aufklärung für den Zaren tief und dauernd genug sein werde. Denn es bleibe auch sonst noch genug des Verstimmungsstoffes, der seinen Grund in tatsächlichen Verhältnissen habe. — Bismarck sorgte dafür, daß auch der „Pester Lloyd" in diesem Sinne informiert werde. Hier wurde noch stärker die Entrüstung des Reichskanzlers über die unerhörte Freveltat betont, seine mächtig aufwallende Empörung, die nur durch die Gegenwart des gekrönten Hauptes gezügelt wurde. Allerdings machte Bismarck kein Hehl daraus, daß, wer mit Deutschland in Frieden leben wolle, auch dessen Verbündete nicht angreifen dürfe. Er verwies auf die Allianzen mit Österreich und Italien und führte dem Zaren deutlich den Bündnisfall vor Augen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" verbürgte die Tatsache, daß Bismarck selbst in einem Schreiben an den russischen Botschafter Grafen Schuwalow um diese besondere Audienz nachgesucht habe.

Bei den Russen fand Bismarck mit seinen Darlegungen nicht allgemeinen Glauben. Die „Nowoje Wremja" schrieb doch vom Zwiespalt zwischen den Anschauungen des deutschen Kaisers und des Kanzlers. „An die Möglichkeit einer aufrichtigen Umkehr des Fürsten Bismarck zu einer russenfreundlichen Politik glaubt hier jetzt niemand mehr. Allzu klar ward es, daß der Reichskanzler in dieser Sache überhaupt nie aufrichtig gewesen ... Alle politischen Maßnahmen des Fürsten Bismarck, angefangen bei der Erneuerung des Dreibundes bis zur jüngsten Verfolgung russischer Wertpapiere, zeigen klar, daß der Kanzler sich nicht in die Vorstellung eines Rußland fügen kann, das seine nationalen Interessen auf den ersten Platz stellt, und daß er hofft, noch einmal eine Rückkehr dieser Macht zur Politik der Jahre 1870/71 zuwege zu bringen." — Da half auch nichts die Friedensversicherung der Thronrede bei Eröffnung des Reichstags, 24. November: „Das Deutsche Reich hat keine aggressiven Tendenzen und keine Bedürfnisse, die durch siegreiche Kriege befriedigt werden könnten. Die unchristliche Neigung zu Über-

fällen benachbarter Völker ist dem deutschen Charakter fremd ... Aber in der Abwehr und Verteidigung sind wir stark und wollen mit Gottes Hilfe so stark werden, daß wir jeder Gefahr ruhig entgegensehen können."

Orleans. Die Prinzen des Hauses Orleans verwahrten sich durch ihren Bevollmächtigten Ed. Bocher, Mitglied des Senats, gegen die von der „Kölnischen Zeitung" ausgesprochene Behauptung, daß die gefälschten Aktenstücke, die dem Zaren zukamen, orleanistischen Ursprungs seien. Die Prinzen hätten überhaupt mit den Ereignissen auf der Balkanhalbinsel nichts zu tun. Der „Reichsanzeiger" veröffentlichte am Ende des Jahres diese dem Zaren in die Hände gespielten Aktenstücke; sie hatten die Tendenz zu zeigen, daß Deutschland im geheimen den Prinzen Ferdinand unterstützt und in seinem Widerstand gegen Rußland ermuntert habe.

Bulgarien. Die bulgarische Frage gab in der ungarischen Delegation am 5. November Anlaß zu Erörterungen. Graf Julius Andrassy fragte den Minister des Äußern, ob er die Wahl des Prinzen von Koburg als legal betrachte. Darauf antwortete Graf Kalnoky, jede Lösung dieser Frage müsse auf europäischem Boden erfolgen. Die Entwicklung in Bulgarien sei durch verschiedene Zwischenfälle aufgehalten worden, aber dabei habe sich das Selbstgefühl der Bulgaren gehoben, der Charakter der Nation habe Gelegenheit gehabt sich zu zeigen. Jede fremde Einmischung sei gefährlich. Diese Gefahr sei nun hoffentlich für immer abgewendet, den Bulgaren sei die Freiheit innerer Entwicklung gewahrt worden, das sei ein bedeutender Erfolg. Der Prinz Koburg sei kein österreichischer Kandidat, sondern lediglich Kandidat Bulgariens, und das verleihe ihm eine festere Stellung, als wenn er von irgendeiner Macht unterstützt werde. Das bulgarische Volk könne seinen Fürsten frei wählen; wir sind nicht berufen zu untersuchen, ob dabei alles genau nach der Konstitution vorgehe. Allerdings sei die Zustimmung der Pforte und aller Mächte notwendig. Wir anerkennen die bulgarische Regierung als eine faktisch bestehende, haben aber bisher amtliche Beziehungen vermieden. Wir sind bereit, alles, was das Wohl der Balkanvölker fördern kann, zu unterstützen. Die bulgarische Frage ist nicht so wesentlich, daß sie angesichts des friedlichen Dreibunds den europäischen Frieden stören könne. Unsere Beziehungen zu Rußland sind auch heute nur freundliche. „Wir geben die Hoffnung nicht auf, das zu erreichen, daß Rußland sich mehr, als dies gegenwärtig der Fall ist, den friedlichen und konservativen Bestrebungen der Zentralmächte nähere und daß wir mit diesem großen und mächtigen Nachbar auf einem Fuße bleiben, der den beiderseitigen Völkern eine größere Beruhigung für die Zukunft bietet." — Andrassy faßte das Bestätigungsrecht der Pforte und der Mächte nur als eine Art formeller Kontrasignatur auf. Die Absicht des Berliner Kongresses war, Bulgarien selbständig zu machen und zu garantieren, nicht es durch ein Veto bei jedem Regierungswechsel zu beunruhigen. Die Pforte hätte sofort ja oder nein sagen sollen; dadurch,

daß sie (aus Rücksicht für Rußland) zauderte, versetzte sie den Prinzen von Koburg in eine unmögliche Lage. Die Pforte möge daher im Verein mit den befreundeten Mächten aufgefordert werden, die Wahl zu bestätigen und dem Berliner Vertrag seine wahre und richtige Deutung geben, wonach die Hauptsache die freie Wahl der Bulgaren, nicht aber die Zustimmung der Mächte sei. Auch Graf Albert Apponyi wünschte, das Auswärtige Amt der Monarchie möge für die Anerkennung des Fürsten Ferdinand wirken, damit dieser gefährliche Punkt verschwinde.

In der österreichischen Delegation gab Graf Kalnoky befriedigende Erklärungen über Serbien und das Ministerium Ristitsch.

Russismus. Die Slowenen verwechselten noch immer Russismus mit Slawismus und schrieben: „Wenn heute Rußland in Verfall gerät, dann gibt es morgen keine Slowenen, Kroaten und Tschechen. Das einzige Ziel aller Slawen muß die kulturelle Vereinigung sein auf Grundlage der russischen, als der allgemeinen slawischen Sprache, und der russischen Kirche. Die Rechnung wird gemacht werden im Zweikampfe des Slawentums mit dem verderblichen Teutonentum. Wir haben genug der Knechtschaft von Berlin und Rom, wir wollen alle unsere Rechte, die wir Söhne der Mutter Slavia sind." — Die Jungtschechen sprachen auf dem Parteitag zu Prag, 20. November, gegen das Bündnis Österreichs mit Deutschland und Italien, den früheren zwei größten Feinden Österreichs. — In Kroatien lief Geld aus der Schweiz ein, das von den Kaplänen zu russenfreundlichen Zwecken verwendet wurde, wie wenigstens „Pesti Naplo" sagte. — Ein Hirtenbrief der slowenischen Bischöfe vom 6. Dezember sprach sich freilich auf das schärfste gegen die törichte und gefährliche Russenschwärmerei der Slowenen aus, gegen das Verlangen nach einer slawischen Liturgie und gegen den „Slovenski Narod", der den Papst einen „Auswurf der Menschheit" nannte. Den Klerikern wurde das Halten solcher Blätter unter Androhung kirchlicher Strafen verboten.

Zum Schluß des Jahres regten die russischen Truppenverschiebungen wieder die Kriegsbefürchtungen auf. Die einzige Hoffnung bestand darin, daß dem Zaren in präziser und offizieller Form bekanntgegeben wurde: „Im Fall eine der verbündeten Großmächte von einer andern Macht angegriffen wird, hat ein solcher Angriff, gleichviel welche Anfangsrichtung derselbe nimmt, die sofortige Konsequenz, daß die deutsche Regierung keinen Moment mehr von politischen Erwägungen beeinflußt sein kann, sondern der gesamte weitere Vorgang ausschließlich und ohne jede andere Rücksicht und ohne Zeitverlust nur von den gemeinsamen und untrennbaren militärisch-strategischen Exigentien diktiert wird." („Revue de l'Orient", 8. Dez.)

Kriegsrat. In diesem Sinn fand vom 8. Dezember an wiederholt ein Kriegsrat unter Vorsitz des Kaisers Franz Josef statt im Beisein des Erzherzogs Albrecht, des Grafen Kalnoky und anderer Minister und Korpskommandanten. Sicherungsmaßregeln in Galizien wurden erwogen. Die Auffassung der Lage wurde immer ernster, der Krieg schien unvermeidlich zu sein. Die Presse nahm einen kriegerischen Ton an: „Rußlands Ehrgeiz ist eine

Geißel für die ganze Menschheit geworden." Der Herausgeber des in Wien in deutscher Sprache erscheinenden panslawistischen Blattes „Der Parlamentär", Dr. Zivny, wurde am 24. Dezember verhaftet. Er bezog aus Rußland bedeutende Summen.

Militärische Erörterungen im „Russischen Invaliden" (Mitte Dezember) bezeichneten den Sieg Rußlands als unzweifelhaft. Es hieß aber, der Großfürst Nikolaus habe einem Franzosen gegenüber bemerkt, Rußland, zumal die kaiserliche Familie, sei ein Herz und eine Seele mit Frankreich, aber die Mehrzahl der Beamten sei Deutschland zugetan.

Lähmend wirkte die innere Fäulnis in Frankreich. Auch Boulanger war in einen schmutzigen Ordensschacher verwickelt und erhielt deshalb vom Kriegsminister dreißig Tage Stubenarrest. Eine noch schmutzigere Affäre kompromittierte den Schwiegersohn des Präsidenten der Republik, Wilson. Infolge davon wurde Grevy gestürzt und Sadi Carnot trat an seine Stelle (3. Dez.). Er war der Enkel des bekannten Kriegsministers der ersten Republik. Seine Politik konnte nichts Besseres tun, als vorläufig bescheiden den Frieden zu verkündigen. Die Kommunisten und Kommunarden versuchten sich immer wieder gegen die Bourgeois-Republik. Der Graf von Paris hielt es für angezeigt, sich an der belgischen Grenze bereitzuhalten.

„Vive le roi!"

Der „Gaulois" überschrieb einen Artikel: „Vive le roi!" klagte die von oben bis unten verfaulte Republik an, die sich nur durch die Macht der Trägheit erhalte. „Die Polizei hat keine Chefs mehr, weil sie unter schwerster Anklage stehen. Die Regierenden sitzen auf dem Armensünderstuhl. Das Publikum glaubt an nichts und traut keinem mehr. Die Republik hat sich selbst verurteilt, sie hat ihr Sedan, das sie sich selber bereitet hat, kein Ausländer, kein Royalist."

Salisbury.

Beim Lordmayorbankett in London am 9. November sprach der Premierminister Lord Salisbury über die furchtbare Kriegsgefahr. „Aber gerade dieser Zustand hat auch seine Ausgleichung. Die außerordentlichen Leistungen der modernen Wissenschaft haben den Zerstörungswaffen eine so fürchterliche Gewalt verliehen, daß die kleine Schar mächtiger Männer, welche sie in der Hand haben, sich ernstlich bedenken; denn sie wissen, daß die Verwüstung, welche auf ein Wort von ihnen angerichtet werden wird, so furchtbar, daß ihre Verantwortlichkeit so groß ist, daß ich fast glauben möchte, daß die Garantien des Friedens dadurch größer geworden sind, als in der alten Zeit, wo die Waffen so schwach waren, der Krieg ein Zeitvertreib war und so leicht und billig begonnen werden konnte. Man pflegte früher zu sagen, daß die Völker ewig miteinander in Frieden leben würden, wenn es keine Herrscher gäbe. Ich bin überzeugt, daß heute gerade das Gegenteil gilt. Ich glaube, daß jeder Herrscher und jeder Minister von Bedeutung, jeder Präsident von Republiken ohne Ausnahme den Wunsch nach Erhaltung des Friedens hegen. Die Gefahr liegt in andern Ursachen, in den Ausbrüchen eines leidenschaftlichen, verirrten Nationalgefühls der großen Massen eines Volkes."

* * *

Koloniale Entwicklung.

Nachdem wir so im Zusammenhang die von Frankreich wie von Rußland her drohende Kriegsgefahr betrachtet haben, hat als notwendige Ergänzung die Schilderung der kolonialen Entwicklung zu folgen, denn

zweifellos bildete diese ein heimliches Gegengewicht gegen Revanchepolitik und Panslawismus. Beginnen wir mit dem Deutschen Reich, das Anfang Januar von Zanzibar aus durch einige Kriegsschiffe die Inseln Manda, Pata und Kweio für den unter deutschem Protektorate stehenden Sultan Achmed von Witu in Besitz nahm. Am 8. Januar übernahm der kaiserliche Kommissär für die Schutzgebiete der Marschallsinseln mit den Brown- und Providence-Gruppen, Dr. Knappe in Jaluit, die Verwaltung dieses Gebietes. Bald darauf wurden die Buren in Grootfontain in der Otowigegend auf ihren Antrag in den Schutz des Deutschen Reiches gestellt. Die Ostafrikanische Gesellschaft hielt am 26. Februar ihre konstituierende Versammlung ab. Ihr Vorsitzender Dr. Peters führte eine Expedition nach Ostafrika. Im März überbrachte Generalkonsul Arendt und Korvettenkapitän Böters dem Sultan Said Bargasch von Zanzibar als Geschenk des Deutschen Kaisers eine Batterie von sechs reich verzierten Geschützen. Mit dem deutschfreundlichen König Tamasese in Samoa tauschte der Kaiser telegraphische Grüße zum 90. Geburtstag aus. Das Reich übernahm die von der deutschen Kolonie Kamerun umschlossene ursprünglich englische Baptistenmission Viktoria mit der Ambasbai in seinen Schutz. Eine siamesische Gesandtschaft brachte im Juli dem Kaiser den höchsten Orden. Eine kaiserliche Verordnung regelte die Verhältnisse der Schutzgebiete in der Südsee. Der chinesische Gesandte überreichte im September kostbare Geschenke. König Malietoa wurde strafweise von Samoa nach Neuguinea deportiert und an seine Stelle Tamasese eingesetzt. Ende Oktober wurden große Goldfelder im Hereroland nordöstlich der Walfischbai auf deutschem Gebiet entdeckt. Aus zwei älteren Vereinen verschmolz die „Deutsche Kolonialgesellschaft" Mitte November.

Bistum Jerusalem.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" legte am 19. August die Gründe dar, die Ende 1886 zur Auflösung des mit England über das „Bistum Jerusalem" bestehenden Staatsvertrages führten. Die abhängige Stellung, in welche die deutsche Gemeinde in Jerusalem zur anglikanischen Schwesterkirche geraten war, entsprach nicht den Verhältnissen. „Die Vereinigung der beiden Kirchen im Bistum Jerusalem hatte von vornherein der evangelischen deutschen Kirche nicht die gleichen Rechte gewährt. Der (abwechselnd) von Preußen zu ernennende Bischof sollte nach anglikanischem Ritus geweiht werden und die 39 Artikel des anglikanischen Glaubensbekenntnisses unterzeichnen, wodurch praktisch die Vorschriften der deutsch-evangelischen Kirche ausgeschlossen wurden. Sodann hatte der Erzbischof von Canterbury, das Haupt der anglikanischen Kirche, sich ein Veto gegen den von Preußen Erwählten vorbehalten. Der Gedanke des Königs Friedrich Wilhelm IV., im Bistum Jerusalem einen Vereinigungspunkt aller evangelischen Kirchen herbeizuführen, ist nicht nur nicht verwirklicht worden, sondern diese Kirchen sind in ihrer nationalen Isolierung verblieben, eine Annäherung auf der Basis der unbedingten Gleichheit der evangelischen Kirche Preußens mit der anglikanischen ist überhaupt nicht er-

reichbar. Ferner hatten die Interessen der deutschen Gemeinde durch den Bischof niemals Unterstützung gefunden, sondern mußten vom Konsul wahrgenommen werden. Der gemeinsame Bischof erschien nie in der deutschen Kapelle, weil er in dieser, die nicht nach englischem Ritus geweiht sei, keinen Gottesdienst abhalten könne. Endlich haben sich in diesen vierzig Jahren auch die äußern Verhältnisse der deutschen Gemeinde völlig geändert. Sie übertrifft die englische Kolonie an Zahl, besitzt eine eigene Kapelle, Schule, Geistliche und Lehrer, Krankenhäuser ... Nach fast vierjährigen Verhandlungen benachrichtigte der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeld, am 4. Dezember 1886 das britische auswärtige Amt, daß die preußische Regierung ... das Abkommen von 1841 für aufgehoben ansehe, daß jedoch der Kaiser Wert auf das fernere harmonische Zusammengehen beider Schwesterkirchen lege." Dieses klägliche Ende eines Planes, der nichts Geringeres bedeutete, als gegenüber der päpstlichen Kirche in Rom dem Protestantismus einen „evangelischeren" Mittelpunkt in Jerusalem, ein Gegenrom, ein Gegenpapsttum zu geben, ist von größter religionsgeschichtlicher Bedeutung. Es kennzeichnet aber auch den ganzen englisch-deutschen Gegensatz, der sich von da an bis zum Weltkrieg immer schroffer ausbildete. (Vgl. Band 2, 186; 212; 232 f. u. s. w.)

Ägypten.

England verlegte sein Hauptinteresse auf Ägypten und den Suezkanal und erwiderte erneute Anfragen über die Räumung des besetzten Landes ausweichend und hinhaltend. Es räumte Port Hamilton in Korea, das sich als strategisch wertlos erwies. Es erklärte, daß es in Ägypten nicht aus selbstsüchtigen Rücksichten bleibe. Darüber wurde hin und her verhandelt. Beim Kolonialkongreß in London 4. April sagte Lord Salisbury, unter den Nationen Europas sei ein immer wachsendes Verlangen nach kolonialen Besitzungen wahrnehmbar; daraus erwachse für die britischen Kolonien auch ihrerseits die Notwendigkeit stärkerer Betätigung. Mit Frankreich hatte England nicht nur in der ägyptischen Frage, sondern auch wegen Senegambien und Somali Differenzen, ebenso wegen der Neuen Hebriden, mit Rußland wegen Afghanistan. Mit China wurde ein Vertrag über Birma und Tibet geschlossen. Mit Amerika war die kanadische Fischerei streitig. Im Unterhaus wurde am 6. September die Frage der Übergabe von Helgoland an das Deutsche Reich erörtert. Der Sekretär der Kolonien, Holland, erklärte, er habe keinen Grund anzunehmen, daß Deutschland Helgoland zu erwerben wünsche, und England habe sicher nicht die Absicht, sich von Helgoland zu trennen; auch habe er nie gehört, daß Deutschland darin, daß Helgoland im Besitze Englands sei, eine Drohung gegen sich erblicke. Während all dieser Zeit tagte eine englisch-türkische Kommission in Konstantinopel über die ägyptische Frage. England schloß am 24. Oktober einen Vertrag mit Frankreich, wonach der Suezkanal neutralisiert wurde; er sollte unter Überwachung der Generalkonsuln aller Mächte in Ägypten stehen; eine technische Kommission sollte eine neutrale Zone festsetzen. Gleichzeitig erging ein Abkommen über

die Neuen Hebriden. Die „Times" sagten über die Nachgiebigkeit Frankreichs: „Es kann darüber kein Zweifel herrschen, daß der Abschluß eines Bündnisses zwischen Deutschland, Österreich und Italien dazu gedient hat, Frankreich daran zu erinnern, daß es nicht zu viele Freunde in Europa hat." — Im November ergaben sich einige Kaffernhäuptlinge, Undabuko und Dinizulu, den Engländern in Südafrika.

Frankreich hatte noch immer mit den Aufständischen in Tonking zu schaffen. Über Frankreichs Aspirationen auf Marokko geriet Spanien in begründete Aufregung. Mit Belgien erfolgte ein Grenzabkommen über den Kongostaat.

Am ärgsten war Italien daran mit seinem Abenteuer in Ostafrika. Ras Alula, der Feldherr des Negus von Abessinien, brachte den
Massaua. Italienern bei Dogali vor Massaua eine vernichtende Niederlage bei. Man führte das Verhalten des Negus auf russische oder griechische Ränke zurück und schloß sich an England an. Graf Robilant trat vom Ministerium des Äußern zurück. Englands Vorschlag, zwischen Italien und Abessinien zu vermitteln, wurde nicht abgelehnt, man behielt sich aber unter allen Umständen „eine eklatante Genugtuung für die Niederlage von Dogali" vor (August). Auch Italien regte sich über die Zukunft Marokkos auf. Anfangs November traf eine englische Mission in Massaua ein und begab sich von dort zum Negus von Abessinien, um ihn zum Frieden mit Italien zu stimmen; die Sendung hatte aber keinen Erfolg. Am 10. Dezember wurde Crispi in der Kammer interpelliert wegen der französischen Versuche, das Gebiet von Tunis auf Kosten von Tripolis zu erweitern; er gab eine verlegene Antwort.

Indem ich die übrigen inneren Angelegenheiten der einzelnen Staaten
Italien. überblicke, schließe ich gleich die von Italien hier an. Ministerpräsident Crispi besuchte am 1. Oktober den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh. Er ließ sein Organ, die „Riforma", darüber schreiben: „Die Kundgebungen (über diese Reise in deutschen, österreichischen und englischen Blättern), auf die jedes große Land stolz sein könnte, sind hinreichend, uns zu versichern, daß Italien endlich die Stellung einnimmt, die es sich verdient hat, nicht bloß mit den Heldentaten seiner epischen Periode, sondern auch mit der Weisheit der nachfolgenden Zeit der bürgerlichen Gestaltung. Unter allen europäischen Staaten ist Italien vielleicht derjenige, der in den letzten dreißig Jahren die bedeutendsten Proben spontaner und fruchtbringender Weisheit abgelegt hat . . ." Die radikalen Blätter Italiens eiferten allerdings dagegen, daß Italien im Schlepptau Deutschlands gehe. Die Katholiken sprachen die Hoffnung aus, daß aus all dem eine günstige Lösung der römischen Frage folgen werde. — Crispi kam noch auf einem Bankett in Turin 25. Oktober auf seine Politik zu sprechen, die „gemäß den Grundsätzen der modernen Diplomatie die alten Kunstgriffe der Täuschung und Lüge verschmäht". „Der Friede ist unser höchstes Ziel. Wir sind Freunde aller Mächte, auf

dem Kontinent mit den Zentralmächten verbündet, auf dem Meer mit England im Einvernehmen. Unser Bündnissystem ist auf Bewahrung der Ordnung gerichtet. Die Geschichte unserer Zeit wird dominiert durch einen Namen: den Namen eines Mannes, dessen Bewunderung bei mir eine alte ist. Dieser Mann ist ein alter Freund Italiens, ein Freund der ersten Stunde, ein Freund aus den Tagen des Unglücks und der Knechtschaft, denn seit 1857 war er eingeweiht in das, was inmitten so vieler Schwierigkeiten die Politik des Grafen Cavour heranreifen ließ. Er wußte, wieviel für sein Land darauf ankam, daß die Geschicke Italiens sich erfüllten. Man hat behauptet, wir haben in Friedrichsruh konspiriert. Mag sein; aber für den Frieden." Er sprach zum Abschied: „Wir haben Europa einen Dienst erwiesen ... Höher als der Frieden steht uns die Ehre. Wir sind mit Rüstungen in Afrika beschäftigt, wo der ungerechtfertigte Angriff eines halbbarbarischen Volkes 500 unserer Soldaten einem ruhmvollen Tode geweiht hat. Die Beleidigung verlangt Sühne. Es ist unnütz, darnach zu fragen, ob wir wohl taten oder nicht, uns dort niederzulassen. Wir wollen keine Eroberungskriege. Unser Ehrgeiz besteht darin, daß Italien da seinen Vorteil suche und sich ausbreite, wo seine Söhne aus eigenem Antriebe hingehen. Viktor Emanuel, die gekrönte Vaterlandsliebe, hinterließ sterbend den Italienern als Testament das Wort, daß Italien nicht bloß geachtet, sondern gefürchtet dastehen müsse."

Für eine Aussöhnung mit dem Papsttum wurden manche Stimmen laut. Man sah ein, daß sie für das Königtum noch nützlicher sei als für den Papst. Bonghi machte verschiedene Vorschläge. Die Frage sei einmal da und müsse gelöst werden. Sie wurde auch im Juni in der Kammer erörtert. Crispi sagte als Minister: „Wir suchen keine weitere Aussöhnung als durch das Garantiegesetz; der Staat ist mit niemandem im Krieg." Die papsttreuen Katholiken siegten bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen im Juni. Daraufhin wurde freilich der allzu klerikale Bürgermeister von Rom, Herzog Torlonia, von der Regierung abgesetzt.

Papst Leo fuhr fort, bei jeder Gelegenheit die Unabhängigkeit und Sicherheit des Heiligen Stuhles zu verlangen; so in einer Ansprache vom 3. März; er sagte: „Wenn das Papsttum die Unabhängigkeit wieder erlangte, so würde Italien, das demselben seinen schönsten Ruhm verdankt, zu allererst den Vorteil genießen." Es wurde bekannt, daß Bismarck in einer zweistündigen Unterredung mit dem päpstlichen Abgesandten Galimberti (März) mit Nachdruck immer wieder auf die römische Frage zurückgekommen sei; er sagte, ihm scheine eine Versöhnung im Interesse aller Teile wünschenswert. Es sei dazu vor allem notwendig, daß der Vatikan das Prinzip der Wahlenthaltung der ihm ergebenen Katholiken in Italien aufgebe, auch die leitenden italienischen Staatsmänner würden den Eintritt kirchlich konservativer Elemente in das nationale Leben Italiens begrüßen. Aber das war es eben: der Papst wollte das Königtum nicht dadurch stärken, ehe es sich nicht den Forderungen der Kirche gefügt habe. Papst Leo.

Auf den persönlichen Wunsch des Fürsten von Montenegro genehmigte der Papst die slawische Kirchenliturgie für die Erzdiözese Antivari.

In einer großen Ansprache an die Kardinäle vom 23. Mai äußerte sich Papst Leo sehr befriedigt über den kirchlichen Friedensschluß in Preußen. Damit sei dem Zwiste, der die Kirche bedrückte und dem Staate nicht nützte, ein Ende bereitet. „Wir bringen dafür Gott, dem Tröster und Schützer seiner Kirche, ganz besondere Dankbarkeit entgegen. Wenn den Katholiken noch einiges zu wünschen übrigbleibt, so ist doch das Erreichte bedeutender. An der Spitze steht, daß die Gewalt des Papstes bezüglich der Leitung der katholischen Angelegenheiten in Preußen nicht mehr als eine ausländische betrachtet wird und für ihre ungehinderte Ausübung Sorge getragen ist."

Über die römische Frage ließ der Papst und der Kardinalstaatssekretär
Rom. Rampolla keinen Zweifel, daß der Heilige Stuhl auf Rom nicht verzichten könne. Sehr stark wurde diese Forderung auch in der ungarischen Delegation durch den Bischof Lorenz Schlauch von Großwardein gestellt (November), und in einer Katholikenversammlung im Pester Rathaus unter dem Vorsitz des Grafen Stephan Karolyi. Auch Graf Ferdinand Zichy trat in einer Rede unbedingt für die weltliche Unabhängigkeit des Papstes als unerläßliche Vorbedingung des katholischen Regiments ein. Das beunruhigte die italienische Regierung.

Der deutsche Gesandte beim Päpstlichen Stuhl überreichte am 28. Juli dem Papst ein Handschreiben des Kaisers zu seinem Jubiläum und eine kostbare Mitra als kaiserliches Geschenk.

Kardinal Manning sprach sich in einem Gutachten an den Papst gegen die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und England aus. Die Gesamtheit der Bischöfe sei der beste Vertreter des Heiligen Stuhles in Irland. In einem Lande wie England sei nicht zu sehen, was für einen Nuntius zu tun bleibe. Er würde nur die Empfindlichkeit der Protestanten erregen. — Die amerikanischen Iren griffen den Papst an, da er sich mit England auf Kosten der Irländer verständigen wolle. Die Königin schickte den Herzog von Norfolk nach Rom, den Papst zum Priesterjubiläum zu beglückwünschen. Der Papst erklärte in seiner Antwort „förmlich und öffentlich" seine volle Zufriedenheit mit der Freiheit, welche die katholische Kirche in allen England unterworfenen Ländern genieße. „Diese Freiheit macht mir meine Aufgabe leicht und ersprießlich."

Viele Dorfgemeinden Mazedoniens wandten sich an den Papst durch den Apostolischen Delegaten in Konstantinopel mit der Bitte, ihnen Priester zum Unterrichte zu schicken, da sie in den Schoß der katholischen Kirche zurückzukehren wünschten.

Von Papst Leos XIII. lateinischen Gedichten erschien eine Jubiläumsausgabe bei Pustet in Regensburg.

Die neue Fassade des Florentiner Doms wurde enthüllt; in ihrer reichen, bunten Gliederung erreichte sie freilich nicht die sichere Größe der alten Zeit. Die Arbeiten hatten 1860 begonnen.

Den neuen Erzählungen A. Fogazzaros war eine idealistische Gesinnung eigen, wie z. B. dem auch dem deutschen Publikum bekannten „Pereat Rochus". Fogazzaro trennte die einzelnen Novellen durch Texte zu Kompositionen von Chopin, Beethoven, Schumann u. s. w.

Indem wir uns den inneren Angelegenheiten des Deutschen Reiches zuwenden, beginnen wir mit den religiösen Fragen. Wir sehen zuerst mit Erstaunen, wie die Beilegung des Kulturkampfs die Protestanten beunruhigte. Sie waren schon seit Oktober 1886 in Erfurt zur Beratung über die Gründung eines „Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutschprotestantischen Interessen" zusammengetreten und erließen nun zu Anfang des Jahres 1887 einen Aufruf folgenden Inhaltes: „Die deutsche evangelische Kirche und mit ihr unser deutsches Vaterland sind von schweren Gefahren bedroht. Durch den sogenannten Kulturkampf und die Art seiner Beilegung sehen wir die Macht des Romanismus aufs höchste gesteigert ... Die größten Einbußen hat der Protestantismus jedesmal dann erlitten, wenn die Hierarchie sich auf den Friedensfuß mit der Staatsgewalt zu setzen wußte ... Der machtvollen Einheit Roms steht die deutschevangelische Christenheit in trauriger Zerrissenheit gegenüber. Die Landeskirchen, in welche sie zerfällt, sind durch ein so loses Band verknüpft und so sehr gegeneinander abgeschlossen, daß das evangelische Gemeinbewußtsein verkümmert. Noch viel verderblicher ist der Parteihader, welcher eine positive Entwicklung des deutschen Protestantismus lähmt. Während wir uns über innerkirchliche Fragen entzweien, schreitet der Feind vor ... Der religiöse Indifferentismus bahnt ihm den Weg zur Herrschaft ..." Der Aufruf war unter andern von den Professoren Lipsius und Nippold in Jena unterzeichnet. Die streng orthodoxe Partei sprach sich aber schroff ablehnend gegen den Bund aus. Deutsches Reich.

Durch Erlaß vom 27. Januar wurde den geistlichen Orden in Preußen die Befugnis erteilt, neue Mitglieder aufzunehmen, doch nur Reichsangehörige. Staatliche Einsprüche gegen Priesterernennungen in Posen wurden vom Papst zugunsten der Regierung entschieden. Der 1873 vorgeschriebene Bischofseid wurde durch königliche Verordnung aufgehoben. Die Beschwerden der evangelischen Kirche wurden durch Kleist-Retzow auch im preußischen Herrenhaus vertreten. Die am 26. April zu Berlin tagende landeskirchliche Versammlung nahm eine von Kleist-Retzow und Stöcker befürwortete Resolution an, in der unter anderem die Überzeugung ausgesprochen wurde, „daß in der Stellung der evangelischen Landeskirche Preußens zum Staat Hindernisse liegen, deren Beseitigung anzustreben ist". Dabei soll aber der „Segen des landesherrlichen Kirchenregiments" der evangelischen Kirche auch fernerhin erhalten bleiben. Ein Erlaß des brandenburgischen Konsistoriums (Dr. Hegel) sprach im Juni vom „Ansturm des Ultramontanismus gegen die evangelische Kirche" und von der Gefahr der gemischten Ehen. Von seiten des Protestantenvereins forderte man nur reichere Staatsmittel für arme evangelische Gemeinden.

Indessen wurde das geistliche Seminar für die Diözese Köln wiedereröffnet. Bischof Kopp wurde im Juni nach Breslau berufen. Das Kapuzinerkloster zu Münster, die Niederlassungen der Franziskaner zu Münster und Dorsten, der Benediktiner in Beuron (unter Abt Maurus Wolter) u. s. w. Kopp.

erstanden aufs neue seit August. Die Beschlüsse der Bischofskonferenz in Fulda, 11. August, wurden als die „Schlußdemobilisierung des 1873 in Fulda organisierten passiven Widerstandes" bezeichnet.

Die erste Generalversammlung des Evangelischen Bundes, 16. August, sprach von der zurücksetzenden Behandlung der evangelischen Kirche, von den Verlusten durch die gemischten Ehen, von den katholischen Prozessionen und Ordensgründungen in konfessionell gemischten Orten, von dem „öffentlichen Ärgernis, daß der Name des Mannes, welchem das evangelische Deutschland seinen gereinigten Christenglauben und seine geistliche und sittliche Freiheit verdankt (Luther), in römisch-katholischen Blättern und Schriften fortwährend aufs unwürdigste beschimpft wird". Man sah dagegen „in der jährlichen volkstümlichen Feier des Geburtstags von Dr. Martin Luther ein wichtiges Mittel zur Weckung des evangelischen Bewußtseins". Der Evangelische Bund beschäftigte sich auch mit dem zahlenmäßigen Rückgang des evangelischen und deutschen Elements in den russischen Ostseeprovinzen.

Katholikentag.

Beim Katholikentag zu Trier (29. Aug. bis 1. Sept.) bezeichnete Windthorst wie der Vorsitzende Graf Ballestrem als Programm der Partei das „Retablissement ihrer Armee". Es sei nicht voller Friede, aber „Präliminarvertrag mit Waffenstillstand und Demarkationslinie" vorhanden. „Wir haben nach Abschaffung der Verfassungsbestimmungen keine andere Garantie als unsere bewährte Organisation und ihre Krönung, die Generalversammlungen. Darum betet und organisiert euch!" (So Graf Ballestrem.) — Der Katholikentag erklärte, man dürfe nicht eher ruhen, als bis der frühere Zustand bei Anstellung der Geistlichen in Preußen wieder aufgerichtet, die volle Wirksamkeit aller katholischen Orden wieder hergestellt, das Schulaufsichtsgesetz aufgehoben, der Religionsunterricht ausschließlich der Kirche zurückgegeben sei. Die Erneuerung der weltlichen Herrschaft des Papstes sei Bedingung für die volle Entfaltung seiner geistlichen Macht. Windthorst trat der Ansicht entgegen, als habe das Zentrum seine Aufgabe erfüllt und könne sich auflösen. Als Beweis für die Übereinstimmung zwischen Geistlichkeit und Zentrum bezeichnete er die Anwesenheit der Bischöfe. Erheblich friedlicher waren die Äußerungen des Hirtenbriefs der in Fulda versammelten Bischöfe. Neben der Eroberung der Schule wurde die Fürsorge für die Bedürftigen und wirtschaftlich Schwachen empfohlen. Fürst Karl zu Löwenstein sprach sich für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes aus. Mit Dank wurden die Bemühungen des Papstes anerkannt, den Kirchenfrieden herzustellen. — Fürstbischof Kopp von Breslau empfahl in einem Rundschreiben Ende Oktober den Frieden mit dem Staat. Professor Beyschlag in Halle skandalisierte sich allerdings in den „Deutschevangelischen Blättern" über die Mitwirkung der protestantischen Staatsbehörden bei der Inthronisation und dem Hochamt des neuen Fürstbischofs. Beim Festmahl habe der Trinkspruch des Bischofs den Papst dem Kaiser vorangestellt.

Was den polnischen Religionsunterricht in Posen betraf, so erfüllte Erzbischof Dinder nicht alle Wünsche der Polen; er entschuldigte sich damit, daß er das Möglichste getan.

Zu Ende des Jahres machte die Berliner Stadtmission dadurch von sich reden, daß sie den Prinzen Wilhelm in Beziehung zu den Gedanken Stöckers brachte. Die Liberalen fanden eine solche „Fruktifizierung der Zeitereignisse im klerikalkonservativen, christlichsozialen Parteiinteresse verderblich".

Kronprinz.

Als furchtbarer Schicksalsschlag wurde die Krankheit des Kronprinzen empfunden. Die deutschen Ärzte kamen zum Ergebnis, daß Kehlkopfkrebs vorliege, während der englische Spezialist Mackenzie es bezweifelte. Die Thronrede vom 24. November beschäftigte sich bereits in sorgenvollen Worten mit der Krankheit; der Reichstag sandte an den Kranken nach San Remo ein teilnehmendes Telegramm. Die drei preußischen Großlogen sprachen ihrem stellvertretenden Protektor ihre Genesungswünsche aus. Der Kronprinz verband mit dem Dank den „Wunsch, daß die Maurerei ihre wohltuende Wirksamkeit in immer weitere Kreise tragen möge. Für mich war sie mit eine Quelle, das mir auferlegte Leid in Ergebenheit gegen den Willen Gottes zu tragen."

Die Ansiedlungskäufe in den polnischen Gebieten wurden betrieben. Der polnische Sprachunterricht wurde in allen Volksschulen vom 1. Oktober an bedingungslos aufgehoben. Eine Versammlung polnischer Notabeln in Lemberg, 6. Oktober, beschloß, der in Posen gegründeten polnischen Rettungsbank mit über einer Million Mark zuhilfe zu kommen. An der Spitze des Komitees standen Graf Arthur Potocki, Fürst Adam Sapieha, Fürst Georg Czartoryski.

Auffallend ungünstig für die deutsche Sache war der Ausfall der Wahlen in den Reichslanden Elsaß-Lothringen, weshalb man eine Verwaltungsänderung vorschlug.

Sozialisten.

Im April wurden polnische Sozialisten abgeurteilt. Im Juli verhaftete die Polizei das aus sieben Personen bestehende geheime Zentralkomitee der Berliner Sozialdemokratie. Der Anarchist Neve wurde im Oktober wegen Hochverrats zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt; er war der Teilnahme am Niederwaldattentat 1884 und an der Ermordung Rumpfs 1885 beschuldigt. Die Verhandlung war geheim. Im Oktober hielten die deutschen Sozialdemokraten einen Parteitag in St. Gallen. Man beschloß, wie bisher das Hauptgewicht auf die kritische und agitatorische Seite zu legen. Gegen die anarchistische Bewegung sprach man sich entschieden aus; sie sei antisozialistisch, insoweit sie die absolute Autonomie des Individuums erstrebt, sie sei nichts als eine einseitige Ausgestaltung der Grundgedanken des bürgerlichen Liberalismus. Sie führt die Produktion auf den Zwergmaßstab des kleinen Handwerks zurück, im Gegensatz zur sozialistischen Forderung der Vergesellschaftung der Produktion. Der anarchistische Kultus der Gewaltpolitik beruht auf grobem Mißverständnis der Geschichte. Die Gewalt ist mehr reaktionär als revolutionär. Die Sozialisten von Paris sandten dem Parteitag eine Adresse mit Bezug auf die Beschlüsse, die sie 1884 in Roubaix einverständlich mit den Engländern gefaßt hatten. — Ein

Sozialistenprozeß in Breslau, 17. November, deckte die Absicht auf, durch Gründung sozialistischer Niederlassungen in Amerika schneller zum Ziele zu gelangen als durch Organisation.

Die Frage der Schutzzölle blieb bestritten. Freiherr v. Schorlemer und 38 Zentrumsmitglieder verlangten den Schutzzoll für die Landwirtschaft, Freiherr v. Huene und andere die Reform der direkten Steuern. Daneben gingen die Verhandlungen über die Branntweinsteuer und die Alters- und Invalidenversicherung. Unter großen Feierlichkeiten wurde am 3. Juni vom Kaiser zu Holtenau bei Kiel der Grundstein zum Nord-Ostsee-Kanalbau gelegt. Eine Flottenparade war damit verbunden. — An der Universität Berlin wurde ein Seminar für orientalische Sprachen errichtet, entsprechend der Wiener orientalischen oder Konsular-Akademie.

Manche Zeitungen feierten den 1000jährigen Bestand des deutschen Reichswesens, nämlich seit Arnulf um die Wende von 887 auf 888. Mit mehr Recht feierte man 1843 das Millenium des Vertrags von Verdun (Bd. 2, 243). Nach anderer, noch besser begründeter Ansicht hätte das deutsche Reichswesen den entscheidenden Beginn von der Übernahme der römischen Kaiserkrone 800 an zu zählen. Die Weltgeschichte kennt nach dem Fall des altrömischen Reichs nur einen vollkommenen Typus einer Staatsordnung, nämlich das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation", von dem Karl Lamprecht noch im Jahre 1915 kurz vor seinem Tode sagte, es sei „eine der genialsten politischen Bauten gewesen, die die Geschichte Europas überhaupt gesehen hat", und es fordere eine unbedingte Erneuerung.

Koburg. Die Denkwürdigkeiten des Herzogs Ernst von Koburg, („Aus meinem Leben und aus meiner Zeit") boten viel des Interessanten. Hatte doch Kaiser Wilhelm in Versailles am 18. Januar 1871 den Herzog vor den versammelten Fürsten mit den Worten begrüßt: „Ich vergesse nicht, daß ich die Hauptsache des heutigen Tages Deinen Bestrebungen mitzudanken habe."

Die anonyme Schrift „Bismarck und Rußland" gab „Enthüllungen über die Beziehungen Deutschlands und Rußlands von 1859 bis heute". Sie ging zweifellos von Bismarck selbst aus und bot eine Rechtfertigung seiner Politik mit vielen Archivalien, die nur ihm zu Gebote standen.

Geheimrat Bosse in Berlin schrieb über Verschlechterung der Vorbildung der Juristen infolge des Korpslebens in ähnlichem Sinne, wie sich früher Bismarck geäußert hatte. Bosse klagte die Heidelberger Korps an, daß sie den Mitgliedern den Kollegienbesuch als unanständig geradezu verbieten. Dem widersprachen die Korps.

Die Würde eines Historiographen des preußischen Staates ging von Johannes v. Müller, B. G. Niebuhr, Friedrich Wilken, Leopold v. Ranke auf Heinrich v. Treitschke über. Lauter Nichtpreußen.

Conrad schrieb in der „Allgemeinen Zeitung" (Nr. 2, 3 und 4) über die Gefahr eines gebildeten Proletariats in der Gegenwart.

Vischer. Zu Friedrich Th. Vischers 80. Geburtstag schrieb Gottfried Keller in der „Allgemeinen Zeitung", 30. Juni: er sei ein „Redner ersten Ranges, kein Spiegelredner, sondern einer des lebendigen Wortes ... Die Ehre, Stärke und harmonische Freiheit des Vaterlandes sind seine lebenslängliche Leidenschaft ... Heil dir, teuerster Mann! Bleibe noch manches geräumige Jahr der große Repetent deutscher Nation für alles Schöne und Gute,

Rechte und Wahre!" Bei der Feier in Stuttgart sagte Vischer, er habe es gewagt, auch in der schaffenden Dichtung sich zu versuchen. „Es ist schwer, darüber zu reden; da ist bescheiden sein auch eitel. So viel ist sicher, daß geteilte Kraft nicht erreichen kann, was ungeteilte erreicht. Denken und Dichten zu vereinigen, ist eine schwere Sache. Eines aber ist gemeinsam: die geflügelte Geistnatur des Wortes." — Vischer starb bald darauf, 14. September, in Gmunden bei einem Familienbesuch. Ich sah ihn und sprach ihn noch auf dem Sterbebett, auf dem er noch mit voller Frische ästhetische Gespräche über Form und Gehalt und über sein Lieblingsthema, den seiner Meinung nach durch den zweiten Teil und besonders die letzten Szenen verpfuschten „Faust" Goethes führte. Ich wagte nicht zu widersprechen, obwohl ich der entgegengesetztesten Ansicht war. Der berühmte Ästhetiker wurde auf dem schön gelegenen Gmundener Friedhof begraben. — Zur Uhlandfeier hatte Vischer noch einen Festprolog gedichtet, in welchem der Genius von Schwaben und der von Deutschland bei der Bekränzung der Büste vom Genius der Menschheit mit diesen Worten unterbrochen wird: „Der ganzen Menschheit, mir gehört er an!"

Die protestantische Tirolerkolonie, die 1837 aus dem Zillertal ausgewandert war, feierte in Schlesien ihr Gedenkfest. Freilich war die Zahl der Kolonisten auf die Hälfte, zweihundert, herabgesunken.

Graf Schack gab seine Erinnerungen heraus unter dem Titel „Ein halbes Jahrhundert"; Beust die seinen unter dem Titel „Aus drei Vierteljahrhunderten".

Fechner. Mit Gustav Theodor Fechner starb einer der letzten original schöpferischen Philosophen; daher denn auch sein System „Zendavesta" so unbeachtet blieb, daß es vom Verlag eingestampft wurde. Auch die Nekrologe zeigten, daß er trotz mannigfaltigster Betätigung ein Fremdling im modernen Geistesleben geblieben war.

Der Deutsche Sprachverein, 1885 begründet vom Kunsthistoriker Dr. Hermann Riegel in Braunschweig, hatte den Wahlspruch: „Nicht reindeutsch nur, auch rechtdeutsch mußt du sprechen; nicht Undeutsch nur, auch Falschdeutsch ist Verbrechen!" Seine Zeitschrift erschien seit 1886. Diese Bestrebungen fanden weite Verbreitung, wurden aber auch in ihren Übertreibungen bekämpft. Gustav Rümelin, Kanzler der Universität Tübingen, schrieb über „Die Berechtigung der Fremdwörter". In der Tat ist der zu weit getriebene Purismus nur der Ängstlichkeit kleinerer Nationen ohne Weltberuf ihrer Sprache, wie den Magyaren, Tschechen u. dgl. eigen.

Lutherspiele. Der Lutherfestspielverein in Jena beschloß, eine alljährliche Aufführung der Dichtung Devrients erfolgen zu lassen, nachdem sie seit 1883 mit steigendem Erfolg sich bewährt hatte. In Rothenburg a. d. Tauber wurde der „Meistertrunk" dargestellt. Hans Herrigs Lutherspiel hatte in Halle, wo der Kirchenbauverein die Aufführungen veranstaltete, bemerkenswerten Erfolg. Das Lutherfestspiel des Superintendenten Trümpelmann wurde im November zu Torgau aufgeführt. Wir werden davon noch im folgenden Jahre hören. Friedrich Schön schrieb über „Ein städtisches Volkstheater und Festhaus in Worms" und Hans Herrig in gleichem Sinn über „Luxustheater und Volksbühne". „Wir ahnen die Heranbildung einer neuen idealen Sphäre, welche volkstümlich im Kerne, künstlerisch in ihrem Werte und religiös in ihrem höchsten Ausdruck

wäre." (Vgl. die Besprechung in der Allg. Ztg., 24. April.) Die Lutherfestspiele von Devrient, Herrig und Trümpelmann hatten weniger theatralischen als religiösen Charakter, sie bestanden aus Bildern, ohne ein geschlossenes Drama zu bilden. Das theologische Interesse war vorwiegend; aber darum war die Wirkung nur um so stärker, ergreifender, ja um so dramatischer. Es war zweifellos die stärkste und wirkungsvollste Auswirkung des Protestantismus in der Neuzeit und ein Versuch zur Regeneration der Kunst. Der Einfluß von Oberammergau war wohl unverkennbar. Großer Wert wurde auf die Kostüme gelegt. Dagegen bestand die Bühne bei der Aufführung des Herrigschen Spieles im Leipziger Kristallpalast nur aus einer gleichförmig roten Draperie. (Vgl. die Abbildung in der Ill. Ztg., 10. Dez.) Das Publikum stimmte in die bekannten Chöre „Ein' feste Burg" und „Nun danket alle Gott" mit ein. Die Darsteller waren keine Berufsschauspieler, was nur um so günstiger wirkte, denn sie machten ihre Sache um so besser.

Pöhnl. Hans Pöhnls Volksbühnenspiel „Gismunda" ging bei der Aufführung am 1. November im Münchener Hoftheater in Zischen und Lachen unter. Das Publikum und die Kritik konnte dem originalen Talent dieses wahren Dichters nicht gerecht werden. A. Schlossar besprach aber die in zwei Bänden (nicht ohne meine Mitwirkung) gesammelten „Deutschen Volksbühnenspiele" des österreichischen Dichters sympathisch in der „Allgemeinen Zeitung", 17. Oktober. Pöhnls kühne und herausfordernde Einleitung empörte die Kritiker. Seine Stoffe und die Technik schlossen sich dem Volksbuch, dem Sprichwort, dem Volkslied, der Volkssage, dem Volksbrauch an. („Der arme Heinrich", „Die schöne Magelone", „Gismunda", „Ritter Staufenberg und die schöne Meerfei", „Der liebe Augustin".) Der greise Germanist Rochholz begrüßte Pöhnl in der Zeitschrift „An der blauen Donau" in einem zustimmenden Spruchgedicht: „Begrüßend deiner Dichtung frisches Wort, schreib' ich erfrischt den Brief und schick' ihn fort . . . Er dreht sich um das patriotisch kühne Problem der deutschen nationalen Bühne. So sind die von dem Geist der Ahnen uns weltgeschichtlich vorgeschrieb'nen Bahnen nunmehr beschritten. Abschied müssen nehmen altklassische und neuromantische Schemen, der Gallizismus und die Mantelstücke, das Parthenon zusammt der Tiberbrücke, und wiederkehrt, wie's seit Hans Sachs gefiel, das ernsthaft lächelnde Volksbühnenspiel." — Des edlen Rochholz Prophezeiung ist bis jetzt noch nicht eingetroffen. Ich habe mit Pöhnl von etwa 1882 bis 1892 in völligem geistigen Austausch verkehrt. Er ist mir dann entschwunden und in Wahnsinn untergegangen. Mit ihm ist seine ganze Lyrik und Novellistik bis auf wenige Überbleibsel verlorengegangen. Ebenso seine höchst originellen Kunstspekulationen. Er war der gründlichste Kenner der dramatischen Technik der Griechen, Römer, Shakespeares, Hans Sachsens. Er plante eine „Renaissancebühne" für Wien; in der Polemik darüber gegen Erich Schmidt stand ich ganz auf seiner Seite.

Als Festgabe zum 90. Geburtstag des Kaisers stellte Adolf Kohut „Goldene Worte des Deutschen Kaisers Wilhelm I." zusammen, aus Ansprachen, Thronreden, Depeschen, Erlässen, Handschreiben, Proklamationen, Armeebefehlen, Trinksprüchen u. s. w.

Zum 70. Geburtstag Theodor Mommsens stellte sein Schüler K. Zangenmeister ein Verzeichnis seiner sämtlichen 949 Arbeiten zusammen unter dem Motto: „Et multa et multum."

Dem in Wien 1863 gestorbenen Dichter Fr. Hebbel wurde ein Denkmal in seinem Geburtsort Wesselburen errichtet.

Ed. v. Hartmanns Ästhetik fußte auf einer eingehenden geschichtlichen Vorarbeit.

Heinrich v. Eicken schrieb „Geschichte und System der mittelalterlichen Weltanschauung", indem er die beiden Strömungen, die hierarchische und die aszetische, und den Konflikt der weltlichen Interessen mit der religiösen Idee zugrunde legte.

Gust. Karpeles schrieb die Geschichte der jüdischen Literatur, besonders der nichtbiblischen.

Johannes Ronge starb auf der Reise in Wien als ein völlig Verschollener. (Vgl. Band 2, S. 275, vom Jahr 1844 u. s. w.) Ronge.

Krones gab Beiträge „Zur Geschichte Österreichs 1792 bis 1816". — Wilh. Müller schrieb die „Mythologie der deutschen Heldensage", Geschichte und Sage vermittelnd. — Karl Weizsäcker behandelte „Das apostolische Zeitalter der christlichen Kirche". — A. E. Fr. Schäffles Schrift „Der nächste Krieg in Zahlen" war eine „militär- und finanzstatistische Studie über die Erhöhung der deutschen Friedenspräsenz". Sie schloß: „Gegenüber der ungeheuren Gefahr der Vernichtung durch Frankreich haben alle Parteien dasselbe Interesse. Päpstlicher als der Papst braucht auch ein deutscher Katholik nicht zu sein und großdeutscher als der Kaiser von Österreich und der König von Bayern auch kein Großdeutscher von ehedem." — C. A. Wilkens (in Kalksburg bei Wien) schrieb die „Geschichte des spanischen Protestantismus im 16. Jahrhundert".

Hermann Linggs Schauspiel „Die Bregenzer Klause" vermochte nicht durchzudringen. — Die Werke der 1887 verstorbenen Marlitt gehören nicht eigentlich zur Kunst, sondern zum Unterhaltungswesen.

Sehr willkommen war Könneckes Bilderatlas zur Geschichte der deutschen Nationalliteratur, eine der wertvollsten Erscheinungen dieser illustrativen Richtung der Zeit. Ebenso willkommen waren die von F. X. Kraus (leider sehr wortkarg) herausgegebenen Miniaturen der Heidelberger oder Manessischen Liederhandschrift.

Die „Historisch-politischen Blätter" begleiteten die Entwicklung der katholischen Poesie und Literatur; sie besprachen die vorpäpstliche Lebensperiode Gregors des Großen nach der Schrift von Cöl. Wolfsgruber. — Über die päpstliche Politik Bismarcks wird die „Frankfurter Zeitung" zitiert: „Einen seltsamen Eindruck muß es, wenn man sich um zehn Jahre zurückversetzt, im Lande machen, wenn der Kanzler eine päpstliche Kundgebung gegen die Wahlpolitik des Zentrums in Aussicht stellt. Wer damals das gesagt hätte, der Papst in Rom werde die deutschen Wähler zu beeinflussen suchen, welchen Tamtam der Kulturkämpfer würde er hervorgerufen haben, welche Steigerung des Rufes: ‚Los von Rom'! Da schreibe einer keine Satire." — Pastors Papstgeschichte wird gegen gegnerische Kritik verteidigt. — Es wird hervorgehoben (99, 479), daß zum erstenmal eine hohenzollernsche Thronrede wie die vom 3. März des Papstes Erwähnung getan, und zwar des „wohlwollenden Interesses Seiner Heiligkeit für das Deutsche Reich und dessen inneren Frieden". — Die katholisierende Oxford-Bewegung wird ausführlich und wiederholt geschildert in ihren Ursachen und Wirkungen. — „Ein neues Hochgericht über katholische Historiker" tut sich in Hans Scherrers Hist.-pol. Blätter.

Übersicht der vaterländischen deutschen Geschichtschreibung (Einleitung zur deutschen Verfassungsgeschichte) auf. — Das Bruder-Klaus-Jubiläum wird von einem nichtkatholischen deutschen Festbesucher geschildert. Am 21. März wurde nämlich im Kanton Unterwalden der 400jährige Todestag des frommen Einsiedlers Nikolaus von der Flüe begangen. — Aus dem Beustschen Memoirenwerk werden zwei Ausschnitte gegeben: „Konkordat und Konzil" und „Die Tage von Gastein 1871". — G. v. Buchwalds Vorträge „Zur deutschen Wirtschaftsgeschichte im endenden Mittelalter" werden gerecht gewürdigt. — Die „Mohrenwäsche des Fürsten Bismarck", um die Schuld des Kulturkampfs von sich abzuwaschen, wird gekennzeichnet. — Die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes wird als Forderung der Zeit betrachtet. Dazu wird Kuno Stummels Schrift „Die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes durch den Fürsten Bismarck" (in erster Auflage 1884 in Düsseldorf erschienen) zitiert. Ebenso andere Preßstimmen. Der italienische Deputierte Toscanelli schrieb an die „Opinione": „Das Garantiegesetz, das ich in der Kammer als unwirksam bekämpfte, setzt den Papst zum Söldling des Staates herab. Eine Regierung, die einen solchen Zustand der Dinge sich hinziehen läßt, ohne Abhilfe zu finden, ist unfähig ... Es ist eine Halbheit. Das Garantiegesetz stellt 5000 Personen, die mit dem Vatikan zusammenhängen, außerhalb der staatlichen Gerichtsbarkeit. Warum stellt man nicht einfach außer der Republik San Marino, die 7800 Einwohner zählt, auch noch eine katholische Republik her mit einem wählbaren Oberhaupt?" (99, 952). — Im 100. Band der „Historisch-politischen Blätter" referiert Gutberlet über den gegenwärtigen Stand der Darwinsfrage auf physischem und moralischem Gebiet, auf welchem Spencer eine völlig darwinistische Ethik statuiert. — Ein neues Beispiel „wissenschaftlicher Kritik" zur Vernichtung Janssens wird besprochen. — Etwas mehr Licht über die Freimaurerei geben einige wichtige Veröffentlichungen, wonach ihr Kern der Gnostizismus ist. — Annette v. Droste-Hülshoff wird dargestellt nach der Ausgabe ihrer Werke von W. Kreiten und der Monographie von H. Hüffer. — W. Hohoffs Werk „Die Revolution seit dem 16. Jahrhundert im Lichte der neuesten Forschung" wird angezeigt. — Es folgt eine Geschichte und Charakteristik des österreichischen Antisemitismus. — Fr. Reinhards Bücher „Odysseus und sein Sänger Homer" und „Offenbarung und klassisches Altertum" gewähren kühne, geistvolle Parallelen. — Die „Mobilmachung im deutsch-preußischen Protestantismus" zeigt sich an der Geschichte des „Evangelischen Bundes" und am Antrag von Hammerstein. — Bismarcks Wort an Werle wird zitiert (September 1870): „Wenn wir werden Herr des Katholizismus sein, werden die lateinischen Rassen bald verschwinden" — und dessen Echtheit trotz Ableugnung behauptet. — Professor Rohling in Prag stellt die praktische Geltung des Schulchan-aruch und des Talmud bei den heutigen Juden fest. — Ironisch heißt es von Bismarcks Orientpolitik (S. 650): „Als wir hier im Süden noch großdeutsch waren, da spielte die Donau als die große deutsche Verkehrsader nach dem Orient eine hochbedeutende Rolle. Für Kleindeutschland aber ist die ‚Festsetzung russischen Einflusses auf dem rechten Donauufer' vollkommen gleichgültig. Der Reichsdeutsche hat sein Auge nach andern Weltgegenden zu richten. Die alte Donau reicht nicht einmal mehr den deutschen Kolonien auf den afrikanischen Totenfeldern das Wasser. Vor kurzem sind dort wieder einige Schwarze stand-

rechtlich erschossen, ein paar Negerdörfer verbrannt und ist sogar der König Malietoa von Samoa gefangen und deportiert worden. Er wird, sagt die ‚Berliner Börsenzeitung', nach Deutschland kommen, als ‚lebender Zeuge der Macht des europäischen Landes'. Von der untern Donau bedarf es keines solchen Zeugen; denn — im Orient haben wir kein Interesse! ... Die unermüdliche Bündnispolitik der diplomatischen Penelope in Berlin wird immer labyrinthischer. Wo das hinaus soll, geht über menschliches Ermessen." — Bei der Besprechung der Lebenserinnerungen des volkstümlichen Malers Ludwig Richter wird hervorgehoben, daß er, obwohl aus einer Mischehe stammend und protestantisch getauft, doch katholisch erzogen wurde, sich auch zu „seiner" katholischen Kirche hielt und in der katholischen Hofkirche zu Dresden jährlich zu Ostern die Sakramente empfing. Je älter er wurde, um so stärker wurde sein katholisches Bewußtsein und Bestreben.

Malerei.

Die berühmten Fresken der Nazarener in der Casa Bartholdy zu Rom, von Cornelius, Overbeck, Schadow und Veit gemalt, wurden dort von den Wänden gelöst und nach Berlin in die Nationalgalerie geschafft. — Fritz v. Uhde, der naturalistische Maler, stellte die Bergpredigt wie auf einer deutschen Wiese vor einem deutschen Dorfe dar, Christus auf einer Bank als fremder Wanderlehrer, umgeben von Bäuerinnen und Kindern. — Zu früh starb der originelle, bahnbrechende deutsche Maler Hans v. Marées in Rom. — Von Anton v. Werners Gemälde der Kaiserproklamation in Versailles gab es nun drei Fassungen: 1. daß große „aktenmäßig" getreue Bild, das die deutschen Fürsten dem Kaiser zum 80. Geburtstag darbrachten. 2. Auf kleinerem Raum zusammengedrängt malte Werner die Szene in dem Bilde, das die kaiserliche Familie dem Kanzler zu dessen 70. Geburtstag verehrte (Ill. Ztg., 19. März). Zum drittenmal stellte Werner denselben Moment in einem kolossalen Wandgemälde in der Herrscherhalle des umgewandelten Zeughauses dar. — Hubert Herkomers Bildnis der „Dame in Weiß" (Miß Katharina Grant) erregte auf seinen Kunstreisen die Sensation der modernen Welt.

Man zitierte R. Wagners Stammbuchblatt für Hans v. Bülow: „Glimmt für die Kunst in Ihnen eine echte, reine Glut, so wird die schöne Flamme sicher einst entbrennen; das Wissen aber ist es, was diese Glut zur kräftigen Flamme nährt und läutert."

Bei den Hafenarbeiten in Kiel kam das 1851 hier versunkene Taucherschiff Bauers an die Oberfläche. Dieser „Brandtaucher" sollte mit Pulver gefüllte Sprengminen unter den Boden feindlicher Schiffe befestigen. — Dr. Wölfert unternahm bei Dresden mit dem von ihm konstruierten lenkbaren Luftschiff Probefahrten (Ill. Ztg., 15. Okt.). — Die neueste unterseeische Waffe, der Whitehead-Torpedo, rief Torpedoschutznetze hervor.

Österreich.

Im inneren Staatsleben Österreichs war die ruthenische Sprachenfrage ebenso umstritten wie die Sprachenverordnung für Böhmen. Der Deutsche Klub zerfiel wegen der Judenfrage immer mehr. Die neue „Freie Vereinigung der Deutschnationalen" verlangte eine Verfassungsänderung zugunsten der Deutschen durch Ausscheidung von Galizien und Dalmatien aus dem Reichsrat, der Antisemitismus soll weder gefordert noch bekämpft werden. Im übrigen verharrte man auf dem Programm vom

25. September 1885. Die Brünner Handelskammer einigte sich friedlich über die Sprachenfrage. In Sebenico demonstrierten die Kroaten tätlich gegen die Italiener. Die Spaltung zwischen Alt- und Jungtschechen, Rieger und Gregr, ging immer weiter. In Kroatien bildete sich eine selbständige Serbenpartei. Die Antisemiten verlangten, nach dem Vorbilde der Antichinesenbill von 1882 und 1884 in Amerika, ein Gesetz gegen Einwanderung und Niederlassung von Juden (27. Mai). Bei der Wahl eines Antisemiten in Ungarn ging die Stadt Duna-Szerdahely in Feuer auf. Der Agramer Gemeinderat beklagte sich beim Kaiser über den Banus und die Landesregierung. Bei der Enthüllung des Deakmonuments in Gegenwart des Kaisers enthielt sich die Stadt Fiume demonstrativ der Absendung von Vertretern. Der einzige rumänische Abgeordnete in Ungarn, General Trajan Doda, erklärte in einem Schreiben an den Präsidenten des Pester Abgeordnetenhauses, an den Verhandlungen nicht teilnehmen zu wollen, da das Volk der Rumänen, fast drei Millionen in Ungarn, keine genügende Vertretung habe und er allein nicht imstande sei, die Interessen seines Volkes genügend wahrzunehmen. Die Vertretung des ruthenischen Bezirks Turka in Galizien überreichte dem Landtag eine Petition um Einführung der deutschen Sprache als obligaten Lehrgegenstand in den galizischen Volksschulen. Der dalmatinische Landtag lehnte den Antrag des Bakotic ab: „daß die russische Sprache in den Realschulen als obligater Lehrgegenstand eingeführt und überdies an jedem Gymnasium ein Lehrstuhl für russische Sprache und Literatur errichtet werde".

Der Gymnasiallehrer Polzer forderte in einer Broschüre die deutschen Katholiken zum Massenübertritt in die „wahre deutschnationale Religion", den Protestantismus, auf; er wurde vom niederösterreichischen Landtag pensioniert. Der altkatholischen Gemeinde in Wien wurde auf Grund der Gesetze untersagt, den „Bischof" Reinkens aus Bonn zu einer Firmungsreise einzuladen. Der Kardinal Fürstprimas Simor von Gran stellte sich in einer Meinungsverschiedenheit über Bischofsversetzungen auf Seite der Krone gegen den päpstlichen Nuntius. Der Abt Karl von Melk, der im Herrenhaus kräftig für die deutsche Staatssprache eingetreten war, erhielt eine Dankadresse von 1400 Gemeinden. Der Nordböhmische Katholikentag zu Warnsdorf unter dem Vorsitze Lienbachers resolvierte über Papsttum, Unterricht, soziale Frage, Presse, katholische Bewegung. Der Warnsdorfer liberale Gemeindeausschuß wollte mit diesen Beschlüssen nichts zu tun haben. Der ebenso liberale Gemeinderat von Klagenfurt bedauerte förmlich die Berufung der Jesuiten durch Bischof Kahn an das Priesterseminar, „weil dadurch die deutschen Theologen ihrem Volk entfremdet würden". Der Linzer Katholikentag nahm in Anwesenheit des Statthalters eine vom Bischof Müller gestellte Resolution zugunsten der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes an. Da die Tschechen und Slowenen mit Beziehung auf Montenegro auch die Bewilligung der slawischen Liturgie wünschten, erklärte der päpstliche Nuntius

Galimberti, das, was sich für Montenegro empfahl, sei nicht anderwärts rätlich. Von den Kundgebungen der ungarischen Katholiken für den Papst war schon die Rede.

Graf Leo Thun sprach sich Ende März im Parlament gegen die Bezeichnung „österreichisch-ungarische Monarchie" aus an Stelle der richtigen „Kaisertum Österreich". Er sagte: „Die Übertragung des Namens Österreich auf die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder ist verfassungswidrig, inkorrekt, unlogisch, ohne Rechtsgrund, eine Schädigung für das Staatsbewußtsein der Bevölkerung, ein Tropfen Gift für die Lebenskraft des Kaisertums. Der gegenwärtige Zustand ist lediglich ein Provisorium bedenklichster Art. Der Dualismus mit dem ungarischen Staat ist unvereinbar mit den Lebensbedingungen der Monarchie." Die ungarische Presse suchte diese Auffassung zu widerlegen. Das Kaiserpatent vom 11. August 1804 sei in Ungarn niemals publiziert oder inartikuliert worden. Auch Ministerpräsident Taaffe suchte den ungarischen Standpunkt gegen Graf Leo Thun zu verteidigen. Dieser erklärte aber im „Vaterland" (12. April): „Ein allgemeines Verbot, vom Kaisertum Österreich zu sprechen, kann nicht sanktioniert werden, weil außerhalb Ungarns der Glaube an das Kaisertum sich eingelebt und in zahllosen Institutionen festgewurzelt hat, und weil es mit jenen Gefühlen des ‚guten alten österreichischen Patriotismus', an welchen Graf Taaffe am Schlusse seiner Erwiderung an mich appelliert hat, auf das innigste verwachsen ist." Leo Thun.

Die ungarische Arbeiterpartei sammelte für die Wahlzwecke der deutschen Sozialisten. Die Anarchisten Hajek und Markowitsch wurden in Wien wegen toller Demonstrationen zu Kerkerstrafen verurteilt. In Galizien entstanden Bauernunruhen wegen des Straßengesetzes von 1885.

Die Auslagen der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina wurden aus den Einkünften dieser Länder gedeckt. Die neuen Ausgleichsgesetze erhielten die kaiserliche Sanktion.

Man nannte den Grafen Taaffe halb im Ernst, halb aus Ironie „Österreichs Bismarck" (Allg. Ztg., 27. Dez.).

Für Österreich und Ungarn wurde ein dem Orden pour le mérite gleichwertiges „Ehrenzeichen für Kunst und Wissenschaft" gegründet (Litteris et Artibus), an dem nur vierzig Lebende teilnehmen sollten. Die ersten Besitzer des Ehrenzeichens waren die Historiker Arneth, Sickel, Fraknoy, Salamon, der Nationalökonom Lorenz v. Stein, die Statistiker Czörnig und Keleti, der Rechtslehrer Unger, der Anatom Hyrtl, der Slawist Miklosich, der Orientalist Kremer, die Maler Angeli, Matejko, Munkacsi, Benczur und der Dichter Bauernfeld.

Die Herausgeber der Wiener Witzblätter wurden vermahnt, die Person des Sultans nicht mehr zu verspotten.

Man erörterte im Februar die Befestigung der offenen Stadt Pest, wenn auch nur durch Feldbefestigungen, die in wenigen Wochen aufzuführen wären.

Zu Czernowitz trat der Archimandrit des Basilianerordens zur russischen Kirche über, da er sich der durch die Jesuiten vorgenommenen Ordensreform nicht fügen wollte.

Die außerordentlichen Hörerinnen an der Wiener Universität vereinigten sich zur Gründung einer „Mädchenburschenschaft": Freya.

Das Deakdenkmal nach Huszars Entwurf zeigte zu Füßen der sitzenden Hauptgestalt die Gerechtigkeit und den Patriotismus, den Ausgleich und die Staatsweisheit, oder wie man diese Gruppe deuten will.

Der früh verstorbene österreichische Novellist Victor Wodiczka, meinem Kreise befreundet, gab eine Geschichte aus Österreichs Vorzeit: „Aus Herrn Walthers jungen Tagen." Aus Anlaß des 4. internationalen demographischen Kongresses redigierte Inama-Sternegg und Mischler das „Österreichische Städtebuch".

Frankreich. Frankreichs innere Zustände litten sehr durch sozialistische und anarchistische Tendenzen. In Paris bestand ein deutscher Sozialistenklub. Der Prozeß gegen den des Mordversuchs, der Brandstiftung und des Einbruchs angeklagten Anarchisten Duval (12. Jan.) verlief unter heftigen Skandalen der Anarchistengruppen „Panther von Batignolles" und „die Enterbten von Clichy". Nach Duvals Verurteilung zu lebenslänglicher Zwangsarbeit hielten die Pariser Anarchisten gleichzeitig drei Versammlungen ab. Louise Michel lobte den Fürsten Bismarck, den heutigen Richelieu, weil er den Reichstag auflöse; denn die Parlamente taugen alle nichts. Man beglückwünschte die sozialistischen Abgeordneten des deutschen Reichstags, die nach dem Worte Hasenclevers sich weigerten, Herrn v. Bismarck auch nur einen Mann und einen Groschen zu bewilligen. Man sammelte für die deutschen Genossen 250 Franken und verurteilte den Krieg. Am Todestag des Kommunarden Vallès pilgerten die Anarchisten nach dem Père-Lachaise; auch deutsche Sozialisten, russische Nihilisten und Italiener. Felix Pyat und Louise Michel hielten dabei Brandreden. Eine folgende Versammlung beschloß: allgemeine Entwaffnung und revolutionärer Internationalismus und Chauvinismus. Es wurde wieder für die deutschen Sozialisten gesammelt (13. Febr.). Am 14. März feierten die Anarchisten und Nihilisten in vier öffentlichen Versammlungen den Gedenktag der Ermordung des Zaren Alexander II. und priesen die Tyrannenmörder als Märtyrer der Freiheit. Am Tag der Kommunefeier (18. März) fanden in Paris 52 Festessen statt. Für die zum Tode verurteilten Anarchisten von Chicago ergingen viele Sympathiekundgebungen. Der Pariser Gemeinderat beschloß, die Sühnekapelle über dem Grabe Ludwigs XVI. und Marie Antoinettes abzutragen und an der Stelle ein Standbild Dantons zu errichten.

Die Frage des neutralisierten, nun französischen Gebiets von Savoyen (südlich vom Genfersee) wurde bei der neuen Spannung zwischen Frankreich und Italien lebhaft erörtert.

Die in Straßburg erschienene Schrift eines aufrichtigen französischen Patrioten „Paris sautera“ erklärte, daß von 100 Franzosen 99 nichts mit Elsaß-Lothringen zu tun haben wollen, aber es nicht zu sagen wagen. Bräche ein neuer Krieg aus, so würde eine neue furchtbare Revolution Paris in die Luft fliegen lassen. Selbst Gambetta habe nicht mehr an Elsaß gedacht, sondern an Ägypten; durch Ägypten wollte er allerdings Belgien gewinnen.

Zola. Emil Zolas auf zwanzig Bände berechnete Romanreihe „Die Rougon-Macquart“ war bis zum 15. Band gediehen: „Die Erde“. Es waren naturalistische Zerrbilder der Wirklichkeit voll Unnatur, Ausgeburten einer angeblichen Wahrheitsliebe, die zur Unwahrheit führte, der Versuch, die Welt aller Poesie zu entkleiden. — Der Dramatiker Sardou überbot durch seine „Tosca“ noch die sensationellen Effekte seiner „Theodora“. Sarah Bernhardt spielte wieder die Titelrolle. Gounod komponierte eine Messe zu Ehren der Jungfrau von Orleans. Bei der Aufführung in der dortigen Kathedrale spielte der Geiger Paul Viardot „das Traumgesicht Johannas“, das Gounod unter Zugrundelegung eines dem Schillerschen Drama nachgebildeten Textes in Musik gesetzt hatte.

Als in Paris die Aufführung von R. Wagners „Lohengrin“, dirigiert von Lamoureux, von den Chauvinisten gestört wurde, klagte der „Temps“: „Frankreich, das Adoptivvaterland der Künste und Künstler jeder Nation, welches dem Preußen Meyerbeer die großartige Leichenfeier (1864) veranstaltete, dieses Frankreich, das die Revolution für die ganze Welt gemacht hat, soll nun durch eine winzige, aber lärmende Minderheit entstellt werden? Die Fremden, die für 1889 zu unsern Festen eingeladen sind, werden das Land nicht wiedererkennen.“

England. In England wurde alles andere von den unerträglichen Verhältnissen Irlands überwogen. Die grausamen Austreibungen der zahlungsunfähigen Pächter führten zu erbitterten Widerständen; dafür steckten die Polizisten die Torfhütten der Bauern in Brand, um sie daraus zu verjagen. Den Begründern des sogenannten Feldzugsplans der irischen Pächter gegen die Eintreibungen des Zinses und Zwangsmaßregeln wurde der Prozeß gemacht. Die Anklage füllte eine Pergamentrolle von zwölf Fuß. Der irische Erzbischof Kroke steuerte zu den Kosten des Prozesses für die Angeklagten bei; ebenso Erzbischof Walsh. Salisbury sagte: „Die Macht der Gerichte ist in Irland gelähmt, weil das Geschworneninstitut den Dienst versagt.“ Der katholische Priester Keller weigerte sich, als Zeuge vor dem Dubliner Gericht zu erscheinen; bei seiner zwangsweisen Vorführung wurden ihm große Ovationen bereitet. Erzbischof Kroke begrüßte ihn enthusiastisch. Der Lordmayor von Dublin empfing ihn feierlich. Einen andern renitenten, die Zeugenaussage verweigernden Priester Ryan geleiteten der Dubliner Lordmayor, Erzbischof Kroke und O'Brien öffentlich zum Gefängnis.

Im Unterhaus wurde am 28. März eine irische Strafbill eingebracht; denn die Agrarverbrechen seien in Zunahme begriffen, 1770 Personen

ſtünden unter polizeilichem Schutze, was jährlich große Summen koſte. Die Geſchwornen ſeien eingeſchüchtert, die Beſchädigten wagten ſelbſt nicht auszuſagen. In den Kreiſen Mayo, Clare, Limerick, Cork und Kerry herrſchten Zuſtände wie im Bürgerkrieg. Trotz der neuen Geſchäftsordnung ſetzten die Parnelliten und Anhänger Gladſtones eine endloſe Obſtruktion durch. Der Ire Dillon erklärte: Lieber, als Sklave in Irland zu bleiben, wolle er ſeine Heimat verlaſſen, oder, wenn es das iriſche Volk von ihm verlange, deſſen Führer im Widerſtand gegen ſolche nichtswürdige Geſetze werden. Ein Attentat auf die Miniſter Mathews und Balfour mißglückte.

Die polizeilichen Ausweiſungen in Bodyke konnten dem energiſchen Widerſtande der Bevölkerung gegenüber nicht durchgeführt werden. Als nun auch Militär aufgeboten wurde und unter Oberſt Turner vorrückte, läuteten die Bauern Sturm und riefen durch Hornſignale alles Landvolk zuſammen. Auch drei Parlamentsmitglieder unterſtützten den Tumult. Kaum hatte das Militär und die Polizei einen geräumten Hof verlaſſen, nahmen die Ausgewieſenen wieder Beſitz davon. Der iriſche Abgeordnete bedauerte, daß die Pächter nicht den Waliſern nachahmten und den paſſiven Widerſtand mit offenem vertauſchten. Er klagte ſich ſelbſt der Schwäche an, daß er früher vom bewaffneten Widerſtand abgeraten. Dort
Wales. in Wales hatten nämlich kurz vorher (Ende Mai) die auszupfändenden Pächter durch Böllerſchüſſe und Feuerſignale die Umgegend zuſammengerufen, und die Bauern leiſteten mit Knütteln und Heugabeln den Exekutoren und Poliziſten ſo ernſten Widerſtand, daß dieſe nichts ausrichteten. Der Wagen des Auktionators wurde zertrümmert; er und ſeine Begleiter wurden beinahe gelyncht. Daraufhin nahm auch in Irland der Widerſtand an Heftigkeit zu. Man gebrauchte Waffen, es gab beiderſeits Verwundete, ein Bienenſchwarm wurde auf die Eindringenden losgelaſſen. Vergebens klagten die „Times“ in Artikeln „Parnellismus und Verbrechen“ über die Geheimbünde der iriſchen Fenier in Amerika.

Irland. Gladſtone reiſte im Juni nach Wales und verlangte, daß für das Land die gleiche Autonomie verſchafft werden müſſe, die er für Irland fordere. Im Auguſt kam es zu einem Zuſammenſtoß zwiſchen Orangiſten und Iren in Portruſh. Salisbury erklärte durch eine Proklamation die iriſche Nationalliga für ſtaatsgefährlich (19. Auguſt). Aber gleich darauf, 24. Auguſt, verſammelten ſich 2000 Mitglieder der Liga unter Führung von fünf katholiſchen Prieſtern in Curaſs und erließen Boykottierungsbeſchlüſſe, da ein Vergleich mit den Gutsherren nicht gelang. Gladſtone ſprach im Unterhaus gegen die Proklamation. Balfour entgegnete, daß in Irland 5000 unter dem Fluch gewalttätigen Boykotts litten, aber dieſe ſeien nur ein verſchwindender Teil jener, die ſonſtwie unter dem Terrorismus der geheimen Liga ſeufzten. Erzbiſchof Walſh ſchlug eine Konferenz vor von Vertretern beider Parteien, der Pächter und Gutsherren, um einen Ausgleich auf billiger Grundlage zu erreichen. Ehe O'Brien und Mandeville verhaftet werden konnten, kam es noch zu gewaltigen Unruhen

und Zusammenstößen. Als im Oktober der Prozeß gegen den Lordmayor Sullivan von Dublin und gegen O'Brien eingeleitet wurde, begleiteten, dem Beschluß des Gemeinderats gemäß, die Aldermänner und die städtischen Schwert- und Zepterträger in Amtstracht feierlich den Lordmayor auf dem Weg zum Gericht und nahmen dann auf der Galerie Platz. Als O'Brien zu dreimonatiger Gefängnisstrafe verurteilt wurde, hielt er noch eine große Versammlung zu Woodford ab, wo er mit einer Illumination der Stadt begrüßt wurde, und verbrannte dort das polizeiliche Verbot dieser Versammlung. Gladstone bezeichnete das erfolglose Vorgehen der Regierung als ausgesprochene „Impertinenz", als wahnsinniges Verhalten, das die Schwierigkeiten, das Land zu regieren, fast unübersteiglich mache. Ein radikaler Wechsel des Verwaltungssystems könne sich nur vollziehen durch Befreiung der geknechteten Nation. — In Brüssel hielten am 31. Oktober Delegierte aus vielen Städten einen Kongreß des irischen Nationalvereins ab. Cagy, einer der Pariser Delegierten, forderte die Nationalisten zur „unmittelbaren Aktion" auf, da gegenwärtig die ärgsten Niedermetzelungen in Irland stattfänden. Er begehrte die „Hinrichtung" der Landlords; die Dynamitards sollten ihre Arbeit in den Städten und Fabrikorten Englands versehen. Andere waren gegen Gewalttaten, und es wurde schließlich auch beschlossen: „Wir irischen Nationalisten verpflichten uns vorläufig, von England auf gesetzlichem Weg ein irisches Parlament zu erhalten." — Gladstone meinte in einem Schreiben vom 8. November an seine Wähler: „Die Ausschreitungen der Regierung gehen über alle Erwartungen hinaus. Der Verwerfung von Homerule ist der Zwang gefolgt. Die beklagenswerten Vorkommnisse haben bewiesen, daß der Geist der alten Tyrannei in den Herzen der jetzigen irischen Verwaltung lebt, obwohl sie glücklicherweise nicht die Macht Straffords, Cromwells oder Clares besitzt." — Im November zog sich der gerichtlich verfolgte Parlamentsabgeordnete Pyne auf die unzugängliche, dem Herzog von Devonshire gehörige Schloßruine Lisfinny in Irland zurück. Dort besuchten ihn seine Freunde mit Musikkapellen, und er nahm die Adressen von acht Deputationen entgegen, indem er sich von einem neunzig Fuß hohen Fenster an einem Seile herunterließ. Eine lange Untersuchung wurde über eine irische Dynamitverschwörung geführt.

Daneben veranstalteten in verschiedenen Kirchen Londons die Sozialisten fortgesetzt an den Sonntagen den Gottesdienst störende Kundgebungen.

Der Streik der Kohlengrubenarbeiter von Lanarkshire in Schottland wurde nach stürmischen Szenen durch Zugeständnisse der Grubenbesitzer beendigt.

Churchill griff in einer Versammlung, 4. Juni, die Mißwirtschaft und Verschleuderung in der Heeres- und Marineverwaltung an.

Der Kanaltunnel wurde vom Unterhaus am 6. August endgültig abgelehnt mit dem Hinweise, daß dadurch die insulare Abgeschlossenheit Englands, in der seine Sicherheit ruht, vernichtet würde.

Lord Lyons trat vom Botschafterposten in Paris zurück; er starb bald darauf, nachdem er zur katholischen Kirche übergetreten war.

Ein Sozialistenaufruhr zu London im November nahm die Form einer Straßenschlacht an.

Als der Schneider Goulding dem irischen Märtyrer W. O'Brien im Gefängnis von Tullamor einen neuen Tweed-Anzug machte, wollten sich alle guten Patrioten bei demselben Schneider einen gleichen Anzug machen lassen.

Die anonyme Schrift „Der Anarchismus und seine Träger“ berichtete über die Geschichte des Anarchismus, die Londoner Klubs und ihre Führer, die Organisation und Propaganda, das Verhältnis zur Sozialdemokratie.

Sowohl der Londoner „Freemason“ wie die Leipziger „Bauhütte“ erließen warme, sympathische Beileidserklärungen für ihren Logenbruder und stellvertretenden Protektor, den erkrankten deutschen Kronprinzen. „Die ganze deutsche und ausländische Brüderschaft fühlt sich durch die traurigen Nachrichten in Mitleidenschaft gezogen.“

Zum dritten Zentenarium von Maria Stuarts Hinrichtung wurde wieder die teuflische Fälschung der Schatullenbriefe als Grundlage des schmählichsten Justizmordes der an Justizmorden so reichen englischen Geschichte betont.

Das dreibändige Werk „Leben und Briefe Charles Darwins“ erschien fast zugleich englisch und deutsch.

Belgien.

Inmitten der kriegsdrohenden Spannungen wurde die Frage der belgischen Neutralität vielfach erörtert. Man glaubte, dafür am besten zu sorgen, wenn man die Rüstungen vervollständige. So plante man vor allem die Befestigung der Maaslinie, da Antwerpen als einziger Stützpunkt das Land vor einer Invasion nicht schütze. Andere Stimmen faßten solche Vorkehrungen nur als eine Gefahr für das Land auf. Bei der Enthüllung der Denkmäler zweier alter flandrischer Freiheitskämpfer in Brügge wies aber der König auf die Notwendigkeit der Wehrhaftigkeit des Landes hin. Die belgischen Fabrikanten waren gegen die Bevorzugung Krupps bei den Lieferungen für das Militär.

Ein Flamländer Kongreß zu Brügge trat für die flämische Sprache ein. Der Flame Koremans stellte in der Kammer den Antrag, daß jeder Offizier beider Landessprachen mächtig sein solle.

Im Kohlenbecken von Mons wurde eine große Arbeiterorganisation geschaffen. Ein belgischer Arbeiterkongreß in Charleroi spaltete sich in eine revolutionäre und in eine reformistische Partei. In Brüssel rotteten sich die Anarchisten zusammen und forderten zum Barrikadenbau auf, ohne nachhaltige Wirkung. Die Fischer in Ostende machten einen Aufruhr gegen die englischen Fischerbote; die Bürgergarde mußte dareinschießen; es gab Tode und Verwundete. Die Behörden versprachen den Fischern, daß die Engländer ihre Ladung erst dann verwerten dürften, wenn die Belgier ihre Fische verkauft hätten.

Am katholisch-sozialen Kongreß zu Lüttich, 4. September, sagte Bischof Doutreloux, alles Übel stamme von der französischen Revolution. Der Staatssozialismus sei auch verdammenswert; die katholische Kirche allein vermöge die soziale Frage zu lösen und die Staatsaktion müsse sich an die der Kirche anlehnen. Zugleich versammelten sich die katholischen Arbeiter unter dem Vorsitze der Bischöfe von Reims, Lüttich und Tournay. Fürstbischof Kopp von Breslau wohnte dem Kongreß bei, wie es hieß, im Auftrage des Papstes.

In Amsterdam machte sich die Erbitterung des Volkes gegen die Umtriebe der Sozialdemokraten Luft, es zerstörte den Laden der sozialistischen Buchhandlung und das sozialistische Kaffeehaus, mißhandelte Sozialistenführer und konnte von der Polizei nur schwer beruhigt werden.

Antwerpen, Amsterdam und Köln feierten den 300. Geburtstag des niederländischen Dichters Joost van den Vondel; vor allem freilich die Katholiken als seine Glaubensgenossen.

Louis Gallait starb zu Brüssel mit dem Ruhme des Hauptbegründers der modernen belgischen Historienmalerei.

Die Novellen des Schweizers Konrad Ferdinand Meyer standen in Schweiz.
der Blütezeit ihrer Überschätzung. — Gottfried Keller enttäuschte durch seine letzte Erzählung „Martin Salander", vielleicht, weil er darin selbst seine Enttäuschung über Schweizerisches niederlegte.

Dem deutschen Architekten und Kunstästhetiker Gottfried Semper wurde in Zürich ein Denkmal errichtet.

Dem Schweizer Maler Arnold Böcklin wurde zu seinem 60. Geburtstag die volle Würdigung seiner Kunst zuteil. Er repräsentierte nach dem Tod der großen Nazarener und Stilisten als Kolorist die Poesie in der Malerei. Er war ein großer Maler, weil er zugleich ein großer Dichter war. Dafür ist sein Gemälde „Malerei und Dichtkunst" kennzeichnend.

Der General der Heilsarmee Booth wirkte mit dem Kommandeur Booth.
Frl. Hanna Ouchterlony und mit seiner roten „Heilsweste" in Schweden. Die Armee bestand seit 22 Jahren und war über 25 Länder verbreitet; ihre Lehrsätze wurden in 33 Sprachen verkündet, 23 Zeitungen erschienen allwöchentlich in einer Gesamtauflage von 600.000 Exemplaren; es gab etwa 2000 Offiziere, Booth verteidigte die Anwendung militaristischer Formen auf die Lehre Christi. Die Heilsarmee wolle den Militarismus zur Errettung der Menschen benutzen, nicht das Heilige profanieren. Man spottete über den „Hallelujahhut" und ähnliche Bezeichnungen.

Etwa ein Jahrzehntlang spielte der Norweger Henrik Ibsen bereits Ibsen.
im literarischen Deutschland eine Rolle. Nun hatte sich bereits eine feste Gemeinde um ihn gesammelt, die auf ihren Meister schwur und mit größtem Eifer in Schriften und Zeitungen zum Glauben an Ibsen zu bekehren suchte. Gegen die Aufdringlichkeit dieser Bewegung erfolgte freilich auch als natürlicher Gegenschlag eine heftige Abwehr. Die „Allgemeine Zeitung" gab (3. Nov. ff.) eine ausführliche Darstellung seines Wirkens. L. Passarge hatte schon 1883 über Ibsen ein Buch geschrieben als „Beitrag zur neuesten Geschichte der norwegischen Nationalliteratur". Ibsen war aus einem anfänglichen Romantiker aus Erbitterung über sein Volk und seine Zeit ein grimmiger Gesellschaftskritiker geworden. Diese kritisch-radikale Periode begann mit 1872. Sein deutscher Kritiker bedauert bei allem Interesse, daß es dem Dichter auch nicht ein einziges Mal gelungen sei, eine Fülle trefflicher Einzelheiten zu einem trefflichen Ganzen zu gestalten. „Es kann eben trotz reicher Begabung kein echtes, dauerndes Kunstwerk zustande kommen, wenn die Grundbedingung mangelt: geistige Gesundheit." Auch ich kann die noch lange anhaltende Ibsenschwärmerei in Deutschland nur für eine Krankheitserscheinung der Zeit halten, für die Folgen einer das deutsche Geistesleben geradezu vergewaltigenden undeutschen Reklame für diesen Gegner deutschen Wesens.

Rußland. Arbeiterunruhen brachen in russischen Spinnereien aus. Petersburger Studenten wurden verhaftet, als sie mit Sprengbomben den Schlitten des Zaren erwarteten. Es erfolgten deshalb Verurteilungen zum Tod. Ein Nihilistenprozeß im Juni endete ebenfalls mit schweren Verurteilungen zum Tod und lebenslänglicher Zwangsarbeit. Im November wurden nihilistische Offiziere milder behandelt. Infolge von studentischen Unruhen wurde im Dezember die Universität Moskau und darauf noch andere Anstalten geschlossen. Die Zulassung zu den Hoch- und Mittelschulen wurde beschränkt. Wenn wir berichten, daß ein Ukas die russische Unterrichtssprache in allen Gymnasien der Ostseeprovinzen einführte, so wundern wir uns nur darüber, daß die früheren Ukase noch etwas Deutsches übriggelassen hatten. Die Bauerngemeindeverwaltungen in Livland wurden gestraft, wenn sie in deutscher „ausländischer" Sprache geschriebene Papiere annahmen. Die Verbannung des armenisch-lutherischen Missionars Amirssanians in Tiflis und zweier Baptistenmissionare hing mit dem Besuch des Pobjedonoszew im Kaukasus zusammen.

Der Ukas vom 24. Mai über Grundeigentum der Ausländer in den westlichen Provinzen erregte nicht nur die Empörung der Deutschen, sondern auch der Polen. Es war die feindseligste Handlung gegen das Europäertum.

Im Juni besetzte Rußland die bucharische Beyschaft Kerki. Der Weiterbau der transkaspischen Eisenbahn durch Buchara nach Samarkand erfolgte darauf, ebenso der Bau einer sibirischen Bahn, die Wladiwostok mit Petersburg verbinden sollte. Mit England wurde eine Vereinbarung über die russisch-afghanische Grenze getroffen. Eine Kriegsflotte sollte auf dem Amu Darja erstehen. — Die Zeitungen brachten gegen Ende des Jahres Karten der russischen Südwestgrenze von Warschau bis Odessa als wahrscheinlichen Schauplatz des kommenden Krieges.

Tolstoj. Nachdem Graf Leo Tolstoj seit Jahren kein eigentlich belletristisches Werk mehr veröffentlicht hatte, gab er die Studie: „Worin besteht mein Glaube?" (übersetzt 1885) und die „Bekenntnisse: Was sollen wir denn tun?" (ebenfalls aus dem russischen Manuskript übersetzt 1886). Nun gab auch sein furchtbar realistisches Drama „Die Macht der Finsternis" die Quintessenz seiner exzessiven nihilistischen Ethik in abstoßendster Form. All das waren Volkserscheinungen, die von der heillosen Selbstzersetzung des russischen Volksgeistes zeugten, aber gefährlich ansteckend auch auf das nachahmende Europa wirkten.

Daß Ägypten durch die törichte Revanchepolitik der Franzosen den Engländern ausgeliefert wurde, haben wir schon angedeutet.

Milan. König Milan antwortete sehr treffend am 18. Dezember auf eine Ansprache der Skupschtina: Die serbische Idee habe im Panslawismus ihren Feind, denn das unersättliche Russentum wolle das Serbentum verschlingen; viel geringer sei die Gefahr, daß die Serben jemals germanisiert würden. Das sei seine Politik: darum müsse das Serbentum im großen bevorstehenden Kampfe zwischen Germanentum und Slawentum neutral bleiben.

Zwischen Montenegrinern und Albanesen gab es immerfort Grenzkämpfe.

Der Kronprinz von Griechenland begab sich zum Studium auf die Leipziger Universität.

Die Vereinigten Staaten von Amerika protestierten dagegen, daß Spanien im Widerspruch mit seinen 1885 übernommenen Verpflichtungen die seit 1854 bestehenden protestantisch-amerikanischen Missionsschulen auf den Karolinen geschlossen hatte. Mit Kanada war die Union wegen der Fischerei in Streit. Die irischen Fenier arbeiteten kräftig weiter. Das Repräsentantenhaus trat gegen die Vielweiberei in Utah auf. Nach langem Zögern wurden die längst verurteilten vier Hauptleiter des Anarchistenaufstands in Chicago gehenkt. Zur Wahrung der Ordnung wurden dabei zwei Milizregimenter zusammengezogen und eine starke Polizeimacht aufgeboten. Zwei der Verurteilten wurden zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt; der siebente, Lingg, tötete sich durch Entzündung einer Explosionskapsel, die er sich in den Mund gesteckt hatte, nachdem bei einer Inspektion seiner Zelle sechs in Delikatessenbüchsen eingeschmuggelte Dynamitbomben, mit welchen er das Gefängnis in die Luft sprengen wollte, entdeckt worden waren. Der deutsche Anarchist Joh. Most stand in Neuyork wegen aufrührerischer Reden vor Gericht. Amerika.

Es wurde ein Gesetz gegen unerwünschte Einwanderer vorbereitet.

Präsident Cleveland sprach in seiner Botschaft vom 6. Dezember von den Verlegenheiten, die der Union die übermäßigen Einnahmen bereiteten. Dadurch verkrüpple die nationale Energie, die Entwicklung werde gehemmt, die Anlage des aufgehäuften Geldes in Unternehmungen verhindert; die Folgen sind finanzielle Störungen und geradezu die Aufforderung zu öffentlicher Plünderung.

Bei Neuyork wurden Versuche gemacht, Dynamitbomben mittels komprimierter Luft abzufeuern. Dadurch sollte der gegenwärtige Kampf zwischen Torpedos und Maschinenkanonen vermieden werden.

Aus Peru wurden die Jesuiten ausgewiesen.

Die Buren der Neuen Republik in Südafrika vereinigten sich mit Transvaal.

Das Jahr 1888.

Ferdinand von Bulgarien. Veröffentlichung des Zweibundsvertrags. Bismarcks große Rede. Tod Kaiser Wilhelms I. Der kranke Kaiser Friedrich; sein Programm. Absetzung des Generals Boulanger. Konflikt mit Bismarck wegen des Eheplans des Battenbergers. Tod Kaiser Friedrichs. Kaiser Wilhelm II. Seine Besuche in Rußland und Dänemark. Das Jubiläum in Kiew und die Ukraine. Stroßmayer. Crispi. Kronprinz Georg von Griechenland und Prinzessin Sophie. Das Tagebuch des Kaisers Friedrich; Geffcken. Mackenzie. Kaiser Wilhelms Besuche in München, Wien, Rom. Krach der Panama-Gesellschaft. Lutherspiel. Freimaurerei und Judentum. Das protestantische Kaisertum. Bismarck Ehrendoktor der Theologie. Sozialistengesetz. Deutsche Verkehrs- und Armeesprache in Österreich. Das böhmische Staatsrecht. Schulantrag Liechtenstein. Prozeß Schönerer. Kultur der Zeit. „Krisis in der Literatur." Triumph des Papsttums. Die irische Frage und der Papst. Englands militärische Schwäche. Eisenbahn nach Saloniki und Konstantinopel. Scheidung der Ehe des serbischen Königspaars.

Bulgarien.

Bulgarien blieb der gefährlichste Punkt auf der politischen Landkarte Europas. Aber Fürst Ferdinand benahm sich klug und überlegen, er ignorierte die abwehrende Haltung der Mächte, von denen nur Österreich sich etwas wohlwollender zu verhalten schien. Die bulgarische Regierung hatte auch die Überzeugung, daß man durch Ignorierung der Mißbilligungsnote der Pforte den Intentionen des Sultans am besten entspreche. Putschversuche der Russischgesinnten in Ostrumelien wurden leicht niedergeworfen, und man entdeckte die dahinter stehenden russischen Agenten. Fürst Ferdinand sagte beim Neujahrsempfang der Offiziere: die nationale Existenz habe ihre definitive Stellung wiedergefunden, die Armee fühle sich stark, um allen Möglichkeiten der Zukunft zu begegnen. „Ich bin mit meinem Denken und Fühlen Bulgare geworden. Gebunden durch einen heiligen Eid, werde ich meine Sache niemals von der Bulgariens trennen. Mit einer Armee wie diese kann man alles wagen; die glorreiche Vergangenheit ist die Gewähr der künftigen Erfolge. Wenn ich im laufenden Jahre gezwungen sein sollte, das Schwert zu ziehen, so wird die bulgarische Armee unter Führung ihres Fürsten der Welt zeigen, daß die Bulgaren zu sterben wissen für ihr Vaterland." Diese Sprache war sehr wirkungsvoll und erfolgreich. Der entschiedene Mut des Fürsten bewährte sich. Es war dabei nicht ausschlaggebend, daß der „Deutsche Reichsanzeiger" sich gegen den Gothaischen Hofkalender wandte, weil er der Wahrheit gemäß den Prinzen als Fürsten von Bulgarien aufführte.

Rußland schien die bulgarischen Zustände nicht zu beachten, arbeitete aber auf dem Wege des Panslawismus und der Verfolgung der Ausländer fort. Das war besonders gegen die in Russischpolen ansässigen Ausländer gerichtet. Die Truppenverschiebungen nach den Grenzen hin dauerten fort, ebenso die Rüstungen. Die Ambulanzen waren in voller Organisation; den

Feldärzten waren die für sie bestimmten Orte angewiesen. Polen ging immer mehr in Rußland auf. Um den Koburger von Bulgarien wegzubringen, tat man einstweilen nicht mehr, als daß man die Pforte gegen ihn anstiftete und ihm Aufstände zu erregen suchte.

Wehrvorlage.

Der volle Ernst der kriegsdrohenden Lage kam durch die dem deutschen Reichstag noch im Januar zukommende Wehrvorlage und das Anleihegesetz zum Ausdruck. Die „Post", schon wiederholt als offiziöse Kassandra auftretend, schrieb am 22. Januar, die europäische Menschheit habe noch nie einen ähnlichen Zustand politischer Spannung erlebt wie den heutigen. Nachdem Rußland seine in Bulgarien erworbene Stellung sich selbst vernichtet, schicke es keine Regimenter, keine Schiffe dorthin, um den verlornen Einfluß wiederherzustellen, sondern beschuldige ein großes Nachbarvolk, ihm alle diese Ärgernisse bereitet zu haben, lasse es in der Presse unaufhörlich angreifen und sammle seine Truppen an dessen Grenze. Der bedrohte Nachbar begnüge sich damit, alles aufzubieten, sich vom Verdachte zu entlasten. Das große Rußland sage nicht, was es in Bulgarien wolle, sondern rüste fort. Das sei nur erklärlich, weil der Drohende im eignen Hause sich eine unerträgliche Lage bereitet habe und nun alles in Rußland glaube, diese Lage könne durch ein Anbinden mit dem Nachbar am besten geendet werden. Man sucht durch die Presse die Bündnisbeziehungen des Deutschen Reichs zu vergiften, dann sucht man mit England Fühlung zu gewinnen und tauscht tägliche Liebeserklärungen mit Frankreich aus. Deutschland muß seine Sicherungsmaßregeln treffen. Dann werden die Dinge ein anderes Aussehen erhalten. Auch in Waffen sich gegenüberstehend, kann man noch unterhandeln, kann man sich noch verständigen. Doch sind die Beispiele, daß die Verständigung im letzten Augenblicke gelingt, nicht zahlreich. — Die „Kölnische Zeitung" wies am selben Tag hin auf die bisherige Zurückhaltung Deutschlands gegenüber dem verbündeten Österreich und dessen Interessen im Orient. „Aber wenn die Trompeten schmettern, wenn Österreich in einen Krieg mit Rußland verwickelt wird, so grübeln wir nicht darüber, ob die Veranlassung dazu uns nahe oder fern liegt; dann marschieren wir vielmehr an die Grenze, um den Verbündeten beizustehen."

Zweibund.

Das war ein Vorspiel zu einem noch viel ernsteren offiziellen Schritt, zur Veröffentlichung des bisher seinem Wortlaute nach geheim gehaltenen deutsch-österreichschen Bündnisvertrags vom 7. Oktober 1879; sie erfolgte am 4. Februar in Berlin (Reichsanzeiger), Wien (Abendpost) und Pest (Lloyd), und zwar mit einer völlig gleichlautenden Einleitung: „Die Regierungen Deutschlands und der Österreichisch-ungarischen Monarchie haben sich zu der Veröffentlichung ihres am 7. Oktober 1879 abgeschlossenen Bündnisses entschlossen, um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen desselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwertet werden. Beide verbündete Regierungen sind in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwenden; sie sind überzeugt, daß die Bekanntgabe des Inhalts ihres Bündnisvertrages jeden Zweifel hierüber ausschließen wird, und

haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen." — Der Text des Vertrages lautete: „In Erwägung, daß Ihre Majestäten, der Deutsche Kaiser, König von Preußen, und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, es als ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit ihrer Reiche und die Ruhe ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen; in Erwägung, daß beide Monarchen, ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche imstande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen; in Erwägung schließlich, daß ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Österreich-Ungarn niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren, haben Ihre Majestäten der Kaiser von Deutschland und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, indem sie einander feierlich versprechen, daß sie ihrem rein defensiven Abkommen eine agressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung zu knüpfen beschlossen ... Artikel I. Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von seiten Rußlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen. — Artikel II. Würde einer der hohen kontrahierenden Teile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen seinen hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende, neutrale Haltung gegen den hohen Mitkontrahenten zu beobachten. Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von seiten Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel I dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß. — Artikel III. Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen, von beiden hohen Kontrahenten geheimgehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Teile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgeteilt werden. Beide hohen Kontrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich für sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben

aus diesem Grunde zu einer Mitteilung für jetzt keinen Anlaß; — sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrtümliche erweisen, so würden die beiden hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß sie einen Angriff auf einen von ihnen als gegen beide gerichtet betrachten müßten ... Geschehen zu Wien, am 7. Oktober 1879. Heinrich VII. P. Reuß. Andrassy."

Wie wir wissen, hat Kaiser Wilhelm sofort dem Zaren vertraulich den Vertrag mitgeteilt. Dem verbündeten Italien ist er, wie wir aus Crispis Memoiren (S. 279) wissen, erst im November 1887 mitgeteilt worden, woraus hervorgeht, daß die Verträge mit Italien ganz unabhängig vom Zweibund waren, daß also der Dreibund nicht etwa darin bestand, daß Italien einfach dem Zweibund beitrat. Der wichtigste Unterschied ist aber der, daß der Zweibund ein ewiger, unbefristeter ist, der Bund mit Italien war aber immer nur auf einige Jahre befristet.

Die ungeheure Spannung der Zeit, die zu dem Mittel der Veröffentlichung des Vertrages, also zu der ernstesten Mahnung zwang, kam am stärksten im ungarischen Abgeordnetenhaus zum Ausdruck, in dringenden Interpellationen, ob man mit Sicherheit auf das deutsche und italienische Bündnis rechnen könne (11. Jan.). Ebenso aufgeregt war die Stimmung der Polen, besonders in Galizien, wo sie am meisten Freiheit genossen. Hier besprach man bereits die Aussichten eines Sieges über Rußland. Die „Riforma" schrieb am 18. Januar: „Da die gegenwärtige Verwicklung eine notwendige Folge der Teilung Polens sei, indem Rußland seither eine europäische Macht und ein Europa belästigender Koloß geworden ist, muß die Ursache des Übels entfernt und Rußland hinter den Dniepr zurückgedrängt und von Europa abgegrenzt werden. Dies muß das Ziel eines österreichisch-russischen Krieges sein. Den Polen aber muß diesbezüglich eine Bürgschaft gegeben werden, damit sie sich mit Österreich solidarisch erklären. Nur durch Gewährung solcher Bürgschaft kann ein allgemeiner Enthusiasmus der Polen für einen Krieg gegen Rußland entstehen."

Die Veröffentlichung des Bundesvertrags wirkte beruhigend und begeisternd auf die Deutschen und Magyaren der Monarchie. Eine Rede des Grafen Geza Szapary huldigte dem Grafen Andrassy, dem Schöpfer des Bündnisses, mit diesen Worten: „Zwei große historische Momente drücken der Epoche seit 1867 ihr Gepräge auf: die Versöhnung zwischen König und Nation durch die Krönung und die Schließung des Defensivbündnisses mit Deutschland, und da finden wir den Namen des Grafen Julius Andrassy mit beiden größten historischen Tatsachen verbunden und an der Seite des großen Kanzlers des Deutschen Reiches." — Im österreichischen Abgeordnetenhause stellte Knotz am 7. Februar den Antrag, die österreichische und ungarische Regierung möge Unterhandlungen mit der kaiserlich-deutschen Regierung einleiten, welche zu einer Genehmigung des Bündnisvertrages durch die Volksvertretungen der verbündeten Reiche und zu einer verfassungsmäßigen Inartikulierung in die Grundgesetze des Staates führen sollen.

Die Veröffentlichuug des Bündnisvertrags wurde auch in Berlin mit großer Erregung aufgenommen. Als Bismarck am 6. Februar im Bismarck.

Reichstag zur Wehrvorlage und zum Anleihegesetz das Wort zu einer mit Spannung erwarteten Rede ergreifen sollte, wurde er innerhalb wie außerhalb des Hauses mit begeisterten Zurufen begrüßt.

Ungern, sagte er, spreche er über die Gesamtlage Europas. „Aber ich fürchte, daß, wenn ich schweigen würde, die Beunruhigung sich eher steigern würde. Man würde glauben, daß die Sache so kritisch ist, daß ein Minister gar nicht wagte, sie zu berühren." Bismarck bemerkte, daß sich seit seiner Rede vor etwa mehr als einem Jahr die Lage eher zum Guten als zum Schlimmen geändert habe. Seitdem ist dem friedliebenden Präsidenten Grevy der friedliebende Carnot gefolgt; ein Minister mit persönlichen Plänen (Boulanger) ist ausgeschieden. In Rußland können nur teils die Presse, teils die Truppenaufstellung Anlaß zu Bedenken geben. Aber „die Presse ist für mich Druckerschwärze auf Papier, gegen die wir keinen Krieg führen. Hinter jedem Artikel steht doch nur ein einzelner Mensch . . . Gegenüber den Stimmen der russischen Presse habe ich das unmittelbare Zeugnis des Kaisers Alexander selbst. Der Presse glaube ich nicht; den Worten des Kaisers Alexander glaube ich und vertraue ich absolut . . . Ich komme zur Frage der Truppenaufstellungen . . . Rußland kann keine Absicht haben, preußische Landesteile zu erobern; ich glaube auch nicht, österreichische. Ich glaube, daß Rußland reichlich so viel polnische Untertanen besitzt, wie es zu haben wünscht . . . Ich gehe so weit in meinem Vertrauen, daß ich überzeugt bin, selbst dann, wenn wir durch irgendeine explosive Erscheinung in Frankreich uns in einen französischen Krieg verwickelt fänden, daß darauf der russische nicht unmittelbar folgen würde. Umgekehrt, würden wir in einen russischen Krieg verwickelt, so würde der französische ganz sicher sein . . . Truppenaufstellungen sind Erscheinungen, über die man nicht kategorische Erklärungen fordert, sondern denen gegenüber man mit derselben Vorsicht seine Gegenmaßregeln trifft. Über die Motive dieser russischen Aufstellungen . . . nehme ich an, daß das russische Kabinett die Überzeugung hat, daß in der nächsten Krisis das Gewicht der russischen Stimme im diplomatischen Areopag von Europa um so schwerer wiegen wird, je stärker Rußland an der europäischen Grenze ist . . . Wann eine orientalische Krisis eintreten kann? Wir haben eine 1809 gehabt, die Rußland die Pruthgrenze gab, dann 1828, dann 1854 den Krimkrieg, und 1877, also in Etappen von ungefähr 20 Jahren . . . Früher hatten wir alle 18 bis 20 Jahre einen polnischen Aufstand. Vielleicht ist auch das ein Grund, warum Rußland in Polen so stark sein will. Ebenso Wechsel der Regierungen in Frankreich; sie pflegen auch alle 18 bis 20 Jahre einzutreten . . . Wenn die orientalische Krisis eintritt, so sind wir nicht in erster Linie beteiligt." Bismarck gab nun eine geschichtliche Übersicht von 1848 an, um zu zeigen, daß kein Jahr ohne Kriegsgefahr war. „Anfangs der siebziger Jahre, schon gleich, wie wir nach Hause kamen, hieß es: wann ist denn der nächste Krieg? wann wird die Revanche geschlagen werden? in fünf Jahren doch spätestens?... Der Zustand der Besorgnis vor großen Kriegen ist ein permanenter bei uns und wir müssen uns darauf ein für allemal einrichten; wir müssen so stark sein, daß wir gegen jede Koalition mit dem Selbstvertrauen und dem Gottvertrauen, welches die eigene Macht verleiht und die Gerechtigkeit der Sache, jeder Eventualität entgegensehen können . . . Ich erwähne, daß Frankreich in den letzten Jahren

drei Milliarden auf die Verbesserung seiner Streitkräfte verwandt hat, wir kaum eineinhalb mit Einschluß dessen, was wir Ihnen jetzt zumuten ... Wir müssen größere Anstrengungen machen als andere Mächte wegen unserer geographischen Lage. Wir liegen mitten in Europa. Wir haben mindestens drei Angriffsfronten ... Wir sind außerdem der Gefahr der Koalition mehr ausgesetzt als ein anderes Volk. Gott hat uns die kriegerischeste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt, und er hat in Rußland kriegerische Neigungen groß werden lassen ... Wir hatten ja früher in den Zeiten der heiligen Allianz eine Menge Geländer, an denen wir uns halten konnten, und eine Menge Deiche, die uns vor den wilden europäischen Fluten schützten. Da war der Deutsche Bund und dessen eigentliche Stütze, Fortsetzung und Vollendung: die heilige Allianz. Wir hatten Anlehnung an Rußland und Österreich und ... die Garantie der eigenen Schüchternheit. Das alles ist uns abhanden gekommen; wir müssen uns selber helfen. Die heilige Allianz hat Schiffbruch erlitten im Krimkrieg, nicht durch unsere Schuld. Der Deutsche Bund ist durch uns zerstört worden, weil die Existenz, die man uns in ihm machte, weder für uns noch für das deutsche Volk auf die Dauer erträglich war ... Nach 1866 wäre für Preußen oder Norddeutschland eine Isolierung eingetreten, wenn wir darauf hätten rechnen müssen, daß man uns von keiner Seite die neuen Erfolge verzeihen würde; gern sind die Erfolge des Nachbarn niemals gesehen. Unsere Beziehungen zu Rußland waren durch 1866 nicht gestört ... Auch der Krieg von 1870 hinterließ keine Verstimmung. Es wäre die Freigebung des Schwarzen Meers (für Rußland) keineswegs wahrscheinlich gewesen, wenn die deutschen Truppen geschlagen worden wären. Ich führe diese Tatsachen an, um die Genesis des Vertrags mit Österreich darzulegen, der vor wenig Tagen publiziert worden ist, und um die Politik Seiner Majestät gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, daß sie die Kriegsmöglichkeiten für das Deutsche Reich erweitert hätte durch Hinzufügung derjenigen, welche Österreich ohne sein Verschulden betreffen könnte ... Wir hatten immer noch die Aufgabe festgehalten, die Beziehungen zwischen den drei Kaisern fortzusetzen, die zuerst eingeleitet waren durch den Besuch der Kaiser 1872 hier in Berlin und durch die folgenden Gegenbesuche. Erst 1876, vor dem türkischen Krieg, traten uns Nötigungen zu einer Option zwischen Rußland und Österreich entgegen, die von uns abgelehnt wurden. Es hatte unsere Ablehnung zur Folge, daß Rußland sich direkt nach Wien wandte, und daß ein Abkommen im Januar 1877 zwischen Österreich und Rußland geschlossen wurde, welches die Eventualitäten einer orientalischen Krise betraf und Österreich die Besetzung von Bosnien u. s. w. zusicherte. Dann kam der Krieg, und wir waren recht zufrieden, wie das Unwetter sich weiter südlich verzog, als es ursprünglich Neigung hatte. Das Ende des Krieges wurde hier in Berlin durch den Kongreß definitiv herbeigeführt, nachdem es vorbereitet war durch den Frieden von San Stefano. Dieser Friede war nicht sehr viel nützlicher für Rußland als nachher der Kongreßvertrag. Er hat sich nachher von selber eingefunden, indem das kleine Ostrumelien eigenmächtig sich Bulgarien anfügte. Ich war schwer krank in Friedrichsruh, als mir von russischer Seite das Verlangen amtlich mitgeteilt wurde, einen Kongreß der Großmächte nach Berlin einzuberufen ... Ich habe meine Rolle so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre.

Heilige Allianz.

Berliner Kongreß.

Es ist kein russischer Wunsch zu meiner Kenntnis gekommen, den ich nicht befürwortet, nicht durchgesetzt hätte. Ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienst für eine fremde Macht mir erworben zu haben. Welches mußte also meine Enttäuschung sein, wie eine Preßkampagne in Petersburg anfing, durch welche ich verdächtigt wurde. Diese Angriffe steigerten sich während des Jahres 1879 zu starken Forderungen eines Druckes, den wir auf Österreich üben sollten in Sachen, wo wir das österreichische Recht nicht ohne weiters angreifen konnten. Ich konnte dazu meine Hand nicht bieten; denn wenn wir uns Österreich entfremdeten, so gerieten wir, wenn wir nicht ganz isoliert sein wollten, in Abhängigkeit von Rußland. Wäre eine solche Abhängigkeit erträglich gewesen? ... Dieser Streit steigerte sich bis zu Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite. Das ist der Ursprung unseres österreichischen Vertrags. Durch diese Drohungen wurden wir gezwungen, zu der von mir seit Jahrzehnten vermiedenen Option zwischen unsern beiden bisherigen Freunden zu schreiten ... Die Publikation ist zum Teil irrtümlich aufgefaßt worden; man hat darin ein Ultimatum, eine Warnung, eine Drohung finden wollen ... Ich halte es auch nicht für möglich, diesen Vertrag nicht geschlossen zu haben; wenn wir ihn nicht geschlossen hätten, so müßten wir ihn heute schließen. Er hat eben die vornehmste Eigenschaft eines internationalen Vertrags, nämlich er ist der Ausdruck beiderseitiger dauernder Interessen ... Keine Großmacht kann auf die Dauer in Widerspruch mit den Interessen ihres eigenen Volkes am Wortlaut irgendeines Vertrags kleben; sie ist schließlich genötigt, offen zu erklären: die Zeiten haben sich geändert, ich kann das nicht mehr ... Das eigene Volk ins Verderben zu führen am Buchstaben eines unter andern Umständen unterschriebenen Vertrags, das wird keine Großmacht gutheißen ... Nicht nur der Vertrag mit Österreich, sondern ähnliche Verträge mit andern Regierungen, namentlich Verabredungen, die wir mit Italien haben, sie sind nur der Ausdruck der Gemeinschaft in den Bestrebungen und Gefahren, die die Mächte zu laufen haben ... Dieses und das gegenseitige Vertrauen, daß man die Verträge hält und daß keiner von dem andern abhängiger wird, als seine eigenen Interessen vertragen, das macht diese Verträge fest und dauerhaft ... Das hat sich schon 1870 gezeigt ... Was wäre die Folge gewesen, wenn Frankreich mit Hilfe Österreichs über uns gesiegt hätte? Wie wäre die Lage Österreichs im Deutschen Bund als Präsidialmacht gewesen, wenn es sich sagen mußte, daß es Preußen zur Anlehnung an Rußland verurteilt hätte? Dasselbe ist bei uns der Fall. Denken Sie sich Österreich von der Bildfläche Europas weg, so sind wir isoliert, abhängig ... Ein Staat wie Österreich verschwindet nicht, sondern wird dadurch, daß man ihn im Stich läßt (wie in Villafranca), entfremdet und geneigt, dem die Hand zu bieten, der der Gegner eines unzuverlässigen Freundes ist. Kurz, wenn wir die Isolierung, die gerade in unserer angreifbaren Lage für Deutschland besonders gefährlich ist, verhüten wollen, so müssen wir einen sicheren Freund haben. Wir haben vermöge der Gleichheit der Interessen zwei zuverlässige Freunde ... Deshalb glaube ich, Sie werden die Politik, die das publizierte Bündnis abgeschlossen hat, billigen, obschon die Möglichkeit eines Krieges dadurch verstärkt wird ... Das neue Wehrgesetz bildet eine Verstärkung der Friedensliga, die gerade so stark ist, als wenn eine vierte Großmacht mit 700.000 Mann Truppen, was ja früher die

Italien.

Österreich.

höchste Stärke war, dem Bunde beigetreten wäre ... Wenn wir eine Armee von Triariern bilden, von dem besten Menschenmaterial über dreißig Jahre, dann müssen wir auch für sie die besten Waffen haben, die es überhaupt gibt, und die ausgiebigste Kleidung zum Schutz gegen Witterung. Da dürfen wir nicht sparen ... Es wird unsere Mitbürger beruhigen, wenn sie sich nun wirklich den Fall denken, daß wir von zwei Seiten überfallen würden, daß wir dann an jeder unserer Grenzen eine Million guter Soldaten haben. Wir können dabei Reserven von einer halben Million und höher, auch von einer ganzen Million, im Hinterland behalten und nach Bedürfnis vorschieben. Man hat gesagt: das wird nur die Folge haben, daß die andern auch noch höher steigen. Das können sie nicht! Die Ziffer haben sie längst erreicht ... In der Ziffer sind sie ebenso hoch wie wir, aber in der Qualität können sie es uns nicht nachmachen. Die Tapferkeit ist ja bei allen gleich; aber unsre Leute sind kriegsbereit, ausgediente Soldaten, die noch nichts verlernt haben. Und was uns kein Volk nachmachen kann: wir haben das Material an Offizieren und Unterofffizieren. Dazu gehört das Maß der Verbreitung der Volksbildung ... Gerade die Stärke, die wir erstreben, stimmt uns friedfertig. Mit der gewaltigen Maschine, zu der wir das deutsche Heerwesen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff ... Ein Krieg, wenn die Obrigkeiten ihn für nötig erklärt haben, wird auch mit voller Schneid geführt werden; aber es wird nicht das Feuer dahinter sein wie in einem Krieg, wenn wir angegriffen werden. Dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und es wird kein Feind wagen, mit diesem Furor teutonicus es aufzunehmen ... Also es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke ... Um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Die Zeit ist vorbei. Die russische öffentliche Meinung hat einem alten, mächtigen und zuverlässigen Freunde, wie wir waren, die Tür gewiesen; wir drängen uns nicht auf. Das hält uns nicht ab, die Vertragsrechte gegen Rußland mit doppelter Genauigkeit zu beobachten. Dazu gehören die Rechte in betreff Bulgariens. Es ist keine Frage, daß wir alle (auf dem Kongreß) der Meinung waren, daß der vorwiegende Einfluß in Bulgarien Rußland zufallen sollte. Infolgedessen hat Rußland zunächst den Fürsten (Battenberg) ernannt, einen nahen Verwandten des Kaiserhauses, von dem damals niemand annehmen konnte, daß er etwas anderes würde sein wollen als ein getreuer Anhänger der russischen Politik. Die Bulgaren sind nicht damit zufrieden gewesen, es hat ein Abfall von Rußland stattgefunden ... Wenn Rußland auf diplomatischem Wege versucht, das (alte Verhältnis) herbeizuführen, so halte ich es für die Aufgabe einer loyalen deutschen Politik, sich an die Bestimmung des Berliner Vertrags zu halten, an der mich die Stimmung der Bulgaren nicht irremachen kann. Bulgarien, das Ländchen zwischen Donau und Balkan, ist kein Objekt von hinreichender Größe, um daran die Konsequenzen zu knüpfen, um seinetwillen Europa von Moskau bis an die Pyrenäen und von der Nordsee bis Palermo in einen Krieg zu stürzen, dessen Ausgang kein Mensch voraussehen kann; man würde am Ende nach dem Kriege kaum mehr wissen, warum man sich geschlagen hat ... Ich bitte, daß Sie das vorliegende Gesetz unabhängig von diesen Gedanken behandeln, lediglich als eine volle Herstellung der Verwendbarkeit der gewaltigen Kraft, die Gott in die deutsche Nation gelegt hat für den Fall,

Bulgarien.

daß wir sie brauchen. Brauchen wir sie nicht, dann werden wir sie nicht rufen. Wir suchen den Fall zu vermeiden, daß wir sie brauchen. Ich möchte die Mahnung an das Ausland richten, Drohungen zu unterlassen; dann würde man es uns leichter machen, unsern beiden Nachbarn gefälliger entgegenzukommen. Jedes Land ist für die Fenster, die seine Presse einschlägt, irgendeinmal verantwortlich. Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden, aber durch Drohungen gewiß nicht. Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt; und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußen unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die deutsche Nation angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein."

Die Wirkung dieser Rede war ungeheuer. Freiherr v. Franckenstein, der Führer des Zentrums, stellte sofort den Antrag auf debattenlose Verweisung der Anleihevorlage an die Kommission; desgleichen die Führer der andern größeren Fraktionen. Auf Freiherr von Franckensteins und Bennigsens Antrag erfolgte sodann unter stürmischem Beifall die Annahme der Wehrvorlage ohne Debatte. Der Kanzler dankte im Namen der verbündeten Regierungen für ein so entschlossenes und rasches Entgegenkommen und erkannte darin nicht nur einen Beweis des Vertrauens des Reichstages, sondern auch eine wesentliche Verstärkung der Friedensgarantien. Dann verließ er zu Fuß das Haus, von einer zujubelnden Volksmenge erwartet und bis zu seinem Palais begleitet.

Wehrvorlage.

Prinz Wilhelm wiederholte am 8. Februar beim Festmahl des Provinziallandtages von Brandenburg die Worte Bismarcks: „Ich weiß, daß mir nach Ruhm lüsterne Kriegsgedanken imputiert werden. Gott bewahre mich vor solchem verbrecherischen Leichtsinn. Doch ich bin Soldat und . . . wir Brandenburger fürchten nur Gott und sonst nichts auf der Welt."

Die „Illustrierte Zeitung" brachte (11. Febr.) Karten über die bedrohliche Aufstellung der französischen und der russischen Truppen an den Grenzen. Freilich wurde auch von seiten der Mittelmächte keine Gegenmaßregel unterlassen. Krakau wurde befestigt.

Österreich.

Denn auch in Österreich wurde erkannt, „daß das Bündnis mit Deutschland für jeden Teil die Voraussetzung einer entsprechenden Macht enthalte". Darum verlangte der Landesverteidigungsminister eine Erhöhung des Bestands und einen Nachtragskredit, „das Minimum dessen, was der unverkennbare Ernst der Lage erheische". Die Deutschen in Österreich, so Bareuther im Abgeordnetenhaus, dankten Gott, daß endlich wieder einmal eine deutsch-österreichische Angelegenheit besprochen werde, und sie huldigten dem „genialen deutschen Staatsmanne", aber daneben auch dem Grafen Andrassy, „daß er, frei von Vorurteilen kleinlicher Naturen, die nichts vergessen und nichts lernen wollten, in die vom deutschen Kanzler ihm dargereichte Bruderhand kräftig einschlug". Das war mit Spitzen gegen die Politik des Ministeriums Taaffe

verbunden. „Die Deutschen (sagte noch Bareuther) verzweifelten an dem Bestand eines Österreich mit slawischer Tendenz, aber nie und nimmer könnte Deutschland ein zweites Rußland an seiner Grenze dulden. Seit dem Vertrag vom 7. Oktober 1879 ist Österreich in gewissem Sinne wieder ein deutsches Bundesland geworden, und es als solches auszubilden und auszugestalten, dazu bieten die Deutschen gern ihre Hand. Dieser Friedensbund ist nur der erste Schritt zu fortdauernder gemeinsamer Friedensarbeit. Beide Reiche, die nicht bloß politisch, auch wirtschaftlich auf einander angewiesen sind, muß eine Zolleinigung verbinden, deren Schlußstein eine Zolldelegation beider Staaten bilden würde. Vorläufig sind das wohl lauter fromme Wünsche; aber schon größere Dinge sind in der Weltgeschichte zum Ziel geführt worden." — Auch Menger trat für die Zolleinigung ein. Schon Metternich, dann Kübeck und Bruck hätten diesen Plan ins Auge gefaßt. Der Antisemit Türk begrüßte das Bündnis mit Deutschland auch deshalb, weil die Hoffnung gegeben sei, daß die Ostseeländer im Fall eines Krieges mit Rußland mit Deutschland vereinigt werden könnten. Graf Taaffe aber berief sich darauf, daß er bereits im Amte war, als das deutsch-österreichische Bündnis abgeschlossen wurde; er könne also kein Gegner desselben sein. Unter seiner Präsidentschaft habe sich das Bündnis seit neun Jahren gekräftigt und gefestigt, und er hoffe, daß das noch auf lange Zeit hinaus so sein werde. — Dagegen sah der Jungtscheche Herold in den Reden der Deutschen eine politisch unkluge, national verhetzende Demonstration, welche dem Bündnis eine Auslegung und Tendenz gebe, womit die überwiegende Mehrheit der österreichischen Völker nicht einverstanden sei. Man verlange, mit Deutschland in einen staatsrechtlichen Verband zu treten, was eine Degradierung Österreichs als Großmacht bedeute. Neuwirth entgegnete, Österreich sei doch auch als deutscher Bundesstaat eine Großmacht gewesen (9.—10. Februar).

Zu der vielfach erörterten Frage, ob auch Belgien und Holland durch förmlichen Anschluß an das Bündnis der mitteleuropäischen Mächte Stellung genommen, erklärte die „Kreuzzeitung" am 23. Februar, es bestünden nur den Tendenzen der Friedensliga entsprechende allgemeine Verabredungen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" trat am selben Tag der Behauptung entgegen, als ob die russischen Vorschläge betreffs Bulgariens der Unterstützung aller Mächte bedürften, um bei der Pforte Annahme zu finden.

Bemerkenswert ist die Pariser Kammerrede des Marquis de Breteuil, Breteuil.
in der er am 29. Februar die Lage im Sinne der monarchischen Partei in Frankreich besprach: „Das Einverständnis Österreichs, Deutschlands und Italiens ist zu wichtig, als daß es nicht von uns ins Auge gefaßt werden müßte. Handelt es sich um ein französisches Interesse gegenüber dem Ausland, so gibt es keine Monarchisten oder Republikaner, nur Franzosen. Ich glaube, die Politik dieser Tripelallinz ist eine friedliche; wichtiger als Bismarcks Erklärung ist die Gebrechlichkeit dieses Bundes. Die Kräfte der verbündeten Mächte sind nicht stärker als die der unabhängig gebliebenen. Bismarck sucht Österreich gegen Rußland, Italien gegen Frankreich zu lenken. Der Handel scheint nur für Deutschland vorteilhaft zu sein. Bismarcks Geschicklichkeit hat bis heute den Ausbruch des Krieges verhindert. Hätte er

aber volles Vertrauen in seine Alliierten, würde er die Rüstungen nicht so vermehren. Um Italien zu gewinnen, suchte er England zu gewinnen; dies hielt sich aber frei. England ist mehr mit seinen asiatischen Angelegenheiten beschäftigt. Es ließe den Zar lieber gegen das Mittelmeer als gegen Afghanistan vordringen. Sein Interesse ist eher, sich mit Rußland als mit der Tripelallianz zu verbinden. Bismarck hat also weniger Grund, zufrieden zu sein, als es den Anschein hat; darum will er auch wirklich den Frieden. Offenbar bedauert Bismarck, daß er Frankreich nicht früher überfallen hat, als er mit dem Zaren gut stand. Rußland hat ein Interesse, uns als Großmacht zu erhalten, um Deutschland in Orientsachen gefügiger zu machen; denn seit 150 Jahren hat Rußland nie auf das Ziel Konstantinopel verzichtet ... Bismarck hat das europäische Gleichgewicht umgestoßen, er allein trägt die Verantwortung für die schrecklichen Rüstungen in Europa. Unsere Aufgabe wäre aber leichter, wenn Frankreich eine andere Regierungsform hätte. Eine Demokratie kann Monarchen kein Vertrauen einflößen. Was soll man sagen, wenn in siebzehn Jahren siebzehn Kriegsminister waren? Überall Wandelbarkeit, überall die Unmöglichkeit, Unterhandlungen zu beginnen, da niemand Aussichten hat, sechs Monate an der Regierung zu bleiben ..."

Kaiser Wilhelm †.

Als am 9. März in diese Kriegsgefahren der Zeit die Nachricht vom Tode des greisen Kaisers Wilhelm hineinschlug wie ein Blitz, da war es, wie wenn das Ereignis in ganz Europa alle Spannungen zum Erstarren gebannt hielte. Es verstummten fast überall die erregten Tagesfragen; es trat eine Stille ein, die ein österreichisches Blatt treffend als „Gottesfriede" bezeichnete. Zweifellos trug zu dieser erschütternden Wirkung der tragische Zustand des dem Tode bereits geweihten Thronfolgers bei, des

Friedrich III.

Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der nun als Kaiser Friedrich (III.) zur Krone berufen war. Der Kronprinz befand sich seit längerer Zeit in San Remo. Die gefahrdrohende Schwellung am Kehlkopf hatte am 9. Februar die Ausführung des Luftröhrenschnittes notwendig gemacht. Man wußte, daß eine Differenz zwischen den deutschen Ärzten und dem englischen Spezialisten Mackenzie bestand, der, wenigstens öffentlich, das Leiden nicht als krebsartig und unheilbar anerkennen wollte. Dort in San Remo hatte den Leidenden noch sein Sohn, Prinz Wilhelm, besucht; dieser war am 7. März nach Berlin zurückgekommen und hatte noch seinem sterbenden Großvater Nachrichten von dort gebracht.

Fürst Bismarck verkündete dem Reichstag mit Tränen in den Augen die Todesnachricht und den Übergang der Kaiserwürde auf Friedrich III. König von Preußen. Er erhielt von diesem aus San Remo ein Telegramm mit dem Ausdrucke des Dankes für die Hingebung und Treue, mit der er und das Staatsministerium dem alten Kaiser gedient, und mit der Zuversicht auf aller Beistand bei der schweren Aufgabe der neuen Regierung. Gleichzeitig verfügte Kaiser Friedrich sehr menschlich: „Hinsichtlich der bisher üblich gewesenen Landestrauer wollen wir keine Bestimmung treffen, vielmehr einem jeden Deutschen überlassen, wie er an-

gesichts des Heimgangs eines solchen Monarchen seiner Betrübnis Ausdruck geben, auch die Dauer der Einschränkung öffentlicher Unterhaltungen für sachgemäß erachten will." Der schwerkranke Kaiser reiste am 10. März von San Remo ab, wurde auf dem Bahnhofe von San Pier d'Arena bei Genua von König Humbert und dem Ministerpräsidenten Crispi Humbert. erwartet und traf am 11. in Leipzig ein, wohin der Reichskanzler und die Minister ihm entgegenfuhren. Der Kaiser umarmte und küßte wiederholt den Kanzler. Am Abend erreichte er Charlottenburg, wo er im Schlosse seine Residenz nahm.

In seiner Proklamation „An mein Volk!" vom 12. März hieß es vom verewigten alten Kaiser: „Unzertrennlich wird sein hehrer Name verbunden bleiben mit aller Größe des deutschen Vaterlandes, in dessen Neubegründung die ausdauernde Arbeit von Preußens Volk und Fürsten ihren schönsten Lohn gefunden hat. Indem König Wilhelm das preußische Heer auf die Höhe seines ernsten Berufes erhob, legte er den sicheren Grund zu den unter seiner Führung errungenen Siegen der deutschen Waffen, aus denen die nationale Einigung hervorging; er sicherte dadurch dem Reiche eine Machtstellung, wie sie bis dahin jedes deutsche Herz ersehnt, aber kaum zu erhoffen gewagt hatte. Und was er in heißem, opfervollem Kampfe seinem Volke errungen, das war ihm beschieden, durch lange Friedensarbeit mühevoller Regierungsjahre zu befestigen und segensreich zu fördern. Sicher in seiner eigenen Kraft ruhend, steht Deutschland geachtet im Rate der Völker, und begehrt nur, des Gewonnenen in friedlicher Entwicklung froh zu werden ... Durchdrungen von der Größe meiner Aufgabe, wird es mein ganzes Bestreben sein, das Werk in dem Sinne fortzuführen, in dem es begründet wurde, Deutschland zu einem Horte des Friedens zu machen und in Übereinstimmung mit den verbündeten Regierungen sowie mit den verfassungsmäßigen Organen des Reiches wie Preußens die Wohlfahrt des deutschen Landes zu pflegen ..."

An den Reichskanzler richtete Kaiser Friedrich gleichzeitig folgendes programmatische Schreiben: „Mein lieber Fürst! Bei dem Antritt meiner Regierung ist es mir ein Bedürfnis, mich an Sie, den langjährigen vielbewährten ersten Diener meines in Gott ruhenden Herrn Vaters, zu wenden. Sie sind der treue und mutvolle Ratgeber gewesen, der den Zielen seiner Politik die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat. Ihnen bin ich und bleibt mein Haus zu warmem Dank verpflichtet. Sie haben daher ein Recht, vor allem zu wissen, welches die Gesichtspunkte sind, die für die Haltung meiner Regierung maßgebend sein sollen. Die Verfassungs- und Rechtsordnungen des Reiches und Preußens müssen vor allem in der Ehrfurcht und in den Sitten der Nation sich befestigen. Es sind daher die Erschütterungen möglichst zu vermeiden, welche häufiger Wechsel der Staatseinrichtungen und Gesetze veranlaßt." (Das war ein deutlicher Tadel.) — „Ich bin entschlossen, die Regierung in gewissenhafter Beobachtung der Reichs- und Landesverfassung zu führen." (Auch das war ein Tadel des Konflikts.) — „Ich will, daß der seit Jahrhunderten in meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen Duldung. meinen Untertanen zum Schutze gereiche. Ein jeglicher steht meinem Herzen

gleich nahe. Haben doch alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt." (Tadel des Kulturkampfs.) — „Einig mit den Anschauungen meines Vaters, werde ich alle Bestrebungen unterstützen, welche geeignet sind, das wirtschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu heben . . ., ohne doch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staates allen Übeln der Gesellschaft ein Ende zu machen." (Wohl gegen den Staatssozialismus vermeint.) — „Enge verbunden erachte ich die der Erziehung zugewendete Pflege. Muß einerseits eine höhere Bildung immer meiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, so ist doch zu vermeiden, daß durch Halbbildung ernste Gefahren geschaffen, daß Lebensansprüche geweckt werden, denen die wirtschaftlichen Kräfte der Nation nicht genügen können . . . Nur ein auf der gesunden Grundlage von Gottesfurcht in einfacher Sitte aufwachsendes Geschlecht wird hinreichend Widerstandskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche in einer Zeit rascher wirtschaftlicher Bewegung durch die Beispiele hochgesteigerter Lebensführung einzelner für die Gesamtheit erwachsen." Nun wird auch „die in Preußen altbewährte Sparsamkeit" empfohlen u. s. w. „Gelingt es, die Grundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens kräftig zu erhalten, so wird es mir zu besonderer Genugtuung gereichen, die Blüte, welche deutsche Kunst und Wissenschaft in so reichem Maße zeigt, zu voller Entfaltung zu bringen . . . Unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großtaten, werde ich zufrieden sein, wenn dereinst von meiner Regierung gesagt werden kann, sie sei meinem Volke wohltätig, meinem Lande nützlich und dem Reiche ein Segen gewesen." — Der Kaiser wurde offiziell als Friedrich III. gemäß der Zählung der preußischen Könige bezeichnet. Hätte er sich als Nachfolger der römisch-deutschen Kaiser gefühlt, so hätte er sich Friedrich IV. nennen müssen, was aber nie geschah, da man immer allen Zusammenhang mit dem alten Reich abwies. Nun scheint Kaiser Friedrich aber doch geschwankt zu haben, denn als die Unterschrift auf jenem Brief im „Staatsanzeiger" als „Friedrich III." gedruckt wurde, erklärte man das nachträglich als verlesen aus „I. & R." (Imperator et Rex).

Kalnoky. In einem Depeschenwechsel zwischen Bismarck und Kalnoky erklärte dieser: „Fest und unverbrüchlich wie ihre Dynastien werden auch die Völker beider Reiche zueinander stehen, einig in der Überzeugung, daß die Bande der Freundschaft jede Probe bestehen werden, jetzt und in der Zukunft." — Dem Sarge des alten Kaisers folgten am 16. März die Könige von Sachsen, Belgien und Rumänien, der Kronprinz Rudolf von Österreich, der Großfürst-Thronfolger von Rußland, der Prinz von Wales, der Kronprinz von Italien.

Bismarck. Bismarck konnte am 19. März im Reichstag sagen: „Etwas in der Geschichte schwerlich Dagewesenes ist die Teilnahme am Todesfall eines Monarchen in dieser Ausdehnung. Es sind ja große Männer vorher gestorben, und wenn Napoleon I., wenn Peter der Große, wenn Ludwig XIV. aus diesem Leben schieden, so hat das gewiß in weiten Kreisen einen Wellenschlag gemacht; daß aber von den Antipoden und von den benachbarten Völkern Kränze und Palmen auf das Grab des verstorbenen Monarchen gebracht worden sind, das ist noch nicht dagewesen . . . Ganz besonders

hervorgetreten sind die Kundgebungen in Österreich-Ungarn, Italien, Portugal, Niederlande, Schweden, Belgien, Dänemark. Die Beziehungen zu Deutschland haben in Dänemark manche trübe Erinnerung notwendig hinterlassen müssen; die Persönlichkeit, die aus unserer Mitte geschieden ist, hat aber nach allen Seiten hin eine dergestalt heilende und versöhnende Wirkung geübt, daß auch dort, von beiden Häusern der dänischen Vertretung, würdige und sympathische Äußerungen an das deutsche Volk gelangt sind ...“ Das Kondolenzschreiben der bulgarischen Regierung lehnte Bismarck ab.

Zu gleicher Zeit gelobte Kaiser Friedrich schriftlich, die Verfassung zu halten und in Übereinstimmung mit den Gesetzen zu regieren, da sein Gesundheitszustand ihm zurzeit nicht gestatte, dieser verfassungsmäßigen Verpflichtung persönlich nachzukommen. Gerüchte über angebliche Bemühungen, den Kaiser Friedrich wegen seiner Krankheit von der tatsächlichen Ausübung seines Erbrechtes wegen „dauernder Verhinderung“ auszuschließen, wurden vom Justizminister Friedberg dementiert. Verfassung.

Eine Ergebenheitsadresse des Abgeordnetenhauses vom 20. März schloß mit den Worten: „Preußens Volk dankt seine politische Machtstellung der kraftvollen Führung der Hohenzollern und steht in hingebender Treue und freudigem Gehorsam zu Eurer Majestät.“ Die Adresse des Herrenhauses rühmte den Kaiser als „Vater des Vaterlandes, vor allem der Mühseligen und Beladenen“. Der Kronprinz Wilhelm wurde von seinem Vater angewiesen, „sich mit den Staatsgeschäften durch unmittelbare Beteiligung an denselben vertraut zu machen“ und den Kaiser zu vertreten. — Es folgte ein Amnestie-Erlaß, von dem allerdings Verurteilungen auf Grund des Sozialistengesetzes sowie der strafgesetzlichen Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat ausgeschlossen waren. Eine besondere Herzenssache war dem Kaiser der Umbau des Berliner Doms; er verfügte: „Ich will, daß sofort die Frage erörtert werde, wie durch einen Umbau des gegenwärtigen Doms in Berlin ein würdiges, der bedeutend angewachsenen Zahl seiner Gemeindeglieder entsprechendes Gotteshaus, welches der Haupt- und Residenzstadt zur Zierde gereicht, geschaffen werden kann.“ Dom.

Zurückhaltend waren die Nachrufe an den alten Kaiser bei den Katholiken Österreichs; so schrieb das „Grazer Volksblatt“: „es könne die Hymnen auf die Friedensgesinnungen des Kaisers Wilhelm nur der Liebe zuschreiben, die bloß Licht sucht. Kaiser Wilhelm gehörte in die Reihen der Alexander, Cäsar, Napoleon. Wie diese verbrachte er sein Leben in stetem Kampf und Kriegsbereitschaft. Die Gegenwart, die offenkundig unter dem Druck des Militarismus leidet, kann in Kaiser Wilhelm nur einen Kriegsfürsten erkennen. Ein Friedensfürst war er nicht; er verwandelte Europa nahezu in eine Kaserne. Sein Volk wird ihm dankbar bleiben, falls sich sein Werk bewährt. Ob die Geschlechter ihn für seine Leistungen auch immerdar segnen werden, muß die Zukunft lehren.“

Die Entspannung, die durch den Tod des Kaisers Wilhelm eintrat, zeigte sich in Frankreich in der Absetzung des Generals Boulanger durch den Kriegsminister (15. März). Boulanger hatte sich wiederholt ohne Ermächtigung nach Paris begeben, verkleidet, mit dunkler Brille und sich Boulanger.

hinkend stellend. Das hatte allerdings Interpellationen, Proteste, Demonstrationen, Zusammenrottungen zur Folge, aber ohne ernstere Bedeutung. Es bildete sich ein nationales Protestkomitee, um die Kandidatur Boulangers in allen erledigten Fällen aufzustellen. Man sagte: der Name Boulanger bedeute: Freiheit, Reform, Würde nach außen, Kriegsbereitschaft. Boulanger sei der Ausdruck des Gedankens aller Franzosen. Seine Gegner aber erklärten, ein Plebiszit für Boulanger bedeute die Abdankung des freien Volkes. Cassagnac sagte in der Kammer, er sei kein Freund Boulangers; seine Popularität sei eine Folge der Unpopularität der Kammer. Er glaube nicht, daß Boulanger der richtige Mann sei; aber im Lande herrsche ein Geist, der auf der Suche nach einem Manne sei. Die wahren Prätendenten müssen im Exil leben, und nun erhebe sich ein illegitimer Prätendent aus der Mitte der Republikaner. — Das Komitee des nationalen Protestes erklärte am 21. März: „Die unwürdigen Minister, welche das Lob Preußens verdienten, indem sie gegen Boulanger losschlugen, sind entschlossen, bis an das Ziel zu gehen. In ihrem abscheulichen und antipatriotischen Beginnen wollen sie seinen Degen zerbrechen in dem Augenblicke, wo Frankreich mehr als je die Konzentration seiner Verteidigungskräfte notwendig hat. Da das Komitee dem unbilligen Akte, der vorbereitet wird, nicht den Schein von Berechtigung geben will, zieht es die Kandidatur Boulangers zurück und stellt die Wahlagitation ein." Trotz alldem unterzeichnete der Präsident Carnot das Dekret, das den General in den Ruhestand versetzte, 27. März.

Crispi. Der italienische Ministerpräsident Crispi hielt es für angezeigt, am 17. März der Kammer seine auswärtige Politik darzulegen: auf dem Kontinent Bund mit den Zentralmächten, auf dem Meer mit England. „Es war 1877, als man bei uns das Bedürfnis nach einer Allianz empfand. Man glaubte damals, daß Frankreich (Mac Mahon) die Absicht hätte, die Frage des Kirchenstaats wieder aufzuerwecken; man wollte eine militärische Expedition gegen uns versuchen. Es wurden damals die Befestigungen von Rom beschlossen. Minister Depretis schickte mich mit einer Mission ins Ausland; ich sah Gambetta, der zu jener Zeit einen Vergleich mit dem Deutschen Reiche suchte. Mac Mahons Sturz im Mai 1878 veränderte die Lage. Wir schlossen 1882 das Übereinkommen mit den Zentralmächten, das 1887 erneuert wurde."

Crispi schreibt in seinen Memoiren über die Veröffentlichung des Zweibundvertrags (S. 294): Sie zeigte, daß die Lage alles andere als beruhigend war, und daß es dem Fürsten Bismarck nicht gelungen war, die erstrebten Friedensgarantien von Rußland zu erhalten. Der Eindruck auf die öffentliche Meinung Europas war gewaltig. Die „Times" sprachen von einem Faustschlag, den die beiden Mächte Rußland zufügen mußten, damit sie selber nicht verdächtigt würden, das, was den Krieg hätte verhindern können, verheimlicht zu haben. Eine russische Zeitung betrachtete

das Deutsch-Österreichische Bündnis als den Grundstein der deutschen Hegemonie. Durch die Veröffentlichung sei das stillschweigende Bündnis zwischen Rußland und Frankreich sanktioniert worden. — Crispi erzählt auch von der traurigen Begegnung, die er in Begleitung des Königs Humbert mit dem von San Remo abfahrenden Kaiser Friedrich hatte. Dieser, infolge seiner Operation unfähig zu sprechen, schrieb die Antwort auf ein Blatt seines Taschenbuchs. Während seines Aufenthalts in San Remo war auf den Kronprinzen ein Dynamitattentat von Anarchisten geplant, das keinen andern Zweck haben konnte, als Lärm zu machen (Crispi, 309).

Bismarck erzählt in seinen Erinnerungen (S. 276) von Kaiser Wilhelm I.: „Der Kaiser sagte (1887), er erwarte von mir, daß ich in meiner Stellung verbleiben und seinen Nachfolgern zur Seite stehn würde, wobei ihm zunächst die Besorgnis vorzuschweben schien, daß ich mich mit dem Kaiser Friedrich nicht würde stellen können." Auf seinem Sterbebett habe der Kaiser zu ihm, Bismarck, gesagt: „Mit dem russischen Kaiser mußt du immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig." Bismarck war sich der Antipathie der Kaiserin Augusta wohl bewußt; sie trat ihm wiederholt zugunsten des Zentrums entgegen (284). Als Bismarck sich einst erlaubte, die Kaiserin zu bitten, ihren Gemahl nicht zwiespältigen politischen Einwirkungen auszusetzen, wandte sie sich ab und sagte zu ihrer Umgebung: „Unser allergnädigster Reichskanzler ist heut sehr ungnädig" (285). Nicht ohne Beziehung rühmt Bismarck vom alten Kaiser (291): „Er hatte das königliche Gefühl, daß er es nicht nur ertrug, sondern sich gehoben fühlte durch den Gedanken, einen angesehenen und mächtigen Diener zu haben . . . Nicht einen Augenblick kam ihm der Gedanke einer Eifersucht . . . Diese Beziehungen und meine Anhänglichkeit . . . ist nur möglich unter Gegenseitigkeit des Wohlwollens." Als Zeugnisse läßt Bismarck hier eine Anzahl von Anerkennungsschreiben des Kaisers abdrucken, wie um die zu widerlegen, die doch von einer grundsätzlichen Gegensätzlichkeit im ganzen wie im einzelnen zwischen Herrn und Diener zu berichten wußten. Bismarck

Über Kaiser Friedrich sagt Bismarck (304 ff.), er habe sich schon 1885 angefragt, ob Bismarck im Falle eines Thronwechsels im Dienst bleiben würde. Bismarck stellte zwei Bedingungen: Keine Parlamentsregierung und keine auswärtigen (englischen) Einflüsse in der Politik. Der Kronprinz antwortete: Kein Gedanke daran! Aber „bei seiner Gemahlin konnte ich nicht dasselbe Wohlwollen voraussetzen; ihre Sympathie für ihre Heimat hatte sich von Hause aus gekennzeichnet in dem Bestreben, das Gewicht des preußisch-deutschen Einflusses in die Wagschale ihres Vaterlandes England hinüberzuschieben", besonders gegen Rußland. „Dieser Dissens hat in der orientalischen Frage manche Erörterung veranlaßt. Ihr Einfluß war groß . . ."

Aufsehen erregte ein Trinkspruch, den der Kronprinz Wilhelm am 1. April bei Bismarcks 73. Geburtsfest ausbrachte. Er verglich das Reich mit einem Heer, das seinen Kommandierenden verloren habe, während dessen erster Offizier schwer verwundet darniederliegt; da blickt alles auf den Fahnenträger, den Fürsten Bismarck, den großen Kanzler; er gehe uns voran, ihm folgen wir.

Konflikte.

Aber gleich darauf war von einem Konflikt des Kanzlers mit dem Hof die Rede. Bismarck drohte mit seinem Rücktritt, wenn der Plan einer Ehe zwischen dem Prinzen Alexander von Battenberg, dem ehemaligen Fürsten von Bulgarien, und der Prinzessin Viktoria von Preußen nicht aufgegeben werde. Bismarck hielt es für angezeigt, Rücksicht auf Rußland zu nehmen, mit dem sich der Prinz in Gegensatz gestellt hatte. Außerdem sei es nicht ausgeschlossen, daß der Fürst noch in Beziehung zu Bulgarien treten könne. Man dürfe die „Battenbergerei" nicht zu weit treiben. Manche deutsche Stimmen fanden diese Furcht vor Rußland unwürdig in einem Lande, wo man angeblich nur Gott fürchtet und sonst niemand. Habe doch auch die Königin von England nicht Anstand genommen, dem Bruder des Battenbergers ihre Tochter zu geben. „Wenn man das lebenslängliche Verbleiben des Fürsten Bismarck im Amt dermaßen als Lebensbedingung für Deutschland hinstellt, wie es die Konservativen und Nationalliberalen tun, so heißt dies, den Kanzler emporheben, um den Monarchen und die Nation desto mehr herabzudrücken. Denn wenn der Minister jederzeit seine Entlassung verlangen, der Monarch sie ihm aber nicht geben darf, was bleibt da vom freien Willen des Monarchen übrig? Man stellt den Monarchen dabei zuletzt vor die Alternative, entweder den Kanzler zu entlassen oder selbst abzudanken." So die „Freisinnige Zeitung". Die Kaiserin war es, die ernstlich die Heirat ihrer Tochter wünschte. Die öffentliche Meinung trat in zwei Lager auseinander. Man plante Adressen an Fürst Bismarck mit dem Wunsch, im Amte zu bleiben. Außerpreußische deutsche Blätter äußerten sich sehr heftig gegen Kaiserin Viktoria. Dagegen schrieb der „Berliner Börsen-Kurier" (11. April): „Soll der Kaiser oder soll der Kanzler die ausschlaggebende Instanz sein? ... Nicht die Krone war es, die den Streitfall schärfte. Es wurde durch plötzliche Veröffentlichungen ohne Vorwissen des Kaisers der jetzige Wirrwarr herbeigeführt. Es bleibt ein Unikum, daß ein Minister Dinge ... nicht bei sich bewahrte, sondern sie der Öffentlichkeit zur Entscheidung übergab. Dabei wurden Nebenmomente hineingetragen, die geeignet waren, das Ansehen des Kaisers zu erschüttern und den Charakter der Kaiserin in falschem Lichte erscheinen zu lassen ... In dieser Erkenntnis der Dinge werde ebensowenig Fürst Bismarck in der Stimmung sein, länger im Amt bleiben zu wollen, als der Kaiser geneigt sein könne, dem Willen selbst des verdientesten Staatsmannes sich unterzuordnen." Das freisinnige „Deutsche Reichsblatt" bezeichnete das Berliner Schloßgesinde als „Hauptträger der Klatschereien", und zwar von hoch oben bis tief unten herab. Kaiser Friedrich wolle kein Hofschranzentum und die Kaiserin sehe dem Hofgesinde tüchtig auf die Finger und auf die Taschen. Gegen die Ehe des Battenbergers sprach sich selbstverständlich die russische Presse entschieden aus. Das wäre ein neuer Anlaß europäischer Beunruhigung. — Die Kanzlerkrisis wurde dadurch beigelegt, daß der Kaiser entschied, es habe von der Battenbergischen Angelegenheit bis auf weiteres keine Rede mehr zu sein. Darauf erklärte sich der Reichskanzler bereit, weiter zu dienen, solange seine Kräfte reichen. Es hieß, daß Freiherr v. Roggenbach, der frühere badische Minister, ferner auch Fürst Chl. Hohenlohe und Graf Hatzfeld, Botschafter in London, eventuell bereits als Nachfolger Bismarcks in Betracht kamen. — Ein Besuch der Königin von England in Berlin (24. bis 26. April) und deren Unterredung mit Bismarck wurde als Abschluß der Krise betrachtet. Dazu kam auch die Er-

nennung des Grafen Herbert Bismarck zum Staatsminister an die Seite seines Vaters (22. April). Die Königin von England traf auch mit dem Kaiser von Österreich zusammen, als sie von Italien her über Innsbruck nach Preußen reiste.

Boulanger.

Nur in Frankreich dauerte noch die Unruhe um Boulanger und die Kriegsstimmung fort. Die Patriotenliga sandte dem quieszierten General eine Adresse, in der es hieß: „Die Stunde ist feierlich; vielleicht schon morgen sollen wir an einem Kriege teilnehmen, in dem der Sieg uns endlich den Rhein, die natürliche und geschichtliche Grenze des alten Galliens, zurückgeben soll. Sie werden der glorreiche Krieger sein, der das Vaterland wieder freimachen wird vom Atlantischen Ozean bis zum Rhein.“ Die Wahlagitation für Boulanger wurde unterstützt von Prinz Viktor Napoleon und zwei amerikanischen Finanzgrößen. Seine Wahl führte in der Kammer zu erregten Szenen, auf der Straße zu Tumulten. Man erwartete einen Staatsstreich, die Diktatur, die Monarchie. Ende April erließ auch der Graf von Paris ein Manifest, darin es hieß: „Die Republik, verschwenderisch und verfolgungssüchtig im Innern, ist ohne Kredit und ohne Stärke in Europa. Der Radikalismus, an der Spitze der Gewalt, droht, die Desorganisation des Landes zu vollenden. Die jüngsten lauten Kundgebungen des allgemeinen Stimmrechts sind ein Schrei des durch eine solche Regierung ermüdeten und nach Befreiung trachtenden Frankreichs ... Die Lösung muß eine Monarchie sein, deren Wiederherstellung ich alle meine Anstrengungen widme ...“ Die republikanischen Blätter fanden, daß dies genau die Sprache Boulangers sei. Der Graf von Paris und Boulanger mit der Patriotenliga protestierten gegen den Parlamentarismus, der der Nation und der Demokratie alle Rechte vorenthält.

Im Mai erschien die erste Lieferung von Boulangers Buch „Die deutsche Invasion“ und wurde in zweieinhalb Millionen Exemplaren gratis verteilt. Boulanger wies in einer Bankettrede zu Lille (12. Mai) auf die Ohnmacht und Unfähigkeit der Kammer hin und bezeichnete die gegen ihn gerichteten Vorwürfe als eine Insurrektion der Kammer gegen die Wähler. Die 500 Nichtstuer in der Kammer müßten ein tiefes Bewußtsein ihrer Unpopularität haben, um sich wegen der geringsten Handlungen eines entwaffneten Mannes, wie er es sei, Sorge zu machen. Die Abgeordneten seien dazu da, sich mit dem Lande zu beschäftigen; statt dessen beschäftigen sie sich mit sich selbst; diese Narrheit müsse aufhören. Das Land gehöre nur sich selbst. Auch die Großhändler und Fabrikanten von Paris, ihrer 5000, äußerten ähnliche Anschauungen. Dagegen traten 400 radikale und sozialistische Senatoren, Deputierte, Journalisten, Gemeinderäte und Mitglieder republikanischer Ausschüsse am 23. Mai im „Großen Orient“ zusammen, um jeden Versuch einer Reaktion oder Diktatur abzuwehren. — Gegen die boulangistische Politik des Grafen von Paris sprach sich allerdings sein Oheim, der Herzog von Aumale, aus; denn Boulanger habe den Herzog seines Generalranges beraubt und diene nur dem bonapartistischen Demagogentum.

Die Aufregung in Frankreich artete in tätliche Beleidigungen deutscher Reisender aus; dabei waren auch französische Offiziere beteiligt. Infolgedessen wurden strengere Paßverfügungen deutscherseits erlassen. Die russische Presse hetzte zu gleicher Zeit gegen die „deutsche Undankbarkeit", weil man kein russisches Getreide kaufe. Auch warf man der österreichischen Regierung die Truppenverschiebungen in Galizien vor, was Österreich durch Hinweis auf das Territorialsystem begründete.

Bulgarien.

Bei all diesen europäischen Aufregungen befestigte sich das Regiment Ferdinands von Koburg in Bulgarien. Als dieser in Tirnowa am 9. Mai dem Ostergottesdienste beiwohnte, sprach ihn Ministerpräsident Stambulow also an: „Seit fünf Jahrhunderten ist es das erstemal, daß ein bulgarischer Herrscher in unserer Mitte der Osterfeier in der Kirche unserer Zaren beiwohnt. Möge Gott, der Beschützer des Rechtes und der Wahrheit, unsern Fürsten stützen und ihm helfen, Bulgarien auf den rechten Weg zu führen!" Der Fürst erwiderte: „Ich habe einen Schwur geleistet, daß ich Bulgarien zu dem von der Geschichte angedeuteten Ziele führen werde. Heut erneuere ich diesen Schwur, und aus ganzer Seele wiederhole ich meine, dem bulgarischen Volke gegenüber bindend eingegangenen Verpflichtungen, die ich mit Festigkeit aufrechthalten werde. Ich habe allem entsagt und bin Bulgare geworden; das bulgarische Ideal ist das meinige: die Unabhängigkeit Bulgariens; sie ist die geheiligte Fahne, der ich mein Leben gewidmet habe . . ." Wegen seines feindseligen Verhaltens wurde der russischgesinnte Metropolit Klement seiner Funktionen entsetzt. Dieser Triumph Bulgariens war aber eine moralische Niederlage Rußlands und jener Regierungen, die ihre Politik Rußland zuliebe bestimmten.

Kaiser Friedrich †.

Indessen wurde die unheilbare Krankheit des Kaisers Friedrich immer schlimmer. Seinem Sohne Wilhelm schrieb Kaiser Friedrich die Worte auf: „Lerne zu leiden, ohne zu klagen, das ist das einzige, was ich dich lehren kann." Dem Hofprediger Schrader drückte er den Wunsch aus: „Beten Sie nicht für meine Genesung, beten Sie für meine Erlösung." Am 15. Juni mußte das Deutsche Reich seinen zweiten Kaiser durch einen erbarmungswürdigen Tod verlieren. An seine Stelle trat Kaiser Wilhelm II. Er sagte in seiner Proklamation vom 18. Juni „An mein Volk": „Nachdem die Gruft über der sterblichen Hülle meines unvergeßlichen Großvaters sich kaum geschlossen hat, ist auch meines heißgeliebten Vaters Majestät aus dieser Zeitlichkeit zum ewigen Frieden abgerufen worden. Die heldenmütige, aus christlicher Ergebung erwachsende Tatkraft, mit der er seinen königlichen Pflichten ungeachtet seines Leidens gerecht zu werden wußte, schien der Hoffnung Raum zu geben, daß er dem Vaterlande noch länger erhalten bleiben werde. Gott hat es anders beschlossen. Dem königlichen Dulder, dessen Herz für alles Große und

Schöne schlug, sind nur wenige Monate beschieden gewesen, um auch auf dem Throne die edlen Eigenschaften des Geistes und Herzens zu betätigen, welche ihm die Liebe seines Volkes gewonnen haben. Der Tugenden, die ihn schmückten, der Siege, die er auf den Schlachtfeldern einst errungen hat, wird dankbar gedacht werden, solange deutsche Herzen schlagen, und unvergänglicher Ruhm wird seine ritterliche Gestalt in der Geschichte des Vaterlandes verklären. — Auf den Thron meiner Väter berufen, habe ich die Regierung im Aufblicke zu dem Könige aller Könige übernommen und Gott gelobt, nach dem Beispiel meiner Väter meinem Volke ein gerechter und milder Fürst zu sein, Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Frieden zu schirmen, die Wohlfahrt des Landes zu fördern, den Armen und Bedrängten ein Helfer, dem Rechte ein treuer Wächter zu sein . . ."

Ernst Scherenberg dichtete sehr hübsch beim Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II.: „Zwiefacher Segen umschwebt dein Haupt, sich herrlich zu ergänzen: was in zwei Kaisern uns geraubt, soll eins in dir erglänzen."

In seiner Ansprache an den Bundesrat am 24. Juni betonte Bismarck „das bundesfeste Vertrauen der deutschen Fürsten und freien Städte zu einander und ihre im Bundesrate betätigte Einigkeit". In der Stärke des Deutschen Reiches liege eine Bürgschaft des europäischen Friedens. Am folgenden Tag eröffnete Kaiser Wilhelm II. den Reichstag mit folgender Thronrede: „Unter dem Drucke des Schmerzes bitte ich Gott, mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen sein Wille mich berufen hat . . . Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung nach außen . . . Insbesondere eigne ich mir die am 17. November 1881 erlassene Botschaft an, und werde fortfahren, dahin zu wirken, daß die Reichsgesetzgebung für die arbeitende Bevölkerung auch ferner den Schutz erstrebe, den sie im Anschluß an die Grundsätze der christlichen Sittenlehre den Schwachen und Bedrängten im Kampf um das Dasein gewähren kann. Ich hoffe, daß es gelingen werde, auf diesem Wege der Ausgleichung ungesunder gesellschaftlicher Gegensätze näher zu kommen . . . In der auswärtigen Politik bin ich entschlossen, Frieden zu halten mit jedermann, soviel an mir liegt. Meine Liebe zum deutschen Heere und meine Stellung zu demselben werden mich niemals in Versuchung führen, dem Lande die Wohltaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder auf dessen Verbündete uns aufgedrungene Notwendigkeit ist . . . Deutschland bedarf weder neuen Kriegsruhmes noch irgendwelcher Eroberungen . . . Unser Bündnis mit Österreich-Ungarn ist öffentlich bekannt. Ich halte an demselben in deutscher Treue fest, nicht bloß, weil es geschlossen ist,

Wilhelm II.

sondern weil ich in diesem defensiven Bunde eine Grundlage des europäischen Gleichgewichtes erblicke, sowie ein Vermächtnis der deutschen Geschichte, dessen Inhalt heute von der öffentlichen Meinung des gesamten deutschen Volkes getragen wird und dem herkömmlichen europäischen Völkerrechte entspricht, wie es bis 1866 in unbestrittener Geltung war. Gleiche geschichtliche Beziehungen und gleiche nationale Bedürfnisse der Gegenwart verbinden uns mit Italien ... Unsere mit Österreich-Ungarn und Italien bestehenden Verabredungen gestatten mir zu meiner Befriedigung die sorgfältige Pflege meiner persönlichen Freundschaft für den Kaiser von Rußland und der seit 100 Jahren bestehenden friedlichen Beziehungen zu dem russischen Nachbarreiche, welche meinen eigenen Gefühlen ebenso wie den Interessen Deutschlands entspricht ... Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter der Leitung meiner beiden Vorgänger kämpfend erstritten wurde." Nach Verlesung der Rede schüttelte der junge Kaiser dem Kanzler kräftig die Hand, und dieser erwiderte mit einem Handkuß. Man sagte, der Kaiser habe ausdrücklich die sozialpolitischen Andeutungen aufzunehmen befohlen.

Ein Gerücht, daß Bismarck mit Graf Waldersee, dem Haupt des Generalstabes, in Zwist geraten sei, wurde offiziös dementiert. Waldersee galt als Vertreter eines offensiven Vorgehens gegen Rußland. Auch über das Vorgehen des englischen Arztes Mackenzie, der bei Lebzeiten des Kaisers Friedrich sein Leiden nicht als Krebs anerkennen wollte, entspann sich eine peinliche Erörterung. Es hieß, daß Mackenzie nicht als Arzt, sondern als Vertrauensmann des Kaisers und der Kaiserin so gehandelt habe, weil sonst an Stelle des dauernd verhinderten Kranken eine Regentschaft getreten wäre. Kaiser Friedrich habe aber in seinem und seiner Gemahlin Interesse sowie aus höheren moralischen und praktischen Rücksichten gewünscht, wenigstens kurze Zeit zu regieren; daß dies geschehen, sei Mackenzie zu verdanken. Man tadelte es mit Recht, daß „ein unbedeutender englischer Arzt von radikalpolitischer Gesinnung sich herausgenommen habe, den geheimen Kabinettsrat zu spielen und bestimmend in die Geschicke der deutschen Nation eingreifen zu wollen".

Mackenzie.

Es wurde bemerkt, daß die Kundgebungen des jungen Kaisers wesentlich religiöser gefärbt waren als die seines Vaters. Bei der Landtagseröffnung am 27. Juni sagte Wilhelm II.: „Dem Vorbilde meiner erhabenen Ahnherren folgend, werde ich es jederzeit als eine Pflicht erachten, allen religiösen Bekenntnissen in meinem Lande bei der freien Ausübung ihres Glaubens meinen königlichen Schutz angedeihen zu lassen. Mit besonderer Befriedigung habe ich es empfunden, daß die neuere kirchenpolitische Gesetzgebung dazu geführt hat, die Beziehungen des Staates zu der katholischen Kirche und deren geistlichem Oberhaupte in einer für beide Teile annehmbaren Weise zu gestalten. Ich werde bemüht sein, den kirchlichen

Frieden im Lande zu erhalten ... In bewegter Zeit habe ich die Pflichten meines königlichen Amtes übernommen, aber ich trete an die mir nach Gottes Fügung gestellte Aufgabe mit der Zuversicht des Pflichtgefühls heran und halte mir dabei das Wort des großen Friedrich gegenwärtig, daß in Preußen der König des Staates erster Diener ist."

Daß Kaiser Wilhelms erster Erlaß an die Armee und Marine gerichtet war, rief im Ausland Kriegsbefürchtungen hervor. Jedenfalls wies auch der Kaiser von Österreich in seiner Ansprache an die Delegationen (10. Juni) auf die „fortwährende Unsicherheit der politischen Lage Europas" und die „unausgesetzte Steigerung der Militärmacht und Schlagfertigkeit aller andern Staaten" hin, denen es Österreich gleichtun müsse, um sich und den Frieden zu verteidigen. — Der „Pester Lloyd" fand von seinem mehr jüdischen Standpunkt aus die Proklamation Kaiser Wilhelms zu „christlich-sozial", zu „stöckerisch", weniger liberal als die Kundgebungen des Kaisers Friedrich. Man nahm die Äußerungen des ungarischen Schmocks allzu ernst. Aber auch die Gedächtnisworte des Präsidenten Smolka vor der Reichsratsdelegation (19. Juni) wurden als nicht sehr taktvoll empfunden: „Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, was mochte wohl dieser edle Fürst (Kaiser Friedrich) verschuldet haben, daß die Hand des Herrn so schwer auf ihm lastete, auf ihm, dessen ganzes Leben hohen Geistesadel, Gerechtigkeitsliebe, Friedensliebe, Menschenfreundlichkeit und Herzensgüte so hell widerspiegelte? Oder sollte er wohl Verschulden sühnen, welche hintanzuhalten er nicht die Macht besaß? ..." Um so rückhaltloser erklärte der ungarische Ministerpräsident Tisza, die Kundgebungen des Kaisers Wilhelm II. seien derart, daß sie das Vertrauen zum deutschen Bündnis nur noch steigern müßten. Österreich.

Zum Glück erwies sich Boulanger unfähig zu einem erfolgreichen Staatsstreich in Frankreich. Ministerpräsident Floquet nannte ihn in der Kammer (4. Juni) den nichtstuenden oder nichtsnutzigen Diktator. Boulanger entgegnete: „Mein Ruhm kommt dem Ihrigen gleich." Floquet erwiderte: „Als Napoleon in Ihrem Alter war, war er schon längst tot. Sie aber haben noch nichts geleistet." Schlagfertig erfolgte die Antwort: „Und als Danton so alt war wie Sie, war er bereits guillotiniert!"

Da überraschte der junge Kaiser Wilhelm im Juli die Welt mit seiner Besuchsreise zum gefährlichen Zar. Er fuhr zur See von Kiel aus, begleitet von seinem Bruder Heinrich und dem Grafen Herbert Bismarck. Er wurde am 19. Juli auf hoher See bei Kronstadt vom Zaren begrüßt und nach Peterhof gebracht; am 20. erfolgte der Besuch Petersburgs und des Lagers von Krasnoje Selo. Ganz Petersburg war beflaggt. Nach Beendigung der Feste trennte man sich am 24. Juli. Der Besuch verbesserte aber die Verhältnisse durchaus nicht. In bösartigster Weise schrieb die „Moskauer Zeitung": „Frankreich hat zu der Zusammenkunft in der vernünftigen Überzeugung Stellung genommen, daß Rußland es im kritischen Augenblick doch nicht verlassen wird." Und die „Nowoje Wremja" bemerkte beleidigend, die Anregung zu dem Schritte sei nicht von Petersburg ausgegangen, und dies sei schon ein Beweis, daß man in Berlin das Bedürfnis nach einer solchen Annäherung stärker empfinde. Kaiser und Zar.

Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erwiderte, das sei „eine Überschätzung asiatischen Hochmuts und asiatischer Unwissenheit" und zeige, „wie gänzlich unfruchtbar alle Bemühungen sein würden, die russischen Panslawisten zufrieden zu stellen". Kaiser Wilhelm fühlte denn auch sofort nach seiner Rückkehr, 31. Juli, das Bedürfnis, sich mit dem Reichskanzler in Friedrichsruh auszusprechen. Auf der Rückfahrt von Rußland hatte der Kaiser auch die Könige von Schweden und Dänemark in ihren Hauptstädten besucht.

Italien. In Österreich war man hinwieder nicht von der Bundestreue Italiens überzeugt. Man zitierte die Worte, die König Humbert den französischen Studenten in Bologna gesagt hatte: „Sagen Sie Ihren Kameraden, daß Italien der Freund Ihres Volkes bleibt. Gemeinsam vergossenes Blut vergißt sich nicht, und 1859 ist nicht genug entfernt, um uns aus dem Gedächtnis entschwunden zu sein." Die (katholische) „Salzburger Chronik" bemerkte dazu: „So der liebe Nachbar und Roms Usurpator, König Humbert. Wir sehen also, was wir von Italien zu erwarten haben, wenn zwischen Frankreich und Deutschland oder Rußland und Österreich Krieg ausbräche. Obgleich Italien eingeheimst hat, will es doch die Prügel nicht vergessen, die es dabei bekommen hat. Es sehnt sich nach neuen Erwerbungen durch neue Prügel. Die letzteren kann es bekommen, die ersteren dürften das nächstemal unerlangbar sein." Und das (ebenfalls katholische) „Grazer Volksblatt" schrieb: „Wir Konservativen haben mit Italien noch den Strauß wegen Rom auszufechten, welche Frage niemals von der Tagesordnung abgesetzt werden kann; die politischen Forderungen können im Laufe der Zeiten sich ändern, die religiösen niemals."

Ukraine. Als zur 900jährigen Jubelfeier der Einführung des Christentums in Rußland Ende Juli von allen slawischen Volksstämmen Vertreter in Kiew eintrafen, war den meisten Europäern nicht klar, daß Kiew die Hauptstadt der Ukraine war und zum Moskowitismus eigentlich in erbittertstem Gegensatze stand. Darum schickte ein geheimes „Nationalkomitee zur Wiederherstellung der Großen Ukraine" um diese Zeit in Kiew ein Rundschreiben an die Großmächte und die slawischen Nationen folgenden Inhalts: „1. Die Union der Völker der Ukraine mit den Russen war kein Akt der Unterwerfung unseres Vaterlandes unter den Zar; sie war vielmehr ein Bund unter gleichen. 2. Die Vexationen und die brutale Russifizierung haben unserer armen Ukraine viele Tränen erpreßt; es ist uns verboten, in unserem Lande Bücher zu drucken und in unserer Sprache zu verkehren. Unsere Landsleute gehen unter Martern in den Kasematten und in Sibirien zugrunde. Die Bevölkerung der Ukraine, 25 Millionen, protestiert gegen diese Akte des Terrorismus und hofft, daß die Nationen, welche sich zu den Grundsätzen der Humanität bekennen und die Slawen des Balkans von der Sklaverei der orthodoxen Moslim befreit haben, sie unterstützen werden, das Joch der orthodoxen Kirche jener abzuschütteln, welche sich ‚Großrussen' nennen."

Im Gegensatze zu diesem wahren Sachverhalt hielt General Ignatiew beim Jubiläum in Kiew eine Rede, in der er behauptete, daß das durch die slawischen Völker im Auslande gehende Erwachen des nationalen Bewußtseins naturgemäß auch das Bewußtsein der Rassenzusammengehörigkeit mit dem großen russischen Volke großziehe. Er bezeichnete als eine notwendige Konsequenz dieser großen geistigen Bewegung das Streben nach Annäherung an Rußland. Es sei unrecht, aus Rücksicht für Österreich nicht alles zu tun, diese slawische Bewegung zu fördern; Österreich würde ja doch nie wagen, Rußland herauszufordern. — Die Prager Jungtschechen klagten die Alttschechen an, daß man sie verhindert habe, an der Feier in Kiew teilzunehmen; „doch dürfe die Welt deshalb nicht denken, daß die Tschechen aufgehört haben, Slawen zu sein, wenn deren Staatsmänner keinen Sinn fürs Slawentum haben und nicht den Mut besitzen, sich dazu öffentlich zu bekennen." So knechtisch war die Begierde nach den von den Polen und Ukrainern gegen ihren Willen getragenen Ketten. — Auch Bischof Stroßmayer sandte nach Kiew folgendes Telegramm: „Ich habe die Ehre, mit aufrichtigster Freude an Ihrem heutigen Feste teilzunehmen. Das Erbe des heiligen Wladimir, der heilige Glaube, ist die Auferstehung und das Leben, Licht und Ruhm für das große russische Volk. Möge Gott Rußland segnen und ihm helfen, in wahrem Glauben, mit Gottes Hilfe und christlichem Heldenmut, trotz seiner übrigen Aufgaben auch jene große Weltmission, die ihm von Gott bestimmt ist, zu erfüllen." — Das ungarische Regierungsblatt „Nemzet" bemerkte darüber, das sei mehr, als was man in irgendeinem Staate ohne exemplarische Zurückweisung dulden würde. Keine russisch-orthodoxe Expositur hätte sich russischer äußern können als dieser katholische Bischof. Wenn ihm so viel an Rußland gelegen sei, so möge er doch nach Sibirien gehen. Sein Telegramm beweise, daß er weder kroatischer Patriot noch katholischer Oberhirt sei. Kiew.

Die Umtriebe Boulangers führten indessen zu nichts anderem als zu einem Duell mit dem Ministerpräsidenten Floquet, wobei beide leicht verwundet wurden (13. Juli). Aber Boulangers große Wahlerfolge beunruhigten die Welt, obwohl die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 24. August schrieb: „Wir können mit einem boulangistischen Frankreich ebensogut in Eintracht leben wie mit einem bonapartistischen . . . Es ist in hohem Grade wahrscheinlich, daß der General, falls er zu gesteigertem Einfluß kommen sollte, vorsichtig vermeiden werde, eine errungene hohe Stellung den Zufällen eines Krieges preiszugeben." Allerdings schrieb dieselbe offiziöse Zeitung über die Tatsache, daß der Deutsche in Frankreich für Angriffe auf ihn kein Recht und keine Sühne erlangen kann. Wurde doch auch während des Krieges der Mörder eines deutschen Soldaten unter dem Applaus des Publikums freigesprochen. „Die Sage, daß die Franzosen an der Spitze der Zivilisation marschieren, findet noch Gläubige; Vorgänge, wie die (gegen die vom Pöbel in Belfort schwer verletzten deutschen Studenten), beweisen aber, daß in Frankreich sogar die Justiz im Verfall begriffen ist und daß die Zustände dort der Verwilderung entgegengehen." Boulanger.

An die Stelle des seines hohen Alters wegen zurücktretenden Grafen Moltke trat Graf Waldersee an die Spitze des Generalstabes (14. August). Waldersee.

Kaiser Wilhelm II. ließ sich in Sonnenburg beim Ordensfest der Johanniter vom Herrenmeister die Insignien des Ordens überreichen. Dabei appellierte er sehr stark an die Mitarbeit des Adels.

Sonst bezeugten sich die internationalen Beziehungen durch die Anwesenheit des Königs von Schweden und der Königin von Sachsen gebornen Prinzessin Wasa als Paten bei der Taufe des Kaisersohnes Oskar Karl Gustav Adolf (31. August). Es waren also die beiden schwedischen Königshäuser Wasa und Bernadotte freundlich vereint.

Crispi. Der italienische Ministerpräsident Crispi besuchte den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh am 22. August. In seinen Memoiren (S. 341) gibt er über Bismarcks Gespräche folgende Notizen: „Die letzten Tage Kaiser Friedrichs, eines schwachen Menschen, der sich von der Frau beherrschen ließ, die ihrerseits unter dem Einfluß der Mutter stand; sie wollte alles anglisieren. Hatte Bismarck eines Tages mit dem Kaiser etwas besprochen, waren sie zu einer Übereinstimmung gelangt, so kam die Frau herein und bekannte sich zu einer gegenteiligen Auffassung. Seine Majestät wandte das Gesicht ab." Als Crispi wünschte, Bismarck möge den jungen Kaiser Wilhelm nach Rom begleiten, sagte der Kanzler: „Wenn der Kaiser mich mithaben wollte, würde ich selbstverständlich kommen, aber es ist notwendig, daß er es verlangt. Ich wäre gern mit nach Rußland gegangen, aber der Kaiser hat mich nicht dazu aufgefordert. Der junge Kaiser versteht sich in der Tat besser mit Herbert" (dem Sohne Bismarcks).

Der König Georg von Griechenland fand bei seinem Besuch in Petersburg eine sehr kühle Aufnahme, da er in der bulgarischen Frage nicht durchaus den russischen Erwartungen entsprach. Infolgedessen schloß sich Griechenland mehr an das Deutsche Reich an und es erfolgte am 3. September die offizielle Bekanntgabe der Verlobung des griechischen Kronprinzen mit Prinzessin Sophie, der Schwester Kaiser Wilhelms II. Dies Paar hat im Weltkrieg solang als möglich der Drangsalierung durch die deutschfeindlichen Mächte widerstanden.

Salisbury. Die allgemeine Weltlage wurde von Lord Salisbury in einer Bankettrede vom 8. August als befriedigend geschildert. Bei den leitenden Staatsmännern Europas trete die Überzeugung hervor, daß es das beste sei, Bulgarien sich selbst zu überlassen. England wünsche dessen Freiheit und Unabhängigkeit, Deutschland betrachte Bulgarien als eine gleichgültige Sache, Österreich wünsche die Erhaltung des Bestehenden und auch Rußland müsse als höchste Genugtuung für die Tapferkeit seiner Soldaten, die für Bulgariens Freiheit geblutet, ein blühendes, zufriedenes Bulgarien wünschen. Deutschland sei, wie die Kaiserbegegnung zeige, friedlich gesinnt, es verlange ebenso wie England nichts anderes mehr als die ruhige eigene Entwicklung auf moralischem und industriellem Gebiet. Deutschlands Friede mit Rußland bedeute aber den Weltfrieden.

Die Zarin machte einen Besuch in Gmunden bei der welfischen Familie und wurde dort von Kaiser Franz Josef besucht. Erzherzog Albrecht wurde bei seinem Manöverbesuch in Berlin Mitte September als berühmter Heerführer und Zeuge für die Festigkeit des Bundes der Mittelmächte gefeiert.

Während Wilhelm II. die frommen, letztwilligen Aufzeichnungen seines Großvaters im „Reichsanzeiger" und auf Kunstblättern veröffentlichen und verbreiten ließ, brachte das Oktoberheft der liberalen, von Julius Rodenberg in Berlin geleiteten „Deutschen Rundschau" zur größten Überraschung der Welt das Tagebuch Kaiser Friedrichs aus dem Kriege 1870/71 zum Abdruck mit folgender Bemerkung: „Um jeden Zweifel an dem Ursprung dieser Veröffentlichung auszuschließen, bemerken wir, daß Seine Majestät, der verewigte Kaiser Friedrich, das von ihm während des französischen Feldzuges geführte Tagebuch höchstselbst unserem Einsender mitgeteilt, und daß dieser nur aus Gründen der Diskretion sich auf die nachfolgenden Auszüge aus demselben beschränkt hat, welche geeignet sind, sowohl die edle Persönlichkeit des hohen Verfassers in ihrer vollen Bedeutung hervortreten zu lassen, als einen wichtigen Beitrag zur Geschichte jener großen Zeit zu bilden." Die freisinnige Partei war in solchem Jubel über diese Veröffentlichung, daß der „Börsenkurier" sagen konnte, sie brauche jetzt keinen Wahlaufruf, sie könne das Tagebuch als ihr Programm betrachten. Mit Seitenblick auf Moriz Buschs Bismarckbücher schrieb die „Vossische Zeitung": die Nation werde es nicht beklagen, daß ihr nicht nur Indiskretionen durch den nächtlichen Tagebuchschriftsteller (Busch) eines großen Ministers aufgetischt, sondern daß die Verhältnisse auch einmal in vollem Tageslichte gezeigt werden. Es ging aus dem Tagebuch hervor, daß Bismarck schon am 24. Oktober 1870 dem Großherzog von Baden sagte, daß er „nach Beendigung des Krieges gegen die Unfehlbarkeit vorgehen wolle", daß er also trotz seines Ableugnens der Urheber des Kulturkampfs war. Ferner erfuhr man, daß das Konzept des Briefes, worin König Ludwig von Bayern dem König Wilhelm I. die Kaiserkrone anbot, von Bismarck herrührte, weil man in München nicht die richtige Fassung zu finden vermochte. Auf Grund des Tagebuchs mußte es scheinen, als ob dem Kanzler an der Herstellung des Reiches einschließlich der Kaiserwürde nicht viel gelegen hätte, während der Kronprinz vom ersten Augenblick an darauf hindrängte, daß der Nation der volle politische Lohn des Kampfes zuteil werde, nicht bloß ein „kunstvoll gefertigtes Chaos", wie er das zustande gekommene Deutsche Reich kritisierte. — Jeder Zweifel an der Echtheit des Tagebuchs war ausgeschlossen. Seine Veröffentlichung in einer Berliner Revue erregte aber Bismarcks Zorn aufs höchste; er fuhr sofort von Friedrichsruh in die Hauptstadt und ließ noch am 27. September (das Heft war früher erschienen) einen vom 23. datierten Immediatbericht

Tagebuch.

an Kaiser Wilhelm „bezüglich des angeblichen Tagebuchs des hochseligen Kaisers" im „Reichs- und Staatsanzeiger" erscheinen. Darin hieß es: „Ich halte dies Tagebuch in der Form, wie es vorliegt, nicht für echt. Der damalige Kronprinz stand 1870 außerhalb der politischen Verhandlungen und konnte deshalb über manche Vorgänge unvollständig oder unrichtig berichtet sein. Ich besaß nicht die Erlaubnis des Königs, über intimere Fragen unserer Politik mit Seiner königlichen Hoheit zu sprechen, weil Seine Majestät einerseits Indiskretionen an den von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchteten, anderseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die Seiner königlichen Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren." Es folgen nun im einzelnen Einwände gegen die Aussagen des Tagebuchs.

Hans Delbrück, der das Tagebuch als „eine Perle der deutschen Literatur" bezeichnete, nennt Bismarcks Immediatbericht „einen der schwersten Mißgriffe in seiner langen politischen Laufbahn ... über dieses unselige Aktenstück bleibt dem deutschen Patrioten nichts übrig, als das Haupt zu verhüllen und zu schweigen" (Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1888, S. 430 f.). Als der Mitteiler des Tagebuches, der Geheime Justizrat Professor Dr. Geffcken hörte, daß Bismarck die Einleitung des Strafverfahrens gegen die Publikation und deren Urheber beantragt habe, fuhr er sofort von Helgoland nach Hamburg und stellte sich im Bewußtsein seines Rechtes dem Gericht. Er wurde in Haft behalten, aber nach einer dreimonatigen Untersuchung freigelassen. Ein Teil der Presse, der bisher das Tagebuch verherrlicht hatte, fiel nun auch Bismarck zu gefallen darüber her, verglich Friedrich III. mit Josef II., bezeichnete seine „beklagenswerten Schwächen", er sei „weit davon entfernt, der Urheber oder Förderer der Einheit Deutschlands zu sein, eines der schwersten Hindernisse für die Verwirklichung des Einheitsgedankens und der Kaiseridee" gewesen. Die „Freisinnige Zeitung" spottete freilich über diese „politischen Wetterfahnen". Die „Post" meinte, daß „Geffckens Gesinnung sich politisch mit dem Windthorstschen Welfentum und kirchlich mit der Hammersteinschen Kreuzzeitung berühre". Wir wissen, daß der Kronprinz wohl entschieden für das Deutsche Reich, nicht aber für den Kaisertitel war.

Geffcken. Friedrich Heinrich Geffcken war ein durchaus ernst zu nehmender Politiker. Sprößling einer alten Hamburger Patrizierfamilie, Legationsrat, Geschäftsträger und hanseatischer Ministerresident in Berlin, Großdeutscher, Partikularist in hamburgisch-republikanischem Sinne, trat er auch für die Selbständigkeit Schleswig-Holsteins ein, wurde 1868 Senatssyndikus in Hamburg, führte, mit einer Tochter Karl Immermanns vermählt, ein geistig hervorragendes Haus. Mit dem Kronprinzen von Preußen war er schon seit der Bonner Studentenzeit bekannt und dem Fürstenpaar befreundet. Auf Anregung des Kronprinzen wurde Geffcken 1871 an die neugegründete Universität Straßburg als Professor des Völkerrechts berufen. Damals, 1875, entstand das Buch „Staat und Kirche", das in schroffer Weise die preußische Kulturkampfpolitik angriff. 1881 verließ Geffcken Straßburg. Er schrieb noch

über „die völkerrechtliche Stellung des Papstes“ in Holtzendorffs Handbuch des Völkerrechts. Zweifellos war ihm das Tagebuch vom Kronprinzen oder dessen Gemahlin selbst anvertraut worden und diese hatte als Kaiserin gewiß den Wunsch, es veröffentlicht zu sehen, um damit der Überschätzung der Bismarckschen Politik entgegenzutreten.

Mackenzie.

In anderer Weise erregte der englische Arzt Mackenzie den Unwillen der Autoritäten, indem er dem Bericht der deutschen Ärzte über Kaiser Friedrichs Krankheit eine Entgegnungsschrift folgen ließ; sie wurde vom Gericht wegen Majestätsbeleidigung und Verleumdung von Privatpersonen vorübergehend beschlagnahmt und rief eine energische Erwiderung der angeschuldigten deutschen Ärzte hervor.

Tagebuch.

Wegen des Tagebuchs fand auch eine Haussuchung beim früheren badischen Minister v. Roggenbach statt. Die „Kieler Zeitung“ veröffentlichte ein Stück des kronprinzlichen Tagebuchs über die Schlacht von Königgrätz. Bismarck ließ seine Anschauungen über Kaiser Friedrich Mitte Oktober in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgenderweise vertreten: „Es liegt in den demokratischen Tendenzen, den Kaiser Wilhelm I. und den Kaiser Friedrich III. nach Möglichkeit zu verschmelzen, damit die Politik des ersteren unter der Beleuchtung, die vom Lichte seines Nachfolgers ausgeht, beurteilt werde. Die Politik beider Herren ist aber niemals eine übereinstimmende gewesen. Nachdem der Prinzregent als König die konservativere Richtung seiner Vorgänger wieder aufgenommen hatte, ist die persönliche Meinungsverschiedenheit schärfer zum Ausdruck gekommen in den Vorgängen in Danzig 1863. Noch konstanter war dies der Fall in der auswärtigen Politik. Über die Hinneigung Kaiser Wilhelms I. zur russischen Politik besteht kein Zweifel, über die Vorliebe Kaiser Friedrichs für englische Beziehungen ebensowenig . . .“ 1870 drohte den deutschen Interessen eine große Gefahr, wenn die „Neutralen, also das ‚Europa‘, welches Herr v. Beust vermißte, intervenierten. Die Möglichkeit dazu lag vor, die Verwirklichung der Einmischung scheiterte nur am Mangel an Einverständnis zwischen den Mächten. Die Abneigung, Deutschland die volle Frucht der Siege seiner Heere pflücken zu sehen, war ziemlich allgemein. Die Besorgnis vor neutraler Einmischung, welche damals den Kaiser Wilhelm und seinen politischen Ratgeber notwendig erfüllen mußte, ist an die Freunde des damaligen Kronprinzen nicht herangetreten . . .“

Kaiser Wilhelm II.

Der junge Kaiser verwischte einige Andeutungen des Tagebuchs, indem er am 1. Oktober den Prinzregenten in München besuchte und anerkannte, daß 1870 das bayrische Königshaus den ersten Schritt zum Neuerstehen des geeinten Vaterlandes tat. Auch er werde in hohenzollernscher Treue mit dem Hause Wittelsbach und dem braven Bayernvolk in engstem Bunde zusammenstehen, in guten wie in bösen Tagen. — Am 3. Oktober kam der Kaiser nach Wien. Franz Josef pries in seinem festlichen Trinkspruch die „Gefühle jener herzlichen, treuen, unauflöslichen Freundschaft und Bundesgenossenschaft, welche uns zum Besten unserer Völker vereint“. Kaiser Wilhelm erwiderte: „Nicht als Fremder bin ich hierher gekommen, sondern schon seit Jahren durch Eurer Majestät

Güte ausgezeichnet, führe ich ein heiliges Vermächtnis meines Großvaters aus." Sodann erhoben beide Herrscher die Gläser auf die Armeen ihrer Bundesgenossen. Während Kaiser Wilhelm nach Italien weiterreiste, fuhr Kronprinz Rudolf mit dem Prinzen von Wales, der zufällig auch in Wien weilte, auf eine Bärenjagd nach Ungarn. Graf Herbert Bismarck besuchte in der Zwischenzeit, da sein Kaiser mit dem von Österreich in Steiermark jagte, den ungarischen Minister Tisza in Pest. Der Empfang in Rom war durch franzosenfreundliche Demonstrationen gestört. Rote Zettelchen regneten auf die Monarchen Wilhelm und Humbert nieder mit den aufgedruckten Worten: „Nieder mit dem Dreibund! Es lebe Frankreich! Es lebe Elsaß und Lothringen! Es lebe Trient und Triest!" Kaiser Wilhelm besuchte auch den Papst im Vatikan, ebenso taten Prinz Heinrich und Herbert Bismarck. Beim Festmahl im Quirinal sagte Kaiser Wilhelm: „Unsere Länder haben unter der Führung ihrer großen Herrscher beide mit dem Schwert ihre Einigkeit erkämpft. Die Gleichartigkeit unserer Geschichte bedingt, daß unsere Völker stets zusammenstehen werden zur Aufrechterhaltung dieser Einheit, welche die sicherste Garantie für den Frieden bietet." Diese Voraussetzungen haben sich im Weltkrieg nicht bewährt. Kaiser Wilhelm begab sich zum Schluß seiner politischen Reisen wieder nach Friedrichsruh zu Bismarck. Auf der Reise wollte er ihn aber nicht mithaben.

Afrika. Die sehr unbefriedigenden Nachrichten aus Ostafrika gaben die Anregung zu einer besser organisierten Bekämpfung des Sklavenhandels, der die Ursache aller Unruhen daselbst war. Hiezu vereinigten sich alle Mächte. Der Papst stellte dem Kardinal Lavigerie zu diesem Zweck Summen zur Verfügung. Über diesen Gegenstand sprach am 27. Oktober zu Köln der Afrikareisende Wißmann.

Frankreich. In Frankreich stieg die Furcht vor den Fremden, die durch Einwanderung stetig zunahmen; sie wurden behördlich überwacht; fremden Offizieren wurde die Aufnahme verwehrt. Antideutsche Reden verkündeten, daß Nancy nicht lange mehr ein Grenzdepartement bleiben solle. „Wo unsere Väter durchgekommen sind, werden wohl auch unsere Kinder durchkommen. Aber die Parteien waren gespalten, die Monarchisten ebenso wie die Republikaner. Über Boulangers Leichtfertigkeit fiel das Wort: „Falls wir die Preußen vor uns und diesen als Minister im Rücken haben, sind wir verloren." So hob sich die Kriegslust nach außen in inneren Reibungen auf.

Ein ungünstiges Zeichen war es, daß sich in der französischen Fremdenlegion nicht weniger als 8000 Elsaß-Lothringer befanden, die sich also als Gegner des Deutschen Reichs erklärten, und das wurde von französischen offiziösen Zeitungen in aufreizender Weise hervorgehoben.

Thronrede. Die kaiserliche Thronrede vom 22. November bei Eröffnung des Reichstages ging auf wichtige innere und äußere Fragen ein: „Als ein teures Vermächtnis meines Großvaters habe ich die Aufgabe übernommen, die von ihm begonnene sozialpolitische Gesetzgebung fortzuführen.

Ich gebe mich der Hoffnung nicht hin, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen die Not der Zeit und das menschliche Elend sich aus der Welt schaffen lassen, aber ich erachte es doch für eine Aufgabe der Staatsgewalt, auf die Linderung vorhandener wirtschaftlicher Bedrängnisse nach Kräften hinzuwirken ... Unsere afrikanischen Ansiedlungen haben das Deutsche Reich an der Aufgabe beteiligt, jenen Weltteil für christliche Gesittung zu gewinnen. Die uns befreundete Regierung Englands und ihr Parlament haben vor hundert Jahren schon erkannt, daß die Erfüllung dieser Aufgabe mit der Bekämpfung des Negerhandels und der Sklavenjagden zu beginnen hat. Ich habe deshalb eine Verständigung zunächst mit England gesucht und gefunden. An dieselbe werden sich Verhandlungen mit andern beteiligten Regierungen knüpfen. — Unsere Beziehungen sind friedlich und meine Bestrebungen dahin gerichtet, diesen Frieden zu befestigen. Unser Bündnis mit Österreich und Italien hat keinen anderen Zweck. Die Leiden eines Krieges, und selbst eines siegreichen, ohne Not über Deutschland zu verhängen, würde ich mit meinem christlichen Glauben ... nicht verträglich finden."

In der Debatte über das veranschlagte Defizit empfahl Richter die Einschränkung der bisherigen Kolonialpolitik; denn in Ostafrika kam es zu einem Aufstand, zu Blockaden und Bombardierungen. Liebknecht schilderte die steigenden Ausgaben für Militärzwecke als eine Folge der Annexion des Elsaß und beklagte die verhetzende Wirkung des Reptilienfonds gegenüber Frankreich. Freilich versicherte er, daß im Fall eines Angriffs Frankreichs auf Deutschland das ganze deutsche Volk mit Inbegriff der Sozialisten sich einmütig gegen die Angreifer erheben werde.

Gegen die Politik Taaffes sprachen sich sowohl deutsche wie italienische Stimmen aus. Er verkehre mit Franzosen und Engländern und werde darin vom Kronprinzen Rudolf gestützt. Die Bismarckpresse beschuldigte nicht so sehr das tschechisch-panslawistische Lager, als vielmehr den Gmundener Hof des Herzogs von Cumberland, von wo auch die partikularistische Presse Hannovers und Hessens gespeist werde. Die „Hessischen Blätter" hätten auch Andeutungen gebracht über die angeblichen Absichten Kaiser Friedrichs, die Ereignisse von 1866 zum Teil rückgängig zu machen und gegen die Verzichtleistung auf Hannover den Herzog von Cumberland auf den Braunschweigischen Thron setzen zu wollen. Der Preßfehde wurde durch loyale Erklärungen der offiziösen Blätter in Berlin und Wien ein Ende gemacht.

Gegen Ende des Jahres fiel der Aufenthalt französischer Offiziere in Deutschland und deren Ausweisung auf. Allerdings war die Zahl der aus Frankreich ausgewiesenen Deutschen erheblich größer.

Salisbury.

Lord Salisbury erklärte in der Rede vom 8. November beim Lordmayorsbankett: die Vorgänge an der ostafrikanischen Küste seien weniger wichtig als die in Suakim an der Südgrenze Ägyptens. England müsse noch in Ägypten bleiben, da es seine Verpflichtungen gegen dieses Land nicht ganz erfüllt habe; aber England selbst wünsche

den Tag herbei, wo seine Verantwortlichkeit für Ägypten aufhöre. Ein europäischer Krieg sei mit allen Mitteln zu verhindern, denn er würde zur völligen Vernichtung der Unterliegenden führen. Am gefährlichsten seien die Gefühlsausbrüche des schlecht unterrichteten Volks, die zur Nichtbeachtung der weisen Ratschläge der Regierenden hinreißen könnten. Eine große Sorge sei die Notwendigkeit, die Rüstungen alljährlich zu steigern. Wie soll das enden, wenn zwölf Millionen Bewaffneter von fünf europäischen Großmächten unterhalten werden? Mit Neid verfolgte England Deutschlands Kolonisationstalent und dessen Bestreben, immer weiter um sich zu greifen.

Zur Desorganisation in Frankreich trugen die Anklagen Numa Gillys gegen die angesehensten Politiker wegen Erpressung, Unsittlichkeit, Willkür, Bestechung, Unehrlichkeit bei, in der Schrift „Meine Dossiers", nicht minder
Panama. der Krach der Panamagesellschaft, der für den Augenblick das Ansehen Frankreichs in aller Welt schwer schädigte. Auch Rußland wurde zu gleicher Zeit (Dezember) ganz in Anspruch genommen durch einen Konflikt mit England wegen Persien. So ebbte zum Schluß des Jahres die seit der ostrumelischen Frage (1885) sich bisher immer steigernde Kriegsgefahr wieder ab.

Deutschland. Nach diesem Überblick über die Geschehnisse von mehr internationaler Bedeutung betrachten wir das innere Leben der einzelnen Staaten, mit dem Deutschen Reich beginnend.

In diesen intimeren Verhältnissen interessieren uns vor allem die
Religion. religiösen Erörterungen bei dem Wechsel von drei deutschen Kaisern. Wir finden zu Beginn des Jahres den Prinzen Wilhelm noch in der Nähe der Hof- und Domprediger, die ihn dazu beglückwünschen, daß er Christus tapfer vor den Menschen bekannt hat. In einer Enzyklika vom 3. Januar an die bayrischen Bischöfe erklärte sich der Papst nicht ganz zufrieden mit dem Stande der kirchlichen Angelegenheiten in Bayern. Das preußische Abgeordnetenhaus lehnte die von der Regierung geforderte Summe zur Ausbildung altkatholischer Theologen am 20. März ab.

Als am 2. Juni in Berlin das Trümpelmannsche Lutherspiel im Viktoriatheater von Studenten zum Besten des Lutherdenkmals aufgeführt werden sollte, traf ein Erlaß des Polizeipräsidiums ein, der so eingreifende Streichungen verlangte, daß man lieber auf die Aufführung ganz verzichtete und diesen Beschluß von der Bühne dem bereits versammelten Publikum mitteilte. Diese Zensur wurde damit begründet, daß in dem Spiel der katholische Glaubensstandpunkt mit den schärfsten Beleidigungen überhäuft werde. „Zur Wahrung des Reformationsgedankens sei es nicht nötig, das Theater zu benutzen, um das Klostergelübde für eine Lüge zu erklären, die Verehrung der Heiligen und Reliquien in der utrierteften Weise lächerlich zu machen, das Ablaßwesen in einer für die heutige kirchliche Anschauung völlig karikierten Form zu stigmatisieren, von dem Meßopfer in den unpassendsten Ausdrücken zu reden, die Fasten in einer für das katholische Bewußtsein

geradezu blasphemischen Form zum Gegenstand einer burlesken Theaterszene zu machen." So die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Nach einigen Tagen kam aber ein Kompromiß zustande und die Vorstellungen gingen doch vonstatten. Kaiser Friedrich erließ darüber direkte Befehle an den Kultusminister v. Puttkamer. Dieser gab bald darauf seine Demission, freilich aus anderen Gründen. Die Freisinnigen jubelten über den Sturz Puttkamers, weil er die Wahlfreiheit unterdrückte und damit eine Ministerdiktatur vertrat.

Bezeichnend für den jungen Kaiser Wilhelm II. war es, daß er, wie die „Bauhütte" sich ausdrückte, „ein unbesiegbares Vorurteil gegen die Freimaurerlogen" hatte, im Gegensatz zu seinem Vater und Großvater. Diese Nachricht wurde, wie der „Reichsbote" schrieb, in allen christlichen Kreisen mit großer Genugtuung begrüßt. „Die Freimaurerei hat sich derart mit Atheismus, Judentum und lokaler Interessenwirtschaft verquickt, daß kein gläubiger Christ sich ihrem Gewissenszwang unterwerfen darf. Wozu diese geheimnisvolle Vereinigung? Die Ersetzung des klaren Christentums durch abgewaschene Humanitätsideen, die Zerstörung desselben durch Beförderung des jüdischen Einflusses, sei von übel. Der Händedruck der Freimaurer hat einen sehr materiellen Beigeschmack erhalten dadurch, daß man als Bruder allerlei Stellen viel rascher erlangt. Auch der geistige Einfluß der Logen hat sich als ein sehr verhängnisvoller erwiesen. Kaiser Wilhelm unternimmt eine sittliche Tat, wenn er jetzt mit dem traditionellen Verhältnis seines Hauses zur Freimaurerei bricht." Freimaurer.

Damit hingen Auslassungen der „Kreuzzeitung" (15. Juli) gegen das Judentum zusammen: „Bleibt das jüdische Monopol der moralischen Einschätzung bestehen, dann fahr' wohl: Ehrlichkeit, Wahrheit, Treue, Recht, Freiheit! Es ist ein Schandfleck der europäischen Staatskunst, daß man die Juden eine so verächtliche und gefährliche Rolle spielen läßt. Die Judenmacht muß gebrochen werden. Welcher Fürst, welcher Staatsmann beginnt diesen nationalsten aller Feldzüge? Wir sind überzeugt, daß er in kurzer Zeit bis auf wenige unwürdige Ausnahmen das ganze Volk, und zwar zu jeder Maßregel auf seiner Seite haben würde. Heute sind die meisten Sklaven. Erst wenn die Ketten jüdischen Mammons gebrochen, die Fesseln jüdischen Geistes gesprengt sind, kann man wieder von Freiheit reden." Dem gegenüber teilte die „Berliner Börsenzeitung" am 28. August mit, der Kaiser habe sich einem vielgenannten jüngeren Staatsmann gegenüber (Herbert Bismarck?) also ausgesprochen, daß er nur Freunde oder Gegner des Vaterlandes kenne und daß niemand ihm zutrauen werde, das Rad der Zeit zurückschrauben zu wollen. „Es gibt wahrlich ernsteres zu tun." Ebenso äußerte sich der dem jungen Kaiser befreundete Graf Douglas in einer Wählerversammlung, 4. Oktober: „Der Kaiser kennt keine andern Ziele als die Größe Deutschlands und die Wahrung des monarchischen Prinzips; er hat wiederholt erklärt, er gehöre zum ganzen Volk, ohne Unterschied des Glaubens, der Abstammung und der politischen Parteistellung. Alle Versuche, dem Kaiser eine persönliche Stellungnahme zugunsten Stöckers zuzuschreiben, sind Entstellung der Wahrheit. Am wenigsten huldigt der Kaiser den extremen politischen (christlichsozialen) und konfessionellen (antisemitischen) Anschauungen Juden.

Stöckers. Den Kaiser mit der antisemitischen Bewegung in Verbindung zu bringen, sei eine unberechtigte Dreistigkeit."

Harnack. Die Kreise des Hofpredigers Stöcker sprachen sich sehr erregt gegen die Berufung des freisinnigen Professors Harnack nach Berlin aus, die entgegen dem Urteil der obersten Kirchenbehörden erfolgt war. „So wie der Fall Harnack sich gestaltet hat, bedeutet er die völlige Unselbständigkeit der organisierten Kirche in der Erziehung ihrer Diener und die völlige Willkür der Staatsbehörden. Gegenüber einer beinahe uneingeschränkten Freiheit des Katholizismus muß ein solcher Zustand zum Ruin der evangelischen Kirche führen und den Widerwillen aller selbständig denkenden Protestanten hervorrufen."

Katholikentag. Die am 3. September zu Freiburg i. Br. eröffnete 35. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erhielt ein besonderes Gepräge dadurch, daß der Papst zum erstenmal in einem Schreiben an das Lokalkomitee diesem sein Wohlwollen ausdrückte und es als wünschenswert bezeichnete, daß jeder, dem es die Verhältnisse gestatteten, der Versammlung beiwohne. Der Präsident bezeichnete die Lage des Heiligen Stuhles als den Kernpunkt der diesjährigen Verhandlungen; die katholische Welt müsse sich den Protesten der preußischen Bischöfe gegen die Vergewaltigung des Heiligen Stuhles anschließen. Der Erzabt Maurus Wolter aus Emaus in Prag sprach über das Ordenswesen, der Schweizer Decurtins über internationale Arbeiterschutzgesetzgebung, Professor Keppler über christliche Kunst. Der schweizerische Gerichtspräsident Wirz gestand, daß nur das Vorbild der deutschen Katholiken die schweizerischen so gestählt habe, daß sie den Kulturkampf fernhalten konnten. Windthorst bezeichnete die gegenwärtige Versammlung als die bisher bedeutendste; sie möge den Katholiken anderer Länder die Anregung zu gleichen Vereinigungen geben. Auch er forderte die Wiederherstellung der territorialen Suveränität des Papstes. Darauf bezogen sich die Resolutionen, ebenso auf die unleidlichen Bestimmungen des neuen italienischen Strafgesetzes, ferner auf die volle Herstellung der Orden, der konfessionellen Schule und die Bekämpfung des Sklavenhandels in Afrika. — Dr. Knecht „erklärte: Rom gehört dem Papst und der Kirche, und deshalb ist die römische Frage eine katholische Frage und nicht eine italienische." Der Präsident sagte: „Das katholische Volk liebt sein Vaterland, ist aber feind jenem Staate, der sich an die Stelle Gottes setzt." Windthorst sagte: „In Freiburg hat Bernhard von Clairvaux den Kreuzzug gepredigt. Wir wollen bekennen, daß wir römisch-katholische Christen sind, unverrückt zum Heiligen Stuhle stehen. Wir fordern niemand heraus; es gibt keine kräftigeren Vertreter der Religionsfreiheit als die Katholiken und die Männer des Zentrums. Wir werden uns nicht bemühen, Paragraphen aufzuheben, welche das Schimpfen auf andere verbieten; wir werden überhaupt nicht schimpfen und es ist

uns gleichgültig, ob Leute dieser Sorte schimpfen. Der Kreuzzug, den wir predigen, ist nichts, als daß wir vor jedermann klarstellen, was wir wollen. Wir wollen unser Recht. Es sollen andere Leute nicht behaupten, sie seien liberal, die uns dieses Recht verkümmern. Nur wir sind eigentlich liberal." Windthorst bemerkte ferner, daß er in Afrika zwei Adoptivsöhne habe, denen man seinen Namen geschenkt. Er meinte schließlich, ein mahnendes Wort Bismarcks und Österreichs dürfte Italien veranlassen, dem Papst eine Stellung zu geben, daß er sicher seines Amtes walten könne. „Alle Orden müssen wiederkommen. Den Jesuiten kann man nur den einen Jesuiten. Fehler nachweisen, daß sie mehr studieren und lernen als andere Leute, und das ist der Zorn. Es wird die Zeit kommen, wo die Regierungsbeamten in Angst vor den Sozialdemokraten herumreisen werden und fragen: Haben Sie keine Jesuiten?" Man sah die Haltung des Katholikentags der römischen Frage gegenüber als eine Demonstration gegen die Rom. Romreise des Kaisers an. Die „Germania" schrieb auch darüber: „Weil eine Reise des Kaisers Wilhelm nach Rom vom Atheismus, Libertinismus und Revolutionismus der ganzen Welt als Triumph ausgebeutet wird, so glauben wir nicht an diese Reise in eine Stadt, wo Garibaldi und Mazzini mit Denkmälern gefeiert worden sind und wo alles an eine Revolution erinnert, die an Verworfenheit der Grundsätze und an brutaler Rücksichtslosigkeit ihresgleichen nicht hat. Die Einladung der französischen Republik zur nächstjährigen Weltausstellung ist wegen der Erinnerung an die Revolution (1789) als eine Rücksichtslosigkeit gegenüber monarchischen Staaten empfunden worden. Ist es dann aber nicht sehr begreiflich, daß alle Monarchen der Welt, welcher Konfession sie auch sein mochten, den Besuch in Rom vermieden haben, seitdem dort durch die brutale Vergewaltigung der ältesten und legitimsten Monarchie der Welt das Werk der Revolution vollendet worden ist, die mit Gift, Dolch, Verschwörung, Eidbruch von Ministern, Generalen, Admiralen, Soldaten gearbeitet hat?" — „Da kein Grund vorliegt, weshalb der deutsche Kaiser nach Rom zu gehen braucht, was doch auch Wilhelm I. nicht getan hat und kein Monarch seit 18 Jahren, so ist eine Romreise ausgeschlossen."

Hans Herrigs Lutherfestspiel wurde auch zu Hanau von dortigen Bürgern aufgeführt.

Als der eifrige kirchenpolitische Agitator Pastor Thümmel in einer Versammlung des evangelischen Bundes zu Solingen die katholische Kirche sehr scharf angriff, wurde er vom Bürgermeister unterbrochen, und die Versammlung wurde aufgelöst. Darauf forderten 800 evangelische Männer der Rheinprovinz und Westfalens zu einer Eingabe an den Reichstag auf, damit der Paragraph des Reichsstrafgesetzes gestrichen werde, durch den die Beschimpfung einer der christlichen Kirchen mit Strafe bedroht wird; man dürfe nicht das Wort ehrlicher Überzeugung beschränken und verhindern. Man soll schimpfen dürfen.

Protestanten. Der in Bremen tagende Protestantentag (11. Okt.) sprach sich gegen die Versuche aus, ein katholisierendes Kirchenregiment zur Vernichtung der Freiheit und Selbständigkeit der Gemeinde herzustellen, desgleichen gegen die Bestrebungen, dem Staate die Aufsicht und Leitung der Schule zu entziehen.

Die Freimaurer feierten den 14. August als den Tag, an dem vor 150 Jahren Friedrich d. Gr. als Kronprinz in den Orden aufgenommen wurde.

Man meinte, daß Kaiser Friedrich die von ihm schon als Kronprinzen begünstigte Idee eines deutsch-evangelischen Bistums in Jerusalem durchführen werde, trotz der bisherigen Schwierigkeiten.

In der Versammlung der Gustav-Adolf-Stiftung in Halle (5. Sept.) wurde des ersten protestantischen Kaisers gedacht, den die Weltgeschichte kennt. „Er war deutscher Kaiser, eben weil er Protestant war, denn der protestantische Gedanke ist innig liiert mit dem Reich. Der protestantische Geist hat das Reich gegründet. Kaiser Wilhelm wußte, daß der Rechtsstaat in der evangelischen Kirche sein Fundament findet. Gleicher Gesinnung war Kaiser Friedrich, der noch auf seinem Sterbebette das Protektorat über unsern Verein übernommen hat. Das gleiche tat der jetzige junge Kaiser Wilhelm; er hat sogar seinen jüngsten Sohn Oskar Karl Gustav Adolf taufen lassen."

Durch den Tod der beiden Kaiser wurde wieder die „Lehninsche Weissagung" hervorgezogen, die die Wiederherstellung der katholischen Kirche in Brandenburg prophezeit. (Vgl. Band 2, S. 508 u. 528.)

Zur Erinnerung an die „Protestation" von 1529 sollte sich in Speier eine gotische Gedächtniskirche erheben. Der Inhalt jener Protestation hatte sich allerdings seitdem wesentlich geändert, wie wir schon wiederholt angedeutet haben.

Erfreulicher als manches frühere dieser Art war die von Johannes Otzen in Berlin erbaute Kirche zum heiligen Kreuz in romantischester Gotik (Ill. Ztg., 24. Nov.).

Berliner Dom. Die Ausführung der bisherigen Raschdorffschen Pläne für den Berliner Dombau wurde gegen Ende des Jahres endgültig aufgegeben, ihr Autor aber mit einem neuen Entwurf betraut, der das Bedürfnis einer protestantischen Predigtkirche mit dem Anbau eines Repräsentationsraumes auf der einen und einer Gruftkapelle auf der andern Seite sowie die Verbindung aller drei Räume zu einem größern, besondern Anlässen genügenden Gesamtraum ins Auge fassen soll. „Bei der wesentlich verschiedenen Charakteristik, die diese beiden Anbauten fordern, um sich in ihrer Architektur bezeichnend zum Ausdruck zu bringen, darf mit höchster Wahrscheinlichkeit auch von diesem neuen Versuch eine Lösung der Aufgabe kaum erwartet werden." Dieser zeitgenössische Seufzer ist bezeichnend für die Schwierigkeit, das, was die Juden, Griechen, Katholiken unter einem Gotteshaus, einem Tempel, einem Dom verstanden, im Protestantismus darzustellen. — Zum Modell für das Mausoleum ihres Gemahls hatte die Kaiserin Friedrich das katholische Grabkirchlein bei Innichen in Tirol ausersehen und den Professor Raschdorff beauftragt, danach seine Pläne zu entwerfen. Jenes Kirchlein war 1653 von dem Innicher Bürger Georg v. Paprion nach Rissen erbaut worden, die er auf

öfteren Wallfahrten zur Heiligengrabkirche in Jerusalem von dieser genommen (Jll. Ztg., 17. Nov.).

Auf eine Huldigungsadresse der deutschen Bischöfe antwortete Kaiser Wilhelm II. am 7. November: „Daß ich die Glaubensfreiheit meiner katholischen Untertanen durch Recht und Gesetz gesichert weiß, stärkt meine Zuversicht auf dauernde Erhaltung des kirchlichen Friedens." Dagegen beklagte sich der Kaiser dem Berliner Magistrat gegenüber über die verletzende Tonart der freisinnigen Berliner Blätter, die gegen ihn immer seinen Vater ausspielten.

Die Verleihung der theologischen Doktorwürde an Bismarck von seiten der Gießener theologischen Fakultät (10. November, Luthertag) stand im Zusammenhang mit der Berufung Harnacks. Darüber äußerte sich die „Deutsche Evangelische Kirchenzeitung" am 24. November mit starkem Befremden: „Die Maximen unserer dermaligen Kirchenpolitik sind leider solche, daß die evangelische Kirche sich alles bieten lassen muß, die katholische gar nichts. Wie eine theologische Fakultät den Mut finden kann, solche Maximen noch zu preisen, das hat sie allein zu verantworten. Darüber jammern und winseln, daß der Papst als Friedensfürst gefeiert, zur Entscheidung in den Welthändeln aufgefordert und in die deutsche Politik hineingezogen wird, dabei aber den leitenden Staatsmann, welcher diese Politik vertritt, zum Doktor der evangelischen Theologie ernennen: das vermögen nur Männer, die nicht wissen, was sie wollen, oder nicht wollen, was sie wissen. Auch Fürst Bismarck wird, wie wir fürchten, in dem Schritt der Gießener nur einen neuen Grund sehen, die Plan- und Ziellosigkeit deutscher Protestanten zu mißachten." — Bismarck aber dankte mit dem Lob der „Duldsamkeit auf theologischem Gebiet" und dem „Eintreten für duldsames und praktisches Christentum". „Wer sich der eigenen Unzulänglichkeit bewußt ist, wird in dem Maße, in welchem Alter und Erfahrung seine Kenntnis der Menschen und der Dinge erweitern, duldsam für die Meinung anderer." Darauf entgegnete der „Reichsbote": „Nur darf man unter Duldsamkeit nicht jene indifferente Gleichgültigkeit gegen die Wahrheit verstehen, die erfahrungsmäßig aus Furcht und Haß gegen das Bekenntnis einer bestimmten Wahrheit außerordentlich tolerant gegen jede Art des Unglaubens, aber intolerant gegen den positiven Glauben wird." Bismarck.

Der Bekämpfung des Sklavenhandels schloß sich auch der „Afrikaverein deutscher Katholiken" an; das war ein Ergebnis des Katholikentags zu Freiburg i. Br.

Eine anonyme Broschüre (von Const. Rößler) besprach „Die Vorgänge der inneren Politik seit der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II." Darüber bemerkte die „Kreuzzeitung": „Alle, welche auf positiv-christlichem Boden stehen, auch die Katholiken sollen erkennen, daß es der überzeugte Christ ist, den man in Stöcker haßt. Und darum ist das ‚Kartell' antichristlich: liberal-religiös, bourgeois-kapitalistisch. Dieses neue Kartell pocht auf den Geldsack und die ungläubige Philosophie. Eine Politik in diesem Geiste würde Kartell.

Bebels Wort erfüllen: ‚In dreißig Jahren ist der Mittelstand unser.' Auf die deutsche Bildung in dieser Fasson macht jeder hosenverkaufende Jüngling Anspruch, dem es gelingt, einen Witz über die Pfaffen zu verbrechen; und uns sollte sie imponieren?"

Eine Adresse der bayrischen Bischöfe beschäftigte sich lediglich mit der Lage des Heiligen Stuhls und der Wiederkehr der weltlichen Herrschaft des Papstes.

Polen. Mit den konfessionellen Angelegenheiten hingen die polnischen enge zusammen. Die Polen wehrten sich gegen einen Religionsunterricht, der nicht in der Muttersprache erfolgen sollte; da drohten sie dem Erzbischof mit dem Übertritt zur griechischen Kirche. Windthorst warnte vor Unterdrückung der Polen in einer Zeit, da der Krieg drohend erscheine und man vom Volke schwere Opfer verlange. Der Pole Jaroszewski fragte den Kultusminister, ob er dem Könige von Preußen seine Krone und Titel als Großherzog von Posen entreißen wolle. Die Dekane der Erzdiözese Posen erklärten, sie würden nicht die Hand dazu bieten, daß die Religion als Werkzeug benutzt werde, die polnische Jugend zu germanisieren. Die Versuche der Gründung einer polnischen Rettungsbank schienen allerdings vorerst nicht zu gedeihen.

Hist.-pol. Blätter. Die „Historisch-politischen Blätter" besprachen des Freiherrn v. Hertling „Beantwortung der Göttinger Jubiläumsrede" des protestantischen Theologen Ritschl über den Sozialismus der Scholastiker; ferner die „Geschichte der christlichen Malerei" von Erich Frantz; sodann den „Gelehrten auf dem Kaiserthrone" (Kaiser Leopold I.), H. Brücks „Geschichte der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert", das Lutherfestspiel des Hans Herrig mit seinem versöhnlichen Ausgang. Es folgten Studien über „Österreich im Mittelpunkt der Lage", über „Die Berliner Krisis in der christlichsozialen Bewegung", über den konfessionslosen Mythus vom „Weihnachtsmann", über die Anarchisten in der Schweiz, über Hergenröthers Konziliengeschichte, über „Wilh. Molitor als Lyriker", über das Eichendorff-Jubiläum, über Bischof Haffners „Zeitgemäße Broschüren", über ein biographisches Lexikon englischer Katholiken seit der Reformationszeit, über das Verhalten des Freiherrn Paul v. Sennyey zum österreichisch-ungarischen Ausgleich, über Poesie und Theologie der Aufklärung nach Sebastian Brunner. — Zum Tode Kaiser Friedrichs heißt es (102, 72): „Es ist der preußische Konstitutionalismus mit der Eigenart eines inamovibeln Ministers wiederhergestellt. Ein Kaiser und König herrscht, der Kanzler regiert; hier der Körper, dort der Schatten. Hat sich der siegreiche Kaiser Wilhelm I. in das Verhältnis gefügt, warum nicht der blutjunge Kaiser Wilhelm II.?" — Weitere Studien behandeln „Das Vatikanum und Bonifaz VIII.", das Leben des Pater Marco d'Aviano, die Staatslehre in Stöckels Lehrbuch der Philosophie, das deutsche Kirchenlied in Salzburg, 16. Jahrhundert, das vierte deutsche Staatslexikon, die Grundsteinlegung der katholischen Universität in Washington, die römische Frage in der Tripelallianz, die russische Jubiläumsfeier zu Kiew. Das Tagebuch Kaiser Friedrichs wird dem unerhörten gehässigen Immediatbericht des Kanzlers gegenübergestellt. Es fehlte nicht viel, daß Bismarck darin den zweiten

Deutschen Kaiser auch für einen Reichsfeind erklärte. „Daß das Verdienst des alten Kaisers (Wilhelm) in dem Tagebuch geschmälert erscheint, indem es nachweist, daß die kaiserliche Reichsgründung gegen seinen eigenen Willen geschah, kann allerdings nicht geleugnet werden." — Bismarck wird trotz seiner wiederholten Ableugnungsversuche als der Haupturheber des Kulturkampfs erwiesen; auch dafür zeugt das Tagebuch Kaiser Friedrichs. Dabei wird besonders der Moabiter Klostersturm im Sommer 1869 hervorgehoben, der nicht ohne höhere Zulassung geschehen sein konnte (Bd. II, S. 622 u. 765 ff.). Daran schloß sich ein offiziöser und offizieller Widerspruch. — Im übrigen wird die Errichtung einer freien katholischen Universität in Salzburg besprochen und ein Blick in deutsche Studentenliederbücher der Gegenwart geworfen.

Sozialisten.

Noch immer mußte über Sozialistengesetze verhandelt werden. Eine neue Vorlage nahm zwar als Erfolg des bisherigen Gesetzes die Vermeidung ernster Störungen der öffentlichen Ordnung und die Nichtausdehnung der Sozialdemokratie auf die Landbezirke in Anspruch, dagegen sei das Gesetz insofern erfolglos geblieben, als die Sozialdemokratie nach wie vor eine geschlossene Partei sei und sich keine auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft stehende Reformpartei daraus entwickelte. Unvermindert verbreiten sich die sozialistischen Druckschriften von Zürich und London her. Die Strafen müßten verschärft werden, man müsse mit der Entziehung der Staatsangehörigkeit oder Internierung drohen. Der Sozialdemokrat Singer entgegnete der Regierung, sie habe sich von vornherein sagen müssen, daß ein auf Polizeiwillkür beruhendes Gesetz wirkungslos sein müsse, besonders gegen die hohen, heiligen Ideen der Sozialdemokratie. Die preußische Polizei züchte die Verbrechen, gegen welche sie vorgehe. Das Berliner Polizeipräsidium stehe an der Spitze einer internationalen Spitzelgesellschaft, um zu Verbrechen aufzureizen und das Bürgertum gruseln zu machen. „Wir sind allerdings im Kampf gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung, aber auf friedlichem Wege. Die Einführung der Expatriierung ist ein Rückschritt zum Mittelalter, das die Reichsacht der Todesstrafe gleichstellte. Das Zusammenwerfen der Sozialisten mit den ihnen entgegengesetzten Anarchisten ist monströs. Die Sozialreform der Regierung ist kein Ersatz für politische Rechte, sondern ein Almosen. In einem Moment, wo man vor der Gefahr eines europäischen Krieges steht (Januar), will man die größte Volksklasse, die Arbeiter, aufs schwerste bedrücken. — Minister Puttkamer erklärte, daß die sozialistische Presse nicht unterdrückt sei, das beweise die Existenz von 38 sozialdemokratischen Blättern, die man nur zur Mäßigung ihres Tones zwingen wolle. Die wahre Humanität verlange von den Regierungen, Deutschland vor den Schrecknissen einer sozialen Revolution zu bewahren.

Die deutschen (und österreichischen) Sozialdemokraten wurden von den viel praktischeren englischen Gewerkvereinen (Trades Unions) nicht zu ihrem

Kongreß zugelassen. — Die Sozialdemokraten verwarfen das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz durchaus als unbrauchbar.

Ein neues Verfassungsgesetz führte fünfjährige Legislaturperioden ein, statt der bisherigen dreijährigen Tagung des Reichstages. — Der Zollanschluß von Hamburg und Bremen an das deutsche Zollgebiet wurde vollzogen. — In Gegenwart des Kaisers und des Königs von Sachsen fand die Grundsteinlegung zum Reichsgerichtsgebäude in Leipzig statt.

Österreich.

Das österreichische Problem, die Lösung der Nationalitätenfrage in einem Rechtsstaat, machte immer neue Phasen durch. In Dalmatien verlangte eine Partei des Klerus die slawische Liturgie; dem widersprach der Erzbischof. Die rumänische Agitation ging zu Beginn des Jahres so weit, daß man für den Sieg der Russen über die Magyaren betete. Ministerpräsident Tisza bestritt die feindselige Haltung der ungarischen Regierung gegen die Siebenbürger Sachsen. In Galizien sah man die Notwendigkeit der deutschen Sprache ein. Die Ruthenen Galiziens beklagten sich darüber, daß sie von den slawischen Brüdern, den Polen, schlechter behandelt würden als etwa die Slowenen von den Deutschen. Am 21. Januar fanden in ganz Galizien Trauerandachten für die 1863 in der Erhebung gegen Rußland gefallenen Polen statt. Bischof Stroßmayer von Diakovar wurde bei seinem 50jährigen Priesterjubiläum im Februar und März als „Apostel des erhabenen Gedankens der Vereinigung der Serben und Kroaten, als Stolz der ganzen slawischen Welt" beglückwünscht. Die Magyaren bekämpften diesen Gedanken als den „Versuch eines südslawischen Reiches zum Schaden des Stephansreiches und der gegenwärtigen verfassungsmäßigen dualistischen Organisation der Monarchie". Ein Gesetzentwurf über akademische Vereine und Versammlungen sollte nach der Absicht des Ministers Gautsch die nationale Verhetzung und antiösterreichische Propaganda bekämpfen; man dürfe die akademische Jugend nicht erst schuldig werden lassen, um sie dann der Pein zu übergeben."

Ein Hochverratsprozeß vor dem Schwurgericht in Wien (25. Febr.) endigte mit der Freisprechung des angeklagten Zivny, eines Mährers, der für die nationale Einigung aller Slawen Österreichs unter russischer Suprematie in seinem deutschen Blatte „Der Parlamentär" agitiert hatte. Die Wiener Geschworenen fanden offenbar eine solche Agitation harmlos. Allerdings fanden aus nationalen Gründen Übertritte zum russischen Glauben statt. Dafür entzogen sich ruthenische Bauern den Rumänisierungstendenzen eingesessener Machthaber durch Massenübertritt vom griechisch-orthodoxen zum griechisch-katholischen (unierten) Glauben.

Stroßmayer.

Bischof Stroßmayer beantwortete am 2. April das Diplom zum Ehrenbürger von Prag in einem kroatischen Schreiben, in dem er das „wackere tschechische Brudervolk das fleißigste, ausdauerndste, bedeutungsvollste und fortgeschrittenste unter den slawischen Stämmen nannte". (Die heutige Wissenschaft sieht in den Tschechen zumeist slawisierte Germanen.) Dem Präses des

slawischen Gesangvereins in Wien schrieb Stroßmayer: „Den Slawen, einig und charakterfest, gehört die Zukunft“ (14. April). Der akademische Senat der tschechischen Universität erzürnte sich heftig über seine Professoren Kral und Masaryk, weil sie die Echtheit der Königinhofer Handschrift nicht anerkennen konnten, und wollte sie dafür maßregeln, was das Ministerium als ungehörig zurückwies.

Ein vernünftiges Wort sprach bei einer tschechischen Volksversammlung zu Melnik der Abgeordnete Mattusch (29. Juli): „Soll ich verkennen, daß in Österreich eine Sprache besteht (die deutsche), welche dem Verlaufe der Geschichte und ihrer Geltung nach eine Stellung einnimmt, welche das Tschechische niemals einnehmen wird? Im Reichsrate haben wir das Recht, tschechisch zu sprechen; warum wird aber doch deutsch gesprochen? Die einfache Zweckmäßigkeit bedingt dies. Es muß eine Vermittlungssprache geben. Die Minister sprechen deutsch. Die österreichische Regierung verhandelt mit der ungarischen in deutscher Sprache. In Österreich gibt es neun Sprachen; als Vermittlungssprache eignet sich die, welche vom zahlreichsten Volke gesprochen wird.“ Das gefiel den andern Tschechen wenig. Aber Mattusch wiederholte seine Ausführungen bei einer Wählerversammlung in Jungbunzlau, 15. August: im vielsprachigen Österreich sei die deutsche Sprache als Verkehrssprache aller Gebildeten anerkannt. Müssen sich doch selbst die Tschechen, wenn sie sich mit den Polen verständigen wollen, der deutschen Sprache bedienen. Dagegen erklärte Professor Blazek in einer Prager Wählerversammlung, 21. August: der Militarismus führe zum Ruin Österreichs. Österreich täte am besten, die Freundschaft Rußlands zu suchen. Deutschland meine es nicht ehrlich mit Österreich; dies beweise der Besuch des Deutschen Kaisers in Rußland. Er bezwecke nichts anderes, als Österreich in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln und so zu schwächen, daß dann Deutschland als „ehrlicher Makler“ einschreiten könne. Die Tschechen werden nie ihr Staatsrecht aufgeben und die Forderung der Gleichberechtigung ihrer Sprache. — Und Abgeordneter Gregr sagte bei einer Versammlung am Dorfplatz von Pischeli am 2. September: „Das Königreich Böhmen ist ein unzertrennliches Ganzes, ein selbständiges Land, keine Provinz. Es hat sein Staatsrecht, bekräftigt durch die Eide aller unserer Könige. Die Tschechen müssen sich dieselbe Stellung erwirken wie die Magyaren. Die Tschechen werden immer mehr bedroht, vom Deutschtum verschlungen zu werden. Es gibt nicht das kleinste Dorf, wo nicht das Ohr durch deutsche Worte entheiligt würde. Alles ist von fremden Elementen so durchsetzt, wie von Trichinen.“ Als aber auch Huschek, ein tschechischer Antisemit, reden wollte, wurde er niedergeschrien. Mit der Bemerkung: „Das ist ein schöner Liberalismus!“ verließ er, der Gewalt weichend, die Tribüne. Auch der Alttscheche Rieger mollte nicht zurückstehen und verlangte einen

Mattusch.

Böhmen.

böhmisch-mährisch-schlesischen Generallandtag, der seine eigenen Delegierten zu den Delegationen zu wählen hätte.

In der Versammlung der evangelischen Superintendenz in Ungarn (5. Oktober) kam die ärgerliche Teilnahme von Funktionären der evangelischen Kirche Ungarns an den Kiewer Festlichkeiten zur Sprache. Diese Tatsache sei um so häßlicher, da in Kiew nicht gerade die Freunde Ungarns und der evangelischen Kirche versammelt waren. Der zumeist beschuldigte Mudrony berief sich auf Stroßmayers Telegramm und die feierliche Zuschrift des Erzbischofs von Canterbury. Übrigens bekenne er sich als Slawe.

Die Polen drohten, das Bündnis mit den Tschechen aufzugeben, wenn die Tschechenführer die jungtschechische Agitation und ihre panslawistischen Umtriebe nicht einstellten, wenn sie russophile Agitatoren wie Stroßmayer unterstützten, wenn sie statt des deutsch-österreichischen Bündnisses eine Annäherung an Rußland herbeiführen wollten. — Die Anwesenheit der jüdisch-französischen Schauspielerin Sarah Bernhardt in Prag gab im November den Tschechen Anlaß zu törichten Kundgebungen für Frankreich und gegen das Deutschtum. Es war wohl nicht möglich, politische Unreife und Unbeholfenheit drastischer zu demonstrieren.

Ungarn. Einer aufgeregten Studentendeputation in Pest entgegnete im November der ungarische Honvedminister Fejervary: „Wir werden so viel Kenntnis der deutschen Sprache verlangen, als für den Dienst unbedingt notwendig ist. Wir dürfen fordern, daß ein intelligenter Mensch in einem Staate wie dem unseren, wo sich die Nationalitäten meist durch die deutsche Sprache verständigen, wenigstens einige Kenntnisse dieser Sprache besitze. Die Sprache der Armee kann keine andere als die deutsche sein."

Auf religiösem Gebiet erregte ein Antrag des Prinzen Liechtenstein über die Volksschule den Unwillen der Liberalen aller Nationalitäten. Sowohl die Bischöfe wie der Abgeordnete Lienbacher traten zugunsten der konfessionellen Volksschule ein. Das „Grazer Volksblatt" schrieb im Sinne Liechtensteins: „Wenn der Minister Gautsch an den Antrag Liechtenstein dachte, als er sagte, er werde es keinesfalls dulden, daß das Bildungsniveau herabgedrückt werde, müßten wir es tief bedauern, daß er sinnlose Schlagworte nachspricht; denn es ist sinnlos, jemandem zuzumuten, daß er das Bildungsniveau herabdrücken wolle. Der Antrag Liechtenstein bezweckt gerade das Gegenteil; er ist aus dem Bedürfnis hervorgegangen, die Volksschule der verdummenden Oberflächlichkeit zu entziehen."

Schönerer. Der antisemitische Abgeordnete Georg v. Schönerer war wegen einer verfrühten Mitteilung von Kaiser Wilhelms I. Tode in der Nacht vom 8. auf den 9. März in die Redaktion des „Neuen Wiener Tagblattes" eingedrungen, um die „frechen Judenbuben" zu züchtigen. Am 20. März kam im Abgeordnetenhaus die Frage der Auslieferung Schönerers an das Landesgericht Wien wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit zur Verhandlung. Die Antisemiten Pattai und Türk, der Demokrat Dr. Karl Lueger und der Jungtscheche Vaschaty sprachen gegen die Auslieferung. Prinz Alois Liechtenstein verließ bei der Abstimmung mit dem größten Teil der „Klerikalen" den Saal. Die Auslieferung wurde beschlossen. Der Prozeß

endete am 5. Mai mit der Verurteilung Schönerers zu vier Monaten schweren Kerkers, womit der Verlust des Adels, des Mandats und der Wählbarkeit für fünf Jahre verbunden war. Studenten demonstrierten zu seinen Gunsten vor seiner Wohnung und vor dem Maria-Theresia-Denkmal, das am 13. Mai enthüllt wurde. Auch auf seiner Fahrt zum Strafantritt wurden ihm Ovationen gebracht. — Dr. Lueger erregte großen Widerspruch durch eine heftige Rede gegen die deutschliberale Partei am 20. April. Im Wiener Gemeinderat stieg die Zahl der Antisemiten auf acht. Lueger.

Nachdem Österreich-Ungarn die Beschickung der Pariser Weltausstellung 1889 abgelehnt hatte, warnte auch Tisza, 26. Mai, vor der Teilnahme einzelner Privater; denn bei der herrschenden Stimmung in Frankreich könne niemand dafür gutstehen. Die Lage sei ohnedies ernst. — Die Tschechen erklärten ihr Bedauern darüber, da doch ihr Volk für Frankreich aufrichtige Sympathien empfinde und dies schon 1870 bewiesen habe.

Vom Ernst der Lage gab auch ein neues Wehrgesetz Zeugnis, das den Parlamenten beider Reichshälften vorgelegt wurde. — Der Anarchismus schien in Österreich keine neuen Blüten zu treiben. Er war mit dem Prozeß gegen den Bombenanfertiger Scharff im März erledigt.

Hier sei nun einiges für die Zeit Bezeichnende aus dem Gebiet der Literatur, der Kunst und Kultur zusammengestellt, ohne Berücksichtigung der Staatsgrenzen. Kultur.

In Wien wurde das große Maria-Theresia-Denkmal von Zumbusch enthüllt in Gegenwart des Kaisers und der Nachkommen der auf dem Denkmal verewigten Persönlichkeiten: Liechtenstein, Daun, Kaunitz, Nadasdy, Khevenhüller, Haugwitz, Traun-Abensperg, Laudon.

Das neue Wiener Hofburgtheater wurde im Oktober eröffnet. J. Weilen dichtete die Festspiele, mit denen das alte, seit Maria Theresia stehende Haus beschlossen, das neue eingeleitet wurde. Der Bau war nach den Ideen Gottfried Sempers von Hasenauer ausgeführt. Hervorragend war der plastische und malerische Schmuck.

Mit überschwenglicher Phantasie stellte der Bildhauer Tilgner ein entzückendes Projekt zur Umgestaltung des Rathausplatzes in Wien auf (Allg. Ztg., 9. Dez.). Da aber die ganze Welt nichts anderes ist als die Verschwörung der nüchternen Impotenz gegen das Genie, so war es natürlich, daß der Plan verhöhnt und abgelehnt wurde, denn die Welt darf beileibe nicht zu schön werden; das dulden die Philister in kompakter Majorität durchaus nicht.

Das große, schöne Denkmal Grillparzers mit der Statue von Kundmann, den Reliefs von Weyr, wurde im Wiener Volksgarten enthüllt.

Typische Beispiele der neuen, mehr dem Barock zuneigenden Bauweise waren: das neue deutsche Buchhändlerhaus in Leipzig (Ill. Ztg., 28. April) und das neue Regierungsgebäude in Breslau (Ill. Ztg., 29. Sept.).

Der Astronom M. Wilh. Meyer gründete nach einem Vorversuch in Wien (1885) nunmehr in Berlin in großem Maßstab die Gesellschaft „Urania“ mit dem „wissenschaftlichen Theater“, ein Unternehmen von großer Entwicklungsfähigkeit. Urania.

Über den gegenwärtigen Stand der Luftschiffahrt orientierte das Werk von Henri de Graffigny, unter dem Titel „Die Luftschiffahrt und die lenkbaren Ballons", von Adolf Schultze ins Deutsche übersetzt. Er berichtete über Projekte, die noch ohne Ausführung blieben.

Der Mißbrauch der öffentlichen Hypnotismus- und Magnetismus-Sitzungen wurde in der belgischen Kammer besprochen.

Diefenbach. Der Maler Diefenbach betätigte sich auch als „Menschlichkeitsapostel" in München und Umgebung, verschmähte Tiernahrung und Tierkleidung, ging im Prophetentalar herum, ließ sein Söhnlein Helios auch ganz unbekleidet gehen, kam mit der Polizei in Konflikt und wurde dadurch so nervös, daß er seine Hütte Einödheim in einem Steinbruch verließ und in einem Leipziger Asyl Heilung suchte.

Von antiken Funden dieser Zeit sind vor allem die Papyrus Erzherzog Rainer, dann der Sarkophag Alexanders des Großen, die Ausgrabungen in Carnuntum bei Wien und die babylonisch-assyrischen Tontafeln in Ägypten (Tell-el-Amarna) zu erwähnen. Großes und berechtigtes Aufsehen erregten die in ägyptischen Gräbern zahlreich gefundenen altgriechischen Bildnisse aus der Ptolemäerzeit in ihrer interessanten Koloristik.

Anton v. Werners Dioramagemälde der Kapitulationsverhandlungen zu Donchery vor Sedan machte Sensation.

Das Schloß Runkelstein bei Bozen mit seinen berühmten mittelalterlichen Wandmalereien, besungen von Scheffel, wurde durch Fr. Schmidt restauriert.

Die Baireuther Festspiele wurden unter der Leitung von Hans Richter und Felix Mottl wiederholt.

Zu Ibsens 60. Geburtstag gab man sich alle Mühe, in Berlin die „Wildente" dem Publikum schmackhaft zu machen.

Mahler. Gustav Mahler begann seine Laufbahn als Komponist mit der glücklichen Ergänzung von Webers unvollendet hinterlassenen Oper „Die drei Pintos". Bei einer Aufführung in Dresden sagte der König von Sachsen zu Mahler, es sei schwer zu unterscheiden, was an dem Werk „gewebt" und was „gemahlt" sei.

Die Muse der Telephonie stellte Lanz als Giebelstatue am neuen eidgenössischen Postgebäude in Luzern auf (Ill. Ztg., 19. Mai).

Der Briefwechsel zwischen Richard Wagner und Franz Liszt stellte sich dem zwischen Goethe und Schiller würdig zur Seite.

Riehl. Mit dem Novellenbuch „Lebensrätsel" beschloß W. H. Riehl den Zyklus seiner 50 Novellen, die in sieben Bänden nach und nach veröffentlicht, ein Ganzes bildeten, an dem er 42 Jahre gearbeitet hatte. Sein Grundsatz war, „daß alle Kunst uns mit uns selbst und mit Gott und der Welt versöhnen solle, daß sie nicht berufen sei, uns niederzudrücken, indem sie uns quält, sondern uns zu erheben, indem sie uns erfreut."

Marie v. Ebner-Eschenbach, die seit Jahren schon zu den vornehmsten deutschen Schriftstellerinnen gehörte, schuf ihr bedeutendstes Werk mit dem „Gemeindekind".

Graf Vitztum v. Eckstädt („Shakespeare und Shakspere. Zur Genesis der Shakespeare-Dramen") verpflanzte den amerikanischen Unsinn einer Theorie, nach der Bacon, der Staatsmann und Philosoph, der eigentliche Dichter Shakespeare gegenüber dem unbedeutenden Schauspieler Shakspere gewesen

sein soll, nach Deutschland, zur Verwirrung der einfachen alten unbezweifelbaren Wahrheit.

Moriz Carriere stellte „Jesus Christus und die Wissenschaft der Gegenwart" zusammen. — Döllinger gab „Akademische Vorträge" heraus, ferner die Schrift „Über die Wiedervereinigung der christlichen Kirchen"; und mit H. Reusch die „Geschichte der Moralstreitigkeiten in der römisch-katholischen Kirche seit dem 16. Jahrhundert mit Beiträgen zur Geschichte des Jesuitenordens". — Otto Dreyer agitierte für „Undogmatisches Christentum". — Adolf Harnack, dessen Berufung nach Berlin von den orthodoxen Protestanten angefeindet wurde, schrieb das vielgenannte „Lehrbuch der Dogmengeschichte". — A. Jülicher behandelte die „Gleichnisreden Jesu" ohne tieferes Verständnis der ästhetischen und erkenntnistheoretischen Bedeutung des der ganzen Welt zugrunde liegenden Gleichnisbegriffs. — Otto Pfleiderer beschrieb „das Urchristentum, seine Schriften und Lehren, in geschichtlichem Zusammenhang". — Karl du Prel behandelte „die monistische Seelenlehre". — Ed. v. Hartmann gab im zweiten Band seiner Ästhetik seine eigene „Philosophie des Schönen", vom Begriff des Scheins ausgehend. — Lujo Brentano kritisierte „die klassische Nationalökonomie". — Emil Holub schilderte seine „Sieben Jahre in Südafrika". — Emanuel Konyi sammelte Deaks Reden, und Gustav Steinbach gab ein Lebensbild von „Franz Deak". — Zur Feier der vierzigjährigen Regierung Franz Josefs erschien die Festschrift „Wien 1848—1888".

Rankes Weltgeschichte wurde nach seinem Tode mit dem 9. Band abgeschlossen. Die erste Hälfte beschäftigte sich noch mit dem 14. und 15. Jahrhundert; die zweite enthielt eine Reihe von Vorträgen über die Epochen der neueren Geschichte, welche Ranke 1854 vor König Maximilian II. von Bayern gehalten hatte. Ranke.

Renan schrieb die Geschichte des Volkes Israel.

Nachdem Friedrich Nietzsche gegen Ende des Jahres 1887 die „Genealogie der Moral" hatte erscheinen lassen, schrieb er in diesem seinem letzten Arbeitsjahr 1888 das Pamphlet „Der Fall Wagner" und die „Götzendämmerung". Ihn erfreute noch die Nachricht, daß G. Brandes an der Universität Kopenhagen über ihn eine Reihe von Vorlesungen hielt. Zur Vollendung seines beabsichtigten Hauptwerkes „Der Wille zur Macht. Versuch einer Umwertung aller Werte" kam er nicht mehr. Als in den letzten Tagen des Jahres ein Schlaganfall in Turin seinen Geist völlig lähmte, hinterließ er als Fragmente den „Antichrist", den „Freien Geist", den „Immoralisten", die „Philosophie der ewigen Wiederkunft", den autobiographischen „Ecce homo". In einem seiner letzten Briefe erwartete er sich viel vom jungen Kaiser: „Der Wille zur Macht als Prinzip wäre ihm schon verständlich." Der unheilbar Kranke wurde zu Beginn des folgenden Jahres 1889 in die Heimat gebracht, wo er noch bis an seinen Tod 1900 fortvegetierte. Er wurde nun erst berühmt. Nietzsche.

Carmen Sylva (Königin Elisabeth von Rumänien) gab die „Gedanken einer Königin" (französisch) heraus.

Das bedeutendste Dichtwerk dieser Zeit war Robert Hamerlings „Homunculus", ein Spiegel der Zeit. Der hier offen bekannte Antisemitismus Hamerling.

entfremdete allerdings den Dichter den liberalen Kritikern. — Kruse gab Fastnachtsspiele. — Franz Muncker beschrieb das Leben Klopstocks, des durch übertriebenen Goethekultus ungerecht zurückgesetzten wahrhaft bahnbrechenden Klassikers unserer modernen deutschen Kultur, groß als Denker, Politiker, Patriot, Ästhetiker, Christ; seine umfassende Tätigkeit müßte durch eine Klopstockgesellschaft aus der Vergessenheit gezogen und unserer einseitigen Kultur wieder erst recht fruchtbar gemacht werden. — Eine unbekannte Seite unseres Kulturlebens wurde durch Anton Mayer in seinem Werk „Wiens Buchdruckergeschichte" nach des alten Denis Vorarbeiten aufgehellt. — Ernst Wechsler gab die Charakteristiken von „Wiener Autoren". Ganz gegen mein Verdienst kam ich auch in die Reihe dieser zumeist feuilletonistischen Autoren. — Volkelt betrachtete „Grillparzer als Dichter des Tragischen".

Freytag. Die Berliner Universität erneuerte Gustav Freytags Doktordiplom nach 50 Jahren mit folgendem Festgruß: „Der Gruß gilt dem Dichter, der in Tagen verwilderten Geschmacks die Formenreinheit unserer klassischen Dichtung zu erneuern, in Zeiten der Tendenz und Parteisucht wieder Menschen von Fleisch und Blut aus der Fülle deutschen Lebens heraus zu schaffen wagte und das Vorbild eines denkenden Künstlers geblieben ist. Er gilt dem Historiker, er gilt dem Publizisten . . ."

Jhering. Rud. v. Jherings 70. Geburtstag wurde gefeiert. Ich war dem berühmten Rechtslehrer, dem ich ungemein viel verdanke, seit seinem Aufenthalt an der Göttinger Universität entrückt, nicht nur räumlich, sondern auch geistig, da ich den Erwartungen, sein engster Schüler zu bleiben, nicht entsprechen wollte und es vorgezogen hatte, ganz andere, freiere Bahnen einzuschlagen als die zu starren seiner juristischen Dogmatik.

In diesem Sterbejahr zweier Hohenzollerkaiser dachte man auch des 200. Todestages des Großen Kurfürsten.

Goethe. Nach einer Mitteilung der Cottaschen Buchhandlung hatte sie von 1795 bis 1865 an Goethe und dessen Erben 504.913 Gulden ausbezahlt, und zwar an die Erben etwas mehr als die Hälfte davon. Dennoch waren die Enkel in Armut gestorben.

Aus L. Schneiders Nachlaß erschienen nunmehr die bisher zurückgehaltenen intimeren Berichte des ehemaligen Vorlesers „Aus dem Leben Kaiser Wilhelms 1849—1873" in drei Bänden.

Zu Schopenhauers 100. Geburtstag gab Eduard Grisebach „Edita und Inedita Schopenhaueriana" als Festschrift heraus.

Die Görresgesellschaft gab durch Gutberlet und Pohle ein „Philosophisches Jahrbuch" heraus. Das Programm war vom Mainzer Bischof Dr. Haffner.

Wilh. Roscher, der 70jährige Historiker und Nationalökonom, gab „Umrisse zur Naturlehre des Cäsarismus", indem er ihn als Ausgeburt der Demokratie der echten Monarchie gegenüberstellte.

Kühne. Fast vergessen starb zu Dresden im Alter von 82 Jahren Gustav Kühne, der letzte vom „Jungen Deutschland". Obwohl seine gesammelten Schriften 1862—1867 in zwölf Bänden erschienen waren, gab er doch der Literatur keine besonders hervorstechende oder charakteristische Gabe.

Graf Tolstoj gründete in Moskau einen Abstinenzverein.

Eine Seminarkonferenz zu Delitzsch, 3. Mai, von 500 Lehrern besucht, beschäftigte sich mit der Frage des Knabenhandarbeits-Unterrichts.

Für den burlesken amerikanischen Humor waren die Schriften von Mark Twain bezeichnend, die auch in deutschen Übersetzungen verschlungen wurden.

Zur Jahrhundertfeier der Geburt des Königs Ludwig I. von Bayern erschien eine Festausgabe seiner Gedichte.

Constant This in Straßburg kam durch seine Forschungen über die deutsch-französische Sprachgrenze in Lothringen zum Ergebnis, daß im Bistum Straßburg 94·84 Prozent der Bevölkerung dem deutschen, 1·42 dem gemischten und 3·74 dem französischen Sprachgebiet angehörten.

„Die Krisis in der Literatur" war das Thema eines Vortrags von Arturo Graf in Turin, dem Sohn eines nach Griechenland verschlagenen Bayern und einer Italienerin. Er charakterisierte die neuesten Richtungen der Dekadenten, Symbolisten, Impressionisten, Deliqueszenten, den Tod der Tragödie, der religiösen Poesie, des Epos, das Herrschen der Anarchie. Jede Autorität ist umgestürzt, die Überlieferung zerschlagen. Der leicht erworbene Ruhm verflüchtigt sich ebenso schnell. Der heute Berühmte ist morgen veraltet. Gier nach Neuheit verzehrt die Geister. Die Grenzen der Künste vermischen sich. Die Ursachen liegen im Überwiegen der Demokratie, in der Überschätzung der Wissenschaft (experimentaler Roman), im börsenhaften Journalismus, in der Nervosität, in der Überreizung (Allg. Ztg., 22. und 23. Nov.). Dekadenz.

Driant, der Schwiegersohn Boulangers, schilderte unter dem Anagramm „Danrit" den „Krieg von morgen" in einer patriotisch-militärischen Erzählung. Sie beginnt mit einem tückischen Überfall der Deutschen und endet mit dem Sieg der Franzosen.

Es war ein Zeichen unbedingter Solidarität, daß der russische Botschafter in Paris sich mit dem Kammerpräsidenten Floquet versöhnte, demselben Frechling, der dem Zaren Alexander II. bei der Pariser Weltausstellung das Wort zugerufen hatte: „Es lebe Polen, mein Herr!" — Der Prozeß Wilson endigte mit der Verurteilung des ehrlosen Ordensschacherers; aber der Appellhof sprach ihn wieder frei. Flourens, der Minister des Äußern, setzte im Interesse des internationalen Ansehens Frankreichs die Wiedererrichtung der Botschaft beim Vatikan durch. Er sagte: „Unser Einfluß im Orient hängt davon ab; sonst werden alle Franzosen im Orient italienisch." Die Stimmung gegen Italien war durch verschiedene Zusammenstöße sehr erbittert geworden. Floquet.

In Rom kam es zu einem Studentenkrawall, weil Professor Bonghi, obwohl Mitglied des Komitees zur Errichtung eines Denkmals für Giordano Bruno, die Aufstellung des Denkmals auf einem öffentlichen Platze Roms für unpassend und unzeitgemäß erklärte. Die Konzentrierung eines französischen Geschwaders im Mittelmeer verstimmte die Italiener. Die Krisis im Baugewerbe führte zu Arbeitertumulten in Rom. Bruno.

Die peinliche Stellung der Italiener am Roten Meer wurde
Negus. etwas erleichtert durch die Bereitwilligkeit des Negus, Frieden zu schließen; die Anerkennung des italienischen Besitzrechtes an der Küste sollte erfolgen, doch verlangte der Negus für Abessinien einen Ausgang ans Meer. Aber mehrere Häuptlinge, so Ras Alula, waren gegen diese Zugeständnisse. Crispi erklärte am 12. Mai in der Kammer, man dürfe Afrika nicht räumen. Koloniale Ausbreitung sei ein Lebenselement für die modernen Nationen, wenn sich auch deren Vorteile nicht ziffermäßig berechnen ließen. Italien muß in Massauah bleiben. Es gab auch Differenzen mit dem Sultan von Sansibar und Differenzen mit Frankreich wegen der Gerichtsbarkeit in Massauah gemäß der Kapitulationen mit der Pforte. Italien dehnte auch sein Protektorat über Zula aus, angeblich auf wiederholten Wunsch der Bevölkerung. Im Sommer hatten die italienischen Truppen eine neue Niederlage bei Saganeiti zu verzeichnen.

Die Universität Bologna feierte im Juni ihren 800jährigen Bestand.

Den vatikanischen Gerichtshöfen wurde vom italienischen Staatsrat jede Autorität abgesprochen.

Papst. Der Papst berief sich in einer Ansprache vom 3. Januar an italienische Pilger auf die in der Enzyklika „Immortale Dei" entwickelten Grundsätze der Unabhängigkeit des Papsttums, das Italien zum Ruhme gereiche; eine Vermehrung der Macht Italiens könne nur durch den wünschenswerten Anschluß an das Papsttum erfolgen. Bei der Eröffnung der Ausstellung der Jubiläumsgeschenke pries Kardinal Schiaffino die Universalität der Feier. „Dem Triumph des Papsttums läßt sich nichts auf aller Welt vergleichen. Es ist ein Triumph, der nicht durch Gewalt vorbereitet wurde, der niemanden eine Thräne kostet. Wir wissen, daß die Vorsehung die großen Ereignisse durch unvorhergesehene Mittel entstehen läßt, um die Menschen zur Erfüllung der göttlichen Absichten hinzuführen" (6. Jan.). Papst Leo beantwortete ein überaus freundliches Glückwunschtelegramm des Zaren in gleichem Sinn. Irischen Wallfahrern antwortete er mit einem Lobe für Irland und verwies auf das Vorbild der deutschen Katholiken. Eine marokkanische Gesandtschaft sprach sich zugunsten einer spanischen Schutzherrschaft aus. Die deutschen Pilger verwies Leo auf die Enzykliken, die er an die Bischöfe gerichtet hatte.

In einer Ansprache an die Kardinäle vom 2. März führte Leo von neuem aus, daß das Papsttum nicht unabhängig sei, und daß er sich nicht zufrieden geben werde, ehe das nicht geändert sei. Vor allem war das neue italienische Strafgesetz für die Kirche unerträglich.

Der Papst nahm am 15. Januar die feierliche Heiligsprechung der sieben Gründer des Servitenordens und der Jesuiten Peter Claver,

Johann Berchmans und Alfons Rodriguez vor. Er konnte befriedigt auf die Feier seines Priesterjubiläums zurücksehen, das den Quirinal in Schatten stellte. Es waren 60.000 Pilger, darunter 35.000 Italiener, 5000 Franzosen, 4000 Deutsche und 2000 Spanier gekommen; 52 Kardinäle und 560 Bischöfe schlossen sich ihnen an. Der Gesamtwert der Geschenke betrug 60 Millionen, das bare Geld 14 Millionen Franken.

In der Enzyklika über die Aufhebung der Sklaverei in Brasilien erklärte der Papst, daß ihm keine der Gaben, die er bei Gelegenheit seines Jubiläums erhalten habe, angenehmer gewesen, als die nunmehr vollzogene Aufhebung der Sklaverei in Brasilien.

Die am 26. Juni veröffentlichte Enzyklika „Von der weltlichen Freiheit" erklärte die Gewissensfreiheit nicht in dem Sinn des Rechtes, Gott zu gehorchen oder nicht. Wiewohl der Papst die Vereinigung der verschiedenen Konfessionen im Katholizismus wünsche, gestehe er doch die legale Existenz der andern Konfessionen und ihre Duldung zu. Er erklärte auch die Ausübung der modernen bürgerlichen und politischen Freiheiten, den Widerstand gegen Unterdrückung, die Beteiligung an demokratischen Institutionen und die Bestrebungen der Völker nach nationaler Unabhängigkeit als zulässig. Die Enzyklika schloß: „Die Kirche ist stets die treueste Beförderin der maßvollen Bürgerfreiheiten gewesen. Dies bezeugen vor allem die Städte Italiens, welche unter ihrem Munizipalrechte und zu einer Zeit, wo die heilsame Kraft der Kirche, ohne Widerstand zu finden, alle Teile des Staatslebens durchdrungen hatte, Wohlstand, Macht und Ruhm erworben haben."

Dem Präsidenten des deutschen Katholikentags zu Freiburg sprach Leo seine besondere Anerkennung aus für die Haltung der Versammlung den Rechten des Heiligen Stuhles gegenüber: „Wir sind zwar auf jede Weise bemüht, das schon seit langem wider alles Recht dem römischen Papste auferlegte Joch der Knechtschaft von uns abzuschütteln, können aber gleichwohl kein Mittel zu diesem Zwecke für geeigneter erachten, als wenn um einer so großen Sache willen die einmütige Begeisterung der katholischen Völker sich öffentlich kundgibt." Dazu bemerkte die „Germania": „Auf die Dauer werden auch die Regierungen sich nicht fernhalten können, werden auch ihrerseits zwischen den zerstörenden und den aufbauenden Mächten der Zeit unterscheiden lernen und eine Wahl treffen müssen. Von der Sühnung des in Rom am 20. September 1870 begangenen Verbrechens kann dann die Morgenröte einer besseren, wieder auf Christentum, Sittlichkeit und Gerechtigkeit gegründeten Zeit anheben . . ."

Pater Mortara, einst als heimlich getaufter Judenknabe viel besprochen, führte als Augustinermönch ein asketisches Leben.

England war in seinen Grundfesten von der irischen Frage erschüttert. Immerfort Verurteilungen und Ruhestörungen als deren Folge. Nun fingen auch die schottischen Hochlandsbauern in ihrer völligen Verarmung an zu revoltieren. Lord Salisbury sah als starrer Tory das größte England.

aller Verbrechen Englands gegen Irland in der Unentschlossenheit der Verwaltung, das heißt in der nicht vollkommenen Tyrannei (11. Jan.). So wurden denn sofort einige irische Deputierte und Priester wegen aufrührerischer Reden verhaftet. Dagegen äußerten die Liberalen ihre Sympathien mit den Iren. Im freien London wurde der parnellistische Deputierte Gilholy, als er am 9. Februar das Parlamentsgebäude verließ, wegen einer vor Monaten in Irland gehaltenen Rede verhaftet. Volksversammlungen in Irland wurden verboten; und es kam dabei zu blutigen Konflikten (7. April). Eine päpstliche Enzyklika vom 20. April äußerte sich gegen die Ausschreitungen der irisch-nationalen Partei, gegen das Boykotten und den sogenannten Feldzugsplan, sofern damit die religiösen Pflichten der Katholiken nicht berücksichtigt würden. Die offiziöse Presse trat der freilich vielverbreiteten Ansicht entgegen, die Bulle des Papstes sei das Ergebnis eines Handels zwischen der Regierung und dem Vatikan. Die Gladstoneschen „Daily News" bemerkten: „Die Irländer werden der Kirche in religiösen Dingen gehorchen, aber ihre Politik werden sie nicht von Rom nehmen. O'Connell war ein typischer Katholik, dennoch widersprach er dem Papst in einer großen politischen Frage und triumphierte. Das irische Volk wird national bleiben, mag der Vatikan erklären, was er will." Der nationalistische „Cork Herald" bezeichnete das Schriftstück, das die englische Gutsherrenpartei durch Ränke und Verleumdungen dem Papst abgepreßt hatte, als gleichbedeutend mit einer Proklamation des Vizekönigs von Irland. Das parnellistische „Freemans Journal" wies darauf hin, daß Papst Leo mit keinem Wort die Nationalliga und die Agitation für ein Sonderparlament verdamme; darum werde man dabei bleiben. Dillon, der Schöpfer jenes „Feldzugsplanes", sagte am 8. Mai bei einem Bankett zu Ehren Parnells: der päpstliche Erlaß sei in Wirklichkeit ein englischer, eingegeben vom Herzog von Norfolk. Bei einem Meeting in Dublin wurde ein Manifest beschlossen, das besagte: „Die im päpstlichen Rundschreiben angeführten Tatsachen sind unbegründet und wären nicht veröffentlicht worden, wenn man vorher die Prälaten und Deputierten Irlands befragt hätte. Es sei darin ganz die alleinige große Ursache der Konflikte und Verbrechen in Irland ignoriert, nämlich die erbarmungslose Ausübung des Exmissionsrechtes an den zahlungsunfähigen Farmern; diese seien nicht bloße Pächter, sondern Mitbesitzer des Bodens. O'Brien war überzeugt, der Papst werde bald einsehen, daß die Bulle ein Irrtum gewesen. Dillon warnte, es würde um die katholische Religion in Irland übel stehen, wenn der Klerus für die Grundherren Partei ergriffe. Die irischen Bischöfe legten in einem gemeinsamen Schreiben an den Papst sein Reskript in einem für die Nationalisten annehmbaren Sinne aus. Und der Papst hielt es auch für nötig, der englischen Regierung eine

Milderung der Gesetzgebung in Irland nahezulegen. Chamberlain, ein Führer der liberalen Unionisten, schlug im Juni ein Programm vor zur Lösung der irischen Bodenfrage, wonach der Pächter gegen eine mäßige Landsteuer tatsächlich zum Eigentümer gemacht werden sollte. Eine neue Enzyklika vom 15. Juli suchte die entstandene Erregung zu beschwichtigen, wiederholte aber im Wesen die früheren Mahnungen zur Gesetzlichkeit. Das Parlament beauftragte eine Dreirichterkommission mit der Untersuchung der gegen Parnell und die Landliga gerichteten Beschuldigungen.

In große Aufregung geriet das Land durch die Enthüllung der militärischen Schwächen Englands und die Unzulänglichkeit der doch so kostspieligen Kriegsorganisation. Die Folge war eine Vorlage zur Vermehrung der Wehrmacht. Es erschien im „Daily Telegraph" ein Artikel: „England in Gefahr; unser Heer ohne Waffen, die schlechtesten Kanonen der Welt." Wolseley sagte am 14. Mai im Oberhaus: „Ich will keine Panik erzeugen, allein ich erkläre nochmals, daß eine feindliche Armee von 100.000 Mann von unserm Land Besitz ergreifen könnte. Solange unsere Flotte so schwach bleibt, wie sie ist, kann unsere über die ganze Welt zerstreute Armee ihren Platz nicht behaupten. Unsere Befestigungen im In- und Ausland sind in unbefriedigendem Zustand." Am selben Tag fand in London eine große Versammlung der leitenden Persönlichkeiten der City, hauptsächlich Großindustrieller und Bankiers, statt; man forderte die Regierung auf, bessere Maßnahmen zum Schutz Englands zu treffen; keine Steuer sei hiefür zu hoch. Man beabsichtigte, die Häfen im Kanal, Gibraltar und Malta in sichern Stand zu setzen. — Man regte sich auch darüber auf, daß Portugal den freien Handelsweg in Innerafrika verlege und den Zambesifluß absperre. Der deutschen ostafrikanischen Gesellschaft stellte sich eine englische entgegen. Die starke Einwanderung der Chinesen in englische Kolonien verlangte Gegenmaßregeln. Südlich von Ägypten gestaltete sich der Kampf um Suakim ungünstig genug. Lord Salisbury erklärte darum am 20. Dezember, England wolle sich nicht aufs neue in die ägyptischen Wüsten vergraben, aber solange der Khedive es wünsche, sei England durch das Versprechen des Ministeriums Gladstone gebunden, die Besetzung der Häfen des Roten Meeres aufrechtzuerhalten; man könne auch nicht Suakim aufgeben, da man sich anschicke, den Sklavenhandel zu unterdrücken. Man habe auch Verpflichtungen dem Sultan gegenüber und sei durch den Pariser Vertrag gehalten, die Integrität des ottomanischen Reiches aufrechtzuhalten. Mit dem Deutschen Reich vereint, ging England gegen den Sklavenhandel vor und blockierte die im Aufstand befindliche Küste. Deutsche Schiffe bombardierten Bagamoyo.

Ein Antrag zur Reform des Oberhauses wollte die Abschaffung der erblichen Peers mit Ausnahme der königlichen Prinzen. Salisbury war nur damit einverstanden, daß neben den erblichen Peers auch einige lebenslängliche ernannt würden.

Die Schweiz blieb ein Tummelplatz der deutschen Anarchisten und Sozialisten und auch der Polizeispitzel, wie sich Bebel und Singer vom indiskreten Züricher Polizeihauptmann Fischer bestätigen ließen. — In Genf Schweiz.

wurde das fünfundzwanzigjährige Bestehen der Genfer Konvention vom Roten Kreuz (26. Oktober 1863) gefeiert.

Belgien. Die belgischen Vlamen verlangten eine immer stärkere Berücksichtigung des Vlämischen im Unterricht, beim Militär und bei den Gerichten. Ebenso verlangten die Deutschen in Arlon, Provinz Luxemburg, Anerkennung der deutschen Sprache als dritter Landessprache. Gerüchte, daß Belgien durch einen Vertrag oder eine Vereinbarung seine Neutralität kompromittiert hätte, wurden in der Kammer widerlegt. Allerdings nahm Präsident Carnot bei einem Besuch der nördlichen Departements die Einladung des Königs an, nach Brüssel zu kommen (Mitte März). König Leopold sagte in einer Ansprache im November: „Ein kleines Land muß vorsichtig sein. Wir haben früher immer Fremdherrschaften getragen, aber seit 57 Jahren sind wir unabhängig. Gefahren gibt es immer; wir müssen wachsam und bereit sein."

Bei seinem Besuch in Dänemark, 30. Juli, hatte Kaiser Wilhelm eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Estrup, in der er erklärte: Auf der allgemeinen Friedensgrundlage, wie sie Deutschland gewähre, könne jeder Staat sich vollauf den sozialpolitischen Fragen zuwenden. Die Sozialdemokratie sei der internationale Feind; das beweise der Kopenhagener Sozialistenkongreß.

Björnstierne Björnson führte die norwegische Arbeiterpartei und verlangte allgemeines Wahlrecht, Zollfreiheit für die Lebensbedürfnisse, progressive Einkommensteuer, allmähliche Abschaffung der indirekten Steuern.

Orientbahn. Wenige Wochen nach der Eröffnung der Linie nach Saloniki wurde auch die Bahnverbindung von Wien nach Konstantinopel dem Verkehr erschlossen. Am 13. August fuhr der erste „europäische" Zug am Goldenen Horn ein. Auch das war ein Erfolg des bulgarischen Staatswesens. Die ganze Fahrt von Wien aus dauerte 47½ Stunden. Die Geschäftsführung wurde der ungarischen Staatsbahnverwaltung überlassen, und für die innere Korrespondenz wurde die deutsche Sprache angenommen, die somit im Osten Europas einen bedeutungsvollen Sieg davontrug. Bulgarien gegenüber verhielten sich die andern Territorialstaaten, besonders Serbien und die Türkei, sehr zurückhaltend und „inkognito". Aber dafür war die Feststimmung in Bulgarien um so höher; der Finanzminister Ratschowitsch begrüßte die von Wien, Pest und Belgrad kommenden Festgäste mit den Worten: „Wir haben heute einen stolzen Tag; wir feiern einen Siegestag der europäischen Kultur, und wir glauben erst heute, daß Bulgarien eine europäische Provinz geworden ist." Fürst Ferdinand gab den Gästen in Sofia ein glänzendes Fest.

Rußland. Es empört, immerfort von den russischen Unterdrückungen der Andersgläubigen und der Polen zu hören. Die Einschreibegebühr für die Warschauer Universität wurde von 50 auf 100 Rubel erhöht, um die polnische Jugend abzuhalten. Gegen Protestantismus und Katholizismus wie gegen Juden wurde gleich roh vorgegangen. Für Polen verlangte

der Zar die russische Sprache in der Kirche außer bei streng liturgischen Akten, Ernennung der Bischöfe und Pfarrer, orthodox-russische Erziehung von Kindern aus Mischehen. Der Zar zog sich bei einem rätselhaften Eisenbahnunfall eine leichte Verletzung zu. General Gurko sagte in einer Bankettrede zu Ehren Schuwaloffs im November: „Jedermann ist uns feind, man verspottet das russische Heer; und doch könnten wir, wenn es der Zar befiehlt, in 24 Stunden beide Grenzen überschreiten und der Welt zeigen, daß wir sehr wohl die Wege kennen, die nach Berlin und Wien führen."

Rumänien.

Über Rumäniens Verhältnis zum mitteleuropäischen Bündnis wurde im Februar offiziös mitgeteilt, es sei von einem Beitritt Rumäniens nicht die Rede gewesen. „Das schließt jedoch nicht aus, daß Rumänien die friedlichen Absichten des Bündnisses unterstützt, ohne aus seiner Neutralität herauszugehen." Bratianu widersprach (22. März) dem Plan eines rumänisch-bulgarischen Kaisertums sowie der Anschuldigung, daß man Rumänien germanisiere. Bismarck habe ihm gesagt: „So ihr Frieden wollt, seid mit uns; so ihr Krieg wollt, geht mit den andern." Der oppositionelle Blaremberg warf der Regierung vor, sie mache die rumänische Armee zu einem Teil des deutschen Heeres; aber Rumänien dürfe nicht mit dem Zweibund an der Vernichtung der französischen Nation mitwirken, die das Haupt und die Seele aller lateinischen Rassen bildet. Carp, der Minister des Äußern, sagte, Rumänien folge nur insofern der Politik Deutschlands, als man auch hier die Verbesserung der inneren Lage des Landes ausschließlich im Auge habe.

Serbien.

König Milan von Serbien gab in einer Bankettrede im Juni einen Rückblick auf die im Laufe von 70 Jahren begangenen Irrtümer, die drei gewaltsamen Umwälzungen, die Ermordung des edelsten der serbischen Herrscher. Einst war Serbien infolge seiner Lage ein Schutzwall gegen Byzantinismus und Papsttum; heute sei es die Grenzlinie für okzidentalische und orientalische Kultur. Um nicht, wie im Mittelalter, fortgewischt zu werden, müsse Serbien der Träger der abendländischen Kultur werden.

Ärgerlich für den König blieb das Verhalten der Königin Natalie; sie hielt sich nun in Wiesbaden auf und wurde auf Begehren ihres Gemahls von der dortigen Polizeibehörde aufgefordert, den Kronprinzen herauszugeben, widrigenfalls man Gewalt gebrauchen müsse. Sie appellierte vergebens an den Deutschen Kaiser. Er konnte ihr nach den Bestimmungen des Völkerrechts nicht helfen; sie mußte den Sohn ausliefern, der alsbald über Wien nach Belgrad zu seinem Vater geleitet wurde. Königin Natalie reiste nach Versailles und erhielt dort die Nachricht, daß ihre Ehescheidung eingeleitet sei. Trotz ihrer Einreden sprach der Metropolit Theodosius, „durch Eingebung des Heiligen Geistes demütiger Episkop der pravoslawischen Kirche

im Königreich Serbien, Erzbischof von Belgrad", die Scheidung aus. Die Königin erklärte, ihre Ehe sei unauflöslich und die Scheidung null und nichtig.

Der Sultan von Zanzibar übertrug der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft die gesamte Verwaltung einschließlich der Zölle im Küstengebiet auf fünfzig Jahre.

Amerika. Die republikanische Partei Nordamerikas brachte ihren Kandidaten, den General Harrison, bei der Neuwahl des Präsidenten durch. Mit Unwille wurde es aufgenommen, daß der englische Botschafter Sackville für Cleveland agitierte. Gegen Kanada ergriff die Union Repressalien. Der Papst duldete den Orden der „Ritter der Arbeit".

Die Kanzlerkrisis 1889—1890.

Das Jahr 1889.

Bismarck über Kolonialpolitik. Tod des Kronprinzen Rudolf. Stöcker. Altersversicherungsgesetz. „Es gelingt nichts mehr." Humbert in Berlin. Neue Kriegsgefahr. Die Montenegriner in Petersburg. Waldersee. Das „kleine Handwerk". Nietzsche. Wormser Volkstheater. Freie Bühne, Gerhart Hauptmann. G. Freytag über Österreich. Die „Vereinigten Christen": Lueger und Liechtenstein. Hußbewegung. Deutsche Armeesprache in Ungarn. Milans Abdankung. Die Kossowofeier. Prozeß Boulanger. Pariser Weltausstellung und Revolutionsjubiläum. Giordano Bruno. Die römische Frage. Affäre Wohlgemuth in der Schweiz. Prozeß Parnell. Brasilien Republik. Verfassung in Japan.

Der lange vorbereitete Sturz des Reichskanzlers Bismarck ist das tief innerlich wichtigste Ereignis des Jahrhunderts; entspricht es auch, wie wir schon angedeutet haben, dem Sturze Metternichs im Jahr 1848, so übertrifft es jenes erste Ereignis doch weitaus durch die persönliche Tragik, besonders durch die Art, wie sie der Entamtete aufnahm, der sich nicht so gefaßt und gelassen in seinen Rücktritt fügte, wie das Metternich getan hatte. Aber auch die weltgeschichtliche Verkettung von Schuld und Sühne ist im Falle Bismarcks viel gewaltiger als im Fall Metternichs.

Es schien zuerst, als sollte sich der junge Kaiser Wilhelm ganz der Autorität seines Kanzlers fügen und sich als seinen Schüler betrachten. Das bezeugte wenigstens das am 1. Januar veröffentlichte Gratulationsschreiben: „Lieber Fürst! Das Jahr, welches uns so schwere Heimsuchungen und unersetzliche Verluste gebracht hat, geht zu Ende. Mit Freude und Trost zugleich erfüllt mich der Gedanke, daß Sie mir treu zur Seite stehen und mit frischer Kraft in das neue Jahr eintreten. Von ganzem Herzen erflehe ich für Sie Glück, Segen und Gesundheit und hoffe zu Gott, daß es mir noch recht lange vergönnt sein möge, mit Ihnen zusammen für die Wohlfahrt und Größe unseres Vaterlandes zu wirken." Das war zweifellos ehrlich gemeint, es war aber auch ein Appell an den Kanzler, die Mitarbeit durch seine persönlichen Schroffheiten nicht unmöglich zu machen. Aber schon die Entlassung des völlig unschuldig verfolgten Professors Geffcken aus der Haft, in der er sich bis zum 5. Januar Geffcken. befand, war eine starke Blamierung Bismarcks, der ihn so leidenschaftlich

angeklagt hatte. Der Beschuldigte wurde für unschuldig erklärt und die Kosten des Verfahrens wurden der Reichskasse auferlegt. Bismarck suchte sich dadurch zu salvieren, daß er ein ziemlich schmeichelhaftes Gratulationsschreiben Kaiser Friedrichs an ihn vom 25. März 1888 veröffentlichte und auch die Veröffentlichung der Anklageschrift gegen Geffcken durchsetzte. Die gehässige Verwendung von Privatbriefen Geffckens und Roggenbachs wurde von der unabhängigen Presse mit Empörung vermerkt. Die „Kreuzzeitung" fand dies ganze Vorgehen tief verletzend für das monarchische Gefühl. Dafür wurde sie konfisziert. Die ganze öffentliche Meinung war über all das sehr erregt.

Die veröffentlichte Anklageschrift gab zu, daß sich der Verdacht einer Fälschung nicht bestätigt habe; doch sei Geffcken nicht autorisiert gewesen, seine Auszüge aus dem Tagebuche zu veröffentlichen. Gustav Freytag habe das Manuskript in Potsdam (1873—1876) eingesehen, aber von der Veröffentlichung abgeraten. Diese habe jedenfalls nur die Schadenfreude der Feinde Deutschlands erregt und dem Ausland die verwundbaren Stellen des neuerstandenen Reiches gewiesen.

Die Thronrede bei Eröffnung des preußischen Landtags (14. Jan.) schlug Friedenstöne an. Sie hob den Reichtum des Landes, die stetige Zunahme der Sparkasseneinlagen im letzten Jahrzehnt hervor.

Kolonien.

Bismarck suchte in einer großen Reichstagsrede vom 26. Januar die unzufriedenen Gemüter wieder auf die Kolonialpolitik hinzulenken. Bamberger nannte diese Politik ein Fiasko, Windthorst betrachtete sie sehr zweiflerisch. Bismarck trat für die ostafrikanische Gesellschaft ein mit ihrem 50jährigen Vertrag. Er widerlegte die Vorwürfe, daß sich das Reich durch seine Kolonialpolitik in Widerspruch zu England und anderen Mächten setze; „Mit der englischen Regierung sind wir absolut einig und fest entschlossen, diese Einigkeit zu erhalten und durchzuführen." Er forderte rasche Erledigung der Vorlagen, denn „Zeit in dieser Frage ist nicht Geld, wie die Leute sagen, sondern Zeit ist Blut. Je später wir kommen, desto mehr Blut wird die Sache kosten." Es wäre aber unpolitisch, öffentlich zu bekunden, wie groß die Rüstungen sein müssen. „Die Blockade ist mir nicht als ein Mittel erschienen, die Sklaverei tot zu machen, denn sie trifft ja nur die Ausfuhr der Sklaven und die unvollständig, sondern ich habe in deren Herstellung einen Beweis gegenüber der afrikanischen Küste gesehen, daß Deutschland und England einig sind ... Das ist mehr eine politische als eine militärische Frage ... Ich betrachte England als den alten traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir keine streitigen Interessen haben. Wir haben keine Verträge mit England, aber ich wünsche die Fühlung, die wir seit mindestens 150 Jahren mit England haben, festzuhalten." Bismarck bemerkte, daß er nicht Enthusiast für koloniale Unternehmungen war, er sei durch die Unternehmungen hanseatischer Kaufleute, verbunden mit Terrainankäufen und gefolgt von Anträgen auf Reichsschutz, dazu veranlaßt worden. Kolonialprojekte könne man nicht künstlich schaffen. Die Gesellschaft hat Fehler begangen, ist in Schwierigkeiten geraten, aber man könne sie nicht im Stich lassen. „Man kann sich nicht lossagen vom großen Zug der nationalen Bewegung, man kann nicht klein-

lich hinterher schimpfen hinter das, was die Mehrheit der Nation einmal beschlossen hat. Ich selbst ordne mich unter . . . Bamberger hat das Reich nur als Finanzinstitut, aber nicht als eine nationale Einrichtung der deutschen Nation dargestellt, und wenn dieses Finanzinstitut sich nicht rentiert, hätten wir nicht zu fragen, ob die deutsche Flagge heruntergerissen wird . . . Ich muß an die Zukunft denken, ob man mir nicht nach 20, 30 Jahren den Vorwurf machen wird, daß dieser furchtsame Kanzler damals nicht die Courage gehabt hat, uns jenen Besitz zu sichern, der ein guter geworden ist . . . Wer von einer Kolonie in drei Wochen oder drei Jahren ein glänzendes Resultat erwartet, der mag Reden halten, aber er ist kein Mensch von Urteil . . . Kurz und gut, ich war gegen die Gründung deutscher Kolonien. Ich habe mich darein gefügt. Ich halte mich nicht für ermächtigt, der großen Reichslokomotive, wenn sie ihren Bahnstrang einmal gewählt hat, Steine in den Weg zu werfen . . . Aber hier handelt es sich um etwas anderes. Die Regierung hat durch ihr Eintreten in die gleiche Front wie England und Frankreich in der Kongofrage die Verpflichtung übernommen, an der Zivilisierung und Christianisierung Afrikas teilzunehmen. Hätte sie eine Gesellschaft geschützt, die sich erlaubt hätte, am Sklavenhandel sich zu beteiligen oder die Einfuhr der Munition für die Sklavenjäger zu befördern, die Gesellschaft würde vielleicht gar so schlechte Geschäfte nicht gemacht haben —, dann würde sie nicht den Zorn der arabischen Sklavenjäger auf sich gezogen haben. Was dort gehaßt wird, ist der Christ, der Beschützer der Sklaven, der Störer in diesem Handel." . . . „Ob die Kulturversuche in der Pflege des Karawanenhandels nach dem Innern bestehen sollen, oder in plantagenmäßiger Kultivierung des an uns gebrachten Küstenlandes, das ist eine Frage, die ich im letzteren Sinne zu bejahen geneigt sein möchte . . . Ich setze meine Hoffnung für die Zukunft auf die Möglichkeit, den fruchtbaren Ostabhang Ostafrikas zum Plantagenbau zu benützen. Es ist das, wie Hauptmann Wißmann bemerkte, ein Küstenstrich von über 100 Meilen Länge und von 5 bis 15 deutschen Meilen Breite . . . Wir zahlen für tropische Produkte 500 Millionen bar ans Ausland. Wenn wir davon auch nur einen Teil dort bauen könnten, so würde ich das für einen Gewinn halten, auch insofern, als eine Menge der überschüssigen Kräfte, die wir in unseren Gymnasien und höheren Schulen erziehen, dort als Leiter Verwendung finden könnten . . . Die Küste also müssen wir wiedererwerben und halten, wenn wir unsere Aufgabe der Zivilisation von Afrika erfüllen wollen. Die Küste ist im Pachtbesitz der Gesellschaft, wir müssen also die Gesellschaft schützen und halten . . . Ich habe die Gründe dargelegt, die mich bestimmt haben, der Strömung zugunsten kolonialer Bestrebungen nachzugeben. Die Allgemeinheit hat vor vier Jahren soweit nachgegeben, daß sie meines Erachtens nicht mehr zurückkann . . ." Richter kritisierte noch das Vorgehen der Regierung, das den Frieden zwischen Eingebornen und Missionaren völlig untergraben müsse. Man übertreibe den Wert dieser Besitzungen. Bedenklich sei es, daß der Reichskanzler, der früher welterfahrene Kaufleute für besonders qualifiziert zur Verwaltungstätigkeit erklärte, nun junge Offiziere, bar jeder volkswirtschaftlichen Bildung, hinsende.

Die Vorlage zugunsten der Kolonien wurde am 30. Januar angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Deutschfreisinnigen; aber Bismarcks Auftreten hatte einen peinlichen Eindruck gemacht. Er hatte

sich in seiner Rede selber entschuldigt, daß er sich in seinen Notizen nicht mehr auskenne. Die nationalliberale Presse fand, „daß er im Begriff stehe, dem Greisenalter seinen Tribut zu zollen", man müsse mit seinem baldigen Hinscheiden rechnen und mit der Frage seiner Nachfolge; es dürfte dann schwerlich zu einer unveränderten Fortsetzung der Politik Bismarcks kommen; auch sein Sohn Herbert werde, wenn er auch Staatssekretär des Auswärtigen bleibe, nicht der leitende Staatsmann im Sinne seines großen Vaters sein. Man nannte Graf Waldersee als Nachfolger Bismarcks. Aber die ebenfalls nationalliberalen „Hamburger Nachrichten" nahmen sich Bismarcks in einer offenbar inspirierten Weise an. Der Kanzler sei trotz seiner 74 Jahre noch rüstig, es sei nicht zu erwarten, daß die Natur nun baldigst vollbringen werde, was alle Intrigen und Kabalen bisher nicht vermocht haben. Die merkbare Ermattung während seiner letzten großen Rede sei nur darauf zurückzuführen, daß er nicht die ärztlich vorgeschriebenen Rücksichten auf seine körperliche Stärkungsbedürftigkeit nahm. Übrigens sei man nach einem „wohlverbürgten Ausspruch" in maßgebenden Kreisen der Überzeugung, daß die nach Bismarcks Hinscheiden vorzunehmende Wahl erst recht „auf den Namen Bismarck" erfolgen werde, und daß der tote Kanzler eine noch größere Herrschaft über das deutsche Volk ausüben werde, als der lebendige es je getan habe. Es sei notorisch, von welcher dankbaren Gesinnung gegen den Kanzler der Kaiser erfüllt sei; ebenso bekannt sei, welche Interpretation das Wort des Reichskanzlers: der Kaiser werde dereinst sein eigener Kanzler sein, nachträglich durch die Tatsachen erfahren hat. „Der Kaiser konferiert und arbeitet alltäglich, oft mehrmals, mit dem Kanzler, so daß niemand besser als er in der Lage ist, die Absichten des großen Staatsmannes zu verstehen und ihnen die Ausführung auch für den Fall zu sichern, daß der Kanzler von uns schiede, bevor er seine Mission ganz vollendet hätte." — Sehr scharf wurde Bismarck noch am 6. Februar im Reichstag von Windthorst wie vom deutschfreisinnigen Munckel angegriffen wegen seiner Haltung im Prozeß Geffcken, besonders wegen der von ihm nachträglich veranlaßten Veröffentlichungen. Dagegen könne der sogenannte Arnimparagraph des Strafgesetzbuchs angewendet werden, mindestens sollte darüber eine „Vorstellung an die allerhöchste Stelle" gerichtet werden.

Kronprinz Rudolf.

Hier muß auch sofort wegen seiner weit über Österreich hinausreichenden Bedeutung der tragische, rätselvolle Tod des österreichischen Kronprinzen Rudolf eingeschaltet werden. Die erste Nachricht besagte, er sei am 30. Januar zwischen 7 und 8 Uhr früh in seinem Jagdschloß Meyerling bei Baden am Herzschlag plötzlich verschieden. Aber schon den Tag darauf berichtete die „Wiener Zeitung": „Die gestern gebrachten Mitteilungen stützten sich auf die ersten Wahrnehmungen, die von der nächsten Umgebung hierher gelangten . . . Dr. Widerhofer konstatierte, daß am Kopfe eine beträchtliche Wunde . . . vorhanden war, welche den sofortigen Tod zur Folge gehabt haben mußte. Dieselbe wurde als eine Schußwunde konstatiert und an der Seite des Bettes in der unmittelbaren Nähe der rechten Hand befand sich ein entladener Revolver. Die Lage der Waffe ließ keinen Zweifel darüber, daß die Tötung mit eigener Hand

erfolgt ist." Ein von den Professoren Hofmann, Kundrat und Widerhofer gezeichnetes und am 2. Februar in der „Wiener Zeitung" veröffentlichtes Gutachten bestätigte dasselbe, fügte noch bei, daß die Kugel durch die über dem linken Ohr konstatierte Ausschußöffnung ausgetreten war und schloß mit dem Befund, daß pathologische Abnormitäten des Gehirns zur „Annahme berechtigen, daß die Tat in einem Zustand von Geistesverwirrung geschehen ist". — Der Kronprinz machte allerdings in der letzten Zeit den Eindruck eines kranken Menschen; ich erschrak, als ich ihm kurz vorher einmal gegenüberstand. Er war ein äußerst begabter junger Mann, dessen Erziehung durch eine Fülle von zwanzig lehrenden Spezialisten aus allen Wissenschaften etwas überhitzt worden war. Als Freund Brehms huldigte er mehr naturalistischen Anschauungen und galt auch in politischer Beziehung als sehr liberal. Wenigstens war er von liberalen und jüdischen Journalisten umworben. Seine Schriften, zumeist über Reisen, über Jagden, über das Tierleben, bezeugen ungewöhnliches Talent. Sein „Kronprinzenwerk", die alle Intelligenzen der Monarchie zusammenfassenden, vielen Bände der erst lange nach seinem Tode vollendeten „Österreichisch-ungarischen Monarchie in Wort und Bild" werden ein bleibendes Denkmal seiner hohen Auffassung bilden. Wie jeder Kronprinz, würde auch er sich als reiferer Mann und als Herrscher wohl noch anders entwickelt haben. Über die näheren Umstände seines Todes gibt es eine große Literatur in allen Sprachen, zumeist tendenziös gegen irgendeine Person oder Sache gerichtet, mehr verwirrend als klärend. Daß dabei mehrere Weiber eine verhängnisvolle Rolle spielten, ist ebenso durchsichtig wie es sicher zu sein scheint, daß der Selbstmord, der übrigens auch bezweifelt wird, da niemand dabei war, die Folge einer ihm plötzlich aufgedrängten Situation war. Da es bekannt war, daß Rudolf ein Gegner der Politik Bismarcks war, schrieb die „Moskauer Zeitung": „Wie ist das alles dunkel und rätselhaft! Nun kommt dazu, daß der Tod des Kronprinzen gerade in einem solchen Augenblick eintreten mußte, wo die österreichische Diplomatie Berliner Anweisungen folgt und die Interessen Österreich-Ungarns für identisch mit den deutschen hält, während der verstorbene Erzherzog solche Anschauungen ganz offen nicht teilte. Lange verschloß er seine Ansicht in dem Innern seiner Seele: endlich aber brach sie sich Bahn, er sprach sie aus — und man findet ihn tot! . . . Dem sei, wie da wolle, jedenfalls hat das Bismarcksche Deutschland Glück. Einer nach dem andern steigen sie ins Grab, die Männer, die ihm unbequem sind: Chanzy, Gambetta, Skobeleff, Ludwig II., Friedrich III., Rudolf von Habsburg. Es ist, als ob über allen ein Femrichter walte, der zur rechten Zeit stets diejenigen forträumt, die Deutschland schädlich und gefährlich werden." (Zitiert nach Hans Delbrück, „Schultheß' Europäischer Geschichtskalender", S. 29.)

Stöcker. Der Hofprediger Stöcker ließ in seinem Organ „Das Volk“ gegen die vom Reichskanzler Fürst Otto Bismarck getroffene Einrichtung der „Offiziösen“ polemisieren. „In welcher Verlegenheit wird alles sein, wenn er die Geschäfte aus der Hand legt! Dann werden alle mit ihren Ansprüchen und Grundsätzen kommen, welche sie so lange haben opfern müssen.“ Auch Stöcker hatte ja durch die „Offiziösen“ gelitten.

Auffallend war es, daß bei einer Ersatzwahl für den Reichstag am 8. März die Freisinnigen für den welfischen Kandidaten stimmten. Die „Vossische Zeitung“ motivierte das damit, daß man immer mehr und mehr sich jenen scharfen Kritikern unserer Zustände hinneige. Ebenso auffallend war das, was die „Volkszeitung“ am 9. März bei der Wiederkehr des Todestages des alten Kaisers Wilhelm I. schrieb, um der „widrigen Heuchelei“ entgegenzutreten, die mit dem Andenken des Kaisers getrieben werde. Man treibe mit seinem Namen aus „politischer Quertreiberei“ einen schnöden Götzendienst. Man singe und sage, daß er ein großer und weiser Herrscher gewesen, daß er das sehnlichste Dichten und Trachten des deutschen Volkes erfüllt, daß er eine nie erhörte Sozialreform eingeleitet habe. Das alles sei nicht wahr. Auch am 18. März besprach die „Volkszeitung“ die Ereignisse von 1848 in einer für die Gegenwart sehr abschätzenden Weise. Sie wurde daraufhin auf Grund des Sozialistengesetzes verboten, obwohl sie eigentlich deutschfreiheitlich war. Die freisinnige Partei interpellierte deswegen im Abgeordnetenhaus als gegen eine Gesetzesverletzung. Das Verbot wurde denn auch aufgehoben.

Auch „Das Volk“, das Organ des Hofpredigers Stöcker, trat für das Welfentum ein und erklärte, ein Rechtsboden für die Beseitigung der Erbrechte des Herzogs Ernst August sei nicht vorhanden. Stöcker mußte allerdings den unliebsamen Artikel verleugnen und bald darauf (April) ganz von der politischen Agitation zurücktreten, trotz seiner einstigen guten Beziehungen zum jetzigen Kaiser und dessen frommer Gemahlin. Man schrieb das einem starken Drucke des Reichskanzlers zu, dem der Hofprediger unbequem war. Die „Kreuzzeitung“ klagte darüber und bemerkte, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ 1884 Stöckers Tätigkeit rühmend hervorgehoben habe als das „Wachrufen des christlichen Geistes in den Massen, das Anklingen des monarchischen Bewußtseins in der Volksseele und das Verbinden beider Potenzen mit sozialen Reformideen“. „Diese herrliche christlich-monarchische Bewegung soll nun unter der Herrschaft des Kartells nicht mehr geduldet werden, ebensowenig wie der Kampf gegen das Überwuchern des Judentums, weil die Nationalliberalen es so wollen.“ Die Entwicklung werde unaufhaltsam dazu führen, daß die Massen irre werden an Thron und Altar und daß der christlich-monarchische Sinn, den die christlichsoziale Bewegung in ihnen wachgerufen hat, dem Andringen der sozialdemokratischen Agitation nicht länger wird Widerstand leisten können. — Stöckers Organ „Das Volk“ schrieb darüber: „Als Jesus Christus sich mit der heuchlerischen Sippe der Pharisäer und Schriftgelehrten auseinanderzusetzen hatte, nannte er sie Otternbrut u. s. w. Mit heiligem Zorne entlarvte er ihr heuchlerisches Wesen. Und doch war er der Holdseligste und Sanftmütigste, der nicht drohte, da er litt ... Was Christus kreuzigte und was den Hofprediger Stöcker mit Verleumdungen, Verdächtigungen, Bosheiten verfolgte, es ist im Grunde ein und dasselbe.“ Und weiter: „Die evangelische Kirche hat nur einen geistlichen

Vertreter im Reichstage und Landtage, das ist der Hofprediger Stöcker. Und diesem einzigen will man nicht gestatten, daß er öffentlich das Schwert der scharfen Rede führe gegen die offenbaren Feinde evangelischen Christentums und christlichen Volkstums. Man will nicht, daß er von Politik rede; aber die jüdisch-freisinnigen Tagesblätter mischen sich täglich in die Angelegenheiten der evangelischen Kirche und suchen die evangelischen Christen ihrem Glauben zu entreißen. Soll darüber geschwiegen werden? Dann werden die Steine schreien! Wenn vorübergehend die staatliche Gewalt es durchsetzt, daß sie den einzigen geistlichen Vertreter der evangelischen Kirche in den Parlamenten am politischen Reden hindert, so wird auch das dazu dienen, den evangelischen Christen die Augen zu öffnen über den Zustand der Knechtschaft und Knebelung, in welchem sich ihre Kirche befindet, während der katholischen Kirche im evangelischen Preußen der freieste Spielraum auch auf politischem Gebiete gelassen ist." Der Vergleich der evangelischen mit der katholischen Kirche war allerdings ganz schief in verschiedener Beziehung, auch war die Haltung Stöckers, der sich an sein Hofamt anklammerte, durchaus nicht märtyrerhaft. Darüber schrieb der „Hamburger Korrespondent", man habe von hoher Stelle Stöcker freigelassen, „zwischen dem Hofprediger und dem politischen Agitator zu wählen. Er bat sich Bedenkzeit aus . . . und entschied sich zugunsten des Hofpredigers . . . Der Verzicht bezieht sich lediglich auf die politische Agitation in Berlin und begreift seine Tätigkeit als Abgeordneter nicht in sich." — Immerhin blieb die christlichsoziale Partei ihrem „in Sturm und Kampf erprobten Führer" „in altem Vertrauen und unentwegter Treue" verbunden, und bei den höfischen Beziehungen dieser Partei mag man wohl annehmen, daß auch dies zum Sturze Bismarcks mit beigetragen hat. — Christus würde allerdings anders gewählt haben als Stöcker, der sich mit ihm verglich.

Wohl zeichnete der Kaiser ein parlamentarisches Diner beim Reichskanzler, 26. März, durch seinen Besuch aus und überreichte dort dem Freiherrn v. Huene persönlich einen Orden; aber bei der Beratung des Altersversicherungsgesetzes im Reichstag, 29. März, wurde die Vorlage der Regierung von verschiedenen Seiten, besonders einerseits vom Zentrum, anderseits von der Sozialdemokratie, heftig angegriffen. Minister v. Bötticher mußte gar dem Gerücht widersprechen, daß sich der Reichskanzler selbst nicht für das Gesetz interessiere. Bismarck gestand wohl, daß er sich nicht an den Kommissionsberatungen beteiligt habe, man übertreibe aber, wenn man von ihm sage, daß er, schnell alternd, der Arbeitsunfähigkeit entgegengehe. „Einiges kann ich noch leisten, aber nicht alles, was ich früher geleistet habe." Windthorst stellte fest, daß das Zentrum seinen Mitgliedern in dieser Sache völlige Freiheit lasse; man könne sich unmöglich bei der überstürzten Art der Regierung ein festes Urteil bilden. „Ein ernsterer bedeutungsvollerer Schritt als dieser ist auf diesem Gebiete niemals gemacht worden. Und das ist um so ernster zu nehmen, als der Schritt nicht zurückgetan werden kann. Wenn wir in dieser Sache fehlgehen, so weiß ich keine Remedur. Wenn wir zwölf Millionen Menschen

Windthorst.

einmal hingestellt haben als pensionsberechtigt, wenn sie selbst dazu beitragen, sich die Pension zu verdienen, und wir sehen dann, daß die Sache doch so nicht geht, dann weiß ich nicht, wie die Dinge zu redressieren sind. Darum soll man vorsichtig sein ... Daß wir gleich das ganz Richtige getroffen haben sollten, kann ich nicht anerkennen. Darum verfolge ich das Ziel, daß wir für dieses Jahr den Abschluß nicht herbeiführen, ... daß wir in einem folgenden Stadium die Sache zur Ausgestaltung bringen ... In England wäre es unmöglich, ein solches Gesetz in solcher Raschheit zu machen ... Ich sage Ihnen, dieses Gesetz, wenn es sich in seiner ganzen Kraft entwickelt und im wachsenden Verlangen des vierten Standes neue Schwierigkeiten erzeugt, wird in notwendiger Folge das allgemeine Wahlrecht gefährden." (Er meinte durch die Notwendigkeit des Absolutismus.) „Ich warne vor diesem Vorgehen. Es ist ein Schritt, nicht ins Dunkle, nein, sondern auf dem hell erleuchteten Wege der Sozialdemokratie; und jeder, der für dies Gesetz stimmt, ist ein vollendeter Sozialdemokrat ..."

Bismarck. Bei der dritten Beratung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes (17. bis 23. Mai) erklärte Bismarck entschuldigend: „Es ist mit den Jahren für mich eine Notwendigkeit geworden, den Kreis meiner Tätigkeit enger zu ziehen. Ich habe vor allen Dingen die Leitung der auswärtigen Beziehungen und auch die Leitung der inneren Politik beibehalten zu müssen geglaubt; außerhalb des damit gezogenen Kreises liegt für mich die Aufgabe, hier Reden zu halten, von denen ich ganz sicher bin, daß sie keine einzige Stimme gewinnen werden, und wenn ich auch mit Engelszungen redete ... Es hat mich in keiner Weise überrascht, daß die sozialdemokratische Partei gegen dieses Gesetz ist ... Die Massen, welche mit irgend etwas unzufrieden sind, mit etwas, dem auch die Sozialdemokratie nicht würde abhelfen können, stimmen bei den Wahlen für die Sozialdemokratie, weil sie ihrer Unzufriedenheit eben Ausdruck geben wollen. Auf einem andern Boden stehen die Herren, deren Herrschaft darauf beruht, daß die von ihnen mißleiteten Massen unzufrieden bleiben. Diese lehnen das Gesetz ab, weil es ein Schritt auf dem Wege ist, daß wir wirklich berechtigte Unzufriedenheit nach Möglichkeit mildern wollen, und eine Beruhigung unseres Gewissens ... Täuschen wir uns nicht: die Sozialdemokratie lebt mit uns im Kriege, und sie wird losschlagen, geradesogut wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug dazu fühlt ... Alles, was diese Stärke zum Losschlagen, zur Erzeugung eines Bürgerkrieges, zur Herstellung des Massentritts der Arbeiterbataillone schädigen, hindern, hemmen kann, das werden sie natürlich bekämpfen: also wird ihnen auch jedes Entgegenkommen für die Leiden des armen Mannes, welches von Staats wegen geschieht, hinderlich sein; das mindert die Unzufriedenheit, und Unzufriedenheit brauchen sie." Als Bismarck nun von den Freisinnigen sprach und aus ihren Reihen ein Pfui ertönte, nannte er das: unverschämt: „Ich betrachte es als einen Ausdruck des Hasses, dessen Gegenstand ich für die Herren bin. Als Christ kann ich das hinnehmen, aber als Kanzler lasse ich mir dergleichen nicht sagen." Nach den Welfen nahm Bismarck die Polen vor: „Wenn die Polen eine Vorlage verwerfen, so geben sie damit

nur das Zeugnis ab, daß dieselbe zur Konsolidation des Deutschen Reiches führen könnte. Daß die Franzosenfreunde, welche durch voreiligen Beschluß des Reichstags in seine Mitte zugelassen worden sind — dazu haben wir wahrhaftig nicht den Krieg geführt, um uns vierzehn Franzosen einzuimpfen —, daß die dagegen sind, ist ebenso natürlich. Aber auch von konservativer Seite wird gegen das Gesetz Opposition geübt. Es liegt ja nahe, daß Hyperkonservative sich im politischen Effekt von den Sozialdemokraten nur mäßig unterscheiden ... Unter sechs Konservativen sind immer zwei anderer Meinung. Das ist gerade ein Zeichen von dem germanischen Charakter der Konservativen. Die ganze deutsche Zerrissenheit ist entstanden aus diesem Überschuß von Selbständigkeit. Liberal zu sein, ja, da schwimmt man eben mit dem Strom. Im Liberalismus ist eine Diktatur ganz natürlich." Bismarck kam auch auf den Abzug der ländlichen Arbeiter nach den Städten zu sprechen; die Leute wollen an einen Ort, wo im Freien Musik ist und man Bier dazu trinken kann. Und weiter: „Wenn wir 700.000 kleine Rentner haben, die vom Reich ihre Renten beziehen, gerade in diesen Klassen, die sonst nicht viel zu verlieren haben und bei einer Veränderung irrtümlich glauben, daß sie viel gewinnen können, so halte ich das für einen außerordentlichen Vorteil. Wenn sie auch nur 150 bis 200 Mark zu verlieren haben, so erhält sie das doch aufrecht ..." „Im Osten sieht der Arbeiter noch jetzt in seinem Arbeitgeber mehr als den Mann, der nur Lohn für seine Arbeitsleistung zahlt; er sieht in ihm seinen Helfer in der Not, seinen Fürsorger. Wird er das auch in ihm sehen, wenn es herauskommt: die Sache ist gefallen durch den Widerstand der Konservativen, euer Gutsbesitzer hat dagegen gestimmt; ihr hättet jetzt eine Rente von 150 Mark, wenn der Herr von So und So nicht damals dagegen gewesen wäre ... Ich richte also meine Rede heute vorzugsweise an die konservative Partei, zu der ich die Reichspartei, die Nationalliberalen und das Zentrum rechne; ich halte diese Parteien in ihrer Majorität für konservativ, für Parteien, welche den Staat, das Reich erhalten und schützen wollen. Nur mit den Herren habe ich mich auseinanderzusetzen, mit den anderen habe ich zu kämpfen. Aber ich möchte die konservativen Herren bitten, sich von der Gemeinschaft der Sozialdemokraten, Polen, Welfen, Elsässerfranzosen und auch von der Gemeinschaft der Freisinnigen absolut loszusagen."

Bamberger.

Ihm antwortete der Freisinnige Dr. Bamberger: „Es muß eine verhärtete schlechte Gewohnheit des Reichskanzlers sein, daß er nicht reden kann, ohne persönlich gehässigen und ungerechten Verdacht zu schleudern ... Es muß wirklich von einem Manne, dem man doch Kenntnis der Dinge zutrauen darf, erstaunen, daß er sich auf keinen höheren Standpunkt zu stellen vermag in einer solchen Frage, die seit einem Jahrhundert die gebildete Menschheit teilt, hier für Opposition nur kleinliche, gemeine Gründe zu sehen. Weiß denn der Reichskanzler nicht, daß seit Wilhelm von Humboldt die Frage über die freie Gestaltung des individuellen Rechts im Staate eine Frage der Wissenschaft ist bis auf diese Tage, daß in allen anderen Ländern der Welt die Ansicht, die wir vertreten, die nichtsozialistische, noch bei weitem die Oberhand hat, daß in keinem einzigen Staat die sozialistische Staatsanschauung, wie sie hier geltend gemacht wird, noch gewagt hat, das Panier in der Gesetzgebung zu erheben? ... Der Reichskanzler sagt, er hätte keine Zeit, sich um die Einzelheiten des Gesetzes zu kümmern; dann soll er sich

aber auch nicht herausnehmen, über die Tätigkeit der einzelnen Mitglieder dieses Parlaments so abfällig zu urteilen ... Ich bin gegen dieses Gesetz aus rein tatsächlichen Erwägungen heraus, weil ich es ansehe als eine Veranstaltung, die zu einer Landplage werden wird; ich sehe darin eine Quälerei, eine unerschöpfliche Reihe von Belastungen, die selbst den guten Kern zu schädigen geeignet sind. Das Land kennt dieses Gesetz noch nicht, es hat keine Ahnung von den tausendfachen Vorschriften, die mit Fußangeln und Netzen jedem das Leben versauern werden. Und ein solches Gesetz, das direkt elf Millionen zu Inskribierende umfaßt, und außer diesen noch die ganze Anzahl derer, die für die elf Millionen einzutreten haben, ein solches Gesetz praktisch zu machen, ohne daß man sich Rechenschaft geben kann von seinen Wirkungen, das halte ich wahrhaft für eine Versündigung am Lande. Wenn auch die Herren, die mitgearbeitet haben, den Buchstaben des Gesetzes kennen, die Wirkung kennt niemand. Es ist so kompliziert, so ungeheuer ausgedehnt und nur in der Stube ausgedacht, daß niemand sich davon Rechenschaft geben kann, wie es im Leben wirken wird. Es ist im Laboratorium gemacht, ein Homunkulus. Es gibt unter den 45 Millionen Deutschen nicht zwei, die sich heute Rechenschaft geben von der Arbeit, von der Verantwortlichkeit, in bezug auf das Markensystem, von der Kleberei, die wöchentlich an jeden herantritt, so daß es in Deutschland in Zukunft nicht mehr heißt: leben und leben lassen, sondern: kleben und kleben lassen ... Es wäre natürlich gewesen, sich vorerst zu beschränken auf die Fabrikbevölkerung; aber statt dessen hat man selbst die Dienstboten, die kleinen Handwerker, die Handelsbeflissenen mit hineingenommen. Die einzigen Glücklichen, die entronnen sind, sind die Apotheker. Warum sollen andere Erwerbsberufe nicht ebenso berechtigt sein, wie bisher ihr Schicksal zu leiten? Welcher Art von Gesetz stehen wir gegenüber? Armengesetz, Sozialistengesetz, Versicherungsgesetz? Ich behaupte, es ist ein verschärftes Armengesetz. Aus den anderthalb Millionen Armen im Reich macht das Gesetz zwölf Millionen. Der Mann bekommt in Zukunft ein Recht auf seine Rente. Aber wie? Dadurch, daß Sie ihm das Recht der freien Disposition über sich entziehen. Sie machen ihn zu einem Heloten ... Das Böse dieses Prinzips liegt darin, daß Sie diesen Zwang nur erkaufen können mit dem Reichszuschuß, daß Sie die beiden Grundbedingungen des sozialistischen Staatsgedankens in das Reich einführen: den Zwang und die Unterhaltung des Individuums auf allgemeine Kosten ... Die Triumphatoren sind die Sozialdemokraten, sie haben die Befriedigung, daß sie ein Gesetz angenommen sehen, das ihre Grundsätze förmlich proklamiert, sie haben noch das Vergnügen, dazu nicht einmal zustimmen zu müssen ... Wir treten hier auf eine schiefe Ebene, auf der wieder heraufzukommen unmöglich ist ... Der Gedanke der sozialen Monarchie ist ein falscher. Es sind zwei Gegensätze hier verbunden wie Feuer und Wasser. Der Sozialismus ist demokratischer Natur; er verträgt sich nicht mit einer hohen Aristokratie und Monarchie, mit der strengen Disziplin eines Heeres. Das eine wird das andere töten! ... 1881 in der Debatte über das Unfallgesetz habe ich gesagt: von heute beginnt eine neue Zeit, eine neue Wendung in der Geschichte des deutschen Volkes ... Ich werde die schweren Konsequenzen dieser Gesetzgebung nicht mehr erleben ... Für den Sozialismus ist in Deutschland von hoch und niedrig, von der Wissenschaft, Politik und Religion so viel geschehen, daß für den Moment nicht mehr viel zu retten ist. Das wird sich ausleben und

austoben müssen . . . Meiner Ansicht ist das kein Gesetz, sondern ein Unglück!“ — Die Annahme des Gesetzes erfolgte am 24. Mai mit 185 gegen 165 Stimmen. Die Majorität des Zentrums stimmte dagegen mit dem Freisinn, den Polen, den Elsässern, den Sozialdemokraten und dem Antisemiten Böckel. Darauf wurde der Reichstag geschlossen.

Der Unzufriedenheit mit den Zuständen gab die „Germania“ am 28. April scharfen Ausdruck: „Es gelingt nichts mehr; es haben die Tage begonnen, von denen es heißt, sie gefallen nicht. In der auswärtigen Politik steht es so, daß wir Jahr auf Jahr die gewaltigsten Lasten uns auferlegen müssen. Seit den Tagen Napoleons I. hat Deutschland niemals eine so langjährige äußere Spannung erlebt. In der überseeischen Politik fehlt es an jeder imponierenden Leistung, dagegen haben wir Fiasko über Fiasko erlebt. Auf ein halbes Jahr verteilten sich der unglückselige Immediatbericht über das Tagebuch des Kaisers Friedrich, der Geffckenprozeß, die Anklage gegen die ‚Kreuzzeitung‘, das Verbot der ‚Volkszeitung‘. Alles ist mißlungen. An den entscheidenden Stellen aber fehlte diese Voraussicht. In der Affäre Morier (dieser Geschäftsträger der Kaiserin Augusta war beschuldigt worden, im Jahre 1870 die Bewegungen der deutschen Armee an Marschall Bazaine verraten zu haben) haben das offizielle Rußland und das offizielle England das Fiasko vollenden helfen. In der inneren Politik ist nirgends ein größerer Erfolg zu verzeichnen, die scharfen Gegensätze unter den Parteien dauern fort, das Fortschreiten der Sozialdemokratie wird immer drohender. Dabei eine Spannung über die künftigen Männer, die Stöckerfrage. Die Hauptaufgaben des Reichstags und Landtags nehmen den unbefriedigendsten Verlauf.“ Als Zeichen peinlicher Verlegenheit der Regierung wurde auch die vorzeitige überraschende Schließung des Abgeordnetenhauses (30. April) aufgefaßt.

Der Besuch des Königs Humbert von Italien in Berlin (21. bis 26. Mai) wurde als liberale Demonstration ausgenützt. Auch der Kronprinz und der Ministerpräsident Crispi waren gekommen. Neben den Paraden und Gefechtsübungen fand auch eine Auffahrt der Studenten statt. Der Kaiser trank bei der Galatafel auf die unwandelbare Freundschaft mit dem Hause Savoyen, dessen Devise „Sempre avanti, Savoya!“ zur Einigung des Königreichs Italien geführt hat. Der König erwiderte in italienischer Sprache etwas kühler und mehrdeutiger: „Deutschland und Italien sind nach Herstellung ihrer Einheit ein Pfand des Friedens für Europa. Meine Soldaten und Ihr Heer werden ihre große Aufgabe zu erfüllen wissen.“ Diese Aufgabe erfüllte sich durch den perfiden Treubruch Italiens 1915. Er war die Folge der falschen Einschätzung des Unstaates Italien, der nur durch Vertragsbrüche, durch Hilfe des Auslandes und infolge der vorübergehenden nationalistischen Mode entstanden war. Als der Reichstag am 23. Mai eine Begrüßungsadresse der italienischen Deputiertenkammer durch den Mund des Präsidenten v. Levetzow mit Worten des Dankes und der Sympathie erwiderte, erklärte der Zentrumsführer Freiherr v. Franckenstein: „Meine gesamten politischen Freunde schließen sich dem Danke des Präsidenten an, tun dies aber mit dem aus-

Humbert.

drücklichen Vorbehalt, daß dadurch unserer Stellung zur Römischen Frage nach keiner Richtung hin präjudiziert werden soll." Damit wurde auf das ungesühnte Verbrechen des Kirchenraubes hingewiesen, das die heillose Wunde des italienischen Königreichs blieb. — Beim Bankett, das
Crispi. die liberalen Abgeordneten zu Ehren Crispis im Hotel Kaiserhof gaben, feierte Benda in Crispi „eine der Säulen des italienisch-deutschen Bündnisses". Crispi antwortete: „Mein steter Traum ist die Unabhängigkeit und Verbrüderung der Völker. Ich will den Frieden. Es gibt notwendige heilige Kriege; wir und Sie haben sie gekämpft für den Sieg der nationalen Unabhängigkeit. Aber jeder andere Krieg ist ein Verbrechen." Dann sagte Miquel: „Nicht entsprungen aus der Kunst der Diplomaten, nein, ein natürliches Ergebnis der bestehenden Verhältnisse Europas, trägt der Dreibund die Gewähr der Beständigkeit und Dauer in sich selbst ... Uns verknüpft mit dem italienischen Volke das Andenken an gleiche Leiden der nationalen Zerrissenheit und Schwäche, Folge vielleicht derselben historischen Ursache, an das gleiche Ringen um Einheit, Freiheit, Selbständigkeit und Ehre, an die gleichen glorreichen Erfolge langen opfervollen Ringens unter der Führung ihrer gleiche Ziele verfolgenden Fürstenhäuser. Tausende von Deutschen pilgern alljährlich über die Alpen in das herrliche Land. Sie studieren dessen Geschichte, erheben sich an den Denkmälern der gewaltigen alten und christlichen Kulturepochen ... So ist das Bündnis der Fürsten auch ein Bund der Völker ... Wir blicken mit dem vollsten Vertrauen auf unsere Verbündeten ... Möge dem Bunde die letzte Probe erspart bleiben. Wenn nicht, so wird er in Treue bewährt sein und siegreich alle Stürme bestehen. So wird er sein für alle Zeiten eine unerschütterliche Schutzwehr für den Frieden Europas und für den ungehemmten Kulturfortschritt der Menschheit." Diese Phrasen nehmen sich im Lichte der Ereignisse von 1915 tragikomisch aus. Die richtige Wertung des immer treulosen italienischen Königtums war damals nur bei den deutschen Katholiken.

Der Trinkspruch des Zaren vom 30. Mai auf den Fürsten von
Montenegro. Montenegro als auf den „einzigen aufrichtigen und treuen Freund Rußlands" wurde in der ganzen Welt und auch in Berlin als ein Schlag gegen den deutschen Kaiser empfunden; denn nur gerade dieser hatte sich so ausdrücklich als „Freund" des Zaren aus alter Tradition her bekannt. Darüber schrieben die „Historisch-politischen Blätter" (104, 68): „Nachdem der deutsche Kanzler den Ton von der turmhohen Freundschaft angeschlagen hatte, nachdem die Tochter Kaiser Friedrichs gezwungen war, ihre Verbindung mit dem Exfürsten von Bulgarien auf dem Altare dieser erblichen Freundschaft zu opfern, nachdem dann der junge Kaiser in seiner ersten Thronrede seine Befriedigung ausgesprochen hatte über die sorg-

fältige Pflege seiner persönlichen Freundschaft für den Kaiser von Rußland, nachdem er seinen ersten Antrittsbesuch nicht einem Mitglied des Dreibundes, sondern dem Hof von Petersburg gemacht hatte, mußte die Welt allerdings erstaunt sein, jetzt den Zaren so sagen zu hören ... Die Adresse war ohne Zweifel und beabsichtigt nach Berlin gerichtet ... Wir haben die vom Kanzler beliebte Stellung zwischen Österreich und Rußland wiederholt als die Politik der zwei Achseln bezeichnet; solches Balancieren, sagten sich die Russen, sei jetzt aufzugeben; zwei Parteien könne man nicht gleich gefällig sein ... Es war die lärmende Beflissenheit, mit welcher der italienische Besuch in Berlin gefeiert wurde, was dem Faß in Petersburg den Boden ausgeschlagen hat. Allerdings mag es in Berlin nicht so gemeint gewesen sein, aber es glich einer Demonstration, bei der selbst Österreich in den Hintergrund gedrängt schien. Namentlich war des Rühmens kein Ende, daß das neue Deutsche Reich und das revolutionäre Italien brüderlich vereint seien durch gleiche Politik, gleiches Geschick und gleiches Glück zur ‚nationalen Einheit' ... Seit Jahresfrist hat sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland dahin gestaltet, daß auf Kosten von Deutschen Rußland eine ganze Reihe von Freundschaftsdiensten erwiesen wurde, deren einziger Effekt darin bestand, Rußland kriegsfähiger zu machen. Der Toast des Zaren wurde von der Presse seines Landes mit wildem Freudengeschrei begleitet; der Deutschenhaß loderte mächtiger auf als je zuvor. Das Zarenwort ist eine Absage an den deutschen Westen und ein Weckruf an den slawischen Osten. Vierzig Jahre lang hat Preußen seine Geschäfte mit Rußland gemacht; jetzt ist der kleine Fürst von Montenegro an die Stelle getreten, als Repräsentant des Südslawentums. Alexander III. bekennt sich nun gleichfalls offen zur ‚nationalen Politik', wie Preußen und Piemont. Über diesen Erfolg mag sich der Reichskanzler freuen. Aber revidieren wird er seine ‚Realpolitik' nun doch müssen ... Wir haben zu denjenigen gezählt, welche den wahren Nationalfeind in Rußland erkannten und der kanzlerischen Politik der zwei Achseln ein gründliches Fiasko prophezeiten. Jetzt ist es da. Der Zar hat klare Stellung gemacht." — Man wird wohl diesen Bankrott der Bismarckschen Politik zu den Hauptursachen seiner Verabschiedung rechnen müssen.

Kriegsgefahr.

Wie Ende 1887, so wurden denn auch im Juni 1889 Kriegsbefürchtungen laut als Folge des Zarentoastes, so namentlich in der „Kreuzzeitung". Dem trat, offenbar von Bismarck inspiriert, ein Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 19. Juni entgegen; es sei keine ernstliche Ursache zu einem Alarm, zur unnützen Beunruhigung des Publikums. Man beschuldigte eine „Nebenpolitik", die zum Kriege treibe, während die Staatspolitik alles tue, ihn zu vermeiden. Es seien anscheinend militärische

oder solchen verwandte Federn, welche dem „leitenden Staatsmann" bei der Steuerung des Staatsschiffes in die Hand greifen wollen. Ein Krieg Rußlands im Bund mit Frankreich gegen die Friedensmächte sei aussichtslos und diese Erkenntnis ist den beteiligten Stellen eigen. — Aber auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" brachte am 7. Juli einen aufsehenerregenden Artikel über die „Theorie des Krieges" und führte nach Clausewitz aus, daß der Krieg seine Beziehungen zur Politik habe, er sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Man schrieb dem eine mehr als akademische Bedeutung zu, und die „Hamburger Nachrichten" erhoben gegen den Grafen Waldersee und die höchsten militärischen Behörden den Vorwurf, daß sie im Gegensatz zur friedliebenden Politik des Reichskanzlers das Reich in einen Krieg zu verwickeln strebten. Bald darauf, 16. Juli, ließ Graf Waldersee, der Chef des Generalstabes der Armee, die Meldung dementieren, er habe dem Kaiser eine Denkschrift überreicht, in welcher zum Krieg gegen Rußland geraten wird. — Auch General Bronsart erklärte gelegentlich, 20. Juli, daß die Kriegsbesorgnisse unbegründet seien. — Liberale Blätter bekämpften die militärische Überhebung, die vom Offiziersstand als einem „modernen Rittertum" sprach.

Bayern. Bedeutsam war die Rede des Prinzen Ludwig von Bayern beim 7. deutschen Turnfest in München 27. Juli. Er betonte die Treue für Kaiser und Reich, für Deutschlands Einheit; es gelte festzuhalten an dem freiwillig eingegangenen Bunde, welcher den Einzelstaaten je nach ihrer Bedeutung, Größe und Geschichte verschiedene Rechte einräume und ihnen die Erfüllung der ihnen zukommenden Kulturaufgaben ermögliche. Der Prinz begrüßte die anwesenden Turner aus dem befreundeten und fest verbündeten Österreich, auch sie mögen festhalten an deutscher Sprache und Gesinnung. Habe doch Kaiser Franz Josef 1859 das Ansinnen Napoleons, auf Deutschlands Kosten mit ihm Frieden zu schließen, zurückgewiesen mit den Worten: „Ich bin ein deutscher Fürst! . . ." „Das Bündnis (sagte Prinz Ludwig) bedeutet das endgiltige Schließen des mehr als hundertjährigen Zwistes zwischen dem preußischen Königshause und dem Hause Habsburg-Lothringen, ein Zwist, in dem Deutschland Unsägliches erlitten . . . Wir vergessen nicht, daß kein anderes Fürstengeschlecht Deutschland so viele Kaiser gegeben, daß Habsburger und Lothringer oft an der Spitze gestanden haben, als es sich darum handelte, Deutschlands Feinde im Innern und Außern abzuwehren, und daß sie mehr wie alle andern gegen Türken und Franzosen gekämpft."

Als Kaiser Wilhelm vom 1. bis 7. August England besuchte, wurden gegenseitige Höflichkeiten ausgetauscht. Die Flotten und Geschwader zeigten sich. Die Deutschen Londons fehlten nicht unter den Begrüßenden. —

Österreich. Bedeutender war der Besuch des Kaisers von Österreich in Berlin 12. bis 15. August. Bei der Galatafel beteuerte Kaiser Wilhelm: „In meinem Volke wie in meinem Heere wird fest und treu an der von uns geschlossenen Bundesgenossenschaft gehalten, und letzteres ist sich bewußt, daß es zur

Erhaltung des Friedens für unsere Länder, vereint mit der tapferen österreichisch-ungarischen Armee, einzustehen und, wenn es der Wille der Vorsehung sein sollte, Schulter an Schulter zu fechten haben wird." Und Kaiser Franz Josef erhob das Glas „auf die untrennbare Verbrüderung und Kameradschaft zwischen dessen tapferem Heere und meiner Armee und auf die Festigung der Friedensbürgschaften zum Heil und Segen der verbündeten Staaten und Völker sowie des gesamten Europa." Den Tschechen gefiel nicht das schöne Wort von der „untrennbaren" Verbrüderung, das sei wohl nicht wörtlich zu nehmen, denn eine untrennbare Bundesgenossenschaft wäre die Beschränkung, ja das Aufgeben der Unabhängigkeit des Reiches. Aber das gewichtige Kaiserwort war allerdings wörtlich zu nehmen: das Bündnis sollte ja nach dem veröffentlichten Wortlaut eine Fortsetzung des „ewigen" deutschen Bundes und also auch eine Fortsetzung des heiligen römisch-deutschen Reiches sein, ein ewiger Bund, eine pragmatische Sanktion gleich jenen historischen und im Wesen unzerstörbaren politischen Organisationen. Dagegen war der Bund mit Italien befristet.

Kaiser Wilhelm machte darauf eine Reise durch Süddeutschland, besuchte zuerst den Wagnerzyklus in Baireuth, dann Karlsruhe und Straßburg, wo er sich durch den großartigen Empfang sehr angeheimelt fand. In Metz legte er den Grundstein zu einem Denkmal für seinen Großvater. Er sprach dem Statthalter Fürsten Chlodwig Hohenlohe in einem Dankerlaß die Überzeugung aus, „daß diese ursprünglich deutschen Landesteile sich je länger je fester an das deutsche Vaterland wieder anschließen" werden. In Münster pries er das tüchtige Wesen der Westfalen, das er durch seinen Erzieher Hinzpeter kannte. Dort führte ihm Freiherr v. Schorlemer-Alst die Vertreter des westfälischen Bauernvereins vor. — Im September besuchte das deutsche Kaiserpaar wieder Dresden (wo Kaiser Wilhelm bereits im Juni war bei der Feier der 800jährigen Herrschaft des Hauses Wettin) und darauf gelegentlich der Manöver Hannover. Hier freute sich der Kaiser besonders über den Gruß der Innungen; es sei das erstemal, daß „in großer Masse das Gewerk als solches, als Stand sich fühlend", ihm entgegentrat. Einer Deputation der Universität Göttingen dankte der Kaiser, daß sie gerade die geschichtliche Seite betonte: „An dieser halte auch ich besonders fest und ich glaube, daß gerade durch das Studium der Geschichte das Volk eingeführt werden kann in die Elemente, aus denen seine Entstehung und seine Kraft sich aufgebaut haben. Je mehr und eifriger und eingehender die Geschichte dem Volke eingeprägt wird, desto sicherer wird es Verständnis für seine Lage gewinnen und dadurch in einheitlicher Weise zu großartigem Handeln und Denken erzogen werden ... Ich hoffe, daß in den nächsten Jahren das Geschichtsstudium noch einen ganz andern Aufschwung nehmen wird wie bisher (16. Sept.). Sachsen.

Das seit einigen Jahren die ganze Politik beherrschende Kartell zwischen Konservativen und Nationalliberalen wurde nun von der „Kreuzzeitung" heftig bekämpft: es sei Zeit, wieder einmal das alte historische Kartell.

Banner des wahren konservativen Royalismus zu entrollen. „Das Gold altpreußisch-konservativer Prinzipien soll keine verderbliche Legierung erfahren mit unedlem Metall aus der Schatzkammer des Liberalismus." Hat man bisher von einer konservativen und liberalen Weltanschauung gehört, so müsse als neuestes eine Kartellweltanschauung erfunden werden mit Zwangskurs für alle Reichsfreunde und mit einem obligatorischen Kartellglauben für alle Kartellbrüder. Im Streit, der sich darüber entspann, berief man sich hüben und drüben auf die Person des Kaisers. Auch den Grafen Waldersee als „kommenden Mann" brachte man hinein. Hofprediger Stöcker gab namens des Vorstandes der christlichsozialen Partei am 11. Oktober darüber die Erklärung: „Es ist unsere wohlbegründete, durch die Geschichte bewährte Überzeugung, daß der ganzen Kraft dämonischer Mächte nur die ganze Kraft christlichen Glaubens, unbeugsamen Charakters, durchgreifender Erneuerung gewachsen ist. Halbheit in gefährlicher Zeit ist beinahe noch verderblicher als das Böse selbst. Matthias Claudius sagt: Die Halbheit taugt in keinem Stück, sie tritt noch hinters Nichts zurück." Aber die Berliner konservative Gesamtvertretung nahm am 18. Oktober die von Professor Adolf Wagner vorgeschlagene Resolution an: „Wir halten ein Kartell der Konservativen mit den Mittelparteien, der freikonservativen und der nationalliberalen Partei für angemessen unter der Voraussetzung, daß ein solches nach denselben Grundsätzen durchgeführt werde, wie es im Januar 1887 von den Vorständen der deutschkonservativen, der Reichs- und nationalliberalen Partei abgeschlossen wurde. Wir behalten uns demgemäß vor, auch innerhalb eines neuen Kartells voll und ganz an unserm eigenen Programm, unsern Überzeugungen und Traditionen in der Kirchen-, Schul-, Sozial-, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, in welchen wir mehr oder weniger von den Mittelparteien abweichen, festzuhalten . . ." Das Wahlkartell von 1887 wurde denn auch noch vor Ablauf des Jahres erneuert.

Zar. Am 11. Oktober machte der Zar seinen Gegenbesuch in Berlin. Kaiser Wilhelm sprach dabei wieder sehr warm von seinem „verehrten Freund und Gast" und von der „Dauer der zwischen unsern Häusern seit mehr als hundert Jahren bestehenden Freundschaft, welche ich als ein von meinen Vorfahren überkommenes Erbteil zu pflegen entschlossen bin". Die Antwort des Zaren war karg und trocken. Vorher sprach Bismarck in einer besonderen Audienz fast anderthalb Stunden auf den Zaren ein. Am 13. Oktober bei einem Besuch in der Kaserne des Alexanderregiments sprach Kaiser Wilhelm von den „Tagen, an welchen russische und preußische Truppen Schulter an Schulter zusammen fochten". Die Antwort des Zaren konnte nicht zurückhaltender und nichtssagender sein.

Athen. Am 18. Oktober reiste der Deutsche Kaiser zu den Hochzeitsfeierlichkeiten seiner Schwester Sophie mit dem griechischen Kronprinzen Konstantin nach Athen, im Vorbeigehen wurde das italienische Königspaar in Monza besucht. Von Athen ging es nach Stambul zum Sultan. Auf der Rückfahrt über Italien traf Kaiser Wilhelm in Innsbruck mit Kaiser Franz Josef zusammen.

In Abwesenheit des Kaisers wurde am 22. Oktober der deutsche Reichstag eröffnet mit der vom Minister v. Bötticher verlesenen Thronrede. Sie sprach von der notwendigen weiteren Ausgestaltung des Heeres und der Seemacht, vom neuen Sozialistengesetz, von den Dingen in Ostafrika, von der Friedensliebe der deutschen Politik. Dem entgegen stellte sich das Programm der Sozialdemokraten für die nächsten Wahlen; es wandte sich auch an die deutschen Parteigenossen im Ausland und bekämpfte die Rüstungskredite; es sei eine „Rückwärtsrevidierung" der Gesetzgebung zu befürchten, die Lasten würden bis ins schier Unerträgliche gesteigert. Das Programm verlangte im Sinn der Beschlüsse des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris die Schaffung einer wirksamen internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. Man müsse den Kriegsschürereien und Nationalitätenverhetzungen entgegentreten, die ganz Europa in ein ungeheures Waffenlager verwandelten und die ganze Kulturwelt mit Angst, Sorge und Unruhe erfüllen. „Diesen kulturfeindlichen Bestrebungen gegenüber wird eine starke sozialdemokratische Fraktion die Interessengemeinschaft der arbeitenden Klassen aller Völker vertreten."

Die Notwendigkeit eines neuen Sozialistengesetzes machte angesichts der staatssozialistischen Gesetzgebung einen üblen Eindruck. Die Regierung erwartete sich bessere Zustände erst von der allmählichen Wirkung dieser Fürsorgegesetze. Das Zentrum stimmte nur aus taktischen Gründen für das peinliche Sozialistengesetz. — Bennigsen bedauerte das Fehlen eines wirklich verantwortlichen Reichsfinanzministers.

Walderssee.

Der Gegensatz Waldersees zu Bismarck trat noch einmal Ende Oktober hervor, als ein Gespräch des ersteren mit einem amerikanischen Publizisten bekannt wurde. Er hatte gesagt: „Daß ich einen Krieg wünsche, ist Unsinn; ich wünsche nur, daß wir so stark organisiert sein mögen, daß unseren Feinden jede Lust uns anzugreifen vergeht. Sollte die Vorsehung uns einen Krieg senden, so glaube ich zuversichtlich, imstande zu sein, die mir anvertrauten Aufgaben auszuführen. Ich kenne unsere Armee und bin gewiß, daß sie jeder andern überlegen ist. Andere Nationen können nicht die moralische Qualität nachahmen. Unsere Bündnisse erhöhen unsere Stärke, aber ich bin gewiß, daß die Macht Deutschlands, in einer einzigen starken Hand gehalten, stark genug ist, um einer Koalition die Stirn zu bieten." Man schloß daraus, daß Graf Waldersee auf die Diplomatie Bismarcks keinen großen Wert legte. Die Richtigkeit des Gesprächs wurde authentisch bestätigt, aber die Veröffentlichung als Indiskretion bezeichnet. Diese Bemerkung der „Hamburger Nachrichten" bedeutete einen Tadel Bismarcks gegen Waldersee. Die Sache wurde im Reichstag von Richter besprochen und vom Kriegsminister ebenso wie vom Staatssekretär Herbert Bismarck abgeschwächt.

Worms.

Als Kaiser Wilhelm im Dezember das Lutherfestspiel von Hans Herrig im neugebauten Wormser Theater besuchte, sagte er gelegentlich zu einer Deputation der Wormser Arbeiter, es sei ihm bekannt, daß die Irrlehren der Sozialdemokraten bei ihnen keinen Eingang gefunden hätten; sie seien darum ein Vorbild für das ganze Reich. Dem Bürgermeister von Worms sagte der Kaiser schöne Worte über das alte Worms, das von der Sage umwoben ist, die an das Herrlichste anknüpft, was wir in der deutschen Literatur besitzen. Das Nibelungenlied allein sei die Perle aller

deutschen Dichtung und seine Klänge umweben um so mehr den Namen der Stadt Worms. Sage und Geschichte hätten hier gleich mächtig und groß auf die religiöse und moralische Stärkung des Volkes eingewirkt. Er sehe in Worms mit inniger Rührung das Denkmal Luthers, von dem das Werk einer religiösen Reform ausgegangen. Das Haus, das hier geschaffen worden, sei ein weiterer Schritt zur Besserung des Volkes und zur Hebung von Moral und Sitte. (Die Katholiken in Worms dachten wohl daran, daß der katholische Kaiser Maximilian I. der letzte war, der noch nationales Interesse für das Nibelungenlied und die ganze deutsche Heldensage zeigte, kurz bevor Luther das ganze deutsche Mittelalter unter konfessionellen Zänkereien, unter einer religiösen, politischen, sittlichen, sozialen und ästhetischen Revolution begrub.) — Am 9. Dezember besuchte der Kaiser Frankfurt a. M. und erwähnte dem Oberbürgermeister Miquel gegenüber die huldvollen Worte seines Großvaters an derselben Stelle. „Nicht in gleichem Maße kann ich mich der Redegewandtheit rühmen", sagte er allzu bescheiden.

Religion. Indem ich einiges über die religiösen Bewegungen der Zeit zusammenfasse, beginne ich mit der Polemik, die Hofprediger Stöcker in seiner „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung" zur Eröffnung des neuen Jahrgangs gegen das „Staatskirchentum" richtete. Die katholische „Germania" bemerkte dazu, man habe kaum je eine solche scharfe Sprache gehört, das sei ein Zeichen tiefer Mißstimmung bei den gläubigen Protestanten; aber „solange Fürst Bismarck am Ruder ist, haben ihre Bestrebungen keine Aussicht auf Erfolg"; erst wenn diese Autorität nicht mehr vorhanden ist, werden sich diese Bestrebungen Geltung verschaffen.

Ein Schulantrag Windthorsts wegen des Religionsunterrichts in den Volksschulen wurde im preußischen Abgeordnetenhaus von Peter Reichensperger in seiner umfassenden politischen Bedeutung dargestellt, als Mittel, der durch den Kulturkampf herbeigeführten Verstaatlichung des Religionsunterrichts und der damit begünstigten Verbreitung von staats- und kirchenumstürzenden Ideen entgegenzuwirken. Windthorst suchte darzulegen, die Erhaltung des Christentums hänge von der Annahme des Antrags ab.

Ein Hirtenbrief des katholischen Feldpropstes, Bischof Aßmann, suchte auch den Zusammenhang von Glauben und gesellschaftlicher Ordnung nachzuweisen.

Gegen den Antisemitismus schrieb die „Konservative Korrespondenz": er trage nichts zur Lösung der Judenfrage bei; „er ist mit dem Widerwillen, den sein vielfach rohes Treiben hervorruft, nur ein Hemmschuh auf diesem Wege . . . . er ist für die meisten seiner Führer nur ein Sprungbrett für ihren unruhigen Ehrgeiz, der billigste Weg zum Erfolg für die Flachheit".

Man behauptete, daß die Kurie sich für die Errichtung eines Erzbistums in Berlin einsetze; der jeweilige Erzbischof vermöchte dann als preußischer Prälat und Vertrauensmann der Kurie, ähnlich wie Kardinal Manning als Erzbischof von Westminster, eine Vermittlerrolle zu spielen. Die Zentrumspresse sprach sich aber ganz gegen diesen Gedanken aus, da einem solchen Erzbischof die genügende Bewegungsfreiheit gegenüber der Regierung mangeln würde.

Auf dem Pfälzer Katholikentag in Neustadt (28. Juli) nannte der Abgeordnete Lieber die Giordano-Bruno-Feier in Rom einen „Tanz um das goldene Schwein". Auch die Bischofskonferenz zu Fulda, Mitte August, klagte über dies Zeichen der Verderbtheit der Zeit und verlangte die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes. Dieselben beiden Hauptthemen schlug Windthorst bei der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Bochum an. Lieber.

Bei diesem Katholikentag zu Bochum 25. August erklärte Windthorst, man habe diesen Versammlungsort gewählt, um den Kundgebungen anderer gegenüber zu zeigen, daß der Katholizismus den Mut habe, seine Fahne hier aufzupflanzen. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bedürfe festerer Begründung auf diesem Boden; die Lösung der sozialen Frage liege in der christlichen Nächstenliebe. Freiherr v. Hertling sprach über die französische Revolution, Freiherr v. Wendt über die weltliche Herrschaft des Papstes und die Giordano-Bruno-Feier. Der Bonifatiusverein, Palästinaverein, die Görresgesellschaft wurden empfohlen. Porsch verlangte die Abschaffung des Ordensgesetzes. Bochum.

Das sozialistische „Berliner Volksblatt" lobte den um die Beilegung des Londoner Dockstreikes verdienten greisen Kardinal Manning: „Die echt volkstümliche Art, wie er mit den Arbeitern, als Gleicher mit Gleichen, verkehrt, steht in grellem Kontrast zu den steifen, geldprotzigen Manieren des protestantischen Bischofs von London. Es zeigt sich hier wieder einmal, daß die katholische Kirche einen viel weiteren Gesichtskreis hat und in der Wahl ihrer Stützen und Vertreter viel vorsichtiger ist als die protestantische." Darauf erwiderte der „Reichsbote": „Das letztere ist richtig; aber das liegt eben an der Abhängigkeit der evangelischen Kirche vom Staat; sie wird nicht nach spezifisch kirchlichen, sondern nach staatspolitischen Gesichtspunkten regiert, und ihre obersten Beamten werden vom Staat ernannt. Während der katholische Bischof durch seine sozialpolitische Tätigkeit das Ansehen seiner Kirche hebt, wird der evangelische Hofprediger Stöcker staatlicherseits genötigt, seine sozialpolitische Tätigkeit einzustellen. Die katholische Kirche kommt durch ihre Freiheit hoch, während die evangelische durch ihre Verquickung mit dem Staat und den Mangel wirklich kirchlichen Regiments am Boden gehalten wird." Manning.

Der preußische Kultusminister erließ im September ein Zirkular an die Regierungspräsidenten, das auf die zwölftägigen Instruktionskurse für innere Mission in Berlin, Stettin, Hannover hinwies und die Verwaltungsbeamten aufforderte, daran teilzunehmen wegen der großen sozialen und volkswirtschaftlichen Bedeutung der inneren Mission. Die freisinnigen Zeitungen nannten das Stöckerei und Muckerei und bemerkten mit Bezug auf die streng konfessionell-protestantische Grundlage der Sache: „Verwaltungsbeamte haben ohne Ansehen der Konfession zu verwalten; wenn sie konfessionelle Einrichtungen unterstützen, so ist das lediglich ihre Privatsache." Der „Rheinische Innere Mission.

Merkur" warf die Frage auf, woher die Mittel stammen, welche die Regierung den zu diesem Studium entsandten Verwaltungsbeamten zur Verfügung stellt, und ob auch katholische Beamte etwa zum Studium ähnlicher katholischer Veranstaltungen angeregt werden sollen. Die Korrespondenz des (liberalen) Protestantenvereins verwahrte sich auch gegen diese Protektion der orthodoxen Richtung innerhalb des Protestantismus.

Auf dem bayerischen Katholikentag 22. September zu München unter dem Präsidium des Fürsten Löwenstein erregte die Äußerung des Professors Schädler vielen Beifall, es möge „der Versumpfungsbazillus lauwarmer Befriedigung" im katholischen Leben getötet werden.

Plazetum. Als der liberale bayerische Kultusminister v. Lutz die Erteilung des Plazetums für die staatsgefährliche Infallibilität noch immer als unmöglich erklärte, rief ihm unter großem Lärm der Abgeordnete Daller zu: „Das Zentrum war es, das 1866 dem bayerischen Königshause die materielle Existenz gerettet hat!" Übrigens wurde darauf der Zentrumsantrag in betreff des „Placetum regium" und der Altkatholiken mit 81 gegen 78 Stimmen angenommen. Wohlwollender stellte sich Lutz dem Antrag betreffs der Zurückberufung der Redemptoristen gegenüber; nur müßte (was ja doch landkundig war) nachgewiesen werden, daß die Redemptoristen keine den Jesuiten verwandte Kongregation seien. Übrigens schien, wie die „Kölnische Volkszeitung" schrieb, eine liberale Kamarilla den Katholiken den Zugang zum Prinzregenten abzuschließen.

Freiherr v. Huene stellte im Sinne des Zentrums am 12. Dezember den Antrag, die Wehrpflicht der Geistlichen zu erleichtern. Der Antrag wurde angenommen, ebenso wie der Antrag des Zentrums, die Scheidung der Missionsgebiete nach Konfessionen in den Koloniallandschaften dadurch zu beseitigen, daß man die Grundsätze der Kongoakte annahm.

Döllinger. Sozusagen alles, was in Deutschland Namen, Ansehen, Autorität, Macht und Ehre hatte, gratulierte dem abgefallenen Stiftspropst Döllinger zu seinem 90. Geburtstag. Nichts vermag uns die Eitelkeit und Torheit der Welt besser vor Augen zu stellen. Man tat es zudem weniger, um die Verdienste des Mannes zu ehren, als aus dem boshaften Gefühl, den Papst, die Bischöfe und das gutkatholische Volk zu ärgern. Der erste Gratulant war Minister Lutz.

Die Zahl der katholischen Studentenverbindungen an deutschen Hochschulen betrug 17; sie zählten zusammen 603 Mitglieder und 1249 Alte Herren.

Gegen das Unterlassen der christlichen Taufe richtete sich ein Erlaß des königlichen Konsistoriums an die evangelischen Geistlichen der Provinz Sachsen. Die neuerdings wieder ausgedehntere freireligiöse Propaganda suchte nämlich die Leute von der Vornahme der Taufe und Konfirmation ihrer Kinder abzuhalten.

In Stralau bei Berlin gab es eine kleine Mormonengemeinde, zumeist aus Handwerkern bestehend; die Taufe, durch Untertauchen im Fluß, wurde, um Aufsehen zu vermeiden, bei Nacht ausgeführt.

Die Gesamtzahl der deutschen Freimaurerlogen betrug 385 mit über 44.000 Mitgliedern.

Sozialpolitik. Kaiser Wilhelm II. schien sich in bezug auf Sozialpolitik mehr des Handwerks annehmen zu wollen, während Bismarck die Arbeiter

im Auge hatte. Beim Empfang der Vertretung der Innungsverbände im März sagte der Kaiser: „Üben wir Gottesfurcht, bleiben wir einfach und arbeiten wir fleißig, dann werden wir auch zu den gewünschten Zielen gelangen. Das deutsche Handwerk muß wieder auf die Höhe kommen, wie vor dem Dreißigjährigen Kriege." Der Kaiser eröffnete am 30. April die Unfallverhütungsausstellung. Er empfing am 14. Mai im Berliner Schloß eine Deputation der streikenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet, indem er auf ihre Forderung der Beibehaltung der achtstündigen Schicht erwiderte: „Ihr habt euch ins Unrecht gesetzt, denn die Bewegung ist eine ungesetzliche, weil die vierzehntägige Kündigungsfrist nicht innegehalten ist. Infolgedessen seid ihr kontraktbrüchig. Dieser Kontraktbruch schädigt und reizt die Arbeitgeber. Sollten Ausschreitungen vorkommen, sollte sich ein Zusammenhang der Bewegung mit sozialdemokratischen Kreisen herausstellen, so wäre ich nicht imstand, eure Wünsche mit Wohlwollen zu erwägen. Denn für mich ist jeder Sozialdemokrat Reichs- und Vaterlandsfeind." — Am 16. Mai empfing der Kaiser auch eine Deputation der Grubenbesitzer des Rheinkohlendistrikts; zu dieser sagte er: „Die Arbeiter haben mir einen guten Eindruck gemacht, sie haben sich der Fühlung mit der Sozialdemokratie enthalten . . . Die Arbeiter lesen Zeitungen und wissen, wie das Verhältnis des Lohnes zum Gewinn der Gesellschaften steht. Daß sie mehr daran teilhaben wollen, ist erklärlich. Ich betrachte es als meine Pflicht, den Arbeitgebern sowohl wie den Arbeitern meine Unterstützung zuzuwenden." Der Streik war Ende Mai beendigt, nachdem wegen Verletzung des Vereinsgesetzes das Streikkomitee verhaftet wurde. An 21 Arbeitstagen hatten etwa 60.000 Mann gefeiert, gegen 52 Prozent aller Bergleute.

Das kleine Handwerk.

In seiner bereits in den Hauptsätzen mitgeteilten Rede vom 17. Mai sagte Bismarck etwas zu geringschätzig: „Nach dem kleinen Handwerk können wir die Reichsgesetzgebung nicht absolut einrichten." Lueger erkannte um diese Zeit viel richtiger, daß eben der kleine Mann in diesem Sinn die wichtigste und konservativste Stütze des Staates sei, und daß es das Hauptziel der Sozialpolitik sein müsse, diese Klasse zu organisieren, für den Staat zu interessieren, sie vor dem Kapitalismus ebenso wie vor der Sozialdemokratie zu schützen.

Am 21. September wurde der Bergmann Weber, der ehemalige Leiter des Bochumer Streikkomitees, zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung, Aufreizung zum Klassenhaß, Majestätsbeleidigung u. s. w. Doch schien er nicht in Verbindung mit der Sozialdemokratie zu stehen. Die Bergarbeiterbewegung schien noch im Dezember nicht ganz beruhigt zu sein. Ein neuer Streik brach im fiskalischen Saargebiet aus. — Der Reichstag nahm am 13. Dezember den Befähigungsnachweis für Handwerker an.

Der Kuriosität wegen sei erwähnt, daß der Stettiner Zweigverein der Pommerschen ökonomischen Gesellschaft im November den Beschluß faßte, zur

Abstellung des Arbeitermangels chinesische Feldarbeiter zu importieren, von dem Gedanken aber einstweilen wieder abging.

Das Deutsche Reich schloß mit Japan am 11. Juni einen Handelsvertrag ab, der dem deutschen Handel einen ausnehmenden Vorzug gewährte. Die Gegenleistung war der Verzicht auf die Exterritorialität der deutschen Untertanen.

Freytag. Eine sehr üble Wirkung hatte Gustav Freytags Schrift „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone", da sie zeigte, daß Kaiser Friedrich aus Rücksichten dynastischer Eitelkeit die Kaiseridee verfolgt habe. Freytag gestand, daß er mit vielen altpreußischen Adeligen, Beamten und Offizieren als Liberaler ein Gegner der kaiserlichen Rangerhöhung war, obwohl er auch bekannte, daß seine damaligen Befürchtungen durch die Entwicklung der Dinge widerlegt seien. Seine Schilderung des Kronprinzen war nicht durchaus erfreulich. Er meinte schließlich, durch die abhängige Stellung, unbefriedigende Tätigkeit, Fernhalten von allen großen Aufgaben seien seine herrlichen Kräfte schon einige Jahre nach dem Krieg untergraben, sein Lebensmut gebrochen, Leib und Seele gealtert gewesen, ehe die vernichtende Krankheit in ihm zutage kam. Der Schrift war ein kleines Festspiel in Versen angehängt: „Die Kaiserkrone", aus dem Jahr 1871. — Freytags Schrift rief verschiedene Gegenschriften hervor, so eine des Abgeordneten Arendt, eine von K. Schrader, eine von Hans Delbrück.

Königin Maria. Tiefes Mitgefühl erregte der Tod der schwergeprüften Königinmutter Maria von Bayern. Sie war 1825 als Tochter König Friedrich Wilhelms III. geboren. Ihre Heirat mit dem Kronprinzen von Bayern Maximilian 1842 galt als eine Ausgleichung der Konfessionen. Ihr Übertritt zur katholischen Kirche 1874 entfremdete sie nicht nur den hohenzollernschen Verwandten, sondern auch ihrem Sohne König Ludwig II. Dessen tragischen Tod mußte sie erleben und die unheilbare Geisteskrankheit des zweiten Sohnes, des regierungsunfähigen Königs Otto. Im bayrischen Volk hat sich um all das ein Gewebe erschütternder Sagen gebildet, die an Tragik kaum einer griechischen Tragödie nachstehen.

Das 800jährige Jubiläum des Hauses Wettin war für ganz Deutschland bedeutsam. Die lebenden Wettiner Fürsten waren außer dem König von Sachsen der Großherzog von Weimar und die Herzoge von Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha und Sachsen-Meiningen-Hildburghausen. Zur Feier wurde das Reiterdenkmal König Johanns, modelliert von Schilling in Dresden, enthüllt. Das Wettiner Haus weist einen Dichter, den Minnesänger Heinrich von Meißen, auf, und einen Gelehrten, den König Johann. Die „Illustrierte Zeitung" (8. Juni) bringt bei Gelegenheit der Wettiner Feier in trefflichem Holzschnitt den Sgraffitofries am Dresdener Schloß von W. A. Walther, Sachsens Fürstenhaus darstellend, ein vorbildliches Monumentalwerk.

Nach der Abbildung in der „Illustrierten Zeitung", 1. Juni, ist zu bedauern, daß die den König Humbert auf dem Potsdamer Platz begrüßende schöne Kolossalstatue der Berolina nicht in dauerbarem Material erhalten blieb, denn sie macht einen klassischeren und zugleich realeren Eindruck als alles Plastische der Zeit, wie denn gewöhnlich die modernen Künstler in diesen Improvisationen am glücklichsten sind. Überhaupt ist die Schilderung der Empfangsveranstaltungen phantasievoller als vieles andere dergleichen. Berlin wollte sich in diesem Fall besonders auszeichnen.

Die „Historisch-politischen Blätter" schilderten den „Evangelischen Bund" und seinen Vorläufer, die „Evangelische Allianz", die 1846 zu London gegründet wurde als „Christenbund", keine Union von Konfessionen, sondern von Individuen. „Die Mobilmachung des ‚Evangelischen Bundes' fordert den Katholizismus zur Abwehr heraus. In den Entscheidungsgründen des Duisburger Schöffengerichts zu einem Urteil vom 22. November 1888 ist ausgesprochen, daß die Tendenz des ‚Evangelischen Bundes' sich angriffsweise gegen die gesetzliche Stellung der katholischen Kirche im preußischen Staate richtet." — Die russische Kirche wird nach russischen Zeugen und Selbstbekenntnissen geschildert. — „Die katholische Poesie des Jahres 1888" wird eingehend beschrieben und kritisiert. Ebenso Janssens 6. Band der neueren deutschen Geschichte. — Die Absichten und Nachwirkungen des Jubiläums von Kiew werden nochmals ins Auge gefaßt. — Ein weiterer Artikel befaßt sich mit der Zukunft des „Zentrums": es ist keine vorübergehende Schöpfung, sondern „sein Daseinsgrund ist einfach die Aufrechthaltung der christlichen Ordnung in Staat und Gesellschaft". Auch die Verteidigung der Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles gehört zu seinen Aufgaben. „Dem Zentrum ist vergleichsweise dieselbe Aufgabe geworden, welcher das Heilige Römische Reich Deutscher Nation sein Dasein verdankte und durch die das alte Reich zur ersten Macht der Christenheit geworden war. Der Heilige Stuhl knüpft also nach Möglichkeit (durch den Brief Jacobinis) bei den ruhmreichsten Überlieferungen unseres Volkes an ... Die Veröffentlichung des Briefes wirkte wie ein Blitzschlag, namentlich bei den französischen Revolutionären ... Die Kirche ist immer im Kampfe gewachsen ... Deshalb hat Leo das Zentrum belobt, wie noch nie eine parlamentarische Partei. Es erscheint als das Muster für alle Katholiken der Welt." Über Bismarcks Russenliebe heißt es: „Sitzt der Zar einmal in Konstantinopel, dann zieht Rußland alle Schismatiker unwiderstehlich an sich" — vor allem in Österreich. „Das Zentrum ist das erste leuchtende Beispiel katholischer, das heißt wahrhafter Volkspolitik auf dem Boden der neuzeitlichen Staatseinrichtungen." — Im Geffckenprozeß wird der „schamlose Knechtssinn" der Reptilienpresse hervorgehoben, ihr früheres Loben, dann Tadeln des Tagebuchs. Es stellte sich heraus, daß Geffcken der Verfasser der beiden berühmten Erlasse Kaiser Friedrichs war. Aber Geffcken war dem Kanzler persönlich unleidlich; er soll sich einmal geäußert haben: „Können Sie mir irgendeinen edlen Charakterzug bei Bismarck nachweisen? Niemals hat er sich edelmütig verhalten. In seinem Leben fehlt jeder auf ein tieferes Gemütsleben deutende freundliche Zug; die Opfer seines Hasses verfolgte er mit kalter Grausamkeit, bis er sie vernichtet hatte." Darauf erwiderte die „Kölnische Zeitung": der Kanzler gehört zu den genialen Riesenerscheinungen der Geschichte, die zu groß sind, um liebenswürdig zu sein. Hist.-pol. Blätter.

Die „Historisch-politischen Blätter" referieren noch über folgende Neuerscheinungen: Tillys Totenfeier von Jak. Balde, übersetzt von J. Böhm. — J. O. Rauscher, Fürsterzbischof von Wien, von C. Wolfsgruber. — Calderon und seine Werke, von Engelbert Günthner. — Arnims Trösteinsamkeit, herausgegeben von Fr. Pfaff (1884). — „Der Liberalismus ist Sünde", von J. Sarda y Salvany, übersetzt aus dem Spanischen von Lampert. — Gutberlet: Apologetik. — Fr. Reinhard, Der Welterlöser im Alten Testament. — Le secret de l'Empereur, correspondance confidentielle, 1860—1862, publiée par L. Thouvenel. — Paul v. Hoensbroech: Der Kirchenstaat in

seiner dogmatischen und historischen Bedeutung (eine Apologie von Seite des späteren Apostaten). — J. H. Schwicker: Geschichte der ungarischen Literatur. — William George Ward and the Oxford Movement by Wilfrid Ward. — Die Blätter referieren weiters über Janssens Geschichte des deutschen Volks in französischer Übersetzung und seine französischen Kritiker, über den Benediktinerorden, über die Stuartausstellung in London, ein Zeichen starker Pietät, über die Geschichte des heiligen Rocks in Trier, über die Hundertjahrfeier der Revolution, die als ein Triumph der internationalen Bourgeoisie betrachtet wird.

In anderer Richtung bewegten sich K. E. Franzos' Kulturbilder aus Galizien (Halbasien), vom Don zur Donau u. s. w. — Felix Dahns „Weltuntergang" beruhte auf dem nicht auszurottenden historischen Irrtum, als habe die christliche Welt um 1000 nach Chr. den Weltuntergang erwartet, eine Fabel, die in den Urkunden jener Zeit keine Spur aufweist. — Martin Greif gab ein Konradin-Drama heraus, Julius Grosse das Volkramslied, einen Sang aus unseren Tagen. Rudolf Genée schrieb über „Die Entwicklung des szenischen Theaters und die Bühnenreform in München. W. Jordan gab eine neue Übersetzung der Edda; W. Lauser eine des ersten Schelmenromans Lazarillo von Tormes.

Max Müller betrachtete „Das Denken im Licht der Sprache". Friedrich Paulsen schrieb das „System der Ethik, Staats- und Gesellschaftslehre". Er trat auch für „die Pflege humanistischer Bildung" ein. A. Penck stellte „Die Ziele der Erdkunde in Österreich" fest. Karl Peters schrieb über „Die deutsch-ostafrikanischen Kolonien". Hermann Useners „Religionsgeschichtliche Untersuchungen" bezogen sich auf Fragen des Urchristentums. Durchaus im Sinne Bismarcks schilderte H. v. Sybel eingehend „Die Begründung des Deutschen Reiches". Auf dem Gebiet des Darwinismus trat Moriz Wagner ein für „die Entstehung der Arten durch räumliche Sonderung".

Nietzsche. Friedrich Nietzsche hatte ein eigenes Fatum; nachdem seine Schriften der letzten Jahre ganz unbeachtet geblieben waren, erregte er erst jetzt durch die 1888 erschienene Schmähschrift „Der Fall Wagner" und den unmittelbar darauf folgenden Ausbruch seiner Geisteskrankheit das Interesse des Publikums (Allg. Ztg., 2. Mai, Beilage). Der „Fall Wagner" war sein eigener Fall, seine Selbstaufhebung, trostlos, verzweiflungsvoll, ein lachender Pessimismus, ein Gebäude ohne Schlüssel. Es war schon ein höchster Gipfel von gewaltsamer Geistreichigkeit, wenn Nietzsche früher das Christentum eine „Metaphysik des Henkers" nannte, den lieben Gott „den größten Einwand gegen das Dasein", wenn er die Welt durch einfache Negation alles Positiven erlösen wollte, wenn er Kant einen „verwachsenen Begriffskrüppel" nannte, wenn er von der „steifen Tölpelei" des deutschen Wesens sprach, wenn er Schiller den „Moraltrompeter von Säkkingen" schalt. Nietzsche der Idealist gab sich aus Verzweiflung an seinen Idealen die größte Mühe, sich das Kleid des Realismus auf den Leib zu schneiden und zu tun, als ob ihm wohl darin sei; das war aber nicht der Fall. Das Problem Nietzsche ist ein Inbegriff des kulturgeschichtlichen Kerns

der Zeit. Nietzsche sah Wagner der ganzen Welt das höchste Geschenk deutscher Ideenarbeit geben, er sah aber auch dessen Widerspruch in allem, was mit der Bismarckschen Politik zusammenhing; er konnte nicht eins von beiden ignorieren, er fiel zusammen beim Versuch, den beiden Gegensätzen des deutschen Geistes gerecht zu werden.

Nietzsches Erkrankung zeigte sich darin, daß er sich als „Nachfolger des toten Gottes" betrachtete, er müsse der „Possenreißer der neuen Ewigkeiten" sein (Allg. Ztg. 1906, Nr. 7).

Friedr. Th. Vischer hat in der von seinem Sohne herausgegebenen neuen Folge von „Altes und Neues" diesen bezeichnenden Aphorismus: „Wenn ich zum Dichten gestimmt bin, kommt mir die Wissenschaft arm vor. Wenn ich Wissenschaft treibe, erscheint mir alle Kunst als Kinderei. Die letztere Stimmung nimmt überhand. Forschen ist eben doch mehr!" — Franz Hedrich machte die peinliche Mitteilung, daß ein Teil der Romane von Alfred Meißner eigentlich von ihm sei; er hatte diese Tatsache als Erpressungsmittel benützt und seinen durchaus loyalen Mitarbeiter so in den Tod getrieben. Es erschien eine verteidigende Gegenschrift. — Paul Heyse machte die Deutschen wieder mit italienischen Dichtern bekannt. G. v. Baußnern trat für den Bund von „Deutschland und Österreich-Ungarn" ein. J. Friedrich schrieb über die „Konstantinische Schenkung". Adolf Kohut über „Fürst Bismarck und die Literatur", das heißt über die literarische Bedeutung der Reden und Schriften Bismarcks. — Bahnbrechend war das Werk von C. Justi über „Diego Velasquez und sein Jahrhundert", auch das von Müller-Walde über Leonardo da Vinci. W. Lübke stellte die „Geschichte der deutschen Kunst" abschließend dar. Vischer.

Der vierte Teil von Treitschkes „Deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert" schilderte „Das Eindringen des französischen Liberalismus 1830—1840". Das Ganze war auf sieben Bände berechnet. Treitschke.

Nach sieben Jahren (seit 1881) erschien der letzte Teil von Sophus Bugges „Studien über die Entstehung der nordischen Göttersagen". Wie schon früher Bang und nun auch Oskar Brenner leitete Bugge die nordische Götterwelt gar zu einseitig nur aus christlichen und antikmythologischen Elementen ab. Bugge.

Zu Theodor Fontanes 70. Geburtstag zu gratulieren, waren alle Parteien und Konfessionen Deutschlands bereit, besonders in Erinnerung seiner „Wanderungen durch die Mark Brandenburg", worin er das katholische Mittelalter ohne protestantische Vorurteile schilderte. Fontane.

Fanny Lewald, die Gemahlin Adolf Stahrs, beschloß ihr literarisches Leben, von dem sie einst schrieb: „Ich hatte eine große Vorstellung von der Macht des Dichters auf den Geist seines Volkes und von der Gewalt des Wortes über das Herz der Menschen."

Friedrich Lists 100. Geburtstag erneuerte das Andenken an den hochverdienten deutschen Nationalökonomen.

Poschinger gab das Werk heraus „Fürst Bismarck als Volkswirt", eine Sammlung aller Reden und Dokumente wirtschaftlichen Inhalts. Bismarcks „Politische Briefe" erschienen gesammelt nacheinander in vier Bänden, wohl kaum ohne sein Zutun.

Gegen den Purismus des Deutschen Sprachvereins wandte sich eine Erklärung von 41 deutschen Schriftstellern in den Preußischen Jahrbüchern.

Der preußische Unterrichtsminister empfahl die Jugendspiele in den Anstalten.

Professor Vaihinger trat in der Schrift „Naturforschung und Schule" für die Gymnasialbildung ein und wies die Angriffe Preyers vom Standpunkt der Entwicklungslehre zurück.

Professor Pflugk-Hartung verließ die Universität Basel infolge der zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich ausgebrochenen Verstimmungen.

Dr. Peters, zum Entsatz Emin Paschas von einem deutschen Komitee ausgeschickt, wurde totgesagt, bewährte sich aber als lebendig. — Hermann Wißmanns Reisewerk „Unter deutscher Flagge quer durch Afrika von West nach Ost" hatte großen Erfolg.

Spiritisten und Antispiritisten stritten sich über den angeblichen „Spuk von Resau". Das Potsdamer Gericht entschied, daß ein grober Unfug vorliege.

In Baireuth kamen diesmal im Rahmen der Bühnenfestspiele Parsifal, Tristan und Meistersinger zur Aufführung. Die hohe nationale Sache ging aber in bloßen Wiederholungen ohne weitere Entwicklung dahin, sehr gegen den Geist und die Absicht Richard Wagners.

Shakespeare-Bühne.

Das Münchener Hoftheater experimentierte mit der sogenannten Shakespeare-Bühne; es war ein berechtigter Versuch, die übertriebene Dekorationspracht des modernen Theaters, besonders den Naturalismus der Meininger durch einfachere Stilisierung des Bühnenbilds zu reformieren. Der Versuch gelang nicht vollkommen, da sich zu viel unzutreffende Doktrin über die angebliche Gestaltung der Shakespeare-Bühne einmischte. Die Abbildung in der „Illustrierten Zeitung", 29. Juni, zeigt noch immer zu viel ablenkenden Renaissanceprunk. Ein einfarbiger Hintergrund würde besser genügen.

Worms.

„Das städtische Volkstheater und Festhaus in Worms" war, angeregt durch den Erfolg des Lutherfestspiels von Herrig, auf Veranlassung des Patriziers Fr. Schön entstanden. Er agitierte dafür mit einer Schrift unter obigem Titel. Es war eine Verbindung der Shakespeare-Bühne mit dem Baireuther Gedanken; originell und wirkungsvoll war die der Bühne gegenüberliegende Sängerbühne mit Orgel. Das große Oberlicht ermöglichte Tagesaufführungen. Durch Wegnahme der Sperrsitze konnte das ganze in einen Festsaal verwandelt werden. Die Pläne waren von Otto March (Ill. Ztg., 14. Sept.). Das Wormser Volksspielhaus wurde am 20. November mit Herrigs Werk „Drei Jahrhunderte am Rhein" eröffnet, in Anwesenheit des Großherzogs von Hessen, seiner Familie und verschiedener Theatervorstände. Die Bühne war dekorationslos und wies nur braune Draperien der Vorderbühne und der verschließbaren Hinterbühne auf. Die Kostüme waren um so prächtiger. Mit den Dilettanten wirkten die beiden Hofschauspieler Werner und Bassermann aus Darmstadt mit. Zum Schluß wurde „Deutschland über Alles" vor den Kaiserbüsten gesungen.

Otto Devrients Lutherfestspiel wurde nach seiner hundertsten Aufführung noch weiter gespielt unter seiner eigenen Leitung und Mitwirkung. In Zwickau wurde im Anschluß an die Aufführungen des Herrigschen Lutherfestspiels die Gründung eines dramatischen Vereins eingeleitet, der den Namen Goetheverein führen sollte. — Mit der dritten Generalversammlung des evangelischen Bundes in Eisenach war die Grundsteinlegung zum Lutherdenkmal und die Aufführung von Devrients Lutherfestspiel verbunden (3. Okt.). — Angeregt durch die Lutherspiele griff man in Berlin auch auf Zacharias Werners Lutherdrama zurück. Lutherspiel.

Wilhelm Henzen dichtete das Mysterium „Parzifal". — Großen Erfolg hatte Wildenbruch mit dem vaterländischen Drama „Die Quitzows". — Ibsens neue Dramen „Frau vom Meere" und „Wildente" schwankten in der Schätzung des Publikums zwischen Beifall, Achtungserfolg, Befremden und Ablehnung.

„Die jüngste Leistung der Freien Bühne in Berlin, die Vorführung des sozialen Dramas ‚Vor Sonnenaufgang' von Gerhart Hauptmann, welche am 20. Oktober mittags im Lessingtheater stattfand, hat einen wahren Entrüstungssturm bei einem großen Teil der Zuschauer und bei der gesamten Berliner Kritik hervorgerufen. Der erste Akt ließ sich nicht übel an, aber vom zweiten Akt an schlug die Stimmung vollständig um. Das Stück bietet das Abstoßendste, was je die Phantasie eines ‚Realisten' zu ersinnen vermochte, und sieht einer Parodie auf Ibsen, Zola und Tolstoi verzweifelt ähnlich." So sagt eine zeitgenössische Notiz; trotzdem gelang es der Clique, dieser Art Kunst zu einem gewissen Anschein des Klassizismus zu verhelfen. Das Publikum wurde solange vor den Kopf geschlagen, bis es sich ergab. Gerhart Hauptmann.

Keine Kunstangelegenheit hatte jemals die weitesten Kreise so lebhaft beschäftigt, wie die des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. Beim Wettbewerb erhielt den ersten Preis der schöne Entwurf von Rettig und Pfann: ein Kuppelbau für den Königsplatz gegenüber dem Reichstagsgebäude, eine Verbindung von Architektur und Plastik; im Innern der Kaiser im Kaiserornat zu Pferde, geleitet von zwei Genien, am Sockel Barbarossa, rings die alten Kaiserbilder. Ebenfalls einen ersten Preis gewann der Entwurf von Bruno Schmitz, ein Halbrundbau mit Säulen als Abschluß der Siegesallee, davor der Kaiser zu Pferd (Ill. Ztg., 2. Nov.). Schmitz hatte sich schon erfolgreich am Wettbewerb für das Viktor-Emanuel-Denkmal in Rom 1883 beteiligt. Die Ausführung erfolgte in einer andern, viel weniger befriedigenden Weise. Denkmale.

Für Kaiser Friedrich wurde ein Denkmal bei Wörth geplant, und man sang bereits, wie vor Zeiten vom Hermannsdenkmal, nach bekannter Studentenweise: „Wo du einst gestanden mit rächendem Schild, da steh' in deutschen Landen im Siegeskranz dein Bild!"

Um den kolossalen „Kaiserbrunnen" von Begas für den Schloßplatz in Berlin entbrannten nicht nur ästhetische und technische, sondern auch finanzielle Meinungsverschiedenheiten.

Der neue Kaiserpalast in Straßburg, nach Hermann Eggerts Plänen ausgeführt, in der Renaissanceweise des letzten Jahrzehnts, war nach fünfjähriger Bautätigkeit vollendet.

Das Bilderwerk „Königsphantasien, Wanderungen zu den Schlössern König Ludwigs II. von Bayern" von Arthur Mennell zeigte denn doch den hohen Flug eines einsam stehenden Geistes.

Dankwarderode, die Hofburg Heinrichs des Löwen, stand nun nach ihrer Wiederherstellung vollendet da.

Nachdem der Sänger der Freiheitskriege Max v. Schenkendorf bereits vor zwanzig Jahren ein Denkmal in den Anlagen zu Koblenz erhalten hatte, wurde ihm nun auch eines zu Tilsit zugedacht. Das Standbild von Engelke ist sehr pathetisch. — Auf der Ebernburg in der bayrischen Pfalz wurde das Doppelstandbild Franz v. Sickingens und Ulrich v. Huttens enthüllt.

G. Max. Gabriel Max schuf sein nachdenksames Hauptbild des „Herbstreigens". Alma Tadema malte technisch vollendete archäologische Bilder wie „Antonius und Kleopatra". In der ersten Münchener Ausstellung von Kunstwerken aller Nationen fiel das schöne Bild des Tirolers Alois Delug „Die heiligen Frauen am Kreuzweg" auf (Ill. Ztg.). Große und tiefe Wirkung erregte Uhde. das Bild von Fritz v. Uhde „Komm Herr Jesu, sei unser Gast!" Jesus tritt an den Tisch einer Arbeiterfamilie und segnet das Essen; alles ist in die Gegenwart verlegt, das Gebet ist gleichsam anschaulich geworden, und zwar im vollen Realismus des täglichen Lebens. Dabei hat das Bild nichts technisch Bestechendes, es ist eher unscheinbar. Viel malerischer, pathetischer wirkt dagegen Böcklins „Pieta". Ist das erste Bild pietistisch, so ist dies romantisch, fast möchte man sagen katholisch.

Freytag über Österreich. Gustav Freytag schrieb in einer Pfingstbetrachtung für die „Neue Freie Presse": „Der Fortschritt vollzog sich in Österreich stiller, weniger behend als bei den deutschen Nachbarn ... Aber Wien wird unter den neuen Lebensverhältnissen das Selbstgefühl steigender Größe wiedergewinnen. Zahlreich flogen in den letzten vierzig Jahren schwarze Raben über das Land, welche dem Kaiserstaat Unheil verkündeten. Und doch steht der große Bau fester als ehedem. Im Osten ist eine große Gefahr, die Gegnerschaft Rußlands, durch eine Reihe junger Staatenbildungen gemindert, welche auf die Bundesgenossenschaft mit Österreich angewiesen sind. Alle inneren Kämpfe, wie sehr sie auch verstimmen, nehmen einen bestimmten vorauszusehenden Verlauf, der zuletzt, wenn auch nicht in einer Generation, mit dem Siege der Bildung und Humanität enden muß. Die Deutschen im Reiche hatten eine leichtere Aufgabe. Aber was für das Deutsche Reich durch Eine ungewöhnliche Menschenkraft durchgesetzt werden konnte, das schafft für Österreich langsamer das große Interesse der Kulturvölker Europas. Man darf ohne Prophetengabe voraussagen, die Zukunft Österreichs wird die eines Bundesstaates an der Donau werden, unter ähnlichen Formen wie die sind, welche bereits im Deutschen Reiche bestehen. Doch wird dieser Bundesstaat der Zukunft ‚Österreich'

heißen? Die Antwort muß der Österreicher in seinem Herzen finden und in der Stärke seiner Faust. Die Entscheidung wird von der Loyalität und von der Heereskraft Österreichs abhängen. Loyalität ist eine geheimnisvolle Macht. Das letzte Jahr ließ ahnen, wie hingebend die Seelen der Deutschen in Österreich an dem heimischen Fürstengeschlechte hängen. Es ist Grund zu der Annahme, daß auch bei magyarischen und slawischen Nachbarn eine ähnliche Gefühlswärme vorhanden ist."

Kronprinz Rudolfs Tod.

Kaiser Franz Josef erließ am 5. Februar ein Dankschreiben an seine Völker, in welchem er des Trostes gedachte, den ihm die allgemeine Teilnahme beim Tode seines einzigen Sohnes gewährte. Er sagte: „Im Innersten erschüttert beuge ich mein Haupt in Demut vor dem unerforschlichen Ratschlusse der göttlichen Vorsehung und flehe mit meinen Völkern zum Allmächtigen, daß er mir die Kraft verleihen möge, in der gewissenhaften Erfüllung meiner Regentenpflichten nicht zu erlahmen, sondern, dieselbe Richtung im Auge, deren unveränderte Festhaltung nach wie vor für die Zukunft gesichert ist, mutig und zuversichtlich auszuharren in den unablässigen Bemühungen um das allgemeine Wohl und die Erhaltung der Segnungen des Friedens." Diese Beteuerung ist sehr auffallend und gewiß von bedeutungsvoller Absicht.

Durch den Tod des Kronprinzen Rudolf ging das Erbfolgerecht auf Kaiser Franz Josefs Bruder Karl Ludwig über. Dessen und der Königstochter von Sizilien Maria Annunciata Söhne waren die Erzherzoge Franz Ferdinand und Otto. Franz Ferdinand führte als Erbe des 1875 verstorbenen Herzogs Franz V. von Modena den Namen von Österreich-Este, um die Erinnerung an das berühmte Haus Este aufrechtzuerhalten. Als Karl Ludwig starb, war er der Thronfolger. Durch seinen Tod 1914 in Sarajewo von serbischer Mörderhand ging das Thronfolgerecht auf des verstorbenen Otto ältesten Sohn Karl über. Die estensischen Kunstsammlungen befinden sich in Wien.

Heinrich Kruse faßte die Stimmung der Reichsdeutschen in einem Gedicht zusammen (Allg. Ztg., 17. Febr.). „Kaisergruft, in deren eh'rnen Särgen Habsburgs Enkel gehn zur ew'gen Rast, öffne dich, den Müdesten zu bergen, den du jemals aufgenommen hast! Alles, was in ihrem kurzen Leben voll Begier die Sterblichen erstreben, Hoheit, Macht und Glanz und Ruhm war sein; doch er sprach: Ich bin nicht glücklich, nein! . . . Armer Vater, konnte stolzer blicken je ein Vater wohl auf seinen Sohn? War er nicht der Liebling, das Entzücken seines Volks in frühen Jahren schon? . . . Gott wird milde deinen Rudolf richten, tiefgebeugter Fürst, erhebe dich, und erfülle deine Herrscherpflichten wie bis heute, klug und ritterlich. Mußt du in die Schlacht noch einmal reiten, werden für dich alle Deutschen streiten. Womit auch uns das Verhängnis droht, wir sind treu vereint in Not und Tod . . . Alle fühlen wir im eignen Herzen unsres alten Kaiserhauses Schmerzen, dessen Angedenken nicht erblich. Zähl' auf uns! Wir zählen auch auf dich!" —

Es zeugt von Einsicht, wenn auch vielleicht nicht von Wohlwollen, daß ein Historiker wie Hans Delbrück im Tod des Kronprinzen vielleicht „den Beginn einer Krisis von weltgeschichtlicher Bedeutung" für die Geschicke Österreichs erblicken wollte.

Der Tod des Kronprinzen Rudolf von Österreich war allerdings von der größten Wirkung für die weitere Entwicklung aller Verhältnisse. Darin kam er dem Tode Kaiser Friedrichs III. an Bedeutung gleich. In diesen beiden Persönlichkeiten gipfelten die Tendenzen der Zeit zur „liberalen" Weltanschauung. Der Sturz dieser Weltanschauung und Politik hing zwar nicht unmittelbar mit diesen beiden Todesfällen zusammen, fand aber in ihnen seine äußere Erscheinung. Alles, was damit zusammenhing, dort die Indiskretionen bei Veröffentlichung des Tagebuchs, hier die wilden Gerüchte über die mysteriösen Begleiterscheinungen des Todes, erregte die Stimmung der Zeit aufs tiefste. Darum waren die Jahre 1888 und 1889 zweifellos eine Krisis für alle grundlegenden Ideen der Zeit, vor allem eine Krisis für den Monarchismus. In diesem Sinn wurde ja von der Sozialdemokratie Gustav Freytags unschickliche Schrift über Kaiser Friedrich ausgenützt. Es ist um so bemerkenswerter, daß der große Ideenkampf mit dem Sieg konservativer Ideen endigte. Die Liberalen außerhalb Österreichs suchten freilich anfangs ihren Ärger über diese Wendung durch Auslassungen gegen die Habsburger und gegen die Person des Kronprinzen abzulenken. Aber gerade für Österreich, in Wien ist es bedeutsam, daß sich sofort nach der tragischen Katastrophe im Kaiserhaus die kaisertreue, konservative katholische christlichsoziale Richtung befestigte und reißende Fortschritte machte. Bei den Ergänzungswahlen am 18. März für den Wiener Gemeinderat fielen dieser Partei der vereinigten Christen, die man Klerikale und Antisemiten nannte, von 17 Mandaten 11 zu; dadurch wuchs die Partei auf 24 an. Am 21. März kamen noch drei Mandate hinzu. Auch ein Symptom war es, daß der liberale Rektor der Universität Professor Sueß seine Würde am 26. März niederlegte, freilich nur deshalb, weil er sich der Regierung als Abgeordneter gegenüberstellte. Die antisemitische, das heißt antiliberale Agitation wurde im April durch einen Streik der Tramwaykutscher unterstützt. Am 3. Mai bekamen wieder die Antisemiten bei den Wahlen zu den Bezirksausschüssen in den meisten Bezirken die Oberhand, mit alleiniger Ausnahme der Leopoldstadt; dadurch gewann die Partei einen entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung, die Anstellungen und die Wahlen.

Katholikentag zu Wien.

Auf dem 2. österreichischen Katholikentag zu Wien, 6. Mai, traten der Abgeordnete Dr. Karl Lueger und Prinz Alois Liechtenstein stark hervor. Dieser stellte als politisches Ziel den christlichen Staat hin und bekämpfte das jüdische Großkapital. Als Abgesandter

der reichsdeutschen Katholiken hielt der ehemalige preußische Garde-Ulanenleutnant R. v. Rochow, ein Konvertit, eine Rede, in der er zum Aufmarsch „unserer Armeen" gegen das räuberische Italien aufforderte. Die Versammlung faßte demnach auch den Beschluß: die volle Souveränität des Papstes sei unerläßlich für die Ausübung seines Hirtenberufes und deren territoriale Unterlage durchaus notwendig. Darüber wurde der Ministerpräsident Graf Taaffe im Abgeordnetenhaus interpelliert; er erklärte am 16. Mai, er kenne die Beschlüsse der nichtöffentlichen Versammlung nur aus den Zeitungen. Insofern die Teilnehmer an der Versammlung von den ihnen grundgesetzlich gewährleisteten Rechten der freien Meinungsäußerung Gebrauch machten, entzöge sich das jedem Eingriff der Regierung. Zudem könnten Äußerungen einer Privatversammlung auf die auswärtige Politik der Monarchie keinen Einfluß ausüben. Die engen, freundschaftlichen Beziehungen zu Italien seien wiederholt in authentischer und unzweifelhafter Weise vom verantwortlichen Minister des Auswärtigen gekennzeichnet worden.

Erzherzog Rainer.

Erzherzog Rainer, der als liberal galt, benützte die Gelegenheit der Jahressitzung der Wiener Akademie der Wissenschaften, um als deren Kurator in einer Ansprache, 29. Mai, die augenscheinlichen Folgen des Todes des Kronprinzen Rudolf zu berühren; er bemerkte: „Leider muß es gesagt werden, daß ein Kampf gegen Aufklärung und Fortschritt eröffnet wurde, den gerade wir am meisten beklagen müssen, weil wir den Wert der Wissenschaft zu schätzen wissen. Wir wollen hoffen, daß diese Erscheinung eine vorübergehende sein wird." Dafür wollte der in seiner Mehrheit noch liberale Wiener Gemeinderat dem Erzherzog bekunden, welch freudige Stimmung dessen Rede in der Wiener Bevölkerung hervorgerufen. Eine solche Ausnützung seiner Worte sagte aber dem Erzherzog nicht zu und er ließ durch seinen Adjutanten erklären, daß er für die Kundgebung, die er aus den Zeitungen ersehen, danke, und daß es einer weiteren Mitteilung des gemeinderätlichen Beschlusses nicht bedürfe. — Übrigens bekämpfte niemand die Wissenschaft, sondern nur den Mißbrauch der Wissenschaft zu gefährlichen Tendenzen, die nichts mit der Wissenschaft zu tun hatten.

Liechtenstein.

In seiner großen programmatischen Rede auf dem Katholikentag sagte Prinz Alois Liechtenstein: „Wir sehen die soziale Frage als Koinzidenz zweier Tatsachen an. Die erste ist der Fortschritt der Maschinentechnik seit achtzig Jahren; die zweite der Sieg der römischen Rechtsgrundsätze in der wirtschaftlichen Gesetzgebung unserer Zeit. Diese Grundsätze fußen auf dem Begriff des absoluten Eigentums und setzen die Sklaverei voraus oder führen zu ihr zurück. Der Bauernstand schwindet und überall schränkt sich sein Territorium ein; geblieben ist ein Tagelöhner auf eigenem Grunde, in dessen Rente sich Gläubiger und Staat teilen. Kapitalisten entziehen dem Handwerk die Hilfskräfte, die Kundschaft, das Brot. Der Lohnarbeiter der Fabrikindustrie ist der Typus, der den antiken Vorbildern am nächsten steht. Ganz vermögenslos, ist diese Klasse nicht einmal imstande, sich aus den eigenen Reihen zu ergänzen. Die Kinder sterben jung, Streiks und Freizügigkeit, die gefähr-

lichsten Illusionen der Freiheit, verschärfen nur die Abhängigkeit. Unsere Plutokratie konzentriert sich auf den Geldgewinn. Wenn die Völker auf den Schlachtfeldern bluten, bleibt ihnen der Sieg und die Beute: Profit vor der Kriegserklärung an der Rüstungsanleihe, Profit nach dem Friedensschluß an der Kriegsentschädigung."

Die Vereinigten Christen.

Über die „Vereinigten Christen" in Wien und Österreich überhaupt gaben die „Historisch-politischen Blätter" (103, 942) eine sehr eingehende Charakteristik: „Es läßt sich frische Luft verspüren. Die katholische Generalversammlung in Wien ist glänzend verlaufen, der Schrecken war dem Liberalismus schon vorher in die Glieder gefahren." Auch der Schrecken Italiens wegen der römischen Frage äußerte sich. „Die Klerikalen sind heute in Österreich mächtiger als je seit dreißig Jahren", schrieb die „Neue Freie Presse" am 23. Mai. Zwar hielten sich die Ungarn „staatsrechtlich" demonstrativ fern. „Dagegen hatten sich zu den alten Verteidigern der christlich-sozialen Weltanschauung die Vertreter einer neuen sozialen Volkspartei gesellt, und dadurch gewann der Katholikentag seine eigenartige Bedeutung. In der Vereinigung auf sozialem Boden sind die politischen Vorurteile geschwunden. Die Katholisch-Konservativen hatten dem Zusammenschluß nichts zu opfern, die neuen Verbündeten aber mußten ihre liberale Vergangenheit und Gefolgschaft darangeben. Dafür sind sie entschädigt durch die enorme Zugkraft, welche die neue Vereinigung auf das Volk übt und bereits in überraschender Weise erwiesen hat. Der Liberalismus war starr vor Entsetzen. Das Wort von den ‚Vereinigten Christen' findet in den weitesten Kreisen Verständnis. Das Wort hat zunächst keine konfessionell-religiöse Bedeutung. Jedermann weiß, daß damit der endliche Entschluß zum Widerstand gegen das Unheil gemeint ist, das der Wucher und die Gewalt der fremden jüdischen Rasse und ihres Anhanges über Österreich gebracht hat. Der Antisemitismus gehört zu den ernsten Zeichen der Zeit. Er ist so wenig eine österreichische Eigentümlichkeit, daß er vielmehr noch vor zehn Jahren in Berlin weit mehr Lärm machte als in Wien. Und noch jetzt ist desfalls der Unterschied zwischen den beiden Reichen bemerkbar. Die Juden haben ihre erbittertsten Feinde im protestantischen Lager. Aber in Berlin geht die Bewegung gegen die Personen, in Wien gegen die Sache; in Berlin will man die Juden austreiben, die Wiener wollen die christlichen Prinzipien in Staat und Gesellschaft wieder eingeführt wissen. Fügen sich die Juden der Ordnung des Hauses, gut; fügen sie sich nicht, so steht ihrer Trennung nichts im Wege." (So das Wiener „Vaterland" vom 27. Nov. 1880.) In Preußen ist das moderne Judentum ein soziales und wirtschaftliches Übel wie überall; aber daß es den Staat beherrsche, das kann man nicht sagen. In Österreich ist beides der Fall. Der Reichtum des alten Hochadels hat niemals auf die Politik einen Einfluß besessen, wie seit der liberalen Ära der einzige Rothschild. Mit dem unbeweglichen Vermögen läßt sich ein solcher Druck nicht ausüben, wie jetzt mit dem Papier- und Kreditsystem. In Preußen wäre es undenkbar, daß Hunderte von christlichen Volksschulen jüdischen Lehrern überantwortet würden; und daß in Ungarn der unabänderliche Herr v. Tisza nur der subventionierte Geschäftsführer des Judentums sei, darf man bereits öffentlich sagen. In Wien kommt ein Jude auf sieben Christen, und bei einer Bevölkerung von etwa zwei Millionen Juden gegen dreißig Millionen Christen ist an der Wiener Hochschule das Verhältnis

zwischen Christen und Juden wie drei zu zwei, an den Gymnasien zum Teil schon umgekehrt . . . Allmählich müßte die ganze Bauernschaft einem neuen jüdischen Feudalismus verfallen. In Galizien befinden sich 80 Prozent des Grundbesitzes in den Händen der Juden; in Böhmen hat das Haus Rothschild mehr als sechzig der ältesten Adelsfamilien ausgekauft und nennt einen achtmal größeren Grundbesitz als die kaiserliche Familie sein eigen. In Ungarn gehört das halbe Komitat Neutra einem Herrn Popper, der damit zugleich Patronatsherr von 54 christlichen Kirchen und Pfarreien geworden ist; überhaupt ist in Ungarn ein Viertel der Wahlstimmen des Großgrundbesitzes in jüdischer Gewalt. Schon vor dreißig Jahren hat im englischen Parlament Roebuck gesagt: Das Übel, an dem Österreich leidet, ist die jüdische Läusekrankheit. Finanzminister v. Bruck hat unter jüdischem Einfluß seine Politik geleitet; er endete durch Selbstmord. Unter der Regierung Beusts war es Graf Wimpfen, der damalige österreichische Gesandte in Berlin und dann Botschafter in Paris, der sich vom Judenfrevel mißbrauchen ließ und den das erdrückende Bewußtsein zum Selbstmord trieb. Der Brief aus Paris vom Weihnachtsabend 1882, mit dem sich der Unglückliche von seinem Verführer, dem bekannten „Türken-Hirsch“ verabschiedete, gewährt einen erschütternden Einblick. (Frh. v. Vogelsang veröffentlichte diesen Brief in seiner Monatsschrift für christliche Sozialreform 1889, 3, 160, durch das Gerücht veranlaßt, daß Baron Hirsch einen Sitz im österreichischen Herrenhaus erhalten solle.) — An keinem Reich der Welt hat sich das Judentum so ungescheut versündigt wie an Österreich; dennoch steht der Liberalismus dafür ein. Nur einige Namen haben das politische Vorurteil hinter sich geworfen und die Partei der Vereinigten Christen bilden helfen; sie haben das Bürgertum sofort in Masse nach sich gezogen. Das haben die Gemeindewahlen bewiesen. Die „Kreuzzeitung“ machte die Bemerkung, daß dies das allein richtige Kartell wäre. Der Vergleich liegt nahe. — Was die Gründe des Umschwunges betrifft, so kommt die wirtschaftliche Not in Betracht, welche den Mittel- und Kleingewerbestand niederdrückt, infolge der großkapitalistischen Produktion. Die geschäftliche Moral verschwand, als das eingewanderte jüdische Element sich zahlreicher Handels- und Industriezweige bemächtigte. Aber auch andere als materielle Gründe wirkten mächtig auf die Umstimmung der öffentlichen Meinung. Die Judenpresse hatte aus der Verhöhnung und Herabwürdigung des Christentums einen systematischen Sport gemacht. An Stelle der früheren Gleichgültigkeit in kirchlichen Dingen trat eine Wiedergeburt des religiösen Gefühls. Vor allem wurde die antiliberale Bewegung durch das Übermaß von Anmaßung und Vordringlichkeit gefördert, welche das angeschwollene jüdische Element bewies. Die Leute gerierten sich als die Herren der Stadt, besetzten das ganze Terrain und verdrängten in rücksichtsloser Weise die christlichen Konkurrenten. Nicht nur die Presse ward ganz von den Juden beschlagnahmt und in ihr die widerwärtigsten Seiten des semitischen Charakters zur höchsten Blüte entfaltet, auch in wissenschaftliche Berufe fand das Judentum Eingang und betätigte auch in diesen seine rücksichtslose Erwerbsgier, indem es durch unerhörte Schmutzkonkurrenz das Ansehen der betreffenden Stände empfindlich schädigte und dem honetten Christen die Existenz nahezu unmöglich machte. So ist die Advokatie fast gänzlich verjudet. Auch der ärztliche Beruf.“ (Wir fügen hier ein, daß Ende der siebziger Jahre die Fakultäten aus doktrinärem Liberalismus jüdischen

Dozenten und Professoren in lessingischer Toleranz die Tore öffneten; sobald aber zwei Juden in einer Fakultät waren, suchten sie mit großer Schlauheit alle Ernennungen möglichst auf Juden zu lenken, so daß die christlichen Professoren, um nicht endlich ganz zurückgedrängt zu werden, trotz ihres Liberalismus zur Abwehr genötigt waren. Als es sich zum Beispiel einmal um eine Berufung handelte und die Juden sahen, daß die Christen den von ihnen vorgeschlagenen Juden nicht annehmen wollten, gelang es ihnen, durch kunstvolle Abstimmungen alle christlichen Kandidaten auszuschalten, so daß schließlich zur Überraschung der Christen doch nur der Jude übrig blieb.) „Mit immer größerer Entschiedenheit kam auch das religiöse Moment in Bewegung, und plötzlich standen die ‚Vereinigten Christen' den gleichfalls vereinigten Juden und Judenknechten gegenüber. Dieser Umstand gab bei den Wahlen den Ausschlag. Die Abneigung gegen die jüdische Rasse hat eine solche Intensität gewonnen, daß sie als einigendes Band alle Schattierungen der großen christlich-konservativen Partei umfängt und alle Differenzen zurückdrängt. Die Hoffnung der Liberalen, daß die Bewegung ihren Höhepunkt erreicht habe, kann als trügerische bezeichnet werden. Denn während der Antisemitismus anfänglich nur in den untern Volksschichten gewurzelt hat, dringt er heute in die sozial höheren Schichten ein. Die kirchlichen Kreise, speziell der jüngere Klerus, steht im ersten Treffen." — Eine Interpellation im Reichsrat nahm das Wort Jude nicht in den Mund, sie sprach nur von einer „bestimmten Klasse von Staatsbürgern". Auch der Ministerpräsident hat die Sache mit einer „krankhaften Erscheinung in der Gesellschaft" umschrieben. Die Münchener „Historisch-politischen Blätter" schließen: „Wir haben lange nicht Anlaß gehabt, die Österreicher um etwas zu beneiden; jetzt beneiden wir sie um den richtigen Weg zur Sozialreform. Mögen auch die seit dem Gesetz vom 15. März 1883 über kooperative Organisation der Gewerbe erlaufenen Maßregeln noch wenig Frucht getragen haben; es ist der rechte Weg. Den Juden ist eine solche Sozialreform Gift und Galle. Diesseits im Reich dagegen haben sie sich mit dem ungeheuerlichen, aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Versicherungswesen rasch ausgesöhnt. Sie haben den kapitalistischen Duft eingesogen; wenn die Frage mit Geld abzumachen ist, kommen sie am wohlfeilsten weg."

Schönerer.

Eine nicht entwicklungsfähige Spielart des christlichsozialen Gedankens war der rohe Rassenantisemitismus Schönerers. Der von diesem gegründete „Schulverein für Deutsche" wurde denn auch im Juli aufgelöst, da er politische Tendenzen verfolgte, die den Bestand Österreichs gefährdeten. Man dachte in diesen Kreisen an eine Annexion der deutschen Provinzen Österreichs an das Deutsche Reich, was aber eine arge Schwächung von Mitteleuropa zur Folge gehabt hätte: ein beschränkter Nationalismus, der die Feinde der deutschen Nation vermehrt hätte. Als Ersatz des Schulvereins für Deutsche sollte der „Germanenbund" dienen. — Auch gegen den antisemitischen Wiener deutschnationalen Verein wurde am 24. September mit der polizeilichen Auflösung vorgegangen, weil der Verein durch seine Kundgebungen für den Abgeordneten Türk sich offen auf einen Österreich feindlichen Standpunkt gestellt, weil er ferner die Bevölkerung durch Verhetzung und Verschärfung der nationalen und konfessionellen Gegensätze aufreize; überdies habe er durch ein an den Antisemitentag in Bochum gerichtetes Begrüßungsschreiben seinen statutarischen Wirkungskreis überschritten.

Bemerkenswert ist es, daß Lueger sich am 23. September in einer Bezirkswählerversammlung für Boulanger aussprach. „Ein Mann, der von den Liberalen beschimpft und vom Staat verurteilt worden ist, an dem muß gerade etwas sein; unbedingt muß ein braver Kerl in ihm stecken." Mit dem Emporkommen Boulangers habe sich auch in Frankreich der christliche Staatsgedanke Bahn gebrochen, gegenüber den eigennützigen, sich nur die Tasche spickenden Liberalen. Noch wurde am 28. November der Liberale Prix mit 81 von 116 Stimmen zum Bürgermeister von Wien gewählt. Die Partei der vereinigten Christen stimmte für Karl Lueger. Lueger.

Ein besonderer Gewinn für die neue christlichsoziale Bewegung war es, daß Prinz Alois Liechtenstein infolge der extremen Richtung der tschechischen Bewegung den „Zentrumsklub" verließ und sich der Richtung Luegers anschloß. Es wurde gegen Ende des Jahres der Gedanke einer neuen Partei „Katholisches Zentrum" angeregt.

Die böhmische Frage trat durch den Rücktritt des Statthalters Baron Kraus und die Ernennung des Grafen v. Thun-Hohenstein zum Statthalter von Böhmen (7. Sept.) in eine neue Phase. Thun stand der alttschechischen Partei nahe mit ihrer Forderung des „böhmischen Staatsrechts", der „Wenzelskrone" und der Krönung mit dieser. Ungarische Stimmen drohten, wenn in Cisleithanien der Föderalismus eingeführt werde, müßte Ungarn die reine Personalunion vorziehen. Die Deutschen Böhmens hielten sich noch immer vom Landtag fern, da sie ihre Forderungen nicht erfüllt sahen. Die Regierung suchte zu vermitteln und lud zu einer neuen Ausgleichskonferenz ein zwischen fünf Deutschen (Hallwich, Plener, Scharschmidt, Schlesinger, Schmeykal) und den Alttschechen (Fürst Lobkowitz, Graf Richard Clam, Graf Friedrich Kinsky, Rieger, Mattusch, Zeithammer.) Thun.

Die Deutschen wiesen auf den Widerspruch hin zwischen dem veralteten böhmischen Staatsrecht und dem modernen Konstitutionalismus, deren Verquickung sich besonders im Munde der liberalen Jungtschechen sonderbar ausnehme, denn gerade die Jungtschechen verlangten stürmisch die feudale Krönung, während die Alttschechen sich beschwichtigend äußerten. Die Tschechen vergaßen bei Besprechung ihres Staatsrechts, daß alle böhmischen Könige, auch schon die alten Herzoge, wie eben Wenzel, deutsche Vasallen waren im Nexus des alten deutschen Reiches, verpflichtet zur Heeresfolge. In Fortsetzung dieses uralten Verhältnisses hatte ja auch Böhmen noch zum deutschen Bund gehört. Gegen den böhmischen Partikularismus und die Neubelebung eines böhmischen Staatsrechts protestierte auch im niederösterreichischen Landtag am 20. November der Abgeordnete Dumba im Interesse des Reichsgedankens, des Glanzes der österreichischen Kaiserkrone, der Einheit und Machtstellung des Reiches.

Der ärgste Chauvinismus kam in die tschechische Bewegung durch die Hußbewegung. Die Jungtschechen beantragten im Landtag, den Namen Huß auf die Gedenktafeln an den Fronten des Prager Museums einzutragen. Dem widersetzten sich die besonneneren Alttschechen. Rieger bezeichnete die Forderung als unschicklich. Die Rehabilitierung von Huß (sagte Lenz) Huß.

wäre eine „Hinrichtung der katholischen Kirche". Die Jungtschechen verherrlichten Huß, weil durch ihn die helle reine Luft des Slawentums wieder über Böhmen gekommen sei. Fürst Schwarzenberg sagte, die hussitische Lehre sei nichts anderes als der Kommunismus des 15. Jahrhunderts, die Hussiten seien eine Bande von Räubern und Brandstiftern gewesen und er würde stolz darauf sein, wenn die weißblaue Fahne der Schwarzenberge wieder das Kampfzeichen gegen die Neuhussiten würde. — Kardinal Schönborn, der Prager Erzbischof, erließ im Dezember einen Hirtenbrief gegen diesen Hußkultus: „Der von der Kirche als Ketzer verurteilte unglückliche Magister Johannes Huß wird jetzt als Märtyrer seiner Überzeugung, als der größte Wohltäter der Heimat gerühmt. Mit Schmerz muß es mein Herz erfüllen, wenn ich höre, wie einige Leute sich bemühen, Unfrieden und Haß in meine Herde zu säen und den Aufruhr gegen die Hoheit Gottes zu entzünden. Enthaltet euch von allen Vorbereitungen, welche auf die Feier des Mannes abzielen; an diesen darf kein Sohn und keine Tochter der Kirche teilnehmen."

Dem Verlangen der in Wien, besonders im Bezirk Favoriten wohnenden Tschechen nach tschechischen Schulen wurde vom Bezirksausschuß nicht entsprochen, da in Wien kein Bedürfnis für tschechische Schulen vorhanden sei.

Plener. Im Abgeordnetenhaus sagte Plener am 12. Dezember, von dem Schicksal der Deutschen in Böhmen hänge das Schicksal der übrigen Deutschen Österreichs ab; die Verfassung sei bedroht. Der Tscheche Rieger entgegnete, die Böhmen stünden auf dem Boden der Verfassung, die Deutschen brauchten von der Regierung nichts zu fürchten, da Graf Taaffe für das böhmische
Taaffe. Staatsrecht noch nichts getan habe. Taaffe erklärte daraufhin am 17. Dezember: Wenn Verfassungsänderungen auf gesetzlichem Wege auch nicht ausgeschlossen seien, so erscheine doch der gegenwärtige Zeitpunkt dazu nicht geeignet; die Regierung werde also dem Kaiser keine grundsätzliche Änderung wie die Königskrönung vorschlagen. Das geschehe auch aus Rücksicht für die Deutschen in Böhmen. — Loyaler konnte man nicht vorgehen.

Man warf der Politik des Grafen Taaffe das „Fortwursteln und Durchfretten" vor, was aber doch nichts anderes war, als die politische Weisheit, das Reifwerden aller Verhältnisse abzuwarten, es nicht durch Operationen mit Blut und Eisen zu verderben; es war das Vertrauen in die organische Entwicklung des organischen österreichischen Staatsgedankens, mag es nun bewußt oder unbewußt gewaltet haben.

Ungarn. In Ungarn erregte das neue Wehrgesetz die Gemüter wegen der Bestimmung, daß die Offiziersprüfung in deutscher Sprache abgelegt werden solle. Tisza verteidigte dies der Opposition gegenüber. Nachdem die Armeesprache die deutsche geworden, sei es notwendig, daß die Offiziere in Wort und Schrift ihrer mächtig seien. Davon sei im Krieg das Leben Tausender abhängig. Der Landesverteidigungsminister Fejervary trat auch dafür ein. Der Unterrichtsminister Csary wies darauf hin, daß 1883 die deutsche Sprache in den Mittelschulen zum obligatorischen Unterrichtsgegenstande geworden sei. Die Gesetzgebung hat damit anerkannt, daß es für jeden Gebildeten unbedingt notwendig sei, außer der vaterländischen Sprache noch eine fremde lebende zu kennen. Abgesehen

vom staatsrechtlichen Band, das Ungarn an Österreich knüpft, stehen sich deutsche und ungarische Kultur am nächsten. Es sei nur eine gründliche Durchführung des mangelhaft befolgten Gesetzes von 1883 bezweckt. Der Dichter Jokay sagte im Reichstag, 22. Januar, daß jeder Ungar Jokay. deutsch lernen solle, es müsse aber gestattet sein, die Offiziersprüfung auch ungarisch abzulegen. Die Armee brauche keine Sprachmeister. Die Deutschen seien gegenwärtig die einzigen und aufrichtigen Freunde und Verbündeten Ungarns. Die Freundschaft mit Deutschland sei alten Ursprungs. Von Deutschland empfing Ungarn das Christentum, die Kultur, das Städtewesen. Der deutsche Protestantismus hat in Ungarn eine Freistätte gefunden, wie sonst nirgends in Europa. Ungarn vermag seine Politik im Osten nur mit der Hilfe und der aufrichtigen Unterstützung der deutschen Nation durchzuführen. — Graf Eugen Zichy erklärte, alle in dieser mosaikartigen Monarchie lebenden Rassen hätten ihren verwandten Stamm, nur die Ungarn nicht; daher müsse sich auf diese der Thron stützen und in sie das meiste Vertrauen setzen. — Graf Gabriel Karolyi behauptete, das Wehrgesetz sei ein Tribut für Deutschland und so weiter. Trotz der Opposition wurde das Wehrgesetz am 29. Januar mit 267 gegen 141 Stimmen angenommen. Weil man aber das Rekrutenkontingent nur für zehn Jahre bewilligen wollte, mußte das Gesetz an den österreichischen Reichsrat zurückgehen.

Der ungarische Unterrichtsminister erließ eine Verordnung über den intensiveren Unterricht in der deutschen Sprache auf den Gymnasien und Realschulen. Bisher galt es fast als rühmlich, die deutsche Sprache zu vernachlässigen; nun wies man aber darauf hin, daß die Kenntnis des Deutschen auch im Kampf ums Dasein konkurrenzfähig mache. Das Beispiel der Ungarn wirkte sofort vorbildlich auf Polen und Tschechen. In der Folge sprachen sich auch die Oppositionsparteien entschieden für die deutsche wie italienische Allianz aus. Andrassy bekämpfte am 5. April im Oberhaus entschieden den Gedanken einer selbständigen ungarischen Armee und trat für die Einheit des österreichisch-ungarischen Heeres ein, da in ihr das vitale Interesse der Monarchie läge. Deutschland würde unsere geteilte Heereskraft nicht gleichwertig finden, ebenso wie wir, die wir auf die vereinigte Heereskraft Deutschlands zählen, nicht zufrieden wären, wenn wir erführen, daß an Stelle der einheitlichen deutschen Armee ein bayrisches, ein sächsisches, ein württembergisches Heer getreten seien. Als Szechenyi, der Sohn des „großen Ungars", sich im entgegengesetzten Sinn äußerte, erinnerte Andrassy daran, daß sein Vater nur dadurch groß gewesen, daß er auch Popularität und Leben in die Schanze schlug, um den nationalen Chauvinismus zu bekämpfen; wie jeder große Mann habe auch Stefan Szechenyi die Phrase gehaßt; dies Beispiel möge sein Sohn befolgen. Als auch der protestantische „Sachsenbischof" Teutsch für das Wehrgesetz eintrat, bediente er sich zum erstenmal öffentlich der ungarischen Sprache.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus entgleiste der Antisemit Türk Türk. mit der Erklärung (10. April), das österreichische Bündnis sei für Deutsch-

land wertlos; Gott möge Deutschland davor behüten, auf Österreichs Hilfe angewiesen zu sein, es würde nur schwache Hilfe bekommen. Alle Parteien, auch seine eigene, wiesen diese rhetorische Figur entschieden zurück. In der Folge trennten sich die „Österreichischen Antisemiten" von Schönerers „Deutschnationalen". Keine Phrase war es, daß der tschechisch-akademische Leseverein gegen den Bund mit Deutschland damit demonstrierte, daß er eine Deputation zur Pariser Sorbonnefeier entsandte mit einer Adresse, in der es hieß: „Wir lieben, wir vergöttern Frankreich, wir blicken zu diesem Lande mit Begeisterung und heiliger Ehrfurcht hin." Dafür wurde der seit 1848 bestehende Verein aufgelöst. Die tschechische Studentenschaft fuhr aber fort, die Pariser Studenten „bis zum letzten Atemzuge zu ehren, zu vergöttern, welche berechtigten Gefühle niemand durch Drohung, Unterdrückung, auch nicht durch Fesseln unserem Herzen zu entreißen vermag".

Eine jungtschechische Versammlung zu Raudnitz 29. September sprach das Bedauern aus, daß nicht statt des Bündnisses mit dem Deutschen Reich eines mit Rußland bestehe, das den Bedürfnissen des Reiches und den Wünschen der Völker besser entspräche.

Die Ungarn setzten es wenigstens durch, daß die Armee künftig die Benennung „kaiserlich und königlich" zu führen habe, wie ein kaiserliches Handschreiben vom 17. Oktober an den gemeinsamen Minister des Aus-
Kalnoky. wärtigen, Grafen Kalnoky, besagte. Kalnoky verhandelte noch mit Bismarck in Friedrichsruh 2. und 3. November. Kalnokys Besuch in Friedrichsruh galt der Aussprache nach dem Besuch des Zaren in Berlin und, wie das offiziöse „Fremdenblatt" schrieb, besonders dem Umstand, daß sich der Zar nunmehr von der Friedensliebe der verbündeten Mächte überzeugt habe.

Ein merkwürdiges Symptom war es, daß Erzherzog Johann Salvator, der Freund des Kronprinzen Rudolf, auf seine Rechte als Mitglied des kaiserlichen Hauses und auf seine Militärcharge verzichtete und den
Johann Orth. bürgerlichen Namen Johann Orth annahm (16. Okt.). Man sah darin einen Nachklang der Kronprinzenkatastrophe. Erzherzog „Johann Orth" war auch als Thronkandidat für Bulgarien in Betracht gekommen, er schlug aber seinen Freund Ferdinand von Koburg vor. Er wollte sich nun als Rheder und Schiffskapitän eine unabhängige Lebensstellung begründen.

Was die sonstigen internationalen Beziehungen betrifft, so konnte Kaiser Franz Josef den Delegationen gegenüber am 22. Juni auf eine friedliche Entwicklung hinweisen „trotz der allerorts fortgesetzten Steigerung der Kriegsmacht, welche auch uns zwingt, in der Vervollkommnung unserer Wehrfähigkeit nicht innezuhalten. Der bedauerliche Ent-
Milan. schluß des Königs Milan von Serbien, dem Throne zu entsagen, hat während der Minorennität des Königs Alexander die Macht in die Hände einer Regentschaft gelegt, von welcher mir in förmlichster Weise die Versicherung gegeben wurde, die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn fortzusetzen und pflegen zu wollen ... In Bulgarien herrscht Ordnung, Ruhe und es ist erfreulich, die stetigen Fortschritte zu konstatieren, welche dieses Land trotz seiner schwierigen Lage macht." Das war sehr freundlich für die Regierung, die den Russen keine Freude war.

Sehr richtig war Kalnokys Bemerkung in der österreichischen Delegation, 24. Juni, die heutige journalistische Berichterstattung sei so ausgedehnt und häufig auf so vollkommene authentische Quellen gestützt, daß niemand von ihm besondere Enthüllungen unbekannter Tatsachen erwarten könne. Die Bedeutung der Ereignisse in Rumänien werde übertrieben, weil die heutige rumänische Regierung eine leidenschaftliche Haltung gegen Österreich einnahm, solange sie in der Opposition war; aber Rumänien sei zu klug, seine erlangte Unabhängigkeit leicht und grundlos aufzugeben. Österreich-Ungarn müsse die Ruhe einer Großmacht bewahren sowohl Rumänien wie Serbien gegenüber und seine günstige Stellung behaupten. Das Verhältnis zum Deutschen Reich sei über jeden Zweifel erhaben. Mit Italien fehlen wohl die langjährigen historischen Verbindungen wie mit Deutschland; mit der Zeit werde auch die feindselige Hetze in Italien an Einfluß verlieren. In der Vertretung der uneigennützigen Politik im Orient werde Österreich nicht ohne die Unterstützung gleichgesinnter Mächte bleiben. Im weiteren sagte Kalnoky, die Vereinigung aller Serben bilde ein ideales Programm; man solle nicht vergessen, daß bei den Wahlkämpfen einer den andern durch phantasievolle Programme überbieten möchte. Admiral Sterneck bemerkte, daß nach Regulierung des Eisernen Tores die Erbauung einer Donauflottille unvermeidlich sei; die Donaumonitore hätten bereits bei der Okkupation Bosniens beste Dienste geleistet. Kalnoky.

Ein offiziöser Artikel des Wiener Fremdenblatts erörterte am 2. Oktober die staatsrechtlichen Verhältnisse Bulgariens. Es sei an der Pforte, die Entwirrung der Lage zu erstreben. Wenn einmal die Türkei der Gedeihlichkeit der bulgarischen Verhältnisse und der Fürstenwürde des Prinzen Ferdinand ihre Anerkennung nicht versage, so werde das Vollgewicht dieser Tatsachen auch die Entschließungen der andern Mächte entscheidend beeinflussen. Bulgarien.

Bei der Kaiserbegegnung in Innsbruck war auch von Kaiserin Elisabeth die Rede, die Kaiser Wilhelm am 8. November in Korfu besucht hatte.

In Salzburg fanden unter päpstlicher Anregung Beratungen statt über die Reform der Benediktinerklöster. Man beschloß eine schärfere Observanz mit strengerer Klausur, Chorgebet, Abschaffung des Taschengeldes u. s. w., doch sollten in Österreich auch Klöster mit leichterer Observanz erlaubt sein. Die strengste Observanz würden die Beuroner Benediktiner bilden.

Die liberalen Blätter Wiens klagten auch über die Ausbreitung des Klosterwesens.

Fürsterzbischof Kardinal Ganglbauer empfahl den Studenten den Beitritt zur katholischen Studentenverbindung „Austria“ in Wien.

Das alte Passionsspiel zu Brixlegg erhielt im Wetteifer mit Oberammergau nun auch höheren theatralischen Glanz. Kunst.

Nach vierzehnjähriger Arbeit wurde zu Bozen das Denkmal Walthers von der Vogelweide nach Heinrich Natters Entwurf aufgestellt. Ich habe die Arbeit meines Freundes vom Anfang bis zum Schluß entstehen sehen und habe auch hie und da dem Künstler zu Diensten sein können.

Ludwig Anzengruber starb 50jährig zu Wien, abgesehen von einigen tendenziösen Entgleisungen ein wahrer Volksdichter, „ein Naturalist, der über die Grenzlinie der echten Kunst nicht hinausging und der das Schlimme und Niedrige nur schilderte, weil ihm das Rätsel des Lebens schwer auf der Seele lag".

Über der Redaktion des Kronprinzenwerkes starb Jos. v. Weilen, auch bekannt als Dramatiker und als Dichter von geschmackvollen Festprologen. Ich habe den braven Mann seit Jahren gut gekannt. Als er hörte, daß ich dichtete, sagte er mir, es sei dabei nur das gefährlich, daß man eines Tages aufwachen könnte und merken, daß man kein Dichter mehr sei. Fast zur selben Zeit starb Hamerling, als Dichter und Denker immer den allerhöchsten Zielen zugewandt, voll Idealismus, voll Romantik im besten Sinn.

Adam Traberts „Deutsche Gedichte aus Österreich" trafen in ihren Ideen mit den Zielen der „Vereinigten Christen" zusammen. Der erste Band der deutschen Gedichte aus Österreich, „Schwertlieder eines Friedsamen" waren 1888 erschienen, wie die „Allgemeine Zeitung" (17. Juli, Beilage) sagt: „Gefühlsäußerungen eines Großdeutschen, den die Unzufriedenheit mit der Neugestaltung deutscher Dinge nach der alten Ostmark geführt hatte. Im zweiten Band von 1889 ‚Ein Menschenleben' lebt eine so ursprüngliche Frische des Welt- und Lebensgefühls, daß sich dem Leser die Empfindung aufdrängt, so müßte man sein, so zu sein sich wünschen, so jeder schönen Regung offen, so jung an Herzen und Gemüt; es ist als spräche der dichterische Gehalt geistiger Gesundheit, die Poesie eines kernhaften Wesens sich ohne das spezifische Organ, die eigentliche Dichtergabe in fröhlicher Unmittelbarkeit, in der glücklichen Unbefangenheit des Naturlautes aus." Die innere Wandlung gibt sich in der Schlußstrophe des Vorwortes kund: „Zürnt nicht meinem Büchlein, Freunde, und an Testamentes statt nehmt's von ihm, der Gott verneinte und ihn spät gefunden hat." Der Dichter und christlichsoziale Politiker war mir jahrelang, bis an seinen späten Tod, im „Gralbund" vereint, und war mir die Verkörperung echter Poesie im Gegensatz zum Artistentum. Über einen anderen Dichter dieses späteren „Gralbunds", Karl Domanig und seinen „Abt von Fiecht" berichtet auch die „Allgemeine Zeitung" dieses Jahres.

In Wien bildete sich die Grillparzergesellschaft.

Ganz einsam, aber hervorragend stand der in Wien verstorbene Maler Anton Romako da.

Als die ungarischen Gelehrten Hunfalvy und Henszlmann starben, machte man darauf aufmerksam, daß auch der erste von deutschen Eltern stammte, aber seinen deutschen Namen magyarisiert hatte. Derlei ist fast immer als beabsichtigte Fälschung zu betrachten und zu verurteilen.

Prinz Alexander von Battenberg, der ehemalige Fürst von Bulgarien, zog sich ganz ins Privatleben zurück, nahm den Namen eines Grafen von Hartenau an, heiratete die in Preßburg geborene Opernsängerin Johanna Loisinger und setzte sich in Graz fest.

Die Verhältnisse Bulgariens hatten sich schon so ziemlich eingelebt. Aus Anlaß des Neujahrsfestes wurden zwischen dem Prinzen Ferdinand, dem König von Serbien und dem Fürsten von Montenegro telegraphische Glückwünsche ausgetauscht. Prinz Ferdinand gab auch im Juni seiner Freude über Kaiser Franz Josefs anerkennende Worte warmen Ausdruck. Da die Türkei gar nichts für das Land tat, so mehrten sich die Stimmen für Bulgariens völlige Unabhängigkeit. Es hieß, der Sultan sollte doch einmal anerkennen, daß Bulgarien auf der ganzen Balkanhalbinsel sein einziger Freund und Bundesgenosse ist. Tut er dies nicht, so wird sich das Fürstentum selbst die Lage schaffen, die ihm gebührt. Freilich wurde der gute Wille des Sultans immer wieder durch Intrigen des russischen Botschafters Nelidow zunichte gemacht. Fürst Ferdinand konnte im Oktober eine längere Reise durch das westliche Europa unternehmen, ohne für seinen Thron fürchten zu müssen. Österreich gewährte dem Fürstentum eine Anleihe und Gewehrlieferungen, mochte sich auch Rußland darüber ärgern. Bulgarien.

Der überraschende Entschluß des Königs Milan von Serbien, zugunsten seines kleinen Söhnleins abzudanken und die Regierung einer Regentschaft zu übergeben, war für die Entwicklung des Landes sehr störend. Die erste Pflicht und Tugend des Herrschers, wofür man ihm alle Fehler verzeihen kann, ist: zu herrschen und die Herrschaft nicht hinzuwerfen. Milan behielt sich, als er die Abdankungsurkunde am 6. März im Thronsaal verlas, das Recht vor, dem neuen König Ratschläge zu geben: er solle seine Ratgeber aus dem Kern des Volkes wählen. Dann leistete Milan, kniend, die Hand aufs Kruzifix gelegt, als erster serbischer Untertan und als erster General der serbischen Armee, dem neuen König den Eid. Milan hatte diesen Schritt gegen das dringende Abraten der beiden verbündeten Kaiser Wilhelm und Franz Josef durchgeführt. Besonders Österreich verlor an ihm einen ergebenen Freund. Milan meinte zwar in einer Unterredung mit einem Publizisten, für Österreich sei der neue Zustand vorteilhafter: „Ich war mit dem Herzen für Österreich, die andern werden es mit dem Kopfe sein. Genau wie ich werden alle handeln müssen, die es mit Serbien ehrlich meinen. Österreich ist uns zu nahe, und unsere Interessen berühren sich zu sehr; auch Ristitsch wird sich an Österreich anlehnen müssen. Ich will kein König sein, der bloß Aktenstücke unterschreibt und die Puppe seiner Minister ist. Ein Monarch in modernkonstitutionellem Sinn auf dem Balkan ist jetzt noch ein Unding. Aber dieser Meinung war das Land nicht, und alle Parteien waren darin einig, das Gegenteil von dem zu fordern, was ich als notwendiges Attribut der königlichen Macht ansah. Ich kämpfte trotzdem gegen alle, schließlich er- Serbien.

mattete ich. Das Vorbild Spaniens stand vor mir: gegen ein Kind kämpft man nicht."

Ristitsch als Leiter des vom König eingesetzten Regentschaftskomitees verpflichtete sich, solange der junge Alexander minderjährig war, der Königin Natalie den bleibenden Aufenthalt in Serbien nicht zu gestatten. Im Rundschreiben der neuen Regentschaft an Österreich wurde der besondere Passus eingeschoben, man werde sich glücklich schätzen, die freundschaftlichen Beziehungen und das Wohlwollen des Monarchen zu erhalten. Im Schreiben an Rußland wurden die traditionellen Gefühle des Landes und seiner Bevölkerung gegen die russische Regierung betont. Über die Aufnahme des Schreibens sagte Minister Gruitsch, der Zar hat uns empfohlen, gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu pflegen, folgerichtig also die besten zu Österreich. Aber das kleine Serbien werde auch nicht so wahnsinnig sein, Rußland zu provozieren. König Milan reiste darauf nach Konstantinopel ab.

Serbien feierte im Juni die Erinnerung an die vor 500 Jahren erfolgte Schlacht auf dem Amselfeld (Kossowo). Darüber schrieb der Ministerpräsident Gruitsch: 500 Jahre sind verstrichen, seit die serbische Zarenkrone in serbischem Blute untertauchte, eine Erinnerung an die einstige nationale Größe und an die glänzenden Tugenden der Helden von Kossowo, die den nationalen Geist inmitten furchtbarer Kämpfe wach erhalten hat. Nur dadurch ist die Unabhängigkeit Serbiens ermöglicht und dem nationalen Bewußtsein des Serbentums zum Sieg verholfen worden. Deshalb sollen im ganzen Land Gedenkfeiern für den Zar Lazar und seine Helden abgehalten werden, ein Denkmal soll sich in Krusewatz erheben, eine Gedenkschrift soll alle auf die Schlacht bezüglichen Lieder für das Volk sammeln; der junge König Alexander soll in Kraljewo gesalbt werden. — Allerdings bilden die schönen epischen Volkslieder der Serben einen herrlichen nationalen Schatz, er verleitete aber zur Überschätzung der politischen Bedeutung des serbischen Volkes und Staatswesens, das immer viel weniger stabil war als das bulgarische. Es ist auch bezeichnend, daß die Schlacht von Kossowo durch serbischen Verrat so unglücklich ausging.

Die Versuche der Königin Natalie, die Anordnungen der Regentschaft zu durchbrechen und sich mit ihrem Söhnlein in Verbindung zu setzen, gaben der neuen Regierung bereits ein übles Ansehen. Trotz aller Versicherungen neigte sich Serbien sichtlich von Österreich ab und Rußland zu. Das ging auch aus dem gegen Rußland so sehr unterwürfigen Ton der Adresse hervor, die die Skupschtina im Oktober erließ.

Rumänien. Rumänien wurde von russischen Spionen und Agenten durchzogen, welche Bildnisse des Zar-Befreiers, der Zarenfamilie, des Generals Skobeleff vertrieben und dabei die Größe und Macht Rußlands, die Verdienste seiner Herrscher um den orthodoxen Glauben hervorhoben. Die Regierung schritt wohl dagegen ein. Eine Anzahl von oppositionellen Deputierten mit französisch-russischer Vorliebe beantragte eine Anklage gegen das Ministerium Bratianu, weil es unter anderm schuld am Verlust Beßarabiens sei. Aber Beßarabien hatte man ja an Rußland ausliefern müssen. Es kam allerdings zu einem Wechsel des Ministeriums. Da der

König ohne Sohn war, so wurde die Nachfolge auf seinen Bruder Ferdinand übertragen, der den Titel „Prinz von Rumänien" erhielt. Es ist der Vater des unseligen Fürsten, der im Weltkrieg zum Vertragsbruch gegen die Mittelmächte gedrängt wurde. Die Verhältnisse sind sich fast gleich geblieben; schon damals hat Carp als Minister des Auswärtigen die russische Propaganda bekämpft. — Die königliche Dichterin Carmen Sylva entfaltete eine rege poetische Tätigkeit. Es erschienen 150 Handwerkerlieder, betont von August Bungert.

Die Türkei hatte zumeist mit den Unruhen auf Kreta zu tun.

Rußland. Rußlands Unfreundlichkeit ging aus der Tatsache hervor, daß in diesem Jahr zum ersten Mal der Geburtstag des Kaisers Franz Josef nicht offiziell gefeiert wurde. Dagegen war das Einverständnis mit Frankreich bereits so weit gediehen, daß man von einem Vertrag nach dem Vorbild des österreichisch-deutschen sprach. Dem wurde allerdings offiziös widersprochen. Die despotische Russifizierung äußerte sich in der Maßregelung evangelischer Geistlicher, in Sprachenerlässen gegen die Ostseeprovinzen, Umtaufen aller deutschen Ortsnamen in russische, Maßregeln gegen die Juden, besonders die jüdischen Advokaten, Einführung des russischen Rechts in den Ostseeprovinzen statt des bisher geltenden, Vergewaltigung der Dorpater Universität, Auflösung der Herzjesuvereine und sonstiger katholischer Kirchenbruderschaften, Schließung von zwanzig katholischen Kirchen in Wolhynien. Die panrussische „Nowoje Wremja" fand all das nicht scharf genug: „Es fehlt nur noch, daß die Bürger in den Straßen Rigas oder Dorpats Barrikaden bauen! Treiben wir unsere Delikatesse nicht zu weit! Wenn die Widerspenstigen sich überzeugen, daß man mit ihnen nicht spaßt, so werden ihre Späßchen sofort aufhören."

Nachdem seit mehr als zwei Jahrhunderten russische Großfürsten nur Protestantinnen geheiratet hatten, kam nun wieder eine von Geburt an orthodoxe Braut, Prinzessin Milizza von Montenegro, in die Zarenfamilie als Erwählte des Großfürsten Peter Nikolajewitsch. Zugleich verlobte sich ihre Schwester Anastasia mit dem Herzog Georg von Leuchtenberg, der auch zur russischen Kaiserfamilie gehörte. Als der Fürst von Montenegro bei dieser Gelegenheit am Zarenhof erschien, trank der Zar „auf das Wohl des einzigen aufrichtigen und treuen Freundes Rußlands". Das war allerdings ein bescheidener Gewinn. Dagegen erhielt der Schah von Persien bei seinem Besuch eine ernste Verwarnung; vor seiner Verabschiedung warnte ihn der Zar, sich jetzt bei seinem Besuch in England nicht abermals zu Zugeständnissen bewegen zu lassen, die Rußland ungünstig seien; er möge bedenken, daß an seiner Grenze 100.000 russische Bajonette sich befänden. Der Schah antwortete nicht. Er war in dieser Beziehung von gebildeteren Formen.

Ein neues Ansiedlungsgesetz sollte Bauern und Kleinbürgern die freien Domänenländereien zur Verfügung stellen. Sie sollten aus Pächtern allmählich Eigentümer werden.

Der „freie Kosak" Aschinow wollte am Golf von Aden eine russische Kolonie gründen, geriet aber in Differenzen mit der französischen Regierung.

Eine Denkschrift des Generals Obrutschew, Chefs des russischen Generalstabs, rechnete damit, daß demnächst, etwa in den nächsten zwei Jahren, die Verhältnisse sich zum Kriege gestalten würden. Das Wohl der Völker bestehe nicht nur in der Ansammlung von Reichtümern, sondern sei auch bedingt durch sichere Machtstellung, besonders militärischer Art. So dachten Peter der Große, Alexander I. und Nikolaus. Hätten sie sich vor einem Defizit gescheut, so wäre Rußland ein vom Meer getrenntes Großfürstentum geblieben. Obrutschew forderte schließlich die nötigen Summen zum Ausbau der Bahnen. Der Zar soll diese Ansichten genehmigt haben. Ganz im Gegensatz dazu stellte sich der Finanzminister Wischnegradski auf den Standpunkt des notwendigen Haushaltens. Auch dessen Denkschrift billigte der Zar, entschied sich aber doch für die erste Ansicht.

In Rußland beging man die Halbjahrhundertfeier der Vernichtung der griechisch-unierten Kirche in Litauen und Weißruthenien (1839).

Der erste Orient-Expreßzug ging im Juni von Berlin über Pest nach Konstantinopel ab.

Graf Leo Tolstoi sagte in seinem Buch „Über das Leben": „Das wahre Leben des Menschen vollzieht sich außerhalb des Raumes und der Zeit. In diesem Dasein muß er von neuem geboren werden, in der Liebe, nach dem Johannesevangelium."

In Petersburg wurde nun auch Wagners „Nibelungenring" gegeben.

Eine internationale Landplage wurde die seit langem ungewohnte „Influenza", die von Rußland her einbrach und die man als Vorbote ärgerer Epidemien fürchtete.

Fürst Nikola von Montenegro, der gekrönte Dichter, ließ in Cettinje wieder ein Drama „Die Balkanzarin" zur Aufführung gelangen, selbstverständlich mit großem Erfolg.

Frankreich.

Die Wahlen in Frankreich brachten der Sache Boulangers einen großen Sieg. Darüber erschrak die Regierung der Republik. Aber Präsident Carnot beruhigte die Minister mit einem Wort von Thiers: „Ernst muß man die Dinge immer nehmen, tragisch nie!" Allerdings erfolgte der Sturz des Ministeriums Floquet und die Auflösung der Kammer. Boulanger erließ ein Manifest. Das neue Ministerium Tirard (seit 21. Febr.) setzte sich die Bekämpfung des Boulangismus zum Ziel. Die Patriotenliga wurde aufgelöst, weil sie durch ihre Handlungen den Staat einer Kriegserklärung aussetze. Boulanger erklärte aber, daß er alle Franzosen nur zu einem Werke des Friedens einlade, indem er sie auffordere, innerhalb der Republik eine Regierung zu gründen, in welcher die Ehre und Rechtschaffenheit die Grundpfeiler sein würden. Seine Mission bestehe darin, dem durch den Parlamentarismus so tief zerrissenen Vaterlande das Vertrauen, den Wohlstand und die Eintracht wieder zu geben. Darin werde er auch die Zustimmung aller anständigen Leute in allen Ländern finden. Die verfolgten Anhänger der Patriotenliga beschuldigten

Boulanger.

die Regierung, eine Verräterin der Freiheit zu sein und eine parlamentarische Diktatur zu schaffen, welche von allen Diktaturen die verhaßteste sei. Der Parlamentarismus sei allerdings verloren gewesen, aber er hätte in Ehren fallen können. Nach den letzten Vorgängen müsse ihn die Nation mit Ekel von sich weisen.

In einer Programmrede in Tours, 17. März, erklärte Boulanger, er wolle die Republik bewahren, aber nicht die parlamentarische. Die Monarchisten sollten sich ihm anschließen, weil die Herstellung der Monarchie das Land zu sehr erschüttern würde. Er versprach in seiner Republik alle Freiheiten, vor allem die des Gewissens, also die katholische Kirche zu achten. Bereits verglich man Boulanger mit Washington und wünschte eine Republik nach amerikanischem Vorbild.

Im April wurde der Prozeß gegen die Patriotenliga verhandelt. Man warf ihr vor, sie habe sich in eine geheime Gesellschaft umgewandelt, die zu politischen Wirren führe, sie sei ein boulangistischer Wahlverein geworden. Da aber die Anklagepunkte sehr schwach waren, erfolgten nur Verurteilungen zu Geldbußen. Immerhin verlautete unter den Boulangisten, daß die „Bande", die jetzt die Gewalt in den Händen habe, entschlossen sei, Boulanger vor einen Ausnahmegerichtshof zu stellen und ihn nicht lebend wieder aus den Händen zu lassen. Dem entzog sich Boulanger dadurch, daß er auf dringenden Rat seiner Freunde am 3. April Frankreich heimlich verließ und sich nach Brüssel begab. Das wurde der Öffentlichkeit durch Kundgebungen Boulangers und seiner Anhänger angezeigt. Sie versprachen, den Kampf für die Revision und die nationale Republik fortzusetzen. Boulanger erklärte: „Ich werde in diesem Lande der Freiheit abwarten, bis die allgemeinen Wahlen endlich eine Republik hergestellt haben werden, in der man wohnen kann und die ehrlich und frei ist." In der Tat genehmigte bereits am 4. April die Kammer die Verfolgung und Anklage Boulangers mit 355 gegen 203 Stimmen.

Dagegen las bei einem großen Bankett der Boulangisten in Belleville, 6. April, Naquet eine Rede Boulangers vor, in welcher dieser erklärte, alles tun zu wollen, um die durch die Parlamentarier kompromittierte Republik zu befestigen, Frankreich von den Ausbeutern zu befreien und eine Regierung des arbeitenden Volkes herzustellen. Er wolle eine Republik der ehrlichen Leute.

Die französische Regierung ließ ihrem Gegner auch in Belgien keine Ruhe; sie übte einen solchen Druck auf das kleine Land aus, daß man Boulanger bedeuten mußte, er möge freiwillig das Land verlassen. So fuhr er denn am 25. April nach England. Indes hatte man in Paris seine Wohnung durchsucht und eine Menge Papiere beschlagnahmt. Auf die Anklageschrift antworteten Boulanger, Dillon und Rochefort durch ein Manifest, 21. Juli: „Die Tatsachen selbst haben unsere Verteidigung über-

nommen. Das Parlamentsgericht und die Regierung haben versucht, ehrenhaften Offizieren unserer Armee lügenhafte Anklagen ihres ehemaligen Chefs zu entreißen. Die Verführer von Zeugen haben sich an rückfällige Verbrecher gewandt. Diese Zeugenaussagen werden mit dem Geld der Steuerzahler bezahlt. Der öffentliche Abscheu verurteilt diese Übeltäter. Euch, Mitbürger, laden wir zu Richtern zwischen uns und diesen Dieben ein." Der Senat als bestelltes Ausnahmegericht lud die drei Angeklagten in förmlicher Weise vor, indem ein Gerichtsvollstrecker in Begleitung eines Trompeters vor dem Hause jedes der drei erschien; der Trompeter schmetterte zweimal, der Vollstrecker verlas die Vorladung und klebte sie dann an die Hausmauer, alles unter lebhafter Heiterkeit der versammelten Zuschauer. Boulanger appellierte durch ein neues Manifest vom 6. August an das französische Volk als seinen einzigen Richter, da er weder die Kompetenz noch die Unparteilichkeit des Parlamentsgerichts anerkenne. Er setzte auseinander, wie er als Kriegsminister der fremden Spionage entgegenarbeiten mußte, was ihm nun als Verbrechen ausgelegt werde. Am 13. August erklärte das Urteil des Ausnahmegerichtshofs Boulanger und seine Genossen für schuldig des Komplotts und des Attentats, sowie der Veruntreuung und der Unterschlagung öffentlicher Gelder. Alle drei, Boulanger, Dillon und Rochefort wurden zur Deportation nach einem befestigten Ort verurteilt. Vor der Abstimmung erklärte die Rechte des Parlaments durch ein Schreiben, nicht mehr an den Sitzungen dieses Gerichtes teilzunehmen.

Die Verurteilten erließen am 17. August ein Manifest „an die ehrlichen Leute. Die Hinrichtung, welche sich die Gegner der nationalen republikanischen Partei geleistet haben, ist das Ergebnis eines Paktes zwischen der Mehrheit der Kammer und der des Senats, den das Land schon lange verurteilt hat. Jene sagten zum Senat: Befreit uns von den Männern, die uns in unseren Wahlkreisen gefährden, dann lassen wir euch leben! Das allgemeine Stimmrecht liegt auf dem Bauche vor dem beschränkten. Das ist das Ergebnis der ungeheuerlichen Missetat, die man wider uns begangen hat. Wir appellieren aber von der Lüge an die Wahrheit, von der Willkürherrschaft des Schmutzes an die Republik der Ehrbarkeit." Auch eine Anzahl von Offizieren, die in die boulangistische Bewegung verwickelt waren, wurde gemaßregelt. Der Graf von Paris hielt es in diesen Wirren an der Zeit, die Monarchie zu empfehlen: die Republikaner sind bestrebt, Frankreich in die Republik einzukerkern. Diese Knechtschaft müsse beseitigt, der religiöse Friede wieder hergestellt werden.

Bei den Neuwahlen wurde Boulanger dennoch wieder in die Kammer gewählt, aber die Regierung erklärte seine Wahl für ungültig und anerkannte den mit weniger Stimmen Gewählten als Deputierten. Das nannte Boulanger einen Spitzbubenstreich gegen die Rechte der Wähler; denn die Bestätigung der Wahlen stehe nur der Kammer zu. „Ihr sollt (schrieb er) fortfahren, Steuern zu zahlen, um einen Vertreter zu haben, und habt doch

keinen! Ihr sollt alle Lasten tragen, aber eure Rechte werden euch entzogen!" Um Frankreich näher zu sein, siedelte Boulanger im Oktober auf die zu England gehörige, aber eigentlich französische Kanalinsel Jersey über. Er lud am 8. November alle seine in die Kammer gewählten Anhänger, 51 an der Zahl, zu einer Konferenz; 31 davon kamen. Daraus ging aber nicht mehr hervor als Unruhen vor der Kammer bei deren Eröffnung am 12. November; dabei wurden 148 Verhaftungen vorgenommen. Der Alterspräsident aber konstatierte, daß die Republik zum fünftenmal über den Angriff ihrer verbündeten Feinde triumphiert habe. Und Minister Tirard erklärte: „Wir haben durch einfache Anwendung des Gesetzes alle faktiösen Versuche vereitelt." Als Boulangers Anhänger in der Kammer die Amnestie für ihn und seine Mitverurteilten forderten, erwiderte (17. Dez.) der Justizminister Thevenet, die Regierung könne für den Versuch, das ganze Land aufzuwiegeln, keine Amnestie gewähren.

Boulanger hatte in einem Schreiben an Tirard erklärt, sich nur einem Kriegsgericht zu stellen.

Weltausstellung.

Ein Hauptgrund der Regierung, so energisch vorzugehen, war die Sorge um ungestörten Verlauf der Weltausstellung in Paris. Diese litt allerdings schon dadurch, daß sie als Jahrhundertfeier der großen Revolution mit allen ihren Schrecken und Greueln gelten sollte, ein Umstand, der die meisten monarchischen Staaten davon abhielt. Schon am 28. März kam es in der Kammer zu einer bewegten Debatte über den Antrag, ein Denkmal zur Erinnerung an die Revolution zu setzen. Viele waren dagegen, da jenes Ereignis zu traurige oder gemischte Erinnerungen wachrufe und die großen Kosten nicht wert sei; endlich setzte die Linke ihren Willen durch, nur sollten die Kosten zwei Millionen nicht übersteigen. Die fremden diplomatischen Vertreter der europäischen Großmächte in Paris beschlossen, sich von allen Feierlichkeiten bei Gelegenheit der Ausstellung fernzuhalten — selbst der russische Botschafter. Am 5. Mai beging man in Versailles die Erinnerungsfeier des Zusammentretens der französischen Generalstaaten. Dort wurde eine marmorne Gedenktafel enthüllt. Carnot begrüßte als erster Beamter des Staates in diesem alten aus der Monarchie herrührenden Schloß die Vertreter der französischen Nation, die sich im Besitze ihrer selbst befinde, die Herrin ihrer Geschicke sei und im Glanz ihrer Stärke und Freiheit strahle. Er feierte die Ausdauer, mit welcher die Vorfahren ihre Aufgabe gelöst, im riesenhaften Kampf gegen die alte Welt. Die Revolution habe eine neue Ära in der Geschichte eröffnet, die moderne Gesellschaft gegründet; nach soviel Erschütterungen und grausamen Prüfungen habe die Gründung der dritten Republik das Werk vollendet. Frankreich wird für immer seinen Rang in der Avantgarde der Nationen haben. Der Bischof von Versailles setzte hinzu, auch die Geistlichkeit habe im Jahre 1789 das Verlangen nach Reformen geteilt und an der Bewegung teilgenommen, deren Opfer sie

dann wurde; aber trotz der Verfolgung habe sie nie aufgehört, Beweise von ihrer patriotischen Aufopferung, wie von ihrer Beharrlichkeit im Glauben abzulegen. Die gegenwärtige Geistlichkeit bekenne sich zu denselben edlen Gesinnungen. Am Tage darauf wurde in Paris die Weltausstellung eröffnet. Dabei sagte Carnot: „Das ist die Bedeutung dieser großartigen Feste der Arbeit, daß die Völker einander näher kommen, sich verstehen lernen und daß sie Gefühle der Achtung und Sympathie erzeugen, denen auch niemals eine günstige Wirkung auf die Geschicke der Welt zu fehlen pflegt, indem sie die Zeit immer näher bringen, wo die Einkünfte der Völker aus dem Ertrage ihrer Arbeit nur noch Werken des Friedens gewidmet sein werden." — Ein Rundschreiben des Ministers des Innern an die Präfekten stellte die amtliche Auffassung dieser Dinge fest; darin hieß es: „Die Jahreszahl 1789 erinnert an die Abschaffung des Privatfeudalregiments, das mit seinen Mißbräuchen, Ungerechtigkeiten und Leiden das politische Feudalregiment überlebt hatte; an die Einteilung der Provinzen in Departements und die Herstellung eines neuen, auf der Gleichheit der Personen beruhenden und aus verschiedenen Quellen des Privatvermögens schöpfenden Steuerwesen; an die ersten Entwürfe eines ausgebildeten nationalen Unterrichtssystems; an die Abschaffung aller Ungerechtigkeiten bei Besteuerung des Grundes und Bodens, vor allem auf die Erstgeburt begründeten Vorrechte in den Familien; an die Zerteilung des Eigentums; an die Unterdrückung der Standesunterschiede; an die Befreiung der Arbeit; an die Verkündigung der Menschen- und Bürgerrechte, die heute der Grundbrief einer jeden freien Nation sind, und endlich an das französische Vaterland selbst, das aus den Trümmern der alten Staatsordnung hervorging." — Freilich ist dabei zu bemerken, daß allen hier aufgezählten Vorteilen Nachteile gegenüberstehen. Die Revolution von 1789 brach übrigens nicht aus, weil Frankreich das vorgeschrittenste, sondern weil es das rückständigste Land war. Was hier eine blutige Revolution turbulent zu erreichen suchte, das hatten Österreich und Preußen dank ihrer aufgeklärteren Herrscher bereits seit Jahrzehnten. Die Revolution brachte wohl vorübergehenden Glanz über Frankreich, sog es aber durch die Kriege aus und warf es schließlich 1814 den allzu großmütigen Fremden zur wehrlosen Beute hin. Aus der Zerstörung des alten Ständewesens entstand die soziale Frage, das Proletariat, die Herrschaft des Kapitalismus, an die Stelle des Adels trat das viel härter aussaugende Judentum. Das revolutionäre Frankreich arrogierte sich ein Verdienst, das dem schändlich geschmacklosen Eiffelturm im Vergleich mit den gotischen Domen oder der Kuppel der Peterskirche entsprach.

Graf de Mun.

Zur Jahrhundertfeier der Revolution sagte Graf de Mun, 25. Juni, in der Konferenz der französischen Katholiken: „Unsere Aufgabe wird Zeit

brauchen, denn nur die Revolutionen geschehen plötzlich, in einem Tage; wirkliche, fruchtbare Umwandlungen erfordern Zeit und Ausdauer. Die materialistische Bourgeoisie hat 1789 die Revolution zu ihrem ausschließlichen Vorteil vollbracht, das Volk aber unten gelassen. Sie hat das Volk entwaffnet für den Kampf der Arbeit, wo das Geld allein die Macht besitzt. Und da die Bourgeoisie ihre Macht nur auf die Selbstsucht gegründet, hat sie einen wirtschaftlichen Druck auf das Volk gelegt, der schwerer ist als alle sozialen Ungerechtigkeiten der früheren Jahrhunderte."

Drohend leuchteten in die versteifte Bourgeoisrepublik die sozialistischen Tendenzen des Pariser Gemeinderats hinein, der am 4. September eine Abordnung von 600 italienischen Sozialisten mit ihren Bannern empfing. Abgesehen von rhetorischen Phrasen sprachen sich die Italiener gegen den Dreibund aus: die italienische Demokratie werde niemals einen Krieg Italiens gegen Frankreich gestatten. Dagegen hielten Carnot und Tirard gelegentlich der Preisverteilung an die Aussteller, 29. September, friedfertige Reden. Aber inoffiziell äußerte sich die Kriegslust um so drohender. So sagte der französische General Breart bei einem Begrüßungsfest in Algier zu den Offizieren eines russischen Kreuzers: er hoffe, daß Russen und Franzosen am Tage des Kampfes für ihre Fahnen Seite an Seite fechten würden. Der Bürgermeister feierte zugleich die beiden „Schwesternationen", der Deputierte Letellier hoffte, daß einst Recht und Macht wieder vereinigt würden (3. Okt.). Sogar der Minister des Äußern, Spuller, ließ sich bei einem Bankett in Epineux hinreißen, „auf das Wohl des vervollständigten Frankreichs" zu trinken (12. Okt.). Die Regierung unterdrückte mit aller Mühe diese kompromittierenden Worte. — Mit Rücksicht auf die Neugestaltung des deutschen Heeres hielt man es gegen Ende des Jahres für rätlich, ein neues Armeekorps für die Ostgrenze zu errichten.

Im übrigen ist zu bemerken, daß man von den einst (1885) auf Tod und Leben erkämpften Listenwahlen wieder zu den Bezirkswahlen zurückkehrte, so daß jeder Wahlbezirk nicht eine Reihe von Kandidaten, sondern nach neuer Einteilung nur einen Deputierten zu wählen hatte. So wurde also das Seinedepartement in 42 Wahlbezirke eingeteilt mit je einem Deputierten. Ohne große Bedeutung war die Aufhebung der 1886 verfügten Ausweisung des Herzogs von Aumale, sie war nur eine Anerkennung des alten braven Soldaten. Es verstimmte aber die republikanischen Kreise, daß Prinz Louis Napoleon vom Zaren zum Oberstleutnant in einem russischen Dragonerregiment ernannt und mit Auszeichnung empfangen wurde. Die Monarchisten zählten in der Kammer etwa 160 Mitglieder, sie waren aber in fünf unvereinbare Gruppen gespalten. Am stärksten war die Fraktion der Royalisten, sie betrug gegen 80 Mitglieder.

Gegen die Priester, die in den Wahlkampf eingegriffen hatten, wurde mit strenger Maßregelung vorgegangen. Der 18. allgemeine französische Katholikentag, 14. Mai, forderte unter anderm die territoriale Unabhängigkeit des Papstes.

Mit Haiti schloß Frankreich einen Geheimvertrag ab, der mit großen Vorteilen verbunden war.

Der französische Dichter Sully-Prudhomme gestand, er habe lange gezögert, ob er sich angesichts des problematischen Eiffelturms für seinen Kultus der Anmut oder für den die Kraft bezwingenden Genius ent- Eiffel.

scheiden sollte. Heute erscheine ihm der Riesenturm als ein eisernes Wahrzeichen, das der Mensch gen Himmel richtet, um dadurch seinen unbeugsamen Entschluß zu bekunden, ihn zu erreichen und sich daselbst festzusetzen. „Dieser Gesichtspunkt versöhnt mein Auge mit dem ungeheuren Himmelsstürmer. Und wenn ich mich selbst angesichts seiner gebieterischen Höhe doch nicht ganz bekehren lasse, so finde ich einen Trost in der stolzen Freude, das französische Banner höher aufgehißt zu sehen als alle andern Banner der Welt, freilich nicht als kriegerisches Signal, sondern als Ausdruck des unüberwindlichen Aufstrebens des französischen Vaterlandes." Welche Armseligkeit! Bezeichnend war die elsässisch-lothringische Bierwirtschaft auf dem Eiffelturm.

Die Überführung der Gebeine des alten Carnot und Latour d'Auvergnes aus Magdeburg und Neuburg a. D. gab vorübergehend Anlaß zu einer Annäherung zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich. Carnot, der ehemalige Kriegsminister der Schreckenszeit, der Großvater des jetzigen Präsidenten, war in der Verbannung in Magdeburg 1823 gestorben. Latour fiel 1800.

Man feierte in Frankreich den Erfinder der Photographie Daguerre, der vor fünfzig Jahren den entscheidenden Schritt getan hatte.

Eine Pariserin richtete eine Petition an die Deputiertenkammer, worin sie die gesetzlich geschützte Freiheit der Frauen in der Wahl ihrer Bekleidung forderte. Die weibliche Kleidung sei zu unbequem, daraus ergeben sich Unfälle; es muß gestattet sein, nach Belieben Männerkleidung zu tragen. Die Dame erhielt die Antwort, es gebe kein Gesetz, das den Frauen eine unbequeme Bekleidung vorschreibe; das Tragen männlicher Kleidung sei den Frauen nur durch spezielle Polizeivorschriften untersagt. Nun richtete die Antragstellerin an den berühmten Pariser Damenschneider Worth die offene Bitte, er möge ein hübsches, bequemes, hygienisches Kostüm für die Frauen erfinden. Sie schlug vor, den Rock zu kürzen, die Unterkleidung durch ein weites Beinkleid zu ersetzen, das man in die Stiefel stecken oder durch Gamaschen ersetzen könne. — Übrigens fällt es nach den Bildern der Zeit auf, daß damals durch Nachahmung der sogenannten Direktoiretracht eine größere Eleganz in die bisher etwas plumpe Mode kam. Die Herren versuchten sich auch in farbigen Seidenfräcken.

Italien. Während die Thronrede des Königs von Italien den Dreibund feierte, sprach sich der sozialistische Friedenskongreß in Mailand in entgegengesetztem Sinn aus. Die Teilnehmer zogen mit 94 Bannern und mit Musikchören durch die Straßen. Man forderte eine französisch-italienische Verbrüderung. Man müsse die Brüderlichkeit der Völker den Bündnissen der Könige entgegensetzen. Die Tripelallianz sei eine stete Kriegsgefahr. Crispi. Schiedsgerichte müßten eingesetzt werden. Dagegen sagte Crispi am 5. Februar in der Kammer, Entwaffnung und Friede seien heilige Worte, aber gegenwärtig sei ein Friede ohne Waffen unmöglich. Es wäre eine knabenhafte Politik, jetzt abzurüsten, da alle andern Nationen ihre Rüstungen vermehren. Er bezeichnete den Besuch des deutschen Kaisers als den ersten dieser Art im Quirinal, als die Begrüßung des Königs des geeinten

Italiens durch das mächtige Deutschland. Mißfallen erregte bei manchen Italienern der offizielle Trinkspruch, den General Avogardo in Neapel auf das deutsche Geschwader ausbrachte; er hatte gesagt, „die italienische Armee werde im Augenblick der Gefahr gegenüber dem gemeinsamen Feind sich würdig der verbündeten deutschen Armee erweisen". Crispi leugnete diese Worte ab; die Reden hätten nicht die „Grenzen der Höflichkeit" überschritten.

Einem amerikanischen Publizisten gegenüber äußerte sich Crispi: „Wir machen eine Krisis durch, der Kampf steht erst bevor. Italien steckt noch in den Kinderschuhen und möchte doch schon so stark und klug sein wie die jahrhundertalten Nationen. Wir haben Feinde im Innern und Außern . . . Die weltliche Macht des Papstes ist wohl ein Ding der Vergangenheit, ein Zeitvertreib für politische Schauspieler. Dem Papst droht von uns keine Gefahr, nur von den Ränken des Vatikans selbst und einer aufgehetzten Bevölkerung.

Als im Mai ein italienisch-belgisches Heiratsprojekt auftauchte, bezeichneten dies die deutschen Katholiken (so die Germania) als eine Verletzung ihrer Gefühle, besonders wenn dergleichen, wie es hieß, von hochstehenden Berliner Kreisen gefördert werde.

Die immer wiederholten Resolutionen der österreichischen und deutschen Katholikenversammlungen zugunsten des Kirchenstaats kamen in der italienischen Kammer, 11. Mai, zur Erörterung. Crispi versicherte, daß die verbündeten Regierungen diesen Meinungsäußerungen ferne stünden und erklärt hätten, die Papstfrage sei eine italienische. Crispi sagte: „Der 20. September 1870 hat in Rom eine Schranke zwischen der Vergangenheit und der Zukunft errichtet. Die Vergangenheit kann nicht wiederkehren, Italien fürchtet derartige unnütze Versuche nicht; es ist stark genug, seinen Rechten Achtung zu verschaffen." — Mit Recht erklärten sich die Interpellanten nicht befriedigt durch diese Erklärungen. Sie fühlten wohl, daß durch den einen Septembertag nicht eine tausendjährige Geschichte zum Verschwinden gebracht sei, daß hier eine bleibende Gefahr, ein Vorwurf für das räuberische Italien drohe und daß die öffentliche Meinung der Katholiken aller Länder nicht geringgeschätzt werden dürfe.

Giordano Bruno.

Das Denkmal für Giordano Bruno wurde am 9. Juni (Pfingstsonntag) zu Rom enthüllt, im Angesicht des Vatikans. Der Papst hatte für diesen Tag alle Kirchen Roms schließen lassen. Die freimaurerischen Festlichkeiten bei dieser Gelegenheit waren weniger der Ehrung des angeblich „größten Philosophen" Italiens gewidmet als der kampflichen Tendenz gegen das Papsttum. Auch Crispi erklärte am 28. Juni im Senat, er habe jeden Versöhnungsgedanken aufgegeben; eine Versöhnung des italienischen Staates mit der Kirche sei nur der Freiheit gefährlich. Der Vatikan könne nur hoffen, durch einen europäischen Krieg seine weltliche Herrschaft wiederherzustellen; aber das sei vergebens, die päpstliche Herrschaft sei für ewige Zeiten verurteilt. Woher er das wußte, verriet er nicht.

Man vernahm, der Papst lasse die Akten der Inquisition in den Vatikan schaffen, um die Anklagen gegen diese Institution zu widerlegen und ein wahrheitsgetreues Bild des sittlich verkommenen Bruno geben zu lassen.

Giordano Bruno hat seinen Pantheismus in folgendes Sonett zusammengefaßt: „Ursach' und Grund und du, das Ewigeine, dem Leben, Sein, Bewegung rings entfließt, das sich in Tiefe, Breite, Höh' ergießt, daß Himmel, Erd' und Unterwelt erscheine! Mit Sinn, Vernunft und Geist erfaß' ich deine Unendlichkeit, die keine Zahl ermißt, kein Mittelpunkt und Umfang allwärts ist; in deinem Wesen lebet auch das meine. Ob blinder Wahn sich mit der Not der Zeit, gemeine Wut mit Herzenshärtigkeit, ruchloser Sinn mit schmutzigem Neid vereint, mir wird durch sie nicht Tag und Licht verdunkelt, weil unverschleiert doch mein Auge funkelt, trotz ihrer doch die schöne Sonne scheint." Die Welt ist aber kein zerfließender Brei, sondern beruht auf Verschiedenheit, Mannigfaltigkeit, auf Gegensätzen, auf Individualität, Persönlichkeit und dem persönlichen Weben der göttlichen Trinität, ohne die es auch keine menschliche Persönlichkeit mit Verdienst und Verantwortung, mit dem Kampf um die Krone der Vollendung gäbe. Die Alles-eins-Lehre ist der Trost der Lumpen, heute wie vor Jahrhunderten, wie zur Zeit der Sophisten.

Über den „Frevel vom Pfingstsonntag" sagen die „Historisch-politischen Blätter" (104, 213): Für die Demonstration gegen das Christentum war allerdings „der geistig und sittlich verwilderte Streuner aus dem 16. Jahrhundert, eine Bestie in Menschengestalt, der rechte Mann, und das Cortege von Freimaurern und Freidenkern unter dem Teufelsbanner bildete die richtige Ehrengarde. Auch aus dem Deutschen Reich zogen die Logen und der Protestantenverein, persönlich oder durch Huldigungsadressen, zur Verherrlichung der italienischen Schandtat herbei. Einzig aus Nützlichkeitsgründen wurde den Frechlingen nicht auch die Freiheit gewährt, ihre nichtswürdigen Absichten gegen den Vatikan sofort mit offener Gewalt ins Werk zu setzen." Und weiter heißt es: „Was dieses Italien an den Dreibund kettet, ist einzig die feindliche Stellung zum Papsttum seit dem am Heiligen Stuhle begangenen Raube. Die römische Frage bleibt der Strick am Halse Italiens; es genügt, das Ende des Strickes anzuziehen, um im Quirinal gelehrig tanzen zu machen. Die römische Frage war (wie ein französischer Publizist sagte) in den Händen Bismarcks eine Zwangsjacke, ein Marterpfahl, an dem er Italien alle Glieder ausrenkte, um es zur teutonischen Allianz herüberzuzerren. Hat nicht Italien unter der Drohung dieses Damoklesschwertes, das es selbst über seinem Haupt aufgehängt hat, auf seine natürlichen Ansprüche im Adriatischen Meere verzichten müssen?" Nebenbei wird an das schroffe Benehmen Herbert Bismarcks beim Besuch im Vatikan 1888 erinnert. Der Artikel schließt: „Die Folgen liegen vor Augen und dürften auch in Berlin zu denken geben. Unter allen von Revolutionen heimgesuchten Ländern ist Italien das elendeste geworden. Ein Garten an Fruchtbarkeit, treiben Hunger und Elend die Arbeiter in den Städten zur Revolte, die Bauern auf dem Lande zu Rebellion und Plünderung. Hunderttausende flüchten aus der vom Hungertyphus geplagten, sich entvölkernden Heimat über das Meer. Durch ein zügelloses Parteiwesen zerrüttet, ein König von der Parteien und der Straße Gnade: welcher Verlaß wird auf eine solche Partei sein in der ernsten Stunde der Entscheidung, wenn der Dreibund aufhören muß, ‚dem Frieden zu dienen'? Und darauf hat der deutsche Kanzler in langjähriger Liebesmühe eines seiner Häuser gebaut!" Der große Irrtum Bismarcks, der hier bereits treffend erkannt ist, kam allerdings für die

Diplomatie erst im Weltkrieg zur Offenbarung, gerade in dem Augenblick, da der von Bismarck geschlossene Bund endlich Gelegenheit gehabt hätte, sich zu bewähren.

Papst. Der Papst klagte über die von der italienischen Regierung beschlossene Reform der Verwaltung der frommen Stiftungen in Italien als neueste Art des Kirchenraubs. Dagegen behauptete die Regierung, die Stiftungen würden gut verwaltet, ihr Vermögen habe sich in zehn Jahren um zehn Millionen vermehrt, man wolle nichts anderes, als daß alle Stiftungen den ursprünglichen Absichten der Gründer entsprechen und darum einer obersten Aufsicht unterstellt werden sollen.

In einer Allokution sagte der Papst, die militärischen Rüstungen seien ein Beweis dafür, daß sich alle Suveräne, Staatsmänner und Parlamente nach nichts mehr als nach dem Frieden sehnen. Aber das genüge nicht; denn die Rüstungen verursachten gegenseitiges Mißtrauen, und die Völker fingen an, unter dem Drucke der Militärausgaben sogar den Krieg zu wünschen, der den unerträglichen Lasten ein Ende machen solle. Die Grundlagen des Friedens beruhten in der Gerechtigkeit, der Eintracht und dem Wohlwollen. Man möge zu Christus beten, daß er in Europa Frieden herrschen lasse.

Bonomelli. An den Erzbischof Bonomelli von Bologna schrieb Leo über die Frage der weltlichen Suveränität des Papsttums: es handle sich dabei nicht um etwas Irdisches, sondern um die Freiheit der apostolischen Ämter und Rechte. Bischof Bonomelli von Cremona hatte nämlich anonym über „Rom und Italien und die wirkliche Lage der Dinge" geschrieben. Darin griff er die Haltung Leos gegenüber dem Königtum an und verlangte, daß der Papst die Tatsachen endlich anerkenne. Die Schrift wurde auf den Index gesetzt; der Bischof unterwarf sich, bat um Verzeihung und erhielt ein Belobungsschreiben des Papstes mit ausdrücklichem Protest gegenüber der italienischen Regierung.

In einer Allokution vom 30. Juni erinnerte der Papst an seinen bereits zu Ostern erhobenen Protest gegen das Denkmal für Giordano Bruno. Nach der Einnahme von Rom durch die Italiener habe die Religion nur Verunglimpfungen erlitten. Die Sekten setzen ihre gewaltsamen Angriffe fort, um die Kirche zu stürzen. Als Gipfelpunkt ihrer Angriffe wählten sie einen hohen Festtag, um einen Denkstein als Zeichen des Krieges gegen die Kirche aufzurichten. Sie wollten einen Rebellen, einen Pantheisten und Materialisten ehren und beriefen deshalb die Städte Italiens, um neuen Haß zu entfachen. Sie kamen mit Fahnen und Abzeichen ihrer revolutionären Tendenzen gegen alle Ordnung. Ihre Reden verherrlichten ohne Scheu eine zügellose Freiheit. Die Regierung hat diese Angriffe offen vorbereitet und gefördert. Es ist schmerzlich, daß in der Stadt, in die Gott den Sitz seines Statthalters verlegt hat, Ketzerei und Irrtum durch ein Ehrendenkmal verherrlicht werden. Man will Rom zur Hauptstadt der Gottlosigkeit machen. Möchten doch die Römer der Größe Roms während der kirchlichen Ära gedenken!

Im Zusammenhang damit wurde die Nachricht verbreitet, der Papst beabsichtige, seinen Sitz in Spanien zu nehmen. Er sei der Ansicht, daß man unmittelbar vor dem Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges stehe. Wird Italien besiegt, so bedeute das die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums, wenn nicht, erscheint ein längeres Verbleiben

der Kurie in Italien ausgeschlossen. Jedenfalls könne der Papst den Krieg nicht in Rom abwarten. Es handle sich um Überlassung etwa von Valencia mit dem Recht der Exterritorialität für die von der Kurie bewohnten Gebäude.

Crispi. Lehrreich sind Crispis Memoiren zu diesem Jahr. Er erzählt, daß er im April eine Militärkonvention zwischen Rumänien, Bulgarien und Serbien vorschlug, um zu verhüten, daß Rußland den verlornen Einfluß auf diese Staaten etwa mit Gewalt wiederzuerlangen suche. Aber der Vorschlag fand nicht die Genehmigung Kalnokys, der hier keine Kriegsgefahr erblicken wollte. Crispi fand es anmaßend, daß Frankreich verlangte, alle Staaten sollten seine nationalen Feste mitfeiern, da doch Italien zum Beispiel sich begnüge, seinen 20. September für sich zu feiern. Daher das Fernbleiben aller Botschafter der monarchischen Mächte von den Pariser Feierlichkeiten. Crispi trat für die Bildung lokaler Truppenteile ein; er schrieb an den Kriegsminister (S. 413): „Nachdem nun das Königreich Italien 29 Jahre besteht, scheint es mir merkwürdig, daß man daran zweifeln kann. Das nationale Gefühl ist in allen Klassen ein tiefes, und mit den 29 Aushebungen hat die Bevölkerung sich so vermischt, daß die Verschmelzung vollkommen ist. Das Territorialsystem im Heere würde eine große Ersparnis mit sich bringen." Die fortgesetzten Desertionen im Korps der Alpenjäger wurden als chronisches Leiden erkannt (414). „Europa ist gegenwärtig ein Vulkan, der jeden Augenblick zum Ausbruch kommen kann. Der nächste Krieg wird eine Katastrophe sein. Wir müßten um jeden Preis siegen." Crispi war im Juli überzeugt, daß Frankreich nur einen Vorwand suche, um mit Italien zu brechen, und daß es den Papst veranlassen wolle, Rom zu verlassen, um dann die römische Frage in seinem Sinn zu lösen (415). Crispi setzte sich deshalb mit England ins Einvernehmen, dessen Flotte ja den Dreibund „flankierte". Er schickte den bekannten Kardinal Hohenlohe in den Vatikan, um zu drohen, daß der Papst, wenn er einmal Rom verlasse, wohl kaum mehr den Weg zurückfinden dürfte. Zugleich ließ er andeuten, daß der Papst durch seine Annäherung an Frankreich einen Fehler begangen habe, indem er dadurch den Triumph des Schismas in Rußland und im Orient erleichtert habe. — Nach Berlin und Varzin schickte Crispi einen Vertrauten, um über die französische Kriegsgefahr zu sprechen. In Berlin erwartete man einen Angriff nicht vor Oktober oder November; man betrachtete dort das Bündnis mit Österreich gegen Rußland als unerläßlich, sagte aber, daß man nicht Österreich, sondern Italien liebe. Der Fürst Bismarck glaubte nicht an einen Angriff, doch sei alles bereit: in zehn Tagen könnten 1,200.000 Mann in Frankreich eindringen; Rußland werde nicht sofort eingreifen. Die französische Armee sei zahlreich, doch fehle es an Kompaktheit und Disziplin. Bismarck rechnete zum Schutz Italiens auf die deutsche,

italienische und englische Flotte, zählte aber die österreichische nicht mit. „Überhaupt habe ich beim Fürsten eine gewisse Kälte gegen Österreich bemerkt ... Er ist der Ansicht, daß Erzherzog Rudolf ermordet worden sei." (S. 434. Crispi gibt S. 398 und 401 andere Versionen darüber.) Über den Besuch des Kaisers Wilhelm in England äußerte sich Herbert Bismarck: „England, wenngleich am Dreibund nicht beteiligt, flankiert ihn." Lauter Selbsttäuschungen! — Carnot sagte im Oktober zum italienischen Botschafter: „Die europäischen Mächte sollten, statt Schätze zu vergeuden, um sich gegenseitig zu verschlingen, sich lieber verbinden, damit sie dem Gegner der westlichen Küste des Atlantischen Ozeans (Amerika), der, wie es scheint, den Handel und die Industrie Europas bedrohen will, Widerstand leisten können" (S. 443).

Wenn es wahr ist, daß Pius IX. im Jahre 1848 nicht auf der Beibehaltung der weltlichen Herrschaft bestanden habe, wie man damals hervorhob, so konnte er das nur in der Voraussetzung tun, daß ganz Italien seine höchste Autorität annehme, wie ja das damals auch von manchen Patrioten geplant wurde.

Wenig nachdrücklich waren die Maßregeln der Regierung gegen die Irredentisten, so die Auflösung des „Komitees für Triest und Trient in Rom". Ein Irredentist brachte am 18. August eine gegen die österreichische Botschaft bestimmte Bombe zum Platzen. Er hatte sich den Geburtstag des Kaisers Franz Josef zu diesem Attentat ausersehen. Aber auch gegen Crispi schleuderte ein Republikaner Steine, ohne ihn gefährlich zu verletzen.

Truppenverstärkungen in Oberitalien im Herbst erregten Besorgnis in Frankreich. Man erklärte das von italienischer Seite mit der Möglichkeit, daß angesichts der französischen Wahlen wechselnde, ernste Ereignisse eintreten könnten.

Eine phrasenreiche Programmrede Crispis in Palermo, 14. Oktober, wies es zurück, daß die auswärtige Politik von Größenwahn und Imperialismus eingegeben, daß sie servil oder herausfordernd sei. Man könne allerdings von einem Größenwahn sprechen, wie ihn Mazzini, Viktor Emanuel und Garibaldi besessen hätten. Treu den Grundsätzen der „Tugend", denen Italien seine Wiedergeburt verdanke, werde es den jungen Nationalitäten beistehen, sich zu entwickeln, sich zu befestigen, Herren ihrer Geschicke zu bleiben. Das bezog sich auf den Balkan. So erklärte Crispi auch in einer Unterredung mit dem österreichischen Botschafter in Rom, 1. November: Italien sei der freien Entwicklung der Völker nie entgegengetreten und werde auch die Unabhängigkeitsbestrebungen der Bulgaren nicht hindern.

Die Thronrede vom 25. November sprach die Hoffnung aus, „daß es nicht nötig sein wird, die von allen vorbereiteten Waffen zur Anwendung zu bringen. Wir werden die Waffen auch in Afrika niederlegen können, wo der Erfolg unsere Politik derartig begünstigt hat, daß uns ausgedehnte Besitzungen gesichert sind und eine weite Aktionssphäre künftig unserem Einfluß geöffnet ist." In bezug auf die innere Politik sagte König Humbert: „Mein Vater hat dem Vaterlande die Unabhängigkeit Humbert.

gegeben, ich konnte ihm die Gleichheit aller Bürger geben (durch das Wahlrecht). Ich will, daß der Ruhm meiner Herrschaft hauptsächlich in dem Wohlergehen der kleinen Leute bestehe." Dazu sollten Wohltätigkeitsanstalten, Arbeiterschutz, Hebung der Lehrerschaft und des Unterrichts dienen.

Im Dezember wurde die Regierung durch irredentistische Oberdankfeiern in Verlegenheit gesetzt. Der Gemeinderat von Terni wurde deshalb durch königliches Dekret aufgelöst.

Die Arbeiter Roms organisierten sich im Oktober als selbständige Partei mit folgendem Programm: Allgemeine Reform des Kommunalsteuerwesens zugunsten der Besitzlosen, stufenweise Abschaffung der Konsumsteuern; Beschränkung der Luxusausgaben; Volksabstimmung über die Steuern; Reform der Kommunalschulen mit Ausschluß der Priester und Unentgeltlichkeit, gewerbliche Fachschulen; Reform der Wohltätigkeitsanstalten; Arbeiterwohnungen; Übertragung von öffentlichen Arbeiten an Arbeitergenossenschaften; Krieg allen Monopolen; öffentliche Gesundheitspflege; Unfallversicherung; Arbeiterbörse; gewerbliche Schiedsgerichte; Autonomie der Munizipien und Diäten für Stadtverordnete.

Papst. In einer Ansprache an französische Pilger klagte der Papst (20. Okt.), daß die Lösung der sozialen Frage nicht mehr auf christlichem, kirchlichem Boden gesucht werde. Er empfahl die Gründung zeitgemäßer Vereine, verwarf die Bekämpfung des Eigentums, predigte den Regierungen die Nutzlosigkeit der Anwendung von Machtmitteln gegen die Revolution. Den Arbeitern empfahl der Papst Glaubenstreue, Genügsamkeit, Unterordnung, Gesetzlichkeit.

Schweiz. Wie wenig die Schweiz sich durch ihre allzu weitgehende Gastfreundschaft für politische Verbrecher deren Gunst erwarb, beweist das Bombenattentat in Zürich, das auf anarchistischen Ursprung hinwies. Die „Neue Züricher Zeitung" schrieb, die Polytechnische Hochschule dürfe doch schließlich nicht zu einem Laboratorium des Verbrechens werden. Es sei kein Zeichen von Kraft, wenn die Schweiz ihre internationalen Verpflichtungen vernachlässige. Die Schweiz darf keine exzeptionelle Stellung im internationalen Verkehr einnehmen. Man schickte sich denn auch an, die Überwachung der Fremdenpolizei etwas strenger zu nehmen. Es erfolgten Ausweisungen von Anarchisten, auch von russischen Studenten und einer Studentin, wogegen freilich ein Manifest der Schweizer Anarchisten protestierte. Sie schimpften den Bundesrat eine „Regierungsbande" und ergingen sich in den stärksten Drohungen. Der Verfasser wurde vor Gericht gestellt, aber freigesprochen. — Einen ärgerlichen Konflikt hatte die Schweiz mit Deutschland infolge der Verhaftung und unwürdigen Behandlung des preußischen Polizeiinspektors Wohlgemuth durch die kantonale Polizei in Rheinfelden, Aargau. Es entstand daraus ein gereizter Notenwechsel und ein Zeitungskrieg. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erklärte,

die Schweiz sei für die Deutschen ein wildes Land, ebenso wie Frankreich und Rußland, der Deutsche sei dort rechtlos, vogelfrei, es liege darin ein Bruch des Niederlassungsvertrags. Es wurde festgestellt, daß Wohlgemuth vom Schweizer Bezirksamtmann in Gemeinschaft mit einem sozialdemokratischen Schneider auf Schweizer Boden gelockt, dort widerrechtlich gefangengehalten, wie ein Verbrecher behandelt und seiner dienstlichen Papiere beraubt worden sei. Der Baseler Großrat Wollschläger rühmte sich öffentlich, den sozialdemokratischen Agitator angestiftet zu haben, all das einzuleiten. Die Schweiz duldete es, daß von ihrem Gebiet aus die Leitung der deutschen Sozialdemokratie erfolgte. 3000 deutsche Anarchisten hatten ihren Sitz in der Schweiz. Infolgedessen kündigte die deutsche Regierung der Schweiz den durch sie gebrochenen Niederlassungsvertrag. All das leugnete freilich die Schweiz. Dabei kam auch die Frage der Neutralität der Schweiz zur Sprache. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" machte mit Recht darauf aufmerksam, daß die durch die Wiener Verträge 1815 der Schweiz garantierte Neutralität längst erschüttert sei, seit die Schweiz 1847 infolge des Bürgerkriegs gewaltsam die 1815 garantierte föderative Verfassung geändert hatte. Wir haben ja schon bei dieser Gelegenheit gehört (Band 2, S. 363 f.), daß nur durch die herannahende und ausbrechende Februarrevolution ein Einschreiten der garantierenden Großmächte in die Schweiz aufgehalten wurde.

Jakob Bächtold schrieb die Geschichte der deutschen Literatur in der Schweiz, Karl Hilty über die Neutralität der Schweiz.

Eine belgische Broschüre, die man fälschlich dem König zuschrieb, Belgien.
riet zur Schaffung einer Flotte, allgemeiner Wehrpflicht, Übernahme des Kongostaates als belgische Kolonie. Ein Anarchistenprozeß und ein Sozialistenprozeß verliefen ohne Resultat; es wurde nur ein Lockspitzel verurteilt. Die liberale Partei veranstaltete ein Bankett zur Feier der Lütticher Revolution von 1789; Frère-Orban sagte in seiner Rede, die Liberalen müßten wieder die großen Städte zurückerobern und zu diesem Zweck das Wahlsystem ändern. — Zu Brüssel trat ein internationaler Antisklavereikongreß zusammen. — Als neues Zwitterinstrument tauchte in Brüssel die Klavierharfe auf.

In den Niederlanden schien die Krankheit des Königs eine Regentschaft nötig zu machen. — Bei einem Streik unter den Hafenarbeitern in Rotterdam traten die Sozialisten den Reformisten entgegen. — In Utrecht versammelten sich zum erstenmal die altkatholischen Bischöfe zu einer Konferenz, um eine Verbindung der Altkatholiken Hollands, Deutschlands und der Schweiz anzubahnen. Viel kam dabei nicht heraus.

Auch in Dänemark spaltete sich die Sozialdemokratie in ein radikales und gemäßigtes Lager.

In Schweden nahm man es der Diplomatie sehr übel, daß sie sich in Paris von den offiziellen Ausstellungsfeierlichkeiten fernhielt; war doch das Haus Bernadotte aus der französischen Revolution erwachsen. Infolgedessen trat der Minister des Auswärtigen, Graf Ehrenswärd, zurück.

England. England hatte Eile, seine Flotte zu vermehren und das Heer zu reformieren. Man betrachtete die Lage sehr pessimistisch. Auch die Lage in Afrika und gegen Tibet war verwickelt. Man urteilte: „Tatsächlich haben die Deutschen mehr zur Unterdrückung des Sklavenhandels getan, indem sie gleichzeitig in weniger als einem Jahr mehrere hundert Meilen Küstenland sich zu eigen machten, als die Engländer seit 1874 erreicht haben. Früher oder später wird die britische Gesellschaft gezwungen sein, ihre Versöhnungstätigkeit aufzugeben und ihre Zuflucht zu den Waffen zu nehmen" — eine Prophezeiung des Weltkriegs! Besonders machte das Vordringen des deutschen Hauptmanns (später Majors) Wißmann den Engländern Sorgen. Auch die Pforte bereitete Verlegenheiten durch ihre Schwäche und Apathie besonders den Zuständen in Armenien gegenüber. Man erörterte die Möglichkeit eines Krieges zwischen Rußland und Österreich, wodurch wieder Englands Stellung in Ägypten gefährdet werden könne. Aber Englands Ehre erfordere es, daß es seine Vormundschaft über Ägypten noch nicht zurückziehe. So sagte Lord Salisbury am 12. August im Oberhaus; und er setzte hinzu: „Aber das Ansinnen Lord Carnarvons, daß England sich aus einem Vormund in den Eigentümer Ägyptens verwandle, daß es seinen Aufenthalt dort permanent mache, und daß es seine Herrschaft in Ägypten für die eines Eroberers erkläre, bezeuge eine ungenügende Achtung vor der Heiligkeit der eingegangenen Verpflichtungen, die zu erfüllen England verbunden sei." Der Meinung, England habe sich der Tripelallianz angeschlossen, widersprach die Regierung aufs entschiedenste. Die Tripelallianz sei gegen Frankreich gerichtet, aber England bewahre sich volle Aktionsfreiheit. Allerdings standen die Dinge damals so, daß England weniger Reibung mit den Mittelmächten hatte als mit Frankreich (wegen Ägypten) und mit Rußland (wegen Asien und Balkan). Die Liberalen Englands argwöhnten freilich, Lord Salisbury habe im Namen des Torykabinetts den Vertretern des Dreibundes die mündliche Zusage erteilt, daß England einen etwaigen Rachekrieg Frankreichs als eine europäische Gefahr ansähe und sich in diesem Falle verpflichtet fühle, die italienischen Küsten zu schützen. Aber Italiens Anschluß an den Dreibund sei eine riesige Tollheit, grotesk und ruinös, ein Widerspruch gegen die öffentliche Meinung in Italien. Italiens Teilnahme an einem Krieg gegen Frankreich wäre der empörendste Skandal der Geschichte. In diesem Sinn schrieb der Radikale Labouchère in der „Contemporary Review" (Okt.). Lord Salisbury widersprach in seiner Rede beim Lordmayorsbankett, 9. November, allen Bündnisgerüchten. Offiziöse Stimmen in Deutschland fanden die allzu abwartende Haltung Englands angesichts des Vordringens Rußlands schwer verständlich. Übrigens habe niemand daran gedacht, England zum Eintritt in die Tripelallianz aufzufordern, denn England sei wegen seines wechselnden Regierungssystems bündnisunfähig.

In fortwährenden Krämpfen schleppte sich die irische Frage weiter. Irland.
Ein blutiger Zusammenstoß zwischen der Menge und der Polizei entstand, als man den irischen Deputierten O'Brien vor Gericht führte; dieser entkam im Tumult, wurde aber wieder ergriffen und verurteilt. Dagegen protestierte ein Meeting der Radikalen im Hydepark, 10. Februar. Im Prozeß gegen Parnell erlitt die Regierung eine große Niederlage, da sich herausstellte, daß die Schuldbeweise gefälscht waren. Der Fälscher Pigott floh und erschoß sich in Madrid, als er eben verhaftet werden sollte. Das ganze hinterhältige Vorgehen der Regierung wurde durch einen irischen Protestausschuß gebrandmarkt. Nebenbei forderten auch die Schotten ein eigenes nationales Parlament (9. April). Die Untersuchung gegen Parnell ging weiter, ebenso die Unruhen und Kämpfe in Irland zwischen Pächtern und Gerichtsvollziehern; es gab Belagerungen, Verwundete und Tote. Im Unterhaus wurde (21. August) die irische Verwaltung einer vernichtenden Kritik unterzogen; sie beruhe auf dem Prinzip roher Gewalt verbunden mit systematischer Unterdrückung der Wahrheit. Wieder mußte im September ein Zeuge gegen Parnell zugestehen, er habe falsch geschworen. Da ihm die „Times" das Versprochene nicht leiste, so sage er offen die Wahrheit. Der Betreffende war nämlich ein zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilter Fenier, dem man Freilassung versprochen hatte, wenn er nur tüchtig Parnell belaste.

Die Regierung unterdrückte im Oktober die Einfuhr von Waffen und Munition nach Irland, um die Aufstandsbewegung einzuschränken.

Als im Unterhaus die Apanage für die zu vermählende Tochter des Prinzen von Wales beraten wurde, konnte es nicht ausbleiben, daß radikale Stimmen sich sehr mißachtend über diese Art von Bettelei äußerten.

Unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Canterbury leitete der Anglikanismus einen ritualistischen Ketzerprozeß gegen den Bischof von Lincoln, Dr. King, ein. Ihm wurde vorgeworfen, daß er während der Kommunion Kerzen anzünde, die nicht bloß zur Beleuchtung dienten, daß er den Wein mit Wasser mische, und andere Verbrechen, die er den Katholiken abgesehen hätte. Ritualisten.

Ein Streik der Dockarbeiter in London, 15. August bis 16. September, hatte eine große Verkehrsstörung zur Folge. Wir haben bereits gehört, welches Verdienst Kardinal Manning bei der Beilegung hatte. Der Führer des Streiks beglückwünschte die Arbeiter zum günstigen Erfolg; das englische Publikum sei belehrt, daß die Duldsamkeit der Arbeiter ihre Grenzen habe. Aber diese sollten auch nicht vergessen, daß sie das Erreichte nur ihrem Beharren auf dem Boden der Gesetzlichkeit verdankten. Er dankte dem Lordmayor und dem Kardinal Manning für die Energie und Hingebung ihrer Vermittlung. Allerdings führte der Streik einen Verlust von 40 Millionen herbei und verminderte den Wert der Docks um 20 Millionen. Manning.

Ein Hirtenbrief des Kardinals Manning gab der Befriedigung über das Wachstum des Katholizismus in London Ausdruck. 1850 gab es da nur 46 katholische Kirchen, jetzt 123; fünf waren im Bau.

Die Liberalen hielten im Dezember einen Parteitag in Manchester ab und stellten folgendes Reformprogramm auf: Allgemeines Wahlrecht, Abkürzung der Parlamentsperioden von sieben auf drei Jahre, Diäten, Erleichterung des Grundverkehrs, Besteuerung der Grundrenten, Sicherung der Pächter, Erteilung des Enteignungs- und Erwerbsrechts an die Gemeinden

zur Erbauung von Wohnhäusern mit Gärten und Feldern für Arbeiter, Abschaffung der Zölle auf Nahrungsmittel, Aufhebung der Staatskirche in Schottland und Wales und Einziehung der Kirchengüter zu Unterrichtszwecken, Steuerreform zur Entlastung der Ärmeren, Arbeiterfürsorge, Reform oder Aufhebung des Oberhauses.

Die Prügelstrafe wurde vom Parlament für bewaffnete Einbrecher und für Sittlichkeitsverbrechen genehmigt.

Bei den Londoner Gemeinderatswahlen wurden überwiegend Radikale und auch eine Dame gewählt.

Seit einigen Jahren wurden in London nationale Ausstellungen veranstaltet; nun kam die Reihe an Island, dessen Industrie und Altertümer.

Spanien. Im spanischen Senat betonte Marcoartu das Recht Spaniens auf Gibraltar. Der Minister des Äußern, Vega de Armijo, erwiderte, kein spanischer Staatsmann habe seiner Pflicht vergessen, eine Lösung der Gibraltarfrage zu suchen; aber die Schwierigkeiten seien derartige, daß Spanien sich resignieren müsse.

In Portugal folgte auf König Luiz dessen Sohn König Carlos.

Amerika. In den Vereinigten Staaten trat Präsident Harrison sein Amt am 4. März mit einer Botschaft an, in der er von der Fortdauer des Schutzzollsystems sprach. Die Naturalisation der Einwanderer müsse erschwert werden. Der Panamakanal dürfe nicht von irgendeiner europäischen Regierung beherrscht sein. Kein europäischer Staat dürfe den Versuch machen, abhängige koloniale Niederlassungen in unabhängigen amerikanischen Staaten zu gründen. Die finanziellen Gesetze seien so zu regeln, daß kein bedeutender Überschuß bleibe. Internationale Schwierigkeiten sollen diplomatisch oder durch Schiedsgerichte beseitigt werden.

In Washington versammelte sich am 2. Oktober ein Kongreß der drei Amerikas. Staatssekretär Blaine als Präsident dieses Kongresses sagte: „Schließen wir uns zusammen in der Überzeugung, daß die Nationen Amerikas sich untereinander mehr als bisher helfen können. Die Eisenbahnnetze des Nordens und des Südens von Amerika müssen sich, ehe lange Zeit vergeht, auf dem Isthmus von Panama zusammenschließen."

Die Streitfragen zwischen den Vereinigten Staaten, England und dem Deutschen Reich über die Insel Samoa wurden auf der Samoakonferenz zu Berlin geschlichtet.

Die feierliche Einweihung der katholischen Universität von Amerika in Washington fand durch Kardinal Gibbons am 10. November statt. Staatssekretär Blaine, Senator Sherman wohnten der Feier bei; später erschien auch der Präsident Harrison.

Beim vorläufigen Scheitern des Panamakanals griff man wieder zum ebenso alten Projekt des Nikaraguakanals zurück und studierte dessen Aussichten nach den Erfahrungen der letzten Zeit.

Aus Edisons Phonograph entwickelte sich das von Emil Berliner in Washington erfundene Grammophon mit der Möglichkeit unbegrenzter Vervielfältigung.

Brasilien.

Sonderbarerweise ging in Brasilien eine Revolution gegen die liberale, sklavenfreundliche Monarchie des Kaisers Dom Pedro von den Konservativen, den Sklavenbesitzern, aus, die eine Entschädigung für die Sklavenemanzipation verlangten. Diese konservative Opposition feierte am 14. Juli die französische Revolution, den Bastillensturm, versuchte am 17. Juli ein Revolverattentat auf den Kaiser, und ließ am 15. November durch General da Fonseca die Republik ausrufen. Der regierungsmüde Kaiser trat gerne zurück. Die Umwälzung vollzog sich auch sonst fast ohne Widerstand. Ein Manifest der provisorischen Regierung vom 16. November erklärte, daß die Republik proklamiert sei, daß die Provinzen Brasiliens die durch die Föderation vereinigten Staaten von Brasilien bilden, daß jeder einzelne Staat seine Lokalregierung habe und einen Vertreter zum Kongreß zu senden habe. Staatsrat und Senat sollen aufgehoben sein. Dom Pedro reiste am 17. nach Europa, zunächst nach Lissabon, mit Glückwünschen für das Gedeihen Brasiliens. Er erhielt eine Geldentschädigung und ein Ruhegehalt. Allerdings erging am 23. Dezember ein Verbannungsdekret gegen die Mitglieder der kaiserlichen Familie auf zwei Jahre; die kaiserlichen Güter wurden eingezogen. Die neue Regierung dekretierte das allgemeine Stimmrecht und die „große Naturalisation", wonach jeder Ausländer, der sich zwei Jahre lang in Brasilien aufhielt, das Bürgerrecht haben sollte.

Japan.

Für Japan verkündigte der Mikado am 12. Februar eine neue Verfassung nach deutschem Muster mit Herrenhaus und Unterhaus, Religionsfreiheit, Redefreiheit, Versammlungsrecht, unabsetzbarem Richterstand, erweitertem Wahlrecht. Auch wurde die allgemeine Wehrpflicht und das Einjährigfreiwilligensystem eingeführt. Durch einen Handelsvertrag wurde auch den Amerikanern das ganze japanische Reich eröffnet. Gegen die allzu großen Zugeständnisse an die Europäer machte sich allerdings eine starke nationale Erregung in der Bevölkerung geltend; man verlangte eine mehr nationale Politik. Ein Attentat auf den Minister des Äußern Okuma war die Folge dieser Erregung.

Die japanische Universität in Tokio war zumeist von deutschen Professoren besetzt. Die Vorträge waren deutsch, englisch und japanisch. Dem Eintritt in die Universität hatte ein vier Jahre langer deutscher Unterricht vorauszugehen.

Der Papst ordnete die Abhaltung eines japanischen katholischen Konzils für März 1890 an. Es waren dann 25 Jahre verflossen, seitdem katholische Missionäre eine christliche Gemeinde in Japan entdeckten, die sich aus der Zeit der früheren Missionstätigkeit in die Gegenwart herübergerettet hatte.

Die „Pekinger Zeitung" feierte ihren (angeblich) tausendjährigen Bestand.

Das Jahr 1890.

Die Erlasse Kaiser Wilhelms. Der Staatsrat. Die internationale Berliner Konferenz zum Schutz der Arbeiter. Die Entlassung Bismarcks und deren Gründe. Reichskanzler v. Caprivi. Die Maifeier der Sozialdemokraten. Kolonialpolitik. Militärgesetz. Der Vertrag mit England über Helgoland und Afrika. Kaiser Wilhelms Reisen. Ablauf des Sozialistengesetzes. Sozialistenkongreß zu Halle. Sozialistische Hochflut der Zeit. Die Sperrgelder. Kaiser Wilhelms Schulreformen. Volksbühnen. „Rembrandt als Erzieher." Groß-Wien. Hugo Wolf. Bonghis Idee des internationalen Schiedsgerichts. Lavigerie und Freppel. „Dekadenz." Parnells Fall. Dilkes „Greater Britain". Königin Wilhelmine von Holland. Der panamerikanische Kongreß.

Kaiser und Kanzler.

Wieder überfloß Kaiser Wilhelm in einem Neujahrsgruß an den Fürsten Bismarck von Dank und Befriedigung gegen den Reichskanzler, besonders für dessen Mitwirkung bei der Alters- und Invaliditätsversicherung. Er bat Gott, ihm den Rat des Fürsten, dessen aufopfernde und schaffensfreudige Tatkraft noch viele Jahre lang zu erhalten. Aber gleich darauf wurde ein Artikel der russischen „Nowoje Wremja" viel besprochen, der sich mit den angeblich entgegengesetzten Strömungen unter den ersten Dienern des Kaisers Wilhelm beschäftigte. Es war besonders von einem Antagonismus Bismarcks gegen den Grafen Waldersee die Rede, von Bismarcks russischer Friedenspolitik, Waldersees antirussischer Kriegspolitik.

Die Gegensätze der Parteien im Deutschen Reich traten in den Wahlaufrufen Mitte Januar zutage. Die Deutschkonservativen sagten: „Die sozialdemokratische Bewegung, welche in ihren letzten Zielen auf die Vernichtung aller Grundlagen unserer jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet ist, welche im Bunde mit den Revolutionären aller Länder die soziale Republik erstrebt, läßt schwere Erschütterungen unserer staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse befürchten. So ist es Pflicht, einzutreten für Kirche, Monarchie, Familie, Gesittung und nationale Einheit, in der Gesinnung echten Christentums mit deutscher Treue." — Die Reichspartei, gemäßigt liberal, verlangte Hebung der Landwirtschaft, der Bauern, des Handwerks (Innungswesen), Fernhalten kirchenpolitischer Zwistigkeiten, Kolonien, Arbeiterschutz, Unterdrückung mutwilliger Ausstände. Die Nationalliberalen folgten diesmal ganz der Politik Bismarcks, nach außen wie innen. — Dagegen widersprachen die Deutschfreisinnigen seiner Kolonialpolitik; sie waren gegen Schutzzölle, für größeren Arbeiterschutz, aber gegen die Versicherungspolitik, die zu umständlich und kostspielig sei, die Freiheit beschränkt, von Selbständigkeit und Selbstverantwortung entwöhnt, der Gesamtheit aber Verpflichtungen auferlegt, die wiederum in der Hauptsache durch die auf die ärmeren Klassen gelegten Steuern gedeckt werden sollen. Sie waren für Beseitigung des Sozialistengesetzes. — Das Zentrum betonte die kirchlichen und wirtschaftlichen Forderungen: Noch immer entbehrt die Kirche der vollen Freiheit der Bewegung, während doch in ihr das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Sozialdemokratie sei. Im übrigen gelte der Wahlspruch: „Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht!"

Indessen war man schon schlüssig geworden, daß das Sozialistengesetz nicht verlängert werden dürfe. Ein Kronrat vom 11. Januar unter dem Vorsitz des Kaisers und Teilnahme des Kanzlers erörterte diese Frage. Bei der dritten Lesung des Gesetzes am 25. Januar beteiligte sich Bismarck gar nicht mehr an der Beratung und das Gesetz wurde denn auch abgelehnt. Der Kaiser schloß hierauf den Reichstag mit einer Thronrede, die den starken Abschnitt von 1888—1890 betonte. Dem Reich sei „eine Weltstellung gewährleistet, vermöge deren es zur Erfüllung der Aufgabe befähigt wird, mit dem ihm im Rate der Völker gebührenden Gewichte für die Güter des Friedens und der Gesittung erfolgreich einzutreten". Sonst wurde die Arbeiterfürsorge hervorgehoben, das Sozialistengesetz aber gar nicht erwähnt. Darüber äußerte sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 29. Januar offenbar als Sprachrohr Bismarcks: „Die Regierung sah in der sozialistischen Bewegung eine Gefahr für den Staat und für die Zivilisation, der gegenüber sie das seit einem Jahrzehnt bestehende Maß von Schutz nicht abschwächen darf, ohne der Nation gegenüber für die Folgen dieser Abschwächung verantwortlich zu werden . . . Die Nationalliberalen beurteilen die sozialdemokratische Bewegung bisher noch anders. Sie schätzen die Gefahr geringer und sind bereit, die Ablehnung der Sozialistenvorlage zu vertreten. Diese Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und der Partei wird früher oder später ausgeglichen werden, aber ihr heutiges Bestehen zu einer Feindschaft aufbauschen zu wollen, ist ein unehrliches Parteibestreben . . ."

Als Bismarck am 31. Januar die Leitung des Handelsministeriums niederlegte, wurde das als ein Systemwechsel im Gewerbewesen, speziell in der Arbeiterschutzfrage gedeutet. Freilich widersprach dem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 3. Februar: Die Wahrheit sei, daß Fürst Bismarck das Bedürfnis habe, seinen Wirkungskreis einzuschränken. Die Aufgaben des Handels- und Gewerbeministeriums haben durch die Streikbewegungen und dergleichen einen solchen Umfang erreicht, daß Fürst Bismarck nicht geglaubt habe, dieser Behörde ferner im Nebenamte vorstehen zu können.

Daß Kaiser Wilhelm in diesen und ähnlichen Fragen selbständiger als bisher vorgehen wollte, zeigten die denkwürdigen kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar. Der eine lautete: „Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Überzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will ich, daß zunächst in Frank- Kaiserl. Erlasse.

reich, England, Belgien und der Schweiz durch meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlungen zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zutage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage ich Sie (Bismarck), die Kabinette aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Anteil nehmen, zu einer Konferenz behufs Beratung über die einschlägigen Fragen einzuladen." Gleichzeitig erging folgender zweiter Erlaß an die Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe: „Bei meinem Regierungsantritt habe ich meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher mein Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächern Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So wertvoll und erfolgreich die bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen sie doch nicht die ganze mir gestellte Aufgabe. Neben dem Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetzgebung sind die Vorschriften über die Verhältnisse der Fabriksarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den Klagen und Wünschen . . . gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und Art der Arbeit so zu regeln, daß die Gesundheit, die Sittlichkeit, die Bedürfnisse und die Gleichberechtigung gewahrt bleiben . . ." Gesetzliche Bestimmungen sollen ergehen über Regelung gemeinsamer Angelegenheiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern; Fühlungnahme der Behörden mit den Arbeitern soll erfolgen. Die staatlichen Bergwerke sollen diesbezüglich Musteranstalten werden. Fabrikinspektoren sind zu bestellen für den Privatbergbau, wie sie bis 1869 bestanden haben. Vorberatung dieser Fragen erfolgt durch den Staatsrat u. s. w. — Man sah in aller Welt in diesen Erlassen Akte von großer Bedeutung, man wies aber auch auf die großen praktischen Schwierigkeiten hin und auf den Gegensatz zu den bisherigen Anschauungen des Reichskanzlers. Es fiel der Mangel einer ministeriellen Gegenzeichnung auf. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" suchte vergebens die Äußerungen zu widerlegen, die in dem ganzen das persönliche Widerstreben Bismarcks gegen die fernere Ausbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung empfanden und voraussetzten, daß Bismarck der Maifeier der Sozialisten durch Verhängung des Belagerungszustandes entgegentreten wollte.

Staatsrat.

Der Kaiser eröffnete den Staatsrat am 11. Februar. Er legte Wert darauf, daß der aus den verschiedensten Berufskreisen zusammengesetzte Staatsrat auf Grund praktischer Erfahrungen die Vorschläge vorurteilslos prüfe. Einem Abgeordneten gegenüber äußerte sich der Kaiser: „Ob wir nun Dank oder Undank für unsere Bestrebungen für die Aufbesserung des Wohles der arbeitenden Klassen ernten, in diesen Bestrebungen werde ich nicht erlahmen. Ich habe die Überzeugung, daß diese staatliche Fürsorge uns zu dem Ziele führen wird, die arbeitenden Klassen mit ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen. Jedenfalls geben diese Bestrebungen mir für alles, was wir tun, ein ruhiges Gewissen." Es war zweifellos, was auch die Bismarckpresse sagen mochte, daß der junge Kaiser den Händen seines alten Kanzlers die Macht bereits entwunden hatte. Durch den Ausfall der

Reichstagswahlen wurde die Stellung des Kanzlers auch nicht gerade gefestigt; denn die Oppositionsparteien, besonders die Sozialdemokraten, hatten den Regierungsparteien starken Abbruch getan. Bismarck ließ in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Sache so darstellen, daß „die beiden großen Parteien, die sich auf den Boden der Wirtschaftspolitik und Sozialreform gestellt haben, intakt aus dem Wahlkampf hervorgingen gegenüber den schwankenden Parteien“. Da unter jenen offenbar die Konservativen und das Zentrum verstanden waren, protestierten die Nationalliberalen und Freikonservativen gegen eine solche Charakteristik. In den „Hamburger Nachrichten“ ließ Bismarck verkünden, er habe mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen seine Entschließung, das preußische Staatsministerium aufzugeben, vertagt. Aber die Dinge waren bereits so weit gediehen, daß es nicht mehr auf Entschließungen Bismarcks ankam. Die Regierung mußte sich entscheiden, ob sie sich auf ein Zusammengehen der Konservativen mit dem Zentrum stützen wolle, da das Kartell erschüttert war. Es wurden Stimmen laut, daß die innere Gesetzgebung Preußens mehr und mehr „versumpfe“ und nicht mehr den andern Staaten Deutschlands und Europas zum Vorbild dienen könne.

Als der Kaiser am 28. Februar die Sitzungen des Staatsrates schloß, trat er der Meinung entgegen, als sei man hier zusammengekommen, um etwa ein Geheimnis zur Heilung aller sozialen Schäden und Leiden zu entdecken. „Wir haben uns redlich bemüht, die Mittel zu finden, um manches zu bessern und die Grenzen der Möglichkeit zu bestimmen, bis zu welchen die Maßregeln für den Schutz der Arbeiter gehen können und dürfen.“ Gleichzeitig wurde das Programm für die Beratungen der internationalen Konferenz veröffentlicht: 1. Arbeit in Bergwerken. 2. Sonntagsarbeit. 3. Kinderarbeit. 4. Arbeit junger Leute. 5. Frauenarbeit. 6. Ausführung der vereinbarten Bestimmungen, Wiederholung der Konferenzen. Auf Befehl des Kaisers wurde sofort der zehnstündige Arbeitstag in der Spandauer Gewehrfabrik und Artilleriewerkstätte eingeführt; bis dahin war die Arbeitszeit 12 bis 13 Stunden.

Papst und Kaiser.

Auch an den Papst richtete der Kaiser ein Einladungsschreiben zur Konferenz: „Erhabenster Pontifex! Die edlen Kundgebungen, mit denen Eure Heiligkeit stets Ihren Einfluß zugunsten der Armen und Verlassenen der menschlichen Gesellschaft geltend gemacht hat, geben mir die Hoffnung, daß die internationale Konferenz, welche sich auf meine Einladung am 15. März in Berlin versammeln wird, das Interesse Eurer Heiligkeit auf sich ziehen werde und daß Höchstdieselbe mit Sympathie dem Gang der Beratungen folgen werde, welche zum Zwecke haben, das Los der Arbeiter zu verbessern. Unter diesem Gesichtspunkte halte ich es für meine Pflicht, an Eure Heiligkeit das Programm gelangen zu lassen, welches den Arbeiten der Konferenz zur Grundlage dienen soll, deren Erfolg außerordentlich erleichtert werden würde, wenn Eure Heiligkeit dem menschenfreundlichen Werke, das ich verfolge, Ihre wohltätige Unterstützung leihen wollte. Ich

habe daher den Fürstbischof von Breslau, den ich von den Absichten Eurer Heiligkeit durchdrungen weiß, eingeladen, als mein Delegierter an der Konferenz teilzunehmen. Ich ergreife gerne diese Gelegenheit, um Eurer Heiligkeit die Versicherung meiner Hochachtung und meiner persönlichen Ergebenheit zu erneuern." — Der Papst antwortete darauf am 14. März; er beglückwünschte den Kaiser, daß er sich eine so edler, so ernster Aufmerksamkeit würdige, die ganze Welt angehende Frage so sehr ans Herz genommen habe. „Diese Frage hat übrigens uns selbst unaufhörlich beschäftigt, und das von E. Maj. unternommene Werk entspricht einem unserer teuersten Wünsche. Wir haben schon früher unsere Gedanken über diesen Gegenstand kundgegeben und mit unserm Worte für denselben die Lehre der katholischen Kirche geltend gemacht, auch als ihr Oberhaupt an deren Lehre bei einem neuerlichen Anlaß erinnert; und damit diese schwierige und wichtige Frage nach allen Grundsätzen der Gerechtigkeit gelöst werde und die berechtigten Interessen der arbeitenden Klasse gebührend sichergestellt werden, haben wir allen die Pflichten, die sie haben, ins Gedächtnis gerufen. Ohne Zweifel wird das vereinigte Handeln der Regierungen mächtig zur Erreichung des Zieles beitragen ... Eurer Majestät ist es indes nicht entgangen, daß die glückliche Lösung einer so ernsten Frage die mächtige Beihilfe der Kirche erfordert. Die religiöse Gesinnung allein ist fähig, den Gesetzen ihre volle Wirksamkeit zu sichern, das Evangelium allein ist das Gesetzbuch, in welchem sich die Prinzipien der wahren Gerechtigkeit und Liebe verzeichnet finden ... Die Aufgabe der Kirche ist es, in der ganzen Welt diese Grundsätze zu lehren; ihr kommt ein großer Einfluß auf die Lösung des sozialen Problems zu."

Wahlen. Nach Beendigung der Stichwahlen stellten sich die Parteien im neuen, nun fünfjährigen Reichstag also dar: 106 vom Zentrum (oder Ultramontane, wie die andern mißbräuchlich trotz aller Berichtigungen immer wieder sagten) mit 7 Hospitanten, 71 Konservative, 67 Deutschfreisinnige, 42 Nationalliberale, 36 Sozialdemokraten, 21 von der Reichspartei, 16 Polen, 11 Welfen, 10 Elsässer, 10 Demokraten, 4 Antisemiten, 1 Däne. Diese Zahlen schwankten noch etwas. Angesichts dieses Wahlergebnisses war in den Preßbetrachtungen häufig das Bild von „den am Boden schleifenden Zügeln" der Reichsregierung zu lesen. Um so energischer sprach sich der Kaiser gegenüber den Landständen der Provinz Brandenburg am 5. März aus: „Meine Reisen haben für mich den Wert gehabt, daß ich, entrückt dem Parteigetriebe des Tages, die heimischen Verhältnisse aus der Ferne prüfen konnte ... Es ist meine vornehmste Sorge gewesen, mich eingehender um das Wohl der untern Klassen zu bekümmern ... Diejenigen, welche mir dabei behilflich sein wollen, sind mir von Herzen willkommen, wer sie auch seien; diejenigen jedoch, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich." Auf wen er damit anspielte, sollte sehr bald offenbar werden. Darüber ließ denn auch Bismarck in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 11. März verlautbaren: „Im Abgeordnetenhause werden Gerüchte verbreitet,

wonach Fürst Bismarck während der Verhandlungen des Staatsrats gegenüber den sozialpolitischen Anregungen eine ablehnende Haltung beobachtet habe. Die fraglichen Gerüchte entbehren der Begründung." Der Staatsrat dient als Mittel der Information, er liefert Material. „Es würde also mit der Stellung eines Ministers nicht verträglich sein, wenn er bereits im Staatsrate zu dem Gegenstande der Beratung Stellung nehmen wollte ... Der Ministerpräsident hat denn auch in der Tat an den jüngsten Beratungen im Staatsrat keinen aktiven Anteil genommen, sich jeder Meinungsäußerung enthalten und nicht eingegriffen. Die Behauptung, er habe gegenüber den sozialpolitischen Anregungen eine ablehnende Haltung beobachtet, ist also willkürlich erfunden." Aber auch schon darüber war der Kaiser ungehalten; ebenso darüber, daß der Kanzler am 12. März Windthorst, den Führer der nunmehr weitaus zahlreichsten Fraktion, zu einer längeren Verhandlung einlud, offenbar ohne Vorwissen des Kaisers. Auch die anderen Parteien fürchteten, daß daraus eine „konservativ-klerikale Koalition" entstehen könne. Die „Kölnische Zeitung" appellierte geradezu vom Kanzler an den Kaiser, indem sie im Namen der Nationalliberalen schrieb: Der Politiker, der Deutschland mit einer klerikal-konservativen Staatskunst beglücken möchte, würde eine schwere Verantwortung auf sich nehmen und Unheil und Verwirrung über das Vaterland bringen. „Wir würden es für unsere patriotische Pflicht halten, einem solchen verhängnisvollen und verderbenschwangern Beginnen, welches die gesamte deutsche Bildung in die Opposition drängen würde, einen unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen. Wir halten an der Zuversicht fest, daß die Kräfte, welche etwa nach dieser falschen Richtung drängen, an der entscheidenden Stelle ein wirksames Gegengewicht finden werden." Windthorst.

Das Ende dieser Kraftprobe zwischen Kaiser und Kanzler war die Entlassung Bismarcks, die am 20. März bekannt wurde. Kurz vorher konnte der Fürst noch im Reichskanzlerpalast die internationale Arbeiterschutzkonferenz empfangen. Vertreten waren außer dem Deutschen Reich noch zwölf Staaten: Österreich, England, Frankreich, Italien, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Luxemburg, später Spanien und Portugal. Bei einem Frühstück der Delegierten am 18. März äußerte sich Bismarck noch besonders freundlich gegen einen italienischen Delegierten Boccardo: „Auch in Zukunft bleiben die Wege Italiens und Deutschlands dieselben." Am selben Tag hatte eine Konferenz aller kommandierenden Generäle unter dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden. Als letzte offiziöse Kundgebung ließ Bismarck noch am 20. März in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" andeuten: „Es ist unrichtig, daß das Ausscheiden des Kanzlers aus dem Dienste sich an die Arbeiterfrage knüpfe. Die Meinungsverschiedenheiten in den maßgebenden Regionen haben sich vorwiegend auf staatsrechtlichem Gebiet bewegt und die Grenzen der ministeriellen Verantwortlichkeit nach Lage der Verfassung, sowie die Beziehungen des Ministerpräsidenten zu seinen Kollegen zum Gegenstand gehabt ... Die sozialpolitische Gesetzgebung während des letzten Dezen- Entlassung.

niums beginnt mit der Botschaft vom 17. November 1881. Ihr intellektueller Urheber ist Fürst Bismarck gewesen. Er hat die Botschaft entworfen und den Kaiser dafür zu gewinnen gewußt. Fürst Bismarck ist also der Schöpfer unserer heutigen sozialpolitischen Gesetzgebung ... Schon 1885 hat der Kanzler (in betreff der Sonntagsruhe) es ausgesprochen, daß, um mit einer Arbeiterschutzgesetzgebung vorzugehen, der Anschluß der übrigen Kulturstaaten zu erstreben wäre, und der Kanzler ist es denn auch gewesen, der den Zusammentritt der jetzt tagenden Konferenz beim Kaiser beantragt hat ..."

All das konnte nicht die Tatsache widerlegen, daß sich der junge Kaiser in dieser Sache wie in manchen andern im Gegensatz gegen den alten Kanzler fühlte und diesen Gegensatz nicht länger ertrug. Er milderte die entstandenen Unstimmigkeiten durch zwei sehr verbindliche Erlasse an den abtretenden Kanzler. Im ersten hieß es: „Mein lieber Fürst! ... Ich entspreche Ihrem Wunsche (vom 18. d. M.), indem ich Ihnen den erbetenen Abschied aus Ihren Ämtern als Reichskanzler, Präsident meines Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und in der Zuversicht erteile, daß Ihr Rat und Ihre Tatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden ... Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie meinem Hause, meinen Vorfahren und mir gewesen sind, wird mir und dem deutschen Volke in dankbarer, unvergänglicher Erinnerung bleiben ... Als Zeichen des Dankes verleihe ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde ich Ihnen mein lebensgroßes Bildnis zugehen lassen ..." In einem zweiten Erlaß ernannte er ihn wegen seiner Verdienste um die Armee zum „Generaloberſten der Kavallerie mit dem Range eines Feldmarschalls". Gleichzeitig wurde zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten der General
Caprivi. v. Caprivi, Kommandeur des 10. Armeekorps, früher Chef der Admiralität, ernannt. Die „einstweilige" Leitung des Ministeriums des Auswärtigen blieb dem Grafen Herbert Bismarck; aber seine Stellung war so unhaltbar, daß er den Tag darauf, 21. März, seine Entlassung einreichte; sie wurde am 26. angenommen und Caprivi wurde auch mit der Leitung des Auswärtigen betraut. Am 26. nahm der Fürst seine Abschiedsaudienz beim Kaiser. Bei der Rückfahrt wie bei seiner Abfahrt von Berlin am 29. März wurden ihm stürmische Ovationen gebracht. Truppenabteilungen erwiesen ihm sowohl in Berlin wie bei der Ankunft in Friedrichsruh auf Befehl des Kaisers militärische Ehren. Vor seiner Abreise legte Bismarck auf den Sarkophag des alten Kaisers Wilhelm eine Rose nieder. Das Abgeordnetenhaus nahm den Bericht über den Amtswechsel in völligem Schweigen hin.

Es stellte sich heraus, daß eine der Veranlassungen zum Bruch die Weigerung Bismarcks war, die Kabinettsorder von 1852 aufzugeben, wonach kein Minister direkt mit dem König, sondern nur durch den Ministerpräsidenten verkehren sollte. Diese Order war die Grundlage der außerordentlichen Macht des Präsidenten; Bismarck wollte nicht darauf verzichten, der junge Kaiser bestand aber darauf. Die Stimmung der großen Verantwortlichkeit, die der Kaiser durch den Bruch auf sich genommen hatte, kam in seinem Telegramm vom 22. März nach Weimar zum Ausdruck: „Mir ist so weh, als hätte ich noch einmal meinen Großvater verloren; aber von Gott Bestimmtes ist zu tragen, auch wenn man darüber zugrunde gehen sollte. Das Amt des wachhabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist mir zugefallen, der Kurs bleibt der alte. Volldampf voran!"

In Bismarcks Sinn wurde noch in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 23. März die Anschauung abgelehnt, als ob der Rücktritt des Fürsten damit zusammenhänge, daß in den letzten Jahren namentlich auf dem Gebiete der inneren Politik die Erfolge seltener geworden seien. Es sei unbillig, die Politik des Kanzlers anzuklagen, die seit Wilhelms I. Tode nicht mehr leitend war. Richtig sei es, daß Bismarck zur Ausführung des kaiserlichen Befehles, jene Order von 1852 aus der Welt zu schaffen, die Hand nicht bieten wollte, weil er die Order für unentbehrlich hielt, wenn ein Präsidium des Staatsministeriums fortbestehen sollte. Daraus erwuchs die Notwendigkeit des Rücktritts. Ein Irrtum sei es, wenn angenommen wird, daß Besprechungen des Fürsten mit Windthorst das Cumberlandsche Vermögen zum Gegenstand gehabt haben. Der Verkehr des Kanzlers mit Windthorst spielt in der ganzen Krisis nur insofern eine Rolle, als der Kanzler sich geweigert hat, seinen Verkehr mit Abgeordneten einer Kontrolle zu unterwerfen. Endlich wird festgestellt, daß persönliche Schritte des Kaisers oder einflußreicher Bundesfürsten, den Fürsten zur Fortführung der auswärtigen Politik zu bewegen, nicht erfolgt sind. Eine Trennung der auswärtigen von der inneren Politik sei überdies kaum ausführbar.

Arbeiterschutz.

Nachdem die Arbeiterschutzkonferenz ihre Sitzungen am 29. März geschlossen und ihre „Wünsche" formuliert hatte, legte der „Reichsanzeiger" den Standpunkt des Kaisers am 1. April also dar: „Es war von jeher der Beruf der Hohenzollernkönige, an die Heilung der sozialen Schäden heranzutreten . . . Mit Schreckbildern, wie sie sich stets bei Reformen eingestellt haben, kann die Aufgabe des Staates, der gegenwärtig leidenden Klasse zu helfen, nicht hintertrieben werden. Der Kaiser erkennt die Notwendigkeit. Die in seiner Hand ruhende Macht des Staats wird denen, welche für ihre ehrgeizigen und phantastischen Ziele hiebei etwas zu gewinnen hoffen, entgegenzutreten wissen. Gegenüber dem Schrecken, mit welchem die Gesellschaft vor dem Sozialismus erfüllt wird, und gegenüber den Gefahren des ‚Laissez faire' müssen die Parteien sich um den Hüter aller Klassen der Gesellschaft, um den Träger der mächtigen Krone scharen. Die Gesellschaft gleicht einer Wage in der Hand des Monarchen; er muß bald hier, bald dort ein Gewicht hinzufügen oder entfernen, um die Schwankungen zu beseitigen. Nur das Königtum kann sich dieser Aufgabe unterziehen . . ."

Dieser Standpunkt erschien manchen zu wenig parlamentarisch. Jedenfalls richtete die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses am 1. April zum Geburtstag Bismarcks an ihn eine demonstrative Adresse, die

dem schmerzlichen Gefühl Ausdruck gab, „daß das Reich und der Staat in Zukunft des sicheren Führers entbehren soll, der der Nation seit mehr als einem Vierteljahrhundert zielbewußt die Bahnen vorgezeichnet, auf denen sich ihr heißes Sehnen nach Einheit, der gebührenden Machtstellung und innern Entwicklung erfüllte. Die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung, die Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs nach ohnmächtiger Zersplitterung, die Festigung desselben durch die Organisation der Wehrkraft und der Finanzen und der innere Ausbau durch einheitliche Gestaltung des Rechts und wichtiger Verwaltungszweige, ein zwanzigjähriger, durch unvergleichliche Staatskunst aufrechterhaltener Friede, der den Wohlstand des deutschen Volkes erhöhte, und der Zusammenschluß der drei mächtigen Reiche Mitteleuropas zu weiterer Friedenswahrung, der Erwerb von Kolonien, welche dem Handel und Gewerbefleiß neue Absatzgebiete eröffnen werden, die soziale Reform zur Linderung der Not der arbeitenden Klassen: — das sind Hauptmarksteine des gewaltigen Teils Geschichte, welchen das deutsche Volk unter der Führung seines ersten großen Kaisers auf den durch E. Durchlaucht erkannten und eröffneten Wegen durchschritten hat." An diesem Tag kamen auch Ovationen der Bevölkerung Lauenburgs und Hamburgs; und der Kaiser sandte sein Bildnis. Viele Städte ernannten Bismarck zum Ehrenbürger.

Der neue Reichskanzler und Ministerpräsident Caprivi[1]) erschien zum erstenmal am 15. April vor dem Abgeordnetenhaus. Er wollte kein Programm entwickeln: „Den politischen Angelegenheiten bisher fremd, bin ich vor einen Wirkungskreis gestellt, den auch nur im allgemeinen zu übersehen mir bis heute nicht möglich gewesen ist ... Wenn ich trotzdem unverzagt mein neues Amt angetreten habe, so geschah es in der Erwartung, daß andere Momente es mir möglich machen werden, die Geschäfte zum Segen des Landes zu führen. Ich bin überzeugt, daß das Gebäude, welches unter der hervorragenden Mitwirkung des Fürsten Bismarck entstanden ist, fest genug gefügt ist, um auch, nachdem seine Hand ihm fehlt, Wind und Wetter widerstehen zu können. Ich halte es für eine Fügung der Vorsehung, daß in dem Moment, wo die Trennung des Fürsten vom öffentlichen Leben eintrat, sie die Person unseres jungen Monarchen in ihrer Bedeutung hat so klar hervortreten lassen, daß diese Person geeignet ist, diese Lücke zu schließen und vor den Riß zu treten ... Sie werden das Wort Sr. Majestät gelesen haben, daß der Kurs der alte bleiben soll. Es liegt aber in der Natur der Verhältnisse und Menschen, daß einer Kraft wie der des Fürsten Bismarck gegenüber andere Kräfte schwer Platz finden konnten, daß unter seiner auf sich selbst gestellten Weise, die Dinge zu sehen und zu treiben, manche andere Richtung hat in den Hintergrund treten müssen, und manche Idee, manche Wünsche, wenn sie auch berechtigt waren, nicht überall haben in Erfüllung gehen können. Es wird die erste Folge des Personenwechsels sein, daß die ein-

[1]) Er stammte aus einem österreichischen Geschlecht Kopriva, 1653 von Ferdinand III. geadelt.

zelnen Ressorts einen größeren Spielraum gewinnen und mehr hervortreten als bisher. Es wird darum ganz unvermeidlich sein, daß die alte kollegiale Verfassung mehr zur Geltung kommt, als sie unter diesem mächtigen Ministerpräsidenten es konnte ... Wir hoffen auf einen engeren Zusammenschluß angesichts der immerhin schwierigen Lage im Innern."

Bismarck verzichtete durch seinen Rücktritt nicht darauf, seine Politik in der Presse und durch Mittelspersonen weiter zu vertreten; das zeigte sich, als sofort die von ihm inspirierten „Hamburger Nachrichten" eine abfällige Kritik der Rede Caprivis brachten. Der Artikel wurde direkt dem Fürsten zugeschrieben, was allerdings das Blatt ableugnete. Es schrieb vielmehr, der Fürst wolle dem neuen Kanzler keine Schwierigkeiten bereiten, er sei mit ihm befreundet und wünsche es zu bleiben.

Der Kaiser betonte noch stärker seine monarchische Mission bei Gelegenheit der Grundsteinlegung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm in Bremen, 21. April: „Daß es uns gegeben gewesen ist, das zu erreichen, was erreicht worden ist, liegt vor allem daran, daß in unserm Hause die Tradition herrscht, daß wir uns als von Gott eingesetzt betrachten, um die Völker zu regieren zu deren Wohlfahrt. Wir haben heute unter uns einen Mann, der noch mit meinem Großvater die Großtaten erfochten hat, Feldmarschall Moltke." In einer Rede an Bord eines Dampfers vom Norddeutschen Lloyd sprach der Kaiser von der Zukunft der deutschen Flagge.

Bismarcks Auffassung.

Aus den letzten Kapiteln von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" geht deutlich hervor, daß seine russische Schaukelpolitik die Hauptursache seiner Entlassung war. Er spricht sich da sehr entschieden gegen „die Vertretung östreichischer Interessen im Balkan und im Orient" aus. Das gehe über den Zweibundvertrag hinaus. „Es ist nicht die Aufgabe des Deutschen Reichs, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzuleihen" (S. 252 f.). „Niemand kann die Zukunft Östreichs an sich mit der Sicherheit berechnen, die für dauernde und organische Verträge erforderlich ist. Die ... Faktoren sind ebenso mannigfaltig wie die Völkermischung; und zu der ätzenden und gelegentlich sprengenden Wirkung dieser kommt der unberechenbare Einfluß, den je nach dem Steigen oder Fallen der römischen Flut das konfessionelle Element auf die leitenden Persönlichkeiten auszuüben vermag. Nicht bloß der Panslawismus und Bulgarien oder Bosnien, sondern auch die serbische, die rumänische, die polnische, die tschechische Frage, ja selbst die italienische im Trentino, in Triest und an der dalmatischen Küste können zu Kristallisationspunkten für nicht bloß östreichische, sondern auch europäische Krisen werden, von denen die deutschen Interessen nur insoweit nachweislich berührt werden, als das Deutsche Reich mit Östreich in ein solidarisches Haftverhältnis tritt ... Für ein monarchisches und katholisch gesinntes Frankreich wäre die Hoffnung nicht erstorben, ähnliche Beziehungen zu Östreich wiederzugewinnen, wie sie während des Siebenjährigen Krieges und auf dem Wiener Kongreß bestanden, in der polnischen Frage 1863 drohten, im Krimkriege und zur Zeit des Grafen Beust von 1866 bis 1870 in Salzburg und

Wien Aussicht auf Verwirklichung hatten." Aber auch „die Möglichkeit eines Wettbewerbes zwischen Wien und Berlin um russische Freundschaft kann ebensogut wiederkommen, wie sie zur Zeit von Olmütz vorhanden war, und zur Zeit des Reichstadter Vertrages unter Andrassy Lebenszeichen gab". Daher ist es „unvernünftig und ruchlos, die Brücke, die uns eine Annäherung an Rußland gestattet, abzubrechen . . . Wir dürfen Östreich nicht verlassen, aber auch die Möglichkeit, daß wir von der Wiener Politik freiwillig oder unfreiwillig verlassen werden, nicht aus den Augen verlieren." Bismarck erzählt ferner seine Bemühungen, das Vertrauen des Zaren Alexander III. zu gewinnen. „Ebenso gelang es mir bei der Begegnung im Oktober 1889, die Zweifel, die er wieder aus Kopenhagen mitgebracht hatte, zu zerstreuen bis auf einen, ob ich Minister bleiben würde. Er war wohl besser unterrichtet als ich . . ." (258). Bismarck hält es im weiteren nicht für wahrscheinlich, daß Rußland, wenn es seine Rüstungen vollendet hat, in Rechnung auf französischen Beistand das Deutsche Reich angreifen werde (260), ebensowenig wird es, meint er, Österreich angreifen, sondern es wird mit der neuen Schwarzen-Meer-Flotte sich der Stellung am Bosporus bemächtigen, um in den Besitz seines „Hausschlüssels" zu gelangen (263). Die Frage, ob Österreich oder England, wenn sie sich dem russischen Vorgehen kriegerisch widersetzten, auf die Unterstützung Deutschlands rechnen könnten, diese Frage würde unbedingt zu verneinen sein. „Ich glaube, daß es für Deutschland nützlich sein würde, wenn die Russen sich in Konstantinopel festgesetzt und dasselbe zu verteidigen hätten . . . Auch für die östreichische Politik wäre es richtiger . . . Wenn ich östreichischer Minister wäre, so würde ich die Russen nicht hindern, nach Konstantinopel zu gehen . . . Die Beteiligung Östreichs an der türkischen Erbschaft wird doch nur im Einverständnisse mit Rußland geregelt werden, und der östreichische Anteil um so größer ausfallen, je mehr man in Wien zu warten und die russische Politik zu ermutigen weiß, eine weiter vorgeschobene Stellung einzunehmen." Aber freilich: „Gelingt es der russischen Politik, Östreich zu gewinnen, so ist die Koalition des Siebenjährigen Krieges gegen uns fertig, denn Frankreich wird immer gegen uns zu haben sein" (264). „Die traditionelle russische Politik, die sich teils auf Glaubens-, teils auf Blutsverwandtschaft gründet, der Gedanke, die Rumänen, die Bulgaren, die griechischen, gelegentlich auch die römisch-katholischen Serben (Kroaten), zu befreien und dadurch an Rußland zu fesseln, hat sich nicht bewährt . . . Alle diese Stämme haben Rußlands Hilfe zur Befreiung von den Türken bereitwillig angenommen, aber, nachdem sie frei geworden, keine Neigung gezeigt, den Zaren zum Nachfolger des Sultans anzunehmen . . ."

Das Entlassungsgesuch.

Das Entlassungsgesuch Bismarcks vom 18. März 1890 wurde erst einen Tag nach Bismarcks Tod 1898 durch seinen Famulus Moritz Busch, offenbar auf Bismarcks Verfügung, veröffentlicht (Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1898, S. 145). Es ging von der Order von 1852 aus. Bismarck bestand darauf, daß kein Minister selbständig ohne seine Vermittlung mit dem Herrscher verkehren dürfe, und ging dann auf die jüngsten Entscheidungen des Kaisers „über die Richtung unserer auswärtigen Politik" über. „Ich würde damit alle für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Euerer Majestät in unseren Beziehungen zu Rußland unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat. Es ist mir höchst

schmerzlich, aus der gewohnten Beziehung ... zu der Gesamtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden, aber nach gewissenhafter Erwägung der allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienst bliebe, kann ich nicht anders, als E. Maj. bitten, mich in Gnade und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen. Nach meinen Eindrücken in den letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern den Mitteilungen aus E. Maj. Zivil- und Militärkabinett entnommen habe, darf ich annehmen, daß ich mit diesem Entlassungsgesuch den Wünschen E. Maj. entgegenkomme ..."

Vertrag mit Rußland.

Die vollere Aufklärung über den Rückversicherungsvertrag mit Rußland erfolgte erst im Jahr 1896 durch eine starke Indiskretion Bismarcks. Die Sache war ungefähr auf folgende Weise von Stufe zu Stufe erfolgt. Nach der Mißstimmung von 1878 und 1879 erfolgte 1881 wieder eine Annäherung der drei Kaiserreiche. Im Juni sicherte Rußland Österreich die Verwandlung der Okkupation Bosniens in eine Annexion zu, wogegen Österreich die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien zugestand. Im Dezember besuchte der Zar den Deutschen Kaiser in Danzig. Im März 1884 erfolgte eine Erneuerung des Dreikaiserverhältnisses. Dieser Neutralitätsvertrag, bekräftigt durch die Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewice im September, lief 1887 ab und wurde von Österreich nicht erneuert, wohl aber im geheimen von Bismarck im Juni 1887; er verpflichtete zu wohlwollender Neutralität für den Fall eines Angriffes von dritter Seite, und zwar für drei Jahre. Kaiser Wilhelm II. sah bei Beginn seiner Regierung sehr wohl die Unzulässigkeit dieses Verhältnisses ein, denn im Fall eines Zwiespalts zwischen Rußland und Österreich hätte er die Entscheidung treffen müssen, wer Angreifer sei. Das entsprach aber wenig den Voraussetzungen des Bündnisses mit Österreich. Doch mußte man bis 1880 warten, wo der Vertrag mit Rußland ablief. Da Bismarck den höchst bedenklichen Vertrag erneuern wollte, mußte ihn der Kaiser entlassen.

Egelhaaf.

Als Ursachen des Sturzes des Reichskanzlers werden heute (G. Egelhaaf, Bismarck, 2. Aufl., 1918) weniger der Gegensatz in der Sozialpolitik, als der Einfluß des Hofpredigers Stöcker, des Freiherrn v. Hammerstein, der Antisemiten, der Gegner des von Bismarck protegierten Harnack, des Ministers v. Bötticher, des Kaisererziehers Hinzpeter, besonders des Großherzogs Friedrich von Baden angesehen. Es verletzte nachträglich den Kaiser, daß Bismarcks Immediatbericht in der Geffckenschen Sache von 1888 seine Eltern als schlechte Deutsche und Ausplauderer deutscher Staatsgeheimnisse nach London verächtlich machte. Der Kaiser wollte nicht nur mit dem Kanzler, sondern mit allen Ministern direkt verkehren können, ihm war Bismarcks Verkehr mit Parteiführern wie Windthorst bedenklich. Er war darüber höchlich aufgeregt, daß ihm Bismarck die Berichte des deutschen Konsuls Rassauf in Kiew von großen Truppenanhäufungen an der Grenze gegen Österreich unterschlagen wollte; er richtete darüber am 17. März folgendes sehr ungehaltene Schreiben an Bismarck: „Die Berichte lassen auf das klarste erkennen, daß die Russen in vollem strategischen Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten. Ich muß sehr bedauern, daß ich so wenig von den Kiewer Berichten erhalten habe. Sie hätten mich schon längst auf diese furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können! Es ist die höchste Zeit, die Österreicher zu warnen und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen

Umständen ist natürlich an eine Reise nach Krasnoje meinerseits nicht zu denken." Dazu kam der Ausfall der Reichstagswahlen, worüber Bismarck dem Kaiser am 25. Februar berichtete; er machte den Kaiser darauf aufmerksam, daß die beträchtliche Heeresverstärkung, um die es sich zunächst handelte, in diesem Reichstag nicht leicht durchgehen werde, man werde im äußersten Fall im Einvernehmen mit den Bundesfürsten die Reichsverfassung und das Wahlrecht abändern müssen. Also ein Staatsstreich: die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts! Bismarck hatte die Absicht, den Sozialdemokraten als ausgesprochenen Todfeinden des Staates das Wahlrecht zu entziehen. Schon 1887 soll Bismarck gesagt haben: „Ich will die letzten Jahre meines Lebens daransetzen, den schwersten Fehler wieder gutzumachen, den ich begangen habe" — nämlich die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Ja, er dachte bereits seit 1881 an das letzte Mittel: „Die Fürsten und Freien Städte, die 1867 und 1870 das Reich errichtet und die Verfassung gegeben haben, die aber zur Einsicht gekommen sind, daß das Vaterland mit ihr nicht bestehen kann, sagen sich von dieser Verfassung los, ändern sie da ab, wo es sein muß, und ziehen sich entweder auf ein Zoll- und Kriegsbündnis ohne Reichstag zurück, oder sie vereinbaren die neue Verfassung mit einem auf anderer Grundlage gewählten Reichstag — wie 1867 und 1870, nur ohne das jetzt bestehende Wahlrecht." Die Konsequenz davon wäre selbstverständlich ein innerer Kampf bis aufs Messer gewesen, wie ihn Bismarck 1862 begann. In diesem entscheidenden Moment griff der Oheim des Kaisers, der Großherzog Friedrich von Baden, ein, der über eine solche Aussicht geradezu entsetzt war; er stellte seinem Neffen vor, daß es zu einem Aufstand des Volkes kommen werde; „dann wirst du wie dein Großvater der Kartätschenprinz heißen; du wirst im Blut deiner Untertanen waten müssen bis an die Knöchel." Der Großherzog äußerte die Ansicht, das Ganze sei nichts als ein Trick des alten Bismarck, der den Kaiser und das Volk untereinander verhetzen wolle, um sich unentbehrlich zu machen; es handle sich darum, ob die Dynastie Bismarck oder Hohenzollern regieren solle. In jene Tage fiel des Kaisers Wort vom 5. März: „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich!" In dieser Stimmung nahm der Kaiser die Meinungsverschiedenheit über die Kabinettsorder von 1852 zum letzten Anlaß des Bruches. (All dies nach Egelhaaf, der dabei Bismarck möglichst zu entschuldigen sucht.)

Bismarcks „Gedanken" schließen mit der „Überzeugung, daß ich mich ... geirrt, daß ich die nationale Gesinnung der Dynastien unterschätzt, die der deutschen Wähler oder doch des Reichstags überschätzt hatte ... Ich kann das Zeugnis ablegen, daß ich den Fraktionen ... eine schwerere Schuld an der Schädigung unsrer Zukunft beimesse, als sie selbst fühlen. Geht nach Haus, ihr Fragmente! sagt Koriolan. Nur die Führung des Zentrums kann ich nicht eine unfähige nennen, aber sie ist berechnet auf die Zerstörung des unbequemen Gebildes eines Deutschen Reiches mit evangelischem Kaisertum ... Windthorst, politisch Latitudinarier, religiös ungläubig, ist durch Zufall und bürokratisches Ungeschick auf die feindliche Seite geschoben worden ... Wenn man sich die Zeit vergegenwärtigt, wo das Zentrum, gestützt weniger

auf den Papst als auf den Jesuitenorden, die Welfen, die Polen, die französierenden Elsässer ... einig untereinander nur in der Feindschaft gegen das Reich und seine Dynastie, unter Führung desselben Windthorst, der vor und nach seinem Tode zu einem Nationalheiligen gemacht wurde, eine sichre und herrische Mehrheit gegen den Kaiser und die verbündeten Regierungen besaß, so wird jeder, der die von Westen und Osten drohenden Gefahren zu beurteilen imstande ist, es natürlich finden, daß ein verantwortlicher Reichskanzler daran dachte, den möglichen ... Gefahren mit derselben Unabhängigkeit entgegenzutreten, mit der der Böhmische Krieg ohne Einverständnis, vielfach sogar im Widerspruche mit politischen Stimmungen unternommen wurde." Mit diesem schrillen Mißton schließt Bismarck seinen Bericht an die Nachwelt ab; diesen vergifteten Partherpfeil entsendet er mit seinem Sturz. Durch die bodenlose Charakteristik Windthorsts enthüllt er seine eigene Charakteristik; mit einem Fluch auf den Lippen geht er aus der Weltgeschichte hinweg in die Qual der Selbstzerfleischung. Und er hat die Schwachheit, dem noch einen Brief Kaiser Friedrichs anzuhängen, um zu beweisen, daß dieser denn doch nicht umhin konnte, Bismarcks Verdienste um die Armee anzuerkennen.

Zu diesen sehr mannigfachen Erörterungen über Bismarcks Entlassung ist neulich noch das Handschreiben Wilhelms II. an Kaiser Franz Josef hinzugekommen (herausgegeben von Hanns Schlitter in der „Österreichischen Rundschau", 1. Febr. 1919). Man ersieht daraus, wie der Kaiser die Sache angesehen wissen wollte. Das persönliche Moment tritt stark in den Vordergrund. Von Caprivi sagt der Kaiser, er sei „nächst Bismarck der größte Deutsche". Vom russischen Rückversicherungsvertrag wird diskret geschwiegen.

Hohenlohe.

Des Fürsten Chlodwig Hohenlohe Denkwürdigkeiten bemerken über Bismarcks Entlassung (2, 462ff.): „Ich hörte, daß ein wirklicher Bruch zwischen dem Kaiser und Bismarck die Ursache ist. Die Art, wie Bismarck den Kaiser behandelte, die abfälligen Urteile, die er über den Kaiser in Konversationen mit Diplomaten fällte, die unfreundliche Art, in der beide miteinander verkehrten, machten den Bruch unvermeidlich. Da nun der Kaiser schon vor Wochen mit Caprivi über die eventuelle Ernennung zum Reichskanzler verhandelt hat und Bismarck dies wieder erfuhr, so konnte die Sache nicht länger dauern. Die Fürstin soll auch gehetzt haben. Man sagt auch, daß Bismarck in letzter Zeit oft seine Ansicht geändert und dadurch Mißtrauen beim Kaiser erregt habe." Mancher war „froh wie ein Schneekönig, daß er jetzt offen reden konnte und daß der große Mann nicht mehr zu fürchten ist. Dies behagliche Gefühl ist hier vorherrschend. Es ist auch hier wieder wahr, daß die Sanftmütigen das Erdreich besitzen ... Der Großherzog von Baden behauptet, daß die Ursache des Bruchs eine Machtfrage sei ... Bei der Besprechung des Kaisers mit Bismarck soll dieser so heftig geworden sein, daß der Kaiser nachher erzählte: Daß er mir nicht das Tintenfaß an den Kopf geworfen hat, war alles! Dazu kam das Mißtrauen des Kaisers in die auswärtige Politik des Fürsten. Der Kaiser hatte den Verdacht, daß Bismarck die Politik nach seinen, dem Kaiser unbekannten Plänen

leiten und es dahin führen wolle, Österreich und die Tripelallianz aufzugeben und sich mit Rußland zu verständigen, während der Kaiser dies nicht will und an der Allianz festhält. Auch in Wien soll großes Mißtrauen gegen Herbert Bismarck herrschen." Von Bismarck selbst hörte Hohenlohe am 27. März bei einem Besuch: „Der Kaiser will nun einmal allein regieren. Er erwähnte das Arbeiterschutzgesetz, das der Kaiser wolle und das doch nur ein Arbeiterzwangsgesetz sei." Den kommandierenden Generälen teilte der Kaiser noch im März mit, „Rußland wolle Bulgarien militärisch besetzen und dabei die Neutralität Deutschlands haben. Der Kaiser sagte, er habe dem Kaiser von Österreich versprochen, ein treuer Bundesgenosse zu sein, und werde dies halten. Die Besetzung Bulgariens durch die Russen sei der Krieg mit Österreich, und er könne Österreich nicht im Stiche lassen. Es scheint mehr und mehr, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kaiser und Bismarck über die russischen Pläne zum Bruche geführt hat. Bismarck wollte Österreich im Stiche lassen. Der Kaiser will mit Österreich gehen, selbst auf die Gefahr hin, mit Rußland und Frankreich in einen Krieg verwickelt zu werden." Der Großherzog von Baden äußerte (21. April) seine besondere Befriedigung über Bismarcks Entlassung: „Es habe sich zuletzt nur darum gehandelt, ob die Dynastie Bismarck oder Hohenzollern regieren solle." Am 26. April erfuhr Hohenlohe vom Kaiser selbst noch manches über die Zerwürfnisse betreffs der Arbeitergesetzgebung, wobei Bismarck hinter dem Rücken des Kaisers gegen die Konferenz intrigierte. Der Kaiser erwähnte auch die Kabinettsorder und den Besuch Windthorsts beim Fürsten, doch gab dieser nicht den Ausschlag. Auch der Kaiser sagte, es handelte sich darum, ob die Dynastie Hohenzollern oder die Dynastie Bismarck regieren solle. „Was die auswärtige Politik betrifft, so behauptete der Kaiser, daß Bismarck seinen eigenen Weg gegangen sei und ihm vieles vorenthalten habe, was er tat. Ja Bismarck habe nach Petersburg sagen lassen, daß der Kaiser eine antirussische Politik befolgen wolle . . ." Hohenlohe macht die psychologische Bemerkung, daß jetzt „die Individuen geschwollen sind. Jeder einzelne fühlt sich. Während früher unter dem vorwiegenden Einflusse des Fürsten Bismarck die Individuen eingeschrumpft und gedrückt waren, sind sie jetzt alle aufgegangen wie Schwämme, die man ins Wasser gelegt hat."

Crispi. Crispi erzählt in seinen Memoiren (S. 446 ff.), daß Bismarck sich eine Mehrheit verschaffen wollte durch die Vereinigung der Konservativen und „Ultramontanen". Der Kaiser beklagte sich, daß ihn Bismarck darüber und über die auswärtigen Angelegenheiten ungenügend informiere. Der Kaiser sagte dem italienischen Botschafter, Bismarcks nervöse Überreizung sei nicht mehr zu ertragen gewesen. Als der Botschafter von der weltlichen Macht des Papsttums sprach, erwiderte der Kaiser: Ich bin ein zu guter Protestant, um mich für solche Bestrebungen einzusetzen."

Maifeier. Der Pariser Sozialistenkongreß des Vorjahres hatte, hauptsächlich als Demonstration für den Achtstundentag, beschlossen, daß alle Arbeiter der Welt am 1. Mai 1900 die Arbeit niederlegen sollten. In Erwartung dieser Maifeier erließ die ständige Deputation des Innungsausschusses der vereinigten Innungen einen Aufruf, auf die Innungsgenossen dahin

einzuwirken, daß in Berlin der Bußtag als Feiertag gehalten werde; wer aber am 1. Mai aus der Werkstelle fortbleibe, solle das Recht verwirkt haben, weiter darin Arbeit zu finden. Bismarck äußerte sich einem amerikanischen Publizisten gegenüber, die zum 1. Mai geplante Demonstration der Sozialdemokraten sei nicht gefährlich, sie sei nur eine Musterung ihrer Streitkräfte. Er würde keine Gegenmaßregeln raten. Anderseits sei jedes Paktieren mit den Arbeitern zwecklos; Zugeständnisse würden doch niemals Befriedigung erzeugen; die Regierung müsse gegenüber den Forderungen der Arbeiter Festigkeit bewahren.

Die sozialdemokratische Agitation für die Feier des 1. Mai überbot sich in der Erregung unerfüllbarer Erwartungen und Forderungen. In einer im April zu Berlin abgehaltenen Arbeiterversammlung gab ein Redner folgenden Denkvers zum besten: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden frei, acht Stunden Schlaf und acht Mark Lohn dabei!“ Manche Arbeitgeber drohten aber auch am 2. und 3. Mai zu schließen, so daß mit Bußtag und Sonntag fünf arbeit- und lohnfreie Tage sich ergeben hätten. In der staatlichen Eisenbahnwerkstätte bei Tempelhof wurde den Rädelsführern für den Weltfeiertag gekündigt. In Wien sah man dem 1. Mai mit großem Unbehagen entgegen, besonders wegen der Nachrichten aus dem Ostrauer Revier und weil man über die Absichten der Arbeiter ebenso im Unklaren war wie über die Stellungnahme der Arbeitgeber. Die Stimmung in Berlin wurde verschärft durch eine sozialdemokratische Denkschrift aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Sozialistengesetzes mit Angabe der Opfer, der Ausgewiesenen und Ausgewanderten, der verbotenen Druckschriften und Vereine und Aufzählung der erkannten Freiheitsstrafen. Die reichsdeutschen Sozialdemokraten sollten einen Teil ihres Taglohnes für einen „Maifond“ hergeben, nicht nur zum Zweck der Maifeier, sondern überhaupt für die Emanzipation der Arbeiter, besonders für die Presse. Von der andern Seite verlangte man eine Organisation der Arbeitgeber; denn selbst wenn die Demonstration vom 1. Mai ihren Zweck verfehle, werfe sie doch ein helles Licht auf die große Gefahr. Man erinnerte an das kürzlich von Bismarck in Friedrichsruh gesprochene Wort: „Nicht die Streiks sind das Schlimmste, denn sie gehen vorüber, aber das Traurigste für die Arbeiter würde es sein, wenn infolge dieser Vorgänge die Arbeitgeber die Lust verlören, weiter arbeiten zu lassen.“ Die Arbeitgeber, hieß es, sollten aus den Löhnen, die sie für die feiernden Arbeiter ersparen, auch einen Maifond gründen. Krupp in Berndorf (Niederösterreich) teilte seinen Arbeitern einen Drohbrief mit, der den Brand seiner Fabrik voraussagte, und erklärte: „Wer mag, soll nur die Fabrik anzünden, aber das sage ich euch, aufbauen werde ich sie auf keinen Fall mehr; ich habe genug zum Leben.“ Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages war eigentlich gegen den Ruhetag, aber das Londoner Zentralorgan diktierte die Feier als Vorübung für weiteres. Übrigens setzten sich die Arbeiterführer für die Erhaltung der Ruhe ein und wiesen die Schuld zum Beispiel an den Vorstadttumulten in Wien zurück. In Frankreich ließ die Regierung kurz vor dem 1. Mai alle Rädelsführer der Anarchisten im ganzen Land verhaften, auch einen Boulangisten. Die Münchener Arbeiter wollten die Maifeier als internationales Verbrüderungsfest betrachtet wissen, als Anerkennung, daß das

deutsche Volk die Beschlüsse des Pariser internationalen Arbeiterkongresses zu den seinen gemacht hat." Die Schlußworte des Aufrufs lauteten: „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit" (ohne Brüderlichkeit). In Österreich sah man die Exzesse in Ottakring und in Biala in letzter Stunde doch als einen Versuch der Revolutionären an, die Haltung des Militärs für den 1. Mai zu erproben; erst daraufhin ergriff man schärfere Maßregeln. Manche Familien verproviantierten sich wie für einen langen Belagerungszustand.

Am 1. Mai standen alle Regierungen, alle Behörden des industriellen Europa unter Waffen. Von Kopenhagen bis Madrid und Neapel, von Brüssel bis Breslau waren alle Garnisonen in Bereitschaft; die Einmütigkeit der Staaten war noch nie so groß. Jedenfalls betrachtete man diesen Tag als ein geschichtliches Datum, als den Ausgangspunkt einer neuen Phase in der Geschichte der sozialen Bewegung, wie immer auch die Sache ausfallen sollte. Mehr als im Jahr 1789 machte diesmal die von Paris ausgegangene Losung einer großen Arbeiterdemonstration die Runde um die ganze Welt. Seit Wochen waren die Blätter voll von Telegrammen über Beschlüsse von Arbeiterversammlungen, es war die Mobilisierung eines neuen Kulturkampfs. Die Gegner des sozialistischen Arbeiterprogramms machten geltend, daß die Achtstundenarbeit doch nur alle Preise steigern und daher auch die Arbeiter schädigen würde. Die allgemeine Expropriation der Einzelbetriebe zugunsten von Produktivassoziationen wäre die kostspieligste Existenz, welche die Menschheit für sich ersinnen könnte, die Grenze jedes Fortschritts und jeder Kultur. Auch das angebliche Solidaritätsgefühl der Arbeiter aller Länder sei eine großartige Selbsttäuschung gegenüber der gegenseitigen Konkurrenz. Der ganze Gedanke sei grotesk, ein blendendes Feuerwerk, eine auf die Urteilslosigkeit der Menge berechnete Phrase (Allg. Ztg., 1. Mai).

Der mit so großer Spannung erwartete kritische „Weltfeiertag" verlief indessen ziemlich ruhig und nüchtern. Die Zahl der Feiernden war nicht allzu groß. In Proßnitz (Mähren) wurde allerdings bei der Einlieferung von Verhafteten des Vortags das Gefängnis von 4000 Arbeitern gestürmt. Aber gerade von Arbeitern gingen auch Gegendemonstrationen aus. In Paris fand unter andern Verhaftungen von Anarchisten die des antisemitischen Marquis de Morès statt, der den Tag zu einem Putsch ausnützen wollte. Ein anarchistisches Manifest an die Truppen besagte: „Aus der Kundgebung des 1. Mai wird vielleicht die Revolution hervorgehen. Wie in den schönen Tagen von 1871 hoffen wir die Straße zu erobern. Soldaten, ihr seid Arbeiter wie wir und unsere Leidensgefährten. Wir wollen euch vom Joch befreien. Die Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaft wird auch zur Aufhebung der Heere führen . . ." Die Sozialisten waren der Regierung nur dankbar, daß sie ihnen die Anarchisten vom Halse schaffte. In London lehnten alle größeren Arbeiterorganisationen die Beteiligung an der Demonstration ab. In Berlin feierten nur etwa zehn Prozent, ein Fehlschlag, der den sozialdemokratischen Wahlsieg vom 20. Februar erheblich abschwächte. In Wien verscheuchte der Frohsinn im Prater alle Exzesse. In der Schweiz wurde fast

überall gearbeitet, in Spanien wurde dagegen überall gefeiert, aber in voller Ruhe, außer in Barcelona. Die sozialdemokratischen Blätter äußerten sich befriedigt darüber, daß ein Beschluß des Pariser Arbeiterkongresses imstande war; eine so allgemeine Wirkung auszuüben. Sie kündigten die jährliche Wiederholung und Verallgemeinerung der Demonstration zu immer steigender Wirkung an. Die bürgerlichen Blätter sahen im ganzen Verlauf ein Fiasko, einen Schlag ins Wasser. Die Zentrumsblätter konstatierten das „Fehlschlagen der Kraftprobe", ein „tragikomisches Mißlingen", mitverursacht durch den Zwiespalt in der Partei, den Gegensatz zwischen dem ängstlichen und zögernden Alter und der drängenden tatenlustigen Jugend. Ob der Erfolg oder der Mißerfolg mehr der Kampfbereitschaft der Regierungen, der Festigkeit der Arbeitgeber oder dem Ordnungssinn der Arbeiter zuzuschreiben sei, blieb bestritten. In den folgenden Jahren nahm der Charakter der Maifeier als harmlose Volksbelustigung zu, es stellte sich aber immer mehr heraus, daß sie keinen Schritt zum sozialistischen Staate bedeute.

Kolonien.

In bezug auf die Kolonialpolitik erklärte Caprivi am 5. Mai vor dem Bundesrat, er sei weder Optimist noch Pessimist, und werde in der Kolonialpolitik nichts ändern. Bei der Eröffnung des neuen Reichstags am 6. Mai betonte der Kaiser vor allem den weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung: Sonntagsruhe, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Schutz gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit, Arbeitsordnungen, Arbeitsbücher, Stärkung des elterlichen Ansehens gegenüber der zunehmenden Zuchtlosigkeit jugendlicher Arbeiter, gewerbliche Schiedsgerichte. Der Kaiser hoffte, daß die internationale Konferenz zum Segen der Arbeiter und auch für die Beziehungen der Völker untereinander nicht ohne einigende Frucht bleiben werde. Daneben dürfe aber auch eine Vermehrung des Heeres nicht länger hinausgeschoben werden, da sich die Heereseinrichtungen der Nachbarstaaten in unvorhergesehenem Maße erweitert und vervollkommnet haben. — Im Herrenhaus wurde Caprivi mit diesen Worten begrüßt (7. Mai): „Wenn die ermüdende Hand (Bismarcks) das Steuerruder nach fast dreißigjähriger treuer Arbeit hat niederlegen müssen, so ist das Staatsschiff, dessen sicherer Kurs von unserem jungen Kaiser geleitet wird, doch jüngeren, aber ebenso kräftigen Händen anvertraut worden."

Caprivi.

Auch im Reichstag verneinte Caprivi dem oppositionellen Bamberger gegenüber (12. Mai), daß ein Wechsel in den Anschauungen über Kolonialpolitik eintreten werde. Er wies darauf hin, daß das Zentrum auf diese Politik eingegangen sei, ausgehend von der Antisklavereibewegung und von religiösen Motiven, ohne deutschnationale Interessen dabei zu unterschätzen. „Wir sind international verpflichtet, für die Antisklaverei etwas zu tun, und die jetzt im Gange befindliche Brüsseler Konferenz wird uns nach derselben Richtung noch stärker verpflichten." Caprivi stellte übrigens auch fest, daß seinerzeit die Rücksicht auf die Erhaltung einer nationalen Strömung im Volk mit maßgebend gewesen sei, um die Wege der Kolonialpolitik ein-

zuschlagen. Denn „nach dem Krieg von 1870 trat eine Periode ein, in der der nationale Geist, ich will nicht sagen rückläufig wurde, aber zu erlahmen schien. Es fehlten ihm Objekte, auf die er sich richten konnte; der Idealismus, dessen der Deutsche zu seiner Existenz bedarf, hatte sich abgewöhnt, sich auf geistigen Gebieten zu betätigen. Die Kriege hatten ihm praktische Ziele gegeben, jetzt war noch ein Überschuß davon da, der nicht wußte, wohin. Da bot sich die Kolonialpolitik, und was an warmem Empfinden für die nationale Ehre und Größe da war, das richtete sich, ich gebe zu, zum Teil blind und ohne den Verstand zu Rate zu ziehen, auf dieses Gebiet ... Bamberger nennt das einen romantischen Sinn und spricht ihm wenig Bedeutung zu. Ich möchte mir aber doch mal die Frage erlauben, ob ohne diesen romantischen Sinn im Volk der Deutsche Reichstag heute hier sitzen würde! ... Bamberger hat auch den Krieg gestreift und gesagt: Wenn es zum Kriege kommt, sind solche Kolonien eine bedenkliche Sache. Aber es ist ein militärisch anerkannter Grundsatz, daß die Entscheidung auf dem Hauptkriegsschauplatz immer über die Nebenkriegsschauplätze mit entscheidet, und wenn es zu einem Kriege käme und wir in Europa siegten, so hat es keine Not, selbst wenn inzwischen eine Kolonie in üble Lage geraten sein sollte. Der Friedensschluß gibt uns das reichlich wieder. Die Entwicklung der Welt wird auch Deutschland nötigen, mit transozeanischen Staaten in engeren Verkehr zu treten als bisher. Das Phäakendasein eines kleinen europäischen Staats hat ein Ende ... Wir müssen in den Besitz einiger Punkte gelangen, in denen deutsche Kohlen von deutschen Behörden an deutsche Schiffe gegeben werden können ... Wir haben in Ostafrika einen Zustand, indem eine Truppe geschaffen wurde, von der niemand weiß, wessen sie ist; ich halte es nicht für unmöglich, daß wir in die Lage kommen können, aus dieser jetzt lediglich von Major Wißmann nach alter Landsknechtssitte (für die Gesellschaft) geworbenen Truppe eine Reichstruppe zu machen."

Sehr bedeutsam waren die Debatten über die Militärvorlage (14. Mai). Die Regierung wies auf das französische Wehrgesetz hin, das eine rücksichtslose Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bedeute. Graf Moltke. Moltke erhob sich zu einer großen Rede; er sagte: „Es kann Befremden erregen, daß neue erhebliche Opfer für militärische Zwecke gefordert werden, eben jetzt, wo anscheinend der politische Horizont freier ist von drohenden Wolken ... Unlängst ist von der äußersten Linken die Behauptung aufgestellt worden, daß unsere militärischen Vorkehrungen nur im Interesse der besitzenden Klasse erfolgen, und daß es die Fürsten sind, welche die Kriege hervorrufen; ohne sie würden die Völker in Friede und Freundschaft nebeneinander wohnen. Was nun die besitzende Klasse betrifft, und das ist nahezu die ganze Nation, denn wer hätte nicht etwas zu verlieren? so hat sie allerdings ein Interesse an allen Einrichtungen, welche jedem seinen Besitz gewährleisten. Aber die Fürsten und Regierungen sind es wirklich nicht, welche in unsern Tagen die Kriege herbeiführen. Die Zeit der Kabinettskriege liegt hinter uns; wir haben jetzt nur noch den Volkskrieg, und einen solchen heraufzubeschwören, dazu wird eine

Regierung sich schwer entschließen. Die Elemente, welche den Frieden bedrohen, liegen bei den Völkern. Das sind im Innern die Begehrlichkeit der vom Schicksal minder begünstigten Klassen und ihre Versuche, durch Gewalt schnell eine Besserung ihrer Lage zu erreichen, eine Besserung, die nur durch organische Gesetze und auf dem mühevollen Weg der Arbeit herbeigeführt werden kann. Von außerhalb sind es Nationalitäts- und Rassenbestrebungen, überall die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden. Das kann jederzeit den Ausbruch eines Krieges herbeiführen, ohne und gegen den Willen der Regierungen. Eine schwache Regierung, die nicht stark genug ist, den Volksleidenschaften entgegenzutreten, ist eine dauernde Kriegsgefahr. Nur eine starke Regierung kann den Frieden verbürgen. Wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als zehn Jahre lang wie ein Damoklesschwert über unsern Häuptern schwebt, zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Es kann ein Siebenjähriger, es kann ein Dreißigjähriger Krieg werden, und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte ins Pulverfaß schleudert! Wo es sich um so große Dinge handelt, um den Bestand des Reiches, vielleicht um die Fortdauer der gesellschaftlichen Ordnung und der Zivilisation, jedenfalls um Hunderttausende von Menschenleben, da kann allerdings die Geldfrage erst in zweiter Linie in Betracht kommen ... Lange schon ist es nur das Schwert, welches die Schwerter in der Scheide zurückhält ... Der Feind im Lande würde nicht viel fragen, ob Reichsbank oder Privatbank ... Die friedlichen Versicherungen unserer beiden Nachbarn in Ost und West, während ihre kriegerischen Vorbereitungen unausgesetzt fortschreiten, sind gewiß wertvoll; aber Sicherheit finden wir nur bei uns selbst."

Caprivi. Zur selben Sache sprach am 16. Mai Caprivi. Er anerkannte im Gegensatz zu Liebknecht, daß die Erbschaft, die er von seinem Amtsvorgänger in bezug auf die äußere Politik übernommen habe, die denkbar glücklichste sei. Da sich der Abgeordnete v. Kardorff auf die Broschüre „Videant consules" berief, die Bismarck den Vorwurf „markloser Politik" machte, weil er 1887 nach Niederwerfung Frankreichs nicht den Russen die Ostseeprovinzen entrissen habe, entgegnete Caprivi, es sei nicht wahr, daß unser fernerer Beruf das Germanisieren weit ins Slawentum hinein sei. „Auch wer nur die Lage unseres Vaterlandes kennt, wird wissen, daß wir achtzig Jahre nach der Besitzergreifung von Posen noch nicht dahin gekommen sind, diese Provinz so zu germanisieren, wie es viele wünschten. Noch heute haben wir mitten in Deutschland wendische Enklaven. Wenn man also Lust hat zu

germanisieren, so liegt innerhalb unserer Grenzen noch ein so reiches Feld vor, daß es nicht nötig ist, den Blick darüber hinausschweifen zu lassen. Das zweite der Motive, aus denen der Verfasser der Broschüre seine Animosität gegen Rußland schöpft, liegt darin, daß er sagt: Wir müssen Herren der Ostsee werden, unsere Küste ist zu kurz. Ich bin fünf Jahre Chef der Admiralität gewesen, habe mich mit der Verteidigung der Ostsee beschäftigt; auf den Einfall, daß unsere Küste zu kurz wäre, bin ich nicht gekommen."

Bismarck. Fast jeden Tag brachten die Zeitungen Berichte über Bismarcks Unterredungen mit Besuchern. Er machte aus seinem Herzen keine Mördergrube, sondern erfüllte die Welt noch viel offenherziger als bisher mit seinen Gedanken. So sagte er zum Korrespondenten der „Nowoje Wremja": Österreich sei dem Zerfalle nicht so nahe, wie es scheine, der Nationalitätenhaß sei bedeutungslos und nicht folgenschwer. Die Existenz Österreichs sei für das Deutsche Reich ebenso nötig, wie für Rußland die Existenz Frankreichs. Bis zum Berliner Kongreß habe er gesucht, mit Rußland zusammenzugehen, trotzdem sei das Reich im nächsten Jahr mit Krieg bedroht worden; darauf habe er sich erst entschlossen, das Bündnis mit Österreich zu schließen. Deutschland könne nichts durch einen Krieg gewinnen; der Erwerb der Ostseeprovinzen sei nur denkbar bei gleichzeitiger Erwerbung Polens; dadurch aber würde das Deutsche Reich wegen zu vieler Polen und Katholiken seinen Charakter und seine Stärke einbüßen. Er sei gegen den Besuch des Kaisers Wilhelm in Konstantinopel gewesen, weil das falsche Gerüchte über politische Absichten hervorrufen mußte. — Einem katholisch gesinnten Franzosen sagte Bismarck, er habe 1871 nur Elsaß haben wollen, das zum Schutze Süddeutschlands notwendig sei; aber die militärischen Kreise haben auch Lothringen verlangt. An einen weiteren Krieg habe er nicht gedacht und auch sein Rücktritt werde darin die deutsche Politik nicht ändern. Übrigens sei es mit seiner amtlichen Wirksamkeit aus, ganz aus, mehr als jemand glauben und ahnen kann. Diese Unterredungen Bismarcks mit auswärtigen Journalisten mißfielen in leitenden Kreisen und regten, wie es hieß, den Gedanken an, ob es nicht rätlich sei, dergleichen zu verhindern; denn die außerordentliche Autorität Bismarcks konnte im Ausland leicht dazu verführen, seine Kundgebungen als die des gesamten Reiches aufzufassen. Kaiser Wilhelm habe aber den Gedanken abgewiesen, den Fürsten in seinen Äußerungen als Privatmann zu beschränken: es müsse der Welt das Schauspiel erspart bleiben, mit anzusehen, wie man den größten Staatsmann des Deutschen Reiches in seinen allerdings auffallenden Äußerungen zu Journalisten beschränke, welche solchen Staaten angehören, die nicht zu den intimen Freunden des Deutschen Reiches zählen. Es hieß, Caprivi habe in einem vertraulichen Rundschreiben an die Vertreter des Reiches im Ausland sich in diesem Sinne geäußert. Dem widersprachen freilich die von Bismarck inspirierten „Hamburger Nachrichten"; derlei sei unwahrscheinlich. „Gibt es Leute, deren Bestreben dem früheren Kanzler gegenüber dahin gerichtet ist, diesem, nachdem er nichts als Privatmann ist, jede Aussprache über Politik zu verbieten und ihm, wie ein Blatt sich ausdrückt, seine Äußerungen den fremden Journalisten gegenüber als Landesverrat und Feindseligkeit gegen die Politik des Kaisers auslegen, so entspringen diese krankhaften Bemühungen teilweise schlechtem Gewissen, teilweise der Angst, daß der Mann, den sie hassen, irgendwelchen Einfluß in der Politik gewinnen und üben könnte. In ihren Augen ist es ein Unrecht,

daß der Begründer des Deutschen Reiches überhaupt noch lebt, und wenn er lebt, daß er nicht den Toten spielt . . ." — Bald darauf (10. Juni) brachte der „Daily Telegraph" ein Gespräch Bismarcks; er erklärte, es habe ihm fernegelegen, den Staatssozialismus durchzuführen, er wollte nur für die kranken oder verunglückten Arbeiter sorgen; es sei aber ein Hirngespinst, die Arbeiter durch gesetzliche Maßnahmen zu zufriedenen Menschen machen zu wollen. Ebenso unmöglich sei es, den Franzosen durch eine Landabtretung entgegenzukommen; das würde sie nur zu noch größeren Ansprüchen veranlassen. Der Dreibund sichere den Fortbestand des Friedens voraussichtlich für lange Zeit. Das russische Volk und der Zar seien friedlich; mit England werde es sicherlich nicht zu ernsten Differenzen kommen trotz der augenblicklichen Rivalität in Afrika.

Indessen wurde aber gerade mit der englischen Regierung, ohne daß Bismarck etwas davon ahnte, auf Grund der in jüngster Zeit geführten Verhandlungen ein Einverständnis von ungeheurer Tragweite erzielt. Das Deutsche Reich erwarb nämlich von England die Insel Helgoland als Gegenleistung für Zugeständnisse in Ostafrika, Südwestafrika, dem Tongogebiet, vor allem für die Übertragung der Schutzherrschaft über Witu und Somaliland an England und die Zustimmung zum englischen Protektorat über das Sultanat Sansibar, mit Ausnahme des der Deutschostafrikanischen Gesellschaft verpachteten Küstenstrichs. Das Abkommen wurde am 17. Juni beiderseits veröffentlicht. Ein Schreiben des englischen Premierministers an den Botschafter in Berlin besagte darüber: „Die Insel Helgoland wurde von England 1814 wahrscheinlich wegen ihrer Nachbarschaft von Hannover, dessen Krone damals mit der Englands vereinigt wurde, beibehalten. Sie ist indes von der britischen Regierung niemals behandelt worden, als ob sie irgendeinen defensiven oder militärischen Wert besitze, noch ist ein Versuch oder Vorschlag gemacht worden, sie als eine Festung zu bewaffnen. Die Regierung ist der Meinung, daß sie eine schwere Vermehrung der Verantwortlichkeiten des Reichs in Kriegszeiten bilden würde, ohne zu dessen Sicherheit beizutragen. Es ist daher kein Grund vorhanden für die Weigerung, sie zum Teil einer territorialen Abmachung zu machen, wenn die Motive dafür hinlänglich sind. Es dünkt die Regierung, daß die Ausdehnung britischen Einflusses und Gebiets an der Ostküste Afrikas, welche das Ergebnis der Abmachungen sein wird, einen hinreichenden Beweggrund für die Regierung dieses Landes bildet, die Vereinigung der Insel Helgoland mit dem Deutschen Reiche zu gestatten." Wir Deutsche müssen die Blindheit der englischen Regierung segnen, die den großen militärischen Wert der Insel nicht würdigte, obwohl er sowohl 1864 wie 1870 sehr deutlich in die Erscheinung trat. Mit Recht hat ein englischer Politiker im Weltkrieg gesagt, man müßte den Staatsmann als Landesverräter henken, der England damals der einzigen Möglichkeit eines Offensivstoßes gegen die deutsche Küste beraubt

Helgoland.

hat. Und Kaiser Wilhelm hat ebenso drastisch Helgoland den Hosenknopf genannt, der die ganze deutsche Kleidung zusammenhält. Bismarck hatte den Wert Helgolands nicht entfernt erkannt; darum nörgelte er auch einer Deputation gegenüber an dem Vertrag, der die hamburgischen Kaufleute in Ostafrika schädige. In der Wiedererwerbung Helgolands wollte er nur die Erfüllung einer romantischen nationalen Forderung sehen.

Man erinnerte an das 1867 von K. Tannen gedichtete Helgolandlied: „Im Meer, im herrlich deutschen Meer klagt Wind und Woge laut und schwer und jede Welle trägt es fort, von dem verlornen Kind das Wort: Rot ist die Kant, weiß ist der Sand, das ist das deutsche Helgoland. Germania, du Mutter mein, du sammelst deine Glieder ein; vergiß auch nicht dein kleinstes Kind, umbraust von Wogendrang und Wind . . ." Tannen dichtete nun 1890 „Germanias Jubellied": „Nun bist du mein, du roter Fels im herrlich deutschen Meere, nun stehst du da im Rüstungskleid als starke deutsche Wehre . . . für Weser, Elbe, Jade, Ems bist du die starke Wehre, der deutschen Flotte Schutz und Schirm im herrlich deutschen Meere!"

Bismarck. Zu gleicher Zeit (22. Juni) sagte Bismarck zu einer Deputation von Berliner Bürgern, die ihm eine Adresse mit 30.000 Unterschriften überreichten: „Die Gründe für mein Scheiden liegen nicht in mir, sie liegen in der Zersetzung der Ansichten meiner Kollegen in der Regierung. Der notwendige einige Geist war nicht mehr vorhanden. Jetzt habe ich nicht mehr die Verantwortung und darum rede ich frei heraus. Ich befinde mich etwa in der Lage des Fürsten Metternich. Dieser sagte, daß er von der Bühne ins Parterre hinabgestiegen sei. Es gibt Menschen, welche mir das nicht gönnen wollen; aber jeder, der ein Parterrebillett gelöst hat, hat doch das Recht der Kritik. Es bleibt eine Pflicht für mich, meine Meinung zu sagen für die vielen, welche sie hören wollen im Inland und im Ausland. Man möchte heute sagen: Wem Gott ein Amt nimmt, dem nimmt er auch den Verstand. Aber ich bin noch genau der Alte, wie vor drei Monaten, mit demselben Verstand. Und ich füge mich nicht, und wenn ich auch ganz allein bliebe. Für einen Mann wie ich bin, ist es Pflicht, selbst an höchster Stelle seine Meinung frei herauszusagen. Ein guter Minister soll nicht auf das Stirnrunzeln des Monarchen schauen. Ich kann mich nicht wie ein stummer Hund verhalten. Man wirft mir vor, daß ich mit fremden Zeitungen verkehre. Wenn ich das tue, um der von mir immer als Lebensaufgabe betrachteten Friedenspolitik zu dienen, so sollte man mir dankbar sein und mir nicht zürnen." Sonst machte Bismarck kein Hehl daraus, daß seine „Entlassung" ganz gegen seinen Willen erfolgte.

Bismarck sagte in einer Unterredung vom Juli also aus: „Ich bin eine gefallene Größe; gerade die Zeitungen, die abhängig waren, fragen nicht nach mir, man will nicht gern mit mir zu tun haben. In betreff der sozialen Frage hätte ich eine Verschärfung des Sozialistengesetzes beantragt, wenn ich länger im Amt geblieben wäre. Die Erlasse waren seit langem eine Lieblingsidee des Kaisers; Hinzpeter, Douglas und andere, die nicht im Dienste waren, berieten den Kaiser. Er versprach sich davon Erfolg bei den Wahlen. Ich war dagegen, schrieb sie dann in die jetzige gemäßigtere Form um. Ich fügte noch die internationale Konferenz ein, als Sieb, als

Hemmung des Plans unseres Herrn. Die Ergebnisse der Konferenz sind aber gleich Null. Es hatte keiner den Mut, zu widersprechen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Die ganze Konferenz ist eine einzige Phraseologie; nicht eine Frage hat sie praktisch gelöst. Überhaupt ist es Illusion, den Arbeiterschutz international zu machen."

Sansibar.

Der Auffassung, als ob durch die Abtretung der Insel Sansibar der Wert des deutschen Besitzes in Ostafrika bedeutend geschädigt sei, trat Vohsen, der Direktor der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, in einem Schreiben vom 24. Juni entgegen. Die „Morningpost" schrieb am 26. Juni: „Nichts kann weiter von der Wahrheit entfernt sein, als die Behauptung, Helgoland bilde lediglich den Preis für die Zugeständnisse Deutschlands in Afrika. Der Vertrag wurde durch höhere Rücksichten diktiert; wertvoller war das hergestellte gute Einvernehmen zwischen beiden Reichen; um es vollkommen wirksam zu machen, war es erforderlich, die kleine Insel abzutreten, die für England nutzlos und für Deutschland wertvoll ist. Die Periode der Isolierung Englands ist nun zu Ende." Die Abtretung Helgolands ließ Salisbury vom Parlament genehmigen, offenbar im Gefühl großer Verantwortlichkeit. Gladstone tadelte diesen „konstitutionellen Präzedenzfall", der ungeheure Folgen haben könne. — Bismarck hörte nicht auf, gegen den Vertrag zu eifern; er hätte ihn nicht so geschlossen; der Kaiser habe Helgoland gewünscht, hätte es aber wohlfeiler bekommen können; im Fall eines Krieges könne Helgoland, wenn es nicht befestigt sei, sogar gefährlich werden. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlichte aber am 29. Juli eine Denkschrift über die guten Beweggründe des Abkommens. Die vorläufige Verwaltung der Insel wurde geregelt. Die förmliche Übergabe und Übernahme der Insel Helgoland erfolgte am 9. August unter Hissung der deutschen Flagge und dem Gesang des 1841 auf Helgoland gedichteten „Deutschland, Deutschland über alles". Der Kaiser traf am 10. August in Helgoland ein und erließ eine Proklamation an die Helgoländer: „Auf friedlichem Wege kehrt ihr in das Verhältnis zum deutschen Vaterlande zurück, auf welches die Geschichte, die Lage und die Verkehrsbedingungen eurer Insel hinweisen ... Um euch den Übergang zu erleichtern, soll das jetzt lebende Geschlecht von der Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht befreit bleiben ..." Eine Helgoländerin begrüßte den Kaiser mit den Versen: „Du Herrscher auf dem deutschen Thron, des größten Kaisers Enkelsohn, bewahre schützend deine Hand dem grünrotweißen Helgoland! Das kleine Inselland am Elb- und Weserstrand, es möcht' ein Edelstein in Wilhelms Krone sein."

Helgoland.

Indessen waren die Beratungen über das Militärgesetz fortgesetzt worden. Der freisinnige Abgeordnete Rickert klagte über die überraschenden Nachtragsforderungen, drei in einem Sommer; er meinte, auch gute Finanzen seien ein notwendiges Rüstzeug. Die neuen Vorlagen widersprächen dem

Rickert.

Septennat von 1887. Die Engländer seien mindestens zwei- bis dreimal so reich als die Deutschen, und doch zahlt man im Reich an Steuern und Zöllen absolut mehr als England. Die Zölle seien seit zehn Jahren von zwei auf sieben Mark pro Kopf gestiegen. Gambetta habe gesagt: „Die Deutschen haben uns mit den Waffen in der Hand besiegt; jetzt werden wir den Finanzkrieg mit Deutschland führen und in diesem Krieg werden wir die Sieger sein." Dies Wort scheint ernst werden zu wollen. „Überall heißt es: noch niemals waren die Verhältnisse so friedlich wie heute; eine Friedensbotschaft kommt nach der andern. Der Vertrag mit England ist eine neue Friedensbürgschaft. Wir haben den Dreibund, und trotzdem die Rüstungen! In Italien denkt man an ein europäisches Schiedsgericht, ähnlich in Spanien, der Papst führt bittere Klage über das fortwährende Anwachsen der Armeen in Europa, das geradezu schädigend auf die Kulturentwicklung einwirkt. In Österreich weist der Kriegsminister auf diesen krankhaften Zustand hin, der zu einem Ende kommen muß, entweder durch eine Katastrophe oder durch eine entschiedene Gesundung des Friedens. Die Friedensallianz muß sich schließlich immer weiter über Europa ausbreiten." — Windthorst sprach sich im Namen des Zentrums trotz mancher Bedenken für das Gesetz aus; er sagte: „Man hat mir zu Gemüte geführt, wie es möglich sei, daß wir in dieser Sache der Regierung entgegenkommen, obwohl sie uns in den vitalsten Lebensinteressen in bezug auf die Kirche und Schule so wenig entgegengekommen. Nun, ich erkenne an, daß es ein großes Maß von Überwindung kostet, nach solcher Behandlung, die noch nicht aufgehört hat, und von der wir nicht wissen, ob sie überhaupt aufhören soll, das zu tun, was recht ist. Aber ich bin bei sorgfältiger Prüfung dahin gekommen, daß ich glaube, wir können das Verlangen, das hier an uns gestellt wird, nicht ablehnen. Ich will nicht, daß meine Brüder, welche die Pflicht haben, Leben, Gesundheit und alles einzusetzen, nur deshalb unterliegen, weil sie nicht mit gleichen Waffen ausgerüstet sind, wie die Gegner . . . Es ist ja traurig, daß wir zu solchen Militärrüstungen gezwungen sind, daß die Menschheit anscheinend nur noch da ist, um immer von neuem Soldaten zu bilden, um immer von neuem Waffen zu schmieden und neue zu erfinden, die am leichtesten und raschesten die Menschen massenhaft umbringen. In allen Staaten sehen wir diese Vorbereitungen, die gar nichts Gutes bedeuten. Ich würde allerdings glauben, daß Anträge auf Abrüstung am Platze sein dürften. Das mächtige Deutschland könnte in dieser Hinsicht ein entscheidendes Wort sprechen und auf die Abrüstung hinwirken. Ich wollte sehen, wenn unser Kaiser einen internationalen Kongreß (wie den über Arbeiterschutz) hierher beriefe zur Beratung der Frage: wie können wir endlich diesen entsetzlichen Rüstungen entgegentreten? ob das nicht auch Erfolg haben würde. Es muß erst in den Ideen der Menschen Wandel entstehen, dann finden sich auch die Mittel."

Windthorst.

Wilhelm II.

Unermüdlich war Kaiser Wilhelm in Reisen und Besuchen. Am 30. Juni war er in Helsingör beim König von Dänemark. Am 1. Juli in Christiania beim König von Schweden und Norwegen. Dort sagte er in einem Trinkspruch: „In meiner Jugend ist es mir nicht vergönnt gewesen, Reisen zu machen. Ich erachte es aber für einen Regenten als notwendig, daß er aus direkter Quelle Anschauungen sammelt, seine Nach-

barn kennenlernt und mit ihnen Beziehungen unterhält ... Es zieht mich mit magischen Fäden zu diesem kernigen Volke, das in seinen Sagen und seiner Götterlehre die schönsten Tugenden, die Mannentreue und Königstreue, zum Ausdruck gebracht hat. In früherer Zeit zogen die Norweger über das Meer, um andere Völker zu bekriegen, jetzt kommen die Deutschen zu friedlichem Besuch nach Norwegen." König Oskar II. sprach vom Jubel der Norweger für den Herrscher des stammverwandten Volkes, dem volksfreundlichen Fürsten und Menschen. — Am 2. August war Kaiser Wilhelm in Ostende bei Leopold II., am 4. August in Osborne bei Königin Viktoria, am 17. fuhr er über Reval nach Narwa zum Zaren Alexander. Dort fanden Manöver und Besprechungen der Minister Caprivi und Giers statt. Die Berichte waren darin einig, daß die Zusammenkunft kühl und formell verlief und den Erwartungen nicht entsprach, besonders sei der Abschied merklich kühler gewesen als die Begrüßung, ja man habe die Manöver frühzeitig abgebrochen. Man faßte den Besuch als eine überflüssige und unerfreuliche Erbschaft der Bismarckschen Politik auf. Dagegen nahmen freilich sowohl die Bismärcker wie die Offiziösen heftig Stellung. Wir wissen heute, daß allerdings der Rücktritt Bismarcks vor allem den Bruch mit seiner russischen Schaukelpolitik bedeutete, das Aufgeben des Rückversicherungsvertrags mit Rußland. — Der Prinz von Wales war am 21. März in Berlin, der Kronprinz von Italien am 9. Juni.

Anfang September erschien ein österreichisches Geschwader unter Admiral v. Sterneck und der englische Admiral Hornby bei den kombinierten Armee- und Flottenmanövern in und um Schleswig-Holstein. Darauf folgten die schlesischen Manöver, bei denen Kaiser Franz Josef mit Graf Kalnoky den Kaiser Wilhelm in Rohnstock traf (17. bis 19. Sept.). Der Gegenbesuch in Wien, 1. Oktober, glich einem Triumphzug. Auch der König von Sachsen war hier anwesend.

Den fortgesetzten Nörgeleien gegenüber, die von Bismarckscher Seite ausgingen, wurde Moltkes 90. Geburtstag am 26. Oktober besonders demonstrativ vom Kaiser gefeiert; er erwies ihm fast kaiserliche Ehren.

Reichskanzler Caprivi begab sich am 5. November nach München zum Prinzregenten und von dort nach Mailand und Monza, wo er mit Crispi und König Humbert konferierte. Caprivi.

Als Caprivi am 14. November im preußischen Abgeordnetenhause fünf Reformvorlagen einbrachte, erklärte er die Absicht der Regierung, damit auf die revolutionslustigen Elemente einzuwirken, den Staat durch die Gemeinde zu stärken, alle staatserhaltenden Elemente zusammenzufassen. Er schloß: „Wir haben große Kriege erlebt, und zu den erfreulichsten Seiten dieser Kriege hat gehört, daß während ihrer Dauer alle Parteien den inneren Hader vergaßen und nur das eine Ziel hatten, das Vaterland. Jetzt stehen wir auch in einem Kriege, der nicht weniger gefährlich ist. Warum sollte es da nicht auch möglich sein zu sagen: Hier

ist das Vaterland, bei dem wollen wir stehen, für das wollen wir arbeiten, für das wollen wir alle inneren Streitigkeiten vergessen!"

Wilhelm II. Beim Fest der vor 250 Jahren erfolgten Thronbesteigung des „Großen Kurfürsten" sagte der Kaiser in einem Armeebefehl, 1. Dezember: „Sein Regierungsantritt bedeutet für mein Haus und Preußen den Aufschwung zu politischer Macht, zur Wohlfahrt und zu hohen geistigen Bestrebungen; die Schaffung eines stehenden Heeres legte den Grund zur militärischen Machtentfaltung des Staates. Die Taten seines Heeres konnten nur vollbracht werden durch den Geist der Treue, der Gottesfurcht, des Gehorsams und der Tapferkeit." Wie eine Anspielung an die Gegenwart klang die Tischrede: „Der Kurfürst hatte keinen Menschen damals; der große Staatsmann, der seinem Vater gedient hatte, er hatte für sich gearbeitet, und dem jungen Herrn lag es ob, allein einen neuen Weg für sich einzuschlagen.

Soziales. Es möge hier noch einiges Sozialpolitisches beigetragen werden. Mit Berufung auf die kaiserlichen Erlasse petitionierten am 14. Februar sämtliche Arbeiter und Handwerker der Eisenbahnwerkstätten in Breslau um Gehaltsaufbesserung. — Bebel richtete am 6. März ein Telegramm an den Vorsitzenden des französischen sozialdemokratischen Komitees: „Lieber Bruder! Ihre Teilnahme ist für uns ein Beweis, wie wenig Anklang unter den arbeitenden Klassen der Kampf unserer beiden Regierungen findet. Dieser lächerliche Kampf trennt die beiden gesittetsten Nationen des europäischen Kontinents. Die Arbeiter müssen der Frage der Nationalitäten ein Ende machen. Die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland bedeutet den allgemeinen Frieden und die Freiheit der Welt. Bruderkuß für Sie und Ihre Freunde!" — Der Kaiser empfing am 2. Juni eine Deputation des deutschen Innungstages und sprach ihr seine Sympathie für den Handwerkerstand aus. Das Handwerk müsse wieder auf den Boden gelangen wie im 14. Jahrhundert. Sehr schön! Aber dazwischen lag eben die ganze Reformationszeit. — Am 1. Oktober erlosch das Sozialistengesetz. Vom 1. Oktober an sollten etwa hundert sozialdemokratische Zeitungen erscheinen. Die Ausgewiesenen kehrten in ihre Heimat zurück. Bei dieser Gelegenheit traten die von Bismarck inspirierten „Hamburger Nachrichten" für die Wichtigkeit und Nützlichkeit des Gesetzes ein; den besten Beweis hätten die Sozialisten selbst geliefert durch den Jubel, mit dem sie die Aufhebung des Gesetzes feierten, ungeachtet aller Mahnungen der berechnenden Führer, nicht zu lebhafte Freude zu äußern und damit zu zeigen, was das Gesetz und dessen Aufhebung für sie bedeute . . .

Die Sozialdemokraten veranstalteten am 1. Oktober humoristische Totenfeste des abgelaufenen Sozialistengesetzes. So hieß es: „Heute findet die feierliche Einsargung des kleinen zwölfjährigen Balgs im Rothen Meere statt; damit er auf Erden nie wieder sein Unwesen treibt, ersäufen wir ihn in echtem Sherry." Oder: „Nach zwölfjähriger Krankheit starb heute das Sozialistengesetz und ich lade alle Genossen zur Beisetzung ein." Denkmünzen zeigten die Göttin der Freiheit und die Inschrift: „Zum Andenken an den Sieg des deutschen Proletariats über das Sozialistengesetz." Viele Arbeiter trugen schwarzen Rock und Zylinder. Bildnisse der Führer waren ausgestellt. Rote Blumen wurden verkauft. Die Genossinnen trugen rote Krawatten, Umschlagtücher, Blusen. Ein Festlied der Ausgewiesenen begann: „Seid ge-

grüßt, Genossen, kehret froh zurück, mutig und entschlossen trotzend dem Geschick. Wir sind noch die Alten, frisch zum Kampf bereit, treu zur Fahne halten der Gerechtigkeit! Triala! Der Arbeit Fahne hoch, Hurra! Hoch die Fahne rot!" Um Mitternacht wurden in allen Festlokalen rote Fahnen aufgezogen. Bebel bezeichnete es als den höchsten moralischen Erfolg, daß das Fallenlassen des Sozialistengesetzes auf den Willen des Kaisers zurückzuführen sei. Es wurde auch das sogenannte „Weberlied" gesungen mit dem Schlußvers: „Deutschland, wir weben dein Leichentuch, wir weben hinein den dreifachen Fluch." Polizei war nirgends zu sehen; sie hatte die Weisung, sich in Reserve zu halten.

Halle.

Auf dem Sozialistenkongreß zu Halle, 13. bis 18. Oktober, waren etwa 400 Vertreter versammelt, zum erstenmal seit Aufhebung des Sozialistengesetzes öffentlich. Es erschienen Frau Dr. Aveling, eine Tochter von Marx, Dr. Adler, Redakteur der Wiener „Arbeiterzeitung", Delegierte aus Frankreich, England, Holland, Branting aus Stockholm. Bebel gab einen Überblick über die Entwicklung der Partei in den letzten zwanzig Jahren; er kündigte den Kampf gegen den Ultramontanismus an, empfahl sozialistische Zeitungen für Landarbeiter, auch für Polen. Liebknecht beantragte Revision des Parteiprogramms und Ausschließung der Religionsfrage als Privatsache. Er gab der Freude Ausdruck, daß nach dreizehn Jahren ein Kongreß wieder auf deutschem Boden abgehalten werden könne. Er erklärte, daß die Partei weder eine himmlische noch eine irdische Autorität anerkenne, denn die Wissenschaft schreite unaufhörlich fort. Das Wort „ehernes Lohngesetz" sei aus dem Programm zu streichen, nachdem es seine Wirkung als Agitationsmittel getan habe; wissenschaftlich gebe es kein ehernes Lohngesetz mehr, ebenso habe sich die Forderung nach Produktivgenossenschaften überlebt. Das Programm habe auch sonst Mängel, aber es hat als Fahne gedient, ist zerfetzt worden und hat doch zum Sieg geführt. — Es ergab sich aber die Unmöglichkeit, irgendeine entscheidende Aktion der Sozialdemokratie ins Werk zu setzen. Der Franzose Guesde leugnete, daß die Arbeiter Sympathien für das despotische Rußland hätten, wie die französische Bourgeoisie. Er knüpfte an die kommunistischen Kämpfe von 1848 und 1871 an. Man anerkannte schließlich den ersten Mai als dauernden Festtag der Partei, getreu den Beschlüssen des Pariser Kongresses.

Liebknecht.

Die kaiserlichen Verordnungen, die das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von Neujahr 1891 in Kraft setzten, erschienen am 26. November.

Liebknecht ging in Halle der Frage über die Gestaltung des sozialistischen Zukunftsstaates geflissentlich aus dem Wege. Er begnügte sich, die Lassallesche Theorie vom ehernen Lohngesetz als abgetan zu bezeichnen; diejenigen, die ein Bild des Zukunftsstaates aufzustellen versuchten, nannte er unwissenschaftliche, denkunfähige Köpfe und versicherte, die heutige Gesellschaft wachse in die sozialistische hinein, ein solcher Prozeß lasse sich ebenso-

wenig in seinen Einzelheiten voraussehen wie das Endresultat. L. Brentano wollte darin ein Zeichen der Besserung erblicken, als ob die Sozialdemokratie den revolutionären Boden verlassen habe und eine Reformpartei geworden sei. Dem widersprach Liebknecht alsbald, aus taktischen Gründen, im „Berliner Volksblatt" (Ende Oktober), er erklärte das als Lüge und Niedertracht. Er verwies auf das Beispiel der englischen Gewerkschaften, die, sobald sie zur Macht gelangt wären, bloß zu dekretieren brauchten: Von morgen Mittag sind alle Fabriken, Werkzeuge, Bergwerke u. s. w. Eigentum des Staates, beziehungsweise der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Die Expropriierung der bisherigen Besitzer muß bis zur absoluten Gleichheit aller vollzogen werden. „Im sozialistischen Zukunftsstaat gibt's keine Ausnahmegesetze, kein Preßgesetz, kein Vereinsgesetz. Jeder kann sagen und schreiben was er will, und alles tun, was nicht einen Eingriff in die Rechte und berechtigten Interessen anderer bildet. Gleichberechtigung ist die einzige Schranke der Freiheit. Es gibt keinen Kulturkampf, weil es keine Staatskirche gibt. Die Schule gehört dem Staat und jedermann soll nach seiner Fasson selig werden. Die nationale Arbeit wird genossenschaftlich betrieben, zum Vorteil der Gesamtheit. Es gibt keine Armen, denn jeder Arbeitsfähige ist in der Lage, durch seine Arbeit sich ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, die Arbeitsunfähigen sind die Pensionäre des Zukunftsstaates. Es gibt keine Zeiten der Krisen, weil Erzeugung und Verteilung der Güter planmäßig geregelt sind. Es gibt keine Prostitution, weil es weder Männer gibt, welche sich Frauen kaufen können, noch Frauen, die sich verkaufen müssen (d. h. die Liebe ist frei und gratis). Glaubt die ‚Germania', dies sei schwer oder gar unmöglich durchzuführen? Die Junker und Barone seien schwerer zu expropriieren als die Tabakfabrikanten oder die Eisenbahngesellschaften? . . ." Also doch wieder die als lächerlich bezeichnete Lassallesche Idee der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe.

Das Jahr 1890 bezeichnet überhaupt einen Höhepunkt der sozialistischen Erregung; die Maifeier, die Aufhebung des Sozialistengesetzes, die kaiserlichen Erlasse, all das hatte eine Triumphstimmung bei den Sozialdemokraten zur Folge. Niemals schien der soziale Staat so nahe zu sein. Jedermann verschlang Bellamys Roman über den Zukunftsstaat. Die soziale Frage beherrschte die Theater. Die Gründung von „Freiland" nach den Phantasien Th. Herzkas schien eine leicht zu verwirklichende Sache zu sein. Die Studentenschaft, die Beamtenschaft wurde sozialistisch in Schlapphut und roter Krawatte. Das Arbeiterwitzblatt „Der wahre Jakob" erschien in einer Auflage von 100.000 und gab eine Jubelnummer zum Halleschen Kongreß heraus. Groß war das Bildungsbedürfnis der Arbeiterschaft, ihr Glaube an eine unfehlbare, alles lösende Wissenschaft, ihr Eifer, sich rednerisch zu schulen. Trübselig stand es aber um das Proletariat der Kopfarbeit, aus dem sich die eifrigsten Agitatoren der Sozialdemokratie rekrutierten.

„Freiland."

Th. Herzka wollte sein sozialistisches „Freiland", das er in einem starken Buch schilderte, in der Gegend des Kilimandscharo gründen. Als die

Gründung nicht gelang, wandte er sich bezeichnenderweise den praktischeren Zielen des Zionismus zu.

Im sozialistischen Jahr erschien auch ein Neudruck des kommunistischen Manifestes von 1847 (vgl. Bd. 2, 413). Die Vorrede von F. Engels ist vom 1. Mai datiert. Sie erwähnt die russische Übersetzung von Vera Sassulitsch (Genf 1882). Darin hieß es: „Heute sitzt der Zar in Gatschina als Kriegsgefangener der Revolution und Rußland bildet die Vorhut der revolutionären Bewegung Europas . . . Wenn die russische Revolution das Signal zu einer Arbeiterrevolution im Westen wird, so daß beide einander ergänzen, dann kann das heutige russische Gemeineigentum zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen.“ Engels erzählt von der mit der Niederlage der Pariser Arbeiter im Juni 1848 beginnenden Reaktion, er berichtet, daß sich Lassalle persönlich als Schüler von Marx bekannte und auf dem Boden des Manifests stand. Anders seine Anhänger, die nicht über seine Forderung von Produktivgenossenschaften mit Staatskredit hinausgingen und die ganze Arbeiterklasse einteilten in Staatshilfler und Selbsthilfler. Engels stellt ferner fest: Sozialismus bedeutete 1847 eine Bourgeoisbewegung, Kommunismus eine Arbeiterbewegung. Damals antworteten nur wenige Stimmen der Aufforderung des Kommunistischen Manifests. Aber das Schauspiel des heutigen Tags wird den Kapitalisten und Grundherren aller Länder die Augen darüber öffnen, daß heute die Proletarier aller Länder in der Tat vereinigt sind. Stände nur Marx noch neben mir, dies mit eigenen Augen zu sehen!

J. Huber.

Johannes Huber betonte in seinem Buch „Die Philosophie der Sozialdemokratie“, daß die drei geistigen Häupter Marx, Engels und Lassalle aus Hegels Schule hervorgingen, aber nur Lassalle blieb dem Idealismus getreu, die beiden andern gingen zum naturwissenschaftlichen Realismus über. Das entsprach der Signatur der Zeit, von der Adolf Lasson damals sagte: „Das Kennzeichen ist die Flucht vor Gott und vor allem, was an Ideen und Ideale erinnert. Auf Natur wird alles zurückgeführt: die Sprache auf tierisches Geheul, das Recht auf das Machtgebot des Räubers, Religion auf Selbsterhaltung, Poesie auf Äußerung gesteigerter tierischer Lust (Laz. Geiger, Noiré, Mantegazza, Kirchmann, Scherer). Mit Leidenschaft kämpft man gegen die antiklassischen Bildungselemente und findet seine Muster beim Abhub des zweiten Kaiserreichs, der Barbaren, Russen, Norweger. Das Musikdrama wie die Poesie kennt nur sinnliche Leidenschaft als physiologischen Prozeß. Das typische Bildwerk der Zeit ist nicht Apollo, nicht ein Satyr, sondern ein Gorilla. Unter solchen Anregungen wächst die Jugend auf; sie ist sich kein holdes Geheimnis mehr, der Anblick des Scheußlichen wird ihr früh vertraut. An des Jahrhunderts Neige steht der Mensch, ein Abkömmling des Tierreichs vor dem Abgrund. Häckel verkündet: „die Natur kennt keinen Unterschied von Gut und Böse.“ D. Strauß mit seinem Buch vom „Alten und Neuen Glauben“ für Handlungsreisende wurde nebst Büchners „Kraft und Stoff“ zum Brevier der Sozialdemokraten. Der „Vorwärts“ druckte: „Die Gesellschaft der Zukunft kann keine spekulativen Philosophen dulden, so wenig als Giftmischer. Der Mensch ist nichts als das höchststehende Tierwesen; die Ehe ist nur Folge des männlichen Egoismusses; überflüssig sind Staatsorganisation, Rechtsprechung, Polizei, Gesetzgebung, Armee, Steuern, Zölle, Bildungswesen und sein Lehrmaterial; in dem Maße wie Wissenschaft und Bildung (ohne Bildungswesen?) die Köpfe erleuchten,

werden die religiösen Bedürfnisse verschwinden." Auf solchen Anschauungen ruhte Bebels Buch über die Frau. Immerhin meinte Huber: „Der Sozialismus wirkt begeisternd, weil er, wie verwerfend er sich auch gegen den Glauben gebärden mag und wie materialistisch er seine Weltansicht ausbauen möge, doch selbst ein Glaube, ein Idealismus ist, der Glaube an die Möglichkeit einer in Liebe und Glück geeinten Menschheit, ein energischer Idealismus, der die im praktischen Materialismus versunkene Welt aus den Angeln heben will" (Allg. Ztg., 24. April, Beil.).

L. Brentano hielt am 19. Mai zu Leipzig einen Vortrag über die Stellung der Gebildeten zur sozialen Frage (Allg. Ztg., 4. Juni). — K. Schulz „Sozial." stellte in einem Vortrag fest, daß das Wort „sozial" nach 1762 ins Deutsche herüberkam infolge von Rousseaus sozialem Kontrakt (Allg. Ztg., 24. Okt.). — Schäffle, der ehemalige österreichische Minister, behandelte „Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ohne Ausnahmegesetze". — Die „Allgemeine Zeitung" (3. Mai, Beil.) sagte, der Sozialdemokrat mache sich nicht klar, daß er dem Cäsarismus zuschreite, der militärisch organisierten allgemeinen Zwangsarbeit. Auch J. Fröbel zieht aus Bellamys sozialistischem Roman „Rückblick vom Jahre 2000" den Schluß, „daß ein folgerichtig durchgebildeter Kommunistenstaat nur absoluter Cäsarismus sein kann" (Allg. Ztg., 10. Nov.). — Es war die Zeit, da ein sächsischer Kandidat der Theologie als gewöhnlicher Arbeiter in einer Maschinenfabrik monatelang unerkannt verweilte, um die Lebensverhältnisse und Lebensansichten der dort Beschäftigten kennenzulernen.

Döllinger. Bei der Bestattung Döllingers im Januar waren anglikanische und griechisch-orthodoxe Geistliche vertreten. Der Mann war leider schon längst tot für die Entwicklung der Kultur; er hatte sich selber verneint und aufgehoben. — Endlich gab die bayrische Regierung dem Drängen der Katholiken nach, die Altkatholiken nicht zur Kirche zu rechnen, wie sie bisher in wunderlicher Verbohrtheit getan hatte. Die Altkatholiken erhielten also die Rechte einer privaten Religionsgenossenschaft. — Im preußischen Abgeordnetenhaus ging Stöcker von der Überfüllung mancher Schulen mit Juden aus und griff die Stellung des Judentums an. Minister v. Goßler erklärte, er sei nicht Antisemit, aber hier liege allerdings ein Problem vor. — Vergebens verlangte Windthorst die Wiedereinrichtung einer katholischen Abteilung im preußischen Ministerium. Minister v. Goßler wies das zurück, erklärte aber, daß jede Angelegenheit der katholischen Kirche unter Zuziehung katholischer Räte bearbeitet werde. Anderseits verlangte der Oberkonsistorialrat Freiherr v. d. Goltz größere Summen für die evangelischen Kirchengemeinden. Ein neues Sperrgeldergesetz wurde im April im Abgeordnetenhaus vorgelegt; das Zentrum lehnte das Gesetz ab und verlangte volle Rückerstattung des Kapitals mit Zinsen. Der Kultusminister wies den Vorwurf der Eigentumsverletzung zurück. Man habe nur die Staatsleistung eingestellt, mit der Absicht, die Gelder für die katholische Kirche zu verwenden. Von Zinsen könne nicht die Rede sein, eine einfache Restitution sei unmöglich. Die Staatsregierung bleibe schließlich doch noch der festeste Hort für die katholischen Interessen. — Auch Graf Pfeil rügte im Herrenhaus die Mißstände in den Lehranstalten wegen der Überzahl jüdischer Schüler.

Katholikentag. Peinliche Erörterungen entspannen sich im Mai über den Plan eines deutschen Katholikentags in München. Der Prinzregent suchte auf den

Erzbischof einen Druck auszuüben, um die Abhaltung im Interesse des kirchenpolitischen Friedens zu hintertreiben. Das geschah denn auch. Die „Germania" fragte, warum denn in Bayern Versammlungen des Evangelischen Bundes und des Gustav-Adolf-Vereins gestattet werden, der den Namen eines der ärgsten Feinde Bayerns trägt. Nach einer für die katholische Kirche in Bayern sehr traurigen Wirksamkeit mußte endlich am 31. Mai Minister v. Lutz wegen Krankheit seine Entlassung nehmen. Er starb bald darauf, bis zuletzt vom Prinzregenten geflissentlich ausgezeichnet.

Die Beratungen über die Sperrgeldervorlage in Preußen gingen im Juni weiter. Windthorst erklärte, das Gesetz sei sozialdemokratisch und beleidige die Katholiken. „Totschlagen können Sie uns nicht, und wir wollen Sie nicht totschlagen. Sie haben uns nötig und wir haben Sie noch nötiger, weil Sie die Majorität haben. Die Kartellparteien, die hier gegen uns stimmen, sind nichts anderes als die Sammlung der Protestanten des Hauses." Das Gesetz wurde abgelehnt.

Der für München hintertriebene 37. deutsche Katholikentag trat am 25. August in Koblenz zusammen. Seine Resolutionen bezogen sich: auf den kirchlichen Notstand der Berliner Katholiken, auf den Afrikaverein deutscher Katholiken, auf Aufhebung der Beschränkungen und Verbote einzelner Orden, auf die dem Papsttum zukommende Weltstellung zur Vermittlung sozialer Zwistigkeiten, auf die Wiederherstellung der territorialen Souveränität des Heiligen Stuhles als ein Interesse aller weltlichen Gewalten, auf die ausschließliche Leitung des Religionsunterrichts durch die Kirche, auf Wiederherstellung des konfessionellen Charakters der Schulen, vor allem der Volksschulen, auf den Kampf gegen die sozialdemokratische Agitation. Dem Deutschen Kaiser wurde der Dank für seine Tätigkeit zur Herbeiführung des sozialen Friedens übermittelt, der Zentrumsfraktion wurde die Zuversicht zu ihrem Verharren in den Bestrebungen der Sozialreform ausgesprochen. — Auf dem Koblenzer Katholikentag wurde auch wieder die Schaffung einer katholischen Universität oder doch eines katholischen Instituts am Sitz einer deutschen Hochschule empfohlen.

Ein Hirtenschreiben der preußischen Bischöfe vom 1. Oktober gab die Mittel an, wie Kirche und Staat zur Heilung der sozialen Übel zusammenwirken können. Die natürlichen Kräfte dazu müssen von den übernatürlichen der Kirche unterstützt werden. Noch wichtiger aber sei es, die Ansicht zu bekämpfen, es gehe diese Frage weder den Staat noch die Kirche an, sondern hier sei alles der Privattätigkeit, dem freien Spiel der Kräfte oder gar dem „Kampf ums Dasein" zu überlassen.

In einem Schreiben an den Berliner Magistrat, 29. Oktober, empfahl die Kaiserin die Werke christlicher Liebe und Barmherzigkeit, Förderung des religiösen und sittlichen Sinns, der Opferwilligkeit zur Linderung geistiger und leiblicher Not, Kirchenbauten, Diakonissenstationen zur unentgeltlichen Krankenpflege, Vereinigung aller Kreise und Parteien zu diesem Zweck.

Im November wurde der Hofprediger Stöcker wohl wegen neuerlicher Agitationen zur Niederlegung seines Amtes veranlaßt.

Ulm. Die Vollendung des in seinem Ausbau durch die „Reformation" gehemmten Ulmer Münsters brachte der deutschen Nation wieder so anschaulich in Erinnerung, welches nationale Unglück ihr die organische Entwicklung ihrer Kultur bis zur Vernichtung gestört hat. Man mußte an katholischem Kulturgeist des 15. Jahrhunderts wieder anknüpfen, wenigstens äußerlich und formell, um sich etwas Kultur zu erhalten.

Harnack. Adolf Harnack meinte in seiner Dogmengeschichte: „Sollte das Dogma von 1870 das Mittel werden, durch welches sich die Kirche von ihrer Vergangenheit befreit? Wird die Konstitution „Pastor aeternus" Ausgangspunkt einer neuen Epoche werden, in welcher sich aus dem Herz-Jesu-Kultus und der lebendigen Andacht der Gläubigen ein neuer Glaube entwickelt, der ohne Schwierigkeit formuliert werden darf?"

Eine lebhafte protestantische Bewegung gegen Aufhebung des Jesuitengesetzes war im Gang. Der Evangelische Bund suchte auch viele Katholiken für Eingaben an den Reichstag in diesem Sinn zu gewinnen.

Schule. Kaiser Wilhelm nahm sich in dieser Zeit sehr der Schule an. Er ließ im November einen Erlaß von 1889 publizieren, darin es hieß: „Schon seit längerer Zeit hat mich der Gedanke beschäftigt, die Schule nutzbar zu machen, um der Ausbreitung sozialistischer Ideen entgegenzuwirken . . . durch Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterlande . . . Sie muß die Überzeugung verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, unausführbar und verderblich sind. Sie muß die neue und neueste Zeitgeschichte mehr als bisher in den Kreis der Unterrichtsgegenstände ziehen, nachweisen, daß die Staatsgewalt allein dem einzelnen seine Familie, Freiheit, Rechte schützen kann. Sie muß nachweisen, wie die Lohn- und Lebensverhältnisse unter monarchischem Schutze sich verbessert haben. Um den Religionsunterricht fruchtbarer zu machen, wird es erforderlich sein, die ethische Seite mehr in den Vordergrund treten zu lassen, dagegen den Memorierstoff auf das Notwendige zu beschränken." — Im Dezember trat eine Konferenz zur Beratung von Fragen des höheren Schulwesens zusammen. Es sollte vor allem die Sonderung oder Vereinigung von Gymnasium und Realschule erörtert werden. Der Kaiser hielt dabei eine Ansprache, in der er sagte, es handle sich darum, die Jugend den jetzigen Anforderungen, der Weltstellung unseres Vaterlandes und unseres Lebens entsprechend heranzubilden. Also: Schulhygiene, Verminderung des Lehrstoffs, Vermeidung der Überbürdung. „Wenn die Schule das getan hätte, was von ihr zu verlangen ist, so hätte sie von vornherein von selber das Gefecht gegen die Sozialdemokratie übernehmen müssen." Aber man lehrte nur: „Mit 1871 hat die Sache aufgehört, das Reich ist geeint, wir haben, was wir wollten. Dabei ist die Sache stehen geblieben. Aber jetzt mußte die Schule die Jugend anfeuern und ihr klarmachen, daß das neue Staatswesen dazu da wäre, um erhalten zu werden. Davon ist nichts zu merken gewesen und jetzt schon entwickeln sich in der kurzen Zeit, seit das Reich besteht, zentrifugale Tendenzen. Der Hauptgrund ist, daß die Philologen auf den Lernstoff, das Wissen, den Nachdruck gelegt haben, aber nicht auf die Bildung des Charakters und die Bedürfnisse des jetzigen Lebens. Es ist weniger Nachdruck auf das Können

wie auf das Kennen gelegt worden. Es fehlt an der nationalen Basis. Wir müssen als Grundlage das Deutsche nehmen; wir sollen Deutsche erziehen und nicht Griechen und Römer. Der deutsche Aufsatz muß der Mittelpunkt sein. Vor allen Dingen müssen wir in der vaterländischen Geschichte Bescheid wissen. Warum werden unsere jungen Leute verführt? Warum tauchen so viele konfuse Weltverbesserer auf? Warum wird an unserer Regierung herumgenörgelt und auf das Ausland verwiesen? Weil die jungen Leute nicht wissen, wie unsere Zustände sich entwickelt haben ... Wir haben eine Überproduktion der Gebildeten zuwege gebracht, ein Abiturientenproletariat. Die Hungerkandidaten, Journalisten, verkommene Gymnasiasten, das ist eine Gefahr für uns. Sehr berechtigt ist die Klage über den Ballast an Schülern, der bloß die Berechtigung für den einjährigen Heeresdienst erlangen will ... Wer erziehen will, muß selbst erzogen sein; das kann man vom Lehrerpersonal nicht durchweg behaupten ... Die statistischen Angaben über Schulkrankheiten, Kurzsichtigkeit sind erschreckend. Ich suche nach Soldaten, wir wollen eine kräftige Generation haben, die als geistige Führer und Beamte dem Vaterlande dienen. Jeder Lehrer muß turnen, jeden Tag soll er turnen." — In einer Schlußrede sagte der Kaiser über die Religion: „Ich werde als preußischer König, als Summus Episcopus meiner Kirche, es meine heiligste Pflicht sein lassen, dafür zu sorgen, daß das religiöse Gefühl und der Funke christlichen Geistes in der Schule gepflegt werde ... Wir befinden uns in einem Zeitpunkt des Durchgangs und Vorwärtsschreitens in ein neues Jahrhundert. Ich glaube erkannt zu haben, wohin der neue Geist zielt ... Bisher hat der Weg von den Thermopylen über Cannae nach Roßbach und Vionville geführt. Ich führe die Jugend von Sedan und Gravelotte über Leuthen und Roßbach zurück nach Mantinea und nach den Thermopylen. Das ist der richtige Weg, den müssen wir mit unserer Jugend wandeln." — Die Beschlüsse der Konferenz empfahlen die Abschaffung der Realgymnasien sowie die Erweiterung der Rechte der Oberreal- und Bürgerschulen. — Etwa gleichzeitig trat Windthorst im Abgeordnetenhaus gegen die Alleinherrschaft des Staates in der Schule ein.

Was die Kolonien betrifft, so schlug sich Major Wißmann in Afrika. Afrika mit den Eingebornen herum. Emin Pascha trat in deutsche Dienste und führte eine Expedition nach Innerafrika. Die englische Nachricht, die deutsche Regierung habe in Ostafrika den Sklavenhandel durch eine Proklamation für erlaubt erklärt, wurde dementiert. Der Reichskanzler verfügte die Bildung eines Kolonialrats. Der Sultan von Sansibar trat im Oktober seine Hoheitsrechte über den von der Ostafrikanischen Gesellschaft gepachteten Küstenstrich gegen vier Millionen Mark ab. Dar-es-Salam wurde zum Sitz der Verwaltung bestimmt. Vor der Auswanderung nach Brasilien wurde amtlich gewarnt.

Kaiser Wilhelm übernahm das Protektorat des Komitees zur Errichtung eines Bismarckdenkmals. Er übernahm die Errichtung eines Denkmals für seinen Vater Kaiser Friedrich und lehnte die Mitwirkung des Berliner Magistrats ab.

Für den Deutschen Kaiser und die Kaiserin wurden neue Wappen und Wappen. Kronen festgestellt (Ill. Ztg., 29. März). Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt,

daß damals niemand über die Bedeutung der Kronen Bescheid wußte; so Hans Herrig in dem glänzenden Prachtwerk „Das Kaiserbuch, von Karl dem Großen bis Maximilian I." — also mit Ausschließung der Reformationszeit (Berlin 1889; vgl. dort S. 411). Ich habe erst in meiner Schrift „Die österreichische Kaiserkrone" (Innsbruck 1917) nachgewiesen, daß die sogenannte Krone Karls des Großen, mit der die gewählten deutschen Könige zu Frankfurt gekrönt wurden, nichts anderes als die deutsche Königskrone ist und als solche auch erst vom 15. Jahrhundert an nachweisbar in Gebrauch war. Die römische Kaiserkrone aber ist die Infelkrone, die seit Karl IV. ganz allein auf Siegeln und Wappen erscheint und seit 1804 und 1806 zur österreichischen Kaiserkrone erklärt wurde. Die „Krone Karls des Großen", die aus dem 11. Jahrhundert stammt, erscheint niemals heraldisch als Kaiserkrone. Dürers Bild von 1512 hatte nur den Zweck, die damals in Nürnberg befindlichen Krönungsinsignien der deutschen Könige darzustellen. Das erste Wappen des neuen Deutschen Reiches, das bei der Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 fungierte, erhielt sich durch die Fürsorge von dessen intellektuellem Urheber, dem Kronprinzen und kam ins Hohenzollernmuseum (Ill. Ztg., 4. Mai 1889, mit Abbildung). Es zeigt den schwarzen einköpfigen Adler mit rotem Schnabel und roten Fängen auf goldnem Schild und über diesem die Krone Karls des Großen. Der Adler hat auf der Brust ein schwarz-weißes Schildchen. Wie man aber sieht, überwog das Schwarz-rot-gold.

Hist.-pol. Blätter.

Die „Historisch-politischen Blätter" brachten intime Erinnerungen an Döllinger, einen Überblick über die katholische Poesie des Jahres 1889 (Domanigs Gutsverkauf und Abt von Fiecht, Heemstedes Dichterstimmen, Kreitens Sammlung „Den Weg entlang", Trabert, Cordula Peregrina). „Das Wachstum des Baumes katholischer Dichtung ist ein Gradmesser für die Intensität des katholischen Lebens". P. K. Brauns Abhandlungen über Kosmologie werden gewürdigt. Die Bildung eines katholischen „Zentrums" in Österreich wird besprochen. Es erfolgt ein Protest gegen das anmaßende Wort: „Protestantismus gleich Deutschtum". „Die deutsche Literatur bezahlt das Übergewicht der Nation mit dem Irrsal der naturalistischen Epidemie; die Revanche Frankreichs ist der deutsche Zola-Kultus." — Von Bismarcks Rücktritt heißt es: die Börse blieb fest, weil er ging. Miquels Worte beim Schriftstellertag in Frankfurt werden zitiert (105, 559): „daß die heutigen Parteien sich überlebt hätten und der Parlamentarismus die Menschen dumm mache . . . Nach seiner Überzeugung sei nur der aufgeklärte Absolutismus imstande, die sozialen Fragen zu lösen". Es werden deutsche und englische Stimmen zur Charakteristik des Semitismus gesammelt; unter anderm aus Dührings „Judenfrage" und aus Wahrmunds „Nomadentum". Lagarde bezeichnete die jüdische Literatur als „Ischariotismus". Von des Grazer Professors Hans v. Zwiedineck-Südenhorst „Deutscher Geschichte im Zeitraum der Gründung des preußischen Königtums" heißt es wegen der skandalösen antihabsburgischen Tendenz: „Wenn alle Bände so einseitig sind (Bibliothek deutscher Geschichte, Cotta), so muß jeder Freund der Wahrheit dieser Bibliothek die Türe verschließen." Wiederholt wird das Vorgehen der „Allgemeinen deutschen Biographie" scharf kritisiert. — Im 106. Band wird Majunkes Schrift über Luthers Lebensende besprochen und dessen Kritiker. Über die gefallene Größe in Friedrichsruh heißt es: „Mehr als durch den Kaiser hat sich Bismarck durch sich selbst ‚zerschmettert', weil er sein Ungemach

nicht mit Würde zu tragen versteht." — Hervorgehoben wird Trautmanns „Oberammergau und sein Passionsspiel", wichtig für die ganze Theatergeschichte des Mittelalters und der Barocke. Der nationalpädagogische Versuch „Rembrandt als Erzieher" erscheint als Ereignis. Allerdings heißt es Seite 287: „Die Religion ist Nichts, oder sie ist das Erste. Sie irgendeiner andern Macht nachzusetzen, ist Majestätsbeleidigung. So ist Christus entweder eine Null oder er ist der Erste; ihn mit Rembrandt auf gleiche Linie zu stellen, ist Blasphemie ... Darum heißt die oberste Kulturmacht nicht Kunst, sondern Religion und Christentum, und der Erlöser auch für das 19. und 20. Jahrhundert heißt nicht Rembrandt, sondern Christus." Auffallend ist, daß die künftige Bekehrung des Autors zum Katholizismus vorausgesehen wird (288). Als Verfasser stellte sich später August Julius Langbehn heraus, geboren 1851, katholisch 1903, gestorben 1907. — Eingehend wird die hohe Bedeutung der Beuroner Malerschule von Professor Keppler gewürdigt. — Ebenso Pastors zweiter Band der Papstgeschichte. — Die Frage von der Bevölkerungsabnahme in Frankreich sucht nach Lösung. — Vom dritten katholisch-sozialen Kongreß in Lüttich und der Abneigung gegen den Staatssozialismus als Cäsarismus wird Kunde gegeben. — Ein Anonymus berichtet von den „Vereinigten Christen" in Österreich und knüpft an die Katastrophe von Meyerling an (522): die Freimaurerei war daran schuld, die vereinigten Antichristen. — Bellesheims Geschichte der irischen Kirche erklärt die dortigen Zustände. — Es folgen Berichte von den katholischen Glaubenszeugen in der Verbannung am Uralgebirge. Ferner Aphorismen über die Weltkonkurrenz und amerikanische Zollpolitik, über Gustav Karpeles' „Zionsharfe" (Anthologie neuhebräischer Dichtung); über Tolstois sensationelle „Kreuzersonate", über das Ende des Boulangismus, über Seb. Brunners „Lessingiasis und Nathanologie" und dessen „Kniffologie und Pfiffologie des Weltweisen Schopenhauer".

Rembrandt als Erzieher.

Das genannte Buch „Rembrandt als Erzieher" fand immer mehr die vollste Anerkennung. Gegenüber den Schriften von Nietzsche und dessen überstiegenem, hysterischem Übermenschentum lehrte es einen berechtigten Individualismus; es war eine große Tat, da es stärker als je ein philosophisches System die wesenhafte Bedeutung der Persönlichkeit, des Persönlichen hervorhob. Es war ganz konsequent, daß diese Erkenntnis den Verfasser mit der Zeit zum vollsten Glauben an den persönlichen Gott und die sichtbare katholische Kirche führte. Ich verdanke dem kühnen Buche insofern eine starke Anregung, als es mich ermutigte, mein schon seit Jahren druckfertiges „Kunstbüchlein gerechten Gebrauchs aller Freunde der Dichtkunst", einen Vorläufer meines philosophischen Systems, herauszugeben (1891). „Rembrandt als Erzieher" zog eine Fülle ähnlicher Titel nach sich, zum Beispiel „Luther als Erzieher".

Bei der 90jährigen Geburtstagsfeier Moltkes überreichte eine Germania im Festzug dem Jubilar einen Lorbeerkranz mit den Versen Wildenbruchs: „Denker du in Wort und Rat, Lenker der erwognen Tat, du im Frieden und im Feld Vaterlandes Sohn und Held, sieh es drängt sich dir zu Füßen alt und junger Krieger Schar, denn ganz Deutschland will dich grüßen, das

Moltke.

da ist und das da war . . ." F. Dahn dichtete Moltke zu Ehren ein Festspiel, in dem es hieß: „Ja Wodan selbst, der Gott der Sieggedanken, hat seinen Hellmuth hellen Muts erfüllt."

Brandes. Georg Brandes stellte Goethe, Bismarck und Moltke in Parallele; in beiden letzteren habe der Friderizianische Geist über den Geist Goethes obgesiegt; Deutschland habe sich von aller menschenwürdigen Kulturarbeit abgewendet, Moltke sei ein Beamter ohne den Stempel des freien Mannes, Bismarck stehe nicht auf der Höhe der deutschen Kultur, Preußen habe keinen Anteil an dem, was die Menschheit Deutschland verdanke, aber endlich werde doch wieder Goethe über Friedrich von Preußen siegen. Dagegen trat Max Bewer mit einer Gegenschrift auf.

Gregorovius. Dem imperialistischen Zug der Zeit entsprach der Vortrag von F. Gregorovius über „die großen Monarchien oder Weltreiche in der Geschichte" (Allg. Ztg., 17. Nov.). Er schließt mit Bluntschlis Ausspruch (nach Zeno und Mark Aurel): Der vollkommene Staat ist die körperlich sichtbare Menschheit; der Weltstaat ist das Ideal der fortschreitenden Menschheit. Dagegen nimmt die historische Rechtsschule nur fortschreitende internationale Beziehungen an. Die progressive Entwicklung dieser Verhältnisse wird von Martens als Grundgesetz der gesamten Völkerrechtsgeschichte anerkannt. Die Idee des Rechts wird das Völkerleben in der Zukunft gestalten. — Dieser Gedanke liegt auch unserer ganzen Darstellung zugrunde.

Volksbühne. Hugo Kaatz schrieb zur Frage der „Volksbühnen", er faßte alle zeitgemäßen Bestrebungen um ein Volkstheater zusammen: die Bühne Herrigs und Schöns in Worms, das Arbeitertheater der Hauptstädte, die Vorschläge Konrad Albertis und des Nationalökonomen Georg Adler zu Freiburg i. Br. Der Kaiser soll die Arbeiter an einem Abend jeder Woche in sein Schauspielhaus zu Gaste laden. Daneben Willes „Freie Volksbühne". — Savits besprach im Berliner Theateralmanach 1890 die Münchener Shakespearebühne und bezog sich als Vorläufer auf Tieck und Immermann (Allg. Ztg., 10. August). — K. Lautenschläger entwarf eine neue Bühne für das Passionsspiel in Oberammergau (Ill. Ztg., 24. Mai und 14. Juni). „Alles war modernisiert, die ursprüngliche Schlichtheit war verschwunden; alles war glänzender, reicher, theatralischer und hatte den Zauber frommer Einfalt eingebüßt. Was heute auf neuerbautem klassischem Theater mit wundervollen Dekorationen, Maschinen, historischen Kostümen aufgeführt wird, erinnert an Baireuth und an die Meininger." — In Zittau wurde ein Lutherfestspielhaus erbaut (Ill. Ztg., 14. Juni). Man stellte diese Entwicklung der von Oberammergau an die Seite. — Es wurden nun auch Passionsspiele in Stieldorf bei Oberkassel am Rhein aufgeführt (darüber Ill. Ztg., 19. April).

Sudermann. Herm. Sudermanns „Ehre" machte die Runde an den Bühnen. Die Naturalisten sahen in ihm und Hauptmann das klassische Dioskurenpaar der Zeit. Die Aufführung von Sudermanns Stück „Sodoms Ende" wurde dem Lessingtheater in Berlin zuerst untersagt, enttäuschte aber dann die hochgespannten Erwartungen. Dafür wurden nun seine früher wenig beachteten Erzählungen mehr bekannt.

H. v. Eicken schrieb „Geschichte und System der mittelalterlichen Weltanschauung". — Wilh. Jordan sammelte seine „Episteln und Vorträge". — Woldemar v. Seidlitz gab ein Allgemeines historisches Porträtwerk mit über 600 Bildnissen von 1300 bis 1840 heraus. — Felix Dahn begann seine

„Erinnerungen". — Julius Fröbel gab als Fünfundachtzigjähriger seinen „Lebenslauf". — C. C. T. Litzmann bearbeitete Hölderlins Leben nach seinen Briefen. — L. Laistner gab im „Rätsel der Sphinx" (1889) eine abstoßend naturalistische Deutung aller Mythologie. — Von der im Jahre 1888 aus Paris nach Heidelberg wieder zurückgewonnenen Minnesinger-Handschrift (Manessische Handschrift) erschien eine farbige Ausgabe der Wappen, Helme und Standarten.

Das Lessingdenkmal in Berlin war ein Werk seines Urgroßneffen Otto Lessing. Martin Beheim erhielt ein großes Denkmal in Nürnberg (von Hans Rößner). — Ausnehmend geschmackvoll war das Denkmal für Karl Maria v. Weber in Eutin, ein Werk von Paul Peterich. Die leierspielende Muse sitzt, nur wenig über dem Boden erhaben, am Sockel, der die Büste des Meisters trägt. — Bezeichnend für die Kunst Böcklins war sein schönes Gemälde: Poesie und Malerei.

Professor Koch.

Man jubelte vorzeitig über Professor Kochs angebliche Entdeckung eines sicheren Mittels gegen die Tuberkulose. Die Methode erwies sich als unwirksam und gefährlich. — In der Erörterung der Leichenbestattungsfrage wurde von den Gegnern der Verbrennung die Tatsache vorgebracht, daß die Lebenden die Scholle in weit höherem Grade verunreinigen als die Toten, so daß das Trinkwasser von Friedhöfen erfahrungsgemäß das reinste und beste des Ortes sei; so Dr. Esmarch und Dr. Reimers.

Der Cottasche Musenalmanach erstand wieder (für 1891).

Österreich.

In Österreich schienen sich die deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen, denen Taaffe präsidierte, gut anzulassen. Freilich blieb der Standpunkt der Jungtschechen ein obstinater. Fürst Schwarzenberg legte das Präsidium des Prager Museums nieder, als am Gebäude eine Gedenktafel für Huß angebracht werden sollte. Als die Beschlüsse der Ausgleichskonferenz am 27. Januar veröffentlicht wurden, zeigten sich die Deutschen sehr befriedigt. Der Justizminister Graf Schönborn erließ bereits die ersten Verordnungen zur Durchführung dieser Bestimmungen. Der Polenklub sprach auch seine Befriedigung und die besten Hoffnungen für die Autonomie Galiziens aus. Die Jungtschechen aber erklärten, daß der Ausgleich als ein Privatabkommen einzelner Personen, die dazu kein Mandat von der Bevölkerung gehabt hätten, diese nicht binden könne. Mehrere Punkte seien unannehmbar, die Abgeordneten sollten alle ihre Mandate niederlegen und sich Neuwahlen unterziehen. Ministerpräsident Graf Taaffe erklärte im Abgeordnetenhaus, der Ausgleich werde nunmehr im böhmischen Landtag zur Erledigung kommen. Übrigens sei in Österreich keine Partei ganz einig in sich selber. Die Zusammensetzung des Staates bedingt es, daß in allen nationalen Parteien wieder alle politischen Parteien vertreten sind. Der Kaiser nahm das Protektorat über die Prager Landesausstellung für 1892 an, da er auf das friedliche Zusammenwirken beider Volksstämme hoffte. Nun begannen im Mai die Beratungen über die Ausgleichs-

gesetze im böhmischen Landtag unter fortgesetzten Obstruktionsversuchen der Jungtschechen. Durch den Abfall einiger Alttschechen erschwerte sich deren Haltung. Da das Ausgleichswerk somit immer mehr gefährdet wurde, beschlossen die Deutschen, sich an der böhmischen Landesausstellung nicht zu beteiligen. Die von den Alttschechen abgefallene Gruppe der „Realisten" (Masaryk) vereinigte sich im Dezember mit den Jungtschechen.

Der Tod Andrassys gab Gelegenheit zu Kundgebungen für den Mitbegründer des österreichisch-deutschen Bündnisses. Als bald darauf Bismarcks Entlassung bekannt wurde, war es allgemein feste Überzeugung, daß kein Personenwechsel das Bündnis erschüttern könne. Kaiser Franz Josef richtete bei dieser Gelegenheit ein Schreiben wärmster Anerkennung an den scheidenden Kanzler. Es wurde offiziös bekannt, daß ein Notenaustausch zwischen Caprivi und Kalnoky das rückhaltloseste Einvernehmen über alle die Bündnispolitik berührenden auswärtigen Fragen ergeben habe; insbesondere sei festgestellt worden, daß die bisherige Orientpolitik der Donaumonarchie eine wirksame Stütze auch der deutschen Interessen gebildet hat und auch zukünftig bilden wird. Nur der Jungtscheche Waschaty sprach sich im Abgeordnetenhaus gegen das deutsche Bündnis und die Politik Bismarcks aus, nannte Österreich eine Expositur der deutschen Reichskanzlei und plädierte für die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, wonach alle Staaten abrüsten könnten.

Kalnoky. Kalnoky erklärte am 9. Juni vor dem Ausschuß der österreichischen Delegation, daß sich nichts an den Beziehungen zum Deutschen Reich geändert habe. Er stellte die ruhige Entwicklung Bulgariens fest. In Serbien sei die Strömung wohl gegen Österreich; die dort herrschende Preßfreiheit tauge nicht für ein Balkanvolk mit unreifen und unwürdigen Elementen. In der ungarischen Delegation trat Kalnoky der Ansicht Csernatonys von der Unvermeidlichkeit eines großen Krieges entgegen; je größer die Gefahr, um so größer sei auch die Vorsicht. Graf Ludwig Tisza gab zu, daß selbst der teuerste Friede weniger Opfer erheische als der billigste Krieg.

Bei Eröffnung der Arbeiten zur Regulierung des Eisernen Tores erklärte der serbische Ministerpräsident: „Wir scheiden als Freunde." Darauf wurden manche Verkehrserschwerungen aufgehoben.

Ungarische Oppositionsblätter beschwerten sich im September über den Gebrauch der deutschen Sprache in Verhandlungen zwischen ungarischen und österreichischen Ministern. Es erfolgte sogar darüber eine Interpellation.

Noch mehr Aufregung verursachte die Frage des „Wegtaufens" in Ungarn, das heißt, des unbefugten Taufens von Kindern aus gemischten Ehen. Man forderte darum Einführung der Zivilehe.

Im österreichischen Herrenhaus brachten die Bischöfe einen Antrag für katholische öffentliche Volksschulen ein. — Der Unterrichtsminister Gautsch trat in der Mittelschulfrage für den Humanismus gegen den Realismus ein.

Trotz der Streiks, die mit einigen Ausschreitungen verbunden waren — in Biala wurden einige Personen getötet und verwundet —, verlief die Arbeiterfeier vom 1. Mai ruhig.

Dem Land Galizien wurde die Grundentlastungsschuld von 75 Millionen geschenkt — allerdings nur mit 20 Stimmen Majorität.

Der italienische Verein „Pro Patria“ und ähnliche wurden amtlich aufgelöst. Die Irredentisten warfen in Triest Petarden.

Der Land- und Forstwirtschaftliche Kongreß in Wien forderte die Bildung einer mitteleuropäischen Zolliga mit Valutaregulierung. Es wurden in eine internationale Kommission 5 Deutsche, 7 Österreicher, 3 Ungarn und je ein Franzose, Italiener, Holländer, Schweizer, Rumäne und Schwede gewählt.

Nach Wien kamen zum erstenmal zur Parade am 18. August bosnisch-herzegowinische Truppen; sie mußten aber auf dem Seeweg nach Österreich befördert werden, da Ungarn den Durchmarsch „fremder“ Truppen durch sein Gebiet für verfassungswidrig erklärte.

Graf Hartenau, ehemals Prinz Battenberg und Exfürst von Bulgarien, trat als Oberst in den österreichischen Militärdienst.

Durch die Vereinigung sämtlicher Vororte mit der Stadt wurde ein „Großwien“ geschaffen.

Großwien.

Rieger, der Führer der Alttschechen, trat vom politischen Leben zurück infolge der Angriffe seiner eigenen Volksgenossen. Es war, sagte er, von jeher der Fehler der Slawen, keine Autorität anzuerkennen, keine Disziplin und Organisation zu bewahren, so daß sie von den organisierten Deutschen unterdrückt wurden. Da die Tschechen keinen Cavour, Napoleon oder Bismarck haben, müßten sie sich doch mit dem Vorhandenen begnügen.

Kaiser Josefs II. Todestag regte in ganz Deutschland die Erinnerung an; lebte er doch auch noch als „Landesvater“ im Studentenlied und Brauch.

Infolge der großen Hochwässer stürzte die alte Kaiser-Karls-Brücke in Prag zusammen.

Stielers bedeutendes Beethovenbildnis, den Meister darstellend, wie er das „Credo“ der Missa Solemnis schreibt, kam zum Vorschein und zur Würdigung.

Die „Allgemeine Zeitung“ würdigt J. A. v. Helferts Verdienste als Staatsmann und Historiker zu seinem 70. Geburtstag (3. Nov.).

Über „Österreichs sozialpolitische Gesetzgebung und Freiherrn v. Vogelsang“ berichtet die „Allgemeine Zeitung“ (1. Dez., Beilage) und bringt sehr wichtige Notizen zur Geschichte der ganzen christlichsozialen Bewegung wie zur Tätigkeit des am 8. November verstorbenen Staatsmanns.

Vogelsang.

Ein oberösterreichischer Bellamy gab zu Linz unter dem Titel „Am 18. August 1920“ eine kleine Schrift heraus, in der er den Zustand des Reiches um diese Zeit schildert. Der Staatsrat ist wiederhergestellt zur Einschränkung der Macht eines zu weit getriebenen Parlamentarismus (was der Referent in der Allg. Ztg., 25. Nov., Julius Fröbel als richtig anerkennt, indem er sich in der Meinung bestärkt sieht, daß Fortschritte in staatssozialistischen Reformen einer gewissen Selbstherrlichkeit des sich seine eigenen Ratgeber wählenden Staatsoberhauptes förderlich sein müssen). Die Schulen dienen nicht nur der Lehre, sondern auch der Erziehung u. s. w.

Der Redakteur Koller vom „Vaterland“ wurde wegen einer ungerechtfertigten Beschuldigung des Feldzeugmeisters Freiherrn v. Scudier zu acht Monaten Arrest verurteilt (Sept. 1890).

Lueger klagte Ende November den Journalisten Al. Scharf, der ihm

die Worte in den Mund gelegt hatte, man müsse den Leuten das Beuschel aus dem Leib reißen.

Rektor W. v. Hartel sprach in seiner Rektoratsrede am 13. Oktober den Wunsch aus, daß in Österreich, als einer Zentralstätte des wissenschaftlichen Weltverkehrs, eine Reichsbibliothek gegründet werden möge (Allg. Ztg., 22. Okt.).

Albin Freiherr v. Teuffenbach gab ein „Neues illustriertes Vaterländisches Ehrenbuch" der Völker Österreichs heraus. — Die zweite Abteilung von Herm. J. Bidermanns „Geschichte der österreichischen Gesamtstaatsidee" erschien 1889, 22 Jahre nach der ersten (1867). — Rudolf Waizer gab „Kulturbilder aus Kärnten" (Allg. Ztg., 24. Juli). — Heinrich Noes Buch „Sinnbildliches aus der Alpenwelt" behandelte in 31 Aufsätzen vor allem die Symbolik der Natur. — A. Bettelheim schilderte in den „Führenden Geistern" Ludwig Anzengruber, den Mann, sein Werk, seine Weltanschauung". Es erschienen zugleich Anzengrubers gesammelte Werke. — Rosegger trat mit seinem Volksschauspiel „Am Tage des Gerichts" über die Schranken seiner Begabung.

An dem Haus in Wien, in dem Hebbel seine wichtigsten Dramen geschrieben, wurde eine Gedenktafel angebracht.

Alfred v. Berger bewährte sich in seinen Gesammelten Gedichten, besonders in den Epilogen und Prologen, „als Sprecher und Führer des geistigen Adels von Neu-Österreich".

Hugo Wolf erregte durch seine Vertonung der Lieder von Mörike (1889) und Goethe (1890) mit Recht großen Beifall, aber auch manchen Widerspruch.

Canovas Meisterwerk, die Theseusgruppe, wurde aus ihrem vom Künstler dazu bestimmten Raum, einer Nachbildung des Theseustempels in Athen, nach dem neuen Kunsthistorischen Museum transportiert, und wäre dabei fast in Trümmer gegangen. Ein Musterbeispiel moderner Kunstbarbarei, die alle Lebenskunst in Museumskunst absterben läßt.

Ein großes Werk war der Ausbau der Fassade der Wiener Hofburg nach dem erhaltenen Plan Fischers von Erlach.

Der erste weibliche Arzt in Österreich war Frau Dr. Rosa Kerschbaumer.

Italien. Italien organisierte nunmehr definitiv seine ostafrikanischen Erwerbungen am Roten Meer als „Erythräische Kolonie" (Colonia Eritrea) und gab ein Grünbuch über die Beziehungen zu Äthiopien (Abessinien) und den König Menelik heraus.

Über Bismarcks Rücktritt beruhigte man sich in Italien, sobald es sicher war, daß der Dreibund dadurch nicht gefährdet wurde. Crispi verteidigte die Politik des Dreibunds; ein isoliertes Italien würde noch viel stärker rüsten müssen. Der Arbeiterfeier vom 1. Mai trat Crispi scharf entgegen. Daß Italien im ganzen mehr zu Frankreich hinneigte, zeigte sich beim Allgemeinen Schützenfest in Rom, 19. Mai, wo die Franzosen demonstrativ bejubelt wurden, die Deutschen vorsichtigerweise fernblieben.

Bonghi. Der konservative Exminister Bonghi suchte seine Partei auf religiöser Grundlage zu erneuern. Er brachte am 17. Juni in der Deputierten-

kammer den Antrag ein, die Regierung möge mit allen Mitteln die Lösung aller zwischen den Nationen entstehenden Differenzen im Wege des Schiedsgerichts anstreben. Crispi verschob die Debatte über den „sympathischen" Antrag und erklärte, er habe nur den Frieden zu sichern gesucht. Aber man dürfe sich keine Illusionen machen; die Verhältnisse Europas seien dem Frieden weniger günstig als die Amerikas. Für den Augenblick könne ein Staatsmann nichts anderes tun, als von Fall zu Fall zu verhindern, daß der Krieg ausbreche. Bonghis Resolution sei eine edle Hoffnung für die Zukunft.

Die Maßregeln der österreichischen Regierung gegen die irredentistischen Vereine erregten die italienischen Radikalen; sie stellten den von Österreich gemaßregelten Journalisten Barzilai (einen Juden) als Kandidaten auf. Barzilai. Die italienische Regierung verbot die irredentistischen und republikanischen Vereine, die den Namen „Peter Barsanti" und „Wilhelm Oberdank" führten. Man fand Bomben bei Haussuchungen. Der Finanzminister Seismit-Doda wurde wegen irredentistischer Reden vom König einfach abgesetzt.

Französische Stimmen sprachen die Hoffnung aus, daß der Beitritt Italiens zum Bund der Mittelmächte, der 1882 und 1887 auf je fünf Jahre abgeschlossen wurde, 1892 nicht erneuert werde; schließlich würden die allgemeinen Rüstungen doch nur Europa zugunsten Amerikas unterminieren.

Crispi sprach sich bei einem Bankett in Florenz, 8. Oktober, sehr Crispi. scharf gegen den Irredentismus aus. Scheinbar umgeben von der Poesie des Vaterlandes sei das nur ein schädlicher Irrtum, der sogar die Existenz der Nation gefährden könne. Das Prinzip der Nationalität dürfe nicht die ausschließliche Regel des diplomatischen Rechtes sein. Will man denn Italien an den Rand des Verderbens geraten lassen durch Übertreibung dieses Prinzips über jene vernünftige Grenze hinaus, dem das Land seine politische Existenz verdankt? Der Irredentismus müßte alle Regierungen gegen Italien aufbringen. Die drei Schweizer Nationen liefern den Beweis, daß noch andere Bande als die der Nationalität ein Staatswesen festigen können. Das Deutsche Reich, mit Österreich-Ungarn vereint, bedient sich auch des Nationalitätsprinzips nur mit weiser Mäßigung. Die Irredentisten unterstützen, ohne es vielleicht zu wissen, einen inneren Feind. Die dadurch bezweckte Auflösung des Dreibunds käme den Interessen jener Partei zugute, die den Kirchenstaat wiederherstellen will. Der Dreibund war eine Folge der Isolierung beim Berliner Kongreß; er hat in seiner ersten Phase 1882—1887 keine Frucht getragen, weil man sowohl in Berlin wie in Wien Italien mißtraute. Erst nach seiner Erneuerung 1887 hat sich der Bund aufrichtiger gestaltet. Die Existenz Österreichs und Frankreichs ist für die Grenzen Italiens eine Garantie, eine Notwendigkeit für das europäische Gleichgewicht. Man müßte, wenn er nicht schon bestände, einen Staat schaffen, wie es Österreich ist, das von so vielen Nationen bewohnt ist, und verhindert, daß eine einzelne die Oberhand gewinnt. Niemand kann aber auch an ein Europa denken ohne die Mission Frankreichs, das der sympathischeste Ausdruck der modernen Zivilisation und von unwiderstehlicher Anziehungskraft ist. Italien muß beider

Staaten Freund sein; es hat nichts von ihnen zu erbitten, als daß sie die früher über Italien ausgeübte Herrschaft vergessen. Der junge Kaiser Wilhelm hat zweimal die „Roma intangibile“ begrüßt. Ebenso loyal, wenn auch nicht so demonstrativ, ist die Stellung des katholischen Österreichs. Die Irredentisten täuschen sich, wenn sie glauben, sie könnten die Grundlagen der Donaumonarchie untergraben, weil diese eine antinationale Politik verfolge. Die Grundlagen der österreichischen Monarchie sind zu fest gefügt; Italiens Interessen sind mit denen Österreichs identisch.

Leo XIII. Bei Leos XIII. achtzigstem Geburtstag waren Stimmen aus aller Welt darüber einig, daß das Ansehen des Papsttums mächtig gestiegen sei; nur verstanden Fernerstehende nicht die allen Katholiken einleuchtende Notwendigkeit der unversöhnlichen Haltung gegenüber den vertragsbrüchigen Räubern des Kirchenstaates. Ein Gesamthirtenschreiben von 236 italienischen Bischöfen erklärte das Gesetz, das die Wohltätigkeitsanstalten der staatlichen Verwaltung unterstellte, als eine Beleidigung für Religion, Gerechtigkeit und Freiheit der Gläubigen. Auch eine päpstliche Enzyklika vom 15. Oktober an den italienischen Klerus verurteilte die Handlungsweise der Regierung. Sonst ließ sich der Papst die Sorge für das Wohl der Arbeiter und für die Missionierung der Eingebornen von Afrika angelegen sein; das letztere geschah in Briefen an den Erzbischof von Köln und den Kardinal Lavigerie. Sämtlichen Bischöfen legte der Papst die Sklavenbefreiung ans Herz. Daß sich der Papst, Rampolla und Lavigerie zugunsten der republikanischen Staatsform in Frankreich aussprachen, wurde mit geteilten Gefühlen aufgenommen. Daß sich der Papst gegen die Erneuerung des Dreibundes ausgesprochen haben sollte, wurde dementiert.

Frankreich. Die Franzosen konnten sich mit Demonstrationen für die lieben Russen und den lieben Zaren nicht genug tun, so am 30. Januar in Nizza bei der Aufführung der Oper „Das Leben für den Zar“. Die Russen wollten dem Gouverneur von Paris, General Saussier, ein kostbares Banner widmen; Kriegsminister Freycinet untersagte aber die Annahme. Etwas anders variierte Oberst Stoffel, früher Militärbevollmächtigter in Berlin, dies Thema, indem er gegen Herausgabe von Elsaß-Lothringen ein Bündnis mit dem Deutschen Reich gegen Rußland anriet. Andere Franzosen mahnten, sich nicht so würdelos den Russen an den Hals zu werfen. Die ungewisse Lage suchte der Herzog von Orleans zu benützen, indem er trotz seiner Verbannung nach Paris kam und sich dort verhaften und verurteilen ließ. Die Neuwahlen waren den Boulangisten günstig. Die Regierung ließ sich offiziös entschuldigen, daß sie die Berliner Arbeiterschutzkonferenz beschickte; das sei ja nur eine Fortsetzung der Berner Konferenz; Frankreich sei nur durch Nationalökonomen, nicht durch Diplomaten dabei vertreten.

Im März übernahm Freycinet den Vorsitz des Ministeriums an Tirards Statt. Er erklärte die weite, offene, duldsame und friedliche Republik als den definitiven Zustand und das erwünschte Ende der Kämpfe. Daß der 1. Mai zu anarchistischen Putschen benützt werden sollte, haben wir schon gehört. Es kam dabei zu vielen Verwundungen und noch mehr Verhaftungen. Eine Anzahl von Russen und Russinnen wurde bei der sympathischen Fabrikation von Sprengstoffen ertappt. Die Sozialisten protestierten gegen deren Verhaftung und forderten für die Russen das Recht, sich vom Joche des Zaren selbst mit Hilfe von Dynamit zu befreien. Freycinet.

Wieder toastete General Ferron auf dem Militärbankett zu Jonzac nach den Septembermanövern auf den russischen Hauptmann Kabalow und sagte, Rußland besitze in seiner unvergleichlichen Armee ein Mittel, um Koalitionen aufzulösen. Es lebe die russische Schwesterarmee! Die Pariser demonstrierten in gleichem Sinn, als im Oktober ein Leutnant De Seze mit der Tochter des russischen Botschafters Mohrenheim Hochzeit hielt. Der Bräutigam wurde bei diesem Anlaß zum Kapitän befördert. Man betrachtete all das als symbolisch.

Enthüllungen über den Zusammenhang des Monarchismus und Boulangismus schadeten beiden Teilen aufs empfindlichste.

Im Sinne des Papstes sprach sich Kardinal Lavigerie für die Republik aus, als er am 12. November in Algier dem Stab des Mittelmeergeschwaders ein Frühstück gab. Er sagte, die Eintracht sei notwendig und der erste Wunsch der Kirche und der Geistlichkeit; es sei patriotische Pflicht, ohne Hintergedanken zur gegenwärtigen Regierungsform zu halten, weil diese die wiederholte Zustimmung der Nation erhalten habe. Er wünsche, daß sich die Geistlichkeit Frankreichs diesen Ideen anschließe, keine autorisierte Stimme werde sich diesem Wunsch entgegensetzen. Darauf ließ er die Marseillaise spielen. Ich habe gehört, daß die anwesenden Offiziere, größtenteils oder durchaus gut katholische Monarchisten, dabei erbleichten und verstummten, denn sie hatten sich als Katholiken wie als Monarchisten derlei nicht erwartet. Sie verließen sofort ohne Abschiedsgruß die Tafel und das Haus. Ihren und der gutgesinnten Franzosen Absichten entsprach vielmehr Bischof Freppel, als er beim Katholikenkongreß in Nantes, 30. November, offenbar im Gegensatz zu Lavigerie, seine Zuhörer aufforderte, die Revolution und deren Prinzipien rastlos zu bekämpfen und der Kirche hiedurch zum Siege zu verhelfen. Lavigerie.

Die französische Guineakolonie hatte Feindseligkeiten vom Negerkönig von Dahome zu bestehen. Es kam schließlich eine Vereinbarung zustande.

Zur Sanierung des verkrachten Panamaunternehmens gelangten Petitionen an die Regierung.

Frau Adam gab eine neue Zeitung in Paris heraus unter dem Titel „Die Frankorussische Union".

Maurice Spronck nannte in seinem französischen Buch „Die literarischen Artisten" (1889) nicht Augier, Dumas, Daudet, Zola, sondern Theophil Gautier, Baudelaire, die Goncourt, Flaubert, von Lebenden Leconte

de Lisle, Banville, Anatole France, Pierre Loti, Paul Bourget als die Führer der eigentlichen Literatur mit der um die Mitte des Jahrhunderts ausgegebenen Parole: l'art pour l'art: Kunst für die Kunst, nicht für den Nutzen. Baudelaire sagte: Kunst ist das, was den andern abominabel erscheint. Flaubert: Mir gefällt das Unedle, es ist das Erhabene von unten. Er dachte sich eine Teilnahme an den Dingen der Welt nur als Demoralisator. Hier liegen die Wurzeln des Nietzschetums.

Dekadenz. Josephin Peladan posierte als „Dichter der lateinischen Dekadenz". Er erhob das Schlagwort der Dekadenz zum ästhetischen und kulturellen Prinzip. Es war eine Mischung von Wagnerianertum und Okkultismus in abstoßendster Weise.

Der Abgeordnete Dreyfus veröffentlichte im Mai die Broschüre: Der notwendige Krieg: „Die historische Stunde hat geschlagen; vor zwei Jahren wäre es zu früh gewesen, in zwei Jahren wird es zu spät sein."

Der Genfer Ed. Rod sagte in seinem neuesten Roman (Die drei Herzen) der naturalistischen Schule ab, wie andere Schüler Zolas; so schlugen Huysmans und Henneque den Weg zum Mystizismus ein, so wurde Maupassant zum Psychologen.

H. Taine schilderte in seinem fünften Bande der „Origines de la France contemporaine" Napoleon. Kurz vorher erschien Fourniers Napoleon.

Vauvenargues, der Vorläufer Rousseaus, wurde von M. Paléologue hervorgezogen; er hat stark auf Nietzsche eingewirkt.

England. England geriet mit Portugal in arge Zerwürfnisse wegen des Vorgehens des portugiesischen Majors Serpa Pinto im Nyassagebiet. Lord Salisbury drohte mit einem Ultimatum. Sein liberaler Gegner Gladstone tadelte allerdings das gewaltsame Vorgehen Englands gegen den kleinen Staat Portugal. Vergebens appellierte Portugal an ein Schiedsgericht; ein Abkommen bezüglich der Grenzen (5. August) entschied die Streitfragen durchaus zugunsten Englands.

Stanley. Als Stanley am 13. Mai das Londoner Bürgerrecht erhielt, tadelte er in seiner Dankrede die englische Presse, die durch ihre Haltung eine große Aktion Englands am Kongo und in Ostafrika verhindert habe. England hätte das alles haben können, nun besitzen es Belgien und das Deutsche Reich zu ihrem großen Nutzen. Er bewunderte die Tatkraft und Klarheit Kaiser Wilhelms, er rühmte die Tätigkeit Wißmanns, der nicht gegen Friedensvereine zu kämpfen habe. Gegen Emins Eintritt in deutsche Dienste ließe sich nichts einwenden.

Ein Abkommen mit Frankreich (5. August) anerkannte Frankreichs Protektorat in Madagaskar und das Englands in Sansibar.

Als die Pforte wieder einmal die endliche Räumung Ägyptens anregte, antwortete Salisbury, daß England prinzipiell dazu bereit sei, doch sei das englische Kulturwerk in Ägypten noch nicht abgeschlossen; England werde erst den rechten Zeitpunkt abwarten.

Die Besitzergreifung von Witu, Patta und Manda durch England wurde im November proklamiert.

Man bereitete die Union der australischen Kolonien vor. Das Abkommen

über Samoa mit Amerika und dem Deutschen Reich wurde dem Parlament vorgelegt. Neufundland drohte mit einer Unabhängigkeitserklärung, weil es in seinen Fischereirechten nicht genügend vom Mutterland unterstützt wurde; es kam zu einem Zusammenstoß mit französischen Schiffern.

Parnell. Parnells Verhalten erwies sich nach genauer Untersuchung als korrekt; doch blieb der Zusammenhang der Fenier mit der Dynamitpartei in Amerika bestehen; diese wollte die volle Selbständigkeit Irlands herbeiführen. Drei irische Deputierte wurden verhaftet (O'Brien, Dillon, Condon), weil sie Pächter an der Zahlung ihrer Pachtsumme verhindern wollten. Ein großer Schlag für die irische Sache war es, daß der Führer der Iren, Parnell, in einem Ehescheidungsprozeß des Kapitäns O'Shea gegen seine Gattin eines ehebrecherischen Verhältnisses überwiesen wurde (18. Nov.). Infolgedessen zog sich nicht nur Gladstone mit der liberalen Partei von der irischen Sache zurück, sondern auch die irischen Führer Dillon und O'Brien, ebenso sagte sich die katholische Geistlichkeit Irlands von Parnell los. Eine Minderheit hielt bei Parnell aus. Es kam zu Tätlichkeiten zwischen den beiden Fraktionen, wobei Parnell verletzt wurde. Bei all dem wurde das Persönliche mit dem Sachlichen in peinlicher Weise verquickt.

Ein englisches Protestmeeting sprach sich gegen die grausame Behandlung der Verbannten in Sibirien aus (10. März). Ein Kongreß zur Förderung des Weltfriedens (14. Juli) verlangte Schiedsgerichte, einen Völkerrechtskodex, Neutralisierung der Kleinstaaten, Föderation aller Friedensgesellschaften der Erde. Ein Meeting im Dezember protestierte gegen die Bedrückung der Juden in Rußland und plante eine Deputation an den Zaren. Ihr wurde aber durch die russische Botschaft bedeutet, daß es für sie unnütz sei, nach Petersburg zu reisen.

Die großen Arbeiterunionen in London demonstrierten für den Achtstundentag; doch verlief der 1. Mai ohne ernstliche Störung. Ein irischer Eisenbahnerstreik wurde durch Vermittlung des Bischofs Walsh beigelegt. Gewaltsamer endigte ein Streik der Dockarbeiter in Southampton (Sept.).

Die Nachricht, Deutschland habe 1888 England peremptorisch aufgefordert, dem Dreibund beizutreten, wurde von Salisbury im Oberhaus als Erfindung bezeichnet. Es war jedenfalls eine Übertreibung.

Ein meuterisches Gardebataillon wurde am 24. Juli nach den Bermudainseln verbannt.

Booth. General Booth von der Heilsarmee schrieb das Buch „Im dunkelsten England" mit Vorschlägen zu radikalen Maßregeln gegen die geistige und materielle Not.

Dilke. Wichtig zum Verständnis des englischen Imperialismus ist Ch. Dilkes großes Werk „Problems of Greater Britain". Der Begriff war nicht neu; schon 1880 schrieb der Admiral J. Colomb „Defense of Great and Greater Britain"; 1868 erschien „Greater Britain; a Record of Travel in English-speaking countries"; und 1863 „The Empire; a Series of Letters" von Goldwin-Smith; 1884: The Expansion of England" von J. R. Seeley; ins Französische übersetzt 1885 von Alf. Rambond. Sehr irrtümlich hatte

Ledru-Rollin 1850 über die „Dekadenz von England" geschrieben. Wir erfahren, daß 1889 durch den Suezkanal 2611 englische Schiffe zogen, 194 deutsche, 168 französische, 146 holländische, 103 italienische, 54 österreichische, 48 norwegische, 33 spanische, 23 russische, 22 türkische, 8 ägyptische, 5 amerikanische, je 3 dänische und japanische, 2 chinesische, je 1 belgisches und portugiesisches (Allg. Ztg., 30. Juli). — Allerdings war dieses größte aller Weltreiche auch am zerstreutesten und verwundbarsten. Das englische Reich ist $4^1/_2$mal so groß als das altrömische es war und 20mal so reich. Die Ansichten der Engländer waren geteilt. Während Goldwin-Smith für das Aufgeben der Kolonien war, trat Dilke energisch für den Imperialismus ein.

Spanien. Nach der Erkrankung und Genesung des jungen Königs von Spanien schrieb der Republikaner Castelar an die Königin, Alfonso sei jetzt doppelt König, durch die Gesetze und durch ein Wunder der Vorsehung. Emilio Castelar entsagte dem politischen Leben, pilgerte nach Jerusalem und plante ein „Leben Jesu" und eine Geschichte Spaniens. Die Spanier regten sich auf über die angebliche Absicht Englands, Gibraltar durch einen Kanal vom Festland abzuschneiden. Der katholische Kongreß in Saragossa, 5. Oktober, sprach sich energisch über die Lage des Papsttums aus. — Eine Expedition hatte heftige Kämpfe mit den Eingebornen der Karolinen zu bestehen.

In Portugal fand ein republikanischer Putsch statt. Über die Behandlung von Seite Englands war die ganze Nation höchlich erbittert.

Schweiz. Der Schweizer Bundesrat übernahm das Schiedsrichteramt zwischen England und Portugal wegen der Delagoabahn in Afrika. — Ein Aufstand der Liberalen in Bellinzona zog eine bewaffnete Intervention des Bundesrats nach sich. Oberst Künzli rückte mit zwei Bataillonen ein, schaffte Ordnung und übergab die Geschäfte wieder der einheimischen Regierung, bestehend aus drei Konservativen (Katholiken) und zwei Liberalen. — Wegen anarchistischer Umtriebe wurden mehrere Ausländer aus der Schweiz ausgewiesen. — In der Schweiz entbrannte ein Streit über das Wappen der Eidgenossenschaft; es war seit 1815 ein schwebendes „Langarmkreuz", Weiß im roten Feld; erst nach 1848 bürgerte sich das „Quadratkreuz" ein, aus fünf gleichen Quadraten. Die Regierung wollte nun auf das echte ursprüngliche Langarmkreuz zurückgehen, hatte aber die Opposition der Bevölkerung gegen sich (Abbildung Ill. Ztg., 16. Aug.). Ein neuer Niederlassungsvertrag wurde mit dem deutschen Reich abgeschlossen.

Belgien. Der Antisklavereikongreß in Brüssel trug den Kolonialstaaten auf, die Einfuhr von Feuerwaffen zu beaufsichtigen, um den Sklavenjägern das Hauptmittel ihrer Sklavenjagden zu nehmen. Stanley wurde in Brüssel gefeiert; der König hielt auf ihn eine Rede und machte eine Anspielung, den Kongostaat an Belgien zu vermachen. Einstweilen übernahm Stanley (Mitte Juni) das Amt eines Generalgouverneurs des Kongostaats und Belgien gewährte dem Kongostaat ein Darlehen; nach Ablauf von zehn Jahren sollte Belgien das Recht haben, den Kongostaat zu annektieren. Zugleich wurde das Testament des Königs veröffentlicht, insoweit es den Kongostaat betraf: seine persönliche Souveränität über diesen sollte nach seinem Tod an Belgien übergehen. — Die belgische Kammer beschloß die Zulassung der Frauen zu medizinischen Berufsarten. — Bei Gelegenheit eines Prozesses kam es an den Tag, daß die Schriftsteller Foucault de Mondion und Nieter bei der Fälschung

der 1887 dem Zaren in die Hände gespielten Schriftstücke beteiligt waren. — Die Arbeiter verlangten allgemeines Stimmrecht und Achtstundentag. Republikanische Sozialisten demonstrierten gegen das Königtum. Der 1. Mai brachte einen Massenstreik. Ein Sozialistenkongreß in Ostende, 14. September, äußerte sich ganz revolutionär. Man forderte die Proletarier auf, die Rathäuser und Paläste zu stürmen und einen allgemeinen Streik zu veranstalten. — Beim internationalen katholischen Sozialkongreß zu Brüssel, 6. September, wurden die Belgier mit ihrem Widerspruche gegen den Staatssozialismus überstimmt. Die Berliner Konferenz wurde als „glückliches Ereignis für den sozialen Frieden" anerkannt.

Auf dem Schlachtfelde von Quatrebras wurde dem dort gefallenen Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig ein Denkmal gesetzt: eine modernisierte und weniger wirkungsvolle Nachahmung des alten welfischen Löwen von Braunschweig.

Als König Wilhelm III. von Holland am 23. November starb, Holland.
ging die Krone auf seine zehnjährige Tochter Wilhelmine über. Als Vormünderin und Regentin trat ihre Mutter, die Königinwitwe Emma, ein. Luxemburg fiel an den Herzog Adolf von Nassau. — Auf Sumatra hatten die Holländer Schwierigkeiten mit den Atchinesen.

Die Dänen ließen sich die Befestigung Kopenhagens angelegen sein. Am 1. Mai wurde in Sozialistenversammlungen der Normalarbeitstag als Mittel zur Realisierung des sozialistischen Staates bezeichnet. — Ähnlich in Norwegen und Schweden.

Über das Nordische Museum zu Stockholm berichtet die „Allgemeine Zeitung", 30. Dezember, Beilage.

Die russische Regierung ärgerte sich über die Verträge der andern Rußland.
Großmächte mit Bulgarien, besonders über die Verpfändung der Eisenbahnen für die Anleihe. Über dreißig Offiziere, die im Verdacht standen, einer geheimen politischen Gesellschaft anzugehören, wurden in der Peter-Pauls-Festung interniert. Zum Bau orthodoxer Kirchen in den baltischen Provinzen wurden Gelder angewiesen. Gegen die deutschen Kolonien in Südrußland wurde agitiert. Der Vertrag Italiens mit Abessinien war den Russen sehr unbequem, da man mit Abessinien als einem orthodoxen Staate direkt ohne Italiens Vermittlung verhandeln wollte. In den Westen drangen schauderhafte Nachrichten über massenhafte Niedermetzelungen von Verbannten in Sibirien, ebenso von zahlreichen Selbstmorden der zur Zwangsarbeit Verurteilten. Politische Gefangene wurden ebenso grausam und unwürdig behandelt wie gemeine Verbrecher. — Während das deutsche Hoftheater geschlossen wurde, blieb die französische Truppe bestehen.

Die neue russische Anleihe wurde in Frankreich siebenmal überzeichnet. Anfang April brachen unter den Studenten aller Universitäten (außer Dorpat) Unruhen aus, die sich gegen die polizeiliche Unterdrückung und das Statut von 1885 richteten. Kosaken trieben die Ansammlungen der Studenten mit Peitschen auseinander. Die städtischen lutherischen Konsistorien in Reval und

Riga wurden aufgehoben. Wohl aber ernannte die Regierung im Einverständnisse mit dem Papst fünf katholische Bischöfe. Freilich wurden auch mehrere katholische Kirchen geschlossen. — Ein böses Zeichen war es, daß im Mai der panslawistische General Tschernajew reaktiviert und zum Mitglied des Staatsrates ernannt wurde. Die Verhaftung von Nihilisten in Paris sah man als Zeichen der Solidarität Frankreichs und Rußlands an, und trotz der republikanischen Staatsform betrachtete man die Franzosen als bundesfähig. — Der Vertrag zwischen England und dem Deutschen Reich über Helgoland und Afrika wurde in Rußland als ein Aufgeben der Politik Bismarcks und des feierlichen Vermächtnisses Kaiser Wilhelms I. betrachtet. Das war allerdings richtig. — Die unerträglichen Zustände zwangen ebenso die deutschen Kolonisten wie die Juden und die Polen zu massenhaften Auswanderungen. — Die Finnen trugen demonstrativ Nationaltrauer wegen Unterdrückung ihrer Rechte. — Das Tagebuch der Marie Baschkirtsew (1888) gab das Herz einer Streberin mit posierender Aufrichtigkeit.

Tolstois „Kreuzersonate" sollte in der Union verboten werden. Das Gericht entschied, das Buch enthalte nichts Unmoralisches; nur darin erblickte es etwas Ungesetzliches, daß die Buchhändleranzeigen besagten, das Buch enthalte so schlimme Dinge, daß es in Rußland verboten sei.

Bulgarien. Bulgarien rechtfertigte die Verpfändung seiner Eisenbahnen damit, daß zur Zeit des Berliner Vertrags die betreffenden Linien noch gar nicht bestanden. Über die Aussaugereien russischer Beamter, 1878—1879, kamen Enthüllungen ans Tageslicht. Die Forderung Rußlands zur Zahlung der rückständigen Okkupationskosten von drei Millionen Rubel, die durch den deutschen Generalkonsul vermittelt wurde, konnte als Anerkennung der bulgarischen Regierung betrachtet werden, was freilich abgeleugnet wurde. Die bulgarische Regierung zögerte aber nicht, die Forderung zu begleichen und stellte nur in einem Schreiben an die Pforte die Frage, ob es nicht Zeit sei, die Anerkennung des Prinzen Ferdinand als Fürsten endlich perfekt zu machen. Das Schreiben hob hervor, daß die Pforte und Rußland die Gesetzlichkeit des Rechtszustandes anerkennen, sooft es sich um Entgegennahme von bulgarischen Zahlungen handelt, um sodann bis zur nächsten Zahlungsfrist die Anerkennung wieder zu verweigern. — Major Paniza wurde wegen Verdachts einer Verschwörung zugunsten des Battenbergers angeklagt und verhaftet. Das Todesurteil wurde an ihm vollzogen, seine Mitschuldigen wurden zu Freiheitsstrafen oder zur Ausweisung verurteilt.

Serbien. Serbien erhielt von Rußland Gewehre und „moralische" Unterstützung gegen Österreich. König Milan kam nach Belgrad, um die Regierung wegen ihrer allzu russischen Politik zur Rede zu stellen. Die Thronrede vom 19. November hob aber hervor, daß durch gegenseitige Aufklärung der Vertragszustand mit Österreich wieder hergestellt sei.

Rumänien begann den Bau der Eisenbahnbrücke bei Tschernawoda über die Donau, die erste direkte Verbindung mit den Balkanländern.

Türkei. Die Türken standen immerfort mit den Armeniern in Konflikten. In der Frage der Nationalkirchen kam es zum Streit mit dem ökumenischen Patriarchen.

In Marokko (Fez) traf am 27. April eine Gesandtschaft des Deutschen Kaisers ein, anscheinend als Anbahnung weitreichender Überseepläne.

In Japan wurde das erste Parlament eröffnet, allerdings auf Grund eines sehr beschränkten Wahlrechts. Auch eine katholische Hierarchie wurde errichtet und die Städte Tokio, Nangasaki, Kioto und Sandai als Bischofssitze bestellt. Japan.

China drohte, alle Amerikaner auszuweisen, wenn Amerika das die Einwanderung der Chinesen verbietende Gesetz nicht zurückziehe.

In Chicago veranstalteten die Arbeiter am 1. Mai Kundgebungen zugunsten des achtstündigen Arbeitstags. — Der Mormonenpräsident unterwarf sich den monogamischen Gesetzen der Unionstaaten. — Die Wahlen zum Kongresse im November ergaben einen Umschlag der öffentlichen Meinung und einen Sieg der Demokraten. Man sah die Ursache in der unpopulären Mac Kinley-Bill. Unter den Indianern brachen Unruhen aus. Amerika.

Der panamerikanische Kongreß zu Philadelphia nahm den Plan eines Schiedsgerichts zwischen den Vereinigten Staaten, Mexiko, Zentral- und Südamerika an; eine Anregung von größter weltpolitischer Bedeutung.

C. de Varigny schrieb (französisch) über die großen Vermögen in den Vereinigten Staaten und in England; darnach hatten die zwölf reichsten Leute folgendes Vermögen: Gould 1100 Millionen Mark, Mackay 980, Rothschild 800, Vanderbilt 500, Jones 400, Herzog von Westminster 320, Astor 200, Stewart 160, Bennett 120, Herzog von Sutherland 120, Herzog von Northumberland 100, Marquis de Bute 80 Millionen.

Man projektierte als Konkurrenz gegen den Eiffelturm ähnliche Riesentürme für Kensington (London) und Chicago (Ill. Ztg., 9. Aug.). — Zu den geschmacklosesten Denkmalsplänen gehörte das von einem Spanier A. de Palacio ersonnene Projekt für ein Kolumbusmonument, bestehend aus einem Riesenglobus, ganz oben steht das Schiff des Kolumbus (Ill. Ztg., 20. Sept.).

Die Deutschen der Union feierten im Oktober den „Deutschen Tag". Schon 1883 war etwas Ähnliches im Werk, als man den 200. Jahrestag der deutschen Einwanderung des Pastorius an den Delaware feierte.

Neue Kurse 1891–1894.

Das Jahr 1891.

Die französisch-russische Sympathiekundgebung von Kronstadt. Die Kirche und die französische Republik. Die deutsche Kaiserin Friedrich in Paris. Boulangers Tod. Erneuerung des Dreibunds. Die „vereinigten Staaten von Europa". Interparlamentarische Friedenskonferenz in Rom. Die päpstliche Großmacht. Die Enzyklika über die soziale Frage. Windthorst †. Die Sperrgelder. Der Dreibund und das Papsttum. Äußerungen des Kaisers und Bismarcks. Moltke †. Kaiser Wilhelm in England. Das Erfurter Programm der Sozialdemokratie. Caprivi über den Pessimismus. Handelsverträge. Caprivi gegraft. Der Fall Heinze. Überwindung des Naturalismus. Kunsttheorien. Lueger gegen die Judäomagyaren. Wandlungen der Weltpolitik.

Der Rücktritt Bismarcks bedeutete das Ende der deutschen Schaukelpolitik zwischen Österreich und Rußland. Kaiser Wilhelm hatte durch die Entlassung des Kanzlers die Gefahr verhindert, daß das Deutsche Reich etwa zwischen zwei Stühlen zu sitzen komme, daß es beiderseits Mißtrauen errege und so isoliert werde. Allerdings war vorauszusehen, daß die entschiedene Option für Österreich nunmehr Rußland wieder entschiedener an Frankreich heranziehe. Aber das war nicht zu ändern, sobald einmal Klarheit geschaffen war. So kam es denn zum großen Ereignis des Jahres 1891, zum Besuch des französischen Geschwaders unter Admiral Gervais in Kronstadt, 23. Juli, und zu den damit zusammenhängenden Demonstrationen für die gegenseitigen „Sympathien", ein Wort, das zweifellos diesmal eine bestimmtere Bedeutung hatte. Die französischen Gäste wurden von der russischen Bevölkerung und den Mannschaften enthusiastisch empfangen. Der Zar und die Zarin besuchten das französische Admiralsschiff Marengo und er gab den Offizieren am 28. Juli zu Peterhof ein Bankett. Er tostete auf den Präsidenten Carnot und die französische Flotte, er ließ die Marseillaise spielen und hörte sie stehend an. An Carnot schickte er folgendes Telegramm: „Die Anwesenheit des glänzenden französischen Geschwaders, das vor Kronstadt ankert, ist ein neues Zeichen für die tiefen Sympathien, welche Frankreich und Rußland vereinen. Ich schätze mich glücklich, Ihnen meine lebhafte Genugtuung darüber auszudrücken und Ihnen für die aufrichtige Freude zu danken, die ich beim

Kronstadt.

Empfang der tapferen französischen Seeleute empfinde." — Präsident Carnot antwortete ebenso demonstrativ: „Ich bin tief gerührt durch die Empfindungen, welche E. Maj. mir auszudrücken geruht haben. Unsere tapferen Seeleute werden den herzlichen Empfang nicht vergessen. Ich danke E. Maj. dafür und fühle mich glücklich, darin ein beredtes Zeugnis für die tiefen Sympathien erblicken zu dürfen, welche Rußland und Frankreich vereinen." Am 5. August wurde Admiral Gervais mit seinen Offizieren in Moskau feierlich vom Bürgermeister Gervais. empfangen. Gervais betrachtete in seiner Antwortsrede alle Ehrenbezeugungen nicht als an seine Person, sondern an Frankreich gerichtet. Alle riefen: „Es lebe Frankreich, es lebe Rußland!" Die Stadt war beleuchtet. Beim Festmahl betonte Gervais die große Bedeutung der Demonstration: „Auf Sie und uns ist jetzt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt gerichtet, Ich trinke auf das heilige Moskau, das erhabene russische Volk und seinen Zaren." General Tschernajew erwiderte: „Die Geschichte hat uns einander genähert; wir sind Freunde . . ." Darauf Gervais: „Durch das Unglück belehrt, sammelt Frankreich seine Kräfte; stark durch Einigkeit und die Freundschaft eines großen Monarchen, blickt es zuversichtlich in die Zukunft." Nun nochmal der russische General: „Ruft man bei Ihnen die Bürger zu den Waffen, so geschieht es auch bei uns. Wir werden unsere Bataillone von der Weichsel bis zur Kamschatka formieren. Ich trinke auf das ritterliche Volk. Es lebe Paris, die Hauptstadt der zivilisierten Welt!" Die neuen Sympathiebande wurden noch mehr befestigt, als anstatt des abberufenen französischen Botschafters Laboulaye am 11. August Graf Montebello nach Petersburg berufen wurde.

Der neue Sympathiebund wurde in Frankreich weidlich ausgenützt. So sagte Ribot, der Minister des Äußern, bei der Enthüllung eines Denk- Ribot. mals für den General Faidherbe in Bapaume am 27. September: „Europa hat endlich Frankreich Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ein Suverän, vorausschauend und fest in seinen friedlichen Absichten, wie dies auch Frankreich selber ist, hat öffentlich die tiefen Sympathien bekundet, die sein Land mit Frankreich verbinden. Die russische Nation hat sich ihrem Kaiser angeschlossen, um Frankreich herzliche Freundschaft zu bezeugen; jedermann weiß, wie diese Gefühle erwidert wurden. Die Vorgänge von Kronstadt haben in den kleinsten Ortschaften Frankreichs Widerhall gefunden. Unvergessen darf aber auch nicht bleiben, was vorausgegangen und was darauf gefolgt ist. Überall haben die französischen Matrosen den Namen Frankreichs höher geachtet, ja geliebt gefunden, und in Dänemark, Schweden und Norwegen die rührendsten Kundgebungen erlebt. In Portsmouth, wo die Königin selbst die französische Flotte Revue passieren ließ, ist ihr die großartigste und liebenswürdigste Aufnahme zuteil geworden. Alle Welt hat einen Eindruck bekommen, der nicht erlöschen wird. Es ergibt sich daraus, daß sich Frankreich in einer neuen Lage befindet, was aber nicht etwa bedeutet, daß es sich einer neuen Politik anzupassen habe. Die bisher befolgte Politik ist eine so günstige ge-

wesen, daß man sie nicht aufgeben darf an dem Tage, wo ihr Wert vor aller Augen ins Licht tritt und wo Frankreich beginnt, deren Früchte einzuernten. In dem Augenblick, da wir mit der größten Würde in Frieden leben können, werden wir uns nicht dem aussetzen, den Frieden zu gefährden. Frankreich, im Bewußtsein seiner Stärke voll Vertrauen auf die Zukunft, wird fortfahren, die Klugheit und das kalte Blut zu zeigen, die ihm die Achtung der Völker verschafften und dazu beitrugen, ihm den Rang wieder zu geben, den es in der Welt einnehmen muß."

Die von Kronstadt zurückkehrende französische Flotte machte nämlich am 19. August einen Besuch in England. Bei der Festtafel, die die Königin zu Osborne den französischen Seeoffizieren gab, spielte die Musik die Marseillaise, wobei die Königin sich erhob und sie stehend anhörte. Aber Lord Salisbury blieb dem Empfang und den Festen fern.

Ähnlich wie Ribot hob auch der französische Ministerpräsident Freycinet am 8. Oktober hervor, es gelte jetzt die nach außen gewonnene Situation zu konsolidieren. Im November kam der russische Minister des Auswärtigen, Giers, nach Paris.

Aber betrachten wir im Lichte dieser neuen Konstellation die ganze Politik der Zeit, beginnend mit den Staaten des Sympathiebundes.

Rußland. Der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand in Rußland (6. bis 17. Februar) hatte offenbar den Zweck, den Bruch mit Rußland nicht allzu arg zu machen. Die Anlehnung an Frankreich war aber auch dadurch geboten, daß Rußlands Anleiheversuch beim Konsortium Rothschild-Diskontogesellschaft-Bleichröder im Mai scheiterte, und zwar infolge von Erörterungen über die Judenverfolgungen in Rußland. Im Mai wurde eine französische Ausstellung in Moskau veranstaltet, die der Zar durch seinen Besuch auszeichnete. Im September gründete Baron Hirsch eine Kolonisierungsgesellschaft für russische Juden mit dem Hauptsitz in London und dem Zweck, die Auswanderung der Juden aus Rußland und allen Ländern, wo sie unterdrückt wurden, nach andern Weltteilen, besonders nach Nord- und Südamerika zu fördern. Eine neue russische Anleihe wurde im Oktober zu sehr drückenden Bedingungen vergeben, und allerdings in Frankreich siebenmal gezeichnet; doch wollten nachträglich die Zeichner die Stücke nicht abnehmen. In Berlin wollten sich ursprünglich auch Warschauer und Mendelssohn daran beteiligen, traten aber unter dem Druck der stark erregten öffentlichen Meinung in Deutschland wieder zurück.

Den Kommunen in den russischen Ostseeprovinzen wurde der Gebrauch der deutschen Sprache in ihren Verhandlungen verboten. Die evangelisch-lutherischen Kirchenbücher durften nur mehr in russischer Sprache geführt werden. Der russische Exminister Graf Ignatieff übersiedelte nach Prag. Eine russische Expedition ging nach Abessinien. Der Bischof von Kiew verlangte von den Behörden Maßregeln gegen die neue Sekte der Stundisten (Pietisten mit Erbauungsstunden). Die Großfürstin Sergius, geborne Prinzessin Elisabeth

von Hessen-Darmstadt, trat in feierlicher Weise zur orthodoxen Kirche über, worüber Zar Alexander folgende Kundmachung erließ: „Allen getreuen Untertanen zur Kenntnis, daß unsere geliebte Schwägerin, Großfürstin Jelisaweta Feodorowna, nachdem sie mit Zustimmung ihres Gemahls die Wahrheit des orthodoxen Glaubens erkannt und erfahren, aus Antrieb ihrer Seele den Wunsch ausgesprochen hat, sich mit uns im Glauben, in der Ausübung kirchlicher Gebete und im Empfange des heiligen Abendmahles zu vereinigen . . ."

Der erste Teil der sibirischen Eisenbahn wurde in Wladiwostok eröffnet.

Graf Leo Tolstois Erzählung aus der altchristlichen Zeit „Wandelt im Licht!" erschien in deutscher Übersetzung. Wie er in der Kreuzersonate sich gegen die Ehe als etwas angeblich Unchristliches ereiferte, so trat er hier für Gütergemeinschaft ein, ebenso irrig. Tolstoi.

Die letzten Wahlen in Frankreich fielen zum Vorteil der Republik aus. Der Kammerpräsident Floquet sagte, die Republik werde ihren Sieg nicht mißbrauchen, sich aber auch nicht überrumpeln lassen von denen, die aus der Republik die republikanischen Gesetze, Anschauungen und Hoffnungen beseitigen wollten. Darum wurde auch Sardous Tragödie „Thermidor" als antirepublikanisch und aufreizend verboten. Sie zerstörte nämlich die tendenziöse Jakobinerlegende. Frankreich.

Viel schärfer war der Kampf gegen den antirepublikanischen Klerus. Zwar bemühte sich Kardinal Lavigerie im Sinne des Papstes Leo, ordnete Gebete für das Parlament an, empfahl die Bildung einer großen katholischen Union, mit Anerkennung der republikanischen Regierung, zum Unterschied von der katholischen Aktion der alten Parteien. Aber Bischof Freppel trat ihm entschieden entgegen und reiste im Februar nach Rom, um Papst Leo umzustimmen. Dieser blieb aber dabei, daß sich die Kirche mit der republikanischen Staatsform vertragen müsse. Auch Bischof Fava von Grenoble wirkte im Sinn des Papstes. Dagegen erließ der Erzbischof von Aix Gouthe-Soulard ein Schreiben an den Kultusminister Fallières, darin er dessen Zirkular über die Pilgerfahrten nach Rom einen traurigen und abscheulichen Widersinn nannte. Dafür wurde er um 3000 Frank gebüßt, von der royalistischen Rechten der Kammer aber beglückwünscht wegen der edlen, erhabenen Äußerungen bei seinem Prozeß. Infolge der Agitationen der Geistlichkeit verlangte Senator Goblet die Trennung der Kirche vom Staat; denn die Bischöfe mischten sich sogar in auswärtige Angelegenheiten. Der Kultminister entgegnete, die Zeit für Goblets Anregung sei nicht geeignet und noch nicht reif. Es gäbe unnütze Aufregungen im Land. Das Konkordat genüge. Nachdem Bischof Freppel von Angers noch am 12. Dezember in der Deputiertenkammer die Rechte der Kirche gegen die „organischen Artikel" des Konkordats verteidigt hatte, starb er kurz darauf, 22. Dezember. Lavigerie.

Meissonier.

Vergebens suchte Kaiser Wilhelm die Sympathien der Franzosen zu gewinnen, indem er durch den Grafen Wedel am 4. Februar der Akademie sein Beileid anläßlich des Todes des Malers Meissonier ausdrücken ließ. Es hieß in dem Schreiben: „S. Maj. bewunderte das große Talent des Malers und freute sich, in allen Werken den gewissenhaften, großangelegten Künstler zu erkennen, der aus einem bewundernswerten Selbstgefühl von keinem seiner Gemälde abließ, ohne alles zu seiner höchsten Vollendung getan zu haben, was in seinen Kräften stand. S. Maj. hielt immer Meissonier für einen der Ruhmessterne Frankreichs und der ganzen Welt . . .“ Die Akademie dankte durch ihren Sekretär ziemlich kühl.

Kaiserin Friedrich

Noch mehr bemühte sich des Kaisers Mutter, die Kaiserin Friedrich, bei einem Besuch mit ihrer Tochter Margarete in Paris, 18. bis 27. Februar, die Pariser durch Liebenswürdigkeit einzunehmen. Aber das Publikum verhielt sich auch sehr kühl. Die Presse tat sich schon darauf etwas zugute; vor einigen Jahren wäre die Stimmung viel gefährlicher gewesen. Gleichzeitig war auch die Exkaiserin Eugenie in Paris anwesend. Man schrieb: „Das Volk in seinem gesunden Menschenverstande ließ für die deutsche Kaiserin, wenn auch keine wahre Zuneigung, so doch wohlwollende Neugier durchblicken, da diese den Krieg nur geduldet hatte, und sparte seine eisige Kälte für die andere, die Adoptivfranzösin, auf, welche ihn aus Ehrgeiz entfesselt hatte.“ Eine Zeitung feierte die Gerechtigkeit der Kaiserin Friedrich in der Beurteilung Frankreichs und hob ihre künstlerischen Neigungen hervor; die Kaiserin habe es öfters ausgesprochen, der Kultus der schönen Künste müsse eine Annäherung zwischen den Völkern herbeiführen. „Vielleicht sehen wir jetzt den Anfang dieser Politik und vielleicht ist die Ankunft der Kaiserin-Mutter das erste Pfand für eine solche Annäherung.“ „Unter der Flagge des Schönen vollzieht sich eine glückliche Beruhigung der Gemüter, deren Gesamtfolgen man noch nicht übersehen kann.“ Ein anderes Blatt phantasierte, Österreich wolle sich Rußland nähern und der Dreibund werde daher nicht erneuert. Deutschland müsse sich daher Frankreich nähern, die Gefahr der Isolierung für das Deutsche Reich sei so groß, daß der Kaiser seine Mutter hierhergeschickt habe, um die öffentliche Meinung für ihn günstig zu stimmen. Aber die Franzosen werden nicht in diese Falle gehen. „Sollen wir uns seit zwanzig Jahren ruiniert haben, nur um das von Wilhelm I., Moltke und Bismarck begründete Gebäude zu befestigen? Da würde unser alter gallischer Boden vor Scham und Ekel erzittern.“ Gleichzeitig sprach sich Deroulède sehr heftig gegen die Beteiligung französischer Künstler an der Kunstausstellung in Berlin aus; Mitglieder der früheren Patriotenliga machten Demonstrationen vor der Straßburgstatue. Immerhin erörterten alle Pariser Zeitungen die Frage, ob es für Frankreich an der Zeit sei, sich Deutschland zu nähern. Manche waren dafür. Andere Stimmen wie

Deroulède schalten, die Kaiserin Friedrich sei nur gekommen, um die Trümmer des von ihrem Gemahl bombardierten Paris zu schauen. Man protestierte gegen die Anwesenheit der Kaiserin und gar gegen einen eventuellen Besuch des Deutschen Kaisers. Durch all das eingeschüchtert, zogen viele Maler ihre Beteiligung an der Berliner Ausstellung zurück. Mit Recht sprach man in Deutschland von der geradezu „bubenhaften Verunglimpfung" alles Deutschen, in der sich die Franzosen in hemmungslosem Wahnsinn gefielen. Die Boulangisten veröffentlichten am 27. Februar, dem Tag der Abreise der Kaiserin, folgendes Manifest: „Patrioten! Wir wollen, daß die Kaiserin Friedrich, nach Berlin zurückkehrend, dem Kaiser über unsere Herzensstimmung erzählen könne. Der preußische Versöhnungsplan ist völlig gescheitert. Frankreichs Würde ist gerettet; dabei soll es bleiben. Heute reist die Kaiserin ab. Mag sie unsere Gastfreundschaft und Geduld mißbraucht haben, mag sie uns durch ihre Ausflüge nach Versailles und Saint Cloud beleidigt haben — vergessen wir nicht, daß sie eine Frau ist, lassen wir sie geräuschlos abreisen. Enthalten wir uns jeder Kundgebung. Hoch Elsaß-Lothringen! Hoch Frankreich! Hoch die Republik!" Eine solche Nation ist nur ernst zu nehmen, weil ihre Narrheit gefährlich ist. Aber es gibt freilich auch edle und weise Franzosen; nur kommen sie nicht zum Wort. — Unter außergewöhnlichen Vorsichtsmaßregeln erfolgte die Abreise der Kaiserin nach England.

Als am 16. September in der großen Oper zu Paris Wagners Lohengrin aufgeführt wurde, suchten die Patrioten die Vorstellung zu stören; aber die Polizei traf umfassende Vorkehrungen und verhaftete etwa 1000 Personen.

Großfürst Alexis war bei seinem Badeaufenthalt in Vichy (August) Gegenstand vieler russenfreundlicher Demonstrationen. Der russische Konsul begrüßte ihn mit dem Wort, Frankreich sei Rußland, und Rußland Frankreich.

Bei den großen Septembermanövern erklärte der Kriegsminister, der Zweck sei gewesen, einen Nachweis über das sichere Funktionieren der obersten Kommandostellen zu liefern; das sei gelungen. Freycinet bemerkte ferner, Frankreich verdanke seinen Einfluß in der Welt vor allem seiner Armee. Niemand zweifle heute daran, daß Frankreich stark sei, es müsse aber auch klug sein und auch in seiner neuen Lage die Ruhe, Würde, das Maßhalten bewahren, wie in den schweren Tagen der Wiedererhebung.

Bei der Enthüllung des Garibaldidenkmals in Nizza (4. Okt.) wies der Deputierte Ranc die Anschuldigung der Italiener zurück, als beabsichtige die Republik eine Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes.

Der Boulangismus erreichte ein plötzliches überraschendes Ende, als der General Boulanger am 30. September sich in Brüssel am Grabe seiner Geliebten, der Frau Bonnemain, durch einen Revolverschuß tötete. Boulanger.

Eines der vielen Zeichen französisch-russischer Sympathien war der Stelzenlauf des Sylvain Dornon von Paris nach Moskau im April.

John Grand-Carteret zeigte „Crispi, Bismarck und die Tripelallianz im Spiegel der Karikatur".

Der Franzose Godefroy Cavaignac schrieb über die „Formation des kontemporanen Preußen".

Zola. Zola schilderte in seinem auf 20 Bände berechneten Roman-Zyklus „das Geld" und das Debakel von 1870. — Paul Bourget behandelte „Die Physiologie der modernen Liebe". — Arsène Houssaye erzählte in „seinen Konfessionen" in sechs Bänden Intimes aus der Kulturgeschichte seiner Zeit.

P. Didons „Jesus Christus" erschien in deutscher Übersetzung von C. M. Schneider.

Taine. H. Taine berechnete in seinem neuen Werk, daß die Regierung Napoleons I. Frankreich 1,700.000, dem übrigen Europa bei zwei Millionen Menschenleben gekostet hatte. Und was hatten die irregeführten Gallier davon? Zwei feindliche Invasionen, den Verlust von 15 durch die Republik erworbenen Departements (Savoyen, Belgien, das linksrheinische Deutschland), von vier Millionen neuer Bürger, die durch zwanzigjähriges gemeinsames Leben beinahe schon ganz Franzosen geworden waren, ein verkleinertes Frankreich, kleiner als vor 1789, kleiner als die inzwischen so gewachsenen Staaten Europas und dazu mit deren Haß und Mißtrauen beladen.

Huret. Jules Huret gab als „Reporter-Impresario" eine „Enquete über die literarische Evolution" heraus, indem er die „Boulangisten der Literatur" ausfragte. 64 Autoren standen ihm wirklich Rede, so Renan, Coppée, Leconte de Lisle, Zola, die beiden Goncourt, Lemaitre, Anatole France. Das Buch machte wegen seiner Indiskretionen großen Skandal; es gab alles Schlechte wieder, was die berühmten Leute einander gegenseitig nachsagten. Nur über einen Punkt waren alle einig: über den Niedergang des Naturalismus. Goncourt meinte, der Naturalismus werde nach 50jähriger Herrschaft 1900 zu Ende sein, wie auch vorher die Romantik 50 Jahre herrschte. Er sah die Zukunft aber weniger bei den Symbolikern oder Dekadenten; doch schätzte er Huysmanns, Maupassant, Mirbeau, Rosny, Hennique. Auch Zola bestritt nicht die Möglichkeit, daß die Bewegung, die mit Balzac, Flaubert, Goncourt begonnen, von Daudet und ihm fortgesetzt wurde, dem Ende zugehe. Er erwartete eine neue richtigere Auffassung des Lebens, eine weiter ausgreifende Offenbarung über die Menschheit, einen „Klassizismus des Realismus". Zola war allenfalls selbst bereit, es mit der Mystik zu versuchen, wie in seinem „Traum". Viktor Hugos Werke hatten in den sechs Jahren seit seinem Tod einen Absatz von acht Millionen Franks erreicht. Renan schalt die ganze schöne Literatur als eine Kinderei im Vergleich zur Wissenschaft. Ein Größenwahnsinniger, M. Saint-Pol-Roux le Magnifique, sagte eine neue Renässanz vorher, den „Magnifizismus". Der Magier Sar Josephin Peladan lehrte den Magismus als Krone der Kultur, die Synthese aller Analysen. Da er aber wegen der Verruchtheit der Zeiten keine Zukunft hat, muß Frankreich untergehen in der Kanaille, dem Straßenpöbel, dem Dirnentum. „Außerhalb der Religionen gibt es keine große Kunst, und außerhalb des Katholizismus ist nur das Nichts."

Von der neuen Lage der Dinge war außer Frankreich und Rußland zunächst das zwischen den beiden Interessengebieten beständig schwankende

Italien. Italien betroffen. Nach einer tumultuarischen Szene in der Kammer trat

Rudini. Crispi zurück und überließ sein Amt an Rudini; dieser erklärte in

einem Rundschreiben vom 10. Februar, daß er die bisherige Politik fortsetzen wolle. In der Kammer sagte er: „Unsere Politik wird schlicht, freimütig, ohne Hintergedanken sein, wie es einem Lande geziemt, das den Frieden will. Unsern Bündnissen werden wir feste und zuverlässige Treue bewahren." Die Empörung gegen Frankreich wurde sehr groß, als ein Grünbuch die französischen Umtriebe in Abessinien enthüllte. Aber in der Bevölkeruung war die Frage, ob für oder gegen den Dreibund, so gefährlich geworden, daß die Regierung im Juni alle darauf bezüglichen Vereinigungen, Versammlungen, Kundgebungen verbieten mußte, um nicht den Unwillen der Bundesgenossen zu erregen. In der Kammer proklamierte Rudini am 28. Juni unter Beifall den Fortbestand des Dreibunds.

Italien glaubte, einen festen Halt an England zu haben. Das zeigte sich, als der englische Admiral Horkins in Venedig mit dem italienischen Königspaar zusammenkam. Humbert tostete da am 8. Juli auf das große englische Volk, den treuen Freund Italiens in bösen wie in guten Tagen. Horkins antwortete mit Betonung der intimen und herzlichen Beziehungen zwischen Italien und England, die für die Zukunft in der nämlichen Weise fortdauern werden wie bisher. Diese Trinksprüche machten damals wenig Aufsehen, jedenfalls viel weniger als die bald darauf in Rußland geschehenen. Erst durch den Weltkrieg bekommt dies Zusammentreffen zweier Sympathiebezeugungen der den Mittelmächten entgegenstehenden Staaten größere Bedeutung und beleuchtet grell die Politik der Zeit.

Als französische Pilger am 2. Oktober im Pantheon am Grabe Viktor Emanuels für den König-Papst demonstrierten, wurde der Zwischenfall von allen beteiligten Regierungen abzuschwächen gesucht.

Crispi. Sehr bedeutsam war ein programmatisches Schreiben Crispis vom 23. Oktober an den Franzosen Desmarets; es handelte sich dabei um die gemeinsame Idee der Aufrichtung von „Vereinigten Staaten von Europa", und es fragte sich, wie sich der Zar und der Papst, „gegenwärtig Verbündete der französischen Regierung", dazu stellten, als „zwei politische Prinzipien, welche die Negation der Demokratie sind". „Ich begreife, daß ein Teil Rußlands in unsere Konföderation eintreten müßte; aber was sollen wir mit dem Zar anfangen, der halb Asiate, halb Europäer ist?" Crispi unterschätzte nicht die Stärke der katholischen Idee in Frankreich wie in Italien. Das amtliche Frankreich, nicht nur die Pilger, behandelt den Papst als König. „Sie wollen zwar, daß Italien mit der Hauptstadt Rom einig und unteilbar in die Konföderation eintrete und Sie sind Gegner der Zerstückelung der Halbinsel in sieben oder acht kleine Staaten. Aber Ihr Freund, der Abgeordnete Barodet, plant in einem Brief vom 10. Juni ein Italien in Form einer Föderativrepublik. Der Plan einer italienischen Föderation ist in Frankreich schon alt. Er ist die Wirkung einer Geisteskrankheit, die sich vererbt, von der Napoleon III. und seine Nachfolger befallen sind und die die Hoffnung

Föderativrepublik.

des Vatikans bildet. Eine Bundesrepublik als Vasallin des Papstes wurde schon von Sully ersonnen. Bei ihrem Freund Michelet war der Gedanke sehr sonderbar ... Sie glauben, daß ich wegen meiner revolutionären Vergangenheit mehr als andere geeignet sei, die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa einzuleiten? Wohlan, wenn der Wille eines einzelnen Mannes genügte, so würde ich die mir noch verbleibenden Kräfte an die Verwirklichung eines Planes setzen, dessen Triumph den Völkern des alten Weltteils für immer den Frieden sichern würde. Aber würde das eine Föderation von Monarchien oder Republiken sein? ... Alles hängt von Frankreich ab ... Der Bund der drei Monarchien Italien, Österreich, Deutschland ist gebildet worden, um den Frieden des Weltteils zu gewährleisten, und er hat keinen Wunsch nach Eroberung. Er ist nunmehr bereits der erste Kern der europäischen Konföderation. Wenn Frankreich wollte, könnte es sich den drei Mächten anschließen, die es mit Begeisterung in ihren Bund aufnehmen würden. Frankreichs Beispiel würde zweifellos von den andern Staaten befolgt werden, und wir hätten ohne Mühe mit einem Schlage die Vereinigten Staaten Europas. Natürlich würde die allgemeine Entwaffnung, die Erleichterung der Budgets, die der Steuerzahler, die Folge sein. Dank dieser großen europäischen Union würde jeder Anlaß zum Übergewicht eines Staates über den andern aufhören und die Frage der Nationalitäten schnell und freundschaftlich unter den Verbündeten erledigt werden. Es wäre eine Sache der inneren Organisation, nichts weiter ..."

Friedenskonferenz.

Bald darauf, 3. November, wurde die interparlamentarische Friedenskonferenz im großen Saale des Kapitols eröffnet. Es waren Mitglieder fast aller europäischen Parlamente zugegen: 18 Franzosen, 15 Deutsche, 12 Engländer, 8 Österreicher, 4 Ungarn. Der Deputierte Bonghi hatte dazu im vorigen Jahre die Anregung gegeben, aber auch wieder Schaden angerichtet durch einen Aufsatz in der „Nuova Antologia", vom September 1891, darin es hieß: „Frankreich hat sich erholt, ja mehr als erholt, geistig wie militärisch, und niemand zweifelt daran, daß seine Kriegsmacht der Deutschlands heute weit überlegen ist. Es hat ein inniges Bündnis mit Rußland und hält Augen und Geist fest auf die Provinzen gerichtet, die der Eroberer ihm entrissen, und die täglich ihren Willen, französisch zu sein, ungestümer an den Tag legen. Elsaß-Lothringen zurückzunehmen, hat Frankreich zudem mehr Recht, als wir bei unserem Streben nach der Lombardei, Venedig und Rom Recht hatten. Und wir Italiener und unsere Verbündeten, die wir Frankreich an der Ausübung dieses Rechtes zu hindern suchen, handeln damit gegen unsern Charakter und unsere Geschichte." Darauf hatte der deutsche Reichstagsabgeordnete Barth sein Bedenken ausgesprochen, an einem Kongreß teilzunehmen, wo diese Frage besprochen würde; Bonghi antwortete mit einem Schreiben an das „Berliner Tageblatt", hielt seine Ansichten aufrecht, versicherte aber, der Kongreß werde damit nichts zu tun haben. Es sei aber unleugbar, daß das Deutsche Reich

es in 21 Jahren nicht verstanden hat, die Elsaß-Lothringer sich zu Freunden zu machen; das wird auch in Zukunft nicht gelingen, da Frankreich sich inzwischen völlig erholt hat und seine natürliche Anziehungskraft von neuem ausübt. Darauf erwiderte Rickert, Bonghi habe von der Stimmung im Elsaß keine Ahnung; die Sachen lägen dort ganz anders, als er meine. Man verständigte sich endlich dahin, daß Bonghi dem Kongreß nicht präsidieren werde. — Bei den Sitzungen vom 4. bis 7. November versuchte der italienische Irredentist Imbriani die Nationalitätenfrage anzuregen, wurde aber damit abgewiesen. — Es handelte sich vor allem um die Entscheidung, ob zur Schlichtung von Streitigkeiten ein internationales parlamentarisches Komitee, oder bloß ein permanentes Büro eingesetzt werden solle. Der erstere Antrag erhielt die Mehrheit; dagegen stimmten die Deutschen, fast alle Engländer, Österreicher, Ungarn, Holländer, Belgier und einige Italiener. Zum Sitz der nächsten Konferenz wurde Bern bestimmt.

Rudini.

Ministerpräsident Rudini sagte in einer Programmrede zu Mailand 9. November: „Dank dem Heere, der Flotte, der Unterstützung der Bundesgenossen ist Italien gegen jeden Anschlag geschützt. Durch die Erneuerung der Bündnisse mit Österreich und Deutschland ist der Zustand neu befestigt worden, der Italien nicht in die Lage setzt, die Kriegsausgaben zu beschränken ... Der Besuch des russischen Ministers v. Giers in Monza hat die öffentliche Meinung mit dem Gefühle friedlicher Sicherheit erfüllt. Die Beziehungen mit Frankreich sind wohl von gewissen Schatten getrübt, werden sich aber bessern ... Wir haben in unserm Haus das Papsttum, das manchmal eine drohende Stellung einnimmt. Wir werden es aber in den Grenzen seiner geistlichen Macht zu halten wissen, kraft der Gesetze und der fast einmütigen Zustimmung derer, die noch glauben und beten. Die hergebrachte kirchliche Politik, Italiens Ehre und Stärke, wird von uns gewissenhaft beibehalten werden. Bedauernswerte Zwischenfälle, von einem Geistigarmen hervorgerufen, werden uns nicht irremachen. Reden wir wegen einer solchen Kleinigkeit nicht von Verfassungsänderung! Rühren wir nicht an das bewährte Garantiegesetz! Die Pilger aller Weltteile können unbesorgt nach Rom kommen und dem Papst ihre Huldigung darbringen; sie dürfen auf den Schutz unserer Gesetze rechnen. Was den Oberhirten selber betrifft, so sind wir heute so stark und der Zukunft so sicher, daß wir ihm ohne Bangen die größte Freiheit gestatten und selbst fürstliche Ehren erweisen dürfen." Crispi erklärte dagegen bald darauf in der Kammer, er hätte das Garantiegesetz abgeändert, wenn man ihm dazu Zeit gelassen hätte; das Gesetz wäre gut, wenn es im Vatikan Apostel und nicht Prätendenten gebe. Die Tripelallianz erspare Italien die Hälfte der sonst notwendigen Rüstungskosten.

Bei der Explosion eines Pulver- und Dynamitturms erlitt der Vatikan und die Umgebung schwere Beschädigungen. Bei der Maifeier der Arbeiter gab es Zusammenstöße mit dem Militär und beiderseits Tote und Verwundete.

Der heimliche, gegen das Staatsgesetz erfolgte Verkauf eines kostbaren Bildes der Galerie Borghese in Rom an Rothschild empörte die öffentliche Meinung.

Papst.

Auffallend waren die immer wiederholten Bemühungen des Papstes Leo, den französischen Klerus mit der republikanischen Regierung zu ver-

söhnen. Über die Stellung des Papsttums im allgemeinen sagte Hans Delbrück (Geschichtskalender, S. 296): „Der Papst, einst das Haupt des okzidentalischen Universalstaates, wie Ranke es ausgedrückt hat, dessen politische Bedeutung im 18. Jahrhundert auf ein Minimum reduziert worden war, muß jetzt allen Ernstes wieder als Großmacht angesehen werden. Gerade die Ereignisse des letzten Jahres (1891) haben es gezeigt. Als seinen Todfeind sieht der Heilige Stuhl das Königreich Italien an, das ihm die weltliche Herrschaft geraubt hat." — Der vatikanische „Osservatore Romano" schrieb von den „Gesta dei per Francos": Frankreich und die Kirche würden weiter nebeneinander kämpfen und siegen. Die Kirche reiche ihrer erstgebornen Tochter liebevoll die Hand. Gegen das widernatürliche Bündnis heterodoxer Staaten erhebe sich in wunderbarer Kraft der Bund der Kirche und der christlichen Demokratie. So am 19. Juni und ähnlich am 2. August. Das Blatt beklagte das Bestehen des Dreibundes (13. August), weil dieser hindere, daß dem Papste sein Recht werde. Es hieß, daß zwischen Frankreich und dem Vatikan ein Vergleich zustande gekommen sei, wonach Frankreich dem Vatikan in finanziellen Angelegenheiten hilft und dafür die Unterstützung der Republik durch die Kirche sich sichert. Beide Teile, hieß es, seien auch einig geworden über eine republikanische Propaganda in Italien. Das mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hatte der Papst Grund, sich in einer Allokution vom 14. Dezember zu beklagen, sein freier Verkehr mit den Gläubigen werde immer mehr erschwert, der Stand der Dinge gestalte sich immer unleidlicher. Wie erst bei einem etwaigen Ausbruch von Unruhen oder Kriegen. Er, der Papst, bleibe bei der Haltung seines Vorgängers und fordere die völlige Unabhängigkeit Roms, das dem Papsttum durch göttliches Gebot und die Stimme von Jahrhunderten zugewiesen sei. Die Rechte des Papsttums seien sehr wohl mit der Größe und Unabhängigkeit Italiens vereinbar.

Enzyklika. Höchst bedeutend war Leos XIII. Enzyklika über die soziale Frage vom 15. Mai. Damit hielt aber der Papst, wie er am 23. Dezember sagte, seine soziale Aktion nicht für abgeschlossen. Er bedauerte, daß er unwürdigerweise verhindert wurde, die Arbeiterpilger zu empfangen und ihnen seine sozialen Grundsätze auseinanderzusetzen. Die geschworenen Feinde des Papsttums bekämpften dessen soziale Tätigkeit, weil diese den Ruhm und den Einfluß des Papstes zu erhöhen geeignet sei; aus dem gleichen Grund erkläre man die päpstliche Initiative für Abschaffung der Sklaverei für überflüssig. Nichtsdestoweniger werde der Papst die ihm von der Vorsehung zugewiesene Mission in der Welt fortsetzen.

„Rerum novarum." Die Enzyklika über die Arbeiterfrage „Rerum novarum" trat über den Rahmen solcher Kundgebungen weit hinaus. Der Papst wollte damit durchaus nicht Führer der Sozialdemokratie werden. Er verteidigte das Privat-

eigentum als Grundlage der Familie, dem Menschen von der Natur gegeben, nicht nur durch göttliches Gesetz geschützt, sondern geradezu als wesentlichen Unterschied zwischen Mensch und Tier. Der Bourgeoisie warf er nur den unrechten Gebrauch oder Erwerb des Besitzes vor. „In der Umwälzung des vorigen Jahrhunderts wurden die alten Genossenschaften der arbeitenden Klassen zerstört, keine neuen Einrichtungen traten zum Ersatz ein, das Staatswesen entkleidete sich zudem mehr und mehr der christlichen Sitte; so geschah es, daß Handwerk und Arbeit allmählich der Herzlosigkeit reicher Besitzer und der ungezügelten Habgier der Konkurrenz schutzlos überantwortet wurden. Die Geldkünste des modernen Wuchers kamen hinzu. Produktion und Handel sind fast zum Monopol von wenigen geworden.“ Der Papst empfahl Vereine zur gegenseitigen Unterstützung; das Korporationswesen der alten Innungen muß den Bedürfnissen der Gegenwart angepaßt werden. „Das Christentum machte das Los der Arbeiter und Kleinbesitzer zu einem erträglichen, durch Nächstenhilfe, Gerechtigkeit, Ergebung. Die Aufklärung verstieß den Arbeiter in den erbarmungslosen Kampf ums Dasein, nahm ihm den Gottesglauben und das Vertrauen an eine ewige Vorsehung. Man lehrte ihn, daß es kein Recht von Dauer gebe, da ja die Majoritäten der Parlamente alles umstürzen können.“ Der Papst engte den Staatssozialismus in enge Schranken ein; das war auch immer die Politik des Zentrums gewesen; denn auch der Papst wollte nicht der zufälligen Regierungsform solche ewige Fragen anvertrauen. Die Enzyklika war optimistisch, weil sie nicht zuviel verlangte. Dagegen war Freiherr v. Vogelsang in seinen letzten Artikeln im Wiener „Vaterland“ pessimistisch, da er zuviel vom Staat verlangte. So urteilten wenigstens die „Historisch-politischen Blätter“.

Sehr empört war Papst Leo über die Behandlung des Klerus in Brasilien seitens der republikanischen Regierung, über die gewaltsame Trennung von Staat und Kirche, die Einziehung des Klostervermögens, die Beraubung der Geistlichkeit. Noch betroffener aber war er darüber, daß der Klerus sich so wenig für die Interessen der Kirche einsetzte; er exkommunizierte deshalb den dortigen Benediktinerabt und rief seinen Internuntius unter Kundgebung des Mißfallens zurück.

Ende September erfolgte auch eine Enzyklika gegen das Duellunwesen.

Windthorst.

Dem Führer des deutschen Zentrums, Ludwig Windthorst, der im 81. Jahr am 14. März starb, hielt der Papst in einem Schreiben an die Vorsitzenden der Zentrumsfraktion vom 21. März einen anerkennenden und erhebenden Nachruf. Er rühmte den „Mann, dessen Frömmigkeit, Tadellosigkeit, Klugheit und sonstige Geistesvorzüge allen vor Augen lagen, besonders den Genossen seiner Mühen und seines Ruhmes. Vertrauend auf eure Mitwirkung, hat er in wichtigen Zeitläuften die Rechte der Kirche eifrig verteidigt, bis er das Ziel erreicht sah. Er war euer Führer, der nie durch die Macht seiner Feinde oder durch Volksbewegungen sich wankend machen ließ, der so sein Vaterland liebte und seinem Fürsten die gebührende Ehrfurcht entgegenbrachte, daß er niemals diese Pflichten von der Ausübung der Religion trennte, und so durch das Gewicht seiner Gründe die Gegner bekämpfte, daß man erkannte, nur der Eifer für die

Wahrheit, nicht Vorteil oder Ehrbegierde führe ihn in den Streit ... Wenn er, durch den Tod hinweggerafft, den letzten Beweis unserer Liebe und Hochachtung (die erste Klasse der Ritter des Ordens Gregor des Großen) nicht genießen konnte, so tröstet uns die sichere Hoffnung, daß Gott ihn mit höheren Ehren geschmückt und er jene unvergängliche Glorie erlangt hat, die erhabener und glückseliger ist als jede menschliche Ehre. Ihr aber, geliebte Söhne, folget den Spuren eines so großen Führers. Haltet unter euch die Eintracht, die auch er immer in seiner Heerschar bewahrte. Haltet wie er für sicher, daß ihr um so besser für Wohlfahrt und Ruhm eures Vaterlandes sorgen werdet, je angelegentlicher ihr Gott die Treue und der Mutter Kirche den Gehorsam bewahrt ..."

Auch der Deutsche Kaiser nahm Anteil an der Krankheit und am Tode Windthorsts. Bei der Trauerfeier in der Hedwigskirche zu Berlin waren außer den Vertretern des Kaiserpaars der Kanzler, die Minister, die Präsidien beider Häuser anwesend. Die Leiche wurde in imposantem Trauerzuge durch das Brandenburger Tor nach dem Bahnhof und von dort nach Hannover überführt. Auch hier wohnte ein Vertreter des Kaisers der Feier bei.

Fürstbischof Kopp hielt die Gedächtnisrede bei der Bestattung in Hannover über den Text: „Wenn ich schweige, werden sie auf mich harren; wenn ich rede, werden sie auf mich achthaben." Er schilderte den Mann von unerschütterlicher Überzeugung und fragte schließlich, ob das Zentrum die festgeeinte Phalanx, der unüberwindliche Turm bleiben werde, der es mit ihm gewesen. Ja, das müsse es bleiben.

Über Windthorst schrieb die freimaurerische und durchaus nicht klerikale „Illustrierte Zeitung" (21. März): Er sei mit Recht vom Präsidenten des Reichstags „ein Parlamentarier und Politiker von Weltruf" genannt worden. „Er war der am meisten gefürchtete politische Gegner Bismarcks, welcher die Politik eine Kunst genannt hat. Es war ein Wettkampf ohnegleichen in der parlamentarischen Geschichte, und es ist Tatsache, daß Bismarck in diesem Kampfe besiegt worden ist ... Daß die römische Kurie aus dem Kampfe mit der preußischen Regierung mit einer namhaften Machtsteigerung hervorgegangen ist, hat sie Windthorst zu verdanken, der nach Art eines großen Feldherrn nach einem kühn entworfenen Plan unter kluger Benutzung der Umstände zugleich entschlossen und besonnen handelte und niemals das Ziel aus den Augen verlor ... Das Papsttum hat niemals einen schneidigern, allzeit so zielbewußten Vertreter seiner Interessen gehabt, und Leo XIII. hat dies noch anerkannt. Die Zentrumspartei ist durch Windthorst zu einer Macht erhoben worden, wie sie keine andere Partei im Reich zu erringen vermochte. Die Zoll- und Wirtschaftspolitik seit 1879 verdankt ihre Geltung der Zentrumspartei, die unter Führung Windthorsts ihre Zugeständnisse auf diesem Gebiet als den Preis für die Rückbildung der Kulturkampfgesetzgebung bezahlte. Windthorst wußte durch die Überlegenheit des Geistes den rechten Augenblick zu erfassen, um dem Zentrum eine ausschlaggebende Bedeutung zu verschaffen. Er fand in Leo XIII. einen ebenbürtigen

Verbündeten. Dieser Papst wurde so nicht nur Schiedsrichter im Streit wegen der Karolineninseln, sondern er legte auch seine Autorität in die Wagschale, um die wichtige Frage des Septennats zugunsten der Reichsregierung zur Entscheidung zu bringen ... Windhorst war Welfe und hat die Interessen des Hauses Hannover als seine eigenen betrachtet; dennoch hat er sich der Macht der Tatsachen gebeugt." Anscheinend herrscht auch ein „Widerspruch zwischen der auf allen Katholikentagen erhobenen Forderung der Wiederherstellung des Kirchenstaates und dem seit dem Frankfurter Frieden geltenden Zustand in Europa". (Aber der Frankfurter Friede legitimierte nur die Rückeroberung von Elsaß-Lothringen, nicht die gegen alle Verträge ergangene Annexion des Kirchenstaates.) Windthorst, ein Bauernsohn, war ursprünglich für den geistlichen Stand bestimmt, wurde dann Jurist, 1851 Justizminister in Hannover; er setzte die Errichtung des katholischen Bistums Osnabrück durch. Sein Ziel war: „das Papsttum als eine der Säulen der Erhaltung unserer Zustände stets mit den Grundsätzen des Rechts in Einklang zu bringen."

Sperrgelder.

Im Deutschen Reich war die Frage der Sperrgelder indessen in eine neue Bahn getreten. Die katholischen Bischöfe, die im November 1890 in Köln zusammengekommen waren, hatten den Wunsch ausgesprochen, daß nicht eine Rente, sondern das Kapital der gesperrten Gelder der Kirche zurückgestellt werden möge. Darauf ging die Regierung ein und legte am 24. Januar dem preußischen Abgeordnetenhaus ein neues Gesetz vor. In der Thronrede am 20. Juni sagte der Kaiser: „Mit Freude begrüße ich, daß durch die Überweisung der einbehaltenen Leistungen an die katholische Kirche die Ausgleichung der Gegensätze auf kirchenpolitischem Gebiete wesentlich gefördert worden ist. Der für das Wohl meines Volkes unerläßliche Frieden unter den Konfessionen wird um so sicherer erhalten bleiben, je mehr die Überzeugung durchdringt, daß die zugunsten der Kirchen erhobenen Ansprüche auf ein mit der Stellung und den Aufgaben des Staates verträgliches Maß beschränkt bleiben müssen."

Die dreibundfeindlichen Äußerungen des „Osservatore Romano" wurden von den deutschen Katholiken wiederholt abgelehnt, so am 10. August beim Festmahl des Kongresses kaufmännischer Kongregationen zu Düsseldorf. Freiherr v. Schorlemer-Alst erklärte, jenes Blatt sei nicht autoritativ und der Papst stehe hoch erhaben über solchen Velleitäten. Ebenso die „Germania" am 14. August. Und auf dem Danziger Katholikentag Anfang September erklärte Graf Ballestrem: „Wir werden uns immer als gehorsame Söhne der Kirche und ihres Oberhauptes bewähren und uns darin nicht irremachen lassen durch alberne Zeitungsartikel ... Wenn ein Blatt die Kühnheit hat, den Heiligen Vater als in Konspiration mit einigen fremden Mächten, die Deutschland entgegen sind, als Feind Deutschlands darzustellen, so würden wir über die Sache lachen, wenn wir nicht darüber empört wären."

Im September nahmen aber doch einige katholische Blätter die Anschauung des „Osservatore" wieder auf; so das „Fränkische Volksblatt", indem es schrieb: „Durch den Dreibund ist nichts für die Wiederherstellung des Kirchenstaates zu erhoffen, weil aus Rücksicht auf das mitverbündete

Dreibund.

Neu-Italien dies einfach nicht geschehen kann, denn im selben Moment zöge sich Italien zurück. Wenn nun der Heilige Vater seine gerechte und gute Sache verfolgt und der Sache des Glaubens einen neuen Aufschwung geben will, so muß er sich logischerweise auf einen mächtigen Staat stützen. Österreich ist zum Schildknappen Preußens herabgesunken, statt an 1866 zu denken und an seine Verluste als einstige deutsche Bundesvormacht. Es kann also nur Frankreich in Betracht kommen. Was soll das nun heißen, der deutschpatriotische Standpunkt müsse das Zentrum beherrschen und sich ablehnend gegen die Weltpolitik des Heiligen Vaters verhalten? Unsinn, Preußen hat sich niemals gescheut, Ausländerhilfe zu benutzen, wenn sie seine Zwecke förderte. Mit Schweden, Italienern, wortbrüchigen Ungarn verbunden, warf es seine Feinde nieder. War das wohl deutschpatriotische Gesinnung? Deutschland bleibt immer, nur die Form muß wechseln: Die preußische Hegemonie ist reif für Vernichtung, sie muß einer friedlichen, ehrlichen, befriedigenderen Gestaltung des deutschen Vaterlandes Platz machen. Es kann alles unblutig gehen. Österreich muß im letzten Moment aus dem Dreibund sich zurückziehen, sich mit Rußland zur freien Hand im Orient verständigen. Frankreich wird durch ein Elsaß-Lothringer Plebiszit über Anschluß an Frankreich oder Selbständigkeit von deutscher Seite beruhigt und die neue Tripelallianz ist fertig. Diese erzwingt durch ihre Macht unblutig eine neue Ordnung der Dinge in Deutschland, wonach Preußen seine Beute von 1866 herausgeben muß und auf seinen Stand vor 1866 zurückgeworfen wird. Bayern wird die katholische Vormacht eines süddeutschen Bundes unter dem Schutze Österreichs, und in Italien greift eine gleiche Ordnung mit Wiederherstellung des Kirchenstaates und früherer Staaten Platz. Damit ist eine allgemeine Abrüstung eine Tatsache von selbst geworden ... Voll Bewunderung müßten alle Gläubigen zum Stellvertreter Christi, zur höchsten Autorität aufblicken." — Das „Münchener Fremdenblatt" war nicht mit allem hier Gesagten einverstanden, gestand aber zu, daß „die Abneigung gegen Preußen in unserm bayerischen Vaterland sehr stark verbreitet ist und mit den Jahren eher zunahm. Es ist unbestreitbare Tatsache, daß die preußische Großmachtspolitik den alten deutschen Bund zerstörte, Österreich aus Deutschland hinausmanövrierte und die starke Defensivkraft Deutschlands, welche 50 Jahre lang den Frieden erhalten hatte, vernichtete. Preußen warf einige deutsche Throne um, setzte sich als Großpreußen an die Spitze eben derselben Staaten, mit denen es Krieg geführt hatte; und da es sich zu schwach fühlte, allein den unterwühlten Frieden zu schützen, wurde Österreich wieder herangezogen. So ist für die schwankende Lage in Europa, für die entsetzlichen, den Wohlstand und die zivilisatorische Aktionsfähigkeit der Völker untergrabenden Rüstungen Preußen und allein Preußen zuerst verantwortlich, das, auf seine eigene Größe bedacht, die alte Ordnung Europas umstürzte, ohne etwas anerkannt Sicheres an deren Stelle zu setzen. Dazu kommt noch das Benehmen Preußens gegen die süddeutschen Staaten im neuen Reiche. Die zentralisierende aufsaugende Politik Preußens ist lediglich durch die Existenz des Zentrums hintangehalten worden ... Es liegt im altpreußischen Wesen, daß es sich nirgends Liebe zu schaffen vermag. Mit solchen Rekriminationen darf man sich aber nicht über die Verträge und die tatsächliche Lage hinwegsetzen. Wir in Süddeutschland haben vor 1866 die Reorganisation des alten deutschen Bundes mit Österreich und Preußen an der Spitze vertreten; aber das ist vorbei. Nachdem

Zentrum.

der alte Bund zerstört war, mußten die deutschen Kräfte wieder in anderer Weise gesammelt werden. Das geschah durch das neue deutsche Reich, an welchem wir festhalten, weil es eine politische Notwendigkeit ist, weil es sich gründet auf Verträge, die wir Bayern eingegangen und in Treue halten müssen, und weil es endlich die Existenz Österreichs verbürgt." — Im Sinn des „Fränkischen Volksblattes" schrieb noch die Bonner „Reichszeitung", worauf mehr im Sinne des Zentrums die „Germania" auf die hochwichtigen Gründe hinwies, die Italien wegen der Mittelmeer- und Orientfrage zum Gegner Frankreichs und Rußlands machen. Die römische Frage stünde auch ohne Dreibund auf demselben Fleck.

Eine großartige Kundgebung katholischen Geistes war die Ausstellung des heiligen Rocks in Trier von 20. August bis 3. Oktober. Die Gründung eines „Volksvereins für das katholische Deutschland" hatte den Zweck, die Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiet zu bekämpfen. — In Bayern wurde den Altkatholiken definitiv die Anerkennung als Katholiken versagt. — Der Prälat Florian v. Stablewski wurde zum Erzbischof von Posen und Gnesen ernannt, da man sich seiner kaisertreuen Rede auf einem Thorner Katholikentag erinnerte. Trier.

Dem „ultramontanen Geschichtsforscher", dem „ultramontanen Publizisten" Johannes Janssen widmeten auch nichtultramontane Stimmen einen ehrenvollen Nachruf. Sein literarisches Erbe ging auf Ludwig Pastor, Professor in Innsbruck, über. Janssen.

Friedrich Pilgram, der Konvertit, Gründer der katholischen Zeitung „Germania" (1870), erhielt einen würdigen Nachruf (Allg. Ztg., 27. Jan., Beilage). Er betrachtete den Gang der Ereignisse als geleitet von der Vorsehung. Das römische Kaisertum deutscher Nation stellte die Einheit aller Völker dar. Karl der Große knüpfte an den alten Gedanken einer Universalmonarchie an, die ein dunkler Zug zur Wiederherstellung der Einheit der ganzen Menschheit war. Er wollte zugleich eine Erneuerung der Menschheit auf dem Boden der Kirche. Pilgram wollte im neuen deutschen Kaisertum von 1871 die Wiederherstellung des alten erkennen. Das sollte der große Gedanke der „Germania" sein. Pilgram.

Die evangelische Generalsynode richtete am 11. November eine Adresse an den Kaiser, darin es hieß: „Die Kirche der Reformation ist gegenwärtig von so großer Gefahr umgeben, mit so bedeutenden Aufgaben für unser Volksleben betraut, daß nur die volle Hingebung aller Kräfte an den Dienst des Reiches Gottes derselben mächtig zu werden vermag. In dieser ernsten Lage haben E. Maj. als Träger des Kirchenregiments die Generalsynode berufen und der evangelischen Landeskirche den kräftigsten Schutz huldvollst zugesagt. Das evangelische Leben des Volkes allenthalben neu zu erwecken, die Gemeinden zu Brennpunkten dieses Lebens zu machen, den Wegen Gottes in der Erziehung zur Gotteskindschaft Raum zu schaffen, die Kräfte des Glaubens und die Gedanken des Evangeliums in den sozialen Kämpfen der Zeit zur Geltung zu bringen, das ist das Ziel, welches die Kirche sich vorhält . . ." — Die 11. Synode der Altkatholiken zu Bonn vereinigte 58 Teilnehmer (20. Mai). — Den „Ernsten Gedanken" des Oberstleutnant v. Egidy über Christentum und kirchliches Leben der Gegenwart trat der protestantische Theologe Prof. Bornemann entgegen mit seinen „Bitteren Wahrheiten". Wir werden noch manches über diese Bewegung hören. Generalsynode.

Der evangelische Kirchenbauverein in Berlin war in dieser Zeit sehr tätig. Es fällt nur auf, daß bei dem gänzlichen Mangel von protestantischen Vorbildern die Neubauten durchaus Nachahmungen katholischer Stile waren und nicht hervorgegangen aus dem verschiedenen Charakter des protestantischen Gottesdienstes. (Vgl. die Bilder in der „Illustrierten Zeitung", 19. Dezember.)

Indem wir von den kirchlichen Ereignissen auf die weltlichen übergehen, verzeichnen wir vor allem die wichtige Tatsache, daß auch Kaiser Wilhelm am 29. Juni die Mitteilung machte, die Verlängerung des Dreibunds. Dreibunds auf weitere sechs Jahre sei durch den Abschluß des Vertrags mit Italien vollzogen worden. Der Bund zwischen dem Deutschen Reich und Österreich war nämlich ein ewiger, unbefristeter; nur die Verträge der beiden Mittelmächte mit Italien wurden auf je fünf Jahre abgeschlossen; 1882, 1887 und jetzt noch vor Ablauf des zweiten Lustrums auf sechs Jahre.

Kolonien. Bei den Kolonialdebatten im Reichstag (Februar) erklärte Caprivi, daß er nicht zu den Kolonialenthusiasten gehöre: „Ich stehe auch der südwestafrikanischen Kolonie kühl gegenüber und bekenne, daß sie mir schon manche Sorgen gemacht hat. Es ist bei der Entstehung unserer Kolonien, die ja zum großen Teil Kinder des Gefühls und der Phantasie sind, nur zu natürlich, daß plötzliche Umschläge in der Wertschätzung kommen." Caprivi fand aber die Vorwürfe Kardorffs und anderer doch zu ungerecht. Er verteidigte das Abkommen mit England und den Wert Helgolands. Es sei unbillig zu sagen: Der brave deutsche Michel habe sich vom perfiden Albion übers Ohr hauen lassen. Er berührte die schwache Seite von Bismarcks Kolonialpolitik, der auf einmal an zu vielen Stellen gleichzeitig angefangen hatte und nun alle Hände voll hatte. Um sich nicht zu schwächen, mußte man mehr Maß halten. Die Sache wurde auch zu kostspielig. Um den Vorwurf zu entkräften, daß Bismarck diese Abtretung schwerlich gemacht hätte, zitierte Caprivi Bemerkungen Bismarcks aus den Akten, so z. B.: „Die Erhaltung von Lord Salisbury hat mehr Wert wie ganz Witu" und „England ist uns wichtiger wie Sansibar und Ostafrika".

Bismarck. Darauf ließ sofort Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" gegen Caprivi polemisieren. Es hieß da über „die Versöhnungspolitik": „Die Sperrgeldervorlage wird schwerlich dazu beitragen, das in der Bevölkerung verbreitete Gefühl zu mindern, daß die verantwortlichen Minister in dem Bestreben, alle Welt zu befriedigen und Popularität zu finden, doch zu weit gehen. Ohne Zweifel sind ‚Erfolge' erzielt, aber mancher derselben, der einen Nickel wert war, wurde mit einem Zwanzigmarkstück bezahlt. Auf diese Weise Versöhnung zu stiften ist nicht schwer; es fragt sich nur, wie das Staatsinteresse dabei gewahrt bleibt." Ebenso wurde die nachgiebige Haltung gegen Österreich und gegen England getadelt. Durch all das werde nur die Begehrlichkeit außen und innen ins Ungeheure gesteigert. „Mit Sozialdemokraten und Ultramontanen ist der Anfang gemacht; das reichsländische Franzosentum, die Welfen und Polen werden nachfolgen." Das Zentrum sei in der Tat Herr der Lage und kann seine Forderungen ganz nach Belieben stellen. —

Zwei Tage darauf (7. Febr.) ließ Bismarck dasselbe Blatt wieder schreiben: Es sei unrecht, seine Randbemerkungen auf Akten so gegen ihn zu verwenden, wie es Caprivi getan. Nichts drängte 1890 die deutsche Regierung, so weit England nachzugeben; die Engländer waren selber über die ihnen gewährten Zugeständnisse und Verzichte überrascht. Es bleibt dabei, daß Bismarck einen solchen Vertrag nicht abgeschlossen hätte. Caprivi hätte, statt Bismarcks vertrauliche Randbemerkungen einzusehen, besser getan, mit seinem Vorgänger Rücksprache zu pflegen, um genauer dessen Ansichten zu erfahren. Er wird wohl seine Gründe gehabt haben.

Während das konservative „Deutsche Tageblatt" neuerdings „eine starke Strömung einer verdrießlichen und das Gefühl des Unbehagens weiterpflanzenden Stimmung" feststellen wollte, äußerte sich Kaiser Wilhelm auf einem parlamentarischen Mahl bei Caprivi, 13. Februar, sehr zukunftsfreudig, betonte das Heranwachsen eines neuen Geschlechts, das nicht mehr die Empfindung von 1866, sondern die von 1870 habe. Für ihn gebe es nur zwei Parteien: die staatserhaltende und die dieser entgegengesetzte. Er äußerte seine Befriedigung über die gute Wirkung der Aufhebung des Sozialistengesetzes.

Beim Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtags, 21. Februar, gestand er seine besondere Schwärmerei für den großen Kurfürsten. Er tadelte ein gewißes Zagen und Zaudern, einen Stillstand. „Ich meine zu sehen, daß es den Herren nicht leicht wird, den Weg zu erkennen, den ich beschreite und den ich mir vorgezeichnet habe, um alle zu meinem Ziel und zum Heil des Ganzen zu führen." Es tue gut, sich zuweilen rückblickend in die Geschichte zu vertiefen. „Ich weiß, daß es jetzt versucht wird, die Gemüter zu ängstigen. Es schleicht der Geist des Ungehorsams durch das Land; gehüllt in schillernd verführerisches Gewand, versucht er, die Gemüter zu verwirren; eines Ozeans von Druckerschwärze und Papier bedient er sich, um die Wege zu verschleiern, die klar zutage liegen. Ich lasse mich dadurch nicht beirren. Es mag meinem Herzen wohl wehe tun, zu sehen, wie verkannt meine Ziele sind . . . Unsere Parteien sind gegründet auf Interessen und verfolgen diese oft zu sehr, jede für sich. Es ist ein Verdienst meiner Vorfahren, daß sie stets über den Parteien gestanden haben, um sie zum Wohle des Ganzen zu vereinigen . . . Ich fasse meine Aufgabe als eine mir vom Himmel gesetzte, im Auftrag eines Höheren, dem ich einmal Rechenschaft abzulegen habe. Deshalb vergeht kein Abend und kein Morgen ohne Gebet für mein Volk." Der neue Weg.

Die Sozialdemokraten verhielten sich unversöhnlich. Man beschloß, die 1889 vom internationalen Arbeiterkongreß zu Paris beschlossene Kundgebung zugunsten des Achtstundentags fortzusetzen, nur riet man als Tag der Maifeier nicht den 1. Mai, sondern den ersten Sonntag im Mai. Es hieß übrigens im Aufruf vom 4. Februar: „Parteigenossen! Angesichts der Hartnäckigkeit, mit der die Regierungen und die herrschenden Klassen sich weigern, in eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für alle Arbeiter zu willigen . . . erscheint es als eine ganz besondere Pflicht, alles aufzubieten, um die Maifeier zu einer großartigen Kundgebung zu gestalten. Soziales

Hoch die internationale Sozialdemokratie!" — Der Sozialdemokrat Vollmar beklagte sich in einer Versammlung am 23. Februar, daß von dem kaiserlichen Erlaß des Vorjahrs, den die Arbeiter mit freudiger Überraschung aufgenommen, soviel wie nichts verwirklicht worden sei; mächtiger als der hohe Wille habe sich die Allianz der Bürokratie mit dem Kapital erwiesen.

Caprivi. Als eine Maßregel gegen die Sozialdemokratie ließ die Regierung vom Reichstag die Unteroffizierprämien bewilligen. Caprivi sagte am 27. Februar zur Unterstützung der Vorlage: der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei die ernsteste Frage unserer Zeit, eine Frage, die jahrzehntelang die Welt beschäftigen werde. Niemand könne die Sozialdemokraten ganz befriedigen. Es sei nun leider auch in der Armee eine gewisse Zuchtlosigkeit eingerissen, man müsse das Unteroffizierskorps besser und höherstellen. „Wenn schon unter gewöhnlichen Verhältnissen die Erhaltung der Disziplin erschwert wird, so wird das noch schwerer werden, wenn wir uns Zeiten vergegenwärtigen, in denen der Kampf lebhafter wird ... Wir bedürfen für einen solchen Kampf einer viel besseren Disziplin als für den Kampf vor dem Feinde. Der Straßenkampf deprimiert. Für einen solchen Kampf brauchen wir ganz andere Unteroffiziere." — Richter tadelte es, daß von der Möglichkeit von Straßenkämpfen gesprochen werde. Davon sprächen, mit Ausnahme von einigen Heißspornen, nicht einmal die Sozialdemokraten. — Caprivi verwies aber auf sozialistische Bücher und Schriften, besonders des Auslands, wo eine gewaltsame Zerstörung des Staates gelehrt werde. Die Sozialdemokratie sei wohl nicht die einzige treibende Kraft im Staat oder Reich. „Aber ich halte sie zur Zeit für die größte Gefahr, und so glaube ich, die Kräfte zu ihrer Bekämpfung bei jeder neuen Gelegenheit ausnützen zu müssen. Ich werde keine Maßregel vorschlagen, die nicht von dem Standpunkt geprüft worden ist: wie wirkt sie auf die soziale Frage ein?"

Liebknecht. Liebknecht richtete im Namen des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei an den Nationalrat der französischen Arbeiter eine Adresse zum 18. März, dem Gedenktag der Pariser Kommune. Er sagte, das sei „ein internationaler Feiertag geworden, dessen man in jedem Ort ernst gedenkt, um das gegenwärtige Geschlecht durch die Erinnerung an die Großtaten der Vergangenheit für die schweren Aufgaben der Gegenwart und Zukunft zu stählen. Der Weltfriede liegt in der Hand des französischen und deutschen Volkes. Möge es unsern vereinigten Anstrengungen gelingen, den Chauvinismus der besitzenden Klassen zu überwinden und durch die Friedensliga des internationalen Proletariats der kapitalistischen Ausbeutung, welche die Mutter des Klassenkampfs und des Krieges ist, auf ewige Zeiten ein Ende, und die Verbrüderung der Menschen und der Völker zur Wahrheit zu machen."

Indessen mußten zum Schutz deutscher Interessen Kriegsschiffe nach Chile gesendet werden. — Eine große Erregung entstand wegen des Paßzwanges an der elsässischen Grenze gegen Frankreich. Um diesen Zwang aufzuheben, begab sich eine Deputation reichstreuer Elsässer nach Berlin zum Kaiser, und dieser machte hoffnungsvolle Zusicherungen. — Der Kaiser begann eigenhändig den Durchstich des Nord-Ostsee-Kanals bei Landwehr, 6. April. Den Marineoffizieren setzte er auseinander, daß im zukünftigen Krieg die

deutsche Marine offensiv vorgehen werde und daß die Strategie vom Landkrieg auf den Seekrieg zu übertragen sei.

Der Zentralverband deutscher Industrieller widmete dem Fürsten Bismarck einen silbernen Tafelaufsatz zum Geburtstag (Ill. Ztg., 25. April).

Bismarck. Bismarck ließ sich wieder am 10. April als Kritiker in den „Hamburger Nachrichten" vernehmen. (Es sind dieselben Grundsätze wie in seinen „Gedanken und Erinnerungen".) Er verteidigte die russische Politik vor dem Vorwurf, das Attentat von Sofia auf zwei bulgarische Minister angezettelt zu haben. (Natürlich steckten doch die Russen dahinter.) Die russische Politik sei, wie kaum eine zweite, Meisterin in der Kunst des Wartens; sie wartet in aller Ruhe den Moment ab, wo Bulgarien ihr als reife Frucht in den Schoß fällt. Rußland beschränkt sich sonst darauf, an seiner Südwestgrenze militärisch so stark wie möglich zu sein, um im Zeitpunkt einer orientalischen Verwicklung mit Nachdruck auftreten zu können. Rußland sucht keinen Krieg, weil es noch nicht fertig ist. „Aber auch wenn dies einst der Fall sein wird, glauben wir nicht an einen Vorstoß nach Westen. Ohne Zweifel ist die russisch-französische Allianz ein prächtiges Atout im Kartenspiel der Diplomatie; für ihre Verwirklichung im Kriegsfall aber fehlt es bisher an jeder hinlänglichen Voraussetzung." Im selben Blatt dankte am 11. April Bismarck für die Glückwünsche zu seinem Geburtstage. — Am 14. April sprach er zu einer konservativen Deputation: „Man wirft mir vor, ich sei nicht konservativ gewesen, denn ich hätte viel alte Formen zerschlagen und viel Neues aufgerichtet. Nun, hiebei ist der Wert des Alten und des Neuen gegeneinander abzuwägen . . . Meine Beteiligung am Bürgerkrieg von 1866 war im Grunde mehr konservativ, als das Verharren bei den Zuständen der Zerrissenheit gewesen wäre. Denn diese hätten zur Auflösung oder gar Fremdherrschaft geführt. Für mich aber handelte es sich darum, den Rest des deutschen Nationalgefühls, der unter der Asche fortglimmte, anzufachen, also etwas Altes zu bewahren. Dies wurde denn auch bewahrt und verstärkt auf kriegerischem Wege; zum Bedauern ging es auf friedlichem nicht, ist aber nun wohl desto fester gegründet . . . Meine Wünsche sind nicht gegen die jetzige Regierung gerichtet . . ., weil ich an dem gedeihlichen Fortgang der Zustände Interesse nehme, zu deren Bildung ich mitgewirkt habe. Man hat von mir verlangt, ich solle mich um Politik nicht mehr kümmern. Niemals ist mir eine größere Dummheit vorgekommen, als diese unerhörte Forderung. Sachverständige haben bei öffentlicher Behandlung von Fragen, die in ihr Fach schlagen, das größte Recht und die Pflicht mitzureden, und ich glaube nach meiner langen Amtsführung nicht ganz ohne Fachkenntnis zu sein. Meine Mitwirkung kann sich jetzt nur nach der negativen Seite hin äußern, aber einer Maßregel gegenüber, die ich für schädlich halte, mein fachmännisches Urteil auszusprechen, werde ich mir von niemandem verbieten lassen! Dies ist auch konservativ."

Moltke †. Zur Trauerfeier für Moltke († 25. April) erhielt Bismarck keine Einladung. Dafür wurde er in Geestemünde in den Reichstag gewählt. Er sagte aber zu einer Deputation seiner Wähler (2. Mai): „Ich bin im 77. Jahre und nicht mehr rüstig genug. Das Gasthofleben in Berlin ist meinem Befinden weniger zuträglich als das Wohnen im eigenen Hause. Ich hatte mir lange gewünscht, einmal ein Zimmer zu bewohnen,

das ich nur im Sarge zu verlassen genötigt sein würde. Eine kündbare Ministerwohnung bietet diese Sicherheit nicht. Nicht bloß die Unbequemlichkeit hält mich von Berlin zurück, sondern auch die Aussicht auf peinliche Begegnungen mit früheren Freunden, die solche zu sein seit meinem Abgange aufgehört haben. Sie werden sich vorstellen können, daß ich in Berlin Begegnungen haben werde, die meinen früheren Freunden vielleicht ebenso und mehr als mir unerwünscht sein würden." Auch liege für seine Anwesenheit dort kaum ein Bedürfnis vor. Bismarck kam auch wieder auf sein Recht zu reden zurück: „Wenn ich glaube, daß das Vaterland mit seiner Politik vor einem Sumpfe steht, so ist es Verrat, wenn ich schweige. Was sollte ich für andere Zwecke haben, als dem Lande zu dienen? Was sollte ich denn werden? Mein Avancement ist abgeschlossen . . ."

Bei der Totenfeier für Moltke in Creisau war auch Fürstbischof Kopp anwesend.

Sonderbarerweise wählte Kaiser Wilhelm den 18. April, den Tag, an dem „vor 340 Jahren jener tapfere Wittenberger Mönch sein großes Wort sprach: Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir —", um dem Heer, das zu einem Drittel aus Katholiken bestand, neue Feldzeichen zu geben, und betonte das noch in seiner Ansprache mit obigen Worten. — Caprivi leugnete im Abgeordnetenhaus am 2. Mai, die Regierung wolle durch die Benützung des Ansiedlungsgesetzes die Provinz Posen „evangelisieren". Es wurde an ihn die Frage gerichtet, „ob die jetzige Regierung den Standpunkt des Fürsten Bismarck einnimmt, der ein haßerfüllter gegen die Polen war". Caprivi antwortete: „Wir hassen die Polen nicht. Wir sehen sie als Mitbürger an, schwierige Mitbürger, zu Zeiten auch verirrte Mitbürger von unserem Standpunkte aus, aber immer unsere Mitbürger, mit denen zusammenwirken zu können zum Besten des Staates uns zu allen Zeiten eine Freude sein wird . . . Das Ansiedlungsgesetz jetzt aufzugeben, dazu sind die Motive des Wohlwollens, das uns von der andern Seite entgegengebracht worden ist, noch nicht gewichtig genug."

Die Arbeiter feierten diesmal am 1. Mai in Österreich, Frankreich, Amerika, Italien, Spanien und Belgien; aber am 3. Mai (Sonntag) im Deutschen Reich und in England.

Wilhelm II.

Kaiser Wilhelm und Bismarck unterließen kaum eine Gelegenheit zu Kundgebungen, die offenbar nicht ohne gegenseitige Beziehungen waren. Der Kaiser sagte am 4. Mai in Düsseldorf: „Ich wollte, der europäische Friede läge in meiner Hand; ich würde jedenfalls dafür sorgen, daß er nie mehr gestört werde." Er schloß seine Rede mit folgenden starken Worten: „Einer nur ist Herr im Reich, und das bin ich, keinen andern dulde ich."

Beim Festspiel in Düsseldorf (4. Mai) überreichte Germania dem Kaiser Wilhelm das Schwert des Barbarossa mit folgender Ansprache: „Aus alter Sagenherrlichkeit, von Sagenduft umflossen, ein Gruß in unsre große Zeit dem mächt'gen Zollernsprossen. Der Traum des Weltreichs ist verweht, es lebt nur noch die Kunde; das Reich, das neue deutsche, steht auf festem Felsengrunde . . ."

In Köln antwortete der Kaiser am folgenden Tag auf die Rede des Oberbürgermeisters Becker also: „Dergleichen poetische Worte stehen mir nicht so zur Verfügung wie meinem Vater, aber meinen innigen Dank kann ich auch in schlichten Worten ausdrücken." Er erklärte es als Kölns Verdienst, „dem deutschen industriellen Gebiet Absatz zu verschaffen und deutsches Handwerk im Auslande zu verbreiten. Hoffentlich werden wir Englands Schiffe wie in alter Zeit vor dem Kölnischen Tor liegen sehen." In Bonn wohnte der Kaiser in der Kneipjacke der Borussen einem Studentenkommers bei (6. Mai); dabei sagte er: „Es ist meine Überzeugung, daß jeder junge Mann, der eintritt in ein Korps, durch den Geist, welcher in demselben herrscht, seine Richtung für das Leben erhält . . . Ich freue mich, daß durch den mir dargebrachten Fackelzug die guten Beziehungen der gesamten Studentenschaft wieder hergestellt sind." Von den Studentenmensuren sagte er: „Wie im Mittelalter durch die Turniere der Mut und die Kraft gestählt wurden, so wird auch durch den Geist und das Leben im Korps der Grad von Festigkeit erworben, der später im großen Leben nötig ist und der bestehen wird, solang es deutsche Universitäten gibt . . . Stählen Sie Ihren Mut und Ihre Disziplin in dem Gehorsam, ohne den unser Staatsleben nicht bestehen kann." Als der Großherzog von Luxemburg den Kaiser am 7. Mai besuchte, begleitete ihn dieser am Abend in Studententracht zum Bahnhof.

Im Juli besuchte das Kaiserpaar England und nahm auch am 10. Juli an einem Mahl in der Guildhall teil. Der Lordmayor feierte da den Kaiser als „Enkel von Englands geliebter Königin, rühmte seinen unermüdlichen Eifer für das Wohl des Volkes und seine Gedanken über Erziehung". Der Kaiser dankte in englischer Sprache. Er fühle sich in England zu Hause als Enkel der Königin. „Überdies läuft dasselbe Blut in den englischen und deutschen Adern. Dem Beispiel meines Großvaters und Vaters folgend, werde ich stets die historische Freundschaft zwischen beiden Nationen bewahren. Mein Ziel ist vor allem der Frieden; er allein kann das Vertrauen einflößen, welches erforderlich ist zur gesunden Entwicklung von Wissenschaft, Kunst und Handel." Das Kaiserpaar besuchte auch am 12. Juli den Marquis von Salisbury in Hatfield. Hier wurde, wie es hieß, unter Mitwirkung des Staatssekretärs v. Marschall ein Protokoll ausgefertigt, das die Identität der Interessen des Dreibunds mit jenen Englands feststellte. In einem Abschiedstelegramm sprach der Kaiser die Hoffnung aus, „die Harmonie zwischen England und Deutschland werde der Welt und beiden Ländern zum Glück gereichen".

Bismarck.

Auch Bismarck hielt am 10. August in Kissingen eine Studentenrede, als ihm dort ein Ehrenhumpen überreicht wurde. Er sagte zur Deputation:

„Wir gehören zwei verschiedenen geschichtlichen Generationen an: ich derjenigen Kaiser Wilhelms I., der kämpfenden, erwerbenden, erbauenden, die im Abscheiden begriffen ist; Ihnen gehört die Zukunft. Als ich 1832 die Universität Göttingen bezog, war das Vaterland lahmgelegt durch die Teilung in mehr als dreißig Staaten. Diese standen sich mißtrauischer gegenüber als dem Auslande. Das einzig einende Element waren Wissenschaft und Kunst. Die Universitäten waren Träger des nationalen Gedankens. Aber es bedurfte der Mitwirkung der Dynastien und ihrer Streitkräfte. Alle früheren Versuche zur Ausführung des Einheitsgedankens mußten an der irrtümlichen Geringschätzung der dynastischen Kräfte, der Macht von Blut und Eisen scheitern ... Ihre Aufgabe ist, nachdem die Bruderkämpfe überstanden sind, eine solche der Erhaltung. Ich verstehe darunter, daß man verbessert, ausbaut. Die Reichsverfassung ist unvollkommen, aber sie war das Äußerste, was wir erreichen konnten. Ich bin kein Freund der Zentralisation wie sie in Frankreich besteht, ich sehe den Segen der Dezentralisation in zahlreichen Kulturzentren. Gegenüber dem Auslande bin ich nicht besorgt; alle Angriffe von außen werden wie Hammerschläge auf uns wirken, unsere Einigkeit nur noch inniger und stärker zu machen. Die Neigung zum Fraktions- und Parteiwesen liegt uns im Blut. Ich betrachte das ganze parlamentarische Fraktionswesen als eine Krankheit, deren Bestand auf dem Ehrgeize der Führer beruht. Bekämpfen Sie diese unglückliche Neigung. Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen. Sie müssen sich daran gewöhnen, in jedem Deutschen zuerst den Landsmann, nicht den politischen Gegner zu sehen. Sie sind die Träger des nationalen Gedankens auf den deutschen Hochschulen, die den Funken des Nationalgefühls auf die künftigen Geschlechter übertragen. Ich bitte Sie, einen Tropfen mit mir aus dem neuen Humpen zu trinken!"

Die Rede bei Überreichung des Ehrenhumpens klang aus in die gutgemeinten Verse: „Wir wollen treu behalten in unsrer Liebe dich, wie immer mag gestalten die deutsche Zukunft sich. Dein Bild wird im Getümmel vor unsern Augen stehn, solang zum freien Himmel noch deutsche Banner wehn." Ein vom Schauspieler Possart gesprochener Prolog beim Kommers schloß: „Das ist dein Werk, du, des Jahrhunderts größter Sohn!"

Kaiser Wilhelm reiste am 2. September mit Caprivi nach Wien zu den Manövern, dann nach München und Kassel. In Erfurt erinnerte er an Napoleons Aufenthalt 1808: „An diesem Ort hat uns der korsische Parvenü aufs tiefste erniedrigt, aufs scheußlichste geschändet, aber von hier aus ging der Rachestrahl aus, der ihn zu Boden geschmettert." — Als das russische Kaiserpaar nach seinem Aufenthalt in Kopenhagen am 25. September Berlin passierte, verbat es sich jeden Empfang.

Soziales. Von sozialdemokratischer Seite erfolgten noch bedeutsame Kundgebungen. Vollmar lobte in einer Versammlung zu München, 1. Juni, den Dreibund als Erhalter des Friedens. Der Gedanke der internationalen Brüderlichkeit hebe nicht die nationalen Aufgaben auf. Die Vereinigten Staaten von Europa seien ein Zukunftsbild, das keiner der Anwesenden erleben werde. Ekelhaft sei das Treiben des offiziellen Frankreich gegenüber Rußland. Dies Gebaren trage viel zu den Rüstungen in Deutschland bei und

sei unklug, denn wenn Rußland unterliege, müsse Frankreich die Kosten zahlen. Auch täusche man sich in Frankreich bezüglich der deutschen Sozialisten. Sobald das Vaterland angegriffen wird, gibt es nur mehr Eine Partei und die Sozialdemokraten werden als die ersten gegen das kulturfeindliche Rußland kämpfen. Für die Sozialdemokratie sei übrigens nunmehr die Möglichkeit vorhanden, auf Grund der legalen Verhältnisse Einfluß zu gewinnen. Die Partei muß nur ehrlich halten, was sie versprochen, nämlich, daß sie nach Aufhebung des Sozialistengesetzes auf Grundlage des gemeinen Rechtes mit den gegnerischen Parteien und der Regierung verhandeln wolle. — Ähnlich erklärte die „Volkstribüne" im August: Trotz der prinzipiellen Gegnerschaft zum Krieg, diesem kulturfeindlichen Mittel, das Proletariat niederzuhalten, sei es notwendig, Rußland zu vernichten, ehe an den Sieg der sozialen Ideen gedacht werden könne. Einerlei, ob Angriffskrieg oder Verteidigungskrieg, wenn er nur erfolgreich ist.

Der freisinnige Berliner Arbeiterverein resolvierte Mitte August: „Die Verteilung von Arbeit und Genuß ist ungerecht, ein Erbteil aus der Zeit der Sklaverei. Es muß jedem ordentlichen Menschen möglich sein, sich die notwendigen Lebensgenüsse zu verschaffen. Dazu ist anzustreben: die Abschaffung aller direkten Steuern und Zölle auf Lebensmittel, die Einführung einer steigenden Einkommensteuer, Beseitigung der stehenden Heere, Überführung von Grund und Boden aus dem Privatbesitz in den Staats- oder Kommunalbesitz."

Bebel. Bebel suchte in einer Berliner Versammlung, 6. Oktober, nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie sowohl die äußere wie die innere Politik beherrsche. In der äußern Politik wäre es längst zur Katastrophe gekommen, ohne die Furcht vor der Arbeiterbewegung. Am kommenden Krieg würden etwa dreihundert Millionen Einwohner auf neun Millionen Quadratkilometer beteiligt sein. Die Schlachten wird man gar nicht mehr übersehen, die Toten nicht beerdigen, die Verwundeten nicht unterbringen können. Der soziale Zusammenbruch und die ökonomische Revolution werden ungeheuer sein. Das eben macht den herrschenden Klassen Kopfzerbrechen. Nur die Hungersnot hat Rußland verhindert, jetzt loszuschlagen. Der Sozialismus wird durch den Krieg zu ungeahnter Macht anwachsen, da man die Folgen der heutigen Ordnung fühlen wird. Die Sozialdemokratie hat stets die Aussöhnung mit Frankreich gewollt; aber man will lieber 42 Millionen fallen sehen, ehe man einen Stein hergibt. Jedenfalls aber wird die Partei alles daran setzen, im Krieg vereinigt mit den andern Parteien den russischen Barbar zu Boden zu schmettern, koste es was es wolle. Rußland muß zerstückelt und nach Osten gedrängt werden. Polen ist wiederherzustellen als ein politisch und wirtschaftlich mit Deutschland verbundener Staat. Der sozialistische Gedanke ist in alle Völker hineinzutragen. Rußland muß revolutioniert werden, damit die beständige Kriegsgefahr endlich aufhöre. Wenn erst die Vereinigung der Völker auf demokratischer Grundlage hergestellt ist, dann wird Friede sein auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Erfurter Parteitag. Wichtig wurde der Erfurter Parteitag, 14. bis 21. Oktober, weil er ein neues reformiertes Programm aufstellte. Gegenüber von Sonderbestrebungen wurde vor allem „strengste Disziplin, Unterwerfung unter

den Willen der Gesamtpartei" proklamiert. Kritik sei erlaubt, doch nur in Form sachlicher Auseinandersetzung. Man brachte den Grundsatz der Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation von 1864 in Erinnerung: „Daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller Mitglieder untereinander und gegen alle Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität sei." — Vollmar, der als wohlhabender Mann und Opportunist angegriffen wurde, erklärte, er glaube nicht an das tausendjährige Reich, wohl aber an den zehnstündigen Normalarbeitstag. „Ich bin der Meinung, je mehr wir auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung erreichen, desto schneller gelangen wir zu unseren Endzielen. Bebel sagt, der nächste Krieg, der nicht mehr fern ist, wird zu einem allgemeinen Bankerott der bürgerlichen Gesellschaft führen, dann kommt der große Kladderadatsch, und wir werden imstande sein, die bürgerliche Gesellschaft abzulösen und unsere Endziele zu verwirklichen . . . Eine solche Prophezeiung ist gefährlich. Die Massen werden sagen: wenn der Tag so nahe ist, wozu wollen wir uns noch mit der kleinlichen Agitation wie mit dem Achtstundentag befassen? Eigentümlich ist es, daß man nur mit Siegen rechnet. Was ein Sieg Rußlands für die Arbeiter bedeuten würde, will ich gar nicht ausmalen. Die Berliner „Volkstribüne" schreibt: es kann uns nichts angenehmer sein als ein Krieg, wir können dabei nur gewinnen, wir wünschen, daß er so schnell als möglich kommt. Dann ist es aber auch notwendig, der Regierung die Mittel dazu zu bewilligen, denn mit Pappenstielen können doch die Russen nicht geschlagen werden. Ich bin der Meinung, daß ein Krieg für die Arbeiterbewegung unheilvoll wäre und daß der nächste Krieg nicht der letzte sein würde. Eine voreilige Verwirklichung unserer Ziele ohne festen Untergrund wäre aufs höchste zu beklagen; es wäre eine Wiedergeburt der Pariser Kommune mit ihren Verkehrtheiten und Rückschlägen." Schließlich mußte sich Genosse Vollmar der Majorität beugen.

Erfurter Programm.

Das neue Erfurter Programm unterscheidet sich vom Gothaer Programm 1875 dadurch, daß es rein marxistisch war und alle Kompromisse mit der Theorie Lassalles aufgab, so das „eherne Lohngesetz" und die Produktivgenossenschaften. Im übrigen verweise ich auf das Gothaer Programm, Bd. 3, S. 895. Die allgemeinen Forderungen des Erfurter Programms sind folgende: 1. Allgemeines Wahlrecht vom 20. Jahr an ohne Unterschied des Geschlechts. Proportionalwahlsystem. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Diäten. 2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts („Referendum" und „Initiative"). Selbstverwaltung in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk. Jährliche Steuerbewilligung. 3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. 4. Freie

Meinungsäußerung, Vereinigung und Versammlung. 5. Gleichstellung der Frau. 6. Religion ist Privatsache, mit der der Staat nichts zu tun hat. 7. Weltlichkeit der Schule; Unentgeltlichkeit und Verpflegung auch für die fähigen Schüler höherer Anstalten. 8. Unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsbeistandschaft. Wahl der Richter. Entschädigung für Unschuldige. Keine Todesstrafe. 9. Unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung, Geburtshilfe, Heilmittel, Totenbestattung. 10. Stufenweise steigende Einkommen-, Vermögenssteuer- und Erbschaftssteuer. Keine indirekten Steuern und Zölle. — Speziell zum Schutz der Arbeiterklasse wird gefordert: Achtstundenarbeit, keine Kinderarbeit unter 14 Jahren, keine Nachtarbeit (mit Ausnahmen). Wöchentlich 36stündige Ruhepause. Kein Truckſystem (Entlohnung durch Lebensmittel u. dgl.). Überwachung durch Arbeiterkammern u. dgl. Hygiene. Gleichstellung der Landarbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Keine Gesindeordnungen. Koalitionsrecht. Gesamte Arbeitsversicherung durch das Reich mit Anteil der Arbeiter an der Verwaltung. — Alle diese Forderungen galten nur „zunächst" und machen noch lange nicht den sozialdemokratischen Staat aus. Dieser ist erst erreicht durch „die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln (Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel) in gesellschaftliches Eigentum und durch die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion". Damit wird auf einmal „Elend und Unterdrückung" sich verwandeln zu „höchster Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung". All das beruht auf der statistisch falschen Theorie von Marx von der fortschreitenden Verelendigung des Arbeiters, vom notwendigen Untergang des Kleinbetriebs, vom Versinken der Mittelschichten, der Kleinbürger, der Bauern, vom immer erbitterteren Gegensatz zwischen den zwei feindlichen Heerlagern der Bourgeoisie und des Proletariats.

Otto Hammann suchte in der Schrift „Die kommunistische Gesellschaft, Lehren und Ziele der Sozialdemokratie" den Nachweis zu liefern, daß das neue Programm noch radikaler sei als das alte.

Beim Berliner Bankkrach demonstrierte das Publikum besonders vor dem verkrachten Bankhaus Friedländer und Sommerfeld.

Schulze-Gävernitz schrieb „Zum sozialen Frieden".

Lazarde. Paul de Lagarde (eigentlich Böttticher), † 22. Dezember 1891, hatte sich als entschiedener und konsequenter Gegner des Liberalismus, der „grauen Internationale", bekanntgemacht. Seine organische Staats- und Gesellschaftsauffassung hat auf uns Jüngere damals stark gewirkt und die romantischen Elemente unserer nationalen Kultur gestärkt. Sehr tief ging allerdings sein Einfluß nicht. Schon der Eintausch eines französischen Namens mit seinem legitimen weist auf etwas Pose.

Manche Worte des Kaisers erregten die Gemüter. So glaubte bei einem Kommers zu Ehren von Helmholtz und Virchow der Rektor der Berliner Universität die Studentenrede des Kaisers ergänzen zu müssen (7. Nov.). Er sagte, der Kern und die Blüte der Studentenschaft bestehe denn doch aus jenen, die wirklich studieren, nicht nur aus jenen Musensöhnen, die mehr die „ritterliche" Seite des Studententums vertreten. Die Anerkennung des Kaisers sei vor allen diesen zuteil geworden, weil die wirklichen Studenten keine Anerkennung brauchen, sie tun einfach ihre Schuldigkeit. Studenten.

Großes Befremden erregte es auch, daß der Kaiser bei einem Besuch in München Mitte November in das Fremdenbuch der Stadt die Worte eintrug: „Suprema lex Regis voluntas esto.“ Man wußte nicht recht, ob das eine Huldigung für das bayrische Königtum oder ein Stich gegen Bismarck sein sollte. Noch aufregender war das Wort, das der Kaiser bei der Vereidigung der Rekruten in Potsdam gesprochen haben soll: „Ihr habt mir Treue geschworen, ihr seid jetzt meine Soldaten, ihr habt euch mir mit Leib und Seele ergeben. Es gibt für euch nur einen Feind, und der ist mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen, was ja Gott verhüten möge, aber dann müßt ihr meine Befehle ohne Murren befolgen. Vor allem eins: vergeßt nicht euer Vaterunser, das ihr als Kinder gelernt habt; es hilft aus vieler Not, ich weiß es.“ Es ist kaum möglich, daß sich der Kaiser so ausgedrückt hat; aber es ist Tatsache, daß es gesagt wurde. Kurz darauf sagte der Kaiser bei der Vereidigung in Berlin auch sehr selbstbewußte Worte.

Bismarck. Als um diese Zeit Bismarck auf einer Reise von Varzin nach Friedrichsruh Berlin passierte, wurden ihm auf den Bahnhöfen begeisterte Ovationen gebracht. Die Mißstimmung der Bevölkerung über die angeblichen Reden des Kaisers trug sehr viel dazu bei, das früher schwankende Ansehen Bismarcks zu heben. „Die Presse ruft die Verfassung an und wettert gegen den Byzantinismus. Die Beamten raunen sich mit finstern Mienen scharfe Bemerkungen zu. Die Professoren flechten in ihre Vorlesungen historische und staatsrechtliche Betrachtungen ein, daß von je der Germane ein Königtum, aber kein unumschränktes gehabt habe. Die Geistlichen predigen über den Spruch, daß das höchste Gesetz der Wille Gottes ist. Das Volk ist in einer nicht bloß mißmutigen, sondern geradezu aufgeregt oppositionellen Haltung.“ So die „Preußischen Jahrbücher“.

Im Reichstag sprach am 27. November der Freisinnige Rickert von der zunehmenden Beunruhigung im Lande und von der Amtsmüdigkeit
Caprivi. Caprivis. Dieser wies das zurück, gab aber zu: „Es läßt sich nicht wegleugnen: es geht durch das Land ein Pessimismus, der mir bedenklich ist. Solange deutsche Philosophen allein sich mit dem Pessimismus beschäftigten, mochte das für manchen eine anziehende Beschäftigung sein. Wenn diese geistige Richtung aber übergeht in weitere Kreise, die auf Handeln und Arbeiten angewiesen sind, dann wird der Pessimismus gefährlich; denn ich wüßte nicht, warum, wenn alles eitel ist und bei nichts etwas herauskommt, man sich dann noch quälen soll. Ich lese alle Tage: die Regierung taugt nichts, es geht mit Deutschland immer weiter bergab.“ Caprivi kam dann auch auf die Furcht vor Rußland und dessen Allianz mit Frankreich zu sprechen. Er meinte, daß keine Regierung heutzutage wünschen kann, einen Krieg zu provozieren. Keine Macht hat ein so prononziertes Übergewicht in der Weltlage, daß sie mit leichtem Herzen sagen sollte: Wir wollen jetzt den Krieg anfangen. Das Bewußtsein, daß der kommende Krieg einen sehr ernsten Charakter annehmen wird, hat sich in der ganzen Welt verbreitet ... Ich will nicht gesagt haben, daß wir nun Wehr und Waffen ablegen könnten.

Der jetzige Zustand der Rüstungen wird voraussichtlich noch lange dauern; daran werden die Zusammenkünfte in Rom nichts ändern." Dann sprach Caprivi noch über den Vertrag mit England, leugnete aber, daß es dabei noch eine geheime Abmachung gebe. Man habe genug Afrika. „Das Schlimmste, was uns passieren könnte, wäre, wenn einer uns ganz Afrika schenkte." Der deutsche Besitz in Ostafrika sei aber ein Vielfaches von dem wert, was der englische Besitz wert ist. Helgoland sei im Falle eines Krieges unschätzbar. Caprivi beruhigte ferner die öffentliche Meinung in bezug auf Elsaß-Lothringen und Polen. Er trat sodann dem Militärpessimismus entgegen, wonach die französische Armee der deutschen überlegen sein solle. An Zahl vielleicht, nicht an Qualität. „Mir will scheinen, daß die künftige Kriegführung immer mehr den Gang nehmen wird, daß es auf Handlungen Einzelner ankommt, die sich freiwillig in Masse zusammenfassen müssen. Wir werden große Gefechte und Schlachten erleben, wo in erster Linie nur wenige Offiziere noch da sind. Dann wird der Mann sich selbst überlassen sein. Keine andere Nation hat in dieser Beziehung so viel Chancen für den nächsten Krieg wie die deutsche." — Richter machte die Bemerkung, daß Caprivis Rede gegen Bismarck gerichtet war: „In einem kürzlich erschienenen Buch eines Verehrers des Fürsten Bismarck (‚Fürst Bismarck im Ruhestande') sind alle Äußerungen des Fürsten gesammelt, die er gegen seinen Nachfolger getan hat. Caprivis Rede hat diesen Strauß Blume für Blume zerpflückt."

Bei der Beratung der Handelsverträge mit Österreich, Italien und Belgien (10. Dez.) sagte Caprivi: „Es ist in der letzten Zeit eine weltgeschichtliche Erscheinung zum Bewußtsein der Völker gekommen, die ich hoch anschlage: das ist die Bildung großer Reiche, das Selbstbewußtsein dieser Reiche, das Bestreben, sich gegen andere abzuschließen. Unser östlicher Nachbar (Rußland) verfügt über ein Gebiet, das von der Zone nördlich vom Himalaya bis an das Eismeer reicht; er ist imstande, fast alle Produkte, die ein Reich zu seiner Existenz braucht, selbständig hervorzubringen ... Jenseits des Ozeans nimmt die Bevölkerungszahl der Vereinigten Staaten von Jahr zu Jahr zu, ebenso ihr Kraftbewußtsein, die Energie, mit der sie ihre eigenen Interessen verfolgen. Als im vorigen Jahre diese Erscheinung zum erstenmal auftrat, war man bei uns darüber erstaunt, und ich habe Äußerungen gehört, das wäre völkerrechtlich nicht zulässig. Ja, jeder Staat hat, und darin unterscheidet er sich vom Individuum, als erste Pflicht die der Selbsterhaltung[1]), und darin werden die Staaten in absehbarer Zeit viel weiter gehen als bisher. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zwischen den Staaten zu einer Art von Kriegführung kommt, in der nicht geschossen wird, in der sie den Gesetzesparagraphen und die Tarifposition in der Hand haben. Auch in Australien wächst die Bevölkerung. China ist am Anfang einer großen Umwälzung ... Auf alle Fälle ist klar: Wir haben es mit

Große Reiche.

[1]) Diese Unterscheidung bestreiten wir entschieden.

großen Staaten zu tun, die zur Rücksichtslosigkeit gegen andere neigen werden. Der Schauplatz der Weltgeschichte hat sich erweitert; damit sind die Proportionen andere geworden, und ein Staat, der als europäische Großmacht eine Rolle in der Geschichte gespielt hat, kann bald zu den Kleinstaaten gehören. Wollen nun die europäischen Staaten ihre Weltstellung aufrechterhalten, so werden sie nicht umhin können, eng aneinander sich anzuschließen. Es ist nicht unmöglich, daß die Zeit kommen wird, wo sie einsehen werden, daß sie Klügeres zu tun haben werden, als sich gegenseitig das Blut auszusaugen, weil sie im wirtschaftlichen Kampf ums Dasein genötigt sein werden, alle ihre Kräfte einzusetzen." Dabei kam aber besonders der Gegensatz zwischen Agrariern und Industriellen zur Geltung.

Bismarck. Über die Handelsverträge sprach auch Bismarck, als ihm eine Siegener Deputation am 12. Dezember den Ehrenbürgerbrief der Stadt überreichte: „Ich bin aus den amtlichen Beziehungen zu Ihrer Industrie heraus und kann auch jetzt in Berlin die Sache nicht angreifen. Wenn ich hinkäme und im Reichstag den Mund auftäte, so müßte ich der herrschenden Politik schärfer entgegentreten, als ich es bisher meiner Stellung und meiner Vergangenheit angemessen finde ... Wer hat denn diese Bestimmungen entworfen? Geheimräte, Konsumenten, auf die das Bibelwort paßt: sie säen nicht, sie ernten nicht, Herren, die der Schuh nicht drückt. Die Bürokratie ist es, an der wir überall kranken. Ich würde nie den Mut gehabt haben, auf zwölf Jahre den Sprung ins Dunkle zu tun. Die Härten der neuen Verträge werden sich bald herausstellen. Die Schmerzen, wenn die neuen Stiefel erst angezogen sind, werden folgen ... Ich bin fünfzig Jahre im Dienste des Staates gewesen. Gegen dessen Leiter öffentlich aufzutreten, widerstrebt mir; es müßten stärkere Gründe vorliegen. Die Nötigung dazu läuft mir nicht weg, aber ich will es noch abwarten. Dies als Entschuldigung, daß ich hier auf der Bärenhaut liege, anstatt mein Mandat zu erfüllen."

Caprivi kam am 18. Dezember noch darauf zurück, daß er in der Mac-Kinley-Bill und im Panamerikanismus politisch wichtige Aktionen erkenne. — Der Kaiser nahm am selben Tag Gelegenheit, bei der Einweihung des neuen Ständehauses in Teltow dem Reichskanzler

Handelsverträge. Caprivi für das rasche Zustandekommen der Handelsverträge zu danken: „Dieser schlichte preußische General hat es verstanden, in zwei Jahren sich in Themen einzuarbeiten, die zu beherrschen selbst für den Eingeweihten schwer ist. Mit weitem politischen Blick hat er es verstanden, im richtigen Augenblick unser Vaterland vor schweren Gefahren zu behüten. Ich glaube, daß die Tat, die durch Einleitung und Abschluß der Handelsverträge für alle Mit- und Nachwelt als eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse dastehen wird, geradezu eine rettende zu nennen ist ... Trotz Verdächtigungen und Schwierigkeiten, die dem Reichskanzler und meinen Räten von den verschiedensten Seiten gemacht worden sind,

ist es uns gelungen, das Vaterland in diese neuen Bahnen einzulenken. Nicht nur unser Vaterland, sondern Millionen von Untertanen der anderen Länder, die mit uns bei dem großen Zollverband stehen, werden dereinst diesen Tag segnen." Gleichzeitig verlieh der Kaiser dem Kanzler den Grafentitel.

„Graf" Caprivi.

In gleichem Geist schrieb Kaiser Wilhelm unter sein Bild, das er dem Staatssekretär des Reichspostamts, Dr. v. Stephan, zugehen ließ: „Die Welt am Ende des 19. Jahrhunderts steht unter dem Zeichen des Verkehrs; er durchbricht die Schranken, welche die Völker trennen, und knüpft zwischen den Nationen neue Beziehungen an."

Freiherr v. Soden wurde zum Gouverneur des deutsch-ostafrikanischen Schutzgebietes ernannt; Wißmann, Peters und Emin wurden ihm als Reichskommissare beigegeben. Es konstituierte sich eine Eisenbahngesellschaft für Deutsch-Ostafrika.

Große Befriedigung erregte in Elsaß-Lothringen die endliche Abschaffung des Paßzwanges gegen Frankreich.

Als König Karl von Württemberg starb, folgte ihm sein Neffe Wilhelm II.

Fall Heinze.

Das Strafverfahren gegen die Eheleute Heinze offenbarte grauenvolle Mißstände in Berlin. Darüber sagte ein Erlaß des Kaisers vom 22. Oktober: „Der Heinzesche Prozeß hat in erschreckender Weise dargelegt, daß das Zuhältertum neben einer ausgedehnten Prostitution in den großen Städten, insbesondere in Berlin, sich zu einer gemeinen Gefahr für Staat und Gesellschaft entwickelt hat . . . Es wird der Polizei ein kräftiges und unter Umständen rücksichtsloses Vorgehen gegen die Ausschreitungen jener verworfenen Menschenklasse zur Pflicht zu machen, zugleich aber werden die Exekutivbeamten darüber zu vergewissern sein, daß sie bei tatkräftigem Vorgehen nicht nur meine Anerkennung, sondern auch meinen Schutz finden werden. Was die Anwendung der Strafgesetze anlangt, so wird darauf hinzuwirken sein, daß die Gerichte bei ihrem Urteil sich nicht von einer falschen Humanität leiten lassen und demgemäß auch bei ersten Fällen auf ein möglichst hohes Strafmaß erkennen. Auch das Strafverfahren wird einer Prüfung zu unterziehen und werden Maßregeln zu erwägen sein, welche es verhindern, daß Verteidiger es zu ihrer Aufgabe machen, dem Unrecht selbst durch frivole Mittel zum Siege zu verhelfen . . ."

Rumänien.

Als König Karl von Rumänien einige Tage in Berlin weilte und den Reichskanzler besuchte, deutete die „Post" am 1. November an, daß ein Beitritt Rumäniens zum Dreibunde nur unter der Bedingung einer Garantie des Besitzstandes des Königreichs Rumänien von seiten Deutschlands und Österreichs von Bedeutung sein könnte, daß aber, abgesehen davon, daß der Dreibund bereits festgelegt und gefügt ist, solche Garantien nur dann Sinn und Wert haben, wenn der Staat, für den die genannten Mächte Garanten werden sollen, ein Äquivalent an Macht und Bedeutung zu bieten hätte, was bei Rumänien in bezug auf Deutschland und Österreich nicht zutreffen möchte." — Im November weilte auch der russische Minister des Auswärtigen, v. Giers, von Paris kommend, zwei Tage in Berlin und wurde vom Kaiser und vom Kanzler empfangen.

Literatur.

In den „Historisch-politischen Blättern" erhob sich ein Streit um die Bedeutung Grillparzers im Vergleich zu den Weimarer Klassikern. Eine Stimme aus Wien (L. v. F.) betonte die Keuschheit Grillparzers. Eine keusche Natur sei nicht ohne höhere Weltanschauung, ohne ethische Gesichtspunkte, ohne religiöse Wärme denkbar. „In ethischer Beziehung über dem Kämpfer für die Menschenrechte steht der Kämpfer für die Menschenpflicht, und es gibt einen deutschen Dichter, dessen schönste Werke dieser Gedanke beherrscht: Grillparzer." — Ein Aufsatz über „die Katholiken und die Sozialdemokratie" schließt: „Der erfolgreichste Kampf gegen die Sozialdemokratie ist die Wegräumung aller Kulturkampfgesetze, die Beseitigung aller die Kirche einengenden Schranken." — Die Enthüllungen über österreichische Freimaurerei werden fortgesetzt („Licht ins Dunkel"). — Der protestantische Theolog Norwegens Krogh-Tonning sagte in einem Epilog zu den apologetischen Vorträgen des Dominikanerpriors Scheer in Christiania treffliche Worte, Vorspiele seiner Konversion. Er zitierte das Dichterwort über die protestantische Kirche: „Die Kirche ist ein Armutshaus, einsam und verraten, rings deckt der Verwüstung Graus unsrer Väter Taten. Nackt ist alles hier und kalt; ihre einst'ge Blüte raubten Frevlerhände, bald wohnt sie nur zur Miete." Und er schloß: „Die katholische Kirche ist eine Gesellschaft, die sich im Besitz einer größern inneren Kraft gezeigt hat, als irgendeine andere Gesellschaft in der Welt. Sie hat die Angriffe von Jahrhunderten überlebt. Es gab keine Macht, die sich stark genug erwiesen hätte, dem großen Bismarck auf seiner Siegesbahn zu widerstehen, bis es sich zeigte, daß Rom stark genug war, ihn aufzuhalten, ja ihn nach Canossa zu senden voll Reue und Leid, weil er einsehen mußte, daß er seine Kräfte überschätzt hatte. Rom wich nicht einen Zoll in dem, was es dem Wesen seiner Kirche gemäß für notwendig erachtete. Bismarck dagegen mußte weichen. Die Priester Roms ließen sich ihr Einkommen abnehmen, ließen ihr Vermögen konfiszieren, ließen sich aus ihren Stellen vertreiben, während der Staat ihnen gleichzeitig alles bot, was sie wünschen konnten, für nur ein wenig Fügsamkeit. Diese Priester wanderten ins Gefängnis mit ihren Bischöfen, weil sie ihrer Pflicht nicht untreu werden wollten . . ." — Über den „Kanzler im Ruhestand" heißt es nach Zitaten liberaler Zeitungsstimmen: „Es gibt heute niemanden mehr, der die Rückkehr des Fürsten Bismarck wünscht . . . Er imponierte überhaupt nicht mehr." Man fühlte, daß der „größte Staatsmann des Jahrhunderts" peinliche Zustände als sein Erbe hinterlassen hatte. Sehr bedenklich war sein „unmännliches Auftreten" nach dem Sturz. Er, der früher jeden Widerspruch gegen den königlichen Willen als Republikanismus gebrandmarkt hatte, setzte sich nun der königlichen Regierung so schroff entgegen. Er sagte zu einem Reporter des Pariser „Petit Journal" mit Schmeicheleien für die französische Presse: „Der Kaiser hat seinen Ruhm noch zu erringen, ich habe den meinigen zu behüten, ich verteidige ihn." Sogar die „Allgemeine Zeitung" fand es begreiflich, daß Wilhelm II. mit einem so despotischen Charakter nicht auskommen konnte. Er hatte die halbe Nation durch seine Reptilienpresse vergiftet. Die Korruption dieser Presse rächte sich nun an ihm. Sie ließ ihn ganz fallen. — Mit Recht rühmen sich die „Blätter" des Verdienstes, daß sie zuerst einen kritischen Maßstab an den übermäßig gepriesenen Berliner Historiker Ranke anlegten. Nun zeigte die Papstgeschichte Pastors, wie schlecht fundiert Rankes Hauptwerk

(seine „Römischen Päpste") war. Auch „Rembrandt als Erzieher" tadelte „das Tonlose, Farblose, geistig Charakterlose" in Ranke; es fehle Gesinnung. — Es fiel auf, daß der „entlassene und gottverlassene Kanzler" seine russische Politik in die Öffentlichkeit zerrte; dafür erkannte Kaiser Wilhelm, Bulgarien dürfe nicht länger „Hekuba" bleiben. — Die enge Verbindung des Judentums mit der Sozialdemokratie wird hervorgehoben.

In Band 108 der „Historisch-politischen Blätter" wird das Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche" von Paul Göhre, Kandidaten der Theologie, besprochen. Die Arbeiterfrage sei keine bloße Magen- und Lohnfrage, sondern auch eine Bildungs- und religiöse Frage. Die pessimistische Auffassung des Protestanten erschien als Folge des Mangels eines klaren, unantastbaren kirchlichen Bekenntnisses. Die Blätter nennen ihn einen protestantischen Hitze. — Im weiteren wird von der „Himmelsstraße" des Stephan von Landskron († in Wien 1477) berichtet (108, 207). Das Nationalitätsprinzip wird wiederholt als „die große Ketzerei des 19. Jahrhunderts" bezeichnet. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Religion wird betrachtet. Ebenso die Pläne zur katholischen Annäherung an die französische Republik. — Als in Berlin eine Schrift erschien unter dem Titel: „Das Ende der Politik des Fürsten Bismarck", heißt es (459): „Diese Blätter haben, insbesondere seit der Kanzlerrede vom 6. Februar 1888, den Verdacht nie mehr zu unterdrücken vermocht, daß der Verrat an Österreich hinter dem Dreibund Bismarckscher Auffassung lauere, und seitdem sein Schöpfer in Friedrichsruh grollt, nimmt er gegen den Bundesgenossen in Wien kaum mehr ein Blatt vor den Mund. Seine Klagen sind endlos, daß die von ihm wiederangebahnte Freundschaft mit Rußland durch die neue Regierung, die nicht wisse, wie diplomatische Geschäfte gemacht werden, zerstört sei." — Bei Gelegenheit der Trierer Heiligtumsfahrt wird an das Wort des Papstes Pius IX. erinnert: „Gebt mir eine Armee Beter!"

Von Paul Majunke erschien „Luthers Testament an die deutsche Nation. Seine letzten Worte . . ." und „Die historische Kritik über Luthers Lebensende". Darüber berichtete auch die Schlußlieferung von Georg G. Evers: „Martin Luther. Lebens- und Charakterbild, von ihm selbst gezeichnet in seinen eigenen Schriften und Korrespondenzen." — Der Elsässer A. Kannengieser schrieb (französisch) über die „deutschen Katholiken". Es wunderte die Franzosen, daß im Reichstag 23 Geistliche saßen. Es heißt Seite 830: „Die Bedeutung der Zentrumspartei, nicht lediglich der Zentrumsfraktion, für unser öffentliches Leben ist nie größer gewesen; sie ist unter den Parteien der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht." — Die Beuroner Malerschule und ihr heiliger Kreuzweg werden in den „Blättern" besprochen. — Ausführlich wird hier noch einmal über „Rembrandt als Erzieher" referiert, dessen 37. Auflage vermehrt war durch den Passus über „Katholizismus". Der anonyme „Deutsche" sagt, daß Luther die Wahl stelle zwischen dem „weiten Herzen" des Katholizismus und dem „engen Gewissen" des Protestantismus. Er erinnert daran, wie manche der besten Protestanten, so Shakespeare[1]), Bach, Bacon, Leibniz, Lessing, Novalis, Hebbel, Goethe, Lagarde, eine katholikenfreundliche Ader aufweisen. Neben dem „Eine feste Burg ist unser Gott" muß das „Veni Creator Spiritus" seinen Rang voll

Rembrandt als Erzieher.

[1]) Shakespeare war übrigens zweifellos Katholik.

behaupten. „Ja in den jetzigen Zeiten geistiger Dürre hat der Deutsche besondere Veranlassung, den Schöpfer Geist anzurufen; derselbe hat sich bis jetzt noch nicht auf der ‚Burg' des deutschen Reiches niedergelassen." Die durch Luther eingeleitete religiöse Bewegung habe auch ihre Schattenseiten gehabt und die Gerechtigkeit erfordre, dies hervorzuheben. So besonders die Bilderstürmerei; gerade im Marien- und Heiligenkultus liege ein ausgesprochen germanischer Zug, den Luther zu rasch abgelehnt habe. In einem vorwiegend der Kunst gewidmeten Zeitalter müsse der vorwiegend künstlerischen Religion, dem Katholizismus, ein geräumiger Platz gewahrt werden. Er habe nicht mit der Vergangenheit gebrochen. Durch die Reformation seien auch sonst manche vorzügliche Quellen des geistigen wie sittlichen Lebens den Deutschen abgegraben worden; sie habe vielfach die äußere und innere Freudigkeit aus dem deutschen Herzen verdrängt. Die katholische Legende und frühere Kirchentradition enthalte einen reichen Schatz sowohl von Poesie wie Religiosität, welcher von den Durchschnittsprotestanten keineswegs genügend gewürdigt werde. Die Geschichte schreite über große Persönlichkeiten weg und sei noch mächtiger als Luther. Die „dritte Reformation" werde in ihren letzten Konsequenzen über die notwendige aber negative Größe eines Luther hinausführen, zurück zu dem milden poesievollen deutschen aristokratischen Gemütsleben des Mittelalters, zurück zu den tiefen mütterlichen Instinkten der frühesten christlich-germanischen Periode. — Zu diesem Bekenntnis gehörte Mut in der Ära des „evangelischen Bundes", in welcher die Verfolgung der Katholiken wieder als Werk hervorragender Güte angesehen wurde. Mit Recht bemerken die „Historisch-politischen Blätter": „Der Mann, der dies schrieb, hat noch nicht alles gesagt, was er im Kopf und im Herzen hat; er hat noch nicht alles gelernt, aber er hat sich als lernfähig erwiesen . . . Sein Buch wird sterben müssen, um aus einer negativen Größe eine positive zu werden, um seine Auferstehung zu feiern in einem andern, das viel einfacher, kindlicher, wirksamer sein wird, weil es christlich ist im vollen Sinn . . . Rembrandt wird in ihm sterben müssen, damit Christus in ihm Gestalt annehmen kann."

Bewer. Max Bewer suchte in der Schrift „Bismarck und Rembrandt" den Rembrandtdeutschen zu übertrumpfen; er schrieb: „Wenn man Jean Paul durch Moltke dividiert, so erhält man Bismarck." „Auf dem Schlachtfelde von Königgrätz steht Bismarck in der helldunklen Beleuchtung seiner Wesenheit . . . als wenn das Schwarz und Weiß der preußischen Feder seine Seele durchflattre . . . Hier liegen die Farben, mit welchen Beethoven, Shakespeare, Rembrandt die göttliche Stimme der Natur in uns wachrufen . . . Schlachten, Weltfrieden, Waldleben, diplomatische Weltsprache, Schroffheit, Humor — in allem das Wechselspiel von Nacht und Tag . . . das Genie!"

Moltke. Es erschienen Moltkes Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten", das Denkmal eines feinen, fast frauenhaften Geistes.

Für Moltkes Charakter bezeichnend ist ein Ausspruch, den Sybel in der „Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I." (7, 331; 1894) erzählt: Moltke habe in jener Stunde, da Bismarck die Emser Depesche umredigierte, gesagt: „Wenn ich in diesem Kriege unser Heer führen könnte, so möchte gleich darauf (indem er sich auf die Brust schlug) dieses Gerippe der Teufel holen."

Helgoland. Man machte sich Sorgen wegen der befürchteten Zerstörung Helgolands durch das Meer. Die Insel soll um das Jahr 800 etwa 50mal

so groß gewesen sein als jetzt; das wurde allerdings bestritten. Immerhin berechnete man das völlige Verschwinden der Insel auf einen Zeitraum von weniger als 12.000 Jahren.

Stenzel schrieb über „Helgoland und die deutsche Flotte".

Arno Holz offenbarte die Absurditäten des konsequentesten Realismus in der Schrift „Die Kunst, ihr Wesen und ihre Gesetze". — Ludw. Jacobowski gab die Grundlegung zu einer realistischen Entwicklungsgeschichte der Poesie in der Schrift „Die Anfänge der Poesie". — Hermann Bahr, Bahr. der bereits 1890 eine „Kritik der Moderne" schrieb (das Wort ist, glaub' ich, von ihm), schrieb nun bereits von der „Überwindung des Naturalismus". — Eine andere Programmschrift der „Moderne" gab Konrad Alberti mit dem Buch „Natur und Kunst". Er pries den Ästhetiker des Jungen Deutschland, Ludolf Wienbarg, der die Untrennbarkeit von Kunst und Leben zum Kriegsruf seiner „ästhetischen Feldzüge" gemacht, als größten deutschen Ästhetiker.

In anderer Weise habe ich damals meine Poetik zusammengefaßt in dem „Kunstbüchlein gerechten gründlichen Gebrauchs aller Freunde der Kunstbüchlein. Dichtkunst". Eine eingehende Kritik darüber finde ich in der „Allgemeinen Zeitung" (21. Aug., Beilage); sie hebt den Zusammenhang mit der Romantik des Novalis hervor und mit der Poesie des Mittelalters, der ich den Wahlspruch entnahm: „Die rechte Kunst ist Gottes Bote." Sonst werden aus meinem Büchlein folgende Sätze ausgehoben: „Die Absicht dieser Blätter ist nicht, Neuerungen aufzubringen, im Gegenteil, sie wollen das alte verlassene Paradies der Kunst wieder aufsuchen; ihre Absicht ist nicht revolutionär, sondern konservativ, nicht sektiererisch, sondern irenisch." Dann folgen die Hauptthesen: „1. Ohne eine klare Weltanschauung ist künstlerisches Schaffen nicht denkbar. 2. Die Weltanschauung muß religiös sein, das heißt, über den Zusammenhang des Unendlichen mit dem Endlichen, des Unbedingten mit dem Bedingten Aufschluß geben. 3. Sie muß positiv, bejahend sein, vereinigend, nicht kritisch scheidend. Sie muß eben die wahre Weltanschauung sein, deren Kern dieser ist, daß wir uns hier auf der Erde in einem Zustand vorübergehenden Kampfes gegen alles Übel befinden, daß dieser Zustand aber nicht unser wesentlicher sei, daß höhere Mächte auf diesen Kampf Einfluß haben. Das ist die Weltanschauung, welche in den griechischen Mysterien gelehrt wurde, welche hyperboreischer Nationalglaube war, welche endlich das Christentum als frohe Botschaft weitesten Kreisen verkündigte. Wem diese Weltanschauung eigen ist, der ist ein Künstler, weil er die Welt mit dem Auge eines Geistes ansieht, der sich noch erinnert, daß er bei der Weltschöpfung dabei war . . ." „Die Kunst ist von Haus aus im Besitze des Stoffes, den sie zu bearbeiten hat. Sie braucht sich um keinen anderen weiter zu bemühen, sie braucht nichts mehr zu erfinden. Dieser Stoff ist die Sage. Unter der Sage verstehe ich die Gesamtheit der überlieferten Kunden von göttlichen oder himmlischen Dingen, die in die endliche Welt hereingreifen. Die Sage ist die ‚Idee' der Welt. Der Künstler ist ihr Wahrer". (Ich habe diese Gedanken später viel unzweideutiger ausgeführt.) Die Zitate gehen weiter: „Man kann allerdings keine neue Kunst erfinden; aber dennoch hat jede Zeit den Beruf, der Kunsttätigkeit eine ganz bestimmte Richtung zu geben und ein bestimmtes Problem zu lösen. Diese Probleme haben von jeher in der Ausgleichung verschiedener Kulturelemente bestanden, aus welchen

sich eine neue Einheit zu bilden hatte. In der vollkommenen Lösung einer ähnlichen Aufgabe besteht die unerreichte Größe der hellenischen Kultur. Seitdem sind neue Kulturelemente hinzugekommen, aber nie dauernd überwunden und aufgelöst worden. Dies also und nichts anderes steht noch immer als Aufgabe der Kunst der Gegenwart da. Sie soll die drei Kulturelemente, die jetzt noch mehr als in vergangenen Jahrhunderten ohne gegenseitige Beziehung in der Luft schweben, nämlich das Antike, das Christliche, das Germanische verbinden, verschmelzen und also sich gegenseitig befruchten lassen, daß aus der Durchdringung aller eine neue, in sich gleichartige, der klassischen und romantischen ebenbürtige Bildung erwachse." Neben diesen Anschauungen, die sich in mir hauptsächlich schon in den Jahren 1876 bis 1880 festgewurzelt hatten, war auch bereits gleichzeitig der Plan fast aller meiner Arbeiten auf dem Gebiete der Poesie, der Philosophie, der Geschichte entstanden, die ich seitdem vollendet oder noch nicht vollendet habe. Obwohl der Verfasser jenes Referats (Anton Bettelheim) als Liberaler nicht unterlassen hatte, seine Bedenken gegen alle meine Thesen zu äußern, wurde er doch heftig von Fritz Mauthner angegriffen, daß er sich überhaupt mit so gesinnungswidrigen Dingen eingelassen habe. Bettelheim mußte sich dagegen verteidigen und hat in Zukunft noch größere Vorsicht walten lassen.

Weimar. Aus Anlaß der vor hundert Jahren erfolgten Übernahme der Leitung des Hoftheathers fanden in Weimar (Mai) Feierlichkeiten statt; es wurden beide Teile des „Faust" aufgeführt, ferner Peter Cornelius' hinterlassene Oper „Gunlöd", Ifflands „Jäger", ein Epilog von Wildenbruch, der Goethe und Schiller redend auf die Bühne brachte; endlich folgte die Erstaufführung von P. Heyses Volksschauspiel „Die schlimmen Brüder": „Dieses seltsame Werk ist eine philosophische Allegorie."

Ungewöhnlich groß war dieses Jahr der Andrang zu den Baireuther Wagner-Festspielen. Auf dem Münchener Hoftheater wurde Liszts Oratorium „Die heilige Elisabeth", Dichtung von Otto Roquette, nach dem Vorgang anderer Bühnen szenisch dargestellt, immer mit weihevollstem Erfolg.

Volksbühne. Auf der Wormser Volksbühne wurde in der Art des Lutherfestspiels nun auch ein Spiel von der heiligen Elisabeth (von W. Henzen) aufgeführt. Dies Volksbühnenspiel, „Die heilige Elisabeth", wurde auch zu Leipzig in der Alberthalle des Kristallpalastes gegeben. In Köln spielten Dilettanten Hans Herrigs Volksschauspiel „Friedrich der Rotbart" im Saal der Lesegesellschaft. — „Andreas Hofer" wurde als Freiluftdrama zu Oberdorf in Bayern unweit der Tiroler Grenze aufgeführt (Ill. Ztg., 30. Mai).

Studenten der Bonner Universität führten die Orestie („Agamemnon") des Äschylus nach Wilamowitz auf; bald darauf auch die Gymnasiasten in Hannover nach Droysen die ganze Trilogie; sie dauerte hier $3^1/_2$ Stunden (Allg. Ztg., 24. Sept., Beilage).

In Berlin wurde Wildenbruchs historisches Schauspiel „Der neue Herr" (der große Kurfürst) aufgeführt.

Karl du Prel, der Spiritist, schrieb den „hypnotisch-spiritistischen Roman": „Das Kreuz am Ferner."

Carriere wies in der „Allgemeinen Zeitung" nach, wie verheerend Nietzsches Buch „Jenseits von Gut und Böse" gewirkt habe. Beispiel: Sudermanns „Sodoms Ende".

Die deutsche Literatur verlor in Oskar v. Redwitz ein poetisches Talent, das seine ganze Kraft niemals ganz zusammenzufassen bereit war und darum von entgegengesetzten Tendenzen der Kritik übler behandelt wurde, als er es verdiente. Er wird ein interessantes Problem, eine repräsentative Erscheinung seiner Zeit bleiben. Redwitz.

Conrad Wilbrandt schilderte „Des Herrn Friedrich Ost Erlebnisse in der Welt Bellamys" mit völliger Enttäuschung über den Kommunismus.

J. Winter und Aug. Wünsche gaben eine prosaische und poetische Anthologie der „jüdischen Literatur seit Abschluß des Kanons".

Alb. Liptay beschrieb „Eine Gemeinsprache der Kulturvölker". Er beschrieb das System des Bischofs Wilkinson, des Pater Soto Ochando, die Ideographie des Sinibaldo de Mas, das Volapük des Pfarrers E. M. Schleyer, Ernst Steiners Pasilingua, Eugen Laudas Kosmos und Esperantos Lingvo internacia. Liptays Gemeinsprache war ein vereinfachtes Romanisch.

Hans Schmidkunz begann Flugschriften „Gegen den Materialismus" herauszugeben. Aus Fr. Th. Vischers Nachlaß erschienen seine Gedichte unter dem Titel „Allotria". Über Bismarck-Literatur berichtete Alfred Dove in der „Allgemeinen Zeitung", 24. Dezember, Beilage. Erwin Rohde gab das schöne Buch: „Seelenkult und Unsterblichkeitsglaube der Griechen."

Ulrich Jahns „Volksmärchen aus Pommern und Rügen" gaben auch Märchen, in denen Friedrich der Große erschien, wie denn die Sage sich auch um Persönlichkeiten der Gegenwart rankt, so um den Kronprinzen Erzherzog Rudolf, der nicht als tot galt, sondern als zurückgezogen in einer Fabrik als Arbeiter, oder, wie man noch im Weltkrieg sagte, in Rußland, von wo er als russischer Großfürst oder General sein undankbares österreichisches Vaterland bekriegt habe.

H. Brunn und P. Arndt gaben „Griechische und römische Porträts" heraus. Wustmanns „Sprachdummheiten" mahnten die Schriftsteller, reindeutsch und rechtdeutsch zu schreiben; das Buch übte eine reinigende Wirkung aus trotz übertriebener Pedantereien.

Es entspann sich ein Streit über die Persönlichkeit von Beethovens „unsterblicher Geliebten", ob Gräfin Therese Brunswick oder Gräfin Giulietta Guicciardi, der er die „Mondscheinsonate" widmete.

Anton Springer, ursprünglich Tscheche, Antideutscher und Antiösterreicher, starb in Bonn als Erzpreuße und Professor der Kunstgeschichte. Bei dieser Gelegenheit besprach H. Friedjung den doppelten Renegaten als österreichischen Geschichtschreiber (Allg. Ztg., 1. Juli f.), ohne dessen Schattenseiten ganz zu verschweigen. Springer.

Wie Bugge und andere, suchte auch Elard Hugo Meyer die Hauptanschauungen der Edda als ungermanisch, fremdartig und entlehnt nachzuweisen („Völuspa"; „Die eddische Kosmogonie").

J. H. Vogt versuchte das Wesen der Elektrizität und des Magnetismus auf Grund eines einheitlichen Substanzbegriffes darzulegen im Werk „Die Konstellation der einheitlichen Substanz als Träger der physikalischen Kraftäußerungen".

Es erschien ein „Führer durch Carnuntum". Mommsen klagte noch 1873, daß die Wiener von dem vor ihren Toren liegenden Carnuntum nichts wüßten und nichts dafür täten. Seither wurde 1885 der Verein „Carnuntum" gegründet. Großes Aufsehen erregte das aus den Keilschriften entzifferte „Baby-

lonische Nimrod-Epos" (von Paul Haupt); darüber erschien auch: „Izdubar-Nimrod, eine altbabylonische Heldensage" von Alfred Jeremias.

Das Mausoleum Kaiser Friedrichs in Potsdam erhob sich nach dem Vorbild der Heiligen-Grab-Kapelle zu Innichen in Tirol. Der Sarkophag mit der liegenden Figur des Kaisers Friedrich war von Begas.

Ein typisches Beispiel der Virtuosenkunst war K. Oderichs Kolossalaquarell der Ramsesschlacht mit seinen Schlachtlöwen (Ill. Ztg., 21. März). Leipzig erhielt ein prächtiges neues „Gewandhaus" als musikalische Konzertstätte. Der Entwurf von Bruno Schmitz für ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal der Provinz Westfalen auf dem Wittekindberg wurde preisgekrönt (Ill. Ztg., 7. Febr.). Bruno Schmitz entwarf auch den Plan des Kaiser-Wilhelm-Denkmals auf dem Kyffhäuser.

Auf der internationalen elektrotechnischen Ausstellung in Frankfurt a. M. wurden die Fortschritte von Grammophon und Phonograph demonstriert.

Österreich.

Über die eigentümliche Natur der inneren Verhältnisse Österreichs schrieb die „Wiener Zeitung" am 23. Jänner: „Österreichs Mannigfaltigkeit in Natur, Verhältnissen und Volksinteressen läßt die Eventualität der Bildung und des Bestandes großer, völlig homogener Majoritäten kaum voraussetzen, und es wird immer Aufgabe der Regierung sein, die Politik des Staates unter allen Umständen mit Festigkeit richtigen Zielen zuzuführen. Wer jedoch unser Vaterland, seine Geschichte und seine innere Entwicklung kennt, muß zuversichtlich erwarten, daß infolge der bevorstehenden Wahlen stets eine aus Politikern verschiedener Parteirichtungen bestehende Majorität vorhanden sein werde, bereit, den Aufgaben unserer Gesetzgebung gerecht zu werden und in diesem Sinne eine Regierung zu unterstützen, welcher die Mitwirkung eines jeden gemäßigten, patriotisch Gesinnten willkommen sein wird."

Bei der Eröffnung des neuen Reichsrats, 11. April, betonte die Thronrede „die Pflege der berechtigten Interessen des Kleingewerbes", die Reform der direkten Steuern, die Einlösung der Privatbahnen, die handelspolitischen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten, das Aufblühen des vergrößerten Wien, das Friedensbedürfnis aller Staaten.

Was die hin- und herwogenden nationalen Probleme betrifft, so zogen sich die Alttschechen immer mehr von den Ausgleichspunktationen des Vorjahres zurück; als Vorwand nahmen sie das feindselige Auftreten der Deutschen während der letzten Volkszählung in den gemischtsprachigen Bezirken und ihren Rücktritt von der Mitwirkung an der Landesausstellung. Plener wies diese Anklagen zurück und bezeichnete das Vorgehen der Alttschechen als einen Wortbruch. Nicht die Jungtschechen, sondern die Alttschechen hätten den Ausgleich durch ihren Abfall zerstört. Die Deutschböhmen würden niemals die böhmische, sondern die österreichische Staatsbürgerschaft in die erste Linie stellen, die deutsche Sprache müsse die erste Sprache des Staats sein. Auf der Grundlage des böhmischen Staatsrechts sei der Friede unmöglich. — Eine Parteikonferenz der „Vereinigten deutschen Linken" (8. Febr.) stellte unter Pleners Vorsitz fest: „Die Deutschen stehen den übrigen Nationalitäten

nicht feindselig gegenüber, sie wollen die nationale Entwicklung der nichtdeutschen Volksstämme nicht verkümmern; sie können aber gewisse Ansprüche, welche wesentlich staatsrechtlichen Charakter haben und das ganze einheitliche Gefüge der Staatsverwaltung in Frage stellen, nicht zugeben."

Die Alttschechen zogen sich im März ganz aus dem Wahlkampf zurück, da sich gezeigt hatte, daß das tschechische Volk die Politik der Jungtschechen verlange. Diese erklärten: Die bisherige Behandlung der nationalen Fragen könne nicht zum Ziele führen. Die Verständigung mit den Deutschen sei nur auf dem Boden völliger Gleichberechtigung möglich. Unter Betonung der tiefen staatsrechtlichen Überzeugung der tschechischen Nation wird die Lösung der nationalen Frage auf Grundlage selbständiger freier Entwicklung der einzelnen Reichsteile gefordert. Was für Wien geschehe, müsse auch für Prag und andere Hauptstädte der Kronländer geschehen. Auch die Eisenbahnen sollen dezentralisiert werden. Die Bedeutung der Landtage soll gemehrt werden.

Die böhmische Landesausstellung in Prag, an der sich die Deutschen nicht beteiligten, wurde der Anlaß zu Demonstrationen. Eine Deputation französischer Studenten wurde am 22. Mai mit stürmischem Jubel empfangen und durch tschechische wie französische Ansprachen begrüßt. Die Redner betonten, daß der Germanismus, der gemeinsame Feind, zu bekämpfen sei. In der Tat wurden auch einige Deutsche überfallen und verwundet. Im September traf Kaiser Franz Josef zum Besuch der Ausstellung in Prag ein. Die Begrüßungsreden waren tschechisch und deutsch, die Antwort deutsch und tschechisch. Dem Bürgermeister Scholz gegenüber brachte der Kaiser die panslawistischen Kundgebungen in den Bahnhöfen beim Empfange fremder Ausstellungsgäste zur Sprache und bemerkte mit Nachdruck, derlei hätte ihn sehr geschmerzt, es sei unpatriotisch, und er wünsche, daß sich solches nicht mehr wiederhole. Dagegen sprach er einer Deputation des Prager Stadtrates die Freude aus über die Betätigung der dynastischen Gefühle der Einwohnerschaft. Am 1. Oktober besuchte der Kaiser von Prag aus die Stadt Reichenberg, die größte deutsche Stadt in Böhmen, um auch den Deutschen, trotz ihrer Abstinenz, gerecht zu werden. Er sprach zum Abschied von Böhmen in einem Schreiben an den Statthalter Grafen Thun den „Wunsch aus, es möge die Zukunft beide Stämme des Landes stets, wie bei dem jetzigen Anlasse, in Eintracht geeinigt finden zum Wohle des Vaterlandes". Am 3. Oktober begründete der Kaiser durch eine Anzahl von Ernennungen eine tschechische theologische Fakultät in Prag. Böhmen.

Indessen hielt Ministerpräsident Graf Taaffe am böhmischen Ausgleich fest und erklärte, „daß die Regierung an den Wiener Punktationen festhalte und trachten werde, sie vollständig zur Durchführung zu bringen. Sie müsse auch an der deutschen Staatssprache festhalten, indem nur dadurch überhaupt eine entsprechende einheitliche Administration möglich sei."

Im Abgeordnetenhaus erklärte der Jungtscheche Herold (22. Juni), der Panslawismus sei eine Unmöglichkeit, ein von den Deutschen geschaffenes Phantom zur Bekämpfung der Slawen, aber allerdings wünschten die Tschechen die Vereinigung aller slawischen Stämme des Reiches. Der Jungtscheche Vasaty sprach aber für Anlehnung Österreichs an Rußland und gegen Erneuerung des Dreibunds. Österreich habe am Balkan keine politischen

Interessen. Aber gegen diese dreibundfeindliche Politik Vasatys protestierte der Jungtschechenklub.

Lueger. In der Sitzung vom 24. Juni hielt auch Lueger eine starke Rede gegen Ungarn und den Dualismus. Er beantragte eine Resolution, die Regierung aufzufordern, die österreichischen Interessen gegen das Vordringen Ungarns zu schützen. Lueger erhielt dafür einen Ordnungsruf und Taaffe nahm sich der staatsrechtlichen Grundlage der Monarchie und der befreundeten ungarischen Regierung an. Die österreichische wie die ungarische Regierung dienen einem und demselben Kaiser und König. Die Austragung gelegentlicher Interessendifferenzen erfolgte stets in beiderseits befriedigender Weise. Aber er sei mit Luegers Satz einverstanden, daß Österreich gerüstet sein müsse, um als Bundesgenosse geschätzt, als Gegner gefürchtet zu werden. Auch Demel protestierte gegen die dem Dualismus feindliche Resolution Luegers. Dieser drohte mit dem Standrecht der Wähler.

Der Zweibund. Der Bund mit dem Deutschen Reich festigte sich durch manche neue Beziehungen. Am 4. September wohnte Kaiser Wilhelm und der König von Sachsen den österreichischen Manövern bei Göpfritz bei; Kaiser Wilhelm erklärte: „Ich freue mich, neuerdings Gelegenheit zu haben, die Tüchtigkeit der österreichischen Armee zu sehen, mit deren Waffen und mit deren Kriegskameradschaft, wann und gegen wen immer, der Zukunft getrost entgegengesehen werden kann." Und der Vertreter des Kaisers Wilhelm, dessen Flügeladjutant, der deutsche Militärattaché Oberstleutnant v. Deines, der am 10. und 11. Oktober zu Leutschau in Ungarn an einem Regimentsfest teilnahm, sagte bei der Festtafel die bedeutsamen Worte: „Dem Beispiel ihrer Kriegsherren, die innige Freundschaft verbindet, sind unsere Armeen mit Begeisterung gefolgt. Stark, fest und treu stehen wir zu einander, so innig und unauflöslich verbunden wie nie zuvor durch gegenseitige Hochachtung und das uralte Gefühl der Zusammengehörigkeit. Denn, meine Herren, wir gehören ja doch zusammen; wir Soldaten brauchen darüber nicht viel zu reden, es ist uns allen ins Herz geschrieben. Still, aber freudigst sind wir eines Sinnes, gute Kameraden im Frieden, treue Waffenbrüder und Schulter an Schulter, wenn unsere Kriegsherren dereinst rufen, zum Kampf und Sieg!"

Während sich in Pest ein „Magyarenverein" bildete, um die Stadt „auf dem Wege der Tat vollständig zu magyarisieren", setzten die Tschechen in Prag den Beschluß durch, die Straßen nur mit tschechischen Tafeln zu versehen. In Wien bildete sich ein tschechischer Zentralverein mit der Aufgabe, die 200.000 Wiener Tschechen der Nation zurückzugeben.

Den Delegationen sprach Kaiser Franz Josef am 11. November den Wunsch aus: „Möge es mir beschieden sein, meinen Völkern die frohe Botschaft verkünden zu können, daß die gegenwärtigen Sorgen und Lasten

des bedrohten Friedens ihr Ende erreicht haben." Er sprach auch von der römischen Friedenskonferenz, glaubte aber nicht, daß auf dem eingeschlagenen Wege das Ziel der Konferenz erreicht werden könne. Der Obmann des Polenklubs R. v. Jaworski hatte am 12. November eine Audienz, von der das „Wiener Tagblatt" zu berichten wußte, der Kaiser habe die äußere Lage als überaus ernst bezeichnet. Obwohl die angebliche Äußerung amtlich dementiert wurde, entstand eine große Panik an der Börse. Das ganze stellte sich denn auch als ein journalistisches Börsenmanöver heraus, in das man aber nicht volles Licht brachte.

Graf Kalnoky nahm Gelegenheit, vor der ungarischen Delegation die günstige Lage der auswärtigen Angelegenheiten festzustellen. Freilich bleibe die Sorge um Erhaltung des Friedens. „Die militärischen Rüstungen dauern bei allen Staaten fort und erreichen einen Grad, der die Gefahr einschließt, daß dadurch ein Ausbruch des Krieges erleichtert wird." Kalnoky stellte fest, das Bündnis mit Italien sei in der Tat wieder auf eine Reihe von Jahren verlängert worden. „Warum man den Ablauf des Vertrages (bis 1892) nicht abgewartet habe, das bedürfe wohl kaum einer besonderen Motivierung, in Anbetracht der Wichtigkeit der Versicherung. Alle Mitglieder des Dreibunds sind einmütig in der Erkenntnis, daß die Bündnisse sich bewährt haben und deren Fortdauer wünschenswert sei. Es ist keine wesentliche Änderung eingetreten, es sind von keiner Seite neue Verpflichtungen übernommen worden. Speziell das Verhältnis Österreichs zu Deutschland ist unverändert geblieben, insofern dieser Ausdruck auf ein Verhältnis paßt, das sich mit der Dauer fortwährend vertieft und festigt. Die leitenden Minister der drei Reiche sind in vollstem gegenseitigen Einverständnis und Vertrauen. Auch die Reise des Deutschen Kaisers nach England war von hoher Bedeutung; sie ist nicht der Ausgangspunkt neuer, sondern das Resultat bestandener Verhältnisse und Sympathien, vor allem des Verständnisses für die Friedensziele des Dreibunds. Auch das Kronstädter Ereignis ist nicht als eine tiefe Veränderung der europäischen Lage zu beurteilen. Österreichs Ziele im Orient sind: Freie Entwicklung aller staatlichen Individualitäten auf dem Balkangebiet innerhalb der Grenzen des Berliner Vertrags, so daß jene Völker sich auf die Höhe der westlichen Kulturstaaten heben können. Besonders lobend wurde die Entwicklung Rumäniens hervorgehoben. „Eine wertvolle Garantie finden wir in König Karl, dessen weiser Leitung seit einem Vierteljahrhundert das größte Verdienst um die staatliche, militärische und materielle Entwicklung des jungen Staatswesens gebührt." Weniger erfreulich ist die Haltung Serbiens seit Milans Abdankung. Es wäre gut, wenn man sich dort mehr der Pflege der innern Aufgaben zuwende, dafür aber weniger große Politik machen wollte. Bulgarien bildet einen Gegensatz zu Serbien,

Dreibund.

es befaßt sich ernst und eifrig mit den inneren Angelegenheiten, arbeitet mit Fleiß und Ausdauer an der Hebung des Wohlstandes, Handels und Verkehrs, an der Vermehrung der Schulen. Leider ist die Anerkennungsfrage noch nicht fortgeschritten; aber Bulgarien ist zu klug, in dieser heiklen Frage zu drängen, es wartet die Entwicklung in Geduld ab. Unter den undisziplinierten Völkern des Balkans kommen wohl Ruhestörungen vor, aber die Zeit ist vorüber, wo lokale Unruhen zu größern Verwicklungen führen könnten. Bei unserer Allianz mit Italien kommen freilich auch die orientalischen Angelegenheiten wesentlich in Betracht. Die Interessen Italiens liegen allerdings mehr nach dem Mittelmeer zu, davon lassen sich aber die Interessen im Orient kaum trennen; bezüglich des Orients sind unsere Ziele mit jenen Italiens identisch, sie sind konservativ, auf die Erhaltung des Bestehenden gerichtet, ohne Ländererwerb oder unberechtigten Einfluß in den Balkanländern anzustreben. Darum haben wir die Zusammenkunft des russischen Ministers Giers mit dem italienischen Ministerpräsidenten ohne Mißtrauen betrachtet."

Papstfrage.

In der österreichischen Delegation besprach Zallinger am 27. November die Papstfrage. Die Idee der Selbständigkeit der Kirche sei nicht durch Kanonen aufzuhalten; sie bilde keine italienische, sondern eine internationale katholische Frage. Der Anspruch des Papstes auf volle Souveränität auf dem eigenen Territorium sei durchaus legitim und eine Stütze aller Legitimität. Fürst Windischgrätz sprach in gleichem Sinne; er hoffte, daß die friedliche Lösung der Frage der weltlichen Macht des Papsttums durch Italien selbst erfolgen werde. Kalnoky bemerkte: „Dies Problem habe schon vordem große Geister und politische Köpfe beschäftigt, doch sei eine praktische Lösung nicht gefunden worden. Die Regierung ist sich bewußt der enormen Überzahl der katholischen Bevölkerung und muß deren Gefühle und Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigen. Die Regierung wünscht auch, es möge die Stellung des Heiligen Vaters eine solche sein, die das Papsttum und den Papst selbst befriedigt. Wenn wir etwas dazu beitragen können, so werden wir nie verfehlen, in dieser Richtung zu wirken. Aber es ist auch der allgemeine Wunsch der Bevölkerung, mit der italienischen Nation in Frieden und Freundschaft zu leben. Wir sind mit diesem Nachbar in ein politisches Bündnis getreten, welches mit eine der Grundlagen unsrer Politik ist. Wie können wir also mit kühner Hand in dieses Problem hineingreifen, ohne die Gefühle der italienischen Nation zu verletzen?" — Gegen diese Äußerungen Kalnokys erhob sich in Italien der Verdacht, es bedeute, daß Österreich, falls Italien sich vom Dreibund losmachen wollte, die römische Frage wieder auf den Plan bringen würde. Zur Beruhigung brachte der „Pester Lloyd" am 30. November eine offiziöse Erklärung: „Die Papstfrage ist nicht identisch mit der römischen Frage, betreffend den Besitz Roms und die weltliche Herrschaft des Papstes; letztere Frage hat seit 21 Jahren zu existieren aufgehört. Niemand hat die Absicht, den Besitz Roms den Italienern zu stören. Da der Papst irgendwo wohnen muß, besteht die Papstfrage in dem Problem, die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes mit der Souveränität jenes Staates, wo er wohnt, sei dies in Rom

oder in einem andern Staat, in Einklang zu bringen. Diese Frage ist noch nicht endgültig gelöst, allein auch in diesem Sinn ist die Papstfrage keine internationale (?); solange der Papst in Rom residiert, ist diese Frage ausschließlich durch Italien zu regeln (?). Wenn das Beisammensein des Papstes mit dem König von Italien in Rom unmöglich würde, müßten nicht die Italiener, sondern der Papst Rom verlassen (?). Jede andere Deutung der Rede des Grafen Kalnoky entspräche wohl den Wünschen der Klerikalen, keinesfalls aber den Gesinnungen der österreichisch-ungarischen Regierung." — Dagegen wurde eingewandt: Also wenn ein Räuber sich meines Hauses bemächtigt, mir eine Stube läßt, und mir behagt das nicht, so hat nicht der Räuber, sondern habe ich das Haus zu räumen. Derlei Grundsätze sind wohl im Weltkrieg schwer genug bestraft worden.

Lueger. Lueger wandte sich in einer Rede im Abgeordnetenhaus, 14. Dezember, gegen die „Judenliberalen", die man nicht mit den Deutschen in Österreich gleichstellen dürfe, wie das Caprivi zu tun schien. Um Ungarn nicht übermütig werden zu lassen, müsse man auch den andern Nationalitäten ihr Recht widerfahren lassen. Die neuen Handelsverträge lauteten nur zugunsten der Juden. Österreich müsse mehr dem natürlichen Zug seines politischen Einflusses nach der Balkanhalbinsel folgen. — Ministerpräsident Graf Taaffe tadelte Luegers Rede (die er nur zum kleinsten Teil gehört hatte) als unpatriotisch und unpolitisch. „Ist Österreich eine Großmacht oder nicht? Wenn sich Österreich weder politisch noch wirtschaftlich mit den andern Großmächten auseinandersetzen darf, so ist es keine Großmacht mehr. Das möchte ich jedoch von der Ministerbank aus konstatieren, daß Österreich, Gott sei Dank, noch eine Großmacht ist und es auch mit der Unterstützung der patriotischen Mitglieder dieses Hauses fernerhin bleiben wird." Auch Bilinski, der Führer der Polen, sprach sich im Namen seiner Parteigenossen gegen die Äußerungen Luegers aus; er sagte, die neuen Handelsverträge seien eines der größten Werke der zeitgenössischen Staatskunst und der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Der wirtschaftliche Friedensbund, der jetzt geschlossen sei, bringe die zivilisierte Welt dem Ideale des ewigen Friedens viel näher, als alle Beschlüsse der Friedenskongresse. Die Polen seien mit aller Entschiedenheit für den Dreibund, wie er bestehe. Diese Haltung der Polen war eine Folge der Entfremdung der Mittelmächte gegenüber Rußland.

Tschechen. Der Jungtscheche Gregr klagte die Aussaugungs- und Germanisierungspolitik der österreichischen Regierung an (16. Dez.). Die Regierung handle, als ob sie Böhmen möglichst bald für die preußische Annexion zurichten wolle. Die Tschechen fühlen sich wie in einer babylonischen Gefangenschaft. „Österreich schließt unnatürliche Bündnisse mit dem Erbfeind, klammert sich krampfhaft an Deutschland, nur aus Haß gegen die Slawen und aus germanischem Fanatismus." Dagegen protestierte im Namen der Alttschechen Prinz Karl Schwarzenberg: Der Sieg des Hauses Habsburg auf dem Weißen Berge sei ein Glück für Böhmen und die tschechische Nation ge-

wesen; das böhmische Volk hegt keinen Haß gegen den Gesamtstaat. Wohin soll es sich wenden? An Deutschland oder an Rußland?" Auch der Finanzminister Steinbach widerlegte die Unrichtigkeiten Gregrs über die angebliche Steuerausbeutung Böhmens durch den Staat. Das reiche Böhmen mit seiner Landwirtschaft und Industrie sei wohl kein Objekt des Mitleids. Die Regierung muß das böhmische Volk gegen die Beleidigungen durch Gregr in Schutz nehmen. Gregr hat dem böhmischen Volk einen schlechten Dienst erwiesen.

Gautsch. Unterrichtsminister Gautsch hatte schon am 13. November im Abgeordnetenhaus erklärt, die Kenntnis der deutschen Sprache gehöre in Österreich zu den unabweisbaren Notwendigkeiten. Die Kenntnis der deutschen Sprache sei das einzige Mittel, um das national entwickelte Schulwesen Österreichs vor geistiger Vereinsamung zu schützen. Auch aus wirtschaftlichen Gründen sei die Kenntnis der deutschen Sprache für die Bevölkerung unerläßlich.

Im übrigen erneuerten die Italiener Tirols ihre Forderung nach einer Autonomie Südtirols. — Im ungarischen Abgeordnetenhaus stürmte die Opposition unter Graf Apponyi gegen die gemeinsame österreichisch-
Weltpostkongreß. ungarische Konsulargerichtsbarkeit an. — Der Weltpostkongreß tagte zu Wien vom 25. Mai bis 4. Juli. Es traten wieder einige englische Kolonien dem Weltpostvereine bei. — Dem Abgeordnetenhaus wurde ein Gesetz zur Förderung des Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vorgelegt, 16. Juni.

Über österreichische Kultur ist schon einiges im Zusammenhang mit der reichsdeutschen gesagt worden. Hier noch einige Nachträge:

Zu Grillparzers 100. Geburtstag wurde eine Grillparzerausstellung im Wiener Rathaus eröffnet.

Wien verlor im selben Jahr seine beiden großen Architekten Friedrich Schmidt und Theophil Hansen.

Die schon 1846 durch den Architekten J. Hild geplante Leopoldstädter Basilika in Pest, ein monumentaler Bau, kam endlich zur Vollendung nach manchen Hindernissen und Unglücksfällen.

Hauberrisser schuf wieder zwei phantasievolle Bauten: das neue Rathaus in Wiesbaden und die Herz-Jesu-Kirche in Graz, seiner Heimat.

Bei Gelegenheit der Gründung von Groß-Wien betrachtete Eugen Guglia die „Epochen der Geschichte Wiens" (Allg. Ztg., 28. Jan., Beilage).

Bei Gelegenheit der Grillparzerfeier besprach Eugen Guglia in der „Allgemeinen Zeitung", 5. Juni, „das religiöse Leben in Wien 1815 bis 1830".

Zu Mozarts 100. Todestag fanden überall Erinnerungsfeiern statt. Das königliche Opernhaus zu Berlin veranstaltete einen glänzenden Mozartzyklus. Mit der 100jährigen Totenfeier Mozarts fiel die endgültige Annahme des Denkmalsentwurfs von V. Tilgner für Wien zusammen.

Aus Robert Hamerlings Nachlaß erschien die Sammlung: „Prosa. Skizzen, Gedenkblätter und Studien."

In Wien starb der Schriftsteller Friedrich Schlögl, eine klassische Vertretung des Wienertums.

Die Ungarn feierten das 100jährige Jubiläum ihres Theaters; wie denn überhaupt die Zeit des Josefinismus ihrer Literatur sehr förderlich war.

Eine eingehende Übersicht der politischen Literatur der Ungarn seit 1867 gab die „Allgemeine Zeitung", 12. Juni, ff. Beilagen. Sie ist von Schwicker.

J. Al. Freiherr v. Helfert beschrieb „Graf Leo Thuns Lehr- und Wanderjahre" nach Briefen und Aufzeichnungen.

Fr. v. Feldegg gab als Gegensatz zu Schopenhauer ein neues philosophisches System: „Das Gefühl als Fundament der Weltordnung" (1890). Es kam zumeist der Ästhetik entgegen.

Guido List schrieb die schwärmerischen „Deutschmythologischen Landschaftsbilder" aus Österreich. Sein Hauptwerk war der ausgezeichnete Roman „Karnuntum" (1888), der sonderbarerweise ganz unbeachtet geblieben ist; offenbar seiner antisemitischen Stellen wegen.

Zu Brünn wurde das schöne „Deutsche Haus" eingeweiht „Der Stadt zur Ehr', unsrem Volkstum zur Wehr".

Das Wiener Burgtheater (Direktor Burckhard) gab Ibsens Kronprätendenten. Zur Aufführung kam der Dichter nach Wien. Er erregte in Pest großen Enthusiasmus durch eine Rede, in der er mitteilte, sein erstes Gedicht habe der ungarischen Revolution gegolten. Vor der Statue Petöfis entblößte er andachtsvoll das Haupt und hauchte die Worte hin: „Du göttergleicher Mensch!" Freilich mußten ihn die Ungarn, um von ihm verstanden zu werden, in der ihnen verhaßten, aber unentbehrlichen deutschen Sprache feiern.

Bulgarien.

Fürst Ferdinand von Bulgarien reiste im Juli nach Gastein, wo sich auch der Kaiser von Österreich befand. Seinem Vorgänger, dem Battenberger, jetzt Grafen Hartenau, votierte die bulgarische Sobranje aus Dankbarkeit eine jährliche Pension von 50.000 Frank.

Rumänien.

Vom Besuch des Königs von Rumänien in Berlin war schon die Rede. König Karl feierte sein 25jähriges Regierungsjubiläum; davon nahm aber Rußland ungehobelterweise keine Notiz.

Serbien.

Die serbische Regierung hatte ihre Mühe mit der Königin Natalie. Nur mit dem Aufgebot der gesamten Garnison von Belgrad und nach einem Straßengefecht gelang es, die Widerstrebende über die Grenze abzuschieben.

Die griechische Kronprinzessin Sophie, die Schwester des Deutschen Kaisers Wilhelm, trat am 3. Mai in Athen zur orientalischen Kirche über.

Türkei.

Die Türkei gewährte Rußland einige Erleichterungen bei der Durchfahrt des Bosporus für Transportschiffe. Türkische Behörden mußten bei Konflikten zwischen Lateinern und Griechen in der Geburtskirche zu Bethlehem intervenieren. Die Orientbahn war noch nicht ganz sicher vor Briganten. Ein Rundschreiben der Pforte an die Botschafter erklärte die Notwendigkeit von Sicherheitsmaßregeln an der Grenze, besonders gegen die Einwanderung von Juden, um die Einschleppung von Krankheiten zu verhindern. Man ließ Juden überhaupt nicht herein.

Unter den vielen neuerlich in ägyptischen Papyrusstücken gefundenen Überbleibseln altgriechischer Literatur fand sich auch des Aristoteles Schrift über das Staatswesen der Athener.

Johannes Fastenrath verdeutschte „Catalanische Troubadoure der Gegenwart".

Portugal.

Portugal hatte mit England Differenzen in Südafrika, die durch ein Abkommen beseitigt wurden. Portugal übertrug die Ausbeutung seiner bisher passiven Besitzungen in Ostafrika Privatgesellschaften. Der Exkaiser

von Brasilien, Dom Pedro, starb in Paris und wurde in Lissabon feierlich bestattet. Dazu erschien Prinz Albrecht von Preußen; auf der Rückreise besuchte er auch den spanischen Hof.

England. England regelte die Grenzen seiner ostafrikanischen Besitzungen mit Italien. In Ostindien hatte man mit einer gefährlichen Rebellion zu schaffen. Der Gouverneur des Kaplands proklamierte die Oberhoheit der Königin über das Bastardland und die Annektierung dieses Gebiets an das Betschuanaland. Der Sultan drängte neuerlich auf Räumung Ägyptens. Lord Salisbury zog eine definitive Antwort immer wieder hinaus. Gladstone tadelte es aufs heftigste, daß die jetzige Regierung, bevor sie ihren Geist aufgebe, England nicht von der lästigen Besetzung Ägyptens befreie, die nur Verlegenheiten eintrage.

Irland. Wirkliche Verlegenheiten bereitete die irische Frage ohne Ende. Lord Salisbury glaubte das Geheimnis in der außerordentlichen Macht der Organisation zu sehen, an deren Spitze die Erzbischöfe Croke und Walsh standen. Wenn die Homerule-Vorlage angenommen würde, wären gar die Bischöfe und Priester die wahren Herrscher Irlands und Unterdrücker der Protestanten in Ulster. Darum müsse man dort strenger vorgehen und jede Auflehnung unmöglich machen. Ganz anders Gladstone auf dem Parteitag der Liberalen, 2. Oktober. Irland, sagte er, sei die erste und wichtigste Frage. Wenn die Regierung jetzt mit einer Lokalverwaltungsbill kommt, so ist das eine Art Reue auf dem Sterbebette. Bisher hat man alle Zusagen gebrochen. Das irische Volk ist durch die Zwangsakte seit fünf Jahren den Regierenden entfremdet worden. Um so größer ist die Freundschaft des britischen Volkes für Irland. „Die irische Bevölkerung hat das Verhalten der liberalen Partei gesehen und mit Recht als den wahren Ausdruck der Meinung dieses Landes ausgedeutet." Der Führer der irischen Partei, (der Protestant) Charles Parnell, starb am 6. Oktober; der Regierung war sein Tod sehr gelegen. An seine Stelle wurde der irische Antiparnellit Flavin gewählt; der Parnellit John Redmond erhielt nach ihm die meisten Stimmen, an dritter Stelle stand der Unionist (Gegner von Homerule) Sarsfield. Der Konservative Chamberlain hielt auf dem Parteitag der Konservativen eine Siegesrede in Erwartung des vollen Triumphs über die elende Verschwörung, welche die Integrität des Staates bedrohe. Der Parnellit Redmond siegte bei der Ersatzwahl zum Unterhaus über den Antiparnelliten Davitt (24. Dez.).

Der Prinz von Wales mußte als Zeuge in einem Prozeß erscheinen, der seinen Genossen, den Oberst Sir W. Gordon Cumming, als Falschspieler entlarvte. Das schadete nach englischen Ehrbegriffen weder ihm noch dem Falschspieler, der sich kurz darauf mit einer reichen Erbin verheiratete unter

feierlicher Teilnahme des Bürgermeisters, des gesamten Gemeinderates, der Bevölkerung und der Kirche.

Lord Salisbury bezeichnete die politische Lage Europas am 30. Juli als höchst befriedigend. Wer sich nach Beunruhigung sehne, müsse nach den Vereinigten Staaten gehen, wo die Frage des Robbenfangs vielleicht noch zu Zerwürfnissen führen könne. Man spreche von Verträgen, die den Frieden der Welt bedrohen müßten. Er wisse davon nichts, überhaupt werde die Tragweite einfacher geschriebener Verträge sehr übertrieben. England nenne seine Verbündete alle, die die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Verteilung der Länder und des Friedens wollten.

Die Liberalen stellten als ihr Programm auf: völlige Reform der Landgesetze, Aufhebung der Erstgeburt- und Fideikommißgesetze, Verkaufs- und Übertragungsfreiheit, gerechte Besteuerung von Grund und Boden, Verbot des Spirituosenhandels, Entstaatlichung der Kirche in Schottland, Erbschaftssteuerreform, Beschränkung oder Abschaffung des Oberhauses.

Gewerkvereine.

Ein Kongreß der Gewerkvereine in New-Castle, 9. September, verlangte die internationale Einführung des Achtstundentags. England solle dem Vorgehen des Deutschen Kaisers folgen. Andere Stimmen erklärten, es sei ausgeschlossen, für all die verschiedenen Arbeitszweige eine gleiche Arbeitszeit vorzuschreiben. Das Vorgehen des Deutschen Kaisers sei sehr schön, aber tatsächlich wage es kein deutscher Arbeiter, auf internationalen Kongressen zu erscheinen, aus Furcht, eingesperrt zu werden. Das Parlament um Ordnung der Arbeitsstunden ersuchen, hieße in der Geschichte um hundert Jahre zurückzugehen. Aber es blieb beim Achtstundentag.

In betreff von Neufundland wurde die Streitsache mit Frankreich einem Schiedsgericht übergeben. Dazu gehörten: Professor Martens in Petersburg, Rivier, Schweizer Konsul in Brüssel, Gran, Präsident des Instituts für internationales Recht und ehemals Richter am Norweger Obersten Gerichtshof, dazu vier Sachverständige.

Oxfordbewegung.

R. W. Church beschäftigte sich in einem nachgelassenen Werk mit der „Oxfordbewegung der zwölf Jahre 1833—1845". Er schilderte die Lethargie, in welche die englische Kirche seit 1688 verfallen war und die Notwendigkeit einer Reform, wie sie von Hurrell Froude, John Keble und J. H. Newman ausging und zur Katastrophe führte, welche durch W. G. Wards „Ideal einer christlichen Kirche" die Leiter der Bewegung in den Schoß der katholischen Kirche führte.

Der englische Hofbildhauer Sir Edgar Böhm, ein geborner Wiener, schuf das Standbild des Kaisers Friedrich für die Schloßkapelle in Windsor (Ill. Ztg., 10. Jan.).

Prinz Viktor von Hohenlohe-Langenburg, ein Oheim der Deutschen Kaiserin, der seit Jahren in London lebte, schuf ein gutes Standbild der Prinzessin von Wales als Doktor der Musik für die Vorhalle der königlichen Musikschule (Ill. Ztg., 7. März).

Schweiz.

Die Schweiz feierte die 600jährige Bundesfeier der Eidgenossenschaft. Das Jubelfest in Schwyz gipfelte in einem Festspiel unter freiem Himmel. Zu Bern tagte ein Internationaler Kongreß für Arbeiterunfälle.

Der Genfer Ed. Rod trat mit seinen „Sittlichen Ideen der Gegenwart" an die Seite der positiven Partei. In der französischen Literatur hatte Skepsis, Pessimismus und Naturalismus geherrscht von 1848 an, als Renans „Zukunft der Wissenschaft" erschien, bis 1886, als Vicomte de Vogüé sein Werk über den russischen Roman herausgab.

Der Schwede Ola Hansson vertrat als ehemaliger Schüler Nietzsches nun die moderne Mystik.

Die Russin Sonja Kowalewski starb als Professor der Mathematik in Stockholm.

Belgien. Auf dem internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zu Brüssel, 16. August, waren Delegierte aller Länder vertreten, aus dem Deutschen Reich Bebel, Liebknecht und Singer. Liebknecht vertrat einen opportunistischeren Standpunkt gegenüber dem radikalen Holländer Domela Niuwenhuis, der im Kriegsfall Verweigerung des Dienstes proklamieren wollte. — Die Kosten für die Neubefestigung Antwerpens stiegen immer höher.

Amerika. Die Vereinigten Staaten schlossen sich immer mehr ab. Ein Einwanderungsgesetz verbot die Aufnahme von Personen, die zur Reise Unterstützung erhielten und die öffentliche Mildtätigkeit möglicherweise beanspruchen konnten; ferner die Einwanderung von Polygamisten.

Präsident Harrison betonte in einer Rede vom 2. Mai den friedlichen Charakter der Union, aber auch die Notwendigkeit der Beschaffung von Kriegsschiffen zur Aufrechterhaltung des Friedens auf der ganzen westlichen Erdhälfte. In seiner Botschaft vom 9. Dezember klagte der Präsident über die strengen Verfügungen der russischen Regierung gegen die Hebräer, woraus eine unerfreuliche Einwanderung nach Amerika entspringe. Er lobte die Folgen des Mac-Kinley-Tarifs, der schon mehrere große Industrien geschaffen habe. Am meisten verdrießlich war den Amerikanern die chinesische Einwanderung; man ging nun dagegen gesetzlich vor.

Die Italiener machten sich durch ihre Gewalttätigkeit so verhaßt, daß in Neu-Orleans elf Italiener gelyncht wurden. Jede Genugtuung dafür wurde verweigert.

Es bildete sich eine dritte politische Partei „Volkspartei", in Opposition gegen die „demokratische" und die „republikanische".

Der streitige Robbenfang im Behringmeer wurde in einem Abkommen mit England einstweilen sistiert, bis ein Schiedsgericht den Streit entscheide.

Paul Dehn besprach in der „Allgemeinen Zeitung", 2. Juli f., die sozialpolitischen Monopole, Spekulantenringe, Truste Amerikas und sonst (Rothschild).

Mark Twain vertrat immer charakteristischer den amerikanischen Humor („Der Prinz und der Betteljunge").

K. Knortz schrieb die „Geschichte der nordamerikanischen Literatur".

Der Amerikaner George Kennan gab seine erschütternden Schilderungen des „sibirischen Verbannungssystems" (übersetzt von L. Katscher).

Die Technik der photographischen Momentbilder wurde vom Amerikaner Edward Muybridge vervollkommt, besonders durch seine Serienaufnahmen bewegter Vorgänge.

Ein Hohn auf die Kriminaljustiz waren die „verbesserten Methoden der elektrischen Hinrichtung".

In Chicago erhob sich das „Deutsche Haus" als turmhoher Bau. Ein riesenhoher Freimaurertempel wurde für Chicago geplant (Ill. Ztg., 10. Jan.).

In Chile wütete der Bürgerkrieg. Haiti war im Aufstand trotz der Massenhinrichtungen des Präsidenten Hippolyte. In Brasilien proklamierte Fonseca seine Diktatur, trat aber bald zurück und überließ seine Stelle dem Marschall Floriano Peixoto.

China. In China stürmte der Pöbel verschiedene christliche Missionshäuser, so daß die europäischen Gesandten Vorstellungen bei der Regierung erhoben. Damit verbunden war ein ernstlicher Aufstand in der Mongolei. Die Rebellen marschierten gegen Peking und wüteten besonders gegen die Christen. Das waren die Vorspiele gewaltigerer Ereignisse.

Japan. Ein fanatischer Japaner griff in der Nähe von Kioto den reisenden Großfürsten-Thronfolger an und verwundete ihn ungefährlich. Immerhin ein Zeichen japanischer Feindseligkeit gegen alles Fremde.

In Samoa konstituierte sich gemäß der Berliner Akte ein Munizipalrat, bestehend aus drei Deutschen, zwei Engländern und einem Amerikaner.

Ein Vorparlament in Sidney sollte eine Föderation der australischen Kolonien vorbereiten, nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Weltpolitik. Über die „Wandlungen der Weltpolitik" schrieb Paul Dehn in der „Illustrierten Zeitung", 4. Juli: „Im Buche der Weltgeschichte wird das Frühjahr 1891 als ein bedeutsamer, epochemachender Zeitabschnitt verzeichnet werden. In Amerika erfolgte der erste Schritt zur Verwirklichung des allamerikanischen Gedankens eines sonderbegünstigenden Gegenseitigkeitsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und denen von Brasilien. Gleichzeitig schließen sich die sieben englischen Kolonien von Australien zu einem Bunde unter dem Namen „Vereinigte Staaten von Australien" zusammen. Hiedurch werden die Faktoren der Weltpolitik verschoben, Europas bisher anerkannte Vormachtstellung auf der Erde ernstlich bestritten ... Was Amerika geworden ist, verdankt es der europäischen Einwanderung. Seit der Mitte dieses Jahrhunderts hat die Union mehr als zehn Millionen Europäer aufgenommen. In dieser Zeit ist ihre Landwirtschaft ausfuhrkräftig, ihre Industrie konkurrenzfähig geworden. Diese Entwicklung wird jetzt beschleunigt durch erhöhte Einfuhrzölle u. s. w. Schon sieht sich Kanada unter den Rückwirkungen der Mac-Kinley-Bill vor die Zwangslage gestellt, sich durch einen Zollkrieg zugrunde richten oder in einem Zollbund langsam aufsaugen zu lassen ..." Wir haben schon gehört, wie Caprivi ähnliche Gedanken aussprach. Damit beginnt in der Tat eine neue Weltperiode.

Das Jahr 1892.

Das abgelehnte Volksschulgesetz. Erzbischof Stablewski. Zurückgabe des Welfenfonds. Bismarcks Reise nach Wien; seine Reden. Der abgerissene Draht. Die Wittenberger Schloßkirche. Ahlwardt. Der Kampf um das Apostolikum. Egidys Einiges Christentum. Der Rembrandtdeutsche. Leogesellschaft. Die Christlichsozialen. Der Panamaskandal.

Volksschulgesetz.

Das großartigste Schauspiel für die Mitwelt blieb das Ringen zwischen dem jungen Kaiser Wilhelm und dem abgesetzten Kanzler: die Bismarckfehde. Daneben traten die Erörterungen über das neue Volksschulgesetz etwas zurück. Und doch war es bedeutsam als der Versuch einer weiteren Annäherung der preußischen Regierung an die Katholiken. Der erste Paragraph besagte: „Aufgabe der Volksschule ist die religiöse, sittliche und vaterländische Bildung der Jugend . . ."

Die Freisinnigen griffen die Vorlage als eine bedenkliche Schwenkung der Regierung an. Caprivi gestand offen, die Regierung habe die Absicht, „soweit als es möglich ist, mit unseren katholischen Mitbürgern zum Frieden zu gelangen und einen Zustand in der Schule zu schaffen, mit dem auch die katholische Kirche zufrieden sein kann. Die jetzige Regierung hat den Kulturkampf nicht geführt; wir haben das Ende, den Abbruch des Kulturkampfes übernommen. Wir haben das Bewußtsein, daß wir in einer sehr schweren Zeit stehen. Wir stehen einer Entwicklung von Kräften im Innern des Staates gegenüber, gegen die wir alle Mittel zusammennehmen müssen. Daß die Schule gerade von diesem Gesichtspunkt aus der Religion nicht entbehren kann, ist sicher. Braucht die Schule die Religion, so wird keine Frage sein, daß sie das Christentum braucht. Braucht sie das Christentum, so kann sie es nicht ergreifen ohne Konfessionen. Braucht die Schule Konfessionen, so braucht sie den Zusammenhang mit den Kirchen." Die Regierung könne nicht mit einer Partei gehen, auch nicht in wirtschaftlichen Dingen, wo freihändlerische und schutzzöllnerische Perioden in Zeiträumen von etwa zwölf Jahren abwechseln. Der Kultusminister Graf Zedlitz bestritt den Einwurf, daß man der Schule neben dem Staat in der Kirche einen zweiten Herrn geben wolle. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Porsch fragte, ob die Herren von der Opposition der Meinung seien, daß die Religion ein Gift ist, das man den Kindern höchstens in kleinen, verdünnten Dosen eingeben darf, oder ob sie meinen, daß gerade der Religionsunterricht von keinem sachverständigen Lehrer erteilt werden darf. „Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß das Christentum kein Gift ist, sondern das Lebensmittel der Seele, daß es nicht bloß eine Summe positiver Kenntnisse ist, sondern daß es das Herz des Kindes durchdringen muß in jeder Weise, und daß deshalb überall, wo der Unterricht Gelegenheit dazu bietet, auf dieses Christentum und die ewige Bestimmung des Menschen hingewiesen werden muß; meine politischen Freunde sind der Meinung, daß am geeignetsten zur Erteilung des Religionsunterrichts diejenigen sind, die Gott dazu bestimmt hat, der Religion zu dienen, die Seelsorger. Wenn man immer so tut, als ob die Kirche die grimmigste Feindin der Kultur wäre, so habe ich die Pflicht, zu betonen, daß wir unsere ganze Kultur nicht haben würden, wenn wir

unsere christliche Kirche nicht hätten, daß wir unser ganzes Schulwesen und seine Blüte nicht haben würden, wenn es nicht herangezogen wäre durch die Kirche." Der Redner zitierte das Vormundschaftsgericht in Breslau, das nach dem Sachverständigen entschieden hatte, „daß der konfessionelle Charakter der Volksschule auch den Unterricht in den nichtreligiösen Gegenständen beeinflußt, beispielsweise im Geschichtsunterricht, beim Unterricht im Deutschen in der Auswahl der Lesestücke, abgesehen vom täglichen Gebet." Ferner sagte Porsch: „Ich war in einer katholischen Volksschule in Oberschlesien, ich war auf einem katholischen Gymnasium in Niederschlesien, in beiden Schulen habe ich von konfessionellen Schwierigkeiten nichts gehört, dort habe ich nicht ein Atom Haß gegen Evangelische eingesogen. Aber wie ich auf die nichtkonfessionelle Universität kam, da habe ich erst wahrgenommen, was konfessioneller Haß und was Intoleranz ist. Unter dem Schein der Wissenschaft habe ich wahre Karikaturen der Kirche darstellen hören." Er schloß: „Ich glaube, daß es eine Gefahr für den Staat werden kann, wenn Tausende von Kindern herumlaufen, ohne etwas von Gott auch nur gehört zu haben. Rechnen, lesen müssen sie können, müssen wissen, wer Schiller und Goethe war, aber daß es einen Gott gibt, sollen sie nicht erfahren. Diese schwierige Frage ist geschaffen worden, als man die Zivilehe eingeführt hat, die Personalregister, welche den Taufzwang erübrigten, welche es ermöglichten, daß die Leute vollständig außerhalb des Schattens der Kirche leben konnten." Der Nationalliberale v. Eynern klagte mit Richter, man werde bald dem Zentrum zulieb konfessionelle Armenpflege, Universitäten, Generäle haben sollen. „Die freie Universität in Fulda steht schon als zweite Forderung des Zentrums fest ... Der Plan Windthorsts ging dahin, die Nation in zwei Hälften zu teilen, um den Kampf gegen den protestantischen Teil aufzunehmen und den Sieg des katholischen Teils zu erreichen." Eynern fand es schließlich auffallend, daß alle Gönner des Gesetzes, der Kultusminister, der Fürstbischof, der Führer des Zentrums Freiherr v. Huene und Porsch lauter Schlesier seien, die ihr Glück, Preußen zu sein, der Tatkraft des größten preußischen Königs verdanken. — Caprivi meinte: „Die schwere Not des 30jährigen Krieges war erforderlich, um die Deutschen dahin zu bringen, daß sie sich vertrugen. Sollte es denn wieder einer schweren Not der Zeit bedürfen, daß die Deutschen auf religiösem Gebiete sich vertragen lernen?" Auf eine Gegenrede Virchows erwiderte Graf Zedlitz: „Der Abgeordnete hat Theorien zu unserer Kenntnis gebracht, die ich für falsch halte. Eine ganz allgemein menschliche Moral gibt es nicht; es gibt eine allgemein menschliche Unmoral, und es ist die Aufgabe aller Religionen und besonders des Christentums gewesen, dies dem Menschen angeborene nicht Moralmäßige in Moral umzusetzen." Auf einen Einwurf Rickerts sagte Caprivi: „In Schottland, dem religiösesten Lande der Welt, hat man allerdings den Religionsunterricht aus der Schule entfernt. Schottland ist so religiös, daß es dies Risiko gehen kann, vielleicht ohne Schaden. Wenn wir aber das täten, würden wir die Religiosität, die wir noch im Lande haben, gefährden. Es ist heutzutage in Arbeiterfamilien schwer, Religiosität zu erhalten. Wo soll ein Kind aus diesen Schichten die Religion herbekommen, wenn es sie nicht aus der Volksschule bekommt? Und daß es Religion bekommt, ist allen wünschenswert. Wenn von 60 Kindern nur eines einmal in einer entscheidenden Lage seines Lebens sich erinnert, daß es einen Gott gibt, dann ist es das Opfer wert."

Nun gingen aber im Februar zahlreiche Petitionen und Resolutionen gegen dies Volksschulgesetz beim Abgeordnetenhaus ein. Die Berliner Universität befürchtete, „daß die Befugnis des Staates zur Leitung des öffentlichen Unterrichts beschränkt, der Einfluß außerstaatlicher Mächte auf die Schule verstärkt, die Stellung der Lehrer beeinträchtigt und die Zahl der Unzufriedenen vermehrt werden würde". Einen andern Protest sandte der brandenburgische Städtetag. Da sich das religionsfreundliche Schulgesetz nicht durchsetzen ließ, nahm der Kultusminister Graf Zedlitz im März seine Entlassung und Caprivi beschränkte sich auf die auswärtigen Angelegenheiten, indem er das Präsidium des Staatsministeriums dem Grafen Eulenburg überließ. Dr. Bosse übernahm das Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten. Das Zentrum sprach seine Befriedigung darüber aus, daß Caprivi wenigstens als Reichskanzler blieb. Mit Unwillen aber wurde Eulenburgs Ankündigung aufgenommen, daß die Regierung das Volksschulgesetz zurückziehe. Bosse bemerkte am 28. März im Herrenhaus: „Es ist die Äußerung gefallen, daß mit dem Zurückziehen des Schulgesetzes der christlich-konservative Boden der Schulverwaltung verlassen wird." Das sei nicht zutreffend; die Verfassung bleibt wie bisher die Grundlage. „Ich schäme mich des Bekentnisses zum Evangelium nicht . . . Ich sehe gerade in dieser Stellung zum Bekenntnisse die Gewähr für den unbefangenen Blick, der notwendig ist, um auch in Zukunft die Unterrichtsverwaltung auf dem Boden der Parität mit Gerechtigkeit und Wohlwollen zu führen." Ebenso schrieb das „Konservative Wochenblatt": „Der Kaiser ist nicht vor dem Liberalismus zurückgewichen. Er hat sich nur zu einem Eingriff entschlossen, als sich herausstellte, daß sein dem Kultusminister bekannter Wille betreffs des allgemeinen Kurses, den seine Politik auch hinsichtlich des Wunsches, bei bestimmten Parteien Unterstützung zu finden, innehalten will, nicht eine in Taten sich dokumentierende Beachtung fand." Das führte zu einer Erörterung zwischen Herrn v. Helldorf als Leiter des Wochenblatts und der der Stöckerschen Richtung geneigten Kreuzzeitung.

Dies alles bildete den Untergrund zu einigen persönlichen Äußerungen des Kaisers. Er sprach am 20. Januar also zu den in Kiel vereidigten Marine-Rekruten: „Der gnädige Gott und ich haben euren Eid gehört. Unsere Marine ist noch klein, aber der Kern liegt in der Disziplin und im Gehorsam gegen den obersten Kriegsherrn . . . Steht treu zu Kaiser und Reich, vergeßt nicht, was euch eure Eltern schon gelehrt haben, die
Religion. Religion. Dann werdet ihr euch auch wohlfühlen in euren Dienstverhältnissen."

Mit den religiösen Problemen hingen auch die Bestrebungen zur Revision des deutschkonservativen Programms zusammen, worüber die „Allgemeine konservative Monatsschrift" schon im Januar schrieb: „Ist die Verselbständigung der evangelischen Kirche eine Notwendigkeit oder nicht? Warum geht man nicht über die Halbheiten, die den unchristlichen und unbiblischen Summepiskopat retten wollen, zur Tagesordnung über?

Man sah freilich in der Art, wie der Kaiser persönlich dem neuen
Stablewski. Erzbischof von Gnesen und Posen Florian v. Stablewski den Eid ab-

nahm, einen Versuch, auch der katholischen Kirche gegenüber ein persönliches Regiment zu betonen. Der Erzbischof wurde am 12. Januar mit großer Feierlichkeit durch einen Hofwagen in das königliche Schloß gebracht; beim feierlichen Akt im Kapitelsaal waren die höchsten Würdenträger der Krone anwesend. Der Erzbischof wurde präsentiert und sagte zum Kaiser: „Die Gnade Seiner Heiligkeit des Papstes und das allerhöchste Vertrauen Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät überantworten mir das oberhirtliche Amt ... Ich fühle den Ernst dieser Feier und weiß die Bedeutung des Glanzes zu würdigen, mit welcher die Huld Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät sie umgibt ... Ich bin Gott dem Herrn zum Danke verbunden, daß er mir die Erfüllung meiner Pflichten erleichtert durch das große wahrhaft königliche Herz Eurer Majestät, welches alle Ihre Untertanen mit gleicher Liebe umfaßt ... Eure Majestät haben die großen Aufgaben der ernsten Zeit, wie kaum bisher ein Herrscher, klar und kühn erfaßt und inmitten derselben auf die Religion als den festen Sammel- und Stützpunkt der Menschheit hingewiesen." — Dann leistete er den Eid: „Ich schwöre ..., daß, nachdem ich auf den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen und Posen erhoben worden bin, ich Seiner königlichen Majestät von Preußen Wilhelm ... als meinem allergnädigsten Könige und Landesherrn untertänig, treu, gehorsam und ergeben sein ... und besonders dahin streben will, daß in den Gemütern der meiner Leitung anvertrauten Geistlichen und Gemeinden die Gesinnungen der Ehrfurcht und Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterlande, der Gehorsam gegen die Gesetze ... gepflegt werden. Insbesondere gelobe ich, daß ich keine Gemeinschaft oder Verbindung, sei es innerhalb oder außerhalb des Landes, unterhalten will, welche der öffentlichen Sicherheit gefährlich sein könnten ... Ich verspreche, dies alles um so unverbrüchlicher zu halten, als ich gewiß bin, daß ich mich durch den Eid, welchen ich Seiner päpstlichen Heiligkeit und der Kirche geleistet habe, zu nichts verpflichte, was dem Eide der Treue und Untertänigkeit gegen Seine königliche Majestät entgegen sein könne ..." — Dann sprach der Kaiser: „... Wenn ich Sie, hochwürdiger Herr, Seiner Heiligkeit dem Papste zur Berufung auf den erzbischöflichen Stuhl in Vorschlag gebracht und Ihnen nunmehr meine landesherrliche Anerkennung erteilt habe, so ist dies in dem Vertrauen geschehen, daß Sie in Ihrem Amt allzeit die Grundsätze betätigen werden, die Sie als Christ und Untertan mir, Ihrem Landesherrn, und dem Staate, dessen Bürger Sie sind, schulden. Ich erwarte, daß es Ihnen gelingen wird, soweit dies Ihres Amtes ist, die Gegensätze zu versöhnen, welche bei Kindern Eines Landes keine Berechtigung haben ..." Darauf fand eine Tafel im Pfeifersaale des Schlosses statt, zu der außer dem Erzbischof auch die Würdenträger und Solennitätszeugen geladen waren.

Der Kaiser benützte das Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtags, 24. Februar, zu einer neuen Kundgebung; er sagte: „Es ist leider jetzt Sitte geworden, an allem, was seitens der Regierung geschieht, herumzunörgeln und herumzumäkeln. Unter den nichtigsten Gründen wird den Leuten die Freude am Gedeihen unseres Vaterlandes vergällt ... als sei unser Land das unglücklichste und schlechtestregierte in der Welt, und es sei eine Qual, darin zu leben ... Wäre es dann nicht besser, daß die mißvergnügten Nörgler lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schüttelten und sich unseren elenden und jammervollen Zuständen entzögen? Ihnen wäre geholfen und uns täten sie einen großen Gefallen. Wir leben in einem Übergangszustande. Deutschland wächst aus den Kinderschuhen heraus, um in das Jünglingsalter einzutreten. Wir gehen durch bewegte Tage hindurch ... Das Bewußtsein Ihrer Sympathie flößt mir neue Kraft ein, bei der Arbeit zu beharren. Dazu kommt das Gefühl der Verantwortung unserm obersten Herrn dort oben gegenüber, und meine felsenfeste Überzeugung, daß unser alter Alliierter von Roßbach und Dennewitz mich dabei nicht im Stiche lassen wird. Er hat sich solche unendliche Mühe mit unserer Mark und unserm Hause gegeben, daß wir nicht annehmen können, er habe dies für nichts getan. Nein, im Gegenteil, Brandenburger, zu Großem sind wir noch bestimmt und herrlichen Tagen führe ich euch noch entgegen ... Den ewigen
Neuer Kurs. mißvergnüglichen Anspielungen über den neuen Kurs und seine Männer erwidere ich ruhig und bestimmt: Mein Kurs ist der richtige und er wird weiter gesteuert!“

Welfenfond. Die neue Versöhnungspolitik brachte es mit sich, daß auch der bisher als Reptilienfond dienende Welfenfond seinem rechtlichen Eigentümer, dem Herzog von Cumberland, zurückgestellt wurde. Dieser schrieb am 10. März einen Brief an den Kaiser, seinen „freundlich lieben Vetter und Bruder“, also: „Da ich Grund habe anzunehmen, daß es den Wünschen Eurer Majestät entspricht, eine gütliche Erledigung der Differenzen herbeigeführt zu sehen, welche ... obschweben ..., nehme ich keinen Anstand, an Eure Majestät die Bitte zu richten, diese Angelegenheit einer wohlwollenden Prüfung unterziehen zu wollen. Gern benutze ich diese Gelegenheit, wiederholt zu erklären, daß jedes den Frieden des Deutschen Reiches und der ihm angehörenden Staaten störende oder bedrohende Unternehmen meinen Absichten fernliegt. Als deutscher Fürst liebe ich mein deutsches Vaterland, und nie würde ich wissentlich veranlassen oder gutheißen, daß mit den zu meiner Verfügung stehenden Mitteln feindselige Unternehmungen gegen Eure Majestät oder gegen den preußischen Staat angestiftet oder gefördert werden ...“ Darauf erfolgte die gesetzliche Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens mit der Begründung, daß die gegenwärtigen Zustände der Provinz Hannover so beruhigt und befestigt seien, daß es besonderer Mittel zur Abwehr etwaiger Agitationen nicht mehr bedürfe.

Bismarck. Bismarcks 77. Geburtstag, 1. April, wurde zu großen Ovationen benutzt, von manchen schon aus dem Grunde, um den Kaiser zu ärgern. Der Dirigent Hans v. Bülow widmete dem deutschen Helden kurz vorher eine

Aufführung von Beethovens heroischer Symphonie mit einer Rede, darin es hieß: Die positive Devise gegenüber den Worten des Wahns „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" sei: „Infanterie, Kavallerie, Artillerie". Die Quintessenz der Beethovenschen Gedanken sei ein solches Heldentum gewesen. — Bismarck ließ an der Spitze der „Hamburger Nachrichten" diesen Text veröffentlichen: „Zu meinem Geburtstage habe ich in diesem Jahr eine größere Anzahl von Glückwünschen, Begrüßungen und Geschenken erhalten als in früheren. Je wärmer sich das Wohlwollen ausspricht, dessen ich mich erfreue, um so mehr bedrückt mich die Tatsache, daß meine Kräfte nicht ausreichen, den Gefühlen der Dankbarkeit entsprechenden Ausdruck zu geben . . . Es macht mich glücklich, am Abend meines Lebens auf die Arbeiten und Kämpfe desselben zurückzublicken, wenn ich mir sagen darf, daß ich mir durch dieselben zwar manchen unversöhnten Gegner, aber doch auch viele Freunde erworben habe, unter denen die warmen wieder zahlreicher sind als die lauen . . ."

Zentrum. Das Zentrum hielt sich selbstverständlich von den Huldigungen für Bismarck fern. Graf Ballestrem äußerte sich vielmehr am 12. April in einer Katholikenversammlung zu Breslau sehr befriedigt über Bismarcks Absetzung. Er sagte: „Von diesem Moment an kam ein Regiment an die Spitze des Staates, das die christlich-konservative Idee auf seine Fahne geschrieben hatte. Diese Regierung (Caprivi) erfreute sich der lebhaften Zustimmung der Zentrumspartei, und mit deren Hilfe hat die Regierung alles durchgesetzt zum Wohle des Volkes. Wir rechneten darauf, daß dies Regiment konsequent dazu führen müßte, die berechtigten Forderungen auch der katholischen Untertanen mit der Zeit zu erfüllen. Ganz besonders auf dem Schulgebiet." Aber die Gegner des Schulgesetzes waren: ungläubige Professoren, die den Materialismus und Atheismus von den Kathedern lehren und so den Sozialdemokraten vorarbeiten, ferner die Protestantenvereinler, die die Gottheit Christi leugnen, die Herren vom evangelischen Bund, die es sich zum Geschäfte machen, die Konfessionen aufeinanderzuhetzen, damit dann die Ungläubigen im Trüben fischen können. Dann schlossen sich auch noch einige Altkatholiken an, die keine Autorität anerkennen und eine Anzahl Reformjuden ohne Glauben. Durch die Krisis habe allerdings das katholische Volk das Vertrauen verloren zur Stetigkeit der Politik.

Maitag. Als der Maitag nahte, sagte Vollmar in einer sozialdemokratischen Versammlung: Die Idee der Maifeier konzentriere sich im Begriff des Arbeiterschutzes: Beseitigung der Ausschreitungen des Kapitalismus gegen die Arbeiter, Hinderung der Entartung des Volkes durch Überarbeit, Einführung des Achtstundentags, freie Zeit für den Arbeiter zum Studium und zu Versammlungen. All das könne nur international vereinbart werden, denn auch der Kapitalismus und die Konkurrenz seien international. Die Maifeier demonstriert in dieser Zeit der Friedensbedrohung für Menschenverbrüderung. Zukunftsstaatsträumerei sei Unsinn, ebenso der Versuch, die Sozialdemokraten für die Handlungen der Anarchisten verantwortlich zu machen. Den Sieg der Sozialdemokratie soll kein Greuel beflecken. In

Deutschland geschehen keine Attentate. Die Maifeier ist eine Mahnung für Regierung und Kapitalismus, eine Vorbereitung und Siegesgewähr für die kommende Lösung der großen Aufgabe.

Als am 1. Mai ein Grenadier einen Arbeiter tötete, schenkte ihm der Kaiser in Anerkennung seines korrekten Verhaltens seine Photographie mit Unterschrift, ernannte ihn zum Gefreiten und reichte ihm vor dem Regiment die Hand.

Eine Reihe von Regentenbesuchen wurden durch den Besuch der Königin-Regentin und der jungen Königin der Niederlande in Potsdam eingeleitet. Der Kaiser sagte bei der Tafel am 31. Mai: „Der Name, der unser Geschlecht und Land mit den Niederlanden verbindet, heißt Oranien. Oranien. Orangefarben ist unser Orden, oranisches Blut fließt in unseren Adern." Am 7. Juni erfolgte die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zarenbesuch. Zaren in Kiel. Die Beziehungen blieben aber so steife, daß das Ganze ohne Wirkung war. Eine Galatafel mit frostigen Trinksprüchen, Austausch von nichtssagenden Artigkeiten, Feuerwerk und üblicher Ordensregen in der knappen Frist von zehn Stunden, das war alles. Der Zar hatte 21 Monate verstreichen lassen, bis er den Besuch des Kaisers erwiderte, nachdem er zweimal deutsches Gebiet berührt hatte. Offenbar wollte der Zar seine Beziehungen mit Frankreich nicht entwerten und auch durch einen allzu schnellen Gegenbesuch nicht eine Wiederholung des Kaiserbesuches veranlassen. Es war aus all dem klar: der Zar hatte sich für die französische Freundschaft entschieden.

Am 13. Juni kam der König von Schweden nach Potsdam.

Als am 14. Juni Graf Waldersee nach Friedrichsruh zum Fürsten Bismarck reiste, meinte man, er überbringe ihm die besonderen Grüße des Zaren Alexander in Erinnerung an die nun abgebrochene Freundschaft. Das wurde auch später vom Grafen bestätigt.

Als die Dresdener Liedertafel Bismarck in Friedrichsruh am 21. Mai besuchte, sprach der Fürst von der früheren Gegnerschaft der Preußen und Sachsen und verteidigte den französischen Krieg 1870 als notwendiges Mittel, die Stämme durch Blut zusammenzukitten. Dabei rühmte er auch die deutsche Wissenschaft, die Poesie und das Lied. Die deutsche Musik hat keine partikularistische Heimat. Das Lied hat das Gefühl für nationale Zusammengehörigkeit gepflegt, namentlich die Liedertafeln. Denn das Gefühl ist stärker als der Verstand.

Bismarck in Wien. Die Reise Bismarcks im Juni zu den Wiener Hochzeitsfeierlichkeiten seines Sohnes, des Grafen Herbert mit der Gräfin Hoyos, war ein (nicht offizieller) Triumphzug des Altkanzlers, der dabei jede Gelegenheit benutzte, um seinen Unwillen über seine Absetzung merkbar zu machen.

In Dresden sagte er zum Oberbürgermeister am Bahnhof: „Es ist für mich beruhigend, daß ich beim Abschluß meiner Tätigkeit auf ein solches Ereignis freudig zurückblicken kann. Es ist mir freilich in meinen alten Tagen manch bittere Pille bereitet worden. Ich danke Ihnen von Herzen, daß Sie

mich in so feierlicher und liebenswürdiger Weise begrüßen und es ist ein wohltuendes Gefühl für mich, zu erkennen, wie viele Freunde ich habe. Mein Interesse an unserer nationalen Politik ist noch heute von derselben Lebhaftigkeit und Tiefe wie in den Sechzigerjahren, obwohl es nicht mehr mein Beruf ist. Ich bin in das Privatleben zurückgetreten, aber ich folge allen unsern nationalen Angelegenheiten, als wenn es meine eigenen mitbeträfe ... Der Empfang geht zum Herzen, um so mehr, als ich in meiner heutigen Stellung annehmen darf, daß er lediglich nur meiner Person und meiner Vergangenheit gilt. Ich bin in keiner amtlichen und autoritativen Stellung mehr, und was mir heute an Ehre erwiesen wird, ist das Ergebnis der Beziehungen, die sich in der Vergangenheit zu meinen Mitbürgern und mir gebildet haben. Ich stehe vor Ihnen als Vertreter einer abgeschlossenen Zeit, der weder in der Gegenwart noch in der Zukunft eine Mitwirkung an unsern weiteren Verhältnissen erstrebt. Aber es ist mir von höchstem Werte, wie von der höchsten Instanz, von der öffentlichen Meinung meiner Mitbürger, die Vergangenheit beurteilt wird, die ich Ihnen gegenüber vertrete. Wir haben gemeinsam gearbeitet, um der deutschen Nation den Rang zu verschaffen, auf den sie Anspruch hat. Dazu war notwendig, daß wir uns dem Drucke des Netzes entzogen, das in den inneren Landesgrenzen über uns geworfen wurde, und daß wir dem gemeinsam gegenübertraten und Europa den neuen politischen Begriff lehrten, daß es eine starke deutsche Macht gebe anstatt des früheren Preußens, das den Namen einer Großmacht führte, ohne die Kraft dazu zu besitzen. Die Franzosen, die Engländer, selbst die Russen waren uns an Gewicht und Ansehen vorausgegangen, heute sind sie es nicht mehr.[1]) Wir stehen ihnen vollkommen gleichberechtigt gegenüber; das hat eine schwere Arbeit gekostet. Die Männer, die in erster Linie an dieser Aufgabe mitgewirkt haben, Kaiser Wilhelm, Kaiser Friedrich, Roon, Moltke, sind zu ihren Vätern versammelt. In Dresden lebt noch Ihr König Albert ..." Nach Schluß eines Fackelzuges sagte noch Bismarck zu den Sängern der „Wacht am Rhein": „Dieses Lied hat sehr wesentlich dazu beigetragen, die deutsche Einheit zu erringen ... Das gegenseitige Wohlwollen der deutschen Stämme war früher nicht; es ist das Ergebnis der Politik der letzten Jahrzehnte. Gott erhalte es!"

Auch in Wien war die Aufnahme des Fürsten von seiten des Publikums geradezu tumultuarisch. Die Vermählungsfeierlichkeiten fanden am 21. Juni statt. Vom Hof und von der Diplomatie wohnte niemand der Trauung bei. Das war auf ausdrücklichen Wunsch der reichsdeutschen Regierung geschehen; auch Kaiser Franz Josef lehnte es ab, Bismarck zu empfangen. Caprivi hatte schon am 23. Mai 1890 einen Erlaß an sämtliche Gesandtschaften ergehen lassen, worin es hieß: „Wenn die Regierung in Anerkennung der Verdienste dieses großen Staatsmannes schweigen konnte, solange dessen Äußerungen sich auf persönliche Verhältnisse und innere Politik beschränkten, mußte sie sich, seit auch die auswärtige Politik davon berührt wird, die Frage vorlegen, ob solche Zurückhaltung nicht im Auslande schädlichen Mißdeutungen unterliegen könnte ..." Und am

[1]) Der viel weiter blickende Caprivi hatte sich im Vorjahr anders geäußert.

9. Juni 1892 depeschierte Caprivi an den Botschafter zu Wien, Prinzen Reuß: „Im Hinblick auf die bevorstehende Vermählung des Grafen Herbert Bismarck in Wien teile ich mit: Für die Gerüchte über eine Annäherung des Fürsten Bismarck an Seine Majestät den Kaiser fehlt es vor allem an der unentbehrlichen Voraussetzung eines ersten Schrittes seitens des früheren Reichskanzlers. Die Annäherung würde aber, selbst wenn ein solcher Schritt geschähe, niemals so weit gehen können, daß die öffentliche Meinung das Recht zur Annahme erhielte, Fürst Bismarck hätte wieder auf die Leitung der Geschäfte irgendwelchen Einfluß gewonnen. Falls der Fürst oder seine Familie sich Euer Durchlaucht Hause nähern sollte, ersuche ich Sie, sich auf die Erwiderung der konventionellen Formen zu beschränken, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit jedoch auszuweichen. Diese Verhaltungsmaßregeln gelten auch für das Botschaftspersonal. Ich füge hinzu, daß Seine Majestät von der Hochzeit keine Notiz nehmen werden. Euer Durchlaucht sind beauftragt, in der Ihnen geeignet scheinenden Weise sofort hiervon dem Grafen Kalnoky Mitteilung zu machen." — Also auch dem Kaiser Franz Josef.

Graf Herbert Bismarck lernte seine Braut Gräfin Margerite Hoyos im Vorjahr in Fiume und Abbazia kennen; hier fand am 4. Mai 1892 die Verlobung statt. Die Mutter der Braut war eine Tochter des Torpedofabrikanten Whitehead in Fiume. Man erwartete sich von der Hochzeit eine Aussöhnung zwischen Kaiser Wilhelm und dem Altreichskanzler; aber es trat eher eine Verschärfung des Gegensatzes ein.

Unter solchen Umständen hielt der Fürst bei der Hochzeitstafel folgenden Trinkspruch: „Ich danke zunächst dem Grafen Andrassy für die Erinnerung an die politische Vereinigung der beiden großen Reiche, denen wir angehören, eine Verbindung, zu deren Zustandekommen sein Onkel, mein treuer Freund, so viel beigetragen hat. Der Sympathie zu Österreich-Ungarn bin ich bis zu diesem Augenblick treu geblieben und werde ihr immer treu bleiben, weil sie der natürliche Ausdruck unseres Herzensbedürfnisses in Deutschland ist." Dem Akademischen Gesangverein dankte Bismarck für ein Ständchen: „Wenn auch als Privatmann hier weilend, freue ich mich doch, eine solche Vertiefung unserer Beziehungen zu finden . . . Es ist eine um so höhere Ehre, daß Sie neben der Wissenschaft auch die Kunst pflegen. Kunst und Wissenschaft sind es, die uns Deutsche verschiedener Länder zusammenhalten. Wien hat Großes in der Musik geleistet, am Himmel seiner Kunst leuchten Sterne wie Mozart und Haydn. Deutsche Musik und Poesie bilden ein geistiges Band zwischen allen Deutschen; sie werden auch in der Zukunft ein Bindemittel unserer nationalen und geschichtlichen Beziehungen sein. Sollte je eine Verdunkelung zwischen uns wieder eintreten, wir werden uns immer wieder zusammenfinden."

Zu einem Vertreter der „Neuen Freien Presse", den er eigens zu sich kommen ließ, sagte Bismarck, er wünsche eine Danksagung für die ihm bereitete freundliche Aufnahme zu veröffentlichen (sie erschien am 24. Juni). Außerdem bemerkte er: „Ich habe mich in Wien sehr wohl gefühlt. Es freut mich, daß man in Österreich mehr Erinnerung hat für jene Tätigkeit,

bei welcher es mir vergönnt war, mit Österreich zu gehen und Österreich zu nützen, als für jene Tätigkeit, durch welche ich gezwungen war, gegen Österreich zu gehen. Ich habe eben als Staatsmann das Interesse meines Landes vertreten, und das war doch natürlich und selbstverständlich. Ich habe nichts gegen Österreich. Man darf mir nicht alles in die Schuhe schieben, was die ‚Hamburger Nachrichten' bringen. Mein Standpunkt war allerdings, daß ich den Handelsvertrag mit Österreich als unsern landwirtschaftlichen Interessen widersprechend gefunden habe. Aber ich habe es dem Grafen Kalnoky ausdrücklich gesagt, daß ich es für ganz natürlich finde, wenn Österreich die Unzulänglichkeit unserer Unterhändler zu seinem Vorteil benützt hat. Dieses Resultat ist dadurch eingetreten, daß bei uns Männer in den Vordergrund gekommen sind, welche ich früher im Dunklen hielt ... Wir sind nach 1871 gesättigt. Wir haben nichtdeutsche Elemente genug, und ein Krieg ist keine Kleinigkeit. Ich schrecke vor einem notwendigen Kriege nicht zurück und selbst nicht vor einem anständigen Untergang ... Es war mein Gedanke bei der Schaffung des österreichischen Bündnisses, gerade im österreichischen Interesse und damit wir die österreichische Politik wirksamer unterstützen und fördern könnten, den Zusammenhang mit Rußland nicht zu verlieren. Österreich will ja den Frieden, es hat Bosnier genug ... Aber dieser Zustand hat sich seit meiner Demission geändert, dadurch, daß wir keinen Einfluß mehr auf die russische Politik besitzen. Ich hatte durch das Vertrauen, das man mir schenkte, Einfluß auf den russischen Botschafter in Berlin. Diese persönliche Autorität und das Vertrauen fehlen meinem Nachfolger. Daraus erklärt sich die Veränderung, die seit meiner Demission in der politischen Situation Europas eingetreten ist. Der Draht ist abgerissen, welcher uns mit Rußland verbunden hat. Der Krieg mit Frankreich mag unausweichlich sein. Anders ist es mit Rußland. Zwischen uns liegt nicht der geringste Gegensatz der Interessen. Auch Österreich ist friedfertig und ihm könnten wir dienen, wenn der Draht, der uns mit Rußland verband, nicht abgerissen wäre ... Dazu treten noch andere Umstände, insbesondere die Wandlung in der polnischen Politik Preußens. Man hat einen Polen zum Erzbischof gemacht und ihm eine Stelle gegeben, welche im Interesse der deutschen Politik einem deutschen Katholiken gebührte ... Ich wäre sehr gut imstande gewesen, kraft meiner früher gewonnenen Autorität im gleichen Geleise den Wagen fortzuziehen. Die Politik ist keine Wissenschaft, wohl aber eine Kunst, zu deren Ausübung Erfahrung gehört. Aber jetzt! Wer weiß, ob ich in Rußland das alte Vertrauen, das ich früher genossen, wiederfände, und wer weiß, ob in Österreich! Ich bin nicht in den Reichstag gegangen, weil ich die Regierung mit offenem Visier angreifen müßte, gewissermaßen als Chef der Opposition. Allerdings habe ich gar keine persönlichen Verpflichtungen gegen die jetzigen Persönlichkeiten und gegen meinen Nachfolger. Alle Brücken sind abgebrochen. Man hat davon gesprochen, mich zum Präsidenten des Staatsrates zu machen. Auf solche Dinge gehe ich nicht ein, dazu fehlt mir die christliche Demut. Wenn einmal ein falsches Geleise eingeschlagen ist, dann ist die Lage schwierig. Das ist vorüber. Freilich, eine Kritik des heimatlichen Zustandes kann man einem so alten Politiker nicht verwehren. Dieses Recht kann ich mir für die wenigen Jahre meines Lebens nicht nehmen lassen ..." Über Wien sagte er noch einiges Schmeichelhafte.

Einen Tag nach der Wiener Hochzeit schrieb der „Hamburger Korre-

spondent" über die Möglichkeit einer Aussöhnung zwischen Bismarck und Kaiser Wilhelm: „Man weiß, daß Fürst Bismarck das bestehende Verhältnis, welches das Herz manches Patrioten bedrückt, nicht unangenehm empfindet oder daß er wenigstens die Initiative zu einer Änderung ablehnt. An ein Entgegenkommen von der andern Seite, das als ein Canossa gedeutet werden könnte, ist nicht entfernt zu denken . . ."

Bismarck in München.

Von Wien fuhr Bismarck über München nach Kissingen. In München sprach er am 24. Juni zu einer städtischen Deputation: „Die wohlwollenden Begrüßungen, welche mir zuteil wurden, sind eine Genugtuung für mich. Es ist mir, als wenn ich Absolution von meinen politischen Sünden erhielte, die ich ja begangen habe wie jeder andere. Die Äußerungen des Wohlwollens für mich sind ein Ausdruck der Befriedigung mit den Zuständen, wie sie sind. Gott hat uns geführt, daß in jenem Werdegange alle (?) Volksstämme mit deutschen Armes Kraft auf den Amboß zugeschlagen haben, auf dem die deutsche Einheit geschmiedet wurde. Vollkommen ist ja nichts auf dieser Welt. Nach engeren Formen der Einheit zu streben, ist unnötig: das Beste ist des Guten Feind. Ich glaube nicht, daß äußere Gewalt uns etwas antun kann. Ich glaube auch nicht, daß teutonisches Selbständigkeitsgefühl uns auseinandersprengen könnte. Trotz aller Utopien bleibt herrschendes Prinzip in Deutschland doch immer die öffentliche Meinung des großen Durchschnitts der gebildeten Stände. So werde ich in den heimischen Wald befriedigter zurückkehren, als ich ihn verließ." Einem Reporter der „Allgemeinen Zeitung" gegenüber sprach Bismarck allerdings auch von den Angriffen verschiedener Blätter auf ihn. Übrigens wäre es unrecht, alle Leute, die sozialdemokratisch wählen, auch dieser Partei zuzuzählen. Sie wollen mit ihrer Wahl vielmehr beweisen, daß sie unzufrieden sind. So dumm sind sie nicht, daß sie glauben, das sozialdemokratische Programm könne ihren Leiden abhelfen; viele wissen vielmehr, daß ihnen dies nur neue Leiden brächte, da es die Welt zu einem Zuchthaus und Zellengefängnis machen würde. Das ist ganz undeutsch, so viel individuelle Selbständigkeit aufzugeben. Bei Franzosen und Russen ist es eher erklärlich. Über Wien sagte er, er habe höflicherweise schon von Friedrichsruh aus auf dem amtlichen Weg durch die deutsche Botschaft um eine Audienz bei Kaiser Franz Josef nachgesucht. Anfangs sei seinem Gesuch die Stimmung günstig gewesen, aber dann habe sie umgeschlagen, wohl kaum ohne eine starke Pression von Berlin aus. Er habe nur mündlich die Antwort erhalten, daß die Audienz, um die er als Verehrer des Kaisers und als Militär nachgesucht, nicht gewährt werden könne. Jetzt freue er sich, da ruhiger Zuschauer zu sein, wo er früher Mitarbeiter gewesen. — Bismarck wohnte in der Villa Lenbachs, des Bildnismalers, und empfing dort einen riesigen Festzug der studentischen, Kunst- und Sangeskorporationen. In Augsburg besuchte er auf Einladung der Stadt das Rathaus, wo ihm ein Ehrentrunk gereicht wurde.

Bismarck über Caprivi.

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung", ein Organ des Fürsten, brachte um 26. Juni folgendes Gespräch Bismarcks: „Sie wundern sich, daß ich mit so wenig Anerkennung über die Amtsführung meines Nachfolgers spreche, während ich nach einer Angabe Windthorsts ihn dem Kaiser empfohlen haben soll . . . Beispielsweise nannte ich einmal den Namen Caprivi; aber mein Vorschlag galt nicht dieser Persönlichkeit, sondern nur dem Generalsrang und der Schneidigkeit. Bezüglich letzterer habe ich mich gründlich getäuscht. Es ist

mir das nicht oft passiert ... Lange übrigens, bevor der Kaiser mich rundweg auffordern ließ, meine Entlassung zu erbitten, was ich zu tun mich weigerte, indem ich passiven Widerstand leistete, hat er mich unter Gründen der Schonung meiner Gesundheit von Berlin und aus dem lebendigen Zusammenhang der Dinge ferngehalten. Das Schlimmste, was unter Caprivi geschehen ist, das ist die kopfüber erfolgte Abreißung aller Fäden mit Rußland. Der Kaiser glaubte durch seine große persönliche Liebenswürdigkeit die Russen auch politisch ‚einwickeln' zu können. Zwischenträger überbrachten aber unserm Kaiser Äußerungen, welche an der Erfolglosigkeit keinen Zweifel ließen. Unter diesen Umständen erschien die sofortige Reise nach England mit den anschließenden afrikanischen Verträgen als eine Gegendemonstration gegen Rußland, welcher die noch empfindlichere polenfreundliche Politik folgte. Unserer auswärtigen Politik konnte nichts Verhängnisvolleres angetan werden. Das mußte ein Kronstadt herbeiführen. In Rußland sind es überhaupt nur die Polen, welche zum Kriege hetzen, in der Hoffnung, daß ein neues Großpolen die Folge russischer Niederlagen sein werde. Caprivi hat unser Verhältnis zu Rußland gerade an der Stelle vergiftet, wo Rußland am empfindlichsten ist: in der Polenfrage. Die Besetzung des Gnesener Bischofstuhles mit einem Nationalpolen war nicht nur ein Irrtum unserer inneren, sie war vor allem ein Fehler unserer auswärtigen Politik und ein vollwichtiger Beweis, daß Caprivi seinem schwierigen Amte nicht gewachsen ist."

Bismarck in Kissingen.

Zu einem Reporter der „Münchener Neuesten Nachrichten" sagte Bismarck in Kissingen, wo er die Kur gebrauchte: „Ich bin beim Kaiser in Ungnade gefallen, und ich weiß heute noch nicht, warum. Von einer Versöhnung kann man doch nicht sprechen. Der Kaiser ist nicht bei mir in Ungnade gefallen. Wenn er die Ungnade aufhebt, wäre das Verhältnis das alte. Ich glaube, daß Intrigen mit untergelaufen sind. Der Kaiser hätte ja gewiß sein eigener Kanzler sein können; das Ausscheiden aus dem Amt hätte mich nicht geschmerzt, aber tief schmerzt mich die Form, in der es geschehen ist. Ich habe zwar immer gedacht, daß ich die Geschäfte erst niederlege, wenn mich Krankheit dazu zwingen oder der letzte Seufzer dieser Brust sich entringen werde." Über das Schulgesetz sagte er: „Das Gesetz an sich wäre nicht so sehr gefährlich gewesen. Es kommt hiebei alles auf die Ausführung an. So wie die Dinge sich entwickelten, wäre es aber ein Kulturkampf mit anderer Front geworden, die Regierung mit dem Zentrum auf der einen Seite. Das Gefährlichste an der Sache war der Rückzug."

Es konnte nicht fehlen, daß die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (28. Juni) sehr scharfe Erwiderungen auf die unglaublich rücksichtslosen Enthüllungen Bismarcks in der Presse brachte: „Das angebliche gute persönliche Verhältnis des Fürsten zu Rußland beruhe auf Selbsttäuschung. Seine Erinnerungen fingen bereits an, sich zu verwirren." Dem widersprachen, 5. Juli, die „Hamburger Nachrichten", indem sie bezweifelten, daß die Äußerungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über diese Sache als offiziös anzusehen seien. Caprivi sei der längst in Aussicht genommene Kandidat des Zentrums für den Reichskanzlerposten gewesen. Und am 10. Juli brachte Bismarcks Organ, die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung", eine ausführliche Darstellung der Entlassung unter dem

Titel: „Die Wahrheit kommt endlich an den Tag." Darnach hatte schon am 17. März der Kaiser den General v. Hahnke zu Bismarck geschickt, mit dem Auftrag, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Als Bismarck sich rundweg weigerte, kam noch denselben Tag der Chef des Zivilkabinetts, v. Lucanus, mit dem direkten Befehl, zu einer bestimmten Stunde das Entlassungsgesuch zu unterbreiten. Bismarck forderte so viel Zeit, um eine ausführliche Darlegung der politischen Lage zu verfassen. Das umfangreiche Schriftstück kam gegen Mittag des 20. dem Kaiser zuhanden. Wenige Stunden darauf überbrachten Lucanus und Hahnke dem Kanzler das Entlassungsschreiben des Kaisers, das den Schein aufrechterhalten sollte, als ob die Sache von Bismarck ausgegangen sei. Entgegen allem sonstigen Gebrauch wurde dem verabschiedeten Kanzler nicht die einstweilige Fortführung der Ämter bis zur Ernennung eines Nachfolgers aufgetragen, sondern der Nachfolger erschien alsbald im Hause, nahm Besitz von den Geschäftsräumen und nötigte so seinen Vorgänger, „Hals über Kopf die Räume zu verlassen, denen er eine Weltberühmtheit verschafft hatte, wie sie kein zweiter Raum in Deutschland besaß. Fürst Bismarck war buchstäblich nicht imstande, ordentlich einzupacken, hat beim überstürzten Umzug eine Menge Eigentum verloren und kam sich und den Seinen vor, wie eine deutsche Familie, die 1870 aus Paris ausgewiesen worden." Spätere „Äußerungen sollten den Fürsten hinstellen, als habe er zum Bedauern seiner Nachfolger wegen irgendeines Verschuldens entlassen werden müssen und als seien die Gesundheitsrücksichten in der Verabschiedungsurkunde lediglich aus Schonung hineingekommen".

Diese Enthüllungen Bismarcks mußten überall peinlichstes Aufsehen hervorrufen. Indessen empfing er auch in Kissingen eine Deputation von 800 Württembergern (10. Juli), zu denen er unter anderm sagte: „Die Erhaltung des Friedens sehe ich als den Hauptgrund Ihrer Zustimmung für mich an. Ich habe ja keine Schlachten geschlagen, aber ich habe den Frieden erhalten helfen. Ich glaube, daß er sich auch ferner erhalten läßt, selbst wenn im Westen der Topf überkochen sollte. Daß wir von Osten angegriffen werden, glaube ich nicht, wenn unsre Diplomatie so geschickt ist, als sie sein kann."

Graf Waldersee leugnete einem amerikanischen Reporter gegenüber, daß er jemals versucht habe, den Kanzlerstreit zu schlichten. Er unterhalte keine Beziehungen zu Bismarck, dem er nur im Juni die Glückwünsche des Zaren überbracht habe. Er stehe auch den Bestrebungen zum Sturze Caprivis ferne.

Zu huldigenden Pfälzern und Badensern sagte Bismarck am 24. Juli: „Eine solche Begrüßung ist noch nie einem deutschen Minister zuteil geworden, auch mir nicht, solang ich im Dienste war. Ich bin der Erbe der Anerkennung, die meinen Mitarbeitern gebührt ... Notwendig waren jene Kriege; wir konnten in dem Verhältnis, wie der Deutsche Bund es unter übelwollender europäischer Fürsorge geschaffen, nicht bleiben. Meine Aufgabe war, dem deutschen Schwert Bahn zu schaffen. Der Krieg gegen Österreich war meinem alten Herrn sehr schwer geworden, und auch 1871 war er mit seinen 73 Jahren

nicht kriegslustig. Aber unsre Duldung in Europa konnte nur in Paris gewonnen werden. Wie der Krieg unvermeidlich war, so war nachher eine Art Diktatur, eine stark konzentrierte Macht im Innern notwendig. Man muß Eier zerschlagen, um einen Eierkuchen zu machen. Ich habe mir dadurch viele Feinde geschaffen, mehr als ein anderer Minister, der weniger Eier zu zerschlagen hatte. Diese Gegner sind mir treu geblieben. Das Wohlwollen gegen mich ist jederzeit im Südwesten lebhafter gewesen als sonstwo. Die Tiefe der Gemüter ist hier eine andere, sie zünden lebhafter. Wie die Schwaben die Reichssturmfahne getragen haben, so war der geistige Funken bei den Alemannen lebendiger; es ist dies bis in die Zeit der Reformation. Dem Auslande gegenüber werden wir ja wohl Rücken an Rücken stehen, im Innern aber macht sich die Rücksichtslosigkeit sehr fühlbar, mit welcher die Parteien sich befehden. Die Extremen sind nicht regierungsfähig, wir können weder eine katholische noch eine evangelische Theokratie vertragen. Ich bedaure daher alle heftigen Akzentuierungen konfessioneller Gegensätze und Rassenunterschiede. Wir müssen regiert werden von dem Durchschnitt aller gebildeten Deutschen. Von unten herauf können wir ebensowenig regiert werden. Wir brauchen den Reichstag als einen Brennpunkt unsres nationalen Lebens und müssen zu diesem Zweck eine Verschmelzung der bürgerlichen Kreise anbahnen ... Wer ist imstande, außer den Theologen, zu sagen, was lutherisch, was reformiert, was katholisch und evangelisch, was griechisch und englisch ist! So ist es auch mit den politischen Fraktionen, wo die Führer künstliche Unterschiede erhalten müssen, um eine separate Herrschaft entfalten zu können ... Ich kann mich von der Politik nicht lossagen, und werde den Mund nicht halten, so viele Versuche auch gemacht werden, ihn mir zu verbieten. Alle meine Gegner finden, daß ich mich in der Geschichte besser ausnehmen würde, eine vornehmere Erscheinung wäre, wenn ich schwiege. Sie fällen heute Urteile über meinen Charakter und meine Person, und machen sich nicht klar, daß, wenn sie mich verdächtigen, nachdem ich kaum aus dem Amte bin, das Gift, welches sie gegen mich ausspritzen, auch überspritzt auf unsre nationale Arbeit. Wenn sie den tätigsten Mitarbeiter an diesem Werk als einen Narren darstellen, der nicht weiß, was er will, so übersehen sie, daß sie durch diese Beschimpfung des Verfassers das Werk beschimpfen."

Bismarck in Jena.

Auf der Heimreise von Kissingen erreichten die Ovationen ihren Gipfel in Jena. Dort hielt Bismarck geradezu zwei politische Vorlesungen über sein ganzes Lebenswerk. Ich hebe nur einige Stellen heraus: „Diese ganze Entwicklung müssen Sie nicht meiner vorausberechnenden Geschicklichkeit zuschreiben; es wäre eine Überhebung von mir, zu sagen, daß ich diesen ganzen Verlauf der Geschichte vorausgesehen und vorbereitet hätte. Man kann die Geschichte überhaupt nicht machen, aber man kann immer aus ihr lernen. Das Abwarten des rechten Moments ist die Regel gewesen. Es haben Schwankungen und Windungen in der Politik stattgefunden, aber Politik ist eben keine Logik, keine exakte Wissenschaft. Man hat gesagt, ich hätte außerordentlich viel Glück gehabt in meiner Politik. Das ist richtig, aber ich kann dem Deutschen Reich nur wünschen, daß es

Kanzler und Minister haben möge, die immer Glück haben. Es hat das eben nicht jeder. Meine Vorgänger haben es nicht gehabt. Ich will wünschen, daß es mein Nachfolger hat... Warum ich meine Ansicht nicht aussprechen sollte, sehe ich nicht ein. Das Wesen der konstitutionellen Monarchie ist das Zusammenwirken des monarchischen Willens mit den Überzeugungen des regierten Volkes. Es ist ein gefährliches Experiment, heutzutage im Zentrum von Europa absolutistischen Velleitäten zuzustreben, mögen sie priesterlich unterstützt sein oder nicht. Wir haben ja die Ansicht gehört, daß ein Unteroffizier dem Soldaten gegenüber an Gottes Stelle stehe. Ich bin nie ein Absolutist gewesen. Was wir erstreben müssen, ist eine Kräftigung der politischen Überzeugung in der öffentlichen Meinung und im Parlament. Ich möchte, daß das Parlament zu einer konstanten Majorität gelangt, ohne diese wird es nie die Autorität haben, die es braucht. Ich habe als Reichskanzler nach meinem Gewissen gehandelt, bin auch fest entschlossen, als Privatmann nach meinem politischen Pflichtgefühl zu handeln, was immer die Folgen sein könnten. Diese sind mir völlig gleichgültig." — Bei der großen Festlichkeit auf dem Marktplatz von Jena (31. Juli) sagte noch Bismarck: „Wenn Jena (1806) nicht gewesen wäre, wäre vielleicht Sedan auch nicht gewesen. Die Zertrümmerung des morsch gewordenen (friderizianischen) Baues schuf einen freien Platz zum Neubau. Ohne Verzicht auf die Vergangenheit wäre das Erwachen des deutschen nationalen Gefühles im preußischen Lande kaum möglich gewesen. Warum es das durchzumachen hatte, kann ich nicht entwickeln, ohne mich von neuem dem Vorwurf der greisenhaften Geschwätzigkeit auszusetzen." Er bemühte sich, wieder zu beweisen, „daß der Bruderkrieg 1866 ganz unvermeidlich war. Wir mußten uns nach deutscher Art und Gesinnung einmal im Gottesurteil schlagen, um zu wissen, auf welche Seite sich die Entscheidung der höheren Gewalt stellen würde. Das ist geschehen, mit der Zurückhaltung, die Landsleute einander schuldig sind. Wir haben bei unserm damaligen Gegner keine unversöhnliche Stimmung hinterlassen. Es ist uns gelungen, mit Österreich in ähnliche Beziehungen zu kommen, wie diejenigen waren, die von den Frankfurter Verfassungsentwürfen vergebens erstrebt wurden. Wir haben sie heute reifer, vollständiger und wirksamer, als sie damals erstrebt wurden ... Es war ein Bedürfnis, den französischen Krieg isoliert führen zu können ... Hätte uns Österreich und Rußland in derselben Geschlossenheit gegenübergestanden, wie zur Zeit von Olmütz (1850), Gott weiß, ob der Erfolg derselbe gewesen wäre ... Diese Kriege waren notwendig; nachdem sie aber geführt waren, halte ich es für nicht nötig, daß wir weitere Kriege führen ... Wir haben unsere Aufmerksamkeit im Innern der Konsolidierung der Reichseinrichtungen zugewendet. Fertig ist die Aufgabe noch nicht. Sie kann nur fertig

werden, wenn wir ein starkes Parlament haben, eine konstante Majorität. Ohne einen solchen Reichstag bin ich in Sorge für die Dauer und Solidität unserer Institutionen. Wir können heut nicht mehr einer rein dynastischen Politik leben, wir müssen nationale Politik treiben ... Wir können nicht regiert werden unter der Leitung einer Fraktion, am allerwenigsten unter der des Zentrums. Ich glaube, daß selbst unsre katholischen Landsleute in ihrer Mehrzahl das Bedürfnis haben, unabhängig von der Doktrin der Zentrumsleitung in Berlin regiert zu werden. Ich glaube, daß wir mit unsern katholischen Fragen leichter fertig würden, wenn wir mit der römischen Kurie durch Vermittlung eines Nuntius in Berlin zu verhandeln hätten ... Das Zentrum bröckelt uns alles ab, was wir im Osten unsrer Grenzen, in Polen germanisch angebaut haben und anbauen wollten ... Aber eins können wir vom Zentrum lernen, das ist die Disziplin: Reaktionäre, Edelleute, Absolutisten, Konservative, Freisinnige, sie alle stimmen da wie ein Mann für das Interesse der Kirche ... Vom Feinde soll man lernen, und das Zentrum halte ich nach wie vor für einen Gegner des Reichs in seiner Tendenz. Ich will den Frieden mit unsern katholischen Mitbürgern, aber ich will mich nicht ihrer Leitung unterziehen. Ich bin eingeschworen auf eine weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums und dem hänge ich treu an ... Wenn man mir den Vorwurf macht, ich treibe antimonarchische Politik, so will ich an Goethe erinnern. Er stellt uns in seinem Götz einen kaisertreuen Ritter dar. Dieser Ritter trug kein Bedenken, als ihn der Hauptmann zur Übergabe aufforderte, diesem eine scharfe Kritik aus dem Fenster entgegenzurufen." (Große Heiterkeit. Begeisterte Hochrufe.) — Es muß freilich bemerkt werden, daß Goethe die hier angedeuteten unflätigen Worte in den späteren Ausgaben unterdrückt hat. Leider sind aber in der ganzen Nation, soweit sie goethegebildet ist, gerade diese Worte und der Begriff Götz von Berlichingen fast identisch geworden.

Westarp.

Zur „Erinnerung an den Sommer 1892" gab Graf Adolf v. Westarp mit großer Fixigkeit ein Buch heraus: „Fürst Bismarck und das deutsche Volk". Darinnen stellte er alle Huldigungsreden und Antworten zusammen, konnte auch nicht umhin, „in den Kreis der Besprechung die politische Lage zu ziehen, welche das deutsche Volk zu seinem Kanzler zurückgeführt hat". Er berührte „den wunden Punkt" und schloß, indem er „in von tiefer Ehrfurcht gegen die geheiligte Person des Kaisers erfüllten Worten die Rückkehr des Fürsten Bismarck in das kaiserliche Vertrauen und in die kaiserliche Gnade als den sehnlichsten Wunsch bezeichnet, den das deutsche Volk in der Gegenwart auf dem Herzen trägt".

Bismarck und Harden.

Um bei Bismarck zu bleiben, erzählen wir gleich das, was der Exkanzler Ende Oktober dem Redaktor der „Zukunft", Maximilian Harden (einem ehemaligen polnischen Juden), sagte: „Ich werde nur dann im Parlament erscheinen, wenn es unumgänglich notwendig ist. Ich müßte in des

Königs Rock Opposition machen. Auch würde die Presse alles entstellen. Es ist ja so leicht, ohne Fälschung, nur durch Weglassungen und Striche den Sinn vollkommen zu ändern. Ich habe mich selbst einmal in diesem Fache versucht, als Redaktor der Emser Depesche, mit der die Sozialdemokraten seit zwanzig Jahren krebsen gehen ... Die Persönlichkeiten der jetzigen Minister sind so dünn, daß die Person des Monarchen hindurchscheint. Ich sehe eine Gefahr darin, wenn ein Herrscher sich ohne ministerielle Bekleidungsstücke zeigt ... Für mich hat die Situation kein Schwert (wie Chamisso sagte)." — Im November veröffentlichte auch Hans Blum Äußerungen Bismarcks gegen die Militärvermehrung: „Wir werden höchst unwahrscheinlicherweise den Krieg an zwei Fronten haben. Warum nicht lieber gleich an dreien? Wer wird im künftigen Krieg siegen? Derjenige, der die ersten Schlachten gewinnt. Und diese Schlachten werden doch nicht von Millionen gleichzeitig auf einem Schlachtfelde geschlagen, sondern höchstens von 200.000 bis 300.000 Mann. Eine größere Zahl von Menschen läßt sich ja gar nicht gleichzeitig leiten, auch nur übersehen, nicht auf einem Schlachtfeld aufstellen. Selbst die Massen könnte man nur von einem Luftballon übersehen. Es kommt also nur auf gute Führung, überlegene Taktik an, und die wird nicht gewährleistet durch eine ungeheure Vermehrung der Heere. Mit unserer jetzigen Heeresstärke können wir bei richtiger Führung sehr wohl sogar an zwei Fronten erfolgreich operieren ... Ich glaube, daß der Krieg vor zwei bis drei Jahren keinesfalls ausbricht. Denn Frankreich ist heute friedlicher als 1888 unter der ‚Boulange'. Boulanger brauchte nur an den Knopf zu drücken, so war er Herrscher Frankreichs und dann gab es Krieg. Jede Monarchie in Frankreich ist für den Frieden gefährlicher als die Republik. Daß die jetzigen französischen Machthaber nicht an Krieg denken, verrät die Tatsache, daß sie den päpstlichen Segen für ihre Republik erbeten und erhalten haben ... Wer will in Rußland den Krieg? Die Presse, die Polen und die Juden. Rußland wird aber erst in drei Jahren seine neue Ausrüstung vollendet haben." In bezug auf seine Aussichten im Parlament sagte Bismarck: „Die Mehrheit des jetzigen Reichstages würde mich meiden wie einen Pestkranken." Weiters stellte Bismarck in Abrede, den „Krieg-in-Sicht"-Artikel von 1875 angeregt zu haben. Allerdings war Moltke und der Generalstab für den Krieg. Dann sprach Bismarck über die Vorzüge des Dreikaiserbundes. „Immerhin ist leider die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß, wenn Frankreich einmal mit der roten Fahne heranrückte, es noch mehr Freunde bei uns finden könnte als vor hundert Jahren ... Die Russen haben nur Talent für novellistische Leistungen, aber nicht für Politik... Ein weiterer Kriegsfreund in Rußland ist der Nihilismus; er denkt, er könne seine Pläne auf den Trümmern eines Rußland nachteiligen Schlachtfeldes verwirklichen. Dann sind dort die Geldmittel der Franzosen, Engländer und Polen in demselben Sinne tätig. Diese kolossale vereinigte Kaufkraft stürzt sich auf die russischen und polnischen Preßleiter." Kritiker fanden nicht alle diese Ansichten sachgemäß.

Wir haben nun noch den Besuch des italienischen Königspaares in Potsdam nachzutragen, mit großer Parade und Galatafel, dabei Kaiser Wilhelm von der blonden Schwester Germania sprach, die ihre schöne Schwester Italia durch seinen Mund begrüße. Anfang August war Kaiser Wilhelm in England bei einer Segelregatta.

Auf dem Mainzer Katholikentage (29. Aug. bis 2. Sept.) zeigte sich eine siegesfrohe Stimmung. Dr. Porsch kündigte eine neue Ära des gegenwärtigen Kampfes zwischen Christentum und Atheismus an. Bischof Haffner sagte, ein Abgrund der Religions- und Sittenlosigkeit tue sich auf und drohe im Atheismus die christliche Gesittung und Zivilisation zu verschlingen. Freiherr v. Schorlemer-Alst nannte den Sozialismus den ungeratenen, aber doch anerkannten natürlichen Sohn des Liberalismus. Vom Unglauben in den Hochschulen stamme der Atheismus der Sozialdemokratie. Die Revolution komme von oben. Graf Ballestrem sagte: „Durch die Zurückziehung des Volksschulgesetzes hat nicht das Christentum, sondern das Königtum eine Schlappe erlitten; das Vertrauen auf die Stetigkeit der Führung der Geschäfte ist verloren." Man verlangte Rückberufung der ausgewiesenen Orden, territoriale Unabhängigkeit des Papstes, konfessionelle Schule, den christlich-germanischen Staat. Es hieß, den Nutzen von der Zurücknahme des Schulgesetzes habe die Sozialdemokratie; auch Bismarck habe auf seiner letzten Reise nur für die Sozialdemokratie gearbeitet, indem er antimonarchische Agitation trieb. Decurtins sprach über die katholische Universität zu Freiburg in der Schweiz. Gröber beklagte es, daß Württemberg und Baden so intolerant seien, keine Männerorden zu dulden. Am 30. August tagte die erste Generalversammlung des Katholischen Volksvereins, der Ende 1891 schon 109.000 Mitglieder zählte. Katholikentag.

Es entsprach der neuen freundlicheren Stellung der Regierung, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" dem Mainzer Katholikentag (29. Aug.) einige Komplimente machte, ohne gegen die althergebrachten Forderungen der Katholiken zu protestieren. Mit Recht bemerkte darüber die „Germania": „Eine Regierung, die sich entschieden auf positiv-christlichen Boden stellte, die den christlich-germanischen Staat anstrebte, einer solchen Regierung würden noch heute in Deutschland ungeahnte Lebenskräfte zuströmen; sie würde an die Spitze einer neuen modernen Bewegung für die ganze Welt treten und wirklich mit Erfolg die Lösung der sozialen Fragen, die uns sonst über den Kopf wachsen, in die Hand nehmen können. Die Liberalen aber würden vor einem solchen warmen Hauche wirklichen christlichen Lebens verschwinden wie Schnee vor der Frühlingssonne." Und die protestantische „Kreuzzeitung" schrieb: „Der Liberalismus glaubt immer noch, das Zentrum als ein politisches Nichts behandeln zu können. Er übersieht in seiner Selbstüberhebung, daß schon seit längerer Zeit das Zentrum bemüht ist, den tatsächlichen Beweis zu führen, es wolle keine faktiöse Opposition machen, und daß die Ereignisse des letzten Winters bei Gelegenheit des Schulgesetzes gezeigt haben, wie tief der Gegensatz ist, der alle Freunde des christlichen Volkslebens von dem gesamten Liberalismus scheidet und zur gegenseitigen Annäherung drängt." — Dagegen schrieben liberale Blätter: „Das Zentrum erwartet mit Sicherheit den Augenblick, in welchem sich die Regierung ihm auf Gnade oder Ungnade ergeben wird." „Das Ergebnis ist, daß die klerikalreaktionären

Bestrebungen unumwundener und anspruchsvoller auftreten und daß auf seiten der Regierung weniger Widerstandskraft dagegen zutage tritt als je zuvor." „Den Herausforderungen des Mainzer Katholikentages gegenüber müssen wir konstatieren, daß der Katholizismus in Deutschland ein Fremdling bleiben wird, solange er römisch ist." (So die „Berliner Börsenzeitung"; sie meinte wohl, daß alle Deutschen Juden sein sollten.) Die „Vossische Zeitung" meinte: „Hat die Regierung für die Ausfälle der Mainzer Reden nichts als Entschuldigung oder gar Bewunderung, stellt sie das Zentrum der konservativen Partei als Muster vor, dann weiß die öffentliche Meinung sattsam, was sie vom Reichskanzler zu halten hat. Die Regierung würde hinweggefegt werden, wenn sie den Schein zuließe, als billigte sie die Parole, die in Mainz ausgegeben wurde: Katholisch ist Trumpf!"

Kaiser Wilhelm in Wittenberg.

Nach dem Besuch des Kaisers Wilhelm in Wien (11. bis 13. Okt.) war die größte Staatsaktion die Einweihung der erneuerten Schloßkirche in Wittenberg, 31. Oktober. Die Einweihung dieser Kirche, berühmt durch Luthers Thesen, gipfelte (31. Okt.) in einem historischen Festzug und in der Aufführung des Lutherfestspiels von Herrig im Exerzierhaus der Kavalleriekaserne. Mit dem Deutschen Kaiser und seinem Haus nahmen die meisten protestantischen Fürsten und Prinzen, der Kronprinz von Schweden und der Herzog von York als Vertreter beider protestantischer Herrscherfamilien, daran teil, ebenso Repräsentanten des dänischen und niederländischen Königshauses. Der Generalsuperintendent Schulze hielt die Weiherede über Röm. 3, 24: „Und werden ohn Verdienst gerecht aus seiner Gnade, durch die Erlösung, so durch Christum Jesum geschehen ist", und er sprach das Weihegebet, währenddessen die Versammelten das Knie beugten. Hofprediger Vieregge hielt die Predigt über 3. Moses 4, 5 (Sündopfer). Bei der Festtafel sagte der Kaiser: „In dankbarem Aufblick zu Gott dem Herrn erhebe ich den Pokal, den die Stadt Wittenberg dem Reformator Dr. Martin Luther zu seiner Hochzeit 1525 dargebracht hat. Es war die Zeit, in der die Reformation in den deutschen Landen bereits festen Fuß gefaßt hatte. Wittenberg, die Wiege und Werkstatt der Reformation, ward reich an Ruhm ... Der Gedanke, die Schloßkirche würdig wiederherzustellen, fand Anklang in den Herzen meiner Vorfahren, Wilhelms I. und Friedrichs III. Sie erweiterten den Plan dahin, zugleich ein Denkmal der Reformation zu stiften ... Uns, dem lebenden Geschlechte, soll die erneute Schloßkirche nicht nur ein Zeichen der Erinnerung sein an vergangene Zeiten, sondern eine Mahnung für die Gegenwart und Zukunft. Denn sie ist der beredte Ausdruck des Segens, den Gott uns durch die evangelische Kirche geschenkt hat und täglich aufs neue darreicht. Diesen Segen nicht verkümmern zu lassen, ist unsere Aufgabe. Wir haben unsern Glauben heute vor Gottes Angesicht aufs neue bekannt, und wir vergessen es nicht, daß dieses Bekenntnis uns auch heute noch mit der

gesamten Christenheit verbindet. In ihm liegt ein Band des Friedens, welches auch über die Trennung hinüberreicht. Es gibt in Glaubenssachen keinen Zwang. Hier entscheidet allein die freie Überzeugung des Herzens, und die Erkenntnis, daß sie allein entscheidet, ist die gesegnete Frucht der Reformation. Wir Evangelischen befehden niemand um seines Glaubens willen; aber wir halten fest an dem Bekenntnisse des Evangeliums bis in den Tod ... Auf dem festen Grunde unseres evangelischen Glaubens haben wir das heutige Fest feiern dürfen ..." Es konnte nicht fehlen, daß diese Sätze sehr verschiedene Kommentare von protestantischer wie nichtprotestantischer Seite erfuhren. — In der Urkunde, die man im Lutherhaus unterschrieb, wurde von der „Wiedereinweihung dieses Heiligtums der evangelischen Kirche" gesprochen, und von „dem die gesamte Christenheit verbindenden Glauben an Jesum Christum, den Gottessohn", und auch vom „Worte Gottes im Sinne und Geiste des durch die Reformation wiedergewonnenen reinen Christenglaubens". Damit war denn doch wieder das katholische Christentum einfach als Christentum negiert, ganz im Sinne Luthers, der es als Antichristentum auffaßte. Es ist leider für den Historiker nicht möglich, mit verbundenen Augen über diese Widersprüche hinwegzugehen. Die „Reformation" des 16. Jahrhunderts trat als kontradiktorischer Gegensatz des bestehenden traditionellen Kirchentums auf mit dem Ausschluß jeder Vereinigung der Gegensätze, die seitdem unvereinbar nebeneinander hinliefen.

Reichstag.

Zur Eröffnung des Reichstags, 22. November, sagte der Kaiser: „Der Rückblick auf den seit Ihrer letzten Tagung verflossenen Zeitraum gewährt ein nicht ungünstiges, wenn auch nicht in allen Beziehungen erfreuliches Bild. Auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens sind berechtigte Erwartungen vielfach nicht in Erfüllung gegangen." Ferner mache trotz der freundlichen Beziehungen die Entwicklung der Wehrkraft anderer Staaten es zur Pflicht, auch auf die Fortbildung der Verteidigungsfähigkeit des Reichs mit durchgreifenden Mitteln Bedacht zu nehmen.

Caprivi.

Der Reichskanzler Graf Caprivi brachte denn auch sofort eine neue Militärvorlage ein; zu deren Empfehlung sagte er: „Ich kann nicht mit ‚Krieg in Sicht' auftreten; ich werde nicht mit dem Säbel rasseln ... Wir haben kein anderes Ziel, als den Besitzstand zu erhalten. Helgoland war das letzte Stück deutscher Erde, nach dem unser Sinnen stand ... Wir haben nicht den Wunsch, von Frankreich auch nur einen Kilometer uns anzueignen. Wir haben sogar im Gewinn von Milliarden ein Haar gefunden. Wir haben an unsern eigenen Kolonien genug. Aber in Frankreich stehen uns viel mehr Armeekorps als 1870 gegenüber, eine Linie von Sperrforts, das durch 56 Forts neu befestigte Paris, das mit seiner äußeren Linie von 130 Kilometern nicht mehr so einzuschließen ist wie das alte Paris. Zudem sind wir des Wohlwollens von Rußland nicht mehr so sicher wie 1870." Caprivi kam dann auf die damals vielfach erörterte „Fälschung" der Emser Depesche

durch Bismarck, und stellte die Sache in möglichst günstigem Lichte dar. Wir können dies hier übergehen, da wir uns bei der Schilderung jenes Vorgangs lediglich an die authentische Darstellung gehalten haben, die Bismarck selber davon in seinen Erinnerungen gegeben hat (Band 3, S. 612). Für Caprivi war es die Hauptsache, durch seine lange Auseinandersetzung den Kaiser Wilhelm I. nicht als den schwachen Mann erscheinen zu lassen, der von Bismarck einfach in den Krieg gestoßen worden sei. Und er schloß: „Uns ist es nicht gleichgültig, ob der Verdacht erregt wird, als hätten wir vor zwanzig Jahren provokatorische Absichten gehabt. Das würde auf uns zurückwirken, um des Vertrauens willen, das Deutschland jetzt braucht." Viel leichter hatte es Caprivi, zu zeigen, daß die Franzosen die gleichen Revanchegedanken auch dann hegen würden, wenn man ihnen Elsaß-Lothringen damals nicht genommen hätte. Dann sagte er über die Stellung gegen Osten: „Von alters her haben Rußland und Preußen freundschaftliche Beziehungen miteinander verbunden. Es gibt nicht den mindesten realen Streitpunkt zwischen beiden. Der jetzige Kaiser von Rußland ist durch seine Gesinnung einer der stärksten Faktoren für die Erhaltung des Friedens in Europa. Ich bedaure, daß diese Hochschätzung des Zaren nicht allgemein geteilt wird ... Es ist allerdings in den weitesten Kreisen der russischen Nation eine Verstimmung verbreitet, die sich gegen uns richtet, deren innere Gründe schwer abzusehen sind. Sie datiert wohl zurück auf den Krimkrieg, sie stieg mit unsern Waffenerfolgen und mit den diplomatischen Erfolgen. Manches läßt darauf schließen, daß Rußland glaubt, sein nächster Krieg werde nach Westen geführt werden: die Dislokationen, das Eisenbahnnetz, die Befestigungen. Zielbewußt hat die russische Regierung ihre Kavalleriemassen an unsere Grenzen gelegt; sie wird hoffen, auf diesem Weg unsere Mobilmachung zu stören ... Bei aller Friedensliebe kann der Zar in eine Lage kommen, wo es ihm nicht anders möglich ist, als zum Krieg zu schreiten. Man hat der jetzigen Regierung den Vorwurf gemacht, wir hätten den Draht zerrissen, der uns mit Rußland verbunden hätte. Dem widerspreche ich ganz bestimmt. Wir haben alle Sorgfalt darauf verwendet, diesen Draht zu erhalten; wir wünschen nur nicht, daß er uns den Strom aus den Leitungen nimmt, die uns mit Österreich-Ungarn und Italien verbinden. Es ist zweifellos, daß zwischen Rußland und Frankreich eine innere Annäherung stattgefunden hat, und nicht erst seitdem die jetzige Regierung am Ruder ist. Die Anfänge dieser Annäherung werden auf die Siebzigerjahre zurückdatiert, nur ist sie mit der Zeit immer sichtbarer hervorgetreten, so daß es wohl möglich war, Kronstadt und andere unbedeutendere Ereignisse so auszulegen, als wenn in der Tat ein festes Bündnis existierte. Immerhin sind die Äußerungen der russischen Presse beachtenswert; ich bin nicht der Meinung, daß die Presse Druckerschwärze ist, sondern, daß gerade in Rußland die Preßäußerungen um so mehr Beachtung verdienen, als es der Regierung leicht ist, sie zu hindern. Ein französisches Blatt stellte vor einiger Zeit die Frage: „Flirt oder Allianz?" Es liegt in diesen Verhältnissen nichts Akutes, aber es sind elementare Kräfte da. Wir stehen vor der Notwendigkeit, uns einen Krieg mit zwei Fronten zu denken als den wahrscheinlichen Fall. Schon in der Vorlage vom Wehrgesetz von 1888 wurde ausgesprochen, daß der Krieg mit zwei Fronten ins Auge gefaßt werden müßte. Man hat gesagt, wir werden niemals stark genug werden, um nach beiden Seiten zu schlagen. Das ist ein für Deutsche un-

möglicher Gedanke. Ich erinnere an 1813. Jene Männer haben im kleinen Preußen gegen die Weltmacht eines Napoleon gerüstet und sind zum Erfolg gekommen ... Wir können auf Bundesgenossen rechnen. Der Dreibund ist vielleicht in keiner der drei Nationen so populär wie bei uns ... Aber jeder Koalitionskrieg hat seine Schwierigkeiten. Immer werden wir im Dreibund die Hauptlast auf unsere Schultern zu nehmen haben ... Es entsteht die weitere Frage: wie ist es gekommen, daß Deutschland die militärische Suprematie von 1870 verloren hat? Das ist ohne unsere Schuld gekommen. Unsere Nachbarn haben lediglich seitdem ihre Wehrkraft in einer Weise gesteigert, die wir nicht vorhersahen ... Wir wollen also auch verstärken ... Wir wollen die allgemeine Wehrpflicht (effektiv) durchführen, wir wollen zu der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen übergehen. Die finanziellen Mittel liegen in Besteuerung von Bier, Branntwein und Börse ... Die Vorlage ist natürlich unwillkommen. Aber der Krieg ist noch unwillkommener, und eine Niederlage wäre das Unwillkommenste. Wir halten zu sehr an der Vorstellung fest, daß ein künftiger Krieg so mild verlaufen würde wie 1870, wenn wir die Geschlagnen wären. Aber das wäre ein Irrtum. Wir würden mit Milliarden bezahlen müssen, was wir heute an Millionen ausgeben. Jeder, auch der Ärmste kann noch geschröpft werden und würde von einem siegreichen Feinde zu unangenehmen Diensten herangezogen werden können. Die Folgen einer Niederlage würden sich auf alle Gebiete unseres Lebens ausdehnen. Vom Schutz unseres überseeischen Handels und Exports würde keine Rede sein. Wir müssen uns klar darüber werden, daß wir einen Kampf ums Dasein zu führen haben, politisch, materiell, kulturell. Soll man dereinst sagen können: Die Männer von 1870 haben ihr Blut für Deutschland gegeben, und diese hier wollen nicht ihr Geld geben!"

Suprematie.

Richter entgegnete, das sei die alte Überschätzung der militärischen Kräfte und die alte Unterschätzung der wirtschaftlichen und andern Kräfte, die durch solche Vorlagen geschädigt werden. Er suchte den Nachweis zu führen, daß die bisherigen Wehrverhältnisse ausreichend seien und die Finanzlage wie die wirtschaftlichen Verhältnisse eine weitere Steigerung des Militäraufwandes nicht zuließen. Er spottete über die Schilderungen möglicher Niederlagen. — Der Zentrumsabgeordnete Lieber sagte, es handle sich einfach darum: „Können, sollen und dürfen wir uns schon im Frieden zugrunde richten, um für einen etwaigen Krieg gerüstet zu sein? Wir dürfen uns nicht zu einer Armee von Bettlern machen. Das Volk ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ... Weit entfernt, den Dreibund irgendwie schädigen zu wollen, sind wir unserseits der Überzeugung, daß die Wiederherstellung der territorialen Unabhängigkeit des Päpstlichen Stuhles, von Recht und Gerechtigkeit, nur zur größeren Sicherung eines wichtigen Gliedes dieses Bundes und damit des ganzen Dreibundes gedeihen würde. Ich füge hinzu, daß niemand von uns daran denkt, die territoriale Unabhängigkeit des Römischen Stuhles unter Gefährdung des Dreibundes zu wollen. Darüber werden Sie alle deutschen Katholiken völlig einträchtig finden."

Richter.

Lieber.

Das katholische Leben entwickelte sich hoffnungsvoll. Der Palästinaverein für die Katholiken Deutschlands, in dessen Vorstand sich die hervorragendsten katholischen Parlamentarier befanden, sagte in seinem Jahresbericht: „Frankreich hat seine Vormachtstellung in der Beschützung der katho-

Religiöses.

lischen Interessen seit den Siebzigerjahren auf Deutschland übergehen lassen. Das katholische Deutschland bildet die stärkste Phalanx im Kampfe für die Rechte der Kirche. So möge es denn auch die Spitze nehmen in Verteidigung dieser Rechte auf dem Boden des Heiligen Landes!" — Das preußische Abgeordnetenhaus bewilligte hinwieder eine Rate von 10½ Millionen Mark für den Bau des neuen evangelischen Doms in Berlin. — Eine landeskirchliche Versammlung in Berlin sprach sich gegen neue Lehrformulierungen und für Festhalten an den reformatorischen Bekenntnissen aus (22. April). — Liberale Zeitungen schrieben über die Teufelsaustreibung, die ein Pater im Kapuzinerkloster zu Wemding in Bayern vorgenommen habe. — Dem allzu liberalen und kulturkämpferischen Oberbürgermeister v. Forckenbeck wurde in Berlin das katholische Begräbnis versagt. Auch die Vertreter des Zentrums hielten sich von der Leichenfeier fern, die am 30. Mai auf dem evangelischen Nikolaikirchhofe stattfand. — Unter den strengeren Protestanten

Harnack. rief die Art, wie der Berliner Universitätsprofessor der Theologie Harnack mit dem Apostolischen Glaubensbekenntnis umsprang, immer größere Erregung hervor. Er legte den Studierenden die rationalistische Umdeutung des „Empfangen von dem Heiligen Geiste, geboren von der Jungfrau Maria" nahe, oder die Beseitigung dieser Formeln. Das erklärten aber die Lutheraner als das Fundament des Christentums, als den Eckstein, an dem alle Weisheit dieser Welt zerschellen wird, und jeden Versuch, das Apostolikum zu beseitigen, als einen Schlag ins Angesicht der Kirche. Daraus entspann sich ein langer Streit. — Der evangelische Theologiestudent Reichard wurde als Verfasser der Broschüre „Die Rockfahrt nach Trier unter der Aera Korum" wegen Beschimpfung der Reliquienverehrung zu sechswöchigem Gefängnis verurteilt, der Verleger Sonnenburg zur Hälfte.

Harnacks Schrift „Das Apostolische Glaubensbekenntnis" war bereits in achter Auflage erschienen; er hielt es für ein Symbol der südgallischen Kirche aus dem fünften Jahrhundert, eine neue Redaktion des alten römischen Symbols aus dem zweiten Jahrhundert. Harnack wollte das „Empfangen von dem Heiligen Geiste, geboren von der Jungfrau Maria" nicht im Evangelium und bei Paulus finden. Harnack war ein Historiker, dem es überhaupt an religiösem Verständnis und Empfinden fehlte.

Maria-Laach. Die Beuroner Benediktiner erwarben das ehemals den Jesuiten gehörige Kloster Maria-Laach. Das preußische Kultusministerium willigte in die Übergabe nur unter der ungeheuerlichen Bedingung, daß, falls sich eine protestantische Gemeinde in Laach bilden sollte, der Benediktinerorden dieser eine protestantische Kirche beschaffen müsse.

Ahlwardt. Der antisemitische Rektor Ahlwardt veröffentlichte im April eine Broschüre „Judenflinten", die alles in Aufregung versetzte. Der „Reichsanzeiger" widersprach den Vorwürfen gegen die neuen 425.000 Gewehre, die von der Firma Löwe & Comp. geliefert worden waren. Aber der Antisemitismus flammte aufs neue empor. Auf dem Parteitag der sächsischen Konservativen (13. Juni) empfahl Freiherr v. Friesen, das Judentum in seiner Eigenschaft als „Auswuchs der materialistischen Weltanschauung" zu bekämpfen. Dagegen nahm der nationalliberale Verein zu Leipzig Stellung gegen den „Antisemitismus, dessen verwirrende, die Leidenschaften aufregende Agitation eine schwere Gefahr für unser öffentliches Leben zu werden droht. Sie (die Versammlung) verkennt nicht die Schwierigkeiten, die aus der Ein-

verleibung eines nach Religion und Herkunft von uns verschiedenen Volksstammes erwachsen sind. Sie erachtet aber jede Ausnahmegesetzgebung gegenüber dem Judentum als solchem für unzulässig . . ." Das war auch nicht sehr judenfreundlich. — Der deutschkonservative Parteitag zu Berlin (8. Dez.) unter dem Vorsitz des Landrats v. Manteuffel-Crossen sprach sich sehr entschieden also aus: „Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Kinder." — Am 9. Dezember wurde Rektor Ahlwardt nach zehntägiger Verhandlung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wegen Beleidigung. Der Kriegsminister erklärte auf eine Interpellation im Reichstag die Löweschen Gewehre für tadellos. Und Caprivi sagte am 13. Dezember, die Ereignisse der letzten Wochen hätten zum Betrübendsten für einen Patrioten gehört. „Ich kann es begreifen, daß man Antisemit ist, aber wenn das demagogisch wird, dann ist es mir unmöglich zu verstehen, wie patriotische Männer das mitmachen können." Ahlwardt wurde aber sehr populär und in den Reichstag gewählt.

Über das Ergebnis der Alters- und Invaliditätsversicherung im ersten Jahr sprach sich der Minister außerordentlich günstig aus.

Soziales.

Der Berliner sozialdemokratische Parteitag (14. bis 21. Nov.) bot den Eindruck von Ernüchterung seit den überschwenglichen Hoffnungen von 1890. Der praktische Revolutionismus war wieder ein gutes Stück dem Evolutionismus der Marxschen Lehre gewichen. Zugleich machte sich die Sorge vor einer Zersplitterung geltend. Vollmar hatte sich ja sehr dem Staatssozialismus genähert. In bezug auf die Maifeier für 1893 begnügte man sich lediglich mit der Empfehlung einer bloßen Abendfeier. Man hatte bereits auf einen plötzlichen Umschwung durch eine Revolution verzichtet und schickte sich an, ganz von selbst durch die Entwicklung in den sozialdemokratischen Staat hineinzuwachsen. Der hohe Gehalt Liebknechts als Redaktors des „Vorwärts" wurde bemängelt, von seinen Freunden aber damit begründet, daß er seinen zahlreichen Kindern eine gute Erziehung geben müsse. Gegenüber dem Staatssozialismus vereinigten sich Liebknecht und Vollmar schließlich auch auf eine gemeinsame Formel: „Die Sozialdemokratie hat mit dem Staatssozialismus nichts gemein. Der Staatssozialismus will den Staat an die Stelle der Privatkapitalisten setzen und ihm die Macht geben, dem arbeitenden Volk das Doppeljoch der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Sklaverei aufzuerlegen. Er ist ein System von Halbheiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdankt. Er bezweckt, durch kleine Konzessionen . . . die Arbeiter der Sozialdemokratie zu entfremden und sie dadurch zu lähmen. Die Sozialdemokratie hat nie verschmäht, solche staatliche Maßregeln zu fordern oder zu billigen; sie betrachtet sie aber nur als kleine Abschlagszahlungen, die ihr Streben nach der sozialistischen Neugestaltung des Staats und der Gesellschaft in keiner Weise beirren. Die Sozialdemokratie ist ihrem Wesen nach revolutionär, der Staatssozialismus konservativ. Sie sind unversöhnliche Gegensätze." Außerdem gab man eine Doktrin der steigenden Arbeitskrisen: „Es liegt in der Natur des Kapitalismus, daß diese von ihm erzeugten Krisen und Arbeitsunterbrechungen immer allgemeiner, andauernder und verheerender werden; daß die Auffaugung des Eigentums, die Enteignung und Verelendung der

mittleren Gesellschaftsschichten mit wachsender Geschwindigkeit vor sich geht, und daß durch Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit für immer weitere Kreise ein Notstand geschaffen wird. Die Folge ist, daß die Zahl der Eigentums- und Erwerbslosen sich vermehrt . . ." Auch zum Antisemitismus erging ein Bescheid: „Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung bürgerlicher Schichten, die . . . in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine Erscheinung richten, die ihnen besonders unbequem wird, gegen das jüdische Ausbeutertum." Er ist fortschrittsfeindlich, reaktionär. „Daher auch die Unterstützung, die er bei Junkern und Pfaffen findet . . . Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung." Natürlich, denn die Sozialdemokratie entwickelte sich als eine Blüte des Judentums und ein halb unbewußtes Schutzmittel des jüdischen Kapitalismus.

Weltausstellung.

Ungemein bezeichnend für die Weltlage war das Scheitern des Planes einer Berliner Weltausstellung. Der deutsche Handelstag entschied sich am 15. Januar dafür. Der Verein zur Förderung des Gewerbefleißes in Berlin erhielt aber am 20. Mai einen sehr skeptischen Bescheid des Reichskanzlers. Ein Bescheid vom 3. Juni schob das Problem sehr hinaus. Werner v. Siemens schlug die Ausstellung für 1900 vor, als Völkerverbrüderung am Abschluß des Jahrhunderts. Man machte der französischen Regierung darüber vorläufige Mitteilung. Aber diese ersah sich gerade jene Frist zu einer eigenen Ausstellung. Der Berliner Magistrat bewilligte am 10. Juli fast einstimmig zehn Millionen Mark dafür. Auf Grund eines Berichtes des Kanzlers entschied sich endlich im August der Kaiser dahin, „daß dem Plane von Reichs wegen nicht näher zu treten sei".

Durch die Zurückgabe des Welfenfonds war es nötig geworden, daß man den geheimen (Reptilien-)Fond vermehrte.

Bemerkenswert waren auch die auf Bismarck zurückgehenden Anschauungen der „Hamburger Nachrichten" („Der Druck auf Italien") vom 19. Mai: Italiens Zugehörigkeit zum Dreibund hänge wesentlich von England ab, daher dürfe man ihm nicht zuviel zumuten; es genügt, wenn man sicher ist, daß es Österreich im Fall eines Krieges nicht angreift und so Österreich seine volle Wehrmacht gegen Rußland einsetzen läßt.

Sehr löblich war des lothringischen Pfarrers Jacots Schrift „Protestataires"; er rief den Protestlern zu: Warum protestiert ihr nicht gegen die Vorteile, die euch aus den Kriegsentschädigungen von 1871 zuflossen, aus den neuen Arbeiten, den neuen Fürsorgegesetzen, aus der Steigerung der Weinpreise? Wollt ihr protestieren gegen die Wiederherstellung der Metzer Kathedrale, gegen die neuen Eisenbahnen usw.?

Zur Erinnerung an die Entdeckung Amerikas gab das Königliche Schauspielhaus zu Berlin Karl Werders Drama „Columbus", das 1842 ein einzigesmal aufgeführt worden war. Der 86jährige Gelehrte wohnte der späten Reprise bei.

Hist.-pol. Blätter.

Die „Historisch-politischen Blätter" wiesen bei Gelegenheit der neuen Handelsverträge wieder auf die bisher so arg vernachlässigten Aufgaben Deutschlands im Osten hin. Sie sprachen „ein offenes Wort über Weihnachtskataloge katholischer Buchhändler", die manchmal sehr wenig katholisch gehalten seien. Die Blätter klagten „über den Geist unserer Hochschulen".

Onno Klopp kritisierte Rankes sehr einseitige „Geschichte Wallensteins". Die „Geschichte der katholischen Kirche in Irland" von A. Bellesheim wird besprochen. Das Ende des preußischen Welfen-, richtiger Reptilienfond wird betrachtet. Joh. Janssen, ein langjähriger Mitarbeiter der Blätter, erhält einen Nachruf. Emil Michaels Charakteristik Döllingers wird in zweiter Auflage besprochen. Ein neues Licht fällt auf „Luthers dreimalige Flucht aus Wittenberg in seinem letzten Lebensjahre". Ebenso auf die „Sozialdemokratische Phantasie und Wirklichkeit". Es erhebt sich die Frage: „Wie ist der unredlichen Konkurrenz in Handel und Gewerbe beizukommen?" im Anschluß an Schriften von Astfalck, Jul. Bachem und andere. Es folgt die Betrachtung „Kardinal Manning und die sozialen Reformatoren Carlyle, Ruskin und Kingsley in der Arbeiterfrage", „Kardinal Manning und die Gewerkvereine". Und weiters: „Die europäische Schmach in Bulgarien; die russischen Geheimschriften der Swoboda".

Die malerische Ausschmückung des Frankfurter Domes ging nach Steinles Tode ihrem Abschluß entgegen. Der realistische Geist der Zeit stieß sich freilich an den wundervollen Stilisierungen des großen Künstlers. Die Bilder stellten die Idee des heiligen römischen Reiches deutscher Nation nach der einzig geschichtsgemäßen katholischen Auffassung dar. Es fehlte nicht der Spruch des Sachsenspiegels: „Zwei Schwerter ließ Gott im Erdreich, zu beschirmen die Christenheit: dem Papste ist gesatzt das geistliche, dem Kaiser das weltliche." Steinle.

Nach jahrhundertlangem Zögern kam die Frage des Berliner Dombaues zur Entscheidung durch Annahme des Entwurfs von Julius Raschdorff. Der alte Berliner Dom an dieser Stelle war eine Dominikanerkirche aus dem 13. Jahrhundert. Raschdorffs Plan mußte sich aber aus Sparsamkeitsgründen eine Reduktion gefallen lassen, und zwar von zwanzig Millionen Mark auf die Hälfte.

A. v. Essenwein gab die von ihm entworfene und ausgeführte farbige Ausstattung von St. Gereon in Köln in einem Werk heraus.

Herman Grimm empfahl als Hilfsmittel für Vorlesungen über Kunstgeschichte den „Schattenbildwerfer" (Skioptikon) in der „Allgemeinen Zeitung", 24. Februar.

Alfons Freiherr v. Pereira-Arnstein wollte die Temperatechnik der Meister der Renässanz zum Zweck der Herstellung von dauerhaften Gemälden wiedereinführen.

Lautner suchte vergeblich nachzuweisen, daß die Meisterwerke Rembrandts eigentlich von Bol gemalt seien. Die Sache erregte aber doch lange die Gemüter der Kunsthistoriker.

Joh. Schilling gab seinem Gottfried Semper-Denkmal für Dresden eine kühne Stellung. Der berühmte Architekt tritt mit einem Fuß auf ein Kapitell.

Das Projekt, ein Heine-Denkmal in Düsseldorf zu errichten, wurde immer wieder erneuert, doch schien die Zeit und Stimmung dafür nicht geeignet zu sein; daher faßte das Komitee noch keine festen Beschlüsse.

Aus den vielen „Armeedenkmälern" der Zeit des Militärismus hebt sich die Gruppe für die Münchener Feldherrnhalle von Ferd. v. Miller hervor.

Gabriel Max offenbarte seine Hingebung für den Spiritismus durch sein Bild „Die Seherin von Prevorst im Hochschlaf".

Hermann Schmidt schilderte das Leben des Bildhauers Ernst v. Bandel.

Zu den glücklich wiederhergestellten mittelalterlichen Burgen gehörte Schloß Burg an der Wupper.

Ein Musterhaus der Baugesellschaft „Eigenhaus" zeigt die „Illustrierte Zeitung", 30. Januar.

Herrig. Beim Tode Hans Herrigs hieß es: „Das deutsche Drama hat im neuen Deutschen Reiche noch nicht den Ton gefunden, mit dem es die Nation im tiefsten zu packen vermag. Wir besitzen daher noch kein nationales Drama und auch kein modernes nationales Theater. Den Versuch, uns beides zu schaffen, unternahm zuerst Hans Herrig, der vor der Zeit, erst 47 Jahre alt, vom Tode ereilt wurde. Außer dem Lutherspiel für Worms (1883) ist seine Streitschrift zu nennen „Luxustheater und Volksbühne" (1886). Es gehört zu den bedenklichen Zeichen der Zeit, daß sich diese auf eine Reform des nationalen religiösen Dramas gerichteten Bestrebungen bis heute nicht durchgesetzt haben. Auch ich habe einen großen Teil meiner Arbeitskraft diesem Ziel gewidmet ohne Rücksicht darauf, ob die Zeitströmung dem günstig sei oder nicht, und ich werde nie aufhören, diesen für unsere Kultur wichtigen Gedanken festzuhalten.

Wildenbruchs Märchenschwank „Das heilige Lachen" war eine Satire auf die pessimistisch-realistische Dichtung der Zeit, stieß daher auch auf starke Opposition.

Greif. Das Volksschauspiel „Ludwig der Baier" von Martin Greif wurde zu Kraiburg am Inn aufgeführt, und zwar von Leuten aus dem Volk. Man erinnerte bei dieser Gelegenheit an die Weihnachtsspiele in Oberbayern zu Rosenheim, Tölz und München, an die Passionsspiele im Isar- und Ammergebiet, an die Drischellegspiele, den Metzgersprung, den Schäfflertanz, den Drachenstich zu Furth im Wald u. s. w.

Arnold Janssen. Für das katholische Missionswesen war der Generalsuperior Arnold Janssen, der Gründer der Gesellschaft vom Göttlichen Wort und des Missionshauses zu Steyl in den Niederlanden (1875), besonders tätig. In Steyl wurden Missionäre für China ausgebildet; der in den letzten chinesischen Wirren wegen seines entschlossenen Verhaltens vielgerühmte Pater Anzer war Janssens Zögling. Ich verdanke der großartigen Persönlichkeit Janssens die kostbarsten Anregungen und Förderungen, wovon vielleicht noch gelegentlich die Rede sein wird.

Über die Zunahme der katholischen Orden in Preußen erfuhr man, daß sie im Verlauf des Jahres 1891 von 1027 Niederlassungen mit 11.217 Mitgliedern auf 1094 Niederlassungen mit 12.152 Mitgliedern gestiegen seien.

Der protestantische Pfarrer Chr. Schrempf gab „Akten zu meiner Entlassung aus dem württembergischen Kirchendienst" heraus. Er wurde vom Freigeist Theobald Ziegler verteidigt. Neuerlich richtete Schrempf „Eine Frage an die evangelische Landeskirche Württembergs", aber sein Fall war inzwischen vom Fall Harnack verschlungen worden.

Das 1857 begonnene Revisionswerk der Lutherbibel erreichte nun erst seinen Abschluß.

Die Frage der neutestamentlichen Stenogramme wurde von den Stenographen in ihren verschiedenen Zeitschriften erörtert, mit gänzlicher Verkennung der Tatsache, daß die Antike viel mehr geübt war, Reden im Gedächtnis aufzubewahren als unsere Zeit; also auch die Reden Jesu.

Professor Herm. L. Strack in Berlin kritisierte (in 4. Aufl.) den „Blutaberglauben in der Menschheit, Blutmorde und Blutritus. Zugleich als Antwort auf die Herausforderung des ‚Osservatore Cattolico'."

In Mode war damals „Die ethische Bewegung in Deutschland. Vorbereitende Mitteilung eines Kreises gleichgesinnter Männer und Frauen zu Berlin. Frühjahr 1892." — Vom Oktober an gab Professor Lehmann-Hohenberg in Kiel die Volksschrift „Einiges Christentum" zur Förderung der Bestrebungen M. v. Egidys und unter dessen Mitwirkung heraus. Ethische Bewegung.

Für M. v. Egidys „Einiges Christentum" wurde in Broschüren, in Zeitungen, Inseraten, Flugblättern große Reklame gemacht. All dem lag die Broschüre „Ernste Gedanken" zugrunde. Egidy.

Nik. Thoemes schilderte den „Anteil der Jesuiten an der preußischen Königskrone von 1701" nach Akten des Staatsarchivs. Die Schrift war vom Zentrumsführer Lieber mit einem Vorwort versehen und sollte mitwirken zur Wiederberufung der Jesuiten. Man erwartete sich schon um 1670 die Rekatholisierung Preußens.

Julius Duboc wollte „Eine neue Ethik als einheitliche Trieblehre vom Standpunkt des Determinismus" geben.

Ed. Grisebachs musterhafte Schopenhauerausgabe ließ den alten griesgrämigen Pessimisten in neuem helleren Licht erstehen.

Joh. Volkelt hielt einen Vortrag über Fr. Th. Vischers Lebensanschauung. Er begann mit dem Jugendgedicht: „Und seit des Nichts unsäglicher Gedanke, ein wilder Blitz, mir in die Seele schlug, ist Schein geworden all mein Tun und Wesen, ist all mein Leben eitel Lug und Trug." Und er schloß mit dem Gedicht aus der letzten Zeit: „Und der Geist, wie steht es um ihn? Müd' ist geworden, müd' auch er, müde der Täuschung. Eine nur, eine noch ist geblieben; nimmer, solang ich noch Atem hole, schwinde sie mir: die hohe Täuschung, der wahrheitsvolle heilige Wahn, daß Götter leben!" — Peter Franz Reichensperger, zu Berlin am letzten Tag des Jahres 1892 im 83. Lebensjahr gestorben, war bei Freund und Feind wegen seiner Mäßigung, seiner Liebenswürdigkeit und seines umfassenden Wissens gleich beliebt. Mit seinem vor ihm dahingeschiedenen Bruder August stand er seit 1848 in der parlamentarischen Politik. Sein Bruder stiftete 1852 die „Katholische Fraktion", aus der sich seit 1861 das Zentrum bildete. Reichensperger.

Einige neue Bücher über Buddha und den Buddhismus gingen sehr weit. Ein deutscher buddhistischer Katechismus behauptete: „Die reine unverfälschte Lehre des Buddha wird in Europa die Religion der Zukunft sein und eine Umwälzung in der Geistesrichtung und Anschauung der europäischen Völker herbeiführen, wie sie seit der Einführung des Christentums nicht dagewesen ist." Der Buddhismus ist überhaupt nicht Religion, sondern Philosophie. Buddha.

Mit großer Ergriffenheit verzeichne ich den Tod meines verehrten und lieben Lehrers Rudolf v. Jhering. Er hat mich seinen einzigen Schüler genannt und es bedauert, daß ich ein solcher Esel war, vom römischen Recht abtrünnig zu werden und mich der Poesie und der freien Schriftstellerei zuzuwenden. Jhering.

Georg Grupps „System und Geschichte der Kultur" behandelte die Ideen und Gesetze der Geschichte.

Veit Valentin behandelte den „Naturalismus und seine Stellung in der Kunstentwicklung".

Die Schrift von Baron Alex. v. Artin „Kaspar Hauser. Des Rätsels Lösung" kam wieder auf die Hypothese zurück, daß es sich da um den 1828 angeblich verstorbenen badischen Prinzen handle. Das wurde neuerlich amtlich widerlegt (Allg. Ztg., 8. August, Beilage).

Seb. Brunner schilderte aktenmäßig die „Zwei Buschmänner Börne und Heine" (1891). — Franz Lorinsers Selbstbiographie „Aus meinem Leben" bezeichnete sich als „Wahrheit und keine Dichtung". — Paul Lindau gab „F. Lassalles Tagebuch" heraus, H. Keiter „Heinrich Heines Leben, Charakter und Werke". Beide Bücher zeigten nach der Meinung eines nichtantisemitischen Kritikers, „daß auch das moderne Judentum eine Welt für sich darstellt und daß zwischen seiner und der christlichen Lebensanschauung und Weltauffassung ein Abgrund gähnt, den keine Phrasen zu überbrücken vermögen."

Graf Alex. v. Hübner gab „Ein Jahr meines Lebens. 1848—1849".

Von Bäumkers „Katholischem deutschen Kirchenlied" erschien der Schlußband (1891).

Otto Willmann stellte die „Didaktik als Bildungslehre nach ihren Beziehungen zur Sozialforschung und zur Geschichte der Bildung" dar.

F. W. Weber gab eine seinen „Dreizehnlinden" ebenbürtige Dichtung „Goliath".

Otto Kanngießer schrieb möglichst unparteiisch die Geschichte des Krieges von 1866, mit einem Vorbericht: die deutsche Frage in den 1850er Jahren.

Der sächsische Regierungsrat a. D. Dr. Anger auf Eythra gab eine Ergänzung zu seiner vor acht Jahren anonym erschienenen Konversionsschrift „Was zieht uns nach Rom"; sie hatte den Titel „Gottes Arbeit am Gewissen".

Schack. Des Grafen Schack dramatisches Gedicht „Das Jahr Eintausend" fußte auf der noch heute unter Historikern verbreiteten Annahme, daß man damals den Weltuntergang erwartet habe. Ohne Vorwurf für den Dichter sei hier wiederholt bemerkt, daß die Chroniken jener Zeit nicht den geringsten Anhalt dafür bieten; diese Fabel ist erst viel später entstanden.

W. Bölsche stellte sich im Roman „Die Mittagsgöttin" auf die Seite der Gegner des Spiritismus.

Richard Dehmel nannte seine originellen Gedichte „Erlösungen, eine Seelenwandlung".

Wilhelm Henzen verfaßte das Lustspiel „Schiller und Lotte" zum Hohn der Literaturhistoriker.

Bierbaum. Otto Julius Bierbaum widmete seine „Erlebten Gedichte" seinem verehrten Detlev v. Liliencron und schwelgte in ekelhaften Bildern, so wenn er die Abendröte einer von einem Riesen ins Meer geworfenen fauligen Blutorange verglich, die stinkend auseinander klatscht, oder wenn er von der untergehenden Sonne sagte: sie ist verrückt geworden und speit ihr Sterngedärm in die Nacht.

Paul Heyse gab immer wieder neue Novellen heraus, womit er die Probleme des Tages einschläferte.

W. Storck verdeutschte ausgewählte Gedichte „Aus Portugal und Brasilien 1250—1890".

L. Pastor gab ein Lebensbild von Johannes Janssen, dem deutschen Historiker. — Kürschners Literaturkalender (seit 1883) enthielt nun fast 14.000 Schriftstellernamen.

Joh. Proelß gab „Das junge Deutschland" als „Buch deutscher Geistesgeschichte": Börne, Heine, Laube, Gutzkow, Wienbarg, Rahel, Bettina, die Stieglitz, Th. Mundt, mit schließlichem „Aufschwung und Ausblick".

Wilamowitz-Möllendorf übersetzte sehr frei den „Hippolytos" des Euripides als erste Ehebruchstragödie der Welt.

Bernhard Stern gab eine neue Übersetzung der altrussischen Heldensagen von Fürst Wladimirs Tafelrunde. Eigentlich sind diese Sagen, die in Kiew ihren Mittelpunkt haben, nicht russisch, sondern ukrainisch.

Ein Anonymer schilderte (Leipzig 1892) „die innere Staatsgefahr". Ebenso bedenklich war Wendel Hiplers Schrift „Der Ruin des Volksgewissens".

Hermann Beck schilderte die religiöse Volksliteratur der evangelischen Kirche Deutschlands.

Kurd Grottewitz versuchte eine „Modernisierung der zehn Gebote" — mehr modern, als gebietend. Freie Liebe und dergleichen.

Als Volksbuch wurde empfohlen die „Illustrierte Kriegschronik der Jahre 1864, 1866 und 1870/71" vom Major Viktor v. Strantz unter dem Titel „Die deutschen Einigungskriege", ein sonderbarer Titel für die daraus erfolgte Zweiteilung Deutschlands.

Auf dem Standpunkt des Antisemitismus stand die Schrift „Jüdisches Erwerbsleben. Skizzen aus dem sozialen Leben der Gegenwart" von Robert Waldhausen.

Maximilian Harden (eigentlich Isidor Witkowski) gab unter dem Titel „Apostata" seine scharfen, für Bismarck eintretenden Artikel heraus; sie betonten stark die Nietzschesche Herrenmoral und gingen im Bestreben, einen eigenen Stil zu schreiben, bis zu den ärgsten Abgeschmacktheiten vor. Eine „Neue Folge" wandte sich auch besonders gegen den „Neuen Kurs". Er begann die Herausgabe der erfolgreichen Wochenschrift „Die Zukunft". Harden.

Fritz Mauthner, berühmt durch seine parodistischen und imitatorischen Studien, strebte vergebens ein höheres Gebiet mit seinem Roman „Hypatia" an.

Als eine Art Satire auf P. Göhres Schrift „Drei Monate Fabrikarbeiter" gab Wolfgang Kirchbach das Buch „Auf der Walze des Lebens" heraus. Er sah in dem bis zur Selbstaufopferung getriebenen Drange moderner Sozialforscher, der doch wesentlich die Einsicht nicht förderte, eine Schwäche, eine Sozialkrankheit der Zeit.

Fr. Kleinwächter beschrieb „Die Staatsromane", als Beitrag zur Lehre vom Kommunismus und Sozialismus.

Julius Wolfs Buch „Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung" verdiente sich W. Roschers Lob.

Oskar Walzel gab Fr. Schlegels Briefe an seinen Bruder (1890) und andere Schlegeliana heraus.

Die Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopolds von Gerlach wurden nach dessen Aufzeichnungen von seiner Tochter herausgegeben. Sie waren besonders für 1851 und 1852 wertvoll und neu. Gerlach.

Horst Kohl gab die „Regesten zu einer wissenschaftlichen Biographie des ersten Reichskanzlers" (1891—1892) und „Die politischen Reden des Fürsten Bismarck" heraus.

Martin Philippson schilderte „Friedrich III. als Kronprinz und Kaiser".

Eine neue (6.) Auflage der „Seherin von Prevorst" von Justinus Kerner kam der wissenschaftlichen Behandlung von Hypnose und Suggestion neuerlich entgegen.

Der Rembrandtdeutsche.

Nach der 40. Auflage von „Rembrandt als Erzieher" erschien die anonyme Schrift „Der Rembrandtdeutsche", offenbar auch von Langbehn. Er gab hier eine Apologie seiner Hauptschrift, erzählte, daß in Nachahmung davon nun auch ein Moltke als Erzieher, ein Luther als Erzieher, Christus als Erzieher, Bismarck als Erzieher, Richard Wagner als Erzieher, Nietzsche als Erzieher, Graf Hochberg (Intendant in Berlin) als Erzieher, Rubens als Erzieher u. a. erschienen waren. Es fiel auf, daß die Annäherung an den Katholizismus bereits stärker geworden war. Der Rembrandtdeutsche rühmte die Haltung der katholischen Kritik; er hängte dem Abdruck von zwei Artikeln der „Historisch-politischen Blätter" 666 Aphorismen an; zum Beispiel: „Respekt vor dem Heiligen: in dieser Devise sollten sich alle echten Deutschen zusammenfinden." — „Es ist lächerlich, wenn der heutige deutsche Spießbürger sich den Spruch Bismarcks aneignen will: Wir fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt; denn er fürchtet alles außer Gott." — „Die gegenwärtige Zeit, welche Hunderttausende von Arbeitern zu Tode quält und Zehntausende von deutschen Mädchen dem Elend wie der Schande überliefert, hat am wenigsten Grund, über einige im Mittelalter verbrannte Juden zu weinen." — Er fällt das Urteil: „Die Juden gemein, die Pastoren albern, die Professoren unverschämt, das Durchschnittspublikum blöde, die Jugend leichtfertig, die Katholiken ernst und oft bescheiden." — „Fürst Bismarck schont die Juden und bekämpft die Katholiken; es würde besser sein, er schonte die Katholiken und bekämpfte die Juden; denn jene sind unsere Brüder und diese sind unsere Feinde." — „Herr v. Egidy wünscht das Christentum von allen Wundern u. s. w. zu reinigen. In Dresden soll man damit umgehen, die viele schöne Leinwand in der dortigen Gemäldegalerie von allem Öl, Farben und Firnissen zu reinigen." — „Es ist zu bedauern, daß Bismarck den Katholizismus nicht kennt; vielleicht würde sonst in Deutschland manches besser stehen. Der Katholizismus will nicht von der hohen Warte der innern oder äußern Politik studiert sein. In der Kapelle am Wege, im Herzen des deutschen Bauern, auf den Schlössern des Reichsadels, in den musik- und bilderreichen Domen, aus dem grauen Haar des Priesters lernt man ihn kennen. Dort sieht man, daß er nicht nur eine Charakter-, sondern eine Bildungsmacht ist; daß viel Urdeutsches in ihm ist; und daß man ihn nicht ungestraft ignoriert." — „Ein Katholizismus, wie er sich in der gemütlichen und geistigen Richtung des Benediktinerordens offenbart, würde gewiß vielen Protestanten

zusagen — wenn sie ihn kennten." — „Major v. Wißmann war ehrlich genug, den Vorzug der katholischen vor den protestantischen Missionen in Afrika zuzugeben; gewisse protestantische Geistliche waren pharisäisch genug, ihn deshalb zu verfolgen; daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den letzteren noch öfter solche Lehre zukommen zu lassen." Als die beiden gefährlichsten Klassen der heutigen Gesellschaft bezeichnete der Rembrandtdeutsche die Juden und die Professoren mit eingehender Begründung: „Die hervorragendsten ... Vertreter derjenigen heutigen Anschauung, welche das Geld höher setzt als die Ehre sind die Juden; die hervorragendsten ... Vertreter derjenigen heutigen Anschauung, welche den Verstand höher setzt als die Seele, sind die Professoren; außerdem gibt es Professoren genug, welche ihre wissenschaftlichen Ansichten den geschäftlichen Rücksichten, das heißt der von ihnen gewünschten Carriere anpassen, und Juden genug, welche zum Beispiel als Mitglieder der Presse direkt ihre Seele für Geld verkaufen. Hieraus folgt mit zwingender Notwendigkeit, daß Juden und Professoren in erster Linie angegriffen und bekämpft und vivisiziert und ihrer Macht beraubt werden müssen, wenn wir wieder eine deutsche Kultur, das heißt eine solche haben wollen, welche auf Ehre und Seele gegründet ist. Auf Ehre und Seligkeit pflegte der frühere Deutsche etwas zu versichern; das ist jetzt unmodern geworden; leider sind Ehre und Seligkeit auch unmodern geworden. Das muß anders werden!" — „Der Handwerker, der Kaufmann, der amtliche Streber von heute sehen das Geschäft als maßgebend an. Sie nähern sich dem Zustand einer völligen Ehrlosigkeit. Der Maler, der Schriftsteller, der Forscher von heute ... nähern sich dem Zustand einer völligen Seelenlosigkeit. Sie sehen nur den Verstand als maßgebend an." In einer Zuschrift an die „Historisch-politischen Blätter" vom folgenden Jahr (111, 408) betont der Rembrandtdeutsche die noch durch Papst Pius IX. bestätigten Verbote des kanonischen Rechts, keine jüdischen Ärzte herbeizuziehen, Juden nicht zu Mahlzeiten zu laden oder sich von ihnen einladen zu lassen, mit ihnen zusammenzuwohnen, ihnen im öffentlichen Leben Stellungen einzuräumen u. s. w.

Langbehn, der „Rembrandtdeutsche", gab ebenso namenlos „40 Lieder von einem Deutschen" heraus; sie wurden mit Goethe verglichen.

Erich Schmidt schilderte Lessings Leben.

Die Liste der in Elsaß-Lothringen verbotenen französischen Zeitungen wies 77 Namen auf.

Der taub gewordene Liederkomponist Robert Franz starb 77jährig in Halle: „Der Töne Nestor hat gesungen sein Schwanenlied; die Meisterharfe liegt zersprungen, seit er verschied."

Geheimrat Professor Pettenkofer widersprach der Ansicht, daß der von Koch entdeckte Kommabazillus allein der Erreger der Cholera sei. Er

nahm, um das zu widerlegen, selbst eine Menge von Kommabazillen ein, ohne Schaden. Die Hauptgefahr liege im Grundwasser, die Absperrungsmaßregeln seien zweckwidrig.

Nicht zu unterschätzen sind die politischen Folgen der Cholera. Die schreckliche Seuche lastete auf allen Kundgebungen des öffentlichen Lebens. Die internationalen Beziehungen äußerten sich fast ausschließlich in Maßregeln zur gemeinsamen Bekämpfung der Krankheit. Alle sonstigen Streitfragen ruhten. Die Manöver wurden abgesagt, ebenso eine große Anzahl von Kongressen.

Österreich. Den ungarischen Reichstag schloß der Kaiser und König Franz Josef am 5. Jänner mit diesem Appell: „Die Treue zum Throne, die Vaterlandsliebe und Achtung vor den Gesetzen bildeten zu jeder Zeit hervorragende Charakterzüge der ungarischen Nation. Auch die jetzige Generation hat vielfache Beweise dafür geliefert, daß sie diese von ihren Ahnen ererbten Eigenschaften treu bewahrt hat. Wir sehen daher mit Zuversicht und Beruhigung der Zukunft entgegen ..." In der neuen Session erklärte der Ministerpräsident über den Dreibund: „Wiewohl die größte Gewähr der Erhaltung des europäischen Friedens zweifellos in unsern Bündnissen liegt, ist nicht zu vergessen, daß unser Einfluß den Verbündeten gegenüber in dem Maße zunimmt, als wir den Aufgaben der Bündnisse zu entsprechen vermögen. Wir dürfen daher die Existenz des Vaterlandes nicht allein den Verbündeten anvertrauen, sondern vor allem unsrer eigenen Kraft." — Weniger dreibundfreundlich äußerte sich in Prag der Jungtscheche Vasaty. Dort in Böhmen kam der Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen nicht zur Auswirkung.

Als am 25. April zu Wien das Radetzkydenkmal (von Zumbusch) enthüllt wurde, sagte Feldmarschall Erzherzog Albrecht in seiner Ansprache an den Kaiser: „Die Ungunst bewegter Zeiten verzögerte die Ausführung. Inzwischen lichteten sich die Reihen der Veteranen ... Das Denkmal des treuen Dieners von fünf Monarchen (Josef II., Leopold II., Franz, Ferdinand, Franz Josef), des Helden und Patrioten, des Vaters seiner Soldaten, des Siegers in Entscheidungsschlachten, ist zugleich ein Denkmal der Dankbarkeit und zusammenwirkenden Opferwilligkeit der ... vereinigten Völker. Radetzkys Standbild möge jeden Vorbeiziehenden daran erinnen, daß die göttliche Vorsehung seit sechs Jahrhunderten das Erzhaus Österreich in den größten Bedrängnissen stets Männer der rettenden Tat finden ließ, welche die treuen und tapferen Heere zum schließlichen Siege führten ..."

Ungarn. In Ungarn ärgerte man sich vielfach über schwarzgelbe Embleme und den Doppeladler, auch da, wo das Gesetz dies vorschrieb. Aber immer überwog die Stimme und die Einsicht der besonneneren Ungarn, die sich nicht von radikalen Parteimeinungen gegen das eigentliche Wesen und Interesse des Landes fortreißen ließen. Der Abgeordnete Polonyi ver-

langte unter anderm auch Verfügungen, wonach auswärtige Blätter über die staatsrechtliche Unabhängigkeit Ungarns aufgeklärt werden sollten. Es war schwer, diese Partei zu überzeugen, daß die Pragmatische Sanktion 1723 ebenso wie der Ausgleich von 1867 eine volle Unabhängigkeit gesetzlich ausschlossen. Heftige Szenen entstanden auch im Pester Abgeordnetenhaus, weil eine deutsche Zeitung von „Österreich", statt von „Österreich-Ungarn" gesprochen hatte. Ich wiederhole die Feststellung, daß die Bezeichnung „Österreich-Ungarn" nur für den amtlichen diplomatischen Verkehr gilt, ebenso wie etwa die Bezeichnung „Großbritannien und Irland". Aber ebenso wie es in der Literatur erlaubt und üblich ist, trotzdem von „England" zu reden, ebenso ist es erlaubt, von „Österreich" zu sprechen als von dem Gesamtkomplex der Länder des Hauses Österreich. Dieser Ausdruck ist an sich staatsrechtlich korrekt und daher kein Verbrechen, jedenfalls ist er, besonders wenn es sich um die Bezeichnung der gesamten Großmacht nach außen handelt, durchaus eindeutig, denn da gibt es kein Österreich ohne Ungarn und kein Ungarn ohne Österreich, sondern beide Staaten bilden eine „indivisible und inseparable" Einheit (Union) nach dem Text der Pragmatischen Sanktion. Wenn es ungarische Staatsrechtler gibt, die einer anderen Meinung sind, so steht ihnen das selbstverständlich frei; aber uns steht auch unsere staatsrechtliche Anschauung in unseren Büchern und Schriften völlig frei; denn das ist eine Sache der freien Wissenschaft.[1])

Die siebenbürgischen Rumänen überreichten dem Kaiser und König ein Memorandum über ihre Beschwerden.

In beiden Reichshälften wurden die Gesetze über Valuta (Goldwährung), Konversion und Kronenwährung angenommen.

Von Bismarcks und von Kaiser Wilhelms Besuchen in Wien war schon die Rede.

In den Delegationsverhandlungen zu Pest (17. bis 19. Sept.) waren die Ungarn einig in ihrer Zufriedenheit mit dem Dreibund, während der Jungtscheche Eym sein Mißtrauen gegen das Deutsche Reich aussprach. Der Panslawismus existiere nicht; wohl aber sei der Pangermanismus eine Gefahr für Österreich. Polen und Deutsche widersprachen ihm. Kalnoky äußerte, die österreichische Politik, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung getragen werde, dürfe nicht geändert werden. Als in Pest ein ärgerlicher Zwist über ein Honveddenkmal und das Hentzi-Denkmal ausbrach, und es infolge des Chauvinismus nicht möglich war, Armee und Honvedvereine zu gemeinsamer Ehrung der Kämpfer von 1848 auf beiden Seiten zu vereinigen, verließ Kaiser Franz Josef in tiefer Verstimmung seine Ofener Residenz.

Im Wiener Gemeinderat geriet Karl Lueger am 29. Oktober in heftigen Zwist mit dem Bürgermeister Prix und der Gemeinderatsmajorität.

[1]) Dies ist vor dem (hoffentlich vorübergehenden) Zerfall von 1918 geschrieben.

Die Wahl des Dr. Theodor Cohn zum Fürstbischof von Olmütz erregte besonders bei den Rassenantisemiten Befremden. Leider ging dies Bischoftum nicht ganz ohne Verdrießlichkeiten zu Ende. Cohns Großeltern waren noch Juden, wie man behauptete.

Masaryk. Der Jungtscheche Professor Masaryk sprach sich auch im Wiener Abgeordnetenhaus (18. November) gegen den Bund mit dem Deutschen Reich aus. Der Dreibund habe eine antinationale und speziell antiböhmische Spitze. Er zitierte eine Broschüre von M. Ratkowsky „Das Recht und die Pflicht, die Tschechen und Slowenen zu germanisieren"; ferner die Ansicht Lagardes, der Österreich als eine Kolonie Deutschlands betrachtet, die für sich allein keine Existenzberechtigung habe. Die jungtschechische Bewegung sei nur eine Antwort auf diese Tendenzen, die die historische Existenz Österreichs in Frage stellen. Menger antwortete mit dem Hinweis auf das russische Sibirien, auf die Lage der Polen in Rußland, dem slawischen Idealstaat. Er nannte Masaryk einen gefährlichen Hochverräter. Darüber großer Tumult. Präsident Smolka rief Menger zur Ordnung. Aber dieser wiederholte: „Es gibt keinen Deutschen in Schlesien, der die Begründung eines böhmischen Staats nicht für Hochverrat erklären würde." Nun entspann sich eine Kontroverse über das „böhmische Staatsrecht", einen fast mythologischen Begriff, besonders seit 1740, wo das wichtigste Land des dreigeeinten böhmischen Staates, Schlesien, der Wenzelskrone abhanden gekommen war. Wenn Masaryk damals immerhin noch in loyalem Sinn seinen Begriff des böhmischen Staatsrechts gebraucht haben mag, wenigstens bemühte sich seine Partei dafür zu zeugen, so hat er zweifellos im Weltkrieg den Hochverrat vollendet und ist zu den Feinden Österreichs übergegangen.

Antisemiten. Als am 23. November der antisemitische Abgeordnete Schlesinger das christlichsoziale Programm besprach und dabei den Talmud zu zitieren begann, entzog ihm der judenfreundliche Präsident (und das Haus) das Wort. Die antisemitischen Blätter veröffentlichten am 26. November eine Erklärung, wonach die Antisemiten ihr Fernbleiben vom Gemeinderat ankündigten wegen des Terrorismus des Präsidiums und der Majorität. Das geschah, obgleich Dr. Lueger als Obmann des Klubs mit vier anderen gegen die Nichtbeteiligung an den Gemeinderatssitzungen gestimmt hatte.

Taaffe. Man fürchtete, Graf Taaffe wolle ein persönliches Regiment ohne Parlament ergreifen. Aber auf eine Bemerkung des Prinzen Schwarzenberg sagte er in seiner Art: „Ohne Parlament zu regieren ist bequemer, bedeutet aber einen Staatsstreich. Schau' ich aus wie einer, der einen Staatsstreich machen will?" Er bezeichnete es als seine Hauptaufgabe, die wirtschaftlichen Fragen zu lösen und dadurch auch die politische Verständigung anzubahnen. Daß keine Partei recht befriedigt sei, rühre daher, daß dem Hause kein Parteiministerium gegenübersteht. Österreichische Eigentümlichkeiten gestatten nicht bestimmte Parteischeidungen in Liberale und Konservative wie anderwärts, denn dazwischen liegt die Nationalität. Gegenüber verschiedenen Äußerungen erklärte Taaffe am 2. Dezember, daß die Regierung rückhaltlos am Dualismus festhalte und die Organisation

der Monarchie für dauernd abgeschlossen ansehe. — Die antisemitischen Abgeordneten Schneider und Pattai erklärten, sie würden schon deshalb für den Dispositionsfond stimmen, um ihre unbedingte Gegnerschaft gegen die Tendenzen der Linken zu bezeugen. — Ein dalmatinischer Serbe Kvekvic lehnte im Namen der Seinen die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien entschieden ab.

Leogesellschaft.

Es bildete sich die „Österreichische Leogesellschaft" auf Grund einer Anregung, die Maurus Kinter bereits auf dem zweiten österreichischen Katholikentag zu Wien am 1. Mai 1889 gegeben hatte, indem er den Antrag stellte: „Alle auf katholischem Boden stehenden Gelehrten Österreichs möchten zur Wahrung und Geltendmachung christlicher Grundsätze auf allen Gebieten der Wissenschaft untereinander in einen näheren Verband treten." Die Besprechungen zur Ausführung dieses zum Beschluß erhobenen Antrags begannen unter dem Vorsitze des Freiherrn v. Helfert noch im Herbst 1889. Die Statuten wurden am 1. Juli 1890 festgestellt und der Name gewählt. Die Genehmigung der Statuten verzögerte sich bis 9. Juni 1891, an welchem Tag Minister Taaffe den Bestand des Vereines „bescheinigte". Die Zögerung hing mit der Furcht der Regierung zusammen, das verbündete Italien könnte an einem von Papst Leo benannten Verein politischen Anstoß nehmen. Sehr bezeichnend! Die in Wien versammelten österreichischen Bischöfe begrüßten in ihrem Hirtenbrief vom 11. November 1891 „freudig die neueste Schöpfung in Österreich, den Verein katholischer Gelehrter, welche sich unter dem Namen der Leogesellschaft zur Wahrung und Verfechtung katholischer Grundsätze auf dem Gebiete der Wissenschaften vereinigt haben" und wünschten derselben eine segensreiche Wirksamkeit. Die konstituierende Versammlung fand am 28. Jänner 1892 statt. Es waren etwa 200 namhafte Männer versammelt, unter ihnen Kardinal Fürsterzbischof Gruscha. Freiherr v. Helfert präsidierte. Professor Franz Schindler, „der die christlichsozialen Reformbestrebungen in Wien im edelsten Geiste leitet", stellte in einem Vortrag Leo I. und Leo XIII. in Parallele. Jener habe die griechische Kirche vor dem Monophysitismus gerettet, dieser gab durch seine Weisheit der Kulturwelt des 19. Jahrhunderts die Heilmittel zur Rettung. „Den Namen dieser Päpste an der Stirn tritt unsere Gesellschaft ihren Gang ins Leben an; er ist der Ausdruck ihres Bekenntnisses und ihres Zweckes; sie will eine katholische Gesellschaft sein, und es ist ihr Zweck, im Sinne jener großen Päpste mit den Mitteln des Geistes einzutreten zu Schutz und Verteidigung der Güter der christlichen Kultur, zum Ausbau der Wissenschaften vom Standpunkte der christlichen Grundsätze aus beizutragen und diese in der geistigen Bewegung der Zeit zunächst in unserm Vaterlande zur öffentlichen Geltung bringen zu helfen. Dieser Zweck der Leogesellschaft ist kein anderer als der, dem nach christlicher Auffassung alle Wissenschaft dienen muß: die Erforschung und Darstellung der Wahrheit zur Wohlfahrt der Menschheit und zur Ehre Gottes ... In Wahrheit kann die Wissenschaft ihren Endzweck nicht in sich selbst haben." Der Begriff des Glaubens schließt nicht den der Wissenschaft aus. Die Wissenschaft wird auf dem ihr eigentümlichen Gebiete durch den Glauben nicht eingeengt oder behindert; der Glaube hat vielmehr Momente in sich, die der Wissenschaft und ihrer Entwicklung förderlich sein können. Was die Aufgaben im einzelnen betrifft, so stellte Schindler die Apologie des Christen-

tums in den Vordergrund. „Hier scheint es unbedingt notwendig, daß unserseits eine größere Energie und eine weitaus umfassendere Tätigkeit in der Abwehr der Angriffe entfaltet werde, als bisher geschehen ist.“ Auf dem Gebiet der Rechtspflege und der sozialen Fragen stehen den österreichischen Katholiken in der nächsten Zukunft bedeutungsvolle Aufgaben bevor. Als nächste und dringende Aufgaben sind zu bezeichnen: die zahlreichen Fragen wirtschaftlicher Reformen, die Ausnützung der Archive des Reichs und des Auslandes zur Förderung der Geschichtswissenschaft und namentlich der österreichischen Kirchengeschichte, die Zurückführung der „schönen Wissenschaften“ auf bessere Bahnen, endlich die Pflege der Naturwissenschaften. — Bei den Verhältnissen der Zeit erschien es nicht als Übertreibung, wenn Professor Gitlbauer den Geburtstag der Leogesellschaft in einem begeisterten Artikel des Wiener „Vaterland“ (Nr. 29) ein epochales Ereignis nannte und darin „die Grundsteinlegung zu einem Haupttrakte des Gebäudes der rekonstruierten christlichen Weltordnung“ erblickte. „Wir stehen (seit dem 16. Jahrhundert) wieder einer heidnischen, der modern-heidnischen Wissenschaft gegenüber. Die rationalistisch-protestantische Theologie mit ihrem vielfach verwässerten und fadenscheinigen Gottesglauben, eine Jurisprudenz, welche das christliche deutsche Recht teils durch das alte heidnische römische Recht verdrängt, teils durch die Grundsätze des falschen Liberalismus entstellt hat, eine medizinische Wissenschaft, welche unter dem Seziermesser keine Seele findet, eine Philosophie, die zwischen Materialismus und Rationalismus balancierend, der göttlichen Offenbarung den Rücken kehrt, im Bunde mit einer Naturwissenschaft ohne Gottesglauben, das sind die Feinde, mit denen es die christliche Wissenschaft aufzunehmen hat. Der Kampf scheint ein ungleicher zu sein; der Streiter in unserm Lager sind noch nicht gar viele; aber wir haben die Sicherheit des Sieges für uns . . . Die Wiedergeburt des Christentums im sozialen Leben, welche sich vor unsern Augen vollzieht, wird den Verfall der neuheidnischen und den Beginn einer neuen Blütezeit der christlichen Wissenschaft zur Folge haben . . . Unsere Brüder im Deutschen Reich haben bereits wacker gearbeitet und auch Österreich kann in unserm Jahrhundert tüchtige Kämpen der christlichen Wissenschaft aufweisen.“

Kathol. Universität.

Auf der Bahn dieses berechtigten Selbstvertrauens trat gleichzeitig die mit der Leogesellschaft eng verwandte Angelegenheit der katholischen Universität in Salzburg in ein neues Stadium. Auch dafür hatte der zweite österreichische allgemeine Katholikentag eine große Bedeutung. Man glaubte auf Grund der gesammelten Gelder bereits im Herbst 1894 die juridische und philosophische Fakultät eröffnen zu können. Erzbischof Joh. Haller von Salzburg legte diesen Plan Ende Februar den katholischen Österreichern ans Herz: „Hoch erhaben und eminent katholisch ist das Werk, welches wir schaffen wollen. Es ist von Wichtigkeit für die Befestigung des Throns, für Kirche und Staat, für Gesellschaft und Familie, in zeitlicher und ewiger Beziehung . . . Katholische Österreicher, wollt ihr katholische Professoren für die Jugend, katholische Beamte, katholische Ärzte für eure Kranken, dann kommt und helft uns gründen eine freie katholische Universität!“ Im Namen der akademischen Universitätszweigvereine sagte der Priesteralumnus Ernst: „Bei uns gibt es keine deutschen, tschechischen, italienischen, slowenischen Theologen, sondern nur katholische Theologen.“ Von der weiteren Entwicklung der Leogesellschaft und des katholischen Universitäts-

gedankens wird noch zu reden sein (Hist.-pol. Bl., 109, 416 ff.). Als erste Festpublikation gab die Leogesellschaft die Briefe Radetzkys durch B. Duhr heraus.

Katholikentag.

Beim dritten allgemeinen österreichischen Katholikentag in Linz, 8. bis 11. August, sagte der Präsident Graf Sylva-Tarouca: „Für uns in Österreich ist die Religion nicht Privatsache, sondern Existenzfrage, eine Frage der Macht, des wichtigsten öffentlichen Interesses, eine Frage der Kultur, der Erhaltung unserer Gesellschaft ... Die Zeiten sind vorüber, wo man gegen uns und ohne uns regieren könnte. Man wird auch die soziale Reform nicht ohne uns durchführen können. Sie ist eine schwarzgelbe Reform." Baron Dipauli sagte: „Wir wollen unser Vaterland groß und glücklich, wir wollen unser katholisches Bewußtsein rein und frei erhalten von schwächlichen Anbequemungen an den herrschenden Geist." — Der Gemeinderat von Linz hatte den Versammlungssaal zur Verfügung gestellt. Die Teilnahme des Statthalters und des Bürgermeisters an der Eröffnungsfeier war eine ungewöhnliche Begebenheit. Beim steiermärkischen Katholikentag des Vorjahres hatte die Stadt Graz jede Teilnahme versagt. In Linz trat besonders der katholische „Volksverein" hervor, der Liebling des verstorbenen Bischofs Rudigier. Und noch viel mehr die Wiener „christlichsoziale" Volkspartei. Als deren Vertreter sprach Prinz Alois Liechtenstein über die Arbeiterfrage; dabei besprach er auch das Verhältnis dieser Partei zur „katholisch-konservativen, die man als die klerikale bezeichnet". „Wir Sozialreformer beanspruchen unsern Rang neben den treuesten und verläßlichsten Söhnen unserer Kirche... In dem verzweifelten, jahrzehntelangen Kampfe, welchen das christliche Volk in Österreich für seine höchsten geistigen und moralischen Güter sowie für seine materielle Existenz gegen den Liberalismus ausficht, sind die deutschen katholischen Bauern der Alpenländer die Veteranen. Sie haben großen Mut in der Defensive bewiesen. Ihnen gebührt volle Ehre. Viel später, erst in elfter Stunde, sind die Sozialreformer auf dem Schlachtfelde eingerückt; aber in der kurzen Zeit haben wir ebenso schwere Arbeit geleistet. Wir haben die Offensive ergriffen auf dem denkbar ungünstigsten Terrain. Die Überraschung des Gegners war eine solche, daß sein Hauptquartier Wien in unsere Hände fiel. Seine Fassungslosigkeit, sein moralischer Zusammenbruch waren derartige, daß seine Kerntruppen, die Intelligenz, so unwürdiger Führung müde, zu uns überging. Von allen Gegnern, die ihm jetzt an den Leib rücken, haßt der Liberalismus uns am meisten, weil wir ihm am wehesten getan haben." Die Wendung in Wien war wohl auch den vorausgegangenen Volksmissionen Pater Abels und Pater Freunds zuzuschreiben. Als eifriger Anhänger und Förderer der christlichsozialen Reformideen betätigte sich der gesamte junge Klerus. Das anerkannte auch Dr. Geßmann in der Preßsektion.

Manche wollten einen Gegensatz des jüngeren und niederen Klerus gegen den älteren, höheren und die Bischöfe erblicken. Prinz Liechtenstein bezog sich in einem Gespräch auf die Arbeiterenzyklika des Papstes Leo und sagte, daß damit die Ansichten seiner Partei in allen Punkten übereinstimmten. — In der Preßsektion wurde unter Professor Schindlers Vorsitz die Schaffung eines Wiener Zentralorgans beantragt. Aber während auf der Wiener Tagung 1889 die Ansicht dahinging, das katholisch-konservative „Vaterland" zu diesem Organ auszugestalten, wollte man nun ein mehr christlichsoziales Organ; das gab Veranlassung zur Gründung der „Reichspost". Die „Hist.-pol. Blätter" mahnten beide Parteien, sich nicht abzustoßen, sondern zu vereinigen.

Die österreichischen Bischöfe nahmen sich des Kardinal-Erzbischofs von Wien an gegen Angriffe von seiten der Antisemiten.

Die Kameradschaft der beiden verbündeten Heere Mitteleuropas wurde auch durch den Distanzritt von Offizieren zwischen Berlin und Wien demonstriert. Kaiser Franz Josef spendete beiden Siegern kostbare Ehrengaben.

Als politisch wichtig galt es, daß Kaiser Wilhelm bei seinem Aufenthalt in Wien (Okt.) dem Grafen Taaffe den Schwarzen Adlerorden verlieh und sich auch sonst sehr zuvorkommend gegen den Ministerpräsidenten zeigte. Als Grund dafür erschien die veränderte Politik Taaffes gegen die Deutschösterreicher und die Ernennung des Grafen Khuenburg zum deutschen Landsmannsminister.

Die Ungarn feierten in Anwesenheit ihres Königs das Krönungsjubiläum von 1867 mit großen Festlichkeiten. Die radikalen Magyaren feierten aber auch den 90. Geburtstag des unversöhnlichen Revolutionärs Ludwig Kossuth. Er war, nebenbei bemerkt, von slawischer Abkunft. — Die Ungarn feierten ferner noch im Tode ihren revolutionären Heerführer Georg Klapka, berüchtigt durch die von Bismarck angeregte Klapkalegion 1866. Er hatte sich übrigens nach 1867 ganz loyal den bestehenden Zuständen in Ungarn gefügt als Parteigenosse Deaks.

Nach der neuen Volkszählung in Ungarn schienen die bisher in der Minderheit befindlichen Magyaren die Majorität erreicht zu haben.

„Das österreichische Staatsrecht" des Grazer Professors L. Gumplowicz (1891) wurde durch Professor Schwicker (Budapest) vom Standpunkt des ungarischen Staatsrechts einer Prüfung unterzogen (Allg. Ztg., 28. Okt., Beil.).

Paul Dehn schilderte „Österreich-Ungarn in reichsdeutschem Lichte" nicht gerade sehr rosig, doch mit einer Apologie des Begründers des österreichischen Postsparkassenwesens Dr. G. Th. Coch.

Von der eben vollendeten Villa „Achilleion" der Kaiserin Elisabeth von Österreich auf Korfu gibt die „Illustrierte Zeitung", 2. Januar, Bilder und Beschreibung.

Die Wiener Musik- und Theaterausstellung, ein Gedanke der Fürstin Pauline Metternich, brachte Musik und Opern aller Völker, vor allem reiche Instrumentensammlungen, Klavichorde, Klavizimbeln u. s. w.

M. Landau schilderte die Geschichte des Wiener Theaters 1560 bis 1760 nach den bei der Wiener Musik- und Theaterausstellung gebotenen Quellen (Allg. Ztg., 1. Juni, Beil.); besonders die große Zeit Leopolds I.

Eugen Guglia schrieb eine kurze Geschichte der Stadt Wien aus Anlaß der Entstehung von Großwien.

J. Zeidler gab „Studien und Beiträge zur Geschichte der Jesuitenkomödie und des Klosterdramas".

Franz Schnürer, Custos (heute Direktor) der kaiserlichen Privatbibliothek (k. u. k. Familienfideikommißbibliothek) hatte in einem Artikel der Presse (21. Jan. 1888) die glückliche Anregung gegeben zur großen Geschichte Wiens, die der Altertumsverein herauszugeben beschloß. Das Werk war auf sechs Bände berechnet; es ist heute noch lange nicht abgeschlossen (Allg. Ztg., 5. Dez., Beil.).

Ferd. v. Saar gab mit der Novelle „Schloß Kostenitz" sein Meisterwerk. Es wird nicht genug beachtet, wie wertvoll die ganze Reihe der Saarschen Novellen als Spiegel der österreichischen Zeitgeschichte ist. Mir ist nicht bekannt, daß eine andere Literatur solches in gleich klassischer Vollkommenheit aufzuweisen habe. Saar.

Marie v. Ebner-Eschenbach gab Parabeln, Märchen und Gedichte.

Es erschienen des österreichischen Dichters Franz Nissel „Ausgewählte dramatische Werke".

Adam Müller-Guttenbrunn sammelte seine „Dramaturgischen Gänge".

Chiavacci und Gaughofer gaben Joh. Nestroys gesammelte Werke heraus, mit Biographie von M. Necker.

In Meran wurde in einem offenen Freilichttheater nach Ammergauer Art das Volksschauspiel „Andreas Hofer" (von C. Wolf und J. Husterer) durch 300 Einheimische aufgeführt.

Anton Bettelheim verlangte in der Schrift „Die Zukunft unseres Volkstheaters" Reichsbühnen für das Volk (Allg. Ztg., 11. April).

Professor J. Minor antwortete auf Wustmanns Buch „Allerhand Sprachdummheiten" mit der „höflichen Entgegnung": „Allerhand Sprachgrobheiten" und zeigte Wustmann im Widerspruch mit den Klassikern. Er verteidigte die Sprachmuster gegen die Sprachmeister und suchte zu beweisen, daß das Schlagwort vom papiernen Zeitalter und vom papiernen Stil gerade von solchen ausgegeben wird, die am tiefsten in Papier und Tinte stecken.

Franz Brentano betrachtete „Das Genie" in der gleichnamigen Schrift nur als dem Grade nach von der gewöhnlichen Betätigung des Geistes verschieden. Franz Brentanos Vortrag über „Das Schlechte als Gegenstand dichterischer Darstellung" gipfelte in einer Anerkennung Ibsens.

V. Knauer schrieb „Die Hauptprobleme der Philosophie in ihrer Entwicklung und teilweisen Lösung von Thales bis Robert Hamerling, Vorlesungen, gehalten an der Wiener Universität".

Professor Guido Adler in Wien veröffentlichte Kompositionen der Fürsten aus habsburgischem Hause in zwei Bänden (Ferdinand III., Leopold I., Josef I.).

Wien wurde die Wiege des Ruhmes der italienischen Schauspielerin Eleonora Duse.

Natter. In dem Tiroler Bildhauer Heinrich Natter († 13. April) verlor ich einen lieben Freund; ich habe alle seine Werke mit ihm erlebt und konnte mich ihm in seinem Atelier dienstbar erweisen. Ein bewunderungswürdiges Denkmal der Pietät ist die von seiner Witwe 1914 herausgegebene Darstellung seines umfassenden Wirkens. — Nach Natters Tode wurde im nächsten Jahr sein gewaltiger Andreas Hofer auf dem Berg Isel bei Innsbruck enthüllt.

Samuel Kohn schilderte in magyarischer Sprache Geschichte, Dogmatik und Literatur der Sabbatharier in Siebenbürgen, mit besonderer Rücksicht auf das Leben und die Werke des Oberkanzlers Simon Pechi (besprochen in der Allg. Ztg., 20. Mai, Beilage). Der Gründer dieser unitarischen Sekte war Franz David, † 1579.

Der Jesuit Emil Michael schrieb eine kritische Studie über „Rankes Weltgeschichte", sehr zum Mißvergnügen des Altkatholiken J. H. Reusch in der „Allgemeinen Zeitung", 10. Mai, der sich auch über Michaels Charakteristik seines Döllinger ärgerte. Man ließ überhaupt mit ausgesuchter Absichtlichkeit Altkatholiken als Richter über alles Katholische auftreten.

Was die Gehirnanatomie an Kenntnissen aufzuweisen hatte, verdankte man dem zu Klosterneuburg bei Wien gestorbenen Professor Theodor Meynert. Der geniale Mann stand dabei mit der Muse in besserem Verhältnis als mit seinen gelehrten Kollegen. Ich habe ihn öfters seine Gedichte in intimem Kreis vortragen hören.

Es erschien der Reisebericht der österreichischen Kriegsschiffe „Nautilus" und „Aurora" aus Ostasien 1884—1888.

Erzherzog Ludwig Salvator schilderte in mehreren Prachtbänden die Balearen in Wort und Bild.

Die Weltreisende Ida Pfeiffer († 1858) erhielt ein von Joh. Benk modelliertes Denkmal in Wien.

Bemerkenswert sind die von K. J. Linger herausgegebenen „Denkwürdigkeiten aus dem Leben des k. k. Hofrates H. G. v. Bretschneider" (1739—1810).

In Laibach erschien die Zeitschrift für krainische Landeskunde „Argo"; so genannt nach der Tradition, daß Laibach von den Argonauten gegründet worden sei.

Wurzbach. Wurzbachs „Biographisches Lexikon des Kaisertums Österreich", 1856 begonnen, war mit dem 60. Band (1891) abgeschlossen.

Hanns Schlitter gab das Tagebuch der Reise des Papstes Pius VI. nach Wien (1782) heraus.

G. Wolf gab nach österreichischen Akten „Kleine historische Schriften" heraus.

Italien. Das neue italienische Ministerium Giolitti amtierte dreibundfreundlich. Auch Crispi sprach in diesem Sinne, tadelte nur die Regierung, daß sie die Verträge in überstürzter Weise erneuert habe, ohne bessere Bedingungen zu erlangen. Italien leide am meisten unter der Tripelallianz und müsse daher wirtschaftlich entschädigt werden. Italien sei gegenüber Frankreich sehr zurückgeblieben und habe sich durch den Drei-

bund die handelspolitische Feindschaft Frankreichs zugezogen. — Zu Genua fand im September eine glänzende Kolumbusfeier statt.

Brusa schilderte das „Staatsrecht des Königreichs Italien", wonach dort eigentlich keine königliche Gewalt bestehe. Freilich beruhte der ganze Staat auf Rechtsbrüchen.

Von Lugano in der Schweiz aus wurde ein anarchistisches Manifest über ganz Italien verbreitet (April): die Periode der theoretischen Erörterungen sei beendet und die Zeit für den bewaffneten Aufstand gekommen.

Zu den schönsten Grabdenkmälern bei den sonst so geschmacklosen Italienern gehört die Pietà von G. Dupré auf dem Friedhof zu Siena.

Die päpstliche Kurie war damit beschäftigt, die französischen Royalisten zum Gehorsam zu bringen, daß sie sich nach der Weisung des Papstes der Republik unterwarfen. Man dürfe (schrieb der „Osservatore Romano") die Politik vom Glauben nicht trennen. „Die Politik ist die Anwendung der Moral auf die soziale Tätigkeit der Regierungen und das öffentliche Leben der Völker. Nun ist der Papst der unfehlbare Lehrer sowohl des Glaubens als der Moral, daher auch der ständige Richter im politischen Leben. Er ist für die Katholiken nicht nur Lehrer, sondern auch Suverän, Gesetzgeber und Richter." Dem widersprach aber auch die „Kölnische Volkszeitung"; die Ansicht des Papstes in diesen Dingen sei ein guter, trefflicher Rat, aber kein autoritativer Befehl. Der „Osservatore" entgegnete: „Der Papst ist Stellvertreter Christi, welcher Papst und König ist. Er ist nicht nur die erste religiöse Autorität, sondern auch, wie ein sehr liberaler französischer Minister gesagt hat, die erste politische Potenz der Welt." Papst.

Der Papst hob in einer eigenen Enzyklika zur Columbusfeier (18. Juli) die religiösen Verdienste des Entdeckers hervor und ordnete auch kirchliche Feiern an.

Leo XIII. ließ dem Papst Innozenz III. in der Laterankirche ein Denkmal setzen.

Bei den Nachrufen zum 100. Geburtstag Pius IX. hob man mit Vorliebe hervor, daß er sich anfangs von der nationalen und liberalen Bewegung fortreißen ließ.

Mit Anderledy verlor der Jesuitenorden einen energischen General von großem politischen Geschick. Bei seinem Tode bestanden 2500 über die ganze Erde verteilte Missionen mit etwa 30.000 Zugehörigen oder Affiliierten.

Des Jesuiten Brunengo Observationen über die Universalgeschichte von Cesare Cantu erschienen zu Rom. Das große Werk des katholischen Gelehrten erwies sich darin nicht ohne Tadel in der Stellungnahme. In deutschen Ausgaben erschien Cantu korrigiert.

Es wurde viel von der „Zerstörung Roms" durch die Neubauten geschrieben; andere nannten es die Erneuerung Roms.

Die französischen Bischöfe publizierten eine Erklärung, wonach sie die loyale Annahme der Verfassung empfahlen, aber festen Widerstand Frankreich.

gegen die zahlreichen Übergriffe der weltlichen Macht auf das geistliche Gebiet. Der Dominikanerpater Maumus empfahl in seinen Predigten die Verbündung der Kirche mit der neuen Macht der Demokratie; ebenso habe sie sich nach dem Zusammensturz des römischen Kaiserreichs mit den Barbaren verbündet. „Hier sind neue Barbaren; geht zu ihnen hin; ihr werdet mit ihnen den Tempel der Zukunft gründen. Die Kirche wird demokratisch werden und darin den Lehren des hl. Paulus folgen." Dem wurde von anderer Seite die absolut antichristliche Gesinnung der Republik entgegengehalten. Ministerpräsident Freycinet verteidigte die Regierung, sie bezwecke nicht die Verfolgung der Kirche und die Trennung vom Staat, und er rühmte den versöhnlichen Geist des Papstes, der sooft seine Sympathie für Frankreich kundgegeben habe. Ebenso äußerte sich sein Nachfolger Loubet. Loubet. Aber die Haltung der Bischöfe blieb so wenig begeistert für die neue Kirchenpolitik, daß der Papst sie neuerlich mahnen mußte, die Republik unbedingt, ehrlich, ohne Hintergedanken als die von Gott gekommene Staatsform anzuerkennen. Zugleich erklärte der Staatsrat die Hirtenbriefe der Bischöfe über die Wahlen für einen Mißbrauch ihrer Amtsbefugnisse. Manche Bischöfe, wie den von Verdun, bewog der Nationalismus und der Revanchegedanke zu unbedingter Anerkennung der Republik. Er betonte in einer Rede an den Präsidenten Carnot seine Stellung an der Grenze: „Wir wünschen den Frieden, aber wir fürchten uns nicht vor dem Krieg. Wenn die Stunde schlagen sollte, so werden Sie den Bischof und seine Priester mit den Soldaten in Tapferkeit wetteifern sehen."

Die größere Hälfte der royalistischen Rechten in der Kammer erklärte trotz allem ihr Festhalten an den monarchischen Prinzipien; aber Graf de Mun und andere schlossen sich der Republik an. Gegen die protestierenden Monarchisten richtete der Papst ein neues Schreiben und hielt seine republikfreundliche Politik aufrecht, mit scharfem Tadel der ungehorsamen Monarchisten. Diese entschuldigten sich in ihrem Gewissen damit, daß sie die Äußerungen des Papstes als von politischer Opportunität diktiert ansahen, und voraussetzten, daß der Papst im Herzen anders denke.

Abgesehen von andern Kammerskandalen, Ohrfeigen u. dgl. erzählte man von 800.000 Paar Militärschuhen ohne Sohlen. Am peinlichsten Panamaskandal. waren die Enthüllungen über den Panamaskandal. Drei Millionen waren an 150 Mitglieder des Parlaments als Bestechung verteilt worden, selbst Minister wurden bestochen. Charles Lesseps und andere Administratoren der Panamagesellschaft wurden verhaftet, eine Anzahl von Senatoren und Deputierten wurde gerichtlich verfolgt. Man beschuldigte deutsche Juden, wie den Dr. Herz, der ärgsten Dinge. Verdächtig war der plötzliche Tod des Bankiers Reinach. Hans Delbrück urteilt über all das sehr prägnant: „Von je hat zum Wesen des Parlamentarismus die Korruption gehört. Das war schon Gentz' Haupteinwand gegen

ihn; es ist zweifellos, daß die klassische Epoche der englischen Parlamentsherrschaft, das 18. Jahrhundert, auch durch die größte Korruption gekennzeichnet wird. Naive Leute glauben freilich, es habe so dergleichen schon im Mittelalter existiert" (Europäischer Geschichtskalender, S. 370).

Ein anderer französischer Skandal waren die Anarchistenattentate. Mißliebige Gebäude wurden durch Dynamit in die Luft gesprengt. Der Hauptverbrecher Ravachol legte ein zynisches Geständnis ab. Er wurde auch wegen eines früheren Mordes verurteilt und hingerichtet.

Arbeiter. Auf dem Arbeiterkongreß zu Marseille (25. Sept.) erschien auch Liebknecht und erklärte, eine Nationalitätsfrage existiere für die Sozialdemokraten nicht; sie kennten nur zwei Klassen, die Besitzenden und die Proletarier. Diese bilden in allen Ländern eine einzige internationale Armee. „Wir sind bereit, nachdem wir Bismarck in 25jährigem Kampfe geschlagen, den letzten Blutstropfen für die Sache des Sozialismus zu opfern." Die elsässische Frage könne nicht durch einen Krieg gelöst werden. Die Regierung stand vor der Wahl: Revanchepolitik oder Kolonialpolitik. Das war und blieb die Frage von 1871 bis 1914.

Zum Studententurnfest in Nancy (5. Juni) waren alle Universitäten geladen mit Ausnahme der deutschen. Der Tscheche Podlipny schloß eine Rede mit den Worten: „Tief bewegt reichen wir Ihnen die Hände hier nahe an jener Grenzscheide, die durch die unglückliche Fügung einer brutalen Macht entstand. Unsere Feinde sind auch die Euern, Eure Feinde die unsern. Unsere Empfindungen und Wünsche sind die gleichen. Keine Gewalt kann uns trennen." Zum Feste erschien auch der russische Großfürst Konstantin und wurde mit ungeheurem Jubel begrüßt.

In der Kammer wurde der Antrag gestellt, eine Weltausstellung 1900 zu veranstalten, nachdem 1855, 1867, 1878, 1889 diese Ausstellungen sich ungefähr alle elf Jahre wiederholten. Damit war der Plan einer Berliner Weltausstellung unmöglich gemacht.

Die Jahrhundertfeier der Proklamation der ersten französischen Republik wurde in Paris am 22. September durch einen glänzenden Festzug begangen.

Monarchisten. Das 1890 zum Schutze der katholischen Interessen gebildete monarchistische Komitee für das christliche Frankreich löste sich infolge der päpstlichen Enzyklika und des den Anschluß an die Republik empfehlenden Briefes des Papstes an den Erzbischof von Paris auf. Auch die „Christliche Union" wurde aufgelöst.

Mitte Mai fand in Paris der erste „Feministenkongreß" statt als Generalkongreß aller Frauenemanzipationsvereine. Den Vorsitz führte Clemence Royer, die Übersetzerin der Werke Darwins. Aus allen Staaten erschienen Vertreterinnen. Außer der vollen gesetzlichen Gleichstellung beider Geschlechter besprach man die Rolle der Frauen im Sinne der Verhinderung von Kriegen, die Prostitution, die Erziehung zu nützlichen Berufen.

Vogüé. Graf Vogüé, der mächtigste Moralist des modernen Frankreichs, der Freund des Kardinals Lavigerie, der Verfasser des epochemachenden Buches über den russischen Roman, der Vorarbeiter der französisch-russischen Sympathie, der Verteidiger der Politik Leos XIII., betrachtete Zola in einem Aufsatz der „Revue" als Romantiker, tadelte aber sein „Debakel", den Mangel an Charakterisierung, den rohen Fatalismus, die Greuelmalerei, das Hervorheben der tierischen Triebe. Zudem habe er ganz vergessen, die siegenden Deutschen anders zu schildern, als daß er von „diesen Schweinen von Preußen" reden läßt. Er hätte die überragenden deutschen Tugenden schildern sollen, durch welche die ehrenwerte Tapferkeit der Franzosen überwunden wurde. Vogüé wies auf den viel gerechteren Deutschen Fontane hin in dessen Erinnerungen aus der Kriegsgefangenschaft.

Bourget. Paul Bourget hatte schon seit 1888 in seinem Roman „Le Disciple" der herrschenden Weltanschauung und besonders der modernen Wissenschaft den Krieg erklärt und die Rückkehr zum frommen Glauben und Beten empfohlen. Es war das eine Gegenströmung gegen den Naturalismus, der die wenig geklärten Grundprinzipien der Vererbung und Anpassung zu Trägern der Romanschilderung und des Dramas machte, den Menschen nur als Produkt des „Milieu" auffaßte und in pessimistische Vorstellungen einer allgemeinen Korruption verfiel. — Fr. Coppée deutete in seinem neuen Buch „Die wahren Reichen" eine innerliche Umwandlung zur Gläubigkeit an; der Durchbruch erfolgte erst 1898.

Die Wunder von Lourdes seit 1858 erhielten die offizielle Anerkennung durch die Kongregation der Riten.

Paul Verlaine schillerte als Dichter der Dekadenz in allen Farben der Sinnlichkeit und der Ekstase.

Die Pariser Zeitschrift „L'art français" brachte einen satirischen Artikel über die herrschende „Christomanie" unter den Malern.

Aulard schilderte in einem Buch den Kultus der Vernunft und den des höchsten Wesens von 1793 bis 1794.

Rußland. In Rußland drohte man in der Presse, die bisherige „Sympathie" durch einen geschriebenen öffentlichen Vertrag gegen den Dreibund ersetzen zu wollen. Schon Napoleon I. habe gesagt: „Bei einem Bündnis zwischen Rußland und Frankreich ist die Welt in der Hand dieser beiden Staaten." Das gelte auch jetzt: „Mag Frankreich wieder das ganze linke Rheinufer gehören, mögen seine nächsten Nachbarn unter seine Hegemonie kommen, möge Süddeutschland selbständig werden, aber man helfe auch Rußland an den Ufern der Donau und am Bosporus. Dann werden die Formen des europäischen Lebens jene Gestalt annehmen, die dem lebendigen Organismus zukommt."

Durch einen Besuch des russischen Thronfolgers am österreichischen Hof (12. Nov.) wurden allerdings diese Erwartungen noch gedämpft.

Der russische Unterrichtsminister verfügte die Schließung von vierhundert deutschen Privatschulen in den baltischen Provinzen. Man erzählte, der Zar habe gesagt, die Polen müßten ausgerottet werden. Das wurde dahin berichtigt, daß er nur gesagt habe, die Polen seien unfähig zur Selbständigkeit

und müßten deshalb zugrunde gehen. Baron Hirsch entwarf einen Plan, die 3,500.000 Juden in fünfundzwanzig Jahren allmählich auswandern zu lassen; die Regierung willigte darein.

In Asien nahm Rußland das Pamir-Plateau in Besitz.

Ch. Gide zeigte, daß Tolstois sozialökonomische Gedanken von Timotheus Bondereff stammten; dieser gehörte zur Sekte der Sabbathisten, die sich mehr auf das Alte Testament stützten (vgl. S. 828). — Leo Tolstois neue Schrift „Die erste Stufe" trat für die Pflanzenkost als erste Stufe wahrhafter Sittlichkeit ein.

Als man den hundertsten Geburtstag des Naturforschers K. E. v. Baer in Dorpat, Riga und Reval feierte, erinnerte man an ein schönes Gedicht des gottsuchenden Gelehrten: „Und der Herr wird sprechen: Steige auf ins Reich der Klarheit, nähre dich mit ew'ger Wahrheit! Ahnung hatt'st du schon auf Erden, daß der Grund von allem Werden ist des Stoffs geregelt Müssen. ‚Kräfte', heißt's in eurem Wissen. Lerne jetzt, daß Muß und Sollen Ausdruck ist von meinem Wollen. Müssen ward dem Stoff gegeben, Sollen nur dem freien Leben."

Bulgarien.

Eine Hauptaufgabe der feigen und hinterlistigen russischen Politik war es, gegen das selbständig aufstrebende Bulgarien zu intrigieren. Das geschah auch durch den Mord des bulgarischen Agenten Dr. Wulkovich in Konstantinopel. Die ausführenden Mörder wurden zum Tode verurteilt. Die Mörder Beltschews wurden in Sofia verurteilt und hingerichtet. Schriftstücke, die für Rußland sehr gravierend waren, wurden veröffentlicht. Daraus ging auch hervor, daß Rußland den bosnischen Widerstand gegen Österreich unterstützte. Die russische Regierung ließ die Echtheit der Akten abstreiten. In Philippopel fand im August eine bulgarische Landesausstellung statt. Der französische Konsul hielt sich fern, aus Rücksicht für den Zaren. Kaiser Franz Josef sandte freundliche Glückwünsche. Auf seiner großen europäischen Reise war Prinz Ferdinand besonders in Wien und London gut aufgenommen worden.

Der rumänische Thronfolger verlobte sich am Berliner Hof mit der Prinzessin Marie von Edinburg (Koburg), die im Weltkrieg die Hauptschürerin des Abfalls von den Mittelmächten werden sollte.

England.

Die ägyptische und die irische Frage bewegten die Gemüter in England so sehr, daß ein Kabinettswechsel wieder Gladstone mit den Liberalen ans Ruder brachte. Gladstone erklärte die irische Frage als die wichtigste für das Reich. Bei der Wahlagitation setzte es Verwundungen ab. Die Konservativen meinten, man könne niemals weder die Irländer noch die Engländer ganz befriedigen. Ein Dynamitattentat am Polizeigebäude zu Dublin kostete einem Polizisten das Leben. Darin waren alle einig, daß die englische Landwirtschaft ihrem Untergang zueilte. Das Unterhaus lehnte mit ungewöhnlich großer Majorität den achtstündigen

Arbeitstag in den Bergwerken ab; man hob hervor, daß auch bei den Arbeitern ein allgemeines Verlangen nach einem derartigen Eingreifen der Gesetzgebung nicht vorliege. Auch das Wahlrecht der Frauen wurde abgelehnt.

Der Tod des Kardinal-Erzbischofs Manning (14. Jan.) rief die Erinnerung an die ganze Entwicklung des Ritualismus in England zurück. Manning war anglikanischer Geistlicher, Universitätsprediger in Oxford gewesen, verheiratet mit der Schwägerin des Bischofs Wilberforce von Oxford. Katholisierend waren bereits seine Predigten (1844) und seine Schrift über die Einheit der Kirche (1842). Der Tod seiner Gattin und der Gorhamsche Taufstreit entschied seine Konversion (1851). Er wurde von Kardinal Wiseman zum Priester geweiht und wurde dessen Nachfolger als Erzbischof von Westminster 1865. Viele Kirchen und Klöster wurden von ihm erbaut, Schulen gegründet, Spitäler, Waisenhäuser gestiftet; man konnte von „einem zweiten Frühling katholischen Lebens" auf dem Boden der Heiligen Beda und Dunstan reden. Es vollzogen sich glänzende Konversionen, die Arbeiter wurden gewonnen, die Armenschulen, die Temperenzbewegung machten Fortschritte. 1874 konnte die katholische Universität in Kensington eröffnet werden, nach nur dreijähriger Vorbereitung. Disraeli zeichnete Manning als „Grandison" in seinem Roman „Lothair". Manning war ein Hauptvertreter des Unfehlbarkeitsdogmas, er bereitete es vor und arbeitete an dessen Durchführung. Darüber geriet er in Fehde mit Bischof Dupanloup und mit Gladstone. In den deutschen Kulturkampf griff er ein mit der Schrift „Cäsarismus und Ultramontanismus" (1874). Er schrieb 1877 die „Wahre Geschichte des Vatikanischen Konzils"; 1875 wurde er Kardinal.

Die Maifeier der Arbeiter verlief überall ruhig. Die größte Kundgebung war in London, wo die Gewerkvereine, 250.000 Personen stark, nach dem Hydepark zogen und dort vier Stunden lang Beschlüsse faßten zugunsten des Achtstundentags. Es traten deutsche, österreichische, französische, polnische und russische Redner und Rednerinnen auf die Tribüne.

Herbert Spencer („Von der Freiheit zur Gebundenheit") äußerte sich sehr entschieden gegen den Sozialismus.

Des irischen Theologen Kennedy „Gottesglaube und moderne Weltanschauung" wurde ins Deutsche übersetzt.

Es war ein symbolischer Skandal, daß die Engländer das ehrwürdige Flaggschiff Nelsons als altes Holz nach Deutschland verkauften; die nationale Empörung darüber rettete noch die Reliquie im letzten Augenblick durch einen verspäteten Rückkauf vor gänzlicher Zerstörung.

Ein anonymer Engländer schilderte in einem „Roman der letzten Zeiten" den kommenden Christus („The Christ that is to be"). Er wird nicht erkannt trotz seiner Wunder und verschwindet wieder.

Spanien. Die Spanier feierten Kolumbusfeste sowohl in Palos wie in Huelva.

Joh. Fastenrath übersetzte die Pyrenäentrilogie des katalanischen Dichters Victor Balaguer.

Schweiz. Beim Schützenfest in Glarus hielt der schweizerische Bundespräsident Hauser eine Rede über die fragliche Schweizer Neutralität. In Bern wurde am 29. August die vierte interparlamentarische Friedens-

konferenz eröffnet. Es waren 27 Deutsche anwesend. Es fragte sich, ob ein permanenter internationaler Schiedsgerichtshof zu erstreben sei. Man begnügte sich, den Abschluß dauernder Schiedsgerichtsverträge zwischen den einzelnen Staaten zu empfehlen. Eine internationale Konferenz sollte das völkerrechtliche Prinzip der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten anerkennen. Der Bundesrat richtete im Oktober an alle Staaten ein Rundschreiben, darin er sie zu einer Konferenz nach Bern einlud zur Besprechung des Beschlusses der Sozietät des internationalen Rechts in Brüssel, wonach ein internationales Büro in Bern geschaffen werden sollte, das sämtliche Verträge veröffentlichte. Die Befestigung der Schweizer Grenzen (St. Moritz u. s. w.) wurde eifrig betrieben.

Sonderbar war es, daß dem Standbild Wilhelm Tells für Altdorf (Entwurf von Richard Kißling) als Hintergrund eine spanische Wand mit landschaftlicher Darstellung gegeben wurde (Ill. Ztg., 13. Aug.). Das Werk sollte 1895 fertig werden.

Otto Brahm gab des unglücklichen Schweizer Malers Karl Stauffer-Bern Leben, Briefe und Gedichte heraus.

Jak. Bächtold schrieb die „Geschichte der deutschen Literatur in der Schweiz".

H. Ibsen wurde auf Grund der Werke von Passarge (1883) und H. Jäger (1890) von E. Gnad in der „Allgemeinen Zeitung", 21. April, besprochen. Norden.

Großartig waren die Neuanlagen des Nordischen Museums bei Stockholm.

Die Errichtung eines deutsch-evangelischen Bistums in Jerusalem wurde neuerlich erwogen. Die Bauten für Kirche, Schule, Pfarrhaus, Hospiz u. s. w. waren projektiert.

In der Schweiz wie in Belgien übten sich die Anarchisten in Dynamitattentaten. In der Brüsseler Kammer hatten die Liberalen 60, die „Klerikalen" 92 Sitze, im Senat 30 und 46 Sitze. Belgien.

Auf dem Himmelberge in Jütland fand am 14. Juni eine Friedensversammlung von mehr als 12.000 Dänen statt. Björnson beklagte in seiner Rede, daß die Friedenssache bisher nicht die Unterstützung der Kirche gewonnen habe. Er erklärte, Sozialist zu sein, was alle gläubigen Menschen sein müßten. Die Friedensbewegung müsse von den kleinen Staaten ausgehen. Dänemark.

Die welterschütternde Frage über den Robbenfang im Behringsmeer sollte zwischen Amerika und England durch ein Schiedsgericht ausgetragen werden. Die Chinesen-Ausschluß-Bill wurde in einer milderen Fassung angenommen. Streiks in den Carnegie-Eisenwerken führten zu schweren Zusammenstößen. In Chicago wurden die Weltausstellungsgebäude am 21. Oktober feierlich eingeweiht. Den Einwandererstrom sollte eine schärfere Kontrolle abwenden. Eine Kolumbusfeier fand im Oktober zu Neuyork statt. Amerika.

Ein offizieller Bericht über die Einwanderung von 1820—1890 stellte fest, daß die Qualität der Einwanderer seit 1870 sehr herabgegangen war; anstatt der Engländer und Deutschen nahmen immer mehr Russen, Polen, Italiener, österreichische Slawen überhand. Das waren zumeist ungelernte Arbeiter, ohne Geld und ohne Kenntnisse, die dem Staate weniger erwünscht waren.

Der amerikanische Erzbischof Ireland von St. Paul in Minnesota kam wegen seiner eigentümlichen Ansichten über die weltliche Herrschaft des Papsttums in Konflikt mit der Kurie.

John W. Chadwick in Amerika trug über „Religion ohne Dogma" vor. Die Vorträge erschienen auch deutsch von Al. Fleischmann und waren Ausdruck einer weitergreifenden Bewegung.

Das Deutsche Haus auf der Weltausstellung in Chicago trug den Eingangsspruch: „Nährhaft und wehrhaft, voll Korn und voll Wein, voll Kraft und Eisen, klangreich, gedankenreich, ich will dich preisen, Vaterland mein!"

Zu den merkwürdigsten Bauwerken in Amerika gehörte der projektierte Odd-Fellows-Tempel in Chicago (Ill. Ztg., 9. April). Auch das Versammlungshaus, Tabernakel und Tempel der Mormonen. (Abbildungen ebenda.)

Die neue Art des „Serpentintanzes" wurde durch Miß Fuller der Ästhetik erobert.

Über die Poesie von Zentralamerika orientiert ein Aufsatz der „Allgemeinen Zeitung", 26. September, über Ramon Uriartes „Galeria Poetica Centro-Americana". „Von der Zeit der Unabhängigkeit an bis zur ‚glorreichen' Revolution von 1871, die einen so wesentlichen Umschwung in den kleinen Staaten im Stillen Ozean hervorbrachte, war fast nichts Poetisches erschienen."

Das Jahr 1893.

Kaiser Wilhelm in Rom. Das neue Militärgesetz. Bismarcks Siegreifreden in Friedrichsruh und Kissingen. Seine Krankheit. Der Kronprinz von Italien bei den Manövern in den Reichslanden. Kaiser Wilhelm in Güns. Depeschenwechsel mit Bismarck. Sezession. Sturz Taaffes in Österreich; Ministerium Windischgrätz. Italiens „Panamino": der Bankskandal. Die Politik Leos XIII. in Frankreich. Das russische Geschwader in Toulon und das englische in Tarent. Der Anarchist Vaillant. Kein Homerule. Sozialistenkongreß in Zürich. Staatsstreich. König Alexander von Serbien. Orientbahn. Cleveland über die Republik. Weltausstellung in Chicago.

Alles drehte sich um die Frage des Wettrüstens. Kaiser Wilhelm sprach sich beim Neujahrsempfang der Generale sehr scharf gegen die Opposition aus, die der Militärvorlage gemacht werde; er drohte, diese
Caprivi. Opposition zu zerschmettern. Reichskanzler Caprivi machte am 11. Januar der Reichstagskommission vertrauliche Eröffnungen über die Lage. Es gäre in Frankreich; jeden Augenblick könne dort eine Diktatur entstehen. Die Bevölkerungsziffer Frankreichs sei seit 1871 im Wachsen. Rußland sei im Aufsteigen und bereits der mächtigste Militärstaat. Die öffentliche Meinung

Rußlands äußere sich sehr feindselig; man strebe dort nach Konstantinopel und sage, der Weg dahin gehe über Wien, zuerst aber durch das Brandenburger Tor. Bei der Freundschaft Rußlands mit Frankreich müsse man auf einen Krieg nach zwei Fronten gefaßt sein. Die Erhaltung der vollen Großmachtstellung Österreichs müsse die Richtschnur der deutschen Politik bleiben, man dürfe sich daher nicht um augenblicklicher Vorteile willen an Rußland gegen Österreich anschließen. Auch die Haltung Dänemarks sei zweifelhaft. Die Erneuerung des Dreibunds nach dessen Ablauf (mit Italien) sei allerdings zu hoffen, aber nicht durchaus sicher. Die französische Flotte könne, mit der russischen vereint, die Herrschaft in der Ostsee erlangen und Dänemark mit hineinziehen. Im Mittelmeer sei Italien ohne Englands Hilfe sehr gefährdet. Caprivi verlas dann eine militärische Denkschrift Moltkes von 1879; er schilderte die Schwierigkeiten jeder Koalition. Das Deutsche Reich müsse unbedingt, um nicht zu unterliegen, die Offensive ergreifen, müsse also eine erhebliche Übermacht entwickeln. Es sei nicht zulässig, auf Grund der „inneren Linie" abwechselnd nach beiden Seiten zu operieren, zuerst gegen Paris, dann gegen Rußland. Auch ein „Volkskrieg" sei in der deutschen Ebene unmöglich. Gegenwärtig sei der Dreibund in der militärischen Minorität. Ganz besonders sei die lange, gebogene Ostgrenze nur durch Offensive zu halten. Die russischen Kriegsvorbereitungen gehen langsam, aber stetig vorwärts. Wir brauchen schnelle Siege, auch mit Rücksicht auf die Bundesgenossen und die Neutralen.

Am selben Tag traf der Kaiser unerwartet in Straßburg ein, ließ zur Probe Alarm schlagen und hielt eine Truppenschau ab. Allerdings hielt er auch bei der Anwesenheit des russischen Thronfolgers in Berlin (es war bei der Vermählung seiner Schwester Margarete mit Prinz Friedrich Karl von Hessen) einen freundschaftlichen Trinkspruch auf den Zaren mit Beziehung auf „altbewährte monarchische Traditionen, oft erwiesene Freundschaft" und gemeinsame Kämpfe auf dem Schlachtfeld vorm Feinde. Und es hieß bei dieser Gelegenheit (26. Jan.), der Großfürst habe die Existenz eines förmlichen russisch-französischen Bündnisses abgeleugnet.

Sehr intim zeigte sich das Verhältnis zu Italien; als der Kaiser seinen Besuch dort ankündigte, antwortete König Humbert mit folgender Depesche: „Als Du mir anzeigtest, daß Ihr kommen würdet, Du und die Kaiserin, um unserer silbernen Hochzeit beizuwohnen, hast Du unsere nächste Zusammenkunft unter die Auspizien einer lieben und teuren Erinnerung gestellt, die uns Glück bringen wird. Ich danke Dir vom Grunde meines Herzens. Für Marguerita und mich wird es ein Fest sein, Dich mit Deiner Frau in Rom wiederzusehen, wo Eure Gegenwart in den Augen meines Volkes ein neues und sehr wertvolles Unterpfand der innigen Freundschaft und des Bündnisses sein wird, welches unsere Völker und unsere Kronen vereinigt . . . Umberto." Humbert.

Schon zum 19. Februar schickte Kaiser Wilhelm einen Abgesandten, den katholischen General v. Loë, zum Papst, um ihm zum 50. Jahrestag Wilhelm und Leo.

seiner Bischofwürde zu gratulieren. Der Austausch der Freundlichkeiten bei dieser Gelegenheit war ein besonders warmer. Der Kaiser erinnerte an den denkwürdigen Jahrestag, der die Vertreter aller Nationen um den Heiligen Stuhl versammelt, ließ dem Papst ein Geschenk überreichen „als ein Symbol der bischöflichen Würde, zu der die Vorsehung Eure Heiligkeit vor fünfzig Jahren erhoben hat"; er wiederholte „den warmen Ausdruck freundschaftlicher Gesinnung" und vereinigte sich mit den Wünschen seiner katholischen Untertanen. Der Papst erwiderte: „Wir sind von den Glückwünschen, die der Deutsche Kaiser uns hat darbringen lassen, tief gerührt ... Dies wird in hohem Grade dazu beitragen, in den deutschen Katholiken die Ehrfurcht und die Treue zu vermehren, welche die Untertanen zum Heile der Nationen den Vertretern und Inhabern der Macht gegenüber bewahren müssen ... Wir werden nichts verabsäumen zur Verwirklichung der gesetzlich berechtigten Wünsche, des Gewissensfriedens und des Wachstums des christlichen Gefühls in der edlen deutschen Nation." Dem Grafen Ballestrem riet der Papst als Richtschnur für die Haltung des Zentrums in der Militärfrage: „Einigkeit und Klugheit, vor allem Klugheit!"

Wilhelm in Rom.

Kaiser Wilhelm feierte bei der silbernen Hochzeit des italienischen Königspaares im Quirinal 22. April die „persönliche Freundschaft und die warme Sympathie, welche die Völker Deutschlands und Italiens verbindet und die in diesen Tagen mit neuer Kraft zum Ausdruck gelangt". — Am folgenden Tag besuchte das deutsche Kaiserpaar den Papst. Dabei wurde dem Kaiser auch der gemaßregelte Kardinal Ledochowski vom Gesandten v. Bülow vorgestellt. Der Kaiser soll an ihn einige freundliche Worte gerichtet haben, die bedeuteten, daß alles Geschehene abgetan und vergessen sei. Die Fahrt zum Vatikan geschah aus naheliegenden Rücksichten nicht in einem italienischen, sondern in einem eigens mitgebrachten preußischen Hofwagen. Auf dem Weg bildeten italienische Truppen Spalier. Der Empfang im Vatikan war besonders feierlich und herzlich. Papst, Kaiser und Kaiserin saßen unter einem Baldachin auf drei gleichen Armstühlen. Der Papst schenkte der Kaiserin ein kostbares Mosaikbild, der Kaiser dem Papst eine kolorierte Photographie, seine ganze Familie darstellend. Der Papst bemerkte, er wolle das Bild neben der Photographie Wilhelms I. aufstellen, die ihm die Kaiserin-Witwe Augusta übersandt hatte. Nach einer Viertelstunde entfernte sich die Kaiserin, um die vatikanischen Sehenswürdigkeiten zu besichtigen; indessen blieb der Kaiser noch eine Stunde allein beim Papst. Da der Kardinal-Staatssekretär Rampolla unpäßlich war, unterblieb der Besuch des Kaisers bei ihm; er verlieh ihm aber den Schwarzen Adlerorden. — In den folgenden Tagen wohnte der Kaiser einer Truppenschau bei, besuchte Albano, Neapel, Capri,

Pompeji, besichtigte die Flotte und fuhr über Spezia und Genua durch die Schweiz zurück. In Luzern begrüßte der Bundespräsident Schenk das Kaiserpaar, und der Kaiser gab in seiner Antwort der Hoffnung Ausdruck, daß der vertragsmäßig gesicherte Verkehr zwischen der Schweiz und Deutschland sich weiterhin gedeihlich entwickeln werde (2. Mai).

Wehrgesetz.

Indessen verteidigte Kanzler Caprivi vergebens die Wehrvorlage gegen die Opposition. Er sagte am 3. Mai im Reichstag: „Man hat uns durchfühlen lassen: Euch halten wir für keine Autoritäten! Wenn ihr noch Moltke und Roon wäret, wollten wir mit uns reden lassen. Ich bedaure, daß diese Männer nicht mehr an dieser Stelle stehen; denn ich bin überzeugt, sie würden noch entschiedener als wir für die Forderung eintreten." Gegenüber andern Vorwürfen bemerkte Caprivi: „Sie werden Friedrich dem Großen nicht absprechen wollen, daß er mit dem höchsten militärischen Talent diplomatisches Talent verbunden hat, und doch hat er es nicht hindern können, daß er zuzeiten gegen halb Europa in Waffen stand." Über Moltkes Denkschrift sagte er: „Wir sind auf die Offensive angewiesen ... Ich habe den guten Glauben, den Moltke 1879 hatte, daß wir imstande sein werden, den feindlichen Angriff abzuwehren, noch heute, obwohl die Verhältnisse sich zu unsern Ungunsten verändert haben ... Wir haben auf dem linken Rheinufer eine nicht abgeschlossene Grenze. Man kann, wie Moltke annimmt, bei der Abwehr des Feindes bald in die Lage kommen, von der Barre des Rheines Gebrauch machen zu müssen. Ungünstiger liegen unsre Grenzen im Osten; wir haben da etwa tausend Kilometer Grenze, die weit ins Innere von Deutschland hineintritt. Diese Grenze ist durch kein Gebirge, keinen Fluß geschützt ... Wozu haben wir Deutschland geschaffen? Sollen unsre Grenzprovinzen dem Feinde preisgegeben werden? ... Man hat uns Gegenvorschläge gemacht: die Miliz wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten gestreift. Miliz ist eine kurz dienende Truppe mit schwacher Friedenspräsenzstärke." Dann las Caprivi eine Stelle aus einer Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Lieber vor: „Lassen Sie es mich öffentlich aussprechen, meine Freunde! Selbst wenn alle Forderungen der verbündeten Regierungen in dieser Militärvorlage politisch und militärisch berechtigt und vollbegründet wären, so ist meiner Meinung nach der Fortbestand einer Partei wie das Zentrum, so wie es jetzt ist, für das Deutsche Reich immer noch wichtiger als die Berechtigung der Militärvorlage." — Lieber verteidigte sich sehr energisch gegen die „akrobatische" Auslegung Caprivis, als ob seine Worte besagen wollten: „Es ist mir ganz egal, ob die Russen in Berlin und die Franzosen in München stehen, wenn nur die Zentrumspartei noch existiert." Er habe gemeint, daß das Bestehen dieser Partei im wohlverstandenen Interesse des Reiches liege; das Zentrum sei der beste und einzige Hort der Monarchie gegen alle schädlichen Tendenzen; denn es wurzelt im Boden des positiven Christentums und der Gerechtigkeit, der letzten und einzigen Grundlage der Reiche. Caprivis Auslegung sei das schlechteste Bismarckisch. „An Patriotismus lassen wir uns von keinem übertreffen. Wenn wir uns wegen unseres Patriotismus verhöhnen, dann können wir ja zu den alten bismarckischen Allüren zurückkehren, dann nennen wir uns doch wieder Reichsfeinde, und dann kann ja der alte Tanz, den wir durch die Reichskanzlerschaft des Grafen Caprivi für beendet hielten, wieder beginnen, und der Reichskanzler

Lieber.

Bebel. kann dabei die erste Fackel tragen." — Der Sozialdemokrat Bebel meinte: „Wir haben die Politik Deutschlands nicht anders gestalten können, aber wenn auswärtige Feinde Deutschland angreifen und einen Teil seines Gebiets zu erobern versuchen sollten, so würden auch wir Sozialdemokraten das nicht dulden. Denn nur, wenn Deutschland in seinem vollen Umfang erhalten wird, ist es ihm möglich, seine Kulturaufgaben zu erfüllen. Aber das Volk ist hart an der Grenze der materiellen Leistungsfähigkeit angekommen. Der Getreidekonsum, noch mehr die Fleischnahrung sind zurückgegangen. Nicht bloß unter den Arbeitern, auch unter den Handwerkern, den Kleinbauern ist eine große Mißstimmung eingetreten. Die Militärvorlage ist der letzte Tropfen, der das Glas zum Überlaufen bringt ... Die Einführung des Milizsystems würde die Kosten vielleicht auf die Hälfte der jetzigen ermäßigen, aber die Zahl der Streiter vermehren. Die Reformatoren der preußischen Armee, Scharnhorst, Gneisenau, standen dem Gedanken der Miliz nicht so fern; sie wurden damals als Jakobiner verdammt; heute würde man sie als Sozialdemokraten bezeichnen. Die Schweiz ist durch Einführung des Milizsystems imstande, prozentual eine verhältnismäßig größere Kriegsarmee aufzustellen als Deutschland." — Allzu einseitig befürchtete Sigl im „Bayerischen Vaterland" (5. Mai), der nächste Krieg werde Bayern zu einer preußischen Provinz machen. Dieselbe Befürchtung hatte allerdings auch König Ludwig II. geäußert.

Bei der Abstimmung am 6. Mai wurde die Militärvorlage mit 210 Stimmen gegen 162 abgelehnt. Sofort wurde der Reichstag aufgelöst. Es erfolgte nun der Wahlkampf in der Presse. Die „Kölnische
Lieber. Zeitung" warf noch dem Zentrumsabgeordneten Dr. Lieber vor, er habe in jener Rede zu Aschaffenburg gesagt, daß er ein Mußpreuße sei, im Jahre 1866 an Preußen annektiert und seitdem der Krone Preußens unterworfen; von angestammter Untertanentreue könne da keine Rede sein. „Wir erkennen gern an (sagte er), daß das Haus Hohenzollern, seit es die deutsche Kaiserkrone trägt, berufen ist, als Hort der Reichsverfassung wie die Rechte des Volkes, so auch die Rechte der verbündeten Fürsten und Freien Städte zu schützen. Allein wir werden durch keinen Ablauf der Zeit uns bestimmen lassen, das Unrecht der Vergangenheit, welches von diesem Haus ausgegangen ist, Recht zu nennen."

Der Kaiser. Sehr scharf griff der Kaiser selbst in diese Sache ein. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlichte seine Ansprache vom 9. Mai an die Generale: „Ich hoffte vom patriotischen Sinn des Reichstags eine unbedingte Annahme der Vorlage. Ich habe mich darin leider getäuscht. Eine Minorität patriotisch gesinnter Männer hat gegen die Majorität nichts zu erreichen vermocht. Dabei sind leidenschaftliche Worte gefallen, welche unter gebildeten Männern ungern gehört werden. Ich mußte zur Auflösung schreiten und hoffe von einem neuen Reichstag die Zustimmung zur Militärvorlage. Sollte aber diese Hoffnung täuschen, so bin ich gewillt, alles, was ich vermag, an die Erreichung derselben zu setzen, denn

ich bin zu sehr von der Notwendigkeit der Vorlage, um den allgemeinen Frieden erhalten zu können, überzeugt ..."

Neuwahlen. Zentrum.

Von allen Wahlaufrufen war weitaus am wichtigsten der der Zentrumsfraktion; er besagte: „Zum drittenmal seit fünfzehn Jahren ist der Reichstag aufgelöst, zum zweitenmal aus Anlaß einer Heervorlage. Nicht um das Dasein des Vaterlands handelt es sich. Streitig ist einzig, wie das Reich am besten erhalten, in sich gefestigt und vor innerem und äußerem Feind zugleich gesichert wird. Die Umwandlung des Reichs in einen Militärstaat, ein stehendes Heerlager bereits in Friedenszeiten, die dauernde Heranziehung des letzten halbwegs waffenfähigen Mannes, die bleibende übermäßige Belastung des notleidenden Nährstandes für den Wehrstand bis zur Erschöpfung vor dem Krieg: das ist's, worum der nun entfachte Kampf geht ... Nach wie vor erachten wir die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für wünschenswert und durchführbar ... Wir wollen des Vaterlandes volle Wehrkraft, aber auch die Steuerkraft des Volkes und das Budgetrecht des Reichstags nicht geschädigt sehen und können nur bewilligen, was sich damit vereinigen läßt ... Nicht Augenblickes Nützlichkeit, Gerechtigkeit ist das Fundament der Reiche. Was der Gerechtigkeit entspricht, ist einzig wahrer Vorteil; und wahrer Nachteil, was ihr widerstreitet. Wir halten für geboten, dies ursprüngliche Motto der Partei auch heute wieder voran-, der Politik bloßer Zweckmäßigkeit oder Gewalt diejenige des ewigen Rechtes gegenüberzustellen ... Ohne Gewissensfreiheit keine bürgerliche, keine gesellschaftliche, keine wahre Freiheit! Der sogenannte Kulturkampf ist auch heute noch nicht beendet. Seine Versumpfung unter schillernder Decke wohlmeinender Freundlichkeit würde das Volksleben unheilvoller, als seine Wiederaufnahme in vollster Rücksichtslosigkeit vergiften. Diese Wunde, die allergefährlichste, an welcher Deutschland blutet, bald und ganz zu schließen, die vollste Freiheit des Gewissens und der Religion, Selbständigkeit und freieste Bewegung, vertrauensvollste Achtung für die Kirche, die vollste Gleichberechtigung der anerkannten christlichen Bekenntnisse und ihrer Anhänger auf jeglichem Gebiete des öffentlichen Lebens endlich herbeizuführen, wird unser wichtigstes und patriotischestes Ziel sein. Vor allem muß das Ausnahmegesetz wider den Jesuiten- und die mit ihm angeblich verwandten Orden aufgehoben werden. Wir werden diesen Antrag so lange wiederholen, bis Reichstag und verbündete Regierungen mit uns erkennen werden, daß nicht konfessionelle Vorurteile und Abneigungen, sondern nur das verfassungsmäßige Recht der freien Religionsübung sowie das ursprünglichste Recht ans Vaterland, das Heimatsrecht, hier die Entscheidung fällen dürfen, und daß nach Aufhebung des Ausnahmegesetzes wider die Sozialdemokratie die Aufrechthaltung desjenigen wider katholische Ordensmänner und Ordensfrauen zehnfach verletzen und erbittern muß ... Bereits vor fünfzehn Jahren haben wir auf die entscheidende Bedeutung hingewiesen, welche die Erhaltung und Wiederbelebung religiöser, vor allem gläubig-christlicher Gesinnung für die Bekämpfung der Wahnlehren des Liberalismus und des Sozialismus hat ... Wenn kein überzeugter Sozialdemokrat (nach dem Ausspruch eines Wortführers) auf die Dauer ein Gottesgläubiger sein kann, muß, wer dem Zentrum angehören will, davon durchdrungen sein, daß kein gläubiger Christ mit der Sozialdemokratie liebäugeln darf. Nicht Umsturz der bestehenden Ordnung kann die Heilung des kranken Erwerbs- und Wirtschafts-, Staats-

Christentum.

und Gesellschaftslebens bringen, sondern allein die Wiederherstellung des Christentums als Grundlage unseres gesamten, des öffentlichen wie des privaten Lebens, unserer Gesetzgebung und Verwaltung, das positive Vorgehen gegen die unchristliche liberale Gesetzgebung ... In dem Bewußtsein der verfassungsmäßigen Pflicht jedes einzelnen Abgeordneten, ‚Vertreter des gesamten Volkes' zu sein, werden wir jede Sonderinteressenvertretung bekämpfen ... Unsere Zusammensetzung aus allen deutschen Gauen und allen Berufsarten der vaterländischen Gesellschaft weist uns darauf ganz besonders hin und befähigt uns dazu besonders; und unser Grundsatz, daß die idealen Interessen der Reichsgemeinschaft allen materiellen Interessen der Angehörigen des Reiches vorgehen müssen, wird uns dabei vor Irrung und Unrecht wahren. Den Handelsverträgen mit Österreich-Ungarn und Italien haben wir zugestimmt, weil sie dem politisch-militärischen Dreibund eine wirtschaftliche Unterlage und damit größere Festigkeit und Bürgschaft der Dauer gaben ... In dem erhebenden Bewußtsein, daß der ‚Neue Kurs' zu dieser seiner besten vaterländischen Tat ohne die Mitwirkung des Zentrums nie imstande gewesen wäre, lassen die neuesten Anklagen von dieser Seite auf Mangel aufrichtiger Liebe zu Vaterland und Reich uns doppelt kalt ... Der Augenblick ist ernst; das Deutsche Reich hat keinen ernsteren erlebt ... Der Vorstand: Graf Hompesch. Graf Preysing. Freiherr v. Buol. Dr. Brüel. Dieden. Fritzen. Gröber. Freiherr Heereman v. Zuydwyck. Dr. Lieber. Reindl. Dr. Schädler." — Graf Franz Matuschka und einige andere Zentrumsmänner sprachen sich gegen die „Schwenkung des Zentrums zu einer demokratisch-oppositionellen Partei" aus, wie sie diese Stellungnahme der Fraktion nannten. Auch eine Anzahl „rheinischer Katholiken" veröffentlichte eine Erklärung zugunsten der Militärvorlage; sie meinten: „Windthorst würde das Zentrum nicht so geleitet haben. Er setzte ein so unbedingtes Vertrauen in die Wahrhaftigkeit und Selbstlosigkeit des Reichskanzlers Grafen Caprivi ..."

Neuwahlen.

Die neuen Wahlen stärkten jedenfalls erheblich die Zahl der Freunde der Wehrvorlage. Es gewannen die Konservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen, die Sozialdemokraten, die Antisemiten, es verlor das Zentrum (99 statt 108) und der Freisinn; immerhin blieb das Zentrum noch weitaus die stärkste Partei. Nach ihm kamen die Konservativen (70), die Nationalliberalen (52) und die Sozialdemokraten (44). Der neue Reichstag wurde am 4. Juli vom Kaiser eröffnet. In den Verhandlungen fand Graf Hompesch als Führer des Zentrums Gelegenheit, dem Kanzler gegenüber die Ansicht zurückzuweisen, als ob in der Partei eine Umwandlung in demokratischer Richtung erfolgt sei. Er sagte: „Das Zentrum ist niemals eine nur konfessionell kirchliche Partei gewesen; wenn ihr dies in früheren Jahren insinuiert wurde, hat sie jedesmal dagegen Verwahrung eingelegt. Der Schutz der Rechte der katholischen Kirche und der übrigen anerkannten Kirchen ist und bleibt eine der vornehmsten Aufgaben unserer Partei, aber nicht die einzige. Die Erhaltung des föderativen Charakters des Reiches, der Schutz der Freiheiten aller Angehörigen desselben und die Förderung des allgemeinen Wohles sind, wie es unsere

Statuten ausweisen, nicht minder Aufgaben, die sich unsere Fraktion gestellt hat ... Wir stehen fest in Treue und Gehorsam gegen die Träger der Autorität in Staat und Kirche ..." Bei der dritten Lesung am 15. Juli wurde das Wehrgesetz mit 201 gegen 185 Stimmen angenommen.

Bismarckreden.

Es war bereits zu einer Nationaleinrichtung geworden, daß Abordnungen aus allen Teilen des Reichs den Exkanzler Bismarck aufsuchten, ihm huldigten und ihn dabei zu Reden veranlaßten, die alle Welt in Spannung versetzten. So kamen am 18. Juni Mecklenburger nach Friedrichsruh, zu denen der Fürst unter anderm sagte: „Wir Deutschen hängen unserer Natur nach enger an unsern heimischen Verbänden als an der Allgemeinheit; der Partikularismus liegt uns im Blut, und nach meiner Erfahrung kann ich nicht einmal sagen, daß man da viel ändern kann; dieses Gefühl hat immer im Landesherrn seinen Schwerpunkt gehabt. Es würde eine große Torheit sein, wenn man seine engere Heimat aufgeben oder zerstören wollte. Die Mecklenburger sollen Mecklenburger bleiben. Aber darunter darf das Reich nicht leiden; freiwillig müssen die Beziehungen zu ihm sein. Das Gefühl, zur deutschen Nationalität zu gehören, muß sich im Lokalpatriotismus lebendig erhalten. Sehen Sie nach Rußland und England, wo die Unitarität herrscht; ist das Land dadurch glücklicher geworden? Wären diese großen Länder nicht viel zufriedener in sich, wenn sie mehr als Ein Zentrum hätten? ... Geht dem Deutschen der geographische Partikularismus verloren, so schafft er sich den Fraktionspartikularismus. Das ist die schwere Krankheit, an der wir heute leiden. Das Deutsche Reich ist angewiesen auf die Gesamtheit der Intelligenz und des Vertrauens, welches Ministerium und Parlament gemeinsam aufbringen können."

Gegen das Wehrgesetz sprach Bismarck zu einem englischen Reporter der „Fortnightly Review": „Man braucht nicht mehr Leute. Wenn ein Krieg ausbricht, wird es zuerst vielleicht drei oder vier Schlachten zu gleicher Zeit auf verschiedenen Punkten geben. Der Ausgang dieser Schlachten kann den ganzen Feldzug entscheiden. Jede von ihnen wird etwa mit höchstens einer Viertelmillion Menschen auf jeder Seite geschlagen werden. Man kann also für den Notfall eine Million Soldaten brauchen. Aber man hat schon drei Millionen. Was der Armee nottut, ist mehr Artillerie. Die beste Artillerie wird den nächsten Krieg gewinnen. Aber die Regierung ist schwächlich und kurzsichtig, sie macht einen Mißgriff nach dem andern. Sie hat günstige Positionen und Vorteile verschleudert und schien sich nicht bewußt zu sein, was vorgeht ... Der Umstand, daß die Regierung die Sozialisten als eine politische Partei behandelt, als eine Macht im Lande, die man ernsthaft behandeln und mit der man rechnen muß, statt als Räuber und Diebe, die zermalmt werden müssen, das hat ihre Kraft und Bedeutung in hohem Grade gesteigert. Ich hätte das nie gestattet. Sie sind die Ratten im Lande und sollten vertilgt werden. Ich habe den Kaiser vor dem sozialpolitischen Experiment gewarnt. Meine Warnung wurde aber verworfen. Das Ganze führte zu nichts. Die Aufgabe einer Regierung ist, zu regieren. Es hat sich neuestens die Meinung gebildet, daß die Welt von unten aus regiert werden kann. Das kann aber nicht sein."

Einer Abordnung aus dem Fürstentum Lippe sagte Bismarck, 8. Juli, manches vom Vorteil der kleineren Staaten; sie bilden den Mörtel

zwischen den Quadern und befördern so die Einigkeit. Der Fürst von Lippe hat ein Mitglied zum Bundesrat zu ernennen; das ist der 58. Teil der Gesetzgebung, während ein Reichstagsabgeordneter nur ein 397tel bedeutet. Bismarck äußerte seine Verwunderung, daß die Bundesratmitglieder fast keinen Gebrauch machten von ihrem Recht, im Reichstag jederzeit das Wort zu ergreifen. „Wenn der Bundesrat öffentlich in seinen Sitzungen wäre, so würde er wirksamer sein ... Ich hoffe auf andere Zeiten, wo das nationale Gefühl wieder stärker sein wird ... Dem Bundesrat kann es ergehen wie dem preußischen Herrenhaus, welches auch aus Mangel an initiativer und bemerkbarer Tätigkeit nicht die Autorität hat, die ein Oberhaus haben sollte. Gott möge verhüten, daß der Bundesrat in der öffentlichen Meinung die Gleichberechtigung mit dem Reichstag verliere." Er (Bismarck) habe die Gefahr bekämpft, „an Stelle des deutschnationalen Reichs ein Großpreußen zu bekommen. Es gibt viele, die gern deutsche Reichsangehörige sein wollen, aber nicht Preußen." — Als am 21. Juli etwa tausend Braunschweiger kamen, äußerte sich Bismarck: „Zur Zeit des alten Kurses sah man keine Gefahr darin, Opposition zu machen, weil das Steuer in festen, sicheren Händen ruhte. Dieser Glaube an die Festigkeit der Situation ist heute vielleicht nicht in allen Kreisen in derselben Stärke vorhanden, und es kommt vor, daß staatsfreundliche Elemente ... das Opfer ihrer eigenen Überzeugung als das kleinere Übel erkannt haben. Mein ältester Sohn ist Mitglied des Reichstags und hat für die Vorlage gestimmt, mit der er an sich nicht einverstanden war, weil er die Verantwortung für die Folgen der Ablehnung nicht auf sich nehmen wollte ... Der Kanal der nationalen Begeisterung ist seit den sechziger und siebziger Jahren schmäler geworden, durch die Zurückhaltung der parlamentarischen Körperschaften ... Einen äußerlich erkennbaren Fortschritt hat das Interesse für unser deutsches Gesamtwesen nur an einer Stelle gemacht, wo wir es früher nicht suchen durften: das ist bei unsern Landsleuten polnischer Zunge. Die sind heute ministeriell geworden, was seit einem Jahrhundert nicht der Fall gewesen ist. Was sie damit erstreben, weiß ich nicht ... Ich glaube nicht, daß sie auf die Dauer so bleiben werden." (Die Ursache lag im Verhältnis zu Rußland.)

Bismarck in Kissingen.

In Kissingen, wo er zur Kur weilte, empfing Bismarck am 11. August hundert Mitglieder des bayrischen Volksschullehrervereins mit diesen Worten: „Die deutsche Schule hat an unsern nationalen Institutionen einen sehr erheblichen Anteil ... Jeder weiß, daß ihm geblieben ist, was er von sieben bis fünfzehn Jahren gelernt hat. Darin liegt die Gewalt, die der Lehrer auf die deutsche Zukunft ausüben kann. Wer die Schule hat, der hat die Zukunft ... In Frankreich hat man einen Weg eingeschlagen, den ich nicht zur Nachahmung empfehlen möchte. Die Fehler des französischen Nationalcharakters, die Eitelkeit, der Chauvinismus, die Geringschätzung fremder Nationen, die Unwissenheit in Geschichte und Geographie aller andern Völker hat der französische Unterricht mit Bewußtsein von oben her gepflegt. Vom ersten Napoleon bis heute ist der französische Geschichtsunterricht eine große Geschichtsfälschung, und zwar von oben herunter, und hat schädigend auf den Nationalcharakter gewirkt ... Auf die Zusammengehörigkeit aller (!) Deutschen hinzuweisen, ist eine dankbare Aufgabe für den Lehrer. Der Partikularismus hat durch Vervielfältigung der Bildungsstätten sein Gutes. Mit diesem Partikularismus hängt die Treue für die Dynastie zusammen. Sie ist

wichtig für unser Zusammenhalten. Denken Sie sich, daß alle deutschen Dynastien mit einem Tage verschwunden wären; glauben Sie, daß wir einig bleiben würden? Ich glaube nicht, daß der preußische Staat zusammenbleiben würde, wenn die Dynastie verschwände und wir uns eine neue wählen sollten. Ich will nicht sagen, daß wir dann für die Republik eintreten würden; aber ich glaube nicht, daß dann das Band, welches die preußische Dynastie zwischen Königsberg und Aachen geschmiedet hat, haltbar genug sein würde. Ebenso würde ich es für ein Unglück halten, wenn die Zahl der Dynastien Deutschlands sich verminderte.[1]) Wir brauchen sie als einen Senat der Nation, als ein Bindemittel der Einigkeit . . . Der Krieg 1866 mit Bayern war ein Unglück, auf das ich nicht rechnete und doch schließlich rechnen mußte. Ich hatte den Gedanken, daß in dem Zweikampf zwischen Preußen und Österreich die übrigen deutschen Staaten neutral bleiben würden. Mit Österreich und Ungarn und Siebenbürgen im Bunde ging die Sache nicht: einer von beiden Staaten mußte ausscheiden, Österreich oder Preußen. Das war der Zweck des Krieges, und dieser Bruderkrieg wurde dadurch verschärft, daß die übrigen Staaten Partei nahmen für Österreich oder Preußen. Das sind überwundene Standpunkte, die für immer hinter uns liegen." — Zum Gesangverein „Orpheus" aus Barmen sagte Bismarck am 18. August: „Des deutschen Liedes Klang hat die Herzen gewonnen; ich zähle es zu den Imponderabilien, die den Erfolg unsrer Einheitsbestrebungen vorbereitet und erleichtert haben. Das Beckersche Rheinlied war 1840 mächtig; es hatte die Wirkung, als ob wir ein paar Armeekorps mehr am Rhein stehen hätten. Später die „Wacht am Rhein". Die Zahlen machen es nicht, wohl aber die Begeisterung. Unsere Überlegenheit lag im Herzen . . . Und so möchte ich das deutsche Lied als Kriegsverbündeten für die Zukunft nicht unterschätzt wissen. Unsre Beziehungen zum verbündeten Österreich, unserm mächtigsten Bundesgenossen, beruhen wesentlich auf Unterlagen im kulturellen Gebiete und nicht zum wenigsten auf den musikalischen Beziehungen. Wir wären kaum in gleich enger Verbindung mit Wien geblieben, wenn nicht Haydn, Mozart, Beethoven dort gelebt und ein gemeinsames Band der Kunst zwischen dem Niederrhein und Wien geschaffen hätten. Ja selbst unsre Beziehungen zu unserm dritten Bundesgenossen Italien waren musikalischer Natur früher als politischer. Ich bin kein Gegner der italienischen Musik trotz meiner Vorliebe für die deutsche. Das deutsche Lied, sowie es ernst wird, nimmt immer Anklang ans Vaterland. ‚Herz und Hand fürs Vaterland' ist immer sein Grundton. Der Deutsche kann sich der Wirkung des Liedes nicht entziehen; er kommt in die richtige Stimmung, wenn er Musik hört . . . Wir Deutsche sind in unserm Zusammenhang wie ein Ehepaar; wenn alles ruhig ist, zankt man sich wohl ein wenig; wenn aber ein Nachbar sich einmischt, fällt Mann und Frau vereint über ihn her. So war es 1866 und 1870." — Den huldigenden Thüringern hielt Bismarck am 20. August diese Rede: „Das Gefühl der Einheit, das Nationalgefühl, ist nicht wägbar und kein materielles, man kann davon nicht essen und trinken, es ist nicht in Geldwert umzusetzen. Aber wie hoch wir es halten, das zeigt die Stimmung der ganzen Nation, so oft von Einheit die Rede ist . . . Außerdem haben wir ein materielles Unterpfand unserer nationalen Sicherheit in der Vorrückung unserer Grenze

[1]) Und doch hat Bismarck zu diesem Unglück 1866 beigetragen.

nach Westen auf den alten Grenzzug der Vogesen erworben ... Es ist uns, seit wir einig sind, gelungen, den Frieden nunmehr zweiundzwanzig Jahre zu erhalten; ein annähernd ähnliches Resultat ist früher vom gesamten Europa, von Moskau bis Spanien, erreicht worden, aber ... die Ergebnisse des Wiener Kongresses wurden bedroht durch die Julirevolution 1830 und sie brachen zusammen 1848.[1]) Meine Freunde, die Nationalliberalen, hatten 1848 mehr unitarische Gedanken über die deutsche Zukunft; sie hatten nicht gewußt, daß die materielle Macht in Deutschland bei den Dynastien lag ... für Ihre Zufriedenheit als Thüringer würde es kaum förderlich sein, wenn Ihre acht freundlichen Fürstenresidenzen verschwänden. Der Deutsche hängt an seinen Dynastien, und die Dynastien haben gezeigt, daß sie auch an Deutschland hängen ... Man wirft mir vor, daß ich der Regierung Opposition mache. Wenn ich agitieren wollte, so brauchte ich nur eine Rundreise in Deutschland zu machen, Volksversammlungen abzuhalten und breitzudrücken, was ich an den Maßnahmen auszusetzen habe. Das ist mir nie eingefallen. Wenn mich aber politische Freunde besuchen, so mache ich aus meinem Herzen keine Mördergrube. Und ich betrachte einen Besuch wie den Ihrigen als eine stumme Frage, wie ich über Menschen und Dinge denke. Deshalb spreche ich mich darüber aus ... Ich bedaure die Trennung des Reichskanzleramtes von dem preußischen Ministerpräsidium ... Ich habe im Dienst ja vorzugsweise den Titel Reichskanzler geführt; das war aber ursprünglich nicht meine Absicht, indem der Reichskanzler zuerst nichts anderes als der frühere preußische Bundestagsgesandte sein sollte mit dem Titel eines Präsidialgesandten ... Meine Kompetenz lag aber in der Eigenschaft des leitenden preußischen Ministers. Der Reichskanzler mit den wenigen Räten, die er um sich hat, kann die Tätigkeit des preußischen Gesamtministeriums nicht ersetzen mit dessen hundert oder tausend eingeübten Räten ...“ — Bei einem huldigenden Besuch von Frankfurtern, 27. August, sagte Bismarck unter anderm: „Wenn wir 1866 noch den Besitz von Frankfurt erstrebten, so war das nicht bloß ein preußisches Eroberungsbedürfnis in dem Sinne, wie Friedrich der Große Schlesien eroberte, sondern es war für jemand, der als letztes Ziel der damaligen Einheitsbewegung die Brücke über den Main betrachtete, von außerordentlicher Bedeutung; es war der Brückenkopf über den Main, kein militärischer, aber ein geistiger und wirtschaftlicher. Wenn Frankfurt, die geborne Hauptstadt des Mittelrheins, beim Süden blieb, wenn Frankfurt nicht norddeutsch geworden wäre, so weiß ich nicht, ob die nächstliegenden größeren Staaten nach Süden hin ganz ebenso bereit gewesen sein würden, dem Beispiel dieses großen Handelsemporiums zu folgen. Das ist zur Entschuldigung unsrer Annexionsgelüste im nationalen Sinne anzuführen: Frankfurt war eine Anweisung auf die Herstellung der Verbindung zwischen dem Norden und Süden ... Ihr Besuch ist ein Zeugnis, daß Sie mir nicht böse sind darüber ... Ich sehe mich heute in manchen Blättern als Partikularisten dargestellt. Man beschuldigt mich, ich hetzte die Partikularisten gegen das Reich. Nun ist das eine ziemlich komische Anklage.“ Gegen Caprivi bemerkte er: „Ich ängstige mich vor einem Kanzler, der niemand weiter fragt als sich selbst und seinen Adjutanten. Ich wünsche, daß er einigermaßen am Gängelbande seiner preußischen Kollegen bleibe; er ist ja doch auch preußischer Minister, und das ist seine Hauptbedeutung.“

[1]) Doch eigentlich erst 1866.

Es ist sehr merkwürdig, daß Bismarck gegen Ende August lebensgefährlich an Lungenentzündung und Gürtelrose erkrankte, ohne daß sich die Öffentlichkeit irgendwie darum kümmerte. Indessen war der Kaiser in England gewesen. Bei der Provinzialtafel zu Koblenz, 1. September, hielt er einen Trinkspruch über die sagenumwobenen Gestade des Rheins, der von der Geschichte begleitet wird, „wo jeder Berg zu uns redet und jedes Gotteshaus seine hohe Sprache spricht", und daß auch die Rheinprovinz das Ihrige tat, seinem Großvater zur Seite zu stehen, „als er den Nibelungenhort der deutschen Einheit unserem Reiche wiedergewann". Auch der Kronprinz von Italien war beim Kaiser und wohnte den Manövern bei; man begab sich von dort mit anderen deutschen Fürstlichkeiten nach Metz und zu dem vom Kaiser angekauften Schloß Urville, wo der Bürgermeister Dory eine loyale französische Ansprache an den Kaiser hielt. Auch Bischof Fleck von Metz hielt eine sehr erfreuliche Rede, die der Kaiser mit warmen Worten erwiderte. Bei der Galatafel am 5. September in Metz sagte der Kaiser: „Mit Genugtuung ersehe ich, daß Lothringen das Verständnis für des Reiches Größe und für seine Stellung im Reiche gewonnen." Auf eine Ansprache des Bürgermeisters Bock in Straßburg nach der Kaiserparade knüpfte der Kaiser in seiner Antwort an das Lied an: „O Straßburg, du wunderschöne Stadt." Bei der Paradetafel zu Karlsruhe, 11. September, bemerkte der Kaiser unter anderm: „Und wer vermißte nicht mit schmerzdurchzuckter Seele die hehre Gestalt des Einigers des Deutschen Reiches und die Siegfriedgestalt des Kaisers Friedrich! ... Ich danke meinen Vettern im Deutschen Reich. Jeder Fürst hat das Seinige getan. Dank ihnen allen steht neu gerüstet als schirmende Wehr das deutsche Volk, wie einst jener alte Götterheld Heimdal, wachend über den Frieden der Erde, am Tor des Tempels des Friedens nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt." Dann begab sich der Kaiser mit dem Kronprinzen von Italien und dem Reichskanzler Caprivi auch noch nach Stuttgart und dann ohne Caprivi zu den österreichischen Manövern nach Güns in Ungarn; dort waren auch der König von Sachsen und der Herzog von Connaught anwesend. Nach den Manövern folgten Jagden.

Bismarcks Erkrankung.

Kronprinz von Italien.

Erst in Güns erfuhr Kaiser Wilhelm von der Krankheit Bismarcks und er sandte ihm von dort aus am 19. September folgende Depesche nach Kissingen: „Ich habe zu meinem Bedauern jetzt erst erfahren, daß Euere Durchlaucht eine nicht unerhebliche Erkrankung durchgemacht haben. Da mir zugleich, Gott sei Dank, Nachrichten über die stetig fortschreitende Besserung zugegangen sind, spreche ich meine wärmste Freude hierüber aus. In dem Wunsche, Ihre Genesung zu einer recht vollständigen zu gestalten, bitte ich Euere Durchlaucht, bei der klimatisch wenig günstigen Lage von Varzin und Friedrichsruh für die Winterzeiten in einem meiner in Mitteldeutschland gelegenen Schlösser Ihr Quartier aufzuschlagen. Ich werde nach Rücksprache

Kaiser und Bismarck.

mit meinem Hofmarschall das geeignetste Schloß Euerer Durchlaucht namhaft machen. Wilhelm." — Bismarck lehnte durch ein Antworttelegramm vom gleichen Tage ab: „An Seine Majestät den Deutschen Kaiser, Güns. Euerer Majestät danke ich in tiefster Ehrfurcht für allerhöchstdero huldreichen Ausdruck der Teilnahme an meiner Erkrankung und neuerlich eingetretenen Besserung und nicht minder für die Absicht gnädiger Fürsorge für die Förderung meiner Genesung durch Gewährung eines klimatisch günstigen Wohnsitzes. Meine ehrfurchtsvolle Dankbarkeit für diese huldreiche Intention wird durch die Überzeugung nicht abgeschwächt, daß ich meine Herstellung, wenn sie mir nach Gottes Willen überhaupt in Aussicht steht, am wahrscheinlichsten in der altgewohnten Häuslichkeit und deren Zubehör an Einrichtung und Umgebung zu finden glaube. Da mein Leiden nervöser Natur ist, so glaube ich mit meinem Arzte, daß das ruhige Weiterleben in den gewohnten Umgebungen und Beschäftigungen das Förderlichste für meine Genesung sein würde, und daß ein Übergang in neue, mir bisher fremde Umgebungen und Verkehrskreise, wie es die Folge einer Verwirklichung der huldreichen Absicht Euerer Majestät sein würde, in meinem hohen Alter im Interesse der Beseitigung der vorhandenen Störungen meines Nervensystems zu vermeiden sein würde. Professor Schweninger behält sich vor, diese seine und meine Überzeugung in schriftlichem Bericht sachlich zu begründen. v. Bismarck." — Bei dieser Gelegenheit wurde auch eine ältere Kabinettsorder des Kaisers vom 21. April 1890 an den Professor Schweninger bekannt, die also lautete: „Nicht nur das deutsche Volk, sondern alle Nationen der kultivierten Welt nehmen lebendigen Anteil an der Gesundheit und dem Wohlergehen des Fürsten v. Bismarck, Herzogs von Lauenburg. Mir persönlich liegt es besonders am Herzen, den Mann mit Gottes Hilfe möglichst lange erhalten zu sehen, der sich so unermeßliche Verdienste um das Vaterland und mein Haus erworben hat. Ich weiß, daß Sie mit ebensoviel Hingebung und Treue als Geschick und Erfolg seit einer Reihe von Jahren den Fürsten ärztlich behandeln und auch in kritischen Momenten den Gesundheitszustand desselben zu erhalten und zu befestigen gewußt haben. Es ist daher mein Wunsch, daß Sie auch fernerhin die ärztliche Behandlung des Fürsten leiten und, soweit erforderlich, selbst ausüben. Indem ich Sie mit diesem Auftrag betraue, will ich von Zeit zu Zeit Ihrem Berichte über das Befinden des Fürsten entgegensehen."

Kaiser Wilhelm reiste darauf zu den Jagden in Schweden und dann nach Rominten. Beim Verlassen der österreichischen Grenzen sandte er am 26. September dem Kaiser Franz Josef eine Depesche voll Dank für die Güte und Liebenswürdigkeit und „unter dem frischen Eindruck der Bewunderung für die vorzüglichen Leistungen Deiner Armee". Bismarck war am 7. Oktober soweit wieder hergestellt, daß er sich von Kissingen nach Friedrichsruh zurückbegeben konnte.

Indessen rüsteten sich die Parteien zu den neuen Wahlen für das preußische Abgeordnetenhaus. Die „Kölnische Volkszeitung" schrieb am 23. September darüber im Sinne des Zentrums: „Auf dem Gebiet der Reichspolitik gilt es, die Ausnahmegesetzgebung abzuschaffen, indem das Jesuitengesetz aufgehoben wird. Erheblich weitgreifender ist, was wir in

Zentrum.

Preußen verlangen. Hier verlangen wir, abgesehen von den Resten der Maigesetzgebung, die volle Durchführung der Parität, die wir noch niemals genossen haben, seitdem die Westprovinzen an Preußen fielen. Es muß aufhören, daß die protestantischen Diasporagemeinden von der Regierung unterstützt werden, aber die katholischen nicht. Es ist kein normaler Zustand, wenn in Schlesien 92 Prozent der katholischen, aber nur 17 Prozent der protestantischen Schulen der geistlichen Schulaufsicht entbehren. Es kann nicht länger geduldet werden, daß so viele katholische Schulen protestantische Lehrer haben. Es muß endlich eine Änderung darin eintreten, daß den Katholiken die hohen Verwaltungsposten verschlossen sind, daß alle Minister, Unterstaatssekretäre, Ministerialdirektoren, Oberpräsidenten, Oberlandesgerichtspräsidenten ausschließlich Protestanten sind. Alle Katholiken sind dabei interessiert; denn wenn die nationalliberale Presse auch bei jeder Gelegenheit versichert, nur die ‚Ultramontanen' schlösse man aus, so sehen wir, daß auch die so beliebten liberalen und ‚reichstreuen' Katholiken nicht Minister werden können. Es gibt nicht einmal ‚Auch-Katholiken' darunter, und vollends ein kirchentreuer Katholik, wie Freiherr v. Schorlemer-Alst, kann wohl Rittmeister, aber nicht Oberpräsident oder Minister werden. Ebenso sind bei den andern hier erwähnten Punkten alle Katholiken beteiligt; denn wir können es uns nicht gefallen lassen, wenn die Protestanten als Staatsbürger erster Klasse betrachtet werden." — Der Bischof von Ermeland warnte in einem eigenen Erlaß die Polen wegen ihrer neuerlichen Agitation gegen das Zentrum: „In eurer Arglosigkeit habt ihr keinen Begriff davon, was für schlechte Menschen jene Sendlinge und Mietlinge des Umsturzes sind. Sie wollen euch von euren treuen katholischen Geistlichen und Bischöfen trennen, um euch der Häresie, dem russischen Schisma oder dem Unglauben der Sozialisten auszuliefern."

Bremen.

Als Kaiser Wilhelm am 18. Oktober Bremen zur Enthüllungsfeier des Kaiser-Wilhelm-Denkmals besuchte, zitierte er bei der Rathaustafel den alten Spruch der Hansa: „Navigare necesse est, vivere non est necesse." Zum fünfzigjährigen Militärjubiläum des Königs Albert von Sachsen kam der Kaiser nach Dresden (22. Okt.) und überreichte dem Jubilar einen kostbaren Marschallstab. Bald darauf empfing er den Besuch des Erzherzogs Albrecht in Potsdam.

Sozialisten.

Beim sozialdemokratischen Parteitag in Köln, 27. Oktober, suchten die älteren Führer mit Energie den Vertreter der Hamburger Gewerkschaften Legien, der eine praktisch-nützliche, statt der revolutionären Politik treiben wollte, niederzudrücken. Sozialdemokratische Versammlungen im November zu Kiel und an anderen Orten sprachen sich scharf gegen die Parteileitung und für die Gewerkschaftsbewegung aus. Es wurde gesagt: „Das arbeitende Volk kann nicht warten, bis die sozialdemokratische Partei die Mehrheit im Reichstage hat, sondern muß früher berufen werden, das System zu stürzen."

Bei der Eröffnung des Reichstags am 16. November dankte der Kaiser für die Bewilligung der Heereserfordernisse. Man müsse nun für die Beschaffung der Mittel Sorge tragen. Nebenher entbrannte der Streit

um die Erhaltung der landwirtschaftlichen Stärke. Die „Kreuzzeitung" klagte, die Regierung züchte künstlich Sozialdemokraten und Bettler. Man müsse infolge der Handelsverträge Tribut an Österreich und Italien, nun auch um des Friedens wegen an Rußland zahlen. „Wir müssen den Handelsvertrag mit Österreich und Italien zerreißen und wenn's mit dem Schwert in der Faust sein muß! Besser ein Kampf auf Tod und Leben, als dies Verhungern bei lebendigem Leibe!"

Caprivi sagte am 30. November im Reichstag über die Sozialdemokraten: „Überraschend war, wie energisch Abgeordneter Liebknecht sich bemühte, den anarchistischen Teil der Sozialdemokraten von sich abzustreifen . . . Sie haben die Anarchisten gerufen, jetzt sind sie Ihnen unbequem. Die Mehrzahl der deutschen Nation glaubt Ihnen das nicht und macht Sie für alles, was da geschieht, verantwortlich mit Ihrem ganzen destruktiven Treiben." — Der sozialdemokratische „Vorwärts" veröffentlichte einen gestohlenen Erlaß des Ministers des Innern Grafen Eulenburg vom 29. Juli 1893, darin es hieß: „In Übereinstimmung mit sonstigen Beobachtungen haben die letzten Reichstagswahlen bewiesen, daß die Sozialdemokratie beträchtliche Fortschritte gemacht hat . . . So ist gegenüber den Wahlen von 1890 die Zahl der abgegebenen Stimmen und der erlangten Mandate um 25 Prozent gewachsen, und es hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie . . . auf dem flachen Lande Eingang gefunden hat . . . Mit den staatlichen Machtmitteln allein, deren Anwendung überdies vielfach gesetzlich beschränkt ist, läßt sich die Sozialdemokratie mit Erfolg nicht bekämpfen." Und es werden nun andere Mittel angegeben oder Vorschläge verlangt.

Jesuiten. Für den Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmten am 1. Dezember 173 gegen 136 Stimmen. Dafür das Zentrum mit den Welfen, Polen, Elsässern, den bayrischen Bauernbündlern, die Sozialdemokraten, die süddeutsche Volkspartei, einige Freisinnige, Deutschkonservative, ein Antisemit und ein Däne. Mit Nein stimmten die Nationalliberalen, die Reichspartei, die anwesenden Konservativen (während ein größerer Teil, 31, sich von der Abstimmung fernhielt), ferner die Mehrheit der Freisinnigen und Antisemiten, von den Fraktionslosen Graf Herbert Bismarck und andere. Es fanden freilich auch Protestversammlungen gegen die Wiederzulassung der Jesuiten in Deutschland statt.

Kaiser Wilhelm bekannte sich gegenüber einer Abordnung der am Moselkanal Beteiligten als warmer Freund der Wasserstraßen.

Kolonien. Caprivi äußerte sich anläßlich der Kolonialdebatten im Reichstag viel entschiedener für die Kolonialpolitik. Emin Paschas Ermordung am Viktoria Nyanza wurde bekannt.

Prinz Ludwig von Bayern bezeichnete es bei einem Festschießen zu seiner silbernen Hochzeit als eine bayrische Spezialität, daß sich das ganze Volk eins fühlt mit dem Königshaus.

Beim allgemeinen deutschen Journalisten- und Schriftstellertag zu München, 8. Juli, hielt Prinz Ludwig von Bayern eine Rede, in der er sagte: „Die Millionen Deutsche, die an unsern Grenzen und sonst in der Welt zerstreut wohnen, werden durch die Literatur in ständigem Band mit uns gehalten. Wir nehmen alle den innigsten Anteil an ihrem Wohl und

Wehe, unterstützen können wir sie aber in ihrem Bestreben, das Deutschtum zu erhalten, nur auf privatem Wege. So wirkt ja der Deutsche Schulverein."

Mit England wurde ein Abkommen geschlossen über die Grenzen am Kilimandscharo (Juli).

Die agrarische Bewegung nahm einen großen Umfang an. Der Aufruf eines schlesischen Pächters Ruprecht (Januar) drohte, man werde unter die Sozialdemokraten gehen, wenn die Regierung die Landwirte weiter so schlecht behandle. Es folgte die konstituierende Versammlung des „Bundes deutscher Landwirte" im Berliner Tivoli, 18. Februar. Dem Programm schloß sich auch der „Deutsche Bauernbund" und der Verein der Steuer- und Wirtschaftsreformer an. Der Kaiser empfing in Gegenwart der zuständigen Minister am 22. Februar eine Abordnung der landwirtschaftlichen Zentralvereine der östlichen Provinzen, die sich „in schwerer Sorge wegen des Niedergangs des landwirtschaftlichen Gewerbes" an den Kaiser mit einer Denkschrift wandten. Agrarier.

Durch den Tod des Herzogs Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha kam dessen Neffe zur Regierung (Ernst Albert) Alfred, Prinz von Großbritannien, Herzog zu Sachsen, Herzog von Edinburg, Graf von Ulster und Kent, der zweite Sohn der Königin Viktoria, 1844 in Windsor geboren, vermählt mit der Großfürstin Maria, der Schwester des Zaren. Dessen Sohn, der Erbprinz Alfred, genoß eine ganz deutsche Erziehung. Die Beisetzung erfolgte in Gegenwart des Kaisers und des Prinzen von Wales. Da Herzog Ernst Protektor und Meister vom Stuhl der Loge Ernst zum Kompaß in Gotha war, waren bei den Beisetzungsfeierlichkeiten viele deutsche Großlogen vertreten. Koburg.

Was im allgemeinen die religiösen Fragen betrifft, so griff der Zentrumsabgeordnete Porsch im preußischen Abgeordnetenhaus die Irreligiosität der Professoren an. Er sagte: „Es gibt Leute, die glauben, es gereiche ihnen zum Ruhme, wenn sie auf Grund ihrer Forschungen dazu kommen, die Existenz des dreieinigen Gottes zu leugnen. Wenn ein Dozent ausführen kann, daß die Christianisierung der Germanen ihrer Moral nachteilig gewesen sei, welchen Eindruck muß das auf gläubige Zuhörer machen? Wie wird das erst werden, wenn die Sozialdemokratie mehr Eingang findet? Sie stützt sich auf Feuerbach, David Strauß und Renan. In den antichristlichen Vereinen und denen für ethische Kultur spielen darwinistische Professoren und Sozialdemokraten nebeneinander die Hauptrollen. Ich will nach keiner Richtung hin die Freiheit der Wissenschaft bekämpfen, aber ich will, daß die Regierung ebenso, wie dem Unglauben Raum gegeben wird, auch für die Gläubigen in ausreichendem Maße sorgt." Religiöses.

Als bei der Nachwahl für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Reichensperger in Olpe der „ultramontane" Redaktor Fusangel als Kandidat auftrat, lehnten die Vorstände des Zentrums sowohl diesen, wie

überhaupt die Unterscheidung zwischen einem sogenannten rechten und einem linken Flügel des Zentrums ab. Fusangel wurde trotzdem gewählt, der offizielle Zentrumskandidat blieb in der Minorität; das Zentrum lehnte aber die Aufnahme Fusangels ab. Die „Historisch-politischen Blätter" waren für eine mildere Behandlung des Falles. Ungeheuren Skandal erregte der in den „Preußischen Jahrbüchern" vom Grafen Paul Hoensbroech veröffentlichte Aufsatz „Mein Austritt aus dem Jesuitenorden". Der Mann erwies sich mit der Zeit als immer unerfreulicher.

Speier. Der Potsdamer Hofprediger Dr. Rogge äußerte sich bei der Grundsteinlegung der Protestationskirche in Speier, 25. August, sehr entschieden: „Wir wollen Frieden halten mit unsern katholischen Mitbürgern allerwärts; aber wir protestieren dagegen — und um mit den Worten des alten Reichskanzlers zu reden: eingeschworen auf das weltliche Kaisertum —, daß die Leitung in Staat und Reich abhängig gemacht werde und beeinflußt auch nur werde von einem politischen Katholizismus, dem die Interessen der katholischen, der römischen Kirche höher stehen als die des deutschen Vaterlandes. Wir protestieren gegen einen vaterlandslosen Katholizismus, der zwar deutsch redet, aber nicht deutsch denkt, der sein Vaterland jenseits der Berge hat und sich kein Gewissen daraus macht, die Forderung der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes wieder auszusprechen, selbst auf die Gefahr hin, einen Weltbrand dadurch zu entfesseln und den Frieden in Frage zu stellen. Wir protestieren gegen die Rückkehr der Jesuiten und sonstiger Orden, weil wir wissen, daß mit ihrer Tätigkeit der konfessionelle Friede in unserem Vaterlande unvereinbar ist. Wir protestieren gegen den unduldsamen Katholizismus, der uns die Berechtigung absprechen will und der sich einschleicht in das Heiligtum der Ehe und der Familie, insonderheit in der Frage der Mischehe. Wir protestieren gegen jeden Versuch, die Freiheit der deutschen Wissenschaft in ihrer Forschung einzuengen, weil wir in dieser Freiheit der Bewegung auch ein teures Kleinod sehen." — Die evangelisch-lutherische Konferenz zu Berlin unter Vorsitz des Grafen Wartensleben nahm Ende August unter andern Resolutionen auch diese an, die Provinzialsynoden und die Generalsynode mögen ihren Einfluß dahin geltend machen, daß das Kirchenregiment aus seiner staatlichen Gebundenheit entlassen werde. Professor Nathusius aus Greifswalde widersprach der Forderung, daß die Theologie zum 16. Jahrhundert zurückkehren müsse: auch er, als Orthodoxer, sei ein „moderner Theolog".

Göhre. In Berlin tagte zu Anfang Juni der Evangelisch-Soziale Kongreß. Generalsekretär Göhre berichtete über die Lage der ländlichen Arbeiter; Professor Kaftan über Christentum und Wirtschaftsordnung. Er stellte fest: „Christliche Religion und wirtschaftliches Leben sind an sich getrennte Gebiete. Sie treten aber auf dem Boden des sittlichen Lebens in

Berührung und Wechselwirkung. Es ist Christenpflicht, die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, daß sie die Grundlage zur Pflege der sittlichen Ideale des Christentums bildet." Pastor Cronemeyer berichtete über Heimatkolonien. Über die Annäherung der Stände sprachen der Stuttgarter Hofprediger Braun, Professor Wagner, Stöcker.

Der Kongreß für innere Mission in Dortmund behandelte die sittliche Bedeutung der Arbeit im Lichte des Evangeliums, das Rettungshauswesen, den Kampf wider die Sittenlosigkeit, die Seemannsmission, die Frauenfrage, die Verwertung der Sonntagsruhe, die Teilnahme der Gebildeten am kirchlichen Gemeindeleben, Wohnung, Familienleben und Kostgängertum.

Die 46. Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Bremen sandte ein Glückwunschtelegramm an den König von Schweden aus Anlaß des zu gleicher Zeit (Sept.) in Upsala gefeierten Reformationsjubiläums.

Katholikentag.

Bei der 40. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Würzburg, 27. August, hielt Professor Schell einen Vortrag über die Hochschulen und den Katholizismus, indem er die Schriften von Jürgen, Bona Meyer und Paulsen kritisierte und die Gleichberechtigung der gläubigen Wissenschaft auf den Lehrstühlen forderte. Sonst wurde über die Rückberufung der geistlichen Orden, die Wiederherstellung der weltlichen Gewalt des Papstes, über die Gründung katholischer Universitäten in Fulda und Salzburg, über konfessionelle Mittelschulen nach Art der alten Jesuitenschulen, über korporative Organisation der Berufsstände auf christlicher Grundlage, über Palästina, über die christliche Kunst u. s. w. gesprochen. Jede Polemik gegen den Protestantismus wurde vermieden.

Die deutsche Gesellschaft für christliche Kunst verdankte ihre Entstehung der Mainzer Katholikenversammlung 1892. Sie trat mit ihrer ersten Jahresgabe hervor.

Bei der 800jährigen Jubelfeier der altberühmten Benediktinerabtei Maria-Laach bei Andernach (15. August) hielt Bischof Korum von Trier die Festpredigt.

Dem Orden der Weißen Väter wurde von der preußischen Regierung die Erlaubnis zur Niederlassung erteilt.

Nach amtlichem Ausweis verminderte sich die Zahl der Katholiken des deutschen Reichs. 1867 gab es 24,291.000 Protestanten und 14,564.000 Katholiken; 1891 dagegen 31,027.000 Protestanten und 17,672.000 Katholiken. Im Jahr 1867 waren unter 1000 Einwohnern 621 Protestanten und 363 Katholiken, 1891 waren es 628 Protestanten und nur 357 Katholiken. Die Katholiken verloren also sechs Tausendstel, die Protestanten gewannen sieben Tausendstel. Die Ursache lag in den Maßregeln der protestantischen Regierungen und in den damit zusammenhängenden Verhältnissen der Mischehen. Großen Abbruch tat auch der Kulturkampf der katholischen Bevölkerung (Hist.-pol. Bl., 112, 422).

Der Streit um das Apostolikum wogte immer fort in der evangelischen Kirche; die katholische blieb sich ihrer Sache sicher. Von katholischer Seite schrieb Suitbert Bäumer über das Apostolische Glaubensbekenntnis. Auch Clemens Blume schrieb über „Das apostolische Glaubensbekenntnis" eine apologetische Studie mit Rücksicht auf den Kampf um das Apostolikum.

Judenfrage. Die Judenfrage spielte auch bei der Frage einer Revision des konservativen Programms eine hervorragende Rolle. Graf Mirbach sagte darüber bei einer Versammlung in Dresden: „Wir verkennen den berechtigten Kern der antisemitischen Bewegung durchaus nicht, halten es aber für schwer durchführbar, die antisemitische Bewegung in berechtigten Grenzen zu erhalten. Wir fürchten, daß jede schärfere antisemitische Bewegung, an der sich die Besitzlosen doch auch recht stark beteiligen, sich sehr leicht gegen jeglichen Besitz richten wird, und daß zahlreiche Antisemiten schließlich nur eine besondere Spezies von Sozialdemokraten werden." Freiherr v. Friesen und Freiherr v. Hammerstein brachten aber im März mit Unterstützung von 26 deutschkonservativen Parteigenossen den Antrag ein, es möge gesetzlich den Israeliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung untersagt werden. — Der antisemitische Abgeordnete Ahlwardt griff 21. März die Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds an; das deutsche Volk sei um Hunderte von Millionen betrogen worden. „Es sitzen hier auf allen Seiten Freunde des Judentums, die ihr eigenes Volk verraten!" Er brachte Akten mit, die aber als belanglos erklärt wurden. Im April wiederholte er seine Beschuldigungen und beantragte die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung seiner Aktenstücke. Wieder vergebens. Ahlwardt wurde trotz allem im Juli doppelt gewählt. Das zweite Mandat erhielt dann der Antisemit Professor Dr. Paul Förster. — Am 17. September faßte ein norddeutscher Antisemitentag der Ahlwardt-Försterschen Richtung zu Berlin seine Forderungen in einem vollständigen Entwurf eines Ausnahme- und Fremdenrechts für die Juden zusammen: Verbot der Neueinwanderung von Juden, Ausweisung aller nicht im Reich gebornen Juden, Ausschluß derselben von allem liegenden Besitz, von allen Staats- und Gemeindeämtern, aus dem Rechtsanwalt-, Ärzte- und Lehrerstand, aus der Presse und Armee, Verbot des Haltens christlicher Dienstboten. Förster erklärte: „Eigentum ist nicht Diebstahl, aber das jüdische Kapital ist ein Raub am deutschen Volke, deshalb muß es auf gesetzlichem Weg eingezogen und zur Tilgung der Hypotheken- und Staatsschulden sowie zur Errichtung von Wohltätigkeitsanstalten verwendet werden." — Da seit einem Jahr in Streitschriften und Tagesblättern gegen die jüdischen Lehrbücher die Anklage erhoben wurde, daß sie Lehren enthielten, welche das sittliche, wirtschaftliche und staatliche Leben gefährden, ließ der Unterrichtsminister eine Sammlung von 551 Büchern dieser Art untersuchen und schließlich (28. Sept.) im „Reichsanzeiger" erklären, daß die Anklage unbegründet sei. — Der jüdische Gelehrte A. Wünsche suchte in der „Allgemeinen Zeitung" den Vorwurf der Antisemiten zu widerlegen, als ob nach den religionsgesetzlichen Schriften der Juden die Christen als Götzendiener betrachtet würden.

Studenten. Die Professoren Gneist und Schmoller in Berlin rügten in ihren Schlußvorlesungen den Unfleiß vieler Studenten, die zwei bis drei Jahre nichts täten als bummeln und faulenzen. Man müsse der Zukunft denken und sich fragen, ob unser Beamtenstand großen Aufgaben gewachsen sein werde. Es handle sich um das geistige und sittliche Niveau der Beamten, unserer Lehrer und Führer, um die Zukunft des Staates und Reiches. Dem Beispiel dieser Professoren folgte auch Professor Weinhold, der neue Berliner Rektor. In einer Mahnrede an die Studenten beklagte er den Mangel an idealem Streben als Krankheit der Zeit. Sollte der Geist Goethes

und Schillers ganz von der deutschen Jugend gewichen sein? Das Schwänzen der Kollegien sei eine Sünde gegen Familie und Staat. Daraus entstehen nur handwerksmäßige, notdürftige Beamte ohne Pflichttreue und Opferwille.

Bleichröder.

Als Gerson Bleichröder, der vertraute Bankier Bismarcks, starb, erinnerte man an seine entscheidenden Ratschläge über die französische Kriegsentschädigung von 1871. Als der französische Unterhändler über die Höhe der Summe klagte und meinte, ein Mensch, der seit Christi Geburt angefangen habe, Geld zu zählen, könne noch nicht mit fünf Milliarden zu Ende sein, erwiderte Bleichröder: „Entschuldigen, ich rechne nicht von Christi Geburt, sondern von Erschaffung der Welt."

Miquel.

Die Verlesung eines Briefes von Miquel an Marx auf dem Kölner Sozialistentag gab Veranlassung, die Wandlung des früheren Kommunisten zum preußischen Finanzminister zu betrachten und die große Bedeutung der kommunistischen und atheistischen Bewegung in den vierziger Jahren. Ich habe darauf schon im zweiten Band dieser Allgemeinen Geschichte hingewiesen und betont, daß die damalige Hochflut des Kommunismus durch das Jahr 1848 entscheidend und, man kann wohl sagen, für immer erledigt wurde. (Vgl. Allg. Ztg., 8. Nov.)

Hist.-pol. Blätter.

Die „Historisch-politischen Blätter" schrieben gegen die Agitation für die Feuerbestattung. — Über „Liberalismus und Militarismus" heißt es (111, 318): „Der Dreibund hätte sich zu einer natürlichen Allianz auswachsen können, und dann hätte er die militärische Überlegenheit über die Gegner im Interesse eines wirklichen Friedens ausnutzen können. Allein so hat es Bismarck nie gewollt ... Das ist der faule Friede, in dem der Dreibund an Langeweile ersterben müßte ... Man kann mit jedem Tage mehr in der Meinung befestigt werden, daß die deutsche Nation einen andern Beruf gehabt hätte, als in ihrer Zertrümmerung ‚die größte Militärmacht der Welt' zu werden." — Wenn die moderne Wissenschaft aus gewissen Funden an Stelle eines ursprünglich hochstehenden Paradiesbewohners einen kulturlosen Wilden setzen wollte, wird 111, 335 gefragt, ob dieser Wilde wirklich als Urmensch zu erweisen sei und nicht als Verwilderter. — Vom Vatikan und Quirinal heißt es treffend: „Jener wie im Himmel, dieser wie im Fegefeuer." — Eine Äußerung Virchows wird zitiert (488): „Ich habe nichts dagegen, daß jemand in seiner Studierstube für sich zur Meinung kommt, er stamme vom Affen ab, aber wir müssen es uns verbitten, daß er öffentlich auftritt und behauptet, dies sei ein feststehendes Resultat der Wissenschaft." — Ferner ein Urteil von Gregorovius über Ranke (499): „Ranke kennt nur die Diplomatie in der Geschichte, das Volk kennt er nicht. Er hat Kombinationsgabe und logische Schärfe, aber keine Gestaltungskraft. Ranke geht durch die Geschichte wie durch eine Bildergalerie, wozu er geistreiche Noten schreibt." — Unter den sozialpolitischen Novitäten werden die Schriften von Alb. M. Weiß, Scheimpflug und Neurath besprochen (528). — Neben dem französischen Panama wird auch das italienische „Panamino" betrachtet. — Die Geschichte der katholischen Universität zu Freiburg in der Schweiz wird erzählt. — Über die dritte Auflage der Weltgeschichte von J. B. v. Weiß heißt es (681): „Die liberale Kritik Deutschlands vermochte Weiß so wenig zu ignorieren, als Janssen; in Österreich schweigt sich der wissenschaftliche Liberalismus vollständig aus. Wenn der Name des Autors genannt wird, geschieht es unter Beifügung des Epithetons ‚der klerikale'.

Die liberale Intelligenz erkennt allen katholischen Schriftstellern Wert und Bedeutung ab." — Über die Entstehung des Einheitsstaates Italien wird das Buch von O'Clery, „The Making of Italy", London 1892, besprochen. Der Autor war päpstlicher Offizier irischer Abstammung; er empfahl für Italien das Föderativsystem Deutschlands mit Autonomie der einzelnen Staaten oder Provinzen, die schon lange ihre eigenen Einrichtungen, ihre eigene Geschichte besaßen. — Gutberlets ethische Schriften werden besprochen. — Justizrat Franz Reinhard in Ehrenbreitstein wird bei seinem Tod nach seinen apologetischen und poetischen Verdiensten gewürdigt. — Vom Grafen Leo Thun wird eingehend berichtet. — Die Sammlung altenglischer Marienhymnen des Konvertiten Orby Shipley wird angezeigt. — Über die drängende Agrarfrage kam G. Ruhland zum Wort. — Ein Artikel urteilt unparteiisch über „Katholisch-konservativ und christlich-sozial" in Österreich" (112, 673). Ein anderer handelt vom „Zerfall im Protestantismus". Bismarck, heißt es darin, hat 1870 diktatorisch angekündigt, er wolle Herr des ganzen Katholizismus werden; er ist nicht einmal des deutschen Katholizismus Herr geworden. Nun gibt es aber kein bindendes protestantisches Bekenntnis mehr seit dieser Zeit. — Eingehend wird die Philosophie Fr. Nietzsches behandelt, die Modeworte von „Jenseits von Gut und Böse", von der Moral der vornehmeren „ganzeren" Menschen, von der Umwertung der alten sittlichen Werte; „Nichts ist wahr, alles ist erlaubt"; „Nur wer sich wandelt, bleibt mir verwandt"; der „Wille zur Macht"; „Leben ist Überwältigung, Ausbeutung; Ausbeutung ist das Urfaktum aller Geschichte"; „Religion ist bestenfalls Opium fürs Volk"; „Die christliche Infektion"; „Der Mensch eine sublime Mißgeburt; Die blonde Bestie; Nicht ich denke, sondern es denkt; Die Falschheit eines Urteils ist noch kein Einwand gegen ein Urteil; Verzichtleisten auf falsche Urteile ist ein Verzichtleisten auf das Leben"; „Die Irrtümlichkeit der Welt, in der wir zu leben glauben, ist das Sicherste und Festeste"; „Herdeninstinkt des Gehorsams"; „Herdenmoral"; „Herrenmoral"; „Herdentiermoral"; „Sklavenmoral". Es wird auf den Zusammenhang mit Schopenhauer, Max Stirner und Ed. v. Hartmann hingewiesen, auch mit Darwin. Nietzsche hat nur dem vornehm-zynischen Skeptizismus, dem genußsüchtigen Materialismus der neuen Welt- und Lebensanschauung den rückhaltlosesten Ausdruck gegeben in der gleißenden, packenden Form, die dem Geschmack der Zeit entspricht; dies ist seine Bedeutung. So schließen die Blätter ihr Urteil.

Jordan. Wilhelm Jordan veröffentlichte in der „Allgemeinen Zeitung" vom 7. September ein Streitgedicht „Der Truggeist" gegen die Modernen. Nach dem „Markttriumphe des verworrenen Rembrandtfaslers" kommt des Baslers Nietzsche krankes Witzgefunkel: „Was nach Schopenhauer, Hartmann doch vom Lebensmut als Rest blieb, was trotz Ibsen und Konsorten noch zur Hälfte wurzelfest blieb von dem Glauben an die Ehre, an des Menschen Wert und Pflichten, laßt ihr euch vom Truggeist Nietzsche fortbeweisen und vernichten." Und er beschuldigt ihn: „Ohne Ordnungssinn geboren, mußt' er bald, mit wildem Trachten nach der Freiheit vom Gesetze, seinen hellen Geist umnachten. Daß er zielgeradem Pfade vorzieht steten Richtungswechsel, der Gedankenbaukunst Schüttung loser Haufen Sprüchehäcksel, daß sich seine Aphorismen zum Absurden selbst versteigen, heißt Genie; doch ist in Wahrheit kein Gedanke recht sein eigen. Merkt es doch! Fast jedes Schlag-

wort, Irrwischgleichnis, Blendermätzchen ist erborgtes, philosophisch unverflicktes Dichtungsfetzchen, doch verschießt zum Gegensinne, wie mit umgedrehten Polen. Seine stärksten Drucker hat er unverkennbar mir gestohlen ... Was ihm heut als Offenbarung laut von hundert grünen Jungen nachgepapageit wird — Leihgut ist's aus meinen Nibelungen ... Was der Philosoph als Adel rühmt, anstatt es zu verdammen, findet ihr in meinem Schreckbild (Hagen) alles Zug um Zug beisammen. Nur vom echten Heldenglauben ist das frevelnde Bekenntnis nächtlich tiefer Gegenschatten ..."

Die Wirkung der Philosophie Friedrich Nietzsches stand auf ihrem Höhepunkt. Man betrachtete sie als eine Verschmelzung von Schopenhauer und Darwin oder als eine Überwindung von Schopenhauers asketischem Mitleid durch Darwins Kampf des Tüchtigeren ums Dasein, wodurch der über die Moral sich erhebende Übermensch sich rechtfertigt. Es war ein Rückschlag gegen den Demokratismus, die Erkenntnis, „daß da, wo die Masse regiert, die Wohlfahrt eines Volkes nie geschaffen werden kann, sondern nur dort, wo die Auslese, das Häuflein der Tüchtigsten, die Geschicke bestimmt." Nietzsche lebte seit Anfang 1889 in geistiger Umnachtung. Nietzsche.

Friedrich Paulsen wollte in seiner „Einleitung in die Philosophie" (1892) einen idealen Pantheismus lehren, einen monistischen Theismus, wie er ihn auch in den Ansichten Lessings, Herders und Goethes sah. „Gott ist der Welt immanent, aber er geht nicht auf in den Dingen." „Die natürliche Weltordnung ist im Grunde eine sittliche Weltordnung." Paulsen übte eine große Wirkung aus; auch auf mich, aber nur insofern, als ich mich veranlaßt sah, mein kurz vorher (um 1890) niedergeschriebenes System der Philosophie zur Herausgabe vorzubereiten; es beruht auf dem Gegensatz zum Pantheismus, auf dem Begriff der (göttlichen und menschlichen) Persönlichkeit, des Individuums. Paulsen.

A. Drews behandelte „die deutsche Spekulation seit Kant" mit „besonderer Rücksicht auf das Wesen des Absoluten und die Persönlichkeit Gottes", das heißt, er sah den Gipfel aller Philosophie im Unbewußten Hartmanns. — In den „Grundbegriffen der Gegenmart" (2. Aufl.) verteidigte Rud. Eucken den Idealismus. — In rücksichtsloser Weise behauptete Adolf Gerecke (1892) „die Aussichtslosigkeit des Moralismus". — Jakob Frohschammer starb, mit der Kirche zerfallen, schon wegen seiner Theorie über den Ursprung der menschlichen Seelen, die dem Generationismus folgte. Er sah in seinem Hauptwerk „die Phantasie als Grundprinzip des Weltprozesses" an (1877), womit er Schopenhauer verbessern wollte. — Theobald Ziegler schrieb über „das Gefühl", dies vernachlässigte dritte Seelenvermögen, mit starker Bevorzugung desselben.

Max Nordau faßte in dem Titel seines neuen Buches „Entartung" die geistige Krankheit der Zeit zusammen. Das aus Frankreich kommende Schlagwort „Fin de siècle" oder Dekadenz besagte ungefähr dasselbe in aufrichtigem Selbstbekenntnis. Entartung.

K. Kiesewetter betrachtete den „Faust in Geschichte und Tradition" als Okkultist. Er schrieb auch die „Geschichte des neueren Occultismus" von Agrippa von Nettesheim bis zu Karl du Prel. — Über Suggestion und Hypnose entspann sich eine heftige wissenschaftliche Fehde. Darüber orientierte Dr. Freiherr v. Schrenck-Notzing in der „Allgemeinen Zeitung", 4. April, Beilage. — Franz Mößmer schrieb über den Hypnotismus im Strafrecht.

A. Bastian legte seine Anschauung über ethnologische Zeit- und Streitfragen nieder in dem Werk „Ideale Welten nach uranographischen Provinzen in Wort und Bild“ (drei Bände).

Karl Jentsch schrieb „Weder Kommunismus noch Kapitalismus; ein Vorschlag zur Lösung der europäischen Frage“. Er empfahl als die große Aufgabe unserer auswärtigen Politik die Ausdehnung nach dem Osten.

Franz Guntram Schultheiß schrieb eine „Geschichte des deutschen Nationalgefühls“. Es erschien Gervinus' Selbstbiographie.

Otto Pfülf, S. J., schilderte das Leben Hermanns v. Mallinckrodt (1892).

Es erschien 1892 ein Buch über König Ludwig II. von Bayern von dem ihm nahestehenden Dichter Karl v. Heigel.

„Zur Entstehung der Pflanzennamen und Mythen“ gab Emil Schauberg in der „Allgemeinen Zeitung“, 1. Februar, einen schönen Beitrag, leider fast die einzige Probe des durchdringenden Geistes meines später mir ganz entschwundenen Schweizer Freundes.

Georg Brandes hatte in seinem neuen Sammelband „Menschen und Werke“ Studien über Nietzsche, Zola, Maupassant, Tolstoi, Dostojewski, Kjelland, Strindberg, Sudermann und Hauptmann. Von letzterem sagte er, man vermisse Ideen; er habe nur Beobachtungsgabe und Naturtreue, scharfen Blick, aber keinen weiten Gesichtskreis.

J. V. Widmanns Schauspiel „Jenseits von Gut und Böse“ war gegen Nietzsches Philosophie gerichtet.

Gerhart Hauptmann. Die Aufführung von Gerhart Hauptmanns Drama „Die Weber“ im Deutschen Theater zu Berlin wurde zuerst polizeilich verboten, dann aber wieder freigegeben. Auch in der Anarchistenstadt Barcelona wurde das Stück (katalanisch) aufgeführt. — Mit Unrecht wurde Gerhart Hauptmanns neues Traumstück „Hannele“ als eine Bekehrung zum Idealismus angesehen; es war nur ein naturalistischer Mißbrauch religiöser Motive. Die erste Aufführung fand am 14. November im Berliner königlichen Schauspielhaus statt mit „freundlichem“ Erfolg. Sie machte ihn immerhin sofort zum modernen Klassiker.

Mit allen Mitteln der Reklame wurde von den Berliner Kritikern der Moderne Ibsens „Baumeister Solneß“ dem widerstrebenden deutschen Gemüt eingebleut.

Ludwig Fulda übersetzte „Molières Meisterwerke“ im Versmaß des Faust.

Über das Volksschauspiel im bayrischen Hochland berichtete eingehend Maximilian Schmidt nach F. Lentners ungedruckten ethnographischen Aufzeichnungen (Ill. Ztg., 26. Aug.).

Ringseis. Eine neue katholische Dichtung, an Wert den „Dreizehnlinden“ Webers gleich, war „Der Königin Lied“ von Emilie Ringseis (1890—1892), der Tochter des verdienstvollen Münchener Arztes.

Ein Zeichen der Zeit war die in Blüte stehende Begeisterung für die Reiseromane Karl Mays.

Krumbachers „Byzantinische Zeitschrift“ (seit 1892) bezeichnete die Selbständigkeitserklärung eines wichtigen Wissenszweiges.

Roschers „Politik“ hielt ebenso wie seine nationalökonomischen Schriften den historischen Standpunkt fest.

Wilhelm Scherers „Kleine Schriften“ bekundeten als seinen Grundsatz den „Mut des Fehlens“.

Karl Muth bearbeitete das französische Werk von Felix Klein über Kardinal Lavigerie und sein afrikanisches Werk.

Leider war der durch seine Parzifalstudien hochverdiente Albert Schulz (San Marte) schon bei seinem Tode halb vergessen. Das, was der Jurist in seinen Mußestunden gab, war bedeutender als manche zünftige Gelehrtenarbeit.

Bildende Kunst.

Mit dem neuen Modell zum Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. für Berlin (von R. Begas) waren nicht alle Ästhetiker einverstanden. Es schien mehr zierlich und dekorativ als monumental (Ill. Ztg., 21. Jan.). Das neue deutsche Reichstagsgebäude war in der Hauptsache vollendet. Warum man die italienische Renässanz Wallots dem monumentaleren römischen Stil Bohnstedts vorgezogen hatte, blieb unerfindlich.

Der Deutsche Kaiser ließ von Reinhold Begas eine Statuette „Italia" als Geschenk für das italienische Königspaar modellieren (Abbildung in der Ill. Ztg., 29. April).

Fritz Reuter erhielt ein Denkmal in Chicago und eines in Neubrandenburg (Ill. Ztg., 25. März und 17. Juni). „Minschen möt starwen, Geschlechter vergahn; plattdütsche Leev ward ewig bestahn."

Man suchte vergebens das römische Nordtor in Köln zu erhalten und zu rekonstruieren (Ill. Ztg., 10. Juni).

Zu den erfreulichen Bauten der Zeit gehörte das neue Provinzialständehaus in Merseburg.

Ein Kaiser-Wilhelms-Denkmal wurde zu Görlitz enthüllt: ein Reiterbild auf steilem Sockel, an dem rechts und links Moltke und Bismarck standhalten.

Der ausgezeichnete klassische Plastiker A. Hildebrand schrieb sehr bedeutend über „Das Problem der Form in der bildenden Kunst", zumal gegen die malerischen Gruppierungen auf den modernen Massendenkmälern.

Sezession.

Ein neues Zeichen des mächtigen Umschwungs in den künstlerischen Anschauungen der Zeit war das photographische Werk „Sezession" nach Bildern des also genannten Vereins Münchener Künstler: Klinger, Uhde, Liebermann, Skarbina, Th. Heine, Stuck, Hans Thoma. Idealismus in naturalistischer Darstellung. Von einer Sezession sprach man seit 1890.

Der Zeichner C. W. Allers schilderte in einem Album von 70 Blättern Bismarcks tägliches Leben in Friedrichsruh aus eigener Anschauung mit großer Treue.

Dem Altmeister des Radfahrwesens, dem Freiherrn Karl v. Drais, dem Erfinder der „Laufmaschine" und „Draisine" (1814) wurde ein Denkmal in Karlsruhe gesetzt. Den Franzosen galt Michaux als Erfinder, weil er (zuerst 1854) die Kurbel an seiner Laufmaschine anbrachte.

Dem Rechenmeister Adam Ries (Riese) wurde zu Annaberg in Sachsen eine Büste enthüllt. Er führte seit 1518 die Rechnung nach den indisch-arabischen Zahlen ein.

Die Literarische Gesellschaft in Nürnberg gab als Protest gegen die Düsseldorfer Denkmalverweigerung einen „Heine-Almanach" heraus.

Flug.

Otto Lilienthal, der sich schon seit Jahren mit der Herstellung einer brauchbaren Flugmaschine beschäftigte, schrieb über den Segelflug oder Gleitflug als Vorstufe des Fluges mit bewegten Flügeln; er machte seine Versuche auf der Maihöhe bei Steglitz (Ill. Ztg., 7. Okt.).

Es war die Zeit, da die verschiedenen Wintersporte aufkamen und dem Städter auch die winterliche Natur offenbarten.

Die Mode begann zum Stil von 1830 zurückzukehren.

Der Schneider H. Dowe wollte einen kugelsicheren Panzer erfunden haben.

Mit dem 1. April wurde für das Deutsche Reich die Einheitszeit eingeführt.

Deutsche Zeitungen brachten die Truppendislokationen an der westlichen und östlichen Grenze, um die große Kriegsgefahr anschaulich zu machen.

Österreich.

Es fiel auf, daß Kaiser Franz Josef und Graf Kalnoky stärker die friedliche Lage Europas und die „sehr freundschaftlichen" Verhältnisse zu allen Mächten betonten, als dies von Caprivi geschehen war. Auch auf dem Balkan sei die Lage geklärt. Kalnoky erklärte aber ausdrücklich (5. Juni), das sei nicht gegen etwaige Verstärkung der Armeen befreundeter Staaten gerichtet. Von einer politischen Schwenkung Österreichs sei keine Rede. Das Bündnis mit dem Deutschen Reich und Italien schließe gute Beziehungen zu andern Mächten nicht aus, wie ja auch Fürst Bismarck, der doch den Grundstein zu der Bündnispolitik gelegt, stets ausgesprochen habe, daß möglichst freundschaftliche Beziehungen zu Rußland die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens seien. „Es ist also widersinnig, daß, wenn wir konstatieren, daß unsere Beziehungen zu Rußland freundliche sind, deutsche Blätter darin etwas erblicken, was eine Entfernung von unserm Bündnisverhältnisse bedeute." Derlei Bemerkungen hingen nur mit dem deutschen Wahlkampfe zusammen und hätten keinen Einfluß auf die guten Beziehungen des Bündnisses. Die „historische" Rede des Grafen Kalnoky stieß auch in Rußland auf Mißtrauen. Man befürchtete dort, „daß sich dahinter der Versuch verberge, die Öffentlichkeit glauben zu machen, Rußland sei geneigt, Österreich in der Balkanfrage wichtige Konzessionen zu machen". Man bemerkte an der Rede weniger den Russophilismus als den Anticaprivismus. Die offiziöse „Petersburger Zeitung" verglich die Rede Caprivis mit den hochpolitischen Reden Bismarcks, die seinerzeit die ganze Welt in Erstaunen setzten. Aber den Worten entsprächen keine Taten, vor allem in der bulgarisch-koburgischen Frage, die sich nur durch die Manöver Österreichs so hinziehe.

Noch verwunderlicher waren die Enthüllungen von Verhandlungen zwischen der ungarischen Unabhängigkeitspartei mit russischen diplomatischen Kreisen. Die Partei verwahrte sich freilich dagegen.

Ministerium Windischgrätz.

Das große innerpolitische Ereignis war, daß infolge der Wahlrechtsfragen Graf Taaffe mit seinem Ministerium am 28. Oktober demissionierte und Fürst Windischgrätz am 4. November an die Spitze eines neuen Ministeriums trat, das auf einer Koalition der Deutschliberalen, der „Klerikalkonservativen" und der Polen beruhte. Um so entschiedener nahmen aber die Deutschnationalen dagegen

Stellung; auf dem Parteitag zu Linz proklamierte deren Wortführer Steinwender das sogenannte Linzer Programm von 1882, das die Ausscheidung Galiziens, der Bukowina und Dalmatiens aus Zisleithanien verlangte. Den Schluß des Parteitags bildete die Absingung der „Wacht am Rhein" (in Linz an der Donau).

Die Konstituierung des neuen Ministeriums Windischgrätz (Bacquehem, Wurmbrand, Madeyski, Plener, Jaworski, Schönborn, Welsersheimb, Falkenhayn) erfolgte am 12. November. Es stellte sich am 23. November dem Abgeordnetenhaus vor, als Folge der gemeinsamen politischen Aktion der drei großen Parteien des Hauses. Es wurde vor allem eine umfassende Wahlreform angekündigt, mit Ausdehnung des Wahlrechts auf die Arbeiter, ohne aber das bisherige Schwergewicht der politischen Rechte des Bürger- und Bauernstandes zu beeinträchtigen. Sonst wolle man sich besonders wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben zuwenden: Reform der direkten Steuern, Arbeiterfürsorge, Justizreform u. s. w. — Die Vereinigung der drei Parteien war übrigens bereits unter dem Ministerium Taaffe vorbereitet. Es stürzte aber infolge seines mißliebigen Wahlreformentwurfs.

Noch bedeutender als all dies war für die Zukunft der Kampf der Christlichsozialen um ihre Geltung im niederösterreichischen Landtag und im Wiener Gemeinderat. Ein Gesetz, das im Landtag mit 37 gegen 24 Stimmen durchging (Februar), sollte die Antisemiten und Christlichsozialen im Gemeinderat lahmlegen, diente aber gerade später dazu, die gewonnene Herrschaft der Christlichsozialen zu befestigen. Bei den Gemeindewahlen des 1. Wahlkörpers, der bisher fast unbestrittenen Domäne der liberalen Partei, wurden am 17. April neben 40 Liberalen 6 Antisemiten gewählt. Diese besaßen nunmehr 46 Gemeinderatsmandate, ein volles Drittel der ganzen Körperschaft. Bürgermeister Prix sah sich allerdings am 24. Oktober veranlaßt, sein Amt niederzulegen. Er wurde aber am 10. November mit 81 von 137 Stimmen wiedergewählt; sein Gegner Lueger erhielt 45 Stimmen. Christlichsoziale.

Die Versuche, in Böhmen zu einem Ausgleich zu gelangen, wurden von den Jungtschechen hintertrieben durch einen großen Skandal im Landtag, 17. Mai, wobei sie mit den Schubladen der Pulte einen ungeheuren Lärm verübten, den Stenographen die Papiere zerrissen, die Akten der Kanzleibeamten verstreuten, die Urne umwarfen und so auf alle Weise eine geregelte Sitzung unmöglich machten. Daraufhin nannte das offiziöse „Fremdenblatt" die Jungtschechen eine Pöbelpartei, gegen welche Adel und Deutschtum die Ordnung schützen müßten. Böhmen.

Infolge der Verhetzungen durch die Jungtschechen wurden über Prag am 13. September Ausnahmeverfügungen verhängt. Dagegen erließen die Jungtschechen am 2. Oktober ein Manifest, worin sie von ihrer historisch-royalistischen Gesinnung sprachen im Gegensatz zur „Wiener" Regierung.

Durch deren Vorgehen werde die dynastische Gesinnung der Tschechen erschüttert. Die Szenen im Landtag wurden als berechtigter Widerstand der Minorität dargestellt. Der Minister des Innern, Bacquehem, widerlegte im Abgeordnetenhaus den Vergleich Böhmens mit Irland, den der Jungtscheche Gregr gebrauchte. Das sei eine Geschmacklosigkeit. Wer die blühenden Gefilde Böhmens kenne, werde solches nicht glauben. Die Verhängung des Ausnahmezustandes sei nicht gegen das böhmische Volk gerichtet, sondern gegen die Ruhestörer. Prinz Karl Schwarzenberg verteidigte die Haltung des böhmischen Adels; nicht er habe sich geändert, sondern die Politik der Böhmen seit 1868. Vorher verlangte man bloß die Gleichberechtigung, heute die Trikolore, rein tschechische Straßentafeln. Damals wehrte man sich gegen die Sonderstellung; heute verlangt man die Selbständigkeit und Lostrennung, die Bildung eines selbständigen Staates. Aber für ihn gebe es keinen besonderen böhmischen Patriotismus, sondern nur einen österreichischen. Die tschechische Nation sei verloren, wenn sie von Österreich getrennt werde. Die furchtbarste Ausartung war die Ermordung des Handschuhmachers Rudolf Mrva (23. Dez.), der zu den Häuptern des tschechischen Geheimbundes Omladina gehörte. Der jungtschechische Abgeordnete Herold hatte ihn als Agenten der Polizei verdächtigt und ihn so dem Morde durch zwei Parteiangehörige ausgeliefert.

Ungarn. Die ungarische Regierung war entschlossen, gegen die nichtmagyarischen Nationalitäten rücksichtslos vorzugehen. So deutete der Ministerpräsident Wekerle zu Neujahr an. Ebenso energisch trat er für die Durchführung seines kirchenpolitischen Programms ein, in bezug auf Mischehen und Taufen. In einer Ansprache an die Deputationen der Munizipien in Güns mahnte allerdings der Kaiser auch, man solle das Volk vor dem Einfluß irreführender Schlagworte und unfruchtbarer Versprechungen bewahren und den Samen friedlicher Eintracht und nützlicher Arbeit pflegen. Die Unabhängigkeitspartei interpellierte deshalb den Ministerpräsidenten Wekerle, und auch der oppositionelle Graf Apponyi hob die Loyalität der ungarischen Nation gegenüber dem Monarchen hervor; dieser möge ihr unbedingt vertrauen und die durch seine Worte hervorgerufenen Besorgnisse zerstreuen. Der Kaiser wurde von den Magyaren bewogen, sich gegen die Kroaten weniger huldvoll zu stellen. Gegen Ende des Jahres brachte die ungarische Regierung die kirchenpolitischen Vorlagen vor das Parlament: die über die obligatorische Zivilehe, die Ehescheidung durch weltlichen Richterspruch, die Konfession der Kinder aus gemischten Ehen.

Die Wiener Arbeiter demonstrierten am 9. Juli vor dem Rathaus für das allgemeine Wahlrecht. Zweitausend Ordner mit roten Kokarden und rotem Band hielten die Ordnung aufrecht. Die Polizei blieb ferne. Im September entdeckte die Polizei ein Anarchistenkomplott und verhaftete zwölf Anarchisten.

Der Kaiser war bei der Enthüllung des Andreas-Hofer-Denkmals von Heinrich Natter auf dem Berg Isel bei Innsbruck zugegen (28. Sept.).

Graf Kalnoky reiste im November nach Monza, um dort mit dem König von Italien und den Ministern zu verhandeln.

Ein polnisch-ruthenischer Katholikentag zu Krakau (5. und 6. Juli) griff in einem Huldigungstelegramm an den Papst die italienische Regierung an; auch Rußland wurde wegen der Katholikenverfolgungen angegriffen. Der Präsident der Krakauer Akademie bezeichnete als Feinde der Kirche den Liberalismus, die falsche Wissenschaft und die Juden. Der Metropolit Sembratowitsch überbrachte die Grüße der Ruthenen, deren Zukunft auf dem Katholizismus beruhe; sie seien ihrem Ritus anhänglich, würden aber mit Unrecht der Neigung zum Schisma verdächtigt. Galizien.

Der ruthenische Erzbischof Sembratowitsch hatte einen schweren Stand zwischen den russenfreundlichen Ruthenen und dem Papst, der ihm eine zu große Nachsicht für deren Bestrebungen verdachte und für das Ausgleichen der beiden Riten wirken wollte. Da sich Sembratowitsch dem Papste fügte, wurde er (am 8. Juni) von ruthenischen Studenten insultiert.

Darüber, daß die Tschechen ihren Nationalismus und ihre Deutschenfeindschaft durch Hußverehrung, Hußfeiern, Hußdenkmale aufputzen wollten, wurden schließlich selbst die deutschen Protestanten stutzig und freuten sich an Kaiser Franz Josefs Wort: „Ich erwarte, daß es zur Errichtung des Hußdenkmales nicht kommen wird."

Zur Säkularfeier des Erfinders der Schiffsschraube (Jos. Ressel) wurde der englischen Intrigen gedacht, mit denen dessen Anerkennung hintertrieben wurde, als die englische Regierung 1852 den großen Preis von 20.000 Pfund Sterling ausschrieb für den unbekannten Erfinder und diese Summe unter fünf englische Bewerber verteilte, ohne deren Namen bekanntzugeben. Für Jos. Ressel wurde zu seinem 100. Geburtstag ein zweites Denkmal in Mariabrunn bei Wien errichtet.

Robert Hamerling erhielt ein schönes Denkmal (von Hans Brandstetter) zu Waidhofen a. d. Thaya in Niederösterreich. Denkmale.

Zur Enthüllung des Denkmals für Graf Leo Thun, Exner und Bonitz in den Arkaden der Wiener Universität hielt W. v. Hartel die Festrede. (Allg. Ztg., 24. Mai). Ausführlich würdigten auch die „Historisch-politischen Blätter" das Wirken Thuns.

Zu Ragusa wurde das Denkmal des Dichters Iwan Gundulic († 1638) enthüllt. Der König von Serbien sandte einen Kranz. Das Hauptwerk des slawischen Dichters, das Epos „Osman", schildert in 20 Gesängen den polnisch-türkischen Krieg von 1621.

Die Figuren des großen Arany-Denkmals in Pest sehen etwas verdrossen darein. Der magyarische Dichter war außerhalb der Geltung seines Idioms wenig bekannt.

An der Enthüllung des Honveddenkmals in Pest nahm weder die ungarische Regierung noch die Armee teil, da es eine Verherrlichung der Revolution von 1849 galt.

Der schöne Portalbau der Wiener Hofburg wurde vollendet und eröffnet. Er beruhte auf einem Entwurf Fischers v. Erlach.

Die Architekten E. Niemann und F. v. Feldegg gaben das Werk des Meisters Theophilos Hansen heraus. Daraus sei das unausgeführt gebliebene Projekt der monumentalen Ausgestaltung des Burgtores erwähnt. Hansen.

Der verstorbene Franz Erkel galt als Schöpfer der „ungarischen National-

oper". Viel richtiger hat der Deutschungar Franz Liszt die Grundlage der nationalen Musik lediglich in den Zigeunerweisen gesehen, die er in seinen „Rhapsodien" bearbeitete. Man kann keine nationale Kunst „machen", man kann sie nur finden und aufnehmen.

Matejko. In dem verstorbenen polnischen Maler J. Matejko hatte sich ganz die Seele seiner Nation verkörpert.

Zu den bedeutendsten Bildern der Zeit gehörte des Nordpolfahrers Jul. v. Payer „Nie zurück".

Brahms. Zum 60. Geburtstag Johannes Brahms' erschien das gute Bildnis von Michalek und eine Medaille von A. Scharff (Ill. Ztg., 6. Mai und 24. Juni).

Bruckner. Der Wiener Tondichter Anton Bruckner hatte noch Mühe, mit seinen übergenialen Symphonien das nüchterne Publikum hinzureißen. Seine siebente Symphonie E-Dur trat in diesen Kampf ein.

S. Hellers „Echte hebräische Melodien" wurden aus seinem Nachlaß herausgegeben, d. h. eine Sammlung mittelalterlich jüdischer Dichtungen in deutscher Übertragung.

Engelbert Pernerstorfers „Deutsche Worte" erschienen im 12. Jahrgang. Der Herausgeber war aus einem Anhänger Schönerers Sozialdemokrat geworden. Ihm standen Schönerers „Unverfälschte deutsche Worte" gegenüber, seit 1883.

E. B. Lanin schrieb im Februarheft der „Contemporary Review" einen sehr apologetischen Artikel über Graf Taaffe.

Das Presbyterium der Wiener evangelischen Gemeinde A. C. petitionierte gegen die Einbeziehung des „Englischen Grußes" zum Vaterunser des allgemeinen Schulgebets.

In Wien wurde ein jüdisch-theologisches Seminar eröffnet.

Für die Auseinandersetzung des „Klerikalismus und Antisemitismus in Österreich" ist ein Artikel der „Allgemeinen Zeitung" vom 10. April orientierend.

Hans Schneller schrieb über „die staatsrechtliche Stellung von Bosnien und der Herzegowina" (1892). Vom magyarischen Standpunkt trat ihm Professor Schwicker in Pest entgegen (Allg. Ztg., 3. Juni).

Emil Lingg in Prag verglich das irische und böhmische Staatsrecht (Allg. Ztg., 9. Juni).

E. V. Zenker schrieb die „Geschichte der Wiener Journalistik".

L. Gumplowicz behandelte den „soziologischen Staat".

Die Leogesellschaft gab seit April 1892 unter Dr. Franz Schnürers Redaktion das „Österreichische Literaturblatt" (heute „Allgemeines Literaturblatt") heraus.

Leogesellschaft. Die Leogesellschaft führte zu Weihnachten in Wien mein Weihnachtsspiel auf, das, wie das später herausgegebene Osterfestspiel, ganz auf den großen Traditionen des Mittelalters beruhte. Ich wollte der Gegenwart die klassische nationale Dramatik vermitteln, sie erneuern in gesteigerter, gereinigter Neubearbeitung des alten echten Gutes. Darum schrieb ich die Widmung: „Dies heilige Schauspiel, nehmt es hin! Nicht Eines schwachen Mannes Sinn, ein ganzes Volk getreu und traut hat dran jahrhundertlang gebaut. Sein ist das Wort, sein ist der Sang, der ihm aus tiefstem Herzen drang. Es ist sein Blut, es ist sein Leben; ihm sei es hier zurück-

gegeben." So glänzend und wirkungsvoll die damaligen und folgenden Aufführungen waren, so hat mir doch noch etwas viel Ergreifenderes vorgeschwebt, und ich zweifle nicht, daß hier einer der Wege geht, die zu jener großen klassischen, nationalen und religiösen Kultur führen, welche von den Besten unserer Zeit gemeinsam erstrebt wird. — Zugleich begann ich auch mein dreibändiges System der Philosophie herauszugeben (Weltweisheit) mit seinen drei Teilen: Weltwissenschaft (Metaphysik), Weltgerechtigkeit (Ethik), Weltschönheit (Ästhetik). Auch hier war das Bestreben, nicht durch eine paradoxe Idee zu verblüffen, sondern den geistigen Kosmos festzustellen als Grundlage konservativer Kultur. Es galt, das Eine und ewige Wahre, Gute und Schöne zu dauerndem Nutzen und erfreulicher Brauchbarkeit der Zeit und der Nation darzustellen als etwas, das über dem Streit der Meinungen erhaben dasteht und dastehen wird, solange es eine menschheitliche Bildung gibt. Es ist seitdem viel philosophiert worden, aber meines Gedenkens hat kein anderes Buch das gesamte kernhafte Wissen von der Welt und dem Ganzen in ähnlicher Vollständigkeit zu erschöpfen gesucht. Oder anders ausgedrückt: mein System ist seiner Absicht nach an die Stelle der ihm vorangegangenen getreten und steht noch da.

Michael Walz (mein ehemaliger sehr verehrter Gymnasialprofessor in Linz) gab den „Garel von dem blüenden Tal" zum erstenmal heraus nach der einzigen Linzer Handschrift. Das alte Heldengedicht ist schon durch die Runkelsteiner Fresken berühmt geworden. Ich habe es später im Auszug in meine „Gralsage" eingefügt.

Alfred v. Arneth schloß sein reiches historisches Wirken ab mit der Autobiographie „Aus meinem Leben".

Hallwich reklamierte Walther von der Vogelweide für Böhmen, wo ein Hof bei Dux Vogelweide hieß und einem zu Ende des 14. Jahrhunderts blühenden Geschlecht der Vogelweider den Namen gab, so daß sogar ein „Walther von der Vogelweide" im Duxer Stadtbuch vorkommt (Allg. Ztg., 16. Nov.).

Der Landesarchivar David v. Schönherr gab die „Geschichte und Beschreibung der alten Burg in Meran" in zweiter Auflage.

Das Jahrbuch der Grillparzergesellschaft befaßte sich seit dem dritten Jahrgang (1893) auch mit den Zeitgenossen des Dichters.

Albert Freybe, der edle Protestant mit warmem Verständnis für katholisches Wesen, schrieb über den „ethischen Gehalt in Grillparzers Werken". Er schloß, für manche etwas überschwenglich: „So offenbart die ganze Dichtung Grillparzers eine Lebens- und Weltanschauung, welche auf der Offenbarung beruht." Dem hielt ein jüdischer Kritiker in der „Allgemeinen Zeitung", 20. Juli (M. Necker) die wenigen liberalisierenden Xenien des Dichters entgegen.

Theodor Gomperz gab seine geistreiche Geschichte der antiken Philosophie „Griechische Denker", allerdings in sehr modernem Lichte als Anhänger J. St. Mills.

Max Büdinger rechtfertigte in seinem Buch über Don Carlos das Verhalten des Königs Philipp.

Zum Werk „Wienerstadt. Lebensbilder aus der Gegenwart, geschildert von Wiener Schriftstellern" habe ich den Schlußartikel beigesteuert.

E. Marriot behandelte in ihrem neuesten Roman „Moderne Menschen" die Wiener Schmutzfinanz, Literaten und Modedamen.

Die „Dramatischen Werke“ Nissels wurden von Rud. Gottschall in der „Allgemeinen Zeitung“, 2. Januar, höchst anerkennend besprochen.

Der im Jänner verstorbene Wiener Humorist Daniel Spitzer vereinte in sich alle negativen Talente jüdischen Witzes im Kampf gegen alles Erhabene.

Professor Krafft-Ebing referierte über seine „Hypnotischen Experimente“ in Wien. Darüber berichtete auch K. du Prel in der „Allgemeinen Zeitung“, 23. Juni.

Italien. Für das Zusammenhalten des Dreibunds waren, wie bereits erwähnt, die Zusammenstöße zwischen französischen und italienischen Arbeitern zu Aigues-Mortes in Frankreich von Vorteil. Dabei wurden (17. August) 7 Italiener getötet, 34 verwundet, ohne daß dafür Genugtuung gegeben wurde. Darauf kam es in Italien zu antifranzösischen Demonstrationen.

Bedenklich für den Bund war aber wieder die Enthüllung des Garibaldidenkmals in Quarto bei Genua, von wo 1860 die Expedition der „Tausend“ nach Sizilien abging, weil dadurch wieder die Aspirationen der Irredentisten entflammt wurden. Crispi, der alte Verschwörer, sagte bei diesem Fest (Mitte Oktober), das Programm der Tausend Garibaldis sei noch nicht vollständig erfüllt. „Rüsten wir uns darum für die Stunde, wo Italien uns von neuem rufen wird ... Ich bin ein Apostel des Friedens ... Der Plan Mazzinis und Garibaldis, der auch der unsrige ist, war die Konföderation der Völker. Bereiten wir uns auf dieses für die Menschheit so notwendige Werk vor!“

Bei einem Besuch des englischen Geschwaders unter Admiral Seymour in Tarent wurde die gegenseitige Freundschaft der beiden Nationen gefeiert (16. bis 20. Oktober). Das war nicht ohne Beziehung auf den kurz vorher erfolgten Besuch des russischen Geschwaders in Toulon.

Crispi. Ministerpräsident Giolitti trat für eine Verbesserung der schlechten Finanzen Italiens ein; dafür wurde er von Nicotera der Unfähigkeit bezichtigt; es sei eine Schande, daß Italien bei Deutschland um militärischen Schutz, bei Frankreich um Geld betteln müsse. Infolge von unerhörten Bankskandalen mußte Giolitti im November zurücktreten und das Ministerium Crispi überlassen. Es waren seit längerer Zeit um viele Millionen mehr Bankbillette in Umlauf gesetzt worden, als gesetzlich erlaubt war. Charakteristisch war bei alldem die untrennbar enge Verwebung des ganzen politischen Treibens mit privaten Finanzgeschäften und die daraus folgende Abhängigkeit der politischen Personen von den Bankinstituten. Giolitti war in all dem nicht schuldiger als Crispi. Dieser rief alle Parteien zur Einigkeit auf, zu einem Gottesfrieden; es gelte, die Finanzen zu reorganisieren, dem Lande ein neues Selbstbewußtsein zu geben. „Das Werk, welches wir in Angriff nehmen, ist das wichtigste seit dem Erlaß der nationalen Verfassung von 1859. Bis zum Jahr 1890 arbeiteten wir daran, die materielle Einheit des Vaterlandes zu sichern; nunmehr müssen wir darangehen, die moralische Einheit zu befestigen, damit das Gebäude, für welches das Blut unserer Märtyrer vergossen

wurde, ein dauerhaftes werde." Nach dieser Rede protestierte die äußerste Linke heftig gegen neue Steuern: nicht einmal mit Bajonetten könne man vom Volke einen weiteren Heller erpressen. Über seine Außenpolitik sagte Crispi: „Freundschaft mit allen Nationen, Einvernehmen mit allen Regierungen, Festhalten an den Verträgen."

Dabei entstanden proletarische Unruhen in Neapel, Sizilien, Kalabrien und in der Romagna mit anarchistischen Anzeichen, was die Aufstellung größerer Truppenmengen nötig machte.

Der Besuch des italienischen Kronprinzen bei den deutschen Manövern in Elsaß-Lothringen wurde zu einer großen politischen Demonstration gegen die Aspirationen der Franzosen auf diese Provinzen, die sie noch immer als die ihren ansahen. Sie betrachteten zudem Italien als einen von ihnen gemachten Vasallenstaat. Wer weiß, ob infolgedessen nicht das ganze Bündnis mit Italien schon damals gewankt hätte; da kamen aber die blutigen Ausschreitungen in Aigues-Mortes gegen die italienischen Arbeiter, und die italienischen Franzosenfreunde fanden in Italien wenig Anklang. Freilich war es dieser selbe italienische Kronprinz, der dann als König im Weltkrieg doch die bundesbrecherische Schwenkung vollzog.

Der „Osservatore Romano" nahm das Verdienst für das Zustandekommen der französisch-russischen Allianz für den Papst in Anspruch; er hoffte auch, daß die schließlichen Resultate der Allianz vor allem dem Papst zustatten kommen werden. Der Papst ließ die französische Regierung zum Gelingen der frankorussischen Festlichkeiten Ende Oktober beglückwünschen. Die „Voce della Verità" folgerte aus der Vereinigung der Herzen eine bevorstehende Vereinigung der Geister, demnach die Rückkehr Rußlands in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche. Papst.

Beim Bischofsjubiläum Leos XIII. erklangen immerfort die Rufe: „Es lebe der Papst-König! Es lebe der erste Italiener!"

Eine päpstliche Enzyklika über das Bibelstudium nahm Stellung zur wörtlichen und allegorischen Deutung der Heiligen Schrift.

Das vatikanische Staatshandbuch konnte über die bedeutende Ausdehnung der katholischen Hierarchie unter Papst Leo XIII. berichten.

In Rom erschien in lateinischer Sprache der „Orbis Catholicus" als Mittelpunkt der religiösen Nachrichten der ganzen Welt.

Leoncavallos Oper „Bajazzo" hatte eine ebenso krasse Wirkung wie Mascagnis „Cavalleria rusticana". Leoncavallo komponierte nun auch die „Bohème", eine Halbweltoper.

Gegen das Volapük trat eine Bewegung auf, die das Latein als Weltsprache zurückgewinnen wollte; es erschien in dieser Tendenz in Italien eine Zeitschrift „Alaudae" (vgl. Allg. Ztg., 5. Mai und 5. Juni).

Die Enzyklika des Papstes vom 2. September an den ungarischen Episkopat warnte die Bischöfe vor den neuen Bedrängnissen, welche die ungarische Regierung der katholischen Kirche zu bereiten drohe. „In dieser ebenso heiligen und gerechten Sache wird euch das Wohlwollen und die Beihilfe des Monarchen, eures apostolischen Königs, nicht fehlen." Dieser Satz verstimmte sehr die ungarischen Minister. Ausdrücklich wandte sich der

Papst auch gegen jene, welche, obgleich gute Katholiken, doch durch eine gewisse Art menschlicher Klugheit geleitet, nicht entschieden genug vorgehen und dadurch die Einheit der katholischen Aktion abschwächen. Das bezog man auf den Erzbischof Samassa von Erlau.

Frankreich.

Ungemein verbindlich waren die Worte, die der Präsident Carnot beim Neujahrsempfang an den päpstlichen Nuntius, den Wortführer des diplomatischen Korps, richtete: „Ich danke Ihnen für die Glückwünsche, welche Sie für Frankreich ausgesprochen haben. Da Sie mitten unter uns leben, kennen Sie besser als andere die soliden und unzerstörbaren Eigenschaften, welche unserem Volke zu eigen sind. Sie sind in der Lage, die Rolle richtig zu schätzen, welche die Geschichte Frankreich im europäischen Staatenkonzert zugeteilt hat, und die Dienste, die es berufen ist, der edlen Sache des Fortschritts und der Humanität zu leisten. Ihr Zeugnis ist für uns außerordentlich wertvoll, und gehoben durch solche Sympathien blickt die Regierung der Republik mit Ruhe in die Zukunft."

Aber angesichts des Panamaskandals erhoben doch die Monarchisten wieder das Haupt, und der Graf d'Haussonville entwarf die Grundzüge des Programms der orleanistischen Partei. Die Republik sei geschlagen, die Monarchisten müßten die Leitung der Bewegung der öffentlichen Meinung übernehmen und sich an deren Spitze stellen. Man müsse eine Liga der öffentlichen Ehrlichkeit und der Verteidigung der gesellschaftlichen Ordnung bilden. Wenn das Land der Republik überdrüssig sei und nach der Monarchie verlange, müsse man bereit sein. Die Monarchisten konspirieren nicht, sondern die Ereignisse spitzen sich selber zu. — Und der Graf von Paris schrieb am 28. März an den Vorsitzenden der monarchistischen Provinzvereine: Der Panamaskandal habe das Land über den Wert der Männer, die es seit einigen Jahren regieren, aufgeklärt. Die Kammer hat alles Ansehen verloren, jede neue Sitzung läßt sie in der allgemeinen Achtung tiefer sinken. Die Regierung wagt nicht, den Drohungen des anwachsenden Sozialismus zu widerstehen, sie ist kraftlos im Innern, ohne Gewicht nach außen, die Unabhängigkeit des Richterstandes wird angezweifelt. Die Einrichtungen haben die Menschen verdorben. Das rechtschaffene und arbeitsame Frankreich ist betrübt und geängstigt, alle anständigen Menschen fühlen das Bedürfnis, sich zu einer äußersten Anstrengung zu vereinigen. Die Monarchie allein kann Frankreich eine starke Regierung geben.

Aber Papst Leo blieb bei seinem Bund mit der Republik. Zum Deputierten und Rektor der katholischen Universität in Paris d'Hulst sprach er am 20. April von der Notwendigkeit der Einigung aller Katholiken auf dem Boden des unbedingten Gehorsams gegen die Anweisungen des Heiligen Stuhles. Die päpstliche Politik gipfle in zwei großen Gedanken: der Wiedergewinnung der weltlichen Macht und der Vereinigung aller Kirchen mit Rom. Auf beiden Gebieten sei das Interesse Frankreichs eng mit dem des Papsttums verbunden, da das Haupthindernis der Wiederherstellung der weltlichen Gewalt gerade der

Dreibund sei, und der Wunsch nach Vereinigung aller getrennten Kirchen empfehle ihm, sich soweit als möglich Frankreichs großem Verbündeten Rußland zu nähern. Offenbar sind diese Papstworte stark französisch gefärbt wiedergegeben.

Wenig freundlich äußerte sich Ministerpräsident Dupuy am 21. Mai darüber: „Alle Welt will heute Republikaner sein; man sagt, das komme daher, weil der Papst gesprochen hat. Die neuen Republikaner nennen sich die Bekehrten; ich nenne sie die Entmutigten. Werden sie die Republik verteidigen? Sie sind Führer ohne Soldaten. Ihre Truppen sind im ungeheuren Heer der Republikaner aufgegangen. Das ist das Geheimnis ihrer Bekehrung." Etwas gemäßigter sagte Constans, 4. Juni: „Nachdem die Republik nicht mehr in Frage steht, da ja ihre Gegner die Waffen niedergelegt haben, muß sie tolerant sein, die Bekehrten annehmen, aber ohne ihnen die Regierung anzuvertrauen; die Republik will den religiösen Frieden, aber ohne Rückschritte zu machen. Die Arbeiter müssen das Eigentum mehren, nicht es zerstören."

Die Panamaprozesse zogen sich durch Monate hin, wurden aber so Panama.
geleitet, daß nicht viel herauskam. Ferdinand und Charles Lesseps wurden am 9. Februar zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, aber am 15. Juni vom Kassationshof freigesprochen. Auch die Minister, Senatoren, Deputierten u. s. w. wickelten sich so geschickt heraus, daß das Ganze, schon wegen der Notwendigkeit der Vertuschung, nur mit der Stärkung der Republik endete. Das bewiesen die Wahlen im August, wonach 409 Republikaner gegenüber 79 Sozialisten, 64 Konservativen und 29 Rallierten standen. Nach anderer Zählung waren 310 regierungsfreundlich, 122 radikal, 49 sozialistisch. Man warf freilich der Regierung vor, sie habe die ärgsten Panamisten entschlüpfen lassen, so den Bestechungsagenten Arton (Aaron).

Unter solchen Umständen erfolgte der etwas verspätete Gegenbesuch
des russischen Geschwaders in Toulon, 13. Oktober, mit einem Aus- Toulon.
flug der Offiziere nach Paris. Es erfolgten fein abgezirkelte Reden über die „tiefen Sympathien". Carnot sagte also zum russischen Admiral Avellan: „Die Bande der Zuneigung, welche Rußland und Frankreich vereinigen und welche vor zwei Jahren enger geknüpft wurden durch die erhebenden Kundgebungen für unsere Marine in Kronstadt, werden von Tag zu Tag fester und loyaler. Der Austausch unserer freundschaftlichen Gefühle muß alle diejenigen ergreifen, denen die Wohltat des Friedens, des Vertrauens und der Sicherheit am Herzen liegt." Unter den unausgesetzten Festlichkeiten verschiedenster Art wurde auch ein großes Tedeum in Notre-Dame besonders bemerkt. Die französischen Behörden hatten eigentlich die Geistlichkeit ganz ausschließen wollen, aber auf besonderen Befehl des Zaren machte Admiral Avellan mit all seinen Offizieren dem Erzbischof von Paris einen offiziellen Besuch und zwang da-

durch die Franzosen, die Geistlichkeit heranzuziehen. Die russischen Offiziere wurden sodann neuerdings in Lyon, Marseille und Toulon gefeiert. Zum Schluß der Reise erfolgte wieder ein Austausch von Begeisterungstelegrammen zwischen Carnot und dem Zaren. Besonders die überaus warme zweite Depesche des Zaren wurde von den Franzosen als Ereignis allerersten Ranges gefeiert. Der „Figaro" schrieb: „Das frankorussische Bündnis existiert, welche Form auch das diplomatische Dokument haben mag, das es sanktioniert; die Tatsache liegt heute hell am Tage." Eine andere Zeitung: „Das, worauf es ankommt, ist die Tatsache, daß man gemeinsam vorgeht und daß die Welt es weiß." Die offiziöse „Paix" nannte die Depesche „eine begeisterte Proklamation des allmächtigen Herrschers des ungeheuren Moskowiterreichs". „Versichert der Zar nicht mit souveräner Autorität, daß die Kriegsbündnisse, die es geben mag, mit dem furchtbarsten Friedensbunde seit Beginn des Jahrhunderts zu rechnen haben?"

All das erhob die französischen Hoffnungen auf Elsaß-Lothringen. Jules Simon meinte: „Wir Franzosen sind so hartnäckig wie die Preußen nach Jena. Wir haben die Rache- und Kriegsgedanken nur vertagt. Es ist ein Waffenstillstand auf lange Frist und kurze Kündigung. Ein Waffenstillstand vielleicht bis zum Ende des Jahrhunderts." Auch im Senat und in der neugewählten Kammer tat sich eine gehobene Stimmung und eine hündische Schmeichelei gegen den erhabenen Zaren kund. Beim Föderationsfest der Elsaß-Lothringer-Vereine, Mitte November, prophezeite der mit einer Prager Studentendelegation anwesende Tscheche Fröhlich: „Das Unwetter wird nächstens losbrechen. Der Bazillus des Deutschtums wird ausgerottet werden. Zur feierlichen Stunde, in welcher der Kampf gegen die Barbaren losbricht, werden wir Slawen unter eurer Fahne kämpfen, die auch die unsere ist."

Das Ministerium befleißigte sich aber einer großen Vorsicht in den innern Fragen, um die Parteien zu vereinigen. Minister Dupuy sagte am 21. November in der Kammer: Aufregende Fragen theoretischer Diskussionen sollten vermieden werden, so über die Trennung der Kirche vom Staat, Abänderung des Wahlmodus, einheitliche progressive Besteuerung. „Wir werden niemand, der das allgemeine Stimmrecht, das Privateigentum, die individuelle Freiheit und die Freiheit der Arbeit mißachtet, als Freund und politischen Verbündeten anerkennen. Wir werden alle Doktrinen bekämpfen, welche die anonyme Alleinherrschaft des Staates an die Stelle der individuellen Betätigung und der freien Vereinigung setzen wollen (Sozialdemokratie). Wir werden nachdrücklich jeden Versuch einer Agitation oder Ausschreitung aller internationalen Umsturzbestrebungen (Anarchismus) unterdrücken. Wir werden das Schulgesetz und das Militärgesetz durch soziale Gesetze vervollständigen, besonders in bezug auf ärztliche Hilfe, hygienische Einrichtungen, Kinderschutz, Sparkassen, Unterstützungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, kooperative Genossenschaften und Arbeiterpensionskassen." Und am 4. Dezember erklärte wieder das neue Ministerium: „Nie hat das Land größere Anhänglichkeit an die Republik, größere Abneigung vor einer Reaktion, größeren Respekt vor der Freiheit des Gedankens und des Gewissens bekundet und energischer

die Aufrechterhaltung der Ordnung angesichts der Theorien einer gewissen Schule gefordert als bei den letzten Wahlen." Damit war wieder der Sozialismus und Anarchismus gemeint; aber schon am 9. Dezember warf der Anarchist Vaillant eine Dynamitbombe von der Tribüne der Deputiertenkammer, wodurch 20 Deputierte und 80 Zuhörer verwundet wurden. Das erregte ungeheure Empörung in ganz Europa; es kamen Sympathiekundgebungen von andern Parlamenten. Der neue Ministerpräsident Perier schlug Gesetze zur Bekämpfung des Anarchismus vor. Straßenunruhen fanden schon im Juli statt, als die Arbeiterbörse, ein Herd revolutionärer Umtriebe, geschlossen wurde. 25 Infanteriebataillone und 6 Kavallerieregimenter rückten in Paris ein. Die liberalen Republikaner klagten die Sozialisten an, sie seien Männer des Kampfes und des Hasses geblieben, nachdem der Kampf aufgehört hat, und sie wollten noch heute die Aussöhnung aller Franzosen in der Republik verhindern. „Diese Männer berufen sich auf die Revolution; sie haben dazu kein Recht. Die Revolution hat die Arbeitsfreiheit und die Achtung vor dem Privateigentum eingesetzt. Die Feinde der Revolution sind die Sozialisten, welche wollen, daß der Staat überall eingreife, alles an sich reiße und mit dem persönlichen Interesse die Initiative des Einzelnen und den Geist des Fortschritts zerstöre."

Dahomey.

Frankreich okkupierte Dahomey; der dortige König Behanzin wurde besiegt. Siam mußte die Bedingungen Frankreichs annehmen. Tongking war im Aufstand.

Der Graf von Paris empfahl den französischen Arbeitern in einer Flugschrift „Eine notwendige Freiheit: das Recht der Assoziation" die englischen „Trade-unions".

Loyson.

Abbé Loyson gab sein Kultuslokal auf, träumte aber noch immer als guter Katholik, der er sein wollte, von einer großen christlichen Kirche, in der die Unterschiede der Bekenntnisse verschwinden müßten.

Tocqueville.

Alexis v. Tocquevilles Erinnerungen, nach seinem Tode publiziert, gaben wichtiges Material zur Geschichte der Februarrevolution 1848. Er sah die Ursachen weniger in den sozialpolitischen Theorien der Zeit als in den Menschen und in einer Fülle von Zufälligkeiten. Von Louis Napoleon sagt er, daß es mehr seine Narrheit als seine Klugheit war, die seinen Erfolg und seine Stärke ausmachte. „Wäre er ein weiser Mann oder ein Genie gewesen, er wäre niemals Präsident der Republik geworden." Ferner sagt er als bitterer Gegner der französischen Zentralisation: „Wenn es heißt, daß es bei uns nichts gebe, das vor einer Revolution sicher sei, so irrt man: die Zentralisation ist ein solches Ding. In Frankreich gibt es eine einzige Sache, die man nicht machen kann: ein freiheitlich organisiertes Gemeinwesen."

Zola.

Zur Feier des Abschlusses von Zolas letztem (20.) Band der Rougon-Macquart „Doktor Paskal" luden die Verleger die Freunde Zolas zu einem ländlichen Frühstück am 21. Juni ein. Die ganze Serie war in 1,488.000 Bänden verbreitet, ohne die Übersetzungen zu rechnen. Am besten ging das „Debakel" (176.000 Exemplare). Dem ganzen Romanungetüm lag die falsche und trostlose wissenschaftliche Hypothese von der Vererbung und Dekadenz zugrunde. In hundert Jahren wird wohl kein Mensch eine Zeile dieser Mißgeburten einer fanatischen Pedanterie lesen.

Pierre Loti fing an, mit seinen Romanbüchern den riesenhaften buchhändlerischen Erfolgen Zolas nahezukommen.

Taine. Hippolyte Taine starb mit dem Ruhm, die falsche Legendenglorie der französischen Revolution und des ersten Kaiserreiches durch seine historischen Studien zertrümmert zu haben. Seinerzeit hatte freilich der Prinz Napoleon in einer eigenen Broschüre „Napoleon und seine Verkleinerer" Taine sehr scharf angegriffen; er schrieb: „Taine behandelt die Geschichte wie aufgespießte Insekten. Er sieht alles mit dem Auge des Kurzsichtigen, er arbeitet mit dem Vergrößerungsglas, und sein Blick verschleiert sich, sobald das Objekt, das er prüft, ein gewisses Maß übersteigt."

Angesichts der pazifistischen Bestrebungen der neuesten Zeit wurde nachgewiesen, daß Heinrichs IV. von Frankreich Plan zu einem ewigen Frieden nur eine Geschichtsfabel sei. Th. Kükelhans wies den Ursprung des Planes in den Memoiren des Herzogs von Sully nach (Allg. Ztg., 23. Nov.).

Die Benediktiner von Solesmes gaben seit 1889 die „Paléographie musicale" heraus. An der Spitze der Bewegung stand Dom Jos. Pothier, Verfasser der „Mélodies Grégoriennes" (1880). Es galt die Wiederherstellung des alten Chorals, der durch die Renässanz in seiner mittelalterlichen Reinheit gelitten hatte. Auf Grund dieser Arbeiten erfolgte dann später durch Papst Pius X. die eingreifende Reform.

Der Zeitungskorrespondent Otto Brandes wurde aus Frankreich ausgewiesen, weil er ein Mitglied der Familie Carnot beschuldigt hatte, auch an den Bestechungsgeldern der Panamagesellschaft teilgenommen zu haben.

Die Nachrufe an den blendenden Geist Renans bezeugten, daß es ihm an der synthetischen Anschauung fehlte.

Guy de Maupassant, der talentierteste Führer des französischen Naturalismus, starb im Irrenhaus.

Der französische Professor Charcot starb als Begründer der auf den Hypnotismus aufgebauten Richtung der Nervenpathologie.

Gegen die geplante Reform der französischen Orthographie protestierten die meisten Schriftsteller.

Die schöne Franziskus-Legende des vlaländischen Komponisten Edgar Tinel (1888) wurde auch in Berlin aufgeführt.

Eng-land. Durch die Differenzen zwischen Frankreich und Siam wurde auch England beunruhigt, denn es fürchtete Unruhen in seinen eigenen Besitzungen. Mit dem Deutschen Reiche verständigte sich England wegen des Hinterlandes von Kamerun. Dort in Afrika wurden auch die Matabele unter König Lobengula besiegt und deren Hauptstadt Buluwayo besetzt. Dem Emir von Afghanistan zahlte England Subsidien, damit er sein Land im englischen Interesse militärisch schützen könne. In Bombay gab es Straßenkämpfe zwischen Hindus und Muhammedanern. In Ägypten blieb man unentwegt sitzen. Hamilton forderte aber im Unterhaus (19. Dez.) die Verstärkung der englischen Flotte, denn Englands Seeherrschaft stehe auf dem Spiel. Die britische Flotte sei wohl noch so stark wie die russische und die französische zusammengenommen, aber der Bau großer Schiffe erfordere zweieinhalb bis drei Jahre und während dieser Zeit könne England überflügelt werden.

Im Innern blieb Irland eine unheilbare offene Wunde am Körper Großbritanniens, obwohl die Thronrede (31. Jan.) mit Befriedigung erklärte, der Belagerungszustand sei aufgehoben worden, und die agrarischen Verbrechen hätten sich vermindert. Gladstone brachte am 13. Februar die Homerulebill für Irland ein. Er erklärte, ein dauerndes Zwangsgesetz für Irland sei unmöglich. Bei Errichtung der Union (1801) seien Irland gleiche Gesetze wie England versprochen worden, dies Versprechen sei jedoch nie erfüllt worden. England werde durch längeren Widerstand gegen die gerechten Forderungen Irlands seine eigenen Kräfte erschöpfen. Es müsse vor allem eine legislative Körperschaft mit dem Sitz in Dublin für irische Angelegenheiten errichtet werden. Durch lokale Selbstverwaltung werde die Reichseinheit nur gestärkt. Die Oberherrschaft des Reichsparlaments werde nicht beeinträchtigt oder beschränkt. Dagegen protestierte aber die englisch-protestantische Bevölkerung von Ulster. 200 Delegierte kamen von dort nach London und erklärten, ein inländisches Parlament in Dublin nicht anzuerkennen. Man werde eher einen Bürgerkrieg beginnen. Im Londoner Parlament setzte eine gewalttätige Obstruktion gegen die Homerulebill ein; dagegen half das von der Regierung vorgeschlagene „Guillotinegesetz" sehr wenig. Es kam zu unerhörten Prügelszenen im Unterhaus. Ein Unionist rief: „Seit Herodes' Zeiten sah man solchen sklavischen Gehorsam gegenüber einem Diktator wie Gladstone nicht!" Der irische Nationalist Chamberlain schrie ihm das Wort „Judas!" zu. Darauf großartige Prügelei zwischen den beiden Parteien. Hüte wurden eingetrieben, Nasen zerschlagen. Einer erhält einen schweren Hieb über den Kopf, ein anderer wird zu Boden geworfen. Die Bill wurde am 1. September in dritter Lesung vom Unterhaus mit 301 Stimmen gegen 267 angenommen, aber im Oberhaus mit großer Majorität verworfen. Lord Salisbury sagte, es sei unwahr, daß durch die Bill die internationale Lage gebessert würde, im Gegenteil würde England dadurch die Kontrolle der irischen Küste verlieren. Er berief sich auf Macaulay. Irland.

Sonst wurde über den Bimetallismus verhandelt. Ein großer Kohlengrubenstreik wurde von der Regierung beigelegt. Eine neue „unabhängige Arbeiterpartei" forderte Abschaffung der Überstunden, der Stückarbeit, der Kinderarbeit, gesetzliche Arbeitswoche von 48 Stunden, Fürsorge für Kranke, Witwen und Waisen, Bestreitung der Wahlkosten und Besoldung aller Mitglieder gesetzgebender Köperschaften aus der Staatskasse, Abschaffung der Peerskammer, der Monarchie, der indirekten Besteuerung, abgestufte Einkommensteuer, kürzere Parlamentsperioden.

Über die Stellung des neuen Herzogs von Koburg als englischer Prinz, Enkel der Königin von England, fanden Erörterungen im Unterhaus statt, besonders wegen seiner Apanage.

Oscar Wilde, der englische „Ästhetomane", wurde von Paris aus berühmt. Er ging von der präraffaelitischen Bruderschaft aus, die vor und Wilde.

seit vierzig Jahren durch Rossetti, Millais, W. Morris, Watts, Madox Brown vertreten war. Diese Ästhetomanie wurde durch die burleske Oper von Gilbert-Sullivan „Patience" karikiert. Wilde trat am bezeichnendsten 1891 hervor mit dem „Bildnis von Dorian Grey", den „Intentionen" und dem „Haus der Granatäpfel". Wilde beklagte den Verfall der Poesie unter dem Einfluß der naturalistischen Doktrin.

Wilfrid Ward schilderte die katholische Wiedergeburt in England am Leben seines konvertierten Vaters William George Ward; das Buch war der zweite Teil der Schilderung von Wards anglikanischer Periode, besprochen in den „Historisch-politischen Blättern", 112, 793 ff.

In London erschien das Buch „Die Nachfolge (Imitation) Buddhas", ein Zeichen der starken buddhistischen Propaganda jener Jahre.

Isabel Burton schilderte das Leben ihres auf dem Todbett katholisch gewordenen Gatten Sir Richard Burton. Er starb als Konsul in Triest. Über den Einheitsstaat Italien urteilte er vernichtend. „Eine italienische Politik gibt es nicht. Die Verwaltung ist schmachvoll. Die Freiheit hat dem reizenden Land alle Roheit des Nordens gebracht, aber ohne dessen Tugenden. Das Messer ist König. Der alte Genius lebt in unerfüllbaren politischen Träumen."

Spanien. Anarchistische Dynamitattentate kamen auch in Spanien vor. So auf den Marschall Martinez Campos in Barcelona und bei der Einweihung eines Theaters in Barcelona, wo während der Aufführung des „Tell" zwei Bomben in das Parterre geworfen wurden, die 23 Personen töteten und 45 verwundeten. Sechs Anarchisten wurden als Täter verhaftet.

Schweiz. Auch die Schweiz hielt ein Anarchistengesetz für geboten. Es wurde auch eine schärfere Kontrolle der Ausländer, besonders russischer Studenten und Studentinnen, durchgeführt. Der Kanton Schaffhausen beschloß Wiedereinführung der Todesstrafe. Das Recht auf Arbeit wurde durch Volksabstimmung der Schweizer Verfassung eingefügt. In Bellinzona wurde zum erstenmal nach dem Proportionalsystem gewählt. Bei den Exzessen in Bern zwischen italienischen und einheimischen Arbeitern wurden Truppen aufgeboten; es gab viele Verwundete. Die Bernische Regierung verbot das Tragen oder Aufpflanzen roter Fahnen an öffentlichen Orten bei Strafe.

Sozialistenkongreß. In Zürich tagte vom 6. bis 12. August ein internationaler Arbeiter- oder Sozialistenkongreß. Bürkli, der Vorsitzende des Grütlivereins, sprach zur Eröffnung: „Das, was die Bourgeoisie längst versprochen, aber nicht gehalten hat: Friede, Freiheit und die Wohlfahrt aller zu fördern, diese Aufgabe hat sich das internationale Proletariat gestellt. Der Kapitalismus hat es dahingebracht, daß Europa in Waffen starrt unter dem Vorgeben, daß der äußere Feind ferngehalten werden muß. In Wahrheit gilt es, das Proletariat von der Erringung seiner Rechte und Freiheiten fernzuhalten. Der Kapitalismus erhält die Massen in Elend und geistiger Knechtschaft, er hat die Wälder verödet, den Boden ausgesaugt, das Klima verschlechtert, Dürre, Überschwemmungen, Stürme herbeigeführt, alles nur des Profites halber. Dantes Hölle weist nicht so viel Elend auf, als der Himmel des Kapitalismus . . . Die Vertreter des internationalen Proletariats erhalten hier in der Schweiz mit ihren demokratischen Volks-

einrichtungen ein kleines Vorbild von der Gestaltung der zukünftigen vereinigten Staaten Europas, der dereinstigen Weltrepublik." Es wurde eine von Karl Henckel gedichtete, von Jos. Scheu (Wien) komponierte Begrüßungshymne vorgetragen. Die Redner sprachen in ihrer Landessprache; die Reden wurden stets sogleich in die drei Hauptsprachen französisch, englisch und deutsch übersetzt. Nach jedem Redner folgte ein Gesangsvortrag. Ein großer Tumult erhob sich über die Frage, ob Anarchisten und Unabhängige am Kongreß teilnehmen dürften. Bebel war sehr energisch dagegen, auch gegen die „Jungen". Die Franzosen dafür. Es waren auch viele Nihilisten anwesend. Endlich wurden durch Beschluß die Anarchisten und Unabhängigen ausgeschlossen und nach einer heftigen Schlägerei hinausgeworfen, nicht ohne körperliche Verletzungen. Die Ausgeschlossenen protestierten: der Kongreß habe das Recht verloren, sich „internationaler Arbeiterkongreß" zu nennen. Bei Prüfung der Mandate wurden 65 aus England, 101 Schweizer, 92 Reichsdeutsche, 38 Franzosen, 34 Österreicher, 10 Ungarnkroaten, 21 Italiener, 10 Polen, 17 Belgier, 1 Australier, 2 Bulgaren, 2 Dänen, 2 Spanier, 2 Amerikaner, 6 Holländer, 5 Rumänen, 1 Russe, 1 Serbe, 1 Norweger anerkannt. — Die Militärkommission schlug vor, eine Kriegserklärung mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung zu beantworten oder mit Dienstverweigerung. Die Deutschen erklärten aber ganz doktrinär marxistisch, daß mit Aufhebung der Klassenherrschaft der Krieg von selbst verschwinde. „Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede." Plechanow aus Petersburg erklärte den Zarismus als größten Feind aller Kultur. Wenn die Deutschen in Rußland einmarschierten, dann würde sie das russische Volk als Befreier begrüßen, wie man vor hundert Jahren das französische Revolutionsheer begrüßte. Es sei eine Schmach, daß die französische Republik nun aus Deutschenhaß auf den Knien rutsche vor dem Zarismus, der Polen unterjocht hat. (Stürmischer Widerspruch der Franzosen.) Man beschloß, alle militärischen Forderungen seien zu verweigern und Anträge auf Abrüstung zu stellen. — Dem 1. Mai sollte ein bestimmter ökonomischer Charakter der Forderung des Achtstundentages und der Bekundung des Klassenkampfes gewahrt bleiben; er habe daher als gemeinsamer Demonstrationstag der Arbeiter aller Länder zu gelten, als Bekundung ihrer Solidarität.

Spitteler.

Des Schweizer Dichters Karl Spitteler (Felix Tandem) Werke zeigten Ähnlichkeit mit Nietzsches Grundanschauungen, ohne von ihm abhängig zu sein. Seine „Extramundana" sind der Gipfel der Blasphemie. Die Schöpfung wird als zuchtlose Stümperei betrachtet. Mir war der Mensch seiner Unechtheit wegen immer antipathisch und es war mir eine Erleichterung, als er sich bei Beginn des Weltkriegs vom Deutschtum auf skandalöse Weise lossagte.

Jakob Baechtolds Werk „Gottfried Kellers Leben" war ganz auf den daselbst wiedergegebenen Briefen und Tagebüchern aufgebaut, nach derselben anschaulichen Methode, der auch ich hier in meiner Darstellung der Weltgeschichten zu folgen suche.

Während in Zürich die Sozialdemokraten und zum Teil auch Anarchisten von der Züricher Regierung nicht gehindert wurden, gegen alle Regierungen und die ganze bestehende Gesellschaft zu agitieren, wurde darüber Lärm geschlagen, daß ein Schweizer Jesuit in seiner Heimatgemeinde im Aargau sich herausnahm, eine Predigt zu halten.

In Lausanne tagte ein internationaler Kongreß zur Bekämpfung unsittlicher Literatur.

Nik. v. Salis-Soglio schilderte „die (20) Konvertiten der Familie von Salis".

Luxemburg. Als sich der Erbgroßherzog Wilhelm von Luxemburg vermählte, wurde für die Nachkommenschaft katholische Erziehung festgesetzt. Die Braut war eine Prinzessin von Braganza; der Verbindung entstammten nur Töchter.

Island erhielt eine eigene Legislatur und Verwaltung in Union mit Dänemark.

Norwegen. Das norwegische Storthing kündigte die Konsulatsgemeinschaft mit Schweden. Die Interessen der beiden seit 1814 unierten Länder gingen immer mehr auseinander. Norwegen neigte zu England, Schweden zu Deutschland; es entstand sogar das Gerücht von einem Anschluß Schwedens an den Dreibund.

Rußland. Rußland litt an der Cholera und an der Mißernte, was dessen politische Aktivität wohltätig dämpfte. Der Zar begnügte sich damit, den Grundstein zum neuen Kriegshafen Libau zu legen und dem Sultan ein Album zu übermitteln, das die künstlerisch ausgeführten Abbildungen sämtlicher Schiffe der russischen Flotte im Schwarzen Meer enthielt. Der Name der Stadt Dorpat wurde in Jurjew, der von Dünaburg in Dwinsk russifiziert. Es war von Attentaten die Rede. Wegen fortgesetzter Verfolgung der Juden in Rußland belegte das Londoner russisch-jüdische Komitee alle russischen Wertpapiere mit dem Anathem und forderte alle jüdischen Bankiere, Bankdirektoren, Makler, Wechsler in Europa auf, sich zusammenzutun, um russische Anleihen, Regierungswerte, überhaupt den russischen Handel zu boykottieren.

Graf Leo Tolstois Abhandlung „Das Nichttun" war gegen Zolas Rede an die französische Jugend gerichtet. Tolstoi bestritt den hohen Wert der Wissenschaft und der Arbeit, die Zola als Heilmittel gegen die Schäden der Zeit empfahl.

Bulgarien. Bulgarien, Rußlands gefährlichster Gegner, konsolidierte sich trotz Rußlands Mißgunst und verstand sich immer besser mit den andern Mächten, auch mit der Türkei. Der oppositionelle Metropolit Klement wurde verbannt. Graf Hartenau, ehemals Fürst Alexander von Bulgarien, in Graz gestorben, wurde mit höchsten Ehren in Sofia beigesetzt.

Die Verheiratung des dreiundreißigjährigen Fürsten Ferdinand von Bulgarien mit der ältesten Tochter des ehemaligen Herzogs Robert von Parma aus dem Hause Bourbon bedeutete eine Stärkung seiner politischen Stellung durch die weitverzweigte Verwandtschaft der Familie Parma und besonders durch deren enge Beziehung zum Haus Österreich. Um vorauszugreifen, war die Gemahlin des Fürsten von Bulgarien, die 1870 geborene Prinzessin Maria Luise Pia, eine Stiefschwester der 1892 geborenen Prinzessin Zita, später Kaiserin von Österreich.

Rumänien. In Sigmaringen fand die Hochzeit des Thronfolgers von Rumänien mit der Prinzessin Marie von Edinburg statt. Kaiser Wilhelm und der König

von Rumänien waren dabei anwesend. Sonst waren auch als Zeugen und Ehrengäste England und Rußland vertreten. Die Verbindung des rumänischen Thronerben mit einer Enkelin der Königin von England, einer Base des Deutschen Kaisers und Nichte des Zaren wurde als bedeutender Erfolg der sechsundzwanzigjährigen Politik des Königs Karol angesehen. Die Trauung geschah in der katholischen Kirche durch den Erzabt der Benediktinerabtei Beuron und den Stadtpfarrer von Sigmaringen.

Über die Mission Rumäniens schrieb ein rumänischer Staatsmann das Buch: „Die Rumänen in der europäischen Völkerfamilie" (Bukarest 1893).

Der Kanal durch den Isthmus von Korinth wurde am 6. August durch den König von Griechenland eröffnet.

Man glaubte, den Schädel des Sophokles gefunden zu haben. Virchow behandelte ihn kraniologisch (Allg. Ztg., 25. Juli).

Montenegro. Fürst Nikita von Montenegro gab einen neuen Band Gedichte heraus: „Sänger und Fee." Infolgedessen ernannte ihn die Belgrader Akademie der Wissenschaften und Künste zum Ehrenmitglied. — Zu einem großen slawischen Fest in Cetinje wurden alle slawischen Vereine und Stämme geladen. Es handelte sich um Begehung des vierhundertjährigen Gedenktages, seit aus der Buchdruckerei des Klosters des hl. Nikolaus zu Obodgrad in Montenegro das erste slawische, mit zyrillischen Lettern gedruckte Kirchenbuch gedruckt wurde (1493), also überhaupt das erste slawische Druckwerk. Der montenegrinische Fürst Iwan Crnojewitsch hatte 1484 aus Venedig eine Buchdruckerei mitgebracht. Nach Rußland kam die Buchdruckerkunst erst 1564.

Serbien. Der junge König Alexander von Serbien erklärte sich durch einen Staatsstreich für großjährig, ließ die Regenten verhaften, beeidete die Truppen, ernannte ein neues Ministerium und erließ eine Proklamation an das serbische Volk „im Vertrauen auf den glücklichen Stern der Obrenowitsch". Die liberale Partei stellte sich ganz auf seine Seite. Selbst der Prätendent Peter Karageorgewitsch richtete an den König ein Danktelegramm, weil dieser einen Lorbeerkranz auf das Grab Karageorgs, des Stifters der Unabhängigkeit Serbiens, niedergelegt hatte. Der Exkönig Milan versöhnte sich wieder mit Königin Natalie; die Scheidung der Ehe wurde für widerrechtlich erklärt.

Türkei. Die türkische Regierung erteilte einer deutschen Gesellschaft die wichtige Konzession zum Bau einer großen Orientbahn, die über Kleinasien nach Mesopotamien (Bagdad) gehen sollte. — Mit den Armeniern hatte man immer Streit. — Die englische Besetzung Ägyptens wurde verstärkt, obwohl sich Gladstone früher gegen diese Okkupation ausgesprochen hatte. Vergebens richtete Frankreich eine Note an England zur Wahrung der Unabhängigkeit des Khedive. — Am 27. November 1892 fuhr der erste Zug der anatolischen Eisenbahn in Angora ein. Der Bahnbau war eine Folge des Vertrags, den die Deutsche Bank im Oktober 1888 mit der türkischen Regierung abschloß. — In Jerusalem wurde am 31. Oktober der Grundstein zur deutschen evangelischen Kirche gelegt.

Amerika. Präsident Cleveland war nicht blind für die Schwächen des nordamerikanischen Staatswesens. Er meinte beim Antritt seines Amts (4. März), man müsse bei allem Stolz und Enthusiasmus über das Wachstum der Union doch auch jedes Symptom gefährlicher Schwäche beobachten. „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die ungeheuren Errungenschaften unseres Volkes Anlaß zu einer Sorglosigkeit gegeben haben", und zwar vor allem, was die unerbittlichen Gesetze der Finanzen und des Handels betrifft. „Eine nicht geringe Gefahr ist die Neigung im Volk, von der Regierung besondere persönliche Vorteile zu verlangen", dies „Patronagesystem". „Dies ist der Fluch der republikanischen Institutionen und bildet eine beständige Gefahr für unsere Regierung durch das Volk. Es erniedrigt für die Zwecke verschlagener Leute den Plan der Regierung, den uns unsere Väter hinterlassen haben. Es verdirbt die patriotischen Gesinnungen unserer Landsleute und verführt sie zu einer bedauernswerten Spekulation unseres Volkes auf schmutzigen Gewinn, der nur durch die Unterstützung der Regierung zu erlangen ist. Es untergräbt das Selbstvertrauen unseres Volkes und setzt an dessen Stelle die Abhängigkeit von der Gunst der Regierung. Es erstickt den wahren Geist des Amerikanismus. Man sollte diese Lehren des Patronalismus vergessen." Daher „Ablehnung der Prämien und Subventionen, der Pensionen" u. s. w. Dann wandte sich Cleveland gegen die Trusts und Ringe: „Die Anhäufung von Unternehmungen und Vereinigung von geschäftlichen Interessen zum Zweck der Preisbestimmung ist unvereinbar mit der freien Arbeit, mit gesetzmäßiger Konkurrenz. Diese Vereinigungen und Trusts sind Verschwörungen gegen die Interessen des Volkes, unnatürlich und der Redlichkeit zuwider." Dann sprach er von den Schwarzen und den Indianern als einem andern Problem. Er kam wieder darauf zurück, man müsse „den Geist des abscheulichen Parasitismus und die servilen Tendenzen in betreff der Regierungsgunst bekämpfen".

An den Kongreß in Washington richtete Präsident Cleveland am 7. August eine ernste Botschaft, darin er es für die nächste Pflicht erklärte, die gegenwärtigen Übelstände zu mildern und „unsere unglückliche finanzielle Lage" zu bessern. „Allerorten ist plötzlich geschäftliches Mißtrauen und Furcht aufgetaucht, zahlreiche Geldinstitute haben ihre Zahlungen eingestellt, frühere feste Werte haben jetzt nur einen unsicheren. All dies ist die Folge des Gesetzes über die Silberprägung. Das Ergebnis ist ein ganz anderes als das voraus berechnete gewesen. Das Silber ist ungemein im Wert gesunken, so daß man die Goldreserve angreifen mußte . . . Das Volk hat ein Recht zu verlangen, daß ein Gesetz aufgehoben wird, das die Probe dreier Jahre verdammt hat." Das geschah denn auch im Repräsentantenhaus und im Senat, worauf aber das Silber nur noch mehr fiel.

Die Annexion von Hawaii, die sein Vorgänger Harrison angeordnet

hatte, hob Cleveland wieder auf. Dort war eine Revolution gegen Liliuokalani, die Witwe des Königs Kalakaua, ausgebrochen.

Die Weltausstellung in Chicago wurde am 1. Mai eröffnet. Auffallend war die Begnadigung der Chicagoer Anarchisten, gleichzeitig mit der Enthüllung des stattlichen Denkmals für die hingerichteten Anarchisten mit der Inschrift: „Unser Schweigen wird mächtiger sein, als es Worte sein können."

Über die mit Rußland streitige Robbenfischerei im Behringsmeer erfolgte das Urteil des Schiedsgerichts.

Im Bürgerkrieg in Brasilien verhielt sich die Union neutral. Sie bekundete ein großes Interesse an der Fertigstellung des Kanals von Nikaragua.

Das Repräsentantenhaus von Neu-Seeland erteilte allen Frauen, Engländerinnen wie Maori, das Wahlrecht.

Ein Weltkongreß der Religionen wurde am 11. September zu Chicago eröffnet. Auf der Plattform saßen Kardinal Gibbons, Erzbischof Feehan und andere katholische Prälaten, Würdenträger der griechischen Kirche, Rabbiner, Buddhisten, Brahmanen, Japaner. Auch der ehemalige Hofprediger Stöcker hielt einen Vortrag über „das Volk der Reformation diesseits und jenseits des Meeres". Chicago.

Das Flatöbuch, das kostbare Dokument der früheren Entdeckung Amerikas durch Norweger, war in Chicago in photographischer Nachbildung ausgestellt.

Die Deutschen feierten auf der Weltausstellung in Chicago einen „Deutschen Tag" mit Festzug.

Die Weltausstellung in Chicago lenkte die Blicke Europas nach der neuen Welt in verstärktem Maße. Das alte Europa wurde ja von Jahr zu Jahr abhängiger von den Verhältnissen der Vereinigten Staaten Nordamerikas. Was in Mitteleuropa das Getreide kostete, hing vom Ausfall der dortigen Ernte ab. Der Silberpreis wurde von der wechselnden amerikanischen Währung bestimmt; die Baumwollspinnereien Europas hingen vom amerikanischen Zolltarif ab. Klaren, ziffermäßigen Aufschluß über amerikanische Verhältnisse gab das Buch: „Die Vereinigten Staaten Nordamerikas in der Gegenwart, seine Institutionen und Ideen seit dem Sezessionskrieg, von Claudio Jannet und Walter Kämpfe" (1893). Jannet war Professor der Sozialökonomie an der katholischen Universität (Institut catholique) in Paris. Man blickte hier in die Rassenverhältnisse hinein, in die Kluft zwischen Reichtum und Armut, in die Herrschaft des allmächtigen Dollars, in die dadurch bedingte Korruption des öffentlichen Lebens und der Sittlichkeit der Gesellschaft, in den Zerfall des Familienlebens, in die Gefahren des Alkoholismus. Das Buch hatte vor drei Jahren im französischen Original (2. Aufl.) gewaltigen Eindruck gemacht. Kämpfe (in Salzburg) benutzte zu seiner deutschen Bearbeitung die neueste Literatur. Anschaulich wurden die Wirkungen des allgemeinen Stimmrechts, die Herrschaft der politischen Schwindler, die korrupte Politik der Geldleute, die Bestechlichkeit der Richter, die Käuflichkeit der Presse geschildert. Aber auch der Aufschwung des Katholizismus seit einem halben Jahrhundert wurde als bedeutsame Tatsache gewertet. „Erst seit wenigen Jahren breitet sich sein organischer Bau über die ganze Union aus und bilden die Gläubigen in einigen Staaten kompakte Massen ... Die katholische Kirche trägt alles in sich, dessen es bedarf,

um die sozialen und moralischen Wunden jenes Volks zu heilen. Obgleich sie die republikanische Regierungsform anerkennt, bekämpft sie alle revolutionären Irrtümer und unterhält in Familie und Staat den heute so arg geschädigten Geist der Achtung. Der Katholizismus ist zugleich Religion und Schule der Sozialwissenschaft. Tocqueville zeigte großen Scharfblick, als er auf die Verwandtschaft zwischen Katholizismus und Demokratie hinwies und die Ausbreitung vorhersah, die er in den Vereinigten Staaten gewinnen würde . . . Aber das größte Hindernis für seine Wirksamkeit bleibt die heidnische Atmosphäre in der nordamerikanischen Gesellschaft. Das Wort und die Presse sind zügellos. Die blasphemischen Angriffe gegen das Christentum bleiben ungestraft. Alles wird in Frage gestellt, das Böse genießt fast dieselbe Freiheit wie das Gute. Romane verwirren den Geist der jungen Leute. Der Materialismus bricht sich Bahn. Die Sittenverderbnis, die politische Bestechlichkeit, die finanzielle Unredlichkeit durchbrechen alle Schranken. Selbst die Frauen sind davon erreicht, so daß die Familie dadurch zerstört ist." Günstig ist die größere Fruchtbarkeit der katholischen Familien und ihre guten Sitten. Auch umfaßt die katholische Kirche mehr als jede protestantische Religionsgesellschaft alle Klassen. Das monarchische Prinzip der Kirche behält die Oberhand über die republikanischen Tendenzen, die einzudringen drohten (Hist.-pol. Bl., 112, 930 ff.).

In Amerika bildete sich auch eine christliche Frauen-Temperenzunion, und es wurde in amerikanischestem Stil ein Frauentemperenztempel in Chicago gebaut.

Als eine Neuyorker Wochenschrift ihre Leser aufforderte, die zehn besten amerikanischen Bücher anzugeben, erhielten Emersons Essays die meisten Stimmen.

Berdrow berichtete in der „Allgemeinen Zeitung" über die Vorgeschichte und derzeitige Katastrophe der Northern Pacific-Eisenbahn (22. Nov.).

Der amerikanische Gelehrte R. J. Garner wollte die Sprache der Affen erforscht haben; er stellte gewisse Laute für Begrüßung, Futter, Verlangen, Trinken, schlechtes Wetter, Zuneigung, Nein, Warnung fest und gebrauchte sie selbst im Verkehr mit einem südamerikanischen Kapuzineräffchen. Die Sache stellte sich als Humbug heraus.

Ein treffendes Bild amerikanischen Geistes gibt das projektierte Börsengebäude für Chicago, elfstöckig, aber von guten Verhältnissen (Ill. Ztg., 24. Juni).

Afrika. Der methodistische Bischof von Südafrika Arnett protestierte auf dem Kongreß zu Chicago gegen das Verhalten der europäischen Mächte gegen den dunklen Erdteil. Aber sein Grundsatz „Afrika für die Afrikaner" bedeutete im englischen Munde: Hinaus mit allen andern Nationen als den Briten! Auch ein Japaner erhob Einspruch gegen das Verfahren der Europäer gegen Japan und erklärte daraus den Widerstand gegen die christlichen Missionen.

Japan. Der Mikado von Japan beschloß, den Bedarf für die Flotte durch Ersparnisse an der Zivilliste und den Beamtengehalten aufzubringen.

Das Jahr 1894.

Lueger und die Christlichsozialen in Österreich. Die kirchenpolitischen Gesetze in Ungarn. Polnische Demonstrationen in Lemberg. Aussöhnung des Deutschen Kaisers mit Bismarck. Der neue Reichstagsbau. Bismarckreden. Polenreden des Kaisers Wilhelm und Bismarcks. Gegen den Umsturz. Fürst Chlodwig Hohenlohe wird Reichskanzler. Gustav-Adolf-Feste. Die neue Agende. Aufgeben des konfessionellen Charakters. Päpstliche Kundgebungen. Der Anarchismus in Italien und Frankreich. Ermordung Carnots. Präsident Casimir-Perier. Dreyfus. Der „neue Geist" in Frankreich. Timbuktu erobert. Zolas „Lourdes". Premierminister Rosebery. Englisch-russische „Entente". Reclus. Tod des Zaren Alexander III. Zar Nikolaus II. Japanisch-Chinesischer Krieg um Korea.

Österreich.

Es mag sonderlich erscheinen, daß ich für die folgenden Jahre den Entscheidungskampf um die christlichsoziale Idee in Österreich als solche heraushebe aus dem sonstigen weltgeschichtlichen Zusammenhang. Es mag unberechtigt erscheinen, daß einer lokalen, vorerst auf Wien und Niederösterreich beschränkten Bewegung eine solche weltgeschichtliche Bedeutung zugesprochen wird. Und doch ist es notwendig, dieses neue, charakteristische Moment in dieser auszeichnenden Weise hervorzuheben. Vorerst tritt der persönliche Träger dieser starken Idee, Karl Lueger, als stärkste historische Persönlichkeit nach und neben Bismarck auf. Damit soll über die Größe dieser und anderer Persönlichkeiten kein Werturteil oder Maßurteil gefällt werden; es soll nur aufmerksam gemacht werden auf das schwer zu definierende Mysterium des Persönlichen, das sich unberechenbar manchmal aus den Tiefen des Weltganzen emporhebt, unvergleichlich, unersetzlich, in gutem oder bösem Sinn herausfordernd, ein Stein des Anstoßes, — Homer und Goethe nennen das „dämonisch" im Sinn von irrational, von unberechenbar. Dieser starke persönliche Träger, hier Lueger, wird in ebenso unberechenbarer Weise zum Vertreter einer Idee, fast ohne es zu wollen, ohne sie zu suchen, wie von einer höheren Macht geschoben. Es gilt, diese Idee, die christlichsoziale im Luegerschen Sinn, als eine der bedeutendsten und wichtigsten für das politische und soziale Leben zu erweisen. Es ist die Idee oder die Erkenntnis, daß der Bestand des Staates und der Gesellschaft wohl auf allen Ständen beruht, in unserer Zeit aber zumeist seinen Hort weder bei den Proletariern, noch beim Bourgeois im kapitalistischen Sinne findet, sondern beim sogenannten „kleinen Mann", dem Handwerker, dem Kleingewerbtreibenden, dem Kleinhändler, dem Kleinbauern u. s. w. Ich habe besonders im 2. Band dieser Geschichte bei der Schilderung der Revolutionskämpfe von 1848 und 1849 darauf aufmerksam gemacht, wie damals ohne Zutun des Bourgeois, des Militärs, des Adels und anderer Stände das damals in der Vollblüte seines Selbstbewußtseins stehende kommunistische Proletariat, das Proletariat des marxistischen kommunistischen

Lueger.

Manifests, vom kleinen Mann, dem „Epicier", dem Greisler, in der Nationalgarde aufs Haupt geschlagen wurde, und zwar meines Erachtens entscheidend und für immer. Niemals hat sich wieder der Kommunismus, oder, wie er sich seitdem nannte, die Sozialdemokratie zur gleichen Energie aufschwingen können wie in der kritischen Zeit vor der Februarrevolution. Es gehört zu den folgenschwersten Irrtümern und Täuschungen der folgenden Jahrzehnte, daß man dies nicht erkannte. Nur so konnte die Sozialdemokratie so stark erwachsen, obwohl ihr nur eine Scheinmacht innewohnte, freilich eine um so gefährlichere Macht, da sie nicht auf realer Grundlage beruhte. Auch in der Arbeitergesetzgebung im neuen Deutschen Reich trat die wahre Erkenntnis nicht genügend hervor. Bismarck hatte wiederholt aus opportunistischen Gründen in seinem Verhalten zum Sozialismus geschwankt. Es ist nun das große geschichtliche Verdienst Karl Luegers, dies Geheimnis am klarsten von allen erkannt, erfaßt und praktisch ausgewirkt zu haben. Wenn ich das hier so stark hervorhebe, stärker als es bei dem beschränkten Erfolg der genialen Politik Luegers berechtigt erscheint, so geschieht es auch aus einem eminent praktischen Grund. Denn ich glaube in dieser geschichtlichen Darstellung gerade durch die Aufdeckung und Betonung des wahren Sachverhalts der Zeit den größten Dienst zu leisten und möglicherweise einer weiteren Überschätzung und Großziehung des sozialdemokratischen Wahnes vorbeugen zu können. Hier wie in allen Dingen kann nur die Wahrheit nützen; aber allerdings kann die Wahrheit verdunkelt und deshalb nutzlos gemacht werden; und das ist auch geschehn. Lueger und seine Freunde sahen die Verdunkler der Wahrheit hauptsächlich im Judentum; daher trat der christliche Sozialismus nach außen am schreiendsten und beschrieensten als Antisemitismus auf. Am wichtigsten aber ist die Erkenntnis Luegers, daß eine soziale Reform nur auf dem Grund des praktischen christlichen (katholischen) Bekenntnisses erfolgen kann, im Gegensatz zum Marxismus, der irrtümlicherweise auf dem Materialismus fußt. All das will ich in diesen weltgeschichtlichen Annalen nur andeuten; denn ich behalte mir vor, nach deren Abschluß ein eigenes Werk der Geschichte der christlichsozialen Bewegung und ihrem Mittelpunkt, der Person Luegers zu widmen.[1])

Windisch-Grätz.

Schon im Jänner kam es im niederösterreichischen Landtag und im Wiener Gemeinderat zu stürmischen Szenen zwischen Liberalen und Antisemiten. Ministerpräsident Fürst Windisch-Grätz erklärte einer allzu ängstlichen Deputation des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, die Regierung werde an der Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften festhalten. Am 25. Februar starb plötzlich der liberale Bürgermeister von Wien, Dr. Prix. Sein Tod war ein großer Schlag für die liberale Partei. Er hatte Großwien

[1]) Dies Buch „Lueger und der christliche Sozialismus" ist indessen (Januar 1920) auch schon im Manuskript fertiggestellt worden.

geschaffen (1890), stand aber bereits dem aussichtslosen Kampf mit den Christlichsozialen gegenüber. Er fand innerhalb seiner Partei keinen Nachfolger von Bedeutung.

Im Abgeordnetenhaus trat Lueger im April gegen den Duellzwang der Offiziere auf. Der Landesverteidigungsminister Graf Welsersheimb gebrauchte über das Armeeduell die lahme Ausrede: Wenn alle Gesetze früherer Zeiten und die schärfsten Strafen das „Duellunwesen" auszumerzen nicht vermochten, würde dies auch durch Parlamentsbeschlüsse nicht gelingen. Das Duell werde nicht in der Armee begünstigt, die Ehrengerichte verhinderten in weitaus den meisten Fällen das Duell. Aber der Kern des Unfugs war, daß ein Offizier dennoch seine Stelle verlor, wenn er sich auch nur prinzipiell gegen das im Militärstrafgesetzbuch verbotene Duell aussprach. Ein Staat, der seine Untertanen zwingt, die Staatsgesetze zu verletzen, hebt sich selbst auf. Gott sei Dank, daß dieser widervernünftige Duellzwang seit 1917 aufgehoben ist. Spät genug.

Wiener Katholikentag. Lueger.

Lueger trat auch auf dem niederösterreichischen Katholikentag zu Wien, 12. und 13. November, mit einer bedeutenden Rede auf; sie war ganz kurz, aber „jeder Satz war gleich einem kräftigen Hammerschlag an eine große Glocke" und ergriff die Versammelten wie die Offenbarnng eines neuen Geistes. Es war vielleicht die stärkste Rede von allen, die wir hier schon verzeichnet haben. So lautete seine Begrüßung im Namen des katholischen Volkes von Wien und Niederösterreich: „Sie bekunden, daß sie es für notwendig halten, an der Organisation des katholischen Volkes fortzuarbeiten, damit die Gefahren abgewendet werden, welche unserer Kirche, unserem Volke von allen Seiten drohen. Sie bekunden, daß Sie eingedenk der Mahnungen unseres Heiligen Vaters in Rom, jenes erhabenen Geistes, welcher, trotzdem dem Päpstlichen Stuhle rohe Gewalt alle irdische Macht geraubt hat, dennoch der mächtigste Herr auf Erden geblieben ist, jenes edlen Geistes, vor dem sich ein Bismarck gebeugt hat und welchen jetzt sogar ein Crispi um Hilfe anbettelt, damit der Beraubte, der Gefangene des Vatikans, helfe, jener Not zu steuern, welche die Kirchenräuber über Italien heraufbeschworen haben. Sie bekunden, daß Sie es nicht dulden können, daß die katholische Religion nur als dienende Magd des Staates behandelt werde, deren alleinige Aufgabe es wäre, die polizeiliche Macht zu unterstützen, damit der Notschrei des unterdrückten Volkes nicht gehört werde. Nein, nicht die Kirche ist es, welche der Unterstützung des Staates bedarf; die Kirche ist ewig und unverletzlich, der Staat ist es, welcher das Christentum notwendig hat. Wir wollen die Freiheit der Kirche, indem sie nur dann ihre hohe Aufgabe ganz zu erfüllen in der Lage ist. Wir achten gern die Rechte, welche die Päpste unserem erhabenen Monarchen im gerechten Vertrauen auf seinen frommen Sinn eingeräumt haben, aber es erfüllt uns mit Trauer, wenn wir sehen, daß wie in Ungarn Freimaurer und erklärte Kirchenfeinde auf die Ernennung von Bischöfen einen maßgebenden Einfluß haben. Wir werden die Freiheit der Kanzelrede gegenüber jeder unberechtigten Einmischung der weltlichen Gewalt verteidigen.

Wir kennen nicht die Furcht vor den Juden. Wir kennen Gottesfurcht, aber Menschenfurcht nie und nimmer. Die Geschichte lehrt uns, wie überall, wo ein Staat ohne Religion aufgebaut werden wollte, an die Stelle des Rechtes die brutale Gewalt des Stärkeren getreten ist. Wir haben es trauernd miterlebt, wie an die Stelle der christlichen Weltanschauung die materialistische trat. Die Erfindungen des menschlichen Geistes wurden ebensoviele Mittel zur Knechtung des Volkes. Die Worte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, waren der betäubende Trank, den man den Völkern einflößte, damit sie nicht erkennen, daß sie mit den Ketten der Kapitalsmacht gefesselt wurden. Aus tausend Wunden blutete das Leben der Menschheit; da richteten sich die Augen Hilfe suchend auf den heiligen, wundenbedeckten Leib am Kreuze, sie erkannten wieder die Religion der Liebe, der Gerechtigkeit und des Allerbarmens im Gegensatz zur unerbittlichen Herrschaft des Mächtigen über den Schwachen; sie erkannten wieder, daß die Religion dem Reichen Pflichten auferlegt und dadurch ein Schutz ist für die Armen und Unterdrückten der Menschheit. Trost kehrte ein in die Herzen der Menschen und ihre Lippen sprachen wieder den schönen Gruß, den eine fromme Mutter sie in ihrer Kindheit gelehrt hat, den Gruß, mit dem einmal die Sozialdemokraten mich zu verhöhnen glaubten, jenen Gruß, von dem aber ich glaube, daß er unser schönster Schlachtruf ist; jenen Gruß, von dem ich glaube, daß er einst der Sieges- und Glücksruf für unsere ganze Menschheit sein wird, jenen Gruß, mit welchem auch ich Sie jetzt begrüßen will: Gelobt sei Jesus Christus!"

Pater Freund.

Der Redemptoristenpater Freund sprach darauf über die katholische Schule und den Katholischen Schulverein: „Wir Katholiken stehen nicht an den Türen der Machthabenden, um Gnade, Erbarmen und Einlaß flehend, sondern wir verlangen unser Eigentum zurück. Die Simultanschule ist die Brutstätte des Indifferentismus, und aus ihm ergibt sich der Atheismus . . . Im Katholizismus wurde Österreich geboren, im Katholizismus wurde es groß, im Katholizismus hat es seine Siege erfochten und darum ist auch der Katholizismus immerdar Österreichs Hort und Leben." — Prinz Alois Liechtenstein sprach über die soziale Frage. Er verlangte Gesetze zu dreifachem Zweck: 1. um dem noch besitzenden Teil des arbeitenden Volkes sein bedrohtes Eigentum zu erhalten, 2. den Besitzlosen eine Besserung des Arbeitslohnes und einen festen Besitz wieder zu verschaffen und 3. die Übermacht des Geldes zu brechen durch staatliche Regelung des Kredits. Er empfahl die Einigkeit der beiden katholischen Parteien. „Diese Einigkeit besteht bezüglich des Zieles, den Liberalismus zu stürzen. Die Zukunft wird lehren, ob der Erfolg der Diplomatie (der Konservativen) jenen der Agitation (der Christlichsozialen) überflügeln wird. Ich bin der Meinung, daß nur Agitation die gute Sache vorwärtsbringen wird." — Graf Silva-Tarouca, von den Liberalen der schwarze Mirabeau genannt, sagte, daß „unsere Bestrebungen allerdings eine schwarze und schwarzgelbe Reform intendieren". Er referierte über Organisationsfragen. Es gelte, den zersetzenden Geist zu ersetzen durch die Religion. Wenn die Katholiken einig seien, gebe es keine feindliche Macht, die stark genug wäre zu verhindern, daß in Österreich wirklich katholisch regiert werde. — Dr. Pattai forderte den christlichen Staat gegen den Anarchismus,

Liechtenstein.

Pattai.

diese äußerste Folge des Liberalismus, darin die Juden den dominierenden Einfluß haben. Zum Glück ist nun das glänzende Wiedererwachen des christlichen Bewußtseins im Kampf für Volkstum und Glaube zu beobachten. Pattai schloß seine Rede über Konservatismus: „Fin de siècle bedeutet anderswo die Lösung aller Bande, Verfall der Sitten, Verlust des Glaubens an höhere Aufgaben und sich selbst. Bei uns bedeutet es das glänzende Wiedererwachen des christlichen und wahrhaft nationalen Geistes, den neubelebten Kampfesmut für Volkstum und Glauben." Pattai behandelte die für Österreich so wichtige Nationalitätenfrage und die Frage des Wahlrechts, das wohl allgemein sein soll, aber auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage. — Pater Albert M. Weiß stellte die Kirche als die größte soziale Macht dar, allein berufen, die soziale Frage zu lösen. In den Sektionen fiel die rege Organisation tschechischer Arbeiter auf. Man sprach von einem internationalen Arbeitertag in Rom, damit der Papst sehe, er habe seine Arbeiterenzyklika nicht umsonst geschrieben. Sonst kam auch der Zwist zwischen dem konservativen „Vaterland" und der neugegründeten christlichsozialen „Reichspost" zur Sprache. — Kardinal Fürsterzbischof Gruscha dankte zum Schluß den Rednern für die Worte der Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe. „Gott will sein Werk mit unserem menschlichen Werke vereinigen; wir dürfen mit ihm und in seinem Namen bauen als Katholikentage, als katholische General- und Spezialversammlungen, als katholische Familien und Korporationen, als Gemeinde und Staat, an der Zukunft der Völker."

Weiß.

„Reichspost."

Im Gegensatz zu Zisleithanien führte der ungarische Ministerpräsident eine liberale Kirchenpolitik mit einer Leidenschaftlichkeit durch, die nur dadurch zu erklären war, daß er sie als spanische Wand für die Herrschaft des kalvinischen Magyarentums gebrauchen wollte. Vergebens protestierten dagegen ungarische Katholikentage. Auch die Nationalitäten erklärten sich dagegen. Die Magyaren wollten aber die Suveränität der kalvinischen Oligarchie aufrechthalten und boten dazu die doktrinären Prinzipien des Liberalismus auf. Eine starke Hilfe erhielt diese oligarchische Agitation durch die Kundgebungen beim Tode des alten Revolutionärs Kossuth, der am 20. März im Exil zu Turin starb. Auch daran nahmen die nichtmagyarischen Nationalitäten keinen Anteil. Die Bestattung Kossuths fand am 1. April zu Pest statt. Die besonneneren Magyaren suchten bei dieser skandalösen Demonstration wenigstens den Charakter des Antidynastischen abzuschwächen. Und im Abgeordnetenhaus mußte Wekerle doch wenigstens erklären, die konstitutionelle Regierung sei der unter die Kontrolle der Volksvertreter gestellte Träger der Exekutivgewalt der Krone und sie könne die Krone nicht so hinstellen lassen, als ob dieselbe nur ein aller Rechte entbehrendes einfaches Symbol wäre. Die Regierung habe von vornherein gewußt, daß, was sie auch tue, dem einen zuviel, dem andern zuwenig scheinen würde; Kossuth war einerseits eine zu große Gestalt, anderseits stand er bis zuletzt im Gegensatz zur gesetzlichen Ordnung. Es wäre eine große Feigheit gewesen, der Pietät für Kossuth aus-

Ungarn.

zuweichen, anderseits aber wäre es eine noch größere politische Schwäche, sich nur von der Sentimentalität leiten zu lassen und so das Vertrauen in die bestehenden Zustände zu erschüttern.

Zivilehe. Die ganz überflüssige obligatorische Zivilehe wurde am 14. April vom Abgeordnetenhaus angenommen, im Mai vom Magnatenhaus abgelehnt. Für das Gesetz waren natürlich die Protestanten; dagegen die Katholiken. Fürstprimas Kardinal Vaszary lehnte es aus dogmatischen Gründen ab, weil es der Lehre der Kirche von der Unauflöslichkeit der Ehe und ihrem sakramentalen Charakter widerspreche; er habe dem Papst und dem König Treue geschworen; durch die Ablehnung der Vorlage werde er dem Vaterlande nicht untreu werden, wohl aber der Kirche durch die Annahme. Dagegen sprach auch der serbische Patriarch Brankowitsch: seine Kirche erkenne nur die von einem Priester geschlossene Ehe an. Ebenso sprach der rumänische Metropolit Miron Roman. Der Justizminister Szilagyi brachte das elende Argument vor, die Lösung der Ehe sei oftmals besser und heilbringender, als das jedes sittlichen Wertes entbehrende Zusammenleben der Ehegatten. Der Mann hatte keinen Sinn für das allgemeine sittliche Interesse des Prinzips einer unauflöslichen Ehe, dem die Bequemlichkeit des einzelnen geopfert werden muß. Indem er leugnete, daß das Gesetz auf protestantischer Basis stehe, daß es die einzelnen Nationalitäten zugunsten des Magyarentums unterdrücken wolle, bekannte er die geheimen Absichten. Die magyarische Presse klagte die Hofkreise und den Minister Kalnoky an, daß sie das Magnatenhaus in seinem Widerstande bestärkt hätten.

Rumänendeputation. Ein neuer Akt magyarischer Gewaltpolitik war die Anklage und Verurteilung von 22 Rumänen, den Führern einer Deputation von 300 Rumänen aus Ungarn und Siebenbürgen, die dem Kaiser und König Franz Josef in Wien ein Memorandum über die gefährliche politische Lage und über die Unterdrückung der Nationalitäten durch die Magyaren überreichen wollten. Die Deputation wurde nicht empfangen, da die brutale magyaronische Presse dies als Hochverrat bezeichnete. Die Rumänen, hieß es, hätten sich an den König in Ofen wenden sollen, als ob nicht der in Wien residierende Kaiser auch König von Ungarn wäre und als ob nicht Wien der Sitz der gemeinsamen Ministerien sei. Die Rumänen wurden wegen Aufreizung gegen die bestehende Staatsgewalt angeklagt. Es wurde ihnen verwehrt, sich rumänisch zu verteidigen. Die Verurteilung erfolgte bis zu fünf Jahren Gefängnis und in die ganzen Kosten. Selbst besonnene magyarische Stimmen tadelten dies Vorgehen.

Wekerle beharrte auf seiner kirchenpolitischen Vorlage und brachte sie ein zweites Mal ein. Szilagyi sagte: „Das Prinzip des Zweikammersystems sei, daß das auf Privilegien basierende Magnatenhaus sich dem Willen der Nation beuge." Ganz falsch! Das Oberhaus hat überall die Aufgabe, gegenüber dem auf der Zeitwoge fluktuierenden Unterhaus die bleibenden Grundlagen des Staates zu vertreten. Wer es antastet oder einschüchtert, der gibt den Staat dem Zufall der Tagesmeinung und dem korrumpierenden Interessenkampf der wechselnden Parteien preis. Wekerle verlangte einen liberalen Pärsschub. Darauf ging aber der Kaiser nicht

ein; darum trat Wekerle zurück und überließ für kurze Zeit das Ruder dem ebenso liberalen Khuen-Hedervary. Aber diesem gelang es nicht, ein Kabinett zu bilden, und so blieb Wekerle, verstärkt durch Andrassy Sohn. Das in ganz unkonstitutioneller Weise eingeschüchterte Oberhaus nahm nun am 22. Juni mit 114 gegen 79 Stimmen das Gesetz an, nachdem es folgenden Zusatz verlangt hatte: „Dieses Gesetz läßt die religiösen Pflichten unberührt."

Es folgten Gesetze über die Rezeption der jüdischen Religion, über die Religion der Kinder. Wekerle suchte in einem Rechenschaftsbericht vom 5. August glauben zu machen, die kirchenpolitische Reform habe keine nationale Spitze, sondern sei ein Kampf des Fortschritts gegen retrograde Tendenzen. Es gebe überhaupt keine Nationalitätenfrage. Wenn man darunter die Aspirationen der Nationalitäten verstehe, die Staatssprache zurückzusetzen, so sei das über ein Jahrhundert alt.[1]) Man klage die Regierung der inhumanen, gewalttätigen, vernichtenden Magyarisierung an, sie wolle aber nur die Staatssprache jedermann zugänglich machen.

Am 14. September wurden in Pest die Delegationen eröffnet. Der Kaiser konnte wieder verkündigen, daß Bosnien und die Herzegowina sich aus den eigenen Einnahmen erhielten. Kalnoky sagte wieder, er könne wenig mitteilen, da die Presse bereits alles gesagt habe. Gegenüber den Vorwürfen, daß der Dreibund Rüstungslasten auferlege, sagte er: „Nicht des Dreibunds wegen rüsten wir, sondern wegen unserer Sicherheit und zur Wahrung des Friedens. Gingen wir eine andere Kombination ein, so würden wir ganz ebenso die großen Armeen zu halten, gegen ein gerüstetes Europa uns zu schützen haben, wie jetzt . . . Unsere Beziehungen zu Rußland sind freundschaftliche. Der kürzlich abgeschlossene Handelsvertrag ist ein wesentlicher Schritt in dieser Richtung." Leider seien die Zustände in Serbien nicht stabil, und auch Bulgarien habe eine Überraschung gebracht. Rumänien suche „eine Anlehnung an die Zentralmächte". Aber gegenüber allen Balkanstaaten gilt das Prinzip der Nichteinmischung. Auch das Gerücht einer Militärkonvention mit Serbien sei falsch. „Die regierenden Tschechen partizipieren ebenso an den Vorteilen des Friedens wie die andern Völker der Monarchie . . . Gewiß ist der jetzige Friede nicht das Ideal. Es ist ein bewaffneter Friede. Aber die immer wiederkehrenden Alarme und Erschütterungen des Vertrauens in den Frieden, die wieder zur Fortsetzung der Rüstungen führen, sind nicht auf die Regierungen zurückzuführen, sondern auf die Tagespresse." Dem Minister wurde das volle Vertrauen ausgesprochen mit allen gegen die eine Stimme des bockbeinigen Jungtschechen Pacak. In der ungarischen

Kalnoky.

[1]) Vor einem Jahrhundert war die ungarische Staatssprache das internationale Latein, nicht das fast literaturlose partikulare magyarische Volksidiom, aus dem man erst künstlich eine „Sprache" konstruierte.

Delegation wurde die „Romania irredenta“ berührt, die rumänischen Landkarten, die ganz Siebenbürgen und mehr zum Königreich einbezogen. Als Erzbischof Samassa ein Rotbuch verlangte, meinte Kalnoky, das sei überflüssig, da die Tagespresse alle Ereignisse viel schneller veröffentliche. Die Jungtschechen Kaftan und Pacak legten dar, warum die slawischen Völker mit Ausnahme der Polen dem Dreibunde feindlich gesinnt seien. Apponyi tadelte die Regierung, daß sie Rußlands Einfluß am Balkan nicht eindämme.

Indes ging der Kampf um die Kirchenpolitik weiter. Auf einer Konferenz der katholischen Bischöfe (27. Sept.) verlas Fürstprimas Vaszary ein Schreiben des Papstes vom Ende Juli, darin der Papst den ungarischen Episkopat auffordert, nur die Änderung des Gesetzes über die Religion der Kinder anzustreben, das übrige könne geduldet werden. Im Magnatenhaus erklärte Kardinal Schlauch die Kirchengesetze für den Ruin des Staates und der Gesellschaft (3. Okt.). Als das Magnatenhaus nicht alles annehmen wollte, was man von ihm forderte, drohte die liberale Partei des Abgeordnetenhauses, den Zensus der Siebenbürger Magnaten auf 2000 Gulden Grundsteuer herabzusetzen; dadurch würden über 30 Magnaten reformierter Konfession ihre erblichen Sitze einnehmen. Allzu radikal fanden die Liberalen die Agitationsreden des Franz Kossuth, Sohnes Ludwig Kossuths, der für Vernichtung des Ausgleichs und für Personalunion zu wirken suchte. Ausgleichend wollte der Katholikentag zu Stuhlweißenburg, 18. November, wirken. Er war von 15.000 Personen besucht und tagte in zwei gleichzeitigen Versammlungen, von denen die eine nur ungarisch, die andere auch deutsch verhandelte. Er beschloß die Gründung einer katholischen Volkspartei und versprach den nichtmagyarischen Nationalitäten Anerkennung ihrer Sprache in Schule und Kirche. Die neu organisierte katholische Volkspartei sollte den König bitten, den Kirchenvorlagen die Zustimmung zu verweigern. Gegenüber skandalösen Szenen in Debreczin wurde eine loyale Kundgebung für den Kaiser beschlossen. Trotz katholischer Gegenpetitionen erfolgte am 10. Dezember die königliche Sanktion der kirchenpolitischen Gesetze, zum Triumph der magyarischen Oligarchie. Der Kaiser war aber über das Vorgehen dieser Klique so wenig erbaut, daß er das Ministerium Wekerle entließ.

In Zisleithanien setzte eine starke Agitation für das allgemeine Wahlrecht ein; dem gegenüber suchten die Konservativen eine organischere Vertretung der Stände durchzuführen. Ein Bauerntag für Deutschösterreich sprach sich (27. März) scharf gegen Sozialdemokratie und Judentum aus, dagegen für obligatorische landwirtschaftliche Genossenschaften und Landeskulturräte, Ackerbaukammern mit getrennter Sektion für Großgrundbesitz und Bauernstand. Der Finanzminister Plener meinte (14. Dez.) im Abgeordnetenhaus, das allgemeine Wahlrecht sei nicht durchzusetzen, würde auch nicht zum Heile Österreichs gereichen. Die verwickelte Struktur des Staates lasse es hier noch bedenklicher als sonstwo erscheinen. Ein traditionelles Gefühl des öffentlichen Lebens sei nicht bei den neuen Parteien zu erwarten.

Was die Nationalitäten in Zisleithanien betrifft, so erfolgten am 21. Februar die Urteile im Prozeß gegen die tschechische Omladina. Die Alttschechen Rieger und Graf Buquoy ermahnten im Prager Landtag zum Frieden mit den Deutschen und zur Anerkennung des Ausgleichs. Die Ruthenen forderten im Lemberger Landtag die deutsche Sprache als Unterrichtssprache. Der demokratisch-polnischen Kosziuskofeier in Galizien (4. April) wich der Adel und die Geistlichkeit aus. Die Frage der zweisprachigen Straßentafeln blieb für Prag immer noch schwankend. Seit dem Tode Schmeykals war die deutsche Partei in Böhmen zerfallen, indem ein deutschnationaler Verein sich von den Deutschliberalen abtrennte. Ohne Bedeutung war ein Bombenattentat vor der deutschen Turnhalle in Pilsen, 8. Juli. Böhmen.

Ein tschechischer Katholikentag, 30. Juli, verlangte konfessionelle Schulen, Vermehrung der tschechischen Schulen in Mähren, Einführung der katholischen Soziologie an den katholischen Lehranstalten, Errichtung einer tschechischen Universität christlichen Charakters in Mähren, strenge Sonntagsruhe, Beschränkung der Arbeitszeit, Arbeitskammern auf Grund des allgemeinen Stimmrechts.

Die Deutschen in Böhmen betrauerten ihren Führer Dr. Schmeykal. Der Umstand, daß er einen tschechischen, der Tschechenführer Rieger einen deutschen Namen führte, ist eine treffende Illustration dafür, daß die Nationalität eine eminent geistige, keine bloß natürliche Eigenschaft und Macht ist. Zudem ist zu bedenken, daß (nach Virchow) auch die Tschechen meist nur slawisierte Germanen sind, während die Ostelbier als germanisierte Slawen gelten können. Schmeykal.

In Lemberg wurde eine Landesausstellung eröffnet. Dabei tagten mehrere polnische Kongresse; man beschäftigte sich auch mit dem Polentum in Österreichisch-Schlesien. Bei der Anwesenheit Pleners wurde die Koalition der Deutschen und Polen gefeiert und die Dreibundfeindlichkeit der Jungtschechen gebrandmarkt. Der Kaiser kam im September zum Besuch der Ausstellung. Er sagte zu einer Deputation, die Berücksichtigung nationaler Eigentümlichkeiten und historischer Traditionen habe das Band zwischen dem Gesamtstaate und Galizien noch fester geknüpft. Bei der Hoftafel trank er auf das Wohl des Zaren, seines teueren Freundes, aus Anlaß von dessen Namensfest. Auch preußische Polen kamen am 12. September nach Lemberg und wurden vom Fürsten Sapieha also begrüßt: „Die Zeit ist gekommen, die Welt daran zu erinnern, daß wir leben. Jetzt ist unser Schlagwort: Entwicklung und Fortschritt." Dr. Kußtelan aus Posen erwiderte, daß alle Polen Kinder derselben Mutter seien. Koscielski, preußisches Herrenhausmitglied, sagte: „Polen ist unzerreißbar trotz der Teilung auf der Landkarte, die den polnischen Organismus nicht vernichtet hat. Wir sind nicht eure Gäste, sondern eure Brüder. Die Gefühle kann man nicht vernichten. Wir haben von euch die Arbeit gelernt, die nicht den persönlichen Ruhm, sondern das Gemeinwohl im Auge hat." Kußtelan sagte noch: „Wir kommen aus dem Lande des Unglücks, wo wir kämpfen und beweisen, daß wir uns nicht entnationalisieren lassen. Galizien.

Wir sind zu euch gekommen, um Trost und Hoffnung zu schöpfen und an eurer Brust zu erwarmen. Wir werden uns nicht ergeben. Das Land ist von polnischem Schweiß durchtränkt. Wer in Polen Brot essen will, muß Pole werden." Diese Reden riefen in Preußen große Aufregung hervor, wie wir noch hören werden. Beschwichtigend sagte das Hauptorgan des galizischen Adels „Gazeta Norodowa": „Indem wir seit jeher auf dem Boden der westlichen Gesittung stehen, befinden wir uns immer im Lager, das für die Ideale der westlichen Gesittung, Recht, Ordnung, Freiheit, Fortschritt kämpft. Das halten wir auch für den Zweck des Dreibunds, darum halten wir zu ihm. Wir verlieren aber nicht die Hoffnung, es werde die Zeit kommen, daß die durch den Dreibund vertretene Politik es erfordern wird, der polnischen Nation zu einer selbständigen Rolle auf ihrem althergebrachten Posten zum Schutze der westlichen Gesittung zu verhelfen. Daher die polnische Loyalität gegenüber Österreich und Preußen."

Im übrigen bildete sich am 23. September zu Trautenau ein Bund der Deutschen Ostböhmens. In Budweis wurde am 30. September das zehnjährige Bestehen des Deutschen Böhmerwaldbundes gefeiert. Die Möglichkeit,
Cilli. das deutsche Gymnasium in Cilli mit slowenischen Parallelklassen zu versehen, erregte die deutschen Parteien. An den Beileidskundgebungen für den verstorbenen Zaren (November) beteiligten sich nicht die Polen, dafür um so begeisterter Jungtschechen, Slowenen und Kroaten.

In Istrien wurde um die doppelsprachigen Gerichtstafeln (italienisch-slowenisch) gestritten.

Im Wiener Abgeordnetenhaus beantragte der Abgeordnete Schauscher, 10. November, die allgemeine Abrüstung und ein Völkerschiedsgericht.

Bei der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik (Kathedersozialismus) in Wien, 28. September, feierte Schmoller die Zusammen-
Schmoller. gehörigkeit von Deutschland und Österreich; erst durch die Trennung von 1866 sei ein innerliches Zusammenwachsen möglich geworden. Der Verein habe das Manchestertum bekämpft, sei vielfach angegriffen und verlacht worden, aber er habe den Untergang der von ihm bekämpften Anschauungen erlebt. Jetzt aber tritt die Gefahr ein, daß die Furcht vor anarchistischen Verbrechen die soziale Reformtätigkeit lähme. Der Anarchismus wird allerdings sehr überschätzt. Aber wenn von der sozialdemokratischen Presse Tausenden nur Haß und Neid gepredigt wird, wenn die höheren Klassen als Bande von Schurken dargestellt werden, wenn immer nur auf die Gewalt der organisierten Fäuste hingewiesen wird und auf den Eintritt eines goldenen Zeitalters, wo alle Übel verschwinden, dann erreicht die Torheit und das Verbrechen den Gipfel. Immerhin müssen schließlich die Führer der Sozialdemokratie ihren Glauben an Marx u. a. verlieren, je mehr die denkenden Köpfe unter ihnen zunehmen. — Auf der gleichzeitigen 66. Versammlung deutscher Naturforscher in Wien sagte Boltz-

mann die baldige Lösung des Flugproblems durch Flugmaschinen, nicht Luftballons, voraus. Flug.

H. Nabert schrieb über „die Bedrängnis des Deutschtums in Österreich-Ungarn"; es war für die Zukunft des deutschen Volkstums nicht gleichgültig, welches Schicksal die durch Bismarcks Politik vom Deutschen Reich abgetrennten zehn Millionen Deutschen Österreich-Ungarns haben mochten. In seinen Beschuldigungen der Regierungen ging Nabert zu weit, wie Guntram Schultheiß in der „Allgemeinen Zeitung", 5. Dezember, nachwies. Dieser meinte, daß die äußere Bedrängnis sogar ein Grund zur Besserung sei, zur Weckung des nationalen Bewußtseins.

Traugott Tamms Schrift „Über den Ursprung der Rumänen" (1891) wurde von Schwicker im magyarischen Sinn kritisiert (Allg. Ztg., 1. Febr.). Ebenso ein magyarisches Buch von L. Rethy desselben Inhalts (2. Aufl. 1890).

H. Vambery behandelte die Entstehungsgeschichte des Magyarentums (Ungarische Revue) aus Völkerkonglomeraten und sah die Ursache dieser phänomenalen Erscheinung in der besonderen Mission, die das Schicksal dem Magyarenvolk aufgetragen. Es ist ein fortgesetzter natürlicher Einschmelzungsprozeß, verschieden von erzwungener Entnationalisierung. „Das herrschende Kriegerelement war immer gering an Zahl und nur durch freiwilligen Anschluß fremder Elemente ist die Nation entstanden."

Über Walthers von der Vogelweide böhmische Heimat brachte die „Allgemeine Zeitung", 21. Februar, neue Daten. Darnach sollte Vogelweide eine Übersetzung aus dem Slawischen Domaslawik sein, was Nachtigallenhaus bedeutet, eine Besitzung des Slawko des Großen, der im Duxer Gebiet und in Ossegg einen Hofstaat nach deutschem Muster hatte und 1183 Oberst-hofjägermeister war. Die Meistersänger kannten Walther als einen „Landherrn aus Böhmen". Walther von der Vogelweide.

Rosegger sagte von sich: „Angefochten wurde ich von drei Parteien, den Klerikalen, den Antisemiten und den Juden. Jede fand an mir etwas Brauchbares und etwas Widerwärtiges und jede hatte für mich etwas Anziehendes und etwas Abstoßendes. So blieb ich im Zentrum dieses weiten Dreiecks stehen." (Er hatte sich über Heine sehr respektlos ausgesprochen.) „Mit dem Antisemitismus konnte ich eine Einigung deshalb nie erzielen, weil er die Juden als solche bekämpft, ich aber nur ihre Laster. Am wenigsten auf gleich kommen ließe sich's mit den Juden, denn die verlangen heutzutage kurzweg, man solle an ihnen absolut nichts tadeln, sie wären ganz vollkommen und dazu berufen, den Deutschen eine neue Kultur vorzupfeifen. Uns ist aber die alte noch gut genug." Rosegger.

Aus Anlaß des Jokai-Jubiläums wurde eine 100 Bände umfassende Prachtausgabe seiner Werke veranstaltet; jedes Exemplar kostete 200 Gulden; die Hälfte der Gelder kam dem Jubilar zu, also, nachdem 1500 Exemplare pränumeriert wurden, 150.000 Gulden. Jokai.

Ergreifend waren die Denkwürdigkeiten von Franz Nissel „Mein Leben, Tagebuchblätter und Briefe, herausgegeben von seiner Schwester Karoline Nissel." Hier war das typische Martyrium des Dichtertums geschildert. Nissel.

Hermann Bahr gab ein internationales Interview über den „Antisemitismus" heraus. Es kamen da Bebel, Mommsen, Schmoller, Haeckel, Adolf Wagner, Harden, Leroy-Beaulieu, Daudet, Ibsen, Rochefort u. a. zum Wort.

J. Singer, Hermann Bahr und H. Kanner gaben die Wochenschrift „Die Zeit“ heraus.

Freiland. Theodor Hertzka setzte sein Buch über „Freiland“ 1889 fort durch den Bericht einer imaginären „Reise nach Freiland in Ostafrika und Schilderung des utopischen ‚Freilandismus‘“.

Die Höhlenforschungen liefen nicht immer ohne Unfall ab, so bei der Lurlochhöhle in Steiermark.

Höritz. Die Passionsspiele zu Höritz im Böhmerwald wurden in größerem Maßstab nach dem neuen Text von Propst Landsteiner aufgeführt.

Graf Albrecht Wickenburg schilderte „Mein Wien“ in Liedern und Gedichten.

Eugen Guglia widmete der Kaiserin Maria Ludovica in der von Alb. Ilg herausgegebenen „Österreichischen Bibliothek“ einen schönen Band; eine Ergänzung zu Ed. Wertheimers Buch (1893): „Die drei ersten Frauen Kaiser Franz'.“ Wir haben uns im ersten Band mit der großen Patriotin, der Gönnerin Goethes beschäftigt.

Anton Bettelheim sammelte seine Aufsätze in dem Buch „Deutsche und Franzosen“.

Marie Eugenie delle Grazie schrieb das „moderne Epos“: Robespierre.

Das reichhaltige „Corpus Papyrorum Raineri“ begann zu erscheinen.

Alfred v. Arneth gab Episoden aus dem Leben Schmerlings von 1835 und 1848 heraus.

Wendelin Boeheim schilderte das Leben der Philippine Welser.

E. Marriots neue Novellen „Die Starken und die Schwachen“ waren Musterstücke moderner moralistischer Realistik.

Hieronymus Lorm, der Blinde und Taube, schrieb in unverwüstlichem Lebensmut die Philosophie des „Grundlosen Optimismus“.

Ich habe die schönen „Sonette aus dem Orient, ein monotheistisches Wander- und Bilderbuch“ meines verstorbenen Freundes Hans Grasberger in der „Allgemeinen Zeitung“, 12. Oktober, besprochen.

Hyrtl. Der berühmte Anatom J. Hyrtl starb als „Einsiedler von Perchtoldsdorf“ bei Wien, noch im Tode durch reiche Stiftungen Gutes wirkend. Bei Gelegenheit der Totenfeier für Hyrtl sagte sein Nachfolger, Professor Stoffella zu den Studenten: „Ich bin glücklicher als Sie und zu beneiden: denn ich habe Hyrtl gehört, und Sie bloß Stoffella!“

Die reichen Sammlungen, die Erzherzog Franz Ferdinand von seiner Weltreise mitgebracht hatte, wurden in den Räumen des oberen Belvedere ausgestellt.

Im Prater wurde eine internationale Ausstellung für Volksernährung, Armeeverpflegung, Rettungswesen und Verkehrswesen eröffnet. Originell war das internationale Dorf in der Rotunde.

In der Turmhalle des Stephansdoms wurde das von Hellmer geschaffene große Denkmal des Türkenjahrs 1683 enthüllt.

Hasenauer. Vom verstorbenen Architekten Hasenauer sagte der Kunsthistoriker Ilg, er habe den Charakter des Wienertums von allen am besten festgehalten, in seiner Formensprache, seinem Maßhalten zwischen Großartigkeit und Lieblichkeit, Üppigkeit, Heiterkeit, Grazie und Prachtliebe.

Tilgner. Viktor Tilgners Werndl-Denkmal für die Stadt Steyr war wohl die äußerste Opposition gegen alle Monumentalität, mit den vier sich am Sockel

würdelos herumreckelnden Arbeitern um den fidelen Arbeitgeber. Ein Arbeiterführer nannte das Denkmal nicht ganz zutreffend „die erste künstlerische Konzession an den Sozialismus".

Im Deutschen Reich erregte das größte Interesse die Aussöhnung des Kaisers mit Bismarck und der Wechsel im Reichskanzleramt. Kaiser Wilhelm ließ am 22. Januar durch seinen Flügeladjutanten Graf Moltke dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh ein Schreiben und eine Flasche alten Rheinweins überbringen mit Glückwünschen zur Genesung von der Influenza. Gleichzeitig erfolgte eine Einladung zum Militärjubiläum des Kaisers für den 27. Januar. Bismarck bat mit Rücksicht auf seine Gesundheit, nicht gerade zu den Festlichkeiten kommen zu dürfen. Als der Fürst am 26. Januar nach Berlin kam, wurde er dort mit allen Ehren, von der Menge aber mit stürmischem Jubel begrüßt. Er war nun erst recht populär geworden. Er blieb von mittags bis abends 7 Uhr im Schloß und wurde dann vom Kaiser selbst bis zum Bahnhof begleitet. Die unendlichen Vermutungen über etwaige politische Folgen dieser Verständigung waren aber ohne jeden Gehalt. Zu seinem Geburtstag bemerkte allerdings der Kaiser in einem Erlaß vom 31. Januar: „Eine innige Befriedigung gewährte es mir, wahrzunehmen, wie die von allen patriotisch fühlenden Herzen meinem Feste entgegengebrachte freudige Teilnahme durch den mir gewordenen Besuch des um Kaiser und Reich so hochverdienten Staatsmannes noch eine besondere Steigerung erfahren hat."

Deutsches Reich. Bismarck.

Die Aussöhnung zwischen Kaiser und Kanzler besang Felix Dahn: „Heil dir, alter Ratschlagfinder, aller Ränke Überwinder, freue dich, du Wotans-Art: nie gebeugt, dir selbst getreuer, wie der Phönix aus dem Feuer fliegst du auf in stolzer Fahrt. Wie die Feinde triumphierten, wie die Neider jubilierten, als Held Bismarck ward verbannt! Doch Germania sank in Trauer, sank in Groll und bange Schauer, da ihr Licht und Stab verschwand . . . Ach, das treue Volk verzagte; aber endlich, endlich tagte der Versöhnung Licht ins Land: und sofort den Groll bezwangst du und zu deinem Kaiser drangst du, fassend die gebotne Hand. Heil, daß nun nicht mehr die Knaben in der Schul' zu lernen haben, was ein edles Herz zerfleischt: nichts von Undank, Neid und Ränken! Edles müssen sie nur denken, wie's ein jung Gemüt erheischt. Freut euch, meine Zeitgefährten, Männer mit den weißen Bärten, die ihr Sedans Feld gesehn: Barbablanka in Walhalle freut sich und die Helden alle und beschämt die Nörgler stehn!" Es war gewiß sehr edel vom Kaiser, daß er dem fassungslosen leidenschaftlichen Groll Bismarcks mit Freundlichkeit entgegenkam, aber deshalb blieb doch Bismarck abgetan.

Dahn.

Bismarck begann sofort wieder seine Opposition, indem er am 10. Februar in den „Hamburger Nachrichten" wiederholen ließ, er sei nach wie vor ein Gegner des deutsch-russischen Handelsvertrages. Der edle Kaiser reiste am 19. Februar zum Gegenbesuch des Fürsten Bis-

marck nach Friedrichsruh, wo er von nachmittags 6 bis 9 Uhr verweilte; er stellte ihm dabei einen Grenadier in der neuen Uniform mit erleichtertem Gepäck vor.

Caprivi. Caprivi trat am 27. Februar im Reichstag für den russischen Handelsvertrag ein, der bestimmt sei, eine Brücke für den friedlichen Verkehr zweier großer Nationen zu bilden und der von Sachverständigen aller Art gebilligt wurde. Er sei auch wichtig für die äußere Politik, für die Unschädlichmachung des Panslawismus oder Panrussismus. „Man (Bismarck) hat der gegenwärtigen Regierung vorgeworfen, sie hätte die Drähte mit Rußland zerschnitten. Ich glaube nicht, daß wir den Vorwurf verdienen; wir haben, solange der neue Kurs existiert, das Bestreben gehabt, mit Rußland auf freundschaftlichem Fuß zu stehen. Wenn Sie diesen Vertrag ablehnen, dann wird nicht nur der neue Draht nicht gelegt, sondern Sie zerschneiden dann auch die alten Drähte." Der Antisemit Liebermann von Sonnenberg erwartete wohl vom Vertrag eine größere Einwanderung russischer Juden und stimmte deshalb dagegen. Der Abschluß des Vertrags wurde von der Industrie und dem Handel mit Jubel und Dankkundgebungen begrüßt, dagegen vom agrarischen Standpunkt ebenso stark beklagt. Das Zentrum war gespalten in den agrarischen Flügel Schorlemers und den demokratischen Liebers.

Neuerlich bewies Kaiser Wilhelm seinen hohen Sinn, als er dem Fürsten Bismarck zum Geburtstag, 1. April, seinen herzlichsten Glückwunsch depeschierte und ihm durch Graf Moltke einen Küraß überreichen ließ: „Der feste Stahl, der dazu bestimmt ist, sich um Ihre Brust zu legen, mag als Symbol deutschen Dankes gelten, der sich in fester Treue um Sie schließt." Bismarck antwortete: „Den neuen Waffenschmuck werde ich als Symbol dieser Gnade anlegen und meinen Kindern als dauerndes Andenken vererben." Es liefen über 11.000 Glückwünsche an Bismarck ein.

Nicht ohne Bedeutung war der Aufenthalt des deutschen Kaiser-
Abbazia. paars im österreichischen Abbazia (März bis April). Kaiser Wilhelm besuchte am 6. April den Kriegshafen Pola und erwiderte auf einen Trinkspruch des Admirals v. Sterneck: „Wohin immer Sie der Ruf des Kaisers Franz Josef, meines besten Freundes, mit dem ich in innigster Freundschaft und treuester Waffenbrüderschaft vereint bin, führen möge; Volldampf voraus!" Am 7. April besuchte Kaiser Wilhelm den König Humbert in Venedig, am 12. verließ er Abbazia und war am 13. in Wien. Er hatte in Abbazia auch den Besuch des Kaisers Franz Josef empfangen.

Bismarckreden. Eine neue Reihe der politischen Ansprachen Bismarcks begann am 20. April bei einem Besuch von 28 nationalliberalen Reichstagsabgeordneten in Friedrichsruh. Er sprach von der schwierigen Deckung des finanziellen Ausfalls, von der Notlage der Landwirtschaft, von den Beziehungen der geordneten staatlichen Gesellschaft zur Sozialdemokratie, von der wieder-

belebten polnischen Frage in ihrer Ausdehnung auf Oberschlesien. „Man hat die polnische Begehrlichkeit neu aufgemuntert und das ist ein bedenkliches Experiment, zumal in der polnischen Frage eine europäische Frage über Krieg und Frieden liegt ... Es ist weniger die friedliche Gesinnung aller Regierungen, was den Frieden bisher erhält, als die Leistungen der Chemiker und Techniker in Erfindungen neuer Kriegsmittel. Darum wagt es kein Staat loszuschlagen, wenn er nicht im Besitz der neuesten Erfindungen ist. So wird aber keine Macht mit ihren Vorbereitungen fertig." Bismarck tadelte schließlich die Trennung des Reichskanzleramts vom preußischen Ministerpräsidium.

Beim Besuch zahlreicher Teilnehmer des in Hamburg tagenden deutschen Journalisten- und Schriftstellertags (30. Juni) hielt ein Österreicher die Ansprache, und Bismarck antwortete mit Beziehung darauf: „Ich freue mich, daß wieder ein besseres Zusammengehen als im alten Bundestage statthat. Wir mußten uns leider auseinandersetzen durch Gottesurteil mit dem Schwerte. Es war ja ein Bruderkrieg; so nennt man ihn mit Recht. Wir haben alle bedauert, daß wir ihn führen mußten; er war aber unvermeidlich. Wir haben schon 1866 in Böhmen das Gefühl gehabt, wir wollen uns hier so benehmen, daß wir mal wieder kommen können. Der Krieg ist ja nur bis an die Grenze des Notwendigen gegangen. Sobald wir in Wien erreicht hatten, daß man uns in Deutschland die Sache machen lassen wollte, hatten wir das Bedürfnis, Österreich in der bisherigen Stärke zu erhalten, ja womöglich noch stärker zu machen. Denn wir gehören doch zueinander, die Nord- und Süddeutschen mit Einschluß unserer Landsleute in Österreich; aber in einen näheren Verband konnten wir uns nicht einlassen und Sie doch auch nicht. Sie haben Ihr eigenes Leben im Donaubecken, und das kann nicht von Berlin abhängen. Wir sind uns aber gute Freunde und Bundesgenossen; in dem Sinne bin ich erfreut, die österreichischen, ich kann nicht sagen Landsleute, aber Volksgenossen begrüßen zu können. Auch bei den süddeutschen Reichsgenossen wie bei mir ist dieses Gefühl Sache der geschichtlichen Erinnerung. Der bayerische Stamm wohnt diesseits und jenseits der österreichischen Grenze, wie die Thüringer diesseits und jenseits von Böhmen; ich nenne diese nicht den sächsischen Stamm, sondern Thüringer; die Sachsen sind dort, wo man plattdeutsch spricht."

Am 12. Juli reiste Bismarck von Friedrichsruh über Schönhausen nach Varzin. Auf der Durchreise wurde er in Berlin von Studenten begrüßt und erklärte sich für einen halben Berliner.

Bei der Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Königsberg, 4. September, war das Kaiserpaar anwesend. Der Kaiser hielt an der Galatafel am 6. September eine Rede für Landwirtschaft und Bauernstand von Ostpreußen. „In den vier verflossenen Jahren haben schwere Sorgen die Landwirte bedrückt, und es will mir scheinen, als ob Zweifel aufgestiegen seien an meinen Versprechungen ... Was Sie bedrückt, empfinde auch ich, denn ich bin der größte Grundbesitzer in unserm Staate." Er schloß mit dem Ruf: „Auf zum Kampf für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes! Wie der Efeu um den Eichstamm, so schließe sich der preußische Adel um mein Haus! Möge

er ein leuchtendes Vorbild für die noch zögernden Teile des Volkes werden." In Marienburg sagte der Kaiser am 8. September: „Dieses Schloß, in dessen Mauern die weißen Mäntel mit dem schwarzen Kreuze von den Rittern einhergetragen wurden, war die Hochburg des Deutschtums gegen den Osten, von ihr ging die Bekehrung der Heiden, von ihr die Kultur in alle Lande hinaus. So möge die Provinz (Westpreußen) die Marienburg stets als ein Wahrzeichen des Deutschtums ansehen, daß sie stets pflegen und hegen möge deutsche Sitte und deutschen Glauben . . ." Ja, aber der deutsche Glaube, der Gründer der Marienburg, war der katholische, der marianische!

Posen. Als sodann etwa 2000 Besucher aus der Provinz Posen eine Huldigungsfahrt zum Fürsten Bismarck nach Varzin machten, unter Führung des Landesökonomierats Kennemann (16. Sept.), antwortete der Exkanzler in einer langen Rede: „Ich danke Ihnen, daß Sie keine Anstrengung gescheut haben, Ihr nationals Gefühl in dieser Weise auszudrücken. Ich sehe darin die Anerkennung meiner Mitarbeit bei der Herstellung der Zustände, deren wir uns nach langer Zerrissenheit in Deutschland heutzutage erfreuen. Das Verhältnis der Kopfzahl des deutschen Fundaments unseres Gebäudes zu den andern ist seitdem ein wesentlich günstigeres geworden. Wir stehen achtundvierzig Millionen deutsche Germanen zwei Millionen Polen gegenüber. Daß in einem solchen Verbande die Wünsche der zwei Millionen für die übrigen achtundvierzig Millionen nicht maßgebend sein können, liegt auf der Hand, namentlich in einem Zeitalter, wo doch die letzten politischen Entscheidungen auf Majoritätsbestimmungen gestellt sind. Von höchster Stelle ist erklärt worden, ehe wir das Elsaß wieder aufgeben, müßte unsere Armee vernichtet sein. Dasselbe hat für die Ostgrenze Geltung, und zwar in verstärktem Maße; wir können beides nicht missen, Posen noch weniger als das Elsaß. München und Stuttgart sind durch eine feindliche Position in Straßburg nicht mehr gefährdet als Berlin durch eine feindliche Position an der Oder. Man sprach früher, hauptsächlich infolge der deutschen Höfe, anderswo mehr deutsch als heutzutage. Man denke nur an Österreich, wo das Deutsche in den Tagen Josefs II. und Maria Theresias stärker war als seither. Aber was wir an Ausdehnung aufgaben, haben wir an Intensität unserer innern Zusammengehörigkeit gewonnen. Wir waren noch vor vierzig Jahren in der landsmannschaftlichen Liebe zurück; heute ist das nicht mehr der Fall. Es ist das ein Beweis, daß die ärztliche Kur, wenn auch mit Blut und Eisen, ein Geschwür aufgeschnitten und Behagen geschaffen hat. Wir singen: Fest steht und treu die Wacht am Rhein! Aber sie steht auch an der Warthe und Weichsel ebenso fest . . . Der Kampf von 1848 fand nicht mit dem polnischen Volk im allgemeinen, sondern nur mit dem polnischen Adel und seiner Gefolgschaft statt . . . Die polnisch sprechenden Knechte und Arbeiter sind weit friedfertiger und keine Beförderer einer uns feindlichen Bewegung. Die Massen des unteren Standes sind zufrieden mit der preußischen Verwaltung, die besser ist als in den Zeiten der polnischen Republik. Es ist nicht mein Programm gewesen, daß bei der Ansiedlungskommission auf die Neusiedelung kleiner Leute deutscher Zuge bedacht genommen werde; die Hauptsache war, daß der große Grundbesitz Domäne wurde . . . Auch deutsche Geistliche haben

um des lieben Friedens willen geholfen zu polonisieren. Wir Deutsche stellen die Konfession oft höher als die Nationalität; bei Polen und Franzosen ist das umgekehrt, darunter leiden wir ... Was das friedliche Zusammenleben beider Nationalitäten hindert, ist der Adel und die Geistlichkeit ... Schwankungen bezeichnen unsere ganze Polenpolitik von 1815 bis heute, je nachdem polnische hochstehende Familien am Hofe Einfluß gewannen: Radziwill u. s. w. Aber solch ein kindlicher Polenkultus, wie er in meiner Jugendzeit herrschte, wo man uns polnische Lieder lehrte zugleich mit der Marseillaise, wäre jetzt undenkbar. Der polnische Edelmann, eines der reaktionärsten Gebilde, die Gott jemals geschaffen hat, war hier verbunden mit der französischen Revolution, und die Sache des Liberalismus wurde durch den Mangel an politischem Scharfblick mit der Sache der Polen vermengt ..."

Es wurde bekannt, daß ein General die Beteiligung einer Militärkapelle an der Varzinfahrt verboten habe; der Oberpräsident von Posen, v. Wilamowitz-Möllendorf, soll den Beamten auch die Beteiligung untersagt haben. Man warf dem Erzbischof Stablewski vor, die Rolle eines Primas von Polen zu spielen, wobei er vom Oberpräsidenten unterstützt werde. Dazu kamen die bereits erwähnten Kundgebungen preußischer Polen in Lemberg.

Thorn. Kaiser Wilhelm benützte einen Aufenthalt in Thorn am 22. September, um sich über die ganze polnische Agitation sehr scharf auszusprechen. „Es ist (sagte er) zu meiner Kenntnis gekommen, daß leider die polnischen Mitbürger hierselbst sich nicht so verhalten, wie man es erwarten und wünschen sollte; sie mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann auf meine königliche Gnade und Teilnahme in demselben Maße wie die Deutschen rechnen dürfen, wenn sie sich unbedingt und voll als preußische Untertanen fühlen ... Nur dann, wenn wir alle, Mann an Mann, geschlossen wie eine Phalanx zusammenstehen, ist es möglich, den Kampf mit dem Umsturz siegreich zu Ende zu führen." Der Kaiser soll ferner in bezug auf die Polen gesagt haben: „Ich kann auch sehr unangenehm werden."

Westpreußen. Auf diese telegraphisch verbreiteten Äußerungen des Kaisers nahm Bismarck am folgenden Tage (23. Sept.) bezug, als er zu einigen Tausend huldigenden Westpreußen zu sprechen hatte. Er sagte unter anderm: „Der polnische Adel hat mit der Sozialdemokratie das gemein, daß sie ihre letzten Ziele nicht offen darlegen; aber es ist doch wieder ein Unterschied: die Sozialdemokratie verschweigt sie, weil sie sie wirklich nicht kennt und nicht weiß, was sie darüber sagen soll; die Polen wissen es aber ganz genau und können doch nicht dicht halten. Überall schwebt ihnen vor die Wiederherstellung der alten polnischen Adelsrepublik vom Schwarzen Meer bis zum Baltischen Meere, 33 Millionen. Ich weiß zwar nicht, wie dies erreicht werden sollte ohne einen vollständigen Zusammenbruch aller europäischen Verhältnisse ... Es wäre ein Pfahl im Fleisch für Österreich, vor allen Dingen eine Verdeckung unserer Bundesgenossenschaft mit Österreich, wenn unter österreichischer Ägide ein solches neues Polen geschaffen werden sollte. Die Schwierigkeiten der österreichischen Monarchie würden bis zur Unmöglichkeit kompliziert werden in dieser Trias: Ungarn, Zisleithanien und

Polen ... Uns war die russische Herrschaft und Nachbarschaft zwar oft unbequem und bedenklich, aber lange nicht in dem Maße, wie es eine polnische sein würde, und wenn ich die Wahl habe, so ziehe ich vor, mit dem Zaren zu verhandeln als mit der Schlachta in Warschau ... Ein Schutzstaat gegen russische Invasion ist selbst das Großpolen vor 1772 nie gewesen ... Die Polen konnten sich selbst in der Notlage von 1831 nicht untereinander vertragen. Sowie sie frei sind, sind sie uneinig. Ich spreche nur in der Hoffnung, bei unsern deutschen Landsleuten den letzten Rest von Polensympathie auszurotten ... Das Ankaufsgesetz ist ein Bestreben gewesen, mit unserm unversöhnlichen Gegner dort in einer freundlichen Weise aufzuräumen ... Wir sind etwas zu eilig in dieser Sache vorgegangen ... Westpreußen würde das Hauptobjekt für polnische Begehrlichkeit sein. Danzig ist für einen polnischen Staat ein dringenderes Bedürfnis als Posen. Posen, denken sie, läuft ihnen nicht weg, denn da ist ein Erzbischof. Danzig würde die erste Stadt sein, die ein Warschauer Staat an der Seeküste haben müßte ... Ob Seine Majestät der König im Aufruf zum Kampfe gegen die Parteien des Umsturzes auch das polnische Junkertum mit gemeint hat, lasse ich unentschieden. Aber für uns ist die polnische Adelsbestrebung eine Partei des Umsturzes ... Es ist für unsre Gesinnung ein herzerhebender Moment, indem wir uns zu sagen berechtigt sind, daß der Kaiser und König sie teilt. Gott erhalte sie, Gott fördere sie, Gott gebe dem Kaiser Räte und Diener, die bereit sind und uns diese Bereitwilligkeit zeigen, im Sinne dieses kaiserlichen Programms zu handeln. In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser. Gott schütze ihn!" — Offenbar drückte Bismarck damit seine Hoffnung und Erwartung aus, der versöhnte Kaiser werde ihn nun wieder in seinen Rat zurückrufen. Er wurde aber darin gänzlich enttäuscht und um so mehr verbittert.

Stablewski.

Erzbischof v. Stablewski widerlegte eine Anzahl der gegen ihn vorgebrachten Anklagen in einem Berliner Blatt (26. Sept.) und schloß: „Ich frage mich vergeblich, was durch unsere gewaltsame Germanisierung gewonnen werden soll. Glaubt man vielleicht, Rußland werde im Fall eines für uns unglücklichen Krieges die Provinz Posen nicht antasten, weil sie deutsch geworden? Es würde vor allem nach Danzig und dem ganzen Weichselgelände greifen, unbekümmert um Sprache und Religion. Das besiegte und hinter die Weichsel zurückgeworfene Rußland würde dann rücksichtslos alles russifizieren." Der Erzbischof erinnerte an die loyale Haltung der Polen bei Bewilligung der Heeresverstärkung, klagte aber über Unfreundlichkeiten der Regierung, Düpierung bei der Frage des polnischen Unterrichts, über Errichtung von fünfzig evangelischen Diakonissenhäusern, während den katholischen Schwesternhäusern Schwierigkeiten bereitet werden. Auch die Zentrumspresse trat für die Loyalität der Polen ein.

Caprivis Sturz.

Infolge der vom Kaiser angekündigten Aktion gegen den Umsturz trat eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reichskanzler Caprivi und dem preußischen Ministerpräsidenten Grafen Botho Eulenburg hervor. Caprivi wollte nicht von Reichs wegen in dieser Sache vorgehen, sondern sie der Landesgesetzgebung überlassen. Eulenburg war für entschiedenere Maßregeln. Diese Fragen kamen Anfangs Oktober in

Hubertusstock zur Besprechung, wo der Kaiser beide Staatsmänner empfing, und dann am 25. Oktober zu Berlin bei einer allgemeinen Ministerkonferenz der Einzelstaaten. Gegen alle Erwartung endete die Verhandlung damit, daß am 26. Oktober der Kaiser die Entlassungsgesuche beider Staatsmänner annahm. Wie es schien, waren unvorsichtige Äußerungen der dem Reichskanzler Caprivi allzusehr ergebenen Presse Schuld an der Entscheidung. Zugleich erschien es als unbedingt geboten, das Amt des Reichskanzlers mit dem des preußischen Ministerpräsidenten wieder zu vereinigen. Nur ungern sahen die Zentrumskreise den loyalen Kanzler scheiden; die nationalliberalen Blätter warfen ihm mit Unrecht den Zwist mit Bismarck vor. Jedenfalls genoß er eines so hohen Ansehens bei allen oder den meisten Parteien, daß ihm einige weniger taktvolle Bemerkungen von Regierungsblättern nicht nachgetragen werden durften.

Der nächste Gedanke für viele war, daß nun wieder der alte Bismarck zurückkommen könne oder doch ein Bismarcksches Regime. Daran dachte sogar Chlodwig Hohenlohe, und zwar schon gleich nach der Aussöhnung im Januar (Denkwürdigkeiten, 2, 509); er schreibt: „Käme ein Bismarcksches Regime, so würde ich natürlich nicht lange in Straßburg (als Statthalter) bleiben, sondern müßte einem Freunde Bismarcks Platz machen.“ Er stellt fest, daß diese Aussöhnung dem Kaiser viele Popularität in ganz Deutschland erworben hat. Der Kaiser habe auch triumphierend gesagt: „Ja, jetzt können sie ihm Ehrenpforten in Wien und München bauen, ich bin ihm immer um eine Pferdelänge voraus. Wenn jetzt die Presse wieder schimpft, so setzt sie sich und Bismarck ins Unrecht.“ Von Miquel erfuhr Hohenlohe, der Hauptärger Bismarcks bei seinem Rücktritt sei der gewesen, daß der neue Kurs dem mit Rußland verabredeten Vertrage keine weitere Folge gegeben habe. Der Vertrag habe das Abkommen getroffen, daß Deutschland Rußland im Orient freie Hand lasse, wogegen sich Rußland verpflichte, bei einem Kriege mit Frankreich neutral zu bleiben, selbst wenn Österreich sich im Orient beteilige. Der Kaiser hatte damals große Freude an seinen türkischen Zimmern, die sehr reich ausgestattet waren mit Geschenken des Sultans, wie Hohenlohe auch erzählt. Hohenlohe.

Nach Caprivis Rücktritt kam allenfalls auch Finanzminister Miquel als dessen Nachfolger in Betracht, aber die Entscheidung des Kaisers fiel auf den gewandten Fürsten Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst. Das war kein Ereignis, das die Welt aufregte. Die schlecht informierte französische Presse sah in der Ernennung eines Bayern und Katholiken einen ersten Schritt zur Emanzipation Deutschlands von der preußischen Vormundschaft; aber Hohenlohe war immer sehr preußisch gesinnt gewesen und von sehr antikirchlicher Gesinnung. Er hatte schon 1869 als liberaler bayrischer Ministerpräsident die deutschen Regierungen gegen Rom, gegen das Papsttum, gegen die Jesuiten, gegen das Konzil und gegen das Unfehlbarkeitsdogma alarmieren wollen, und er rühmt sich in seinen Denkwürdigkeiten, Bismarck zum Kulturkampf angestiftet zu haben. Seine offenherzigen

Bekenntnisse sind auch sonst nichts weniger als katholisch oder auch nur gläubig und religiös. Das sei nicht gesagt, um ihn anzugreifen, sondern nur um zu betonen, daß die katholische Sache gar nichts von seiner Ernennung zu erwarten hatte. Im Gegenteil, er hatte allen Grund, in seiner ersten Rede seine Beteiligung an den kirchenpolitischen Bewegungen am Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre gewissermaßen zu entschuldigen. Man möge daran (so bat er) keine Schlüsse für die Zukunft und keine Besorgnisse knüpfen. Seine damalige Tätigkeit liege fast dreißig Jahre zurück und gehöre der Geschichte an. „Seitdem haben sich die Zeiten geändert; die Gegenwart bringt andere Pflichten. Unsere Zeit weist mehr als je darauf hin, daß es nötig ist, ein freundliches, verständnisvolles Zusammenwirken der staatlichen und kirchlichen Autorität zu pflegen und zu fördern. Meine amtliche Tätigkeit im Reichsland gibt Zeugnis dafür, daß ich diese Grundsätze auch praktisch zur Anwendung zu bringen weiß. Auch in meiner neuen Stellung werde ich mich bemühen, den Frieden zwischen Staat und Kirche aufrecht zu erhalten." Hätte er das schon vor fünfundzwanzig Jahren getan, so wäre ein unwiederbringlicher Schade für Deutschland und die ganze Welt verhindert worden. So aber ging damals von Hohenlohes Kreis die Förderung des Altkatholizismus, der Kulturkampf und in weiterer Folge die Unterstützung aller antikatholischen Bestrebungen in Deutschland, Frankreich und Italien aus und damit eine Verrohung der allgemeinen Kultur unserer Zeit.

Bei der Enthüllungsfeier eines Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Stettin erhielt der Kaiser die Nachricht vom Tode des Zaren Alexander III. Er ließ beim Festmahl dessen Nachfolger Nikolaus II. leben und nahm am Trauergottesdienst in der Kapelle der russischen Botschaft zu Berlin teil.

Neues Aufsehen erregte die Ansprache des Kaisers bei der Vereidigung
Kiel. der Marinerekruten in Kiel (3. Dez.): „Der Eid ist heilig und heilig die Stätte, da ihr ihn schwört. Das zeigt der Altar und das Kruzifix; es bedeutet, daß wir Deutschen Christen[1]) sind, daß wir allezeit erst Gott die Ehre geben bei jedem Geschäft, das wir treiben, zumal bei dem höchsten, bei der Ausbildung zum Schutz des Vaterlandes. Ihr tragt des Kaisers Rock, ihr seid dadurch den anderen Menschen vorgezogen. Ihr nehmt eine besondere Stelle ein . . . Worin liegt das Geheimnis, daß wir oft in geringerer Anzahl dem Gegner überlegen sind? In der Disziplin. Unsere alten Vorfahren, wenn sie gegen die Römer in den Krieg zogen, gaben Gott die Ehre, indem sie zuerst beteten und dann mit Ketten zusammengeschlossen sich auf den Feind warfen. Die Ketten brauchen wir nicht mehr, wir haben Religion und Eid."

Als der Kaiser am 5. Dezember im Berliner Schloß den Reichstag eröffnete, sagte er: „Sie werden Ihre Arbeit in die neue Stätte verlegen, welche durch zehnjähriges ernstes Schaffen als ein Denkmal vaterländischen Fleißes ihrer Vollendung entgegengeführt ist . . . Getreu den Überlieferungen

[1]) Und Juden?

der Vorfahren betrachten meine Verbündeten und ich es als die vornehmste Aufgabe des Staates, die schwächeren Klassen der Gesellschaft zu schützen und ihnen zu einer höheren Entwicklung zu verhelfen." Dann wurden aber auch die neuen Vorlagen gegen den „Umsturz" angekündigt, die über den Börsenverkehr, den unlauteren Wettbewerb, über die notwendigen Zuschüsse von den Einzelstaaten zur Deckung der Bedürfnisse des Reichs u. s. w. — Bei der feierlichen Schlußsteinlegung im neuen Reichstagsgebäude am 5. Dezember wurde die kaiserliche Urkunde verlesen, in der es unter anderem hieß: „In seinen Räumen walte der Geist der Gottesfurcht, der Vaterlandsliebe, der Eintracht. Es bleibe der Bau ein Denkmal der großen Zeit, in welcher als Preis des schwererrungenen Sieges das Reich zu neuer Herrlichkeit erstanden ist, eine Mahnung den künftigen Geschlechtern zu unverbrüchlicher Treue in der Pflege dessen, was die Väter mit ihrem Blut erkämpft haben. Das walte Gott!" — Der Präsident des Reichstags sagte, nach einer Ansprache von Seite des Bundesrats, über den Bau: „Seine Grundmauern sind fest, seine Hallen weit, seine Zinnen hoch, und fest in Treue, weit in Voraussicht, hoch in den Gedanken sei immer das, was je und je in diesem Hause möge beraten und beschlossen werden. Einer großen Zeit, die das uns brachte, was Geschlechter erträumt und ersehnt haben,[1]) entstammen Plan und Mittel, und nur auf gute, gesegnete, friedliche Zeiten, auf ein starkes Reich, ein kraftvoll und gerechtes Regiment, ein treues, freies, wehrhaftiges, zufriedenes Volk, vertreten durch patriotische, weise und maßvolle Männer, blicke in Jahrhunderten des Reiches neues Rathaus, ein rechtes Sinnbild deutscher Einigkeit! Das walte Gott in Gnaden!" Der Kaiser vollzog die drei Hammerschläge auf den Stein mit den lateinischen Worten: „Pro gloria et patria!" Es fiel auf, daß sein Lob des neuen Prunkbaus sehr sparsam war; man sagte, er habe ihn als den „Gipfel der Geschmacklosigkeit" bezeichnet.

Neues Reichstagsgebäude.

In der letzten Sitzung im alten Reichstagsgebäude gedachte der Präsident der Vergangenheit; von den Mitgliedern der ersten Sitzung 1871 gehörten noch 21 dem Hause an, so Bebel und Lieber. In der ersten Sitzung im neuen Haus (6. Dezember) begann der Präsident mit dem lateinischen Spruch: „Quod felix faustumque sit!" Er rühmte die Pracht des neuen Gebäudes, obwohl er unter lebhafter Zustimmung meinte, man werde die bisher gewohnte einfache Heimstätte wegen ihrer Wohnlichkeit, ihrer praktischen Einrichtung und ihrer Bequemlichkeit noch oft vermissen. Beim Hoch auf den Kaiser blieben die wenigen anwesenden Sozialdemokraten sitzen. Das führte zu heftigem Wortwechsel. Singer erklärte, die

[1]) Die Geschlechter erträumten allerdings ein großdeutsches Reich.

Sozialdemokraten werden nie ein Hoch auf den Mann ausbringen, der befehlen wollte, daß Soldaten, die Söhne des Volkes, auf ihre Brüder, Mütter und Väter schießen sollen, zumal da man jetzt eine Gesetzvorlage gegen die Demokratie einbringen wolle.

Umsturz. Über die Umsturzvorlage schrieb der „Vorwärts", die Wirkung des Gesetzes könne allein in kleinlichen Quälereien bestehen, die Arbeiterbewegung werde man nicht aufhalten. Am 11. Dezember hielt der neue Reichskanzler Fürst Hohenlohe seine erste Rede über die Finanzen, die Kolonien u. s. w. Von diesen sagte er, daß Beweggründe wirtschaftlicher, nationaler und religiöser Natur das Reich dazu geführt hätten. Über den Kanzlerwechsel fragte Richter, welches denn die Gründe dazu waren. Ein ungeschickter Zeitungsartikel? „Nun kann ich mir denken, daß in einer Redaktion ein einziger Artikel einen Wechsel zur Folge haben kann, aber wieso in der wichtigen Stellung des Reichskanzlers?" Liebknecht wurde wegen majestätsbeleidigenden Sitzenbleibens beim Hoch nicht dem Staatsanwalt ausgeliefert.

Bei der großen Wichtigkeit, die man dem „Umsturz" beilegte, sei zunächst der Bewegung auf sozialem Gebiet gedacht. Hier standen sich die agrarischen und industriellen Bestrebungen gegenüber. Das bildete ein Hauptthema der Beratungen im preußischen Abgeordneten- und Herrenhaus und bei den Versammlungen des Bundes der Landwirte. Hier hieß es: „In Preußen gibt es ein altes Sprichwort: Wenn man glaubt, es sei einem Unrecht geschehen, so darf man drei Tage räsonnieren, dann aber muß man Order parieren." Der Brauereiboykott zog sich vom Mai bis zum Jahresende als „Bierkrieg" hin. Über die Ermordung Carnots waren die sozialdemokratischen Zeitungen Deutschlands am meisten betroffen, da dergleichen sich in seiner Wirkung gegen die Arbeiterklasse wenden mußte, „schlimmer wie die schlimmsten Anschläge, die je die Feinde der Arbeiter ersannen". In der Tat wurde infolge der Attentate in Frankreich und Italien von allgemeinen gesetzlichen Maßregeln gegen den Sozialismus und Anarchismus gesprochen. Aber Caprivi verwarf schon damals (Juli) Ausnahmemaßregeln. Ebenso die katholischen, freisinnigen und radikalen Blätter. Mitte August wurden in Berlin mehrere Anarchisten verhaftet. Die Kreuzzeitung zeigte sich (September) nicht zu einem Zusammengehen mit Liberalen, Atheisten und Juden geneigt, wohl aber mit dem Zentrum. Aber in der Polenfrage klaffte alsbald ein neuer Gegensatz zwischen Konservativen und Katholiken. Der Delegiertentag der nationalliberalen Partei 30. September in Frankfurt a. M. befaßte sich auch mit dem Umsturz und sprach sich für Erhaltung eines gesunden Mittelstandes in Stadt und Land aus, so für Zusammenschließen der Gewerbsgenossen, technische und sittliche Erziehung durch Fortbildungsschulen, Handwerkerkammern, Kleinbahnen, Kanäle, Landesmeliorationen, Regelung der Erbverhältnisse. — Konstantin Rößler besprach in einer Broschüre die Ziele der Sozialdemokratie und empfahl eine Diktatur des Bundesrats für einige Jahre, um während dieser Zeit durch eine verständige sozialpolitische Gesetzgebung der inneren Entwicklung ruhige Bahnen anzuweisen.

Sozialdemokratie. Beim Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Frankfurt a. M. 21. bis 27. Oktober waren auch Delegierte aus Österreich, der Schweiz und England anwesend. Ein Antrag, die Gehälter der Parteibeamten und Redaktoren auf höchstens 3000 Mark herabzusetzen, wurde auf

Bebels Einspruch abgelehnt, denn solange man in der bürgerlichen Gesellschaft lebe, müsse man die geistigen Arbeiter, die aus der bürgerlichen Gesellschaft hervorgehen, besser bezahlen, um sie der Partei zu erhalten. Man erachtete es als notwendig, die Landarbeiter zu gewinnen, da ohne diese die Sozialdemokratie niemals die politische Macht erobern und eine wirtschaftliche Umwälzung bewirken könne. Bebel sprach sich am 14. November in einer Berliner Versammlung abfällig aus über die Haltung der spießbürgerlichen bayrischen Genossen auf dem Parteitag. Seit die Agitation durch Aufhebung des Sozialistengesetzes freigeworden sei, streife leider überhaupt die Partei ihren sozialen Charakter ab, um eine rein demokratische zu werden. Daran schloß sich ein erregter Meinungsaustausch.

Religiöses.

In konfessionellen Dingen beschwerte sich das Zentrum vergebens gegen die strenge Durchführung der Kabinettsorder Friedrich Wilhelms IV., wonach evangelische Offiziere, die bei Mischehen das Versprechen der katholischen Kindererziehung geben, zu entlassen seien. Der Kriegsminister verteidigte die Order (13. Febr.) und erklärte es eines evangelischen Offiziers für unwürdig, ein solches Versprechen zu geben. Der Zentrumsabgeordnete Bachem führte auch Beschwerde über ungleiche Behandlung der Konfessionen bei Besetzung der Ämter. Ferner bestehe Imparität im Einkommen der Geistlichen, bei den Kirchenbauten; der Akademie zu Münster werde ihr katholischer Charakter durch Anstellung protestantischer Dozenten beeinträchtigt, die Volksschulen und Universitäten werden nicht paritätisch verwaltet, es müsse die katholische Abteilung im Kultusministerium wiederhergestellt werden. Dem widersetzte sich der Kultusminister Bosse.

Die evangelische Kirchenverfassung und Synodalordnung strebte nach größerer Selbständigkeit dem Staate gegenüber. Darüber wurde am 12. April im preußischen Abgeordnetenhaus beraten. Dagegen meinte Kultusminister Bosse, die Kirche könne und dürfe sich dem Einfluß des Staates nicht entziehen, aber auch der Staat bedürfe der Kirche. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes wurde am 16. April im Reichstag angenommen, aber vom Bundesrat nicht genehmigt. Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß in Frankfurt a. M. (16. Mai) sprachen Göhre, Harnack, Weber u. a. in einer Weise, daß sie von der konservativen Presse angegriffen wurden. Wohl aber erfolgte ein „Abbröckeln" des Jesuitengesetzes durch Zulassung der Redemptoristen und Väter vom Heiligen Geist.

In Eisenach fand am 24. Mai die 21. Versammlung von Vertretern der deutschen evangelischen Kirchenregierungen statt. — Am Kongreß für den Kirchenbau des Protestantismus, 24. Mai zu Berlin, nahm auch der Kultusminister Dr. Bosse teil. Prof. Otzen hielt einen Vortrag über die geschichtliche Entwicklung des protestantischen Kirchenbaues, Prof. Nik. Müller über das deutsch-evangelische Kirchengebäude im 16. Jahrhundert, Prof. Gurlitt über die neueren Bestrebungen im protestantischen Kirchenbau. Pfarrer Veesenmeyer stellte die Thesen auf: die Kirche ist für die Gemeinde da, nicht umgekehrt, daher kleine Gemeinden und kleine Kirchen, Einheit der Raumgestaltung, Verbindung des Kirchengebäudes mit Räumen für das Gemeindeleben.

Katholikentag. Auf der 41. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Köln (26. Aug.) wurde die soziale Frage erörtert. Schorlemer-Alst besprach die Organisation der Gesellschaft nach Berufsständen auf christlicher Grundlage, namentlich die Erhaltung des Mittelstandes. Der Protest gegen die Entziehung der weltlichen Macht des Papstes wurde erneuert, in Übereinstimmung mit der internationalen Konferenz in Lüttich. Die ungarischen Katholiken wurden in ihrem Kampf gegen die Zivilehe bestärkt. In bezug auf die Zulassung aller Orden wurden die Niederlande als Muster hingestellt. Man beklagte sich über die mangelnde Parität; man faßte Beschlüsse über Errichtung höherer katholischer Lehranstalten und einer katholischen Universität.

Als eine neue Enzyklika des Papstes die Griechen und die Protestanten zur Einheit der katholischen Kirche zurückrief, nahm die Einladung des „Evangelischen Bundes zur Wahrung deutschprotestantischer Interessen" für die Generalversammlung in Bochum darauf Bezug. Dort hielt am 6. August Professor Scholz einen Vortrag über die weltüberwindende Kraft des Gustav Adolf. evangelischen Glaubens. Es erfolgte eine Aufforderung zur Gustav-Adolf-Gedenkfeier, eine Kundgebung gegen die Glaubensverleugnung deutscher Fürstentöchter und eine gegen die Enzyklika vom 20. Juni. Pfarrer Hummel hielt den Schlußvortrag: „Was gibt der evangelische Protestantismus den ihm zugehörigen Völkern bis heute vor den römisch-katholischen voraus?"

Bei Gelegenheit der Gustav-Adolf-Feste sei doch auch mancher gegnerischen Stimmen des damaligen deutschen Volksliedes gedacht: „O Blindheit über Blindheit groß, wie billig ich's sollt' nennen! Wer dieses will gedenken noch, der wird es jetzund kennen. Der König Gustav in Schwedenland wollt' sein dem Kaiser frei bastant, tat übel sich verrennen . . . ‚Nun aber ist die Schrift erfüllt, die Kron', die ist geschoren; ich hab' mein Leib und Leben verspielt, der Glanz der ist verloren. Was hilft mich jetzt das schnöde Gut, Raub, Brand und Mord darneben, daß ich mich hab' aus frechem Mut so weit hinaus begeben? Mir ist gleich g'scheh'n als wie dem Hund, der übern Steg ist gangen, trug ein Stück Fleisch in seinem Schlund, wollt' nach dem andern langen. Er griff ins Wasser nach dem Schein, inzwischen ließ er fall'n das Sein', hat also keins empfangen' . . . Ich lob' den Kaiser, Gott viel mehr. Er laß uns ferners walten, auf daß es sich wie sich's gebührt, uns bleib' das Feld erhalten. Wann ihr schon sucht in aller Not und wend't euch, wie ein Wurm im Kot, so werd't ihr's doch verlieren!" (Ditfurth, Volkslieder des Dreißigjährigen Kriegs, S. 268.)

Die evangelische Landessynode von Württemberg beriet am 2. Oktober den Gesetzentwurf betreffend die Ausübung der landesherrlichen Rechte, wenn der König nicht evangelisch ist. Dieser Fall konnte nämlich eintreten; es wurde ein „Evangelisches Kirchenregiment" vorgesehen, das dann ohne den König seine Befugnisse auszuüben habe.

Eine außerordentliche Generalsynode zu Berlin (27. Okt. bis 15. Nov.) Agende. nahm eine neue Agende an, in der der Gedanke der Wiedergeburt in der Taufe beseitigt und das Dogma der Erbsünde abgeschwächt wurde. Dem Apostolischen Glaubensbekenntnis wurde nur die Stellung einer her-

kömmlichen Formel ohne dogmatischen Inhalt gelassen. Auch bei der Ordination sollte das Apostolikum ohne verpflichtende Kraft gebraucht werden. (Das heißt, die evangelische Konfession hörte damit auf, Konfession zu sein.) Der Kaiser schickte ein Telegramm voll Freude und Dank für die einmütige Annahme der Agende. In der Theologie und in der Presse entspann sich aber darüber eine große Fehde. Die Konservativen klagten die Kritischen an, „wissenschaftliche Vorkämpfer der Sozialdemokratie" zu sein. Den angegriffenen Bonner Professoren wurde von ihren Anhängern eine Vertrauensadresse überreicht.

Berliner Dom.

Die feierliche Grundsteinlegung des Berliner Doms erfolgte am 17. Juni durch das Kaiserpaar. Es wirkten der Domchor und der Kosleiksche Bläserbund mit. Der Chor sang den Psalm: „Machet die Tore weit!" Der Kaiser tat die drei Hammerschläge im Namen der Dreieinigkeit. — Kaiser Wilhelm sprach beim Empfang des Vorstands der preußischen Generalsynode den Wunsch aus, die Kirchen möchten auch außer der Zeit des Gottesdienstes offengehalten werden. — Kaiser Wilhelm bewilligte der „altkatholischen" Gemeinde in Krefeld ein Gnadengeschenk von 15.000 Mark als Beihilfe zum Kirchenbau.

Das evangelische Konsistorium in Stuttgart erklärte kirchliche Akte bei der Leichenverbrennung für unzulässig.

Die Redemptoristen zogen wieder ins Deutsche Reich ein, so in das bayrische Kloster Gars (5. August).

Trotz allen Hindernissen war die Zahl der katholischen Ordensniederlassungen seit 1888 von 746 auf 1215, die Zahl der Ordensleute von 7248 auf 14.044 gestiegen. Es gab in Preußen 191 katholische Blätter, im übrigen Reich 114, zusammen also 305.

Am polnischen Katholikentag in Posen nahmen auch Galizier teil. Man verlangte größeren Einfluß der Geistlichkeit auf die Schulen, Unterricht in der Muttersprache, Rückkehr der Orden, besonders der Nonnen für die weibliche Jugend. Es tagte auch eine deutsche Abteilung. Man sprach von der Gründung einer polnischen Universität in Posen.

Janssen.

Sehr besonnen schrieb F. Paulsen über Janssens Geschichte des deutschen Volkes in der „Deutschen Literaturzeitung": „In diesem Sinne erscheint mir Janssens Geschichte als eine Bereicherung unsrer Geschichtsliteratur: es kommt darin das Urteil der einen Hälfte unsres Volkes über den Gang seiner Geschichte zum Ausdruck . . . Der Erfolg zeigt, daß es dieser Weise an empfänglichen Hörern nicht fehlt. Vor zwanzig Jahren waren wohl manche der Ansicht, daß der Katholizismus nur noch ein Überrest der Vergangenheit sei, der im neuen Reich bald in die allgemeine protestantisch-liberale Bildung aufgelöst sein werde. Dieser Täuschung sind wir inzwischen ledig geworden. Wir haben wieder gelernt, mit der Tatsache zu rechnen, daß der Katholizismus die Religion der einen Hälfte der deutschredenden Menschen ist. Ich vermag darin kein Unglück zu erblicken. Wäre die Reformation ganz durchgedrungen, hätten wir jetzt eine deutsche Nationalreligion und Reichskirche, ich weiß nicht, ob wir dabei nicht in eine gefährliche Nähe zu russischen Zuständen gerieten. Die religiöse Spaltung . . . leistet uns wenigstens dies, daß sie die Wahrheit predigt, daß die Religion nicht die Sache des

Staates ist ... Die Religionsfreiheit beruht darauf ... Ohne Zweifel ist die protestantische Hälfte die aktivere, regsamere, führende gewesen. Aber wer weiß, ob nicht die Aufsparung der Volkskraft in den katholischen Gebieten der Erneuerung des deutschen Volkslebens noch einmal zugute zu kommen bestimmt ist? Das ist mir nicht zweifelhaft, daß Deutschland in der katholischen Bauernwelt einen Schatz an unverbrauchter Volkskraft besitzt, der einmal mehr als allgemeine Bildung ... ins Gewicht fallen mag."

Kolonien. Mannigfaltige Vorwürfe wurden gegen die deutsche Kolonialpolitik erhoben und gegen das Vorgehen der Behörden in den Kolonien. Einer Hamburger Firma warf man vor, sie treibe Sklavenhandel. Aus Anlaß eines Aufstands der Eingebornen in Kamerun wurden Klagen über Assessorismus und Militarismus laut. Man tadelte die Verwaltung als ungeschickt und brutal. Ein Abkommen mit Frankreich grenzte wenigstens die gegenseitigen Gebiete in Kamerun ab. Nun brachen aber auch auf Samoa Unruhen aus. Und mit Portugal ergab sich ein Grenzstreit in Ostafrika. Der Kanzler Leist wurde beschuldigt, seine Amtsbefugnisse in Kamerun weit überschritten, durch Auspeitschung der Dahomeweiber sein Amt mißbraucht, dadurch den Aufstand herbeigeführt und durch unsittliche Handlungen das Ansehen des Reichs geschädigt zu haben. Sein Prozeß vor der kaiserlichen Disziplinarkammer in Potsdam, 16. Oktober, endete mit einem ziemlich milden, in der Hauptsache freisprechenden Urteil.

Koburg. Im Reichstag wurde die Stellung des neuen Herzogs von Koburg besprochen, der als englischer Prinz zu einer deutschen Regierung kam. Er ließ jedenfalls keinen Zweifel darüber, daß er sich ganz als deutscher Fürst fühle. Im April kam zur Vermählung seiner Tochter mit dem Großherzog von Hessen sowohl der Kaiser wie die Kaiserin Friedrich, die Königin von England und der Thronfolger von Rußland nach Koburg. Dieser verlobte sich am folgenden Tag mit Prinzessin Alix von Hessen. In evangelischen Kreisen wurde es übel aufgenommen, daß die Braut zur griechischen Kirche übertrat.

Es fiel auf, daß der Prinzregent von Bayern die Wahl der Münchener Langen. Akademie der Wissenschaften, die den Professor Langen in Bonn zum Mitglied vorschlug, nicht sofort bestätigte; man sah den Grund im altkatholischen Bekenntnis des Gewählten. Wichtiger war es, daß Kaiser Wilhelm Fulda. den Schillerpreis, den die Kommission einstimmig dem Schriftsteller L. Fulda für sein tendenziöses Machwerk „Der Talisman" zuerkennen wollte, nicht bestätigte, und daß er auch den Vorschlag, den „Verdunpreis" für das beste historische Werk über deutsche Geschichte seit fünf Jahren, das die Kommission dem allzu Bismarckschen Werke H. v. Sybels „Die Begründung des Deutschen Reichs" zusprechen wollte, ablehnte. Den Verdunpreis erhielt dann Erdmannsdörfers „Deutsche Geschichte 1648—1740". Zur Förderung des Studiums der klassischen Kunst stiftete der Kaiser einen neuen Preis und stellte Aufgaben zur Ergänzung antiker Fragmente. Von den Verwaltungskosten des Germanischen Museums in Nürnberg übernahm das Reich einen bedeutenden Teil.

Die Beratungen über den Elbe-Trave-Kanal nahmen ihren Fortgang; ebenso die über den Dortmund-Ems-Kanal nach dem Rhein.

Die antisemitische Agitation drang in konservative Wahlkreise ein. Ein antisemitischer Parteitag in Hamm, 25. August, beriet über Verschmelzung aller Gruppen zu einer großen Partei. Eine neue Richtung, die „deutschliberalen Antisemiten", forderten unter anderem Abschaffung des Erbkaisertums und Reform der christlichen Religion, die ihnen noch zu jüdisch war. Auf dem Eisenacher Parteitag, 7. Oktober, schlossen sich die verschiedenen Gruppen zur „Deutschsozialen Reformpartei" zusammen, der Ahlwardt als Hospitant beitrat.

Dänische Schauspieler wurden im Juni aus Nordschleswig ausgewiesen. Überhaupt wurde dort dänischer Sprachunterricht verboten trotz des Gesuches von 77 Pastoren.

Bei der Feier des 200jährigen Jubiläums der Universität Halle (-Wittenberg) betonte der Kaiser in einem Schreiben, daß Halle mit der freilich auch heute noch nicht zum vollen Abschluß gelangten Einführung der deutschen Sprache in das akademische Leben begonnen hatte und so zur Neubelebung des tief gesunkenen Nationalgefühls förderlich beitrug. (Nebenbei bemerkt, wird das Sinken des deutschen Nationalgefühls in jener Zeit sehr übertrieben. Es sei nur verwiesen auf des Österreichers Wagner von Wagenfels Werk „Ehrenruf Teutschlands" von 1692; siehe meine „Österreichische Geschichte", S. 167 ff.)

Bei der Fahnenweihe am 18. Oktober nannte der Kaiser das Heer die einzige Säule des Reichs.

Zum Neubau des bayrischen Nationalmuseums wurde am 17. November der Grundstein gelegt.

Kaiser Wilhelms „Sang an Agir", den altnordischen Meergott, gelangte in ganz Deutschland, auch in Wien, zur Aufführung. Er galt als Proklamierung einer deutschen Seepolitik.

Der Alldeutsche Verband gab die Flugschrift heraus: „Hie Deutschtum! Hie Polentum! Die deutsche Ostmark. Aktenstücke zur Polenfrage."

Bei der Wahl Bernhards v. Bülow zum deutschen Botschafter beim Königreich Italien (Dezember 1893) mag dessen Ehe mit der italienischen Prinzessin Marie von Camporeale fördernd mitgewirkt haben. Sie war die Stieftochter des liberalen Ministers Minghetti, in erster, kirchlich für ungültig erklärter Ehe mit Graf Dönhoff verheiratet. Bülows Sympathien für das Königreich Italien waren sehr groß, größer als die für das nibelungentreue Österreich; das bewies er später als Reichskanzler und als Vermittler im Weltkrieg unmittelbar vor dem treulosen Vertragsbruch Italiens.

L. Büchner schrieb noch immer: „Darwinismus und Sozialismus oder der Kampf ums Dasein und die moderne Gesellschaft."

Alfred Biese behandelte „Die Philosophie des Metaphorischen" in der richtigen Erkenntnis, daß die Bildlichkeit der Rede kein bloßer Schmuck, sondern etwas tief Philosophisches sei. „Poesie und Philosophie sind Reiser an demselben Stamm, die Vergeistigung des Natürlichen; wo die Logik ihre Grenze findet, da fördert die Phantasie die göttlichen Intuitionen zutage."

Hübbe-Schleiden schrieb im 100. Heft der „Sphinx" gegen „Nietzsche, Gründeutschlands Verführer".

Theosophie. In Berlin erfolgte am 29. Juni die Gründung einer Deutschen theosophischen Gesellschaft. Die Verhandlungen leitete Oberst Henry Steel-Olcott aus Indien, der Generalpräsident der über die ganze Erde verbreiteten Theosophischen Gesellschaft, deren Gründung er 1875 vorgenommen hatte. Von 400 Zweigvereinen gab es in Indien 175, in Amerika 89, in Europa 70. Hübbe-Schleiden war der Dolmetsch des englisch sprechenden Redners.

W. Henke bemühte sich, den Typus des germanischen Menschen und seine Verbreitung im deutschen Volke festzustellen (Allg. Ztg., 29. Mai). Luther repräsentiert den slawisch-norddeutschen Typus. „Wäre es nach Kaiser Karl IV. gegangen, so wäre Böhmen heute das, was Preußen ist. Beides ist eine deutsch-slawische Mischung."

Schönbach. Anton Schönbach schrieb im ersten Heft des neuen „Euphorion", nach der politischen Zwischenzeit seit 1870 sei die Literatur wieder mehr ein tatsächliches Interesse der Gebildeten geworden. „Ach du liebe Zeit! Wenn wir von 1870 ab als ‚politisches' Volk es nur bis zu dem Wirrsal der Gegenwart gebracht haben, indes wir als ‚unpolitisches' das Jahr 1870 erreichten, dann wäre uns besser, wir hätten noch etliche Zeit als ‚Volk der Denker' das vielverrufene Pflanzendasein geführt."

Muther. Richard Muther schilderte in drei starken Bänden „die Geschichte der Malerei im 19. Jahrhundert" vom modernsten, naturalistischen Standpunkt aus.

Bormann. Der sächsische Dialektdichter Edwin Bormann schrieb ein großes Buch über „das Shakespearegeheimnis", daß nämlich nicht der Schauspieler Shakespeare, sondern der Kanzler und Philosoph Lord Bacon der Autor der unter falschem Namen gehenden Dramen sein solle. Diese nicht vereinzelt stehende Hypothese gehört meines Erachtens zu den Geisteskrankheiten der Zeit.

K. du Prel schrieb von der „Entdeckung der Seele durch die Geheimwissenschaften".

W. H. Riehls „Religiöse Studien eines Weltkindes" enttäuschten leider durch ihre Flachheit.

Quidde. Ungeheures Aufsehen erregte Quiddes „Caligula"; in kurzer Zeit waren 150.000 Exemplare abgesetzt. Man sah darin ein Pamphlet gegen Kaiser Wilhelm.

Die Cottasche Buchhandlung verteidigte sich gegen B. Sterns Anschuldigung, daß sie aus der Schriftstellerei des Grafen Schack ungehörigen Nutzen gezogen habe (Allg. Ztg., 4. Juni).

Max Osborn behandelte „Die Teufelliteratur des 16. Jahrhunderts".

P. Keppler schilderte „Wanderfahrten und Wallfahrten im Orient".

W. Gundlach gab die „Heldenlieder der deutschen Kaiserzeit" aus dem Lateinischen übersetzt: 1. Band. Hrotsvithas Ottolied.

Sehr eingehend beschrieb der Baseler Prof. Rud. Kögel die Geschichte der altdeutschen Literatur.

Fr. W. Weber †. Fr. W. Webers „Dreizehnlinden" hatte es auf 54 Auflagen gebracht, als der Meister starb, der das Gedicht 1878 in seinem 65. Lebensjahre so herrlich ausgeführt hatte.

Alberta v. Puttkamer richtete in ihren „Offenbarungen" eine Absage an den Pessimismus.

Die Witwe des Dichters Fritz Reuter vermachte die schöne Villa Reuter bei Eisenach der Schillerstiftung.

In Nürnberg feierte man das 250jährige Jubiläum des von Ph. Harsdörffer gestifteten Pegnesischen Blumenordens.

Anton Diemand beschrieb „Das Ceremoniell der Kaiserkrönungen" von Otto I. bis Friedrich II.

Felix Dahn setzte das 1861—1885 erschienene Werk „Die Könige der Germanen" nun mit dem 7. Bande fort, der die Franken unter den Merowingern behandelte.

Über die Schriften von Hermann Türck über das Hamletproblem als Tragödie des Idealismus oder der Genialität entspann sich eine Polemik mit Kuno Fischer (Allg. Ztg., 15. Mai).

G. Schmoller schilderte den deutschen Beamtenstaat vom 16. bis 18. Jahrhundert (Allg. Ztg., 6. Juni).

Die Frage: „Deutschland Agrarstaat oder Industriestaat?" wurde viel besprochen (Allg. Ztg., 14. Febr.).

Aus den Tagebuchblättern des Grafen Al. Kayserling gab seine Tochter philosophisch-religiöse Gedanken heraus.

Das echte Berlinertum kam in dem Buch „Wilhelmine Buchholz' Memoiren" von Julius Stinde humoristisch zum Ausdruck.

In sehr auffallender Weise erschien das Inserat: „Gemeinheiten, zu denen man schweigt, gibt man nicht zu. Der Rembrandtdeutsche" (Ill. Ztg., 13. Januar). Rembrandtdeutsche.

Gerhart Hauptmanns Dichten wurde in der „Allgemeinen Zeitung" (23. Juni) mit Recht unter der Kritik der Nervenpathologie betrachtet. Ebenso Ibsen.

Ignaz Bregenzers „Tier-Ethik" wurde als Preisschrift vom Verband der Tierschutzvereine des Deutschen Reichs herausgegeben.

Sehr echt war das mittelhochdeutsche Gedicht, mit dem F. Vogt zum 60. Geburtstag Felix Dahn begrüßte, während alle andern Versuche dieser Art sehr unvollkommen sind.

Zur Kenntnis des sechsten Sinns, des Orientierungssinns oder Gleichgewichtssinns, wurden neue Beiträge geliefert (Allg. Ztg., 19. Sept.).

Es erschienen Jakob Moleschotts Lebenserinnerungen „Für meine Freunde". Sie behandelten aber nur die Zeit vor seinem mehr als dreißigjährigen Aufenthalt in Italien. Moleschott.

Von sozialdemokratischer Seite wurde eine „Geschichte des Sozialismus in Einzelndarstellungen" veranstaltet. Der erste Band, redigiert von Bernstein und Kautsky, behandelte den platonischen und urchristlichen Kommunismus, die Arbeiterbewegung im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation, den Kommunismus der Klöster und der Sekten bis zu den Wiedertäufern, die Utopisten Thomas More und Campanella, die kommunistischen Tendenzen der englischen Revolution im 17. Jahrhundert, den Sozialismus in Frankreich bis zur großen Revolution.

Zu den bedeutendsten Erscheinungen des Jahres gehörte das große dreibändige, aber heute ganz vergessene Epos von Jos. Alb. Schäle „Staufenlied" (Paderborn, Bonifaciusdruckerei). Das Leben der hl. Elisabeth bildet Schäle.

den Kern der Handlung in Verbindung mit Kaiser Friedrich II.; Wolfram von Eschenbach, Walter von der Vogelweide treten auf, der verzauberte Barbarossa, der hl. Johannes. Die Dichtung war in Stanzen geschrieben, es waren 24 Gesänge mit über 20.000 Versen. Die „historisch-politischen Blätter" (114, 861) zitieren bei dieser Gelegenheit einen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung" vom 9. November 1893 über „Parität auf dem Gebiete der Literatur, ein bedenkliches Kapitel für nachdenkliche Katholiken". Es wurde da geklagt, „daß Tausende von Katholiken lieber die Werke gegnerischer Dichter kaufen als die der Gesinnungsgenossen . . . Der riesenhafte Erfolg mancher Dichter ist nur dadurch zu erklären, daß ihre Werke massenhaft auch in katholische Kreise eindringen, während die katholischen Schriftsteller bei den Buchhändlern liegen bleiben". Diese Darlegungen sind von gegnerischer Seite dahin ausgeschlachtet worden, als ob die „Befangenheit in katholischer Weltanschauung", die „geistige Beschränktheit" und „geistige Armut" des Katholizismus die Verbreitung der von katholischem Standpunkt geschriebenen Literaturwerke hindere. Ganz mit Unrecht! Die katholische Kunst und Literatur geht aber nicht mit der Mode, ebenso wie die altgriechische Kunst. Hat sie einmal den höchsten Ausdruck gefunden, so hält sie in echtem Konservatismus daran fest. Saison und Mode ist ihr fremd. „Vorübergehend scheinen hie und da katholische Schriftsteller nicht auf der Höhe zu sein, weil zeitlich gerade die Mode stärker ist als alles. Die Mode kommt und vergeht, aber die christliche Kunst wird ewig bestehen. Dabei ist es aber Pflicht der Katholiken, den von christlichem Geiste getragenen und durchwehten Literaturerscheinungen ein standhaftes Interesse entgegenzubringen." Ferner sagen die Blätter vom dankbaren Stoff der Hohenstaufenzeit: „Nienstädt lieferte in seinen sieben Bänden Hohenstaufischer Dichtung (1826) fast eine versifizierte Chronik."

Das Volksbühnenspiel „Friedrich der Große" von Max Lündner wurde zu Königsberg in einem Zirkusbau aufgeführt.

Zur Feier des 300. Geburtstags Gustav Adolfs dichtete Paul Kaiser ein kirchliches Festspiel, das außer in Leipzig auch in anderen Städten aufgeführt wurde.

Eschenbach. In Eschenbach konstituierte sich ein Komitee für ein Wolfram-Festspiel. Paul Heyses Festspiel mißglückte aber. Man hat später ein anderes für Eschenbach bei mir bestellt.

Das volkstümliche Festspiel „Wallenstein", das zu Altdorf aufgeführt wurde, behandelte die Studentenzeit des berühmten Heerführers.

Zu Neureichenau am Fuß des Dreisesselsels im bayrisch-böhmischen Wald wurde in freier Natur am 25. Juli das Festspiel des Passauer Lehrers Dreyer „Die Dreisesseljungfrauen" aufgeführt.

H. Sachs. Der 400. Geburtstag des Hans Sachs wurde an allen deutschen Theatern gefeiert. Ich teilte mit meinem Freunde Hans Pöhnl die Begeisterung für den deutschen Shakespeare und bearbeitete zusammen mit Fritz Lemmermeyer einen Hans-Sachs-Abend für das Wiener Burgtheater (4. Nov.). Allerdings erfüllten sich die auch daran geknüpften Hoffnungen auf eine Regeneration der deutschen Bühne durchaus nicht. Voran ging eine szenische Bearbeitung von Goethes Gedicht „Hans Sachsens poetische Sendung". Der Hans-Sachs-Abend erschien auch im Druck.

Es erschienen Lucas v. Führichs „Ausgewählte Schriften" im Geiste seines berühmten Vaters Josef, des großen nazarenischen Malers, herausgegeben von H. v. Wörndle.

H. Baumgartens Geschichte Karls V. 1885—1892 und F. v. Bezolds Geschichte der deutschen Reformation (1890) wurden wegen ihrer maßvollen Haltung dem Katholizismus gegenüber von den „Historisch-politischen Blättern" gewürdigt. „Janssen hat nirgends schärfer die Reformation verurteilt als der in protestantischen Zeitschriften vielgefeierte Professor v. Bezold" (113, 137). Als größter schweizerischer Philanthrop wird von P. C. Planta in Chur der Kapuzinerpater Theodosius geschildert. Es folgt in denselben Blättern eine Charakteristik der „Württembergischen Kirchengeschichte" des Calwer Verlagsvereins (1893). Zu Wattenbachs Geschichtsquellen in sechster Auflage werden einige Zusätze gemacht. Die Lehninsche Prophezeiung, daß das Gift der Ketzerei bis ins neunte Geschlecht dauern wird, „scheint in Erfüllung zu gehen" (113, 257); besonders da die neue Agende eine protestantische Konfession, ein Kredo, aufgibt. Prinzipienfragen der biblischen Exegese (Allegorie u. s. w.) werden zur Enzyklika „Providentissimus Deus" und mit Beziehung auf den Franzosen D'Hulst besprochen. — Dürers katholisches Glaubensbekenntnis wird im Anschluß an Anton Webers Schrift über ihn festgestellt. Liddons Werk über Pusey erfährt eingehende Besprechung. Ebenso das Buch von Rud. Meyer „Kapitalismus fin de siècle" in Beziehung zur Krisis in der Landwirtschaft und zum russischen Handelsvertrag. — Die progressive Einkommensteuer gegenüber dem Großkapitalismus wird empfohlen. — Italien erscheint vor dem sozialpolitischen Richterstuhl. — Die neue Ausgabe der Rundschreiben Leos XIII. wird angezeigt (Brügge). — Die starke Invasion buddhistischer Ideen wird aufmerksam verfolgt. — Ein Buch über den englischen Konvertiten und Schriftsteller Edward Bellasis († 1873) wird besprochen. — Ein neuer Artikel über die Lehninsche Weissagung sieht darin den Kulturkampf als „infandum scelus" vorherbezeichnet (665). — Georg Grupps Kulturgeschichte des Mittelalters erhält eine eingehende Würdigung. — Es folgt eine kunst- und kulturgeschichtliche Studie zum dritten Zentenar des Todesjahres der beiden Klassiker der Kirchenmusik: Palestrina und Orlando Lassus. — Sehr lehrreich ist die Übersicht, die Seite 890 ff. über die soziale Frage auf den Katholikentagen seit 1857 gegeben wird.

Hist.-pol. Blätter.

Gegenüber der Imparität im Deutschen Reich weisen die „Historisch-politischen Blätter" (114, 48) auf die Parität hin, welche die Katholiken sich in Holland erkämpft haben. — Das Buch von Jos. Müller über „Jean Paul und seine Bedeutung für die Gegenwart" wird sympathisch begrüßt. — Der Weg „vom Berliner Bierkrieg zum Zukunftsstaat" wird mit Sarkasmus beschrieben. — Der Franzose A. Kannengieser schrieb über „Ketteler und die soziale Organisation in Deutschland" (Paris 1894). — Die Geschichte der christlichsozialen Partei in Österreich und die der „Reichspost" wird besprochen (114, 214). — Sodann Albert Ehrhards „Altchristliche Literatur". — Ein Besuch in der Abtei Seckau wird beschrieben. — Aus J. B. Weiß Weltgeschichte 10. Band wird ein Glanzstück herausgehoben. — Die Tätigkeit der österreichischen Leogesellschaft im abgelaufenen Vereinsjahr wird resümiert, auch unser Weihnachtsspiel nicht vergessen (513). — Wichtig ist ein Artikel über „die Rumänen und die

katholische Kirche". — Zu den auf Veranlassung der Leogesellschaft geschriebenen Büchern gehörte: „Die Frauenfrage vom Standpunkte der Natur, der Geschichte und der Offenbarung" von Augustin Rösler. — K. Meindl bearbeitete das „Leben und Wirken des Bischofs Fr. J. Rudigier von Linz". — Zu Pest erschienen die gesammelten Schriften des Kardinals Pazmany. — Das Urkundenwerk über die deutschen Jesuitenschulen wird besprochen. Ferner J. Seebers Episches Gedicht „Der ewige Jude". — Mit Empörung berichten die Blätter über die vaterlandsvergessenen Gustav-Adolf-Feiern in Deutschland. „Der Lutheraner Logau wußte, was er schrieb, als er an die Schweden das Sinngedicht richtete: Alles Unschlitt von dem Vieh, das ihr raubtet durch das Land, Asche vom gesamten Ort, den ihr setztet in den Brand, gäbe Seife nicht genug, auch die Oder reichte nicht, abzuwaschen innern Fleck, drüber das Gewissen richt'!" Sich für den „Schwedentrunk" auch noch zu bedanken, das war denn doch zu toll. „Es ist nicht nur lächerlich und empörend, zusehen zu müssen, wie ein großer Teil unserer Volksgenossen das Gefühl der nationalen Würde vergißt, es ist auch tieftraurig. In unsern Augen ist der Dreißigjährige Krieg das Strafgericht über das deutsche Volk . . . und Gustav Adolf eines der Werkzeuge der Rache . . . Etwas kräftiger hat sich der Protestant Heinrich Leo ausgedrückt: ‚Das urteilslose Hingeben läßt dem Schweden noch neuerdings Denkmale in Deutschland errichten. Da möchte man mit Luther ausrufen: Ja, es ist nicht anders, wir Deutsche müssen aller Fremden Esel sein und bleiben.'" — Es folgt ein Rückblick auf den Wiener Katholikentag, eine Betrachtung „Zum Zerfall des Protestantismus". (Es fragt sich, ob der Kaiser noch über Christen regiere. S. 934.)

Graf Schack †.

Graf Schack vermachte seine berühmte Galerie dem Deutschen Kaiser; dieser beließ aber die Bilder in München und kaufte auch zum Zweck der bleibenden Aufstellung die Villa Schacks an, über die anderweitig verfügt worden war. Sie war ein Bau von Lorenz Gedon aus den siebziger Jahren. Schack hatte zumeist Bilder lebender Künstler mit größtem Verständnis gesammelt und die Geschichte seiner Galerie in einem anziehenden Buch geschildert. — Man erinnerte an das Gedicht, mit welchem Graf Schack sich 1889 im Goldenen Buch der Stadt München eingeschrieben hatte: „Mag mir die Sonne sinken, nicht vergebens hat sie auf Erden mir geglänzt; reich ward der große Wunderkelch des Lebens zum Rande schäumend mir kredenzt . . . Klangvoll zog hin durch meiner Seele Saiten, was nur mit Werderuf Glorreich-Unsterbliches zu allen Zeiten des Menschen Genius erschuf . . . Und muß es sein, muß nun im Grenzenlosen der Lebensatem mir verwehn, ich klage nicht; das Haupt bekränzt mit Rosen, will ich von hinnen gehn."

Klinger.

Eine Ausstellung von Werken Max Klingers in Berlin zeigte auch dessen neue Radierungen „Phantasien zu Liedern von Brahms" und die polychrome Plastik „Salome", ferner das Gemälde „Die Beweinung Christi".

Jul. Allgeyer schrieb die Biographie des Malers Anselm Feuerbach.

Zu den schönsten Denkmälern gehört die Statue des Chirurgen Volkmann in Halle, ausgeführt von seinem Neffen Arthur Volkmann (Ill. Ztg., 4. August). — Trefflich war auch das in Königsberg enthüllte Denkmal Wilhelms I. von Fr. Reusch. F. Schaper schuf eine Büste Ernst Curtius' für das Museum in Olympia. Dem in Kamerun gefallenen Hauptmann K. Freiherrn v. Gravenreuth wurde dort ein Denkmal gesetzt.

C. W. Allers schilderte in Zeichnungen „Unsern Bismarck" und trug dadurch viel zur Popularisierung des Altkanzlers bei.

G. Koch schrieb über „Die Lösung des Flugproblems und das Luftschiff der Zukunft" (1893) auf Grund des „Aëroplanes" oder des „Segelflugrades", das schon Professor Wellner in Brünn im Modell konstruiert hatte. Flug.

An den deutschen Universitäten wurden besondere Kurse für die Jugendspiele eingerichtet.

Seit Richard Wagner hatte keine Oper einen solchen künstlerischen Erfolg wie das Märchenspiel „Hänsel und Gretel" von Engelbert Humperdinck.

Papst Leo wies in wiederholten Ansprachen der Kirche die Pflicht zu, die aus dem öffentlichen Leben entschwundene Moral zurückzuführen, bei den Völkern den Sinn für Unterwerfung, bei den Herrschern den für Lauterkeit zu wecken und die Studien durch die Regeln christlicher Weisheit zu läutern. Er empfing am 7. März den Prinzen Heinrich von Preußen. Er erließ am 23. März eine Enzyklika an die polnischen Bischöfe und erinnerte an das Übereinkommen mit Rußland 1882; den Katholiken Galiziens empfahl er, dem Kaiser von Österreich für seinen religiösen Eifer erkenntlich zu sein; wichtig sei das Gedeihen der Universität Krakau und der Orden, besonders des Basilianerordens, von dem er ein Emporblühen des Ruhmes der ruthenischen Kirche in der Einigkeit des Glaubens und der Verschiedenheit der Riten erhoffe. Die preußischen Polen ermahnte er, Vertrauen zur Gerechtigkeit des Deutschen Kaisers zu haben und die Gesetze zu beobachten; denn die katholische Kirche lehre nichts, was sich gegen die Macht der Fürsten oder das Wohl der Völker richte, sondern sorge auch für die öffentliche Wohlfahrt. Es war ein gutes Zeichen, daß der Zar den Kammerherrn Iswolski am 5. Juni zum Ministerresidenten am päpstlichen Stuhl ernannte; freilich erhoffte man in Rußland zunächst nur eine Steigerung der Loyalität beim katholischen Volke und Klerus in Rußland. Papst Leo XIII.

Es erfolgte am 20. Juni die bereits erwähnte päpstliche Enzyklika „an alle Fürsten und Völker der Erde". Der Papst erklärte, er wolle, gleichwie Christus, bis an sein Lebensende alle Menschen zur Glaubenseinheit aufrufen. Er erinnerte an die ursprüngliche Religionseinheit als gemeinsames Vatererbe inmitten des irdischen Kampfes, er erinnerte die orientalischen Kirchen daran, daß ihre Vorfahren den römischen Pontifex anerkannten, daß Lateiner und Griechen auf den Konzilien von Lyon und Florenz gemeinsam tagten. Er lud sie ein zu völliger Vereinigung mit der römischen Kirche und versprach ihnen Aufrechthaltung ihrer Riten und patriarchalischen Privilegien. Besonders galt seine Einladung den slawischen Völkern. Dann wandte sich auch der Papst an die Protestanten, denen die feste Richtschnur des Glaubens und der Autorität mangle, so daß manche von ihnen selbst die Gottheit Christi und den göttlichen Ursprung der Enzyklika.

heiligen Schriften leugnen und dem Naturalismus und Materialismus verfallen. Er gedachte der erleuchteten Protestanten, die heilsbegierig zum Katholizismus zurückkehrten, und ermahnte die übrigen zur Nachahmung. Er ermahnte auch die Katholiken, sich aufzurütteln aus der Gleichgültigkeit inmitten der vielfach drohenden Gefahren, den kirchlichen Oberen unbedingt zu gehorchen und sich versöhnlich zu erweisen gegenüber den bürgerlichen Gewalten. Die Kirche sei bereit, mit diesen die nötigen Vereinbarungen zu treffen. Der Papst beklagte die neuerlichen Unterdrückungen der Kirche und wandte sich gegen die Freimaurer, deren Despotismus in Italien und Frankreich abgeschüttelt werden müsse, damit die Glaubenseinheit die Übel und die Kriege beschwöre, die aus der Lage Europas erwüchsen. Er empfahl ferner eine Behandlung der sozialen Frage gemäß dem Evangelium und forderte in politischer Hinsicht die Völker auf zur Übereinstimmung mit den herrschenden Gewalten, gleichviel um welche Staatsform es sich handle. Der Papst ersuchte schließlich die Regierungen, auch ihrerseits die religiöse Einigkeit mit allen Kräften zu unterstützen, damit nicht das Ende dieses Jahrhunderts dem stürmischen Ende des vorigen gleiche.

Infolge der Konferenzen zur Vereinigung der orientalisch-unierten Kirchen mit der römischen erfolgte am 6. Dezember eine abschließende Konstitution; diese gedachte der ruhmreichen und opferreichen Geschichte der Kirche im Orient und der Beweise der Liebe und Ehre, welche ihr von seiten der römischen Kirche zuteil geworden, seitdem der hl. Petrus den Bischofsstuhl in der weltbeherrschenden Stadt bestieg. Die Päpste haben Kollegien im Orient begründet. Es ist notwendig, die Lehren der orientalischen Kirche unverändert aufrecht zu erhalten, weil sie in ihrer Machtfülle ein glänzender Ausdruck der Einheit der Dogmen der katholischen Kirche sei. Der Ritus der orientalischen Kirchen wird bestätigt. Der Papst will die Seminarien und Kollegien im Orient vermehren.

Ein vatikanisches Dekret bestimmte eine Reform der Kirchenmusik und des Chorals.

Der Papst sprach in einem Schreiben an den Bischof von Autun seinen Abscheu über die anarchistischen Missetaten aus; man möge doch den päpstlichen Ratschlägen folgen, allen Parteiungen entsagen, die höchsten Güter verteidigen; es zeige sich, daß die Religion allein der Gesellschaft Sicherheit und Frieden verbürgen könne.

Italien. Das Königreich Italien litt fortwährend unter seiner problematischen Stellung. Im Innern machten Unruhen in Sizilien, in Bari, Neapel, Mantua, Ancona, Massa und Carrara den Belagerungszustand notwendig. Der Abgeordnete De Felice wurde als Verfasser eines aufrührerischen Manifests verhaftet. Unter den im Januar verurteilten Anarchisten war auch der Rechtsanwalt Molinari, der wegen „Vereinigung gegen die Familie, die Person und das Eigentum und wegen Aufreizung zu Verwüstung, Plünderung und

Metzelei in den Städten Massa und Carrara" zu dreiundzwanzigjährigem Kerker verurteilt wurde. In den Papieren des verhafteten Anarchisten Merlino fanden sich Beweise, daß eine Zerreißung Italiens geplant war. Crispi beschwor die Deputiertenkammer, Italiens Konsolidierung und Festigung nicht zu hindern. „Schließen wir uns eng an den König an, der das Symbol der Einheit ist! Nur die Monarchie bezeichnet die Einheit, die Zukunft des Vaterlandes." Aber auch vor der Kammer fanden Bombenattentate statt (8. März). De Felice wurde im Mai zu Palermo zu achtzehn Jahren Zuchthaus verurteilt, ebenso andere Häupter des Geheimbunds der Fasci. Der Anarchist Lega unternahm ohne Erfolg ein Attentat auf Crispi, 16. Juni, dann kam die Ermordung Carnots durch einen Italiener, ferner die Ermordung des Journalisten Bondi, eines alten Garibaldianers, durch einen Anarchisten wegen einiger gegen die Anarchisten gerichteten Zeitungsartikel (30. Juni). Nur in geheimer Abstimmung wagten die Kammern die Gesetze gegen die Anarchisten anzunehmen. Crispi, der alte Gegner der Kirche, sah sich genötigt, in einer Rede zu Neapel (10. Sept.) im Namen der Religion zum Kampf gegen den Anarchismus aufzurufen. Sämtliche sozialistischen Vereine wurden am 22. Oktober durch Dekret gleichzeitig in allen Provinzen aufgelöst. Dagegen bildete sich nun eine „Liga zum Schutze der Freiheit" aus Radikalen und Sozialisten.

Den Prozeß gegen die Banca Romana, das „Panamino", suchte man durch Beiseiteschaffung von Papieren so unschädlich zu machen, daß die Angeklagten freigesprochen werden konnten. Giolitti machte Andeutungen, aus denen man schloß, daß auch Crispi kompromittiert werden könnte. Aber der Senat erklärte die von Giolitti vorgelegten Dokumente für bedeutungslos.

Das Verhältnis zu Frankreich verschlimmerte sich durch die Freisprechung der Franzosen, die man des Totschlags an Italienern für schuldig hielt, und durch einen Spionageprozeß. Anderseits steigerte die Ermordung Carnots durch einen Italiener die gegenseitige nationale Erbitterung. Hinwider wurde das Gerücht verbreitet, Rudini habe, als er Minister war, den Dreibund aufgeben und sich Frankreich nähern wollen; die Verhandlungen mit Frankreich hätten sich aber zerschlagen und so sei der Dreibund doch wieder erneuert worden. Dem widersprach freilich Rudini in der Presse. In der Deputiertenkammer tadelten die Radikalen die Allianzpolitik der Regierung, die den Bruch der Handelsbeziehungen zu Frankreich und die wirtschaftliche Krise Italiens verschulde. Der Dreibund müsse aufgelöst werden, damit Italien abrüsten könne. Crispi verteidigte sich. Dreibund.

270 Deputierte veranstalteten eine Sympathiekundgebung für die rumänischen Völker und ihren Kampf für die gemeinsame lateinische Nationalität.

Eine große nationale Genugtuung war es, daß General Baratieri, der Gubernator der erythräischen Kolonie, am 17. Juli Kassala, den Hauptstützpunkt der Derwische, eroberte. Dazu gratulierte der Deutsche Kaiser, aber auch das irredentistische Trient. Baratieri war ein geborner Südtiroler.

Die in Italien zur Zwangsarbeit verurteilten Anarchisten wurden nach den Inseln deportiert. Der anarchistische Gemeinderat von Mailand wurde am 2. September aufgelöst und durch einen staatlichen Verwalter ersetzt. Republikanische und sozialistische Kongresse wurden verboten, revolutionäre Klubs aufgelöst.

Über seinen Roman „Der Triumph des Todes" setzte Gabriel d'Annunzio ein Motto aus Nietzsches „Jenseits von Gut und Böse".

Cesare Cantù, der bekannte Historiker, Literat und Pädagog, feierte zu Mailand seinen 90. Geburtstag. Er starb bald darauf.

Tintorettos Gedächtnis gelangte seit seinem dreihundertsten Todestag zu höheren Ehren.

Im Kastell von Mailand, das aus dem Kasernenzustand zu alter Schönheit restauriert wurde, entdeckte P. Müller-Walde Wandmalereien von Leonardo da Vinci.

Die große römische Arena in Verona wurde zu Aufführungen von antiken und modernen Tragödien eingerichtet.

Anarchismus.

Das Wesen des Anarchismus war wenig bekannt. Man hielt ihn gewöhnlich irrtümlich für die sozialistische Propaganda der Tat, während er das dem Sozialismus am schroffsten entgegengesetzte Prinzip des Individualismus vertrat. Darüber orientierten die Hauptwerke der anarchistischen Doktrin: Fr. Guy: „Les préjuges et l'anarchie"; Krapotkin: „Paroles d'un révolté", „La morale anarchiste" und „La conquête du pain"; Elisée Reclus: „Les produits de la terre". Es erschienen in italienischer Sprache 24 anarchistische Blätter, 10 deutsche, je 9 französische und spanische, 6 englische, 3 griechische, 2 italienisch-spanische, 2 portugiesische, 1 holländisches. Darüber berichtete Cutrera in der „Nuova Rassegna", 30. August 1894. Das Wort Anarchie kam durch Proudhon zu seiner jetzigen Bedeutung; der Doktrin kamen schon die englischen Radikalliberalen nahe; sie war ja die äußerste Konsequenz des Liberalismus. Der Anarchismus wollte die Aufhebung des Staates, während der Sozialismus im Gegenteil alles verstaatlichen wollte. Jehan Le Vagre faßte die Ziele des Anarchismus also zusammen: „Die Gesetze umstoßen, eine Organisation ohne Gesetze einführen, die Bourgeoisie bekämpfen, noch mehr aber die Republikaner und Sozialisten, die den Staat befestigen wollen. Geld, Handel, Eigentum abschaffen. Freiheit in der Wahl der Arbeit und in den Beziehungen zwischen Mann und Weib. Kein Vaterland, keine Rasse."

Frankreich.

Die allgemeine Erschütterung durch die Anarchistenbewegung wurde am heftigsten in Frankreich verspürt. Verhaftungen und Haussuchungen bei Anarchisten fanden von den ersten Tagen des Jahres an statt. Die Erbitterung wurde dadurch verschärft, daß die Anarchisten zumeist Italiener waren. Vaillant wurde ohne Gnade zum Tode verurteilt. In der Deputiertenkammer trafen am 27. Januar die Parteien hart aneinander über die rücksichtslosen Maßregeln gegen den Anarchismus, die zur Aufhebung der individuellen Freiheit zu führen schienen. Ein neues Bombenattentat des Anarchisten Henry im Hotel Terminus am 12. Februar erschreckte aufs neue die Gesellschaft. Es folgte am 15. März ein Bombenattentat in der Madeleine-Kirche, am 4. April eine Bombenexplosion im Restaurant Foyot.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Toussaint, der in einem Streik die Arbeiter aufgehetzt hatte, wurde zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe und auf Ausschließung der Öffentlichkeit bei Hinrichtungen wurde von der Kammer abgelehnt. Da erfolgte trotz aller Vorsichtsmaßregeln am 24. Juni zu Lyon die Ermordung des Präsidenten Carnot durch den italienischen Anarchisten Caserio. Die Folge davon war eine noch größere Empörung gegen die Anarchisten und gegen die Italiener. Kaiser Wilhelm und König Humbert telegraphierten sofort ihr Beileid der Witwe Carnot. Die Sozialisten stellten den Antrag, die Präsidentschaft der Republik abzuschaffen; es wurde aber Casimir-Perier zu Carnots Nachfolger gewählt, ein gemäßigter Republikaner, dessen Wahl man sogar als einen Übergang zur Monarchie ansah (27. Juni). Casimir-Perier erließ am 3. Juli eine Botschaft an beide Kammern, darin es hieß: „Frankreich, das seiner selbst sicher ist, das auf seine Armee und Marine vertrauen kann, das soeben von den Regierungen und Völkern einstimmige rührende Beweise der Sympathie erhalten hat, kann erhobenen Hauptes seine Liebe zu einem seiner selbst würdigen Frieden versichern. Es wird eine sichere Stätte für den Geist der Aufklärung, der Toleranz und des Fortschrittes bleiben ... Das Parlament wird den Beweis zu liefern wissen, daß die Republik, weit davon entfernt, eine unfruchtbare Rivalität persönlichen Ehrgeizes zu zeitigen, fortdauernd bestrebt sein wird, in materieller und moralischer Hinsicht das Beste des Landes zu suchen, in nationaler Betätigung fruchtbarer Gedanken und edler Empfindungen." Ein strenges Gesetz gegen die Anarchisten war im Juli das Hauptgeschäft der Kammer. Der Mörder Caserio wurde am 16. August hingerichtet.

Carnot †.

Casimir-Perier.

Nach dem Tode des Prinzen Louis Philipp Albert von Orleans, Grafen von Paris, 8. September, huldigten seine Anhänger dessen Sohne als „Philipp VII.".

Philipp VII.

In Trauerkundgebungen um den Tod des Zaren konnte sich die französische Nation nicht genug tun. Die Presse feierte Alexander III. als Begründer des französisch-russischen Bündnisses. Anderseits fürchtete man aber auch eine Annäherung des neuen Zaren Nikolaus II. an das Deutsche Reich wegen vermeinter persönlicher Beziehungen der beiden Herrscher.

Eine neue große Affäre bewegte die Gemüter, als am 1. November die Verhaftung des Artilleriehauptmannes Alfred Dreyfus erfolgte. Er war verdächtig, fremden Militärbevollmächtigten geheime Aktenstücke mitgeteilt zu haben. Der deutsche Botschafter Graf Münster protestierte freilich dagegen. Nichtsdestoweniger löste dieser Prozeß zwei große Erregungen aus: erstens den erneuten Haß gegen den Dreibund und sodann den Antisemitismus, denn Dreyfus war ein Elsässer Jude. Er wurde am 22. Dezember nach geheimer Verhandlung vom Kriegsgericht zur lebenslänglichen Deportation und Einschließung in einen befestigten Platz ver-

Dreyfus.

urteilt. Ein Spionengesetz verschärfte die Strafe für künftige Fälle, so daß auch Todesstrafe nicht ausgeschlossen war. Wir werden noch vernehmen, welche erschütternden Folgen sich an all das knüpften. Die höchst verwickelte Affäre sollte erst 1906 durch vollständige Rehabilitierung des Dreyfus zur Ruhe kommen, nachdem darüber Ministerium auf Ministerium gestürzt war und der Staat in allen Fugen krachte.

Ein Besuch des Kaisers Franz Josef an der französischen Riviera führte zu einem Höflichkeitsaustausch ohne Bedeutung.

Neuer Geist. In der Kirchenpolitik tauchte das Schlagwort vom „neuen Geiste" auf, worunter man das Wiedererwachen der Religiosität verstand. Das kam zur Geltung, als der sozialistische Gemeinderat von St. Denys das öffentliche Zurschautragen von religiösen Emblemen bei Beerdigungen untersagen wollte. Der Kultusminister Spuller mißbilligte dies Vorgehen: die Regierung wolle, ohne ein staatliches Recht preiszugeben, in ihrer Kirchenpolitik das Prinzip der Duldsamkeit und der Freiheit hochhalten und „in einem neuen Geiste" zur Geltung zu bringen suchen. Wegen dieser Worte wurde Spuller von den Radikalen angegriffen, von der Mehrheit der Kammer aber verteidigt. Allerdings strich die Regierung dem Erzbischof von Lyon den Gehalt wegen eines aggressiven Hirtenbriefs über die staatliche Kontrolle des Kirchenvermögens. Aber bei der Seligsprechungsfeier der Jungfrau von Orleans in Notre-Dame nahm auch der Kriegsminister General Mercier, der Gouverneur von Paris, General Saussier, mit dem Nuntius, dem österreichischen und dem russischen Botschafter, Mitglieder des Hauses Orleans und zahlreiche Senatoren und Deputierte teil.

General Gallifet erklärte im „Figaro", die Aufstellung eines wahren Volksheeres wie im Deutschen Reich sei im demokratischen und disziplinlosen Frankreich unmöglich; überdies sei es fraglich, ob man die großen Heeresmassen ernähren könne; eine allgemeine Abrüstung sei also zu empfehlen. Darüber große Aufregung. Nebenbei hoffte man infolge einer Äußerung des Vorsitzenden des italienisch-französischen Versöhnungsausschusses Bonghi, daß Italien den Dreibund nicht mehr erneuern dürfte.

Poincaré. Die vom Finanzminister Poincaré eingebrachte Vorlage einer progressiven Einkommen- und Erbschaftssteuer, die 25 Millionen ergeben sollte, wurde von der Rechten bekämpft als sozialistischer Versuch, die Gesellschaft zu nivellieren.

Ein bedeutender Erfolg war die Besetzung des afrikanischen Timbuktu Joffre. durch Joffre, 13. Februar, nachdem ein erster Versuch kurz zuvor mißglückt war. Ostafrikanische Differenzen führten zu einem Konflikt mit Portugal. Man war darüber aufgeregt, daß das englische Abkommen mit dem Kongostaat die französischen Interessen nicht berücksichtigte. Ein französisches Abkommen mit dem Kongostaat setzte die Grenzen fest.

Bertillons wichtiges anthropometrisches Identifikationssystem (Bertillonage) wurde deutsch bearbeitet.

Der „Westfälische Merkur" beschuldigte die französische Freimaurerei, sie wolle die Kirche und die Monarchien vernichten und die Republik der Vereinigten Staaten von Europa, das Reich der Loge, begründen. Dazu helfe das ganze Freimaurertum der Welt mit.

Die katholische Universität zu Lille in Frankreich veranstaltete auch Vorlesungen über Journalistik im Rahmen der politischen und sozialen Wissenschaften.

Die gelehrten Benediktiner von Solesmes, die vor zwölf Jahren vertrieben wurden, erhielten wieder die Erlaubnis, die Kirche der Abtei zu benützen. Solesmes.

J. Bois schrieb über „die kleinen Religionen in Paris": Die letzten Heiden, die Swedenborgianer, die Buddhisten, die Theosophen, der Kult des Lichts, der Vintrasismus (vom Fabrikaufseher Vintras 1839 im Auftrag des hl. Michael gegründet), der Kultus der Menschheit (von Comte gegründet), die Satanisten, die Luziferianer, Palladisten (mit den Freimaurern verwandt, Cornelius Herz und Bleichröder sollten Palladisten sein), die Essener, zu denen auch die Jungfrau von Orleans gehört haben soll, die Gnostiker, der Kultus der Isis, zu dem sich Bois bekannte. Er wollte einen Isistempel in Paris bauen, zugleich als Bühne für mystische Dramen, wie seine „Hochzeit des Satan" und die „Heroische Pforte des Himmels", eine Modernisierung der eleusischen Mysterien, im Sinne Tolstois, eine Verwirklichung der Ahnungen R. Wagners.

Professor Bernheim, das Haupt der Schule von Nancy, erklärte die Wunder von Lourdes durch Suggestion: „Wir heilen in Nancy dieselben Krankheitserscheinungen: die Wissenschaft handelt ebenso wie die Religion. Ich beuge mich vor dem Gebet, vor der religiösen Idee. Die Seele dürstet nach einem Ideal, nach dem Mysterium." Nancy.

Die neue Romantrilogie von Zola begann mit „Lourdes" als der ersten der „Drei Städte". Damit trug er dem religiösen „neuen Geist" etwas Rechnung, freilich kritisch genug; er hatte Lourdes genau nach allen Äußerlichkeiten studiert. Mit Recht weist der Kritiker in der „Allgemeinen Zeitung" (28. Juli) darauf hin, daß das uralte Mariazell in Österreich einen noch viel erhabeneren Stoff abgeben würde. Von Zolas „Lourdes" wurden in drei Wochen über 100.000 Exemplare verkauft, obwohl die Kritik dem Werk wenig günstig war. Kardinal Rampolla sprach sich in einem Brief an Ricard sehr bitter über „die mit Füßen getretene Wahrheit" aus. Ricard schrieb als Widerlegung „Die wahre Bernadotte von Lourdes". Zolas Buch kam auf den Index. Zola begab sich nach Rom, um dort Vorstudien zur Fortsetzung von „Lourdes" zu machen. Er wurde sehr gefeiert, konnte aber keine Audienz beim Papst erlangen. Obwohl der Sohn eines Venezianers, in Aix geboren, war er des Italienischen unkundig, und auch unfähig, frei zu reden. Er komme, sagte er, ohne Vorurteil, keiner Partei, keiner Schule angehörend, nur die Wahrheit suchend, Erleuchtung über die großen Probleme des Glaubens und Friedens. Die Presse möge ihre große Macht verwenden, um den Weltfrieden und die Verbrüderung der Nationen durchzusetzen. Manche verglichen Zolas Werk mit dem Schweinekoben der Circe. Zola.

Ferdinand Lesseps, „der große Franzose", vollendete sein durch den Panamaskandal arg gestörtes Leben. Lesseps †.

Von Renans „Geschichte des Volkes Israel" gelangte der fünfte und letzte Band zur Ausgabe. Man nahm Renan in Frankreich selbst nicht recht ernst und sprach ihm nur die Kunst des Amusements zu. Sein Lobredner in der Akademie nannte ihn einen „wunderbaren Chroniqueur oder Feuilletonisten". — Die französische Akademie nahm statt Zola mit seinen Romanungetümen den Dichter Heredia auf, der nichts als 150 formvollendete Sonette (Les Trophées) aufzuweisen hatte. Die Studenten tumultuierten aber und sangen: „C'est Zola qu'il nous faut!" — Paul Sabatier brachte „Das Leben des hl. Franz von Assisi" wieder einmal dem modernen Gefühl näher, ohne dem Problem ganz gerecht zu werden. — Jean Richepin, der bekehrte Atheist, schilderte nun „Meine Paradiese". Vor zehn Jahren schrieb er seine „Blasphemien". — Über Victor Hugo trat an Stelle der Verhimmelung durch seine Freunde sowie der Verketzerung durch Planche, Veuillot, Julian Schmidt, eine kühle, nicht sehr wohlwollende Kritik. Gegen den Dichter waren die vier Bände einer eingehenden Biographie von Edmund Biré gerichtet, die seit 1883 erschienen. — Der sechste und letzte Band von Taines „Origines" (Die Anfänge des zeitgenössischen Frankreich) erfüllte nur die Hälfte seines weitausgreifenden Programms.

R. Schröder berichtete über die neuprovenzalische Dichtung, die 1847 mit Roumanilles „Margarideto" entstanden war und mit Mistrals Mireio (1859) die Höhe erreichte (Allg. Ztg., 1. Dez. ff.). Die Geschichte dieser ganz von Vaterlandsliebe, Religion und volkstümlicher Sitte getragenen literarischen Bewegung gehört zur erfreulichsten Erscheinung in der neuesten Geschichte, sie bildet allerdings nur ein von den großen Weltereignissen abgelegenes herzerquickendes Idyll.

Die in Paris veranstaltete „Internationale Buchausstellung" wurde als „Gartenkonzert mit Umständen" charakterisiert.

Hervorragend ist das von Jean Marie Danielli für die Pariser Druckmaschinenfirma Houpied modellierte Gutenberg-Standbild (Ill. Ztg., 16. Juni).

Über die Versuche der Franzosen, das Luftschiffahrtsproblem zu lösen, orientiert die „Allgemeine Zeitung" (10. Sept. ff.).

Seine Studien über Momentphotographien faßte der Franzose E. J. Marey im Werk „Le Mouvement" zusammen.

Zu Orange, der alten Römerstadt Arausio, wurden im antiken Theater der „Ödipus" und die „Antigone" von Sophokles aufgeführt, auch die delphische Apollohymne wurde gesungen. Die Schauspieler des „Théâtre Français" konnten aber mit ihren Stimmen das antike Theater nicht ausfüllen, sie wurden fast alle heiser.

England. England arbeitete fieberhaft an der Vermehrung seiner Kriegsflotte, während Gladstone von der allgemeinen Abrüstung sprach. Übrigens zog sich Gladstone aus Gesundheitsgründen zurück und überließ die Nachfolge seinem liberalen Parteigenossen Lord Rosebery (3. März). Das wurde von den Radikalen sehr ungünstig aufgenommen; die irischen Parnelliten beschuldigten Gladstone des Verrats an der irischen Sache. Die Thronrede vom 11. März stellte allerdings die Lage in Irland als sehr günstig dar, und Lord Rosebery erklärte, die liberale Partei halte

an ihrem Programm fest, wenn auch eine Vorlage über Homerule diesmal nicht eingebracht werde. Radikale Stimmen forderten die Abschaffung des Oberhauses oder doch seines Vetorechtes. Lord Salisbury warf der Regierung vor, daß sie die Anzettelungen anarchistischer Verschwörungen und Verbrechen von England aus dulde und verlangte eine Änderung des Einwanderungsgesetzes.

In bezug auf die ostasiatischen Wirren schlug England eine gemeinsame Intervention der Großmächte vor, aber ohne Erfolg; denn Englands Differenzen mit Frankreich in Ägypten, Siam, Madagaskar, Innerafrika und die mit Rußland wegen der Grenzen in Zentralasien erschwerten eine solche Aktion. Rosebery erklärte beim Lordmayorsbankett am 9. November, die fortgesetzte „Erforschung" Afrikas durch die Kolonialmächte sei eine beständige, aber unvermeidliche Friedensgefahr. Und er meinte auch, England könne der Auflösung Chinas nicht gleichgültig zusehen. Die liberale Presse empfahl deswegen die Annäherung an Rußland und Frankreich. Die rußlandfreundlichen Stimmen schrieben das Verdienst der „englisch-russischen Entente" dem zielsicheren Wirken des Prinzen von Wales zu. In der Tat wurde so von ihm die gefährliche Konstellation des Weltkriegs vorbereitet.

Ohne Einfluß war der Besuch des Deutschen Kaisers in England, wo er auch die Exkaiserin Eugenie besuchte.

Der Kanal, der Manchester mit der irischen See verbindet, wurde eröffnet.

In den Werkstätten des Kriegsministeriums wurde der achtstündige Arbeitstag eingeführt wie der Kriegsminister Campbell-Bannermann erklärte. Der Kongreß der englischen Bergarbeiter sprach sich für Nationalisierung der Bergwerke aus. Auch in London fand eine anarchistische Bombenexplosion statt; der Minister des Innern Asquith erwartete eine Gegenwirkung von gemeinsamen polizeilichen Informationen der Mächte. Der Kongreß der englischen Gewerkvereine, 3. September, beschloß allgemeine Einführung des Achtstundenarbeitstags, Verstaatlichung aller Mittel zur Erzeugung, zur Verteilung und zum Austausch von Gütern, Beschränkung der Einwanderung.

Auch im englischen Unterhaus debattierte man über die Frage, ob der Herzog von Koburg aufgehört habe, englischer Prinz zu sein oder nicht.

Uganda wurde als britisches Schutzgebiet erklärt.

Seit dem Prozeß des wegen Ritualismus angeklagten Bischofs von Lincoln traten wieder vierzehn Geistliche der Staatskirche zum Katholizismus über. — In der Frage der Vereinigung der christlichen Kirchen sprach sich der Kardinal-Erzbischof von Westminster Vaughan dahin aus, es sei zu erwarten, daß England einfach in den Schoß der katholischen Kirche zurückkehre. — Das Leben des Edw. Bouverie Pusey († 1882), des Begründers des Puseyismus, wurde von H. P. Liddon in vier Bänden beschrieben. Es hieß, von ihm habe der Papst gesagt, er habe die Glocke geläutet, welche die Engländer in die katholische Kirche zurückrief, ohne daß er sie selbst betreten. Die Bewegung hatte 1833 mit den „zeitgemäßen Traktaten" begonnen. Pusey.

Puseys erstes Werk „Die Religionsverhältnisse Deutschlands“ behandelte auf Grund persönlicher Erfahrungen die schlimmen Folgen des deutschen Rationalismus auf das Dogma.

Professor Max Müller in Oxford erklärte in der „Nineteenth Century“, warum er kein Ungläubiger sei. Er glaube an eine Macht „unbekannt und unerforschlich“ und doch die „bestbekannte“, die sich im ganzen Universum offenbart. Er bekannte mit dem Evangelisten: „Im Anfang war der Logos.“ Wir wissen freilich, daß alle menschliche Sprache bildlich ist und zur Mythologie hinneigt. Das gelte auch von den metaphorischen Worten „Vater“ und „Person“. Auch das persönliche Element im Menschen ist unbekannt. Ausgeschlossen aber sei es, mit den Materialisten zu sagen, daß am Anfang Protoplasma da war und die ganze Welt sich daraus infolge bloß mechanischer oder äußerer Ursachen entwickelt habe.

Die Herausgabe der ältesten syrischen Evangelienübersetzung in Cambridge ließ die Probleme der Evangelienkritik ungelöst.

Charles Darwins Leben, dargestellt von seinem Sohn, erschien auch in deutscher Übersetzung von J. V. Carus.

Walter Pater, berühmt durch seine Studien über die Geschichte der Renässanz (1873) und die Vorlesungen über Plato (1893), starb in Oxford.

Isaac Pitman, der Erfinder der gangbaren englischen Stenographie, wollte auch die englische Orthographie vereinfachen.

Ein Gesellschaftsschauspiel von Sydney Grundy „Das neue Weib“ stellte den durch Ibsen und Tolstoi aufgekommenen neuen Typus auf die Londoner Bühne. — Das Fußballspiel eroberte von England aus die Welt.

Schweiz. Die anarchistische Strömung der Zeit führte auch in Zürich zu Tumulten und veranlaßte den Berner Nationalrat zu einem neuen Anarchistengesetz. Infolge der strengeren ausländischen Anarchistengesetze wanderten im Verlauf des Jahres zahlreiche italienische und französische Anarchisten in die duldsamere Schweiz. Das von sozialdemokratischer Seite aufgestellte Begehren nach Garantierung eines Rechtes auf Arbeit durch die Verfassung wurde durch eine allgemeine Volksabstimmung (3. Juni) mit 290.000 gegen 71.000 Stimmen verworfen. Der Katholikentag zu Luzern, 13. August, beschloß, die straffer organisierte Partei „katholische Volkspartei“ zu nennen (statt „katholisch-konservative Partei“).

Der Russe R. Saitschik schrieb über die „Meister der schweizerischen Dichtung des 19. Jahrhunderts“ (Gotthelf, Keller, Meyer, Leuthold, Dranmor).

Belgien. In Brüssel hatte der theoretische Anarchist Elisée Reclus, Professor der Geographie, an seinem Anarchismus zu leiden, weil sein Enkel mit dem Attentäter Vaillant in Verbindung stand. Er wurde entlassen. Studenten, die für ihn tumultuarisch Partei nahmen, wurden relegiert. In Lüttich wurden internationale Anarchisten verhaftet. Der König von Belgien erklärte in einer Ansprache an die Deputation beider Kammern soziale Reformen zur Bekämpfung der Sozialisten für notwendig; er betonte auch die Notwendigkeit der Heeresverstärkung im Interesse der innern und äußern Politik. In der Deputiertenkammer erklärte der Sozialdemokrat Vandervelde die Monarchie für eine unnütze, aber teuere Maschine. Ihm konnte erwidert werden, daß der Parlamentarismus noch teurer sei.

Für das philosophische Institut, das er an der katholischen Universität Löwen errichtet und ausgestattet hatte, erließ Papst Leo ein eigenes Breve; es galt der Verbreitung und Vertiefung der Philosophie des hl. Thomas von Aquino. — Die in Maredsous (Belgien) erscheinende „Revue Benedictine" bezeichnete den Bischof Nicetas von Remesiana (Serbien) um 400 als wahrscheinlichen Autor des Tedeum.

Edgar Tinel, der Komponist des Oratoriums „Franziskus", vollendete ein neues Werk „Gondoleva" aus der Heiligenlegende seines Vaterlandes. — M. Maeterlinck machte sich als symbolistischer Dichter immer mehr bekannt. Hermann Bahr charakterisierte seine Art als „Künstlerkunst und Literatenliteratur". Es war auch viel Dekadenz und Krankhaftigkeit darin.

Der dritte internationale Altkatholikenkongreß zu Rotterdam Ende August verpflichtete zur Bekämpfung des Jesuitismus als des Zerstörers der christlichen Moral und sprach den Wunsch nach einer Wiedervereinigung der „altkatholischen" Kirche mit den anatolischen Kirchen aus. Der Jansenismus, hieß es, sei keine Sekte, sondern die echte katholische Kirche. Holland.

Ein guter Bau war die neue „Stadtschauburg" (Theater) in Amsterdam.

Der oberste Gerichtshof in Holland löste den „Sozialdemokratischen Bund" auf.

Die am 14. Juni geborne Thronfolgerin von Luxemburg wurde dem Vertrage gemäß, aber in demonstrativer Abwesenheit des protestantischen Vaters, katholisch getauft. Luxemburg.

Die Norweger waren über den schwedischen Kronprinzen erbittert, weil er von einem bewaffneten Einfall in Norwegen gesprochen haben sollte; zur Strafe sperrte ihm das Storthing die Apanage. — An der Feier des 300. Geburtstages Gustav Adolfs in Stockholm (9. Dez.) nahm auch Prinz Heinrich von Preußen teil. Norwegen.

Anarchistische Attentate in Spanien machten auch dort ein strenges Anarchistengesetz und die Auflösung anarchistischer Vereine notwendig. Von den anarchistischen Teilnehmern am Attentat gegen Martinez Campos wurden sechs zum Tode, vier zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Die Regierung verhandelte mit den vier baskischen Provinzen (Biscaya, Guipuzcoa, Alava und Navarra) über Aufhebung der Sonderrechte in Steuersachen. Navarra lehnte ab. Der lange verhandelte deutsch-spanische Handelsvertrag kam nicht zum Abschluß. Der Primas von Spanien protestierte gegen die Weihung eines evangelischen Bischofs in Madrid und die verfassungswidrige Duldung der Ketzerei. Spanien.

Portugal veranstaltete eine Kolonialausstellung in Oporto. Ein Denkmal für Heinrich den Seefahrer wurde daselbst errichtet. Konflikte mit dem Deutschen Reich in Ostafrika und mit Brasilien blieben ohne bedeutende Folgen. Portugal.

Vom Tode des Zaren Alexander III. (1. Nov. in Livadia) war schon die Rede. Er scheint die Folge einer Influenza gewesen zu sein. Auch der Berliner Professor Leyden war dabei konsultiert worden. Kaiser Wilhelm sagte bei der Nachricht seines Todes, indem er beim Festmahle Rußland.

zu Stettin ein Hoch auf seinen Nachfolger ausbrachte: „Nikolaus II. hat den Thron seiner Väter bestiegen, wohl eine der schwersten Erbschaften, die ein Fürst antreten kann. Wir denken der Beziehungen, die uns in alter Zeit in Waffenbrüderschaft mit dem russischen Kaiserhaus verbunden haben . . ." Dies düstere Vorgefühl sollte sich im Weltkrieg in furchtbarster Weise bewahrheiten. — Nikolaus II. sagte in seinem Manifest vom 2. November: „Weit hinaus über Rußlands Grenzen wird man nicht aufhören, das Gedächtnis des Zaren zu ehren, der die unerschütterliche Wahrheit und den Frieden verkörperte, welcher kein einziges Mal unter seiner Regierung gebrochen wurde. Uns tröstet das Bewußtsein, daß die Kraft und Stärke des heiligen Rußland in seiner Einheit mit uns und in der unbegrenzten Ergebenheit gegen uns liegt. Wir aber gedenken in dieser Stunde der Besteigung des Thrones des russischen Reichs und des von diesem unzertrennlichen Zartums Polen und des Großfürstentums Finnland des Vermächtnisses unseres verewigten Vaters und geloben heilig vor dem Angesicht des Allerhöchsten unser Ziel zu finden im friedlichen Wohlergehen und im Ruhm unsres teuren Rußlands und in der Förderung des Glücks aller treuen Untertanen." Die Presse feierte den toten Zaren vor allem als Begründer der russisch-französischen Verständigung, welche alle aggressiven Pläne des Dreibunds zunichte mache. Ausdrücklich bestätigte der neue Zar in einem Erlaß vom 6. November alle Grundgesetze, Rechte, Privilegien, die Religion u. s. w. im Großfürstentum Finnland. Von der höchst strittigen Sprachenfrage war dabei nicht die Rede. Man behielt sich also die weitere Russifizierung vor, was durch den Gegensatz des Schwedischen und Finnischen in jenem Land erleichtert wurde. Nikolaus II. hatte sich schon als Thronfolger am 20. April mit Prinzessin Alix von Hessen verlobt, wie wir bereits erzählt haben. Sie nahm außer dem orthodox russischen Glauben auch den Namen Alexandra Feodorowna an. Die Vermählung erfolgte am 26. November zu Petersburg.

Die Russifizierung der Balten war im Mai auf die Studenten der Universität Dorpat (jetzt Jurjew) ausgedehnt worden; es wurde ihnen eine Uniform wie den andern russischen Studenten vorgeschrieben. Im Mai hatten auch in den großen Städten Verhaftungen wegen Verschwörungen gegen den Zaren stattgefunden. Die Mohammedaner in Ufa und Orenburg entzogen sich der gewaltsamen Christianisierung durch Auswanderung nach der Türkei (Juli). Nach außen schien sich das Verhältnis zum Deutschen Reich infolge des Handelsvertrags vom 9. Februar gebessert zu haben. Die russenfreundlichen Äußerungen in England wurden verspottet und fanden keinen Glauben.

Tolstoi. In seiner Schrift „Patriotismus und Christentum" wollte Tolstoi beweisen, daß der Patriotismus eine im Interesse der Regierenden genährte unmoralische Albernheit sei, im Widerspruch mit der reinen christlichen Sittenlehre; er sei das einzige Hindernis der Völkervereinigung. (Übersetzt von

W. Henckel.) Tolstoi führte seine Lehre vom Nichtwiderstreben auch in der neuen Schrift aus: „Das Reich Gottes ist in euch oder das Christentum als eine neue Auffassung, nicht als mystische Lehre."

Arthur Kleinschmidt besprach in der „Allgemeinen Zeitung" (17. April ff.) „das russische Staatsrecht und seine Geschichte".

Der russische Maler Wereschagin trat auch als Romanschriftsteller auf. Sein „Kriegskorrespondent" schilderte den letzten Russisch-Türkischen Krieg (übersetzt von E. Zabel).

Die Gedächtniskirche bei Borki zur Erinnerung an die Errettung des russischen Kaiserpaars aus Lebensgefahr 1888 macht einen rein orientalischen pagodenhaften Eindruck (Ill. Ztg., 28. Juli).

Bulgarien.

Prinz Ferdinand von Bulgarien entließ, um sich Rußland zu nähern, den russenfeindlichen Minister Stambulow, 29. Mai. Stambulow agitierte aber weiter und wurde deshalb am 6. September wegen Beleidigung des Prinzen angeklagt. Der neue Minister Stoilow erklärte sehr versöhnlich am 5. November in der Sobranje: die Beziehungen zu Rußland seien bereits vor der Berufung des Prinzen Ferdinand abgebrochen gewesen, die jetzige Regierung habe diese Lage vorgefunden und nicht hervorgerufen. Es sei kein Grund vorhanden, daß zwei stamm- und religionsverwandte Staaten in solcher Feindschaft leben. Der Prinz kondolierte zum Tode des Zaren und erhielt eine höfliche Antwort. Man fuhr aber in Rußland fort, Bulgarien als einen österreichischen Vorposten zu betrachten. Ein Sohn des Prinzen wurde am 30. Januar geboren, und nach römischem Ritus auf den Namen Boris getauft.

Rumänien.

Der König von Rumänien eröffnete am 18. Mai den Donaukanal von Sulina. Die großrumänische Agitation suchte Anschluß an die italienische Irredenta.

Serbien.

Serbien litt unendlich an den Verhältnissen in der Dynastie. Die Rehabilitierung der königlichen Eltern, die der Sohn durch einen Ukas verfügte, wurde vom Kassationshof für nichtig erklärt. Darauf hob der junge König die Verfassung von 1888 auf und stellte die von 1869 wieder her; zugleich wurde aber versprochen, es solle eine neue Verfassung ausgearbeitet werden, sobald die Leidenschaften beruhigt und die Ordnung wieder hergestellt sei (21. Mai).

Türkei.

Die „heilige Synode des ökumenischen Patriarchats" in Konstantinopel trat (20. Okt.) der päpstlichen Enzyklika über die Vereinigung der christlichen Kirchen schroff entgegen und warnte die Anhänger der griechisch-orthodoxen Kirche vor der katholischen Propaganda.

Der bedenklichste Punkt im Türkischen Reich war das Verhältnis zu den christlichen Armeniern. Infolge von Klagen der europäischen Presse erklärte die Pforte, es handle sich nicht um Unterdrückung der Religion, sondern der Insurrektion, und sie lud die Großmächte ein, durch Entsendung von Konsuln an der Untersuchung über den wahren Sachverhalt teilzunehmen.

Griechenland. Die Franzosen veranstalteten Ausgrabungen in Delphi; dabei kamen zwei Apollohymnen mit übergeschriebenen Noten zum Vorschein, von höchster Wichtigkeit für unsere Kenntnis der antiken Musik. Ich habe später die Reste antiker Musik in einer eigenen Publikation bearbeitet (1900). (Vgl. Allg. Ztg., 10. Sept.) — Die Ausgrabungen auf Zypern durch Ohnefalsch-Richter brachten eine gräkophönizische Kultur zum Vorschein. — Gegen die von englischen Bewässerungstechnikern geplante Zerstörung der kunstgeschichtlich so wertvollen Insel Philae im oberen Nil protestierte G. Ebers und die ganze historische Welt. Nicht ohne Erfolg. — Neue Homerfragmente aus ägyptischen Papyri zeigten große Abweichungen und viele unbekannte Verse. Darüber berichtete H. Diels in der Berliner Akademie.

Den Mantel der verstorbenen Theosophin Frau Blavatsky nahm ihre Jüngerin Frau Annie Besant auf und machte zu diesem Zweck eine Reise in das Wunderland der indischen Mystik.

Amerika. Die soziale Frage trat in den Vereinigten Staaten nicht weniger drohend auf als in der Alten Welt. Im April wälzte sich ein allgemeiner demonstrativer Zug der Arbeitslosen aus allen Teilen des Unionsgebietes in hellen Haufen nach der Bundeshauptstadt, um dem Kongreß ihre Forderungen mit Nachdruck vorzutragen. Vielfach bemächtigten sie sich der Eisenbahnzüge und kamen in Konflikt mit den Milizen, die sie zurücktrieben. Der Bergarbeiterausstand nahm einen immer mehr revolutionären Charakter an. Ein großer Streik in Chicago bei den Pullmannschen Eisenwerken gedieh zu heftigen Ausschreitungen. Einige Tage herrschte in Chicago volle Anarchie, so daß der Belagerungszustand verhängt wurde (9. Juli) und Truppen die Ordnung wiederherstellen mußten. Ganz ähnliche Ausschreitungen geschahen in Kalifornien (Sacramento). Durch einen Vertrag mit China wurde die Einwanderung der Chinesen
Wilson. beschränkt. Wilson, der Urheber eines neuen Zolltarifentwurfs, griff die Finanzverwaltung der Republikaner heftig an. Diese errangen nichtsdestoweniger bei den Wahlen im November einen großen Sieg über die Demokraten. Die amerikanische Regierung drückte der deutschen Regierung die Anerkennung aus für die großartige Beteiligung an der Weltausstellung zu Chicago.

Als höchstes Bauwerk Amerikas ragte der Freimaurertempel in Chicago hervor, ein zwanzigstöckiger Riesenbau mit einer Plattform auf dem Dach für 2000 Personen, 92 Meter hoch; dann folgten die Freiheitsstatue, das Kapitol, die Neuyorker Dreifaltigkeitskirche und das Riesenrad der Weltausstellung von Chicago.

Dr. Krauß, Sekretär der Israelitischen Allianz in Wien, schrieb über den Sprachwechsel der Juden in Nordamerika. Während der letzten fünfzehn Jahre waren mehr als 300.000 russische und polnische Juden dorthin ausgewandert. Nachdem sie ein Jahrtausend lang die deutsche Sprache bewahrt hatten, warfen sie diese in Amerika weg. Als Beweggrund wurde der deutsche Antisemitismus angegeben.

In Brasilien wütete der Bürgerkrieg. Die Portugiesen gerieten in Konflikt mit der brasilianischen Regierung, weil sie flüchtige Insurgenten an Bord ihrer Schiffe aufgenommen hatten. Unruhen herrschten in Chile.

In Hawai wurde die Republik proklamiert und von den Vereinigten Staaten anerkannt. Der Aufstand in Samoa wurde mit Hilfe von deutschen und englischen Kriegsschiffen niedergeschlagen.

Koreanischer Krieg.

Von großer Bedeutung war der Aufstand in Korea, der durch Intervention der Chinesen und Japaner niedergeworfen wurde. Als aber Japan in Söul blieb, flammte am 1. August jener Krieg zwischen Japan und China empor, der die erste Stufe zu Japans Großmachtstellung wurde. Die Japaner gaben vor, für die Unabhängigkeit Koreas zu kämpfen, sie besiegten zur See die Chinesen bei Ping Yang (15. Sept.) und an der Jalumündung (17. Sept.), besetzten am 21. November nach langem Kampfe Port Arthur und wiesen die Vermittlung der Vereinigten Staaten ab. Am 20. Dezember begannen die Friedensverhandlungen mit dem geschlagenen China.

In Zentralasien stellten England und Rußland zwischen ihren Einflußgebieten eine neutrale Zone her.

„Die heiligsten Güter Europas“ 1895—1896.

Das Jahr 1895.

Kaiser Wilhelms Aufruf gegen den Orient. Das Ende des Japanisch-Chinesischen Krieges. Der Friede von Simonoseki. Der Nordostseekanal. Die Umsturzvorlage. Bismarcks achtzigster Geburtstag. Die Feste zur Vierteljahrhundertfeier der deutschen Siege von 1870. Agrarier und Sozialisten. Die Richtung Naumann. Der unlautere Wettbewerb. Die Siegesallee. Nietzsches Antichrist. Goluchowski an Kalnokys Stelle in Österreich. Graf Badeni. Lueger als Bürgermeister nicht bestätigt. Kossuthpartei. Nuntius Agliardi. Die Italiener in Abessynien. Felix Faure in Frankreich. Die frankorussische Allianz. Salisbury in England. Der Einfall Jamesons. Der Kongostaat belgisch. Die Donaubrücke von Cernavoda.

Kaiser Wilhelm.

Im November 1895 erschien ein zeichnerischer Entwurf Kaiser Wilhelms, ausgeführt vom Maler Hermann Knackfuß, Professor an der Akademie zu Kassel. Das Bild trug die Unterschrift und den Namenszug des Kaisers: „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter! Wilhelm, I. R.“ Es stellte allegorisch die Abwehr gegen die Feinde altvererbter christlicher Kultur dar. Entstanden war die Idee „in den Tagen, in denen der Krieg zwischen Japan und China durch seine Greuel und durch den Ausblick auf die dort in der Ferne sich anbahnenden Umwälzungen die Gedanken wieder auf die Gefahren lenken mußte, die der europäischen Welt von demselben Osten her drohen, aus dem Attila mit seinen Horden hereinbrach und später wilde Mongolenscharen vernichtend vordrangen“. Zunächst sollte das Bild als Geschenk und Mahnung an den Zaren bestimmt gewesen sein; aber es war überhaupt eine Mahnung zur Eintracht angesichts eines immer drohender sich ankündigenden Weltbrandes. Das Bild zeigt in der Hauptgruppe zur Linken in einer Schar von ideal gewandeten und kriegerisch gerüsteten Frauengestalten die Vertreterinnen der europäischen Hauptmächte. Am meisten im Vordergrund steht Germania mit Adlerhelm auf blondem Haupt. Ihr legt freundschaftlich die dunkelhaarige Russia den Arm auf die Schulter. Vor diesen beiden, aber mehr im Hintergrund, blickt Gallia mit phrygischer Mütze gleich den andern nach rechts. Hinter den beiden wendet Austria mit dem Doppeladler auf dem breiten Panzer sich halb gegen Britannia herum, sie an der

Hand einladend, sich den Vorkämpferinnen anzuschließen. Zwischen und hinter den letztgenannten ist Italia im wehenden dunkeln Haar unverkennbar, Britannia verdeckt eine vorletzte Gestalt, die Hand in Hand mit der letzten, einem kindlichen Wesen mit zwei Speeren, steht. Es bleibt zweifelhaft, ob damit Spanien und Portugal, oder Holland und Belgien, oder Schweden und Norwegen gemeint sei. „Was alle diese Figuren und die durch sie versinnlichten Völker vereint, drückt sich in dem in lichtem Strahlenglanz über ihnen schwebenden Kreuze aus, und auf das Christentum als Band und Träger gemeinsamer Kultur weist zugleich der mit ausgebreitetem Schwingenpaar und flammendem Schwert hoch aufgerichtet dastehende Erzengel Michael hin, dessen Diadem das Kreuz ziert, während auf seinem Harnisch das Monogramm Christi zu schauen ist. Er steht rechts vor der Schar der Frauen, das Gesicht ihnen zugewandt, und deutet mit ausgestreckter Linken vom Rand der hohen, weite Umschau gewährenden Felsklippe über das in Frieden daliegende, kulturgesegnete Land mit seinen ragenden Burgen und Kirchen verschiedenen Stils, mahnend auf das jenseits des trennenden Stroms im qualmenden Rauch des Feuerbrandes heranziehende Verderben; dies verkörpert sich in der Gestalt des asiatischen Buddha und des flammenschnaubenden Drachen, auf dem er tront wie auf einem aus dem Brand und Rauch hervorwachsenden Kriegswagen" (Ill. Ztg., 16. Nov.).[1] Kaiser Wilhelm hatte das Original des Bildes Anfang Oktober dem Zaren, Abdrücke den andern europäischen Herrschern zugeschickt, um in weitschauender Voraussicht die auf gegenseitigen Kampf gerichteten Pläne der Regierungen einem höheren, bedeutenderen Ziel zuzulenken. Der Historiker muß anerkennen, daß das Wesen der weltgeschichtlichen Lage kaum klarer formuliert werden konnte; denn in der Tat ist der Sinn der Geschichte vom ersten Blatt des Herodot an bis heute der geistige und materielle Kampf zwischen Orientalismus und Okzidentalismus, zwischen Schwarz und Weiß, zwischen Nacht und Tag, zwischen Nein und Ja, zwischen einem bösen und einem guten Teil der Menschheit, wobei gerechterweise anerkannt werden muß, daß Recht und Unrecht nicht etwa scharf zwischen den Völkern und Regionen zu scheiden ist, sondern in den Parteien jedes einzelnen morgenländischen oder abendländischen Volkes vertreten ist, ja in den einander widerstreitenden guten und bösen Strebungen jeder einzelnen Menschenseele selbst. Der Begriff des Orientalismus im Verhältnis zum Okzidentalismus ist ein fließender. Im Altertum stand Hellas dem trojanischen Wesen gegenüber, Israel dem babylonisch-assyrischen, Rom dem Sassanidenreich, ferner Byzanz und das ganze mittelalterliche Europa dem Islam, den Arabern, Mauren, den Hunnen, Orient.

[1]) Infolge einer sonderbaren, fast tragischen Ironie zeigte die mit dem Vertrieb beauftragte Kunsthandlung Vorzugsdrucke auf chinesischem Papier an.

Avaren, Magyaren, Mongolen, Türken. Nun erst trat die ostasiatische Welt als der eigentliche Orient hervor und es zeigte sich, daß ihm gegenüber der Islam viel näher zum abendländischen Kulturkreis sich stellt. Der Islam ist aus dem Judentum und Christentum hervorgegangen, er hat sehr viel oder alles aus dem Alten und Neuen Testament in sich aufgenommen und nur in eigener Weise entwickelt. Dagegen steht der indische, nach China und Japan eingeführte Buddhismus viel selbständiger da, ebenso wie die Brahmanenlehre oder die der Chinesen Laotse und Konfutse. Berührungen, Beziehungen, Parallelen fehlen nicht. Man muß sich überhaupt den Gedankenaustausch ebenso wie den Warenaustausch zwischen dem äußersten Osten und Westen als immer lebendig vorstellen, unabhängig von Politik, von Kriegen, von Expeditionen. Der nicht offizielle Verkehr zwischen den Völkern ist viel reicher, als es nach den Dokumenten, den Zeitungen erscheinen mag. Aber erst so lärmende Kriege, wie der seit dem Jahre 1894 zwischen China und Japan entbrannte, bringt all dies zum Bewußtsein.

Japan. Japan, der rohe Nachahmer, erwies sich im äußersten Osten als Übertrumpfung des chinesischen Orientalismus. Mit rücksichtsloser Grausamkeit hatten die Japaner Port Arthur erstürmt, hatten am 10. Januar Kaising eingenommen, siegten bald darauf bei Haitschang, ließen eine Armee in der Bai von Yung-Tschang landen, nahmen am 30. Januar die Landforts von Wei-Hai-Wei. Friedensunterhandlungen zu Hiroschima anfangs Februar führten zu keinem Erfolg. Die Japaner vollendeten zu Land und zur See ihren Sieg von Wei-Hai-Wei, siegten Ende Februar bei Tapingschan, anfangs März bei Niu-Tschwang und entfalteten eine staunenswerte nationale Energie. Das Parlament stellte der Regierung unbegrenzte Mittel zur Kriegführung zur Verfügung. Trotz großer Verluste siegten die Japaner neuerlich am 10. März bei Thien-Chuang-Thai und eroberten die Pescadores-Inseln.

Mit Recht erschien all das den europäischen Mächten sehr bedenklich und sie versammelten in den ostasiatischen Gewässern ansehnliche Geschwader, um einen Druck auszuüben. Unter andern war England mit 28 Schiffen, Rußland mit 22, Frankreich mit 13, das Deutsche Reich mit 7, die Vereinigten Staaten mit ebensovielen Schiffen vertreten.

So begannen denn am 19. März die Friedensverhandlungen zu Simonoseki. Die Japaner sahen sich genötigt, von ihren anfänglich sehr harten Bedingungen nachzulassen, da das Attentat eines fanatischen Japaners auf den chinesischen Unterhändler Li-Hung-Tschang (23. März) ihr Ansehen sehr verschlechterte. Sie verzichteten auf Zahlung von allzu hohen Kriegskosten, auf die beanspruchte Kontrolle über chinesische Eisenbahnen, und so wurde am 17. April der Friede von Simonoseki unter folgenden Bedingungen abgeschlossen: China anerkennt die Unabhängigkeit von Korea. Es tritt ein Gebiet auf der Halbinsel Liautung, ferner die Fischerinseln und Formosa ab. Es zahlt 200 Millionen Taels innerhalb sieben Jahren. Bis dahin bleibt Wei-Hai-Wei in japanischem Besitz.

Gegen diese Friedensbedingungen protestierten nun 23. April im Interesse des staatlichen Gleichgewichts die europäischen Mächte Rußland, Frankreich und das Deutsche Reich, allerdings nur in der Form eines „freundlichen Rates": die Abtretung der Halbinsel Liautung bedeute eine fortwährende Bedrohung Pekings und Koreas. Diesem freundlichen Druck mußte Japan weichen und seinen Verzicht auf Liautung mit Port Arthur aussprechen (5. Mai). Die Ratifikation erfolgte sodann am 8. Mai. Allerdings leistete auch Formosa der Besitznahme durch Japan Widerstand und erklärte sich zur unabhängigen Republik, freilich ohne dauernden Erfolg. Japan machte krampfhafte Anstrengungen zu neuen Rüstungen und baute ungesäumt mächtige Kriegsschiffe. Das junge Ostreich war zweifellos durch diesen Krieg zur drohenden Großmacht geworden, während das geschwächte China dem Einfluß der Europäer verfiel. China nahm eine Anleihe bei deutschen Banken auf und garantierte sie durch Seezölle. In einem Vertrag mit Frankreich erteilte es bedeutende Vorrechte für Handel und Transport, für Ausbeutung von Bergwerken, Eisenbahnbauten und Telegraphen. Auch Rußland und Frankreich gewährten bedeutende Anleihen. Bereits war die Rede davon, daß Rußland sich das Recht ausbedungen habe, seine Flotte in Port Arthur ankern zu lassen und Eisenbahnen unter eigener Leitung zu bauen. Chinas Stellung verschlechterte sich noch mehr, als fanatische Sekten englische und amerikanische Missionäre in Futschan töteten, deutsche Missionen in Swatu zerstörten. Die Regierung mußte dafür Entschädigungen zahlen und die Schuldigen bestrafen. Ein Aufstand einer mohammedanischen Sekte in Kansu war das Vorspiel weiterer Wirren im chinesischen Reich.

Indessen kam auch Korea nicht zur Ruhe. Die reformfeindliche Königin wurde im Oktober zu Söul ermordet.

Das Deutsche Reich erwarb am 4. Oktober von den chinesischen Behörden die Kronkonzession einer Niederlassung in Hankau.

Deutsches Reich.

Die Intervention des Deutschen Reiches im äußersten Osten hing mit der ganzen äußeren Politik zusammen, die nun ganz vom Kaiser geleitet wurde. Er setzte schon am 8. Januar zu Potsdam den eingeladenen Abgeordneten auseinander, die Marine müsse notwendig verstärkt werden. Und im Februar hielt er in der Berliner militärischen Gesellschaft einen Vortrag über das Zusammenwirken von Heer und Flotte mit Berücksichtigung des Chinesisch-Japanischen Krieges. Im Reichstag wurde über den Schutz der Deutschen in Syrien und Palästina beraten. Bei der Vereidigung der Marinerekruten in Wilhelmshafen sprach der Kaiser am 5. März wieder sehr starke Worte über die Kriegsflagge mit dem Adler, dem vornehmsten Tier der Welt. Einem neuen Panzerschiff gab er den

Namen „Agir" (3. April). Die Intervention in Ostasien erregte die Verwunderung und das Befremden mancher Parteien. Der Sachverhalt wurde nun offiziös von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" auseinandergesetzt.

Nordostseekanal.

Ein Ereignis von großer Bedeutung war die Einweihung des Nordostseekanals am 19. bis 21. Juni. Der Kaiser sagte bei der Feier in Hamburg: „Wir müssen in Dank gedenken des großen Kaisers, der dahingegangen, und seines herrlichen Sohnes, unter denen das Werk erstanden ist. Wir vereinigen zwei Meere; auf das Meer lenken sich unsere Gedanken, auf das Meer, das Sinnbild der Ewigkeit. Meere trennen nicht, Meere verbinden; die verbindenden Meere werden durch dieses neue Glied zum Segen und Frieden des Volkes . . ." Bei der Schlußsteinlegung in Kiel sagte der Kaiser: „Zum Andenken an Kaiser Wilhelm den Großen, zum Ruhm des Reiches taufe ich dich Kaiser-Wilhelms-Kanal". Die drei Hammerschläge begleitete er mit den Worten: „Im Namen des dreieinigen Gottes, zur Ehre Kaiser Wilhelms, zum Heile Deutschlands, zum Wohle der Völker!" Die kaiserliche Urkunde besagte u. a.: „Wie wir es als die vornehmste, von den Völkern überkommene Pflicht unseres kaiserlichen Amtes betrachten, durch Erhaltung des Friedens die Errungenschaften der deutschen Stämme auf dem Gebiet der nationalen Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung in ihrer weitern Entwicklung sicherzustellen, so halten wir fest an dem Bestreben, der vaterländischen Arbeit im heißen Wettbewerbe freie Bahn zu schaffen . . . Indem wir den Kanal in den Dienst des Weltverkehrs stellen, eröffnen wir neidlos allen seefahrttreibenden Völkern die Teilnahme . . . Möge er als Friedenswerk alle Zeit nur dem Wettkampf der Nationen um die Güter des Friedens dienstbar sein . . ." Es fiel auf, daß der Name des Fürsten Bismarck während der ganzen Feier nicht genannt wurde.

Einen üblen Eindruck machte im Deutschen Reich das Urteil des englischen Gerichts über den Zusammenstoß zweier Schiffe, wobei das deutsche, die „Elbe", vernichtet wurde. Anderseits beunruhigten sich die Franzosen darüber, daß ein reichsdeutsches Geschwader im Juli der marokkanischen Regierung ein Ultimatum stellte wegen Ermordung eines deutschen Untertanen. Der Sultan von Marokko leistete Genugtuung und Entschädigung.

Eine neue Verstimmung mit England entstand aus der Reise Kaiser Wilhelms nach England, 3. August, da bei dieser Gelegenheit der ministerielle „Standard" die Stellungnahme des Deutschen Reichs an der Seite Rußlands und Frankreichs in den ostasiatischen Wirren kritisierte. Es wurde da gesagt, die englischen und deutschen Interessen seien identisch, aber eine Neigung zu politischen Experimenten störe die guten Beziehungen. Das Entgegenkommen Englands, das Deutschland so lange genossen, sei doch mehr wert als das Kokettieren mit Rußland oder Frankreich. Frankreich habe Sedan, Rußland den Berliner Kongreß nicht vergeben. Kaiser Wilhelm könne bei seiner Großmutter, der Königin Viktoria, eine Lektion politischer Weis-

heit nehmen. — Darüber herrschte mit Recht große Empörung in deutschen Blättern. Auch die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wies diese englische Anmaßung zurück. Die Engländer nahmen es anderseits übel, daß Kaiser Wilhelm in den englischen Gewässern bei einer kurzen Ansprache an die Besatzung des deutschen Panzerschiffs „Wörth" an die Einigung der Süd- und Norddeutschen in der Schlacht von Wörth erinnerte.

Die innere Politik des Deutschen Reichs war vom Interesse für die Umsturzvorlage eingenommen. Noch im Januar verteidigte der Sozial- Umsturz.
demokrat Auer im Reichstag seine Partei gegen maßlose Anklagen. Es seien früher von andern viel schlimmere Dinge gesagt und geschrieben worden, so vom gegenwärtigen Minister Miquel und von Ludwig Bamberger. Umsturzbestrebungen gebe es auch sonst, das beweise die letzte Broschüre von Konstantin Rößler, der Vorschlag Stöckers in der „Kreuzzeitung", die Reichsverfassung durch einen Staatsstreich zu ändern. Anarchistische Zitate berührten die Sozialdemokratie gar nicht. Es gebe auch in Deutschland Republiken, ein Beweis, daß es auch ohne Monarchie gehe. Es gebe auf Thronen liederliche Subjekte. Die Ehe werde am meisten durch die Fabrikarbeit der Frauen und die Prostitution herabgewürdigt, ebenso durch Erschwerung der Heiraten der Postbeamten und Offiziere. Das Gesetz werde wirkungslos bleiben. „Der frühere Reichskanzler sprach vom Mut der Kaltblütigkeit; Sie marschieren nun unter dem Hasenpanier!" — Der Abgeordnete v. Stumm entgegnete, ein prinzipieller Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten existiere nicht. „Den Sozialdemokraten gegenüber kann man mit geistigen Waffen nicht auskommen, man muß den eisernen Besen anwenden. Die Sozialdemokratie ist zu einem Staat im Staate geworden. Sie hat ihr Beamtenheer, sie treibt ihre Steuern ein, sie unterdrückt, was sich ihr widersetzt. Man muß die Arbeiter vom roten Bann dieser ungesetzlichen Tyrannei befreien. Die sozialdemokratischen Agitatoren sind allerdings entschuldigt durch das Kokettieren der katheder-sozialistischen Professoren. Diese Herren herrschen vom Katheder ebenso unumschränkt und boykottieren alle Gegner. Wirkliche Reformen werden nur dort gemacht, wo die Arbeiter Gegner der Sozialdemokratie sind, zum Beispiel bei Krupp, während die Arbeiter der sozialdemokratischen Genossenschaftsbäckerei wegen zu niedriger Löhne streikten. Dabei gehen die Leiter solcher Arbeitererwerbsgenossenschaften noch häufig mit den Geldern durch. Nirgend anderswo herrschen so sehr die Juden vor. Leider geht auch das Organ der christlichsozialen Arbeitervereinigungen im Rheinland, „die Hilfe" des Pfarrers Naumann, ganz offen mit den Sozialdemokraten. Unverständlich ist es, wie man ein solches aufreizendes Stück wie „Die Weber" aufführen darf. Die Herren Sozialdemokraten werden mit Handschuhen angefaßt, obwohl sie uns durch ihre Majestätsbeleidigungen verhöhnen, Bebel wagt es, der ganzen Nation

Bedientensinn beizulegen und unser glorreiches Deutsches Reich mit dem Römerreich unter Tiberius zu vergleichen." — Gröber vom Zentrum sprach gegen alle Ausnahmegesetze, solange noch solche gegen die Jesuiten beständen. Die Vorlage verfolgt das Anpreisen von Verbrechen, aber es gibt auch Professoren, die das Recht auf Revolution predigen. Und wird nicht ein Mordbrenner, ein schwedischer Franktireur von deutschen Protestanten verherrlicht (Gustav Adolf)! Das würde unter den Begriff der Anpreisung des Hochverrats fallen. Der Jenenser Professor Ernst Haeckel fordert mit allem Aufwand unbeschränkte akademische Freiheit ohne Rücksicht auf religiöse Vorurteile. Professor Döring in Berlin bezeichnet die Lehre von der Dreieinigkeit als nahe dem Polytheismus. Die Ansichten der Darwinianer über die Ehe weichen von den staatlichen bedeutend ab. Und alle diese gelehrten Werke bilden das Arsenal für die Sozialdemokraten. Nicht Umsturzgesetze, nicht alljährlich erneuerte Militärvorlagen, sondern nur die Religion kann da helfen. Wenn die Leute nicht mehr an Unsterblichkeit, an Gott glauben, wie will man sie veranlassen, opferwillig und gehorsam zu sein? Die Kirche allein kann Rettung bringen, sie allein kann die höheren Stände veranlassen, den unteren mit gutem Beispiel voranzugehen. — Bennigsen wandte dem Vorredner den Satz der Verfassung ein: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei." — Reichskanzler Fürst Hohenlohe sagte: „Die Vorlage trifft nicht den Kampf der Meinungen, sondern nur die Methode des Kampfes." — Der Zentrumsabgeordnete Rintelen wünschte die Umsturzvorlage ins Religiöse umstilisiert.

Bei einem Wagner-Schmoller-Kommers der Berliner Studenten (8. Febr.) verteidigte sich der Kathedersozialist Professor Adolf Wagner gegen den Vorwurf, mit der Sozialdemokratie und der Revolution zu kokettieren. Seine Schule hielte fest an der organischen und geschichtlichen Entwicklung des Staatswesens. Schmoller bezeichnete die Sozialdemokratie als ethischen Materialismus, den Kathedersozialismus als ethischen Idealismus. Die wissenschaftliche Grundlage der Sozialdemokratie sei seit fünfzig Jahren veraltet. Fürst Bismarck habe einst zu ihm bemerkt, auch er sei eigentlich Kathedersozialist, er habe bisher nur nicht Zeit dazu gehabt. Jeder Fabrikant müsse nicht nur Herrschergefühl, sondern auch Pflicht- und Sympathiegefühl zeigen und die Idee des berechtigten Aufwärtsstrebens der arbeitenden Klassen anerkennen.

In den Streit um die Umsturzvorlage fiel der andere um die Ehrung Bismarcks zu seinem 80. Geburtstag. Die Sache begann mit einem schrillen Mißton, indem schon im Februar aus einem Schriftstück des früheren Königs der Belgier von 1861 (abgedruckt in Th. v. Bernhardis Memoiren) bekannt wurde, Bismarck habe seinerzeit vorgeschlagen, durch Abtretung deutschen Landes an Frankreich eine Vergrößerung Preußens in Deutschland herbeizuführen. Die „Hamburger Nachrichten", Bismarcks Organ, widersprachen dem, es beruhe nur auf einem unbegründeten Argwohn des belgischen Königs gegen Bismarck.

Aber ganz unabhängig davon lehnte am 14. März die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit 56 gegen 34 Stimmen den Antrag des Magistrats ab, mit ihm eine Glückwunschadresse an den Fürsten Bismarck zu beraten. — Noch viel auffallender war die Ablehnung des Reichstags, als dessen Präsident v. Levetzow am 23. März den Antrag stellte: „Es erscheint mir geboten, daß der Reichstag Ausdruck gibt seiner Teilnahme an diesem Tage (1. April), der den letzten unter den hervorragenden Begründern des Deutschen Reiches ein wenigen Sterblichen beschiedenes Alter erreichen läßt." Darauf antwortete Graf Hompesch im Namen des Zentrums: „Die beantragte Beglückwünschung des Fürsten Bismarck seitens des Reichstags gilt der politischen Persönlichkeit, ist ein politischer Akt ... Das Zentrum kann sich an einer unterschiedslosen Billigung der Grundsätze, nach denen Fürst Bismarck die deutsche und preußische Politik geleitet hat und heute noch zu beeinflussen bestrebt scheint, und an einer unterschiedslosen Billigung zahlreicher der wichtigen Angelegenheiten und Handlungen, in denen diese Grundsätze Ausdruck fanden, nicht beteiligen ... Wir verzichten auf die Anführung der Gründe, die es uns im einzelnen unmöglich machen, in die vielseitigen Kundgebungen einzustimmen, um nicht durch Streiten über Persönlichkeiten die große Schwierigkeit der allgemeinen Lage zu erhöhen." — Darauf sprachen sich Bennigsen im Namen der Nationalliberalen und Manteuffel im Namen der Konservativen für den Glückwunsch aus; der Reichstag verdanke Bismarck sein Dasein, daher wäre die Verweigerung unverständlich. — Dagegen sprach Richter namens der Freisinnigen und der Deutschen Volkspartei: „Auch wir verkennen nicht die großen Verdienste des Fürsten Bismarck um das deutsche Einigungswerk. Aber die Persönlichkeit des Fürsten muß als ein Ganzes und Ungeteiltes beurteilt werden. Fürst Bismarck ist der Träger eines Systems der inneren Politik, das wir als dem System des Liberalismus und des parlamentarischen Wesens entgegengesetzt ansehen müssen, und deshalb im Interesse von Volk und Vaterland zu bekämpfen stets für unsere patriotische Pflicht erachtet haben. Insbesondere hat der Fürst Bismarck im letzten Abschnitt seiner amtlichen Wirksamkeit jene die Volkseinheit zersetzenden Interessenkämpfe geschützt und geschürt, welche auf weite Volkskreise politisch demoralisierend einwirkten, welche die Gegenwart schwer belasten und die Zukunft für unsere nationale Entwicklung mit Besorgnis erfüllen. Auch nachdem der amtlichen Tätigkeit des Fürsten Bismarck ein Ziel gesetzt worden ist, sucht derselbe mit der ganzen Autorität seiner Person auf die öffentliche Meinung einzuwirken, in einer Richtung, welche die Einlenkung der inneren Politik in gesundere Bahnen verhindert oder erschwert." — Ebenso lehnte Singer im Namen der Sozialdemokraten ab: „Fürst Bismarck hat stets nur die

Politik der Sonderinteressen und der nationalen und internationalen Gegensätzlichkeit betrieben. Er hat seine Gegner bis zur Ächtung mit Ausnahmegesetzen verfolgt und vergewaltigt. Er besitzt keinen Anspruch auf Dank und Anerkennung des gerade von ihm so oft mit Hohn behandelten Reichstags." — Der Welfe v. Hodenberg sagte: „Es würde einem Hannoveraner schlecht anstehen, an der Ehrung eines Mannes teilzunehmen, welcher unter Mißachtung und schwerer Verletzung des Rechtes deutscher Fürsten und Volksstämme Hannover zu einer preußischen Provinz machte." Nach anderen Reden für und wider wurde der Antrag einer Beglückwünschung in namentlicher Abstimmung mit 163 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Deutschkonservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen, die deutsche Reformpartei, die freisinnige Vereinigung; dagegen das Zentrum, die Sozialdemokraten, die süddeutsche und die freisinnige Volkspartei, die Polen, Welfen und Elsässer. Präsident v. Levetzow legte infolge dieser Abstimmung das Präsidium nieder; an seine Stelle wurde v. Buol vom Zentrum gewählt, Spahn als zweiter Vizepräsident.

Im preußischen Abgeordnetenhaus hatte der Antrag, Bismarck zu beglückwünschen, die Majorität (23. März). Aber auch hier sprach sich eine starke Opposition dagegen aus. Der Zentrumsabgeordnete v. Heeremann sagte: „Der frühere Reichskanzler ist bei der mit den Rechten aller Staatsbürger vielfach nicht zu vereinbarenden, in die kirchlichen Verhältnisse störend eingreifenden Richtung seiner Tätigkeit insbesondere der katholischen Kirche in so schroffer Weise und mit einer so schädlichen Wirkung entgegengetreten, daß die dadurch herbeigeführten großen Nachteile sich noch neuerdings in hohem Maße fühlbar machen . . ." — Virchow verlas eine Erklärung der freisinnigen Volkspartei: „. . . Wenn wir an der Feier, welche man jetzt plant, nicht teilnehmen können, so darf niemand erstaunt sein, daß eine Partei, welche Jahrzehnte hindurch im prinzipiellen Gegensatz zur innern Politik des Fürsten Bismarck gestanden hat, diesen Gegensatz nicht in einem Augenblick verschleiern darf, wo die Verwirrung des öffentlichen Geistes, durch diese Politik hervorgerufen, eine allgemeine geworden ist. Die Enthebung des Fürsten Bismarck von den höchsten Reichs- und Staatsämtern war die Vorbedingung für die Genesung des Volksgeistes . . ." — Der Pole Motty erklärte: „An einer derartigen Kundgebung teilzunehmen verbietet uns die Rücksicht darauf, daß sich sowohl das amtliche als außeramtliche Wirken des ersten Reichskanzlers zu den Rechten, welche wir auf nationalem und kirchlichem Gebiete zu wahren haben, in schroffen Gegensatz gestellt und diese natürlichen und verbrieften Rechte verletzt hat . . ."

Die ablehnende Haltung des Reichstages, so gerecht sie war und so sehr sie zu der noch ablehnenderen Verabschiedung des ersten Kanzlers durch den Kaiser stimmte, gab diesem doch die sehr erwünschte Veranlassung, alle Parteien wieder um eine „Pferdelänge" im Wettbewerb um die Popularität zu schlagen — um seinen eigenen Ausdruck zu gebrauchen. Er richtete noch am 23. März an Bismarck ein absichtlich

Kaiser Wilhelm.

sehr demonstrativ gehaltenes Telegramm: „Euer Durchlaucht spreche ich den Ausdruck tiefster Entrüstung über den eben gefaßten Beschluß des Reichstags aus. Derselbe steht im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker." Dies Telegramm konnte und wollte auch gar nicht die Bedeutung der Ablehnung verwischen; denn gerade diese Ablehnung war die nachträgliche parlamentarische Rechtfertigung des Kaisers und seines Vorgehens bei der schroffen Entlassung Bismarcks.

In der Tat stand auch hinter dem Beschluß des Reichstags die überwiegende, urteilsfähige Mehrheit der Nation. Die „Kölnische Volkszeitung" schrieb: „Tausendfacher Dank gebührt unserm Zentrum, daß es ohne Scheu und Menschenfurcht die Beteiligung an der Aprilfeier abgewiesen hat; tausendfacher Dank auch den katholischen Preßorganen, daß sie mit Einhelligkeit den Standpunkt vertreten haben, welchen Selbstachtung und Konsequenz zur Pflicht machen; tausendfacher Dank dem katholischen Volke, weil es sein Knie vor dem Tagesgötzen nicht beugen will." Ironisch schrieb das „Bocholter Volksblatt" (Zentrum) im selben Sinn: „Die zutreffendste Ehrung hat dem Fürsten Bismarck die Berliner Schlächterinnung erwiesen, indem sie ihn zu ihrem Ehrenmitglied ernannte. In der Tat, zu den Schlächtern gehört der Mann, dessen Blut- und Eisenpolitik so viele Menschen auf die Schlachtbank geliefert hat." Die „Freisinnige Zeitung" machte darauf aufmerksam, daß Beleidigungen des Reichstags wegen seines Beschlusses nach dem Strafgesetz schwer zu bestrafen wären. Der sozialdemokratische „Vorwärts" schrieb: „Ein Akt der Justiz hat sich erfüllt. Die Nemesis hat ihres Amtes gewaltet. Das deutsche Volk hat durch den Mund seiner Vertreter den Mann gerichtet, der mehr Unrecht getan und mehr Elend über die Welt gebracht hat als irgendein anderer seit dem Tode des ersten Napoleon, und der nicht wie dieser seinem belasteten Schuldkonto große Kulturtaten gegenüberzustellen hat. Der deutsche Reichstag hat heute ... die Ehre des deutschen Volkes gewahrt und sich des Namens einer Volksvertretung würdig bewiesen." Aus katholischen Kreisen zitierte man freilich auch das Wort eines noch regierenden Bischofs: „Schonen Sie mir den alten Bismarck!" und das angebliche Wort des Papstes Leo nach Bismarcks Rücktritt: „Mi manca Bismarck." Es wurden auch einige Proteste von „Staatskatholiken" gegen den Reichstagsbeschluß erlassen und in nichtkatholischen Blättern veröffentlicht.

Übrigens taten sich 424 Mitglieder des preußischen Landtags und des Reichstags zusammen und überbrachten persönlich dem Exkanzler am 25. März zu Friedrichsruh ihre Glückwünsche. Bismarck antwortete: „Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, weit über meine persönlichen Leistungen und Verdienste, daß ich eine so vornehme Gesellschaft, wie sie der Sachsenwald noch nicht beisammen gesehen, hier zu meiner Begrüßung vereinigt finde." Dann lobte er auf Kosten der Reichstagsfraktionen die deutschen Dynastien und Regierungen. „Bei den Fraktionen steht jede politische Verstimmung, jede Rivalität, jeder lautere oder unlautere Wettbewerb mit andern über dem nationalen Interesse; bei unsern Fürstengeschlechtern steht das nationale Interesse im Vordergrunde. Man hat sich geschlagen (1866), daß die Hunde das Blut leckten, und man reicht sich die Hand und geht zusammen gegen

Bismarck.

den Landesfeind. Das ist die Haltung unserer Dynastien im Vergleich mit unsern Fraktionen. Möchten sie davon lernen! Solange wir auf die nationale Gesinnung unserer urdeutschen Fürstengeschlechter rechnen können, ist mir nicht bange, daß wir Herr jeder Verwirrung werden, die durch den Fraktionskampf in unserm Innern angerichtet werden könnte.“

Am folgenden Tag fuhr Kaiser Wilhelm mit dem Kronprinzen nach Friedrichsruh und gratulierte dem Fürsten im Namen des Heeres, wie ausdrücklich hervorgehoben wurde: „Der heutige Tag (sagte der Kaiser) gehört der Armee. Diese ist zuerst berufen, ihren Kameraden, den alten Offizier zu feiern, dessen Wirksamkeit es vorbehalten war, ihr die Möglichkeit zu gewähren, die gewaltigen Taten auszuführen, die in der Krönung des wiedererstandenen Vaterlandes ihren Lohn fanden. Die Kriegerschar, die hier versammelt steht, ist ein Symbol des ganzen Heeres ... Ich konnte kein besseres Geschenk finden, als ein Schwert, diese vornehmste Waffe des Germanen, ein Symbol jenes Instruments, welches Euer Durchlaucht mit meinem hochseligen Großvater haben schmieden, schärfen und auch führen helfen, das Symbol jener gewaltigen Bauzeit, deren Kitt Blut und Eisen war, dasjenige Mittel, welches nie versagt und in der Hand von Königen und Fürsten, wenn es nottut, auch nach innen dem Vaterland den Zusammenhalt bewahren wird, der es einst nach außen hin zur Einigkeit geführt hat. Wollen Euer Durchlaucht im Zeichen des Wappens von Elsaß-Lothringen und des eigenen erkennen und fühlen die ganze Geschichte, die vor fünfundzwanzig Jahren ihren Abschluß fand ...“[1]) Bismarck dankte sehr einsilbig und kühl mit den Worten: „Meine militärische Stellung Eurer Majestät gegenüber gestattet es mir nicht, Eurer Majestät meine Gefühle weiter auszusprechen. Ich danke Eurer Majestät.“ Auch bei der Tafel betonte der Kaiser: „Nicht an den großen Staatsmann, sondern an den Offizier richten sich heute meine heißen Wünsche“, und er wies hin auf das unerschütterliche Gottvertrauen, mit dem der Fürst seine gewaltige Arbeit ausgeführt habe. Und Bismarck antwortete im selben Stil: „Das beste in mir und in meiner Lebensbetätigung ist immer der preußische Offizier gewesen.“ Dann sprach er von der dynastischen Anhänglichkeit in Deutschland, außerhalb welcher überhaupt kein Heil ist. „Wir brauchen bloß auf Frankreich zu sehen; seitdem die Dynastie weg ist, wo soll der Sammelpunkt herkommen? Halten wir fest, was wir haben. Wir haben in Deutschland nicht ein einheitliches Kaisertum, aber unsere Fürsten, die uns angestammt sind und an denen schon die römischen Schriftsteller die Anhänglichkeit der Germanen gerühmt haben.“

[1]) Wenn man aber diesem Plus im Westen das Minus der Deutschen Österreichs gegenüberstellt, so ergibt sich ein fast zehnfaches Defizit der nationalen Politik Bismarcks.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe überbrachte am 27. März die Glückwünsche des Bundesrats und des preußischen Staatsministeriums zum „Eintritt in das neunte Jahrzehnt eines mit unvergleichlicher Hingebung dem Dienste des Vaterlandes gewidmeten Lebens ... Wenn dank dieser Politik der Bund der Fürsten und freien Städte des Reiches gefestigt dasteht gegenüber den zersetzenden Elementen, welche nicht müde werden in dem Versuche, die schöpferische Tat einer großen Zeit zu zerstören, so weiß sich der Bundesrat eins mit allen vaterländisch gesinnten Gliedern der Nation ...“ Bismarck erklärte antwortend, er lege hervorragenden Wert auf die Kundgebung des Bundesrates als des „höchsten Senates des Reichs“, „welcher der für alle Deutschen maßgebende Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit und Vaterlandsliebe“ sei. Das war gegen den Reichstag vermeint. Im Fürsten Hohenlohe begrüßte Bismarck „einen mir von altersher durch nationale Mitarbeit befreundeten Staatsmann“. Die gegenwärtigen „Aufgaben sind schwierig, aber das sind alle gewesen, die der preußischen Regierung seit einem halben Jahrhundert obgelegen haben, und doch sind sie mit Gottes Hilfe unter der Leitung unserer Könige in einer Weise gelöst worden, daß sie heute dem Rückblick geringer erscheinen, als zu der Zeit, wo sie bevorstanden“. Hohenlohe hatte versprochen, der Bundesrat werde fortfahren, auf dem von Bismarck vorgezeichneten Wege des Reiches Ausbau zu fördern. Also kein neuer Kurs! Hohenlohe.

Die Sozialdemokraten wollten noch das abfällige Urteil des Kaisers über den Reichstag im Telegramm an Bismarck diskutieren und darüber einen Reichstagsbeschluß beantragen. Sie meinten: „Die verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit des Reichsoberhauptes sowie die Gepflogenheit des Reichstages, die Person des Kaisers nicht der Kritik zu unterziehen, haben zur Voraussetzung, daß das Reichsoberhaupt seinen Einfluß auf die Reichsangelegenheiten ausschließlich durch den verantwortlichen Reichskanzler ausübt. Die Verttetung der Gefühle und Bestrebungen des deutschen Volkes ist Aufgabe des Reichstages, der niemandem verantwortlich ist als dem Volke.“ Das Präsidium lehnte aber ein Eingehen auf das Privattelegramm des Kaisers ab.

Bemerkenswert ist, was französische Stimmen über diese Vorgänge sagten: „Die Dienste, die Herr v. Bismarck seinem Vaterlande geleistet hat, vermochten also nicht den grimmigen Haß zu entwaffnen, den er sich erworben. Der deutsche Reichstag, der 20 Jahre vor der Stimme seines Zuchtmeisters gezittert hat, wollte sich rächen für erlittene Demütigungen“ (Figaro). „In seiner Friedrichsruher Rede zeigt sich uns Kaiser Wilhelm nicht als der liberale, friedliebende, philanthropische, nur auf das Glück der Menschheit bedachte Monarch, als den Herr Jules Simon ihn uns schilderte. Er tritt auf als der gespornte, gepanzerte, behelmte Cäsar, der nur von Eroberungen und Kriegsruhm träumt“ (Soleil). „Der Kaiser scheint es darauf abgesehen zu haben, uns zu unterdrücken. Nach einer Verherrlichung der Gewalt, die allerdings bei dem Manne, dessen Wahlspruch ist ‚Gewalt geht vor Recht‘, gut angebracht war, nach einem Dithyrambus auf Eisen und Blut als das beste Regierungsmittel, überreicht der Kaiser dem Fürsten ein Schwert auf dem die Wappen von Elsaß-Lothringen eingraviert sind. Nichts fehlte also bei dieser Feier, was Frankreich verletzen mußte“ (Autorité).

Am 1. April, dem eigentlichen Geburtstag telegraphierte nochmals Kaiser Wilhelm einen kurzen Glückwunsch, noch knapper die Kaiserin, etwas gemütlich Kaiser Franz Josef, außerdem die Könige von Schweden, Sachsen, Italien, der bayrische Prinzregent, der Sultan von Sansibar. Es liefen an diesen Tagen über 8000 Telegramme mit 277.000 Worten ein, etwa 50.000 Briefe und gegen 120.000 Postkarten.

Bismarck. Am 1. April empfing Bismarck auch eine Deputation der deutschen Universitätsprofessoren, geführt vom Berliner Rektor Pfleiderer. Bismarck sprach von „dem Tag, den die Natur zur Abrechnung über meine Vergangenheit mir geschenkt hat ... Die Verdienste für unsere nationalen Bestrebungen teile ich mit vielen ... Ich würde keine Freunde haben, wenn ich nicht auch Feinde hätte; man kann nicht beides zugleich, kalt und warm sein, aus Kampf besteht das Leben in der ganzen Natur. Ohne Kampf kein Leben, und wollen wir weiterleben, so müssen wir auch auf weitere Kämpfe gefaßt sein ... Unsere Gegner sind gereizt gewesen, wenn ich sie Reichsfeinde genannt habe; sie sind ja theoretisch nicht Reichsfeinde, jeder von ihnen kann sich irgendein Reich denken, mit dem er sich befreunden würde ... aber sie lieben dieses Reich nicht. Die katholische Kirche kennt ein Reich, in dem sie eine hervorragende Stellung einnehmen würde ... Ich befinde mich am Abschlusse des Kampfes und da ist mir der Gedanke tröstlich, daß die Gegner offenbar kein Siegesgefühl haben, sonst würden sie nicht mit dieser giftigen verleumderischen Verbissenheit heute noch gegen mich kämpfen. Wenn sie mich für einen Besiegten hielten, würden sie nachsichtiger sein ... Ich möchte empfehlen, diesen ganzen Kampf nicht zu tragisch zu nehmen. Wir haben viel schwere Kämpfe gehabt ... Es beschränkt sich doch auf ein homerisches, gegenseitiges Schimpfen. Es wird nicht einmal der Versuch gemacht, den Gegner zu gewinnen, sondern man sucht nur, ihn zu kränken. Das ist der Hauptinhalt unseres parlamentarischen und publizistischen Streites ... Wir haben in der Reformation konfessionelle Kämpfe gehabt, den Dreißigjährigen Krieg, nachher den Siebenjährigen als Analogon, was doch auch beinahe ein konfessioneller Kampf war, und wir haben uns doch wieder zusammengefunden ... Ich möchte nur nicht, daß jemand, der kriegerischen Kampfzorn in sich fühlt auf unserer Seite, sich durch ein falsches Friedensbedürfnis und die Sorge, er könnte Schaden anrichten, wenn er den Degen zieht, abhalten läßt, ihn zu ziehen und zu fechten. Wir haben einander immer bekämpft und geschlagen in Deutschland, sei es rethorisch, sei es kriegerisch, und es würde ein toter Punkt eintreten, wenn wir plötzlich alle einig würden, wenn wir keine Fraktionen hätten, wenn wir alles, wie der Kantor es vorsingt, nachsängen ... Das Gebet im Vaterunser ‚Dein Wille geschehe', ist mir immer maßgebend, aber verstehen tue ich diesen Willen auch nicht immer. Wir wollen den Willen der Regierung auch nicht immer verstehen ..." — Zu den Studenten sagte darauf Bismarck: „Sie werden in 40 und 60 Jahren vielleicht nicht ganz die Ansichten haben, die sie heute haben, aber das Samenkorn, daß die Regierungszeit des Kaisers Wilhelm des Ersten in Ihre jungen Herzen gelegt hat, wird doch immer auch dann Früchte tragen ... Ich bin, nachdem wir in unserm Haus uns ausgebaut und ausgedehnt(?) haben, wie wir es zu bedürfen glaubten, immer ein Mann des Friedens gewesen ... Aber die Politik ist wie die Schiffahrt in

unbekannten Meeren. Man hängt von Entschließungen anderer ab. Man muß die Situation akzeptieren, so wie Gott sie macht. Denn der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen und nicht lenken, er kann nur darauf fahren und steuern. Er kann stranden oder zu guten Häfen kommen ... Deutschland ist ein mächtiges Reich gewesen unter den Karolingern, den Sachsen und Hohenstaufen, und wie es einmal diese Stellung verlor, so sind fünf, sechs Jahrhunderte vergangen, ehe es wieder auf die Beine kam ... Seien wir der Wissenschaft und ihren Pflegern dankbar, daß sie das Feuer der Einheit erhalten haben. Ich bin ein alter Konservativer: halten wir, was wir haben! Es sind immer Kämpfe gewesen, in den Städten zwischen Geschlechtern und Zünften, in den Bauernkriegen zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden ... Ohne Kämpfe kommen wir beim Chinesentum an und versteinern ..." — Beim Fackelzug sagte Bismarck unter anderem: „Wenn alle Hamburger und Bremer, die in Südamerika leben, heimkehren wollten, so würde ich das für viel verhängnisvoller halten, als wenn alle amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches in jenen Weltteil verschwänden ..."

Alle Zeitungen brachten zum 1. April Bismarckartikel, sei es Huldigungen, sei es das Gegenteil. Die „Kölnische Volkszeitung" verglich die Bismarckfeier mit der sozialdemokratischen Demonstration an den Gräbern der am 18. März 1848 in Berlin Gefallenen. Der „Vorwärts" schrieb: „Alles was Macht, Reichtum, Einfluß hat, mühte sich ab, den 80. Geburtstag des schlimmsten Despoten der Neuzeit zu einem Volksfest zu machen. Allein das Volk hat allen Demagogenkünsten widerstanden. Es überließ es seinen Feinden, vor ihrem Häuptling auf dem Bauche zu rutschen, und nahm die Schmach nicht auf sich, seine eigene Schande zu feiern. Die Nachrichten aus allen Teilen von Deutschland stimmen darin überein, daß das Volk sich dem Rummel ferngehalten hat."

Jordan. Wilhelm Jordan richtete einige sackgrobe „geharnischte Sonette" gegen den Reichstag (Allg. Ztg., 29. März): „Schon klingt ein lautes Pfui durch alle Lande, seit ihr die ärgste Tölpelei gewagt. Ihr mindert ihm, dem Ehrung ihr versagt, die Ehre nicht, ihr mehrt nur eure Schande ... In allen Gauen ruft's schon heute grimmig, verachtungsvoll und millionenstimmig: Seid abgetan! Verkriecht und schämet euch!" Aber kann wohl etwas tölpelhafter sein, als wenn ein Demokrat die auf allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation beruhende Volksvertretung also beflegelt?

Greif. Martin Greif widmete zum 80. Geburtstage Bismarcks das Festspiel „Das erste Blatt zum Heldenkranz". Die westfälische Dichterin Johanna Baltz schrieb zum gleichen Anlaß das Festspiel „Des Kaisers Kronenschmied". Es wurden Bismarckreliefs, Friedensschilde, Versöhnungsmedaillen und dergleichen angeboten. Die historische und populäre Bismarckliteratur schwoll mächtig an. Lenbach malte den Fürsten für das städtische Museum zu Leipzig. Ernst Scherenberg nannte Bismarck in einem Geburtstagsgedicht „Die Wunderblume germanischer Kraft". Georg Ebers huldigte „Deutschlands größtem Sohne". Paul Heyse sagte in einem Prolog (zur neunten Symphonie): „Ja, Freude, Tochter aus Elysium, heut wandelt sie in Deutschlands Gauen um, frohlockend: Er, der unser Stolz und Glück, steht lebend noch vor unserm Dankesblick, und wenn sein Volk heut jauchzt zu ihm empor, noch dringt der Ruf an ein lebendig Ohr. Denn weh dem Alternden! Er überlebt Freund' und Gefährten, die mit ihm gestrebt. In

Heyse.

Einsamkeit, vom Tageslärm entfernt, hat auch den Dank er zu verschmähn gelernt, vor allem Er, der seiner Pflicht bewußt, nur auf den Dämon lauscht in seiner Brust. Und doch, wenn heut um seinen Sachsenwald Alldeutschlands mächt'ger Freudensturm erschallt, o rühr' er hold und warm an sein Gemüt, daß auch in ihm ein Glücksgefühl erblüht...“ Wilbrandt schalt sehr grob Bismarcks Gegner „die Meute Segest, Eck und Knipperdolling“.

Sehr hübsch war das Ehrengeschenk der Allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft für Bismarck, eine Pallas Athene, die auf der geradeausgestreckten Rechten eine kleine Siegesgöttin hält (Ill. Ztg., 13. April), modelliert von Heinrich Maria Waderé in München. Die deutsche Studentenschaft widmete einen Kredenztisch mit Gläsern.

Richard Jordan schickte aus Guatemala ein Glückwunschgedicht an Bismarck, „ihm, der 's stolze Werk vollbrachte und aus Deutschen Deutschland machte“ (Allg. Ztg., 2. April).

Es galt als eine Besiegelung der Versöhnung, daß der Kaiser den zweiten Sohn Bismarcks, den Grafen Wilhelm, zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ernannte.

Münchener. Die Glückwünsche hörten auch nach dem 1. April nicht auf. Als am 2. der Münchener Bürgermeister dem Fürsten den Ehrenbürgerbrief überbrachte, sagte Bismarck: „Ich freue mich, daß ich als Münchener Bürger mein Spatenbräu mit mehr bayrischem Bewußtsein und Genuß trinke.“ —

Lehrer. Als am 8. April etwa 880 Lehrer höherer Lehranstalten kamen, sagte er zu ihnen: „Hätte ich nicht die Vorarbeit des höheren Lehrerstandes vorgefunden, so glaube ich nicht, daß mein Werk, oder das Werk, an dem ich mitgearbeitet habe, in dem Maße gelungen wäre. Ihnen hat die Pflege der Imponderabilien obgelegen, ohne deren Vorhandensein in der gebildeten Minorität unseres Volkes die Erfolge nicht möglich waren. Unsere Erziehung gehört bis zum 14. Jahre der Volksschule, bis zum 19. der höheren Schule, sie schließt mit dem 19., 20. Jahre des Abiturienten in der Regel ab. Die Erfolge der nationalen Entwicklung beruhen auf der Minorität der Gebildeten. Eine Verstimmung der abhängigen Massen kann eine akute Krankheit hervorrufen, für die wir Heilmittel haben; eine Verstimmung der gebildeten Minorität ruft eine chronische Krankheit hervor, deren Diagnose schwer ist und deren Heilung langwierig. Die Leitung der Geschicke eines Landes ruht in den Händen der gebildeten Klassen. Das gilt auch von der Industrie, vom „Made in Germany“, das in der ganzen englischen Handelswelt als Empfehlung gilt. Gegenüber der französischen Erziehung befleißigt sich unsere höhere Schulleitung der Wahrheit und Bescheidenheit. Selbstüberschätzung tötet den Erfolg. Ich habe es auch im politischen Leben stets für nützlich gehalten, wahr zu bleiben, um den Mut zu behalten.“

In einer Ansprache an eine Deputation der Deutschen in Odessa (10. April) wies Bismarck diesen die Aufgabe zu, die guten Beziehungen zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche zu pflegen; es sei kein Grund zu nationaler Antipathie. Rußland ist ein besserer Nachbar als manch anderer, als Polen etwa. „Deshalb bleiben Sie gut deutsch, aber schädigen Sie die russische Freundschaft nicht!“

Steirer. Am 15. April kamen 70 Steirer nach Friedrichsruh und überreichten dem Fürsten einen schönen Pokal mit steirischem Wein. Er erwiderte:

„Unsere Zusammengehörigkeit ist ja älter als ein Jahrtausend und reicht bis in die Sagenzeit zurück, aber auch die weitergehenden Konsequenzen des Bündnisses, das wir vor sechzehn Jahren in Wien abgeschlossen, der Dreibund reicht in seinen Ursprüngen fast auf dieselbe Zeit zurück. Die alte deutsche Kaiserherrschaft des Heiligen Römischen Reiches erstreckte sich ja von der Nordsee bis nach Apulien und theoretisch gehörte ganz Italien dazu. Es ist eine eigentümliche Fügung des Schicksals und der göttlichen Vorsehung, daß dieses große Gebiet von ganz Zentraleuropa sich schließlich wieder zusammengefunden hat ... Ich glaube, wir werden dauernd zusammengehören und zusammenbleiben können. Wenn wir zurückblicken auf die innere Geschichte dieser großen Ländermasse, so finden wir doch kein Jahrhundert ohne Kämpfe der Reichsangehörigen untereinander. Aber sehen sie nach England, wie es von Bürgerkriegen erfüllt war; der innere Frieden ist im heutigen England auch nicht vorhanden. In Frankreich haben wir die letzten Bürgerkriege noch selbst vor 25 Jahren vor Paris mit ansehen können. In Spanien — eine stolze einheitliche Nationalität — hören die inneren Kriege nicht auf. Darum brauchen wir Deutsche nicht zu verzweifeln, weil wir uns mitunter viel gerauft haben. Ich hoffe, es wird in Zukunft nicht wieder vorkommen. Ich hoffe, wir haben eine Form gefunden, in der wir nebeneinander leben können und die nicht zerbrochen wird. Dazu gehört vor allem also unsere Einigkeit mit dem österreichisch-ungarischen Reich, auf die wir geschichtlich angewiesen sind seit langen Zeiten. Wir können in Zorn geraten, aber wir kommen immer wieder zusammen. So wie das heutige europäische Staatengebilde ist, können wir gar nicht, ohne einander Treue und Freundschaft zu halten, in eine ruhige Zukunft Europas blicken ... Je stärker der Einfluß der Deutschen in Österreich sein wird, desto sicherer werden die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich sein. Ich hoffe, Sie werden es auch zum Teil über Ihr Gefühl bringen, den Frieden zwischen dem alten Ostreich und dem deutschen Westreich dadurch zu pflegen, daß Sie sich in möglichst engen Beziehungen zu Ihrer ursprünglichen deutschen Dynastie halten. Die Dynastie ist schließlich doch für die auswärtigen Beziehungen eines jeden Reiches, solange sie überhaupt besteht, der einflußreichste Faktor. Also Sie können Ihr Wohlwollen für Ihre Stammesgenossen im deutschen Westreich nicht wirksamer betätigen, als indem Sie Ihre Beziehungen zur eigenen Dynastie pflegen und mehr von der Seite des Gemüts wie von der des Verstandes und der juristischen Argumente pflegen und beurteilen. Ich habe in Ihrem Kaiser seit 1852 immer doch ein deutsches Herz und die Spuren der deutschen Abstammung gefunden. Man kann ja in Österreich sich nicht

Österreich.

einer Nationalität ausschließlich widmen. Die Vorsehung muß den
Nationalitäten. Kampf der Nationalitäten gewollt haben, sonst wäre es ja für ihre Ureinrichtung leicht gewesen, in der ganzen Welt eine einzige Nationalität zu schaffen. Wenn die Nationalitäten so durcheinander geschoben werden wie in Österreich, bei uns in Posen und Westpreußen, so muß man darin das Prinzip erkennen: ohne Kampf kein Leben. Man soll miteinander kämpfen, aber wenn man unter demselben Landesherrn lebt, soll man mit Wohlwollen kämpfen ... Ich möchte, Sie hätten das Gefühl, daß Sie als die berechtigtere Nationalität doch auch den minder berechtigten Rivalen etwas mehr mit der Nachsicht des höheren Selbstbewußtseins beurteilen. Wir Germanen sind von Gott männlicher ausgestattet, und Gott hat den Dualismus in allen Erscheinungen zwischen männlich und weiblich dargestellt. Wenn der Germane allein bleibt ohne Beimischung, dann wird er ein Mönchskloster und sie zanken sich untereinander. Wenn er in die Vermischung kommt, dann wird er das leitende Element, wie der Mann in der Ehe sein soll. Ich will keinen Slawen damit kränken; sie haben weibliche Vorzüge, Grazie, Klugheit, Schlauheit, Geschicklichkeit, aber das schwerere Gewicht liegt auf unserer Seite. Das heutige Österreich beruht auf einer deutschen Beamtenschaft und Heeresbildung und es wird auch kaum anders sein können...“

Innungen. Zu einer Deputation von Handwerker-Innungen sagte Bismarck am 17. April: „Ich bin unserer Gewerbegesetzgebung nähergetreten mit Absichten, bei deren Verwirklichung ich ermüdet bin am Widerstande des Reichstages. Dadurch ist das Versorgungsgesetz nicht so günstig ausgefallen, wie der
Künstler. alte Kaiser Wilhelm gehofft hat.“ — Auf eine Huldigung der Künstler entgegnete er am gleichen Tag: „Die Münchener Kunst ist für mich eine wirksame Mitarbeiterin in der deutschen Einigung gewesen. Kunst und Wissenschaft sind immer deutsch geblieben von Wien bis Amsterdam — oder bis Kleve. Das wird uns auch immer zusammenhalten. Wir können nach unsern Bildungsverhältnissen gar nicht auseinanderfallen; hier wird sich immer der Deutsche zum Deutschen finden. Was bindet uns an Österreich? Kunst und Wissenschaft. Es wird schwer, die österreichischen Leser von Wallenstein zu überzeugen, daß der Dichter dieser rein österreichischen Tragödie nicht ihnen sowohl gehörte wie den
Studenten. Reichsdeutschen.“ — Einer Deputation alter Korpsstudenten bemerkte Bismarck am 27. April: „Die schwarzen Punkte, die ich beim Zurückblicken in die Jugend finde, liegen in meinem Korpsverhältnis; ich hätte mehr gearbeitet, wenn ich nicht im Korps gewesen wäre, und hätte weniger Schulden gemacht. Mich haben die Schulden, mit denen ich Göttingen verließ, jahrelang in üble Laune gebracht.“ — 72 Städte des Königreiches Sachsen ließen durch ihre Bürgermeister an den Fürsten am 8. Mai einen gemeinsamen Ehrenbürgerbrief überreichen.

Umsturz. Indessen wurde die Umsturzvorlage noch weiter beraten. Es liefen viele Petitionen dagegen ein, so vom Münchener Schriftsteller-

verein, von vielen bekannten Gelehrten, evangelischen Geistlichen, vom evangelischen Bund, von Stadtvertretungen. Bebel sprach noch einmal im Reichstag dagegen (9. Mai): Die Vorlage sei gänzlich unmotiviert; von 425.000 Verurteilungen im Jahre fielen nur siebzig in diese Kategorie. Die Sozialdemokratie habe nie Bestrebungen zur Revolution bekundet; alle Revolutionen seit dem 17. Jahrhundert seien bürgerlichen Ursprungs. Die Sozialdemokratie sei die Partei der Menschenliebe; ihre Ideale: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, decken sich mit dem Ideal des Christentums, das sie verwirklichen will. Die andern Parteien haben kein anderes Ideal als den nackten Materialismus, den Geldbeutel zu füllen auf Kosten der Ärmsten. Bestrebungen, die Armee zu revolutionieren, hätte die Sozialdemokratie nie geübt. Bei der allgemeinen Verbreitung sozialdemokratischer Ideen im Volk dringen diese Ideen freilich auch ins Heer. Eine Gefahr für den gegenwärtigen Staat bestehe dadurch nicht, da die Sozialdemokratie keinen gewaltsamen Rechtsbruch wolle. Gröber erklärte nochmals, er halte die Lehren der liberalen Professoren für gefährlicher als die anarchistischen Schriftsteller. — Endlich wurde die Umsturzvorlage am 11. Mai abgelehnt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meinte: Die Regierung habe ihre Schuldigkeit getan: die Schuld, daß nichts gegen den Umsturz erreicht sei, trage das Zentrum. Dagegen schrieb die „Kölnische Volkszeitung": „Das Zentrum hat auf dem Standpunkte gestanden, daß es so ziemlich einerlei sei ... Nach wie vor ist das Zentrum Herr der Lage."

Bismarck.

Noch immer fuhr Bismarck fort, huldigende Abordnungen durch Ansprachen zu beglücken. Zu einer westfälischen Deputation sagte er am 11. Mai: „Ich bin überzeugt, daß Hermann der Cherusker im westfälischen Dialekt gesprochen hat ... Soweit heute die plattdeutsche Sprache reicht, ist sie von Westfalen ausgegangen bis nach den baltischen Provinzen in Rußland ... Die kriegerische Tüchtigkeit ist bei ihnen unbezweifelter geblieben, wie friedliche Liebenswürdigkeit. Krieg muß es sein, wenn ihr Stern strahlen soll." — Zu hundert schlesischen Frauen und Jungfrauen sagte er am 13. Mai: „Wenn man die Damen für sich hat, so ist mir für die Männer auch nicht bange. Ich bedaure stets, daß unserer besseren Hälfte bei uns nicht mehr Einfluß auf die politischen Verhältnisse gestattet ist. Im Zentrum und bei den Polen spielen die Frauen eine sehr einflußreiche Rolle ... Ich glaube, daß der Sozialdemokratie gegenüber die weibliche Sympathie für unsere politischen Einrichtungen eine stärkere Schutzwehr ist, als unsere Umsturzvorlage geworden wäre. Ich bin nicht unglücklich darüber, daß sie gefallen ist ... Ich bin froh, daß dieses Ruhekissen diesen Herren entzogen worden ist, das sie sich zu schaffen dachten." — Am 19. Mai brachte eine Abordnung den Ehrenbürgerbrief von sechzig rheinischen Städten; Bismarck antwortete humoristisch: „Ich habe, solange ich im Dienste war, immer den Ernst eines Wachthundes an der Kette gehabt und habe gebissen, was ich beißen mußte. Nun, wo ich mich frei bewege, kann ich mich nach meinen Gefühlen aussprechen und brauche nicht alles zu billigen, nicht einmal, was ich früher

vertreten habe. Denn so ganz frei in seinen Bewegungen ist auch ein sogenannter allmächtiger Minister niemals. Das Ideale habe ich nie verfolgen können; ich fürchte, ich wäre auf staatsanwaltliche Abwege geraten.“ — Einer Gesellschaft von 1500 Leipzigern und Leipzigerinnen hob Bismarck am 23. Mai die Bedeutung ihrer Stadt hervor, die ohne schiffbaren Fluß, ohne Residenz, rein aus sich heraus aufgeblüht ist und oft Mittelpunkt großer kriegerischer Entscheidungen war. „Der Sieg bei Leipzig wurde erkämpft dadurch, daß zum erstenmal Preußen und Österreicher Schulter an Schulter standen und gemeinschaftlich gegen denselben Feind fochten. Ich hoffe, daß wir überhaupt in meinen Lebzeiten nicht mehr zu fechten brauchen, aber wenn es dennoch der Fall sein sollte, daß es doch wieder Schulter an Schulter mit Österreich sein möchte ... Daß auch unsere guten Beziehungen zu Rußland wünschenswert sind (Heilige Allianz), lehrt die Schlacht bei Leipzig. Wir können den Russen im fernen Asien gönnen, was sie begehren, wir haben ihnen nichts zu beneiden. Die monarchischen Staaten haben ja alle durch Kämpfe untereinander viel mehr zu verlieren als zu gewinnen.“ — Am 26. Mai kamen bei 3000 Schleswig-Holsteiner, deren Ansprache Bismarck also erwiderte: „Ich bin durch Einwanderung Schleswig-Holsteiner geworden auf diesem Boden, und aus Ihrer Begrüßung entnehme ich, daß Sie mich adoptiert haben. Ihr Land ist der Ausgangspunkt unserer deutschen Entwicklung gewesen. Ich habe mir gesagt: ohne die Herzogtümer wird die Reichsregierung nie eine deutsche Reichsflotte haben können. Hannover erstrebte eine deutsche Admiralsstellung. Die Herzogtümer und die Flotte gehören zusammen, sie gehören zu uns. Dat möt wi hebben! Zu Anfang habe ich wenig Liebe gefunden, weder bei meinen heutigen engeren Landsleuten, noch bei meinen Mitarbeitern, noch auch höheren Orts. Aber in mir saß die Überzeugung so fest, daß ich sagte: und wenn wir die drei Schlesischen Kriege mitsamt einem Siebenjährigen darum führen sollen, so führen wir sie, aber haben müssen wir sie ... Ich nehme an, daß heute darüber Absolution erteilt worden ist ... Die Versöhnung hat ja einen Ausdruck gefunden in der Tatsache, daß wir eine Landsmännin von Ihnen, eine schleswig-holsteinsche Prinzessin, zur Kaiserin haben ...“ — Der Bund der Landwirte übergab Bismarck am 9. Juni einen Schild und eine Adresse. Dabei kritisierte Bismarck das Verhalten der Regierung in den letzten fünf Jahren. „Als ich ausschied aus dem Dienst, da kam ein unlauterer Wettbewerb der Fraktionen zum Vorschein, wer die Erbschaft antreten könnte, wer sich hinreichend lieb Kind machen könnte ... Dieser Stimmung verdanken wir die Annahme der Handelsverträge und die Demütigung, der die Parlamente sich unterzogen haben, daß sie in wenig Wochen Fragen von dieser Tragweite durchpeitschten, ohne sie näher prüfen zu können ... Es ist unsere Sache, denn ich bin Landwirt von Haus aus. Ich möchte bitten, daß wir bei den Wahlen mehr als bisher auf Vertretung unserer Interessen sehen. Halten wir fest an der Interessenvertretung. Die Landwirtschaft ist das erstgeborne Gewerbe, das noch heute die relative Majorität im Reiche hat. Sie ist aber nicht das erstberücksichtigte ... weil die Landwirte eben nicht in der Stadt wohnen. Der Gesetzmacherei ohne Halm und Ar müssen wir den Kriegsruf entgegensetzen: Für Halm und Ar! Wir alle, die wir produzieren, müssen zusammenhalten gegen die Drohnen, die uns regieren, aber nichts produzieren als Gesetze ... Ich wünschte dem Kaiser die alte vornehme Art, nach der ein

Leipziger.

Landwirte.

regierender Herr keine Geldabfindung vom Staate empfing, sondern seine ihm angestammten Güter behielt und so mit der Landwirtschaft fühlte . . . Die mehr theoretische Unzufriedenheit mit den heutigen Verhältnissen hindert übrigens nicht, der Verehrung für den Kaiser Ausdruck zu geben, unsern größten Grundbesitzer, den berechtigten und verpflichteten Schutzherrn der Landwirtschaft." Diese Rede wurde als eine fast revolutionäre heftig angegriffen; sie sei, schrieb die „Kölnische Zeitung", nicht aus der Empfindung der Pflichten hervorgegangen, die eine ruhmreiche Vergangenheit ihrem Träger auferlegt. Auch der „Reichsanzeiger" polemisierte dagegen. Wir haben schon bemerkt, daß bei der darauf folgenden Einweihung des Nordostseekanals der Name Bismarcks absichtlich nicht genannt wurde.

Im Juli begannen die Erinnerungsfeste anläßlich der 25. Wiederkehr der Kriegstage von 1870. Dabei unterblieb auch nicht die Polemik gegen Bismarck. Sozialistische und Zentrumsstimmen erinnerten, Bismarck habe durch die Fälschung oder Umredigierung der Emser Depesche die Franzosen absichtlich zur Kriegserklärung gereizt. Wir kennen den Sachverhalt nach des Fürsten eigenen Aufzeichnungen (Bd. 3, S. 613 dieser Geschichte).

Bei diesen Gelegenheiten wurden nochmals die Ursachen des Ausbruches des Deutsch-Französischen Krieges erörtert (Allg. Ztg., 11. Febr. ff.), besonders mit Bezug auf die für Bismarck wenig günstigen Enthüllungen im Werk „Aus dem Leben König Karls von Rumänien. Aufzeichnungen eines Augenzeugen" (1894 ff.). Vergleiche 9. März, die Eröffnungen des Grafen Nigra über diese Fragen. H. v. Sybel gab „Neue Mitteilungen und Erläuterungen" zu den beiden letzten Bänden seiner Geschichte der Begründung des Deutschen Reiches; in seiner Sorge, Bismarck von aller Schuld am Ausbruch des Krieges zu entlasten, ging er so weit — abweichend von seiner eigenen früheren Darstellung und im Gegensatz zu Moltkes berühmtem Wort —, Bismarcks Redaktion der Emser Depesche als Milderung zu bezeichnen. Bald darauf (1. August) starb Sybel. Seine „Geschichte der Revolutionszeit" befreite die Anschauungen vom falschen Ideal der Bewegung von 1789. Seine „Begründung des Deutschen Reichs" schöpfte aus den Berliner Archiven, aber er gibt seine Quellen nicht an, man muß sich darauf verlassen, daß er ungefärbt gesehen, gelesen und geschrieben hat; das widerspricht aber jeder exakten historischen Kritik und nimmt dem Werk sehr viel von seinem historischen Wert. Es ist mehr Räsonnement als Geschichte. Sybel.

Die Grundsteinlegung zum Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms des Ersten erfolgte am 18. August, dem Tag, „an welchem vor fünfundzwanzig Jahren der Kaiser Deutschlands Söhne zu entscheidendem Siege geführt hat", wie es in der Urkunde hieß. „Die opferbereite Einmütigkeit der deutschen Fürsten, der weise Rat und die tatkräftige Unterstützung seines Kanzlers, des Fürsten Bismarck, die vollendete Kriegskunst seines genialen Feldherrn, des Feldmarschalls Grafen Moltke, das unvergleichliche Geschick der kühnen, zur Führung der Heere berufenen Helden, voran des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, und die todesmutige Treue des von dem Feldmarschall Grafen Roon in den Waffen geschulten Volkes, Kaiserdenkmal.

sie verbürgten den Erfolg. Aus der blutigen Saat ging die von Gott gesegnete Ernte deutscher Einigkeit hervor, und unter dem Schutze des mit harten Opfern erkämpften Friedens darf Deutschland unbesorgt der Pflege seiner idealen Güter und seiner wirtschaftlichen Interessen sich hingeben. In dieser Pflege ging Kaiser Wilhelm bahnbrechend voran ... Mit dem innern Ausbau des Reiches hielt gleichen Schritt das auf die Heilung der gesellschaftlichen Schäden gerichtete Streben des Kaisers. Seiner erleuchteten Anregung ist es zu danken, daß Deutschland zuerst den Weg werktätiger Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen betreten hat ...“ Beim Festmahl der Potsdamer Offiziere sagte Kaiser Wilhelm II.: „Unerschütterlich sollen für uns die drei Tugenden dastehen, welche der Verewigte selbst als die drei Hauptsäulen seiner Armee bezeichnete: Tapferkeit, Ehrgefühl, unbedingter Gehorsam.“ — Der Hofprediger Faber schloß seine Weiherede mit den Worten: „Das Herz für Kaiser und Reich! Gott unsre Hilfe! Das heilige Buch unser Kleinod!“

Sedantag. Zum Sedantag, 2. September, telegraphierte der Kaiser an Bismarck: „Heute, wo ganz Deutschland die fünfundzwanzigjährige Wiederkehr des weltgeschichtlichen Kapitulationstages von Sedan feiert, ist es mir Herzensbedürfnis, Euer Durchlaucht erneut auszusprechen, daß ich stets mit tiefempfundener Dankbarkeit der unvergänglichen Verdienste gedenken werde, welche Euer Durchlaucht sich auch in jener großen Zeit um meinen Großvater, um das Vaterland und die deutsche Sache erworben haben.“ Bismarck dankte bündig für die „huldreiche Anerkennung meiner Mitarbeit an dem nationalen Werke des hochseligen Kaisers und Königs“.

Sozialisten. Die Sozialisten blieben den Festen fern. Der „Vorwärts“ schrieb: „Patriotische Kapitalisten beabsichtigen in inniger Liebe zu diesem Staate, den heiligen Sedan diesmal ganz besonders umfassend zu begehen. Sie wollen ihre Arbeiter in mordspatriotische Feier hineinpeitschen, damit dem erhabenen Gedenktage des großen Schlachtens auf keinen Fall der volkstümliche Charakter fehle. Wo ist der Mann unter dem deutschen Industrieproletariat, der solcher frechen Betätigung des Mordspatriotismus nicht hohnlachend und mit Ekel erfüllt gegenüberstände? Wo ist der Hanswurst unter den Ausgebeuteten, der sich, ohne Ingrimm im Herzen, durch Beteiligung an solcher Feier entehrte? Welcher klassenbewußte Arbeiter in deutschen Landen reichte im Anblick des mordspatriotischen Geheuls nicht mit doppelter Innigkeit seinen französischen Brüdern und Leidensgefährten die Hand, eingedenk der erzenen Losungsworte, vor denen die Bourgeoisie der ganzen Welt erblaßt, als vor einem Menetekel: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ — Aber dies im kommunistischen Manifest von 1848 ausgesprochene Wort hatte seine Wirkung nie ausgeübt. — Am 2. September sandten die deutschen Sozialdemokraten nach Paris folgendes Telegramm: „Am fünfundzwanzigsten Jahrestag der Schlacht von Sedan senden, als Protest gegen Krieg und Chauvinismus, den französischen Genossen Gruß und Handschlag: Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner Berlins. Hoch die Völkersolidarität!“

Die Haltung der Sozialdemokratie veranlaßte den Kaiser beim Paradediner der Garden im Schlosse, an dem die Könige von Sachsen

und Württemberg teilnahmen, seinem Trinkspruch die Worte beizufügen: „Doch in die hohe Festesfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazugehört. Eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesamte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun, dann rufe ich Sie, um der hochverräterischen Schar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen . . ."

Die öffentliche Meinung betrachtete die Furcht vor den Phrasen der Sozialdemokratie als übertrieben und war gegen Ausnahmemaßregeln. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Auer besprach in einer Versammlung vom 4. September die Haltung seiner Partei. Er versicherte, zur Zeit Lassalles sei die Sozialdemokratie stark monarchisch gewesen, in der Hoffnung, daß der König ihr gegen die Bourgeoisie helfen werde. Bebel und Liebknecht hätten 1870 im Norddeutschen Reichstag nicht gegen die Kriegsanleihe gestimmt. Wer behaupte, die Sozialdemokratie sei stets antinational und antimonarchisch gewesen, fälsche die Geschichte. Die Sozialdemokratie habe sich erst nach der Schlacht von Sedan und nach der Gefangennahme Napoleons gegen die Weiterführung des Krieges und auch gegen die Annexion erklärt. Dasselbe hätten auch die radikal bürgerlichen Parteien getan. Die Sedanfeier sei keine nationale, sondern eine Parteifeier. Bismarck habe alle jene, die nicht wollten, was er wollte, für Reichsfeinde erklärt; aber in Wahrheit gebe es in Deutschland nur wenige Reichsfeinde; jedenfalls zähle die Sozialdemokratie nicht dazu. „Die Sozialdemokraten erkennen an, daß die nationale Einigung Deutschlands eine wirtschaftliche Notwendigkeit war, die sich auch ohne Bismarck vollzogen hätte. Daß die Emser Depesche gefälscht wurde, hat Bismarck selbst zugegeben. Allein da der Krieg unvermeidlich war, so kann ich ein Verbrechen in dieser Fälschung nicht finden. Es ist selbstverständlich, daß Bismarck den ihm am günstigsten scheinenden Moment zum Losschlagen wählte . . . Wir waren Gegner der Annexion; nachdem sie vollzogen, ist gewissermaßen ein neues Recht geschaffen, und es würde Ströme von Blut kosten, das zu ändern. Unbeschadet unserer Grundsätze kann von einer Rückgabe keine Rede sein, weil der daraus entstehende Krieg so schrecklich würde, daß niemand dafür die Verantwortung übernehmen kann. Die vernünftigeren unter den Franzosen werden hierin mit uns einer Meinung sein . . . Wir sind in diesen Tagen von oben und unten angegriffen worden, aber die deutsche Sozialdemokratie wird trotz aller Verfolgungen nicht um Haaresbreite von ihrem Standpunkt abweichen. Sie, die zwölf Jahre Ausnahmegesetze überdauert hat, sieht der Zukunft mit Vertrauen entgegen." — Diese Rede schien andern Sozialisten zu feige, und der „Sozialist" schrieb: „Überlassen wir es dem Herrn Ignaz Auer, dem Meister der zweideutigen Rede und der Verschleierung, die Kanonenstiefel in die Ecke zu stellen und leisetreterische Filzschuhe anzuziehen." Aber auch Singer sagte in einer Berliner Versammlung: „Wir sind so wenig vaterlandslos, daß wir treu im Vaterlande blieben, als uns der gute Rat gegeben wurde: den Staub von den Füßen zu

Auer.

schütteln." — Immerhin mußten zahlreiche sozialistische Blätter wegen Majestätsbeleidigungen oder anderer Vergehen gemaßregelt werden. Es wurden auch mehrere Volksversammlungen verboten oder aufgelöst.

Polen. Auch die Polen nahmen keinen Teil an den Siegesfesten, sie gedachten vielmehr des hundertsten Jahrestages der dritten Teilung Polens, und eine Preßstimme erwiderte auf deutsche Angriffe: „Wir sind die eingebornen Kinder dieses Landes. Wenn es nicht genügend Brot für beide Nationalitäten gibt, so mögen die Deutschen in ihre Heimatgegenden zurückgehen, uns aber in Ruhe lassen. Es hat sie niemand zu Gast geladen, sie brauchen sich bei uns nicht zu ruinieren, da sie so viel Platz im großen Vaterlande haben."

Als über die Feier der Einnahme von Rom, 20. September, auch im Deutschen Reich zahlreiche Festartikel erschienen, sah die Zentrumspresse mit Recht darin eine Beleidigung der Katholiken.

Bei der Enthüllung eines Denkmals Kaiser Friedrichs in Wörth (18. Okt.) war auch dessen Gemahlin, Kaiserin Viktoria, anwesend und ihr Sohn widmete ihr, die in letzter Zeit ganz zurückgetreten war, einige Worte der Begrüßung.

Reichsgericht. Bei der Schlußsteinlegung zum neuen Reichsgerichtsgebäude in Leipzig waren der Kaiser und der König von Sachsen anwesend (26. Okt.). Die Urkunde besagte: „Das Haus, zu welchem wir am 31. Oktober 1888 den Grundstein gelegt haben, ist vollendet ... Die Hoffnung, daß dem Verlangen des deutschen Volkes nach größerer Einheit seines Rechtes durch ein gemeinsames bürgerliches Gesetzbuch entsprochen werde, geht ihrer Erfüllung entgegen ... Möge die Rechtsprechung, die sich hier vollziehen wird, dazu helfen, daß ... die Treue in allen deutschen Landen wachse ..."

Reichstag. Als der Reichstag am 3. Dezember wieder eröffnet wurde, konnte die Thronrede (vom Reichskanzler verlesen) bemerken: „Im Verein mit den Regierungen Rußlands und Frankreichs ist Deutschland bemüht gewesen, den aus dem Kriege der beiden großen ostasiatischen Reiche drohenden weiteren Entwicklungen vorzubeugen. Unsere Bestrebungen sind, Dank der verständnisvollen Mäßigung der japanischen Regierung, von Erfolg gewesen und werden mit dazu beitragen, Deutschlands Gewerbefleiß und Handel ein Feld friedlichen Schaffens zu erhalten und zu erweitern. Den beklagenswerten Vorgängen im türkischen Reiche (Armenien) ist unsere ernste Aufmerksamkeit zugewandt ..." Bald darauf trat der preußische Minister des Innern v. Köller zurück; an seine Stelle trat Freiherr v. d. Recke v. d. Horst. Anlaß zum Ministerwechsel gab wohl die Meinungsverschiedenheit über das Vorgehen gegen die Sozialdemokratie und ein daraus entstandener Konflikt Köllers mit Professor Hans Delbrück. Dieser trat übrigens damals von der Leitung des hier dankbar benutzten „Europäischen Geschichtskalenders" zurück, die nun Gustav Roloff übernahm. — Im Reichstag wurden die handelspolitischen Beziehungen zur

amerikanischen Union besprochen und die schärfere Anwendung der Gesetze gegen die Sozialdemokratie. „Diese Partei (sagte Hohenlohe) war es, die jene nationale Bewegung mit Hohn und Spott überschüttete, getreu dem Grundsatz ihres Führers, daß Vaterland in unserm Sinn ein kulturwidriger, reaktionärer Begriff sei. Das alles hat tief verletzt, und sehr oft ist an mich die Frage gerichtet worden: wie lange soll das noch geduldet werden? Die Herren Sozialdemokraten dürfen nicht vergessen, daß Grundsätze, die sie im System des Kollektivismus, Kommunismus u. s. w. zutage treten, beim ruhigen Bürger nicht den Eindruck der wissenschaftlichen Erörterung machen. Der Bürger sieht darin kulturfeindliche, vaterlandswidrig Bestrebungen; es sind nicht wenige, die im Zukunftsstaat der Sozialdemokraten nicht einen Rechtsstaat, sondern einen Raubstaat erblicken. Daß man infolgedessen sich bei der Staatsgewalt nach Schutz umsieht, ist natürlich. Wenn wir seit diesem Sommer die Zügel etwas straffer angezogen haben, so sind wir den Gefühlen aller Wohlgesinnten im deutschen Reiche gerecht geworden." Bebel erwiderte, die Zunahme der Majestätsbeleidigungsprozesse sei durch die Provokationen, denen die Sozialdemokratie ausgesetzt gewesen, veranlaßt. Diese Prozesse würden tendenziös geführt. — Stumm meinte, die Sozialdemokraten seien nicht berechtigt, im Reichstage zu sitzen, da sie Diäten bezögen, was die Verfassung verböte.

Soziales.

Was sonst die soziale Bewegung betrifft, so waren die Sozialdemokraten auf dem Parteitag zu Duisburg verschiedener Meinung über die Agitation auf dem Lande. Eine Resolution erklärte es als unzulässig, dem ländlichen Kleinbesitz Hoffnung auf seine Erhaltung zu machen und forderte unbedingt Vergesellschaftung des Grundes und Bodens. — Die kritische Lage der Landwirtschaft wurde internationalen Ursachen schuldgegeben, so namentlich dem Auftauchen der neuen Produktionsgebiete Indien und Argentinien. Der preußische Minister empfahl die „kleinen Mittel" des Herrn v. Schorlemer-Alst im westfälischen Bauernverein. Richter sah die Ursache der landwirtschaftlichen Krisis in der Überproduktion an Getreide und Zucker, die man aber einschränken solle. Gröber sprach im Reichstag für Einschränkung des Hausierhandels. — Bebel sprach im preußischen Abgeordnetenhaus für das Stimmrecht der Frauen. — Der Bund der Landwirte als Vertreter von 200.000 Mitgliedern erbat die Hilfe des Kaisers; der Bauernstand ringe um seine Existenz, mit ihm stehe und falle die Zukunft des Vaterlandes. Der Kaiser riet, sich jeder sensationellen Agitation zu enthalten und mit Vertrauen der Arbeit des Staatsrats zu folgen. Bei einer andern Gelegenheit (Brandenburger Provinziallandtag) warnte der Kaiser davor, überspannte Hoffnungen zu hegen oder gar die Verwirklichung von Utopien zu verlangen. Kein Stand kann beanspruchen, auf Kosten der andern bevorzugt zu werden. Und er schloß mit dem alten Ruf: „Berlin allewil vne voran!" — Die Antisemiten und Konservativen sprachen gegen die Einwanderung fremder Juden; die Juden beuteten, begünstigt durch das römische Recht, überall die Bauern aus. — Die Nationalliberalen beschuldigten die Kathedersozialisten, mit der Sozialdemokratie zu kokettieren

und den Studenten revolutionäre Gesinnungen einzuflößen; aber auch der Regierung wurde Kokettieren mit dem Sozialismus vorgeworfen. Ebenso der Geistlichkeit. — Die Sozialdemokraten beantragten Umwandlung der Heeresorganisation in ein Milizsystem nach Schweizer Vorbild. — Bebel forderte Einschränkung des Paketverkehrs am Sonntage wie in Amerika und England. — Auf dem deutschen Handwerkertag in Halle (22. April) waren 900 Korporationen durch 620 Delegierte vertreten. Die Versammlung forderte Zwangsinnungen, Befähigungsnachweis, Beschränkung der Militärwerkstätten und Gefängnisarbeit, Bekämpfung der Konsum-, Offizier- und Beamtenvereine. — Die Konservativen mißbilligten die christlichsoziale Richtung des Pastors Friedr. Naumann und dessen zur Sozialdemokratie neigenden Radikalismus. Auch Stöcker erklärte sich gegen ihn: „Was Naumann und uns ältere Christlichsoziale trennt, ist, daß er eine Organisation des Proletariats im Gegensatz zu den besitzenden Klassen anstrebt, während wir die Sammlung der christlichsozial gesinnten Geister aus allen Kreisen und Klassen bewirken möchten.“ — Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß in Erfurt (4. Juni) sprach Frau Dr. Gnauck über die soziale Lage der Frauen; auch hier machte sich die Differenz zwischen Stöcker und Naumann geltend.

Agrarisches.

Die Sozialdemokraten forderten in einem am 16. Juli im „Vorwärts“ veröffentlichten Agrarprogramm, abgesehen von der Wiederholung allgemeiner Grundsätze: Stufenweise Erbschaftssteuer, Abschaffung der mit dem Grundbesitz verbundenen Vorrechte, Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums, Überführung des Besitzes der toten Hand, der Wälder, Wasserkräfte in öffentliches Eigentum, Verpachtung der Staats- und Gemeindeländereien an Genossenschaften von Landarbeitern und Kleinbauern unter Aufsicht des Staates, Verstaatlichung der Grundschulden, der Versicherungen, freies Jagdrecht, rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern u. s. w. Aber das Programm fand in der Partei selbst Bedenken. Schippel schrieb, die Sozialdemokratie dürfe sich nichts vom Bauernschutz als Agitationsmittel versprechen, da sie hierin mit den bürgerlichen Parteien nicht konkurrieren könne. Die antisozialistische Presse bezeichnete das Programm als unlautere Bauernfang. Es kam darüber auf dem sozialistischen Parteitag zu Breslau (6. bis 12. Okt.) zu stürmischen Debatten. Schippel nannte den Entwurf eine Scharlatanerie, zusammengestellt aus den Programmen anderer Parteien. Liebknecht sprach dafür, denn es sei Aberwitz, das Elend sich steigern zu lassen, in der Hoffnung, daß daraus die Revolution hervorgehen werde. Mit 158 gegen 63 Stimmen wurde aber schließlich das Agrarprogramm abgelehnt; die Resolution besagte: „Der Entwurf des Agrarprogramms ist zu verwerfen; denn es stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage also eine Stärkung des Privateigentums in Aussicht; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für das Interesse des Proletariats, und doch ist unter der Herrschaft des Privateigentums das Interesse der Landeskultur ebenso wie der Industrie an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer dieser Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf dem Ausbeuterstaate neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; endlich stellt der Entwurf dem kapitalistischen Staate Aufgaben, die nur ein Staats-

wesen, in welchem das Proletariat die politische Macht erobert hat, ersprießlich durchführen kann. Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft eigentümliche, von denen der Industrie abweichende Gesetze hat, welche zu studieren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Land eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll . . ." Durch die Ablehnung des Bauernschutzes erklärte sich die Sozialdemokratie lediglich als Partei der Besitzlosen; man warf ihr vor, daß sie ihre antikapitalistischen Grundsätze, wie Abschaffung der Akkordarbeit und Beseitigung der großen Einkommen, nicht einmal innerhab ihrer Partei durchführen könne.

Daraus, daß Liebknecht und Bebel ihr Agrarprogramm nicht durchbringen konnten, schloß man auf den Rückgang ihrer Machtstellung. Als Vertreter der Österreicher war Dr. Ellbogen aus Wien gekommen, er wurde aber am 8. Oktober als lästiger Ausländer verhaftet und ausgewiesen. Liebknecht wurde wegen der in seiner Begrüßungsrede enthaltenen Majestätsbeleidigungen vor den Untersuchungsrichter geladen.

Antisemiten.

Die antisemitische deutschsoziale Reformpartei, die sich von Ahlwardt und Böckel trennte, sprach sich auf dem Parteitag zu Erfurt (20. Okt.) für Aufhebung der Gleichberechtigung der Juden und für energische Sozialpolitik zugunsten der produktiven Stände aus. Die Konservativen trennten sich endlich ganz von den jüngeren Christlichsozialen der Richtung Naumann, Göhre, Kötzschke, denen sie Schürung des Klassenhasses und Untergrabung der staatlichen Autorität vorwarfen (24. Okt.). Professor Ad. Wagner und Stöcker lehnten aber eine Trennung ab. Dagegen forderte um so schärfer der Parteitag der Konservativen Schlesiens (21. Nov.) Abweisung der Richtung Naumanns, Bekämpfung der Sozialdemokratie, Hebung der Landwirtschaft und des Handwerks.

Der Reichstag beriet im Dezember das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und die Errichtung von Handwerkerkammern.

Gegen die allzu eifrige Beteiligung jüngerer Geistlicher an sozialen Angelegenheiten und politischen Versammlungen erließ der Oberkirchenrat eine Verordnung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bezeichnete die immer radikaler werdende Tätigkeit des ehemaligen Hofpredigers Stöcker als revolutionär und kommunistisch. — Man nahm es Stöcker auch übel, daß er durch seinen nun bekanntgewordenen Brief vom 14. August 1888 den Bruch zwischen Kaiser und Kanzler verstärken wollte.

Stöcker.

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes konnte noch immer nicht durchdringen. Vergebens erneuerte Bachem im preußischen Abgeordnetenhaus die Forderung der Wiederherstellung der katholischen Abteilung im Kultusministerium. Er tadelte die unparitätische Bevorzugung evangelischer Zwecke. Auch Danzenberg klagte im Namen des Zentrums über Zurücksetzung katholischer Beamten; der Friede zwischen den Konfessionen sei noch nicht erreicht. Kultusminister Bosse wandte ein, man habe nicht immer die nötigen Männer katholischen Glaubens. Die höheren Lehranstalten würden von Katholiken relativ weniger besucht, dies zeige sich sogar im katholischen Bayern und in Elsaß-Lothringen. In Preußen kam 1890 ein evangelischer Schüler auf 198 evangelische Einwohner, ein katholischer Schüler auf 366 katholische Einwohner. In Bayern seien die betreffenden Zahlen 150 und 236, in Elsaß-Lothringen 103 und 355. Die Statistik für die Juden stellt sich dagegen für Preußen 1 : 30, für Bayern 1 : 27, für Elsaß-Lothringen 1 : 49.

Jesuiten.

Katholiken.

Dasselbe ergebe sich aus den Universitätsstatistiken, all das zeige den Rückstand der katholischen Konfession im Streben nach wissenschaftlicher Ausbildung. Auf dem Kölner Katholikentag ließen denn auch zwei Redner eine Mahnung in diesem Sinn ergehen. — Darauf wurde von anderer Seite erwidert, daß offenbar die gesünderen sozialen Verhältnisse der katholischen Gesellschaft eine krankhafte, schädliche Überproduktion an geistigem Proletariat verhindere, wie sie sich am bedenklichsten bei den Juden zeige.

Haffner. Sehr bemerkt wurde der Fastenhirtenbrief des Mainzer Bischofs Dr. Haffner. Er klagte eine eitle anmaßende, einseitige sogenannte Wissenschaft an, den christlichen Glauben aufzulösen. Vom Staat angestellte Lehrer der Theologie verwischten in den von der Kirche getrennten Konfessionen die Grundwahrheiten des christlichen Glaubens und die Grundzüge der christlichen Lebensordnung. Unter sich uneinig und tief gespalten, zeigten sich jene Parteien nur einig in der Feindseligkeit gegen die katholische Kirche. „Trotz der äußeren Machtentfaltung stehen aber die Regierungen unüberwindlichen inneren Schwierigkeiten gegenüber. Die Versuche, die Staatsordnung durch Strafverschärfungen zu schützen, dienen nur dazu, die Unbehaglichkeit aufzudecken, die in allen Kreisen der Bevölkerung herrscht."

Von evangelischer Seite forderte die landeskirchliche Konferenz zu Berlin (8. Mai), daß der Staat der Kirche Einfluß bei Besetzung der theologischen Professuren gewähre.

Der dritte hessische Katholikentag auf dem Rochusberg bei Bingen am 30. Juni verlangte unter anderm Ausbau der Sozialgesetzgebung, internationales Schiedsgericht, Lösung der Ordensfrage.

Katholikentag. Auf dem Münchener Katholikentag, 25. bis 28. August, sprach Porsch für freiere Wirksamkeit der Orden. Bachem erklärte: Da der Protestantismus uneins und zerrissen ist, so ist der weltumspannende Katholizismus der größte Feind der Sozialisten. Ihr Leugnen jeder Autorität müßte sich schließlich gegen den eigenen sozialistischen Staat kehren. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Kollektivismus sind alte Anfänge des Christentums und klösterliches Ideal seit altersher. Die sozialistischen Lehren sind teils Früchte des Liberalismus, teils Utopien, neu ist bloß die doktrinäre Konsequenzmacherei. Die Sozialisten sind ehrlicher, offener, rücksichtsloser als die Liberalen, ehrlich bis zum Fanatismus. Freiherr v. Hertling forderte die Wiederherstellung des Kirchenstaats ohne Schädigung

Kraus. des Dreibunds. Franz X. Kraus (Spectator, Allg. Ztg., 2. Nov.) mockierte sich unter anderm über Hertlings Rede zugunsten des Kirchenstaats, der da gesagt hatte: „Gewiß, es war ein geschichtlicher Prozeß, der zur Entstehung des Kirchenstaats hinführte, weil er dazu hinführen sollte. Den Papst seiner territorialen Unabhängigkeit berauben, heißt darum sich dieser göttlichen Leitung entgegenstellen, heißt die Kirche Christi von der gewonnenen Weltstellung wieder abdrängen und in ihrer Wirksamkeit hemmen . . ." Also bekrittelte Spectator manches Große und Weltgeschichtliche der katholischen Kirche.

Am Katholikentag in München sprach auch Professor Prochaska aus Gran über den Kulturkampf in Ungarn.

Als ein schottischer Kaplan Forbes im Alexianerkloster Mariaberg zu Aachen, dessen Brüder die Krankenpflege betrieben, als Irrsinniger behandelt wurde und daraus ein Prozeß entstand, schob man die Schuld teils auf die Kirche, teils auf den Staat, der im Kulturkampf alle Ordnung aufgelöst habe. Viel bedenklicher war es, daß der Chefredakteur der „Kreuzzeitung", Reichs- und Landtagsabgeordneter Freiherr v. Hammerstein, wegen übler Gebarung mit anvertrauten Geldern flüchtig wurde und in Brindisi, eh er aus Europa verschwinden konnte, verhaftet wurde. Stöcker war ein wenig darin verwickelt.

Der Exjesuit Graf Paul v. Hoensbroech trat in Berlin zum evangelischen Bekenntnis über, vorbereitet durch den Generalsuperintendenten Dryander. Die Gesellschaft Jesu zählte 1894 5882 Priester, 4208 Kleriker (Scholastiker) und 3677 dienende Brüder, zusammen 13.767, wovon 1167 im Deutschen Reich zerstreut lebten. — Um gegen die Zulassung der Jesuiten Stimmung zu machen, schrieb der altkatholische Bonner Professor H. Reusch „Beiträge zur Geschichte des Jesuitenordens". Hoensbroech.

Der alte Zentrumsstreiter Freiherr v. Schorlemer-Alst, genannt der „westfälische Bauernkönig", wurde im Tode auch von seinem König geehrt.

Der Kaiser spendete für Ausbesserung und Vergrößerung der katholischen Kirche zu Kurzel in Lothringen 10.000 Mark.

H. Pohlmann schuf das schlichte, würdige Windthorst-Denkmal für Meppen. Das Relief unter dem Standbild zeigte eine von einem Engel gehaltene Tafel mit den Worten: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" (Ill. Ztg., 13. Juli). — Unverantwortlich war des Spectators (Franz X. Kraus) Meinung, Windthorst habe (wie Disraeli) seine Partei nur deshalb so unumschränkt beherrscht, weil er ihr selbst innerlich nicht angehörte (Allg. Ztg., 1. Aug.). Kraus. Er warf dem Zentrum vor, das Ultramontane mit dem Kirchlichen zu verwechseln. „Ultramontan ist, wer den Begriff der Kirche über den der Religion setzt, wer den Papst mit der Kirche verwechselt, wer da glaubt, das Reich Gottes sei von dieser Welt, und in der Schlüsselgewalt Petri sei auch die weltliche Jurisdiktion über Fürsten und Völker eingeschlossen." Dem ist einfach gegenüberzusetzen: Ultramontan ist römisch-katholisch, ist praktisch katholisch, ist der Gegensatz von Staatskatholizismus. — Der Spectator fuhr auch sonst fort (1. Okt.), gegen Katholikentage als Propagandamittel des „politischen Katholizismus" zu agitieren.

Drei Jahre nach seinem jüngeren Bruder Peter starb August Reichensperger, hochverdient durch seine kunstgeschichtlichen Bestrebungen für die Gotik, für den Ausbau des Kölner Doms, Begründer der katholischen Fraktion mit Mallinckrodt und mit seinem Bruder (1852) in der preußischen zweiten Kammer, seit 1860 Zentrum genannt. Er schrieb über Shakespeare als Katholik, über Pugin als Neubegründer der christlichen Kunst in England, über Steinle und über den Wiener Dombaumeister Friedrich v. Schmidt. Reichensperger.

Der Erzbischof von Freiburg i. Br. sprach sich in einem Hirtenbrief für den lateinischen Chorgesang beim Hochamt aus und gegen den entgegengesetzten Gebrauch.

Die Polenfrage kam neuerlich in die Debatte, als dem preußischen Abgeordnetenhaus ein Gesetz über die Errichtung einer neuen General- Polen.

kommission für Ostpreußen in Königsberg vorgelegt wurde. Die Polen protestierten gegen diese Unterdrückungen. Motty sagte: Es herrscht in Deutschland die Gepflogenheit, über andere abzuurteilen: der Franzose ist ein Windbeutel, der Engländer ein Krämer, der Pole ein Lügner. Papst Gregor VII. sagte, der Deutsche zeichne sich durch hervorragende Eigenschaften aus, aber wo er herrsche, zeige er eine Härte des Herzens. Sie wollen ein Ausnahmegesetz gegen uns preußische Untertanen; damit fördern Sie die Interessen der Sozialdemokratie. Die Lösung der Polenfrage liegt in der Versöhnung der nationalen Gegensätze. Jazdzewski beschwerte sich, daß Bismarck den polnischen Adel als Umsturzpartei bezeichnet habe, und wandte sich gegen den Verein zur Förderung des Deutschtums, der den Frieden im Osten störe. Minister v. Köller meinte, die Polen seien noch weiter gegangen mit ihrem „Verband aller Polen Deutschlands".

Kaiser Wilhelm ordnete eine große Stiftung an: „Als Zeichen meiner Anerkennung für die Stadt Berlin und zur Erinnerung an die ruhmreiche Vergangenheit unseres Vaterlandes will ich einen bleibenden Ehrenschmuck stiften, welcher die Entwicklung der vaterländischen Geschichte von der Begründung der Mark Brandenburg bis zur Wiederaufrichtung des Reiches darstellen soll. Mein Plan geht dahin, in der Siegesallee die Marmorstandbilder der Fürsten Brandenburgs und Preußens, beginnend mit Albrecht dem Bären, und neben ihnen die Bildwerke je eines für seine Zeit besonders charakteristischen Mannes, sei er Soldat, Staatsmann oder Bürger, in fortlaufender Reihe errichten zu lassen. Die Kosten will ich übernehmen." Am selben Tag, seinem Geburtstag 27. Jänner, stiftete der Kaiser einen Wanderpreis, der bei jährlich zu veranstaltenden Wettstreiten deutscher Männergesangvereine dem jedesmaligen Sieger zuerkannt werden sollte. Und endlich stiftete er einen Wanderpreis für Schülerregatten, um den Rudersport an den höheren Lehranstalten Berlins zu heben.

Siegesallee.

Minister v. Köller erwiderte auf eine Klage des Zentrumsabgeordneten Heeremann über unsittliche Bühnenstücke: Die Theater seien in den letzten Jahren aus Bildungsstätten zu Erwerbsquellen geworden und fügten der öffentlichen Moral großen Schaden zu. Unsittliche Aufführungen zu verhindern, sei der Polizei aber nicht immer möglich, da das Oberverwaltungsgericht ihre Entscheidungen gelegentlich wieder aufhöbe. So haben die Polizeibehörden in richtiger Erkenntnis, daß das Stück „Die Weber" nicht auf die Bühne gehört, dasselbe verboten. Dann wurde Beschwerde gegen das Verbot erhoben, und das Oberverwaltungsgericht hat in zwei Fällen die polizeiliche Verfügung aufgehoben. Das Oberverwaltungsgericht kann immer nur den einzelnen Fall entscheiden. „Ich hoffe, daß die Polizeibehörden immer wieder von neuem mit diesem Verbote kommen, und es wird dann nicht ausbleiben, daß auch das Oberverwaltungsgericht seinerseits nicht anders urteilt. Hier möchte ich öffentlich der Polizeibehörde, die vor zehn Tagen ‚Die Weber' von neuem untersagt hat, meinen Dank aussprechen."

Theater.

Auf Einwendungen von anderer Seite erwiderte der Minister, er übe

keine Kritik an den gerichtlichen Beschlüssen, er wolle nur seinen Polizeibehörden eine Direktive geben.

Kaiser Wilhelm eröffnete am 17. Juni in München die umgebaute Schackgalerie. Schack-galerie.

Das Reichsgericht verurteilte den früheren Kanzler von Kamerun Leist zur Dienstentlassung unter Belassung der halben Pension auf drei Jahre und in die Kosten. — Der Reichstag genehmigte das Gesetz über die Bestrafung der Sklavenräuber und des Sklavenhandels.

Das sogenannte Maximgeschütz (nach dem Erfinder benannt), ein Maschinengewehr, bewährte sich furchtbar in den Kämpfen mit den Afrikanern.

Für Studenten in Berlin und Leipzig wurden Kurse in Jugend- und Volksspielen abgehalten.

Beim Wettbewerb zum Völkerschlacht-Nationaldenkmal in Leipzig erhielt K. Doflein den ersten, Bernhard Schaede den zweiten Preis (Ill. Ztg., 14. Dez.). Denk-mäler.

Das Preisausschreiben um ein Berliner Bismarck-Denkmal hatte trotz der über hundert eingegangenen Entwürfe ein negatives Resultat; die Aufgabe blieb ungelöst.

In Frankfurt a. M. wurde ein Schopenhauer-Denkmal enthüllt.

Das Kaiser Friedrich-Denkmal bei Wörth, modelliert von Max Baumbach, zeigte den sehr realistisch bewegten Reiter auf einem großen Felsblock, an dessen Vorderseite, wie an einem Altarstein, zwei alte Germanen (Süd- und Norddeutsche) sich Bundestreue schwören . . . Zwischen ihnen deutet das Wappen von Elsaß-Lothringen den Siegespreis an.

In Berlin wurde ein ziemlich großes Luther-Denkmal enthüllt. Paul Otto hatte seinerzeit über 46 Konkurrenten gesiegt; nach seinem Tode brachte Robert Toberentz das Werk zu Ende. Die Gestalten Huttens und Sickingens hielten vor Luther Wache auf einer breiten Treppenanlage. Als Mithelfer waren Melanchthon, Bugenhagen, Spalatin, Reuchlin, Justus Jonas und Cruciger gruppiert. Den Luther fand man zu pathetisch, das Ganze mehr malerisch. Bei der Enthüllungsfeier bezeichnete Generalsuperintendent Faber das Monument als „die Rolandssäule der wahren Selbständigkeit des Geistes".

Zumbusch schuf das Kolossalstandbild Kaiser Wilhelms I. für das Denkmal an der Porta Westphalica (Ill. Ztg., 17. Aug.).

Würdig war das von Fritz Schaper für Berlin ausgeführte Kaiserin-Augusta-Denkmal.

Richard Anders schuf das Siegesdenkmal für Quedlinburg: „Da steht's, das Reiterbild, in Erz gegossen, ein tapfrer junger Seydlitz-Kürassier. Schwert in der Faust, im Sattel fest geschlossen, sprengt er dahin auf seinem stolzen Tier."

„Das Werk Menzels" erschien zum 80. Geburtstage des Künstlers als Festgabe in zweiter populärer Ausgabe seit einem Jahrzehnt.

Die Jung-St.-Peters-Kirche in Straßburg war ein gelungener Versuch, eine Renässanzanlage mit Kuppel in den Formen des romanisch-gotischen Übergangsstiles auszuführen. Die Fachleute sahen darin einen hoffnungsvollen Schritt zu neuen Entwicklungen. Die Pläne waren von Hartel und Neckelmann (Ill. Ztg., 16. Nov.). — Ein schöner romanischer Bau in mittelalterlicher Echtheit war die neue Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin. — Die neue Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche in Berlin zeigte schmucken gotischen Stil mit übermäßig spitzem Turm. — Der Bau des neuen Reichsgerichtsgebäudes zu Leipzig von Ludwig Hoffmann war ebenso wie der des deutschen Bauten.

Reichstags ganz aus der italienischen, römischen Barocke erwachsen, also eigentlich aus dem „Jesuitenstil", aus dem Triumph der „Gegenreformation", nur etwas beeinträchtigt durch viereckige Kuppeln. Deutsch war das eigentlich nicht.

Als Meisterwerk größter Vollkommenheit ragte über die Zeit hervor Adolf Hildebrands Wittelsbacherbrunnen in München. — Außerordentlich schön war die ruhig reitende Amazone von Louis Tuaillon. Es war der größte Erfolg auf plastischem Gebiet seit Adolf Hildebrands Hirtenknaben (Ill. Ztg., 21. Sept.). — Max Klingers Halbfigur Kassandra wurde dem Leipziger Museum gewidmet.

Worpsweder. Als „Worpsweder Maler" stellten H. am Ende, Fritz Mackensen, O. Modersohn, Fritz Overbeck und H. Vogeler ihre Bilder in Bremen aus. Den Namen gaben sie sich von der schon von Bokelmann gern aufgesuchten Landschaft zwischen Ems und Unterelbe. — Auf der großen Berliner Kunstausstellung erregte Gebhard Fugel mit seinem Letzten Abendmahl eine außerordentliche Wirkung (Ill. Ztg., 1. Juni).

M. Meurer gab „Pflanzenformen, vorbildliche Beispiele zur Einführung in das ornamentale Studium der Pflanze" zum künstlerischen Gebrauch.

Musik. Humperdincks neue Oper „Dornröschen" blieb in der Sphäre des Märchens. — Rubinsteins geistliche Oper „Christus", Text von Bulthaupt, wurde in Bremen aufgeführt. Die Absicht, damit einen Weg zur „Kirche der Kunst" zu bahnen, wurde nicht erreicht.

H. P. v. Wolzogen leitete die von Brunemann übersetzte Schrift des Abbé Marcel Hébert über „Das religiöse Gefühl im Werke Richard Wagners" ein, eine beachtenswerte Würdigung vom katholischen Standpunkte aus.

Litera- tur. Otto Roquette schilderte „Siebzig Jahre Geschichte meines Lebens".

Hermann Faulhabers Erzählung „Das goldene Zeitalter der Zukunft" blickte in die Jahre 2000 bis 2030 vom Standpunkte der inneren Mission.

Unter dem Titel „Perspektiven" erschienen vermischte Schriften des Grafen Schack.

Kuno Fischer gab sich die Mühe, in einem Vortrag auf der Versammlung der Shakespearegesellschaft zu Weimar die Albernheit der Theorie zu erweisen, daß Bacon den Shakespeare gedichtet habe.

Aus dem Nachlasse des Dreizehnlinden-Weber erschien der Gedichtband „Herbstblätter".

Emilie Ringseis war am 3. Februar gestorben; außer ihren eigenen Dichtungen („Der Königin Lied") sind die 1886 bis 1891 in vier Bänden von ihr ausgearbeiteten „Erinnerungen" an ihren Vater, den berühmten Arzt, zu rühmen.

Der Kölner Hans Eschelbach übergab sein bürgerliches Trauerspiel „Modern" der Bühne.

Otto Julius Bierbaum und Jul. Meier-Gräfe gaben die Zeitschrift „Pan" heraus als Vertreterin moderner Literatur und Kunst.

Der Verlag Alb. Langen in München gab nach französischem Muster den „Simplicissimus" heraus, eine illustrierte Wochenschrift, die nach Kräften zur Verbreitung des Unwahren, Unguten und Unschönen beitrug und das deutsche Ansehen in der ganzen Welt auf das empfindlichste schädigte.

Gerhard Hauptmanns „Florian Geyer", ursprünglich gar als Trilogie gedacht, verfehlte durch episodenhafte Behandlung den Charakter der Historie.

Des verstorbenen O. Devrient Festspiel „Kaiser Rothbart" wurde zur 25jährigen Gedenkfeier des Krieges in Jena und sonst von Bürgern und Studenten aufgeführt.

Ungemein offenherzig war Laura Marholms „Buch der Frauen" und „Wir Frauen und unsere Dichter", zeitpsychologische Porträts.

W. Hertz gab eine vorzügliche Neubearbeitung von „Tristan und Isolde" nach Gottfried von Straßburg.

Jul. Schwerings Buch „Zur Geschichte des niederländischen und spanischen Dramas in Deutschland" war besonders eine Ehrenrettuug der niederländischen Literatur.

Zu Dresden tagte der 17. internationale Kongreß zum Schutze des geistigen Eigentums. Diese ganze Bewegung widerstreitet meines Erachtens einer gedeihlichen Kultur, die immer auf dem freien Austausch herrenloser Geistesschätze beruhte. Nun aber wurde der Geist zur Marktware herabgewürdigt infolge einer doktrinären juristischen Fiktion.

Hist.-pol. Blätter.

Die „Historisch-politischen Blätter" geben eine (freilich unvollständige) Übersicht über das Leben des Reichshofrats Dr. Georg Eder, eines der wichtigsten Führer der Gegenreformation im 16. Jahrhundert.[1]) Sie handeln von der „Gesellschaft für christliche Kunst", von der Gustav-Adolf-Feier, besonders vom Festspiel „Gustav Adolf", das Paul Kaiser für die Volksbühne dichtete, und das bereits 1889 gedruckt wurde. Alexandra von Schleinitz' „Lieder eines Suchenden" werden stark gelobt. — Mit Hinblick auf das Wort des Kaisers Wilhelm I. „Wenn wir die Gottheit Christi leugnen, so sind wir keine Christen mehr", wird gezeigt, daß die neue Agende eigentlich über jedes feste Glaubensbekenntnis hinwegsieht und daß Taufen, die ohne den Glauben an die göttliche Dreifaltigkeit vollzogen werden, nichtssagend sind. Das Apostolische Glaubensbekenntnis kam wohl auch in der neuen Agende vor, führte aber nur ein Scheindasein. Man werde also bald bei einer Agende ankommen, die auch Reformjuden benützen können. Darum: „Heute ist die Alternative Katholizismus oder Protestantismus ein überwundener Standpunkt; heute heißt es: Katholizismus oder Heidentum." „Die christliche Wissenschaft wird nur noch von der katholischen Wissenschaft repräsentiert" (115, 109—126). Das Buch von Johannes Ranke „Der Mensch" wird in zweiter Auflage als ganz und gar objektiv gepriesen. Widmanns Geschichte des deutschen Volkes wird trotz schöner Vorzüge wegen seines einseitig kleindeutschen Standpunktes getadelt. — Es werden gute Überblicke über den „sozialistischen Stammbaum und seine Verzweigungen" gegeben. Ferner über das Duellunwesen, über Kunst in österreichischen Stiftern: über die christlichsoziale Bewegung in Österreich. — Noch einmal (S. 405) wird einiges über die grobdrähtigen Festspiele zur Gustav-Adolf-Feier nachgetragen. — Es folgen Beiträge zur Geschichte der deutschen Kolonisten in Rußland. — Daß das indische Epos (S. 485) als Markstein der Weltliteratur überschwenglich behandelt wird, zeugt für die auch in katholische Kreise gedrungene Wirkung des östlichen Geistes. — Bei der Besprechung von Bismarcks Geburtstag wird auch der Adresse des evangelischen Bundes gedacht, der den Fürsten als seinen eigentlichen Schöpfer feierte, da der evangelische Bund nur auf dem Grunde der wiedergewonnenen Einigung der

Bismarck.

[1]) Vergleiche meine „Historischen Studien", S. 175 ff.

deutschen Stämme habe entstehen können und zur Abwehr gegen römische Priesterherrschaft zu wirken vermöge. „Euer Durchlaucht haben diesen Kampf als eine unerläßliche Arbeit stets im Auge behalten. Dafür gibt uns das von Euer Durchlaucht im November 1885 gesprochene Wort: ‚Ich habe gelernt, daß mit den Grundsätzen des Zentrums weder das Deutsche Reich noch der preußische Staat existieren kann!‘ ein festes Unterpfand.“ Kaiser Franz Josef habe 1859 dem Kaiser Napoleon, auf dessen Einladung zum Bündnis gesagt: „Ich bin ein deutscher Fürst!“ Bismarck aber sagte zum Prinzen Napoleon: „Ich bin kein Deutscher, ich bin ein Preuße, ein Wende!“ (S. 626). — Ferner wird angezeigt: die Geschichte der christlichen Malerei von E. Frantz. — Über den Ursprung des Siebenjährigen Krieges wird die unparteiische Schrift von Max Lehmann hervorgezogen. — Die von Pastor ergänzten letzten Bände der deutschen Geschichte von Janssen werden besprochen. — Ed. Eggerts epische Dichtung „Der letzte Prophet“ (Johannes) erfährt wohlwollende Würdigung. — Des Protestanten Kawerau Mäßigung und Besonnenheit in seiner Schilderung der Reformation und Gegenreformation (Kirchengeschichte, 3. Bd.) wird anerkannt. — Die Frage der vorlutherischen Bibelübersetzungen wird behandelt. Da möchte ich die Meinung nicht zurückhalten, daß Luther der Verderber und Verroher des edleren und lieblicheren Deutsch des Mittelalters war. — Im zweiten Band werden Erinnerungen an die edle Dichterin Emilie Ringseis gegeben. — Die Fälschung der Emser Depesche durch Bismarck wird nicht beschönigt (S. 287 ff.). — Lehrreich ist die Richtigstellung über den Kommunismus des hl. Clemens von Rom. — Sehr scharf wird das Dilemma gestellt: „Hie Zentrum! Hie Interessenvertretung!“ (S. 350 ff.) — Den englischen Aufhetzungen über die „armenischen Greuel“ wird die Tatsache entgegengehalten, daß die Armenier in der Türkei doch Armenier bleiben können, während sie in Rußland Russen werden müßten. — Sehr erfreulich ist das Künstlerleben des P. Gabriel Wüger aus der Beuroner Kunstschule. — Es wird bei Gelegenheit der Christenmassakers in China gezeigt, wie das Land voll ist von antidynastischen Geheimbünden. — Der Streit, ob „Christlich(sozial)“ oder „Katholisch“ (S. 729) in Österreich erledigt sich eigentlich schon dadurch, daß in Österreich christlich als identisch mit katholisch gilt und ein Protestant vom Volk kaum als christlich bezeichnet wird, während allerdings im Deutschen Reich, wo die Protestanten in der Mehrzahl sind, Christlich ohne Beisatz eher als Protestantisch gilt, und der Katholik, wenn er sich als nicht protestantisch bezeichnen will, mit der Bezeichnung christlich allein nicht auskommt. —

Nietzsche. Das Silberjubiläum der Zentrumsfraktion wird gefeiert. — In Nietzsches Geistesentwicklung und Philosophie findet das Ende des Jahrhunderts seine Eigenart voll ausgeprägt: alle Zweifel, den Unglauben, daneben den unstillbaren Drang nach Neuem, Unnennbarem, nach unerhörten Reizen, Wissensqual und Bildungsüberdruß, den prometheischen Jammer des Himmelsstürmers. Das Genie ist Gott: so hat Fichte und Hegel gelehrt, so wiederholt es Nietzsche, mit entsetzlichem Schrei das vermessene Wort in die entgottete Welt schleudernd. Dialektik der Gegensätze wie bei Hegel. Nietzsche verewigt die Hölle. Er ist der Philosoph des Anarchismus. Carduccis Satanshymnus ist die Unschuld gegen Nietzsches Finsternisse. Er erhebt die Bosheit, die Tyrannei, das wilde Tier auf den Thron. Nichts ist wahr, alles ist erlaubt. Es ist das Ende des Liberalismus. — Schließlich werden die liberalen Kata-

strophen in Österreich bis zur Epoche Lueger betrachtet. — Der Konvertit Expeditus Schmidt gab unter dem Namen „Revocatus" Gedichte heraus: „Blüten vom Stamme des Kreuzes."

Es erschien Nietzsches „Antichrist. Versuch einer Kritik des Christentums" als der „Schlimmen Botschaft", der „Sklavenreligion". „Das Christentum hat uns um die Ernte der antiken Kultur gebracht, es hat uns später wieder um die Ernte der Islamkultur gebracht . . ., weil sie zum Leben Ja sagte . . . Die Deutschen haben Europa um die letzte große Kulturernte gebracht, um die der Renässanz. Sie war die Umwertung der christlichen Werte."

Eugen Kretzer schilderte „Friedrich Nietzsche nach persönlichen Erinnerungen und aus seinen Schriften". G. Runze kündigte an der Berliner Universität Vorlesungen über Nietzsches Philosophie an.

Freiherr v. Hertling betonte in seiner Schrift „Naturrecht und Politik" (Görresgesellschaft 1893), „daß jede nicht von einem überragenden Interesse der Gesamtheit geforderte Freiheitsbeschränkung ein Übel ist . . . Während noch vor einem halben Menschenalter die Lehre von der Freiheit des Wirtschaftslebens als alleinseligmachendes Evangelium galt, ist es heute bereits notwendig, mit Nachdruck auf die großen Dienste hinzuweisen, welche die moderne Kultur der freien Initiative einzelner und dem privaten Unternehmungsgeiste verdankt." Hertling.

Auf päpstliche Anregungen erschienen die von Professor Bardenhewer herausgegebenen „Biblischen Studien". Sie begannen mit einer Geschichte der Deutung des Namens Maria.

Friedrich Ratzel machte auf die eigentümliche politisch-geographische Natur der „Inselvölker und Inselstaaten" aufmerksam und verglich Japan mit England (Allg. Ztg., 30. Okt.).

L. Deinhard gab einen Auszug der „Geheimlehre" nach Frau Blavatskys „Secret Doctrine". Es blühte die Theosophische Monatsschrift „Lotosblüten" von Franz Hartmann, dem Buddhaforscher. Von anderen theosophischen Schriften zu schweigen. Annie Besants Rede auf dem Theosophenkongreß zu Chicago „Theosophie und soziale Frage" erschien in deutscher Übersetzung.

Der Verband deutsch-liberaler (freisinniger) Antisemiten, beeinflußt von Dühringschen Ideen, agitierte für eine „Germanische Bibel" und ein Germanisches Sittengesetz mit dem Zweck der „Weltherrschaft der Germanen und der Ausrottung der Hebräer".

Paul Deussens „Allgemeine Geschichte der Philosophie" behandelte mit besonderer Vorliebe die indischen Systeme.

Eberhard Gothein betrachtete „Ignatius von Loyola und die Gegenreformation" in neuer Beleuchtung. Allerdings sah er als Protestant die Zukunft der Welt als protestantisch an.

„Rembrandt als Erzieher" erschien in 44. Auflage.

H. Treitschkes „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert" ging langsam vorwärts; der fünfte Band umfaßte nur die sieben Jahre von 1848 bis 1855. K. Biedermann tadelte (Allg. Ztg., 2. Jan.) die subjektive, mehr preußische als deutsche Auffassung. Treitschke.

Johannes Volkelt stellte in seinen „Ästhetischen Zeitfragen" fest, daß es kein Gebiet menschlicher Tätigkeit gebe, wofür die Moral nicht höchster Maßstab wäre.

Ruville. Albert v. Ruville („Das Deutsche Reich ein monarchischer Einheitsstaat") suchte auch den staatsrechtlichen Zusammenhang zwischen altem und neuem Reich zu erweisen — nicht ohne Widerspruch. Er faßte die Zeit von 1815 bis 1866 als eine Art Interregnum auf.

Ulrich von Richentals Chronik des Konzils zu Konstanz von 1414 bis 1418 erschien in photographischer Nachbildung.

Dr. Karl Peters, kaiserlicher Kommissär für Deutsch-Ostafrika, veröffentlichte im amtlichen Auftrag ein Werk über „das deutsch-ostafrikanische Schutzgebiet".

Zangemeister und Braune gaben von der altsächsischen Bibeldichtung neue Bruchstücke aus der Bibliotheka Palatina heraus (1894); sie bewiesen, daß außer dem Heliand auch das Alte Testament in gleicher Weise bearbeitet war. (Proben davon Allg. Ztg., 23. Febr.)

Rud. Eisler besprach (Allg. Ztg., 18. Dez.) die „Psychologie der Hypnose" nach Bernheim, Heidenhain, Forel, Moll, Dessoir, Lehmann, Welterstrand und W. Wundt („Hypnotismus und Suggestion" 1892).

Alex. Aksakow behandelte in zweiter Auflage das Wesen des „Animismus und Spiritismus" gegen Ed. v. Hartmanns Kritik des Spiritismus. Für die Echtheit der Phänomene berief er sich auf namhafte Gelehrte, wie den Londoner Physiker Lodge, den Pariser Physiologen Richet.

K. Kiesewetters „Geschichte des Okkultismus" erschien nach dem Tode des Verfassers. Sie beseitigte den Irrwahn, daß die spiritistischen Phänomene erst seit 1848 in Amerika auftraten. Kiesewetter leitete diese Phänomene nicht auf abgeschiedene Seelen, sondern auf Elementargeister zurück. Denselben Stoff behandelte Franz Hartmann: „Die weiße und schwarze Magie oder das Gesetz des Geistes in der Natur" (1894).

Mommsen. Theodor Mommsen dementierte die wiederholten Anwürfe der französischen Presse, als ob er bei den Cäsar-Studien Napoleons III. beteiligt gewesen sei. Er bedauerte aber lebhaft den seit 1870 unversöhnlich gewordenen Haß der beiden Nationen, der ihn sehr an seinen Arbeiten gehindert habe.

Theodor Lindners „Geschichte des deutschen Volkes" litt trotz des populären Zweckes daran, daß sie statt des Lebens Abstraktionen bot. — Es erschien auch Lindners offizielle Darstellung über den „Krieg gegen Frankreich" und anderes dergleichen.

Es erschien der dritte Band von H. Poschingers Werk „Fürst Bismarck und die Parlamentarier".

Man erinnerte an Carl Claus von der Decken, † 1865, den Vorkämpfer für ein deutsches Ostafrika (Allg. Ztg., 24. Sept.).

Ludw. Webers „Geschichte der sittlich-religiösen und sozialen Entwicklung Deutschlands in den letzten fünfunddreißig Jahren" gab Einzelbilder von verschiedenen Verfassern, so „Die Welt der Vornehmen" von Chr. Rogge.

Bei Professor Albert Stoeckls Tod ist besonders seiner Werke über Geschichte der Philosophie zu gedenken.

Fr. v. Weech gab das Urkundenbuch der Zisterzienserabtei Salem heraus (Codex diplomaticus Salemitanus 1883—1895).

In Berlin bildete sich eine Vereinigung jüdischer Studierender zum Zweck, das Selbstgefühl in der jüdischen Studentenschaft zu heben.

Auch in Österreich erregte die Bismarckfeier entgegengesetzte Stimmungen. In Wien und Graz wurde lebhaft dafür agitiert, die Katholiken protestierten gegen eine solche antiösterreichische Feier. Gute Deutsch-österreicher machten auf den Widersinn aufmerksam, daß die Deutschen Österreichs den Mann bejubeln wollten, der sie aus Deutschland gegen ihren Willen hinausgeworfen hatte. Kaiser Franz Josef schickte wohl ein Glückwunschtelegramm nach Friedrichsruh, die österreichischen Behörden waren aber genötigt, allzu feurige und sinnlose Bismarckdemonstrationen einzudämmen. Der Minister des Innern Bacquehem erwiderte auf eine Interpellation darüber, der österreichische Staatsgedanke dürfe durch derartige Kundgebungen auch nicht vorübergehend in den Schatten gestellt werden. Das galt noch viel mehr vom kleindeutschen Reichsgedanken; denn dieser schloß grundsätzlich Österreich aus, während der österreichische Staatsgedanke von der alten Idee eines Großdeutschlands viel weniger zu trennen ist. Bismarck hatte jedenfalls beim Empfang der österreichischen Steirer (15. April) die übertriebenen großdeutschen Aspirationen ablehnen müssen (S. 943). Österreich.

Die deutschnationale Studentenschaft Innsbruck veranstaltete einen Kommers zu Ehren Bismarcks, bei dem Adolf Pichler und Braischle die Festreden hielten.

Rosegger schrieb im „Heimgarten" über die Bismarcktage: „Die größten meiner Leiden entsprossen daraus, daß ich mit mir nicht einig war ... Nicht weniger von einem Ideale getragen, als einst die Scheiterhaufen, sind die Schlachtfelder, aber das Ideal ist kein göttliches. Es ist eines der Wahnideale ... Das Zusammenhalten der Menschen auf dem ganzen Erdball ist mein angeborenes Ideal, von dem zu lassen ich nicht vermag. Es verleiht mir Mut und Lust zum Leben. Und von diesem Standpunkt aus kann ich nur jene Politik für die richtige halten, die uns solchem Ziele näherbringt ... Allein es ist noch etwas anderes vorhanden. Ich kann das laute Weinen nicht vergessen, das durch unser Waldhaus ging bei der Nachricht vom Unglück bei Königgrätz. Dieser wütende Haß damals gegen die Preußen, gegen Bismarck! Kein anderer Anstifter und Führer wurde genannt, nur Bismarck, der mit Trug und Gewalt eingefallen, um unser Vaterland niederzuwerfen! Wer diesen Haß einmal empfunden wie ich, der bringt die letzen Spuren davon schwer aus seinem Herzen. Ich habe sie herausgebracht, belehrt von der Notwendigkeit der Geschichte. Und wie viel hat Bismarck seitdem an uns getan, um die Wunde zu heilen! Ihn heute noch als unsern Gegner zu betrachten, wäre Unrecht ... Doch der Konflikt ist vorhanden gewesen ..." Rosegger.

In Steiermark erregte die Frage des Gymnasiums in Cilli noch immer die Gemüter. In Ungarn war es die Kirchenpolitik, die zu Konflikten führte. Die dortigen Bischöfe verhielten sich ablehnend gegen die Kirchenvorlagen. Der päpstliche Nuntius Agliardi bereiste Ungarn, um in diesem Sinne zu wirken. Die Magyaren betrachteten das als eine Cilli. Agliardi.

Einmischung einer auswärtigen Macht in die inneren Angelegenheiten Ungarns. Diese Anschauung vertrat denn auch der ungarische Ministerpräsident Banffy, und er zog auch die gemeinsame Regierung in den
Kalnoky. Streit. Dem widersprach Graf Kalnoky und sagte sich von der Anschauung Banffys los, erklärte aber allerdings in einer Note vom 25. April das Auftreten Agliardis für „taktlos", weil es die Agitation in Ungarn noch mehr anzufachen geeignet sei, und er erklärte sich bereit, dagegen beim Heiligen Stuhl Einspruch und Klage zu erheben. Diese Note wurde von den österreichischen Katholiken (Prinz Alois Liechtenstein und Dipauli) als eine Beleidigung des Päpstlichen Stuhles getadelt (9. Mai). Darauf genehmigte der Kaiser das Entlassungsgesuch Kalnokys (15. Mai) und
Goluchowski. ernannte an seiner Stelle den Grafen Goluchowski zum gemeinsamen Minister des Auswärtigen. Eine große katholische Volksversammlung sprach überdies am 20. Mai zu Wien ihre Entrüstung aus über die Angriffe auf den Nuntius Agliardi und forderte, daß das Recht der Kurie, durch den Nuntius in unmittelbaren Beziehungen zum Episkopat und zu den Gläubigen zu bleiben, nicht beschränkt werde.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hatte am 27. Mai eine antisemitische Debatte. Dazu gaben die Predigten des Pfarrers Deckert Veranlassung. Der Liberale Exner interpellierte darüber den Ministerpräsidenten. Fürst Windischgrätz erwiderte, gegen den Pfarrer sei bereits die Untersuchung eingeleitet, auch habe man sich an das erzbischöfliche Ordinariat gewandt.

Kalnoky hatte durch beinahe vierzehn Jahre die auswärtigen Angelegenheiten der Monarchie geleitet und den Dreibund geschlossen. Als Goluchowski, sein Nachfolger, im Ausschuß der ungarischen Delegation (11. Juni) zu Wien sprach, erklärte er, Kalnokys Politik fortsetzen zu
Dreibund. wollen: Unverbrüchliches Festhalten am Dreibund, der die Pflege der besten Beziehungen zu allen übrigen Mächten nicht nur nicht ausschließt, sondern geradezu bedingt. „Die Resultate, die wir auf dem bisher erfolgten Weg erzielt haben, sind so befriedigender Natur, daß wir nichts Besseres zu wünschen vermögen, um so weniger, als der dadurch geschaffene Zustand am getreuesten den Traditionen und Aspirationen der Monarchie entspricht, welche, weit entfernt, aggressive Tendenzen zu verfolgen, stets bestrebt war, in der friedlichen Entwicklung der internationalen Beziehungen, in der Stärkung ihres Ansehens und ihrer Machtstellung nach außen sowie in der Förderung des Fortschritts und der Wohlfahrt der Völker Genugtuung und Befriedigung zu suchen." Allerdings seien neue Opfer in Anspruch zu nehmen im Hinblick auf die Ereignisse im äußersten Osten.

Infolge der Cillifrage trat die „Vereinigte deutsche Linke" aus der regierungsfreundlichen Koalition mit den Konservativen und Polen aus (17. Juni). Damit war aber auch die Stellung des Koalitionsministeriums

unhaltbar geworden. Windischgrätz trat zurück. Graf Kielmannsegg trat an die Spitze eines provisorischen Geschäftsministeriums mit Böhm v. Bawerk als Finanzminister. Plener, der frühere Finanzminister, wurde Präsident des gemeinsamen Rechnungshofs.

Kirchengesetze.

Indessen erhielten (1. Juli) die ungarischen Kirchengesetze die königliche Genehmigung. Die Standesbeamten wurden aber in Ausführungsverordnungen angewiesen, die Parteien darauf aufmerksam zu machen, daß mit der Eheschließung vor dem Standesamt und mit der Eintragung der Geburten in die Staatsmatrikel die Pflichten gegen die Kirche noch nicht erfüllt seien. Ein liberaler Pärsschub hatte kurz vorher auch im ungarischen Magnatenhaus die Majorität der liberalen Partei sichergestellt.

Ein gemeinsamer Hirtenbrief des ungarischen Episkopats ermahnte die Gläubigen, ihre beabsichtigten Ehen zuerst dem zuständigen Geistlichen mitzuteilen, damit dieser etwaige Hindernisse beseitige und die Kopulierung vorbereite. Dann erst soll die Eheabsicht auf dem Standesamt angemeldet werden. Nach der staatlichen Zeremonie soll das Brautpaar sofort die kirchliche Trauung in Anspruch nehmen und sich vorher nicht als Ehepaar betrachten. Die nicht kirchlich Getrauten würden von allen Sakramenten, vom kirchlichen Begräbnis und kirchlichen Ämtern ausgeschlossen werden. Auch die Unauflöslichkeit der Ehe wurde eingeschärft.

Auch die Christlichsozialen protestierten gegen den Plan eines slowenischen Gymnasiums in Cilli und verweigerten durch Luegers Mund am 19. Juli dem Ministerium das Budget. Obwohl das Budget sonst mit Mehrheit angenommen wurde, entließ der Kaiser doch das provisorische Beamtenministerium Kielmannsegg und ernannte Graf Badeni, den bisherigen Statthalter von Galizien, zum Ministerpräsidenten (2. Oktober). Gautsch wurde Unterrichtsminister, Bilinsky erhielt die Finanzen. Badeni hob den Ausnahmezustand für Prag auf, der dort seit 1893 geherrscht hatte. Er erklärte programmatisch am 22. Oktober im Abgeordnetenhaus, „daß die auf dem historischen Momente beruhende traditionelle Stellung und langjährige allen anderen Völkern voranleuchtende Kultur des deutschen Volkes gebührende Beachtung finden müsse". In der böhmischen Frage bringe die Regierung der tschechischen Nation volles Vertrauen entgegen, verzichte auf jede Rekrimination und baue auf den glänzend erprobten Patriotismus des böhmischen Volkes. Gegenüber den Parteien stehe die Regierung ganz frei da; sie wolle führen und nicht sich führen lassen. Dazu habe sie das Recht und die Pflicht, denn sie trage die Verantwortung für Aufrechterhaltung der Gesetze und der Ordnung. Die Regierung appelliere hauptsächlich an jene Parteien, die, auf ethischer Grundlage gebildet, ideale Ziele, wenn auch mit praktischer Unterlage anzustreben befähigt seien. — Der Kaiser begnadigte noch elf im Omladinaprozeß Verurteilte.

Badeni.

Christlichsoziale.

Immer erfolgreicher rang sich die christlichsoziale Partei durch. Im Namen des österreichisch-ungarischen Episkopates erbaten sich freilich Kardinal Schönborn, Bischof Bauer und Bischof Steiner die Hilfe des Papstes gegen den im Gefolge der christlichsozialen Antisemiten etwas stürmisch wirkenden niederen Klerus; der Papst richtete aber einen Brief an den Prinzen Alois Liechtenstein, worin er wohl einige Ausschreitungen der Christlichsozialen rügte, ihr Programm jedoch ausdrücklich lobte (März). Bei der teilweisen Erneuerung des Wiener Gemeinderats (28. März bis 1. April) verloren die Liberalen zahlreiche Sitze an die Christlichsozialen, die nunmehr von 138 Sitzen 64 hatten, die Liberalen 62, die Wilden 12. Im Verlauf des April erließen einige Bischöfe in Galizien, Istrien, Österreich, Ungarn Hirtenbriefe an den Klerus mit Warnungen, sich zu sehr in die Tagespolitik einzulassen. Die Wiener Bürgermeisterkrisis trat am 14. Mai ein, als 70 Stimmen den liberalen Vizebürgermeister Richter, 66 den Doktor Lueger wählten. Richter nahm die Wahl wegen der zu geringen Majorität nicht an. Hierauf wurde Lueger zum Vizebürgermeister gewählt. Der liberale erste Bürgermeister Dr. Grübl, der Nachfolger des Dr. Prix, empfand diese Sachlage als unmöglich und legte seine Stelle nieder. Eine neue Wahl des ersten Bürgermeisters erfolgte am 29. Mai. Nach einigen ergebnislosen Wahlgängen siegte Lueger mit 70 Stimmen. Aber auch er lehnte wegen der zu unbedeutenden Majorität ab. Beim nächsten Wahlgang erhielt er nur 65 Stimmen. Am folgenden Tag löste der niederösterreichische Statthalter den Gemeinderat auf und übergab die Verwaltung der Stadt einem Regierungskommissär (Dr. Friebeis) mit einem Beirat von 15 Gemeinderäten, unter denen sich Lueger nicht befand. Neue Gemeinderatswahlen (17. bis 26. Sept.) gaben den Christlichsozialen sämtliche 46 Mandate des 3. Wahlkörpers, 33 (gegen 13 Liberale) des 2. und 3 (gegen 33 Liberale) des 1. Wahlkörpers, so daß die Christlichsozialen die Zweidrittelmajorität besaßen. Der neue Gemeinderat wählte am 29. Oktober Lueger zum ersten Bürgermeister mit 93 Stimmen. Es wurden 44 leere Stimmzettel abgegeben.

Lueger.

Auf die Frage des Bezirkshauptmanns Friebeis erklärte Lueger, daß er die abermalige Wahl nunmehr annehme. Er sagte, er nehme die Wahl an, weil bei den letzten Wahlen nicht eine einzelne Partei, sondern die gesamte deutsche Bevölkerung gesiegt habe. Sein Regiment werde kein Partei-, sondern ein Volksregiment im edelsten Sinne sein. Das Volk wolle den Bürger- und Gewerbestand vor Ausbeutung und unredlicher Konkurrenz bewahrt sehen. Die Kinder sollen in Schulen ihres Stammes und Glaubens in christlich-nationalem Geist erzogen werden. Den Slawen gegenüber werde Gerechtigkeit geübt werden, stets aber werde das Volk des historischen deutschen Ursprungs der Stadt eingedenk bleiben. Wien werde von deutschen Fürsten regiert und hange dem Kaiser in unwandelbarer Treue an. Es sei mehrfach versucht worden, dies Vorgehen als eine Auflehnung gegen den Willen des Kaisers anzusehen. Da müßte jede Opposition gegen die durch den Kaiser ernannten Minister um so mehr eine Auflehnung sein. Seine Nichtbestätigung sei ein Akt der derzeitigen Regierung; diese wolle nicht, daß er Bürgermeister werde. Er aber sei ein guter Österreicher von unabhängiger Gesinnung, durch eigene Kraft emporgestiegen, ein Diener Gottes, nicht des goldenen Kalbes. In den Augen des Volkes seien das keine Fehler. Er wäre kein deutscher Mann, wenn er die dem Volke zu bewahrende Treue bräche. Hierauf verlas Friebeis

eine Verfügung des Statthalters von Niederösterreich, wonach der Gemeinderat für aufgelöst erklärt und Friebeis nebst einem Beirat mit der weiteren Gemeindeverwaltung betraut wurde. Unter großer Erregung ging die Versammlung auseinander. Obwohl die Straßen abgesperrt waren, drängte das Volk herzu und demonstrierte für den geliebten Volksmann. Die Polizei nahm 36 Verhaftungen vor. Badeni erklärte im Abgeordnetenhaus, er übernehme für alles die Verantwortung; die Regierung sei unzweifelhaft berechtigt, den Gemeinderat aufzulösen, wenn sie die Überzeugung gewonnen habe, daß er seine Aufgabe nicht erfüllen könne.

Der Kaiser verweigerte (6. Nov.) die Bestätigung Luegers. Darüber interpellierten am 8. November die Christlichsozialen und Deutschnationalen die Regierung im Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident Graf Badeni erwiderte, die Bestätigung sei versagt worden, nicht wie vielfach behauptet wurde, weil die Regierung die Niederlegung des Reichsratsmandats verlangt und Lueger dies verweigert habe, sondern weil die erforderliche Bürgschaft für eine streng objektive, sachliche, von agitatorischer Tendenz freie, allen Bevölkerungsklassen gleichmäßig gerecht werdende, den Anforderungen der Autorität volle Rechnung tragende Führung der Verwaltung nicht außer Zweifel stehe. Pattai entgegnete auf Badenis ausweichende Erklärung, es sei unzulässig, daß ein tadelloser Mann, der mit einer Zweidrittelmajorität gewählt worden, mit Rücksicht auf das Judengetriebe in Ungarn nicht bestätigt werde. Prinz Alois Liechtenstein sagte, Badeni wolle in Wien führen, aber von Pest geführt werden; Lueger werde immer wieder gewählt werden. Er warf der Regierung vor, sie habe aus Rücksicht auf Ungarn den ausgleichsfeindlichen Lueger nicht bestätigt. — Bei einer zweiten Wahl am 13. November wählte der Gemeinderat wieder Lueger zum Bürgermeister mit 92 Stimmen und wurde deshalb aufgelöst. Es fand nun am 2. Dezember eine große Straßendemonstration von christlichsozialen Frauen für Lueger statt. Vorläufig noch vergebens. Eine Folge dieser Vorgänge war es, daß eine Anzahl Abgeordneter aus dem konservativen Hohenwartklub austrat und eine „deutsch-katholische Volkspartei" begründete, die die Christlichsozialen unterstützen sollte, ohne ein freundliches Verhältnis zu den Konservativen aufzugeben.

Sozialdemokratische Volksversammlungen forderten am 19. Februar das allgemeine Wahlrecht. Der Entwurf einer neuen Wahlordnung (3. Juni) wurde aber von der öffentlichen Meinung ungünstig aufgenommen.

Zur Leichenfeier des Erzherzogs Albrecht, des Siegers von Custozza, kam auch der Deutsche Kaiser nach Wien.

In Prag wurde am 15. Mai eine tschechisch-slawische Ausstellung eröffnet.

In Ungarn bildete sich eine „Kossuthpartei". Infolge der schlechten Ernten und der außerordentlichen Agitation griff dort eine agrarsozialistische Bewegung um sich. Ein Nationalitätenkongreß zu Pest, 10. August, trat für die Rechte der Rumänen, Slowaken und Serben ein, forderte nationale Selbstverwaltung, Reform des Nationalitäten- und Wahlgesetzes, Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze. Der Kaiser begnadigte die im Memorandumprozeß verurteilten Rumänen. Den Ungarn zuliebe wurde bestimmt, daß der Minister des kaiserlichen Hauses fortan „Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses" zu heißen habe. Als der Kaiser im Oktober der Ein- Kossuthpartei.

Agram. weihung eines Theaters in Agram beiwohnte und von den Kroaten begeistert empfangen wurde, machte sich der nationale Groll in Schlägereien und in der Verbrennung einer ungarischen Fahne durch kroatische Studenten Luft, die Fahnen der ungarfreundlichen Serben wurden gewaltsam entfernt und beschimpft. Die Magyaren forderten Genugtuung.

Menger. Anton Menger sagte in seiner Rektoratsrede „über die sozialen Aufgaben der Rechtswissenschaft", die bestehenden Rechtsbücher, auch der Entwurf des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches versäume den Schutz der Schwachen. Überhaupt zeige die deutsche Rechtswissenschaft bis zur neuesten Zeit keine Spur von sozialen Bestrebungen, bis auf Mengers „Recht auf den vollen Arbeitsertrag" (1886). Man müsse das alte Naturrecht wieder beleben auf erfahrungsmäßiger Grundlage, es sei eine „legislativ-politische Jurisprudenz" not, mit Berücksichtigung der geänderten Machtverhältnisse der Klassen der Gesellschaft. Diese Wissenschaft hat die Kongruenz zwischen Recht und Macht zu erhalten und den sozialen Katastrophen vorzubeugen; sie hat das Schiedsrichteramt zwischen den Klassen auszuüben. Es wäre aber auch verfehlt, die wirtschaftlichen Verhältnisse mit Marx und Engels als allein maßgebend zu betrachten, wozu Staat, Recht, Religion nur Folgeerscheinungen wären. Diese materialistische Geschichtsauffassung ist ebenso einseitig, wie die politische, diplomatische, militärische, parlamentarische. Die Zeit ist für soziale Rechtsauffassung gerade in Österreich besonders günstig. Österreich könnte und sollte in der legislativen Reformarbeit eine führende Stellung erlangen.

Professor Anton Menger drückte übrigens als Rektor seine Mißbilligung darüber aus, daß man die Vertreter der „klerikalen" Verbindungen Austria und Norica am 24. Oktober am Eintritt in die Aula und an der Teilnahme an der Einführung des Rektors gewaltsam hinderte, aus dem Grunde, weil diese Verbindungen nicht zu den „Schlagenden" gehörten und daher nicht befugt seien, mit Schlägern die Aula zu betreten. Es herrschte nämlich in manchen Kreisen die Auffassung, daß die Waffe nur zum Duellieren da sei.

Brentano. Als Franz Brentano, vor seiner staatswidrigen Heirat Philosophieprofessor in Wien, noch früher katholischer Geistlicher, Österreich verließ, gab er die Schrift heraus „Meine letzten Wünsche für Österreich". Die Kritik an den österreichischen Verhältnissen war wertlos, da sie aus allzu persönlichen Motiven entsprang. Wenn ein katholischer Priester den Glauben verliert, ist er zu bedauern; wenn er trotzdem in einem katholischen Staat eine ehrenvolle Anstellung erringt, so geschieht ihm mehr, als er erwarten darf; wenn er dann eine reiche Heirat macht und dabei auch noch gegen die allgemein geltenden Gesetze der Eheschließung sich verfehlt, verliert er Nimbus und Recht. — In einer kleinen Schrift, „Die vier Phasen der Philosophie und ihr augenblicklicher Stand", suchte Franz Brentano die dreimalige periodische Wiederkehr derselben Phasen zu zeigen.

Die Universität Wien veranstaltete volkstümliche Vorlesungen nach dem Prinzip der „University Extension".

Fr. Guntram Schultheiß schilderte „Das Deutschtum im Donaureiche" und betonte die internationale Seite der Frage. Die „erbärmliche Haltung eines Teiles der ungarischen Deutschen" wurde nicht verschwiegen.

Gustav Strakosch-Graßmann schrieb die „Geschichte der Deutschen in Österreich-Ungarn", 1. Band, bis 955. Es kam besonders die Frage eines

genealogischen Zusammenhanges zwischen dem späteren Deutschtum und der früheren Ansässigkeit germanischer Völkerschaften zur Geltung.

Ottokar Lorenz. Ottokar Lorenz, durch die Maaßen-Unruhen 1885 aus Wien fortgeärgert, kam von Jena, um im Wiener Goetheverein über Goethe als Politiker zu sprechen. Er hatte schon 1865 seine Stellung am Wiener Staatsarchiv wegen allzu kleindeutscher Gesinnung aufgeben müssen.

Wladimir Milkowicz hielt in Czernowitz einen Habilitationsvortrag über „die allmählige Absonderung des Ostens vom Westen Europas" (Allg. Ztg., 8. Nov.).

Ein ruthenisches Komitee in Lemberg rief zur Gedenkfeier der vor 300 Jahren abgeschlossenen kirchlichen Union auf.

Zichy. Graf Eugen Zichy suchte mit einer Reisegesellschaft die Urheimat der Magyaren in Zentralasien auf.

E. V. Zenker schrieb: „Der Anarchismus, kritische Geschichte der anarchistischen Theorie mit Hervorhebung von Proudhon"; Otto Ammon „Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen. Entwurf einer Sozialanthropologie".

Eugen Brote, Vizepräsident des Vorstandes der rumänischen Nationalpartei in Siebenbürgen und Ungarn, behandelte „die rumänische Frage in Siebenbürgen und Ungarn".

Franz Ferdinand. Erzherzog Franz Ferdinand veröffentlichte sein Tagebuch der Reise um die Erde 1892 bis 1893.

A. Bettelheim gab „Biographische Blätter" heraus.

Sehr zeitgemäß kam J. Loserths Schrift „Der Kommunismus der mährischen Wiedertäufer im 16. und 17. Jahrhundert" (Wien 1894).

Hermann Meynert, der Vater des berühmten Psychiaters, 1808 zu Dresden geboren, seit seiner Jugend dem österreichischen Schrifttum und der österreichischen Geschichte in konservativem Sinne zugetan, starb in Wien; sein Wirken verdient größere Anerkennung, als ihm zuteil ward.

Gottfried Sempers Söhne stellten durch eine Veröffentlichung Sempers wesentlichen Anteil an den Wiener Bauten fest, die sich Hasenauer allein zugeschrieben hatte (Allg. Ztg., 30. März).

„Doktor Faust." Ich gab ein „Volksschauspiel vom Doktor Faust" heraus, eine Erneuerung des in unzählige Puppenspielfragmente zersprungenen alten Volksschauspiels, und wollte damit für den nationalen Stil der deutschen Bühne in der neueren Zeit dasselbe leisten, was ich durch meine Erneuerung des Weihnachtsspiels und des Osterfestspiels für den aus dem Mittelalter stammenden deutschen Volksbühnenstil zu leisten versuchte. Die Besprechung in der „Allgemeinen Zeitung" (1. Febr., von Bettelheim) spricht den Verdacht aus, als ob ich damit gegen Goethes Faust demonstrieren wollte, den ich doch sonst oft genug überschwenglicher als sonst jemand, besonders seines krönenden Schlusses wegen, gepriesen habe.

Ich besprach in der „Allgemeinen Zeitung", 19. Dezember, die deutsche Novellenbibliothek aus Österreich (Grasberger, Jul. von der Traun).

Auf seinem Schloß Erlaa bei Wien starb Herzog Elimar von Oldenburg, als Lustspieldichter bekannt unter dem Namen A. Günther. Er hatte am literarischen Leben Wiens regen Teil genommen, so im Verein „Iduna", Iduna. der um 1890—1892 blühte und der Vorgänger der deutschösterreichischen

Schriftstellergenossenschaft wurde. An der Iduna nahmen außer mir Peter Philipp, Guido List, Fritz Lemmermeyer, Karl M. Heidt teil.

Sacher-Masoch starb, der krankhaft erotische Schriftsteller, nach dessen Namen der Psychiater Krafft-Ebing eine Gruppe seelischer Erscheinungen als „Masochismus" bezeichnete, im Gegensatze zum „Sadismus" des Marquis von Sade.

Max Burckhard, Direktor des Wiener Burgtheaters, veröffentlichte einen Band „Ästhetik und Sozialwissenschaft" über Kunst und soziale Frage, volkstümliche Klassikeraufführungen und natürliche Entwicklungsgeschichte in der Kunst.

Emil Marriots Roman „Caritas" ging aus einem Übermaß der Liebe zur Tierwelt hervor.

Kienzl. W. Kienzls, des Oberösterreichers, wirksame Oper oder „musikalisches Schauspiel" „Der Evangelimann" benutzte einen Stoff „aus den Papieren eines Polizeikommissars" von Florian Meißner. — Rezniceks Requiem, ursprünglich zur Totenfeier für Schmeykal in Prag bestimmt, wurde durch den Berliner Domchor aufgeführt, zugleich trat er mit seiner Oper „Donna Diana" auf.

Sehr originell gelang der neue Brunnen von Rudolf Weyr vor der Fassade der Wiener Hofburg, die „Seemacht" darstellend. Dem Architekten Th. Hansen wurde auf dem Wiener Zentralfriedhof ein vornehmes Grabdenkmal nach G. Niemann und K. Kundmann errichtet. — Am Sterbehaus Fr. Th. Vischers in Gmunden wurde Donndorfs Reliefmedaillon angebracht. — Der Maler Ed. Grützner ließ am 10. August in der Nähe seines Hauses bei Rottenburg ein Bildstöckl der hl. Notburga einweihen. Dr. Jehli hielt die Festrede.

Am Wiener Offizierstöchter-Institut wurde ein weiblicher Arzt, Fräulein Dr. v. Roth angestellt. Chefredakteur der „Bosnischen Post" war Fräulein Milena Mrazovic.

Papsttum. Die päpstliche Kurie hatte wiederholt Veranlassung, in die österreichischen Verhältnisse einzugreifen, so im Fall der christlichsozialen Bewegung, gegen welche bischöfliche Bedenken vorlagen, die man beschwichtigte. Über die ungarischen Kirchengesetze erklärte Papst Leo am 18. März im Konsistorium, sie entsprächen nicht dem katholischen Prinzip. Die Anerkennung der italienischen Bischöfe durch die Regierung sei zwar eine Genugtuung, aber die unwürdige Lage des Heiligen Stuhles in Italien sei dadurch nicht verbessert. Über die Reise des Nuntius Agliardi schrieb der „Osservatore Romano", 8. Mai, sie sei mit Wissen Kalnokys erfolgt und auch Banffy habe dem Nuntius empfohlen, die Einladung des Kardinalprimas Vaszary anzunehmen. Die Angelegenheit hatte ihre peinlichen Folgen. — In Konstantinopel sollte eine höhere Studienanstalt zur Ausbildung des griechisch-katholischen Klerus gegründet werden. — Rußland errichtete eine ständige Gesandtschaft beim Vatikan. — Für die italienischen Katholiken blieb die Wahlenthaltung von politischen Wahlen Regel. — Der Papst verurteilte die Feier des 20. September. — Eine Enzyklika

an die belgischen Bischöfe über die soziale Frage warnte vor den Umsturztheorien des Sozialismus und empfahl das Prinzip der Autorität. — Eine Enzyklika an die Engländer verkündete: Die Päpste hätten seit Gregor des Großen Zeiten für England ganz besondere Fürsorge getragen; auch sei England bis zum 16. Jahrhundert den römischen Bischöfen treu ergeben gewesen. Heilige Männer, wie Karl Borromäus und Philippus Neri, hätten seitdem die Wiedervereinigung angestrebt, und Leo selbst habe als Nuntius in Belgien den Plan des Engländers Ignatius Spencer gebilligt, Gebete für die Rückkehr der Engländer zur römischen Kirche einzurichten. Die Engländer hätten sich große Verdienste erworben um die Besserung der sozialen Lage des Volkes, die der Papst selbst wiederholt empfohlen habe. Der Papst fordert daher die englischen Katholiken auf, mit ihm für die Wiedervereinigung zu arbeiten.

Italien.

Die italienischen Anarchisten hörten nicht auf zu morden. Ihre Rache traf den Oberstaatsanwalt Celli im Januar. Im Februar folgte der Skandalprozeß Giolittis, der von Crispi wegen Fälschung und Verleumdung angeklagt wurde. Crispi sagte in einer großen Wahlrede, 23. Mai, niemals sei Italien geachteter dagestanden als jetzt. „Das Dilemma ist ein einfaches: nationale Monarchie oder soziale, moralische und politische Anarchie. Scharen wir uns um den König und lenken wir unsre Blicke auf das Kreuz von Savoyen auf der nationalen Fahne: In hoc signo vinces!" Schatzminister Sonnino lobte sein Finanzprogramm. Im Juni erschien eine Schmähschrift des radikalen Abgeordneten Cavallotti gegen Crispi. Er warf ihm Fälschung, Verleumdung, Bestechlichkeit, falsches Zeugnis, Unsittlichkeit, Mißhandlung des Parlaments, Simonie u. dgl. vor. Er habe seinen Einfluß bei den Banken in gewinnsüchtiger Weise mißbraucht. In dieser Stimmung wurde von der Kammer der 20. September zum nationalen Festtag erhoben, nicht ohne Widerspruch, denn es hieß, das Vaterland sei noch nicht völlig einheitlich und die zahlreichen Siege des Klerikalismus seien besorgniserregend. Zur Hebung des nationalen Selbstgefühls trugen am meisten die Siege des Generals Baratieri in Erythräa bei und die erlangte Schutzherrschaft über Abessynien. Die Feier des 20. Septembers war verbunden mit der Enthüllung eines Garibaldidenkmals in Rom. Crispi sagte in einer Rede, der Papst, welcher vor dem 20. September 1870 als weltlicher Fürst mit geringer weltlicher Macht den Souveränen aller Staaten nachstand, sei jetzt ein unabhängiger, über allen andern stehender Souverän. Die katholische Welt sollte Italien dankbar sein für die dem römischen Pontifikat geleisteten Dienste. Die Geistlichen bleiben unangetastet, vorausgesetzt, daß sie im Kreise des Rechts bleiben. Wenn sie aber die Einrichtungen des Vaterlands angreifen, so nützen sie nur den Anarchisten, die Gott und den

Erythräa.

König verleugnen. Der König amnestierte viele bei den Unruhen Verurteilte. Es brachen übrigens neue bäuerliche Unruhen in Sizilien aus. Zu einem Turnkongreß in Rom fanden sich auch deutsche Turner ein und wurden mit Auszeichnung empfangen.

Im Brief des Papstes an Rampolla vom 8. Oktober über die beleidigende Feier des 20. November, hieß es: Die Absicht der Gegner sei gewesen, die Geschicke Roms zu ändern, es wieder heidnisch zu machen, um einem dritten Rom, einer dritten Zivilisation das Leben zu geben. Der Papst forderte volle Unabhängigkeit, territoriale Jurisdiktion, er rühmte die Wohltaten der päpstlichen Herrschaft. „Wenn die Italiener das freimaurerische Joch abschütteln und auf uns hören, ist Hoffnung vorhanden; sonst müßten wir neue Gefahren und größere Vernichtungen voraussagen." Dazu bemerkten gegnerische Stimmen, die Autorität der Kirche habe sich seit 1870 vielmehr vergrößert.

Im Oktober brach ein neuer Krieg mit Abessynien aus, der neue Anstrengungen und Opfer kostete. Crispi gab in einer Rede vor den Deputierten, 28. November, zu, die Verhältnisse der öffentlichen Sicherheit ließen zu wünschen übrig; doch sei das Räuberunwesen fast ausgerottet. Der Sozialismus sei die Verneinung jeder Freiheit, die Anarchie der permanente Krieg. „Die sechs Mächte sind einig, an dem Werke des Friedens und der Zivilisation mitzuwirken." Das galt besonders vom Orient. Di Rudini tadelte die Politik der Regierung: der Laienstaat müsse im katholischen Italien der Kirche die größte Freiheit lassen; klerikale Übergriffe würden nur durch eine ungesunde Wirtschaftspolitik ermöglicht.

Die Kündigung des tunesisch-italienischen Handelsvertrags durch Frankreich erschien als ein unfreundlicher Akt. Eine italienisch-schweizerische Kommission beschloß den Durchstich des Simplon. Die Ermordung von Italienern in den Vereinigten Staaten gab neuerlich Anlaß zu Mißhelligkeiten.

Marc-Aurel-Säule. Auf Anregung des Deutschen Kaisers wurden die Reliefs der Marc-Aurel-Säule in Rom abgegossen und photographiert. Es war die Erfüllung einer nationalen Ehrenpflicht, dies älteste Denkmal germanischer Geschichte zugänglich zu machen. Es schildert sehr anschaulich die Kämpfe der Römer mit den Markomannen in der Gegend nördlich von Wien in Niederösterreich bis Mähren.

Vor der Bresche von Porta Pia wurde am 20. September auch noch eine Siegessäule mit einer Viktoria enthüllt; die Abbildung (Ill. Ztg., 28. Sept.) zeigt brutale Formen. Das am selben Tag enthüllte Garibaldidenkmal auf dem Janiculus soll wohl in unverstandener Weise den Colleoni und Gattamelata nachahmen (Ill. Ztg., 5. Okt.).

Ähnlich wie das Garibaldidenkmal in Rom stand das Mailänder auf übermäßig hohem Sockel, der durch bewegte Figuren am Fuß des Sockels gerade seine Wirkung verlor.

In Loreto wurde die sechste Jahrhundertfeier der wunderbaren Übertragung des heiligen Hauses gefeiert.

Cesare Cantù, der Nestor der italienischen Literatur, 1807 im Mailändischen geboren, Verfasser der vielgelesenen und übersetzten Weltgeschichte, des historischen Romans „Margarita Pusterla" (1838), starb zu Mailand.

In Italien wurde der 300. Sterbetag Tassos gefeiert und durch Publikationen ausgezeichnet.

Casimir-Perier, der Präsident der französischen Republik, sah sich schon am 15. Januar veranlaßt, seine Würde niederzulegen. Er erklärte: „Man hat es erreicht, die öffentliche Meinung mehr als zwanzig Jahre hindurch irrezuführen... Seit einem halben Jahr tobt ein Kampf mit Verleumdungen und Beleidigungen gegen die Armee, die Behörden, das Parlament, den unverantwortlichen Chef des Staates; und diese Freiheit, den sozialen Haß zu schüren, wird fortgesetzt Freiheit des Denkens genannt ... Ich habe trotz der gegenwärtigen traurigen Stunde den Glauben an die Zukunft der sozialen Gerechtigkeit." Zum Präsidenten an seiner Statt wurde der Kaufmann und Rheder Felix Faure gewählt. Im neuen Ministerium Ribot übernahm Poincaré den Unterricht. Frankreich. Poincaré.

Die Einladung der französischen Künstler zur Kunstausstellung nach Berlin und die Einladung zur Teilnahme an der Eröffnung des Nordostseekanals wurden angenommen, brachten aber Verlegenheit und riefen Widerspruch hervor. In der Militärdebatte der Kammer (4. bis 7. März) mußte festgestellt werden, die deutsche Armee sei der französischen in Quantität, Qualität und Schnelligkeit der Mobilmachung weit überlegen. Man empfahl daher sogar eine Rückkehr zum Berufsheere, denn man hielt eine Steigerung der Schlagkraft auf gegenwärtiger Grundlage für unmöglich. Der Marineminister betrachtete auch die Lage der Flotte infolge des Nordostseekanals als eine unsichere. Über Ostasien sagte der Minister des Auswärtigen, Hanotaux, am 31. Mai im Senat: „Die Stellung, welche wir dort sowohl infolge der Entwicklung unserer Besitzungen in Indochina, als auch infolge unseres Protektorats über die katholischen Missionen ausüben, macht uns eine besondere Wachsamkeit über alles, was die Existenz des großen chinesischen Reiches bedroht, zur Pflicht. Wenn dieses Reich zerstückelt würde oder wenn es starke Wirren zu bestehen hätte, so würden wir sicherlich zuerst die Wirkungen spüren ... In diesem Punkte sind die Interessen Rußlands dieselben. Die Interessen Deutschlands schienen der deutschen Regierung analoger Art zu sein. Aus ebenso ernsten Gründen schloß sich Spanien an. Japan hat sich mit Weisheit den freundschaftlichen Ratschlägen gefügt ... Anders ist die Gruppierung in der armenischen Frage; hier handeln Frankreich, Rußland und England geschlossen." Die Teilnahme an der Eröffnungsfeier des Nordostseekanals dürfe nicht als eine Wendung der Politik betrachtet werden, hat doch Frankreich auch am Berliner Kongreß 1878 und an den Kongokonferenzen 1885 teilgenommen, eine militärische Deputation zur Beisetzung Kaiser Wilhelms I. 1888, eine politische und eine Arbeiterdeputation zum Kongreß von 1890 nach Berlin entsendet. In der Kammer erklärte Hanotaux ferner am 10. Juni: Frankreichs Politik bedeute bei alldem keine Verzichtleistung. Über Rußland sagte er: „Zwei große Ostasien.

Mächte, die sich eine zu der andern hingezogen gefühlt haben durch Empfindungen und wechselseitige Interessen, haben sich die Hand gereicht. Sie haben ein Einvernehmen (Entente) geschlossen, das sie auf natürliche Weise annähert in der laufenden Politik, die stets friedlich ist und ihnen wechselseitige Sicherheit gewährleistet." Ribot fügte hinzu: „Frankreich hat seine Interessen mit denen jener Nation verbunden zugunsten des europäischen Friedens. Es hat sich in Europa etwas verändert seit 1891. „Allianz" Diese Allianz macht heute unsere Stärke aus." — Die Erklärungen der beiden Minister fanden allgemein als die erste offizielle Ankündigung der franko-russischen Allianz hohe Beachtung. Die Intransigenten jubelten, daß die Entsendung des Geschwaders nach Kiel diese so lange erwartete Erklärung herbeigeführt habe. Um so übler gehabten sich Sozialisten und Monarchisten. Ribot ließ allerdings für das „Journal officiel" den Satz von der „Allianz" im stenographischen Protokoll streichen, um nicht zu weit zu gehen. Als am 1. November ein neues Ministerium Bourgeois ans Ruder trat, erklärte es als sein Programm außer der Einführung größerer Reinlichkeit in Geldsachen für Parlamentsmitglieder und Verwaltungsräte: „Das wiederaufgerichtete, republikanische Frankreich hat Bündnisse erworben, welche das allgemeine Gleichgewicht Europas wieder herstellen. Wir werden dem einstimmigen Wunsche des französischen Volkes entsprechen, indem wir diesen Bündnissen treu bleiben." Bertholot, der neue Minister des Auswärtigen, konnte am 27. November in der Kammer berichten, daß die Expedition gegen Madagaskar siegreich beendet sei; die Erhebung der Howas gegen die Schutzherrschaft Frankreichs war mit der Einnahme der Hauptstadt Tananarivo und der Unterwerfung der Königin Ranavalo abgeschlossen; Madagaskar war eine französische Besitzung geworden; aber die Würde der Königin blieb unangetastet.

Die langwierigen Währungsdebatten in der ganzen Welt gingen aus in einen bimetallistischen Kongreß zu Paris, an dem auch die deutschen Abgeordneten Graf Mirbach und Kardorff teilnahmen (10. Dez.).

Zwischen dem Präsidenten und dem in Cap Martin bei der Kaiserin Elisabeth weilenden Kaiser Franz Josef wurden wieder höfliche Begrüßungstelegramme ausgetauscht.

Wegen der Dekorierung Eiffels entstand ein Konflikt zwischen der Kammer und dem Ordensrat der Ehrenlegion.

Kongregation. Die in Frankreich beschlossene Erhöhung der Steuer für Kongregationen galt als der schwerste Schlag gegen die Kirche seit einem Jahrzehnt. Der Erzbischof von Paris beschwerte sich in einem Schreiben an den Präsidenten über die allzu große Besteuerung der Kirche und wies auf die Gefahren hin, die das Land durch den Atheismus der Landesgesetze bedrohen; bald würden die umstürzlerischen Leidenschaften der Menge keinen moralischen Damm mehr vorfinden.

Zu Clermont-Ferrand wurde das Andenken an den dort vor 800 Jahren auf der Kirchenversammlung gepredigten ersten Kreuzzug gefeiert. Der historische Adel veranstaltete einen Festzug. Gegner nannten das ganze „ein wohlorganisiertes klerikal-monarchistisches Provinzialfest", ein Wiederaufleben der Feudalzeit.

Brunetière. Brunetière erklärte nach einem Besuche bei Papst Leo, die Wissenschaft allein könne die Menschen nicht glücklich machen, die Religion müsse hinzutreten, und die katholische Kirche biete die beste Form der Religion. Diesem Artikel in der „Revue des deux Mondes" trat der Chemiker Berthelet entgegen und wandte sich gegen das Wort vom „Bankerott der Wissenschaft"; ebenso Richet. Bourget nahm eine vermittelnde Stellung ein in seinem Buch über Amerika („Outre-Mer"). — Huysmans. Huysmans gab mit seinem neuesten Werk „En route" ein ausgesprochen katholisches, kirchliches, asketisches Bekenntnis. — Im Dezember-Artikel der „Allgemeinen Zeitung" spottet Spectator über die „Revue des deux Mondes", den „französischen Neokatholizismus, der, innerlich Heide geblieben, sich äußerlich mit dem politischen Katholizismus vortrefflich abfindet", und die Patrone dieser neuesten Pariser Mode: Brunetière, Bourget 2c., „die besser täten, zuerst innerlich Christen zu werden, ehe sie, total ungläubig im Herzen, vor der materiellen Macht des ultramontanen Prinzips auf die Knie fallen". Die „Revue" hatte anläßlich des 20. September geschrieben, daß in Rom Christus und Antichristus ihren Sitz haben, die Freimaurerei im Palast Borghese.

Pasteur. Der bei Paris verstorbene 73jährige L. Pasteur hatte sich besonders durch seine experimentelle Widerlegung jeder Urzeugung verdient gemacht und damit die mythenhafte Anschauung des Monismus widerlegt, daß sich eine lebende Zelle durch das Walten einer in der Materie steckenden „Lebenskraft" aus chemischen Zusammensetzungen entwickeln könne. Durch Begründung der Schutzimpfung (besonders bei Tollwut) wurde Pasteur der Mitschöpfer der neuesten Phase der Heilkunde. Er war zugleich überzeugter Katholik vom Glauben eines bretonischen Bauern, wie er gestand.

Der Jesuitenpater Durand zeigte in den „Études religieuses", daß die Judenfrage seit dem Altertum als soziale Frage besteht, ohne ihr Aussehen wie ihren Kern geändert zu haben.

Man schickte sich an, den gewaltigen Palast der Päpste zu Avignon zu restaurieren.

„Das Nibelungenlied" erschien in französischer Übersetzung bei Flammarion in Paris.

Edmond Rostands Versluftspiel „Die Romantischen", eine Parodie Shakespearescher Motive, wurde von L. Fulda übersetzt.

Eine scharfe, sachgemäße Kritik übte der Baumwollspinner Fr. Bertheau in Zürich aus in seinen „Fünf Briefen über Marx". Er zeigte, wie mißverständlich, einseitig und lückenhaft Marx sich sein Material beschaffte, wie abirrend von den Tatsachen seine Angaben sind, aufgebaut auf den Angaben eines einzigen Fabrikanten.

P. Schweizer behandelte die „Geschichte der schweizerischen Neutralität". Der 3. Band begann mit der Krisis von 1798 bis 1815.

Das bereits erwähnte Wilhelm-Tell-Denkmal wurde in Altdorf enthüllt (Ill. Ztg., 14. Sept.).

Ch. Secrétan, der waadtländische Philosoph und Soziolog (gestorben im Jänner), hatte die Versöhnung der Vernunft mit dem Glauben zu seiner Lebensaufgabe gemacht, so in seinen Schriften „Die Vernunft und das Christentum", „Die Zivilisation und der Glaube", „Das Recht der Frau", „Die soziale Frage" u. s. w.

England. England lavierte noch zwischen den beiden europäischen Gruppen. Das zeigte sich in seiner Stellung zum ostasiatischen und zum türkisch-armenischen Konflikt. In der madagassischen Frage hielt sich England neutral. Aber was die Besitzverhältnisse am obern Nil betraf, erklärte der Sekretär des Auswärtigen, E. Grey, im Unterhaus, England würde ein Vordringen Frankreichs ins Niltal nicht dulden. Die liberalen Theoretiker tadelten auch die Interventionspolitik in Ostasien. Der anglikanische Episkopat agitierte besonders scharf gegen die „armenischen Greuel" der Türken. Ein englisches Geschwader erschien im Juni vor Beirut wegen Bedrohung der syrischen Christen.

Das Ministerium Rosebery und Campbell-Bannermann stürzte am 23. Juni über der Frage des Oberkommandos in der Armee und infolge von Angriffen auf die Heeresverwaltung. Lord Salisbury übernahm nun die Premierschaft, Balfour das Schatzamt, Chamberlain die Kolonien, Landsdowne das Kriegsministerium. Unter dem Vorsitz des Herzogs von Devonshire, der auch dem neuen Kabinett angehörte, wurde ein Verein gegründet, der sich die Stärkung der Beziehungen zu den Kolonien, also die imperialistische Politik zur Aufgabe machte. Die Freundschaft zu Italien wurde besonders beim Empfang der aus Kiel heimkehrenden italienischen Flotte, 9. Juli, zur Schau gestellt.

Nach den Neuwahlen, die der toristischen Regierung überaus günstig waren, betonte die Thronrede 13. August die „höchst abscheulichen Gewalttätigkeiten gegen englische Missionäre in der chinesischen Provinz Fukien"; ebenso die neuen Unruhen in Armenien und die „Greueltaten, welche die Entrüstung der christlichen Völker und insbesondere die des britischen Volkes erregt haben". Und Lord Salisbury sagte am 15. August im Oberhaus:

Türkei. „Die Unabhängigkeit der Türkei ist zwar in das europäische Staatsrecht eingeschrieben und durch die Verträge von Paris und Berlin gewährleistet, ist aber doch eine ganz besondere Unabhängigkeit, die nur auf Grund der Übereinkunft anderer Mächte besteht, sie nicht anzutasten und sie aufrecht zu erhalten. Wie lange der heutige Zustand andauern wird, das erscheint mir heute mehr zweifelhaft als vor zwanzig Jahren. Wenn von Geschlecht zu Geschlecht Jammergeschrei aus verschiedenen Teilen des türkischen Reiches erschallt, so kann nach meiner Überzeugung der Sultan sich nicht über die Wahrscheinlichkeit täuschen, daß Europa früher oder später der Hilferufe, die von seiten der Pforte zu ihm dringen, überdrüssig werde, und daß die dem türkischen Reiche verliehene künstliche Stärke versagen werde . . ." Darüber und über die Absicht Rußlands, sich Port Arthur von China zuweisen zu lassen,

entstand eine heftige Reibung zwischen Rußland und England. Die ministerielle Presse erklärte, England müsse auf einen Krieg mit Rußland gefaßt sein.

Der Kolonialminister Chamberlein erklärte am 6. November in einer Tischrede, die britische Kolonialpolitik befinde sich in einer Krisis. Das Schicksal der Kolonien werde vielleicht das Schicksal des britischen Weltreiches entscheiden. Die Kinder Großbritanniens seien nachgerade aufgewachsen. Aber dennoch wolle sich keine Kolonie vom Mutterlande trennen. In den Kolonien wisse man, was es bedeute, ein britischer Bürger zu sein und an allem Guten und Großen, was Briten vereinige, teilzunehmen. Der Traum der Reichsföderation, wie ihn viele nannten, würde wohl zur Wahrheit werden. Der Erzreichtum von Südafrika scheine alle Erwartungen zu übertreffen. Jetzt sei eines erforderlich: die staatliche Verbindung der südafrikanischen Kolonien. — Aber damit wollte man sich nicht begnügen. Das werden wir bald aus dem Konflikt mit Transvaal ersehen. Dr. Jameson fiel am 30. Dezember mit einer Bande der Chartered Company in Transvaal ein, zur größten Empörung der öffentlichen Meinung in Deutschland, die sich durchaus auf Seite der Buren stellte. England hatte gleichzeitig die Bekriegung der Aschanti im Sinne. Kolonien.

Die Angriffe gegen das Oberhaus kamen nicht zur Ruhe. Große Meinungsverschiedenheiten herrschten in der Währungsfrage sowie in der Frage über Schutzzoll und Freihandel. Das Unterhaus genehmigte am 29. März eine Resolution, betreffs Errichtung lokaler gesetzgebender Körperschaften (Landtage) in Irland, Schottland, Wales und England. Es genehmigte am 14. Mai die Vorlage über Entstaatlichung der Kirche in Wales.

Die „unabhängige Arbeiterpartei" beschloß, alle Verbindung mit andern Parteien zu lösen. Ihre Konferenz vom 17. April zu London erklärte, es gebe keine Beseitigung der Arbeitslosigkeit als durch die Stellung der gesamten Industrie auf kollektivistische Grundlage. Tom Mann, der Generalsekretär der Partei, erließ im Juli ein Manifest mit folgenden Forderungen: Arbeit für die Arbeitslosen; Ermächtigung der Ortsbehörden zum zwangsweisen Landankauf; stetige Pachten; achtstündiger Arbeitstag; Erhöhung des Alters, in dem Knaben und Mädchen halbe Zeit in Fabriken arbeiten dürfen; Verstadtlichung des Handels mit geistigen Getränken; Staatspensionen für alle über fünfzig Jahre; Haftpflicht der Arbeitgeber; Abschaffung des Oberhauses; dreijährige Legislaturperioden; Diäten. Arbeiter.

Lord Salisbury erklärte (30. Okt.), der Freihandel habe durch das Sinken der Preise die Landwirtschaft nahezu vernichtet. Allerdings mußte er zugeben, daß das entgegengesetzte Experiment fragwürdig sei, in Frankreich habe man es versucht, und die Landwirtschaft leide trotzdem dort noch mehr Not als in England (22. Nov.).

Der anglikanische Erzbischof von Canterbury beantwortete die Einladung des Papstes an das englische Volk zur Wiedervereinigung in einem Brief an seine Geistlichkeit. Der Schritt der ausländischen Kirche sei ohne Kenntnis der Stellung und Geschichte der englischen Kirche erfolgt. Er bedauerte auch die „Erscheinung gewisser fremdländischer Bräuche und Formen Anglikaner.

der Frömmigkeit in der anglikanischen Kirche" (Ritualismus). Die römische Kirche habe sich als unfähig erwiesen, all die Völker, die einst zu ihr standen, zusammenzuhalten. Vielmehr scheine die anglikanische Gemeinschaft von Gott dazu ausersehen zu sein, die geteilten Kirchen Christi zu vereinigen.

In London legte Kardinal Vaughan den Grundstein zur katholischen Kathedrale in Westminster. Die diplomatischen Vertreter katholischer Länder nahmen daran teil.

„Ein Roman aus zwei Welten" von Marie Corelli (aus dem Englischen übersetzt von Isabella Hummel, 1894) ging vom Gedanken aus, daß der Spiritismus „lächerlich, ja verächtlich" sei, der wahre Spiritismus sei die Mystik des Christentums.

Engels. Friedrich Engels, der mit Marx den Sozialismus „von der Utopie zur Wissenschaft" entwickeln wollte, geboren zu Barmen, starb zu London, weit entfernt von der Erfüllung seiner Erwartungen. Unter anderm hatte er die Ansichten des Prähistorikers Morgan über den „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" (1884) populärisiert und erweitert. Von seiner Mitarbeit mit Marx am kommunistischen Manifest 1847 und sonst war schon die Rede.

T. R. Ely schilderte in einem englischen Werk (London 1894) den Sozialismus, seine Natur, seine Stärke und seine Schwäche, wozu er den Utopismus rechnete. — Benjamin Kidd schrieb über „Soziale Evolution" (übersetzt von E. Pfleiderer, bevorwortet von Professor Aug. Weismann).

Zum hundertjährigen Geburtstag Thomas Carlyles schickte auch der Deutsche Kaiser einen Kranz für dessen Grab in Schottland.

Der geniale Begründer der Assyriologie, Henry Rawlinson, starb vierundachtzigjährig.

Belgien. Der Übergang des Kongostaats aus dem persönlichen Besitz des Königs Leopold II. von Belgien an den belgischen Staat vollzog sich mit Zustimmung Frankreichs, das ein Vorkaufsrecht besaß; dies Recht räumte auch Belgien ein. Gegen die Erwerbung des Kongostaates waren die belgischen Sozialisten und Radikalen. — Ein großer Anarchistenprozeß in Lüttich schloß mit schweren Verurteilungen. Ein belgischer Sozialistenkongreß in Brüssel wollte durch einen allgemeinen Ausstand das allgemeine Stimmrecht erzwingen. Ein Hirtenbrief des Episkopats empfahl einheitliche soziale Tätigkeit von Priestern und Laien. Bei den Gemeindewahlen siegten Sozialisten und Katholiken gegen Liberale.

Die 1894 neugegründete radikal-sozialistische Universität in Brüssel eröffnete jetzt alle Fakultäten. Hier lehrte El. Reclus, E. Robin, Enrico Ferri und andere „Märtyrer". 60 Studenten waren eingeschrieben.

A. Gevaert sah in einer neuen Publikation „Die antike Melopöie im Gesang der Kirche" (Gent). Das schienen auch die neugefundenen delphischen Hymnen zu beweisen.

Coloma. Europa wurde auf den spanischen Jesuitenpater und Romanschriftsteller Luis Coloma aufmerksam, den Verfasser der „Lappalien".

Spanien erledigte die Differenzen mit Marokko durch einen Vertrag. Die Unruhen in Kuba zwangen zur Ausrüstung einer Expedition.

Angesichts der Trennungsgelüste in Skandinavien sagte der König von Schweden in der Thronrede vom 17. Januar über die Union: „Der Staatsverband, der vor achtzig Jahren geknüpft wurde, hat mit Gottes Gnaden die lange Dauer eines glücklichen Zustandes mächtig gefördert. Jede Vereinigung von Staaten legt sicherlich gegenseitige Verpflichtungen auf; diese beschränken in gewisser Beziehung die Selbständigkeit der einzelnen Länder, sie geben ihnen aber als Ersatz gegenseitige Stütze und vermehrte Stärke. Möchten meine beiden Völker immer das Glück und die Vorteile richtig schätzen, die sie durch die Union erworben haben, dann werden sie auch alle Kräfte aufbieten, um sie beizubehalten und zu stärken. Die Union von 1814 ist wie alles Menschliche der Verbesserung bedürftig; ihr Grundgedanke aber ist ein großer." Schweden.

Der neue Zar Nikolaus II. erklärte mehreren Abordnungen gegenüber seine Absicht, ebenso fest und beständig wie sein Vater die Autokratie aufrecht erhalten zu wollen. Den Wunsch der Semstvos nach Teilnahme an den Staatsangelegenheiten bezeichnete er als absurde Träume. Darauf wurde ein geheimes Sendschreiben aus den intelligenten Kreisen an den Zaren verbreitet, worin der Kampf gegen die Autokratie angekündigt war. Rußland.

Rußland war am meisten durch die Ausbreitung der japanischen Macht beunruhigt und ahnte bereits die von dorther drohende Gefahr, die das Reich nach einem Jahrzehnt ins Herz treffen sollte. Um so törichter war es, die Mahnung des Deutschen Kaisers nicht zu beherzigen, sondern sich einer Abenteurerpolitik hinzugeben, die endlich im Weltkrieg mit dem völligen Zusammenbruch enden sollte.

Der bulgarische Metropolit Klement kam mit einer bulgarischen Abordnung nach Petersburg. Pobedonoszew, der Oberprokurator des heiligen Synod, empfing sie mit der Ansprache: „Nur durch den orthodoxen Glauben kann jeder slawische Stamm gefestigt sein vor den Feinden und noch gefährlicheren falschen Freunden. Rußland wünscht dem glaubensgenössischen Bulgarien Festigkeit im orthodoxen Glauben, Wahrung der väterlichen Sitten und eine Regierung, deren Seele sich mit dem Volk gemeinsam im orthodoxen Glauben vereint." Dem Fürsten von Montenegro schenkte der Zar 30.000 Gewehre und anderes Kriegsmaterial. Die sympathische Aufnahme einer Gesandtschaft des religionsverwandten Negus von Abessinien in Petersburg beunruhigte die öffentliche Meinung Italiens.

Da seit Neujahr an der Universität Dorpat (Jurjew) alle Vorlesungen russisch gehalten werden mußten, sank der Besuch, und die Regierung wandte alle Mittel an, russische Studenten heranzuziehen.

In der von Th. Schiemann herausgegebenen Bibliothek russischer Denkwürdigkeiten erschien „Michael Bakunins sozialpolitischer Briefwechsel mit Al. Herzen und Ogarjow" in Übersetzung.

Leo Tolstoi wies auf die „Widersprüche der empirischen Moral" ohne Religion hin. „Die nicht auf Religion beruhende Laienmoral gleicht Tolstoi.

einem Menschen, der, ohne etwas von Musik zu verstehen, sich auf das Podium stellt und als Kapellmeister vor den ausübenden Musikern Handbewegungen macht.“ — „Der große Leidensweg am Ende des 19. Jahrhunderts“ von Hesba Stretton war eine Schutzschrift für die russischen Stundisten, eine Sekte schwäbischer Abstammung. — Eine russische Volksrhapsodin, die siebzigjährige Bäuerin Irina Fedossowa, kannte über 19.000 Verse, Grab-, Hochzeitssprüche und -Lieder, Soldaten- und Erntelieder, geistliche Volksgesänge, auswendig. Sie wurde von Winogradow nach Petersburg gebracht, wie vor zwei Jahren der Rhapsode Rjabinin. Barssow gab einiges davon heraus. — Gerhart Hauptmanns „Hannele“ wurde ins Russische übersetzt und erregte Sensation in Petersburg. Dorthin gehörte auch das Tolstoi nachempfundene Stück.

Türkei. Die Türkei war in großer Verlegenheit infolge des Andrängens von England, Frankreich und Rußland wegen notwendiger Reformen in Armenien. Die Pforte antwortete mit dem Vorschlag, christliche Beiräte zu ernennen. Ein Straßenkampf in Konstantinopel zwischen Armeniern und türkischem Militär (30. Sept.) wurde auf die Agitation des armenischen Komitees in London zurückgeführt. Ein neuer Aufstand brach im Oktober in Trapezunt aus. Vorsichtshalber beschlossen die Botschafter der Großmächte, nach Konstantinopel noch je ein zweites Stationsschiff kommen zu lassen.

Von hebräischen Kreisen in England und Rußland wurde die Gründung einer Universität in Jerusalem angeregt. Auch der Heidelberger Verein „Ahabat Zion“ stellte dazu sein Vermögen in Aussicht.

Schismatiker. Neuerlich wandte sich der Papst an die orientalischen Schismatiker mit dem Nachweis, daß bis zum Schisma des Photius Rom auch über die orientalischen Kirchen einen unbestrittenen Primat ausübte. Die scharfe Antwort des ökumenischen Patriarchen in Konstantinopel auf die Enzyklika des Papstes nannte diesen den eigentlichen Schismatiker. Im Augenblick, da der Papst sich einem allgemeinen Konzil unterwerfe und seine auf gefälschten Dekretalien beruhende widerrechtliche Stellung aufgebe, wäre die Vereinigung von selbst vollzogen.

Bulgarien. Die bulgarische Regierung geriet in den Verdacht, dem Attentat auf Stambulow, dem dieser zum Opfer fiel, nicht ferne zu stehen. Übrigens konnte Fürst Ferdinand bei der Eröffnung der Sobranje am 31. Oktober bemerken: „Das Wohlwollen, das Zar Nikolaus unserer Abordnung angedeihen ließ, der gute Empfang, den die Abgeordneten in den Kreisen der russischen Regierung und in der Gesellschaft gefunden haben, enthält für uns die Bürgschaft, daß bei einem Aufwand von Beharrlichkeit und Geduld die Beziehungen zur Schwesternation, die uns befreit hat, sich so gestalten werden, wie es sein soll.“ Der Fürst versprach auch, den Thronfolger Boris orthodox werden zu lassen. Man warf der bulgarischen Regierung vor, daß sie den Aufstand in Makedonien schüre. Bulgarien entgegnete, die Ursachen der Unruhen seien dort dieselben wie in Armenien und nicht Schuld der Bulgaren.

Rumänien. Rumänien hatte den schmerzlichen Verlust Bessarabiens von 1878 glücklich wettgemacht durch die unmittelbare Eisenbahnverbindung mit der Dobrudscha und mit einem eisfreien Hafen des Schwarzen Meeres, Konstanza. Dies Werk wurde durch die Einweihung der neuen Donaubrücke bei Cerna-

woda gekrönt. — Bei der Einweihung der Brücke von Cernawoda wurde auf die große Bedeutung hingewiesen, welche dem deutsch-ungarisch-rumänischen Keil zwischen Russen und slawischen Balkanvölkern zukam. Dessen war sich König Karl völlig bewußt, wie aus dem vielbesprochenen, epochemachenden Werk „Aus dem Leben König Karls" hervorging (1894). — Der König von Rumänien sagte bei der Eröffnung der Donaubrücke: dadurch werde ein großer Teil des europäischen Handels auf rumänische Schienenwege gezogen; es sei die kürzeste Linie zwischen den nördlichen Meeren und dem Orient. Es eröffne sich der Blick auf das Meer, wo sich die unzähligen Linien des Getriebes der ganzen Welt kreuzen.

Auch in Konstanza in der Dobrudscha wurde ein bulgarisch-irredentistischer Geheimbund entdeckt.

Über die Rumänen in Makedonien, die Makedo-Romanen oder Zinzaren, handelte Gustav Weigands Buch „Die Aromunen".

Zwischen Österreich und Serbien brach der sogenannte Schweinekrieg aus, nämlich über die Einfuhr von Schweinen.

Fürst Nikola von Montenegro gab ein neues Drama heraus „Fürst Arbanit."

Ein großartiges Werk war der Katalog der Monumente und Inschriften des alten Ägyptens, im Auftrag des Khedive herausgegeben vom Generaldirektor der Altertümer de Morgan und gedruckt zu Wien 1893 bei A. Holzhausen. Für den Bau eines neuen Museums liefen 90 Konkurrenzpläne ein.

Amerika. Die nordamerikanische Union war mit den Währungsfragen, der Sozialpolitik, dem Gegensatz weißer und schwarzer Arbeiter, dem Ausstand der Straßenbahnbeamten, den Straßenkämpfen zwischen Italienern und Einheimischen beschäftigt. Auffallenderweise erklärte das oberste Bundesgericht das 1894 erlassene Einkommensteuergesetz für verfassungswidrig. Während der Präsident Cleveland offiziell jede Verletzung der Neutralität gegenüber Kuba verbot, wurde doch die Insurrektion der Kubaner gegen Spanien auf manche Weise unterstützt. In seiner Botschaft an den Kongreß (3. Dez.) wies der Präsident auf die schwierige Finanzlage hin. Er beklagte sich über unfreundliche Maßregeln der reichsdeutschen Regierung auf ökonomischem Gebiet und über die Einmischung Englands in Venezuela ohne Respekt vor der Monroedoktrin. Es handelte sich außer anderm um die strittige Grenze zwischen Britisch-Guiana und Venezuela. Cleveland drohte fast mit einem Krieg gegen England, das die Monroedoktrin der Nichteinmischung in amerikanische Verhältnisse absurd fand.

Einigen deutschen Veteranen aus Amerika, die ihn am 30. August in Friedrichsruh besuchten, lobte Bismarck die Vereinigten Staaten: „das ist von allen fremden Ländern für uns noch das sympathischeste".

Eine an die amerikanischen Bischöfe gerichtete Enzyklika beschäftigte sich mit der katholischen Universität in Washington. Es sei wichtig, daß die Katholiken sich in der ersten Reihe der Wissenschaften befänden, selbst der modernsten Wissenszweige. Die Arbeiterverbindungen wurden vor Gesetzesverletzungen gewarnt, den Journalisten wurde Respekt vor Religion und Wahrheit empfohlen, besonders auch vor der bischöflichen Autorität. In den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Erzbischof Ireland von St. Paul

und dem Erzbischof Corrigan von Neuyork nahm der Papst unverkennbar gegen den „Amerikanismus“ des ersteren Stellung.

Eine riesige Verschwendung übte die Regierung der Vereinigten Staaten mit den von ihr hergestellten Drucksachen, die nach einem schlechten System gratis verteilt wurden und zumeist Makulatur blieben.

Die Frage „Wer hat das Telephon erfunden?“ wurde in den Blättern diskutiert und von Oerstedt 1819, Surgeon, Henry und Faraday, Morse, Bourseul (1854), Bell bis auf Reis in Frankfurt a. M. 1861 verfolgt, dem Verfertiger des ersten Telephons. Dann folgten die Vervollkommnungen von Alex. Bell 1870, Elisha Gray, Berliner, Edison, Blacke, Hunning. Alle diese gingen unmerklich schritt vor Schritt vorwärts (Allg. Ztg., 7. Sept.).

Unter Einwirkung des Panama-Bankerotts geriet auch das Unternehmen des Nikaraguakanals in eine Krisis.

Die mittelamerikanischen Staaten berieten einen Bund untereinander, aber ohne Ergebnis. Der Bürgerkrieg in Brasilien war im August beendigt. Die Insel Trinidad wurde gegen den Protest Brasiliens von England besetzt.

Das Streben der australischen Kolonien nach Vereinigung erklärte sich aus ihrer finanziellen Notlage.

In Hawaii brach ein royalistischer Aufstand aus, der bald niedergeschlagen wurde. Die Exkönigin Liliuoakalani kam in Untersuchung, wurde verurteilt, aber begnadigt.

Buren. Der Präsident der südafrikanischen Burenrepublik Krüger besprach in einer Rede zum Geburtstag des Deutschen Kaisers die Notwendigkeit engerer Beziehungen zwischen Transvaal und dem Deutschen Reich; das erregte Englands Mißtrauen. Transvaal näherte sich auch dem Oranje-Freistaat, um englischen Angriffen besser gewachsen zu sein. Präsident Krüger besuchte auch am 14. Juli die deutschen Kriegsschiffe in der Delagoabai und wechselte Begrüßungstelegramme mit dem Deutschen Kaiser. Im November brach der Streit Transvaals mit der Kapkolonie über die Furten des Vaal aus; er wurde beigelegt, als der Einbruch der Bande Jamesons die Tore der Gewalt weit auftat.

Otto E. Ehlers behandelte „Samoa die Perle der Südsee“.

China. Bei der Aktualität der chinesischen Frage fand das Werk des Sinologen Terrien de Lacouperie „Western origine of the carly Chinese Civilisation from 2300 b. C. to 200 a. C.“ (London 1894) große Beachtung. Danach wären die Chinesen chaldäo-elamitischen Ursprungs und wohnten ursprünglich südöstlich vom Kaspischen Meere, westlich vom Hindukusch, und die chinesische Kultur stammte von der altbabylonischen ab, also auch die Baukunst, die Schrift, die Astronomie, Religion, Recht und Sitte. Seit dem 7. Jahrhundert vermittelten Phönizier den Verkehr zur See. Daß auch die griechische Kultur in hellenistischer Zeit die chinesische entscheidend beeinflußte, wurde bald darauf bekannt.

Gegen Ende des Jahres fand ein Gesamtkonzil der katholischen Kirche in Australien statt. Die Katholiken bildeten dort etwa ein Viertel der vier Millionen zählenden Bevölkerung.

Japan. Der ganze Japanismus strömte zu uns herein in dem Werke „Sonnige Welten“ von E. und L. Selenka. Es war Bismarck gewidmet, wohl im Gegensatz zum Kaiserwort. Zum erstenmal wurde das deutsche Publikum mit einem japanischen Roman bekannt gemacht: „Tamenaga Schunsui. Treu bis in den Tod“. Darin wechseln realistische Episoden und romantisch-legendenartige.

Das Jahr 1896.

Transvaal: Präsident Krüger und Kaiser Wilhelm. Die Vierteljahrhundertfeier der deutschen Reichsgründung und des Frankfurter Friedens. Der „Deutsche Michael" als Friedenshüter. Enthüllungen über Bismarcks Rücktritt wegen des Rückversicherungsvertrags mit Rußland. Das Bürgerliche Gesetzbuch. „Christlichsozial" und der Kaiser. Das „Bildungsdefizit" der Katholiken. Die Tausendjahrfeier in Ungarn. Die Luegerkrisis. Antifreimaurerkongreß. Italiens Mißgeschick gegen Abessynien. Frankreich in Madagaskar. Fortschreitende Annäherung an Rußland. Zarenkrönung in Moskau. Ferdinand als Fürst von Bulgarien anerkannt. Aufstand in Kreta. Ermordung des persischen Schah Nassr Eddin.

Eine tiefe Verstimmung Englands mit dem Deutschen Reich ergab sich infolge des Telegrammes, das Kaiser Wilhelm am 3. Januar an den Präsidenten Krüger von Transvaal richtete, nachdem die Buren am 2. Januar den in Transvaal eingefallenen englischen Dr. Jameson bei Krügersdorp geschlagen und ihn mit seiner 550 Mann starken Polizeitruppe der Chartered Company gefangen hatten. Die Depesche lautete: „Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu bewahren." Krüger dankte: „Mit Gottes Hilfe hoffen wir weiter alles mögliche zu tun für die Handhabung der teuer bezahlten Unabhängigkeit und die Beständigkeit unserer geliebten Republik." — Nicht nur die öffentliche Meinung im Deutschen Reich, sondern auch in Rußland und Frankreich stand auf Seite Kaiser Wilhelms und gegen England. Hier war man freilich höchst aufgebracht. Die Presse drohte, die englische Nation werde das nie vergessen, sie werde immer daran denken für alle Zukunft bei der Richtung ihrer auswärtigen Angelegenheiten, die Depesche sei eine internationale Beleidigung und überschreite die Grenze der guten Beziehungen und einer loyalen Diplomatie. Dieser Schritt sei umso unfreundlicher, da Transvaal kein ganz unabhängiger Staat sei. Freilich die Oppositionspartei in England schob die Schuld auf die schlechte Regierungspolitik in Südafrika. „Die sogenannte Gesellschaft steht auf Seite der geldgierigen Abenteurer, die das Transvaal ebenso ausbeuten wollten wie die Spanier vor 300 Jahren Mittel- und Südamerika. Mit dieser Gesellschaft geht der Straßenpöbel und die Tingeltangel." Der Name Englands sei durch derlei gebrandmarkt. In der englischen Bevölkerung machte sich aber eine starke deutschfeindliche Stimmung geltend; Schaufenster deutscher Kaufleute wurden zertrümmert, deutsche und holländische Matrosen belästigt und verhöhnt, deutsche Klubs geschlossen,

Transvaal.

deutsche Angestellte entlassen. Die englische Regierung sah sich allerdings genötigt, den Schelm Jameson zu verleugnen. Der Kolonialminister Chamberlain telegraphierte am 5. Januar an Krüger, man werde die Konvention von 1884 strikt aufrecht halten. Cecil Rhodes, der erste Minister der Kapkolonie mußte am 6. Januar seine Entlassung nehmen, da sich herausstellte, daß er an der Sache mitschuldig war. Die britische Regierung beschloß, ein fliegendes Geschwader mit militärischen Verstärkungen nach Südafrika zu senden. Die „Times" schrieben am 11. Januar, der Zwischenfall sei zwar als beendigt anzusehen, aber England empfinde als Nation jede fremde Einmischung; bei der Heftigkeit der deutschen Presse sei es für England klug, unter den Waffen zu bleiben. Leider habe das Eingreifen des Deutschen Kaisers die ganze Politik des Dreibundes gestört und auch ein gemeinsames Wirken Englands mit dem Dreibund im Orient erschwert. Balfour, der Schatzlord, klagte in einer Versammlung am 14. Januar das unhaltbare Regierungssystem in Transvaal an; ungerechterweise würden dort die in der Majorität befindlichen Ausländer von allen öffentlichen Rechten ausgeschlossen. England besitze die Suzeränität über Transvaal, das wohl in seinen inneren Angelegenheiten unabhängig, in seinen äußeren Beziehungen aber der Kontrolle Englands unterworfen sei. „Wir haben diese Kontrolle, gedenken sie zu behalten und werden keine fremde Einmischung in diese Kontrolle dulden." Ähnlich äußerte sich der Premierminister Salisbury am 31. Januar. Und die Thronrede am 11. Februar nahm von der Sache also Notiz: „Der plötzliche Einbruch einer bewaffneten Truppe aus den unter der Kontrolle der englischen Südafrikakompanie stehenden Gebieten in die südafrikanische Republik hat zu einem bedauernswerten Zusammenstoß mit den Streitkräften der Burghers geführt ... Nach der vom Präsidenten Krüger abgegebenen Versicherung darf ich annehmen, daß er erkennt, wie wichtig es ist, den berechtigten Beschwerden abzuhelfen, welche die Mehrzahl der Bewohner Transvaals vorbringt."

Jameson.

Indes wurde gegen den von Krüger ausgelieferten Dr. Jameson, den man nach London brachte, der Prozeß eingeleitet, aber sehr nachsichtig geführt. Die Menge demonstrierte für ihn. Er wurde schließlich nur zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt und auf eine Petition von über 100 Unterhausmitgliedern in ehrenvollster Haft gehalten, so daß also nur der Schein der Gesetzlichkeit gewahrt wurde. Dieselbe Bedeutung hatte der Rücktritt von Rhodes, des Premierministers der Kapkolonie. Aber der Kolonialminister Chamberlain war so naiv, den Präsidenten Krüger einzuladen, nach London zu kommen, um über die Regelung der Stellung der Ausländer in Transvaal zu verhandeln. Er forderte auch Krüger auf, die über die Führer des Jamesonschen Friedensbruches verhängte Todesstrafe nicht zu vollziehen. Krüger lehnte (21. April) die Erörterung von Reformen ab, weil England kein Recht habe, in die innern Angelegenheiten Trans-

vaals einzugreifen. Er verlangte vielmehr Abschaffung der Londoner Konvention und Widerrufung des der Chartered Company erteilten Privilegiums. Die Engländer taten, als ob der hohe ehrliche Sinn ihrer Staatsmänner Gefahr laufe, von den lügenhaften Buren überlistet zu werden; Krüger plane eine allgemeine antienglische Insurrektion in Südafrika, seine Verwaltung sei korrupt, unterdrücke die zugereisten Ausländer. Auch der neuerliche Kaffernaufstand entspringe diesen unhaltbaren Verhältnissen. Krüger ließ aber aufgefangene Depeschen veröffentlichen, aus denen hervorging, daß die englische Regierung (Cecil Rhodes) vollkommen vertraut war mit den Absichten Jamesons. Besonders trat der Londoner Alfred Beit als Anstifter des Einfalles hervor. Krüger war übrigens so maßvoll, das Todesurteil gegen die Mitverschwornen, darunter einen Bruder des Rhodes, zuerst in Haft, dann in dreijährige Verbannung zu mildern. Vergebens aber forderte er von der Kapregierung gerichtliche Untersuchung gegen Rhodes, Beit und andere Mitschuldige. Der Gouverneur der Kapkolonie, Herkules Robinson, begnügte sich, im dortigen Parlament zu sagen, der Einfall in Transvaal verstoße gegen das Völkerrecht und müsse jeden Ehrenmann betrüben.

Während in diesem Falle der britischen Heuchelei die Maske vom Gesicht gerissen wurde, konnte sie anderwärts noch den Schein der Ehrenhaftigkeit zur Schau tragen, so in den Beziehungen zur Türkei und zu Ägypten. Über die schwankende, zweideutige, hinterhältige Sonderstellung Englands sagte der Marineminister Goschen, sie beruhe nicht auf Schwäche, sondern auf Freiheit des Handelns. Gern hätte sich England mit einer oder andern Mächtegruppe verbündet zur Teilung der Türkei. Dazu be- Türkei.
nützte es die von London aus ins Werk gesetzten armenischen und kretischen Unruhen. Die Verhältnisse in Ostafrika gaben Veranlassung zu einer Expedition, um von Ägypten aus das vor zehn Jahren verlorene Gebiet von Dongola zurückzugewinnen. Salisbury redete vom Krebsschaden im Südosten Europas, um den viel ärgeren Krebsschaden in Nordwesten, in Irland, zuzudecken.

Lord Rosebery legte die Führerschaft der liberalen Partei nieder wegen seiner Unzufriedenheit mit der äußeren Politik. England bedürfe, meinte er, vielmehr des Zügels als des Ansporns in der orientalischen Sache, in den „armenischen Greueln", im Festhalten von Cypern: „Das Cypern.
britische Reich will den Frieden und braucht ihn. Während der letzten zwanzig Jahre, noch mehr während der letzten zwölf Jahre habt Ihr eure Hände mit krampfhaftem Eifer auf jedes Ländergebiet gelegt, das euch begehrenswert erschien. Ihr habt dadurch bis zu einem unerträglichen Grad den Neid anderer Kolonialvölker aufgestachelt; Ihr habt zweitens eine so gewaltige Masse Territorium gewonnen, daß Jahre darüber vergehen werden, bevor Ihr es in Ruhe werdet verwalten, verteidigen und übersehen können. Ihr habt in zwölf Jahren dem Reich 2,600.000 Geviertmeilen Landes zugefügt, 22mal soviel als das vereinigte Königreich England, Schott-

land, Wales und Irland. Ihr werdet genötigt werden, dafür das Schwert zu ziehen ..." — Demgegenüber betonte der neue Premierminister Salisbury am 9. November, England könne auf keinen Teil seines Landbesitzes, den es besetzt habe, verzichten, also auch weder auf Cypern noch Ägypten. Das verstimmte sehr in Frankreich. Und Chamberlain bemerkte schon früher, die Zukunft des Reiches werde besonders von den überseeischen Besitzungen abhängen; darum legte er den Kolonien ans Herz, die Bande mit dem Mutterland enger zu knüpfen. — Rosebery hatte auch schon die Notwendigkeit der technischen Erziehung betont, um den ausländischen Wettbewerb zu bekämpfen; Deutschland besitze das vollkommenste System des technischen Unterrichts in der Welt; daher sei es der furchtbarste Nebenbuhler Englands und bedrohe schwer den britischen Handel in Indien und Ägypten.

Sozialisten. Am internationalen Sozialistenkongreß in London, 27. bis 31. Juli, nahmen 800 Delegierte teil, darunter 46 deutsche. Zuerst wurde in stürmischer Sitzung der Ausschluß der Anarchisten mit 223 gegen 144 Stimmen beschlossen wie früher in Zürich. Es wurde nach Nationalitäten abgestimmt. Ferner wurde die Emanzipation der Frauen beschlossen. Jede Kolonialpolitik wurde als Ausdehnungspolitik und kapitalistische Ausbeutung verworfen. Eisenbahnen, Bergwerke, Fabriken müssen nationalisiert werden, die stehenden Heere seien durch nationale Bürgerwehren und ein internationales Schiedsgericht zu ersetzen. Die agrarische Frage wurde liegen gelassen. Der Berliner „Vorwärts" schalt heftig über die Anmaßungen der Anarchisten mit ihrem „Radaufeldzug" gegen den Kongreß.

Endlich genehmigte auch das Oberhaus die Bill, wonach die Ehe eines Witwers mit der Schwester seiner verstorbenen Frau gestattet wurde.

Austin. Alfred Austin wurde nach dem 1892 verstorbenen Tennyson zum Poeta laureatus ernannt. Früher war es Wordsworth gewesen. Austin war zumeist politischer Dichter, mehr Journalist. Er fand sich durch seine neue Würde bewogen, sofort den Flibustierzug des Dr. Jameson nach Transvaal in einem überschwenglichen Gedicht „Jamesons Ritt" zu verherrlichen.

Die transvaalsche Nationalhymne wurde in alle Sprachen übersetzt: „O flattre, stolzes Banner von Transvaal, in unsrer Farben Vierzahl weit ins Land, und wehe dir, du gottvergessne Hand, die es bedroht mit blankgezücktem Stahl! Flattre, stolze Freiheitsflagge, flattre über Berg und Tal, wecke Jubel aller Orten, stolze Flagge von Transvaal! — Löwen, Briten, Hottentotten, wie du furchtlos sie besiegst, nach dem wilden Kriegestanze stolzer dich in Lüften wiegst!"

T. W. Allies schloß sein englisches Werk „Die Gestaltung und Ausbildung der christlichen Kirche" mit dem 8. Band ab über „das Mönchtum von den Vätern der Wüste bis zu Karl d. Gr."

Manning. Das (englisch geschriebene) Leben des Kardinals Manning von Edm. Sheridan Purcell wurde als eine peinliche Indiskretion angesehen. Mannings Amtsnachfolger Kardinal Vaughan protestierte dagegen als gegen ein Verbrechen, weil hier Briefe veröffentlicht wurden, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren.

Zur englischen Übersetzung von Nietzsches „Zarathustra" wurde bemerkt: „Möge der Abfluß dieser Ideen ins Ausland ihr Versiegen im Vaterland herbeiführen helfen!"

Das vor kurzem in London begründete Deutsche Theater mußte sich wieder auflösen.

Das Deutsche Reich feierte am 18. Januar den 25. Jahrestag der Reichsbegründung. Es erfolgten bei dieser Gelegenheit Straferlasse und die Stiftung eines „Wilhelmsordens" zum „Gedächtnis an die friedlichen Großtaten des Kaisers Wilhelm des Großen" für solche Männer und Frauen, „die sich Verdienste um die Wohlfahrt und Veredelung des Volkes, insonderheit auf sozialpolitischem Gebiete erworben haben". Der Orden trug die Devise: „Wirke im Andenken an Kaiser Wilhelm den Großen". — Bei der glänzenden Feier im königlichen Schlosse verlas Kaiser Wilhelm II. eine Urkunde, in der es hieß: „... Von dem Bewußtsein getragen, daß es berufen sei, niemandem zu Liebe und niemandem zu Leide im Rate der Völker seine Stimme zugunsten des Friedens zu erheben, hat das junge Reich sich ungestört dem Ausbau seiner innern Einrichtungen überlassen können. In freudiger Begeisterung über die heißersehnte und schwer errungene Einheit und Machtstellung, im festen Vertrauen auf die Führung des großen Kaisers und auf den Rat bewährter Staatsmänner, insonderheit seines Kanzlers, des Fürsten von Bismarck, stellten sich die werktätigen Kräfte der Nation rückhaltlos in den Dienst der gemeinsamen Arbeit ... Der weitere Ausbau der Reichseinrichtungen, die Festigung des Bandes, welches die deutschen Stämme umschlingt, die notwendige Abwehr der mancherlei Gefahren, denen wir ausgesetzt sind, erfordert unsere rastlose Arbeit ... So wird auch ferner der Segen des Himmels uns nicht fehlen ... Daß dem so sei, das walte Gott!" — Beim Festmahl sagte der Kaiser: „Der Tag ist eine Dankesfeier für den hochseligen großen Kaiser ... Was die Jugend träumend gesungen hat, den beiden Kaisern ist es vergönnt gewesen, das Deutsche Reich mit den Fürsten sich zu erkämpfen und wiederherzustellen ... Aus dem Deutschen Reich ist ein Weltreich geworden. Überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unsrer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean ... An Sie tritt die Pflicht heran, mir zu helfen, dieses Größere Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern ..." Eine publizistische Stimme äußerte sich zum Fest: „Wir waren 1871 allzumal höchst hoffnungsselig; aber daß ganze 25 Jahre hindurch Deutschlands Schwert in der Scheide bleiben könne, das hofften wir selbst damals nicht. Mit Gottes Hilfe ist es erreicht worden. Das ist fürwahr ein Grund zu lautem Jubel und Dank. Der Friede, auch wenn er bewaffnet ist bis an die Zähne, ist doch

Deutsches Reich.

immer noch besser als der Krieg.“ Aber der sozialdemokratische „Vorwärts“ schrieb: Das Deutsche Reich feiert seinen 25. Geburtstag. Wir gönnen ihm die Lobesdithyramben und den Weihrauch derer, denen es Gutes getan hat. Von den anderen darf es keine Huldigungen, keine Festesfreude erwarten, und diese andern sind: das deutsche Volk.“ Auch die „Germania“ bemerkte: „Wenn wir uns die trüben Erinnerungen ersparen möchten, so hindert uns daran der erbitterte Haß derjenigen Protestanten im Deutschen Reich, die sich unter dem Namen ‚Evangelischer Bund‘ zusammengetan haben, um die katholische Kirche zu bekämpfen und zu beschimpfen, wo und wie immer eine Gelegenheit dazu sich bietet.“

Flotte. Es erfolgte eine starke Agitation zur Verstärkung der Flotte, anknüpfend an den Konflikt mit England; sie ging vom alldeutschen Verband und vom früheren Reichskommissär Dr. K. Peters aus. — Aus dem am 12. Februar dem Reichstag vorgelegten Weißbuch ging hervor, daß die deutsche Regierung bereits im Februar 1895 gegen die Expansionspolitik Cecil Rhodes' protestiert hatte. England wies jede Intervention ab, aber die Großmächte, die Interessen in Transvaal hatten, sollten ruhig die völkerrechtswidrige Intervention der Chartered Company dulden, die dort gar nichts zu suchen hatte. Man verteidigte das Telegramm des Kaisers an Krüger: eine Feindseligkeit gegen England könne nicht darin gefunden werden, daß der Kaiser das Oberhaupt eines Staates zum Sieg über bewaffnete Scharen beglückwünscht, die völkerrechtswidrig in sein Land eindrangen und von der englischen Regierung selbst für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt wurden.

Staatssekretär v. Marschall legte am 13. Februar dem Reichstag
Transvaal. die Verhältnisse im Transvaal dar. Diese südafrikanische Republik sei nach der Londoner Konvention von 1884 im Innern selbständig, im Äußern von der Kontrolle Englands abhängig. Der Handelsvertrag der Republik mit dem Deutschen Reich vom 22. Januar 1885 wurde denn auch von der englischen Regierung genehmigt; er gewährte Freiheit der Niederlassung, Handelsfreiheit, Freiheit des Gewerbebetriebs, Meistbegünstigung. „Wir wollen nicht, sagte Marschall, daß dort eine Veränderung eintrete, welche uns die Ausführung dieser Rechte erschweren oder illusorisch machen könnte. Was in den letzten zehn Jahren von deutscher Seite dort geschehen ist, das hat sich alles am hellen Tag vollzogen. Wir haben eine Dampferlinie nach Delagoa-Bai; mit deutschem Geld ist die Bahn von der portugiesischen Grenze nach Pretoria erbaut worden; deutsche Fabriken sind im Transvaal entstanden, Reichsangehörige haben sich dort niedergelassen; deutsche Kapitalien sind an industriellen Unternehmungen dort beteiligt ... Mit unsern durchaus konservativen Wünschen treten wir weder mit England noch einer andern Macht in Widerspruch, wohl aber mit jenen Bestrebungen, welche in Südafrika aufräumen wollen mit den selbständigen Staatengebilden und dem Besitzstand anderer europä-

ischer Mächte ... Der Einfall des Dr. Jameson stand in Verbindung mit der ‚Nationalen Partei' in Johannesburg, er sollte das Signal zu einer revolutionären Bewegung sein. Wäre der Schlag gelungen, so standen zunächst anarchische Zustände zu befürchten ... Wir haben bei den Verhandlungen, die sich an die Festnahme Jamesons knüpften, Zurückhaltung beobachtet ... Wir haben ja mancherlei lesen müssen, was für schwarze Pläne wir geschmiedet haben gegen England, wie arglistig wir das Burenvolk in unsere Netze eingesponnen haben, um es als Werkzeug gegen englisches Recht zu gebrauchen ..."

Kaiser Wilhelm bekundete seine Absicht, seinen Großvater recht in den Vordergrund zu stellen, auch beim Festmahl des Brandenburger Provinziallandtags am 20. Februar; er sagte: „Das was geschehen, verdanken wir doch nur dem großen Kaiser Wilhelm und seinem Gottvertrauen. Die ganze Feier, die sich im letzten Jahr abgespielt hat, gipfelte nur in der Verherrlichung dieser uns geradezu heilig gewordenen Persönlichkeit. Sie verkörpert für uns die Vereinigung unseres vielersehnten neuen deutschen Vaterlandes. Es ist für uns die heilige Pflicht, diese Person, das geheiligte Andenken an diesen hohen Herrn rein und hehr zu verteidigen gegen jedermann, er möge kommen, von wo er auch will!" Damit schlug der Kaiser kräftig auf den Tisch.

Angesichts des englischen Flottenprogrammes von 69 neuen Schiffen erschien die deutsche Forderung von drei neuen Kreuzern sehr bescheiden (5. März). Es war das wenigste, was man brauchte, um in der Welt mit etwas Nachdruck aufzutreten. Freilich tadelte bald darauf Bebel das Treiben der Leute in den Kolonien, wie den Dr. K. Peters. Dieser Kritik schloß sich auch Dr. Lieber an. — Staatssekretär v. Marschall äußerte sich am 18. März über Japan: „Eine kräftig aufsteigende Nation, wie die japanische, die in kurzer Zeit durch unermüdliche Arbeit auf allen Gebieten staunenswerte Fortschritte gemacht hat, die gezeigt hat, daß sie ein scharfes Schwert besitzt, kann immer auf die Sympathie der deutschen Nation rechnen. Die Wogen, die der Krieg in Ostasien in Bewegung gesetzt hat, werden sich so bald nicht glätten. Wir haben dort so große Interessen, daß wir auf der Wacht sein müssen."

Als am 21. März der Reichstag sein 25jähriges Bestehen durch ein Festmahl feierte, brachte der Präsident Freih. v. Buol ein Hoch auf den Kaiser, Hohenlohe eins auf Bismarck aus. Bei der Einweihung und Eröffnung des neuen Reichstagsgebäudes war Bismarcks Name nicht genannt worden. — Bismarck empfing zu seinem 81. Geburtstag, 1. April, einen Fackelzug der Hamburger und sagte dabei: „Das Wohlwollen der Nachbarn ist für das Leben des Christen nach dem lutherischen Katechismus ein Bedürfnis, und ich bin erfreut, daß ich mich des Wohlwollens meiner hamburgischen Nachbarn erfreue, ohne es, wie so manches andere Wohlwollen, verloren zu haben ... Hamburg ist für das ganze Stromgebiet der Elbe die entscheidende Hauptstadt, und wenn es Hamburg gut geht, so geht es dem ganzen Elbgebiete nicht schlecht. Eine Handelsstadt

Bismarck.

prosperiert, wenn ihr Hinterland wohlhabend wird. Von dieser Überzeugung komme ich zur Gewißheit, daß die Trennung berufsständischer Interessen unberechtigt ist. Wir arbeiten alle in derselben Richtung: der Kaufmann, der Industrielle, der Landwirt.

Treitschke. Als am 28. April der preußische Hofhistoriograph Heinrich v. Treitschke starb, 61 Jahre alt, telegraphierte der Kaiser: „Ich werde nie vergessen, wie der Verewigte als gottbegnadeter Geschichtschreiber, als begeisterter Patriot und begeisternder Führer der deutschen Jugend für Kaiser und Reich gewirkt hat. Der Name Heinrich v. Treitschke, durch die ‚Deutsche Geschichte‘ mit der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs aufs engste verbunden, wird dem Vaterland allzeit teuer und sein Andenken in Segen sein.“ An die Spitze eines Denkmalkomitees für Treitschke wurde Bismarcks Name gestellt. Von anderer Seite wurde Treitschkes Wirken anders gewertet.

Künste. Bei der Feier des zweihundertjährigen Bestehens der Berliner Akademie der Künste (2. Mai) sprach der Kaiser vom veredelnden Einfluß der Kunst auf die Volksseele, und wie König Friedrich I. und seine Nachfolger mit weitschauendem Blick und schirmender Hand, auch in Zeiten der Not und Trübsal, die Bahnen gewiesen für gedeihliche Gestaltung der vaterländischen Kunst. „Halten Sie fest an den überlieferten Idealen, so können Sie alle Zeit meines kaiserlichen Schutzes und meines besondern Wohlwollens gewärtig sein.“ Das war nicht ohne Beziehung auf die allzu moderne Kunst gesagt.

Einer Deputation aus Bremerhaven sagte Bismarck am 2. Mai: „Ich bin der Meinung, daß in unsern Hansastädten jedes selbständige Unternehmen auch ohne fremde Hilfe seinen Fortgang findet; sie haben gelernt, sich selbst zu helfen . . . Zufrieden ist ja niemand vollständig, und es wäre ein Unglück, wenn es alle wären, es würde alles Streben um Besseres aufhören. Gott hat die Unzufriedenheit als Sporn in uns gepflanzt. Zufriedenheit ist weder auf sozialdemokratischem noch auf anderem Wege möglich. Wir würden lauter faule Hunde werden, wie die Südseebewohner, die unter Palmen liegen und nichts tun als Datteln essen, die abfallen . . . Ihre Bürger haben sich ihr Wohlergehen durch Betriebsamkeit, durch Mangel an Zufriedenheit erhalten. Die Seestädte haben dabei große Kraft entwickelt, wie Lübeck zeigt, das allein lange Zeit in der Ostsee stärker war als Schweden, Dänemark und Rußland zusammen . . .

Nach der Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Frankfurt bei der damit verbundenen Feier des Frankfurter Friedens (10. Mai) telegraphierte Kaiser Wilhelm an Bismarck: „Der Frankfurter Frieden bildet den Abschluß einer gewaltigen Zeit, in welcher Deutschland seine Einigkeit und Größe sowie die ihm im Rate der Völker gebührende Stellung wiedererrang. Welche unvergeßliche Verdienste Sie, mein lieber Fürst, sich hierbei erwarben, Ihnen heute von neuem in Dankbarkeit und Verehrung auszusprechen, ist mir Bedürfnis und Pflicht. Neben dem Namen des großen Kaisers Wilhelm wird der Name seines großen Kanzlers

in der Geschichte allezeit glänzen, und in meinem Herzen wird das Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit gegen Sie nie ersterben.“ — Beim Festessen feierte der Kaiser seinen Großvater als das „auserwählte Rüstzeug“, das „Vorbild für uns andere, für alle Monarchen, die nur dann etwas für ihr Volk erreichen können, wenn sie fest darauf gegründet sind, daß ihr Amt, vom Himmel ihnen verliehen, sie auch dazu zwingt, dereinst dem Himmel dafür Rechenschaft zu geben ... Noch ein Wort des Dankes für unsere Armee. Er schuf sich dieses Instrument ... Ich spreche die Hoffnung aus, daß es der Stadt Frankfurt beschieden sein möge, wie meinem ganzen Volk und Vaterland, noch ferner in langer Friedenszeit sich zu entwickeln, daß auch wie bisher der deutsche Michael, in goldener Wehr strahlend, vor dem Tore des Friedenstempels der Welt stehend, dafür sorgen wird, daß niemals irgendein böser Geist imstande sei, den Frieden unseres Landes ungerächt zu stören.“

Kaiser Wilhelm ließ wieder ein von ihm entworfenes Bild durch den Maler H. Knackfuß ausführen und verbreiten. Es trug die Unterschrift „Niemand zu Liebe, niemand zu Leide! Wilhelm I. R.“ und knüpfte an die von ihm am 10. Mai bei der Friedensfeier zu Frankfurt a. M. gesprochenen Worte an. Vor einer romanischen Halle mit der Inschrift „Pax“, mit Engeln und Frauen in friedlicher Beschäftigung, steht der deutsche Michael als Friedenshüter in mittelalterlicher Rüstung und Michael.
mit den Abzeichen des Deutschen Ordens in Preußen, das Ordenskreuz auf der Brust, schwarze Adler auf Schild und Wappenrock. Vorne versuchen einige Teufel vergebens gegen ihn anzustürmen, einer mit Lanze, der zweite mit Geißel oder Knute, der dritte mit Fackel, der vierte mit Flammenschwert, ein fünfter und sechster (mit Schlange) sind nur halb sichtbar. Vielleicht haben sie auch Beziehungen auf gewisse Mächte (Ill. Ztg., 10. Okt.).

Bismarck fühlte sich einer mecklenburgischen Abordnung gegenüber Mecklenburg.
am 16. Mai als näher verwandt: „Die ganze niederdeutsche Bewohnerschaft, die plattdeutsch spricht, umfaßt unsere alten (preußischen) Provinzen so gut wie Ihr Land. ‚Wie spräkt datsülbe Plattdütsch.‘ Ich habe Zeiten erlebt, wo, wenn ich im fernen Orient einen Mecklenburger gesehen hätte, ich ihn als einen engeren Landsmann betrachtet haben würde, einen Süddeutschen aber nicht. Das ist Gott sei Dank gehoben ... Friedrich der Große war kein angenehmer Nachbar, weder für Mecklenburg noch für Sachsen, noch für Österreich, noch für Polen; das sind vergangene Zeiten, aber seit der Königin Luise sind wir immer freundliche Nachbarn geblieben.“ Und später: „Was Handwerk und Gewerbe, die Landwirtschaft an der Spitze, und die Industrie betrifft, die bei Ihnen noch nicht zur Krankheit geworden ist, wie in andern Stellen des Reiches, da müssen wir doch alle zusammenhalten. Je älter ich werde, desto mehr werde ich Schutzzöllner, und ich weiß noch nicht, wie das enden soll, wenn ich noch älter werde.“

Ein peinlicher Zwischenfall ergab sich, als bei den Moskauer Krönungsfeierlichkeiten die Rede war vom „Prinzen Heinrich von Preußen

und den in dessen Gefolgschaft erschienenen deutschen Fürstlichkeiten". Prinz Ludwig von Bayern wies sofort (5. Juni) diesen Ausdruck zurück: „Wir sind nicht Vasallen, sondern Verbündete des Deutschen Kaisers. Als solche sind wir vor fünfundzwanzig Jahren dem damaligen Könige von Preußen treu zur Seite gestanden. Und sollte eine ähnliche Zeit wiederkehren, dann würde auch ganz Deutschland wieder zusammenstehen." Manche Stimmen fanden, der Prinz hätte über den gewiß nicht böse gemeinten Ausdruck in anderer Weise hinweggehen sollen, ohne einen Mißklang inmitten einer fremden Nation und bei einer solchen Feier; andere fanden es recht, daß er der preußischen Überhebung eine Lektion gegeben habe. Der Prinz schrieb darüber sofort dem Kaiser und glich später die Sache auch durch einen Besuch aus.

Ludwig von Bayern.

Bei einem Festessen, das der Kaiser am 13. Juni den englischen „Seearchitekten" gab, sprach er: „Ich hoffe, daß der herzliche Empfang, den Sie hier gefunden haben, die Wahrheit des Sprichworts bestätigt hat: Blut ist stärker als Wasser." Dabei machte er die Mitteilung vom Sieg seiner Yacht „Meteor" über die „Britannia".

Als der Zar eine Regimentsdeputation nach Potsdam schickte, sprach der Kaiser einen Toast auf den Zaren, indem er sagte: „Seine Majestät hat die Gnade gehabt, mir ein außerordentlich gnädiges und freundliches Telegramm zu schicken . . ." (9. Juni).

Am 18. Juni weihte der Kaiser das eigenartige Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf dem Kiffhäuser ein, „welches Hunderttausende von alten Kriegern dem Andenken an Kaiser Wilhelm I. auf diesem sagenumwobenen Berge gewidmet haben: der würdige Schlußstein für die Gedenkfeier der Siegestage des großen Krieges . . . Es soll ein Mahnzeichen sein, Deutschlands Ehre und Wohlfahrt höher zu stellen als alles irdische Gut . . . Möge es dem deutschen Volke nie an Männern fehlen, welche denen gleichen, die dem Großen Kaiser dienen und zur Vollendung seines Lebenswerkes mitwirken durften!"

Kiffhäuser.

Die militärische Welt aller Nationen verfolgte mit größter Aufmerksamkeit die am 13. und 14. August im Verlauf von dreißig Stunden glücklich erfolgte Durchfahrt der gesamten deutschen Übungsflotte durch den Nordostseekanal.

Bei der Enthüllung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Breslau (4. Sept.) sagte der Kaiser: „Durch das Schwert meines großen Vorfahren erworben und von seinen Nachfolgern ausgebaut, gehegt und gepflegt als eine der schönsten Provinzen unseres Königreiches, so habe ich auch Schlesien von meinen Vorfahren übernommen . . . Wahrlich, wenn man durch die herrlichen Gefilde dieses schönen Landes hindurchreist, so erfüllt einen immer wieder Freude und Stolz, daß dieses herrliche Stückchen Erde der Krone Preußens gehört . . . Daß es der Provinz beschieden sein soll, Zeuge eines großen historischen Vorgangs zu sein, das sehe auch ich als eine besondere Fügung Gottes an. War es doch gerade hier, wo die traditionelle Freundschaft zwischen zwei gewaltigen Fürstenhäusern sich

Breslau.

entspann . . ." Das bezog sich nämlich auf den mit Spannung erwarteten Besuch des Zarenpaars, das am 5. September in Breslau eintraf. Zar. Der Kaiser begrüßte es bei der Festtafel mit den Worten: „Gestatten Euere Majestäten, daß ich meinen herzlichsten und innigsten Dank Eueren Majestäten zu Füßen lege für den huldvollen Besuch, den Sie beide uns heute abstatten, und für die Ehre, die dem 6. Armeekorps zuteil geworden, vor Euerer Majestät defilieren zu dürfen. Der Jubel, der aus Breslau Euerer Majestät entgegengeschlagen ist, ist der Dolmetsch der Gefühle nicht nur der Stadt, nicht nur der Provinz, sondern meines gesamten Volkes. Es begrüßt in Euerer Majestät den Träger alter Tradition, den Hort des Friedens. Auf dem Boden begrüßt sie das Volk, wo dereinst Euerer Majestät glorreicher Ahnherr mit meinem Urgroßvater zusammen gewesen ist . . ." Die Antwort des Zaren auf diesen feurigen Trinkspruch war überaus kühl; er befand sich ja auf dem Wege zum französischen Verbündeten, dem Todfeind des Deutschen Kaisers. Zudem erfolgte die Mitteilung der wenigen Worte in zwei Lesarten. In beiden sprach der Zar von den traditionellen Gefühlen, die er teile, in der einen Fassung hieß es aber „wie mein Vater", in der anderen offiziellen „wie Euere Majestät". Nun war aber der Vater des Zaren entschieden antideutscher Gesinnung. Aus der Verschiedenheit der Fassungen entspann sich ein langer Preßprozeß, der erst am 7. Dezember mit der Verurteilung einiger Journalisten und dem Aufwirbeln einer Staubwolke von Intrigen endete. Der „Vorwärts" verglich den Prozeß mit dem über das Halsband der Königin Marie Antoinette, der die Revolution einleitete. Auch Bismarcks Familie wurde mit hineingezogen. Das ganze wurde in einem am 7. Oktober zu Hubertusstock stattgehabten Kronrat besprochen.

Noch am 7. September sprach der Kaiser an der Paradetafel zu Görlitz Görlitz. davon, daß es dem Korps vergönnt war, „unter den Augen meines geliebten Nachbars und Vetters zu erscheinen. Wir stehen noch alle unter dem Zauber der jugendfrischen Gestalt des ritterlichen Kaisers . . . Er, der Kriegsherr über das gewaltigste Heer, will doch nur seine Truppen im Dienst der Kultur verwendet wissen und zum Schutze des Friedens. In völliger Übereinstimmung mit mir geht sein Streben dahin, die gesamten Völker des europäischen Weltteils zusammenzuführen, um sie auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zu sammeln zum Schutze unserer heiligsten Güter." Aber sofort traten Handelsschwierigkeiten mit Rußland ein; man klagte über illoyale Handhabung des Vertrags durch russische Behörden. Und auch die Russen beschwerten sich. Dazu kamen die Nachrichten über die russisch-französische Annäherung und Verbrüderung. Manche Stimmen sprachen von unmittelbarer Kriegsgefahr. Die Bismarckische Presse klagte wieder Caprivi an, er habe es nicht verstanden, die vom alten Kurs wohlgepflegten doppelseitigen Beziehungen zu Rußland und zu Österreich festzuhalten, er habe sie als „zu kompliziert" preisgegeben. Ruhigere Stimmen sahen an sich nichts Bedrohliches; der russisch-französische Vertrag sei ebenso wie der

Dreibund nur zur Abwehr und zur Erhaltung des Friedens da. Der Zar denke nicht daran, den Franzosen zur Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen zu helfen. Die Auffassung wurde noch ruhiger, als im Oktober das russische Kaiserpaar in Darmstadt weilte und gegenseitige Besuche mit dem Deutschen Kaiser hier und in Wiesbaden stattfanden.

Da kam die größte Sensation des Jahres. Die „Hamburger Nachrichten" brachten am 24. Oktober, offensichtlich von Bismarck selbst angeleitet, sehr indiskrete Enthüllungen über den sogenannten Rückversicherungsvertrag mit Rußland, den Bismarck neben dem Dreibund geschlossen hatte. Der Artikel besagte in Widerspruch mit Behauptungen der „Vossischen Zeitung", das gute Einvernehmen der deutschen und der russischen Politik sei schon in Skierniewice (1884), also sehr bald nach dem Thronwechsel und dem Ausscheiden Gortschakows hergestellt worden, und es blieb so bis 1890. Es war ausgemacht worden, daß, wenn eines der beiden Reiche angegriffen würde, das andere wohlwollend neutral bleiben solle. Dieses Einverständnis ist nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck nicht erneuert worden. Graf Caprivi war es, der die Fortsetzung dieser gegenseitigen Assekuranz ablehnte, während Rußland dazu bereit war. Dazu kam auch der gegen Rußland gerichtete preußische Polonismus. — Dieser Artikel hatte eine ungeheure Wirkung. Bismarck wurde ziemlich allgemein als der Verfasser oder doch als der Veranlasser angenommen, und man bezeichnete ihn als doppelten Verräter, erstens wegen des damaligen Verrats am Dreibund und dann als Staatsverbrecher wegen der nunmehrigen Veröffentlichung geheimer Tatsachen. So sagte die freisinnige „Posener Zeitung": „Bismarck hat das große Glück gehabt, daß er die Folgen seiner Politik nicht als aktiver Politiker zu erleben und selber zu ziehen brauchte, daß er in der Rolle eines Zuschauers eine Situation bekritteln konnte, die möglichenfalls unter seiner Leitung noch verworrener gewesen wäre. Es bleibt tief beklagenswert, daß Graf Caprivi schweigt. Er hätte uns viel zu sagen, aber vielleicht gerade darum schweigt er. Mit gelassener Ruhe mag er dem aufgeregten Treiben des gealterten Herrn aus dem Sachsenwalde zusehen." Und die „Frankfurter Zeitung": „Der Vorwurf richtet sich auch gegen Kaiser Wilhelm II., ohne dessen Zustimmung Caprivi nicht vorgegangen sein kann." Die „Kölnische Zeitung": „Viele wackere deutsche Männer quält geradezu die Vorstellung, daß ein Bismarck aus persönlichem Groll gegen Caprivi sich am Vaterlande versündigen könne." — Die „Allgemeine Zeitung" suchte Bismarck zu entlasten; sein Rückversicherungsvertrag ging den Dreibund gar nichts an, konnte ihn gar nicht schädigen. Das war allerdings nicht richtig: im Falle einer Spannung zwischen Österreich und Rußland, die zum Ausbruch eines Kriegs geführt hätte, wie das ja 1914 wirklich der Fall war, hätte die deutsche Regierung die Wahl gehabt, den Teil

Enthüllungen.

den sie aussuchte, als den Angreifer anzusehen und ihm nicht zu helfen. Insofern war allerdings der Rückversicherungsvertrag eine völlige Lahmlegung des Bundes mit Österreich und entwertete ihn für Österreich, ja machte ihn zu einer Falle für Österreich. Das mochte Wilhelm I., durch Bismarck beeinflußt, übersehen, Friedrich III. fand keine Zeit mehr dazu, hier einzugreifen, Wilhelm II. mußte aber sofort nach Übernahme der Regierung 1888 das völlig Unzulässige einer solchen Zweizüngigkeit empfinden. Er befand sich allerdings in der Zwangslage, den 1887 auf drei Jahre verlängerten Rückversicherungsvertrag mit Rußland von 1884 erst 1890 durch Nichterneuerung lösen zu können. Darauf mußte er aber als loyaler Regent bestehen und Bismarck fortschicken, als sich dieser weigerte, es zu tun. Offiziös erklärte der „Reichsanzeiger" am 27. Oktober, die Regierung werde zu dieser Sache das Wort nicht ergreifen. „Diplomatische Vorgänge der von den Hamburger Nachrichten erwähnten Art gehören ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen; sie gewissenhaft zu wahren, beruht auf einer internationalen Pflicht, deren Verletzung eine Schädigung wichtiger Staatsinteressen bedingen würde. Die kaiserliche Regierung muß daher auf jede Klarstellung verzichten, sie wird jenen Auslassungen gegenüber weder Falsches berichtigen, noch Unvollständiges ergänzen, in der Überzeugung, daß die Zuversicht in die Aufrichtigkeit und die Vertragstreue der deutschen Politik bei anderen Mächten zu fest begründet ist, als daß sie durch derartige ‚Enthüllungen' erschüttert werden könnte." Damit wurde also Bismarck direkt des Staatsverrats beschuldigt.

Vergebens suchte sich Bismarck durch die „Hamburger Nachrichten" vom 31. Oktober gegen diese schwere Anklage zu rechtfertigen. Diplomatische Vorgänge dieser Art gehörten nicht zu den „strengsten Staatsgeheimnissen", sondern sie „gehören der Geschichte an und den Archiven; ihre Geheimhaltung war für uns wie für den Dreibund von Hause aus kein Bedürfnis, sie erfolgte lediglich auf russischen Wunsch, und die Situation, auf welcher dieser Wunsch damals beruhte, besteht heute nicht mehr. Im deutschen Interesse hätte unserer Ansicht nach die volle Veröffentlichung gelegen, da der ganzen Sache für uns nicht etwa ein Pudendum zugrunde liegt, sondern ein berechtigter Anlaß für alle friedliebenden Angehörigen des Reiches wie des Dreibundes, mit Genugtuung auf den Vorgang zurückzublicken . . . Die Behauptung, daß das 1890 abgelaufene deutsch-russische Abkommen mit der Treue gegen den Dreibund nicht verträglich wäre, ist vollständig aus der Luft gegriffen für jeden, der es kennt und der die Dreibundverträge auch nur oberflächlich liest."[1]) Es werden nun einige Möglichkeiten besprochen, nicht aber die zunächst liegende fatale Möglichkeit, daß das deutsche Reich mit Beziehung auf den Rückversicherungsvertrag „wohlwollend" zusehen könnte, wie Österreich von Rußland vernichtet würde, unter dem schwer zu widerlegenden Vorwand, Österreich sei der Angreifer.

Staatsgeheimnisse.

[1]) Außer den Regierungen in Berlin u. s. w. kannte aber nur Bismarck das Abkommen mit Rußland und das mit Italien.

Die unglaubliche Lahmheit der Bismarckschen Verteidigung wurde vom „Reichsanzeiger" am 3. November also bloßgestellt: „Die Frage, von welchem Zeitpunkt an geheime diplomatische Vorgänge den Charakter von Staatsgeheimnissen verlieren, kann ausschließlich von leitenden Staatsmännern auf Grund ihrer Verantwortlichkeit und ihrer besonderen Kenntnis der politischen Lage entschieden werden. Jede Abweichung von diesem Grundsatz würde die auswärtige Politik Überraschungen und Erschütterungen aussetzen und damit das Staatsinteresse gefährden. Hat Deutschland bedingungslos die Zusage erteilt, sowohl die Tatsache wie den Inhalt der vor 1890 mit Rußland geführten Verhandlungen geheim zu halten, so dauert diese Verpflichtung für alle, die darum wissen, auch heute noch unverändert fort. Damit entfällt auch die Möglichkeit, auf den sachlichen Inhalt jener Verhandlungen einzugehen." Andere Stimmen fanden es unverantwortlich von Bismarck, daß er, der nicht mehr in die Vorgänge der neueren Zeit eingeweiht war, Enthüllungen brachte, von denen er nicht wissen konnte, welchen Schaden sie anrichteten. Die „Germania" bemerkte: „Die jetzige Regierung darf mit Genugtuung verzeichnen, daß die ganze deutsche Presse, von den Trabanten Bismarcks abgesehen, ohne Unterschied der Partei in dieser Frage auf ihrer Seite steht. Sie wird die maßvolle Haltung der Presse auch darin erkennen, daß bis jetzt noch kein Blatt zu einem strafrechtlichen Vorgehen gegen den Altreichskanzler angeraten hat, wie es Bismarck ganz gewiß nicht unterlassen haben würde." Das war eine Anspielung an die Arnimprozesse. Die „Preußischen Jahrbücher" gestanden, die Enthüllung sei bedauerlich, da dadurch bei den Bundesgenossen der Eindruck einer ungeheuren Treulosigkeit Deutschlands hervorgerufen sei; darum suchten sie auszuführen, das deutsch-russische Abkommen sei nicht gegen Österreich, sondern gegen England gerichtet gewesen. Als man dem Fürsten von Preßdrohungen sprach, daß ihm „der Prozeß gemacht werden müsse", sagte er (nach den Leipziger Neuesten Nachrichten): „Ich meinerseits habe gar nichts dagegen, wenn sie mir einen dramatischen Abschluß gestatten wollen ... Ich fühle mich nicht so hinfällig, wie die Herren glauben."

Österreich.

In Österreich richteten sich scharfe Angriffe gegen die unzuverlässige und doppelzüngige Politik Bismarcks, doch wurde allgemein der gegenwärtigen deutschen Regierung volles Vertrauen ausgesprochen. Sehr interessant war die Meldung der „Agenzia Italiana": „Der zwischen Deutschland und Rußland bestehende Neutralitätsvertrag war für die italienische Regierung kein Geheimnis. Dieselbe wußte jedoch, daß die Bestimmungen dieses Vertrages dem Texte der Abmachungen zwischen Deutschland und Italien sowie zwischen Italien und Österreich in keiner Weise widersprechen." Sehr richtig, aber sie widersprachen den Abmachungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich. Darum blieben sie ja unter Bismarcks Regierung ein

Geheimnis für Österreich und darum wurden sie ja loyalerweise von Wilhelm II. nicht mehr erneuert. — Ironisch bemerkte eine russische Stimme („Nowoja Wremja"): „Alle diese Enthüllungen haben Bezug auf eine Phase, die gegenwärtig bereits ganz in den Hintergrund getreten ist." Im gleichen Sinn schrieb das französische „Journal des Débats": „Einer der Gründe, die den Fürsten Bismarck zu den Enthüllungen veranlaßt haben, ist, neben der persönlichen Rachsucht, zweifellos auch der Wunsch, Frankreich in bezug auf den Charakter und die Dauerhaftigkeit seines neuen Bündnisses etwas Unruhe einzuflößen. Es scheint in der Tat, daß Rußland sich nach unserer Seite geneigt hat, weil es den Vertrag mit Deutschlaud nicht erneuern konnte. Doch was schadet das, wenn die Scheidung von Berlin endgültig ist? Wir empfinden keinerlei rückschauende Eifersucht, wir wußten sehr gut, daß Rußland der Freund und Bundesgenosse Deutschlands war. Dagegen war es sehr gut, auszusprechen, daß es seit 1890 Herrin seiner Freiheit war. Darüber hat uns Herr v. Bismarck sehr wertvolle Aufklärung gegeben. Wir hätten Grund gehabt, uns zu beklagen, wenn Rußland, als es mit uns abschloß, noch eine geheime Abmachung mit Deutschland gehabt hätte; eine solche Herrn v. Bismarck nachgeahmte Politik hätte uns verdächtig erscheinen können. Aber Herr v. Bismarck selbst hat Sorge getragen, uns zu versichern, daß dem nicht so ist." Fast die gesamte englische Presse verurteilte die Enthüllung als eine tadelnswerte und schädliche Indiskretion Bismarcks.

Rußland. Frankreich.

In einer Unterredung mit einer Persönlichkeit vom „Neuen Wiener Tagblatt" (15. Nov.) suchte Bismarck unter anderm die unleugbare Tatsache, daß der deutsch-russische Vertrag in Wien amtlich nicht bekanntgegeben wurde, zu verschleiern. Auch der Widerspruch des Vertrags mit dem Lombardverbot gegen russische Werte wurde von ihm umgangen. Die „Hamburger Nachrichten" widersprachen; das „Wiener Tagblatt" beharrte.

Im Reichstag brachte das Zentrum am 16. November eine Interpellation über die Enthüllungen ein, die, wie Graf Hompesch ausführte, im In- und Ausland Mißtrauen gegen die Vertragstreue der deutschen Regierung hervorgerufen habe. Fürst Hohenlohe lehnte ab, etwas über die Geheimverträge zu verraten. Jedenfalls habe sich als Folge jener Politik eine ungünstige Veränderung in den Beziehungen zu Rußland nicht fühlbar gemacht. Die Wolke des Mißtrauens, welche sich im ersten Augenblick wegen der Stellung Deutschlands im Dreibund und zu den andern europäischen Mächten gezeigt hat, sei wieder verschwunden und das Verhältnis zu den Verbündeten ist nach wie vor getragen von unbedingtem gegenseitigen Vertrauen. Staatssekretär v. Marschall sprach ergänzend gegen den Grundsatz, daß die Rückversicherung angeblich die Versicherung stärke: „Bei aller Bewunderung des staatsmännischen Gedankens, der darin liegt und der in seinen letzten Konsequenzen dahin führen könnte, durch ein Netz von Verträgen den Frieden dauernd zu sichern, so wird der Zweifel laut, ob durch die Mehrheit der Verträge der Wert derselben sich steigert ... Es ist immer die Frage

Reichstag. Marschall.

zu entscheiden, wer der Angreifende und wer der Angegriffene ist. Bei einem Bündnisvertrage muß immer auf die gegenseitigen Gesinnungen gerechnet werden ... Die abstrakte Form hält gegenüber diesen Erwägungen nicht stand ... Ich weiß, daß in unserm Vertrag mit Österreich von 1879 wir verpflichtet sind, wenn es von Rußland angegriffen wird, ihm mit unserer ganzen Kriegsmacht beizustehen ... Wir konnten in die Lage kommen, daß bei einem Konflikt zwischen Österreich und Rußland wir von der einen Seite angegangen wurden um wohlwollende Neutralität, von der andern um Unterstützung mit der ganzen Kriegsmacht. Wir mußten dann die Frage entscheiden, wer der Angreifer und wer der Angegriffene sei." Das sind die Gründe, die Caprivi bestimmten, die Rückversicherung aufzugeben. Es ist dadurch keine Verminderung der Friedensgarantien eingetreten. „Unsere Beziehungen zu Rußland beruhen auf festeren und dauerhafteren Grundlagen, auch auf der Freundschaft der herrschenden Familien, der Friedensliebe der Souveräne und Regierungen, auf dem Vorhandensein gemeinsamer, dem Mangel divergierender Interessen ... Unsere äußere Politik ist nach wie vor dadurch gekennzeichnet: treues, unentwegtes Festhalten an unserm Bündnis mit Österreich-Ungarn und mit Italien, Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland, Erhaltung guter und freundlicher Beziehungen zu den andern Mächten, Bereitwilligkeit, allzeit unsere Machtstellung in die Wagschale des Friedens zu werfen." — Dr. Lieber äußerte sich unbefriedigt von diesen Erklärungen. Vor allem stehe denn doch ein derartiges geheimes Abkommen in Widerspruch mit den Dreibundverträgen. Richter griff Bismarck an, der sich erstens eines Vertrauensbruchs gegen Österreich schuldig gemacht habe durch den Abschluß jenes Vertrags, und zweitens gegen Rußland durch dessen Veröffentlichung. Die deutsche Politik sei dadurch diskreditiert. Fürst Bismarck habe sich des Verrats eines Staatsgeheimnisses schuldig gemacht, aber mit Rücksicht auf sein hohes Alter und sein Verdienst müsse Gnade für Recht ergehen. Liebknecht sagte gleichfalls, Bismarck habe Österreich durch jenes Abkommen verraten; die doppelte Moral der Diplomaten müsse aufhören, und auch die geheimen Verträge. Andere suchten Bismarck zu verteidigen.

Lieber.

Bismarck ließ auch noch im Dezember durch die „Hamburger Nachrichten" andeuten, daß seit 1891 eine russisch-italienische Übereinkunft bestehe, obwohl der Minister Rudini es ableugne. Es sei tatsächlich eine Übereinkunft erfolgt, laut welcher Rußland als Äquivalent für Italiens Zugeständnisse in der Orientpolitik die Verpflichtung übernahm, unter gewissen Voraussetzungen zugunsten Italiens in Paris zu vermitteln; aber auch darin liege keine Verletzung der Dreibundspflichten Italiens.

Bismarck.

In der innern Politik versuchte die reichsdeutsche Regierung durch

eine Gesetzvorlage über Börse und Depots den Auswüchsen der Spielsucht entgegenzuwirken (9. Jan.). Die andauernd ungünstige Lage der Landwirtschaft suchte Graf Kanitz durch den (abgelehnten) Antrag auf Schaffung eines Getreideeinfuhrmonopols zu heben. Die größte Leistung war die Schaffung eines gemeinsamen Bürgerlichen Gesetzbuches. Glänzend war die Entwicklung des Postwesens. Staatssekretär Dr. v. Stephan konnte über die Vermehrung der Postanstalten, Briefträger, Telegramme, über den Fernsprechverkehr am 20. Januar dem Reichstag einen statistischen Bericht vorlegen. Unerledigt blieben katholische und polnische Beschwerden. Bachem beklagte sich über Zurücksetzung der Katholiken in allen Ämtern.

Im Februar wurde in Börsen- und Handelskreisen ein Bund zur Abwehr agrarischer Übergriffe gegründet; dieselben Kreise protestierten gegen das Börsengesetz. Das Zentrum beanstandete manche Auffassung des bürgerlichen Gesetzbuchs über Familien- und Eherecht; derlei entspräche mehr dem modernen Liberalismus als dem christlichen Glauben. Die Sozialdemokraten fanden die Vorlage veraltet und arbeiterfeindlich. Schwierigkeiten machte die Währungsfrage; die Landwirte waren für Bimetallismus. Lieber plädierte für Unterdrückung des Duells. In der Generalversammlung des Bundes der Landwirte (18. Febr.) wurde geklagt, daß der landwirtschaftliche Mittelstand verschwinde; darunter leide auch das Heer. Auf dem Parteitag der „christlichsozialen Partei" zu Frankfurt a. M. (26. Febr.) stellte man sich gegen Konservative und Agrarier, fand allerdings auch, daß Naumann der Sozialdemokratie zu weit entgegenkomme und nur für die Not des vierten Standes Sinn habe; auch für die Judenfrage habe er kein Auge, er wolle den Klassenkampf, nicht die Versöhnung. Stöcker, der förmlich aus der konservativen Partei ausgetreten war, sprach ebenso. Der Kampf gegen den Umsturz müsse unter der Fahne des lebendigen Christentums geführt werden. Christlichsoziale.

Der Abgeordnete Freiherr v. Stumm legte in einer Versammlung zu Neunkirchen (12. April) seine Stellung zur christlichsozialen Partei dar und erklärte ihre Führer beider Richtungen, Stöcker wie Naumann, für gefährlicher als die Sozialdemokraten. Die Landeskirche müsse zugrunde gehen, wenn es dem Kirchenregiment nicht gelinge, dieser antimonarchischen und antichristlichen Bewegung Herr zu werden. Er teilte mit, daß der Kaiser in einem Telegramm dieselbe Ansicht ausgesprochen habe. Darüber entstand eine gewaltige Aufregung; die Pastoren des Saargebietes verteidigten sich in einer Broschüre „Freiherr von Stumm-Halberg und die evangelischen Geistlichen im Saargebiet". Das von Stumm erwähnte Telegramm des Kaisers wurde am 9. Mai von der „Post" veröffentlicht; es war vom 28. Februar datiert und an Geheimrat Hintzpeter, den Erzieher des Kaisers, gerichtet. Es lautete: „Stöcker hat geendigt, wie ich es vor Jahren vorausgesagt habe. Politische Pastoren sind ein Unding. Wer Christ ist, der ist auch ‚sozial'. Christlichsozial ist Unsinn und führt zu Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christentum schnurstracks zuwiderlaufend. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus Stumm.

dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht.“ Darüber freute
Stöcker. sich sehr die freisinnige Presse, sie erklärte Stöcker von nun an für politisch tot und begrüßte die Verurteilung der christlichsozialen (antisemitischen) Bestrebungen. Der „Vorwärts“ schrieb aber: „Die jetzt betätigte liberale Lakaienhaftigkeit macht einen geradezu kläglichen Eindruck.“ Und die „Kölnische Volkszeitung“: „Freiherr v. Stumm hat den Kaiser als obersten Landesbischof gegen die christlichsozialen Geistlichen auszuspielen gesucht. Der Scharfmacher Stumm hat schon viel Unheil auf sozialpolitischem Gebiet angerichtet und der Sozialdemokratie so viele Dienste geleistet, wie selten ein Mann. Es sollte ihm das Handwerk gelegt werden, daß er gegen alle Anschauungen, die ihm nicht passen, die Person des Kaisers ausspielen darf.“ In Stöckerschen Organen wurde dargelegt, daß der Kaiser falsch unterrichtet sei. Das „Volk“ schrieb: „Wir haben das Recht und die Pflicht, in aller Ehrerbietung die schmerzlich bewegte Frage auszusprechen: ‚Warum schlägst du mich?‘“ Die „Hilfe“: „Wenn der Kaiser ahnte, welche staatserhaltende Kraft im Christlichsozialen liegt, dann würde er anders urteilen.“ Stöcker schrieb in der „Deutsch-Evangelischen Kirchenzeitung“: Die Reichspolitik hat anderthalb Jahrzehnte hindurch das christlichsoziale Programm verwirklicht. Der gegenwärtig regierende Monarch selbst hat als Prinz Wilhelm die christlichsoziale Tätigkeit als das Mittel zur Überwindung der Sozialdemokratie bezeichnet. Die christlichsoziale Bewegung in Berlin hat den Anstoß dazu gegeben und treulich mitgewirkt, daß die Hauptstadt kirchlich erobert und von starken monarchisch gesinnten Bevölkerungsschichten durchzogen ist. Seitdem der christlichsoziale Gedanke verfemt ist, beherrscht der Umsturz politisch die Hauptstadt. Diesen Tatsachen gegenüber wird es doch schwer sein, das Wort ‚Christlichsozial ist Unsinn‘ aufrechtzuerhalten. Wir glauben, daß die, welche es veröffentlichen, dem Vaterlande und der Monarchie keinen guten Dienst geleistet und eine große Verantwortung auf sich geladen haben.“

Nach neuen Resolutionen gegen das Duellunwesen wurde auch das Börsengesetz weiter beraten und der Getreideterminhandel verboten, gegen die Meinung der Nationalliberalen. Gegen die Sozialdemokraten wurde im Mai scharf vorgegangen, Bebel, Auer und Singer wurden zu Geldstrafen verurteilt; der Parteivorstand wurde aufgelöst. Der internationale Bergarbeiterkongreß zu Aachen (26. Mai) beschloß Verbot der Frauenarbeit in diesem Industriezweig, Verbot der Überstunden, Minimallöhne, Haftpflicht der Arbeitgeber für alle Unfälle.

Im Juni wurde der Handelsvertrag mit Japan genehmigt. Der Kaiser empfing den außerordentlichen chinesischen Botschafter Li-Hung-Tschang. Vergeblich waren die Versuche, die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu bewirken, vergeblich die Einwände gegen die Zivilehe im neuen bürgerlichen Gesetzbuch. Die antisemitische Partei tadelte es, daß das

Gesetzbuch das Großkapital begünstige und den Mittelstand schädige. Die Annahme erfolgte aber am 1. Juli. Mit Nein stimmten die Sozialdemokraten und einige andere (48 gegen 222 Ja). Manche protestierten gegen die Durchpeitschung eines so wichtigen Gesetzbuchs. Andere feierten diesen Sieg des nationalen Gedankens, den größten seit der Reichsgründung. Mit Recht bemerkte die „Kreuzzeitung“: „Das Eine scheint schon heute festzustehen, daß die Annahme nichts Abschließendes darstellt, daß damit vielmehr nur die Grundlage gegeben ist für eine fortschreitende Neugestaltung des nunmehr geeinten Rechtes, ein Vorgang, der wohl nie ganz zum Stillstand gelangen wird.“ Die „Kölnische Volkszeitung“ rühmte, „daß gerade dieser Reichstag, in dem das Zentrum eine ausschlaggebende Stellung einnimmt, das große Gesetzgebungswerk so glatt und glücklich zustande gebracht hat.“ Mit Recht wurde auch darauf hingewiesen, daß sich das Kanonische Recht mit der obligatorischen Zivilehe leichter vertrage als mit der fakultativen. Bürgerliches Gesetzbuch.

Nachdem Stöcker vom Präsidium des „Evangelisch-sozialen“ Kongresses zurückgetreten war (während Professor Adolf Wagner als Ehrenpräsident blieb), erließ er mit Nathusius und Weber im „Volk“ am 20. Juli einen Aufruf zur Bildung eines „kirchlichsozialen“ Kongresses, der sich von der allzu modernen Theologie freihalten sollte. „Nur das unverfälschte biblische Evangelium und eine kirchliche Tätigkeit, die auf dem Glauben an die Heilstatsachen ruht, wie sie in unsern Bekenntnissen bezeugt sind, kann dem Volksleben die rechten heiligenden Kräfte der Erneuerung zuführen. Nur ein soziales Wirken, das mit besonnener Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene die Verhältnisse bessern und die Klassen versöhnen will, schließt die Möglichkeit der Hilfe in sich.“ Professor Adolf Wagner erklärte allerdings die Behauptung vom Vorherrschen der modernen Theologie in den Kreisen des evangelischsozialen Kongresses für unrichtig. Stöcker.

Am internationalen Frauenkongreß zu Berlin (19. bis 27. Sept.) nahmen 1500 Frauen, aber keine Sozialisten teil. Ein im Oktober neugegründetes Organ „Die Zeit“ sollte den Anschauungen Fr. Naumanns dienen.

Auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei in Sieb-leben bei Gotha (11. bis 16. Okt.) referierte Bebel über den internationalen Sozialistenkongreß in London und die Reibereien zwischen Trades Unions und sozialdemokratischer Föderation, über die Störungsversuche der Anarchisten. — Eine heftige Bewegung setzte ein, als am 12. Oktober in Karlsruhe der Leutnant v. Brüsewitz den Mechaniker Siepmann erstach, der ihn tätlich beleidigt hatte. Es folgte eine Interpellation darüber im Reichstag (17. Nov.). Dabei sagte der konservative Graf Mirbach über das Duell: „Mögen sie noch so drakonische Strafen einführen, eine Vermögenskonfiskation oder Expatriierung: ich würde lieber als Zuchthäusler und Bettler dem Vaterlande den Rücken kehren, als mir in solchen Fällen nicht selbst Satisfaktion verschaffen.“ Sozialisten.

An der Delegiertenversammlung der jüngeren Christlichsozialen (Nationalsozialen) zu Erfurt (22. bis 25. Nov.) nahmen teil die Pastoren Naumann, Göhre, Lau, Traub, die Professoren Sohm, Max Weber, Redaktor v. Gerlach. Es hieß im Programm: „... Wir wollen eine Vergrößerung des Anteils, den die Arbeit in ihren verschiedenen Arten und Formen in Stadt und Land unter Männern und Frauen an dem Gesamt- Naumann.

ertrag der deutschen Volkswirtschaft hat, und erwarten sie nicht von den Utopien und Dogmen eines revolutionären Marxistischen Kommunismus, sondern von fortgesetzter politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Arbeit auf Grund der vorhandenen Verhältnisse, deren geschichtliche Umgestaltung wir zugunsten der Arbeit beeinflussen wollen. Wir erwarten, daß die Vertreter deutscher Bildung im Dienst des Gemeinwohls den politischen Kampf der deutschen Arbeit gegen die Übermacht vorhandener Besitzrechte unterstützen werden . . . Im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht uns das Christentum, das nicht zur Parteisache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit bewähren soll.“ Dies letztere sollte ohne Gewissenszwang gemeint sein. — Die Bismarckschen „Hamburger Nachrichten“ äußerten sich über alles Christlichsoziale sehr abträglich: das komme nur der Sozialdemokratie zugute und diese ist landesgefährlich, staatsverbrecherisch. Von liberaler Seite hieß es auch, es sei eine Revolutionierung der Geister, die Sozialdemokratie tue das direkt, was die Nationalsozialen auf Umwegen erreichen. Man erinnerte daran, daß die Sozialdemokraten von 1862 auch national gesinnt sein wollten. Man spottete über die 114 unklaren Weltverbesserer, die wohl ebenso viele Baupläne mitbringen aus allen Lagern. Man nannte das Programm demokratisch-cäsaristisch, das System Napoleons III., das 1870 bankrott machte. Es hieß, man wolle so das Reich Gottes in Paragraphen bringen, man habe, statt eine Partei zu gründen, einen Pastorenverein geschaffen, der den Arbeitern durch seine Bekehrungsversuche verdächtig sein muß.

Gegen Ende des Jahres teilte Fr. Lange, Redaktor der „Deutschen Zeitung“ dem Fürsten Bismarck den Plan eines neuen Kartells mit, aus Konservativen, Bund der Landwirte, Nationalliberalen und deutschsozialer Reformpartei bestehend, und fand Beifall.

Das Reskript von 1859, das verbot, die deutsche Auswanderung nach Brasilien zu lenken, wurde aufgehoben.

Frauen konnten als Hörerinnen der Universitätsvorlesungen von den akademischen Behörden zugelassen werden.

Katholikentag.

Auf der Generalversammlung der deutschen Katholiken zu Dortmund (24. bis 27. August) forderte Bachem Durchführung der vollen Parität in Preußen; Prinz Arenberg empfahl eine christliche Kolonialpolitik, die aber nicht der Vorwand für extravagante Flottenforderungen sein dürfe; Schädler sprach über die der Jugend drohenden Gefahren, deren schlimmste Feinde Venus, Mars, Bacchus und Merkur seien. Es wurde die Wiederherstellung der weltlichen Souveränität des Papstes gefordert, schärferes Einschreiten gegen das Duell, Verbesserung der Gesetzgebung über Eheschließung und Trennung, die allein der Kirche zustehen müsse.

Der Dortmunder Katholikentag war von 12.000 Teilnehmern besucht. Es wurde der Windhorstbund gegründet zur politischen Schulung der katholischen Jugend. Die Sozialdemokraten sahen das Geheimnis dieser Erfolge in der innigen Verbindung des Klerus mit den Laien. Die Protestanten schrieben: „Der glänzende Verlauf ist leider nur zu sehr geeignet, protestantische Herzen mit schmerzlichem Bedauern

zu erfüllen, daß der Katholizismus ganz andere Erfolge aufzuweisen hat als der Protestantismus. Es läßt sich nicht leugnen, daß die zielbewußte Einigkeit der Ultramontanen der katholischen Idee eine Kraft verleiht, welche einzig dasteht."

Max Heinbucher behandelte in einem zweibändigen Werke „Die Orden und Kongregationen der katholischen Kirche". Ein sehr verdienstvolles Werk war „Das gottselige München. Geschichte und Beschreibung der katholischen Kirchen und Klöster" (1024 Seiten) von J. M. Forster.

Franz X. Kraus setzte in der „Allgemeinen Zeitung" seine kirchen- Spectator. politischen Spectator-Artikel fort; das heißt, er war als „religiöser Katholik" gegen jede politische Betätigung der Kirche. Er schrieb über die Teilnahme des amerikanischen Erzbischofs Ireland am Religionskongreß zu Chicago, vor allem sehr eingehend über die Römische Frage und deren ganze Geschichte, über die drohende Katastrophe der katholischen Kirche in Frankreich, über Manning vor und nach seiner Konversion, über die „zunehmende Invasion demokratischer und selbst sozialdemokratischer Tendenzen in den Klerus" (dabei zitierte er Leos XIII. Enzyklika von 1885 über das schwindelhafte „Imperium populare"); er zeigte das Anwachsen der christlichen Demokratie in Frankreich seit 1892 durch Graf de Mun, Graf d'Haussonville, Abbé Naudet, Aug. Sabatier. Mit Recht habe der sozialistische Abgeordnete Guesde derlei eine unbewußte Vorarbeit, eine Rekrutierung zum Sozialismus genannt. — Mehr als durch seine Spectatorbriefe machte sich Franz X. Kraus verdient durch seine Geschichte der christlichen Kunst. Freilich war es auch da sehr einseitig, daß Kraus die Kunstentwicklung nach Raffael und Dürer nur als fortlaufenden Verfall begriff. Hier trat ihm Friedrich Schneider entgegen im „Katholik".

In Württemberg wurden Bestimmungen für den Fall vorbereitet, daß die Thronfolge an den katholischen Zweig des Regentenhauses überging.

Prinz Max, Herzog zu Sachsen, empfing die Priesterweihe und übernahm zeitweilig die Seelsorge der deutschen Mission von St. Bonifatius in London.

Mit Unrecht wunderten sich die Nichtkatholiken, daß Bischof Dr. v. Reiser von Rottenburg dem schwäbischen Schillerverein beitrat, da ja doch die Katholiken allen Grund haben, Schiller hochzuschätzen wegen „Maria Stuart", „Jungfrau von Orleans", „Graf von Habsburg", „Gang nach dem Eisenhammer", „Johanniter" usw. Sie können ihn mehr als den Ihrigen betrachten als die Protestanten.

Von H. Brücks „Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert" brachte der dritte Band die Zeit 1848 bis 1870.

Paul Thumanns „Vater Unser" in Bildern erschien in zwei Ausgaben, für Protestanten und für Katholiken (mit Dichtung von F. W. Weber).

L. v. Hammerstein, S. J., schrieb über „Das katholische Ordenswesen", so daß die Gegner Schrecken befiel über dessen Ausdehnung (Allg. Ztg., 15. Sept.).

Fr. Naumann gab seine gesammelten Aufsätze heraus unter dem Titel „Was heißt Christlichsozial?"

Bei der 9. Generalversammlung des Evangelischen Bundes zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen (Darmstadt, 28. Sept.) mahnte der Exjesuit

Hoensbroech. Hoensbroech zur Einigkeit: „Lassen wir doch als evangelische Christen theologisches Gezänk und gegenseitige Verketzerung!" Professor Nippold wandte sich gegen die öffentlichen katholischen Prozessionen an Orten konfessionell gemischter Bevölkerung.

Auf der Gertraudenbrücke zu Berlin wurde eine Gruppe der heiligen Gertrud (von Rudolf Siemering) aufgestellt. Das in katholischer Zeit der Heiligen geweihte Spital, das dem Spittelmarkt den Namen gab, war aber längst verschwunden.

Schell. Bei der Eröffnungsfeier des neuen Universitätsgebäudes in Würzburg („Veritati") hielt der Rektor Herm. Schell die Festrede, in der er ausführte, daß auch die Theologie nur Eine Schranke der Forschung kenne: die Wahrheit.

Zum 350. Todestag Luthers erinnerte man an die große Bedeutung des Liedes für die protestantische Bewegung. Man sagte damals: „Das Volk singt sich in Luthers Lehre hinein." — Paul Göhre beschrieb „Die evangelisch-soziale Bewegung, ihre Geschichte und ihre Ziele". — H. Lisco, der Gegner des Apostolischen Symbolums, gab „Akten zu meiner Amtsentsetzung" heraus. — Graf Paul v. Hoensbroech, der Exjesuit, wurde wegen seines Polterns gegen seine frühere Stellung selbst von der liberalen „Allgemeinen Zeitung" mit Mißachtung behandelt, wogegen er sich vergebens wehrte (26. Sept. u. 7. Okt.). — Die Lebenserinnerungen des gemäßigten Altkatholiken K. Jentsch erschienen unter dem bezeichnenden Titel „Wandlungen". — Der protestantische Theologieprofessor Jul. Kaftan kam in der Schrift „Das Christentum und die Philosophie" zum Schluß: „Die Philosophie ist Christentum." — Die neue protestantische Lukaskirche in München war eine Zentralkirche mit Kuppel im Übergangsstil des 13. Jahrhunderts.

Histor.-polit. Blätter. Die „Historisch-politischen Blätter" lobten den Grazer Professor A. Schönbach wegen seiner richtigen Wertung des Mittelalters in seinen Arbeiten über Walther von der Vogelweide und Hartmann von Aue: „Das Mittelalter entbehrte des Protestantismus, es kann daher nicht anders denn stumpfsinnig gewesen sein." Dagegen ließ W. Scherer alles Bedeutende des Mittelalters in Opposition wider die Kirche entstanden sein. — Es wird das Gedenkbuch besprochen: „Das Benediktinerstift Muri-Gries 1845 bis 1895." — Als ein Edelstein der katholischen Kirche in Österreich erscheint deren soziales Wirken, wie es in einem großen Sammelwerk der Leogesellschaft durch Professor Franz Schindler dargestellt wurde. — Es wird

Ranke. E. Michaels Urteils über Ranke bestätigt: er gehöre zu den prinzipiell destruktivsten Geschichtschreibern. In gleichem Sinn bespricht V. Kolb das Buch von Eberhard Gothein über Ignatius von Loyola. — In einem Artikel über das Apostolat der Presse heißt es: „Die katholische Philosophie und Geschichte ist vogelfrei." Dagegen pflegen katholische Kritiker Nichtkatholisches wohlwollender zu behandeln als Katholisches. — Die tüchtige Schrift von Cardauns über die Märchen des Clemens Brentano wird angezeigt (Görresgesellschaft); ferner die Biographie des Kardinal-Erzbischofs J. v. Geissel von O. Pfülf. — Das Vorherrschen der antikatholischen Presse im katholischen Publikum wird tief beklagt. — In Treitschkes Deutscher Geschichte wird das protestantische Vorurteil gegen alles Katholische gezeigt. — Aus der neuen apologetischen Literatur wird Willmanns Geschichte des Idealismus, Schanz' „Apologie", „Die göttliche Wahrheit des Christentums" von Schell und die

„Theologische Prinzipienlehre" von Schill hervorgehoben. — Den „Herbstblättern" von Fr. W. Weber wird eine eingehende Studie gewidmet. Dreizehnlinden war schon in 70. Auflage erschienen. — Mannings „Erholungsstunden" werden der „Lebensweisheit" von A. M. Weiß und der „Christlichen Lebensphilosophie" von Tilmann Pesch an die Seite gestellt. — Als zwei unverbesserliche protestantische Kritiker des „Theologischen Literaturberichts" erscheinen Kohlschmidt und Loesche; dieser sagt, Janssen-Pastor hätten eine Masse wohlgeordneter Zettelkasten ausgeschüttet; auch erscheint ihm die Rückkehr der Jesuiten ins Deutsche Reich wünschenswert, „weil die Jesuiten am geeignetsten sind, durch ihre schamlose Pseudomoral den Ultramontanismus zu diskreditieren". — Nochmals wird Rankes geschichtliche Methode und Geschichtsphilosophie erörtert. Bei seiner vorwiegend diplomatischen Betrachtung kam Kultur und Idee zu kurz. Ranke erlebte noch Janssen und sprach das übermütige Wort, er sei imstande, ihn mit ein paar Worten zu widerlegen. Es ist aber nicht geschehen. — Man suchte nach den Ursachen des angeblichen Bildungsdefizits der Katholiken in Bayern. — Bei Gelegenheit der neuen Wendung in Bulgarien wird das Wort von Marx wiederholt: „Die Annexion von Elsaß-Lothringen macht Rußland zum Schiedsrichter Europas." — Virchow erscheint als Anwalt der katholischen Theologie. Die Debatte vom 5. März, bei der Virchow ein Geständnis machte, daß die Wissenschaft nicht auf Seite der hyperkritischen Theologen sei, ergab, daß in ganz Preußen nur noch an einer einzigen protestantischen Fakultät im positiv-christlichen Sinne doziert wird, nämlich in Greifswald. — Der zweite Band der „Historisch-politischen Blätter" bespricht nochmals das angebliche Bildungsdefizit der Katholiken im Deutschen Reich: „Als Friedrich II. Schlesien in Besitz genommen, wodurch ein großes katholisches Gebiet unter Herrschaft eines protestantischen Fürsten kam, erließ er den Befehl, kein Katholik dürfe eine öffentliche Stellung erhalten, welche über 300 Taler einbringe." „. . . Ganz so wie die Sozialdemokratie ist das Bildungsdefizit der Katholiken vorwiegend das Werk der Regierungen . . . Seit 1866 und 1870 ist der aus Professoren, Beamten, Junkern und Offizieren bestehende protestantische Ring noch viel eigensüchtiger, anspruchsvoller und ausschließlicher geworden. Derselbe sieht nicht nur die neueren Provinzen (Elsaß-Lothringen, Schleswig-Holstein), sondern sogar auch das übrige Deutschland als erobertes Land an, das ihm zur Ausnützung überantwortet ist . . . Daß auch Kräfte erster Ordnung aus unsern Reihen stammen, ist bekannt. Als Ludwig I. aus München einen ersten Mittelpunkt katholischer Wissenschaft und Kunst machte, fanden sich die Kräfte. Die Münchener Universität erlangte in kurzer Zeit durch Katholiken einen Glanz, der seitdem nicht übertroffen wurde" (S. 110). — Franz Klasens historisches Drama „Heinrich Raspe" wird in zweiter Auflage besprochen. — Die „Machtstellung des Zentrums" wird betrachtet. — Der Streit über die Choralausgaben, der seit mehr als zwei Jahrzehnten mit Heftigkeit geführt wurde, wird erwähnt bei Gelegenheit der „Einführung in die (alten) gregorianischen Melodien" von Peter Wagner. — Einen ganz entschiedenen Widerspruch erfahren die kirchenpolitischen Briefe der „Allgemeinen Zeitung" von Spectator (Franz X. Kraus). Mit Recht wird betont, daß in ihnen der Geist Döllingers und Friedrichs in den „Römischen Briefen vom Konzil" und anderm wieder aufersteht. Es ist genau dieselbe Aversion gegen den „Ultramontanismus", gegen die Jesuiten. — Ein anderer

Inferiorität.

Spectator.

Artikel betrifft die „Christliche Demokratie". — Nachträglich wird noch das gründliche Werk von Georg Juritsch „Geschichte der Babenberger und ihrer Länder" 1894 besprochen. — Es wird geklagt, daß der österreichische Schwerpunkt nun wirklich, der alten Forderung Bismarcks von 1862 gemäß, nach Pest tendiere unter Umständen, die Lueger am 16. November im Reichsrat gebrandmarkt hatte. Die „Kreuzzeitung" schrieb: „Ungarn ist die stärkere, maßgebende Reichshälfte geworden; allein diese Tatsache ist keineswegs geeignet, wie die Magyaren meinen, die Konsolidierung der Monarchie zu befördern, sondern im Gegenteil, sie wird dadurch erschüttert."

Freytag. In einem Aufsatz über Gustav Freytags politische Tätigkeit (Allg. Ztg., 24. März) zitiert Ottokar Lorenz folgenden Ausspruch des Polterers aus dem Jahre 1860: „Der Fall Österreichs ist nicht mehr aufzuhalten. Seit 340 Jahren hat dies vom Himmel gezeichnete Geschlecht gegen Nationalität und Selbständigkeit der deutschen Nation gearbeitet, die eigenen Stammländer geistig verwüstet und dumm gemacht. Jetzt kommt die Rache: es gibt kein Österreich mehr in den Herzen der österreichischen Völker."

E. Busse spielte in der „Allgemeinen Zeitung" (25. Febr.) gegen den konsequenten Bühnenrealismus Gerhart Hauptmanns wieder den neu aufsteigenden Stern Wildenbruchs aus. Hauptmann sei seit Florian Geyer begraben, während man dem „König Heinrich" zujubelt. Hauptmann fehle der Sinn für lebendige Handlung, er habe keine dramatische Phantasie, er schiebt das Milieu in den Vordergrund.

Von Horst Kohls „Bismarck-Jahrbuch" erschien 1895 der zweite, 1896 der dritte Band, beide reich an Quellenmaterial.

August Duhr übersetzte die Ilias in niederdeutsche gereimte Trochäen (1895).

Purismus. Im Streit um den Sprachpurismus konnte man streiten, ob die fremdwörter Sprachschulden einer Nation an das Ausland oder nicht vielmehr Sprachtribute des Auslands an die Nation sind. Daher die Erscheinung, daß große Weltnationen, wie die englische, am meisten Tribut nichtangelsächsischer Herkunft eingeheimst haben, während Kleinsprachen, wie das Tschechische und Magyarische sich in einem künstlichen Purismus gefallen mögen (Allg. Ztg., 8. April).

Marholm. Laura Marholm (oder wie sie sonst hieß: Hanssson geb. Mohr) schrieb „Wir Frauen über unsere Dichter" in zweiter Auflage. „Alle diese Dichter wollen uns heben, läutern, befreien. Der eine will uns zum Gehirnweib machen, der andere zum geschlechtslosen Weib, der dritte zum Apfelkuchen mit Schlagsahne, der vierte zu Mannhasserinnen. Alles sollen wir sein, nur nicht Auferbauerin der künftigen Geschlechter, der nichts Menschliches fremd ist." Ibsen nannte sie den „Dichter der Sackgassen" u. s. w. — Dr. Käthe Schirmacher schilderte als Ärztin „Herrenmoral und Frauenhalbheit". Sie wollte, daß jede Frau den Revolver führen lerne, um Beleidiger zur Rechenschaft zu ziehen.

Drobisch. Als der Philosoph Drobisch, ein Herbartianer, in Leipzig starb, erinnerte man an die schönen Verse, die er bei Überschreitung seines neunzigsten Lebensjahrs in sein Tagebuch schrieb: „Lange hab' ich gelebt und gestrebt, viel gesponnen, doch wenig gewebt, mehr als ich wert war, ward ich geehrt, mehr als Verdienteren Glück mir beschert. Nur das Zeugnis darf ich mir geben, daß ich bemüht war, pflichttreu zu leben. Wo ich

gewichen vom rechten Pfade, hoff' ich in Demut auf Gottes Gnade, und in des liebenden Vaters Hände leg' ich den Erdenrest und mein Ende." — Ed. Griesebachs Biographie Schopenhauers erreichte an ergreifender Wirkung kaum die kurze Zusammenstellung seiner Lebensdaten, die er seiner Schopenhauerausgabe gegeben hatte. — Die von Hans Vaihinger herausgegebenen periodischen „Kantstudien" zeigten, daß weder Kant noch seine Schüler recht eigentlich wußten, was Kants Lehre war. — Band 9 und 10 der neuen Nietzsche-Ausgabe brachten dessen „Schriften und Entwürfe" aus den Jahren 1869 bis 1876. — Man bemühte sich, Kunst und Sittlichkeit in der Lehre unserer Klassiker zu trennen (Allg. Ztg., 20. Juni); ein tendenziös perverses Beginnen. — K. Laßwitz gab ein Buch über den höchst originellen Philosophen G. Th. Fechner. Kantstudien.

In einer Zeit, in der Nationen und Staaten übermäßig auf das Prinzip der Souveränität und Unabhängigkeit pochten, gab Conrad Bornhak die verdienstvolle Schrift über „Einseitige Abhängigkeitsverhältnisse unter den modernen Staaten". Übrigens sind durch Verträge alle Staaten voneinander gegenseitig abhängig und sollen es immer mehr werden. Das ist das Ziel aller Kultur und Zivilisation der Menschheit; das ist der Kern aller Weltgeschichte.

Franz Kampers behandelte „Die deutsche Kaiseridee in Sage und Prophetie". Bei dieser Gelegenheit wurde die Auslegung der Apokalypse durch Thomas Holzhauser († 1658) besprochen. Er nahm sieben Zeiten der Kirche an, zuletzt einen heiligen Papst und großen Monarchen. Für ihn hatten sich Görres, Ludwig Clarus (Volk), L. v. Gerlach, Fr. Schlegel, Friedr. v. Savigny, Mallinkrodt, Krätzig u. a. sehr interessiert. — W. Lang gab in seinem „Graf Reinhard" ein deutsch-französisches Lebensbild 1761—1837. — Martin Schubart gab Mitteilungen über Goethes Königsleutnant in „Dichtung und Wahrheit", François de Théas Graf von Thoranc.

Karl Vogts Erinnerungen und Rückblicke „Aus meinem Leben" erschienen noch kurz vor seinem Tode. — Th. Schiemann erzählte Treitschkes Lehr- und Wanderjahre. — Bei Gelegenheit von Treitschkes Tod wurde auch sein Brief vom 7. April 1883 veröffentlicht, worin er sich weniger um das Urteil der Süddeutschen bangt. „Der eigentliche Sitz der galligen Krittelei, welche heute unser öffentliches Leben vergiftet, ist der Norden ... Es ist mir unzweifelhaft, daß der Süden, wenn nur erst die Wirren des Kulturkampfes sich gelegt haben, ein im guten Sinne konservatives Element in der Reichspolitik bilden wird" (Allg. Ztg., 8. Mai). Treitschke.

Paul Heyse lehnte es ab, ferner der Kommission zur Erteilung des Schillerpreises anzugehören, infolge übler Erfahrungen.

Von B. Hitzmanns Buch über „Das deutsche Drama der Gegenwart" erschien die 3. Auflage. Er trat jetzt weniger scharf gegen den gefährlichen Einfluß Ibsens auf, da sich die Gefahr wesentlich verringert habe. Er lobte zumeist Wildenbruch.

Ed. v. Hartmann gab noch „Tagesfragen" heraus.

Martin Greif dichtete zum 18. Januar einige Oktaven (Ill. Ztg., 18. Jan.); sie sind leider zu wenig charakteristisch, um ein Zitat zu bieten. Auch Greifs Stanzen zur Friedensfeier, 10. Mai (Ill. Ztg., 9. Mai), waren ausnehmend schwach.

Gerhart Hauptmann hatte großen Erfolg mit der „Versunkenen Glocke", der Tragödie der Impotenz, mit selbstbiographischer Bedeutung, Gerhart Hauptmann.

wie die Kritik sagte. — Wildenbruchs „König Heinrich“ wirkte durch seine Canossa-Szenen. — Ernst v. Wolzogen gab im Roman „Ecce ego. Erst komme ich“ das Bild des schrankenlosen, brutalen Egoismus; „die neue Ritterschaft vom heiligen Ego“. — Aus den Werken des verstorbenen Richard v. Meerheimb sind außer den „Psychodramen“ zu erwähnen „das hohe Lied vom deutschen Weibe“ (1864) und „Fürstenwelt, die Weltgeschichte in Lied, Wort und Spruch fürstlicher Persönlichkeiten“ (1875).

Stil. O. Schröders Buch „vom papiernen Stil“ erschien in 4. Auflage. Gustav Wustmanns „Allerhand Sprachdummheiten“ in 2. Auflage. Ihnen war K. G. Andresen vorausgegangen „Sprachgebrauch und Sprachrichtigkeit“, sieben Auflagen von 1882 bis 1892.

C. Neumann schrieb vom „Kampf um die Neue Kunst“.

Walther Schultze schrieb eine „Deutsche Geschichte von der Urzeit bis zu den Karolingern“. Das Werk von Gustav Ebe „Deutsche Eigenart in der bildenden Kunst“ befolgte die Worte Rückerts: „Heut als Deutsche laßt uns zechen, morgen malen, dichten, bau'n, daß einmal die Welt soll sprechen: echt deutsch sei es anzuschau'n.“ Es ging nur bis zum 13. Jahrhundert, dort haben unsere Romantiker Führich, Schwind, Steinle usw. wieder angeknüpft. — Über den modernen „Impressionismus“ schrieb Otto Knille (Allg. Ztg., 23. Okt.). Er klassifizierte die Maler in solche, die Gedanken haben, doch nicht malen können, in solche, die malen können und keine Gedanken haben, und in die modernen, wo es auch ohne Gedanken und ohne Malenkönnen geht.

Sehr dankenswert war die phototypische Faksimile-Ausgabe der Jenaer Liederhandschrift der Minnesinger, von der nur 50 Exemplare in den Handel kamen.

Eine kleine Dichtung von Paul Heyse, „Das Goethe-Haus in Weimar“, beklagte albernerweise, daß der Dichterfürst nicht in größeren Verhältnissen wirken konnte.

Die „Geschichte der europäischen Staaten“, von Heeren und Ukert begonnen, von Giesebrecht, Lamprecht herausgegeben, wurde noch immer fortgesetzt; es erschien eine russische und eine finnische Geschichte und Fortsetzungen längst begonnener Darstellungen. — Die Frage, wer schuld am Ausbruch des Siebenjährigen Krieges gewesen sei, wurde noch immer heftig erörtert (Allg. Ztg., 21. Apr.). Nachdem der Preuße M. Lehmann die preußische Auffassung widerlegt hatte, vertrat sie A. Naudé wieder.

Ringseis. Es erschienen die nachgelassenen „Erinnerungsblätter“ von Emilie Ringseis, mit Ergänzungen von ihrer Schwester Bettina.

Fritz Lienhards „Lieder eines Elsässers“ und die „Wasgaufahrten“ wurden sehr dankbar aufgenommen, da er sich nicht auf Seite seiner grollenden, franzosenfreundlichen Landsleute stellte.

Unter dem Titel „Sonnenblummen“ gab der jungdeutsche Lyriker Karl Henckell ein Lieferungswerk heraus über moderne Lyriker.

Karl Florenz, Professor an der Universität Tokio, gab freie Nachbildungen japanischer Dichtungen heraus.

Denkmale. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Ruhrort am Rhein von G. Eberlein zeigte den Kaiser mit Bismarck von einer Siegesgöttin überschwebt am Fuß eines römischen Pilasters, der von einer Kaiserkrone bekrönt, von einem Adler überseſſen ist. Unten zwei allegorische Figuren und ein Löwe (Ill.

Ztg., 15. Aug.). — Das Denkmal an der Porta Westfalica zeigt die Kolossalstatue des Kaisers Wilhelm unter einem derben Steinbaldachin mit der Widmung: „Wilhelm dem Großen die Provinz Westfalen" (Ill. Ztg., 17. Okt.). — Ein Denkmal Bismarcks als Student mit Band und Schläger (modelliert von N. Pfretzscher) wurde auf der Rudelsburg an der Saale enthüllt. — Sehr eigenartig war das von Wefing geschaffene Wittekind-Denkmal für Herford in Westfalen (Ill. Ztg., 4. April). — Der Maler A. v. Werner wurde vom Kaiser beauftragt, als Gegenstück zu seiner Kaiserproklamation von 1871 die Gedenkfeier von 1896 im Berliner Schloß darzustellen. — Für Barmen wurde eine Ruhmeshalle zum Andenken der beiden ersten Kaiser des neuen Deutschen Reiches geplant (Ill. Ztg., 18. Jan.). Ebendaselbst die Kolossalgruppe Kaiser Wilhelms I. — Das von Paul Peterich geschaffene Schleswig-Holstein-Denkmal für Schleswig stellte einen nackten Griechen mit Schwert und Leier dar (Ill. Ztg., 8. Aug.). — Das von Syrius Eberle geschaffene Nationaldenkmal der Brüder Grimm wurde in Hanau, ihrer Vaterstadt enthüllt. — Das Jakob-Böhme-Denkmal für Görlitz war von Joh. Pfuhl modelliert (Ill. Ztg.). — Das von Anton Rüller höchst anmutig modellierte Denkmal der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff wurde zu Münster enthüllt (Ill. Ztg., 28. Nov.). — Zum 100. Geburtstag des herrlichen Balladenkomponisten Karl Loewe schuf Fritz Schaper die schöne Denkmalbüste für Kiel. — Eine Kolossalstatue der Berolina, von Hundrieser, wurde auf dem Alexanderplatz in Berlin aufgestellt (Ill. Ztg.). — Überschwenglich sprach der Aufruf zu einem Denkmal für Treitschke vom gewaltigen Schriftsteller, begeisterten und begeisternden Lehrer, großen Menschen, von seiner klassischen Feder, und lud alles, was deutsch fühlt, ein. Die richtige Widmung sei: „Ihrem Geschichtschreiber die Nation."

Die Münchener Sezessionsausstellung wurde auch von Frankreich beschickt (Rodin), von England und Schottland, Holland und Belgien. Uhde und Segantini waren gut vertreten.

Das schöne Gebäude für das Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar vereinte auch die Nachlässe von Mörike, Immermann, Hebbel, Otto Ludwig, Reuter.

Aufsehen machten die symbolistischen Bilder von Sascha Schneider (Ill. Ztg., 7. März), zum Beispiel: „Mammon und sein Sklave", „Eins tut not", „Der Anarchist", „Der Gedanke an das Unendliche".

In München begann die illustrierte Wochenschrift für Kunst und Leben „Jugend" zu erscheinen, herausgegeben von G. Hirth, redigiert von Ostini. Motto: „So schlägt Humor des Lebens Not und Bosheit mit der Keule tot." In der Tat war die alles niederschlagende negative Tendenz größer als die aufbauende.

Richard Muther wurde wegen des Gebrauchs nicht bezeichneter Zitate angegriffen und schrieb nun „Die Muther-Hetze, ein Beitrag zur Psychologie des Neides und der Verleumdung".

Hans Schmidkunz sprach „Stilhoffnungen" aus, für den Fall, „wenn wir einmal aufhören, nach dem Stilvollen zu streben". Man müsse nur nach der Kunst schlechthin streben (Allg. Ztg., 25. Jan.).

Der Heraldiker H. G. Ströhl gab nach dem Vorgang seiner „Österreichisch-ungarischen Wappenrolle" (1895) nun eine „Deutsche Wappenrolle" heraus.

Das neue Deutsche Theater in München fiel durch sein französierendes Aussehen auf.

Die Marcussäule (Mark-Aurel-Säule) zu Rom wurde nun auf Grund der neuen Photographien und Abgüsse herausgegeben von E. Petersen, A. v. Domaszewski und G. Calderini. Ein Grundwerk der altgermanischen, vor allem der österreichischen Geschichte. Ich habe wiederholt die Anregung gegeben, man möge die Reliefs, aufgerollt auf einen fortlaufenden Fries, zu einem neuen, leicht zugänglichen Monument zusammenstellen. Das wäre eine Aufgabe für Schüler einer Kunstakademie. Das gleiche gilt von den Bildern der Trajanssäule. — Mit Unterstützung der sächsischen Regierung erschien eine Publikation der Trajanssäule durch Konrad Cichorius. Auch dies war ein illustratives Quellenwerk zur ältesten germanischen und österreichisch-ungarischen Geschichte.

Felix Weingartners Musikdrama „Genesius“ wurde in Mannheim aufgeführt. Bei Gelegenheit der Erinnerungen an Lortzing wurde die schöne Grabschrift erwähnt, die ihm Ph. Düringer gewidmet hatte: „Sein Lied war deutsch und deutsch sein Leid, sein Leben Kampf mit Not und Neid, das Leid flieht diesen Friedensort, der Kampf ist aus, sein Lied tönt fort.“

F. Reuleaux behandelte „die Entwicklung des Ausstellungswesens“ (Allg. Ztg., 4. Nov.). — Auf der Berliner Gewerbeausstellung wurde auch Dr. Wölferts lenkbares Luftschiff gezeigt (Ill. Ztg., 24. Okt.).

Einen neuen Flugapparat zeigt die „Illustrierte Zeitung“, 10. Oktober, von Artur Stentzel. — Der Flugtechniker Otto Lilienthal stürzte am 10. August bei einem Versuch mit seinem Flugapparat bei Rhinow ab und starb denselben Tag in der Klinik zu Berlin.

Röntgen. Über die merkwürdige Entdeckung unsichtbarer Strahlen durch Prof. W. Röntgen in Würzburg brachte die Wiener „Presse“ am 5. und 6. Januar die ersten Mitteilungen. Bald darauf erschien auch die Abhandlung des Entdeckers „Eine neue Art von Strahlen“, die er X-Strahlen, die Welt Röntgenstrahlen nannte. Es folgten sofort zahlreiche Experimente mit photographischer Durchleuchtung des menschlichen Körpers und mannigfacher Gegenstände. Man erinnerte an K. v. Reichenbachs „Odische“ Phänomene, an die Kathodenstrahlen und anderes.

Energetik. Wilh. Ostwald schrieb über die „Überwindung der Atomistik“, indem er an Stelle des Atomsbegriffs den der Energie setzte. Daraus ging eine neue Naturphilosophie hervor.

Das Lehrbuch der Identifikation (das anthropometrische Signalement) von A. Bertillon, nach ihm Bertillonage genannt, erschien in deutscher Übersetzung von Sury.

Fr. Rubinstein wandte sich gegen den Mißbrauch der Medizin in ästhetischen Sachen: „Hamlet als Neurastheniker.“ — In Frankfurt a. M. fand die 1. Jahresversammlung des Vereines abstinenter Ärzte des deutschen Sprachgebietes statt. Dabei wurden alkoholfreie Ersatzgetränke ausgestellt. — Man feierte das 100jährige Bestehen der Homöopathie nach Hahnemann. Nach dem „Homöopathischen Vademecum“ von Schwabe war die Zahl der homöopathischen Ärzte in den Vereinigten Staaten von Nordamerika von 5000

im Jahr 1875 auf 12.000 im Jahr 1893 gestiegen; es gab dort 13 homöopathische Akademien und 138 homöopathische Spitäler. In Deutschland gab es 500 homöopathische Ärzte; Spitäler in Leipzig, München, Köthen; Lehrstühle in Pest, Paris, London, Madrid; es gab 400 Vereine. Vom 3. bis 8. August fand ein internationaler homöopathischer Kongreß in London statt.

W. Haacke widerlegte den Darwinismus in seinem Werk „Die Schöpfung des Menschen und seiner Ideale". „Versuch zur Versöhnung zwischen Religion und Wissenschaft" (1895) durch Aufstellung des zielstrebigen (teleologischen) Organisationsprinzips.

In Bayern führten manche Verurteilungen wegen Haberfeldtreibens ob ihrer schweren Strafen dazu, diese romantische Feme aus der Gewohnheit zu bringen.

Österreich-Ungarn.

In Ungarn wurde das Jahr 1896 nach Banffys Rat als Jahr des Gottesfriedens betrachtet, um die Feier des tausendjährigen Bestehens Ungarns als gemeinsames Freudenfest begehen zu können. Die Feier wurde denn auch mit größter Gravität vorbereitet. Freilich machten sich auch gegnerische Stimmen geltend: manche Rumänen, Kroaten und Slowaken erklärten die magyarische Jubelfeier für eine Beleidigung der Mehrheit der Bevölkerung; ähnliche Proteste wurden in Bukarest, Belgrad, Prag und Wien laut. Hier kam es zu antimagyarischen Demonstrationen an der Universität und im Abgeordnetenhaus, Lueger erklärte jeden Deutschen, der mit Ungarn gemeinsame Sache mache, für einen Volksverräter (29. Mai). In Essegg wurden ungarische Wappen und Inschriften der Ämter beschmutzt oder übertüncht.

Millennium.

Die beiden Häuser des ungarischen Parlaments hatten folgendes Millenniumsgesetz genehmigt: „Der ungarische Staat begeht im Jahr 1896 das Fest der tausendsten Jahreswende seiner Begründung und seines Bestandes. Die Gesetzgebung der Länder der heiligen ungarischen Krone dankt mit religiöser Andacht der göttlichen Vorsehung dafür, daß sie das von Arpad und seinen tapfern Kriegerscharen begründete Vaterland in ihren Schutz genommen, seine Fürsten mit Weisheit, sein Volk mit Kraft und selbstaufopfernder Vaterlandsliebe gesegnet und, dem Lande in guten wie in bösen Geschicken beistehend, dessen Bestand ein Jahrtausend hindurch inmitten vieler Gefahren und Schicksalsschläge in ihre Obhut genommen hat. Bei dieser feierlichen Gelegenheit erscheinen beide Häuser des Reichstages mit tiefster Huldigung vor Seiner kaiserlichen und apostolisch königlichen Majestät Franz Josef I., unter dessen glorreicher Regierung die verfassungsmäßige Freiheit und die ungestörte Entwicklung des Landes gesichert sind. Der apostolische König von Ungarn und dessen Nebenländern gibt seinerseits sein unverbrüchliches Vertrauen zur Treue seines geliebten Volkes kund. Diese sind die festen Grundlagen jener segensreichen Harmonie, deren Kraft zugleich ein Unterpfand des sicheren Fortschrittes der künftigen

Jahrhunderte bildet . . ." Dies Gesetz sollte in Stein gehauen im Reichstagsgebäude verewigt werden.

Pest. Der Kaiser reiste am 29. April nach Pest und eröffnete am 2. Mai die Landesausstellung mit einer magyarischen Rede, in der es unter anderem hieß: „Die Ausstellung wird bezeugen, daß, wenn auch auf dem politischen Kampfplatze viele zur Geltendmachung ihrer patriotischen Gefühle verschiedene voneinander abweichende Wege wählten, alle Bürger in Treue zur heiligen ungarischen Krone und bei der nützlichen Arbeit sowie bei der Verbreitung der Wissenschaften und hiedurch bei der Förderung der Macht und des Ruhmes des Landes vereint und in voller Einigkeit zu finden sind. Ich wünsche . . ., daß der bisher erreichte Erfolg ohne jede Selbstüberschätzung ein mächtiger Ansporn zu weiterem Schaffen und Fortschreiten sein soll . . ." Glückwünsche liefen ein vom Deutschen Kaiser, vom Zaren, vom König von Italien, von der Königin von England. Der Zar schenkte den in seinem Besitze befindlichen Säbel des Fürsten Georg Rakoczy dem ungarischen Nationalmuseum, wofür er von den Magyaren überschwenglich gefeiert wurde. Der Rakoczysäbel war 1849 in russische Hände gefallen aus dem Besitze Bems, den ihm siebenbürgische Damen verehrt hatten. Er war zur Millenniumsausstellung geliehen worden. Überdies besuchte das Zarenpaar am 27. August den Kaiser in Wien. Franz Josef belobte noch in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Banffy die schwärmerische Vaterlandsliebe und die seiner Person und seinem Hause gegenüber an den Tag gelegte Liebe und treue Anhänglichkeit der mit ihrem Könige gleichfühlenden Nation. — Bald darauf erfolgten die Neuwahlen zum ungarischen Reichstag mit den hergebrachten ungeheuerlichsten Wahlmißbräuchen, Umtrieben, Bestechungen, Intrigen, Mißbrauch der Amtsgewalt, Gewalttätigkeiten, tätlichen Angriffen auf Leben und Eigentum der Wähler, Rechtskränkungen, Seelenkauf, Stimmenschacher, Wahlbestechung. Die Volkspartei wollte eine Riesendeputation zum Kaiser entsenden, um Beschwerde zu führen; der Empfang der Deputation wurde aber abgesagt.

Ugron. In der Frage des Wahlrechts erklärte Ugron, der Führer der Unabhängigkeitspartei, er teile nicht die von vielen Magyaren gehegte Befürchtung, daß das allgemeine Wahlrecht das Übergewicht der anderen Nationalitäten sichere und die Autonomie Ungarns gefährde. Es sei besser, die Magyaren böten den Nationalitäten ihr gutes Recht, als daß diese es mit ihrer heutigen Agitation eroberten. Den Nationalitäten geschehe tatsächlich Unrecht; sie würden mit anderm Maße gemessen als die übrigen Bürger. Die Aufgabe des ungarischen Staates sei es jedoch, sie zu gemeinsamer Arbeit heranzuziehen und zu zufriedenen Bürgern des Staates zu machen. Deshalb müsse aber vor allem der Augiasstall gereinigt werden, in welchem ein durch und durch korruptes System seit dreißig Jahren allen Schmutz der Welt zusammengebracht habe.

Der gemeinsame Minister des Äußern, Graf Goluchowski, führte Goluchowski.
am 9. Juni in den Delegationen aus, die Einmütigkeit der Mächte in den östlichen Fragen stehe fest. Besonders sei die Intimität, das gegenseitige Vertrauen und die enge Verständigung mit Deutschland hervorzuheben; dies Verhältnis sei zur zweiten Natur beider Reiche geworden. Die Gruppe des Dreibunds hat sich vortrefflich bewährt. Ebenso intim und vertrauensvoll ist das Verhältnis mit Italien. Wir haben keinen Grund, der russischen Politik zu mißtrauen. Der gemeinsame Finanzminister von Kallay führte aus, Österreich-Ungarn sei durch die Okkupation Bosniens ein Balkanstaat geworden. Die Geschichte Habsburgs deute darauf hin, daß es einen Stützpunkt suchte, um die beiden Ufer der Grenzflüsse Save und Donau zu beherrschen und sich im ganzen Völkergebiete des Balkans zur Geltung zu bringen. In der Okkupation liegt ein Lebensinteresse der Monarchie, das kein Nachbar antasten dürfe.

In der Sitzung des Prager Stadtverordnetenkollegiums vom 10. August klagte Kaftan über Vergewaltigung der Tschechen im deutschen Sprachgebiet Böhmens. Die Regierung tue nichts zum Schutze der Tschechen mit der Begründung, der tschechische Schädel werde es länger aushalten als die deutsche Faust. Er drohte mit Repressalien in Prag.

Der Kaiser eröffnete am 27. September im Verein mit den Königen von Rumänien und Serbien den Schiffahrtskanal am Eisernen Tor, Eisernes Tor.
„ein großes Werk der öffentlichen Wohlfahrt", wie er sagte: „Die Arbeiten, mit welchen Österreich-Ungarn durch den in Berlin versammelten Areopag betraut worden war, sind beendigt, die letzten Hindernisse, welche dem freien Verkehr im Laufe des großen Stromes im Wege standen, sie sind beseitigt." Natürlich fanden im Pester Abgeordnetenhaus die Abgeordneten Apponyi, Ugron und Komjathy, daß die Eröffnungsfeier keinen ungarischen Nationalcharakter getragen habe, und sie ließen sich nur schwer von Banffy damit beruhigen, daß der Kanal überhaupt nicht auf ungarischem Gebiete liege und die Donau sozusagen international sei. Überflüssigerweise trugen die dort geleerten goldenen Becher magyarische Inschriften.

Infolge der Indiskretionen Bismarcks waren nochmals beruhigende Versicherungen nötig, daß das Deutsche Reich jetzt keinen Vertrag mit Rußland habe und daß der Dreibund feststehe.

In Zisleithanien legte Badeni dem Abgeordnetenhaus die Wahlreform vor. Bei den Gemeinderatswahlen zu Wien, Februar-März, gewannen wieder die Christlichsozialen große Siege: im 3. Wahlkörper alle 46 Mandate, im 2. Wahlkörper 32 gegen 14 Liberale, im 1. Wahlkörper 18 gegen 28 Liberale. Bei der Bürgermeisterwahl am 18. April wurde Lueger mit 96 Stimmen gegen 42 gewählt. Da sich der Kaiser Lueger.
noch nicht entschließen konnte, Lueger zu bestätigen, und da er ihm auch die Bestätigung nicht verweigern wollte, beschied er ihn am 27. April zu

sich, legte ihm die Sachlage dar und appellierte an seinen Patriotismus, daß er für die geordnete, autonome Verwaltung Wiens mit seiner Person kein Hindernis bilde. Lueger erwiderte, des Kaisers Wunsch sei ihm Befehl; er begab sich nach der Audienz sofort ins Rathaus und überreichte dem Bezirkshauptmann v. Friebeis den Verzicht auf seine Wahl. Darauf wurde am 6. Mai der christlichsoziale Strobach mit 94 gegen 42 Stimmen zum ersten Bürgermeister gewählt; Lueger wurde erster Vizebürgermeister, der zweite Neumayer (22. Mai).

Damit war die Bürgermeisterkrise vorläufig erledigt. Im ungarischen Abgeordnetenhaus interpellierte freilich noch am 23. Juni Hollos über die ärgerlichen antimagyarischen Agitationen Luegers. Der Minister erwiderte, diese Bewegung sei nicht ernst genug, als daß man sich an dieser Stelle mit ihr beschäftigen solle. Die Agitation Luegers sei derartig, daß sie als eine innere Angelegenheit Österreichs nur Gegenstand von Maßregeln der dortigen Regierung sein könne. So sehr das Auftreten und die Sprache dieses Mannes zu verurteilen seien, so genieße er als Mitglied des Parlaments und als Würdenträger einer autonomen Gemeinde Redefreiheit. Den ungarnfeindlichen österreichischen Zeitungen werde aber das Postdebit entzogen werden, sobald die Regierung von ihrer Versendung amtlich Kenntnis erlange. Ebenso werde gegen etwa auftretende Agenten und Agitatoren eingeschritten werden, die sich staatsfeindlicher Reden oder Handlungen schuldig machen. Das heißt, Lueger solle sich hüten, nach Ungarn zu kommen. Mitte Oktober traten zwölf mehr deutschnationale Mitglieder des Wiener Gemeinderats aus der christlichsozialen Partei aus, weil ihnen Lueger zu „klerikal" war. Bei den folgenden Wahlen für den niederösterreichischen Landtag errangen wieder die Christlichsozialen große Erfolge auf Kosten der Liberalen. Auch drei sogenannte „Sozialpolitiker" radikal bürgerlicher Farbe wurden gewählt.

Dem österreichischen Ministerpräsidenten überreichten 652 Fabrikfirmen eine umfassende Beschwerdeschrift über die sozialistische Agitation. Badeni gab ihnen gute Lehren (23. Juli). Im Abgeordnetenhaus erfolgte am 13. Oktober die Anregung zu internationalen Schiedsgerichten. Die niederösterreichische Handelskammer petitionierte in dem Sinn, der projektierte Donau-Oderkanal möge nicht die Interessen Ungarns auf Kosten derjenigen Niederösterreichs und Wiens fördern (28. Okt.). Ein anderes Projekt betraf den Bau eines Donau—Moldau—Elbe-Kanals auf Grund der Verbindung Korneuburg—Budweis. Das Abgeordnetenhaus genehmigte am 2. Dezember die Vorlage, wonach die Hochschulprofessoren nicht mehr Kollegiengelder erhielten, aber dafür durch feste Bezüge entschädigt wurden. Die Ansichten über den Wert der Maßregel waren verschieden. Eine Debatte über das Duell (16. Dez.) verlief ergebnislos.

Papst. Der Papst bemerkte in einem Schreiben an die ungarischen Bischöfe vom 15. Mai, der Bestand Ungarns würde nicht solange gedauert und das Land sich nicht so gedeihlich entwickelt haben, wenn nicht die Lehre des Evangeliums es vom Aberglauben befreit, es das Völkerrecht achten gelehrt und ihm Friedensliebe sowie Ehrfurcht vor seinen Fürsten eingeflößt hätte. Die Päpste hätten auch die bürgerlichen Freiheiten in Ungarn

unterstützt; aber leider achten selbst jene, die im Schoße der Kirche aufwuchsen, die katholische Lehre nicht so, wie sie sollten. Alles sollte die Ehrfurcht des Volkes gegenüber dem Hause Habsburg und seine Anhänglichkeit an den Päpstlichen Stuhl vergrößern, der doch dem hl. Stephan jene Krone als Unterpfand des geschlossenen Bundes sandte.

Katholikentage.

Der zweite polnisch-ruthenische Katholikentag fand zu Lemberg, 7. bis 9. Juli, statt. — Pest sah am 17. August den ersten Landeskongreß der katholischen Vereine Ungarns, zu dem etwa 400 Vereine Delegierte sandten; der Bischof von Veßprim erkannte darin einen Wendepunkt in der Geschichte Ungarns. — Der Vierte allgemeine österreichische Katholikentag fand zu Salzburg, 31. August bis 3. September, statt. Ambros Opitz beantragte eine allseitigere Organisation. Professor Schindler sprach über die soziale Frage, Kaltner über die römische Frage. Pater Abel, S. J., sagte, der Österreicher sei noch immer in der Meinung befangen, als hätten wir noch ein katholisches Reich; man müsse aber endlich einmal selbständig vorgehen und nicht alles von oben erwarten. Autorität und Freiheit, Gerechtigkeit und Liebe sind die vier Säulen, welche jede Gesellschaft tragen. Auf ihnen beruht auch die Kirche, daher: „Zurück zur Kirche!" Professor Schöpfer sprach über die Belastung des Bodens. Kardinal Fürsterzbischof Haller schloß mit dem Ruf: „Hinein mit dem praktischen Christentum!" Auf dem Katholikentag zu Salzburg erschien auch der Statthalter Graf Thun-Hohenstein, begrüßte die Versammlung im Namen der Regierung und bezeichnete ihre Bestrebungen als einem Bedürfnis der Gegenwart entsprechend. Die Erstarkung des religiösen Geistes in unserer Zeit sei eine besonders freudige und tröstliche Tatsache; sie allein sei berufen, die Befreiung aus den Banden des Materialismus herbeizuführen, der sonst der Menschheit den Untergang bereiten müsse. — Die fünfte Generalversammlung der Leo-Gesellschaft tagte vom 14. bis 17. September in Wien. Weiskirchner sprach über „die Armenpflege einer Großstadt vom Standpunkt der christlichen Auffassung der Armenpflege", ich über „Dekadenz und Regeneration der modernen Kultur". Zur feierlichen Schlußsitzung wurde meine Festode gesungen, die einiges von dem zusammenfaßt, was uns damals alle bewegte: „O schöne Mutter vieler herrlich erblüh'nder Städte, Wien! . . . Wer vermöchte dich würdig zu preisen." Nach Berührung mancher historischer Erinnerungen aus allen Zeiten heißt es: „Doch nicht nur alten Ruhmes wollen wir all' uns freun: ein neues Leben kreist in deinen Adern. Du bist erwacht und prangst mit Werken zum Trotz der Stürme. Nicht brauchst du Nebenbuhler in aller Welt zu scheun; ein neuer, heiliger Geist hat neues Licht dir gebracht, vergoldend die Spitzen deiner Türme. Längst warst du voll von hoher Lust, der Musen Gaben dir reichlich bewußt; nun aber ist der letzte Tadel von dir genommen, als triebst du nur Scherz, nein, bis ins tiefste Herz ist dir hoher Ernst gedrungen zu neuem Adel. Den laßt uns erfassen, ihn nimmer lassen! Dem frommen Sinn entsprießet jeder Gewinn: Nur dies ist fester Grund, darauf zu bauen. Kunst, Wissen, Macht, Fried', Ehre, Pracht erhebe sich, ein Bau, herrlich zu schauen! Des Vaterlandes Heroen, der Stadt Patrone, o seht, sie schauen auf euch mit frohen Segenswünschen! Es steht ob allen Tempeln, ihnen geweiht, ein Cherub im Schwingenkleid; den roten Wappenschild hält er mit des Kreuzes Bild, dem Zeichen kampfumgrollt, in dem ihr siegen sollt!"

Leogesellschaft.

Freimaurer. Der internationale Antifreimaurerkongreß zu Trient, 26. bis 30. September, war zuvörderst eine österreichische Angelegenheit. Der Wiener Pfarrer Deckert sagte: „Für uns Wiener sind antiliberal, antisemitisch und antifreimaurerisch identische Begriffe.“ Es hieß, daß die Liberalen Trients am 20. September an der Bresche der Porta Pia in Rom einen Kranz niederlegen ließen, auf dessen Schleifen die Worte standen: „Die Liberalen Trients protestieren gegen den Antifreimaurerkongreß.“ Fürst Karl von Löwenstein wurde zum Präsidenten des Kongresses gewählt. Der Schwindel des Leo Taxil mit der Diana Vaughan und dem Satanismus beschäftigte den Kongreß und spaltete die Teilnehmer in zwei Parteien, in solche, die ihm glaubten, und in solche, die ihn durchschauten. Erst nach dem Kongreß wurde der ganze Schwindel aufgedeckt, besonders durch einen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ von Cardauns. Schon auf dem Kongreß sprachen Gratzfeld, P. M. Baumgarten und Koller in diesem Sinn.

Durch den Tod des Erzherzogs Karl Ludwig, des Bruders des Kaisers, ging das Thronfolgerrecht auf dessen Sohn Franz Ferdinand über, dessen Ermordung, 1914, den Anlaß zum Weltkrieg geben wird.

Aus der Feder des Erzherzogs Otto (des Vaters des jetzigen Kaisers Karl) erschien das Reisetagebuch „Drei Wochen auf der Halbinsel Sinai“.

Historikertag. Auf der vierten Versammlung deutscher Historiker zu Innsbruck sprach Professor v. Scala über „Individualismus und Sozialismus in der Geschichtschreibung“. Daran schloß sich eine Erörterung, ob der Historiker mehr Künstler oder Forscher sei. Schmoller tadelte an Lamprecht die Einseitigkeit der Betonung ökonomischer Faktoren, die Überschätzung der Empirie. „Das Zusammenfassende in der Wissenschaft folgt immer wieder aus der Weltanschauung und ohne die kommen wir niemals aus. Bei Ranke stehenzubleiben, wäre Negation der Entwicklung. Der neue Versuch, nach gewisser Seite realistisch genauer, empirischer zu verfahren, schließt in keiner Weise aus, daß man dabei große Ideale hat.“ Stieve betonte, die wissenschaftliche Grundlage der Historie sei nur Kärrnerarbeit; die eigentliche Arbeit des Historikers beginnt, wo er aufbaut, und da muß er ganz Künstler sein. Knapp sagte, das Mittelalter werde entstellt von der liberalen Entrüstung über die Leibeigenschaft (Allg. Ztg., 15. Sept.).

Alfons Hubers „Geschichte Österreichs“ fand mit dem 5. Band (1609 bis 1648) ihren vorläufigen Abschluß. Nach Hubers Tode ist noch keine Fortsetzung erschienen. — Alfons Huber gab auch die Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung 1740 bis 1848 aus dem Nachlaß von Ignaz Beidtel heraus.

Magyaren. Entgegen der Ansicht, daß die Magyaren zur ugrischen Familie des finnischen Zweiges der Uralier gehören, stellte Vambery (ehemals Bamberger) in Pest die These auf, sie seien ein turkotatarisches Mischvolk. Die Sprache habe viel Slawisches aufgenommen. Das Volk habe sich nur durch Zuwachs deutscher, slawischer und romanischer Volksteile vermehrt und erhalten. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts, nach Abzug der Türken, zählte man etwa zwei Millionen Ungarn, von denen kaum ein Drittel Magyaren waren. Jetzt zählte man acht Millionen Ungarn, aber echt magyarischen Ursprungs waren nur wenige Adelsfamilien, wie die Kallay, Apponyi, Ugron. Dennoch haben die heutigen Ungarn einen einheitlichen Charakter; sie be-

trachten es als ihre Aufgabe, die abendländische Kultur aufzunehmen, auszubilden und gegen Osten zu verteidigen (Allg. Ztg., 9. März).

Zur Abwehr des modernen magyarischen Chauvinismus wurde daran erinnert, daß König Stephan seinen Sohn ermahnte: „Halte die ‚Gäste' gut und in Ehren; sie sind eine Zierde und Stütze des Thrones, denn ein Reich von Einer Nationalität und Einer Sprache ist schwach und gebrechlich" (Allg. Ztg., 6. Okt.). Diese vernünftigen Grundsätze waren in Vergessenheit geraten.

In einem Festgesangbuch für die Schulen in Ungarn hieß es über die ungarische Trikolore: „Die zweite Farbe ist weiß wie der Schnee; sie bedeutet, daß der Magyar gutherzig ist; er hat nicht eine schwarze Seele, wie die Gesinnung des Deutschen, der nicht weiß, wo die Ehre wohnt." Das war eine Harmlosigkeit eines kindlichen Gemütes, worüber die Deutschen, die die Millenniumsausstellung besuchten, lächeln konnten (Allg. Ztg., 28. März).

Graf Eugen Zichy kehrte von seiner zweiten Kaukasus-Expedition zurück; den Spuren der Magyaren nachforschend, hatte er ähnliche hunnische Funde gemacht, wie die des sogenannten Schatzes des Attila waren.

Eine ungarische Schrift referierte über die Namensveränderungen unseres Jahrhunderts. Es waren an 15.000 Familiennamen, darunter sechzig Prozent Juden. So schuf man eine magyarische Nation (Allg. Ztg., 15. Juni).

Die Kongreßausstellung (1815) in Wien wurde von allen Staaten reichlich beschickt; der Katalog war eine wertvolle Geschichtsquelle.

Professor Laurenz Müllner wurde von der theologischen an die philosophische Fakultät versetzt, einerseits, damit hier auch die positiv katholische Philosophie vertreten sei, anderseits, weil sein kritischer analytischer Standpunkt den Theologen weniger paßte.

Die studentischen Verbindungen der Schönerer-Richtung an der Wiener Universität, achtzehn an der Zahl, beschlossen, den Juden nicht mehr mit Waffen Genugtuung zu geben. Der Senat sprach darüber seine Mißbilligung aus.

Das Ehrengeschenk der österreichischen Burschenschaften des Linzer Delegiertenkonvents wurde dem Fürsten Bismarck überreicht. Die schöne Komposition des Bildhauers Theodor Charlemont trug als Inschrift das Wort Bismarcks: „Halten wir unzertrennlich zusammen vom Fels bis zum Meer!" Gewiß, das wollten wir ja auch schon 1866.

In Graz wurde eine Moschee für die bosnischen Soldaten eingeweiht.

Ein literarisches Denkmal zur Herz-Jesu-Säkularfeier in Tirol war der Festgruß, den Seeber mit Domanig, Heyl, Ambros Mayr, A. Müller, Br. Norbert herausgab; die Perle blieb Seebers vielgesungenes Bundeslied: „Drum geloben wir aufs neue, Jesu Herz, dir ew'ge Treue!" Seeber schloß das Buch mit seinem Festspiel „Spinges".

Den ursprünglichen Plan des Olympions für Wien nach dem Entwurf von L. Baumann zeigt die „Illustrierte Zeitung" 11. Januar.

Es erschienen „Geflügelte Worte aus und über Österreich" von Argus (Wien, Friedr. Schalk).

Das treffliche Dantedenkmal zu Trient von Zocchi sollte dem Denkmal Walthers von der Vogelweide zu Bozen entgegentreten, der welsche dem deutschen Dichter. Die Verkehrtheit der italienischen Auffassung habe ich damals mit folgenden Versen bezeichnet: „Die Trientiner haben vor dem Bahnhof ihrer Stadt aus Erz den Dante hingestellt. Verdienten Ruhmes Dante.

satt, blickt er von welscher Mark gegen Nord, gen Deutschland mit prophetischen Geberden. Sei mir gegrüßt, o großer Gibeline, denn es hört das Ohr des Dichters dich ertönen, klar und unbetört von knabenhaft gemeintem Tort unwürd'ger Enkel, unverständ'ger Herden. Du sagst noch immer jenes Wort, um das dich deine Vaterstadt verbannte: ‚Komm, deutscher Kaiser, als der Hort des Rechtes komm, ob man dich Heinrich oder sonst wie nannte! Komm aus der Ostmark oder Nordmark! Komm im Siegeslauf und setze dir nach heilgem Recht Cäsars und Karl des Großen Krone auf!'"

Franz Matsch malte für das Achilleion der Kaiserin Elisabeth auf Korfu den Triumph des Achilles (Ill. Ztg., 26. Dez.).

In Wien wurde das neue Gebäude der Hochschule für Bodenkultur vollendet.

Albert Ilg, der Kunsthistoriker, starb als Vorkämpfer für die Erneuerung der Barocke. Grundlegend war sein kunstgeschichtliches Werk über „Die Fischer von Erlach".

Jos. Neuwirth veröffentlichte die alten Gemälde der Burg Karlstein in Böhmen in den Forschungen der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen. — K. Domanig gab „Porträtmedaillen des Erzhauses Österreich" heraus.

Tilgner. Viktor Tilgner starb plötzlich, kurz vor der Enthüllung seines Wiener Mozartdenkmals, dessen zweifelhafter Erfolg ihn übermäßig aufgeregt hatte.

Ein bedeutendes Werk war der neue Justizpalast in Pest von Alois v. Haußmann (Ill. Ztg., 24. Okt.). — Sehr hübsch gelang das neue Lustspieltheater in Pest von Fellner und Helmer in Wien (Ill. Ztg., 15. Aug.).

Judenstaat. Von Theodor Herzl erschien „Der Judenstaat; Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage". Zuerst sollte eine Aktiengesellschaft mit einer Milliarde Mark Kapital gegründet werden. Die Gründung kann entweder in Argentinien oder Palästina erfolgen. „Die Fahne ist weiß mit sieben goldenen Sternen, den sieben goldenen Stunden unseres Arbeitstages."

Als zweiter Band des Gesamtwerkes „Die Theater Wiens" erschien Oskar Teubers Geschichte des Hofburgtheaters.

Anton Schönbach gab in der „Zeitschrift für deutsches Altertum" (40, 368) das Neidhartspiel, die älteste weltliche Komödie in deutscher Sprache, heraus. Ich habe später (1905) mit Benützung aller Quellen daraus „Das Veilchenfest" bearbeitet, mit den Neidhartschen Melodien; so wurde es oftmals aufgeführt.

Nissel. Zur dritten Folge der dramatischen Werke (und Gedichte) Franz Nissels zitierte der Kritiker der „Allgemeinen Zeitung", 3. Februar, den Aphorismus des Dichters: „Das Edle siegt, auch wenn es stirbt. O, daß es doch muß sterben, um zu siegen!"

Müller-Guttenbrunn trat von der Leitung des 1893 gegründeten Raimundtheaters zurück. Er gab darüber zwei Schriften heraus: „Der suspendierte Theaterdirektor" und „Das Raimundtheater". — Er schrieb auch sehr gesinnungstüchtig „Deutsche Kulturbilder aus Ungarn".

Auf dem Passionstheater zu Brixlegg wurde das Volksstück „Speckbacher", von A. Foltin, aufgeführt.

K. Pasch übersetzte „Ausgewählte Schauspiele des Calderon".

Des Burgschauspielers Gabillon Tod (13. Febr.) sei erwähnt wegen der von ihm hinterlassenen, 1900 von seiner Tochter Helene Bettelheim herausgegebenen Erinnerungen.

An der Wiener Oper wurde „Walther von der Vogelweide", Text und Musik von Kauders, und Goldmarks „Heimchen am Herd" aufgeführt.

Anton Bruckner, der größte Komponist der Zeit neben und nach Wagner und Liszt, starb zu Wien. Bruckner.

Th. Gomperz übersetzte des Aristoteles Poetik. Alfred v. Berger schrieb dazu eine Abhandlung über die Katharsistheorie. Ich habe die Schrift in der „Allgemeinen Zeitung", 18. Dezember, besprochen, nach den bedeutenden Eindrücken, die ich über den Gegenstand seinerzeit in Bonn durch Jakob Bernays erhielt. — Alfred Freiherr v. Berger sammelte seine „Studien und Kritiken".

Stephan Milow kam in seinem „Lied von der Menschheit" von den ältesten Zeiten bis Bismarck.

Josef Rank, der poetische Schilderer seiner (und meiner) Heimat, des Böhmerwaldes, ein alter Frankfurter Deputierter von 1848, starb achtzigjährig. Er hinterließ „Erinnerungen aus meinem Leben", die nun veröffentlicht wurden. — Eine andere Selbstbiographie war Jos. Wichners „Volksroman": „Im Schneckenhause." — Anton Kerschbaumer gab seine Memoiren „Ein Pilgerleben" heraus; er war Propst und Stadtpfarrer in Krems a. d. Donau. J. Rank.

Hugo Bannholz folgte mit seinem „Wingolf von dem Kranichberge" (bei Wien) den Spuren Scheffels. — Anton Breitners „Literaturbilder" behandelten unter anderem den Scheffel-Bacillus.

Anton Einsle gab ein Verzeichnis der in Österreich von 1862 an verbotenen Druckschriften heraus (Allg. Ztg., 7. Nov.).

J. Loserth gab Briefe Kaiser Maximilians II. heraus, wichtig für dessen „Kompromißkatholizismus".

Richard Wahle gab einen „geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Philosophie" (1895). Es war eine Fortführung der Gedanken der früheren Schrift von 1894: „Das Ganze der Philosophie und ihr Ende; ihre Vermächtnisse an die Theologie, Physiologie, Ästhetik und Staatspädagogik." Im entgegengesetzten Sinne zog ich das Facit der immerwährenden Philosophie in meiner „Weltweisheit", von der damals auch die anderen Bände erschienen. Wahle.

Ludwig Felix schrieb eine Geschichte des Eigentums in mehreren Bänden vom kulturgeschichtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt. — Max Haushofer versuchte in der Schrift „Der moderne Sozialismus" besonders die kollektivistische Idee zu entschleiern.

Franz Brentano gab über seinen Ehefall noch eine Streitschrift gegen Krasnopolski heraus: „Zur eherechtlichen Frage in Österreich." Brentano.

In Hermannstadt erschien das Buch „Hundert Jahre sächsischer Kämpfe".

Italien hatte Unglück im afrikanischen Koloniengebiet. Der Negus Menelik zwang die Italiener, Makale aufzugeben. Zugleich wurden sie durch die Derwische und durch unbotmäßige Stämme bedroht. So erfolgte am 1. März die katastrophale Niederlage bei Adua. Der früher viel gefeierte General Baratieri ließ sich verleiten, die fünffach über- Italien.

legene Macht des Negus anzugreifen und wurde vollständig geschlagen. Zwei Generale fielen, einer wurde gefangen; das Heer, 15.000 Mann stark, davon 9000 Italiener, verlor an 10.000 Mann. Die ganze Artillerie war verloren. Man sagte, daß die Gefangenen grausam verstümmelt wurden. Der Eindruck der Niederlage in Italien war furchtbar. Man tadelte Crispis afrikanische Politik. Er mußte am 5. März demissionieren. Rudini übernahm die Bildung eines neuen Kabinetts. Sehr ungehalten war man über Rußland, das eine starke Abteilung der Rotenkreuzgesellschaft nach Abessynien geschickt hatte. Man zweifelte, ob dabei nur Philanthropie und Humanität mitspielte oder nicht vielmehr der Wunsch, die Macht des Negus gegen Italien zu stärken. Die italienische Regierung gab mehrere Grünbücher über die afrikanische Angelegenheit aus. Sie mußte ihr ganzes Budget verändern. Der Kriegsminister stellte den Antrag auf kriegsrechtliche Verfolgung Baratieris. Der Papst intervenierte mit einem Brief
Menelik an Menelik vom 11. Mai folgenden Inhalts: „Unser Wort richtet sich an Dein Herz als Monarch und Christ, um Dich zu einem Akt der Herrschergroßmut zu bewegen. Der Sieg hat zahlreiche Gefangene in Deine Hände gespielt. Es sind kräftige, achtbare junge Leute, die in der Blüte der Jahre ihren Familien und ihrem Vaterlande entrissen sind. Ihre Gefangenschaft erhöht weder die Macht noch das Ansehen Deiner Majestät; aber je länger sie dauert, um so stärker wird der Schmerz von Tausenden unschuldiger Mütter und Frauen. Erhöre darum die Bitte, die das Herz eines Vaters an Dich richtet, im Namen der heiligen Dreieinigkeit, der Jungfrau Maria und alles dessen, was Dir auf der Welt am teuersten ist: Gib den Gefangenen ohne Aufschub die Freiheit. Großmächtiger Negus, weigere Dich nicht, Dich vor den Nationen edelmütig zu zeigen! Trage diese glorreiche Seite in die Annalen Deines Reiches ein, denn was sind schließlich die unerbittlichen Rechte des Krieges neben den Rechten und Pflichten der menschlichen Brüderlichkeit! Gott wird Dich dafür reichlich belohnen und tausend Stimmen, darunter die meinige zuerst, werden sich zum Jubelchore vereinigen, Dich zu segnen.“ Die italienische Regierung war über diesen Schritt sehr befriedigt, aber weder ihr Unterhändler, der Ingenieur Ilg aus Zürich, noch der Papst und dessen Abgesandter Macarius hatten zunächst Erfolg. Menelik antwortete dem Papste: „Als ich den wunderbaren Brief des gemeinsamen Vaters der Christen las und die Worte seines Gesandten hörte, war ich tief gerührt, und die erste Regung meines Herzens war, den Wunsch Eurer Heiligkeit zu erfüllen, denn auch ich beweine die zahlreichen Opfer dieses von mir nicht veranlaßten blutigen Krieges. Unseligerweise scheiterte meine Absicht an der Haltung der italienischen Regierung, die fortfährt, kriegerisch gegen mich vorzugehen. Unter solchen Umständen ist es mir als Vater meines Volkes

verboten, die einzige Friedensbürgschaft, die ich in Händen habe, zu opfern. Mit dem tiefsten Schmerz bin ich also gezwungen, den Beweis der Liebe und Verehrung, den ich Eurer Heiligkeit so gern gegeben hätte, auf bessere Zeiten zu verschieben . . ."

Indessen wurde General Baratieri vom Kriegsgericht freigesprochen, und am 26. Oktober erfolgte auch der Friedensschluß. Der Antrag Imbrianis, die Erythräa ganz aufzugeben, wurde am 2. Dezember in der Kammer beraten, aber mit 148 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Der Argwohn gegen Rußlands Absichten, sich am Roten Meer festzusetzen, dauerte fort.

Trotz der Zusammenkunft des deutschen Kaiserpaares mit dem italienischen Königspaar in Venedig (April) wurden in der Kammer Stimmen gegen die Dreibundspolitik laut. Imbriani meinte, sie stelle Italien und Österreich unter das deutsche Protektorat. Rudini antwortete, indem er von möglichen Verbesserungen der Dreibundabmachungen sprach. Das erregte in Berlin Mißstimmung und wurde wieder abgeschwächt!

Mit großer Festlichkeit wurde die Vermählung des italienischen Kronprinzen mit der Prinzessin Helene von Montenegro abgehalten (24. Okt.). Es ist das regierende Paar, das im Weltkrieg den Bruch des Dreibundes auf sein Gewissen genommen hat. Die Montenegrinerin war ganz russisch gesinnt.

Das Prozeßverfahren gegen Giolitti wegen Hinterziehung von Dokumenten wurde fallen gelassen.

In einer Enzyklika vom 29. Juni (Satis cognitum) stellte Papst Leo XIII. Leo die Gründung einer einheitlichen Kirche durch Jesus Christus, eines autoritativen Magisteriums als wesentlich dar. Die Kirche wolle nicht die Rechte der Herrscher an sich reißen, sie sei aber die über allen andern stehende Gesellschaft, gleichwie das übernatürliche Ziel, das sie verfolgt, über allen andern steht.

In einer Ansprache an die Kardinäle (2. März) verkündete der Papst die Wiederherstellung der katholischen Hierarchie unter den Kopten und sprach die Hoffnung aus, daß mit Gottes Hilfe sich die katholische Einheit ganz verwirklichen werde. Er beklagte aber sehr das traurige Beispiel des Fürsten Ferdinand, der die Gründe menschlicher Politik höher stellte als die Würde des christlichen Gewissens, seinen Sohn dem Schisma überlieferte und so großes Ärgernis gab.

Manche Kommentare knüpften sich an die Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem Kardinal San Felice Ende März bei Neapel. Der Kardinal sagte beim Abschied: „Ich hoffe, Euer Majestät dereinst an einem besseren Ort wiederzusehen; inzwischen bitte ich Gott, daß er Sie die Wahrheit so sehen lasse, wie ich sie sehe."

Der Kardinal Gustav Adolf Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst verschied zu Rom, bekannt als Freund Döllingers und Friedrichs, als Gegner der Jesuiten und des Unfehlbarkeitsdogmas und daher in einer

unmöglichen Stellung verharrend. Manche indiskrete Enthüllungen über ihn enthalten die Denkwürdigkeiten seines Bruders Chlodwig.

Die Stellung der Italiener im Ausland war eine Folge unhaltbarer heimischer Verhältnisse. 1885 bis 1895 waren $2^1/_2$ Millionen Italiener ausgewandert. Sie machten sich in der Fremde unbeliebt und gaben Anlaß zu Unruhen und Gewalttätigkeiten. Es war eine moderne soziale Krankheit, die in Italien stärker auftrat als sonstwo. Es war ein Widerspruch zur einseitigen Theorie des Nationalismus.

Über die Römische Frage brachten neue Eröffnungen L. Chiala „Politica segreta di Napoleone III. e di Cavour 1858—61" und „Politica segreta Italiana" (Roma 1895). Über die Römische Frage schrieben auch Francesco Edlmann (1895), Paul v. Hoensbroech, ein angeblicher Padre Girolamo da Montefalco („Il Papa-Re al Tribunale del Christo e dei Santi").

Anläßlich der Vermählung des Kronprinzen erschien ein Prachtwerk über Montenegro und dessen Beziehungen zur venezianischen Republik.

Fr. Musoni schrieb über die Lage der Slawen in Italien (italienisch, Rom 1895). Diese Slawen waren nur in der Landschaft Friaul, Provinz Udine.

Die durchgefallenen Gymnasialabiturienten baten den Minister, auch in die Amnestie bei Gelegenheit der Hochzeit des Kronprinzen eingeschlossen zu werden. Aber der Minister wollte diese faulen Schlingel nicht den Verbrechern gleichstellen.

Bei der Besprechung der Finanzlage Italiens zitierte Fiamingo das Wort des Senators Jacini, daß die Bezeichnung „Garten Europas" für Italien nur im ironischen Sinne zu nehmen sei (Allg. Ztg., 27. Nov.).

Ant. Fogazzaro, der vor vier oder fünf Jahren seine Liquidation ankündigte, aus Ärger über die neue Schule der Naturalisten oder Veristen, wie die Italiener sagten, wandte sich neuem Schaffen zu.

Die italienische Dichterin Ada Negri wurde von Ernst Gnad (Allg. Ztg., 11. Dez.) als Offenbarerin der modernen weiblichen Seele geschildert.

Ibsens „Gespenster" wurden in Italien gespielt; dorthin gehören sie auch mehr als nach Deutschland.

Frankreich.

Frankreich notifizierte den Mächten die Besitzergreifung Madagaskars und schloß mit England ein Abkommen über die Grenzregulierung am Mekong in Asien. Die Kammer bewilligte eine Million für die würdige Vertretung Frankreichs bei der Zarenkrönung in Moskau, und 200 Millionen für die Weltausstellung von 1900. Der Sozialist Jaurès setzte sich für die Einkommensteuer ein, die dem demokratischen Geist entspreche und Handwerk wie Ackerbau entlaste. Die Gegner sahen aber darin den ersten Schritt zur Abschaffung des Eigentums; sie meinten, das Gesetz werde gerade die kleinen Ackerbauer und die städtischen Arbeiter mit Familien drücken. Man griff die Regierung an, weil sie die englische Expedition gegen Dongola nicht verhinderte und dadurch Ägypten an England ganz ausliefere. Infolge der Verweigerung der Kredite für Madagaskar trat Bourgeois zurück und Méline bildete Ende April ein neues Kabinett. Er versprach eine Politik der Beruhigung.

Zum Krönungsfest in Moskau (26. Mai) fühlte der Präsident der Republik Faure sich gedrängt, dem Zaren die herzlichsten Wünsche Frankreichs für dessen persönliches Glück sowie für den Ruhm und das Gedeihen Rußlands auszudrücken. Der Zarin legte er die ehrerbietige Versicherung seiner Hochachtung zu Füßen und bat, an seine tiefste Zuneigung zu glauben. Der Zar antwortete, es berühre ihn „besonders angenehm, Frankreich mit uns einig zu wissen in diesen feierlichen Augenblicken". Als Jules Simon 8. Juni starb, telegraphierte der Deutsche Kaiser dem Präsidenten Faure sein Beileid in Erinnerung an des Verstorbenen Mitwirkung bei der Arbeiterfürsorge des Kaisers.

Beim Kongreß Marxistischer Sozialisten in Lille (23. Juli) wurde den anwesenden Deutschen Bebel, Liebknecht, Singer und Fischer sowie überhaupt den Sozialdemokraten übel mitgespielt. Diese mußten von der Polizei gegen das empörte Bürgertum geschützt werden.

Nach der Volkszählung dieses Jahres hatte Frankreich 38,228.969 Einwohner gegen 38,095,150 im Jahre 1891, also eine sehr unbedeutende Zunahme. 64 Departements wiesen eine Abnahme auf, 29 (besonders Paris) einen Zuwachs, so daß, die Einwanderer mitgerechnet, die Einwohnerzahl Frankreichs mit Ausnahme von Paris und Umgebung sich eigentlich vermindert hatte. Dies ungünstige Resultat gab Anlaß zu schweren Besorgnissen für die Zukunft.

Zu Reims wurde am 30. September der Kongreß der französischen Bischöfe eröffnet. Zugleich wurde das Chlodwigjubiläum gefeiert. Bezeichnend war es, daß die republikfreundlichen Prälaten der Versammlung fern blieben, die einen entschieden royalistischen Anstrich hatte.

Zarenbesuch.

Das größte Ereignis für Frankreich war der gnädige Zarenbesuch im Oktober. Alle andern Interessen, alle Streitigkeiten schwiegen in Erwartung des Ersehnten. Selbst der sozialistische Stadtrat von Paris bewilligte große Summen für die Ausschmückung der Stadt. Das Zarenpaar landete am 5. Oktober in Cherbourg. Der Präsident Faure begrüßte es und lud es ein, das Herz des französischen Volkes schlagen zu hören. Er erinnerte an die Feste in Kronstadt und Toulon. Die republikanische Regierung war so hündisch, dem Selbstherrscher die Berührung mit den parlamentarischen Körperschaften möglichst zu ersparen, aber der Zar war großsinniger und gab bei den Präsidenten der beiden Häuser persönlich seine Karten ab. Man ließ ihn in Paris den Grundstein zu einer neuen Brücke „Alexander III." legen. Am 9. Oktober folgte eine große Parade zu Chalons. Der Präsident zeigte ihm das, „was dem Herzen Frankreichs am teuersten ist, Heer und Marine". Der Zar antwortete: „Sie haben Recht, zu sagen, daß die beiden Länder durch unwandelbare Freundschaft verbunden sind. Ebenso besteht zwischen unsern beiden Heeren ein tiefes Gefühl der Waffenbrüderschaft." Der Zar nahm von Faure unter Kuß und Umarmung Abschied. — Die Ansichten über den Besuch waren verschieden. Die einen begrüßten den Zaren als Friedensbringer, andere hofften auf den Revanchekrieg und die Wiedereroberung Elsaß-

Lothringens. Das feste Einvernehmen stand für alle sicher. Man freute sich, zu sehen, daß der Zar kein Vorurteil gegen die republikanischen Institutionen zeigte. Der Zar, meinte man, schätze Frankreich, weil es in fünfundzwanzigjähriger Arbeit seine militärische Macht zu stärken verstand.

Allianz. „Zar Nikolaus ist das lebendige Symbol der Allianz, welche aus Frankreich und Rußland einen souveränen Schiedsrichter des europäischen Friedens gemacht hat." Die Monarchisten freilich meinten, die im Elysee für den Zaren errichtete Estrade bedeute den französischen Thron, es frage sich nur, ob Napoleon oder Philipp ihn besteigen werde. Jedenfalls erhofften alle die kommende Entscheidung vom Zaren, denn „der Zar diktiert der Welt seinen Willen", und er hat gesagt von den „Banden, welche uns vereinen". Dieser Austausch einer gewiß vorher studierten Wendung sei ein Beweis, daß zwischen den beiden Regierungen mehr bestehe als eine natürliche Sympathie und mehr als ein unbestimmtes Einvernehmen. Die Sozialdemokraten freilich verspotteten die Huldigungen der Republikaner vor dem Selbstherrscher, der doch nur deshalb nach Paris gekommen sei, um eine Anleihe aufzunehmen. Die Konservativen meinten, der Zar habe in seiner Rede absichtlich „ganz Frankreich" den Republikanern gegenübergestellt und demonstrativ einen Besuch in der Kathedrale in das Programm eingeschoben. Diese Lektionen haben freilich dem Land sechs Millionen gekostet. Die Radikalen verlangten die Veröffentlichung des russisch-französischen Vertrags. In der Kammer feierte noch Präsident Brisson den Einklang, den bereits die Dichter, die Künstler, die Presse und das ganze Volk gefeiert hatten.

Bei den Verhandlungen über die armenische Frage wurden die Komitees in England beschuldigt, den Geist der Einmischung entfacht zu haben; das sei aber das Gefährlichste. Jaurès tadelte die Regierung, daß sie Rußland die politische Leitung im Orient überlasse. Man beriet die Verstärkung der Flotte, die Not der Landwirtschaft, die Doppelwährung, die Verweltlichung der Mädchenschulen. Letzteres wurde nur der großen Kosten wegen abgelehnt.

Jean Heimweh, ein Elsässer, protestierte in einer französisch geschriebenen Schrift (Recht der Eroberung und Plebiszit) gegen den gegenwärtigen Zustand. Ein anderer (Ignotissimus) sagte in seiner „Stimme aus dem Elsaß": „Ehe die Elsässer zu guten, treuen Deutschen werden, wird Europa durch Krieg, Bankerott oder Revolution zugrunde gerichtet."

Das von Paul Dubois geschaffene Reiterbild der Jungfrau von Orleans für Reims zeigte archaistische Formen (Ill. Ztg.).

In Arras wurde das mittelalterliche Bühnenspiel „Robin und Marion" von Meister Adam de la Halle aus dem 13. Jahrhundert mit den erhaltenen Melodien aufgeführt (Allg. Ztg., 2. Sept.).

Zola. Um die Wahl Zolas in die Akademie zu hintertreiben, stellte ein gewisser Laporte eine Blütenlese aller Schmutzereien aus Zolas Romanen zusammen. — Die veröffentlichte Korrespondenz Victor Hugos erwies sich als sehr wenig ergiebig. — Wilamowitz-Moellendorff äußerte sich fast

begeistert über den französischen Pornographen Pierre Louys und seine archäologischen Themen (Allg. Ztg., 20. Nov.).

Goncourt. Edmond de Goncourt stiftete durch Testament eine oppositionelle Gegenakademie, die seinen Namen tragen und verkannte Talente ehren solle; sie sollte zehn Mitglieder zählen, die je 1000 Franken als Jahrespension erhielten, um frei ihrer Kunst zu leben. Sie sollten außerdem jedes Jahr die beste literarische Arbeit durch einen Preis von 5000 Franken auszeichnen.

Das Louvre-Museum in Paris blamierte sich unsterblich durch den Ankauf der gefälschten Goldtiara des Saitaphernes. Die Fälscher hatten sie zuerst in Lemberg, dann in Wien angeboten, wo man aber die Fälschung sofort erkannte. Der Streit und die Erörterung darüber zog sich noch längere Zeit hin.

Ein französisches Buch über die Geschichte der deutschen Musik von Albert Soubies war durch R. Wagners Erfolg angeregt, aber auch durch die Erkenntnis, wieviel seit Gluck die französische Musik der deutschen zu verdanken hatte.

Spanien. Spaniens Verlegenheiten im Kriege gegen das aufständische Kuba vermehrten sich durch einheimische Demonstrationen gegen Fortsetzung dieses Feldzuges. Dazu kam eine Empörung auf den Philippinen und der Kampf gegen die Anarchisten, endlich gar die Drohung Clevelands, sich in Spaniens Kolonialverhältnisse einzumischen.

Schweiz. In Zürich wurden italienische Arbeiter durch Schweizer und deutsche Arbeiter wegen wirtschaftlicher und nationaler Gegensätze verfolgt, so daß Militär die Ordnung aufrechterhalten mußte und viele Italiener die Schweiz verließen.

Der 150. Geburtstag Pestalozzis wurde in der Schweiz und in Deutschland gefeiert, zumeist freilich von der Loge. In Berlin wurde ein Festspiel von Paul Risch aufgeführt.

Belgien. Am internationalen Bimetallistenkongreß in Brüssel, 24. April, nahmen aus dem Deutschen Reich die Abgeordneten Kardorff und Arendt teil. — Die belgische Kammer stellte durch Gesetz vom 19. November die flämische Sprache der französischen gleich. — Es erschien eine Schrift über „Das deutsche Belgien und den Arloner deutschen Verein" zu Arlon. — Der katholisch-demokratischen Bewegung der Pfarrer Daens und Pottier wurde durch Bischöfe und Papst ein Ende bereitet.

Das Buch von Brandes über Shakespeare förderte nichts Wesentliches zutage.

Nansen. Der Nordpolfahrer Fridthjof Nansen kehrte von seiner dreijährigen Forschungsreise zurück. Er war dem Nordpol sehr nahe gekommen und hatte auf Franz-Josefs-Land überwintert. Der König gab ihm in Christiania ein Festmahl.

Rydberg. Im Nachlaß des am 21. September 1895 verschiedenen schwedischen Dichters Victor Rydberg fand sich ein Aufsatz „Die Zukunft der weißen Rasse" oder „Die Weißen und die Gelben", sein sozialpolitisches Testament. Er erblickte das Heil der Menschheit gegenüber den Wühlereien der Sozialdemokratie in der Selbstreform, in der Rückkehr zur Einfachheit und guten Sitte, in der Dezentralisation des Kapitals wie der Städte (Allg. Ztg., 4. Febr.). Er sah einen Weltkrieg der weißen Rasse mit der gelben vorher; ein solcher begann bereits in Amerika und Australien.

Rußland. Die russische Regierung ließ den Gerüchten über eine beabsichtigte Teilung des türkischen Reiches widersprechen. Die Niederlage Italiens in Erythräa betrachtete man in Rußland als den Zerfall des Dreibunds. Die Krönung des Zarenpaars in Moskau, 26. Mai, hatte eine unglückselige Katastrophe zur Folge, da im Gedränge auf dem Festplatze mehrere tausend Menschen erdrückt wurden. Man mutmaßte gar, die Beamten hätten das Volk zum regellosen Plündern der Gaben veranlaßt, um so ihre Unterschleife zu verdecken. Es erging jedenfalls ein strenger Straf-Ukas des Zaren. Vom Besuch des Zarenpaars in Wien, im Deutschen Reich und in Frankreich war schon die Rede. Über das Verhältnis zu Frankreich äußerte sich eine offiziöse Stimme sehr zurückhaltend: „Bis jetzt waren die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich wenigstens offiziell durch keinen solchen Vertrag besiegelt, wie er die Staaten der mitteleuropäischen Liga miteinander verknüpft. Mehr als einmal haben beide Staaten ihre gegenseitige Zuneigung bekundet und bei verschiedenen Anlässen erhielt sie einen sehr deutlichen Ausdruck. Soweit bekannt, ist jedoch keiner von ihnen im Hinblick auf die einen oder andern internationalen Ereignisse durch formelle Verpflichtungen an den andern gebunden. Es ist anzunehmen, daß die Situation in dieser Beziehung auch nach den Pariser Festlichkeiten unverändert bleiben wird. Das Unterhalten guter Beziehungen zu Frankreich ist in politischer Hinsicht wichtig, weil dadurch ein Gegengewicht gegen den Dreibund geschaffen wird; ein Vertrag mit Frankreich könnte aber Rußland in Verwicklungen bringen, deren Ausgang für die russischen Interessen keine direkte Bedeutung hat.“

Den Ereignissen in Abessynien wurde großer politischer Wert beigelegt. „Solange Abessynien nicht vom Erdboden verschwunden sei, könne England seine Pläne in Afrika nicht verwirklichen, folglich sei Äthiopien, als unversöhnlicher Feind Englands, der natürliche Bundesgenosse Rußlands und als solcher eine drohende Macht gegen den Einfluß und die Vormachtstellung Englands in Afrika. Ein Bündnis mit Äthiopien sei für Rußland notwendig.“

Sehr wichtig wurde der im November mit China geschlossene Vertrag über den Bau von Eisenbahnen in der Mandschurei und die Benutzung eisfreier chinesischer Häfen durch Rußland. Das hing mit dem großen sibirischen Bahnbau zusammen, der seiner Vollendung zuging.

Im Dezember wurden über 1000 Studenten in Moskau wegen revolutionärer Umtriebe verhaftet und über 600 für schuldig befunden. —
Tolstoi. Graf Leo Tolstoi fuhr fort, die agrar-kommunistische Gemeinde ohne staatliche Macht und ohne Geldwirtschaft zu predigen. — Es erschien ein russisches „Enzyklopädisches Lexikon“ bei Brockhaus und in einem Petersburger Verlag in breitestem Umfang. Es war etwa ein Dritteil erschienen:

18 Bände. — Salomon Mandelkern, geboren in Wolhynien, tätig in Odessa, mit jüdischer Philosophie und Kabbala vertraut, als neuhebräischer Dichter bekannt (Bathseba); gab in Leipzig die „Hebräisch-chaldäische Konkordanz des Alten Testaments" heraus.

Endlich erreichte der Fürst Ferdinand von Bulgarien sein Ziel, anerkannt zu werden. Er teilte, nach vergeblichen Verhandlungen mit der Kurie, am 2. Februar dem Zaren mit, daß er sich zum Glaubenswechsel des Kronprinzen Boris entschlossen habe. Zugleich erklärte er seinem vielgeliebten Volk, daß er, treu seinem eidlichen Versprechen, die Taufe des Prinzen-Thronfolgers nach dem Ritus der nationalen orthodoxen Kirche in Tirnowo vornehmen lassen werde. „Möge der König der Könige diesen Schritt segnen!" Die streng katholische Gemahlin Ferdinands, Maria Luise von Parma-Bourbon, reiste ab, um nicht dem Akt beiwohnen zu müssen. Der Herzog Robert von Parma, ihr Vater, protestierte gegen den Glaubenswechsel seines Enkels. Fürst Ferdinand wurde aber sofort vom Zaren zu seinem „patriotischen Entschluß" beglückwünscht. Der Zar übernahm die Patenschaft. Als der Präsident der Nationalversammlung dem Fürsten dankte, erwiderte dieser: Er habe für das Heil und Glück Bulgariens sein eigenes Kind als Unterpfand gegeben und darum die Bande seiner Familie gelockert, und die Bande, die ihn an den Okzident fesselten, zerrissen. Dagegen fordere er nun von seinem Volke Ehrfurcht und Vertrauen. „Der Okzident hat sein Anathem über mich ausgesprochen, die Morgenröte des Orients umstrahlt meine Dynastie und leuchte über unsere Zukunft!" Nun durfte auch der Sultan den Fürsten von Bulgarien anerkennen. Diesem formellen Akt der Pforte folgten die Anerkennungsschreiben der andern Mächte, am letzten von England. Nach vollzogener Umtaufe reiste Ferdinand nach Konstantinopel, Petersburg, Paris und Berlin. — Bald regte sich auch das makedonische Zentralkomitee in Sofia, um für die bulgarischen Brüder in Makedonien Reformen von der Pforte zu verlangen. Diese richtete wieder an Bulgarien das Verlangen, die weitere Einwanderung politisch kompromittierter Armenier nicht zuzulassen. — Mit Österreich wurde ein Handelsvertrag abgeschlossen. Die ganze Aktion schien ja ein Sieg Rußlands zu sein, das seinen Einfluß in Bulgarien wieder gewann; in Wirklichkeit war es aber doch ein politischer Sieg Österreichs, das seinen Kandidaten endlich, Rußland zum Trotz, durchgesetzt hatte. Auch die Zukunft zeigte, daß sich Rußland mit Bulgarien arg verrechnet hatte. Bulgarien.

Die Türkei hatte mit dem Aufruhr der Griechen in Kreta zu schaffen, wofür auch das hellenische Königreich lebhaft Partei nahm. Zu Kanea auf Kreta trat im Juli eine Nationalversammlung zusammen und nahm das Irade des Sultans über versprochene Reformen entgegen. — Türkei.

In Wan wurden armenische Unruhen blutig unterdrückt. In Diabekr standen die Drusen auf, in Makedonien griechische und bulgarische Banden. Ein Aufstand der Armenier in Konstantinopel hatte ein Gemetzel zur Folge. Nun verlangten auch die Regierungen der Vereinigten Staaten, Spaniens, Hollands und Griechenlands, je ein Stationsschiff nach Konstantinopel schicken zu dürfen. Die Pforte lehnte ab, da dies Recht nur den Signatarmächten des Pariser Friedens zustehe. Die Aufregung der ganzen Welt gegen die türkische Regierung war groß, aber die Mächte waren uneinig.

Rumänien. Obwohl die Studenten in Bukarest große Kundgebungen gegen die ungarische Millenniumsfeier veranstaltet hatten, besuchte doch Kaiser Franz Josef den rumänischen Hof im September und tauschte Freundlichkeiten mit ihm aus. König Karol legte im Oktober den Grundstein zu den Hafenbauten von Konstanza. Die Meinung des Landes war im allgemeinen mehr für die Anlehnung an Rußland.

G. Benger, rumänischer Generalkonsul, schilderte „Rumänien ein Land der Zukunft 1866—1896".

An den olympischen Spielen in Olympia im April beteiligten sich auch Deutsche, Engländer, Franzosen u. a.

Das Monument von Adamklissi in der Dobrudscha (Tropaeum Trajani) wurde unter Mitwirkung von O. Benndorf und G. Niemann herausgegeben von Fr. G. Tocilesco (Wien 1895, deutsch und rumänisch). Moltke hatte dieses für die älteste Geschichte der Germanen wichtige Denkmal 1837 entdeckt.

Die Franzosen untersuchten die interessante byzantinische Ruinenstadt Mistra oberhalb Sparta, den Schauplatz der Helenaszenen des Goetheschen „Faust" von wahrhaft märchenhaftem Zauber. — Professor Benndorf in Wien unternahm mit Niemann erfolgreiche Ausgrabungen in Ephesus. — Die babylonische Expedition der Universität von Pennsylvanien machte höchst wichtige Funde. Professor Hilprecht, der geistige Leiter der Expedition, setzte die Anfänge der Geschichte und Zivilisation Babyloniens vor 7000 v. Chr.

Es wurden Stücke des verlorengegangenen Jesus Sirach aufgefunden. In der Erhaltung des Textes des alten Testaments waren nämlich die Juden viel weniger sorgsam gewesen als die Christen. Manches klärte sich; so erklärte sich das „unnütze Wort" im Evangelium als „Lästerwort" (Allg. Ztg., 20. Mai). — Auch ein Stück der ältesten Polyglottenbibel des Origenes wurde gefunden (Allg. Ztg., 29. Mai).

In Konstantinopel fand eine Ausstellung der bei den armenischen Anarchisten gefundenen Bomben, Dolche, Revolver statt (Ill. Ztg., 10. Okt.).

Slatin Pascha schilderte seine Kämpfe mit den Derwischen, Gefangenschaft und Flucht 1879 bis 1895 in seinem Werk „Feuer und Schwert im Sudan".

Amerika. Die Vereinigten Staaten anerkannten das aufständische Kuba noch nicht als kriegführende Macht, der Präsident Cleveland untersagte jede Verletzung der Neutralität. Sonst beschäftigte er sich mit den Streitigkeiten über die Grenzen von Venezuela gegen das britische Gebiet und mit dem streitigen Fischfang im Behringsmeer; hier sollten Schiedsrichter die Frage mit England lösen.

Die Agitation bei der neuen Präsidentenwahl drehte sich zumeist um die Währungsfrage. Die Demokraten waren für die Goldwährung, die Republikaner aber für die Doppelwährung. Deren Kandidat Mac Kinley siegte mit geringer Majorität. Als man sich an Bismarck wandte mit einer Bitte um seine Ansicht, sprach sich dieser auch für Doppelwährung aus. Mac Kinley hatte 7,123.234 Stimmen, der demokratisch-populistische Kandidat W. J. Bryan 6,499.365. Es standen sieben Parteien im Kampf; da waren die Gutgelddemokraten, die Prohibitionisten; die Sozialisten brachten nur 16.016 Stimmen auf, die schutzzöllnerischen Nationalen noch weniger. Im ganzen hatten 13,898.802 Wähler abgestimmt. Deutsche Stimmen erklärten, der Sieg Mac Kinleys sei nur durch Bestechung erfolgt und bedeute auch nur eine Verschiebung der Währungsreform. Er war Hochschutzzöllner. Gegen Ende des Jahres steigerte sich die Mißstimmung gegen Spanien und machte sich in Demonstrationen zu Neuyork Luft. Mac Kinley.

Mit der 1895 erfolgten Übernahme des Territoriums Utah durch die Regierung der Vereinigten Staaten fand die Geschichte der Mormonensekte ihren Abschluß. Das Gebot der Vielweiberei war durch den Mormonenpräsidenten Wilford Woodruff 1887 infolge einer ihm gewordenen Offenbarung aufgehoben worden. Der neue Tempel war beendigt. Mormonen.

Die vom Papst angeordnete Enthebung des Bischofs Keane vom Posten des Rektors der katholischen Universität in Washington erschien als Sieg des deutschen Elements, das unter der Führung des Professors Schröder an der Universität gegen das vom Erzbischof Ireland geführte antideutsche Element stritt. Der Kampf war vor allem um die Schule entbrannt. Dann allerdings auch um „Amerikanismus“ und „Ultramontanismus“. Davon noch später. Amerikanismus.

Eine vergleichende Zusammenstellung Neuyorker Riesengebäude gibt die „Illustrierte Zeitung“, 28. November. — Man versuchte in Amerika, Zeichnungen, Porträts, telegraphisch zu übermitteln (Ill. Ztg., 5. Dez.).

Mark Twains humoristische Schriften erschienen auch in deutscher Übersetzung. — In Montreal sollte ein biblisches Theater begründet werden, auf dem nur Dramen biblischer Handlung zur Aufführung kämen.

Theobert Malers Forschungen in Yukatan deckten manche Denkmäler der alten Mayakunst auf (Ill. Ztg., 11. April).

Chile protestierte gegen Erweiterung der Monroedoktrin auf Südamerika. „Wir Spanisch-Amerikaner haben nichts gemein mit dem Volke der Vereinigten Staaten. Spanien gab uns Rasse, Sprache, Gesittung, Frankreich Kunst und Literatur, England Handel, Industrie, Eisenbahnen und Dampfschiffe, Deutschland Schulmeister, Offiziere, nützliche Einwanderer.“ Chile.

Japan verstärkte seine Flotte; es hatte gegen einen Aufstand auf Formosa zu kämpfen. Korea wandte sich von der japanischen Sache ab.

In Englisch-Indien wurde ein Aufstand der Mohammedaner in Malabar blutig unterdrückt. In Indien brach eine große Hungersnot aus.

Persien. Der persische Schah Nassr-Eddin wurde von einem Mitglied der Babi-Sekte ermordet. Sein Nachfolger wurde Mussaffe Eddin Mirza. — Die Ermordung des Schahs von Persien durch einen fanatischen Babisten lenkte die Aufmerksamkeit auf den Stifter dieser Sekte, Bab, dessen religiös-soziale Reformbewegung zur Zeit des Regierungsbeginns des nun ermordeten Nassr-Eddin 1846 ihren Höhepunkt erreichte. Bab war Gelehrter, Prophet, begeisterter Sprecher, er trat dem abergläubischen Islam entgegen, lehrte eine Lehre der Liebe, die alte Lichtreligion des Zoroaster mit Ausschließung des Ahriman. Sozial erstrebte er Gleichstellung der Frau, Monogamie, Ablegung des Gesichtsschleiers der Frauen. In dieser Bewegung trat eine vornehme Frau Serin, wegen ihrer Schönheit die Augenwonne „Gurret-ül-Enn“ genannt, hervor, empört über die Demütigungen des orientalischen Ehelebens. Bab wurde nach langer Gefangenschaft 1849 hingerichtet, die Frau mußte mit anderen Babisten 1852 den Scheiterhaufen besteigen. Diese historische Episode ist wahrheitsgetreu von der Wiener Dichterin Marie v. Najmajer 1874 behandelt worden: „Gurret-ül-Enn, ein Bild aus Persiens Neuzeit“.

Um Kreta und Kiau-Tschou 1897—1899.

Das Jahr 1897.

Der Aufstand auf Kreta. Griechisch-Türkischer Krieg. Kaiser Wilhelm und der Zar. Felix Faure und der Zar; Proklamierung der russisch-französischen Allianz. Bülow Staatssekretär. Das Deutsche Reich und Haiti. Erwerbung von Kiau-Tschou. Wilhelms des Großen Feier. Spectator. Die katholische Inferioritätsfrage. Hertling und Hermann Schell. Lueger Bürgermeister. Sprachenverordnungen Badenis. Lex Falkenhayn. Badenis Sturz. Gautsch Ministerpräsident. Die Canisius-Enzyklika. Marconis Telegraphie ohne Draht. Dreyfus. Leo Taxil. Jubiläum der Königin Viktoria. Englischer Imperialismus. Die amerikanische Union annektiert Hawaii.

Eine ganze Reihe von politischen Ereignissen bedroht noch vor dem Ausgang des Jahrhunderts den Weltfrieden: die Unruhen auf Kreta, der daraus erfolgende Griechisch-Türkische Krieg, die Aspirationen des britischen Reichs, die Annexion von Hawaii durch die nordamerikanische Union, die Festsetzung des Deutschen Reichs in Kiau-Tschou. Aber keine Macht, keine Mächtegruppe hält sich für stark genug, für ausreichend gerüstet und gesichert, um das große Wagnis eines Weltkriegs auf sich zu nehmen. Im Gegenteil, das Gleichgewicht der Kräfte, die Einheitlichkeit des „europäischen Konzerts", die Friedensgarantien der zwei Hauptbündnisse erweisen sich als unüberwindlich stark, so daß man fast an einen entscheidenden Sieg des Pazifismus zu glauben geneigt war. Das eine ist sicher, daß die Welt seit 1890, seit dem Sturz Bismarcks, seit Caprivi immer mehr aus der früheren Nationalpolitik in die Weltpolitik übergeht. Ob das zum Weltfrieden oder zum Weltkrieg führen mußte, das konnte noch zweifelhaft erscheinen. Jedenfalls waren beide Tendenzen in mächtigem Ringen miteinander begriffen, und dies Entscheidungsringen muß man als den Kern der Weltentwicklung ansehen.

Am gefährlichsten stiegen die Kriegsgewitter vom aufständischen Kreta her auf. Die immerwährenden Unruhen auf dieser Insel bewogen Kreta.
am 3. Januar die Botschafter der Mächte an der Pforte, dieser eine gemeinschaftliche Note zu überreichen, worin sie vor allem auf Einreihung von Fremden in die türkische Gendarmerie auf Kreta drangen und auch tatsächliche Ausführung von Verwaltungsreformen forderten.

Es ist erklärlich, daß sich das Mitgefühl für die Griechen auf Kreta am stärksten bei ihren Volksgenossen in Hellas zeigte. Zu Athen fanden Demonstrationen statt, um die Regierung zu zwingen, aus ihrer Untätigkeit herauszutreten. Sie schickte, dem Drucke folgend, im Februar ein Geschwader nach Kreta und ließ am 16. den Oberst Vassos auf der Insel beim Kloster Gonia landen. Dieser richtete folgende Proklamation an die Kreter: „Die Leiden, die ihr erduldet, haben das nationale Bewußtsein im hellenischen Volk erweckt. Der beklagenswerte Zustand eines Stammes derselben Rasse und derselben Religion konnte nicht länger ertragen werden. Der König hat beschlossen, dieser Lage durch die militärische Besetzung Kretas ein Ende zu machen . . .“ Vergebens hatte die Regierung des Deutschen Reichs den Großmächten den Vorschlag gemacht, den Piräus zu blockieren und so das Auslaufen eines Geschwaders zu verhindern. England hatte den Vorschlag als verfrüht abgelehnt; das heißt, es lag den Briten daran, die Unruhe im Orient bleibend zu erhalten, um bei seinen ägyptischen und asiatischen Absichten nicht gestört zu werden. Nur das hatte die Einmütigkeit der Mächte erreicht, daß bereits am 15. Februar mit Zustimmung der türkischen Behörden eine Besatzung, bestehend aus 100 Russen, 100 Franzosen, 100 Engländern, 100 Italienern und 50 Österreichern, befehligt von einem Italiener, zu Kanea auf Kreta landete. Eine gleich starke Truppenzahl hielt sich bereit zu landen; diese stand unter dem Befehl eines Franzosen. Die Fahnen der fünf Mächte wehten auf den Wällen der Stadt. Am 21. landeten auch 95 Deutsche und hißten die reichsdeutsche Flagge. Dies wurde dem Kommandanten des griechischen Geschwaders angezeigt. Da die Aufständischen trotz Warnung gegen Kanea vorrückten, wurde ihr Lager am 21. Februar von deutschen, italienischen, russischen und englischen Kriegsschiffen beschossen. Die griechische Regierung hatte schon vorher die Vorstellungen der Gesandten Frankreichs, Italiens und Rußlands, die griechischen Truppen von Kreta abzuberufen, abgelehnt. Die Aufregung und das Drängen des athenischen Volkes zum Krieg wurde immer größer. Nun unternahmen die Großmächte am 2. März gemeinsame Schritte sowohl in Athen wie in Konstantinopel. Die Note an die Pforte erklärte, daß die Mächte, vom Wunsch beseelt, die Integrität der Türkei zu erhalten, die Wiederherstellung der Ordnung in Kreta beschlossen haben; es sei notwendig, daß der Insel Autonomie gewährt werde. Der athenischen Regierung wurde angezeigt: „Die Mächte haben sich über die beiden folgenden Punkte geeinigt: 1. Kreta könne auf keinen Fall unter den gegenwärtigen Umständen von Griechenland annektiert werden. 2. Die Insel soll eine Selbstverwaltung mit besonderer Regierung unter türkischer Suzeränität erhalten. Dazu müssen aber zuerst die griechischen Schiffe und Truppen von der Insel zurückgezogen werden; sonst müßten die Mächte nach sechs Tagen zu Zwangsmitteln greifen.“ Darauf antwortete am 8. März die griechische Regierung: „Wir glauben nicht, daß das neue autonome Regiment den edlen Absichten der Großmächte entsprechen wird. Derlei hat sich schon nach mehr als sechs Greueln der Anarchie gezeigt. Diese Anarchie wird fortfahren, das Land zu verheeren. Feuer und Schwert in den Händen eines blinden Fanatismus werden ihr Werk der Vernichtung eines unschuldigen Volkes fortsetzen. Wir bitten daher, Kreta die volle Befreiung zurückzugeben und es dem hellenischen Königreich anzugliedern, dem es schon zur Zeit der Präsidentschaft Kapodistrias gehörte . . . Das

Verbleiben der griechischen Truppen auf der Insel ist geboten durch das Gefühl der Humanität. Es ist unsere Pflicht, das kretische Volk nicht auf Gnade und Ungnade dem mohammedanischen Fanatismus preiszugeben. Übrigens könnte auch der griechische Staat derartigen fortgesetzten Erschütterungen nicht mehr lange widerstehen. Deshalb appellieren wir an die Großmut der Mächte, indem wir sie bitten, dem kretischen Volke zu erlauben, sich zu äußern, wie es regiert sein will." Die Großmächte antworteten darauf durch Proklamierung der Autonomie Kretas unter Suveränität des Sultans, sie forderten alle griechischen Untertanen auf, die Insel zu verlassen, und erklärten Kreta als im Blockadezustand befindlich. Die griechische Regierung beklagte sich darüber, da damit eine Verproviantierung der darauf angewiesenen Insel unmöglich gemacht werde.

Bald kam es aber zum kriegerischen Zusammenstoß an der thessalischen Grenze, wohin Kronprinz Konstantin als Kommandant des helleniſchen Heeres abgegangen war. Die Folge war die Kriegserklärung der Türkei an Griechenland (18. April). Die Türken warfen alle Schuld des Friedensbruchs auf Griechenland. „Wir sehen uns gezwungen, die Integrität unseres Reiches zu wahren. Wir vertrauen der Hilfe Gottes." Alle Griechen wurden aus der Türkei ausgewiesen. Diese Maßregel wurde allerdings auf Vorstellung der Mächte gemildert. Deutschland vertrat die türkischen Untertanen in Griechenland, Frankreich die griechischen in der Türkei. Die Türken äußerten ihren Dank dem Deutschen Kaiser für seine Sympathien. Krieg.

Die Kämpfe entschieden sich überraschend schnell zuungunsten der Griechen. Ihre Truppen, die die Grenzen überschritten hatten, wurden von den Türken überall entscheidend geschlagen und zurückgeworfen, sie zogen sich eilig auf Pharsalos zurück. Die Türken besetzten Larissa und das ganze östliche Thessalien. Zu Athen brachen infolge der Niederlagen Unruhen aus; nun ergossen sich Vorwürfe über König und Heeresleitung. Das Kabinett wurde gewechselt. Im Mai wurde der Zusammenbruch noch ärger. Oberst Vassos wurde von Kreta nach Griechenland zurückberufen. Nach einer neuen Niederlage der Griechen bei Pharsalos und weiter bei Domokos besetzten die Türken Volo. Griechenland mußte sich in dieser Not an die Großmächte um Hilfe und Vermittlung wenden. Darauf erklärten sich die Vertreter Frankreichs, Italiens, Englands, Deutschlands und Österreichs, an ihrer Spitze der Vertreter Rußlands, bereit, ihre Vermittlung zur Beilegung der bestehenden Schwierigkeiten anzubieten, unter der Bedingung, daß die griechische Regierung ihre Truppen aus Kreta abberufe, der Autonomie Kretas beistimme und ohne Vorbehalt die Ratschläge der Mächte annehme. Das tat die griechische Regierung und legte ihr Schicksal ganz in die Hände der Mächte. Am 19. Mai wurde eine Waffenruhe geschlossen. Der König Georg dankte noch besonders dem Zaren für seine Intervention und bat ihn, schwere Opfer von Griechenland abzuwenden.

Griechenland vermochte die Kosten des Krieges nicht zu tragen und eine Kriegsentschädigung ohne europäische Garantie nicht zu leisten. Die Pforte aber verlangte zehn Millionen Pfund (= 190 Millionen Mark) und Landabtretungen. Das fanden die Großmächte zu hart. Vergebens wandte sich der Sultan im Juli an die Staatsoberhäupter, zunächst an Kaiser Franz Josef. Dieser riet die größte Mäßigung und Annahme der Bedingungen der Botschafter. Dazu war der Sultan endlich bereit. So wurde denn die Blockade für Kreta aufgehoben, ein Teil der Aufständischen nahm die Autonomie an. Der Vorfriede zwischen Türkei und Griechenland wurde am 18. September zu Konstantinopel unter folgenden Bedingungen geschlossen: 1. Grenzberichtigung. 2. Kriegsentschädigung von vier Millionen türkischer Pfund. 3. Ordnung der gegenseitigen Untertanenverhältnisse u. s. w. Eine kretische Nationalversammlung trat am 26. Oktober zusammen. Der definitive Friede wurde am 4. Dezember unterzeichnet; er enthielt auch Bestimmungen über Amnestie. Es hatte keinen großen Wert, daß die griechische Kammer nachträglich einen Untersuchungsausschuß einsetzte, um über die unerwarteten Kriegsereignisse zu urteilen.

Die ganze Entwicklung dieser Balkankrisis hatte die beiden Staatenverbindungen, den Dreibund und den französisch-russischen Zweibund in friedlicher Zusammenarbeit gesehen, während England isoliert und sich selber isolierend abseits stand, bereit, alle Gelegenheiten zu benützen um sich zu erweitern. Niemand sprach diese Leidenschaft Englands naiver aus, als Cecil Rhodes, der Urheber des Einfalls Jamesons in Transvaal. Er sagte zu den ihn feiernden Engländern in Kapstadt: „Mich beherrscht ein Gedanke, nämlich, daß die Erde räumlich beschränkt und Gebietsausdehnung alles ist. Die beste Politik ist also, so viel zu nehmen, wie nur möglich. Ich habe deshalb meine Stellung dazu benutzt, den Norden der Kolonie in Besitz zu nehmen. England hat mich nicht unterstützt; ich hatte nur die Südafrikanische Gesellschaft hinter mir. Südafrika darf die Intervention des Auslandes nicht dulden. Die Menschen haben viele Steckenpferde, meines ist die Gebietsausdehnung. Diesem Gedanken habe ich mein Leben gewidmet.“ Wenn das ein Gedanke ist, so ist es der des britischen Imperialismus, der weit entfernt ist vom Idealismus des römischen und des römisch-deutschen Imperiums.

Deutsches Reich.

Diese gefährliche Richtung Englands fühlte die ganze Welt; darum schloß sie sich auch mehr als bisher gegen England zusammen. Kaiser Wilhelm betonte nicht vergebens am 4. Februar die Beziehungen russisch-deutscher „Waffenbrüderschaft aus lorbeergekrönten Zeiten“. Vielleicht wäre eine Einigung gegen England zustande gekommen, wenn der Kaiser nicht selbst die Unzulänglichkeit seiner Flotte gefühlt hätte; so beeilte er sich denn, dem Reichstag eine eigenhändige Darstellung über den Stand der Marine im Verhältnis zu den andern Großmächten zu übersenden (11. Febr.). Um so stärker wurde die Erhaltung des Friedens als Ziel

der gegenwärtigen Politik von der Regierung betont. Staatssekretär v. Marschall sprach in diesem Sinn am 22. Februar im Reichstag, und auch der Zentrumsführer Lieber erklärte, er könne in den Griechen durchaus nicht berechtigte Vertreter der zu schützenden Christen erblicken; es wäre vielmehr erwünscht, diesen kleinen Gernegroß auf Kreta zu paaren zu treiben. — Die Abschließung eines Freundschafts- und Handelsvertrags mit dem Oranje-Freistaat (28. April) schien nicht ohne Bedeutung zu sein. Ebenso, daß am 18. Juni Konteradmiral Tirpitz die Leitung des Reichsmarineamts übernahm. Im Sinne der neuen Weltpolitik sagte der Kaiser am selben Tag bei der Enthüllung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Köln: „Am Postament seh' ich zwei Figuren: Köln mit dem Ölzweig, dem Bilde des Friedens, und dem Meergott mit dem Dreizack, ein Zeichen dafür, daß, seitdem unser großer Kaiser unser Reich von neuem zusammengeschmiedet, wir auch andere Aufgaben auf der Welt haben: Deutsche aller Orten, für die wir zu sorgen, deutsche Ehre, die wir auch im Ausland aufrechtzuerhalten haben. Der Dreizack gehört in unsere Faust..."

Der Besuch Kaiser Wilhelms am Zarenhof hatte diesmal einen etwas wärmeren Charakter. Der Zar sprach bei der Galatafel am 7. August zu Peterhof von den „traditionellen Banden, die uns Peterhof. vereinigen und den guten Beziehungen, die so glücklich zwischen unsern benachbarten Reichen festgestellt sind als kostbare Garantie des allgemeinen Friedens, des Gegenstands unserer beständigen Bestrebungen und glühendsten Wünsche." Kaiser Wilhelm dankte für die gnädigen Worte und ersah in allen Freundlichkeiten „einen neuen Beweis für die Fortdauer unserer traditionellen, innigen, auf unerschütterlicher Basis begründeten Beziehungen sowie der unserer beiden Reiche. Der unerschütterliche Entschluß, nach wie vor den Frieden zu erhalten, findet auch in mir den freudigsten Widerhall, und so werden wir, miteinander die gleichen Bahnen wandelnd, vereint dahin streben, unter dem Segen desselben die kulturelle Entwicklung unserer Völker zu leiten. Vertrauensvoll kann ich das Gelöbnis erneut in Euer Majestät Hände legen — und dabei steht, das weiß ich, mein ganzes Volk hinter mir —, daß ich Eurer Majestät bei diesem großen Werke, den Völkern den Frieden zu erhalten, mit ganzer Kraft zur Seite stehen und Eurer Majestät meine kräftigste Unterstützung auch gegen jeden angedeihen lassen werde, der es versuchen sollte, diesen Frieden zu stören oder zu brechen."

Anläßlich des Kaiserbesuchs in Petersburg schilderte eine russische Zeitung „Moskowskija Wjedomosti" die „ganze helle Persönlichkeit Wilhelms II., die in unserm Zeitalter der nebelhaften und widerspruchvollen Ideen und der krankhaft-blutlosen Charaktere einen heroischen Anstrich gewinnt, Sym-

pathie und Hochachtung hervorruft. Das ist ein Mann, der weiß, was er will, der seinem Ziel offen entgegenstrebt, seine Überzeugungen offen ausspricht. Etwas mittelalterlich Ritterliches, eine edle Energie liegt über seiner Persönlichkeit. Religion und Patriotismus sind für ihn keine leeren Worte. Er hat das schwere, aber ruhmreiche Heldenwerk auf sich genommen, die vielköpfige Hydra des barbarischen Sozialismus zu besiegen, und wir sind überzeugt, daß außer ihm niemand in Westeuropa sie bezwingen kann. Schonungslosen Krieg hat er diesen ‚vaterlandslosen Gesellen' erklärt. Gleichen Erfolg wünschen wir ihm in jenem Kampf, den er gegen das Vorherrschen der engherzig-egoistischen englischen Politik in den Weltfragen unternommen hat. Wir waren auf seiner Seite, als er Transvaal von den räuberischen Bestrebungen der englischen Regierung durch einen entscheidenden und edlen Schritt errettete, und ebenso werden wir ganz auf seiner Seite sein, wenn er seiner ausgesprochenen Absicht gemäß den britischen Löwen bändigt, der gar zu hoch hinaus will."

Rußland und Frankreich.

Diese gegen England gerichteten Reden und Stimmungen verloren nichts an ihrer Bedeutung durch den bald darauf (23. August) erfolgenden Besuch des Präsidenten der französischen Republik beim Zaren. Der Zar hatte den Präsidenten bereits beim Jahresbeginn telegraphisch begrüßt und dabei an die angenehmen Erinnerungen des verflossenen Jahres angeknüpft. Auf diese Zärtlichkeit war ein Einladungsbrief des Zaren am 26. Juni gefolgt. Für diese Reise Faures nach Rußland genehmigte die Kammer einen Kredit von einer halben Million (6. Juli) trotz des Widerspruchs der Sozialisten, die da meinten: „Die Republik ist in Frankreich nicht ausgerufen worden, um der Tyrannei zu huldigen; der russische Kaiser ladet den Präsidenten offenbar nicht ein, um die republikanischen Grundsätze zu verbreiten. Frankreichs Geld wäre besser für die Notleidenden verwendet, als für eine russische Reise vergeudet." Auch Jaurès meinte: „Im Grunde bedauern alle diesen Besuch." Der Vorsitzende Brisson aber sprach ganz entzückt vom „Freundschaftsbesuch, der Frankreich glücklich und stolz mache", und als ein Sozialist vom „russischen Totschläger" sprach, sagte Brisson: „Ich will diesen Ausdruck nicht gehört haben." Bezeichnend war es, daß zu dieser Zeit in der Presse auch über eine Versöhnung mit Deutschland nach Rückgabe von Metz gesprochen wurde, mit Beziehung auf einen angeblichen Ausspruch Bismarcks vom Jahr 1890, daß Deutschland um Metz und seine Bannmeile zu groß sei, und auf eine „politische Träumerei" in den „Preußischen Jahrbüchern", wonach Rußland ein gutes Stück der zu teilenden Türkei, Deutschland dafür die baltischen Provinzen und Luxemburg, Frankreich seinerseits Metz erhalten solle.

Faure.

Felix Faure, begleitet vom Minister des Auswärtigen, trat am 18. August auf dem Kriegsschiff „Pothuau" seine Reise nach Rußland an. In Kronstadt begrüßte ihn Zar Nikolaus: „Ich empfinde ein ganz besonderes Vergnügen, Sie willkommen zu heißen, Herr Präsident, und Ihnen für Ihren Besuch zu danken, den ganz Rußland mit lebhafter und einmütiger Freude aufnimmt. Die reizvolle Erinnerung der zu kurzen im vorigen Jahre in Frankreich verbrachten Tage bleibt unauslöschlich in meinem und der Kaiserin Herzen eingegraben. Gerne hoffen wir, daß Ihr

Aufenthalt unter uns ... die Bande der Freundschaft und der tiefen Sympathie nur noch enger knüpfen werden ..." Felix Faure erwiderte: „Dem tiefen Gefühl der ganzen Nation entsprechend, kommt der Präsident der Republik in die Hauptstadt Eurer Majestät, um die so mächtigen Bande zu bekräftigen und noch enger zu knüpfen, welche unsere beiden Länder vereinen." Er sprach noch davon, daß „das Herz der beiden Völker im Einklang schlägt im gleichen Gedanken der gegenseitigen Treue und des Friedens." Bei der Parade in Krasnoje Selo kam das Militärische des Verhältnisses mehr zur Geltung. Der Zar besuchte den „Pothuau", und Faure sagte dabei: „Die französische und die russische Marine können stolz sein auf den Anteil, den sie vom ersten Tag an den großen Ereignissen hatten, die die innige Freundschaft zwischen Frankreich und Rußland begründeten. Sie brachten die ausgestreckten Hände einander näher ..." Der Zar erwiderte, „daß nun ein neues Band zwischen beiden befreundeten und alliierten Nationen geschaffen sei, die gleichmäßig entschlossen sind, mit ihrer ganzen Macht zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens im Geiste von Recht und Billigkeit beizutragen ..." Diese Trinksprüche wurden ziemlich allgemein als Proklamierung der russisch-französischen Allianz Allianz. aufgefaßt und in Frankreich als ein Sieg der französischen Politik über die deutsche gefeiert. Hier war man so überschwenglich, den Tag der Rückkehr des Präsidenten nach Paris (31. August) als nationalen Festtag mit Amnestie, Schulschluß, Straßenschmückung u. dgl. zu feiern. Nochmals wurden zärtliche Telegramme gewechselt, und Zar Nikolaus depeschierte, Rußlands Herz habe wieder einmal im Einklang mit demjenigen Frankreichs geschlagen. Die Deutsche Presse faßte das alles sehr kühl auf; man fand, daß die Friedensversicherung alles andere überwiege; in der Tat sei der Friede für die kolonialen und handelspolitischen Tendenzen Frankreichs gegenwärtig das Wichtigste.

Ein weltpolitisches Zeichen war der Besuch des Königs von Siam am Deutschen Hof und auch bei Bismarck. Im September empfing das deutsche Kaiserpaar den Besuch des italienischen Königspaars, das an den Manövern bei Homburg v. d. H. teilnahm. Dabei sagte der Kaiser: „Nicht nur mein Heer, sondern das gesamte deutsche Vaterland begrüßt den hohen Fürsten, den innigen Freund meines Vaters, den treuen Verbündeten, dessen Hierherkunft von neuem uns und der Welt zeigt, daß unerschütterlich und fest das Band des Dreibundes besteht, der im Interesse des Friedens gegründet wurde und je mehr und je länger, desto fester und inniger im Bewußtsein der Völker Wurzeln schlagen und Früchte tragen wird." König Humbert freute sich, von neuem Zeugnis abzulegen „für die zwischen unsern Regierungen und Staaten bestehenden Beziehungen herzlicher Freundschaft und Allianz ... zur Erhaltung des Friedens ..."

Wilhelm in Ungarn.

Gleich darauf reiste Kaiser Wilhelm zu den Manövern nach Ungarn. Er wurde von den Magyaren begeistert begrüßt. Kaiser Franz Josef bewillkommte in Ofen seinen „treuen Freund und Bundesgenossen, den beharrlichen Mitarbeiter am großen Friedenswerk, dem unsere besten Kräfte immerdar gewidmet sein mögen". Kaiser Wilhelm erklärte sich überwältigt vom großartigen Empfang in dieser herrlichen Stadt. „Mit sympathischem Interesse verfolgen wir daheim die Geschichte des ritterlichen Ungarvolkes, dessen Vaterlandsliebe sprichwörtlich geworden ist, das in seiner kampfesreichen Vergangenheit Gut und Blut für die Verteidigung des Kreuzes zu opfern nicht gezögert hat. Namen wie Zrinyi und Szigeth lassen noch heute die Herzen eines jeden deutschen Jünglings höher schlagen.[1]) Mit sympathischer Bewunderung haben wir die Feier des tausendjährigen Geburtstages begleitet, den das getreue Ungarnvolk, um seinen geliebten König geschart, in überraschender Herrlichkeit gefeiert hat. Die stolzen Baudenkmäler geben Zeugnis von seinem Kunstsinn, während die Sprengung der Fesseln des Eisernen Tores dem Handel und Verkehr neue Wege eröffnete und Ungarn als gleichberechtigt unter die großen Kulturvölker einreihte. Was mir den tiefsten Eindruck macht, das ist die begeisterte Hingabe des Ungarn an Eurer Majestät erhabene Person . . ., deren auch ich mich teilhaftig zu nennen erkühne, indem ich nach Sohnes Art zu Eurer Majestät als meinem väterlichen Freunde aufblicke. Dank Eurer Majestät Weisheit besteht unser Bund zum Heil unserer Völker geschlossen, fest und unauflöslich und hat Europa den Frieden schon lange bewahrt und wird es auch fernerhin tun . . ." Er schloß mit dem magyarischen „Eljen a Kiraly!"

Im Oktober fanden noch gegenseitige Besuche statt zwischen Kaiser Wilhelm und Zar Nikolaus zu Wiesbaden uud Darmstadt. An Stelle des Staatssekretärs des Auswärtigen Marschall v. Bieberstein trat am Bülow. 20. Oktober der bisherige Botschafter beim Quirinal Bernhard von Bülow, der spätere Reichskanzler. Bernhard v. Bülow stand im 49. Lebensjahr. Sein Vater war der frühere preußische Staatsminister und deutsche Staatssekretär Bernhard Ernst, den Bismarck 1873 aus mecklenburgischen Diensten berief und der 1879 starb. Der Sohn nahm als Protokollführer am Berliner Kongreß teil. Man sagte ihm ein reges Interesse für französische Kunst und Literatur nach. Durch seine Ehe mit der Stieftochter Minghettis war er noch stärker an Italien interessiert. (Vgl. Band 3, S. 411.)

Eine starke internationale Erregung entstand durch das Auftreten Haiti. des Deutschen Reichs gegen Haiti und in China. Von der Republik Haiti wurde Entschädigung und Genugtuung wegen der widerrechtlichen Gefangennahme eines deutschen Kaufmanns (Lüders) verlangt und im Dezember erhalten. Deutschlands Vorgehen erregte besonders in den Ver-

[1]) Besonders Theodor Körners wegen.

einigten Staaten großes Mißtrauen. In China führte die Ermordung zweier deutscher Missionäre in der Provinz Süd-Schantung (4. Nov.) zu dauernderen Folgen. Ein Deutsches Geschwader landete Truppen, besetzte Kiau-Tschou und verlangte die Bestrafung der Mörder. Die Aktion wurde aber noch nachdrücklicher verfolgt. Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers, wurde bestimmt, neue Verstärkungen nach Ostasien zu führen. Vor seiner Abreise besuchte Prinz Heinrich noch den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh (8. Dez.). Am 15. Dezember nahm der Kaiser in Kiel von seinem Bruder Abschied mit den Worten: „Ich bin mir bewußt, daß ich die Verpflichtung habe, das auszubauen, was meine Vorgänger mir hinterlassen haben. Die Fahrt, die du antreten wirst, ... ist weiter nichts, wie die erste Betätigung des neugeeinten und neuerstandenen Deutschen Reichs in seinen überseeischen Aufgaben. Dasselbe hat in der staunenswerten Entwicklung seiner Handelsinteressen einen solchen Umfang gewonnen, daß es meine Pflicht ist, der neuen deutschen Hansa zu folgen und ihr den Schutz angedeihen zu lassen, den sie vom Reich und vom Kaiser verlangen kann. Die deutschen Brüder kirchlichen Berufs, die hinausgezogen sind zu stillem Wirken, und die sich nicht gescheut haben, ihr Leben einzusetzen, um unsere Religion auf fremdem Boden heimisch zu machen, haben sich unter meinen Schutz gestellt, und es gilt, diesen mehrfach gekränkten und auch oft bedrängten Brüdern für immer Halt und Schutz zu verschaffen. Deswegen ist diese Unternehmung ... die eines Schutzes und nicht des Trutzes. Es soll unserm Handel das Recht zu teil werden ... Neu ist auch unser Handel nicht; war doch die Hansa in alten Zeiten eine der gewaltigsten Unternehmungen, welche je die Welt gesehen ... Sie verfiel aber ... weil eine Bedingung fehlte, die des kaiserlichen Schutzes. Jetzt ist es anders geworden: das Deutsche Reich ist geschaffen ... Reichsgewalt bedeutet Seegewalt ... Möge jedem draußen klar sein, daß der deutsche Michel seinen mit dem Reichsadler geschmückten Schild fest auf den Boden gestellt hat ... und mögen unsere Landsleute draußen, seien sie Priester oder Kaufleute, die feste Überzeugung haben, daß der Schutz des Deutschen Reiches, bedingt durch die kaiserlichen Schiffe, ihnen nachhaltig gewährt wird. Sollte es einer unternehmen, uns zu kränken, dann fahre darein mit gepanzerter Faust! ...“ Prinz Heinrich erwiderte: „Als Kinder wuchsen wir zusammen auf. Eurer Majestät erblühte die Kaiserkrone mit Dornen ... Mich lockt nicht Ruhm, nicht Lorbeer, mich zieht nur eins: das Evangelium Eurer Majestät geheiligter Person im Auslande zu künden, zu predigen jedem, der es hören will, auch denen, die es nicht hören wollen.“ Da es vor allem dem Schutz katholischer Missionen galt, telegraphierten auch noch die Erzbischöfe Kopp und Stablewski

China.

Prinz Heinrich.

ihre Segenswünsche für die Fahrt zum Schutze des Kreuzes im fernen Osten.

In der Presse blieben die Reden der beiden Brüder nicht unerörtert. Die „Freisinnige Zeitung" fragte, ob denn das Deutsche Reich bis dahin überhaupt keine überseeischen Aufgaben erfüllt habe. Die Hansa sei nicht verfallen in Ermangelung kaiserlichen Schutzes, sondern ganz einfach deshalb, weil neue Seewege aufkamen und mit der Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Ostindien andere Völker Vorteile erlangten. Der „Vorwärts" fragte, was denn das wohl für ein rätselhaftes „Evangelium" sei, das Prinz Heinrich predigen wolle. Das der Reichsgewalt, das der gepanzerten Faust? Auch die „Kreuzzeitung" meinte, eine „Krone mit Dornen" trägt nur Christus, und den Christen wird nur sein Evangelium gepredigt. Das betonte auch von katholischer Seite die „Germania"; Prinz Heinrich mag wohl an ein anderes Evangelium gedacht haben als an das, für welches die Missionäre in China den Opfertod erlitten. Doch sprachen viele Zentrumsblätter ihre Sympathie mit dem Unternehmen aus. Englische Stimmen höhnten freilich. Dafür wies die „Nationalzeitung" auf die lächerlichen Hofsitten in England, die possenhaften Aufzüge der Autoritäten, die veraltete Phraseologie mit komischer Wichtigtuerei hin. Russische Stimmen protestierten gegen die Besetzung von Kiau-Tschou; doch wohl mehr, um den Franzosen zu Willen zu sein. Denn gerade um diese Zeit traf die Nachricht ein von

Port Arthur.

der Besetzung Port Arthurs durch ein russisches Geschwader. Darüber schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": „Diese russische Meldung, daß Rußland vom Hafen Port Arthur als vorläufigem Winterhafen Besitz ergriffen habe, kam den deutschen Politikern in keiner Weise unerwartet. Es war seit Jahren bekannt, daß der bisherige Stützpunkt der russischen Flotte in Ostasien, Wladiwostok, nicht mehr den russischen Wünschen entsprach. Seit Ausbruch des Chinesisch-Japanischen Krieges war es für jeden aufmerksamen Beobachter nicht mehr zweifelhaft, daß Rußland sein Auge auf Port Arthur richtete, wohin auch der Endpunkt der Zweiglinie der Bahn, die durch die Mandschurei gebaut wird, verlegt werden wird. Die Besetzung Port Arthurs kollidiert nicht mit den deutschen Interessen, im Gegenteil kann angenommen werden, daß die nahezu gleichzeitige Besetzung der Kiau-Tschou-Bucht deutscherseits und Port Arthurs russischerseits lediglich eine Fortsetzung des Zusammengehens Deutschlands und Rußlands in Ostasien ist."

Graudenz.

Auch bei einem Besuch in Graudenz 22. Dezember, betonte der Kaiser seine friedliche Gesinnung. Graudenz sollte wohl als Festung reicher ausgestaltet werden, um einer künftigen Bedrängnis widerstehen zu können. „Ich hoffe jedoch, daß es dazu nie kommen wird; denn unser Nachbar im Osten, ein lieber und getreuer Freund von mir, hat dieselben politischen Ansichten wie ich."

Die Bedrängnis der Deutschen Österreichs wurde auch im Deutschen Reichstag am 14. Dezember besprochen. Der Antisemit Zimmermann wünschte, man solle den deutschen Österreichern irgendwie zu Hilfe kommen; denn nach Unterdrückung der Deutschen sei ein Bündnis mit einem undeutschen Österreich unmöglich. Auch der Welfe v. Hodenberg meinte,

der Dreibund wanke, wenn die Magyaren in ihrer Stellung gestärkt würden, wie das durch den Besuch des Deutschen Kaisers in Budapest geschehen sei. Staatssekretär v. Bülow erklärte diese Besorgnisse für unbegründet. Der Dreibund erfreue sich des besten Wohlseins. Hieran knüpfte er aber eine Bitte: „Weil wir vom Ausland uns gegenüber ein korrektes Verhalten verlangen, sind wir selbst zu einem solchen verpflichtet, und diese Pflicht besteht ganz besonders gegenüber dem verbündeten und eng befreundeten Österreichisch-ungarischen Reich, an dessen Spitze ein Herrscher steht, zu dessen Weisheit alle seine Völker mit gleichem Vertrauen emporblicken können."

Was die innern Verhältnisse des Deutschen Reiches betrifft, so ergriff der Kaiser die Maßregel, den Zweikämpfen der Offiziere „mehr als bisher" vorzubeugen. Der preußische Etat konnte nach vier Jahren des Defizits wieder ohne neue Anleihen balanziert werden. Das Verbot polnisch-sprechender Volksversammlungen rief Widerspruch hervor. Die Anregung einiger Professoren der Berliner Universität, Volkshochschulkurse zu errichten, wurde abgelehnt, da hierdurch nur den Sozialdemokraten gefährliche Waffen geliefert würden. Duell.

Ein Erlaß des Kaisers vom 3. Februar hob die Feier der hundertjährigen Wiederkehr des Geburtstags „Wilhelms des Großen" hervor. Eine Kabinettsorder ordnete dafür ein dreitägiges Fest an: am 21. März kirchliche Feiern, am 22. Schulfeiern, Festakte, Paraden, Festbankette, Festvorstellungen, Illuminationen, am 23. Volksbelustigungen. Ein Vorspiel dazu war die Rede des Kaisers beim Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtags in Berlin, 26. Februar: „Denken wir zurück in der Geschichte: was ist das alte Deutsche Reich gewesen! Wie haben so oft einzelne Teile desselben gestrebt, zusammenzukommen ... Es ist nicht gegangen. Der einzige, dem es gewissermaßen gelang, war Friedrich Barbarossa. Seit der Zeit verfiel unser Vaterland, und es schien, als ob niemals der Mann kommen sollte, der imstande wäre, es wieder zusammenzufügen. Die Vorsehung schuf sich dieses Instrument, den ersten großen Kaiser des neuen Deutschen Reiches. Wir können ihn verfolgen, wie er langsam heranreifte bis zum Zeitpunkt, wo er, dem Greisenalter nahe, zur Arbeit berufen wurde, sich jahrelang auf seinen Beruf vorbereitend, die großen Gedanken bereits in seinem Haupte fertig, die es ihm ermöglichen sollten, das Reich wieder erstehen zu lassen. Wir sehen, wie er zuerst sein Heer stellt und aus dinghaften Bauernsöhnen seiner Provinzen zusammenreiht zu einer kräftigen waffenglänzenden Schar. Wir sehen, wie es ihm gelingt, mit dem Heer allmählich eine Vormacht in Deutschland zu werden und Brandenburg-Preußen an die führende Stelle zu setzen. Und als dies erreicht war, kam der Moment, wo er das gesamte Vaterland aufrief und auf dem Schlachtfeld der Gegner Einigung herbeiführte. Wenn der hohe Herr im Mittelalter gelebt „Wilhelm der Große."

hätte, er wäre heiliggesprochen und Pilgerzüge aus allen Ländern wären hingezogen, um an seinen Gebeinen Gebete zu verrichten. Gott sei Dank, das ist auch heute noch so. Seines Grabes Tür steht offen, alltäglich wandern die treuen Untertanen dahin, auch Fremde, um sich des Anblicks dieses herrlichen Greises und seiner Standbilder zu erfreuen ... Zu dieser Aufgabe ruft uns das Andenken an Kaiser Wilhelm den Großen, und in dieser wollen wir uns um ihn scharen, wie die Spanier um den toten Cid. Diese Aufgabe ist der Kampf gegen den Umsturz mit allen Mitteln. Die Partei, die es wagt, die staatlichen Grundlagen anzugreifen, die gegen die Religion sich erhebt, muß überwunden werden. Das Gefecht können wir nur siegreich durchführen, wenn wir uns immerdar des Mannes erinnern, dem wir unser Vaterland, das Deutsche Reich verdanken, in dessen Nähe durch Gottes Fügung so mancher brave, tüchtige Ratgeber war, der die Ehre hatte, seine Gedanken ausführen zu dürfen, die aber alle Werkzeuge erhabenen Wollens waren, erfüllt vom Geiste dieses erhabenen Kaisers ..." Die Presse sah in dieser Rede die Ankündigung eines erneuten Vorgehens gegen die Sozialdemokratie, freilich auch einen Ausfall gegen die übertriebene Bismarckvergötterung. Der Bischof von Regensburg veröffentlichte auf Wunsch des bayrischen Prinzregenten eine loyale Kundgebung zur Jahrhundertfeier, sprach aber doch dabei von den großen Opfern der Kriege, vom unheilbaren Kulturkampf, von den neuen schwarzen Wolken im Osten, die den Frieden bedrohen. „Die Aufgabe der Gläubigen ist es beim bevorstehenden Anlaß, mit Dank für die bisherige Erhaltung des Friedens zugleich inständige Bitten zum Herrn der Fürsten und Völker emporzusenden, daß er gnädig und barmherzig die Geschicke der Völker und die Herzen der Fürsten lenke, daß er Bayern, Deutschland und das mit diesem verbündete stammverwandte Österreich segne, daß er Bayerns Königshaus erhalte ... Jedenfalls aber sind politische Erörterungen zu unterlassen."

Zur eigentlichen Feier stiftete der Kaiser eine Erinnerungsmedaille und ordnete die Anlegung einer deutschen Kokarde an. Er ließ auch eine Ausgabe der militärischen Schriften Wilhelms I. veranstalten, die allerdings dessen eigentliche Bedeutung ins rechte Licht setzte. Am 22. März wurde zu Berlin unter Teilnahme der deutschen Fürsten und vieler auswärtiger Vertreter das von Begas geschaffene prunkvolle Denkmal Wilhelms I. enthüllt. Der Reichsanzeiger brachte sodann den Dank des Kaisers für die zahlreichen Zusendungen, „zum Teil in poetischer Form", für die Veranstaltungen der „Behörden, der Krieger-, Schützen-, Gesang-, Turn- und sonstigen Vereine" im Inland und Ausland, für die Stiftungen und Standbilder aller Arten usw.

Kaiserdenkmal.

Zum 100. Geburtstag Wilhelms I. gab Ernst Scherenberg ein Gedicht in freien Rhythmen (Ill. Ztg. 18. März), das in die Worte ausging: „Bleibt, was trennend sonst euch bewege, immer wie heute: Ein Volk, Ein Reich!" Dies Ideal war freilich nicht erreicht, denn das Reich umfaßte mehrere Nationen und weitaus nicht das ganze deutsche Volk. Schlichter drückte August Bungerts Kaiser-Wilhelm-Lied die Stimmung des Tages aus: „Wilhelm der Große, siegreicher Held, du deutscher Ehre, deutschen Geistes Walter, unseres Herdes Schützer, Friedenserhalter: dein Ruhm wird ewig erfüllen die Welt! In erhabner Größe stehst du stark und rein, aller Helden Vorbild, Leuchte aller Kaiser! Wer war frommer, tapferer, arbeitsfroher, weiser? Niemals fandest Zeit du, auch müde zu sein. Wie um die Sonne leuchtet der Sterne Kranz, also höchste Helden leuchtend dich umkreisen! Unserm Liebling Friedrich ertönen Heldenweisen, Bismarck und Moltke, die strahlen in Ruhmes Glanz. Schwöret, die Hände hebend zum Himmelszelt, ewige Treue Deutschland und Kaiser Wilhelms Manen! Rein die Ehre, blank das Schwert, tapfer wie die Ahnen, fürchten wir Gott nur und niemand auf der Welt!" (Ill. Ztg.) — Beim Festzug der Berliner Bürgerschaft zur Kaiser-Wilhelms-Feier zog auch der Ungarnverein in Nationaltracht auf (Ill. Ztg., 1. Apr.). Wildenbruch erhielt für seine im Opernhaus aufgeführte Festlegende „Willehalm" den roten Adlerorden 3. Klasse. In Erfurt wurde Fedor v. Köppens Festspiel „Barbarossas Traum" gegeben; in Wiesbaden wurde „Der Burggraf" von Josef Lauff vorbereitet mit den von Wilhelm II. gezeichneten Dekorationen.

Das Zentrum hatte bald darauf im preußischen Abgeordneten- Zentrum.
haus über Imparität auf dem Gebiete der Volksschule zu klagen; die Katholiken müßten sich in vielen Fällen mit Privatschulen begnügen oder ihre Kinder in evangelische Schulen schicken. In Westfalen seien evangelische Schulen gegründet worden mit 24 bis 30 Kindern, während bei einer Kinderzahl von 120 die Katholiken der Schule entbehren müssen. 43.000 katholische Kinder werden überhaupt ohne planmäßigen Religionsunterricht gelassen. Da habe dann die Sozialdemokratie leichtes Spiel. Der Kultusminister widersprach aber den Ausführungen Roerens. Der Freikonservative v. Zedtlitz-Neukirch klagte die Regierung an, daß sie den Privatdozenten Arons dulde, der agitatorisch für die Sozialdemokratie wirke. Ebenso klagte er den unfruchtbaren Kathedersozialismus an. Der Minister verteidigte die Kathedersozialisten als Antisozialisten.

Bebel klagte im Reichstag über die Flut von Majestätsbeleidigungs- Sozialismus.
prozessen in Folge von Denunziationen. Der Monarch sei unverantwortlich und müsse sich infolgedessen jeder Äußerung über Parteien enthalten, sonst setze er sich der Kritik aus. Es gehe nicht an, daß er die Sozialdemokraten als Vaterlandsfeinde bezeichne.

Im preußischen Herrenhaus fgriff Freiherr v. Stumm aufs neue die Kathedersozialisten an (28. Mai): „An die Stelle der royalistischen Sozialpolitik der siebziger Jahre ist ein demagogischer Sozialismus getreten, Klassenkampf, Hetze gegen Kapital und Grundbesitz. Selbst der Sozialdemokrat Schönlank hat zugegeben, daß das Märchen von der Verelendigung der

Massen nicht aufrecht zu erhalten ist; aber die Kathedersozialisten halten es aufrecht. Fürst Bismarck hat mich autorisiert, hier zu erklären, daß niemand schärfer den Kathedersozialismus bekämpft habe als er. Auch Treitschke hat schon vor 1890 ihn als Flankendeckung für die Sozialdemokratie bezeichnet. Diese Richtung herrscht aber auf den Universitäten. Es lassen sich Äußerungen von Schmoller anführen, die fanatischer als Bebel und Liebknecht gegen den Besitz hetzen. Ad. Wagner, sein Spezialfreund, hat die Fackel des Sozialismus nach Bochum getragen. Warum floriert keine der korporativen Produktivgenossenschaften? Weil die Disziplin fehlt. Unsere Industrie dringt auf dem Weltmarkt vor, weil bei ihr noch Disziplin herrscht; die englische geht zurück ... Herr Delbrück, der wie Naumann offen mit den Sozialdemokraten kokettiert, ist zum Geschichtsordinarius in Berlin befördert worden. Ein Führer der Nationalsozialen! Naumanns ‚Hilfe' schreibt, erst das Gesetz mache Majestätsbeleidigungen. Das nationale Mäntelchen, das diese Herren umhängen, verhüllt ihren antinationalen Charakter nicht. Delbrück hat die ‚Preußischen Jahrbücher' herabgewürdigt. Ist das preußische Geschichte, was da gelehrt wird? Wenn der Student solches Zeug hören muß, wohin soll das kommen? Die Wissenschaft muß Halt machen, wie vor Religion und Sitte, so vor dem Umsturz." Minister Bosse entgegnete, „Wissenschaftliche Ideen kann man mit Kanonen nicht tot machen; die Wissenschaft muß sich selbst korrigieren. Ich kann die Wissenschaft nicht zwingen." Frh. v. Manteuffel wandte ein, es bestehe ein Unterschied zwischen Freiheit der Wissenschaft und Freiheit der Lehre. Delbrück, Schmoller und Ad. Wagner verteidigten sich in einer Broschüre: „Über die Stummsche Herrenhausrede gegen die Kathedersozialisten". Die Universität Leipzig protestierte auch gegen Stumm. Seine Rede schien aber doch gewirkt zu haben, da am 21. Juni ein Gegner des Kathedersozialismus, Reinhold in Wiesbaden, zum außerordentlichen Professor der Nationalökonomie an der Berliner Universität ernannt wurde.

Zum Staatssekretär und Stellvertreter des Reichskanzlers wurde am 1. Juli statt Böttticher der Graf Posadowsky-Wehner ernannt. Man sah darin einen Triumph der Agrarier und Bismarcks.

Ein scharfes Vereinsgesetz wurde am 24. Juli vom preußischen Abgeordnetenhaus abgelehnt. Lieber sagte, man solle lieber der katholischen Kirche, der stärksten Gegnerin der Sozialdemokratie, freie Hand lassen. Anläßlich der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten forderten allerdings viele Blätter Ausnahmegesetze gegen Anarchisten und Sozialdemokraten (Aug.).

Denkmäler.

Bei der Enthüllung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Magdeburg (25. Aug.) nahm der Kaiser Gelegenheit, den Märtyrergeist der Stadt in edler Hingabe für ihren protestantischen Glauben hervorzuheben. Bei einer ähnlichen Gelegenheit in Koblenz (30. Aug.) erinnerte der Kaiser an die Zeit, da Wilhelm der Große in Koblenz weilte und hier in stiller Zurückgezogenheit den Grund zu seiner Heeresorganisation legte, die, viel angefeindet und oft mißverstanden, sich so glänzend bewährt hat. Er erinnerte auch an „das stille Heim am Laacher See (Maria-Laach), wo die Söhne St. Benedikts ihr frommes Werk treiben und der Welt zeigen, daß seinem Gott dienen zu gleicher Zeit erlaubt, Königs-

treue und Vaterlandsliebe in der Bevölkerung großzuziehen". Und ferner: „Der große Kaiser trat aus Koblenz, wie er auf den Thron stieg, hervor als ein auserwähltes Rüstzeug des Herrn, als welches er sich betrachtete. Uns allen hat er ein Kleinod wieder emporgehoben: das Königtum von Gottes Gnaden, mit seinen schweren Pflichten, Mühen und Arbeiten, mit seiner furchtbaren Verantwortung vor dem Schöpfer allein ... Er hat uns die Einigkeit und das Deutsche Reich wiedergegeben, und hier in dieser schönen Provinz sind seine hohen Gedanken entstanden und gereift ... Diese Stadt hat sein geweihter Fuß betreten ... Ich sehe in ihr einen Diamant, von zwei Smaragden gefaßt, und hoffe, daß die Winzerlieder ungestört auf den Bergen hallen, daß der Hammer ungestört in der Schmiede widertöne ..."

Maria-Laach.

Kaiser Wilhelm hatte Maria-Laach am 19. Juni besucht. Die Benediktinermönche von der Beuroner Ordnung hatten die alte Abtei, die sieben Jahrhunderte im Besitz des Ordens war, 1892 wiedererworben; die Kirche war Eigentum des Staates geblieben. Die Abtei wurde 1093 von Pfalzgraf Heinrich II. begründet, die prachtvolle romanische Kirche 1153 durch Erzbischof Hillin von Trier eingeweiht. Die Säkularisation fand bald nach dem Tode des vierzigsten Abtes Josef Meurer (1802) statt. Von 1863 bis 1873 besaßen die Jesuiten in Maria-Laach eine Hauptniederlassung und veröffentlichten von dort die „Stimmen aus Maria-Laach" (jetzt „Stimmen der Zeit" genannt). Der Kaiser interessierte sich vor allem für die Ausstattung und Ausmalung der Kirche, angeregt durch eine Eingabe des Abtes Willibrord Benzler.

Nürnberg.

Von da reiste der Kaiser zu den bayrischen Manövern. Er dankte zu Nürnberg (2. Sept.) dem Prinzregenten für seine Einladung: „Daß es mir endlich vergönnt ist, auf der Burg zu sein, die jahrhundertelang meine Vorfahren in altbewährter Treue für die deutschen Kaiser verwaltet und erhalten haben ... Als gute Kameraden ritten der junge Burggraf und der junge Wittelsbacher im Gefolge der deutschen Kaiser und wurden von Kaiser Heinrich VII. vor Rom zu Rittern geschlagen." Es folgten die Tage von Homburg mit dem italienischen Königspaar. Allerdings wurden diese Manöver von einem Teil der Presse und in der bayrischen Kammer scharf kritisiert; man habe die Truppen zu Paradezwecken übermäßig angestrengt; die Reiterattacken seien gar nicht mehr anwendbar. Es berührte unangenehm, daß der Kaiser immer von „meinem Heer", von „meiner Flotte", von „meinem Parlament" sprach.

Einem neuen Panzerkreuzer gab der Kaiser den Namen „Fürst Bismarck" und telegraphierte das von Kiel aus am 25. September. Bezeichnend war des Kaisers Ansprache bei der Verleihung neuer Fahnen an die Regimentskommandanten (17. Okt.): „Ich tue dies (sagte er) an geweihter Stätte, vor dem Denkmal des großen Königs (Friedrich II.) und vor dem Fenster des großen Kaisers. Nicht minder heilig wie die Stätte ist uns auch der Tag; der Jahrestag des großen Sieges (von Leipzig), da das deutsche Volk

zum erstenmal vorahnend erschauen durfte das Morgenrot kommender Vereinigung und Größe. Der Tag ist der Geburtstag des zweiten deutschen Kaisers . . ." Am folgenden Tag nahm das Kaiserpaar mit der Kaiserin Friedrich an der Enthüllung eines Kaiser-Friedrich-Denkmals in Wiesbaden teil. Am 24. Oktober besuchte der Kaiser das neu errichtete Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Karlsruhe und sagte zum Oberbürgermeister: „So wie der Kaiser in Erz gebildet vor unsern Augen dasteht, so ist er ein Palladium, das uns allen Mut schaffen und uns für große Ziele stärken soll. In Berlin war es eine sehr hübsche Volkssitte, daß jeder Arbeiter, Bürger und Soldat, der an sein Tagewerk schritt, wenn er an dem Fenster meines Großvaters vorüberging und ihn da am Schreibtisch erblickte, hierin neuen Mut zur Arbeit schöpfte und mit um so größerer Freude seinen Pflichten nachging. So möge jeder in dem Standbild des großen Kaisers eine Aufforderung zu freudiger Pflichterfüllung erblicken."

Christen. Es fiel auf, daß der Kaiser bei der Vereidigung der Rekruten des Gardekorps am 18. November sagte: „Wer kein braver Christ ist, der ist kein braver Mann und auch kein preußischer Soldat und kann unter keinen Umständen das erfüllen, was in der preußischen Armee von einem Soldaten verlangt wird." (Es gab ja auch jüdische Soldaten.) „Jeder, der gegen den Rock des Königs etwas tut, dem stehen die schwersten Strafen in Aussicht . . . Auf euch herab blicken meine ruhmreichen Vorfahren aus dem Himmelszelt, blicken die Standbilder der Könige und des großen Kaisers . . ."

Reichstag. Bei der Eröffnung des Reichstags am 30. November sprach der Kaiser: „Die Entwicklung unserer Kriegsflotte entspricht nicht den Aufgaben, welche Deutschland an seine Wehrkraft zu stellen gezwungen ist . . ." Und er hielt nach Schluß der Thronrede noch folgende freie Ansprache: „Vor zwei Jahren habe ich den Eid geleistet, das, was der in Gott ruhende Kaiser Wilhelm der Große geschaffen, zu erhalten . . . Sie sind meine Eideshelfer geworden. Im Angesichte Gottes des Allmächtigen und im Andenken an den großen Kaiser bitte ich Sie, mich durch Ihre Mithilfe in den Stand zu setzen, meinen Eid zu halten und des Reiches Ehre kräftig zu wahren." Die Flottenfrage wurde alsbald von Tirpitz aufgerollt. Der Sozialdemokrat Schönlank entgegnete: der Handel bedürfe der Flotte nicht, man brauche keine Weltpolitik, die von einer gewissen Tafelrede am 16. Januar 1896 ausgegangen sei und nun das Reich in Gefahren, Abenteuer und Kosten stürze. Tirpitz erklärte, Bismarck habe sich ihm gegenüber für den Flottenplan erklärt. Das Zentrum verhielt sich abwartend und zurückhaltend.

Soziales. In bezug auf die Sozialpolitik trat wieder die Frage des Achtstundentags hervor. Freiherr v. Stumm erklärte, er sei der Industrie schädlich und den Arbeitern nicht nützlich. Derlei könne nicht durch ein Gesetz festgelegt werden. Im großen Hamburger Hafenstreik siegten endlich die Reeder; aber die Sozialdemokraten erklärten ebenso wie die Nationalsozialen, es sei ein Pyrrhussieg; kein Arbeiter glaube mehr an die soziale Mission des Klassenstaats. „Noch ein paar solcher Pyrrhussiege, und der Sozialismus ist Gemeingut des deutschen Volkes!"

Der allgemeine Innungs- und Handwerkertag in Berlin, 27. April, forderte einheitliche Organisation des gesamten deutschen Handwerks nach Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis.

Das preußische Abgeordnetenhaus bewilligte 15 Millionen Mark für den Dortmund-Ems-Kanal.

Der Kaiser besichtigte am 18. Juni die Arbeiterkolonien des Pastors v. Bodelschwingh in Bielefeld und verkündete dort als sein Programm: „Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich unterfängt, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern." Pastor Göhre vom nationalsozialen Verein meinte freilich im August: „Es gibt nur eine Erlösung für dies arme Volk: das ist die wirtschaftliche und politische Vernichtung ihrer ‚Herren', dieses brutalen ostelbischen Herrschervolks, das menschenunwürdige Zustände verschuldet und duldet. Wer an diesem Befreiungskampf mit teilnimmt, wird für Zeit und Ewigkeit Gotteslohn verdienen." Aber der Vorsitzende des evangelischsozialen Kongresses, Nobbe, wendete sich scharf gegen Göhre und führte aus, daß solche Zustände ganz vereinzelt seien. Göhres Partei wollte auf dem Erfurter Delegiertentag der Nationalsozialen (27. Sept.) mit Hilfe der Sozialdemokraten die antisozialen Parteien bekämpfen, während die gemäßigtere Richtung (Max Lorenz, Sohm, Rathgen) die Sozialdemokratie als Hauptgegnerin bezeichnete. Man einigte sich auf ein Kompromiß.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Hamburg, 3. bis 9. Oktober, zeigte einen glänzenden Abschluß der Parteibuchhandlung „Vorwärts". Als man aber den Antrag stellte, sie in das Parteieigentum aufzunehmen, widersprach Bebel, da dadurch ihr Ertrag bedeutend sinken werde. Eine sonderbare Widerlegung des Kollektivismus! In bezug auf die Armeeforderungen erklärte Schippel: „Wir müssen doch mit dem Kriege rechnen, also konnten wir nicht dagegen große Reden führen, wenn unsern Soldaten die schlechten Kanonen und Flinten verbessert werden sollen. Wenn wir in einem Krieg unterlägen und deutsches Arbeiterblut flösse, dann würden wir doch der Regierung sicherlich Vorwürfe machen, daß sie nicht bessere Vorsorge getroffen hat." Darum schlugen die Sozialdemokraten den komischen Mittelweg ein, die Heeresforderungen abzulehnen, aber sich der Ablehnung nicht zu rühmen und sie gar nicht zu wünschen und zu erwarten. Bebel warnte, alle Bourgeois für Schufte zu halten: „Wenn ihr, Genossen, Bourgeois werden könntet, wenn ihr morgen ein Vermögen bekämt, würdet ihr bald die Sozialdemokratie an den Nagel hängen! Also seid tolerant!" Nach langer Debatte beschloß der Parteitag die Beteiligung an den Landtagswahlen, obwohl durch das Paktieren mit andern Parteien die Partei Gefahr laufe, ihren Klassencharakter zu verlieren.

In einer von Sozialdemokraten zum 25. Mai einberufenen Studentenversammlung in Berlin suchte Rechtsanwalt Heine den Nachweis zu führen,

daß die sozialdemokratische Partei die einzige sei, die auf wissenschaftlicher Grundlage idealen Zielen nachgehe. Er blieb nicht unwidersprochen.

Katholisches. Zum drittenmal genehmigte der Reichstag am 3. April den Antrag Hompesch auf Aufhebung des Jesuitengesetzes, allerdings wieder vergeblich, da der Bundesrat dagegen war und blieb. Stöcker und Weber stellten auf der Tagung der kirchlichsozialen Konferenz zu Kassel, 28. April, die Aufgabe der Kirche fest, an der Heilung der sozialen Schäden mitzuarbeiten, und wiesen auf die Gefahren hin, die der Kirche von der modernen Theologie drohten. In der 50. Haupt- und Jubiläumsversammlung des Gustav-Adolf-Vereins zu Berlin (27. Sept.) protestierte der Oberkirchenrat Barkhausen gegen die „Beschimpfung der Reformation" durch die päpstliche Canisiusbulle. Auch die 5. evangelische Landessynode Württembergs (21. Okt.) wies „die Schmähungen gegen Luther und die deutsche Reformation" in diesem Rundschreiben des Papstes „als eine empörende Beschimpfung der evangelischen Christenheit mit einmütiger Entschiedenheit zurück". Die Synode faßte auch Beschlüsse wegen Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte im Falle der Zugehörigkeit des Königs von Württemberg zu einer andern als der evangelischen Konfession. Das Erbrecht sollte nämlich auf den katholischen Zweig übergehen. Auch die preußische Generalsynode (23. Nov. bis 16. Dez.) protestierte „gegen die vom römischen Papst in seiner Canisius-Enzyklika dem Gedächtnisse Luthers und dem gesamten Werke der Reformation zugefügten Schmähungen".

Spectator. Die „kirchenpolitischen Briefe" des Spectator (Franz X. Kraus) in der „Allgemeinen Zeitung" werden immer interessanter. Er tritt im Januarbrief gegen die katholische Demokratie auf, die er als pure Häresie bezeichnet, als Vorbereiterin der Sozialdemokratie in Frankreich, Belgien, Italien, als Nachfolge der revolutionären Abbés von 1789 und des liberalen Katholizismus Lammenais'. Im Februarbrief besprach Spectator den Salzburger Katholikentag von 1896 und die Rede des Grafen Falkenhayn, der das Wort „klerikal" nicht als Schmähwort, sondern als Ehrenwort betrachtet wissen wollte. Dann bespricht er den Antifreimaurerkongreß von Trient mit einer gewissen Schadenfreude über die durch den Taxilschwindel blamierten „Ultramontanen". Im Märzbrief behandelt Spectator die Verhältnisse der katholischen Kirche in Amerika, ihr erstaunliches Anwachsen, den bedeutenden Konvertiten Brownson, dessen Konversionsschrift 1857 englisch, 1858 deutsch von Schündelen als „Erinnerungsblätter eines Konvertiten" zu Köln (Bachem) erschien und sich der Newmans an Bedeutung an die Seite stellt. In Amerika wurde aber der Katholizismus auch sehr stark von der sozialistischen Bewegung angesteckt. Es erhoben sich die „Ritter der Arbeit" mit ihrem Sprecher Henry George, der kein Privateigentum am Erdboden anerkannte und mindestens durch eine entsprechende Grundrentensteuer dem Besitzer allen Vorteil entziehen wollte. Dadurch kam er freilich mit Leos XIII. Enzyklika „Rerum Novarum" von 1891 in Gegensatz. Im Aprilbrief wendet sich Spectator gegen die deutschfreundlichen Bestrebungen des Cahensly, General-

sekretärs des St.-Raphaels-Vereins, der sich den Schutz der nach Amerika auswandernden Deutschen angelegen sein ließ. Er wollte den Papst für die Ernennung deutscher Bischöfe gewinnen (1891). Die Amerikaner aber sahen in diesem „Cahenslyism" den Versuch, Amerika zu denationalisieren. Dem entsprach der Vorschlag Zimmermanns in den „Laacher Stimmen", „ob nicht mit der Zeit die Deutschen, Italiener und Slawen in Nordamerika eigene, von denen der Angloamerikaner getrennte Staaten bilden werden". Eine amerikanische Stimme, „Buffalo-Volksfreund" vom 17. Februar 1890, sagte im Gegensatz zum Amerikanismus des anglisierenden Erzbischofs Ireland: „Sein Hauptirrtum liegt in seinen Ansichten über Amerika. Amerika ist keine Nation, keine Rasse, kein Volk wie Frank- Amerika.
reich, Italien oder Deutschland. Der Gründer der Republik schuf einen Staatenbund, aber keine Nation. Es gibt hier Bürger einer Republik, aber keine Nation, und es gibt daher auch keine andere nationale Sprache als diejenige, welche die eingewanderten Rassen zu Hause sprechen." Ebenso äußerten sich die französischen Kanadier. Darum erklärte auf dem Katholikentag zu Newark 1892 Father Meißner, der Amerikanismus stehe auf einer Stufe mit dem Gallikanismus u. dgl. Der unter Bismarck gemachte Versuch, eine deutsche Nationalkirche zu gründen, sei auch fehlgeschlagen. „Wir brauchen keine amerikanische Kirche, wir brauchen einen unabhängigen Papst." — Im Maibrief wird der Streit um den Amerikanismus noch weiter geschildert. Spectator stellt sich leider ganz auf Seite Irelands und der Angloamerikaner gegen Professor Schröder, der ihm zu ultramontan ist. Indessen muß er doch den Sieg dieser Richtung verzeichnen, denn der päpstliche Delegat Satolli sprach sich 1893 entschieden gegen den Amerikanismus aus. Spectator schiebt dem unlautere Motive unter. — Im Julibrief bespricht Spectator den Taxilschwindel, wobei er aber von noch unbekehrten Gläubigen des Luziferianismus spricht, so von J. K. Huysmans, der in einem mitgeteilten Brief den Satanismus der Loge, dieser Synagoge des Satans, aufrechterhält. Wichtiger ist die Erörterung der viel bemerkten Rede, mit der Professor v. Hertling Hertling.
im September 1896 die Generalversammlung der Görresgesellschaft in Konstanz eröffnet hatte. Er habe hier „die Tatsache, daß die Katholiken Deutschlands in der Wissenschaft von den Protestanten überflügelt worden seien, zugegeben und mit einer Offenheit behandelt, welche in gewissen kirchlichen Kreisen peinliche Verwunderung hervorrief. Hertling sprach von Bayern und konstatierte, daß dort nur 43 Prozent der Universitätsprofessoren, statt, der Bevölkerung entsprechend 71 Prozent, Katholiken seien. An den übrigen Universitäten wird der Prozentsatz noch viel geringer sein." Hertling zeigte sogar, daß das Zurückbleiben der Katholiken in der Statistik der höheren Schulen in Steigerung begriffen sei. Es sei fast zu fürchten, daß mit der Zeit die Bevölkerung auch in überwiegend katholischen Ländern in zwei Klassen auseinanderfallen müßte, in die herrschende Klasse der gebildeten Protestanten und in die beherrschte der katholischen Bauern und Handwerker. Spectator widerspricht Hertlings Erklärungsversuch durch Auflösung des alten Reichs und Säkularisation. Denn schon vorher lag die Führung der Literatur bei den protestantischen Klassikern, und noch bedenklicher sei die Menge der Analphabeten in Italien, Frankreich und Spanien. Hertling empfahl zum Schluß seiner Rede, „daß wir, die Katholiken, die Wertschätzung der Wissenschaft und des wissenschaftlichen Berufs in weiten Kreisen zu steigern unter-

nehmen". „Was wir brauchen, das sind nicht so sehr die Apologeten als vielmehr die eigentlichen Fachgelehrten . . . Ein einziger Gelehrter, der erfolgreich in die Forschung eingreift . . . und der sich zugleich als treuer Sohn der Kirche bewährt, wiegt ganze Bände Apologetik auf . . . Die Förderung der Wissenschaft ist in der Gegenwart die wichtigste Aufgabe des katholischen Deutschland." Auch Professor Schell ging mit seiner Schrift von der v. Mayrschen Statistik der Konfessionen in Deutschland (1896) aus, die zum erstenmal den statistischen Nachweis einer „geistigen Inferiorität der deutschen Katholiken" gebracht habe. Schell (meint Spectator) sah die Ursache der Inferiorität darin, daß die Führung des Jesuitenordens die Geistestätigkeit der Katholiken über Gebühr gebunden habe. Es sei zu unterscheiden zwischen dem idealen und menschlichen Katholizismus. Schell fand die moderne katholische Andacht vielfach zur Inferiorität französierender Andachts- und Auffassungsweisen herabgesunken. Es habe sich eine dualistisch-pessimistische Anschauung und Stimmung ausgebildet, vermöge deren der Gegensatz zwischen Göttlichem und Weltlichem viel zu sehr betont und der Wert unterschätzt wird, den die Pflege der weltlichen Beziehungen und Kulturaufgaben für die Religion in sich birgt. „Der Katholizismus bedeute (nach Schell) den Friedensbund von Vernunft und Glauben, von Forschung und Offenbarung, ohne Herabwürdigung des Logos; denn das Christentum ist die Religion des Geistes und des Logos. Der wahre Geist der Religion und Heiligkeit ist nur jener Geist, der vom Worte der Wahrheit ausgeht. Das ist die Bedeutung des dreieinigen Gottesbegriffs gegen Mystizismus und Unglauben." Über den Liberalismus meinte Schell, er sei nicht niedergegangen, wie man rede, sondern sein Bestes sei in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen und in den modernen Verhältnissen verwirklicht worden. Man verlangt nicht mehr, was man hat. Schell trat für den Germanismus gegen den Romanismus ein. Er schlug in einem Zusatz zur zweiten Auflage vor: „1. es solle das Laientum größere Berücksichtigung finden; 2. der theologischen Wissenschaft solle freiere Entwicklung gestattet werden; 3. die Katholiken sollten am Fortschritt der Wissenschaften, der Kultur- und Staatsverhältnisse kräftiger mitzuarbeiten, ja an die erste Stelle zu kommen trachten; 4. sie sollen sich auch eine stärkere Mitarbeit an der nationalen Entwicklung angelegen sein lassen." — Spectator tadelt nicht ohne Recht in all diesen Kundgebungen die einseitige Überschätzung des Intellektuellen gegenüber dem Ethischen. „Das Reich Gottes ist doch nicht bloß für die wenigen intellektuell Bevorzugten da. Demnach verschiebt sich auch das Urteil über Inferiorität und Superiorität hinsichtlich der Konfessionen . . . Wir möchten die Diskussion auf eine höhere Betrachtung gestellt wissen; wir möchten keineswegs dazu beitragen, das um sich greifende Gefühl der Entmutigung und des Verzagens zu vermehren. Schließlich lobt Spectator jene Richtung des Jesuitenordens, die sich bei den „bescheidenen und fleißigen Bollandisten in Brüssel" geltend mache. — Im Augustbrief berichtet Spectator über die französischen Neokatholiken um Brunetière und ähnliche Erscheinungen und schließt: „Der Spectator hat seit Jahren für die Mitte des nächsten Jahrhunderts eine Krisis innerhalb der katholischen Kirche vorausgesagt, welche vielleicht radikaler sein wird als die Katastrophen von 1517 und 1789. Sollte er sich im Datum geirrt haben, und sollte das unnatürliche ‚Bündnis des heutigen Pharisäismus mit der christlichen Demo-

Schell.

Brunetière.

kratie' den Erguß der Eiterbeule um einige Jahrzehnte früher herbeiführen?" Der Septemberbrief geht noch mehr ein auf die „Christliche Demokratie" des Abbé Lemire. Das Land, die Fabriksbevölkerung sei aber ganz vertiert, Lemire.
nihilistisch; christliche Frömmigkeit und Nächstenliebe habe sich nur in dem Reste der französischen Aristokratie erhalten. Widerwärtig sei dagegen „die Grimasse des priesterlichen Demagogen, der in offenem Gegensatze gegen den Geist Christi und seiner Kirche die schlechten Instinkte der Massen aufwiegelt und durch die Erregung des politischen Egoismus und der auf Machtbesitz und Genuß zielenden Leidenschaften das Geschäft der Volksverführung besorgt: das letzte, zu dem sich ein Seelsorger hergeben sollte". Der Oktoberbrief behandelt die Schrift des Dominikaners Vincent Maumus über „die Kirche Maumus.
und das moderne Frankreich" (französisch), eine Verteidigung der Allianz der Kirche mit der Demokratie. Spectator nennt das einen „Ehebruch". Er zitiert Dantes Vers: „La sana religione fa sano il governo." Im Novemberbrief rät Spectator, die „christliche Demokratie in ihrem eigenen Saft dunsten zu lassen". Er berichtet, wie der Herzog von Broglie sich auch gegen das Broglie.
„Ralliement" der Katholiken mit der Republik ausspricht. Man sagte von ihm in Paris: „Was tut er, wenn er nichts tut? Er verachtet." Er meinte mit Recht, die Kirche befinde sich trotz des Ralliements in einer gedemütigteren Lage als zuvor, vor fünf Jahren. Zugleich habe diese Versöhnungspolitik jeden Elan getötet, jede Initiative aufgehoben und die Streitkräfte der französischen Katholiken vollständig desorganisiert. Dazu kam die zunehmende Uneinigkeit der Katholiken, der Gegensatz zwischen Weltgeistlichkeit und Ordenswesen. Einig war man nur im Chauvinismus gegen Deutschland, so auf den Jeanne-d'Arc-Festen. Da sprach man vom Vorzug, den Frankreich vor allen Nationen der Welt als Tochter Gottes habe, „als der Arm, der privilegierte Apostel aller glücklichen Revolutionen und allen wahren Fortschritts, bei dem Rom Haupt- und Brennpunkt ist". Der Jesuit Bouvier predigte über die Wiedererscheinung der Jeanne d'Arc im 19. Jahrhundert. „Hat sich nicht Gott wieder als guter Franzose gezeigt?" Frankreichs Geld lasse dem depossedierten Papst noch die Möglichkeit, die Kirche zu regieren. „Frankreich hat das Herz Jesu der Anbetung des Weltalls empfohlen." Man schrieb das Zustandekommen der russisch-französischen Allianz den Bemühungen des Heiligen Vaters zu. Spectator erklärt der fortschreitenden Demokratisierung des Klerus den Krieg. „Wir bekämpfen die Demokratie, weil wir sie für unvereinbar mit der Monarchie erachten, die der Nation ein größeres Maß von Wohlfahrt, Sicherheit und Freiheit als die Republik gewähren kann. Zweitens, weil die Demokratie . . . schließlich den Untergang unserer Kultur (der edleren geistigen Individualitäten) herbeiführen müßte. Drittens, weil wir in ihr einen unaufhaltsamen Übergang zur Zerstörung der kirchlichen Konstitution erblicken . . ., die, in Primat und Episkopat gegeben, eine monarchisch-aristokratische ist. Die demokratische Konstruktion ist dem Dogma zuwider." Spectator sieht im Dezemberbrief die italienische Entwicklung als eine „Oligarchie der Schlechteren" an. „Die Ansteckung Italiens durch die allgemeine sozialistische Bewegung kam hinzu, um die Zersetzung der liberalen Partei zu fördern und die Erstarkung der katholischen Partei zu ermöglichen." Die „katholische Aktion" nannte man das, die Organisierung einer katholischen Armee in Jünglings- und Arbeitervereinen, Pfarrvereinen, Darlehenskassen u. s. w. Dagegen traten Bonomelli, der Erzbischof von

Cremona, und Scalabrini, der Bischof von Piacenza, im Sinne der Aussöhnung mit dem Staate auf. — Franz X. Kraus gab unter seinem echten Namen das bedeutende Werk über Dante heraus.

Viel gerechter als manche Katholiken wurden nichtkatholische Kritiker der katholischen Kultur; so schrieb die „Frankfurter Zeitung" (Nr. 327 und 328) „Vom geistigen Leben der deutschen Katholiken" und würdigte die große Bedeutung der von den Jesuiten herausgegebenen „Stimmen aus Maria-Laach", die „sich getrost den protestantischen Revuen an die Seite stellen können. Sie behandeln Probleme aus allen Gebieten des Wissens mit der Sicherheit, die gründliches Fachwissen verleiht, in eleganter Form und gutem Deutsch".

Histor.-polit. Blätter.

Die „Historisch-politischen Blätter" besprachen die Jugendzeit Montalemberts 1810 bis 1836 nach dem französischen Werk von Lecanuet (1895), die Zusammenhänge der Freimaurerei mit dem Kulturkampf, die „Christliche Ikonographie" von Heinr. Detzel, die Duellfrage in Preußen, den Streit zwischen den beiden Historikern, dem Protestanten Lamprecht (deutsche Geschichte) und dem Katholiken Finke („genetische Geschichtsforschung"); Lamprecht hatte nämlich auf Finkes Kritik entgegnet: „Finke gilt auf seinem Sondergebiet als ein tüchtiger Forscher, aber das höhere Gebiet vorurteilsloser genetischer Betrachtungsweise ist ihm wie jedem wahrhaft klerikalen Historiker verschlossen." (Auch der Autor dieser Weltgeschichte fühlt sich in diesem Sinn „wahrhaft klerikal", dreht aber den Spieß um, indem er sagt: nur der katholische Historiker kann eine vorurteilslose, universalhistorische Betrachtungsweise betätigen, da er eine Weltanschauung, keine Winkelanschauung hat.) Die Verschiebung der Landbevölkerung in Preußen seit 1882 muß zu ihrem Nachteil erkannt werden. Ästhetische Fragen ergeben sich aus Kirsteins „Entwurf einer Ästhetik" und seinem rühmlichen Kampf für das Sittliche in der Kunst gegen Nudität. Papst Leos XIII. Bulle über die Ungültigkeit der anglikanischen Weihen (1896) wird an der Hand der ganzen Literatur darüber besprochen. Rocholls „Philosophie der Geschichte" vom protestantischen Standpunkt wird der Schrift des Katholiken Höhler „Das dogmatische Kriterium der Kirchengeschichte, ein Beitrag zur Philosophie der Geschichte des Reiches Gottes auf Erden" nahegestellt. Des österreichischen Abgeordneten Alfred Ebenhochs „Wanderungen durch die Gesellschaftspolitik" stellten sich den früheren „Sieben Vorträgen über die soziale Frage" zur Seite in ihrer Verbindung von Ethik und Ökonomik. Bernt Grönvold gab das Künstlerleben des Malers Fried. Wasmann (1805—1886) heraus. Als größter Bau Deutschlands erscheint das Kloster Leubus in Schlesien. Tille, Riehl, Freiherr v. Weichs tragen bei zur agrarpolitischen Literatur. Dem „Bismarckismus" wird lobend der „Caprivismus" entgegengestellt. Treitschkes „Deutsche Geschichte" bleibt nicht ohne kritische Nachlesen. Luis Colomas spanische Sittenbilder treten uns neu entgegen. Die katholische Charitas wird gegen Professor Schell in Schutz genommen. Taxils Selbstentlarvung erfährt ihre Würdigung. Aus der Literatur über Österreich und die deutsche Frage wird das Buch des Welfen Wilh. Hopf „Die deutsche Krisis des Jahres 1866 in Aktenstücken" und H. Friedjungs „Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland" hervorgehoben. Freiherr v. Hertling schreibt über „Katholizismus und Wissenschaft", mit Bezug auf seine Konstanzer Rede von

Hertling.

1896. Er beklagt es, daß erst Schell in seiner bekannten Schrift das Wort von der „geistigen Inferiorität der Katholiken" geprägt hat, das danach in die gegnerische Presse übergegangen ist. So hat es Hertling nicht gemeint. Danach müßten ja die Protestanten noch mehr den Juden inferior sein, nach der Statistik der Schulen. Hertling betont, daß die Auflösung des alten Reichs alles zum Nachteil der katholischen Kirche und Bevölkerung verändert hat. Die katholischen Universitäten und Regierungen seien viel toleranter geworden als die protestantischen. Er tadelt den Spectator, der, in den Mantel der Anonymität gehüllt, über Papst und Bischöfe zu Gericht sitzt, von allem Katholischen nur die Schattenseiten und Menschlichkeiten hervorkehrt. Hertling schließt (120, 237): „Ich habe keine Anklagen zu erheben, weil ich sammeln möchte, nicht zerstreuen. Mir gilt es, Klerus und Laienwelt, Weltgeistliche und Ordensleute, Universitätslehrer und Lyzealprofessoren zu gemeinsamer Arbeit aufzurufen. Hüten wir uns, daß zu den Hindernissen, die auf ‚inneren Gründen' beruhen, nicht auch Schulstreitigkeiten und gegenseitige Verkleinerungen hinzutreten." Die Superiorität des Katholizismus sieht Hertling überdies in der beherrschenden Stellung der Zentrumspartei. Es folgen Betrachtungen über den „Anglokatholizismus" nach dem gleichnamigen französischen Buch des Abbé Ragey (mit Vorrede von Kardinal Vaughan). Die verdiente Hervorhebung erfährt Otto Willmanns „Geschichte des Idealismus", zweiter Band, eine tiefgründige Apologie der Scholastik und ihrer Ideenlehre. Die „Geisteshelden": Walther von der Vogelweide, Dante und Shakespeare erscheinen in ihrer Behandlung durch Schönbach, Scartazzini und Brandl. J. Röhms „Protestantismus unserer Tage" wird als Handbuch der Polemik empfohlen. Eine Wirkung von Dantes Ansichten über die römische Monarchie sieht man in der Schrift des Aeneas Silvius Piccolomini „De ortu et auctoritate imperii Romani", 1446 zu Wien geschrieben und an Friedrich III. gerichtet (120, 89). Über die Rheingrenze wird das Wort des französischen Gelehrten Himly zitiert (20, 197): Himly.
„Der Rhein ist deutsch auf beiden Ufern ... Es scheint ganz, als wenn der Besitz der höchsten Macht in Europa an den Besitz des Rheins geknüpft sei; er ist der Schicksalsstrom Europas." — Alex. Baumgartners groß angelegte „Geschichte der Weltliteratur" begann zu erscheinen. — Der Zusammenhang der sozialen Frage mit der des Kirchenstaats wurde betont. — Es folgte eine Rückschau auf den internationalen Arbeiterschutzkongreß in Zürich, auf das „soziale Wirken der Kirche in Österreich". Hertling berichtete über „Bischof Ketteler und die katholische Sozialpolitik", G. Grupp über „die Frau und die Kultur".

Auf dem Katholikentag zu Landshut sprach Hammer gegen die von Professor Schell formulierte Formel von der Inferiorität der Katholiken auf dem Gebiete der Wissenschaft. Bachem erklärte manche Erscheinung durch den Kulturkampf. Hertling ging davon aus, daß zwischen der Wissenschaft und dem Katholizismus als einer göttlichen Institution kein Widerspruch bestehen könne, und deutete damit an, daß trotz äußeren Anscheins des Gegenteils der Katholizismus schon jetzt eine latente Superiorität auf wissenschaftlichem Gebiete besitze, die nun endlich zur volleren Geltung gebracht werden müsse. Gegen den „Bayrischen Bauernbund" wurde der „Christliche Bauernverein" gegründet. Inferiorität.

Die „Statistische Korrespondenz" gab eine Zusammenstellung der Über-

Übertritte. tritte in und aus den evangelischen Landeskirchen 1890 bis 1894. Danach betrug der Zutritt 23.607, der Austritt 18.804, also ein Zuwachs der Landeskirchen um 4803 (2088 Juden, 17.002 Katholiken und 4517 andre). Zum Judentum traten 61 über, zur katholischen Kirche 2794, zu andern Gemeinschaften 15.949 Personen. In Preußen wurden 14.045 Katholiken evangelisch und nur 1467 Evangelische katholisch, während das Verhältnis sonst entgegengesetzt war, ein Beweis, wie stark gerade die protestantisch-preußische Kirchenpolitik wirkte.

Bismarck. Bismarck sagte zu einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse" über die Parteien: „Wenn man mit einzelnen spricht, ist es jedesmal ein ganz vernünftiger Kerl, sowie sie aber zusammenkommen, sind es Rackers." Von den Russen sagte er, sie seien immer nur Russen, in Sprache und Schrift ganz konform. Die Deutschen seien eine Unteroffiziernation. Man solle die politischen Fraktionen zurückstellen, wenn man auf wirtschaftlichem Gebiet etwas erreichen wolle (Europ. Geschichtskalender, S. 117). Am 31. Juli empfing Bismarck den Vorstand des Bundes der Landwirte; sonst hatte er wenig Besuch, der ihm Gelegenheit zu Anreden gab.

Johs. Penzler gab nach „authentischen Kundgebungen" das Buch „Fürst Bismarck nach seiner Entlarvung" heraus.

Zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der Straßburger Universität wurde der Vorwurf laut, die Anstalt habe es bei allen Verdiensten doch nicht verstanden, in ein näheres Verhältnis zum Reichsland zu treten, auf das sie doch zu wirken berufen war, und so habe sie überhaupt die Hoffnungen, die man in nationaler Beziehung auf sie setzte, nicht ganz erfüllt. Diese Auffassung blieb nicht unwidersprochen.

In Zeitz fand das erste Posaunenfest der evangelischen Männer- und Jünglingsvereine Thüringens statt, an dem sich hundert Posaunenbläser beteiligten.

Der vierhundertjährige Geburtstag Philipp Melanchthons wurde in Wittenberg und sonst gefeiert. Sehr hübsch war das geplante gotische Gedächtnishaus für Bretten (Ill. Ztg., 13. Febr.).

F. E. Kröber gab eine „biblische Instruktionsstunde für Soldaten": „Das Militär im Neuen Testament."

Die „Allgemeine Zeitung", 15. Februar, besprach den fünften Jahrgang
Keiter. von Keiters „Katholischem Literaturkalender" und regte eine Bibliographie der katholischen Literatur deutscher Zunge an, von etwa 1700 an, auf biographischer Grundlage. Diese Anregung ist sehr beherzigenswert.

Beim zwölften deutschen Bundesschießen in Nürnberg wurden die Gäste am Stadttor durch folgenden Spruch begrüßt: „Seid gegrüßt mit Herz und Hand, Schützenbrüder aller Gauen! Möchtet ihr das Vaterland in mir fühlen, in mir schauen: in dem Glanz vergangner Zeit neu des Reiches Herrlichkeit!"

Professor Hans Delbrück wurde an die Stelle des verstorbenen Treitschke berufen. Er sollte alsbald, wie wir hören werden, in Konflikt mit der Regierung kommen.

In süddeutschen Blättern sprach man von der Erscheinung des „Reichsverdrusses" oder einer „Reichsverdrossenheit" (Allg. Ztg., 11. Aug., Nr. 221).

Eine peinliche Sache war die Verurteilung des ehemaligen Reichskommissars in Afrika Karl Peters wegen mannigfaltigen Mißbrauchs seiner Gewalt. Als der verdiente Generalpostmeister Heinrich Stephan starb, der Gründer des Weltpostvereins, tadelte man eine gewisse Stagnation auf dem Gebiete des Postwesens in letzter Zeit und verlangte neue Reformen.

Auswanderung

Die deutsche Auswanderung war seit 1894 rasch zurückgegangen, infolge der ungünstigen Aussichten in Nordamerika. Seit 1861 waren 3¼ Millionen Menschen aus Deutschland ausgewandert, 1881 die größte Zahl mit 221.000, 1896 die geringste Zahl mit 32.000. — Die Hamburg—Amerika-Linie feierte ihr fünfzigjähriges Jubiläum. Sie besaß eine Flotte von über hundert Dampfern mit etwa 260.000 Tonnengehalt und 6000 Personen.

Es erschien ein amtlicher Bericht über „Deutschland und seine Kolonien im Jahre 1896", herausgegeben vom Arbeitsausschuß der deutschen Kolonialausstellung.

Lujo Brentano betrachtete den alten Justus Möser als den „Vater der neuesten preußischen Agrarreform" (Allg. Ztg., 12. Febr.). — Ein Buch von Adolf v. Wenckstern kritisiert die Theorien von Karl Marx. — R. Kuczynski behandelte in den von Lujo Brentano herausgegebenen „Münchener volkswirtschaftlichen Studien" den „Zug nach der Stadt". Er widerlegte die falsche Behauptung, daß die städtische Bevölkerung im fortwährenden Absterben begriffen sei und durch die ländliche ersetzt werde. — Paul Apostol schilderte in derselben Sammlung „Das Artjel", die russischen Arbeits- und Produktivgenossenschaften.

Marholm.

Laura Marholm nannte in ihren neuen Büchern über die Frau die Frauenbewegung eine Entartung: „Dasselbe Erregungsbedürfnis der Weiber, das sie vor drei Jahrhunderten dazu trieb, einander als Hexen anzuzeigen und sich als Hexen zu bekennen, treibt sie jetzt in das Frauenrechtlertum hinein. Der Zug der Frauen zur Hochschule ist eine Fahrt zum Blocksberg."

Bücher.

Sehr wichtig für das Grenzgebiet von Ästhetik und Leben wurde das Buch von K. Bücher „Arbeit und Rhythmus". Es handelt sich um das Problem, ob aus dem Rhythmus der Arbeit die Kunst hervorgegangen sei oder umgekehrt aus dem ästhetisch rhythmischen Spiel die Arbeit. Jedenfalls zeigte sich ein inniger Zusammenhang von Technik und Kunst, welcher ebenso Ausgang aller Kultur wie deren höchstes Ziel ist.

Hertling

In seinen „Kleinen Schriften zur Zeitgeschichte und Politik" gab Freiherr v. Hertling auch seine Arbeiten über Staatsromane, über das Bildungsdefizit der Katholiken, über die römische Frage und die christliche Demokratie.

Th. Mommsens achtzigster Geburtstag wurde gefeiert. Die „Illustrierte Zeitung", 25. November, bringt die hübsche Statuette von K. Pracht. — Der Geheimrat v. Esmarch, Generalarzt und Professor in Kiel, feierte seine silberne Hochzeit; seine Gemahlin war eine geborene Prinzessin von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, eine Tante der Deutschen Kaiserin.

Kneipp.

Der volkstümlichste Heilkünstler der Zeit, der Pfarrer Sebastian Kneipp, starb siebzigjährig in Wörishofen. Es bestanden nach seinem System in Mitteleuropa über 150 Wasserheilanstalten. Außer den Wassergüssen und dergleichen wurde auch das Barfußgehen eifrig betrieben.

Die Röntgenstrahlen wurden immer mehr im Dienste der Medizin verwertet.

Auf dem Tempelhofer Feld bei Berlin verunglückte Dr. Wölferts lenkbares Luftschiff durch eine Explosion, wobei der Luftschiffer umkam. — Auch der lenkbare Schwarzsche Aluminium-Luftballon verunglückte beim Landen (Ill. Ztg., 18. Nov.).

Man machte Versuche mit der Schutzimpfung gegen die Cholera.

Es erschienen die Vorlesungen über „Politik" von Treitschke. Wichtiger waren die Tagebuchblätter Th. v. Bernhardis († 1887) über den „Krieg 1866 gegen Österreich und seine unmittelbaren Folgen".

Fritz Grimms „Geschichte der Minnesinger" enthielt im ersten Band die „rheinisch-schwäbischen Minnesinger".

Ed. Heyck begann die Herausgabe der „Monographien zur Weltgeschichte".

Al. Riehl schilderte „Friedrich Nietzsche" als Künstler und Denker. Es fiel auf, daß der „epigonenhafte Träger des extremen, anarchischen Individualismus und Radikalismus, der sich gegen alle Normen der Entwicklung auflehnte, so unter die ‚Klassiker der Philosophie' geriet".

Muther. Da man dem Kunsthistoriker Professor Muther in Breslau den Vorwurf des Plagiats machte, bat er das Ministerium um eine Disziplinaruntersuchung; das wurde aber abgelehnt, obwohl Muthers Kollegen gegen ihn einen scharfen Mißbilligungsbeschluß faßten; er hatte manche Zitate ohne Angabe der Verfasser verwendet.

Die Dresdener Philologenversammlung wandte auch ihre Aufmerksamkeit der Aussprache des Schriftdeutschen zu und suchte in der gemeinsamen Bühnensprache mit Recht die Grundlage dazu.

Herm. Wunderlich stellte „unsre Umgangssprache in der Eigenart ihrer Satzfügung" dar, im Gegensatz zum Papierstil.

Es wurde mit der Ausarbeitung eines wissenschaftlichen Wörterbuchs der deutschen Rechtssprache begonnen unter Leitung von Professor Heinrich Brunner in Berlin.

G. Waniek suchte wieder Gottsched gerecht zu werden: „Gottsched und die deutsche Literatur seiner Zeit."

Aus dem Nachlaß von Fr. Th. Vischer gab dessen Sohn die Vorträge über „Das Schöne und die Kunst" heraus.

Johannes Unold wollte, auf Darwin fußend, die „Grundlegung für eine moderne praktisch-ethische Lebensanschauung" geben.

Ed. Grisebach gab „Schopenhauers Gespräche und Selbstgespräche" heraus.

Der 1893 verstorbene Philosoph Jakob Frohschammer hatte eine Preisstiftung begründet; es wurden nun 1600 Mark geboten für eine „psychologische Analyse der Tatsache des Wollens".

O. Schubert behandelte „Die philosophischen Grundgedanken in Goethes Wilhelm Meister".

P. Deussen wirkte für das Eindringen der indischen Philosophie und Theologie durch Übersetzung von „Sechzig Upanischads des Veda".

Als Festschrift für das hundertjährige Jubiläum erschien das Buch von Ed. Heyck „Die Allgemeine Zeitung 1798—1898. Beiträge zur Geschichte der deutschen Presse". Diese Geschichte war allerdings sehr wand-

lungsreich im Wechsel der Standpunkte je nach Beeinflussung und Opportunismus. Dafür war besonders das Jahr 1866 entscheidend.

Ferd. Schultz schilderte „die geschichtliche Entwicklung der Gegenwart seit 1815 mit Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland“. — Otto Kaemmel schilderte den „Werdegang des deutschen Volkes“, erster Teil: Mittelalter. — Ratzinger zeigte, wie außer Walther von der Vogelweide auch der Minnesinger Albrecht von Johannsdorf dem Bischof Wolfger nahestand. — Christian Meyer gab „Ausgewählte Selbstbiographien aus dem 15. bis 18. Jahrhundert“ heraus. — Sigm. Riezler schrieb die Geschichte der Hexenprozesse in Bayern, im Lichte der allgemeinen Entwicklung.

Rochus Schmidt schilderte „Deutschlands koloniale Helden und Pioniere der Kultur“ in Afrika.

Volko Stern schrieb eine „Ägyptische Kulturgeschichte“. — In Eberhard Schraders „keilschriftlicher Bibliothek“ erschienen die Dokumente von Tell-el-Amarna, dieses von Hugo Winckler 1887 in Ägypten entdeckten Staatsarchivs aus der Zeit von 1400 v. Chr.

In einem griechischen Kommentar zu Matthäus wurde das Werk eines Gotenbischofs, vielleicht des Wulfila, entdeckt (Allg. Ztg., 24. Febr.).

Moderne. Eine kurze Übersicht über die Wandlung der „Modernen“ seit 1885 gibt Tielo in der „Allgemeinen Zeitung“, 21. September. — Adolf Bartels gab eine Studie über „Die deutsche Dichtung der Gegenwart . . . Die Alten und die Jungen“. Die realistische Richtung in der modernen Literatur wurde als Rückschlag zum Idealismus der Klassiker empfunden (Allg. Ztg., 7. Jan.). — In dieser Zeit konnte man aber doch wieder von einer „Schillerrenässanz“ sprechen (Allg. Ztg., 13. Mai), nachdem der noch heute nicht seiner vollen geistigen Bedeutung nach anerkannte Denker und Dichter durch Jahrzente unter einer törichten Verkennung gelitten hatte.

Paul Schlenther schuf einen neuen Klassiker von der Kritik Gnaden in seinem Buch: „Gerhart Hauptmann. Sein Lebensgang und seine Dichtung“. — Gerhart Hauptmann ließ auf das sehr erfolgreiche Märchendrama „Die versunkene Glocke“ nun wieder eine abstoßend naturalistische Diebskomödie „Der Biberpelz“ folgen. — Sudermanns Drama „Johannes“ (der Täufer) wurde in Berlin zuerst verboten mit der Begründung, daß öffentliche Darstellungen aus der Bibel bestimmungsgemäß nicht statthaft seien. Das Verbot wurde wieder aufgehoben, das Drama aber gewann dadurch nicht an Wert. — Arno Holz ließ eine Komödie „Die Sozialaristokraten“ mit geteiltem Erfolg aufführen. — E. Rosmers Märchenspiel „Die Königskinder“ mit Musik von Humperdinck entsprach dem neuerlichen Gegensatz gegen den Naturalismus. — Wildenbruchs Drama „Kaiser Heinrich“, der zweite Teil von „König Heinrich“, hatte nicht mehr die gleiche Wirkung wie der erste Teil. — Adolf Wilbrandt schrieb ein Psychodrama „Beethoven“. — Die Oberammergauer führten den „Herzog Christoph den Starken“ von Herman v. Schmid auf. — Jos. Lauff schrieb unter dem Titel „Salve“ im Auftrag des Kaisers ein Huldigungsfestspiel zur Feier der Anwesenheit des italienischen Königspaars in Wiesbaden.

Liliencron. Detlev v. Liliencron gab als sein Hauptwerk das kunterbunte Epos „Poggfred“: „Dies ist ein Epos mit und ohne Held, ihr könnt's von vorne lesen und von hinten, auch aus der Mitte, wenn es euch gefällt, ja, wo ihr wollt, ich mache nirgends Finten.“ Seine Weltanschauung ist: „Ich liebe Grog

von Rum, Hasard und Weiber." Die „Moderne" zeigte sich hier durchaus als „Kaviar fürs Volk", als leeres Spiel mit der poetischen Form. — Detlev v. Liliencron faßte seine Poetik in die Verse zusammen: „Ein echter Dichter, der erkoren, ist immer als Naturalist geboren; doch wird er ein roher Bursche bleiben, kann ihm in die Wiege die Fee nicht verschreiben zwei Kräuter aus ihrem Wunderland: Humor und die feinste Künstlerhand."— Richard Dehmels Lyrik wurde von der Kritik (Allg. Ztg., 15. Juli) als Eklektizismus aus Verlaine, dem neufranzösischen Romantizismus und Realismus, aus Zola und Strindberg betrachtet, mit der Sucht, ihre „furchtlose Kunst der Häßlichkeit", ihre „Freude zu stinken", noch zu überbieten. Auch Heines „Bordell-Lyrik" war hier fortgesetzt. — Die Dichtung von Arthur Pfungst „Laskaris" gipfelte in dem schönen Satz: „Das Leben ist nicht wert, gelebt zu werden." — Die türkisch verheiratete Weimarerin Helene Böhlan (Frau al Raschid Bey) schrieb den Roman „Das Recht der Mutter". — Volle Anerkennung fand der Roman von Aug. Sperl „Die Söhne des Herrn Budiwoj" aus der altböhmischen Geschichte.

Wilh. Herz gab eine Neubearbeitung von Wolframs Parzival in glatter Sprache. — K. Th. Gaedertz schilderte „Emanuel Geibel, den Sänger der Liebe, den Herold des Reiches". — Rich. Weitbrecht wählte „Religiöse Lyrik" aus, in nicht konfessionellem Sinn. — Die Lebenserinnerungen von Julius Waldemar Grosse erschienen unter dem Titel „Ursachen und Wirkungen".

Musik. Ohne nachhaltige Bedeutung war August Bungerts Musikdrama „Odysseus' Heimkehr", aufgeführt in Dresden. — Bernhard Scholz gab Betrachtungen eines Musikers „Wohin treiben wir?" Sie waren gegen Wagner gerichtet, dessen Kunst seiner Meinung nach keinen unbedingt fördernden Einfluß gehabt habe. Dafür zeuge der Enthusiasmus, mit dem Neßlers Bänkelsängeropern und die Brutalitäten des neuitalienischen Verismus aufgenommen wurden, ebenso die „Pultvirtuosen".

P. Marsop empfahl als „Volkshochschulen des Geschmacks" eine Ausgestaltung der Galerien (Allg. Ztg., 5. Nov.).

Am Geburtshause K. Humanns in Steele a. d. Ruhr wurde eine Marmortafel angebracht mit der Inschrift: „Dem gelehrten, uneigennützigen Forscher verdankt das Vaterland die Kunstschätze von Pergamon."

Denkmäler. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal der deutschen Burschenschaften für den Wartenberg bei Eisenach zeigt einen romanischen Bau, halb Kirche, halb Burgturm (Ill. Ztg., 10. Juni). — Das Koblenzer Monument von Schmitz und Hundrieser ist weitaus das glücklichste Kaiserdenkmal. — Das Kaiser-Friedrich-Denkmal zu Wiesbaden war von Jos. Uphues (Ill. Ztg., 21. Okt.) — Das Moltke-Denkmal für Breslau nach dem Entwurf von Cuno v. Uechtritz zeigte den Schlachtendenker auf steilem Sockel mit einem Papier in der Linken, die Finger der herabhängenden Rechten rednerisch gespannt, ihm zu Füßen Trophäen und eine Walküre zu Roß, die ihm den Lorbeer bietet (Ill. Ztg., 2. Jan.). Uechtritz war ein Schüler Tilgners. — Das Bismarck-Denkmal in Grunewald bei Berlin von Max Klein zeigte den Kanzler in Zivil mit Hut, den großen „Reichshund" ihm zur Seite auf einem Sockel von roh behauenen Steinen (Ill. Ztg., 27. Mai). — Reinhold Begas' preisgekrönter Entwurf für das Bismarck-Denkmal in Berlin wirkte weder in der militärischen Hauptfigur noch in den Allegorien ganz überzeugend. Ein hübscher Einfall war

der hinten am Sockel angebrachte das Schwert schmiedende Siegfried (Ill. Ztg., 21. Okt.). Das Bismarck-Denkmal in Leipzig von Ad. Lehnert und Jos. Magr zeigte den Kanzler in Zivil mit abgenommenem Schlapphut, den Reichshund zur Seite, auf einem hohen Steinblock, an dessen Basis einen begeisterten Handwerksmeister in Kappe, Schurzfell und Kniehosen (Ill. Ztg., 28. Okt.). — Übermäßig pathetisch war das Standbild Bismarcks in Kiel von Harro Magnussen (Ill. Ztg., 18. Nov.). — Hugo Cauer modellierte ein strammes Bismarck-Denkmal für Kreuznach (Ill. Ztg., 19. Aug.). — Die neuerlich preisgekrönten drei Entwürfe für das Nationaldenkmal der Leipziger Völkerschlacht von Kreis, Rieth und von Spaeth und Usbeck zeigt die „Illustrierte Zeitung", 16. Januar. Kein Entwurf entsprach vollkommen. — Nach dem Mißerfolg zweier Wettbewerbe entschloß man sich, den Schöpfer des Kyffhäuser-Denkmals, Bruno Schmitz, direkt mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für das Völkerschlachtdenkmal zu betrauen. Seinen Entwurf bringt die „Illustrierte Zeitung", 15. Juli. — Der Dichterin Annette v. Droste-Hülshoff wurde auch für Meersburg ein Denkmal durch Stadelhofer modelliert. — Der Germane auf dem Germanenbrunnen von Franz Werner in München machte einen allzu wilden Eindruck (Ill. Ztg., 22. Juli). — Kaiser Wilhelm setzte neuerlich drei Preise aus für die beste Ergänzung des Marmortorso der tanzenden Mänade (Ill. Ztg., 20. Febr.).

Bauten.

Das königliche Residenzschloß zu Dresden erhielt einen baulichen Abschluß. — Das neue gotische Rathaus zu Erfurt wurde von Peter Janssen mit geschichtlichen Gemälden geschmückt: Luther, Tanhäuser, Graf von Gleichen, Doktor Faust u. a. (Ill. Ztg., 29. April). — Das neue Rathaus in Hamburg zeigte die Formen der deutschen Renässanz. Das alte Rathaus war im großen Brand von 1842 zugrunde gegangen (Ill. Ztg., 4. Nov.). — Die neue St.-Rochus-Kirche zu Düsseldorf von J. Kleesattel ahmte den reinsten romanischen Stil nach (Ill. Ztg., 6. Mai). — In Wilmersdorf bei Berlin wurde die dem Andenken Ludwig Windthorsts gewidmete St.-Ludwigs-Kirche eingeweiht (Ill. Ztg., 8. Juli). — Hermann Wislicenus malte die Fresken im Kaiserhaus zu Goslar (Ill. Ztg., 2. Sept.). Ohne die Bilder wäre das Haus nicht weniger schön. — Zu der „Vereinigung der Eilf", die seit fünf Jahren in Berlin ausstellten, gehörte mit Klinger, L. v. Hofmann, Liebermann, Skarbina, Leistikow und Fritz Stahl auch Jakob Alberts mit seinen Bildern von den Halligen (Ill. Ztg., 22. April). — Viel besprochen wurde das Hauptwerk von Max Klinger „Christus im Olymp". Ich trat durch eine begeisterte Besprechung Mißverständnissen entgegen, die sich in christlichen Kreisen darüber geltend machen wollten.

Malerei.

Österreich. Lueger.

In Österreich wurde der Sieg der Christlichsozialen dadurch besiegelt, daß Lueger neuerlich am 8. April zum (ersten) Wiener Bürgermeister mit 93 von 132 Stimmen gewählt und als solcher vom Kaiser bestätigt wurde. Die katholische Volkspartei in Ungarn sprach sich durch ihren Führer Graf Zichy sympathisch für die Christlichsozialen und Antisemiten in Österreich aus: „Als Katholiken können wir andere nicht hassen; allein die Verhältnisse ermahnen uns, mit dieser Richtung zu rechnen. Unser Mandat haben wir von der ganzen Nation, vom Volk und von jeder Natio-

nalität erhalten. Wir haben gesehen, wie unsere Mitbürger nichtungarischer Zunge sich zu Gott, ihrem Glauben und ihrer Nation hingezogen fühlen, welche Neigung selbst durch Gewalt nicht ausgerottet werden konnte. Wir müssen daher Recht und Billigkeit für alle Nationalitäten fordern; denn es ist nicht liberal, nicht national, nicht christlich, die Nationalitäten zu unterdrücken. Diese Tendenz muß verschwinden."

Die Nationalitätenfrage führte in Zisleithanien zur Krisis des Kabinetts Badeni. Das Abgeordnetenhaus lehnte am 5. Januar mit 109 gegen 98 Stimmen den Budgetposten für ein slowenisches Gymnasium in Cilli ab. Im böhmischen Landtag erklärte der Statthalter Graf Coudenhove am 26. Januar, das größte Gewicht auf die Herstellung friedlicher Verhältnisse zwischen beiden gleich hoch entwickelten Volksstämmen zu legen; die Regierung wolle aber auch die Einheit Böhmens in Gesetzgebung und Verwaltung wahren. In Triest suchte die italienische Partei die slawischen Wähler ganz auszuschließen, wogegen die Statthalterei eintrat. Bei den Neuwahlen zum Reichsrat gewannen die Katholisch-Konservativen, die Christlichsozialen, die antisemitische deutsche Volkspartei, die Jungtschechen, die Sozialdemokraten, während die Liberalen verloren.

Die Sprachenverordnungen vom 5. April für Böhmen und Mähren fanden den heftigsten Widerspruch der Deutschen, da jeder Tscheche danach verlangen konnte, daß auch in ausschließlich deutschen Gegenden Böhmens tschechisch mit ihm verhandelt werde. Die Opposition zeigte sich sofort so stark, Badeni. daß Badeni schon am 6. April seine Demission anbot, die der Kaiser aber nicht annahm, da er „Gewicht darauf lege, daß eine von mir gewählte Regierung unbeirrt durch zeitweilige Parteischwierigkeiten ihre Tätigkeit ausschließlich durch das allgemeine staatliche Interesse bestimmen lasse". Das Abgeordnetenhaus wollte die Minister in Anklagezustand versetzen, da nach dem Staatsgrundgesetz Sprachenfragen nur im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werden können. Die Beratung führte zu heftigen Szenen (6.—8. Mai), da der Justizminister Graf Gleispach sagte, die Anklage könne nicht ernst gemeint sein. Das Haus wurde vertagt, da die deutsche Opposition fortgesetzt Obstruktion übte. Badeni erklärte, dadurch hebe sich das Parlament selber auf. Die Professoren der deutschen Universität und der Technischen Hochschule in Prag protestierten auch gegen die Sprachverordnungen. Ein vertraulicher Erlaß des Grafen Badeni kam durch Indiskretion zur öffentlichen Kenntnis und erregte neues Ärgernis. Zahlreiche deutsche Gemeindevertretungen in Zisleithanien leisteten passive Resistenz, indem sie die ihnen übertragenen Staatsgeschäfte einstellten. Mehr als 800 reichsdeutsche Universitätsprofessoren sprachen der deutschen Universität Prag ihre volle Sympathie aus; nur die katholischen Theologen hielten sich von dieser Kundgebung zurück.

Die bedrängte Lage der Deutschen in Österreich veranlaßte auch Theodor Mommsen zu einem Brief, den die „Neue Freie Presse" Ende Oktober veröffentlichte; darin wurden die österreichischen Deutschen zum Ausharren in dem ihnen aufgezwungenen Kampf ermahnt und ihnen die Sympathie aller Reichsdeutschen ausgesprochen; dagegen wurde die schlaffe Haltung der Wiener Bevölkerung getadelt. In beiden Reichen wurden aber Stimmen laut, die eine Einmischung der Reichsdeutschen in österreichische Verhältnisse nach 1866 für verspätet und für untunlich erklärten; denn das war ja das Ziel der Bismarckschen Politik gewesen, keine Deutschen als nur die des Deutschen Reichs anzuerkennen. Bismarcks Verteidiger sagten wohl, er habe durch den ewigen Bund mit Österreich-Ungarn alles wieder ausgeglichen; das galt aber nur von dem außenpolitischen Verhältnis. Das Recht, das zur Zeit des Deutschen Bundes Preußen hatte, auch auf die innern Verhältnisse jedes Bundesstaates bundesgesetzlichen Einfluß zu nehmen, hatte es 1866 Österreich gegenüber leider aufgegeben. Die Bedrängnis des Deutschtums in Österreich, das Übergehen der Macht auf die Nichtdeutschen war also nur die notwendige Folge jener Politik, gegen welche sich Kaiser Franz Josef 1866 mit allen Mitteln des Rechts und der Waffen gewehrt hatte und der er nur im ungleichen Kampf gegen eine doppelte Front unterlegen war. Mommsen.

Durch Wiedereröffnung des Wiener Reichsrats am 23. September wurde die Spannung nur noch größer. Der Deutschnationale Wolf wurde von Badeni wegen des Zurufs „Schufterei" auf Pistolen gefordert. Badeni wurde körperlich leicht, moralisch aber sehr schwer verletzt. Die Erbitterung stieg. Es half wenig, daß Badeni jenen Geheimerlaß als eine völlig gesetzmäßige innere Amtsangelegenheit darstellte. Die Obstruktion wurde fortgesetzt, sehr zum Schaden für den Ausgleich mit Ungarn, der zu erneuern war. Darüber äußerte sich der ungarische Ministerpräsident Banffy am 25. Oktober. Der Antrag, Badeni anzuklagen, wurde wohl am 26. Oktober vom Reichsrat mit 172 gegen 145 Stimmen abgelehnt. Viel gefeiert wurde der Abgeordnete Lecher wegen seiner zwölfstündigen Obstruktionsrede, die darauf als Buch erschien. Der Brief Mommsens an die „Neue Freie Presse" spaltete den Wiener Gemeinderat. Bürgermeister Lueger protestierte gegen die Beleidigung der Wiener Bevölkerung und rief Mommsen zu: „Hand weg von Österreich!" Mehrere liberale und deutschnationale Gemeinderäte stellten sich aber auf Mommsens Seite und verließen die Sitzung (3. bis 5. Nov.). Lueger warf ihnen „Zusammengehen mit den Juden" vor, erklärte sie für „politisch und persönlich ehrlos", ihr Benehmen als das der „gemeinsten Gassenjungen". Der Wortkampf wurde im Abgeordnetenhause fortgesetzt. Lueger verlangte die Hilfe des Präsidiums gegen die Störenfriede Wolf und Schönerer. Wolf meinte: „Nur Gebirgstrotteln können die Einigkeit der deutschen Opposition nicht anerkennen." Schönerer rief: „Wir kämpfen in der Notwehr und werden zur Gewalt übergehen." Nach großem Lärm wurde das Ausgleichsprovisorium mit 177 gegen 122 Stimmen an den Aus- Duell Wolf-Badeni. Lueger.

schuß verwiesen. Der Finanzminister Bilinski forderte das Parlament auf: „Zwingen Sie die Regierung nicht, eine Frage von so eminenter Wichtigkeit nach § 14 zu regeln (d. h. unparlamentarisch, durch den Kaiser). Nicht als Minister, als Kollege muß ich im vitalsten Interesse des Parlamentarismus dringendst warnen, die Regierung dahin zu treiben." Von ungarischer Seite wurde freilich die staatsrechtliche Möglichkeit einer nichtparlamentarischen Erledigung der Provisoriumsvorlage bezweifelt.

Lecher. Der ausgezeichnete Prager Humorist Willomitzer besang Dr. Lechers zwölfstündige Rede in der Weise des Prinz-Eugenius-Liedes also: „Neun Uhr abends hat's geschlagen, als der Kämpfer ohne Zagen seine große Tat begann, anfangs nur als leiser Sprecher führt das Wort der Doktor Lecher; Heil dem braven deutschen Mann! Was nur leise ward begonnen, hat gar bald an Kraft gewonnen, ward ein lauter, heller Speech. Doktor Lecher, der spricht weiter; wütend blickt der Sitzungsleiter Ritter Abrahamowitsch. Und kein Ende nimmt dies Sprechen, und die Polen und die Tschechen, die erstaunen ringsherum. Wolf, der trommelt als Begleiter, Doktor Lecher, der spricht weiter übers Provisorium. Als der Pole sich verkrochen, den er in den Grund gesprochen, kam der andre Präsident. Doktor Kramarz, zornig schreit er, Doktor Lecher, der spricht weiter, ist noch lange nicht zu End'. Längst entschwand die Geisterstunde, doch aus Doktor Lechers Munde quoll noch frisch die Redeflut immer stärker, immer breiter. Doktor Lecher, der spricht weiter, unverzagt und frohgemut. Bei des neuen Tages Scheine spricht er bis dreiviertel Neune, nicht ermattend im Gefecht. Doktor Lecher, der spricht weiter, Heil dem nimmermüden Streiter für das gute deutsche Recht! Unsern Untergang ersehnen Tschechen, Polen und Slowenen, Feinde hier und Feinde dort. Doch der Deutsche, der spricht weiter, siegessicher, ruhig-heiter, er behält das letzte Wort."

Delegationen. Die wichtige Ansprache des Kaisers an die Delegationen in Wien, 17. November, besagte unter anderm: „Nach wie vor bildet unser Bundesverhältnis zu Deutschland und Italien die unverrückbare Basis unserer Politik. Zu den bisher bestehenden Bürgschaften des Friedens ist die freundschaftliche Ausgestaltung unseres Verhältnisses zum russischen Reiche hinzugekommen. Die wiederholten Zusammenkünfte mit dem Kaiser von Rußland überzeugten mich von der Übereinstimmung unserer Gesinnungen und begründeten ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens zwischen unseren Staaten.

Höchst aufklärend über die internationale Lage war auch die Darstellung, die der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski, am 20. November in den Delegationen gab. Er warf einen Rückblick auf den türkisch-griechischen Krieg und hob hervor, daß das europäische Konzert den Krieg zu lokalisieren verstand. „Das gehörte zu den besten Leistungen der diplomatischen Kunst. Der Dreibund hat sich dabei bewährt, er bildet hoffentlich auch für die Zukunft den Grundpfeiler unserer Politik. Aber auch mit Rußland fand eine offene,

loyale Aussprache statt, es bestehen keine unausgleichbaren Differenzen. Rußland weist ebenso wie Österreich jeden Eroberungsgedanken auf der Balkanhalbinsel zurück, man ist entschlossen, die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Balkanstaaten zu respektieren und miteinander das engste Einvernehmen zu pflegen: das ist eine mächtige Bürgschaft für den europäischen Frieden. Wir sind an einem Wendepunkt im Entwicklungsprozeß Europas angelangt. Die großen Probleme der materiellen Wohlfahrt, deren Lösung sich von Jahr zu Jahr immer gebieterischer aufdrängt, liegen nicht mehr in utopischer Ferne. Der vernichtende Konkurrenzkampf, den wir auf allen Gebieten menschlichen Schaffens mit überseeischen Ländern teils schon heute zu bestehen, teils für die nächste Zukunft zu gewärtigen haben, erheischt rasche, durchgreifende Gegenwehr, sollen die europäischen Völker nicht in ihren vitalsten Interessen aufs empfindlichste geschädigt werden und einem Siechtum entgegengehen, das sie dem allmählichen Untergang zuführen müßte. Das 20. Jahrhundert sagt sich für Europa als ein Jahrhundert des Ringens ums Dasein auf handelspolitischem Gebiet an, und vereint müssen sich die europäischen Völker zusammenfinden, um in der Verteidigung ihrer Existenzbedingungen erfolgreich wirken zu können ..." Das war wohl auch gegen England und Amerika gemeint. Mit Unrecht schlossen einige reichsdeutsche Stimmen aus dieser Rede, Österreich habe mit Rußland einen ähnlichen Vertrag eingegangen, wie Bismarck vor 1890. Auch der Jungtscheche Kramarz erblickte im Dreibund nunmehr ein Element der Friedenspolitik. Durch seine Koordinierung mit dem russisch-französischen Zweibund sei eine Friedensgewähr geschaffen, wie sie nie zuvor bestand.

Zu neuen Lärmszenen kam es im Reichsrat am 24. November. Die Regierung glaubte dem steuern zu können, indem sie mitten im tobenden Lärm durch Graf Falkenhayn eine Verschärfung der Geschäftsordnung beantragen und von den einverstandenen Abgeordneten durch Mehrheit annehmen ließ, ohne daß die andern im Wirrwarr etwas davon bemerkten. Das war die „Lex Falkenhayn" vom 25. November. Dieser Lex gemäß versuchte man am nächsten Tag durch Polizeimannschaften Ordnung zu schaffen und die renitenten Abgeordneten durch Ausschließung unschädlich zu machen. Aber die Unruhen gingen damit nur auf die Gasse über, und Badeni sah sich endlich gezwungen, am 28. November seine endgültige Entlassung zu nehmen. Der Kaiser ernannte an seiner Stelle den bisherigen Unterrichtsminister Freiherrn Gautsch v. Frankenthurn zum Ministerpräsidenten. Lex Falkenhayn. Gautsch.

Hatten früher die Deutschen opponiert, so taten es jetzt die Tschechen. In Prag mußte das Standrecht verkündigt werden. Und auch Gautsch

konnte die Verhandlungen mit den Parteien zu keiner Einigung führen. Die die Majorität des Abgeordnetenhauses bildenden Klubs vereinbarten am 10. Dezember folgende Grundsätze: „Anerkennung der historisch-politischen Autonomie der Königreiche und Länder, gerechte Durchführung der Gleichberechtigung aller Nationen des Reiches, Pflege echter Religiosität und Sittlichkeit, fruchtbare Arbeit, wirtschaftliche und soziale Hebung aller Klassen in der Überzeugung, daß hiedurch das Wohl und die Macht der gesamten Monarchie und das Gefühl der Zusammengehörigkeit der einzelnen Völker befestigt wird. Beweist einerseits die Angehörigkeit zahlreicher Vertreter der deutschen Alpenländer die vollständige Hinfälligkeit des Vorwurfs, als ob die Majorität die Beeinträchtigung der Rechte des deutschen Volkes beabsichtige, so dürfen doch anderseits die Majoritätsparteien von der Opposition eine vorurteilsfreie und gerechte Würdigung der nationalen Rechte anderer Volksstämme verlangen. Die Majorität bedauert, daß ihre zur Vorbeugung der Gefahr einer Staatskrise aufgewendeten Bemühungen zur verfassungsmäßigen Regelung des Ausgleiches nicht gelungen seien, und beklagt, daß ihr äußerstes Entgegenkommen in der Sprachenfrage sowie in formalen Fragen bei den jüngsten Verhandlungen die Herstellung geordneter parlamentarischer Verhältnisse nicht herbeizuführen vermochte. Insbesondere bedauert sie die gegenwärtige schwere Schädigung des Parlamentarismus in Österreich und die Unsicherheit des Verhältnisses zu Ungarn sowie die Verhinderung dringender wirtschaftlicher und sozialer Arbeit, lehnt aber für diese traurige Lage der Dinge die Verantwortung ab, gibt jedoch nicht die Hoffnung auf eine gedeihliche Lösung der schwebenden Schwierigkeit auf." — Dagegen forderten die deutschen Parteien der Linken in ihren Kundgebungen Beseitigung der Sprachenverordnungen, Annullierung der Lex Falkenhayn, Entfernung des Präsidiums. — Der Abgeordnete Dr. Ebenhoch veröffentlichte in Linz eine Erklärung über die Stellung der katholischen Volkspartei (24. Dez.). Darin heißt es: „Die katholischen Abgeordneten der Alpenländer halten sich der nationalen Bewegung ihrer Landesgenossen fern. Radikalnationale Anwandlungen müßten energisch abgewiesen werden. Alle Völker der Monarchie müßten schließlich den goldenen Mittelweg wandeln." Bei einem Verbrüderungsfest zwischen tschechischen und polnischen Reichsratsabgeordneten in Krakau (12. Dez.) richtete denn auch die Versammlung eine Sympathiekundgebung an Dr. Ebenhoch als den Vorstand der einzig wahren deutschen Partei.

Ebenhoch.

Aus Berlin vom 13. Dezember kam folgende Kundgebung nach Wien: „Den deutschen Kommilitonen in der Ostmark senden die in der Tonhalle versammelten Studenten der Berliner Hochschulen deutschen Gruß und Handschlag. Wir sind und bleiben eins in der Treue zu unserm Volkstum, in der Begeisterung für unsere alldeutschen Ideale. Steht fest und harret aus in euerm heiligen Kampfe!" Das war gewiß sehr gut gemeint, aber was nützte es, da Bismarcks kleindeutsche Politik die Deutschen Österreichs der magyarisch-slawischen Majorität ausgeliefert und den Schwerpunkt aus dem deutschen Wien mit Absicht wegverlegt hatte.

Der von 1500 Teilnehmern besuchte Akademikertag zu Eger, 29. Dezember, erwog die Frage, ob es sich empfehle, die deutsche Hochschule aus Prag zu verlegen, verneinte sie aber, verlangte jedoch volleren Schutz der Deutschen in Prag. Der niederösterreichische Landtag wollte die deutsche

Sprache als Unterrichtssprache an den Volks- und Bürgerschulen Niederösterreichs ausschließlich festsetzen (29. Dez.). Durch die Schließung des Reichsrats am 30. Dezember wurde die Lex Falkenhayn ungiltig, da sie im Protokoll nicht verifiziert wurde.

In Ungarn machte sich eine starke agrarsozialistische Bewegung bemerkbar.

Der Bürgermeister von Prag, Podlipny, hatte die Keckheit, an den elsaß-lothringischen Verband in Paris seine lebhaftesten und aufrichtigsten Glückwünsche zur Reise des Präsidenten der Republik nach Petersburg und zur Befestigung der franko-russischen Union zu richten.

Kaiser Franz Josef sorgte aus eigenen Mitteln für die Errichtung folgender ungarischer Denkmäler auf geeigneten Plätzen der Hauptstadt: Bischof St. Gerhard von Csanad, Erzbischof Peter Pazmany von Gran, Stephan Bocskay und Gabriel Bethlen, Fürsten von Siebenbürgen, Johann Hunyady, Nikolaus Zrinyi, Graf Johann Palffy, der anonyme Notar des Königs Bela, der die Geschichte der Landnahme schrieb, Stephan Verböcy, der Rechtsgelehrte, und Sebastian Tinody, der volkstümliche Sänger. Ungarn.

Die Magyarisierung der Ortsnamen erregte bei allen nichtmagyarischen Nationalitäten große Erbitterung. Banffy sagte am 22. Dezember im Abgeordnetenhaus über das Verhältnis zur anderen Reichshälfte: „Uns knüpfen historische Vergangenheit und die Staatsgrundgesetze aneinander. Wir wollen unter den hieraus fließenden Vorteilen leben und sie nicht aufgeben. Unser Interesse ist es, mit Österreich zusammenzuleben, unser Verhältnis mit ihm nicht aufzulösen, sondern immer stärker zusammenzuziehen.“ Das gefiel jedoch der äußersten Linken nicht, aber Banffy beharrte darauf, er spreche nicht im Dienste Wiens, sondern des Vaterlandes.

Professor W. Schulek in Pest, sonst ein chauvinistischer Magyare, sagte über den Zustand der Wissenschaften in Ungarn: „In sprachlicher Beziehung sind wir völlig abgeschieden, und wenn wir wissenschaftliche Abhandlungen der Welt mitteilen wollen, müssen wir sie als Originalwerke deutsch verfassen; denn ungarische Übersetzungen sind in Deutschland verpönt ... In Ungarn wird der Forscher, dessen Werke in deutscher Sprache erscheinen, viel höher geschätzt, und wir können es ja eingestehen, viele von uns lesen sie auch lieber als die ungarischen Werke. Wir befinden uns in der Mitte des europäischen Kontinents, wo nur für Starke Platz ist ...“ (Allg. Ztg., 7. April). — Der ungarische Unterrichtsminister J. Wlassics wollte die hervorragendsten Werke der ungarischen Wissenschaft in französischer Sprache herausgeben. Es hieß: „An die Kenntnis der deutschen Sprache weisen uns die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen. Allein die Bahn zur großen Weltkultur und die Halle der Aufklärung eröffnet uns die französische Sprache.“ Das war freilich ein großer Irrtum. — Über „Ungarns Ausgleich mit Österreich vom Jahre 1867“ schrieb der Sohn des Grafen Andrassy. Ihm blieb die Zukunft des magyarischen Stammes nur denkbar im bestehenden Rahmen, er erwartete aber, daß Ungarn immer mehr zum Mittelpunkt der Monarchie werde. — Infolge der chauvinistischen Haltung der Ungarn gegen das deutsche Drama und das Gastspiel des Wiener Burgtheaters wurde auch ein ungarisches Volksstück, das im Wiener Raimundtheater in deutscher Übersetzung gespielt werden sollte, abgesetzt.

Ein Aufruf der sozialdemokratischen Partei forderte allgemeines Wahlrecht, Beseitigung des Herrenhauses, Reform der Vereins- und Preßgesetze,

unentgeltlichen Unterricht, Ausbau des Versicherungswesens, Abschaffung der indirekten Steuern und des stehenden Heeres.

Brahms †. Johannes Brahms starb 64 Jahre alt zu Wien, der bedeutendste Tondichter nach Wagners, Liszts und Bruckners Tode, verherrlicht durch Klingers Radierungen. Brahms galt als die „letzte mächtige Säule des deutschen Tempels der absoluten Tonkunst".

Schubert-Jubiläum. Wien feierte das Schubert-Jubiläum durch eine Ausstellung (Ill. Ztg., 30. Jan. und 13. Febr.).

In Südtirol war schon im Vorjahr die Eisenbahn durch das Suganatal eröffnet worden, eine im Weltkrieg sehr wichtig gewordene Gegend.

Gabriele Freiin Possanner v. Ehrenthal erhielt zu Wien als die erste Frau den akademischen Doktorgrad, und zwar den der Medizin.

Freiherr v. Helfert gab seit 1891 in dem Österreichischen Jahrbuch die Biographie des Grafen Leo Thun in Fortsetzungen heraus.

Jos. Stammhammer gab eine „Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus" heraus.

Georg Ebers leitete den „Ungarischen Dichterwald" ein, eine Anthologie von Irene H. Eserhalmi. Kein einziges Frühlingslied, aber großes Selbstbewußtsein; denn „Noch ist Ungarn nicht gewesen, es wird erst sein".

Jos. Neuwirth veröffentlichte in den Forschungen zur Kunstgeschichte Böhmens den „Bilderzyklus des Luxemburger Stammbaums" aus Karlstein.

Die Generalversammlung der Leogesellschaft in Klagenfurt, 29. Juli, gab mir Gelegenheit, ein Stück aus meinem „Sokrates" vorzulegen und dem schönen Kärntnerland einen pindarischen Chorgesang zu widmen. Die Veranstaltung wurde durch liberale Demonstrationen der Gasse gestört.

Die „Allgemeine Zeitung" (5. Juli u. f. w.) brachte meinen am 16. Dezember 1896 in der Philosophischen Gesellschaft an der Universität Wien gehaltenen Vortrag über „Sokrates und seine Philosophie", die Essenz meines 1899 herausgegebenen Buches, das den Zweck hatte, die Grundlegung der immerwährenden klassischen Philosophie durch die Entdeckung des Begriffs oder der Idee darzustellen, gegenüber der alten und der neuen Sophistik eines Nietzsche.

Ob ich Fr. Jodls Lehrbuch der Psychologie überhaupt zur Philosophie rechnen soll, wird mir zweifelhaft.

Die Schrift des Prager Professors und Antisemiten Rohling „Der Zukunftsstaat. Ein Trostbüchlein" kam auf den Index.

Die Pazifisten Neweseły und Renk wandten sich in „Pax vobiscum" gegen Duell und Krieg. Rosegger schrieb dazu das Geleitwort.

Freiherr zu Weichs-Glon schrieb über den Achtstundentag bei den Eisenbahnen (Allg. Ztg., 26. Juli).

Die „Allgemeine Zeitung", 22. Juli, brachte den Nekrolog meines Freundes Wilhelm Fuchs, bekannt durch seine Spezialität in juristischer Behandlung der sogenannten „Siebenbürgischen Ehen".

Anton Bettelheim setzte seine „Biographischen Blätter" als „Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog" fort (Allg. Ztg., 7. Dez.).

Arneth †. Um Alfred v. Arneth trauerten „die Freunde deutscher Wissenschaft ohne Ausnahme" als um „den tätigsten und erfolgreichsten Arbeiter auf dem Felde der neueren Geschichte, der seit Sybels und Treitschkes Hingang

noch unter uns gewandelt". Bahnbrechend war auch sein Vorgang bei der Eröffnung des Wiener Staatsarchivs für die Forschung.

In Triest starb Alexander Wheelock Thayer (geboren in Boston) als amerikanischer Konsul und hinterließ die Vollendung seiner großen Beethovenbiographie dem Professor Deiters. Thayer †.

F. Arnold Mayer und Heinr. Rietzsch gaben die Mondsee-Wiener Liederhandschrift mit den Melodien des Mönchs von Salzburg heraus. — J. E. Wackernell gab „Altdeutsche Passionsspiele aus Tirol" heraus. — J. Loserth behandelte aus den Akten „Die Anfänge der Gegenreformation in Innerösterreich" (Allg. Ztg., 5. Febr.). — J. M. Pernter übersetzte Ralph Abercrombys Schrift über „Das Wetter". — Hans Kufahl und Jos. Schmied-Kowarzik gaben das „Duellbuch" heraus, eine Geschichte des Zweikampfes mit Duellregeln und Paukkomment.

Von E. Hlatkys „Weltenmorgen" erschien der dritte abschließende Teil: „Poesie großen Stils, voll überraschender Bilder, voll wunderbarer Tiefblicke, voll herrlicher Gedanken in wenig Worten." Hlatky.

Die moderne Wiener dramatische Schule (Schnitzler, Bahr u. s. w.) pflegte das „süße Mädel" aus der Vorstadt ebenso wie die „blonde Bestie" (Allg. Ztg., 8. April). — Philipp Langmanns „Bartel Turaser" galt als konsequentestes Proletarierdrama. — Die Volksstücke von C. Karlweis, so „Das grobe Hemd", wurden in Wiener Theatern aufgeführt. — In Jonsdorf fanden Passionsspiele statt, an denen über hundert Darsteller mitwirkten. — Max Burckhard fand Vergnügen daran, in seiner ländlichen Komödie „Die Bürgermeisterwahl" lauter Auswürflinge darzustellen. — Max Burckhards Roman „Simon Thums" erregte widerstreitende Gefühle. Der damalige Direktor des Wiener Burgtheaters gefiel sich in mehr negativen Tendenzen. — „Neue Studien zur Kritik der Moderne" gab Hermann Bahr in „Renaissance".

Im Verein für erweiterte Frauenbildung ließ ich mit einleitendem Vortrag eine Komödie der Roswitha aufführen: „Fall und Buße Marias, der Nichte des Einsiedlers Abraham" (Allg. Ztg., 6. Nov., Nr. 30 f.).

Mit Friedrich Mitterwurzer starb der größte deutsche Schauspieler der Zeit, der einzige, der mir Eindrücke von dauernder Erinnerung zurückläßt. — Charlotte Wolter, die größte deutsche Tragödin der Zeit, lebte nach dem Tode noch im meisterhaften Bilde Makarts fort (Ill. Ztg., 17. Juni).

S. Kohn gab „Alte und neue Erzählungen aus dem böhmischen Ghetto".

Hieronymus Lorm stellte sich im „Nachsommer", seinen neuen Gedichten, auf den Standpunkt der Resignation: „Es gilt, sich mit dem Abendschein des Lebens zu begnügen, beglückt noch im Gefühl zu sein, daß alle Freuden trügen." — Die „Gedichte" meines liebenswürdigen, leider früh verstorbenen Freundes Karl Maria Heidt zeigten die Feinfühligkeit eines Sonntagskindes. Lorm. Heidt.

Die Oper „Die Rosenthalerin" von Anton Rückauf, Text von Fritz Lemmermayer, wurde in Dresden aufgeführt. Albrecht Dürer hatte darin eine ähnliche Rolle wie Hans Sachs in den Meistersingern — Josef Reiters neue Oper „Der Bundschuh", Text von Max Morold, kam in Troppau zur Aufführung.

Bei Wien starb der Maler Matthias Trenkwald, ein geborner Prager, nach Führich der überzeugteste Nazarener, eine ungemein edle Persönlichkeit im Leben wie in seinem reinen Kunstschaffen, ein Apostel seiner Kunst. Trenkwald.

Das Maria-Theresia-Denkmal in Preßburg von J. Fadrusz zeigte die Reiterin im Krönungsstaat, ihr zu Seite einen huldigenden Ungar (Ill. Ztg., 27. Mai). — Das Denkmal, das Kaiserin Elisabeth dem Kronprinzen Rudolf im Park des Achilleion auf Korfu errichten ließ, zeigt ein Medaillon mit geflügeltem Genius und abgebrochner Säule (Ill. Ztg., 9. Jan.). — Ein gutes Denkmal des vom Katheder vortragenden Professors Th. Billroth von Zumbusch wurde in den Arkaden der Wiener Universität enthüllt (Ill. Ztg., 11. Nov.). — An der Wiener Hofburg wurde die Marmorgruppe von Edm. Hellmer „Die Macht zu Lande“ aufgestellt als Gegenstück zur „Macht zur See“ von Weyr.

Zu den wiederhergestellten mittelalterlichen Burgen stellte sich Kreuzenstein bei Wien, ein Werk des Grafen Wilczek.

Das neue Museum für österreichische Volkskunde wurde in Wien eröffnet.

Es erschien das Prachtwerk „Geschichte der Eisenbahnen der österreich-ungarischen Monarchie“.

Leo XIII. Canisius.

Papst Leo XIII. erließ zur 300jährigen Gedächtnisfeier des Todes des Jesuiten Canisius, des Begründers der Jesuitenniederlassungen in Deutschland und Österreich, ein Rundschreiben an die Bischöfe, in dem er eine historische Darstellung der Reformation gab und die Person Luthers nicht schonte. Er bezeichnete dessen Lehre als unheilvolles Gift und den Jesuitenorden als die von Gott noch gerade rechtzeitig gesandte schleunige Hilfe, ohne welche die Religion in Deutschland gänzlich dem Untergange geweiht gewesen wäre. Der „Osservatore Romano“ gab auch noch am 19. Oktober einen zusammenfassenden Artikel des Wiener „Vaterland“ über Luther wieder, was neuerliche Proteste der Protestanten hervorrief.

In Rom bildete sich eine Gesellschaft „Gregor der Große“ zur Reform der verweltlichten italienischen Kirchenmusik. In Mailand feierte man den 1500. Todestag des hl. Ambrosius am 4. April.

Italien.

Der Graf von Turin, ein Neffe des Königs Humbert, forderte den Prinzen Heinrich von Orleans, der sich abfällig über die Haltung der italienischen Armee in Abessinien ausgesprochen hatte, zum Duell und verwundete ihn schwer. Das war das einzige nennenswerte Ereignis im Königreich Italien. Die Italiener räumten Kassala, das von ägyptischen Truppen besetzt wurde.

Im Februar tagte ein albanesischer sprachwissenschaftlicher Kongreß zu Lungro in Kalabrien. Dort wurde auch eine albanesische Gesellschaft gegründet, um die Albanesen Italiens mit dem Mutterland in Verbindung zu bringen.

G. Ferrero schrieb als italienischer Reisender im Norden über das Junge Europa („L'Europa Giovane“). Er behauptete, Deutschland habe durch seine militärische Machtsteigerung weder an moralischer und intellektueller Lebenskraft, noch an Reichtum gewonnen. Den Sozialismus betrachtet er als ein wahres Poem. Er berichtete über die russischen Genossenschaften (Artels) und den kommunistischen Zug der dortigen Schiffer auf den großen

Strömen. Von Marx sagte er: „Wäre er kein Jude gewesen, so hätte er vielleicht trotzdem ‚Das Kapital' verfaßt, in schönen, kalten, schwerfälligen Perioden, er wäre Universitätsprofessor geworden und auf dem ihm vom Staat errichteten Denkmal hätte man gelesen: Karl von Marx."

Saverio Merlino schrieb als sentimentaler Anarchist: „Pro e contra il Socialismo" (Allg. Ztg., 23. Juli).

Bei Olevano im Sabinergebirge wurde am 2. Mai ein Medaillon Scheffels enthüllt mit den inschriftlichen Worten des Dichters: „Hier im Zentrum des Gebirges lesen wir die alte Keilschrift, die der Haufe nie verstehn mag, das Gesetz des ewig Schönen." H. Sudermann feierte bei dieser Gelegenheit den Dichter in glänzenden Trochäen (Fl. Ztg., 17. Juni).

C. Weichards Werk „Pompeji vor der Zerstörung" brachte Rekonstruktionen der Tempel und ihrer Umgebung.

Das neue Raffaeldenkmal in Urbino bringt die „Illustrierte Zeitung" 16. September; das Donizettidenkmal mit der Muse 14. Oktober.

Die rohe Oper „Boheme" von Leoncavallo mußte erst den Widerspruch der Kulturmenschheit überwinden. — Zu den Jungitalienern Mascagni und Leoncavallo trat nun auch Puccini mit seiner „Boheme" und Spinelli mit seinem „Basso porto", um womöglich alles an brutalem Verismus zu übertrumpfen.

Marconi bildete die elektrische Telegraphie ohne Draht aus. Marconi.

Zu Basel fand am 26. August ein internationaler Kongreß der zionistischen Juden statt. Sie erstrebten Kräftigung des jüdischen Nationalbewußtseins und Schaffung einer rechtlich gesicherten Heimstätte des jüdischen Volks in Palästina. Schweiz.

Dem vierten internationalen wissenschaftlichen Katholikenkongreß zu Freiburg in der Schweiz präsidierte Freiherr v. Hertling (16. Aug.). Eine Canisiusfeier schloß sich daran. Die katholische Universität zu Freiburg hatte eine schwere Krisis zu überwinden, als acht deutsche Professoren ihre Entlassung nahmen (Allg. Ztg., 23. Dez.)

Arnold Böcklins 70. Geburtstag wurde in Basel und München gefeiert. Die Hauptseite seines Werkes war sowohl dem wirklichen Leben wie der Idee abgewandt und um so mehr der Phantastik zugewandt.

Im Kanton Waadt vor dem Schlosse Granson wurde das Volksschauspiel „Karl der Kühne" von Ad. Ribaux aufgeführt.

In Paris wurde der Aufenthalt des neu ernannten russischen Ministers des Auswärtigen Grafen Murawjew als neues Anzeichen der guten Beziehungen zugunsten des Friedens und der Menschlichkeit lebhaft begrüßt. Um so unangenehmer erhob sich die ägyptische Frage im Gegensatz zu England. Es fiel auf, daß der deutsche Reichskanzler Fürst Hohenlohe am 17. April in Paris den Minister des Auswärtigen Hanotaux besuchte. Es wurde darauf ein Vertrag zwischen beiden Reichen über die Abgrenzung des Hinterlandes von Togo abgeschlossen. Die Aufregung über Deutschland stieg infolge der chinesischen Expedition; aber man beruhigte sich, da man darin eine gerechte Entschädigung für Vorteile Frankreichs und Rußlands in Ostasien sah. Frankreich.

Der Panamaskandal lebte neu auf. Parlamentarier wurden im März verhaftet infolge einer Aussage des gefangenen Arton. Die Kammer ernannte einen Ausschuß zur Untersuchung der gegen Abgeordnete erhobenen Beschuldigungen. Doch es kam nichts heraus.

Als bei einem Brande in einem Wohltätigkeitsbazar 120 Personen umkamen, darunter die Herzogin von Alençon, die Schwester der Kaiserin von Österreich und viele Mitglieder der Aristokratie, spendete auch der Deutsche Kaiser 10.000 Frank, was als Abschlagzahlung auf die fünf Milliarden verhöhnt wurde. Im Anschluß daran wurde die Frage behandelt, ob der Kaiser im Jahr 1900 die Pariser Weltausstellung besuchen wolle. Man erklärte, das würde ohne gleichzeitige Rückgabe von Elsaß-Lothringen eine Revolution entfesseln.

Dreyfus. Im letzten Viertel des Jahres wurde nochmals die Dreyfusfrage angeregt; der Senator Scheurer-Kestner behauptete im „Figaro", Beweise zu besitzen, daß der Hauptmann Dreyfus unschuldig verurteilt sei. Man warf dem Major Eßterhazy die Fälschung eines Schriftstückes vor. Die Regierung lehnte eine Wiederaufnahme der Frage ab, sie sei gänzlich erledigt, man wolle nur durch die Presse die Leidenschaften entfesseln und das Heer entehren. Das müsse aufhören zum Besten der Ehre des Heeres, da es sich um die wichtigsten, geheimsten Dinge handle, bei denen der geringste Verschwiegenheitsbruch die schwersten Folgen nach sich ziehen könne. Diese Erklärungen wurden von allen, auch von Scheurer-Kestner, gebilligt. Daraufhin trat in der Öffentlichkeit nur mehr der „Figaro" für die Unschuld des Dreyfus ein. Wir werden aber bald sehen, welche neue Wendung die Affäre durch Zolas Eingreifen nahm.

Taxil. Leo Taxil, der größte Mystifikator der Neuzeit, wie er sich selbst nannte, hielt am 19. April zu Paris einen Vortrag, darin er sich ebenso feierlich vom Katholizismus lossagte, wie er zwölf Jahre früher sich zu ihm bekehrt hatte. Er behauptete, all diesen Schwindel im Dienste des freien Gedankens unternommen zu haben. Es ist nicht zu leugnen, daß dies ebenso wie die gleichzeitige Erörterung über die angebliche katholische Inferiorität auf intellektuellem Gebiet der seit dem Kulturkampf mächtig aufstrebenden Sache des Katholizismus sehr schadete.

Der „Mercure de France" veranstaltete eine Enquete über den Revanchegedanken. Darüber berichtet die „Allgemeine Zeitung", 10. Dezember, Nr. 341.

Edm. Demolins betrachtete die „Superiorität der Angelsachsen" und sah sie als Soziologe in der Erziehung zu tatkräftigem und zielbewußtem eigenen Handeln und Schaffen begründet, wozu er denn auch seine Landsleute aufforderte.

Graf Gobineau (1816 bis 1882) fand in Deutschland immer größeres Verständnis, sowohl in seiner Rassentheorie wie in seinen dichterischen Kundgebungen (Allg. Ztg., 9. April).

Henri Welschinger schrieb (französisch) über den „König von Rom", den Sohn Napoleons I.

Maurice Blondel schrieb als Führer der katholischen „Aktion“ (seit 1893) den „Brief über die Notwendigkeit, den modernen Gedanken auf die Apologetik anzuwenden und über die philosophische Methode im Studium des religiösen Problems“. Katholische Aktion.

Der Maler James Tissot malte für die Dominikanerkapelle im Faubourg Saint-Honoré einen 15 Meter hohen Christus mit 15 Meter weit ausgebreiteten Armen, über ihm die Taube.

Zu Paris fand ein buddhistischer Gottesdienst statt (Allg. Ztg., 17. Sept.).

J. S. Bachs Matthäuspassion wurde auf dem Theater Porte-Saint-Martin zu Paris in eigenartiger Bühneneinrichtung von Edm. Harancourt aufgeführt (Mai).

Eine Volksbühne wurde in Bussang (Vogesen) durch Maurice Pottecher begründet.

Das Adam-Denkmal in Longjumeau zeigte die Büste des Komponisten auf zierlichem Sockel, an den sich sein berühmter „Postillon“ anlehnt (Ill. Ztg., 2. Dez.).

Auch das hundertjährige Jubiläum des Zylinderhuts wurde gefeiert (Ill. Ztg., 13. Febr.), gewiß mit Unrecht, denn er bestand schon lange vor der Mode der „Incroyables“ (Ill. Ztg., 13. Febr.).

Es mußte auffallen, daß die diesmal von den Pariser Studenten gewählte Mi-Careme-Königin und zwei ihrer vier Ehrenjungfrauen deutsche Namen trugen: Schönacker, Fusch, Becker (Ill. Ztg., 22. April).

Als England das Jubiläum der sechzigjährigen Regierung der Königin Viktoria feierte, beschloß die irische Parlamentspartei, daran nicht teilzunehmen. Auch gegen die Glückwunschadresse des Unterhauses protestierten die Irländer (Dillon). Redmond brachte einen Unterantrag ein, der erklärte, Irland habe während der Regierung der Königin an Hungersnot, Entvölkerung, Armut und einer fortwährenden Unterbrechung seiner konstitutionellen Freiheiten gelitten, daher sei das irische Volk unzufrieden und außerstand, sich der Jubelfeier anzuschließen; dafür stimmten die vierundvierzig irischen Nationalisten. In Dublin fanden antienglische Demonstrationen statt, auf dem Stadthause wurde eine schwarze Flagge halbmast gehißt, dann heruntergeholt und durch die Stadt getragen unter dem Geleit eines Zuges mit Stöcken bewaffneter Männer, die das „Gott schütze Irland“ sangen. Ein anderer Zug trug durch die Straßen einen Sarg mit der Aufschrift „Das britische Reich“. Die ihn begleitende Musikbande spielte einen Trauermarsch; eine gewaltige Volksmenge bildete das Gefolge. Auf dem Wege wurden viele Fensterscheiben mißliebiger Gebäude durch Steinwürfe zertrümmert. England und Irland.

Das sechzigjährige Regierungsjubiläum der Königin Viktoria konnten im übrigen die Katholiken mit größter Dankbarkeit begehen. Der Papst schickte ihr einen besondern Nuntius. Wie sehr war die katholische Kirche fortgeschritten! 1837 besaß sie in England keine Hierarchie, nun 16 Bischöfe. Damals waren im gesamtbritischen Reich 48, nun 166 Bischöfe mit zehn

Millionen Katholiken. Die Zahl der Priester stieg von 537 (in Großbritannien) auf 3115, die der Klöster von 23 auf 777, die der Schulkinder von 10.000 auf 250.000. Der Umschwung der öffentlichen Meinung war dementsprechend. Prinz Max von Sachsen wirkte im armen Ostteile Londons als Priester. Er sprach in York im Sinne des Rundschreibens des Papstes über den Heiligen Geist, unter dessen Einwirkung sich die Zurückführung Englands zur Einheit der katholischen Kirche vollziehen müsse.

Der Kolonialminister Chamberlain hätte gerne ein großes einheitliches britisches Föderativreich begründet. Aber zu diesem „Imperialismus" waren die Kolonien noch nicht bereit. Sie waren gegen einen Zollbund und für Freihandel. Es verdroß die Engländer, daß die ausländische Handelskonkurrenz überhandnahm; es zeigte sich, daß die kommerziellen Methoden der Ausländer den englischen überlegen waren. In der orientalischen Politik fühlte sich England isoliert. Man hielt daher eine Vermehrung der Flotte und des Heeres für nötig. Man fürchtete Frankreichs Konkurrenz in Afrika, man erkannte, daß das Deutsche Reich mit der Besetzung von Kiau-Tschou in eine neue Epoche seiner Politik getreten sei. Salisbury hielt wohl am 9. November eine große Rede über das schöne europäische Konzert, das er lieber eine Föderation nennen wolle, aber die Presse, so der radikale „Daily Chronicle", schrieb sehr aufrichtig: „Bei allen seinen Exzentrizitäten ist Wilhelm II. kein Narr. Er hat ganz Europa tatsächlich während der griechischen Krisis geleitet und Lord Salisbury eine Nase gedreht. Er hat das große Verdienst, Deutschland zur kompaktesten und leitbarsten Einheit des festländischen Systems zu erheben. Er ist imstande, eine Armee zu führen. Frankreich verliert allen Charakter und alle Stetigkeit der Staatskunst. Rußland hat sich außerstand gezeigt, seine Interessen in der orientalischen Frage zu wahren." Die liberalen „Daily News" gingen so weit, zu sagen, Deutschland sei der schließliche Gewinner bei der frankorussischen Allianz; sie garantiere ihm den Frankfurter Frieden; denn der Zar würde nicht Frankreichs Hand ergreifen, wenn dieses nicht alle Rachegedanken dabei aufgebe.

Imperialismus.

In Indien herrschte Hungersnot. Ein Aufstand gegen die Tyrannei der Engländer nahm zu. Es gährte in Südafrika unter den Buren.

Das Unterhaus wollte 500.000 Frauen das parlamentarische Wahlrecht geben. Die Arbeiter kämpften in Streiks für den Achtstundentag.

Der Übertritt hoher anglikanischer Geistlicher zur römischen Kirche sowie die äußere Anlehnung vieler anderer an den katholischen Ritus erschütterten das Vertrauen des protestantischen Volks in die Geistlichkeit. So erhob sich bei der Einsetzung des neuen Bischofs von London, Dr. Creighton, eine laute Stimme gegen ihn, mit dem Vorwurf, er wolle das Werk der Reformation wieder zerstören und den Flitterkram Roms einführen. Diesem Vorwurf traten viele Anwesende bei.

Kaiser Wilhelm entwarf den Jubiläumsbecher, der als Geschenk ihrer deutschen Enkel der Königin überreicht wurde, ebenso den silbernen Preispokal für die Jubiläumsregatta Dover-Helgoland (Ill. Ztg., 1. Juli).

In London wurde endlich nach 212 Jahren die Statue Jakobs II. enthüllt. 1686 war sie fertig; die Revolution von 1688 verhinderte die Aufstellung; nun wurde sie wieder in ihrer Verborgenheit entdeckt.

Viel behandelt wurden die aus einem neu gefundenen Papyrusfragment von Grenfell und Hunt herausgegebenen „Logia" Jesu (London 1897), Sprüche oder „kleine Reden", denen aber Harnack und andere deutsche Gelehrte jede primäre Bedeutung absprachen. Ich habe sie daher auch nicht bei meiner Bearbeitung von „Jesu Leben und Werk" benützt.

Spanien war durch den Aufstand in Kuba und durch den Anarchismus bedrängt. Ein Anarchist ermordete den Ministerpräsidenten Canovas. Man beklagte sich darüber, daß die kubanischen Empörer von Amerika her unterstützt würden. Der spanische General Weyler protestierte gegen die Beschimpfung der spanischen Armee durch Mac Kinley. Spanien.

In Portugal erinnerte man an die vor vierhundert Jahren erfolgte Entdeckung des Seeweges nach Ostindien durch Vasco de Gama. Sie hatte einst Portugal und die westlichen Seemächte groß gemacht.

Gegenüber den Vorstößen der flamischen Partei bildete sich in Belgien eine Liga zum Schutze der Rechte der Wallonen. — Die belgische Liga für Frauenrecht veranstaltete einen internationalen Frauenkongreß in Brüssel. Belgien.

In seiner Rede „Über den Unterschied zwischen toter und lebender Substanz" sagte der Utrechter Professor Pekelharing: „Es ist zweifelhaft, ob es (nur) Bildersprache ist, wenn man eine Universität, eine Gesellschaft, einen Staat einen lebenden Organismus nennt; denn sicherlich finden wir ja das Eigenartige eines Organismus darin, daß er aus lebenden, miteinander aufgewachsenen Teilen, Organen, besteht, die zur Erhaltung des Ganzen zusammenwirken."

Die niederländische Kammer zählte nach Abschluß der Neuwahlen 45 Liberale, 22 Katholiken, 20 orthodoxe Protestanten, 3 Historisch-christliche, 4 Radikale, 4 Sozialisten.

Das norwegische Storthing gestattete allen religiösen Orden, außer den Jesuiten, die Niederlassung in Norwegen.

Der Schwede Andree trat in einem Luftballon mit zwei Gefährten von Spitzbergen aus eine Reise nach dem Nordpol an (11. Juli).

Fridtjof Nansen beschrieb die norwegische Polarexpedition 1893 bis 1896 („In Nacht und Eis").

Das in Stockholm veröffentlichte Testament des Dynamitfabrikanten Alfred Nobel bestimmte das auf 35 Millionen geschätzte Vermögen zu Preisen für Entdeckungen, literarische und pazifistische Verdienste. Nobel.

Vom 31. August an tagte in Stockholm ein religionswissenschaftlicher Kongreß; er unterschied sich vom Kongreß zu Chicago dadurch, daß er denn doch auf christlicher Grundlage verblieb. Selbst der Oberrabbiner Klein sah in Jesus den Abschluß und Höhepunkt der alttestamentlichen Entwicklung; dagegen biete weder die ethische Gesellschaft, noch Plato, die Stoa, Kant und Nietzsche einen festen Halt.

Auf der skandinavischen Kunstausstellung in Stockholm fiel das Bild von Christian Skredsvig auf „Des Menschen Sohn". Christus als junger Arzt in modernem Sommeranzug kommt in ein Dorf, wo ihm Kranke zur Heilung und Kinder zum Segnen gebracht werden. Alles ohne jede historische und traditionelle Färbung (Ill. Ztg., 4. Nov.).

H. Sittenberger widersprach der Anschauung von der bahnbrechenden Bedeutung Ibsens. Das analytische Drama sei viel meisterhafter im „Ödipus" und im „Zerbrochenen Krug" behandelt (Allg. Ztg., 14. Okt.).

Rußland. Über die Stimmung in Rußland ist noch nachzutragen, daß die öffentliche Meinung England als den Urheber der orientalischen Unruhen bezeichnete: England hintertreibe die Beilegung der Wirren, damit die ägyptische Frage nicht auf die Tagesordnung komme. Das Abkommen zwischen Rußland und Japan über Korea vom Mai 1896 wurde veröffentlicht. Das neue Einvernehmen Rußlands mit Österreich zeigte sich im Besuch Kaiser Franz Josefs in Petersburg, 27. April, in den Trinksprüchen von „aufrichtiger Freundschaft", „Gemeinsamkeit der Ansichten und der Grundsätze", „Sicherung des Friedens", „gegenseitiger Achtung und Loyalität", „sicherer Bürgschaft des Friedens und des Wohlstands der Völker", auch in den unmittelbar darauf (29. April) erfolgenden gemeinsamen österreichisch-russischen Noten an die Balkanstaaten (Serbien, Bulgarien, Rumänien, Montenegro) mit der Mahnung, die korrekte Haltung gegen die Türkei nicht aufzugeben, den Frieden, die Ordnung und den gegenwärtigen Status aufrechtzuerhalten.

Eine außerordentliche russische Gesandtschaft ging im Oktober nach Abessinien ab.

Auf Ersuchen der Regierungen von England und Venezuela ernannte der Zar den Professor v. Martens zum Vorsitzenden eines Schiedsgerichts zwischen beiden Staaten.

Nachdem vier Töchter des Fürsten Nikita von Montenegro in rascher Folge vom Prinzen Peter Karageorgjewitsch, dem serbischen Kronprätendenten, vom Herzog Georg von Leuchtenberg, vom Großfürsten Peter Nikolajewitsch von Rußland und vom Kronprinzen Viktor Emanuel von Italien heimgeführt wurden, folgte, der Altersstufe entsprechend, die Prinzessin Anna, die mit dem Prinzen Franz Josef von Battenberg vor den Traualtar trat.

Die Waggonkirche für die Westsibirische Eisenbahn zeigt die „Illustrierte Zeitung" 23. Januar.

R. Stölzle gab ein umfassendes Bild des deutschrussischen Naturforschers „K. Ernst v. Baer und seiner Weltanschauung".

Als Urheber der Fälschung der Tiara des Saitaphernes und anderer Machwerke stellten sich die jüdischen Gebrüder Hochmann in Rußland heraus; ausgeführt wurde sie vom geschickten jüdischen Ziseleur Rasumorsky. Man versuchte, die Tiara noch in einem zweiten Exemplar anzubringen, mit dem Vorgeben, dies sei echt, das Exemplar des Louvre eine Kopie.

Dem griechischen Heer hatte sich auch eine deutsche Freiwilligentruppe angeschlossen. Auch Italiener, Franzosen, Engländer, Dänen, Russen, Bulgaren, Rumänen, Serben und Armenier waren dabei.

Durch Ausgrabungen kamen W. Dörpfeld und Emil Reich zu neuen Anschauungen über die Form des „griechischen Theaters" (Allg. Ztg., 9. März).

Originell war Schliemanns Mausoleum bei Athen (Ill. Ztg., 23. Jan.).

Es erschien nun der dritte Band des bereits erwähnten wichtigen Werkes „Aus dem Leben König Karls von Rumänien. Aufzeichnungen eines Augenzeugen".

Unter den in Ägypten gefundenen Papyrusfragmenten fanden sich Oden des Bakchylides, des Zeitgenossen Pindars.

Zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien wurde ein Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet. Die Analphabeten wurden von der Einwanderung in die Union ausgeschlossen. Mac Kinley trat am 4. März die Präsidentschaft an. Er ernannte eine Kommission, die nach Europa gehen sollte, um eine Verständigung über den internationalen Bimetallismus herbeizuführen. Mit Hawaii wurde ein Vertrag geschlossen, wonach diese Inseln sich von der Union annektieren ließen. Vergebens protestierte Japan dagegen, das seine Auswanderung bereits in diese Richtung gelenkt hatte. Außerordentlich reiche Goldlager, die seit ein paar Jahren in Klondyke (Kanada) entdeckt worden waren, lockten vor allem die Goldsucher der Union an. Zu Neuyork bildete sich im August eine „deutsch-amerikanische Bürgerliga" zur Herbeiführung besonderer Verhältnisse in der Kommunalverwaltung. Allerdings wurde gegen Ende des Jahres das Mißtrauen gegen Deutschland immer größer wegen dessen Vorgehens gegen Haïti und China; man fabelte von Eroberungsplänen und Bündnissen Deutschlands mit Spanien und Japan gegen Nordamerika. Zunächst bedrohte eine unhöfliche Botschaft des Präsidenten Spanien und dessen Herrschaft auf Kuba. Amerika.

Nach den Erfahrungen über die Einwanderer in den Vereinigten Staaten und ihre Kenntnis des Lesens klassifizierten sich die verschiedenen Nationen also: Schweiz, Schweden, Norwegen, Deutschland, Holland, Frankreich, England, Schottland, Irland, Böhmen, Finnland, Wales, Belgien, Spanien, Rumänien, Griechenland, Türkei, Österreich, Rußland, Ungarn, Polen, Italien, Galizien, Portugal. Diese Berechnung ist allerdings nicht zu verallgemeinern.

Der Deutschamerikaner Frederick L. Hoffmann schrieb über die Neger in den Vereinigten Staaten. Es gab deren (1890) 7,638.360 „Afro-Amerikaner", beinahe ein Achtel der 62,622.250 zählenden Gesamtbevölkerung der Staaten. Eigentümlich war der Zudrang der Neger nach den großen Städten. Die Stadt Washington zählte ein volles Dritteil Neger. Sie leisteten statistisch am meisten in Verbrechen.

Herm. Schoenfeld (Washington) berichtete über „Anfänge deutschen Lebens und deutscher Politik in Amerika" (Allg. Ztg., 30. Juli).

E. P. Evans behandelte die „kommunistischen Bestrebungen in den Vereinigten Staaten" (Allg. Ztg., 25. Jan.). Er widerlegte das sozialistische Dogma, daß die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden, durch die Statistik.

Es wurde ein neues Kanalprojekt durch Darien erwogen. — Lindley M. Keasby schrieb über den Nicaragua-Kanal und die Monroe-Doktrin (Neuyork 1896).

Über Kartelle und Kartellgesetzgebung in den Vereinigten Staaten berichtet W. Berdrow (Allg. Ztg., 28. Sept.) nach E. Levy v. Halle („Industrielle Unternehmerverbände in den Vereinigten Staaten"). Die Kartelle und Trusts suchten dem allgemeinen Unwillen des Volkes durch scheinbares Aufgeben dieser Form und durch Umwandlung in Korporationen oder Aktiengesellschaften sich zu entziehen.

Der Deutschamerikaner Kuno Francke, Professor an der Harvard-Universität, gab eine (englisch geschriebene) deutsche Literaturgeschichte heraus: „Social Forces in German Literature" (Neuyork 1896). (Vgl. Allg. Ztg., 20. Nov.) — Der große Erfolg des Christusromans „Ben Hur" des amerikanischen Generals Lewis Wallace reizte zur Nachahmung. So schrieb die Engländerin Linton einen Jesusroman, in Deutschland Paul Ador einen „Jeschua von Nazara", O. M. Moeller einen „Reformator von Galiläa", der Leipziger Theologe Franz Delitzsch einen „Tag in Capernaum", Oskar Gutsche „Thorald, der Hohenzoller Ahnherr unter Christi Kreuz". Max Kretzer stellte seinen Jesus („Das Gesicht Christi") mitten in die Gegenwart.

Nordamerika zeichnete sich durch kostbare Bücher aus. Ein Band der „Orientalischen Keramik" kostete 400 Dollars; die Kosten der Herstellung betrugen 200.000 Dollars. Noch weit kostspieliger war die Herstellung der von der Regierung veröffentlichten amtlichen „Geschichte des Bürgerkriegs". Die Gesamtkosten mochten 600.000 Pfund Sterling betragen an Gehältern, Ankauf von Schriften u. s. w. Das Werk sollte 112 Bände umfassen. Es waren bereits 51.000 Exemplare (Bände?) verkauft.

Würdig war das für Grant errichtete Mausoleum zu Neuyork (Ill. Ztg., 20. Mai). — Das Washington-Denkmal zu Philadelphia von Rud. Siemering hatte die vergrößerte Form eines hübschen Tafelaufsatzes (Ill. Ztg., 10. Juni).

Der Deutschamerikaner Dr. Paul Carus gab (englisch) das „Evangelium Buddhas" heraus. — Neuere Literatur über den Buddhismus ist zusammengestellt: „Allgemeine Zeitung", 17. August. — Professor Jackson von der Columbia-Universität in Neuyork setzte das Zeitalter Zoroasters auf etwa 630 bis 553, um welche Zeit Buddha geboren wurde. — Nach den Untersuchungen und Forschungen von Henry Rawlinson wurde ein Modell des Turms von Babel im Nationalmuseum zu Washington ausgestellt; der Turm hatte an der Basis 272 Fuß im Geviert und war 176 Fuß hoch, also eine Spielerei für moderne Bauleute.

In Brasilien brach die Revolution des Antonio Conseilhero aus, des Propheten einer religiösen Sekte, der in der Provinz Bahia ein theokratisch-kommunistisches Reich schaffen wollte. Aber auch die Zöglinge der Kriegsschule in Rio de Janeiro versuchten einen Aufstand. Beide Versuche scheiterten. Guatemala, Costarica, Honduras, Nicaragua, San Salvador beschlossen (15. Juni), eine „Republik von Zentralamerika" zu bilden mit gemeinsamer auswärtiger Politik. Der Plan war von keiner Dauer.

Außerordentlich wichtig für die Kulturgeschichte wurde des Sinologen Friedrich Hirth Schrift „Über fremde Einflüsse in der chinesischen Kunst", woraus hervorging, daß, abgesehen von den ältesten Bronze- und Steinwerken, das, was wir chinesisch nennen, erst seit der Mitte des zweiten Jahrhunderts vor Christus aus dem hellenistischen Westen her durch Einflüsse der griechischen Kunst angeregt wurde (Allg. Ztg., 20. Febr.). — Außerdem erschien von Friedrich Hirth die Schrift „Über die einheimischen Quellen zur Geschichte der chinesischen Malerei von den ältesten Zeiten bis zum 14. Jahrhundert" (Allg. Ztg., 16. Nov.). Die Schrift kam der neuen Richtung in Europa entgegen, wo der Grundsatz herrschte: „Das Häßliche ist das Schöne." China.

Ähnlich wie in Deutschland nach 1871 entstand auch in Japan unter der Einwirkung der Kriegsentschädigung eine fieberhafte industrielle Gründertätigkeit. Im Lauf von anderthalb Jahren wurden 3200 Gesellschaften gegründet, die Zahl der Arbeiter um mehrere Hunderttausende vermehrt. Aber bald war ein Drittel dieser Aktiengesellschaften bankerott und es entstand die denkbar schärfste wirtschaftliche Krisis.

Seddon, der Premierminister von Neuseeland, erklärte, das den dortigen Frauen gewährte Stimmrecht habe bisher keine übeln Früchte getragen; es haben 90 Prozent gestimmt, das Parlament sei besser als zuvor. Die Befürchtung, daß die Weiblichkeit leide, habe sich nicht erfüllt, im Gegenteil, die Frauen wirkten durch ihren neuerlangten Einfluß günstig auf die Männer ein, die Wahlen verliefen ruhiger und anständiger, alles ging stiller und ehrbarer zu.

Die Gesamtbevölkerung der Erde wurde zurzeit auf 1535 Millionen beziffert, wovon ein Viertel, 378 Millionen, auf Europa entfiel. An der Bevölkerung Europas nahmen Rußland mit 28 Prozent, Deutschland und Österreich-Ungarn zusammen mit 26 Prozent teil. Die Vereinigten Staaten von Amerika betrugen mit 72 Millionen mehr als die Hälfte der Bevölkerung von ganz Amerika. Rußland zeigte innerhalb von zwölf Jahren eine Zunahme um 20 Prozent; Frankreichs ganz geringe Vermehrung war lediglich durch Einwanderung erfolgt.

Die Bibel war in 108 Sprachen vollständig übersetzt (40 europäische, 41 asiatische, 14 afrikanische, 10 australisch-ozeanische, 3 amerikanische Sprachen); unvollständig in mehr als viermal so viele Sprachen; so gab es Übersetzungen einzelner Schriftteile in sechzehn verschiedene chinesische Mundarten.

Versuche über die Schnelligkeit des Vogelflugs ergaben, daß die Schwalben zur Zurücklegung ihres jährlichen Wanderzugs zwischen Afrika und unseren Gegenden nicht länger als einen halben Tag brauchen.

Das Jahr 1898.

Die kretische Frage; Prinz Georg von Griechenland. Orientreise des deutschen Kaiserpaars; evangelische Kirche in Jerusalem, Geschenk der Dormitio an die deutschen Katholiken. Kaiserrede in Damaskus. Das Protektorat. Die Russen in China. Chinesische Reform und Reaktion. Bischof Anzer. Der spanisch-amerikanische Krieg um Kuba und die Philippinen. Die Faschodafrage. Die Dreyfusfrage. England in Weihaiwei. Das „Größere Britannien". Das Deutsche Reich in Kiau-Tschou. Die Flottenvermehrung. Tod Bismarcks; Nachrufe. „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser." Lippe-Detmold. Hakatisten. Spectator, Schell, Jos. Müller, Neokatholizismus, Amerikanismus, Reformkatholizismus. Zeppelin. Österreichische Krisis. „Los von Rom." Sezession. Königin Wilhelmine. Rußlands internationaler Abrüstungsvorschlag.

Kreta. Die kretische Frage, die 1897 einen Weltbrand zu entfesseln schien, verlor allmählich an Bedeutung. Die Spannung hatte sich im griechisch-türkischen Krieg fast ganz ausgelöst. Rußland schlug zu Beginn des Jahres 1898 vor, den Prinzen Georg von Griechenland, den jüngern Bruder des Kronprinzen, zum Verwalter von Kreta zu ernennen; aber die Pforte war gegen diesen Vorschlag. Außerdem waren als Kandidaten aufgestellt worden: der Schweizer Numa Droz, der luxemburgische Oberst Schäffer, der Prinz von Battenberg, der junge Schwiegersohn des Fürsten von Montenegro, und der montenegrinische Woiwode Petrowitsch. Indessen teilten die Admirale der Mächte Italien, Frankreich, England und Rußland die Insel zur besseren Überwachung in vier Bezirke; die Deutschen verließen Kreta. Die Muhammedaner der Insel fühlten sich unter den neuen Verhältnissen benachteiligt und revoltierten gegen die Christen Ende August. In Straßenkämpfen zu Kandia fielen Hunderte von Christen; darauf beschossen die Engländer in ihrer brutalen Weise von den Schiffen aus die Stadt und setzten sie in Brand. Es wurden neue Verstärkungen nach der Insel geschickt. Die Mächte verlangten im Oktober von der Pforte, daß sie die türkischen Truppen ganz aus Kreta zurücknehme; das geschah nach einiger Zögerung. Die Verwaltung der Insel ging nun am 4. November in die Hände der Mächte über. Diese zeigten ohne Rücksicht auf die Wünsche der Pforte am 26. November an, daß Prinz Georg von Griechenland zum Gouverneur der Insel ernannt sei. Der Prinz mußte die Suzeränität des Sultans anerkennen. Ferner sollte eine Nationalversammlung einberufen werden, um eine die Freiheit der Konfessionen verbürgende Verfassung auszuarbeiten. Der Auftrag des Prinzen galt nur für drei Jahre. Die Mächte erklärten sich bereit, ihm vier Millionen Franks unverzinslich vorzuschießen. Prinz Georg langte am 21. Dezember in Kanea an und übernahm die Regierung unter dem Jubel der christlichen, dem Schweigen der muhammedanischen Bevölkerung.

In all der Zeit war die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Sultan eine besonders freundliche; das zeigte sich auch in der Reise, die das deutsche Kaiserpaar im Oktober über Venedig in den Orient unternahm; es landete am 18. Oktober in Konstantinopel, vom Sultan mit aller Gastlichkeit empfangen. Die Kaiserin besuchte auch den Harem. Den Herren der deutschen Kolonie sagte Kaiser Wilhelm: „Zu meiner Freude habe ich erfahren, welche geachtete Stellung die deutsche Kolonie hier einnimmt ... Schon mein Großvater hat bewiesen, daß zwei große Völker von verschiedener Abstammung und verschiedenen Glaubens recht gute Freunde werden können. Sie haben dies an sich selbst erfahren, indem es Ihnen gelungen ist, sich hier in Stambul eine Stellung zu erwerben, welche auch von großem Wert für das Deutsche Reich ist. Ich spreche Ihnen dafür den Dank des Reiches aus." In Haifa wurde das Kaiserpaar am 26. Oktober von der deutschen Kolonie und dem Direktor der katholischen Niederlassung in Tabgha begrüßt. Der Kaiser dankte und ergriff „die Gelegenheit, ein für allemal auszusprechen, daß die katholischen Untertanen, wo und wann sie desselben bedürfen sollten, meines kaiserlichen Schutzes stets sicher sein werden". Wilhelm II. im Orient.

Am 29. Oktober kam das Kaiserpaar nach Jerusalem, besuchte die Grabeskirche und wurde dort vom lateinischen, griechisch-orthodoxen und armenischen Patriarchen begrüßt. Dann wurde die neuerbaute evangelische Erlöserkirche besucht und folgende Urkunde hinterlegt: „Im Namen Gottes des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen. In Jerusalem, der Stadt Gottes, wo unser Herr und Heiland Jesus Christus durch sein bitteres Leiden und Sterben und seine sieghafte Auferstehung das Werk der Erlösung vollbracht hat, auch der Kirche der Reformation eine bleibende Stätte zu bereiten, war schon lange das Streben meiner in Gott ruhenden Vorfahren, auf daß auch Deutschlands evangelische Kirche da nicht fehle, wo die Christen aller Bekenntnisse für die Gnadentat der Erlösung Dank opfern. Nachdem schon König Friedrich Wilhelm IV. nach der heiligen Stadt die Augen gerichtet (1841), war es meines Großvaters Herzenswunsch, auf dem durch die Liebesarbeit des Johanniterordens geweihten Platz, welchen mein Vater auf der Pilgerfahrt als Geschenk des Landesherrn einst in Besitz genommen, eine evangelische Kirche zu errichten, damit in ihr das Wort Gottes auf dem Glaubensgrunde der Reformation in deutscher Sprache gepredigt und der Name Jesu Christi in deutscher Zunge gepriesen werde. Gottes Gnade hat es mir verliehen, das Werk zu vollenden und die Einweihung der Kirche zu vollziehen. Die Kirche soll den Namen Erlöserkirche führen, damit kund werde, daß ich und alle, die mit mir in dem Werke der Reformation ein Gnadenwerk Gottes erkennen und dankbar daran festhalten, zu Jesu Christo als zu unserm einigen Erlöser aufschauen und allein durch den Glauben an ihn gerecht und selig zu werden hoffen. Zugleich aber soll diese Kirche an der Stelle, wo die Johanniter ihre Liebesarbeit getan, davon Zeugnis geben, daß Glauben und Liebe unzertrennlich sind und in Jerusalem.

Christo Jesu nichts gilt als nur der Glaube, der durch die Liebe tätig ist. Dankerfüllt bitten wir Gott, er wolle durch sein Wort verleihen, daß es hier und allerorten lauter und rein gepredigt werde ... er wolle unsere teure evangelische Kirche bauen und schirmen und unser deutsches Vaterland segnen ... Von dem Jerusalem hier unten heben wir unsere Augen auf zu dem Jerusalem, das droben ist. Der Herr und Erlöser der Welt verleihe uns, daß wir dereinst eingehen in die obere Gottesstadt, dort ihn zu preisen in Ewigkeit." Es sprach auch der Kultusminister Dr. Bosse und darauf der Kaiser also: „Mit fürbittender Teilnahme begleitet die evangelische Christenheit unsere Feier. Evangelische Glaubensgenossen aus aller Welt sind mit uns hierhergekommen ... Jerusalem, die hochgebaute Stadt, in der unsere Füße stehen ... bezeugt die gemeinsame Arbeit, welche alle Christen über Konfessionen und Nationen im apostolischen Glauben eint. Die welterneuernde Kraft des von hier ausgegangenen Evangeliums ... verheißt uns, daß bei treuem Festhalten an der reinen Lehre des Evangeliums selbst die Pforten der Hölle unsere teuere evangelische Kirche nicht überwältigen sollen. Von Jerusalem kam der Welt das Licht, in dessen Glanze unser deutsches Volk groß und herrlich geworden ist. Was die germanischen Völker geworden sind, das sind sie geworden unter dem Panier des Kreuzes auf Golgatha, des Wahrzeichens der selbstaufopfernden Nächstenliebe. Wie vor fast zwei Jahrtausenden, so soll auch heute von hier der Ruf in alle Welt erschallen, der unser aller sehnsuchtsvolles Hoffen in sich birgt: Friede auf Erden! Nicht Glanz, nicht Macht, nicht Ruhm, nicht Ehre, nicht irdisches Gut ist es, was wir hier suchen; wir lechzen, flehen und ringen allein nach dem einen, dem höchsten Gute, dem Heil unserer Seelen. Und wie ich das Gelübde meiner Vorfahren: ‚Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen'[1]) an diesem feierlichen Tage hier wiederhole, so fordere ich Sie alle auf, zu gleichem Gelöbnisse. Jeder sorge, daß alle ihren Wandel führen zum Siege über alle aus der Sünde und der Selbstsucht stammenden finsteren Mächte. Gott verleihe, daß von hier aus reiche Segensströme zurückfließen in die gesamte Christenheit!" Und er schloß mit der Strophe des Lutherlieds: „Mit unsrer Macht ist nichts getan, wir sind gar bald verloren, es streit' für uns der rechte Mann, den Gott selbst hat erkoren. Fragst du, wer der ist, er heißt Jesus Christ, der Herr Zebaoth und ist kein andrer Gott, das Feld muß er behalten."

Friedrich Wilhelm IV. hatte seinerzeit zur Stiftung des Anglo-borussischen Bistums von Jerusalem 100.000 Taler ausgeworfen (= 15.000 Pfund Sterling); Kaiser Wilhelm bestimmte die Summe als Kollektivfonds für eine neue deutsche Episkopalkirche und überließ die Kirche St. Jakobs den Briten, um Deutschland selbständig zu machen.

Die neue deutschevangelische Erlöserkirche in Jerusalem von Adler war in schlicht romanischem, normännischem Stil (Ill. Ztg., 2881); der Plan zum Bau begann schon 1871, erhielt aber wegen der schwierigen, mit England schwebenden Verhandlungen der evangelischen Gemeinde, die 1841 bis 1886 mit dem englischen Bistum vereinigt war, erst 1893 seinen Abschluß. Der Turm war in diesem Entwurf von Kaiser Wilhelm II. mit eigener Hand entworfen und gezeichnet worden. 1893 wurde der Grundstein gelegt. Manches

[1]) Band 2, Seite 373.

erinnerte an arabische Bauart. Das Innere war durch Fresken und Glasfenster geschmückt. — Zur Einweihung der Kirche hatte der preußische Oberkirchenrat alle evangelischen Kirchenkorporationen, auch die außerdeutschen, eingeladen.

Bethlehem.

In Bethlehem äußerte sich der Kaiser am 30. Oktober den evangelischen Geistlichen gegenüber etwas anders: „Wenn ich die Eindrücke dieser letzten Tage wiedergeben soll, so muß ich sagen, daß ich sehr enttäuscht bin. Auch meinem Oberhofprediger ist es nicht anders ergangen ... Ich bin darum froh, hier in Bethlehem den ersten erhebenden Eindruck empfangen zu haben. Dies Beispiel von Jerusalem mahnt uns, daß wir die kleinen Abteilungen bei unserer Konfession möglichst zurückstellen, und daß hier im Orient die evangelische Kirche ganz fest geschlossen auftrete. Sonst können wir nichts machen. Wir können nur durch das Beispiel wirken, das Leben der Christen ... Kirchlich spalten sie sich ... Der deutsche Name hat jetzt ein Ansehen gewonnen. An uns liegt es nun zu zeigen, was die christliche Religion eigentlich ist ... Unsere Kultur, unsere Anstalten ... der Beweis, daß wir untereinander einig sind, darauf kommt es an."

Solche Betrachtungen mögen den Kaiser auch bewogen haben, die deutschen Katholiken in besonderer Weise zu bedenken. Er telegraphierte am 31. Oktober von Jerusalem aus an den Vorstand des deutschen Vereins vom Heiligen Lande: „Der Sultan hat mir das Grundstück Dormitio der heiligen Jungfrau hierselbst übereignet, und ich habe beschlossen, es dem deutschen Verein vom Heiligen Lande zur freien Nutznießung der deutschen Katholiken zu überweisen. Ich freue mich, damit einen dringenden Wunsch meiner katholischen Untertanen erfüllen zu können. Sie mögen hierin einen Beweis meiner landesväterlichen Fürsorge erblicken, mit welcher ich, obwohl anderer Konfession, stets bestrebt bin, über ihre religiösen Interessen zu wachen." Dafür dankte sofort Kardinal Krementz, Weihbischof Schmitz und Landrat Janssen. Auch dem Papste telegraphierte der Kaiser von der Erwerbung „dieses durch so viele fromme Erinnerungen geheiligten Grundstückes ... Es hat meinem Herzen wohlgetan, bei diesem Anlaß zu bekunden, wie teuer mir die religiösen Interessen der Katholiken sind, welche die göttliche Vorsehung mir anvertraut hat." Der Papst dankte „sehr gerührt".

Dormitio.

Die Dormitio grenzt an das sogenannte Grab Davids, jenes mächtige Gebäude, in dessen oberm Stockwerk sich das Coenaculum, der Saal der Einsetzung des heiligen Abendmahls, befindet. So war den Katholiken der sichere Zugang zu diesem Saal gewährt, den sie schon seit Jahren vergebens zu erhalten sich bemühten. Das Grab Davids blieb allerdings als eines der größten Heiligtümer der Muhammedaner für einen Ankauf ausgeschlossen.

Am 1. November besuchte der Kaiser die schwäbische Templerkolonie, bäuerliche Separatisten, die sich der evangelischen Landeskirche durch Auswanderung entzogen hatten; also auch eine Erscheinung der konfessionellen Zerrissenheit im Protestantismus. Am 2. November war das Kaiserpaar

im deutschen evangelischen Waisenhaus „Talitha Kumi" und dann im deutschen katholischen Hospiz. Hier antwortete der Kaiser auf eine patriotische Ansprache: „Ihre Anstalt steht, wie Sie sagten, unter meinem Schatten. Dieser Schatten geht aus von demselben schwarzweißen Schilde, den ich ausgereckt habe auch über Ihre Brüder und Glaubensgenossen, welche im fernen Osten ihr Leben für die Ausbreitung des Evangeliums einsetzen . . . Ihre Anstalt ist ein Segen für das hiesige Land."

Damaskus. Am 4. November verließ das Kaiserpaar Jerusalem und schiffte sich in Jaffa ein; es kam am 8. nach Damaskus. Der Kaiser dankte beim Festmahl, das ihm die Stadt gab, mit den denkwürdigen Worten: „Bewegt vom Gedanken, an der Stelle zu stehen, wo einer der ritterlichsten Herrscher aller Zeiten, der große Sultan Saladin, geweilt hat, ein Ritter ohne Furcht und Tadel, der oft seine Gegner die rechte Art des Rittertums lehren mußte, ergreife ich die Gelegenheit, dem Sultan Abdul Hamid zu danken für seine Gastfreundschaft. Möge er und mögen die dreihundert Millionen Muhammedaner, welche, auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird." Diese Worte fanden in der Tat einen weiten Widerhall und bildeten die Grundlage für die Stellungnahme der Türkei im Weltkrieg von 1914. Ende November zeigte die türkische Regierung dem Vatikan offiziell an, daß nunmehr das Protektorat über die deutschen Katholiken vom Deutschen Reich ausgeübt werde, nicht wie bisher von Frankreich.

Protektorat. Die Frage des französischen Protektorats im Orient wurde schon seit einiger Zeit erörtert. Der Kardinal-Erzbischof von Reims Langenieux stellte im August dem Papste vor: „Die Vernichtung des Protektorats wäre für Frankreich ein Unglück und eine Demütigung, ein schwerer Nachteil für die Kirche; denn wo ist außer Frankreich die Nation, diese wesentlich katholische Aufgabe zu erfüllen?" Der Papst antwortete, die Mission Frankreichs im Orient sei ihm, dem Lande der Kreuzfahrer, von der Vorsehung anvertraut, durch eine jahrhundertlange Praxis geheiligt, durch internationale Verträge, wie auch durch die Propaganda-Kongregation am 22. Mai 1888 anerkannt. Auch vor einer Schar französischer Pilger bestätigte der Papst am 8. Oktober das traditionelle Protektorat Frankreichs im Orient und wünschte, es möge ein feierlicher eucharistischer Kongreß unter dem Vorsitz eines französischen Kardinals in Jerusalem abgehalten werden, wo das große Sakrament der Einigung unter den Gläubigen eingesetzt wurde. Die Kaiserreise und die Schenkung der Dormitio der Gottesmutter bewogen den Papst, doch auch dem Standpunkt der deutschen Katholiken gerecht zu werden. Er schrieb am 11. November an Erzbischof Krementz von Köln: „Wir vertrauen zuversichtlich, daß nunmehr mit einer wachsenden Verehrung der Gottes-

mutter die Katholiken Deutschlands fromme Wallfahrten nach dieser Stätte unternehmen werden, die nach der Überlieferung dem Dahinscheiden der allerseligsten Jungfrau Maria geweiht ist. Durch diese Verehrung werden die Gläubigen erreichen, daß die hehre Gottesmutter auf das gesamte deutsche Volk in besonderer Huld herabblicke und euch in den Angelegenheiten der Kirche wie des Staates mit besonderem Schutze beistehe." Gegen Ende des Jahres (19. Dez.) mahnte der „Osservatore Romano" die der Kirche und dem Papsttum ergebenen Zeitungen verschiedener Länder, den Streit wegen der Frage des Protektorats ruhen zu lassen, um nicht die Eintracht der Christenheit zu stören. Die deutsche Presse war schon früher einmütig in der Abweisung der französischen Ansprüche. Der Zentrumsabgeordnete Fritzen erklärte im Reichstag, die Orientreise des Kaisers habe erkennen lassen, wie hoch die Würde des Reichs im Orient steht. Dem Kaiser gebührt für die Schenkung der Dormitio der Dank der deutschen Katholiken; diese werden niemals im Ausland bei einer nichtdeutschen Macht Schutz und Hilfe suchen. Man nenne die französische Protektion eher eine Persekution; jedenfalls lehne man sie aus nationalen Gründen ab. Ähnlich äußerte sich Lieber.

Es wurde bekannt, daß der Kaiser seine ursprünglich geplante Reise nach Ägypten aufgab. Dem stellte man als Erklärung politische Einflüsse des Auslands unter. Offiziell wurde aber erklärt, der Kaiser habe sich aus Erwägungen der innern Regierungspolitik zur früheren Heimreise entschlossen. Sein Wiedereinzug in Berlin glich einem Triumph. Er wurde am 1. Dezember dort vom Bürgermeister Kirschner feierlich begrüßt und dankte, indem er der schönen und mächtigen Eindrücke auf dem Gebiete der Religion, der Kunst und Industrie gedachte. Er habe den deutschen Namen überall geachtet gefunden. Er hoffe, dies werde so bleiben, und die Reise werde dazu beitragen, der deutschen Tatkraft neue Gebiete zu eröffnen; es sei ihm gelungen, die Beziehungen zwischen beiden Völkern zu befestigen. Der Freisinnige Richter protestierte allerdings im Reichstag gegen den Byzantinismus, der in der Rückkehr von der Orientreise die Heimkehr von einem siegreichen Feldzug erblicke. Das ganze diene nur dem Gottesgnadentum. Das Reich Jesu Christi ist nicht von dieser Welt, und die ganze „gepanzerte Faust" kann dies Reich nicht mehr fördern als alle andern Kulturwerke. Die lange Abwesenheit des Kaisers habe zu konstitutionellen Unzuträglichkeiten geführt. Staatssekretär v. Bülow antwortete mit Witzen über die orientalische Frage, sie gleiche der Seeschlange, von der ein Stück nach dem andern zum Vorschein kommt. „Die Lösung der Frage wird keiner von uns erleben, wir müssen auch unsern Kindern und Kindeskindern einige Nüsse zu knacken übriglassen. Die Ansprüche der verschiedenen Nationen und Konfessionen auf der Balkanhalbinsel zu befriedigen, heißt die Quadratur des Zirkels und den Stein der Weisen finden ... Mit dem Wachsen des Verkehrs hat aber das allgemeine Friedensbedürfnis der Völker zugenommen, mit dem Umfang der Rüstungen wächst die Scheu, einen Krieg zu entfesseln, der ein Völkerkrieg werden kann ... Die Sympathien, die wir in der Türkei genießen, Orientalische Frage.

gründen sich darauf, daß die Türken wissen, daß Deutschland, weil es den Frieden will, auch für die Erhaltung des türkischen Reichs eintritt, daß wir meinen, Völkerrecht muß Völkerrecht bleiben, daß unsre wirtschaftlichen Tendenzen dort nicht der Ausbeutung, sondern der Wohlfahrt des osmanischen Reiches gelten ... Die Einweihung einer protestantischen Kirche war frei von jeder (vermuteten) Feindseligkeit gegen andere Konfessionen. Der Deutsche Kaiser hat den Beweis geliefert, daß er in der Tat ein Kaiser aller Deutschen ist ... Er will auch nicht den Spuren von Bohemund und Tankred folgen ... Das Protektorat des Kaisers über alle Deutschen steht ihm seit Gründung des Reiches 1871 zu. Wir haben dies Recht 1875, 1878 und 1882 ausdrücklich gewahrt."

Man wird sich vielleicht wundern, daß Kaiser Wilhelm, der die christlichen Völker Europas so stark gegen die Invasion des Buddhismus aufgerufen hat, dem Muhammedanismus so freundlich entgegenkam. Aber man bedenke, daß der Islam doch nur ein Ableger der christlichen Kultur ist, etwa so wie der Arianismus, den manche Protestanten als eine Art Vorprotestantismus ansahen — kulturell, nicht dogmatisch gemeint. Der Islam anerkennt Jesus als Propheten, leugnet aber, wie manche christliche Sekten, die Trinität und, wie viele moderne Protestanten, die Göttlichkeit und Gottessohnschaft Jesu.

China. Dies also ist vom nahen Orient zu sagen. Auch im fernsten Orient entwickelten sich die Folgen der neuen Weltpolitik. Die chinesische Regierung mußte, dem Drucke der deutschen folgend, den Gouverneur von Schantung wegen der Ermordung der beiden deutschen Missionäre absetzen und dem Deutschen Reich Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen zugestehen (6. März). Auch die Russen ließen sich Port Arthur und den Hafen Talienwan durch Pacht übergeben und erhielten das Recht, diese beiden Punkte durch Eisenbahnen mit der mandschurischen Linie zu verbinden (27. März). Die Franzosen besetzten die Bucht von Onanchauwan (22. April). Der wechselseitig in die einzelnen Einflußgebiete der Mächte eingreifende Wettbewerb um Eisenbahnbauten u. dgl. versprach ziemlich verwickelt zu werden und zu lebhaften diplomatischen Erörterungen zu führen. Er beunruhigte auch das Reich im Innern. In Wutschau brach Anfang Juli ein großer Aufstand aus, den die Regierungstruppen kaum bewältigen konnten. Das Schwanken zwischen Reformversuchen und Reaktion führte zu einem Staatsstreich, der das chinesische Reich in seinen Grundfesten erschütterte. Der junge Kaiser versuchte, mit Hilfe des englandfreundlichen Kang-Ju-Wei Reformen durchzuführen. Der Vizekönig von Tschili, Tschun-Lu, wurde durch ein Edikt des Kaisers beauftragt, mit den Vizekönigen und den tatarischen Generalen der Küstenprovinzen über die Errichtung von Marineakademien und den Bau von Schulschiffen für Kadetten zu beraten. Zugleich wurde den Mitgliedern des Tsungli-Yamen und den Präsidenten des Berg- und Eisenbahndepartements befohlen, Eisenbahnschulen und Bergschulen zu errichten. Ein anderes Edikt

des Kaisers vom 10. August besagte: „Als ein Unglück für China ist die eingewurzelte Verknöcherung und die Anhänglichkeit an veraltete Gebräuche anzusehen. Jeder Beamte muß es für seine Pflicht halten, diese Verknöcherung abzutun ohne Rücksicht auf das feindselige Verhalten der Mehrheit zu den Neuerungen." Infolgedessen wurde am 7. September der reaktionäre und rußlandfreundliche Li Hung Tschang in Ungnade entlassen und der Kaiser richtete an Kang folgende Worte: „Wir wissen, daß sich das Reich in wirren Zeiten befindet. Wenn wir nicht westliche Methoden ergreifen, ist es nicht zu retten. Wir müssen die hemmenden Minister beseitigen und junge Leute nach westlicher Art Reformen durchführen lassen. Ich habe Ihrer Majestät (der Kaiserin-Witwe) wiederholt diesen Rat gegeben, aber Sie wird darüber wütend. Ich fürchte, ich werde meinen Thron nicht schützen können. Beraten Sie sich mit Ihren Kollegen, wie Sie mich schützen können! Ich bin sehr besorgt und niedergeschlagen." In der Tat begann die energische Kaiserin-Witwe ihre Maßregeln zu nehmen. Sie ließ am 20. September die hauptsächlichsten Gehilfen des schwächlichen Kaisers verhaften und übernahm selbst die Regierung. Den Kaiser ließ sie im Palast isolieren. Kang mußte flüchten, Li Hung Tschang wurde wieder eingesetzt. Die Reformedikte wurden widerrufen. Der Sieg der Kaiserin-Witwe galt als Niederlage Englands. Diese reaktionäre Bewegung war für die Europäer sehr bedrohlich. Die Großmächte beschwerten sich denn auch über Angriffe in Peking durch eine Kollektivnote vom 1. Oktober und landeten Truppen zum Schutz ihrer Gesandtschaften. Um die Europäer zu beruhigen, lud die Kaiserin am 14. Dezember die Gemahlinnen der Botschafter zu sich ein. Aber es war bereits alles zur bald eintretenden Katastrophe des Boxerkrieges reif.

Die Kaiserin-Witwe Tsuhsi stammte aus unfreiem Stand und gelangte nach abenteuerlichen Erlebnissen in den Harem des Kaisers Hienfong, auf den sie den größten Einfluß gewann, ohne es jedoch mit der ersten Gemahlin des Kaisers Tsischi zu verderben. Als Hienfong 1861 starb, wurde allgemein geglaubt, er sei von den beiden Frauen vergiftet worden. Beide führten gemeinsam die Vormundschaft über den sechsjährigen Erben Tungtschih; aber auch er starb, kaum großjährig geworden, 1875. Tsischi und Tsuhsi setzten nun den dreijährigen Sohn des Prinzen Chun, Kwangsu, auf den Thron. Sechs Jahre später starb Tsischi, und Tsuhsi blieb alleinige Herrin acht Jahre lang als Vormünderin des jungen Kaisers.

Anzer.

Der katholische Missionär Joh. B. v. Anzer, Bischof von Südschantung, trat durch die ostasiatischen Ereignisse in den Vordergrund. Die katholische Missionstätigkeit im fernsten Osten knüpfte an die Erfolge eines hl. Franz Xaver, Matthäus Ricci und Adam Schall aus Köln im 16. und 17. Jahrhundert an. Erst seit 1722 begannen Christenverfolgungen in China. Bischof Anzer stellte nun 1890 die Mission unter dem Schutz des Deutschen Reiches. Anzer, 1851 in der bayrischen Oberpfalz geboren, schloß sich dem Leiter der Missionsgesellschaft des göttlichen Wortes, Arnold

Janssen, an, der 1875 das erste Missionshaus in Steyl eröffnete. Südschantung war das Geburtsland des Konfutse und Mungtse, ein heiliges Land für China. Anzer hatte denn auch dort die größten Gefahren zu bestehen; er wirkte seit 1879 in China, wurde 1886 Bischof. Die Feindseligkeiten der Chinesen gegen ihn wurden 1896 durch die Autorität des Deutschen Reiches, das sehr gern das Protektorat übernahm, eingedämmt. Anzer stellte sich gut zur chinesischen Regierung und erhielt die höchste Mandarinenwürde mit dem roten Knopf. Die Ermordung zweier seiner Missionäre geschah 1897 während seiner Abwesenheit in Europa.

Man schätzte die Zahl der evangelisch getauften Chinesen auf 200.000. Der englische Missionär Gilbert Reid beabsichtigte vor allem weniger religiöse Beeinflussung als Bekanntmachung der gebildeten Chinesen mit der Kultur des Westens.

Auch die katholische Seelsorge in der Kiautschoubucht wurde der Steyler Missionsgesellschaft übertragen.

In bezug auf die richtige Schreibung von „Kiao tschau" oder „Tjautschau" entstanden Meinungsverschiedenheiten (Allg. Ztg., 26. Jan. und 3. Febr.). Der Sinologe Fr. Hirt sagte: „Es ist ja gleichgültig, wie wir Kiao tschau buchstabieren, wenn wir es nur haben."

Von grundlegender Bedeutung waren Friedr. Hirths Forschungen zur Kulturgeschichte der Chinesen (Allg. Ztg., 6. Juli). Deren erste Blüte gipfelte unter Confucius (551 bis 479 v. Chr.). Aus jener Zeit sind aber mit Ausnahme der prähistorisch anmutenden Metallgefäße keine Kunstdenkmäler erhalten. Die von uns als chinesisch gekannte Kultur ist ein Ableger der hellenistischen Kunst, wie sie den Chinesen seit 126 v. Chr. durch den General Tschang Kien vermittelt wurde. Dessen Reisen in den Westen schilderte der chinesische Herodot Ssima Tsien († 86 v. Chr.).

Amerika und Spanien.

Am stärksten kam die weltpolitische Spannung zur Entladung im Kampf der Vereinigten Staaten von Amerika mit Spanien, angeblich wegen der Vorgänge auf Kuba, in Wirklichkeit, weil die Union, vom allgemeinen Zug ergriffen, aus ihrer früher so stark betonten Isolierung durch die Monroedoktrin heraustrat und eine imperialistische Weltmacht zu werden anstrebte. Vergebens suchten die Kurie und die Mächte zwischen der alten spanischen und der neuen amerikanischen Macht zu vermitteln. Die Explosion eines amerikanischen Panzerschiffs „Maine" bei Havanna, 15. Februar, verschärfte die Spannung, da man dies auf eine spanische Mine oder einen Torpedo zurückführte. Die öffentliche Meinung verlangte stürmisch den Krieg mit Spanien und die Eroberung Kubas. Die Untersuchung über die Ursachen der Explosion ergab nach amerikanischer Auffassung, daß die Schuld nicht innerhalb des Schiffes zu suchen sei. Man verlangte, daß „der Gerechtigkeitssinn der spanischen Nation" nicht darüber hinweggehe, man verlangte auch „nötige Garantien für die Wiederherstellung der Ordnung auf Kuba und für die Beendigung des chronischen Unruhezustandes der Insel, der den Interessen der ameri-

kanischen Nation so vielen Abbruch tut und ihre Ruhe durch die Natur und die Folgen des vor unseren Toren unterhaltenen Kampfes bedroht, und der außerdem die Humanitätsgefühle der Nation empört". Der Präsident gab in einer Botschaft an den Kongreß vom 11. April eine Übersicht über die früheren kubanischen Aufstände, er schilderte die beständige Unruhe auf der Insel, die für Amerika Verluste, Beunruhigung, bedeutende Ausgaben zur Folge habe. „Die Mäßigung und Langmut des Volkes der Vereinigten Staaten sei so ernstlich auf die Probe gestellt worden, daß eine gefährliche Unruhe unter den Bürgern erzeugt worden sei. Der Krieg werde unmenschlich geführt, besonders gegen die ‚Reconcentrados', von denen 150.000 an Hunger und Krankheit gestorben seien. Die Fortsetzung des Kampfes bedeutet gegenseitige Vernichtung. Es erscheint daher als Pflicht beiden Parteien gegenüber, den Spaniern wie den Kubanern, die Beendigung des Krieges herbeizuführen." Das Repräsentantenhaus in Washington beschloß am 13. April in stürmischer, durch Handgemenge unterbrochener Sitzung, daß Spanien seine Ansprüche auf Kuba aufgeben solle, und ermächtigte den Präsidenten, mit Waffengewalt einzuschreiten. Der Senat beschloß am 16. April mit 67 gegen 21 Stimmen, die entsetzlichen Zustände auf Kuba seit drei Jahren seien eine Schande für die christliche Zivilisation und ihr Höhepunkt sei in der Zerstörung eines Unionsschiffes mit der Besatzung von 260 Mann während eines freundschaftlichen Besuchs im Hafen von Havanna erreicht; darum soll das Volk der Insel Kuba von Rechts wegen frei und unabhängig sein; die Union habe dies mit allen Mitteln zu verlangen und durchzusetzen. Diese Erklärung über die Unabhängigkeit Kubas wurde aber in dem Kongreßbeschluß vom 18. April ausgelassen und der Präsident nur einfach zum Einschreiten aufgefordert. Kuba.

Spanien schob die Schuld an den kubanischen Unruhen auf die Agitation in den Vereinigten Staaten. Ein offizieller Bericht vom 18. April wies jede Schuld der spanischen Behörden an der Explosion ab, sie sei im Innern der Kammern des Schiffsvorderteils erfolgt, wo sich Pulver und Granaten befanden. Die Regierung beklagte sich, daß ihr Entgegenkommen durch die offensive Haltung Amerikas vereitelt werde. Auch die Thronrede der Königin-Regentin vor den Cortes, 20. April, beklagte die neuen Verwicklungen, hervorgerufen durch die Schuld eines Teiles der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, denn die Mehrheit der kubanischen Bevölkerung sei für die Souveränität Spaniens. Das spanische Volk war in dieser Sache durchaus einig. Die Führer der Konservativen, der Karlisten, der Republikaner versprachen der Regierung ihre unbedingte Unterstützung während des Krieges.

Der Präsident Mac Kinley forderte am 25. April den Kongreß zur formellen Kriegserklärung gegen Spanien auf. Beide Häuser erklärten, der Kriegszustand habe bereits seit dem 21. April bestanden, einen Tag Kubanischer Krieg.

nachdem der Präsident die Resolution des Kongresses vom 18. unterzeichnet hatte. An diesem Tag hatte bereits ein amerikanisches Geschwader den Hafen von Key West verlassen. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Sherman, war so bieder und gewissenhaft, diese frevelhaft heraufbeschworene Kriegserklärung zu mißbilligen; er trat am 25. April zurück und überließ die weitere Verantwortung seinem skrupelloseren Stellvertreter Day. Alsbald wurde es denn auch aller Welt offenbar, daß es dem amerikanischen Imperialismus nicht um das Wohl der Kubaner, sondern um die Annektierung der Philippinen zu tun war. Dessenungeachtet sandte Mac Kinley dem Kongreß am 9. Mai eine Botschaft über den Sieg von Manila, worin er heuchlerisch sagte, das Herz der Nation sei nicht durch Eitelkeit oder Eroberungsgier, sondern durch das Gefühl tiefer Dankbarkeit erregt, „daß wir gesiegt haben infolge der Gerechtigkeit unserer Sache". Man fürchtete aber eine Einmischung Deutschlands zugunsten Spaniens, und es kam in der Presse wie im Kongreß zu heftigen deutschfeindlichen Erklärungen. Gegen Frankreich war man aus anderen Gründen aufgebracht. Die Zerstörung der spanischen Flotte durch die amerikanische am 3. Juli bei Santiago de Cuba machte übrigens dem Krieg ein rasches Ende. Es kamen auf spanischer Seite einige Hundert um, 1300 wurden zu Gefangenen gemacht, darunter der Kommandant Cervera. Aber auch die Lage der amerikanischen Truppen war infolge unwürdiger Zustände der Kriegsverwaltung eine sehr ungünstige, so daß man den Spaniern bei der Kapitulation von Santiago ziemlich günstige Bedingungen gewähren mußte. Zudem war es den Amerikanern mehr um die fernen Philippinen zu tun. Auch dort vernichtete Admiral Dewey die spanische Flotte bei Cavite; Manila kapitulierte am 3. August. Wieder wurde scharf gegen Deutschland polemisiert, weil der Kreuzer „Kaiserin Augusta" den spanischen General Augustin aufgenommen und ihm so zur Flucht verholfen hatte. Es waren viele Deutsche in Manila. — Frankreich hatte schon Ende Juli die Vermittlung zwischen den Kämpfenden übernommen. Im August trat die Waffenruhe ein. Cervera und die anderen spanischen Offiziere wurden in Freiheit gesetzt. Mac Kinley suchte in einer Rede am 11. Oktober seine imperialistische Politik zu verschleiern; er sagte heuchlerisch: „Wir haben der Versuchung widerstanden, Eroberungen vom Standpunkt des Gewinns zu betrachten; wir stehen aber neuen Problemen gegenüber, die nicht nur uns, sondern auch andere Schwesternationen berühren. Es ist eine heilige Stunde unserer Geschichte. Wir müssen die Versuchung ungehöriger Aggression vermeiden und nur das zu erreichen streben, was unsern und den allgemeinen Nutzen zu fördern vermag. Wir haben niemals eine militärische Regung besessen. Friede ist unser Ziel. Der Sturm brach plötzlich los,

Philippinen.

ehe wir zur Besinnung kamen. Der Sieg wurde früher erreicht, als wir es für möglich hielten. Die Menschlichkeit unserer Ziele und die Hochherzigkeit unseres Benehmens haben dem Kriege Züge von Edelmut und christlicher Liebe mitgeteilt. Wir haben ein Beispiel menschlichen Hochsinns gegeben, das der Menschheit nicht verlorengehen kann. Leidenschaft und Erbitterung lagen nicht in unseren Motiven. Der Glaube einer christlichen Nation erkennt die Hand des allmächtigen Gottes in der eben bestandenen Feuerprobe. Wir haben den Krieg nicht gesucht und ebensowenig sein Ergebnis."

Diese Worte widersprachen den Taten; das war ja ihr Zweck. In der zu Paris abgehaltenen Friedenskommission forderten die Amerikaner Abtretung der Philippinen gegen zwanzig Millionen Dollars Entschädigung. Der Friedensvertrag wurde am 10. Dezember zu Paris unterzeichnet, doch protestierte gleichzeitig der Vorsitzende der spanischen Kommission Montero Rios aufs schärfste gegen ein Vorgehen, wo Spanien freilich der Gewalt weichen müsse, aber im Namen des internationalen Gewissens gegen den Mißbrauch des Völkerrechts als dessen Opfer Einspruch erhebe. Die Verhältnisse auf Kuba ließ Mac Kinley unerledigt. Einstweilen nahm die Regierung die herrenlosen Anson-Inseln im Stillen Ozean in Besitz. Mit manchen anderen gewissenhafteren Amerikanern erklärte sich auch der frühere Präsident Cleveland gegen die Annexions- und Expansionspolitik Mac Kinleys in einer Rede zu Princetown, 8. Dezember. Amerika war durch die Annexion der Philippinen eine ostasiatische Macht geworden und trat damit in die chinesisch-japanisch-russischen Beziehungen ein. Friede.

In Spanien machten sich mehr als je die zentrifugalen Bestrebungen geltend. Katalonien wünschte Autonomie und Dezentralisation. Die in Barcelona erscheinende neue Tageszeitung „Die katalanische Union" forderte die Unabhängigkeit für die Provinzen Katalonien, Galizien, Asturien, Aragonien, Valencia, die baskischen Provinzen und die Insel Mallorca. Spanien.

Luis Coloma übte fortdauernd seine literarische Missionstätigkeit durch Romane und Erzählungen aus. Das war seine Ästhetik, und sie war richtig. Klara Commer übersetzte Jacinto Verdaguers „Atlantis".

Amerika garantierte den Japanern gleiche Rechte auf der annektierten Insel Hawaii wie in den Vereinigten Staaten. Die Stimmung der Union war gegen Deutschland, wegen des Verbotes, amerikanisches Obst einzuführen. Um so freundlicher äußerte sich der amerikanische Botschafter White bei einer amerikanischen Feier in Leipzig, 4. Juli: „Während wir in Großbritannien das Mutterland der Mehrheit unseres Volkes anerkennen und während im Laufe des gegenwärtigen Kampfes Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich nähergekommen sind als je zuvor, könnten wir in Deutschland wohl ein zweites Mutterland erkennen, denn von den Hochschulen Deutschlands sind uns mehr Einflüsse zugekommen als von irgendeinem andern Land. In fast jedem Institut der Vereinigten Staaten sind Hawaii.

die Leiter Studenten in Deutschland gewesen. Deutsche Literatur, deutsche Gedankenarbeit ist ein starkes Band zwischen uns geworden, und es kann nicht leicht zerrissen werden. In der deutschen Politik der Fairneß und Gerechtigkeit erkenne ich die beste Garantie für jene legitime territoriale und kommerziale Ausdehnung, die Deutschland so eifrig wünscht."

Unterseeboote. B. Denninghoff schrieb in der „Illustrierten Zeitung" 2889 „Altes und Neues über submarine Schiffahrt und Unterseetorpedoboote" mit lehrreichen Bildern. Die Projekte des Amerikaners Holland waren am weitesten fortgeschritten. Der Leiter der amerikanischen Marine W. Whitney hatte 1888 eine Konkurrenz ausgeschrieben, aus der sich 1895 ein brauchbares Resultat zu ergeben schien. So waren also die Vereinigten Staaten die Urheber jenes Kriegsmittels, wegen dessen Anwendung von deutscher Seite sie im Weltkrieg ein heuchlerisches und schwächliches Gezeter erhoben. (Vgl. auch Allg. Ztg., 17. Jan.)

Amerika. Paul Graef gab ein Werk über „Neubauten in Nordamerika"; er sah das Wesen in einer Modernisierung des romanischen Stils, angeregt durch Henry Hobson Richardson (1839—1886), Amerikas bedeutendsten Architekten, der seine Studien in Paris gemacht hatte. Sein Hauptwerk war die Dreifaltigkeitskirche in Boston, 1875, die bei einer 1885 veranstalteten Abstimmung von den Fachgenossen einstimmig als schönstes Bauwerk der Vereinigten Staaten erklärt wurde. Sonst zeigte sich in der Inneneinrichtung ein erneuerter Empirestil, „Kolonialstil" genannt, ohne strenge Stilgerechtigkeit. Oft zeigte sich aber das Modernste als das Älteste (Allg. Ztg., 6. Juni).

Karl Raab in St. Louis, U. S. A., schrieb in der „Allgemeinen Zeitung", 10. Mai, über „die Volksbibliotheken als ein Glied des nationalen Erziehungssystems". E. P. Evans gab „Beiträge zur amerikanischen Literatur- und Kulturgeschichte". Der Amerikaner D. G. Brinton schrieb über die „Religionen der primitiven Völker" (Allg. Ztg., 27. April).

Ein glänzender Erfolg der Brückenbaukunst war die neue große Bogenbrücke über den Niagara.

Amerikaner und Deutsche (Professor Nernst) wetteiferten in Entdeckungen auf dem Gebiet des elektrischen Lichts. — Der germanischen Philologie in Amerika waren zwei Zeitschriften gewidmet: „Americana Germanica" und „Journal of Germanic Philology" (Allg. Ztg., 16. Juli).

Die Verwendung des Aluminiums in den Gewerben nahm zu, seit dessen Herstellung auf elektrischem Weg die Erzeugung in Masse erleichterte. Ein Kilo kostete 1864 3000 Franks, nun nur mehr drei Mark.

In Neuyork wurde unter großem Andrang eine Frauenschönheitsschule eröffnet; nur der sechste Teil der Lernbegierigen konnte in den ersten Lehrgang aufgenommen werden. — Für Arme wurden in Neuyork Wintergärten errichtet.

Bevor wir auf die innere Entwicklung der anderen Staaten der Erde eingehen, müssen wir noch das höchst wichtige internationale Zu-

Niltal. sammentreffen der Engländer und Franzosen im Niltal als entscheidendes Ereignis der Weltgeschichte herausheben. Wir haben gesehen, wie Frankreich nach 1871, unterstützt durch die Politik Bismarcks, ein großes koloniales Weltreich wurde, indem es den Verlust von Elsaß-Lothringen und von fünf Milliarden Kriegsentschädigung reichlich ersetzte

und das Deutsche Reich weit überflügelte. Vergeblich hatte Bismarck dadurch Frankreich von Elsaß-Lothringen abzubringen gesucht. Das Gegenteil trat ein: je größer Frankreich an Kolonien wurde, um so kräftiger wurde sein Bestreben nach der Revanche. Allerdings störte, man möchte fast sagen zum Glück, dieser Revanchegedanke die ungemessene Ausdehnungsmöglichkeit Frankreichs in kolonialen Erwerbungen. Es stand immer zwischen diesen beiden Heubündeln, dem realen der Kolonien, dem imaginären der Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen. Den vollen Wert konnte Frankreich von seiner glänzend begonnenen Kolonialpolitik nur gewinnen, wenn es ihm gelang, hierin England entscheidend in den Weg zu treten. Aber gerade das gelang nicht im rechten, unwiederbringlichen Augenblick. Schon zu Anfang des Jahres rückten englisch-ägyptische Truppen von Kairo aus nach dem Süden, begleitet von Kanonenbooten. Es galt einen Hauptschlag gegen die Derwische. In der Tat gelang es Herbert Kitchener, sie am Atbara zu besiegen (8. April) und darauf den Vormarsch fortzusetzen. In einer neuen Schlacht schlug er am 3. September den sogenannten Kalifen bei Omdurman aufs Haupt. Er besetzte darauf Kharthum am 5. September und hißte am 26. September die englische Flagge in Faschoda auf. Dorthin war aber bereits am 10. Juli Faschoda. der französische Major Marchand gekommen, der im April 1897 von Abangki aus dorthin vorgedrungen war. Kitchener forderte Marchand auf, Faschoda zu räumen. Darüber entstanden nun peinliche Erörterungen zwischen England und Frankreich, in denen Frankreich, in den albernen Dreyfus-Affären sowie in dem russischen Gnadenrausch hypnotisiert, den kürzeren zog, da es nicht imstande war, die Wichtigkeit des Moments zu erfassen, wie das kühlere und überlegene England.

Kitchener wurde sofort zum Dank für seine Tat zum Peer von England ernannt. Die englische Regierung veröffentlichte am 9. Oktober ein Blaubuch über die ganze Angelegenheit. Darin wurde festgestellt, daß England bereits im Dezember 1897 die französische Regierung bedeutet habe, sie gebe nicht zu, daß eine andere europäische Macht das Niltal besetze. Und am 9. September 1898 ließ Salisbury den französischen Minister des Äußern telegraphisch verständigen, daß alle bisher vom „Kalifen" beherrschten Gebiete durch das Recht der Eroberung an die britische und ägyptische Regierung übergegangen seien. Man fragte an, warum Frankreich die Expedition Marchand ausgesandt habe, die sie doch als einen unfreundlichen Akt gegen England erkennen mußte. Frankreich suchte die Expedition dadurch zu verteidigen, daß ja der Sudan für Ägypten verloren war. Ein neues Blaubuch vom 24. Oktober veröffentlichte neue Schriftstücke über die Verhandlungen mit Frankreich. England verlangte entschieden, daß Marchand sich über die Wasserscheide zwischen Ubanghi und den Nebenflüssen des Nils auf anerkannt französisches Gebiet zurückziehe. Nach dem französischen Gelbbuch vom 23. Oktober pochte Minister Delcassé auf die nationale Ehre

Frankreichs. Die öffentliche Stimmung war auf beiden Seiten des Kanals aufs höchste erregt. Der Schatzkanzler Hicks Beachs sagte in einer Rede, 19. Okt., England habe seine Stellung genommen und beharre dabei: Es würde wohl ein großes Unglück sein, wenn nach mehr als achtzigjährigem Frieden die freundlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen gestört und England in einen großen Krieg gestürzt werden sollte; allein es gebe größere Übel als den Krieg, und die Regierung werde vor nichts zurückschrecken, da sie wisse, daß sie das ganze Land hinter sich habe. Beiderseits wurde mächtig gerüstet, in Portsmouth, in Gibraltar, in Wei-Hai-Wei, in Toulon und Brest, aber da das französische Ministerium in der Dreyfus-Affäre stürzte (25. Okt.), so mußte die so innerlich geschwächte neue französische Regierung in der Faschodafrage nachgeben. Eine offizielle Note erklärte am 4. November, die Regierung habe beschlossen, die Mission Marchand in Faschoda nicht aufrechtzuerhalten; dieser Beschluß sei vom Ministerrat nach eingehendster Prüfung der Frage gefaßt worden. Das wurde im ganzen Land als größte Demütigung empfunden, ärger als der Verlust des Elsaß, um das man wenigstens heldenhaft gekämpft habe; hier aber wich man schmachvoll und feige vor einer britischen Boxergebärde zurück. In England triumphierte man über den Entscheidungsschlag gegen Frankreich. Lord Salisbury sagte am 9. November in der Guildhall: „Wir sind mit der gegenwärtigen Lage in Ägypten ganz zufrieden ... Der Sieg Wolselys bei Tel el Kebir (1882) war der Anfang unserer neueren englisch-ägyptischen Geschichte. Dasselbe gilt von Kitcheners Sieg bei Omdurman ...“ Herausfordernd und zurechtweisend war eine Rede des britischen Botschafters Monson in Paris bei einem Fest der englischen Handelskammer, 6. Dez.: „Wir freuen uns der kolonialen Ausdehnung Frankreichs. Aber ich beschwöre Sie, die Politik der Nadelstiche nicht fortzusetzen und England zu reizen; das würde ein stolzes Volk in einem gegebenen Augenblick unerträglich finden. Ich beschwöre diese Herren, der Versuchung zu widerstehen, durch jämmerliche Machenschaften den englischen Unternehmungsgeist hemmen zu wollen. Ich bedaure, eine Quertreiberei dieser Art in dem Vorschlag zu sehen, im kürzlich eroberten Sudan neben unsern Lehranstalten Gegenschulen zu errichten. Eine solche grundlose Herausforderung, der hoffentlich keinerlei amtliche Unterstützung zuteil wird, könnte die Wirkung haben, die Politik rücksichtsvoller Schonung zu ändern, die uns abhält, alle Vorteile aus unsern jüngsten Siegen und unserer heutigen Stellung zu ziehen.“ Diese hochfahrenden Reden mußte sich Frankreich nun gefallen lassen. Freilich warfen manche Politiker, wie Cassagnac, die Frage auf, ob es nach alledem nicht geraten sei, die Revancheidee aufzugeben und sich mit Deutschland gegen England zu verbinden. Aber zu dieser einzig vernünftigen Politik war Frankreichs öffentlicher Geist bereits zu sehr heruntergekommen. Das zeigte sich in der die Faschodafrage so katastrophal beeinflussenden Dreyfus-Affäre, der wir uns daher sofort zuwenden müssen.

Dreyfus. Wir haben schon gehört, wie sich das Bedenken erhob, Dreyfus sei vielleicht durch gefälschte Schriftstücke in den Verdacht des Landesverrats gekommen. Aber der Major Esterhazy, der dieser Fälschung beschuldigt war, wurde am 11. Januar freigesprochen. Darauf veröffentlichte Emil Zola am 13. Januar einen offenen Brief an den Präsidenten

der Republik folgenden Inhalts: „Ich klage Paty de Clam an, der diabolische Urheber des Justizirrtums zu sein. Ich klage General Mercier der Mitschuld hierbei an. Ich klage Villot an, die Beweise der Unschuld des Dreyfus unterdrückt, und Boisdeffre und Gonse, hierbei mitgewirkt zu haben. Ich klage Pellieux und Ravary einer verbrecherischen Untersuchung an. Ich klage das erste Kriegsgericht an, Dreyfus auf ein geheim gehaltenes Dokument verurteilt, und ich klage das zweite Kriegsgericht an, wissentlich einen Schuldigen freigesprochen zu haben. Man möge mich vor die Geschwornen stellen und eine offene Untersuchung einleiten . . . Sie, Herr Präsident, haben sich durch das verherrlichte russische Bündnis erhöht. Sie haben einen Triumph durch die Weltausstellung, dieses Fest der Freiheit und der Kunst vorbereitet. Aber welch ein Flecken auf Ihrem Ruhm ist diese abscheuliche Dreyfusangelegenheit! Ein Kriegsgericht hat auf Befehl einen Esterhazy freigesprochen; es ist dies eine Ohrfeige für Recht und Wahrheit. Ich will kein Mitschuldiger sein . . . Anfangs war es Mangel an Urteilskraft, nach und nach überwogen die religiösen Leidenschaften. Sie, Herr Präsident, haben zwar keine Verantwortlichkeit, da Sie Gefangener der Verfassung und Ihrer Umgebung sind; aber Sie haben Pflichten als Mensch. Ich verzweifle nicht am Triumph der Wahrheit. Die Wahrheit ist auf dem Anmarsch, und nichts wird sie aufhalten. Heut erst beginnt die Sache. Wenn man die Wahrheit unter die Erde begräbt, so gewinnt sie dort eine große Explosionskraft und sprengt alles mit sich in die Luft."

Es erfolgten darauf stürmische Kammerdebatten. Cavaignac wollte wissen, Dreyfus habe vor seiner Degradierung dem ihn begleitenden Offizier gestanden, er habe allerdings Dokumente ausgeliefert, aber nur um wichtigere Dokumente dafür zu erhalten. Infolge der weiteren Wortwechsel entstand schließlich ein Faustkampf und allgemeines Handgemenge (22. Jan.). Jaurès, der Sozialist, erinnerte an einen in Deutschland geführten Spionageprozeß; warum solle dergleichen nicht auch in Frankreich verhandelt werden. Er behauptete, die Republik befinde sich seit sechzehn Jahren in den Händen der Hochfinanz; die Majorität habe die Republik der militärischen und klerikalen Reaktion ausgeliefert.

In diesem Augenblick hielt es die reichsdeutsche Regierung für angezeigt, sich über den Fall auszusprechen. Staatssekretär v. Bülow erklärte am 24. Januar im Reichstag „auf das allerbestimmteste, daß zwischen dem gegenwärtig auf der Teufelsinsel befindlichen französischen Exkapitän Dreyfus und irgendwelchen deutschen Organen Beziehungen oder Verbindungen irgendwelcher Art niemals bestanden haben". Dasselbe erklärte man in Italien. In Frankreich bezeichnete man diese Erklärungen als bedeutungslos; es werde dadurch nicht bewiesen, daß Deutschland Dreyfus zu Spionendiensten nicht gebraucht habe.

Zola.

In Frankreich (und Algier) machte sich eine antisemitische Agitation gegen das „Dreyfus-Syndikat" geltend. Der Prozeß gegen Zola begann am 7. Februar unter großen Demonstrationen für und wider. Die Widersprüche der „Sachverständigen" im Schreibfach wirkten fast komisch. Die vernommenen Offiziere erklärten die Schuld des Dreyfus für sicher. Zola wurde am 23. Februar wegen Beschimpfung der Armee zu einem Jahr Gefängnis, 3000 Franks Geldstrafe und in die Kosten verurteilt. Allerdings erklärte der Kassationshof am 2. April den ganzen Zolaprozeß für null und nichtig aus dem formellen Grund, weil der Kriegsminister anstatt des einzig berechtigten Kriegsgerichtes geklagt habe. Der Kriegsminister Cavaignac faßte am 7. Juli in der Kammer noch einmal seine Beweise für die Schuld des Dreyfus zusammen, und am 9. Juli wurde im Verleumdungsprozeß der Schreibsachverständigen gegen Zola und den Herausgeber des Blattes „Aurore" Zola zu 2000 Franks Geldstrafe und 15 Tagen Gefängnis und mit dem Herausgeber zur Zahlung von 5000 Franks Schadenersatz an jeden der drei Sachverständigen verurteilt. Diese Strafen wurden vom Appellhof noch erhöht. Wegen Beleidigung des Kriegsgerichts wurde Zola am 18. Juli in neuer Verhandlung zu einem Jahr Gefängnis und 3000 Franks Strafe verurteilt. Zola wurde auch von der Mitgliederliste der Ehrenlegion gestrichen; infolgedessen legten auch andere Schriftsteller ihre Mitgliedschaft freiwillig nieder. Es war aber schwächlich von Zola, daß er sich dem Vollzug des Urteils durch Flucht ins Ausland entzog.

Enthüllungen.

Aber nun kamen die Enthüllungen. Oberst Picquart erklärte in einem offenen Schreiben an den Ministerpräsidenten, er könne die Fälschung der Schriftstücke, die Dreyfus belasten, beweisen, und er denunzierte weiters den Major Paty de Clam und Esterhazy der Fälschung. Ferner wurde im Kriegsministerium festgestellt, daß Oberstleutnant Henry einen Hauptbeweis für die Schuld des Dreyfus gefälscht habe. Infolgedessen trat der Generalstabschef Boisdeffre am 30. August zurück. Oberst Henry tötete sich am folgenden Tag im Gefängnis. Am 3. September trat auch der Kriegsminister Cavaignac zurück, erklärte aber, er sei überzeugt von der Schuld des Dreyfus und Gegner der Revision. Sein Nachfolger wurde Zurlinden, er trat aber auch bald zurück. Frau Dreyfus richtete ein Gesuch um Revision des Prozesses an den Justizminister. Esterhazy verschwand aus Paris. Paty de Clam wurde in Nichtaktivität versetzt. Oberst Picquart wurde auch wegen Fälschung angeklagt und verhaftet. Der Ministerrat beschloß aber unter dem Vorsitze Faures die Revision des Dreyfus-Prozesses (26. Sept.). Die öffentliche Meinung war durchaus für und wider geteilt und im tiefsten aufgewühlt. Es begreift sich, daß dem leidenschaftlichen Sinn der Franzosen in diesem Augenblick der klare Blick für die viel wichtigere Faschodaangelegenheit fehlte und daß sie also über der an sich belanglosen Affäre Dreyfus ihre ganze politische Stellung England gegenüber verspielten.

In einer anderen Frage war ein günstiges Übereinkommen gelungen. Am 14. Juni erlangte Frankreich von England ein Zugeständnis über das

streitige Gebiet am Niger; dadurch wurden alle französischen Kolonien mit ihren Hinterländern verbunden, Frankreich erhielt das ganze Ostufer des Tsadsees von Barma bis zur Scharimündung. Niger.

Die Maiwahlen zur Deputiertenkammer ergaben folgendes Bild: 247 Republikaner, 98 Radikale, 72 Sozialistisch-radikale, 55 Sozialisten, 48 Monarchisten, 32 Ralliierte, 17 Nationalisten, 8 Antisemiten, 3 Christlich-demokratische. — In Algier wollte man die Judenemanzipation aufheben und die Juden so zur freiwilligen Auswanderung veranlassen.

Von Frankreichs Zukunft handelten zwei Bücher, Alfred Fouillée „Psychologie du peuple français“ und Gaston Routiers „Grandeur et décadence des Français“.

Pierre Puvis de Chavannes, der große französische Historienmaler, starb in Paris, berühmt durch seine allegorischen, dekorativen, religiösen und monumentalen Bilder. Wir reichen ihm im Namen der Geschichte, der Kunst und Kultur die schönste Palme, die wir zu vergeben haben. Er hatte, als er starb, nicht seinesgleichen. Seine Kunst war reiner, einheitlicher und ganzer als die des von uns so hoch geschätzten Klinger, reiner als die Böcklins. Jedenfalls vereinigte sich in ihm alles, was an französischem Ruhm echt war gegenüber dem zum Himmel stinkenden Naturalismus. Man kann ihn einen Bruder unserer Nazarener und einen Romantiker nennen, wenn man darunter höchste, echteste Klassizität versteht, einen Verwandten der ebenso schätzenswerten englischen Präraffaeliten. Die Erinnerung an ihn versöhnt uns mit der modernen Kultur; denn modern war er doch in Technik und Geist. Puvis de Chavannes.

A. G. van Hamel suchte in einer zu Groningen gehaltenen Rektoratsrede die französische Seele in der Literatur Frankreichs (Allg. Ztg., 11. Jan.). Er fand sie am bestimmtesten in der alten Epik mit deren nationalheroischem Idealismus. Darin stimmen wir ihm völlig bei.

Eine neue vielbändige französische Literaturgeschichte begann mit den beiden ersten Bänden eine Schilderung des Mittelalters, eingeleitet durch den ausgezeichneten Forscher Gaston Paris. Es waren im ganzen 44 Mitarbeiter genannt, davon 11 bei den ersten zwei Bänden.

Ein junger Pariser Anhänger Nietzsches, Ernest la Jeunesse, schrieb die „Imitation (Nachfolge) unseres Meisters Napoleons“.

Zola erzielte mit „Paris“, dem letzten Teil der „Drei Städte“, den Erfolg eines literarischen Bankerotts. Das Motto war: Alles ist Korruption. Die Lösung der Fabel mit der beabsichtigten Sprengung der Herz-Jesu-Kirche war geradezu albern. — E. Rostands originelles Drama „Cyrano de Bergerac“ hatte in der Bearbeitung von L. Fulda auch in Deutschland vielen Erfolg.

Die Gobineauvereinigung, an deren Spitze L. Schemann, Freiherr H. P. v. Wolzogen und Philipp Graf zu Eulenburg standen, wirkte für die Verbreitung der Rassentheorie des geistvollen Franzosen (Allg. Ztg., 27. Aug.). Schemann übersetzte Gobineaus Buch über die Rassen.

Der Astronom Camille Flammarion wandte den Kinematographen an zu Zwecken seiner Wissenschaft.

Englands Landhunger war nur die andere Seite seiner fortwährenden Gefährdung. So war die indische Grenze durch die Bergstämme und weiterhin durch Rußland bedroht. Der Kolonialminister Jos. Chamberlain meinte England.

(18. Jan.): „Wenn es möglich wäre, würde es sehr wünschenswert sein, daß die fortdauernde Erwerbung großen Landgebietes zu einem Ende käme. Großbritannien habe genug Land und genug barbarisches Volk zu regieren; wenn es aber seinen Handel bewahren und heben wolle, so müsse es vorwärtsschreiten, das Errungene festhalten und erweitern, die Hand auf künftige Interessengebiete legen („Claims") und sich rüsten. Wir müssen uns enger an unsere Kolonien anschließen und bei ihnen die Stärke und Stütze suchen, die wir nie bei fremden Nationen finden werden." Eine neue Beunruhigung kam über die Engländer, als Krüger zum Präsidenten der Südafrikanischen Republik wiedergewählt wurde, obwohl er sich in seiner Antrittsrede freundlich äußerte.

Im März legte die Regierung dem Parlament eine Vorlage über die Flottenverstärkung vor. Im April wurde die Tatsache bestätigt, daß
Wei-Hai-Wei. China an England Wei-Hai-Wei verpachtet habe. Der Schatzlord Balfour erklärte, das sei notwendig gewesen, um der Besitznahme von Port Arthur durch Rußland das Gleichgewicht zu bieten und zu verhindern, daß der Golf von Petschili in die maritime Gewalt einer einzigen Macht komme. Im übrigen äußerte er sich sehr deutschfreundlich: die Besetzung von Wei-Hai-Wei sei, obwohl es auf der Halbinsel Schantung liege, nicht gegen die deutschen Rechte in dieser Provinz gerichtet.

Ernster sprach sich im Mai J. Chamberlain über die kritische auswärtige Lage aus; die Zeit könne bald kommen, da man die Vaterlandsliebe der Bürger anrufen müsse. England stehe allein. Nächste Pflicht sei es, sich den amerikanischen Vettern anzuschließen; ein Bündnis der Angelsachsen sei das schönste Ziel eines kommenden Krieges. „Wir haben künftig mit Rußland in China wie in Afghanistan abzurechnen. Aber ohne einen Verbündeten können wir Rußland nicht ernstlich Schaden tun. Es handelt sich um das Schicksal von ganz China, wo unsere Interessen so unendlich groß sind, daß nie eine größere Lebensfrage zur Entscheidung der britischen Regierung und der Nation stand." Dem Plane Chamberlains, sich mit Deutschland und Österreich gegen Rußland zu verbünden, widersprachen andere Stimmen: Deutschland sei der allein gefährliche Mitbewerber in China; es will mit Rußland gut stehen und Zwietracht zwischen England und Frankreich säen. Lord Kimberley, der Führer der Opposition, hielt eine Allianz mit den Vereinigten Staaten für undenkbar. Der Premier Salisbury sprach seine Sympathie für Japan aus. Die Liebe zu China bekundete England dadurch, daß es sich ein neues größeres Gebiet rings um Hongkong verpachten ließ (9. Juni). Nach dem Ausgang des Spanisch-Amerikanischen Krieges erklärte Salisbury am 9. November „das Erscheinen der Amerikaner unter den Faktoren der europäischen Diplomatie für ein schwerwiegendes, ernstes Ereignis, das vielleicht nicht den Interessen des Friedens dienlich sein mag, aber gleichwohl die Interessen Großbritanniens wahrscheinlich fördert. Ein Konflikt könne sich erheben über die Frage, wer die Besitzungen gewisser Nationen (Spanien) erben soll. Heutzutage kann ein Krieg mit schrecklicher Schnelligkeit ausbrechen. England kann sich in einem solchen Fall nur erhalten, wenn es jeden Augenblick eine Seemacht vereinigen kann, welcher es kein Gegner gleichtun kann." — Bald darauf äußerte sich Chamberlain

gegen dauernde Allianzen: „Es ist unweise, uns mittels künstlicher Bande in die Wechselfälle der europäischen Politik zu verwickeln. England und die Vereinigten Staaten sollen sich also in engem Zusammenhang halten und, wenn ihre Interessen identisch sind, auch für deren Verteidigung eintreten." Und über das Verhältnis zum Deutschen Reich sagte er am 8. Dezember: „Ich glaube, wir können hoffen, daß in Zukunft die beiden Nationen, die größte Flottenmacht der Welt und die größte militärische Macht, sich häufiger einander nähern können ... Einstweilen ist diese Entente mit Deutschland ein Erfolg und nicht der geringste unserer Regierung."

Im übrigen sind blutige Tumulte in Irland und die feierliche Beisetzung Gladstones in der Westminsterabtei zu erwähnen.

England, bisher der manchesterliche Hort des Freihandels, begann sich auch zu schützen gegen auswärtige Konkurrenz. Aber das Handelsmarkengesetz von 1887 hatte ganz seinen Zweck verfehlt. Das „Made in Germany" wurde schließlich zur Empfehlung, zur Verkündigung der Leistungsfähigkeit deutscher Industrie. Nun suchte Chamberlain, der Gönner der Gewalt- und Korruptionspolitik in Transvaal, die schutzzöllnerische Strömung mit der imperialistischen zu vereinigen. Die engere Verbindung Englands mit den Kolonien hatte schon Charles Dilke 1868 in seinem Buch „Greater Britain" gefordert. Seit 1884 wirkte in diesem Sinn die „Imperial Federation League". Die englisch-indische Kolonialausstellung in London von 1886 gab Anlaß zu Verhandlungen. 1887 wurde der Grundstein gelegt zum „Imperial-Institute", einem Kolonialmuseum, das 1892 eröffnet wurde. Seit 1890 verhandelte England mit den Kolonien über die Kündigung der Meistbegünstigungsverträge mit Deutschland und Belgien, die auch 1897 erfolgte, zum Schaden Deutschlands, zur Vorbereitung eines großenglischen Imperiums auf wirtschaftlichem Gebiet.

„Made in Germany."

„Greater Britain."

In England zeigte sich eine idealistische Bewegung der Philosophie, die sich mit der Richtung Euckens berührte (Allg. Ztg., 8. Juni). — In Rom und Paris fanden Gebetsvereinigungen statt zur Rekatholisierung Englands. Allerdings zeigte es sich, daß eine Massenbekehrung unmöglich war, doch nahm die Zahl der Einzelbekehrungen jährlich um etwa tausend zu. — In England nahm aber die Bewegung gegen die katholisierenden Bestrebungen der Hochkirche einen tumultuösen Charakter an; so fanden in mehreren Kirchen große Schlägereien statt zwischen Ritualisten und Reinprotestanten unter dem Ruf: „No popery!" Die neue Bewegung in der englischen Kirche ging vom Protest des Kensit gegen romanisierende Gottesdienste aus. Aber diese papistische Tendenz wurde immer stärker. — Walter Walsch schrieb die „Geheime Geschichte der Oxford-Bewegung" (Allg. Ztg., 1. Mai). — Die englische Belletristik zeigte eine starke Vorliebe für religiöse Probleme (Allg. Ztg., 14. Sept.).

Es erfolgten Einladungen zu einem zweiten Religionskongreß in Benares für 1900; sie ergingen an Bekenner des Buddha, des Brahmanentums, des Taoismus, der Lehre des Konfucius und des Zoroaster, des Mosaismus, des Christentums, des Islams und der Religion Ram Mahun Roys.

John Ruskin wurde durch Übersetzungen mehr bekannt. Er war ein aufopfernder Apostel des Kunstverständnisses und der Beziehungen zwischen Kunst und Leben, Kunst und Volkswirtschaft. Als Anhänger der Präraffaeliten legte er größten Wert auf die Rückkehr zur Natur und die Durchbildung des

Ruskin.

Künstlers mit ethisch-religiösen Gefühlen. Ihm ist das Kunstwerk „Ausbruch des Entzückens, des Lobes über die Wirklichkeit". Er war kein Moderner. Er lehrte die Kraft des Willens, nicht das traumhafte Produzieren. Die Kunst hat Ziele zu erreichen, deutliche Zwecke zu erfüllen. Sie muß Tendenzdichtung sein. Die Kunst ist nicht Nachahmung, sondern Verdeutlichung der Natur, ihre Offenbarung. — Aymer Vallance widmete dem interessanten Maler, Dekorateur, Dichter und Sozialpolitiker W. Morris ein Buch der Erinnerung, das auch in die Kreise der Präraffaeliten einführte. Als Dichter behandelte Morris mit Vorliebe die altnordische Welt.

Um den Anarchismus zu bekämpfen, wurde der Vorschlag gemacht, alle Staaten sollten sich der nicht staatsangehörigen Anarchisten entledigen. Dem widersprach nur das von England zur Schädigung aller übrigen Staaten boshafterweise festgehaltene Asylrecht für derlei internationale Verbrecher.

Ernst Schultze berichtet in der „Allgemeinen Zeitung", 10. Oktober, über Englische Volksbibliotheken.

Man empörte sich über die bei den englischen Truppen gebräuchlichen Dumdum-Geschosse, so genannt nach der Dumdum-Munitionsfabrik in Kalkutta. Diese den Jägern längst bekannte Vorrichtung rief unheilbare Verwundungen hervor.

Deutsches Reich in Kiau-Tschou.

Der Pachtvertrag des Deutschen Reiches mit China über die Bucht von Kiautschou wurde am 5. Januar im Reichsanzeiger veröffentlicht. Staatssekretär v. Bülow berichtete am 24. Januar im Reichstag über die von der chinesischen Regierung der katholischen Mission versprochene volle Entschädigung. Zur Sühne des Todes der Missionare sollten drei Kirchen errichtet und mit einer kaiserlichen Schutztafel versehen werden, ferner wurde das Geld für sieben Missionshäuser angewiesen, und ein besonderes Edikt der chinesischen Regierung nahm die Missionare in Schutz. „Die beste Bürgschaft erblicken wir aber in der dauernden Anwesenheit deutscher Kriegsschiffe und der deutschen Besatzung in der Kiautschou-Bucht, durch welche die Macht des Deutschen Reiches den chinesischen Behörden und der Bevölkerung sichtbar gezeigt wird." Bülow setzte seine Ausführungen am 8. Februar fort: „Die Entsendung unseres Kreuzergeschwaders war das Ergebnis reiflicher Erwägung. Wir brauchen in Ostasien einen territorialen Stützpunkt. Das chinesische Reich mit seinen 400 Millionen bildet einen der zukunftsreichsten Märkte der Welt; davon durften wir uns nicht ausschließen, wenn wir voran wollten, wenn wir nicht eine Macht zweiten oder dritten Ranges bleiben wollten ... Nachdem das Reich den Schutz über die christlichen (?) und katholischen Missionen in Shantung übernommen hat, mußte es schwer ins Gewicht fallen, daß der Vorsteher dieser Missionen, der Bischof Anzer, uns erklärte, daß unsere Festsetzung in Kiautschou eine Lebensfrage sei für die Mission. Das Pachtgebiet ist wesentlich größer als der (damalige) englische Besitz um Hongkong ... Wir wünschen aufrichtig die Wohlfahrt von

China. Es besteht nun schon seit 4377 Jahren, und ich sehe keinen Grund ein, warum das nicht noch 3000 Jahre so weiter gehen soll. Wir denken auch nicht daran, dem japanischen Volke zu nahe zu treten, dessen rasche Entwicklung und hohe Begabung Europa Achtung einflößen ... Kiautschou bietet genügende Unterkunft für jede Kriegsmarine, wie für den bedeutendsten Handelsverkehr. Es besitzt eine zentrale Lage, ein gutes Klima, Steinkohlen in seiner Nähe ... Ich bin überzeugt, daß diese Erwerbung der Ausbreitung christlichen Glaubens und christlicher Gesittung zum Segen gereichen und der Machtstellung des deutschen Volkes förderlich sein wird." — Bebel tadelte allerdings das Vorgehen gegen China, das dem Einfall Jamesons in Transvaal ähnlich sei. Deutsches Kapital werde in China eine Industrie schaffen und der einheimischen Konkurrenz machen. Lieber dankte der Regierung für den Schutz der katholischen Missionen. — Der Sozialist Schönlank sagte, Bismarck habe sich neulich dahin ausgesprochen, daß die Kiautschou-Affäre ein Strick sei, gelegt um den Hals des Reichstages zur Befriedigung der Flottenvorlage, und das Reich werde sich dabei wohl in die Nesseln setzen.

Für die Flottenvorlage setzte sich Konteradmiral Tirpitz mächtig ein. Richter widersprach dem Plan. Die Technik des Schiffbaus schreite so schnell vor, daß kleine Zufälligkeiten hinreichen, um die großen Panzerkolosse wehrlos zu machen.

Als der Kaiser am 25. März den Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kaiser Wilhelm der Große" besuchte, pries er die Segnungen des Friedens. — Tirpitz wurde preußischer Staatsminister (29. März). — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" widersprach am 9. April offiziös den Vorwürfen, als ob die Regierung sich nicht neutral verhalten hätte im spanischen Krieg und die hundertjährige Freundschaft mit den Vereinigten Staaten verletzt habe.

Als ein Nachtragskredit für Kiautschou verlangt wurde, meinte Liebknecht am 27. April, die Erwerbung sei wertlos, die Begeisterung dafür sei nur künstlich gemacht, die Flotte sei nicht notwendig, um sich Achtung zu verschaffen, die kleine Schweiz genieße ohne Flotte die größte Achtung. Bülow antwortete etwas burschikos. Bebel meinte, die Erwerbung in Ostasien habe Deutschlands Stellung verschlechtert, denn bei einem europäischen Kriege werde man sie nicht halten können (das war leider wahr). Staatssekretär Graf Posadowsky rief alle Parteien gegen die Sozialdemokratie auf, meinte aber zum Schluß: „Die besitzenden Klassen sollten mehr darauf achten, die Arbeitenden billig und gerecht zu behandeln. Das höchste Gut eines Volkes ist nicht die Dividende und der Reinertrag; man möchte wünschen, daß das deutsche Volk wieder mehr das Volk der Denker und Träumer werde und für ethische Gesichtspunkte mehr Verständnis gewinne."

Der Kaiser gab am 6. Mai den Mitgliedern des Reichstags und Bundesrats ein Festmahl und sagte dabei: „Möge jeder seine Aufgabe so auffassen, daß, wenn er dereinst zum himmlischen Appell berufen wird, er

mit gutem Gewissen vor seinen Gott und seinen alten Kaiser treten kann. Aus derselben Quelle, aus der mein Großvater zu seinem Tun und Schaffen, mein Vater zu seinen Siegen und Leiden die Kraft schöpfte, schöpfe auch ich sie: Eine feste Burg ist unser Gott! In hoc signo vinces!"

Zentrum. Die Parteien veröffentlichten ihre Wahlaufrufe. Das Zentrum verkündete: „Die Zentrumspartei ist gegründet als politische Partei zur Verteidigung der kirchlichen Rechte, zur Wahrung der politischen Freiheiten und zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Katholiken ... Mit Nachdruck sind wir bestrebt gewesen, die Beseitigung der noch bestehenden Reste des Kulturkampfes in Gesetzgebung und Verwaltung zu erreichen und so die Rechtsstellung des katholischen Volksteiles zu sichern ... Aber noch immer hält der Bundesrat das Gesetz gegen die Jesuiten und die ihnen verwandt erklärten Orden aufrecht, obwohl es mit der natürlichen Gerechtigkeit in Widerspruch steht und der Reichstag schon viermal auf unsern Antrag dessen Aufhebung gefordert hat ... Mit Bedauern erfüllt uns, daß in der begonnenen Sozialreform nicht der erhoffte Fortschritt zu bemerken ist ... Der Kampf gegen den Glaubenshaß und die Wahnideen der Sozialdemokratie, gegen den kirchenfeindlichen Liberalismus und gegen jenen Konservativismus, welcher einer einseitigen Interessenpolitik sich nicht versagt und sein Ziel in der Beschränkung der Freiheiten und Rechte des Volkes sucht, erfordert nach wie vor den Bestand der Zentrumsfraktion."

Die „Frankfurter Zeitung" brachte am 16. Mai eine Mitteilung über ein angeblich im April 1897 beim Besuch des Kaisers Franz Josef in Petersburg getroffenes Übereinkommen, darnach die Balkanhalbinsel in zwei Interessensphären geteilt worden sei. In die engere Interessensphäre Österreichs fiele Serbien, in seine weitere Makedonien mit Saloniki und Albanien. In die engere Interessensphäre Rußlands fiele Bulgarien, in seine weitere der östliche Teil der europäischen Türkei. Dieses Abkommen sei dem Deutschen Reich vollinhaltlich, Italien aber mit Ausschluß des Albanien betreffenden Passus mitgeteilt worden. Diese Mitteilung wurde sehr angezweifelt, am schärfsten von den „Hamburger Nachrichten". In der ungarischen Delegation bezeichnete Graf Goluchowski das ganze als eine plumpe Erfindung.

Kaiser Wilhelm empfing am 3. Mai aus der Hand des chinesischen Gesandten Lü-Hai-Hwan den doppelten Drachenorden. Am 15. und 16 Juni feierte er sein zehnjähriges Regierungsjubiläum. Dazu lud er die Mitglieder
Theater. der königlichen Schauspiele und hielt an sie folgende höchst bemerkenswerte Ansprache: „Als ich vor zehn Jahren zur Regierung kam, da trat ich aus der Schule des Idealismus, in welchem mich mein Vater erzogen hatte. Ich war der Ansicht, daß das königliche Theater vor allen Dingen dazu berufen sei, den Idealismus in unserem Volke zu pflegen. Ich war der Überzeugung, daß das königliche Theater ein Werkzeug des Monarchen sein sollte, gleich der Schule und der Universität, das heranwachsende Geschlecht vorzubereiten zur Arbeit für die Er-

haltung der höchsten geistigen Güter unseres Vaterlandes. Ebenso soll das Theater beitragen zur Bildung des Geistes und des Charakters und zur Veredlung der sittlichen Anschauungen. Das Theater ist auch eine meiner Waffen. Es ist die Pflicht eines Monarchen, sich um das Theater zu kümmern, eben weil es eine ungeheure Macht in seiner Hand sein kann. Ich bitte Sie, mir beizustehen, im festen Gottvertrauen dem Geiste des Idealismus zu dienen und den Kampf gegen den Materialismus und das undeutsche Wesen fortzuführen, dem schon leider manche deutsche Bühne verfallen ist." — Am selben Tag hielt der Kaiser auch eine Ansprache an die Leibregimenter: „Die wichtigste Erbschaft, welche mir Großvater und Vater hinterlassen haben, ist die Armee . . ."

Die Reichstagswahlen ergaben um diese Zeit folgende Resultate: Zentrum 101 Gewählte, Sozialdemokraten 56, Konservative 52, Nationalliberale 48, freisinnige Volkspartei 29, Reichspartei 22, Polen 14, Freisinnige Vereinigung 13, Reformpartei 10, Welfen 10, Elsässer 10, Süddeutsche Volkspartei 8, Bauernbund 4, Bund der Landwirte 2, Dänen 1, Christlichsoziale 1, Fraktionslose 17. Die Konservativen hatten am meisten Mandate (12) verloren, die Sozialdemokraten am meisten (8) gewonnen. Man befürchtete davon eine schlimme Zukunft. „Solange das Reich noch nicht bestand, sehnte sich alles darnach; jetzt wo es besteht, verbündet sich dasselbe Volk mit der Umsturzpartei gegen das Reich, um es zu stürzen. Ist das nicht dämonisch?" Die Antisemiten verlangten Wahlpflicht. Auf dem Abgeordnetentag des Deutschen Kriegerbundes, 10. Juli, forderte der Vorsitzende General v. Spitz die Mitglieder auf, sich jeder Unterstützung der sozialdemokratischen Partei zu enthalten, da diese auf Vernichtung der Monarchie und des Nationalstaates ausgehe.

Bismarcks Tod.

Der Tod des Fürsten Bismarck (30. Juli) wurde als Markstein der Geschichte empfunden, obwohl das politische Wirken des Altkanzlers schon seit acht Jahren gehemmt war; denn seine fortgesetzten Ansprachen, seine verblüffenden Enthüllungen ließen noch immer die Möglichkeit irgendeines unerwarteten Eingreifens offen. Glaubte man ja doch manchmal in ihm einen zweiten Wallenstein zu sehen. Alle Befürchtungen dieser Art hörten nun auf. Nun erst war die Tätigkeit dieser stärksten Persönlichkeit abgeschlossen. Das Ereignis wurde von Dr. Schweninger dem Kaiser telegraphisch nach Norwegen gemeldet. Der Kaiser erwiderte durch ein Beileidtelegramm an Fürst Herbert Bismarck: „In tiefer Trauer teilnehmend an dem Schmerz, der Sie alle um den teuren großen Toten erfaßt, beklage ich den Verlust von Deutschlands großem Sohne, dessen treue Mitarbeit an dem Werke der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihm die Freundschaft meines Großvaters, des großen Kaisers, fürs Leben erwarb und den unauslöschlichen Dank des ganzen deutschen Volkes für alle Zeiten. Ich werde seiner Hülle in Berlin im Dom an der Seite meiner Vorfahren die letzte Stätte bereiten." Hierauf antwortete Herbert Bismarck, daß diesem Wunsche des Kaisers die eigenen letztwilligen Verfügungen des Verstorbenen entgegenständen. Darnach sollte

die Einsegnung im engen Familienkreise stattfinden und die Leiche im Trauerhaus bleiben, bis ein Mausoleum im Friedrichsruher Park fertiggestellt sei. Die Grabschrift sollte lauten: „Ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms des Ersten". Also nicht des Großen und nicht seines Sohnes und Enkels. Der Kaiser reiste zur Einsegnung sofort zurück.

Eine der ersten Kundgebungen nach Bismarcks Tode war es, daß sein Famulus Moritz Busch schon am 31. Juli im Berliner Lokal-Anzeiger, offenbar im Auftrag des Verstorbenen, dessen Entlassungsgesuch vom 18. März 1890 veröffentlichte. Sehr verschieden waren die Nachrufe in den Blättern. Die Konservativen sympathisierten nur mit dem jungen Bismarck vor 1862. „Zu der inneren Politik, wie sie seit Aufrichtung des Reiches geführt wurde, haben wir uns dann freilich oft im Gegensatz befunden; sein Bund mit dem Liberalismus, seine Stellung des Reiches auf breite demokratische Basis, sein Kulturkampf unter Beihilfe der Kirchenfeindschaft, sein Widerstand gegen starke Sozialreform: alledem haben wir um des Gewissens willen oft widersprechen müssen." Der sozialdemokratische „Vorwärts" schrieb: „So wenig es für Bismarck moralische oder kulturelle Faktoren gab, so wenig gab es für ihn moralische und kulturelle Ideale. Er rechnete nur mit materiellen Interessen und mechanischen Machtfaktoren. Der Besitz der Macht war ihm höchstes Mittel und höchstes Ziel. Acht Jahre lang im Sachsenwald lebendig begraben, hat er seinen politischen Tod um acht Jahre überlebt. Und diese acht Jahre hat er dazu benützt, seine ohnmächtige Rachsucht an seinen persönlichen Feinden zu stillen und die Legende seines Ruhmes zu zerstören. Die Bismarcklegende wird nicht zwei Menschenalter lang auf uns lasten wie die Napoleonlegende auf Frankreich; allein froh wollen wir sein, wenn binnen eines Menschenalters der Augiasstall ausgeräumt ist, den die Ära Bismarck mit dem Schmutz finanzieller und politischer Korruption bergehoch angefüllt hat." Die „Münchener Post" schrieb im selben Geist: „Was dem Fürsten Bismarck das Volk zu danken hat, das ist mit eisernem Griffel zu seiner und des Reiches Schande in die Geschichte unauslöschlich eingegraben." Die italienische Presse verglich ihn mit Cavour, die englische mit Gladstone. In der französischen Volksmeinung nahm er die Form eines blutdürstigen Menschenfressers an.

Der Kaiser erließ am 1. August folgenden Armeebefehl: „Die Trauerkunde vom Hinscheiden des Generaloberſten . . . Otto Fürsten v. Bismarck, des letzten Beraters meines Großvaters in großer Zeit, erfüllt mich, mein Heer und ganz Deutschland mit tiefster Betrübnis. Der Verewigte hat sich durch die mit eiserner Willenskraft geförderte Neugestaltung des Heeres ein unvergängliches Denkmal gesetzt . . ." Ein Erlaß vom 2. August besagte: „Wir, die wir Zeugen seines herrlichen Wirkens waren, die wir an ihm, als dem Meister der Staatskunst . . . als dem treuesten Diener seines Kaisers bewundernd aufblickten, sind tief ergriffen durch den Heimgang des Mannes, in dem Gott der Herr das Werkzeug geschaffen, den unsterblichen Gedanken an Deutschlands Einheit und Größe zu verwirklichen . . . Mich drängt es, . . . im Namen der Nation das Gelübde abzulegen, das, was er, der große Kanzler, unter dem Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu

erhalten und auszubauen und, wenn es not tut, mit Gut und Blut zu verteidigen. Dazu helfe uns Gott der Herr!"

Eine reiche Ikonographie Bismarcks gibt zu seinem Tode die „Illustrierte Zeitung", 2875: Zwei Gemälde Lenbachs, die Statue G. Eberleins „Der Heros Deutschlands" u. s. w. Dort sagt Moritz Busch über Bismarcks Wesen und Werk: „Er war der Reformator der Politik nach den Forderungen des Lebens ... Niemand war auf die Dauer mit ihm zufrieden ..." Über die letzten Jahre sagte Busch: „Der Fürst hat durch warnende Kritik die Pflicht, für die Wohlfahrt seiner Schöpfung zu sorgen, erfüllt. Man erinnere sich der Enthüllung über das Rückversicherungsbündnis mit Rußland, die von ihm selbst ausging und sehr mit Unrecht von Gegnern getadelt wurde. Daneben begann er eine Arbeit, die man seine Memoiren nannte ... Zu einer Selbstbiographie fehlten die Akten, die volle Kraft des Gedächtnisses und schließlich auch die unbefangene Objektivität. Bismarck machte die Geschichte seinerzeit, vermochte sie aber nicht zu schreiben, und Lothar Bucher, der dem als Zensor bis zu einem gewissen Grad abhelfen konnte und sollte, starb vor Vollendung des Werks ... So blieb die Arbeit ein Torso. Was den Besuch Bismarcks vom 26. Januar 1894 in Berlin betrifft und die Ehrung, die ihm der Kaiser am 19. Februar in Friedrichsruh erwies, so ist diese Aussöhnung ohne praktische Folgen geblieben ... Nicht Deutschland allein, ganz Europa kann dem Staatsmann Dank wissen dafür, daß seine Schöpfung es gewesen ist, die in der Mitte des Kontinents ein festgefügtes Gebiet begründet hat, das dazu beigetragen hat, seit nahezu dreißig Jahren den Frieden zu bewahren. Aus diesem Grunde wird der geniale Staatslenker auch den Wohltätern der Menschheit beigezählt werden müssen." Ernst Scherenberg dichtete vom „Toten im Sachsenwald": „Darniedergestreckt nun die Reckengestalt! Die Wodanseiche zerschmettert im Wald! ... Du lebst uns, Heros in Lichtgestalt, unsterblich weiter im nordischen Wald. Hier, wo du schlummerst im Spätrotschein, ist fortan Deutschlands heiliger Hain ..."

Es wurde festgestellt, daß Bismarck eine Kopfweite von 62 cm hatte, 6 cm mehr als die Durchschnittsweite.

Katholikentag.

Auf dem Katholikentag zu Krefeld, 21. August, hielt der Präsident Freiherr v. Freyberg auch einen Nachruf an Bismarck, darin es unter anderm hieß: „Er war ein erbitterter Feind der katholischen Kirche. Aber gerade diese Feindschaft hat das Ansehen des Zentrums erhöht ... Es sei ferne von mir, heute den Vorhang wegzuziehen von jenem traurigen Schauspiel des Kulturkampfs, dessen Abschluß allerdings, freilich gegen den Willen seines Urhebers, für uns so segensreich war. Der eiserne Kanzler, der mit sieggewohnter Faust auch an den Institutionen unserer katholischen Kirche zu rütteln wagte, hat sich überzeugen müssen, daß seine sonst so erprobte Staatskunst zerschellen mußte an der Einheit des katholischen Volkes, an der Glaubenstreue des katholischen Teiles des deutschen Volkes. Aber wir müssen anerkennen, daß er dem Canossaruf Folge geleistet hat und umgekehrt ist von dem eingeschlagenen Wege. Zwar hat er uns nicht den religiösen Frieden gebracht, aber, wie der Heilige Vater sagte, den Zugang zum Frieden verschafft ..."

Diese Generalversammlung der Katholiken Deutschlands wurde mit einer großen Arbeiterkundgebung eröffnet. Benno Auracher sprach über die Frage: Kann ein katholischer Arbeiter Sozialdemokrat werden? Resolutionen wurden gefaßt gegen unsittliche Druckschriften und Bilder, öffentliche Schaustellungen dieser Art und gegen die sogenannte farblose Presse. Volksbibliotheken, der Verein vom Heiligen Lande u. s. w. wurden empfohlen. Die Rede des Kölner Weihbischofs Dr. Schmitz war getragen vom stolzen Selbstgefühl ob der ausschlaggebenden Stellung des Zentrums. F. Porsch sprach über die Freiheit der Orden und gab eine Darstellung vom Besuch Windthorsts bei Bismarck vor dessen Sturz. Dr. Huppert bezeichnete die gegnerische Presse als das größte Verderben für die katholischen Familien. Wer sie hält, dürfe sich nicht mehr als treuer Sohn der Kirche bezeichnen. Lehnen führte aus, daß bei den letzten Wahlen in nichtkatholischen Gegenden über zwei Millionen sozialdemokratische Stimmen, in katholischen nur etwas über 100.000 abgegeben wurden, zur großen Ehre für die Kirche. Auch das sei nur infolge der Entkirchlichung der Schule während des Kulturkampfs geschehen. Die Kirche hat sich als die allein rettende Macht erwiesen, wenn der Staat nicht mehr helfen kann. Sie hat sich dadurch nicht als inferior, sondern als superior gezeigt. „Fort daher mit der Simultanschule, der religionslosen Schule! Wir verlangen die konfessionelle Schule in jeder Weise, in der die Religion nicht bloß Fach, sondern der Lebensnerv des Unterrichts ist."

Es wurde auch sonst das Verhältnis Windthorsts zu Bismarck besprochen; es sei ihm 1867 durch Vermittlung der Kaiserin Augusta ein hoher Posten angeboten worden. Um die Zeit des Sturzes Bismarcks betrachtete ihn allerdings der Kaiser als Feind des Hohenzollernhauses, berichtigte aber diese falsche Ansicht noch vor dem Tode Windthorsts.

Bei einem Besuch in Mainz, 20. August, sagte der Kaiser zum Oberbürgermeister: „Das römische Reich deutscher Nation ist zugrundegegangen, weil es nicht auf nationaler Grundlage aufgebaut war. (?) Das Deutsche Reich ist entstanden aus dem Bedürfnis nach gemeinsamem Zusammenhang und Oberhaupt auf Grundlage der Vaterlandsliebe."

Im September tauchten Gerüchte auf über Abmachungen mit England und Preisgabe Transvaals. Der Kaiser gratulierte sehr warm zum Sieg von Omdurman.

Bei seinem Aufenthalt in Hannover, 2. September, wies der Kaiser auf die wichtigen Kanalpläne hin. Die Hannoveraner dankten ihm, daß der hannoverschen Königsfamilie ihr Vermögen zurückgegeben sei, und der Kaiser berührte gerührt die Verwandtschaft der beiden Häuser durch die Königin Luise. In Oynhausen kündigte er ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen an. Immer wies er auf seinen Großvater hin, der vom Himmel oder von seinem Denkmal zufrieden auf seine Soldaten herabschaue. In Stettin weihte er am 23. September den neuen Seehafen

Oynhausen.

ein und sagte dabei das viel wiederholte Wort: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser."

Zu den preußischen Landtagswahlen gab das Zentrum die Parole aus: „Freie Tätigkeit unserer Orden!" Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Stuttgart, 2. bis 8. Oktober, wurden die Drohungen des Kaisers in seiner Oynhausener Rede besprochen. Es hieß: „Wir wären Hundeseelen, wenn wir nicht antworteten auf die ewige Betonung der ‚vaterlandlosen Gesellen', des ‚inneren Feindes', auf das Brandmal des ‚Zuchthauses'. Wenn der Kaiser uns den Fehdehandschuh hinwirft, wir haben den Mut, ihn aufzunehmen. Wir werden den Arbeitern sagen, daß sie vom Monarchismus nichts zu hoffen, aber alles zu fürchten haben, daß die Voraussetzung der Befreiung aus unserer Lage die Niederzwingung des Monarchismus ist." Man fand in den Äußerungen des Kaisers den Verzicht auf die 1890 in Aussicht gestellte Sozialpolitik. Andere verspotteten die „rrrevolutionären" Phrasen und verlangten eine vorsichtige Taktik. Vollmar meinte: „Es könnte uns nichts Unglücklicheres geschehen, als wenn uns plötzlich die politische Macht in die Hände fiele, weil wir noch nicht die Kraft und Fähigkeit, die politische Reife besitzen, sie festzuhalten."

Eine peinliche Differenz zwischen dem Kaiser und einem Bundesfürsten entstand wegen der Erbfolgefrage in Lippe-Detmold. Der Kaiser suchte nach dem Tode des ohne direkte Erben verstorbenen Fürsten von Lippe einen seiner eigenen Verwandten in die Erbfolge zu bringen, und dieser hatte auch ohne weiteres die Regentschaft übernommen. Aber der nächste Verwandte des Verstorbenen, der Graf zur Lippe-Biesterfeld, machte seine Ansprüche geltend, und der als Schiedsrichter eingesetzte König Albert von Sachsen entschied, daß der Verwandte des Kaisers dem Grafen zur Lippe weichen müsse. Darüber war Kaiser Wilhelm so aufgebracht, daß er in einem Telegramm an seinen abgehenden Vetter die Einwohner des Fürstentums bedauerte. Der neue Regent, ein alter Herr, hatte auf Grund der Militärkonvention mit Preußen eine Reihe von Rechten, denen gemäß er verordnete, daß seine Söhne und Töchter von den Offizieren der Garnison zu grüßen und mit „Erlaucht" anzureden seien. Da dies nicht geschah, wandte sich der Regent in einem höflichen, ja fast untertänigen Schreiben an den Kaiser mit Berufung auf seine Rechte. Darauf erhielt er aber das unwirsche Telegramm: „An den Regenten von Lippe in Detmold. 17. Juni 1898. Ihren Brief erhalten. Anordnungen des kommandierenden Generals geschehen mit meinem Einverständnisse nach vorheriger Anfrage. Dem Regenten, was dem Regenten zukommt, weiter nichts. Im übrigen will ich mir den Ton, in welchem Sie an mich zu schreiben für gut befunden haben, ein für allemal verbeten haben. Wilhelm R." Der Regent teilte nun diese zwischen ihm und dem Kaiser gepflogene Korrespondenz den übrigen Bundesfürsten mit und gab in einer Denkschrift zu bedenken, welche Folgerungen aus dieser ihm zuteil gewordenen Behandlung auch für die andern Bundesfürsten gezogen werden können. Diese Mitteilungen erregten großes Aufsehen. Nachträglich (11. Nov.) wurde auch der Brief des Regenten an den Kaiser vom 15. Juni und die Denkschrift an sämtliche Bundesfürsten bekannt. Der lange Brief begann: „Allerdurchlauchtigster Kaiser und König, allergnädigster Kaiser und Herr! Eure Majestät wollen allergnädigst geruhen, mir huldvollst Gehör zu schenken und mir

Lippe-Detmold.

Eurer Majestät mächtigen Schutz und Beistand gewähren zu wollen ... Durch die Militärkonvention vom 23. Juni 1874 ist zwar die Militärhoheit an Eure Majestät abgetreten, jedoch sind dem Kontingentherrn diejenigen Rechte verblieben, welche nicht Gegenstand jener Übereinkunft waren, insbesondere die Stellung eines kommandierenden Generals ... Da ich im Interesse der Disziplin Anstand nehme, meinerseits Gegenbefehle zu geben, zu welchen ich als Kontigents- und Landesherr dem auf mich vereideten Truppenteile gegenüber voll berechtigt zu sein glaube, appelliere ich an Eurer Majestät Gerechtigkeitssinn und bitte um die Gnade, durch ein kaiserliches Machtwort einem solchen Eingriff in die Rechte eines Bundesfürsten Einhalt zu tun ... Mit dem Ausdruck unwandelbaren Respekts habe ich die Ehre zu verharren Eurer Majestät untertänigster Diener Ernst Grafregent zu Lippe." — In der Denkschrift an die Bundesfürsten verwahrte sich der Regent gegen das kaiserliche Telegramm; er sei bereits früher „mehrfach bitteren Erfahrungen durch Ungnade Seiner Majestät preisgegeben" gewesen. „Ich kann auszusprechen nicht unterlassen, daß die Ausübung einer disziplinären Korrektur gegen ein deutsches Staatsoberhaupt das verfassungsmäßige Verhältnis der Bundesfürsten im Reiche in seinen Grundlagen verändern müßte." Ganz dasselbe könne jedem andern Bundesfürsten geschehen. Diese Veröffentlichungen im „Neuen Wiener Tagblatt" geschahen angeblich ohne Wissen des Regenten und seiner Regierung, regten aber neuerlich die Politiker und Juristen auf.

Der Kaiser begann damals den „Es-ist-erreicht"-Schnurrbart zu tragen.

Die zahlreichen Ausweisungen von Dänen und Slawen aus Schleswig und Schlesien wurden vom Zentrum und von der Linken entschieden verurteilt. Die „Kölnische Volkszeitung" schrieb am 21. November über „Reichsverdrossenheit" also: „Nur ein Schönfärber kann behaupten, daß die Stimmung gegen Preußen im Süden eine bessere geworden ist. Eher ist die Reichsverdrossenheit wieder im Wachsen, und besonders gilt dies von Bayern. Leider wird immer wieder neuer Stoff geboten, welcher geeignet ist, das Mißtrauen zu nähren, zu stärken, zum großen Schaden des Reichsgedankens. Moskau ist noch lange nicht vergessen (S. 971), und das bayrische Volk, so stolz es war über die Zurückweisung des Vasallentums durch den künftigen Träger der Krone Bayerns, kann es nicht begreifen, daß wegen der Einladung zu den Manövern in Schlesien die plötzliche Fahrt des Prinzen Ludwig nach Kiel notwendig war. Man erzählt sich auch von Telegrammen, die damals gewechselt worden, und die eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Telegramm nach Detmold gehabt haben sollen ... Man hielt es für unmöglich, daß das Präsidium des Bundes im bekannten Telegrammstil mit den Bundesfürsten verkehre. Was heute dem Grafregenten begegnet, kann es nicht morgen dem Prinzregenten widerfahren? Das ist die Schlußfolgerung in Bayern ... Das Bayernvolk, eifersüchtig auf seine Rechte in Erinnerung an seine Vergangenheit, treu ergeben seinem Königshause, wittert Gefahr, und daher die Verstimmung." Bald darauf (24. Nov.) hatte der Kaiser auf der Rückreise vom Orient eine Zusammenkunft mit dem Prinzregenten in München; man verständigte sich über die Militärstrafprozeßreform, der Prinzregent willigte in die Errichtung eines bayrischen Senats mit dem Sitz in Berlin beim Obersten Militärgerichtshof.

Reichsverdruß.

Reichstag.

Bei der Eröffnung des Reichstags am 6. Dezember kündigte der Kaiser Maßregeln an gegen den Terrorismus, durch den Arbeitswillige

an der Arbeit gehindert werden, auch Maßregeln gegen die anarchistische Propaganda. Präsident Graf Ballestrem (Zentrum) hielt den Nekrolog für Bismarck am 7. Dezember: „Wenn wir hier als Vertreter des deutschen Volkes tagen, so haben wir dies in erster Linie dem verewigten Kanzler zu verdanken. Fürst Bismarck war ein großer, gewaltiger Staatsmann, der sich die höchsten Ziele zur Einigung und zum Wohle des Vaterlandes gesetzt hat. Daß er bei der Wahl der Mittel, um diese Ziele zu erreichen, sowohl mit Parteien als auch mit Personen dieses Hauses in scharfe Konflikte gekommen ist, wer könnte es leugnen? Jedoch auch für jene, welche dem großen Kanzler in diesen Konflikten scharf gegenüberstanden, liegt kein Grund vor, die feierliche Ehrung zu verweigern. Die Majestät des Todes verklärt alles. Das Andenken des Fürsten Bismarck steht vor uns als das des großen Staatsmannes, des hervorragenden Mitbegründers des Reiches, des Vorbereiters und Ausnutzers der unsterblichen Siege unseres unvergleichlichen Heeres und nach diesen Siegen des Erhalters eines lang dauernden segensreichen Friedens." Die Sozialdemokraten verließen den Saal vor Beginn der Rede. — Bülow gab einen Überblick über die auswärtige Politik. „Der Dreibund ist nicht erschüttert worden; er gleicht einer Festung in Friedenszeiten, auf deren Glacis die Bäume mit jedem Jahr höher wachsen, was aber nicht hindert, daß im Falle des Krieges die Festung in kürzester Zeit sturmfrei gemacht werden kann ... Aber mit Allianzen ist es wie mit den Damen: die sind die besten, von denen man am wenigsten spricht ... Die Erhaltung des Friedens hängt nicht von einer einzelnen Macht ab. Wie die zentrifugalen und zentripetalen Kräfte sich zur Harmonie der Sphären vereinigen, wie das öffentliche Leben aufgebaut ist auf der Versöhnung zwischen individuellem Eigennutz und gemeinsamen Interessen, so ruht der Weltfriede auf dem Ausgleich zwischen dem berechtigten nationalen Egoismus jeden Volkes und den der ganzen Menschheit gemeinsamen Kulturaufgaben."

Man besprach das Anwachsen der sozialistischen Stimmen. Bis 1874 waren es 124.000 Stimmen, bis 1877: 352.000, im folgenden Jahr 493.000 Stimmen; während des Sozialistengesetzes 1878 bis 1881 waren es 473.000, dann 1881 bis 1884: 312.000, 1884 bis 1887 wieder 550.000 Stimmen (weil die Ausweisungen der Führer in die kleinen Städte neue sozialistische Herde schufen). In der Periode 1887 bis 1890 waren es 736.000, 1890 bis 1893: 1,427.000 Stimmen, 1893 bis 1898 gar 1,736.000 und jetzt über zwei Millionen.

Gegen den ordentlichen Professor der Geschichte an der Universität Berlin, Dr. Hans Delbrück, wurde am 19. Dezember das Disziplinar- Delbrück.
verfahren eingeleitet, weil er in den „Preußischen Jahrbüchern" geschrieben hatte: „Die jüngsten Ausweisungen in Schleswig schreien zum Himmel ... Es war alles Kinderspiel, was die Dänen damals (vor 1864) getan haben

und was den sittlichen Zorn des damaligen deutschen Volkes erregte, gegen die Gewaltsamkeit, mit der wir heute selber jene Landschaft regieren. Und noch schlimmer als die Brutalität, die uns zum Abscheu der gebildeten Welt macht, ist die Verblendung, die da glaubt, mit solchen Mitteln im Kampfe der Nationalitäten dauernde Erfolge erzielen zu können."

Ansiedlungen. Zur Beförderung deutscher Ansiedlungen in Westpreußen und Posen forderte die preußische Regierung einen neuen Fond von 100 Millionen. Fürst Hohenlohe führte aus, daß sich tatsächlich in jenen national gemischten Landesteilen die polnische Nationalität mehr und mehr auf Kosten der deutschen ausbreite. Die Polen beklagten sich, die Regierung sei nicht landesväterlich, sondern verschärfe die Gegensätze mit Beiseitesetzung aller rechtlichen und sittlichen Grundsätze eines Kulturstaates. Das Zentrum erklärte, die Vorlage sei eine Entrechtung des Polentums, eine Verletzung der Verfassung und der Gleichberechtigung. Sie solle, wie Windthorst vorausgesagt, zur Protestantisierung der polnischen Landesteile führen. Man habe bisher 2237 Protestanten und nur 171 Katholiken angesiedelt, neun evangelische und nur eine katholische Kirche gebaut. Tiedemann sagte, das Bild in Posen habe sich seit fünfzig Jahren auf wirtschaftlichem Gebiete sehr verschoben. Die Polen haben, dank ihrer großartigen Genossenschaftsbildung, einen Mittel- und Bürgerstand geschaffen, der den deutschen zum Teil verdrängt hat. Man müsse das Augenmerk nun auch mehr auf

Hakatisten. die Städte richten. Die Freisinnigen tadelten den Hakatistenverein (H.K.T.-Verein, 1894 gegründet von Hansemann, Kennemann und Tiedemann: „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken", mit der Monatschrift „Die Ostmark" seit 1896). Der Verein schieße weit über das Ziel hinaus und erreiche den entgegengesetzten Zweck. Er habe nur die Preise der polnischen Güter gesteigert zum Vorteil der Polen.

Sonst machte die innere Kolonisation in Preußen Fortschritte seit Erlaß des Rentengutsgesetzes. Es waren an 8000 Bauern und Büdner auf früherem Großgrundbesitz angesiedelt. Auch die Besiedlung fiskalischer Hochmoore schritt rasch vor.

Sozialdemokraten. Sehr beachtenswert war die Äußerung des preußischen Kriegsministers v. Goßler über Klagen der Sozialdemokraten (18. Febr.): „Wenn ein Offizier erwähnt wurde, der von den Irrlehren der Sozialdemokratie sprach, so teile ich vollkommen seine Meinung. Ich glaube, die Sozialdemokratie irrt sich in bezug auf ihren Einfluß. Nach meiner Überzeugung hat sie den Höhepunkt ihres Einflusses längst überschritten.[1]) Ich meine, die Herren nähren sich von Versprechungen, die sie nicht erfüllen können, und von Behauptungen, die sie nicht beweisen können. Da ich in der Lage bin, mich mit den Zielen und Lehren der Sozialdemokratie beschäftigen zu müssen, so komme ich in die Notwendigkeit, die Protokolle von Partei-

[1]) Dieser Höhepunkt war 1847 bis 1849.

tagen zu lesen: es ist das Langweiligste, was ich je gelesen habe." — Der Wahlaufruf der Sozialdemokraten verwarf die Weltpolitik, die endlosen Rüstungen, die Kolonialpolitik, die Zollpolitik und wandte sich besonders an die Frauen als Agitatorinnen im Kampf für gleiches Recht der Frau. — Bei Besprechung des Anarchistenmords in Genf passierte einer Arbeiterzeitung der Lapsus, für dergleichen „herostratische Ruhmsucht" die Prügelstrafe zu diskutieren. Dafür erhielt sie vom Parteivorstand einen Verweis, denn „Prügel verrohen den, der sie bekommt, und den, der sie austeilt".

Auf dem evangelischsozialen Kongreß zu Berlin, 2. Juni, sprach Pfarrer Rade über die sittlich-religiöse Gedankenwelt unserer Fabriksarbeiter.

Volksbibliotheken wurden gegründet.

Ernst Scherenberg besang die deutsche Flagge: „Deutsche Flagge, unsägliche Schmach haben wir, da du uns fehltest, erlitten! Deutsche Hoffnung und Ehre zerbrach, da wir ohn' Banner in Zwietracht gestritten. Neben den Fähnlein allen kein Raum, wehtest den Deinen nur trauernd im Traum! . . . Deutsche Flagge schwarz-weiß-rot, öffne zu fernsten Welten die Tore, schütze die Deinen in Glück und Not, birg in den Falten uns Sieg, Trikolore! Doch wenn im Kampf wir darniedergestreckt, sei du's, die einst noch im Tode uns deckt!"

Bei der Feier des 80. Geburtstags des Großherzogs Karl Alexander von Sachsen-Weimar erinnerte man daran, daß Goethe 1818 das Kind in der Wiege besungen hatte.

Auf dem Festkommers zu Frankfurt a. M., 18. Mai, hielt Max Lenz eine Rede über „Deutschlands Entwicklung und das Frankfurter Parlament".

Konfessionelles.

Auf der elften Generalversammlung des evangelischen Bundes zu Magdeburg kritisierte Mirbt scharf das Bestehen einer preußischen Gesandtschaft beim Vatikan. — Friedr. Nippold schilderte die „Anfänge des Evangelischen Bundes und seine Preßtätigkeit". — Auf der allgemeinen lutherischen Konferenz zu Braunschweig (23. Aug.) sprach der Missionsdirektor Schwartz über das Thema: „Was kann die Mutterkirche von den Missionsgemeinden lernen?" — Bei der Versammlung der deutschen Lutherstiftung, 1883 gegründet für Pfarrer- und Lehrerskinder, hielt Kahl einen Vortrag über das Interesse des Volks und Staats an der Verbindung von Kirche und Schule.

Aus Anlaß des sechzigjährigen Priesterjubiläums des Papstes Leo XIII. erließen die deutschen Bischöfe einen Hirtenbrief, darin es hieß: „Wie Jesus Christus durch eigene Macht der einzige Hirte ist und alle andern Hirten nur aus ihm ihre Gewalt empfangen und in ihm ihr Amt rechtmäßig verwalten, so will er, daß auch in seiner Kirche ein Oberhirt alle andern zur Einheit zusammenfüge und in der Einheit erhalte. In der Stimme dieses Oberhirten sollen wir die Stimme Christi, in seiner Sorgfalt für das Heil der Herde die Liebe Christi erkennen."

Kaiser Wilhelm übergab dem Erzbischof v. Stablewski 20.000 Mark zur Erneuerung des Doms in Gnesen.

Es war sehr erfreulich, daß das Deutsche Reich ein Werk über die Sixtinische Kapelle im Vatikan großartig subventionierte, wenn man sich er-

innert, daß die Weigerung der Deutschen, zu diesen höchsten Kulturwerken beizutragen, 1517 den Abfall von Rom verursacht hat.

L. K. Goetz in Passau schrieb über „Lazaristen und Jesuiten", um ihre Verwandtschaft und Gefährlichkeit nachzuweisen und ihre Duldung im Reich zu bekämpfen.

Der Zentralausschuß der inneren Mission feierte das fünfzigjährige Bestehen durch eine Denkschrift von Rahlenbeck und Fritsch. — Alb. Haucks „Kirchengeschichte Deutschlands" nahm seit dem 1887 erschienenen ersten Band ihren Fortgang. — Kurz vor der Kaiserreise gab der Berliner Prediger H. v. Soden „Reisebriefe aus Palästina" heraus.

In der Reformationsgeschichte suchte man mehr an die Waldenser, an die Böhmischen Brüder anzuknüpfen und fand die Zusammenhänge bis hinauf in altchristliche Zeiten.

Das Festspiel „Gustav Adolf" von O. Devrient wurde in Erfurt aufgeführt.

Seinem größeren Werke „Was lehrte Jesus?" ließ Wolfgang Kirchbach den Auszug folgen: „Das Buch Jesu, die Urevangelien neu geordnet." Er stellte aus den Sprüchen Jesu eine einheitliche Dichtung zusammen, die er als „eins der größten, bilderreichsten, phantasievollsten Lehrgedichte aller Zeiten" Jesu selbst zuschrieb.

Spectator. „Spectator" (Franz X. Kraus) hob noch immer in seinen kirchenpolitischen Briefen in der „Allgemeinen Zeitung" den „Amerikanismus" hervor gegenüber dem „deutsch-jesuitischen Ultramontanismus". Er lobte den Vater des Amerikanismus, Hecker (1819 bis 1888), dessen Leben und neue Ideen D. J. Connell eben englisch beschrieben hatte (auch ins Französische übersetzt). Seine Idee war die Demokratie, das Volk als höchste Autorität in politischen Dingen. Der Amerikanismus schien gesiegt zu haben und triumphierte. Die Regierung gratulierte dem Erzbischof Ireland, daß die katholische Kirche dem Vorwurf des Antiamerikanismus entronnen sei. Gegner des Amerikanismus sahen wohl in all dem eine „Minimisierung" der katholischen Wahrheit. Spectator erwärmte sich auch für den Italianismus und tadelte die „Civiltà", daß sie kein italienisches Volk, sondern nur Völker Italiens kenne. — Im Februarbrief behandelte Spectator wieder die katholische Inferiorität, gegen die aber Hertling neuerlich protestiert hatte. Er freute sich am „Krach" der katholischen Universität in Freiburg. Im Aprilbrief spottete er über den französischen Neokatholizismus Brunetières, den politischen Katholizismus der „Revue des deux mondes", wonach Frankreich und Katholizismus identisch sein sollen. Im Maibrief wurden die von Reusch herausgegebenen Briefe an Bunsen von Kardinälen, Bischöfen, Prälaten und anderen Katholiken besprochen. Für die katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium tritt Spectator entschieden ein. Im Junibrief behandelt er Herm. Schells neue Broschüre: „Die neue Zeit und der alte Glaube; eine kulturgeschichtliche Studie." Darin knüpfte Schell sehr stark an den Amerikanismus an. Er verteidigte den echten Liberalismus, eiferte gegen die Hetzkapläne (aber vielleicht hat man die Apostel zu ihrer Zeit auch so genannt?). Nach Schell ist das Zeitalter der äußeren Machtbetätigung der Religion vorüber und damit versinkt auch der Apparat der Legenden, Wundergeschichten, Ekstasen und Halluzinationen; er bekämpfte die Jesuiten, deren „irreligiöse Selbst-

Schell.

sucht". Spectator empfiehlt das neue Buch von Simon Weber „Evangelium und Arbeit, apologetische Erwägungen über die wirtschaftlichen Segnungen der Lehre Jesu". Er zitiert Schells scharfes Wort: „Jedermann weiß, daß das Christentum der Märtyrer und Kirchenlehrer wohl katholisch, auch römisch-katholisch war, keineswegs aber ultramontan oder kurialistisch ... Entweder bekundet das katholische Christentum seine Befähigung, die gewaltige Bewegung der Neuzeit zu leiten und zu befruchten, oder es fällt dem Verdacht anheim, wenigstens irgendwie veraltet zu sein." Spectator wetteiferte mit Schell an schillernden Phrasen, die nur geeignet waren, zu verärgern. Dabei nahm er alles, was er zu sagen schien, wieder zurück; er lobte Rosminis „Fünf Wunden der heiligen Kirche" (1836) und dessen Forderung der Wiederherstellung einer demokratischen Bischofswahl, tadelte aber (mit Recht), daß Rosmini in der Ingerenz des Herrschers den letzten Rest der Volkswahl übersah. Auch das Lob, das Schell der Aufklärung Wessenbergs, Erthals und Sailers spendet, schränkt er wieder ein. Von der politischen Religiosität des Zentrums, die er tadelt, sagt Spectator doch schließlich: „Freilich, so ganz leicht wird es den Katholiken Deutschlands auch nicht gemacht, ihre Politik aus dem Banne konfessioneller Gesichtspunkte in die Höhe des nationalen Empfindens zu versetzen. Wenn der Evangelische Bund und Professor Beyschlag fortfahren, eine protestantische Politik als höchste Aufgabe deutscher Staatsleitung aufzustellen, so ist eine solche Torheit ganz geeignet, dem politischen Katholizismus recht zu geben und ihm die Waffen in die Hand zu drücken." — In den folgenden Briefen behandelt Spectator sehr eingehend die Zentenarfeier Savonarolas, durch welche „die schwersten Probleme der heutigen Kirchenpolitik" aufgerührt sind. Carducci, der in seinem „Hymnus an Satan" Savonarola noch als Vorläufer Luthers und der Revolution gepriesen hatte, lehnte 1897 das ihm angetragene Präsidium der Feier in Ferrara ab: „Ich kann und darf nicht über ihn sprechen, sonst müßte ich von Geschichte, Kunst, Kultur andere Vorstellungen haben. Für mich ist Savonarola ein Bilderstürmer der Renässanz. Er wollte eine mönchische Demokratie gründen und aus Florenz ein Kloster machen. Ich ziehe also meine Zusage zurück decisamente, risolutamente, fortemente. Nichts mehr von Savonarola!" Auch Spectator findet es verkehrt, daß der Mönch Italien, um es zu heilen, wieder zur Barbarei zurückführen wollte. Dennoch wollten die Dominikaner durch eine Zentenarzeitschrift die Kanonisation ihres berühmten Ordensgenossen befürworten. L. Pastor rechtfertigte aber gegen Angriffe seine Anschauung über die Schuld Savonarolas, wie er sie in seiner Geschichte der Päpste (3, 377 ff., 133 ff.) ausgeführt hatte, in einer neuen Broschüre „Zur Beurteilung Savonarolas". Immerhin sieht Spectator die Größe Savonarolas in seinen Predigten und zitiert das Wort Alfred de Vignys: „Das Leben eines bedeutenden Menschen ist nichts anderes als die Verwirklichung eines großen Gedankens, der dessen Geist von früher Jugend an beschäftigt hat." Er schließt: „Savonarola ist die beste Intelligenz, das edelste Herz, in welches der politische Katholizismus jemals die Nacht des beginnenden Wahnsinns hineingeworfen; die schönste Perle, die er entweiht, indem er sie dem goldenen Kalb der Volksherrschaft an den Hals gehängt ... Sein Zentenar ist eine ernste Lehre." Im Dezemberbrief bespricht Spectator die Frage des Protektorats im Orient als

Savonarola.

Einmischung der Kirche in die Politik. Die Rampollasche Allianz mit dem republikanischen Frankreich und der Demokratie erscheine immer mehr als Gefahr für das Deutsche Reich und das Papsttum selbst. Dagegen empfiehlt Spectator das altbewährte „Zusammengehen von Sacerdotium und Imperium", besonders angesichts der heutigen Zersetzung der Gesellschaft und der daraus erfolgenden Gefahren.

Die Frage des Amerikanismus wurde verschärft durch antiamerikanische Kundgebungen und durch Parteinahme dafür, außer von Seite Schells, auch durch Jos. Müllers „Reformkatholizismus".

Reformkatholizismus.

Josef Müller schrieb auch über „Die Keuschheitsideen in ihrer geschichtlichen Entwicklung und praktischen Bedeutung" als Verteidiger des Zölibats.

Die „Historisch-politischen Blätter" berichteten von der „Wiedergeburt katholischen Lebens im 19. Jahrhundert", von Presse und Schule im Lichte der Canisius-Enzyklika, vom „kunstliebenden Klosterbruder", von Truxas Biographie des Pfarrers Jos. Maurer, von der Sammlung von Heiligenleben des französischen Verlags Lecoffre, von Hertlings Ansichten über Naturrecht und Politik, von Kardinal Pazmanys gesammelten Schriften, vom protestantischen Zentrumsmitglied L. A. Brüel († 1896), von der Parität an deutschen Universitäten, von der Lösung der sozialen Frage im 13. Jahrhundert, von Wilfrid Wards Biographie Wisemans, von der Einführung der Reformation im Ordensland Preußen, von Brentanos Spruch „O Stern und Blume, Geist und Kleid, Lieb', Leid und Zeit und Ewigkeit", von Spiritismus und Hypnotismus nach der neuesten Literatur. Von Friedjungs zweitem Band seines „Kampfs um die Vorherrschaft 1859 bis 1866" heißt es: „Das Sybelsche Dogma beherrscht ihn; Preußen repäsentiert ihm in der Person Bismarcks eine Art von Übermenschen." Ein protestantischer Kriegsruf wird aus der Schweiz vernommen. K. Domanigs „Tiroler Freiheitskampf" erfährt eine würdige Besprechung. Neues Licht erhält die Pulververschwörung von 1605 durch ein Buch von John Gerard, S. J. Jos. Müllers „Philosophie des Schönen" wird besprochen. Ferner das Werk „Der Vatikan" von Goyau, übersetzt von Karl Muth und als Prachtwerk erscheinend. Weiters das Gedenkbuch von Sigmund Waitz über die Säkularfeier Tirols im Jubeljahr seines Bundes mit dem Herzen Jesu und die dramatische Trilogie „Maria Stuart" von H. Cornelius. — Im 122. Band folgen Betrachtungen über das Anwachsen der Sozialdemokratie, über K. Storcks deutsche Literaturgeschichte, über Nietzsches Bedeutung für unsere Zeit, über August Strindbergs „Inferno" (von Johannes Jörgensen) mit Ausblicken auf Huysmans, auf Verlaine, Littré, Thierry, Taine, Bourget, Brunetière, Fr. Coppée, ganze und halbe Bekehrte. G. Grupp widersetzte sich dem Glauben an Spaniens Niedergang. „Wer weiß, wohin noch die deutsche Sozialdemokratie gelangen wird? Wer weiß, was aus England wird? Der Amerikanismus aber ist das unsympathischeste aller Lebenssysteme." Gladstones Stellung zum Katholizismus wird an der Hand der Literatur über ihn geschildert. Die Wichtigkeit des von Lueger veranstalteten Kinderfestzugs wird betont, er hat in schwerster Zeit den Glauben an Österreichs Zukunft verkündigt, indem der Bürgermeister in schwungvoller und treyherziger Weise zum Kaiser sagte: „Aus den jubelnden Zurufen der Kinder mögen Eure Majestät den Ruf der Treue für jetzt und für die Zukunft hören: Österreich wird ewig stehn!"

Dies anerkannte auch der Kaiser als „etwas Außerordentliches, als Trost im vielen Kummer dieses Jahres". Professor Sueß hatte noch am 7. Januar 1897 geklagt: „Wir haben in Österreich keinen Mann, keine Idee, keine Fahne, an der sich die politische Jugend begeistern könnte." Die Ungarn hatten ihren „Staatsgedanken"; aber in Steiermark wurde die Festbroschüre des Grazer Stadtschulinspektors Reis, „Österreich über alles!" nicht zur Verteilung an die Kinder zugelassen, weil sie „schwarzgelb" sei. Hervorgehoben wird dabei die Rede, die Prinz Alois Liechtenstein am 7. August dem christlichsozialen Arbeiterverein „Austria" hielt.[1]) Das „Los von Rom!" bedeutet „Los von Österreich!" — Im folgenden werden „Moderne Dichter als Zeitspiegel" geprüft, besonders Ibsen. Georges Goyaus Buch über das religiöse Deutschland zeigt den deutschen Protestantismus in französischer Beleuchtung. „Der Konfessionszwang auf dem Throne" wird betrachtet. — Die Verwaltungsreform in Irland wird nur als Abschlagszahlung auf volles Homerule angesehen. Die Geschichte der byzantinischen Literatur von K. Krumbacher in zweiter Auflage unter Mitwirkung von A. Ehrhard und H. Gelzer wird angezeigt. Der Westfälische Friede (vor 250 Jahren) wird mit dem Frankfurter Frieden verglichen. Die nachgelassenen Gedichte von Emilie Ringseis finden volles Lob.

V. Basch unterschied in seinem Buch „Le mouvement intellectuel en Allemagne depuis 1870" (Ruen 1897) drei Abschnitte. Im Jahrzehnt bis 1880 herrscht Baumbach, Wolff, Spielhagen, Freytag, Ebers, Taylor, Dahn, P. Lindau, der das französische Drama des Augier nach Deutschland verpflanzt, Dumas, Sardou, Wildenbruch, Schopenhauer und R. Wagner. Von 1880 bis 1889 herrscht der Realismus, der Naturalismus, Wundts Physiologie, die Abhängigkeit von Zola und Ibsen in Sudermann und Hauptmann. Seit Anfang 1890 herrscht die Moderne, Symbolismus, Mystizismus. H. Bahr schreibt über das Ende des Naturalismus, Hauptmann dichtet „Hannele" und „Die versunkene Glocke". Nietzsches Herrenmoral wird geltend als stärkster Gegensatz gegen den Marxismus.

Adolf Bartels schrieb ein Buch über „Gerhart Hauptmann"; bei manchen Vorzügen fehle ihm Schönheitssinn, das Naive und Natürliche, schlicht Rührende, die dramatische Leidenschaft, er sei ein Manierist, kein großer Dichter, sondern nur ein schlesischer Winkelpoet. — Ganz in die widerwärtigste Naturalistik sank Gerhart Hauptmann wieder mit seinem Schauspiel „Fuhrmann Henschel" zurück.

Ad. Bartels würdigte Ferd. Avenarius als Lyriker (Allg. Ztg., 28. Mai). Avenarius hatte 1887 den „Kunstwart" begründet, welche an sich hervorragende und führende Zeitschrift mit der Zeit in doktrinäre Schulmeisterei ausartete, aber gerade dadurch das Evangelium des Bildungsphilisters wurde.

Richard Dehmels „Erlösungen" von 1891 erschienen nun in zweiter Auflage etwas gereinigt von allzu nackter brutaler Sinnlichkeit. — Ernst v. Wolzogen schrieb „Geschichten von lieben süßen Mädeln", die damals Mode waren. — Otto v. Leixner schrieb den Roman: „Also sprach Zarathustras Sohn."

---

[1]) Dieser Verein hat sich damals angeboten, in großartigster Weise mein dreitägiges Osterfestspiel aufzuführen, konnte aber dazu die Erlaubnis des Ordinariates nicht erhalten.

Es erschienen Fr. Nietzsches „Gedichte und Sprüche", die seine Entwicklung von der Banalität der Jugend bis zum Wahnsinn der späteren Zeit zeigten.

Es wurde Mommsens Urteil über Heine gelegentlich der Denkmalfrage bekannt; er sei kein Mann von rechter Ehre. „Was ich von seiner persönlichen Haltung und seinem politischen Tun weiß, ist schmählich, und wenn das Genie alle Verirrungen deckt, so gilt dies doch nicht von ehrlosem Tun" (Allg. Ztg., 12. Juli).

Das Hoftheater in Weimar feierte das hundertjährige Jubiläum der ersten „Wallenstein"-Aufführung mit Sonnenthal aus Wien in der Titelrolle. — Zur Schiller-Renässanz gehörte auch die höhere Würdigung seiner lange verkannten „Jungfrau von Orleans" seit 1894 (Allg. Ztg., 13. Mai).

Wie jeder der neuen Schriftsteller seinen offiziellen Leibkritikus hatte, so fand ihn Detlev v. Liliencron in Franz Oppenheimer und dessen Buch über ihn.

August Sperl wurde als Nachfolger Scheffels, Freytags und K. F. Meyers gepriesen, schon wegen seiner hussitischen Sympathien. Sein letztes Werk war ein Sang auf Fridtjof Nansen.

Ludwig Auers Volksschauspiel „Maria von Brabant" wurde in Donauwörth oft aufgeführt. — In Hamburg wurde das Sensationsstück „Kapitän Dreyfus" aufgeführt.

Neben die Schillerbiographen Weltrich, Minor, Brahm, Wychgram stellte sich Otto Harnack.

Ferd. v. Hornstein dichtete die dramatische Legende „Buddha". Th. Schultze hatte zuvor Buddhas Leben und Wirken in Verse gebracht und Paul Carus das Evangelium Buddhas erzählt.

P. Pochhammer schrieb über Dante (den romanischen Homer) und seine Spuren in Goethes „Faust" (Allg. Ztg., 12. Mai).

Emil Mauerhof untersuchte den „Ursprung der Poesie". Da die Gesellschaft die Betätigung der Leidenschaft versagt, flüchtet diese in die Phantasiewelt der Dichtung.

Fontane. Theodor Fontane starb mit dem Trost: „Such' nicht immer, was dir fehle, Demut fülle deine Seele, Dank erfülle dein Gemüt. Alle Blumen, alle Blümchen, und darunter selbst ein Rühmchen haben auch für dich geblüht." „Verzeiht den Anekdotenkram und daß ich niemals einen Anlauf nahm, auch niemals mit den Göttern grollte, nicht mal den Staat verbessern wollte, nicht mal mit sexuellen Problemen Gelegenheit nahm, mich zu benehmen. Der faßt es so, der anders an, man muß nur wollen, was man kann. Mir würde der Weitsprung nicht gelingen, so blieb ich denn bei den näheren Dingen: drei Schritt' bloß, ich weiß, es ist nicht viel, aber Freude gibt jedes erreichte Ziel." „Dreihundertmal hab' ich gedacht: Heute hast du's gut gemacht; dreihundertmal durchfuhr mich das Hoffen: Heute hast du ins Schwarze getroffen; und dreihundertmal vernahm ich den Schrei des Scheibenwärters: Es ging vorbei. Schmerzlich war mir's dreihundertmal; — heute ist es mir egal." Rührend sind seine Balladen und Sprüche, rührend seine Liebe zur Mark, sein Verständnis für das katholische Mittelalter. Noch am 31. Juli 1898 hat er über Bismarcks Tod gedichtet: „Nicht in Dom oder Fürstengruft, er ruh' in Gottes freier Luft, draußen auf Berg und Halde, noch besser tief, tief im Walde; Widukind lädt ihn zu sich ein: Ein Sachse war er, drum ist er mein, im Sachsenwald soll er begraben sein. Der Leib zerfällt, der Stein

zerfällt, aber der Sachsenwald, der hält, und kommen nach dreitausend Jahren Fremde hier des Weges gefahren und sehen, geborgen vorm Licht der Sonnen, den Waldgrund in Efeu eingesponnen und staunen der Schönheit und jauchzen froh, so gebietet einer: Lärmt nicht so! Hier unten liegt Bismarck irgendwo."

Am 29. November erfolgte die gleichzeitige Ausgabe des deutschen, englischen, französischen und italienischen Textes der „Gedanken und Erinnerungen" Bismarcks. — Professor H. Rosin schrieb „Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre" nach den politischen Reden und Schriftstücken des Fürsten Bismarck. — Herm. Wunderlich schrieb über „Die Kunst der Rede, an den Reden Bismarcks dargestellt". — Hans Blum verwarf in seiner Bismarck-Biographie (sechs Bände und Ergänzungsband) die Publikationen von Moritz Busch als eine „grobe Täuschung" des Publikums. Bismarck.

St. Kekulé v. Stradonitz gab den „Ahnentafelatlas der Regenten Europas" heraus.

G. v. Below trat der biologischen Auffassung der Staaten und Völker (Bluntschli u. s. w.) entgegen (Allg. Ztg., 20. Sept.).

Durch Friedr. Ratzel kam die große Bedeutung der „Politischen Geographie" zum volleren Bewußtsein, das Verhältnis von „Staat und Boden": Geopolitik.

Auf dem Historikertag zu Nürnberg schilderte K. Lamprecht „Die Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft seit Herder" (Allg. Ztg., 15. April).

Zum Jubiläum des kommunistischen Manifestes von Marx und Engels (1848) konnte festgestellt werden, daß der Ruf an die Proletarier aller Länder, sich zu vereinigen, nicht den unmittelbar erwarteten Erfolg hatte und daß auch die sozialdemokratische Wissenschaft im Bankerott lebt, allein lebendig durch „fanatische Propaganda, falschen Dogmenkultus, durch die kraft eigener Machtvollkommenheit proklamierte Unfehlbarkeitsthese, durch Terrorismus auf allen Gebieten, durch eine urteilslose Gefolgschaft". Marx.

Lujo Brentano gab als ersten Band seiner Aufsätze „Erbrechtspolitik, alte und neue Feudalität".

Max Bär gab die Geschichte der „Deutschen Flotte von 1848 bis 1852 nach den Akten".

Von Kuno Fischers „Geschichte der neueren Philosophie" erschien eine Jubiläumsausgabe. — Max F. Hecker behandelte „Schopenhauer und die Indische Philosophie" in einem Buch. — B. Münz hob den Leo Hebraeus oder Don Juda Abarbanel als Vorgänger Spinozas in der Renässanzzeit hervor (Allg. Ztg., 13. Juni).

J. Friedrich beschrieb das Leben von Ignaz Döllinger auf Grund seines Nachlasses. — Neues zur Reformationsgeschichte brachte Hausraths Buch „Aleander und Luther auf dem Reichstage zu Worms".

Paul Garin erinnerte an das fünfzigjährige Jubiläum der spiritistischen Bewegung, dieses sonderbaren Dokuments der Kultur des 19. Jahrhunderts (Allg. Ztg., 28. Okt.).

K. Hillel schrieb über „Die Versöhnung des Judentums mit dem Christentum". — Lazarus stellte „Die Ethik des Judentums" in der glänzendsten Beleuchtung dar: „Man kann es als den kühnsten, erhabensten, beseligendsten und gnadenreichsten Gedanken bezeichnen, daß Gott der Allheilige durch den Menschen geheiligt werden soll. Der Begriff der Heiligung Judentum.

des göttlichen Namens durch die Heiligung unseres Lebens knüpfte das innigste Band zwischen Sittlichkeit und Religion." Die Theodizee des Judentums betrachtet die Sünde als ein konstitutives Element der erhöhten Sittlichkeit, als Läuterung, Klärung, Schärfung des Gewissens.

Hartmann. Bei der Besprechung der „Ethischen Studien" des nichtzünftigen Philosophen Ed. v. Hartmann wurde das Wort des preußischen Kultusministers zitiert: „Es gibt nur eine Atmosphäre, in der die wurzelechte Arbeit des Geistes gedeiht, das ist die reine Bergluft der Freiheit und Unabhängigkeit; darum ist die hohe Bedeutung der freien, nicht zünftigen Arbeiter des Geistes, der Schriftsteller, handgreiflich" (Allg. Ztg., 23. Mai).

Der Theosoph Franz Hartmann, Herausgeber der „Lotosblüten", schrieb seine „Denkwürdigen Erinnerungen". Er erzählte darin, daß er mütterlicherseits von Caolbha, dem hundertunddreiundzwanzigsten und letzten Beherrscher von Irland und siebenundvierzigsten König von Ulster abstamme.

Fr. Paulsen schilderte Kants Leben und Lehre: Kant habe die Epoche der Aufklärung zwar vollendet, aber auch überwunden.

Paul Garin verkündigte in der Allgemeinen Zeitung (12. April) die Vereinigung von „Dogma und Wissenschaft".

P. N. Coßmann bezeichnete in dem Werk „Elemente der empirischen Theologie" die Lehre von der Allgültigkeit der Kausalität als durchaus berechtigt, nicht aber die Lehre von der Alleingültigkeit der Kausalität; diese sei ein aktionalistischer Anthropomorphismus.

Gustav Naumann gab als Anhänger von Stirner und Nietzsche ein „Antimoralisches Bilderbuch" heraus, indem er noch über seine Lehrer hinausging.

Auf der Versammlung der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine in Münster berichtete Bailleu über den Rosenkreuzerorden, dem auch König Friedrich Wilhelm II. angehörte, und er teilte den sonderbaren Eid mit, den dieser leisten mußte (Allg. Ztg., 10. Okt.).

Die griechische Kulturgeschichte von Jakob Burckhardt fand geteilte Aufnahme.

Reinhold Röhricht schrieb die „Geschichte des Königreichs Jerusalem 1100—1291" als ernste Mahnung für den Kaiserbesuch.

E. v. Hesse-Wartegg beschrieb „China und Japan" nach seinen Reisebeobachtungen; ferner auch „Schantung und Deutschchina 1898".

Anton Weiß behandelte Aeneas Sylvius Piccolomini als Papst Pius II.

Wilamowitz-Möllendorf schrieb über den auf Papyrusfragmenten wiederentdeckten altgriechischen Dichter Bacchylides.

Paul Holzhausen zeigte die Anfänge Bonapartes im Spiegel der zeitgenössischen deutschen Dichtung (Allg. Ztg., 15. Okt.).

Moritz Cantor vollendete seine Geschichte der Mathematik mit dem dritten Band.

Ernst Haeckel setzte der neunten Auflage seiner Natürlichen Schöpfungsgeschichte das Gabriel Marxsche Phantasiebild des Affenmenschen voran.

Die „Illustrierte Zeitung" konnte bereits eine stattliche Anzahl praktizierender Ärztinnen im Bild zeigen (2872).

Prinzessin Therese von Bayern wurde Ehrendoktor der Universität München wegen ihres Buchs „Reise in den brasilianischen Tropen."

Julius Lessing schrieb über „Das Moderne in der Kunst, ihre Abhängigkeit von der modernen Industrie, den modernen Erfindungen und Ent-

deckungen". — K. Limprecht schrieb über den „Ursprung der Gotik und den altgermanischen Kunstcharakter".

W. Wendlandt zeigte in der „Allgemeinen Zeitung", 22. August, wie aus dem Bild der beiden Säulen des Herkules unser Zeichen für Pfund (ℳ) und Pfund Sterling (£) geworden ist. — K. Schuchardt sah in der Irminsul den altgermanischen Gedanken einer Säule als solcher, als Basis der unsichtbar darauf gedachten Gottheit und als Hauptgegenstand des Kultus. Einen Nachklang sah er in der Bernwardsäule in Hildesheim. Eine Parallele in den leeren Thronen als Kultgegenstand (Allg. Ztg., 7. April). — Auch Wolfgang Reichel („Über vorhellenische Götterkulte") wies auf die Felsenthrone und leeren Throne in Tempeln als Sitze der Gottheit und Mittelpunkt des Kultus hin. Auch die Bundeslade soll ein Thron gewesen sein. — Die deutsche Studentenschaft erließ einen Aufruf an das deutsche Volk, überall auf den Höhen der Heimat schmucklose „Bismarcksäulen" zu errichten, als Feuerträger alle von gleicher Form, mit kostenfreier Zusendung des Entwurfes und der Kostenanschläge. Eine zweifellos gewaltige und große Idee, angemessener als die zahllosen Bildnisse (Ill. Ztg., 2894). Bismarcksäulen.

Der Entwurf zum Völkerschlacht-Nationaldenkmal für Leipzig von Bruno Schmitz war in der zur Ausführung angenommenen Form fertig, eine Art Pyramide mit Durchsicht (Ill. Ztg., 2888). Am 18. Oktober fand der erste Spatenstich mit großen Feierlichkeiten statt. — Der Bismarckturm am Starnbergersee wurde vollendet (Ill. Ztg., 2876).

Die Ausschmückung der Berliner Siegesallee nahm ihren Fortgang. Die vom Kaiser beabsichtigte Parität konnte natürlich für die Zeit vor der Reformation nicht durchgeführt werden, da es damals noch keine Protestanten gab. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf dem Kaiserberg bei Duisberg zeigt den Reiter auf hohem Sockel über einem wilden Wasserfall in Felstrümmern; eine tief untenstehende gewappnete Frau reckt dem Kaiser mit erhobenem Arm die Kaiserkrone entgegen (Ill. Ztg., 2883). Das Werk ist von Friedr. Rensch. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Stuttgart zeigte auf der Terrasse des Reiterbilds zur Abwechslung Obelisken und ruhende Löwen (Ill. Ztg., 2885). Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Liegnitz von Johs. Boese betonte die Milde (Ill. Ztg., 2877). Auch die Reliefs sind sehr gemütlich. Die Marmorbüste Wilhelms des „Siegreichen" für die Walhalla modellierte Konrad Knoll (Ill. Ztg., 2859). Ferd. v. Miller modellierte das Denkmal für Prinz Friedrich Karl in Metz (Ill. Ztg., 2857). Das Bismarck-Standbild in Wiesbaden war von Ernst Herter (Ill. Ztg., 2887). Jos. Drischler modellierte das Bismarck-Denkmal für Zwickau (Ill. Ztg., 2857). Das schlichte Bismarck-Denkmal in Altona war von Adolf Brütt (Ill. Ztg., 2873). Die Entwürfe für das Berliner Bismarck-Denkmal sind zu vergleichen in Westermanns Monatsheften, Band 84. Das Denkmal für die mit dem deutschen Kanonenboot „Iltis" untergegangenen Offiziere und Mannschaften bei Schanghai, von Aug. Kraus, zeigt realistisch einen zersplitterten Mast und eine zerknitterte Fahne mit Lorbeerkranz (Ill. Ztg., 2884). Ein Denkmal für Alfred Nobel, den Erfinder des Dynamits, modelliert von Hugo Reinhold, wurde im Nobelhof zu Hamburg aufgestellt, wo sich die Räume der Dynamitgesellschaft befanden; es war rein allegorisch (Ill. Ztg., 2849). Siegesallee.

K. A. Donndorf schuf das schöne Denkmal für Karl Gerok in Stuttgart (Ill. Ztg., 2876). Das Ludwig-Richter-Denkmal zu Dresden war von Eugen

Kircheisen (Ill. Ztg., 2885). In Husum erhielt Theodor Storm ein bescheidenes aber würdiges Denkmal von Brütt (Ill. Ztg., 2883). Der Bildhauer Kopf in Rom gab seine „Lebenserinnerungen" heraus. Artur Weese schrieb über die Bamberger Domskulpturen des 13. Jahrhunderts. Das bedeutendste Gemälde der Zeit, „Christus im Olymp" von Max Klinger, war in Wien ausgestellt und manchen Mißverständnissen ausgesetzt, so daß dessen Aufstellung schon verboten werden sollte. Ich rühme mich, das Bild durch einen Artikel im Wiener „Vaterland" gerettet zu haben (S. 1059). Hans Thoma malte den Ritt „Zum Gral" (Ill. Ztg., 2893). Sehr reizvoll geriet Artur Volkmanns Brunnenrelief „Amazone" (ebenda). Wilh. Weimar schuf Bilder zu R. Wagners Rheingold, einbegleitet von P. v. Wolzogen. Der Worpsweder Künstler Heinrich Vogeler illustrierte die „Versunkene Glocke". Fr. Haack beschrieb das Leben M. v. Schwinds. — Die Sitte der Ansichtspostkarten stand auf ihrer Höhe.

In Görlitz wurde eine Oberlausitzer Ruhmeshalle mit einem Kaiser-Friedrich-Museum errichtet nach dem Entwurf von Hugo Behr (Ill. Ztg., 2850). Die neue Garnisonskirche in Hannover von Christoph Hehl zeigt einfache romanische Formen (Ill. Ztg., 2847). Die neue Synagoge in Straßburg von L. Levy zeigt rein romanischen Stil (Ill. Ztg., 2896). Ein schöner Bau war der Palast des Erbgroßherzogs von Baden in Karlsruhe von Jos. Durm (Ill. Ztg., 2895).

L. Jacobi gab das Werk heraus „Das Römerkastell Saalburg bei Homburg". Den Entwurf zum Wiederaufbau des Prätoriums der Saalburg als Reichs-Limes-Museum bringt die „Illustrierte Zeitung", 2865. — Alex. Conze hielt in Berlin einen Vortrag „Pro Pergamo" mit Anregung zu neuen Ausgrabungen.

Von August Bungerts Odyssee-Tetralogie wurde die Musiktragödie „Kirke" in Dresden aufgeführt. Die Ilias behandelte er in einer Dilogie. — Paul Marsop nahm sich der Münchener Shakespearebühne an (Allg. Ztg., 20. Juni).

Die bedeutenden neuen Werft- und Hafenanlagen in Köln wurden am 14. Mai ihrer Bestimmung feierlich übergeben.

Hermann Frobenius schrieb über die moderne Festung, „Positionsbefestigung und Festungsimprovisation" (Allg. Ztg., 11. Febr.).

Die internationale aëronautische Konferenz zu Straßburg, 31. März, war von Meteorologen und Militärluftschiffern aus Amerika, Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Rußland und der Schweiz besucht (Ill. Ztg., 2862). — Den Buttenstedtschen Flugapparat zeigt die „Illustrierte Zeitung", 2894. — Graf Zeppelins Projekt eines lenkbaren Luftschiffes war so weit gediehen, daß sich eine Aktiengesellschaft bildete, um die Sache ins Werk zu setzen. Das Modell (Ill. Ztg., 2876) zeigt eine auffallend schlanke Gestalt, wie ein Bleistift; es bestand aus mehreren Kammern und war durch ein Gerippe aus Röhren, Drahtseilen und Drahtgeflechten versteift. Die Aktiengesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt konstituierte sich am 9. Mai zu Stuttgart mit einem Grundkapital von 800.000 Mark, zunächst zur Verwirklichung des Zeppelinschen Projekts. Die verhältnismäßig günstigen Ergebnisse mit dem Schwarzschen Aluminiumschiff bei Berlin im November 1897 dienten dem Projekt des Grafen Zeppelin zur wesentlichen Förderung.

Zeppelin.

Die politische Arbeit in Österreich wurde von den Sprachenfragen übermäßig in Anspruch genommen; es litt darunter die ganze positive Entwicklung der Monarchie. Das Standrecht in Prag konnte allerdings schon am 8. Jänner aufgehoben werden, aber das öffentliche Tragen aller demonstrativen Abzeichen und Trachten wurde polizeilich untersagt. Das erschien als eine Beeinträchtigung der deutschen Studenten, die nicht auf den Bummel in Farben am Graben verzichten wollten; es traf aber auch die slawischen Abzeichen. Die deutschen Hochschulen streikten. Eine Versammlung in Leitmeritz forderte die Verlegung der Prager Hochschulen in eine deutsche Stadt Böhmens. Die deutschnationalen Studenten in Zisleithanien traten in einen Sympathiestreik. Der Prager Landtag maß die Schuld an der Verschärfung der politischen Verhältnisse Österreichs dem Zentralismus zu, der es der Regierung unmöglich mache, sich den eigenartigen Verhältnissen der Königreiche und Länder anzupassen. Neue Sprachenverordnungen vom 24. Februar wurden ausdrücklich nur vorbehaltlich gesetzlicher Regelung und nur provisorisch erlassen. Es wurden für Böhmen gemischtsprachige Amtsbezirke festgesetzt, wenn wenigstens ein Viertel der anwesenden Bevölkerung sich zur andern Landessprache bekenne. Für Mähren wurden nur doppelsprachige Bezirke angenommen. Österreich.

Obwohl die Regierung erklärte, den staatsrechtlichen Standpunkt der Tschechen nicht zu teilen, traten doch die Deutschen am 26. Februar aus dem Prager Landtag aus.

Da infolge dieser Unstimmigkeiten der Abschluß des Ausgleichs mit Ungarn litt, trat das Ministerium Gautsch zurück, und Graf Franz Thun, früher Statthalter von Böhmen, trat an seine Stelle (5. März). Thun. Der Reichsrat wurde am 21. März eröffnet, Dr. Fuchs zu dessen ersten Präsidenten gewählt. Graf Thun mahnte: „Arbeiten wir an der Ordnung der Sprachenfrage, aber sorgen wir zugleich für die dringenden wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse des Staats und seiner Bewohner! Es würde gefährlich sein, wenn die Bevölkerung zur Überzeugung gelangte, daß das Abgeordnetenhaus zwar bestehe, aber zu keiner positiven Arbeit fähig sei. Alle Staaten schreiten vorwärts, wir aber leben im Stillstand. Unsere besten Kräfte sind gelähmt. Raffen wir uns auf!“

Auch in Ungarn mußten die Deutschen Siebenbürgens gegen die Magyarisierung protestieren. Man zwang die Eisenbahnbeamten, ihre Namen zu magyarisieren. Eine Deputation siebenbürgischer Frauen, die sich nach Wien begab, um dem Kaiser eine Vorstellung zu machen, wurde nicht empfangen, weil das gegen das Staatsrecht sei. Ministerpräsident Banffy herrschte die Frauen an: „Seine Majestät macht keine Politik; die Politik wird durch die Regierung gemacht!“

In den Delegationen (12. Mai) sprach Goluchowski über die Beziehungen der Monarchie zu den Mächten, die Lage auf dem Balkan,

Dreibund. die wirtschaftliche Politik, den Dreibund. Dieser sei „ein festes Werk, die Basis unserer Politik, auf Jahre hinaus geschlossen, unveränderlich, ein Friedensbund".

Die Ernennung des früheren Ministers Grafen Gleispach zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Graz, die Degradierung einiger deutschnationaler Reserveoffiziere, die sich demonstrativ an dem Leichenbegängnis eines bei den Straßentumulten gefallenen Arbeiters beteiligt hatten, bewirkten neue Erregungen in Graz. In Galizien kam es zu Bauernaufständen, die sich vornehmlich gegen die Juden richteten. Wegen völliger Arbeitsunfähigkeit mußte der Reichsrat vertagt und geschlossen werden.

Die Feier des 100. Geburtstags Palackys in Prag trug ein durchaus politisches Gepräge mit panslawistischer Tendenz. Polen, Russen, Slowenen, Serben, Slowaken, Ruthenen und Bulgaren nahmen daran teil. Herold feierte Palacky als Großslawen. Kramarz sagte, es handle sich um einen Kampf zweier Welten, von denen die eine, die slawische, Billigkeit, Recht, Gleichberechtigung, die andere die Oberherrschaft anstrebe. Rieger feierte die Slawen als Hort der Dynastie. Der russische General Komarow erschien in goldstrotzender Uniform und nannte das Auftreten der Deutschen Böhmens ein Heranschleichen mit Wolfsschritten. In der Zeit Karls des Großen sei das Germanentum groß geworden, aber das Tschechenvolk habe widerstanden. Die heutige slawische Bewegung hat ihren Ursprung in Böhmen. Nicht nur bei den Deutschen und Ungarn, sondern auch bei den Polen erhob sich heftiger Widerspruch dagegen.

Zur Palackyfeier (18. und 19. Juni in Prag) sendete Großfürst Konstantin aus Rußland ein Glückwunschtelegramm. Über die Rede des russischen Generals Komarow, Herausgebers des „Swjet", sagte die polnische Presse: „Von solchen Brüdern wollen wir nichts wissen; wir verleugnen sie vor der ganzen Welt. Die naiven Tschechen mögen sich für diesen Publizisten in Generalsuniform begeistern, die Polen sind nicht imstande, eine Begeisterung für die Kosakenknute zu bekunden. Die ganze Politik Rußlands uns gegenüber beruht auf Lüge und Raffinement."

Festzug. Als Vorfeier des 50jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers veranstaltete der Bürgermeister Lueger einen rührenden Festzug von 70.000 Schülern und Schülerinnen vor dem Kaiser (24. Juni). Die übrigen Veranstaltungen wurden unterbrochen durch die Ermordung der Kaiserin Elisabeth in Genf. Ein italienischer Anarchist Luccheni erstach die harmlose Reisende am 10. September. Infolgedessen fanden in Böhmen und Triest Verfolgungen der unbeliebten italienischen Arbeiter statt. Auch die Schweiz raffte sich zur Ausweisung einiger Anarchisten, zumeist Italiener, auf und beschlagnahmte anarchistische Schriften und Waffen. Der Mörder wurde am 10. November zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, da die Todesstrafe im Kanton abgeschafft war. Kaiser Franz Josef richtete am 16. September ein Dankschreiben an seine Völker für die vielen

Beweise der Teilnahme für „die edelste der Frauen"; „das Werkzeug des wahnsinnigsten Fanatismus hat in blindem, ziellosen Hasse das Herz getroffen, das keinen Haß gekannt und nur für das Gute geschlagen hat." „Die Gemeinsamkeit unseres Schmerzes schlingt ein neues einigendes Band um Thron und Vaterland." Zur feierlichen Beisetzung der Leiche kamen nach Wien der Deutsche Kaiser, der Prinzregent von Bayern, der König von Rumänien, der von Sachsen, der Kronprinz von Italien. Die Sozialdemokraten aller Länder erklärten, man dürfe sie nicht mit den Anarchisten zusammenwerfen; diese seien vielmehr in ihrer anarchischen Theorie der direkteste Gegensatz zur Theorie des sozialdemokratischen Kollektivismus. — Die Kaiserin und Königin Elisabeth war besonders in Ungarn beliebt. Mit Begeisterung wurde dort die Errichtung ihres Denkmals begrüßt, besonders deshalb, weil nun an dessen Stelle das mißliebige Denkmal für den kaisertreuen Hentzi weichen sollte.

Der österreichische Reichsrat wurde am 26. September wieder eröffnet, ohne arbeitsfähiger werden zu wollen. Die Verfassungstreuen, Christlichsozialen, Fortschrittlichen, Sozialdemokraten gaben wohl die Obstruktion auf, die Deutschnationalen behielten sie aber bei. Lueger sprach am 30. September gegen das „Ministerium der Frivolität". Die vorgelegten Ausgleichsgesetze seien Verrat am Vaterland. Aber auch die magyarische Unabhängigkeitspartei sprach gegen das Zoll- und Handelsbündnis mit Österreich und die gemeinsame Bank (6. Okt.). Ein Antrag im Abgeordnetenhaus, den Grafen Thun in Anklagezustand zu versetzen, wurde wohl am 8. November ab- Thun.
gelehnt. Graf Thun sprach am 29. November über die Ausweisungen österreichischer Untertanen (Slawen) aus Preußen in einer so scharfen Weise, daß ihm nur die Tschechen und Polen zustimmten. Die Deutschen und Magyaren klagten, er gefährde so den Dreibund, und auch reichsdeutsche Stimmen wiesen seine Kritik der preußischen Politik zurück. Die offiziöse „Wiener Abendpost" beteuerte mit Recht die volle Loyalität des Grafen dem Dreibund gegenüber. Der Reichstag wurde wieder am 21. Dezember vertagt, ohne daß der Ausgleich votiert wurde. Im Pester Abgeordnetenhaus kam es zu so argen Beleidigungen, daß sich der Ministerpräsident Banffy mit Horansky schlagen zu müssen glaubte. Kaiserliche Verfügungen bestimmten am 31. Dezember die Aufrechterhaltung des Quotenverhältnisses für das Jahr 1899, die Verlängerung des Zoll- und Handelsbündnisses und anderes Unaufschiebbare auf Grund des § 14.

In Kronstadt wurde das Denkmal des Siebenbürgischen Reformators Honterus enthüllt; es waren viele Gäste aus dem Deutschen Reich anwesend (20. Aug.). Beim Festzug zur Honterusfeier zeigten sich die schönen Trachten der Siebenbürger Sachsen (Ill. Ztg., 2883).

Für Cisleithanien wurde ein arbeitsstatistisches Amt im Handelsministerium errichtet (25. Juli).

Der Thronfolger Franz Ferdinand trat nach langem Krankheitsurlaub wieder an eine erste militärische Stelle.

Karl Hron schilderte in einer Broschüre „Die deutsche Weltpolitik" Hron.
und in der „Allgemeinen Zeitung", 8. Juli, die neueste Phase der Orient-

frage. England gehe einer kaum noch abwendbaren inneren Katastrophe entgegen. Daneben schildert Hron die Entstehung des Jugendbundes „Omladina" 1848 und ihre Reorganisation 1867 als Einigung aller Serben. Er zitiert Metternichs Wort, daß der Orient beim Wiener Stubentor beginne. Rußland müsse überzeugt werden, daß es eher die Wiedererrichtung der schwedischen Herrschaft in Finnland, die Erneuerung Polens, die Vereinigung Beßarabiens mit Rumänien, die Wiederherstellung des tatarischen Chanats in der Krim u. s. w. erleben könne als ein moskowitisches Großserbien. Ungefähr so ist es denn auch im Weltkrieg gekommen.

Schuchardt. Hugo Schuchardt referierte über die grassierenden Sprachenkämpfe in einem Buch „Tcheques et Allemands". Dahin gehörte auch der Aufsatz von P. Dareste „La question tcheque" in der „Revue des deux mondes" und das Buch von Ch. Loiseau „Le Balkan slave et la Crise autrichienne". Auch das Buch von Bertrand Auerbach „Les Races et les nationalités en Autriche-Hongrie" betrachtete die Tschechen als den Damm zwischen den Deutschen des Reichs und denen Österreichs, die Schranke, die die Vollendung der deutschen Einheit verhindert, das Bollwerk Europas gegen die preußische Hegemonie. Der ungarische Abgeordnete Lang Lajos schrieb über die Nationalitäten in Ungarn und Österreich (in magyarischem Idiom). Schuchardt mahnte mit Recht die Deutschen, an den deutschen Namen magyarischer Orte festzuhalten, da es ja auch den Magyaren nicht im Traum einfällt, Wien für Becs zu sagen und zu schreiben, während die Deutschen allzu bereitwillig ihr Ofen-Pest für Budapest aufgegeben haben (Allg. Ztg., 4. Nov.). In der Tat kann man dies Jahr als die Hochkrisis der Nationalitätenfrage und des österreichischen Staatsgedankens ansehen.

Eine sonderbare krisenhafte Mischung von Patriotismus und Pessimismus war die Schrift von Probus „Rückblick auf Österreich im Jahre 2000". Die Prophezeiung einer Katastrophe sollte als Mahnung dienen.

Dr. Sch(wicker) schrieb in ungarischem Interesse über den „österreichischen Kaisertitel" in der „Allgemeinen Zeitung", wie denn diese Zeitung seit 1866 sich redlich bemühte, den Schwerpunkt von Wien nach Pest verlegen zu helfen. Dem Artikel lag ein gedruckter Vortrag von E. Nagy zugrunde (5. Jan.). Übrigens konnte von den Ungarn nicht abgeleugnet werden, daß 1804 die ungarischen Munizipien die Annahme des Kaisertitels mit Freuden aufnahmen, weil er den Glanz, den Rang und die Würde des Herrscherhauses erhöhe, ohne die ungarische Verfassung zu verletzen.

Die deutsche Sprachreinigung erhielt durch die politischen Sprachenkämpfe neue Anregung. In Österreich rechnete man die Jahre bereits nicht mehr von Christi Geburt, sondern von der Schlacht bei Noreja, 113 v. Chr., dem ersten Datum der deutschen und zugleich österreichischen Geschichte; denn Noreja lag in Österreich.

In radikalnationalen Kreisen Österreichs begann eine Agitation zum Massenübertritt der deutschen Katholiken zum Protestantismus. So auf einer Versammlung zu Teplitz ebenso in Steiermark und Kärnten mit der „Los von Rom." Tagesordnung „Los von Rom!" In Graz neigte die Bewegung mehr dem Altkatholizismus zu. Dort wurde am 4. Dezember zum erstenmal ein altkatholischer Gottesdienst abgehalten.

Der katholische Erzbischof von Sarajevo, Stadler, setzte Stroßmayrs

Agitation für die Vereinigung der beiden katholischen Kirchen fort und gründete das Blatt „Balkan" mit diesem Programm.

In der evangelischen Gemeinde zu Budapest brach ein Streit aus zwischen den deutschen und magyarischen Gläubigen; letztere wollten die Auflösung der deutschen Gemeinde und deren Anschluß an die magyarische erzwingen. Dagegen protestierten die Deutschen.

Unter den Siebenbürger Sachsen verbreitete sich die Sekte der Siebenten-Tag-Adventisten von Amerika her. Sie beobachteten das jüdische Gesetz, den Sabbat. Die Sekte entstand 1844 in Amerika.

Das Volksbibliothekswesen nahm in Wien durch den Wiener Volksbildungsverein (seit 1893) und die beispiellose Tätigkeit von Professor Reyer einen ungeahnten Aufschwung.

Der Ende 1897 zu Prag verstorbene Historiker Konstantin v. Höfler hatte Palacky manche tendenziöse Entstellungen und Verschweigungen nachgewiesen, er sah im Hussitentum eine national tschechische Bewegung; er widerlegte das Märchen von der staatsrechtlichen Einheit der Länder der Wenzelskrone.

Nach Alfred v. Arneths Tode erschien sein Werk über Johann Freiherrn v. Wessenberg, den österreichischen Staatsmann, den Mitarbeiter Metternichs, den älteren Bruder des bekannten Bistumsverwesers von Konstanz.

Willmann. Rudolf Eucken besprach sehr ausführlich Otto Willmanns „Geschichte des Idealismus" als einen „Neuen Durchblick der Weltgeschichte" in der „Allgemeinen Zeitung", 10. September f. Dem Kritiker war der katholische, alles in katholischem Lichte sehende Standpunkt des Autors befremdlich. Aber es ist eben nicht anders: dem Katholiken ist der Katholizismus nicht eine Meinung unter andern, nicht eine historische Erscheinung unter andern, sondern er ist ihm alles, die ganze Schöpfung, der ganze Geist der Weltgeschichte, Ausgang, Mitte und Ziel alles Seienden, nach dessen Zentrum alles hingeordnet ist, zu dem sich alles Nichtkatholische nur als Relation, als Abweg, als Irrtum, als Verdunkelung, als Vorstufe oder als Abfall, als Verfehlung des allgemeinen Strebens und Sehnens aller Kreatur nach dem Absoluten verhält. Bei allem Mißverständnis schließt Eucken „mit dem Ausdruck höchster Achtung vor diesem Lebenswerk eines ehrlichen und tapferen Mannes, einer lauteren und tiefgründigen Seele."

Zimmermann. Mit Robert Zimmermann starb einer der letzten Vertreter der Philosophie Herbarts. Seine Rektoratsrede 1886 hatte den Anteil Wiens an der Entwicklung der deutschen Philosophie behandelt. Der philosophische Realismus Zimmermanns setzte voraus, daß das Vernünftige, das als solches nicht wirklich ist, wirklich, und das Wirkliche, das als solches nicht notwendig vernünftig ist, vernünftig werden kann, soll und wird, wenn jeder seine Schuldigkeit tut. Er sagte mit dem Dichter: „Welche wohl bleibt von allen den Philosophien? Ich weiß nicht. Aber die Philosophie, hoff' ich, soll ewig bestehn." Zimmermann war der Anreger der Grillparzergesellschaft und überhaupt ein Mittelpunkt der österreichischen Literatur. Ich war an der Universität sein Hörer und habe in seinem Seminar gearbeitet.

Heinrich Gomperz schrieb das etwas ulkige Buch „Grundlegung der neusokratischen Philosophie". — Alois Höfler schrieb eine empirische „Psychologie", aufgebaut auf dem reichsten positiven Wissen. — Professor Überhorst in Innsbruck faßte „Das Komische" als ein ethisches Problem.

E. V. Zenker behandelte sehr eingehend die „Genesis des Aktions-Anarchismus“ in der „Allgemeinen Zeitung“, 20. September, nach seiner „kritischen Geschichte der anarchistischen Theorie (1895)“. Er schilderte, wie Bakunin, dem föderalistischen Anarchismus Proudhons folgend, den „deutschen Juden“ K. Marx aus dem Sattel heben wollte, aber dabei selber den Kürzeren zog. — Ed. Sacher in Krems a. D. führte die sozialen Mißstände auf die „Vier Denkfehler der heutigen zivilisierten Menschheit“ zurück. Die Konkurrenz verursacht ganz unnötige Ausgaben; schon 1850 habe J. St. Mill berechnet, daß neun Zehntel aller Kaufleute in England unproduktiv tätig seien (Allg. Ztg., 27. Sept.).

Adolf Kohut sammelte zum Jubiläum „Goldene Worte des Kaisers Franz Josef“ (Ill. Ztg.), 2893. Zur Vorfeier der Wiener Jubiläumsausstellung wurde im Deutschen Theater zu Wien das neue Festspiel „Habsburg“ von Alfred v. Berger aufgeführt. Das gleiche Festspiel wurde auch in Berlin im Neuen Theater zur Vorfeier des Geburtstags des Kaisers Franz Josef aufgeführt.

„Ein Wiener Stammbuch“ erschien zum 50. Geburtstag von K. Glossy, wozu ich auch gern einen Beitrag leistete.

Es begannen die Bände der großen „Geschichte der Stadt Wien“, herausgegeben vom Altertumsverein; das Werk ist noch lange nicht abgeschlossen.

Der berühmte Indologe G. Bühler an der Wiener Universität ertrank im Bodensee.

H. G. Voigt, Professor der Theologie zu Königsberg, schilderte zur 900jährigen Gedächtnisfeier den Heiligen „Adalbert von Prag“.

A. J. Peters schrieb (anonym) die scharfe Schrift über den „Zerstörungsgeist der staatlichen Volksschule“ und empfahl die „Kirchschule“ mit „weiser Beschränkung des Lehrstoffs“.

Die rege literarische Tätigkeit des Erzherzogs Ludwig Salvator erstreckte sich neuerlich auf die Schönheiten Dalmatiens (Cannosa) und Tunisiens (Benzert).

In Pest erschienen „Illustrierte Blätter“ in magyarischer, französischer und deutscher Sprache.

M. Hoernes gab die „Urgeschichte der bildenden Kunst in Europa“.

Über die anwachsende Beethovenliteratur der jüngsten Jahre berichtete Th. v. Frimmel (Allg. Ztg., 28. April).

Zu den katholischen Verbindungen an der Wiener Universität trat „Rudolfina“. Ich schrieb für sie das kleine Festspiel „Alma Mater Rudolfina“.

Hans Sittenberger untersuchte „Das dramatische Schaffen in Österreich“. — Ferdinand Raabs „J. J. F. v. Kurz, genannt Bernardon“ füllte eine Lücke der Theatergeschichte aus. — Jak. Minor schrieb eine Studie zu Ferd. v. Saars 60. Geburtstag.

Der „Herr Thaddäus“ von Adam Mickiewicz, übersetzt von Siegfried Lipiner, erschien zum Jubiläum des großen polnischen Dichters in zweitem Abdruck der 1883 erschienenen ersten Auflage dieser Übersetzung.

Hans Grasberger, Gundlach, Pommer untersuchten die „Naturgeschichte des Schnaderhüpfels“ und entdeckten darin manche Elemente der Kunstpoesie (Allg. Ztg., 6. Okt.). — Auf das Grab meines Freundes Hans Grasberger sei hier auch ein Zeichen der Erinnerung niedergelegt. (Sein Nachruf, Allg. Ztg., 12. Dez.)

Karl Domanig schildert Tiroler Zustände in seinem Roman „Die Fremden".

A. Bettelheim widmete seine gesammelten Aufsätze „Acta diurna" dem Freundeskreis der „Anzengrube".

In Höritz im Böhmerwald wurden wieder die Passionsspiele aufgeführt. Die Stimmung, auch ein Kaiserfestspiel von mir aufzuführen, war nicht vorhanden.

Ludo Moritz Hartmann begann seine „Geschichte Italiens im Mittelalter".

Die „Illustrierte Zeitung", 2881 (S. 358), gibt das Bildnis des Wiener Volkssängers Augustin, angeblich nach dem vom Maler Kupfer entdeckten Original im Sabelkeller (zum roten Sabel).

Zur 400jährigen Erinnerung an die Entstehung des Abendmahls von Leonardo da Vinci sei erwähnt, daß die einzig verläßliche Wiedergabe des fast zerstörten Originals die von Kaiser Franz angekaufte, auf gründlichsten Studien beruhende, nun in der Minoritenkirche zu Wien leider in schlechter Beleuchtung befindliche Mosaikkopie ist.

Eine der originellsten Bauten der Moderne war das Ausstellungsgebäude der Sezession in Wien von Olbrich (Ill. Ztg., 2892). Es trug das Motto Hermann Bahrs: „Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit." Die andere Inschrift „Ver Sacrum" galt auch dem Kampforgan der Wiener Sezessionisten. Die ganze Dekoration repräsentierte den folgerichtigsten modernen Stil. Sezession.

Zu den schönsten Denkmälern gehörte das dem Andenken Ferdinand Raimunds gewidmete von Franz Vogl; vor dem Wiener Volkstheater sitzt der originellste Dichter seit Shakespeare und Calderon auf einer Bank; über und hinter ihm, an einen Felsen gelehnt, steht die „Phantasie". Die Lösung ist gelungener als bei dem Donizetti-Denkmal in Bergamo mit der Muse. Im Wiener Stadtpark wurde das Denkmal für Hans Makart, modelliert von Viktor Tilgner, aufgestellt. Es zeigte den Künstler in dem Kostüm, das er beim Festzug 1879 trug (Ill. Ztg., 2867). Das Bruckner-Denkmal in Steyr zeigte die geniale Halbfigur von Viktor Tilgner auf einem Sockel mit zwei kleinen Genien mit Orgel und Lyra (Ill. Ztg., 2869). Für Mährisch-Weißkirchen schuf Emanuel Pendl ein Franz-Josef-Denkmal (Ill. Ztg., 2873). Das Grabdenkmal für Eduard v. Bauernfeld von Franz Seifert ist ein Medaillon mit geflügelten Gestalten (Ill. Ztg., 2874). Das Honterus-Denkmal für Kronstadt war von Harro Magnussen modelliert (Ill. Ztg., 2877). Die restaurierte schöne Matthiaskirche in Ofen zeigt die „Illustrierte Zeitung", 2853. Ganz in russischem Stil baute Giacomelli die neue Kirche der russischen Botschaft in Wien (Ill. Ztg., 2896). Mit historischer Freiheit behandelte Brozik die Doppelverlobung der Enkel Maximilians I. auf einem großen Gemälde (Ill. Ztg., 2892). Kunst.

Im Kruppschen Etablissement zu Berndorf, Niederösterreich, wurde ein Arbeitertheater begründet.

Der Berliner Verein für Feuerbestattung stellte das Modell eines freundlichen Krematoriums in der Wiener Jubiläumsausstellung auf (Ill. Ztg., 2891).

Den Fesseldrachenballon auf der Wiener Jubiläumsausstellung zeigt die „Illustrierte Zeitung", 2879. Er repräsentierte den derzeitigen Höhepunkt der Aeronautik und entsprach den militärischen Zwecken.

Prof. K. Zickler in Brünn erfand eine neue Art drahtloser Telegraphie (Allg. Ztg., 22. Juli).

Des Professors Leopold S. Schenk (Wien) angebliche Entdeckung auf dem Gebiet der willkürlichen Geschlechtsbestimmung wurde mit Recht bezweifelt.

Pest. Im Oktober fanden zu Wien einige Pestfälle statt, ausgehend vom bakteriologischen Laboratorium.

Papst und Italien. Der Papst versuchte vergebens, im spanisch-amerikanischen Streite zu vermitteln. Er klagte über „das Ergebnis der bösen Saat, die bei der großen Sittenverderbnis ungestraft in Italien zum Nachteil der Religion ausgestreut werde". Er klagte in einer Enzyklika vom 5. August über die Unterdrückung katholischer Vereine und Zeitungen, über die unerträgliche Lage der Dinge, über den Mangel jeder Garantie für die Freiheit und Unabhängigkeit des Apostolischen Stuhles. „Unser Schmerz ist groß, nicht minder aber unsere Zuversicht auf die Vorsehung, die über die Kirche wacht, welche identisch bleibt mit dem Papsttum nach dem Ausspruche des hl. Ambrosius: Wo Petrus, da die Kirche!" Über den Anarchismus sagte der Papst: „Es ist nur zu gerechtfertigt, wenn die Regierungen des zivilisierten Europas sich zusammentun, um den unerhörten barbarischen Ausrottungstrieben einen Damm entgegenzusetzen. Dies läßt sich aber nicht völlig erreichen, solange nicht im Bewußtsein der Völker und Staaten die Gottesfurcht wieder zur Geltung gelange, welche die Grundlage aller Moral ist. Man bedroht die Geistlichkeit mit neuen strengen Maßregeln, obgleich sie die Gesellschaftsklasse ist, welcher aufrührerische Absichten am fernsten liegen; der Gehorsam, den sie dem Apostolischen Stuhle leistet, wird ihr als politisches Vergehen angerechnet."

Der Papst empfing am 17. Januar 400 römische Patrizier und lobte deren Huldigung als Betätigung der unauflöslichen Verbindung zwischen dem Papsttum und der Stadt Rom, die den Charakter eines heiligen Ortes nie verlieren könne. Die italienische Nation werde so lange kein Heil haben, als sie dem Einfluß der Sektierer ausgesetzt sei. Der Papst feierte am 2. März seinen 88. Geburtstag. Er sagte, Gott nähre zum Troste des Papsttums die Liebe zu demselben in Italien und in der ganzen Welt. Wem das öffentliche Wohl am Herzen liege, der müsse das Wiedererwachen des Glaubens und die Liebe zum Papsttum fördern.

Ceslaus M. Schneider bearbeitete deutsch das Buch von Boyer d'Agen über die Jugend des Papstes Leo XIII. Ein schönes Reliefporträt des Papstes Leo XIII. schuf Jos. Kopf (Ill. Ztg., 2873); nach dem Wunsch des Papstes gab er „den Pontifex, nicht den Pecci". Jose Villegas malte den „weißen und den schwarzen Papst" (Ill. Ztg., 2887). Unter letzterem verstand man den Jesuitengeneral, der gewöhnlich ein Nichtitaliener war, seit 1892 der Spanier Martin. Roothaan war Holländer, Beckx Belgier, Anderledy Schweizer. Unter dem „roten Papst" verstand man den Kardinalpräfekten der Propagandakongregation.

Bezeichnend und kurios ist der Übertritt einer katholischen Ortschaft Saltrio bei Varese zum Protestantismus, weil der Bischof von Como einen beliebten Koadjutor nicht dort zum Pfarrer ernennen wollte, sondern ihn anderswohin versetzte.

Saverio Merlino schrieb über die kollektivistische Utopie und die Krisis des „wissenschaftlichen Sozialismus".

Gabriel d'Annunzio gab sein Hauptwerk im „Piacere", einer Genußlehre des dekadenten raffinierten Überkulturmenschen. — Als sich der Dichter Carducci so unbeliebt machte, daß man schon rief: „Nieder mit Carducci!" erwiderte er: „Mich hat die Natur zu hoch gestellt. Schreit meinethalb: Tod dem Carducci! aber: nieder! niemals."

Man klagte über das modernisierte Florenz (Allg. Ztg., 11. Nov.). — An der Villa Zirio in San Remo wurde eine Gedenktafel für Kaiser Friedrich III. angebracht mit folgender Inschrift: „Wanderer, der du aus Deutschland herkommst, hemme den Schritt. Hier der Ort, wo dein Kaiser Friedrich lebte und litt. Hörst du, wie Welle an Welle stöhnend zum Ufer drängt? Das ist die sehnende Seele Deutschlands, die sein gedenkt." — In Nocera wurde ein Gotenschatz entdeckt; er zeigte noch die Formen der nordischen Heimat.

Marconi setzte seine Versuche mit der Telegraphie ohne Draht in England fort.

Anarchistisch-sozialdemokratische Umtriebe brachten es im Mai zu einer Revolution mit Straßenkampf in Mailand. Man schob die Schuld auf den Klerus, besonders auf den Erzbischof Kardinal Ferrari. Der Papst nahm sich seiner an, bedauerte aber, daß sich Ferrari von Mailand während der Unruhen entfernte. Brotunruhen fanden auch in Luino, Messina, Florenz u. s. w. statt. Man feierte die Erinnerung an die Eröffnung des „subalpinen" Parlaments im Jahr 1848. Das Überhandnehmen des Anarchismus nötigte zu einem Umsturzgesetz und zur Einberufung einer internationalen Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus. Diese Konferenz trat am 24. November in Rom zusammen.

Belgien.

Auch Belgien hatte seine Sprachenfragen. Die flämische Sprache wurde endlich vollständig der französischen gleichgestellt, nicht aber die deutsche. Brüssel, das bisher als französisch galt, wurde in die Gruppe der flämischen Gemeinden eingereiht, da sich in der letzten Volkszählung mehr als zwei Dritteile der hauptstädtischen Bevölkerung zur flämischen Nationalität bekannten. Dadurch wurde auch die Unterrichtssprache in den Volksschulen die flämische.

Professor H. Bischoff in Lüttich erwarb sich große Verdienste um die Geltung der deutschen Sprache in Belgien (Allg. Ztg., 9. April, 4. Mai u. s. w.).

Maurice Maeterlinck predigte in seinem neuen Buch „Weisheit und Schicksal" die Weisheit des Alltags, ein Zeichen, wie nahe Überstiegenheit und Banalität liegen. Es war ein Brevier des Optimismus, geschrieben von einem Verliebten.

Niederlande.

Die junge Königin Wilhelmine wurde großjährig und übernahm die Regierung der Niederlande über „ein Volk, klein an Zahl, aber groß durch Kraft und Charakter".

Über das Projekt, die Zuidersee trockenzulegen, erschien ein Buch von Vissering.

Schweiz. In Zürich wurde das neue Schweizerische Landesmuseum eröffnet. — Der Schweizer Placid Meyer v. Schauensee (Luzern) erklärte die anarchistischen Verbrechen als Verkehrung des Gewissens (Allg. Ztg., 21. Okt.). — Über das Ausscheiden der acht reichsdeutschen Professoren aus dem Universitätsverband in Freiburg in der Schweiz erschien sowohl eine Schrift der Ausgeschiedenen, wie eine des Kantons. — K. Spittelers „Essays" strotzten, wie die Kritik sagte, von „allerliebsten Bosheiten". — Konrad Ferdinand Meyer starb als anerkannter Meister der historischen Novelle; seine kühle, reflektierende Kunst suchte vergebens, eine protestantische Kultur im Gegensatz zur allein daseienden katholischen zu erzwingen.

Ibsen. Zu Ibsens 70. Geburtstag wies man auf das Wort seines „Volksfeinds" als Motto hin: „Ich liebe meine Vaterstadt so sehr, daß ich sie lieber ruinieren will, als sie auf einer Lüge emporblühen sehen." Nach diesem Grundsatz wirkte seine ganze Kunst quälend und grausam; sie hielt sich auch zu sehr in norwegischer Enge und ließ den Ausblick ins große allgemeine freie Leben vermissen. Er gelangte nie zur edlen Harmonie des vollendeten Kunstwerks. — Ibsens „Wildente" erreichte in Berlin über hundert Aufführungen.

Als in Malmö die Arbeiter einer Zuckerfabrik ohne Kündigung die Arbeit niederlegten, empörte sich das Rechtsgefühl der Studenten in Lund und sie meldeten sich als freiwillige Arbeiter, um den Fortbetrieb der Fabrik zu ermöglichen.

In Dänemark protestierten viele Versammlungen gegen die Ausweisungen aus Nordschleswig.

Schweden. Der Schwedische Reichstag genehmigte ein Gesetz zur schärferen Kontrolle der katholischen Priester bei ihrer Behandlung gemischter Ehen. — Norwegen regte die Neutralitätserklärung der beiden unierten Königreiche an. Übrigens wurden die Unabhängigkeitsgelüste Norwegens immer stärker.

Rußland. Rußland überraschte die Welt durch die kaiserliche Kundgebung vom 29. August für eine internationale Abrüstungskonferenz.

Friedenskonferenz. Darin hieß es: „Die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und eine mögliche Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen, welche auf allen Nationen lasten, stellen sich in der gegenwärtigen Lage der ganzen Welt als ein Ideal dar, auf das die Bemühungen aller Regierungen gerichtet sein müßten ... Im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre hat der Wunsch nach einer allgemeinen Beruhigung ... festen Fuß gefaßt. Die Erhaltung des Friedens ist als Endziel der Politik aufgestellt worden. Im Namen des Friedens haben große Staaten mächtige Bündnisse miteinander geschlossen. Um den Frieden besser zu wahren, haben sie in bisher unbekanntem Grade ihre Militärmacht entwickelt ... Alle Bemühungen haben nicht das Ergebnis der ersehnten Friedensstiftung zeitigen können ... Die Kräfte der Völker werden in unproduktiver Weise aufgezehrt. Millionen werden aufgewendet, um furchtbare Zerstörungsmaschinen

zu beschaffen, die morgen infolge neuer Entdeckungen jeden Wert verlieren. Daher entsprechen die Rüstungen einer jeden Macht immer weniger ihrem Zweck ... Wenn diese Lage sich weiter hinzieht, wird sie zur Katastrophe führen, die man vermeiden will und deren Schrecken schon beim Gedanken schaudern machen. Durchdrungen von diesem Gefühl hat Seine Majestät mir (Graf Murawiew) befohlen, allen Regierungen eine Konferenz vorzuschlagen, die mit Gottes Hilfe ein günstiges Vorzeichen des kommenden Jahrhunderts sein würde. Sie würde den Gedanken des Weltfriedens triumphieren lassen ... durch eine solidarische Weihe der Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit, auf denen die Sicherheit der Staaten und die Wohlfahrt der Völker beruht."

Am meisten betroffen von dieser Ankündigung war Frankreich. Die französische Presse schrieb: „Frankreich würde dabei die Hoffnung auf Wiedergewinnung des Elsaß einbüßen." „Unser Verbündeter vergißt, daß unsere Grenzen nicht unversehrt sind wie die seinigen." „Die befriedigten Völker mögen ihre Truppen heimschicken und ihre Waffen in Werkzeuge verwandeln, aber wir, die vom Unglück Betroffenen, suchen am Horizont das Morgenrot der Vergeltung." Die Sozialisten meinten, daß nur sie diese Träume eines Selbstherrschers zur Verwirklichung bringen könnten. In England erkannte man, daß der Vorschlag die Zweifel der Franzosen wegen der praktischen Vorteile des russischen Bündnisses erheblich steigern müßte. England selbst werde von seinen Anstrengungen nicht ablassen, sich den Vorsprung zu erhalten, den es vor seinen Nebenbuhlern voraus habe. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sprach die Hoffnung aus, die beiden Kaisermächte würden aus einer gemeinsamen Betätigung im Sinne des Zaren wechselseitig Gewinn schöpfen. Der „Vorwärts" meinte sehr skeptisch: „So wie Napoleon III. sich als den Wahrer des Friedens aufspielte, so überrascht das offizielle Rußland nun, vielleicht am Vorabende eines Krieges in drei Weltteilen und auf drei Ozeanen, die staunende Welt mit der Einladung zum ewigen Frieden. Das ist ein schlauer Streich der russischen Diplomatie, der vorläufig schon den Erfolg für sich hat, die öffentliche Meinung zu verwirren." Nach andern Stimmen bedeutete der Vorschlag einen Schachzug gegen England, das auf den Vorschlag nicht eingehen könne und sich somit in Gegensatz zu sämtlichen Kontinentalmächten stellen müsse. Rußland habe allein Vorteil von einer internationalen Abrüstung, da es bei der großen Notlage seiner landwirtschaftlichen Bevölkerung dringend einer Verminderung des Militärbudgets bedürfe. Kaiser Wilhelm freilich sprach in der Thronrede vom 6. Dezember von der „hochherzigen Anregung meines teueren Freundes zum Zusammentritt einer Konferenz, welche dem Frieden und der bestehenden Ordnung der Dinge zu dienen bestimmt ist." Skeptischer waren die Deutschen Österreichs als die vom Vorschlag begeisterten Magyaren. Die italienische Regierung hob in ihrer Antwort an die russische sogar die Gefahr einer Konferenz hervor, da hier Meinungsstreite schärfer zum Ausdruck kommen und ungeahnte Folgen haben könnten.

Rußland schien durch den Erwerb von Port Arthur und Talienwan (27. März) gesättigt. Die Beziehungen zu England (wegen Persien),

die zu Japan (wegen Korea) mochten ihm freilich Sorge machen. Heute nach dem Zusammenbruch und Auseinanderfall Rußlands kann man sagen, daß es schon damals seine innere Schwäche und mannigfache Gefahr vorausahnte und vielleicht doch die Erleuchtung einer friedlichen, verzichtenden Politik hatte, die noch allein das Reich retten konnte, ehe es in den beiden Wirbeln des japanischen und des Weltkrieges versank.

Ein Gesetz gestattete die Gründung einer jüdischen Ackerbauansiedlung auf dem Gut des Barons Guenzburg in Bessarabien.

Friedensbewegung.

Die internationale Friedensbewegung war ein Erbe der ältesten Ideen der Menschheit. Seit Ende der achtziger Jahre hatte sich die seit der heiligen Allianz in ein hoffnungsvolleres Stadium tretende praktische Bewegung durch internationale Vereinigung von Mitgliedern der Parlamente neu belebt; sie zählte 1895 bereits 1800 Teilnehmer. Es entstanden überall Friedensvereine. Die deutsche Friedensgesellschaft in Berlin zählte 70 Ortsgruppen. Frau Bertha v. Suttner, geb. Gräfin Kinsky, hatte mit ihrem pazifistischen Roman „Die Waffen nieder" großen Erfolg. Seit 1889 waren 28 Auflagen und Übersetzungen in viele Sprachen erschienen. Sie gab eine Wochenschrift gleichen Namens heraus, gründete die österreichische Gesellschaft der Friedensfreunde, trat als Sprecherin auf, so auf dem Friedenskongreß von 1891 in Rom. Im Laufe des Jahrhunderts waren 90 Fälle von Streitigkeiten durch Schiedsspruch beigelegt worden. Man erwartete, daß dies tatsächlich so häufig angewandte Prinzip zu einem organischen Bestandteil des Völkerrechts erhoben werden könne. Die Verdopplung der Rüstungskosten seit fünfundzwanzig Jahren ließ die Zwecklosigkeit der Wettrüstungen voraussehen.

Zu Tolstois 70. Geburtstage wurde bemerkt, sein Welterfolg habe sich nicht eingestellt, als er auf der Höhe seines dichterischen Schaffens war, sondern erst dann, als der Dichter dem Denker, dem Mystiker, dem Sozialisten Platz machte. Sein Quietismus, Fatalismus, Pessimismus, die Passivität, der Mangel an Individualismus war allgemein russischer Charakter. Tolstois 70. Geburtstag durfte in Rußland nicht erwähnt werden. In Frankreich erschienen seine „Gedanken" von Ossip Lourié, in Zürich „Reife Aehren, aus den Schriften Leo Tolstois" von W. Henckel. In einer neuen Schrift behandelte Tolstoi die Frage „Was ist Kunst?" und antwortete: „Das eigenartige Können des Menschen, seine Gefühle andern zu übertragen und sie zu zwingen, mit ihm zu fühlen". Er hat dabei auch auf meine ästhetische Theorie Rücksicht genommen.

Th. Pezold sah in der Geschichte Rußlands das Abwechseln deutscher und französischer Ideengänge (Allg. Ztg., 25. Jan.).

Beim Denkmal Alexanders II. im Kreml zu Moskau überwog die reiche Architektur russischen Stils (Ill. Ztg., 2880).

Graf Speranski wird als „vielleicht der größte Russe des 19. Jahrhunderts" von A. Kleinschmidt geschildert (Allg. Ztg., 19. Juli).

Aus den Tagebüchern Dostojewskijs veröffentlichte einiges Nina Hoffmann; z. B.: „Für Europa ist Rußland das Rätsel der Sphinx. Der Mond ist bereits ausführlicher erforscht als Rußland." — Die Selbstbiographie der Mathematikerin Sonja Kowalewska bildete ein Seitenstück zum Tagebuch der Malerin Maria Bashkirtseff.

Auch der König von Griechenland wurde durch ein Anarchistenattentat bedroht. Der griechische Kredit stand so schlecht, daß Rußland, England und Frankreich 120 Millionen der neuen griechischen Anleihe garantieren mußten.

Unter den neuentdeckten griechischen Papyri war ein vollständiges Gedicht der Sappho an ihren Bruder besonders wertvoll (Allg. Ztg., 5. Okt.); man könnte aus dem Gedicht allein die Gesetze der künstlerischen Meisterschaft ableiten.

Die zentralamerikanische Republik löste sich wieder auf.

Die Föderation der australischen Kolonien erhielt durch die Abstimmung nicht die erforderliche Unterstützung.

Über Australische Literaten berichtete Crüwell (Allg. Ztg., 12. Dez.).

Sehr merkwürdige Bronzewerke aus Benin an der Guineaküste wurden bekannt (Ill. Ztg., 2865). Sie entstammten wohl einer untergegangenen Negerkultur des 15. und 16. Jahrhunderts.

Zwischen dem Oranje-Freistaat und Transvaal fand eine engere Einigung statt. Auch im Kapland siegte politisch die Burenpartei über die Partei des Cecil Rhodes. In Johannesburg kam es zu Schlägereien zwischen Buren und Engländern. Das waren Vorzeichen des im nächsten Jahr ausbrechenden Krieges. Südafrika.

Das Jahr 1899.

Die Haager Konferenz. Der Samoa-Konflikt. Maskat, Madagaskar, Sudan. Beginn des Burenkriegs. R. Kipling. Der deutsche Mittellandkanal. Herman Schell. Spectator und Gerontius; der integrale Katholizismus und der Amerikanismus. Die Historisch-politischen Blätter. Hertling. J. B. Weiß †. Katastrophe des Zukunftsstaats. Der ausgebliebene Kladderadatsch und Bernstein. Helmolt. Lamprecht. Denkmäler. Los von Rom. Die österreichische Krisis. Clary. Prozeß Notarbartolo. Prozeß Dreyfus. Präsident Loubet. Die Sekte vom großen Messer in China. Ende des Jahrhunderts.

Die Weltgeschichte hat als ihr höchstes Interesse die Frage des Weltfriedens in erste Linie zu stellen, einerlei aus welchen Motiven sie neuerlich durch den jungen Zaren Nikolaus II. angeregt wurde. Auf die erste Kundgebung vom 29. August 1898 folgte nun am 11. Januar ein Rundschreiben der russischen Regierung an die Vertreter der Mächte in Petersburg; darin hieß es: „Trotz der großen Strömung der öffentlichen Meinung für die Ideen des allgemeinen Friedens hat der politische Horizont seither einen andern Anblick bekommen. Mehrere Mächte sind zu neuen Rüstungen geschritten ... Dennoch meint die Regierung, ein vorläufiger Ideenaustausch der Mächte sei um so dringlicher. Es würde sich bei einer internationalen Besprechung auch um andere als Abrüstungsfragen handeln; Verbote neuer Feuerwaffen und Explosivstoffe, Verbot, Geschosse oder Explosivstoffe von Luftschiffen aus anzuwenden, Weltfriede.

Verbot, unterseeische Torpedoboote zu benützen, Kriegsschiffe mit Sporen zu bauen, Anwendung der Genfer Konvention von 1864 auf Seekriege, Neutralisierung von Rettungsschiffen, Revision der auf der Brüsseler Konferenz von 1874 ausgearbeiteten, aber nicht ratifizierten Erklärung über die Kriegsbräuche, grundsätzliche Annahme der Vermittlung und der Schiedsgerichte." Der Rat, nicht die Hauptstadt einer Großmacht zum Sitze der Konferenz zu wählen, sondern im Haag zusammenzutreten, wurde von allen eingeladenen Regierungen angenommen. Gegen den Vorwurf, warum denn Rußland nicht mit dem Beispiel der Abrüstung vorangegangen sei, entschuldigte sich ein offiziöser Artikel, das sei doch erst auf Grund der in der Konferenz gefaßten Beschlüsse möglich.

Papst. Am begeistertsten äußerte sich über die Friedenssache der Papst, obwohl er auf Betreiben Italiens nicht eingeladen wurde. Die italienische Regierung hatte dagegen protestiert; ebenso protestierte England gegen die Einladung von Transvaal. Aber Leo XIII. ließ dem russischen Geschäftsträger in Rom erklären, er werde die Friedensbestrebungen des Zaren durch seinen Einfluß bei den Katholiken unterstützen. Zu den Kardinälen sagte er am 11. April: „Unsere Gedanken sind auf die Tat gerichtet, welcher wir mit unseren Wünschen vorausgeeilt sind und welche das zur Neige gehende Jahrhundert mit einem versöhnenden Strahle erhellt. Das Joch des Schwertes minder blutig und das Leben der Menschheit sorgenloser zu gestalten, das ist eine Aufgabe, welche demjenigen, der dazu den ersten Schritt getan, in der Geschichte der Zivilisation Ruhm verleiht. Wir begrüßten diese Initiative mit Freuden und gaben unserm Wunsch Ausdruck, daß diese erhabenen Absichten reichliche Früchte für die Allgemeinheit tragen mögen. Gebe der Himmel, daß dieser erste Schritt zu dem Versuche führe, Streitigkeiten zwischen den Völkern nur durch das Mittel der geistigen Kraft beizulegen. Im Rahmen der ihr gestatteten Bewegungsfreiheit hat die Kirche immer direkt bei wichtigen Begebenheiten der Weltgeschichte eingegriffen und damit der Menschheit gute Dienste geleistet. Oft machten die Päpste schwierigen Situationen ein Ende, beschworen Kriege und erzielten Waffenstillstände und Friedensschlüsse. Ohne die Autorität der Päpste wäre die Zivilisation zugrunde gegangen; sie haben der Übermacht Zügel angelegt und die Herrschaft der Vernunft über die Gewalt zur Geltung gebracht."

Haager Konferenz. Die Einladungen zur Friedenskonferenz im Haag wurden Anfang April von der niederländischen Regierung versandt, und zwar an das Deutsche Reich, Großbritannien, Rußland, Österreich, Frankreich, Italien, Türkei, Spanien, Portugal, Schweden, Dänemark, Luxemburg, Serbien, Rumänien, Montenegro, Griechenland, Schweiz, Vereinigte Staaten von Amerika, Siam, Persien, China, Japan. Gegen die Zu-

lassung Bulgariens hatte die Türkei protestiert. Die erste Sitzung wurde am 18. Mai durch den niederländischen Minister des Auswärtigen, de Beaufort, eröffnet, darauf wurde der russische Delegierte Freiherr v. Staal zum Vorsitzenden gewählt. Die Presse war von den Sitzungen ausgeschlossen, erhielt aber Mitteilungen. Es bildeten sich drei Kommissionen, eine für Einschränkungen der Rüstungen, eine für Festsetzung der Kriegsgesetze, eine für die Frage der Vermittlung und des Schiedsgerichts. Der Schluß der Sitzungen erfolgte am 29. Juli. Es wurde ein Schreiben der Königin der Niederlande an den Papst verlesen, darin er um seine moralische Unterstützung des Werkes der Konferenz gebeten wurde, sowie auch seine Antwort mit der Zusage werktätiger Mitarbeit. Papst Leo wies in seinem Schreiben darauf hin, daß er bereits mehrmals Schiedsrichter war, er wolle auch ferner trotz aller Hindernisse für die Sache der christlichen Gesittung weiterwirken. Baron Staal betonte, das vollbrachte Werk sei nicht vollkommen, aber aufrichtig, praktisch und weise. Die Aufgabe sei eine Vereinigung der beiden Grundprinzipien des Völkerrechts: Souveränität der einzelnen Staaten und internationale gerechte Solidarität. Minister v. Beaufort hob die moralische Wirkung dieser Beratung hervor; sie werde sich immer mehr vertiefen und verstärken. Das Schlußprotokoll vom 25. Juli faßte folgende Erklärungen zusammen: 1. Eine Konvention zur friedlichen Schlichtung internationaler Streitigkeiten. 2. Eine über die Gebräuche des Landkriegs. 3. Über die Anwendung der Genfer Konvention von 1864 auf den Seekrieg. 4. Verbot, Geschosse und Explosivstoffe aus Luftschiffen herabzuschleudern, Stickgase oder Giftgase, Explosivkugeln zu gebrauchen. Ferner wurden folgende Wünsche festgelegt: 1. Beschränkung der militärischen Lasten. 2. Beachtung der Rechte und Pflichten der Neutralen (bei einer nächsten Konferenz festzusetzen). 3. Feststellung des Kalibers der Gewehre und Marinegeschosse. 4. Revision der Genfer Konvention. 5. Schutz des Privateigentums im Seekrieg, Regelung der Bombardierung von Hafenplätzen, Städten und Dörfern. England machte bei der Unterzeichnung Vorbehalte. Dadurch war der ganze Erfolg vereitelt.

Samoa.

Indessen hätte aber auch bald ein Konflikt über Samoa einen Weltbrand entzündet. Auf dieser Insel der Südsee herrschten sehr verwickelte Verhältnisse; Amerika, England und das Deutsche Reich hatten da Interessengebiete und außerdem bestand ein einheimisches Königtum. Nun konnte sich aber der am 31. Dezember 1898 zum König proklamierte Tanu, Sohn Malietoas, nicht halten; er wurde am 1. Januar vom Prätendenten Mataafa geschlagen und flüchtete an Bord eines englischen Kreuzers. Die Konsuln der drei Vertragsmächte anerkannten eine provisorische Regierung für Mataafa unter Vorsitz eines Deutschen; aber der amerikanische Admiral Kautz erklärte in einer Proklamation vom 11. März

diese provisorische Regierung für aufgelöst und führte Tanu ans Land zurück. Dagegen protestierte sofort der deutsche Generalkonsul Rose, aber vergebens, denn das englische und das amerikanische Kriegsschiff bom-
Apia. bardierten Apia; gelandete Mannschaften vertrieben die provisorische Regierung und Tanu wurde von den Engländern und Amerikanern am 23. März zum König proklamiert. Die Mißhelligkeiten steigerten sich, als eine englisch-amerikanische Abteilung bald darauf in einen Hinterhalt geriet und von den Eingebornen übel genug zugerichtet wurde. Der Verdacht, diese angeleitet zu haben, fiel auf einen deutschen Pflanzer; der wurde verhaftet und die Engländer bombardierten Apia aufs neue. Erst auf Reklamation der deutschen Vertreter wurde der Deutsche freigegeben; aber die Erregung im deutschen Volk über diesen Vorfall und die blindwütige Zerstörungslust der Engländer wuchs aufs höchste. Auch in Amerika platzten die Gegensätze aneinander. Die Deutschen wurden dort beschimpft, aber von den Iren verteidigt und unterstützt. Endlich schiffte sich am 26. April von San Francisco aus die Samoakonferenz der deutschen, englischen und amerikanischen Regierung nach Samoa ein; sie kam im Mai dort an und richtete eine neue provisorische Regierung ein unter Leitung der drei Konsuln. Tanu mußte wieder verzichten und abtreten. Die Kommission schlug die Ernennung eines Gouverneurs und die Abschaffung des einheimischen Königtums vor. Endlich wurde im November ein Vertrag abgeschlossen, der die Inseln der Samoagruppe zwischen den drei Reichen aufteilte. Das ging für das Deutsche Reich ebenso günstig aus wie die Erwerbung der Karolineninseln gegen eine Geldentschädigung an Spanien.

Schärfer spitzten sich noch die Gegensätze zu zwischen England und Frankreich. Faschoda blieb unvergessen. Eine neue diplomatische
Maskat. Niederlage erlitt Frankreich, als es vom Sultan von Maskat in Arabien eine Kohlenstation erwarb; aber England sah diese Erwerbung als unberechtigt an, da der Sultan von Maskat unter englischer Abhängigkeit stand; es zwang diesen, unter Androhung einer Bombardierung, seine Konzession wieder zurückzuziehen (16. Febr.). Auch in Differenzen über Madagaskar ließ sich Frankreich von England brutalisieren. Den Sudan sicherte sich England durch einen Vertrag mit Ägypten (20. Jan.). Kitchener wurde Gouverneur des Sudan. Ein Abkommen mit Frankreich vom 21. März regelte die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären im südwestlichen Sudan.

Am bedrohlichsten für die ganze Weltlage schien sich der Ausbruch
Buren. des Konflikts zwischen England und den südafrikanischen Buren anzulassen; man glaubte schon das großbritische Imperium in seinen Grundlagen wanken zu sehen. Jedenfalls schien sich eine Schwäche dieses Welt-

reichs zu enthüllen, die ihm, wenn nicht jetzt, so doch einmal bei anderer Gelegenheit den Todesstoß verursachen könnte. Der Kolonialminister Chamberlain sprach schon zu Beginn des Jahres seine aggressive imperialistische Politik aus im Gegensatz zur „Klein-England-Partei". Er und der Schatzlord Balfour sahen das einzige Heil für das englische Reich in der Vermehrung von Flotte und Armee. Das Reich müsse sich ausdehnen, wenn es nicht sinken wolle. Ebenso äußerte sich Goschen, der Lord der Admiralität. Die Kosten für die neuen Riesenschiffe seien enorm, aber der Steuerzahler werde durch den heiteren Gleichmut belohnt, mit dem das Land jeder Gefahr die Stirn bieten könne. Im März klagte Chamberlain darüber, daß Krüger seine Versprechungen über bessere Krüger.
Behandlung der Ausländer in Transvaal nicht erfülle. Eine Petition der „Uitländer" drängte auf Erledigung dieser Frage. Dort war eine große Versammlung der Ausländer in Johannesburg, die gegen Krügers Regierung protestierte, in wilde Schlägerei ausgeartet. Krüger leugnete, daß er Versprechungen gemacht, die er nicht erfüllt habe; alle Unruhe komme von außen. Im Innern sei man ganz zufrieden. Aber die Engländer wollen Transvaal für England zurückgewinnen, mit allen Mitteln. In der Tat protestierten 23.000 andere Ausländer gegen die erste Petition der 21.000 Ausländer und sprachen der Regierung von Transvaal ihr Vertrauen aus. Mehrere Engländer aber, ehemals Angehörige der englischen Armee, wurden im Mai zu Johannesburg verhaftet unter der Anklage, eine Verschwörung gegen die Regierung angestiftet zu haben. Immerhin ließ sich Krüger herbei, den Ausländern nach einem Aufenthalt von neun oder weniger Jahren die Bürgerrechte zu gewähren. Darüber wurden Verhandlungen mit dem Gouverneur von Kapstadt gepflogen. Chamberlain verlangte aber auch Aufhebung des Dynamitmonopols in Transvaal, was Krüger als einen Eingriff in die innerpolitischen Verhältnisse der Republik zurückwies. Im Juni wurde die Frage eines Schiedsgerichts zwischen Transvaal und England verhandelt; aber zu gleicher Zeit wurde auch gerüstet. Lord Kimberley verteidigte am 28. Juli im Oberhaus Krügers Politik. Im Unterhaus führte Campbell-Bannermann aus, ein Krieg gegen Transvaal sei durch nichts gerechtfertigt. Chamberlain antwortete, es handle sich um das Ansehen des Reiches; Transvaal müsse beide weißen Rassen, Buren und Engländer gleichstellen, letztere nicht als Heloten behandeln. Transvaal sei nicht suverän, sondern der Vasall Englands. Krüger hielt um so fester die Unabhängigkeit Transvaals aufrecht, erklärte sich aber im August bereit, den Ausländern das Wahlrecht nach fünfjährigem Aufenthalt zu geben, ferner acht neue Parlamentssitze, doch müsse sich England verpflichten, sich nicht ferner in die innern Angelegenheiten Transvaals einzumischen und keine Suzeränitäts-

ansprüche geltend zu machen. Chamberlain antwortete ausweichend; ein Ministerrat vom 29. September formulierte weitere Forderungen an Transvaal, so Schleifung der Festungswerke von Johannesburg, Unterricht in der englischen Sprache in den Schulen. Im englischen Kapland erklärte der Premierminister Schreiner in der Kammer einen Krieg mit Transvaal als eine Verletzung der Zivilisation. Der Afrikanderbund von Kapland bezeichnete in einem Manifest an das englische Volk den Krieg als ehrlos. Die Deutschen in Johannesburg erklärten sich bereit, die Republik zu verteidigen. Der Präsident Steijn des Oranje-Freistaats erklärte im Rat, der Freistaat sei verpflichtet, der Südafrikanischen Republik (Transvaal) im Fall eines Krieges beizustehen. Dort wurde den Engländern geraten, abzureisen. Angesichts der Rüstungen Englands richtete Krüger am 10. Oktober ein Ultimatum an die englische Regierung. Er forderte ein Schiedsgericht, Zurückziehung der Truppen, Einstellung der Rüstungen. Als keine Antwort erfolgte, rückten am 11. Oktober die Truppen der beiden Burenrepubliken in Natal ein. Zuerst erfochten die Engländer einige Vorteile, die Buren wurden bei Elandslaagte geschlagen; dann aber erfolgte eine englische Niederlage nach der andern. Der Burengeneral Joubert schloß die Engländer unter General White in Ladysmith ein und nahm mehrere Hundert Engländer gefangen. Die Lanzenreiter, die Neusüdwales gestellt hatte, weigerten sich, am Kriege teilzunehmen und schifften sich wieder ein. Lord Methuen wurde am Modderfluß geschlagen und dann bei Magersfontein, General Gatacre bei Stormberg. Der englische Oberkommandor Buller, der sich im Oktober gerühmt hatte, den Krieg in vier Wochen zu beendigen, erlitt am 15. Dezember am Tugelafluß eine blutige Niederlage, die er auch ohne Beschönigung eingestand.

Ultimatum.

Krieg.

All diese Niederlagen riefen in England große Unruhe hervor, um so mehr Freude in Irland, wo man den tyrannischen Engländern alles Schlechteste gönnte. Ein Protest des Generals Joubert gegen die Verwendung von Lyddite-bomben bei den Engländern wurde nicht beachtet, weil die Haager Konferenz darüber nichts Bestimmtes festgesetzt hatte. Der Ministerpräsident mußte sich am 9. November gegen die Anklage verteidigen, daß die englische Regierung die militärischen Vorbereitungen in ungenügender Weise getroffen habe. Auch die Behauptung, daß eine schwache Nation von einer starken angegriffen worden, sei nicht richtig: „Wir sind die schwache Nation, die mit einer stärkeren kämpft.“ Das Übel datiere von dem unseligen Übereinkommen der Jahre 1881 und 1884, wodurch England einem feindselig gesinnten Gemeinwesen gestattet habe, Kriegsvorräte anzuhäufen. Er verwahre sich gegen die Behauptung, daß der Zweck des Krieges die Befriedigung der Gelüste habgieriger Lords nach den Gold- und Diamantengruben sei. England wünsche nur gleiches Recht für alle Rassen, Sicherheit für die englischen Untertanen und das Reich. Eine fremde Einmischung sei ausgeschlossen.

Auch Chamberlain entschuldigte am 29. November die Mißerfolge mit der starken Stellung der Buren und den Schwierigkeiten Englands, seine Truppen so weit zu befördern. Er spielte in dieser Not des Reiches auf eine Verständigung zwischen der germanischen[1]) (deutschen) und der angelsächsischen Rasse an, um den Weltfrieden zu erhalten. Die neue Tripelallianz zwischen der germanischen Rasse und den zwei großen Zweigen der Angelsachsen (England und Amerika) stelle in der Zukunft einen mächtigen Einfluß in der Welt dar. Er gebrauche mit Absicht das Wort Allianz, denn es verschlage wenig, ob es sich um eine auf dem Papier niedergelegte Allianz handle oder um ein Einverständnis, das im Geiste der Staatsmänner der betreffenden Länder vorhanden sei. — Über diesen Gedanken eines deutsch-englischen Bündnisses äußerte man sich sonst sehr skeptisch; in Deutschland wurde er von der Presse ziemlich allgemein abgelehnt.

Wilhelm in England.

Auch der Besuch des deutschen Kaiserpaars in England geschah wohl nur, um den üblen Eindruck zu dämpfen, den die Haltung des deutschen Volkes zugunsten der Buren bei den Engländern hervorrufen mußte. Man sammelte in ganz Deutschland für die Buren. Offiziös wurde freilich die strengste Neutralität verkündet. Die Reden beim Festmahl in Windsor (21. Nov.) waren sehr lakonisch. Der Prinz von Wales sagte: „Auf Befehl der Königin: der deutsche Kaiser und die deutsche Kaiserin!" Dann erhob sich Kaiser Wilhelm, das Glas in der Hand, und sagte: „Die Königin!" Am 24. November konferierte allerdings Chamberlain mit dem Kaiser und Bülow. Es wurde auch am 27. Dezember vom „Berliner Lokalanzeiger" der angebliche Inhalt des geheimen deutsch-englischen Vertrages veröffentlicht; er bezog sich auf die Kolonien, wurde aber vom „Reichsanzeiger" kategorisch dementiert. Die Nachrichten von der Beschlagnahme deutscher Dampfer (auch eines amerikanischen) wegen Kriegskonterbande erregte die Gemüter. Übrigens lieferten auch englische Fabriken den Buren Waffen und Munition, darunter, wie es hieß, eine von der Familie Chamberlain geleitete Firma. Anderseits übernahm die Firma Krupp in Essen die Lieferung von 25.000 Stahlgranaten für England. Die öffentliche Meinung in Deutschland sprach sich sehr scharf dagegen aus, und die Regierung verbot alle Lieferungen an eine der kriegführenden Parteien.

Die englische „Army and Navy Gazette" brachte einen Schmähartikel über „Deutsche Mietlinge", der in der „Berliner Militärzeitung" gebührend zurückgewiesen wurde.

---

[1]) Wir verstehen unter Germanen außer den Deutschen, zu denen wir auch die Angelsachsen als Niederdeutsche rechnen, auch die Holländer und Skandinavier; die Engländer nennen das, was wir Germanen nennen, Teutonen.

Die anglikanische Kirche suchte nähere Beziehungen zur griechisch-orthodoxen, offenbar weil die Beziehungen zur preußischen Landeskirche endgültig in Jerusalem abgerissen waren.

In England wurde mannigfach die Hundertjahrfeier der Kirchenmissionsgesellschaft gefeiert; die ersten Sendboten 1799 waren Deutsche aus der Herrnhuter oder Mährischen Brüdergemeinde.

Kipling. Als der englische Schriftsteller Rudyard Kipling in Neuyork infolge des katastrophalen Schneesturms (Blizzard) schwer erkrankte, telegraphierte der deutsche Kaiser als „enthusiastischer Verehrer der unvergleichlichen Werke" des Dichters. Dieser, 1865 in Bombay geboren, war der wirkungsvolle Vertreter des englischen Imperialismus, der Flottenallmacht. Rudyard Kipling forderte im Gedicht „Des weißen Mannes Bürde" die Vereinigten Staaten auf, dem Beispiel Englands zu folgen und ihre Macht im großartigsten Maßstab über die farbigen wilden oder halbzivilisierten Bewohner fremder Länder auszudehnen. Damit kam er der imperialistischen Politik, die schon am Ruder war, entgegen. Kipling stellte England als Muster der edelsten und uneigennützigsten Bestrebungen dar. Als ebenso human im ironischesten Sinne müssen wir die weißen Amerikaner ansehen. Viel gelesen wurden die beiden Dschungelbücher von Rudyard Kipling, die Geschichte eines von einer Wölfin geraubten Kindes.

Das Buch des Engländers G. H. Pember „Die ersten Zeitalter der Erde in ihrer Verbindung mit dem Spiritismus und der Theosophie unserer Zeit" erschien zum zweitenmal in deutscher Übersetzung (1898) und verbreitete den tollsten Aberglauben.

Für das Byrondenkmal in Aberdeen kamen statt der nötigen 1500 Pfund Sterling nur 422 ein. Andern Größen ging es noch schlechter, so Stevenson, Carlyle und Burns.

Man schrieb von einer „Troilus- und Cressida-Epidemie", das heißt, der politische Tiefsinn Shakespeares kam auch in diesem Drama zum Bewußtsein der Zeit (Allg. Ztg. 3); freilich nur in Deutschland.

G. Hauptmanns „Weber" wurden in London von Mitgliedern der kommunistischen Arbeiterunion aufgeführt.

Deutsches Heer. Wieder sah sich die deutsche Politik gezwungen, die Friedensstärke des Heeres zu erhöhen. In der Debatte vom 13. Jänner darüber, sprach Bebel im Reichstag gegen die Vorlage. In den letzten zwei Jahren habe sich eine vollständige Verschiebung der politischen Zustände gezeigt; Rußland müsse jeden Krieg vermeiden, wegen der Notjahre in der Landwirtschaft, Frankreich brauche sein Heer für die Kolonien. Hertling betrachtete auch die Lage als eine friedliche. Am brennendsten sei die Lösung der römischen Frage. Die russische Diplomatie sei freilich nicht so ideal gesinnt, die Friedensgedanken des jungen Zaren zu erfüllen, der sich mit dem Palmenzweig an des Jahrhunderts Neige stellt.

Bismarck. Im preußischen Herrenhaus wurde noch dem Fürsten Bismarck am 16. Januar ein Nachruf gewidmet, als dem ersten der Paladine Wilhelms des Großen, der „durch gewaltige Geistes- und Tatkraft und durch den ihm nie fehlenden Erfolg dazu beigetragen, den Traum des deutschen Volkes zu erfüllen und ein mächtiges, friedengebietendes Deutschland zu schaffen". Im Abgeordnetenhaus wurde betont, daß Bismarck Preußen auf die Stelle

in Deutschland, Deutschland auf die Stelle in der Welt gestellt habe, die beiden gebührt. Die Polen verließen während dieses Nachrufes den Saal.

Der Kaiser sagte in einer Rede vom 24. Januar zu den Offizieren in Hannover: „Eines der Hauptprinzipe, welche ich stets, so lange ich die Ehre habe, mein Heer zu führen, aller Orten verkündet und vertreten habe, ist Tradition, und dieser Gedanke hat mich zu dem Entschluß geführt, welcher am heutigen Tag seine Vollendung gefunden hat", nämlich an die Stiftungstage der alten königlich hannoverschen Regimenter anzuknüpfen. Dazu bemerkte allerdings das offizielle Organ der Welfenpartei, die „Deutsche Volkszeitung": „In diesen Gnadenbezeigungen erblicken wir die Erkenntnis, daß eine Armee wie die königlich hannoversche sich nicht einfach, wie 1866 geschehen, wegdekretieren läßt. Wir erblicken darin eine Verurteilung der Annexion als eines politischen Fehlers. Die weitere Erkenntnis als eines Unrechts wird die folgerichtige Entwicklung dieser Auffassung sein." Hannover.

Beim Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages, 3. Februar, erzählte Kaiser Wilhelm von der Zeit nach 1871: „Da saßen die drei Paladine des großen alten Kaisers beisammen, der General, der Kanzler, der Kriegsminister, und der Kanzler sagte: ‚Wir haben nun alles erreicht. Was kann noch kommen?' Da sagte der Schlachtenlenker: ‚Den Baum wachsen sehen!' — Ja, das ist die deutsche Reichseiche ... davor steht der deutsche Michel, die Hand am Schwertknauf, den Blick nach außen. Sicher ist der Friede hinter dem Schild und unter dem Schwert des deutschen Michel. Es ist herrlich, den Frieden herbeiführen zu wollen ... Aber so lang in der Menschheit die unerlöste Sünde herrscht, so lange wird es Krieg und Haß, Neid und Zwietracht geben. Deswegen wollen wir Germanen wenigstens zusammenhalten wie ein fester Block."

Als Graf Caprivi am 6. Februar im 68. Jahre starb, schrieb der Kaiser: „Als Soldat hochgeschätzt, als Reichskanzler mein arbeitsfreudiger, überzeugungstreuer Mitarbeiter, hat Graf Caprivi auch in der Zurückgezogenheit es verstanden, sich die Anerkennung und Dankbarkeit seines Königs und Kaisers zu erwerben" — nämlich durch sein würdevolles Schweigen Bismarcks Auslassungen gegenüber. Graf Ballestrem bezeugte im Reichstag, daß es auch Caprivi als dem zweiten Kanzler des Reiches nicht an Größe gebrach. „Er war groß in ehrenhafter und wahrhaft ritterlicher Gesinnung ... Ein Ritter ohne Furcht und Tadel." Caprivi †.

Cecil Rhodes weilte im März in Berlin, um da über eine afrikanische Zentralbahn zu verhandeln, die vom Kap bis zum Nil nach Kairo führen und Deutsch-Ostafrika berühren sollte.

So schlecht die Beziehungen zu Amerika standen, so telegraphierte der Kaiser doch mit Bezug auf das neue Kabel, das Deutschland direkt mit Amerika verbinden sollte, dem Präsidenten einen freundlichen Gruß, der nicht unfreundlich erwidert wurde (April). Ebenso freundlich kam der Kaiser dem Zaren entgegen bei einem Festmahl in Wiesbaden, 18. Mai.

Kanäle. Die Frage der Kanäle, besonders des Mittellandkanal zwischen Rhein und Elbe, wurde lebhaft erörtert. Der Kaiser eröffnete feierlich den Dortmund—Ems-Kanal als „Teilwerk". Die große Kanalvorlage wurde aber vom preußischen Abgeordnetenhaus abgelehnt. — Bei einem Fest im Straßburger Kaiserpalast, 5. September, gebrauchte Kaiser Wilhelm das Psalmwort „Sub umbra alarum" im Sinne der Flügel des deutschen Reichsadlers (vgl. Psalm 36, 8; 57, 2; 63, 8.).

Beim Stapellauf des Linienschiffs „Kaiser Karl der Große", Hamburg, 18. Oktober, sagte der Kaiser, das deutsche Volk müsse Opfer bringen, nicht sein Höchstes in Parteirichtungen suchen, den Erbfehler ungezügelter
Flotte. Kritik ablegen. „Wäre die Verstärkung der Flotte mir in den ersten acht Jahren meiner Regierung nicht beharrlich verweigert worden, wie anders würden wir dann unsern blühenden Handel und unsere überseeischen Interessen fördern können!" Ähnlich äußerte er sich nach der glücklichen Erwerbung Samoas. Die Hamburger Kaiserworte „Bitter not tut uns eine starke Flotte" wurden auch im Dezember aktuell bei der neuen Flottenvorlage. Bebel meinte, die Bekämpfung der Tuberkulose sei wichtiger. Es kam zu einem Rededuell zwischen Lieber und dem Minister Miquel, dem einstigen Marxisten (Bd. 2, S. 706). Lieber sah die Ursache der zunehmenden Reichsverdrossenheit, namentlich in Süddeutschland, im preußischen Partikularismus. Richter polemisierte gegen die Regierung, die immer auf Reisen sei, so daß bei wichtigen Entscheidungen ein Herr dem andern nachreisen muß. Die teure Kolonialpolitik sei ohne Nutzen. Die Zukunft Deutschlands liege nicht auf dem Wasser, sondern in der Heimat. Die Volksvertretung sei kein Leibregiment. Die neue Weltpolitik sei zu phantastisch.

Das löbliche Bestreben, undeutsche, besonders französische Ausdrücke zu vermeiden, führte zur Einbürgerung der Worte: Fahnenjunker, Fähnrich, Leutnant, Oberleutnant, Dienstgrad (Charge), Dienststellung (Funktionär), Beförderung (Avancement), Dienstalter (Anciennität).

Dem Maler Adolf Menzel verlieh der deutsche Kaiser den Schwarzen Adlerorden, als „höchste Ehrung, die einem Künstler je zuteil geworden, ein Zeichen meiner Dankbarkeit für die durch seine Kunst meinem Hause geleisteten Dienste, sowie als Sporn für die Jünger der Kunst, es ihm gleichzutun".

Lippe. Die Lippesche Erbfolge machte noch Schwierigkeiten. Es kam darauf an, ob die Reichsgräfin Modeste von Unruh, die ein Biesterfelder geheiratet hatte, ebenbürtig war. Zudem hatte der Graf Ernst eine Gräfin Wartensleben geheiratet, die eine bürgerliche Mutter hatte. In die
Koburg. Koburgsche Erbfolge trat die englische Linie ein.

Infolge von Beschwerden christlicher Eltern wurde für Preußen bestimmt, daß jüdische Lehrerinnen nur da unterrichten sollten, wo jüdische Kinder sind. Neuerlich beschloß der Reichstag vergeblich die Aufhebung des Jesuitengesetzes. Dem Reichszuschuß zu einem Goethedenkmal für Straßburg widersprach Schädler vom Zentrum, denn dann könnte morgen ein ähnlicher Antrag für Heine kommen.

Große Bewegung rief Ende Februar das kirchliche Verbot der Schriften
Schell. des katholischen Professors Schell in Würzburg hervor: Katholische Dog-

matik; Göttliche Wahrheit des Christentums; Katholizismus als Prinzip des Fortschritts; Die neue Zeit und der alte Glaube.

Die Studenten brachten dem Professor Schell am 27. Februar im Kolleg stürmische Huldigungen dar für seine Zensurierung. Schell erklärte, er werde auch fernerhin der Wahrheit dienen. Er habe nie geglaubt, daß das akademische Leben dazu da wäre, daß Mumien in ihm herumwandeln. „Mit einem Mann, der religiös und wissenschaftlich nicht das sagt, was er für pflichtgemäß und berechtigt hält, mit einer solchen Figur ist in unserer Zeit auch der Kirche nicht gedient, und deshalb will ich auch auf alle Opportunität verzichten und den Weg der Wahrheit gehen." Er unterwarf sich freilich dem Spruch der Indexkongregation und erklärte vor der theologischen Fakultät, er werde seine Lehren mit der Kirchenlehre in Einklang setzen. Im innern Zusammenhang mit der Maßregelung Schells stand das Vorgehen gegen den sogenannten Amerikanismus im Schreiben des Papstes an Kardinal Gibbons, Erzbischof von Baltimore; er verurteilte die in Nordamerika aufgetauchten Meinungen, welche die kirchliche Disziplin und Doktrin derart berührten, daß ihre Annahme einem Verrat an der Kirche gleichkäme. Der an der Spitze dieser amerikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen stehende Erzbischof Ireland kam nach Rom und versicherte den Papst seiner Ergebenheit.

Als Professor Schell dem Bischof von Würzburg seine Unterwerfung anzeigte, gab er zugleich die Versicherung, er werde, wenn Rom ihm einzelne Sätze als der kirchlichen Lehre widersprechend bezeichne, sich dieser Entscheidung unterwerfen. In diesem Sinn wurde ihm sein Gottesbegriff, seine Lehre von der Hölle, von der Sünde u. s. w. bezeichnet. Schell wurde vom Nuntius Lorenzelli nach München berufen.

Den norddeutschen katholischen Theologen wurde es bischöflicherseits verboten, in Würzburg die Vorlesungen des Professors Schell zu besuchen.

Bei der Stimmung, die sich infolge der Verurteilung der Schellschen Richtung in manchen Kreisen katholischer Gelehrter geltend machte, hielt es die Konferenz der bayrischen Bischöfe zu Freising für nötig, Bischöfe. am 11. April folgendes kundzugeben: „Die Kirche und ihr von Gott bestelltes Lehramt, nicht aber ein einzelner Gelehrter, haben darüber zu entscheiden, was katholische Wahrheit ist oder was derselben widersprechend ist. Alle wahrhaft guten Katholiken, um so mehr alle Priester, müssen den Entscheidungen der katholischen Kirche voll und innerlich Gehorsam leisten ... Die katholische Kirche verwirft nicht die Wissenschaft, sondern den Irrtum; sie verdammt keineswegs die Freiheit einer gesunden Forschung; aber sie verwirft die zügellose Forschung, welche sogar die ewigen Wahrheiten unter dem Vorwande des Fortschritts entstellen oder korrigieren möchte ... Es wäre eine törichte Anmaßung, der katholischen Wissenschaft einen nationalen Charakter beilegen zu wollen. Die Oberhirten erklären, daß die Erziehung des Klerus Sache der Kirche ist ... Der Presse steht kein Urteil über diese kirchliche Angelegenheit zu ... Es ist keinem verwehrt, die Aufmerksamkeit der berufenen Wächter auf

dringende Zeitbedürfnisse hinzulenken, nur muß dies in der durch den kirchlichen Geist gebotenen Form und Bescheidenheit geschehen. Politische Organe und vollends kirchenfeindliche Zeitungen sind nicht der Platz dafür."

Während das Zentrum über die Fesselung des Ordenswesens klagte, beschwerte sich der Liberalismus, daß der Staat die evangelische Kirche gegen die katholische zurücksetze. Im April stieg die Teilnahme für die „evangelische Bewegung" in Österreich. Es bildete sich ein Hilfsausschuß, dem auch Harnack angehörte. Man erließ einen Aufruf: „Los von Rom! So schallt es unter den Deutschen Österreichs von Kronland zu Kronland, von den Städten auf die Dörfer. War es im Anfang nur ein Ruf zum Schutze deutscher Art wider den Ultramontanismus, so klingt aus ihm je länger, um so deutlicher das Verlangen nach evangelischer Wahrheit und Gemeinschaft heraus. Um aber zum Ziele zu gelangen, sind die österreichischen Brüder auf unsere tatkräftige Teilnahme angewiesen. Deshalb ist es unsere Ehrenpflicht, ihnen unsere Hilfe nicht zu versagen. Es handelt sich um die Verbreitung evangelischer Schriften und die Versorgung der sich neu bildenden evangelischen Gemeinden. Der Protestantismus hat dem deutschen Volk den reichsten Segen gebracht. Unseren Dank dafür können wir kaum besser abstatten, als wenn wir dazu helfen, daß unsere deutschen Brüder in Österreich, wie einst schon ihre Väter, an diesem Segen teilnehmen. Gott selbst ruft augenscheinlich uns alle in entscheidungsvoller Zeit zur Stärkung der viel tausend Hände, die sich nach uns ausstrecken." Mit Recht wurde dagegen eingewendet, die Übertrittsbewegung habe nur politische, nicht religiöse Motive.

Los von Rom.

Im bayrischen Abgeordnetenhaus protestierten mehrere Zentrumsabgeordnete gegen die vom Pastor Bräunlich betriebene Agitation zugunsten der Übertrittsbewegung in Österreich: das sei Landesverrat, da Österreich mit dem Deutschen Reich enge verbündet sei.

Über die gesetzliche Feier des Karfreitags gingen die Anschauungen der Protestanten und Katholiken sehr auseinander.

Die evangelische Generalsynode für Baden sprach am 6. Juli einstimmig ihre Freude über die evangelische Bewegung in Österreich aus.

Auf der sechsundvierzigsten Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Neiße, 27. bis 31. August, verlangte Fürstbischof Kopp für den Papst volle Freiheit. Der Papst ist die größte moralische Macht der Welt, der berufenste Schiedsrichter zwischen den Völkern, Vertreter des himmlischen Friedensfürsten. Darum werden Katholiken nicht Vertrauen setzen auf Bestrebungen, welche die Religion nicht zur Mitwirkung heranziehen. Die deutschen Katholiken stehen fest zu ihren Vertretern im Parlament. — Es erfolgte die Mahnung: Gründet überall katholische Arbeitervereine! Fördert die Gewerkschaftsbewegung auf christlicher Grundlage! Die Versammlung dankte der Zentrumsfraktion für die Vertretung der berechtigten Interessen aller Berufsstände. Sie empfahl die Sorge für den Bauernstand als die Grundlage der Gesellschaft in christlich-konser-

Katholikentag.

vativer Gesinnung. Es fanden auch polnische Ansprachen statt, da es sich nicht um einen deutschen Katholikentag handelte, sondern um eine Tagung der Katholiken des Deutschen Reichs. Der Katholikentag faßte auch Beschlüsse über Gestaltung des Bühnenrepertoires, die katholische Belletristik u. s. w.

Antisemiten.

Der Antisemitismus blühte auf dem Parteitag der deutschsozialen Reformpartei zu Hamburg, 10. bis 11. September. Liebermann v. Sonnenberg wünschte eine schärfere Haltung in der Judenfrage. Es wurde beschlossen, die Kenntnis vom wahren Wesen des Judenvolkes zu vertiefen und zu verbreiten; man stehe erst am Anfang dieser Tätigkeit. Die zionistischen Bestrebungen enthalten das Bekenntnis zu der so oft abgeleugneten nationalen Zusammengehörigkeit aller Juden. Die Judenfrage wird voraussichtlich im 20. Jahrhundert zur Weltfrage werden und sie kann nur durch schließliche Vernichtung des Judenvolks gelöst werden. Das wird den wahren Friedenskongreß ermöglichen. Es wurden statistische Erhebungen über die Juden gefordert: die Abstammung allein bestimmt die Zugehörigkeit.

Maria-Laach.

In Maria-Laach fand am 27. März die feierliche Übergabe des von Kaiser Wilhelm gestifteten Hochaltars statt. Generaloberst v. Loë als Vertreter des Kaisers führte aus, daß der Kaiser damit nicht nur das Wohlwollen gegen die katholische Kirche zum Ausdruck bringe, sondern auch gegen die Benediktiner, die er als Hüter und Wächter der Kunst und Wissenschaft, als Männer des Friedens ehre.

C. Braun beschrieb „Die Kirchenpolitik der deutschen Katholiken seit 1848 in ihren Zielen und Regeln".

Der neue Bischof von Kulm, Aug. Rosentreter, ermahnte seine Diözesanen mit dem Worte des hl. Augustinus: „Bekämpfet die Irrtümer, liebet aber die Menschen!" — Der neue Bischof von Rottenburg, Paul Wilhelm v. Keppler, hatte sich schon in der Literatur einen hervorragenden Namen gemacht, besonders durch seine kunsthistorischen Arbeiten. — Der Heidelberger katholische Studentenverein „Palatia" hatte bei Gelegenheit der Bismarckehrungen Anfeindungen zu bestehen.

Max Maurenbrecher schrieb über „Thomas von Aquinos Stellung zum Wirtschaftsleben seiner Zeit". — „Das Leben Jesu" von Sepp und Haneberg erschien in vierter Auflage auf Grund der Chronologie, Topographie und universalhistorischen Synoptik. — F. Sander suchte Janssens „Anschauung von der blühenden Volksschule des Mittelalters" als Legende einzuschränken (Allg. Ztg., 61) und Luther von dem Vorwurf zu reinigen, als ob der Ausbruch der Reformation dem Schulwesen den Verfall bereitet habe.

Evangelischer Bund.

Auf der zwölften Generalversammlung des evangelischen Bundes in Nürnberg sprach Trümpelmann über „Die Hand Gottes in der Führung des deutschen Volkes seit der Reformation", Arn. Berger über „Humanismus oder Protestantismus? Eine Gewissensfrage an unsere Zeit". Es erfolgte die Aufführung des Oratoriums „Gustav Adolf" von Max Bruch. — Auf der zweiundfünfzigsten Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins zu Braunschweig, 19. September, wurde dringend die Unterstützung der österreichischen „Los-von-Rom"-Bewegung empfohlen. — Auf dem fünfzehnten evangelischen Kirchengesangsvereinstag zu Straßburg erschien als Festbüchlein eine Sammlung von dreißig Chorälen, die den gemeinsamen Besitz von Kirchenmelodien darstellen, über deren Lesart man sich geeinigt hatte.

Bistum Jerusalem.

Es wurde an den gescheiterten Plan eines „anglikanisch-evangelischen Bistums in Jerusalem" erinnert. Die erste Anregung dazu ging von einem Artikel Moltkes in der „Allgemeinen Zeitung", Januar 1841, aus, worin er die Schaffung eines christlichen Fürstentums Palästina unter einem deutschen Fürsten befürwortete. Darauf ließ König Friedrich Wilhelm IV. durch seinen Vertrauten, den Katholiken Oberst v. Radowitz eine Denkschrift verfassen, die am 24. Februar 1841 den Gesandtschaften in London, Paris, Wien und Petersburg mitgeteilt wurde. Rußland war davon schmerzlich und peinlich berührt. Die Denkschrift empfahl den Übergang der heiligen Stätten an die fünf Großmächte, Befestigung von Zion und Besetzung durch eine gemischte Garnison, Bildung von vier Christenkorporationen: der katholischen, griechischen, armenischen und evangelischen, Einsetzung von drei Residenten. Erst als dieser Plan scheiterte, schritt König Friedrich Wilhelm zu einem andern, bei dem er sich des Katholikengegners Bunsen bediente: „Die beiden evangelischen Schwesterkirchen müssen sich über dem Grabe des Erlösers die Hände reichen zum ewigen Bunde." Palästina sollte evangelisch besiedelt werden. Österreich (Metternich) argwöhnte, es handle sich um einen neuen schmalkaldischen Bund; dergleichen besorgte auch der Papst; auch die englischen (katholisierenden) Ritualisten waren gegen diesen Vorgang. Aber gerade das veranlaßte die zögernden Anglikaner zum Entgegenkommen und zur Wiedererrichtung des „Stuhles des hl. Jakob" in der „Kirche des hl. Jakob von Jerusalem". Der sehr protestantisch gesinnte junge Gladstone wurde „Trustee" des Jerusalemfonds. Die Idee befestigte sich 1842 bei der Reise des Königs nach London zur Taufe des Prinzen von Wales und durch die Heirat einer Tochter der Königin Viktoria mit dem späteren Kaiser Friedrich. Über all das: „Allgemeine Zeitung", 38.

H. Niemöller gab unter dem Titel „Hinauf gen Jerusalem" ein Gedenkbuch der offiziellen Festfahrt zur Einweihung der Erlöserkirche in Jerusalem.

Pastor Weingart aus Osnabrück wurde wegen Vergehens gegen die Rechtgläubigkeit vom Landeskonsistorium in Hannover des Amtes enthoben.

Egidy.

Als Moritz v. Egidy starb (29. Dez. 1898), hatten sich die überschwenglichen Erwartungen, die man an diese neue Reformation knüpfte, nicht erfüllt. Erst spät erschienen Gedächtnisworte an den bereits fast Vergessenen (Allg. Ztg., 27).

Friedrich Nonnemann deckte in seiner Schrift „Christentums Ende" manche Irrwege auf.

Theobald Ziegler sah in seiner Rektoratsrede in Straßburg die Philosophie, speziell die Religionsphilosophie als redliche Vermittlerin zwischen „Glauben und Wissen" an. — G. Keuchel schrieb über „Goethes Religion und Goethes ‚Faust'". — Im Anschluß an Nietzsches langweilige Lehre von der ewigen Wiederkehr wurde auch die Trugidee der Seelenwanderung besprochen (Allg. Ztg., 205, 223), wie sich immer bei Abgang des vernünftigen und genialen Glaubens der borniertesteAberglaube einstellt. Natürlich widerspricht der Natur die Wiederkehr des Gleichen, in ihrer unendlichen Mannigfaltigkeit. Seele und Leib sind reziproke Begriffe, die nicht umgetauscht werden können; einer bestimmten Seele kann nur ein bestimmter Leib eigen sein.

Paul Garin stellte fest (Allg. Ztg., 186), daß David Friedrich Strauß' Frage „Sind wir noch Christen?" ebenso wie seine Verneinung, heute, selbst

nach Nietzsches Antichristentum töricht erscheint, denn das Christentum ist ein Strom des Geschehens von bald 2000 Jahren, der alle umschließt, wie der Wasserstrom seine Fische, die ohne ihn nicht eine Spanne lang leben können. Der Strom des Lebens verneint nicht das Christentum, er verkündet es als Tatsache.

M. Friedländer schilderte den „vorchristlichen jüdischen Gnostizismus" und „das Judentum in der vorchristlichen griechischen Welt" (1898, 1897); er zeigte die Verschmelzung von Griechentum und Judentum.

Arbeiterfragen.

Viele Sorgen schuf die Arbeiternot im Osten. Die Ansiedlungskommission berücksichtigte ökonomische, nationale und konfessionelle Interessen. Den Volksschullehrern in Posen wurde verboten, polnischen Privatunterricht zu geben. Dagegen nahmen Deutsche wie Polen die Vorlage einer Kaiser-Wilhelm-Bibliothek und eines Museums für Polen dankbar und einmütig an. Es bildete sich in Berlin, 3. Mai, ein Ausschuß zur Herbeiführung einer internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz: Freiherr v. Berlepsch, Schmoller, Wagner, Delbrück, Sombart, Bassermann, Lieber, Hitze, Stöcker, Naumann, Max Hirsch, Brentano u. s. w. Die Sozialdemokraten lehnten die Beteiligung ab. Der evangelische Arbeitervereinstag zu Altona, 23. Mai, betonte den Schutz der Arbeitswilligen bei Streiks. Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß zu Kiel, 25. bis 27. Mai, sprach Kaftan über das Verhältnis der lutherischen Kirche zur sozialen Frage, Professor Paulsen über die Wandlung des Bildungsideals im Zusammenhang mit der sozialen Entwicklung. Lieber hielt in Mainz, 24. Sept., eine große Rede über die Stellung des Zentrums zu dessen Todfeind, der Sozialdemokratie; hier werde der letzte Entscheidungskampf geschlagen werden müssen.

Bernsteins „Revision".

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Hannover, 10. bis 14. Oktober, entstand ein lebhafter Streit über das Buch von Eduard Bernstein „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie". Bernstein, obwohl der Partei angehörig, griff hierin die Prinzipien des Marxismus, die materialistische Geschichtsauffassnng und die Taktik der Sozialdemokratie scharf an. Auch Schippel, Heine, Vollmar betonten mit Bernstein die Notwendigkeit einer praktischen Mitarbeit an der Sozialpolitik, um die Lage der Arbeiter schon während des Klassenstaats zu verbessern. Andere, Liebknecht, Bebel, befürchteten eine Beeinträchtigung des revolutionären Charakters der Partei. Schippel vertrat sogar die Notwendigkeit einer Kolonial- und Flottenpolitik. Auer verhöhnte Bebels wiederholte Prophezeiung von einem baldigen „Kladderadatsch", das heißt einem plötzlichen Zusammenbruch des Klassenstaates. Schließlich wurden die Gegensätze verkleistert. Aber man muß von diesem Parteitag die Katastrophe des theoretischen Marxismus datieren.

Stuck.

Über die malerische Ausschmückung des Reichstagsgebäudes durch Stuck äußerte Lieber seine Empörung (1. März); es sei eine Schmiererei, ein Hohn auf jeden Geschmack, eine Spottgeburt von Dreck

und Feuer. Infolge der Debatte legte Wallot die Leitung der Ausschmückungsarbeiten nieder.

An der Beisetzung der Leiche des Fürsten Bismarck im Mausoleum, 16. März, nahm auch der Kaiser teil. Er gratulierte am 31. Mai dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe zum achtzigsten Geburtstag und erhob am 23. Juni den Staatssekretär des Äußern Bernhard v. Bülow in den Grafenstand.

Technik. Zum Jubiläum des hundertjährigen Bestehens der Technischen Hochschule in Charlottenburg verlieh der Kaiser diesen Anstalten das Recht, den Titel „Doktor-Ingenieur" zu verleihen. In der Festrede sprach er die Zuversicht aus, die deutsche Technik werde im Wettkampf der Nationen allzeit ehrenvoll bestehen. Das kommende Jahrhundert werde immer höhere Anforderungen an die Technik stellen. Der Schöpfer hat den Menschen die Fähigkeit und das Streben verliehen, immer tiefer in die Geheimnisse seiner Schöpfung einzudringen, um die Gesetze der Natur dem Wohle der Menschheit dienstbar zu machen. Jede echte Wissenschaft führt so auf Gott zurück. — Die Universitäten Berlin, Breslau, Göttingen, Königsberg sprachen sich gegen den Titel eines „Doktor-Ingenieurs" oder „Doctor rerum technicarum" aus. — Dr. jur. Otto Mayer beklagte es in der „Allgemeinen Zeitung", 265, als eine Folge des den Polytechnikern unpassenderweise gegebenen Doktortitels, daß der Titel seine bisherige Bedeutung verliere.

Württemberg, aber nicht Bayern, war für Einführung einheitlicher Postwertzeichen. Vertragsmäßig wurde eine Telegraphenlinie durch Ostafrika gelegt. Zwischen Preußen und Sachsen brach ein Eisenbahnkrieg aus.

Ein großer Spielerprozeß („Klub der Harmlosen") schloß am 21. Oktober mit übler moralischer Wirkung ab.

Delbrück. Professor Hans Delbrück erhielt wegen seiner publizistischen Tätigkeit vom Disziplinargericht einen Verweis und 500 Mark Geldstrafe auferlegt.

Im August wurde der hundertfünfzigste Geburtstag Goethes gefeiert. Die „Illustrierte Zeitung" gab eine eigene Goethenummer heraus.

Goethefeier. Die Goethefeier im „Malkasten" zu Düsseldorf gipfelte in einer abendlichen Szene an der Goethebuche, in die der Dichter einst bei einem Besuche in Jacobis Garten seinen Namen eingeschnitten hatte. Im Kreise von Fackelträgern sprach ein Barde: „Gestattet, ihr Gäste, daß ich beim Feste noch einmal die Leier erhebe zur Feier! Hier an dem Orte, wo des Namenszugs Worte treu sind verblieben in die Rinde geschrieben, glühet, ihr Flammen, lodert zusammen! Geweiht sei die Stätte! Der Dichterfürst Goethe erschein' uns im Traume unter dem Baume und blicke mit Gunst auf die huldigende Kunst!"

Gesang. Bei dem ersten Gesangwettstreit deutscher Männergesangvereine in Kassel (25. Mai) war der Kölner Verein Sieger. Die Kaiserin legte dem Präsidenten die goldene Kette um den Hals. Es ging von da die Anregung des Kaisers zur stärkeren Pflege des deutschen Volksliedes aus, gegenüber den überkünstelten Kompositionen. Als entscheidende Probeleistung für den Wettgesang galt Hegars „Totenvolk". — Der Ehrenwanderpreis des Deutschen Kaisers für die deutschen Männergesangvereine, eine goldene Halskette, war von Anton Seder entworfen (Ill. Ztg., 2911).

Franz X. Kraus setzt als „Spectator" seine kirchenpolitischen Briefe in der „Allgemeinen Zeitung" fort; er erzählt, daß Pius IX. ein Privatvermögen von sechzig Millionen Lire hinterlassen habe, deren Zinsen die Unabhängigkeit des Papsttums auch jetzt noch in etwas sichern. Aber die drei Millionen Rente genügen nicht; die für die Bedürfnisse der päpstlichen Regierung nötigen sieben Millionen müssen daher zum Teil durch den Petrespfennig aufgebracht werden. Aus Frankreich kommt wenig, da der Adel über die republikanische Politik der Kurie grollt (Jan.). In den Kreisen der studierenden Jugend Italiens meldet sich die Sehnsucht nach einer Verständigung der Politiker mit der Welt des Glaubens (Febr.). Vorsichtig äußert sich Spectator im Märzbrief: „Eine Bewegung, welche die Organisation der Kirche zersetzt, die Disziplin derselben durchlöchert, die bischöfliche Autorität untergräbt, kann der Spectator niemals gutheißen, so wenig, wie er den unabgeklärten, zum Teil ganz unmöglichen Ideen seine Zustimmung geben kann, die gegenwärtig unter dem Namen des Reformkatholizismus umgehen und vielleicht mehr Schaden als Nutzen anrichten." Den katholischen Nationalkongreß zu Paris, Dezember 1898, nennt er einen „Skandal, eine Offenbarung der kläglichen und völlig zerfahrenen Lage, in welcher sich der heutige Katholizismus Frankreichs, dank der Rampollaschen Politik, befindet", einen „Gegenstand der Scham für alle, die noch die Zeiten des Berryer, Montalembert, Lacordaire gekannt haben; der Freude und Genugtuung für diejenigen, denen die geistige und moralische Degradation der Konservativen und Katholiken am Herzen liegt". — Spöttisch zitiert Spectator bei Gelegenheit des Friedenskongresses das Wort des Aristophanes: „Traun, nicht deucht es genehm den unsterblichen seligen Göttern, eher zu enden den Krieg, bis der Wolf mit dem Schaf sich vermählet", und er kritisiert die „religiösen, sozialen und politischen Gedanken" des vom Zaren so hochgeschätzten Oberprokurators des heiligen Synod Pobedonostzeff, der unter die zu bekämpfenden politischen Lügen die Lehre von der Souveränität des Volkes, dieser Grundlage des Parlamentarismus, rechnet. Er stellt dem orthodoxen Russen die katholische Russin Letizia Alessandra Polozow gegenüber, die in einer italienisch geschriebenen Broschüre, Rom 1895, den Zwiespalt des lateinischen und slawischen religiösen Genius behandelt (Maibrief). Mit dem Junibrief nimmt der Spectator Abschied; offenbar fühlte er, daß er sich als Verteidiger des Amerikanismus nach dessen Verurteilung unmöglich gemacht habe. Er lobt noch die Schrift des Kardinals Fr. Satolli, ehemaligen apostolischen Delegaten in Amerika, über die Loyalität gegen Kirche und Staat, der da sagt: „In den zwanzig Jahrhunderten ihrer Existenz hat die Kirche nie und nirgend ein so für die Pflege der christlichen Wahrheit und Sittlichkeit geeignetes Terrän als hier in Amerika gefunden." Er macht sich das Wort Newmans zu eigen über das bewunderungswürdige Schicksal der Kirche in den Vereinigten Staaten, ein Geschick, das für die Zukunft noch viel mehr verspricht. Über die Verurteilung des Amerikanismus durch das päpstliche Schreiben vom 22. Januar 1899 an Kardinal Gibbons äußert sich Spectator etwas verlegen, er werde vielleicht später den Schleier von den Vorgängen wegziehen; aber: „Wir benutzen diesen Anlaß, um zu konstatieren, daß wir dem dogmatischen Inhalt des päpstlichen Schreibens vollkommen beipflichten . . ." „Mit dieser Betrachtung nimmt der Spectator Abschied von seinen Lesern. Er ist ein alter und müder Mann . . . Einige haben Anstoß

Spectator.

Amerikanismus.

genommen und geglaubt, daß die Spitze unserer Polemik sich gegen den Heiligen Stuhl oder gar gegen die Kirche wende . . .; ein Mißverständnis, dem wir ein Ende machen, indem wir die Feder für diesmal niederlegen . . . Tiefer in das Gewühl der Kämpfenden hineinzusteigen, entspricht unserer Neigung nicht." — Aber schon am 2. Oktober setzt er, ohne Namen, seine Betrachtungen als
Ireland. „Pariser Gazetten" fort, ebenso am 2. November. Er berichtet über Irelands Aufenthalt in Frankreich und dessen geschicktes Verhalten. Sein Schreiben an einen Freund, das der „Univers" am 21. September veröffentlichte, wurde allgemein als totale Abdikation aufgefaßt. Aber der ehemalige Spectator bedauert es doch höchlich, daß „Ireland sich dazu verstanden hat, dem
„Integral." Catholicisme intégral des Brunetière hier so starken und wiederholten Weihrauch zu streuen. Dieser ‚integrale[1]) Katholizismus' . . . ist das letzte Wort in der Veräußerlichung der Kirche . . . Man könnte angesichts dessen, was Ireland über den ‚integralen Katholizismus' sagt, auf den Gedanken kommen, daß ein Stück seines Briefes unter den Händen der Herren Brunetière und Goyau entstanden sei." — Offenbar aus der Feder des Spectator stammt auch der Artikel vom 23. November „Zur römischen Frage". Mißgeschicke des „Osservatore Romano". Dieser schrieb nämlich 26. Oktober über die Souveränität des Papstes ein kleines Promptuarium, u. a.: „Der Papst war niemals Untertan eines weltlichen Fürsten . . . Sobald der Papst aus den Katakomben hervorging, verließ der Kaiser Rom . . . Als die soziale, politische, bürgerliche und weltliche Souveränität sich in der monarchischen Form konkretierte, erstand im Papst der erste Monarch und in der Kirche die erste Monarchie, die dann der Prototyp der christlichen Monarchie wurde, aus welcher sich die christlichen und
Gerontius. zivilisierten Nationen Europas herausbildeten." — Als „Gerontius" tritt der alte Spectator wieder in einem Artikel vom 1. Dezember auf: „Religiöse Bewegungen in England." Newman habe kurz vor seinem Tode gesagt: „Ich bin Katholik geworden wegen des Dogmas, trotz des Papstes; Manning ward katholisch wegen des Papstes, trotz des Dogmas." An diesem mißverständlichen Paradoxon hat Gerontius seine Freude. Auch teilt er die „skandalöse" Sprache des katholischen Professors G. Mivart in den „Times" vom 19. Oktober mit. Seine Verbitterung tritt auch in dem zutage, was er über Dr. Barry sagt, obwohl er sich dabei immer als Anhänger einer aristokratisch-monarchischen Konstitution der Kirche bekennt. Er bekennt sie, erschüttert sie aber durch seine Kritik.

Hist.-polit. Blätter. In den „Historisch-politischen Blättern" schilderte R. v. Nostitz-Rieneck die katholische Renässanz des 19. Jahrhunderts, die sicherste Gewähr für den Sieg des Glaubens im 20. Jahrhundert. — Bei aller Krisenhaftigkeit erstarkt der Glaube an „Österreichs Zukunft". — Die Literatur über und für den katholischen Studenten wird gesichtet, die konfessionelle Verhetzung in der Schweiz betrachtet. Die politischen Schriften von Ludwig Bamberger finden Beachtung. Noch mehr die Denkschrift über die Parität in Preußen, in neuer Bearbeitung. — Wichtige Beleuchtungen ergeben Bismarcks Geständnisse über den Katholizismus in seinen „Gedanken". Thudichums „Kirchliche Fälschungen" werden widerlegt, das „Leben des Generals de Sonis" nach Baunard, übersetzt von L. v. Heemstede, wird als

[1]) Dieser Ausdruck erscheint uns hier zum erstenmal.

das Musterbild eines „Miles Christi" empfohlen. Es wird gezeigt, daß die sozialdemokratische Gefahr im akatholischen Deutschland wächst, im katholischen unbedeutend ist. — K. Domanigs Roman „Die Fremden" wird hervorgehoben. — Auf Lücken in Bismarcks „Erinnerungen" wird aufmerksam gemacht. Er verschweigt seine politischen Vorbereitungen vor der Ministerschaft. Schon 1857 in Frankfurt war er von Italien ins Geheimnis gezogen worden, wie Crispi später öffentlich gestand. „Größer wäre Bismarck aus der Weltgeschichte geschieden, wenn er vor seiner Entlassung aus dem Reichsdienste gestorben wäre und wenn er seine Memoiren nicht geschrieben hätte. Doch eine Lehre hat er in die Weltgeschichte für ewige Zeiten eingemeißelt: Laßt in Ruh' den Papst!" — Die Verurteilung des polnischen Juden Maximilian Harden, des literarischen Tischfreundes Bismarcks, Harden.
wegen Majestätsbeleidigung (Oktober 1898), auf sechs Monate Festungshaft wird zugleich mit dem Aufkommen der „Reichsverdrossenheit" besprochen. — Die Ansicht vom „Niedergang der katholischen Völker wird widerlegt". — A. Dürrwächters Arbeit über das Jesuitentheater in Eichstätt wird gewürdigt. Ebenso die Biographie des Ablaßpredigers Johann Tetzel von Nik. Paulus. — Interessant sind die „Gedanken eines in Norddeutschland reisenden Schwaben". — Von der offenen Parole „Los von Rom" in Österreich heißt es (123, 449), hinter ihr verbirgt sich die wahre Meinung: „Hin zu Berlin!" — Wenn sich in der Statistik der unehelichen Geburten herausstellte, daß sie in katholischen Ländern und Städten zahlreicher seien, so wird dem die Betrachtung entgegengesetzt, daß die geringeren Prozente unehelicher Geburten auf noch viel unsittlichere Gegenmittel zurückgehen uud auf der größeren Prostitution (G. v. Mayr, „Statistik und Gesellschaftslehre", 1897). Zudem werden viele uneheliche Geburten durch nachfolgende Ehe legitimiert. — Nach Rechbergs Tode wird einiges zur Vorgeschichte des Krieges von 1866 beigetragen. — Horst Kohls „Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen" sollte gewisse Lücken überbrücken, verschlimmerte aber nur die Sache (123, 651). Denn Kohl gestand, die von ihm herausgegebenen Memoiren hätten wir ausschließlich „dem Grolle und der Beschäftigungslosigkeit" zu danken. — Rechberg hatte 1864 Bismarck statt des Krieges eine Allianz vorgeschlagen, ohne deren Genehmigung in Europa kein Kanonenschuß erfolgen dürfe, worauf Bismarck trocken erwiderte, er müsse den Krieg haben, um sich in seiner Stellung zu halten (123, 659 und 588). — Aus Franz Reinhards Nachlaß kamen die geistlichen Dichtungen „Emanuel" zur Ausgabe. — Der verstorbene Graf Karl Hohenwart wird als Österreichs größter Staatsmann seit Metternich betrachtet. — Alb. Ehrhards Schrift Ehrhard.
über „Die orientalische Kirchenfrage und Österreichs Beruf in ihrer Lösung" erschien als große Verheißung. Trefflich war der Satz: „Mögen die augenblicklichen politischen und nationalen Verhältnisse Österreichs noch so betrübend sein, ich glaube an die Zukunft der großen katholischen Monarchie, solange sie katholisch bleibt." Ebenso hieß es in Ehrhards Schrift „Der katholische Student und seine Ideale": „Österreich steht und fällt mit dem Katholizismus." — „Deutschtum und Luthertum" erweisen sich nicht als identisch. — Wenn Kaiser Wilhelm 1898 sagte, das alte Reich habe nicht bestehen können, weil es nicht national gewesen, so hat es doch seit Karl dem Großen tausend Jahre bestanden. — Ein schönes Werk war „Das 19. Jahrhundert in Bildnissen" von K. Werkmeister. — In China mit seinen

357 Millionen Einwohnern waren eine Million Katholiken, eine Zehntelmillion Protestanten. — In Tirol trat Heyl mit seinen „Volkssagen" auf, Ferd. v. Scala mit seinem Trauerspiel „Peter Mayr, der Wirt an der Mahr", Reimmichel (Seb. Rieger) und Bruder Willram (Ant. Müller) mit Gedichten. Die Biographie des englischen Ritualisten Pusey wird besprochen. — Über die Friedenskonferenzen im Haag heißt es, der Zar sei außer vom russifizierten Polen Bloch auch vom Engländer W. J. Stead, dem Publizisten und Weltreisenden beeinflußt gewesen. — Im 124. Band der „Historisch-politischen Blätter" wird der Einfluß der Konfession auf die Kriminalität besprochen, das Verhältnis Descartes' zur Scholastik
Hertling. nach Freiherrn v. Hertling, die dreihundertjährige Erinnerung an die katholische Reform in Innerösterreich, die Presse als Faktor des modernen öffentlichen Lebens, das fünfhundertjährige Jubiläum der deutschen Nationalstiftung der Anima in Rom, die Sprachenfrage in Österreich, das deutsche Pilgerbuch der neuen Pilgerzüge nach Santiago, dann wieder der Einfluß der Konfessionen auf die Sittlichkeit, besonders in der Selbstmord- und Ehescheidungsstatistik, die Dichtungen Michelangelos, das Jesuitendrama. — Sehr wichtig ist die Betrachtung über den „englischen Imperialismus und den europäischen Frieden", über die „englische Machtstellung und Indiens Zukunft". Es folgt ein Beitrag zur Geschichte der Parteien in Österreich-Ungarn. — Nicht vergessen wird der katholische Dichter Barbey d'Aurevilly (besprochen von Ola Hansson), dessen Lieblingsstoff die Besessenheit war. —
Hertling. Neue Standpunkte gibt Hertlings Schrift „Das Prinzip des Katholizismus und die Wissenschaft; grundsätzliche Erörterungen aus Anlaß einer Tagesfrage". Ich muß freilich gestehen, daß ich die Dinge etwas anders, etwas absoluter, einheitlicher, tatsächlicher, weniger problematisch sehe. Hertling sagt zum Beispiel: Wenn Indien die hauptsächlichste Stätte christlicher Theologie geworden wäre, so wären Form und Ausdruck der Theologie unter dem Einfluß indischer Philosophie ganz andere geworden, als sie tatsächlich unter dem Einfluß griechischer Philosophie wurden. Ja, er hält es für möglich, daß die Theologie ihre Verbindung mit der klassischen griechischen Philosophie, wie sie die Scholastik zeigt, noch einmal lösen oder lockern könnte. Das kann ich mir nicht vorstellen. Die wahre Philosophie ist, wie auch Willmann in seiner Geschichte des Idealismus gezeigt hat, in der ganzen Welt nur einmal gefunden worden: Sokrates, Platon und Aristoteles waren die Entdecker des Begriffs oder der Idee, des einzig möglichen Grundprinzips einer Wissenschaft. Dazu sind die Inder oder Chinesen niemals gekommen, und niemals wird die Wissenschaft davon abkommen, so wenig sie von der Geometrie des Euklid abkommen wird und kann. So wie es auf der ganzen Welt nur eine richtige Mathematik gibt, nach der zweimal zwei vier ist, so kann es, wenn die Philosophie überhaupt eine Wissenschaft sein will, auf der ganzen Welt nur eine wahre Philosophie geben, und ebenso auch nur eine wahre Religion, und die eine wahre Religion kann keine Schranke für die eine wahre Philosophie und Wissenschaft bilden, sondern sie muß mit ihr in einer Harmonie stehen, die zum Wesen des Kosmos gehört. Ungefähr in diesem Sinn kritisiert auch Remigius Stölzle die Ansichten Hertlings (S. 492). Beide sehen aber mit Recht in der katholischen Wissenschaft schon deshalb etwas Superiores, weil sie gegenüber der sonst unvermeidlichen und wünschenswerten Speziali-

sierung wieder mehr einheitlichen „philosophischen Geist in die Wissenschaft bringt, den Stoff der Herrschaft der Idee unterwirft, dann aber weil katholische Wissenschaft gegenüber dem weitverbreiteten Positivismus für ein Übersinnliches und Überempirisches eintritt ... Dem katholischen Gelehrten erschließt sich jene höhere Welt nicht erst durch mühsame Operationen des philosophischen Denkens, er erfaßt sie im Glauben. Der Glaube an einen überweltlichen persönlichen Gott, an einen Zusammenhang von Diesseits und Jenseits, an die göttliche Leitung der Menschengeschichte wird an keiner Stelle die Unbefangenheit seiner Forschung beeinträchtigen, aber ihn zugleich befähigen, die Ergebnisse der verschiedenen Wissenschaften in ihrem wahren Werte zu erfassen, indem er sie in das Licht seiner auf übernatürlichem Grunde ruhenden Welt- und Lebensanschauung rückt und ihrem Zusammenhang einordnet. Der zersplitternden und zerstäubenden Analyse wird er ... Synthese und Verknüpfung des Mannigfaltigen entgegenstellen." Hertling schließt mit einem schönen Ausspruche des Gründers des Jesuitenordens: „Die Beschäftigung mit der Wissenschaft, wenn sie mit dem reinen Streben eines Gottesdienstes getrieben wird, ist gerade darum, weil sie den ganzen Menschen erfaßt, nicht weniger, sondern mehr Gott wohlgefällig als Übungen der Buße." — Es folgt eine Erörterung von Grupp über die katholische Sozialpolitik nach der Schrift von Franz Walter „Sozialpolitik und Moral" (1899), die gegen den allzu technischen Kathedersozialismus Schmollers gerichtet ist, und nach der Schrift von Heinrich Pesch „Die soziale Befähigung der katholischen Kirche". — Dem Historiker J. B. v. Weiß († 8. März 1899) wird ein Gedenkblatt gewidmet. Seine Weltgeschichte erschien damals in vierter und fünfter Auflage. 1820 zu Ettenheim in Baden geboren, war er wegen eines Zeitungsartikels, in dem er für den Erzbischof Hermann eintrat, zu acht Tagen Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt worden. Der Erzbischof hatte sich nämlich geweigert, für den protestantischen Großherzog Leopold ein Seelenamt zu halten. Weiß wurde nach Österreich, nach Graz, als Professor der Geschichte berufen. 1854 erhielt er von Braumüller in Wien den Auftrag, eine Weltgeschichte in drei Bänden zu schreiben. Daraus ging dann unter dem neuen Verlag „Styria" in Graz das große Werk in zweiundzwanzig Bänden hervor, das bis 1815, bis zum Ausgang der napoleonischen Wirren reichte, also bis zum Übergang von der neuen zur neuesten Zeit, von wo an ich es nach vierzehnjähriger Unterbrechung fortzusetzen im Begriffe bin. Weiß wollte nicht eine „objektive Geschichtschreibung" mit „Verzicht auf religiöse philosophische Grundsätze". Er sagte: „Die Seele dieser Zeit ist die Religion. Jeder Geschichtschreiber muß eine bestimmte Ansicht mitbringen über Religion ... Ich schäme mich nicht einer Religion, die da lehrt, daß Gott ein Geist sei und im Geiste und in der Wahrheit verehrt werden müsse, einer Religion, welche den Geist der Wissenschaft entbunden, das Menschenrecht verwirklicht, bürgerliche Freiheit geschaffen und die größten Charaktere gebildet, die so recht eigentlich eine Religion des Fortschrittes ist." Christus war ihm der Mittelpunkt der Weltgeschichte, zu dem die ganze Menschheit hinstrebt; der Verlauf der Geschichte die Verwirklichung der göttlichen Pläne. Wie wenige verstand er zu erzählen und zu schildern. Wie in einem Drama erscheinen

J. B. Weiß.

die Gestalten der Geschichte figürlich vor unserm geistigen Auge, fesseln unser Interesse, zwingen uns förmlich, ihre Geschicke und ihre Entwicklung mitzuerleben, ihre Gedanken mitzudenken. Seinen Stil feilte und schulte Weiß an den klassischen Schriftstellern des Altertums. Sein Werk gereichte dem Katholizismus des 19. Jahrhunderts zu hoher Ehre. Weiß hatte die Gabe der Warmherzigkeit. Er kannte kein größeres Vergnügen als die Arbeit; er arbeitete von 4 Uhr früh bis 7 Uhr abends. „Wir könnten der göttlichen Vorsehung nicht genug dankbar sein, wenn sie uns noch recht viele solcher Männer aus dem Laienstande geben würde"; so schließt der Referent. — „Ludwig Tiecks ‚Genoveva', als romantische Dichtung betrachtet von Joh. Ranftl" bildet als schöne Jahrhunderterinnerung an die „Mondbeglänzte Zaubernacht" den Gegenstand eines anderen Referats. Schien ja doch auch sonst die „wundervolle Märchenwelt in der alten Pracht" wieder aufsteigen zu wollen. — Nach dreiunddreißig Jahren der ersten Auflage erschien W. Lindemanns „Geschichte der deutschen Literatur" in neuer Bearbeitung von Anselm Salzer als siebente Auflage. — Das Buch des Philologen Otto Seeck „Die Entwicklung der antiken Geschichtschreibung und andere populäre Schriften" wird dem Rembrandtdeutschen gegenübergestellt. — Die Katastrophe des „Zukunftsstaates" auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Hannover erfährt die rechte Beleuchtung. Engels hatte 1891 den großen Kladderadatsch, den Zusammenbruch des bürgerlichen Staates für 1898 vorausgesagt. Aber diese Prophezeiung hatte sich nicht erfüllt. Die Schrift Bernsteins hatte zudem schonungslos die Hauptglaubensartikel der Partei über den Haufen geworfen; freilich wagte er erst nach Engels Tode 1895 seine Überzeugung zu veröffentlichen. Manche Sozialisten behandelten den Zukunftsstaat als „Narrenfrage", als Falle, in die man nicht gehen dürfe. Schon 1893 schrieb der Berliner „Sozialist": „Die sozialdemokratische Partei hat verschiedentlich durch den Mund ihrer großen Propheten den nahen Anbruch des tausendjährigen sozialdemokratischen Reiches verkünden lassen. Im großen Jubeljahr 1898, so hieß es, sollte die sozialdemokratische Gesellschaft begründet werden. Eine kurze Spanne Zeit trennt uns also nur noch von unserm großen zukünftigen Glück. Es ist schon vielfach passiert, daß Leute über ein plötzlich hereinbrechendes Glück gestorben sind ..." Jedenfalls blieb der große Zwiespalt in der Partei, daß sie einerseits das allmähliche Werden des sozialdemokratischen Staates durch eine fast unmerkliche Evolution aus dem Fortschreiten des Klassenstaates bis zu dessen Selbstaufhebung als Zuschauerin erwartete, anderseits mit Drohungen von Umsturz, Revolution, gewaltsamer Expropriation dem Spießbürger bangen Schrecken einzujagen suchte. — P. Schlenther gab ein Sammelwerk „Das 19. Jahrhundert in Deutschlands Entwicklung" heraus; als zweiten Band schrieb da E. Gurlitt über „Die deutsche Kunst des 19. Jahrhunderts, ihre Ziele und Taten" in schnoddriger Weise als Nachahmer Richard Muthers, aber noch weiter gehend und trotz des Subjektivismus mit Geist und Gewandtheit. — Die Erscheinung des dänischen Dichterkonvertiten Johannes Jörgensen wird von Ranftl mit den Romantikern vor genau hundert Jahren verglichen. — Zur zweihundertjährigen Säkularfeier des Todes von Markus von Aviano wird Norbert Stocks Schrift über diesen „Schutzgeist an Österreichs Kaiserthrone" besprochen. Von ihm, dem Befreier Wiens 1683, dem Eroberer Belgrads 1688, stammt das Wort: „Österreich ist das

Bernstein.

Fundament der Christenheit." An der „volkswirtschaftlichen Geschichtswende" wird die Erinnerung an Rodbertus durch das Buch über ihn von Karl Jentsch aufgefrischt. — Mein lieber alter Freund W. O. Noltsch war so gütig, mir einen Artikel zu widmen, der auch in seine „Erinnerungen eines Wieners" aufgenommen werden sollte. In tiefer Rührung über all das, was wir durch Jahrzehnte miteinander erstrebt, getan, erfahren haben, reiche ich ihm übers Grab die Hand. — Die Tätigkeit des Erzherzogs Ludwig Salvator als Forscher des Mittelmeeres wird nach Leo Wörl geschildert, Bischof v. Ketteler nach der geschichtlichen Darstellung von Otto Pfülf. — Die neue Weltgeschichte von H. K. Helmolt, unter Mitwirkung anderer Fachmänner herausgegeben, wird als „Wirkliche Weltgeschichte" eingeführt, freilich mit Verwahrungen von R. Stölzle gegen Helmolts Ablehnung der Geschichtsphilosophie; Stölzle erblickt auch in der Kundgebung teleologischer Auffassungen nicht notwendig eine Trübung der Objektivität. Die katholische Philosophie erklärt: „Himmel und ewige Seligkeit ist das große Endziel des geschichtlichen Lebens, die Erde sein diesseitiger Schauplatz, sein Mittelpunkt die Menschwerdung Gottes und die Gründung des Gottesreiches auf Erden, die ganze Vorzeit zu diesem großen zentralen Ereignis hinstrebend, die ganze Folgezeit von ihm bestimmt und erfüllt; der ganze Verlauf eingefaßt von der Weltschöpfung und dem jüngsten Gericht: eine Geschichtsphilosophie, die selbst Paulsen so einfach und groß nennt, daß er nicht ohne ein Gefühl des Neides aus der Ratlosigkeit nichtchristlicher Philosophie darauf zurückblicken kann." Wir sagen dazu: Amen. Ohne Weltanschauung kann man nicht Weltgeschichte schreiben. Verschweigt man seine Weltanschauung, so läßt man den Leser im lichtlosen Dunkel. Nach der wahren Philosophie ist Gott Ziel und Zentrum der Geschichte. Der Schütze, der das Zentrum verfehlt, kann doch nicht leugnen, daß die Scheibe ein Zentrum hat. Ich finde zudem Helmolts geographische Anordnung unzutreffend. Geographie ist nicht Geschichte, Geschichte ist nicht politische Geographie, Raum ist nicht Zeit. Thema der Geschichte ist alles, alles, was ist und war, aber spezifisch dargestellt in seiner zeitlichen Entwicklung und Abordnung. — Schließlich wird der dritte Band der „Deutschen Wirtschaftsgeschichte" von Inama-Sternegg, Werner Sombarts „Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert" (1896) und Pastors Buch über August Reichensperger besprochen.

Helmolt.

Theobald Ziegler schilderte „Die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts" mit tabellarischen Annalen, nach den Abschnitten 1830, 1848, 1871. — H. St. Chamberlains „Grundlagen des 19. Jahrhunderts" gipfeln in seiner Rassentheorie, die optimistischer ist als die Theorie Gobineaus; denn er nimmt die Neubildung edler Rassen an, während Gobineau alles nur als unrettbare Dekadenz der alten reinen Rassen ansieht.

Chamberlain.

H. St. Chamberlain hob auch (mit Paul Deussen) die „Bedeutung der altindischen Weltanschauung für das Leben der Gegenwart" hervor (Allg. Ztg., 229). — Über den Buddhismus erschienen immer neue propagandistische Schriften, so Th. Schultzes (Potsdam) „Buddhismus als Religion der Zukunft".

H. St. Chamberlain hielt einen Vortrag über Richard Wagners Philosophie (Allg. Ztg., 47), ohne dem Meister ganz gerecht zu werden. — Rudolf Louis schilderte die „Weltanschauung Richard Wagners".

Hermann Türcks „Genialer Mensch“ erschien in vierter Auflage.

Antisophie. Als Gegensatz, als bornierter Mensch in der „Antisophie des Egoismus“ blieb Stirner, Nietzsche und Ibsen. In der neuen Auflage polemisierte Türck auch gegen den Irrsinns-Enthusiasten Lombroso.

Magie. Kurz vor seinem Tode gab der Spiritist Carl du Prel noch seine gesammelten Aufsätze über „Die Magie als Naturwissenschaft“ heraus.

Unter dem Titel „Das Opfer für Höheres“ fand Berthold Molden eine neue Formel für das Ethische. — Robert Saitschick gab ein Lebensbuch „Aus der Tiefe“ mit selbstquälerischem Spürsinn.

Herm. Siebeck schrieb eine Einführung in Aristoteles in „Frommanns“ Klassikern der Philosophie mit Betonung des Begriffes des Organischen, des aristotelischen Zentralbegriffs.

Adolf Wagner legte die Unhaltbarkeit und Unwissenschaftlichkeit des Materialismus dar, gegen den sterbenden Büchner (Allg. Ztg., 42, 58).

Teleologie. Paul Nik. Coßmanns „Elemente der empirischen Teleologie“ führten dies wichtigste Erkenntnisprinzip wieder in die Biologie ein; der wüste Geistertraum der Darwinistischen Zuchtwahltheorie werde bald verflogen sein (Allg. Ztg., 267).

Lamprecht. G. v. Below trat in der „Allgemeinen Zeitung“ gegen die von K. Lamprecht ausgehende Revolution der Geschichtswissenschaft und das Hineinzerren naturwissenschaftlicher Methode und Auffassung in die Historie auf. Ebenso H. Rickert. Lamprecht entgegnete. Auf seine Seite trat P. Barth und berief sich auf Taine, der nur die Krankheitsgeschichte des französischen Volkes beschreiben wollte. Aber während in der Naturwissenschaft der Satz gilt: der Grad der Wirkung ist gleich dem Grad der Ursache, ihr äquivalent, fehlt diese Äquivalenz dem menschlichen Handeln. So liefern die Marxisten durch ihr agitatorisches praktisches Verhalten eine Widerlegung der Theorie des Marxismus von der notwendigen Evolution der Dinge, wie Stammler in „Wirtschaft und Recht“ nachweist.

Alfred Dove schilderte „Bismarcks Bedeutung für alt und jung“ (Festrede vor der Grundsteinlegung zur Bismarcksäule auf dem Schloßberg zu Freiburg i. B.). Darin heißt es mit Bezug auf Bismarcks Realpolitik: „Das 19. Jahrhundert verdankt seine geistigen Erfolge dem Entschluß, die Wahrheit mitten in der Wirklichkeit zu suchen“ — wir fügen hinzu: und seine Mißerfolge dem Irrtum, das Ideale für unwirklich zu halten. — Gust. Schmoller schrieb „Vier Briefe über Bismarcks sozialpolitische und volkswirtschaftliche Stellung und Bedeutung“, an erster Stelle dem Sammelband „Zu Bismarcks Gedächtnis“ einverleibt.

Adolf v. Wenckstern schrieb über den „Bankerott des wissenschaftlichen Sozialismus“ und die Sozialdemokratie mit Bezug auf

Bernstein. Ed. Bernsteins Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (Allg. Ztg., 94). Kautsky urteilte in der „Neuen Zeit“, Bernstein sei bereits Kathedersozialist geworden. „Als ethischer Empiriker der historischen Schule Marxistisch-Böhm-Bawerkscher Richtung bleibt er zur Unfruchtbarkeit verdammt.“ — In einem Artikel „Marx oder Rodbertus und Marlo?“ sagte W. Hasbach: Die nationale, friedliche, planvolle Sozialreform im Sinne von Rodbertus und Marlo vereinigt immer mehr Denker und bezeichnet einen schönen Schluß des Jahrhunderts (Allg. Ztg., 110).

Als Vorläufer Adam Smiths wurde ein Deutscher entdeckt, der 1723 in französischer Sprache zu Paris ein „Traité de la richesse des Princes et de leur états et des moyens simples et naturels pour y parvenir" herausgab. Er nennt sich „M. C. C. d. P. de B., allemand". Vielleicht Percy de Buffy? (Allg. Ztg., 7).

Die Politik als Wissenschaft behandelte G. Ratzenhofers „Wesen und Zweck der Politik" in drei Bänden. — Theo Sommerlad schrieb über „Die soziale Wirksamkeit der Hohenzollern".

In Hamburg wurde die Frage der „University-Extension" erwogen (Allg. Ztg., 221). — In Marburg trat am 6. Oktober die sechste Hauptversammlung des Vereins zur Förderung des lateinlosen höheren Schulwesens zusammen. University-Extension.

Bahnbrechend war das Werk meines Lehrers Ottokar Lorenz „Lehrbuch der gesamten wissenschaftlichen Genealogie, Stammbaum und Ahnentafel in ihrer geschichtlichen, soziologischen und naturwissenschaftlichen Bedeutung" (1898) mit dem Grundsatz: „Die Genealogie ist die eigentliche Zukunftslehre der geschichtlichen Wissenschaften." Diese Grundlegung ist zweifellos entsprechender als die geographische Helmolts. Genealogie.

Der 1844 durch königliches Patent vom 18. Juni gestiftete Verdun-Preis von 1000 Talern kam 1854 an Höpfner (Krieg von 1806) 1859 an Giesebrecht, 1864 an Häusser, 1869 an Dümmler, 1874 an Droysen, 1879 an die kriegsgeschichtliche Abteilung des Großen Generalstabs, 1884 an Treitschke, 1889 an Max Lehmann (Scharnhorst), 1894 an Erdmannsdörffer, 1899 an Hauck (Kirchengeschichte Deutschlands). Verdun-Preis.

Von Emil Michaels „Geschichte des deutschen Volkes" erschien der zweite Band über die religiös-sittlichen Zustände, Erziehung und Unterricht im 13. Jahrhundert. — K. Th. Heigels „Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Auflösung des alten Reiches" wollte zumeist Reichsgeschichte bieten; er zeigte, wie die französische Revolution auf den deutschen Volksgeist einwirkte.

Als dritten Band der „Heldenlieder aus der deutschen Kaiserzeit" gab W. Gundlach die aus dem Lateinischen übersetzten „Barbarossalieder"; die früheren Bände enthielten Hrotsvithas Ottolied und den Sang vom Sachsenkrieg. — Sehr dankenswert ist die Sammlung „deutscher Privatbriefe des Mittelalters" von G. Steinhausen. — R. Fischer schrieb über die „Kunstformen des mittelalterlichen Epos". — Von der großen „Heidelberger" Liederhandschrift gab Friedr. Pfaff einen Textabdruck. Diese früher den Manesse in Zürich zugeschriebene Sammlung wurde nun dem Konstanzer Bischof Heinrich v. Klingenberg zugeschrieben, unter anderm auch wegen der Verwandtschaft der Miniaturen mit den Wandmalereien im Dominikanerkloster zu Konstanz. Auch die ältere „Weingartener" Liedersammlung war in Konstanz entstanden (Allg. Ztg., 73). — Es erschien ein photographischer Abdruck der Jenaer Handschrift der Minnesinger (Jena, Fr. Strobel).

Von Oskar Jägers „Geschichte der neuesten Zeit vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart" erschien die vierte illustrierte Ausgabe in drei Bänden. — Hans Meyer gab mit Helmolt und andern ein Sammelwerk „Das deutsche Volkstum" heraus. — Paul Holzhausen setzte die Mitteilungen deutscher Dichtungen zu Napoleons Taten fort (Allg. Ztg., 33f.). — Theodor Elze schrieb über „Luthers Reise nach Rom" gegen Ad. Hausraths Buch von

1894. Jedenfalls kam Luther von Rom 1511 noch als guter Katholik zurück. — Sehr wichtig wurde das neue Corpus Nummorum, geleitet von Imhoof-Blumer. — Margareta v. Poschinger schrieb ein Werk über Kaiser Friedrich III. — Herm. Müller-Bohn gab ein „Vaterländisches Ehrenbuch" auf „Kaiser Friedrich den Gütigen". — Über die Entstehungsgeschichte der „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck gibt Rich. Fester (Allg. Ztg., 298) neue Aufschlüsse. — Hans Blum schilderte vierzehn „Vorkämpfer der deutschen Einheit".

Herm. Usener untersuchte die „Sintflutsagen". — Von Emil Schürers „Geschichte des jüdischen Volkes im Zeitalter Jesu Christi" erschien die dritte Auflage. — H. Morf gab eine Geschichte der neueren französischen Literatur heraus. — W. Fabricius gab eine Geschichte der deutschen Korps mit Berücksichtigung des Mensurwesens. — Professor K. v. Hase schrieb die „Geschichte der Familie Hase in vier Jahrhunderten". — Herm. Andr. Krüger schrieb über den „Jungen Eichendorff" einen Beitrag zur Geschichte der Romantik. — Es wurde das Tagebuch von Goethes Vater über seine Reise nach Wien und Italien bekannt (1739 bis 1740) (Allg. Ztg., 201). — Zum hundertsten Geburtstag Heines gab G. Karpeles ein Buch aus Heines Leben und aus seiner Zeit. — Laubmann und Scheffler gaben die „Tagebücher des Grafen August v. Platen" in zwei Bänden heraus. — Der Anatom A. Kölliker gab „Erinnerungen aus meinem Leben". — J. H. v. Hefner-Alteneck, geboren 1811, gab seine „Lebenserinnerungen" heraus. — Es erschienen die Jugenderinnerungen eines alten Arztes von Adolf Kußmaul. — Robert Vischer gab die Shakespeare-Vorträge seines Vaters „für das deutsche Volk" heraus. — R. Weltrich schrieb eine ästhetisch-kritische und sozial-ethische Studie über „Christian Wagner, Bauer und Dichter zu Warmbronn". Der Mann mit seinem lebendigen Naturgefühl war aber damals schon etwas aus der Mode gekommen. — Malvida v. Meysenbug schilderte noch den „Lebensabend einer Idealistin" (1898), als Fortsetzung ihrer früheren „Memoiren einer Idealistin" (1876).

Goethes Vater.

Meysenbug.

A. Lehmkuhl besprach „Das bürgerliche Gesetzbuch des Deutschen Reiches" vom katholischen Standpunkt aus. — Franz v. Liszt gab ein System des Völkerrechts.

In wissenschaftlichen wie Zeitungskreisen war man mit der neuen Orthographie sehr unzufrieden und bestand noch eine Weile bei der alten. — Theod. Siebs behandelte die „Deutsche Bühnensprache". — Hanns v. Gumppenberg stellte „das euphonische Gesetz der unreinen Reime" sehr geistreich auf (Allg. Ztg., 74.). — Rudolf Fürst schrieb über die „Vorläufer der modernen Novelle im 18. Jahrhundert" (Allg. Ztg., 114).

Blumenspiele.

Fastenrath verpflanzte die in Barcelona üblichen Blumenspiele nach Köln (7. Mai). Die Blumenkönigin Carmen Sylva, Königin von Rumänien, ließ sich durch eine junge Dame aus Neuwied vertreten.

„Insel."

Eine neue höchst moderne Zeitschrift war „Die Insel", herausgegeben von Otto Julius Bierbaum. — Ernst Wachler gab „Blätter für deutsche Bühnenspiele, Zeitschrift für dramatische Kunst und Literatur" heraus oder zeigte sie wenigstens an (Allg. Ztg., 291). Die Idee war höchst bedeutend. — Die Neuromantik erblühte in einem andern Unternehmen „Der Jungbrunnen", einer Sammlung von Volksliedern, Volksbüchern

„Jungbrunnen."

und dergleichen, welche „allen denen, die angekränkelt sind von der Greisenhaftigkeit des ‚Fin de siècle', ein Quell der Verjüngung werden sollen".

Wilhelm Jordan konnte bei seinem 80. Geburtstag auf ein reiches Leben als Denker und Dichter zurückblicken. Als Rhapsode seines stabreimenden Nibelungenepos (oder Romans) hatte er ganz Deutschland, Österreich, die meisten anderen europäischen Staaten und Amerika durchzogen. So habe ich ihn 1878 in Rom gehört. Schätzbar sind seine prosaischen Schriften, aus denen ich manches gelernt zu haben bekenne, so die Anschauung des einheitlichen Zusammenhangs antiker und christlicher Kultur, Kunst und Wissenschaft im Gegensatz zum Barbarentum. 1848 saß er im deutschen Parlament. Bei der Erinnerungsfeier 1898 rief er bewegt aus: „Wir fühlten uns zur altureignen Sitte, zur alten Form von neuem Geist verklärt, zum alten Ruhm als Herrschervolk der Mitte nach langem Zwischenreich zurückgekehrt, der halben Welt zum Trotz mit festem Kitte geeinigt durch ein starkes Kaiserschwert und meergewaltig wie die edlen Ahnen im Hansabund auf allen Ozeanen." Man erinnerte auch an Jordans schönen Spruch: „Der Gottesdienst ist ohne Kunst ein Himmel ohne Gestirne, und Kunst ist ohne Gottesdienst eine hübsche käufliche Dirne." Über Darwin sagte er: „Mich darwinisch nennend, sagt ihr Wahres, doch ihr sagt es schief, weil mein Lied vom Demiurgen euch zu ernst war und zu tief. Schaut hinein, so dürft ihr sagen: sehr jordanisch sei Darwin; seinen Grundton konnt er finden schon in meinen Melodien." Darwin hatte freilich noch ältere Vorgänger. Jordan.

Zu Ernst Scherenbergs 60. Geburtstag ertönten aufs neue seine Jugendverse: „Deutschland, du mein erstes Lieben, Deutschland, du mein erster Schmerz, früh schon hast du mich getrieben fort von Knabenspiel und Scherz. O, wie meine Blicke sprühten, als man mir dein Los vertraut, wie ich jauchzt', die Wangen glühten: Deutschland, Deutschland meine Braut!" Zu Martin Greifs 60. Geburtstag zitierte man seinen Spruch: „Leiste Rechtes, ob dich drum auch niemand ehrt; wahrhaft Echtes ist des späten Schätzers wert." — Hoffmann, der Verfasser des Kutschkeliedes von 1870, erhielt das Recht, sich Hoffmann-Kutschke zu nennen. Scherenberg. Greif.

Felix Dahn ließ sich mit einem Kritiker in einen Streit über die Originalität seines Operntextes „Der Fremdling" ein. Der Kritiker hatte ihm vorgeworfen, er habe nur die nordische Sage von Balder abgeschrieben, obwohl das nach unserer Meinung ein Verdienst gewesen wäre, während sich Dahn seinerseits des Verbrechens rühmte, die Sage bis ins Unkenntliche verballhornt zu haben, so daß gar nichts als die Namen übrig blieben (Allg. Ztg., 121; 125). Dahn.

Ganz in die Romantik sprang Sudermann mit den „Drei Reiherfedern"; aber obwohl ich das Märchenstück gesehen und gelesen habe, kann ich mich derzeit nicht mehr weder des Ganzen noch der Einzelheiten noch eines Eindrucks erinnern. Sudermann.

Siegfried Wagner hatte mit seiner Märchenoper „Der Bärenhäuter" einen Neugierigkeitserfolg.

Richard Strauß führte seine selbstbiographische symphonische Dichtung „Ein Heldenleben" nicht ohne Widerspruch zum erstenmal auf.

Bei einer Aufführung der „Antigone" in der Turnhalle des Gymnasiums in Nürnberg wurde zum erstenmal Dörpfelds Theorie vom antiken Theater

vor Augen geführt, wonach die Schauspieler ebenso wie der Chor in der Orchestra ohne erhöhte Bühne spielten (Allg. Ztg., 85.).

Gerhart Hauptmann. Gerhart Hauptmann erhielt für seinen grassen „Fuhrmann Henschel" den Grillparzerpreis von 2400 Gulden; er hatte ihn schon einmal für sein „Hannele" erhalten. — Das preisgekrönte Festspiel von W. Henzen „Veste Coburg" wurde von Bürgern aufgeführt. — In Lützen wurde Paul Kaisers Volksbühnenstück „Gustav Adolf" von Bürgern und Bürgerinnen aufgeführt (Ill. Ztg., 2926). — Heinrich Schneegans gab das dramatische Kulturbild aus dem Elsaß „Der Pfingschtmondaa von hitt ze Daa".

G. v. Ompteda rief im Roman „Eysen" dem deutschen Adel zu: „Vor allen Dingen arbeitet!" — Adolf Hausrath, der vordem (1894) Luthers Romfahrt novellistisch behandelte, gab einen neuen Roman „Pater Maternus" mit dem Zweck, die Entstehung des Reformationsgedankens psychologisch zu motivieren.

Robert Haaß gab Zeitgeschichte und politische Stimmungsbilder „Im Zeichen Bismarcks"; zum Beispiel: „Es rauschen die Eichen im Sachsenwald eine stürmende Totenklage, und weinend liegt Germanias Gestalt über dem Sarkophage. Nun wird ein Reden und Schreiben sein und ein Pomp um des Helden Leiche, man trauert bei Hofe, es trauern zum Schein die Mandarinen im Reiche."

Gurlitt. Cornelius Gurlitt beschrieb „Die deutsche Kunst des 19. Jahrhunderts, ihre Ziele und Taten" in einem protzig zur Schau getragenen Subjektivismus. Er sagte: „Mein Urteil ist meines und ist nur soviel wert, als ich selbst wert bin; aber es hat keine Giltigkeit über mich hinaus, und ich verwahre mich für alle Fälle selbst dagegen, daß mein Urteil sich nicht ändern werde. Es gibt kein richtiges Urteil . . . Ich bin Partei, ganz Partei . . . Also ist mein Urteil auch nicht gerecht. Im Gegenteil, es ist ganz einseitig. Mir ist schön, was mir gefällt, anderen anderes." Offener kann man den Bankerott der Moderne nicht ansagen.

K. Weysser schildert den schlechten Einfluß des „Darwinismus in der modernen Malerei".

Die Kranach-Ausstellung in Dresden zeigte, wie wenig dieser Maler des Protestantismus sich einem Dürer und Holbein an die Seite stellen konnte (Allg. Ztg., 114).

Man feierte das hundertjährige Jubiläum der Erfindung der Lithographie durch Aloys Senefelder.

Der Verein Berliner Künstler stellte in seinem Karnevalsfest vom 14. Januar die Minnesingerzeit dar.

In Leipzig fand eine internationale Ausstellung der Plakatkunst statt, dieses neuen Kunstzweiges.

Malerei. Die „Illustrierte Zeitung" gab eine eigene Worpswedeer Nummer (2904); H. Vogeler ragt aus der Gruppe hervor. — Die größte Ehrung für Hohenlohe liegt meines Erachtens im genialen Bildnis, das Lenbach von ihm gemalt hat und das ihn unsterblicher machen wird als alle seine Taten und Schriften (Ill. Ztg., 2909). — Der so hoch geehrte Adolf Menzel hatte in den fünfziger Jahren das jetzt von der „Illustrierten Zeitung" 2899 publizierte Bild „Christus als Knabe im Tempel" gemalt, wohl die skandalösesste Verhöhnung des Vorgangs, strotzend von Antisemitismus schiefster Art. — Gabriel Max, ganz Spiritist, malte das

Phantom Kathy King (Ill. Ztg., 2910). — Franz Staffen illustrierte R. Wagners „Tristan und Isolde". — Fidus und F. Hauser illustrierten die „Nächte" von Kurt Gencke. — Für das „Vaterunser in Bild und Wort" komponierte Alois Knöpfler die Zeichnungen, Professor L. Glötze stellte den Text zusammen.

Baukunst.

Die Stadtverwaltung von Hildesheim beschloß, den eigenartigen Charakter der Stadt nach Möglichkeit zu erhalten und nur solche Neubauten im Innern zuzulassen, die sich der älteren Bauart harmonisch anpassen. Es erging ein Preisausschreiben zu brauchbaren Vorlagen in diesem Sinne. — Das neue Berliner Abgeordnetenhaus zeigte die italienische Renässanz (Ill. Ztg., 2900). — Die Kaiser-Wilhelms-Kirche zu Ems zeigt romanische Formen (Ill. Ztg., 2931). — Originell ist die neue Kirche der reformierten Gemeinde in Leipzig von Weidenbach (Ill. Ztg., 2907). — An Stelle des von der Wiedertäuferzeit her historisch gewordenen Turmes der Lambertikirche in Münster erstand ein neuer stilgerechter; die seit 1536 am alten Turm angebrachten Wiedertäuferkäfige wurden auch wieder am neuen Turm befestigt (Ill. Ztg., 2923). — Die neue Synagoge in Chemnitz von W. Bürger zeigt romanischen Stil (Ill. Ztg., 2918). — Das neue Zentraltheater in Dresden (von Lossow und Viehweger) prunkte in reichstem Rokoko (Ill. Ztg.).

Das Bismarck-Mausoleum im Wald von Friedrichsruh war ein einfacher, würdiger romanischer Bau (von Schorbach). Der Sarkophag war von Untersberger Marmor (Ill. Ztg., 2897, 2906, 2908). — Den zur Ausführung bestimmten Typus der von der Studentenschaft angeregten Bismarckfeuersäulen (von Kreiß) zeigt die „Illustrierte Zeitung" (2916). Der erste Bismarckfeuerturm wurde am 1. April bei Rudolstadt eingeweiht (Ill. Ztg., 2911). — Ein Bismarck-Denkmal erstand auf dem Bismarckplatz in Magdeburg. Am Sockel des Bismarck-Denkmals in Düsseldorf saß die Arbeit, als Arbeiterin, und das geeinte Deutschland personifiziert als nackter Gladiator mit einem zusammengeschnürten Bündel von Stäben (Ill. Ztg., 2921). Eine neue gute Variante eines Bismarcks-Denkmals schuf für München-Gladbach Fritz Schaper (Ill. Ztg., 2937).

Plastik.

In Rechtenfleth an der Weser, unweit Bremen, da wo Karl der Große auf seinem Zuge gegen die Sachsen über die Weser setzte, erstand ein einfaches, aber sehr würdiges Denkmal: sein Mosaikbrustbild unter einer säulengeschmückten Überdachung, mit der Inschrift: „Carl de Grote bin ick genannt, eyn weldich Herr over vele Land, von duetschen Blode gar hochgeboren; darto heft Gott mi uterkoren, syn Lof to bringen in dißet Land, allwo syn Name noch unbekannt" (Ill. Ztg.).

In Anlehnung an die bekannte Statue des greisen Voltaire schuf Harro Magnussen den sterbenden Philosophen von Sanssouci (Friedrich II.) im Hemd auf einem Lehnstuhl sitzend mit zwei Hunden. Das Werk wurde im Sterbezimmer des Königs aufgestellt (Ill. Ztg., 2901). Die zweiunddreißig Gruppen für die Berliner Siegesallee waren nun vom Kaiser sämtlich vergeben. Gelungen ist die Statuette von Hans Glümer, den Großen Kurfürsten als Begründer der brandenburgischen Marine darstellend (Ill. Ztg., 2945). In Rheydt (Rheinprovinz) wurde am 2. September der von Gustav Rutz modellierte monumentale Hohenzollernbrunnen enthüllt (Ill. Ztg., 2934). Uerdingen am Rhein widmete dem Andenken Kaiser Friedrichs

einen Monumentalbrunnen (Ill. Ztg., 2938). Auf dem Marktplatz zu Chemnitz wurden die Denkmäler Wilhelms I., Bismarcks und Moltkes eingeweiht (Ill. Ztg., 2922). In Bamberg wurde ein ritterliches Denkmal des Prinzregenten (von Ferd. v. Miller) enthüllt (Ill. Ztg., 2939). Ernst Seger modellierte ein elegantes Moltkestandbild für Schweidnitz (Ill. Ztg., 2942). Auf dem Ziegenberg bei Ballenstedt erhob sich das Vaterländische Denkmal von Arthur Schulz „Zum ehrenden Gedächtnisse Kaiser Wilhelms des Großen, zum Preise des wiedererstandenen Deutschen Reiches, zum Ruhme des anhaltischen Herzogshauses und seines großen Ahnherrn" (Albrecht der Bär) (Ill. Ztg., 2931).

Nach einer Skizze des Kaisers führte Walter Schott ein Denkmal für das preußische erste Garderegiment bei St. Privat aus, einen geflügelten Michael auf einem Felsblock (Ill. Ztg., 2931). Martin Wolffs Landeskriegerdenkmal in Neustrelitz zeigt einen fallenden Krieger, unterstützt von einem geflügelten Engel. Ein schönes Friedensdenkmal, die Friedensgöttin auf hoher korinthischer Säule wurde in München enthüllt (Ill. Ztg., 2926). Die sechs Dichter der Freiheitskriege, Körner, Uhland, Rückert, Schenkendorf, Kleist, Arndt, wurden in der Form von allzu belebten Hermenbüsten im Viktoriapark zu Berlin aufgestellt (Ill. Ztg., 2914). Zur Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule in Charlottenburg schenkte die Berliner Akademie der Künste eine Gruppe von Ernst Herter, darstellend die Künste, die der Technik huldigen (Ill. Ztg., 2938). Eine glückliche Nachahmung barocker Vorbilder war das Brunnendenkmal auf dem Paradeplatz zu Mannheim von Johs. Hoffart (Ill. Ztg., 2919). Sehr bewegt sind die antikisierenden Rokokogestalten an den Kandelabern auf der Rampe des Neuen Palais zu Potsdam von Walter Schott (Ill. Ztg., 2948). Ulkig ist der von Rud. Maison auf dem Domshof in Bremen aufgestellte Teichmannbrunnen, ein Boot darstellend, darunter Nix und Nixe, darin Steuermann, darüber ein moderner Merkurjunge (Ill. Ztg., 2944).

Sehr schön ist die von Jeremias Christensen für die Vorhalle des Berliner Rathauses modellierte „Sprea" (Ill. Ztg., 2913) mit dem Bären zur Seite. Auf der Deutschen Kunstausstellung in Dresden exzellierte die Figur der Luna des Meisters Adolf Hildebrand (Ill. Ztg., 2940). Eine prachtvolle Brahmsbüste von Adolf Hildebrand wurde in Meiningen aufgestellt (Ill. Ztg., 2938). Gustav Eberlein schuf den neuen Schloßbrunnen in Mannheim (Ill. Ztg., 2902). Weniger gelungen erscheint Eberleins Zyklus „Adam und Eva" (Ill. Ztg., 2907). Ernst Herters Helmholtz-Denkmal in Berlin hatte mit einem schwer zu behandelnden Objekt zu tun (Ill. Ztg., 2920). Das Berliner Schulze-Delitzsch-Denkmal von Hans Arnoldt hat am Sockel treffliche Volks- und Arbeitergruppen (Ill. Ztg., 2928). Ferd. Hartzer schuf das Gauß-Weber-Denkmal in Göttingen (Ill. Ztg., 2922). Nikolaus Becker, der Dichter des Rheinliedes von 1840 („Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein") erhielt ein Erinnerungsmal zu Geilenkirchen: ein Engel hängt einen Kranz auf an einem kreuzförmigen Baumstamm. Das Kneippdenkmal für Wörishofen modellierte F. Seeböck (Ill. Ztg., 2933). Der neue Stadtbrunnen in Bremen zeigt eine gelungene Gruppe der Stadtmusikanten von Max Dennert (Ill. Ztg., 2929). Eine gute plastische Leistung ist auch die Marktfigur des „Kiepenkääl" in Münster, von Schmiemann (Ill. Ztg., 2948).

Zur Erhaltung der Helgoländer Düne wurden große Arbeiten gemacht.

Das Postscheckverfahren bürgerte sich, aus Amerika, England und Frankreich kommend, in Deutschland ein.

Noch dauerte die krisenhafte Stimmung in Österreich-Ungarn an. In der österreichischen Reichshälfte war es die Sprachenfrage, die durch eine sonderbare Logik auf die Parole „Los von Rom!" überschlug. In Ungarn demonstrierte die Opposition gegen den „Exlex-Zustand". Die Obstruktion lähmte das österreichische Abgeordnetenhaus. Der Wiener evangelische Oberkirchenrat war so einsichtig, sich gegen die Übertrittsbewegung zu erklären, soweit ihr nicht religiöse, sondern politische Motive zugrunde lagen. Nach Vertagung des Reichsrats anfangs Februar erließen die deutschen und Oppositionsparteien (auch die Christlichsozialen) eine Kundgebung, in der sie die Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse seit den Sprachenverordnungen Badenis tief beklagten. Seit jener Zeit sind „das Ansehen der Monarchie nach außen, das Zusammenleben der Nationalitäten im Innern, die Entwicklung der Gesetzgebung tief geschädigt. Statt sich in der österreichischen Volksvertretung einen Rückhalt gegenüber Ungarn zu schaffen und einen gerechten Ausgleich anzubahnen, hat sich das Ministerium Badeni den parlamentarischen Ausgleich verscherzt, und auch die folgenden Regierungen haben den Weg zu normalen Verhältnissen nicht gefunden". Anderseits beschuldigten die Jungtschechen die Obstruktionsparteien. Die tschechische Sprache müsse der deutschen in den Ländern der böhmischen Krone gleichgestellt werden. Kramarz schrieb zu dieser Zeit in der „Revue de Paris": „Seit der Entente von Petersburg hat Österreich nicht mehr nötig, den obersten Lenker seiner Geschicke in der Wiener Deutschen Botschaft zu sehen. Der Dreibund gleicht einem alten, abgespielten Luxusklavier. Man mag es noch nicht in die Rumpelkammer stellen, aber man spielt nicht mehr darauf." Österreich.

Ministerpräsident Banffy mußte am 17. Februar der ungarischen Opposition und Obstruktion weichen. Sein Amt übernahm am 26. Februar Koloman v. Szell und der parlamentarische Friede schien wiederhergestellt. Szell erklärte im Pester Abgeordnetenhaus, er sei ein Anhänger der Zollgemeinsamkeit mit Österreich; das Zusammenleben mit Österreich habe seine Vorteile und seine Nachteile. „Wir können aber nicht gleichzeitig die Vorteile der Zolleinheit und die der Zolltrennung genießen." Szell widersprach im April dem Gerücht, daß die Monarchie ein Gebiet in China erwerben wolle.

Während die österreichische Regierung die Abfallsbewegung mit ihren staatsfeindlichen Auswüchsen einzudämmen suchte, forderten

(20. Mai) die staatsfreundlichen Oppositionsparteien Festhaltung am Einheitsstaat, die Gesamtbezeichnung „Österreich" für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, Beseitigung des § 14 des Staatsgrundgesetzes, die deutsche Amtssprache in entschiedenerer Durchführung, autonome Sonderstellung Galiziens, das nicht mehr das nationale Leben der Deutschen in Österreich beeinflussen dürfe; Zurückgehen zum ursprünglichen Geiste der Ausgleichsgesetze von 1867, unverbrüchliches Festhalten am Bündnis mit dem Deutschen Reich, regere Beteiligung am Weltverkehr, engeren Zusammenschluß der festländischen Staaten Europas, Zusammenhang mit Deutschland auf allen Gebieten des kulturellen und wirtschaftlichen Fortschrittes, besonders bezüglich des Hochschulwesens. Über die Sprachenfrage wurde unter anderm gesagt: in deutschen Pfarrgemeinden seien nur deutsche Priester zu verwenden; zu diesem Behufe sind deutsche Priesterseminare zu errichten. Die Slawisierung deutscher Ortsnamen ist abzustellen.

Gemeindestatut.

Das neue Gemeindestatut der Stadt Wien setzte fest, daß jeder neue Bürger eidlich verspreche, den Charakter Wiens als Reichshaupt- und Residenzstadt sowie den deutschen Charakter der Stadt nach Kräften zu fördern. Auch ich habe diesen Eid (1912) geleistet. Die Gemeinderäte sollten geloben, dem Kaiserhaus und dem Vaterland unbedingte Treue zu bewahren und den österreichischen Staatsgedanken hochzuhalten. Das gehört zu den bedeutungsvollen Anzeichen der Überwindung der österreichischen Krisis. Dieses neue Gemeindestatut wurde am 16. Mai vom Wahlreformausschuß des niederösterreichischen Landtags beraten.

Indessen kam es im niederösterreichischen Landtag zu stürmischen Szenen zwischen den Liberalen und Christlichsozialen (Ende Mai). Der Industriellenklub erklärte sich für eine Zolltrennung von Ungarn, wenn die Gemeinschaft durch weitere Belastung Österreichs erkauft werden soll. Die Egerer Handelskammer betonte dagegen die Notwendigkeit der Zollunion.

Ausgleich.

Endlich schlossen am 10. Juni zu Wien die beiderseitigen Minister ein Kompromiß in der Ausgleichsfrage: Die alten seit 1887 gültigen Bedingungen gelten provisorisch bis Ende des Jahres, dann die 1896 vereinbarten neuen Ausgleichsgesetze. Da Österreich die Vorlagen nicht auf parlamentarischem Wege erledigen kann, soll für Ungarn der Rechtszustand des selbständigen Zollgebietes eintreten; es besteht kein Zoll- und Handelsbündnis mehr, sondern nur eine Zollgemeinschaft gegen Reziprozität. Im Pester Abgeordnetenhaus trat Szell nochmals gegen Kossuth für die Zollgemeinschaft mit Österreich ein. Die Vorteile seien besonders beim Abschluß von Handelsverträgen unleugbar, da das umfangreichere Wirtschaftsgebiet eine bessere Stellung gewährt. In Cisleithanien führte eine kaiserliche Verordnung auf Grund des § 14 die neuen Ausgleichsgesetze über Besteuerung u. dgl. ein (20. Juli). Dagegen protestierten die obstruierenden deutschen Parteien, weil damit ihre parlamentarische Obstruktion vereitelt war. In Graslitz, Nordböhmen, kam es zu Unruhen, wobei einige Leute erschossen wurden. In Wien fanden Demonstrationen statt wegen Reform des Gemeindewahlrechts.

Der Fürstbischof von Brixen erließ einen Hirtenbrief gegen die am 21. Juni in Innsbruck veranstaltete unkirchliche und unpatriotische Sonnwendfeier, mit dem Thema „Los von Rom". Besonders wurde das jungtirolische Witzblatt „Der Scherer" verurteilt. Es kam zu Gegenkundgebungen, und bei einem Fackelzug zu Ehren des Dichters Adolf Pichler am 6. Juli wurde der Hirtenbrief vor dem Ursulinenkloster feierlich verbrannt. Darauf erfolgte eine riesige Protestversammlung des wahren Tiroler Volkes aus allen Gauen Tirols in Waffen und Wehr. Ich habe den Zug mit höchster Ergriffenheit durch die Straßen Innsbrucks ziehen sehen, die Bauern in ihren malerischen Trachten, geführt von ihren Geistlichen. Los von Rom.

Bis Juni waren im ganzen etwa 10.000 Personen übergetreten; bei Schönerer hatten sich 3000 angemeldet. Die Anzahl der lutherischen Bekenner in Wien betrug 42.000, die der helvetischen 8000. In Wien wurde das altkatholische Blatt „Volksruf" und das daraus hervorgegangene „Los von Rom" verboten.

Gegen den neuernannten Professor für österreichische Geschichte an der Wiener Universität, Jos. Hirn, kam es zu antiklerikalen Kundgebungen, die sich aber bald wieder legten. Hirn.

Kathrein sagte (24. August in Hall) sehr treffend, wer gegen den § 14 protestiere, der dürfe nicht obstruieren und die geordnete Tätigkeit des Parlaments unmöglich machen.

Farbentragende zionistische Verbindungen gaben Anlaß zu Krawallen an der Wiener Universität. — Eine Versammlung nationaljüdischer Studenten fand Ende Juli in Lemberg statt; sie richteten eine Denkschrift an die Universitäten und verlangten Anerkennung des Judentums als besondere Nationalität. Der Wiener „Bar-Kochba" sollte als Zentralorgan dienen, eine hebräische Volksuniversität sollte für Pflege der hebräischen Sprache wirken. Juden.

Die von Bischof Stroßmayr befürwortete Zulassung der altslawischen glagolitischen Messe bei den katholischen Südslawen, fand neuerdings einen entschiedenen Gegner im katholischen Erzbischof von Sarajewo, Jos. Stadler. Auch der katholische Erzbischof von Dalmatien, Rajtschewitsch, untersagte einen für den Cyrill- und Methodtag geplanten glagolitischen Festgottesdienst in Spalato. Der Ansicht Stadlers schloß sich auch die römische Ritenkongregation an. Stadler.

Ein Versuch des Präsidenten des Wiener Abgeordnetenhauses, Dr. Fuchs, die Parteien zu vereinigen (12. Sept.), scheiterte an dem Mißtrauen gegen die Regierung. Darnach reichte Graf Thun am 23. September seine Entlassung ein, und es bildete sich ein neues, provisorisches Ministerium unter dem Vorsitz des Grafen Clary, 2. Oktober. Clary.
Minister Körber, bereits zum künftigen Premier ausersehen, übernahm einstweilen das Innere, Hartel das Ministerium für Kultus und Unterricht. Nun traten aber die Tschechen in Opposition gegen die neue, mehr deutsch gefärbte Regierung. Dazu kam, daß am 17. Oktober die Sprach-

verordnungen von 1897 aufgehoben wurden. Graf Clary gab vor dem neu zusammentretenden Reichsrat am 18. Oktober die Erklärung ab, die Regierung sei vollkommen neutral und wolle nur die normalen parlamentarischen Zustände wieder herstellen. Die Unruhe unter den Tschechen dauerte an. Ein Antrag, das Ministerium Thun wegen Mißbrauchs des § 14 anzuklagen, wurde am 22. November mit 171 gegen 123 Stimmen abgelehnt. Die Quote an den gemeinsamen Ausgaben des Reiches wurde am 22. November durch eine gemeinsame Deputation zu Pest für Österreich auf 65·6, für Ungarn auf 34·4 vom Hundert festgesetzt; das bedeutete eine Verminderung der österreichischen Quote um drei Prozent. Die kaiserlichen Verordnungen über die Ausgleichsvorlagen wurden am 28. November von Graf Clary an eine Kommission verwiesen, da er sie nicht nach dem § 14 ausführen wollte. Dagegen obstruierten die Tschechen, um Vorteile in der Sprachenfrage zu erzwingen. Darauf demissionierte Graf Clary am 19. Dezember, nachdem er noch die Delegationen aktionsfähig gemacht hatte, und überließ seinem Nachfolger, dem Beamtenminister Wittek, die Handhabung des § 14. Wittek war und blieb Eisenbahnminister. Nach den Vorschlägen der Quotendeputation erfolgte am 30. Dezember die kaiserliche Bestimmung für das nächste Halbjahr.

Österreichische Literatur.

Adolf Strauß begann die Zeitschrift für Volkskunde „Die Donauländer", die auch Handel, Industrie und Verkehr in den Ländern der unteren Donau (Rumänien u. s. w.) mit berücksichtigen sollte (Wien, C. Gräser).

J. Schnitzer gab unter zahlreicher Mitwirkung einen kulturhistorischen Rückblick „Franz Josef und seine Zeit" in zwei Prachtbänden. — Max Herzig stellte das Prachtwerk her „Viribus unitis. Das Buch vom Kaiser" zum Jubiläum 1898. L. K. Nolston gab auch noch zum Jubiläum „Kaiserworte 1848 bis 1898" heraus, ein dankenswertes Sammelwerk zur Geschichte. — Dr. Konstantin Christomanos ließ Tagebuchblätter über Kaiserin Elisabeth erscheinen, deren Vorleser und Lehrer im Griechischen er war.

Es erschien der zweite Band der unter Mitwirkung von Briebracher, Neugeboren, Scheiner, Schiller, Schuller, Schullerus, Wittstock von Friedrich Teutsch in Hermannstadt herausgegebenen „Bilder aus der vaterländischen Geschichte" der Siebenbürger Sachsen.

Moriz v. Angeli, k. u. k. Oberst, gab unter dem Titel „Altes Eisen" Intimes aus Kriegs- und Friedensjahren.

In nicht ganz zwei Jahren erlebte Heinrich Friedjungs Werk „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1857 bis 1866" die dritte Auflage. Leider muß ich in der Einwirkung der pessimistischen Ideen des mir sonst so lieben Freundes einen wesentlichen Grund der damaligen Krisis des österreichischen Staatsgedankens erkennen (und auch der Krisis von 1918).

H. Friedjung beglückwünschte in der „Allgemeinen Zeitung" (20) den siebzigjährigen Publizisten Alexander Peez.

In Fortsetzung des großen Kronprinzenwerks erschien der Band über Bosnien und Herzegowina.

Die österreichische Leogesellschaft gab die „Kultur, Zeitschrift für Wissenschaft, Literatur und Kunst" heraus.

Professor Grunzel redigierte das Jubiläumsprachtwerk „Die Großindustrie Österreichs".

Im Anschluß an die Wiener Kongreßausstellung erschien bei Artaria in Wien das Prachtwerk „Der Wiener Kongreß".

Karl Junker begann eine „Österreichische Bibliographie" im Auftrag des Vereins der österreich-ungarischen Buchhändler.

Die „Allgemeine Zeitung" (5) brachte Ernst v. Pleners Bericht „über meine politische Tätigkeit". — Marie v. Ebner-Eschenbach gab einiges „aus den Erinnerungen" ihres 1898 verstorbenen Gatten, des k. k. Feldmarschalleutnants Moriz Freiherrn Ebner v. Eschenbach, heraus (Allg. Ztg. 225).

A. Bachmanns Geschichte Böhmens ging im ersten Band bis 1400. — Rudolf Wolkans „Deutsche Lieder auf den Winterkönig" waren zumeist Spottlieder.

Jos. Neuwirth publizierte die Wandgemälde im Kreuzgang des Emausklosters in Prag, 1898, das umfassendste Werk der Wandmalerei des 14. Jahrhunderts (Karl IV.) diesseits der Alpen.

Richard Heinzel gab die etwas wunderliche „Beschreibung des geistlichen Schauspiels im deutschen Mittelalter" (1898), ein Kuriosum der Methode. Das Wichtigste darin ist die Ausführung, wie mit dem 13. Jahrhundert im deutschen Drama der Einfluß der antiken feststehenden Bühne geltend wird.

Al. v. Weilen schrieb für das große Prachtwerk „Die Theater Wiens" die „Geschichte des Wiener Theaterwesens von den ältesten Zeiten bis zu den Anfängen der Hoftheater". — J. J. Ammann, Professor in Krumau, gab „Volksschauspiele aus dem Böhmerwald" heraus.

Mit dem Österreicher Oskar Baumann schied ein verdienstvoller Afrikaforscher aus dem Leben (Allg. Ztg., 243).

Die große Sammlung der Papyrus des Erzherzogs Rainer kam an die Hofbibliothek. Über die Wiener Expedition nach Südarabien berichtet die „Allgemeine Zeitung" (89). Professor L. v. Schroeder sprach beim Antritt seiner Vorlesungen in Wien über „Indiens geistige Bedeutung für Europa" (Allg. Ztg., 151).

David Heinrich Müller und Jul. v. Schlosser publizierten die spanisch-jüdische Bilderhandschrift des Mittelalters, die „Haggada von Sarajewo".

Aus dem Nachlaß von Jos. v. Beck gab Loserth das Buch „Georg Blaurock und die Anfänge des Anabaptismus in Graubünden und Tirol".

Pastors monumentale Geschichte der Päpste wird in der „Allgemeinen Zeitung" nach ihrem vollen Werte gewürdigt. — Paul Schweizer behandelte „Die Wallensteinfrage in der Geschichte und im Drama". — Oswald Redlich gab das Lebensbild des 1897 verstorbenen Tiroler Gelehrten David v. Schönherr. — Albrecht Penck beschrieb das Leben und Wirken des Alpenforschers Simony. — Wolfgang v. Wurzbach schrieb über „Lope de Vega und seine Komödien". — Helene Richter schilderte „Percy Bysshe Shelley" mit liebevollem Eingehen in die rätsel- und widerspruchsvolle Persönlichkeit (1898). — Mit Trauer gedenke ich meines am 23. Januar zu Berlin verstorbenen Freundes Dr. Emil Schiff, des ausgezeichneten Publizisten, eines Juden, der nichts als Jude sein wollte und deshalb echt und ehrlich war. —

Hans v. Zwiedineck-Südenhorst schrieb für die „Monographien zur Weltgeschichte" „Venedig als Weltmacht und Weltstadt". — Vinzenz Prießnitz' Leben schilderte zu dessen hundertstem Geburtstag Philo vom Walde: ein interessantes Kapitel genialer, nichtzünftiger Heilstätigkeit.

Auf dem achten internationalen Kriminalistenkongreß zu Budapest, wurde die einheitliche Bekämpfung des Mädchenhandels besprochen.

Schriftstellergenossenschaft.

Es erschien das erste Jahrbuch der Deutsch-österreichischen Schriftstellergenossenschaft, an deren Gründung (1896) aus dem Nachlaß der älteren „Iduna" ich auch mitbeteiligt war, Müller-Guttenbrunn war ihr erster Präsident.

Professor H. M. Schuster trat lebhaft für das geistige Urheberrecht ein (Allg. Ztg., 243).

Anton E. Schönbachs Buch „Über Lesen und Bildung" erschien in sechster Auflage (erste Auflage 1888).

Ludwig Hevesi gab einen „Wiener Totentanz" heraus, „Gelegentliches über verstorbene Künstler und ihresgleichen".

Adolf Pichler, dessen achtzigster Geburtstag Anlaß zu so argen Demonstrationen gab, war nicht gerade kirchenfeindlich, wie seine Erzählung „Fra Serafico" bewies. Er gab noch Erzählungen aus den Tiroler Bergen als „Letzte Alpenrosen" heraus. In Eibestal (Niederösterreich) fanden Passionsspiele statt. Jos. Kainz wurde Mitglied des Burgtheaters.

Bahr.

Hermann Bahrs geistvolles historisches Schauspiel „Josephine" blieb ohne den verdienten Erfolg, so daß er leider nicht zur Vollendung eines ganzen Napoleonzyklus kam. Es ist bezeichnend, daß auch Bahrs Meisterwerk der „Franzl" (1900) ohne Erfolg blieb und daß dafür Nebenwerke starken Erfolg hatten.

Hofmannsthal.

Der Wiener Dichter Hugo v. Hofmannsthal war schnell zu Ruf und Ansehen gelangt als Repräsentant artistischer Kultur. Nach der dramatischen Studie „Gestern" (1891) erschien der „Tod des Tizian" und nun „Der Tor und der Tod", „Die Frau im Fenster", die „Hochzeit der Sobeide" u. a. in seinem „Theater in Versen".

In Baden bei Wien feierte man den achtzigsten Geburtstag des Dichters, Rollett. Glyptikers und Ikonographen Hermann Rollett, eines Mannes, der typisch ist für die Kultur einer österreichischen Provinzstadt.

Dem Sarge des populären Walzerkönigs Johann Strauß folgte halb Wien auf dem Weg zum Ehrengrab zwischen Schubert und Brahms.

Österreichische Kunst.

Ein hervorragendes Werk war die neue Marine-Garnisonkirche zu Pola von Natale Tommasi. — Ein imponierender Bau wurde das Nordböhmische Gewerbemuseum in Reichenberg (Ill. Ztg., 2905). — Ein schöner würdiger Bau war das neue Kaiserjubiläums-Stadttheater in Wien von Graf und Krauß (Ill. Ztg., 2899). — Hübsch und schicklich erhob sich das anmutige neue Stadttheater in Graz von Fellner und Helmer (Ill. Ztg., 2937). — Das schmucke Kruppsche Arbeitertheater in Berndorf (Niederösterreich) wurde am 16. September in Gegenwart des Kaisers eingeweiht (Ill. Ztg., 2936).

Arthur Krupp in Berndorf, ein Vetter des „Kanonenkönigs", schrieb einen Preis aus für eine Bronzegruppe, „Das scheidende und kommende Jahrhundert" darstellend. Johs Raszka trug den Preis davon (Ill. Ztg., 2948).

Wilh. Seib modellierte eine schöne Reiterstatuette Rudolfs von Habsburg (Ill. Ztg., 2943). — In Wien wurde das Reiterdenkmal des Erz-

herzogs Albrecht auf der hohen Albrechtsrampe enthüllt (Ill. Ztg., 2918), ein Werk von Kaspar Zumbusch. Albrechts eigentliches Denkmal war, wie ein Festartikel hervorhob, die österreichische Armee. — Ein Kaiser-Franz-Josef-Denkmal von Anton Brenek wurde in Olmütz enthüllt (Ill. Ztg., 2898). — Zur Enthüllung des Denkmals des Sachsenbischofs Teutsch in Hermannstadt kamen viele Protestanten aus dem Deutschen Reich (18. August). Das Denkmal ist von Donndorf (Ill. Ztg., 2929). — Das von Jul. Trantzl geschaffene Denkmal für Schmeykal, den Führer der Deutschen in Böhmen, für Böhmisch-Leipa ist eine der glücklichsten Lösungen eines modernen Standbildes (Ill. Ztg., 2929). — Von bedeutender Wirkung ist das Ludwig-Steub-Denkmal bei Brixlegg im Unterinntal (Ill. Ztg., 2908), ein Riesenreliefkopf in den Fels gehauen. Gabriel Max' Bild „Christus als Arzt" wurde in Nachbildung viel verbreitet (Prag, Nik. Lehmann).

Zu einem Wohltätigkeitsfest ließ Fürstin Pauline Metternich in der Wiener Rotunde ein „Sezessionistisches Dorf" durch Gilbert Lehner aufstellen (Ill. Ztg., 2919). Der neue Wiener Rathauskeller erhielt eine prächtige Bemalung (Ill. Ztg., 2903).

Papst Leo.

Wir haben schon gehört, daß Papst Leo den Friedensbestrebungen des Zaren entgegenkam. Er sagte aber in einer Allokution vom 14. Dezember: „Niemand wäre einer Einladung zum Haager Kongreß würdiger gewesen als der Papst, weil das Suchen nach Gerechtigkeit, das Raten zum Frieden und das Verhindern von Konflikten nach göttlichem Willen zu den Funktionen des Papsttums gehört. Der Heilige Stuhl hätte gewünscht, auf dieser Konferenz einen Platz zu erhalten. Er bedauert, daß eine einzige sich hartnäckig diesem Wunsche widersetzende Stimme den Sieg davontrug. Das war die Stimme derselben Macht, die mit der Eroberung Roms die Macht des Papsttums brechen wollte."

Italien.

Diese Macht, Italien, erfuhr die Ablehnung ihres Verlangens, auch ein Stück von China zu erhalten. Das führte einen Ministerwechsel herbei und eine andauernde Obstruktion. Bei der Beratung der Geschäftsordnung kam es am 30. Juni zum Handgemenge, so daß die Abstimmungsurnen umgeworfen wurden. Ein ungeheurer Skandal war der Prozeß wegen der Ermordung des früheren Bürgermeisters von Palermo, Senators Baron Notarbartolo, Leiters der Sizilianischen Bank, Gegners der dortigen Mißwirtschaft und der geheimen Korruptionsgesellschaft der Mafia. Seine Ermordung wurde sofort von der öffentlichen Meinung den einflußreichen Führern der Mafia schuld gegeben, die sich in hohen Stellungen befanden und von Notarbartolos Aussagen zu fürchten hatten. Ein sizilianisches Schwurgericht ließ die Sache völlig im Dunkeln, da die Zeugen aus Furcht vor der Mafia nichts auszusagen wagten. Das war schon 1893. Auch eine Verhandlung in Turin mußte aus gleichen Gründen 1895 eingestellt werden. Erst 1897 kam man hinter die Wahrheit, daß der Mord durch zwei Eisenbahnbeamte ausgeführt worden war. Diese

Notarbartolo.

wurden neuerlich verhaftet und vor ein Mailänder Schwurgericht gebracht. Der Sohn des Ermordeten, Leutnant Notarbartolo, beschwor nun aber, der Anstifter des Mordes sei der ehrenwerte Abgeordnete Raffaele Palizzolo, ein Haupt der Mafia, Notarbartolos Todfeind, der von dessen Aussagen viel zu fürchten hatte. Es zeigte sich da öffentlich, daß in Sizilien die Nebenregierung eines verbrecherischen Geheimbundes herrschte, deren Haupt seit sechzehn Jahren die Hauptstadt Siziliens im italienischen Parlament vertrat. Die Kammer beschloß denn auch, die Regierung aufzufordern, eine Untersuchung über die sozialen, politischen und administrativen Verhältnisse in Neapel und Palermo in ihren Beziehungen zur Kamorra und Mafia anzustellen.

Papst Leo benachrichtigte den Kardinal Vaughan in London, er habe 400.000 Franken zur Gründung eines englischen Kollegiums in Rom gewidmet, wo englische Konvertiten zu Priestern herangebildet werden sollen.

Vom gegnerischen Standpunkt stellte L. K. Goetz „Leo XIII., seine Weltanschauung und Wirksamkeit" dar.

Die Zahl der Waldenser in Italien betrug 25.000, sie hatten 48 Kirchen, 47 Stationen und 13 Missionen, die viele neugierige Zuhörer anzogen, ohne sie festhalten zu können.

In Cividale wurde die Erinnerung an den vor 1100 Jahren verstorbenen Geschichtschreiber der Langobarden Paulus Diaconus gefeiert.

Es wurde erinnert, daß das Jahrzehnt der Einigung Italiens 1860 bis 1870 den Tiefstand der italienischen Literatur bedeutete. 1863 dichtete Carducci den Hymnus an Satan: „Heil dir, o Satan, und deiner Zunft, siegreiche, rächende Kraft der Vernunft! Dir sei der Weihrauch dankopfernd geschwungen, du hast den Jehovah der Priester bezwungen!"

An-nunzio. In Gabriele d'Annunzios neuern Dichtungen und Dramen merkte man sein Studium Nietzsches. Man rühmte ihn als Meister des „ambiente", was man sonst Milieu oder Umwelt nennt. Es ist die Virtuosität in der Dekadenz. — Edm. de Amicis beschrieb das Volksleben von Turin auf der Straßenbahn „La carozza di tutti".

Perosi. Lorenzo Perosi komponierte nach dem Oratorium „Auferstehung des Lazarus" neuerlich die „Auferstehung Christi". Er wurde mit Mascagni verglichen. Zweifellos bleibt ihm das Verdienst, eine neue, einfache, dem Zweck entsprechende Oratorienform aufgestellt zu haben. Perosis neues Oratorium „Die Geburt Jesu" wurde zum erstenmal in Como aufgeführt. —

Mas-cagni. Mascagnis neue Oper „Iris" bezeichnete den Höhepunkt modern italienischer Bizarrerie und Sensationslüsternheit, von abstoßendem Zynismus der nach Japan verlegten Handlung. Ebenso abgeschmackt war das neue Viktor-Emanuel-Denkmal in Turin von P. Costa (Ill. Ztg., 2937).

Segan-tini. Der Maler Segantini, geboren zu Arco in Südtirol, starb einundvierzigjährig in Pontresina, ein Poet in Gedanken, Technik und Anschauung. Zum Gedächtnis des Johannes Segantini übersetzte Roman Woerner ein Gedicht von Gabriel d'Annunzio (Allg. Ztg., 235), schön, aber so schwülstig, daß nicht einmal eine Strophe zur Probe in unsere historische Prosa paßt, die es sonst liebt, sich mit Poesie zu schmücken. —

Sehr sonderbar war die neue Ausschmückung des Palazzo Caffarelli in Rom, des Sitzes der deutschen Botschaft (Ill. Ztg., 2906); besonders die Vermischung des barockſten Barock mit H. Prells Darstellungen der altgermanischen Göttersage (Ill. Ztg., 2918).

Anfangs April machte Marconi neue Versuche mit der drahtlosen Telegraphie zwischen Boulogne und South Foreland auf eine Entfernung von fünfzig Kilometer über den Kanal. Marconis drahtlose Telegraphie bewährte sich auch bei den englischen Flottenmanövern im Sommer. Marconi.

Ärger noch als der Skandal im Prozeß Notarbartolo in Italien war der Skandal des Dreyfus-Prozesses in Frankreich. Das ganze Land war in Agitation für und wider die Revision der Sache. Es bildete sich eine Liga der französischen Patrioten gegen die Revision, eine Liga der nationalen Union dafür. Der plötzliche Tod des Präsidenten der Republik, Felix Faure (16. Febr.), die Neuwahl seines Nachfolgers Emil Loubet (18. Febr.), die Demonstrationen bei der Beerdigung Faures (23. Febr.) und der Putschversuch Déroulèdes, der die Nationalisten aufforderte, das Vaterland aus den Händen der „Dreyfusards" zu retten, auch die Aufregung über den Konflikt mit England in der Maskatfrage, die Ausstattung der Flotte mit einem Exemplar eines zukunftsreichen Unterwasserboots mit Sehvorrichtung, dem „Gustave Zede", die Erteilung des großen Audiffred-Preises an den Major Marchand für dessen Durchquerung von Afrika, all das trat zurück hinter der Erwartung des neuen Dreyfus-Prozesses. Der „Figaro" veröffentlichte die Untersuchungsakten und schrieb (3. Mai): „Wenn die Unschuld des Dreyfus nicht dargelegt wurde, so ist noch weniger seine Schuld erwiesen. Die Unschuld aber beweist man überhaupt nicht. Vier Jahre lang sucht man die Beweise, seit siebzehn Monaten wird mit Hilfe von allen amtlichen Gewalten die Spur abgesucht, und kein einziger Schuldbeweis wird gefunden." Der Kriegsminister Freycinet suspendierte wohl den Lehrer Duruy an der polytechnischen Schule, weil er die Unschuld des Dreyfus behauptet und dadurch Unruhen hervorgerufen hatte. Darüber in der Kammer angegriffen, verließ er die Tribüne und legte sein Ministerium nieder. Sein Nachfolger Krantz befahl die Wiederaufnahme der Vorlesungen Duruys. Frankreich. Dreyfus.

Der Kassationshof beschloß am 3. Juni die Revision des Dreyfus-Prozesses. Als Protest dagegen machten einige Monarchisten einen tätlichen Angriff auf Loubet. Dreyfus landete am 1. Juli bei Quiberon und ward in das Gefängnis von Rennes gebracht. Indessen wurde die Regierung von immer neuen Katastrophen ergriffen. Monarchisten und Nationalisten, die sich der Revision widersetzten, mußten abgesetzt oder verhaftet werden. Als der Führer der Antisemiten Guérin verhaftet

werden sollte, verschanzte er sich im Klublokal der Antisemiten in der Rue Chabrol und drohte auf die Polizisten zu schießen. Man mußte ihn belagern und aushungern. Advokat Labori, der Verteidiger des Dreyfus, wurde durch einen Schuß verwundet. Die ganze Welt blickte im August mit Spannung auf die Gerichtsverhandlungen zu Rennes. Der „Deutsche Reichsanzeiger" wiederholte am 8. September amtlich, daß keine Beziehungen der deutschen Regierung zu Dreyfus je bestanden hatten. Sonst schieden sich die Parteien einfach in Judenfreunde und Judenfeinde. Das Kriegsgericht zu Rennes fällte am 9. September wohl den möglichst ungeschicktesten Spruch „im Namen des französischen Volkes". Es erklärte den Hauptmann Alfred Dreyfus mit fünf gegen zwei Stimmen schuldig, nahm aber mildernde Umstände an, verurteilte ihn demnach zu zehnjähriger Haft und zur Degradierung. Einige Tage darauf, 21. September, begnadigte der Präsident der Republik den Verurteilten. Kriegsminister Gallifet verordnete: „Der Zwischenfall ist abgeschlossen; die militärischen Richter haben, von allgemeiner Ehrfurcht umgeben, in aller Unabhängigkeit ihr Urteil gesprochen. Ich bitte, ich befehle, die Vergangenheit zu vergessen, um nur an die Zukunft zu denken. Es lebe das Heer!" Die Antisemiten riefen: „Nieder mit den Juden! Die gegenwärtigen Machthaber der parlamentarischen Republik haben dem jüdischen Syndikat versprechen müssen, den Verräter freizusprechen. Dazu halfen die verjudeten Anarchisten und Sozialisten, die Söldlinge des Verrats."

Auch in Frankreich gab es eine „Los-von-Rom"-Bewegung; es wurde eifrig für den Übertritt zum Protestantismus agitiert. Etwa seit Mitte 1898 wurde die Evangelisationsbewegung in Frankreich unter den aus der katholischen Kirche ausgetretenen Priestern betrieben; ihr Organ war die Monatsschrift „Der französische Christ". Ein Pamphlet von René Godfroy trug den Titel „Nieder mit dem Beichtstuhl".

Ein Bild des französischen Unterseeboots bringt die „Illustrierte Zeitung", 2908.

Mistral. Der provenzalische Dichter Frederi Mistral stand auf dem Gipfel seines Ruhmes. Sein Haus in Maiano war das Ziel von Wallfahrern, überall stand seine Büste, überall in Südfrankreich wurde er gepriesen als der „König des Mittags" („Roi du Midi") (Allg. Ztg., 148). — Nach dem Zyklus der „Rougon-Macquart", und nach den „Drei Städten" (Lourdes, Rom, Paris) kam Zola mit den „Vier Evangelien", dessen erstes, „Fruchtbarkeit", er auf seiner Flucht in England niederschrieb. Es handelte vom Problem der Entvölkerung Frankreichs durch Laster und Verbrechen. Frankreich verlor auf diesem Weg jährlich mehr seiner Kinder als durch Riesenschlachten.

Henri Lichtenbergers „Philosophie Fr. Nietzsches" wurde ins Deutsche übersetzt. Er war protestantischer Theolog.

Jules Dalous Bronzegruppe „Triumph der Republik" in Paris schwelgt in allegorischen Bemühungen nach krampfhaftem Ausdruck von Ge-

danken, für die man umsonst die Ausdrucksmittel sucht (Ill. Ztg., 2938). Der Bildhauer Bartholdi in Paris modellierte das Denkmal für die Luftschiffer von 1870; es schilderte die Stadt als kummervolle Frau, die ihre dahinsiechenden Kinder gegen einen unsichtbaren Feind schirmend umfaßt; in der Mitte der Gruppe steigt ein aus Glas gebildeter, von elektrischem Licht durchstrahlter Ballon empor, in dessen Tauwerk der Genius der Nationalverteidigung das Banner emporhält.

Infolge der parlamentarischen Schwierigkeiten vollzog die Königin-Regentin von Spanien den Friedensvertrag mit Amerika selbst. Sie zeigte auch den Cortes an, es sei nicht ratsam gewesen, die Karolinen-, die Palao- und die Mariannen-Inseln zu behalten; deshalb wurden diese Inseln an das Deutsche Reich abgetreten. In Barcelona erfolgten republikanische und separatistische Kundgebungen. Da die Beschränkung der Sonderrechte (Fueros) der einzelnen Provinzen durch Sagasta Mißstimmung erregt hatte, wurden die alten Zustände wiederhergestellt. Die Karlisten agitierten eifrig. In ihrem Sinn sprach sich ein Katholikentag in Burgos aus, 30. August bis 3. September. Man forderte, die Königin solle den Frechheiten des Protestantismus Schranken setzen, die gottlose Presse zügeln, die verderblichen Ideen auf manchen Lehrstühlen unterdrücken, die Professoren der katholischen Staatsreligion unterwerfen. Gotteslästerung und Entweihung der Bilder des Herzens Jesu sei zu bestrafen. (Das Herz Jesu war das Wappenschild der Karlisten.) „Der Freimaurerei, die am Verlust der Kolonien schuld sei, soll man die Rechte verweigern, die man andern um Religion und Vaterland wohlverdienten Körperschaften nicht gewährt." Spanien.

Die königlich spanische Akademie gab die Werke von Lope de Vega heraus.

In Belgien entstanden Unruhen wegen der Wahlreform. Aus Antwerpen fuhr am 25. November der erste deutsche Sanitätshilfszug für die Buren nach Afrika.

Abbé Daens, der Führer der katholisch-demokratischen Partei in Belgien, wurde vom Bischof von Gent des Priesterstandes entsetzt, weil er die politische Führung seiner Partei nicht niederlegen wollte. — Die radikaldemokratische Universität in Brüssel, vor fünf Jahren durch Elisé Reclus gegründet, mußte sich wegen Mangels an Mitteln auflösen. — Maeterlinck versenkte sich noch mehr in die Mystik mit seinem Buch „Der Schatz der Armen". — Der Deutsch-Belgier Professor Heinrich Bischoff in Lüttich fuhr fort, für die deutsche und flämische Bewegung zu wirken (Allg. Ztg., 22). Belgien.

Es wurde bereits als sicher angenommen, daß Andrée und seine Gefährten schon kurze Zeit nach Beginn ihrer tollkühnen Nordpolfahrt zugrunde gegangen seien.

Für die katholische Universität Freiburg in der Schweiz traten verteidigend Namen wie Detter und Ruhland ein (Allg. Ztg., 38). — Ludwig Schweiz.

Stein in Bern schrieb „Die Philosophie des Friedens" als „Sozial-Optimist", auf Grund der Haager Friedenskonferenz. Derselbe Verfasser, bekannt durch seine Sozialphilosophie, bot „An der Wende des Jahrhunderts" den Versuch einer Kulturphilosophie. — Heinrich Wölfflin schrieb über „Die klassische Kunst. Eine Einführung in die italienische Renaissance". — A. de Niederhäusern modellierte das Denkmal für Karl Vogt vor dem Universitätsgebäude in Genf.

Holland. Die Niederländer sahen in dem Vorgehen Englands in Südafrika eine Kriegserklärung gegen ihren ganzen Stamm. Die junge Königin besuchte mit ihrer Mutter das deutsche Kaiserpaar in Potsdam (7. Okt.). Die Presse erörterte bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit eines deutsch-niederländischen Zollbündnisses.

Auf seiner Nordlandsreise besuchte der Deutsche Kaiser in Bergen am 6. Juli ein französisches Schulschiff und richtete darüber ein überaus verbindliches Telegramm an den Präsidenten Loubet, der es höflich erwiderte.

Rußland. In Rußland streikten die Studenten; deren 800 wurden relegiert, mehrere Universitäten geschlossen. Die Studenten verlangten unter anderm Wahl der Professoren durch den akademischen Senat, Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Konfessionen. Eine russische Bergbaugesellschaft pachtete den ganzen Norden Persiens mit den größten Kupferlagern der Welt und kam damit den englischen Bestrebungen zuvor. Die öffentliche Meinung forderte die Regierung auf, die Verwicklung Englands in Südafrika zu einer Offensivpolitik in Asien zu benützen. Mit Eifersucht be-

Bagdadbahn. trachtete Rußland die Konzession der Bagdadbahn für Deutschland, dem damit eine wirtschaftliche Beherrschung Asiens eingeräumt wurde.

Auch der französische Botschafter wollte gegen die Konzession der Anatolischen Eisenbahnen an eine deutsche Gesellschaft protestieren. Aber vergeblich. Ende November erteilte der Sultan der Deutschen Anatolischen Gesellschaft die Erlaubnis, die Bahn über Bagdad bis Bassora fortzuführen, und übernahm die Garantie für die Rentabilität der Bahn. Das war die unabsehbare Folge der türkenfreundlichen Politik Kaiser Wilhelms, die auch entscheidend im Weltkrieg fortwirkte.

Großes Aufsehen erregte das weitläufige sechsbändige Werk des

Bloch. russischen Staatsrats und Großindustriellen Joh. v. Bloch aus Warschau über den „Krieg", es erschien auch eine deutsche Übersetzung. Bloch hatte die Greuel des modernen Kriegs, besonders dessen ökonomische Schwierigkeiten so eingehend geschildert, daß sich daraus die Friedensbestrebungen des Zaren fast von selbst ergaben. Bloch hielt überhaupt den Zukunftskrieg für den Zusammenbruch, fast für eine Unmöglichkeit und deshalb die Abrüstung und ein Schiedsgericht für geboten.

Um gegen die Maßregeln Nikolaus' II. zu demonstrieren, veranstalteten die Finnländer eine patriotische Kundgebung am Denkmal Alexanders II. in Helsingfors am 13. März.

Die Errichtung des Mickiewicz-Denkmals in Warschau galt als Versöhnungspfand der russischen Regierung gegen die Polen (Ill. Ztg., 2900).

Ein prächtiges russisches Kriegerdenkmal im nationalen Baustil erstand in Galataria bei San Stefano (Ill. Ztg., 2898).

Der Erbprinz Danilo von Montenegro verlobte sich mit Herzogin Jutta zu Mecklenburg-Strelitz.

W. v. Bechterew schrieb über „Suggestion und ihre soziale Bedeutung, besonders im russischen Sektenwesen". — Arthur Kleinschmidt schilderte „Drei Jahrhunderte russischer Geschichte 1598 bis 1898". — W. Haape schilderte W. A. Schukowsky als Vermittler zwischen Deutschland und Rußland (Allg. Ztg., 199), als Freund des preußischen Generals J. v. Radowitz, Justinus Kerners, Schacks u. s. w.

In Amerika trat die Frage des Nikaragua-Kanals in den Vordergrund, blieb aber unerledigt. Die Demokratische Partei agitierte eifrig gegen die Annexion der Philippinen und die Kolonialpolitik Mac Kinleys. Vor dem Kriegsgericht in Washington wurde General Eagan zur Dienstentlassung verurteilt wegen Korruption in der Heeresverpflegung, obwohl er seinem Ankläger entgegnete, er lüge „in seinen Hals, in seinem Herzen, in jedem Haar auf seinem Kopfe, in jeder Pore seines Körpers; er lügt mit Willen, mit Bedacht, mit Absicht, aus Bosheit. Ich wünsche ihm die Lüge, bedeckt mit dem Inhalt einer Lagerkloake, in den Schlund zurückzuzwängen." Das war eine starke Ausdrucksweise. Im März setzte eine heftige Agitation gegen Deutschland ein. Die Deutschen protestierten, unterstützt von den Iren. Amerika.

Der Präsident erklärte am 5. Dezember dem Kongreß, Amerika werde die Regierung von Kuba dem kubanischen Volk überlassen, wenn die Wiederherstellung der Ruhe vollendet sei. Das sei ein heiliges Versprechen. Die künftige Regierung auf den Philippinen bleibe dem Kongreß überlassen. — Im Senat erklärte Mason, die Monroedoktrin und die Präzedenzfälle in der Vergangenheit geben den Vereinigten Staaten das Recht, den Buren in ihrem Freiheitskampf Sympathie und Hoffnung auf Erfolg auszudrücken. Der Krieg in Südafrika sei ein Kampf zwischen Demokratie und Monarchismus, zwischen dem Recht der Könige und dem göttlichen Recht der Humanität.

Bereits versuchten sich die südamerikanischen Freistaaten gegen den nordamerikanischen Imperialismus zusammenzuschließen.

K. Budde berichtete (Allg. Ztg., 145) über Kirchliches in Amerika nach Carrols statistischem Werk „Die religiösen Kräfte der Vereinigten Staaten". Er beschrieb eine Pastoralkonferenz, zu der 300 Geistliche der allerverschiedensten Bekenntnisse aus Chicago und Umgegend sich vereinigt hatten. In Boston sah er das prunkvolle Kirchengebäude der „Christian Science". Diese Gemeinschaft bestand seit über zwanzig Jahren und war die Stiftung der Frau Eddy. Nach ihrer Lehre waren Krankheit und Tod unwirklich,

nur Folgen sündigen Unglaubens. Es kamen allerdings Fälle vor Gericht, wo die „Christliche Wissenschaft" zu Tode kuriert haben soll unter schändlichen Gelderpressungen. Eine umfassende Ursache für Kirchenspaltungen bot der Bürgerkrieg der sechziger Jahre. Die Rassengrenze erwies sich als unüberschreitbar; Neger, Chinesen und Indianer wurden unerbittlich abgestoßen und auch die Semiten fanden dort mehr Schwierigkeiten als in der Alten Welt. Seit hundert Jahren bestanden die Unitarier, die die Dreifaltigkeit ablehnten, die Universalisten, die gegen die Ewigkeit der Hölle auftraten. Die Kindertaufe wurde geringer gewertet als der Eintritt der Erwachsenen in die ihnen zusagende Gemeinschaft. So kam es vor, daß sich eine Familie unter so viele Konfessionen verteilte, als sie Köpfe zählte. In den Schulen fand ebenso wie in England kein Religionsunterricht statt; das galt als innere Angelegenheit der Konfessionen. Bei diesen verwirrten Verhältnissen fand der Katholizismus ein reifes Feld zur Ernte, zumal viele Protestanten geneigt waren, dessen Macht zu niedrig, die umgestaltende Macht der Neuen Welt aber zu hoch anzuschlagen. Die tollen Erwartungen von einem religiösen Amerikanismus waren durch die loyale Unterwerfung Irelands abgetan. Das Papsttum war in Amerika so mächtig wie in Europa. Die Propaganda der Sekten, zum Beispiel der Baptisten, war sehr kurios; sie verteilten Reklamezettel folgenden Inhalts: „Bist du versichert bei der Immerwährenden Lebensversicherungsgesellschaft? Vorteile: Strenge solid, Dividenden reichlich, nur Kranke und Gebrechliche angenommen, Polizzen nicht übertragbar, Prämien bereits bezahlt mit dem teuren Blute Christi. Bedingungen für die Polizze: Buße und Glauben. Präsident: König der Könige. Wohnung und Kontor: Himmel. Offen heute." Sehr energisch waren die sozialen Betätigungen, der Kampf gegen Trunksucht und Laster, zum Teil durch eigene Niederlassungen, Settlements inmitten der verrufensten Stadtviertel.

Von Amerika und England aus verbreitete sich seit etwa zwanzig Jahren die Athletik auch in Mitteleuropa.

Die Karte des geplanten Nikaraguakanals zeigt die „Illustrierte Zeitung", 2903.

Der Amerikaner Myers konstruierte ein „Luftfahrrad" (Ill. Ztg., 2911).

Der höchste „Wolkenkratzer", das Park-Row-Gebäude des Architekten R. H. Robertson war 390 Fuß hoch und hatte 27 bis 29 Stockwerke (Ill. Ztg., 2898). Die Erfahrungen bei Bränden galten als vorteilhaft.

Die Amerikaner hatten Mühe, die Aufstände auf den eroberten Philippinen niederzuhalten.

Australien. Bei einer Abstimmung über einen australischen Staatenbund stimmten 100.000 dafür, 80.000 dagegen.

Indien. Während in Britisch-Indien 50 Millionen Menschen Hungersnot litten, ließ sich die Regierung vom Khan von Kelat die Verwaltung des Nuschki-Gebiets (Beludschistan) übertragen.

China. In Schantung fanden neuerlich Christenverfolgungen statt. Die Kaiserin-Witwe ließ Schnellfeuerwaffen und Generalstabskarten anfertigen.

Bischof Anzer berichtete über die katholische Missionstätigkeit in Südschantung und bewies, daß der Mord der beiden Missionäre von Anhängern der „Sekte vom Großen Messer" ausgegangen war, jener

Sekte, die im folgenden Jahr 1900 als Boxer aus dem Geheimnis in die weltgeschichtliche Öffentlichkeit trat.

Den Bebauungsplan für die neuanzulegende Stadt an der Tsingtau-Bucht in Deutsch-China zeigt die „Illustrierte Zeitung", 2902. Tsingtau.

Bevor ich diesen vierten Band der „Geschichte der Neuesten Zeit" abschließe, sei noch erwähnt, daß das Ende des Jahres 1899 ziemlich allgemein, aber fälschlich, als das Ende des 19. Jahrhunderts aufgefaßt und gefeiert wurde. Die Auffassung war falsch, da ja ein Jahrhundert, also hundert Jahre, erst dann voll und abgeschlossen sind, wenn auch das hundertste Jahr abgelaufen ist, ebenso wie hundert Mark erst dann voll sind, wenn auch die hundertste Mark aufgezählt wird. Man feiert den siebzigsten, achtzigsten Geburtstag erst dann, wenn das siebzigste oder achtzigste Lebensjahr vollendet ist, den ersten Geburtstag nach Vollendung des ersten vollen Jahres. Das erste Jahrhundert unserer Ära ging vom Anfang des Jahres 1 bis zum Ende des Jahres 100, das zweite vom Anfang des Jahres 101 bis zum Ende des Jahres 200 u. s. w. Dabei kommt es nicht in Betracht, daß die Chronologie die Festsetzung des richtigen Jahres von Christi Geburt verfehlt hat. Jesus Christus ist nicht, wie unsere geltende Zeitrechnung annimmt, an der Wende des Jahres 1 vor Christus und 1 nach Christus geboren, also zu Weihnachten des Jahres 1 vor Christus (früher galt der Weihnachtstag als Neujahrstag); sondern, da Herodes in der ersten Hälfte des Jahres 4 „vor Christus" gestorben ist, muß Jesus vorher geboren sein, also spätestens zu Weihnachten des Jahres 5 „vor Christus", ein Datum, das ich auch im Zusammenhang mit andern Angaben der Evangelien und des Flavius Josephus als das wahrscheinlichste annehme. Völlig sicher ist im Leben Jesu nur die Zeit seiner Taufe durch Johannes datierbar, die in das Jahr 28 nach Christus fällt, ins 15. Jahr des Tiberius, da Jesus am Beginn der Dreißigerjahre stand. Darüber habe ich eingehend in meinem Buch „Jesu Leben und Werk" gehandelt. Es entspricht also mehr der geschichtlichen Wahrheit, wenn wir statt der Ausdrücke „vor Christi Geburt" und „nach Christi Geburt" einfach die Ausdrücke „vor Christus" und „nach Christus" gebrauchen, mit dem Bewußtsein, daß wir unsere Ära mit dem Beginn des fünften Lebensjahres Jesu beginnen, also mit der Zeit, da der göttliche Knabe entscheidend „zunahm an Alter, Weisheit und Gnade vor Gott und den Menschen". Ende des Jahrhunderts.

Denselben Irrtum über den Anfang des neuen Jahrhunderts wie manche Zeitgenossen teilten vor hundert Jahren Goethe und Schiller; sie gehörten zu den sogenannten Neunundneunzigern, die schon mit Ablauf des neunundneunzigsten Jahres das Jahrhundert abtun wollten; aber sie bekehrten sich

besseren Gründen gegenüber. Schillers Gedicht „der Antritt des neuen Jahrhunderts" ist erst von 1801; ebenso das unvollendete Gedicht „Deutsche Größe", etwa Februar 1801, unmittelbar nach dem Frieden zu Lüneville (siehe meine Kulturarbeiten, S. 227 ff.).

Kaiser Wilhelm verfügte Jahrhundertfeiern für die erste Hälfte des Januar 1900 an den Hochschulen, für den letzten Schultag vor den Weihnachtsferien 1899 an den übrigen Schulen. Die Reichspostverwaltung gab zum Jahresschluß eine Jahrhundertpostkarte heraus. Es kamen auch die neuen Germaniamarken zur Ausgabe. Die Gesellschaft Urania in Berlin veranstaltete zum Abschluß des Jahrhunderts eine Reihe von Vorträgen über die Fortschritte der Naturwissenschaften (Allg. Ztg., 230).

„Goldenes Buch."

Es erschien auch das „Goldene Buch des deutschen Volkes an der Jahrhundertwende", mit Beiträgen von den höchsten und berühmtesten Namen. Kaiser Wilhelm gab den Spruch: „Von Gottes Gnaden ist der König, daher ist er auch nur dem Herren allein verantwortlich. Er darf seinen Weg und sein Wirken nur unter diesem Gesichtspunkt wählen. Diese furchtbar schwere Verantwortung, welche der König für sein Volk trägt, gibt ihm auch ein Anrecht auf treue Mitwirkung seiner Untertanen. Daher muß ein jedermann im Volk von der Überzeugung durchdrungen sein, daß er für seine Person mitverantwortlich ist für des Vaterlandes Wohlfahrt." Das ist wahrhaft königlich gedacht. Anders Bernhard v. Bülow: „Letztes Ziel der Politik ist, den Einzelnen dahin zu bringen, daß er seinen Egoismus mit dem Bewußtsein unter die für die Allgemeinheit als nützlich erkannten Zwecke beugt." Bezeichnend sagt der Generalfeldmarschall Graf Blumenthal: „Der überspannte Wert, der jetzt allgemein auf das Wissen gelegt wird, ist ein großes Hemmnis für das Können." Rudolf Eucken: „Es gibt keine lebendige und große Gegenwart ohne Verankerung in einem Reich ewiger Wahrheit." Berlepsch-Valendas: „Den Routinier kennzeichnet der Strich, den Künstler die Anschauung." Friedrich Adler nennt die Meisterwerke der Baukunst die besten Illustrationen der Weltgeschichte. Ernst Scherenberg: „Ein Seher und Führer sei seinem Volke der Dichter." Julius Grosse singt: „Heil dir, mit Palmen kommend Jahrhundert, heut schon im voraus beneidet, bewundert! Glückliche Menschheit, dir wird enthüllt, was uns seit grauen Aeonen verhüllt. Wo uns getröstet nur ein trügerisch Hoffen, ihr schauet die Pforten des Atherreichs offen. Und mögen sie heute noch spotten und höhnen, ihr werdet versöhnen den uralten Streit der Weisen und Toren, die sich im Abgrund des Diesseits verloren. Des Jenseits Schleier sinkt endlich zerrissen, der alte Glaube wird neues Wissen, Unsterblichkeit und Ewigkeit wird Wahrheit in strahlender Herrlichkeit!" Professor Nothnagel, der Mediziner, meinte: „Angesichts der überwältigenden Fortschritte und Errungenschaften, welche auf den allermeisten Gebieten des wissenschaftlichen Erkennens und technischen Könnens das scheidende Jahrhundert gebracht hat, erfüllt es mit tiefer Trauer, daß auf ethischem Gebiete sein Ende vom Anfang überragt wird." Lichtwark: „Nachdem die verflossene Epoche uns die nationale Einheit gebracht hat, werden wir in der kommenden die kulturelle Selbständigkeit zu erobern haben. Das wird nur dann möglich sein, wenn jeder einzelne die Verpflichtung zur Mitarbeit fühlen und erfüllen lernt. Der Begriff der allgemeinen Wehrpflicht sollte auch für das gesamte

Gebiet der Kultur in Geltung stehen." Friedrich Naumann: „Was hat das vergangene Jahrhundert für den Sozialismus geleistet? Längst nicht alles, was sich bis weit über die Mitte des Jahrhunderts hinaus seine ersten Propheten dachten. Der Sozialismus fing mit großen Worten an, als sei er schon der Riese, der die Welt umgestaltet ... Keineswegs kommt er ohne Kompromisse ... Das neue Jahrhundert wird nationalen Sozialismus bringen ... erhöhte Teilnahme der Masse am innern Leben unserer Denker. Das alte Jahrhundert gab den Schulzwang, vom neuen erwarten wir einen tieferen Bund von Arbeit und Bildung." E. Hundrieser: „Es gibt nur eine Kunst, und diese steht über aller Kritik." Clara Ziegler: „Naturalismus ist Sonnenfinsternis, kommt und vergeht." Felix Dahn: „Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk, das höchste Gut des Volkes ist sein Staat, und seine Seele lebt in seiner Sprache." Heinrich Seidel: „Die Lust des Schaffens in Weihestunden, die haben die Dilettanten erfunden; die Qual des Schaffens im Niesichgenügen, das ist das wirkliche Künstlervergnügen." — Indem ich das Buch nochmals durchblättere, kann ich mich nicht enthalten, noch einige für die Jahrhundertwende sehr bezeichnende Aussprüche aufzuzeichnen. Gröber: „Ein Reich, ein Recht hat das Jahrhundert dem deutschen Volke gebracht; möge das kommende ihm auch die Einheit im Glauben bringen! Das Bekenntnis Kaiser Wilhelms (Jerusalem, 22. Okt. 1898) und die Weihe der Menschheit an das Herz Jesu durch Papst Leo XIII. (22. Mai 1899) sind denkwürdige Zeichen und Vorzeichen. Welche Fülle der Kraft würde das deutsche Volk aus der Einheit des christlichen Glaubens schöpfen, die uns einst groß und herrlich gemacht hat und ein Felsenfundament für unseren sozialen Aufbau zu neuer Größe und Herrlichkeit begründen wird." Freiherr v. Stumm: „Die Erfolge der Sozialdemokratie beruhen weit weniger auf eigener Kraft, als auf der Blindheit, mit welcher die bürgerliche Gesellschaft der sozialdemokratischen Gefahr gegenüber geschlagen ist." Liebert: „Das 20. Jahrhundert gehört den Deutschen." Herman Schell: „Der Gedanke ist der Vorkämpfer des Glaubens, ... der Bahnbrecher der Wahrheit, der Wegweiser allen Fortschritts, das Allerstärkste auf Erden, aber deshalb auch das am meisten Gefürchtete, das am grimmigsten Verfolgte, das am listigsten Gehemmte ..." Ed. v. Hartmann: „Die Gottesliebe ist die Wahrheit der Nächstenliebe, wie die Nächstenliebe die Wirklichkeit der Gottesliebe ist." E. v. Philippovich: „Das 19. Jahrhundert war ein Jahrhundert der Vorbereitung. Es hat das Problem aufgeworfen, nicht gelöst ..." Franz v. Krones: „Die Zeiten wechseln, und es fällt uns schwer, Altösterreichs deutsches Erbe festzuhalten. Doch mag noch trüber sich der Tag gestalten, wir führen blanken Schild und blanke Wehr'; ein alter Spruch besagt: Viel Feind', viel Ehr'!" Max Müller: „Die Sprache bleibt der Rubicon zwischen Tier und Mensch." Otto Willmann: „Alle Idealität saugt ihre Nahrung aus dem ... Übernatürlichen." Arthur König: „Der größte Feind wahrer Wissenschaft ist die fortschreitende Zersplitterung in Fachwissenschaften." Otto N. Witt: „Die Wissenschaft ist nicht um ihrer selbst willen vorhanden; ihre Errungenschaften sind das Gemeingut des ganzen Volkes." (Zwei Karten auf S. 74 f. zeigen Afrika nach dem Stand der Forschungen 1800 und 1899.) Alf. Kirchhoff: „Länder schaffen Nationen." Matthäus Much: „Es ist auffällig, daß die germanischen Völker in so später Zeit den Anregungen der Kultur

gefolgt sind ... Ihnen gehört die Zukunft." K. v. Steinen: „Ein neues Jahrhundert? Jeden Tag bricht ein neues an und vorsintflutliches Denken bleibt allerwärts lebendig." Dr. med. Franziska Tiburtius: „Die wirksamste Agitation der Frauen in der Frauenfrage besteht in Gewissenhaftigkeit im erwählten Beruf." Bruno Kerl: „Die Schule gibt Wissen, das Leben Weisheit." F. v. Hefner-Alteneck: „Obwohl noch nicht 54 Jahre alt, werde ich schon als der älteste Elektrotechniker angesprochen, ein Beleg dafür, wie jung die Elektrotechnik ist." Egmont Websky: „Erweckung des Pflichtgefühls sollte das Hauptziel der Erziehung sein; auch der Unbegabte, aber von Pflichttreue Durchdrungene wird ein nützliches Glied der Gesellschaft sein." Alexander Peez: „Kolumbus hat Amerika mit Europa verbunden, die Trennung beider wird vielleicht mit dem Namen Mac Kinleys verknüpft sein." Julius Wolf: „Wie die klassische Philosophie des alten Griechenlands aristokratisch war, so wird auch die Wissenschaft des nächsten Jahrhunderts — die möglichen politischen Siege der Demokratie ungeachtet — aristokratisch sein. Den demokratischen Richtungen der politischen Wissenschaft gehört das Heute, den aristokratischen das Morgen." (Wolf war Herausgeber der 1898 begründeten „Zeitschrift für Sozialwissenschaft" und Professor in Breslau, in Brünn geboren.) Ernst Moritz Geyger: „Wenn erst in den bildenden Künsten eine dem Volk sozialnotwendige Staatsinstitution geschaffen ist als Kulturträger, derartig ernst, wie im Staatsmilitarismus — wird Deutschland monumentale Kunst erhalten. Große Staatsgeschichte muß monumental groß erzählt werden ..." Ludwig Lobmeyr: „Das seit Jahrtausenden als schön und edel Gewürdigte kann nicht entthront werden." Ferdinand Keller: „Kunstanschauungen ändern sich, doch kann sich neue Kunst nur auf der alten aufbauen." K. Raupp: „Kunst ist Können, Können aber nicht immer Kunst." Paul Meyerheim: „Wer den Bestien seiner Zeit genug getan, der ..." Ernst Roeber: „Die Moden wechseln, die Kunst ist ewig." L. Willroider: „In allen Zeiträumen ist die wahre Kunst von der Mode unabhängig geblieben." Melchior Lechter: „Gestalte das Leben zum Kunstwerk!" Peter Breuer: „Fürs neue Jahrhundert sei unsere Norm: Deutsches Empfinden in klassischer Form." F. v. Miller: „Suche Wahrheit in der Kunst zu geben, wenn auch jedes Jahrhundert dieselbe anders sehen wird." J. Durm: „Ein fieberhaftes Suchen nach Neuem beherrscht die Geister, und doch war alles schon einmal." Dagobert v. Gerhardt-Amyntor: „Ich freue mich, daß ich an der Jahrhundertwende noch den Niederbruch des Naturalismus erlebt habe." W. Jordan: „Aus dem edelsten Erze des uralten Erbes von Erden und Rost das reine Rotgold in leuchtender Schönheit lauter zu scheiden, mit dem Zeichen der Zeit es preiswert zu prägen: ist der Dienst des Dichters." Detlev v. Liliencron: „Man muß nicht immer von sich auf andere schließen; es gibt auch einige anständig denkende Menschen." Ferd. v. Saar: „Die Zukunft wurzelt in der Vergangenheit." J. Conrad: „Die größte Torheit des Jahrhunderts ist die sozialdemokratische Utopie. Die zweitgrößte die Art ihrer Bekämpfung durch unsere Regierungen."

Die Jahrhundertwende.

Mit diesen Aussprüchen glaube ich die lehrreichste Übersicht über das, was man damals vom Charakter des 19. Jahrhunderts dachte, gegeben zu haben. Mir ist nicht bekannt, daß gleichzeitig eine andere Nation

in ähnlich monumentaler Weise ein großes und starkes Kulturbewußtsein niedergelegt hat. — Zusammenfassend sei auch auf die Entwicklung des Weltverkehrs hingewiesen. Die Welt konnte ein Vierteljahrhundert Weltpostverein feiern. Zweifellos konnte auch ein Vorstoß des Internationalismus gegen den falschen Nationalismus festgestellt werden, wie er die Mitte des Jahrhunderts beherrscht hatte bis 1890, bis zum neuen Kurs, bis zur ersten Kundgebung Caprivis (S. 707 f.). Auch die andere Häresie des 19. Jahrhunderts, der Sozialdemokratismus, war entscheidend überwunden. Auf die Blütezeit vor 1848 war dessen Niederwerfung in diesem und den folgenden Jahren gefolgt, der Mißerfolg der Pariser Kommune 1871, der Maifeiern seit 1890, die nicht eingetroffene Prophezeiung eines „Kladderadatsch" für 1898, die Geständnisse Bernsteins über die Unwahrhaftigkeit der Bewegung. Die Auferstehung des Sozialismus seit 1918 war nicht ein Phänomen der Stärke und des Lebens, sondern ein Phänomen der Krankheit und der Schwäche. Für weitaus am wichtigsten halten wir den religiösen Aufschwung. Das, was die Romantik vor hundert Jahren gesät und gepflanzt hatte, das trug nun erst reifere Früchte.

Eine neue Religionsstatistik teilte Professor Mirbt bei Gelegenheit der Missionskonferenz in Marburg mit (Nov.). Darnach gab es 9 Millionen Juden, 245 Millionen Bekenner des Islam, 425 Millionen Buddhisten, Taoisten und Konfuzianer, 231 Millionen Hindu (Brahmanen), 123 Millionen sonstige Heiden und 555 Millionen Christen, also mehr als ein Drittel der auf 1488 Millionen berechneten Gesamtzahl der Erdbewohner. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte sich das Verhältnis immer mehr zugunsten des christlichen Bekenntnisses verschoben, infolge der erstarkten Missionstätigkeit. Dem religiösen Aufschwung stand allerdings ein Tiefstand der Moral aller nicht religiöser Schichten gegenüber. Unter 100.000 Ehen kamen im Deutschen Reich 78, in Frankreich 81, im Departement Seine 362, in Paris 208, in Berlin 171, in Kopenhagen gar 512, in Bayern 27, in Mecklenburg 26, in den Hansestädten 254, in Sachsen 109 Ehescheidungen vor. Alles in allem genommen, erscheint das 19. Jahrhundert in allen Dingen als ein Jahrhundert der Vorbereitung. Ich habe anderwärts („Grundriß und Kern der Weltgeschichte") versucht, den Charakter jedes Jahrhunderts und jeder der drei Generationen jedes Jahrhunderts festzustellen und außerdem je drei Jahrhunderte, somit je neun Generationen zu einer größeren kulturgeschichtlichen Einheit zusammenzufassen, also dem klassischen Zeitalter der Griechen (600 bis 300 v. Chr.) das des Hellenismus (300 bis 1 v. Chr.), dann das urchristliche folgen zu lassen (1 bis 300 n. Chr.), ferner das byzantinische (300 bis 600), das karolingische (600 bis 900) das romanische

(900 bis 1200), das gotische (1200 bis 1500), das der Renässanz (1500 bis 1800), mit den drei Jahrhunderten der Hochrenässanz, der Barocke und des Rokoko. Mit 1800 setzt eine ganz neue Weltperiode ein, die durch das Vorspiel der Romantik gekennzeichnet wird und nach meiner Überzeugung sich in den folgenden Jahrhunderten erst völlig nach allen Seiten ausgestalten wird. Naturalistische Bewegungen, wie Sozialismus, Nationalismus im rohen Sinn, Darwinismus u. dgl. sehe ich nur als Unterströmungen an. Dagegen scheint mir Religion, Christentum und Kirche einer Vollendung entgegenzugehen, zu der die ganze vorherige historische Entwicklung nur wie das Fundament zu einem Weltendom sich verhält. Wir können das als ganz sicher prophezeien, wenn wir es unbedingt wollen, so wie wir es kategorisch sollen, denn es ist die uns gestellte Aufgabe, die wir deshalb auch erfüllen können, ja erfüllen müssen.

Alphabetisches Register.

Bearbeitet von **Rudolf Sobotka.**

A.

Aachen 140, 166, 173, 187, 266, 845, 955, 1000.
Aalziehen 519.
Aarau 150.
Aargau 87, 684, 875.
Abangki 1091.
Abbazia 796, 894.
Abdul Aziz 6, 283.
— Hamid 11 f., 138, 1082.
— Kerim 50, 64.
— Meschid 6.
Abel (bibl. Person) 410.
— Pater 825, 1015.
Abele H. 274.
Abendmahl, hl. (Saal des) 1081.
„Abendpost" 577.
Abercromby Ralph 1067.
Aberdeen 281, 1138.
Abessinien 468, 515, 554, 622, 730, 737, 742, 747, 971, 972, 979, 1019 ff., 1026, 1068, 1074.
Abläße 183, 606.
Abraham a S. Clara 359.
Abrahamowitsch 1062.
Absolutismus 213, 243, 310.
Abstinenz- und Mäßigkeitsbewegung 291, 422, 620, 1010.
„Abt von Fiecht" v. K. Domanig 668, 724.
Achenbach 107.
Achilleion (auf Korfu) 826, 1018, 1068.
Achilles 457, 1018.
Achmed, Sultan von Witu 552.
Ackerbau (Agrarier) (siehe auch unter Bauern und unter Landwirtschaft) 173, 317, 384, 445, 851, 856, 888, 894, 902, 909, 952 f., 967, 986, 999, 1022, 1026, 1044, 1052, 1055, 1065, 1130.
Adakaleh 100.
Adalbert, hl. 1124.
Adam (Komponist) 1071.
— Frau 733.
„Adam und Eva" 1160.
Adamklissi 1028.
Adda 380.
Adel und Aristokratie 38, 41, 65, 67, 75, 101, 103, 176, 180, 183, 188, 195, 201, 256, 372, 393, 443, 460, 485, 493, 494, 531, 559, 600, 617, 638, 650, 660, 661, 676, 818, 861, 862, 881, 889, 890, 895, 896, 897, 898, 956, 975, 1016, 1051, 1070, 1147, 1158.
Aden 414, 515, 672.
Adler Friedr. 1176.
— Georg 726.
— Guido 827.
— Viktor, Dr. 717.
Admiralitätsinseln 384.
Adolf von Nassau 737.
Ador Paul 1076.
Adrianopel 89, 90.
Adriatisches Meer 34, 66, 96, 160, 185, 251, 295, 325, 326, 404, 680.
Adua 1019 f.
Adventisten 438, 1123.
Aeronautik 508.
Afghanistan 146, 186, 239, 241, 242, 282, 364, 373, 416, 461, 462, 553, 574, 586, 872, 1096.
Afrika 1 f., 3, 16, 47, 53, 55, 86, 237, 246 ff., 249, 272, 295, 317, 323, 328, 330, 340, 342, 343, 352, 364, 366, 372, 377 f., 380, 383 f., 385, 399, 402, 412, 414 f., 419, 424, 427, 432, 434, 450, 461, 464 f., 466, 467, 468, 471, 499, 500, 511, 512, 514, 515, 520, 532, 552, 554, 555, 564, 575, 604, 605, 608, 609, 611, 619, 622, 625, 628, 630, 631, 654, 683, 686, 711, 713, 721, 723, 730, 732, 736, 738, 767, 799, 819, 859, 872, 880, 892, 906, 918, 921, 923, 957, 977, 982, 983, 984 ff., 988 f., 1019 f., 1026, 1034, 1055, 1057, 1072, 1075, 1077, 1096, 1134 ff., 1139, 1146, 1165, 1169, 1171, 1172, 1173, 1177.
Ägäisches Meer 35, 182, 183.
„Agamemnon" 774.
„Agenzia Italiana" 996.
Agliardi, Kardinal 963 f., 970.
Agram 64, 300, 406, 407, 566, 968.
Ägypten 2, 3, 34, 51, 86, 92, 102, 138, 140, 197, 245, 282, 283, 284, 287 ff., 291, 293, 301, 306, 323, 327, 328, 330, 352, 363, 367, 376, 377 f., 382, 385, 399, 402, 412, 413 f., 416, 417, 418, 422, 423, 425, 427 ff., 431, 432, 461, 462, 467, 488, 508, 509 f., 511, 512 f., 518, 532, 553 f., 569, 574, 605, 618, 625, 686, 734, 736, 783, 784, 833, 872, 877, 921, 926, 981, 985, 986, 1022, 1032, 1057, 1068, 1069, 1074, 1075, 1083, 1091, 1092, 1134.
Ahlwardt 810, 811, 854, 907, 953.
Ahriman 1030.
Aigues-Mortes 866, 867.
Aix 743, 919.
Akademien (siehe auch Universitäten und Studenten) 188, 244, 294, 450, 455, 507, 519, 560, 619, 659, 666, 744, 796, 824,

863, 877, 903, 906, 907, 920, 926, 928, 934, 990, 1010, 1011, 1024, 1025, 1064, 1066, 1084, 1141, 1160, 1171, 1172.
Akkra 380.
Aksakoff 54, 64, 65, 102, 103, 322, 460, 512, 962.
Aktiengesellschaften (siehe auch Börse-, Bank- und Finanzwesen) 220, 268, 293, 387, 461, 614, 615, 1018, 1076, 1077, 1118.
Alava 923.
Albanien 58, 93, 244 f., 325, 326, 377, 473, 575, 1068, 1100.
Albano 838.
Albert, Prinz von Wales 56.
— Professor 408.
— von Sachsen 290, 795, 849, 1105.
Alberthalle 774.
Alberti Konrad 726, 773.
Alberts Jakob 1059.
Albertus J. 183, 269.
— Magnus 275.
Albrecht I., Deutscher Kaiser 301.
— der Bär 956, 1160.
— Erzherzog 64, 486, 550, 601, 820, 849, 967, 1167.
— Prinz von Preußen 441 f., 784.
— von Johannsdorf 1057.
Albrechtsburg 276.
Aldebinsky 201.
Aleander, päpstlicher Legat 1115.
Alemannen 450, 801.
Alençon, Herzog von 41, 1070.
Alexander, Bischof 197.
— der Große 2, 589, 618.
— III., Papst 45.
— VI., Papst 432 f.
— I., Zar 28, 672.
— II., Zar 5, 10, 12, 13, 14 f., 16, 19, 35, 51, 52, 110, 144, 152 f., 156, 157, 160, 192—196, 206, 243, 276 f., 281, 307, 568, 621, 1130, 1172.
— III., Zar 268, 269, 277 ff., 289, 296, 297 f., 367, 373, 396, 399, 410, 411, 442, 454, 457, 458, 459 f., 462, 470, 474, 475, 476 f., 479, 481, 483, 504 f., 516, 517, 539, 544, 545, 546, 547 ff., 574, 578 f., 580, 586, 597, 622, 627, 640, 641, 644, 700, 701, 715, 740 f., 743, 794, 808, 832 f., 890, 900, 917, 923 f., 925, 979, 993, 1023.
Alexander I. von Bulgarien (Battenberg) 196, 458 f., 460, 473—477, 479, 481, 489, 517, 530, 542, 546, 592, 640, 668, 729, 783, 876.
— von Hessen 196.
— von Oranien 420.
— von Serbien 666, 670, 877, 925.
Alexanderplatz (Berlin) 1009.
Alexandra Feodorowna (siehe Alice von Hessen).
Alexandria 146, 287, 288, 363, 429, 488.
Alexandrowo 156, 157, 158, 160, 578.
Alexianerkloster 955.
Alexis, Großfürst 745.
Alfons XII. 47, 324, 362, 469.
— XIII. 520, 736.
Alfred von Sachsen-Koburg 851.
Algier 186, 188, 246, 249, 283, 291, 292, 330, 368, 412, 417, 466, 514, 676, 733, 1094, 1095.
Ali 291.
Alice von Hessen 906, 924.
Allan Kardec 322.
„Allerlei Sprachdummheiten" von Wustmann 1008.
Allers C. W. 859, 913.
„Allgemeine evangelische Kirchenzeitung" 219.
„Allgemeine konservative Wochenschrift" 790.
„Allgemeine Zeitung" 31, 34, 37, 54, 69, 83, 131, 140, 169, 174, 178, 184, 270, 275, 304, 305, 319 f., 321, 324, 357, 359, 401, 402, 403, 443, 447, 448, 505, 521, 560 f., 562, 567, 573, 617, 621, 652, 653, 657, 668, 706, 720, 726, 729, 730, 736, 737, 755, 770, 773 f., 775, 782, 783, 786, 798, 813, 816, 826, 827, 828, 835, 836, 854, 855, 856, 857, 858, 863, 864, 865, 866, 867, 872, 877, 880, 891, 892, 908, 909, 919, 920, 925, 926, 941, 942, 947, 954, 955, 961, 962, 969, 975, 982, 994, 1003, 1004, 1005, 1006, 1007, 1008, 1009, 1010, 1016, 1017, 1018, 1019, 1022, 1024, 1025, 1028, 1048—1052, 1054, 1055, 1056, 1057, 1058, 1065, 1066, 1067, 1069, 1070, 1071, 1073, 1074, 1075, 1076, 1077, 1086, 1090, 1095, 1097, 1098, 1110 bis 1112, 1113, 1114, 1115, 1116, 1117, 1118, 1121 f., 1123, 1124, 1127, 1128, 1130, 1131, 1138, 1143, 1144, 1146, 1147 f., 1153, 1154, 1155, 1156, 1157, 1158, 1165, 1166, 1168, 1170, 1171, 1173.
Allgeyer Julius 912.
Allianz, heilige 396, 524, 533, 581, 946, 1130.
Allies T. W. 229 f., 986.
Allokution (siehe auch Breven, Hirtenbriefe und Enzykliken) 238 f.
Aloisius, hl. 190.
Alpen 239, 253, 325, 457, 640, 682, 730, 825, 1064, 1127, 1165.
Alsen 441.
Altdorf 910, 975.
Altertum (und -forschung) 34, 84, 139, 150, 175, 177, 179, 191, 230, 232, 233, 255, 275, 324, 360, 402, 456, 514, 556, 562, 564, 618, 640, 659, 688, 774, 783, 814, 827, 865, 906, 916, 920, 922, 926, 929, 961, 975, 978, 981, 1018, 1025, 1028, 1073, 1075, 1077, 1116, 1118, 1124, 1152, 1157 f., 1165, 1179.
„Altgriechische Musik" von Kralik 926.
Altkatholizismus 25, 28, 29, 30, 46, 74, 77, 78, 79, 80, 85, 132, 141, 147, 150, 168, 175 f., 183, 275, 391 f., 402, 452, 455, 487 f., 518, 536, 566, 606, 648, 685, 720, 755, 793, 828, 900, 905, 906, 923, 955, 1004, 1122, 1163.
Altona 1117, 1145.
Altorf 835.
Amadeo, Prinz von Italien 147.
„Amadis" 249.

Ambasbai 552.
Amberg 392.
Ambritz 380.
Ambrosius, hl. 269, 1068, 1126.
Amerika 23, 48, 74, 88, 150, 195, 197, 218, 233, 240, 245, 248, 280, 285 f., 290, 303, 317, 322, 328 ff., 342, 355, 356, 365, 366, 368, 377, 386 f., 406, 415, 416, 419, 422 f., 424, 434, 438, 463, 471 f., 473, 492, 507, 517, 520 f., 541, 553, 556, 560, 566, 570, 575, 593, 618, 621, 646, 679, 688 f., 725, 731, 735, 736, 739, 742, 760, 786 f., 800, 812, 835 f., 875, 878 f., 908, 926 f., 931, 941, 952, 962, 975, 981 f., 983, 1003, 1025, 1028 f., 1040, 1048, 1049, 1055, 1063, 1067, 1073, 1075 ff., 1077, 1086 bis 1090, 1096, 1110, 1112, 1118, 1123, 1131, 1133 f., 1137, 1139, 1141, 1147, 1157, 1161, 1173 f., 1178.
Amicis Edm. de 1168.
Amirsanian, Missionar 574.
Ammann J. J. 1165.
Ammon Otto 969.
Amnestien 4, 6, 43, 91, 100, 187, 193, 233, 234, 459, 475, 589, 675, 967, 972, 987, 1022, 1034, 1037.
Amselfeld 670.
Amstelbode 468.
Amsterdam 88, 284, 285, 372, 415, 421, 519, 573, 923, 944.
Amu Darja 574.
Anam 249, 292, 368, 416, 417, 464, 511, 514.
Anarchismus (siehe auch Attentate, Aufstände und Revolutionismus) 46, 68, 87, 92, 98 f., 150, 218, 247, 270 f., 289, 293, 302, 306, 340, 354, 363, 365, 370, 389, 399, 407, 412, 419, 420, 445, 456, 470, 485, 510, 518 f., 520 f., 559, 567, 568, 572, 575, 591, 612, 613, 617, 621, 625, 684, 685, 705, 706, 733, 736, 793, 829, 831, 835, 850, 856, 862, 867, 870, 871, 874, 875, 879, 884 f., 890, 902, 914 f., 916 ff., 921, 922, 923, 926, 933, 945, 960, 969, 971 f., 978, 986, 989, 1001, 1009, 1025, 1028, 1032, 1044, 1056, 1069, 1073, 1098, 1107, 1109, 1120 f., 1124, 1126, 1127, 1128, 1131, 1170.
Anastasia, Prinzessin 671.
Anatolien 877, 923, 1172.
Anatomie 828, 892, 1156.
Ancona 914.
Anderledy 829, 1126.
Andernach 853.
Anders Richard 957.
Anderwert 239.
Andrassy (senior u. junior) 4, 5, 6, 9, 35, 65, 90, 91, 93, 94, 95, 98, 101, 155, 156, 157, 158, 160, 162, 180, 194, 199, 254, 325 f., 327, 397, 405 f., 478, 483 f., 549, 579, 584, 665, 700, 728, 796, 887, 1065.
Andree (Nordpolforscher) 1073, 1171.
Andresen Emmerich 276.
— K. G. 1008.
Andromeda 361.
Angeli 449, 567, 1164.
Angelsachsen (siehe England).
Anger, Dr. 816.
Angers 148, 190, 294, 418, 743.
Anglikanische Hochkirche 40, 56, 141, 146, 175, 237, 320, 367, 488, 504, 552, 687, 720, 785, 801, 834, 874, 921, 976, 977 f., 1052, 1072, 1097, 1138, 1144.
Angora 877.
Angra Pequenna 343, 379 f., 381, 383, 384, 414, 415.
Angyelic 421.
Anhalt, Dynastie 1160.
Anima (Rom) 1150.
Annaberg 859.
Anna von Montenegro 1074.
„Anna Karenina" von Tolstoi 460.
Anneke 317.
Annexionen (Okkupationen) 4, 18, 20, 35, 36, 55, 57, 84, 91, 93, 94 f., 96 ff., 104, 105, 146, 171, 172, 179 f., 186, 195, 200, 206, 236, 246 ff., 249, 250, 279, 290, 291, 298 f., 306, 325, 326, 327, 364, 365, 415, 419, 426, 428, 461, 464, 467 f., 469, 476, 483, 511, 519, 538, 605, 662, 667, 701, 736, 738, 753, 781, 784, 840, 846, 878, 949, 1005, 1013, 1022, 1031, 1032, 1075, 1088 ff., 1139, 1173.
Annunzio Gabriele d' 916, 1127, 1168.
Anseele 519.
Anson-Inseln 1089.
„Antigone" 920, 1157 f.
Antike (siehe Altertum).
Antisemitismus 33, 134, 168 f., 219—226, 240, 242, 255, 267 f., 271, 272 f., 274, 302, 303 f., 313–315, 340, 354, 356, 406, 408, 410, 453, 485, 564, 565, 566, 585, 607 f., 615, 616, 617, 619 f., 639, 646, 658, 660 ff., 665 f., 694, 701, 706, 720, 783, 810 f., 812, 816, 817, 822, 823, 826, 842, 850, 854, 861, 864, 882, 891, 394, 907, 917, 926, 951, 953, 961, 964, 966, 1000 f., 1016, 1040, 1059, 1060, 1066, 1094, 1095, 1101, 1143, 1158, 1169 f.
Antivari 53, 88, 96 f., 555.
Antonelli, Kardinal 45, 60.
„Antonius und Kleopatra" 656.
Antwerpen 87, 185, 470, 572, 573, 786, 1171.
Anzengruber Ludwig 36, 203, 341, 668, 730, 1125.
Anzer, Pater 814, 1085, 1086, 1098, 1174 f.
Anzin 418.
Anzino 142.
Aosta, Herzog von 318.
Apia 425, 1134.
Apokalypse 1007.
Apollo 719, 920, 926.
Apologetik 504, 651, 652, 770, 810, 853, 856, 864, 1004, 1050, 1071, 1111.
Apostol Paul 1055.
Apponyi Albert 478, 479 ff., 485 f., 550, 782, 862, 888, 1013, 1016.
Apulien 943.
Aquator 352, 417, 518.
Arabi Pascha 287, 288, 289,
Arabien 11, 175, 236, 247. 288, 330, 466, 511, 631, 859, 929, 1081, 1134, 1165.

Aragonien 1089.
Arany 863.
Arauſio 920.
Arbeiterangelegenheiten (ſ. auch unter Sozialpolitik) 21 f., 41, 42, 46, 60, 62, 73, 79, 81, 86, 87, 88, 103, 109 f., 114, 115 ff., 118, 119 f., 130, 133 f., 135, 146, 147, 170, 173, 175, 187 f., 190, 197, 203, 204, 217, 218, 219, 224, 237, 245, 248, 255, 258, 260 f., 262, 263, 269 f., 281, 293, 302, 308, 311, 316, 340 f., 345, 346, 347, 356, 357, 370, 371, 372, 373, 386, 388, 399, 407, 418, 437, 444 ff., 471, 485, 498, 499, 505, 508, 511, 513, 516, 518 f., 520 f., 567, 572, 574, 595, 608, 613, 621, 626, 628, 636, 637, 638, 645, 647, 648 ff., 659, 673, 677, 680, 684, 685, 687, 688, 690 ff., 695 f., 697, 704 ff., 707, 711, 713 f., 716 ff., 719, 720, 726, 728, 732, 735, 737, 739, 749, 750 f., 757 f., 760, 763 ff., 771, 775, 782, 785, 786, 789, 793 f., 811 f., 813, 818, 825, 826, 834, 836, 840, 849, 852, 861, 862, 866, 867, 869, 870, 871, 873, 874, 876, 878, 882, 884, 885, 889, 893, 896, 902 f., 909, 916, 917, 921, 922, 926, 933, 934, 948, 952 f., 973, 977, 981, 999, 1000, 1022, 1023, 1025, 1046, 1047, 1051, 1053, 1055, 1067, 1072, 1077, 1099, 1104, 1105, 1106 f., 1109, 1111, 1113, 1120, 1128, 1138, 1142, 1149, 1159, 1160, 1161, 1166.
„Arbeiter-Zeitung“ 717.
Archangelsk 103.
Archimedes 394.
Architektur (ſiehe auch Baukunſt) 179, 229, 353, 655, 656, 782, 813, 863, 892, 970, 1090, 1130, 1174.
Arco 1168.
Ardahan 97.
Arenberg, Prinz 1002.
Arendt 552, 650, 1025.
Arent W. 449.
Argenau 267.
Argenteuil 357.
Argentinien 381, 403, 951, 1018.
Argonauten(zug) 828.
Argus 1017.
Arianismus 1084.
Ariſtophanes 1147.
Ariſtoteles 191, 783, 1019, 1150, 1154.
Arlberg 239, 404.
Arlon 626, 1025.
„Arme Heinrich“ von Pöhnl H. 506.
Armenfürſorge (ſiehe auch unter Wohltätigkeit) 86, 112, 133, 258, 260, 308, 311, 387, 400, 466, 497, 638, 718, 721, 789, 834, 892, 1015, 1071, 1076, 1090, 1171.
Armenien (und armeniſche Kirche) 11, 12, 52, 89, 91, 93, 97, 191, 574, 686, 738, 877, 925, 950, 960, 973, 976, 980, 985, 1024, 1027, 1028, 1075, 1079, 1144.
„Army und Navy Gazette“ 1137.
Arndt E. M. 1160.
— P. 775.
Arneth Alfr. v. 567, 865, 892, 1066 f., 1123.
Arnett, Biſchof 880.
Arnim, Graf 21, 22, 68 f., 72, 80, 132, 174 f., 248, 264, 403, 632, 651, 996.
Arnoldt Hans 1160.
Arnulf 560.
Arons 1043.
Arpad (Dynaſtie) 1011.
Arras 1024.
Artaria (Verlag) 1165.
Artels 1068.
Arthur, Präſident 285, 328 f., 330, 377, 422 f.
Artin, Baron Alex. v. 816.
Arton (Aaron) 869, 1070.
Ärzte (ſiehe auch Heilkunde) 661 f., 730, 765, 819, 854, 858, 958, 970, 1006, 1010 f., 1066, 1116, 1156.
Aſchabad 298.
Aſchaffenburg 840.
Aſchanti 977.
Aſchbach 37.
Aſchinow 672.
Aſchylus 774.
Aſeniden (Dynaſtie) 86.
Aſien 1 f., 3, 16, 18, 36, 37, 40, 51, 52, 53, 97, 146, 157, 298, 319, 330, 342, 373, 374, 380, 381, 406, 428, 461, 464, 471, 512, 517, 586, 598, 652, 686, 747, 828, 833, 877, 924, 927, 929, 930, 932, 946, 950, 969, 973, 976, 989, 1022, 1032, 1039, 1040, 1069, 1077, 1085, 1089, 1098, 1099, 1172.
„Aſpaſia“ von Hamerling Rob. 36.
Asquith 921.
Aſſab-Bai 324, 466.
Aſſuan 508.
Aſſyrien 275 f., 618, 929, 978.
Aſtfalck 813.
Aſtor 739.
Aſtrachan 206.
Aſtronomie 514, 617, 982, 1095.
Aſturien 1089.
Aſylrecht 277, 278, 284, 1098.
Aßmann, Biſchof 646.
Atbara 1091.
Atchineſen 737.
Atheismus 241, 270, 290, 302, 354, 607, 609, 793, 805, 855, 884, 902, 920, 974.
Athen 172, 231, 376, 644, 730, 783, 1032, 1033, 1075.
Athene Promachos 354.
Athiopien 1026.
Athletik 1174.
Athos, Berg 97.
Atlantis 1089.
Atlantiſcher Ozean 292, 541, 593, 683.
Atreken 374.
Atſchin 47.
Attentat 102 f., 108 ff., 111 f., 113 f., 120, 125, 145, 149, 184, 192 f., 195, 243, 276 f., 281, 285, 289, 298, 301, 309, 365, 366, 388, 390, 407, 411, 415, 445, 471, 517, 559, 568, 570, 581, 627, 657, 683, 684, 689, 759, 794, 831, 833, 835, 871, 874, 876, 889, 902, 915, 916, 921, 922, 923, 930, 980, 1030, 1044, 1073, 1109, 1120 f., 1131, 1167 f.
Attila 58 f., 928, 1017.
Audiffred-Preis 1169.
Auer, Abgeordneter 270, 446, 499, 933, 949, 1000, 1145.
— Ludwig (Verlag) 1114

Auerbach Berth. 33, 203, 275.
— Bertrand 1122.
Auersperg (siehe Grün Anastasius).
— Minister 105, 180.
Aufstände (siehe auch Revolution) 4 f., 6 ff., 9, 15, 39, 42, 47, 48, 52, 53, 59, 60, 65, 87, 88, 90, 93, 99 f., 103 f., 110, 149, 239 f., 242, 243, 244, 245, 247 f., 253, 270, 282, 289 f., 293, 298, 371, 373, 376, 385, 413, 424, 425, 426, 463, 464, 477, 478, 483, 491, 508, 509, 510, 513, 518 f., 520 f., 541 f., 554, 567, 571, 572, 574, 575, 577, 580, 605, 621, 623 f., 625, 671, 687, 702, 736, 784, 787, 829, 871, 872, 906, 914, 922, 926, 927, 931, 969, 972, 978, 980, 982, 984, 985, 1022, 1025, 1027, 1028, 1029, 1031—1034, 1063, 1072, 1073, 1074, 1076, 1078, 1084, 1086 f., 1097, 1120, 1162, 1174.
Augiasstall 1012, 1102.
Augier 733, 1113.
Augsburg 79, 357, 472, 798.
„Augsburger Allgemeine Zeitung" 225, 265, 323.
Augsburger Konfession (siehe Protestantismus).
„Augsburger Postzeitung" 4, 78, 167.
„Augsburger Zeitung" 78.
August, Prinz von Koburg-Gotha 544.
— — — — j. 544.
Augusta, Kaiserin (Friedrich III.) 165, 166, 325, 610, 639, 721, 723, 838, 950, 957, 1046, 1088, 1104.
— Viktoria, Kaiserin (von Schleswig-Holstein) 206, 268, 591, 592, 596, 603, 640, 785, 837, 838, 940, 946, 1055, 1079, 1137, 1146.
Augustenburg (Schloß) 441.
Augustin (Volkssänger) 1125.
— General 1088.
Augustiner-Orden 623.
Augustinus, hl. 76, 320, 1143.
Aulard 832.
Aumale, Herzog von 544, 593, 677.
Auracher Benno 1104.
„Aurora" 828, 1094.
Ausfeld Ad. 359.
Ausserer 485.
Ausstellungen 23, 43, 48, 132, 147, 148, 150, 172, 248, 249, 285, 298, 300, 301, 316, 323, 330, 338, 341, 354, 365, 381, 382, 422, 442, 455, 466, 470, 471, 488, 507, 517, 535, 609, 617, 621, 622, 649, 652, 656, 675 ff., 685, 688, 727, 728, 742, 744, 745, 776, 777, 782, 812, 826 f., 831, 833, 835, 836, 879, 889, 892, 912, 920, 923, 926, 958, 967, 973, 1009, 1010, 1012, 1017, 1022, 1028, 1055, 1059, 1066, 1070, 1074, 1093, 1097, 1118, 1124, 1125, 1158, 1160, 1165, 1171.
Austin Alfred 986.
Australien 44, 317, 330, 364, 365, 372, 380, 384, 415, 461, 734 f., 767, 787, 875, 982, 1025, 1077, 1131, 1174.
„Austria" (Verbindungen) 667, 968, 1113.
Auswanderungen 30, 88, 150, 197, 233, 286, 291, 298, 303, 317, 328, 342, 343, 355, 402, 408, 421, 422, 424, 444, 467, 519, 561, 623, 680, 688, 689, 705, 723, 738, 739, 742, 786, 787, 833, 835 f., 854, 894, 921, 922, 924, 926, 946, 951, 1002, 1022, 1023, 1027, 1029, 1049, 1055, 1075, 1077, 1081, 1095, 1108.
Autun 914.
Auvergne 541.
Avaren 930.
Aveling, Frau Dr. 717.
Avellan 869 f.
Avenarius 1113.
„Avenir Belge" 239.
Aventin (siehe Turmair).
Avignon 975.
Avogardo, General 679.

B.

Babel, Turm zu 1076.
Babenberg (Haus) 1006.
Babi-Sekte (Bab) 1030.
Babylon 359, 463, 618, 775 f., 781, 929, 982, 1028.
Bacchus 1002.
Bach Joh. Seb. 319, 450, 771, 1071.
Bachem Jul. 27, 222 f., 400 f., 813, 903, 953, 954, 999, 1002, 1053.
Bachem, Verlag 229, 1048.
Bachmann A. 1165.
Bächtold Jakob 685, 835, 875.
Bac-Ninh 416.
Bacon, Lord 618 f., 908, 958.
Bacquehem 861, 862, 963.
Baden bei Wien 632, 1166.
Baden-Baden 77, 146, 156, 178, 207, 217, 219, 233, 264, 268, 307, 312, 349, 592, 601, 603, 701, 800, 805, 816, 1118, 1142, 1151.
Badeni, Minister 965, 967, 1013, 1017, 1060, 1061, 1063, 1161.
Baer K. E. v. 84, 833, 1074.
Basing 367.
Bagamayo 625.
Bagdad 18, 877, 1172.
Bahia 1076.
Bahr Hermann 337, 443, 447, 773, 891, 892, 923, 1067, 1113, 1125, 1166.
Baillen 1115.
Baines, Kanonikus 186.
Baini 178.
Bajazid 51.
„Bajazzo" 867.
Bakchylides 1075, 1116.
Baker James 102.
Bakotic 566.
Baku 373.
Bakunin Mich. 46, 87, 195, 270, 979, 1124.
Balaguer Viktor 834.
Balan, Professor P. 237.
Balde J. 85, 651.
Baldur 430, 1157.
Balearen 828.
Balfour 570, 976, 984, 1096, 1135.
Balkan (Halbinsel) 9 f., 13, 35, 36, 52, 53, 89, 94, 96, 100, 110, 111, 152, 184, 185, 193, 196, 240, 241, 295, 373, 375, 376, 421 f., 451, 458 f., 462, 472—477, 478—482, 484, 489, 510 f., 532, 539, 540, 549, 583, 669, 682, 683, 686, 699, 728, 738, 777, 779, 780, 781, 860, 887, 888, 981, 1013, 1024, 1063, 1074, 1083, 1100, 1119 f., 1122, 1123.

Ballenstedt 1160.
Ballestrem, Graf 123, 558, 753, 793, 805, 838, 1107, 1139.
Baltimore 1141.
Baltische Provinz 737, 832, 897, 924, 945, 1036.
Balzac 746.
Bamberg 129, 1118, 1160.
— Felix 401.
Bamberger 72f., 108, 110, 206, 260, 345, 381f., 386, 387, 398, 630, 631, 637, 707f., 933, 1016, 1148.
Banat 232, 300.
Bandel Jos. Ernst v. 34, 813.
Banffy 964, 970, 1011, 1012, 1013, 1061, 1065, 1119, 1121, 1161.
Bang 653.
Bank-, Börsewesen und sonst. Finanzangelegenheiten 5, 23, 24, 35, 40, 41, 59, 62, 67, 69, 88, 102, 135, 163, 169, 183, 190, 197, 220f., 223, 224f., 240, 249, 255, 298, 303, 314f., 336, 344f., 370, 380f., 383, 389, 393, 397f., 407, 410, 411, 450, 461, 463, 516, 523, 540, 547, 548, 559, 575, 593, 612, 621, 625, 684, 709, 724, 746, 751, 765, 769, 779, 783, 809, 830, 855, 865, 866, 871, 872, 876, 877, 878, 879, 880, 884, 901, 915, 931, 971, 982, 999, 1000, 1076, 1077, 1121, 1167, 1172.
Bannerman 508.
Bannholz 1019.
Banville 734.
Banward 1148f.
Bapaume 741.
Baptisten 552, 574, 1174.
„Bar Kochba" 1163.
Bär Max 1115.
Baratieri, General 915, 971, 1019f., 1021.
Barbaresken 2.
Barbey d'Aurevilly 1150.
Barcelona 363, 707, 858, 874, 1089, 1156, 1171.
Bardeleben v. 215f.
Bardenhewer, Professor 961.
Bardo 247.
Bareuther 584f.
Bari 914.
Baring 13.
Barkhausen 1048.
Barma 1095.
Barmen 77, 845, 978, 1009.
Barmherzigen, Orden der (Schwestern u. Brüder) 248, 266, 418, 498.
Barocke 294, 450, 507, 617, 725, 958, 1018, 1160, 1169, 1180.
Baroczy Al. 256.
Barodet 747.
Barry 87, 1148.
Barsanti Peter 731.
Barssow 980.
„Bartel Turaser" 1067.
Bartelheim v. 214.
Bartels Adolf 1057, 1113.
Barth 748, 1154.
Bartholdi 423, 1171.
Barzilai 731.
Basch v. 1113.
Basel 34, 45, 139, 178, 197, 654, 685, 856, 908, 1069.
Bashkirtsew Marie 738, 1130.
Basilianer-Orden 300, 406, 568, 913.
Basken 47, 87, 243, 923, 1089.
Bassermann 654, 1145.
Bassora 1172.
Bastian Adolf 321, 409, 858.
Bastille (Paris) 147, 235, 689.
Bathseba 1027.
Battenberg, Dynastie 475, 476, 583, 592, 738, 1078.
Batthyany Stephan 340.
Batum 96, 97, 374, 510, 517.
Baudelaire 733, 734.
Baudry, Weihbischof 214.
Bauer, Bischof 966.
— (Schiff) 565.
Bauern (siehe auch Landwirtschaftliches) 195, 204, 218, 255, 256, 303, 308, 310, 344, 346, 359, 371, 373, 407f., 452, 453, 485, 505, 567, 569, 570, 574, 614, 623, 643, 659, 661, 671, 690, 840, 850, 861, 895, 906, 951, 952f., 972, 980, 1041, 1049, 1052, 1053, 1101, 1108, 1120, 1142, 1163.
Bauernfeld 203, 567, 1125.
Baukunst und Baustile 37, 83, 175, 184, 192, 276, 284, 322, 349f., 393, 409, 450, 507, 508, 573, 610, 614, 617, 621, 655, 656, 676, 782, 787, 813, 814, 836, 859, 863, 888, 901, 923, 925, 926, 950, 955, 957f., 969, 982, 989, 1004, 1018, 1038, 1045, 1052, 1058, 1059, 1080f., 1090, 1118, 1125, 1130, 1158, 1166, 1176.
Baumann L. 1017.
— Oskar 1165.
Baumbach Max 957, 1113.
„Baumeister Solneß" von Ibsen 858.
Bäumer Suitbert 853.
Baumgarten H. 321, 357, 911.
— M. 30, 504, 1016.
Baumgartner Alex., S. J. 322, 1053.
Bäumker 399, 816.
Baumstark, Abgeordneter 264, 312, 360.
Baur 132.
Bausnern Guido v. 207, 653.
„Bayard" 464.
Bayern 23, 24, 26, 27, 67, 75, 76, 77, 113, 115, 133, 158f., 208f., 219, 229, 257, 263, 266, 267, 274, 307, 311, 315, 322, 339, 344, 346, 352, 359, 361, 391, 392, 408, 502f., 563, 603, 606, 612, 621, 642, 648, 650, 656, 665, 715, 720f., 754f., 766, 774, 810, 814, 844, 845, 850, 858, 895, 899, 903, 905, 906, 907, 910, 940, 942, 953, 1005, 1011, 1042, 1045, 1049, 1053, 1057, 1085, 1106, 1141f., 1146, 1179.
Bayreuth 31f., 82f., 137, 138f., 178, 229, 231, 274, 318, 358, 618, 643, 654, 726, 774.
„Bayreuther Blätter" 134f., 177, 226f., 272f.
„Bayrisches Vaterland" 840.
Bazaine 371, 639.
Beaconsfield (Disraeli) 92, 93, 95, 145, 185, 239, 240, 242, 400.
Beaufort de 1133.
Beaumarchais 505.
Bebel 114ff., 277, 344, 346, 390, 445, 446, 448, 499, 612, 625, 716, 717, 720, 763, 764, 786, 840, 875, 891, 901, 903, 933f., 945, 949, 951, 952, 953, 989, 1000, 1001, 1023, 1043, 1047, 1099, 1138, 1140, 1145.

Bechterew W. v. 1173.
Beck Hermann 817.
— Joſ. 1165.
Becker, Dr. Hermann 450, 761, 845, 1071.
— Nik. 1160.
Beckmann 74.
Beckx 1126.
Beda, hl. 834.
Beethoven 34, 230, 249, 319, 503, 556, 729, 772, 775, 793, 845, 1057, 1067, 1124.
Begas 655, 776, 859, 1042, 1058 f.
Behanzin, König 871.
Beheim Martin 727.
Behr Hugo 1118.
Behringer Edm. 449.
Behringmeer 786, 835, 879, 1028.
Beidtel Ignaz 1016.
Beilul 467.
Beirut 976.
Beit Alfred 985.
Bela, König von Ungarn 1065.
Belcredi 85, 180 f., 255, 341, 486.
Belfaſt 509.
Belfort 599.
Belgien 28, 46 f., 57 f., 78, 87, 101, 143, 150, 172, 174, 175, 183, 192, 217, 237, 237—239, 240, 248, 284, 294, 330, 370, 370, 372, 376, 380, 381, 384, 391, 417, 420, 426, 442, 470, 513, 518 f., 533, 535, 551, 554, 569, 572 f., 585, 588, 589, 618, 626, 673, 679, 685, 692, 695, 715, 734, 736 f., 746, 749, 760, 767, 835, 875, 922 f., 929, 934, 971, 978, 1009, 1025, 1048, 1073, 1075, 1097, 1118, 1126, 1127, 1171.
Belgrad 2, 7, 10, 97, 196 f., 200, 404, 459, 626, 627, 628, 738, 783, 877, 1011. 1152.
Bell 982.
Bellamy 718, 720, 729, 775.
Bellaſis Edw. 911.
Belle-Alliance-Platz 34.
Belleshеim 229, 725, 813.
Belleville 673.
Bellinzona 736, 874.
Belot 256.
Below 1115, 1154.
Beltſchew 833.
Beludſchiſtan 1174.
Belvedere (Wien) 892.
Bem, General 1012.
„Ben Hur" 1076.
Benares 1097.
Benczur 567.
Bender, Profeſſor 392.
Bendos 640.
Benedek 271.
Benedikt, hl. 232, 1044.
Benediktiner-Orden 179, 230, 232, 294, 557, 652, 667, 751, 810, 818, 853, 872, 877, 918, 1004, 1044 f., 1143.
Benger G. 1028.
Benin 1131.
Benk Joh. 410, 457, 828.
Benndorf O. 1028.
Bennet 739.
Bennigſen 59, 105 ff., 109, 113, 120, 262, 264, 308, 310, 317, 345, 403, 584, 645, 934, 935.
Benzert 1124.
Benzler Willibrord 1045.
Berbera 414.
Berchmans, hl. Joh. 622 f.,
Berdron 880.
Berdrow 1076.
Berg 438.
— Schloß 502.
Bergamo 60, 1125.
Bergen 1172.
Berger Alfr. 730, 1019, 1124.
— Arn. 1143.
— Miniſter 180.
Bergwerke 193, 194, 258, 293, 518 f., 571, 572, 649, 692, 693, 718, 765, 834, 873, 921, 926, 931, 996, 1000, 1084, 1172.
Berlepſch, Freiherr v. 1145, 1176.
Berlin 5, 14, 19, 22, 23, 24, 34, 35, 40, 63, 68, 70, 72, 77, 81, 83, 84, 86, 91, 92, 93 ff., 105, 107, 109, 115, 118, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 128, 130, 131, 132, 133, 134, 139, 150, 152, 155, 157, 161, 168, 170, 172, 173, 175, 178, 179, 182, 189, 193, 196, 199, 200, 204, 206 f., 218, 220, 221, 224, 228, 230, 232, 233, 236, 240, 241, 242, 246, 257, 261, 263, 265, 267, 268, 270, 274, 276, 284, 292, 294, 299, 304, 308, 311, 313, 315, 323, 324, 325, 326, 342, 343, 345, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 359, 360, 361, 362, 375, 376, 381, 382, 383, 386, 389, 393, 395, 396, 397, 400, 401, 402, 403, 411, 415, 424, 425, 426 f., 429, 438, 445, 446, 447, 449, 450, 451, 458, 460, 461, 462, 468, 471, 473, 478, 481, 482, 483, 488, 489, 503, 504 f., 506, 507, 508, 510, 511, 517, 518, 524, 525, 529, 532, 533, 535, 539, 540, 543, 544, 547, 548, 549, 550, 557, 559, 560, 565, 577, 578, 579, 581, 583, 589, 592, 597, 601, 602, 605, 606, 608, 610, 611, 612, 613, 617, 617, 618, 619, 620, 627, 633, 635, 639, 640, 641, 642, 644, 647, 648, 649, 650, 655, 660, 661, 666, 672, 679, 680, 682, 688, 693, 696, 700, 705, 706, 710, 711, 712, 715, 721, 723, 724, 726, 727, 731, 732, 937, 738, 742, 744, 745, 752, 756, 758, 759, 760, 762, 763, 764, 765, 766, 768, 769, 770, 771, 774, 779, 782, 783, 787, 790, 797, 798, 799, 803, 810, 811, 812, 813, 815, 818, 826, 831, 833, 837, 839, 851, 852, 854, 858, 859, 872, 893, 895, 896, 898, 899, 900, 802, 903, 904, 905, 908, 909, 911, 912, 923, 926, 931, 932, 934, 935, 937, 940, 941, 947, 948, 949, 951, 954, 955, 956, 957, 961, 962, 970, 973, 976, 986, 990, 995, 997, 1000, 1001, 1004, 1009, 1010, 1013, 1021, 1025, 1027, 1038, 1041, 1042, 1043, 1044, 1046, 1047 f., 1056, 1057, 1058, 1059, 1064, 1083, 1101, 1102, 1103, 1106, 1107, 1109, 1110, 1117, 1118, 1124, 1125, 1128, 1130, 1139, 1145, 1146, 1149, 1152, 1158, 1159, 1160, 1165, 1176, 1179.
Berlin Dorothea 431.
Berliner Emil 689, 982.
„Berliner Börsenkourier" 565, 592, 601, 607, 996.

Berliner Kongreß 93—97, 100, 102, 106, 110, 148, 155, 156.
„Berliner Lokalanzeiger" 1137.
„Berliner Militärzeitung" 1137.
„Berliner Tagblatt" 323, 748.
„Berliner Volksblatt" 647, 718.
Bermuda 735.
Bern 46, 141, 147, 176, 195, 268, 470, 507, 518, 732, 749, 785, 834 f., 874, 922, 1172.
Bernadotte (Haus) 600, 685, 919.
Bernau 323.
Bernays 203, 1019.
Berndorf 705, 1125, 1166.
Bernhard von Clairvaux, hl. 504.
Bernhardi Th. v. 934, 1056.
Bernhardt Sarah 63, 190, 560, 616.
Bernheim, Prof. 919, 962.
Bernstein 909, 1145, 1152, 1154, 1179.
Bernstorff 262.
Bernwardsäule 1117.
Berolina 1009.
Berryer 1148.
Bertheau Fr. 975.
Berthelet 975.
Bertholot 974.
Bertillon 918, 1010.
„Bertram, Gomez" 504.
Besant Annie 926, 961.
Bescha 247.
Beseler Georg 402.
Besika-Bai 40, 89.
Bessenyei 256.
Bestmann H. J. 402.
Bestuschew 194.
Beßarabien 38, 90, 91, 92, 95 f., 97, 102, 670, 980, 1122, 1130.
Bethlehem (Galiläa) 783, 1081.
Bethlen Gabriel 1065.
Bettelheim Anton 505, 730, 774, 827, 892, 969, 1066, 1125.
— Helene 1019.
„Bettelstudent" 403.
Bettina 817.
Betschuanaland 415, 461, 784.
Beuren Otto 400.
Beuron 557, 667, 725, 771, 810, 877, 960, 1045.
Beust 149, 180, 257, 561, 564, 603, 661, 699.
Bewer Max 726, 772.
Beyer C. 322.
Beyschlag, Professor 351, 558, 1111.
Bezold F. v. 911.
Biafra-Bai 434.
Biala 706, 728.
Bibel (Bibelstellen, Evangelium) 41, 85, 131, 238, 351, 358, 359, 402, 439, 454, 457, 519, 563, 651, 672, 694, 768, 790, 806, 807, 810, 814, 833, 853, 867, 911, 914, 922, 930, 960, 961, 962, 1001, 1014, 1027, 1028, 1029, 1040, 1054, 1057, 1071, 1077, 1110, 1111, 1175.
„Biberpelz" von Hauptmann 1057.
Bibliothek 64, 256, 305, 322, 454, 520, 730, 827, 962, 969, 979, 1057, 1076, 1090, 1098, 1109, 1123, 1145, 1165.
Bidermann Herm. J. 730.
Biedermann Karl 130, 447, 961.
Bielefeld 1047.
Bierbaum O. J. 816, 958, 1156.
Biese Alfr. 907.
Bihac 99.
Bildhauer(ei) 34, 179, 305, 361, 423, 457, 521, 617, 650, 785, 813, 826, 1118, 1171.
„Bildnis des Dorian Grey" von O. Wilde 874.
Bimetallismus 873.
Binder 27.
Bingen 439, 954.
Bion Walter 360.
Biré Edm. 920.
Birma 461, 510, 553.
Birmingham 279, 365.
Birnbaum 128.
Biscaya 923.
Bischof, Professor H. 1127, 1171.
Bismarck Herbert 307, 396, 429 f., 434, 443, 593, 597, 600, 604, 607, 632, 645, 680, 683, 696, 704, 794 ff., 844, 850, 1101 f.
— Otto (Reichskanzler) 1, 3, 4, 5, 9, 14, 18, 19 f., 21 f., 24, 25, 28, 39, 58 f., 60, 62, 63, 65, 68, 69 ff., 72, 77, 80, 82, 84, 85, 93, 94, 95, 105, 107, 108, 110 f., 112, 114, 115 bis 121, 123, 125, 126 bis 131, 132, 133, 135, 138, 139, 151—162, 163 ff., 169, 170, 171, 179, 189, 193 f., 200, 206, 207, 208 ff., 212, 213, 214, 218, 219 ff., 222, 225, 226, 228, 232, 236, 238, 246, 247, 248, 250, 252, 253 f., 257 bis 264, 266, 267, 269, 270, 271, 276, 287, 289, 300, 302, 306—311, 313, 317 ff., 323, 324, 325, 328, 331, 332, 336, 342, 344, 345, 346, 347, 348, 355 f., 360, 361, 363, 364, 369 f., 375, 379—390, 392 f., 396, 397 f., 399, 402, 403, 405 f., 413, 415, 417 f., 420, 423, 424 f., 426—430, 431, 432, 433, 435, 437 f., 439—441, 442—445, 446, 449, 452, 453, 462, 465, 483, 484, 485, 488 f., 490—497, 500 f., 504 f., 514, 523 bis 531, 532, 533, 534, 535, 536 ff., 540, 546, 547, 548 554, 555, 560, 563, 564, 567, 568, 579—584, 585 f., 587 ff., 590, 591 ff., 595, 596, 598, 600, 601 f., 603, 604, 605, 609, 611, 612 f., 627, 629—632, 633, 634, 635 ff., 641, 644, 645, 646, 648 f., 651, 652, 653, 666, 680 f., 682 f., 690, 691, 692 f., 694—704, 705, 707, 709, 710 f., 712 f., 715, 716, 723, 724 f., 726, 728, 729, 730, 738, 740, 744, 745, 752, 756 f., 759 f., 761 f., 766, 767, 768, 770, 771, 772, 775, 788, 792 f., 794—804, 805, 808, 812, 817, 818, 821, 826, 831, 839, 843—848, 852, 855, 856, 859, 860, 881, 882, 883, 891, 893 ff., 896 ff., 899, 906, 913, 932, 934 bis 949, 953, 956, 957, 959 f., 962, 963, 981, 982, 987, 989 ff., 993, 994 bis 998, 1002, 1006, 1008, 1009, 1013, 1017, 1019, 1029, 1031, 1036, 1037, 1038, 1039, 1042, 1043, 1044, 1045, 1046, 1049, 1052, 1054, 1058 f., 1061, 1063, 1064, 1090 f., 1099,

1101—1104, 1107, 1112, 1117, 1138 f., 1143, 1146, 1148, 1149, 1154, 1156, 1158, 1159, 1160.
Bismarck Wilhelm 396, 397, 942.
— -Archipel 431.
Bitzius (siehe Gotthelf).
Bizerta 247.
Bizet 320.
Björnson Björnstjerne 72, 285, 626, 835.
Blacke 982.
Blaine 688.
Blanqui 187, 236, 248, 271.
Blaremberg 627.
Blavatsky 926, 961.
Blaye de Bory H. 466.
Blazek, Professor 615.
Bleck 540.
Bleibtreu Karl 506.
Bleichröder Gerson v. 69, 225, 232, 267, 742, 855, 919.
Blizzard 1138.
Bloch 1150, 1172.
Blöch (Detektiv) 407.
Blockaden 546, 605, 625, 630, 1032, 1033, 1034.
Blocksberg 1055.
Blondel Maurice 1071.
Blum, Bischof 73, 349.
— Hans 804, 1115, 1156.
Blume Clemens 853.
Blumenthal 1176.
Bluntschli 86, 402, 448, 726, 1115.
Boccardo 695.
Bocchidi Cattaro 253.
Bochara 374.
Bocher Ed. 549.
„Bocholter Volksblatt" 937.
Bochum 24, 647, 649, 662, 904, 1044.
Bock, Bürgermeister 847.
Böckel 639, 953.
Bockelmann 958.
Böcklin Arnold 403, 573, 656, 727, 1069, 1095.
Bocskay Stephan 1065.
Bode Leopold 507.
Bodelschwingh v. 1047.
Bodenreform 279 ff.
Bodensee 583, 1124.
Bodenstedt 256, 257.
Bodyke 570.
Boeheim Wendelin 892.
Boese Johs. 1117.
„Bohème" 867, 1069.
Bohemund 1084.
Böhlau Helena 1058.
Böhm Edgar 785.
Böhm J. 651.
— v. Bawerk 965, 1154.
Böhme Franz M. 86.
— Jakob 1009.
Böhmen 15, 30, 35, 36, 37, 64, 67, 104, 180 ff., 200 f., 232, 263, 300, 301, 302, 305, 337, 338, 339, 347, 349, 406, 407, 448, 452, 455, 485, 487 f., 507, 539, 565, 566, 615, 616, 661, 663 f., 703, 727 f., 776 f., 781 f., 820, 822, 861 f., 864, 865, 889, 890, 891, 895, 908, 910, 965, 1013, 1018, 1058, 1060, 1066, 1067, 1075, 1119, 1120, 1161, 1162, 1165, 1166, 1167.
Böhmer 28.
Böhmerwald 406, 890, 892, 1019, 1125, 1165,
Böhmische Brüder (siehe auch Huß) 1110.
Böhmisch-Leipa 1167.
Bohnstedt 323, 859.
Bois L. 919.
Boisdeffre 1093, 1094.
Boito 327.
Bol 813.
Bolivia 197, 245.
Bollandisten 448, 1052.
Bollmann 542.
Bologna 45, 598, 622, 681.
Bölschew 816.
Boltz Johanna 941.
Boltzmann 890 f.
Bonald, Vicomte de 275.
Bonapartisten 61, 62, 147, 187, 234, 465, 512, 593, 599.
Bondereff Timotheus 833.
Bondi 915.
Bonenkamp 320.
Bonghi 555, 621, 730 f., 748, 918.
Bonifatius, hl. 29, 58 f., 909 f.
— VIII. 612.
— -Verein 647.
Bonitz 863.
Bonn 27, 32, 85, 132, 265, 392, 402, 438, 566, 602, 755, 761, 774, 775, 905, 906, 955, 1019.
Bonn Franz 229.
Bonnemain 745.
Bonomelli, Bischof 681, 1051.
— Kardinal 681.
Bontoux 292, 303, 320.
Booth, Miß Kate 372, 419.
Booth W. 290 f., 573, 735.
Bordeaux 42, 292.
Borghese (Haus) 749, 775.
Borinage 519.
Borinski K. 506.
Boris von Bulgarien 925, 980, 1021, 1027.
Borki 925.
Bormann Edwin 908.
— Walter 401.
Börne 816, 817.
Bornemann, Professor 755.
Borneo 290, 317 f.
Bornhak 1007.
Borseul 982.
Bosnien 2, 4, 5, 7, 8, 10, 11, 13, 14, 15, 35, 36, 52, 90, 91, 93 ff., 96, 97, 98—102, 105, 111, 155, 162, 176, 179, 182, 183, 200, 253, 296, 298, 300, 325, 326, 336, 339, 405, 451, 456, 460, 486, 517, 536, 539, 567, 581, 667, 699, 701, 729, 797, 833, 864, 887, 1043, 1017, 1164.
Bosnisch-Brod 456.
„Bosnische Post" 970.
Bosporus 5 f., 14, 81, 106, 134, 190, 205, 297, 532, 700, 783, 832.
Bosse, Geheimer Rat 560, 790, 903, 953, 1044, 1080.
Bossuet 174.
Boston 88, 197, 416, 1067, 1090, 1173.
Botanik 958.
Böters 552.
Bötticher, Minister v. 635, 645, 701, 765, 1044.
Boulanger, General 466, 511, 525, 529, 530, 533, 535, 539 f., 541, 543, 546, 551, 580, 589 f., 593, 597, 599, 604, 621, 663, 672 ff., 705, 725, 732, 733, 745, 746, 804.
Boulogne 1169.
Bourbon (Haus) 62, 369, 876.
Bourgeois 973, 1022.
Bourges Erzbischof 62, 148.
Bourget Paul 734, 746, 832, 975, 1112.
Bourke 289, 365.
Bouvier 1051.
Bowitsch 203.
Boxer 1084, 1175.
Boycott, Kapitän 241.
Boyer d'Agen 1126.
Bozen 83, 618, 667, 1017.

Bozzaris 8.
Bracke 217.
Bradlaugh 241, 290, 371.
Braganza 876.
Brahm Otto 835, 1114.
Brahmanen 879, 930, 1097, 1179.
Brahms Johannes 34, 178, 274, 359, 403, 864, 912, 1066, 1160, 1166.
Braila 51.
Braischle 963.
Brandenburg (auch Kurfürst von) 131, 275, 385, 400, 557, 584, 610, 653, 694, 757, 790, 792, 951, 956, 989, 1041, 1139, 1159.
Brandenburger Tor 752, 837.
Brandes Georg 85, 173, 224, 619, 726, 858, 1025.
— Otto 872.
Brandl Alois 447, 1053.
Brandstetter Hans 863.
Brankowitsch 886.
Branting 717.
Brasilien 46, 56, 78, 233, 330, 544, 623, 689, 723, 751, 784, 787, 816, 879, 923, 927, 982, 1002, 1076, 1116.
Bratianu 336, 375, 444, 627, 670.
Braumüller 1151.
Braun C. 1143.
— Prediger 853.
— P. K. 724.
Braune 962.
Bräunlich 1142.
Braunschweig 113, 123, 171, 217, 393 ff., 441, 502, 561, 605, 737, 844, 1109, 1143.
Braunschweig (Anarchist) 520.
Braunschweig-Lüneburg (Dynastie) 442.
„Brautfahrt, Die" 257.
Brazza 367, 417.
Brazzaville 417.
Breart, General 677.
Bredow, Major v. 313.
Bregenzer Ignaz 909.
Brehm 633.
Breitenfeld 276.
Breitkopf & Härtel (Verlag) 178.
Breitner Anton 1019.
Bremen 24, 219, 316, 343, 380, 381, 383, 444, 610, 614, 699, 849, 853, 941, 958, 1159, 1160.
Bremerhaven 990.
Brenek 1167.
Brenk, Pfarrer 25.
Brenner Oskar 653.
— Rich. 432.
Brentano Clem. 85, 141, 1004, 1112.
— Franz 827, 968, 1019.
— Lujo 359, 619, 718, 720, 1055, 1115, 1145.
Brescia Arnold von 327.
Breslau 25, 73, 128, 266, 391, 498, 557, 558, 560, 572, 617, 694, 706, 716, 789, 793, 952, 992 f., 1056, 1058, 1146, 1178.
Brest 1092.
Brestel 180.
Breteuil, Marquis de 585.
Bretonen 975.
Bretschneider 828.
Bretten 1054.
Breuer P. 1178.
Breven (siehe auch Enzykliken und Hirtenbriefe) 923.
Brialmont, General 376.
Briebacher 1164.
Brieger Adolf 449.
Bright John 8.
Brill Ludw. 504.
Brindisi 955.
Brinkmann, Bischof 26, 73, 266, 391, 437, 457.
Brinton D. G. 1090.
Brisson, Präsident 464, 1024, 1036.
Brixen 36, 1163.
Brixlegg 341, 667, 1018, 1167.
Brockhaus 403, 1026 f.
Brody 298, 303.
Broglie, Herzog von 1051.
Bronn H., 775.
Bronsart v. Schellendorf 489, 642.
Brosch Max 327.
Brote Eugen 969.
Brown 874.
— -Gruppe (Inseln) 552.
Brownson 1048.
Brozik 507, 1125.
Bruch Max 1143.
Bruck 585, 661.
Bruck H. 612, 1003.
Brückenbau 980 f., 1023, 1090.
Bruckner Anton 864, 1019, 1066, 1125.
„Brüder Karamasow" von Dostojewski 460.
Brüel, Dr. 842, 1112.
Brügge 239, 420, 572, 911.
Brüggen E., Freiherr v. 447.
Brugier 399.
Brugsch 86, 317.
Brühl, Graf 538.
Brunemann 958.
Brunengo 829.
Brunetière 975, 1050 f., 1110, 1112, 1148.
Brunialti 330.
Brünn 35, 86, 185, 406 f., 566, 783, 913, 1126, 1178.
Brunner Heinrich 1056.
— Sebastian 80, 448, 504, 612, 725, 816.
Bruno Giordano 621, 679 f., 681.
Brunswick, Gräfin Therese 775.
Brusa 829.
Brüsewitz 1001.
Brüssel 46, 47, 86, 143, 150, 239, 284, 362, 384, 445, 518, 519, 571, 572, 573, 626, 673, 685, 706, 707, 736, 737, 745, 785, 786, 835, 922, 978, 1025, 1050, 1073, 1127, 1132, 1171.
Brütt 1117, 1118.
Bryan W. J. 1029.
Buchara 574.
Bücher Karl 174, 1055.
Bucher Lothar 1103.
Buchholz 909.
Buchner, Dr. 380.
Büchner 719, 907, 1154.
Buchwald G. v. 564.
Budai 256.
Budde 1173.
Buddha 146, 321, 815, 874, 879, 911, 919, 929, 930, 961, 1071, 1076, 1084, 1097, 1114, 1153, 1179.
Büdinger Max 865.
Büdner 1108.
Budweis 406, 890, 1014.
Buenos Aires 412.
„Buffalo-Volksfreund" 1049.
Bühler v. 206, 226, 1124.
Bugenhagen 957.
Bugge Sophus 653, 775.
Bukarest 51, 404, 421, 518; 877, 1011, 1028.
Bukowina 36, 201, 861.
Bulgarien 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 36, 40, 49, 51, 52, 56, 86, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 102, 103, 111, 157, 162, 176, 184, 196, 200, 244,

245, 284, 296, 328, 336, 376, 404, 421 f., 457—460, 462, 472—477, 478 bis 483, 488, 510 f., 517, 522, 524, 527, 530, 541—545, 546, 547, 549 f., 576 f., 581, 583, 585, 589, 592, 594, 600, 626, 627, 640, 666, 667, 668, 669, 670, 682, 683, 699, 700, 701, 704, 728, 729, 737, 738, 759, 771, 779 f., 783, 813, 833, 860, 875, 876, 887, 925, 979, 980, 981, 1005, 1027, 1028, 1074, 1075, 1100, 1120, 1133.
Bullers, General 461, 1136.
Bulthaupt 958.
Bülow Bernh. v. 22, 70, 93, 361, 838, 907, 1041, 1083 f., 1093, 1098 f., 1107, 1137, 1146, 1176.
— Hans v. 507, 565, 792 f.
Buluwayo 872.
Bündnisse (siehe auch Drei- und Zweibund) 1, 28, 36, 37, 40, 43, 48, 60, 42, 72, 93, 106, 111, 146, 149, 150, 153, 156, 158, 164, 172, 182, 185, 196, 200, 205, 206, 237, 240, 244, 251 f., 254, 283, 285 f., 300, 306, 309, 311, 324 bis 328, 336, 341, 343, 355, 367, 372, 376, 379, 395 f., 397, 403 ff., 411 f., 421, 441, 444, 446, 452, 467, 471, 478, 479, 480, 481, 482, 483 f., 490, 505,
„Bundschuh" von Reiter 1067.
Bungert August 671, 1043, 1058, 1118.
Bunsen 39, 178, 1110, 1144.
Buol, Freih. v. 842, 936, 989.
Buquoy, Graf 889.
517, 523 f., 526, 527, 533, 540, 548, 550, 554, 555, 565, 577—584, 585, 586, 590 f., 595 f., 597, 601, 603 f., 605, 612, 616, 627, 630, 639 f., 642, 644, 645, 653, 656 f., 665 f., 669, 671, 678, 680, 682, 686, 699, 701, 704, 710, 728, 732, 738, 741, 747, 748, 749, 750, 756, 759, 766, 778, 779, 780, 781, 797, 808 f., 820, 823, 826, 832, 837, 838, 840, 845, 860, 867, 868, 869 f., 887, 901, 915, 917, 918, 924, 960, 974, 982, 985, 993 f., 997 f., 1023 f., 1026, 1031, 1034, 1035, 1037, 1040, 1051, 1061, 1062, 1063, 1065, 1072, 1075, 1092, 1096 f., 1103, 1107, 1112, 1121, 1128 f., 1137, 1142, 1162, 1172, 1174.
Burckhardt Jakob 1116.
— Max 783, 970, 1067.
Burenvolk 55, 239 f., 242, 243, 282, 381, 415, 461, 552, 575, 977, 982, 983 ff., 989, 1072, 1131, 1134 ff., 1137, 1171, 1173.
Burg (Schloß a. d. Wupper) 814.
— in Wien 970, 1068.
Bürger W. 1159.
Bürgerkriege (siehe auch Aufstände) 47, 98 f., 316, 328, 430, 440, 471, 570, 636, 685, 758, 759, 787, 873, 879, 927, 943, 982, 1076, 1174.
Burgers, Präsident 55.
Burgos 1171.
Burgtheater (Wien) 37, 257, 305, 617, 783, 910, 970, 1018, 1019, 1065, 1067, 1166.
Burgund 46.
Bürkel L. v. 273.
Bürkli 874 f.
Burne Jones 291.
Burns 1138.
Burton Isabel 874.
— Sir Richard 874.
Burzelotti 413.
Busch Moritz 132, 138, 397, 402, 405 f., 601, 700, 1102, 1103, 1115.
Bussang 1071.
Busse 1006.
Bussy Percy de 1155.
Bute, Marquis de 739.
Butlerow 84.
Buttenstedt 1118.
Bylandt, Graf 455.
Byr R. 203.
Byron, Lord 1138.
„Byzantinische Zeitschrift" 858.
Byzantinismus 766, 1083.
Byzanz 2, 18, 54, 176, 275, 309, 374, 410, 473, 627, 929, 1028, 1113, 1179.

C.

Cabbala 359.
Cagliari 334.
Cahensly 1048 f.
Cahors 247.
Caicedo Torres 256.
Calderini G. 1010.
Calderon de la Barca 255, 275, 283, 449, 651, 1018, 1125.
„Caligula" 908.
Calvin 885.
Calwe 911.
Cambridge, Herzog von 41, 395, 922.
Camoens 242.
Camorra 1168.
Campagna 334, 412.
Campanella 909.
Campbell A. 511.
— Bannerman 921, 976, 1135.
Camphausen 70, 105.
Campo Santo 338.
Campos Mart. 874, 923.
Candid Peter 505.
Canisius, hl. Petrus (auch Canisiusbulle) 1048, 1068, 1069, 1112.
Cannae 723.
Cannosa 1124.
Canossa 44, 45, 74, 82, 124, 164, 166, 210, 212, 265, 308 f., 495, 770, 798, 1008, 1103.
Canova 730.
Canovas 283, 1073.
Canrobert 142.
Canterbury, Erzbischof von 552, 616, 687, 977.
Cantor Mor. 1116.
Cantu Cesare 829, 916, 972.
Caobha 1116.
Cap Martin 974.
Caprera 191, 324.
Capretti 60.
Capri 838.
Caprivi, General v. 342, 385, 696, 698 f., 703, 707, 709, 710 f., 715, 728, 756 f., 758, 760, 762, 766 ff., 769, 781, 787, 788, 789, 790, 793, 795 f., 798 f., 800, 807 ff., 811, 836, 837, 839 f., 842, 846, 847, 850, 860, 894, 898 f., 902, 993, 994, 998, 1031, 1052, 1139, 1179.
Cardauns 1004, 1016.
Carducci 251, 327, 960, 1111, 1127, 1168.
Carlos I., König von Portugal 688.
Carlos, Don (siehe Karlisten) 447, 865.

Carlyle 186, 282 f., 329, 813, 978, 1138.
„Carmen", Oper 320.
Carmen Sylva, Königin von Rumänien 671.
Carnavon, Lord 686.
Carnegie (Eisenwerke) 835.
Carnot, sen. 678.
— Präsident 530, 551, 580, 590, 626, 672, 675, 676, 677, 683, 740 f., 830, 868, 870, 872, 902, 915, 917.
Carnuntum 456, 618, 775, 783.
Carp Peter 627, 671.
Carpi 60.
— Leone 469.
Carrano Fr. 469.
Carrara 914, 915.
Carriere Moriz 619, 774.
Carrol 1173.
Carstens Asmus 403.
Carus J. V. 922.
— Dr. P. 1076, 1114.
Casa Bartholdy 565.
Cäsar Julius 151, 962.
Caselli 48.
Caserio 917.
Cassagnac 147, 590, 1092.
Castelar 149, 363, 371, 520, 736.
Catilina 185.
Cattaro 161, 298.
Cauer Hugo 1059.
Cavaignac Godefroy 746, 1093, 1094.
„Cavalleria Rusticana", Oper 867.
Cavalotti 971.
Cavendish, Lord 289, 365.
Cavite 1088.
Cavour 413, 540, 555, 729, 1022, 1102.
Cayor 367.
Cazapinovic 35.
Cazy 571.
Cech, Pfarrer 488.
Celli 971.
Cernawoda 980 f.
Cerri C. 203.
Cervera 1088.
Cetewayo 186.
Cettinje 7, 672, 877.
Ceylon 289.
Chadwik John W. 836.
Chaldäa 982, 1027.
Challans 293 f.
Chalons 1023.
Chamberlain 625, 784, 873, 976, 977, 984, 986, 1072, 1095 ff., 1135, 1136, 1137, 1153.
Chambord, Graf (Heinrich V.) 57, 61, 187, 294, 369, 374 f.
Chamisso Ad. 804.
Chanzy, General 512, 633.
Charcot, Professor 872.
Charetti, General de 57.
Charkow 192.
Charlemont Theodor 1017.
Charleroi 518, 519, 572.
Charlottenburg 587, 1146, 1160.
Charonne 248.
Chartered-Company 977, 983, 985, 988.
Chartres 147 f.
Chartum 413 f., 425, 461, 467.
Chemie (Chemiker) 514, 895, 975.
Chemnitz 354, 1159, 1160.
Cherbourg 235, 1023.
Chester 279.
Chevreul M. E. 514.
Chiala L. 1022.
Chiavacci 827.
Chicago 520, 521, 568, 575, 739, 787, 835, 836, 859, 879, 880, 926, 961, 1003, 1073, 1173.
Chile 197, 245, 377, 758, 787, 927, 1029.
Chili 286.
China 66, 133, 146, 150, 244, 245, 279, 292, 328, 330, 365, 368, 416, 417, 422, 463 f., 468, 471, 499, 511, 513 f., 515, 521, 552, 553, 566, 625, 650, 736, 739, 767, 786, 787, 814, 835, 921, 926, 927, 929, 930 f., 941, 960, 973, 976 f., 982, 1000, 1026, 1038, 1039 f., 1069, 1075, 1077, 1084 ff., 1089, 1096, 1098 f., 1100, 1116, 1132, 1149, 1161, 1167, 1174 f.
Chislehurst 147.
Chiwa 374.
Chlodwig (Merowinger) 1023.
Chokand, Chanat 39.
Cholera 352, 397, 412, 448, 449, 469, 819, 876, 1056.
Cholmogory 103.
Chopin 556.
Christensen Jeremias 1160.
Christenverfolgungen 1174.
„Christian Register" 504.
Christiania 421, 714, 770, 1025.
Christlichsozial 71, 114, 130 f., 166, 167, 168, 183, 184, 223 ff., 267 f., 269, 341, 354, 359, 559, 597, 607, 612, 634, 635, 644, 658 ff., 663, 668, 729, 822, 823, 825 f., 856, 861, 881 ff., 911, 933, 952, 953, 959, 966 f., 970, 999 f., 1001 f., 1003, 1013 f., 1059 f., 1101, 1113, 1121, 1161, 1162.
Christlieb, Professor 438.
Christomanos, Dr. 1164.
„Christus im Olymp" 1059, 1118.
Christus, Jesus 29, 41, 45, 76, 77, 123, 129, 131, 137, 272, 273, 306, 318, 329, 359, 454, 565, 573, 606, 619, 634, 635, 656, 681, 725, 736, 746, 772, 782, 793, 806, 807, 814, 818, 829, 834, 855, 884, 912, 913, 929, 958, 959, 975, 978, 1017, 1021, 1040, 1051, 1071, 1073, 1074, 1076, 1077, 1079 ff., 1083, 1084, 1109, 1110, 1111, 1122, 1143, 1149, 1151, 1156, 1158, 1167, 1168, 1171, 1174, 1175, 1177, 1179.
„Christus" von Liszt 178.
Christus-Orden 435.
Chrobry Boleslaw 349.
Chun 1085.
Chur 284, 911.
Church R. W. 785.
Churchill 510, 517, 571.
Cichorius K. 1010.
Cid 1042.
Cilli 890, 963, 964, 965, 1060.
Cipriani 516.
Circe 919.
Cividale 1168.
„Claims" 1096.
Clairvaux Bernh. v. 608.
Clam Gr. Rich. 663.
Clam-Martinitz 341.
Clare 570, 571.
Clarus L. 1007.
Clary, Graf 1163.
Claudius Matthias 644.
Claus v. d. Decken Karl 962.
Clausewitz 642.
Claver, hl. Petrus 622 f.
Clemenceau 293.
Clemens, hl., von Rom 960.
— XIV. 515.
Clermont-Ferrand 541, 975.
Cleveland 422, 471, 520 f., 575, 628, 878, 879, 981, 1023, 1028, 1089.

Coch G. Th., Dr. 826.
Cochinchina 249.
Cohn Th., Dr. 822.
Colleoni 972.
Coloma Luis 978, 1052, 1089.
Colomb J. 735.
Colonne 236.
Columbien (Columbia) 471, 1076.
Columbus 812, 829, 834 f.
Commenda 505.
Commer Klara 1089.
Como 1127, 1168.
Comte 176, 919.
Condon 735.
Coney-Island 472.
Connaught, Herzog von 847.
Conrad, Minister v. 408, 560, 1178.
Conscience Henrik 372.
Conseilhero Antonio 1076.
Constans 869.
„Contemporary Review" 686, 864.
Conze 233, 1118.
Cooke van Cashel 365.
Coppée 746, 832, 1112.
Corelli Marie 978.
Cork 279, 290, 570.
„Cork-Herald" 624.
Corneille 294.
Cornelius H. 1112.
— Peter 83, 141, 507, 565, 774.
Corpus Papyrorum Raineri 892.
Corresco-Bai 380.
Corrigon, Erzbischof 982.
Cortes (Parlament in Spanien) 149, 1087, 1171.
Corti 93.
Corvin-Krukowski (siehe Kowalewski).
Cöslin 354.
Costa 87.
Costarica 1076.
Costo P. 1168.
Coßmann R. N. 1116, 1154.
Cotta (Verlag) 177, 620, 724, 727, 908.
Coudenhove, Graf 1060.
Courbet 149, 464.
Courcel 383, 434.
Crane Walter 389 f.
Creighton, Dr. 1072.
Creisau 760.
Creizenach 85, 140.
Cremer 74 f., 166.
Cremieux 149, 224.
Cremona 681, 1052.
Crispi 72, 324 ff., 532, 547, 554 f., 579, 587, 590 f., 600, 622, 639, 640, 678, 679, 682 f., 704, 715, 730, 745, 746, 747 f., 749, 828, 866 f., 883, 915, 971 f., 1020, 1149.
Crivoseie 253.
Crnojewitsch Ivan 877.
Croizette Sophie 190.
Croko, Erzbischof 784.
Cromwell 571.
Cronemeyer, Professor 853.
Crookes 84, 176.
Cruciger 957.
Crüwell 1131.
Csanad 1065.
Csary 664.
Cserhalmi Irene v. 1066.
Csernatony 728.
Cuba 419.
Culm 124, 266.
Cumberland, Herzog von 113, 123, 150, 171, 393 ff., 441 f., 605, 697, 792.
Comming W. G. 784.
Curash 570.
Curci 59 f., 143, 251, 413.
Curtius 275, 912.
Custozza 191, 967.
Cutrera 916.
Cuypers 284.
„Cyrano von Bergerac" 1095.
Cyrill, hl. 300, 407, 448, 456, 457, 877, 1163.
Czartoryski, Fürst 559.
Czegled 64.
Czernowitz 568, 969.
Czörnig 567.

D.

Dacota 521.
Daens, Pfarrer 1025, 1171.
Daghestan 374.
Daguerre 678.
Dahlmann 446.
Dahn Felix 33, 358, 402, 506, 652, 726 f., 893, 909, 1113, 1157, 1177.
— Therese 402.
Dahomey (= Dahome = Dahomei) 470, 733, 871, 906.
„Daily Chronicle" 1072.
„Daily News" 186, 384 f., 511, 624, 1072.
„Daily Telegraph" 625, 711.
Daller, Abgeordneter 648.
Dalmatien 52, 67, 96 f., 99, 101, 104, 105, 162, 253, 296, 298, 300, 304, 327, 337, 406, 452, 565, 566, 614, 699, 823, 861, 1124, 1163.
Dalou Jules 1170 f.
Damaskus 1082.
Dampfschiffahrt (siehe unter Schiffahrt) 667.
„Damokles, Schwert des" 680, 709.
Dänemark 21, 30, 47, 68, 87, 113, 115, 150, 154, 155, 172, 173, 192, 200, 224, 231, 233, 257, 328, 355, 367, 373, 384, 393, 420, 421, 439, 441, 445, 465, 470, 477, 498, 525, 589, 598, 626, 685, 694, 695, 714, 736, 737, 741, 806, 835, 837, 875, 876, 907, 990, 1075, 1101, 1106, 1107 f., 1128, 1132, 1152.
„Daniele Cortis" 469.
Danielli Jean Marie 920.
Danilo von Montenegro 1173.
Dankwarderode 656.
Dante Alighieri 83, 142, 275, 291, 874, 1017 f., 1051, 1052, 1053, 1114.
Danton 568, 597.
Danzenberg 953.
Danzig 213, 254, 269, 386, 603, 701, 753, 898.
Dardanellen (siehe auch Bosporus) 5 f., 56, 89, 90, 91, 106, 205, 460, 532, 546.
Dar-es-Salam 434, 723.
Dareste P. 1122.
Darien 1076.
Darmstadt 445, 654, 994, 1003, 1038.
Dartford 510.
Darwin (Darwinismus) 34, 84, 137, 139, 140, 269, 273, 282, 291, 320, 521, 564, 572, 652, 831, 855, 856, 857, 907, 922, 934, 1011, 1056, 1154, 1157, 1158, 1180.
„Das heilige Lachen" von Wildenbruch 814.
Daudet 733, 746, 891.
Daun, Feldherr 617.
Davé 270 f.
David (König) 1081.
— Franz 828.
Davis Jefferson 197, 322.
Davitt 289, 784.
Day 1088.
D'Azeglio 515.
Deak 35, 100, 352, 566, 568, 619, 826.

Debreczin 336, 888.
Decazeville 513.
Dechamps, Kardinal-Erzbischof 237 f.
Dechanel Emil 294.
Decken, von der 317, 443 f.
Deckert, Pfarrer 964, 1016.
Decurtins 608, 805.
Degajew 411.
Deggendorf 163.
Dehmel Richard 816, 1058, 1113.
Dehn Paul 355, 448, 786, 787, 826.
Deines, Oberstleutnant 778.
Deinhard L. 961.
Deiters, Professor 1067.
Delafosse 463 f.
Delagoa-Bai 242, 283, 736, 982, 988.
Delattre 514.
Delaware 739.
Delbrück Hans v. 22, 209, 393, 503, 602, 633, 650, 658, 750, 830 f., 950, 1044, 1054, 1107 f., 1145, 1146.
Delcassé 1091 f.
Delitzsch Franz 1076.
— Friedrich 275, 620.
Delphi 231, 920, 926, 978.
Delug Alois 656.
Demel 778.
Demetrius 374.
Demolins Edm. 1070.
Denfil Tepe 279.
Denhardt 499.
Denifle 449.
Denis 203, 321, 620.
Denkmäler (Büsten) 34, 37, 45, 82, 83, 150, 178, 179, 192, 203, 205, 230, 275, 276, 305, 306, 338, 340, 350, 351, 353 f., 360, 361, 367, 375, 376, 377, 388, 390, 401, 403, 410, 413, 416, 419, 420, 423, 431, 450, 457, 472, 485, 487, 507, 512, 516, 521, 563, 566, 568, 572, 573, 606, 609, 617, 640, 643, 646, 650, 655, 656, 667, 670, 675, 679, 681, 699, 723, 727, 730, 737, 739, 741, 744, 745, 776, 782, 783, 785, 813, 820, 821, 828, 829, 835, 849, 859, 862, 863, 866, 879, 892 f., 895, 900, 912, 920, 923, 926, 947, 950, 955, 957, 970, 971, 972, 975, 990, 992, 1008 f., 1010, 1017 f., 1024, 1028, 1029, 1035, 1042, 1044 f., 1046, 1055, 1058 f., 1065, 1068, 1069, 1071, 1073, 1076, 1104, 1113, 1117 f., 1121, 1125, 1130, 1138, 1140, 1154, 1159 f., 1166 f., 1168, 1171, 1172 f.
Dennert Max 1160.
Dennewitz 792.
Denninghoff B. 1090.
Dentler 132.
Depretis 45, 46, 237, 468, 515, 590.
Derby, Lord 5, 8 f., 40, 54, 55, 414 f., 461.
Dermatologie 446.
Deroffi C. 120.
Déroulèdes 293, 512, 535 f., 546, 744, 745, 1169.
Descartes 1150.
Desmarets 747.
Despotovic 52.
De Seze 733.
Dessoir 962.
Detmold 1106.
Detter 1171.
Detzel Heinrich 1052.
Deubler Konrad 505.
Deussen Paul 961, 1056, 1153.
„Deutsche Gedichte aus Österreich" von Ad. Trabert 668.
„Deutsche Kirchenzeitung" 611, 646, 1000.
„Deutsche Literaturzeitung" 805 f.
„Deutsche Revue" 403, 408.
„Deutsche Rundschau" 601.
„Deutsche Volkszeitung" 1139.
„Deutsche Zeitung" 305, 1002.
Deutscher Bund (siehe Deutschland).
„Deutscher Hausschatz" 78.
Deutscher Orden 991.
„Deutscher Reichsanzeiger" 576, 577, 588.
„Deutsches Reichsblatt" 592.
„Deutsches Tageblatt" 268, 757.
Deutsches Volkstheater in Wien 1125.
„Deutschevangelische Blätter" 558.
Deutschland (Deutscher Bund, auch Deutschtum in Österreich) 1, 2, 3 ff., 6, 13, 14, 18—34, 35 f., 37, 39, 40, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 58 f., 60, 63, 65, 67, 68—86, 87, 91, 93, 94, 95, 99, 101, 104—141, 142, 143, 144, 147, 150, 151—179, 180, 182, 183, 184, 188 f., 190, 192, 193, 195, 196, 197, 199—233, 237, 239, 240, 244, 246, 247, 248, 249, 250, 251 ff., 255, 256, 257—276, 278, 281, 282 f., 285, 286, 287, 288, 293, 294, 295, 297, 298, 299 f., 301, 302, 304 f., 306—323, 324—328, 329, 330, 331 bis 335, 336, 337, 339, 341—362, 364 f., 367, 368 ff., 371, 379—403, 404 f., 406, 407, 408, 409, 411, 412, 413, 414 f., 416, 418 f., 420, 421, 422, 423 bis 451, 452, 453, 454, 455 f., 460, 465, 468, 469, 470, 471, 473, 476, 478, 479, 480, 481, 482 ff., 485, 487 f., 488—508, 510, 512, 516 f., 518, 520, 521, 522—538, 539, 540, 542, 543, 544, 545, 546, 547 ff., 550 f., 552 f., 554, 556, 557—565, 568, 572, 573, 574, 575, 577—614, 615, 616, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 625, 626, 627, 628, 629—632, 633 bis 665, 667, 668, 671, 677, 678, 679, 680, 682 f., 684 f., 686, 688, 689, 690—727, 728, 729, 730, 731, 732, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 742, 743, 744 f., 748 f., 751—776, 777, 778, 779, 781, 782, 783, 786, 787, 788—820, 821, 822, 824, 829, 830, 831, 832, 834, 835, 636—860, 863, 864, 866, 867, 870, 872, 875, 876, 877, 879, 882, 888, 889, 890 f., 892, 893 bis 913, 916, 917 f., 922, 923, 924, 926, 927, 928, 931—962, 963, 965, 967, 968, 972, 973, 974, 977, 978, 979, 981, 982, 983 ff., 986, 987—1011, 1013, 1014, 1016, 1017 f., 1021, 1032, 1023, 1024, 1025, 1026, 1028, 1029, 1031, 1022, 1033, 1034 ff., 1037 bis 1059, 1060 ff., 1063 ff., 1066, 1068, 1069, 1070, 1071, 1072, 1073, 1074, 1075, 1076, 1077, 1078

bis 1084, 1085, 1086, 1088, 1089 f., 1091, 1092, 1093, 1095, 1096, 1097, 1098—1118, 1119 f., 1121, 1122, 1123, 1124, 1126, 1127, 1128, 1129, 1130, 1132, 1133 f., 1136, 1137, 1138—1161, 1162, 1163, 1164, 1165, 1167, 1169, 1170, 1171, 1172, 1173, 1176 ff., 1179.
„Deutschland, Deutschland über alles!" 271, 354, 713.
Deutschnational 662, 666.
Deutsch-Ostafrika 962, 1139.
Deutschösterr. Schriftstellergenossenschaft 1166.
Devonshire, Herzog von 571, 976.
Devrient Otto 232, 561, 562, 655, 959, 1110.
Dewey 1088.
Diabekr 1028.
Diakovar 300, 487, 614.
Diderot 419.
Didon P. 418 f., 746.
Dieden 842.
Diefenbach 618.
„Die Flandrer am Alt" 408.
Diel, S. J. 85, 141.
Diels H. 926.
Diemand Ant. 909.
Diepenbrock Melch. v. 275.
Dietrichswalde 76.
Dietz 446.
Diez Friedrich 294.
Dignon 419.
Dilke 735, 736, 1097.
Dillon 289, 570, 624, 673, 674, 735, 1071.
Dimitrijewitz 530.
Dinder Julius, Bischof 497, 498, 559.
Dingelstedt 169, 257.
Dinizulu, König 384, 554.
Diokletian 77, 390.
Dionysios 231.
Dipauli, Baron 825, 964.
Diplomatie 237, 238, 249, 250, 255, 289, 313, 328, 331—335, 338, 383, 385, 386, 387, 396, 415, 425, 429, 432, 434 f., 442, 443, 446, 468, 471, 475, 476, 479, 481, 484, 488 ff., 499, 501, 513 f., 515, 518, 521, 527, 528 f., 531, 533, 536, 554, 556, 565, 566 f., 580, 583, 611, 621, 628, 633, 640, 675, 681, 682, 683, 685, 688, 692, 703, 704, 711, 731, 732, 733, 735, 738, 741, 759, 771, 772, 783, 785, 786, 787, 795, 796, 798, 799 f., 808, 821, 839, 855, 858, 860, 868, 870, 884, 907, 917 f., 968, 970, 978, 979, 980, 983, 984, 994 ff., 998, 1000, 1003, 1005, 1020, 1031, 1032, 1033 f., 1038, 1040, 1062, 1074, 1084, 1085, 1092, 1096, 1102, 1125, 1129, 1131 ff., 1134, 1138, 1144, 1147, 1161, 1169, 1172.
Disraeli (dann Beaconsfield) 14, 15, 16, 40, 41, 54 f., 225, 242, 272, 282, 427, 462, 510, 834, 955.
Ditfurt 322, 904.
Dniepr 579.
Dobrowsky 37.
Dobrudscha 90, 96, 97, 102, 244, 980, 981, 1028.
Doda Trajan 566.
Dodel-Port Arnold 505.
Doflein K. 957.
Dogmatik (Dogma von der Unbefleckten Empfängnis Mariä und der Unfehlbarkeit des Papstes) 45, 144 f., 173, 227, 319, 537, 601, 619, 652, 722, 828, 834, 835, 836, 886, 899, 904 f., 914, 922, 959, 1021, 1051, 1052, 1084, 1116, 1140 f., 1147, 1148.
Dohme Robert 507.
„Doktor Klaus" von L'Arronge 178.
Dolgoruki, Fürstin 244, 277.
Dolgorukow 195, 475, 476.
Döllinger 29, 85, 168, 275, 350, 449, 619, 648, 720, 724, 813, 828, 1005, 1021, 1115.
Dolores 286.
Domanig Karl 668, 724, 1017, 1018, 1112, 1125, 1149.
Domaszewski A. v. 1010.
Dombau (Kirchenbau) 178 f., 183, 184, 214 ff., 229, 233, 266, 323, 325, 403, 556, 561, 589, 610, 722, 737, 756, 776, 782, 806, 810, 813, 818, 852, 903, 905, 926, 955, 957, 978, 1045, 1059, 1079 ff., 1090, 1098, 1108, 1109, 1118, 1125, 1144, 1159, 1166.
Dominikaner-Orden 418 f., 516, 770, 813, 830, 1051, 1071, 1111, 1155.
Domokos 1033.
Don 38, 196, 652.
Donau (auch Donauländer, Donaudampfschiffahrt) 19, 34, 36, 50, 52, 56, 66, 91, 92, 97, 154, 157, 161, 184, 185, 194, 200, 253, 255, 284, 321, 336, 354, 409, 474, 510, 562, 564, 565, 583, 652, 656 f., 667, 728, 732, 738, 832, 861, 895, 925, 968, 980 f., 1013, 1014, 1019, 1164.
Donauwörth 78, 1114.
Donchery 618.
Dondukoff 196.
Done 459.
Dongali 554.
Dongdang 463.
Dongola 377, 462, 985, 1022.
Dönhoff, Graf 907,
Donizetti 1069, 1125.
„Donna Diana", Oper 970.
Donndorf 970, 1117, 1167.
Donnell D. J. 1110.
Donnet, Kardinal 42.
Dönniges Helene v. 173, 174.
— Wilhelm v. 174.
Döring, Professor 934.
Dormitio der heiligen Jungfrau 1081, 1082 f.
Dorn Alexander 410.
— Heinrich 78.
Dornon Silvain 745.
„Dornröschen" 958.
Dorpat 375, 516, 671, 737, 833, 876, 924, 979.
Dörpfeld W. 1075, 1157 f.
Dorsten 557.
Dortmund 853, 906, 1002, 1047, 1140.
Dory (Bürgermeister) 847.
Dostojewsky 375, 460, 858, 1130.
Douglas, Graf 607, 712.
Doutreloux 572.
Dove Alfred 447 f., 775, 1154.
Dover 1073.
Dowe H. 860.
Drachenstich 814.
Dragomanow 196.
Dragomanpaß 459.
Drais Karl v. 859.
Dramatik (s. auch Theater) 23, 31 f., 139, 255, 257, 357 f., 401, 409, 562, 569,

618 f., 620, 652, 654 f., 668, 672, 719, 730, 743, 773, 774, 814, 816, 827, 832, 858, 864 f., 866, 908, 910, 916, 919, 922, 841, 944, 958 f., 1005, 1006, 1007 f., 1010, 1018, 1029, 1057, 1067, 1074, 1095, 1112, 1113, 1114, 1124, 1138, 1150, 1151, 1156, 1158, 1165, 1166, 1168.
Drammor 922.
Drasche, Dr. 440.
Drau 325.
„Drei Reiherfedern" von Sudermann 1157.
Dreibund (Deutschland, Österreich und Italien) 106, 111, 151, 153, 246, 287, 301, 304, 316, 395 f., 479, 484, 531 ff., 534, 548, 549, 579, 604, 639 f., 641, 643, 665 f., 677, 678, 680, 682, 683, 686, 701, 711, 714, 730, 731, 732, 735, 744, 747, 748, 749, 750, 753 f., 755, 756, 761, 762, 769, 771, 777 f., 779, 780 f., 804, 809, 812, 820, 821, 822, 828 f., 832, 937, 842, 845, 855, 860, 866, 869, 876, 887, 888, 889, 890, 915, 917, 918, 924, 943, 954, 964, 984, 994, 995, 997, 998, 1013, 1021, 1026, 1034, 1037 f., 1041, 1062 f., 1107, 1120, 1121, 1161.
Dreifaltigkeit, heilige, und Dreifaltigkeitskirche 1084, 1090.
Dreisesselberg 910.
„Dreizehnlinden" von Fr. W. Weber 175, 233, 401, 449, 504, 816, 858, 908, 958, 1005.
Dresden 30, 68, 133, 139, 168, 178, 276, 313, 322, 354, 359, 360, 450, 565, 618, 620, 643, 650, 794, 813, 818, 854, 959, 969, 1056, 1058, 1059, 1067, 1117 f., 1158, 1159, 1160.
Drews A. 857.
Dreyer Otto 619, 910.
Dreyfus, Abgeordneter 734.
— (Prozeß) 917, 1070, 1091, 1092 ff., 1169 f.
Driant 621.
Drina 300.
Drischellegspiele 814.
Drischler 1117.
Drobe, Bischof 312.
Drobisch 1006 f.
Droste-Hülshoff, Annette Freiin v. 175, 564, 1009, 1059.
— -Vischering Auguste, Gräfin 27.
Droysen 774, 1155.
Droz Numa 1078.
Druckereien (auch Verlag) 242, 256, 281, 373, 411, 620.
Druelli 419.
Drumont Eduard 413.
Drusen 1028.
Dryander 955.
Dschellallabad 146.
Dualismus (Österreich-Ungarn) 4, 35, 66—68, 97 f., 180, 183, 200, 399, 538, 567, 614, 778, 822, 944, 1119, 1162.
Dublin 242, 279, 280, 289, 290, 365, 366, 412, 416, 463, 569, 571, 624, 833, 873, 1071.
Duboc Julius 815.
Dubois Paul 1024.
— -Reymond 176, 203, 321 f.
Dubrojulow 195.
Du Camp Maxime 294.
Duclere 293.
Dudley Lucilla 471.
Duellwesen 303, 340, 360, 398, 543, 599, 751, 883, 959, 968, 999, 1000, 1003, 1014, 1017, 1041, 1052, 1061, 1066, 1067, 1068.
Dufferin, Lord 363.
Dufour, General 420.
Duhr Aug. 1006.
— B. 825.
Dühring Eugen 84, 724, 961.
Duisberg 1117.
Duisburg 651, 951.
Dulcigno 53, 244, 245.
Dulk Albr. 23.
Dumas Alex. 466, 733, 1113.
— Gabriel 463.
Dumba, Abgeordneter 663.
Dumdum-Geschosse 1098.
Dümmler 1155.
Dumont, Bischof 238.
Dumreicher, Freiherr v. 175.
Dun 514.
Duna Szerdahely 566.
Dünaburg 876.
Dunajewski 201, 336, 451 f.
Duncker (Verlag) 321.
Dunstan, hl. 834.
Düntzer 85.
Dupanloup 41, 44, 62, 834.
Dupre G. 829.
Dupuy, Ministerpräsident 869, 870.
Durand P. 975.
Dürer Albrecht 402 f., 724, 911, 1003, 1067, 1158.
Düringer 1010.
Durm Josef 1118, 1178.
Duroy 1169.
Dürrwächter A. 1149.
Duschan 7.
Duse Eleonora 827.
Düsseldorf 347 f., 303, 564, 753, 760, 761, 813, 859, 1059, 1146, 1159.
Duval 568.
Dux 865, 891.
Dwinsk (siehe Dünaburg).

E.

Eagan 1173.
Ebe Gustav 1008.
Ebenhoch, Dr. Alfred 1052, 1064.
Ebental 542.
Eberhard, Bischof 25, 73 f.
— im Barte 276.
Eberle Syr. 1009.
Eberlein G. 1008, 1103, 1160.
Ebernburg 656.
Ebers Georg 34, 140, 926, 941, 1066, 1113.
Ebert Karl Egon v. 203, 305.
Ebner-Eschenbach Marie v. 618, 827, 1165.
— — Moritz v. 1165.
Eck 942.
Eckel Franz 863.
„Edda" (nordischer Sagenkreis) 230, 652, 775.
Eddy, Frau 1173 f.
Eder, Dr. Georg 959.
Edham Pascha 50, 89.
Edinburg 414.
Edison Thomas A. 150, 689, 982.
Edlmann Francesco 1022.
Edmonds 84.
Egelhaaf G. 701 f.
Eger 1064, 1162.
Eggerth Eug. 656.
Eggerts Ed. 960.
Egidy v. 755, 815, 818, 1144.
Ehebündnisse 107, 150, 182 f., 184, 192, 232, 239, 243, 257, 268, 271, 282 334, 340, 592, 627 f., 644 650, 671, 679, 687, 733

735, 794 ff., 837, 838, 850, 876 f., 906, 907, 924, 968, 1021, 1022, 1038, 1055, 1058, 1074, 1125, 1144.
Ehen, gemischte 312, 460, 557, 558, 565, 627, 728, 852, 853, 862, 903, 1128.
Eheweſen 67, 145, 195, 268, 293, 314, 367, 418, 514, 719, 743, 852, 886, 933, 934, 965, 986, 999, 1002, 1019, 1030, 1066, 1149, 1150, 1179.
Ehler Otto E. 982.
„Ehre" 726.
Ehrenbreitſtein 856.
Ehrenroth 284.
Ehrenſwärd, Graf 685.
Ehrhard Albert 911, 1113, 1149.
Eibestal 1166.
Eichendorff 612, 1156.
Eichler 115.
Eichſtädt 1149.
Eicken Heinrich v. 563, 726.
Eide (Eidweſen, Vereidigungen) 45, 293, 544, 557, 790 f., 900, 931, 1027, 1046, 1116.
Eiffel(turm) 466, 472, 676, 677 f., 739, 974.
Eilelberger 184, 457.
Eilenriede 403.
„Ein' feſte Burg iſt unſer Gott" 351, 562, 771 ff., 1100.
Einsle Ant. 1019.
Einwald 384.
Eiſenach 266, 317, 318, 346, 349, 383, 403, 655, 903, 907, 909, 1058.
Eiſenbahnen 12, 18, 21, 22, 23, 34, 35, 45, 46, 65, 68, 70, 86, 88, 96, 97. 99, 107, 113, 122, 157, 171, 186, 188, 200, 201, 219, 233, 239, 242, 244, 246, 249, 268, 276, 288, 292, 293, 294, 298, 308, 316, 321, 323, 324, 343, 345, 346, 354, 355, 356, 363 f., 366, 368, 373, 377, 386, 403 f., 406, 454, 455, 456, 472, 520, 574, 626, 627, 688, 705, 716, 718, 736, 737, 738, 769, 776, 777, 783, 808, 812, 877, 880, 902, 926, 930, 931, 980, 981, 986, 988, 1026, 1029, 1040, 1066, 1068, 1074, 1084, 1119, 1139, 1146, 1164, 1167, 1172,
Eiſert 407.
Eisleben 351.
Eisler Rud. 962.
Eismeer, Nördliches 767.
Eiſernes Tor 667, 728, 1013, 1038.
Ejuh-Moſchee 11.
Ekaterinenburg 298.
Elandslaagte 1136.
Elbe 712, 713, 906, 958, 989 f., 1014, 1140.
Elberfeld 77.
Elektriſche Bahnen 276.
Elektrizität 248, 249, 305, 323, 341, 451, 775, 776, 787, 1069, 1090, 1178.
Eleuſis (Eleuſiſche Myſterien) 231, 919.
Elimar, Herzog von Oldenburg 969 f.
Eliſabeth, hl. (von Thüringen) 266, 354, 774, 909 f.
— Kaiſerin von Öſterreich 457, 479, 667, 826, 974, 1018, 1068, 1070, 1120 f., 1164.
— von Heſſen-Darmſtadt 742 f.
— von Rumänien (ſiehe unter Carmen Sylva).
Ellbogen, Abgeordneter Dr. 953.
Elliot Henry 11, 12.
El Obeid 363.
Elpis Mel. 399.
Elſaß-Lothringen 21, 42, 72, 84, 108, 113, 166, 171 f., 226, 231, 232, 236, 246, 316, 346, 369 f., 395, 418, 419, 438, 439, 442, 444, 465, 490, 498, 512, 525, 531, 535 f., 540, 541, 559, 569, 604, 605, 621, 637, 639, 678, 694, 703, 710, 728, 732, 745, 748, 749, 753, 754, 758, 767, 769, 771, 808, 812, 819, 831, 847, 850, 867, 870, 896, 917, 936, 938, 939, 953, 955, 957, 994, 1005, 1008, 1023 f., 1054, 1065, 1070, 1090 f., 1092, 1101, 1129, 1158.
Elyſée 362, 1024.
Elyſium 941.
Elze Theod. 1155 f.
Emaus bei Prag 608, 1165.
Emden 330.
Emerſon Ralph Waldo 329, 521, 880.
Emin Paſcha 518, 654, 723, 734, 769, 850.
Emma von Waldeck (Königin der Niederlande) 420, 737.
Empire 1090.
Ems (Emſer Depeſche) 508. 712, 772, 804, 807 f., 906, 947, 949, 958, 960, 1047, 1140, 1159.
Ende, H. am 958.
Endemann 399.
„Endymion" 242.
Engel 86.
Engelke 656.
Engelmann 147.
Engels Fr. 81, 719, 968, 978, 1115, 1152.
England 2, 3, 4, 5 f., 7, 8 f., 10, 11, 13, 14, 15 f., 18, 20, 21, 25, 30, 39, 40 f., 46, 50, 54—56, 58, 63, 73, 78, 82, 84, 87, 89, 90, 91, 92 ff., 102, 104, 106, 108, 111, 119, 123, 137, 143, 145 f., 149, 152, 153, 157, 158, 179, 182, 183, 185 f., 189, 192, 193, 194, 197, 203, 207, 237, 239—242, 244, 245, 248, 256, 257, 269, 270, 271, 277, 278, 279—283, 284, 284, 286, 287—291, 301, 306, 307, 317, 318, 320, 322, 326, 327, 329, 330, 336, 342, 354, 355, 356, 359, 360, 363—367, 368, 370, 371, 372, 376, 377, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 395, 399, 409, 412, 413—416, 417, 418, 420 f., 422, 424, 425 f., 427—431, 432, 433, 435, 449, 460, 461—463, 465, 467 f., 469, 470 f., 473, 475, 478, 483, 492, 499 f., 505, 507, 508 bis 511, 512 f., 514, 515, 516, 517, 518, 519, 521, 524, 526, 530, 532, 533, 535, 541, 543, 545, 546, 552 ff., 555, 556, 559, 569—572, 574, 577, 586, 590, 591, 592, 596, 600, 602, 603, 605, 612, 613, 623—625, 628, 630, 631, 636, 639, 642, 661, 671, 673, 675, 682, 683, 686 bis 688, 689, 692, 695, 700, 711, 713, 714, 715, 717, 718, 733, 724, 734, 736, 738, 739, 742, 745, 747, 748, 749, 756 f., 760, 761, 767, 779, 782, 783, 784, 786, 787, 795, 799,

801, 804, 812, 824, 831, 833 f., 835, 836, 837, 843, 847, 851, 856, 863, 866, 871, 872—874, 875, 876, 877, 879, 880, 902, 906, 908, 909, 911, 916, 918, 920—922, 924, 926, 927, 928 f., 930, 932, 933, 942, 943, 952, 955, 956, 960, 961, 971, 973, 976, 978, 980, 981, 982, 983—987, 988 f., 992, 996, 997, 1006, 1009, 1012, 1022, 1024, 1026, 1027, 1028, 1029, 1031, 1032, 1033, 1034, 1036, 1040, 1044, 1048, 1049, 1063, 1069, 1071 bis 1073, 1074, 1075, 1076, 1078, 1080, 1084, 1085, 1086, 1089, 1090 bis 1092, 1094—1098, 1102, 1104, 1110, 1112, 1115, 1122, 1124, 1129 f., 1131, 1132, 1133—1138, 1140, 1144, 1148, 1150, 1161, 1168, 1169, 1170, 1172, 1174.
Enrique von Bourbon 520.
Entdeckungen, Erfindungen und Erforschungen 56, 88, 150, 179, 243, 249, 257, 330, 372, 397, 448, 466, 508, 521, 552, 678, 689, 727, 812, 828, 829, 859, 863, 879, 895, 922, 957, 982, 1010, 1025, 1069, 1073, 1090, 1116 f., 1118, 1126, 1127, 1153, 1158, 1165, 1169, 1171, 1177.
Enzykliken (siehe auch Allokution, Breve, Bullen und Hirtenbriefe) 144 f., 191, 300, 412 f., 420, 449, 488, 606, 622, 623, 624, 625, 732, 750 f., 826, 829, 831, 867, 885. 904, 911, 913, 925, 970 f., 977 f., 980, 981, 1003, 1021, 1048, 1112, 1126.
Eötvös 352, 455.
Epheſus 1028.
Epik 32, 33, 175, 449, 504, 621, 776, 912, 959, 960, 1057 f., 1095, 1155, 1157.
Epikur 191.
Epinal 543.
Epineux 677.
Epirus 13, 91.
Erbrecht 218, 902, 952, 1115.
Erdbeben 334.
„Erde" 569.
Erdmannsdörfer 906, 1155.
Erdumſeglungen 892, 969.
Erfurt 349, 557, 763 ff., 952, 953, 1001, 1043, 1047, 1059, 1110.
Erhart 541.
Erk Ludwig 357.
Erlau 868, 969.
Erläſſe (ſiehe auch Manifeſte und Thronreden) 175, 252, 378, 280, 289, 302, 334, 425, 429, 432, 433, 435, 442, 445, 446, 460, 462, 517, 518, 534, 540, 546, 557, 562, 574, 587 f., 590, 593, 594 f., 597, 624, 643, 647, 648, 651, 666, 671, 676, 681, 691 f., 696, 712, 716, 718, 722, 750, 752, 769, 795, 831, 835, 850, 877, 893, 914, 924, 932, 1032, 1041, 1052, 1060, 1061, 1068, 1072, 1084 f., 1098, 1102, 1128 f., 1164, 1167.
Erle 320.
Ermeland 74, 266, 849.
Ermland 349, 436.
Ernroth, General 545.
Ernſt 824.
— Auguſt von Hannover 113, 634.
— Graf von Lippe 1140.
— II. von Koburg 560, 851.
Erthal 1111.
Eryträiſche Kolonie 915, 972, 1021, 1026.
Erzerum 52, 53, 89.
Eſchelbach Hans 958.
Esmarch, Dr. 727, 1055.
Eſperanto (vgl. Volapük) 775.
Eſſegg 1011.
Eſſen 1137.
Eſſener 919.
Eſſenwein A. 813.
Eſte (Haus) 657.
Eſterhazy, Major 1070, 1092 f., 1094.
Eſthland 54, 516 f.
Eſtrup, Miniſter 626.
Ethnologie 858.
Ettenheim 1151.
Euchariſtie (Kongreß) 318 f., 470.
Eucken Rudolf 140, 857, 1097, 1123, 1176.
Eugen, Prinz von Savoyen 2, 1062.
Eugenie, Kaiſerin der Franzoſen 57, 369, 744, 921.
Euklid 1150.
Eulenburg, Grafen Botho u. Philipp 21, 108, 115, 259, 790, 850, 898 f., 1095.
Euripides 817.
Europa 1—47, 49—87, 89 bis 150, 151—197, 198 bis 245, 246—285, 287 328, 331—377, 379 bis 422, 423—471, 472 bis 520, 522—575, 576 bis 628, 629—688, 690 bis 738, 740—786, 788 bis 835, 836—877, 881 bis 926, 928—981, 983 bis 1028, 1031—1075, 1078 bis 1131, 1131—1173, 1176—1180.
Europäiſcher Geſchichtskalender 950, 1054.
Eutin 727.
Evangelimann 970.
Evans E. P. 1076, 1090.
Evers G. G. 360, 505, 771.
„Ewige Jude, Der" 912.
Exkommunikationen (vergleiche „Index") 25, 46, 128, 142, 751.
Exner 863, 964.
Eym 821.
Eynern v. 347, 789.
Eythra 816.
Ezekiel 521.

F.

Faber, Hofprediger 948, 957.
Fabri Friedrich 173.
Fabricius W. 1156.
Fadruſz J. 1068.
Fagnani, Konvikt 36.
Fagniez 43.
Faidherbe, General 741.
Fairneß 1090.
Falb Rud. 329.
Falk, Miniſter 75, 76, 79, 108, 123, 129 ff., 131, 132, 162, 163, 165, 166 f., 208, 264, 360.
Falkenhayn 861, 1048, 1063, 1064, 1065.
Falières 743.
Fallmerayer 85.
„Fall und Buße Marias, der Nichte des Einſiedlers Abraham" von Hroswitha v. Gaudersheim 1067.
„Familie Buchholz" 506.
Familie, heilige 267.
Faraday 448, 982.
Faſchoda(frage) 1091, 1092, 1094, 1134.

Fasci 915.
Fastenrath Joh. 783, 834, 1156.
Faßbender 348.
Faulhaber Herm. 958.
Faures 1023 f., 1036 f., 1094, 1169.
Faust (auch Goethes „Faust") 232, 305, („Faust" von Vischer 505) 561, 774, 857, 858, 969, 1028, 1159, 1114, 1144.
Fava, Bischof 743.
Favoriten (Wien) 664.
Favre 153, 973.
Fechenbach-Laudenbach Freiherr v. 219, 267.
Fechner Gust. Theod. 561, 1007.
Fedossowa Irina 980.
Feehan, Erzbischof 879.
Fehme 1011.
Fejervary, Baron 487, 616, 664.
Feldegg 783, 863.
Felice De, Abgeordneter 914, 915.
Felix Ludwig 1019.
Fellner 1018, 1166.
„Feministen" 831.
Fenier 279, 365, 366, 463, 570, 575, 687, 735.
Ferdinand der Katholische 507.
— II., Deutscher Kaiser 68, 410, 448.
— III., Deutscher Kaiser 698, 827.
— I., österreichischer Kaiser 820.
— I. von Sizilien 544.
— I. von Bulgarien 477, 542 ff., 546, 549 f., 576, 594, 626, 666, 667, 669, 738, 783, 833, 876, 925, 980, 1021, 1027.
— von Rumänien 671.
— I. von Rumänien (Sohn des vorigen) 518, 671.
Fernando Po 419.
Ferrara 1111.
Ferrari, Kardinal 1127.
Ferrero G. 1068 f.
Ferri Enrico 978.
Ferron 733.
Ferry 346, 367, 370, 376, 416 ff., 463 ff., 543.
Ferstel 184, 340.
Feste Erinnerungsfeste und Jubiläen) 25, 27, 31 f., 37, 41 f., 45, 46, 48, 65, 76, 82 ff., 85, 141, 147, 192, 203 f., 207, 214 ff., 232, 233, 237, 238, 242, 243, 248, 249, 255, 271, 274 f., 276, 283, 285, 300, 301, 304, 305, 306, 318, 322, 323, 335, 337, 338, 348, 349 ff., 354, 357, 367, 401, 407, 408, 413, 420, 439, 450, 452, 453, 456, 457, 460, 469, 585, 488, 490, 506, 507, 518, 541, 560, 561, 562, 564, 573, 598 f., 600, 612, 616, 619, 620, 621, 622, 623, 626, 642, 643, 645, 647, 650, 651, 652, 653, 654 f., 666, 670, 672, 675, 676 f., 678, 684, 689, 716, 717, 718 725 f., 728, 729, 735, 739, 749, 757, 760, 761, 774, 782, 785, 793 f., 806 f., 811, 812, 814, 826, 829, 831, 834, 835, 849, 853, 863, 877, 889, 891, 900, 904, 907, 809, 910, 912, 916, 918, 923, 934, 949, 950, 957, 959, 963, 969, 970, 971, 972, 973, 975, 978, 982, 987 f., 989, 992, 1004, 1007, 1011 f., 1017, 1023, 1028, 1038, 1041 ff., 1051, 1054, 1056, 1057, 1064, 1066, 1068, 1069, 1071, 1073, 1100 f., 1109, 1110, 1111, 1112 f., 1114, 1120, 1121, 1124, 1125, 1126, 1127, 1128, 1130, 1138, 1144, 1146, 1150, 1152, 1156, 1157, 1158, 1160, 1163, 1164, 1167, 1168, 1176, 1179.
Fester Rich. 1156.
Festungen und Befestigungen 40, 34, 51, 53, 89, 91, 93, 96, 145, 200, 205, 206, 228, 236, 239, 254, 269, 316, 323, 332, 342, 355, 372, 373, 376 f., 386, 396, 416, 421, 465, 470, 518, 530, 546, 567, 572, 590, 625, 711, 713, 737, 786, 807, 808, 835, 916, 1040, 1065, 1107, 1118, 1136, 1144.
Feßler J. A. 359.
Feuerbach Anselm 229, 851, 912.
Fez 738.
Fiamingo 1022.
Fichte 224, 960.
Fidschi-Inseln 425, 426.
Fidus 1159.
„Figaro" 867, 918, 939, 1070, 1169.
Figuig 247.
Finanzwesen (siehe auch Bankwesen) 659 ff., 698, 714, 729, 737, 753, 782, 804, 821, 855, 861, 866, 878, 902, 916, 918, 926, 930, 965, 971, 974, 977, 981, 984, 1022, 1029, 1041, 1051, 1062, 1096, 1117, 1231.
Finke 1052.
Finnland 38, 39, 196, 244, 298, 738, 924, 1008, 1016, 1075, 1122, 1172.
Firdusi 86, 175.
Firmian, Erzbischof 255.
— Gräfin 255.
Fischer A. 34.
— J. G. 37.
— Kuno 274, 402, 909, 958, 1023, 1115.
— (Polizist) 625.
— R. 1155.
— von Erlach 730, 863, 1018.
Fischereien 435, 572, 575, 735.
Fischerinseln 930.
Fischhof Ad. 203, 448.
Fiume 104, 205, 252, 566, 796.
Fjumen 298.
Flaggen und Fahnen 383, 384.
Flamen (Flandern) 46 f., 150, 372, 420, 519, 572, 626, 872, 1025, 1073, 1127, 1171.
Flammarion 975, 1095.
Flatöbuch 879.
Flaubert Gust. 236, 733, 734, 746.
Flavin, 784.
Flavius Josefus 1175.
Fleck, Bischof 847.
Fleischmann A. 836.
„Fliegende Blätter" 179, 229.
Floquet 597, 599, 621, 672, 743.
Florencourt 183, 204.
Florenz (Italien) 4, 5, 59, 60, 144, 251, 318, 556, 731, 913, 1111, 1127.
Florenz K. 1008.
„Florian Geyer" 958, 1006.
Flosse 540.

Flotto, Professor 82.
Flourens, Minister 533, 621.
Fogazzaro Antonio 469, 556, 1022.
Foglar 203.
Folkestone 132.
Foltin A. 1018.
Fonseca, General da 689, 787.
Fontane Theodor 653, 832, 1114 f.
Forbes 955.
Forckenbeck 84, 221, 810.
Forckheim 267.
Forel 962.
Formosa 930, 931, 1029.
Forster S. M. 1003.
— Minister 280.
Förster, Bischof 73.
— Paul, Dr. 854.
— Ernst 86, 267, 314.
„Fortnightly Review" 416, 843.
Fösser (Verlag) 233.
Foucault de Mondion 736 f.
Fouillée Alfred 1095.
„Fourchambault, Ende des Hauses" 233.
Fourier 195.
Fournier A. 505, 734.
Foyot 916.
Fra Serafico 1166.
Fraknoi 567.
„France" 511 f.
France Anatole 734, 746.
„France militaire" 539.
Francke Kuno 1076.
Franckenstein, Freiherr v. 263, 503, 531, 533, 584, 639 f.
Frank, Dr., Pfarrer 219.
Frankel L. A. 203.
Franken (deutscher Volksstamm) 909.
Frankfurt am Main 133 140, 151, 152, 178, 179, 184, 216, 228, 229, 232, 233, 270, 309, 311, 312, 317, 342, 354, 355, 389, 403, 445, 446, 501, 507, 537, 646, 724, 753, 776, 802, 813, 846, 902, 903, 957, 982.
„Frankfurter Zeitung" 225, 563, 994, 1052, 1100.
„Fränkisches Volksblatt" 123, 753 f., 755.
Franklin Benjamin 541.
Frankreich 1, 3, 6, 11, 21, 30, 41—43, 46, 47, 56, 60—63, 72, 76 f., 78, 80, 87, 93 f., 95, 97, 102, 110, 113, 117, 118, 136, 139, 142, 143, 146—139, 150, 152 f., 154, 155, 156, 157, 158, 160, 162, 172, 175, 179, 186—190, 193, 197, 200, 209, 213, 223, 228, 233—236, 237, 239, 243, 245, 246 ff., 250, 256, 257, 260, 261, 276, 277, 278, 282, 283, 284, 287 ff., 290, 291—294, 296, 303, 304 f., 306, 316, 322, 323, 324, 325, 326, 330, 333 f., 335, 336, 337, 346, 350, 352, 354 f., 356, 357, 362 f., 364 f., 367—372, 375, 377, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 387, 390, 395, 396, 412 f., 414, 415, 416—419, 423, 424, 425, 426, 428, 429, 432, 433, 434, 438, 439, 444, 446, 450, 451, 463—466, 468, 470, 489, 490, 492, 495, 496, 498, 499, 501, 505, 506, 511 bis 514, 515, 517, 518, 519, 520, 521, 524 ff., 527, 529 f., 531, 532, 533, 534, 535 f., 538, 539 f., 541, 543, 544, 545 f., 547, 551, 553, 554, 563, 568 f., 574, 577, 580 f., 582, 583, 584, 585 f., 589 f., 591, 593 f., 597, 598, 599, 602, 604, 605, 606, 609, 616, 617, 619, 621, 622, 623, 627, 631, 636, 637, 642, 652, 653, 663, 666, 670, 671, 672—678, 680, 682, 683, 684, 685, 686, 691 f., 695, 699, 700, 703, 704, 705, 708, 709, 710, 711, 716, 717, 724, 725, 728, 729, 730, 731, 732—734, 735, 736, 737, 738, 739, 740 ff., 743, 744 ff., 747 ff., 750, 754, 755, 756, 758, 759, 760, 762 f., 765, 766, 767, 769, 770, 771, 777, 785, 786, 794, 795, 797, 798, 804, 807 f., 809 f., 812, 819, 828, 829—832, 833, 834, 836 f., 839, 844, 847, 855, 857, 859, 866, 867, 868—872, 875, 876, 877, 879, 892, 897, 899, 900, 902, 906, 909, 911, 914, 916—920, 921, 922, 924, 926, 928, 930, 931, 832, 834, 938, 939, 942, 943, 947, 948, 949, 950, 956, 958, 962, 972, 973—975, 976, 977, 978, 980, 983, 986, 993 f., 997, 1003, 1007, 1008, 1009, 1010, 1022—1025, 1026, 1028, 1029, 1032, 1033, 1034, 1036 f., 1038, 1040, 1048, 1049, 1050 f., 1052, 1053, 1058, 1063, 1065, 1069 bis 1071, 1072, 1075, 1077, 1078, 1082 f., 1084, 1088, 1090—1095, 1096, 1102, 1110, 1112, 1113, 1115, 1118, 1124, 1127, 1129, 1130, 1131, 1132, 1134, 1138, 1140, 1147, 1148, 1154, 1155, 1156, 1161, 1169—1171, 1172, 1179.
Frans de Cort 150.
Frantz Erich 612, 960.
— Konstantin 176, 183.
Franz 34.
— v. Assisi, hl. 327, 872, 920, 923.
— Xaver, hl. 1085.
— I. Kaiser von Österreich 820, 892, 1125.
— V. von Modena 657.
— Ferdinand, Erzherzog-Thronfolger 657, 742, 892, 969, 1016, 1121.
— Josef I. von Österreich 19, 20, 27, 35, 57, 65, 67, 98, 110, 155, 156 f., 159 f., 200, 201, 253, 254, 286, 301, 327, 337, 362, 396, 399, 404, 405, 421, 442, 452, 454, 456, 479, 485, 488, 532, 550, 566, 578, 593, 601, 603 f., 617, 619, 642 f., 644, 657, 666, 669, 671, 683, 703, 715, 727, 728, 777, 778 f., 783, 795, 796, 798, 820, 821, 826, 833, 848, 860, 862, 865, 867, 886, 887, 888, 889, 894, 918, 940, 943, 960, 963, 964, 967 f., 974, 1011 f., 1013 f., 1016, 1028, 1034, 1038, 1059, 1060, 1061, 1062, 1063, 1065, 1074, 1100, 1112 f., 1120 f., 1124, 1125, 1167, 1166, 1167.
— Josef v. Battenberg 1074, 1078.
— Robert 819.
Franz-Josefs-Land 1025.
Franzensbad 489.
Franziskaner-Orden 557.

„Franzl" von H. Bahr 1166.
Franzos K. E. 36 f., 54, 102, 203.
Frary Raoul 355.
Fraser 56.
„Frau am Fenster" von Hoffmannstal 1166.
„Frau am Meere" von Ibsen 655.
„Frau Aventiure" 33.
Frauenfrage und Frauenbewegung 30, 86, 130, 187, 280, 341, 448, 498, 511, 519, 693, 707, 718, 720, 736, 765, 831, 834, 853, 879, 880, 912, 933, 945, 951, 952, 959, 967, 970, 976, 986, 1000, 1001, 1002, 1006, 1022, 1030, 1053, 1055, 1058, 1066, 1067, 1072, 1073, 1077, 1109, 1119, 1166, 1178.
Frederick, General 512.
„Freemans Journal" 624.
Freiberg 499.
Freiburg im Breisgau 230, 264, 320, 370, 400, 608, 611, 623, 726, 955, 1110, 1154.
— in der Schweiz 372, 470, 518, 805, 855, 1069, 1128, 1171.
„Freiheit" 445.
Freilichttheater 827.
Freiligrath 215.
Freimaurerei (siehe auch unter Judentum) 47, 48, 59, 61, 78, 175, 186, 196, 203, 251, 282, 286, 315, 322, 334, 370 f., 372, 392, 400, 413, 416, 419, 420, 423, 439, 454, 498 f., 506, 559, 564, 572, 593, 607, 610, 648, 679, 680, 725, 752, 770, 787, 851, 883, 913, 919, 926, 972, 975, 1016, 1025, 1048, 1049, 1052, 1171.
Freising 1141 f.
„Freisinnige Zeitung" 592, 602, 937, 1040.
„Fremden, Die" von Domanig K. 1125, 1149.
„Fremdenblatt" 323, 666, 667, 861.
Fremdenlegion 604.
Freppel, Bischof 148, 190, 294, 418, 733, 743.
Frere-Orban 238, 685.
Freund, Pater 825, 884.
Freybé Albert 865.
Freiberg, Freiherr v. 1103.
Freycinet, Minister 188, 235, 293, 512 f., 732, 733, 742, 745, 830, 1169.
Freytag Gustav 33, 230, 257, 507, 620, 630, 650, 656, 658, 1006, 1113, 1114.
Friaul 1022.
Fricktal 87.
Friebeis, Dr. 966 f., 1014.
Friedberg, Minister 589.
Friedensbewegungen 7, 10, 12 f., 14, 15, 17, 20, 24, 49, 50, 53, 55, 63, 64, 68, 70, 71 f., 87, 89—104, 106, 111, 146, 151, 152, 153, 154, 155, 157, 158, 161, 162, 172, 175, 185, 189, 193, 199, 206, 228, 238, 255, 268, 306, 332, 335, 341, 345, 354 f., 359, 366, 367, 373, 376, 377, 394, 395, 396, 399, 403, 404 f., 411 f., 416, 425, 426, 432, 439, 441, 452, 460, 464, 465, 467 f., 471, 473, 474, 478, 479, 480, 481, 482 f., 484, 489, 490, 495, 496 f., 501, 511, 516, 519, 522, 523 f., 528, 529, 531, 533, 534, 535, 538, 539, 540, 545, 546, 547, 548, 549, 551, 554, 555, 563, 577, 578, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 589, 590, 595, 596, 597, 600, 604, 605, 611, 622, 626, 627, 630, 631, 639, 640, 642, 643, 645, 657, 672, 674, 676, 677, 678, 680, 681, 682, 690, 691, 698, 708 f., 711, 712, 714 f., 716, 721, 725, 728, 731, 734, 735, 737, 743, 747, 748, 749, 754, 758, 760, 761, 762, 764, 765, 772, 776, 778, 779, 780, 781, 785, 786, 793, 797, 800, 803, 804, 807, 808, 809, 820, 830, 834 f., 839, 841, 846, 847, 850, 851, 855, 860, 866, 869, 870, 872, 875, 887, 889, 894, 895, 897, 901, 914, 917, 919, 921, 924, 927, 928 f., 930 f., 932, 939, 940, 941, 943, 945, 948, 950, 956, 972, 974, 983, 984, 985, 987 f., 990, 991, 993 f., 995, 997, 998, 1002, 1007, 1014, 1021, 1023 f., 1028, 1031, 1033, 1034 f., 1037 f., 1042, 1043, 1062 f., 1069, 1072, 1074, 1080, 1083 f., 1088 ff., 1092, 1096, 1099, 1103, 1107, 1113, 1120, 1128 f., 1130, 1131 ff., 1135, 1137, 1138, 1139, 1143, 1147, 1150, 1160, 1164, 1167, 1171, 1172, 1176.
Friedental 163, 317.
Friedhöfe 829, 970.
Friedjung, Dr. 408, 775, 1052, 1112, 1164.
Friedländer 765, 1145.
Friedmann Alfr. 203.
Friedrich Barbarossa 45, 655, 761, 774, 910, 959, 1041, 1043, 1155.
— II. von Hohenstaufen 910.
— III. (Habsburg) 1053.
— I., Kurfürst 620, 990, 1159.
— II., Kurfürst von Brandenburg 275.
— II., der Große 159, 177, 224, 307, 387, 400, 447, 493, 507, 537 f., 597, 610, 716, 726, 757, 774, 775, 802, 839, 846, 909, 910, 991, 1005, 1045, 1155, 1159.
— III., Deutscher Kaiser 125 f., 142, 160, 316, 323, 333, 334, 335, 346, 349 f., 352 f., 354, 362, 375, 387, 388, 389, 439, 498 f., 522, 532, 559, 572, 586 ff., 589, 591, 592, 594 f., 596, 597, 600, 601 ff., 605, 606, 610, 611, 612 f., 620, 630, 633, 639, 640, 650, 651, 655, 658, 703, 723, 744 f., 776, 785, 795, 806, 818, 847, 906, 932, 947, 950, 957, 995, 1009, 1043, 1046, 1058, 1079, 1100, 1101, 1118, 1127, 1144, 1156, 1159 f.
— Großherzog von Baden 701, 702, 703, 704.
— Prinz von Niederland 47.
— Prinz von Preußen 118.
— J. 175 f., 653, 1115.
— Professor 78, 1005, 1021.
— Karl, Prinz 1117.
— Karl von Hessen 837.
— von Augustenburg 206.
— Wilhelm II 650, 1116.
— Wilhelm III., 491.
— Wilhelm IV. 44, 177, 275, 352 f., 400, 402, 438,

447, 491, 493, 552, 903, 1079, 1080, 1144.
Friedrich Wilhelm, Kronprinz 318, 938.
— Wilhelm, Herzog von Braunschweig 737.
Friedrichsburg 385.
Friedrichsdorf 179.
Friedrichsruhe 200, 343, 355, 444, 446, 532, 547, 554, 555, 581, 598, 600, 601, 604, 666, 696, 705, 724, 766, 771, 794, 798, 843, 847, 348, 859, 893, 894, 895, 937, 938, 939, 942 f., 963, 981, 1039, 1102, 1103, 1159.
Friesen, Freiherr v. 257, 810, 854.
Friesland 330.
Frimmel 457, 1124.
Fritsch 1110.
Fritzen 852, 1083.
Fröbel Jul. 140, 321, 448, 720, 727, 729.
Frobenius Herm. 1118.
Fröhlich 870.
Frohme 446, 499.
Frohschammer F. 31, 84, 857, 1056.
Frohsdorf bei Wien 369.
Fronleichnam (Fest) 371.
Frommann Charles William 472, 1154.
Fronde Hurrell 785.
Fuchs, Dr. 1119, 1163.
— Wilhelm 1066.
Fügel Gebh. 958.
Führich Jos. 305, 507, 911, 1008, 1067.
— Luk. v. 175, 911.
„Fuhrmann Henschel" von Hauptmann 1113, 1158.
Fukien 976.
Fulda (Stadt) 25, 73, 250, 266, 391, 436 f., 494, 558, 647, 789, 853.
Fulda Ludwig 858, 906, 975, 1095.
Fuller Miß 836.
Fünfkirchen 486.
Fürst Joh. 305.
— Rud. 1156.
Furth im Walde 814.
Fusangel 123, 851 f.
Fusch 1071.
Fußball 922.
Füßen 502.
Futschan 931.
Futscheu 464.
Fux J. J. 37.

G.

Gabes 247, 292.
Gabillon 1019.
Gabler 336 f.
Gabun 380.
Gacconi G. 413.
Gaedertz K. Th. 1058.
Gagern Heinr. v. 232.
Galataria 1173.
Galatz 51, 52, 200, 255.
Galimberti 535, 555, 567.
Galizien (Österreich) 36, 38, 105, 110, 154, 182, 184, 201, 254, 298, 300, 336, 338, 339, 340, 404, 406, 408, 438, 452, 455, 474, 485, 527, 541, 550, 565, 566, 567, 579, 594, 614, 652, 661, 727, 729, 803, 861, 889, 890, 905, 913, 965, 966, 1075, 1120, 1162.
— (Spanien) 1089.
Gallait Louis 573.
Gallien und Gallikanismus 744, 746, 810, 1049.
Gallifet, General 918, 1170.
Gallipoli 90.
Galway 509.
Gambetta 41, 43, 46, 60, 61 f., 63, 77, 146 f., 148, 186, 207, 235, 247, 248, 287, 292 f., 294, 368 f., 416, 524, 569, 590, 633, 714.
„Gang nach dem Eisenhammer" von Schiller 1003.
Ganghofer Ludwig 827.
Ganglbauer, Dr. 453, 667.
Gans Eduard 402.
Garaschanin 540.
Garfield 245, 285.
Garibaldi 45, 191, 237, 250, 324, 367, 399, 516, 609, 683, 745. 866, 915, 971, 972.
Garin Paul 1115, 1116, 1144 f.
Garner 880.
Garnier 284.
Gars 905.
„Gartenlaube" 137.
Gastein 114, 126, 156, 158, 159, 166, 199, 254, 304, 325, 336, 479, 488, 489, 564, 783.
Gatacre, General 1136.
Gatschina 278, 289, 393, 719.
Gattamolata 972.
Gatterer 402.
„Gaulois" 561.
Gauß-Weber 1160.
Gautier 370 f., 733.
Gautsch 614, 616, 728, 782, 965, 1063 f., 1119.
„Gazeta Norodowa" 890.
Gedon Lorenz 912.
Geestemünde 759.
Geffken F. H. 448, 602 f., 629 f., 632, 639, 651, 701.
Geheime Gesellschaft (siehe auch unt. Freimaurerei) 225, 365, 366, 400, 673, 737, 960, 981, 1167 f.
Geibel 401, 1058.
Geiger Lazarus 719.
Geilenkirchen 1160.
Geissel v. 1004.
Geist, Heiliger 1072.
Gelnhausen 450.
Gelzer H. 1113.
Gencke Kurt 1159.
Genée Rudolf 652.
„Genesius" 1010.
Genf 41, 148, 192, 277, 284, 293, 328, 372, 373, 518, 625, 619, 734, 786, 1109, 1120 f., 1172.
Genfer Konvention (siehe auch unter „Völkerrechtliches" 1132, 1133.
— See 568.
„Genovefa" von Tieck 1152.
Gent 87, 284, 519, 978, 1171.
Gentz, Freiherr v. 506, 830 f.
Genua 318, 362, 371, 375, 516, 587, 829, 839, 866.
Geok Tepe 279, 295, 296.
Geometrie 1150.
„Georg Blaurock" von Loserth 1165.
Georg, hl. 374.
— V. von England 431. (Weiteres unter Prinz von Wales.)
— V. von Hannover 113, 174, 441, 526, 527.
— von Griechenland 600, 1033, 1078.
— von Leuchtenberg 671, 1074.
George Henry 320, 1048.
Gera 81.
Gerard John 1112.
Gerecke Adolf 857.
Gerhardt-Amynton Dagobert 1178.
Gerichtswesen (siehe auch unter Juristen und Prozesse) 4, 12, 17, 25, 27, 38, 42, 43, 172, 182, 452, 519, 564, 569 f., 571,

614, 616 f., 621, 622, 626, 651, 654, 661, 674 f., 684, 687, 688, 689, 765, 782, 787, 789, 830, 835, 861, 868, 879, 890, 923, 932, 957, 990, 991, 992, 995, 1074, 1075, 1093, 1094, 1106, 1120, 1133, 1136, 1146, 1150, 1151, 1166, 1167 f., 1170, 1173, 1174.
Gerlach 80, 84, 361, 817, 1001, 1007.
Germanen und Germanistik 33, 37, 38, 104, 156, 168, 944, 957, 961, 969, 972, 908, 909, 928, 938, 941, 851, 889, 896, 898, 906, 777, 781, 803, 821, 822, 637, 766, 772, 774, 775, 562, 574, 612, 614, 627, 485, 491, 492, 506, 545, 410, 442, 443, 449, 473, 339, 353 „f 355, 400, 402, 219, 275, 302, 309, 331 f., 1010, 1028, 1050, 1059, 1080, 1090, 1117, 1120, 1137, 1139, 1169, 1176, 1177 ff.
„Germania" 23, 78, 79, 128, 129, 163 f., 323, 348, 356, 391, 496, 503, 527, 609, 623, 639, 646, 679, 718, 721, 753, 755, 805, 988, 996, 1040, 1158.
— von Scherenberg 449.
Germaniadenkmal 423.
Gerok K. 1117.
Gerontius (siehe unter Kraus Franz Xav.).
Gertraud, hl. 1004.
„Gertraudenbrücke" 1004.
Gervais 740 f.
Gervinus 446, 858.
Gesang (vgl. auch Musik) 48, 86, 175, 178, 239, 350, 351, 410, 562, 613, 615, 796, 845, 875, 956, 1004, 1017, 1042, 1062, 1067, 1146, 1155, 1165.
Geschichte (Geschichtschreibung, Weltgeschichtliches) 28, 29, 34, 41, 45, 67, 86, 141, 174, 175, 176, 180, 181, 194, 203, 230, 231, 249, 256, 275, 297, 301 f., 310, 313, 320, 321, 327, 381 f., 338, 350 f., 357, 358, 359, 384, 397, 399 f., 430, 441, 446 f., 448, 450, 472, 473, 504, 505, 506, 513, 538, 560, 563 f., 585, 596, 610, 612, 615, 619, 639, 640, 643, 646, 651, 652, 653, 675, 685, 700, 603, 724, 725, 726, 730, 736, 750, 755, 762, 768, 770, 772, 774, 775, 776, 782, 785, 786, 787, 789, 796, 801, 806, 810, 813, 815, 816, 817, 824, 827, 828, 829, 831, 835, 844, 847, 855, 856, 858, 864, 865, 868, 872, 875, 881, 884 f., 891, 892, 895, 900, 903, 905 f., 908, 909 f., 911, 912, 914, 916, 920, 922, 925, 929, 943, 947, 948, 949, 954, 956, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 968 f., 970, 972, 977, 978, 1001, 1002, 1003, 1004, 1005, 1006, 1007, 1008, 1009, 1010, 1015, 1016, 1017, 1018, 1019, 1025, 1028, 1030, 1038, 1041, 1044, 1052, 1053, 1056, 1057, 1058, 1059, 1065, 1066, 1074, 1076, 1077, 1086, 1088, 1090, 1092, 1095, 1101, 1102, 1103, 1107, 1110, 1111, 1112, 1113, 1115, 1116, 1122, 1123, 1124, 1125, 1128, 1130, 1131, 1132, 1145, 1149, 1150, 1151 f., 1153, 1154, 1155, 1156, 1158, 1163, 1164, 1165, 1166, 1168, 1173, 1175 f., 1178 ff.
Gesellschaftsinseln 249.
Gesetze und Gesetzgebung 5, 12, 17, 21, 24, 25, 26, 42, 44, 57, 59, 61, 67, 76, 77, 86, 88, 105, 107, 108 f., 112, 113, 114, 118 ff., 125, 127 f., 129 f., 131, 132, 133, 134, 140, 144, 145, 160, 162, 163, 165, 166, 168, 169, 170, 171, 172, 192, 194, 206, 207, 208, 212 f., 216 ff., 220, 221, 223, 224, 226, 234 ff., 238 f., 240, 243, 248, 250, 252, 253, 258 f., 260, 261, 263, 265 f., 270, 293, 301, 307, 308, 310, 311, 312 f., 315, 316, 336, 341, 345, 346 f., 348 f., 352, 367, 371, 372, 380, 386 f., 388 f., 392, 394, 398, 405, 407, 408, 420, 421, 431, 445, 446, 455, 456, 460, 466, 470, 473, 477, 485, 486, 488, 489, 494 f., 496, 499, 508, 512, 515, 519, 520, 528, 529, 531, 535, 536, 537 ff., 539, 555, 558, 564, 566, 567, 575, 577, 579, 582, 583, 587, 589, 595, 596, 604 f., 608, 609, 611, 613 f., 622, 625, 632, 634, 635 ff., 645, 649, 651, 659, 662, 664 f., 671, 675, 678, 690, 691, 692, 694, 695 f., 704, 705, 707, 708, 713 f., 716 ff., 719, 720, 721, 722, 729, 732, 736, 749, 753, 757, 760, 763, 764, 767, 769, 770, 776, 782, 785, 786, 788 ff., 792, 793, 799, 805, 808, 811, 812, 820, 821, 829, 831, 834, 841, 842, 844, 848, 849, 850, 854, 856, 861, 866, 870, 871, 873, 874, 878, 882, 883, 884, 886, 887, 888, 898, 902, 903, 904, 913, 915, 916, 917, 918, 921, 922, 923, 924, 933 f., 936, 937, 944, 946, 949, 950, 951, 953, 954, 955 f., 965, 967, 968, 976, 974, 977, 981, 988, 999, 1000 f., 1002, 1011 f., 1022, 1025, 1044, 1046, 1048, 1060, 1061 f., 1065 f., 1076, 1097, 1100, 1104, 1107, 1108, 1119, 1121, 1123, 1127, 1128, 1130, 1133, 1140, 1142, 1156, 1161, 1162.
„Gespenster" von Ibsen 401, 1022.
„Gestern" von Hofmannsthal 1166.
Geßler Friedrich 178.
Geßmann, Dr. Alb. 825.
Gevaert 47, 978.
Geyger E. M. 1178.
Gfrörer 176.
Ghillany W. Fr. 34.
Giacomelli 1125.
Gibbon, Kardinal 688, 879, 1141, 1147.
Gibellinen 440, 1018.
Gibraltar 56, 149, 292, 625, 688, 736, 1092.
Gide Ch. 833.
Gidscheu 411.
Giers 296, 355, 375, 396, 403, 446, 489, 517, 546, 715, 742, 749, 769, 780.
Giesebrecht 446, 1008, 1155.
Gießen 611.
Gilholy 624.
Gindely 175.

Giolitti 828, 866, 915, 971, 1021.
Giordano Bruno 647.
Giovagnoli, Abgeordneter 515, 516.
Giraut 418.
Giskra 35, 180, 409.
Gitlbauer, Professor 824.
Giurgewo 475.
Gladstone 9, 10, 16, 40, 56, 90, 139, 240 f., 242, 244, 279, 288, 289 f., 355, 363, 364, 367, 413 f., 416, 430 f., 461, 462, 463, 508, 509, 511, 521, 570, 571, 624, 625, 713, 734, 735, 784, 833, 834, 873, 877, 920, 1097, 1102, 1112, 1144.
Glagolitische Messe 1163.
Glarus 834.
Glasenapp C. Fr. 83, 359.
Gläser C. F. 318.
Glasgow 279.
Glasmalereien 179.
Gleichen, Graf v. 1059.
Gleispach, Graf 1060, 1120.
Gleizès A. 228.
Glossy 255, 1124.
Glötze L. 1159.
Glümer Hans 1159.
Gmunden 85, 394, 561, 601, 605, 970.
Gnad E. 835, 1022.
Gnauck, Dr. 952.
Gneisenau 840.
Gneist 109, 162, 389, 854.
Gnesen 266, 755, 790 f., 799, 1109.
Gnostizismus 564, 919, 1145.
Gobat, Bischof 197.
Gobineau, Graf 249, 273, 1070, 1095, 1153.
Goblet 529 f., 743.
Godeffroy 381.
Godfroy René 1170.
Goethe Joh. Wolfg. 29, 34, 83, 85, 177, 189, 224, 230, 233, 283, 305, 350 f., 358, 504, 505, 506, 521, 561, 618, 620, 655, 726, 730, 771, 774, 789, 803, 819, 854 f., 857, 881, 910, 969, 1007, 1008, 1009, 1028, 1056, 1109, 1114, 1140, 1144, 1146, 1156, 1175 f.
— Walter v. 447.
— Wolfgang 447.
Goetz L. K. 1110, 1168.
Göhre 771, 817, 852, 903, 953, 1001, 1004, 1047.
Goisern 505.
„Goldene Buch des deutschen Volkes an der Jahrhundertwende" 1176—1178.
Goldene Horn (Bosporus) 626.
Goldfunde 1075, 1136.
„Goliath" von Weber Fr. W. 816.
Goldküste 380, 385.
Goldmark 146, 507, 1019.
Goldwin-Smith 735, 736.
Golgatha 1080.
Golther L. v. 140.
Goltz, von der 342, 720.
Goluchowsky 964, 1013, 1062 f., 1100, 1119 f.
Gomperz Heinrich 1123.
— Theodor 865, 1019.
Goncourt 733, 746, 1025.
Gonia-Kloster 1032.
Gonse 1093.
Gontaut-Biron 63.
Göpfriks 778.
Gordon, General 413 f., 425, 461.
Gorham 834.
Görlitz 859, 993, 1009, 1118.
Görres Guido 27, 961.
— Josef 80 f., 85, 504, 620, 647, 1004, 1007, 1049.
Gortschakoff 5, 15, 16, 17, 35, 51, 92, 93, 94, 146, 152, 155, 156, 157, 296, 994.
Görz 105, 237.
Goschen 241, 985, 1135.
Goslar 1059.
Goßler, Minister 346 f., 391, 720, 1108 f.
Goten (Volk) 1057, 1127.
Gotha 23, 30, 75, 81, 140, 141, 218, 392, 576, 764, 1001.
Gotheim Eberh. 961, 1004.
Gotik 33, 83, 184, 350, 361, 402, 409, 610, 676, 955, 957, 1054, 1059, 1117, 1180.
Gotland 470.
„Götterdämmerung" von R. Wagner 32.
Gottfried v. Straßburg 959.
Gotthelf Jeremias 359 f., 922.
Göttingen 274, 612, 620, 643, 762, 944, 1146, 1060.
„Göttliche Komödie" von Dante 874.
Gottschall R. 866.
Gottsched 1056.
„Götz von Berlichingen" 803.
Götz W. 321.
Goubet C. 514.
Gould 739.
Goulding 571.
Gounod 569.
Goupil 546.
Gouthe-Soulard 743.
Goyan G. 1112, 1113, 1148.
Grab, Heiliges 611, 1079, 1144.
Grabbe 506.
Graben (in Wien 1. Bezirk) 1119.
Gradisteano 336, 376.
Graef Paul 1090.
Graf 1166.
— Arturo 621.
„Graf von Habsburg" von Fr. Schiller 1003.
Graffigny Henri de 618.
Graham-Bell 88, 179, 249.
Gral, heiliger, und Gralbund 319, 668, 1118.
Gramont, Herzog von 149.
Grammophon 689, 776.
Gran 566, 955, 1065.
Gran (Konsul) 785.
Granada 362 f.
Granson 1069.
Grant, Präsident 47, 245, 285, 422, 471, 1076.
— Katharina 565.
Granville, Lord 287, 307, 363, 415, 426, 427, 429.
Grasberger Hans 892, 969, 1124.
Gräser C. 1164.
Graslitz 1162.
Gratzfeld 1016.
Graubünden 1165.
Graudenz 342, 1040.
Gravelotte 226, 723.
Gravenreuth K., Freiherr v. 912.
Gray Elisha 982.
Graz 203, 276, 406, 407, 408, 452, 506, 668, 724, 782, 825, 826, 876, 963, 1004, 1017, 1113, 1120, 1122, 1151, 1166.
„Grazer Volksblatt" 589, 598, 616.
Grazie, delle 892.
Grebert 541.
Gregor VII. (Papst) 436, 563, 752, 956, 971, 1005, 1068.
„Gregor Melodies" 872.
Gregorec 538.
Gregorovius 45, 203, 516, 726, 855.
Gregr 65, 566, 615, 781 ff., 862.

Greif Martin 203, 443, 652, 814, 941, 1007, 1157.
Greifswalde 852, 1005.
Grekoff 458.
Grenoble 743.
Grenfell 1073.
„Grenzbote" 306.
Greuter, P., Abgeordneter 36, 205, 456.
Grevy Albert 186.
— Julius 186, 188, 248, 292, 362, 371, 464, 511, 513, 540, 551, 580.
Grey Ed. 976.
Grieben H. 215.
Griechenland (alt und neu) 2, 8, 13, 18, 34, 35, 48, 53, 86, 90, 92, 95, 96, 148 f., 176, 196, 207, 227, 231, 240, 244, 275, 283, 284, 294, 326, 330, 336, 367, 373, 376, 377, 410, 449, 462, 470, 472, 477, 505, 508, 554, 562, 575, 600, 610, 618, 621, 650, 723, 773 f., 775, 783, 865, 877, 910, 916, 982, 1009, 1027, 1028, 1831—1034, 1035, 1057, 1072, 1075, 1077, 1078, 1116, 1131, 1132, 1145, 1150, 1164, 1178, 1179.
Griechische Kirche 37, 55, 300, 470, 612, 614, 672, 700, 720, 783, 801, 823, 879, 904, 913, 914, 925, 970, 976, 1079, 1138, 1144.
Griensteidl (Wien) 329.
Griesebach Eduard 620, 814, 1007, 1056.
Grillenberger 118, 316.
Grillparzer 203, 508, 617, 620, 668, 770, 782, 865, 1123. 1158.
Grimm, Brüder 1009.
— Fritz 1056.
— Herm. 516, 813.
Grimmelshausen 178.
„Grobe Hemd, Das" von C. Karlweis 1067.
Gröben Fr. O. v. 385.
Gröber 805, 842, 934, 945, 951, 1177.
Grolmann, General 491.
Gromingen 1095.
Grönwold Bernt 1052.
Grootfontain 552.
Grosse Jul. 443, 534, 652, 1058, 1176.
Groß und Klein Popo 380, 383, 464.
Große Belt 385.
Großenhain 445.
Großheim 450.
Großwardein 556.
Groth Klaus 203.
Grottewitz K. 817.
Gruben, Freiherr v. 392.
Grübl, Dr. 966.
Gruew, Major 474 f.
Gruitsch, Minister 670.
Grün Anastasius 36, 203, 485.
— K. 203.
Grundrecht 574, 625, 661, 676, 687, 729, 743, 785, 854, 888, 924, 974, 951, 952, 1048, 1108.
Grundy Sydn. 922.
Grünebaum 176.
Gruner 70.
Grunewald 1058.
Grunzel, Professor 1165.
Grupp Georg 815, 1053, 1112, 1151.
Gruscha, Kardinal 823, 826, 885.
Grütli 874 f.
Grützner 139, 970.
Guatemala 942, 1076.
Guayana 367.
Gudden v. 502.
Guenzburg 1130.
Guérin 1169 f.
Guesde 717, 1003.
Guglia 782, 827, 892.
Guiana, Britisch 981.
Guibert, Kardinal 468, 513.
Guicciardi Guillietta 775.
Guildhall 761, 1092.
Guillaume 87.
Guinea 733, 1131.
Guiteau 285, 329.
Gumbinnen 396.
Gumplowitz 184, 270, 826, 864.
Gumppenberg Hanns v. 1156.
Gundlach 1124, 1155.
Gundoleva 923.
Gundulic Ivan 863.
„Gunlod" 774, 908.
Güns 847 f., 862.
Günther (siehe unt. Elimar).
Güntner Engelbert 651.
Gurko, General 52, 89, 146, 627.
Gurlitt Cornelius 507, 903, 1152, 1158.
Gustav Adolf (u. -Stiftung) 276, 318, 610, 721, 853, 904, 910, 912, 923, 934, 959, 1048, 1110, 1143, 1158.
„Gustave Zede" 1169.
Gutberlet 564, 620, 651, 856.
Gutenberg 507, 920.
Gutsche O. 1076.
„Gutsverkauf" von Domanig K. 724.
Gutzkow Karl 136, 225, 817.
Guy Franz 919.

H.

Haack 1011, 1118.
Haag 46, 47, 412, 1132 f., 1136, 1150, 1167, 1172.
Haape W. 1173.
Haaß Rob. 1158.
Haberl 178.
Habsburg, Dynastie 3, 27, 100, 153, 158, 301 f., 350, 504, 642, 657, 658, 661, 724, 781, 820, 827, 943, 1013, 1015, 1016, 1018.
„Habsburg" von Alfred v. Berger 1124.
Hadschy Loja 99.
Haeckel 34, 139, 318, 398, 719, 891, 934.
Hafenbau und Häfen 11, 12, 51, 73, 96, 98, 133, 150, 157, 170, 245, 247, 253, 342, 364, 368, 371, 386, 414, 423, 434, 451, 467, 500, 508, 517, 521, 546, 565, 625, 685, 876, 894, 980, 1026, 1028, 1040, 1046, 1084, 1087, 1088, 1104 f., 1118, 1133.
Haffner 27, 612, 620, 805, 954.
Hägele 400.
Hagen, Bussо von 215.
— von Tronje 857.
Hahn K. 265.
Hahnemann 1010.
Hahnke von 800.
Haid 347, 349, 357, 399.
Haifa 1079.
Haiti 466, 677, 787, 1038, 1075.
Haitschang 930.
Hajek 567.
Hakatisten 1108.
Hales 87.
Halicz 39.
Hall 1163.
Halle, Adam de la 1024.
Halle a. d. Saale 176, 558, 561, 610, 717, 718, 819, 912, 952.
Halle (Wittenberg) 907.
Haller Joh. 824, 1015.

Hallwich 185, 487 f., 663, 865.
Hamburg 120, 212, 218, 259, 261, 263, 274, 316, 339, 345, 380, 383, 389, 436, 457, 602, 614, 698, 712, 849, 895, 906, 932, 941, 989 f., 1046, 1047, 1055, 1059, 1114, 1117, 1140, 1143, 1155.
„Hamburger Korrespondenz" 635, 797 f.
„Hamburger Nachrichten" 632, 641, 642, 645, 693, 699, 710, 716, 756 f., 759, 793, 797, 799, 812, 893 f., 934, 994 f., 997, 998, 1002, 1100.
Hamdi Pascha 89.
Hamel A. G. v. 1095.
Hamerling Robert 36, 246, 405, 448, 619 f., 668, 782, 827, 863.
Hamilton 237, 872.
„Hamlet" 82, 524, 909, 1011.
Hamm 907.
Hammer 1053.
Hammerstein 360, 497, 564, 602, 701, 854, 955, 1003.
Hanau 609, 1009.
Händel G. Fr. 450.
Handel, Verkehr und Industrie 19, 23, 24, 36, 48, 68, 71, 86, 87, 91, 92, 96, 98, 101, 106, 107, 108, 111, 113, 122, 123, 133, 134, 157, 168, 169, 170, 171, 173, 181, 183, 186, 188, 197, 200, 204, 206, 207, 209, 218, 223, 246, 248, 254, 255, 257, 258, 261, 262, 264, 268, 292, 294, 298, 300, 301, 303, 307, 311, 315, 317 f., 328, 330, 334, 336, 341, 342, 343, 345, 354, 364, 368, 369, 377, 379 ff., 389, 390, 393, 404, 404 f., 415, 417, 418, 426, 429, 432, 433, 435, 444 f., 463, 471, 486, 498, 499 f., 509, 510, 516, 566, 625, 638, 658, 661, 683, 684, 689, 691, 692, 706, 712, 753, 759, 761, 765, 767, 768 f., 776, 780, 781, 782, 786, 787, 797, 809, 812, 813, 819, 829, 834, 839, 842, 850, 876, 878, 881 f., 887, 892, 893, 894, 902, 909, 911, 915, 916, 923, 924, 831, 942, 946, 950 f., 953, 972, 977, 981, 986, 988, 989 f., 991, 993, 999, 1000, 1010, 1014, 1027, 1029, 1035, 1037, 1038, 1039 f., 1044, 1046, 1063, 1072, 1083, 1090, 1092, 1096, 1097, 1099, 1116 f., 1121, 1124, 1140, 1162, 1164, 1165, 1179.
Handwerk und Innungen 74, 469, 170, 183, 187, 204, 218, 270, 302 f., 308, 311, 321, 344, 345, 347, 348, 352, 354, 382, 437, 517, 559, 638, 643, 648, 659, 671, 690, 705, 716, 751, 761, 771, 785, 819, 840, 855, 881 f., 902, 921, 944, 952, 953, 966, 1047, 1049, 1059.
Haneberg 1148.
Hänel 69, 70 f., 221 f., 360, 409.
Hanka W. 232.
Hankau 931.
„Hannele" von Hauptmann 858, 980, 1113, 1158.
Hannibal 270.
Hannover 67, 113, 123, 151, 171, 262, 308, 345, 360, 393, 394 f., 403, 439, 441 f., 443 f., 457, 525, 526, 527, 605, 643, 647, 711, 752, 753, 774, 792, 936, 946, 1104, 1118, 1139, 1144, 1145, 1152.
Hannsson siehe unter Marholm.
Hanotaux G. 973 f., 1069.
Hansa (Hansabund) 307, 602, 630, 990, 1039 f., 1157, 1179.
„Hänsel und Gretel" 913.
Hansemann 431, 1108.
Hansen Theophil 233, 339 f., 409, 782, 863, 970.
Hansson Ola 1150.
Hanssonola 786.
Harancourt Edm, 1071.
Harden Maximilian 803 f., 817, 891, 1149.
Hardenburg 308.
Hare 84.
Harmel 190.
Harnack, 608, 611, 619, 701, 722, 810, 814, 903, 1073, 1114, 1142.
Harrar 515.
Harrisson 628, 688, 786, 878 f.
Harsdörffer 909.
Hartel W. v. 730, 863, 957, 1163.
Hartenau (siehe unter Alexander v. Battenberg) 927, 783.
Hartfield 761.
Hartington 240.
Hartmann August 274, 359.
— Ed. 63, 176, 230, 321, 399, 563, 619, 856, 857, 962, 1007, 1116, 1177.
— Franz 961, 962, 1116.
— Ludo Moritz 1125.
— Nihilist 234, 243.
— Otto 765.
— von der Aue 1004.
Hartzer 1160.
Harvard-Universität 1076.
Harzburg 82, 309.
Hasak P. Vinc. 503.
Hasbach 1154.
Hase K. v. 1156.
Hasenauer 37, 508, 617, 892, 969.
Hasenclever 81, 568.
Hasner 180, 203.
Hasselmann 81, 119, 260, 270.
Hassum 11.
Hattler 351.
Hatzfeld, Gräfin 115, 553.
— Graf 592.
Hauberrisser 782.
Hauck Alb. 1110, 1155.
Haugwitz 617.
Häule 275.
Haupt Paul 776.
Hauptmann Gerhardt 655, 726, 858, 909, 958, 980, 1006, 1007 f., 1057, 1113, 1138, 1158.
„Haus der Granatäpfel" 874.
Haus, heiliges, von Loreto 972.
Hauser Kaspar 506, 834.
— F. 1159.
Haushofer Max 1019.
Hausrath 140, 1115, 1155 f., 1158.
Häusser 1155.
Haussner 184, 321.
Haußmann 1018.
Haußonville, Graf d' 868, 1003.
Havanna 1086, 1087.
Hawaii-Inseln 286, 878 f., 927, 982, 1031, 1075, 1089.
Haydn Jos. 507, 796, 845.
Hayes 88.
Haym 447.
Haymerle 93, 180, 191, 199, 200, 205, 254, 326.

Hebbel Friedrich 401, 563, 730, 771, 1009.
Hebert Abbé 958.
Hebraeus Leo 1115.
Hebriden 323.
Hecker 285, 1110, 1115.
Hedrich 653.
Hedwigskirche 752.
Heemstede L. T. van 724, 1148 f.
Heeremann 842, 836, 956.
Heeren 1008.
Hefner-Alteneck 1156, 1178.
Hegar 1146.
Hegel 63, 77, 400, 557, 719, 960.
Hehl 1118.
Heidelberg 29, 253, 299, 506, 508, 560, 563, 727, 980, 1143, 1155.
Heidenhain 962.
Heidentum 824, 880, 896, 919, 959, 972, 975, 1179.
Heidt K. M. 970, 1067.
Heigel Karl v. 858, 1155.
„Heil dir im Siegerkranz" 257.
Heilbronn 28.
„Heilige Elisabeth" von W. Henzen 774.
Heilkunde (siehe auch Ärzte) 132, 397 f., 559, 586, 596, 603. 727, 736, 819 f., 824, 870, 975, 1010, 1011, 1055 f., 1126.
Heilsarmee 290 f., 372, 419, 420, 463, 573, 735.
„Heimchen am Herd" 1019.
Heimdal 847.
„Heimgarten" von Rosegger 36, 963.
Heimweih Jean 1024.
Heinbucher 1003.
Heine Heinrich 215, 402, 813, 816, 817, 859, 891, 1047 f., 1058, 1114, 1140, 1156.
— Th. 859, 1145.
Heinrich 27.
— der Seefahrer 923.
— der Löwe 656.
— II., Deutscher Kaiser 1018.
— II., Pfalzgraf 1045.
— IV., Deutscher Kaiser 82, 308 f.
— VII., Deutscher Kaiser 1045.
— IV. von Frankreich 872.
— VII. von Reuß 579.
— V. (siehe Chambord).
— Prinz der Niederlande 108.
Heinrich, Prinz von Preußen 597, 604, 913, 923, 991 f., 1039 f.
„Heinrich VI." von Grabbe 506.
„Heinrich Raspe" 1005.
Heinrich von Meißen 950.
— von Ofterdingen 33,
— von Orleans 1068.
Heinze Rud., Professor 253, 299, 304 f., 769.
Heinzel Richard 1165.
Helena von Griechenland 1028.
— von Montenegro 1021.
Helfert 256, 321, 339, 505, 729, 783, 823, 1066.
Helfy 335.
Helgoland 269, 553, 602, 711 ff., 738, 756, 767, 772 f., 807, 1073, 1161.
Heliand 449, 962.
Hellas 929, 1032, 1033.
Helldorf 448, 790.
Helle 449.
Hellenbach 409.
Hellenen (siehe auch unter Griechenland) 92, 982, 1027, 1077, 1086, 1117, 1179.
Heller S. 864.
Hellespont 40.
Hellmer 338, 892, 1018, 1068, 1166.
Helmholtz 84, 765, 1160.
Helmolt 1153, 1155.
Helsingfors 1172.
Helsingör 714.
Helvetisches Bekenntnis (s. unter Protestantismus).
Henckel Karl 875, 1008.
— W. 925, 1130.
Henke W. 908.
Henneque 734, 746.
Henrici 225 f., 267, 344.
Henry 916, 982, 1094.
Hensel Wilhelmine 359.
Henszlmann 668.
Hentzi 486, 821, 1121.
Henzen W. 655, 774, 816, 1158.
Heppe 30.
Herakles 273.
Herbart 1006, 1123.
Herbst, Minister 36, 101, 105, 179 f., 203, 252, 237, 451.
„Herbstblätter" von Fr. W. Weber 958, 1005.
Herder B. (Verlag) 175, 320, 370.
— G. (Klassiker) 203, 351, 447, 857, 1115.
Heredia 920.
Herefort 279.
Hereros 499, 552.
Herford 1009.
Hergenröther 27, 327, 392, 612.
Herkomer 565.
Herkules 1117.
Hermann der Cherusker 45, 655, 945.
— Erzbischof 1151.
Hermannstadt 408, 1019, 1164, 1167.
Hermes 179, 231.
Herodes 873, 1175.
Herodot 929, 1086.
Herold 585, 777, 862, 1120.
Herrenreiser 452.
Herrig Hans 401, 609, 612, 645, 654 f., 724, 726, 774, 806, 814.
Herrnhuter 1138.
Herter Ernst 457, 1117, 1160.
Hertling 27, 260, 398, 399, 444, 612, 647, 954, 961, 1049 f., 1052 f., 1055, 1069, 1110, 1112, 1138, 1150 f.
Hertz W. 86, 141, 959.
Hertzberg 175.
Herwegh 215, 401, 561 f.
Herz Cornelius 919.
— Dr. 830, 1058.
Herzegowina 3, 4, 6, 7, 8, 11, 13, 15, 28, 35, 36, 90, 91, 93 ff., 96, 97, 99—102, 105, 111, 183, 200, 253, 296, 298, 300, 325, 326, 539, 567, 729, 864, 887, 1164.
Herzen 30, 195, 979.
Herzig Max 1164.
Herz-Jesu-Kirche 1095.
Herzka Th. 718 f., 892.
Herzl Theodor 1018.
Herzog, Bischof 391, 488.
„Herzog Christoph der Starke" 1057.
Herzog, Professor 46.
Hesse-Wartegg 1116.
Hessen 22, 29, 77, 219, 307, 367, 439, 605, 654, 906, 954.
„Hessische Blätter" 605.
Hetsch, Abbé 448.
Hettas Kaspar 256.
Hettner 449.
Heveši Ludwig 1166.
Hewett 364.
Heyck Ed. 1056 f.
Heydebrand 222.
Heyl 1017, 1150.

Heym 258.
Heyse Paul 251, 401, 442 f., 457, 653, 774, 816, 910, 941 f., 1007, 1008.
Hickel Ernst 1116.
Hicks-Pascha 363 f., 1092.
Hienfong, Kaiser 1085.
Hiep-Hoa, König 416.
Hieronymus, Magister 338.
Hietzing (Wien) 113.
Hild J. 782.
Hildebrand Ad. 403, 859, 958, 1160.
Hildegard, heilige 230.
Hildesheim 74, 131, 266, 349, 361, 1117, 1159.
„Hilfe" 1000, 1044.
Hillel 1115.
Hillern Wilhelmine v. 203.
Hillin, Erzbischof 1045.
Hilprecht 1028.
Hilty 141, 685.
Himalaya 767.
Himly 1053.
Himmelberge 835.
Hindukusch 982.
Hindus (siehe unter Indien) 146, 872.
Hinterindien 249.
Hinzpeter 643, 701, 712, 999 f.
Hipler Wendelin 817.
„Hippolitos" 817.
Hippolyte, Präsident 787.
Hirn Josef 410, 448, 1163.
Hiroschima 930.
Hirsch Dav. 742, 833.
— Max, Dr. 81, 133, 446, 1145.
Hirtenbriefe (vergleiche auch Enzykliken und Breven) 25, 41, 45, 61, 124 f., 126 f., 129, 142, 144 f., 163, 235 f., 238 f., 250, 251, 253, 300, 324, 365, 366, 391, 400, 432 f., 436 ff., 453, 454, 514, 515, 550, 558, 646, 664, 687, 721, 732, 823, 830, 918, 954, 955, 965, 966, 978, 1109, 1163.
Hirth 1009, 1077, 1086.
„Historisch-politische Blätter" 3 f., 24, 27, 48, 80, 85, 111 f., 141 f., 143, 174 f., 188, 189, 196, 204, 233, 249, 275, 320, 357, 359, 399, 401, 408, 448 f., 563 ff., 612 f., 640, 651 f., 660, 662, 680, 724, 751, 770 f., 772, 812 f., 818, 819, 825, 826, 852, 853, 855 f., 863, 874, 880, 910, 911 f., 959 ff., 1004 ff., 1052 f., 1112 f., 1148 bis 1153.
Hitze 498, 771, 1145.
Hitzmann 1007.
Hlatky Eduard 1067.
Hlawatschek 545.
Hlubek 407.
Hobrecht 107, 163.
Hochberg, Graf 818.
Hochmann 1074.
Hochnas 499.
„Hochzeit der Sorbeide" 1166.
Hödel, Attentäter 108, 110, 113.
Hodenberg 936, 1040 f.
Hödur 430.
Hoensbroech Paul v. 651 f., 852, 955, 1004, 1022.
Hoernes M. 1124.
Hofburg in Wien 730, 863.
Hofer Andreas 774, 827, 828, 862.
Hoffart 1160.
Höfing 312.
Höfler Alois 1123.
— Konst. v. 1123.
Hoffmann Fred. L. 1075.
— Jos. 456 f.
— Ludwig 957 f., 1059, 1157.
— Mina 1130.
— von Fallersleben 357.
Hofmann, Professor 633.
— v. 22, 70, 109, 205, 218.
Hofmannstal Hugo v. 1166.
Höger 341.
Hohenlohe Adolf 1021 f.
— Chlodwig 93, 156, 246, 317, 444, 498, 592, 643, 703 f., 899 f., 902, 934, 939, 951, 989, 997, 1022, 1069, 1108, 1146, 1158.
— Kardinal 682.
Hohenschwangau 361, 449.
Hohenstaufen (Dynastie) 216, 909 f., 941.
Hohenwart, Minister 105, 180, 967, 1149.
Hohenzollern (Dynastie) 116, 275, 318, 353, 356, 357, 449, 503, 563, 589, 603, 620, 650, 697, 702, 704, 716, 724, 761, 792, 840, 845, 848, 1080, 1104, 1155, 1159.
Höhler 1052.
Hohoff W. 564.
Holbein 149, 1158.
Hölderlin 276, 727.
Holland, Sekretär 553, 1090.
Hollos 1014.
Holtenau 560.
Holtzendorff 173, 352, 359, 603.
Holub 330, 340, 619.
Holz Arno 773, 1057.
Holzhausen A. 981.
— Paul 1116, 1155.
Holzhauser Thomas 1007.
Holzschuher Sigm., Dr., Freiherr v. 402.
— Hieronymus 402 f.
Homburg 179, 342, 362, 1037, 1045, 1118.
Homer 387, 564, 881, 926, 940, 1114.
Homerule 240, 280, 289, 463, 508 f., 571, 784, 873, 921, 1113.
Homöopathie 1010 f.
Hompesch 842 f., 935, 997, 1048.
Homunculus 619 f.
Honduras 1076.
Honegger 341.
Hongkong 1096, 1098.
Honterus 1121, 1125.
Hopf Wilh. 1052.
Hopfen Hans 402.
Höpfner 1155.
Hopmann 27.
Horanski 1121.
Höritz 892, 1125.
Horkins 747.
Hornberger Schießen 3.
Hornby 715.
Hornstein 1114.
Horst Kohl 817, 1149.
Hosenband-Orden 290.
Hospitze (siehe auch unter Spitäler) 1082.
Hoßbach 131.
Hottentotten 986.
Houpied 920.
Houssaye Arsena 746.
Hovas 377.
Hovatovic 15.
Howas 974.
Hoyos, Gräfin 794 ff.
Hron Karl 1121 f.
Hrotsvitha v. Gandersheim 908, 1067, 1155.
Huber A. v. 269 f., 448, 1016.
— Joh. 84, 140, 719 f.
Hübbe-Schleiden 271 f., 317, 908.
Hubertusstock 899, 993.
Hübner, Graf Alex. v. 816.
Huelva 834.
Huene 560, 635, 648, 789.
Hüffer 504, 564.
Hugo Viktor 63, 147, 249, 256 f., 448, 465 f., 746, 920, 1024.

Hulst, d' 869, 911.
Humanismus 402, 456, 652, 1143.
Humann 1058.
Humbert, König von Italien 142, 143, 316, 327, 335, 364, 449, 532, 591, 598, 604, 639f., 650, 678, 683f., 715, 747, 837, 838, 894, 917, 1012, 1037, 1068.
— (Kommunard) 187.
Humboldt, Brüder 361, 637.
Humes 322.
Hummel Isabella 978.
— Pfarrer 904.
Humperdinck Engelbert 913, 958, 1057.
Hundriesер 1009, 1058, 1177.
Hunfalvy 256, 668.
Hunnen 929, 1017.
Hunning 982.
Hunt 1073.
Hunyadi Joh. 1065.
Huppert 1104.
Huret 746.
Huschek 615.
Husterer 827.
Husum 1118.
Huß Johann 37, 58, 64, 65, 256, 323, 339, 402, 663f., 727, 863, 1114, 1123.
— Stadt 256.
Huszar 568.
Hutten Ulrich v. 46, 130, 656, 957.
Huttler 357.
Huxlei 33.
Huyle 239.
Huysmans 734, 746, 975, 1049, 1112.
Hydepark 687, 834.
Hymnen 986.
Hyndmann 511.
Hypnotismus 818, 857, 866, 872, 962, 1112.
Hyrtl 569, 892.

I.

Iacini 1022.
Jackson, Professor 1076.
Jacobi 1146.
Jacobini, Kardinal (Nuntius) 166, 237, 435, 531, 651.
Jacoby Joh. 84.
— L. 1118.
Jacot 812.
Jaffa 1082.
„Jäger" 774.
Jäger Gust., Professor 323.
— H. 835.
Jäger Oskar 1155.
Jahde(busen) 508, 712.
Jahn Ulrich 775.
Jakob (bibl. Person) 410.
— II. von England 1073.
Jakobiner 249, 316, 743, 840.
Jakobowski Ludwig 773.
Jakobus, hl., Apostel (der Ältere) 176, 197, 1144.
Jaluit 552.
Jalumündung 927.
Jameson, Dr. 976, 982, 983 ff., 986, 989, 1034, 1099.
Janiculus 972.
Janitschek 457.
Jannet Cl. 48, 879.
Jansenisten 923.
Jansky, General 486.
Janson 239.
Janssen Arnold 814, 1085 f.
— Johann 27, 28, 141, 174, 229, 321, 448, 472, 503 f., 564, 651, 652, 755, 855, 905 f., 911, 960, 1005, 1143.
— Josef 813, 817.
— L. R. 1081.
— Peter 1059.
Japan 48, 133, 343, 352, 379, 382, 468, 471, 650, 689, 736, 739, 787, 879, 880, 927, 930 f., 950, 961, 973, 979, 982, 989, 1000, 1008, 1029, 1074, 1075, 1077, 1089, 1096, 1099, 1116, 1130, 1132, 1168.
Jarcke K. E. 448, 503, 504.
Jaroszewski 612.
Jason 429.
Jassy 376.
Jaszbereny 479.
Jaurés 1022, 1024, 1036, 1093.
Java 317.
Javar 10.
Jaworski, R. v. 779, 861.
Jay Gould 377.
Jazdzewski 956.
Iberien 363.
Ibsen Henrik 139, 401, 573, 618, 655, 783, 827, 835, 856, 858, 891, 909, 922, 1006, 1007, 1022, 1074, 1113, 1128, 1154.
„Iduna" 969 f., 1166.
Jehli, Dr. 970.
Jefferson 471.
Jelisaweta Feodorowna (siehe auch Elisabeth von Hessen-Darmstadt) 743.
Jellacic 487.
Jena 350, 398, 439, 504, 536, 557, 561, 801 f., 870, 934, 959, 969, 1008, 1155.
Jenkins 256.
Jentsch Karl 358, 1004, 1153.
Jeremias Alfred 776.
Jerome Napoleon 149, 187, 369.
Jersey 675.
Jerusalem 62, 176, 197, 499, 552 f., 610, 611, 736, 835, 877, 980, 1079—1082, 1116, 1138, 1144, 1177.
Jervis W. H. 320.
„Jeschua von Nazare" 1076.
Jessing 320.
Jesuiten-Orden 36, 41, 42, 59 f., 85, 148, 190, 222, 223, 230, 234 ff., 239, 243, 251, 360, 370, 406, 413, 432, 437 f., 447, 470, 472, 498, 514, 515, 536, 566, 568, 575, 609, 619, 622 ff., 648, 703, 722, 810, 815, 827, 828, 829, 841, 852, 853, 858, 875, 899, 903, 912, 923, 934, 953, 955, 958, 975, 978, 1000, 1003 f., 1005, 1021, 1045, 1048, 1050, 1051, 1052, 1068, 1073, 1100, 1110 f., 1112, 1126, 1140, 1149, 1150, 1151.
Jesus (siehe unter Christus).
— Sirach 1028.
Jeunesse Ernest, la 1095.
Iffland 774.
Ignatieff 17, 50, 91, 92, 254, 269, 276, 599, 742.
Ignatius von Loyola, hl. 961, 1004.
Ihering Rudolf v. 359, 403, 620, 815.
Jirecek Josef 86, 448.
Iskra-Funke 545.
Ilg 457, 892, 1018, 1020.
Ilias 1006, 1118.
„Ilios" 230.
„Illustrierte Blätter" 1124.
„Illustrierte Zeitung" 76, 85, 178, 179, 187, 229, 276, 341, 355, 359, 361 f., 403, 409, 413, 422, 449, 450, 451, 456, 457, 506, 508, 514, 516, 521, 562, 565, 584, 610, 611, 617, 618, 650, 654, 656, 723, 724, 726, 736, 739, 752, 756, 759, 774, 776, 785, 787, 814, 826, 835, 836,

858, 859, 864, 880, 909, 912, 925, 929, 942, 955, 957, 958, 972, 975, 991, 1007, 1008, 1010, 1017, 1018, 1024, 1028, 1029, 1043, 1054, 1055, 1056, 1058 f., 1066, 1067, 1068, 1069, 1071, 1073, 1074, 1075, 1076, 1080, 1090, 1103, 1116, 1117 f., 1121, 1125, 1126, 1130, 1131, 1146, 1158, 1159, 1160, 1166 f., 1169, 1170, 1171, 1173, 1174, 1175.
Illyrien 253.
„Iltis" 433.
„Im Schneckenhause" von Jos. Wichner 1019.
Imbriani 749, 1021.
Imhof-Blumer 1156.
Immermann 726, 1009.
Imperialismus 5, 40.
Impfungen 1056.
Inama-Sternegg 568, 1153.
Index 145, 371, 681, 919, 1066, 1140 f.
Indianer 471, 739, 878, 1174.
Indien (siehe auch Ostindien) 3, 5, 11, 15, 18, 40, 46, 48, 54, 55, 92, 145, 146, 272, 288, 289, 290, 317, 330, 352, 355, 368, 372, 373, 385, 397, 403, 413, 415, 416, 461, 462, 859, 908, 926, 930, 951, 959, 961, 986, 1029, 1056, 1072, 1095, 1097, 1115, 1124, 1250, 1153, 1165, 1174.
Indischer Ozean 328.
Indochina 972.
Ingolstadt 72.
Inn 814.
Innichen 610, 776.
Innozenz III., Papst 829.
Innsbruck 183, 205, 408, 507, 593, 644, 667, 724, 755, 828, 862, 963, 1016, 1123, 1163.
Inowrazlaw 128.
Inquisition 679.
Integralismus 1148.
Internationalistes 9, 24, 46, 47, 59, 60, 81, 86, 87, 97, 101, 130, 133, 147, 149, 150, 152, 169, 172, 180, 182, 192, 200, 217, 222, 225, 226, 237, 247, 249, 254, 256, 270, 271, 277, 281, 284, 288, 289, 290, 298, 302, 303, 313, 314, 315, 323, 333, 346, 352, 354, 355, 370 f., 372, 380, 384, 403 f., 417, 418, 419, 435, 437, 445, 446, 460, 462, 470, 483, 488, 501, 510, 513, 518, 519, 522, 538, 568, 582, 600, 606, 608, 613, 621, 626, 645, 652, 666, 672, 684, 685, 688, 691 f., 693, 695, 705 f., 707, 712 f., 714, 726, 729, 737, 749, 757 f., 762, 764 ff., 785, 786, 793, 820, 831, 835, 870, 873, 874 ff., 885, 891, 892, 904, 920, 922, 923, 936, 951, 954, 959, 964, 968, 983, 986, 995, 1000, 1001, 1011, 1013, 1014, 1016, 1025, 1026, 1038, 1052, 1062, 1069, 1073, 1073, 1082, 1089, 1090, 1098, 1118, 1127, 1128, 1129, 1130, 1131 ff., 1145, 1158, 1166, 1179.
„Intransigent" 533.
Jochmus August 410.
Jodel Fr. 1066.
Joffre 918.
Johann, Erzherzog (siehe auch unter Orth) 409.
— König von Abessinien 468.
— von Sachsen 650.
Johannes, hl., Apostel 672, 910.
— — der Täufer 960, 1175.
„Johannes" von Sudermann 1057.
Johannesburg 989, 1131, 1135, 1136.
Johanniter-Orden (auch „Johanniter" von Schiller) 499, 600, 1003, 1079.
Johnston H. H. 403, 511.
Joinville, Herzog von 544.
Jokay 665, 891.
Jonas 739, 957.
Jonin 422.
Jonsdorf 1067.
Jonzac 733.
Joost van der Vondel 573.
Jordan (Fluß) 318.
Jordan Rich. 942.
— Wilh. 141, 203, 230, 401, 652, 726, 856 f., 941, 1157, 1178.
Jörg, Dr. 3, 4, 19, 26, 28, 75, 76, 85, 109, 504.
Jörgensen Joh. 1112, 1152.
Joris 959.
Josef, hl. 190.
— I. 827.
Josef II. 2, 140, 203 f., 255, 448, 457, 602, 729, 782, 820, 896.
— von Battenberg 474.
Josefa, Prinzessin von Sachsen (später Erzherzogin von Österreich) 488.
„Josefine" von Hermann Bahr 1166.
Joubert 242, 1136.
„Journal des Debats" 94, 188, 997.
„Journal de Rome" 468.
„Journal Officiel" 974.
Iran 358.
Ireland, Erzbischof 836, 981 f., 1003, 1029, 1049, 1110, 1141, 1148, 1174.
„Iris" 1168.
„Irish World" 471.
Irland (siehe auch Home-rule) 4, 15, 48, 56, 78, 87, 88, 143, 145, 180, 186, 239, 240, 241 f., 245, 270, 279 f., 289 f., 335, 364, 365 f., 415 f., 463, 493, 495, 508 f., 510, 521, 535, 556, 569 ff., 575, 622, 623 ff., 687, 725, 735, 784, 813, 821, 833, 834, 856, 862, 864, 873, 920 f., 977, 985, 986, 1071, 1075, 1097, 1113, 1116, 1134, 1136, 1173.
Irminsul 1117.
Irredentismus 191, 200, 237, 254, 300, 301, 324, 326, 327, 333, 411, 456, 486, 516, 683, 684, 729, 731, 732, 749, 866, 888, 915, 925, 981.
Isaak 410.
Isabella von Bayern 334.
— Königin von Spanien 520.
Isar 360, 814.
Ischia 334.
Ischl 65, 304, 336, 396.
Isel (Berg) 828, 862.
Isenburg-Birstein, Fürst Karl zu 536, 538.
Isis 919.
Islam (siehe Muhammedaner).
Island 448, 688, 876.
Ismael Pascha 197.
Istoczy 303, 314, 340.
„Istok" 97.
Istria 337.
Istrien 327, 406, 890, 966.
Iswolski 913.

Italien 4, 6, 33. 35, 36, 42, 44 ff., 48, 56—60, 61, 64, 66, 67, 72, 87, 93, 95, 101, 105, 141 bis 145, 148, 149, 151, 152, 153 ff., 158, 160, 161, 162, 172, 177, 180, 190—192, 200, 231, 236 f., 240, 246, 247, 249—251, 254, 257, 283, 291, 294, 299, 300, 301, 304, 305, 306, 323 bis 328, 330, 331—335, 336, 337, 347, 350, 354, 361, 362, 363, 364, 368, 370, 371, 379, 381, 384, 387, 392, 395 f., 399, 403, 404, 406, 409, 411 bis 413, 416, 419, 424, 447, 450, 452, 466—469, 483, 495, 499, 512, 514 ff., 524, 527, 531 ff., 534, 535 536, 540, 543, 545, 547, 548, 550, 554—556, 564, 566, 568, 579, 582, 585, 586, 588, 589, 590 f., 593, 596, 598, 600, 604, 605, 608, 609, 621 ff., 639 f., 641, 643, 644, 653, 659, 660, 665, 667, 677, 678 bis 684, 686, 695, 699, 704, 714, 715, 729, 730, 732, 737, 745, 746—751, 754, 755, 756, 760, 767, 779, 780 f., 782, 784, 786, 804, 808, 812, 823, 824, 827, 828 f., 836, 837, 838 f., 842, 845, 847, 850, 855, 856, 859, 860, 863, 866 bis 868, 874, 875, 883, 890, 894, 900, 902, 907, 909, 911, 914—916, 917, 918, 919, 922, 925, 929, 940, 943, 958, 970, 971 f., 976, 979, 981, 995, 996, 998, 1012, 1013, 1017 ff., 1019—1022, 1025, 1026, 1032, 1033, 1037, 1038, 1045, 1048, 1049, 1051, 1057, 1058, 1060, 1062, 1068 f., 1074, 1075, 1078, 1093, 1100, 1102, 1110, 1111, 1115, 1118, 1120, 1121, 1125, 1126 f., 1129, 1132, 1147, 1149, 1156, 1159, 1167—1169, 1172.
Jubiläumstheater in Wien 1166.
Juda Abarbanel, Don (siehe Hebraeus).
Judas Iskariot 873.
Judentum 32, 37, 54, 76, 83, 97, 101, 102, 123, 132, 134 ff., 139, 149, 168 f., 176, 190, 196, 203, 208, 219—226, 236, 240, 242, 244, 255, 256, 267 f., 272 f., 275, 278, 282, 290, 298, 301, 303 f., 314 f., 328, 330, 340, 354, 356, 357, 359, 367, 374, 375, 392, 393, 402, 410, 411, 416, 418, 421, 450, 456, 472, 497, 505, 506, 513, 517, 522, 563, 565, 566, 597, 606, 607, 610, 616, 619, 623, 626, 633, 634, 635, 646, 658, 660 ff., 671, 676, 719, 720, 724, 725, 731, 735, 738, 742, 771, 775, 781, 783, 786, 793, 803, 804, 806, 810 f., 812, 816, 817, 818, 819, 822, 830, 833, 854 f., 863, 864, 865, 866, 876, 879, 882, 884, 885, 887, 888, 891, 894, 900, 902, 907, 920, 926, 929, 930, 933, 951, 953 f., 959, 961, 962, 967, 975, 980, 999, 1017, 1018, 1027, 1028, 1046, 1049, 1053, 1054, 1061, 1069, 1073, 1074, 1095, 1097, 1115 f., 1120, 1123, 1124, 1130, 1140, 1143, 1145, 1149, 1156, 1159, 1163, 1165, 1170, 1174, 1179.
„Jugend" 1009.
Jülicher A. 619.
Julie v. Hauke, Gräfin 196.
Julirevolution 261.
Jung Jul. 37.
Jungbunzlau 615.
Junges Deutschland (Dichterkreis) 136.
Jungfrau von Orleans (Jeanette d'Arc) 44, 137, 569, 918, 919, 1003, 1024, 1051, 1114.
Jungmann P. 37, 399.
Junker Karl 1165.
Jürgen 853.
Juristen (und Jus siehe auch unter Gerichte) 560, 620, 824, 859, 914 f., 968, 1066.
Juritsch Georg 1006.
Jurjew (siehe auch unter Dorpat) 924.
Justi Ferdinand 359.
— C. 653.
Jütland 835.
Jutta zu Mecklenburg-Strelitz 1173.
Ivanovic 98, 99.
Iwan III., Zar 54, 374.

K.

Kaatz Hugo 726.
Kabalow 733.
Kabbala 1027.
Kabul 146.
Kadlec, Polizeikommissär 407.
Kaemmel O. 1057.
Kaffern 55, 554, 985.
Kaftan, Professor 852 f., 888, 1004, 1013, 1145.
Kahiruan 247.
Kahl 1109.
Kahn, Bischof 566.
Kainz Josef 1166.
Kairo 363, 1091, 1139.
„Kaiser Heinrich" von Wildenbruch 1057.
Kaiser Paul 910, 959, 1158.
Kaiserberg (Duisburg) 1117.
Kaiserhof (Hotel) 640.
Kaiser-Wilhelms-Kanal 758, 932, 947.
Kaiser-Wilhelms-Land 431.
Kaising 930.
Kalabrien 324, 867, 1068.
Kalafat 51.
Kalahiri 461.
Kalakaua 286, 879.
Kalendarisches 700, 750, 817, 830.
Kalifornien 926.
Kalksburg 563.
Kalkutta 365, 1098.
Kallay v. 199 f., 299, 327, 336, 339, 1013, 1016.
Kalnoky 254, 304, 307, 334, 335, 336, 375, 396, 405, 481 ff., 484, 507, 535, 543, 547, 549 f., 588, 666, 667, 682, 715, 728, 779 f., 781, 796, 797, 821, 860, 863, 886, 887, 888, 964, 970.
Kalthoff 131.
Kaltner 1015.
Kaltschew 541, 542.
Kalvinismus 80, 190.
Kambodscha 417, 418.
Kamerun 317, 380, 383, 385, 424, 425, 426, 427, 429, 431, 552, 872, 906, 912, 957.
Kaminsky, Abgeordneter 336.
Kammerer 407.
Kampers Fr. 1007.
Kämpfe Walter 879.
Kamschatka 741.

Kanada 145 f., 289, 368, 372, 463, 521, 553, 575, 628, 787, 1049, 1075.
Kanal, La Manche (Ärmelkanal) 41, 287, 290, 366 f., 416, 571, 625, 675, 1092, 1169.
Kanäle (Kanalbau) 34, 88, 108, 113, 188, 345, 269, 290, 292, 363, 386, 422, 444, 470 f., 499, 508, 560, 688, 733, 736, 758, 830, 850, 877, 879, 902, 906, 921, 925, 932, 946, 973, 982, 992, 1013, 1014, 1047, 1076, 1104, 1140, 1173, 1174.
Kandahar 146.
Kandia 1078.
Kanea 1027, 1032.
Kang-Ju-Wei 1084, 1085.
Kanitz F. 86, 184, 999.
Kannegießer A. 771, 816, 911.
Kanner H. 892.
Kanonisationen 44, 420, 622 f., 918.
Kansu 931.
Kant Immanuel 224, 228, 448, 652, 857, 1007, 1073, 1116.
Kantakuzen 376, 458, 460.
Kanut, König 420.
Kap Delgado 500.
— der Guten Hoffnung 1139.
— Frio 383, 430.
— Guardafui 414, 434.
„Kapitän Dreyfus" 1114.
Kapitol (Amerika) 926.
— (Rom) 324, 748.
Kapland 282, 290, 784, 982, 984 f., 1131.
Kapodistria 1032.
Kappauf Michael 407.
Kapstadt 379, 415, 1034, 1135, 1136.
Kapustin 375.
Kapuzinergruft 203.
Kapuziner-Orden 516, 557, 810, 911.
Karageorg, Dynastie 877.
Karakassow 195.
Karatheodory 93.
Karawanen 631.
Karawelow 473, 475, 476.
Kardoff v., Abgeordneter 709, 756, 974, 1225.
Karl Alexander von Sachsen-Weimar 1109.
— Borromäus, hl. 971.
— der Große 33, 61, 62, 92, 187, 266, 313, 350, 449, 724, 755, 986, 1018, 1120, 1140, 1149, 1159.
Karl der Gute, Graf von Flandern 420.
— der Kühne 46, 1069.
— IV. 724, 729, 908, 1165.
— V., Kaiser 68, 174, 184, 321, 911.
— XII. 39.
— I., Kaiser von Österreich 488, 657, 1016.
— I., König von Rumänien 14, 284, 336, 375 f., 518, 670 f., 769, 779, 783, 876 f., 947, 981, 1028, 1075, 1121.
— Herzog von Braunschweig 192.
— Ludwig, Erzherzog 479, 488, 517, 657, 1016.
— von Löwenstein 1016.
— von Melk (Abt) 566.
— von Württemberg 769.
Karlisten 47, 324, 363, 520, 1087, 1171.
Karlsbad 201.
Karlsruhe 450, 643, 847, 859, 1001, 1046, 1118.
Karlstein 1018, 1066.
Karlweis C. 1067.
Kärnten 337, 730, 1066, 1122.
Karolina, Süd- 48.
Karolineninseln 432 ff., 491, 514, 526, 527, 575, 736, 753, 1134, 1171.
Karolinger (Dynastie) 941, 1008, 1179.
Karolyi Gabriel 665.
— Stephan 93, 182, 241, 556.
Karpathen 154.
Karpeles G. 505, 563, 725, 1156.
Kars (Festung) 51, 53, 93, 97, 374.
Kartäuser 236, 504.
Karthago 2, 514.
„Kaspar Hauser" 816.
Kaspisches Meer 92, 298, 373, 574, 982.
Kassala 915, 1068.
Kassandra 577, 958.
Kassel 315, 344, 762, 928, 1048, 1146.
Katakomben 456 f., 1148.
Katalonien 834, 858, 1089.
Katharina (II.) von Rußland 14, 194, 374, 460.
Kathodenstrahlen 1010.
„Katholik" 1003.
Katholizismus 1, 3, 4, 11, 15, 21, 24—29, 33, 40, 41 f., 43, 44, 45, 46, 56—63, 64, 67 f., 72, 73 ff., 76 ff., 85, 87, 88, 114, 123—131, 132, 141, 142, 143, 144, 145, 147 f., 149 f., 153, 154, 157, 159, 162, 163, 165 f., 167, 173, 174, 178 f., 180, 181, 186, 188, 189, 191 f., 203, 204, 207 ff., 210 ff., 213, 214 ff., 219, 222, 223, 225, 226 f., 229, 232, 234 ff., 237 ff., 248 f., 251, 263, 264 ff., 275, 292, 300, 303, 307, 311 ff., 318 f., 320, 322, 523, 324, 325, 334 f., 347 ff., 350, 351, 352, 354, 357, 359, 360, 365, 367, 372, 375, 393, 399 ff., 401, 402, 408, 412, 416, 417, 418, 420, 434, 435 ff., 447, 448, 449, 450, 452, 454, 455, 465, 468 f., 470, 471, 472, 487 f., 490, 492, 494 ff., 498, 503, 504, 505, 507, 513 ff., 518, 519, 521, 527, 528 f., 530 f., 534 f., 536 ff., 554, 555, 556, 557 ff., 563 f., 565, 566 f., 569, 570, 571, 572, 573, 589, 596 f., 598, 599, 606 f., 608 ff., 611 f., 613, 616, 619, 622, 623, 624 f., 626, 635, 640, 646 ff., 650, 651, 653, 656, 658 ff., 662, 663, 664, 671, 673, 676 f., 679, 680, 687, 688, 689, 690, 694, 700, 710, 720 f., 722, 724, 725, 728, 732, 733, 734, 736, 737, 738, 739, 743, 746, 747, 752 f., 755, 756, 760, 770, 771 f., 773 f., 780 f., 782, 785, 788 ff., 791, 793, 797, 799, 801, 803, 805 f., 809 ff., 812, 813, 814, 815, 816, 818 f., 823–826, 828, 929 f., 831, 832, 834, 837 f., 839, 841 f., 849, 850, 851, 853, 855 f., 858, 863, 865, 867 ff., 870, 871, 874, 876, 877, 879 f., 882, 883 ff., 886, 888, 889, 891, 896, 898, 899 ff., 902, 903, 904, 905 f., 907, 909, 910, 911 f., 913 f., 918, 919, 921, 922, 923, 925, 936, 937, 940, 950, 953 ff., 958, 959, 960 f., 963 f., 965, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 978, 981, 982, 988, 999, 1002 f., 1004, 1005, 1014 f., 1017 f., 1019, 1021,

1025, 1027, 1029, 1039 f., 1043, 1044, 1048, 1049 ff., 1052 f., 1054, 1055, 1059 f., 1064, 1069, 1070, 1071 f., 1073, 1079 f., 1081, 1082 f., 1085 f., 1097, 1098 f., 1100, 1103 f., 1108, 1110, 1111 f., 1114, 1122 f., 1124, 1126, 1127, 1128, 1132, 1033, 1140 ff., 1143, 1144, 1147 f., 1149, 1150 f., 1152, 1153, 1156, 1157, 1163, 1170, 1171, 1173 ff.
Kathrein 1163.
Katkow 373, 517, 533, 545 f.
Katscher L. 786.
Kauders 1019.
Kaufmann 27, 224.
Kaukasus 51, 52, 53, 330, 374, 574, 1017.
Kaulbach 323.
Kaulbars 376, 477, 481 f.
Kaunitz 153, 617.
Kautsky 909, 1154.
Kautz 1133 f.
Kautzsch 34.
Kawerau 448, 960.
Kayser 450.
Kayserling M., Graf 909.
Keane, Bischof 1029.
Keasby Lindley M. 1076.
Keble John 785.
Kef 247.
Keiter H. 399, 816, 1054.
Kekulé 84, 1115.
Kelat 1174.
Keleti 567.
Keller (Priester) 569.
— Adalbert 322.
— Ferdinand 1178.
— Gottfried 140, 360, 401, 560 f., 573, 875, 912.
— v. Kellerer 46.
Kelten 256.
Kennan Georg 786.
Kennedy 854.
Kennemann 896, 1108.
Kensington 739, 834.
Kenfit 1097.
Kent 851.
Keppler, Professor 608, 725, 908, 1143.
Kerki 574.
Kerl Bruno 1178.
Kerner Justinus 85, 276, 818, 1173.
Kerschbaumer Anton 1019.
— Rosa, Dr. 730.
Keta 380.
Ketschwayo 290, 364.
Ketteler, Bischof 27, 78 ff., 911, 1053, 1153.
Keuchel G. 1144.
Kevelaer 27.
Key West 1088.
Khartum 1091.
Khelat 55.
Khevenhüller 459, 617.
Khuenburg 826.
Khuen-Hedervary 887.
Kiau-Tschou 1031, 1040, 1072, 1086, 1098 f.
Kidd Benjamin 978.
Kiel 183, 269, 276, 355, 380, 385, 386, 560, 565, 597, 790, 794, 815, 849, 900, 932, 974, 976, 1009, 1039, 1045, 1055, 1059, 1106, 1145.
„Kieler Zeitung" 603.
Kielmannsegg 965.
Kienzl 970.
Kiesewetter 857, 962.
Kiew 38, 39, 103, 598 f., 612, 616, 651, 701, 742, 817.
Kilimandscharo 434, 500, 511, 718 f., 851.
Kilkeny 279.
Kilmainham 289, 365 f.
Kimberley 1096, 1135.
Kinematographie 1095.
King, Dr. 687.
— Kathe 1159.
Kingsley 813.
Kinkel 30.
Kinsky (Berta v. Suttner) 1130.
— Friedrich, Graf 663.
Kinter, P. Maurus 230, 823.
Kioto 739, 787.
Kipling Rudgard 1138.
Kirchbach Wolfgang 817, 1110.
Kircheisen Eugen 1118.
Kirchengesang (vgl. auch Gesang) 399, 816, 955, 1005, 1143.
Kirchengeschichte 824, 911, 960, 1052, 1110, 1155.
Kirchenmusik (vgl. auch Musik) 86, 175, 569, 612, 856, 872, 911, 914, 923, 970, 978, 1068.
Kirchenstaat 43, 57, 143, 145, 191, 327, 348, 420, 514, 558, 564, 590, 608 f., 612, 640, 651 f., 660, 679, 680, 731, 732, 747, 753 f., 755, 954, 972 f., 1003, 1053.
Kirchhoff 1177.
Kirchmann v. 402, 719.
Kirchner Friedr. 85.
Kirgisen 374.
„Kirke" 1118.
Kirschner 1083.
Kirstein 1052.
Kissingen 126, 271, 479, 761 f., 798, 799, 800, 801, 844, 848.
Kißling Rich. 835.
Kitchener, Lord 1091, 1092, 1134.
Kjelland 858.
Kladderadatsch, der große 223, 764, 1145, 1152, 1179.
Klagenfurt 407, 566, 1066.
Klapka 64, 65 f., 826.
Klassen Fr. 1005.
Klassiker und Klassizismus 85, 232, 283, 294, 350 f., 359, 401, 447, 449, 504, 562, 564, 620, 770, 774, 827, 858, 906, 911, 1007, 1049, 1057, 1172.
Klausenburg 256.
Kleesattel J. 1059.
Kleidermode (vgl. auch Mode) 179, 323, 678, 860.
Klein, Dr. 497 f., 541.
— Ernst 359.
— Felix 859.
— Max 1058.
— Rabbiner 1073.
— Wilh., Professor 131, 338.
Kleinasien 34, 93.
Kleine H. 176.
Kleinschmidt Artur 925, 1130, 1173.
Kleinwächter Fr. 817.
Kleist Heinrich 1160.
— -Retzow 496, 557.
Klek 11, 98.
Klement, Metropolit 197, 460, 474 f., 544, 594, 876, 979.
Klementine, Herzogin 543 f.
Kleopatra 146.
Kleve 944.
Klingenberg 1155.
Klinger Max 859, 912, 958, 1059, 1066, 1095, 1118.
Klingsor 319.
Klinkowström 184, 233.
Klondyke 1075.
Klopp Onno 174, 320, 338, 813.
Klopstock 31, 203, 351, 449, 620.
Klöster und Klosteraufhebungen 36, 40, 44, 45, 47, 83 f., 128, 139, 140,

187, 188, 222, 225, 232, 237, 239, 292, 348, 412, 516, 606, 613, 667 f., 751, 810, 827, 834, 905, 909, 919, 954, 959, 1003, 1052, 1072, 1112, 1155, 1163, 1165.
Klosterneuburg 828.
Knackfuß Hermann 928 ff., 961.
Knapp 1016.
Knappe, Dr. 552.
Knaschewatz 10.
Knauer V. 827.
Knecht, Dr. 608.
Kneipp Sebastian 1055.
Knille Otto 1008.
Knipperdolling 942.
Knock 279.
Knoll Konrad 1117.
Knöpfler Alois 1159.
Knorr, Konteradmiral 383, 499.
Knortz K. 786.
Knotz, Abgeordneter 452, 455, 579.
Koblenz 72, 323, 656, 721, 847, 1044 f., 1058.
Koburg-Kohary (Dynastie) 542, 544, 577, 860, 873, 906, 921, 1140.
Koch, Geh. Rat 352, 397.
— Josef 403.
— Professor 31, 448, 727, 919, 913.
Köchel L. v. 37.
Köchlin 540.
Kögel 132, 908.
Kohl Horst 1006, 1149.
Kohlschmidt 1005.
Kohn Samuel 828, 1067.
Kohut Adolf 562, 653, 1124.
Kokand 374.
Kolanyi, Propst 128.
Kolb Viktor 1004.
Kolchis 429.
Kolisz 39.
Koller, Redakteur 729, 1016.
Köller v. 950, 956 f.
Köllicker 1156.
Köln 25, 58, 72, 73, 126, 140, 178, 208, 213, 214 ff., 229, 233, 236, 266, 271, 276, 313, 320, 323, 347, 391, 436 f., 450, 530, 536, 557, 573, 604, 732, 753, 761, 774, 813, 849, 855, 859, 904, 954, 955, 958, 1035, 1048, 1045, 1104, 1118, 1146, 1156.
„Kölnische Volkszeitung" 78, 208, 648, 829, 910, 937, 941, 945, 947, 1000, 1001, 1016, 1106.
„Kölnische Zeitung" 212 f., 306, 323, 348, 395, 429, 531 f., 546, 548, 549, 577, 651, 695, 840, 848, 994.
Kolonialpolitik und Kolonien 3, 9, 46, 47, 55, 86, 87, 95, 145 f., 149, 172, 173, 186, 192, 197, 210, 236 f., 246 ff., 249, 271 f., 276, 282, 283, 285, 289, 292, 304, 306, 317 f., 324, 334, 341–344, 358, 363 ff., 367 ff., 371, 377, 379 bis 521, 530, 532, 551 bis 555, 561, 564, 605, 606, 622, 625, 628, 630 ff., 639, 645, 648, 652, 654, 671, 672, 685, 686, 688, 690, 698, 707 f., 711; 713, 723, 730, 733, 734 f., 736, 737, 738, 756, 767, 769, 782, 787, 809, 831, 850, 871, 873, 902, 906, 915, 921, 923, 931, 959, 962, 974, 976, 977, 978, 982, 984, 985 f., 988, 1002, 1019 f., 1022, 1025, 1031, 1534, 1037, 1039 f., 1055, 1057, 1072, 1179, 1081, 1090 ff., 1095 ff., 1098 f., 1108, 1109, 1131, 1133 ff., 1137, 1138, 1140, 1145, 1171, 1173.
„Kolonialpolitische Korrespondenz" 424, 432.
Kolonos 231.
Kolumbus 541, 739, 1178.
Komarow, General 461, 462, 1120.
Komensky-Ver. 301.
Komjathy 1013.
Kommunismus 22, 34, 46, 103, 109, 117, 118, 119, 132 f., 141, 148, 149, 150, 175, 187, 194, 195, 217, 233 f., 248, 259, 270 f., 293, 322, 344, 371, 418, 419, 450, 535, 551, 568, 664, 685, 717, 719, 720, 758, 764 ff., 775, 817, 855, 658, 881 f., 948, 951, 953, 960, 969, 978, 1002, 1026, 1066, 1068 f., 1076, 1115, 1138, 1179.
Komoren-Inseln 512.
Kompert L. 203, 341.
Konfutse (Konfuzius) 930, 1086, 1097, 1179.
Kongo 191, 292, 352, 363, 364, 367, 380, 381, 383 f., 403, 412, 415, 417, 420, 424, 429 f., 470, 471, 508, 518, 554, 631, 648, 685, 734, 736, 918, 973, 978.
Kongresse, Konferenzen und Tagungen 5, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 19, 20, 22, 23, 24, 30, 35, 41, 42, 45, 46, 47, 49, 50, 59, 60, 61, 67 f., 75 f., 78, 80 f., 87, 89, 91 f., 93 f., 111, 115, 133, 144, 147 f., 153, 158, 166, 171, 179, 187 f., 193, 195, 204, 206 f., 213, 217 f., 222, 229, 236, 240, 245, 246, 248, 250, 251, 253, 255, 256 f., 265, 267, 281, 284, 288, 289, 290, 293, 302, 306, 308, 311, 312 ff., 317, 318, 324, 329, 336, 337, 339, 344 f., 346, 347 f., 352, 354, 355, 359, 360, 365, 371, 372, 375, 377, 383 f., 389, 391, 392, 306, 404, 408, 413 f., 417, 418, 424, 426 f., 436 f., 444, 445, 446, 453, 455, 463, 470, 474, 485, 488, 497, 498, 513, 518, 519, 521, 530, 539, 545, 549, 550, 553, 557, 558, 559, 566, 568, 570, 571, 572, 581, 583, 608 ff., 611, 614, 620, 623, 626, 645, 647, 648, 655, 658 ff., 662, 663, 675, 677, 678, 679, 685, 687, 688, 689, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 699, 704 f., 707, 710, 712 f., 714, 717, 720 f., 722, 723, 725, 729, 731, 732, 735, 736, 737, 739, 748 f., 753, 755, 757 f., 776, 779, 781, 782, 785, 786, 793, 805, 810, 811, 812, 820, 823, 824, 825 f., 831, 835, 846, 849, 850 f., 852 f., 854, 855, 863, 874 f., 879, 880, 883 ff., 888, 889, 890, 895, 899, 902 f., 904 f., 907, 911, 912, 914, 915, 921, 922, 923 f., 932, 951, 952 f., 954, 955, 959, 961, 967, 972, 973, 974, 977, 978, 986, 999, 1000, 1001 f., 1010, 1011, 1015 f., 1017, 1023, 1025, 1038, 1047, 1048, 1049, 1053, 1056, 1064, 1068, 1069, 1073, 1097, 1101, 1103 f., 1105, 1108 f., 1115, 1118, 1127, 1128 f., 1130, 1132 f., 1034, 1036,

1141ff., 1145, 1147, 1150, 1152, 1155, 1165, 1166, 1167, 1171, 1172, 1173, 1179.
Kongreß, eucharistischer 1082.
König Artur 1177.
„König Heinrich" 1008.
Königgrätz 19, 161, 205, 264, 603, 772, 963.
„Königin, Lied der" 858.
„Königin von Saba" 146.
Königinhofer, Handschrift 232, 454, 615.
Königsberg 845, 895, 910, 912, 956, 1124, 1146.
„Königskinder" 1006, 1057.
Königswinter Müller v. 215.
Konitz 356, 393.
Konklave, 57, 142f.
Konkordat 234, 564, 743.
Könnecke 563.
Konrad, Freiherr v. 456.
Konradin (der letzte Hohenstaufe) 652.
Konsekration 27.
„Konservative Korrespondenz" 646.
„Konservatives Wochenblatt" 790.
Konstantin der Große 653.
— Großfürst 278, 831, 1120.
— von Griechenland 644, 1033.
Konstantine 43, 292.
Konstantinopel 2, 3, 6, 7, 14, 16, 17, 40, 49, 52, 54, 56, 63, 64, 89, 90, 93, 100, 102, 111, 185, 193, 196, 241, 245, 288, 289, 306, 324, 336, 374, 376, 404, 412, 416, 422, 458, 460, 470, 475, 526, 527, 532, 533, 541, 547, 553, 556, 586, 626, 644, 651, 670, 672, 700, 710, 833, 837, 925, 970, 980, 1027, 1028, 1032, 1034, 1079.
Konstanz 213, 338, 962, 1049, 1052f., 1123, 1155.
Konstanze 980, 981, 1028.
Konversionen 83, 229f., 320, 322, 360, 448, 505, 521, 650, 659, 725, 755, 770, 816, 821, 834, 856, 874, 876, 911, 914, 920, 921, 961, 1003, 1048, 1072, 1097, 1152, 1168.
Konyi Emanuel 619.
Konzile 45, 79, 176, 192, 449, 537, 564, 612, 689, 834, 899, 913, 962, 975, 980, 982, 1005.
Kopenhagen 123, 192, 271, 340, 344, 367, 373, 374, 385, 421, 458, 470, 547, 619, 626, 700, 706, 737, 762, 1179.
Kopf Josef 1118, 1126.
Köpke 446.
Kopp, Bischof 266, 494f., 535, 557, 558, 572, 752, 760, 1039f., 1142.
Köppen Fedor v. 1043.
Kopriva (siehe Caprivi).
Koptische Kirche 1021.
Koran 10, 85.
Körber, Minister 1163.
Kordofan 413.
Korea 317, 328, 378, 381, 461, 553, 927, 930, 931, 1029, 1074, 1130.
Koremans 572.
Korfu 667, 826, 1018, 1068.
Korinth 231, 284, 877.
— Stil 1160.
„Koriolan" 702.
Körner Theodor 354, 1038, 1160.
Korneuburg 1014.
Korsika 43, 334, 388, 395, 762.
Korum, Dr. 265, 266, 853.
Kosaken 38, 55, 151, 196, 535, 672, 737, 1120.
Koscielski 889.
Koslejk 905.
Kossowo 670.
Kossuth Franz 888.
— Ludwig 30, 64, 66, 205, 352, 408, 826, 885f., 888, 967, 1162.
— Pfarrer 339.
Köstlin H. A. 319f.
— Jos. 321.
Kosziusko 889.
Köthen 1011.
Kötschau 505.
Kötzschke 953.
Kowalewski Sophie, Dr. 421, 786, 1130.
Kozak Th. 447.
Krafft-Ebing, Professor 866, 970.
Kraiburg 814.
Krain 300, 337, 407, 828.
Krakau 200, 201, 254, 349, 406, 584, 863, 913, 1064.
Kral, Professor 615.
Kralik Richard 4, 9, 26, 30, 32, 33, 34, 38, 68f., 81, 84, 109, 141, 142, 174, 184, 185, 198f., 203, 231f., 233, 267, 274f., 305, 323, 327f., 329, 331, 333, 337, 338, 339f., 350f., 358, 362, 391, 401, 402, 409, 410, 448, 449, 457, 506, 561, 562, 568, 573, 620, 633, 646, 661f., 667, 668, 680, 724, 725, 733, 764, 773f., 803, 814, 815, 821, 827, 828, 855, 857, 858, 864f., 875, 881f., 892, 907, 908, 910, 926, 959, 960, 969, 970, 1010, 1015, 1017f., 1018, 1019, 1052, 1059, 1066, 1067, 1073, 1113, 1118, 1123, 1124, 1125, 1130, 1150, 1151, 1153, 1155, 1157, 1162, 1163, 1164, 1165, 1166, 1175f., 1177, 1178, 1179f. — Kralik, Allgemeine Geschichte der neuesten Zeit, I. Band 38, 357, 892. — II. Band, 174, 272, 450, 553, 560, 563, 610, 613, 685, 719, 855, 881, 1081, 1108. — III. Band 4, 272, 325, 442, 764, 808, 947, 1038. — IV. Band 1175. — Kralik, „Alma Mater Rudolfina" 1124. — Kralik, „Das deutsche Götter- und Heldenbuch" 33, 401. — Kralik, „Geschichte Wiens" 174. — Kralik, „Gralsage" 865. — Kralik, „Grundriß und Kern der Weltgeschichte" 1179f. — Kralik, „Hans-Sachs-Abend" 910. — Kralik, „Historische Studien" 959. — Kralik, „Jesu Leben und Werk" 1073, 1175. — Kralik, „Ist Italien ein Staat?" 333. — Kralik, „Kulturarbeiten" 1176. — Kralik, „Kunstbüchlein" 725, 773f. — Kralik, „Lueger und der christliche Sozialismus" 882. — Kralik, „Maximilian" 409. — Kralik, „Österreichische Geschichte" 174, 203, 907. — Kralik, „Österreichische Kronen" 374, 724. — Kralik, „Offenbarung" 231, 358. — Kralik, „Osterfestspiel" 231, 864, 969, 1113. —

Kralik, „Puppenspiele“ 506. — „Sokrates“ 1066. — „Sprüche und Gesänge“ 305. — „Veilchenfest in Wien“ 1018. — „Volksschauspiel vom Dr. Faust“ 140, 969. — „Weihnachtsspiel“ 231, 864f., 911, 969. — „Weltweisheit“ 865, 1819. — Nachtrag von Verweisungen auf Kralik in den früheren Bänden: I. Bd. 7, 9, 15f., 17f., 111, 191. II. Band 194, 203, 215, 278, 403, 420, 525, 557, 561, 569, 579, 602f., 605, 607, 664, 672, 707, 737, 741, 747, 776, 805, 810, 843. — Allg. Geschichte d. neuesten Zeit, I. Band 136, 331. — Allgemeine Geschichte, III. Band 834, 866. — „Der Beruf Österreichs“ VIII. — „Deutsches Götter- und Heldenbuch“ 278. — „Geschichte des Weltkrieges“ VIII. — „Kriegsreden“ VIII. — Verweisungen auf Kralik im III. Band 3, 11, 14f., 34, 39, 43, 84, 292, 301, 303, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 341, 347, 348, 351, 352, 380, 383, 390, 438, 459, 462, 471, 495, 496, 514, 516, 518, 522, 523, 527, 528, 535, 551, 586, 633, 634, 643, 653f., 724, 751, 752, 764, 766, 771, 810, 848, 855, 861, 862, 863, 891, 895, 902, 903, 904. — Ferner „Historische Studien aus alter und neuer Zeit“ VII. 535. — „Jesu Leben und Werk“ VII. — „Österreichische Geschichte“ 292, 438. — „Österreichische Kaiserkronen“ 471. — „Sokrates“ VII. und „Weltweisheit“ 84.
Kraljewo 670.
Kramarz, Dr. 1062, 1063, 1120, 1161.
Kranach Lukas 28, 1158.
Krantz 1169.
Krapotkin 284, 293, 370, 916.
Krasnoje-Selo 597, 702, 1037.
Krasnopolski 1019.
Kraszewsky 256, 391.
Kraus Aug. 1117.
— Baron 663.
— Franz Xav. (Spektator) 175, 563, 955, 975, 1003, 1005, 1048–1052, 1110 bis 1112, 1147.
— Dr. 926, 1166.
Krausold 503f.
Krebs 451.
Krefeld 391, 905.
Kreis 1059.
Kreiß 1159.
Kreiten S. J. 85, 141, 564, 724.
Kremer 577.
Kremeutz 74, 436, 536, 1081, 1082f.
Kreml 1130.
Krems 1019, 1024.
Kremsier 454, 460.
Kremsmünster 83f.
Krestow 541.
Kreta 17, 50, 52, 90, 91, 96, 326, 470, 671, 985, 1027, 1031—1034, 1035, 1087.
Kretzer Eugen 961.
— Max 1076.
„Kreuz am Ferner“ 774.
Kreuzenstein 1068.
„Kreuzersonate“ von Tolstoj 725, 738, 743.
Kreuznach 1059.
„Kreuzzeitung“ 225, 351, 356, 531, 585, 602, 607, 611f., 630, 634, 639, 641, 643f., 661, 790, 805, 850, 902, 933, 955, 1001, 1006, 1040.
Kreuzzüge 2, 275, 449, 608, 975, 1082.
Krieg 1866 84, 154, 161, 164, 198f., 200, 313, 325, 332, 384, 387, 389, 439f., 523, 527, 581, 605, 754, 757, 759, 772, 800, 802, 816, 817, 826, 840, 845, 846, 890, 895, 908, 937, 943, 1017, 1056, 1061, 1112, 1139, 1149.
— Befreiungskrieg (1809 bis 1813) 178, 184, 357, 396, 425, 429, 448, 506, 522, 525, 580, 584, 809, 855, 946, 957, 1160.
— Buren und Engländer 1131, 1172, 1173.
— Chinesisch-Europäischer 1085.
— Chinesisch-Japanischer (1894) 927, 928, 930f., 932, 950, 989, 1040, 1077.
Krieg, Deutsch-Französischer (1870/71) 42, 43, 84, 179, 223, 226, 263f., 313, 353f., 384, 387, 424, 429, 430, 451, 455, 505, 511f., 523, 525, 536, 548, 581, 582, 601f., 617, 637, 639, 650, 708, 711, 714, 722, 757, 744, 757, 772, 794, 797, 800, 802, 807f., 809, 810, 812, 817, 831, 836, 845, 947ff., 959, 962, 989, 1070, 1077, 1090, 1171.
— Dreißigjähriger 159, 175, 322, 436, 440, 504, 649, 709, 781, 789, 904, 912, 940, 941.
— Griechisch-Türkischer 1031—1034, 1062, 1078.
— Schleswig-Holsteinischer 817.
— (1683) 892, 1152.
— (1859) 1112.
— Siebenjähriger 159, 493, 537f., 699, 700, 703, 709, 940, 946, 960, 1008.
— Spanisch-Amerikanischer 1086—1090, 1096, 1099, 1126.
Kriege und Kriegswesen (siehe auch Militärisches) 8—18, 20, 28, 39, 47, 48, 49—54, 55, 56, 60, 63, 64, 70, 86, 89–104, 106f., 110f., 115, 134, 144, 152f., 154, 155, 156, 157, 158, 172, 173, 186, 188, 192, 197, 206, 225, 226, 228, 236f., 240, 244, 245, 246ff., 254, 263, 269, 285f., 289ff., 296, 297, 298f., 320, 324, 327, 332, 340, 341, 353, 355, 365, 366, 368f., 370, 374, 376, 377, 378, 380, 385, 395, 417, 418, 422, 425, 426, 434, 439f., 443, 446, 457—460, 461, 463f., 466, 470f., 474f., 480, 489, 492, 501, 511f., 563, 568, 569, 572, 574, 575, 577, 578, 579, 580—584, 585, 589ff., 593, 595, 597, 598, 599, 604, 605, 606, 612, 613, 615, 621, 625, 627, 640, 641f., 645, 650, 660, 664, 672, 676, 677, 678, 679, 681, 682f., 684, 686, 690, 700, 701f., 704, 708f., 710, 711, 713, 715, 728, 731, 734, 735,

741, 744, 749, 754, 758 f., 763, 764, 766, 769, 776, 778, 779, 786, 787, 797, 799, 800 f., 802, 804, 806, 808 f., 812, 830, 831, 835, 836, 840, 841, 843, 845, 860, 863, 870, 875, 879, 887, 891, 894, 895, 896, 898, 899, 900, 914, 920, 921, 923, 928, 930, 931, 939, 940, 945, 946, 948 f., 972, 976 f., 979, 981, 988, 993, 994, 998, 1019 ff., 1023 f., 1025, 1026, 1028, 1042, 1047, 1062 f., 1066, 1083, 1092, 1096, 1099, 1129, 1131 ff., 1138, 1139, 1147, 1155, 1164, 1170, 1172.
Krim und Krimkrieg 2, 3, 10, 39, 65, 154, 194, 295, 332, 501, 552, 580, 581, 699, 808, 925, 1122.
„Krimhild" von Wilbrand 178.
„Kritik der reinen Vernunft" von Kant 274.
Kroatien 64, 100, 104, 105, 143, 183, 205, 251, 252, 299, 300, 301, 337, 339, 406, 409, 456, 486, 487, 550, 566, 599, 614, 700, 823, 862, 875, 890, 968, 1011.
Kröber F. E. 1054.
Krogh-Tonning 770.
Kroke, Erzbischof 569.
Kronawetter, Abgeordneter 302, 485.
Krones 86, 563, 1177.
„Kronprätendenten" von Ibsen 783.
Kronstadt in Rußland 597, 740, 741, 742, 779, 799, 808, 869, 1023, 1036.
— in Ungarn 1121, 1125.
Krönungen 11, 278, 373, 560, 663, 664, 670, 724, 826, 909, 991 f., 1022, 1026.
Krötzig 1007.
Krüger Herm. Andreas 1156.
— Paul, Präsident 240, 242, 381, 415, 982, 983 ff., 988, 1096, 1135, 1136.
Krügersdorp 983.
Krumau 1165.
Krumbacher 858, 1119.
Krumir 246.
Krupp 257, 572, 705, 911, 933, 1125, 1137, 1160, 1166.
Kruse 620, 657.
Krusewatz 670.
Krylow 256.
Kuba 47, 87, 149, 192, 242, 434, 978, 981, 1025, 1028, 1073, 1075, 1086—1090, 1173.
Kübeck 585.
Kuchelbad 252.
Kufahl Hans 1067.
Kugler B. 275.
Kühlwetter 27.
Kuhn H. 370.
Kühne Gustav 620.
Kukelhans Th. 872.
Kuldscha 279.
Kulm 74, 349, 1143.
„Kultur" 1165.
Kulturkampf 1, 3, 4, 25, 29, 30, 41, 43 f., 47, 56, 60, 71, 72, 73 ff., 76 ff., 80, 81, 109, 112, 114, 121, 123, 124—131, 132, 139, 141, 148, 154, 162, 163, 164 ff., 169, 174 f., 188, 189, 198, 207, 214, 215 f., 217, 222, 225, 233, 237 f., 261 ff., 292 f., 311 ff., 318, 347—349, 356, 379, 392, 400, 424, 490 ff., 495 ff., 498, 503, 504, 528 f., 535, 536, 556, 557, 563, 564, 588, 601, 602, 608, 913, 646, 706, 718, 770, 788, 799, 810, 834, 841, 853, 899, 900, 911, 955, 1007, 1042, 1052, 1053, 1070, 1100, 1102, 1103, 1104.
Kundmann 340, 507 f., 617, 970.
Kundrat, Professor 633.
Kundry 319.
Kunst (vgl. auch Literatur, Baukunst, Malerei, Dramatik, Theater, Musik, Opern u. s. w.) 172, 175, 177, 184, 224, 226 ff., 274, 350, 352 f., 391, 772, 773, 775, 794, 796, 813 f., 816, 845, 853, 859 f., 892, 910, 942, 944, 955, 958, 960, 970, 973, 996, 1003, 1005, 1007, 1008, 1009, 1010, 1016, 1018, 1025, 1029, 1038, 1055, 1056, 1058, 1067, 1074, 1077, 1083, 1086, 1093, 1095, 1097 f., 1111, 1112, 1116 f., 1124, 1125, 1128, 1130, 1140, 1143, 1152, 1157, 1158, 1160, 1165, 1172, 1177, 1178.
„Kunstwart" 1113.
Künzli, Oberst 736.
Kupelian 191.
Kupfer 1125.
Kurland 54, 516.
Kürnberger Ferd. 184.
Kürschner Jos. 506, 817.
Kurz Hermann 86.
„Kurz J. J. F. v." 1124.
Kurzel 955.
Küstenland 104.
Küstrin 342.
Kußmaul 1156.
Kußtelan, Dr. 889 f.
Kuszinsky R. 1055.
Kutschke 178, 1157.
Kvekvic 823.
Kwangsu, Kaiser 1084 ff.
Kweio-Inseln 552.
Kwizzala 406.
Kyffhäuser 271, 534, 776, 992, 1059.

L.

Labori 1170.
Labouchere 686.
Laboulaye 741.
Lacordaire 1147.
Ladysmith 1136.
Lagarde, Professor Paul de 30, 231, 724, 765, 771, 822.
Lagos 380.
Laibach 300, 485, 507, 541, 828.
Lainz bei Wien 457.
Laisant 464.
Laistner L. 727.
Lamber Juliette 275.
Lamberti-Kirche 1159.
Lambertine, Gräfin 60.
Lambros Spyridion 275.
Lammenais 1048.
Lamoureux 320, 539, 569.
Lampert 651.
Lamprecht Karl 331, 560, 1008, 1016, 1052, 1115, 1154.
Lanarkshire 571.
Landau M. 827.
Landsdown 976.
Landshut 1053.
Landskron Stephan 771.
Landsteiner Karl 892.
Landwirtschaftliches 22, 98, 101, 103 f., 117, 133, 134, 163, 170, 205, 220, 237, 257, 258, 301, 315, 343, 346, 371, 452, 470, 560, 637, 690, 727, 765, 782, 787, 796, 833, 850, 851,

852, 888, 894, 895, 902, 903, 911, 946 f., 951, 952, 953, 977, 990, 991, 999, 1002, 1024, 1054, 1101, 1129, 1138.
Lang Lajos 1122.
— W. 1007.
Langbehn 275, 725, 818, 819.
Lange Fr. 1002.
Langen, Profeſſor 906, 958.
Langenieux 1082.
Langmann Philipp 1067.
Langobarden 1168.
Langſon 463.
Lanin E. B. 864.
„Lanterne“ 541.
Lanz 618.
Laotſe 930.
Laplata 286.
Laporte 1024.
Lariſſa 1033.
L'Arronge 178.
„L'art français“ 832.
Laſa 222.
Laſaulx Amalie v. 141.
Lasker 21, 69, 75, 84, 109, 118, 120, 203, 222, 386 f.
Laſſalle Ferdinand 81, 85, 115 ff., 133 f., 173 f., 211, 316, 357, 717 f., 719, 764, 816, 949.
Laſſon Adolf 719.
Laßwitz K. 1007.
Lateiner (Romanen) 256, 257, 299, 326, 359, 783, 867, 887, 901, 908, 913, 915, 955, 1079, 1147, 1155.
Lateran 829.
Latour d'Auvergne, Fürſterzbiſchof 62, 678.
Lau 1001.
Laube Heinrich 86, 136, 232, 257, 409, 817.
Laubmann 1156.
Lauda Eugen 775.
Laudon 2, 617.
Lauenburg 698.
— Herzog von (ſiehe unter Bismarck).
Lauſer W. 652.
Lauff Joſef 1043, 1057.
Lauingen 275.
Launay de 93.
Lauſanne 876.
Lauſer W. 141.
Lautenſchläger 726.
Lautner 813.
Laveleyes Emil de 174, 372, 403.
Lavigerie, Kardinal 249, 292, 514, 604, 732, 733, 743, 832, 859.
Lazar, Zar 670.
Lazarillo von Tormes 652.
Lazariſten-Orden 1110.
Lazarus (bibliſche Perſon) 1168.
— 203, 256, 1115 f.
Leander Richard 33.
„Leben Jeſu“ von Renan 188.
Lecanuet 1052.
Lecher, Abgeordneter 1061, 1062.
Lechter M. 1178.
Lecoffre 1112.
Leconte de Liſle 733 f., 746.
Ledochowski 25, 73, 128, 266, 349, 391, 838.
Ledru-Rollin 736.
Lee John D. 88.
Lega 915.
Legien 849.
Legnano 45.
Lehmann Nik. 1167.
— Ottokar 1155.
Lehmann-Hohenberg, Profeſſor 815, 960, 962, 1008.
Lehmkuhl A. 1156.
Lehnen 1104.
Lehner F. A. 275.
— Gilbert 1167.
Lehnert Adolf 1059.
Lehnin (Lehniſche Prophezeiung) 610, 911.
Leibeigenſchaft 194, 255, 279, 1016.
Leibl W. 323.
Leibniz 174, 360, 771.
Leichenverbrennung 30, 46, 87, 141, 412, 513, 727, 855, 905, 1125.
Leighton Frederik 507.
Leipzig 23, 24, 29, 68, 70, 86, 115, 219, 221, 256, 270, 306, 321, 322, 350, 351, 360, 403, 450, 541, 562, 572, 575, 587, 614, 617, 618, 720, 774, 776, 817, 910, 941, 946, 950, 957, 958, 1006, 1011, 1027, 1044, 1045 f., 1059, 1076, 1089, 1117, 1158, 1159.
„Leipziger neueſte Nachrichten“ 996.
Leiſt, Kanzler 906, 957.
Leiſtikow 1059.
Leitmeritz 408, 455, 487, 1119.
Leitner G. v. 203.
Leixner Otto v. 1113.
Lemaitre 746.
Lemberg 182, 201, 338, 479, 559, 889, 897, 969, 1015, 1025, 1163.
Lemire, Abbé 1051.
Lemmermayer Fritz 505, 910, 970, 1067.
Lenbach Franz 232, 449, 798, 941, 1103, 1158.
Lentner F. 858.
Lenz Max 1109.
— Oskar 448, 508, 663 f.
— Ottokar 1155.
Leo I., Papſt 823.
— III. 266.
— XIII., Papſt 123—130, 143 ff., 149 f., 168, 191 f., 208, 235 f., 237 f., 250 f., 312, 324, 334 f., 412 f., 434 f., 468 f., 488, 490 f., 495, 497 f., 513, 514 f., 535, 555, 622 f., 624, 654, 681, 684, 694, 732, 743, 749 ff., 752 f., 810, 823, 826, 829, 832, 837 f., 867, 868 f., 911, 913 f., 923, 937, 970 f., 975, 1003, 1021, 1048, 1052, 1068, 1109, 1126, 1132, 1133, 1167, 1168, 1177.
Leo-Geſellſchaft 823 ff., 864 f., 911, 1004, 1015, 1066, 1165.
Leo Heinrich 912.
Leonardo da Vinci 1125.
Leoncavallo 867, 1069.
Leonidas 339.
Leopold I., Deutſcher Kaiſer 68, 612, 827.
— II., Deutſcher Kaiſer 820.
— II. von Belgien 544, 626, 715, 736, 922, 934, 978.
— Großherzog von Baden 1151.
— von Hohenzollern 518.
Leopoldſtadt (Budapeſt) 782.
— (Wien) 658.
Lepſius 81, 360, 402.
Lerchenfeld v., Geſandter 263.
Lermina 256.
Leroy-Beaulieu 891.
Leſchjanin, Oberſt 10.
Leſſeps (Brüder) 188, 245, 284, 288, 292, 363, 418, 423, 521, 535, 830, 869, 919.
Leſſing Gotth. Ephr. 221, 224, 274 f., 351, 655, 662, 725, 726, 727, 771, 819, 857.
— Julius 1116 f.

Leſſing Otto 727.
Letellier, Abgeordneter 677.
Leubus, Kloſter 1052.
Leuthen 723.
Leuthold 922.
Leutſchau 778.
Levetzow v. 639, 935, 936.
Levy E. 1076.
— L. 1118.
Levyſohn 34.
Lewald Fanny 653.
Lexika 80 f., 230, 320, 359, 448, 612, 828, 1026 f.
Liautung 930, 931.
Libanon 50, 377.
Libau 876.
Liberalismus (auch nationalliberal) 4, 5, 8, 16, 22, 24, 29, 34, 35, 42, 46, 47, 54, 56, 59, 60, 62, 67, 68, 69, 73, 75, 76, 77, 81, 82, 84, 91, 92, 99, 105, 107, 108, 109, 110, 111, 113, 114, 115, 118, 119, 120, 121, 123, 131, 133, 136, 137, 143, 157, 163, 164, 166, 167, 168, 170, 171, 175, 176, 179, 182, 186, 190, 194, 197, 202, 203, 204, 205, 209, 211, 212, 213, 218, 222, 233, 236, 238, 239, 251, 253, 254, 261, 262, 263, 269, 273, 283, 290, 293, 302, 303, 307, 308, 311, 313, 321, 324, 341, 343, 344, 345, 347, 352, 356, 376, 386, 388, 389, 392, 398, 408, 412, 414, 415, 420, 444, 448, 453, 454, 461, 470, 502 f., 505, 508, 509, 515, 519, 528, 529, 546, 559, 566, 592, 597, 601, 609, 611, 615, 616, 617, 620, 624, 625. 632, 633, 634, 637, 639, 640, 642, 643 f., 648, 650, 653, 658, 659, 660 ff., 663, 667, 685, 686, 687 f., 689, 690, 691, 693, 694, 695, 697, 734, 735, 736, 765, 770, 774, 781, 784, 785, 789, 790, 805, 810, 822, 824, 825, 829, 833, 835, 841, 842, 846, 849, 850, 855 f., 860, 861, 863, 865, 871, 877, 882 f., 884 f., 886, 887, 888, 889, 894, 897, 899, 902, 907, 916, 920 f., 935, 936, 939, 945, 951 f., 954, 960 f., 964, 965, 966, 976, 978, 985, 999, 1000, 1002, 1004, 1013, 1014, 1016, 1048, 1050, 1051, 1060, 1061, 1066, 1072, 1073, 1100, 1101, 1102, 1110, 1142, 1162.
Liberia 364, 380.
Lichtenberger 1170.
Lichtwark 1176 f.
Liddon 911, 921.
Lieber, Dr. 437, 647, 809, 815, 839 f., 842, 894, 901, 989, 998, 999, 1035, 1044, 1083, 1099, 1140, 1145 f.
Liebermann 859, 894, 1059.
— v. Sonnenberg 1143.
Liebert 1177.
Liebknecht 81, 87, 109, 117, 120, 270, 346, 445 f., 605, 709, 717 f., 758, 786, 811, 831, 850, 902, 949, 952, 953, 998, 1023, 1044, 1099, 1145.
Liebmann O. 31.
Liechtenſtein (Fürſtentum) 255, 616, 617.
— Alfred, Prinz von 253.
— Alois, Prinz von 204 f., 341, 658 ff., 663, 825, 826, 884, 964, 967, 1113.
„Lied der Deutſchen in Öſterreich" 305.
Liegnitz 1117.
Lienbacher 205, 253, 359, 566, 616.
Lienhard Fritz 1008.
Liestal 401.
Li-Hung-Tſchang 930, 1000, 1085.
Liliencron, Detlev. v. 816, 1057 f., 1114, 1178.
Lilienthal Otto 859, 1010.
Lilinokalani, Königin 879, 982.
Lille 593, 919, 1023.
Limburg 47, 73, 266, 349, 391, 497.
Limerick 509, 570.
Limprecht K. 1117.
Lincoln 541, 687, 921.
Lindau P. 816, 1113.
Linde Antonius von der 506.
Lindemann W. 1152.
Lindner Th. 962.
Lingens 266.
Linger K. J. 828.
Lingg H. 203, 563, 575, 864.
Linné 39.
Linton 1076.
Linz 85, 159, 203, 337, 407, 408, 410, 566, 729, 825, 861, 865, 912, 1017, 1064.
Lipiner Siegfried 231 f., 507, 1124.
Lippe 843 f.
— -Biesterfeld Ernſt von 1105 f., 1140.
— -Detmold 1105 f., 1140.
Lippert Jul. 321.
Lipſius, Profeſſor 349, 557.
Liptay Alb. 775.
Lisco H. 1004.
Lisfinny 571.
Liske 445.
Liſſa 257.
Liſſabon 283, 380, 412, 470, 689, 783.
Liſt Friedr. 137, 183, 256, 355, 359, 653.
— Guido 783, 970.
Liſzt Franz 137, 178, 257, 319, 410, 507, 618, 774, 864, 1019, 1066.
— Franz v. 1156.
Litauen 21, 39, 103 f., 672.
Literatur 31—34, 36, 39, 63, 81, 84 ff., 102, 132, 134—151, 169, 173 ff., 185, 188 f., 195, 198, 202, 224, 230 f., 232, 236, 239, 242, 249, 251, 255, 256 f., 372 ff., 275, 279, 291, 294, 300, 305, 306, 315, 320, 321 f., 341, 350 f., 353, 358 ff., 372, 397 ff., 401 bis 403, 447—451, 457, 460, 465 f., 469, 470, 503 bis 508, 518, 521, 556, 560 ff., 563, 566, 569, 573, 574, 612, 617—621, 633, 645 f., 652, 653, 655, 668, 672, 685, 712, 719, 724, 730, 733 f., 746, 755, 770, 773 f., 782 f., 786, 814 bis 818, 821, 827, 828, 832, 835, 836, 850 f., 855 bis 859, 864 f., 871 f., 874, 876, 877, 879, 891 f., 893, 906, 907—913, 916, 919 f., 922, 923, 924 f., 941 f., 956, 958 ff., 963, 969, 972, 981, 986, 1003 ff., 1006 ff., 1017, 1018, 1024 f., 1029, 1038, 1042, 1043, 1049, 1052, 1053, 1054, 1056, 1057 ff., 1067 f., 1073, 1076, 1089, 1090, 1093 f., 1095, 1112, 1113 ff., 1123 ff., 1127, 1130, 1131, 1143, 1148, 1149, 1153, 1155 ff., 1165, 1168, 1171.
Litographie 1158.
Littre 1112.

Littrow Heinrich 203.
Litzmann C. C. F. 727.
Livadia 13, 14, 193, 196.
Liverpool 56, 186, 279, 280, 366.
Livland 54, 574.
Llouys Pierre 1025.
Lloyd 1099.
Lobengula, König 872.
Lobkowitz 408, 663.
Lobmeyer Ludwig 1178.
Lodge 962.
Loë, Freiherr v. 24, 58, 436, 837 f., 1143.
Loesche 1005.
Loftus, Lord 14, 15, 146.
Logan 912.
„Lohengrin" 320, 539, 569, 745.
Löher Franz v. 279, 359, 443.
Loiseau Ch. 1122.
Loisinger Johanna 668.
„Lokalanzeiger" 1102.
Loki 430.
Lombardei 45, 332, 748, 997.
Lombroso 1154.
London 15, 30, 47, 50, 54, 55, 56, 81, 82, 87, 97, 112, 146, 153, 157, 179, 182, 186, 190, 193, 195, 217, 234, 270, 277, 279, 280, 281, 282, 289, 290, 292, 294, 344, 354, 364, 365, 366, 467, 372, 379, 412, 413 f., 415, 416, 425, 426, 430, 432, 445, 461, 462, 463, 477, 499, 508, 511, 551, 553, 571, 572, 592, 613, 624, 625, 642, 647, 651, 752, 687, 688, 701, 705, 706, 734, 735, 739, 742, 785, 833, 834, 856, 873, 874, 876, 921, 922, 962, 977, 978, 980, 932, 984, 985, 986, 987, 988, 1001, 1003, 1011, 1072, 1073, 1097, 1138, 1144, 1168.
Longfellow 329.
Longjumeau 1071.
Lope de Vega 1165, 1171.
Löper 546.
Lorenz Max 1047.
— Ottokar 969, 1006.
Lorenzello 1141.
Loreto 972.
Lorinser 816.
Lorm H. 203, 892, 1067.
Lorne, Marquis v. 145.
Lortzing 1010.
„Los von Rom"-Bewegung 1142, 1143, 1149, 1161, 1163, 1170.
Loserth Johann 402, 969, 1019, 1067, 1165.
Lossow 1159.
Lotheißen Ferd. 505.
Loti Pierre 734, 871.
Lotterien 37.
Lotze 34, 274.
Loubet 830, 1169, 1172.
Louis Bonaparte 186, 187, 677.
— Philipp, Prinz von Orleans (Graf von Paris) 369, 917.
— — König 544.
— Rudolf 1153.
Louise, Königin 230, 991, 1104.
— von Belgien 544.
Louisiana 48, 368.
Lourdes 41, 832, 919, 1170.
Lourie Ossip 1130.
Louvre (Paris) 1025, 1074.
Löwe Joh. Heinr. 185.
— Karl 1009.
— (Sozialist) 119 f.
— & Komp. 810, 811.
Löwen (Belgien) 923.
Löwenstein, Fürst 347, 349, 469, 558, 648.
Loyson Hyazinth, Pater 63, 189 f., 369, 871.
Lübeck 990.
Lübke W. 821, 653.
Lublin 516.
Lucanus v. 800.
Luccheni Luigi 1120.
Lüderitz 343, 383, 384.
Lüderitzland 430.
Lüders 1038.
„Ludwig der Bayer" von Greifenstein 814.
Ludwig der Heilige 61.
— XIV. von Frankreich 510, 588.
— XVI. von Frankreich 568.
— I. von Bayern 141, 621, 1005.
— II. von Bayern 229, 274, 358, 361, 442, 502, 503, 601, 633, 650, 656, 840, 850 f., 858.
— III. von Bayern 992, 1106.
— Otto 132, 1009.
— Salvator, Erzherzog 828, 1124, 1153.
Lueger 261, 616, 617, 649, 658 ff., 663, 729 f., 778, 781, 821, 822, 861, 881 ff., 961, 965, 966 f., 1006, 1011, 1013 f., 1059 f., 1061, 1112 f., 1120, 1121.
Luftschiffahrt 60, 372, 451, 508, 565, 618, 859, 891, 913, 920, 1010, 1056, 1073, 1118, 1125, 1131, 1133, 1171, 1174.
Lugano 829.
Lü-Hai-Hwan 1100.
Luino 1127.
Luitpold (Prinzregent von Bayern) 502 f., 603, 642, 1121, 1160.
Luiz, König von Portugal 688.
Lukas, hl. (und Lukaskirche) 41, 1004.
Lumsden, General 461.
Luna 1160.
Lund 1128.
Lündner Max 910.
Lüneburg 113.
Lüneville 1176.
Lungro 1068.
Lurloch-Höhle 892.
Luschin, Arn. v. Ebengreuth 140.
Lusemgärtchen 361.
Lustkandl, Professor 203.
Luther Martin (siehe auch Protestantismus) 28, 33, 80, 131, 174, 191, 238, 256, 321, 322, 335, 348, 349 ff., 354, 359, 360, 367, 392, 399, 401, 439, 443, 505, 558, 561 f., 606 f., 609, 611, 612, 645 f., 654 f., 724, 725, 726, 737, 742, 760, 771 f., 774, 801, 806 f., 810, 813, 814, 818, 908, 912, 957, 960, 989, 1004, 1048, 1059, 1098, 1080, 1109, 1111, 1115, 1143, 1145, 1149, 1155 f., 1158, 1163.
Lüttich 518, 519, 572, 685, 725, 904, 922, 978, 1127, 1171.
Lutz, Minister 266, 311 f., 352, 502 f., 648, 721.
Lützen 318, 1158.
Luxemburg 152, 372, 397, 626, 695, 737, 761, 876, 923, 1036, 1066, 1078, 1132.
Luzern 470, 518, 618, 839, 922, 1128.
Luzzeretti Davide 413.
Lyddite-Bomben 1136.
Lyon 147, 293, 370, 418, 870, 913, 917, 918.
Lyons, Lord 571.

M.

Maas (Fluß) 572.
Maaßen 969.
Mac Cabe, Kardinal 365, 366.
Mac Kinley 729, 768, 786, 787, 1029, 1073, 1075, 1086—1090, 1173, 1178.
Mac Mahon 41, 57, 60, 61, 62, 63, 87, 147, 148, 179, 186, 242, 418, 590.
Macarius 1620.
Macaulay 873.
Macchiavelli 326.
„Macht der Finsternis" 574.
Mackay 739.
Mackensen Fritz 958.
Mackenzie 559, 586, 596, 603.
Madagaskar 292, 364, 367, 368, 377, 416, 417, 431, 465, 511, 512, 734, 921, 974, 1022, 1134.
Madeleine-Kirche 916.
Madeyski 861.
Madox 874.
Madras 461.
Madrid 47, 242, 362, 412, 432, 433, 435, 469, 687, 706, 923, 1011.
Maeterlinck Maurice 923, 1127, 1171.
Mafia 1167 f.
Magdeburg 308, 678, 1044, 1109, 1159.
Magersfontein 1136.
Magnetismus (siehe auch Hypnotismus und Suggestion) 618, 775.
„Magnifikat" 399.
Magnussen Harro 1059, 1125, 1159.
Magr Josef 1059.
Magyarentum 2, 35 f., 104, 183, 194, 200, 205, 253 f., 255 f., 299 ff., 304, 306, 315 f., 336, 337, 339, 352, 406, 408, 454, 455 f., 473, 485 ff., 505, 538, 540, 541, 546, 561, 579, 614, 615, 657, 778, 820 f., 826, 828, 862, 863, 864, 885 ff., 888, 891, 930, 963 f., 968, 969 f., 1006, 1011 f., 1013, 1014, 1016 f., 1038, 1041, 1064, 1065, 1119, 1121, 1122, 1123, 1124, 1129.
Mahdi 363 f., 377 f., 413, 425 f., 461, 462.
Mahler Gustav 618.
Mahratten 146.
Mähren 180 f., 201, 230, 300, 407, 469, 485, 614, 616, 706, 889, 969, 972, 1060, 1119.
Mährische Brüder 1138.
Mährisch-Weißkirchen 1125.
Maiano 1170.
Maier Wilh. 399.
Maihöhe 859.
Mailand 45, 46, 237, 318, 516, 678, 715, 749, 915, 916, 972, 1068, 1127, 1168.
Main 846.
Mainz 24, 72, 78 f., 81, 83, 309, 436, 620, 805 f., 853, 954, 1104, 1145.
Maison Rud. 1160.
Maistre de 80 f.
Majubahügel 282.
Majunke 313, 504, 724, 771.
Makale 1019.
Makart 182 f., 185, 409, 1067, 1125.
Makedonien (Mazedonien) 35, 244, 245, 546, 980, 981, 1027, 1028, 1100.
Makoko 291.
Malabar 1029.
Malagen 146.
Maler Theobert 1029.
Maler und Gemälde 76, 83, 149, 174, 185, 230, 232, 275, 276, 291, 305, 323, 360, 402 f., 409, 442, 449 f., 507, 514, 517, 565, 567, 573, 612, 617, 618, 656, 668, 725, 729, 744, 745, 771, 776, 798, 813, 818, 819, 832, 835, 838, 859, 864, 908, 911, 912, 916, 925, 928 ff., 958, 960, 970, 991, 1003, 1008, 1009, 1018, 1059, 1067, 1071, 1074, 1077, 1095, 1098, 1103, 1118, 1125, 1126, 1130, 1140, 1145 f., 1155, 1158 f., 1165, 1167, 1168.
Malet, Sir E. 532.
Malietoa, König 425, 552, 565, 1133.
Mallinckrodt 80, 858, 955, 1007.
Mallorca 1089.
Malmö 1128.
Malta 56, 143, 412, 625.
Maltzahn 317.
Manchester 185, 186, 364, 510, 687 f., 921.
Manchestertum 890, 1097.
Mancini 250, 326 f., 333, 335, 411, 466 ff.
Manda-Insel 552, 734.
Mandelkern Salomon 1027.
Mandeville 570 f.
Mandschurei 1026, 1040, 1084.
Manessa 1155.
Manessische Liederhandschrift 563, 727.
Mangalia 96.
Manifeste (siehe auch Erlässe) 369, 459, 463, 509, 511, 546, 672, 673 f., 684, 689, 706, 719, 745, 829, 861 f., 882, 914, 924, 948, 977, 978, 1136.
Manila 432, 1088.
Mann Tom 977.
Mannheim 444, 506, 1010, 1160.
Manning, Kardinal 40, 515, 556, 647, 687, 813, 824, 986, 1003, 1005, 1148.
Manteuffel 19, 156, 171 f., 444, 811, 935, 1044.
Mantinea 723.
Mantua 516, 914.
Maori 879.
Marathon 231.
Marburg (Deutschland) 354, 1155, 1179.
— (Österreich) 339.
March Otto 654.
Marchand 1091, 1092, 1169.
Marchfeld 68, 404.
Marciany G. v. 304.
Marco d'Aviano 612, 1152 f.
Marcoartu 688.
Marconi 1069, 1127, 1169.
Maredsow 923.
Marées Hans v. 565.
Marengo 740.
Marey E. J. 920.
Margarete, Prinzessin von Preußen 744, 837.
„Margarete von Navarra" 505.
„Margarita Pusterla" 972.
„Margeridet" 920.
Margerita, Königin von Italien 334, 837, 838.
Marholm Laura 959, 1006, 1055.
Maria, hl. 305, 772, 856, 961, 1020, 1083.
— Amalia, Königin 544.
— Annunziata 657.
— Antoinette 568, 993.
— Christina, Erzherzogin (dann Königin von Spanien) 192, 469.
— Großfürstin 851.
— Herzogin von Württemberg 544.

Maria, Königin von Bayern 650.
— Louise von Parma-Bourbon 1027.
— Ludovika, Kaiserin 892.
— Maria Luise Pia, Prinzessin 876.
— Stuart 572, 1003.
„Maria Stuart" von Cornelius 1112.
Maria Theresia, Erzherzogin 479.
— — Kaiserin 256, 617, 896, 1068.
„Maria von Brabant" 1114.
Maria von Burgund 257.
Mariaberg 955.
Maria-Brunn bei Wien 863.
Maria-Laach 230, 810, 853, 1044 f., 1143.
Mariamont 518.
Mariannen-Inseln 1171.
Mariazell 919.
Marie, Prinzessin von Edinburgh 833, 876 f.
— — von Preußen 108.
— von Camporeale 907.
Marienburg 508, 896.
Marine 3, 5 f., 14, 40, 52, 73, 86, 89, 90, 91, 92, 97, 108, 132, 133, 172, 210, 226, 235, 244, 257, 261, 268, 287, 288, 291 f., 296, 307, 321, 323, 324, 334, 336, 342, 343, 352, 354, 355, 362, 364, 367, 375, 379 ff., 381 f., 383, 385 f., 404, 410, 411, 414, 425, 427, 432, 433, 460, 464, 466 f., 477, 499, 516, 517, 546, 552, 560, 565, 571, 574, 577, 597, 621, 625, 642, 645, 654, 677, 679, 682, 683, 685, 686, 696, 699, 700, 708, 710, 711 f., 715, 733, 736, 738, 740 ff., 747, 749, 758 f., 761, 773, 790, 793, 804, 828, 834, 835, 837, 839, 853, 866, 869 f., 872, 876, 880, 894, 900, 907, 920, 927, 930, 931 f., 946, 973, 974, 976, 982, 983, 984, 988, 989, 992, 1002, 1023, 1024, 1029, 1032, 1034, 1035, 1036 f., 1039 f., 1045, 1046, 1072, 1073, 1078, 1084, 1086, 1087, 1088, 1090, 1091, 1096, 1097, 1098 f., 1105, 1115, 1117, 1132, 1133 f., 1135, 1137, 1138, 1140, 1145, 1159, 1166, 1169, 1172.
Marinelli P. 142.
Mark Aurel 726, 972, 1010.
Markomannen 972.
Markowitsch 567.
Markus, Professor 785.
Marlitt 563.
Marlo 1154.
Marokko 242, 247, 283, 317, 330, 417, 448, 554, 622, 738, 932, 978.
Marpingen 25 f., 76, 123, 163.
Marriot Emil 457, 865, 892, 970.
Mars 1002.
Marschall v. 761, 988 f., 997 f., 1035, 1038.
Marschallinseln 434, 552.
Marseillaise 257, 423, 466, 733, 740, 742, 897.
Marseille 187, 217, 371, 831, 870.
Marsop P. 1058, 1118.
Martens 726, 1074.
Martin, Bischof 25, 73, 76, 172.
— General der Jesuiten 1126.
— hl. 42.
Marwitz v. 74, 124, 352.
Marx Karl 46, 81, 115, 140, 293, 357, 505, 717, 719, 764, 765, 811 f., 855, 875, 881 f., 890, 968, 975, 978, 1002, 1005, 1023, 1055, 1069, 1113, 1115, 1124, 1140, 1145, 1154.
Märzrot 203.
Mas Sinibaldo de 775.
Masaryk, Professor 320, 615, 728, 822.
Mascagni 867, 1069, 1168.
Masella, Monsignore 126.
Maskat 1134, 1169.
Mason 1173.
Massa 914, 915.
Massaua 467, 468, 535, 554, 622.
Mäßigkeitsbewegung 1174.
Mataafa 1133.
Matabell 872.
Mataja Emilie (siehe unter Marriot).
Matejko 567, 864.
Materialismus 24, 31, 63, 131, 140, 175, 178, 191, 194, 216, 221, 230, 269, 322, 341, 436, 448, 454, 507, 607, 677, 681, 719 f., 775, 793, 810, 824, 832, 856, 880, 882, 884, 914, 922, 934, 945, 968, 1015, 1101, 1145, 1154.
Mathematik 786, 859, 1116, 1130, 1150.
Mathews 570.
Matosch 505.
Matsch Fr. 1018.
Matsu 464.
Mattasch 663.
Matthäus, hl. 329, 1057, 1071.
Matthias Corvinus 64, 302.
Matthiaskirche in Budapest 1125.
Mattusch, Abgeordneter 615.
Matuschka, Graf Franz 842.
Mauerhof Emil 1114.
Maumus 830, 1051.
Maupassant 734, 746, 858, 872.
Mauren 2, 929.
Maurenbrecher M. 229, 1143.
Maurer Jos. 1112.
Mauritius 368.
Mauthner Fritz 774, 817.
Mautner Ed. 203.
Max Gabriel 656, 813, 1116, 1158 f., 1167.
— Prinz von Sachsen 1003, 1072.
Maximilian I., Deutscher Kaiser 37, 257, 350, 646, 724, 1125.
— II., Deutscher Kaiser 1019.
— I. von Bayern 650.
— II. von Bayern 149, 619.
May Karl 858.
Mayakunst 1029.
Maybach 107, 122.
Mayer Anton 321, 620.
— F. Arn. 1067.
— Mayer Otto, Dr. 1146.
— Stadtrat 172.
Maynert Th. 828.
Maynooth 463.
Mayo 570.
Mayr Ambros 1017.
— Georg 86, 1149.
— Rich. 86.
— v. 1050.
Mazeppa 39.
Mazzini 30, 609, 683, 866.
Meaux 151.
Mecheln 192, 237 f., 412.
Mecklenburg 22, 204, 441, 843, 991, 1038, 1179.
Medea 429.
Meding 113, 397.
Meerheimb Rich. v. 449, 1008.

Meersburg 1059.
Mehemed Ali 93.
Mehring G. 86.
Meier-Gräfe Jul. 958.
Meindl K. 912.
Meiningen 139, 654, 726, 1160.
Meisenbach 403.
Meissonier 744.
— Father 1049.
— Florian 970.
Meister K. S. 399.
„Meistersinger von Nürnberg" 359, 654, 891, 1067.
Meißen 276.
Meißner Alfred 402, 449, 653.
Mekka 377.
Mekong 1022.
Melanchthon 131, 321, 351, 957, 1054.
Melchers, Erzbischof 73, 126, 208, 266, 436.
Melegari 59.
Melena Elpis 403.
Melikoff, Graf Loris 243, 277.
Meline 1022.
Melk 566.
Melnik 615.
Memel 583.
Mendelssohn Moses 83, 224, 742.
Menelik, König von Abessinien 468, 730, 1019 ff.
Menger Anton, Professor 505, 585, 822, 968.
Mennell Artur 656.
Mentana 237, 516.
Menzel Ad. 507, 957, 1140, 1158.
„Mephistopheles" 327.
Meppen 955.
Meran 205, 827, 865.
Mercier, General 918, 1093.
Merkur 1002, 1160.
„Merlin" von Goldmark 507.
Merlino 915, 1069, 1127.
Mermillod 41, 148, 372, 470, 518.
Merowinger 909.
Merseburg 859.
Merstallinger 340, 407.
Merw 279, 298, 374, 411.
Mesenzoff, General 103.
Mesopotamien 93, 877.
„Messias" 31.
Messina 1127.
Metastasio 305.
Methodisten 291, 417, 471, 880.
Methodius, hl. 300, 407, 448, 452, 456, 457, 460, 469, 1163.
Methuen 1136.
Mettenbach 163.
Metternich Clemens 9, 184, 233, 332, 357, 506, 523, 585, 629, 712, 1122, 1123, 1144, 1149.
— Pauline 826, 1167.
— Richard 184, 506.
Metz 172, 369, 382, 524, 540, 643, 812, 847, 1036, 1117.
Metzgersprung 814.
Meurer Josef 1045.
— M. 958.
Mexiko 197, 272, 286, 521, 739.
Meyer 922.
— Bona 853.
— Christian 1057.
— Eduard 402.
— El. Hugo 775.
— Hans 1155.
— Konr. Ferd. 46, 573, 1114, 1128.
— M. Wilhelm 617.
— Rud. 69, 204, 911.
— v. 48.
Meyerbeer 569.
Meyerheim 1178.
Meyerling 632, 725.
Meyer-Schauensee 1128.
Meynert Hermann 969.
Meysenbug Malwida v. 30, 231, 232, 1156.
Mezger Joh., Dr. 421.
Mi Careme, Königin 1071.
Michael Emil 813, 828, 1004, 1155.
— hl. 919, 929, 1160.
— Metropolit 376.
Michalek 864.
Michaux 859.
Michel, deutscher 991, 1039, 1139.
Michel Luise 293, 371, 568.
Michelangelo 1150.
Michelet 256, 748.
Michelis, Professor 78.
Mickiewicz 256, 1124, 1173.
Midhat, Pascha 10, 11, 49, 50, 64.
Mies 349.
Mihailow 195.
Miklosich 567.
Milan von Serbien 7 f., 10, 12, 13, 35, 52, 200, 328, 376, 404, 421, 458 f., 540, 541, 574, 627 f., 666, 669 f., 738, 779, 877, 925.
Miletic 35, 104.
Militärisches (siehe auch unter Kriege) 4, 10, 16, 18, 23, 24, 25, 42, 44, 47, 52, 63, 64, 66, 67, 82, 85, 107, 108, 111, 143, 145 f., 148, 150, 152, 153, 155, 156, 157, 166, 173, 182, 183, 185, 188, 189, 193, 195, 196, 206, 210, 226, 233, 239, 242, 243, 244, 246 ff., 249, 250, 257, 264, 269, 272, 278 f., 280, 282, 283, 284, 288, 290, 291, 295, 297, 298 f., 304, 307, 315, 316, 324, 326, 328, 332, 334, 336, 337, 342, 355, 362, 363 f., 366, 370, 371, 372, 373, 374, 376, 382, 393, 394, 396, 398, 400, 403 f., 410, 411, 413 f., 418, 419, 420, 421, 438, 451, 455, 456, 458 ff., 461, 462, 463, 464, 466, 467 f., 474, 476, 477, 479, 482, 483, 485, 486 f., 488, 489 f., 492, 493, 494, 498, 502, 508, 509, 510, 511, 512, 516, 519, 522 ff., 525, 526, 527, 528, 530, 531, 532, 533, 535, 536 ff., 539, 540, 541, 543, 546, 547, 548 f., 550 f., 560, 562, 563, 570, 571, 572, 573, 576, 577, 578, 580, 581, 582 f., 585 f., 587, 589 f., 591, 594, 595, 596, 597, 599, 600, 601, 604, 605, 609, 615, 616, 621, 622, 625, 626, 627, 630, 638, 639, 641 ff., 645, 657, 659, 660, 663, 664 f., 666, 669, 672, 674, 677, 679, 681, 682, 683, 686, 693, 696, 698, 700, 701, 702, 703, 706, 707, 708 f., 710, 711, 713 f., 715, 716, 719, 720, 723, 729, 733, 735, 736, 738, 741, 745, 748, 749, 758, 759, 760, 762, 763, 764, 766 f., 768, 778, 779, 804, 807, 808 f., 810, 811, 812, 813, 820, 821, 826, 836 f., 838, 839–843, 845, 846, 847, 848, 849 f., 854, 855, 860, 863, 866, 867, 870, 871, 872, 874, 875, 877, 881, 883, 890, 893, 894, 896, 897, 898, 900, 902, 906, 907, 917 f., 922, 924, 926, 930, 931, 934, 938, 939, 944, 945,

948, 952, 957, 968, 973, 976, 979, 980, 986, 987 f., 991, 992, 993, 998, 999, 1017, 1019 ff., 1023 f., 1025, 1029, 1031, 1032 f., 1037, 1038, 1039, 1041, 1042, 1044, 1045, 1046, 1047, 1054, 1058, 1066, 1068, 1070, 1072, 1073, 1075, 1076, 1078, 1085, 1087, 1088, 1091, 1092 f., 1094, 1097, 1098 f., 1102, 1104, 1105 f., 1107, 1108, 1109, 1118, 1119, 1120, 1121, 1125, 1128 f., 1131 ff., 1134, 1135, 1136 f., 1138, 1139, 1144, 1160, 1167, 1170, 1172, 1173, 1174, 1178.
„Militärwochenblatt" 355.
Milizza, Prinzessin von Montenegro 671.
Milkowicz Wladimir 969.
Mill J. St. 865, 1124.
Millais 874.
Miller Ferd. 813, 1117, 1160, 1178.
Mill-Hare 30.
Millöcker 403.
Miloſch Obrenowitſch 7.
Milow Stephan 203, 1019.
Milton 185.
Milwaukee 520.
Minghetti 45, 145, 250, 907, 1038.
Minnegeſang 505, 650, 727, 1008, 1056, 1057, 1155, 1158.
Minneſota 836.
Minor 827, 1114, 1124.
Minoriten 1125.
Minsk 296.
Miquel 24, 317, 388, 403, 640, 646, 724, 855, 899, 933, 1140.
Mirabeau 369, 884.
Miramare 143.
Mirbach 854, 974, 1001.
Mirbeau 746.
Mirbt 1109, 1179.
Miriditen 244 f., 377.
Miron Roman 886.
Miſchler 568.
Miſſionsweſen 25, 383, 412, 417, 432, 437 f., 471, 514, 552, 575, 605, 631, 648, 689, 732, 787, 814, 819, 825, 829, 853, 880, 931, 973, 976, 1039 f., 1084, 1085 f., 1098 f., 1109, 1174 f., 1179.
Miſtra 1028.
Miſtral Frederi 920, 1170.
Mitrowitza 96.
Mittelalter 28, 29, 86, 140, 174, 221, 255, 275, 312 f., 323, 351, 360, 361, 393, 398, 402, 449, 466, 504, 505, 563, 564, 613, 618, 627, 646, 653, 725, 726, 761, 772, 773, 814, 818, 831, 864, 909, 911, 912, 929, 957, 960, 969, 991, 1004, 1016, 1024, 1036, 1041, 1057, 1068, 1095, 1114, 1125, 1143, 1155, 1165.
Mitteleuropa (Mittelmächte) 1, 9, 29, 157, 158, 162, 199, 205, 207, 230 f., 232, 246, 251 f., 276, 283, 288, 295, 296, 323 ff., 332, 338, 343, 355, 363, 367, 375 f., 379, 397, 410, 411, 416, 421, 422, 444, 452, 467, 471, 533, 545, 549, 555, 584, 585, 590, 601, 627, 662, 671, 686, 729, 731, 747, 756, 781, 826, 833, 879, 943, 1026.
Mittelländiſches Meer 43, 253, 287, 292, 326, 328, 334, 467, 483, 512, 532, 547, 586, 621, 733, 755, 777, 837, 1153.
Mitterwurzer Friedr. 1067.
Mivart G. 1148.
Moabit (Moabiter) 34, 222, 603.
Modderfluß 1136.
Mode (Kleidermode, Bartmode u. ſ. w.) 31, 141, 450, 463, 860, 1071, 1106.
Modena 332.
„Modern" von Eſchelbach 958.
Modernismus 401, 449.
Moderſohn O. 958.
Modeſte, Reichsgräfin 1140.
Mödling 34, 184.
Moeller O. M. 1076.
Mohammed Achmed 377 f. — es Sadok 291.
Mohammedanismus (Islam) 2, 3, 4, 6, 8, 10 f., 12 f., 15, 16, 18, 49, 53, 66, 91, 92, 93, 95, 96, 97, 99, 100, 101, 146, 242, 288, 291, 402, 428, 432, 467, 598, 872, 924, 929 f., 931, 1017, 1029, 1030, 1033, 1078, 1081, 1082, 1084, 1097, 1179.
Möhler 360.
Mohr (ſiehe unter Marholm).
Mohrenheim 733.
Molanus 174.
Moldau 256, 1014.
Molden Berth. 1154.
Moleſchott 969.
Molière 858.
Molinare 157, 914 f.
Molitor Wilh. 612.
Moll 962.
Möllendorf Paul v. 378, 381.
Moltke 71 f., 109, 134, 173, 269, 271, 276, 290, 489 f., 523, 527, 599, 699, 708 f., 715, 725 f., 744, 759, 760, 772, 795, 804, 818, 837, 839, 859, 893, 894, 947, 1028, 1043, 1058, 1137, 1144, 1160.
Mommſen, Profeſſor 76, 81, 224, 225, 356, 562, 775, 891, 962, 1055, 1661, 1114.
Monaſtir 245.
Mondſee 1067.
Mongolei und Mongolen 2, 39, 787, 928, 930.
„Monika" 78.
Monismus 291, 619, 857, 975.
Monod 43.
Monopole (vgl. auch Patentweſen) 107, 112, 123, 132 f., 157, 307 f., 346, 347, 500 f.
Monoſtatos 319.
Monroedoktrin 422, 471, 981, 1029, 1076, 1086, 1173.
Mons 572.
Monſon 1092.
Mont Vuache 372.
Montalembert 1052, 1147.
Montblanc 248.
Montebello, Graf 741.
Montefalco Girolamo da 1022.
Monteſiore Moſes 367, 416.
Montegazza 719.
Montenegro 7, 8, 9 f., 12, 13, 14, 16, 49, 50, 52, 58, 89, 90, 91, 95, 96 f., 99, 101, 182, 196, 244, 245, 298, 299, 304, 328, 336, 376, 422, 460, 473, 515, 518, 555, 566 f., 575, 640, 669, 671, 672, 877, 979, 981, 1021, 1022, 1074, 1078, 1132, 1173.
Montero Rios 1089.
Montgolfier 372.

Montmartre 41, 42.
Montpensier, Herzog von 544.
Montreal 1029.
Monument 34.
Monza 316, 334, 644, 715, 749, 863.
More Thomas 909.
Mores de 706.
Morf H. 1156.
Morgan 978, 981.
„Morgenröte" von Nietzsche 274.
Morier 639.
Mörike 730, 1009.
Moritz von Sachsen 524.
Moritzberg 361.
Mormonen 48, 88, 329, 422, 471, 648, 739, 836, 1029.
„Morning Post" 511, 533, 713.
Morold Max (Millenkovich) 1067.
Morris W. 874, 1098.
Morse 982.
Mortara P. 623.
Mosel 354, 850.
Möser Justus 1055.
Moses 806.
Moskau 16, 39, 46, 54, 64, 65, 102, 103, 104, 243, 268, 277, 278, 294, 297, 298, 336, 367, 373, 374, 375, 516, 517, 530, 546, 574, 583, 620, 741, 742, 745, 846, 991 f., 1022 f., 1026, 1106, 1130.
„Moskauer Zeitung" 355, 517, 533, 597, 633.
Moskowiten 870, 1122.
„MoskowskijaWjedomosti" 1035 f.
Most (Sozialist) 130, 132, 217, 218, 260, 270, 271, 281, 302, 316, 340, 344, 407, 445, 520, 575.
Mostar 99.
Mößmer Franz 857.
Mottl Felix 618.
Motty 936, 956.
Moufang 190, 266.
Mozart 319, 514, 782, 796, 845, 1018.
Mrazovic Milena 970.
Mrva Rud. 862.
Much Matth. 1177 f.
Mudrony 616.
Mühlhausen 172.
Mukthar, Pascha 10, 343.
Mu-Lien-To (siehe unter Möllendorf).
Müllendorf 401.
Müller Adam 505.
— Anton (Br. Willram) 1017, 1150.
— Bischof 566,
— Dav. H. 1165.
— J. B. 320.
— Johann 560.
— Josef 911, 1112.
— Max 31, 203, 403, 652, 922, 1177.
— Nik. 903.
— Paul 276.
— von der Werra 48, 239.
— Walde 653, 916.
— Wilhelm 360, 563.
— -Bohn 1156.
— -Guttenbrunn Adam 233, 409, 827, 1018, 1166.
Müllner Laurenz 1017.
Mun, Graf de 357, 465, 676 f., 830, 1003.
München 23, 25, 26, 37, 75, 85, 123, 126, 171, 172, 174, 273, 276, 323, 339, 344, 354, 360, 361, 412, 442, 446, 449, 488, 502, 503, 506, 528, 531, 562, 601, 603, 618, 642, 648, 652, 654, 656, 662, 705, 715, 720 f., 726, 762, 764, 774, 798, 813, 814, 850, 858, 859, 896, 899, 906, 912, 942, 944 f., 954, 955, 957, 958, 1003, 1004, 1005, 1009, 1010, 1011, 1055, 1059, 1069, 1106, 1116, 1118, 1141, 1160.
„MünchenerFremdenblatt"
„Münchener Neueste Nachrichten" 799.
„Münchener Post" 1102.
München-Gladbach 1159.
Munckel 632.
Muncker Franz 620.
Mundt Th. 817.
Mungtse 1086.
Munkaczy 185, 306, 404, 514, 567.
Münster 25, 26, 27, 73, 129, 266, 347, 391, 392, 557, 643, 839, 903, 1009, 1116, 1159, 1160.
Münster, Graf 917.
Münz B. 1115.
Münzwesen 147, 150, 248.
Murad V. 6, 8, 10 f.
Murawjew 1069, 1129.
Muri-Gries 1004.
Murten 46.
Museen 34, 88, 179, 184, 205, 284, 352 f., 361, 362, 391, 403, 406, 409, 450, 507, 663, 724, 727, 730, 737, 835, 892, 906, 907, 912, 941, 957, 958, 981, 1012, 1025, 1058, 1068, 1076, 1097, 1118, 1128, 1145, 1166.
Musik 31 f., 37, 38, 47, 82 f., 86, 134—139, 177 f., 227, 229, 236, 249, 257, 318 bis 320, 350, 358 f., 410, 450, 503, 507, 514, 618, 654, 685, 719, 745, 776, 785, 794, 818, 819, 826 f., 845, 864, 872, 875, 905, 912, 913, 920, 923, 926, 970, 980, 1009, 1010, 1019, 1024, 1025, 1057, 1058, 1066, 1071, 1118, 1157, 1166, 1168.
Muskat 425.
Musoni 1022.
Mussaffe-Eddin 1030.
Muth F. A. 399, 504.
— Karl 859, 1112.
Muther Rich. 908, 1009, 1056, 1152.
Mutkurow 475, 476.
Muybridge Eduard 787.
Myers 1174.
Mykenä 34, 84, 139.
Mystik 30, 85, 305, 318, 329, 350, 448, 734, 746, 786, 926, 978, 1050, 1113, 1130, 1171.
Mythologie 653, 727.

N.

Nabert H. 891.
Nabokow 473.
Nachtigal, Dr. (Afrikareisender) 380, 426, 431.
Nadasdy 617.
„Nadel der Kleopatra" 245.
Nagasaki 739.
Nagy E. 1122.
Najmajer Marie 1030.
Nancy 604, 831, 919.
„Nänie" 274.
Nansen Fridthjof (Nordpolforscher) 1025, 1073, 1114.
Nantes 450, 733.
Napoleon I. 2, 39, 106, 151, 187, 312, 327, 505, 533, 588, 589, 597, 639, 729, 734, 746, 762, 809, 832, 844, 872, 937, 1070, 1095, 1102, 1116, 1151, 1155, 1166.
— III. (siehe auch Bonapartisten) 27, 41, 149,

155, 187, 228, 236, 259, 322, 332, 369, 525, 527, 533, 642, 747, 871, 872, 949, 960, 962, 1002, 1022, 1129.
Napoleon, Prinz 234.
Naquet 673.
Narbonne 292.
„Narodnaja Wola" 411.
Narwa 715.
Nassau, Herzog von (auch Dynastie) 397, 420.
Nassr-Eddin 1030.
Natal 1136.
Natalie, Königin von Serbien 540, 627 f., 670, 783, 877, 925.
„Nathan der Weise" von Lessing 224, 274 f., 725.
Nathusius, Professor 852, 1001.
Nationalistisches 9, 10, 14, 18, 19, 23, 24, 26, 29, 30, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 40, 41, 45, 46, 47, 48, 57, 58, 59 f., 61, 64 f., 66, 67, 68, 73, 77, 81, 82, 83, 84, 90, 92, 96, 100, 103, 106, 107, 109, 110, 111, 113, 114, 115, 116, 118, 119, 120, 121, 126, 127, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 143, 144, 147, 150, 152, 157, 160 f., 163, 164, 165, 166, 171, 173, 174, 177, 179, 180, 181 f., 184, 188 f., 192 f., 194, 195 f., 198, 200 ff., 208, 209, 210, 211, 213, 214, 215, 217, 219 ff., 224, 225, 230 f., 235, 236, 238, 239, 243, 244, 250, 252 f., 255 f., 262, 263, 264, 265, 274, 280, 284, 286, 288, 290, 291, 293, 294, 295, 296, 297, 298 ff., 301, 302, 303, 304, 305, 308, 310, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 324, 326, 331 ff., 334, 336 ff., 339, 342, 343, 345, 347, 349 ff., 352, 355, 356, 357, 358, 360, 362, 363, 365, 366, 369, 370, 375, 381, 382, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 399, 401, 405 ff., 412, 413, 414, 417, 418, 419, 421, 424, 428, 429, 430, 433, 435, 436, 437 f., 440 f., 442, 444, 447, 448, 449, 452, 453, 454 ff., 457 ff., 460, 462, 463, 464, 465 f., 468, 471, 472, 473 ff., 480, 485 f., 489, 490, 491, 492 f., 495, 501, 503, 506, 507, 510 f., 512, 513, 514, 515, 521, 522, 523, 526, 529, 538 f., 540 f., 543 f., 545, 548, 549, 551, 552, 553, 555, 560, 561, 562, 563, 565 ff., 569, 570 f., 573, 575, 576, 579, 581, 583, 584, 585, 587, 588, 590, 592, 593, 596, 601, 607, 614 ff., 622, 623, 624, 627, 630 f., 632, 634, 637, 639, 640, 641, 643 f., 645, 646, 653, 654, 655, 656, 662, 663 f., 665, 670, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 682, 682, 683, 687, 688, 689, 690, 691, 693, 693, 694, 695, 697, 698, 702, 703, 707 ff., 710, 712, 716, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 731, 732, 733, 736, 738, 741, 745, 748, 749, 755, 759, 761, 762, 764, 765, 767, 769, 770, 771, 773, 776 f., 780, 781 f., 789, 794, 795, 796, 801, 802, 803, 808, 809, 810, 813, 814, 820, 822, 829, 830, 831, 834, 838, 842, 843, 844 ff., 848, 849, 850, 855, 858, 859, 860 f., 863 ff., 866, 867, 880, 882, 885, 886, 887, 888, 889 f., 891, 894, 896, 897, 899, 902, 905, 907, 912, 915, 917, 919, 921, 922, 930, 932, 933 f., 935, 936, 937, 938 f., 940, 941, 942, 943, 944, 947 f., 949, 950, 951 f., 956, 957, 962, 965, 966, 967, 968, 969, 971, 972, 974, 980, 983, 984, 986, 987, 989, 992, 1001, 1002, 1006, 1007, 1009, 1011 f., 1013, 1017, 1020, 1022, 1025, 1027, 1029, 1031, 1032, 1037, 1043, 1044, 1046, 1047, 1049, 1050, 1051, 1054, 1059 f., 1064, 1065, 1069, 1071, 1075, 1076, 1078, 1080, 1082, 1083, 1086 f., 1088 f., 1090, 1091 f., 1095, 1096, 1097, 1101, 1102, 1104, 1106, 1107, 1108, 1111, 1117, 1119, 1121, 1122, 1126, 1127, 1128, 1136, 1141, 1143, 1145, 1146, 1147, 1148, 1149, 1150, 1154, 1161 f., 1163, 1169, 1171, 1172, 1173, 1176 f., 1178 f., 1180.
„National-Korrespondenz" (liberal) 171.
Nationalökonomie 256, 372, 402, 498, 567, 619, 620, 726, 732, 858, 1044, 1145.
„Nationalzeitung" 222, 323, 1040.
Natscherics 376.
Natschewitsch 543.
Natter Heinrich 305, 420, 507, 667, 828, 862.
Naturalismus 176, 401, 413, 448, 449, 457, 506, 517, 565, 569, 633, 654, 668, 724, 726, 727, 734, 746, 773, 786, 816, 832, 858, 859, 872, 874, 908, 914, 1022, 1057 f., 1095, 1113, 1177, 1178, 1180.
Naturwissenschaftliches und Naturforscher 84, 139, 176, 269, 294, 317, 318, 321 f., 329, 719, 824, 833, 890 f., 1074, 1154, 1155, 1176.
Naudé A. 1008.
Naudet, Abbé 1003.
Naue Julius 230.
Naumann Friedrich, Pastor 933, 959, 953, 999, 1001, 1003, 1044, 1145, 1177.
— Gustav 1116.
„Nautilus" 828.
Navarra 47, 923.
Nazarener (siehe auch unter Malerei) 449, 507, 565, 573, 911, 1067, 1095.
Neander 224.
Neapel 59, 144, 145, 197, 318, 333, 412, 449, 679, 706, 838, 867, 914, 915, 1021, 1168.
Neckelmann 957.
Necker M. 827, 865.
Neger 47, 48, 197, 272 328, 385, 565, 605, 733, 878, 981, 1075, 1131, 1174.
Negri Ada 1022.
Neher Bernhard 360.
Neidhart v. Reuenthal 1018.
Neiße 1142.
Nekrologie 1066.
Nelidow 669.
Nelson 834.
Nemesis 937.
Nemo, Kapitän (Pseudonym) 466.

Nemours, Herzog von 41, 544.
„Nemzet“ 404, 599.
Nernst, Professor 1090.
Nero 63.
Nestroy Johann 827.
Neßler 402, 1058.
Netschajew 195.
Nettesheim Agrippa v. 857.
Neubrandenburg 859.
Neubritannien 384, 431.
Neuburg a. D. 678.
„Neue Freie Presse“ 323, 656, 660, 796f., 1054, 1061.
Neue Hebriden 364, 415, 434, 553, 554.
„Neue preußische (Kreuz-) Zeitung“ 323.
„Neue Züricher Zeitung“ 684.
„Neues Wiener Tagblatt“ 616, 997, 1106.
Neufundland 735, 785.
Neugeboren 1164.
Neuguinea 173, 317, 364, 384, 415, 425, 426, 430f., 432, 461, 500, 552.
Neuirland 384.
Neujahrsfest 1175.
Neukaledonien 187.
Neumann A. 274, 320.
— C. 1008.
— -Spallaert Freiherr X. v. 321, 402.
Neumayer (Bürgermeister von Wien) 1014.
Neunkirchen 999.
Neuorleans 422, 786.
Neurath 320, 855.
Neureichenau 910.
Neuschwanstein 361, 502.
Neuseeland 372, 461, 879, 1077.
Neustadt 647.
Neustrelitz 1160.
Neusüdwales 1136.
Neutralpolitik 14, 16, 20, 35, 50, 51, 56, 63, 64, 95, 111, 152, 153, 238, 326f., 328, 372, 373, 395, 427, 460, 470, 484, 532, 541, 553, 568, 572, 574, 578, 603, 626, 627, 661, 685, 701, 704, 735, 834, 837, 845, 879, 899, 927, 975, 976, 981, 994, 996, 998, 1028, 1099, 1128, 1132, 1133, 1137.
Neuwied 1156.
Neuwirth Josef 585, 1018, 1066, 1165.
Neuyork 88, 150, 237, 245, 366, 412, 423, 445, 471, 472, 507, 520, 521, 575, 835, 880, 926, 982, 1029, 1075, 1076, 1090, 1138.
„Neuyork-Herald“ 194, 423, 434.
Neve (Sozialist) 559.
Nevers, Bischof von 61.
Newa 152.
Newald 203.
Newark 1049.
New-Castle 785.
Newesely 1066.
Newman J. H. 785, 1048, 1147, 1148.
Nguru 431.
„Ni Dieu ni Maître“ 236.
Nibelungenlied (auch „Nibelungen“ von Simrock und „Ring der Nibelungen“ von Richard Wagner) 31, 32f., 141, 274, 339, 645f., 672, 847, 857, 907, 975, 1157.
Nicaragua 133, 245, 286, 422, 688, 879, 982, 1076, 1090, 1173, 1174.
Nicetas 923.
Nicklas J. 504.
Nicotera 45, 335, 866.
Nicsich 96.
Niebuhr B. G. 560.
Niederhausern A. de 1172.
Niederland 18, 25, 28, 46, 47, 78, 88, 108, 149, 183, 243, 257, 282, 284, 290, 294, 317, 322, 330, 350, 364, 372, 380, 381, 384, 385, 397, 415, 420f., 424, 431, 433, 510, 519, 573, 585, 589, 685, 695, 714f., 717, 729, 736, 737, 749, 786, 794, 806, 814, 875, 904, 911, 916, 923, 929, 959, 983, 1009, 1028, 1073, 1132, 1075, 1126, 1127f., 1132, 1137, 1172.
Niederösterreich 105, 301, 454, 566, 663, 705, 861, 863, 881, 883, 966f., 972, 1014, 1064f., 1125, 1162, 1166.
Niederwald 82, 178, 353, 388, 390, 423, 445, 559.
Niemann G. 863, 970, 1028.
Niemöller H. 1144.
Nienstädt 910.
Nieter 36f.
Niethammer Marie 85.
Nietzsche Friedrich 32, 139, 178, 223, 231, 274, 291, 319, 320, 358, 505f., 619, 652f., 725, 734, 773, 786, 817, 818, 856f., 858, 875, 908, 916, 960f., 987, 1007, 1056, 1066, 1073, 1095, 1112, 1113, 1114, 1116, 1144f., 1154, 1168, 1170.
Nieuwenhuys Domela 519, 786.
Niger 249, 292, 317, 367, 368, 426, 427, 1095.
Nigra, Graf 947.
Nihilismus 39, 102f., 114, 116, 169, 192ff., 218, 234, 243, 270, 276ff., 284, 293, 297, 365, 373, 411, 567, 574, 738, 804, 875, 1051.
Nikäa 176.
Nikiforow 475.
Niklas v. d. Flüe 564.
Nikola von Montenegro (auch Nikita oder Nikizza) 8, 12, 14, 183, 422, 518, 555, 640, 641, 671, 672, 877, 979, 981, 1074.
Nikolai-Friedhof 810.
Nikolaus Dadian, Fürst von Mingrelien 477.
Nikolaus I., Zar 194, 672.
— II., Zar 900, 917, 924, 979, 980, 993, 994, 1012, 1022ff., 1027, 1035ff., 1038, 1131ff., 1138, 1172.
— Großfürst 51, 52, 89, 90, 91, 157, 278, 551.
— Konstantin, Großfürst 278.
— von Obodgrad, heiliger 877.
Nikol-Insel 384.
Nikopolis 52, 475.
Nil 512, 926, 976, 1090ff., 1139.
Nimrod 776.
Nina, Kardinal 126f., 238.
„Nineteenth Century“ 922.
Nippold 504, 557, 1004, 1109.
Nirschl J. 504.
Nisch 89, 96, 196.
Nischni-Nowgorod 38, 103, 194, 251.
Nissel Franz 827, 866, 891, 1018.
— Karoline 891.
Nittel, Pfarrer 452.
Niutschwang 930.
Nizza 368, 395, 732, 745.
Noah (biblische Person 410.
Nobbe 1047.
Nobel 1073, 1117.

Nobiling, Dr. 110, 112, 113, 114, 115, 116, 309.
Nocera 1127.
Noe Heinrich 730.
Noiré L. 31, 719.
Nolston L. K. 1164.
Noltsch W. O. 1153.
Nonnemann Friedr. 1144.
Noorden K. v. 448.
Norbert, Br. 1017.
Nordau Max 360, 857.
Nordbahn (Kaiser-Ferdinand-Nordbahn) 456.
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung" 5, 19, 22, 79, 118, 127, 156, 157, 170, 206, 212, 262, 323, 358, 354 f., 380, 382, 385, 394, 429, 433, 434, 446, 460, 488 f., 491, 498, 536, 539, 545, 546, 548, 552, 586, 598, 599, 603, 607, 634, 642, 684 f., 691, 692, 693, 694 f., 697, 799, 805, 840, 932, 933, 945, 953, 1040, 1099, 1129.
„Norddeutscher Lloyd" 699.
Nordenskjöld 243.
Nordman J. 203.
Nordostseekanal (siehe unter Kaiser-Wilhelms-Kanal).
Nordpolforschungen 864, 1025, 1073, 1171.
Nordsee 34, 269, 307, 386, 399, 444, 560, 583, 932, 943, 947, 973, 992.
Noreja 1122.
Norfolk, Herzog von 556, 624.
„Norika" (Studentenverbindung) 968.
Normannen 591, 1080.
Norodom, König 418.
Norrenberg 320.
Northbrook 414.
Northcote 461.
Northern Pacific-Bahn 880.
Northumberland, Herzog von 739.
Norwegen 285, 328, 421, 573, 626, 695, 719, 736, 737, 741, 770, 785, 875, 876, 879, 923, 929, 1073, 1075, 1101, 1128.
Nostitz-Rieneck 1148.
Notarbartolo, Baron 1167 f., 1169.
— jun. 1168.
Notburga, hl. 970.
Noten (siehe auch Diplomatie) 4, 6, 7 f., 11, 14, 16, 17, 38, 39, 47, 50, 51, 52, 53, 54, 57, 64, 89, 90, 92, 98 f., 104, 120, 146, 368, 964, 969, 1031, 1032 f., 1074, 1085, 1092.
Nothnagel, Professor 1176.
Notre Dame 63, 869, 918.
Nouart 512.
Novalis 771, 773.
Novara 515.
Novibazar 8, 10, 96, 99, 182, 185, 193.
„Nowoje Wremja" 548, 597, 671, 690, 710, 797.
Numa Gilly 606.
„Nuova Rassegna" 916.
Nürnberg 118, 311, 402, 724, 727, 859, 906, 909, 1045, 1054, 1115, 1143, 1157.
Nuschki-Gebiet 1174.
Nyassa(-See) 500, 734.

O.

Oberammergau 231, 255, 562, 667, 725, 726, 814, 827, 1157.
Oberdank Wilhelm 301, 324, 333, 411, 516, 684, 731.
Oberdorf 774.
Oberkassel 726.
Oberlausitz 1118.
Oberösterreich 83 f., 394, 408, 505, 729, 970.
Obok 416, 465.
Obrenowitsch (Dynastie) 877.
O'Brien 569, 570 f., 624, 687, 735.
Obrutschew, General 672.
Ochando Soto 775.
Ochrana 297.
O'Clery 856.
O'Connel Daniel 45, 174, 624.
O'Connor 280.
Odd-Fellows-Tempel 836.
Oder 896, 912, 1014.
Oderich K. 776.
Odessa 103, 411, 517, 574, 942, 1027.
„Ödipus" 920, 1074.
O'Donovan Rossa 366, 471.
Odyssee (auch Odysseus, „Odysseus Heimkehr") 564, 1058, 1118.
Oels (Fürstentum) 394.
Oerstedt 982.
Oertel, Professor 451.
Oesterlein Nikolaus 403.
Oettinger Ed. M. 359.
Ofen-Pest (Budapest) 35, 200, 201, 205, 207, 252, 253, 300, 306, 313, 325, 335, 339, 340, 405, 407, 409, 455, 481, 486, 488, 539, 547, 556, 566, 567, 577, 664, 616, 626, 778, 782, 783.
Offenbach Jaques 236.
O'Hagan, Lord 87.
Ohnefalsch-Richter 926.
Ohrenbeichte 87, 183, 514.
Oken Lorenz 318.
Okkultismus 857, 962.
Ökonomie (siehe Nationalökonomie).
Okuma, Minister 689.
Olbrich 1125.
Oldenburg 77, 307, 441.
Oldenburg H. 321.
Olevano 1069.
Olmütz 700, 802, 822, 1167.
Olpe 851.
Olten 46.
Olympia 34, 179, 231, 275, 353, 912, 1028.
Olympion (Wien) 1017.
Omar Chijam 175.
Omdurman 1091, 1092, 1104.
Ompteda G. v. 1158.
Omsk 298.
Onanchauwan 1084.
Oncken W. 184, 275.
„Onkel Toms Hütte" 197.
Onslow 431.
Opern (auch unter Musik) 32, 135, 137, 146, 177 ff., 229, 273 f., 318–320, 327, 507, 539, 569, 618, 668, 730, 745, 774, 782, 826, 864, 867, 913, 958, 970, 1019, 1043, 1057, 1058, 1067, 1069, 1071, 1143, 1157, 1168.
„Opinione" 564.
Opitz Ambros 1015.
Opium(krieg) 856.
Oporto 923.
Oppenheimer Franz 1114.
Oppert E. 378.
Oputa 133.
Oran 247, 283, 368.
Orange 920.
Orangisten 508 f., 570.
Oranien, Prinz von (und Dynastie) 47, 397, 794.
Oranjefluß und -Freistaat 343, 430, 982, 1035, 1131, 1136.

Orden, geistliche 60, 74, 97, 112, 145, 230, 232, 234 ff., 265 f., 275, 294, 300, 406, 418, 435, 437, 438, 498, 504, 516, 528, 534, 538, 557 f., 568, 600, 608, 609, 619, 622 f., 647, 648, 652, 667, 721, 805, 814, 841, 852, 853, 903, 904, 905, 911, 913, 918, 954, 962, 986, 991, 1003, 1004, 1045, 1051, 1053, 1073, 1100, 1104, 1105, 1110, 1111, 1112, 1142, 1151.
— weltliche 371, 534, 551, 552, 567, 628, 635, 752, 826, 838, 974, 987, 1043, 1100, 1140.
Orenburg 298, 924.
„Oreſtie" 774.
Orgajow 979.
Orient und -politik 1—18, 19, 20, 27 f., 31, 40, 41, 49—54, 55, 56, 57, 58, 60, 63 f., 65, 70, 85, 89 bis 104, 105 f., 134, 144, 149, 155, 158, 160, 183, 184, 185, 194, 205, 240, 242, 244, 251 f., 257, 292, 298, 301, 323, 326, 340, 355, 399, 404, 409 423, 448, 451, 457, 462, 468, 476, 478, 482, 484, 488, 508, 510, 515, 516, 524, 526, 527, 533, 545, 560, 564 f., 567, 577, 580, 581, 586, 591, 621, 626, 627, 667, 672, 682, 699, 728, 754, 755, 759, 777 f., 779, 780, 781, 783, 812, 858, 860, 877, 892, 899, 908, 913, 914, 925, 929 ff., 972, 980, 981, 984, 985, 991, 998, 1024, 1027, 1030, 1032, 1072, 1074, 1076, 1079, 1081, 1082 ff., 1085, 1106, 1111 f., 1121 f., 1149.
Origines 734, 920, 1028.
Orlando Lassus 911.
Orleanisten 41, 61, 62, 512, 544, 546, 548, 549, 732, 868, 918.
Orleans 41, 42, 62.
— Prinzessin von 465.
Orloff, Fürst 396.
„Orpheus" 845.
Ortenburg, Graf 502.
Orth (Erzherzog Johann Salvator) 666.
Orthodoxie (russische Kirche) 9, 37, 58, 194, 251, 297, 373, 374, 460, 517, 550, 598, 599, 614, 626, 627, 651, 670, 671, 720, 737, 743, 849. 867, 924, 925, 979, 980, 1021, 1027, 1147.
Osborn Max 908.
Osborne 715, 742.
O'Shea 735.
Oskar II. von Schweden 715.
— Karl, Prinz 600, 610.
Osman Pascha 10, 53.
Osnabrück 74, 126, 265, 266, 312, 753, 1144.
Ossegg 891.
„Osservatore Cattolico" 815.
„Osservatore Romano" 750, 753 f., 829, 867, 970, 1068, 1083, 1148.
Ostafrika 645, 652, 708, 711 f., 713, 723, 734, 756, 767, 769, 784.
Ostara (Göttin) 305.
Ostelbier 889.
Ostende 572, 715, 737.
Österreich 1, 2 ff., 6, 7, 8, 12, 13, 14, 15 18 ff., 24, 27 f., 30, 34, 35—37, 38, 39, 40, 42, 52, 53, 57, 59, 60, 63—68, 78, 85, 86, 89, 90, 91, 93 ff., 96 f., 98–102, 104 f., 107, 110 f., 138, 139, 140, 142, 143, 144, 145, 147, 149, 151 bis 161, 172, 176, 179 bis 185, 191, 192, 193, 194, 196, 199—205, 207, 212, 226, 232, 233, 237, 239, 240, 241, 250, 251 bis 257, 271, 272, 274, 276, 283, 284, 286, 288, 295, 296, 298—306, 311, 313, 318, 321, 324-328, 330, 331—341, 347, 354, 355, 357, 362, 365, 374, 379, 384, 395 f., 397, 399, 403—410, 411, 412, 416, 419, 420, 422, 439, 442, 443, 448, 449, 450, 451 bis 457, 459, 460, 468, 469, 470, 476, 478—488, 490, 492, 501, 505, 506, 508, 510, 511, 515, 516, 517, 523 f., 526, 527, 529, 530, 531 ff., 535, 536, 538 f., 540, 543, 545, 548, 549, 550 f., 554, 562, 563, 564, 565—568, 576, 577 ff., 580—584, 585, 586, 588, 589, 591, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 603 f., 605, 609, 612, 613, 614–617, 632 ff., 641, 642 f., 651, 652, 653, 656—668, 669, 670, 671, 676, 679, 682, 683, 686, 695, 698, 699, 700, 704, 706, 710, 714, 715, 720, 724, 725, 727—730, 731, 732, 736, 738, 740, 744, 748, 754 f., 756, 760, 767, 769, 770, 771, 775, 776 bis 783, 790 f., 800, 802, 808, 812, 820—828, 832, 833, 834, 836, 837, 842, 845, 847, 848, 850, 855, 856, 860—866, 881—893, 894, 895, 896, 897 f., 899, 902, 907, 911, 913, 918, 919, 925, 926 f., 938, 942 ff., 946, 952, 959, 960, 961, 963—970, 981, 991, 993, 994 f., 996 ff., 1004, 1006, 1009, 1010, 1011 bis 1019, 1021, 1027, 1032, 1033, 1040 f., 1042, 1052, 1053, 1056, 1059 bis 1068, 1070, 1074, 1075, 1077, 1096, 1100, 1112 f., 1118, 1119 bis 1126, 1129, 1130, 1132, 1142, 1144, 1148, 1149, 1150, 1151, 1152 f., 1157, 1161—1167, 1077.
Österreicher 875, 876.
Österreichische Bibliothek 892.
„Österreichische Rundschau" 331, 703.
„Österreichisches Jahrbuch" 1066.
„Österreichisches Literaturblatt" 864.
„Österreich-Ungarn in Wort und Bild" (Kronprinzenwerk) 456, 633, 668, 1164.
Osthoff G. 233.
Ostindien 784, 1040, 1073.
Ostini 1009.
„Ostmark" (Ostmark) 2, 305, 668, 907, 1018, 1064, 1108.
Ostpreußen (siehe unter Preußen).
Oströmisches Reich 2.
Ostrumelien 94, 96, 102, 103, 244, 376, 422, 457, 459 f., 462, 473, 475, 476, 477, 478, 481, 545, 576, 581, 606, 701.
Ostsee (und Ostseeprovinzen) 18, 108, 157, 176, 269, 298, 313, 342, 386, 444, 460, 505, 516, 558, 560,

574, 585, 671, 709 f., 742, 837, 932, 947, 973, 990, 992.
Ostwald Wilh. 1010.
Otow 552.
Ottakring (Wien, XVI. Bezirk) 706.
Otto der Große 908, 909, 1155.
— I. von Griechenland 18.
— Erzherzog 488, 657, 1016.
— Prinz von Bayern 502, 650.
Otto Paul 957.
Ottokar Premysl II. 301, 302, 545.
Otzen Johannes 610, 903.
Oubril 93, 237.
Ouchterlong Hanna 573.
Overbeck 507, 565, 958.
Owen 176.
Oxford 146, 229, 367, 563, 568, 652, 785, 834, 922, 1097.
Oyama 382.
Oynhansen 1104, 1105.
Ozean (siehe Stiller und Atlantischer Ozean).
Ozeanien 1077.

P.

Pacak 887, 888.
Pacificbahn 377.
Pacifismus 1031, 1066, 1073—1130.
Paderborn 25, 73, 76, 129, 172, 265, 266, 312, 909 f.
Pädagogik(er) 371, 725, 816, 844 f., 916, 942, 1019.
Padua 60, 516.
Pages 256.
Pailler Max 399.
„Paix" 870.
Palacia A. de 739.
Palacky 37, 1120, 1123.
Palaos-Inseln 434 f., 1171.
Palästina 97, 328, 498, 647, 809 f., 853, 931, 1018, 1069, 1081, 1104, 1110, 1144.
Palazzo Caffarelli 1169.
Paléologue 734.
Palermo 323, 583, 683, 915, 1167, 1168.
Palestrina 86, 178, 911.
Palizzolo Raffaelo 1168.
„Pall-Mall-Gazette" 385, 415.
Palladisten 919.
Pallas Athene 942.
Pallfy Joh. 1065.
Palmieri 448.
Palos 834.
Pamir-Plateau 833.
Panamakanal u. Panamaskandal 88, 188, 245, 290, 418, 422, 471, 606, 688, 733, 768, 830, 855, 868, 869, 872, 919, 982, 1070.
Paniza Mjr 738.
Pantheismus 680, 681, 857.
Pantheon 142, 464, 466, 747.
Panzié Jeremias 374.
Paprion Georg v. 610 f.
Papsttum 25, 29, 41, 42, 43 ff., 46, 56—60, 61, 64, 65, 67, 74, 75, 76, 87, 123—130, 131, 132, 141—145, 150, 160, 164, 165, 166, 175, 191, 208 f., 210 ff., 213, 235 f., 237 ff., 248, 249, 250 f., 265, 266, 292, 298, 300, 304, 308 f., 311 ff., 315, 320, 324 ff., 331, 332 f., 331 f., 338, 346 f., 348, 350, 363, 365 f., 371, 372, 375, 391, 392, 400, 412 f., 418, 419, 420, 433 ff., 436 f., 448, 449, 463, 468 f., 471, 488, 490 f., 494 ff., 497 f., 504, 506, 513 ff., 516, 518, 528 f., 530 f., 535, 536 ff., 547, 550, 553, 554 ff., 557, 558 f., 563, 566 f., 572, 596, 603, 604, 606, 608 f., 611, 612, 622 f., 624 f., 628, 647, 648, 651, 659, 667, 677, 679, 680, 681 ff., 684, 689, 693 f., 699, 703, 704, 714, 721, 725, 732, 733, 736, 738, 743, 745, 747 f., 749 ff., 752 ff., 755, 770 f., 780 f., 791, 803, 804, 805, 806, 809, 810, 813, 829, 830, 831, 836, 837 f., 852, 853, 856, 863, 867 ff., 883, 885, 886, 888, 899 ff., 904, 913 f., 918, 919, 921, 925, 954, 955, 960, 961, 963 f., 966, 970 f., 972, 975, 977 f., 980, 982, 1002, 1003, 1007, 1014 f., 1020 f., 1022, 1025, 1027, 1029, 1048, 1049, 1051, 1053, 1055, 1068, 1071 f., 1081, 1082 f., 1086, 1103, 1111 f., 1116, 1126 f., 1132, 1133, 1138, 1141, 1142, 1144, 1147 f., 1149, 1165, 1167, 1168, 1174.
Paradeplatz 1166.
Paraguay 190, 518.
Paris, Stadt 2, 3, 13, 16, 20, 22, 27, 34, 41, 42, 43, 45, 47, 48, 50, 61, 63, 64, 96, 97, 109, 112, 118, 119, 132, 136, 141, 147, 149, 150, 153, 156, 179, 186, 187, 189, 195, 234, 235, 236, 246, 248, 249, 275, 277, 284, 291, 292, 293, 296, 320, 336, 344, 346, 355, 357, 362, 369, 370, 371, 376, 396, 412, 416, 418, 419, 421, 423, 424, 431, 438, 441, 445, 448, 463, 464, 465, 466, 468, 506, 513, 514, 518, 525, 535, 539, 543, 544, 545, 559, 568, 569, 571, 585, 589, 593, 617, 621, 625, 645, 661, 666, 673, 675, 676, 677, 678, 682, 685, 704 ff., 717, 719, 727, 732, 733, 738, 741, 742, 744, 745, 756, 760, 764, 769, 770, 784, 801, 807, 832, 837, 868, 869 f., 871, 873, 879, 911, 918, 919, 920, 943, 948, 962, 974, 975, 976, 998, 1011, 1023, 1024, 1025, 1026, 1027, 1028, 1037, 1051, 1065, 1069, 1070, 1071, 1089, 1090, 1092, 1094, 1095, 1097, 1144, 1147, 1155, 1170, 1171, 1179.
Paris Gaston 466, 1095.
— Graf von 369, 546, 551, 593, 674, 868, 871, 917.
„Pariser Gazetten" (siehe unter Kraus Fr. X.).
Park-Row-Gebäude 1174.
„Parlamentär, Der" 551.
Parlamentarisches 3, 4, 5, 9, 13, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 28, 30, 36, 40, 42, 47, 48, 50, 53, 55, 56, 57, 59, 63, 64, 66 f., 68, 69, 70, 72, 74 f., 76, 81, 83, 84, 92, 93, 101, 105, 107, 108, 112, 113 f., 118, 119, 122, 123, 133, 138, 142, 144, 145, 155, 162, 163, 164, 166, 167, 169, 172, 181 f., 186, 189, 196, 201 f., 203, 205, 206, 207 f., 209, 212, 213, 216, 217, 219, 221 ff., 225, 226, 232, 237, 239, 240, 241, 243, 244, 248, 250, 251, 255, 257, 258 ff., 261, 262 ff., 266, 270, 279, 280, 289, 290,

302 ff., 307, 308, 310, 311, 313, 316, 321, 322 f., 327, 333, 335, 336 f., 339 f., 341, 343, 344 f., 352, 355, 357, 363, 365, 366, 367, 368, 373, 381 f., 386 ff., 389 f., 392 f., 396, 397, 404 f., 406, 407, 408, 409, 414, 415 f., 418, 425, 427, 430, 439 ff., 443 f., 446, 448, 451 f., 455, 457, 461, 462, 463, 468, 473 f., 476 f., 478, 481, 486, 488, 489 f., 491, 493 f., 496 ff., 499, 500 f., 502, 508 f., 510, 512 f., 515, 519, 520, 523, 525, 526, 527 f., 529, 530, 531, 533, 534, 536, 538, 539, 540, 542, 545, 547, 548, 553, 555, 559, 565 f., 567, 568, 569 f., 571, 572, 574, 575, 577, 579, 580 ff., 584, 585, 588, 589, 590, 591, 593, 596, 597, 604 f., 606, 609, 615, 616 f., 618, 622, 624, 625, 626, 630, 631, 634, 635 ff., 639, 645, 649, 651, 655, 658, 659, 661, 662, 663, 664, 665 f., 667, 672 f., 674, 678, 679, 681, 686, 687 f., 689, 694 f., 696, 697, 698, 702, 707, 708 f., 713, 715 f., 720, 723, 724, 727 f., 729, 730 f., 735, 739, 743, 746 f., 748, 750, 752, 753, 756, 757, 758, 759, 760, 762, 764, 766, 768, 771, 776, 777 f., 780, 781, 782, 783, 785, 787, 790, 792, 797, 801, 802, 803, 804, 806, 809, 810, 811, 815, 820 f., 822 f., 830 f., 833 f., 835, 839, 840 ff., 844, 848, 849 f., 851, 859, 861 f., 868, 870, 871, 872, 873, 878, 879, 882 f., 885, 886, 887, 888, 889, 890, 893, 900 ff., 903, 906, 915, 916, 917, 918, 921, 922, 923, 925, 926, 930, 931, 933, 935 ff., 939, 940, 941, 945, 946, 949, 950 ff., 953, 955 f., 957, 958, 964 f., 967, 968, 971, 972, 973, 974, 976 977, 979, 980, 985, 988, 989 f., 997 f., 1000 f., 1006, 1011 f., 1013, 1014, 1021, 1022, 1023, 1025, 1027, 1034 f., 1036, 1040, 1041, 1043, 1044, 1045, 1046, 1047, 1048, 1060, 1061 f., 1063 ff., 1070, 1071, 1072, 1073–1077, 1083, 1087 f., 1093, 1094, 1095, 1096, 1098, 1099 f., 1106 f., 1109, 1119 f., 1121, 1127, 1128, 1130, 1135, 1138, 1139, 1140, 1142, 1145 f., 1147, 1157, 1159, 1161 f., 1163 f., 1168, 1199, 1171, 1173.

Parma, Herzog von (und Dynastie) 41, 876.

Parnell 186, 240, 241, 245, 279, 280, 289, 290, 335, 366, 371, 416, 463, 493, 511, 521, 570, 624, 625, 687, 735, 784, 920.

„Parsifal“ von Wagner 83, 134, 139, 177, 229, 273 f., 318 ff., 358, 654, 655, 859.

— von Wolfr. v. Eschenbach 449, 1058.

Parthenon 562.

Pasch 1018.

Passarge 573, 835.

Passau 910, 1110.

Passionsspiele 251, 341, 667, 725, 726, 814, 892, 1018, 1067, 1125, 1166.

Pasteur 294, 975.

Pastor 174, 229, 503 f., 563, 725, 755, 770 f., 817, 960, 1005, 1111, 1153, 1065.

Pastorius 739.

Pata-Insel 552.

Patentwesen 150.

Pater Walter 922.

Patta 734.

Pattai Rob., Dr. 453, 617, 823, 884 f., 967.

Paty de Clam 1093, 1094.

Paul I., Zar 374.

— Jean 401, 772, 911.

Paul (Sozialist) 115.

Pauler 341.

Pauline von Württemberg 232.

Paulsen Friedr. 652, 853, 857, 905 f., 1116, 1145, 1153.

Paulskirche 161.

Paulus, Diakonus 1168.

— hl. 810.

„Paulus in Athen“ 80.

Paulus Nikolaus 830, 1149.

Pausinger 409.

Pavia 468.

Payer 345, 864.

Pazmany, Kardinal 912, 1065, 1112.

Pecci, Kardinal (siehe auch unter Leo XIII.) 60.

Pech Traugott 359.

Pechi Simon 828.

Pedro, Dom 784.

Peez Alex. 270, 402, 1164, 1178.

Pegnesischer Blumenorden 909.

Peixota Floriano 787.

Pekelharing 1073.

Peking 418, 464, 787, 931, 1085.

„Pekinger Zeitung“ 689.

Peladan 734, 746.

Pelew-Insel 432.

Pellieux 1093.

Pember G. H. 1138.

Penck A. 652, 1165.

Pendl Emanuel 1125.

Pendschdeh 517.

Penelope 565.

Pennsylvanien 1028.

Penzler Johs. 1054.

Perchtoldsdorf 892.

„Percy Bysshe Shelley“ 1165.

Père Lachaise 368, 568.

„Pereat Rochus“ 556.

Peregrina Cordula 724.

Pereira-Arnstein 813.

Pergamon 34, 179, 233, 353, 413, 1058.

Perier 871, 917, 973.

Pernerstorfer 485, 864.

Pernter J. M. 1067.

Perost 1168.

Perseus 361.

Persien 3, 55, 56, 91, 92, 97, 175, 254, 298, 330, 383, 471, 606, 671, 1030, 1129 f., 1132, 1172.

Persischer Golf 18.

Perty Max 84, 176.

Peru 197, 245, 286, 377, 397, 575.

Perugia 143, 282.

Pesch Heinrich 1151.

— Tilmann 230, 1005.

Pest (Krankheit) 1126.

Pestalozzi 1025.

Pestel 194.

„Pester Lloyd“ 299, 536, 548, 577, 597, 780.

„Pesti Naplo“ 304, 478, 550.

Peter der Große, Zar 14, 54, 194, 374, 588, 672.

„Peter Mayr, der Wirt an der Mahr“ 1150.

Peter Nikolajewitsch, Großfürst 671, 1074.

— von Serbien 376, 518, 877, 1074.

Peterhof 479, 597, 740, 1035.
Peterich Paul 727, 1009.
Peter-Paul-Festung 737.
Peters, Dr. 552, 652, 654, 769, 962, 988, 989, 1055, 1124.
Petersburg 7, 10, 39, 54, 89, 95, 102 f., 104, 111, 151, 152, 161, 182, 192, 193, 197, 234, 254, 268, 277, 278, 284, 297, 298, 307, 374, 376, 396, 411, 474, 492, 512, 518, 535, 544, 574, 582, 597, 600, 641, 672, 704, 735, 741, 785, 875, 924, 979, 980, 1026, 1027, 1035, 1065, 1074, 1100, 1131, 1144, 1161.
„Petersburger Journal" 544 f.
„Petersburger Zeitung" 375, 860.
Petersen 1010.
Peterskirche in Rom 192, 250, 335, 676.
Peterspfennig 129, 1147.
„Petit Journal" 770.
Petöfi 306, 783.
Petris de, Minister 105.
Petrowitsch 1078.
Petrus, hl. 176, 197, 914, 955, 1126.
Petschili 417, 1096.
Pettenkofer 397, 819 f.
Peukert 341.
Pezold 1130.
Pfaff Fr. 651, 1155.
Pfann 655.
Pfeiffer Ida 828.
Pfeil, Graf 720.
Pfizer G. 85.
Pfleiderer 131, 619, 940, 978.
Pflugk-Hartung 654.
Pforte (siehe unter Türkei).
Pfretzscher 1009.
Pfuhl Joh. 361, 1009.
Pfülf Otto 858, 1004, 1153.
Pfungst Art. 1058.
Phäaken 34, 708.
Pharaonen 86.
Pharsalus 1033.
Phelps Elisabeth 423.
Phidias 179, 353 f.
Philadelphia 23, 48, 365, 377, 739, 1076.
Philae 926.
Philantropie 911.
Philipp II., König von Spanien 510, 865.
— VII. 917.
Philipp, Prinz von Koburg-Gotha 544.
— Peter 970.
— von Orleans 1024.
Philippinen 1025, 1088 bis 1090, 1173, 1174.
Philippopel 89, 458, 459, 474, 475, 476, 541, 833.
Philippovic, Freiherr v. 98, 99, 100, 1177.
Philippson Martin 818.
Philippus Neri, heil. 971.
Philips 504.
Philo vom Walde 1166.
Philomena, heil. 190.
Philosophie 23, 31, 32, 34, 63, 84, 86, 140, 141, 175, 176, 189, 191, 228, 230, 249, 265, 291, 320, 322, 329, 359, 448, 456, 505 f., 515, 561, 611, 612, 618, 619, 620, 652 f., 679, 719, 725, 766, 770 f., 774, 783, 815, 824, 827, 856 f., 858, 865, 892, 907, 909, 922, 923, 960 f., 962, 968, 976, 1004, 1005, 1006, 1010, 1017, 1919, 1027, 1050, 1052, 1056, 1066, 1071, 1097, 1112, 1113, 1115, 1116, 1123, 1144, 1150 f., 1153, 1154, 1159, 1170, 1172, 1178.
Phönixpark 365 f.
Phönizier 270, 926, 982.
Phonograph 150, 689, 776.
Photius 980.
Photographie 403, 508, 514, 678, 787, 859, 920, 1008, 1010.
Phrygien 968.
Phudok, König 368.
Phyrrhus 1046.
Physik 179, 962.
Pia, Königin von Portugal 335.
Piacenza 1052.
Piast, Dynastie 349.
„Piccolo" 333.
Piccolomini Aeneas Sylvio (später Papst Pius II.) 1053, 1116.
Pichler Adolf 203, 963, 1163, 1166.
Picquart, Oberst 1094.
Pidal 420.
Piemont 142, 641.
„Pietà" 829.
Pietisten 742.
Pigott 687.
Pilatus Pontius 306.
Pilgram Friedr. 755.
Pilsen 889.
Pilz V. 457.
Pindar 1066, 1075.
Ping-Yang 927.
Pinto Serpa 734.
Piräus 1032.
Pirot 53, 459.
Pischeli 615.
Pitmann Isaak 922.
Pitra, Kardinal 468.
Pittsburg 88.
Pius II. 1116.
— VI. 828.
— VII. 45, 312.
— IX. 57 f., 61, 123 f., 129, 142, 143, 147, 191, 236, 250, 468, 683, 771, 819, 829, 872, 1147.
Planche 920.
Planta 911.
Plastik 859, 958.
Platen 113, 447, 1156.
Platon 191, 358, 922, 1073, 1150.
Plechanow 875.
Plener 180, 337, 663, 664, 776 f., 861, 888, 889, 965, 1165.
Plewna 52, 53, 89, 475.
Plojesti 52.
Pobedonoszeff (Pobjedonoszew) 277 f., 297, 373, 517, 574, 979, 1147.
Pocci Franz, Graf 33.
Pochhammer P. 1114.
Podgoritza 53, 96.
Podlipny (Polipny), Advokat 338 f., 831, 1065.
Podolien 38.
Poelaert 284.
Poestion 410, 448.
„Poggfred" von Lilieneron 1057 f.
Pogodin 297.
Pohle 620.
Pohlmann H. 955.
Pöhnl Hans 185, 409, 506, 562, 910.
Poincaré 918, 973.
Poitiers 62.
Pola 200, 257, 276, 894.
Polakowski 270.
Polarmeer 243.
Polen 15, 21, 30, 38, 39, 54, 65, 105, 113, 119, 154, 162, 166, 180, 182, 184, 194 f., 196, 200, 201, 209, 231, 244, 255, 256, 266, 269, 296, 298, 299, 300, 304, 312, 325, 336, 338, 340, 349, 352, 355, 369, 390, 391, 392 f., 400,

406, 409, 419, 424, 435 f., 438, 439, 444, 453, 455, 460, 479, 485, 490, 491 ff., 495, 496, 497, 516, 517, 520, 525, 530, 533, 534, 538, 541, 546, 559, 574, 576 f., 579, 580, 599, 612, 614, 615, 616, 621, 626 f., 636 f., 639, 665, 694, 699, 703, 710, 717, 727, 738, 756, 760, 763, 767, 779, 781, 797, 799, 803, 804, 821, 822, 832 f., 834, 836, 844, 849, 850, 860, 863, 864, 875, 888, 889, 895, 896 ff., 902, 905, 907, 913, 924, 926, 936, 942, 945, 950, 955 f., 964, 991, 994, 999, 1015, 1041, 1062, 1064, 1075, 1101, 1108, 1120, 1121, 1122, 1139, 1143, 1145, 1149, 1150, 1166, 1173.
„Politische Korrespondenz" 312.
Polizeiangelegenheiten 4, 25 f., 27, 59, 64, 103, 115, 121, 123, 195, 243, 258, 277, 278 f., 289, 290, 293, 302, 337, 340 f., 346, 351, 354, 382, 396, 433, 445, 485, 508, 509, 516, 519, 520, 351, 559, 569, 570, 571, 573, 575, 606, 613, 618, 625, 627, 662, 678, 684, 687, 717, 719, 737, 745, 769, 833, 858, 862, 883, 921, 956 f., 697, 983, 1023, 1063, 1119, 1170.
Polonyi Geza 486 f., 820 f.
Polozow Let. Aleff. 1147.
Poltawa 39.
Polynesien 330.
Polzer 566.
Pomare, König 236.
Pommer 1124.
Pommern 20, 267, 268, 524, 649 f., 775.
Pompeji 413, 839, 1069.
Poniatowski 39.
Pontresina 1168.
Popper S. 141, 661.
Porro, Graf 515.
Porsch 437, 647, 788 f., 805, 851, 954, 1104.
Port Arthur 927, 930, 931, 976, 1040, 1084, 1096, 1129.
— Dunford 461.
— Elisabeth 366.
— Hamilton 461, 553.
— Said 414.
Porta Pia 972, 1016.
— Westphalica 957, 1009.
Porte Saint Martin 1071.
Porto Alegre 330.
— Seguro 383.
Portrusch 570.
Portugal 78, 142, 143, 192, 242, 283, 323, 330, 335, 363, 380, 380, 384, 415, 420, 424, 433, 470, 520, 589, 625, 688, 695, 734, 736, 783 f., 816, 906, 916, 918, 923, 927, 929, 988, 1073, 1075, 1132.
Posadowsky 1044, 1099.
Posanner v. Ehrenthal 1066.
Poschinger 311, 313, 440, 653, 962, 1156.
Posen 25, 73, 128, 154, 216, 266, 269, 342, 349, 352, 391, 393, 435 f., 493, 498, 538, 557, 559, 612, 709, 755, 760, 790 f., 889 f., 896, 897, 898, 905, 944, 1108, 1145.
„Posener Zeitung" 994.
Possart 762.
„Post" 323, 529, 530, 547 f., 577, 602, 769, 999.
Postellus Wilh. 85.
„Postillon von Longjumeau" 1071.
Postsparkasse 255, 259, 303, 826.
Postwesen 46, 86, 147, 218, 268, 341, 380, 432, 444, 470, 508, 618, 782, 933, 952, 999, 1014, 10 5, 1118, 1146, 1161, 1179.
Pothier Dom Jos. 872.
„Pothuau" 1036 f.
Potocki 180, 559.
Potsdam 318, 357, 630, 650, 654, 766, 776, 794, 804, 849, 851, 906, 931, 948, 992, 1153, 1160, 1172.
Pottecher Maurice 1071.
Pottier 1025.
Portsmouth 741, 1092.
Pracht K. 1055.
Prag 64, 68, 83, 87, 154, 155, 181, 205, 252, 301, 302, 337, 339, 394, 406, 452, 454, 507, 541, 550, 564, 599, 608, 614, 615, 616, 663, 664, 727, 729, 742, 777, 778, 820, 861, 864, 870, 889, 965, 967, 970, 1011, 1013, 1060, 1062, 1063, 1064, 1065, 1066, 1067, 1119, 1120, 1123, 1124, 1165, 1167.
Prager 407.
Pragmatische Sanktion 302, 456, 643, 821.
Präraffaeliten 873 f., 1095, 1097 f.
Prater (Wien) 278, 706, 892.
Praterstern (Wien) 507 f.
Prati 412.
Praxiteles 179, 231.
Prazak, Minister 452, 485.
Prechtler 203, 204.
Predilpaß 200.
Prel Karl du 448, 619, 774, 857, 866, 908, 1154.
Prell H. 1169.
Prenk Bib Doda 244 f., 377.
„Presse, Die" 252, 323, 1010.
Preßburg 65, 340, 407, 668, 1068.
Preßfreiheit, Pressewesen 5, 17, 21, 23, 30, 45, 72, 74, 76, 77, 78, 81, 88, 89, 105, 113, 119, 120, 134, 135 ff., 155 f., 189, 193, 220, 222, 223, 224, 225 f., 239, 243, 248, 250, 265, 279, 281, 290, 315, 323, 343, 346, 347, 370, 373, 388, 396, 407, 453, 454, 469, 491, 515, 517, 524, 530, 535, 540, 566, 567, 573, 577, 580, 582, 584, 594, 613, 641, 647, 651, 661, 667, 684 ff., 694, 699, 705, 707, 710, 716, 717, 718, 728, 733, 734, 744, 770, 804, 808, 819, 821, 822, 825, 826, 827, 832, 840, 854, 860, 864, 872, 879, 886, 887, 888, 890, 895, 898, 899, 905, 915, 917, 919, 921, 924, 925, 930, 933, 937, 941, 944 f., 949, 962, 981, 983, 984, 993, 996, 1000, 1004, 1024, 1053, 1054, 1056 f., 1065 f., 1070, 1104, 1109, 1112, 1126, 1133, 1137, 1141, 1142, 1150, 1151, 1156, 1171.
Pretoria 55, 242, 282, 988.
Pretorius 239.
Preußen 2 ff., 19, 20 f., 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 39, 41, 43 f., 47, 59, 60, 67, 68, 70, 71, 72, 73, 74 f., 76, 77, 82, 105, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 115, 122, 123, 125, 126, 127, 128 f., 131, 132, 147, 149, 154, 155, 163, 164, 165, 167,

168, 171, 172, 173, 177, 183, 184, 188, 196, 197, 204, 206, 207 f., 210 f., 212, 218, 219, 220, 221 f., 225, 233, 255, 257, 258, 259, 261, 262, 263, 264, 265 ff., 268, 271 f., 306, 307, 308, 310, 311, 312, 313, 315, 328, 332, 339, 343, 344, 345, 346 f., 348, 349, 352, 357, 362, 376, 381, 388, 391, 392, 394 f., 400 f., 436, 437, 438, 439, 441 f., 443, 444, 445, 455, 488, 489, 491, 492, 493, 495, 496, 499, 501, 502, 508, 517, 522, 525, 527, 529, 534, 535, 436, 537, 552 f., 556, 557, 558, 559, 560, 564, 569, 578, 580, 581, 582, 584, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 597, 602, 604, 606, 608, 612, 613, 630, 635, 641, 642, 644, 646, 647, 650, 651, 654, 659, 660, 676, 684, 693, 696, 698, 701, 715, 716, 720, 721, 723, 724, 726, 745, 746, 752, 753, 754 f., 768, 772, 775, 781, 788, 789, 791, 792, 794, 795, 797, 802, 808, 809, 810, 813, 814, 815, 832, 838, 840, 814, 845, 846, 848, 849, 851, 853, 855, 870, 889 f., 895, 896, 897 f., 899, 902, 903, 905, 908, 913, 934, 935, 936, 936, 937, 938 f., 942, 944, 946, 950, 951, 953, 955 f., 960, 961, 963, 990, 991, 992, 994, 1002, 1005, 1008, 1036, 1037, 1038, 1040, 1041, 1043, 1046, 1047, 1048, 1052, 1054, 1055, 1061, 1081, 1099, 1105, 1106, 1108, 1109, 1110, 1112, 1116, 1121, 1122, 1138 f., 1140, 1146, 1148, 1160, 1173.

„Preußische Jahrbücher“ 766, 852, 996, 1036, 1044, 1107 f.

Preyer 654.

Preysing 842.

Prießnitz Vinzenz 1166.

Princetown 1089.

Prix, Dr. 663, 821, 861, 882 f., 966.

Probus 1122.

Prochaska 955.

Proels Joh. 817.

Prokesch-Osten 141, 203 f.

Prometheus 231, 960.

Proske 178.

Proßnitz 706.

Protestantismus 3, 23, 24, 26, 28 f., 30, 38, 40, 41, 46, 63, 76, 77 f., 79, 80, 87, 131 f., 159, 162, 165 f., 167 f., 173, 179, 183, 186, 191, 197, 205, 212, 214 f., 216, 219, 229, 233, 241, 255, 264, 267, 313, 315, 318, 320, 321, 322, 323, 339, 349 ff., 357, 360, 383, 391, 392, 400, 416, 420, 434, 436, 438, 450, 455, 471, 472, 488, 497 f., 499, 503, 505, 517, 524, 531, 536 f., 552 f., 556, 557 ff., 561 f., 563, 564, 565, 566 f., 574, 575, 606 f., 608, 609 f., 611, 612, 616, 619, 626, 634 f., 645 ff., 648, 650, 651, 653, 655, 659, 660, 665, 671, 680, 702, 704, 720, 721, 722, 724, 737 f., 742, 755 f., 760, 770, 771 f., 784, 789, 790, 793, 801, 803, 805, 806 f., 810, 814, 817, 818 f., 824, 835, 849, 852 f., 856, 863, 864, 865, 873, 877, 880, 886, 888, 898, 903, 904 ff., 911, 912, 913 f., 923, 934, 945, 952, 953 f., 955, 959 f., 961, 962, 988, 999 f., 1001, 1002 ff., 1005, 1043, 1044, 1047, 1048, 1049, 1052, 1053, 1054, 1068, 1072, 1073, 1079, 1082, 1084, 1097, 1108, 1109, 1111, 1112, 1113, 1117, 1122, 1123, 1127, 1128, 1138, 1142, 1143 f., 1145, 1150, 1151, 1158, 1161, 1163, 1167, 1170, 1171, 1174.

Proudhon 149, 257, 270, 916, 969, 1124.

Provence 328, 920, 1170.

Providencegruppe (Inseln) 552.

„Provinzialkorrespondenz“ 129, 393.

Prozesse (siehe auch Gerichtswesen) 3, 11, 22, 25, 26, 43, 46, 47, 49, 54, 56, 68 f., 80, 84, 86, 88, 102 f., 104, 118, 128, 130, 141, 145, 148, 163, 233, 242, 243, 248, 257, 270 f., 283, 285, 289, 293, 300, 301, 302, 303, 329, 340, 354, 356, 365 f., 371, 373, 377, 390, 393, 407, 408, 410 f., 445, 446, 452, 468, 471, 477, 499, 520, 540, 541 f., 547, 551, 569 f., 567, 568, 569, 571, 572, 574, 575, 602, 614, 616 f., 621, 623 f., 629 f., 639, 649, 651, 673, 685, 687, 729, 736 f., 738, 743, 769, 784 f., 810, 811, 831, 833, 869, 886, 889, 906, 915, 916, 917 f., 921, 923, 951, 953, 955, 965, 967, 971, 978, 984, 993, 996, 1011, 1021, 1030, 1043, 1055, 1057, 1070, 1091, 1092 ff., 1106, 1120, 1146, 1151, 1167 f., 1169 f.

Prügelstrafe 688, 1109.

Pruth 580.

Przemysl 200, 254.

Przemysliden 37.

Psalmen 351, 410, 905, 1140.

Pskow 194.

Ptolemäer (Dynastie) 618.

Pucini 1069.

Pugin 955.

Pullmann 926.

Purcell Edw. Sher. 986.

Puritaner 367.

Puseyismus 229, 320, 911, 921 f., 1150.

Pustet (Verlag) 556.

Puttkammer 165, 167, 168, 207 f., 213, 264, 365, 270, 311, 607, 613, 909.

Puvis de Chavannes Pierre 1095.

Pyat Felix 568.

Pyne, Abgeordneter 571.

Pypin 359.

Pyrenäen 47, 363, 583, 834.

Q.

Quadrupelallianz 399.

Quarto 866.

Quatrebras 737.

Quebeck 412.

Quedlinburg 957.

Queensland 364.

Quiberon 1169.

Quidde 908.

Quipuzcoa 923.

Quirinal 41, 142, 504, 604, 623, 678, 680, 838, 855, 1038.

Quito 412.

„Quitzows, Die“ 655.

R.

Raab 1090.
Raabs 1124.
Racowitza (siehe Dönniges).
Rade M. 503.
— Pfarrer 1109.
Radetzky, Feldmarschall 184, 271, 487, 507, 820, 825.
— russischer General 89.
Radfahrwesen 859.
Radoslawow 477.
Radowitz 1144, 1173.
Radschputen 146.
Radziwill 897.
Raffael 149, 227, 291, 1003, 1069.
Ragey 1053.
Raguſa 863.
Rahel 817.
Rahlenbeck 1110.
Rahowa 474.
Raich 322, 447.
Raigern 230.
Raimund Ferdinand 255, 1125.
Raimundtheater (Wien) 1018, 1065.
Rainer, Erzherzog 142, 618, 659, 1165.
Rajtſchewitz 1163.
Rakoczy 1012.
Ram Mahun Roys 1097.
Ramaniraka 377.
Rambond 735.
Rampolla, Kardinal 556, 732, 838, 919, 972, 1112, 1147.
Ramſes 776.
Ranavalo, König 974.
Ranc 745.
Ranftl 1152.
Rangabe 505.
Rank Joſef 1019.
Ranke Johann 950.
— Leopold 29, 174, 184, 230, 321, 402, 446 f., 503, 560, 619, 750, 770 f., 813, 828, 855, 1004, 1005, 1016.
— O. v. 503.
Ranovolona II. 377.
Raphael (Erzengel) 1049.
Rapſodien und Rapſoden 864, 980, 1157.
Ras Aſſer 414.
— Ulula 434, 554, 622.
Raſchdorff 610, 813.
Raſchid Bej 1058.
„Raskolnikoff“ 375.
Raſſan Oskar 457.
Raſſauf 701.
Raſtadt 72.
Raſumorsky 1074.
Räß, Biſchof 25, 230.
Raszka 1166.
Rathaus, neues Wiener 338, 339 f., 617, 782, 1167.
Rathgen 1047.
Ratibor, Herzog von 538.
Ratisbonne 256, 257.
Ratkowsky 822.
Ratſchowitſch 626.
Ratzel 317, 961, 1115.
Ratzenhofer 1155.
Ratzinger 269, 359, 400, 1057.
„Räuber, Die“ von Schiller 274.
Rauch 183.
Raudnitz 666.
Raupp 1178.
Rauſcher J. O. 651.
— Kardinal 68.
Ravachol 831.
Ravary 1093.
Ravenna 60, 266, 516.
Ravoninahitriniarivo 377.
Rawlinſon 41, 978, 1076.
Ré, Pater 41.
Rechbauer 66 f.
Rechberg 28, 1149.
Recht, römiſches 951.
Rechtenfleth 1159.
Rechtſchreibung 226, 872, 922, 1056, 1156.
Recke v. d. Horſt 950.
Reclus 188, 916, 922, 978, 1171.
Redemptoriſten-Orden 648, 884, 903, 905.
Redlich 1165.
Redmond 289, 290, 784, 1071.
Redwitz Osk. v. 443, 775.
Ree Paul Joh. 505.
Reformation 28, 29, 131, 174, 191, 229, 321, 338, 349 ff., 360, 400, 440, 448, 503 f., 505, 606, 612, 716, 722, 724, 755, 772, 801, 806, 810, 853, 879, 905, 909, 911, 940, 958, 959, 960, 961, 1048, 1067, 1068, 1072, 1079 f., 1110, 1112, 1115, 1117, 1143, 1158, 1159.
„Reformator von Galiläa“ 1076.
Regensburg 75 f., 86, 163, 556, 1042.
„Regierungsbote“ 517.
Rehoboth 499.
Reich 447, 1075.
Reichard 810.
Reichel 1117.
Reichenbach 1010.
Reichenberg 777, 1166.
Reichenſperger Auguſt 266, 323, 815, 955, 1153.
— Peter 25, 76, 81, 107, 114, 162, 222, 321, 347, 390 f., 646, 815, 851, 955.
„Reichsanzeiger“ 124 ff., 268, 310, 549, 601, 602, 697, 713, 810, 854, 947, 995, 996, 1042, 1098, 1137, 1170.
„Reichsbote“ 607, 611, 647.
„Reichsglocke“ 356.
„Reichspoſt“ 826, 885, 911.
Reichſtadt, Herzog von 35, 110 f., 141, 153, 162, 536, 539, 700, 1070.
„Reichszeitung“ 755.
Reid 1086.
Reimers 727.
Reimmichl (Seb. Rieger) 1150.
Reims 190, 572, 1023, 1024, 1082.
Reinach 830.
Reindl 842.
Reinhard 564, 651, 856, 1149.
Reinhold 1044, 1117.
Reinick 215.
Reinkens 29, 44, 46, 132, 141, 275, 566.
Reinsdorff 390.
Reis Philipp 179, 450, 982, 1113.
Reiſer 1003.
Reiter Joſef 1067.
Rembrandt u. Rembrandt-deutſche 275, 725, 771, 772, 813, 818, 819, 856, 909, 961, 1152.
Remeſiana 923.
Renan 188 f., 403, 619, 746, 786, 851, 872, 920.
Renard 451.
Renäſſanz 139, 179, 183, 184, 249, 321, 359, 361, 409, 450, 504, 506, 507, 562, 654, 656, 746, 813, 859, 872, 922, 957, 961, 1057, 1059, 1067, 1111, 1114, 1115, 1148, 1159, 1172, 1180.
Renchen 178.
Reni 474.
Renk 1066.
Rennes 1169, 1170.
Renſch 1117.
„Rerum novarum“ 750 f., 1048.

Reschauer 321.
Ressel 863.
Rethy 891.
Rettig 655.
Reuchlin 957.
Reuleaux, Professor 23, 1010.
Reumont v. 45, 447.
Reusch Fr. H. 402, 619, 828, 912, 955, 1110.
Reuß, Prinz von (auch Reuß ältere Linie) 121, 209, 394, 441, 579, 796.
Reuter Fritz 859, 909, 1009.
— H. 86.
Reval 517, 715, 737, 833.
Revolution, französische (1789) 42, 217, 249, 251, 320, 418, 572, 609, 647, 651, 652, 675 f., 685, 689, 872, 875, 897, 909, 947, 993.
Revolutionäres, Radikalismus und Republikanismus 6, 9, 15, 21, 24, 27, 28, 29, 41, 42 f., 46, 47, 48, 54, 56, 57, 59, 60—63, 72, 75 f., 81 f., 88, 94, 103, 109, 110, 116, 118, 121, 123, 134, 135, 143, 144, 146 f., 148 f., 151, 152, 166, 184, 186, 188, 193—196, 217 f., 233 f., 235 f., 237, 238, 242 f., 245, 248, 249, 259, 261, 262, 263, 270 f., 277 f., 281, 282, 283, 285, 289 f., 292, 293, 294, 297, 316, 321, 327, 328 f., 334, 340, 344, 345, 357, 365, 370 ff., 374, 376, 389 f., 393, 407, 410 f., 422, 436, 458, 464, 465, 471, 473, 474 ff., 478, 495, 499, 504, 511 ff., 516, 519, 520, 535, 539 f., 542, 545, 551, 559, 564, 568, 569, 571, 572, 585, 590, 593, 602, 604, 609, 613, 628, 641, 672, 673, 674 ff., 680, 681, 683, 684, 685, 689, 690, 706, 715, 718, 719, 731, 732, 733, 736, 737, 738, 743, 745, 746, 748, 749 f., 750, 763, 770, 771, 783, 804, 805, 811, 826, 829, 830, 831, 836, 845, 846, 849, 865, 868 f., 871, 872, 875, 878, 880, 881 f., 885, 896, 897, 902, 909, 915, 916, 917, 919, 920 f., 926, 927, 931, 933, 934, 941, 945, 947, 952, 953, 971, 973, 974, 978, 983, 988, 989, 1002, 1022, 1023 f., 1026, 1029, 1036 f., 1038, 1048, 1049, 1051, 1056, 1065, 1070, 1073, 1076, 1078, 1087, 1093, 1095, 1096, 1105, 1111, 1112, 1127, 1131, 1135, 1136, 1145, 1147, 1152, 1154, 1155, 1169, 1170.
„Revue" 832.
„Revue Benedictine" 923.
„Revue de l'Orient" 550.
„Revue de Paris" 1161.
„Revue des deux Mondes" 975, 1110, 1122.
Reyer 1123.
Reymond 176.
Reznicek 970.
Rhein (und Rheinland, Rheinpfalz und Rheingrenze) 34, 75, 78, 82, 84, 123, 140, 213, 214, 215 f., 306, 313, 339, 353, 354, 377, 383, 393, 397, 400, 439, 512, 524 f., 527, 531, 593, 609, 647, 649, 654, 656, 726, 746, 800, 832, 839, 842, 845, 846, 847, 906, 933, 945 f., 1008, 1053, 1056, 1085, 1140, 1159, 1160.
Rheinfelden 684.
„Rheingold" von Wagner 32, 1118.
„Rheinländischer Merkur" 647 f.
Rheydt 1159.
Rhinow 1010.
Rhode 86.
Rhodes Cecil 984 f., 988, 1034, 1131, 1139.
Rhodopegebirge 93.
Ribaux 1069.
Ribot 741, 742, 973, 974.
Ricard 919.
Ricci 1085.
Richardson 1090.
Richelieu 568.
Richental 962.
Richepin 920.
Richet 962, 975.
Richmond, Herzog von 427, 429.
Richter Eugen 20, 116, 170, 213, 259, 260, 261, 345, 346, 382, 387, 390, 440, 485, 493, 525, 527, 529, 536 f., 605, 631, 645, 758, 767, 789, 809, 902, 935, 951, 998, 1083, 1099, 1140.
— Hans 618.
Richter Helene 1165.
— Ludwig 565, 1117 f.
— Vizebürgermeister 966.
Rickert 213, 344, 387, 485, 494, 713 f., 749, 766, 789, 1154.
Riefelder 419.
Riegel 403, 561.
Rieger 64 f., 104 f., 337, 405, 406 f., 456, 533, 566, 615 f., 663, 664, 729, 738, 889, 1120.
Riehl W. H. 322, 359, 618, 908, 1052, 1056.
Riels 463.
Ries (Riese Adam) 859.
Riesenrad in Chicago 926.
Rieth 1059.
Rieti 516.
Rietschl 354.
Rietzsch 1067.
Riezler 1057.
„Riforma" 554, 579.
Riga 671, 833.
„Ring der Nibelungen" von R. Wagner 178.
Ringseis Bettina 1008.
— Joh. Nep., Dr. 449.
— Emilie 449, 858, 960, 1008, 1113.
Ringtheater (Wien) 255.
Rintelen 934.
Rio de Janeiro 412, 1076.
Risch Paul 1025.
Ristitsch 7, 540, 550, 669, 670.
Ritschard, Fürsprech 518.
Ritschl 612.
Ritter, Dr. 506.
Rittershaus 203, 216, 257, 353.
Rittler, Dr. 75.
Ritualisten 834, 978, 1097, 1144, 1150.
Rivier 785.
Riviera 918.
Rjabinin 980.
Robert von Parma 876, 1027.
Roberts, General 241, 242.
Robertson Macquart 1174.
Robespierre 228, 892.
Robilant 468, 515, 516, 532, 534, 554.
Robin 978.
Robinson Herkules 985.
Rochdale 270.
Rochefort 235, 277, 541, 673, 674, 891.
Rochholz 85, 562.
Rocholl 140, 1052.
Rochow 659.

Rochusberg 439, 954.
Rock, heiliger (in Trier) 652, 755, 771, 810.
Rod 734, 786.
Rodbertus 116, 133 f., 171, 356, 399, 402, 447, 505, 1153, 1154.
Rodeck Georg 508.
Rodenberg 204, 601.
Rodin 1009.
Rodriguez 623.
Roeber 1178.
Roebuck 661.
Roeren 1043.
Rogge 852, 962.
Roggenbach 592, 603, 630.
Rogozinski 424.
Rohde 175, 775.
Rohlfs Gerhard 317, 383, 425, 432.
Rohling 320, 564, 1066.
Röhm A. 1053.
Rohnstock 715.
Röhricht 1116.
Rohrweck 408.
Rokoko 507, 1159, 1160, 1180.
Roland 957.
Rollett 204, 1166.
Roloff 950.
Rom 25, 29, 33, 40, 41, 45, 60, 61, 68, 76, 128, 129, 142 f., 144, 145, 148, 149, 161, 172, 175, 179, 191, 207, 209, 210, 237, 250, 251, 265, 294, 304, 305, 311, 312, 315, 318, 320, 323, 324, 327, 333, 334, 355, 338, 346, 350, 356, 365, 410, 412, 413, 437, 463, 469, 496, 497, 504, 516, 531 f., 534, 537, 550, 553, 555, 556, 557, 560, 563, 565, 590, 598, 600, 604, 608, 609, 621, 623, 624, 647, 655, 679, 681, 682, 683, 730, 743, 747, 748, 749, 750, 779, 780 f., 816, 829, 837, 867, 868, 883, 885, 899, 913, 914, 919, 950, 971, 972, 975, 980, 1010, 1021, 1022, 1045, 1051, 1068, 1072, 1097, 1110, 1016, 1113, 1118, 1126, 1127, 1130, 1132, 1138, 1141, 1147, 1150, 1155 f., 1157, 1158, 1167, 1168, 1169, 1170.
Romagna 867.
Romako 507, 668.
Romanen 29, 37, 92, 361, 775, 915, 957, 981, 991, 1016, 1045, 1050, 1058, 1059, 1080, 1090, 1097, 1114, 1118, 1159, 1179 f.
Romanow (Dynastie) 194, 195, 196.
Romantik und Romantiker 33, 34, 36, 37, 81, 83, 136, 136, 231, 274 f., 283, 291, 294, 305, 322, 331, 357, 400, 401, 402, 447, 449, 466, 562, 573, 656, 668, 746, 765, 773, 774, 832, 982, 1008, 1011, 1057, 1095, 1152, 1156 f., 1157, 1179, 1180.
Römer (alt) 2, 82, 94, 562, 723, 736, 775, 806, 830, 859, 900, 920, 929, 934, 958, 972, 1118.
Rominten 848.
Ronge 563.
Röntgen 1010, 1056.
Roon 795, 839, 947.
Roothaan 1126.
Roquette 774, 958.
Rorberg 279.
Roscher 1134.
Rose 1134.
Roseberry, Lord 282, 462, 920, 976, 985 f.
Rosegger Peter 36, 341, 730, 891, 963, 1066.
Rosenheim 814.
Rosenkreuzer-Orden 1116.
„Rosentalerin" 1067.
Rosentreter 1143.
Rosetti Dante Gabriel 291, 874.
Rosin H. 1115.
Rösler August 912.
Rosmers 1057.
Rosmini 1111.
Rosny 746.
Rossa 279.
Rostand 975, 1095.
Roßbach 723, 792.
Rößler Konst. 29, 611, 902, 933.
Rößner 727.
„Rotes Kreuz" 328, 626, 1020.
Rotes Meer 324, 328, 364, 412, 416, 466, 467, 468, 622, 625, 716, 730, 1021.
Roth F. 340, 970.
Rothenburg 276, 561.
Rothschild (Haus) 102, 282, 290, 292, 293, 303, 660, 661, 739, 742, 749, 786.
Rottenburg 45, 443, 970, 1003, 1143.
Rotterdam 685, 923.
Rotunde (Wien) 892, 1167.
Roudaire, Hauptmann 43, 292.
Rouget 407.
Rougon-Maquart 871, 1170.
Rouhaix 559.
Roumanilles 920.
Rousseau 720, 734.
Roustan 247.
Routiers 1095.
Rouvier 540.
Royer 831.
Rubattino 466.
Rubens 818.
Rubicon 1177.
Rübinstein 958, 1010.
Rückauf 1067.
Rückert Friedr. 215, 446 f., 1008, 1160.
Rudelsburg 1009.
Rudersport 956.
Rüdesheim 353.
Rudhart 208 f.
Rudigier, Bischof 68, 203, 408, 410, 825, 912.
Rudini 746 f., 749, 915, 972, 998, 1020, 1021.
Rudolf von Habsburg 68, 301.
— Kronprinz 107, 200, 205, 239, 257, 307, 318, 341, 353, 404, 409, 456, 541, 544, 588, 604, 605, 632 f., 657 ff., 666, 683, 725, 775, 1068.
„Rudolfina" 1124.
Rudolfstadt" 1159.
Rue Chabral 1170.
Ruen 1113.
Rügen 775.
Ruhland 448, 856, 1171.
„Ruhmeshalle deutscher Arbeit" von Ad. Müller-Guttenbrunn 233.
Ruhrgebiet u. Ruhr (Fluß) 649, 1008.
Rüller 1009.
Rumänien (und Ruthenen) 12, 14, 15, 16, 36, 37, 50 ff., 64, 65, 66, 90, 91, 92, 93, 95 f., 97, 102, 148, 154, 157, 161, 162, 182, 184, 196, 244, 252, 255, 284, 899, 300 f., 328, 330, 336, 375 f., 379, 406, 409, 421, 442, 444, 452, 456, 460, 470, 473, 485, 510, 518, 542, 565, 566, 588, 614, 619, 627, 667, 670 f., 672, 682, 699, 700, 729, 738, 769, 779, 783, 821, 833, 863, 875, 876 f.,

886, 887, 888, 891, 911 f., 913, 915, 925, 967, 969, 980 f., 1011, 1013, 1015, 1028, 1074, 1075, 1120, 1122, 1132, 1156, 1164.
Rumelien 196.
Rümelin Gustav 561.
Rumpff 445, 559.
Runkelstein (Runkelsteiner Fresken) 618, 865.
Runze G. 961.
Ruprecht, Pächter 851.
Ruskin 291, 813, 1097 f.
„Ruskoje Djelo" 530.
Russel Odo 93.
„Russischer Invalide" 551.
Rustschuk 376, 404, 474, 475, 542, 543, 544, 546.
Ruß 406.
„Ruß" 460.
Rußland 1, 2 f., 5, 7, 8, 9 f., 11, 12 f., 14 ff., 19, 21, 30, 35, 36, 37—39, 40, 46, 49—54, 55, 56, 58, 63, 64, 65 f., 89—97, 102 bis 104, 106 f., 110 f., 144, 145, 146, 148, 149, 152 ff., 155 ff., 158 f., 160, 161, 162, 169, 182, 185, 189, 192—196, 197, 200, 201, 206, 218, 231, 234, 237, 240, 241, 243 f., 251, 252, 254, 255, 256, 257, 270, 272, 276—279, 282, 283, 289, 290, 293, 295—298, 299, 300, 303, 304, 306 f., 316, 322, 324, 325, 326, 328, 330, 340, 341, 342, 355, 356, 365, 367, 370, 373—375, 376, 383, 384, 395, 396, 399, 403 f., 405, 410 f., 416, 419, 421 f., 423, 424, 436, 438, 440 f., 442, 446, 447, 454, 457, 458 ff., 461 f., 469, 470 f., 473, 474—477, 478—485, 489, 490, 491, 499, 504 f., 510, 511, 512, 516 f., 518, 523, 524, 525, 526, 527, 530, 531, 533, 536, 539, 540, 541 f., 543, 544 ff., 547 ff., 550 f., 553, 554, 558, 560, 564, 566, 568, 574, 576 f., 578 f., 580—584, 585, 586, 590 f., 592, 594, 596, 597 ff., 600 f., 603, 606, 612, 614, 615, 616, 621, 626 f., 639, 640 ff., 644, 646, 651, 656, 666, 669, 670, 671 f., 675, 677, 682, 684, 685, 686, 690, 699, 700, 701 f., 703, 704, 709 f., 711, 715, 717, 719, 732, 733, 735, 736, 737 f., 740 ff., 744, 745, 746, 747, 748, 749, 754, 755, 759, 762 f., 764, 766, 767, 769, 771, 775, 777, 780, 781, 782, 783, 786, 787, 794, 795, 797, 798, 799, 804, 807, 808, 812, 813, 817, 822, 831, 832 f., 834, 836 f., 839, 843, 844, 850, 860, 863, 866, 867, 869 f., 872, 874, 875, 876, 877, 879, 887, 888, 893, 894, 898, 899, 900, 905, 906, 911, 913, 917, 918, 921, 922, 923—925, 926, 927, 928, 930, 931, 932, 942, 745, 946, 950, 959, 960, 970, 973 f., 976 f., 979 f., 981, 983, 990, 993 ff., 996 ff., 1005, 1008, 1012, 1013, 1020, 1021, 1022 ff., 1026 f., 1028, 1032, 1033, 1034, 1035 ff., 1040, 1051, 1054, 1056, 1062 f., 1065, 1068, 1069, 1072, 1074 f., 1077, 1078, 1084, 1085, 1089, 1091, 1093, 1095, 1096, 1100, 1103, 1118, 1120, 1122, 1125, 1128 ff., 1131 ff., 1138, 1144, 1147, 1150, 1172—1173.
Rutz 1159.
Ruville 962.
Ryan (Priester) 569.
Rydberg 1025.

S.

Saalburg 1118.
Saale 1009.
Saar (Becken) 82, 649, 999.
Saar F. v. 827, 1124, 1178.
Saarbrücken 26.
Sabatier 920, 1009.
Sabbatharier 828, 833.
Sabinergebirge 1069.
Sacher Ed. 1124.
— Masoch 970.
Sachs Hans 185, 562, 910, 1067.
Sachsen 22, 29, 68, 256, 290, 307, 309, 354, 361, 406, 408, 442, 443, 447, 455 f., 588, 600, 614, 618, 648, 650, 665, 715, 720, 778, 794, 810, 816, 847, 849, 851, 895, 908, 940, 944, 948, 950, 962, 991, 1010, 1017, 1114, 1121, 1123, 1146, 1159, 1164, 1167, 1179.
Sachsen in Siebenbürgen 35, 67.
Sachsen-Altenburg 650.
Sachsen-Coburg-Gotha 650, 941.
Sachsen-Meiningen-Hildburghausen 650.
Sachsenspiegel 813.
Sachsenwald 937, 942, 994. 1102, 1103, 1114, 1158.
Sachsen-Weimar 420.
Sacken, v. 201.
Sackville 628.
Sacramento 926.
Sade, Freiherr v. 970.
Sadullah-Bey 103.
Saganeili 622.
Sagasta 283, 1171.
Sagen und Legenden (deutscher und nordischer Sagenkreis) 31 f., 33, 230, 231, 401, 402, 473, 506, 563, 645, 652, 653, 715, 761, 771, 773, 775, 776, 817, 847, 858, 859, 865, 872, 907, 923, 943, 975, 982, 992, 1007, 1043, 1112, 1155, 1156, 1157, 1169.
Sahara 43, 246, 247, 249, 292, 431, 448.
Said Bargasch 553.
Sailer 1111.
St. Cloud 745.
— Denis 918.
— Etienne 293.
— Gereon 813.
Saint Honoré 1071.
St. Louis 285, 1090.
— Privat 1160.
— Vallier 93.
Saint-Pol-Roux 746.
Saint-Simon 195.
Saitaphernes 1025, 1074.
Saitschar 10.
Saitschik 922, 1154.
„Säkkingen, Trompeter von" 137, 403, 652.
Saladin 1082.
Salamon 567.
Salem 962.
Salesianer 27.
Salisbury, Lord 20, 92, 93, 94, 185, 427, 462, 478, 508, 509, 510, 530, 551, 553, 569, 570, 600, 605 f., 623 f., 625, 686, 713, 734, 735, 742, 756, 761, 784, 785, 921, 976, 977, 984, 985, 986, 1072, 1091, 1092, 1096.
Salis-Soglio 876.

„Salome“ 912.
Salomo, König 6, 416.
Salomonsinseln 364.
Saloniki 6, 182, 183, 245, 326, 336, 515, 538, 1100.
Saltrio 1127.
Salzburg 19, 27, 65, 159, 250, 255, 359, 392, 408, 436, 485, 612, 613, 667, 699, 824, 853, 873, 879, 1015, 1048, 1067.
„Salzburger Chronik“ 598.
Salzer Anselm 1152.
Samara 298.
Samarkand 374, 574.
Samassa, Erzbischof 868, 888.
Sammenmerk 74.
Samoa-Inseln 133, 172, 173, 197, 210, 218, 268, 381, 425, 461, 452, 565, 688, 735, 787, 906, 927, 982, 1133f., 1140.
Sand George 449.
Sandai 738.
Sanders F. 1143.
— 505.
Sandwichs-Inseln 88.
San Domingo 368.
— Felice 1021.
— Franzisco 245, 412, 1134.
— Lorenzo 250.
— Marino 564.
— Onofrio 515.
— Pier d'Arena 587.
— Remo 559, 586f., 591, 1127.
— Salvador 256, 1076.
— Stefano 90f., 92, 93, 95, 96, 185, 539, 581, 1173.
„Sang an Agir“ 907.
St. Barthelemy 87.
— Bernhard 248.
— Bonifatius 1003.
— Gallen 559.
— Gerhard (Bischof) 1065.
— Gotthard 46, 239, 248, 294, 316, 324.
— Lucia 516.
— Mauritz 27.
— Moritz 835.
— Paul 836, 981.
— Peter (Straßburg) 957.
— Sophia(Konstantinopel) 517.
— -Jakobs-Kirche 1080.
— -Lucia-Bai 384, 461.
— -Ludwigs-Kirche (Wilmersdorf) 1059.
— -Rochus-Kirche (Düsseldorf) 1059.
St.-Stephans-Kirche (Wien) 175, 892.
Sansibar 622, 711, 713, 723, 734, 756, 940.
Sanssouci 1159.
Santiago de Cuba 1088, 1150.
Sapieha, Fürst 559, 889.
Sappho 1131.
Saragossa 736.
Sarajevo 99, 100, 486, 657, 1122, 1163, 1165.
Sarastro 319.
Sarday Salvany 651.
Sardinien 45, 334, 412.
Sardou 569, 743, 1113.
Sarsfield 784.
Sassaniden 41, 929.
Sassulitsch 102f., 719.
Satolli, Kardinal 1049, 1147.
Sattler 359.
„Saturday Review“ 181.
Sauer 255, 338.
Saussier, General 580, 732, 918.
Save 1013.
Savigny 449, 1007.
Savits 726.
Savonarola 1111.
Savorgnan de Barazza 291.
Savoyen, Dynastie 254, 639, 971.
— Provinz 58, 392, 395, 568, 746.
Sawarow Gregor (siehe Meding).
Sawyer 48.
Sbarbaro 468.
Scala Ferd. v. 1016, 1150.
Scalabrini 1052.
Scartazzini 1053.
Schachspiel 957.
Schack Graf 86, 175, 403, 506, 561, 816, 908, 912, 958, 1173.
Schädler 648, 842, 1002, 1140.
Schadow 565.
Schaede Bern, 957.
Schafarik 37, 39, 86.
Schäffer, Oberst 1078.
Schaffhausen 874.
Schäffle 121, 123, 140, 233, 447, 448, 563, 720.
Schäfflertanz 814.
Schafler, Pfarrer 75f.
Schäle J. A. 909f.
Schalk 1017.
Schall Adam 1085.
Schanghai 1117.
Schantung 1039, 1084, 1085, 1086, 1096, 1098, 1116, 1174f.
Schanz 1004.
Schaper 83, 230, 274, 912, 957, 1009, 1159.
Scharf A. 729f.
Scharff, 617, 864.
Scharmündung 1095.
Scharnhorst 361, 840, 1155.
Scharschmidt 663.
Schäßburg 408.
Schauberg 858.
Schauscher, Abg. 890.
Scheel 133.
Scheer 203, 770.
Scheffel 33, 203, 305, 506, 618, 1019, 1069, 1114.
Scheffler 1156.
Scheket Pascha 49.
Scheftschenko 54.
Scheible 395.
Scheimpflug 356, 855.
Scheiner 1164.
Schell Hermann 853, 1004, 1050, 1052f., 1110, 1112, 1140ff., 1177.
Schelling 63, 176.
Schels 315.
Schemann 1095.
Schenk L., Professor 1126.
— v. 307, 520, 839.
Schenkendorf Max v. 215, 357, 656, 1160.
Scherenberg Ernst v. 33, 215, 353, 442, 449, 595, 944, 1043, 1103, 1109, 1157, 1176.
Scherer Wilh. 506, 719, 858, 1004.
„Scherer, Der“ 1163.
Scherr Joh. 34.
Scherrer 563f.
Scheurer-Kestner 875, 1070.
Schiaffino 622.
Schiemann Th. 979, 1007.
Schiff Em., Dr. 1165.
Schiffahrt (siehe auch unter Marine) 56, 92, 97, 132, 380, 383, 430, 435, 436, 466, 863, 1013, 1055, 1099.
Schiffmann 540.
Schill 1005.
Schiller 1164.
— Friedrich v. 34, 37, 85, 137, 172, 177, 226f., 228, 256, 274, 332, 351, 358, 401, 447, 569, 618, 652, 774, 789, 855, 906, 909, 944, 1003, 1007, 1009, 1057, 1114, 1175f.

„Schiller und Lotte“ 816.
Schilling 34, 178, 351, 354, 650, 813.
Schindler, Professor 823 f., 826, 1004, 1015.
Schipkapaß 52, 89.
Schippel 952, 1046, 1047.
Schir Ali 146.
— Zion 410.
Schirmacher 1006.
Schlangeninsel 96.
Schlauch Lor., Bischof 556, 888.
Schlegel Dorothea 322.
— Friedrich 83, 274, 817, 1007.
Schleinitz 138, 959.
Schlenther Paul 1057, 1152.
Schlesien 101, 123, 138, 266, 307, 394, 400, 491, 531, 561, 616, 715, 789, 822, 846, 849, 851, 889, 895, 945, 946, 953, 992, 1005, 1052, 1106, 1113.
Schlesinger 663, 822.
„Schlesisches Morgenblatt“ 498.
Schleswig-Holstein 68, 87, 154, 206, 268, 393, 439, 441, 498, 525, 602, 715, 907, 946, 1005, 1019, 1055, 1106, 1107 f., 1128.
Schletterer 32.
Schleyer 405, 775.
Schliemann 34, 84, 139, 230, 1075.
„Schlimmen Brüder, Die“ 774.
Schlitter Hans 703, 828.
Schlögl Friedrich 782.
Schlossar 399, 562.
Schlosser 446, 1165.
„Schloß Kostenitz“ 827.
Schloßberg zu Freiburg 1154.
Schlottmann 140 f., 322.
Schlözer 265, 311, 312.
Schlumberger 172.
Schmalkalden 440, 1144.
Schmeller 504, 854, 864.
Schmelzeis 230.
Schmerling 181 f., 201, 892.
Schmeykal 337, 485, 663, 889, 970, 1167.
Schmid Rud. 34.
Schmidkunz Hans 775, 1009.
Schmidt Erich 178, 233, 447, 506, 562, 819.
— Expeditus 961.
— Friedrich 339 f., 618, 782, 955.
— Hermann 813, 1057.
Schmidt Julian 920.
— Maximilian 858.
— Rochus 1057.
— -Kowarzik 1067.
Schmiemann 1160.
Schmitz Bruno 655, 776, 1058, 1059, 1117.
— Weihbischof 1081, 1104.
Schmoller 890, 891, 909, 934, 1016, 1044, 1145, 1151, 1154.
Schnäbele 535, 547.
Schneegans 171, 172, 1158.
Schneider Ceslaus M. 746, 1126.
— Friedrich 1003.
— L. 620.
— Sascha 1009.
— W. 448, 504, 823.
Schnitzer S. 1164.
Schnitzler Arthur 1067.
— Dr. (siehe Emin-Pascha).
Schnürer Fr., Dr. 827, 864.
Schoa 468.
Schöbel 487 f.
Schöcking 175, 215.
Schoenfeld 1075.
Scholastik 101, 269, 274, 402, 612, 955, 1053, 1150.
Scholz, Bürgermeister 777.
— Minister 345.
— Professor 904, 1058.
Schön Friedrich 561, 654, 726.
Schönacker 1071.
Schönbach Anton 908, 1004, 1018, 1054, 1166.
Schönborn, Graf (Minister) 454, 727.
— Kardinal 664, 861, 966.
Schönbrunn 485.
Schöndelen 1048.
Schönerer Georg 105, 302, 303, 337, 406, 408, 453, 456, 485, 616 f., 662, 666, 864, 1017, 1061, 1163.
Schönhausen 895.
Schönherr David 865, 1165.
Schönlank 1043 f., 1046, 1099.
Schopenhauer 30, 63, 136, 137, 228, 231, 403, 620, 725, 783, 815, 856, 857, 957, 1007, 1056, 1113, 1115.
Schöpfer, Professor 1015.
Schorbach 1159.
Schorlemer-Alst 74, 78 f., 120, 208, 211 f., 213, 347, 391, 560, 643, 753, 805, 849, 894, 904, 951, 955.
Schott Walter 1160.
Schottland 48, 280 f., 521, 571, 623, 687, 688, 785, 789, 955, 977, 978, 985 f., 1009, 1075.
Schrader 81, 141, 594, 650, 1057.
Schramm M. 359.
Schreiber v., Erzbischof 129.
Schreiner 1136.
Schrempf 814.
Schrentz 857.
Schrift, Heilige (siehe unter Bibelstellen).
Schröder R. 920, 1049.
Schroeder 1008, 1029, 1165.
Schrott 505.
Schubart Martin 1007.
Schubert Franz 1066, 1166.
— O. 1056.
Schuchardt 275, 1117, 1122.
Schukowsky 1173.
Schulchan-Aruch 564.
Schulek W., Professor 1065.
Schulhof, Dr. 356.
Schuller 1164.
Schullerus 1164.
Schulte 29, 44, 408.
Schultheis Fr. Guntram 858, 891, 968.
Schultheß 34, 275, 602, 633, 700.
Schultz Arth. 1160.
— Ferd. 1057.
Schultze Adolf 618.
— Ernst 1098.
— Professor 322, 419.
— Th. 1114, 1153.
— Walter 1008.
Schulverein, deutscher 452, 485, 662, 851.
— katholischer 884.
Schulz Albert 859.
— K. 720.
Schulze-Delitzsch 81, 120, 357, 1160.
— -Gavernitz 765, 806.
Schumann 556.
„Schumi Maritza“ 459, 477.
Schumla 475.
Schumlo 377 f.
Schuré 139.
Schürer Emil 1156.
Schurz 285.
Schuselka 505.
Schuster H. M. 1166.
Schütz Heinrich 450.
Schützenwesen u. Schützenvereine 201, 276, 361, 403, 492, 730, 834, 850, 1042, 1054.
Schuwaloff 14, 93, 94, 111, 157, 540, 548, 627.

Schwabe 1010 f.
Schwaben (siehe unter Württemberg).
Schwanen-Orden 275.
Schwartz 1109.
Schwarz (Luftschiffer) 1118. — 1156.
Schwarze-Adler-Orden 485, 826, 838, 1140.
Schwarzenberg 664, 727, 781, 822, 862.
Schwarzes Meer 3, 38, 39, 51, 92, 96, 153, 185, 253, 373, 409, 517, 581, 700, 876, 897, 980.
„Schwarzgelb" von Herm. Bahr 443.
Schweden 39, 87, 192, 318, 328, 330, 372, 373, 384, 421, 442, 470, 519, 573, 589, 598, 600, 685, 695, 714 f., 729, 737, 741, 754, 786, 794, 806, 848, 853, 876, 904, 912, 923, 924, 929, 934, 940, 979, 990, 1025, 1073, 1075, 1122, 1128, 1132.
Schweidnitz 1160.
Schweiger P. 975.
Schweinfurt 22.
Schweinitz 182.
Schweiz 46, 60, 78, 86 f., 147, 149 f., 192, 195, 197, 239, 277, 284, 322, 330, 344, 350, 360, 370, 372, 374, 401, 420, 444, 470, 488, 518, 533, 550, 573, 608, 612, 625 f., 654, 684 f., 692, 706 f., 729, 731, 736, 785 f., 829, 834 f., 839, 840, 858, 874 ff., 902, 911, 922, 952, 972, 975, 1025, 1069, 1075, 1078, 1099, 1112, 1118, 1120, 1126, 1128, 1132, 1148, 1171 f.
Schweizer Paul 1165.
Schweninger, Dr. 397 f., 446, 848, 1101.
Schwering Jul. 959.
Schwicker 652, 783, 826, 864, 891, 1122.
Schwind Moritz v. 230, 449, 507, 1008, 1118.
Schwyz 785.
Scribe 136.
Scudier, Freiherr v. 729.
Sebastopol 517.
Sebenico 566.
Seckau 911.
Secrétin 976.
Sedan 76, 207, 304, 551, 618, 723, 802, 893, 947 f.
Seddon 1077.
Seder Ant. 1146.
Seeber Josef 912, 1017.
Seeböck F. 1160.
Seeck Otto 1152.
Seeley 735.
Segantini 1009, 1168.
Seger Ernst 1160.
Segesť 942.
„Seherin von Prevorst" von Just. Kerner 813, 818.
Seib W. 1166.
Seidel Heinrich 1177.
Seidlitz (Seydlitz) Woldemar v. 726, 957.
Seifert 1125.
Seiks 146.
Seine 147, 194, 371, 677, 1179.
Seismit Doda 731.
Seitz 450.
Seleuka 982.
Seltmann 351.
Sembera 232.
Sembratovicz 301, 863.
Semirjetsche 374.
Semper Gottfr. 37, 139, 179, 518, 573, 617, 813, 969.
Senefelder 1158.
Senegal 188, 246, 249, 292, 367, 368.
Senegambien 434, 553.
Sennyey 612.
Sepp, Dr. 80, 176, 179, 275, 1143.
Serbien 2, 7 f., 9 f., 12 f., 14, 15, 16, 17, 35, 36, 49, 50, 52, 53, 64, 66, 89, 90, 91, 95, 96, 97, 99, 100, 102, 104, 157, 162, 176, 182, 184, 196, 200, 244, 256, 284, 294, 296, 299, 300, 328, 330, 336, 337, 339, 362, 376, 379, 403, 421, 455, 457 bis 460, 462, 473, 474, 478 f., 510, 518, 540, 541, 550, 566, 574, 614, 626, 627 f., 637, 666, 667, 669 f., 682, 699, 700, 728, 738, 779 f., 783, 823, 863, 875, 877, 886, 887, 923, 925, 967, 968, 981, 1013, 1074, 1075, 1100, 1120, 1121, 1132.
Sereth 51.
Sergius, Großfürst 318, 742.
Serin 1030.
Serviten-Orden 622 f.
Sesenheim 233.
Seuchen 206, 397, 672, 783, 819 f., 876, 1126.
Sevilla 149, 520.
Seymour, Admiral 866.
Sezession 859, 1009, 1125, 1167.
Sfax 247.
Shaftesbury 16.
Shakespeare 186, 255, 283, 447, 562, 618 f., 654, 726, 771, 908, 910, 955, 958, 975, 1025, 1053, 1118, 1125, 1138, 1156.
Shepstone 55.
Sherman 688, 1088.
Shipley-Orby 856.
Siam 442, 552, 871, 872, 921, 1037, 1132.
Sibirien 54, 103, 193, 194, 195, 257, 279, 298, 574, 598, 599, 735, 737, 743, 786, 822, 1026, 1074.
Sickel 567.
Sickingen Franz v. 656, 957.
Sidney 365, 412, 787.
Sieb Theodor 1156.
Siebeck 1154.
Siebenbürgen 35, 65, 66, 67, 205, 299, 316, 352, 408, 421, 455, 614, 821, 828, 845, 886, 888, 969, 1012, 1065, 1066, 1119, 1121, 1123, 1164.
Siebleben 1001.
Siegen 768.
Siegesallee in Berlin 1117, 1159.
„Siegfried" von Richard Wagner 32, 236.
Siegfried Nik. 400, 1059.
Siemens & Halske 276.
— Werner v. 812.
Siemering, Professor 351, 1004, 1076.
Siena 829.
Siepmann 1001.
Sierra Leone 364, 380.
Sigl, Dr. 26, 75, 123, 840.
Sigmaringen 876, 877.
Silberstein 204.
Silesius Angelus 358.
Silistria 96, 376, 475, 542.
Simar 27.
Simeoni 57, 142.
Simnitza 52.
Simon Jules 43, 870, 939, 1023.
Simonoseki 930.
Simony 313 f., 409, 1165.
Simor 566.
„Simplicissimus" 178, 958.
Simplon (und Simplon-Tunnel) 248, 294, 972.
Simrock 32 f., 85, 215, 504.

Sinai 1016.
Singer 613, 625, 786, 892, 901 f., 935 f., 949 f., 1000, 1023.
Sintflut 1156, 1178.
Sissek 99.
Sistowa 52.
Sisyphusarbeiten 309.
Sitte 457.
Sittenberger 1074, 1124.
Sixtinische Madonna und Sixtinische Kapelle 227, 1109 f.
Sizilien 45, 59, 175, 236, 323, 324, 657, 866, 867, 914, 972, 1167 f.
Skaedsvig 1074.
Skandinavien (siehe auch unter Schweden und unter Norwegen) 329, 473, 512, 979, 1074, 1137.
Skarbina 859, 1059.
Skierniewice 396, 399, 404, 480, 701, 994.
Skioptikon 813.
Sklavenküste 434.
Sklaverei 74, 195, 197, 374, 384, 426, 604, 605, 608, 611, 625, 630, 631, 659, 685, 686, 689, 707, 723, 732, 736, 750, 763, 856, 873, 906, 957.
Skobeleff 39, 244, 279, 295 ff., 309, 368, 411, 512, 633, 670.
Slade 176.
Slatin-Pascha 1028.
Slawismus (Panslawismus, Südslawismus, Slawonien u. s. w.) 2, 7, 9 f., 13, 16, 18, 20, 35, 36, 38 f., 40, 54, 63, 64 f., 66, 67, 86, 92, 94, 97, 102, 103, 104, 105, 153, 154, 157, 159, 162, 185, 193 f., 195, 196, 200, 206, 251, 254, 256, 278, 295 ff., 298 f., 300 f., 304, 306, 336 f., 339, 359, 406, 407, 410 f., 448, 452, 453, 454, 456, 457, 460, 469, 473, 475, 478, 485, 501, 505, 516, 533, 538, 539, 540, 541, 545, 547, 548, 550 f., 552, 555, 566 f., 567, 574, 576, 585, 598 f., 605, 614 ff., 627 f., 641, 657, 663 f., 671, 699, 709, 729, 738, 777 f., 781 f., 821, 822, 824, 826, 836, 861 f., 863, 870, 877, 888, 889, 891, 894, 908, 913, 944, 965, 966, 967, 979, 981, 1011, 1016, 1022, 1049, 1060, 1062, 1064, 1106, 1119 f., 1121, 1124, 1147, 1162, 1163.
Slawko der Große 891.
Sligo 509.
Slivnitza 459.
„Slowenski Narod" 550.
Smiles 511.
Smith 256.
— Adam 1155.
Smolka 336, 597, 822.
Smyrna 244.
Sobieski 338, 352.
Sobeleff 376.
Soden, Freiherr v. 769, 1110.
„Sodoms Ende" von Sudermann 726, 774.
Sofia 53, 89, 94, 196, 244, 459, 460, 473 f., 475, 476, 477, 542, 544, 626, 759, 833, 876, 1027.
Sohm 1001, 1047.
Soissons 465.
Sokolverein 541.
Sokotera 146, 511.
Sokrates 191, 1150.
Soleil 939.
Soleilmont 518.
Solesmes 294, 872, 919.
Solingen 609.
Solms 267, 432.
Solomoffy 303 f.
Somali 317, 434, 553, 712.
Sombart Werner 1145, 1153.
Sommerfeld 765.
Sommerlad Th. 1155.
Sonnenberg 600, 810, 894.
Sonnenthal Adolf 1114.
Sonnino 971.
Sonnwendfeier 1163.
Sophie, Großherzogin 447.
— Kronprinzessin von Griechenland 600, 644, 783.
Sophistik 680, 1046.
Sophokles 877, 920.
Sorbonne 42.
Soubies 1025.
Soubire Bernadette 41.
Söul 927, 931.
South-Foreland 1169.
Southampton 735.
Sovis, General de 1148 f.
Sovito 335.
„Sozialdemokraten" 445, 499.
Sozialdemokratie 21 f., 23 f., 39, 68, 69, 73, 76, 81 f., 84, 85, 86, 87, 102 f., 108 ff., 112—121, 122, 130 f., 132 f., 140, 143, 146 f., 150, 162, 163, 164, 166, 168, 169, 171, 174, 187 f., 190, 204, 208, 210 f., 217, 223, 225, 228, 251, 254, 263, 269 ff., 277, 281, 284, 298, 307, 308, 311, 316, 340 f., 344 f., 346, 354, 356, 371, 387, 388, 389 f., 418, 443 f., 445 f., 447, 465, 466, 489, 495, 496, 499, 501, 505 f., 511, 516, 518 f., 534, 545, 559 f., 567, 568, 571, 572, 573, 589, 593, 605, 609, 613 f., 625, 626, 631, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 645, 647, 649, 658, 677, 678, 685, 690, 691, 693, 694, 697, 702, 704 ff., 712, 716 ff., 722 f., 733, 737, 750, 756, 757 f., 762 ff., 770, 771 786, 793 f., 798, 804, 805,, 811 f., 813, 817, 831, 834, 835, 839, 840, 841, 842, 843, 849, 850, 851, 854, 855, 864, 868, 869, 870, 871, 874 f., 881 f., 884, 888, 890, 893, 894, 897, 901 f., 905, 907, 909, 915, 916, 917, 918, 922, 923, 933 f., 935 f., 937, 939, 941, 945, 947, 948 ff., 951 ff., 954, 956, 959, 967, 971, 972, 973, 974, 978, 986, 988, 991, 999, 1001, 1002, 1003, 1005, 1014, 1016, 1019, 1022, 1023, 1024, 1025, 1029, 1036, 1041, 1042, 1043 f., 1044, 1046, 1047 f., 1060, 1065, 1068 f., 1073, 1076, 1093, 1095, 1099, 1100, 1101, 1102, 1104, 1105, 1107, 1108 f., 1112, 1115, 1121, 1127, 1129, 1130, 1145, 1149, 1151, 1152, 1153, 1154, 1170, 1177, 1178, 1179, 1180.
„Sozialist" 949, 1152.
Sozialpolitisches 24, 81, 95, 148, 175, 195, 237, 243, 257 ff., 269 ff., 289, 302, 307, 308 f., 311, 313, 314, 320, 321, 322, 343 ff., 347, 348, 356, 357, 379, 386, 388, 393, 398 f., 402, 406, 407, 437, 444 f., 447, 448, 451, 453, 469, 485 f., 499, 501, 504, 512, 518, 519, 566, 572, 588, 595, 596, 604 f., 612, 613, 626, 634,

635 ff., 644, 645, 646, 647, 648 f., 659 ff., 676, 677, 684, 691 ff., 695 f., 697 f., 701, 704, 706, 711, 712, 716 ff., 720, 721, 724, 725, 729, 737, 750 f., 755, 757, 758, 763, 771, 786, 805, 811 f., 813, 816, 817, 824, 825, 829, 833, 843, 852 f., 855, 858, 864, 870, 871, 880, 881 f., 884, 885, 889, 890, 902, 903, 904, 907, 911, 913, 919, 922, 926, 934, 951 f., 953, 954, 961, 968, 969, 970, 971, 973, 975, 976, 978, 979, 981, 987, 1000, 1001, 1004, 1014, 1015, 1022, 1025, 1030, 1043 f., 1046, 1047 f., 1052, 1053, 1057, 1064, 1070, 1098, 1100, 1102, 1105, 1109, 1112, 1124, 1143, 1145, 1147, 1148, 1151, 1153, 1154, 1155, 1156, 1168, 1172, 1173, 1174, 1177, 1178.
Spaeth 1059.
Spahn 936.
Spalato 957, 1163.
Spandau 693.
Spanien 40, 43, 47, 58, 78, 87, 101, 143, 148, 149, 175, 192, 242 f., 257, 283, 294, 301, 323, 324, 330, 350, 362 f., 368, 370, 371, 375, 379, 384, 387, 419 f., 424, 432 f., 469, 490 f., 495, 520, 526, 527, 554, 563, 574, 622, 623, 651, 670, 681, 688, 695, 707, 714, 736, 739, 760, 784, 834, 846, 874, 875, 916, 923, 929, 943, 959, 973, 978, 981, 983, 1025, 1028, 1029, 1042, 1044, 1049, 1052, 1073, 1075, 1086—1090, 1096, 1112, 1126, 1132, 1134, 1165, 1171.
Sparkassen 870.
Sparta 172, 1028.
Spasovic 359.
Speckbacher 1018.
Spee Friedr. v. 447.
Speier 179, 610, 852.
Spektator (siehe unter Kraus Fr. X.).
Spencer 564, 834, 971.
Speranski 1130.
Sperl Aug. 1058, 1114.
Spessart 219.
Spezia 839.
Spiegel 320.
Spielhagen 1113.
Spieß 520.
Spinelli 1069.
Spinges 338.
„Spinges" von Seeber Josef 1017.
Spinola 174.
Spinoza 1115.
Spiritismus 84, 176, 322, 399, 409, 448, 654, 774, 813, 816, 962, 978, 1112, 1115, 1138, 1154, 1158 f.
Spitäler 371, 834, 835, 1004, 1011.
Spitteler 372, 875, 1128.
Spittelmarkt 1004.
Spitz v., General 1101.
Spitzbergen 1073.
Spitzer Dan. 866.
Spizza 58, 96 f.
Sportwesen 197, 859, 956.
„Sprachdummheiten, Allerlei" von Wustmann 775, 827, 1025.
Sprachenfragen und Sprachenforschungen 21, 28, 37 ff., 47, 49, 54, 65, 66, 98, 102, 136, 150, 172, 173, 182, 183, 184, 194, 201, 202, 236, 252, 253, 256, 273, 282, 290, 299 ff., 315, 326, 329, 337, 339, 350, 352, 406, 419, 420, 448, 453, 454 ff., 485 f., 477, 491, 497, 504, 535, 550, 559, 560, 561, 565 f., 572, 574, 598, 612, 614 ff., 621, 626, 627, 642, 652, 654, 664 f., 671, 727 f., 742, 761, 775, 776 ff., 782, 783, 827, 828, 867, 877, 887, 888, 889, 890, 898, 905, 907, 916, 924, 926, 960, 979, 986, 1006, 1008, 1013, 1016, 1017, 1029, 1049, 1056, 1060 ff., 1064, 1065, 1068, 1073, 1077, 1079, 1086, 1090, 1119 f., 1121, 1122, 1124, 1127, 1136, 1140, 1150, 1161 f., 1163 f.
Spree 194.
Springer Anton 451, 775.
— Robert 228.
Spronck Maurice 733 f.
„Spuk von Resau" 654.
Spuller 677, 918.
Ssima-Tsien 1086.
Staal, Freiherr v. 1133.
Stablewsky 485, 755, 790 f., 897, 898, 1039 f., 1109.
Stacke 359.
Stackelberg 375.
Stadelhofer 1059.
Stadler, Erzbischof 1122 f., 1163.
Stadtpark in Wien 1125.
Stahl Fritz 224, 1059.
— Adolf 653.
Stambulow 475, 476, 544, 594, 925, 980.
Stammhammer 1066.
Stammler 1154.
„Standard" 461, 932.
Stanley 291, 417, 518, 734, 736.
Starnberger See 502, 1117.
Staffen Franz 1159.
Statistisches 21, 28, 38, 77, 78, 110, 113, 121, 143, 146, 149, 221, 239, 248, 254, 256 f., 258, 267, 294, 299, 300, 303, 323, 330, 337, 345, 355, 365, 368, 370, 392, 444, 451, 521, 563, 567, 569, 573, 621, 623, 729, 739, 746, 805, 814, 826, 829, 831, 833, 835, 550, 853, 869, 875, 905, 908, 916, 922, 926, 940, 953 f., 955, 966, 982, 985 f., 999, 1001, 1011, 1013 f., 1016 f., 1020, 1023, 1029, 1046, 1049, 1050, 1053 f., 1055, 2071 f., 1073, 1075, 1076, 1077, 1086, 1095, 1101, 1104, 1107, 1115, 1127, 1143, 1149 f., 1153, 1163, 1168, 1173, 1174, 1179.
Staufenberg 113, 307.
Stauffer Karl 507, 835.
Stawinsky 177.
Stead W. 1150.
Steele a. d. Ruhr 1058.
Steel-Olcott Henry 908.
Steglitz 859.
Steiermark 301, 337, 339, 341, 407, 604, 825, 892, 942 ff., 693, 1113, 1122.
Steijn 1136.
Stein, Freiherr v. 225, 308.
— Heinr. 357 f., 359.
— Lor. v. 270, 320, 402, 449.
— Ludwig 1171 f.
Steinbach Gustav 619.
— Minister 782.
Steindl 409.
Steinen K. v. 1178.
Steiner, Bischof 966.
— Ernst v. 775.
Steinhausen 1155.
Steinle A. v., Dr. 399.
— Edw. v. 174, 185, 403, 449, 507, 813, 955, 1008.

Steinmann 396.
Steinwender 861.
Stellmacher 407.
Stempkowski 296.
Stenka 194.
Stenographie 814, 922.
Stentzel 773, 1010.
Stephan, hl., von Ungarn 37, 256, 299, 306, 376, 488, 614, 1015.
— Dr. v. 769, 999.
— Minister 268.
— Staatssekretär 470.
— Heinrich v. 1055.
Stephanie, Kronprinzessin 239.
Stephans 446.
Stephensen 186, 276.
Stern Adolf 448.
— Bernh. 817, 908.
— Bolko 1057.
Sterneck, Freiherr v. 405, 667, 715, 894.
Stettin 267, 323, 354, 647, 649, 900, 924, 1104 f.
Steub 321, 1167.
Steuerwesen 4, 6, 26, 29, 30, 70, 73, 86, 105, 107, 113, 123, 130, 164, 171, 219, 255, 258, 259 f., 263, 271, 307, 308, 310, 311, 315, 321, 343 f., 346, 379, 386, 390, 462, 493, 500, 519, 560, 625, 626, 644, 674, 676, 684, 687, 688, 690, 714, 719, 748, 763, 764, 765, 776, 782, 785, 809, 841, 851, 861, 867, 870, 873, 888, 911, 918, 923, 933 f., 952, 974, 981, 1022, 1048, 1066, 1135, 1162.
Stevensen 1138.
Stewart Al. v. 48, 739.
Steyl 814, 1086.
Steyr 892 f., 1125.
Stieglitz 817.
Stieldorf 726.
Stieler 729.
Stieve 1016.
Stiftungen 42, 256, 318, 350, 392, 442, 507, 610, 681, 892, 909, 956, 1007, 1042, 1056, 1059, 1073, 1080, 1109, 1139, 1150, 1155, 1158, 1166, 1169, 1173.
Stiller Ozean 173, 249, 836, 1089.
Stillfried 275.
„Stimmen aus Maria-Laach" 1045, 1049, 1052.
Stinde Julius 506, 909.
Stirner 856, 1116, 1154.
Stoa 191, 1073.
Stock Norbert 399, 1152.
Stöckel 612.
Stöcker 130 f., 168, 219, 220, 223 f., 225, 262, 267, 304, 314 f., 354, 557, 559, 597, 607 f., 611, 634 f., 639, 644, 646, 647, 701, 720, 722, 790, 853, 879, 933, 952, 953, 955, 999 f., 1001, 1048, 1145.
Stockholm 243, 271, 294, 421, 717, 737, 786, 835, 923, 1073, 1074.
Stöckl 175.
Stoeckl Alb., Professor 962.
Stoffel, Oberst 732.
Stoffella, Professor 892.
Stöhr 27.
Stoilow 542, 925.
Stolberg 107, 113, 114, 261.
Stolp 268.
Stolz Alban 359 f., 400.
Stölzle 1074, 1150 f., 1153.
Storck 816, 1112.
Storm Th. 1118.
Stormberg 1136.
Stosch, Minister 69, 342.
Strache 452.
Strack 815.
Strada di Mommsen 251.
Strafford 571.
Strakosch-Graßmann Gust. 968 f.
Stralou 648.
Strantz Vikt. v. 817.
Stransky 458.
Straßburg 25, 108, 172, 174, 178, 208, 229, 321, 362, 403, 407, 498 f., 569, 602, 621, 643, 656, 744, 837, 847, 896, 899, 957, 1054, 1118, 1140, 1143, 1144.
Straßmann 267.
Stratford 186.
Strauß Adolf 1164.
— Dav. Fr. 140 f., 230, 719, 851, 1144 f.
— Joh. 1166.
— Rich. 1157.
— Vikt. v. 233, 359.
Streiks und Ausstände 88, 647, 649, 658, 659 f., 685, 687, 690, 691, 692, 705, 728, 735, 737, 835, 873, 917, 926, 978, 981, 1046, 1072, 1119, 1128, 1145, 1172.
Stremayer 180, 201.
Stretton Hedda 980.
Streuner 680.
Strigel Bernh. 275.
Strindberg 421, 858, 1058, 1112.
Strobach 1014.
Strobel Fr. 1155.
Ströhl 1009.
Stroffer, Abgeordneter 224.
Straßmayer, Bischof 251, 300, 406, 456, 487, 599, 614 f., 616, 1122 f., 1163.
Strousberg, Dr. 46.
Stuart (Dynastie) 180, 652.
Stubenthor (Wien) 1122.
Stuck 859, 1145 f.
Studentenverbindungen 35, 45, 64, 103 f., 137, 203, 221, 252, 271, 296, 298, 337, 349, 374, 398, 411, 442, 443, 450, 452, 465, 486, 503, 506, 516, 568, 574, 598, 599, 602, 606, 613, 616, 617, 621, 639, 648, 655, 666, 667, 684, 718, 729, 737, 761 f., 765, 774, 777, 798, 810, 831, 854 f., 863, 870, 874, 892, 895, 910, 920, 922, 924, 934, 940, 942, 944, 952, 957, 959, 962, 963, 968, 978, 979, 1009, 1017, 1026, 1028, 1044, 1047 f., 1058, 1064, 1071, 1117, 1119, 1124, 1128, 1141, 1143, 1147, 1148, 1149, 1159, 1163, 1172.
Stuhlweißenburg 888.
Stumm v., Abgeordneter 933, 951, 999 f., 1043 1044, 1046, 1177.
Stummel 564.
Sturm 337.
Stuttgart 23, 76, 178 f., 276, 322, 345, 407, 561, 847, 853, 896, 905, 1105, 1117, 1118.
„Styria" 1151.
Suakim 605, 625.
Suchum 374.
Südafrika (siehe Afrika).
Südamerika (siehe Amerika).
Sudan 188, 249, 292, 363 f., 413, 431, 448, 461, 462, 467, 518, 1028, 1091, 1092, 1134.
Sudermann 726, 774, 858, 1057, 1069, 1113, 1157.
Sudeykin 410, 411.
Südsee 172, 197, 249, 384, 552, 982, 990, 1133.

Südseeinseln 218, 426, 434.
Südtirol 782.
Südwestafrika, Deutsch- 755.
Sue Eugen 136.
Sueß, Professor 288, 448, 858, 1113.
Suezkanal 5, 40, 56, 92, 188, 282, 288, 289, 292, 306, 328, 363, 413, 431, 461, 470 f., 512 f., 541, 553, 736.
Suganatal 1066.
Suggestion 919, 962.
Sulina 925.
Sullivan 290, 571, 874.
Sully-Proudhomme 677 f., 748, 872.
Sulu-Archipel 419, 435, 469.
Sulzer 410.
Sumatra 737.
Sund 385.
Surgeon 982.
Sury 1010.
Sutherland, Herzog von 739.
Suttner Berta v. 1130.
S. V. D. (Gesellschaft vom göttlichen Worte) 814.
Swatu 931.
Swedenborgianer 919.
„Swjet" 1120.
Swoboda 232, 813.
Sybel 331, 357, 652, 772, 906, 947, 1066 f., 1112.
Syllabus 62, 123, 143, 144, 148, 449, 519.
Sylva Carmen 619, 1156.
— Tarouca 825, 884.
Symphonie, IX. 941.
Syrien 2, 17, 92, 93, 922, 931, 976.
Szapary 579.
Szechenyi jun. 665.
— Stephan 37, 205, 352, 665.
Szekler 65.
Szell Kol. v. 1161, 1162.
Szende 304.
Szigeth 1038.
Szilagyi 405, 486, 886.
Szlavy 205, 299.

T.

Taaffe 180, 201 f., 252, 254, 255, 337, 451 f., 455, 481, 567, 584 f., 605, 659, 664, 727, 777, 778, 781, 822 f., 826, 860, 861, 864.
Tabakmonopol 218, 261 f., 263, 307, 718.
Tabarka 247.
Tabgha 1079.
Tadema Alma 150, 656.
Tadschura 465.
„Tagin Capernaum" 1076.
Tahiti 236.
Taine 249, 734, 746, 872, 920, 1112, 1154.
Tai-Phu, König 416.
Takhfi-Suleiman 416.
Talienwan 1084, 1129.
„Talitha-Kumi" 1082.
Talleyrand 153.
Talmud 303, 564, 822.
Tamasese, König 552.
Tamatava 364, 368.
Tamenago 982.
Tamino 319.
Tana 434.
Tanagra 84.
Tananariva 417, 974.
Tancred 1084.
Tandem Felix (siehe unter Spitteler).
Tanganyika-See 500.
Tanim Traugott 891.
Tannen K. 712.
Tanner, Dr. 245.
„Tannhäuser" von Wagner 1059.
„Tannhäuser" von Wolff 276.
Tanu, König 1133 f.
Taoismus 1097, 1179.
Tapingschan 930.
Tarent 866.
1016, 1084, 1122.
Taschkend 374.
Tasmanien 48.
Tassilo, Herzog von Bayern 83.
Tasso, Torquato 972.
Tataren, 2, 8, 11, 39, 194, 1016, 1084, 1122.
Tauber 276.
Täuber Oskar 1018.
Taucher 565.
Tautenhayn 338.
Taxil Leo 1016, 1048, 1049, 1052, 1070.
Taylor John 329, 1113.
Tecchio 412.
Technik 23, 56, 403, 419, 508, 511, 514, 659, 787, 813, 895, 902, 926, 986, 1055, 1060, 1099, 1146, 1160, 1169, 1176.
Techow 342 f.
„Tedeum" 923.
Tegernsee 179.
Tegetthoff, Admiral 340, 507 f.
— General 257.
Teichmann 1160.
Tekinzen 374.
Telegraphie 48, 90, 321, 330, 386, 446, 931, 1029, 1069, 1126, 1127, 1146, 1169.
Tel-el-Kebir 288, 1092.
Telepatie 448.
Telephonie 88, 150, 179, 249, 323, 386, 450, 521, 618, 980.
Tell-el-Amarna 618, 1057.
Teltow 768.
Tempelhof 705, 1056.
Templer 1081.
„Temps" 569.
Tenedos 40.
Tennyson 986.
Tenow 420 f.
Teplitz 503, 1122.
Terminus, Hotel 916.
Ternaux Mortimer 294.
Terni 684.
Terrien de Lacouperie 982.
Tetschen 252, 457.
Tetzel 1149.
Teufelsinsel 1093.
Teuffenbach Albin v. 184, 730.
Teutonen 798, 1137.
Teutsch, Abgeordneter 171, 455, 665, 1164.
— Bischof 1167.
Teutschländer 184.
Tewfik-Pascha 197, 287 f.
Thales 827.
Thausing 185, 457.
Thayer Max 1067.
Theaterwesen (siehe auch unter Dramatik und Literatur) 31 f., 37, 38, 136, 137, 137, 139, 177 f., 185, 186, 190, 205, 229, 232, 233, 252, 256, 318 f., 339, 350, 358, 403, 406, 408, 409, 447, 506, 561 f., 563, 606 f., 609, 612, 617, 618, 620, 645, 552, 654 f., 667, 672, 718, 725, 726, 730, 737, 774, 782, 814, 826 f., 874, 907, 908, 910, 916, 920, 922, 923, 956, 958 f., 968, 969, 970, 987, 1010, 1018, 1024, 1025, 1029, 1041, 1065, 1067, 1071, 1075, 1100 f., 1110, 1114, 1118, 1124, 1125, 1143, 1149, 1156, 1157 f., 1159, 1165, 1166.
Themistokles 8.
Themse 194.
„Theodora" 569.
Theodorich der Große 266.

Theodosius, Metropolit 627 f.
— P. 911.
Theokratie 238, 1076.
Theologie 30, 124, 140, 230, 318, 320, 322, 350, 391, 392, 436, 450, 456, 472, 515, 562, 566, 606, 611, 612, 720, 755, 770, 771, 777, 801, 810, 824, 834, 852, 864, 905, 954, 1001, 1004, 1005, 1017, 1019, 1048, 1050, 1056, 1060, 1076, 1116, 1124, 1141, 1150, 1153, 1170.
Theosophie (siehe auch unter Buddha und unter Blavatsky) 961, 1016, 1138.
Therese, Prinzessin von Bayern 1116.
„Thermidor" 743.
Thermopylen 723.
Theseus 730.
Thessalien 13, 18, 91, 1033.
Thevenot 675.
Thibaudin, General 369, 376.
Thibaut, König 461.
Thien-Chuang-Thai 930.
Thierry 1112.
Thiers 61 f., 357, 672.
Thiersch 197.
This Constant 621.
Thoemes Nik. 815.
Thoma Hans 859, 1118.
Thomas von Aquin 230, 515, 923, 1143.
— von Savoyen (Herzog) 334.
Thomas-Enzyklika 175.
„Thorald der Hohenzollern-Ahnherr unter Christi Kreuz" 1076.
Thorn 267, 755, 897.
Thorney 359.
Thouvenel L. 651.
Thrakien 93.
Thronreden 14, 19, 51, 54, 56, 68, 72, 76, 81, 113 f., 144, 155, 163, 170, 181, 206, 219, 284, 311, 313, 346, 386 f., 396, 404, 419, 421 f., 453, 491, 519, 539, 540, 547, 548, 559, 562, 563, 595, 604 f., 630, 640 f., 645, 678, 683, 691, 738, 753, 776, 820, 873, 920, 950, 976, 979, 984, 1046, 1087, 1129.
Thudichum 1148.
Thumann Paul 1003.
Thümmel, Pastor 609.
Thüngen, Freiherr v. 22, 314.
Thun Franz 1119, 1121, 1163 f.
— Leo 239, 485, 567, 783, 856, 863, 1066.
— -Hohenstein 663, 777, 1015.
Thüringen 392, 845 f., 895, 1054.
Thyra, Prinzessin von Dänemark 123, 150.
Tiber 45, 504, 562.
Tiberius, Kaiser 933, 1175.
Tibet 553, 686.
Tiburtius Franziska 1178.
Tieck 726, 1152.
Tiedemann 1108.
Tielo 1057.
Tientsin 417, 464.
Tierschutzvereine 909, 917.
Tiflis 373, 574.
Tilgner 617, 782, 892 f., 1018, 1058, 1125.
Tilike 399.
Tille 1052.
Tilly 651.
Tilsit 656.
Timbuktu 448, 541, 918.
„Times" 40, 73, 205, 415, 554, 570, 590, 687, 984, 1148.
Timok 10, 421.
Tinel Edgar 872, 923.
Tinody Seb. 1065.
Tintoretto 916.
Tirard 672, 675, 677, 733.
Tirnowa 52, 96, 196, 474, 475, 477, 542, 543, 544, 594, 1027.
Tirol 35, 36, 67, 180, 183, 305, 321, 326, 337, 338, 359, 402, 410, 412, 420, 447, 448, 561, 610, 656, 774, 776, 782, 828, 915, 1017, 1066, 1067, 1112, 1125, 1150, 1163, 1165, 1166, 1168.
„Tiroler Freiheitskampf" 1112.
Tirpitz 1035, 1046, 1099.
Tiryns 139.
Tissot James 1071.
Tisza Koloman 530, 539.
— Ludwig 101, 299, 315 f., 335 f., 340, 404, 406, 407 f., 409, 455, 460, 478 f., 481, 485 f., 487, 510, 517, 597, 604, 614, 617, 660, 664, 728.
Tisza-Eszlar 303 f., 340.
Titikaka 329.
Tivoli (Berlin) 851.
Tizian 149 („Tizian, Toddes" 1166).
Toberentz Robert 957.
Tocilesco Fr. G. 1028.
Tocqueville Alexis 871, 880.
Todesstrafe 874, 917, 918.
Todt, Pfarrer 130 f., 219.
Tölz 814.
Togo 434, 1069.
Tokio 689, 739, 1008.
Toleranz-Edikt 255.
Tolstoi 296, 460.
— Leo, Graf 46, 574, 620, 655, 672, 725, 738, 743, 833, 858, 876, 919, 922, 924 f., 979, 1026, 1130.
Tommasi 1166.
Tonga-Inseln 461.
Tongking 367, 368.
Tongo 173, 711.
Tonkin 249.
Tonking 292, 365, 416, 417, 422, 463, 464, 511, 554, 871.
Tontschew 542.
„Tor und der Tod" von Hofmannstal 1166.
Torane Franc de Théas 1007.
Torgau 561.
Torlonia, Herzog 555.
Torney 233.
Toronto 412.
Torpedo 276, 343, 385, 405, 451, 508, 514, 565, 575. 796, 1086, 1090, 1132.
Tory 240, 242, 462, 463, 509, 623 f., 686, 976.
„Tosca" 569.
Toscanelli 564.
Toskana 332.
Tottmann Alb. 178.
Toul 524, 530.
Toulon 866, 869, 870, 1023.
Tourney 238, 572.
Tours 42, 673.
Toussaint 917.
Tower 463.
Trabert Adam 668, 724.
Trafalgar 508.
Trajan, Kaiser 1010, 1028.
Transvaal 55, 186, 239, 242, 243, 272, 282, 381, 414 f., 575, 977, 982, 983 ff., 986, 988 f., 1034, 1136, 1097, 1099, 1104, 1131, 1132, 1135 ff.
Trantzel 1167, 1168.
Trapezunt 980.
Trapp 540.

Trappisten 236.
Traub 1001.
Traun L. v. d. 969.
Traun-Auersperg 617.
Trautenau 454, 890.
Trautmann 725.
Trave 906.
Travers, Konsul 432.
Trebinje 99.
Trefort 252, 253, 256, 406, 455f.
Treitschke 81, 174, 225, 321, 357, 560, 653, 961, 990, 1004, 1007, 1009, 1044, 1052, 1054, 1056, 1066, 1155.
Trenkwald Matth. 1067.
Trentino (siehe auch unter Trient) 162, 327.
Trepoff, General 102.
Treu 275.
Trevelyan 40.
Trialismus 406.
Trient 237, 516, 604, 683, 699, 729, 915, 1016, 1017f., 1048.
Trier 25, 73, 76, 140, 167, 265, 266, 588, 652, 755, 771, 810, 853, 1045.
Triest 60, 105, 162, 237, 253, 282, 300, 301, 321, 326, 327, 337, 411, 516, 604, 683, 699, 874, 1060, 1067, 1120.
Trinidad 982.
Tripelallianz 411, 686, 704, 745, 749, 749, 754, 828, 1137.
Tripolis 236, 247, 283, 318, 326, 330, 368, 467, 554.
„Tristan und Isolde" von Hertz 86.
„Tristan und Isolde" von Wagner 654, 959, 1158.
Trocadero, Palast 147.
„Troilus und Cressida" 1138.
Troja und trojanischer Krieg 2, 40, 230, 318, 929.
Troppau 1067.
Trümpelmann 561, 562, 606f., 1143.
Trura 1112.
Tsadsee 1095.
Tschabadscha 89.
Tschang-Kien 1086.
Tschechen (siehe auch Slawismus) 21, 35, 37, 58, 64f., 104f., 159, 162, 180, 181f., 201, 205, 252, 254, 255, 299, 300, 301, 302, 304, 336f., 338f., 405, 406f., 453, 454f., 456, 460, 479, 485, 507, 520, 533, 541, 545, 550, 561, 566, 585, 599, 605, 614ff., 617, 643, 663f., 665, 666, 699, 727f., 729, 775, 776ff., 781f., 821f., 824, 831, 861f., 863, 870, 885, 887, 888, 889, 890, 965, 967, 1006, 1013, 1060, 1062, 1063f., 1119f., 1121, 1122, 1123, 1161, 1163f.
Tscherkessen 6, 18, 53.
Tschernajeff 7, 9f., 12, 13, 15, 64, 410f., 738, 741.
Tschernawoda 738.
Tschernitschewski 194, 195, 257.
Tschetschenzen 51, 52.
Tschili 1084.
Tschitscherin 374.
Tschudi 457.
Tschun-Lu 1084.
Tseng 499.
Tsingtau 1175.
Tsuhsi, Kaiserin 1084ff.
Tsung-Li-Yamen 464, 1084.
Tuaillon Louis 958.
Tuareg 402.
Tuberkulose 727.
Tübingen 276, 561.
Tudok, Kaiser 368.
Tugelafluß 1136.
Tullamor 571.
Tungtschin 1085.
Tunis 43, 97, 149, 236f., 246ff., 249, 282, 283, 287, 291, 292, 318, 323, 326, 327, 328, 330, 367, 377, 380, 395, 417, 464, 465, 554, 972, 1124.
Tunnelbau und Tunnels 41, 239, 248, 290, 324, 366f., 416, 571, 972.
Türck Hermann 909, 1154.
Turgenjew 132, 194, 195.
Turin 144, 237, 334, 467, 554, 619, 621, 885.
— Graf von 1068.
Türk 585, 616, 662, 665f.
Turka 566.
Türkei 1—18, 19, 20, 27, 28, 35, 36, 40, 41, 49—54, 55, 56, 58, 63f., 66, 85, 89—104, 111, 133, 156, 182, 184, 185, 196, 207, 240, 241, 242, 244f., 247f., 253, 283f., 287ff., 299, 306, 313, 320, 325, 328, 330, 336, 338, 342, 343, 350, 355, 376f., 379, 384, 404, 413, 422, 428, 457ff., 460, 462, 467, 471, 473, 478, 480, 482, 488, 499, 505, 510, 511, 512, 518, 523, 539, 541, 542f., 544, 545, 546, 549f., 553, 567, 576, 577, 581, 585, 622, 625, 626, 642, 644, 667, 669, 671, 686, 700, 734, 736, 738, 783, 784, 863, 876, 877, 899, 924, 925, 930, 950, 960, 976f., 980, 985, 1016, 1026, 1027f., 1031 bis 1034, 1036, 1058, 1074, 1075, 1078f., 1081, 1082, 1083f., 1100, 1132f., 1172.
Türken-Hirsch (Hirsch, Baron) 661.
Turkestan 7, 295, 330, 374, 411.
Turkmenen 193 (Achal-Teke-Turkmenen 244) 279, 298, 1016.
Turmair Joh. 85.
Turner, Oberst 570.
Turnwesen und Turnvereine 236, 293, 337, 398, 450, 454, 541, 642, 831, 972, 1042, 1157.
Türr, General 149, 188.
Twain Mark 621, 786, 1029.
Twesten 84.

U.

Uarda 34.
Ubanghi 1091.
Überhorst, Professor 1123.
Uchatius, Feldmarschalleutnant 257.
Udine 1022.
Uechtritz Kuno v. 1058.
Uerdingen 1159f.
Ufa 924.
Uganda 921.
Ugrische Völkerfamilie 1016.
Ugron 1012, 1013, 1016.
Uhde Fritz v. 507, 565. 656, 859, 1009.
Uhehe 434.
Uhland 561, 1160.
Ukami 431.
Ukase (siehe Erlässe) 925, 1026.
Ukert 1008.
Ukraine 38f., 54, 105, 154, 196, 201, 598f., 817.
Ulbach 256.
Ullersdorf, Graf Magnis v. 138.

Ulm 72, 229, 722.
Ulrich, Abgeordneter 499.
Ulrici 176.
Ulster 508 f., 784, 851, 573, 1116.
Umsturz (Revolution) in Österreich im Jahre 1918 821, 1164.
Unbefleckte Empfängnis Mariä (s. unter Dogma).
Undabuko 554.
Unfehlbarkeit des Papstes (siehe unter Dogma).
Ungarn 2, 20, 35, 36, 37, 63—68, 91, 95, 98, 99, 100, 104 f., 140, 143, 149, 153, 161, 176, 180, 182, 183, 199 ff., 205, 207, 226, 233, 241, 252, 253 f., 267, 274, 299 ff., 302, 303, 304, 306, 313, 315 f., 330, 334, 335 f., 337, 339, 340, 341, 352, 359, 367, 397, 404 f., 407 f., 409, 421, 439, 448, 450, 451, 455 f., 478 ff., 482, 483, 485 ff., 488, 505, 510, 514, 515, 524, 526, 530, 539, 543, 545, 547, 549 f., 556, 566, 567, 577, 578, 579, 589, 595, 596, 597, 599, 604, 612, 614, 615, 616, 617, 626, 643, 652, 660, 661, 663, 664 f., 666, 667, 668, 728, 729, 731, 754, 778, 779, 781, 782 f., 796, 808, 820 f., 526, 842, 845, 847, 860, 842, 945, 847, 860, 862, 863 f., 867 f., 875, 883, 885 ff., 891, 897, 904, 943, 955, 963 f., 965, 966, 967 f., 981, 998, 1006, 1009, 1010, 1011 ff., 1014 f., 1016 f., 1018, 1028, 1038, 1041, 1043, 1059 f., 1061, 1062, 1064, 1065, 1066, 1068, 1075, 1077, 1100, 1113, 1119, 1120, 1121, 1122, 1150, 1161, 1162, 1164.
„Ungarische Revue" 891.
Unger J. 403, 567.
„Univers" 1148.
Universitäten (siehe auch Studenten) 23, 29, 30, 37, 41, 42, 45, 56, 76, 112, 146, 178, 182, 188, 192, 203, 205, 221, 234, 252, 254, 255 f., 302, 322, 337, 340, 349, 361, 367, 391, 398, 402, 403, 406, 408, 411, 412, 419, 420, 421, 436, 446, 449, 456, 467, 471, 505, 506, 516, 518, 560, 561, 568, 574, 575, 602, 612, 613, 615, 619, 620, 622, 626, 643, 648, 654, 658, 661 f., 666, 671, 684, 688, 689, 721, 737, 761, 762, 769, 774, 777, 782, 789, 790, 805, 810, 812, 724 f., 827, 831, 834, 853, 854 ff., 863, 864, 868, 879, 889, 903, 904, 907, 913, 919, 923, 924, 940, 953 f., 961, 968, 978, 979, 980, 981, 1002, 1004, 1005, 1008, 1011, 1014, 1017, 1028, 1029, 1041, 1044, 1049, 1053, 1054, 1055, 1060, 1064, 1066, 1068, 1069, 1073, 1076, 1089, 1100, 1110, 1112, 1116, 1119, 1123, 1124, 1128, 1146, 1162, 1163, 1171, 1172, 1176.
Unold Johannes 1056.
Unter den Linden 110.
Unter dem Winde (Inseln) 434.
Untergrundbahnen 366.
Unterrichtswesen 17, 23, 25, 26, 30, 39, 41, 42, 45, 54, 67, 68, 74, 83, 84, 86, 102, 109, 112, 122, 123, 129, 141, 145, 146, 147, 162, 165, 166, 167, 168, 172, 175, 178, 182, 183, 184, 187 f., 190, 191, 192, 205, 212, 216, 221, 233, 236, 238 f., 248 f., 252, 255, 258, 264, 267, 268, 293, 299, 301, 308, 311, 316, 318, 321, 336, 339, 341, 343, 346, 347, 348, 349, 350, 352, 371, 375, 406 f., 408, 412 f., 416, 437, 438, 453, 454, 455, 456, 488, 493, 519, 556, 558, 559, 566, 574, 575, 608, 610, 612, 616, 620, 626, 644, 646, 654, 660, 664, 665, 676, 684, 689, 714, 720, 721, 722 f., 739, 765, 780, 782, 788 f., 793, 799, 805, 832, 834, 835, 844 f., 849, 851, 853, 854 f., 864, 870, 884, 888, 889, 890, 898, 902, 903, 905, 912, 942, 953 f., 956, 963, 965, 966, 970, 973, 986, 1017, 1029, 1041, 1043, 1053, 1058, 1065, 1066, 1072, 1104, 1112, 1124, 1127, 1136, 1140, 1143, 1145, 1155, 1160, 1163, 1174, 1177.
Untersberg 1159.
Unterseeboot (vgl. auch Torpedo) 508, 511, 565, 1169, 1170.
Unterwalden 564.
„Upanischads des Vedas, Sechzig" 1056.
Uphues Josef 1058.
Upsala 853.
Ural 725, 1016.
„Urania" 617, 1176.
Urbach 360.
Urbino 1069.
Urheberrecht 256 f., 470, 518, 1166.
Uriartes Ramon 836.
Ursulinen 128, 1163.
Urville 847.
Usaramo 434.
Usbeck 1059.
Usener Hermann 652, 1156.
Usugara 431.
Usugua 431.
Utah 88, 422 f., 575, 1029.
Utrecht 1073.
Uzambara 500.

V.

Vaal, Furten des 982.
Vagré Joh. 916.
Vaihingen, Professor 654, 1007.
Vaillant 871, 916, 922.
Val-des-Bois 190.
Valencia 362, 682, 1089.
Vallance Ayma 1098.
Vallés J. 465, 568.
Vambery 102, 505, 891, 1016.
Vandalen 361.
Vanderbilt 88, 472, 739.
Vandervelde 922.
Varese 1127.
Varigny C. de 739.
Varley 84.
Varna 94, 477, 546.
Varnbüler 317.
Varzin 105, 108, 157, 247, 266, 396, 433, 512, 682, 766, 847, 895, 896, 897.
Vasaty (Vaschaty) 616, 728, 777 f., 820.
Vasco de Gama 1073.
Vassos, Oberst 1032.
Vaszary, Kardinal 886, 970.
Väter vom Heiligen Geiste 903.
„Vaterland" 201, 204, 504, 567, 660, 729, 751, 824,

826, 885, 1059, 1068, 1118.
Vaterunser 864, 940, 1003, 1159.
Vatikan 25, 40, 41, 44, 45, 60, 72, 74, 127, 132, 142, 143, 145, 148, 168, 192, 238, 239, 251, 300, 311, 312, 324, 327, 335, 347, 391, 413, 468, 470, 504, 515, 516, 537, 555, 564, 604, 612, 621, 622, 624, 679, 680, 682, 748, 749, 750, 834, 855, 867, 883, 914, 970, 1082, 1109 f.
Vaughan Diana 1016.
— Kardinal 921, 978, 986, 1053, 1168.
Vauvenargues 734.
Veesenmeyer, Pfarrer 903.
Vega de Armijo 688.
Vegetarier 833.
Veit Joh. Eman. 185.
— Philipp 83, 507, 565.
— Valentin 816.
Velasquez Diego 653.
Velociped 329.
Vendée 294.
Vendome-Säule 149.
Venedig und Venetien 318, 319, 322, 357, 747, 748, 894, 919, 1021, 1022, 1079, 1166.
Venezuela 981, 1028, 1074.
Venus 1002.
Verböcy Stephan 1065.
Verdaguer Jacinto 1089.
Verdun 524, 530, 560, 830, 906, 1155.
Vereine und Vereinigungen (siehe auch unter Studenten) 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 41, 45, 61, 76, 79, 81, 83, 86, 87, 108 f., 113, 115, 118 f., 121, 131, 133, 144, 146, 148, 168 f., 175, 177, 178, 179, 183, 190, 193 f., 201, 212, 218 f., 222 f., 224, 229, 236, 239, 243, 252, 268, 270, 271, 280, 299, 300, 301, 303, 310, 311, 315, 317, 318, 322, 337, 342 f., 344 f., 346, 348, 352, 393, 398, 406, 407, 438, 444, 445, 447, 452, 454, 456, 485, 488, 491, 498, 516, 541, 552, 557, 561, 568, 571, 611, 613, 614, 615, 620, 643, 647, 648, 649, 654, 655, 662, 666, 667, 668, 671, 680, 684, 705, 718, 721, 729, 731, 734, 751, 755, 756, 763, 765, 778, 785, 793, 796, 805, 809 f., 810 f., 812, 813, 823, 824 f., 827, 831, 834, 844 f., 851, 853, 859, 864, 865, 868, 870, 874, 877, 882, 884, 889, 890, 904, 908, 909, 911, 912, 915, 923, 933, 942, 945, 946, 952, 956, 962, 968, 969, 976, 980, 1002 f., 1004, 1010, 1011, 1015, 1025, 1042, 1043, 1044, 1047, 1048, 1049, 1051, 1053, 1054, 1055, 1065 f., 1067, 1068, 1081, 1104, 1108, 1113, 1116, 1123, 1124, 1125, 1126, 1130, 1138, 1142, 1143, 1145, 1146, 1155, 1158, 1165.
Vereinigte Christen 660, 668, 725.
Vereinigte Staaten von Nordamerika 47 f., 78, 88, 150, 197, 237, 245, 279, 285, 320, 328 ff., 372, 377, 378, 384, 386, 387, 397, 422 f., 424, 434, 449, 471, 520 f., 575, 628, 673, 683, 688 f., 738, 767, 785, 786 f., 835 f., 878 ff., 926, 927, 930, 951, 972, 981 f., 1010 f., 1028 f., 1031, 1038 f., 1075 f., 1077, 1086–1090, 1096 f., 1099, 1132, 1134, 1138, 1139, 1171, 1173 f.
Verfassungsfragen (und -streitigkeiten) 4 f., 6, 10 f., 12, 13, 17, 20, 22 f., 25, 29, 38, 50, 52, 53, 54, 61 f., 64, 66 f., 68, 69 f., 71, 90, 97, 98, 99, 101, 103, 104 f., 117, 125, 129, 142, 145, 150, 153, 161, 162, 164, 165, 166, 171, 172, 177, 181 f., 192 f., 196, 203, 204, 210, 222, 243 f., 252, 253, 262, 265, 269, 277 ff., 309, 310, 337, 363, 372, 373, 388, 391, 392, 393, 394 f., 397, 409, 420, 422 f., 441 f., 451 f., 453, 456, 462, 470, 486 f., 491, 497, 505, 508, 520, 526, 528, 529, 543, 544, 549, 552, 558, 564, 565, 567, 579, 587, 589, 612, 614, 623, 663, 664, 667, 669, 685, 689, 695, 697, 699, 702, 713, 729, 749, 762, 766, 776 f., 778, 783, 790, 802, 829, 840, 841, 842, 864, 866, 873, 874, 885, 903, 922, 923, 925, 933, 939, 951, 981, 1011, 1062, 1063 f., 1071, 1078, 1083, 1084 f., 1089, 1093, 1106, 1108, 1113, 1119, 1121, 1122, 1135, 1171.
Verlaine Paul 832, 1058, 1112.
Verleger (und Verlage) 78, 175, 177, 178, 183, 184, 229, 233, 320, 321, 324, 338, 357, 400, 403, 450, 556, 561, 620, 701, 719, 724, 738, 810, 812, 856, 871, 877, 908, 909 ff., 911, 920, 958, 981, 1026 f., 1048, 1151, 1164, 1165.
Verona 83, 192, 916.
Versailles 138, 152, 153, 186, 442, 560, 565, 627, 675, 745.
„Versunkene Glocke" von Hauptmann 1007 f., 1057, 1113, 1118.
Verträge (siehe auch unter Bündnisse) 2, 3, 13, 15, 16, 17, 19, 20, 35, 36, 45, 50, 51, 54, 55, 68, 72, 76, 89, 91 f., 93, 96 f., 101, 123, 132, 147, 153, 155, 157, 161, 162, 164, 172, 181, 182, 185, 187, 193, 196, 197, 199, 206, 237, 241, 242, 245, 247, 254, 279, 283, 291, 306 f., 325, 326–328, 331–335, 337, 364, 368, 372, 375, 376, 377, 380 f., 383, 388, 395 f., 405, 415, 416, 417, 422, 423, 425, 426 f., 428, 431, 432, 434, 439, 440, 441, 456, 458, 460, 465, 470, 471, 473, 478, 481, 482, 483, 499 f., 501, 510, 511, 517, 520, 531 ff., 539, 542, 542, 543, 544, 546, 549, 550, 552 f., 560, 574, 587—584, 585, 590 f., 625, 626, 630, 639, 650, 671, 677, 685, 689, 699, 770, 701, 703, 711 f., 713, 714, 715, 732, 736, 737, 738, 753, 754 f., 756 f., 767, 768, 779, 781, 785, 787, 797, 799, 812, 828, 832, 835, 839, 842, 850, 851, 867, 887, 893, 894, 899, 907, 911, 923, 924, 926,

931, 946, 972, 976, 978, 988, 993, 994 ff., 1000, 1007, 1013, 1026, 1027, 1035, 1063, 1069, 1074, 1076, 1082, 1089, 1097, 1098, 1133, 1134, 1137, 1146, 1162.
Vesprim 1015.
„Veste Koburg" von Henzen 1158.
Veuillot 41, 63, 920.
Viardot, Professor 569.
Vicenza 516.
Vichy 745.
Viehweger 1159.
Vielweiberei 575.
Viereck 499.
Vieregge 806.
Vigny Alfr. de 1111.
Viktor Emanuel II. 57, 59 f., 141 f., 147, 179, 333, 412, 413, 516, 555, 655, 683 f., 747, 1168.
— — III. 142, 588, 591, 639, 715, 847, 867, 1021, 1074, 1121.
— Napoleon, Prinz 187, 530, 593.
— Prinz von Hohenlohe-Langenburg 785.
Viktoria, Königin von England 5, 9, 40, 56, 145, 146, 226, 289, 364, 366, 441, 449, 477, 515, 556, 592 f., 600, 715, 761, 784; 851, 873, 877, 906, 932 f., 1012, 1071 f., 1073, 1137, 1144.
— (Mission) 552.
Viktoria-Nyanza 500, 850.
Viktoriapark (Berlin) 1160.
Viktoriatheater (Berlin) 274, 606.
Villa 191.
Villafranka 582.
Villard, Präsident 377.
Villegas Jose 1126.
Villot 1093.
Vilmar 233.
Vinci Leonardo da 149, 653, 916.
Vintras 919.
Vionville 723.
Virchow 23, 75, 139, 166, 211, 218, 266, 275, 360, 538, 765, 789, 855, 877, 889, 936, 1005.
Vischer Fr. Th. 140, 179, 505, 560 f., 653, 775, 815, 970, 1056.
— Rob. 275, 457, 505, 1156.
Vissering 1128.
Vitztum v. Eckstädt, Graf 618 f.
„Voce della Verità" 867.
Vogel Bernh. 359.
— Julius 415.
Vogeler H. 958, 1118, 1158.
Vogelflug 1077.
Vogelsang, Freiherr v. 204, 320, 347, 357, 399, 504, 661, 729, 751.
Vogesen 82, 353, 846, 1071.
Vogl Franz 1125.
Vogt F. 909.
— J. H. 775.
— Karl 195, 1007, 1172.
Voguë, Vicomte de 786, 832.
Vohsen 713.
Voigt H. G. 1124.
Volapük 450, 775, 867.
Vollmar v. 316, 346, 446, 499, 758, 762, 764, 793, 811 f., 1150, 1145.
„Volk, Das" 634 f., 1000, 1001, 1007.
Volkelt 31, 620, 815, 961.
Völkerrechtliches 133, 157, 158, 448, 467, 596, 602 f., 627, 726, 735, 767, 835, 985, 988, 1014, 1084, 1089, 1098, 1130, 1133, 1156.
Völkerschlacht bei Leipzig (vgl. auch Krieg 1813) 403, 1045 f., 1059, 1117.
Völkerwanderung 331.
Volkmann 912, 1118.
Volkramlied 652.
„Volksfeind" von Ibsen 1128.
Volksgarten in Wien 617.
Volkshymne 257.
Volksküchen (Wien) 37.
Volkslieder (und -sprüche, auch Volkstümliches) 3, 38, 178, 274, 305, 306, 315, 322, 339, 341, 359, 374, 399, 450, 506, 561 f., 670, 712, 716 f., 726, 904, 970, 980, 1045, 1071, 1124, 1125, 1156.
„Volkssagen" von Heyl 1150.
„Volkstribüne" 763, 764.
Volksverein (Oberösterreich) 825.
Volkswirtschaftliches 24, 40, 49, 70, 73, 78, 95, 107, 132, 133, 140, 163, 169, 170, 171, 173, 175, 179, 188, 200, 202, 204, 207, 218, 219, 220, 224, 233, 262, 269, 271 f., 301, 302, 303, 308, 343 f., 346, 356, 386, 390, 410, 418, 444, 453, 455, 518, 537, 542, 564, 588, 605, 631, 647, 649 f., 653, 659, 660, 667, 690, 693, 763, 768, 781, 782, 788, 807, 809, 811, 822, 824, 828, 841, 846, 851, 852 f., 854, 861, 879, 902, 903, 915, 948, 949, 961, 968, 972, 1002, 1019, 1025, 1047, 1054, 1055, 1057, 1064, 1065, 1077, 1084, 1100, 1108, 1111, 1119, 1120, 1143, 1152, 1144, 1162, 1172.
Volkszählungen (vgl. auch Statistisches) 42, 776, 826, 1023, 1127.
„Volkszeitung" 527, 634, 639.
Volos 284, 1033.
Volta 380.
Voltaire 32, 139, 147, 1159.
Volz Hermann 403.
Vondel Joost van den 322.
„Vor Sonnenaufgang" 655.
„Vorarlberger Volksblatt" 183.
„Vorwärts" 81, 120, 719 f., 811, 850, 902, 937, 941, 948, 952, 986, 988, 993, 1000, 1040, 1047, 1102, 1129.
„Vossische Zeitung" 601, 634, 806, 994.
Voß Rich. 358.
Votivkirche (Wien) 184 f.
Vrbitza 10.

W.

Waadt 976, 1069.
Wachler Ernst 1156.
„Wacht am Rhein" 795, 845, 861, 896.
Wacker Th. 175.
Wackernell J. E. 1067.
Waderé Heinr. Max. 942.
Waddington 41, 42, 93, 95, 148.
„Waffen nieder! Die" von B. v. Suttner 1130.
Wagener 267, 355 f.
Wagner Adolf 132 f., 261 f., 267, 343 f., 354, 447, 644, 734, 853, 891, 934, 953, 1001, 1044, 1145, 1154.
— Christ. 1156.
— Cosima 139.
— Moritz 652.
— Peter 1005.

Wagner Richard 22, 30, 31 f., 34, 37, 82 f., 134—139, 177 f., 226—229, 231, 232, 318—320, 236, 272 ff., 283, 337, 357 bis 359, 403, 507, 539, 565, 569, 618, 619, 643, 652 f., 654, 672, 745, 774, 818, 913, 919, 958, 1019, 1025, 1058, 1066, 1113, 1118, 1153.
— Siegfried 1157.
— von Wagenfels 907.
Wahle Rich. 1019.
Wahlrechtsbewegungen u. Wahlen 21, 23, 30, 40, 46, 60, 62 f., 67, 68, 69, 72, 88, 104, 109, 112, 113, 114, 115, 117, 145, 148, 150, 163, 166, 167, 171, 180, 186, 187, 191, 194, 195, 197, 201, 203, 220, 237, 240 f., 243, 248, 250, 255, 261, 262 f., 267, 269, 293, 302, 328 f., 337, 356, 373, 389, 394, 396, 406, 412, 415, 420, 422, 444, 445, 452 f., 462, 463, 465, 468, 477, 479, 496, 499, 509, 516, 519, 520, 525, 526, 528, 529, 531, 555, 559, 563, 566, 567, 571, 590, 593, 599, 601, 607, 615, 626, 628, 634, 636, 644, 645, 658, 661, 662, 663, 667, 672 f., 674, 677, 683, 684, 685, 687, 689, 690, 693, 694, 702, 712, 727, 732, 737, 739, 743, 759, 764, 776, 777, 778, 811, 830, 833, 834, 840 ff., 848, 850, 851 f., 854, 860, 861, 862, 869, 870, 871, 873, 879, 885, 888, 889, 907, 926, 941, 946, 966 f., 970, 971, 976, 978, 1012, 1013 f., 1029, 1047, 1059, 1066 f., 1072, 1073, 1077, 1095, 1100, 1101, 1104, 1105, 1109, 1135, 1159, 1162, 1171.
„Wahre Jakob, Der" 718.
Wahrmund 724.
Waidhofen a. d. Th. 863.
Waisenpflege und Waisenhäuser 26, 74, 834, 1082.
Waitz 446, 1112.
Waizer Rud. 730.
Waldeck B. 448.
Waldegg Egon 168.
Waldemar, Prinz 465, 477.
Waldenser 1110, 1168.
Walderſee, Graf 596, 599, 632, 642, 644, 645, 690, 794, 800.
Waldhauſen 817.
Waldmüller Robert 203.
Waldo 419.
Wales, Prinz von 92, 147, 282, 342, 362, 362, 367, 373, 431, 463, 588, 604, 687, 715, 784 f., 851, 921, 1137, 1144.
— Provinz 256, 521, 570, 688, 977, 986, 1075.
Walfiſchbai 383, 415, 552.
Walger H. 34.
Walhalla 893, 1117.
Waliſch, Bürgermeiſter 541.
Walküre 32, 1058.
Wallace 84, 86, 176.
— Lewis 1076.
Wallenſtein 34, 185, 813, 910, 944, 1101, 1114, 1165.
Wallfahrten 27, 41 f., 76, 140, 266 f., 378, 392, 611, 622 f., 684, 743, 747, 749, 750, 810, 832, 908, 1082, 1083, 1150.
Wallonen 21, 1073.
Wallot 859, 1146.
Walſch Walter 1097.
Walſh, Dr. 463, 569, 570, 735, 784.
Walter Franz 1151.
— von der Vogelweide 83, 361, 568, 667, 865, 891, 910, 1004, 1017 f., 1019, 1053, 1057.
— W. A. 650.
Walz Michael 865.
Walzel Oskar 817.
Wan 1028.
Wanga 500.
Wangerin 356.
Waniek G. 1056.
Wappenfrage 4, 339, 374, 736, 1009, 1109, 1171.
Waräger 38.
Ward Wilfrid 874, 1112.
— William George 652, 785, 874.
— W. G. 320.
Warmbrunn 1156.
Warnsdorf 452, 566.
Warſchau 19, 37, 156, 244, 296, 373, 375, 491, 516, 546, 574, 626, 898, 1172, 1173.
Warſchauer 742.
Wartburg 349.
Wartenberg 1058.
Wartensleben, Graf 852, 1040.
Warthe 896.
Waſa (Haus) 600.
Waßgau 1008.
Waſhington George 471, 472, 541, 673, 1076.
— (Stadt) 265, 292, 386, 422, 471, 472, 521, 612, 688, 689, 878, 981, 1029, 1075, 1076, 1087, 1173.
Waßmann Friedrich 1052.
Waſſerſtraßen (ſiehe unter Kanäle).
Waterloo 288.
Watkin 367.
Wattenbach W. 29, 911.
Watts 874.
Wawel 349.
Weber (Arbeiter) 649, 903.
— Anton 911, 962.
— Beda 321.
„Weber, Die" von Hauptmann 858, 933, 956, 1138.
Weber Ernſt von 177, 360.
— Fr. W. 175, 320, 358, 401, 449, 504, 816, 858, 908, 958, 1003, 1005.
— K. M. v. 618, 727, 1001, 1048.
— Simon 1111.
Webſky Egm. 1178.
Wechsler Ernſt 448, 620.
Weckerle 862, 885 f., 887, 888.
Wedel, Graf 744.
Weech, Freiherr v. 962.
Weeſe 1118.
Wehrpflicht (ſiehe auch Militäriſches) 121, 141, 253, 290, 321, 398, 486, 577, 580, 582 ff., 617, 648, 664, 665, 685, 689, 708 f., 713, 723, 764, 807, 808, 809, 839—843, 1176 f.
Weichard G. 1069.
Weichs, Baron 1052, 1066.
Weichſel 492, 741, 896, 898.
Weidenbach 1159.
Weigand Guſtav 981.
Wei-Hai-Wei 930, 1092, 1096.
Weihnachtsfeſt 1175, 1176.
Weikom K. F. 399.
Weilen Aler. v. 1165.
— Joſ. 37, 204, 617, 668.
Weimar 232, 447, 504, 506, 650, 697, 770, 774, 958, 1008, 1009, 1058, 1114.
— Wilh. 1118.
Weingart 1144.
Weingartener Liederſammlung 1155.

Weingartner Felix 1010.
Weinhold, Professor 854.
Weiskirchner Rich., Dr. 1015.
Weismann August 978.
Weiß A. M. 1005, 1116.
— Guido 84.
— Joh. Bapt. 176, 855, 911, 1151f.
— P. Alb. 399, 855, 885.
Weißer Berg 781.
Weiße-Väter-Orden 853.
Weitbrecht Richard 1058.
Weizacker Karl 563.
Welfen 77, 113, 119, 123, 150, 166, 192, 208, 226, 262, 309, 390, 393f., 397, 440, 443, 495, 526f., 534, 601, 602, 634, 636, 637, 694, 803, 737, 753, 756, 792, 812, 813, 850, 936, 1040f., 1052, 1101, 1139.
Wellerad 452, 456.
Wellington 289.
Wellner, Professor 913.
Welschinger Henri 1070.
Welser Philippine 892.
Welserheimb 861, 883.
Welte 320, 448.
„Weltenmorgen" von Ed. Hlatky 1067.
Welterstrand 962.
Weltkrieg 1914—1918 1, 9, 16, 18, 34, 38, 61, 101, 142, 236, 246, 264, 289, 293, 301, 305, 331, 333, 346, 377, 395, 421, 423, 447, 518, 553, 600, 604, 639, 640, 671, 681, 686, 711, 747, 775, 781, 822, 831, 884, 867, 875, 907, 921, 924, 928, 979, 994, 1016, 1021, 1031, 1066, 1078, 1082, 1083, 1090, 1122, 1130, 1133, 1172.
Weltrich 1114, 1156.
Wemding 810.
Wenckstern 1055, 1154.
Wendelin, heiliger 305.
Wenden 21, 709, 960.
Wendlandt W. 1117.
Wendt, Freiherr v. 316, 647.
Wenzel, hl. 663, 822, 1123.
— König 663.
Wenzelskrone 454.
Werder Karl 812.
Wereschagin 298, 517, 925.
Werkmeister K. 1149.
Werle 564.
Werner A. v. 442.
— Ant. 565, 618, 1009.
Werner Aug. 29.
— Franz 1059.
— Schauspieler 654.
— Vizeadmiral 132.
— Zacharias 655.
Wertheimer Ed. 892.
Weser 712, 713, 1159.
Wesing 1009.
Wesselburen 563.
Wessenberg 1111, 1123.
Westarp Adolf v. 803.
„Westdeutsche Allgemeine Zeitung" 798f.
„Westermanns Monatshefte" 1117.
Westfalen 187, 347, 394, 400, 609, 643, 776, 941, 945, 951, 955, 1009, 1043, 1113.
„Westfälischer Merkur" 347, 919.
Westindien 87, 286.
Westminster 365, 647, 834, 921, 1097.
— Herzog von 739, 978.
„Westöstlicher Diwan" 85.
Westphal Rud. 47.
Westpreußen 352.
Wettendorf, Pascha 377.
Wettin (Dynastie) 643, 650.
Wetzer 320, 448.
Weyler, General 1073.
Weyr 617, 970, 1068.
Weyßer K. 1158.
White 533, 1089f., 1136.
Whitehead 796.
Whitney W. 1090.
Whydale 380.
Wichner Josef 1019.
Wickenburg Albrecht 892.
— -Almasy Wilhelmine, Gräfin 204.
Wickhoff 457.
Wiclif 402.
Widerhofer, Dr. 632f.
Widdin 51, 53, 376, 475, 543.
Widmann J. V. 858, 959.
Wiedertäufer 909, 969, 1159.
Wien 2, 34, 35, 37, 45, 48, 67f., 86, 89, 90, 91, 92, 105, 112, 113, 139, 141, 151, 152, 155, 156f., 159, 161, 166, 175, 177, 183, 184, 196, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 209, 230, 233, 237, 239, 250, 252, 253, 254, 255, 256f., 261, 276, 284, 294, 296, 301, 303, 305, 307, 314, 321, 323, 324, 325, 327, 328, 329, 335, 336, 337, 338, 339f., 341, 352, 356, 360, 362, 369, 375, 376, 392, 397, 403, 404, 407, 408, 409, 410, 412, 443, 447, 453, 454, 455, 457, 460, 468, 477, 479, 481, 485, 488, 504, 505, 506, 507, 510, 517, 518, 541, 542, 544, 551, 560, 562, 563, 566, 567, 568, 577, 579, 581, 603f., 605, 614, 615, 617, 618, 619, 620, 626, 627, 651, 656, 657, 658, 659, 660ff., 663, 664, 667, 668, 685, 699, 700, 704, 715, 717, 729, 730, 731, 751, 762, 770, 771, 775, 776, 777, 778, 782, 783, 785, 798, 806, 820, 823, 824, 825, 827, 828, 833, 837, 845, 846, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 875, 881, 882f., 886, 890, 892, 894, 895, 899, 907, 910, 912, 926, 943, 944, 953, 955, 963, 964, 966f., 968, 969, 970, 972, 981, 1010, 1011, 1013f., 1015, 1016, 1017, 1018, 1019, 1025, 1026, 1028, 1030, 1053, 1059, 1061, 1062, 1064, 1065, 1067, 1068, 1114, 1118, 1119, 1120, 1121, 1123, 1124, 1125, 1126, 1144, 1151, 1152, 1153, 1155, 1156, 1161, 1162, 1163, 1164, 1165, 1166f.
Wienbarg Ludolf 773, 817.
„Wiener Abendpost" 1121.
Wiener Kongreß 93, 153.
„Wiener Zeitung" 632f., 776.
Wiesbaden 28, 229, 497, 627, 782, 994, 1038, 1043, 1044, 1046, 1057, 1058, 1117, 1139.
Wigh 240, 280.
Wilamowitz-Moellendorf 774, 817, 897, 1024f., 1062, 1116.
Wilberforce 834.
Wilbrandt 36, 178, 305, 775, 942, 1057.
Wilczek 1068.
Wilde Oskar 600, 601, 602, 873f.
Wildenbruch E. v. 358, 655, 725f., 774, 814, 1006, 1007, 1008, 1043, 1057, 1113.
„Wildente" von Ibsen H. 618, 655, 1128.

Wilhelm I., Deutscher Kaiser 5, 19, 32, 65, 92, 108, 110, 111 f., 114, 118, 122, 124 ff., 127, 132, 137, 138 f., 141, 142, 153, 156, 157, 158, 160, 165, 165, 173, 178, 206, 210, 214 f., 218, 254, 262, 263, 265, 266, 268, 269, 270, 297, 304, 306, 330, 336, 349, 353, 355, 361, 362, 367, 381, 388, 392, 395, 396, 397, 399, 415, 431, 434, 437, 439, 442, 450, 454, 468, 479, 488, 490, 491, 498 f., 503, 507, 515, 522 f., 525, 527, 529, 532, 533, 534, 548, 553, 556, 560, 562, 565, 578, 579, 581, 586 ff., 589, 591, 601, 603, 604, 607, 609, 610, 612, 613, 616, 620, 634, 643, 646, 665, 692, 696, 697, 698, 699, 702, 713, 738, 744, 761, 772, 776, 795, 806, 808, 838, 847, 849, 859, 895, 900, 912, 932, 940, 944, 947 ff., 957, 959, 973, 987, 989, 990 f., 992, 995, 1008 f., 1035, 1041 ff., 1044 f., 1046, 1058, 1079, 1099, 1100 f., 1102, 1104, 1117, 1138, 1139, 1145, 1159, 1160.
— II., Deutscher Kaiser 9, 206, 268, 275, 341, 396, 441, 517, 559, 584, 586, 589, 591, 594 bis 598, 603 f., 606, 607 f., 609, 610, 611, 612, 614, 615, 619, 626, 627, 629, 632, 634, 635, 639 ff., 642 ff., 645 f., 648 f., 667, 669, 678, 683, 690, 691 bis 704, 707, 710, 712, 713, 714, 715, 716 f., 721, 722 ff., 732, 734, 738, 740, 744, 745, 752, 753, 756, 757, 758, 760 f., 762, 765 f., 768 f., 770, 771, 778, 779, 783, 785, 788, 790 ff., 794, 796, 798, 799, 800, 804, 806 f., 812, 821, 826, 836 bis 839, 840, 843, 847, 849, 850, 851, 859, 876 f., 893 f., 895 f., 897, 898, 899, 900 f., 905, 906, 907, 908, 912, 913, 915, 917, 921, 923 f., 928 ff., 931 ff., 936 f., 938, 939, 940, 942, 946 f., 948 f., 950, 951, 953, 955, 956, 957, 967, 972, 978, 979, 982, 983, 984, 987 f., 989, 990 f., 993 ff., 997, 999 f., 1009, 1012, 1021, 1023, 1033, 1034, 1035 f., 1037 f., 1039 ff., 1041 f., 1043, 1044 ff., 1047, 1057, 1059, 1070, 1072, 1073, 1079 ff., 1083 f., 1099 f., 1101 ff., 1104 ff., 1109, 1117, 1121, 1129, 1137, 1138, 1139, 1140, 1143, 1146, 1149, 1160, 1172, 1176, 1177.
Wilhelm II. von Württemberg 769.
— Herzog von Braunschweig 393 f.
— (III.), König der Niederlande 420, 737.
„Wilhelm Meister Wanderjahre" 29, 1056.
„Wilhelm Tell" 85.
Wilhelm von Luxemburg 876.
Wilhelmine, Königin der Niederlande 420, 737, 794, 1127, 1172.
Wilhelmshafen 508, 931.
Wilken Friedrich 560.
Wilkens C. A. 563.
Wilkinson 775.
Wille 726.
„Willehalm" 1043.
Willemer Marianne v. 85.
Willim, Dr. 232.
Willmann Otto 446, 816, 1004, 1053, 1123, 1150, 1177.
Willram, Bruder (siehe Müller Anton).
Willroider L. 1178.
Wilmanns C. 24, 225.
Wilmersdorf 1059.
Wilson, Minister 102, 551, 621.
— Präsident 926.
Wimpfen, Graf 661.
Winckler Hugo 1057.
Windischgrätz, Fürst 780, 860 f., 882, 964, 965.
Windsor 785, 851, 1137.
Windthorst 22 f., 25, 71, 76 f., 85, 108, 111 f., 124, 162, 163, 166, 207 f., 210, 213, 216 f., 264 f., 312 f., 343 f., 346, 347, 348, 361, 391, 395, 424, 437, 438, 439, 485, 493 f., 498, 525, 526, 527, 529, 530, 536, 558, 602, 608, 609, 612, 630, 632, 635 f., 646, 647, 695, 697, 701, 702 f., 704, 714, 720, 721, 723, 751 ff., 789, 798, 842, 955, 1002 f., 1059, 1104, 1108.
Wingolf von dem Kranichberge 1019.
Winogradow 980.
Winter Josef 305, 775.
Winterkönig 1165.
Winterpalais 243.
Winterthur 217.
„Wir Deutsche fürchten Gott, aber ꝛc." 584.
Wiroslaw 195.
Wirth Max 448.
Wirz 608.
Wischnegradski 672.
Wiseman, Kardinal 834, 1112.
Wislicenus Hermann 1059.
Wissenschaftliches 12, 27, 33, 48, 71, 73, 76, 84 f., 86, 136, 137, 140, 175, 176, 188 f., 191, 224, 225, 230, 232, 233, 272, 275, 281, 316, 320, 321, 330, 360, 397 f., 419, 447, 472, 488, 504, 515, 551, 664, 567, 588, 614, 617, 619, 621, 637, 638, 653, 659, 661, 718, 719, 730, 746, 761, 762, 786, 789, 794, 796, 797, 801, 817, 818, 819, 821, 823 f., 832, 854, 852, 853, 855, 857, 863, 871, 876, 877, 905, 906, 908, 919, 934, 941, 944, 951, 954, 959, 968, 970, 975, 978, 981, 1005, 1011, 1012, 1016, 1018, 1044, 1048, 1049 f., 1052 f., 1056, 1057, 1065, 1066, 1068, 1069, 1073, 1095, 1115, 1116, 1127, 1141, 1143, 1146, 1150 f., 1154 f., 1156, 1157, 1165, 1174, 1176, 1177, 1178.
Wißmann Hermann, Leutnant 330, 604, 631, 654, 686, 708, 723, 734, 769, 819.
Wittowski (siehe auch unter Harden Maximilian) 817.
Witt Otto 1177.
Witte Karl 275.
Wittek, Minister 1164.
Wittekind (Widukind 1009, 1114.
Wittekindberg 776.

Wittelsbach (Dynastie) 229, 503, 603, 958, 1045.
Wittenberg 322, 349, 760, 806 f., 813, 907, 1054.
Wittstock 1164.
Witu 432, 499, 552, 711, 734, 756.
Wladimar, Stadt 39.
Wladimir, hl. 599.
— der Große 38, 194, 817.
Wladiwostok 574, 743, 1040.
Wlassicz J. 1065.
Wodan 726, 893, 1103.
Wodiczka Viktor 568.
Wodzicka 336.
Woermann 383.
Woerndl 892 f.
Woerner Roman 1168.
Wohlgemuth 684 f.
Wohltätigkeit 285, 684, 732, 854, 1070, 1167.
Woiwodina 104.
Wolf, Abgeordneter 1061, 1062.
— C. 827.
— G. 828.
— Hugo 730.
— Jul. 817, 1178.
Wölfert 565, 1010, 1056.
Wolff, Aeronaut 451.
— Julius 276, 1113.
— Martin 1160.
Wölfflin Heinrich 1172.
Wolfger, Bischof 1057.
Wolfram v. Eschenbach 449, 910, 1058.
Wolfsgruber Zölestin 563, 651.
Wolhynien 38, 103 f., 671, 1027.
Wolkan Rud. 1165.
Wolkenstein Oswald v. 505.
Wollschläger 685.
Wolseley 288, 290, 366, 509, 625, 1092.
Wolter (Abt Maurus) 557, 608.
— Charl. 1067.
Wolzogen Ernst 1078, 1113.
— Hans 139, 908, 1095, 1118.
Woodford 571.
Woodruff Wilford 1029.
Wordsworth 986.
Wörishofen 1055, 1160.
Wörl Leo 78, 1153.
Worms 349, 350, 401, 561, 645 f., 654, 726, 774, 814, 1115.
Wörndle H. v. 911.
Woronzoff-Daschkoff, Graf 297.
Worpsweder, Maler 958, 1118, 1158.
Worth (Schneider) 678.
Wörth 223, 455, 655, 933, 950, 957.
Worthmann Ferd. 179.
Wucher 105, 134, 170, 218, 220, 255, 347, 521, 660, 751.
Wüger Gabriel, P. 960.
Wulfila 1057.
Wulkovich, Dr. 833.
Wunderlich Hermann 1056, 1115.
Wundt W. 176, 962, 1113.
Wünsche Aug. 775, 854.
Wupper 814.
Wurmbrand, Graf 337, 406, 861.
Württemberg (Schwaben) 37, 73, 77, 268, 316, 361, 442, 444, 665, 800, 801, 805, 814, 904, 911, 949, 980, 1003, 1048, 1056, 1081, 1146, 1149.
Wurzbach C. v. 185, 828, 1165.
Würzburg 76, 267, 361, 362, 853, 1004, 1010, 1140, 1141.
Wustmann 775, 827, 1008.
Wutschau 1084.
Wychgram 1114.
Wyden 217.
Wyse 188.

Y.

Yab (auch Yap), Insel 433, 435.
York (auch Herzog von) 806, 1072.
Young Brigham 88, 329.
Ysenburg, Fürst 267.
Yokatan 1029.
Yung-Tschang 930.

Z.

Zabel Eugen 506, 925.
Zabern 172.
Zach, General 10, 99.
Zallinger 341, 780.
Zambesifluß 625.
Zangemeister K. 562, 962.
Zankow 376, 473, 474 f., 541.
Zanzibar 330, 425, 426, 431, 432, 434, 442, 499, 500, 552, 628.
Zara 300.
„Zarathustra, (So sprach“) 232, 320, 358, 987, 1113.
Zaribrod 459.
Zarismus 39, 50 f., 54, 56, 65, 66, 103, 123, 155 f., 193, 194 f., 196, 197, 206, 243 f., 257, 640 f., 644, 651, 666, 670, 671, 672, 677, 700, 701, 711, 715, 719, 732, 733, 735, 737, 740, 742, 747, 794, 800, 833, 837, 851, 869, 870, 875, 876, 877, 889, 898, 913, 928, 929, 979, 980, 992 f., 994, 1023 f., 1026, 1027, 1033, 1035 f., 1062, 1072, 1074, 1129, 1131 f., 1139, 1147, 1150, 1167, 1172.
„Zauberflöte“ 319.
Zedlitz, Minister 788, 789, 790.
Zedtlitz-Neukirch v. 1043.
Zeichenkunst 859.
Zeidler J. 827.
Zeißberg H. v. 448.
„Zeit, Die“ 882, 1001.
Zeithammer 663.
Zeitrechnungen 1122, 1175 f., 1179 f.
Zeitungsstimmen (siehe auch „Allgemeine Zeitung“, „Figaro“, „Illustrierte Zeitung“, „Times“ usw.) 3 f., 5, 19, 21, 22, 23, 24, 40, 41 f., 43, 46, 54, 56, 61, 62, 68, 69, 72, 75, 78, 79, 85, 95, 103, 104, 107, 118, 119, 120 f., 126, 155, 163 f., 167, 168, 171, 180, 188, 189, 193 f., 195, 201 f., 204, 207, 212, 217, 219 f., 227, 229, 234, 247, 252, 256, 262 f., 266, 267, 277, 283, 292, 293, 296, 297, 300, 303, 306, 312, 315, 324, 328, 342, 346, 349, 354 f., 356, 362, 367, 369 f., 375, 379, 384 f., 395, 396, 415, 416, 423, 425, 429, 431, 432, 434, 442, 445, 446, 463, 464, 468, 469, 470, 471, 488 f., 491, 496, 497, 511, 512 f., 517, 527, 530, 531, 533, 536, 540, 544 f., 546, 547 f., 549, 550 f., 552, 554, 558, 560, 563 ff., 573, 574, 590 f., 592, 599, 601, 602, 604, 605, 607, 611, 624, 630, 632, 634, 635, 641, 643 f., 647, 649, 650, 651, 652, 655, 659, 660, 667, 684 f., 689, 707, 710, 712,

744, 756 f., 770, 798 ff., 805 f., 808, 810, 826, 870, 898, 902, 915, 950, 952, 969, 977, 987 f., 993, 996 f., 1000, 1001, 1004 ff., 1014, 1035 f., 1040, 1042, 1045, 1072, 1083, 1088, 1089, 1094, 1097, 1102, 1109, 1110–1113, 1120, 1121 f., 1129.
Zeitz 1054.
Zemialkowski 336.
Zenker E. V. 864, 969, 1124.
Zeno 726.
Zensurwesen 144, 606.
Zentralafrika 173.
Zentralasien 244.
Zentrum, deutsches 4, 19, 21, 23, 24, 25, 26, 71, 80, 81, 85, 108, 109, 113, 114, 123, 128 ff., 133, 162, 163 f., 166, 167, 207 f., 209 ff., 212, 213, 222 f., 260, 262 f., 264, 265, 266, 308, 311, 312, 313, 322, 347, 348, 356, 357, 389, 391, 392, 398, 435, 437, 444, 449, 488, 495 f., 497, 502, 528 f., 530, 531, 533, 534, 535, 536 ff., 558, 560, 563, 584, 591, 608, 635 f., 637, 639, 645, 647, 648, 651, 663, 690, 693, 694, 702 f., 704, 707, 714, 720, 721, 724, 752 ff., 754, 755, 756, 771, 788 f., 790, 793, 799, 803, 805, 806, 807, 810, 815, 838, 839 f., 840, 841 ff., 848, 850, 894, 898, 899, 902, 903, 934, 935, 936, 937, 945, 947, 953, 955, 956, 960, 997 f., 999, 1001, 1005, 1035, 1040, 1043, 1046, 1053, 1083, 1100, 1103, 1104, 1105, 1106, 1107, 1108, 1111, 1112, 1140, 1142, 1145.
Zeppelin 451, 1118.
Zerboni v. 314.
„Zerbrochene Krug, Der" von Heinr. v. Kleist 1074.
Zichy Eugen 483, 665, 969, 1017, 1059 f.
— Ferdinand 556.
Zickler K., Professor 1126.
Ziegenberg 1160.
Ziegler Klara 1177.
— Theobald 814, 857, 1144, 1153.
Zigeuner 64, 256, 864.
Zillertal 561.
Zillisheim 208.
Zimmermann 1040, 1049, 1123.
Zinzaren 981.
Zion 1144.
Zirio (Villa) 1127.
Ziskaberg 64.
Zisterzienser (Orden) 962.
Zita, Kaiserin von Österreich 876.
Zitate 856.
Zittau 726.
Zivilehe 29, 192, 266, 488, 788, 789, 862, 886, 904, 1000, 1001.
Zivilisation 9, 36, 48, 54, 64, 69, 83, 99, 177, 191, 228, 232, 240, 253, 268, 269, 272, 321, 352, 364, 383, 412, 414, 416, 429, 431, 474, 477, 509, 544, 599, 631, 691, 709, 731, 741, 754, 781, 805, 972, 976, 1007, 1028, 1087, 1124, 1126, 1132, 1136, 1138, 1148.
Zivny, Dr. 551, 614.
Zocchi 1017.
Zöckler O. 29.
Zodel 76.
Zola Emil 569, 655, 724, 733, 734, 746, 832, 858, 871, 876, 919, 920, 1024, 1058, 1070, 1092 f., 1094, 1095, 1113, 1170.
Zölibat 29, 46, 77, 78, 132, 183, 457, 1112.
Zöllner 176, 322, 448.
Zollwesen (-bündnisse) 23, 24, 47, 48, 68, 70, 73, 81, 97, 107, 111, 123, 133, 147, 157, 169 f., 171, 172, 183, 188, 205, 207, 218, 253, 255, 259, 261, 262, 264, 282, 302, 304, 307, 311, 316, 345, 356, 363, 384, 408, 439, 444, 445, 509, 516, 538, 560, 585, 614, 626, 628, 688, 690, 702, 714, 719, 725, 729, 752, 763, 765, 769, 787, 788, 879, 926, 931, 977, 991, 1029, 1072, 1097, 1109, 1121, 1161, 1162, 1172.
Zombor 455.
Zoppot 386.
Zorka, Prinzessin 376.
Zoroaster 1030, 1076, 1097.
Zötl 505.
Zriny N. 1038, 1065.
Zschokke Heinr. 359.
Zsigmondy Emil, Dr. 457.
Zuidersee 1128.
„Zukunft, Die" 84, 803.
Zula 622.
Zulfikarpaß 461, 462.
Zulu 186, 290, 364, 384, 415, 461.
Zumbusch 230, 507, 617, 820, 957, 1068, 1167.
Zunz Leopold 402.
Zürich 86, 140, 217, 284, 305, 360, 372, 375, 420, 445, 473, 613, 625, 684, 874, 875, 922, 975, 986, 1020, 1025, 1053, 1128, 1130, 1155.
Zurlinden 1094.
Zusammenkünfte (siehe auch Kongresse) 65, 156, 200, 254, 269, 304, 327, 336, 341, 342, 343, 353, 362 f., 367, 396, 399, 404 f., 421, 444, 446, 454, 460, 479, 488, 489, 547 f., 578, 581, 597 f., 600, 603, 639, 641, 642 f., 644, 667, 671, 678 f., 683, 701, 710, 714 f., 779, 780, 783, 794, 804, 847, 849, 867, 894, 921, 975, 992 f., 1012, 1021, 1023 f., 1026, 1028, 1035 ff., 1038, 1041, 1045, 1074, 1079, 1137, 1172.
Zweibund (Deutschland und Österreich) 150—185, 198—233, 251, 643.
Zwerger, Bischof 203.
Zwickau 655, 1117.
Zwiedineck-Südenhorst Hans v. 724, 1166.
Zwingli 80, 305, 420.
Zypern 93, 94, 96, 240, 306, 326, 465, 510, 926, 985, 986.